This is a digital copy of a book that was preserved for generations on library shelves before it was carefully scanned by Google as part of a project to make the world's books discoverable online.

It has survived long enough for the copyright to expire and the book to enter the public domain. A public domain book is one that was never subject to copyright or whose legal copyright term has expired. Whether a book is in the public domain may vary country to country. Public domain books are our gateways to the past, representing a wealth of history, culture and knowledge that's often difficult to discover.

Marks, notations and other marginalia present in the original volume will appear in this file - a reminder of this book's long journey from the publisher to a library and finally to you.

Usage guidelines

Google is proud to partner with libraries to digitize public domain materials and make them widely accessible. Public domain books belong to the public and we are merely their custodians. Nevertheless, this work is expensive, so in order to keep providing this resource, we have taken steps to prevent abuse by commercial parties, including placing technical restrictions on automated querying.

We also ask that you:

+ *Make non-commercial use of the files* We designed Google Book Search for use by individuals, and we request that you use these files for personal, non-commercial purposes.

+ *Refrain from automated querying* Do not send automated queries of any sort to Google's system: If you are conducting research on machine translation, optical character recognition or other areas where access to a large amount of text is helpful, please contact us. We encourage the use of public domain materials for these purposes and may be able to help.

+ *Maintain attribution* The Google "watermark" you see on each file is essential for informing people about this project and helping them find additional materials through Google Book Search. Please do not remove it.

+ *Keep it legal* Whatever your use, remember that you are responsible for ensuring that what you are doing is legal. Do not assume that just because we believe a book is in the public domain for users in the United States, that the work is also in the public domain for users in other countries. Whether a book is still in copyright varies from country to country, and we can't offer guidance on whether any specific use of any specific book is allowed. Please do not assume that a book's appearance in Google Book Search means it can be used in any manner anywhere in the world. Copyright infringement liability can be quite severe.

About Google Book Search

Google's mission is to organize the world's information and to make it universally accessible and useful. Google Book Search helps readers discover the world's books while helping authors and publishers reach new audiences. You can search through the full text of this book on the web at `http://books.google.com/`

Über dieses Buch

Dies ist ein digitales Exemplar eines Buches, das seit Generationen in den Regalen der Bibliotheken aufbewahrt wurde, bevor es von Google im Rahmen eines Projekts, mit dem die Bücher dieser Welt online verfügbar gemacht werden sollen, sorgfältig gescannt wurde.

Das Buch hat das Urheberrecht überdauert und kann nun öffentlich zugänglich gemacht werden. Ein öffentlich zugängliches Buch ist ein Buch, das niemals Urheberrechten unterlag oder bei dem die Schutzfrist des Urheberrechts abgelaufen ist. Ob ein Buch öffentlich zugänglich ist, kann von Land zu Land unterschiedlich sein. Öffentlich zugängliche Bücher sind unser Tor zur Vergangenheit und stellen ein geschichtliches, kulturelles und wissenschaftliches Vermögen dar, das häufig nur schwierig zu entdecken ist.

Gebrauchsspuren, Anmerkungen und andere Randbemerkungen, die im Originalband enthalten sind, finden sich auch in dieser Datei – eine Erinnerung an die lange Reise, die das Buch vom Verleger zu einer Bibliothek und weiter zu Ihnen hinter sich gebracht hat.

Nutzungsrichtlinien

Google ist stolz, mit Bibliotheken in partnerschaftlicher Zusammenarbeit öffentlich zugängliches Material zu digitalisieren und einer breiten Masse zugänglich zu machen. Öffentlich zugängliche Bücher gehören der Öffentlichkeit, und wir sind nur ihre Hüter. Nichtsdestotrotz ist diese Arbeit kostspielig. Um diese Ressource weiterhin zur Verfügung stellen zu können, haben wir Schritte unternommen, um den Missbrauch durch kommerzielle Parteien zu verhindern. Dazu gehören technische Einschränkungen für automatisierte Abfragen.

Wir bitten Sie um Einhaltung folgender Richtlinien:

+ *Nutzung der Dateien zu nichtkommerziellen Zwecken* Wir haben Google Buchsuche für Endanwender konzipiert und möchten, dass Sie diese Dateien nur für persönliche, nichtkommerzielle Zwecke verwenden.

+ *Keine automatisierten Abfragen* Senden Sie keine automatisierten Abfragen irgendwelcher Art an das Google-System. Wenn Sie Recherchen über maschinelle Übersetzung, optische Zeichenerkennung oder andere Bereiche durchführen, in denen der Zugang zu Text in großen Mengen nützlich ist, wenden Sie sich bitte an uns. Wir fördern die Nutzung des öffentlich zugänglichen Materials für diese Zwecke und können Ihnen unter Umständen helfen.

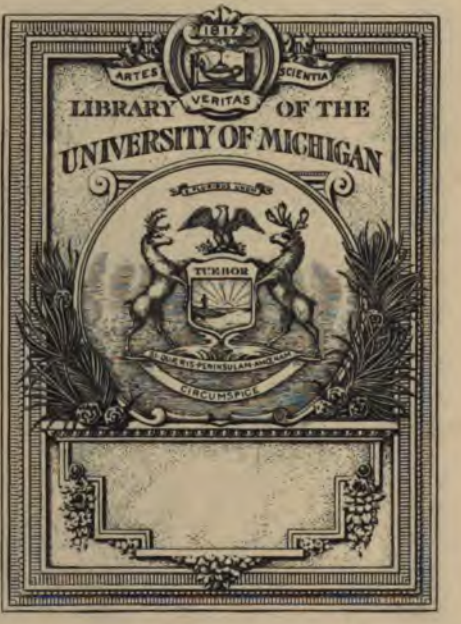
+ *Beibehaltung von Google-Markenelementen* Das "Wasserzeichen" von Google, das Sie in jeder Datei finden, ist wichtig zur Information über dieses Projekt und hilft den Anwendern weiteres Material über Google Buchsuche zu finden. Bitte entfernen Sie das Wasserzeichen nicht.

+ *Bewegen Sie sich innerhalb der Legalität* Unabhängig von Ihrem Verwendungszweck müssen Sie sich Ihrer Verantwortung bewusst sein, sicherzustellen, dass Ihre Nutzung legal ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass ein Buch, das nach unserem Dafürhalten für Nutzer in den USA öffentlich zugänglich ist, auch für Nutzer in anderen Ländern öffentlich zugänglich ist. Ob ein Buch noch dem Urheberrecht unterliegt, ist von Land zu Land verschieden. Wir können keine Beratung leisten, ob eine bestimmte Nutzung eines bestimmten Buches gesetzlich zulässig ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass das Erscheinen eines Buchs in Google Buchsuche bedeutet, dass es in jeder Form und überall auf der Welt verwendet werden kann. Eine Urheberrechtsverletzung kann schwerwiegende Folgen haben.

Über Google Buchsuche

Das Ziel von Google besteht darin, die weltweiten Informationen zu organisieren und allgemein nutzbar und zugänglich zu machen. Google Buchsuche hilft Lesern dabei, die Bücher dieser Welt zu entdecken, und unterstützt Autoren und Verleger dabei, neue Zielgruppen zu erreichen. Den gesamten Buchtext können Sie im Internet unter `http://books.google.com` durchsuchen.

B 1,140,736


ARTES
VERITAS
SCIENTIA
LIBRARY OF THE
UNIVERSITY OF MICHIGAN
TUEBOR
CIRCUMSPICE

1896, 1897, 1899, 1901, 1903, 190

Aus dem Nachlass von
Paul Klammer

Verhandlungen

des

fünften österreichischen

Sozialdemokratischen Parteitages

abgehalten zu Prag

vom 5. bis einschließlich 11. April 1896

auf der

Schützen-Insel.

Nach dem stenographischen Protokolle.

Preis 25 Kreuzer = 50 Pfennige.

Wien 1896.
Verlag der Ersten Wiener Volksbuchhandlung (Ignaz Brand).
Druck von R. Spies & Co., Wien.

HX
[illegible]
.S73

1896-1905

71761/9-129

Tagesordnung:

Sonntag, den 5. April, Vormittags 10 Uhr:

Eröffnung und Konstituirung des Parteitages.

I. Parteibericht. Referenten: Gen. Dr. Ellenbogen, Smetana.
II. Bericht der Kontrole.
III. Wahlreform. Referenten: Gen. Dr. Adler, Vaněk.
IV. Organisation und Taktik. Referent: Gen. Reumann.
V. Parteipresse. Referent: Gen. Popp.
VI. Wahl der Parteivertretung.
VII. Fortschritt der Sozialgesetzgebung in Oesterreich. Referent: Gen. Reumann.
VIII. Lage und Forderungen der ländlichen Arbeiterschaft. Referent: Gen. Dr. Verkauf.
IX. Internationaler Kongreß in London. Referent: Genosse Daszynski.
X. Allgemeine Partei-Angelegenheiten.

Als Einberufer fungirten die Genossen:

Dr. Victor Adler, Wien
Dr. W. Ellenbogen, Wien
Emil Pelikan, Wien
Julius Popp, Wien
Jakob Reumann, Wien
Anton Schrammel, Wien
Rudolf Smetana, Wieu
Josef Tomschik, Wien
Ignaz Daszynski, Krakau
Hans Resel, Graz
Eduard Rieger, Brünn
Josef Steiner, Prag
Carl Vaněk, Pilsen
Eduard Zeller Teplitz.

Bureau des Parteitages:

Vorsitzende:

Steiner (Prag), Popp (Wien), Zeller (Teplitz), Reger (Mähr. Ostrau).

Schriftführer:

Eldersch (Brünn), Němec (Wien), Skaret (Wien), Vaněk (Pilsen).

Als Dolmetsche für das Czechische wurden bestellt:

Němec (Wien), Vaněk (Pilsen), Reis (Prag).

Beschlüsse des Parteitages
der
sozialdemokratischen Arbeiterpartei Oesterreichs
am
Parteitag zu Hainfeld
(30./31. Dezember 1888 und 1. Jänner 1889)
ergänzt am
Parteitag zu Wien (Pfingsten 1892).

I. Prinzipien-Erklärung.

Die sozialdemokratische Arbeiterpartei in Oesterreich erstrebt für das gesammte Volk ohne Unterschied der Nation, der Rasse und des Geschlechtes die Befreiung aus den Fesseln der ökonomischen Abhängigkeit, die Beseitigung der politischen Rechtlosigkeit und die Erhebung aus der geistigen Verkümmerung. Die Ursache dieses unwürdigen Zustandes ist nicht in einzelnen politischen Einrichtungen zu suchen, sondern in der das Wesen des ganzen Gesellschaftszustandes bedingenden und beherrschenden Thatsache, daß die Arbeitsmittel in den Händen einzelner Besitzer monopolisirt sind. Der Besitzer der Arbeitskraft, die Arbeiterklasse, wird dadurch zum Sklaven der Besitzer der Arbeitsmittel, der Kapitalistenklasse, deren politische und ökonomische Herrschaft im heutigen Staate Ausdruck findet. Der Einzelbesitz an Produktionsmitteln, wie er also politisch den Klassenstaat bedeutet, bedeutet ökonomisch steigende Massenarmuth und wachsende Verelendung immer breiterer Volksschichten.

Durch die technische Entwicklung, das kolossale Anwachsen der Produktivkräfte erweist sich diese Form des Besitzes nicht nur als überflüssig, sondern es wird auch thatsächlich diese Form für die überwiegende Mehrheit des Volkes beseitigt, während gleichzeitig für die Form des gemeinsamen Besitzes die nothwendigen geistigen und materiellen Vorbedingungen geschaffen werden. Der Uebergang der Arbeitsmittel in den gemeinschaftlichen Besitz der Gesammtheit des Volkes bedeutet also nicht nur die Befreiung der Arbeiterklasse, sondern auch die Erfüllung einer geschichtlich nothwendigen Entwicklung. Der Träger dieser Entwicklung kann nur das klassenbewußte und als politische Partei organisirte Proletariat sein. Das Proletariat politisch zu organisiren, es mit dem Bewußtsein seiner Lage und seiner Aufgabe zu erfüllen, es geistig und physisch kampffähig zu machen und zu erhalten, ist daher das eigentliche Programm der sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Oesterreich, zu dessen Durchführung sie sich aller zweckdienlichen und dem natürlichen Rechtsbewußtsein des Volkes entsprechenden Mitteln bedienen wird. Uebrigens wird und muß sich die Partei in ihrer Taktik auch jeweilig nach den Verhältnissen, insbesondere nach dem Verhalten der Gegner zu richten haben. Es werden jedoch folgende allgemeine Grundsätze aufgestellt:

1. Die sozialdemokratische Arbeiterpartei in Oesterreich ist eine internationale Partei, sie verurtheilt die Vorrechte der Nationen ebenso wie die

der Geburt und des Geschlechtes, des Besitzes und der Abstammung und erklärt, daß der Kampf gegen die Ausbeutung international sein muß, wie die Ausbeutung selbst.

2. Zur Verbreitung der sozialistischen Ideen wird sie alle Mittel der Oeffentlichkeit, Presse, Vereine, Versammlungen, voll ausnützen und für die Beseitigung aller Fesseln der freien Meinungsäußerung (Ausnahmsgesetze, Preß-, Vereins- und Versammlungsgesetze) eintreten.

3. Ohne sich über den Werth des Parlamentarismus, einer Form der modernen Klassenherrschaft, irgendwie zu täuschen, wird sie das allgemeine gleiche und direkte Wahlrecht ohne Unterschied des Geschlechtes für alle Vertretungskörper mit Diätenbezug anstreben, als eines der wichtigsten Mittel der Agitation und Organisation.*

4. Soll noch innerhalb des Rahmens der heutigen Wirthschaftsordnung das Sinken der Lebenshaltung der Arbeiterklasse, ihre wachsende Verelendung einigermaßen gehemmt werden, so muß eine lückenlose und ehrliche Arbeiterschutz-Gesetzgebung (weitestgehende Beschränkung der Arbeitszeit, Aufhebung der Kinderarbeit u. s. f.), deren Durchführung unter der Mitkontrole der Arbeiterschaft, sowie die unbehinderte Organisation der Arbeiter in Fachvereinen, somit Koalitionsfreiheit angestrebt werden.

5. Im Interesse der Zukunft der Arbeiterklasse ist der obligatorische, unentgeltliche und konfessionslose Unterricht in den Volks- und Fortbildungsschulen, sowie unentgeltliche Zugänglichkeit sämmtlicher höheren Lehranstalten unbedingt erforderlich; die nothwendige Vorbedingung dazu ist die Trennung der Kirche vom Staate und die Erklärung der Religion als Privatsache.

6. Die Ursache der beständigen Kriegsgefahr ist das stehende Heer, dessen stets wachsende Last das Volk seiner Kulturaufgaben entfremdet. Es ist daher für den Ersatz des stehenden Heeres durch die allgemeine Volksbewaffnung einzutreten.

7. Die sozialdemokratische Arbeiterpartei wird gegenüber allen wichtigen politischen und ökonomischen Fragen Stellung nehmen, das Klasseninteresse des Proletariats jederzeit vertreten und aller Verdunkelung und Verhüllung der Klassengegensätze, sowie der Ausnützung der Arbeiter zu Gunsten von herrschenden Parteien energisch entgegenzuwirken.

8. Da die indirekten, auf die nothwendigen Lebensbedürfnisse gelegten Steuern die Bevölkerung umso stärker belasten, je ärmer sie ist, da sie ein Mittel der Ausbeutung und der Täuschung des arbeitenden Volkes sind, verlangen wir die Beseitigung aller indirekten Steuern und Einführung einer einzigen direkten progressiven Einkommensteuer.

II. Resolution über die politischen Rechte.

In Erwägung, daß die weltgeschichtliche Aufgabe des Proletariats die Umgestaltung der heutigen wirthschaftlichen Ordnung ist, daß der Hebel dieser Umgestaltung der Klassenkampf ist, dessen Verlauf mit umso weniger Opfern verbunden, umso rascher und ruhiger sein wird, jemehr auf beiden Seiten Klarheit und Einsicht in die Bedingungen und Ziele der ökonomischen Entwicklung herrscht; daß aber die herrschenden Klassen die Aufklärung durch gesetzliche und polizeiliche Maßregelungen zu hemmen und zu verzögern suchen, wodurch die Bewegung zwar nicht aufgehalten, aber verbittert und verschärft wird, erklärt der Parteitag:

Jede Einschränkung der Freiheit der Meinungsäußerung, sowie jede *Monopolisirung politischer* Rechte für die Besitzenden ist verwerflich und für

die naturgemäße Entwicklung schädlich. Er verlangt daher volle Freiheit für die sozialdemokratische Agitation und Propaganda und die Möglichkeit einer ruhigen Organisation des Proletariats; zunächst also:

1. Die Aufhebung der Beschränkung der Freizügigkeit, also der Ausnahmsverfügungen, Vagabunden- und Schubgesetze;

2. die Aufhebung der Beschränkung der Preßfreiheit durch die verschiedenen Formen der Zensur und Aufhebung des Preßmonopols für die Besitzenden durch Kaution und Stempel, sowie des Verbotes der Kolportage;

3. Herstellung des Vereins- und Versammlungsrechtes durch Aufhebung der Vereins- und Versammlungsgesetze;

4. die Aufhebung des Monopols der Besitzenden auf das politische Wahlrecht durch die Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechtes (und zwar ohne Unterschied des Geschlechtes vom 20. Lebensjahre an, wo für die Männer die Verpflichtung zur Blutsteuer beginnt), als eines wichtigen Mittels der Agitation und Organisation, ohne sich jedoch über den Werth des Parlamentarismus irgendwie zu täuschen;

5. die ehrliche Sicherung der Unabhängigkeit der Gerichte, Unentgeltlichkeit der Rechtspflege, Ausdehnung der Geschworenengerichte auf alle Vergehen und Verbrechen, sowie Wahl der Geschworenen auf Grund des allgemeinen, geheimen Wahlrechtes durch das gesammte Volk;

6. Schaffung und Durchführung eines Gesetzes, welches Beamte, welche die politischen Rechte von Einzelnen oder Vereinen beeinträchtigen, einer strengen Strafe zuführt.

III. Resolution über Arbeiterschutz-Gesetzgebung und „Sozialreform".

Was heute vorzugsweise „Sozialreform" genannt wird, die Einführung der vom Staate organisirten Arbeiterversicherung gegen Krankheit und Unfall, entspringt vor Allem der Furcht vor dem Anwachsen der proletarischen Bewegung, der Hoffnung, die Arbeiter von dem Wohlwollen der besitzenden Klassen zu überzeugen, und zuletzt aus der Einsicht, daß die zunehmende Verelendung des Volkes endlich die Wehrfähigkeit beeinträchtigen müsse. Mit der Ausführung der Arbeiterversicherung werden zwei Nebenzwecke verknüpft: Die theilweise Ueberwälzung der Kosten der Armenpflege von den Gemeinden auf die Arbeiterklasse und die möglichste Einengung, womöglich Beseitigung der selbstständigen Hilfsorganisationen der Arbeiter, welche als Vorschulen und Uebungsstätten der Organisation und Verwaltung den Herrschenden ein Dorn im Auge sind. Angesichts dieser Sachlage erklärt der Parteitag:

Die Arbeiterversicherung berührt den Kern des sozialen Problems überhaupt nicht. Eine Einrichtung, welche im besten Falle dem arbeitsunfähigen Proletarier ein kärgliches, von ihm selbst theuer bezahltes Almosen gewährt, verdient nicht den Namen „Sozialreform".

Die Arbeiterschaft wird sich darüber nicht täuschen lassen, sondern klare Einsicht darüber verbreiten, daß eine wirklich soziale Reform den arbeitsfähigen Arbeiter zum Gegenstande und die Beseitigung seiner Ausbeutung zum letzten Ziele haben muß, daß aber freilich diese soziale Reform niemals von den Ausbeutern, sondern nur von den Ausgebeuteten durchgeführt werden wird.

So lange die kapitalistische Produktionsweise herrscht, ist nur eine theilweise Einschränkung der Folgen der Ausbeutung möglich durch eine ehrliche und lückenlose Arbeiterschutz-Gesetzgebung und ihre energische Durchführung. Die physische Verelendung der Arbeiterklasse findet in der hohen Kindersterblichkeit,

in dem kurzen Lebensalter, der frühen Invalidät der Arbeiter ihren Ausdruck. Das Herabsinken der Lebenshaltung, welches den Arbeiter zu einem stumpfsinnigen Sklaven herabwürdigt, macht es ihm unmöglich, Kraft und Zeit für menschliche Ziele, vor Allem für seine eigene Befreiung zu widmen. Die Arbeiterschutz-Gesetzgebung soll dem Zunehmen dieser unmenschlichen Verhältnisse einigermaßen Einhalt thun.

Die österreichische Gewerbe-Ordnung erfüllt diesen Zweck ganz ungenügend. Sie ist schwächlich und lückenhaft in ihren Bestimmungen, gibt jede einzelne Vorschrift dem Mißverstand und der Willkür der Verwaltungsbehörden preis. Die Gewerbe-Inspektion ist unwirksam, weil unzulänglich in ihren Mitteln und äußerst beschränkt in ihren Befugnissen.

Eine Arbeiterschutz-Gesetzgebung, die ihren Zweck erreichen soll, muß zum Mindesten umfassen:

1. Volle Koalitionsfreiheit und gesetzliche Anerkennung von Lohnverabredung und Kartellen der Arbeiter.

2. Den achtstündigen Maximalarbeitstag ohne Klauseln und ohne Ausnahmen.

3. Verbot der Nachtarbeit (mit Ausnahme jener Betriebe, deren technische Natur eine Unterbrechung nicht zuläßt).

4. Volle Sonntagsruhe von Samstag Abends bis Montag Früh.

5. Verbot der Beschäftigung von Kindern unter 14 Jahren.

6. Ausschluß der Frauenarbeit aus den für den weiblichen Organismus besonders schädlichen Betrieben.

7. Alle diese Bestimmungen haben für Betriebe jeder Stufenleiter (Großindustrie, Transportgewerbe, Handwerk, Hausindustrie) zu gelten.

8. Auf Uebertretungen dieser Bestimmungen von Seite der Unternehmer sind Arreststrafen gesetzt.

9. Arbeiterorganisationen, welche auf fachlicher und lokaler Grundlage beruhen, haben durch die von ihnen gewählten Inspektoren bei der Kontrole der Durchführung der Arbeiterschutz-Gesetzgebung mitzuwirken.

Die Arbeiterschutz-Gesetzgebung soll international ausgebaut und in geeigneter Weise auf die Landarbeiter ausgedehnt werden.

Parteiorganisation

Beschlossen am IV. Parteitage zu Wien 1894.

I.

Zur Partei gehörig ist jede Person, welche das Parteiprogramm anerkennt, für die Verbreitung desselben eintritt, die Partei nach Möglichkeit geistig oder materiell unterstützt und sich keiner ehrlosen Handlung schuldig macht.

Es wird den Parteiangehörigen empfohlen, der Organisation ihrer Branchen, resp. einem Bildungs- oder politischen Vereine anzugehören.

Ein Parteigenosse darf keiner bürgerlichen politischen Partei angehören oder für dieselbe thätig sein.

II. Vertrauenspersonen.

Bezirksorganisation.

Die Vertrauenspersonen werden von den lokalorganisirten Genossen und Genossinnen gewählt. Die Anzahl derselben richtet sich nach den örtlichen Verhältnissen, und bilden diese Vertrauenspersonen zusammen die Bezirksorganisation. Es kann eine Vertrauensperson nur einer Bezirksorganisation angehören; die Vertreter der Bezirksorganisationen sind der Parteivertretung bekanntzugeben. Der Umfang der Bezirksorganisation wird wieder von den örtlichen Verhältnissen abhängig sein und wird von der Kreiskonferenz festgestellt. Die Bezirksorganisation bestimmt ihre Vertreter für die Kreisorganisation.

Wo es die sprachlichen Verhältnisse nothwendig machen, werden Agitationsbezirke ohne Rücksicht auf Provinzgrenzen gebildet.

Ueber spezielle Fälle im Rayon der Bezirksorganisation entscheidet die Bezirkskonferenz, doch ist der Kreiskonferenz gestattet, derartige Beschlüsse aufzuheben, wie weiter auch der Parteitag Beschlüsse der Kreiskonferenz aufheben kann. Ohne oder bis zur Aufhebung derartiger Beschlüsse haben selbe Giltigkeit für die Partei, doch kann auch ohne vorhergehende Entscheidung durch die Bezirkskonferenz die Kreis- und ohne die Kreiskonferenz der Parteitag Beschlüsse diesbezüglich fassen.

III. Kreisorganisation.

Die Kreisorganisation, welche ein ganzes Kronland oder bestimmte Theile desselben umfaßt, bildet ein Agitationskomité. Dieses befaßt sich mit der Organisation und sorgt für die nöthige Agitation im Kronlande. Gleichzeitig hat die Kreisorganisation dafür zu sorgen, daß durch die Bezirksorganisationen möglichst regelmäßig freiwillige Beiträge zur Deckung der Agitationskosten aufgebracht werden. Nach Möglichkeit sind dieselben zur Deckung der allgemeinen Parteiauslagen an die Parteivertretung abzuliefern.

Zur Besprechung und Erledigung von Parteiangelegenheiten tritt die Kreisorganisation über Berufung des Agitationskomités nach Bedarf zu einer Konferenz zusammen und entscheidet endgiltig über Angelegenheiten der Organisations- oder Parteiverhältnisse ihres eigenen Kreises.

Die Kreiskonferenz muß auch einberufen werden, wenn ein Drittel der Bezirksorganisationen des betreffenden Kreises die Einberufung unter Angabe der Gründe verlangt.

Jede Kreisorganisation hat an die jeweilige Parteivertretung vierteljährlich Bericht über den Stand der Bewegung in dem betreffenden Kronlande zu erstatten.

Zur Erledigung wichtiger und das ganze Reich berührender Fragen hat jede Kreisorganisation, und wenn dies nicht gut möglich wäre, mehrere Kreisorganisationen zusammen, ständige Vertreter zu wählen, die im gegebenen Falle von der Parteileitung einzuberufen sind.

IV. Parteitag.

Parteitage finden regelmäßig alle zwei Jahre statt. Außerordentliche Parteitage können nur unter Zustimmung der Mehrheit der Kreisorganisationen stattfinden.

Die Delegirten zum Parteitag werden durch die Parteigenossen eines jeden Ortes, bezw. Bezirkes, bestimmt.

Orte, an welchen eine Frauenorganisation besteht, haben das Recht, außer Genossen auch Genossinnen zum Parteitage zu entsenden.

Die Kreisvertretungen, Korporationen, welche von Kreisorganisationen eingesetzt sind, sowie die Redaktionen der Parteiblätter, haben gleichfalls das Recht, einen Vertreter an den Parteitag zu entsenden.

Die Vertreter der Redaktionen und Korporationen haben jedoch kein Stimmrecht.

Der vorhergehende Parteitag hat den Ort zu bestimmen, an welchem der nächste Parteitag stattfindet. Ist dies nicht möglich, so wird die Wahl des Ortes der Parteivertretung überlassen.

Die Einberufung des Parteitages muß mindestens zwei Monate vor dem Termine der Abhaltung desselben durch das Zentralorgan mit Angabe der provisorischen Tagesordnung erfolgen.

Der Parteitag prüft die Einladungen seiner Theilnehmer.

V. Parteivertretung.

Der Parteitag wählt eine aus 16 Personen bestehende Parteivertretung. Acht vom Parteitag zu bestimmende Mitglieder der Parteivertretung bilden den engeren Parteiausschuß, welcher die laufenden Geschäfte der Partei zu besorgen hat. Die anderen acht Mitglieder der Parteivertretung bilden die Parteikontrole.

Der Parteitag bestimmt den Sitz des engeren Ausschusses, an welchem seine Mitglieder und zwei Mitglieder der Kontrole wohnhaft sein müssen.

Die Gesammtvertretung hat regelmäßig mindestens vierteljährlich einmal zusammenzutreten und ist überdies vom engeren Ausschuß in außerordentlichen Fällen einzuberufen.

Die Mitglieder der Kontrole haben jederzeit das Recht, in alle Bücher und Schriftstücke Einsicht zu nehmen und allen Sitzungen stimmberechtigt beizuwohnen.

Jedem Parteitage hat die Parteivertretung über ihre Thätigkeit, sowie über die Durchführung der vom vorhergegangenen Parteitage beschlossenen oder ihr zugewiesenen Anträge Bericht zu erstatten.

VI. Vereinswesen.

Die Gründung von politischen Vereinen, deren Wirkungskreis sich womöglich auf eine ganze Provinz erstreckt, wird den Genossen angelegentlichst empfohlen. Diese Vereine sollen nicht nur ein Mittel zur Organisation sein, sondern auch vor Allem durch die Behandlung aller die Interessen der Arbeiter berührenden Angelegenheiten in öffentlichen Versammlungen für die Verbreitung der sozialdemokratischen Prinzipien wirken und durch Diskussionen die theoretische Ausbildung der Parteigenossen fördern.

VII. Parteipresse.

Die Parteipresse wird nur dann ein gutes und wirksames Agitations- und Kampfmittel sein, und ihrer wichtigsten Aufgabe: die Arbeiter aufzuklären und zum Klassenbewußtsein zu erziehen, entsprechen können, wenn strenge darauf geachtet wird, daß fremde, nicht parteigenössische Einflüsse ferngehalten werden und wenn ebenso verhindert wird, daß sie Gegenstand der Privatspekulation werde.

Gründungen von politischen Parteiblättern sollen nur dann erfolgen, wenn ein nachweisbares Bedürfniß vorhanden ist, und ihr Bestand gesichert erscheint, und wenn vor Allem die nothwendigen geistigen, technischen und administrativen Kräfte vorhanden sind. Blätter, die gegründet werden ohne Zustimmung des Parteitages oder der Landeskonferenz, haben so lange von der Partei nicht unterstützt zu werden, bis sie von einem Parteitage oder einer Landeskonferenz anerkannt werden.

Die „Arbeiter-Zeitung" ist Organ der Gesammtpartei und wird der Parteivertretung unterstellt.

Die „Glühlichter" und die „Arbeiterinnen-Zeitung" sind Unternehmungen der Gesammtpartei und deren eventuelle Ueberschüsse fließen dem Parteifonds zu.

Präsenzliste.

Böhmen.

Ackermann Josef, Hlinsko.
Barth Josef, Saaz.
Ctibor Josef, Prag.
Dědic Karl, Prag.
Dobiasch Josef, Aussig.
Dolejši Johann, Budweis.
Ebert Franz, Grasseth.
Frank Josef, Falkenau a. d. Eger.
Freitag Primas, Chrudim.
Fritsch Franz, Brunnersdorf.
Götz Jaroslav, Bodenbach.
Gruncl Karl, Prag.
Hanich Josef, Steinschönau.
Hecker August, Teichstadt.
Hermann Karl, Kratzau.
Hloma Karl, Deutschbrod.
Hubeny Anton, Oberleutensdorf.
Jelinek Johann, Prag.
Jobst A. Johann, Falkenau a. d. Eger.
Kern Josef, Königsberg a. d. Eger.
Kiesewetter Wilhelm, Reichenberg.
Kovař Jaroslav, Smichov.
Kratky Wenzel, Ovčar.
Krejči Alois, Pilsen.
Künzel Andreas, Stelzengrün.
Löfel Franz, Blankersdorf.
Lukašik Josef, Reichenberg.
Mach Josef, Kladno.
Maly Josef, Prag.
Milota Julius, Niemes.
Moosdorf Hermann, Saaz.
Myslivecek Franz, Žitkov.
Němec Josef, Prag.
Neumann Franz, Grottau.
Neumann Thomas, Strakonitz.
Nowy Emanuel, Kročehlaw.
Pautsch Hermann, Blottendorf.
Prohaska Franz, Kuttenberg.
Reinelt Wilhelm, Lieben.
Reis Anton, Prag.
Roscher Franz, Reichenberg.
Roubar Josef, Prag.
Schäfer Anton, Aich.
Schaller Franz, Weinberge.
Schiller Karl, Reichenberg.
Schmidt Karl, Böhm.-Leipa.
Schmucker Josef, Rothau.
Schweichart Josef, Arnsdorf.
Seidel Josef, Krumau.
Seifert Anton, Neustadtl.
Seliger Josef, Teplitz.
Šip Josef, Sobochleben.
Staubwasser Karl, Zwickau.
Steiner Josef, Prag.
Šturc Wenzel, Prag.
Svöceny Anton, Prag.
Trejbal Johann, Teplitz.
Trübenecker Raimund, Radl b. Gablonz.
Vaněk Karl, Pilsen.
Vlček Gottlieb, Kladno.
Wrübel Franz, Böhm.-Brod.
Zeller Eduard, Teplitz.

Galizien.

Daszynski Ignaz, Krakau.
Fränkel Joachim, Lemberg.
Weidler Michael, Stanislau.

Kärnten.

Eich Wilhelm, Villach.

Krain.

Čobal Michael, Sagor-Doljna.
Grablowitz Anton, Laibach.

Mähren.

Berner Ernst, Mähr.-Ostrau.
Elderſch Karl, Brünn.
Krapka Josef, Brünn.
Morgenstern, Dr. Ludwig, Brünn.
Neumann Wilhelm, Littau.
Rieger Eduard, Brünn.
Schloßnickel Hironymus, Neutitschein.
Schönwälder Anton, Mähr.-Schönberg.
Wanko Karl, Znaim.
Zedniček Franz, Proßnitz.

Niederösterreich.

Adler, Dr. Viktor, Wien.
Beer Heinrich, Wien.
Beer Rudolf, Wien, II.
Berstl, Dr. Emil, Neunkirchen.
Bretschneider Ludwig, Wien.
Dittrich Robert, Wien, VII.
Dohnal Johann, Schwechat.
Ellenbogen, Dr. Wilhelm, Wien.
Feigl Daniel, Gloggnitz.
Göpfhardt Franz, Wien, IX.
Gröbner Johann, Wien, VIII.

Grosse Andreas, Wien, IV.
Gruber Leopold, Leobersdorf.
Grünwald Julius, Wien.
Holly Georg, Wien, XIV.
Hueber Anton, Wien, Atzgersdorf.
Ingwer, Dr. Isidor, Amstetten.
Izda Mathias, Floridsdorf.
Klimm Karl, Wien, XIII.
Maier Josef, Waidhofen a. d. Ybbs.
Mornik Josef, Wien, I.
Němec Anton, Wien.
Palka Karl, Wr.-Neustadt.
Palme Josef, Wien, VI.
Pelikan Emil, Wien.
Pernerstorfer Engelbert, Wien (als Gast).
Pick Karl, Wien.
Popp Adelheid, Wien.
Popp Julius, Wien.
Preußler Robert, Wien.
Racek Josef, Inzersdorf.
Radimsky August, Wien.
Ranziglio Josef, Klosterneuburg.
Reumann Jakob, Wien.
Rychling Josef, Wien.
Scheibenpflug Ferdinand, St. Pölten.
Scholz Ludwig, Wien, XVIII.
Schrammel Anton, Wien.
Schuhmeier Franz, Hainburg, Hainfeld, Herzogenburg, Mödling, Piesting, Traismauer, Wien, XVI.
Skaret Ferdinand, Wien, V.
Smetana Rudolf, Wien.
Smitka Johann, Wien.
Světlik Vincenz, Wien, XVII.
Tomschik Josef, Wien.
Verkauf, Dr. Leo, Wien (als Gast).
Widlar Anton, Wien, X.
Winarsky Leopold, Wien, III und XI.
Witzmann Johann, Wien, XV.
Wutschel Ludwig, Wien, XII.
Zavertnik Ferdinand, Wien.

Oberösterreich.

Weigunt Anton, Linz.

Salzburg.

Prähauser Jakob, Salzburg.

Schlesien.

Hanusch Ferdinand, Wigstadtl.
Mandl Bernhard, Jägerndorf.
Reger Thadäus, Orlau.
Trenka Johann, Troppau.

Steiermark.

Grablowitz Anton, Köflach.
Hesky Franz, Mürzzuschlag.
Ritsche Johann, Graz.
Pongratz Josef, Graz.
Resel Johann, Graz.
Schelch Vincenz, Leoben, St. Michael, Trofaiach.
Schneider Josef, Bruck a. d. Mur.

Tirol.

Gerin Antonio, Meran, Roveredo.
Holzhammer Josef, Innsbruck.

Deutschland.

Molkenbuhr Hermann, Berlin (als Gast).

Geschäftsordnung

für die

Verhandlungen des Parteitages.

1.

Die Meldungen zum Wort sind schriftlich einzureichen, und erhalten die Redner nach der Reihenfolge der Anmeldung das Wort.

2.

Alle Anträge, außer denen zur Geschäftsordnung, sind schriftlich einzureichen, und müssen dieselben, falls sie zur Verhandlung gelangen sollen, von mindestens 15 Delegirten unterstützt sein. Die Unterstützung kann durch Unterschrift oder Zuruf erfolgen.

3.

Sobald ein Antrag die nöthige Unterstützung gefunden, erhält bei der Verhandlung darüber zunächst der Antragsteller das Wort.

4.

Bei Geschäftsordnungs-Anträgen genügt eine Unterstützung von 10 Delegirten. Bei Anträgen auf Schluß der Rednerliste oder Schluß der Debatte erhält nur ein Redner für und einer gegen das Wort. Das Wort zur Geschäftsordnung und wird außer der Reihenfolge der vorgemerkten Redner ertheilt. Persönliche Bemerkungen sind erst am Schlusse der Debatte zu machen.

5.

Die Redezeit der Referenten wird auf eine Stunde festgesetzt. Die Einbringer selbstständiger Anträge haben zur Begründung derselben eine Redezeit von 20 Minuten.

In der Diskussion erhält jeder Redner 10 Minuten das Wort. Kein Redner — mit Ausnahme der Referenten und Einbringer selbstständiger Anträge — darf mehr als zweimal in einer Sache das Wort nehmen.

6.

Die Beschlüsse werden mit absoluter Mehrheit der Abstimmenden gefaßt. Stimmengleichheit gilt als Ablehnung des Antrages.

7.

Auf Antrag von mindestens 20 Mitgliedern des Parteitages muß die namentliche Abstimmung über einen Antrag stattfinden.

8.

Nur die Theilnehmer haben das Recht, sich an der Diskussion zu betheiligen und abzustimmen; den Gästen kann nur über besonderen Beschluß des Parteitages ausnahmsweise das Wort ertheilt werden.

Anträge zum Parteitag.

IV. Organisation und Taktik.

1. Antrag der niederösterreichischen Kreisvertretung:

(Die gesperrt gedruckten Worte werden als Abänderung beantragt.)

1. Zugehörigkeit zur Partei. Zur Partei gehörig ist jede Person, welche das Parteiprogramm anerkennt, für die Verbreitung desselben eintritt, die Partei nach Möglichkeit geistig und materiell unterstützt und sich keiner ehrlosen Handlung schuldig macht.

Es ist Pflicht der Partei-Angehörigen, der Organisation ihrer Branchen, resp. einem Bildungs- oder politischen Vereine anzugehören.

2. Vertrauenspersonen. Der letzte Satz des ersten Absatzes habe zu lauten: Die Bezirksorganisation bestimmt ihre Vertreter für die Kreiskonferenz.

3. Kreisorganisation. Die Kreisorganisation, die ein ganzes Kronland oder bestimmte Theile desselben umfaßt, bildet ein Agitationskomité. Dieses befaßt sich mit der Organisation und sorgt für die nöthige Agitation im Kronlande. Gleichzeitig hat die Kreisorganisation dafür zu sorgen, daß durch die Bezirksorganisation (das Wort „möglichst" habe hier zu entfallen) regelmäßig freiwillige Beiträge zur Deckung der Agitationskosten aufgebracht werden.

Von den Einnahmen der Kreisorganisation ist ein Theil zur Deckung der allgemeinen Partei-Auslagen regelmäßig, spätestens jedoch allvierteljährlich, an die Parteivertretung abzuliefern.

Absatz 2, 3 und 4 bleiben unverändert; Absatz 5 kommt zu Punkt 5 „Parteivertretung" als letzter Absatz.

4. Parteitag. Absatz 1 bleibt unverändert.

Absatz 2 soll lauten: Zum Parteitag können die Parteigenossen eines jeden Ortes, Bezirkes und einer jeden Branche innerhalb des Kronlandes Vertreter entsenden.

Absatz 3, 4, 5, 6 und 7 bleiben unverändert.

Absatz 8 soll lauten: Der Parteitag prüft die Einladungen seiner Theilnehmer und bestimmt den Sitz der Parteivertretung.

5. Parteivertretung. Der Parteitag wählt eine aus acht Personen bestehende Parteivertretung und fünf Controlore, von denen zwei am Sitze der Parteivertretung sein müssen. Partei-Angestellte sind nicht wählbar. Der Chefredakteur des Zentralorgans hat das Recht, an den Sitzungen der Parteivertretung mit berathender Stimme theilzunehmen. Der Gewerkschaftskommission steht das Recht zu, für die Parteivertretung Einen Vertreter zu bestimmen, welcher in derselben Sitz und Stimme hat.

Die Mitglieder der Kontrole haben jederzeit das Recht, in alle Bücher und Schriftstücke Einsicht zu nehmen und allen Sitzungen stimmberechtigt beizuwohnen.

Jedem Parteitage hat die Parteivertretung über ihre Thätigkeit, sowie über die Durchführung der vom vorhergegangenen Parteitage beschlossenen oder ihr zugewiesenen Anträge Bericht zu erstatten.

Zur Erledigung wichtiger und das ganze Reich berührender Fragen hat jede Kreisorganisation und, wenn dies nicht gut möglich wäre, mehrere Kreisorganisationen zusammen, Vertreter zu wählen, die im gegebenen Falle von der Parteileitung einzuberufen sind.

2. Antrag der Organisation Wien V:

1. Der Parteitag hat alljährlich stattzufinden.

2. Zum Parteitag können die Parteigenossen eines jeden Ortes und Bezirkes Vertreter entsenden.

3. Parteivertretung. Der Parteitag wählt eine aus acht Personen bestehende Parteivertretung und fünf Kontrolore, von welchen zwei am Sitze der Parteivertretung sein müssen. Der Chefredakteur hat das Recht, an den Sitzungen der Parteivertretung mit berathender Stimme theilzunehmen. Der Gewerkschaftskommission steht das Recht zu, für die Parteivertretung einen Vertreter zu bestimmen, welcher in derselben Sitz und Stimme hat. Parteisekretär und Parteikassier dürfen nicht Angestellte der „Arbeiter-Zeitung" sein.

Die Mitglieder der Kontrole haben jederzeit das Recht, in alle Bücher und Schriftstücke Einsicht zu nehmen und allen Sitzungen stimmberechtigt beizuwohnen.

3. Antrag der Organisation VII:

Die Kreisorganisationen haben den Bezirksorganisationen vierteljährig ausgefüllt abzuführende statistische und Abrechnungsformularien zur Verfügung zu stellen. Das statistische Formular enthält Rubriken für die Eintragung der Zahl der im Organisationssprengel (Bezirksorganisation) vorhandenen Betriebe und Vereine, womöglich die Zahl der dort Beschäftigten, beziehungsweise angehörigen Personen nach Geschlecht, deren eventuelle Vertretung in der Bezirksorganisation, sowie die Zahl der abgehaltenen Sitzungen nebst der Betheiligung der Vertrauensmänner an denselben.

Das Abrechnungsformular dient zum regelmäßigen monatsweisen oder vierteljährigen Abschluß der zu verrechnenden Parteigelder und ist von je zwei gewählten Revisoren außer dem Obmann und Kassier der Bezirksorganisation mitzufertigen.

Beide Formularien sind spätestens vierteljährig ausgefüllt an die Leitung der Kreisorganisation zur Verarbeitung einzusenden und dienen der Kreisorganisation gleichsam als Richtschnur, wo sie einzusetzen hat.

4. Antrag der Organisation Wien VIII:

In Erwägung, daß die Wiener Bezirksorganisationen nicht vollkommen den Zweck erfüllen, zu dem sie eigentlich geschaffen wurden, in Bezug auf Organisation und Agitation;

in weiterer Erwägung, daß die Wiener Bezirksorganisationen in Bezug auf die richtige Vertretung in derselben bis heute sehr viel zu wünschen übrig lassen, so daß Genossen in denselben Sitz und Stimme haben können, welche das Vertrauen ihrer Werkstättengenossen nicht besitzen, schließlich, damit die Bezirksorganisationen endlich einmal in die Lage versetzt werden, die finanziellen Pflichten gegenüber der Partei (Abnahme von Blocks ꝛc.) gewissenhaft zu erfüllen, stellt die Bezirksorganisation den Antrag:

Der Parteitag der österreichischen Sozialdemokratie möge beschließen, daß in Zukunft alle Betriebe bezirksweise zu § 2-Versammlungen zusammengerufen werden, dort den anwesenden Genossen Werth und Zweck der Bezirksorganisationen durch einen Referenten des Landesausschusses beigebracht wird, sowie die Pflichten gegenüber der Partei erläutert werden. Aus der Mitte solcher Versammlungen sind die Vertrauensmänner, welche die Bezirksorganisationen zu bilden haben, zu wählen.

5. Antrag der Bezirksorganisation Wien VIII:

In Erwägung, daß ein verelendetes Proletariat wohl unzufrieden mit dem drückenden Joch und seiner niedrigen Lebenshaltung ist, jedoch als völlig indifferent und herabgekommen, jedes materiellen und geistigen Rückhalts entbehrend, nicht fähig ist, den Kampf für unsere idealen Ziele mit Bewußtsein und Verständniß zu führen, und daß dieser niederdrückenden Tendenz des Kapitalismus nur eine starke wirthschaftliche Organisation entgegenwirken kann;

in fernerer Erwägung, daß die politischen Aktionen der Sozialdemokratie, das ist das Bestreben nach vollkommener Demokratisirung aller öffentlichen Einrichtungen, nicht möglich ist, ohne daß das Proletariat einen sicheren materiellen Rückhalt hat, weil sonst das Kapitalistenthum dessen wirthschaftliche Ohnmacht und völlige Abhängigkeit benützt, um es mittelst der Hungerpeitsche und ähnlicher Mittel in seinen politischen Bestrebungen zu hindern;

in endlicher Erwägung, daß durch die wirthschaftlichen Organisationen des Proletariats die ökonomische Macht des Unternehmerthums geschwächt und die ungehinderte Entwicklung des Kapitalismus besonders seiner verderblichen Auswüchse gehemmt wird, beantragt die Bezirksorganisation:

Der Parteitag anerkennt die Nothwendigkeit einer starken wirthschaftlichen Organisation. Die Kreis- und Bezirksorganisationen haben deshalb die Frage des möglichst geschlossenen Zusammenwirkens derselben mit der politischen Organisation zu erwägen, insbesondere auch Mittel und Wege vorzuschlagen, wie dies zu erreichen sei. Die Kreis- und Bezirksorganisationen haben über die Ergebnisse ihrer Berathungen an eine von dem Parteitag zu wählende neungliedrige Kommission Bericht zu erstatten, welche auf Grund desselben dem nächsten Parteitag Vorschläge in Bezug auf die Taktik in der Agitation und Organisation zu machen hat. Diese Kommission, ebenso wie die Kreis- und Bezirksorganisationen haben auch die *Schaffung eines* einheitlichen allgemeinen Widerstandsfonds

zu berathen, der eventuell auch zu politischen Zwecken ausgenützt werden kann; ferner hat sich diese Kommission mit der Frage der Wirthschaftsgenossenschaften der organisirten Arbeiter zu beschäftigen.

6. Antrag der Organisationen III und XI:

Zu Punkt 2 des Parteiorganisationsstatuts: Die Bezirksorganisationen bestehen blos aus den Delegirten der localorganisirten Branchen und der politischen Organisationen der Bezirke.

Zu Punkt 4 des Parteiorganisationsstatuts, Absatz 2: Außerdem wählen die Genossen der Holzarbeiter, Metallarbeiter, Bekleidungsindustrie u. s. w. selbstständig Delegirte zum Parteitag.

Der Parteitag beschließt, daß zwanzig Percent der regelmäßigen Parteieinnahmen zur Deckung des Defizits der Erfordernisse für den Inhaftirtenfonds verwendet werden. Jeder sich Parteigenosse Nennende ist verpflichtet, einen regelmäßigen Beitrag für die politische Partei zu leisten; die organisirten Branchen allerorts haben für jeden ihrer einzelnen Angehörigen mindestens 2 kr. monatlich an die Parteikasse abzuführen.

Zukünftig hat mindestens zwei bis drei Wochen vor dem Zusammentritt des Parteitages der Parteibericht zur Ausgabe zu gelangen, um den Genossen ein eingehendes Studium desselben zu ermöglichen.

7. Antrag der Organisation Wien XVII:

1. Die Parteikontrole besteht aus sechs Mitgliedern. Drei derselben domiziliren in Wien, bezw. Niederösterreich, und bilden die Lokalkontrole. Die übrigen drei Mitglieder bilden die Reichskontrole und haben in der Provinz ihren Wohnsitz. Die Lokalkontrole hat vierteljährlich zu revidiren und an die Reichskontrole zu berichten. Die Reichskontrole kontrolirt einmal im Jahre.

2. Nachdem gegenwärtig in Wien keine selbstständige Frauenorganisation besteht, soll auch keine Vertreterin einer solchen vom Parteitag anerkannt werden.

8. Resolution der Volksversammlung am 17. März im XIV. Bezirk, Wien:

Ausgehend von der Erwägung, daß es nothwendig ist, die ökonomische Macht des Proletariats in jeder Beziehung zu organisiren, daß dies jedoch in Oesterreich in Bezug auf die Konsumtionskraft des Proletariats noch gar nicht geschehen;

erklärt der fünfte Parteitag der österreichischen Sozialdemokratie die Wirthschaftsgenossenschaften des arbeitenden Volkes als ein wichtiges Glied in der Kette der Organisationen und fordert die Parteigenossen auf, sich mit der praktischen Durchführung dieser Organisationsform zu beschäftigen.

9. Antrag der Organisation Wien XVIII:

Der Kampf für das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht hat ehebaldigst dem Kampfe für die Erringung des Achtstundentages, sowie der Preß- und Koalitionsfreiheit und der Verbesserung des Gewerbeinspektorengesetzes platzzumachen.

a) Der Parteitag beschließt, die revolutionäre Bedeutung des 1. Mai dadurch zu erhöhen, daß am 1. Mai 1897 und jeden folgenden 1. Mai eine oder mehrere Branchen in den Streik für die Erkämpfung des Achtstundentages zu treten haben. Diese Branchenstreiks haben sich, wenn thunlich, über das ganze Reich zu erstrecken und sind die Streikenden von der gesammten Arbeiterschaft Oesterreichs moralisch und materiell so lange und kräftigst zu unterstützen, bis der Streik zu Gunsten der Arbeiter ausgefallen ist.

b) Zur theilweisen Bestreitung der Unkosten, die derartige Lohnkämpfe verursachen, beschließt der Parteitag, daß alle Genossen und Genossinnen des Reiches, die in Folge ihrer wirthschaftlichen Stellung gezwungen sind, am 1. Mai zu arbeiten, die Hälfte des Tagesverdienstes für den Maifonds abzuliefern haben. Zur Quittirung dieser geleisteten Beiträge sind Marken zu 1 fl., 50 kr. und 25 kr. auszugeben. Dieser Antrag wird schon am 1. Mai 1897 seiner Verwirklichung zugeführt.

10. Antrag der Organisation Wien XVIII:

Der Parteitag empfiehlt den Vertretern, in Zukunft mit allen Mitteln für die Erstarkung der gewerkschaftlichen Organisation und Erringung des Achtstundentages zu wirken.

11. Antrag der Organisation Floridsdorf:

Bei Anstellungen von Parteibeamten sowie bei Gehaltsregulirung hat die Parteivertretung der Wiener Lokalorganisation diesbezügliche Vorschläge zu machen.

Die Vertrauensmänner müssen die Vorschläge in den Bezirksorganisationen zur Diskussion stellen, und erst in der nächsten Sitzung der Wiener Lokalorganisation können diesbezügliche Beschlüsse gefaßt werden.

12. Antrag der Bezirksorganisation Reichenberg:

In Erwägung, daß die Textilarbeiter beiderlei Geschlechtes das verelendetste Fabriksproletariat in Oesterreich sind und in der Textilindustrie mehr Personen wie in jeder anderen Industrie beschäftigt werden, hingegen die Organisation derselben eine kaum nennenswerthe ist, wodurch auch die Organisation der Arbeiter anderer Branchen gehemmt wird; daß ferner die Textilindustriellen als die rücksichtslosesten und in Oesterreich einflußreichsten Unternehmer bekannt sind, beschließt der Parteitag:

1. Daß insbesondere die Parteigenossen aller in Betracht kommenden Orte die Fachbewegung und Organisation der Textilarbeiter beiderlei Geschlechts mit ganzer Kraft zu fördern haben.

2. Sichert der Parteitag in Bezug der sich zeigenden Bewegung für Verkürzung der Arbeitszeit in der Textilindustrie, als auch im weiteren Verlauf dieser Bewegung die möglichste moralische und materielle Unterstützung zu.

Alle Anträge sind künftig sechs Wochen vor dem Parteitag in der „Arbeiter-Zeitung" zur öffentlichen Diskussion zu stellen.

13. Antrag der Bezirksorganisation Reichenberg:

Da die sozialdemokratische Arbeiterpartei sich zur Aufgabe gestellt hat, die Arbeiterschaft zu emanzipiren, in politischer und wirthschaftlicher Richtung aus den Fesseln des Kapitals zu befreien, was nur möglich ist, wenn der Unverstand der Massen beseitigt und die Massen selbst zur Widerstandsfähigkeit erzogen und organisirt werden, um unsere Forderungen und die Gleichberechtigung zu verwirklichen, beschließt der Parteitag:

1. Die Parteigenossen aller Orte haben die Pflicht, neben der politischen Parteithätigkeit in erster Richtung mit ganzer Kraft dahin zu wirken, die Arbeiter und Arbeiterinnen in Fachverbänden zu organisiren und sich diesen Organisationen selbst anzuschließen, da neben dem Kampf um die politische Gleichberechtigung mit widerstandsfähigen und lebenskräftigen Arbeiterorganisationen auch in wirthschaftlicher Richtung für die Verbesserung der Lebenshaltung der Arbeiter, und gegen das herrschende Unternehmerthum gekämpft werden muß.

2. Alle Bestrebungen und Kämpfe der Arbeiter, welche dahin gehen, Angriffe des Unternehmerthums abzuwehren, sind zu unterstützen, ebenso wie jede Bewegung, welche dazu dient, die Arbeitszeit zu verkürzen.

3. Vorbereitete Streiks sollen, ehe sie auf Unterstützung der Gesammtpartei Anspruch haben, von den betreffenden Organisationen, respektive Vertrauenspersonen vorher begutachtet sein.

14. Antrag der Bezirksorganisation Tetschen:

Der Parteitag beschließt die Aufhebung der bestehenden Kreisorganisationen, da dieselben ihrem Zwecke nicht entsprechen, und den Ausbau der Lokalorganisationen.

15. Antrag der italienischen Sektion der sozialdemokratischen Partei Oesterreichs.

In die Parteivertretung werden zum Zwecke der Förderung der Parteiangelegenheiten, jedoch ohne Verletzung des bis jetzt gebräuchlichen föderalistischen Systems, Genossen der verschiedenen Nationalitäten gewählt.

16. Antrag der Kreisvertretung Westböhmen:

Die Parteivertretung wolle ein leichtverständliches Flugblatt über die Grundzüge der Lokalorganisation und den Werth des Blocksystems herausgeben.

17. Anträge der Parteivertretung zur „Parteiorganisation":

Punkt 4, „Parteitag", erster Satz, hat zu lauten: Parteitage finden regelmäßig in jedem Jahre statt.

Punkt 5, „Parteivertretung", erster Absatz: Der Parteitag wählt eine aus sechzehn Personen bestehende Parteivertretung. Acht vom Parteitage zu bestimmende Mitglieder der Parteivertretung bilden den engeren Parteiausschuß, der die laufenden Geschäfte der Partei zu besorgen hat. Die Parteivertretung bestimmt aus ihrer Mitte einen Parteikassier und einen Sekretär. Das Sekretariat und die Kassegeschäfte der Partei sind von der „Arbeiter-Zeitung" zu trennen. Die anderen acht Mitglieder der Parteivertretung bilden die Parteikontrole.

V. Parteipresse.

18. Antrag der niederösterreichischen Kreisvertretung:

VII. Absatz 1 und 2 bleiben unverändert. Absatz 3 soll lauten: Die „Arbeiter-Zeitung" ist Organ der Gesammtpartei und wird der Parteivertretung unterstellt. Desgleichen auch die „Arbeiterinnen-Zeitung". Eventuelle Ueberschüsse fließen den Parteifonds zu.

19. Antrag der Organisation Wien III und XI:

Die „Glühlichter" bleiben unter allen Umständen der Kontrole der Wiener Preßkommission unterstellt.

20. Antrag der Organisation Wien IX:

a) Die „Arbeiter-Zeitung" sei von der Parteivertretung zu trennen; der Chefredakteur ist verpflichtet, mit berathender Stimme den Sitzungen der Parteivertretung beizuwohnen.

b) Es werde eine Kontrolkommission für die „Arbeiter-Zeitung" eingesetzt, welche aus höchstens vier Personen zu bestehen hat, die weder der Parteivertretung, noch dem Personal der „Arbeiter-Zeitung" angehören dürfen, ihren Wohnsitz in Wien haben und dem Parteitag verantwortlich sind.

21. Antrag der Organisation Wien XVII:

Alle in Wien erscheinenden Parteiblätter, Parteischriften 2c. sind der Kontrole der Preßkommission zu unterstellen.

22. Antrag der Organisation Wien XVIII:

Die „Arbeiterinnen-Zeitung" ist ehebaldigst in eine Sonntagsbeilage der „Arbeiter-Zeitung" umzuwandeln.

Die Parteivertretung hat für eine bessere Ausstattung der Maifestzeitung als bisher Sorge zu tragen.

23. Antrag der Organisation Augenthal (Niederösterreich):

Da die Landbevölkerung und der Bauernstand überhaupt größtentheils der sozialdemokratischen Organisation fernestehen, die Versammlungen, welche abgehalten werden, nicht hinreichend sind, nachhaltigen Eindruck hervorzubringen und diesem Stande die nothwendige Aufklärung zu verschaffen, deren er so dringend bedarf, erscheint es nothwendig, ein Organ zu gründen, welches die Interessen des Bauernstandes und der ländlichen Bevölkerung vertritt.

Der Parteitag beschließe: Die Redaktion der „Volkstribüne" habe neben dieser einmal im Monat, u. zw. an dem Freitag, an welchem sie nicht erscheint, ein Blatt für die Interessen der Landgemeinden erscheinen zu lassen. Einem Comité, aus sozialistischen Bauern zusammengesetzt, ist der größtmöglichste Einfluß auf die Haltung des Blattes einzuräumen.

24. Antrag der Bezirksorganisation Waidhofen a. d. Ybbs:

Der Parteitag beschließe: Die „Arbeiter-Zeitung" habe ein Abonnement für ihre Samstag- oder Sonntagnummer zu eröffnen, damit insbesondere den Arbeitern in der Provinz, die nicht im Stande sind, das tägliche Blatt zu abonniren, die Möglichkeit geboten werde, wöchentlich einmal die „Arbeiter-Zeitung" zu kaufen.

25. Antrag der Bezirkskonferenz Warnsdorf-Rumburg:

Der Parteitag wolle den Beschluß der Bezirksorganisation, ein Blatt zu gründen, welches die lokalen Verhältnisse zu beleuchten vermag, gutheißen.

26. Antrag der Kreisorganisation Mittelmähren:

Der Parteitag beauftragt die gesammte Parteipresse, für die ländliche Arbeiterfrage eine spezielle Rubrik einzurichten, in welcher die Lage der Landarbeiter regelmäßig besprochen wird.

27. Antrag der Bezirksorganisation Reichenberg:

In Anbetracht des Umstandes, daß die Presse das Hauptmittel ist, um Aufklärung und Bildung unter die Massen zu bringen, erklärt der Parteitag, alle Kraft darauf zu verwenden, um die derzeit bestehenden Hindernisse der freien Entwicklung der Presse zu beseitigen, und es sei sofort eine Agitation einzuleiten, um vorläufig die Beseitigung des Zeitungsstempels und die Freigabe der Kolportage zu erringen.

28. Antrag der Bezirkskonferenz Graslitz:

In Erwägung, daß die Vertrauensmänner über Alles auf dem Gebiete der Politik, Sozialreform, Streiks und Boykotts unterrichtet sein müssen, wenn sie ihrer Pflicht nachkommen wollen, die täglich erscheinende „Arbeiter-Zeitung" ein reiches Material enthält, welches geeignet ist, die Kenntnisse der Leser zu erweitern; in Erwägung, daß es einer großen Zahl Vertrauensmänner materiell unmöglich ist, die „Arbeiter-Zeitung" zu abonniren, beschließt der Parteitag: den Bezirks-Vertrauensmännern, welche die Mittel nicht besitzen, ist die „Arbeiter Zeitung" gratis zuzusenden.

29. Antrag der Kreisvertretung Westböhmen:

1. Der Parteitag wolle in Berathung ziehen, ob es nicht möglich wäre, einen Verband der politischen Blätter der Partei zu gründen, um in besonderen Fällen sich gegenseitig unterstützen zu können.

2. Die Unterhaltungsromane der „Arbeiter-Zeitung" haben in Zukunft in Buchform zu erscheinen.

VII. Fortschritt der Sozialgesetzgebung in Oesterreich.

30. Antrag der Kreisvertretung Westböhmen:

1. Die Parteipresse möge eine Agitation entwickeln, in welcher hervorgehoben wird, daß eine Arbeiterschutz-Gesetzgebung nur dann wirklich zur Durchführung gelangen kann, wenn solche Unternehmer, welche Arbeiter an der Ausübung ihrer staatsgrundgesetzlich gewährleisteten Rechte durch Maßregelungen hindern, der schärfsten Bestrafung zugeführt werden.

31. Bergarbeiterkonferenz Chodau, 8. März.

Der Parteitag beschließe: Die Gesammtpartei habe die Forderungen der Bergarbeiter, betreffend die Gründung einer Reichsbruderlade, Unterstellung der Bergarbeiter unter das Unfall- und Krankenversicherungs-Gesetz mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln zu unterstützen.

Zur Erringung des Achtstundentages ist von den Arbeitern aller Branchen von nun an eine lebhafte Agitation zu entfalten und sind insbesondere die Bergarbeiter, angesichts ihrer jungen und schwachen Organisation, in ihren Aktionen kräftigst zu unterstützen.

32. Antrag der Bezirksorganisation Tetschen:

Von Seite der Partei sind in ganz Oesterreich Versammlungen einzuberufen, in welchen die Auflösung der Betriebs-Krankenkassen und die Einreihung der Mitglieder in die bestehenden Bezirks- oder Arbeiter-Krankenkassen verlangt wird.

33. Antrag der Kreisvertretung Westböhmen:

Der Parteitag wolle in Berathung ziehen, ob es nicht möglich wäre, eine Agitation zur Beseitigung aller Betriebskrankenkassen zu entfalten.

VIII. Lage und Forderungen der ländlichen Arbeiterschaft.

34. Antrag der Bezirksorganisation Tetschen:

Der Parteitag beschließe die Verfassung und Verbreitung einer billigen Flugschrift, in der die ländliche Arbeiterfrage behandelt wird.

35. Antrag der Organisation Wien XVIII:

Der Parteitag beschließt die Gründung eines monatlich zweimal erscheinenden Organs für die ländliche Arbeiterschaft.

36. Antrag der Bezirksorganisation Wien IX:

Der Parteitag beschließe: Eine Verhüllung der letzten Ziele der Sozialdemokratie ist nicht geeignet, die Agitation auf dem flachen Lande zu fördern; vielmehr gilt es ebenso durch zweckmäßige Klarlegung unserer Prinzipien, als auch insbesondere durch eine lebhafte Agitation gegen die bäuerliche Gesindeordnung jene Schichten der Landbevölkerung für uns zu gewinnen, welche in ihrer Masse allein für uns zu gewinnen sind: die Landarbeiterschaft und jenen Theil der Kleinbauern, welche sich nur mehr durch einen Scheinbesitz von dem ländlichen Proletariat unterscheiden.

37. Antrag der Kreisvertretung Westböhmen:

In Gegenden, wo die bäuerliche Bevölkerung vorherrschend, sind Volksbildungsvereine zu gründen.

38. Antrag der mittelmährischen Kreisorganisation:

In Gegenden, wo die bäuerliche Bevölkerung vorherrschend ist, sind Bildungsvereine auf gewerkschaftlicher Grundlage zu errichten.

X. Allgemeine Partei-Angelegenheiten.

39. Antrag der organisirten Bucharbeiter Wiens:

Der Parteitag betrachtet die Ausnützung der ökonomischen Macht des Proletariats, insbesondere jener, welche in der Organisirung des Konsums liegt, zu Zwecken des gewerkschaftlichen und politischen Kampfes für wünschenswerth, und empfiehlt den Genossen allerorts, an den Konsumgenossenschaften sich zu betheiligen, sie unter ihre Leitung zu bringen und die Reingewinne allgemeinen Zwecken zuzuführen.

40. Antrag der politischen Organisationen Wien VII und VIII:

In Erwägung, daß das Proletariat den Kampf gegen die Ausbeutung auf allen Gebieten zu führen, daher auch alle ihm zu Gebote stehenden Machtmittel zusammenzufassen und zu organisiren hat;

in weiterer Erwägung, daß die in dem Konsum der arbeitenden Klassen gelegene gewaltige ökonomische Potenz in Oesterreich bisher in die Organisationsarbeit fast gar nicht einbezogen wurde;

erklärt der fünfte Parteitag der österreichischen Sozialdemokratie es für nothwendig, auch den Konsum des arbeitenden Volkes zu organisiren, um diese Organisation für die Zwecke der Arbeiterbeweaung in jeder Richtung auszunützen, und fordert die Genossen allerorts auf, sich mit der praktischen Durchführung dieser Organisationsform, sowie mit der Verbindung derselben mit den anderen Organisationen eingehend zu beschäftigen.

41. Antrag der Organisation Wien XVII:

Kalender, Broschüren, Maizeichen 2c. dürfen nur in solchen Geschäften hergestellt werden, die den Forderungen der Organisation Rechnung tragen. Die Geschäfte der Partei sind von jenen der „Arbeiter-Zeitung" zu trennen. Parteigelder sind nur durch den Parteikassier, Gelder der „Arbeiter-Zeitung" durch deren Kassier zu verwalten.

Es wird jedem Parteigenossen zur Pflicht gemacht, einem politischen Verein anzugehören.

42. Antrag der Organisation Wien XVIII:

Der Parteitag beschließt, daß die Parteivertretung in Zukunft bei Vergebung von größeren Arbeiten an Privatunternehmer immer vor der definitiven Vergebung die competenten Gewerkschaftsorganisationen zu befragen habe, ob gegen einen der mit diesen Arbeiten zu betrauenden Unternehmer etwas vorliege.

43. Antrag der Lokalorganisation Machendorf:

Der Parteitag habe sich mit der Frage der Deckung der Parteibedürfnisse zu beschäftigen.

44. Antrag der Lokalorganisation Kratzau:

Alle Anträge, die dem Parteitag zur Besprechung vorgelegt werden, sind mindestens 6 Wochen vor Abhaltung desselben durch die „Arbeiter-Zeitung" bekanntzugeben.

45. Antrag der Bezirksorganisation Aussig a. d. Elbe:

Der Parteitag hat den Ort, an dem der nächste Parteitag stattzufinden hat, festzustellen.

46. Antrag der Tabakarbeiter:

Die Tabakarbeiter stellen an den Parteitag das Ersuchen, dahin wirken zu wollen, daß die Arbeiterschaft, die in den 28 bestehenden k. k Tabakfabriken in Oesterreich beschäftigt ist, in Verbindung gebracht werde, so daß eine Gewerkschaft der vereinigten Tabakfabriksarbeiter zu gründen wäre.

Sonach sollen die Arbeiter aller 28 Fabriken ihre Forderungen zu gleicher Zeit in Gesuchsform der k. k. Generaldirektion der Tabakregie in Wien unterbreiten, und zwar: 1. Einführung der achtstündigen Arbeitszeit. 2. Lohnerhöhung. 3. Entsprechende Altersversorgung (Pension). 4. Freigabe des 1. Mai.

Die weiteren Schritte zur Durchführung dieses Antrages sollen der Parteivertretung überlassen werden.

Allgemeiner Bericht.

Die Geschichte der Sozialdemokratie von Ostern 1894 bis Ostern 1896 schreiben wollen, hieße die politische Geschichte Oesterreichs in dieser Zeitperiode zu schreiben versuchen. Ohne politische Rechte, ohne Vertretung im Parlament hat die klassenbewußte Arbeiterschaft Oesterreichs es zu Wege gebracht, ein gewichtiger politischer Faktor zu werden. Gegen sie steht die ganze Macht der besitzenden Klassen, steht die ganze Maschinerie der Gesetzgebung, der Justiz, der Verwaltung. Aber immer mehr werden die Herrschenden in eine Vertheidigungsposition gedrängt, immer stärker wird der Ansturm.

Der Wiener Parteitag (Ostern 1894) hat der Parteivertretung die klare Richtschnur gegeben, die gesammte äußere Thätigkeit der Partei zunächst auf die Erringung des Wahlrechtes zu konzentriren und die innere Organisation möglichst rasch und mit allen Kräften zu fördern, um die Partei schlagfertig zu machen und, wenn nöthig, ihre ganze Kraft auf einen Punkt und einen Moment vereinigen zu können. Wir standen der Koalition und ihrer Regierung gegenüber, jener ebenso gewissenlosen als unfähigen Verschwörung gegen die Arbeiterklasse, deren Name eines der schmutzigsten Blätter in der Geschichte Oesterreichs bezeichnet. Das nächste Ziel der Partei mußte sein, diese Regierung, die die Wahlreform als ihre erste und wichtigste Aufgabe erklärt hatte, zu zwingen, sie wirklich in Angriff zu nehmen und damit ihren Bankerott offenbar zu machen. Die Koalitionsregierung mußte gezwungen werden, zu zeigen, daß sie ebenso unfähig sei, die Wahlreform zu machen, wie sie zu verhindern. Nachdem der Reichsrath im Juni resultatlos auseinander gegangen war, setzte die Gesammtvertretung der Partei in einer Ende Juli gehaltenen Konferenz den Agitationsplan für den Sommer und Herbst fest. Versammlungen im ganzen Reiche, Flugschriftenvertheilungen, „Massenspaziergänge" und Straßendemonstrationen in Wien und in allen größeren Provinzorten zeigten, daß die Arbeiterschaft nicht geneigt sei, sich von Koalition und Regierung am Narrenseile führen zu lassen. Mit der Wiedereröffnung des Parlaments aber war der Moment gekommen, die Regierung zu einem Schritte nach vorwärts zu drängen. Die denkwürdige Massenversammlung am 18. Oktober im Sofiensaale zu Wien beauftragte den Abgeordneten Pernerstorfer, einen Dringlichkeitsantrag einzubringen, der Wahlreformausschuß habe sofort in die Berathung der ihm vorliegenden Anträge einzugehen und binnen drei Wochen zu berichten. Die leidenschaftliche Kraft jener Versammlung und ihr blutiges Nachspiel, der Ueberfall der heimziehenden Arbeiter auf der Ringstraße, hinderten nicht, daß der Antrag von den Koalitionsparteien stumm niedergestimmt wurde und der Stumpfsinn des Ministerpräsidenten Windischgrätz fand keine andere Antwort, als daß er „der Argumente von der Straße nicht bedürfe". Aber sechs Wochen später mußte die Regierung thun, was sie am 19. Oktober so hochnäsig verweigert hatte; am 27. November betrat die Regierung den ihr von der Versammlung im Sofiensaal vorgeschriebenen Weg: sie übertrug dem Wahlreformausschuß die Aufgabe, selbst einen Entwurf auszuarbeiten. Die Regierung war somit fertig, es erübrigte noch, daß die Parteien selbst ihren bösen Willen und ihre Unfähigkeit enthüllen. Wozu die Regierung ein Jahr gebraucht hatte, das vollendete der Ausschuß in sechs Monaten. Die

Kraft der Wahlrechtsbewegung hatte die Vertheidiger des Besitzstandes aus dem einen Winkel vertrieben, es galt, um ihnen zu zeigen, daß sie im anderen nicht sicherer seien. Die Sozialdemokratie hatte gewiß nicht die Macht, die herrschenden Parteien zu einer bestimmten Wahlreform zu zwingen, aber sie war mächtig genug und gebrauchte ihre Mittel mit aller Wucht, um zu verhindern, daß die Wahlreform vereitelt werde. Die Konferenzen der Gesammt-Parteivertretung im Jänner und im April 1895 beschlossen, die Wahlrechtsbewegung zum rückhaltslosen Ausdruck der Entrüstung der Massen werden zu lassen. Die Koalition versteckte sich in das geheime Subkomité und während die Minister und Parteiführer öffentlich verlogene Versprechungen häuften, galt den zehn Männern des Subkomités jeder Tag als Gewinn, um den sie ihre Verhandlungen verzögerten. Die Doppelzüngigkeit und Perfidie der Koalition erreichte ihren Gipfel, aber auch die Erbitterung der Arbeiterschaft im ganzen Lande. Umsonst setzte die Regierung alle ihre Büttel in Bewegung. Das Koalitionsministerium war die schwächlichste und empfindlichste, aber zugleich die grausamste Regierung, die Oesterreich jemals gehabt hat. Die politischen Verfolgungen wuchsen in einem Maße, wie niemals zuvor. Man war zu vorsichtig, die Redner vor die Geschwornen zu stellen, ließ sie aber massenweise von den Bezirksgerichten verurtheilen. Die Presse mußte eine wahre Orgie von Konfiskationen über sich ergehen lassen und die Regierung versuchte, neben das objektive Verfahren die subjektive Verfolgung zu setzen, was freilich eine fast ununterbrochene Reihe von Freisprüchen zur Folge hatte und nur zeigte, welcher krasse Gegensatz zwischen offizieller „Rechtspflege" und dem Rechtsgefühle selbst bürgerlicher Geschwornen bestehe. Trotz aller Opfer, die jede Demonstration kostete, setzte die Sozialdemokratie mit zäher Ausdauer ihre Taktik fort. Die Märzdemonstration in Wien, die Maifeier in ganz Oesterreich zeigten ein fortwährendes Anschwellen der Bewegung und bewiesen, daß es kein leeres Wort war, das am 18. Oktober im Sofiensaale gesprochen wurde: Keine Ruhe in Oesterreich, bevor das Wahlrecht erkämpft ist.

Als die Regierung das Parlament noch einmal auseinander gehen lassen wollte, ohne Farbe zu bekennen, brachte ihr die Versammlung in der Volkshalle am 30. Mai und eine dem Ministerpräsidenten persönlich gewidmete Straßendemonstration zu Bewußtsein, daß das unmöglich sei und das Subkomité entschloß sich am 3. Juni, die ganze Schande der Koalition offenbar werden zu lassen. Die Wahlreform des Subkomités wurde von der Arbeiterschaft nicht mit Entrüstung, sondern mit schneidendem Hohne aufgenommen. Der Kreis war vollendet: erst die Regierung und nunmehr die Parteien waren zum Einbekenntniß ihres Bankerotts — nichts Anderes war jener Entwurf — gezwungen. Zwei Wochen später verschwand schmachbedeckt das Koalitionskabinet.

Mit dem Sturze der Koalitionsregierung war nicht nur die Verschleppungstaktik in Sachen der Wahlreform beseitigt, sondern auch der gefährlichste und verhaßteste Plan, den Arbeitern ihr Wahlrecht zu verderben. Alle von der Koalition ausgeheckten und insbesondere von der liberalen Partei beeinflußten Projekte gingen darauf hinaus, nicht nur den Privilegirten den Besitzstand zu wahren, sondern sie auch vor der Berührung mit der Sozialdemokratie zu schützen. Der oberen Schichte der industriellen Arbeiterschaft sollten, weil es denn sein mußte, Mandate gewährt werden, aber kein Wahlrecht. Die besser gezahlten seßhaften Arbeiter sollten in eine Arbeiterkurie eingeschachtelt werden (Arbeiterkammern, Projektentwurf des Subkomités), im besten Falle mit einer gewissen Schichte der anderen Rechtlosen zusammenwählen, aber ja nicht mit den bisherigen Wählern (leitende Grundsätze und Antrag Rutowski). Garantie einer Anzahl von Parlamentssitzen, aber Verzicht auf das Element des Klassenkampfes in der Wahlagitation, das war die Zumuthung, die von der klassenbewußten Arbeiterschaft mit aller Entrüstung zurückgewiesen und mit der Koalition begraben wurde.

Was nun werden sollte, wußte Niemand und eine abwartende Haltung der Partei war naturgemäß geboten. Als nach der provisorischen Regierung Kielmansegg das Kabinet Badeni in Sicht kam, zeigten Massenversammlungen in allen Provinzen, daß die Partei auf dem Platze und entschlossen sei, den Kampf weiter zu führen. Die staatsmännischen Qualitäten des Grafen Badeni waren durch die Erfahrungen unserer galizischen Genossen und der ruthenischen Bauernschaft bekannt genug, und als sich der Macher der galizischen Landtagswahlen als Minister für „Gerechtigkeit" einführte, wußte Jedermann, was davon zu halten sei. Aber selbst einem Badeni war klar gemacht worden, daß Neuwahlen mit der alten Wahlordnung unmöglich seien und wenn er ausdrücklich bestritt, daß die Einbringung seiner Wahlreform etwa von dem Ungestüm radikaler Parteien und noch radikalerer Parteiführer erzwungen sei, so bestätigte er durch diese Verwahrung, was er leugnen wollte. Die Wahlreform Badeni bringt statt der Arbeiterkurie der Koalition die fünfte Kurie des allgemeinen Wahlrechts. Sie verknüpft das Grundprinzip jeder wirklichen Volksvertretung mit dem bornirten Egoismus der Erhaltung des Besitzstandes der privilegirten und macht die österreichische Verfassung zu einem widersinnigen Monstrum. Dem Urtheile der Arbeiterschaft darüber wurde in Versammlungen wie in der Presse unzweideutiger Ausdruck gegeben, und diese Wahlreform, die im Ausschusse fertig gestellt und deren Annahme im Parlamente unzweifelhaft ist, kann nur unter dem entschiedenen Proteste des Proletariats Gesetz werden. Sache des Parteitags wird es sein, die weitere Taktik zu bestimmen, aber ohne seinen Beschlüssen vorzugreifen, dürfen wir wohl sagen, die Wahlreform Badeni bedeutet keinesfalls mehr als eine Episode auf dem Wege zum allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrecht.

War die Wahlrechtsbewegung naturgemäß der Mittelpunkt der gesammten Agitationsthätigkeit der Partei, so hat sie sich keineswegs darin erschöpft. Schritt für Schritt wurde zu jeder Erscheinung des öffentlichen Lebens, die das Interesse der Arbeiterklasse berührt, in öffentlichen Versammlungen Stellung genommen, und die Sozialdemokratie hat, ohne eine Vertretung zu haben auf den Brettern, die die politische Welt bedeuten, sich jeder Zeit vernehmbar zu machen gewußt. Wenn Einzelheiten dem mündlichen Bericht überlassen bleiben müssen, so sei doch ein Punkt hervorgehoben. Der Wiener Parteitag hatte es als eine der dringendsten Aufgaben der Sozialdemokratie bezeichnet, der Bergarbeiterschaft mit aller Kraft zur Seite zu stehen. Nur zu bald sollte die Gelegenheit dazu kommen. Am Anfange der Berichtsperiode stehen die großen Streiks der Bergarbeiter in Westböhmen und Ostrau, deren Andenken verknüpft ist mit der Hinschlachtung von Proletariern in Falkenau und Polnisch-Ostrau; und wenn der Parteitag in Prag zusammentritt, wird noch die Erregung nachzittern, die der grandiose Streik in Ostrau—Karwin hervorgerufen. Mit Rath und That, an Ort und Stelle durch Verstärkung der agitatorischen Kräfte und möglichste Unterstützung durch Geldmittel, im Mittelpunkte des Reiches durch Beeinflußung der öffentlichen Meinung mittelst der Presse und in Versammlungen, ist die Vertretung der Sozialdemokratie den Bergarbeitern nach Kräften hilfreich zur Seite gestanden, und sie darf es für sich in Anspruch nehmen, ernstlich dazu beigetragen zu haben, daß diese Proletarierschichte, die gegen die mächtigsten Ausbeutergruppen Oesterreichs ihr Recht durchzusetzen hat, rasche Fortschritte in ihrer Organisation macht.

Die politische Organisation der Partei hat der letzte Parteitag neugestaltet und die vorliegenden Berichte der einzelnen Kreisorganisationen bezeugen, daß sie sich im Ganzen bewährt hat. Damit soll nicht gesagt sein, daß sie in allen Punkten auch für die Zukunft aufrecht zu halten sei. Im Gegentheile, es ist ein Beweis des raschen Fortschreitens der einzelnen Organisationen,

daß sie an einzelnen Punkten ihren eigenen Rahmen sprengen, daß die Aufgaben wachsen mit ihren Erfolgen und daß neue Mittelpunkte geschaffen werden müssen, weil, was gestern noch neu erobertes Gebiet war, heute bereits fester Besitz und Ausgangspunkt weiteren Ausgreifens ist. Die Parteivertretung hat nicht nur ihre Mitglieder mehrfach zu Agitationsreisen in allen Kreisen entsendet, sondern sie hat auch mit wenigen Ausnahmen sämmtliche Kreiskonferenzen beschickt und die Einheitlichkeit und das prompte Ineinandergreifen der Organisationen zu fördern gesucht.

Ausdrücklich sei festgestellt, daß die Sozialdemokratie nicht umsonst daran gearbeitet hat, die Anwendung des Gesetzes zu erzwingen und daß in der letzten Zeit das Recht der Arbeiterklasse auf Organisation weniger häufig gesetzwidrigen Einschränkungen ausgesetzt war. Der vollendeten Thatsache der Organisation folgte ihre widerwillige aber unvermeidliche Anerkennung.

Das Verhältniß zur Organisation der czechischen und polnischen Sozialdemokratie, gewährleistet durch die Gemeinsamkeit der Ziele wie der Taktik und durch volle Selbstständigkeit in der Organisation und Aktion, blieb das der festesten Solidarität. Mit Stolz können wir sagen, daß die Sozialdemokratie des vom Sprachenstreit zerrissenen Oesterreich nicht einen einzigen Punkt zu verzeichnen hat, an dem nationaler Zwist die gemeinsame Arbeit gestört hätte. Wir verzeichnen mit Freude das Aufblühen der czechischen Organisation, die in wenigen Monaten nachgeholt hat, was zwei Jahre Prager Ausnahmszustand sie kostete, und die Erfolge, die unsere galizischen Genossen auf schwierigstem Boden trotz der Fuchtel der Badenis zu erringen wußten. Die italienische und slovenische Organisation stehen in ihren Anfängen, aber sie schreiten trotz aller Hindernisse rasch voran.

Die letzten Jahre waren zu bewegt, um zu der vom Parteitage als nothwendig anerkannten Revision des Parteiprogramms die Muße zu gönnen. Aber gerade die politische Thätigkeit zwang in einem Punkte zur Ergänzung des Programms. Die Aufwühlung des malkontenten Wiener Kleinbürgerthums, seine Organisirung zur antisemitischen Partei und ihre Erfolge gaben der von den Parteiinteressen der abgewirthschafteten Liberalen beeinflußten Regierung Gelegenheit zu dem Fehler, die Wiener Gemeinderathswahlen zu einer politischen Frage werden zu lassen. Sie versäumte diese Gelegenheit nicht und wußte sich gründlich in's Unrecht zu setzen. Die Sozialdemokratie, zunächst durch den Wahlrechtskampf voll in Anspruch genommen, stand dem Kampfe zwischen Liberalen und Antisemiten unparteiisch und zunächst auch unthätig gegenüber, trotzdem der letzte Parteitag das Eingreifen auch bei Gemeindewahlen als nöthig bezeichnet hatte. Als es aber zum zweiten Male im Jahre 1895 zu Neuwahlen für den Gemeinderath kam, war die Koalition verschwunden, dagegen alle Schichten der Wiener Bevölkerung so erregt, daß die Sozialdemokratie nicht bei Seite stehen konnte und durfte. Sie mußte den Anspruch des Proletariats auf das Gemeindewahlrecht geltend machen und zugleich den Kliqueninteressen, die sich hinter liberalen und antisemitischen Phrasen versteckten, die Interessen der Masse der arbeitenden Bevölkerung gegenüberstellen. Diesem Bedürfnisse wurde genügt durch Ausarbeitung und Aufstellung des kommunalen Programmes, das die Grundsätze der Sozialdemokratie auf die Gemeindeverhältnisse anwendet. Der Erfolg dieser Aktion konnte sich nicht in dem Resultat der Wahl ausdrücken, aber der Erfolg für die sozialdemokratische Agitation und Propaganda war ein durchaus zufriedenstellender. So ist der Kampf um die Gemeinde, den die Genossen in vielen Provinzorten schon lange und zum Theil mit Erfolg führen, auch in Wien eröffnet worden.

Der wichtigste Fortschritt der politischen Partei war jedoch die Erringung *einer neuen* Waffe, die Gründung des ersten sozialdemokratischen Tag-

blattes in Oesterreich. Eine späte und magere Frucht unserer Agitation gegen die Knebelung der Presse und insbesondere gegen die Fesseln ihrer Verbreitung war zwar nicht die angestrebte Freigebung der Kolportage, aber doch die Aufhebung der Schranken des Zeitungsverschleißes, der früher eine Gnade der Regierung, nun zu einem Recht wurde. So kläglich klein diese im Juli 1894 zu Stande gekommene Preßreform war, so eröffnete sie doch die Möglichkeit der Verbreitung einer Tagespresse und damit war die Verpflichtung gegeben, die von allen Parteitagen und Organisationen unzählige Male stürmisch verlangte Gründung des Tagblattes vorzunehmen. Die Parteivertretung beschloß, das Zentralorgan der Partei, die „Arbeiter-Zeitung", bis dahin zweimal wöchentlich erscheinend, vom 1. Jänner 1895 in ein Tagblatt umzuwandeln. Die Sammlungen für den Preßfond wurden sofort aufgenommen und obwohl sie lange nicht das gewünschte Resultat erreicht hatten, an's Werk gegangen, in dem Vertrauen, daß die Parteigenossen das Blatt, das sie als nothwendig erkennen, zu erhalten wissen werden. Die bewährte Solidarität der Sozialdemokraten Deutschlands äußerte sich auch bei dieser Gelegenheit durch einen sehr namhaften Beitrag zum Gründungsfond. Wenn auch heute noch die finanziellen Schwierigkeiten, mit denen die „Arbeiter-Zeitung" zu kämpfen hat, keineswegs überwunden sind, so können wir auch in dieser Beziehung ohne Bangen in die Zukunft sehen. Die „Arbeiter-Zeitung" hat sich die Anerkennung der Freunde und fast mehr noch der Feinde zu erkämpfen gewußt, und man kann sich die österreichische Sozialdemokratie schon heute nicht mehr ohne die Waffe der Tagespresse denken. Nicht nur dem politischen Kampfe, vor Allem der Wahlrechtsbewegung, sondern auch der gewerkschaftlichen Organisation und dem Lohnkampfe ist die tägliche „Arbeiter-Zeitung" wesentlich zu Gute gekommen. Unser Parteiorgan bedarf nur einer größeren Verbreitung, um bald weitere Zuschüsse entbehrlich zu machen und völlig auf eigenen Füßen zu stehen.

Während des Sturmes des Wahlrechtskampfes mußte so eine neue Waffe geschmiedet werden. Aber noch nach einer dritten Seite entwickelte sich die Organisation des Proletariats zu derselben Zeit in bedeutungsvollster Weise. Die gewerkschaftliche Organisation ist gerade in diesen letzten Jahren mit einer Schnelligkeit und Energie gewachsen, die am besten zeigt, daß politische und gewerkschaftliche Organisation, weit davon entfernt, Gegensätze zu sein, einander bedingen, ja zwei Seiten einer und derselben Sache sind. Nicht also irgend ein Gegensatz, sondern die nothwendige Rücksicht auf das reaktionäre Vereinsgesetz und das Bedürfniß nach Theilung der Arbeit hat zur selbständigen Trennung der gewerkschaftlichen Organisation geführt, die nun in der Gewerkschaftskommission Vertretung gefunden hat. Wie die Gewerkschaft in keiner Proletarierschicht ernten kann, wo nicht die Sozialdemokratie vorher gesäet hätte, so weiß ihrerseits die politische Partei, daß sie ihre Kerntruppen in den gewerkschaftlich bestorganisirten Arbeitern hat.

So hat die Arbeiterklasse Oesterreichs in den zwei Jahren höchster Anspannung ihrer Kräfte im Kampfe ihre politische und gewerkschaftliche Organisation wesentlich gestärkt und sich neue Waffen dienstbar gemacht. Die Sozialdemokratie steht trotz aller Opfer der Gesammtheit und der Einzelnen wehrhafter, kampfesfreudiger und mächtiger da, als je zuvor. Die besitzenden Klassen und ihre Organisation, der Staat, fangen an, die täglich wachsende Kraft des Proletariats zu fühlen, aber was sie ihr entgegenzusetzen haben, ist nicht Kraft, sondern nur — Gewalt. Die Sozialdemokratie Oesterreichs steht in den Anfängen ihres Werkes, aber sie weiß, daß sie es vollenden wird.

Der Parteivertretung ist ein Mitglied durch den Tod entrissen worden. Unser lieber Genosse Ignatz Saska, der seit dem Hainfelder Parteitag treu und

tapfer in unseren Reihen kämpfte, starb nach langer Krankheit am 11. Jänner 1896 zu Innsbruck, betrauert von Allen, die ihn kannten. Ehre seinem Andenken!

Am 5. August 1895 starb zu London Friedrich Engels. Die österreichische Arbeiterschaft, das kämpfende Proletariat der ganzen Welt, trauerte an seinem Sarge. Die internationale Sozialdemokratie ehrt sein Andenken, indem sie in seinem Geiste fortschreitet, indem sie nützt, was sie von ihm gelernt.

Kassa-

A. Einnahmen.

Im Monate	Unterstütz.-Fond: Beiträge fl.	kr.	Maifestschr. u. Zeichen fl.	kr.	Von den gesammten Einnahmen entfallen: Block fl.	kr.	Aus Part.-Untern. fl.	kr.	Maifestschriften u. Zeichen fl.	kr.	Provinz-Beitr. für Versamml. fl.	kr.	Diverse fl.	kr.	Darlehen von der Arb.-Kta. fl.	kr.	Zusammen fl.	kr.
1894																		
März	93	99	94	61	68	46	—	—	—	—	83	41	63	76	—	—	404	23
April	46	70	—	—	207	71	—	—	—	—	197	47	—	—	—	—	451	88
Mai	43	12½	—	—	57	46	—	—	—	—	96	22	10	—	—	—	206	80½
Juni	20	88	—	—	162	09	—	—	—	—	62	24	—	—	—	—	245	21
Juli	88	18	—	—	153	29	—	—	—	—	14	77	110	12	—	—	366	36
August	33	45	—	—	129	08	—	—	—	—	27	—	4	53	—	—	194	06
September	63	32	—	—	62	21	—	—	—	—	76	26	—	—	—	—	201	79
Oktober	46	19½	—	—	170	54	—	—	—	—	540	50	—	—	—	—	757	23½
November	57	10	—	—	46	31	—	—	—	—	365	—	—	—	—	—	468	41
Dezember	23	68	—	—	126	54½	—	—	—	—	92	80	—	—	—	—	243	02½
1895																		
Jänner	131	24	—	—	134	24	—	—	—	—	125	—	—	—	616	86	1007	34
Februar	67	32	—	—	—	—	100	—	—	—	31	75	—	—	—	—	199	07
März	34	72	—	—	162	50	—	—	—	—	18	50	—	—	—	—	215	72
April	120	88	—	—	139	75	—	—	—	—	130	91	—	—	—	—	391	54
Mai	54	—	—	—	12-	75½	—	—	—	—	34	44	—	—	—	—	217	19½
Juni	46	03	—	—	100	39	—	—	—	—	43	30	—	—	—	—	189	72
Juli	249	58½	—	—	130	82	—	—	—	—	87	78	—	—	—	—	468	18½
August	168	28	—	—	100	—	—	—	—	—	31	—	18	20	—	—	317	48
September	78	61	480	36	184	95	53	88	780	37	—	—	100	—	—	—	1678	17
Oktober	142	81	—	—	145	04	—	—	—	—	181	80	—	—	—	—	469	65
November	205	15	—	—	320	10	—	—	—	—	62	—	—	—	—	—	587	25
Dezember	77	70	—	—	153	09	—	—	—	—	22	—	100	—	—	—	352	79
1896																		
Jänner	97	74	—	—	189	99	—	—	—	—	40	80	100	—	—	—	428	53
Februar	149	32½	—	—	330	37	100	—	801	10	60	48	100	—	769	98	2311	25
Summe	2140	01	574	94	3403	69	253	88	1581	47	2425	43	606	61	1386	84	12372	87

Aus dem Kassenbericht, den wir hier anschließen, ist zu ersehen, daß die Mittel für die Partei nur spärlich eingeflossen sind und die Genossen werden alles aufbieten müssen, um die Partei materiell zu stärken und dieselbe auch in dieser Hinsicht aktionsfähiger zu gestalten.

Nachstehender Bericht umfaßt die Zeit vom 1. März 1894 bis 29. Februar 1896.

bericht.

B. Ausgaben.

Im Monate	Von den genannten Ausgaben entfielen auf													
	Unterstützungen		Straf- und Prozeßkosten		Agitation und Reisespesen		Gehälter und Verwaltung		Diverse		Gewährte Darlehen		Zusammen	
	fl.	kr.	fl.	kr.	fl.	kr.	fl.	kr.	fl.	kr.	fl.	kr.	fl.	kr.
1894														
März	235	—	20	—	1237	30	97	—	213	28	40	—	1842	58
April	217	—	20	—	159	68	150	72	3	—	30	—	580	40
Mai	123	—	—	—	484	98	110	62	5	—	—	—	723	60
Juni	150	—	—	—	201	77	90	—	—	80	42	31	484	88
Juli	113	—	10	—	407	64	72	—	6	81	30	—	639	45
August	162	90	15	53	25	90	72	—	1	—	50	—	327	33
September	158	—	86	—	181	95	72	—	—	—	—	—	497	95
Oktober	232	—	68	60	24	50	90	—	5	70	—	—	420	80
November	165	50	100	—	244	55	95	34	1	80	20	—	627	09
Dezember	114	—	—	—	81	80	98	—	—	—	—	—	293	80
1895														
Jänner	134	50	616	86	170	65	72	—	5	25	—	—	999	26
Februar	139	—	—	—	68	41	92	40	—	—	—	—	299	81
März	128	—	41	26	69	03	90	—	4	40	—	—	332	69
April	120	50	—	—	183	90	84	40	—	—	—	—	388	80
Mai	113	50	—	—	138	78	72	—	9	—	—	—	333	28
Juni	182	50	—	—	308	32	92	—	9	60	—	—	592	42
Juli	167	—	—	—	131	05	100	21	6	02	—	—	404	28
August	184	—	6	66	116	74	90	—	1	25	—	—	398	65
September	165	50	—	—	11	—	83	35	72	85	—	—	332	70
Oktober	155	50	40	90	353	57	89	59	2	34	—	—	641	90
November	173	—	—	—	30	75	90	—	—	—	—	—	293	75
Dezember	92	—	—	—	38	51	118	13	1	69	—	—	250	33
1896														
Jänner	126	—	95	—	28	90	113	67	—	—	—	—	363	57
Februar	134	50	—	—	20	70	133	35	14	90	—	—	303	45
Summe	3685	90	1120	81	4720	38	2268	78	364	69	212	31	12372	87

Einnahmen für den Agitationsfond

in der Zeit vom 1. März 1894 bis 29. Februar 1896.

	Sammlungen fl.	kr.	Blocks fl	kr.
Asch	8	-		
Altrohlau	13	—		
Bautsch	16	—		
Bielitz	74	50		
Bensen-Tetschen	31	47		
Berlin	9	15		
Braunau	15	–		
Brünn	14	—	86	82
Bodenbach	5	–		
Budapest	2	—		
Bukarest	14	43		
Donaufeld	5	-		
Eger	8	—	20	–
Eisenerz	10			
Feldkirch	5	–		
Friedek	2	–		
Freudenthal	8	–		
Fulnek	3	–		
Falkenau	12	50	29	07
Gmunden	13	-		
Graz	25	—	80	92
Graslitz	8	—		
Hallein	19	–		
Haslau	4	-		
Hohenelbe	6	70		
Jägerndorf	49	–	130	14
Jauernig	11	30		
Joachimsthal	9	-		
Judenburg	1	–		
Innsbruck	—	-	44	20
Kapfenberg	11	–		
Kindberg	12	—		
Kittlitz	5	—		
Königsberg	6	50		
Knittelfeld	18	—		
Kratzau	33	—		
Krumau	25	—		
Landskron	13	–		
Leoben	40	—		
Liebenstein	5	–		
Linz	51	—	25	—
Lipnitz	7	50		
Litschkau	2	45		
Mähr.-Ostrau	37	—		
Mähr.-Schönberg	16	—		
Mähr.-Trübau	12	—		
Mürzzuschlag	36	30		
Uebertrag...	722	80	416	45

	Sammlungen fl.	kr.	Blocks fl	kr.
Uebertrag...	722	80	416	45
Neustadt-Oskau	12	—		
Neutitschein	11	30		
Niedergrund	12	-		
Odrau	6	–		
Olmütz	3	60		
Paris	65	10		
Pinkafeld	8	4[illegible]		
Privos	10	50		
Rankweil	4	—		
Radautz	6	42		
Reichenberg	—	—	205	25
Römerstadt	10	–		
St. Remo	150	-		
Roßbach-Granesau	10	–		
Salzburg	20	–		
Sarajewo	3	40		
Schönlinde	5	–		
Steinschönau	7	-	68	65
Sternberg	14	–		
Steyr	47	65		
Teplitz	30	—	47	–
Triest	1	40		
Treppau	17	–		
Trofaiach	1	60		
Vares, Bosnien	7	3		
Villach	55	—	30	–
Warnsdorf	36	—		
Wagstadt	4	—		
Wels	32	–		
Wartberg	8	–		
Wigstadtl	23	—		
Winterthur	1	–		
Wien	941	75	2573	09
Zöptau-Frankstadt	16	—		
Zwittau	34	10		
Zuckmantel	3	—		
Von den czech. Organisat.	—	-	63	25
Verschiedene Sammlungen	75	-		
Parteiunternehmen	253	88		
Maifestschriften u. -Zeichen	1581	47		
Diverse	606	61		
Darlehen v. d. Arbeit.-Ztg.	1386	84		
	6254	23	3403	69
			6254	23
Unterstützungsfond			2714	95
Zusammen			12372	87

Berichte.

Kreis Nieder-Oesterreich. Organisation. In der Provinz Nieder-Oesterreich wurde in der Zeit vom IV. bis zum V. Parteitag seitens unserer Genossen sehr rührig gearbeitet. Nicht nur der Agitation, sondern auch der Organisation wurde Rechnung getragen. Während, wie der IV. Parteitag berichtete, daß unser Kronland 12 Organisationsbezirke hat, d. h. Bezirke, wo wir eine Thätigkeit entfalten und Organisationen haben, ist die Zahl der Organisationsbezirke innerhalb der letzten zwei Jahre auf 19 gestiegen.

Das Kronland Nieder-Oesterreich ist daher in folgende Organisationsbezirke eingetheilt:

1. Wien.
2. Inzersdorf, Siebenhirten, Vösendorf, Hennersdorf, Rothneusiedl.
3. Schwechat, Fischamend, Schwadorf, Himberg.
4. Atzgersdorf, Liesing, Perchtoldsdorf, Rodaun, Kalksburg, Mauer.
5. Floridsdorf, Stockerau, Korneuburg, Oberhollabrunn, Mistelbach, Aspern, Stadlau.
6. Mödling, Guntramsdorf, Möllersdorf, Gumpoldskirchen, Wr.-Neudorf.
7. Leobersdorf, Hirtenberg, Tattendorf, Pottenstein, Baden, Berndorf, Weißenbach, Ober-Waltersdorf, Kottingbrunn, Vöslau, Günselsdorf, Schönau, Teesdorf, St. Veit.
8. St. Pölten, Herzogenburg, Wilhelmsburg, Melk, Pottenbrunn, Statterdorf, Traismauer, Ober-Grafendorf.
9. Wr.-Neustadt, Felixdorf, Sollenau, Steinabrückl, Eggerdorf, Zillingsdorf, Erlach, Pitten.
10. Neunkirchen, Ternitz, Gloggnitz, Reichenau.
11. Pottendorf, Ebenfurth, Siegersdorf, Ebreichsdorf, Unter-Waltersdorf, Neufeld, Landegg.
12. Mannersdorf, Bruck a. d. Leitha, Marienthal, Hainburg.
13. Krems, Langenlois, Mautern, Grafenwörth.
14. Amstetten, Gaming, Scheibbs, Ullmerfeld, Waidhofen a. d. Ybbs, Ybbs.
15. Gmünd, Waidhofen a. d. Thaya, Groß-Siegharts, Eggenburg, Zwettl, Horn.
16. Klosterneuburg, Tulln.
17. Piesting, Ober-Piesting, Waldegg, Oed, Pernitz, Guttenstein, Wöllersdorf, Dreistetten, Wopfing, Dürnbach.
18. Hainfeld, Rainfeld, Ramsau.
19. Marktl, Lilienfeld, Hohenberg, Traisen, Freiland.

Selbstredend konnten wir nicht alle Ortschaften und Marktflecken mitanführen, wo wir Vertrauensmänner haben. Die aufgezählten Orte sind Centralpunkte, von denen aus die Agitation entfaltet wird. Sie wird überall dort sehr gut betrieben, wo wir tüchtige und überlegende Parteigenossen haben. Wir heben dies ausdrücklich hervor, da es eine Anzahl von Orten gibt, von denen es zu wünschen wäre, daß die sogenannte Kleinarbeit für die Partei etwas geschickter besorgt würde. Denn, daß für jede Unklugheit, die ein Parteigenosse begeht, stets die gesammte Partei verantwortlich gemacht wird, ist eine allbekannte Thatsache.

Innerhalb der 19 Organisationsbezirke wurde in den letzten zwei Jahren eine große Anzahl von Organisationen gegründet. Insbesondere nimmt die gewerkschaftliche Organisation der Arbeiter in Nieder-Oesterreich einen erfreulichen Aufschwung. Es bestehen 75 Gewerkschaften, die insgesammt 206 Ortsgruppen resp. Filialen mit 35.870 Mitglieder haben. Den Angehörigen dieser Organisationen stehen zur geistigen Ausbildung Bibliotheken zur Verfügung. Die Zahl der Bände beläuft sich auf 36.161 im Werthe von 35.181 fl. Diese Zahlen sind vom Dezember 1895. Da aber eine Anzahl von Gewerkschaften und Ortsgruppen die an sie gesendeten Fragebögen nicht beantworteten, sind sie selbstverständlich in diese Statistik auch nicht mitgerechnet. Die Zahlen sind also eher zu niedrig als zu hoch angesetzt. Neben den gewerkschaftlichen Organisationen haben wir im Kronlande noch 30 Bildungsvereine mit einer Mitgliederzahl von 4189. Die Bibliotheken dieser Vereine besitzen 6699 Bände im Werthe von 8994 fl. Auch die Funktionäre vieler Bildungsvereine in Wien und der Provinz haben in puncto der statistischen Bögen ihre Pflicht nicht gethan. Auch sie ließen die Fragebögen liegen, anstatt dieselben, der Aufforderung gemäß, auszufüllen. In den Organisationen befindet sich auch eine Anzahl von Frauen als Mitglieder. Es dürften dies mehr als 3000 sein.

Agitation. Die Agitation in Volksversammlungen wurde in den meisten Bezirken seitens des Kreisausschusses besorgt. Es fanden zu diesem Zwecke in der Provinz in der Zeit vom 1. April 1894 bis zum 28. Februar 1896 nicht weniger als 258 Volksversammlungen mit deutschen Referaten statt. Verboten wurden 12, aufgelöst, insbesondere in Wien, eine größere Anzahl, zum Theile unter den nichtigsten Vorwänden. Die Anzahl der in Wien abgehaltenen Volksversammlungen beträgt mehr wie die am Lande, da wir in den letzten Jahren fast nur mehr ganze Serien von Volksversammlungen seitens des Wiener Agitationskomités einberufen haben, und die von den Genossen in den Bezirken abgehaltenen Volks- und Vereinsversammlungen nicht überblicken können. So finden am 1. Mai jeden Jahres in Wien mehr als ein halbes Hundert Versammlungen statt.

Die Parteigenossen czechischer Zunge sind gleichfalls sehr thätig gewesen. Ihrerseits wurden in derselben Zeit in der Provinz 26 und in Wien 151 Volksversammlungen arrangirt und mit Referenten versorgt. Dort, wo die Volksversammlungen mit einem czechischen Referate verboten wurden, weil unsere Behörden keine Vertreter auftreiben konnten, die der czechischen Sprache mächtig sind, bei uns auch Grund zu einem Versammlungsverbot, wurden Versammlungen auf Grund des § 2 V. G. abgehalten.

Die Feier des 13. März 1848 und die Feier des 1. Mai bilden, speziell in Wien, alljährlich die Heerschau über unsere Schaaren. Auch in der Provinz wird zum großen Theil der 1. Mai durch Arbeitsruhe gefeiert. Im heurigen Jahre nahmen besonders einige größere Organisationsbezirke, durch das Beispiel ihrer Genossen in den angrenzenden Bezirken angeeifert, einen wackeren Anlauf, um das Versäumte nachzuholen.

Presse. An Blättern, welche in unserem Sinne und den Prinzipien der Sozialdemokratie entsprechend gehalten sind, zählen wir 23. In Wien 18 Fach- und 4 politische Blätter und 1 Witzblatt. Die Organisation Neunkirchen besitzt ein eigenes politisches Organ, welches zur Zeit des großen Streiks in Blindendorf gegründet, und bei der im Oktober 1895 stattgefundenen IV. Landeskonferenz als Parteiorgan anerkannt wurde.

Politische Verfolgungen. Die Polizei und die Staatsanwälte haben innerhalb der verflossenen 2 Jahre in Niederösterreich gleichfalls ihr Möglichstes gethan. Die Zahl der Untersuchungen war Legion. Die verschiedenen Gerichtshöfe fällten 26 Freisprüche, darunter mehrere Preßdelikte und Verurtheilungen

mit Strafen in der Höhe von 13 Monaten Kerker, 11 Monaten strengen Arrest, 23 Monate, 7 Wochen und 3 Tage Arrest vom 1. April bis Ende Dezember 1894. Den Löwenantheil davon mußten unsere Genossen tragen, obgleich auch eine beträchtliche Anzahl von Angehörigen einer anderen Parteirichtung, sogenannte „Unabhängige", verurtheilt und des Landes verwiesen wurden. Nicht mitgezählt ist eine Verurtheilung eines 17jährigen Bronzearbeiterlehrlings, der am 25. August 1894 zu vier Jahren Kerker verurtheilt wurde.

Vom 1. Jänner 1895 bis 29. Februar 1896 erfolgten Verurtheilungen im Ausmaße von 13 Jahren, 1 Monat und 281 fl. Geldstrafen. Freisprüche erfolgten in dieser Zeit 57. Zusammen also 21 Jahre, 1 Monat, 22 Tage, 281 fl., 1 Ausweisung und 83 Freisprüche.

Geldgebahrung. Während in den früheren Jahren die Kosten der Agitation nahezu vollständig von den Wiener Genossen allein aufgebracht werden mußten, können wir heute zur Ehre der Provinzgenossen anführen, daß eine beträchtliche Anzahl von Bezirken diese Kosten selbst trägt. Einige Bezirke lassen aber noch sehr viel zu wünschen übrig. Folgende Tabelle soll als Ausweis zur Geldgebahrung dienen:

Zeit	Einnahmen	Ausgaben	An die Parteivertretung abgeführt
	Gulden	Gulden	Gulden
1./5.—31./5. 1894	504·—	366 91	137·09
1./6.—30./6. 1894	460·97	524·67	136·30
1./7.—31./7. 1894	454·27	325·19	129·08
1./8. 31./8. 1894	274·21	211·95	62·26
1./9.—30./9. 1894	492·27	373·75	118·52
1./10.—31./10. 1894	142·08	193·78	46·31
1./11.—30./11. 1894	569·77½	475·04	126·54½
1./12.—31./12. 1894	797·81	716·49	69·50
1./1.—31./1. 1895	198·29	160·94	— —
1./2.—28./2. 1895	375·20	370·97	150·—
1./3.—31./3. 1895	518·88	338·84	124·11
1./4.—30./4. 1895	330·79	388·52	85·10½
1./5.—31./5. 1895	310·19	206·84	100·—
1./6.—30./6. 1895	360·53	360·52	100·—
1./7.—31./7. 1895	295·14	167·75	100·—
1./8.—31./8. 1895	330·—	231·08	184 95
1./9.—30./9. 1895	409·21	332·88	100·—
1./10.—31./10. 1895	535·28	389·80	202·60
1./11.—30./11. 1895	315·39	101·39	63 02
1./12.—31./12. 1895	1072·92	1033·10	164·35
1./1.—31./1. 1896	824·06	305·69	216·17
1./2.—29./2. 1896	627·13	640·40	238·21
1./5. 1894—1./2. 1896	10.298·39½	8156·50	2654·12

Damit meinen wir den Bericht von dem V. Parteitag schließen zu können. Im Vereine mit unseren Genossen und Genossinnen werden wir rastlos weiter arbeiten, um unsere Pflicht voll und ganz zu erfüllen. Wenn andere Kronländer uns über sind, wollen wir ihnen nacheifern. Aber nur dann. Diese Versicherung möge der Parteitag annehmen.

Kreis Oberösterreich. Auf Grund des § 2 V. G. fand 1 Kreiskonferenz, 10 Bezirkskonferenzen und 69 Sitzungen der Lokalorganisation statt; außerdem wurden 33 Volksversammlungen und 16 öffentliche Versammlungen des politischen Vereines abgehalten.

Die Organisation besteht aus der alljährlichen Kreiskonferenz, sowie aus den Bezirksorganisationen, und zwar: Mauthausen-Schwertberg, Steyr, Weyer, Linz, Wels, Ried, Schärding, Gmunden und Ischl. Summe der Bezirke 9. Lokalorganisationen bestehen 16, czechische Organisationen je eine in Steyr und Linz.

Die Maifeier war in Mauthausen-Schwertberg, Steyr und Linz eine der Organisation entsprechende und würdige, in den übrigen Bezirken mangelhaft; in Schärding wurden 9 Genossen angeklagt, davon 6 zu je 1 Tag Arrest verurtheilt und 3 freigesprochen.

Politische Verfolgungen: Schärding, § 312, 14 Tage; Steyr (Genossin Glas), 4 Wochen; Linz (Gen. Höger), 4 Wochen; Wels (Genossin Popp), Freispruch; Ischl, § 23 Pr. G., 24 Stunden und 2 fl.; Ried, § 23 Pr. G., 1 fl. und ein Freispruch. — 17 Anklagen, 12 Verurtheilungen und 5 Freisprüche; 8 Wochen 20 Tage 24 Stunden und 3 fl. Strafe.

Parteisteuer. Die Kreisvertretung hat im Jahre 1895 59 fl. 45 kr. durch Blocks eingenommen; da die Hälfte in den Lokalorganisationen verbleibt, so ist die Partei-Einnahme für den ganzen Kreis 118 fl. 90 kr.; von der Landesvertretung sollte daher der vierte Theil mit 29 fl. 72 kr. abgesendet werden, welcher aber der Reichsvertretung gutgeschrieben ist und nach Erholung des Landesfonds berichtigt wird; der Landesfond schließt pro 1895 mit einem bedeutenden Defizit ab.

In Oberösterreich erscheint kein Blatt; am verbreitetsten ist die „Volkstribüne" und dürfte der Vertrieb jeder einzelnen Nummer 1000—1200 erreichen; die „Arbeiter-Zeitung" wird sehr gerne gelesen, aber wenig abonnirt; man sieht oft ganz schmierige Fetzen noch von Hand zu Hand gehen. „Arbeiterschutz", „Volksfreund", „Glühlichter" u. A. m. sind in einzelnen und mehreren Exemplaren verbreitet.

Die Organisation in Linz schreitet vorwärts; Steyr ist durch den Rückgang der Produktion sehr geschädigt, doch wird auch hier tüchtig gearbeitet.

Ein Rückgang ist in Oberösterreich nicht zu verzeichnen, bei genügenden Agitationskräften wären schöne Erfolge zu erzielen. An diesen haben wir großen Mangel. Die Bemühungen der Pfaffen, die Arbeiter ins katholische Fahrwasser zu bekommen, sind bis jetzt erfolglos gescheitert.

Eine Menge Orte wären in Angriff zu nehmen, leider fehlt es uns an den nöthigen Rednern.

Der Wunsch auf Herausgabe einer oberösterreichischen Zeitschrift ist sehr stark, aus guten Gründen wollen die Linzer nichts davon hören, aber es wird dazu gedrängt.

Kreis Salzburg. Seit dem letzten Parteitag hat sich in Salzburg dem äußeren Anschein nach an der Organisation wenig verändert, gleichwohl sind die letzten zwei Jahre für unsere Organisation eine Zeit schwerer Kämpfe gewesen und haben an die Arbeitskraft und den Opfermuth der Parteigenossen schwere Anforderungen gestellt.

In Salzburg ist bekanntlich keine nennenswerthe Industrie. Der Kleinbetrieb ist in allen Zweigen der Produktion vorherrschend, in Folge dessen ist die Agitation und Organisation an sich schon sehr erschwert. In politischer Beziehung dominiren hierzulande die Klerikalen im Verein mit den übrigen Antiliberalen und da diesen hier der jüdischliberale Großkapitalist als Angriffsobjekt gänzlich fehlt, so sind sie in der angenehmen Lage, ihre ganze wirthschaftliche

und politische Macht der vorwärtsdrängenden Arbeiterbewegung entgegenzustellen. Die Wirkung davon äußert sich in Lokalabtreibungen und Maßregelungen der agitatorisch thätigen Genossen, besonders in den Markt- und Landgemeinden. Aber auch in der Stadt Salzburg schüren diese Gegner unermüdlich und nur zu oft gelingt es ihnen auf diese Weise, den einen oder den anderen Genossen aus der Arbeit zu bringen, denn auch unsere Spießer sind genau so reif wie anderwärts, während der Kleinbauer zumeist als Schuldner der Kirchen, Stiftungen in der Zinsknechtschaft der Pfaffen steht.

Nebst diesen gemeinen Mitteln wurden uns im Jahre 1895 zwei Prozesse wegen Religionsstörung aufgehalst; der eine davon endete mit der Verurtheilung zweier Genossen zu je 8 Tagen Arrest; beim zweiten wurde ein Genosse des Verbrechens der Gotteslästerung angeklagt; als Belastungszeugen fungirten Mitglieder des katholischen Arbeitervereines in Hallein, deren Aussagen aber so verworren waren, daß ein Freispruch erfolgte.

In Folge der Lokalabtreibungen mußte sich der Arbeiterverein in Thalgau auflösen; in Saalfelden konnte durch dreiviertel Jahre keine Versammlung abgehalten werden, erst jetzt ist es uns wieder möglich geworden, ein Lokal zu erhalten.

Die Salzburger Genossen sahen sich in Folge dieser Kampfesweise genöthigt, einen gemaßregelten Genossen anzustellen, dessen Aufgabe es ist, die Parteigeschäfte zu führen und in den diversen Vereins- und Volksversammlungen zu referiren.

Erwägt man ferner, daß bei den häufigen Streiks besonders im letzten Jahre die Salzburger Organisation auch ihr Möglichstes gethan hat, um die Streikenden zu unterstützen (so hat z. B. die Holzarbeiter-Organisation bei einer Mitgliederzahl von 82 im letzten Jahre 238 fl. 71 kr. aus den Widerstandsfond ausbezahlt, wovon mindestens 80% nach auswärts gesendet wurden, weiters wurden vom Gewerkschafts-Vertrauensmann 106 fl. für Streikblocks abgeführt), so erklärt es sich, warum es uns unmöglich war, an die Parteivertretung eine Parteisteuer abzuführen, ebenso konnten wir auch in die Wahlrechtsbewegung nicht immer so eingreifen, wie wir es selbst wünschten.

Politische Prozesse hatten wir 3, einer endete mit Freispruch, der zweite mit 3 Tagen, der dritte wegen § 23 Pr. G. mit 48 Stunden Arrest. In Salzburg bestehen derzeit 4 Arbeiter-Bildungsvereine mit einer Mitgliedzahl von 300, 6 Gewerkschaftsvereine und 1 Ortsgruppe des Vereines der Verkehrsbediensteten mit einer Mitgliedzahl von 750, 1 politischer Verein mit 70 Mitgliedern, und der Arbeiter-Sängerbund mit 33 Mitgliedern.

Gesammtzahl der organisirten Arbeiter 1153.

Seit dem letzten Parteitag wurden folgende Versammlungen abgehalten:

Volksversammlungen	36
Politischer Verein	8
Arbeiter-Bildungsvereine	75
Gewerkschaften	156
§ 2-Versammlungen:	
Gewerkschaften	23
Parteiangelegenheiten	70

und 1 Landeskonferenz.

Von den Parteiblättern sind in den Vereinen ziemlich alle in Oesterreich erscheinenden abonnirt; die Gewerkschaften der Schneider, Bauarbeiter, Metallarbeiter, Verkehrsbediensteten haben ihr Fachblatt obligatorisch eingeführt, jüngster Zeit auch die Schuhmacher. Verbreitet ist die „Arbeiter-Zeitung", „Arbeiterwille", „Volkszeitung" und das Fachorgan der Holzarbeiter.

Kreis Steiermark. Die Partei hat in unserem Kreise im Großen und Ganzen Fortschritte gemacht. Es ist nicht nur die politische, sondern auch die gewerkschaftliche Organisation in vielen Orten und Branchen ausgebaut worden; auch die Idee des Sozialismus ist in weitere Kreise gedrungen. Allerdings aber müssen wir gestehen, daß nach jeder Richtung hin noch viel zu leisten ist.

Es bestehen in Steiermark 21 selbstständige Gewerkschaften, 1 Allgemeiner Arbeiter-Fortbildungs- und Rechtsschutzverein, 3 Arbeiter-Bildungsvereine und 4 Ortsgruppen von Reichs-Centralvereinen, welche zusammen zirka 7500 Mitglieder in 37 Ortsgruppen und 18 Zahlstellen besitzen. Die Landesvereine haben mit Ausnahme von zweien ihren Sitz in Graz.

Versammlungen wurden der Kreisvertretung bekannt: 230 politische, davon 28 Wahlrechtsversammlungen; nichtpolitische Vereins- und Branchenversammlungen 365; die § 2-Versammlungen werden nicht registrirt.

Die Maifeier durch Arbeitsruhe ist in Graz und Umgebung, sowie in Köflach und Voitsberg eine nahezu allgemeine. Die Bergarbeiter Steiermarks feiern den 1. Mai, mit Ausnahme der Reviere Fohnsdorf und Wies, allgemein.

Bei der Maifeier 1894 kam es in Graz in Folge des provokatorischen Vorgehens der Polizei zu einem Straßenkampf, wobei mehrere Polizisten, darunter zwei schwer, und ein Genosse verwundet wurden. An dem im Jahre 1895 am 1. Mai in Graz arrangirten Festzuge betheiligten sich zirka 25.000 Personen.

Die Partei hat bei den Wahlen in die Unfallversicherung im Jahre 1895 ihre sämmtlichen Kandidaten mit großer Majorität durchgebracht. Bei den Gemeinderathswahlen in Graz im Jahre 1895, an welchen sich die Partei betheiligte, erhielten unsere Kandidaten 259 Stimmen von zirka 3500 der abgegebenen Stimmen; außerdem errang sie in den Wählerversammlungen große moralische Erfolge.

Das Kreisorgan „Arbeiterwille" ist allgemein in Steiermark verbreitet und gelesen und hat ziemlichen Einfluß. Weniger rasch steigt die Auflage desselben. Es hatte im Februar 1894 eine Auflage von 2500 und im gleichen Monat des Jahres 1896 eine solche von 3000, welche beinahe vollständig abgesetzt wird. Konfiszirt wurde dasselbe seit Februar 1894 10 Mal, zumeist nach § 300 St. G.

Es erschien bis zum Oktober 1894 alle 14 Tage, abwechselnd mit dem ebenfalls 14tägig erschienenen „Beobachter". Von dieser Zeit ab wurde das Erscheinen des „Beobachter" eingestellt und erscheint seither der „Arbeiterwille" als Wochenblatt. Einzelne Nummern kosten 6 kr., das Jahresabonnement 3 fl. Gegen die Haltung des „Arbeiterwille" wurde seitens der Partei-Angehörigen in dem abgelaufenen Zeitraume kein Einwand erhoben.

Die Einnahmen des Kreiskomités im Vereine mit dem Grazer Lokalausschusse betrugen vom Juni 1894 bis Jänner 1896 2453 fl. 24 kr. (davon an Parteistener durch Blocks blos 610 fl. 68½ kr.), die Ausgaben 2429 fl. 6 kr.; davon wurden zirka 700 fl. für Versammlungen ausgegeben und zirka 600 fl. mußten zur Unterstützung des „Arbeiterwille", der nun aber aktiv ist, verwendet werden. An die Reichs-Parteivertretung wurden 53 fl. 67 kr. abgeliefert; die Kosten für von der Reichs-Parteivertretung für unseren Kreis beigestellte Referenten wurden von uns selbst getragen.

Politische Verfolgungen. Die Chikanirungen der Partei seitens der Behörden haben seit dem letzten Parteitag wesentlich nachgelassen. Versammlungsverbote, abgesehen von jenen wegen Formfehler in der Anzeige, kommen selten vor. Solche haben sich in den abgelaufenen zwei Jahren blos seitens der Bezirkshauptmannschaften Peggau und Judenburg ereignet. Erstere Behörde hat eine Vereinsversammlung auf Grund des § 2 V. G. verboten und auch sonst

mehrmals Vereinsversammlungen vereitelt; letztere hat durch Monate die Versammlungen unserer Vereine und der Partei mit dem Hinweis auf eine im Bezirke herrschende Diphtheritis verboten, während sie anderen Parteien die Abhaltung von Versammlungen gestattete. Versammlungsauflösungen ereigneten sich in der Stadt Graz und im Gebiete der Bezirkshauptmannschaft Judenburg bis in die jüngste Zeit herein besonders oft. Da die Versammlungstheilnehmer nicht immer gleich „auseinander" gingen, hatten diese auch oft Anklagen und Verurtheilungen im Gefolge.

Vom 1. März 1894 wurden, soweit uns bekannt ist, gegen 98 Personen wegen ihrer Thätigkeit in der Arbeiterbewegung oder wegen Vorkommnissen in derselben theils die Untersuchung eingeleitet, theils die Anklage erhoben. Wegen Uebertretung und Vergehen des Preßgesetzes 19, davon 16 wegen des § 23; wegen Uebertretung des Vereins- und Versammlungsgesetzes 13; wegen Uebertretung des § 492 St. G. und der diversen Artikel hiezu 10; wegen Uebertretung der §§ 312 und 314 St. G. 3; wegen Vergehen nach § 278 a St. G. 18; wegen § 300 St. G. 1; wegen § 305 St. G. 7; wegen § 76 St. G. 20; wegen § 65 b St. G. 1; wegen § 63 St. G. 1; wegen § 58 St. G. 5. Verurtheilungen erfolgten 66. Es wurden verhängt: 98 Monate schweren Kerker, 9 Monate strengen Arrest, 40 Wochen und 24 Tage einfachen Arrest. Gegen 29 Personen, gegen welche theils die Untersuchung eingeleitet, theils die Anklage erhoben worden war, wurde entweder die Untersuchung als zwecklos eingestellt oder sie wurden bei der Hauptversammlung freigesprochen. Zu bemerken ist noch, daß 6 Personen zusammen zirka 30 Monate in Untersuchungshaft gesessen sind und von diesen blos 2 mit zusammen zirka 12 Monaten Untersuchungshaft verurtheilt wurden; 4 jedoch, mit zusammen 18 Monaten Untersuchungshaft, wurden bei der Hauptverhandlung freigesprochen; zirka 40 Personen, welche anläßlich des Zusammenstoßes der Polizei mit den Maifeiernden am 1. Mai 1894 verhaftet wurden, mußten sämmtliche bis zur Verhandlung in Haft bleiben, obwohl weder Fluchtverdacht noch Verabredungsgefahr als vorhanden angenommen werden konnte. Von den 40 Verhafteten wurden 28 zusammen zu Arrest- und Kerkerstrafen von 70 Monaten und 28 Wochen verurtheilt. Außerdem wurden anläßlich einer Demonstration gegen den sogenannten Texas-Jack, welcher bei der Praterdemonstration der Wiener Genossen der Polizei die Demonstranten einfangen geholfen haben soll, ungefähr ein Dutzend Personen verhaftet, wovon 5 bis 6 mit Arrest bis zu 8 Tagen bestraft wurden. Diese Verhaftungen und Verurtheilungen sind bei dem vorstehenden Ausweise nicht eingerechnet, da dieselben in Folge einer damaligen Haft des Sekretärs der Kreisvertretung nicht registrirt wurden. Zum Schlusse sei noch bemerkt, daß öfter sogar wegen Uebertretung des § 23 P. G. Personen in Haft genommen und bis zu 2 Tagen in polizeilichem Gewahrsam behalten wurden.

Ebenso sei noch bemerkt, daß der Bericht auf Vollständigkeit nicht Anspruch machen kann, was zum größeren Theile dadurch verschuldet wird, weil die Organisationen ihren Pflichten, über alle für die Partei wissenswerthen Ereignisse zu berichten und vierteljährlich die Quartalsberichte einzusenden, nicht nachkommen. Außerdem ist dem Sekretär dadurch, daß er gleichzeitig ein Wochenblatt allein beinahe ohne Mithilfe herzustellen hat und agitatorisch wie organisatorisch thätig sein muß, oft die Zeit benommen, alles genau zu registriren.

Kreis Kärnten. Es fanden statt: 1 Landeskonferenz, 20 Lokalkonferenzen. Die Organisation ist durch das Vertrauensmännersystem, gewerkschaftliche und Bildungsvereine ausgebaut. In Villach feiert die Mehrheit der Arbeiter, Klagenfurt, St. Veit ein Bruchtheil, in den übrigen Bezirken mangelhaft, den 1. Mai. Es gab 14 Verurtheilungen außer 18 Wochen Untersuchungshaft, und zwar 1 Geldstrafe zu 1 fl.; 1 zu 5 fl.; 10 Arreststrafen von zusammen 46 Tagen; 2 Kerker-

strafen à 4 Monate; 5 Freisprüche. An Parteisteuer wurden 197 fl. 18 kr. eingenommen.

Kreis Krain. Parteibericht von April 1894 bis Dezember 1895.

In Krain bestehen ferner folgende gewerkschaftliche Organisationen:

1. Politischer Verein „Zukunft". 40 Mitglieder.
2. Verein der Buchdrucker Krains mit 85 Mitgliedern.
3. Allgemeiner Arbeiter-Rechtsschutz-, Fortbildungs- und Unterstützungsverein für Krain. Derselbe hat seinen Sitz in Laibach und Zahlstellen in Sagor, Idria und Gottschee. Mitgliederzahl 1200.
4. Fachverein der Verkehrsbediensteten. Ortsgruppe Laibach I mit 357 Mitgliedern, Ortsgruppe Laibach II mit 125 Mitgliedern.
5. Gewerkschaft der Bäcker für Krain. 40 Mitglieder.
6. Fachverein der Eisen- und Metallarbeiter für Krain. 56 Mitglieder.
7. Fachverein der Tischler und Tapezierer. 120 Mitglieder.
8. Zahlstelle der Gewerkschaft der Faßbinder der österreichischen Alpenländer.
9. Gewerkschaft der Schneider und Kürschner für Krain. 27 Mitglieder.

Ferner wird im Laufe des nächsten Monates ein Fachverein der Hafner, Porzellan- und Ziegelarbeiter gegründet, ebenso ein Verband der Arbeitervereine Krains.

Als Fach- und Parteipresse haben wir den „Delavec", welcher Eigenthum des Fachvereins der Verkehrsbediensteten Oesterreichs ist.

Versammlungen wurden abgehalten:

46 Vereinsversammlungen, 18 § 2-Versammlungen, 7 Volksversammlungen und 12 Wanderversammlungen. 4 öffentliche Vereinsversammlungen des politischen Vereines „Zukunft" konnten nicht abgehalten werden, die erste am Ostermontag in Folge des Erdbebens, ferner wurden 1 Versammlung in Laibach und 3 in Sagor aus demselben Grunde untersagt.

Politische Verfolgungen gab es 5: eine wegen Beleidigung durch die Presse, 3 Wochen Arrest; zwei wegen Versammlungen, und zwar eine, 7 Tage und eine, 1 Tag, beide letzteren wurden nach Rekurs freigesprochen; eine mit 3 fl. und eine wegen Sammlung für Streikende, 5 fl. Strafe.

Kreis Triest. Es fanden 4 Kreiskonferenzen statt. Es besteht ein politischer Verein „Lega sociale-democratica" mit 40 Mitgliedern. Die Maifeier wurde nur theilweise (zirka 3000 Arbeiter) durchgeführt. 17 politische Verfolgungen kamen vor mit 8 Verurtheilungen: 3 Geldstrafen (im Ganzen 55 fl.), 5 Kerkerstrafen (1 zu 14 Tagen, 4 zu 8 Tagen), 1 Ausweisung und 9 Freisprüche. Das politische Blatt „Il lavoratore" erscheint 2 Mal im Monat und hat eine Auflage von 800 Exemplaren.

Kreis Tirol und Vorarlberg. 1. In den abgelaufenen zwei Jahren fanden zwei Landeskonferenzen (Pfingsten 1894 und am 30. September 1895), ferner 6 Bezirkskonferenzen statt.

2. Für Tirol und Vorarlberg bestehen 3 Organisationsbezirke und zwar Nordtirol, Südtirol und Vorarlberg, mit zusammen 10 Lokalorganisationen.

3. In Innsbruck betheiligten sich an der Maifeier im Jahre 1894 zirka 700, im Jahre 1895 wenigstens 2000, in den übrigen Orten zusammen 1400, somit im ganzen Lande zirka 3400 durch Arbeitsruhe feierten.

4. Politische Verfolgungen kamen 10 Fälle vor.

5. Es wurden 10 Urtheile gefällt:
   a) Geldstrafen mit 32 fl. zumeist wegen Uebertretung der §§ 23, 24 und 25 des Preßgesetzes;
   b) Arrest und Kerkerstrafen 3 Monate und 8 Tage; dabei

c) Kerkerstrafe des Gen. Confal wegen Störung der öffentlichen Ruhe und Ordnung nach § 65 St. G. 3 Monate;
d) schwere Kerkerstrafe des Gen. Schrammel in Bozen 6 Monate;
e) eine Kerkerstrafe wegen Majestätsbeleidigung drei Monate;
f) ein Freispruch.

6. An Parteisteuer wurde eingenommen 276 fl. 83 kr.
7. An die Reichsvertretung abgeliefert 44 fl. 20.
8. Es erscheint ein politisches Blatt und zwar „Die Volkszeitung"
9. monatlich zweimal (jeden 1. und 3. Donnerstag).
10. Auflage 1200 Exemplare Ende 1895.

Arbeiter-Bildungsvereine bestehen 16 (davon 2 italienische neu gegründet) mit zusammen 913 Mitglieder. Politische Vereine bestehen 3 mit zusammen 310 Mitglieder.

Fach- und Gewerkschaftsvereine oder Ortsgruppen derselben bestehen 44, mit zusammen 2451 Mitglieder.

Versammlungen nach § 2 des V. G. haben 75 stattgefunden, Volksversammlungen 94. Die Abhaltung von letzteren wird durch Abtreibung geeigneter Lokale insbesondere durch den Einfluß der Clerisei stark beeinträchtigt. Entlassungen aus der Arbeit wegen Theilnahme an der Organisation kommen sehr häufig vor, zu welcher Maßregel die Prediger der christlichen Nächstenliebe hauptsächlich mit Erfolg beitragen, sowie überhaupt in letzterer Zeit immer mehr die Kanzeln zur Bekämpfung und Verleumdung der Partei mißbraucht werden.

Kreis West- und Südböhmen. Im großen Ganzen hat sich die Organisation West- und Südböhmens seit dem Jahre 1894 bedeutend gekräftigt; insbesondere ist hervorzuheben, daß in einer ganzen Reihe von Ortschaften die Sozialdemokratie ihren Einzug gehalten hat, die rein ländlicher Natur und vom Eisenbahnverkehre ganz abgeschlossen sind. Dem Pfaffenthum, das dort die Rolle spielte, war es unmöglich, die Sozialdemokratie zurückzuhalten. Hiezu seien beispielsweise die Ortschaften Grün, Neudorf, Petschau, Tachau und Stadt Schönbach genannt. Die anderen Städte und Orte, in welchen die Organisation schon länger besteht, haben, wie oben schon erwähnt, an Kraft und Stärke zugenommen. Die Bergarbeiter-Organisationen haben sich, trotzdem dieselben durch den letzten großen ungünstigen Streik im Jahre 1894 sehr viel zu leiden hatten und die Werksleitungen verschiedenartige Versuche machten, um die Organisationen zu zertrümmern, ebenfalls wieder aufgerafft. Nachstehendes diene hierüber als Bericht:

Die Bergarbeiterbewegung Westböhmens ist gegenwärtig in einer gründlichen Reorganisation begriffen. Am 1. Jänner 1896 wurde der Distriktsverband für die Bergreviere Falkenau, Elbogen und Karlsbad gegründet. An Stelle der früheren Bildungsvereine werden jetzt Fachvereine oder Ortsgruppen des Distriktsverbandes gegründet. Gegenwärtig gehören dem Verbande die Bergarbeiter-Fachvereine in Falkenau, Haberspirk, Grassach, Wehedit̆z und Neusattl an. Außerdem verfügt der Verband über 8 Zahlstellen, welche sich später, nach Genehmigung der Ortsgruppenstatuten, in Ortsgruppen umwandeln werden; 5 Zahlstellen sind in Bildung begriffen. Die Gesammt-Mitgliederzahl betrug am 5. März d. J. 805 Mitglieder.

Im Laufe des Monats März dürfte das Tausend voll werden. Der Verbandsbeitrag beträgt pro Monat und Mitglied 40 kr. (inklusive Fachblatt). Der politische Verein „Freigeist" in Falkenau, welcher gegen 280 Mitglieder hat, besteht größtentheils aus Bergarbeitern.

Die Textilarbeiter haben ebenfalls ihre Organisation über ganz Westböhmen ausgedehnt (Sit̆z Asch), so auch die Bauarbeiter, ebenfalls mit dem

Sitze in Asch. Nachfolgendes diene zu den übrigen Organisationen ebenfalls als annähernder Bericht:

Die Bildungsvereine hatten zu Anfang des Jahres 1895 2244 Mitglieder, Ende des Jahres 1895 2936 Mitglieder, somit einen Zuwachs von 692 Mitgliedern. Die gewerkschaftlichen Vereine hatten zu Anfang des Jahres 1895 2326 Mitglieder, zu Ende des Jahres 1895 3449 Mitglieder, somit einen Zuwachs von 1123 Mitgliedern. Die politischen Vereine hatten zu Anfang vorigen Jahres 146 Mitglieder, zu Ende des Jahres 213 Mitglieder, somit einen Zuwachs von 67 Mitgliedern. Bücher haben die Bildungsvereine 2688 Stück, die gewerkschaftlichen 1563 Stück. Versammlungen fanden statt: 88 Volks-, 802 Vereins-, 170 § 2-Versammlungen. Verboten wurden 28 Versammlungen. Streiks fanden 6 statt, davon wurden 2 gewonnen, 1 solcher hatte theilweisen Erfolg, 2 wurden verloren. Gemaßregelt wurden 71 Genossen. Gestraft wurden 14 Genossen mit 66 Tagen Arrest und 44 fl. 50 kr. in Geld. Das Parteiblatt „Volkswille" hatte zu Anfang vorigen Jahres 2300 und zu Ende des Jahres 3400 Auflage. Die Porzellanarbeiter-Organisationen sind hier nicht mit eingerechnet.

Die Organisation ist ebenfalls nach dem vom letzten Parteitag beschlossenen Organisationsentwurf ziemlich gut durchgeführt. Die Kreisvertretung hat ihren Sitz in Falkenau, Bezirksorganisationen sind folgende: Falkenau, Eger, Asch, Graslitz, Neudeck, Joachimsthal, Karlsbad mit dem Sitze in Aich, Krumau. Diese Bezirksorganisationen theilen sich wieder in Lokalorganisationen.

Bezüglich der Frauenbewegung ist besonders hervorzuheben Joachimsthal (Tabakfabrik), Altrohlau, Asch und Graslitz. Versammlungsverbote kommen nicht mehr so häufig vor. Bisher waren dieselben am gebräuchlichsten bei der Bezirkshauptmannschaft Asch. Versammlungsauflösungen sind bei der Bezirkshauptschaft Graslitz in Uebung, allwo der Statthalterei-Konzipient Grohmann, Sohn eines Buchhalters, sein Wesen treibt.

Das Geldprotzenthum läßt seine Macht am deutlichsten in Asch fühlen und beherrscht dort den ganzen Bezirk. Die Löhne differiren in diesem Bezirk zwischen 1 fl. 50 kr. bis 6 fl. Arbeitslosigkeit, Maßregelungen, Noth und Elend ist dort zu Hause, ebenso im Erzgebirge.

Die Gewerbe-Ordnung wird fast durchschnittlich sehr schlecht von Seite des Unternehmerthums eingehalten. Das Ascher Geldprotzenthum steht dabei im Vordergrunde. Das Gleiche gilt von dem Gebote der Sonntagsruhe, welche im Ascher Bezirk fast regelmäßig übertreten wird. Von Streiks sind hervorzuheben: Schlackenwerth (Porzellanarbeiter), Chodau (Porzellanarbeiter), Falkenau (Bergarbeiter), Eger (Metallarbeiter), Roßbach (Textilarbeiter) und alle endeten, mit Ausnahme des in Roßbach stattgefundenen, zu Ungunsten der Arbeiter.

Saalabtreibungen kamen seltener vor, jedoch werden die Gastwirthe von den liberalen Kapitalisten und auch von den Antisemiten beeinflußt, die Lokale nicht herzugeben. Beispielsweise ist in Zwodau, dem sogenannten Königreich Schmieger, gar kein Lokal zu haben und werden Versammlungen dort in Privatwohnungen abgehalten. Sehr schwer ist es, größere Lokalitäten zu Versammlungen in Asch und Petschau zu bekommen.

Den Kampf erschwert der Sozialdemokratie hauptsächlich das Ausbeuterthum durch schlechte Löhne, also durch den Hunger. Die Arbeiter fürchten, durch Beitritt zur Organisation den letzten Strohhalm zu verlieren. Ferner die Stumpfsinnigkeit des Mittelstandes, sowie die heimtückische Kampfesweise der Antisemiten und Christlichsozialen (Pfaffen). Auch tragen die politischen Behörden ihren Theil dazu bei.

Eine Bewegung unserer Partei im Bauernstande ist im Entstehen begriffen.

Einzug in die Gemeindevertretung hat die Sozialdemokratie in folgenden Gemeinden gehalten: Schwaderbach, Nallesgrün, Aich, Roßbach, Wernersreuth und Lauterbach. Ebenso in die Bezirkskrankenkassen in Eger, Graslitz und Krumau; ebenfalls auch in einer Reihe von Betriebs- und Genossenschaftskrankenkassen.

Im Großen und Ganzen geht es trotzdem tüchtig vorwärts.

Kreis Teplitz-Aussig. Die Kreisorganisation Teplitz-Aussig umfaßt die Bezirksorganisationen Teplitz, Aussig, Saaz, Kaaden-Weipert, Brüx und Leitmeritz, welche wieder zusammen 32 Lokalorganisationen mit 60 Vereinen und zirka 4000 Mitgliedern zählen, hiezu muß jedoch bemerkt werden, daß sich diese Angaben hauptsächlich blos auf die Bezirke Teplitz, Saaz und Kaaden, Weipert beziehen, da von den anderen Bezirken keine oder höchst mangelhafte Berichte einliefen; außerdem besteht eine große Anzahl insbesondere Bergarbeitervereine, welche mit der politischen Organisation in keiner Verbindung stehen. Kreiskonferenzen wurden 3 abgehalten, außerdem eine größere Anzahl Bezirkskonferenzen. Als Organe der Kreisorganisation gelten „Die Freiheit", früher „Gesellschafter", 3 mal monatlich erscheinend, und die „Volksstimme" 1 mal monatlich mit einer Auflage von 1700 Exemplaren; seit 1. Jänner ist die Auflage auf 2000 gestiegen, dieselbe wird blos im Kreise verbreitet, außerdem werden gelesen zirka 150 „Arbeiterzeitungen" täglich, die „Glühlichter" etwa 300, der „Wahre Jakob" 300.

Die czechische Parteipresse ist sehr stark vertreten, als Organ der czechischen Genossen gilt der „Socialny Demokrat" in Prag. Die Fachpresse ist, soweit derartige Organisationen bestehen, obligatorisch eingeführt, von den Fachblättern kommen hauptsächlich der „Glück auf" und die „Solidarität" in Betracht.

Politische Verfolgungen wurden mehrere wegen § 23 des Preßgesetzes sowie wegen Uebertretung des § 2 des Versammlungsgesetzes eingeleitet, welche jedoch in den meisten Fällen mit der Freisprechung endeten, nur in drei Fällen wurden kleine Geldstrafen verhängt; aufgelöst wurde 1 politischer Verein.

Betreffs der Maifeier wäre zu berichten, daß die Arbeitsruhe im Teplitzer Bezirke ziemlich stark eingehalten wurde, insbesondere bei den Bergarbeitern; bei der Versammlung derselben waren etwa 3000 Personen, beim Festzuge etwa 4000 Personen betheiligt.

Das Vertrauensmännersystem ist durchgeführt in folgenden Orten: Teplitz, Turn, Eichwald, Zuckmantel, Fischau, Prasedity, Soborten, Hohenstein, Kremusch, Kostenblatt, Graupen, Settenz, Strahl, Bilin, Loosch, Wscheslab, Aussig, Lerchenfeld, Schöhritz, Türmitz, Schönfeld, Kuhm, Saaz, Kriegern, Kaaden, Weipert, Brunnersdorf, Willomitz, Klösterle, Brüx, Oberleutensdorf, Hochpetsch, Leitmeritz, und zwar derart, daß in den Orten, wo mehrere Organisationen bestehen, diese je eine Anzahl Vertrauensmänner wählen; in den anderen Orten bilden eben die Genossen die Lokalorganisation und wählen ihren Vertrauensmann.

Unmöglich war es bisher in den Komotauer Bezirk einzudringen. Gründe: Saalabtreibereien und Versammlungsverbote, ebenso schlecht in Brüx, wo fast gar keine Organisation besteht. Doch wird auch da bereits der Anfang gemacht.

Kreis Reichenberg. Die Organisation des Reichenberger Kreises, zu welcher die Bezirksorganisationen Friedland, Gablonz-Tannwald, Kratzau, Grottau nebst des Reichenberger Bezirkes gehören, hat in den letzten zwei Jahren bedeutende Fortschritte nicht gemacht. Am besten organisirt ist der Reichenberger Bezirk, dessen Vertrauensmänner regelmäßig alle Monate zu einer Bezirkskonferenz in Reichenberg zusammentreten. Die Zahl der Lokalorganisationen beträgt in diesem Bezirke 20. Was die Organisation im Gablonz-Tannwalder Bezirke an-

belangt, so wäre zu berichten, daß sie sich in den letzten Monaten etwas hebt. Die Fachorganisation der Glasarbeiter hat zwar gerade die befähigtesten Arbeiter durch die Thätigkeit bei der Gewerkschaft von der politischen Organisation abgezogen. Doch wird in der nächsten Zeit eine Besserung in dieser Richtung erwartet.

Mehr noch als im Gablonz-Tannwalder Bezirke stand die weite Entfernung der Ortschaften von einander im Friedländer Bezirke einer intensiven Organisationsthätigkeit hindernd im Wege. Die Delegirten der Lokalorganisation haben zwei und noch mehr Stunden weit zu gehen, was für einen die Woche über arbeitenden Genossen bei schlechtem Wetter und Wege eine starke Anstrengung ist. Zudem ist die Arbeiterschaft dieses Bezirkes materiell am schlechtesten gestellt. Es kommen, nach einem kürzlich von der Bezirksbehörde erlassenen Rundschreiben, 50 Prozent Todesfälle bei Kindern bis zu einem Jahre vor, während in den Wiener Arbeitervierteln, wo ebenfalls Elend genug zu Hause ist, nur 32 Prozent der Kleinen im 1. Lebensjahre mit Tod abgehen. Und das Alles trotz der „Brotväter" Heintschel und Klinger, welch' Letzterer jüngst vom italienischen König mit einem Orden geschmückt wurde, weil er einem italienischen Waisenhause Geschenke gemacht hatte.

Doch trotz all' der schwierigen Verhältnisse dürfte der Umstand, daß es möglich wurde, die Zentrale des Bezirkes nach Raspenau, wo erst in neuester Zeit unsere Bewegung ordentlich Wurzel gefaßt hat, zu verlegen, bedeutend zur Hebung der Organisation beitragen.

Der Bezirk Kratzau ist der, nach dem Reichenberger, bestorganisirte. Die Arbeiten in demselben sind regelmäßige.

Die Grottauer Bezirksorganisation ging bis jetzt fast ganz in der Thätigkeit der Grottauer Genossen auf. Uebrigens wird von diesen eingehender, wie folgt, berichtet: Vom 30. März 1894 bis Ende 1895 wurden 22 Parteiversammlungen abgehalten. Ketten hat eine Lokalorganisation mit eigener Verwaltung und zahlt nach Grottau einem Theil ihrer Einnahmen. Parteisteuer zahlende Mitglieder gibt es über hundert. 1894 wurde der 1. Mai durch allgemeine Arbeitsruhe gefeiert; 1895 hatten die Fabrikanten alle Hebel in Bewegung gesetzt, um die Feier zu vereiteln. Da ein Schlag gegen unsere Organisation geführt werden sollte, so wurde diesmal der Kampf nicht bis zum Aeußersten geführt, sondern am 30. April 1895 von 3000—4000 Personen demonstrirt. Mit Bajonetten wurden sie auseinander getrieben. Am 1. Mai wiederholte sich die Demonstration. Auch zwei Verurtheilungen wegen Widerstand gegen die bewaffnete Macht fanden statt. Zwei Zeugen, welche gegen die Mai-Verurtheilten ausgesagt hatten, wurden später wegen falscher Zeugenaussage zu je 3 Monaten verurtheilt. Diese Personen gehörten nicht unserer Organisation an. Zwei Personen wurden nach § 23 Pr. G. zu 3 fl. 50 kr. verdonnert. In Ketten wurden drei Personen wegen Sammeln in Untersuchung gezogen. Die Bezirksorganisation umfaßt 6 Ortschaften. In zweien dieser Ortschaften gehören nur wenige der Organisation an und müssen erst gewonnen werden. Im Großen und Ganzen ist ein Vorwärtsgehen zu verzeichnen, da auch unsere Parteipresse sich innerhalb zwei Jahren sich mehr als verdoppelt hat und immer mehr Abonnenten gewonnen werden.

Was die Maifeier anbelangt, so wurde diese im ganzen Kreise — in den letzten zwei Jahren nicht überall — durch Arbeitsruhe gefeiert. Im Reichenberger Bezirke knüpfte sich im Jahre 1894 an dieselbe ein ziemlich ausgedehnter Streik von Textilarbeitern, wobei eine Anzahl von Arbeitern, wie es die Fabrikantenvereinigung beschlossen hatte, durch 6 Wochen von der Arbeit ausgesperrt wurden. Nebst Volks- und Gewerkschaftsversammlungen, welche an diesem Tage (Vormittags) abgehalten wurden, gab es Nachmittags im „Stadt-

wäldchen" Konzert, worauf die Massen demonstrirend auf den Marktplatz in Reichenberg zogen.

Die Hausarbeiter in der Glasindustrie im Gablonz-Tannwalder Bezirke feiern den 1. Mai fast durchgehends mit Arbeitsruhe, während in den großen Spinnereien in Tannwald, wo ein großer Theil czechischer Arbeiter beschäftigt ist, es zu einer Arbeitsruhe an genanntem Tage nicht kommen konnte, wie es überhaupt schwer hält, diese Arbeiter, welche materiell sehr schlecht stehen, zu organisiren. In Tannwald und Tiefenbach zeigen die Verhältnisse fast dasselbe Gepräge, wie unter den Textilarbeitern in Rochlitz, Hohenelbe, Königinhof und Trautenau. In allen den genannten Ortschaften und Bezirken macht der Sozialismus, trotz bedeutender Anstrengungen, nur langsam Fortschritte.

Im Friedländer Bezirke wurde die Maifeier von Kleinbürgern und Handwerkern, am würdigsten in Haindorf und Neustadtl begangen; die Fabrikschlote dampften an diesem Tage.

Im Kratzauer Bezirke feierte man den 1. Mai zum Theile durch Arbeitsruhe.

Größere politische Verfolgungen haben wir in den letzten zwei Jahren im Reichenberger Kreise nicht zu verzeichnen. Die gegen den „Freigeist" und die „Arbeiterpresse" angestrengten Preßprozesse endigten mit einem Freispruche der angeklagten Redakteure und nur in einem Falle erfolgte eine Verurtheilung zu 2 Monaten strengem Arrest. Am häufigsten sind die Verurtheilungen wegen des § 23 Pr. G., ja, das Reichenberger Bezirksgericht hat sogar in der Austheilung von Einladungskarten zu § 2-Versammlungen (die Karten waren zum Theil gedruckt) eine Uebertretung des besagten Paragraphen erblickt und die Angeklagten verurtheilt.

Bei dem Kapitel: politische Verfolgungen, wollen wir auch noch die Handhabung des Vereins- und Versammlungsgesetzes seitens des Gablonzer Bezirkshauptmannes Rapprich erwähnen. Dieser Herr macht uns bei Abhaltung von Versammlungen die größten Schwierigkeiten. So verlangte er z. B. vom politischen Verein „Vorwärts" in Reichenberg jedes Mal, wenn er eine Wanderversammlung in seinem Bezirke abhält, daß der Versammlungsanzeige eine behördliche, vom Magistrat Reichenberg bestätigte und gestempelte Bestätigung beilegt, daß die auf der Anzeige Unterschriebenen wirklich die zu Recht bestehenden Vereinsfunktionäre sind. Diese Bestätigung behält er aber regelmäßig unter der Bemerkung, daß sie zu den Akten gelegt werde, zurück. Die Versammlungsanzeigen erledigt er den letzten halben Tag, so daß nicht mehr plakatirt werden kann. Werden aber die Plakate vor der Erledigung angeklebt, dann gibt's regelmäßig eine Anklage wegen Uebertretung des § 23 Pr. G. Das Vereinsstatut mit der Genehmigungsklausel verlangt er immer beigelegt, trotzdem ein gedrucktes Statutenexemplar in seinem Besitze ist. Das Statut behält er regelmäßig zurück und schickt es erst dann an den Verein, wenn dieser ihn durch die Presse einige Male gemahnt hat.

In Sachen der Parteisteuer (Blocks) wäre zu berichten, daß in den verflossenen zwei Jahren 283 fl. 74 kr. einkamen; davon gingen nach Wien 137 fl. 9 kr. Näheres besagt die Beilage. In dem Zeitraume vom letzten Parteitage bis Ende Februar 1896 wurden 146 Volksversammlungen und Konferenzen nebst unzählbaren Vereinsversammlungen abgehalten und mit Rednern beschickt. Bei den genannten Konferenzen sind die im Reichenberger Bezirke stattgefundenen nicht inbegriffen.

Im Reichenberger Kreise erscheint nur 1 politisches Blatt: der „Freigeist". Derselbe hat 4000 Exemplare Auflage und erscheint wöchentlich einmal. Der Bezugspreis beträgt jährlich 3 fl., die einzelne Nummer wird mit 6 kr. verkauft.

belangt, so wäre zu berichten, daß sie sich in den letzten Monaten etwas hebt. Die Fachorganisation der Glasarbeiter hat zwar gerade die befähigtesten Arbeiter durch die Thätigkeit bei der Gewerkschaft von der politischen Organisation abgezogen. Doch wird in der nächsten Zeit eine Besserung in dieser Richtung erwartet.

Mehr noch als im Gablonz-Tannwalder Bezirke stand die weite Entfernung der Ortschaften von einander im Friedländer Bezirke einer intensiven Organisationsthätigkeit hindernd im Wege. Die Delegirten der Lokalorganisation haben zwei und noch mehr Stunden weit zu gehen, was für einen die Woche über arbeitenden Genossen bei schlechtem Wetter und Wege eine starke Anstrengung ist. Zudem ist die Arbeiterschaft dieses Bezirkes materiell am schlechtesten gestellt. Es kommen, nach einem kürzlich von der Bezirksbehörde erlassenen Rundschreiben, 50 Prozent Todesfälle bei Kindern bis zu einem Jahre vor, während in den Wiener Arbeitervierteln, wo ebenfalls Elend genug zu Hause ist, nur 32 Prozent der Kleinen im 1. Lebensjahre mit Tod abgehen. Und das Alles trotz der „Brotväter" Heintschel und Klinger, welch' Letzterer jüngst vom italienischen König mit einem Orden geschmückt wurde, weil er einem italienischen Waisenhause Geschenke gemacht hatte.

Doch trotz all' der schwierigen Verhältnisse dürfte der Umstand, daß es möglich wurde, die Zentrale des Bezirkes nach Raspenau, wo erst in neuester Zeit unsere Bewegung ordentlich Wurzel gefaßt hat, zu verlegen, bedeutend zur Hebung der Organisation beitragen.

Der Bezirk Kratzau ist der, nach dem Reichenberger, bestorganisirte. Die Arbeiten in demselben sind regelmäßige.

Die Grottauer Bezirksorganisation ging bis jetzt fast ganz in der Thätigkeit der Grottauer Genossen auf. Uebrigens wird von diesen eingehender, wie folgt, berichtet: Vom 30. März 1894 bis Ende 1895 wurden 22 Parteiversammlungen abgehalten. Ketten hat eine Lokalorganisation mit eigener Verwaltung und zahlt nach Grottau einem Theil ihrer Einnahmen. Parteisteuer zahlende Mitglieder gibt es über hundert. 1894 wurde der 1. Mai durch allgemeine Arbeitsruhe gefeiert; 1895 hatten die Fabrikanten alle Hebel in Bewegung gesetzt, um die Feier zu vereiteln. Da ein Schlag gegen unsere Organisation geführt werden sollte, so wurde diesmal der Kampf nicht bis zum Aeußersten geführt, sondern am 30. April 1895 von 3000—4000 Personen demonstrirt. Mit Bajonetten wurden sie auseinander getrieben. Am 1. Mai wiederholte sich die Demonstration. Auch zwei Verurtheilungen wegen Widerstand gegen die bewaffnete Macht fanden statt. Zwei Zeugen, welche gegen die Mai-Verurtheilten ausgesagt hatten, wurden später wegen falscher Zeugenaussage zu je 3 Monaten verurtheilt. Diese Personen gehörten nicht unserer Organisation an. Zwei Personen wurden nach § 23 Pr. G. zu 3 fl. 50 kr. verdonnert. In Ketten wurden drei Personen wegen Sammeln in Untersuchung gezogen. Die Bezirksorganisation umfaßt 6 Ortschaften. In zweien dieser Ortschaften gehören nur wenige der Organisation an und müssen erst gewonnen werden. Im Großen und Ganzen ist ein Vorwärtsgehen zu verzeichnen, da auch unsere Parteipresse sich innerhalb zwei Jahren sich mehr als verdoppelt hat und immer mehr Abonnenten gewonnen werden.

Was die Maifeier anbelangt, so wurde diese im ganzen Kreise — in den letzten zwei Jahren nicht überall — durch Arbeitsruhe gefeiert. Im Reichenberger Bezirke knüpfte sich im Jahre 1894 an dieselbe ein ziemlich ausgedehnter Streik von Textilarbeitern, wobei eine Anzahl von Arbeitern, wie es die Fabrikantenvereinigung beschlossen hatte, durch 6 Wochen von der Arbeit ausgesperrt wurden. Nebst Volks- und Gewerkschaftsversammlungen, welche an diesem Tage (Vormittags) abgehalten wurden, gab es Nachmittags im „Stadt-

wäldchen" Konzert, worauf die Massen demonstrirend auf den Marktplatz in Reichenberg zogen.

Die Hausarbeiter in der Glasindustrie im Gablonz-Tannwalder Bezirke feiern den 1. Mai fast durchgehends mit Arbeitsruhe, während in den großen Spinnereien in Tannwald, wo ein großer Theil czechischer Arbeiter beschäftigt ist, es zu einer Arbeitsruhe an genanntem Tage nicht kommen konnte, wie es überhaupt schwer hält, diese Arbeiter, welche materiell sehr schlecht stehen, zu organisiren. In Tannwald und Tiefenbach zeigen die Verhältnisse fast dasselbe Gepräge, wie unter den Textilarbeitern in Rochlitz, Hohenelbe, Königinhof und Trautenau. In allen den genannten Ortschaften und Bezirken macht der Sozialismus, trotz bedeutender Anstrengungen, nur langsam Fortschritte.

Im Friedländer Bezirke wurde die Maifeier von Kleinbürgern und Handwerkern, am würdigsten in Haindorf und Neustadtl begangen; die Fabrikschlote dampften an diesem Tage.

Im Kratzauer Bezirke feierte man den 1. Mai zum Theile durch Arbeitsruhe.

Größere politische Verfolgungen haben wir in den letzten zwei Jahren im Reichenberger Kreise nicht zu verzeichnen. Die gegen den „Freigeist" und die „Arbeiterpresse" angestrengten Preßprozesse endigten mit einem Freispruche der angeklagten Redakteure und nur in einem Falle erfolgte eine Verurtheilung zu 2 Monaten strengem Arrest. Am häufigsten sind die Verurtheilungen wegen des § 23 Pr. G., ja, das Reichenberger Bezirksgericht hat sogar in der Austheilung von Einladungskarten zu § 2-Versammlungen (die Karten waren zum Theil gedruckt) eine Uebertretung des besagten Paragraphen erblickt und die Angeklagten verurtheilt.

Bei dem Kapitel: politische Verfolgungen, wollen wir auch noch die Handhabung des Vereins- und Versammlungsgesetzes seitens des Gablonzer Bezirkshauptmannes Rapprich erwähnen. Dieser Herr macht uns bei Abhaltung von Versammlungen die größten Schwierigkeiten. So verlangte er z. B. vom politischen Verein „Vorwärts" in Reichenberg jedes Mal, wenn er eine Wanderversammlung in seinem Bezirke abhält, daß der Versammlungsanzeige eine behördliche, vom Magistrat Reichenberg bestätigte und gestempelte Bestätigung beilegt, daß die auf der Anzeige Unterschriebenen wirklich die zu Recht bestehenden Vereinsfunktionäre sind. Diese Bestätigung behält er aber regelmäßig unter der Bemerkung, daß sie zu den Akten gelegt werde, zurück. Die Versammlungsanzeigen erledigt er den letzten halben Tag, so daß nicht mehr plakatirt werden kann. Werden aber die Plakate vor der Erledigung angeklebt, dann gibt's regelmäßig eine Anklage wegen Uebertretung des § 23 Pr. G. Das Vereinsstatut mit der Genehmigungsklausel verlangt er immer beigelegt, trotzdem ein gedrucktes Statutenexemplar in seinem Besitze ist. Das Statut behält er regelmäßig zurück und schickt es erst dann an den Verein, wenn dieser ihn durch die Presse einige Male gemahnt hat.

In Sachen der Parteisteuer (Blocks) wäre zu berichten, daß in den verflossenen zwei Jahren 283 fl. 74 kr. einkamen; davon gingen nach Wien 137 fl. 9 kr. Näheres besagt die Beilage. In dem Zeitraume vom letzten Parteitage bis Ende Februar 1896 wurden 146 Volksversammlungen und Konferenzen nebst unzählbaren Vereinsversammlungen abgehalten und mit Rednern beschickt. Bei den genannten Konferenzen sind die im Reichenberger Bezirke stattgefundenen nicht inbegriffen.

Im Reichenberger Kreise erscheint nur 1 politisches Blatt: der „Freigeist". Derselbe hat 4000 Exemplare Auflage und erscheint wöchentlich einmal. Der Bezugspreis beträgt jährlich 3 fl., die einzelne Nummer wird mit 6 kr. verkauft.

Zudem sei hier noch angeführt, daß im ganzen Reichenberger Organisationskreise etwa 140 Vereine bestehen, welche ungefähr eine Mitgliederzahl von 7000 aufweisen. Davon sind die meisten gewerkschaftlicher Natur.

Schließlich sei hier noch bemerkt, daß die Idee des Sozialismus immer in weitere Kreise dringt und festere Wurzeln faßt, so daß wir getrost in die Zukunft blicken können.

Kreis Steinschönau-Haida. Die hier bestehende politische Kreisorganisation umfaßt die Bezirke: Haida-Steinschönau-Leipa, Zwickau-Niemes-Gabel, Rumburg-Warnsdorf, Schluckenau, Bensen und Tetschen-Bodenbach. In diesem Kreise, und zwar in Steinschönau, erscheint das Wochenblatt „Nordböhmischer Volksbote" im siebenten Jahrgange. Politische Organisationen bestehen in dem Kreise, soweit die Berichte eingegangen sind, 35; die Zahl derselben ist jedoch weit größer, da aus zwei Bezirken keine diesbezüglichen Daten eingesendet worden sind. Die Zahl der ermittelten Vereine beträgt 37, nebstdem besteht noch in Haida-Steinschönau ein Verband der Glasarbeiter mit 14 Ortsgruppen und mit gegen 1200 Mitgliedern; in Bensen ein Verein der Textilarbeiter mit Mitgliedschaften in Altstadt und Steinsdorf; in Rumburg ein Fachverein der Drechsler; in Zwickau, Niedergrund, Warnsdorf, Rumburg und Schönlinde bestehen Ortsgruppen des Verbandes der Textilarbeiter in Reichenberg. Ferner besteht in Warnsdorf auch ein Fachverein der Bauarbeiter, in Tetschen ein Fachverband der Drechsler und in Rumburg eine Ortsgruppe der Metallarbeiter. In dem Bezirke Bensen gibt es 639 Arbeiter, die den Vereinen angehören; der allgemeine Arbeiterverein in Warnsdorf zählt einschließlich seiner Filialen gegenwärtig 695 Mitglieder; der Arbeiter-Turnverein in Warnsdorf hat 80 Mitglieder. Vereinsversammlungen fanden in dem Bezirke Bensen 220, in dem Bezirke Schluckenau 62 und in den Bezirken Tetschen, Haida-Steinschönau-Leipa-Böhmisch-Kamnitz, Zwickau-Niemes wie in Rumburg-Warnsdorf konnten dieselben nicht genau ermittelt werden. Volksversammlungen fanden statt in dem Bezirke Haida-Steinschönau 28, Bensen 19, Schluckenau 5, Warnsdorf 12, Rumburg 5 (?), Grund-Georgenthal 11, Teichstatt 1, Schönlinde 15 und in Schönborn 3. Sogenannte § 2-Versammlungen fanden statt in dem Bezirke Bensen 24, Schluckenau 45, Teichstatt 4, Grund Georgenthal 24, in Schönlinde 15 und in den übrigen Orten der Bezirke je nach Bedarf. Bezirkskonferenzen fanden statt in Haida-Steinschönau 7 und in Schluckenau 4; von den übrigen Bezirken fehlt die spezielle Angabe. Weiters wurden zwei Kreiskonferenzen in Teichstatt und eine Landeskonferenz in Warnsdorf abgehalten. Die Zahl der Besucher sowohl der Volks- wie der Vereinsversammlungen konnte nur zum Theil festgestellt werden, somit sind die diesbezüglichen Ziffern, weil werthlos, weggelassen worden. Weiters verdient noch hervorgehoben zu werden, daß seitens der Parteigenossen in einer Anzahl Gemeinden mit Erfolg in die Gemeindewahl eingegriffen wurde. Auch wurde in den Wahlbezirken Zwickau-Niemes, Haida-Steinschönau und Rumburg seitens der Parteigenossen in die Landtagswahl eingegriffen und ein keineswegs zu unterschätzender Achtungserfolg erzielt, indem in Niemes-Zwickau auf Gen. Milota 239, in Haida-Steinschönau auf Gen. Wedlich 146 und in Rumburg auf Gen. Kiesewetter 65 Stimmen entfielen.

Ueber das Kapitel: „Politische Verfolgungen" wäre zu berichten, daß in Zwickau ein Genosse wegen Uebertretung des Versammlungsgesetzes mit 3 Tagen Arrest bestraft wurde. In Haida-Steinschönau wurden einige Genossen wegen Uebertretung des § 23, Preßgesetz, bestraft. In Bensen ein Genosse wegen Uebertretung des § 23. In Schluckenau wurden zwei Genossen zu Geldstrafen von 1—10 fl. verurtheilt; zwei andere Genossen wurden freigesprochen. In Warnsdorf wurde ein Genosse wegen Uebertretung des Versammlungsgesetzes

mit 3 Tagen Arrest bestraft. Die gegen einen Genossen in Wernstadt und einen Genossen in Hennehübel eingeleitete Untersuchung, beide wegen Religionsstörung, wurde eingestellt. Aus Warnsdorf wurden ferner im Jahre 1894 einige Arbeiter aus politischen Motiven ausgewiesen. Der Vertrieb von Parteiblocks ist in den meisten Lokalorganisationen eingeführt, allein der Erfolg läßt vieles zu wünschen übrig. Schließlich muß noch bemerkt werden, daß, da das Zahlenmaterial in unzulänglichem Maße eingelangt ist, die Parteithätigkeit in diesem Kreise eine bei weitem größere war, als wie sie in dem Berichte zum Ausdrucke gelangt.

Kreis Mähren. In Mähren ist in Bezug auf die Ausbreitung unserer Bewegung ein freilich nur mäßiger Fortschritt zu verzeichnen, obzwar dieses Land zu den industriereichsten der Monarchie gezählt werden muß. Die elenden Löhne in der Provinz, namentlich die der Weber Nordmährens, der Terrorismus der Unternehmer, denen sich auch in vielen Fällen die staatlichen Organe zur Verfügung stellen, erschweren die Organisation und Agitation in eminenter Weise. Wenn trotz der Ungunst der Verhältnisse ein Fortschritt zu verzeichnen ist, so ist dies auf den Umstand zurückzuführen, daß die elenden Existenzbedingungen einen der Sozialdemokratie empfänglichen Boden schaffen. Zwei Uebelstände sind es namentlich, welche der raschen Ausdehnung und Vertiefung unserer Bewegung äußerst hinderlich sind und sich in Mähren am meisten fühlbar machen. Es fehlen einerseits agitatorische Kräfte, um den vorhandenen Bedürfnissen Rechnung zu tragen, andererseits fehlen in noch größerem Maße die finanziellen Mittel, um die Kosten der Agitation zu bestreiten, so daß nicht einmal die vorhandenen Kräfte voll ausgenützt werden können.

Die ungünstige geographische Lage der Centrale (Brünn) macht auch in dieser Beziehung ihren schädigenden Einfluß geltend. Die Unzulänglichkeit in der Aufbringung finanzieller Mittel hat ihre Ursache in den Hungerlöhnen der Provinz und auch die Brünner Arbeiter sind in dieser Beziehung nicht auf Rosen gebettet und leider nicht in der Lage, die Provinz kräftiger zu unterstützen, womit jedoch nicht behauptet sein soll, daß nicht die Möglichkeit vorhanden wäre, sowohl in Brünn als auch in der Provinz eine Mehrleistung zu erzielen. Die Bezirksorganisationen verbrauchen in der Regel die eingelangten Gelder zum größten Theile für die Bedürfnisse des Bezirkes und wird hiedurch der Kreisvertretung die Möglichkeit entzogen, in den unserer Bewegung verschlossenen Theilen des Landes die nöthige Agitation zu entfalten, neue Orte für die Organisation zu gewinnen und bedrohte Positionen zu vertheidigen. Die letztere Erscheinung ist in Mähr.-Trübau zu Tage getreten. Diese Bemerkungen allgemeiner Natur vorausgeschickt, lassen wir den Organisationsbericht folgen. Derselbe erstreckt sich über die Zeit vom 1. Februar 1894 bis 31. Jänner 1896. Die Kreisorganisation besteht aus 15 Bezirks- und 49 Lokalorganisationen. Sitz der Kreisvertretung ist Brünn, der Bezirksvertretungen in Brünn, Mähr.-Schönberg, Mähr.-Neustadt, Sternberg, Neutitschein, Mähr.-Trübau, Zwittau, Brüsau, Römerstadt, Znaim, Privoz, Rosternitz, Iglau, Müglitz und Landskron. Es bestehen in Mähren 33 Bildungs- und Gesangvereine, 26 Fachvereine, von denen einige ihre Thätigkeit über ganz Mähren erstrecken, wie beispielsweise der der Metallarbeiter, Bauarbeiter, Typographen, Textilarbeiter und 15 humanitäre Vereine, darunter Krankenkassen- und Konsumvereine. Hervorzuheben ist unter den letzteren die Brünner Allgemeine Arbeiter-Krankenkasse mit über 20.000 Mitgliedern und zahlreiche Ortsgruppen in den Provinzen. Außerdem bestehen in Mähren zahlreiche Ortsgruppen von großen Gewerkvereinen Wiens, so der Eisenbahnbediensteten, der Knopfdrechsler u. s. f.

Der politische Verein „Volksfreund", der seine Thätigkeit über Mähren und Schlesien erstreckt, hat im Laufe der letzten zwei Jahre keine ausgebreitete

Zudem sei hier noch angeführt, daß im ganzen Reichenberger Organisationskreise etwa 140 Vereine bestehen, welche ungefähr eine Mitgliederzahl von 7000 aufweisen. Davon sind die meisten gewerkschaftlicher Natur.

Schließlich sei hier noch bemerkt, daß die Idee des Sozialismus immer in weitere Kreise dringt und festere Wurzeln faßt, so daß wir getrost in die Zukunft blicken können.

Kreis Steinschönau-Haida. Die hier bestehende politische Kreisorganisation umfaßt die Bezirke: Haida-Steinschönau-Leipa, Zwickau-Niemes-Gabel, Rumburg-Warnsdorf, Schluckenau, Bensen und Tetschen-Bodenbach. In diesem Kreise, und zwar in Steinschönau, erscheint das Wochenblatt „Nordböhmischer Volksbote" im siebenten Jahrgange. Politische Organisationen bestehen in dem Kreise, soweit die Berichte eingegangen sind, 35; die Zahl derselben ist jedoch weit größer, da aus zwei Bezirken keine diesbezüglichen Daten eingesendet worden sind. Die Zahl der ermittelten Vereine beträgt 37, nebstdem besteht noch in Haida-Steinschönau ein Verband der Glasarbeiter mit 14 Ortsgruppen und mit gegen 1200 Mitgliedern; in Bensen ein Verein der Textilarbeiter mit Mitgliedschaften in Altstadt und Steinsdorf; in Rumburg ein Fachverein der Drechsler; in Zwickau, Niedergrund, Warnsdorf, Rumburg und Schönlinde bestehen Ortsgruppen des Verbandes der Textilarbeiter in Reichenberg. Ferner besteht in Warnsdorf auch ein Fachverein der Bauarbeiter, in Tetschen ein Fachverband der Drechsler und in Rumburg eine Ortsgruppe der Metallarbeiter. In dem Bezirke Bensen gibt es 639 Arbeiter, die den Vereinen angehören; der allgemeine Arbeiterverein in Warnsdorf zählt einschließlich seiner Filialen gegenwärtig 695 Mitglieder; der Arbeiter-Turnverein in Warnsdorf hat 80 Mitglieder. Vereinsversammlungen fanden in dem Bezirke Bensen 220, in dem Bezirke Schluckenau 62 und in den Bezirken Tetschen, Haida-Steinschönau-Leipa-Böhmisch-Kamnitz, Zwickau-Niemes wie in Rumburg-Warnsdorf konnten dieselben nicht genau ermittelt werden. Volksversammlungen fanden statt in dem Bezirke Haida-Steinschönau 28, Bensen 19, Schluckenau 5, Warnsdorf 12, Rumburg 5 (?), Grund-Georgenthal 11, Teichstatt 1, Schönlinde 15 und in Schönborn 3. Sogenannte § 2-Versammlungen fanden statt in dem Bezirke Bensen 24, Schluckenau 45, Teichstatt 4, Grund Georgenthal 24, in Schönlinde 15 und in den übrigen Orten der Bezirke je nach Bedarf. Bezirkskonferenzen fanden statt in Haida-Steinschönau 7 und in Schluckenau 4; von den übrigen Bezirken fehlt die spezielle Angabe. Weiters wurden zwei Kreiskonferenzen in Teichstatt und eine Landeskonferenz in Warnsdorf abgehalten. Die Zahl der Besucher sowohl der Volks- wie der Vereinsversammlungen konnte nur zum Theil festgestellt werden, somit sind die diesbezüglichen Ziffern, weil werthlos, weggelassen worden. Weiters verdient noch hervorgehoben zu werden, daß seitens der Parteigenossen in einer Anzahl Gemeinden mit Erfolg in die Gemeindewahl eingegriffen wurde. Auch wurde in den Wahlbezirken Zwickau-Niemes, Haida-Steinschönau und Rumburg seitens der Parteigenossen in die Landtagswahl eingegriffen und ein keineswegs zu unterschätzender Achtungserfolg erzielt, indem in Niemes-Zwickau auf Gen. Milota 239, in Haida-Steinschönau auf Gen. Wedlich 146 und in Rumburg auf Gen. Kiesewetter 65 Stimmen entfielen.

Ueber das Kapitel: „Politische Verfolgungen" wäre zu berichten, daß in Zwickau ein Genosse wegen Uebertretung des Versammlungsgesetzes mit 3 Tagen Arrest bestraft wurde. In Haida-Steinschönau wurden einige Genossen wegen Uebertretung des § 23, Preßgesetz, bestraft. In Bensen ein Genosse wegen Uebertretung des § 23. In Schluckenau wurden zwei Genossen zu Geldstrafen von 1—10 fl. verurtheilt; zwei andere Genossen wurden freigesprochen. In Warnsdorf wurde ein Genosse wegen Uebertretung des Versammlungsgesetzes

mit 3 Tagen Arrest bestraft. Die gegen einen Genossen in Wernstadt und einen Genossen in Hennehübel eingeleitete Untersuchung, beide wegen Religionsstörung, wurde eingestellt. Aus Warnsdorf wurden ferner im Jahre 1894 einige Arbeiter aus politischen Motiven ausgewiesen. Der Vertrieb von Parteiblocks ist in den meisten Lokalorganisationen eingeführt, allein der Erfolg läßt vieles zu wünschen übrig. Schließlich muß noch bemerkt werden, daß, da das Zahlenmaterial in unzulänglichem Maße eingelangt ist, die Parteithätigkeit in diesem Kreise eine bei weitem größere war, als wie sie in dem Berichte zum Ausdrucke gelangt.

Kreis Mähren. In Mähren ist in Bezug auf die Ausbreitung unserer Bewegung ein freilich nur mäßiger Fortschritt zu verzeichnen, obzwar dieses Land zu den industriereichsten der Monarchie gezählt werden muß. Die elenden Löhne in der Provinz, namentlich die der Weber Nordmährens, der Terrorismus der Unternehmer, denen sich auch in vielen Fällen die staatlichen Organe zur Verfügung stellen, erschweren die Organisation und Agitation in eminenter Weise. Wenn trotz der Ungunst der Verhältnisse ein Fortschritt zu verzeichnen ist, so ist dies auf den Umstand zurückzuführen, daß die elenden Existenzbedingungen einen der Sozialdemokratie empfänglichen Boden schaffen. Zwei Uebelstände sind es namentlich, welche der raschen Ausdehnung und Vertiefung unserer Bewegung äußerst hinderlich sind und sich in Mähren am meisten fühlbar machen. Es fehlen einerseits agitatorische Kräfte, um den vorhandenen Bedürfnissen Rechnung zu tragen, andererseits fehlen in noch größerem Maße die finanziellen Mittel, um die Kosten der Agitation zu bestreiten, so daß nicht einmal die vorhandenen Kräfte voll ausgenützt werden können.

Die ungünstige geographische Lage der Centrale (Brünn) macht auch in dieser Beziehung ihren schädigenden Einfluß geltend. Die Unzulänglichkeit in der Aufbringung finanzieller Mittel hat ihre Ursache in den Hungerlöhnen der Provinz und auch die Brünner Arbeiter sind in dieser Beziehung nicht auf Rosen gebettet und leider nicht in der Lage, die Provinz kräftiger zu unterstützen, womit jedoch nicht behauptet sein soll, daß nicht die Möglichkeit vorhanden wäre, sowohl in Brünn als auch in der Provinz eine Mehrleistung zu erzielen. Die Bezirksorganisationen verbrauchen in der Regel die eingelangten Gelder zum größten Theile für die Bedürfnisse des Bezirkes und wird hiedurch der Kreisvertretung die Möglichkeit entzogen, in den unserer Bewegung verschlossenen Theilen des Landes die nöthige Agitation zu entfalten, neue Orte für die Organisation zu gewinnen und bedrohte Positionen zu vertheidigen. Die letztere Erscheinung ist in Mähr.-Trübau zu Tage getreten. Diese Bemerkungen allgemeiner Natur vorausgeschickt, lassen wir den Organisationsbericht folgen. Derselbe erstreckt sich über die Zeit vom 1. Februar 1894 bis 31. Jänner 1896. Die Kreisorganisation besteht aus 15 Bezirks- und 49 Lokalorganisationen. Sitz der Kreisvertretung ist Brünn, der Bezirksvertretungen in Brünn, Mähr.-Schönberg, Mähr.-Neustadt, Sternberg, Neutitschein, Mähr.-Trübau, Zwittau, Brüsau, Römerstadt, Znaim, Privoz, Rosternitz, Iglau, Müglitz und Landskron. Es bestehen in Mähren 33 Bildungs- und Gesangvereine, 26 Fachvereine, von denen einige ihre Thätigkeit über ganz Mähren erstrecken, wie beispielsweise der der Metallarbeiter, Bauarbeiter, Typographen, Textilarbeiter und 15 humanitäre Vereine, darunter Krankenkassen- und Konsumvereine. Hervorzuheben ist unter den letzteren die Brünner Allgemeine Arbeiter-Krankenkasse mit über 20.000 Mitgliedern und zahlreiche Ortsgruppen in den Provinzen. Außerdem bestehen in Mähren zahlreiche Ortsgruppen von großen Gewerkvereinen Wiens, so der Eisenbahnbediensteten, der Knopfdrechsler u. s. f.

Der politische Verein „Volksfreund", der seine Thätigkeit über Mähren und Schlesien erstreckt, hat im Laufe der letzten zwei Jahre keine ausgebreitete

Thätigkeit entfalten können, da die reaktionären Gesetzesbestimmungen den Genossen die Benützung dieser Organisation erschweren und dieselbe durch den Ausbau der politischen Organisation immer mehr an Bedeutung verliert. Anbeachtenswerthen Neugründungen sind zu verzeichnen, jene einer politischen Bauernorganisation in Rosternitz, der Bezirksorganisation Iglau, des Vereines „Arbeiterheim" zur Erbauung eines Volkshauses in Brünn und eines Arbeiter-Turnvereines, welcher 2 Ortsgruppen besitzt. Auch die Gewerkschaftsbewegung hat einen Fortschritt zu verzeichnen, nicht nur durch die Gründung neuer Fachvereine, sondern auch durch die Umbildung der Bildungsvereine in allgemeine Gewerksvereine und die Bildung von 4 Gewerkschaftskommissionen in Mittel-, West-, Nord- und Ostmähren.

Die mährische Frauenbewegung ist noch nicht erstarkt. In Brünn hat sich eine bestehende Frauenorganisation mit einem anderen Brudervereine verbunden. In der Provinz sind die Frauen in den einzelnen Organisationen nur spärlich vertreten, obgleich nicht gesagt werden kann, daß es die Genossen an Agitation in dieser Beziehung fehlen lassen.

Thätigkeit der Organisationen. Kreiskonferenzen fanden 2 statt. Bezirkskonferenzen werden allvierteljährlich einberufen, welcher Verpflichtung die meisten Organisationen nachkommen. Politische Versammlungen haben 252 stattgefunden, deren Tagesordnung in den meisten Fällen die Wahlreform bildete. Wenn es sich auch bei vielen Versammlungen nur um Agitationsversammlungen zur Gewinnung neuer Anhänger handelte, so wurde doch auch in diesen Versammlungen die Forderung des Wahlrechtes eingehend erörtert. 8 Versammlungen fanden unter freiem Himmel statt und gestalteten sich als gewaltige Massenkundgebungen. In Brünn und zwei Orten der Provinz haben auch Straßendemonstrationen stattgefunden. Außer diesen öffentlichen Versammlungen wurden 77 § 2-Versammlungen einberufen, u. zw. zu dem Zwecke, um behördliche Chikanen unwirksam zu machen. So verbietet beispielsweise der Bezirkshauptmann in Mähr.-Schönberg die meisten Versammlungen in den um Schönberg gelegenen Orten, während er in Mähr.-Schönberg selbst weniger rigoros vorgeht. Die meisten Bauernversammlungen werden auch auf diese Weise einberufen. Auch in diesen Versammlungen bildete die Tagesordnung außer den Agitationsthemen die Besprechung der Wahlreform. Versammlungen der Fach- und Bildungsvereine wurden 642 abgehalten. Gewerkschaftskonferenzen wurden 6 einberufen, darunter der österreichische Buchdruckertag im Juni 1894.

Presse. Landesparteiorgan für Mähren ist der „Volksfreund". Derselbe erscheint in Brünn in einer Auflage von 2900. Größere Verbreitung hat die Fachpresse gefunden. — Der österreichische Arbeiterkalender, welcher ebenfalls in Brünn erscheint, hatte im Vorjahre eine Auflage von 20.000, heuer von 25.000 Exemplaren.

Politische Verfolgungen. Die Brünner Preßverhältnisse haben in der letzten Zeit seit dem bekannten Erlasse eine Besserung erfahren, nur während der Koalitionsära ließ es sich der Staatsanwalt einfallen, uns 2 Preßprozesse wegen §§ 300, 305 und 65 anzuhängen, welche mit Freisprüchen geendet haben. Die meisten Verfolgungen verursacht unser rückständiges Preßgesetz und dessen gewaltthätige Anwendung seitens der Behörden. Es sind zu verzeichnen: Verfolgungen wegen § 23 P. G. 29 Genossen, Gesammtstrafausmaß 59 Tage und 16 fl. Geldstrafe; wegen § 24 2 Genossen, Strafausmaß 24 Tage, hiebei 1 Freispruch. Versammlungsgesetz: 22 Genossen, Strafausmaß 66 Tage, hiebei 3 Freisprüche. Dann sind Vergehen gegen das Strafgesetz angeblich begangen durch Reden: 2 Genossen, § 312, 1 Freispruch und 15 fl. Geldstrafe; 2 Genossen, § 314, 1 Freispruch, 20 fl.; 1 Genosse, §§ 288 und 284, 1 Monat; 1 Genosse, § 303, 14 Tage; 1 Genosse, § 305, Freispruch; 1 Genosse, § 496,

3 Tage; 1 Genosse, § 64, 6 Wochen Kerker; 1 Genosse, Prügelpatent, 4 Tage. Insgesammt 238 Tage und 51 fl. Resultatlose Untersuchungen wurden eingeleitet wegen der §§ 300, 302, 305, 64 und 65 St. G. gegen 12 Genossen. Sind auch die verhängten Strafen nicht hohe, so müssen doch die geringfügigen Delikte und die aufgelaufenen Prozeßkosten in Betracht gezogen werden, wobei zu beachten ist, daß die in dem großen Prozesse des Jahres 1893 Verurtheilten an Unterstützung zirka 1600 fl. in Anspruch nahmen. Versammlungsverbote sind nicht so häufig wie früher, wenn auch nicht selten, da sich die mährischen Bezirkshauptmänner durch unsere Bewegung die nothwendigste Gesetzeskenntniß angeeignet haben; nur der Sternberger Bezirkshauptmann macht noch eine unrühmliche Ausnahme.

Von größeren Aktionen sind zu erwähnen: Die Brünner Reichsraths-wahl 1894 (125 Stimmen), die Wahlen in den Vorstand der Unfallversicherung (Erfolg im Schiedsgericht), die Agitation bei den Brünner Gemeindewahlen und den Vorstandwahlen in die Brünner Bezirkskrankenkasse.

Haben auch diese Aktionen nicht in allen Fällen zu keinem positiven Erfolge geführt, so ist doch deren agitatorische Bedeutung nicht zu unterschätzen. Größere Streiks waren der der Feilenarbeiter (verloren), der Metallarbeiter in Altendorf (gewonnen) und der Textilarbeiter in Mähr.-Trübau (verloren). Orte, in denen wir zunächst festen Fuß fassen müssen, und in denen ein günstiger Boden für die Bewegung ist, sind Privoz, Mähr.-Ostrau und Olmütz.

Um Irrthümern vorzubeugen, muß bemerkt werden, daß alle vorstehenden Daten nur auf die deutsche Parteiorganisation Bezug haben (mit Ausnahme der größeren Versammlungen in Brünn) und auch innerhalb derselben die Ziffern nicht auf Genauigkeit Anspruch machen können, da die Berichterstattung keine vollkommene ist und eine stattliche Anzahl von Versammlungen 2c. stattgefunden hat, welche, da nicht gemeldet, in dem Berichte nicht enthalten sind. Auch in dieser Richtung muß Wandel geschaffen werden, damit eine genaue und ausführliche Statistik angelegt und geführt werden kann. Haben wir nun auch keinen gerade gewaltigen, in die Augen springenden Fortschritt zu verzeichnen, so ist doch gewiß, daß im Ausbau und in der Festigung der Organisation Vieles geschaffen wurde und daß wir unbesorgt um die Zukunft wieder frischen Muthes weiterarbeiten können in der Organisirung des Proletariates.

Kreis Schlesien. Die Kreisorganisation ist in 5 Organisationsbezirke eingetheilt, und zwar:

Jägerndorf mit Troppau, Bennisch und Raaden;

Wigstadtl mit Bautsch, Hof, Odrau, Fulnek und Wagstadt;

Bielitz mit Alt-Bielitz, Alexanderfeld, Lipnik, Trzynitz, Teschen und Ustron;

Freiwaldau mit Zuckmantel und Gurschdorf;

Freudenthal mit Markersdorf, Karlsthal und Wildgrub.

Die Orte Schlesiens, die in den 5 Organisationsbezirken nicht angeführt sind, besitzen noch keine Organisation.

Das Vertrauensmännersystem ist durchgeführt in Wigstadtl, Bautsch, Hof, Fulnek, Odrau, Wagstadt, Bielitz, Teschen und Troppau.

Die Zahl der Vereine stellt sich Ende Dezember 1895 wie folgt:

Bildungsvereine 15, Mitgliederzahl 1860; Gewerkschaftsvereine 27, Mitgliederzahl 2107; zusammen 3967 Mitglieder.

Volksversammlungen fanden 75, § 2-Versammlungen 218, Vereinsversammlungen 273 und Konferenzen 20 statt.

Partei- und Fachblätter werden 2860 gehalten.

Politische Verfolgungen fanden statt:

In Wigstadtl: Gen. Josef Richter, § 2 und 19 V. G., freigesprochen; Gen. Mischak, § 23 P. G., 2 fl. Strafe; Gen. Potsch, § 2 V. G., freigesprochen.

In Odrau: Gen. Alois Mark, § 23 P. G., 2 fl. Strafe.

In Troppau: Gen. Schwach ohne jede Verurtheilung anläßlich des Tischlerstreiks auf 1 Jahr Stadt verwiesen; Anders, Trenchal, Losert, Steiner und Hellebrand § 2 V. G.: erstere 4 Genossen freigesprochen, letzterer zu 2 fl. Strafe; Gen. Hugo Schmidt, § 283 und 284 St. G., freigesprochen; Genosse Dr. Ingwer, § 303 St. G., 2 Monate Arrest; Gen. Hueber, § 305 St. G., 14 Tage Arrest; Gen. Trenka, § 4 und 26 V. G., freigesprochen, § 9 und 17 P. G. 10 fl. Strafe, § 2 und 19 V. G. und § 312 und 313 St. G. 15 fl. Strafe eventuell 3 Tage Arrest. Außerdem erhielt Gen. Trenka 26 amtliche Zuschriften und 14 Vorladungen.

Bielitz: Gen. Jorde 11mal, Hoinkes 2mal und je 1mal die Genossen Hugo Schmidt, Elderſch und Winarsky wegen § 2 V. G. freigesprochen; Gen. Jorde wegen Beleidigung der Bielitzer Fabrikanten 10 fl. Strafe; Gen. Pietsch von Seite der Staatsanwaltschaft Anklage nach § 300 erhoben.

An die Parteileitung wurden 25 Prozent von der eingegangenen Parteisteuer im Betrage von 130 fl. 44 kr. abgesendet.

Kreis Westgalizien. Trotz der zahlreichen Verfolgungen, denen unsere Partei ausgesetzt war, müssen wir nicht nur keinen Rückgang, sondern einen großen Aufschwung unserer Organisation im Zeitraume seit dem 1. April 1894 bis Ende 1895 konstatiren. Die Thätigkeit der Parteileitung und der Organisationen, wie auch die Erfolge derselben seit dem letzten Parteitag stellen sich folgendermaßen dar:

Im August 1894 fand während der galizischen Landesausstellung der dritte Parteitag der Sozialdemokratie in Galizien, Schlesien und der Bukowina zu Lemberg statt. Unsere Organisation hat ihn sehr zahlreich beschickt.

Der vierte Parteitag fand Ende September 1895 in Neu-Sandez statt und war von der unterfertigten Parteileitung organisirt.

Außerdem fanden zwei Landeskonferenzen der westgalizisch-schlesischen Sozialdemokratie in Krakau statt, die eine zu Ostern, die andere zu Weihnachten 1895.

Von Kreiskonferenzen sind 7 des Bielitz-Teschener und 6 des Ostrau-Karwiner Bezirkes zu verzeichnen.

Es wurde im Oktober 1894 der erste politisch-sozialistische Verein „Proletariat" für Galizien und Schlesien in Krakau gegründet.

In demselben Jahre entstand auch der erste jüdische Arbeiter-Bildungsverein „Brüderlichkeit" in Krakau.

In der Provinz wurden 1895 drei Arbeiter-Bildungsvereine gegründet: „Bratnia Pomoc" („Bruderhilfe") in Tarnow, „Siła" in Rzeszow und „Siła" in Myślenice.

Gemäß den Bestimmungen des III. Landesparteitages hat die Parteileitung hauptsächlich der Gewerkschaftsbewegung Vorschub geleistet und ihrer Mitwirkung verdanken folgende Zentralfachvereine für Galizien und Schlesien in Krakau ihr Entstehen: 1. Holzarbeiter-, 2. Bauarbeiter-, 3. Ziegelarbeiter- und 4. Schuhmacherverein; außerdem wurde die Gründung der Fachvereine der Schneider- und der Fleischer- und Selchergehilfen durch die Nichtbestätigung der Statuten seitens des Ministeriums vorläufig verhindert, wird aber demnächst stattfinden. Von Filialen entstand eine des Bäckerarbeitervereines in Podgórze, eine des Bauarbeitervereines in Bochnia und drei des österreichischen Staatseisenbahnervereines von Wien in Saybusch, Podgórze-Płaszów und Krakau. — Es fanden zwei Gewerkschaftskonferenzen statt: die erste Landeskonferenz der Buchdrucker in Lemberg, welche von allen Städten Galiziens, in denen es Buchdruckereien gibt, beschickt wurde, und die erste Landeskonferenz der galizischen Eisenbahner in Neu-Sandez, an der aus Westgalizien die

Vertreter von Krakau, Podgórze-Płaszów, Neu-Sandez und Saybusch theilnahmen.

Im Sommer 1894 hat sich der Wirkungskreis der Krakauer Parteileitung zum ersten Male auf das mährisch-schlesische Kohlenrevier ausgedehnt. Seitdem die Agitation unter den polnischen Bergarbeitern daselbst geführt wird, hat die dortige Bergarbeiter-Organisation beträchtlich zugenommen. Die polnischen Bergleute standen nämlich früher der czechischen Bergarbeiterbewegung feindlich oder theilnahmslos gegenüber und, da sie die Majorität der dortigen Bergarbeiterschaft bilden, konnte man ohne sie an keinen Fortschritt der Organisation denken. Seitdem aber hat der Berg- und Hüttenarbeiterverein „Prokop" 7 Ortsgruppen gegründet, deren Mitgliedschaft sich aus Czechen und Polen rekrutirt. Dies brachte er aber zu Stande nur Dank der energischen Mitwirkung der Krakauer Parteileitung und der Verbreitung des polnischen Parteiorganes „Naprzód".

In der Lohnbewegung haben wir zwei Streiks zu verzeichnen: den Ausstand der Krakauer Bäckerarbeiter, an dem sich 200 derselben betheiligten, und der nach der Dauer von einem Tage mit dem Siege der Arbeiter endete, und den Ausstand der Ziegelarbeiter in der Umgebung von Krakau, an dem 800 derselben theilnahmen, aber in Folge dessen, daß der Streik unorganisirt und plötzlich ausbrach, wie auch in Folge der Verfolgungen und Chicanen seitens der Behörden nach 25 Tagen unterliegen mußten.

Vor Allem aber wurde die meiste Energie für die politische Bewegung verwandt. Es wurden 59 Volksversammlungen abgehalten, davon 3 unter freiem Himmel und 13 Wahlrechtsversammlungen; 19 Versammlungen wurden außerdem verboten; § 2-Versammlungen wurden zirka 200 veranstaltet.

Die Maifeier wurde folgendermaßen durchgeführt: 1. Krakau: völlige Arbeitsruhe, Volksversammlung mit über 8000 Anwesenden, Nachmittags Ausflug und Volksfest; 2. Podgórze: Zahlreich besuchte Volksversammlung, Nachmittags Betheiligung an dem Krakauer Volksfest; 3. Neu-Sandez: Arbeitsruhe in den Eisenbahnwerkstätten und theilweise in der Stadt, Volksversammlung verboten, Abends § 2-Versammlung; 4. Bielitz-Biala: Theilweise Arbeitsruhe, Abends Volksversammlung.

Die Maifeier 1895: 1. Krakau: Völlige Arbeitsruhe, Volksversammlung mit 8500 Theilnehmern unter freiem Himmel, sonst wie im Vorjahre; 2. Podgórze, 3. Neu-Sandez, 4. Bielitz-Biala: Wie im Vorjahre; 5. Ostrauer Gruben- und Hüttenrevier: 5 Volksversammlungen und Volksfeste.

Politische Verfolgungen. Die Haft betrug 5 Jahre 3 Monate 10 Tage; davon Untersuchungshaft: 2 Jahre 6 Tage; polizeiliche Strafen: 5 Monate 20 Tage; und gerichtliche Strafen: 2 Jahre 9 Monate 14 Tage. Die höchste Strafe belief sich auf 6 Monate schweren Kerkers. Die Geldstrafen betrugen 72 fl. Mit Freispruch endeten 11 Verhandlungen. Die größten Prozesse wurden wegen der §§ 197 und 199 (falsche Zeugenaussage im Prozeß Reger und Genossen, der mit Freispruch aller Angeklagten endete), wie auch wegen der §§ 81 und 283 (Wahlrechtsdemonstration auf den Straßen von Krakau) angestrengt. Was die polizeilichen Strafen betrifft, so wurden sie meistens wegen des Singens der „Rothen Fahne", manchmal auch wegen Geldsammlungen oder Versammlungsreden (!) verhängt.

Parteipresse. Es erscheint nur ein politisches Blatt in Krakau, das bis Ende 1894 halbmonatlich, seit dem 1. Jänner 1895 aber wöchentlich unter seinem alten Titel: „Naprzód" („Vorwärts") erscheint. Seine Auflage beträgt 1800 Exemplare. Außerdem wurde in Krakau der III. und IV. Jahrgang des polnischen „Arbeiter-Kalenders" (für 1895 und für 1896) herausgegeben. Beide

Jahrgänge wurden konfiszirt, jedoch in der Auflage von 2000, beziehungsweise 3000 Exemplaren verbreitet.

Die Hauptmomente der Agitation bildeten die Wahlreform und die Arbeiterversicherung.

Die Wahlrechtsbewegung wurde energisch weitergeführt. Es wurde Anfangs der Massenstreik im Sinne der Resolution des letzten Wiener Parteitages als letztes Mittel zur Eroberung des allgemeinen Wahlrechtes in Aussicht gestellt, was eine große agitatorische Bedeutung hatte. Die Koalition, wie auch speziell der koalirte Polenklub, wurden heftig bekämpft. Es wurden in dieser Zeit 13 Wahlrechtsversammlungen abgehalten und außerdem in Krakau 4 Straßendemonstrationen zu Gunsten des allgemeinen Wahlrechtes veranstaltet.

Da die Wahlen in die städtische Krankenkasse in Krakau auf das Jahr 1895 fielen, begann die Parteileitung eine rege Agitation in dieser Richtung und es gelang auch, die sozialdemokratische Liste mit einer großen Majorität durchzusetzen. Die Wahl des Ausschusses wurde zwar für ungiltig erklärt, aber bei den Neuwahlen ist ein erneuerter Sieg unserer Partei zu erwarten.

Dazu wurde der Partei noch ein Kampf aufgedrängt, der Kampf mit dem Klerus. Es muß bemerkt werden, daß derselbe Anfangs rein defensiv war. Die galizischen Bischöfe erließen drei Hirtenbriefe in verschiedenen Zeitabschnitten, in welchen sie unsere Blätter verdammten, was die Losung zu einem Kreuzzuge gegen die Sozialdemokratie gab. Von der Kanzel, vom Beichtstuhl aus wurde gegen uns heftig agitirt. Auch gründeten die Pfaffen ein „Arbeiterblatt", das aber bald eingehen mußte, wie auch „Arbeitervereine", die jedoch gar nicht gedeihen. Jesuiten und andere Geistliche kamen zu unseren Versammlungen, wurden aber von den Arbeitern abgewiesen. Der erbitterte Kampf, in dem von gegnerischer Seite kein Mittel verschmäht wird, dauert fort, er bringt uns aber mit jedem Tage nur neue Erfolge. Wir sahen uns oft genöthigt, in die Offensive überzugehen, als wir die

Bauernagitation begonnen hatten, um den Einfluß des Klerus auf das Landvolk zu schwächen. Die Anfänge der Agitation unter den Bauern sind bis jetzt erfolgreich; besonders rege haben wir vor den galizischen Landtagswahlen unter denselben agitirt. Unsere beiden letzten Parteitage haben sich mit der Schaffung eines Agrarprogramms beschäftigt, seither wird die praktische Arbeit in dieser Richtung geleistet.

Kreis Ostgalizien. Allgemeines. In Galizien, dem Lande der Pfaffen und Schlachzizen, wo die Bevölkerung ökonomisch und kulturell um vieles niedriger als in anderen Ländern steht, ist es doppelt schwierig, eine oppositionelle Bewegung zu schaffen und zu leiten. Man soll die Fortschritte unserer Partei mit anderem Maßstabe, als anderswo messen; jede, noch so kleine Eroberung erforderte bei weitem größere latente Arbeit, um den Trägheitswiderstand der seit Jahrhunderten ausgebeuteten Massen zu brechen; die Arbeiterpartei in Galizien ist eine Kulturpartei, da sie die armen, geknechteten Arbeiter und Bauern überhaupt zum politischen Leben und Denken heranzieht.

Wir können mit Genugthuung konstatiren, daß in den letzten zwei Jahren die Bewegung bedeutend zugenommen hat, nicht nur extensiv, sondern auch intensiv. Zwei Jahre unermüdlicher, aufreibender Agitation brachten die Bewegung um einen großen Schritt vorwärts; und wenn auch die Resultate den Vergleich mit denen in anderen Ländern nicht aushalten können, so muß man eben beachten, daß dies in Galizien gewesen ist.

Das Parteileben bethätigte sich nach innen in fortwährender Ausbesserung und Erweiterung der Organisation, der politischen und gewerkschaftlichen. Nach außen mußte die Partei, außer dem politischen Kampfe um's Wahlrecht, worin sie mit allen österreichischen Genossen in Reih' und Glied zusammenging, auch

lokalen Verhältnissen Rechnung tragen. Außer der allmächtigen Schlachzizenpartei gibt es in Galizien bürgerliche „Demokraten", impotente Nationalphrasendrescher, deren Häupter Szczepanowski, Rutowski, Romanowicz und andere Streber sind. Ihr ganzes Thun erschöpft sich im Veranstalten von patriotischen Festlichkeiten, wo sie sehr schön sprechen, um dann um so frecher um die Gunst der Schlachzizen zu buhlen, und die Arbeiter auszubeuten, — wie z. B. der Naphtabaron Szczepanowski. Gegen diese politischen Amphibien mußte unsere Partei scharf auftreten, besonders im Jahre 1894, welches unter dem Zeichen der 100jährigen Kosciuszkofeier und des Ausstellungsrummels stand. Während der Feier des großen polnischen Volkshelden Kosciuszko nagelten die Arbeiter die heuchlerischen Demokraten fest, und machten eine reinliche Scheidung zwischen den Geschäftspatrioten und denen, die es wirklich sind. Der Ausstellungsrummel gab auch Gelegenheit, das Treiben dieser Herren zu beleuchten. Die auf der Ausstellung beschäftigten Arbeiter wurden z. B. ohne Kündigung entlassen und nur nachdem unsere Partei wiederholt Protestversammlungen veranstaltet hatte, wurde die Maßregel aufgehoben.

Der im September 1894 nach Lemberg einberufene Landesparteitag war eine wichtige Etappe in der Entwicklung unserer Partei. Es wurden unter Anderem Grundlagen für eine ausgiebige gewerkschaftliche Agitation geschaffen, deren Folgen im nächsten Jahre in mehreren siegreich durchgeführten Streiks sichtbar wurden. Es wurde auch die Agrarfrage besprochen.

Die Gewinnng der Bauern, die bekanntlich 80 Procent der gesammten galizischen Bevölkerung bilden, ist für unsere Partei eine sehr wichtige Sache. Die Debatte war sehr lebhaft und es betheiligten sich an ihr auch ruthenische Radikale (Franko, Trylowski); es wurde beschlossen, eine Commission einzusetzen, die einen Agrarprogrammentwurf dem nächsten Parteitage vorlegen sollte. Die zahlreich versammelten Parteitags-Mitglieder wohnten der feierlichen Enthüllung des Denkmals für den Dichter Boleslaus Czerwienski, des gefeierten Autors der Arbeiterhymne „Rothe Fahne" bei. Die Kosten des Denkmals wurden durch Sammlungen unter den Arbeitern bestritten.

Die zweite Hälfte des Jahres 1894 und die erste des Jahres 1895 war fast ganz dem politischen Wahlrechtskampfe gewidmet. Die ostgalizischen Arbeiter scheuten keine Opfer, wenn es galt, gegen die Koalition zu demonstriren. Besonders imposant fiel die Straßendemonstration in Lemberg am 19. November 1894 aus; sie brachte unseren Genossen zirka 6 Monate Kerker ein. Die Lemberger Polizei erniedrigte sich zu Saalabtreibereien und verbot jede Versammlung im Rathhaussaale, obwohl der Gemeinderath uns denselben immer ohne Anstand zur Verfügung stellte. Wunderbarer Weise ist der Sozialismus in Lemberg dadurch nicht vernichtet worden. . . .

Anfangs April 1895 fand in Lemberg eine ostgalizische Parteikonferenz statt; der Berichterstatter des Parteicomités konnte schon auf Anfänge einer bäuerlichen Agitation in der Gegend von Lemberg, Przemysl, Stanislau, Kolomea ꝛc. hinweisen; es wurde das gemeinsame Vorgehen mit den ruthenischen Radikalen betont. Und wirklich sah man auf den nächsten Maifeierversammlungen viele Bauern, welche andächtig unseren Rednern zuhörten, und selbst das Wort ergriffen.

Diese augenscheinlichen Erfolge unserer Bewegung versetzten die Gegner in hellen Schrecken. Die klerikale Sippschaft begann einen verzweifelten Feldzug gegen die Sozialdemokraten; sozialistische Zeitschriften wurden von den Bischöfen verboten, man gründete Schmutzblättchen, welche alle in der Agitation thätige Genossen mit Koth bewarfen. Auch politische Verfolgungen mehrten sich von Tag zu Tag. Der ganze Feldzug fiel jedoch kläglich aus, er vermehrte nur den Eifer der Genossen für die Sache und die Verachtung für die Gegner, die sich solcher Waffen bedienen.

Der Streik der Ziegelarbeiter in Lemberg, welcher am 24. Juni ausbrach und nach 10 Tagen mit dem Siege der Arbeiter endete, eröffnete die Aera einer intensiven gewerkschaftlichen Agitation. In allen größeren Städten Ostgaliziens brachen Lohnkämpfe aus. Noch nie hatte es in Galizien in so kurzer Zeit so viel Streiksge geben; ihre Wirkung war sehr groß; es ist der beste Beweis dafür, daß die Arbeiter in Galizien sich aus der Apathie schon erhoben haben und den Drang nach besserer Lebenshaltung empfinden.

Nach der Streikperiode kam die gewerkschaftliche Organisation. In Lemberg und anderen Städten wurden Fachvereine, einer nach dem anderen, gegründet und auf diese Weise breite Rahmen für die nächstfolgende Agitation geschaffen.

An den Landtagswahlen konnte die Partei positiv nicht theilnehmen, doch verfehlte sie keine Gelegenheit, um das Vorgehen der bürgerlichen Parteien zu kritisiren und gegen die unerhörten Wahlmißbräuche zu protestiren.

Den Parteitag in Neu-Sandez (September 1895) haben die ostgalizischen Organisationen zahlreich beschickt. Die Beschlüsse des Parteitages waren für sie ein Grund mehr, noch eifriger an die Arbeit zu gehen, um die ostgalizische Bewegung näher dem Höhepunkt zu bringen, auf dem die Bewegung anderer ökonomisch fortgeschrittener Provinzen steht.

Die Lemberger „Unabhängigen" sind definitiv von der Bildfläche verschwunden, nachdem ihr letzter Versuch, durch nichtswürdige Verleumdungen den Kampf gegen die Sozialdemokratie weiter zu führen, gänzlich mißlungen ist. Die besseren Elemente aus der Reihe der Unabhängigen schlossen sich unserer Partei an.

Die Frische und Unternehmungslust, die jetzt durch die Reihen der Partei geht, wird hoffentlich zu weiteren Erfolgen führen.

Organisation. *a*) Politische. In den größeren Städten wurde das Vertrauensmännersystem durchgeführt, welches sehr gut funktionirt. Politische Vereine („Proletariat") bestehen in Lemberg und Stanislau.

b) Bildungsvereine existiren in Lemberg, Winniki, Przemysl, Stanislau, Stryj, Ottynia und Kolomea. Die jüdischen Genossen haben besondere Vereine in Lemberg, Przemysl, Stanislau und Kolomea. Zusammen also 11 Bildungsvereine, von denen 4 in den letzten zwei Jahren gegründet wurden.

c) Die gewerkschaftliche Organisation, obwohl noch sehr jung, macht mit jedem Tage größere Fortschritte. Es ist schon gelungen, den größten Theil der Branchen zu organisiren; die siegreichen Streiks haben viel dazu beigetragen. In den letzten zwei Jahren entstanden Fachvereine der Tischler, Bäcker, Schneider, Maler und Lackirer, Ziegelarbeiter, Handlungsgehilfen, Friseure und Eisenbahnarbeiter. Außerdem existiren mehrere Gehilfenvereine und zwar der Schlosser, Schuster, Blechschmiede, Schmiede, Bauarbeiter, Buchbinder ꝛc. — Die Buchdrucker haben sich dem österreichischen Verbande angeschlossen, und anfangs September 1895 einen Fachkongreß abgehalten. Die Bauarbeiter wollten ihren Verein „Ognisko" auf ganz Galizien ausdehnen, doch hat das k. k. Ministerium die Statuten nicht genehmigt.

In Lemberg haben 15 Arbeitervereine anfangs 1895 den Beschluß gefaßt, ein Arbeiterheim zu bauen und zu dem Zwecke ihre Mitglieder besteuert. Die Sammlungen gehen rüstig vorwärts. Seit Juni befinden sich 8 Arbeitervereine und die Redaction des „N. Robotnik" zusammen in einem eigens dazu gemietheten zweistöckigen Hause, wo auch ein geräumiger Saal für Versammlungen sich befindet.

Presse. Wir haben in Ostgalizien 2 politische Blätter: den „Nowy Robotnik" (Auflage 1400 Expl.) und den jüdischen „Arbeiter" (600 Expl.). Der „Robotnik" erscheint seit Dezember 1894 dreimal monatlich; die Ab-

nehmerzahl ist in den letzten zwei Jahren um 500 gestiegen. Die Finanzen des „Robotnik“ waren:

	Einnahmen	Ausgaben
Im Jahre 1894	fl. 816·83	fl. 886·75
„ „ 1895	„ 1589·72	„ 1585·82

Außerdem erscheint in Lemberg „Swiatło“, populär-wissenschaftliche Monatsschrift (700 Expl.) und das Fachorgan der Buchdrucker „Ognisko“. Einige Zeit hindurch ging zuerst in Przemysl, dann in Lemberg das humoristische Blatt „Boccan“ heraus, mußte aber wegen Mangel an geeigneten redaktionellen Kräften eingestellt werden.

Die Zahl der Konfiskationen unserer Publikationen beläuft sich auf 38.

Die Agitation war in den letzten zwei Jahren eine lebhafte. Der Agitationsfond weist auf:

	Einnahmen	Ausgaben
Im Jahre 1894	fl. 180·21	fl. 234·41
„ „ 1895	„ 356·13	„ 415·46

Obwohl der Geldmangel sehr oft unsere Schritte gehemmt hat, wurden viele neue Punkte erobert. Erfreuliche Fortschritte machte die jüdische Arbeiterbewegung; bei der Agitation kam es oft zu scharfen Auseinandersetzungen mit den jüdisch-nationalen Sionisten, wobei diese regelmäßig den Kürzeren zogen. —

Wir haben auch Anfänge einer Arbeiterinnenbewegung. In nächster Zeit werden die Städte Łańcut, Kałusz, Tarnopol, Dobromil, Borystan ꝛc. in Angriff genommen werden.

Politische Volksversammlungen wurden einberufen im Jahre 1894 37, davon wurden verboten 8. Im Jahre 1895: einberufen 41, verboten 6. Außerdem wurde eine Unzahl von vertraulichen und gewerkschaftlichen Versammlungen veranstaltet.

Bei den Wahlen in die Bezirkskrankenkassen, die in Lemberg, Przemyśl und Kolomea im Jahre 1895 stattfanden, siegten die Sozialdemokraten mit überwältigender Majorität.

Die Maifeier hat bei den galizischen Arbeitern schon das Bürgerrecht gewonnen und wird immer mit großem Enthusiasmus begangen. Die Unternehmer benehmen sich ziemlich brutal. So hat z. B. die Lemberger Bahndirection im Jahre 1894 mehrere Arbeiter, die als „Aufwiegler“ galten, nach der Maifeier entlassen. In Lemberg feierten im Jahre 1895 zirka 10.000 Arbeiter. Massenversammlungen fanden statt in Lemberg, Przemyśl, Stanislau, Kolomea und Stryj. Wo die Arbeiter nicht feiern konnten, gaben sie einen Theil ihres Lohnes für den Inhaftirtenfond (z. B. in Ottynia).

Parteiliteratur. Es wurde herausgegeben in Lemberg: 1. Program socyalistyczny“, eine populäre Erläuterung unseres Parteiprogrammes. Die Broschüre wurde konfiszirt. 2. „Historya socyalizmu w Galicyi“, eine Geschichte der sozialistischen Bewegung in Galizien von Żegoła. Zu Agitationszwecken wurden ferner tausende Broschüren aus London bezogen.

In jüdischer Sprache sind erschienen, in Lemberg: 1. „Gut Jom Tow“ („Der 1. Mai“). 2. „Lang und Mayer“. 3. „Der Din und der Joscher“ zu je 2000 Exemplaren.

Lohnkämpfe waren in Ostgalizien im Jahre 1894 folgende: 1. Streik der Ausstellungsarbeiter. Er dauerte 1 Tag und endete siegreich für die Arbeiter. 2. Streik der jüdischen Bäcker in Lemberg. Nach sechstägigem Kampfe unterlagen die Arbeiter. 3. Die Lemberger Schriftsetzer rüsteten im Juni zu einem großen Streik; es kam jedoch zu einem Ausgleich, der für die Arbeiter günstig ausfiel.

Im Jahre 1895 brachen folgende Streiks aus: 1. Der Ziegelarbeiter in Lemberg, 2. der Bauarbeiter in Przemyśl, 3. der Tischler in Kolomea, 4. der Bauarbeiter in Winniki, 5. der Bauarbeiter in Stanislau, 6. der Gerber in Stanislau, 7. der Bäcker in Stanislau, 8. der Bürstenbinder in Kolomea, 9. der Mühlenarbeiter in Kolomea. Fünf Streiks endigten mit dem vollständigen, 4 mit theilweisem Siege der Arbeiter.

Es ist bezeichnend, daß die bäuerliche Bevölkerung den Lohnkämpfen der Arbeiter sympathisch gegenüberstand. Auf dem Congresse der ruthenischen Radikalen stellte z. B. ein Bauer den Antrag, die Bauern sollen den Arbeitern, „wenn sie in den Generalstreik eintreten, Brot und Kartoffeln umsonst liefern". Die Bauern in Przemyśl unterstützten die streilenden Maurer mit Geld und Proviant.

Politische Verfolgungen. Im Jahre 1894 gab es in Ostgalizien 6 politische Verfolgungen, von denen 5 mit Freisprechung endeten. Nur in einem Falle lautete das Urtheil auf 7 Tage Arreststrafe. Die Untersuchungshaft dauerte dagegen 5 Monate und 10 Tage. Die Geldstrafen betrugen 25 fl.

Im Jahre 1895 vergrößerte sich die Zahl der Verfolgungen verhältnißmäßig sehr stark. Die Ziffer der Verurtheilungen beläuft sich auf 4 Jahre, 3 Wochen. Die Untersuchungshaft dauerte 3 Jahre, 7 Monate, 4 Wochen und 1 Tag. Zusammen also wurden 7 Jahre, 7 Monate, 7 Wochen und 1 Tag abgebüßt. Die Geldstrafen schwollen auf 55 fl. an. Bei Geschwornengerichten endeten alle Prozesse mit Freisprechung. Es geschah dies 8 Mal; sonst gab es keine Freisprechungen.

Der Inhaftirtenfond weist nach:

	Einnahmen	Ausgaben
1894 . . .	177 fl. 57 kr.	132 fl. 82 kr.
1895	151 „ 03	97 „ 70 „

Die **czechische Parteiorganisation** besteht derzeit aus 13 Kreisorganisationen, wovon 7 auf Böhmen, 4 auf Mähren, 1 auf Niederösterreich und 1 auf Schlesien entfallen. In der abgelaufenen Periode wurden 34 Kreiskonferenzen abgehalten, wovon 8 von der Parteileitung besucht waren. — Vom 1. Jänner 1894 bis 29. Februar 1896 wurden 452 Personen in Untersuchungshaft gezogen, wovon 159 Personen verurtheilt, 100 freigesprochen und 193 unter Einstellung der Untersuchung freigelassen wurden. Die Summe der Strafen betrug 19 Jahre, 23 Tage und 599 fl. Von den Delikten betrafen 45 Perzent das Preß-, 30 Perzent das Vesammlungsgesetz und 25 Perzent andere Gesetze. An Unterstützungen wurden ausgezahlt 2952 fl. 55 kr.

Kreisorganisation für Central-Böhmen, Sitz Prag. Die Kreisorganisation hat vom 25. August 1894 bis 1. März 1896 abgehalten: 5 Kreiskonferenzen, 9 Versammlungen unter freiem Himmel, 4 solche wurden verboten; 588 sonstige Versammlungen und Vorträge, 60 davon wurden verboten.

Im Jahre 1894 und 1895 wurden an Unterstützungen und Gerichtskosten verausgabt 1574 fl. 7 kr.

Im Jahre 1895 sind folgende Strafen erfolgt, und zwar: 3 Wochen „Untersuchungshaft"; Strafen allein betrugen in diesem Jahre 18 Monate 3 Wochen 3 Tage und 8 fl. Geldstrafe.

Berichtigung.

In dem Parteibericht „Kreis Steiermark" ist eine Unrichtigkeit vorhanden, und zwar soll es heißen: die gewerkschaftlichen Organisationen haben 7500 Mitglieder **exklusive** des Rechtsschutzvereines, welcher mit den Gewerkschaften nichts gemein hat.

Erster Verhandlungstag am 5. April 1896.

Gen. Schrammel eröffnete um 10 Uhr den Parteitag.

Parteigenossen!

Das rechtlose, ausgebeutete Volk Oesterreichs hat heute seine Vertreter hieher entsendet, um den besten Weg zu seinem Ziele festzustellen. Als wir vor zwei Jahren beisammen waren, standen wir mitten in der Wahlrechtsbewegung, und es war unsere Aufgabe, mit möglichst geringen Opfern des arbeitenden Volkes die Machthaber zu zwingen, eine Wahlreform zu schaffen. Zahlreiche Sympathiekundgebungen wurden uns damals zu Theil und auch diesmal werden uns diese nicht fehlen, nur eine Sympathiekundgebung wird nicht kommen, und das ist die unseres großen unvergeßlichen Kämpfers für Menschenrechte, Friedrich Engels. Wir wollen heute dieses Mannes gedenken, welcher gleich unserem großen Marx so viel für uns gethan. In seinem Geiste wirken wir, arbeiten wir. (Die Versammlung hat sich während der letzten Worte von den Sitzen erhoben.) Viele unserer Parteigenossen sind seit jener Zeit aus unserer Mitte geschieden, und auch ihrer wollen wir gedenken, besonders des Gen. Ignaz Saska, welcher als Mitglied der Parteivertretung durch viele Jahre gekämpft, mitgearbeitet hatte, für die Befreiung des Volkes.

Die Verhandlungen auf den V. österreichischen Parteitag werden von großer praktischer Wichtigkeit sein, weil wir nunmehr eine Wahlreform vor uns haben, welche einmal Gesetz, ein Schandfleck für die sein wird, die sie geschaffen haben. Wir müssen mit allen Mitteln, die uns zu Gebote stehen, trachten, statt dieser Wahlreform das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht zu erlangen.

Der Parteitag ist auch dadurch von großer Bedeutung, weil er auf einem Boden stattfindet, auf welchem vor kurzer Zeit noch der Ausnahmszustand herrschte und die nationalen Wirren den Höhepunkt erreicht haben. Sie sind zusammengekommen, um zu beweisen, daß das arbeitende Volk Oesterreichs hoch über den konfessionellen und nationalen Fragen steht und lediglich die Befreiung aus der wirthschaftlichen Abhängigkeit und politischen Knechtung vor Augen hat.

Ich begrüße daher im Namen der Sozialdemokratie die Prager Genossen, und danke Ihnen für die Aufnahme und die Fürsorge, mit welcher Sie uns entgegengekommen sind; ich begrüße sämmtliche Genossen auf das Herzlichste und eröffne den V. österreichischen Parteitag der Sozialdemokratie.

Ich bin beauftragt, folgende Genossen für das Bureau vorzuschlagen: Popp Julius (Wien), Steiner (Prag), Zeller (Reichenberg) und Reger (Mährisch-Ostrau) in das Präsidium, Skaret (Wien), Seeliger (Teplitz), Němec (Wien), Vaněk (Pilsen) als Schriftführer.

Gen. Seeliger erklärt die Wahl nicht anzunehmen und schlägt Eldersch (Brünn) vor. In das Präsidium werden gewählt: Als Vorsitzende: Steiner (Prag), Popp (Wien), Zeller (Teplitz) und Reger (Mähr.-Ostrau); als Schriftführer: Eldersch (Brünn), Němec (Wien), Skaret (Wien), Vaněk (Pilsen); als Dolmetsch für das Czechische werden bestellt: Němec, Vaněk und Reis. Gen. Popp (Wien, den Vorsitz übernehmend):

Parteigenossen! Die Parteivertretung hat den V. Parteitag in der Absicht nach Prag einberufen, um zu beweisen, daß es auch auf diesem heißen Boden möglich ist, unsere Grundsätze unbehindert zu vertreten und Verhandlungen in deutscher Sprache zu führen als Beweis, daß die Sozialdemokratie national nicht empfindlich sei. Er bittet die Delegirten nicht weitschweifig zu sein und keine unnützen Geschäftsordnungs-Anträge zu stellen.

Gen. Roscher (Wien) verweist auf die Verfolgungen, denen die Provinzgenossen in Böhmen in den Achtziger Jahren seitens der Prager Behörde ausgesetzt waren. Unter den Anwesenden Delegirten sind fast ein Dutzend Genossen, die in Folge der Geheimbundsprozesse aus Prag ausgewiesen wurden, und mißt schon deshalb dem Parteitage eine große politische Bedeutung bei.

Es wird hierauf die vorgeschlagene vorläufige Tagesordnung definitiv angenommen.

Ein Dringlichkeitsantrag empfiehlt die Absendung des folgenden Begrüßungstelegrammes an Liebknecht:

„Der V. sozialdemokratische Parteitag sendet post festum dem alten Soldaten der Revolution die herzlichsten Glückwünsche zu seinem 70. Geburtstage."

(Unter Beifall einstimmig angenommen.)

Die vorgelegte Geschäftsordnung wird in einigen Punkten abgeändert.

Gen. Krapka beantragt, den Vertretern der Parteiblätter das Stimmrecht zu ertheilen.

Dieser Antrag wird nach kurzer Debatte nahezu einstimmig angenommen und den Vertretern sowohl der politischen als der gewerkschaftlichen Blätter Zutritt gegeben.

In die Mandatsprüfungs-Kommission werden gewählt: Steiner, Schäfer, Schuhmeier, Grablowitz und Elderſch.

Der Vorsitzende gibt bekannt, daß 147 Delegirte angemeldet, von denen jedoch noch nicht alle erschienen sind.

Es wird hiemit zu Punkt I der Tagesordnung: „Parteibericht" übergegangen.

Referent Gen. Dr. Ellenbogen (Wien):

Parteigenossen! Die Thatsache, daß wir heute unseren Parteitag unter einem ganz anderen politischen Regime veranstalten, als es geherrscht hat zur Zeit, als der letzte Parteitag seine Berathungen veranstaltet hat, erzählt allein schon die Geschichte der Bewegung der letzten 2 Jahre. Vor 2 Jahren haben wir unter der Regierung der Coalition unsere Aufgabe durchzuführen gehabt, und die damals gewählte Parteileitung hat die Aufgabe gehabt, alle der Partei zur Verfügungen stehenden Mittel anzuwenden, um dieses System des tiefsten und intensivsten Hasses der Bourgeoisie gegen das Proletariat, ihrer bonirten Angst vor demselben, so rasch als möglich aus der Welt zu schaffen. Ich glaube mich keiner Uebertreibung schuldig zu machen, wenn ich sage, daß die Parteileitung ihre Aufgabe der Coalition gegenüber in vollkommenster Weise gelöst hat. Unsere Aufgabe war einfach, wie es ja die Aufgabe der Sozialdemokratie immer ist und sein wird, darzustellen und auszusprechen das, was ist, und wir haben Thatsachen festgestellt. Unsere Aufgabe war es, die ganze Nichtigkeit und Hohlheit des Systems der Coalition darzustellen, vor allem klarzustellen, daß sie nicht im Stande sei, die Aufgabe, eine Wahlreform zu machen, zu deren Durchführung sie ja zusammengetreten war, zu lösen, daß sie aber auch nicht im Stande war, irgend eine andere größere, politisch wichtige positive Aktion durchzuführen. Was speziell unter der Coalition geleistet worden ist, die Preßreform z. B., das war ja nur das Produkt der Agitation unserer Partei und die Quittirung derselben durch die Coalitionsministerien, aber daß es uns gelungen ist, die Unfähigkeit der Coalition darzuthun, in Bezug auf die Schaffung

einer Wahlreform, eines Strafgesetzes, einer Steuerreform u. dgl., das ist allerdings nicht ausschließlich unser Verdienst; aber wir können doch sagen, daß wir am meisten dazu beigetragen haben, der Oeffentlichkeit die Augen zu öffnen über die Eigenschaften des Systems Windischgrätz.

Auch jenen Erlaß des Grafen Schönborn in Bezug auf die Konfiskation unserer Presse dürfen wir mit Fug und Recht als das Resultat unseres unerschrockenen Kampfes gegen die Staatsanwälte bezeichnen. Ich halte es nicht für meine Aufgabe, einen ausführlichen Ueberblick über die Politik der Partei in den letzten zwei Jahren zu geben, da ja der gedruckt vorliegende Bericht in vollkommen genügender Ausführlichkeit diese Sache darstellt und da überdies die Bewegung der einzelnen Kronländer in den Kreisorganisationen durch diese Berichte dargethan ist. Meine Aufgabe ist es vielmehr, Ihnen einen Ueberblick über das Gesammtbild der Parteithätigkeit der letzten zwei Jahre zu geben.

Die Partei ist gegenwärtig, wie es unser Parteistatut beschlossen hat, in Kreise eingetheilt und zwar verfügt die deutsche Parteiorganisation über 14 Kreisorganisationen, die czechische über 13, die polnische über 2 und, wenn wir noch die italienische Organisation, die sich im Laufe der 2 Jahre neu gebildet hat, als eine eigene Organisation, was sie auch ist, auffassen, so verfügt die Gesammtpartei über 30 Kreisorganisationen. Die Zahl der Bezirksorganisationen, welche sich im Rahmen dieser Kreisorganisationen gebildet haben, ist nicht genau festzustellen, weil die Berichte darüber noch nicht vollständig eingelaufen sind, weil insbesondere die Zahl der czechischen Bezirksorganisationen fehlt. Die Deutschen verfügen, soweit die Berichte bisher eingelangt sind, über 110 Bezirksorganisationen. Die auf dem letzten Parteitag gewählte Parteivertretung tritt nicht in derselben Anzahl, in der sie gewählt wurde, wieder vor Sie hin. Es sind mehrere Genossen ausgeschieden, so unser lieber Ignaz Saska, der gestorben ist, Die engere Parteivertretung hat in dem Zeitraum zwischen dem letzten und diesem Parteitag zirka 100 Sitzungen abgehalten, während die Gesammtparteivertretung in 7 Sitzungen zusammengetreten ist. Die Kreisorganisation hat 61 Kreiskonferenzen abgehalten. Der letzte Parteitag hat der Parteivertretung eine Reihe von Aufgaben zugewiesen: Erstens dafür zu sorgen, das das Organisationsstatut Fleisch und Blut bekomme und in die Wirklichkeit umgesetzt werde. Zweitens, daß insbesondere der Organisation der Bergarbeiter eine größere Aufmerksamkeit zugewendet werde. Die Parteivertretung hat dieser Aufgabe in der Weise nachzukommen gesucht, daß sie eine große Menge von Agitationsreisen in die verschiedenen Kronländer veranstaltete, theils durch Mitglieder der Parteivertretung, theils durch andere Parteigenossen. Es ist eine Reihe von größeren Touren nach Nord-, West- und Südböhmen, nach Tirol ꝛc. veranstaltet worden. In 3 Touren sind die Bergarbeiterbezirke bereist worden. Die Resultate dieser Agitationen treten darin zu Tage, daß insbesondere die Bergarbeiter-Organisation riesige Fortschritte gemacht hat. In jenen Bezirken, wo noch vor zwei Jahren eine sehr unbedeutende Bewegung oder gar keine gewesen ist, ist jetzt eine starke Bewegung vorhanden, und, was die Hauptsache ist, die nunmehr organisirten Bergarbeiter stehen vollständig auf dem Boden unserer Partei. Die früheren Mißhelligkeiten sind geschwunden und anderseits haben die Agitationsreisen den thatsächlichen Erfolg gehabt, daß das Verständniß für die Aufgaben der Partei nunmehr in jenen Kreisen geweckt worden ist.

Von großen Agitationstouren, die in der Regel 14 Tage in Anspruch genommen haben, sind 9, von kleineren etwa 100 veranstaltet worden. Die politische Thätigkeit der Partei würde auch aus der Zahl der Volksversammlungen erhellen, aber eine genaue Statistik über dieselben läßt sich einfach nicht geben bei der ungeheuren Zahl der ersteren und bei den verschiedenartigen

Titeln, unter welchen diese Volksversammlungen entsprechend unseren Vereinsgesetzen einberufen werden mußten. Nach einer oberflächlichen Schätzung haben wir weit über 2000 Volksversammlungen in allen Organisationen veranstaltet, von welchen überdies 65 verboten worden sind. Die Agitation der letzten Zeit ist auch in der Form in Angriff genommen worden, daß den Genossen von Seiten der Parteivertretung empfohlen wurde, politische Vereine zu bilden, und speziell in Wien hat sich diese Art der Agitation äußerst fruchtbar und zweckmäßig erwiesen, insbesondere um das Verständniß für unsere Parteibestrebungen in den Reihen der noch indifferenten und halb aufgeklärten Genossen zu erwecken. Wir haben einen weiteren Erfolg gehabt in Bezug auf die Heranziehung der Bauern. Es sind in den verschiedenen Bezirken Bauern, wenn auch nicht direkt in die Organisation hineingezogen, so doch mit dem Gedanken der Sozialdemokratie vertraut gemacht worden. Ja, wie die mährische Kreisorganisation berichtet, besteht in Mähren sogar gegenwärtig bereits eine eigene sozialdemokratische Bauernorganisation. Auch in West- und Südböhmen sind an verschiedenen Orten, wenn auch nicht ausgebildete Bauernorganisationen, so doch Bezirke, wo die Bauern an unseren Bestrebungen theilnehmen. In Galizien speziell, welches ja hauptsächlich ein Agriculturland ist, haben sogar die Bauern beschlossen, sich an der Maifeier zu betheiligen. Welchen Erfolg übrigens die sozialdemokratische Agitation unter den galizischen Bauern hat, haben die letzten Landtagswahlen gezeigt, deren Ausfall durchaus nicht lediglich das Verdienst der radikalen Parteiströmungen in Galizien, sondern in erster Linie das Verdienst der sozialdemokratischen Agitation ist. Wir haben ferner in diesen zwei Jahren unsere Aufgabe darin erblickt, alle jene Mittel, welche uns die politischen Verhältnisse und Einrichtungen unseres Staates zur Verfügung stellen, anzuwenden, um sie zur Verbreitung unserer Ideen zu benützen. Hieher gehört in erster Linie der Eintritt in die Gemeindevertretungen und die Betheiligung an den Wahlen in dieselben. Der Gedanke ist kein neuer, und ist nicht erst in den letzten 2 Jahren aufgetaucht. In verschiedenen Provinzen haben sich schon in früherer Zeit Genossen an den Wahlen in die Gemeindevertretungen betheiligt und sogar mit dem positiven Erfolge, daß verschiedene Genossen in Gemeindevertretungen gewählt worden sind. Speziell in Westböhmen, in Nordböhmen und sogar in einer Gemeinde Vorarlbergs sind Genossen in die Gemeindevertretungen eingezogen. Aber diese Agitationen und Bestrebungen der Parteigenossen waren lediglich darauf gerichtet, wiederum einige Fernerstehende auf die Partei aufmerksam zu machen. Eine viel größere Bedeutung beansprucht die Betheiligung der Sozialdemokratie an den Gemeinderathswahlen in Wien und in größeren Städten, wo zwar ein positiver Erfolg insoferne nicht erreicht worden ist, als wir etwa unsere Genossen in die Gemeindestube hineingebracht hätten, wo aber der moralische Erfolg ein ungeheuerer war, weil wir die Oeffentlichkeit über unsere Ziele aufgeklärt haben und es speziell in Wien gelungen ist, den geradezu blödsinnigen Kampf zwischen Liberalen und Antisemiten, der von rein persönlichen Motiven beherrscht war, umzuwandeln in einen solchen, der von sachlichen Motiven geleitet gewesen ist. Wir haben auf diesem Wege außerordentlich zur Läuterung und Hebung der öffentlichen Meinung in Oesterreich beigetragen.

Das kommunale Programm, welches die Sozialdemokraten in Wien veröffentlicht haben, zum Zwecke der Benützung bei den Gemeinderathswahlen, hat sich ja, wenn es auch nicht mustergiltig ist, so doch äußerst fruchtbar erwiesen und hat außerordentlich zur Belehrung der eigenen Parteigenossen und sogar der Gegner beigetragen.

Redner bespricht hierauf die Erfolge der Partei in Bezug auf Bezirks-

Parteigenossen! Noch als der letzte Parteitag zusammentrat, haben sich in verschiedenen Kreisen von Parteigenossen die Beschwerden geltend gemacht, daß die politische Bewegung zu sehr gefördert und die gewerkschaftliche Bewegung zu Gunsten der ersteren zu sehr vernachläßigt wird. Diesen Vorwurf kann man der Bewegung der letzten 2 Jahre, wenn er auch früher berechtigt gewesen sein sollte, entschieden nicht machen, denn die Thatsachen, die Ziffern, u. zw. gerade die, welche von der Gewerkschaftskommission veröffentlicht wurden, beweisen unwiderleglich, daß die Gewerkschaftsorganisation riesige Fortschritte gemacht hat, daß nicht nur die Zahl der Organisationen, sondern auch, was viel wichtiger ist, die Zahl der Mitglieder in denselben und die Zahl der Leser der Fachblätter außerordentlich zugenommen hat. Dieses Aufblühen der gewerkschaftlichen Bewegung ist, wenn ich mich so ausdrücken darf, eine politisch-psychologische Nothwendigkeit gewesen. Nach der gewaltigen Heftigkeit der politischen Bewegung, die nothwendig war zur Zeit der Koalition, mußte naturgemäß auf der anderen Seite sich das Bedürfniß nach Ausbau der gewerkschaftlichen Organisation geltend machen.

Es ist dies der ewige Wechsel in der Betonung bald des einen, bald des andern Momentes. Aber gerade der Umstand, daß sowohl die politische als die gewerkschaftliche Organisation in den letzten zwei Jahren in die Höhe gegangen ist, ist einer von jenen vielen Beweisen für die Thatsache, daß die gewerkschaftliche und politische Organisation nur zwei verschiedene Ausdrücke für eine und dieselbe Thatsache sind.

Nachdem wir nicht in der angenehmen Lage sind, in der sich die deutschen Parteigenossen befinden, die Zahl unserer Anhänger mit Hilfe des allgemeinen Wahlrechtes zu zählen, so müssen wir uns eines Auskunftsmittels bedienen, um ein ungefähres Bild über die Stärke unserer Anhängerschaft zu gewinnen und dieses Auskunftsmittel bietet uns die Zahl der Leser unserer Parteiblätter. Im Jahre 1894 verfügte die Partei über 21 politische Blätter. Im gegenwärtigen Momente über 28 politische Blätter. Ein noch viel zwingenderer Beweis für das Fortschreiten der Bewegung ist die Zunahme der Leser. Im Jahre 1894 hatten wir eine Auflage von 72.000 für unsere politischen Blätter, während gegenwärtig die 28 politischen Blätter eine Auflage von 95.800 Exemplaren haben. Darunter haben wir den ganz gewaltigen Fortschritt zu verzeichnen, daß wir in dieser Zeit ein tägliches Blatt bekommen haben. Was die Fachblätter anbelangt, so hatten wir im Jahre 1894 29 Fachblätter mit einer Auflage von 79.950, im Jahre 1896 32 Fachblätter mit einer Auflage von 111.700 Exemplaren. Wenn wir die humoristischen und die übrigen Blätter hinzurechnen, so hatten wir im Ganzen im Jahre 1894 55 Blätter mit einer Auflage von 179.150 Exemplaren, während wir im Jahre 1896 65 Blätter haben mit einer Auflage von zusammen 229.000 Exemplaren. Also 10 Blätter und eine Auflage von 50.650 Exemplaren mehr. Unter diesen Blättern haben wir 33 deutsche, 25 czechische, 4 polnische, 1 slovenisches, 2 italienische und ein im jüdischen Jargon geschriebenes Blatt. Unter den Blättern haben wir 1 wissenschaftliches („Sviatlo"), einfrei-religiöses, ein humoristisches, 2 Arbeiterinnenzeitungen und ein Krankenkassenorgan.

Auch die Zahl der politischen Verfolgungen dürfen wir als einen Ausdruck unserer Thätigkeit ansehen. Es ist bezeichnend, daß in der letzten Zeit die Zahl der Verfolgungen abgenommen hat, so daß das Hauptkontingent jener Verfolgungen, die ich ziffermäßig vorführen werde, zurückzuführen ist auf die Thätigkeit der Koalition. Unter derselben sind unsere Genossen, soweit es mir bisher berichtet worden ist, zusammen zu 61 Jahren, 7 Monaten, 23 Tage verurtheilt worden. Eine ganz eigene Art der politischen Verfolgung ist noch immer im Schwunge, *daß man* nämlich die Genossen früher zur Kerkerhaft

verurtheilt, bevor sie vom Richter verurtheilt werden. Es ist dies die Form der Untersuchungshaft. In Galizien hat dieselbe viele Genossen getroffen, welche nicht verurtheilt worden sind, sondern selbst von galizischen Richtern freigesprochen wurden. Für Galizien und Böhmen machte diese Untersuchungshaft allein (für Böhmen ohne die czechische Organisation) zusammen 9 Jahre, 21 Tage aus, während die Verurtheilungen für das ganze Reich in 2 Jahren 61 Jahre betragen.

Die Geldstrafen haben in dieser Zeit nicht viel betragen: 1319 fl. 50 kr. Es muß bei den Verfolgungen speziell die schon bekannte Thatsache der Geschwornenprozesse hervorgehoben werden, welche eine Folge des Schönborn'schen Erlasses waren und die die bornirte Art der Verfolgungswuth unserer Staatsanwälte in das hellste Licht gesetzt haben. Diese Verfolgungswuth ist durch ein anderes eigenthümliches Moment beleuchtet worden u. zw. durch die ganz merkwürdig große Anzahl von Freisprechungen. Nicht weniger als 419 Freisprüche sind in den letzten 2 Jahren erfolgt. Wir können nun nicht recht annehmen, daß unsere Richter mit jenem Tropfen sozialpolitischen Oeles gesalbt worden sind, welchen Herr Inama-Sternegg in so schönen Ausdrücken für dieselben wünschte. Wir können nur annehmen, daß diese Thatsache darauf zurückzuführen ist, daß die Staatsanwälte von dem blinden, geradezu fanatischen Bestreben beseelt sind, unsere Parteigenossen in die Arreste hineinzubringen, selbst in Fällen, wo auch die bürgerlichen Richter Oesterreichs nicht den geringsten Grund für eine Verurtheilung finden. Wir haben ferner in diesen 2 Jahren den höchst merkwürdigen Fall zu verzeichnen, daß einmal nicht die Sozialdemokratie sozusagen zu Gunsten der Bourgeoisie verurtheilt worden ist, sondern daß der Staat zu Gunsten der Sozialdemokratie verurtheilt worden ist und zwar ist dies der Fall des Einspruches der „Arbeiter-Zeitung" gegen eine Konfiskation, wo sogar unter dem Vorsitze Holzinger's der Staat zur Zahlung von 321 fl. zu Gunsten der „Arbeiter-Zeitung" verurtheilt worden ist. (Rufe: „Wacker!" — „Gezahlt hat er nichts!" — „O ja!".)

Nun Genossen! Weitere Daten liegen nicht vor. Ich glaube, daß der Bericht vollständig erschöpft ist und daß mit dem Gesagten ein klarer Ueberblick über die Thätigkeit der Partei gegeben ist. Wenn Sie die Dinge prüfen, so bin ich überzeugt, daß Sie zur Erkenntniß kommen werden, daß die Parteivertretung ihrer Pflicht in dem Maße nachzukommen gesucht hat, als es ihr möglich war, alle ihre Kräfte einzusetzen, um den Parteigenossen Anregungen zu bieten in Bezug auf die Arbeiten und die parteipolitischen Ereignisse und Sie werden zugeben, daß unsere Partei bedeutende Fortschritte gemacht hat.

So sehr ich mich nun bisher in angenehmen Erscheinungen in meinem Berichte bewegt habe, so wenig erfreulich ist jener Theil desselben, welcher uns über die finanziellen Verhältnisse der Partei etwas erzählt. Auch darin bin ich der Verpflichtung zu einer ausführlichen Darlegung überhoben durch die Thatsache, daß Ihnen der gedruckte Kassabericht vorliegt. Ich bitte Sie, denselben insbesondere nach der Richtung hin zu betrachten, wie viel in der Form der vom letzten Parteitage beschlossenen Blocks an die Parteivertretung abgeliefert worden ist. Ich mache Sie weiter aufmerksam, daß das, was auf S. 32 unter „Einnahmen, Agitationsfond" verzeichnet steht (Asch 8 fl. u. s. w.) zum größten Theile nicht Ausgaben sind, welche von unabhängigen Sammlungen für die Partei resultiren, daß das in der Regel eingekommen ist für die Agitationsreisen, welche in die betreffenden Provinzen gemacht worden sind. der müssen zugeben, Parteigenossen, daß das nicht jene Art der Unterstützung Sie Partei ist, wie sie sich der letzte Parteitag vorgestellt hat. Es ist das vielleicht zum großen Theile darauf zurückzuführen, daß im Anfange unserer Bewegung das Verständniß für die Aufgaben der Organisation und ihrer

Forderungen in den Reihen der Parteigenossen noch nicht vollständig vorhanden war. Im Großen und Ganzen können wir auf dem Gebiete der finanziellen Unterstützung der Partei durch die Genossen und durch die Organisationen ein allzu erfreuliches Resultat durchaus nicht verzeichnen. (Sehr richtig!)

Hiemit, Genossen, bin ich mit meinem Berichte zu Ende. Ich bitte Sie, die Thatsachen, die ich Ihnen berichtet habe, zu prüfen, und wenn Sie finden, daß die Parteivertretung ihre Pflicht erfüllt hat, ihr das Absolutorium zu ertheilen. (Lebhafter Beifall.)

Gen. Smetana (Wien) referirt in czechischer Sprache über die Parteithätigkeit der czecho-slavischen Sozialdemokratie, die czechischen Proletarier haben sich der allgemeinen Organisation des österreichischen Proletariats eingefügt zum Vortheil für beide Theile. Die Organisation hat große Fortschritte gemacht; auch an Verfolgungen hat es nicht gefehlt. Die Willkür der Bezirkshauptleute ist fast die alte geblieben. Es erscheinen 10 politische Organe mit 31.900 Abonnenten, 2 humoristische Blätter mit 1000 Abonnenten und 11 gewerkschaftliche Fachblätter mit 23.000 Abonnenten. Auch die Czechen hoffen, wenn auch nicht sofort, doch recht bald es zu einem Tagblatt zu bringen. (Bravo!)

Die Debatte wird eröffnet.

Gen. Feigl (Gloggnitz) bemängelt das späte Erscheinen des Parteiberichtes. Daran sei die Parteileitung allein nicht schuld, sondern mitschuldig seien vor Allem die Kronlandsvertrauensmänner und auch die Bezirksvertrauensmänner, die die Berichte nicht früher einsenden. In Zukunft solle die Parteivertretung eine strenge Evidenz über alle Vorkommnisse führen. Im Parteiberichte selbst sollten die Daten über das Zentralorgan vollständig enthalten sein, nicht allein über dieses, sondern über alle jene Organe und Institute, die der Parteivertretung direkt unterstehen. Bezüglich des Eingreifens in die Wiener Gemeinderathswahlen sagt Redner, daß nicht die gesammten Parteigenossen einer Meinung darüber waren. Die Wiener Parteigenossen waren gespalten. Gewonnen habe die Partei Nichts dabei; im Gegentheile sei eingetreten, was die Opposition gesagt habe: Die Sozialdemokraten werden jetzt bei jenem Theile der Bevölkerung, der eben nicht ganz auf Seite der Partei stand und ihr jetzt antipathisch gegenübersteht, für das angesehen, wofür sie niemals angesehen werden dürfen, wollen und können, für eine Partei, die der todten liberalen Partei zu Hilfe gekommen ist, einer Partei, die gerade von antisemitischer Seite als „Judenpartei" kat' exochen bezeichnet wird. (Rufe: Ist früher auch geschehen!) Es sei auch nicht wahr, daß in Oesterreich wenig Gelder für Parteizwecke eingehen; nur bekomme die politische Organisation das wenigste davon, das meiste Geld fließe der gewerkschaftlichen Bewegung zu. Es müsse auch die politische Organisation zu Geld gelangen.

Gen. Berner (M.-Ostrau): Ich vertrete einen schwarzen Winkel, dessen Name immer nur in Verbindung mit einer Katastrophe genannt zu werden pflegt. In diesem schwarzen Winkel verfinstert verdummender Klerikalismus, ausbeutender Kapitalismus und knechtender Bureaukratismus die Gemüther. Der letzte Bergarbeiterstreik im Ostrau-Karwiner Revier war der großartigste Ausstand, den Oesterreich bisher gesehen hat. 30.000 Arbeiter, zum großen Theil des Lesens und Schreibens unkundig und zwei verschiedene Sprachen sprechend, verbanden sich solidarisch und standen 4 Wochen lang im Kampf. Die Rothschilds und die erzherzogliche Kameraldirektion in Teschen sind wirthschaftlich nicht so in Verlegenheit zu bringen, daß sie zur Kapitulation gezwungen werden können. Darüber war man sich im Vorhinein klar. Ein Sieg war nur dadurch zu erzwingen, daß die öffentliche Meinung gegen diese hochmüthigsten aller Ausbeuter Stellung nahm. Das geschah dank der Thätigkeit

der Wiener, Krakauer, Brünner Genossen, denen Redner den Dank der Bergarbeiter auszusprechen hat. Auch das Eingreifen der Legislatur erwies sich als förderlich, das Parlament schuf ein Spezialgesetz, das der Hauptforderung der Bergarbeiter: kürzere Lohnfristen einzuführen, entsprach. Durch die Verhandlungen im Parlament wurde der Brutalität der Kohlenprotzen etwas Einhalt gethan. Der Streik hat schwere Opfer gekostet. Um die Organisation zu zerstören, sind über 100 Genossen, zum größten Theil Familienväter, gemaßregelt worden. Die Bureaukratie hat sich beim Streik in den Dienst des Kapitales gestellt. Besonders hervorgethan hat sich das Bezirksgericht Freistadt, das über 60 Personen Strafen von 2 Wochen bis zu 2 Monaten verhängt hat, wegen Uebertretung des Koalitionsgesetzes. Die „Silesia", das Organ der erzherzoglichen Kameraldirektion, welches am wüthendsten gegen die Arbeiter hetzte, erklärte das Vorgehen des Bezirksrichters Harbich, weil er seinen Beruf so ganz und voll erfaßt hat, für dankenswerth. Redner bittet um fernere Unterstützung und schildert das perfide Verhalten der czechischen Nationalen, die durch ihre Hetzereien jedoch nur erreichen werden, daß sich die Bergarbeiter noch fester als bisher auf dem Boden des Klassenkampfes organisiren. (Beifall.)

Gen. Götz (Bodenbach) bespricht die Organisation seines Bezirkes. Seit dem Jahre 1894 sind in demselben 48 Volksversammlungen abgehalten worden, von denen 7 verboten wurden. Ein Bezirkshauptmann, ein Adeliger, Herr von Baselli, der durchaus die Organisation zertrümmern wollte, wurde erst durch einen Artikel der „Arbeiter-Zeitung" allerdings gründlich zur Raison gebracht.

Gen. Krapka (Brünn) konstatirt, daß in Brünn die Erfolge in Bezug auf die Bezirkskrankenkassen und Unfallsversicherung nicht so günstig seien wie anderswo. Denn daselbst gebe es die korrumpirtesten Wahlen für die Unfallversicherung in ganz Oesterreich. (Rufe: Das ist in Böhmen auch.) Redner verurtheilt nun ganz entschieden die „Národni Listy", das Hauptorgan der jungczechischen Partei in Prag, welche zur Zeit des Ostrau-Karwiner Streiks von demselben keine Notiz genommen hatten, und erst in einem „Feuilleton" im Nachmittagsblatt, welches in Folge seiner Billigkeit in breite Massen der Bewohnerschaft hineindringt, geschrieben hat, daß die Arbeiter in dem genannten Bezirke all' ihr Geld versaufen, und daß die dortigen Beamten die solidesten von Oesterreich seien. (Hanba-Rufe.)

Dr. Morgenstern (Brünn) bezeichnet den Parteibericht als ziemlich lückenhaft, speziell was die Verurtheilungen anbelangt und empfiehlt als Muster den deutschen Parteibericht.

Gen. Gerin (Meran) spricht in italienischer Sprache im Namen der italienischen Organisation. Eine Organisation der italienischen Arbeiter sei unschwer zu erreichen, weil dieselbe die ärmsten und schwächsten sind. Die italienischen Arbeiter waren die längste Zeit vollständig zerstreut, weil sie ein fluktuirendes Element bilden. Aber seit den letzten zwei Jahren haben sich die italienischen Genossen aufgeklärt und bemüht, die zerfahrenen Elemente zu einigen. Die Gründung des „Avenire" in Wien, so jung und schwach er noch ist, war doch von entscheidender Wichtigkeit und wird von den Gegnern als ein harter Schlag empfunden, und verdient darum die Unterstützung der Gesammtpartei. Redner verspricht zum Schluß, daß die italienischen Arbeiter nach wie vor mit demselben Eifer der Sache der Sozialdemokratie dienen werden.

Gen. Hueber (Wien) wendet sich in thatsächlicher Berichtigung gegen einen „Passus" in der Rede des Gen. Berner und erklärt, daß sowohl die Bergarbeiter des Kladnoer und Falkenauer Reviers als auch die Bergarbeiter Steiermarks vollkommen ihre Pflicht gegenüber dem Streik immer erfüllt haben. (Bravorufe.) Das Geld ist nicht nach Ostrau, sondern an das Sekretariat der Gewerkschaftskommission geschickt worden. Redner dankt auch den englischen

Bergarbeitern, welche reichlich zur Unterstützung beigetragen und erklärt haben, daß sie, falls der Streik noch länger gedauert hätte, die doppelte Summe eingeschickt hätten, von dem, was aus Oesterreich gekommen war.

Nach Verlesung der Begrüßungstelegramme schließt der Vorsitzende die Sitzung und beraumt die Fortsetzung der Verhandlung für Montag 9 Uhr Vormittag, da Nachmittag das Lokal nicht zu haben ist. (Schluß der Sitzung 1 Uhr 45 Min.)

Zweiter Verhandlungstag am 6. April 1896.

(Beginn der Verhandlung 10 Uhr Vormittags.)

Vorsitzender Gen. Popp eröffnet die Sitzung und theilt mit, daß aus dem Deutschen Reiche Gen. Molkenbuhr als Delegirter zum Parteitage entsendet worden ist. Nachdem jedoch unter dem neuen Curs der deutsche Parteivorstand aufgelöst worden sei, so sei Gen. Molkenbuhr nicht vom deutschen Parteivorstande, sondern vom geschäftsführenden Ausschusse entsendet worden.

Gen. Auer, welcher gleichfalls delegirt worden ist, ist leider durch Familienverhältnisse am Erscheinen verhindert.

Gen. Molkenbuhr: Es ist ein alter Brauch, daß die beiden Parteien, die österreichische und deutsche, die früher eigentlich nur eine waren, zu ihren Parteitagen noch immer Delegirte entsenden. Freilich haben die österreichischen Delegirten auf dem letzten deutschen Parteitage unangenehme Erfahrungen machen müssen, sie haben gesehen, wie kleinlich in praxi die Regierung eines großen Reiches sein kann. Durch den Streich, den die preußische Polizei machte, konnten sie gewissermaßen an ihrem eigenen Leibe erfahren, mit welch' kleinlichen Maßnahmen wir uns oft herumschlagen müssen. Aber jede Erfahrung ist etwas werth. Wie die Reaktionäre aller Länder gegenseitig von einander lernen, um, was in dem einen Reiche einmal versucht worden ist, auch in einem anderen anzuwenden, da ja die Reaktion noch immer glaubt, eine neue Bewegung unterdrücken zu können.

Ich bin entsandt worden, um Ihnen die Grüße und die Glückwünsche der deutschen Partei zu überbringen. Sie können versichert sein, daß die deutschen Parteigenossen gerade auf ihre österreichischen Genossen mit großer Spannung blicken. Wir wissen, daß der Kampf, den Sie zu kämpfen haben, ungleich schwerer ist als jener, den wir zu führen haben, da sich Ihnen verschiedene Hindernisse entgegenstellen, die wir drüben nicht kennen, wie z. B. die Sprachenverschiedenheit. Gleichzeitig haben Sie auch um das allgemeine Wahlrecht zu kämpfen, und sie kämpfen mit einer Ausdauer, die jenseits der Grenze die allgemeine Bewunderung erregt hat. Wir wissen auch, daß Sie nie erlahmen werden und daß jeder Sieg, den Sie erkämpfen, auch ein Sieg für uns ist, denn es ist ein Sieg der Sozialdemokratie überhaupt. (Beifall.)

Wir wollen hoffen, daß Sie immer neue Siege erringen werden.

Auch wir haben zwar ein allgemeines Wahlrecht für den Reichstag. Aber wir haben viele Vaterländer jenseits der Grenzen, wo kein allgemeines Wahlrecht besteht. Also den Kampf um das allgemeine Wahlrecht haben auch wir zu führen. In Sachsen wird das allgemeine Wahlrecht durch die unglaublichsten Machinationen beschränkt und auch die sächsischen Parteigenossen werden an Ihrer Seite kämpfen und so ersuche ich Sie, einfach einzustimmen auf gute Waffenbruderschaft der Parteigenossen in den beiden Ländern, auf die kämpfenden

Proletarier aller Länder und auf die internationale Sozialdemokratie. (Die Versammlung bringt ein dreimaliges Hoch aus.)

Vorsitzender: In erster Linie wird die Mandatsprüfungs-Kommission den Bericht erstatten.

Der Bericht des Gen. Schuhmeier, wornach bisher 101 giltige Mandate eingelangt sind, wird zur Kenntniß genommen.

Vorsitzender: Es ist vom Gen. Dr. Berstl folgender Antrag eingelangt: „Die Debatte über den Parteibericht wird unterbrochen und nach dem sofort zu erstattenden Bericht der Kontrole fortgesetzt."

Der Antrag wird unterstützt.

Nach Begründung des Antrages durch den Gen. Dr. Berstl wird der Antrag angenommen.

Referent Gen. Zeller (Teplitz): Mit der Gründung der „Arbeiter-Zeitung" haben sich die Agenden der Kontrole so vermehrt, daß wir aus der Provinz absolut nicht im Stande wären, die Kontrole so vorzunehmen, daß wir Alles im Einzelnen nachgerechnet und jeden einzelnen Beleg geprüft hätten. Wir waren also gezwungen, ausgiebige Stichproben zu machen, da wir sonst mehrere Wochen zu dieser Arbeit hätten verwenden müssen. Die vorgenommenen Stichproben haben die volle Richtigkeit der Ziffern ergeben und die einzelnen Posten waren durchgehends belegt. Im Berichte selbst findet sich ein Druckfehler. Es soll im Februar 1896 in der Rubrik „Blocks" statt 303 fl. 37 kr. heißen 330 fl. 37 kr. Ich kann Ihnen also anempfehlen, der Parteivertretung das Absolutorium zu ertheilen. Die Revision der „Arbeiter-Zeitung" wurde durch die Wiener Preßkommission besorgt und wir haben uns überzeugt, daß diese Kommission sehr gewissenhaft vorgegangen ist.

Vorsitzender Gen. Popp: Ich möchte eine Aufklärung geben. Wir haben uns mit den Genossen, welche die einzelnen Fonde kontrolirt haben, in's Einvernehmen gesetzt und es ist vereinbart worden, daß die Parteikontrole für Alle zu berichten hat; die Parteikontrole hat Stichproben gemacht, während die Wiener Kontroleure, welche die verschiedenen Fonds kontrolirt haben, die Kontrole genau durchgeführt haben. Das ist der Grund, daß ein eigener Bericht der einzelnen Kontrolen nicht herausgegeben worden ist.

Vorsitzender: Wir schreiten also in der Rednerliste zum Parteibericht fort.

Gen. Dr. Ingwer (Amstetten) erklärt die Behauptung des Gen. Feigl, daß die Partei bei den Wiener Gemeinderathswahlen keinen Erfolg errungen habe und daß es viele Arbeiter in Wien gebe, die dem Eintreten der sozialdemokratischen Partei bei den Wiener Gemeinderathswahlen antipathisch gegenüberstanden, als vollständig irrig. Wenn unser Erfolg auch nicht darin bestand, daß Mandate erobert wurden, so bestand er doch darin, daß die beiden in Wien sich befehdenden Parteien, die liberale und antisemitische, sich in ihren Reden sich mit uns befassen mußten und daß wir durch die Aufstellung eines kommunalen Programms bewiesen haben, daß die Sozialdemokratie schon in der heutigen Gesellschafts- und Wirthschaftsordnung im Stande wäre, Gutes und Ersprießliches für das arbeitende Volk zu leisten. Wir haben also einen moralischen Erfolg gehabt und das ist auch für die Zukunft von großer Bedeutung. Die Genossen in den Provinzen haben nun ein Programm, das für sie ein Leitfaden ist. (Sehr richtig!) Ich erinnere Sie an die Reichsrathswahlen im Jahre 1891. Da hat die Partei in Wien nur 661 Stimmen erlangt und bei den Gemeinderathswahlen hat sie bereits 1500 errungen. Das ist doch ein Beweis, daß, obwohl das Wahlunrecht dasselbe geblieben ist, sich doch die Anzahl der sozialdemokratischen Stimmen mehr als verdoppelt hat. Wir können sagen, daß der Erfolg auch dadurch ein großer geworden ist, daß wir zu einer

Zeit, wo keine wichtigen politischen Ereignisse auf der Tagesordnung standen, Versammlungen im großartigsten Maßstabe veranstalten konnten.

Aber auch die zweite Behauptung des Gen. Feigl ist unrichtig. Die Arbeiter sind massenhaft in unsere Versammlungen geströmt und haben unser Programm mit Begeisterung aufgenommen und nur die antisemitische Partei war es, die uns mit Koth beworfen hat. Die ebenso verlogene liberale Partei hat das in ihrer Weise auch, wenn auch nicht in demselben Maße gethan. Nun wird gesagt, es hätten sich auch Arbeiter unserem Bestreben feindselig gegenübergestellt. Das ist aber ganz unrichtig und widerspricht den Thatsachen.

Ich möchte noch bemerken, daß sich die Parteileitung an eine am letzten Parteitage beschlossene Resolution nicht gehalten hat. Während des Bestandes der jetzigen Parteivertretung sind einige Mitglieder aus derselben geschieden u. zw. 2 Wiener und 1 Grazer. Die Parteivertretung wäre verpflichtet gewesen, für diese Ersatz zu schaffen. Es ist dies aber nicht geschehen. Ich betrachte es zwar für kein besonderes Malheur, ich führe es nur an, damit das künftig beachtet werden soll, da es von Werth ist, daß die Parteivertretung stets vollzählig ist.

Gen. Resel (Graz): Ich will vor Allem dem Gen. Feigl erwidern, daß es sehr schön und leicht zu berichten ist, wenn die unterstehenden Organisationen auch ihre Berichte pünktlich einsenden. Die Bezirksorganisationen — in Steiermark wenigstens — sind dieser ihrer Pflicht aber nicht nachgekommen. Weiters konnte der Bericht den einzelnen Delegirten nicht zugestellt werden, da ja die Mandate erst in den letzten Tagen angemeldet wurden. (Zustimmung.)

In Bezug auf den Bericht von Steiermark habe ich richtig zu stellen, daß es nicht „Petleau", sondern „Pettau" zu heißen hat; weiters hat es in den Einnahmen statt 58 fl. zu heißen 80 fl. 92 kr. Ich habe Ihnen mitzutheilen, daß bei der Zahl der organisirten Arbeiter die Eisenbahner nicht inbegriffen sind.

Der letzte Parteitag hat den Beschluß gefaßt, daß, wo selbstständige Arbeiterinnen in den Organisationen sind, auch Genossinnen delegirt werden können. Wir haben wohl in Graz eine selbstständige Arbeiterorganisation, habe dies aber in meinem Berichte auszuführen vergessen. Andererseits aber hätte die Parteivertretung die Pflicht gehabt, zu berichten, wie es im Allgemeinen mit der Arbeiterinnenorganisation steht.

Dem Gen. Feigl gegenüber möchte ich bemerken, daß das Eingreifen der Sozialdemokraten im Gemeindewahlkampf in Wien wohl den übrigen Parteien unangenehm war. Jedermann aber wird mir zugeben müssen, daß die Wiener Parteigenossen die höchste Zeit gehabt haben, in diesen Kampf einzugreifen, weil sie die Pflicht dazu hatten und sonst verschwunden wären. (Sehr richtig!)

Gen. Feigl spricht auch von einem Mißerfolg der Gemeinderathswahlen in Folge geringer Stimmenanzahl. (Gen. Feigl: Oho!) Ich bitte, Sie haben es gesagt. Nach meiner Ansicht beweisen aber die wenigen Stimmen das gerade Gegentheil, daß man nämlich trachten müsse, den geringen Einfluß, den wir bisher haben, zu erhöhen.

Zum Schlusse möchte ich noch auf den Ostrau-Karwiner Streik zu sprechen kommen. Die Deutschen und die Engländer haben sich für diesen Streik geradezu begeistert; andererseits aber muß ich konstatiren, daß die „Deutsche Werk- und Hüttenarbeiter-Zeitung" — und ich habe dieselbe absichtlich genau gelesen — von diesem Streike beinahe keine Notiz genommen hat. Wenn aber die Engländer einsehen, wie wichtig dieser Streik gewesen ist, so sollten doch auch die deutschen Genossen einsehen, daß es nicht gleichgiltig ist, wenn in Oesterreich ein großer Kampf geführt wird, ein Kampf, der außerdem noch so hart an der Grenze ausgefochten wird.

Gen. Dr. Berstl (Neunkirchen) bemängelt den Parteibericht, weil er von der Vorbereitung des Massenstreiks nichts erzähle, aber ausführlich über die Wahlrechtsbewegung berichte.

Auch hätte ausführlicher über die Gewerkschaften gesprochen werden sollen. Ich glaube, auch die Frage der Streiks — und es ist ja seit dem letzten Parteitage kein Tag zu verzeichnen, an welchem in Oesterreich nicht gestreikt worden wäre — sei nicht blos Sache der Gewerkschaftskommission, sondern Parteisache. Darüber sollte sich dieser Parteitag klar werden.

Ebenso hätte der Parteibericht über internationale Beziehungen, über Unterricht, über die Religionsfrage, über die Frage der Volksbewaffnung, des Achtstundentages, Nachtarbeit und Frauenarbeit und über den Stand der Organisation Aufschluß geben sollen. Der Referent steht auf dem Standpunkte: „Unsere Aufgabe ist, nur das auszusprechen, was ist." Da wir aber eine praktische Partei sind, kann sich unsere Politik nicht darauf beschränken, blos das auszusprechen, was ist. Wenn die Parteivertretung in diesen Punkten zu ihrer Rechtfertigung etwas sagen wird, so kann sie sich theoretisch wohl darauf berufen, daß sie eine Parteivertretung und keine Parteileitung ist. In der Praxis glaube ich aber, hat die Parteivertretung auch die Aufgabe, die Partei zu leiten und unter Umständen neue Gesichtspunkte in die Partei zu werfen. Sie hätte sich auch mehr mit jenen neuen Ideen befassen sollen, die, wie sie sagt, in der Provinz „herumspuken", z. B. mit dem Genossenschaftswesen. Wir haben diese Angelegenheit bei den Landeskonferenzen wiederholt vorgebracht und es hätte in Folge dessen auch im Bericht davon die Rede sein sollen.

Ich werde für den Antrag Zeller auf Ertheilung des Absolutoriums stimmen.

Zum Schlusse muß ich noch berichtigen, daß nicht, wie im Berichte steht, die „Neunkirchener Zeitung" gelegentlich des Blindendorfer Streiks, sondern gelegentlich des Rohrbacher Streiks gegründet wurde.

Gen. Adelheid Popp (Wien): Es haben die meisten Kreisorganisationen, welche ihre Berichte eingeschickt haben, nicht erwähnt, ob in ihren Kreisen eine Bewegung unter den Arbeiterinnen bereits besteht, trotz der Beschlüsse des letzten Parteitages.

Die Kreisorganisation Niederösterreich erwähnt zwar, daß in den Organisationen ungefähr 3000 Frauen als Mitglieder sich befinden. Es ist dies nach den traurigen Verhältnissen, in welchen die Arbeiterinnen leben, eine sehr nennenswerthe Ziffer. Ich bedauere, daß die Organisation Oberösterreich der Frauenbewegung mit keinem Worte gedenkt. Bezüglich der Kreisorganisation Brünn muß ich bedauern, daß ich im „Brünner Volksfreund" in keinem einzigen Bericht der Bezirksorganisation gefunden habe, daß dieselbe irgend welche Anstrengung über die Einbeziehung der Arbeiterinnen in die Organisation gemacht hätte. Daß einige Male Referentinnen hingeschickt werden, genügt noch nicht zur Organisirung einer Arbeiterschichte.

Auch in Wigstadtl und Jägerndorf sind die Genossinnen agitatorisch thätig. In Mähren und Schlesien gibt es Organisationen, welche für jedes ihrer Mitglieder die „Arbeiterinnen-Zeitung" beziehen. Die Kreisorganisation Südböhmen bemerkt, daß die Arbeiterinnenbewegung Fortschritte macht. Auch Galizien konstatirt die Anfänge einer solchen. Der allgemeine Parteibericht hätte der Arbeiterinnenbewegung gedenken und konstatiren sollen, welches die Gründe ihres Zurückbleibens sind.

In Wien besteht wohl eine selbstständige wirthschafliche Arbeiterinnenorganisation nicht, die Genossinen sind aber für die gewerkschaftliche Organisation thätig. Die Wiener Arbeiterinnen haben eine sogenannte Frei-Organisation, halten regelmäßige Zusammenkünfte und leisten in die Bezirksorgani-

sation eine Beisteuer. Ich stelle nochmals an die zukünftige Parteivertretung die Bitte, daß in dem Parteiberichte der Arbeiterinnenbewegung ein größeres Augenmerk geschenkt werde. (Beifall.)

Gen. Pelikan (Wien) hält die Frage der Wiener Gemeinderathswahlen für eine spezielle Wiener Angelegenheit. Die Parteivertretung als solche hat bei dieser Sache mitgesprochen, weil sie eben in Wien ist. Ich weiß nicht, sagt Redner, woher Gen. Feigl weiß, daß sich durch diese Wahlen Genossen der Partei entfremdet hätten. Dies hätten viel eher als Gen. Feigl die Vertreter der 19 Wiener Bezirke gegebenen Falles erklären können. Ich habe gefunden, daß die Versammlungen, die wir abgehalten haben, in einer Weise besucht waren, wie schon lange Versammlungen nicht besucht waren. (Beifall.)

Gen. Feigl (Gloggnitz): Das Eintreten in die Gemeinderathswahlen ist keine spezielle Wiener Frage. Die Parteivertretung selbst hat zu diesem Beschluß die Initiative gegeben. Die Gemeinderathswahlen haben sich zwar auf Wiener Boden abgespielt, aber in solchem Grade das öffentliche Interesse in Anspruch genommen, daß man nicht sagen kann, sie waren eine reine Wiener Frage. Redner verwahrt sich gegen die Ausführungen des Gen. Ingwer, der wohl den Zentralismus wolle, ihn aber nur bis zur Landesvertretung reichen lasse. Ein reger Verkehr zwischen Bezirksvertretung und Partei-Organisation sei nothwendig.

Redner konstatirt weiter als Beweis, daß nicht alle Genossen für das Eintreten in die Gemeinderathswahlen waren, daß die czechische Organisation in Wien thatsächlich beschlossen habe, nicht einzugreifen, und diesen Beschluß auch durchgeführt habe.

Gegenüber Gen. Resel bemerkt er, daß er in seinem Antrage nur verlangt habe, den Parteibericht durch das Zentralorgan zu veröffentlichen. Redner lege übrigens gar keinen Werth darauf, immer in der Opposition zu stehen und sehe darin ebensowenig eine Auszeichnung, wie wenn Jemand zu Allem „Ja" sage.

Gen. Dr. Adler (Wien): Unser Bericht muß mangelhaft sein aus zwei Gründen: Erstens ist es unmöglich und überflüssig, in einem kurzen Bericht Alles das vollständig wiederzugeben, was im Laufe von zwei Jahren geschehen ist. Wir berichten ja an lauter Leute, die mit uns im Leben und im Kampfe stehen, denen wir schwerlich etwas Neues erzählen könnten. Einen Bericht der sozialdemokratischen Bewegung während der verflossenen zwei Jahre zu geben, hieße eine Geschichte des politischen Lebens in Oesterreich schreiben. Es hat nicht eine einzige Frage gegeben, in welcher die Sozialdemokratie nicht sofort eingetreten wäre, sobald sie öffentlich diskutirt wurde. Wir können sagen: Gerade in diesen zwei Jahren haben wir Sozialdemokraten viel mehr Geschichte gemacht, als irgend eine andere Partei. (Sehr richtig!) Wenn von dem Genossen aus Neunkirchen hier beanständet wird, daß wir nicht mitgetheilt haben, wie es mit dem Fortschritte in Bezug auf die einzelnen Punkte unseres Programmes steht und um wie viel wir die Arbeiterschutzgesetzgebung und die Volksbewaffnung weiter gebracht haben, wenn er weiter verlangt, daß wir im Parteiberichte nummerativ aufzählen sollen, was wir hinsichtlich jeder dieser Forderungen des Programmes gethan haben, so sage ich ihm ganz einfach: Die Geschichte und Entwicklung richtet sich leider auch in unserem Lande nicht nach unserem Programm und unseren Vorsätzen und Absichten, sondern wir müssen uns auch in unserem Lande darauf einrichten, uns an die Verhältnisse zu halten. Anknüpfend an die Thatsache müssen wir dann so handeln, wie es für die Sozialdemokratie und Arbeiterschaft nützlich ist. Wenn uns vorgeworfen wird, daß der Parteibericht nicht genügend detaillirt und zu spät erschienen ist, so mögen Sie ruhig *beschließen*, daß der Parteibericht einen Monat oder

14 Tage vor dem Parteitag zu erscheinen habe, aber dann geben Sie uns die Möglichkeit dazu.

Von der leider einzigen Genossin, die wir hier zu begrüßen haben, wurde hervorgehoben, daß in dem Parteiberichte des Mangels einer Förderung der Arbeiterinnenbewegung nicht Erwähnung geschehen sei. Sie sehen, wir hätten dies in dieser Form, wie sie die Genossin wünscht, unmöglich thun können, und zwar aus folgenden Gründen: Die Genossinnen, welche in der Bewegung stehen, haben allen Grund sich zu beklagen, daß sie in den Organisationen nicht jene Beachtung finden, wie ein so wichtiges Element, wie die Frau es ist, es verdienen würde. Sie können aber durchaus nicht sagen, daß die Partei als solche und die einzelnen Genossen der Arbeiterinnenbewegung etwa in den Weg getreten wären. Sie können höchstens sagen, daß durch bureaukratische und andere Gründe — denn auch wir haben Bureaukraten — der Arbeiterinnenbewegung nicht genügende Aufmerksamkeit und Vertretung geschenkt wurde. Denn thatsächlich ist auch in diesen zwei Jahren die Bewegung der Arbeiterinnen durchaus nicht still gestanden, sondern fortgeschritten. Die Gewerkschaftskommission hat uns einen sehr lehrreichen Bericht vor einigen Wochen gegeben, worin die Zahl der Angehörigen jeder einzelnen Gewerkschaft für ganz Oesterreich verzeichnet ist. Es ist dies der erste Bericht, den wir haben und der auf einige Vollständigkeit Anspruch machen kann.

Die offiziellen Berichte sind alle nichts nutz; in diesem Berichte — es ist dies kein Vorwurf, denn die Gewerkschaftskommission konnte es diesmal nicht anders machen — fehlt Eines: die Angabe, wie viel Männer und wie viel Frauen in der Gewerkschaft sind. Ich bin überzeugt, daß wir finden werden, daß ein großer Bruchtheil der Mitglieder der Gewerkschaften sehr vieler Branchen weibliche sind. Das Verhältniß der Gewerkschaftsbewegung zur politischen Bewegung ist einfach: sie gehören zusammen wie Leib und Seele. Ohne den Leib der Gewerkschaft schwebt die Partei in der Luft und ist aktionsunfähig, und ohne die Seele der Partei versumpfen die Gewerkschaften. Die Theilnahme der Frauen aber an den Gewerkschaften ist der beste Beweis dafür, daß die Arbeiterinnenbewegung in gesunder Richtung fortschreitet.

Schließlich möchte ich noch mit einem Worte die Wiener Gemeinderathswahlen besprechen. Wir wissen, daß es in Wien einzelne Genossen gibt, die mit dem Eintreten unserer Partei in den Wahlkampf nicht einverstanden waren und wenn Gen. Feigl sich gleich ursprünglich so geäußert hätte, wie heute, so hätte kein Mensch einen Einwand erhoben. Er hat sich aber Anfangs eine kleine Uebertreibung zu Schulden kommen lassen und es mußte bei dem Parteitage die Meinung erwecken, als ob ein ganz erheblicher Widerstand einer großen Minorität zu überwinden gewesen wäre; das war nicht der Fall. Das Eintreten in den Wahlkampf war eine sehr schwere, gut zu überlegende, aber schließlich unvermeidliche Sache. Heute wissen wir, daß wir agitatorisch einen Eindruck gemacht haben, daß wir auch den Provinzen etwas Programmatisches in die Hand gegeben haben, das sie brauchen können, eine Verbindung des Programmes mit den Alltagsbedürfnissen. Und wenn wir nichts Anderes gethan haben, als dies, so können wir sagen: Wir haben unsere Pflicht gethan. (Beifall.)

Gen. Fränkel (Lemberg) vertheidigt sich gegen den Vorwurf des Gen. Morgenstern, daß der Bericht der Kreisorganisation Galiziens nicht Alles enthalte, was er enthalten solle. Der Bericht sei größer und ausführlicher als die übrigen und enthalte alles Wichtige. Redner bedauert, daß die allgemeine Einleitung des Berichtes sehr kurz gehalten sei und wünscht eine Zusammenstellung der Ziffern und Daten der sechs Kreisorganisationen.

Gen. Beer (Wien) vermißt im Berichte nähere Angaben über Zahl und Auflage der Parteiblätter. Die Frage der mangelhaften Berichte der Bezirks-

organisationen werde gelöst werden müssen. Redner tadelt ferner, daß in dem Berichte wohl die Zahl der Freisprüche, nicht aber die der Verurtheilungen enthalten sei; dies zusammenzustellen sei Sache des Sekretariates.

Gen. Roscher (Reichenberg) erklärt gleichfalls der Meinung zu sein, daß insbesondere das wiedergegebene Ziffernmaterial reichlicher sein sollte, damit die Genossen sich zur Verhandlung der einzelnen Punkte schon vorher über das Materiale hätten Klarheit verschaffen können. Der Eindruck, den die Wiener Gemeinderathswahlen in der Provinz gemacht haben, sei der: Die Wiener haben erst jetzt das gemacht, was die Genossen in der Provinz schon vor Jahren gemacht haben. Sie haben jene, die bereits in der Opposition stehen, auch veranlaßt, uns ihre Stimmen zu geben. Aber es war doch eine spezielle Wiener Angelegenheit und sonst nichts. Wenn die Organisation von Wien diesbezüglich Differenzen habe, so solle sie das mit sich selbst ausmachen oder bei einem allgemeinen Programmpunkte interpelliren. Die Partei müsse auch in Wien alle Mittel, die ihr zur Verfügung stehen, benützen, also auch in den Wahlkampf eintreten; Wien dürfe in dieser Hinsicht nicht hinter kleineren Orten zurückbleiben. Das Vorgehen der Partei in Wien war einer der nöthigsten Schritte, die gemacht werden mußten.

Eine Frauenbewegung haben wir schon lange in Böhmen. Wir haben aber die Erfahrung gemacht, daß die Frauen nicht lange ausgehalten haben.

Gen. Jobst (Falkenau) wünscht eine Aufklärung darüber, warum die Parteivertretung, nachdem die „Arbeiter-Zeitung" kundmachte, daß der nächste Parteitag in Wien stattfinden werde, hinterher den Kreisvertretungen brieflich bekannt machte, daß der Parteitag in Prag werde abgehalten werden. Dies hätte auch in der „Arbeiter-Zeitung" bekannt gemacht werden sollen.

Was die Bemerkung des Gen. Dr. Ingwer betrifft, daß das Wiener Kommunalprogramm eine Richtschnur für das gesammte Oesterreich bilden solle, so bemerke ich, daß dies nicht möglich ist, weil die Verhältnisse in kleinen Städten und Orten ganz andere sind als jene in Wien. Eine Reihe von Punkten des Wiener Programms sind in denselben überhaupt nicht durchführbar und die meisten anderen Punkte müßten den Verhältnissen angepaßt werden.

Hierauf wird die Debatte geschlossen.

Gen. Dr. Ellenbogen (Schlußwort): Unter den Einwendungen, welche gegen den Parteibericht gemacht worden sind, betrifft die große Mehrheit derselben solche Beschwerden, welche die Parteivertretung selbst als vollständig berechtigt empfunden hat. Was die Unvollständigkeit des Berichtes anbelangt, so haben ja auch die einzelnen Redner betont, daß derselbe doch auf den Berichten der Kreisvertretungen und diese wieder auf den Berichten der Bezirksorganisationen beruht, daß somit die letzteren eigentlich die Schuldtragenden sind. Die künftige Parteivertretung wird Ihnen sehr dankbar sein, wenn Sie dieses Uebel endgiltig aus der Welt schaffen werden. Ich gestehe aber gleich, daß ich an der Möglichkeit, dies durchzuführen, zweifle, da sogar die Gewerkschaftskommission, die doch über ganz andere Mittel verfügt, um eine geordnete Statistik zu veranstalten, gestehen mußte, daß die Resultate derselben den Erwartungen nicht entsprochen haben. Ich muß betonen, daß insbesondere der Punkt III des Parteistatuts von den Kreisvertretungen beinahe gar nicht beachtet wird. Anfangs haben einige Kreisvertretungen dieser Verpflichtung entsprochen. Dieses Pflichtbewußtsein ist aber bald erlahmt und die Parteivertretung ist lediglich auf die Berichte einzelner Bezirksorganisationen, zumeist aber darauf angewiesen, was sie durch den Lokalaugenschein erhebt, indem Mitglieder der Parteivertretung in die Provinz hinausgeschickt werden. Es ist also sehr wünschenswerth, daß in diesen Dingen Wandel geschaffen werde.

Es sind nun von einzelnen Rednern Wünsche in Bezug auf den Bericht ausgesprochen worden. Hiezu muß ich bemerken, daß der gesammte Parteibericht schon wegen des Umfanges nicht von jener Ausführlichkeit sein kann, wie es gewünscht wird. Was den Wunsch betrifft, daß die einzelnen Ziffern im Parteiberichte zusammengefaßt werden sollen, so läßt sich das ja durchführen und es werden auch im Berichte des Referenten diese Ziffern dargestellt.

Wenn der Gen. Beer dem Protokoll einen geringen Werth beigemessen hat, so kann ich ihm nicht zustimmen. Es ist eine Thatsache, daß der Werth der Protokolle von den Genossen nicht genug gewürdigt und bei der Agitation nicht entsprechend verwerthet wird. Die Partei hat diese Thatsache mit einem bedeutenden Deficit im Broschürenkonto konstatiren müssen.

Redner stellt hierauf die Meinung des Gen. Ingwer, betreffend die Ergänzung der Parteivertretung, richtig.

Was die Gemeinderathswahlen in Wien anbelangt, so möchte ich Folgendes betonen: Gen. Feigl hat Recht, wenn er sagt, daß, bevor wir in die Gemeinderathswahlbewegung eingetreten sind, sich an verschiedenen Orten erhebliche Zweifel geltend machten, ob dieser Eintritt politisch gerechtfertigt sei. Ja, ich kann dem Gen. Feigl verrathen, daß auch innerhalb der Parteileitung sich dagegen Stimmen erhoben haben. In den Reihen der Gegner haben sich ebenfalls irrige Meinungen darüber verbreitet. Speziell die liberale Partei hat geglaubt, daß diese Agitation vielleicht zu ihren Gunsten inszenirt werden soll. Wir haben Schritte gethan, um diese Meinung zu beseitigen und ich glaube, Gen. Adler, ich und die übrigen Parteigenossen, welche in die gegnerischen Versammlungen gegangen sind, haben sich dort nicht umsonst beschimpfen lassen. An der Wuth der Gegner, nachdem wir unsere Meinung in ihren Versammlungen offen ausgesprochen hatten, war es zu erkennen, daß wir ihnen jeden Zweifel benommen und die Situation geklärt haben.

Der größte Erfolg unseres Eintretens in die Wahlbewegung ist der, daß wir an die Stelle des persönlichen Kampfes, der bis dahin geherrscht hat, eine sachliche Diskussion gesetzt haben und daß wir vor allen jene Kreise, die uns bis dahin nicht nahe gestanden sind, über die politische und wirthschaftliche Lage sowie über die Hohlheit der Phrasen aufgeklärt haben, mit welchen die bürgerlichen Parteien die verschiedenen Theile der bürgerlichen Klassen in Bezug auf deren Rechte in der Gemeinde traktiren.

Gen. Roscher behauptet, daß die Verhältnisse in Wien und in der Provinz ganz verschiedene seien. Den Wienern fällt es ja durchaus nicht ein, mit ihrem Kommunalprogramm etwa für alle Zeit Giltiges oder überhaupt etwas Mustergiltiges geschaffen zu haben. Dazu war erstens die Zeit zu kurz und sind zweitens die Erfahrungen, die in anderen Ländern gemacht worden sind, noch zu gering. Wie groß aber auch die Unterschiede zwischen den Verhältnissen einer Großstadt und eines kleinen Provinzortes sein mögen, so steht doch fest, daß gewisse leitende Grundsätze für den Kampf, in welchen die Sozialdemokratie eintritt, gegeben sein müssen (Zustimmung), Grundsätze, welche sowohl für Wien als für einen Provinzort gelten können. Und keine andere Bedeutung hat das Programm, das wir aufgestellt haben. Es hat den praktischen Zweck, daß die Provinzgenossen dasjenige, was aus unserem Kommunalprogramm für sie verwerthbar ist, verwerthen.

Gen. Berstl hat es als einen Fehler der Parteileitung bezeichnet, daß dieselbe nicht auch über den Massenstreik und die Veranstaltung desselben berichtet hat. Ich glaube, selbst wenn das berechtigt ist, was Gen. Berstl gesagt hat, so war die Begründung, die er seinen Ausführungen hinzufügte, eine irrige. Er hat mir und der Parteivertretung den Vorwurf gemacht, daß wir es uns zur Aufgabe machen, das auszusprechen, was ist. Wenn man der Parteivertretung

keinen anderen Vorwurf machen kann, so kann sie auf ihre Thätigkeit stolz sein. Es ist das unsterbliches Verdienst der Sozialdemokratie und ihre Unanfechtbarkeit fußt darin, daß wir uns lediglich darauf beschränken, das auszusprechen, was ist, daß wir uns keinen Illusionen über unsere Stärke und die Stärke unserer Gegner machen, und es wäre ein Fehler, wenn wir über diese uns von der Theorie und der Praxis gezogenen Grenzen hinausgingen. Auch ich und die Majorität der früheren Parteivertretung waren entschiedene Anhänger des Massenstreiks. Die Erfahrungen nach dem letzten Parteitage und unter Anderem auch die im Bezirke Neunkirchen haben uns gelehrt, daß, wenn von einem solchen Mittel als Kampfmittel die Rede soll sein können, wir zuerst die Organisationen in Bezug auf ihre Stärke, ihre Tiefe und ihren Zusammenhalt erproben müssen. Wir haben zwar entschiedene Fortschritte gemacht, aber wir haben auch die Erfahrung, daß die Organisationen die Antwort gegeben haben, daß sie nicht überall in ihre Stärke jenes Vertrauen setzen können, um dieses Kampfmittel in Anwendung zu bringen. Gen. Berstl glaubte weiters, daß sich die Parteivertretung auch für das Genossenschaftswesen und die Consumvereine hätte einsetzen sollen. Ich muß erklären, daß die Parteivertretung über diesen Punkt nicht berathen hat, weil sie Wichtigeres zu thun hatte.

Im Uebrigen glaube ich, daß ein plötzliches Inangriffnehmen ganz neuer Organisationsformen für das, was wir bisher aufgebaut haben, sehr gefährlich wäre.

Redner konstatirt noch Gen. Berstl gegenüber, daß für die Parteivertretung kein Grund vorhanden und es ihr eigentlich verboten war, „dieses letzte Mittel" den Massenstreik, in Anwendung zu bringen.

Was die Frauenbewegung anbelangt, so ist es Thatsache, daß die Beschwerden unserer Genossinnen, daß ihre Bestrebungen von Seite der männlichen Genossen nicht überall die wünschenswerthe Berücksichtigung fanden, vielfach gerechtfertigt sind. Ich muß offen sagen, es herrscht in Bezug auf die Frauenbewegung, in Bezug auf die Würdigung der Bedeutung derselben und die Größe der Unterstützung, die man ihr angedeihen lassen muß, auf Seite einzelner Genossen eine gewisse philisterhafte Ansicht. Diese Genossen sollten sich doch auf den etwas höheren sozialdemokratischen und nicht auf den bürgerlichen Standpunkt stellen, von dem aus die Frauenbewegung von oben herab und nur als Sport angesehen wird. Die Frauenbewegung in der Sozialdemokratie ist durchaus kein Sport, oder Sie müßten die Thatsache leugnen, daß die Frau ebenso stark ausgebeutet wird wie der Mann. Das Philisterthum gegenüber der Frauenbewegung muß endlich einmal aufhören. Ob aber eine eigene Frauenorganisation in's Leben gerufen wird oder ob Männer und Frauen eine gemeinsame Bewegung in Scene setzen, hängt von den betreffenden Organisationsverhältnissen ab.

Zu dem Berichte der Genossin Popp habe ich hinzuzufügen, daß auch einige andere Kreise nicht berichtet haben. Wie wir von Gen. Roscher gehört haben, haben die Reichenberger fast seit jeher die Frauen in die Bewegung hineingezogen. Es hätten demgemäß auch die Reichenberger Genossen in ihrem Berichte der Frauenbewegung gedenken sollen.

In Oberösterreich stehen bereits 100 Frauen in der Bewegung, während die Anzahl der Organisationsmitglieder überhaupt von 1030 auf 3000 gestiegen ist.

Derselbe Mangel, den ich in Bezug auf die Berichterstattung über die Frauenbewegung konstatirt habe, existirt auch bezüglich der bereits angeregten Berichterstattung über die Zahl der Verurtheilungen. Man konnte vollständig verläßliches, für die Geschichte verwerthbares Material in den allgemeinen Bericht nicht hineinnehmen, weil man bis zum letzten Augenblicke mit dem Druck des Berichtes warten mußte. Ich spreche hier im Namen der bisherigen Parteivertretung und glaube dies *auch im* Interesse der zukünftigen thun zu können,

den Wunsch aus, daß die verschiedenen Kreisorganisationen in dieser Beziehung etwas sorgfältiger vorgehen mögen. Der Vorwurf, daß die Kreisorganisationen nicht entsprechend aufgefordert worden seien, ist vollständig unberechtigt. Ich bin nicht in der Lage, Ihnen die Anzahl der Schriftstücke zu nennen, in welchen die Leute aufgefordert wurden, aber sie ist ungeheuer groß. Abgesehen von Allem, ist aber das Parteisekretariat nicht in der Lage, aus sich heraus vollständig verläßliche Berichte über die Ereignisse in der Provinz zu liefern, da oft nicht einmal die Kreisorganisationen genügend informirt sind, und wie soll dann das Parteisekretariat einen vollständigen Ueberblick über die Thätigkeit der Partei im ganzen Reiche gewinnen können.

Was den Vorwurf anbelangt, daß die Parteivertretung in Bezug auf die Verkündung des Wechsels des Sitzes des Parteitages nicht richtig vorgegangen sei, muß ich darauf verweisen, was seinerzeit in der „Arbeiter-Zeitung" auseinandergesetzt war. Ich gebe der Ueberzeugung der gesammten Parteivertretung Ausdruck, daß dieselbe in den letzten zwei Jahren sich die größte Mühe gegeben hat, die Bewegung im Sinne unserer Prinzipien fortzuführen und daß es auch gelungen ist, die Partei um ein gewaltiges Stück vorwärts zu schieben und ich hoffe, daß der nächste Parteitag und die nächst zu wählende Parteivertretung in gleichem Sinne und, wie ich wünsche, in noch besserer und energischerer Weise ihrer Aufgabe werden gerecht werden. In diesem Sinne bitte ich den Parteibericht zu beurtheilen und darnach Ihre Meinung bei der Abstimmung kund zu geben. (Lebhafter Beifall.)

Gen. Smetana (Wien) erklärt in seinem Schlußworte, daß die czechische Organisation ebenso wie die deutsche ihre Pflicht bei der Einsendung der Berichte nicht genügend erfülle. Es wäre eine größere Gründlichkeit hier dringend wünschenswerth. Was den Standpunkt der czechischen Organisation bei Gelegenheit des Nichteingreifens der Organisation selbst in die Wiener Gemeinderathswahlen anbelangt, liegt der Grund nicht darin, daß vielleicht irgend ein Zwiespalt zwischen czechischen und deutschen Genossen ausgebrochen ist, sondern es liegt dieser Grund vielmehr in den eigenthümlichen Verhältnissen, unter denen die czechischen Genossen in Wien arbeiten müssen.

Gen. Dr. Berstl (Wr.-Neustadt) wendet sich in einer thatsächlichen Berichtigung gegen Gen. Dr. Ellenbogen. Er verweist auf die am letzten Parteitag beschlossene Resolution, in welcher „der Parteitag erklärt, das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht mit allen der Arbeiterklasse zur Verfügung stehenden Mitteln erkämpfen zu wollen . . . .". Davon aber, daß das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht von irgend Jemandem, sei es von der Regierung oder von den bürgerlichen Parteien vorgeschlagen worden ist, sei Redner nichts bekannt.

Nach einer thatsächlichen Berichtigung des Gen. Dr. Ingwer bemerkt Vorsitzender Gen. Popp, daß in der „Arbeiter-Zeitung" die Verlegung des Parteitages deshalb zu spät angekündigt wurde, weil die czechischen Genossen zuerst die Behörden befragen müßten, ob für die Zeit des Parteitages die Ausgewiesenen nach Prag zurückkehren dürfen.

Gen. Feigl hat seinen gestern gestellten Antrag modificirt. Derselbe lautet nunmehr: „Der Parteibericht hat längstens vierzehn Tage vor dem Parteitag in der „Arbeiter-Zeitung" veröffentlicht zu werden." (Angenommen.)

Die Abstimmung über Ertheilung des Absolutoriums wird über Anregung der czechischen Genossen getrennt vorgenommen, u. zw. wird der Parteivertretung vorerst in Bezug auf ihre politische und organisatorische Thätigkeit, sodann in Bezug auf ihre finanzielle Gebahrung einstimmig das Absolutorium ertheilt.

Die ersten beiden Punkte der Tagesordnung sind somit erledigt. Es ist folgender Antrag eingebracht worden:

„Der Parteitag wähle behufs Vorschlag der Genossen in die Parteileitung eine Commission. Dieselbe soll aus je einen Genossen der verschiedenen Kreisorganisationen zusammengesetzt werden. Die Commission hat die Vorschläge zu machen. Die Wahl der Parteileitung wird mittels Stimmzettels vorgenommen. Ant. Schäfer, Schuhmeier, A. Grosse, Feigl, Dobiasch, Berstl, Palka, Palme, Wilhelm Kiesewetter, Gruber, Dittrich."

Gen. Dr. Berstl (Neunkirchen): Ich habe zwar persönlich diesen Antrag unterschrieben, erkläre jedoch, daß ich gegen diesen Antrag bin. (Heiterkeit.) Der Grund hiefür ist der, daß ich den Antrag nur deshalb unterstütze, weil ich wünsche, daß er zur Verhandlung komme und daß darüber gesprochen werde.

Gen. Schuhmeier (Hainburg) zur Begründung seines Antrages: Wir haben heute schon sehr viel Zeit vertrödelt und wenn wir uns bei jedem Punkte so lange aufhalten, werden wir in den letzten Tagen sehr rasch arbeiten müssen. Jede Kreisorganisation möge einen Genossen in die Commission wählen, die an den Parteitag Vorschläge zu erstatten hat; die Wahl in die Parteileitung selbst soll geheim sein und mittels Stimmzettel erfolgen. Außerdem stelle ich noch den Zusatzantrag, daß für den Bezirk Wien ein Vertreter in die Parteileitung bewilligt werde.

Auch der Zusatzantrag, für Wien einen Vertreter in die Kommission zu bewilligen, wird unterstützt.

Gen. Feigl (Gloggnitz) möchte zu bedenken geben, daß beim Punkt „Organisation" verschiedene Anträge über die Zusammensetzung der Parteivertretung vorliegen, deshalb sei es heute schwer, eine Kommission zu wählen.

Gen. Dr. Morgenstern (Brünn) hat das Bedenken, daß die Kommission sehr vielköpfig sein wird.

Gen. Dr. Ingwer (Amstetten): Der Antrag Schuhmeier sei nichts Neues. Es sei das derselbe Wahlmodus, der bei der letzten Wahl der Parteivertretung gehandhabt wurde. Wir sind jedoch gegen das indirekte Wahlrecht. Ich betrachte die Wahl einer Kommission als eine Wahl von Wahlmännern.

Gen. Schuhmeier: Die Vorschläge der Kommission könne man nicht als indirekte Wahl betrachten, da jeder das Recht habe, die Vorschläge nicht anzunehmen.

Der Antrag Schuhmeier wird hierauf mit großer Majorität angenommen.

Vorsitzender: Ich bitte die einzelnen Kreisorganisationen ihren Genossen in die Kommission zu wählen und dem Präsidium bekanntzugeben. Die Namen der Gewählten werden dann verlesen werden.

Hierauf werden die eingelaufenen Telegramme und Schriftstücke verlesen. Darunter befindet sich ein Protest der Tischler Prags wegen Nichtzulassung der Gewerkschaften zum Parteitage.

Dieses Schreiben wird über Vorschlag des Vorsitzenden zur Kenntniß genommen und beim Punkte „Organisation" zur Besprechung kommen.

Bei diesem Anlasse erklärt Gen. Dědič (Prag), daß sämmtliche gewerkschaftlichen Organisationen der Czechen mit diesem Proteste einverstanden sind und beim Punkt „Organisation" diese Erklärung abgeben werden.

Weiter gelangen die eingelaufenen Begrüßungsschreiben und -Telegramme zur Verlesung.

Vorsitzender: Es wird beantragt, daß folgende Telegramme erwidert werden: das des Congresses der Nahrungsmittelarbeiter, der Tapezierer, der Brauer in Wien, jenes aus Holland und das Telegramm der Handlungsgehilfen in Berlin. (Zustimmung.)

Ich unterbreche die Sitzung bis Nachmittag.

(Schluß der Sitzung 1 Uhr Nachmittag.)

Nachmittagssitzung.

(Beginn der Verhandlung 3 Uhr 15 Minuten.)

Vorsitzender Gen. Zeller (Teplitz) eröffnet die Sitzung.

III. Punkt der Tagesordnung: „Wahlreform".

Referent Gen. Dr. Adler (Wien): Parteigenossen! Wir haben die Aufgabe, wieder über die Wahlreform zu sprechen, aber unsere Lage ist eine wesentlich andere, als sie vor zwei Jahren im Saale bei Schwender in Wien war. Als wir vor zwei Jahren über die Wahlreform gesprochen haben, sind wir einer anderen Regierung gegenübergestanden, welche die Wahlreform im Munde führte, die aber alles darangesetzt hat, um die Wahlreform zu vereiteln. Es war klar, daß die Regierung des Fürsten Windischgrätz, der Geschäftsausschuß aller besitzenden Klassen in Oesterreich, seine Aufgabe ausschließlich darin sah, womöglich überhaupt keine Wahlreform zu Stande kommen zu lassen. Daraus ergab sich für die Sozialdemokratie der Schluß, diese Regierung muß weg, daraus ergab sich für uns die Nothwendigkeit, die Wahlreform mit einem solchen Ungestüm zu verlangen, daß es Jedermann klar werde, daß es nicht möglich sei, zu regieren, wenn man die Wahlreform auf die lange Bank schiebt. Wollen wir mit wenigen Worten uns nochmals Rechenschaft geben, warum die Sozialdemokratie die Wahlreform derart in den Mittelpunkt stellen mußte, daß in sehr weiten Kreisen außerhalb der Sozialdemokratie dieselbe eine Zeit lang für eine einfache Wahlrechtspartei angesehen wurde. Wir mußten mit aller Gewalt die Wahlreform durchsetzen, weil ohne Wahlrecht die politische Entwicklung der Partei weiterhin nicht mehr möglich war. Die politische Bedeutung der Partei war riesig gewachsen, im Verhältniß zur Möglichkeit, sich zu bethätigen. Der Rahmen der Partei war einfach zu eng geworden, wir mußten ihn sprengen. Das war eine Lebensfrage für die Partei. Ich sehe hier von allen Erwägungen der Gerechtigkeit ab, ich sehe ab von der Erwägung der Sittlichkeit, der politischen Vernunft u. s. w. Ich sehe ab von der furchtbaren Thatsache, daß Zweidrittel der Bevölkerung in Oesterreich rechtlos sind, ich sehe ab von dem Kuriensystem und all der Schmach, die es im Gefolge hat, alle diese Dinge lasse ich bei Seite. Wir haben hier eine parteitaktische Frage zu erwägen, wir müssen sagen: wie kommt es, daß die Partei, für welche das Wahlrecht schon seit vielen Jahren, neben sehr vielen anderen Forderungen, auf das Programm gestellt ist, gerade jetzt sich auf diese Frage mit solcher Wucht werfen mußte. Es war nothwendig, weil die Partei ohne Wahlrecht nicht mehr vorwärts kommen kann und weil das Bewußtsein, daß der Arbeiterschaft ein Wahlrecht gebühre, auch bei den anderen Klassen bereits in einem hohen Grade Platz gegriffen hat. Also nicht nur wir wußten es, sondern auch die anderen wußten es und das war das Moment, warum wir losschlagen mußten.

Ich will nicht ausführlich berichten, welcher Kampf um das Wahlrecht geführt wurde. Dies ist nicht meine Aufgabe und hätte allenfalls zu dem vorigen Punkt der Tagesordnung gehört. Sie werden es alle wissen: Seit dem 1. Mai 1893 hat die Partei in Oesterreich einen Kampf geführt, wie demselben wenige politische Feldzüge zur Seite gestellt werden können. Was haben die Gegner gethan? Von Anfang an war die Antwort auf die Forderung des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechtes immer die: Ja, den industriellen Arbeitern gebührt ein Wahlrecht und denen wollen wir es geben und zwar den besser gestellten, den höher qualifizirten Arbeitern. Diese Antwort haben uns die Liberalen schon seit den Siebzigerjahren gegeben, sie hat sich in dem alten Arbeiterkammerentwurf und in jenem des Jahres 1886 kryſtallisirt und sich im Jahre 1891 wiederholt. Nachdem die Wahlbewegung kräftiger geworden war, tauchte

gegenüber dem Wahlreformprojekte des Grafen Taaffe sofort wieder das spezifische Arbeiterwahlrecht mit mehr oder weniger Mandaten, mehr oder minder nach unten abgegrenzt, aus der Versenkung. Dem liegt immer der Gedanke zu Grunde, die Arbeiter, denen man ein Wahlrecht gibt, von den anderen Klassen abzusondern, sie politisch zu isoliren. Die Arbeiterschaft hat diese Abschließung mit der größten Energie zurückgewiesen, sie hat sie für absolut unmöglich und als etwas den Arbeitern unter den heutigen Verhältnissen nicht mehr Oktroyirbares erklärt. Und die Träger dieser Anträge, insbesondere die Koalitionsregierung war eine so schwache Regierung, daß wir in der That in der Lage waren, sie mitsammt ihren Anträgen über den Haufen zu werfen. Mit dem Sturz der Koalitionsregierung war der Versuch, den Arbeitern ein abgegrenztes Wahlrecht zu geben, was nichts anderes bedeutet hätte, als aus dem Wahlkampfe das Moment des Klassenkampfes heraus zu nehmen und die Arbeiter nur unter sich wählen zu lassen, ihnen nur Mandate zu geben, nicht aber ein Wahlrecht, an Stelle eines Wahlrechtes nur die Ernennung von einer Anzahl von Abgeordneten, dieser Versuch, sage ich, war beseitigt. Die Antwort der Arbeiter lautete damals: Es handelt sich uns in erster Linie nicht um die Zahl der Mandate — man hat uns bis zu 25 Mandaten geboten, das war, glaube ich, das höchste Anbot — sondern es handelt sich uns darum, daß wir wählen, daß wir der Arbeiterklasse den Klassenkampf in der Form des politischen Kampfes und des Wahlkampfes ermöglichen. Was nun folgt, ist ja in lebhafter Erinnerung. Ich will mich nunmehr mit dem beschäftigen, was vor uns liegt, und nicht mehr mit der Geschichte.

Nachdem die Koalitionsregierung unter allgemeinem Hohngelächter gefallen war, da kam die Regierung des Grafen Badeni nach einer kurzen Pause an die Reihe, eine Regierung, die man uns als die Regierung der starken Faust und einer ganz besonderen Intelligenz angepriesen hatte. Für Letzteres erwarten wir allerdings noch die Beweise. (Heiterkeit.) Es wurde offiziös angekündigt, die Regierung werde die Wahlreform um jeden Preis machen. Wir müssen sagen: insofern hat sie Wort gehalten, eine Wahlreform hat sie gemacht, hat sie, man kann sagen, dem Parlamente aufoktroyirt. Die Wahlreform liegt dem Ausschusse fertig vor und es ist kein Zweifel, daß dieser Entwurf mit ganz unerheblichen Aenderungen auch vom Parlamente angenommen werden wird. Etwas Anderes aber ist es, ob diese Wahlreform, wie sie vorliegt, ein Beweis für die politische Vernunft oder gar für die „Gerechtigkeit" der Regierung ist. Das ist sie nicht; die Wahlreform, die vorliegt, ist vielmehr ein Auskunftsmittel schlechtester Art. Sie ist etwas, was unmöglich ist in der Ausführung, unklar im Gedanken, und etwas, was allen Prinzipien sowohl der Gerechtigkeit als der politischen Vernunft geradezu in's Gesicht schlägt. Das Prinzip des allgemeinen Wahlrechtes wird wohl faktisch mit unbeträchtlichen Ausnahmen proklamirt, wie es auch der Antrag Taaffe lange nicht wollte; es bekommt das arbeitende Volk in seiner Gesammtheit das Wahlrecht, aber nur zu dem Zwecke, um dieses Wahlrecht respektive dasjenige, was dabei herauskommen soll, sofort vernichten zu lassen von den alten privilegirten Kurien. (Beifall.)

Es wird ein neues Recht geschaffen, dieses Recht aber sofort zum Unrecht gemacht, indem das alte Unrecht weiter bestehen bleibt. Vergessen Sie nicht, Genossen, daß das Wahlrecht für uns nicht allein eine Maschine ist, um Abgeordnete zu erzeugen, daß das Wahlrecht nicht eine Mandatfabrik ist für die Sozialdemokraten, wie sie das ist für die anderen Parteien; für uns, Genossene hat das Wahlrecht so viel Werth, weil es uns ein Mittel der Agitation und vor Allem der Organisation ist. Weit mehr noch als die Vertreter im Abgeordnetenhause *haben wir ja* die Agitationskraft entbehrt, die im Wahlrecht

liegt und hat uns die Grundlage für die Organisation gefehlt, die jedes allgemeine Wahlrecht bildet. Wir betrachten das Wahlrecht vor Allem als eines der besten Mittel zur Vertretung unserer Grundsätze, als eines der besten Mittel, um die Arbeiterklasse zu erziehen, um sie zu organisiren. Erst in zweiter Linie ist es uns ein Mittel zu einer parlamentarischen Vertretung, so wenig wir das unterschätzen wollen. Wir wissen ja gerade in Oesterreich sehr gut die Vortheile zu schätzen, umsomehr, als wir in der Lage waren, uns eines oder zweier Abgeordneten gleichsam als Sprachrohr zu bedienen, um gewisse Dinge im Abgeordnetenhause zur Sprache zu bringen, die niemals mit dieser Wirkung durch unsere Presse und durch unsere Redner in die Oeffentlichkeit hätten gebrach' werden können. Das wichtigste Moment für das Wahlrecht ist aber das Moment der Erziehung des Volkes, das Moment der politischen Bildung, und sehen Sie, gerade dieses Moment wird in der Badenischen Wahlreform wohl nicht gänzlich vernichtet, aber es wird eingeschränkt, verdünnt, vermindert, so daß man sich wirklich fragen muß, ob noch etwas übrig bleibt. Es ist kein Zweifel, es ist ein Behelf für die Organisation, ein Behelf für die Agitation, wenn Leute zusammengerufen werden, um sich politisch zu äußern und zu wählen. Wenn das aber, wie hier, in Wahlkreisen geschieht, die eine halbe Million Einwohner haben, wenn, wie dies ja vorkommt, ein ganzes Land einen einzigen Wahlkreis bildet, da werden Sie zugeben, daß es unter diesen Umständen ungeheuer schwer wird, für die Organisation sowohl als für die Agitation das Wahlrecht auszunutzen und daß der Werth dieser Agitationsmittel ungeheuer vermindert wird. Und wenn ich die anderen Seiten dieses Wahlrechtes betrachte, dann kommt ein noch viel kläglicheres Bild heraus. Es handelt sich hier um 72 Mandate. Mögen wir uns nun anstellen, wie wir wollen, wir müssen zugeben, daß wir auch beim allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechte einen ziemlich geringen Einfluß ausgeübt hätten, insofern die Majorität im Parlamente in Frage kommt. Wir können nicht einmal sagen, ob wir nicht bei einem der Kurienwahlrechte viel mehr Mandate bekommen hätten. Das ist aber eine andere Frage.

Das trifft nicht nur uns, das trifft auch das Bürgerthum und die Bauernschaft, die heute im Parlament sitzen und die sich gefallen lassen, daß $5^1/_2$ Millionen Wähler zusammen 72 Abgeordnete und die 5000 Herren Großgrundbesitzer nach wie vor 85 Abgeordnete bekommen. Während diese Leute in der Lage gewesen wären, und ich klage hier die bürgerlichen Parteien an, nicht, weil ich glaube, daß sie besserungsfähig sind, ich klage sie hier an, daß sie in diesem Momente, in welchem die Arbeiterschaft in Oesterreich den Kampf angefangen hat, wo sie in der Lage gewesen wären, nachzuholen, was die feigen Kerle im Jahre 1848 und 1867 versäumt haben und sich in unser Gefolge begeben hätten können, wieder verrathen haben nicht nur unsere Interessen, aber auch ihre eigenen Interessen. (Lebhafte Zustimmung.) Hätten sie sich uns angeschlossen, dann wäre man in Oesterreich in der Lage gewesen, einmal mit den alten feudalen Ueberresten aufzuräumen. Und dabei — ich bin Deutscher und sage dieses mit großem Schmerze — sind unsere deutschen Liberalen noch um ein gutes Stück schlechter als die Jungczechen. (Beifall.)

Wir nehmen den jungczechischen Antrag auf allgemeines und direktes Wahlrecht nicht so ernst, wie die Jungczechen es vielleicht wünschen würden. Ich meine, wenn der Antrag Aussicht gehabt hätte, durchzudringen, sich vielleicht in dem jungczechischen Lager selbst allenthalben Stimmen dagegen geltend gemacht hätten. Nehmen wir aber selbst an, der ganze Antrag sei eine leere Demonstration, nicht einmal zu dieser leeren Demonstration hat die deutschliberale Partei Kraft und Courage gehabt. (Sehr richtig!) Wir sind gezwungen, das hier zu sagen, wir sind verpflichtet, der Oeffentlichkeit und uns selber klar

zu machen, daß wir in diesem Kampfe vollständig allein stehen, daß die bürgerlichen Klassen ihre eigenen Interessen verrathen, weil sie vor uns Furcht haben. Weil die Klassengegensätze in den czechischen Bezirken noch nicht so weit entwickelt sind, als in den deutschen Bezirken, darum getrauen sich die Czechen noch, mit dem Feuer zu spielen, während sich die Deutschen nicht mehr getrauen, weil da die Gegensätze schon zu weit entwickelt sind. Es muß herausgesagt werden, daß wir in allen diesen politischen Kämpfen vollständig allein stehen, daß die Arbeiterklasse auf sich selbst angewiesen ist. Wir haben also eine Wahlreform vor uns, die $5^1/_2$ Millionen 72 Mandate gibt, den Kurienschwindel aufrecht hält; wir bekommen ein Haus von 353 + 72 Abgeordneten, und nun fragen wir uns: Ja, warum haben denn die einzelnen Parteien das gethan? Ich kann nicht anders, ich muß mich wieder in erster Linie mit der deutschliberalen Partei beschäftigen; ich muß fragen: Warum hat diese Partei, welche die entscheidende in dieser Frage war, gerade diesem elenden Entwurfe zum Durchbruch verholfen? Sie selbst profitirt bei dieser Kurie gar nichts. Es ist sicher, daß sie in der neuen Kurie kein einziges Mandat bekommen wird. Die deutschliberale Partei ist für diesen Entwurf deshalb eingetreten, weil sie die richtige und klassenbewußte Vertretung der Bourgeoisie ist. Sie hat immer ihre politischen Interessen auf dem Altare der Interessen ihres Geldsacks zu opfern gewußt. (Beifall.) Sie hat sich geopfert, sie will viel lieber ein paar Mandate verlieren, nur die Sozialdemokratie soll davon keinen Vortheil haben. Daraus bitte ich auch den Schluß zu ziehen, warum wir gerade diese Partei für den klassenbewußtesten, für den gefährlichsten Gegner halten.

Darum richtet sich unsere ganze Kraft von jeher gegen die Liberalen, als die eigentliche bewußte kapitalistische Partei in Oesterreich. Aber trösten Sie sich; was die Deutschliberalen heute sind, werden die „czechischen Liberalen" sehr bald sein. Die Industrie schreitet auch in den böhmischen Bezirken ausgezeichnet vor, die wirthschaftliche Entwicklung drängt vorwärts, und das war vielleicht das Belehrendste aus allen Berichten. So wie in Ostrau sich Deutsche und Jungczechen verbunden haben gegen die Arbeiterschaft, so hat in Triest die schwarzgelbe kaisertreue Bourgeoisie und die schwarzgelbe und natürlich kaisertreue Polizei sich ruhig mit den Irridentisten verbunden, als es gegen die Arbeiter ging.

Man gibt also den Leuten einen Stimmzettel in die Hand, betrachtet es aber als gleichgiltig, welches Gewicht dieser Stimmzettel hat. Dem Stimmzettel wird seine Wirkung genommen, indem man ihn so leicht ausprägt, indem man ihn in ein Meer hineinwerfen läßt, indem man Wahlbezirke von 80.000 und mehr Wählern schafft und Wahlbezirke, die ein halbes Kronland und mehr umfassen. Nehmen wir Böhmen und Niederösterreich — und ich wähle diese Kronländer, weil sie die meistentwickelten sind und hier die Arbeiterschaft eine Macht repräsentirt — welche ungeheuere Bezirke werden da geschaffen, Bezirke, die agitatorisch von uns zu bewältigen beinahe unmöglich ist, allerdings zum Glück, von den Anderen noch weniger. (Heiterkeit.) Weiter wird das indirekte Wahlrecht zur Regel gemacht. Graf Badeni hatte die Schlauheit, die eines polnischen Stanczyken wirklich würdig ist; ich muß sagen, die Pfiffigkeit dieses Stanczyken kommt mir vor, als wenn sie eine Kreuzung wäre zwischen polnischen Edelleuten und polnischen Juden. (Lebhafte Heiterkeit.)

Wenn er vor der furchtbar schwierigen Frage des direkten Wahlsystems steht, das er für Galizien nicht will und welches er aber für die bereits europäisirte Bevölkerung nicht verhindern kann, wie zieht er sich da aus der Schlinge? Er sagt: Hängt Ihr Euch gefälligst selbst auf (Heiterkeit), ich wasche meine Hände in Unschuld; ich gestatte Euch, Euch auf Eueren Landtagen die Köpfe wund zu schlagen *über die direkten* Wahlen; Galizien wird mir kein

direktes Wahlrecht einführen. (Heiterkeit.) Die Frage des direkten Wahlrechtes ist eine der wichtigsten Lebensfragen bei der Wahlreform und wir müssen in dieser Beziehung eine sehr lebhafte Agitation entwickeln, die, wenn das Gesetz angenommen wird, gegen die Landtage gerichtet sein wird, um die indirekten Wahlen zu beseitigen.

Dann kommt aber ein dritter Punkt, von dem man nicht viel spricht, weil man davon nicht viel weiß, der aber nicht unwichtig ist. Die einzelnen Wahlbezirke sind mit dem größten Raffinement zugeschnitten, es wird die industrielle Arbeiterschaft zwischen großen Massen der bäuerlichen Bevölkerung eingetheilt, um womöglich von ihr erdrückt zu werden; das ist in einer großen Reihe von Wahlbezirken der Fall. Das ist nun freilich etwas, worauf man gefaßt sein mußte. Wir haben keine Aenderung der Wahlbezirke in Oesterreich seit Schmerling, und Herr Graf Badeni oder vielmehr Herr v. Rittner, der den Wahlreformentwurf im Schweiße seines Angesichtes in Meran zusammengeflickt hat, wird es sich doch nicht nachsagen lassen, daß er die Wahlgeometrie nicht ebensogut versteht, wie sein erlauchter Vorgänger Schmerling. Und so wie Schmerling seinerzeit als Vater der Verfassung angesehen wurde und wie er bejubelt wurde von der ganzen Bourgeoisie — nicht von der czechischen, denn sie hatte dazu keine Ursache — als Stütze der Verfassung, geradeso haben Graf Badeni und sein Rittner alle Aussicht, demnächst heilig gesprochen zu werden.

Es ist gar kein Zweifel, die herrschenden Parteien sind auf eine perfide, aber sehr geschickte Weise um eine gründliche Wahlreform für den Augenblick herumgekommen. Diese Leute haben nämlich von der Arbeiterklasse ihre eigenthümliche Vorstellung: Sie glauben, die Arbeiter wollen ihr Wahlrecht nur haben, um ein paar Mandate zu haben: „Schmeißen wir ihnen ein paar Mandate zu; da habt Ihr den Knochen, dann werdet Ihr uns einige Zeit unseres Weges ziehen lassen!“ Das ist die Rechnung, die sie machen. Die Leute vergessen aber, daß der ganze Kampf um das Wahlrecht für die Arbeiter nur ein Bestandtheil, nur ein verhältnißmäßig kleines Rad in dem großen Getriebe ihrer Bewegung ist; daß der Kampf um das Wahlrecht gar nichts Anderes ist, als der Kampf um *Eines* der Mittel, ihre Ideen, die weit über das Wahlrecht hinaus liegen, zu erzwingen; daß der Kampf um das Wahlrecht einfach nicht zur Ruhe kommen kann, bevor er seinen Zweck erfüllt hat. Es ist lächerlich, wenn man davon spricht, ob die Arbeiter sich mit diesen paar Mandaten „zufrieden“ geben würden. Man fragt, ob wir die Wahlreform Badeni „annehmen“ wollen, das ist Unsinn!

Parteigenossen! Für uns steht die Frage so: Wir stehen im Kampf gegen ein feindliches Heer und sind in der Lage, einen Schritt nach vorwärts zu machen und weiter vorne unsere Fahnen aufzupflanzen. Das ist aber noch lange nicht unser Ziel. Wir fassen da neuen Fuß, um unsere Batterien aufzustellen und erst recht hineinzufeuern. Nicht um einen Vertrag, nicht um einen Waffenstillstand handelt es sich, geschweige um Frieden auch nur für einen einzigen Augenblick. Vielmehr ist ganz kühl zu erwägen, was ist der Sache der Sozialdemokratie, was ist der Sache der Revolutionirung des Proletariats nützlich? Wie können wir die jetzige Situation am besten verwerthen? Für uns steht die Frage so: Die Wahlreform Badeni ist in den Augen eines jeden vernünftigen politisch klaren Menschen gerichtet sowohl vom Standpunkte der politischen Gerechtigkeit, als auch von dem Standpunkt, daß diese Wahlreform niemals ein Abschluß der Wahlrechtsbewegung sein kann. (Sehr richtig!) Im Gegentheil, diese Wahlreform kann nichts Anderes sein, als der *Ausgangspunkt einer neuen Wahlrechtsbewegung*, als ein Mittel, das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht zu erkämpfen. Es ist auch in Genossen-

kreisen hie und da das Wort gefallen, ob wir diese Wahlreform „anerkennen" sollen oder nicht. Da habe ich nur die eine Frage: Gibt es Einen unter Ihnen, der unser Vereinsrecht, unser Versammlungsrecht, unser Preßgesetz „anerkennt"? (Rufe: „Nein!") Nein! Wir wissen, was wir von dem Allen zu halten haben, und gerade indem wir es bis auf's Aeußerste ausnützen, protestiren wir am allerschärfsten gegen seinen Bestand. Wenn man an der Kette zerrt, so daß man sie zerreißt, so ist das ja gewiß in gewissem Sinne eine „Anerkennung" der Fessel; aber wir anerkennen sie nur, um sie zu beseitigen! Wir haben auch nicht auf diese fünfte Kurie gewartet. Im Jahre 1891 sind wir, gerade um gegen das geltende Wahlrecht zu protestiren, in den Wahlkampf eingetreten; und Sie werden sich erinnern, daß gerade dieser Eintritt das Mittel, der Ausgangspunkt der späteren großen Wahlrechtsbewegung geworden ist. Niemand von uns hätte gesagt: „Indem Du Dich als Candidaten aufstellen lassest — als unmöglichen und aussichtslosen — erkennst Du den Fünfgulden-zensus an." Davon kann also gar keine Rede sein. Wir stehen heute vor einer rein praktischen Frage. Nachdem wir unser Urtheil gefällt haben, müssen wir uns fragen: Was werden wir mit dem neuen Dinge machen?

Parteigenossen! Wir hätten uns ja ganz gut auf den Standpunkt stellen können, zu sagen, die Wahlreform des Grafen Badeni liegt jetzt noch dem Reichsrath vor. Am 20. April wird die erste Verhandlung darüber im Plenum beginnen und am 28. April oder irgend einem anderen Tage wird sie fertig sein und sanktionirt wird sie vielleicht erst im Juli. Wir konnten also ganz gut dem Parteitage vorschlagen, sich auf den Standpunkt zu stellen, diese Wahlreform zu verurtheilen und gegen sie zu protestiren, ja sie zu verhindern, obgleich wir wissen, daß wir es nicht können. Das hätte freilich nach außen sehr hübsch ausgesehen; aber ich glaube, daß wir damit unsere Pflicht nicht erfüllt hätten, die nicht nur darin besteht, ein Urtheil zu fällen, sondern aus den Thatsachen Schlüsse zu ziehen und uns nicht durch Aeußerlichkeiten blenden zu lassen. Nach unseren Schlüssen müssen wir dann unsere Haltung nüchtern und praktisch einrichten. Unter den Jungczechen besteht heute ein großer Streit darüber, ob sie bei der dritten Lesung für oder gegen die Wahlreform Badeni stimmen sollen. Nun, wir haben ja den Jungczechen nicht Rathschläge zu ertheilen; aber wenn sie ernstlich etwas für die Wahlreform thun wollen, dann sollten sie sich nicht um die dritte Lesung, sondern hauptsächlich um die zweite Lesung des Entwurfes im Parlamente kümmern. Bei dieser läßt sich eine große Menge der gröbsten Dinge ausmerzen, und wenn die Jungczechen bei derselben mit den Antisemiten, mit Pernerstorfer, Kronawetter und noch ein paar anderen Wildlingen sich gehörig einsetzen würden, so könnten sie vielleicht eine Reihe von scheinbar unbedeutenden, thatsächlich aber schwerwiegenden Fehlern beseitigen. Ich erwähne beispielsweise nur einen Punkt, der viel zu wenig beachtet wird, daß nämlich der Sonntag zum Wahltage erklärt wird. Es ist anerkennenswerth, daß die Jungczechen so klug waren, nochmals den Slavikschen Antrag auf Einführung des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechtes als Minoritätsantrag einzubringen. Dadurch sind sie in die Lage gesetzt, nochmals für das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht zu stimmen, und wenn dieses abgelehnt wird, sich einfach für das zu entscheiden, was vorhanden ist. Es war das ganz klug, aber nicht entscheidend. Uns handelt es sich nicht darum, wie die Partei dem Volke gegenüber feiner und eleganter aussieht, wie sie sich leichter einen Glorienschein verleiht, sondern wie das Wahlrecht aussehen wird. Und da ist vor Allem für uns von Bedeutung, daß bei diesem wichtigen Punkte energisch eingesetzt werde.

Es liegt auch ein Minoritätsantrag vor, in Bezug auf die Seßhaftigkeit, denn die sechsmonatliche Seßhaftigkeit wird so manchen Arbeiter vom Wahl-

rechte ausschließen und es wird schließlich — wie in Deutschland — darauf ankommen, zu welcher Jahreszeit gewählt wird, ob ein Arbeiter gerade anwesend, oder auf der Wanderschaft auswärts als Arbeiter beschäftigt ist. Alle diese Dinge könnten noch in der Spezialdebatte verbessert werden. Aber darüber müssen wir uns klar sein: das heutige Parlament bringt einen Widerstand gegen das Ministerium Badeni nicht mehr auf, weder zum Guten, noch zum Schlechten. Dieses Parlament kann und wird diese Wahlreform nicht mehr verhindern.

Ein zweiter Umstand, auf den wir nicht vergessen dürfen, ist, selbst wenn die Wahlreform nicht zu Stande käme, der, daß der Parteitag mit Rücksicht darauf, daß wir spätestens im Februar nächsten Jahres Neuwahlen unbedingt haben müssen, verpflichtet ist, diese Neuwahlen und seine Haltung zu ihnen in ruhige und objektive Erwägung zu ziehen.

Der schärfste Protest gegen die Badeni'sche Wahlreform ist berechtigt; sie ist ein Produkt, das würdig ist Derer, die es erzeugt haben. Sie ist heuchlerisch bis in das Mark hinein, sie anerkennt ein Prinzip, nur um es herabzuzerren und es zu vernichten.

Wenn wir aber diesen Protest ausgesprochen haben, dann — glaube ich — haben wir die Verpflichtung, den Thatsachen in's Auge zu sehen und zu sagen: was werden wir mit diesem Monstrum, mit dieser Mißgeburt anfangen?

Parteigenossen! Es liegt eine Anzahl von Anträge aus den Organisationen vor und ich erwähne daraus als erster den Antrag der mittelmährischen Kreisorganisation, welcher lautet (liest):

„Der Parteitag möge beschließen: Die Regierungsvorlage betreffend die Wahlreform sei auf das entschiedenste zu bekämpfen und mit allen Mitteln müsse versucht werden, sie unmöglich zu machen."

Ich bin vollständig dieser Ansicht und wenn es Jemanden auf diesem Parteitage gibt, der uns ein Mittel nennen kann, noch in diesem Momente die Badeni'sche Wahlreform zu verhindern und anstatt ihrer eine bessere Wahlreform zu schaffen, so werden wir mit Freuden bereit sein, dieses Mittel anzuwenden. Nachdem wir dies aber für eine Illusion halten, sind wir gezwungen, die vorliegende Wahlreform als fertige Thatsache anzusehen.

Der Antrag der Parteivertretung geht also dahin (liest):

„I. Der Parteitag beschließt: Die Wahlreform, die von der Sozialdemokratie der Regierung und dem Parlamente abgezwungen wurde, liegt abgeschlossen dem Parlamente vor und ihre Annahme ist unzweifelhaft. Sie gewährt dem arbeitenden Volke das allgemeine Wahlrecht, nur, um die Wirkung seines Stimmrechtes zu vernichten. Der gesammte Besitzstand der österreichischen Verfassung an Vergewaltigung, Unterdrückung und Korruption wird unverkürzt erhalten und die fünfte Kurie den Vertretern der besitzenden Klassen zur Majorisirung ausgeliefert. Die ungeheuerliche Größe der Wahlbezirke, das indirekte Wahlrecht, die Bedingung der sechsmonatlichen Seßhaftigkeit gestaltet die Wahlreform zu einem wahren Monstrum. Die Badeni'sche Wahlreform entspricht darum in keiner Weise dem Willen und dem Bedürfniß des arbeitenden Volkes, sondern ist ein von der Noth des Momentes eingegebenes elendes Flickwerk. Der Parteitag protestirt entschieden dagegen, daß in der Anflickung einer fünfte Kurie, die Erfüllung der in der Wahlrechtsbewegung ausgesprochenen Forderung gesehen werde. Der Kampf zur Erringung des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechtes muß darum auch fernerhin mit aller Energie fortgeführt werden. II. Der Parteitag beschließt weiter: Nachdem die Vergewaltigung durch die fünfte Kurie eine so gut wie vollendete Thatsache geworden, ist es die Pflicht der Partei und ihrer Vertreter, aus diesen gegebenen Thatsachen den größtmöglichsten Nutzen zu ziehen und das neue Wahlunrecht als Mittel der Agitation und Organisation, wie insbesondere als Waffe zur Erringung des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechtes, gründlich auszunützen. Die Parteivertretung wird darum beauftragt, nicht erst die Ausschreibung von Neuwahlen abzuwarten, sondern gleich nach dem Inslebentreten der neuen Wahlordnung die Vertrauensmänner einzuladen, an einem geeigneten Orte des Wahlkreises zusammenzutreten, um die Wahlagitation in die Hand zu nehmen und Kreiswahlkomités zu bilden. III. In allen Kronländern ist eine kräftige Agitation zu entfalten, um die Landtage zu veranlassen, die indirekten Wahlen zu beseitigen."

Es sind nun auch Anträge von mehreren Organisationen eingelaufen und insbesondere ein Antrag der Organisation Wien III, welche im Wesentlichen mit dem Antrag der Parteivertretung übereinstimmt. Er lautet (liest):

„Der Parteitag erklärt das Wahlreformprojekt des Grafen Badeni für unsinnig und ungerecht. Es bedeutet nicht im geringsten eine Erfüllung der Arbeiterforderungen, sondern verschärft noch den Gegensatz zwischen Besitzlosen und Kapitalisten, indem es den ersteren ein Scheinrecht gibt, unbrauchbar in jeder Beziehung. Sollte jedoch dieses Projekt trotz des einmüthigen Widerstandes der organisirten Arbeiterschaft Gesetz werden, so beschließt der Parteitag, daß in diesem Falle die Wahlrechtsagitation ungeschwächt fortzusetzen ist. Die vornehmste Parole bei einer etwaigen Wahl hat nach wie vor zu lauten: Beseitigung der Kurien, allgemeines, gleiches und direktes Wahlrecht!"

Die Organisation Wien III faßt also nur die Eventualität einer Wahl in's Auge. Die Parteivertretung ist aber der Ansicht, daß dieses nicht genüge. Da wir nicht in 3 Monaten wieder einen Parteitag abhalten können, dürfen wir hier nicht blos eine prinzipielle Erklärung abgeben, sondern müssen ganz klar beschließen, was wir thun wollen. Heute sind wir beisammen, wir stellen klar und konkret fest, was wir wollen und welche Mittel hiezu in die Hand zu nehmen sind. Darum haben wir beantragt, daß auch Kreiswahlkomités zu wählen sind, die sich zunächst an die Wahlkreise der fünften Kurie anschließen.

Ein weiterer Antrag der Bezirksorganisation des IX. Bezirkes Wien liegt vor, welcher lautet (liest):

a) „Es seien Kandidaten für die Reichsrathswahlen aufzustellen."

Nach dem, was ich gesagt habe, versteht sich das von selbst. Es kommt aber noch Eines dazu. Die Parteien, die heute die fünfte Kurie schaffen, sagen sich: „Wenn wir die Leute in der fünften Kurie beschäftigen, so werden sie uns in der dritten und vierten Kurie Ruhe geben." Aber wir sind ihnen auch in der dritten und vierten Kurie, trotz des Zensus, recht unangenehm geworden. Wir lassen uns von unseren Gegnern nicht foppen und wollen auch sie nicht foppen. Edelmüthig wie wir sind, können wir ihnen gleich heute sagen, daß wir, weil wir in der fünften Kurie ein so lumpiges Wahlrecht haben, den Kampf um die anderen Kurien nicht etwa aufgeben werden. (Zustimmung.)

Dieselbe Organisation beantragt (liest):

b) „Sämmtliche Kandidaten haben das sozialdemokratische Programm (Hainfelder-Programm) zu acceptiren."

Das ist ein Antrag, der sich meiner Ansicht nach ganz von selbst versteht. Die sozialdemokratische Partei stellt selbstverständlich nur Sozialdemokraten als Kandidaten auf. Wer Sozialdemokrat ist, das sagt ja unser Parteiprogramm, und die Sache wäre damit einfach erledigt, wenn wir nicht genau wüßten — und ich will der Frage von vornherein nicht aus dem Wege gehen — daß dieser Antrag sich um eine bestimmte Person dreht. (Rufe: „Pernerstorfer!") Ich bedauere sehr, daß der Abgeordnete Pernerstorfer, der die Absicht gehabt hat, herzukommen, nicht hier ist und hören kann, was die Genossen darüber zu sagen haben. Meines Erachtens ist es nicht die Aufgabe des Parteitages, sich mit einzelnen Kandidaturen zu beschäftigen. (Sehr richtig!) Dies würde nur eine Störung in die Diskussion bringen. Wir können diese Sache mit voller Beruhigung den Parteigenossen überlassen; aber diesen Antrag muß Jeder als einen ganz selbstverständlichen und darum überflüssigen ansehen.

Weiters liegt ein Antrag der Kreisvertretung Westböhmens vor (liest):

„Im Falle die Badeni'sche Wahlreform Gesetz werden sollte, wolle die Parteivertretung ein leichtverständliches Handbuch herausgeben, welches der Arbeiterschaft eine Anleitung und das Verhalten über und zu den Reichsrathswahlen klarlegen soll, und zwar zu einen billigen Preis."

Das können wir ja thun. Es ist zwar etwas verfrüht, aber wir können dagegen gar *nichts einwenden.*

Nun der Antrag des Gen. Feigl (liest):

„Bei Zustandekommen irgend eines Wahlreformgesetzes haben sofort die Kreisvertretungen Konferenzen einzuberufen, den Wahlkampf bei denselben auf die Tagesordnung zu setzen und je einen Vertreter zu einer Reichskonferenz zu delegiren, welche von der Parteivertretung einzuberufen ist. Diese Reichskonferenz hat die nothwendige Vorsorge für die Wahlagitation des gesammten Reiches zu treffen."

Dagegen läßt sich natürlich absolut nichts einwenden; ich meine aber, das Wesentlichste von dem, was die Kreisvertretungen da mit der Reichskonferenz zusammen beschließen sollen, das können wir auch heute schon beschließen. Wir haben — ich sage es offen — zu einer Zeit, wo man noch nicht wußte, in welches Stadium zu Ostern die Badeni'sche Wahlreform gekommen sein wird, einen ähnlichen Antrag selbst beschlossen gehabt. Heute sehen wir die Situation klar, und ich meine, daß es überflüssig ist, dies erst wieder einer solchen Konferenz zu überlassen.

Wichtiger als diese Konferenz ist es, daß der Parteitag deutlich erklärt, was er will. Das ist in unserem Antrage ausgesprochen. Mögen Sie ihn nun annehmen oder ablehnen, wir waren verpflichtet, Ihnen unsere Meinung zu sagen.

Und nun erlauben Sie mir, Eines zu bemerken: Die Wahlreform Badeni's ist ganz niederträchtig! Das, was dabei herauskommt, geht darauf hin, der Arbeiterklasse möglichst wenig zu geben und möglichst viel zu nehmen. Aber wir müssen uns sagen, das sehen wir, die wir den ganzen Kampf mitgemacht haben, die wir wissen, was das Wahlrecht sein soll; die großen Massen sehen das aber nicht; für die große Masse der bisher Rechtlosen — und das sind 3,600.000 Menschen — wird die Thatsache, daß sie einen Stimmzettel in die Hand bekommen, daß sie ein politisches Recht ausüben dürfen, das Neue und Wichtige sein. Das weiß aber Jeder: Die Wahlreform hat nicht Badeni und hat nicht das Parlament gemacht; diese haben nur das am Gewissen, was an ihr verpfuscht, schlecht und niederträchtig ist. Das ist ihr Werk. Die einzige Thatsache, die daran gut ist, daß diese Rechtlosen ein kleines, beschränktes, verdorbenes, aber immerhin ein Wahlrecht bekommen, diese Thatsache verdanken sie weder der Regierung noch dem Parlamente, und das wird das ganze arbeitende Volk in Oesterreich wissen, das Recht verdanken sie einzig und allein der Sozialdemokratie aller Nationen Oesterreichs. (Beifall.) Mögen sie dieses Recht noch so sehr einschränken; indem sie uns dieses elende Papier in die Hand gegeben haben, haben sie uns gleichzeitig die Waffe in die Hand gegeben, zu sagen: Daß Ihr das Wahlrecht habt, das verdankt Ihr uns. Daß Ihr ein so schlechtes Wahlrecht habt, das verdankt Ihr den Anderen. Wenn Ihr ein Besseres haben wollt, so müßt Ihr mit uns gehen.

In dem ursprünglichen Badeni'schen Wahlreformentwurf hatten die ländlichen Dienstboten kein Wahlrecht. Das waren angeblich 210.000 Menschen, wahrscheinlich sind es viel mehr. Da haben wir aber gesagt: Ihr könnt das schon machen, das ist ganz gut, wenn Ihr denen kein Wahlrecht gebt. Dann brechen wir aber in die Dörfer ein, wie die hungerigen Wölfe, und werden den Bauernknechten erzählen: „Ihr seid die einzigen Leute in Oesterreich, die kein Wahlrecht haben, weil Ihr so stumpfe, treue Unterthanen seid! Macht doch den Schädel auf!" Diese Drohung hat selbst die Linke und Graf Badeni verstanden, und nur der Falkenhayn ist so dumm, daß er es nicht verstanden hat. (Rufe: „Der Hagenhofer auch nicht!") Dem nehme ich es nicht so übel. (Heiterkeit.)

Also Parteigenossen: Wir schließen die Wahlreformbewegung nicht, wir nehmen nicht an, wir geben uns nicht zufrieden, wir acceptiren keine Abschlagszahlung, sondern wenn man uns einen Stein anstatt eines Brotes hinwirft, dann nehmen wir den Stein auf, gehen mit dem Stein vorwärts und schleudern ihn dem Feind in's Gesicht. (Lebhafter Beifall.) Das ist die Taktik, die wir ein-

schlagen müssen, das ist die einzige wirkliche revolutionäre Taktik, die jedes Moment benützt, das benützt werden kann, um der Arbeiterklasse mehr politische Macht zu geben und diese Taktik wird, so hoffe ich auch, von der großen Majorität des Parteitages als richtig erklärt werden. (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender: Der zum Korreferenten bestellte Gen. Vaněk mußte leider verreisen und hat Gen. Steiner das Referat übernommen.

Referent Gen. Steiner (Prag) schließt sich im Großen und Ganzen den Ausführungen des Dr. Adler an, denn mit der Badeni'schen Wahlreform seien wir nicht im Geringsten dem allgemeinen Wahlrecht näher gerückt. Das selbe wurde uns vielleicht nur gegeben, damit wir von dem Kampfe um das allgemeine Wahlrecht ablassen sollen. Der Kampf um dasselbe muß aber heute noch hartnäckiger geführt werden als zuvor. Hätten wir die Kraft, die Badeni'sche Wahlreform zu verhindern, dann müßten wir es thun; da wir sie nicht haben, müssen wir diese Wahlreform für unsere Zwecke soweit als möglich ausnützen. Wir können uns auf Niemanden verlassen, weder auf die Feudalen, noch auf die Liberalen, oder die Antisemiten oder Klerikalen. Auch den Jungczechen sei nicht zu trauen, dieselben sprechen sich zwar in ihrem Programm für das allgemeine Wahlrecht aus, wir glauben aber nicht, daß sie es aufrichtig meinen. Wir werden ja bei den neuen Wahlen sehen, wie sie eigentlich gegen die Arbeiterpartei gesinnt sind. In Prag werden wir ein Mandat erringen, es ist aber durchaus nicht sicher, daß wir auch am Lande irgend ein Mandat bekommen könnten. Wie aufrichtig es die Jungczechen mit dem arbeitenden Volke meinen, das haben wir bei der Wahl in die Unfallversicherung gesehen, wobei sie sich mit allen möglichen Parteien gegen die Arbeiter verbunden haben.

Weiters erwähnt der Redner die Schritte, welche nach Annahme der Wahlreform eingeschlagen werden müssen und in dieser Richtung stimmen seine Ausführungen mit jenen des Gen. Dr. Adler vollkommen überein. Zum Schluß spricht Redner die Ansicht aus, daß die Landtage gezwungen werden müssen, die direkten Wahlen einzuführen, damit auch für den Reichsrath direkt gewählt wird. Redner schließt: Wenn wir die neue Wahlordnung auch ausnützen müssen, ist es ganz selbstverständlich, daß sich kein Sozialdemokrat mit dieser Reform einverstanden erklären kann, es wäre ein elender Mensch, der niemals zu den Parteigenossen gezählt werden könnte.

Die gestellten Anträge werden genügend unterstützt.

Gen. Dolejšy (Budweis): Ich habe hier zur Sprache zu bringen, daß diese ganze Angelegenheit der Wahlreform, wie dies auch schon Gen. Dr. Adler betont hat, ausklingt in die beiden Worte: Wir schimpfen, aber wir kaufen. Die Badeni'sche Wahlreform hat nicht jene Bekämpfung von Seiten der Partei erfahren, wie die übrigen Vorlagen, und wenn sie auch in Bezug auf Gehalt und Ausdehnung der Wahlberechtigung mit ihren Vorgängern nicht zu vergleichen ist, bleibt zu bedenken, ob wir abermals in eine Agitation für die Erweiterung des Wahlrechtes eintreten sollen, nachdem wir fünf Jahre gekämpft, bis wir eine solche Mißgeburt erhielten. Unsere wirthschaftlichen Fragen haben wir bisnun ganz bei Seite gestellt. Sollen wir uns auch jetzt noch blos auf den Wahlkampf verlegen? Ich glaube, heute hat der Arbeiter zunächst eine Magenfrage zu lösen, und speziell in Südböhmen, wo gelernte Arbeiter oft nur 30 kr. täglich verdienen. Im Auftrage der Organisation muß ich ersuchen, die Partei möge auf die wirthschaftlichen Fragen nicht vergessen, wie dies heute thatsächlich in Folge des Vordringens der politischen Fragen der Fall ist. (Widerspruch; Rufe: „Streiks!") Gewiß, Streiks beweisen uns, daß wirthschaftliche Fragen existiren, aber wie werden diese Streiks unterstützt? (Unruhe.)

Gen. Krapka (Brünn): Wir sagen fortwährend, daß die Jungczechen nichts thun. Die *„Arbeiter-Zeitung"* sagte aber seinerzeit, daß die Jungczechen

sehr radikal und die Einzigen sind, welche für das arbeitende Volk doch etwas leisten. (Widerspruch seitens des Gen. Adler.) Das sagen uns die Leute. (Gen. Adler: „Dann haben sie gelogen!") Wir sollen es versuchen und den Jungczechen sagen, daß sie es bezeugen sollen, daß sie für das allgemeine Wahlrecht seien. Sie sollen mit uns auf der Straße demonstriren. Von der „Arbeiter-Zeitung" wird immer gesagt, daß die liberale Partei sehr schlecht ist. Aber die jungczechische Partei ist nicht besser. Die liberale Partei zeigt ihr elendes Vorgehen, so daß es Jeder sieht, die Jungczechen aber verbergen es. Wir hoffen übrigens, daß wir in Brünn trotz der schlechten Verhältnisse wenigstens ein Mandat erringen werden.

Vorsitzender: Es ist folgender Antrag eingelaufen:

„In der Presse sowohl wie in allen Versammlungen ist die gesetzliche Feststellung des Sonntages als Wahltag zu fordern."

Dieser Antrag wird genügend unterstützt.

Gen. Zedníček (Proßnitz): Die Regierung Windischgrätz ist über ihre Wahlreform gestürzt, und eine Regierung, die eine solche Wahlreform vorlegt, wie es Graf Badeni gethan hat, verdient gerade so gestürzt zu werden.

Gen. Göpfhardt (Wien IX.): Werthe Genossen! Als die Badeni'sche Wahlreform zum Gesetze werden sollte, stellte sich in Arbeiterkreisen allgemeine Erbitterung ein. Aber wir haben eingesehen, daß uns mit bloßem Regiren nicht gedient ist. Wir wollen diese Wahlreform ebenso ausnützen, wie wir das bestehende Preß- und Versammlungsgesetz ausnützen. Wir wollen nicht die Hände in die Tasche stecken. Zu dem Antrage des IX. Bezirkes Wien habe ich zu bemerken, daß Gen. Adler ihn nicht richtig aufgefaßt hat. Wenn eine Partei nach hartem Kampfe sich politische Macht erworben hat, kommt es vor, daß sich Elemente in diese Partei hineinschwindeln und eine gewisse Stellenjägerei Platz greift; gegen diese richtet sich der Antrag, nicht aber gegen Pernerstorfer. Wenn wir uns vor keinem unlautereren Elemente zu fürchten hätten, als Pernerstorfer ist, dann wäre es gut. Diesem Manne können wir nicht etwa Selbstsucht vorwerfen. Von der Bourgeoisie gewählt, war er es, der sich für uns einsetzte und Gegenstand ihres Hasses wurde. (Beifall.)

Gen. Sturz (Prag): Es ist leichter zu sagen, daß man eine Regierung stürzen solle, als dies wirklich zu Stande zu bringen. Wir müssen hier den Leuten eine Directive geben. Die Resolution soll auch Bestimmungen enthalten, daß, wenn ein Genosse in den Reichsrath kommt, er sofort mit voller Kraft für das allgemeine Wahlrecht einzutreten hat. Aber in Details dürfen wir uns nicht einlassen. Das Referat des Gen. Steiner war nicht klar genug. Er hat nicht gesagt, was er in die Resolution aufgenommen, oder was er an derselben geändert wissen will. Wir können doch nicht sagen, daß unsere Parteivertretung, wenn sie Wahlagitationen unternehmen würde, vielleicht wirthschaftliche Verhältnisse des Arbeitervolkes vernachlässigen würde. Die Wahlagitation ist vielmehr das beste Mittel, auf die elenden wirthschaftlichen Verhältnisse aufmerksam zu machen. Redner ist für Annahme der Resolution.

Gen. Seliger (Teplitz): Die großartigen Demonstrationen und die Wahlversammlungen, die ein gutes Theil dazu beigetragen haben, die Koalitionsregierung zu stürzen, würden heute nicht mehr von gleichem Erfolge sein.

Der Antrag der mittelmährischen Kreisorganisation, die Wahlreform unmöglich zu machen, sei heute undurchführbar. Der Generalstreik sei heute unmöglich; ein solcher Beschluß würde nur auf dem Papier bleiben. Redner bittet deshalb, diesen Antrag abzulehnen.

Den Antrag der Parteivertretung empfiehlt Redner zur Annahme. Bei der großen Anzahl politischer Streber, die sich um ein Mandat bewerben und sogar dem Teufel sich verschreiben würden, um eines zu erlangen, könne man

den Antrag des IX. Bezirkes immerhin annehmen, obwohl er selbstverständlich sei. Die Aufstellung der Kandidaten selbst solle man den Wahlkreisorganisationen überlassen, die gewiß nur jene Leute wählen würden, welche das Vertrauen der Arbeiterschaft besitzen.

Gen. Hanich (Steinschönau) hält es für unklug, sich allzusehr auf die Wahlreform des Grafen Badeni einzulassen. Bisher war wohl jede Wahlreform immer etwas besser als die frühere. Die heutige Situation sei schwieriger, aber gerade deshalb müsse man sorgfältiger überlegen. Darin, daß die Wahlreform weder gerecht, noch vernünftig sei, stimme Redner mit Gen. Dr. Adler überein. Die Kritik des Gen. Adler war eine vortreffliche. Wenn es sich aber um das Wählen selbst handle, so sei zu erwägen, ob auch der zu erwartende Erfolg dem Kostenaufwande entsprechen werde. Die großen Wahlbezirke der Badenischen Wahlreform erfordern außerordentliche Kosten und die sozialdemokratische Partei könne nicht viel Geld an eine Wahl wagen, der Erfolg würde ganz gewiß ein minimaler sein; und blos zu wählen, um zu agitiren, scheine dem Redner ein veralteter Standpunkt. Die deutschen Genossen haben uns gelehrt, daß die Wahlrechtsfrage nicht blos eine Agitationsfrage, sondern eine politische Machtfrage ist. Wenn die Arbeiter sehen werden, daß sie, nachdem sie gewählt haben, dennoch nicht weiter kommen, so könnte das der Partei vielleicht schädlich sein. Heute handelt es sich um die Lösung von politischen und wirthschaftlichen Fragen. Doch wir können uns nicht einbilden, daß wir auf dem Wege der Gesetzgebung den Arbeitern irgend etwas leisten können; wir werden im Parlament gewiß nicht viel ausrichten. Die bürgerlichen Parteien, unsere bissigsten Gegner, werden nicht geschwächt, sondern gestärkt in das Parlament einziehen. Das Eingreifen in die Wahl in der fünften Kurie dürfte von verschiedenem Erfolg sein. Früher hatte man es mit kleinen Bezirken zu thun, die sich leichter erobern ließen, als die großen Wahlgebiete der fünften Kurie. Auch die Genossen draußen werden sich den Beschlüssen des Parteitages fügen, aber besonders begeistert, viel Geld und Mühe aufzuwenden für einen minimalen Erfolg, sind sie nicht. Redner tritt für den letzten Satz der Resolution der Parteivertretung, welcher das direkte Wahlrecht betrifft, ein.

Gen. Závertnik (Wien) wendet sich gegen den Satz der Resolution der mittelmährischen Kreisorganisation, daß man heute alle Mittel versuchen müsse, die Wahlreform unmöglich zu machen. Man müsse das Vorhandene so gut als möglich ausnützen. Der Massenstreik sei kein Kampfmittel, weil er nur dazu führen würde, die Kerker mit Genossen anzufüllen. Redner verurtheilt scharf das Verhalten des Abgeordneten Klun im Wahlreformausschusse und hofft, daß, wenn ein Vertreter der Arbeiterschaft Krains in das Abgeordnetenhaus einziehen werde, mehr erreicht werde, als durch alle radikalen Parteien von heute.

Gen. Schiller (Reichenberg): Die Wahlrechtsvorlage hat die verschiedensten Wirkungen hervorgebracht. Der Antrag der mittelmährischen Kreisorganisation will mit allen Mitteln dahin arbeiten, um die Vorlage unmöglich zu machen, während andere Anträge sich schon mit der Aufstellung von Kandidaten befassen. Die Wahlreformvorlage sei eine Zwangsjacke, gegen die sich der Eine mit aller Gewalt sträubt und in der es sich ein Anderer bereits gemüthlich einrichtet. Redner wünscht, der Parteitag möge heute noch nicht seine Stellung präzisiren, wie sich die Partei zur Wahlreform verhalten solle, wenn sie Gesetz würde. In Oesterreich sei Alles möglich, auch diese schundige Wahlreform könne noch zurückgezogen werden. Am liebsten würde Redner einen Antrag unterstützen, welcher diese Vorlage auf das Entschiedenste bekämpft. Heute jedoch müsse man einen Mittelweg einschlagen.

Gen. Eldersch (Brünn): Die Brünner Organisation habe den Beschluß gefaßt, mit *allen Mitteln auf* die Opposition im Abgeordnetenhause einzu-

wirken, daß die Vorlage nicht zu Stande komme. Nun haben wir aber von den czechischen Genossen heute gehört, daß leider keine Aussicht vorhanden sei, daß die jungczechische Partei dafür zu gewinnen sein werde. Es wäre daher überflüssig, wenn wir heute über die Mittel berathen wollten, mit welcher wir die Annahme der Wahlreformvorlage vereiteln könnten, wenn wir uns schon jetzt darüber klar sein müssen, daß wir von diesen Mitteln keinen Gebrauch werden machen können. Unsere finanziellen Mittel erlauben es nicht, daß wir sofort nach dem Gesetzwerden der Wahlreformvorlage einen Parteitag einberufen. Daher empfehle sich die Annahme der Anträge der Parteivertretung und des Antrages Feigl.

Gen. Feigl. (Gloggnitz): Das einzige Mittel, um die Badeni'sche Wahlreform unmöglich zu machen, ist der Massenstreik. Ich bin lebhaft für denselben eingetreten, konnte aber nicht die Zustimmung der Organisationen finden und sie nicht überzeugen, daß der Massenstreik möglich ist. Ob nun die Genossen mit dieser Ansicht Recht haben, bleibe dahingestellt, aber mit der Thatsache, daß sie diese Ansicht haben, müssen wir rechnen und müssen daher sagen, daß dieses Mittel nicht in Anwendung gebracht werden kann.

Wenn einer der Genossen sagt, wir hätten noch keine Regierung gestürzt, so möchte ich behaupten, indirekt haben wir sie gestürzt: die eine haben wir weggeblasen und die andere weggepfiffen. Es ist noch ein Moment zu berücksichtigen. Der Wahlkampf wird uns zu einer politischen Organisation zwingen, die uns heute noch mangelt. Ich kann also nur für die Anträge der Parteivertretung stimmen. Ich kündige hiemit noch einen weiteren Antrag an: „Die Aufstellung der Kandidaten haben die Wahlkreise zu besorgen."

Gen. Winarski (Wien): Es ist unbedingt nothwendig, daß wir, solange der Entwurf der Regierung nicht Gesetz geworden ist, klar sagen, daß wir mit einer derartigen Reform nicht zufrieden sind und daß wir auch weiterhin den Kampf um das allgemeine Wahlrecht nicht aufgeben werden. Dies würde in dem Antrage der Organisation III in Wien schärfer ausgedrückt, als in dem Antrage der Parteivertretung. Redner glaubt, daß es nicht gut sei, zu sagen, gegen diese Wahlreform müsse mit allen Mitteln gekämpft werden. Man könnte dabei auch an den Massenstreik denken und die Genossen seien alle darüber einig, daß der Massenstreik im gegenwärtigen Momente nicht durchführbar wäre. Die Anträge, für die Sonntagswahl und die direkten Wahlen eine besondere Agitation einzuleiten, hält Redner für überflüssig, wenn wir erklären, daß wir auf dem Standpunkte des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechtes stehen.

Gen. Dědic (Prag) meint, man müsse auf alle Eventualitäten vorbereitet sein, welche die weitere Entwicklung der Wahlreformvorlage nach sich ziehen werde. Wir bekämpfen bei unseren Verhandlungen immer nur die Parteien und die Bourgeoisie als solche. Er spricht sich gegen den Antrag der mittelmährischen Organisation aus, weil durch den Antrag derselben das Organisationsstatut verletzt würde. Er wünscht, daß die Resolutionen einer Kommission übergeben werden, welche dieselben zu überprüfen hätte und dann wären die Anträge in Verhandlung zu nehmen.

Es werden hierauf die eingelaufenen Telegramme zur Verlesung gebracht, worauf der Vorsitzende um $^3/_4$8 Uhr die Sitzung schließt und die Fortsetzung der Verhandlung für Dienstag um 9 Uhr Vormittags anberaumt.

Dritter Verhandlungstag am 7. April 1896.

Vormittagssitzung.

Vorsitzender: Reger (Orlau).

Vorsitzender: Ich eröffne die Sitzung und theile den Genossen mit, daß Reichsrathsabgeordneter Pernerstorfer als Gast in unserer Mitte erschienen ist. (Beifall.)

Gen. Daszynski überreicht folgenden unterstützten Antrag:

„Die Aufstellung der Kandidaten in den kommenden Reichsrathswahlen ist Sache der Kreisorganisationen, welche sich darüber mit der Reichsparteivertretung in's Einvernehmen setzen wollen.

Sollte dieses Einvernehmen zu nicht zu beseitigenden Meinungsunterschieden zwischen der Kreisvertretung und Parteivertretung führen, so soll die Reichskonferenz als die entscheidende Instanz gelten."

Es wird hierauf die Debatte über den Punkt Wahlreform fortgesetzt.

Gen. Jobst (Falkenau): Wir Alle sind uns darüber klar, daß die Badeni'sche Wahlreform nichts werth ist. Es ist aber schwer, etwas dagegen auszurichten. Ich glaube daher, daß wir dem Antrag der Parteivertretung zustimmen sollen. Dem Antrag Feigl kann sich Redner nicht anschließen, da ja die Reichskonferenz ohnehin nichts anderes entscheiden könne als die Kreiskonferenzen. Redner tritt schließlich für den Antrag der Kreisvertretung Westböhmens ein und meint gegenüber dem Referenten Dr. Adler, daß die Herausgabe einer Broschüre gewiß nicht verfrüht sei.

Gen. Schloßnikel (Reutitschein): Wichtig in der neuen Vorlage für uns ist die Bestimmung über die Seßhaftigkeit. Redner spricht die Befürchtung aus, daß Leute, die agitatorisch thätig sind, von den Fabrikanten werden entlassen werden, damit sie ihr Wahlrecht einbüßen. Er begrüßt daher den Antrag, daß eine allgemeine Thätigkeit zu entfalten sei, um diese Bestimmung auszumerzen. Was die Wahlkreiseintheilung anbelangt, so ist dieselbe eine der größten Gemeinheiten des Gesetzentwurfes, aber gerade deshalb müsse man trachten, die Landagitation in größerem Maße zu entfalten. Wir können, sagt Redner, den Antrag der Parteileitung ruhig annehmen. Er wünscht schließlich, daß die Abstimmung über den Antrag der mittelmährischen Kreisorganisation getheilt vorgenommen werden soll, weil der erste Theil desselben das Gegentheil vom zweiten Theil besage.

Gen. Roscher (Reichenberg): Ich habe mich bereits zu schämen angefangen, als ich gestern gehört habe, daß die Sozialdemokratie in Oesterreich ein so ohnmächtiges Ding geworden sei, wie hier erklärt wurde. Sind wir denn wirklich so schwach, daß wir sagen müssen: Wir können nichts machen. Als Taaffe seinen Entwurf vorlegte, haben sich die späteren Koalitionsparteien genau darüber informirt, was wir zu thun gedenken, ich selbst bin sogar interviewt worden. Aehnlich ist es auch heute. Als in der „Arbeiter-Zeitung" darauf hingewiesen wurde, daß uns mindestens soviel geboten werden solle, als uns Taaffe geboten, da sagten einige Genossen: „Jetzt ist die Zeit gekommen, wo man von uns *sagen kann: Wir* lassen mit uns handeln."

Heute haben wir ja den Badeni'schen Entwurf noch nicht und wir haben gewiß Ursache, unserem Parlamente nicht zu trauen und sollten heute mit dem Entwurfe noch nicht rechnen. Ich traue den Abgeordneten der Koalition keinen Schritt, so lange sie ihn noch nicht gemacht hat, und heute ist er noch nicht gemacht. Wir sind heute gar nicht so interessirt, zu erklären, daß wir mit der Badeni'schen Reform zufrieden sind. (Rufe: Das erklären wir auch gar nicht!) Aber, wenn wir die eingelaufenen Anträge alle durchgehen, so erscheint uns doch der von der Parteivertretung als der beste. Wir wollen mit der vorliegenden Reform rechnen. Nach ihr werden wir dann unser Haus einrichten und weiterbauen. Redner warnt jedoch davor, sich mit dem Wahlreformentwurf, als etwas noch nicht Vorhandenem, allzuviel zu beschäftigen. Wir hätten — sagt Redner — ebensogut über die Wahlreform zur Tagesordnung übergehen können und wären trotzdem so stolz geblieben wie früher. Unsere Forderungen würden unbeschränkt aufrecht bleiben, auch wenn der Entwurf etwas besser wäre.

Gen. Dobiasch stellt den Geschäftsordnungsantrag, es sollen nur jene Redner zum Worte gelangen, welche gegen den Antrag der Parteivertretung sprechen. Der Antrag wird nach kurzer Debatte, an der sich der Antragsteller und Dr. Adler betheiligen, abgelehnt. Hierauf stellt Gen. Dobiasch den Antrag, daß nur die Redner einer jeden Kreisorganisation, die bisher noch nicht zum Worte gelangt sind, sprechen sollen. Nach kurzer Debatte wird dieser Antrag mit 46 gegen 41 Stimmen angenommen. Da sich jedoch bei der Richtigstellung der Rednerliste Schwierigkeiten ergeben, stellt Gen. Feigl den Antrag: Alle Redner haben vorläufig wieder das Wort zu erhalten.

Nach kurzer Debatte, in die Gen. Beer, Schuhmeier und Adler für diesen Antrag als den weitestgehenden eintreten, wird der Antrag Feigl's mit großer Majorität angenommen.

Gen. Beer (Wien): Der Parteitag ist nicht der Ort, um über Annahme oder Ablehnung der Wahlreform zu beschließen. Damit jedoch nicht nachträglich divergirende Meinungen auftreten, ist es gut, schon heute Stellung zu nehmen. Anzunehmen oder abzulehnen sei der Parteitag außer Stande. Redner tadelt hierauf das Verhalten der „Arbeiter-Zeitung" in der letzten Zeit. Während sie gegen die früheren Ministerien mit den schärfsten Worten aufgetreten sei, lasse sie heute kräftige Angriffe und Hiebe gegen das Ministerium Badeni vermissen. Dies werde Jeder, der die „Arbeiter-Zeitung" in der letzten Zeit genau verfolge, erkennen.

Gen. Götz (Bodenbach) empfiehlt den Antrag der Parteivertretung zur Annahme und wünscht, daß die Nominirung der Kandidaten den einzelnen Kreisorganisationen zu überlassen sei. Den Vorwürfen des Vorredners gegenüber der Haltung der „Arbeiter-Zeitung" könne er nicht zustimmen, da sich dieselbe vollständig nach der bei den Genossen bestehenden Meinung richten müsse und gerichtet habe.

Gen. Krejči (Pilsen) bemerkt, der Referent Dr. Adler habe selbst erklärt, daß wir nicht Willens sind, für Andere die Kastanien aus dem Feuer zu holen. Er legt dar, welche Stellung Gen. Dr. Adler und die „Arbeiter-Zeitung" gegen den Entwurf Taaffe's, gegen den Entwurf Badeni's und gegen den Antrag Slavik's eingenommen hat und glaubt, daß es viel gerechtfertigter gewesen wäre, dem Antrage Slavik gegenüber jene Stellung einzunehmen, welche der Referent gegenüber dem Badeni'schen Entwurfe empfiehlt. Die meisten Redner hätten sich bisher blos gegen den Antrag der Parteivertretung ausgesprochen. In erster Linie sollte aber der Ruf erschallen: Weg mit Badeni! Er empfiehlt also, zunächst gegen den Regierungsentwurf einen energischen Protest zu erheben und dann, wenn der Entwurf zum Gesetze geworden sein wird, denselben so viel als möglich auszunützen.

Gen. Berner (Mähr.-Ostrau) führt aus, daß es die Aufgabe des Parteitages sei, gegen den Entwurf des Grafen Badeni eine ablehnende Stellung einzunehmen, nicht blos deshalb, weil er unserer Agitation hinderlich ist, sondern hauptsächlich darum, weil es eine Schande ist, im heutigen Zeitpunkte einer Partei etwas Derartiges zu bieten. Redner glaubt, daß aber die Partei nicht ohne Schuld sei, daß es so gekommen. Die Partei hätte den Grafen Taaffe nicht fallen lassen, sie hätte den Kampf nicht gegen ihn, sondern gegen das Parlament führen und trachten sollen, daß die Taaffe'sche Wahlreform dem Parlament aufoktroyirt werde. Die „Arbeiter-Zeitung" hat schon ein Vierteljahr vorher gesagt, was kommen werde; das sei zu tadeln. Man hätte der Badeni'schen Wahlreform in noch viel schärferer Weise entgegentreten sollen, als dies gegenüber dem Taaffe'schen Entwurf geschehen ist. Heute stehen wir vor der Thatsache, daß diese Wahlreform angenommen werden wird. Redner glaubt nicht, daß das Parlament sich dazu bewegen ließe, den Entwurf abzulehnen. Der Parteitag hat sich daher schon jetzt damit zu befassen, wie die Parteigenossen diese Wahlreform ausnützen sollen.

Gen. Smetana (Wien): Der Wahlreformantrag Badeni's sei nicht als sein Antrag, sondern eigentlich als der Antrag des österreichischen Parlaments anzusehen. Man könne von der Partei nicht mehr verlangen, als sie bisher geleistet hat. Wir sind nicht im Stande, auch diese Regierung zu stürzen. Es wäre angesichts der vorliegenden Thatsache ein Fehler, wenn der Parteitag in dieser Frage nicht Stellung nehmen würde, da es ja nicht möglich sei, einen Parteitag sobald wieder einzuberufen. Redner empfiehlt die Resolution der Parteivertretung zur Annahme.

Gen. Šip (Sobochleben) empfiehlt dem Parteitag, seine Ansicht klar und deutlich auszusprechen, damit die Kreisorganisationen in der Lage seien, die Wahlreform entsprechend auszunützen.

Gen. Lukašik (Reichenberg) bemerkt, daß auf die gegenwärtigen Verhandlungen und Beschlüsse des Parteitages Millionen rechtloser Menschen blicken und warten, ebenso wartet auch die gesammte Regierung und warten die herrschenden Klassen. Redner fordert die Parteigenossen auf, mehr auf dem prinzipiellen Standpunkte stehen zu bleiben, welchen sie der Taaffe'schen Wahlreform gegenüber eingenommen haben und auf dem auch heute noch die slavische Partei stehe.

Gen. Widlar (Wien): Die Genossen des X. Bezirkes in Wien sind mit der bisherigen Haltung der Parteivertretung in Bezug auf die Wahlreform durchaus nicht einverstanden. Diese Haltung sei eine schwächliche. Es habe beinahe den Anschein, als ob die Parteivertretung von dem Badeni'schen Entwurf förmlich hypnotisirt wäre. Sie hat ihn als ein unabwendbares Uebel bezeichnet. Am deutlichsten sieht man das an der Haltung der „Arbeiter-Zeitung", und das, was Gen. Beer gesagt hat, können wir voll und ganz unterschreiben. Die Wiener Organisation X ist dafür, daß der Entwurf der Regierung auf das Schärfste bekämpft wird. Ich werde daher gegen den Antrag der Parteivertretung stimmen und unterstütze den Antrag der mittelmährischen Kreisorganisation.

Gen. Gerin (Meran): Wir haben nicht den Muth, zu sagen, daß wir auf die Wahlreform Badeni's pfeifen. Badeni sagt: Ihr wollt das allgemeine Wahlrecht! Gut! Wir geben es Euch, aber wir wollen die jetzigen 350 Mandate erhalten, um die anderen müßt Ihr kämpfen. Das kommt mir so vor, wie wenn man einem Hund ein Stück Zucker gibt, man sagt ihm aber: Zuvor mußt Du springen. Wenn wir eine schwache Partei wären, würden wir im Parlamente Vertreter brauchen. Wir sind aber keine schwache Partei, denn unsere Partei ist eine internationale. Ich erlaube mir schließlich folgenden Antrag zu stellen:

„In Erwägung, daß das Wahlreformprojekt Badeni's den Forderungen der Sozialdemokratie nicht entspricht, beschließt der Parteitag, vorausgesetzt, daß dieser Entwurf zum Gesetze wird, die Parteikandidaturen aufzustellen mit der Verpflichtung für die Gewählten, im Parlamente die Forderung des allgemeinen Wahlrechtes zu erheben, dann aber sofort ihre Mandate niederzulegen, um Ergänzungswahlen zu provoziren, worauf sie neuerdings ihre eigenen Kandidaturen aufstellen sollen u. s. w., bis unsere Forderung erfüllt ist."

Dieser Antrag wird genügend unterstützt.

Gen. Trnka (Troppau): Es ist klar, daß wir den gegenwärtigen Wahlreformentwurf nicht verhindern können und deshalb den Antrag der Reichsparteivertretung unterstützen müssen. Wenn diese Vorlage Gesetz geworden ist, müssen wir den Wahlrechtskampf ungeschwächt fortsetzen. Aber wir dürfen den Ausbau der gewerkschaftlichen Organisation nicht aus dem Auge verlieren. Hier ist Manches vernachlässigt worden. Der Antrag der mittelmährischen Kreisorganisation ist selbstverständlich abzulehnen. Ebenso die Anträge der Organisationen Wien III und Wien IX. Redner spricht sich dagegen für den Antrag der Kreisvertretung Westböhmens aus und bittet um Annahme der Anträge der Parteivertretung.

Gen. Gröbner (Wien VIII): Ich bin von meinen Mandataren beauftragt, Beschwerde gegenüber der Haltung der Parteileitung sowie der „Arbeiter-Zeitung" zu erheben. Die Gegnerschaft gegen die Taaffe'sche Vorlage war eine ganz andere, als die gegen den Entwurf des Grafen Badeni. Es möge in Zukunft keine solche Haltung eingehalten werden, sondern eine solche, welche unserer Partei vollständig würdig ist.

Gen. Skaret (Wien): Es ist heute schon wiederholt gesagt worden, es sei die Wahlreform zu verwerfen und der Graf Badeni ihr eventuell nachzuschicken. Das sind wohl sehr radikale Ausdrücke, zu deren Ausführung wir aber nicht die Machtmittel besitzen. Wir würden wünschen, daß die Genossen, welche derartige Anträge stellen, auch die Mittel angeben, wie wir den Grafen Badeni und dessen Wahlreform unmöglich machen können. (Sehr richtig!) Mit der Annahme der Anträge der Parteivertretung vergeben wir uns nichts. Wenn Gewaltmittel in Vorschlag gebracht werden, so glaube ich, daß wir über diese erst werden sprechen können, wenn die Konstellation des Parlaments eine andere geworden ist, als gegenwärtig. Die auf Grund der fünften Kurie gewählten Abgeordneten werden in der Frage des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechtes eine andere Stellung einnehmen, als die übrigen, welche in der privilegirten Kurie gewählt sind. Ich meine, daß Gen. Dr. Adler damit vollkommen Recht hat, dieses neue Gesetz nur als vorläufiges Kampfmittel in die Hand zu nehmen, um einen Kampf zu führen gegen jene Partei, die uns heute am Meisten in die Arme fällt, gegen die Christlichsozialen. Wir müssen darnach streben, jeden Brocken von politischer Macht zu erringen; wir dürfen aber nicht Abstinenzpolitik treiben und etwas beschließen wollen, wozu uns die Macht fehlt.

Gen. Dr. Morgenstern (Brünn): Wenn auch der gegenwärtige Wahlreformentwurf Gesetz wird, wäre es vielleicht doch möglich, einigermaßen schädliche Detailbestimmungen auszumerzen. Von den bürgerlichen Parteien ist allerdings nicht zu erwarten, daß sie sich gegen die Prinzipien der Vorlage steifen werden. Es muß uns aber gelingen, die Opposition aufzustacheln, damit sie von allen parlamentarischen Mitteln Gebrauch mache, um schädigende Bestimmungen, wie die indirekten Wahlen, die Seßhaftigkeit, aus dem Gesetze zu eliminiren und andererseits die Bestimmung in das Gesetz aufnehmen zu lassen, daß der Sonntag als Wahltag festgesetzt werde. Es ist allerdings richtig, daß die Landtage die Macht haben, die indirekten Wahlen zu beseitigen. In unserem *mährischen* Landtage haben aber die Liberalen die Macht, welche früher

allerdings für das direkte Wahlrecht eingetreten sind, in der allgemeinen Kurie aber jetzt die indirekten Wahlen verlangen. Redner spricht sich für den ersten Punkt des Antrages der mittelmährischen Kreisorganisation, sowie für den ersten Absatz des Antrages Daszynski aus, bittet aber um Ablehnung des geradezu lächerlichen Antrages der Organisation Wien IX.

Gen. Schrammel (Wien): Parteigenossen! Es wurde hier der Parteivertretung und besonders der „Arbeiter-Zeitung" der Vorwurf gemacht, daß sie gegen den Taaffe'schen Wahlreformantrag bedeutend schärfer aufgetreten sei, als gegen den des Grafen Badeni. Wer das sagt, scheint aber die „Arbeiter-Zeitung" überhaupt nicht gelesen zu haben, denn gegen die Taaffe'sche Vorlage wurde lange nicht in der Weise aufgetreten, wie gegen den Entwurf Badeni's. Ich verwahre mich als gewesenes Mitglied der Parteivertretung entschieden dagegen, daß wir den Badeni'schen Entwurf als Abschlagszahlung annehmen. Wir haben uns in der Parteivertretung gefragt, was können wir thun, nachdem wir alle Mittel angewendet haben? Wir haben Demonstrationen veranstaltet. Unsere Genossen wurden von der Polizei geschlagen. Wir müßten unseren Genossen die Waffen in die Hand drücken, damit sie zurückschlagen und da bitte ich, zu erwägen, ob wir das thun können oder nicht. Wir sind zu dem Schlusse gekommen, wir müssen dieses Gesetz, das uns aufgedrängt worden ist, benützen, um die Agitation betreiben zu können.

Seinerzeit wurde gegen das Krankenkassengesetz Stellung genommen und Abstinenz in den Bezirkskrankenkassen getrieben. Heute müssen wir uns diese Institution erst erkämpfen, die wir damals mit Leichtigkeit hätten bekommen können. Würden wir das mit diesem Gesetze ebenso machen, so würden wir eine ganz und gar verfehlte Stellung einnehmen. Ich kann nicht begreifen, daß gerade Gen. Hanich in der Weise gesprochen hat. In Nordböhmen ist es sehr wichtig, eine politische Bewegung in diesem Sinne durchzuführen, weil Nordböhmen an gewerkschaftlichen Organisationen sehr arm ist, und ich bin überzeugt, wenn diese elende Wahlreform Gesetz geworden sein wird, wird auch die gewerkschaftliche Organisation dort aufblühen.

Redner ersucht um Ablehnung der eingebrachten Anträge, mit Ausnahme des Antrages der Kreisvertretung Westböhmens, und bittet schließlich um Annahme des Antrages der Parteivertretung.

Vorsitzender: Vom Gen. Dolejšy ist ein Antrag eingebracht worden, welcher der Resolution des Gen. Gerin ähnlich ist, der aber nicht genügend unterstützt wird.

Gen. Hanusch (Wigstadtl) betont, daß sich im Allgemeinen zwei Strömungen geltend machen und auch hier am Parteitage müßte Redner einmal für und einmal gegen stimmen, wenn er allen seinen Mandatsgebern gerecht werden sollte; darum werde Redner seiner Ueberzeugung folgen und für den Antrag der Parteivertretung stimmen. Die Regierungsvorlage müsse so weit als möglich verbessert werden. Die Landtage seien ebenso reaktionär, wie Regierung und Parlament und deshalb sei es nothwendig, bei den im Herbste stattfindenden Landtagswahlen solche Leute zu wählen, die das direkte Wahlrecht befürworten. Den Antrag, wonach die Reichsvertretung eingreifen solle, wenn die Kreiskonferenzen über einen Kandidaten nicht schlüssig werden, hält Redner für unnöthig, denn in der Provinz wissen die Genossen ganz gut, wen sie wählen sollen.

Gen. Trejbal (Teplitz) schließt sich den gegen die „Arbeiter-Zeitung" gefallenen Vorwürfen an und unterstützt den Antrag der Parteivertretung.

Gen. Löfel: Ich bin beauftragt, dasselbe auszusprechen, was gestern Gen. Hanich gesagt hat. Die Genossen am Lande sind der Meinung, daß durch die Frage der Wahlreform die wirthschaftlichen Fragen allzusehr in den

„Die Regierungsvorlage betreffend die Wahlreform ist auf das entschiedenste zu bekämpfen, es ist mit allen Mitteln zu verhindern, daß diese Vorlage Gesetz und auf Grund dieses Gesetzes gewählt wird."

Er begründet diesen Antrag dadurch, daß er dem Parteitage überhaupt Gelegenheit geben wolle, eine entschiedene Antwort auf diese Frage zu geben.

Gen. Dr. Ingwer (Amstetten) überreicht einen Antrag, welcher lautet:

„Der Parteitag beschließe, die Partei habe sich an den bevorstehenden Landtagswahlen zu betheiligen."

Beide Anträge sind genügend unterstützt.

Gen. Zeller (Teplitz) übernimmt den Vorsitz.

Gen. Reger (Orlau) betont, es sei wahr, daß der Kampf der Partei gegen die früheren Ministerien bedeutend schärfer war als gegen das gegenwärtige Ministerium. Daran sei jedoch nicht die Parteileitung und noch weniger die „Arbeiter-Zeitung" schuld, im Gegentheil, das Ministerium Taaffe sei gefallen, weil es keine Unterstützung fand. Hätten wir es unterstützt, fährt der Redner fort, es wäre vielleicht nicht gefallen. Redner bemerkt noch, daß die deutsche Sozialdemokratie eine ernste, gründliche Arbeit in der Gewerkschaftsorganisation zu vernachlässigen scheine. Die Ostrauer Bergarbeiter, die Redner vertritt, haben das zu fühlen bekommen, und der Ostrauer Streik wäre besser ausgefallen, wenn die oberschlesischen Arbeiter besser organisirt wären. Redner spricht sich zum Schlusse nur für die Annahme der Anträge der Parteileitung und für die Ablehnung aller übrigen Anträge aus. (Beifall.)

Gen. Mornik (Wien I) will seine Stellung gegenüber der Parteileitung in der Frage der Wahlreform präzisiren. Es machen sich zwei Richtungen geltend, die eine schließe sich an den Badeni'schen Entwurf an, die andere spreche sich entschieden gegen ihn aus. Redner untersucht, inwieweit der Wahlreformentwurf sich den Anforderungen der Sozialdemokraten an ein Wahlrecht nähert. Das vorgelegte Wahlrecht sei weder ein gleiches, noch ein allgemeines, noch ein direktes. Nach dieser Erkenntniß hätte die Parteileitung schon viel früher ihre Stellung zur Wahlreform kennzeichnen sollen. Redner ist der Ueberzeugung, daß die Parteileitung, trotzdem sie es leugnet, genau informirt war, wie der Wahlreformentwurf aussehen werde. Die Quelle der Informationen sei dem Redner zwar unbekannt (Rufe: Národni Listy!), aber die Thatsache sei unleugbar. Die Aeußerungen des Gen. Adler haben sich genau mit dem Inhalte des Entwurfes gedeckt, ein Beweis, daß er wohl unterrichtet war. Die Stellung jedoch, die die Partei gegenüber der Badeni'schen Wahlreform eingenommen habe, war durchaus nicht bekämpfend, sondern geradezu fördernd. Redner will diese Anklagen beweisen, indem er Aeußerungen der Gen. Popp und Dr. Adler zitirt, aus welchen erhelle, daß die Parteileitung sich nicht klar war, welche Stellung sie gegenüber der Badeni'schen Wahlreform einzunehmen habe. In der Wiener Lokalorganisation ist die Sache zur Sprache gekommen. Die Referenten haben gesagt, wir haben ja nichts mehr zu referiren, weil wir kein neues Thema haben. Da ist nun die Erfindung gemacht worden, in die Gemeinderathswahlen einzutreten, um den Referenten neuen Stoff zu geben. Das war aber nicht der einzige Grund.

Vorsitzender: Ich mache den Genossen aufmerksam, daß die 10 Minuten schon vorüber sind.

Gen. Mornik: Ich werde mir gleich noch 20 Minuten Redezeit verschaffen, ich stelle folgenden Antrag:

„Der Parteivertretung wird wegen des zweifelhaften Verhaltens dem Badeni'schen Wahlreformentwurf gegenüber das Mißtrauen ausgesprochen."

Dieser Antrag wird unterstützt. (Schlußrufe.) Der Antrag des Gen. Schuhmeier, den Redner aussprechen zu lassen, wird angenommen.

Gen. Mornik: Ich begründe den Antrag mit Folgendem: Die Parteivertretung hat sich für das Eintreten in die Wiener Gemeinderathswahlen nur deshalb ausgesprochen, um den Umschwung in ihrer Haltung gegenüber dem Badeni'schen Wahlreformentwurf zu bemänteln. Ein derartiges Verhalten der Parteileitung ist mit unseren Prinzipien nicht vereinbarlich. Das ist Prinzipienverrath und ich ersuche den Parteitag, meinen Antrag anzunehmen. Desgleichen empfehle ich die Annahme des Antrages des Gen. Dr. Berstl.

Vors.: Gen. Scholz hat folgenden Antrag eingebracht:

„Der Parteitag beschließt: Als entsprechender Protest gegen den Wahlreformentwurf Badeni's sind zur Zeit, als derselbe zur zweiten Lesung im Abgeordnetenhause kommt, in ganz Oesterreich zu ein und derselben Stunde Massenkundgebungen zu veranstalten. Die Form derselben bleibt der Parteileitung überlassen

Der Antrag wird unterstützt.

Reichsraths-Abgeordneter Prof. Pernerstorfer: Infolge eines Mißverständnisses bin ich erst gestern Abends in Prag angekommen, so daß ich bei der gestrigen Verhandlung nicht anwesend sein konnte. Ich habe gehört, daß bei dieser Verhandlung auch meiner Person Erwähnung gethan worden ist. Erlauben Sie, daß ich hierüber gleich spreche. Ich gebe hier die Erklärung ab, — die übrigens ganz selbstverständlich ist und deren Diejenigen nicht bedürfen, die mich kennen — daß ich, wenn ich im nächsten Jahre — wie es meine Absicht ist — in der fünften Kurie kandidire, das nicht thun werde, im Gegensatze zur sozialdemokratischen Partei, d. h. daß ich gegen einen von der Partei aufgestellten und gebilligten Kandidaten nicht kandidiren werde. Sie können also in Bezug auf meine Person vollkommen beruhigt sein, wie es ja auch bis jetzt meine Gewohnheit nicht war, gegen die Partei irgend etwas zu unternehmen. Und nun erlauben Sie mir, auf das Meritum der Sache einzugehen. Es sind von verschiedenen Seiten Rekriminationen erhoben worden. Im Herbste 1893 ist der Gedanke vielfach erörtert worden, ob die organisirte Arbeiterschaft sich nicht für den Grafen Taaffe einsetzen solle. Diese Frage ist damals vielfach und ernsthaft diskutirt worden. Heute nun hören wir den Vorwurf, daß man damals einen Fehler begangen habe, indem man sich nicht für den Grafen Taaffe einsetzte. Wenn ich nicht irre, so geschah dies auch von solcher Seite, die sich heute auch gegen die Badeni'sche Wahlreform so sehr erklärt, daß sie selbst eine Benützung derselben von ihrer Seite von sich weist. Meiner Meinung nach ist es damals vollständig ausgeschlossen gewesen, daß die organisirte Arbeiterschaft sich für den Grafen Taaffe hätte einsetzen können. Es wird vielfach von Prinzipien gesprochen, und wenn jemals die Partei beweisen konnte, daß sie eine prinzipielle Partei ist, so mußte sie es damals thun. (Zustimmung.) Die Partei konnte sich unmöglich für einen Mann einsetzen, der — wie Graf Taaffe — durch Jahre hindurch die blutigste Geißel für die Partei war. Und gerade die Prager können davon erzählen, wie er die Partei in der unerhörtesten Weise unterdrückt hat. In Prag war es damals eine gewöhnliche Erscheinung, daß die Leute aus Pilsen, Reichenberg u. s. w. in Ketten nach Prag geführt wurden und hier als Geheimbündler und Sozialdemokraten verurtheilt worden sind, oft auf kein anderes Beweismittel hin, als das sie das Bild Lassalle's in der Tasche hatten. Es war also ausgeschlossen, daß dieselbe auch nur eine Hand rührte, um den Mann am Ruder zu erhalten, weil er am Ende seines politischen Lebens einmal einen vernünftigen Gedanken gehabt hat, der übrigens nicht von ihm war. Das war also ein Ding der Unmöglichkeit. Und so sehr man es vielleicht heute begrüßen könnte, wenn die Taaffe'sche Wahlreform zum Gesetz geworden wäre, ebenso sehr muß man den Gedanken abweisen, daß sie mit Zustimmung der Arbeiterpartei Gesetz geworden wäre. *(Zustimmung.)* Wenn man sich auf einen prinzipiellen Stand-

punkt stellt, müßten übrigens die Einwendungen gegen den Taaffe'schen Entwurf dieselben sein, wie gegen jeden anderen der bisherigen Entwürfe der Regierung.

Dann haben wir das Koalitionsministerium gehabt; von dem spricht man heute am besten nicht mehr. Und nun haben wir den Grafen Badeni bekommen, von dem werden wir aber noch sehr viel reden müssen, und ich glaube wir sollten uns heute nicht ausgeben. Es wurde gesagt, daß man Monate vorher, ehe der Wahlreformentwurf eingebracht wurde, wußte, was kommen wird. Das hat nicht nur Dr. Adler gewußt. Der Abg. Eim hat das ganz offen in der „Národní Listy" erzählt, der mit dem Grafen Badeni über diese Dinge offenbar sehr viel gesprochen hat und wohl auch im Stillen von ihm autorisirt worden ist, diesen Artikel in der „Národní Listy" zu veröffentlichen. Man müßte ja als Abgeordneter blind und taub sein, wenn man nicht wüßte, was vorgeht; und obwohl es zweifellos in Oesterreich sehr viele blinde und taube Abgeordnete gibt, so sind doch noch einige da, die offene Augen und Ohren haben. Für uns war es nicht zweifelhaft, daß das kommen wird, was gekommen ist. Und nun verzeihen Sie mir, wenn ich über den Wahlreform-Antrag des Grafen Badeni kein Wort verliere, wir können darüber die Debatte schließen. Es ist ein miserables Machwerk! —

Die sozialdemokratische Partei hat es sich zum Grundsatze gemacht, sich immer den thatsächlichen Verhältnissen entsprechend zu verhalten, ohne dabei ein Prinzip preiszugeben. Und nun wissen wir (und das weiß jeder Mensch in Oesterreich), daß dieser Entwurf Gesetz werden wird. Es entsteht also die Frage: Kann die Arbeiterpartei, nachdem sie diese Wahlreform für eine blödsinnige erklärt hat, es verhindern, daß dieser Entwurf Gesetz wird? Darüber ist in vertraulichen Kreisen schon hundertmal gesprochen worden; es ist gewiß alles erwogen worden. Und auch das ist ein Vorzug der sozialdemokratischen Partei, daß sie sich selbst keiner Täuschung hingibt über das, was sie kann. Daß wir überhaupt in Oesterreich seit $2^1/_2$ Jahren eine lebendige parlamentarische Wahlreformbewegung haben, das ist zweifellos mit das Verdienst der organisirten Arbeiterpartei. Denn Graf Taaffe hat seine Vorlage im Jahre 1893 nicht in einem Moment plötzlicher Erleuchtung eingebracht, und es wäre nie dazu gekommen, wenn nicht die große Wahlbewegung vorgearbeitet hätte. So etwas fällt nicht plötzlich vom Himmel. So stark ist aber die österreichische Arbeiterpartei heute noch nicht, daß sie eine Wahlreform in ihrem Sinne durchsetzen könne. Das wissen wir auch. Wir könnten uns also dieser Vorlage gegenüber auf den Standpunkt stellen, daß wir sie mit allen Mitteln bekämpfen. Aber das Endresultat wird sein, daß das Parlament den Entwurf annimmt! — Das ist eine Thatsache, oder so gut wie eine Thatsache.

Ein anderer Punkt, den Sie auch schon in Ihren Blättern besprochen haben und der von der größten Wichtigkeit ist, ist der, sich zu sagen: Diese Reform wird Gesetz: was ist noch bei der zweiten Lesung im Parlamente an diesem Gesetze zu verbessern möglich? Da wird es sich zeigen, ob die kleinen Oppositionsparteien des österreichischen Parlaments die Kraft, die Aufrichtigkeit und die Stärke haben, in dieser Frage ebenso vorzugehen, wie sie in anderen Fragen vorgegangen sind: das ganze Gewicht ihrer politischen Bedeutung in die Wagschale zu werfen und Verbesserungen zu erzwingen.

Ich habe in meiner Rede gelegentlich der ersten Lesung des Regierungsentwurfes gesagt: „Dieses Gesetz wird für die Arbeiterschaft auch in der Form, wie sie einmal gegeben ist, hinfällig, wenn der Wahltag nicht ein Sonntag oder gesetzlicher Feiertag sein wird." Wenn die kleinen Oppositionsparteien sich auf den Standpunkt stellen würden, „wir wollen diesen Punkt sowie die direkte Wahl", *so glaube ich, daß es möglich* wäre — vielleicht schon durch die bloße Androhung

einer Obstruktion — das durchzusetzen. Das sind praktische und reale Dinge, die können wir machen.

Wie aber auch die Dinge verlaufen werden, so hat sich nach meiner Meinung der Parteitag der sozialistischen Partei eigentlich nur mit der Frage zu beschäftigen: „Was haben wir für die kommenden Wahlen vorzubereiten; wie haben wir uns zu verhalten?" Auch da haben wir die verschiedensten Meinungen gehört, und es ist sogar die Meinung ausgesprochen worden, die sozialistische Partei habe unter Protest zu wählen und die Gewählten haben ihre Mandate niederzulegen. Aber wenn man die Sache so vielleicht einige Male macht, so würde das Parlament kalt lächelnd ein neues Gesetz beschließen, wornach solche unter Protest gewählte Kandidaten ausgeschlossen sind, oder dergleichen. Sie wissen ja, in solchen Dingen ist man sehr erfinderisch.

Auf der anderen Seite steht nun die Meinung — und das scheint auch die Meinung der Parteivertretung zu sein — man habe dieses Recht unter Protest zu benützen; es sei zwar eine schlechte, zum Theile eine vorsintflutliche Waffe; man müsse sie aber doch nehmen. Das ist auch meine Meinung. Man kann sich ja nicht immer die Waffen, mit denen man zu kämpfen hat, aussuchen. Wir wissen aus der Geschichte der Revolutionen, daß die Leute mit Heugabeln gekommen sind, obwohl dies gerade gegenüber den Flinten keine vortreffliche Bewaffnung ist. Aber, meine Herren, das Ende des Kampfes hängt nicht allein von den Waffen ab, sondern vielmehr noch von den Soldaten.

Und nun frage ich mich, hat diese Waffe für die Partei als solche einen Werth? Es ist zweifellos, daß die Partei bei den Wahlen eine in Oesterreich bisher noch nicht gesehene kolossale Agitation entfalten kann. In der Wahlzeit können Hunderte von Versammlungen stattfinden, bei welchen kein Regierungsvertreter ist. Es wird endlich etwas freier gesprochen werden können als bisher und das ist schon von ungeheurem Werth, insbesondere in den Provinzen, wo der Druck von Seite der Behörden viel größer ist als in Wien. In Wien haben wir den Leuten schon so manches abgewöhnt. Da sind sie schon etwas civilisirter und die Behörden sind schon etwas europäischer geworden. (Heiterkeit.) Das ist eine ungeheure Agitationswaffe. Und dann ein anderer Punkt: Zweifellos ist, daß die sozialdemokratische Partei heute, wo sie keine Vertreter im Parlamente hat, schon ein gewisser politischer Faktor geworden ist. Aber jedes Land hat auch seine Eigenthümlichkeiten. Bei uns in Oesterreich ist es von größerem Werthe als in anderen Ländern, daß die österreichische Arbeiterpartei einmal in das Parlament einzieht. Es ist merkwürdig, und ich habe das schon oft scherzhaft bemerkt, das österreichische Parlament und die Mitglieder desselben haben ein ungeheures Ansehen. Ihr Ansehen steht in umgekehrtem Verhältniß zu ihrer politischen Bedeutung. Ein österreichischer Abgeordneter hat eine Menge von Privilegien; er kann zu jedem Bezirkshauptmann hingehen und ihm die Leviten lesen. Der hört's an und oft erreicht man auch etwas damit. Es öffnen sich ihm eine Menge Thüren, was für die politische Agitation von allergrößter Wichtigkeit ist. (Ruf: Auch für wirthschaftliche Zwecke!) Gewiß, auch für die wirthschaftlichen Organisationen. Ich habe das im Jahre 1894 beim Falkenauer Streik gesehen. Der Bezirkshauptmann von Falkenau war daran schuld, daß sich der Streik so lange hinausgezogen hat. Er hat die Leute gehindert, in einer § 2-Versammlung zusammenzukommen, um über das Ende des Streiks zu berathen. Als ich nun dort war, habe ich ihm gesagt: Sie müssen ihnen eine solche Versammlung gestatten. Nun hat er sie gestattet und am anderen Tage war auch der Streik aus. Auch ein anderes Moment kommt noch hinzu. Bei uns in Oesterreich ist es gar nicht so gleichgiltig, wie sich die Dinge im Parlament gestalten. Sie werden es mir gewiß nicht als eine Ueberhebung anrechnen, wenn ich behaupte, daß im *österreichischen Parlament* das Vorhandensein von 2 bis 3 Leuten, die

bei verschiedenen Gelegenheiten energisch aufgetreten sind, genügt hat, gewisse Dinge durchzusetzen, oder die öffentliche Meinung aufzuklären. Ich bekomme hunderte von Sachen aus ganz Oesterreich, um sie im Parlamente zu verwerthen. Ich kann dieser Aufgabe nicht gerecht werden, denn das ist physisch unmöglich. Es werden gewiß auch in dieser Versammlung einige sein, die mir deshalb bös sind, weil ich die eine oder die andere Sache habe unter den Tisch fallen lassen. (Ruf: Gewiß! — Lebhafte Heiterkeit.) Außer dem Abg. Kronawetter und einigen jungczechischen Abgeordneten ist Niemand da, der das thun würde. Sie wissen Alle genau, welchen Werth es für Ihre Bewegung gehabt hat, also für etwas, das Sie gewiß höher stellen als das Wahlrecht, daß Sie ein Sprachrohr im Parlamente gehabt haben, und daß es in einzelnen Momenten gelungen ist, den Teich des Parlamentes etwas in Wallung zu bringen. Sie haben nun Gelegenheit, dies in vermehrter Weise zu thun, wenn es Ihnen gelingt, auch nur eine kleine Gruppe von Abgeordneten in's Parlament zu bringen. Wenn sie auch nur zehn solche Abgeordnete darin haben, so wird sich die ganze Physiognomie unseres parlamentarischen Lebens ändern. Unterschätzen Sie nicht den Vortheil, der Ihnen für Ihre Bewegung in politischer und wirthschaftlicher Beziehung erwächst. Sie haben Leute, die in der Lage sind, mit voller Ungenirtheit und Rücksichtslosigkeit vorzugehen. Sie sind durch eine Reihe von Leuten repräsentirt, die Tag für Tag auf dem Posten sein müssen und keinen Augenblick vorübergehen lassen, wo es gilt, irgend einen Vortheil für Ihre Richtung herauszuschlagen. Heute ist es einem Einzelnen nicht möglich, bei jeder Gelegenheit am Platze zu sein und keinen Augenblick zu versäumen. Was hätte es aber für Sie für einen Werth, wenn jeden Tag die Stimme des Volkes im Parlamente ertönen kann und nicht nur, wie heute, vereinzelt und in großen Zwischenräumen. Sie haben dann eine Tribüne, von der Sie viel wirksamer sprechen können und dann noch einen Vortheil. Sie wissen, was für Opfer in den letzten 10 Jahren Ihre Bewegung gekostet hat, wie viele Leute im Gefängniß gesessen sind. Sie werden mir aber zugeben, daß es nicht Beruf eines sozialdemokratischen Agitators ist, immer im Gefängniß zu sitzen. (Lebhafte Heiterkeit.) Wenn Sie 10 Leute haben, die man nicht gleich so ohneweiters einsperren kann, ist das für Sie ein ganz besonderer Vortheil. Ich hätte auch schon eine beträchtliche Zahl von Monaten auf mir, wenn ich nicht die privilegirte Stellung eines Abgeordneten hätte. (Heiterkeit.)

Man mag sagen, was man will, diese 72 neuen Abgeordneten werden im Großen und Ganzen, auch wenn sie zum größten Theil der bürgerlichen Partei angehören, doch mehr volksthümliches Material repräsentiren, als die alten Stammsitzinhaber des neuen Parlamentes. Es wird eine Situation geschaffen, die für Sie ganz unbezahlbar ist. Das nun soll um den Preis geschaffen werden, daß wir zur Badeni'schen Wahlreform schweigen? Nein, wir sagen, daß sie unzulänglich, daß sie monströs ist. Nach meiner Meinung wird nach diesem Wahlgesetz ein zweites Mal nicht mehr gewählt werden. (Gen. Dr. Adler: Sehr richtig!) Im Jahre 1897 haben wir Wahlen, im Jahre 1903 werden wir schon wieder eine neue Wahlreform haben. Seien Sie versichert, daß sofort nach Annahme dieser Wahlreform Anträge über eine neue Wahlreform vor das Haus kommen werden. Ich habe vor Jahren den Antrag auf Einführung des allgemeinen Wahlrechtes eingebracht. Meinen Sie, daß dieser Antrag auch nur auf die Tagesordnung gesetzt worden wäre? Zehn entschlossene Leute werden aber etwas bedeuten bei einer Versammlung von Unentschlossenen. Sie werden mitt zugeben, ich habe das Interesse der organisirten Arbeiterschaft seit meinem Eintrie in den Reichsrath, seit 1886 vertreten, zu einer Zeit, da man gewiß noch kein Ahnung davon hatte, daß eine Erweiterung des Wahlrechtes kommen werde. *(Zustimmung.)* In den Jahren 1886, 1887, 1888, 1889 und 1890 hat man

noch immer nicht gewußt und nicht geahnt, daß eine Wahlrechtsreform kommen werde. Die Leute sagten: „Dieser Pernerstorfer ist ein Narr. Er hätte ein so schönes Leben bei den Liberalen, ein so schönes Leben bei den Deutschnationalen oder bei den Antisemiten. Aber nein, das alles will er nicht, das ist eine ganz abstruse, sonderbare Sache. Er erhitzt sich wegen Leuten, die kein Wahlrecht haben." Heute sagen sie wieder, er will ein Mandat haben. Sie vergessen, daß ich durch zwei Sessionen dem Parlamente angehörte und dieselbe Haltung wie heute eingenommen habe.

Wenn ich ein Recht hätte, Ihnen einen Vorschlag zu machen, so würde ich sagen: Erheben wir uns zu einem feierlichen, mit allen Schimpfwörtern des deutschen Lexikons ausgestatteten Protest über die Badenische Wahlreform, und sagen wir, da wir nicht die Macht haben, dieselbe zu verhindern, werden wir in die Wahlagitation eintreten, werden suchen, so viele Leute unserer Richtung durchzusetzen, als es geht, und werden dann den Kampf an der kompetenten Stelle fortsetzen, den wir durch 8 Jahre mit größter Energie fortgeführt haben. Es wird Sie Niemand des Prinzipienverrathes und auch nicht einer unzulässigen politischen Unklugheit beschuldigen können, denn mit besonders heftigen Protesten und mit der Erklärung, Sie wollen sich an der Wahl nicht betheiligen, werden Sie vielleicht bei einigen sehr hitzigen Elementen Beifall finden, aber Ihre eigene Sache werden Sie dadurch nicht fördern. Was nützt es Ihnen, wenn der Entwurf wirklich Gesetz wird und Sie stolz beiseite stehen? Sie betheiligen sich nicht und überlassen das Terrain den Christlichsozialen, den Klerikalen, den Deutschnationalen. Den Liberalen brauchen Sie nichts zu überlassen, von denen kommt ohnehin Keiner hinein (Heiterkeit),. Was nützt es Ihnen, wenn Sie sich in die Büsche legen und sagen: „Wir geben uns nicht damit ab." Was Sie anstreben, eine Erweiterung Ihrer politischen Rechte, die Erkämpfung der politischen Freiheit in Oesterreich, die Ermöglichung einer gewerkschaftlichen Organisation im großen Style, alles das wird durch diese ganz elende Wahlreform doch gefördert. Sie werden dadurch, daß Sie wirkliche Abgeordnete in's Parlament entsenden können, einen kolossalen moralischen und physischen Rückhalt finden. Ich bin der Meinung, daß man in der Bethätigung seiner Ueberzeugung nicht leidenschaftlich genug sein kann. Aber wenn es sich um Dinge des praktischen Lebens handelt, wenn es sich um Politik handelt, so muß man es verstehen, diese Dinge ganz so klein zu nehmen, wie sie sind. Darum habe ich nicht angestanden, Ihnen, was meine persönliche Meinung ist, vorzuführen. Sie wissen, die organisirte Arbeiterpartei kämpft seit Jahren, wie sie für eine politische Freiheit kämpft, für eine Preßreform. Wir stellen uns darunter vor, daß das keinen Menschen etwas angeht, was ein Anderer drucken läßt. Wenn Jemand nun herkommen und sagen würde: „Ich stehe auf dem Standpunkte der absoluten Preßfreiheit", so wäre das doch eine Tollheit, und ich glaube, kein Einziger wäre in der Partei, welcher eine solche Taktik verfolgen und sagen würde: „Weil wir keine absolute Preßfreiheit haben, lasse ich nichts drucken." In Fragen der Taktik kann man gar nicht genug kühl, besonnen, überlegt, kleinlich und was Sie wollen sein, da handelt es sich darum, mit realen Dingen sich abzugeben. Ich danke Ihnen, daß Sie mich angehört haben. Ich weiß auch, daß Sie es gethan haben, weil Sie überzeugt sind, daß, welches immer meine persönliche Meinung sei, diese meine persönliche Meinung nur diktirt ist vom lebhaftesten Interesse für Ihre Bestrebungen und von dem Wunsche, daß Ihre Partei und Ihre Bestrebungen immer vorwärts gehe. Wo man in Oesterreich auch hinblicken möge, auf welche politische Richtung, auf welche Gestaltung des öffentlichen Lebens, man wird ehrlicher Weise als ein Anhänger des Fortschrittes sich sagen müssen: Die einzige Richtung, von der eine *bessere Zukunft zu erwarten ist*, ist die österreichische Arbeiterpartei. Und

wie Sie sich auch heute entschließen mögen, an dieser Thatsache wird nichts geändert werden. Wir haben in Oesterreich seit 25 Jahren mit immer deutlicherer Bestimmtheit vor uns das Bild einer geschlossenen und anwachsenden Arbeiterorganisation und zugleich das deutliche und bestimmte Bewußtsein, daß in dieser Arbeiterbewegung und in dem Siege derselben Alles enthalten ist, was wir in Oesterreich an Fortschritt in politischen und ökonomischen Dingen zu erwarten haben, und daß die sozialdemokratische Partei ein Hort, eine sichere Zufluchtstätte für die Freiheit und ökonomische Entwicklung ist. Daher ist mir um Ihre Zukunft und die Zukunft Ihrer Partei nicht bange. Ich wünsche, daß Sie Ihre Arbeit mit aller Klugheit und Besonnenheit in's Auge fassen, und daß Sie unaufhaltsam vorwärtsschreiten im Kampfe für die Grundsätze, die Sie beseelen. (Lebhafter, anhaltender Beifall und Händeklatschen.)

Die Sitzung wird um 1 Uhr 15 Min. unterbrochen.

Nachmittagssitzung.

Beginn der Sitzung 3 Uhr 15 Min.

Vorsitzender Gen. Reger theilt mit, daß vom Gen. Liebknecht aus Berlin ein Dankschreiben für das Begrüßungstelegramm eingelangt ist, welches unter lebhaftem Beifall zur Verlesung gebracht wird.

Vom Baden'schen Parteitag in Heidelberg ist ein Begrüßungstelegramm eingelangt.

Gen. Popp beantragt die Absendung eines Danktelegrammes. (Angenommen.)

Es liegt ein Geschäftsordnungsantrag vor, welcher lautet: „Um den Delegirten des Parteitages eine größere Auswahl bei Wahl der Parteivertretung zu ermöglichen, wird die Kommission beauftragt, je die doppelte Anzahl von Kandidaten sowohl für den engeren Ausschuß als für die Kontrole der Parteivertretung aufzustellen." Dieser Antrag wird angenommen.

Es wird hierauf die Debatte über die Wahlreform fortgesetzt.

Gen. Prähauser (Salzburg): Es wird hier gesagt, daß der Wahlreform Baden's zu wenig energisch entgegengetreten werde. Ich will für die Parteivertretung keine Lanze brechen, denn diese hat sich selbst zu vertheidigen. Aber ich frage die Wiener Genossen: Warum haben Sie diese Parteivertretung so lange geduldet? Ich kann Sie dessen versichern, wenn ich in Wien bin, und ich habe die Ueberzeugung, daß die Parteivertretung ihrer Schuldigkeit nicht nachkommt, dann hat die Parteivertretung aufgehört zu sein. Ich warte nicht bis zum Parteitage, um hier ein Klagelied anzustimmen, sondern handle in Wien zur Zeit, wo es nöthig ist. Das Gleiche gilt von dem, was in Bezug auf die „Arbeiter-Zeitung" gesagt worden ist. Die Opposition sagt: Es muß energischer gegen die Wahlreform Baden's aufgetreten werden. Das genügt aber nicht. Die Opposition muß auch sagen, wie dies „energischer" gemacht werden soll. Kein Einziger hat uns bisnun gesagt, was denn geschehen soll, um diese Wahlreform überhaupt unmöglich zu machen. Wir haben Versammlungen einberufen, es haben die Referenten gegen die Wahlreform Baden's gerufen: „Weg mit dieser Wahlreform, weg mit Baden!" Aber die Wahlreform und der Baden sind noch immer da (Heiterkeit) und wenn auch die „Arbeiter-Zeitung" geschimpft hätte wie ein Hundsscheiber, der Baden und die Wahlreform wären noch immer da. (Lebhafte Heiterkeit.) Alle Anträge, die eingebracht worden sind, sind nicht mehr werth, als daß sie direkt in den Papierkorb *wandern.* Den einzigen Antrag, betreffend die Herausgabe einer Broschüre

akzeptire ich. Der Antrag der Organisation Wien III verlangt, daß die Abgeordneten den Antrag auf allgemeines Wahlrecht stellen sollen. Solche Kandidaten, die sich das erst schaffen lassen, die brauche ich nicht. (Lebhafte Heiterkeit.) Wenn Sie aber solche Anträge stellen, um uns in der Provinz zu belehren, so sage ich Ihnen: Sie sagen uns gar nichts Neues. Wenn aber Opposition gemacht wird, nur damit die Genossen im Protokoll stehen, so meine ich, daß die Kreuzer der Parteigenossen zu blutig verdient sind, als daß wir hier die Zeit vertrödeln dürfen. Ich kann nur für die Resolution der Parteivertretung stimmen; etwas Besseres ist bis heute nicht gesagt worden, alles Uebrige ist leeres Gewäsch. (Lebhafter Beifall.)

Gen. Eich (Villach): Ich komme aus einem Lande, welches gewiß nicht für die Wahlreform des Grafen Badeni begeistert ist, und halte es doch für das Beste, wenn wir die Resolution der Parteileitung annehmen. Wir können momentan nichts anderes thun, als die Wahlreform, so schlecht und niederträchtig sie auch ist, auf das äußerste auszunützen.

Gen. Reis (Prag): Es wurde nicht genug in Betracht gezogen, daß wir große Massen vertreten. In einer großen Reihe von Versammlungen in Prag und ganz Böhmen wurde die Badenische Wahlreform verurtheilt und verworfen, aber trotzdem der Vorsatz gefaßt, sie nach Kräften auszunützen, wenn sie Gesetz würde. Würden wir nicht schon jetzt uns an der Wahlagitation betheiligen, so würden uns die Klerikalen, die bereits eifrig an der Arbeit sind, den größten Schaden zufügen. Redner ist für den Antrag der Parteivertretung.

Gen. Popp (Wien): Genossen! Ich habe mir das Wort erbeten, um im Namen des Präsidiums einen Antrag zu stellen, zu dem die Genossen, die der bisherigen Parteivertretung angehören, schon ihre Zustimmung gegeben haben. Sie werden sofort die Wichtigkeit der Sache einsehen. 500 Arbeiter der Firma Perutz in Lieben stehen im Streik; bereits wurden die Arbeiter delogirt. Die Gemeinde Lieben war so anständig, den Arbeitern Wagen beizustellen, damit sie ihre Möbel in einem Lokal unterstellen konnten; die Arbeiter selbst sind jedoch nicht untergebracht worden, sondern mußten sich bei verschiedenen Genossen einquartieren. Ich beantrage, daß der Parteitag den Streikenden seine Sympathie erkläre und zur Kenntniß nehme, daß das Präsidium im Einvernehmen mit dem Parteitag 100 fl. aus der Parteikasse für die Streikenden votirt. (Lebhafte Zustimmung.)

Gen. Dr. Adler (Wien) will mit dieser Sympathieerklärung gleichzeitig die Erklärung der Verachtung für die Prager jungczechische und deutsche Presse verbinden, die in der niederträchtigsten Weise gegenüber diesen Arbeitern vorgehe. Die Arbeiter sind von den Blättern theils als von den Antisemiten, theils als von den Juden aufgehetzt hingestellt worden. Der Parteitag müsse Werth darauf legen, dieses Vorgehen zu brandmarken.

Gen. Hanich (Steinschönau) beantragt, unter den Anwesenden eine Kollekte für die Steikenden zu veranstalten.

Diese drei Anträge werden unter lebhafter Zustimmung angenommen.

Gen. Daszinsky (Krakau): Ich stehe wahrhaftig nicht im Verdachte, mit dem Grafen Badeni zu sympathisiren, vielmehr bin ich eher eines unversöhnlichen Hasses gegen diese Kreuzung von „Krakauer Schlachzyzen und polnischen Juden", gegen diese galizische bureaukratische Erscheinung in der österreichischen Politik verdächtig, und ich gestehe, ich schäme mich dessen ganz und gar nicht. Nichtsdestoweniger nehme ich die von der Parteivertretung gestellte Resolution an, denn sie ist, wie mir die Mehrheit des Parteitages zugeben wird, die einzig mögliche in der gegebenen Lage. Der einzige Vorwurf, der uns treffen könnte, ist der, daß wir trotz der monströsen Kreiseintheilung, die jede vernünftige Verständigung ausschließt, uns dennoch entschlossen haben, auf diesem

Terrain uns zu organisiren und ein agitatorisches Leben zu entwickeln. Doch bitte ich, zu bedenken, diese Wahlorganisation wird nicht dauerhaft sein, sondern muß sich fortentwickeln. Diese monströse Eintheilung in Wahlkreise zwingt uns aber dazu, uns mit der ländlichen Bevölkerung zu befassen. In Krakau müssen wir schon heute mit dem Bauer uns befassen und das Gute an dieser Wahlkreiseintheilung ist, daß wir schon heute die Landbevölkerung sozusagen mit den sozialdemokratischen Ideen „vergiften". Sie sehen auch hier etwas Gutes, das eine lebende Volkspartei, wie wir, ausnützen muß. Der Antrag der mittelmährischen Organisation ist wohl sehr konsequent; aber werden die Millionen Menschen, die auf unsere Beschlüsse hier warten, um sich nach ihnen zu richten, diese so billige Konsequenz begreifen? Können wir den stolzen Spanier spielen und uns einfach gegen die Wahlreform ablehnend verhalten? Wir würden uns einfach lächerlich machen; denn auch wir wollen leben und uns entwickeln und hiezu müssen wir Alles ausnützen, was wir vor uns haben. Man kann nicht mit Millionen von Menschen Blindekuh spielen. Eine Obstruktionspolitik, wie sie Genosse Gerin vorschlägt, ist auf die Dauer nicht erfolgreich. Wir sind nicht gefährlich durch unser Schweigen, sondern durch unser Reden.

Was den von mir gestellten Antrag, Kandidaten für die Wahlen aufzustellen, betrifft, so wurde die erste Hälfte desselben anerkannt, daß nämlich die Kreisorganisationen sich mit der nächsten Parteivertretung hierüber in's Einvernehmen setzen sollen. Ich glaube, daß eine solche Verständigung nothwendig ist. Darin liegt kein Terrorismus, sondern nur Vorsicht. Die Leute, die auf unser Programm gewählt werden, müssen wir auf unsere Rechnung nehmen und die Partei wird mit ihnen Hand in Hand gehen müssen. Wenn die Parteivertretung diese Pflicht hat, muß sie auch etwas in die Kandidatur dareinreden können. Sollte mein Antrag in seiner ersten Hälfte angenommen werden, so steife ich mich keineswegs auf die Annahme der zweiten Hälfte. Wir werden hoffentlich stets in Eintracht auskommen und Zwistigkeiten bei den Kandidaturen vermeiden.

Zum Schlusse habe ich noch einige Worte an den Abgeordneten Pernerstorfer zu richten. Ich bin ihm sehr dankbar, daß er heute die persönliche Frage so offen und unumwunden berührt hat. Wir speziell in Galizien — und das sage ich im Einverständniß mit unseren engeren Parteigenossen — können nicht umhin, auch unser Wort in dieser Sache zu sprechen. Seit 10 Jahren ist unsere Bewegung in Galizien oft nur dann möglich gewesen, wenn uns Wien gerettet hat. Es ist zweifellos, daß wir in Wien eine furchtbare Peitsche gegen die galizischen Bezirkshauptleute haben: die „Arbeiter-Zeitung" und den Abgeordneten Pernerstorfer. Wir sind verpflichtet, ihnen den Dank auszusprechen und zu konstatiren, daß wir alle diese Arbeit anerkennen. Ich spreche im Namen der polnischen Genossen; aber ich bin ebenso sicher, daß es Momente gibt, wo ganz Oesterreich auf das Niveau Galiziens herabgedrückt wurde und dann war die Stimme Pernerstorfer für uns von riesigem Nutzen. Wenn auch Abgeordneter Pernerstorfer noch nicht unser Genosse ist und trotzdem sagt, daß er seine Kandidatur von dem Willen der Partei abhängig machen wird, weil er entgegen dem Willen der Partei nicht kandidiren wird, so halte ich es für eine Sache des politischen Anstandes, daß wir ihn nicht bekriegen, sondern unterstützen. Und ich bin dessen so sicher, wie vielleicht kein Einziger hier, daß Abgeordneter Pernerstorfer früher oder später in der sozialdemokratischen Fraktion seinen Sitz nehmen wird. (Lebhafter Beifall.)

Gen. Trejbal (Teplitz) überreicht einen Antrag, welcher lautet:

„Das Recht, Kandidaten aufzustellen, haben nur die Wähler respektive die Kreisorganisationen."

Dieser Antrag wird hinreichend unterstützt.

Gen. Wanka (Znaim): Als Grundlage jeder Wahlreform ist das agitatorische Moment in's Auge zu fassen, sowohl mit Rücksicht auf den Wahlkampf, als mit Rücksicht auf die Vertreter im Parlament. Daher muß sich der erste Kampf gegen das indirekte Wahlrecht als System richten. Mit dem indirekten Wahlrecht hätten wir nur wenig Erfolg. Es würde dagegen dieser Kampf aus einem Prinzipienkampf in einen persönlichen Streit umgewandelt. Abgesehen davon würden durch das indirekte Wahlrecht uns weniger Mandate zufallen. Der Antrag, mit allen Mitteln Stellung zu nehmen gegen die Badeni'sche Wahlreform, hat den Fehler, daß er uns die Mittel dazu nicht nennt. Das schärfste Mittel, der Generalstreik, hat gewiß mehr Aussicht auf Erfolg, wenn wir ein Wahlrecht haben, als wenn wir keines haben. Ich erkläre mich somit, aus agitatorischen Rücksichten, für den Antrag der Parteivertretung und werde für denselben stimmen. Der Wahlreformentwurf bietet einen Stützpunkt im Kampfe um das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht.

Gen. Berner (Mährisch-Ostrau) beantragt Schluß der Rednerliste.

Dieser Antrag wird mit allen gegen 3 Stimmen angenommen.

Gen. Resel (Graz): Die Prinzipien unserer Partei enthalten nichts über die Annahme oder Ablehnung irgend einer Wahlreform; sie enthalten nur die Vorschriften, daß wir uns stets nach dem jeweiligen Verhalten der Gegner einzurichten haben und ferner, daß wir das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht anstreben sollen. Wenn wir uns auch mit der Badeni'schen Wahlreform vertraut machen, um sie auszunützen, so verzichten wir doch lange nicht auf das Anstreben des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechtes. Die Frage, ob der Badeni'sche Entwurf verhindert werden könne, wurde dahin beantwortet, daß dies nicht möglich sei. Der Generalstreik sei ein zündendes Schlagwort, soll er aber inscenirt werden, dann läßt die Stimmung für ihn nach. Ich allein kann keinen Generalstreik machen. Unter solchen Verhältnissen wäre ein Generalstreik nur ein Streik der Generäle der sozialdemokratischen Partei. Auch bin ich noch nicht überzeugt, daß diese Wahlreform Gesetz wird. Wer die Ereignisse in Galizien verfolgt, muß zugeben, daß Graf Badeni dort ebenso gehaßt ist, wie Graf Taaffe in Oesterreich; und wir haben keine Gewähr dafür, daß Badeni es nicht bald in Oesterreich ebenso treiben werde, wie Taaffe. Es ist Niemanden eingefallen, Stellung zu nehmen für den Grafen Taaffe, sondern blos für seinen Entwurf und wir konnten damals bedeutend leichter zu Gunsten des Entwurfes eingreifen, als jetzt gegen den Entwurf Badeni Stellung zu nehmen. Die Arbeiterschaft will dem Badeni'schen Entwurfe nicht weiter Opposition machen, weil sonst die Gefahr vorhanden ist, daß die Parteien diese Opposition dazu benützen könnten, um die Wahlreform abzulehnen.

Redner hält es aber für angezeigt, die Wahlreformbewegung so weiter zu führen, wie sie begonnen. Würde man nicht heute schon daran denken, daß die Wahlreform Gesetz werden könne, so könnten die Sozialdemokraten um einen großen Theil ihres voraussichtlichen Erfolges beraubt werden, wenn sie noch nicht genügend organisirt wären.

Redner wünscht einige Aenderungen in der Stylisirung der Anträge der Parteivertretung und im Antrage der Organisation Wien III.

Es wird der Antrag auf Schluß der Debatte gestellt.

Gen. Popp (Wien) ersucht im Interesse der besseren Ausnützung der Zeit, die Debatte nicht durch zahlreiche Anträge zur Geschäftsordnung zu verlängern. Der Antrag auf Schluß der Debatte wird abgelehnt.

Gen. Kiesewetter (Reichenberg) hebt hervor, daß, wenn die sozialdemokratische Partei sich an der Wahlbewegung betheiligt hat, so lange die Arbeiterschaft noch kein Wahlrecht hatte, sie dies umsomehr thun müsse, nachdem drei Millionen Arbeiter zur Urne gehen werden. Es sei unbegreiflich, wie der Gedanke, an den Wahlen sich nicht zu betheiligen, überhaupt auftauchen konnte. Redner stimmt für den Antrag der Parteivertretung und wünscht eine Abänderung des zweiten Absatzes im Punkt 2 dahin, daß es dort lauten solle:

„Die Kreisvertretungen werden darum beauftragt, nicht erst die Ausschreibung der neuen Wahlen abzuwarten, sondern gleich nach dem Inslebentreten der neuen Wahlordnung Kreiskonferenzen zu veranlassen, welche im Einvernehmen mit der Parteivertretung die Wahlarbeiten in die Hand zu nehmen haben."

Redner unterstützt ferner den Antrag des Gen. Daszynski, welcher sagt, daß die Kreisvertretungen die Wahlarbeiten zu besorgen und die Kandidaten aufzustellen haben und erwartet die einstimmige Annahme dieser Anträge.

Gen. Seidel (Krumau) empfiehlt die Annahme der Resolution der Parteivertretung. Die Massen seien bereits heute der fortwährenden Wahlrechtsversammlungen satt und müssen neue Anregungen bekommen, sie werden das Wahlunrecht dann besser empfinden als bisher, wenn sie sich an den Wahlen betheiligen.

Reichstagsabg. Molkenbuhr (Hamburg): Ich habe mich zum Worte gemeldet, um einige Irrthümer richtig zu stellen. Es ist wiederholt darüber Klage geführt worden, daß die deutschen Collegen bei dem Arbeiterstreik in Ostrau-Karwin ihre österreichischen Kollegen nicht genügend unterstützt haben; Niemand bedauert diese betrübende Thatsache mehr als die deutsche Sozialdemokratie. Wir können aber vorläufig nichts daran ändern, da die Bergarbeiter in Oberschlesien und an der Saar sich der modernen Arbeiterbewegung nur in geringem Maße angeschlossen haben Es ist auch der „Deutschen Berg- und Hüttenarbeiter-Zeitung" der Vorwurf gemacht worden, daß sie von diesem Streik nur wenig erwähnt hat. Dieser Zeitung stehen eben nicht die Mittel zur Verfügung, um einen eigenen Berichterstatter in das Streikgebiet zu entsenden, und wenn sie die falschen Depeschen, welche die bürgerliche Presse reproduzirt hat, unterdrückte, so ist das nur zu begrüßen. Weiters muß ich der Anschauung, welcher auch der Gen. Reger Ausdruck gegeben hat, entgegentreten, daß durch die Entwicklung der politischen Bewegung der Gewerkschaftsbewegung der Boden entzogen werde; es ist dies eine Anschauung, welche allerdings weit verbreitet ist, die aber den Thatsachen keineswegs entspricht. Im Gegentheil ist gerade in den Orten, wo die Gewerkschaftsbewegung am stärksten ist, der geeignetste Boden für die politische Bewegung und dies trifft auch bezüglich der einzelnen Gewerke zu. Wenn ich auch zu den Gegenständen der Verhandlung einige Worte bemerke, so thue ich dies nicht, um Sie irgendwie zu beeinflussen. Ich halte den Standpunkt für nicht gerechtfertigt, daß die Sozialdemokratie eines Landes sich so lange nicht an den Wahlen betheiligt, so lange nicht das in ihrem Programme geforderte Wahlrecht verwirklicht ist. Dann dürften ja in keinem Lande die Sozialdemokraten an den Wahlen theilnehmen. Wir haben in Deutschland in unserem Programme die Forderung, daß das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht allen Personen ohne Unterschied des Geschlechtes, welche das 20. Lebensjahr erreicht haben, zustehe. Nun haben weder die Frauen überhaupt, noch die Männer von 20—25 Jahren ein Wahlrecht und trotzdem betheiligen wir uns an der Wahl. Ebenso entspricht das Wahlrecht in Belgien, Dänemark, England und Frankreich nicht den Anforderungen der Sozialdemokratie und dennoch betheiligen sich die Genossen in allen diesen Ländern an den Wahlen. Von wesentlicher Bedeutung ist hiebei zunächst, daß die Wahlagitation eine viel ausgiebigere ist als jede andere Agitation. Die ganze Bevölkerung wird vor

den einzelnen Parteien aufgewühlt und Sie werden bemerken, daß in der Wahlperiode die Versammlungen immer doppelt und dreifach so gut besucht sind als sonst. Es ist auch gesagt worden, die Wahlagitation wird Geld kosten. Jede Agitation kostet Geld, und jenes Geld, welches für die Agitationen in den Wahlperioden ausgegeben wird, ist gewiß besser angelegt als jenes, das man zu anderen Perioden ausgibt. Auch ist bemerkt worden, daß man mit der Vorbereitung so lange warten solle, bis der Entwurf Gesetz geworden ist. Ich meine, Sie werden in Oesterreich anstreben, zu erreichen, was die sozialdemokratischen Parteien aller Länder auszeichnet, daß sie immer die ersten am Platze sind. (Beifall.)

Gen. Schuhmeier (Wien): Genosse Beer hat auf jene hingewiesen, die am letzten Parteitage von der Volkserhebung gesprochen haben. Nun war ich vor 2 Jahren der irrigen Ansicht, daß die Gährung unter den österreichischen Arbeitern in Bezug auf das Wahlunrecht so weit vorgeschritten sei, daß, wenn nicht im Herbste 1894 eine Wahlreform zustande kommt, es thatsächlich zu einer Erhebung kommen werde, war aber damals ein Gegner des Generalstreiks. Heute habe ich diese Meinung nicht, weil mich die Ereignisse der verflossenen 2 Jahre von dem Gegentheil überzeugt haben. Sie werden es mir erlassen, daß ich am heutigen Parteitage der Polizei in Wien durch das Protokoll beweise, was ich damals unter Volkserhebung gemeint habe. (Sehr gut!) Nun, diese Sachen sind vorüber und ich bin heute der Meinung, daß wir nichts anderes in der Wahlreformfrage thun können, als was uns die Parteivertretung vorschlägt. Wenn der Badeni'sche Wahlreformentwurf zu der Zeit gekommen wäre, in welcher der Entwurf des Subkomités das Licht der Welt erblickte, so würde er vielleicht dasselbe Schicksal erfahren haben. Badeni hat also Glück gehabt, indem er am Ende einer großen Bewegung gekommen ist. Es ist auch hervorgehoben worden, daß wir den Taaffe hätten unterstützen sollen. Das war unmöglich. Wir konnten doch nicht einen Ministerpräsidenten, wie Taaffe einer war, der so viele Sünden am Gewissen hatte, wie vielleicht noch kein Minister in Oesterreich, unterstützen. Sie dürfen nicht vergessen, daß Taaffe Zeit genug hatte, recht viele Sünden zu begehen. Ich erinnere Sie, wie lange unter diesem Ministerpräsidenten Leute wüthen konnten, die wie Vehmrichter gehaust haben. Es sitzt hier heute ein Parteigenosse aus dem 9. Bezirk, der 10 Jahre wegen einer Geringfügigkeit im Kerker gesessen hat, wegen deren man heute keinen Menschen mehr einsperrt. Wenn wir heute die Badeni'sche Wahlreform anders behandeln, als damals die Taaffe'sche, so wird uns dies durch die Thatsachen selbst vorgeschrieben, und wenn wir nicht das gleiche, allgemeine Wahlrecht erlangen, so ist es nicht die Schuld der Parteivertretung, ja nicht einmal die Schuld der Parteigenossen selbst, auf die wir uns nicht in dem Grade verlassen konnten, wie es nothwendig gewesen wäre. Seien Sie überzeugt, wenn die Regierung Miene machen würde, in der Sache nichts zu thun, so würden wir unsere alte Kraft wieder finden, um den Wahlrechtskampf mit erneuter Heftigkeit aufzunehmen. Heute aber sagen schon viele Leute in unseren Kreisen, daß sie froh wären, wenn die Sache schon aus der Welt geschafft wäre. Ich werde also für den Antrag der Parteivertretung stimmen und gegen den Antrag Berstl. Wenn wir die Macht hätten, die Wahlreform zu verhindern, dann könnten wir ja gleich sagen, wir werden es dazu bringen, ein Gesetz zu erlangen, das unseren Forderungen entspricht.

Gen. Dr. Berstl (Neunkirchen): Ich bin nicht der Ansicht des Genossen Schuhmeier, daß, wenn der Karren verfahren ist, dies die Schuld der Parteigenossen ist. Ich bin der Ansicht, daß dies Schuld der Parteivertretung ist. (Gelächter.) Wenn der Antrag vorliegen würde, es sei der Parteivertretung das Vertrauen des Parteitages auszudrücken, so würde ich dagegen stimmen.

(Rufe: Und gestern?) Gestern ist ihr nicht das Vertrauen votirt, sondern das Absolutorium ertheilt worden. Ich werde nicht für den Antrag stimmen, es sei der Parteivertretung das Mißtrauen zu votiren, ich werde aber für meinen Antrag stimmen. (Lebhafte Heiterkeit.) Sie lachen! Ich habe meinen Antrag gestellt, ermuntert durch den Antrag der mährischen Kreisorganisation und infolge der Aeußerungen, die von Seiten einiger czechischer Redner gefallen sind. Wichtiger aber sind mir die wirthschaftlichen Aufgaben gewesen. Die Gewerkschaftskommission hüllt sich in Schweigen, und es würde ihr doch keinen Schaden bringen, hier zu sprechen. Die Leute werden sagen: „Uns wird die Geschichte zu dumm." Die Mitglieder der Parteivertretung kommen hinaus und halten ganz radikale Reden und entflammen dadurch unsere Genossen für den Streik. (Widerspruch von Seiten Gen. Dr. Adler.) Sie entflammen unsere Genossen! (Gen. Dr. Adler: „Aber nicht für den Streik.") Das nächste, wozu sich die Genossen werden entflammen lassen, ist eine bessere Stellung innerhalb der Fabrik; sie greifen zum Streik. Die Folge Ihrer entflammenden Rede ist der Streik. Ich mache Ihnen daraus keinen Vorwurf. Es ist Pflicht der Gewerkschaftskommission, die Partei schlagfertig zu machen. Die Gewerkschaftskommission erfüllt ihre Pflicht. Ich persönlich muß hier der Kommission meine Anerkennung aussprechen; wenigstens wir in unserem Bezirke sind thatsächlich schlagfertig. Es wurde gesagt, daß es sehr viel werth ist, wenn wir eine Vertretung im Parlamente haben. Obwohl wir aber bis jetzt noch keine haben, sind wir doch schon beim Zehnstundentag angelangt. Wir haben für die Arbeiterschaft andere Vortheile durch die Organisation hervorgerufen und Sie werden zugeben, daß das heutige wie das künftige Parlament uns immer nur nachhumpeln wird. Es ist besser, wir bleiben bei unserem allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrecht. Mit der Badeni'schen Wahlreform soll bewirkt werden, daß bisher rechtlose Kreise wählen. Wir aber wählen nicht, wir wollen diese Wahlreform verhindern. Wenn Sie aber sagen werden: „Keine Ruhe in Oesterreich, bis das Wahlrecht eingeführt wird" und trotzdem ruhig zur Urne schreiten werden, wird man eingesehen haben, daß das Phrasen waren.

Gen. Svecený (Prag) theilt die Redner, die bisher gesprochen haben, in drei Gruppen. In eine, die die Reform ausnützen will, eine, welche gegen die Reform ist, sie aber trotzdem ausnützen will, und eine, die überhaupt gegen diese Vorlage den Kampf führen will. Er sieht in der Vorlage eine Erniedrigung der Arbeiterschaft. Man dürfe dieses Beschwichtigungsmittel des Grafen Badeni nicht annehmen. Die Bewegung werde jetzt nicht so radikal gegen die Vorlage geführt, wie Sie geführt werden sollte. Redner stimmt infolge dessen dem Antrage Berstl bei.

Vorsitzender: Es ist ein Antrag des Gen. Resel als Zusatz zur Resolution der Parteivertretung eingelaufen. Derselbe lautet:

„In allen Kronländern ist eine kräftige Agitation zur Beseitigung des indirekten Wahlrechtes zu entfalten und ist hiezu auch in den Landtagswahlkampf einzutreten."

Gen. Palme (Wien VI.) führt aus, daß man damit, daß man sich an den Wahlen betheiligt, die Wahlreform noch nicht acceptire. Die Parteivertretung trifft absolut keine Schuld, daß der Kampf um das Wahlrecht nicht mehr in derselben Form fortgeführt werden konnte. Wir müssen jetzt einen geeigneten Ausweg finden, und dieser besteht darin, die Resolution der Parteivertretung anzunehmen. Wir sind der Ueberzeugung, daß wir außer dem Generalstreik kein Mittel mehr haben. Es bleibt also nichts übrig, als zu wählen, zu protestiren und den Kampf fortzusetzen. Redner spricht sich schließlich sehr entschieden gegen den Antrag Mornik aus.

Gen. Hueber (Atzgersdorf): Auf die Anfrage des Gen. Berstl kann ich nur erklären, daß die Gewerkschaftskommission als solche sich mit den

Agitationen für das allgemeine Wahlrecht nicht zu befassen habe. Wohl aber haben sich die einzelnen Mitglieder derselben mit der Agitation befaßt. Wenn man die Debatte über die Wahlrechtsreform von vor zwei Jahren mit der von heute vergleicht, so sehen wir, daß damals Genossen, welche einen gemäßigten Standpunkt eingenommen haben, heute wahre Revolutionäre zu sein scheinen. Sie wollen nicht einsehen, daß sie unerbittlich vor einer festen Thatsache stehen, und daß alles, was hier gesprochen wird, leeres Getratsche ist. (Sehr richtig!) An allen Enden des ganzen Reiches steht eine Branche nach der anderen auf, kämpft um ihre ökonomische Existenz und hier streiten Sie fortwährend um Mandate, ob man weiter agitiren, ob man verwerfen, ob man Obstruktionspolitik treiben soll u. s. f. Ich kann nicht begreifen, daß Ihnen Ihre Mandanten nicht den Auftrag gegeben haben, zu trachten, daß man mit der Wahlrechtsbewegung so rasch als möglich zu Ende komme, damit wir an unsere wirthschaftlichen Aufgaben herantreten können. Sie würden bei Ihren finanziellen Mitteln schwer im Stande sein, den Wahlrechtskampf von Neuem zu entfachen. Die Mittel der organisirten Arbeiterschaft sind ziemlich erschöpft. Nehmen Sie den Stift zur Hand, rechnen Sie, und Sie werden sehen, daß die wirthschaftliche Organisation in der Gewerkschaft eine sehr schwere Aufgabe zu vollführen hat, weil überall Streiks ausbrechen. Ich selbst war vor zwei Jahren ein Stürmer. Als Sekretär der Gewerkschafskommission habe ich mehr gelernt, als ich je lernen zu können gedacht hätte. Ich begreife nicht, wieso gerade die czechischen Organisationen sich eine Macht einbilden, die bei ihnen gar nicht existirt. (Widerspruch seitens der Czechen.) Ich sage Ihnen nur, daß Sie sich über Ihre Kraft täuschen, mit Wollust täuschen wollen.

Es gibt keinen anderen Weg; Sie müssen in den saueren Apfel der Resolution, welche die Parteivertretung vorgelegt hat, hineinbeißen, weil sie der Apfel der Erkenntniß ist. Die österreichische Sozialdemokratie würde sich unsterblich blamiren, wenn wir auf einen anderen Antrag der einen oder der anderen Richtung eingehen würden. Der Generalstreik ist für mich noch immer eine diskutirbare Frage, er muß ja nicht für die Wahlreform gemacht werden — denken Sie an den Achtstundentag der Bergarbeiter — wir können noch immer dieses Mittel anwenden. Und wenn wir heute auch nur 90.000 Organisirte haben, so ist diese Zahl im Stande, im entscheidenden Momente zweimal so viel mit sich zu reißen. Heute brauchen wir das freilich nicht. Damals, als wir die Macht dazu besaßen, haben wir Alle einen Fehler begangen dadurch, daß wir es der Parteivertretung überlassen haben, einen Generalstreik zu organisiren und den günstigen Zeitpunkt für denselben herauszusuchen.

Gen. Dohnal (Schwechat): Die Badenische Wahlreform ist zwar schlecht, dennoch dürfen wir nicht auf die Lockrufe des Gen. Berstl eingehen, die Wahlreform zu ignoriren und in den Wahlkampf nicht einzutreten. Wir haben traurige Erfahrungen mit der Abstinenzpolitik gemacht. Ich führe zum Beispiel die Bezirkskrankenkassen an. Hätten wir beim Inslebentreten des Krankenversicherungsgesetzes für die Bezirkskrankenkassen agitirt, so hätten wir sie erobert; heute würde uns das riesige Kämpfe kosten. Auch vereiteln können wir die Wahlreform nicht, und wenn wir es könnten, wären wir nicht im Stande, etwas besseres an ihre Stelle zu setzen, weil wir nicht die Macht dazu besitzen. Wir werden aber trotzdem unentwegt für das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht kämpfen.

Redner wendet sich gegen den Gen. Mornik, der das Mißtrauensvotum für die Parteileitung beantragt hat und sagt, Gen. Berstl als Jurist habe behauptet, das Absolutorium sei für die Parteileitung noch keine Vertrauensfrage; Redner sei zwar kein Jurist, erblicke aber in der Votirung des Absolutoriums *auch die Votirung des* Vertrauens; er müsse es aber auch bedauern,

daß die Gen. Dr. Ellenbogen, Popp und Dr. Adler den Antrag Mornik, der Parteileitung das Mißtrauen auszusprechen, unterstützt haben.

Vorsitzender ersucht die noch vorgemerkten Redner sich kurz zu fassen und Wiederholungen zu vermeiden, damit heute noch der Punkt III der Tagesordnung erledigt werden kann.

Gen. Berner (Mähr.-Ostrau) stellt einen genügend unterstützten Antrag auf Schluß der Debatte.

Der Antrag wird abgelehnt.

Gen. Dr. Ingwer (Amstetten) zieht seinen Antrag, die Landtagswahlen betreffend, zu Gunsten des Resel'schen zurück, da es den Landtagen zusteht, das Wahlrecht in den Reichsrath zu einem direkten oder indirekten zu machen, müsse man sich an den Landtagswahlen mit aller Energie betheiligen, gegen das bestehende Wahlunrecht protestiren, damit das indirekte Wahlrecht beseitigt werde.

Gen. Palka (Wr.-Neustadt): wundert sich, daß sich so viele Genossen für den Entwurf des Grafen Taaffe eingesetzt haben; es wäre an der Zeit, die Wahlrechtsbewegung, die seit vier Jahren alle Kräfte der Partei absorbire, endlich ehrenvoll abzuschließen, denn auch die wirthschaftlichen Verhältnisse drängen nach einer Erledigung. Redner werde für den Antrag der Parteivertretung stimmen, speziell für den dritten Punkt auf Beseitigung der indirekten Wahlen und den Antrag Mornik, der Parteileitung das Mißtrauen zu votiren, ablehnen.

Gen. Gruber (Leobersdorf) akzeptirt den Antrag der Parteivertretung und wünscht nur, daß auf die wirthschaftlichen Fragen ebensoviel Zeit verwendet werden möge als auf die politischen.

Gen. Dr. Ellenbogen (Wien): Gen. Mornik habe Beschuldigungen gegen die Parteivertretung erhoben, was ebenso leicht als beliebt sei — ohne sie jedoch zu beweisen, und um nicht dem Verdacht ausgesetzt zu sein, daß er eine Debatte über die sogenannten „Schandthaten" der Parteivertretung habe verhindern wollen, habe er für die Zulassung des Antrages Mornik zur Diskussion gestimmt; jeder Genosse sollte dadurch Gelegenheit haben, Beweise für seine Beschuldigungen zu erbringen.

Gen. Krejčí (Pilsen) spricht sich gegen den Antrag Mornik, der Parteileitung eine Rüge zu ertheilen, aus.

Gen. Hloma (Deutschbrod) betont vor Allem die Nothwendigkeit, die breiten Massen für die sozialdemokratischen Ideen zu gewinnen; dazu sei eine Wahlbewegung auszunützen.

Gen. Beer (Wien) betrachtet die Wahlreform als vollendete Thatsache, mit der man rechnen müsse. Der Umstand, daß die Wahlreform eine allgemeine sei, mache sie annehmbar. Redner ruft den Genossen nur die Worte Engels in seinem letzten Begrüßungsschreiben in Erinnerung: „Der Stimmzettel ist eine Waffe in der Hand der Arbeiter, die weiter trifft, als das Magazingewehr unserer Soldaten. Wir haben diese Waffe, benützen wir sie." Die Resolution, welche zur Annahme gelangen soll, bringt die ganze Haltung unserer Partei zum Ausdruck, und ich ersuche daher alle Genossen, welche Anträge eingebracht haben, dieselben zurückzuziehen. Berauschen Sie uns nicht mit dem Opium Ihrer Anträge. Die Resolution wird den Gesammtwillen der Partei zum Ausdrucke bringen und demonstriren, daß wir nie und nimmer erstarren werden im Kampfe für das allgemeine Wahlrecht.

Gen. Vaněk (Pilsen): Ich würde für den Antrag des Gen. Berstl stimmen, wenn man die übrigen Gesetze, die im österreichischen Parlamente gegen uns gemacht werden, beseitigen könnte. Diese Macht haben wir aber nicht. Wir *müssen* daher Alles benützen, was benützt werden kann. Warum setzen sich nicht

die anderen Parteien dafür ein, daß dieses Gesetz gestürzt werde, warum soll es gerade die Sozialdemokratie thun? Wir müssen das Gesetz ausnützen, sonst werden es die Gegner, vor Allem die Klerikalen, gegen uns ausnützen. Die Jungczechen sagen freilich, daß sie gegen die Wahlreformvorlage sind, sie sind aber einer planmäßigen Obstruktion nicht fähig. Redner wird für die Resolution der Parteivertretung stimmen.

Referent Gen. Steiner (Schlußwort) sagt: Die heutige lange Debatte sei eine Folge der Debatte gewesen, die vor 2 Jahren in Wien geführt wurde. Wenn wir nicht die Kraft haben, diese Vorlage zu verhindern, so sei dies nur eine Folge der damaligen Beschlüsse. Er habe gewartet, wie sich die Genossen, die damals einen Generalstreik wollten, verhalten werden. Redner habe damals dagegen gesprochen. Heute sei die Lage klar, die Wahlreform Badeni's sei so weit als möglich auszunützen. Dreiviertel der böhmischen Delegirten werden für die Resolution stimmen. Der Vorwurf des Gen. Hueber sei nicht berechtigt, daß unserer Organisation noch viel fehle. Es wurde gethan, was möglich war. Redner spricht sich dafür aus, daß die Wähler eines jeden Wahlkreises ihre Kandidaten aufstellen könnten, den Antrag der Parteivertretung, das Mißtrauen auszusprechen, halte er für kindisch. Er glaube, daß, wenn der Antragsteller selbst in der Parteileitung gewesen wäre, derselbe auch genau so hätte handeln müssen.

Referent Gen. Dr. Adler (Schlußwort): Die Debatte war lang, aber höchst nothwendig. Es ist sehr nothwendig, daß der Parteitag mit dem Bewußtsein auseinandergeht, daß hier nichts verborgen geblieben ist, daß Niemand im letzten Winkel seines Herzens etwas verborgen habe, was hier nicht zum Ausdruck gebracht werden konnte. Wir sind es den Genossen und uns schuldig, daß volle Klarheit geschaffen werde. Die Anwürfe, welche gegen das Referat und gegen die Anträge der Parteivertretung erhoben wurden, sind alle eigentlich auf einen Punkt zurückzuführen: Die Wahlreform sei schlecht, sie sei eine Beleidigung für die Arbeiterklasse und es sei unserer unwürdig, sich mit ihr zu beschäftigen. Diejenigen, welche meinen, und es gibt auch solche hier, daß man die Badeni'sche Wahlreform noch verhindern kann, — das bezweckt der Antrag aus Mittelmähren und der Antrag des Gen. Berstl — sagen, daß wir alle Mittel in Bewegung setzen müssen, um diese Wahlreform zu verhindern. Ich habe schon in der Einleitung gesagt: Wenn uns Jemand ein Mittel dazu angeben kann, so werden wir es anwenden. Aber mit großen Worten ist nichts gethan. Wenn Gen. Berstl die 14 Tage oder 4 Wochen — so lange wird es dauern, bis der Entwurf das Abgeordnetenhaus passirt hat — auch noch so sehr ausnützt, um seine Rede zu wiederholen, so wird dadurch die Wahlreform Badeni's nicht verhindert werden. Da die Wahlreform nicht zu hindern ist, so wird ihnen der Parteitag auf diesem Wege nicht folgen. Wir stehen vor einer harten, vor einer unangenehmen Thatsache, aber vor einer Thatsache. Und daraus müssen wir die Konsequenzen ziehen. Das hat die Parteivertretung gewußt und darum hat sie den Antrag eingebracht, der, wie ich überzeugt bin, auch angenommen werden wird.

Der Antrag der Genossen des III. Wiener Bezirkes besagt im Wesentlichen dasselbe. Der Vertreter dieses Bezirkes hat mich beauftragt, hier zu erklären, daß er seinen Antrag zurückziehe, wenn unserem Antrage beigefügt werde, daß in die Wahlrechtsbewegung unter der Parole der Beseitigung der Kurien eingetreten werden soll. Ich finde, daß dies selbstverständlich ist, und wir sind gerne bereit, den Genossen in dieser Beziehung entgegenzukommen.

Es ist weiters eine Reihe von Anträgen eingebracht worden, die allerdings die Badeni'sche Wahlreform als eine Thatsache ansehen, aber zu einem anderen Schlusse kommen als wir. Gen. Gerin wünscht, daß wir die Mandate nieder-

legen, wenn wir sie haben. Ich meine, wenn wir sie haben werden, dann werden wir darüber weiter reden. Wir können doch nicht über Mandate, die vorläufig noch andere haben, beschließen. Andere Anträge decken sich mit dem, was die Parteivertretung beantragt hat, oder unterscheiden sich nur wenig. Wir haben gesagt, daß unmittelbar nach Annahme des Gesetzes die Parteivertretung alle Organisationen der zukünftigen Wahlkreise auffordern soll, ihre Vertrauensmänner zu einer Konferenz einzuberufen. Es ist selbstverständlich, daß das nicht anders möglich ist als durch unsere Bezirksorganisationen. Aber unsere Kreisorganisationen, wie wir sie heute haben, entsprechen nicht den neuen Wahlkreisen. Es muß speziell für die Wahlorganisation der Kreise ein Wahlkomité eingesetzt werden, damit die Organisation ausschließlich für den Wahlkampf zentralisirt ist. Diese sind also nicht mit den Kreisvertretungen, die wir heute haben, zu verwechseln. Das ist eine Nothorganisation, eine momentane Organisation, die geschaffen werden muß. Die zukünftige Parteivertretung wird sich an die Kreisvertretungen zu wenden haben. Aber ausgehen soll die Sache von der Parteivertretung. Diese hat den Moment zu bestimmen, in welchem eingegriffen werden muß und es ist unmöglich, dies den einzelnen Kreisvertretungen zu überlassen.

Es versteht sich von selbst, daß diese Wahlkreiskomités, die da gebildet werden sollen, autonom sind und nicht unter der Fuchtel dieser Parteivertretung, die man schrecklich zu fürchten scheint, obwohl ihr der Vorwurf gemacht wird, daß sie nichts thut (Heiterkeit), sondern die Kandidaten aufstellen werden, die sie wollen; es versteht sich ebenso von selbst, daß sie das thun müssen im Einvernehmen mit der Parteivertretung wegen der Einheitlichkeit der Aktion. Die Parteivertretung ist nicht dazu da, Ihnen Kandidaten zu oktroyiren, und selbst, wenn sie das thun wollte, so glaube ich, hat die Energie der heutigen Verhandlung bewiesen, daß Sie kräftig genug sind, um das zu verhindern. Aber die Parteivertretung hat die Pflicht, einheitlich die Sache zu organisiren, zu vermitteln, wo sich Widersprüche zeigen — das ist ihre Aufgabe und darum ist der Antrag Daszynski nothwendig. Der Antrag Beer, der noch vorliegt, spricht von einer Kronlandsleitung. Die gibt es aber nicht. (Gen. Beer: Das ist ein Irrthum!) Das meine ich auch! Ich möchte bitten, daß der Genosse seinen Antrag zurückzieht, weil er nur Verwirrung schafft.

Es liegt sodann eine Reihe von Anträgen in Bezug auf die Agitation vor. Zwei oder drei Anträge wünschen, daß man in die Landtagswahlen eingreift, um für die Beseitigung der indirekten Wahlen zu agitiren. Ja, Genossen, es gibt aber einige Kronländer, wo in der nächsten Zeit Landtagswahlen gar nicht sein werden, so in Böhmen und Galizien. Wir haben unsere Anträge deshalb etwas allgemein gefaßt und ursprünglich gesagt: Man soll einfach in der nächsten Zeit überhaupt auf die Landtage agitatorischen Einfluß nehmen. Der Zusatzantrag des Gen. Resel sagt, man solle außerdem bei den Landtagswahlen das machen; wir sind damit einverstanden, wenn irgendwo Landtagswahlen sind. Ein weiterer Antrag wünscht, daß für die Bestimmung des Sonntags als Wahltag eine besondere Agitation eingeleitet werde. Es ist sehr wünschenswerth, daß dies geschehe; ich möchte Sie aber bitten, daß Sie sich damit sehr beeilen, denn wenn Sie sich 14 Tage oder 3 Wochen Zeit lassen, würde es zu spät sein.

Es liegt schließlich ein Antrag vor, welcher sagt, daß man an jenem Tage, wo im Abgeordnetenhause die Abstimmung über den Wahlreformentwurf stattfindet, überall große Versammlungen abhalten soll, welche gegen diese Wahlreform Protest erheben. Dagegen läßt sich absolut nichts sagen. Aber wollen Sie die Versammlungen nicht überschätzen. Die Versammlungen werden wohl sehr hübsch sein, aber die Abstimmung über die Wahlreform im Abgeordnetenhause beeinflussen sie dadurch nicht. Und wenn Sie in diesem Sinne die Ver-

sammlungen einleiten, ist es sehr gut, daß wir formell an diesem Tage sagen: „Heute beweist Du Regierung und Du Abgeordnetenhaus, was Ihr für Leute seid und wir erklären Euch heute: Ihr gebt uns eine Wahlreform, wir kennen Euch aber, wer Ihr seid und wie Euere Wahlreform aussieht.“ Einen weiteren Einfluß auf das Schicksal der Wahlreform hat dies aber nicht.

Ich hätte mich noch mit dem Antrage Mornik zu beschäftigen, aber verzeihen Sie, Parteigenossen, daß ich das nur sehr kurz machen werde. Es ist eine alte Erfahrung, daß man nach zwei Jahren viel klüger ist über die Dinge, die vor zwei Jahren waren, als man es früher war, und der Gen. Mornik und noch eine sehr kleine Anzahl Genossen im I. Bezirke in Wien, die meinen, daß sie heute unser Verhalten tadeln dürfen, werden nach zwei Jahren ebenso überzeugt sein, daß ihr Urtheil, das sie heute fällen, falsch war. Sie werden auch gescheidter werden, ich verzweifle an ihnen durchaus nicht. (Heiterkeit.) Parteigenossen! Ich würde über den Antrag Mornik mich ungeheuer echauffiren, wenn ich glauben würde, daß er sehr ernst zu nehmen sei. Er ist wirklich gar nicht ernst zu nehmen. (Gen. Mornik: Also ein Spaß!) Kein Spaß, er ist Ihnen heute heiliger Ernst, aber auch Sie werden vom Apfel der Erkenntniß essen, wenn er Ihnen auch heute noch zu sauer ist. (Lebhafte Heiterkeit.)

Parteigenossen! Die Parteivertretung war sich vollständig bewußt, daß sie nicht nur die Pflicht hat, die Partei zu führen und die Geschäfte der Partei zu verwalten, sondern auch die Aufgabe hat, der Prügelknabe zu sein für alle Schicksale, welche die Partei während der Zeit erleidet. Wenn wir eine schlechte Wahlreform kriegen, ist das natürlich die Schuld der Parteivertretung. Wenn wir etwa in der Preßgesetzgebung einen Fortschritt machen, wenn wir etwas in der Berggesetzgebung durchsetzen, ist nicht die Parteivertretung daran schuld, sondern die Genossen. Was vernünftig ist, das machen Sie, was ungeschickt ist, das machen wir. (Lebhafte Heiterkeit.) Wer diese Theilung der Arbeit nicht übernehmen will (Heiterkeit), der soll sich an die Spitze einer Partei, wie die unsrige ist, überhaupt nicht stellen.

Nun erlauben Sie, daß ich mich jetzt mit einem Momente befasse, das in der Debatte wiederholt und in sehr merkwürdiger Weise zum Ausdruck gekommen ist. Mitunter dieselben Genossen, welche die Parteivertretung beschuldigen, daß sie den Wahlrechtskampf nicht auch im letzten halben Jahre mit demselben Eifer fortgeführt habe, wie unter der Koalition — und von dieser Aera hätte man sprechen sollen und nicht von der Zeit der Taaffe'schen Vorlage — dieselben Genossen sagen: „Glaubt Ihr denn, man kann immer mit dem Wahlrecht kommen? Wir haben ja auch wirthschaftliche Interessen.“ Dieselben Genossen, und auch Dr. Berstl, die verlangen, daß wir Himmel und Erde in Bewegung setzen sollen, um den Badeni'schen Reformentwurf unmöglich zu machen. Ich nehme zu seiner Ehre an, daß er so viel Vernunft hat, um zu wissen, daß wir diesen Entwurf nicht verhindern können, andererseits aber wirft er uns vor, daß wir die wirthschaftliche Bewegung vernachlässigen und reine Politiker sind. Das sind wir eben nicht. Wir nehmen die Arbeiterklasse als das, was sie ist, als eine zu politischen Dingen durchaus durch ökonomische Momente bewegte Klasse. Wir wissen genau, warum die Wahlrechtsbewegung bis zu einem gewissen Punkte zu treiben war, wissen aber auch, warum sie nicht weiter zu treiben war; die Arbeiterklasse in Oesterreich hat das ganz instinktive Bewußtsein gehabt, daß in ihr die Kraft ruht, ein Wahlrecht überhaupt zu bekommen, aber daß sie ohne parlamentarische Vertretung nicht fähig ist, soweit zu kommen, das Aussehen dieser Wahlreform zu bestimmen. In dem Momente, wo die Badeni'sche Wahlreform ihr gesagt hat: Mag sein, was will, Stimmzettel bekommt Ihr alle, in demselben Momente war die Heftigkeit und Kraft der Wahlrechtsbewegung *gebrochen*. (Zustimmung.) Glauben Sie mir, das haben

nicht wir gemacht. Wir wären ja dann Herrgötter, was wir wirklich nicht sind, aber die Genossen von der Opposition, wenn ich so sagen darf, halten uns dafür. Wir können nicht eine Bewegung machen, wir können nur als Sprachrohr aussprechen, was in den Arbeitermassen steckt und wenn Sie sagen, daß wir in der „Arbeiter-Zeitung" weniger gesagt haben, als was die Arbeiterklasse denkt, dann wagen Sie einmal diese Behauptung! Ich glaube, wenn wir uns eines Fehlers schuldig gemacht haben, so haben wir eher, und das wird Jeder zugeben müssen, in dieser Beziehung den Wahlrechtskampf schärfer in dem Blatte geführt, als er in den Organisationen und in den Massen der Arbeiterschaft lebendig war. Das ist selbstverständlich, in dem einzelnen Gehirne hat die eine Frage oder die andere die Vorhand. Es ist psychologisch und physisch unmöglich, mit einer Frage jahrelang die Massen in Bewegung zu halten; wir mußten es, um eine politische Wirkung zu erzielen, aber wir mußten uns auch endlich sagen: Das kommt, das können wir nicht verhindern, darüber hinauszugehen wäre heute eine Kraftvergeudung. Da sagt mir freilich Gen. Berstl, und er hat da ungefähr gesprochen, nicht wie ein sehr radikaler Genosse, sondern wie man das in Bourgeoisblättern zu lesen bekommt und wie es die Fabrikanten uns Sozialdemokraten nachsagen, daß wir hinausgehen auf's Land, die Leute entflammen und dann kommt es zu Streiks, die wir dann nicht unterstützen können. Gen. Berstl hat am allerwenigsten Ursache, in diesem Tone zu sprechen und Gen. Berstl weiß sehr wohl, er weiß es ganz genau, daß die Streiktaktik zu vertreten nicht unser Beruf, aber sein Geschäft ist. (Sehr gut! Gen. Dr. Berstl: Wir sprechen uns noch!) So stehen die Dinge und ich halte es der Oeffentlichkeit gegenüber für nothwendig, die Parteivertretung gegen solche Beschuldigungen zu verwahren (Beifall), die einfach mit den Thatsachen in gröbstem Widerspruche stehen, die den Kern unserer Agitation mißverständlich auslegen und die Massen, die noch unorganisirt sind, irreleiten. Wenn Sie unseren Genossen solche Dinge vorerzählen, müssen wir auf das energischeste dagegen protestiren, damit die Arbeiterschaft nicht irregeführt werde über uns und unsere Ziele. (Lebhafter Beifall.)

Parteigenossen! Man hat uns schon vor zwei Jahren den Vorwurf gemacht, daß wir im Oktober des Jahres 1893 dem Grafen Taaffe nicht aus der Patsche geholfen haben und daß wir für seine Wahlreform nicht genug Spektakel gemacht haben. (Rufe: Die wir jetzt haben wollen.) Ganz richtig! Heute können wir dafür sein, weil sie die Regierung nicht will (Heiterkeit), das ist ganz klar. Als die Reform des Grafen Taaffe gekommen ist, was haben wir gethan? Wir haben in einer Resolution erklärt: Diese Wahlreform ist eine unvollständige, sie enthält nicht das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht, aber sie ist eine Abschlagszahlung, die wir annehmen und für die wir sind. Weiter zu gehen und dem Grafen Taaffe durch Straßenkrawalle etwa gegen den Plener zu helfen, dazu haben wir gar keine Lust gehabt. Ich sage Ihnen ganz offen — es wurde uns das von gewissen Politikern zugemuthet und ich habe darauf zur Antwort gegeben: Dem Grafen Taaffe sollen wir die Kastanien aus dem Feuer holen, der uns dann auf der Straße vor dem Parlamente abfangen wird, der sagen wird: „Jetzt kommt Ihr? Ja, blutige Köpfe, Ausnahmszustand und keine Wahlreform! Ihr habt Euch ihrer unwürdig gemacht." In solche Fallen geht die sozialdemokratische Parteivertretung nicht. Wenn von dem kräftigen Widerstande gesprochen wurde, so ist dieser Widerstand nicht gegen die Wahlreform des Grafen Taaffe gemacht worden, das ist nicht wahr, er ist gemacht worden gegen die Wahlreform der Koalition und gegen alle Reformen, die unter der Koalition aufgetaucht sind. Der Widerstand gegen die Entwürfe der Koalition war größer als gegen den des Grafen Badeni, weil während der Koalition keine feste Wahlreform in der deutlichen Absicht, sie durchzuführen,

aufgetaucht ist. Nicht ein einzigesmal haben Regierung und Parlament gesagt: Diese Wahlreform wollen wir, diese machen wir. Wir haben uns auch nicht gegen eine einzelne oder für eine einzelne echauffirt, wir haben die Leute vorwärts gepeitscht, bis sie mit ihrem Latein fertig waren und sich unfähig erklären mußten, etwas zu machen. Ein anderer Grund war der, weil alle diese Wahlreformen zur Grundlage gehabt haben die Absperrung der Arbeiter in eine separate Kurie und heute nach dieser langen Debatte, nachdem über die Badeni'sche Wahlreform und von mir nicht zum mindesten gehörig geschimpft worden ist, erkläre ich, daß der große Vorzug der Badeni'schen Wahlreform vor allen anderen Reformen — auch der Taaffe'schen — welche alle gesagt haben: Das Wahlrecht haben 1. die Fünfguldenmänner, 2. die beim Militär gedient haben, 3. die zwei Jahre Krankenkassa haben u. s. w. — der ist, daß sie zum erstenmal sagt: Das Wahlrecht hat jeder vierundzwanzigjährige Mann mit den und den kleinen Ausnahmen. Das ist der große Unterschied. Und zweitens ist diese Wahlreform die erste, welche es uns möglich macht, die Wahlbewegung als Klassenkampf auszunützen, die uns nicht Mandate, sondern ein Wahlrecht gibt. Die Sache liegt einfach so: Alle Wahlreformentwürfe, die von Plener abstammen — und das waren ja die Entwürfe der Koalition alle — alle wollten uns Mandate geben, aber kein Wahlrecht. Die Badeni'sche Wahlreform gibt uns ein Wahlrecht, aber freilich keine Mandate. Wir haben in der Badeni'schen Wahlreform auf viel weniger Mandate zu rechnen als in irgend einer anderen Wahlreform, die wir von der Koalition bekommen hätten. Aber wir haben einen Wahlkampf mit allen anderen Parteien, sie müssen sich uns stellen zum Gefechte und das ist ein großer Vorzug; wir haben das Recht, in die Hütten einzubrechen, wie Graf Hohenwart gesagt hat, und wir werden in ihre Hütten einbrechen. Das ist der Grund, warum die Parteivertretung etwas den Kampf gemildert hat, das ist der Grund, der die ganze Arbeiterschaft Oesterreichs veranlaßt hat, ganz anders über die Lage zu denken.

Wenn die Haltung der „Arbeiter-Zeitung" angefochten wurde, erlaube ich mir zu bemerken, daß wir beim Punkte „Presse" noch darauf zurückkommen können. Die „Arbeiter-Zeitung" ist das Reservoir, aus dem alle Argumente gegen die Badeni'sche Wahlreform geschöpft wurden. (Widerspruch seitens Gen. Resel.)

Es thut mir leid, aber ich habe hier auf dem Parteitage und auch früher kein Argument gehört, das ich nicht vorher in der „Arbeiter-Zeitung" gelesen hätte. (Oho-Rufe.) Ich bitte, es wird mir lieb sein, wenn Sie mich darüber berichtigen. Die „Arbeiter-Zeitung" hat nicht ein einziges Argument gegen die Badeni'sche Wahlreform ausgelassen und es ist nicht richtig, wenn Sie ihr darin einen Vorwurf machen. Ich glaube, daß wir es mit jedem anderen Blatte in der Bekämpfung des Badeni aufnehmen können.

Und nun, Parteigenossen, erlauben Sie mir eine Bemerkung. Die Sozialdemokratie ist eine Partei ganz eigenthümlicher Art. Ihre Wirksamkeit beruht nicht allein darauf, was sie thut, sondern vor Allem darauf, was sie ist. Das Vorhandensein der Sozialdemokratie, daß es so viele Sozialdemokraten gibt, das ist das Wirksame. Und, Parteigenossen, diejenigen von Ihnen, die mit einer höchst begreiflichen Ungeduld eine jede Woche, wo die Partei nicht eine große Aktion veranstaltet, für eine verlorene halten, werden sich überzeugen, daß die Partei oft in der Stille mehr wächst als während der größten und lärmendsten Aktion. (Zustimmung.) Die gewerkschaftliche Organisation ist sehr rasch gewachsen, hat vielfach nur äußerlich die Grenzen abgesteckt, aber den Rahmen der Organisation noch nicht ausgefüllt. Die nöthigen Kräfte für die Wahlbewegung aufzubringen, wird sehr schwer sein. Wir dürfen nicht glauben, daß wir mit denselben Mitteln arbeiten können, mit denen bisher gearbeitet wurde oder mit welchen andere Parteien bei der Wahlagitation arbeiten. Unsere Agitation wird

eine lange vorbereitete sein müssen. Vergessen Sie das nicht. (Zustimmung.) Wir können auch die Organisation für die Wahlen nur dort suchen, wo sie geschaffen wird, nicht von uns, sondern durch die kapitalistische Entwicklung. Diese Organisation werden sie uns nicht nehmen können. Ich weiß nicht, welche Absichten und Pläne Sie beim Punkte Organisation haben. Aber das sage ich Ihnen schon jetzt, daß ich es für eine große Gefahr halten würde, wenn Sie wesentliche und einschneidende Aenderungen in der Organisation in einem Momente vornehmen würden, wo wir vor einer großen und umfassenden Aktion stehen. Ich meine, solche Aenderungen müssen verschoben werden.

Eine persönliche Bemerkung: Es wurde mir soeben mitgetheilt, daß ich vom Gen. Dr. Berstl behauptet hätte, es sei sein „Geschäft", die Streiks zu machen. Das wollte ich nicht sagen. Das versteht sich ja von selbst. Ich wollte dem Charakter des Dr. Berstl durchaus nicht nahetreten, sondern habe gemeint, daß er sich damit beschäftigt. (Gen. Dr. Berstl: Das ist nicht wahr!) Das ist etwas anderes, aber es ist meine Meinung. Ich sage also: Er beschäftigt sich damit, Streiks zu organisiren, da er weitmehr von ihrer Wirksamkeit hält als wir, die er beschuldigt, für gut halten. Damit ist die Sache für mich erledigt.

Nun hat eine Anzahl von nordböhmischen Genossen hier gesagt: Das, was Ihr wollt, ist vielleicht eine sehr nothwendige Sache. Aber wartet doch, bis die Wahlreform Gesetz ist. Das geht nicht. Der Parteitag ist dazu da, um bindende Entschlüsse zu fassen und den Genossen, die uns hiehergeschickt haben, auch etwas Bestimmtes und Präcises zu sagen. (Zustimmung.)

Wir können die Wahlreform nicht erst anerkennen, wenn sie von beiden Häusern des Reichsrathes angenommen und von der Krone unterschrieben ist. Wir wissen, daß sehr viele Dinge, die unterschrieben sind, nicht Gesetz werden und andere Dinge, die noch nicht unterschrieben sind, Gesetz werden; und diese Einsicht wollen wir hier benützen.

Es wird der Parteivertretung vorgeworfen, daß sie schon im August oder September gewußt hat, wie die Wahlreform Badeni's aussehen werde. Ich hatte, wie Pernerstorfer ganz richtig errathen hat, meine Kenntnisse nur aus den „Narodni Listy". Wenn aber die Genossen glauben, daß wir so gescheidt sein müssen, daß wir alles lange zuvor wissen, dann sollten sie uns auch glauben, daß wir heute bereits wissen, was alle Welt weiß und was die Spatzen auf den Dächern pfeifen, daß die Wahlreformvorlage in ein paar Wochen Gesetz sein wird. Man sagt uns einerseits, wir sind zu vorsichtig gewesen und heute will man von uns, wir sollen kurzsichtig sein.

Mit dem Beschlusse, den der Parteitag unzweifelhaft fassen wird, tritt die sozialdemokratische Partei in Oesterreich in eine neue Epoche, zum erstenmal in einen modernen politischen Kampf mit modernen politischen Mitteln. Ich gebe zu, daß diese Mittel verkümmert sind; sie sind nicht so wirksam wie das gleiche und direkte Wahlrecht. Es wird uns schwer gemacht, sie zu handhaben, durch die Ausdehnung der Wahlbezirke; aber es ist denn doch zum erstenmal ein wirklicher politischer Kampf. Für diesen Kampf, Parteigenossen, gilt es, uns zu rüsten, für diesen Kampf gilt es, mit Bestimmtheit und Entschlossenheit die Vorkehrungen zu treffen, nicht zu fackeln, nicht Hasen nachzulaufen, die wir nicht fangen können. Für uns steht die Frage so, sollen wir zum Kampfe für das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht auch die Wahlagitation in der fünften Kurie benützen oder nicht. Wir sagen, das müssen wir thun. Ich glaube, wir können ohne Unbescheidenheit sagen, wenn wir bei unseren elenden Zuständen, wenn wir mit der Preßgesetzgebung, die wir haben, wenn wir mit unserem Versammlungsrecht, mit unserem Vereinsgesetz und ohne jedes Wahlrecht so weit gekommen sind, als wir heute sind, so werden wir mit dem neuen Mittel keinen Rückschritt machen. (Lebhafte Zustimmung.)

Hier sitzt eine Reihe von Genossen, die schon einmal in Prag waren, seitdem aber nicht mehr; es sitzt hier eine Reihe von Ausgewiesenen, die man nur aus Prag ausweisen konnte, weil man sie erst in Ketten hieher geschleppt hatte, es sitzt hier eine Anzahl von Leuten, die monatelang in Untersuchungshaft gehalten wurden und dann mitunter nur zu einem Monate oder nur zu ein paar Tagen verurtheilt wurden, nur um sie ausweisen zu können. Da sitzen Genossen, die auf Grund einer Anklage verurtheilt wurden, die, wenn man sie heute liest, wie eine Geschichte aus dem Mittelalter klingt und das ist doch nur 12 bis 14 Jahre her. Gerade diese Parteigenossen werden mir zugeben, wenn sie damals gedacht hätten, daß sie im Jahre 1896 hier in Prag als Delegirte zu einem Parteitag erscheinen werden, daß die Kerle, die sie verurtheilt haben, und die heute noch leben, es dulden müssen, daß wir hier aussprechen, daß es in Oesterreich nur eine vernünftige, zielbewußte und praktische Partei gibt, die Sozialdemokratie, so würden sie im Gefängniß gesagt haben, wir sitzen nicht umsonst da. Es sitzt hier ein Genosse, von dem schon die Rede war, er ist 10 Jahre im Kerker gesessen. Sagen wir es offen und er wird es nicht leugnen, er ist mit ganz anderen Anschauungen von der Welt hineingegangen, als er heute hat. Er hat dem sogenannten „radikalen" Flügel der Partei angehört und er wird selbst einsehen, daß diese Ansichten irrige waren. Wenn man ihm gesagt hätte, daß nach ein paar Monaten, nachdem er herausgekommen ist, hier ein sozialistischer Parteitag sein wird, wären ihm die 10 Jahre ein wenig leichter geworden. Wir lassen uns durch die Geschichte erziehen und das befähigt uns auch, Geschichte zu machen. Die Sozialdemokratie ist eine Partei, der es nicht darum zu thun ist, von der Revolution zu reden, sondern die Revolution zu machen. Wenn man sie aber machen will, dann muß man die Massen bereit stellen für den Kampf, und dazu muß man jedes Mittel benützen, und wir müssen auch den Vorwurf auf uns nehmen, den uns die Träumer machen, daß wir zu praktische Leute sind. Ja, wir sind nüchtern und praktisch; aber wir wissen, daß, wenn wir einen kühlen Kopf haben, dies nicht hindert, daß wir ein warmes Herz haben. Der kühle Kopf wird aber das warme Herz regieren, und so kommen wir zum Siege. (Lebhafter Beifall.)

Gen. Dolejšy (Budweis) berichtigt, daß er sich nicht gegen die Resolution der Parteivertretung erklärt habe.

Gen. Dr. Berstl (Neunkirchen) berichtigt, daß Gen. Dr. Adler gerade aus den Privatgesprächen mit ihm wissen sollte, daß es nicht wahr sei, daß er sich damit beschäftige, Streiks zu organisiren.

Es wird hierauf zur Abstimmung geschritten.

Ueber die Resolution der Parteivertretung wird die namentliche Abstimmung beantragt.

Der Antrag wird angenommen.

Der Antrag des Gen. Hanich, über die einzelnen Punkte der Resolution getrennt abzustimmen, wird abgelehnt.

Der Antrag des Gen. Dr. Berstl lautet:

„Die Regierungsvorlage, betreffend die Wahlreform, sei auf das Entschiedenste zu bekämpfen, mit allen Mitteln müsse verhindert werden, daß diese Regierungsvorlage Gesetz und daß auf Grund dieser Regierungsvorlage gewählt werden könne."

Der Antrag wird mit allen gegen 2 Stimmen abgelehnt.

Der Antrag der mittelmährischen Kreisorganisation:

Der Parteitag möge beschließen:

„Die Regierungsvorlage, betreffend die Wahlreform, sei auf das Entschiedenste zu bekämpfen und mit allen Mitteln müsse versucht werden, sie unmöglich zu machen."

Wird mit allen gegen 7 Stimmen abgelehnt.

Ebenso wird der Antrag Gerin mit allen gegen eine 1 Stimme abgelehnt.

Der Antrag Resel, daß es im ersten Punkt der Resolution der Parteivertretung anstatt: „und ihre Annahme ist unzweifelhaft", heißen soll: „und ihre Annahme ist wahrscheinlich", wird mit 47 gegen 38 Stimmen abgelehnt.

Hierauf zieht Gen. Resel seine übrigen Abänderungsanträge zurück.

Der Vorsitzende erklärt, daß, nachdem sich die Parteivertretung mit der Formulirung des Punktes 3, wie sie vom Gen. Resel beantragt wird, einverstanden erklärt, die Anträge der Parteivertretung mit dieser Abänderung zur Abstimmung gelangen. Dieselben lauten:

1. Der Parteitag beschließt:

„Die Wahlreform, die von der Sozialdemokratie der Regierung und dem Parlamente abgezwungen wurde, liegt abgeschlossen dem Parlamente vor und ihre Annahme ist unzweifelhaft. Sie gewährt dem arbeitenden Volke das allgemeine Wahlrecht nur, um die Wirkung seines Stimmrechtes zu vernichten. Der gesammte Besitzstand der österreichischen Verfassung an Vergewaltigung, Unterdrückung und Korruption wird unverkürzt erhalten und die fünfte Kurie den Vertretern der besitzenden Klassen zur Majorisirung ausgeliefert. Die ungeheuerliche Größe der Wahlbezirke, das indirekte Wahlrecht, die Bedingung der sechsmonatlichen Seßhaftigkeit gestaltet die Wahlreform zu einem wahren Monstrum. Die Badenische Wahlreform entspricht darum in keiner Weise dem Willen und dem Bedürfniß des arbeitenden Volkes, sondern ist ein von der Noth des Momentes eingegebenes elendes Flickwerk. Der Parteitag protestirt entschieden dagegen, daß in der Anflickung einer fünften Kurie die Erfüllung der in der Wahlrechtsbewegung ausgesprochenen Forderung gesehen werde. Der Kampf zur Erringung des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechtes muß darum auch fernerhin mit aller Energie fortgeführt werden."

2. Der Parteitag beschließt weiter:

„Nachdem die Vergewaltigung durch die fünfte Kurie eine so gut wie vollendete Thatsache geworden, ist es die Pflicht der Partei und ihrer Vertreter, aus diesen gegebenen Thatsachen den größtmöglichsten Nutzen zu ziehen, und das neue Wahlunrecht als Mittel der Agitation und Organisation, wie insbesondere als Waffe zur Erringung des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechtes gründlich auszunützen. Die Parteivertretung wird darum beauftragt, nicht erst die Ausschreibung von Neuwahlen abzuwarten, sondern gleich nach dem Inslebentreten der neuen Wahlordnung die Vertrauensmänner einzuladen, an einem geeigneten Orte des Wahlkreises zusammenzutreten, um die Wahlagitation in die Hand zu nehmen und Kreiswahlkomités zu bilden."

3. „In allen Kronländern ist eine kräftige Agitation zur Beseitigung des indirekten Wahlrechtes zu entfalten, und ist hiezu auch in den Landtagswahlkampf einzutreten."

Mit „Ja" stimmten die Delegirten: Hueber, Ingwer, Izda, Schuhmeier, Feigl, Ranziglio, Gruber, Hesky, Dohnal, Palka, Racek, Maier, Beer Rudolf, Grosse, Skaret, Palme, Dittrich, Göpfhardt, Scheibenpflug, Wutschel, Holly, Witzmann, Svetlik, Smitka, Adler, Ellenbogen, Popp Julius, Smetana, Pelikan, Schrammel, Tomschik, Neumann, Němec Anton, Beer Heinrich, Preußler, Popp Adelheid, Radimsky, Bretschneider, Weiguny, Prähauser, Nitsche, Resel, Pongratz, Grablowitz, Schelch, Eich, Coberl, Holzhammer, Schäfer, Dobiasch, Götz, Fritsch, Dolejšy, Lösel, Hloma, Jobst, Frank, Ebert, Neumann, Kern, Herrmann, Seidl, Ackermann, Milota, Staubwasser, Seifert, Hubeny, Krejči, Vaněk, Sturz, Dědic, Rais, Steiner, Maly, Kiesewetter, Schiller, Trübenecker, Lukašik, Moosdorf, Treybal, Seliger, Zeller, Hecker, Schaler, Prohaska, Krátký, Elderšch, Rieger, Dr. Morgenstern, Neumann, Schönwälder, Schloßnickel, Berner, Wanko, Daszynski, Fränkl, Weidler, Mandl, Reger, Trnka, Hanusch.

Mit „Nein" stimmten die Delegirten: Mornik, Gröbner, Widlar, Gerin, Zedníček, Sveceny, Kovař, Myslivečck, Krapka.

Der Abstimmung haben sich enthalten die Delegirten: Berstl, Scholz, Zavertnik, Schweichart, Pantsch, Roscher, Siy, Hanich.

Die Anträge sind somit mit 101 gegen 9 Stimmen angenommen.

Die Anträge, welche sich auf die Aufstellung von Kandidaten beziehen, werden beim Punkt „Organisation" zur Abstimmung gebracht werden.

Die Abstimmung über den Antrag a) der Organisation Wien, IX, entfällt.

Ueber den Antrag b):

„Sämmtliche Kandidaten haben das sozialdemokratische Programm (Hainfelder Programm) zu acceptiren."

beantragt Gen. Resel zur Tagesordnung überzugehen, was angenommen wird.

Der Antrag Scholz wird für erledigt erklärt. Der Antrag Mornik: Der Parteitag wolle beschließen:

„Der abtretenden Parteivertretung wird wegen des zweifelhaften Verhaltens dem Badeni'schen Wahlreformentwurfe gegenüber das Mißtrauen ausgesprochen."

wird mit allen gegen 2 Stimmen abgelehnt.

Der Antrag: Der Parteitag beschließt:

„In der Presse sowohl als in allen bezüglichen Versammlungen ist nachdrücklichst die gesetzliche Feststellung des Sonntags als Wahltag zu fordern."

wird einstimmig angenommen.

Der Antrag der Kreisvertretung Westböhmens:

„Im Falle die Badeni'sche Wahlreform Gesetz werden sollte, wolle die Parteivertretung ein leicht verständliches Handbuch herausgeben, welches der Arbeiterschaft eine Anleitung und das Verhalten über und zu den Reichsrathswahlen klarlegen soll, und zwar zu einem billigen Preis."

wird angenommen.

Hiemit ist dieser Punkt der Tagesordnung erledigt.

Gen. Sturz (Prag) berichtet über den Streik, der bei der Firma Perutz in Lieben ausgebrochen ist. Die Wohnungen sind den Leuten von den Fabrikanten gekündet und die Möbel auf die Straße gestellt worden. Die Arbeiter zogen mit den Bildnissen Lassalle's und Marx' durch die Stadt; vor dem Gemeinde-Amte wurden Hoch-Rufe, vor der Fabrik Pereat-Rufe laut.

Gen. Roscher (Reichenberg) dankt im Namen der Streikenden für die Unterstützung, die von der Parteivertretung denselben zugewendet wurde und verweist auf die tiefe Verelendung der Textilarbeiter überhaupt.

Vorsitzender gibt bekannt, daß als Resultat der Sammlung für die Streikenden 38 fl. 74 kr. eingelaufen sind.

Gen. Hueber (Wien) stellt in Aussicht, daß von der Gewerkschaftskommission den Streikenden 300 fl. werden zur Verfügung gestellt werden.

Schluß der Sitzung 8 Uhr 50 Min.

Vierter Verhandlungstag am 8. April 1896.

Vormittagssitzung.

Beginn der Sitzung 9 Uhr 20 Min.

Vorsitzender Gen. Zeller.

Nach Eröffnung der Sitzung werden die eingelaufenen Telegramme und Zuschriften verlesen und sodann zum vierten Punkte der Tagesordnung: *Organisation und Taktik*, übergegangen.

Referent Gen. Neumann (Wien): Parteigenossen! Die Parteivertretung ist seit jeher auf dem Standpunkte gestanden, daß die politische und ökonomische Organisation eng verbunden sein muß, daß eine ökonomische Macht nur zu erringen ist, wenn nach beiden Seiten hin, sowohl politisch als wirthschaftlich gekämpft wird. Diesem Gedanken wurde auch in dem Organisationsstatut Ausdruck gegeben, welches bereits im Jahre 1892 die Partei auf dem Parteitage in Wien sich gegeben hat und das mit einigen Abänderungen auch im Jahre 1894 angenommen wurde. Das Organisationsstatut ist durch die gegebenen Verhältnisse diktirt worden, und es wurde Raum geschaffen für die Entwicklung der wirthschaftlichen Organisation. Wenn Sie nur um einige Jahre zurückdenken, so werden Sie finden, daß früher die Möglichkeit dazu nicht gegeben war. Noch in der jüngsten Zeit waren die Arbeiter geknebelt in Bezug auf Vereine und Versammlungen; aber wir haben gekämpft und schrittweise uns Raum geschaffen, und wir müssen sagen zum großen Theile ist uns dies bis zum heutigen Tage gelungen. Es ist dies eine sehr hervorragende Leistung, die allerdings auf politischem Gebiete liegt, die jedoch den gewerkschaftlichen Organisationen in erster Linie zugute gekommen ist, und wenn heute die gewerkschaftlichen Organisationen entwickelter dastehen als in den Jahren 1890 und 1892, oder gar als in den Jahren 1884 und 1880, so haben Sie das diesem politischen Kampfe zu danken. Es ist daher unrichtig, wenn man sagt, die Partei hätte sich allzu viel mit politischen Fragen beschäftigt, die wirthschaftlichen Fragen vernachlässigt. Wenn irgendwo eine ökonomische Bewegung sich gezeigt hat, war es gerade die politische Partei, welche in erster Linie eingegriffen hat, welche es ermöglicht hat, daß diese Bewegung nicht mit einem Schlage unterdrückt wurde. In dieser Richtung hat die Partei und ihre Vertretung ihre Aufgabe ganz und voll erfüllt. Die Parteivertretung hat aber auch dahin gewirkt, daß eine gewisse Theilung der Arbeit vor sich gehe. Die Parteivertretung selbst hat die Anregung gegeben, daß eine Gewerkschaftskommission gegründet werde, und Jene, die objektiv urtheilen, werden sagen, daß diese Einrichtung sich bewährt hat, und sie wird sich weiter und wird sich besser bewähren, wenn die Genossen in den Gewerkschaften dieselbe in dem gehörigen Maße unterstützen.

Der Bericht sagt Ihnen, was in der Zeit vom Jahre 1894 bis heute geschehen ist. Im Jahre 1894 hat sich in Wien selbst eine gewaltige Bewegung gezeigt, die Arbeitseinstellung der Gasarbeiter, wo wir sofort einzugreifen und die Genossen zu unterstützen hatten. Eine ganze Reihe von anderen mächtigen Bewegungen ist seit dem Jahre 1894 durchgeführt worden und immer finden Sie, daß in erster Linie hervorragende Parteigenossen thätig eingegriffen und alles gethan haben, was sie thun konnten und was im Interesse der gewerkschaftlichen Organisation wie in dem der Partei selbst gelegen war.

Dem Parteitage liegen zu Punkt Organisation nur Anträge der Parteivertretung vor, die wichtig sind, und es haben sich Manche darüber gewundert, daß es nicht mehr Anträge sind. Ich will Ihnen unsere Stellung erklären: Es ist wohl richtig, daß das Organisationsstatut Lücken hat und mangelhaft ist. Wir haben zuerst im Jahre 1892 Landesorganisationen eingerichtet; im Jahre 1894 sagteman, es sollen die Landesorganisationen fallen, und man möge die Kreisorganisationen einrichten. Man wollte es mit der Einrichtung von Kreisorganisationen möglich machen, daß, wo sich die Nothwendigkeit dazu ergibt, in einem Lande mehrere Organisationen neben einander bestehen können. Die Erfahrung, die wir hier gemacht haben, ist zwar keine besonders günstige, da einige Bezirksorganisationen von einer Kreisorganisation zur andern wandern. Auch in Wien selbst haben wir mit unserer Einrichtung keine besonders glänzenden Erfahrungen gemacht. Wien hat eine ganz exzeptionelle Stellung in

diesen Organisationen eingenommen. Die Stadtbezirke sind selbständige Bezirksorganisationen, welche dann erst ihre Lokalorganisation bilden. Die Genossen hatten die Eintheilung, die da getroffen worden ist, falsch aufgefaßt. Sie meinten, um ihre Selbständigkeit vollkommen zu wahren, hätten sie erst bestimmende Beschlüsse zu fassen über die Beschlüsse, die von der Parteivertretung ausgingen, und so kam es denn, daß die Partei eine Reihe von Beschlüssen gefaßt hat, an deren Durchführung die Ortsorganisation als eine durchführende Organisation nicht sofort getreten ist, sondern vielmehr erst berathen hat, ob die Beschlüsse durchzuführen seien oder nicht. Infolge dessen wurde die Schlagfertigkeit der Organisation empfindlich beeinträchtigt und nach Außen das Bild des Zauderns bei der Durchführung von Beschlüssen geboten, was jedenfalls nicht im Interesse der Partei gelegen war. Es ist daher nothwendig, hier zu erklären, daß diese örtlichen Organisationen ein ausführendes Organ der Beschlüsse der Gesammtpartei, respektive der Beschlüsse der Parteivertretung sind. Eine solche Disziplin muß durchgeführt werden im Interesse der gemeinsamen Sache. Wir haben Gelegenheit gehabt, weitere Bemerkungen über die Organisation und über die Durchführung der Parteibeschlüsse zu machen. Wir können uns nicht verhehlen, daß unsere Partei an einem empfindlichen Mangel an tüchtigen und zugleich thätigen Genossen leidet. Wir haben sehr häufig darüber Klagen gehört, daß in der Provinz die Beschlüsse der Partei nicht mit jener Intensität durchgeführt werden, wie es eigentlich nothwendig wäre, und wir müssen gestehen, daß in so manchen Gegenden, in so manchen Kreisorganisationen Beschlüsse bis zum heutigen Tage noch nicht durchgeführt sind. (Sehr richtig!) Die Feststellung der Organisationsbezirke an und für sich hat schon sehr viel zu wünschen übrig gelassen. Auf den Konferenzen hat man die Kreisorganisationsbezirke nicht erweitert, oder hat in die Kreisorganisationen nur jene Orte einbezogen, von denen man gewohnt war, daß sie in der Organisation stehen. Die Genossen, die außerhalb der Kreisorganisationen gestanden sind, haben sich wiederholt darüber beklagt, daß sie vernachlässigt und nicht in die Organisation miteinbezogen werden. Das ist aber ein Vorwurf, der nicht allein die politische Partei treffen kann; dieser Vorwurf muß auch die Gewerksorganisationen treffen. Die Parteivertretung selbst hat es sich stets zur Aufgabe gemacht, in Kreise einzudringen, wo die Arbeiter noch nicht organisirt sind. Das kostet sehr viel materielle Opfer, und die Parteivertretung war nicht im Stande, alle diese materiellen Opfer aufzubringen. Die Gewerkschaften sind berufen, die Arbeiterorganisation auszubauen. In dem Punkte der Gewerkschaftsbewegung ist noch ein großes Stück Arbeit zu leisten.

Die Parteivertretung selbst hat also auch mit dem vollen Bewußtsein, daß diese Organisationsstatuten Lücken haben, dennoch keine einschneidenden Abänderungsanträge zum Organisationsstatut eingebracht. Es liegen von ihrer Seite zwei Anträge vor, von denen der eine sagt, daß die Trennung der Verwaltungsgeschäfte der Partei von der „Arbeiter-Zeitung" vor sich zu gehen habe, der zweite sagt, daß die Parteitage nunmehr regelmäßig in jedem Jahre stattzufinden haben. Wenn die Parteivertretung speziell in Bezug auf das Organisationsstatut nicht besondere Abänderungsvorschläge eingebracht hat, so hat Dr. Adler bereits gestern in seinem Schlußwort über die Wahlreform den Grund angegeben. Es liegen uns allerdings Anträge vor, unsere Organisation sei nach den 72 Wahlkreisen einzurichten, welche der Wahlreformentwurf Badeni's aufweist. Es ist ja ganz klar, daß wir im Falle der Annahme dieses Entwurfes in den 72 Wahlkreisen eine ganz intensive Agitation werden entwickeln müssen, und es liegt da in der That der Gedanke nahe, sofort die gegenwärtigen Organisationen umzuwandeln in 72 Organisationskreise. Aber ein gewaltiger Hemmschuh *hindert uns nämlich*, die Organisation so einzurichten, und diese:

ist die eigenthümliche Eintheilung der Wahlkreise. Die industriereichen Orte, die in unmittelbarster Nähe des Wahlortes liegen, werden von dem Wahlkreise abgetrennt und einem andern überantwortet. Also es wäre heute eine tiefgreifende Abänderung im Organisationsstatut zu beschließen, die im nächsten Jahre am Parteitag wieder etwa umgeworfen werden müßte; das werden Sie keinesfalls wollen, sondern Sie werden vielmehr auf dem Standpunkte stehen, wir rütteln gegenwärtig an der politischen Organisation nicht, machen es aber möglich, unsere Erfahrungen sobald als möglich zu verwerthen. Darum hat Ihnen die Parteivertretung den Antrag vorgelegt, daß alljährlich Parteitage einzuberufen sind. Auch aus einem andern Grunde: Während der Intervalle von einem Parteitage zum andern sammelt sich sehr viel Zündstoff an. Es gibt eine Menge von Leuten, welche die Thätigkeit der Parteivertretung mit kritischen Blicken verfolgen und immer finden, daß Dies und Jenes hätte besser gemacht werden können. Damit diese Genossen Gelegenheit haben, ihre Ansichten möglichst oft öffentlich vorzubringen und ihre Thätigkeit nicht in gewisse Konventikel verlegen, schlägt Ihnen die Parteivertretung vor, daß alljährlich Parteitage stattzufinden haben. Allerdings ist damit auch die Kostenfrage verbunden. Ich bin überzeugt, daß in manchen Provinzen erklärt werden wird, daß es nicht möglich ist, alljährlich Delegirte an den Parteitag zu entsenden. Es erfordert aber das Interesse der Partei, daß diese Klippe überwunden wird, sei es auch in der Form, daß die Delegation keine so reiche ist, sondern daß mehrere Orte sich zusammenfinden, welche einen Delegirten entsenden.

Wir haben auch damit gute Erfahrungen gemacht, daß wir die Parteivertretung so zusammengestellt haben, daß Genossen aus den Provinzen in der Parteivertretung sind. Wir konnten nur 7 Reichskonferenzen abhalten. Aber diese waren von hervorragendster Bedeutung, und haben uns den Provinzgenossen außerordentlich nähergebracht. Wenn also schon die Häufigkeit dieser kleinen Konferenzen nützlich war, um wie viel mehr werden es Parteitage sein! Die Aufgaben, die wir zu bewältigen haben werden, sind ja keine geringen. Ich habe Ihnen angeführt, daß wir sowohl auf politischem als ökonomischem Gebiete kämpfen müssen. Wir müssen dahin wirken, daß wir in uns fernstehende Massen eindringen, wir haben aber auch einzudringen in jene Organisationen, welche gerade nicht Kampforganisationen sind, sondern die sich mit der Unterstützung der Arbeiterschaft beschäftigen. Wenn Sie objektiv urtheilen, werden Sie finden, daß alles, was mit den schwachen Mitteln, welche der Parteivertretung zu Gebote standen, durchgeführt werden konnte, auch wirklich durchgeführt wurde. Nun zu den Anträgen.

Der Antrag der niederösterreichischen Kreisvertretung beschäftigt sich unter andern auch mit den Partei-Einnahmen. Das ist ein trauriges Kapitel. Es ist Thatsache, daß die politische Partei nicht über jene Mittel verfügt, über welche sie verfügen sollte. Und wenn heute vielleicht der Parteivertretung Vorwürfe gemacht werden, daß so manchesmal die Taktik der Partei sich nicht durch jene Promptheit ausgezeichnet habe, die eigentlich nothwendig gewesen wäre, so werden Sie als Grund finden, daß die finanziellen Mittel dazu fehlten. Es ist unzweifelhaft, daß beispielsweise dem Beschlusse des Parteitages vom Jahre 1894, thätig in die Bergarbeiterbewegung einzugreifen, nicht im wünschenswerthen Maße Folge geleistet werden konnte, weil die materiellen Mittel dazu fehlten. Der Umstand, daß viele verschiedene Vorschläge über die Aufbringung der materiellen Mittel für die Parteivertretung dem Parteitage vorliegen, beweist schon, daß diese Kalamität auch von den Genossen, die nicht am Sitze der Parteivertretung sind, empfunden wird. Es wurde oft an die Parteivertretung die Bitte um Redner gestellt, ohne daß wir diesen Wünschen nachkommen konnten, weil die Genossen die Kosten für die

Agitation nicht aufbringen konnten, und weil wir vor leeren Kassen standen. Sie haben im Jahre 1894 einen Beschluß gefaßt, der in finanzieller Richtung von einer tief einschneidenden Wirkung gewesen ist. Es war dies der Beschluß, auf den wir noch bei dem Punkte „Presse" zu sprechen kommen werden, und welcher der Parteivertretung die Aufgabe zugewiesen hat, sobald als möglich an die Gründung eines täglich erscheinenden Blattes zu schreiten. Welchen Erfolg wir dadurch erzielt haben, das zu besprechen ist nicht meine Sache. Thatsächlich hat nicht nur die politische, sondern auch die gewerkschaftliche Organisation durch diesen Beschluß der Parteivertretung und durch dessen Durchführung ungemein viel gewonnen, wenngleich nicht zu verschweigen ist, daß die Partei selbst schwere materielle Opfer bringen mußte.

Die Parteivertretung selbst hat Ihnen einen Antrag in Bezug auf die Aufbringung von Mitteln vorgelegt. Zwei Ansichten über die Aufbringung von Mitteln gibt es unter den Genossen. Die Einen sagen: Die Mittel für die politische Bewegung sind gleichzeitig aufzubringen mit den Mitteln für die gewerkschaftliche Bewegung. Die Andern sagen: Es möge das Blocksystem beibehalten werden; und man möge die Theilung so durchführen, daß ein Theil der Sammlungen für politische, der andere Theil für gewerkschaftliche Organisationen bestimmt wird, und Alle wissen, es sei überhaupt sehr schwer, für die politische Bewegung Mittel aufzubringen, weil die Genossen an verschiedenen Orten zu schlecht entlohnt sind, um die Steuern, welche sie an die Partei abzuführen haben, tragen zu können. Die Parteivertretung weiß sehr genau, daß die materielle Lage, in welcher sich eine Anzahl von Anhängern unserer Partei befindet, eine derartige ist, daß es nur sehr schwer durchführbar ist, die nothwendigen Mittel für die Partei aufzubringen. Aber es ist Thatsache, daß vielfach vernachlässigt worden ist, in den Genossen den Opfermuth für die Partei wachzurufen (Sehr richtig!), daß vernachlässigt worden ist, die Genossen zu überzeugen, daß das Opfer nur in ihrem eigenen Interesse, gerade im Interesse ihrer materiellen Lage gebracht wird, und es ist unzweifelhaft, daß an manchen Orten für die Partei hätte mehr gethan werden können, als gegenwärtig gethan wird. (Sehr richtig!)

Ueber den 1. Mai liegt ein Antrag der Organisation Wien XVIII vor. Derselbe ist charakteristisch für die Auffassung, die bei manchen Genossen herrscht. Sie werden es begreiflich finden, daß es von vornherein unmöglich ist, diesen Antrag anzunehmen, welcher uns zwänge, selbst Streiks zu arrangiren. (Sehr richtig!) Wir und auch Jene, welche in der gewerkschaftlichen Bewegung stehen, halten es stets für ein Unglück, welches die Partei trifft, wenn ein Streik ausbricht: wir wissen, daß es in solchen Fällen möglich ist, daß der Partei ein furchtbarer Schlag beigebracht wird, und wenn Sie in die verschiedenen Gegenden in die Provinzen hinausblicken, dann werden Sie sehen, welch' verheerende Folgen sehr häufig Streiks begleitet haben. Sehen Sie beispielsweise nach Mähren. Ich nenne nur die Trübauer Organisation, welche durch einen einzigen Streik vollständig zerrüttet worden ist, und wo die Genossen sich bis auf den heutigen Tag nicht aufzuraffen vermögen. Damit will ich nicht sagen, daß wir Streiks unter allen Umständen zu verwerfen haben. Es gibt ja Fälle, wo die Arbeiter nicht anders handeln können, als in den Streik zu treten, und es liegt uns ferne, diesen Streiks nicht unsere volle Unterstützung zu widmen. Aber einen Beschluß zu fassen, daß am 1. Mai in irgend einer Branche unbedingt in den Streik getreten werden muß, das ist doch nahezu absurd. Es ist natürlich, daß ein solcher Antrag nicht angenommen werden kann, ich habe ihn aber besprochen, weil er charakteristisch ist für das, was manche Genossen gerade am Sitze der Parteivertretung, wo — wie man meinen sollte — die Bewegung eine entwickeltere ist, für Einfälle haben.

Es heißt in dem Antrage der niederösterreichischen Kreisvertretung:

„Zum Parteitag können die Parteigenossen eines jeden Ortes, Bezirkes und einer jeden Branche innerhalb des Kronlandes Vertreter entsenden."

Dazu liegt auch der Antrag Preußler und Genossen vor, welcher sagt:

„In Erwägung, daß die Vertreter der großen Branchen in Folge der intensiven Bethätigung innerhalb der industriellen Arbeiterschaft in wirthschaftlicher und politischer Beziehung große Erfahrungen besitzen, welche für die Parteitagsverhandlungen von Bedeutung sind; in weiterer Erwägung, daß die Beschlüsse des Parteitages nur durch die Mitwirkung der großen Arbeiterorganisationen voll und ganz durchgeführt werden können; in endlicher Erwägung, daß es den Industriegruppenvertretern in Folge der Thätigkeit innerhalb der Gewerkschaftsbewegung oft unmöglich ist, auf die Delegirung zum Parteitag genügenden Einfluß nehmen zu können, beschließt der Parteitag:

„Die organisirten Genossen der einzelnen Industriegruppen haben das Recht, je einen Vertreter zum Parteitag zu delegiren, welcher stimmberechtigt ist."

Ich habe bereits gesagt, daß die gewerkschaftliche Bewegung von Seite der politischen Partei volle Berücksichtigung gefunden hat. Als das Organisationsstatut ausgearbeitet wurde, und man Lokalvertretungen geschaffen hat, hatte man in's Auge gefaßt, daß gerade die Gewerkschaften in dieser Organisation vertreten sein sollen. Wenn das nicht beachtet worden ist, wenn in diese lokalen Organisationen die Gewerkschaften nicht ihre besten Vertreter entsenden, dann ist es natürlich, daß nicht alle Branchen vertreten sind, und daß dieselben auf die Delegirung zum Parteitag nicht den entsprechenden Einfluß nehmen können. Es wird von einzelnen Genossen gesagt, sie hätten nicht die Zeit dazu, in diesen Vertretungen zu wirken. Das ist eine schlechte Ausrede. Es kann sehr gut gemacht werden. Diese Organisationen können ja zusammengezogen werden. Es ist zum Beispiel nicht nothwendig, daß in Wien 19 Organisationen bestehen, es würden auch 6 oder 7, oder vielleicht auch nur eine einzige ausreichen.

In der Provinz dagegen wird die Sache so durchgeführt, wie es das Statut vorschreibt. Vorwürfe kommen gewöhnlich aus solchen Organisationsbezirken, wo die Gewerkschaftsorganisation darniederliegt. Wenn also diese Genossen einen Vorwurf erheben, so würden sie am besten thun, denselben an ihre eigene Adresse zu richten. Wir haben niemals gesagt, daß nur auf politischem Gebiete gewirkt werden soll. Wenn wir für die Erringung des Wahlrechtes eintreten, so thun wir es in erster Linie auch darum, weil wir dadurch auf ökonomischem Gebiete gewisse Erfolge erzielen, und unsere Organisation besser ausbauen können. In dem Berichte der Gewerkschaftskommission finden Sie, daß diese Bewegung einen mächtigen Aufschwung genommen hat, und es ist richtig, daß sich ein erheblicher Theil der Arbeiterschaft an der gewerkschaftlichen Organisation betheiligt. Man hat sich viel mit der Frage beschäftigt, ob die Gewerkschaften, Bildungsvereine u. s. w. beizubehalten sind. Wer objektiv urtheilt, wird finden, daß in der Gesammtbewegung es gewisse Stadien gibt. Die Leute müssen erst in die Organisation eingeführt werden. Ich meine, daß es für die Gesammtbewegung vollkommen gleichwerthig ist, in welcher Form organisirt wird. (Sehr richtig!) In vielen Orten muß nothwendigerweise eine Vorschule durch die Bildungsvereine gegeben werden, wenn aber diese Vereine durch eine gewisse Zeit thätig waren, so haben sie die Aufgabe, ihre Mitglieder der gewerkschaftlichen Organisation zuzuführen, jener Organisation, in welcher ihre Interessen am intensivsten gefördert werden. Man sagt, wir wirken nicht für die wirthschaftliche Organisation. Nun haben wir eine Institution eingeführt, die auch in den Gewerkschaften Nachahmung gefunden hat, es ist dies die Institution des Rechtsschutzes. Eine Reihe von Organisationen hat diesen Rechtsschutz in ihren Statuten festgestellt, es werden Beiträge dafür eingehoben, sie lassen aber den Rechtsschutz durch die politische *Partei durchführen. Sie sehen also*, daß wir in wirthschaftlicher Richtung sehr

viel geleistet haben, und wenn es möglich wäre, darüber eine Statistik zu führen, so würden Sie finden, daß am Sitze der Parteivertretung ein Rechtsschutz gewährt worden ist, welchen Genossen des ganzen Reiches in Anspruch genommen haben. Wenn das nicht im wünschenswerthen Umfange durchgeführt worden ist, so sind wieder die finanziellen Verhältnisse daran schuld.

Weiter heißt es im niederösterreichischen Antrag: Der Parteitag wählt eine aus 8 Personen bestehende Parteivertretung und 5 Kontrolore, von welchen 2 am Sitze der Parteivertretung sein müssen. Ich habe angeführt, daß es für uns wichtig ist, daß in der Parteivertretung auch Vertreter aus der Provinz sind. Die 7 Sitzungen, welche die Parteivertretung abgehalten hat, waren für die Partei von großer Wichtigkeit. Wir haben es so gehalten, daß Diejenigen, welche die Parteikontrole bilden, Vertreter aus den Provinzen sind. Nach dem Antrage soll die Vertretung aus der Provinz eingeschränkt werden. Ich warne Sie davor, diesen Antrag anzunehmen. Es ereignen sich viele Dinge innerhalb der Partei, die nicht in großen Versammlungen abgemacht werden können, und es ist nothwendig, daß die enge Verbindung mit den Vertretern aus der Provinz aufrechterhalten werde.

Ein weiterer Antrag der niederösterreichischen Kreisvertretung sagt: Angestellte der Partei sind nicht wählbar. Es ist zu bedauern, daß diesem Antrage nicht eine genaue Definition beigegeben ist, wer eigentlich ein Parteiangestellter ist. Sind die Angestellten aller jener Institutionen, die sich in den Händen der Parteigenossen befinden, Parteiangestellte oder nur die Angestellten spezieller Institutionen? Ich glaube das Erstere. Wenn man aber meint, daß nur Jene als Parteiangestellte zu betrachten sind, die bei speziellen Institutionen, wie z. B. bei den Blättern beschäftigt sind, so weiß ich nicht, warum man diesen zarten Unterschied machen will. Wir verwahren uns ja dagegen, daß Jemand, der ein Wahlrecht hat, nicht wählbar sein soll. Warum sollen wir hier das Recht einigen Personen verkürzen?

Ein weiterer Antrag geht dahin, daß der Chefredakteur des Zentralorganes das Recht hat, an den Sitzungen der Parteivertretung mit berathender Stimme theilzunehmen. Dieser Antrag ist ganz natürlich und nothwendig. Es ist ja möglich, daß der Chefredakteur einmal nicht in die Parteivertretung gewählt wird.

Weiters wird beantragt: Der Gewerkschaftskommission steht das Recht zu, für die Parteivertretung einen Vertreter zu bestimmen, welcher in derselben Sitz und Stimme hat. Seit dem Momente, wo die Gewerkschaftskommission in's Leben getreten ist, haben wir uns gesagt: Es ist auch nothwendig, daß dieselbe in die Parteivertretung einen Vertreter entsende, und das ist bis zum heutigen Tage so gehalten worden. Ich glaube aber, die Gewerkschaftskommission wird es selbst nicht wünschen, daß diese Bestimmung im Organisationsstatut niedergelegt werde, und bitte, den Antrag abzulehnen.

Weiter heißt es: „Zur Erledigung wichtiger und das ganze Reich berührender Fragen hat jede Kreisorganisation und, wenn dies nicht gut möglich wäre, mehrere Kreisorganisationen zusammen, Vertreter zu wählen, die im gegebenen Falle von der Parteileitung einzuberufen sind." Das ist bereits in unserem bisherigen Statut niedergelegt und ist auch in der Praxis durchgeführt worden.

Es ist der Parteivertretung der Vorwurf gemacht worden, daß sie den Bericht und auch die Anträge zu spät veröffentliche. Merkwürdigerweise haben diesen Vorwurf auch Genossen aus Bezirken erhoben, von welchen die Berichte und Anträge erst unmittelbar vor dem Parteitage an die Parteivertretung gelangt sind. Die Genossen werden nun sagen, das Sekretariat hat die Aufgabe, die Bewegung *in organisatorischer* und agitatorischer Richtung so zu verfolgen,

daß es demselben möglich ist, auch ohne diese Berichte ein vollkommen klares Bild über den Stand der gesammten Parteiorganisation zu geben. Auch ich bin dieser Meinung, aber dann müssen der Parteivertretung die Mittel dazu gegeben werden. (So ist es!) Ich habe wiederholt betont, daß das Geld, welches gegenwärtig für das Sekretariat ausgegeben wird, fast nutzlos ist, weil das Sekretariat seine Aufgabe nicht voll erfüllen kann. Es liegt auch ein Antrag vor, daß das Sekretariat von der „Arbeiter-Zeitung" vollkommen getrennt werde. Wenn Sie diesen Antrag annehmen, müssen Sie auch die Durchführung desselben möglich machen.

Ferner wird beantragt, daß zur Verbesserung des Berichtes statistische Formulare ausgegeben werden sollen. Diese Formulare werden ein sehr schönes Ding sein. Wir haben eine Reihe von Genossen, welche sich als Statistiker einen Namen zu erringen trachten. (Heiterkeit.) Würden Sie aber diese Statistik näher untersuchen, so würden Sie finden, daß sie ein bedenkliches Gebrechen aufweist; sie ist nämlich nicht genau und nicht in allen Details durchgearbeitet, welche für die Partei von Bedeutung sind. Bevor wir also Formulare ausgeben, müssen wir die Genossen erst erziehen, daß sie diese Formulare wahrheitsgetreu und detaillirt ausfüllen.

Was den Antrag der Organisation Wien VIII unter Punkt 4 betrifft, so muß ich aufrichtig gestehen, daß uns da eine Lehre gegeben wird, die höchst überflüssig ist. (Zustimmung.) Wenn die Genossen nicht wissen, wie sie zu organisiren haben, so ist das sehr zu bedauern. Aber wir müssen damit rechnen, daß jene Genossen, welche die Organisation durchzuführen haben, genau wissen, auf welchen Grundlagen unsere Parteiorganisation aufgebaut ist.

Bezüglich der Fonde steht die Parteivertretung auf dem Standpunkte, daß heute nicht darüber beschlossen werden soll, in welcher Form die künftige Parteisteuer eingetrieben wird. Wenn Sie heute einen solchen Beschluß fassen wollen, so werden Sie eine gewaltige Debatte heraufbeschwören, und schließlich wird sich doch die künftige Parteivertretung mit dieser Frage neuerdings beschäftigen müssen. Sie werden aber diese Frage am besten erledigen, wenn Sie erklären, daß die Parteivertretung sich mit diesem Gegenstande zu beschäftigen und mit den Gewerkschaften hierüber in's Einvernehmen zu setzen habe, damit eine einheitliche Form der Steuern durchgeführt werden könne.

Ich habe also dargelegt, daß die Parteivertretung ihre Aufgabe in Bezug auf den wirthschaftlichen Kampf voll erfüllt hat. Und ich bin überzeugt, daß auch die künftige Parteivertretung, in welcher ja eine Reihe von Mitgliedern der gegenwärtigen Parteivertretung keinen Sitz mehr haben wird, auf demselben Standpunkte stehen wird. Es ist daher natürlich, daß jene Anträge, welche auf eine Verschärfung des wirthschaftlichen Kampfes, auf die Unterstützung der wirthschaftlichen und Gewerksorganisationen abzielen, unsere vollste Unterstützung finden. Wenn Sie aber unser gegenwärtiges Statut in's Auge fassen, so werden Sie finden, daß alles das, was Sie wünschen, in diesem Statut bereits niedergelegt ist. (Zustimmung.) Wir haben im Jahre 1894 gegen den Antrag, daß jeder Genosse bei einer Gewerkschaft sein müsse, Stellung genommen, weil man nicht sagen kann, daß derjenige, welcher nicht bei einer Gewerkschaftsorganisation ist, kein Genosse sei. Eine Reihe von Genossen können keiner Gewerkschaft angehören. Derjenige, welcher Gelegenheit hat, an einer Gewerkschaft theilzunehmen, steht in der Organisation. (Widerspruch.) Wenn das nicht der Fall ist, so können Sie einen solchen, der nicht in der Organisation ist, auch durch einen solchen Beschluß nicht hineinbringen. Solche Beschlüsse sind sehr schön auf dem Papier, sind aber nicht praktisch durchführbar.

Anders verhält es sich mit den Anträgen, welche auf den Ausbau der

jüngster Zeit hat sich in Wien eine Bewegung bemerkbar gemacht, welche dahin geht, uns plausibel zu machen, daß man alles aufbieten müsse, um diese Konsumvereine u. s. w. zu stärken und zu beleben. Es liegt auch heute eine Reihe derartiger Anträge vor, so der Antrag der Organisation Wien VIII unter Punkt 40. Es gibt Genossen, welche sagen, daß die gesammte Gewerkschaftsorganisation auf dieser Grundlage durchzuführen sei, daß die Konsumvereine organisirt werden, die Arbeiter in diesen Vereinen ihre Lebensmittel einkaufen und die Gewerkschaften aus dem Reingewinne gestärkt werden sollen. In einem Vortrage, welcher in einer Reihe von Organisationen in Wien abgehalten wurde, ist gesagt worden, daß auf diese Weise der Partei bedeutende Mittel zugeführt werden könnten.

Wir wollen uns zunächst fragen, ob es wirklich wichtig und nothwenig sei, daß der Parteitag diesbezüglich einen Beschluß faßt. (Zustimmung.) Der Gedanke selbst ist nicht neu und ich bin sehr erstaunt darüber, daß die Parteigenossen glauben, daß sie damit etwas ganz Neues gesagt haben. Der alte Gedanke ist jüngst wieder einmal in einer Broschüre von Hans Müller behandelt und ist dort eine Reihe von Zahlen angeführt, die wieder einer anderen Broschüre entstammen. Es ist dort eine Reihe von Beispielen angeführt, von denen man sagen muß, daß sie gerade gegen die Konsumgenossenschaften sprechen. Wenn gesagt wird, daß auf diese Weise Mittel der Partei zugeführt werden, so behaupte ich, daß es dann umso weniger möglich ist, hier am Parteitage einen Beschluß darüber zu fassen, das würde uns die Agitation erschweren. Sehen Sie sich aber nur die Konsumvereine an, dann werden Sie sofort finden, ob wirklich der Organisation so reichliche Mittel zugeführt werden könnten. Die Berechnung, welche Müller aufgestellt hat, hinkt gewaltig, und umsomehr, wenn dieselbe auf österreichische Konsumvereine — von den Produktivgenossenschaften will ich gar nicht sprechen, denn die sind größtentheils wirklich zugrunde gegangen — Anwendung finden soll. Auch bei den Konsumvereinen haben wir Beispiele erlebt, daß sie der Organisation nicht immer zum Segen gereichten. Hier steht der Gen. Berner, der wird Ihnen eine Geschichte vom Aussiger Konsumverein erzählen, wo früher eine sehr gute Organisation gewesen ist. Nachdem der Konsumverein dort in Folge der schlechten Wirthschaft ein totales Fiasko erlebt hat, wurde die ganze Organisation zerstört. Aber ich will nicht einmal diese Argumente gegen die Konsumvereine anführen, sondern nur den wirklichen Stand derselben in Betracht ziehen. Da werden wir sehen, in welcher Weise für die Partei Mittel erreicht werden können. Im Jahre 1894 hat ein Konsumverein 12 Perzent, einer 8 Perzent, einer 10 Perzent und einer etwas über 7 Perzent Dividende abgeworfen, während der größte Theil der Konsumvereine nicht mehr als 5 oder 6 Perzent abwirft und die Dividende manchmal auf 3 und $3^1/_2$ Perzent herabgeht. Sie sehen also, daß es mit dem Reingewinn nicht so vorzüglich bestellt ist.

Wenn Sie sich aber den Schuldenstand betrachten, der eine Reihe von Konsumgenossenschaften aufzuweisen hat, so werden Sie sagen, daß dieselben Ursache hätten, zuerst mit ihren Schulden aufzuräumen und die Dividende darnach auszuwerfen. Da würden Sie sehen, wie bedeutend die Dividende herabgesetzt werden würde. Der Konsumverein in Fünfhaus ist ein ziemlich großer Verein und besteht schon lange Jahre. Wenn Sie aber die Berichte durchgehen, so werden Sie finden, daß bei demselben eine gewisse Stagnation zu verzeichnen ist. Die Zahl der Mitglieder, der Waarenabsatz u. s. w. sind durch eine Reihe von Jahren ziemlich gleich geblieben. Machen Sie da nur einmal einen Versuch und nehmen Sie einen Theil der Dividende weg, geben Sie den Mitgliedern, die dort einkaufen, nur eine um die Hälfte geringere Dividende und führen Sie den anderen Theil an die Gewerkschaften ab, so werden Sie gleich sehen, wie sich Ihr Mittelchen *erproben wird. Sie werden* sehen, ob es möglich ist, mit Hilfe dieser

Konsumgenossenschaften die Befreiung des Proletariats aus den ökonomischen Fesseln durchzuführen.

Ich empfehle Ihnen also, daß Sie von Allem die wichtigeren Arbeiten machen, daß Sie darnach trachten, den Ausbau der gewerkschaftlichen Organisation durchzuführen und sich nicht heute wieder auf ein anderes Gebiet werfen, wo die Gefahr naheliegt, daß Sie auf demselben versimpeln. Es gibt eine ganze Reihe von Gegenden in den Provinzen, wo man sich mit aller Wucht auf die Gründung von Konsumvereinen geworfen hat, wo aber die schlechteste Organisation besteht, wo eine Reihe von Leuten in Konsumvereinen wirkt, aber nichts anderes als eben dieses macht, obwohl sie alle Ursache hätten, sich mit der wirthschaftlichen Lage der Genossen zu beschäftigen, wozu sie aber keine Zeit finden, denn ihr Um und Auf ist der Konsumverein. Man hat zu wiederholtenmalen gesagt, diese Konsumvereine sind bei Streiks eine vorzügliche Quelle, aus der die Arbeiter versorgt werden können. Da hat man eben eine kleine vorübergehende Bewegung im Auge. Wenn aber große gewaltige Bewegungen entstehen, wenn tausende und abertausende von Arbeitern im Streik stehen, dann können Sie überzeugt sein, vorübergehend wird vielleicht der Konsumverein etwas machen können, er wird sich aber dabei zugrunde richten, oder es würden gar die Kapitalien von so manchen Indifferenten angegriffen werden, die dann zu heftigen Gegnern der Arbeiterorganisation gemacht werden. Sie werden aber dauernd für die Bewegung der Arbeiterschaft nichts gemacht haben. Das Wenige, was ich in dieser Beziehung angeführt habe, meine ich, soll Sie überzeugt haben, daß es nicht in unserem Interesse liege, wenn eine Reihe von Leuten, die nichts machen wollen, aber doch zeigen möchten, daß auch sie Parteigenossen sind, das als willkommene Handhabe begrüßen, dem gefährlichen Kampf in den Gewerkschaften auszuweichen und sich in die Konsumvereine hineinzusetzen, um dort nichts zu machen, aber sagen zu können „Ich handle im Sinne des Parteibeschlusses, ich bin ein guter Parteigenosse; seht, Ihr kämpft nicht so wie Ihr kämpfen sollt, wahre Revolutionäre kämpfen in den Konsumvereinen". (Heiterkeit.) Diese Revolutionäre im Schlafrocke würden sich in den Konsumvereinen finden, Sie aber hätten es möglich gemacht, daß wir diese Revolutionäre im Schlafrocke geschaffen haben. (Lebhafter Beifall.)

Das ist eine Gefahr, die Sie, wenn auch ein Gelehrter Ihnen gesagt hat, „das muß gemacht werden, das ist die wahre Revolution", das ist, sage ich, eine Gefahr, die Sie nicht herbeiführen dürfen. Darum müssen Sie gegen diesen Antrag Stellung nehmen. (Beifall.)

Was die politische Organisation anbelangt, wissen Sie, wir sind arme Leute und kochen mit Wasser. Die politische Organisation ist ganz genau in unserem alten Organisationsstatut festgestellt. Aber es ist eine Thatsache, daß jede Parteivertretung auf dem Standpunkte stehen muß, die Form der Organisation ist nicht von jener hervorragenden Bedeutung, wie der Umstand, daß überhaupt organisirt wird. Wenn es nicht so geht, muß eben eine andere Form gefunden werden und sie wird überall gefunden werden, wo nur der ernstliche Wille dazu da ist.

Unsere Taktik wurde bei Punkt „Wahlreform" erörtert, sie wurde lange erörtert und, meine Genossen, seien Sie überzeugt, daß jede Parteivertretung kalt kritisch erwägen wird müssen, was sie mit dem gegebenen Material, was sie mit den gegebenen Mitteln anfangen kann. Die Parteivertretung hat einen viel schwierigeren Standpunkt als jeder einzelne Genosse, sie ist der Gesammtheit der Partei Rechenschaft schuldig und verantwortlich. Der einzelne Genosse kann leicht ein Stürmer sein, er ist Niemandem verantwortlich, die Parteivertretung muß aber nach ihrer Verantwortlichkeit ihre Taktik einrichten. (Zustimmung). *Dem haben wir voll* und ganz Rechnung getragen. In dieser Richtung

können Sie uns keine Vorwürfe machen und die Erfolge, welche in der letzten Zeit errungen worden sind, sind nicht gering zu schätzen. Wir haben Raum geschaffen für unsere Bewegung durch intensives und energisches Wirken. Es darf nicht vergessen werden, daß große Reformen während der Zeit der Thätigkeit der gegenwärtigen Parteivertretung errungen worden sind: Die Abänderung des Preßgesetzes, die Wahlreform sind Errungenschaften, an denen die kluge Taktik, welche die Parteivertretung eingeschlagen hat, ihren Theil hat. Erwägen Sie kühl, Genossen, und dann urtheilen Sie. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Gen. Nemeč (Wien) als Referent für die czechische Organisation fügt dem von Neumann Gesagten hinzu: Die sozialdemokratische Partei fußt auf den Grundzügen des Hainfelder Programms, die gesammte österreichische Sozialdemokratie befolgt dieselben Prinzipien und dieselbe Taktik. Die Czechen haben jedoch eine selbstständige Organisation und eine selbstständige finanzielle Gebahrung und diese ist nothwendig, weil die Verhältnisse der czechischen Organisation wesentlich andere sind als die Verhältnisse, unter denen die deutschen Genossen leben. Wir sind ein fluktuirendes Element, wir haben es mit Leuten zu thun, welche früher entweder Kleingewerbetreibende oder Kleinbauern waren. Bei uns sind auch die politischen Verhältnisse wesentlich andere. Wir müssen eine selbstständige Organisation haben, weil wir die deutschen Genossen, die schneller vorwärts kommen, unnützer Weise hemmen würden. Es haben sich unsere Einrichtungen bis nun so ziemlich bewährt, nun hat es sich aber gezeigt, daß die czechische Organisation weitere Fortschritte macht; wir beide haben ein gemeinsames Programm, eine gemeinsame Taktik, soweit es sich um unsere gemeinsamen Angelegenheiten handelt. Jedoch gehen wir im Rahmen dieses Programms und dieser Taktik vor, wie wir wollen, ohne uns um das Vorgehen der deutschen Genossen zu scheeren und weichen in dieser Weise auch allen Mißhelligkeiten aus. Es hat beispielsweise Gen. Neumann gesagt, wir müssen die finanzielle Gebahrung auf anderen Prinzipien aufbauen. Blocks ꝛc. ꝛc. müssen verschwinden und das Geld muß vielleicht auf dem Umwege durch die wirthschaftliche Organisation hereingebracht werden. Und da muß auch bei uns etwas platzgreifen. Denn würden wir unseren Genossen sagen: Ihr müßt der Fachorganisation beitreten und würde das geschehen, was Gen. Neumann hier angeregt hat, würden wir alle finanziellen Mittel für die Partei total verlieren. Außerdem müssen wir uns um eine finanzielle Grundlage kümmern.

Es muß diese Frage gelöst werden, weil wir anders nicht zum Ziele kommen können. Die deutschen Genossen werden sich auch jedenfalls sagen müssen, die bisherige Vertretung hat uns genützt, aber mit dem größeren Wachsen der verschiedenen Agenden ist es nothwendig, daß die Deutschen ihre Angelegenheiten selbst besorgen, weil sie die czechischen Genossen nicht übersehen können. Außerdem verstehen ja die deutschen Genossen die Verhältnisse nicht in der Weise, wie wir sie kennen und würden uns auch in sprachlicher Beziehung nicht genügen können. Es handelt sich hier nicht etwa um einen chauvinistischen Standpunkt, um keine Trennung der Partei, sondern wir sagen uns, die bisherige Parteivertretung hat uns nicht sonderlich genützt und deshalb empfehlen wir Ihnen namens der czechischen Delegirten folgenden Antrag zur Annahme:

„I. Die Vertretung der österreichischen Sozialdemokratie soll aus den engeren Exekutivausschüssen der deutschen, czechischen, polnischen u. s. w. Parteien zusammengesetzt sein, die eine Gesammtdelegation bilden, welche die Partei leitet.

II. Die einzelnen Exekutivausschüsse, wenigstens aus 3 Mitgliedern und 2 Controloren bestehend, treten zu gemeinsamen Berathungen zur Regelung der allen österreichischen Organisationen gemeinsamen Angelegenheiten zusammen."

Wenn Sie ruhig nachdenken, so werden Sie finden, daß diese Form die richtige ist. Es *sitzt jetzt wohl ein czechischer* Genosse in der Reichsparteivertretung,

Konsumgenossenschaften die Befreiung des Proletariats aus den ökonomischen Fesseln durchzuführen.

Ich empfehle Ihnen also, daß Sie von Allem die wichtigeren Arbeiten machen, daß Sie darnach trachten, den Ausbau der gewerkschaftlichen Organisation durchzuführen und sich nicht heute wieder auf ein anderes Gebiet werfen, wo die Gefahr naheliegt, daß Sie auf demselben versimpeln. Es gibt eine ganze Reihe von Gegenden in den Provinzen, wo man sich mit aller Wucht auf die Gründung von Konsumvereinen geworfen hat, wo aber die schlechteste Organisation besteht, wo eine Reihe von Leuten in Konsumvereinen wirkt, aber nichts anderes als eben dieses macht, obwohl sie alle Ursache hätten, sich mit der wirthschaftlichen Lage der Genossen zu beschäftigen, wozu sie aber keine Zeit finden, denn ihr Um und Auf ist der Konsumverein. Man hat zu wiederholtenmalen gesagt, diese Konsumvereine sind bei Streiks eine vorzügliche Quelle, aus der die Arbeiter versorgt werden können. Da hat man eben eine kleine vorübergehende Bewegung im Auge. Wenn aber große gewaltige Bewegungen entstehen, wenn tausende und abertausende von Arbeitern im Streik stehen, dann können Sie überzeugt sein, vorübergehend wird vielleicht der Konsumverein etwas machen können, er wird sich aber dabei zugrunde richten, oder es würden gar die Kapitalien von so manchen Indifferenten angegriffen werden, die dann zu heftigen Gegnern der Arbeiterorganisation gemacht werden. Sie werden aber dauernd für die Bewegung der Arbeiterschaft nichts gemacht haben. Das Wenige, was ich in dieser Beziehung angeführt habe, meine ich, soll Sie überzeugt haben, daß es nicht in unserem Interesse liege, wenn eine Reihe von Leuten, die nichts machen wollen, aber doch zeigen möchten, daß auch sie Parteigenossen sind, das als willkommene Handhabe begrüßen, dem gefährlichen Kampf in den Gewerkschaften auszuweichen und sich in die Konsumvereine hineinzusetzen, um dort nichts zu machen, aber sagen zu können „Ich handle im Sinne des Parteibeschlusses, ich bin ein guter Parteigenosse; seht, Ihr kämpft nicht so wie Ihr kämpfen sollt, wahre Revolutionäre kämpfen in den Konsumvereinen". (Heiterkeit.) Diese Revolutionäre im Schlafrocke würden sich in den Konsumvereinen finden, Sie aber hätten es möglich gemacht, daß wir diese Revolutionäre im Schlafrocke geschaffen haben. (Lebhafter Beifall.)

Das ist eine Gefahr, die Sie, wenn auch ein Gelehrter Ihnen gesagt hat, „das muß gemacht werden, das ist die wahre Revolution", das ist, sage ich, eine Gefahr, die Sie nicht herbeiführen dürfen. Darum müssen Sie gegen diesen Antrag Stellung nehmen. (Beifall.)

Was die politische Organisation anbelangt, wissen Sie, wir sind arme Leute und kochen mit Wasser. Die politische Organisation ist ganz genau in unserem alten Organisationsstatut festgestellt. Aber es ist eine Thatsache, daß jede Parteivertretung auf dem Standpunkte stehen muß, die Form der Organisation ist nicht von jener hervorragenden Bedeutung, wie der Umstand, daß überhaupt organisirt wird. Wenn es nicht so geht, muß eben eine andere Form gefunden werden und sie wird überall gefunden werden, wo nur der ernstliche Wille dazu da ist.

Unsere Taktik wurde bei Punkt „Wahlreform" erörtert, sie wurde lange erörtert und, meine Genossen, seien Sie überzeugt, daß jede Parteivertretung kalt kritisch erwägen wird müssen, was sie mit dem gegebenen Material, was sie mit den gegebenen Mitteln anfangen kann. Die Parteivertretung hat einen viel schwierigeren Standpunkt als jeder einzelne Genosse, sie ist der Gesammtheit der Partei Rechenschaft schuldig und verantwortlich. Der einzelne Genosse kann leicht ein Stürmer sein, er ist Niemandem verantwortlich, die Parteivertretung muß aber nach ihrer Verantwortlichkeit ihre Taktik einrichten. (Zustimmung). *Dem haben wir voll* und ganz Rechnung getragen. In dieser Richtung

können Sie uns keine Vorwürfe machen und die Erfolge, welche in der letzten Zeit errungen worden sind, sind nicht gering zu schätzen. Wir haben Raum geschaffen für unsere Bewegung durch intensives und energisches Wirken. Es darf nicht vergessen werden, daß große Reformen während der Zeit der Thätigkeit der gegenwärtigen Parteivertretung errungen worden sind: Die Abänderung des Preßgesetzes, die Wahlreform sind Errungenschaften, an denen die kluge Taktik, welche die Parteivertretung eingeschlagen hat, ihren Theil hat. Erwägen Sie kühl, Genossen, und dann urtheilen Sie. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Gen. Remeč (Wien) als Referent für die czechische Organisation fügt dem von Reumann Gesagten hinzu: Die sozialdemokratische Partei fußt auf den Grundzügen des Hainfelder Programms, die gesammte österreichische Sozialdemokratie befolgt dieselben Prinzipien und dieselbe Taktik. Die Czechen haben jedoch eine selbstständige Organisation und eine selbstständige finanzielle Gebahrung und diese ist nothwendig, weil die Verhältnisse der czechischen Organisation wesentlich andere sind als die Verhältnisse, unter denen die deutschen Genossen leben. Wir sind ein fluktuirendes Element, wir haben es mit Leuten zu thun, welche früher entweder Kleingewerbetreibende oder Kleinbauern waren. Bei uns sind auch die politischen Verhältnisse wesentlich andere. Wir müssen eine selbstständige Organisation haben, weil wir die deutschen Genossen, die schneller vorwärts kommen, unnützer Weise hemmen würden. Es haben sich unsere Einrichtungen bis nun so ziemlich bewährt, nun hat es sich aber gezeigt, daß die czechische Organisation weitere Fortschritte macht; wir beide haben ein gemeinsames Programm, eine gemeinsame Taktik, soweit es sich um unsere gemeinsamen Angelegenheiten handelt. Jedoch gehen wir im Rahmen dieses Programms und dieser Taktik vor, wie wir wollen, ohne uns um das Vorgehen der deutschen Genossen zu scheeren und weichen in dieser Weise auch allen Mißhelligkeiten aus. Es hat beispielsweise Gen. Reumann gesagt, wir müssen die finanzielle Gebahrung auf anderen Prinzipien aufbauen. Blocks ꝛc. ꝛc. müssen verschwinden und das Geld muß vielleicht auf dem Umwege durch die wirthschaftliche Organisation hereingebracht werden. Und da muß auch bei uns etwas platzgreifen. Denn würden wir unseren Genossen sagen: Ihr müßt der Fachorganisation beitreten und würde das geschehen, was Gen. Reumann hier angeregt hat, würden wir alle finanziellen Mittel für die Partei total verlieren. Außerdem müssen wir uns um eine finanzielle Grundlage kümmern.

Es muß diese Frage gelöst werden, weil wir anders nicht zum Ziele kommen können. Die deutschen Genossen werden sich auch jedenfalls sagen müssen, die bisherige Vertretung hat uns genützt, aber mit dem größeren Wachsen der verschiedenen Agenden ist es nothwendig, daß die Deutschen ihre Angelegenheiten selbst besorgen, weil sie die czechischen Genossen nicht übersehen können. Außerdem verstehen ja die deutschen Genossen die Verhältnisse nicht in der Weise, wie wir sie kennen und würden uns auch in sprachlicher Beziehung nicht genügen können. Es handelt sich hier nicht etwa um einen chauvinistischen Standpunkt, um keine Trennung der Partei, sondern wir sagen uns, die bisherige Parteivertretung hat uns nicht sonderlich genützt und deshalb empfehlen wir Ihnen namens der czechischen Delegirten folgenden Antrag zur Annahme:

„I. Die Vertretung der österreichischen Sozialdemokratie soll aus den engeren Exekutivausschüssen der deutschen, czechischen, polnischen u. s. w. Parteien zusammengesetzt sein, die eine Gesammtdelegation bilden, welche die Partei leitet.

II. Die einzelnen Exekutivausschüsse, wenigstens aus 3 Mitgliedern und 2 Controloren bestehend, treten zu gemeinsamen Berathungen zur Regelung der allen österreichischen Organisationen gemeinsamen Angelegenheiten zusammen."

Wenn Sie ruhig nachdenken, so werden Sie finden, daß diese Form die richtige ist. Es sitzt *jetzt wohl ein czechischer* Genosse in der Reichsparteivertretung,

andere sitzen in der Controle; aber was haben die Vertreter der Czechen dort zu machen? Sie machen es ja doch, wie Sie wollen. Die Schlußfolgerung ist die, daß die Czechen dort nichts nützen, denn die Verbindung zwischen uns ist ja durch das gemeinsame Programm, durch die Congresse hergestellt. Wenn Sie beispielsweise über irgend etwas in der Reichsparteivertretung verhandeln, hat ja unser Vertreter gar kein bestimmtes Mandat, er ist dort machtlos und Institutionen, die nicht praktisch sind, brauchen wir nicht; wir müssen trachten, sie praktischer zu machen. Es ist nothwendig, daß wir bei gemeinsamen Angelegenheiten eine gewisse Exekutive haben, welche sagt, „dies und jenes haben wir beschlossen und das muß durchgeführt werden".

Ich empfehle Ihnen deshalb den Antrag der czechischen Delegation zur Annahme.

Die Sitzung wird hierauf um 12 Uhr 45 Min. unterbrochen.

Nachmittagssitzung.

(Beginn der Verhandlung 4 Uhr 45 Minuten.)

Vorsitzender Gen. Zeller (Teplitz).

Gen. Schuhmeier (Hainburg) beantragt, das dem Parteitag vorliegende Material über die Lohnzettel der Firma Perutz in Lieben zu verarbeiten und das Ergebniß dem Parteitag mitzutheilen.

Dieser Antrag wird einstimmig angenommen und wird mit dieser Aufgabe Gen. Roscher betraut.

Es sind noch folgende Anträge überreicht worden:

Antrag Rieger:

„Die Reichskontrole wird gebildet aus einem fünfgliedigen Komité, das gewählt von den Genossen jener Lokalorganisation, wo die Parteivertretung ihren Sitz hat. Die Reichskontrole hat das Recht, in die Sitzungen der Parteivertretung einen Vertreter zu delegiren, der mit berathender Stimme an den Verhandlungen theilnehmen kann. Die Kassagebahrung der Parteivertretung ist mindestens allvierteljährlich zu kontroliren und das Resultat der Kontrole im Partei-Zentralorgan und dem Parteitage bekannt zu geben. Mitglieder der Reichskontrole haben jederzeit das Recht, in die Kassagebahrung der Parteivertretung Einblick zu nehmen."

Antrag Feigl:

„Auf den nächsten Parteitag ist ein Programmpunkt zu stellen mit der Tagesordnung: „Konsum- und Wirthschaftsgenossenschaften."

Antrag Ellenbogen und Genossen:

„Die Parteivertretung ist für die von ihr ausgehenden Anstellungen von Parteibeamten und deren Gehaltsbemessungen lediglich der Parteikontrole und dem Parteitag verantwortlich."

Ellenbogen, Daszynski, Winarsky, Hanich, Prähauser, Zavertnik, Berner, Seliger, Reger, Weigny, Resel, Elderfch, Hueber, Preußler, Rieger, Eich, Holzhammer, Gerin, Adelheid Popp, Herrmann, Dittrich, Palka, Mandl, Neumann, Schönwälder, Grablowitz.

Antrag Dittrich (Wien VII.) und Holly (Wien XIV.):

„In Anbetracht der Thatsache, daß im Konsum der Arbeiterklasse bei entsprechender Organisation derselben ein nicht zu unterschätzendes, bisher fast ganz unbenützt gelassenes Kampfmittel des Proletariats ruht, erklärt der V. österreichische sozialdemokratische Parteitag es für nothwendig, daß die Parteigenossen nach Möglichkeit auf diesem Gebiete thatkräftig eingreifen.

In erster Linie ist dahin zu wirken, daß die bereits bestehenden Arbeiter-Konsum- und Produktionsgenossenschaften in den Dienst unserer Sache gestellt werden.

Um nach dieser Richtung ein einheitliches, möglichst erfolgreiches Vorgehen zu ermöglichen, wählt der Parteitag eine neungliedrige Kommission, welche sich mit der Organisirung der Arbeiterkonsum- und Produktionsgenossenschaften zu beschäftigen und dem nächsten Parteitage über ihre Thätigkeit zu berichten hat."

Antrag Ingwer-Schuhmeier:

„In Erwägung, daß die Wirthschaftsgenossenschaften nicht geeignet sind die wirthschaftliche Lage des Proletariats zu heben, lehnt es der Parteitag ab, den Parteigenossen die Gründung von derartigen Wirthschaftsgenossenschaften zu empfehlen. Mit Rücksicht auf die in einzelnen kleinen Städten, in denen sich die Mitglieder der Wirthschaftsgenossenschaften aus Lohnarbeitern rekrutirten, gemachten Erfahrungen, überläßt es der Parteitag den Genossen der einzelnen Bezirke, nach genauer Prüfung der lokalen Verhältnisse zur Frage der Wirthschaftsgenossenschaften Stellung zu nehmen."

Antrag Neumann:

„Alle die Parteibeiträge betreffenden Anträge werden der zukünftigen Parteivertretung überwiesen."

Antrag Palka und Genossen:

„Der fünfte sozialdemokratische Parteitag empfiehlt den Genossen, dort, wo von der Organisation des arbeitenden Volkes in Wirtschaftsgenossenschaften, speziell Konsum- und Wohnungsgenossenschaften, ein Vortheil für die Arbeiterbewegung zu erhoffen und keine Schädigung der sozialdemokratischen Prinzipien zu befürchten ist, an die Errichtung solcher Genossenschaften und Genossenschaftsverbände, respective den Ausbau derselben zu schreiten."

Antrag Feigl:

„Punkt IV al. 4 des Organisationsstatuts hat zu lauten: Die Kreisvertretungen, Corporationen, welche von Kreisorganisationen eingesetzt sind, sowie die Redaktionen der Partei- und Gewerkschaftsblätter haben gleichfalls das Recht, je einen Delegirten zu entsenden. Alle Partei- und Gewerkschaftsblätter, die als solche anerkannt werden, haben von Parteitag zu Parteitag besonders bestimmt und verzeichnet zu werden."

Diese Anträge werden genügend unterstützt.

Weiters liegen folgende Anträge vor:

Antrag der Bezirksorganisation Wien II.:

„Um die Uebelstände in der heutigen bestehenden Sammlungsmethode für die verschiedenen Parteizwecke, Streiks und Aehnliches, einer gründlichen Umgestaltung zu unterziehen, sieht sich die Bezirksorganisation Wien II. veranlaßt, dem geehrten Parteitage nachstehenden Antrag vorzulegen und bietet als Grundlage Folgendes dar:

1. Der Reichsorganisation, freien Organisation u. s. w. haben sich sämmtliche Arbeiter beiderlei Geschlechts, die in Branchen eingetheilt und auf Grund des Vertrauensmännersystems zu organisiren sind, anzuschließen, die an die Vertrauensmänner einen bestimmten Wochenbeitrag zu entrichten haben.

Die von den Vertrauensmännern gewählten Obmänner und Kassiere jeder Branche bilden im Bezirke den Bezirksausschuß.

2. Jeder Arbeiter oder jede Arbeiterin hat an die Organisation einen Wochenbeitrag von 10 kr. zu entrichten; davon entfallen für einen allgemeinen Streikfond 5 kr. zu, zur Deckung aller Partei-Ausgaben 4 kr. und 1 kr. bleibt den einzelnen Branchen *selbst überlassen*. Man könnte auch annehmen, daß es jedem

Lande anheim gestellt wird, die Höhe des an die Partei zu entrichtenden Betrages selbst zu bestimmen, doch ist darauf ein Augenmerk zu richten, daß dies auf einer einheitlichen Basis geschieht.

3. Der zu bestimmende Beitrag für Lohnkämpfe ist vom ganzen Reiche an die Gewerkschaftskommission zu entrichten und von derselben zu verbuchen.

4. Die Gelder zur Deckung der Partei-Ausgaben sollen an den Landesausschuß abgeliefert werden, welcher dieselben zu verwalten hat."

Weiters wird folgender Antrag gestellt:

„1. Zur Partei gehörig ist jede Person, welche das Programm anerkennt, für die Verbreitung desselben eintritt und die Partei nach Möglichkeit unterstützt.

2. Zur Partei kann nicht gehören, wer sich eines groben Verstoßes gegen die Grundsätze des Parteiprogrammes schuldig macht, eine andere ehrlose Handlung begeht oder einer bürgerlichen Partei angehört.

3. Ueber die Zugehörigkeit zur Partei entscheidet zunächst die zuständige Bezirksorganisation.

Gegen Entscheidungen steht dem Betroffenen die Berufung an die Landeskonferenz und den Parteitag zu." Rud. Beer, Wien II.

Diese Anträge werden nicht genügend unterstützt.

In der Debatte zu „Partei-Organisation und Taktik" ergreift das Wort

Genossin Adelheid Popp (Wien): Vor Allem möchte ich mich gegen den vorliegenden Antrag aussprechen, daß, weil Wien keine selbstständige Frauenorganisation hat, Delegirte der Frauen auch nicht zugelassen werden sollen. Dieser Antrag ist einem sehr engherzigen Standpunkte entsprungen, außerdem bezieht er sich speziell auf Wien. Ein solcher Antrag kann von einem sozialdemokratischen Parteitag nur einstimmig abgelehnt werden. Was das Schreiben der Wiener Arbeiterinnen anbelangt, erkläre ich, daß ich voll und ganz für dasselbe eintrete. Mögen auch Einzelnen von Ihnen die vielleicht scharfen Worte übertrieben erscheinen, oder mögen auch, wie Gen. Roscher gemeint hat, „die weiblichen Eigenschaften" hier mitgesprochen haben, ich glaube wohl den Beweis erbracht zu haben, daß auch wir von sogenannten weiblichen Eigenschaften frei sein können. Es ist meine unumstößliche Meinung, daß auch Parteigenossen, welche in dem Vordergrunde der Organisation stehen und in Folge ihres Verhaltens die Anerkennung der übrigen Genossen errungen haben, gerade in der Frage der Arbeiterinnenorganisation eine sehr rückständige, conservative Meinung haben. (Sehr richtig!) Gerade in Wien hat sich herausgestellt, daß eine Anzahl von Genossen noch in jenen Vorurtheilen stecken. So lange bei den an der Spitze der Organisation stehenden Genossen jene Vorurtheile nicht beseitigt sind, so lange wird sich ein entscheidender Fortschritt in der Arbeiterinnenorganisation nicht erreichen lassen. Es wurde an den Lokalausschuß die Bitte gerichtet, die Kosten für die Delegirung einer Genossin zu tragen. Ich weiß, es werden auch unter Ihnen einige Genossen sein, welche sagen: „Wenn Ihr eine Delegirte schicken wollt, so bezahlt sie Euch". Die Arbeiterinnen haben aber seit jeher von uns gelernt, daß das arbeitende Weib an die Seite des arbeitenden Mannes gehört, auch in der sogenannten freien Organisation haben die Weiber keinen Separatismus gepflogen. Die Arbeiterinnen leisten ihre materielle Pflicht in der Organisation wie sie die Genossen leisten; die Gleichwerthigkeit der Geschlechter ist ja zugestanden, wenn es gilt, Geld für die Partei zu beschaffen in Form von Blocks u. s. w. Thut sie ihre Pflicht nicht mit dem Erfolge wie der Mann, so tragen die Verhältnisse die Schuld daran. Der letzte Parteitag hat einen Antrag angenommen, daß Orte, an welchen eine Frauenorganisation besteht, das Recht *haben, außer* Genossen auch Genossinnen zu delegiren. Wer könnte nun sagen,

wir in Wien haben keine Frauenorganisation? Die Frauen halten Besprechungen in gleicher Weise ab wie die Männer. Vor zwei Jahren hat der Lokalausschuß bewiesen, daß ihm nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht zusteht, drei Arbeiterinnen als Delegirte zu bezahlen. Jetzt aber hat sich die Sache geändert. Die Wiener Arbeiterinnen haben keine Delegirte gesendet, weil sie von der Parteivertretung keine Ausnahme haben wollten. Es gibt Genossen, denen man allerdings die vollste prinzipielle Bildung zumuthen sollte, die aber trotzdem nicht wissen, daß die Arbeiterinnenfrage nicht nur eine Frage der Gegenwart ist, sondern daß sie niemals mehr verschwinden wird, daß die Frau nie mehr zu ihrer früheren Stellung, zur Hüterin des Hauses, zurückkehren, sondern immer mehr zur Lohnarbeiterin heruntergedrückt werden wird. Und wir müssen es erleben, daß in Wien nicht nur in der Presse, sondern auch in Versammlungen der Standpunkt vertreten wird: die Frau muß in das Haus zurück, die Häuslichkeit ist es, die wir Euch, Frauen, erobern wollen! (Lebhaftes Gelächter.) Diese Frage ist nicht eine Frage der Wiener Arbeiterinnen, sondern sie ist eine Frage der gesammten Arbeiterschaft. Die Genossen mögen nicht gleichgiltig und verächtlich darüber hinweggehen, wenn von den weiblichen Genossen die Rede ist. Jeder männliche Genosse weiß, daß es seine Pflicht ist, auch unter die Arbeiterinnen Aufklärung zu bringen und dieselben in die Organisation zu ziehen.

Parteigenossen! Ich wünsche es, daß dieser heutige Parteitag zu dieser Frage Stellung nehme, es muß endlich einmal Klarheit geschaffen werden. (Großer Beifall.)

Gen. Maier (Waidhofen a. d. Ybbs) konstatirt, daß das Blocksystem gegenwärtig nicht mehr jenen materiellen Erfolg zeige, wie früher, wo die Sache neu war und meint, daß die Konsumgenossenschaften zu fördern wären, weil sie im Falle von Streiks sich als nützlich erweisen.

Gen. Witzmann (Wien) spricht sich dafür aus, daß, nachdem die Gewerkschaftsbewegung in den letzten Jahren einen großen Aufschwung genommen hat, der politischen Organisation in den Vereinen mehr Aufmerksamkeit zugewendet werden sollte. Dann werden auch viele in der Gewerkschaft stehende Arbeiter sich den politischen Vereinen anschließen.

Gen. Scholz (Wien) vertheidigt die Anträge des Wiener XVIII. Bezirkes, Streiks, den 1. Mai betreffend, gegen die Kritik des Gen. Neumann. Im Punkte b) des Antrages der Organisation XVIII hat sich ein Fehler eingeschlichen, indem es am Schlusse heißen soll: „Dieser Antrag wird schon am 1. Mai 1896 seiner Verwirklichung zugeführt." Es ist gesagt worden, daß es für die Antragsteller charakteristisch sei, wenn sie derartige Anträge einbringen. Die Gründe für diese Anträge sind folgende: Obwohl die Gewerkschaftsorganisation in der letzten Zeit bedeutende Fortschritte gemacht hat, so steht dieselbe doch nicht auf jener Basis, auf welcher sie stehen könnte und sollte. Darum soll der Maifeier eine erhöhte Bedeutung verliehen werden. Weiter haben wir den Antrag gestellt, weil die Maifeier auch in Oesterreich immer mehr den Charakter verliert, welchen sie von Anfang an gehabt hat, nämlich im vollen Sinne des Wortes ein Protest gegen die heutige politische und wirthschaftliche Knechtung zu sein. Heute wird nur mehr mit Reden demonstrirt und am Nachmittag werden gemüthliche Zusammenkünfte gehalten, wie dies in Deutschland von Anfang an der Fall war. Eine solche Feier ist ein Schlag in's Wasser. Zum Schlusse bemerke ich, daß ich auch für die Konsumgenossenschaften eintreten werde.

Vorsitzender: Es wurde der Antrag eingebracht, daß die Sprechzeit für die einzelnen Redner auf 10 Minuten herabgesetzt werden soll.

Der Antrag wird unterstützt und angenommen.

Gen. Smitka (Wien): Ich unterschreibe das, was Gen. Neumann betreffs der Konsumgenossenschaften gesagt hat, vollständig. Unsere Parteiorganisation hat sich in der Provinz im Großen und Ganzen bewährt und ich glaube, es wird Sache der Wiener Genossen sein, in Wien so Manches zu ändern. Die Anträge der Genossen aus Wien sind in manchen Punkten sehr unklar (Sehr richtig!), und wenn man dann noch die Begründung dieser Anträge hört, muß man sich sagen, daß die Genossen aus der Provinz in mancher Beziehung viel weiter vorgeschritten sind, als die Wiener Genossen. Die Schuld liegt an den Organisationen, welche diese Genossen hergeschickt haben. Solche Ansichten, wie diese Genossen vorgebracht haben, hat Keiner, der sich halbwegs mit den Prinzipien der Partei befaßt hat.

Was die Frage der Abhaltung eines jährlichen Parteitages betrifft, so hat schon der Referent darauf hingewiesen, daß die Einnahmen der Partei Manches zu wünschen übrig lassen. Wenn wir nun jährlich einen Parteitag einberufen, der viele tausend Gulden kostet, so müssen wir dabei wohl bedenken, ob die dazu erforderlichen Mittel nicht in anderer Weise besser angewendet wären. Vielleicht werden wir im nächsten Jahre nach den Wahlen einen Parteitag brauchen. Wenn wir aber, wie der Referent wünscht, jährlich einen Parteitag auch deswegen einberufen sollen, um einigrn Querköpfen Gelegenheit zu geben, ihre Kritik zuüben, so meine ich, daß wir dazu unser Geld nicht herzugeben brauchen. Wir haben ja auch noch Branchenkongresse, Gewerkschaftskongresse u. s. f. Wir müssen auch dafür sorgen, daß die Beschlüsse des Parteitages wirklich durchgeführt werden, es muß die Parteivertretung für die Durchführung der Parteitagsbeschlüsse sorgen, indem sie auf die Einberufung von Landeskongressen, von Bezirkskongressen dringt.

Das wird aber innerhalb eines Jahres nicht immer möglich sein. Man wäre genöthigt, neuerdings einen Parteitag einzuberufen, bevor noch die Beschlüsse des alten durchgeführt sind. Redner spricht sich schließlich aus dem vom Referenten angeführten Grunde gegen den Antrag der Organisation Wien V aus, daß auch die Gewerkschaftskommission als solche in der Parteivertretung vertreten sein soll.

Gen. Feigl (Gloggnitz) spricht sich für den Antrag der niederösterreichischen Kreisorganisation, betreffend die Parteivertretung, aus. Der Antrag bezüglich der Parteiangestellten ist von der niederösterreichischen Kreisvertretung zurückgezogen worden, besteht aber von einer anderen Organisation aufrecht. Ich habe mich schon gegen diesen Antrag erklärt. Wir in Margarethen haben den Antrag gestellt, daß Parteisekretär und Parteikassier nicht Angestellte der „Arbeiter-Zeitung" sein dürfen und die Parteivertretung hat einen ähnlichen Antrag gestellt. Redner kommt sodann auf die schlechte Art der Zusammensetzung der Bezirksorganisationen in Wien zu sprechen und bemerkt, er sei selbst von einem Manne bei der ersten Maidemonstration im Prater verhaftet worden, der sich nachträglich als Vertrauensmann der Organisation Rudolfsheim entpuppte. (Heiterkeit.) Es liegt ein Antrag der Organisation Floridsdorf vor, daß bei Anstellung von Parteigenossen, sowie bei Gehaltsregulirungen die Parteivertretung der Wiener Lokalorganisation diesbezüglich Vorschläge zu machen habe. Es liegt auch der Antrag Ellenbogen vor, die Parteivertretung ist für die von ihr ausgehenden Anstellungen von Parteibeamten und deren Gehaltsbemessung lediglich der Parteikontrole und dem Parteitage verantwortlich. Nun ist es richtig, daß über die Höhe der Gehalte die Wiener Lokalorganisation kein Recht zu entscheiden hätte. Wenn nun der Antrag Ellenbogen so gemeint ist, daß über die Höhe der Gehalte nur die Parteivertretung zu bestimmen habe, stimme ich dafür. Wenn es sich aber darum handelt, daß auch die Verständigung von Anstellungen, welche man in der „Arbeiter-Zeitung" vornimmt, aufhören soll, so müßte ich

gegen den Antrag Ellenbogen stimmen. Was die Vorwürfe der Gen. Popp anbelangt, so ist zu fragen, warum die Wiener Arbeiterinnen nicht an Localorganisationen herangetreten sind, statt an den Ausschuß. Uebrigens hätten sie Delegirte auch hersenden können, selbst wenn die Parteivertretung und nicht die Lokalorganisationen die Kosten bezahlt hätten. Was die Konsumgenossenschaften anbelangt, so greift diese Bewegung immer mehr um sich, deshalb habe ich beantragt, daß auf dem nächsten Parteitage dieser Punkt verhandelt werde. Wir dürfen auch nicht vergessen, daß bei den Konsumgenossenschaften eine Reihe von Angestellten ist, welche in der niederträchtigsten Weise ausgebeutet werden, während in der Leitung dieser Vereine Leute sitzen, welche sich bei jeder Gelegenheit als Genossen geriren.

Gen. Grünwald (Wien) spricht sich für den Antrag der niederösterreichischen Kreisvertretung aus, daß es Pflicht der Parteiangehörigen sei, der Organisation ihrer Branchen, respektive einem Bildungs- oder politischen Vereine anzugehören. Redner ist weiters dafür, daß zum Parteitage die Genossen auch einer jeden Branche Vertreter entsenden. Es handelt sich nicht um die Zahl der Vertreter, sondern darum, daß die Gewerkschaften überhaupt vertreten sind. Redner könne die Ansicht des Gen. Dr. Adler nicht theilen, daß ein tüchtiger Redakteur eines gewerkschaftlichen Blattes immer im Stande sein werde, sich ein Mandat einer politischen Organisation zu verschaffen, und daß in Folge dessen dieser Beschluß nicht nothwendig wäre. Redner weist den Vorwurf der Genossin Popp zurück, daß die Genossinnen in Wien unterdrückt werden. Es sei nicht richtig, daß die bezüglichen Beschlüsse des Parteitages nicht durchgeführt werden. Bei uns gehören 10 Perzent der Arbeiterinnen der Organisation an, sie zahlen hohe Beiträge an die Gewerkschaften, zahlen Beiträge für die politische Partei, für den Widerstandsfond, sie lesen das Fachblatt, sie lesen die „Arbeiter-Zeitung", sie haben aber noch nie den Wunsch ausgesprochen, am Parteitage vertreten zu sein.

Gen. Prähauser (Salzburg) unterscheidet zwischen Parteigenossen in Wien, die seit Jahren an der Spitze des Kampfes stehen, welche für ihre Ueberzeugung in den Kerker gegangen sind und zwischen Jenen, welche sich durch Anträge und Reden furchtbar bemerkbar machen wollen. (Heiterkeit.) Die Einen sagen, es werde die gewerkschaftliche Bewegung zu wenig gefördert, Andere wieder sagen, es werde die politische Bewegung zu wenig gefördert. Ich meine nicht, die Parteivertretung müsse der Prügelknabe sein, wenn es zu langsam geht. Wir haben in Salzburg in den letzten zwei Jahren 42 politische Versammlungen und 23 gewerkschaftliche Versammlungen abgehalten. Wie kann man sagen, daß die gewerkschaftliche Bewegung viel vernachlässigt wird? Genosse Neumann wird mir bestätigen, daß wir für die Partei keinen Kreuzer leisten können. Gen. Hueber dagegen wird mir bestätigen, daß unsere Parteigenossen für die Gewerkschaft das Möglichste gethan haben. Wir vernachlässigen eher die politische Bewegung, und es ist das eine Sache, die ich sehr bedauere, aber nicht ändern kann. Wenn es keine politische Bewegung gibt, gibt es auch keine gewerkschaftliche Bewegung. Die Vertreter der Wiener Bezirke hätten sich an dem bethlehemitischen Kindesmorde belehren können, den wir gestern an ihren Anträgen vorgenommen haben. Ich möchte Sie bitten, ihre Anträge zurückzuziehen. In Wien sind die Genossen überhaupt sehr weit zurück, Beweis dafür ist, wie Sie die Genossinnen behandeln. (Beifall.)

Gen. Berner überreicht folgenden Antrag:

„Der Parteitag spricht den von der ungarischen Polizei auf ihrem Budapester Kongreß vergewaltigten und ihrer staatsbürgerlichen Rechte beraubten Holzarbeitern seine brüderliche Sympathie aus. Die zunehmende offizielle Hetze gegen die

ungarischen Arbeiterorganisationen beweist deutlich, daß mit ihnen auch die Furcht der Bourgeoisie vor ihnen wächst, wird sie aber, wie sonst überall, nur läutern, schulen und stärken."

Einstimmig angenommen.

Gen. Vaněk (Pilsen) überreicht folgenden Antrag:

„In Anbetracht authentischer Nachrichten über die Behandlung der politischen Gefangenen in der Landesstrafanstalt in Bor bei Pilsen spricht der Parteitag seine Entrüstung über das Gebahren der Verwalter dieser Strafanstalt aus, welche, die Rechte der politischen Gefangenen nicht wahrend, sie der ihnen gebührenden Vortheile beraubt. Weiters spricht der Parteitag das tiefste Bedauern darüber aus, daß die heutige Regierung des Grafen Badeni bei Antrag auf Amnestie den politischen Gefangenen gar keine Rücksicht auf die sozialdemokratischen politischen „Verbrecher", die in der Persekution im Jahre 1885 verurtheilt wurden, genommen hat." Es folgen 19 Unterschriften.

Gen. Vaněk (Pilsen) begründet diesen Antrag und verweist darauf, daß im Jahre 1885 Genossen in Prag zu jahrelangem Gefängniß verurtheilt worden sind, wegen Thaten, für welche sie heute vielleicht einige Monate bekommen hätten. Es wurden Genossen zu 10, 15 und 16 Jahren verurtheilt. Der Gen. Pačes schmachtet über 9 Jahre im Gefängnisse, 5 Jahre haben die Genossen gemeinschaftliche Haft gehabt, dann wurden sie mit Gewalt in Einzelzellen geworfen, die Behandlung, die ihnen zutheil wurde, spottet jeder Beschreibung. Die Aerzte, der Kommissär, die Verwaltung machen mit den Leuten, was sie wollen. Pačes protestirte dagegen, daß er Einzelhaft bekomme, und daß er, obwohl krank, nicht in die Krankenzellen abgegeben wurde. Dafür hat er 3 Tage Dunkelzelle bekommen. (Lebhafte Entrüstungs-Rufe.) Die im Omladinaprozesse Verurtheilten wurden amnestirt, weil sie Bourgeoissöhne waren; auf unsere Genossen hat Badeni keine Rücksicht genommen, weil sie Söhne des Proletariats sind. Wenn die Regierung an diese „Verbrecher" vergißt, so beweisen wir, daß wir an unsere Genossen nicht vergessen haben, und ich bitte deshalb den Parteitag, meinen Antrag einstimmig anzunehmen.

Vorsitzender Zeller: Ich kann diesen Ausführungen hinzufügen, daß dem Gen. Černy, der vom früheren Strafhausverwalter wenigstens die bürgerlichen Blätter zu lesen bekommen hat, von dem neuen Verwalter nicht einmal die Wohlthat gewährt wurde, welche gemeine Verbrecher in dieser Strafanstalt genießen. (Lebhafte Entrüstung.)

Gen. Vaněk bittet den Reichsrathsabgeordneten Pernerstorfer, die Sache im Reichsrath zur Sprache zu bringen, damit es gelinge, die Genossen aus der schmachvollen Haft zu befreien.

Abg. Pernerstorfer erklärt sich dazu bereit, wenn man ihm die bezüglichen Daten zukommen lasse.

Der Antrag Vaněk wird einstimmig angenommen und die Sitzung um $^3/_4$8 Uhr abgebrochen.

Fünfter Verhandlungstag am 9. April 1896.

Vormittagssitzung.

Vorsitzender Gen. Popp (Wien) eröffnet um 9 Uhr 45 Minuten die Sitzung.

Gen. Roscher (Reichenberg): Es ist gestern beschlossen worden, bezüglich der Lohnzettel aus der Firma Pernitz in Lieben eine Zusammenstellung zu machen. Sehr viele Arbeiter in den Webereien wissen überhaupt nicht, was sie in der Woche verdient haben. Sie werden nach Stück bezahlt, ohne daß sie *meistens wissen, wie* lange das Stück ist. Das ist ja eine häufige Sache, daß

die Arbeiter und Arbeiterinnen betrogen werden, und wir haben auch eine Firma in Reichenberg der Staatsanwaltschaft angezeigt, weil dort ein Theil der Arbeiter den Muth gefunden hat, die Stücke nachzumessen, und es sich herausstellte, daß sie 8 bis 10 Meter länger waren, als ihnen in ihr Buch eingeschrieben und bezahlt worden war.

Es lagen von 73 Arbeitern der Firma Perutz derartige Zettel vor. Diese haben in einer Woche zusammen 311 fl. 13 kr. verdient. Davon wurden ihnen für die Krankenkasse 6 fl. 24 kr., an Strafen 2 fl. 80 kr. abgezogen. Dieses Straffystem in der Textilbranche ist eine große Schweinerei. Es gibt Angestellte, die sich durch diese Strafabzüge geradezu ihren Gehalt erwerben müssen. Die Vorschüsse betragen 13 fl. 11 kr., für Bier wurden 29 fl. 7 kr. abgezogen. Dabei bemerke ich, daß die Firma mit Bier ein Geschäft macht, was ganz gesetzwidrig ist, indem sie es um einen Kreuzer theurer verkauft, als sie es bezieht. Viele Arbeiter in den Textilfabriken kennen ein Mittagsmahl nicht. Sie nehmen oft nur ein Glas Bier und Brot zum Mittagsmahl. Ferner ewurdn 29 fl. 75 kr. für 18 Parteien in Anrechnung gebracht. Diese 73 Arbeiter erhielten zusammen 230 fl. 16 kr. ausbezahlt. Die Löhne „schwanken" zwischen 1 fl. 10 kr. und 10 fl. Es ist aber nur ein Einziger, der 10 fl. hat. Die meisten haben 4 bis 5 fl., und es gibt auch Löhne unter 2 fl. Der Durchschnittslohn beträgt ohne Abzüge 4 fl. 9 kr., mit Einrechnung der Abzüge 3 fl. 9½ kr. Es ist außerordentlich zu bedauern, daß die Prager Presse von diesen Zuständen, die übrigens in den meisten Fabriken dieser Branche dieselben sind, keine Notiz nimmt.

Es wird zur Tagesordnung übergegangen. Punkt IV: Organisation und Taktik.

Gen. Rychling (Wien) spricht sich dafür aus, daß jene Genossen, welche in der Agitation stehen, möglichst unabhängig gestellt werden sollten. Er tritt weiters für eine größere Förderung der Konsumgenossenschaften ein. Das Gigerlthum müsse aus der Partei entfernt werden. In den Konsumgenossenschaften bilde sich das aber nicht aus. Die Argumente, welche der Referent gegen die Konsumvereine angeführt hat, seien nicht stichhältig.

Gen. Reger (Orlau): Die heutige Organisationsform ist beizubehalten, und es kann sich nur um eine Vertiefung derselben handeln. Darum sollten wir alle jene Anträge, welche eine einschneidende Aenderung bezwecken, ablehnen.

Bezüglich der Konsumgenossenschaften werde ich für den Antrag stimmen, daß diese Frage einem späteren Parteitage vorbehalten wird. Der Antrag Wien XVIII ist gut gemeint, allein er ist vollständig undurchführbar.

Gen. Schuhmeier (Wien) begründet die Anträge der niederösterreichischen Kreisorganisation. Es nütze uns nichts, wenn wir in Wien in den Versammlungen 10—15.000 Menschen haben, wenn wir uns aber sagen müssen, von diesen Leuten stehen nur ein paar Hundert in der Organisation. (Richtig!) Daher sollte der Parteitag aussprechen, daß es Pflicht eines Jeden sei, der sich zur Partei zählt, in erster Linie einer Branchenorganisation und, wenn dies nicht möglich ist, einem politischen oder einem Bildungsverein anzugehören. Damit wird der Partei ein großer Dienst geleistet. Auch ich wünsche, wie Gen. Rychling, die Beseitigung des Gigerlthums in der Partei, welches sich insbesondere in der letzten Zeit bemerkbar gemacht hat; ich fürchte, wenn wir das Wahlrecht bekommen werden, wird sich eine Unzahl von Leuten an uns herandrängen, die die Früchte unseres jahrelangen Kampfes für sich einzuheimsen suchen; dagegen muß bei Zeiten vorgearbeitet werden. Wenn Einer ein Parteigenosse sein will, so muß er auch in Reih und Glied stehen und jene Opfer für die Partei bringen, die sie verlangt. Wir haben schon Manchen abgeschlissen, vielleicht wird sich bei uns *auch so Mancher abgigerln*. Wir wünschen weiter, daß die Zufuhr

der Gelder an die Parteileitung eine regelmäßige werde, und daß die Kreisorganisationen mindestens alle Vierteljahre mit der Parteivertretung abrechnen.

Wir wünschen auch eine andere Zusammensetzung der Parteivertretung. Es ist nicht möglich, daß die Genossen aus der Provinz, welche die Kontrole haben, die Arbeit, die ihnen zugewiesen wird, durchführen können. Wir wünschen, daß, wenn Fragen zu erledigen sind, welche für das ganze Reich von Wichtigkeit sind, die Parteivertretung eine gemeinsame Reichskonferenz einberufe, zu welcher jede Kreisorganisation — allerdings auf ihre Kosten — ihre Vertreter entsendet.

Den Antrag, daß Parteiangestellte nicht wählbar sind, hat der niederösterreichische Landesausschuß zurückgezogen. (Bravo!) Ich mache übrigens darauf aufmerksam, daß nicht alle Kreisausschüsse für den Antrag waren. Es ist auch davon gesprochen worden, daß wir den Gen. Adler aus der Parteileitung draußen haben wollen. Ich bin überzeugt, daß Gen. Adler auch zufrieden ist, wenn ihm nur eine berathende Stimme in der Parteileitung eingeräumt wird. Man sagt vielfach, daß eigentlich Gen. Adler die Parteileitung sei. Das ist natürlich nicht wahr und die Eingeweihten werden wissen, daß Anträge des Gen. Adler sehr häufig abgelehnt worden sind. Wir wollen dem die Spitze abbrechen, glauben aber, daß Gen. Adler als Chefredacteur doch an den Sitzungen theilnehmen soll. Der Antrag Wien VII will einen neuen Abrechnungsmodus einführen, den wir in Niederösterreich schon heute haben und ich möchte Ihnen denselben aufs Beste empfehlen. Jetzt haben wir es so eingerichtet, daß die Kassiere in der Provinz nur gegen Ausstellung eines Blockzettels, welcher mit einem Gegenschein auf dem Blocke correspondirt, Gelder übernehmen dürfen. Der Block mit den Gegenscheinen wird dann an die Kreisorganisationen geschickt und der Sekretär stellt dann die Ausweise zusammen, welche veröffentlicht werden. Was den angefochtenen Beschluß, die Frauen betreffend, angeht, konstatire ich, daß er vom Wiener Lokalausschuß gefaßt wurde. Es sind also nicht alle Wiener Genossen, sondern nur Jene, die dem Lokalausschuß angehören, „zurückgegangen", wie Gen. Prähauser meint. Dieser Beschluß wird damit begründet, daß es nicht angeht, solche separatistische Gelüste weiter zu pflegen. Ich unterscheide zwischen den organisirten Frauen und jenen, die sich für politisch organisirt ausgeben, und ich bestreite, daß die letzteren ein Recht haben, im Namen der Arbeiterinnen Wiens zu sprechen. Hiebei nehme ich natürlich die Gen. Popp und Andere aus, die ja seit Jahren an der Spitze der Bewegung stehen. Auch unter diesen gibt es Personen, die mich lebhaft an die Parteigigerln erinnern. Wir haben nicht gesagt, daß die Frauen nicht zum Parteitag kommen sollen, wir haben nur gemeint, sie sollen sich deshalb an die Parteivertretung wenden. Sie bilden sich aber ein, daß die Bezirksorganisation das unbedingt bezahlen muß. Es wäre ja sehr leicht möglich gewesen, daß sie die Gen. Popp hätten delegiren können; das hat ihnen aber nicht genügt. Nun, wir werden über die Geschichte in Wien noch näher reden.

Eine einschneidende Aenderung, welche beantragt wird, ist die, daß das Parteisekretariat von der „Arbeiter-Zeitung" getrennt werden soll. Sie werden es selbst empfunden haben, daß dies unbedingt nothwendig ist. Wenn Geld gebraucht worden ist, hat es bisher sehr oft die „Arbeiter-Zeitung" hergeben müssen, und das kann und darf absolut nicht sein, solange das Blatt nicht selbst Ueberschüsse hat.

Gen. Rieger (Brünn): Es ist gestern gesagt worden, daß unter den Wiener Genossen noch eine große Unklarheit über die Grundsätze der Parteiorganisation herrsche. Ich glaube, daß unter den Provinzgenossen in dieser Beziehung eine noch größere Unklarheit ist und ich muß gegen die erste Behauptung *entschieden Verwahrung* einlegen. (Heiterkeit.) Obwohl wir seit fast drei Jahren

eine Organisation besitzen, gibt es heute noch eine Menge von Genossen, die sich über den Umfang und die Grenzen der Kompetenzsphären der einzelnen Körperschaften noch nicht klar sind. (Rufe: Oho!) Ich glaube, daß der Genosse, welcher Oho! ruft, wenn er in einige Bezirke Mährens gehen würde, die Erfahrung machen wird, daß es doch so ist. Bei uns sind viele Beschlüsse, welche zur Ausführung gelangen sollten, nicht ausgeführt. Ein Hauptübelstand ist die außerordentlich mangelhafte Berichterstattung und daß die Lokalorganisationen kein Geld hergeben wollen, und es lieber selbst in der Tasche behalten; wenn der Kassier der Bezirksorganisation schon etwas aus den Lokalorganisationen herausdrückt, so führt er es wieder ungern an die Kreisorganisation ab. Diese sind dann ganz aktionsunfähig. Auch da sollte eine Aenderung eintreten. Viele Aktionen, die sehr nothwendig wären, werden deshalb nicht durchgeführt. In neuerer Zeit wird mit Recht darüber Klage geführt, daß jenes Geld, welches der politischen Organisation zukommen sollte, sehr häufig in die Kassen der gewerkschaftlichen Organisation fließt.

Auch die bisherige Kontrole genügt nicht. Es ist besser, wenn die Wiener Genossen die Kontrolkommission wählen, welche einvierteljährlich oder auch monatlich die Kontrole vorzunehmen, dieselbe im Zentralorgan zu veröffentlichen und dem Parteitag Bericht zu erstatten hat.

Ich habe die Wahrnehmung gemacht, daß man in Böhmen mit der neuen Eintheilung in Kreisorganisationen keine allzuguten Erfahrungen gemacht hat. Sie liegen sich nämlich etwas in den Haaren. Die Reichenberger sind ein wenig eifersüchtig auf die Teplitzer. (Widerspruch seitens dieser Genossen.) Ich weiß, es wollen das weder die Reichenberger, noch die Teplitzer eingestehen. (Heiterkeit.) Die ganze Organisation scheint mir dort etwas zerklüftet zu sein. Ich meine, es wäre besser, wenn die Kreisorganisationen in Böhmen verschwinden und an Stelle mehrerer Kreisorganisationen eine oder höchstens zwei treten würden. Dann wäre die Arbeit eine viel einheitlichere. Die Genossen in Böhmen sollten beauftragt werden, auf einer Landeskonferenz die Frage der Kreisorganisation in Erwägung zu ziehen und hierüber Beschlüsse zu fassen.

Was den Antrag der niederösterreichischen Kreisvertretung betrifft, daß Parteiangestellte in die Parteivertretung nicht wählbar sind, wurde dieser Antrag zwar zurückgezogen, aber die Kreisvertretung steht auf dem Standpunkte, daß Gen. Dr. Adler als Chefredacteur der „Arbeiter-Zeitung" in der Reichsparteivertretung nur mit berathender Stimme theilnehmen soll. Es soll also doch eine Ausnahme gemacht werden. Es ist sonderbar, daß man ein schlechter Kerl wird, wenn man Parteiangestellter wird. Es wäre an der Zeit, eine Bestimmung aufzunehmen, welche lautet: „Vor dem Parteistatut sind alle Parteigenossen gleich". Es geht nicht an, Parteigenossen, welche die Geschäfte der Partei besorgen, zu Parteigenossen zweiter Klasse zu degradiren.

Die Unkenntniß bezüglich der Organisation, von der ich bereits gesprochen habe, besteht nicht blos bei den Genossen, welche sich mit Organisation nicht viel abgeben, sie besteht auch bei Genossen, welche sich viel mit organisatorischen Fragen beschäftigen, ja, welche vor vier Jahren die heutige Organisation geschaffen haben.

Gen. Winarsky (Wien III, XI) bemerkt in Begründung der Anträge der Organisationen III und XI, daß die Bezirksorganisation dem nicht entspreche, was früher als Ideal einer Bezirksorganisation vorgestellt wurde. Wir sind, sagt Redner, zu unserem Antrage gedrängt worden, weil in vielen Organisationen die Meinung vorherrscht, daß beispielsweise die Vertrauensmänner einer Fabrik unbedingt in die Bezirksorganisationen einzubeziehen sind, obwohl sie von Organisation nichts verstehen. Im Kassabericht werden Sie finden, daß von den regelmäßigen Einnahmen zur Unterstützung Inhaftirter u. s. w. zirka 22 Perzent und für Agitationen und Organisationen zirka 78 Perzent verwendet

wurden. Die Ausgaben für Unterstützung Inhaftirter, Prozeßkosten u. s. w. betragen ungefähr 38 Perzent. Sie haben also 22 Perzent gegen 38 Perzent; es existirt ein fortwährendes Defizit. Dieses wird sich im Laufe der Zeit noch vermehren. Es muß deshalb ein Modus geschaffen werden, dasselbe zu verhindern. Wenn wir auch keinen bestimmten Beitrag heute fixiren, so sind wir doch in der Lage, zu sagen, daß Jeder, der Parteigenosse ist, sich nicht mit dem Genüge leistet, sondern auch verpflichtet sein soll, die Partei materiell zu unterstützen. Es steht fest, daß unsere Partei nicht genug Einnahmen hat; es müssen Mittel und Wege gefunden werden, wonach die Partei in jeder Richtung aktionsfähiger gemacht wird, und ich meine, daß, wenn Sie den Antrag bezüglich der zwei Kreuzer monatlich auch nur der Parteivertretung zuweisen, ihn diese doch annehmen wird.

Endlich habe ich Ihnen folgenden Antrag zu empfehlen:

„Der Parteitag wählt eine aus 16 Personen bestehende Parteivertretung. Acht vom Parteitage zu bestimmende Mitglieder der Parteivertretung bilden den engeren Parteiausschuß, der die laufenden Geschäfte der Partei zu besorgen hat. Die übrigen acht Mitglieder der Parteivertretung bilden die Parteikontrolle und müssen zwei derselben am Orte, wo die Parteivertretung ihren Sitz hat, wohnhaft sein; die anderen vertheilen sich auf die Provinzen.

Die Gesammtvertretung hält ihre Sitzungen nach Bedarf und können bei besonders wichtigen Angelegenheiten noch Vertreter aus den Provinzen zugezogen werden. Der Chefredakteur des Zentralorgans wohnt den Sitznngen mit berathender Stimme bei.

Die Parteivertretung bestimmt aus ihrer Mitte einen Sekretär und einen Kassier, die nicht Angestellte des Zentralorgans sein dürfen.

Die Mitglieder der Kontrole haben übrigens jederzeit das Recht, in alle Bücher und Schriftstücke Einsicht zu nehmen und allen Sitzungen stimmberechtigt beizuwohnen.

Absatz 5 der alten Statutspunkte folgt unverändert. (Jedem Parteitage hat u. s. w.)"

Was die Anträge über die Konsumvereine anbelangt, so glaube ich, daß beide Theile, welche über diese Angelegenheit gesprochen haben, nicht vollkommen das Richtige in dieser Sache getroffen haben. Die Konsumvereine sind weder Kampforganisationen, noch versimpelt man nothwendig durch dieselben. Die Sache ist nicht spruchreif, und ich bitte Sie deshalb, den Antrag Feigl anzunehmen. Bezüglich der Parteiangestellten steht der Antrag Floridsdorf dem Antrag Ellenbogen gegenüber. Ersterer ist unannehmbar; es würde dadurch in den Lokalorganisationen endlose Debatten über kleinliche Dinge geben und in den Bezirksorganisationen noch mehr wie heute die eigentliche Organisationsarbeit vernachlässigt und dem gewöhnlichen Tratsch Platz gemacht werden. Der Antrag Ellenbogen geht nicht zu weit, da die Parteivertretung dem Parteitage immerhin verantwortlich bleibt.

Es sind noch folgende Anträge eingebracht worden:

Antrag Hueber

„In Erwägung, daß die Gewerkschaftsorganisation, welche auf Grundlage der Industriegruppenbildung aufgebaut ist, sich als ein vorzügliches Mittel erwiesen hat, die Massen heranzuziehen und widerstandsfähig zu machen; in weiterer Erwägung, daß diese Organisationsform am besten geeignet ist, einen der wichtigsten Punkte des sozialdemokratischen Programmes praktisch durchzuführen, indem sie die Arbeiter physisch und geistig kampffähig macht, wodurch der Sozialdemokratie immer mehr fähige und verläßliche Streitkräfte zugeführt werden; in endlicher Erwägung, daß sich noch viele Parteigenossen ihrer Pflicht gegenüber der gewerkschaftlichen Organisation nicht bewußt sind, und deren Bedeutung für die Partei unterschätzen, wodurch es noch nicht gelungen ist, die für die Arbeiter wichtigsten Industriezentren Oesterreichs in größerer Zahl zu gewinnen, beschließt der V. Parteitag der sozialdemokratischen Partei Oesterreichs Folgendes: Es wird den Parteigenossen nicht nur zur Pflicht gemacht, sobald die Möglichkeit vorliegt, der gewerkschaftlichen Organisation anzugehören, sondern es ist auch Pflicht eines jeden Parteigenossen, die Gewerkschaftsorganisation mit aller Kraft bei allen Anlässen zu fördern, die von den Delegirtentagen, Konferenzen und Kongressen der Gewerkschaften gefaßten Beschlüsse, insoferne dieselben den Prinzipien der Sozialdemokratie nicht zuwiderlaufen, anzuerkennen und für deren Durchführung zu wirken."

Antrag Genossin Popp:

„In Erwägung, daß die gewerkschaftlich organisirten Arbeiterinnen in Folge ihrer kleinen Anzahl in den politischen Organisationen nicht die Vertretung finden, welche wünschenswerth wäre, beschließt der Parteitag: Die Genossinnen haben das Recht, wo sie es für nothwendig finden, neben der gewerkschaftlichen Organisation freie Organisationen im Sinne der Bezirksorganisationen zu bilden und unterstehen, gleich diesen, den Kreisorganisationen."

Antrag Schiller:

„Der Parteitag erklärt: Die Partei als solche hat mit der Gründung von Konsum- und Produktivgenossenschaften nichts gemein."

Antrag Adler:

„Der Parteitag lehnt es vorläufig ab, sich mit Konsum- und Produktivgenossenschaften zu beschäftigen und überläßt es den Parteigenossen, wo sie es für nützlich halten, mit aller Vorsicht sich an der Gründung solcher Institute zu betheiligen."

Antrag Feigl:

„Bei Zustandekommen irgend eines Wahlreformgesetzes haben sofort die Kreisvertretungen Konferenzen einzuberufen, den Wahlkampf bei denselben auf die Tagesordnung zu setzen und je einen Vertreter zu einer Reichskonferenz zu delegiren, welche von der Parteivertretung einzuberufen ist. Diese Reichskonferenz hat die nothwendige Vorsorge für die Wahlagitation zu treffen."

Antrag Kiesewetter und Seliger:

„Da das eigentliche Programm der sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Oesterreich hauptsächlich darin besteht, „das Proletariat politisch zu organisiren, es mit dem Bewußtsein seiner Lage und seiner Aufgabe zu erfüllen, es geistig und physisch kampffähig zu machen und zu erhalten", erklärt der Parteitag, die gewerkschaftliche Organisation gleich der politischen zu fördern, weswegen die nicht mehr zeitgemäßen Bildungs- und Lesevereine in den Hintergrund zu treten haben; dort, wo diese der gewerkschaftlichen Entwicklung und politischen Organisation Kräfte entziehend im Wege stehen, sind dieselben aufzulassen; an jenen Orten aber, wo nur durch solche die verschiedensten Elemente zusammengehalten werden können um der Sache der klassenbewußten Arbeiterschaft zu nützen, sind sie beizubehalten. Im Allgemeinen sind gewerkschaftliche Organisationen in wirthschaftlich entwickelten Landestheilen, wo es eine kräftigere Arbeiterbewegung gibt, anzuempfehlen, während für rückständige Distrikte mit mehr kleinbürgerlicher Bevölkerung mehr Lese- und Bildungsvereine passen dürften."

Antrag Trejbal und Genossen:

„Das Recht Kandidaten aufzustellen haben nur die Wähler, resp die Kreisorganisationen."

Antrag der Bezirksorganisation Reichenberg:

„Die Bezirksorganisationen sind verpflichtet, alle Vierteljahre einen Bericht über den Stand der Bewegung, sowie über die Verfolgungen und Verurtheilungen, welche in Folge der politischen und gewerkschaftlichen Thätigkeit entstanden, an die Landes-, resp. Kreisvertretungen abzustatten.

Diese haben wiederum einen Gesammtbericht vierteljährlich an die Reichsvertretung einzusenden.

Desgleichen haben die Redaktionen der politischen, sowie der gewerkschaftlichen Blätter im obgenannten Zeitraume über die Höhe der Gelder, welche in den verschiedenen Fonds einlaufen, an die Reichsvertretung zu berichten. Dies soll zu dem Zwecke geschehen, um eine Uebersicht über die Opferwilligkeit der Parteigenossen im ganzen Reiche zu erlangen. Die Reichsvertretung hat darüber dem Parteitage eine statistische Uebersicht zu geben."

Antrag Berner und Genossen:

„Die Parteivertretung hat alle Vierteljahre an die Kreisvertretungen einen Fragebogen mit den wesentlichen Momenten der Bewegung entsprechenden Rubriken zur Beantwortung binnen vier Wochen vorzulegen und den Kreisvertretungen die Erfüllung ihrer Pflichten nahezulegen."

Diese, sowie die übrigen im Laufe der Debatte bereits gestellten Anträge werden genügend unterstützt.

Ferner liegen nachfolgende Anträge vor:

Antrag Šip:

„Mit Hinsicht darauf, daß durch die von der Partei herausgegebenen Blocks die Parteibeiträge *in sehr geringem Maße* einlaufen, möge der Parteitag beschließen:

Anstatt der Parteiblocks sind Parteimarken herauszugeben, die auf Karten aufzukleben sind und die dann ein jeder Parteigenosse zum Nachweise aufbewahren kann."

Antrag Eldersch zu Punkt IV (Parteivertretung):

„Die Mitglieder der Parteivertretung und der Reichskontrole haben sich aus den Genossen jener Lokalorganisation zusammenzusetzen, in welcher die Parteivertretung ihren Sitz hat. Die Parteivertretung besteht aus 8, die Reichskontrole aus 5 Mitgliedern. Die Mitglieder der Reichskontrole haben an den Sitzungen der Parteivertretung mit berathender Stimme theilzunehmen."

Diese beiden Anträge werden nicht genügend unterstützt.

Vorsitzender: Es sind 72 Redner zu diesem Punkte der Tagesordnung zum Worte gemeldet, von denen bisher erst 12 gesprochen haben.

Nach einer lebhaften Geschäftsordnungs-Debatte wird ein Antrag des Gen. Seliger angenommen, daß von jeder Kreisorganisation noch 2 Redner das Wort erhalten.

Die Sitzung wird hierauf um 12 Mittags unterbrochen.

Nachmittagssitzung.

Der Vorsitzende Gen. Popp eröffnet die Sitzung um 2 Uhr 15 Minuten.

Es werden die eingelaufenen Begrüßungsschreiben und Telegramme verlesen und sodann zur Tagesordnung übergegangen.

Gen. Eldersch (Brünn): Am besten wäre es, alle Anträge einer Kommission zu überweisen, welche hierüber am nächsten Parteitage Bericht zu erstatten hätte. Wir wären nämlich froh, wenn das, was bis jetzt beschlossen ist, in der Provinz durchgeführt wäre; nicht als ob es an Verständniß fehlte — unsere Organisation ist nicht so schwierig, daß sie nicht verstanden werden könnte — aber die Verhältnisse in der Provinz sind es, welche die Durchführung sehr erschweren.

Gegen den Antrag, daß jeder Genosse verpflichtet sein soll, einer Fachorganisation anzugehören, wäre nichts einzuwenden. Es wäre aber sehr zu wünschen, daß sich auch die Gewerkschaften bemühen, die politische Partei etwas mehr, ja viel mehr zu unterstützen, als bisher. Es mag ja in dieser Beziehung in Wien besser stehen, in der Provinz sieht es miserabel aus. Der Antrag in Bezug auf die Einnahmen der Kreisorganisationen ist annehmbar. Aber man sollte auch beschließen, daß die Bezirksorganisationen verpflichtet sind, an die Kreisorganisationen Beiträge abzuliefern. Ein sehr wichtiger Punkt ist die Zusammensetzung der Parteivertretung. Sehr wesentlich ist der Vorschlag, daß das Parteisekretariat finanziell von der „Arbeiter-Zeitung" unabhängig gestellt werden soll. Natürlich müßten dann auch die entsprechenden Mittel von der Partei selbst aufgebracht werden. Bezüglich der Zusammensetzung der Parteivertretung unterstütze ich den Antrag Rieger, welcher dahingeht, daß zum mindesten die Kontrole von der Reichskontrole, die bis jetzt bestanden hat, geschieden werde. Eine Kontrole, die nur Stichproben machen kann, genügt nicht. Ich hätte auch gewünscht, daß die Kontrole der politischen Haltung der Parteivertretung jenen Genossen überlassen wird, welche sich am Sitze der Parteivertretung befinden.

Gegen den Antrag der Parteivertretung, alljährlich einen Parteitag abzuhalten, muß ich mich mit Rücksicht auf die Kosten aussprechen. Uebrigens wird über das wohl der nächste Parteitag entscheiden.

Bezüglich der Ausführungen über die Frauenbewegung möchte ich bemerken: Wenn die Genossin Popp ein spezielles Mittel weiß, wie die Frauen zu organisiren sind, so werden wir ihr dankbar sein. Ich glaube, es ist kein Fehler, wenn die Frauenorganisationen, die nicht im Stande sind, selbstständig etwas zu leisten, sich mit Brudervereinen verbinden, damit ihnen die Möglichkeit geboten wird, dort etwas zu lernen.

Gen. Lukasik (Reichenberg) glaubt, daß die Organisation nur dann ausgebaut und gekräftigt werden kann, wenn mehr Leute als bisher unabhängig gestellt werden. Für jene Genossen, die in den Fabriken stehen müssen, sei es außerordentlich schwer, in der Organisation zu sein. Er bemerkt weiter, daß in seiner Gegend die sogenannten Unabhängigen sich bemerkbar machen. Man sollte den Leuten energisch entgegentreten. Nicht einmal die Klerikalen oder die Kapitalisten treten so unverschämt gegen die Sozialdemokratie auf wie sie.

Gen. Hanich (Steinschönau) wendet sich gegen die Bemerkung des Referenten, daß in seinem Kreise die gewerkschaftlichen Organisationen total darniederliegen. Bei uns ist die gewerkschaftliche Organisation verhältnißmäßig gut und die Bewegung befindet sich in aufsteigender Linie. Die Zahl der Glasarbeiter beträgt etwa 5000 und sind hievon 1400 in der Organisation. Wir stehen auf dem Standpunkte, daß die gewerkschaftliche Bewegung so viel als möglich unterstützt werden soll, ohne daß jedoch die politische Bewegung vernachlässigt werden darf. Aus den Ziffern über die Beiträge der Kreisorganisationen geht hervor, daß die heutige Organisationsform mindestens nicht schlechter ist, als die alte. Wir werden, obzwar das Blocksystem bei uns nicht besonders durchgeführt ist, es doch dahin bringen, daß die Beiträge von Jahr zu Jahr sich erhöhen.

Der Vorsitzende verliest folgenden Dringlichkeitsantrag des Gen. Dr. Ingwer: Die am Parteitag anwesenden Delegirten von Wien und Niederösterreich stellen den Dringlichkeitsantrag,

„Daß der am Vormittag auf Antrag des Gen. Ellenbogen gefaßte Beschluß, dahingehend, daß die Vertreter der Industriegruppen und der Gewerkschaftskommission das Wort nicht erhalten, aufgehoben werde."

Gen. Dr. Ellenbogen erklärt, daß nicht er einen solchen Antrag in der Vormittagssitzung eingebracht habe. Es sei ihm nicht eingefallen, die Vertreter der Gewerkschaftskommission auszuschließen.

Der Antrag wird angenommen.

Gen. Palka (Wiener-Neustadt) spricht sein Bedauern darüber aus, daß der Wiener Landesausschuß nicht auch Genossinnen mit Mandaten zum Parteitage betraut habe. In manchen Orten nehmen die Vereine so sehr überhand, daß man da einen Damm entgegensetzen sollte. In Städten, wo nur 3—4000 Arbeiter sind, gibt es oft 10—12 Ortsgruppen. In jedem Vereine sind höchstens 50 Mitglieder. Die sind nicht einmal im Stande, einen halbwegs fähigen Vereinsausschuß aufzubringen, und sind oft darunter nicht Viele, welche im vollen Sinne des Wortes Sozialdemokraten sind. Es würde sich daher empfehlen, daß auch die Gewerkschaften mit gemischten Branchen kultivirt werden. Wir haben in Wiener-Neustadt die Erfahrung gemacht, daß ohne den Konsumverein die Bewegung ganz lahmgelegt wäre. Wir sind nur zwei Genossen, die für die Arbeiterbewegung eintreten, ich und ein Genosse vom Konsumverein. Wir haben es unter Anderem durchgesetzt, daß die Lokomotivfabriksgesellschaft sich genöthigt gesehen hat, zu erklären, daß sie den 1. Mai freigibt. In Folge dessen feiern auch alle übrigen kleinen Fabriken. Daß die Bewegung in der Provinz so langsam vorwärts geht, liegt in dem Mangel an unabhängigen Kräften, welche für die Sache wirken könnten. Darum bin ich daß die Gründung von Konsumvereinen. Ich bedauere, daß der Parteitag noch vor dem Zustandekommen der Wahlreform tagt. Wenn die Wahlreform Gesetz wäre, wäre vielleicht das Organisationsstatut in dem Sinne abzuändern, für die Wahlkreise für sich Organisationskreise bilden, und dann die Vereine in diesen Wahlkreisen Konsumgenossenschaften bilden, so daß in jedem Wahlkreise einer oder zwei Genossen unabhängig gemacht würden. Es gibt viele Genossen, *welche fähig wären*, agitatorisch zu wirken; sie getrauen sich aber

nicht, weil sie fürchten müssen, ihre Existenz zu verlieren. Ich empfehle also den von mir gestellten Antrag zur Annahme.

Gen. Trenka (Troppau) überreicht folgenden genügend unterstützten Antrag:

„Der fünfte Parteitag der österreichischen Sozialdemokratie beschließt, im gegenwärtig bestehenden Organisationsstatut keine wesentlichen Aenderungen vorzunehmen und beauftragt gleichzeitig die neugewählte Parteivertretung den heute gestellten Anträgen in Bezug auf Abänderung des Organisationsentwurfes Rechnung zu tragen, insofern, daß bei demnächst stattfindendem Parteitage ein unseren politischen Verhältnissen Rechnung tragender Entwurf zur Beschlußfassung vorzulegen ist. — Den Genossen wird zur Pflicht gemacht, an den gründlichen Ausbau der Gewerkschaften zu schreiten."

Gen. Krapka (Brünn) stellt folgenden genügend unterstützten Antrag:

„Der Parteitag verwirft den Antrag Wien XVII, die Frauen betreffend, da der Antrag mit den sozialdemokratischen Prinzipien im Widerspruche steht."

Er führt aus, daß am Hainfelder Parteitage von der Frau noch nicht die Rede war, ebenso auch nicht im Jahre 1890. Aber schon im Jahre 1892 wurde beschlossen, daß in Bezug auf politische Rechte kein Unterschied zwischen Männern und Frauen gemacht werde, und der Parteitag vom Jahre 1894 nahm neuerdings eine ähnliche Resolution an. Es kann also nach sozialdemokratischen Prinzipien ein Unterschied im Rechte zwischen Mann und Frau nicht gemacht werden. Bebel's „Die Frau und der Sozialismus" war eines der ersten Bücher, das die czechische Organisation in böhmischer Uebersetzung herausgab, und jetzt kommen so rückständige Genossen aus Wien. Redner hätte gewünscht, daß die Wiener Genossen am Streik von Mährisch-Ostrau gegenwärtig gewesen wären, sie wären dann anderer Meinung.

Was die Konsumvereine anbelangt, bekennt sich wohl Redner nicht als Freund derselben, meint aber, daß wer sich als Spießer in der Frauenfrage kennzeichnet, in der Frage der Konsumvereine Andere nicht Spießer nennen dürfe. Zum Schluß spricht er sich für den Antrag der czechoslovenischen Organisation, betreffend die Parteivertretung aus.

Gen. Roscher (Reichenberg): Eine weitere Zersplitterung der Organisation wäre kein Fortschritt, sondern würde uns das Zusammengehen in den großen Hauptfragen vollständig unmöglich machen Es wird damit unausbleiblich ein Partei-Bureaukratismus großgezogen. Wir haben auch zu wenig Agitatoren. Die meisten, die zu Agitatoren geworden sind, haben jahrelang geglaubt, die Parteithätigkeit bestehe eigentlich darin, in Versammlungen zu gehen, zu reden und wieder nach Hause zu fahren. (Sehr gut!) Nein, wir haben eine höhere Aufgabe: Die am wenigsten reden, haben dieselbe oft am besten erfüllt, und es ist zu bedauern, daß nicht mehr praktisch gearbeitet wird. Man sagt: wir brauchen mehr Mittel. Aber es sind in der letzten Zeit mehr Mittel für die Parteibestrebungen eingelaufen als früher. Wo die Massen mit der Fachbewegung gefaßt worden sind, wurde auch eine entsprechende Grundlage geschaffen. Was verstehen denn eigentlich die Genossen, die uns hier schon so sehr belehrt haben, unter Parteithätigkeit? Verstehen Sie darunter immer nur, daß man Volksversammlungen abhält? Ist denn die Arbeit auf gewerkschaftlichem Gebiete keine Arbeit? Es ist von Bildungsvereinen, von gewerkschaftlichen Vereinen, Frauenvereinen ꝛc. gesprochen. Ich glaube, wir sollen darüber klar sein, daß wir nur zwei Richtungen haben: eine politische und eine gewerkschaftliche. Die politischen Vereine können wir sozialdemokratische nennen. Wir können aber nicht sagen sozialdemokratische Gewerkschaften, obwohl auch in diesen allerdings zumeist überzeugte Genossen bereits sitzen. Die Bildungsvereine sind überlebt, und wir müssen darnach trachten, große Gewerkschaften zu bilden.

Ueber die Frauenfrage sind wir uns in Böhmen vollständig klar. Wir

wissen, daß die Frau in die gemeinsame Organisation gehört. Es stehen auch wirklich bei uns viele Frauen in der Bewegung, und es mehren sich auch die Frauen in der Gewerkschaft.

Was die Konsumvereine betrifft, so meine ich, die bringen wir nimmer weg. Aber deswegen dürften wir noch keinen Beschluß fassen, es seien die Konsumvereine anzunehmen. Wir wissen, daß wir in Oesterreich wie in Deutschland noch keinen Konsumverein gehabt haben, der unseren Prinzipien entsprochen hätte. Wir mögen die Gründung von Konsumvereinen der Entwicklung überlassen. Ich stehe vollständig auf dem Standpunkte des Referenten. Ich mache aufmerksam auf unseren Antrag unter Nr. 12, welcher verlangt, daß man für die Textilarbeiter das möglichste thue. Die Textilindustriellen Oesterreichs sind der einflußreichste Theil der österreichischen Bourgeoisie. Wir haben die Handelskammern Reichenberg und Brünn, die mächtige Faktoren sind und die ruppigsten Industriellen in Oesterreich. Die Reichenberger sind bekannt als „Hüter der Bildung", Sie werden wissen, was diese Handelskammer bezüglich der Aenderung des Gewerbegesetzes für eine Stellung eingenommen hat, daß wir 900 ausgesperrte Textilarbeiter wegen der Maifeier gehabt haben, und daß diese Herren eigene Maßregelungsbeschlüsse fassen. Da müssen wir die größeren Massen dafür interessiren. Ich empfehle Ihnen daher unseren Antrag zur Annahme. Sie geben hiedurch den Leuten einen moralischen Halt. Die Wiener Genossen und insbesondere auch die Parteivertretung haben bezüglich der Gewerkschaftsorganisation ihr möglichstes gethan. Wo etwas zu finden war, die Leute zu organisiren, ist man daran geschritten. Bei uns in Nordböhmen ist das leider nicht in demselben Maße der Fall.

Gen. Dr. Ingwer (Amstetten) spricht sich gegen die alljährliche Abhaltung des Parteitages aus. Mit dem Antrage des Referenten, daß bezüglich der Einnahmen die zukünftige Parteivertretung die nöthigen Schritte zu unternehmen habe, ist Redner einverstanden, meint aber, daß nichtsdestoweniger der Antrag der niederösterreichischen Kreisvertretung bezüglich der Partei-Einnahmen anzunehmen sei. Es muß festgestellt werden, daß die Kreisorganisationen verpflichtet sind, an den Parteitag Gelder auszuliefern, und daß dies innerhalb einer bestimmten Zeit zu geschehen habe. Die gegenwärtigen Bestimmungen in dem Organisationsstatut sind durchaus zu unbestimmt. Ich weiß, daß Sie in der Provinz nicht so viel abliefern können, wie wir in Niederösterreich, bin aber überzeugt, wenn es vom Parteitage zur Pflicht gemacht wird, wird es in einem höheren Maße als bis jetzt geschehen. Ich bin nicht dafür, daß die Parteivertretung so zusammengesetzt wird wie bisher. Es ist nothwendig, daß wir zu dem Zustande zurückkehren, welcher vor dem letzten Parteitage gewesen ist, daß wir nämlich wieder Reichskonferenzen abhalten und bin überzeugt, daß das die Partei mehr fördern wird. Gen. Neumann sagte, wir sollen bei dem jetzigen Zustand bleiben, weil dadurch der innige Kontakt mit der Provinz erhalten bleibe. Das geschieht aber besser durch Reichskonferenzen.

Die Angriffe, welche gegen den niederösterreichischen Landesausschuß wegen der Frauen gerichtet wurden, sind unberechtigt. Und wenn in dem Protestschreiben erklärt wird, wir hätten das nicht ablehnen sollen, so kann ich erwidern, daß wir in Wien Geld für den Parteitag gesammelt und dasselbe an die Parteivertretung gegeben haben, und deshalb haben wir die Genossinnen an die Parteivertretung gewiesen. Wir haben 100 fl. zum Parteitage beigetragen und damit Genüge geleistet.

Es ist ein Vorurtheil, wenn die Genossen über die Konsumvereine direkt den Stab brechen. Als in Deutschland die Konsumvereine aufgetaucht sind, wurde gesagt: „Das ist eine Rückkehr zu den alten Irrthümern." Es hat aber Eduard Bernstein, neben Karl Kautsky der größte Gelehrte auf sozialwissen-

schaftlichem Gebiet, gesagt: „Das ist nicht die Rückkehr zu den alten Irrthümern, sondern das ist der Abfall von den alten Irrthümern.“ Ich bin kein Anhänger der Konsumvereine, und halte sie nicht für den Schlüssel zur Lösung der sozialen Frage. Ich bin aber wohl der Meinung, daß die Konsumvereine Organisationen werden können, wie jede andere Organisation und daß sie in den Händen des Proletariats zum Kampfmittel werden können; daß es aber nicht angeht, allgemeine Behauptungen aufzustellen. Wir haben die Erfahrung, daß sich die Konsumvereine in großen Städten nicht bewähren. In England gedeihen die Konsumvereine aber in kleinen Städten. Sie bewähren sich aber auch schon in manchen Provinzorten von Oesterreich, dort, wo viele Lohnarbeiter leben, wo der Handel noch nicht jene Dimensionen erreicht hat, wie in großen Städten. In kleinen Orten sind die Konsumvereine von Werth und Bedeutung, sie können es wenigstens unter Umständen sein. Ich meine also, der Parteitag lehnt es ab, die Konsumvereine den Parteigenossen zu empfehlen, überläßt es aber dem Gutdünken der Genossen in den einzelnen Orten nach Prüfung der Verhältnisse dazu Stellung zu nehmen. (Gen. Dr. Adler: Mit aller Vorsicht!) Da Dr. Adler heute einen Antrag eingebracht hat, der sich fast wörtlich mit meinem Antrage deckt, so habe ich nichts dagegen, daß die Worte „mit aller Vorsicht“ in meinem Antrag aufgenommen werden. Entschieden muß ich mich aber gegen den Antrag Feigl aussprechen. Die Ansicht des Gen. Feigl ist überhaupt auf meinem Mist gewachsen. (Heiterkeit.) Ich war noch vorige Woche dieser Meinung, habe jedoch durch genaue Prüfung der Verhältnisse, insbesondere der Arbeit von Knittl, die erst in den letzten Tagen in meine Hände gelangte, entnommen, daß es unklug wäre, wenn ich dafür eintreten würde, daß auf die Tagesordnung des nächsten Parteitages der Punkt „Konsumvereine“ gesetzt würde. Ich bitte, den Antrag Feigl abzulehnen und meinen Antrag anzunehmen.

Vorsitzender: Es sind folgende Anträge eingebracht worden, durch welche der Antrag Gerin (Punkt 15) und der Antrag der böhmischen Genossen entfallen. Diese beiden Anträge werden sohin zurückgezogen.

„1. In die Parteivertretung werden Genossen der verschiedenen Nationalitäten gewählt, um die ständige Fühlung zu vermitteln. (Antrag Gerin.)

2. Die politische Leitung der Gesammtpartei obliegt der Gesammtvertretung der Sozialdemokratie in Oesterreich, die sich aus den Vertretungen oder Exekutivkomités der deutschen, czechischen und polnischen Organisationen zusammensetzt und in der die italienischen und südslavischen Genossen entsprechend vertreten sind. Die Gesammtvertretung der Sozialdemokratie in Oesterreich tritt zu gemeinsamen Berathungen behufs Regelung der den Organisationen gemeinsamen Angelegenheiten nach Erforderniß zusammen.“

Dr. Adler, Steiner, Nemec, Smetana, Daszynski, Zavertnik, Vaněk, Reger, Fränkel, Gerin, Resel, Rieger, Zeller, Popp, Schrammel, Ellenbogen.

Gen. Smetana (Wien): Ich bin für die Anträge der österreichischen Kreisvertretungen 1—4. Die übrigen muß ich für unannehmbar erklären. Wenn der Antrag, alljährlich einen Parteitag abzuhalten, angenommen wird, und wenn nebstbei auch Reichskonferenzen abgehalten werden; wenn ferner auch die böhmischen und polnischen Parteigenossen ihre Parteitage abhalten, so kommen wir aus lauter Delegationen nicht heraus. Ich halte es daher für überflüssig, Reichskonferenzen abzuhalten, da ja in der Parteileitung auch Genossen aus der Provinz sind. In sieben Wochen haben wir einen czechischen Parteitag; wir haben also eigentlich zwei Parteitage, und ich glaube, es könnte gesagt werden, daß alle Genossen in Oesterreich einen Reichsparteitag bilden. (Zustimmung.)

Redner wendet sich sodann gegen das am Sonntag vertheilte Flugblatt,

ausgehend von der Union der keramischen Fächer, das durchaus unrichtige Behauptungen enthalte.

Der Vorsitzende theilt mit, daß der Antrag Ingwer und Seliger zurückgezogen ist.

Gen. Nitsche (Graz): Es ist sehr leicht, der Parteivertretung einen Vorwurf zu machen, wenn irgendwo Etwas fehlt. Man sollte vielmehr trachten, die wirklichen Ursachen herauszufinden. Es ist richtig, daß der Kontakt in den Provinzen nicht ein solcher ist, wie er sein sollte. Wenn die Parteivertretung dem Antrage, daß die Organisation dahin abgeändert werde, daß die neuen Wahlkreise selbständige Organisationen bilden sollen, mit der Motivirung entgegentritt, daß die Wahlreform wahrscheinlich wieder bald geändert werden wird, so ist dies nur zu begrüßen. Denn es würde diese neue Organisation auch nur ein Provisorium bilden. Gen. Dolejši hat sich darüber beklagt, daß für den wirthschaftlichen Kampf nicht so eingetreten werde, wie es sein sollte. Da ist nun von verschiedenen Seiten der Zwischenruf gefallen: „Streik!" Wenn Sie glauben, daß die Thätigkeit der Partei in wirthschaftlicher Beziehung dahin gerichtet sein soll, Streiks hervorzurufen, dann bedauere ich das. Hat doch Gen. Neumann sehr richtig gesagt: „Jeder Streik ist für uns ein Unglück" und da wurde ebenfalls von vielen Seiten „Sehr richtig!" zugerufen.

Es ist mir aufgefallen, daß die „Arbeiter-Zeitung" in einer Reihe von Nummern — es war Ende 1894, als die gewerkschaftliche Bewegung immer höhere Wogen schlug — eine gewisse pessimistische Auffassung zeigte. Nun ist plötzlich ein Ausweis von einer New-Yorker Buchdruckerorganisation erschienen und da wurde der Nutzen und die Bedeutung der gewerkschaftlichen Organisation ganz überschwänglich dargestellt. Ich möchte wünschen, daß auch in dieser Richtung eine größere Konsequenz Platz greife. Gen. Adler hat gesagt: „Die Gewerkschaften und die Partei sind ein Leib und eine Seele." Ich stimme dem zu, aber der Geist hat dafür zu sorgen, daß es dem Körper gut gehe. Und wenn die Parteileitung das geistige Haupt ist, so hat sie dafür zu sorgen, daß es dem Körper wohlergehe. Schließlich möchte ich den Antrag Preußler zur Annahme empfehlen.

Vorsitzender: Es ist ein weiterer Antrag eingebracht worden, welcher lautet:

„Bei Anstellung von Parteibeamten, sowie bei Gehaltsregulirung derselben hat die Parteileitung der Wiener Lokalorganisation diesbezügliche Vorschläge zu machen, worüber die Wiener Lokalorganisation endgiltig entscheidet."

Der Antrag ist genügend unterstützt.

Gen. Seliger (Teplitz): Ich erkläre, daß ich nicht beantragt habe, daß die Vertreter der Gewerkschaftsblätter von der Diskussion ausgeschlossen sein sollen. Es liegt eine Anzahl von Anträgen vor, wie die Parteigenossen in Wien angestellt werden sollen. Ich würde dem Parteitag empfehlen, um zu zeigen, daß er auf derartigen Unsinn nicht eingeht, alle diese Anträge abzulehnen und es bei den jetzigen Bestimmungen zu belassen.

Wir in Teplitz dürften den größten Konsumverein haben, der sich in Arbeiterhänden befindet. Ich kann es aber nicht befürworten, daß sich der Parteitag bezüglich der Konsumvereine dahin ausspricht, daß die Genossen zur Gründung solcher Vereine anzuspornen sind. Täuschen wir uns darüber nicht. Die Konsumvereine können keineswegs dazu dienen, unsere materielle Lage zu verbessern und ebensowenig dazu, Genossen, wenn sie gemaßregelt werden, Unterkunft zu verschaffen. Es werden sich da viele hinsetzen lassen und dann einfach nicht mehr agitiren, weil sie entweder nicht können oder nicht wollen. Sie können nicht sagen, *wir gründen einen* Konsumverein im Parteiinteresse. Denn die

Leute, die in den Konsumverein gehen, sind nicht lauter Genossen, und wenn Sie den Leuten sagen, Ihr müßt von Euren Dividenden etwas an die Partei zahlen, so würden Sie aus den Generalversammlungen mit blutigen Köpfen heimkommen. Wir haben unseren Konsumverein in unseren Händen. Aber wir mußten in der Generalversammlung mit den Leuten kämpfen, daß sie nur die Inserate in der Zeitung bezahlten. Nur dort, wo die Partei sich auch einen Einfluß auf die Konsumvereine erringen kann, können diese etwas nützen. (Sehr richtig!)

Gen. Kratky (Ovčar): Unter den vielen Anträgen, die dem Parteitage vorliegen, befindet sich keiner, welcher auf das Zusammenwirken der politischen und gewerkschaftlichen Organisationen abzielt. Gestern wurde gesagt, daß, wo keine politische Organisation besteht, auch keine Fachorganisation gegründet werden kann. Das Gegentheil beweist England.

In der Frauenfrage theile ich die Ansicht des Gen. Krapka, daß den Frauen ein Unrecht geschehen ist, wenn ihnen keine Vertretung gegeben wurde.

Redner erklärt schließlich, es sei nöthig, auch mit der Zeit die landwirthschaftlichen Arbeiter in die Organisation einzubeziehen.

Gen. Dobiasch (Aussig): Wenn gesagt wird, daß in Bezug auf die gewerkschaftliche Organisation mehr gethan wird, als für die politische, so hat dies seinen Grund darin, daß die gewerkschaftliche Kommission die Summen ausweist, die aus der Provinz nach Wien gehen. Wenn sie aber auch das ausweisen würde, was wieder in die anderen Provinzen hinausgeht und was ihr rein bleibt, dann würde die Sache ganz anders erscheinen. Bezüglich der Parteibeiträge erscheint aber nur das ausgewiesen, was rein eingeht.

In Bezug auf die Konsumgenossenschaften sollten wir uns auf den Standpunkt stellen: Religion und Konsumgenossenschaften sind Privatsache.

Gen. Roušar (Prag) kann dem Antrage der niederösterreichischen Kreisorganisation betreffs der Zugehörigkeit zur Partei nicht zustimmen, weil wir uns in einem Uebergangsstadium befinden. Es werden zwar in der Gewerkschaftsorganisation den Genossen größere Opfer auferlegt, als in der politischen Organisation, aber die gewerkschaftliche Organisation bietet den Genossen viel mehr z. B. Unterstützung im Falle der Beschäftigungslosigkeit, Rechtsschutz u. s. w. Redner wird daher für den Antrag Hueber stimmen. Es ist nicht möglich, heute eine Gewerkschaftsorganisation für das czechoslavische Gebiet zu gründen, es wäre jedoch vielleicht zweckmäßig, wenn innerhalb der gewerkschaftlichen Organisation eine besondere Abtheilung für die czechoslavischen Genossen gebildet würde.

Redner wendet sich schließlich mit aller Entschiedenheit gegen den Antrag der Organisation Wien XVIII, betreffend den 1. Mai.

Gen. Schuhmeier (Wien): Die Kreisorganisationen sollten mehr gepflegt werden, als dies heute der Fall ist. Von einer Aufhebung der Kreisorganisation in Oesterreich kann heute nicht die Rede sein. Die Kreisorganisation muß in Hinkunft verpflichtet werden, mit der Reichsparteivertretung in Fühlung zu treten, damit die Agitationen, die von der Parteileitung für das ganze Reich ausgehen, sich einheitlicher gestalten, als dies heute der Fall ist. Wir haben uns auch mit der Aufbringung der Geldmittel zu beschäftigen, mit dem gegenwärtigen Blocksystem kommen wir nicht weiter. Wir müssen von jedem Parteigenossen verlangen, daß er ungerufen eine Parteisteuer leistet. Das wird Aufgabe der neuen Parteivertretung sein.

Gen. Dr. Ingwer hat gemeint, daß ich über einige Frauen in Wien den Stab gebrochen hätte. Ich weiß, welche von den Frauen in Wien arbeiten, ich weiß aber auch, bei wem das nicht der Fall ist. Diese habe ich angegriffen, diese werde ich auch ferner bekämpfen, diese Frauen, welche von der Organisation viel reden, aber sich um dieselbe nicht kümmern.

Es ist die Idee einer Reichsparteivertretung aufgetaucht, wo die Nationen

berücksichtigt werden. Ein solcher Antrag war nothwendig. Es wurde ja das Gerücht kolportirt, daß die Czechen diesmal keinen Vertreter in die Parteivertretung entsenden wollen. (Lebhafte Rufe seitens der czechischen Delegirten: Das ist nicht wahr! Nicht richtig!) Dann freue ich mich, wenn das nicht der Fall ist.

Gen. Schäfer (Aich) begrüßt es, daß von dem Referenten für die Förderung der Gewerkschaften eingetreten wurde. Wenn wir aber die gewerkschaftliche Organisation für wichtig halten, dann müssen sich alle Genossen dafür einsetzen, sie auszubauen. Ueber die Konsumgenossenschaften will ich vom gewerkschaftlichen Standpunkte mir eine Bemerkung erlauben. In einer Broschüre ist nämlich darauf hingewiesen, daß die Gewerkschaften durch Gründung von Produktivgenossenschaften viel gewinnen werden dadurch, daß die Dividenden an die Gewerkschaften kommen. Ich glaube, daß jene Mitglieder, welche wir auf dem Wege der Konsumgenossenschaften in die Gewerkschaft einführen, nicht viel werth sind. Vom gewerkschaftlichen Standpunkte aus muß ich mich gegen die Konsumgenossenschaften aussprechen. Genossin Popp hat die Genossen, allerdings nur die Wiener Genossen, heruntergekanzelt, denn die Provinzgenossen würden es gewiß nicht verdienen. Wenn wir aber in dem Antrage der Genossin Popp den Genossinnen das Recht zugestehen, selbstständige politische Organisationen zu bilden, so werden sie auch davon Gebrauch machen. Wie aber diese Frauenorganisationen aussehen können, davon könnte ich Ihnen Einiges berichten. Ich bin deshalb gegen diesen Antrag

Gen. Resel (Graz): Zwei Konferenzen haben sich bereits mit der Frage der Konsumgenossenschaften befaßt und sind zu der Entscheidung gekommen, daß die Gründung derselben nicht an allen Orten empfohlen werden kann, auch deswegen nicht, weil an mehreren Orten die Parteibewegung und auch die Gewerkschaftsbewegung durch die Konsumvereine zu Grunde gerichtet wurde. Die politischen und gewerkschaftlichen Organisationen harmoniren nicht so, wie es sein sollte, die Gewerkschaften fühlen sich vernachlässigt, die Partei fühlt sich wieder in ihren Einnahmen durch die Gewerkschaften geschädigt. Es entspringt dieses gespannte Verhältniß dem Umstande, daß wir durch das absurde Vereinsgesetz gezwungen sind, die wirthschaftliche Bewegung und die politische Bewegung separat zu behandeln, und daß ebenso in der gewerkschaftlichen wie in der politischen Bewegung die nothwendigen Arbeitskräfte fehlen; in der Regel hindert die eine die andere.

Ich bin kein Gegner des Antrages Popp, nur sollte er eine andere Form haben. Das Organisationsstatut entspricht den thatsächlichen Verhältnissen nicht. Bei uns hat beispielsweise die Lokalorganisation, in Wien dagegen die Bezirksorganisation zu delegiren. In dieser Beziehung muß das Statut abgeändert werden.

Ich bin mit dem Antrage Preußler im Prinzip vollkommen einverstanden, weil ich es für die Bewegung weitaus wichtiger halte, wenn manche große Branchen vertreten werden, als wenn irgend eine kleine Lokalorganisation, wo sich drei Genossen zusammensetzen und für die Bewegung nichts machen, Delegirte schickt. Die Zusammensetzung der Parteivertretung ist mir vollkommen gleichgiltig; es müssen nur vernünftige Leute hineingewählt werden. Es liegen weitere Anträge vor über das Recht, Kandidaten aufzustellen. Ich glaube, daß der Parteitag verpflichtet ist, hier bindende Beschlüsse zu fassen, um das Gigerlthum von der Partei fernzuhalten. Es glauben manche Genossen, wenn Einer mit einer Brille kommt und damit prunkt, daß er 8 Jahre Gymnasium studirt hat, daß jetzt der Gott vom Himmel gekommen ist. (Lebhafte Heiterkeit.) Es ist in der Resolution Adler von dem Zusammentreten der Genossen der Wahlkreise gesprochen. Es muß aber im Organisationsstatut genau gesagt

werden, daß diese Organisation in den Wahlkreisen lediglich eine ausführende und keine berathende Stellung habe. Es liegt auch der Antrag vor, daß der Kandidat sich zum Parteiprogramm bekennen soll. Das allein genügt nicht, sondern vor Allem muß er das Parteiprogramm kennen. Ich bin für folgende Bestimmung: „Die Kandidaten haben Wahlbezirke im Einvernehmen mit den Kreisvertretungen aufzustellen, und wenn die beiden nicht einig werden, haben sie als oberste Instanz die Parteivertretung anzurufen."

Redner stellt folgenden Antrag zur Geschäftsordnung:

„Am Schlusse der Debatte vor dem Schlußworte des Referenten ist eine neungliedrige Kommission zu wählen, welche alle Anträge im Vereine mit dem Referenten nach Zweckmäßigkeit entweder in das Organisationsstatut eingefügt oder zur separaten Annahme oder Ablehnung empfiehlt. Bis zum Kommissionsberichte ist der nächste Punkt der Tagesordnung in Verhandlung zu nehmen."

Ich gebe wohl zu, daß Gen. Neumann ein sehr gescheidter und praktischer Mann ist, aber es geht nicht an, 43 Anträge dem Referenten allein zur Begutachtung zu überlassen.

Der Antrag Resel wird angenommen.

Gen. Hueber (Wien): Die Gewerkschaftskommission hat den Genossen Smitka und mich zu diesem Parteitag delegirt, um insbesondere zu diesem Punkte „Organisation" Stellung zu nehmen, weil angesichts, der vorliegenden Wahlreform, wichtige Beschlüsse werden gefaßt werden. Die Gewerkschaftskommission muß genau informirt sein, um mit den Genossen Hand in Hand zu gehen. Ich muß sagen, ich weiß nicht, was der Parteitag will. Selbst das Referat des Gen. Neumann ließ mich im Unklaren. Gen. Dr. Adler hat erklärt, es sei eine Nothorganisation nothwendig, daß aber der Entwurf dem Parteitage hätte bereits vorgelegt werden sollen. Wir haben aber nur das alte Statut, über die Nothorganisationen liegt nichts vor. Die Genossen wollen wissen, wie sie vom Standpunkte der Gewerkschaft eingreifen sollen. Gen. Neumann hat gesagt, ihm sei es gleichgiltig, wie organisirt werde, wenn nur überhaupt organisirt wird. Diesen Standpunkt haben wir in Oesterreich bisher eingehalten. Heute aber muß sowohl die gewerkschaftliche Organisation sich darüber klar sein, welche Form für sie die beste ist, und ebenso muß es auch die politische Organisation. Unsere Meinung ist die, daß die nöthigen Mittel für die politische Partei zu verschaffen nur auf Grund der zweiten Form der Organisation möglich ist. Unsere Resolution auf dem Gewerkschaftskongreß hat dies zum Ausdruck gebracht, und wir sind an den Parteitag herangetreten, damit er das sanktionirt. Wir wollen den offiziellen Stempel vom Parteitag selbst haben, weil dies für uns sehr wichtig ist. In dem einen Bezirk sagt man, daß diese Organisationsform gut ist, in einem anderen lehnt man sich dagegen auf. Es ist vollkommen richtig, was der Gen. Rieger gesagt hat, daß heute alle Mittel der Gewerkschaftskommission zufließen, und daß darunter die Partei finanziell leide. Hätten die Genossen dafür gesorgt, daß das Organisationsstatut, das am letzten Parteitag angenommen wurde, auch wirklich durchgeführt wird, dann müßten alle Kreisorganisationen jene Mittel haben, die sie brauchen. Sie haben ihre Organisationen in einer so föderativen Weise handhaben lassen, daß jeder Vertrauensmann thun und treiben darf, was er will, in Bezug auf die materielle Unterstützung. Das ist bei der gewerkschaftlichen Organisation nicht. Wir haben es allerdings leichter, wir haben feste Mittel, während Sie auf freiwillige Sammlungen angewiesen sind. Das wird nur so gehen, daß Sie einmal einen Beschluß durchsetzen, daß die Genossen eine Parteisteuer zu leisten haben. Wenn Sie aber das System weiter behalten, wie es heute besteht, daß Sie das Geld bei den Bezirksorganisationen lassen, dann werden Sie die Arbeiter der Gewerkschaften nicht auf Ihre Seite bekommen. *Ich stehe* auf dem Standpunkte, daß [illegible]klären, wir haben eine Organi-

sationsform der industriellen Arbeiterschaft und eine dem entsprechende politische Organisation. Ihr habt die Mittel aufzubringen für die gesammten Organisationen der Gewerkschaften, Ihr habt aber zugleich die Pflicht, als Parteigenossen für die Partei ebenfalls die Mittel aufzubringen, und dies nicht dem Zufalle zu überlassen. Es müssen die Mittel in der Parteivertretung zentralisirt werden, es müssen die Mittel so verwendet werden, daß die Kreisorganisationen, die Bezirksorganisationen je nach ihrer Stärke oder Schwäche Mittel erhalten. Ich meine, es kann nur durch eine Zentralisation der Mittel in der Parteivertretung ein Ausgleich der Kräfte erfolgen, wie dies in der Gewerkschaftsorganisation heute der Fall ist. Unser Grundsatz ist, dem Starken zu nehmen und dem Schwachen zu geben und das muß auch Ihr Grundsatz sein. Da kommen wir auf etwas, was für die Partei in Bezug auf die Nationalitätenfrage Bedeutung hat. Ich begrüße den Antrag, daß die Parteivertretung aus den Vertretern verschiedener Nationalitäten zusammengesetzt sein soll. Wir haben keine Ursache, separate czechische, italienische und polnische Organisationen zu bilden, sondern wir brauchen eine sozialdemokratische Organisation. Heute ist unsere Organisation zerklüftet und zerfetzt und Sie werden darauf kommen, daß eine stramme, zentralistische Organisation unbedingt nothwendig ist. Die Fluktuation der Elemente läßt eine getheilte Organisation nicht zu.

Ich gehe auf die einzelnen Anträge nicht ein, weil ich weiß, daß die Abstimmungsmaschine ihre Pflicht thun wird. Was die Bestrebungen bezüglich des Achtstundentages betrifft, so werden dieselben von der ganzen Arbeiterschaft unterstützt. Das Parlament wird aber die Arbeitszeit nicht um eine Viertelstunde verkürzen, sondern wenn wir eine Verkürzung errungen haben, dann wird sie das Parlament sanktioniren.

Genossin Popp (Niederösterreich): Ich muß mich gegen den Antrag der Wiener Genossen wenden, welche für die Konsumvereine eintreten. Ich glaube, daß diese Konsumvereine für die Organisationen der Arbeiterinnen in Wien von gar keinem Werthe sind, weil die Arbeiterinnen gar nicht Zeit haben, in die Konsumvereine zu gehen, sondern in den nächstliegenden Geschäften einkaufen.

Und nun erlauben Sie mir, daß ich meinen eigenen Antrag begründe. Wir haben wohl im Parteistatut die Bestimmung, daß die Organisationen, in welchen auch weibliche Mitglieder sind, neben männlichen auch weibliche Delegirte entsenden können. Es ist aber nicht ausgesprochen, wer die Kosten der Delegirung zu tragen hat; nun ist es eine nicht zu leugnende Thatsache, daß die Arbeiterinnen-Organisationen zurückblieben. Es ist unter den heutigen Verhältnissen nicht möglich, daß die Arbeiterinnen in den Organisationen denselben Einfluß gewinnen, wie die Genossen. Sie dürfen nicht vergessen, daß in den Bezirken den Arbeiterinnen der weitgehendste Spielraum eingeräumt wurde. Man hat sie in die Ausschüsse gewählt und wenn gesagt wird, man hat damit nicht die besten Erfahrungen gemacht, so ist es ja nicht so unbegreiflich. In Wien sind die Sitzungen gewöhnlich an Wochentagen Abends bis spät in die Nacht oder an Sonntagen Vormittags. Sie werden zugeben müssen, daß damit die Organisation für die Arbeiterinnen sehr erschwert ist, weil die Arbeiterinnen nicht jene Unabhängigkeit besitzen wie die Arbeiter. Die Sitzungen sind meistens in den Gasthäusern und kosten auch Geld. Die verheirateten Genossinnen haben oft unter der Brutalität ihrer Männer zu leiden, wenn sie sich der Organisation widmen. Demnach trachten die Genossinnen, die Sitzungen möglichst in Privatlokalen und zu einer Zeit abzuhalten, wo es möglich ist, die Arbeiterinnen dafür zu gewinnen. Damit rechnen aber die meisten Genossen nicht. Wenn gesagt wurde, man soll keine separatistischen Bestrebungen unterstützen, so bitte ich zu bedenken, daß die Arbeiterinnen in der Parteiorganisation eine Minorität bilden und ich erkläre Ihnen, daß dieser Antrag *keinen anderen* Zweck verfolgt, als daß die Arbeiterinnen,

wo es sich als nothwendig herausstellt, selbst für die nöthigen Geldmittel aufkommen können. Es geht nicht an, daß die Genossinnen immer wieder an die Genossen herantreten und sich der Gefahr aussetzen müssen, daß die Genossen vielleicht nicht die Nothwendigkeit einer Vertretung anerkennen.

Und nun gestatten Sie mir, einige Worte dem Gen. Schuhmeier zu erwidern. Es ist dies keine bloße Wiener Angelegenheit, weil jene Genossinnen, die da angegriffen wurden, von der Parteivertretung fortwährend im ganzen Reiche auf Agitationen ausgeschickt werden. Gen. Schuhmeier hat erklärt, daß er den Frauen das Recht abstreitet, namens der organisirten Arbeiterinnen zu sprechen und nachträglich war er so liebenswürdig, mich und einige andere davon auszunehmen. Ich erlaube mir demgegenüber zu konstatiren, daß von den Genossinnen, die hier unterschrieben sind, zwei aus der Gewerkschaft der Schneider sind, zwei sind Vorstandsmitglieder vom Verbande der Textilarbeiter, eine ist Mitglied der Posamentirgewerkschaft, eine der Metallarbeiterorganisation und sechs sind aus Bildungsvereinen. Die Bemerkung des Gen. Schuhmeier trifft daher nicht zu. Ich möchte den Gen. Schuhmeier mit dem Unterrichtsminister Gautsch vergleichen. (Rufe: Nur keine Beleidigung!) Auch der Minister stellt an die Frauen, die sich den Studien widmen wollen, hohe Anforderungen. Ferner bemerke ich, daß drei von den Genossinnen, welche diesen Protest unterschrieben haben, in Folge ihrer Agitation mehrere Wochen im Gefängnisse waren. Es sind unter ihnen solche, welche in Folge ihrer Thätigkeit in der Wahlrechtsbewegung gemaßregelt wurden und Monate arbeitslos gewesen sind. Solche Genossinnen darf man nicht in einer Reihe nennen, wenn man von Parteigigerln spricht, denen man das Recht abstreitet, namens der organisirten Arbeiter zu sprechen. Sie dürfen freilich von den Genossinnen nicht verlangen, daß sie fehlerlos sind. Die Genossinnen lernen eben von den Genossen, die sind ihre Vorbilder. (Lebhafte Heiterkeit.) Die Genossinnen lernen das Gute, sie haben aber leider auch die wenig rühmenswerthen Eigenschaften von den Genossen übernommen. Nachdem ich die einzige Genossin hier im Parteitage bin, habe ich mich für verpflichtet gehalten, diesen Angriff zurückzuweisen und zu erklären, daß die unterschriebenen Genossinnen berechtigt sind, namens der organisirten Arbeiterinnen zu sprechen. (Lebhafter Beifall.)

Der Vorsitzende gibt bekannt, daß ein Antrag auf Schluß der Sitzung und Fortsetzung derselben um $^1/_2$9 Uhr Abends eingebracht wurde. Derselbe wird abgelehnt.

Gen. Zavertnik (Krain): Es sei nicht so leicht, die Organisation wirklich durchzuführen wie Beschlüsse zu fassen. Bei uns in Krain war in den Achtziger-Jahren eine ziemlich gute politische Organisation, durch die Chikanen der Behörden ist sie aber auf Jahre hinaus zurückgeschlagen worden. In dem Moment aber, wo sie angefangen haben, nichtpolitische Organisationen zu gründen, ist die Bewegung wieder vorwärts gekommen.

Redner spricht sich dagegen aus, daß am 1. Mai eine Branche in den Streik kommandirt werden solle.

Gen. Dr. Adler (für Mährisch-Ostrau): Entschuldigen Sie, daß ich die Güte des Delegirten für Mährisch-Ostrau in Anspruch genommen habe, um noch einmal zum Punkte Organisation zu sprechen.

Am wichtigsten von allen Anträgen erscheint mir jener, welcher von allen hier vertretenen nationalen Organisationen in Oesterreich eingebracht wurde und welcher einen weiteren Schritt in dem Ausbau der gesammten Organisation der Sozialdemokratie in Oesterreich bedeutet. Die Arbeit, die wir da zu leisten hatten, war eine ungeheuer schwere. Der Karren ist sehr verfahren, nicht von uns, sondern in Folge des Blödsinns, der Bosheit und der Bedrückung von *oben* (Zustimmung) und wir Sozialdemokraten sind die Einzigen, denen es möglich

ist, über diese nationalen Unterschiede hinwegzukommen. Wir können nicht, wie ein czechisches Blatt gesagt hat, „den Nationalismus beseitigen", und so dumm sind wir nicht, daß wir das auch nur wollten und daß wir glaubten, die Natur berichtigen zu können. Was wir wollen ist, aus diesem Gewürfel von Nationalitäten ein vernünftiges Ganzes zu machen, indem jeder Nation die freie Entwicklung gewährt ist und nicht die eine die andere beeinträchtigt, sondern alle einander helfen. Dafür gibt es in der Geschichte Oesterreichs kein Beispiel. Wir werden das erste geben und einen bedeutenden Schritt hiezu machen wir mit unserem heutigen Antrage, der von allen Nationen, die hier vertreten sind, unterstützt ist. Gen. Hueber hat Ihnen eine zentralistische Organisation anempfohlen. Damit würden wir nicht die Wirkung erzielen, die er sich verspricht. Solche Dinge sind in der Theorie sehr schön und vielleicht in einem anderen Lande möglich. In der österreichischen Praxis sind sie aber absolut unmöglich und wir sind daher von vorneherein den Weg gegangen, welcher in Oesterreich allein möglich ist: die gemeinsame Vereinbarung über die Taktik und die Selbstständigkeit in der Organisation. Für uns gibt es nur eine volle Autonomie in der politischen Organisation.

Die Gemeinsamkeit des Zieles ist im Hainfelder Programm niedergelegt, welches von allen sozialdemokratischen Parteien in Oesterreich als Grundlage anerkannt worden ist. Die Selbstständigkeit der Organisation liegt so sehr in der Natur unserer Verhältnisse, daß eigentlich niemals ein Zweifel darüber war, daß sie nothwendig ist, die Vereinbarung über die Parteitaktik in jedem einzelnen Momente aber ist das schwierige und das hat wiederholt in früheren Jahren zu Zweifeln geführt, weil nicht die richtige Form dafür gefunden war. Wir haben uns dieser Form immer mehr genähert und wo wir uns bisher von Fall zu Fall vereinbart haben, glauben wir heute so weit zu sein, daß man eine feste Form, eine Regel dafür schaffen kann, in welcher Weise die Aktionen geleitet werden können. Unser österreichischer Kongreß leidet selbstverständlich an allen jenen Schwierigkeiten, an denen internationale Kongresse leiden. Wir verstehen die Czechen nicht und viele von den Czechen uns nicht, und da müssen wir uns mit Uebersetzungen behelfen. Ich frage sie aber, Genossen, haben Sie seit 10 Jahren oder sagen wir, um einen festen Zeitpunkt zu nehmen, haben Sie seit 1. Jänner 1889, als das Hainfelder Programm aufgestellt wurde, in der österreichischen Sozialdemokratie jemals einen Streit ausbrechen sehen, welcher aus nationaler Unduldsamkeit oder nationalem Egoismus hervorgegangen wäre? Niemals. Es ist zu Reibereien gekommen, das gebe ich zu, aber niemals hat bei uns einer den andern unterdrücken wollen. (Zustimmung.) Heute müssen wir einen Schritt weiter gehen. Wir haben in der Organisation die Deutschen, Czechen und Polen. Bei allen diesen ist ein vorgeschrittenes, organisirtes Proletariat. Nun rücken schon die Jungen nach. Es kommen die Südslaven, die sich nach und nach den Pfaffen entwinden. Die Italiener fangen an, zu begreifen, daß es noch eine andere Befreiung als die durch die Irredenta gibt. Es muß also bei Zeiten vorgesorgt werden, nicht dafür, daß ihnen der nöthige Einfluß gewahrt ist, den hätten sie ohnehin, sondern dafür, daß wir die Möglichkeit haben, sie in der entsprechenden Weise in ihrer Entwicklung zu unterstützen. Das ist aber nur möglich, wenn wir mit ihnen Fühlung haben, wenn wir mit ihnen regelmäßig in Verbindung treten. Das ist ebenso unser Bedürfniß wie ihr Bedürfniß, daß sie in der Parteivertretung durch Leute vertreten sind, welche die Verhältnisse kennen, Bericht erstatten und sagen, was nothwendig ist. Es wird also der Antrag Gerin, der nur eine andere Form bekommen hat, auf keinen Widerstand stoßen. Eine besondere Rolle spielen die Polen, die von uns räumlich weiter getrennt sind und ein mehr *weniger geschlossenes* Sprachgebiet haben. Ich möchte konstatiren,

daß ich es vor zwei Jahren als die wichtigste Aufgabe der österreichischen Arbeiterschaft bezeichnet habe, daß der Wall zwischen der mährischen und galizischen Sozialdemokratie durchbrochen werde und daß dies insbesondere die Krakauer Organisation durch die Förderung der Bewegung in Mährisch-Ostrau zu Stande gebracht hat. (Beifall.) Es genügt aber nicht immer, daß alle Nationen in der Parteivertretung sind, sondern es ist mitunter nothwendig, daß wirklich die Exekutiven aller unserer Bruderparteien zusammentreten und gemeinsame Beschlüsse fassen kann. Das wird durch unsere zwei Anträge ermöglicht. In dem Antrage wird zum ersten Male festgesetzt, was wir bisher nur ausnahmsweise gethan haben, daß Konferenzen einberufen werden. Die Erkenntniß, daß wir das thun müssen, ist alt, aber erst jetzt glauben wir, die Fähigkeit zu haben, das durchzuführen. Wir werden damit dem internationalen Proletariat die geschichtliche Ehre verschaffen, daß es aus diesem heruntergekommenen, versumpften Lande etwas Vernünftiges, etwas Europäisches gemacht hat. Im Anfange wird es schwer gehen, aber wir sind Leute, die zu einander Vertrauen haben, die einander kennen, die miteinander gefochten und gelitten haben und wir werden miteinander zu siegen verstehen. (Beifall.)

Gen. Zedníček (Proßnitz) erklärt sich für Beibehaltung des alten Organisationsstatutes.

Genosse Schönwälder (Mährisch-Schönberg): Die Provinzgenossen sind keineswegs zu wenig von Idealismus beseelt; aber daß die Provinzgenossen nicht besonders für das Beiträge-Abliefern schwärmen, daran sind eben die realen Verhältnisse schuld. Die Buchdrucker sind bei uns bis nun für die politische Organisation nicht zu gewinnen. Mit dem Antrage Nr. 12 der Organisation Reichenberg erkläre ich mich völlig einverstanden und wünsche, daß für jene Masse, welche so weit herabgekommen ist, eine Aktion eingeleitet wird, um sie kampffähiger zu machen.

Genosse Holzhammer (Innsbruck) findet die bestehende Organisation nicht schlecht, bemängelt es aber, daß es hie und da an der entsprechenden Durchführung fehlt. Gegenüber dem Antrag der niederösterreichischen Kreisvertretung, betreffend die Parteiangehörigen, meint Redner, daß ein Arzt oder ein Beamter wohl manchmal die Partei unterstützen, aber oft nicht einem Vereine beitreten könne. Gerade die sogenannten Parteigigerln werden übrigens vor dem Eintritt in die Vereine gewiß nicht zurückschrecken. Gegen die Bemerkung Ingwer's, daß die Konsumvereine in kleineren Städten gute Dienste leisten, spreche, daß die Konsumvereine in Tirol langsam eingegangen seien; einer bestehe noch, der aber sehr wenig leiste. Den Antrag, der sich gegen die Vertretung der Frauenorganisation im Parteitage richtet, findet Redner nur zu bedauern. War es nicht der Stolz der österreichischen Parteigenossen, als auch die Frauen am Parteitage erschienen sind? Heute aber finden wir, daß die Frauen nicht die nöthige Unterstützung gefunden haben. (Gen. Feigl: Nicht wahr!) Diesen Mohren kann weder Gen. Feigl noch Gen. Schuhmeier weißwaschen. Zum Schluß spricht sich Redner gegen die alljährliche Einberufung der Parteitage aus.

Gen. Dr. Ellenbogen (für Krain) bespricht den Protest der Tischler von Prag, daß die Gewerkschaften am Kongresse nicht vertreten sind. Dies ist aber nicht unsere Schuld, sagt er, sondern die Schuld der österreichischen Gesetze, nach welchen Gewerkschaften keine politischen Vereine sind. Soweit aber das sachliche Interesse an diesem Proteste liegt, wird ja diesem Wunsche durch den Antrag Preußler Rechnung getragen werden. Redner begründet und vertheidigt sodann seinen Antrag, betreffend die Anstellung von Parteibeamten und meint, daß der Beschluß des letzten Parteitages dem Niveau der Diskussion

in der Lokalorganisation bei diesen Gelegenheiten nur abträglich sei. Es werden in der lokalen Organisation persönliche Debatten geführt und unterscheidet sich in dieser Beziehung die Lokalorganisation sehr nachtheilig von der Plenarversammlung der Wiener Gewerkschaften. Auffallend ist, daß, wenn es sich um Anstellung eines politischen Redakteurs der „Arbeiter-Zeitung" handelt, sich kein Mensch darum schert, wenn aber ein Falzer angestellt wird, dann gibt es in Wien einen Heidenskandal. Die Folge davon ist, daß die blödesten Schwätzereien Platz greifen; es ist im Interesse der Partei gelegen, daß solche unangenehme Erscheinungen auch aus Wien ausgemerzt werden. Ich bitte Sie daher, meinen Antrag anzunehmen und erkläre gleichzeitig, daß ich damit meine, daß die Parteivertretung nicht verpflichtet ist, der Lokalorganisation Bericht zu erstatten und beantrage zugleich, daß der Beschluß des letzten Parteitages, daß die Parteivertretung verpflichtet sei, der Wiener Lokalorganisation Bericht zu erstatten, durch diesen Parteitag aufgehoben werde.

Gen. Vaněk (Pilsen): Ich bin nicht der Ansicht, daß es nöthig sei, zur Zeit wesentliche Aenderungen im Organisationsstatut vorzunehmen, weil die früheren Beschlüsse noch nicht durchgeführt worden sind. Für die Konsumvereine haben wir nicht Leute genug, wir brauchen unsere Leute anderwärts. Die Partei braucht sich mit den Konsumvereinen nicht zu beschäftigen. Bei der Aufstellung von Kandidaten muß die Kreisorganisation selbst wissen, wen sie kandidirt. Was die Zentralisation betrifft, wie dieselbe Gen. Hueber wünscht, so meine ich, können wir unter den gegebenen Verhältnissen nicht dazu schreiten

Gen. Milota (Niemes) ist von der bestehenden Organisationsform befriedigt und meint, daß die Parteigenossen, obwohl sie in materieller Beziehung nicht am besten stehen, doch vieles geleistet haben.

Gen. Fränkel (Lemberg): Uns Polen hat es gefreut, daß die czechischen Genossen angeregt haben, die Leitung der Gesammtpartei auf föderalistischer Grundlage aufzubauen, und ich freue mich, daß dieser Antrag einmüthig acceptirt wurde. Wir können uns zwar bis jetzt über Unterdrückung seitens der deutschen Genossen nicht beklagen. Da sich aber die Partei in den letzten Jahren stark entwickelt hat, und sich voraussichtlich auch in nächster Zeit noch weiter entwickeln wird, so ist es nöthig, daß schon jetzt nationalen Streitigkeiten vorgebeugt und daß die Partei auf einer breiteren Grundlage organisirt wird. Was die Frauenfrage anbelangt, so ist es sehr unangenehm, daß manche Wiener Genossen gegenüber der Frauenbewegung eine philiströse Stellung eingenommen haben. Als wir im Jahre 1892 vernommen haben, daß in Wien und in Böhmen die Arbeiterinnenorganisationen sich konstituirt haben, hat es damals allgemeine Freude in ganz Oesterreich hervorgerufen. In Deutschland hat es Aufsehen erregt, und man konnte sagen, daß die Arbeiterinnenbewegung in Oesterreich eine Wirkung auf Deutschland geübt hat. Ich glaube trotzdem, daß sich der Antrag der Genossin Popp zur Annahme nicht eignet. Wir dürfen nicht beschließen, separate Arbeiterinnenorganisationen in's Leben zu rufen. Wo es nothwendig ist, werden sie von selbst entstehen.

Gen. Trenka (Troppau) spricht sich für die Einführung der Parteisteuer aus. Er wendet sich gegen die Behauptung des Gen. Resel, daß die gewerkschaftliche Bewegung von der politischen getrennt werden soll. Man müsse damit rechnen, daß die gewerkschaftliche Bewegung ohne die politische überhaupt nicht existiren könne.

Gen. Frank (Falkenau): Die Organisirung der Bergarbeiter ist eine sehr schwierige. Nichtsdestoweniger sind die Bergarbeiter speziell in Nordböhmen schon ein gutes Stück vorwärts gekommen. Das ist zum größten Theile dem Falkenauer *Bezirkshauptmann* und den dortigen Bergwerksbesitzern zu verdanken.

(Heiterkeit.) Ich wünsche jedem Kreise einen Falkenauer Bezirkshauptmann und Bergwerksbesitzer, wie sie dort sind, dann werden alle zusammenhalten.

Gen. Heinr. Beer (Wien): Die Genossen, die ich hier zu vertreten habe, wehren sich entschieden dagegen, daß die Konsumvereine mit den Gewerkschaften in Verbindung gebracht werden. Die Gewerkschaftsorganisation, die mit so großer Mühe aufgebaut wurde, kann nicht so leichtfertig auf's Spiel gesetzt werden: für die einzelnen Individuen könnten dadurch Vortheile erzielt werden, nicht aber für die Arbeiterschaft im Ganzen. Ich hätte gerne gesehen, wenn im Zentralorgan ein größerer Aufsatz über dieses Thema vor dem Parteitage erschienen wäre, welcher die indifferenten Kreise in dieser Beziehung aufgeklärt hätte.

Eine Vertretung der Industriegruppen auf dem Parteitage halte ich nicht für nothwendig, betrachte jedoch deren Zulässigkeit als eine Sicherheit dafür, daß der Parteitag kontroliren kann, auf welchem Standpunkte die Gewerkschaften stehen. Ich bin auch der Ansicht, daß die Gewerkschaftsorganisation eine zentralistische sein muß; damit ist aber nicht bewiesen, daß es auch die politische Organisation sein muß.

Gen. Preußler (Wien): Gen. Neumann hat hervorgehoben, daß wir in der letzten Zeit in Bezug auf die Organisation große Erfolge aufzuweisen haben. Gerade durch diesen Fortschritt muß der Mangel mehr in die Augen springen. Vor Allem sind die Kreisorganisationen nicht schlagfertig genug, um alle Beschlüsse, die wir fassen, durchführen zu können. Die Folge davon ist, daß auch die Parteivertretung nicht so aktionsfähig ist, wie sie es sein sollte, und ich muß meiner Verwunderung darüber Ausdruck geben, daß die Parteivertretung mit den Mitteln, welche ihr zu Gebote stehen, so viel zu leisten im Stande ist. Ein zweiter Uebelstand liegt darin, daß die Kleinarbeit bisher vergessen wurde, sonst würden wir über mehr Mittel verfügen. Die gewerkschaftliche Organisation ist in den letzten Jahren sehr gewachsen, und ich behaupte, daß dieselbe die Grundlage der politischen Partei ist, darum wünsche ich, daß jeder Genosse verpflichtet sei, in der Gewerkschaftsorganisation thätig zu sein.

Bezüglich der Flugschrift, von welcher Gen. Smetana gesprochen hat, und welche hier verbreitet wurde, erkläre ich, daß ich mit der Verbreitung derselben nichts zu thun habe, und daß es nicht meine Absicht war, sie zu verbreiten. Uebrigens weise ich den Vorwurf, daß sie Unwahrheiten enthalte, zurück und stehe für ihren Inhalt ein.

Vorsitzender: Es ist vom Gen. Ellenbogen ein Zusatzantrag zu dem früher gestellten Antrag eingelaufen, welcher unterstützt ist.

Derselbe lautet:

„Zugleich wird der Beschluß des letzten Parteitages, die Parteivertretung sei in Bezug auf Anstellungen der Wiener Lokalorganisation zu berichten verpflichtet, aufgehoben."

Vorsitzender: Im Laufe der Debatte ist ein Antrag gestellt worden, daß eine neungliedrige Kommission zu wählen sei, welcher auch die Referenten Neumann und Remetz anzugehören haben

Wir werden die Wahl derselben nunmehr vornehmen.

In diese Kommission werden gewählt die Genossen: Resel, Preußler, Beer, Daszynski, Herrmann, Schiller, Krapka, Hueber und die Genossin Popp.

Der Vorsitzende gibt bekannt, daß in die Wahlkommission gewählt wurden für: Galizien Fränkl und Reger, Mährisch-Ostrau Berner, Reichenberg Herrmann, Wien Heinrich Beer, Niederösterreich Dr. Berstl, Mähren Schönwälder, Tirol Holzhammer, Oberösterreich Weiguny, Kärnten Eich, Salzburg Prähauser, Schlesien Trenka, Krain Grablo-

witz, West- und Südböhmen Schäfer, Aussig-Teplitz Seliger, Steiermark Ritsche, Steinschönau Hannich.

Die Sitzung wird hierauf geschlossen.

Schluß der Sitzung um 9 Uhr 45 Minuten.

Sechster Verhandlungstag am 10. April 1896.

Beginn der Sitzung 9 Uhr.

Vorsitzender: Gen. Zeller (Teplitz).

Zu einer thatsächlichen Berichtigung erhält das Wort Gen. Svetlik (Wien XVII.). Er erklärt im Namen der Bezirksorganisation Wien XVII, daß der zweite Absatz des Antrages dieser Organisation auf Wunsch der Frauen aufgenommen wurde.

Da die Kommission mit der Prüfung der Anträge noch nicht fertig ist, wird in den nächsten Punkt der Tagesordnung:

Parteipresse

eingegangen.

Gen. Popp (Wien): Genossen! Mehr noch als auf dem letzten Parteitage können wir diesmal einen Fortschritt in der Presse konstatiren. Der Parteitag hat vor zwei Jahren der Parteivertretung mehrere Beschlüsse überwiesen. Der wichtigste davon war, daß die „Arbeiter-Zeitung", welche damals noch zweimal wöchentlich erschien, als Tagblatt zu erscheinen habe, er wurde von der Parteivertretung durchgeführt. Schon am Parteitage im Jahre 1892 wurde dieser Antrag mit Wucht vertreten. Die Parteivertretung wurde damals nahezu der Muthlosigkeit geziehen, weil sie auf diesen Antrag nicht eingehen wollte. Im Jahre 1894 ist man auf denselben wieder zurückgekommen. Es wurden in Folge dessen im Jahre 1893 große Aktionen eingeleitet, um den Einzelverschleiß zu ermöglichen, andererseits wollte man den § 23 des bestehenden Preßgesetzes beseitigen, der ein großes Hinderniß für die Entwicklung der Presse überhaupt und unserer Parteipresse insbesondere ist. Als wenigstens das erstere durchgesetzt wurde, war es unsere Pflicht, sofort daranzugehen, die „Arbeiter-Zeitung" als Tagblatt erscheinen zu lassen. Durch diese Preßreform ist freilich der § 23 wohl nicht beseitigt. Aber so minimal das Zugeständniß des Verschleißes ist, so große Bedeutung hat es doch für die Entwicklung unserer Parteipresse.

Das Haupthemmniß ist aber noch immer da: das objektive Verfahren, und unsere Redakteure, sowohl in Wien wie in der Provinz, können sich noch immer genügend über die Liebenswürdigkeit unserer Staatsanwälte beklagen, von deren subjektiver Auffassung es noch immer abhängt, was das Publikum zu lesen bekommt. Dagegen wird sich unsere Agitation in erster Linie richten müssen. Die Koalitionsregierung hat nur einen Lichtblick geboten, das war der Erlaß des Grafen Schönborn, betreffs des objektiven Verfahrens. Nach diesem Erlasse haben die Herren Staatsanwälte, wenn sie konfiszirten, anklagen müssen und sind mit ihren Anklagen bei den Geschworenen sehr oft durchgefallen. Das war der Grund, weshalb weniger Konfiskationen vorgenommen worden sind. Nicht nur in Wien, auch in der Provinz hat sich dieser Erlaß bemerkbar gemacht, auch die Provinzblätter haben dadurch etwas mehr Bewegungsfreiheit erhalten, das ist nun freilich schon wieder vorbei.

Ein weiteres Hemmniß ist der Zeitungsstempel. Durch die Ermöglichung des Einzelverschleißes hat sich eine Anzahl von unseren Provinzblättern in Wochenblätter verwandeln *können*. Aber wie schwer es ihnen wird, den Zeitungsstempel *zu tragen, davon kann* jeder Provinzredakteur ein Lied singen. Die

„Arbeiter-Zeitung" allein hat im ersten Jahre 51.000 fl. für Zeitungsstempel ausgegeben; nun machen Sie sich ein Bild, wie schwer es ist, ein Blatt um 4 kr. täglich herzustellen, wo die Stempel allein so viel in Anspruch nehmen. Dazu kommen noch die Einkommensteuer, die Gewerbesteuer und noch andere Abgaben. Die „Arbeiter-Zeitung" hat nun im ersten Jahre, was die politische Bedeutung des Blattes anlangt, sehr viel geleistet. Es ist der Partei mit ihrem Erscheinen sehr wesentlich genützt worden. Am besten kann man das beurtheilen, wenn man die Lohnkämpfe in Betracht zieht und sieht, wie da die „Arbeiter-Zeitung" eingreift und die Lügen der bürgerlichen Presse täglich geißelt und richtig stellt. Gerade in dem Punkte war die „Arbeiter-Zeitung" für die Partei ein Vortheil, wie er größer nicht sein könnte. Nicht nur in wirthschaftlicher, sondern auch in politischer Beziehung hat die „Arbeiter-Zeitung" viel gewirkt. Leider ist es nicht möglich gewesen, daß die Verbreitung einen solchen Umfang genommen hat, wie es wünschenswerth gewesen wäre, weil das Blatt für die einzelnen Genossen doch etwas zu theuer ist — 18 fl. jährlich kann nicht jeder Genosse leisten. Im ersten Jahre des Bestandes hat die „Arbeiter-Zeitung" für ihre Existenz schwer kämpfen müssen. Die Auflage ist allerdings im Verhältniß zu vielen bürgerlichen Blättern eine ziemlich große. Wir haben ja eine ganze Reihe von alten bürgerlichen Tagesblättern, die schon viele Jahre erscheinen und die sehr froh wären, wenn sie eine solche Auflage hätten, wie sie die „Arbeiter-Zeitung" hat. Aber der „Arbeiter-Zeitung" fehlen die Mittel, welche den bürgerlichen Blättern zur Verfügung stehen und von welchen die bürgerlichen Blätter hauptsächlich leben; das sind die verschiedenen Betheiligungen, welche sie von Banken und Bahnen bekommen, das sind die Honorare und Pauschalien für gewisse Inserate, die sie ohne Skrupel aufnehmen können, was bei der „Arbeiter-Zeitung" nicht der Fall ist. Die „Arbeiter-Zeitung", welche diese Unterstützung nicht hat und solche Unterstützung auch nie annehmen würde, ist auf die Abonnements und den Einzelverkauf angewiesen und auf tarifmäßig bezahlte Inserate und da, Genossen, müssen Sie zugeben, daß eine beträchtliche Anzahl täglich abgesetzt werden muß, wenn die Einnahmen gegenüber den Ausgaben aufgebracht werden sollen. Wir haben nun derzeit an Sonntagen eine Auflage von 22.000 Exemplaren, während die Wochenauflage etwas kleiner ist. Viele Arbeiter haben an Wochentagen nicht die Zeit, sie sind auch physisch und geistig zu ermüdet; viele haben auch an Wochentagen nicht das Geld, das Blatt zu kaufen, trotzdem wage ich zu behaupten, daß es leicht möglich wäre, daß die „Arbeiter-Zeitung" einen größeren Absatz finden könnte und daß sie ihn finden wird. Daß das im zweiten Jahre des Erscheinens der Fall sein wird, dafür spricht Alles, denn heute ist eine stetige Steigerung der Abnahme vorhanden. Daß die „Arbeiter-Zeitung" nicht nur von der bürgerlichen Presse, sondern von der ganzen Unternehmerschaft erbittert bekämpft wird, ist selbstverständlich. Erst wollte man uns todtschweigen und, als das nicht gelang, todtlügen. Trotzdem wächst der politische Einfluß unseres Blattes täglich und es wird weit über die eigentlichen Parteikreise hinaus, insbesondere auch in bureaukratischen und parlamentarischen Kreisen, viel gelesen und beachtet. Ich kann also bezüglich des politischen Erfolges der „Arbeiter-Zeitung" einer gewissen Befriedigung Ausdruck geben und hoffe, daß dies im nächsten Jahre noch besser werden wird.

An Einnahmen haben wir im Jahre 1895 209.815 fl. 95 kr. und an Ausgaben 203.646 fl. 4 kr. zu verzeichnen; das sind Summen, mit denen wir noch nie zu rechnen hatten.

Hoffentlich werden sich die Einnahmen, gewiß aber auch die Ausgaben vermehren. Es gibt kein einziges Tagblatt, welches ein so geringes Redaktions*personal hat* wie die „Arbeiter-Zeitung" und trotzdem werden Sie finden, daß

die „Arbeiter-Zeitung“ ganz anders gemacht ist, wie die bürgerlichen Blätter. Die einlaufenden Berichte und Telegramme werden alle sorgfältig redigirt. Auf die Dauer werden vier Redakteure zu wenig sein, weil die Genossen physisch nicht im Stande sein werden, diese Arbeit zu bewältigen, da sie jetzt tagtäglich Nachtarbeit bis 1, 2, 3 Uhr Morgens ohne jede Ablösung, ohne jede weitere Beihilfe leisten. Wenn sich die Mittel der „Arbeiter-Zeitung“ mehren werden, wenn dieselbe größere Verbreitung finden wird, wird es nothwendig sein, auch den Redaktionsstab zu vermehren. Die „Arbeiter-Zeitung“ ist in der Provinz nicht so verbreitet, wie sie es sein sollte. Es wird da die Aufgabe der Genossen sein, einzugreifen. Das Blatt enthält ein Material, das die Genossen in der Provinz ausgezeichnet zur Agitation verwenden könnten. Sie haben aber das Blatt oft nicht zur Hand, weil ihr Verdienst zu gering ist. Aber das Eine könnten Sie thun: in allen Gast- und Kaffeehäusern können Sie verlangen, daß das Blatt abonnirt werde und aufliege, damit Sie wenigstens dort in dasselbe Einsicht nehmen können.

Ich wende mich nun zu dem zweiten Partei-Unternehmen. Der letzte Parteitag faßte den Beschluß: „Die ‚Arbeiterinnen-Zeitung‘ und die ‚Glühlichter‘ sind die Organe der gesammten Partei und fließen die eventuellen Ueberschüsse dem Parteifond zu.“ Wir haben nun solche Ueberschüsse nicht zu verzeichnen und seitdem die „Arbeiter-Zeitung“ als Tagblatt erscheint, hat auch sie nicht mehr Ueberschüsse. Mit den beiden anderen Blättern steht es ebenfalls weniger gut. Die „Arbeiterinnen-Zeitung“, welche eine Auflage von über 3000 Exemplaren hat, hatte ein Defizit von zirka 990 fl. Dieses Defizit rührt daher, weil die „Arbeiterinnen-Zeitung“ sehr billig ist und weil sie im Abonnement zu demselben Preise von 4 kr. gegeben und das Porto zu dem Abonnement nicht zugeschlagen wird. Dieses Defizit könnte behoben werden, wenn die Genossen etwas mehr für die „Arbeiterinnen-Zeitung“ thun würden. Dem Antrage, daß die „Arbeiterinnen-Zeitung“ nicht mehr als selbstständiges Blatt, sondern als Beilage der „Arbeiter-Zeitung“ erscheinen soll, kann die Parteivertretung von vorneherein nicht zustimmen. Wir betrachten es als nothwendig, daß die Arbeiterinnen ein selbstständiges Blatt haben, das dazu dienen soll, um die Arbeiterinnen auch in die Organisation hineinzuziehen. Ein Blatt, welches allgemein gehalten wird, welches die Uebelstände in den Fabriken dieser und jener Branche im Allgemeinen geißelt, findet gerade unter den indifferenten Arbeiterinnen mehr Verbreitung und durch Lesen desselben werden diese Indifferenten auf ihre Organisation erst aufmerksam gemacht. Diese Arbeiterinnenbewegung hat ja erst platzgegriffen, seit die „Arbeiterinnen-Zeitung“ erscheint. Wenn ein sozialdemokratisches Blatt, welches für die Agitation bestimmt ist, einige hundert Gulden Defizit aufweist, so ist dies noch kein Grund, es eingehen zu lassen. Wenn das richtig wäre, müßte eine ganze Reihe von Parteiblättern eingestellt werden, welche ebenfalls mit Defizit arbeiten und immer Zuschüsse brauchen. Bis jetzt hat meines Wissens die „Arbeiterinnen-Zeitung“ nur 60 fl. Zuschuß erhalten. Meine Frau, Genossin Popp, welche bis jetzt Redakteurin der „Arbeiterinnen-Zeitung“ war und ihre Zeit in Folge dessen auch der Agitation gewidmet hat, hat ihre Stellung bei dem Blatte gekündigt und ist die Kündigungsfrist bereits abgelaufen. Der Grund ist folgender: Die Genossen haben gemeint, das Blatt könne solche Ausgaben für einen Gehalt, wie ihn meine Frau bezogen hat, nicht leisten und wenn diese Ausgabe erspart wird, wird dadurch das Defizit der „Arbeiterinnen-Zeitung“ verringert. Es ist nicht nothwendig, daß für das Blatt allein eine Person angestellt werde, nachdem die Administration und Expedition ja ohnehin von der „Arbeiter-Zeitung“ besorgt wird. Meine Frau wurde aber nicht nur für die „Arbeiterinnen-Zeitung“, sondern auch für die *Organisation* der Frauen, der sie sich gewidmet hat, sie

wurde als Agitatorin für die Frauenbewegung selbst angestellt. Dies wird nun entfallen. Die Parteivertretung hat die Kündigung zur Kenntniß genommen, jedoch darüber nicht weiter verfügt und es dem Parteitage überlassen, was er damit zu thun gedenke. Allerdings wird der Parteitag über die Redaktion selbst nicht verfügen können, sondern nur entscheiden müssen, ob die „Arbeiterinnen-Zeitung" bestehen zu lassen sei oder nicht. Die Parteivertretung wird für die Redaktion Fürsorge treffen müssen.

Die „Glühlichter", ebenfalls der Gesammtpartei unterstehend, welche allgemein beliebt sind, wurden mit der Voraussicht übernommen, daß dieses Blatt das einzige sein werde, welches für die Partei einen materiellen Gewinn abwerfen kann; es wurde bei dem letzten Parteitage ein Gewinn der „Glühlichter" von einigen hundert Gulden ausgewiesen. Das Verhältniß hat sich nun geändert. Damals sind nach Deutschland über 6000 Exemplare hinausgegangen. Damals war die deutsche Auflage nahezu stärker als die österreichische, ist aber schließlich bis auf 2000 Exemplare zurückgegangen. Die Ausgaben haben sich aber vermehrt. Zum Schlusse des vorigen Jahres wurde überdies das Blatt für ganz Deutschland verboten und konnte also gar nichts mehr nach Deutschland hinausgehen. Das Blatt hat in Folge dessen seit dem letzten Parteitage ein Deficit von 3000 fl. angesammelt. Die Parteivertretung sagte sich, nachdem das Defizit so groß angewachsen ist, die Auflage sich verringert und das Defizit in Folge dessen noch mehr anwachsen würde, müsse das Blatt eingehen oder eine Aenderung geschehen, und zwar sobald als möglich. In Folge dessen ist der Beschluß gefaßt worden, den Antrag, der Volksbuchhandlung die „Glühlichter" zu übergeben, anzunehmen. Diese kann sich mehr damit befassen, sie kann damit frei walten, und ihr wird es möglich sein, ein neues Blatt wieder in die Höhe zu bringen, da eine Verbreitung in Deutschland wieder möglich sein wird. Die Volksbuchhandlung hat der Partei das Blatt mit Uebernahme des vollen Deficits abgenommen, so daß die Partei eigentlich keinen Schaden erlitten hat. Bei einem politischen Blatt darf ein Defizit keine Rolle spielen. Anders bei einem Witzblatt, das nicht unbedingt erhalten werden muß. Uebrigens sind die „Neuen Glühlichter" für die Agitation nicht verloren, weil sie ihre prinzipielle Haltung beibehalten müssen, da ja das Blatt sonst keine Abnehmer fände, und von vornherein verloren wäre. Ich glaube, daß der Parteitag der Durchführung des Geschäftes seine Zustimmung ertheilen wird.

Ich komme nunmehr zu den einzelnen Anträgen. Antrag Nr. 18 ist überflüssig; Antrag Nr. 19 wurde zurückgezogen; Antrag Nr. 20 a) fällt unter den Punkt Organisation; ebenso Antrag Nr. 20 b). Bisher hat die Preßkommission in Wien die „Arbeiter-Zeitung" kontrolirt. Es sind dadurch etwa unterlaufene Fehler sofort richtig gestellt worden, da die Kontrole monatlich vorgenommen wurde. Ich weiß nicht, ob die Genossen eine neue Kommission einsetzen oder die bisherige Kommission fortbestehen lassen wollen, glaube aber, daß es nicht nothwendig ist, daß der Beschluß des letzten Parteitages umgestoßen werde. Antrag Nr. 21 deckt sich mit dem Beschlusse, der bereits besteht. Jedoch bezüglich der Parteischriften ist zu bemerken, daß sie nicht mehr von der „Arbeiter-Zeitung", sondern von Geschäften verlegt werden, mit welchen wir eine gewisse Verbindung haben. Eine Kontrole in prinzipieller Beziehung ist selbstverständlich vorhanden. Wir sind froh, daß wir die Parteischriften jetzt nicht mehr verlegen müssen, weil das Defizit von einigen tausend Gulden, das wir dabei hatten, noch heute nicht gedeckt ist. Dem Antrag Nr. 22 kann die Parteivertretung nicht zustimmen, weil wir glauben, daß die „Arbeiterinnen-Zeitung" als selbstständiges Organ nothwendig ist, und zweitens, weil die „Arbeiter-Zeitung" nicht in der Lage ist, eine Sonntagsbeilage daraus zu machen, weil das viel zu theuer zu stehen käme. Allerdings meint der Antrag,

die Sonntagsbeilage solle dafür aufgelassen werden; aber trotzdem würden der „Arbeiter-Zeitung" bedeutend höhere Kosten erwachsen. Die Genossen, welche die Sonntagsbeilage liebgewonnen haben, würden überdies mit dem Wegfall derselben unzufrieden sein.

Wir haben uns schon öfter mit der Frage beschäftigt, ob ein separates Bauernorgan herausgegeben werden soll, wie Antrag Nr. 23 will; der Parteitag hat diese Frage immer verneint. Besonders mit Rücksicht darauf, daß die Verhältnisse in den einzelnen Ländern sehr verschieden sind. Wie haben fast in jedem Kronlande ein Parteiorgan, das die Verhältnisse der ländlichen Arbeiter besser würdigen kann, als es ein in Wien erscheinendes Bauernorgan thun könnte und dadurch wird auch die Agitation viel besser gefördert.

Mit dem Antrag Nr. 24, auf die Sonntagsnummer der „Arbeiter-Zeitung" sei ein separates Abonnement einzurichten, kann ich mich bedingungsweise einverstanden erklären. Ein solches Abonnement könnte nämlich nicht zu demselben Preise geboten werden, weil ja dadurch auch den Provinzblättern eine Konkurrenz gemacht würde, die sie nicht aushielten. Es müßte für das Abonnement monatlich 30 kr. gefordert werden. Wenn die Genossen damit einverstanden sind, wäre die Redaktion in der Lage, ein solches Blatt mit einer Wochenschau zu machen.

Den Antrag Nr. 25 können wir unbedingt nicht gutheißen. Wir glauben, daß in Nordböhmen so viele Blätter sind, daß jedes einzelne eigentlich nicht ganz das leistet, was es leisten sollte, weil ihm nicht die entsprechenden Mittel zur Verfügung stehen. Jeder von Ihnen kann sich vorstellen, wie schwer es einem Redakteur ist, ein Blatt zu machen, wenn er keine Mitarbeiter hat. Wir glauben, daß es am besten wäre, wenn sich die nordböhmischen Blätter zu einem großen Wochenblatt vereinigen würden. (Zustimmung.) Sie könnten vielleicht sagen, das geht nicht, wir brauchen die einzelnen Genossen in den Orten, wo sie sind, zugleich als Agitatoren. Das ist richtig. Die können aber an diesen Orten bleiben. Sie werden dadurch mehr freie Zeit für die Organisation und mehr freie Zeit für die Blätter gewinnen. Daß ein solcher Redakteur nicht immer Originalartikel bringen kann, ist begreiflich. Er hat ja keine Zeit dazu, sich auf der Höhe seiner Aufgabe zu erhalten: Er soll sein Blatt schreiben, in Versammlungen gehen, organisiren, agitiren, Rechtsschutz und Rathschläge aller Art gewähren ꝛc. Wir stellen zwar nicht den Antrag wegen Vereinigung dieser Blätter, wir meinen aber, daß es besser wäre, wenn die Genossen in Nordböhmen ein großes Blatt gründen würden, das dann einen riesigen Absatz haben würde, der durch Verschleißstellen geregelt werden könnte. Uebrigens ist es nicht Sache des Parteitages, über einen derartigen Antrag sich von vornherein auszusprechen. Das ist die Sache der Kreisorganisation.

Der Antrag Nr. 27 will, wozu die Partei ja verpflichtet ist, daß eine Agitation für die Abschaffung des Zeitungsstempels und Freigebung der Kolportage mit voller Kraft einzuleiten sei. Ich meine, daß die Regierung nicht umhin können wird, den Zeitungsstempel aufzuheben. Die Freigebung der Kolportage ist allerdings etwas, worauf wir nicht so sicher hoffen dürfen.

Gegen den Antrag Nr. 28 muß ich mich leider entschieden aussprechen. (Zustimmung.) Der „Arbeiter-Zeitung" ist es nicht möglich, heute, wo ihr materieller Bestand noch nicht ganz gesichert ist, einen solchen Beschluß durchzuführen. Als in Deutschland der Beschluß gefaßt wurde, daß der „Vorwärts", ein Blatt, welches heute materiell sehr gut gestellt ist, den Vertrauensmännern gratis zugestellt werden soll, wurde dieser Beschluß einfach nicht ausgeführt, weil es eben nicht möglich war. Es ist selbstverständlich, daß die Vertrauensmänner die „Arbeiter-Zeitung" lesen sollen; wenn aber Einer das Blatt nicht

halten kann, so ist es Sache der Bezirksorganisation, das Blatt zu abonniren. Ich empfehle also, diesen Antrag abzulehnen.

Ein Verband der Parteipresse, wie ihn Antrag Nr. 29 will, ist ja gegenwärtig vorhanden; oder handelt es sich um materielle Unterstützung? Sollen die Provinzblätter die „Arbeiter-Zeitung" materiell unterstützen, oder wollen Sie die Schulden der „Arbeiter-Zeitung" übernehmen? Die Provinzblätter können sich untereinander nicht materiell unterstützen, weil sie ja kein Geld haben. Wenn sie aber glauben, daß sie von Wien aus unterstützt werden können, so wüßte ich mir ein Blatt, dessen Reingewinn wir gern einheimsen würden, das ist die „Volks-Tribüne". Wir sind gern bereit, diesen Reingewinn zu übernehmen. (Heiterkeit.) Sie sehen also, dieser Antrag ist eigentlich überflüssig, außer Sie meinen einen Verband der Parteiredakteure, damit Sie Ihre Interessen wahren und eventuell in Streik treten können. (Heiterkeit.)

Die Genossen des ersten Wiener Bezirkes stellen folgenden Antrag:

„Die Parteileitung wird beauftragt, ein Agitations-Flugblatt, das nebst einleitendem Text die Prinzipienerklärung enthält, zu einem billigen Preise herauszugeben; welches jedoch, um dem Protokolle keine Konkurrenz zu bieten, erst drei Monate später als das Protokoll zu erscheinen hat."

Ein solches Flugblatt mit der Prinzipienerklärung ist noch nahezu in jedem Jahre erschienen und auch im letzten Jahre in der Auflage von 60.000 Exemplaren à 2 Kreuzer verkauft worden. Es handelte sich also nur noch darum, daß es auch das Organisationsstatut enthalte.

Weiters liegt folgender Antrag des Gen. Holzhamer vor:

„Der heutige Parteitag beschließt, die derzeit in Wien in italienischer Sprache erscheinende ‚L'Avvenire' (deutsch ‚Die Zukunft') als Parteiorgan anzuerkennen und ist dieselbe durch geeignete Agitation moralisch zu unterstützen."

Diesen Antrag kann ich Ihnen nur anempfehlen. Das Blatt ist mit Zustimmung der Parteivertretung herausgegeben worden und es ist also selbstverständlich, daß es die Pflicht der Genossen ist, dasselbe zu verbreiten, wo sie unter Italienern verkehren.

Ein weiterer Antrag liegt von der Bezirksorganisation Tetschen vor:

„In Erwägung, daß es unbedingt nothwendig ist, daß die Sozialdemokratie unter den Bauern aller Nationen Oesterreichs festen Fuß faßt, beschließt der Parteitag, die Flugschrift in der deutschen, czechischen, polnischen, slovenischen und italienischen Sprache herauszugeben."

Wirksam sind Flugschriften nur, wenn sie bei einem bestimmten Anlasse herausgegeben wurden und das werden wir thun, wenn wir in die Wahlagitation eintreten; insoferne könnten wir dem Antrag zustimmen.

Einen weiteren Antrag stellten die Genossen aus Falkenau:

„1. Der Parteitag wird beauftragt, der Gründung von neuen czechischen Bergarbeiterblättern, welche nicht auf sozialdemokratischem Standpunkte stehen, entgegenzutreten.

2. Indem es für die Bergarbeiter nothwendig ist, daß Deutsche und Czechen ein einheitliches Ganzes bilden, möge der Parteitag beschließen, in das Brüx-Duxer Revier einen Agitator zu entsenden."

Wir haben uns bisher als politische Partei noch nie hineingemengt, wenn eine Gewerkschaft ein Gewerkschaftsblatt herausgeben wollte und wir werden auch diesmal nicht dekretiren, die Bergarbeiter dürfen ein czechisches Bergarbeiterblatt nicht gründen. Das ist ihre Sache und Sache der Gewerkschaft. Was den Wunsch bezüglich eines czechischen Agitators betrifft, so ist das gewiß sehr nothwendig, aber auch Sache der Gewerkschaft und es könnte von uns nur als Wunsch ausgesprochen werden.

Zum Schlusse möchte ich noch über einige Anträge sprechen, welche die Parteivertretung vorlegt und welche ich anzunehmen bitte. Es handelt sich um die „Arbeiter-Zeitung". Der letzte Parteitag hat beschlossen, daß die

„Arbeiter-Zeitung" täglich erscheinen soll und daß zu diesem Zwecke Sammlungen eingeleitet werden sollen. Es ist zwar nicht beschlossen worden, wie hoch der Betrag des Gründungsfonds sein soll. In der Wiener Sitzung wurde aber dieser Gründungsfonds auf 30.000 fl. festgesetzt, da wir eine solche Summe als Minimum für nothwendig erachteten, ehe das Blatt täglich erscheinen könnte. Leider hatten wir für diesen Fond kaum 8000 fl. aufgebracht, und haben das Blatt trotzdem täglich erscheinen lassen und bis zum Schlusse des Jahres 1895 sind im Ganzen ungefähr 16.000 fl. aufgebracht worden. Das Blatt braucht aber noch Zuschüsse, wenn es sich entwickeln soll, denn es muß sich vergrößern, wenn es den Anforderungen entsprechen will. Daher wird der Antrag gestellt:

„Der Parteitag beschließt: Mit möglichster Raschheit ist der Preßfond der ‚Arbeiter-Zeitung' auf 3 .000 fl. zu ergänzen."

Mit diesem Beschlusse ist uns zwar nicht viel geholfen. Er bezweckt jedoch die moralische Verpflichtung der Genossen, zum Preßfond der „Arbeiter-Zeitung" so viel als möglich beizusteuern. Es sind noch eine Menge von Listen, welche wir zu den Sammlungen ausgegeben haben, ausständig. Vielleicht kommen diese dann auch in Erinnerung.

Ein weiterer Antrag geht dahin:

„Die Genossen werden aufgefordert, für die Verbreitung der ‚Arbeiter-Zeitung' zu wirken:

1. in der Parteipresse;
2. in allen unseren Vereinen und Versammlungen;
3. in den Gast- und Kaffeehäusern;
4. durch Gewinnung von Verschleißern und Verschleißstellen für das Blatt."

Das ist eine Aufforderung, die nichts kostet, aber ungemein ernst und dringend ist. Ein anderer Antrag, der sich mit diesem beinahe deckt, ist folgender Antrag des Gen. Skaret:

„Um der ‚Arbeiter-Zeitung' in der Provinz mehr Eingang als bisher zu ermöglichen, sind Flugschriften zu vertheilen, in welchen die Genossen aufgefordert werden, nur in jenen öffentlichen Lokalen zu verkehren, wo die ‚Arbeiter-Zeitung' aufliegt.

Auch ist in allen Versammlungen, sowie in den Partei- und Fachblättern unausgesetzt auf die Verbreitung der ‚Arbeiter-Zeitung' hinzuweisen und zu agitiren."

Nachdem dieser Antrag nur ein Zusatzantrag ist, bitte ich denselben anzunehmen. Mit der Annahme dieser Anträge allein ist uns aber nicht gedient. Dieselben müssen auch durchgeführt werden. Ich hoffe, daß wir auf dem nächsten Parteitage bessere Resultate mittheilen können, obwohl wir mit den Erfolgen der „Arbeiter-Zeitung", die sie im ersten Jahre ihres Bestandes errungen hat, ganz zufrieden sein können, und obwohl die meisten bürgerlichen Blätter zu Tode froh wären, wenn sie eine solche Verbreitung wie die „Arbeiter-Zeitung" finden würden. Wir können aber nicht mit denselben Mitteln arbeiten, wie die bürgerlichen Blätter. Wir können und wollen keine Pauschalien nehmen, darum müssen wir unsere Presse selbst erhalten. Wir wollen die Masse des Volkes an uns heranziehen. Dazu müssen wir alle Mittel benützen, und eines der hauptsächlichsten Mittel ist heute in der That die „Arbeiter-Zeitung". (Beifall.)

Vorsitzender: Gen. Zeller: Es sind nachfolgende Anträge eingelangt:

Zusatzantrag zu Antrag 27.

„Insbesondere ist darauf hinzuwirken, daß wenigstens in die neue Wahlordnung eine Bestimmung aufgenommen werde, die das Verbot der Kolportage während der Zeit der ausgeschriebenen Wahlen aufhebt."

Zu Antrag 29 liegt die Erklärung vor, daß diese beiden Anträge zurückgezogen werden.

Antrag Skaret:

„Der Parteitag beauftragt die Parteivertretung, das Geeigneteste für die Herausgabe einer „Lehrlings-Zeitung" zu veranlassen und haben sämmtliche in den Werkstätten

und Fabriken sich befindenden organisirten Genossen und Genossinnen für eine möglichst große Verbreitung Sorge zu tragen, um den Arbeiternachwuchs im sozialdemokratischen Sinne erziehen zu können."

Antrag der Gen. Adelheid Popp:

„Die „Arbeiterinnen-Zeitung" hat weiter zu erscheinen. Der Parteivertretung wird es überlassen, Mittel zu finden, die den Fortbestand des Blattes ohne Steigerung des bereits vorhandenen Defizits sichern."

Antrag Zavertnik:

„Der „Delavec" ist als Partei- und Fachorgan der slovenischen Genossen anzuerkennen und ist vorläufig im Besitze der Verkehrsbediensteten zu lassen, so lange Zeit, bis es den slovenischen Genossen möglich ist, den „Delavec" als politisches Organ selbstständig zu erhalten."

Antrag Schloßnikel:

„Der Inhalt der Sonntagsbeilage der „Arbeiter-Zeitung" möge am Ende des Jahres abgeschlossen werden, damit man diese Sonntagsbeilage Jahr für Jahr für die Bibliothek verwenden kann, was besonders für Bildungsvereine von Nutzen wäre.

Begründet wird dieser Antrag dahin, daß am Ende des vorigen Jahres ein Roman über die letzte Nummer des Jahres hinaus fortgesetzt wurde."

Zusatzantrag Zavertnik zu dem Antrage der Bezirksorganisation Tetschen:

„In Erwägung, daß es unbedingt nothwendig ist, daß die Sozialdemokratie unter den Bauern aller Nationen Oesterreichs festen Fuß faßt, beschließe der Parteitag, die Flugschrift in der deutschen, czechischen, polnischen, slovenischen und italienischen Sprache herauszugeben."

Ferner wird beantragt:

„Es sei mindestens alle Vierteljahre zur Agitation ein Flugblatt für die bäuerliche Bevölkerung herauszugeben."

Diese Anträge werden genügend unterstützt. Die Anträge 19 und 20 werden zurückgezogen. Bezüglich der übrigen gedruckten wird die Unterstützungsfrage gestellt und werden hiebei die Anträge 23, 28 und 35 nicht genügend unterstützt. Der Delegirte des I. Wiener Bezirkes schließt sich dem Antrage des Referenten an.

Gen. Palme (Wien): Die Preßkommission besteht, wie Sie wissen, aus 20 Vertretern der Wiener Bezirksorganisationen. Diese Kommission hat die vier Parteiblätter zu kontroliren und ist diese Kontrole monatlich durchführt worden. Namens der Kommission kann ich erklären, daß wir die Buchführung genau geprüft und alles richtig befunden haben. Das gilt bezüglich der „Arbeiter-Zeitung" und der „Volkstribüne".

Auch bei der Preßkommission sind Anträge eingelaufen, welche dahin gehen, die „Arbeiterinnen-Zeitung" zu ändern. Das Defizit der „Arbeiterinnen-Zeitung" ist aber ein ganz minimales und es würde bei einer regeren Agitation für das Blatt verschwinden.

Gen. Wanko (Znaim): Es sind von gewissen Arbeitergruppen namentlich seitens der Arbeiterinnen Beschwerden eingelaufen, daß sie zu wenig berücksichtigt werden. Dies dürfte weit mehr bezüglich der Landarbeiter gelten. Gerade dieser Theil der Arbeiterschaft ist am meisten geknechtet. Daß bisher für diese Arbeiter so wenig geschehen ist, wird damit begründet, daß die finanziellen Mittel nicht ausreichen. Aber es ist Pflicht der Partei, endlich einmal die Mittel zu finden, um dieser wichtigen Aufgabe gerecht zu werden. Ich wollte in dieser Beziehung einen selbstständigen Antrag einbringen, habe aber mit Rücksicht auf den Antrag Augenthal davon Umgang genommen. Aber dieser Antrag ist leider nicht unterstützt worden. Wenigstens der zweite Theil des Antrages hätte angenommen werden können.

Anläßlich der Wiener Gemeinderathswahlen wurde die „Arbeiter-Zeitung" an viele Wiener Wähler unentgeltlich versendet. Wenn das möglich war, so wird es ebenso möglich sein, für die Landarbeiter alle Vierteljahre ein Flug-

blatt herauszugeben und es könnte ja dazu das Material, welches in der „Volkstribüne" enthalten ist, verwendet werden. Man kann ja von einem Bauer oder Landarbeiter, der doch nicht auf derselben Bildungsstufe steht, wie der gewerbliche Arbeiter, nicht verlangen, daß er die „Volkstribüne" liest. Die Sache hat für ihn kein unmittelbares Interesse, Flugblätter aber würde er lesen und zwar mit Erfolg.

Die Verbreitung der Zeitungen könnte viel größer sein, wenn mehr Probenummern ausgesendet würden. Außerdem könnten auch die Genossen in der Provinz die einzelnen Geschäftsleute, bei denen sie einkaufen, veranlassen, in den Blättern unserer Partei zu inseriren. Eine Concurrenz zwischen den Provinzblättern und der „Arbeiter-Zeitung" herrscht nicht. Man hat gerade die Erfahrung gemacht, daß jene Genossen, welche die „Arbeiter-Zeitung" lesen, auch die Organe der Kreisorganisationen lesen, und daß Jene, welche die Organe der Kreisorganisationen nicht lesen, auch die „Arbeiter-Zeitung" nicht lesen. Provinzblätter und „Arbeiter-Zeitung" wirken nicht gegen einander, sondern für einander und miteinander.

Gen. Ritsche beantragt, daß zur schnelleren Erledigung der zu Punkt „Presse" gestellten Anträge eine fünfgliedrige Kommmission gewählt werde, die unter Hinzuziehung des Referenten bestimmte Vorschläge aus den gestellten Anträgen dem Parteitage zur Beschlußfassung zu unterbreiten hat.

Gen. Zavertnik (Wien): Im Jahre 1894 ist der „Delavec" als Parteiorgan anerkannt worden, ist aber in die Hände der Eisenbahner übergegangen. Das Blatt wurde nämlich von sämmtlichen Laibacher Druckereien boykottirt, mußte nach Agram flüchten, wurde hier durch Konfiskationen chikanirt und mußte nach Wien übersiedeln. Der Redakteur bezog 72 fl. Gehalt. Das Blatt hatte aber nur 300 feste Abonnenten. In Folge dessen mußten Schulden gemacht werden. Im Jahre 1894 beschlossen nun die Eisenbahner, das Blatt obligat einzuführen. So wurden 700 Abonnenten dem Blatte zugeführt. Jetzt sind für die Eisenbahner zwei Seiten eingeräumt. Slovenische Genossen warfen der Parteileitung vor, daß das Blatt in den Besitz der Eisenbahner übergegangen sei; aber nicht mit Recht. Die Genossen sind selbst schuld, weil sie das Blatt nicht abonnirt haben. Die große Zahl der Abnehmer bilden Bergarbeiter, Bauern und Eisenbahner. Die Organisation der Metallarbeiter hat es nicht eingeführt. Die Buchdrucker begeistern sich dort nur für nationale Schnurren, lesen aber keine Arbeiterblätter. Wenn die politische Partei im Stande ist, das Blatt zu erhalten, geben wir es sofort zurück. Bis jetzt erscheint das Blatt dreimal monatlich und wird vom 1. Mai an viermal monatlich erscheinen.

Vorsitzender: Es ist von Gen. Widlar folgender Antrag überreicht worden:

„Die ‚Arbeiterinnen-Zeitung' ist aufzulassen und an deren Stelle haben allwöchentlich, wenn thunlich, aktuelle Artikel, betreffend die Frauenbewegung, in der ‚Arbeiter-Zeitung' zu erscheinen."

Es wird hierauf die Debatte über „Parteipresse" abgebrochen, bis die Kommission über die Anträge Bericht erstattet hat und in die Berathung des Punktes VIII der Tagesordnung:

„Lage und Forderungen der ländlichen Arbeiterschaft"

eingegangen.

Gen. Dr. Verkauf. Geehrter Parteitag! Die österreichische Sozialdemokratie ist eine verhältnißmäßig recht junge Partei. Was Wunder, wenn sie, die mit der Organisirung der industriellen Arbeiterschaft vollauf beschäftigt war, und auch heute damit *noch* genügend zu schaffen hat, nicht dazu gelangt ist,

sich mit dem Problem zu befassen, welches wir als Agrarfrage zu bezeichnen pflegen. Man hat dagegen von anderer Seite eine reichliche Thätigkeit entfaltet, man hat unter der Flagge „Bauernschutz" den „Großgrundbesitzerschutz" betrieben. Wir wissen, daß man durch Zölle, Verhinderung der Vieheinfuhr, Kontingentirung der Spiritussteuer, durch Ausfuhrprämien bei Zucker, und ähnliche Mittel den Großgrundbesitz zu fördern sich bemüht hat. Dagegen hat man die Frage des Anerbenrechtes und des bäuerlichen Kredits recht kühl behandelt. Aber wohin immer wir blicken, wo immer die Agrarfrage zur Diskussion gestellt ist, wird das Moment auffallen, daß über Alles und Jedes gesprochen wird, nur über die ländlichen Arbeiter nicht. Umsomehr ist es Aufgabe der österreichischen Sozialdemokratie, sich in erster Linie um die Lage und die Forderungen, die Wünsche und Schmerzen der ländlichen Arbeiter zu kümmern und darum ist auch diese Frage hier zur Diskussion gestellt. Niemand bedauert es so wie ich, daß an meiner Stelle nicht Jemand steht, der die Leiden der ländlichen Arbeiter aus eigener Erfahrung, aus eigener Erkenntniß geschöpft hat. Niemand bedauert so sehr, daß ein Theoretiker Ihnen alles das darlegen muß, was man über die ländlichen Arbeiter heute weiß. Sie werden sich deshalb darauf gefaßt machen müssen, daß nicht der Physiologe, sondern der Anatom vor Sie hintreten wird. Die Schwierigkeit ist für mich umso größer, als das Material über die Lage der ländlichen Arbeiter gering ist. In der letzten Zeit ist es allerdings vermehrt worden, es reicht aber nicht aus, um ein lebensvolles Bild zu entwerfen, es genügt jedoch zu zeigen, wie dringend geboten es ist, daß sich die österreichische Arbeiterschaft dieser Frage annimmt.

Ich komme zu meinem eigentlichen Thema. Die erste Frage, die Beantwortung heischt, lautet: Wer ist ländlicher Arbeiter? Mancher von Ihnen wird sich über diese Frage wohl wundern, aber das Aufwerfen derselben wird Ihnen sofort begreiflich werden. Greifen wir zur Statistik, zu den Ergebnissen der Volkszählung vom Jahre 1890, so werden wir finden, daß in der Landwirthschaft beschäftigt waren: Selbständige 2,006.764, Arbeiter 5,615.133, Taglöhner 824.894. Das sind die im Berufe beschäftigten Personen. Ich frage nun nach der Zahl der ländlichen Proletarier. Da erfahren wir, daß die Mitglieder der bäuerlichen Familien, Söhne und Töchter, gleichfalls unter den Arbeitern aufgezählt sind. Wir erfahren weiter, daß unter den 2 Millionen selbständigen Landwirthen sich auch solche befinden, welche sich in größerem oder geringerem Maße mit Lohnarbeit abgeben müssen. Wir müssen deshalb versuchen, durch Kombinationen und Verwerthung des vorhandenen Materiales zu einem Ausweg zu gelangen. Ich habe einen Versuch in dieser Richtung unternommen. Sie erlassen es mir, Ihnen genau darzulegen, auf welchem Wege ich zu Daten gelangt bin, von welchen ich glaube, daß sie sich der Wirklichkeit nähern. Angedeutet sei, daß ich durch Kombination der Wohnparteien in Orten bis zu 2000 Einwohnern in die Lage kam, anzunehmen, daß wir in der Landwirthschaft 3,548.769 Arbeiter und Taglöhner haben. Damit wäre *eine* Frage beantwortet; aber daran knüpft sich eine zweite. Sind diese Arbeiter alle besitzlos? Wir sind gewohnt, wenn wir von Arbeitern sprechen, immer an Besitzlose zu denken, und sind weiters gewohnt anzunehmen, daß, wer etwas besitzt, nicht als Proletarier anzusehen sei. Dieses alte Vorurtheil müssen wir aber abstreifen. Es gibt Arbeiter, welche „Besitzende" sind, und es gibt „Besitzende", welche Arbeiter sind. Wir können uns nicht begnügen, zu sagen: „Wir haben 3·5 Millionen Arbeiter in Oesterreich", sondern wir müssen die Kategorien der Arbeiter kennen lernen. Wir haben nun in Oesterreich 1,193.414 Lohnarbeiter in der Landwirthschaft, die Allein- oder Mitbesitz einer Hütte oder eines Grundstückes aufweisen, ferner 2,155.355 ganz besitzlose Arbeiter und Taglöhner und endlich selbständige Landwirthe, die für Lohn arbeiten, und eine

große Masse von Parzellenbesitzern. Unter diesen Parzellenbesitzern verstehen wir solche, welche eine Grundsteuer von höchstens einem Gulden zahlen. Ich will mich bei der Schätzung sehr zurückhalten. Mäßig schätze ich dieselben auf 725.000. Wir haben nun drei Gruppen: die ganz besitzlosen Arbeiter und Taglöhner, die Arbeiter und Taglöhner mit Allein- oder Mitbesitz und die „selbständigen" für Lohn arbeitenden Landwirthe. Wir gelangen zu dem Ergebniß, daß Oesterreich an besitzlosen und „besitzenden" Landarbeitern rund $4^1/_4$ Millionen hat. Man wird mir entgegenhalten, daß das alles Hypothesen sind. Ich bin deshalb auch verpflichtet, eine Probe auf das Exempel zu machen und welche glänzendere Probe kann man denn machen als wenn man fragt, wie es mit dem Viehbesitz auf dem Lande bestellt ist.

Man kann nicht gut Jemand einen selbständigen Landwirth nennen, der kein Rind, kein Pferd besitzt. Wir finden nun, daß in Ortschaften bis 500 Einwohner nach der letzten Volkszählung unter allen Grundbesitzern kaum 37% Pferdebesitzer waren, und etwas über 43% Rinderbesitzer. In Ortschaften von 500 — 2000 Einwohner finden wir, daß 49·01% Pferdebesitzer und 44·74% Landwirthe Besitzer von Rindern sind. Ich glaube, einen schlagenderen Beweis dafür, daß die Zahl, die ich angenommen habe, viel zu gering ist, daß die Zahl der sogenannten besitzenden Proletarier weit größer ist; einen besseren Beweis dafür, wie weit es mit der Proletarisirung des Bauernstandes schon gekommen ist, kann ich nicht erbringen. Ich möchte trotzdem noch eine weitere Probe auf's Exempel machen. Wo wiegt die Zahl der Selbständigen vor? Da sagen uns wieder die Statistik und die Erhebungen des Ackerbauministeriums: am größten ist die Zahl der Selbständigen in Vorarlberg, der Bukowina, Galizien, im Küstenlande, Krain und Tirol. Ich möchte an diese Frage sofort eine zweite knüpfen: wo ist die Zahl der Parzellenbesitzer am größten? Es gibt in Oesterreich 1,700.000 Grundsteuerträger, welche bis zu 1 fl. Grundsteuer entrichten. Wo ist nun die Zahl dieser Parzellenbesitzer am größten? In Dalmatien, der Bukowina, Küstenland, Galizien und Tirol. Dort macht die Zahl der Parzellenbesitzer 59·9—46·2% aller Grundsteuerträger aus. Dort, wo Sie am meisten Parzellenbesitzer finden, dort haben Sie die meisten Selbstständigen. Die Konklusion, welche ich ziehe und die ich mit Recht ziehen zu dürfen glaube, ist: *Selbständigkeit in der österreichischen Landwirthschaft bedeutet in einer sehr großen Zahl von Fällen Parzellenbesitz.* Ich kann also dazu gelangen, zu erklären: Die Berechnung über die Zahl derjenigen selbständigen Landwirthe, welche Lohnarbeiter sind, ist viel zu mäßig, viel zu bescheiden. Die Zahl, die ich annehme, entspricht gewiß der Wirklichkeit; sie geht noch nicht weit genug.

Wenn wir uns klar geworden sind über die Personen, mit denen wir uns zu befassen haben, und wenn wir gesehen haben, daß das ein großer Theil der Bevölkerung überhaupt ist, so müssen wir zu einer weiteren Frage gelangen: zur Frage der Arbeitsverfassung. Es ist nicht leicht über die Lage und die Forderungen der ländlichen Arbeiter zu sprechen, wenn man hier nicht unterscheidet. Nicht von allen Theilen unseres Vaterlandes gilt das Gleiche, die Verschiedenheit ist eine sehr große — und wenn wir nicht allen Details gerecht werden wollten, so können wir uns damit begnügen, zu unterscheiden zwischen den Alpenländern, den Sudetenländern und Karpathenländern. Die Alpenländer zeigen in überwiegender Mehrzahl den bäuerlichen, mittleren und größeren Besitz. In den Sudetenländern haben wir das Vorwiegen des Großgrundbesitzes; — ich weise auf Böhmen hin, wo 34% des gesammten Grundes und Bodens in den Händen der Großgrundbesitzer sind, 10% sind allein in den Händen der Fideikommisinhaber. Hier sind auch die mittleren Bauern in erheblicher Zahl. Der *dritte Länderkomplex* sind die Karpathenländer — Galizien, Buko-

sicherungs-Anstalten heranzuziehen, welche die Löhne individuell erheben müssen und er hat Folgendes gefunden. Die ländlichen Arbeiter sind bekanntlich nur dann gegen Unfälle versichert, wenn sie bei einem Motor arbeiten. Es betrug nun der Jahresarbeitsverdienst in der Steiermark 105 fl. einschließlich Naturalien, in einem anderen Falle 217 fl., im Prager Bezirk 161 fl., 185 fl. und 238 fl., im Brünner Bezirk 190 fl., 194 fl., 411 fl., im Lemberger Bezirk 82 fl., 104 fl. und 160 fl. Damit Sie den Abstand zwischen dem ländlichen und gewerblichen Arbeiter sehen, will ich einzelne Fälle von Arbeitern anführen, welche in der Landwirthschaft beschäftigt sind und verunglückten. In Graz betrug der Lohn eines gewerblichen Arbeiters in der Landwirthschaft 288 fl., in Prag 416 fl., in Brünn 366 fl., in Lemberg 334 fl. Sie sehen den enormen Abstand. Die Löhne der gewerblichen Arbeiter sind niedrig genug, aber die Löhne der landwirthschaftlichen Arbeiter sind wahre Hungerlöhne, eine andere Bezeichnung dafür kenne ich nicht. Wenn wir die Erfahrungen bezüglich der Löhne zusammenfassen, welche uns die Unfallversicherungs-Anstalten zur Verfügung stellen, so finden wir: Von den ständigen männlichen Arbeitern hatten unter 200 fl. in Graz 30·9%, in Prag 58·5%, in Brünn 49·9% und in Lemberg (Galizien und Bukowina) 63·6% aller verunglückten Arbeiter. Man könnte annehmen, daß diese Löhne die Arbeiter überall wenigstens ganz in die Hand bekommen. Dies scheint aber nicht der Fall zu sein, ich entnehme das einer ganzen Reihe von Andeutungen, die sehr vorsichtig gefaßt sind, die aber jedem, der sozialpolitisch geschult ist, genügen, um die Behauptung aufstellen zu können: nicht einmal diese Hungerlöhne bekommen die ländlichen Arbeiter vollständig in die Hand.

Wir finden dies insbesondere beim Deputatgesinde und beim kontraktlich gebundenen Arbeiter. Beim Deputatgesinde ist die Hintergehung bezüglich der Qualität häufig. Nehmen wir etwas ganz Konkretes. In Krain werden die Naturalien mit einem bestimmten Preise nicht vereinbart, sondern bewerthet und von dem vereinbarten Lohne in Abzug gebracht. Auf den Lohn hat der ländliche Arbeiter vielleicht einen Einfluß, aber auf den Preis, welcher für die Naturalien berechnet wird, hat er keinen Einfluß, diesen stellt der Unternehmer nach seiner Willkür fest. Im Gebiete von Triest finden wir, daß der Arbeiter nicht den ganzen Lohn ausgezahlt bekommt. Es werden ihm Wohnung und Bedarfsartikel verabreicht und die Folge ist, wie die Publikation erzählt, daß die ländlichen Arbeiter ein Drittheil ihres Lohnes baar ausbezahlt erhalten. Auch in Ostgalizien sind gar seltsame Dinge zu constatiren. Da finden wir, daß dem ländlichen Arbeiter gestattet wird, Vieh auf die herrschaftliche Weide zu treiben. Wir wissen ja, wie die Weide zur herrschaftlichen geworden ist, aber das gehört nicht hieher. Dafür wird ihm ein bestimmter Betrag berechnet oder er muß eine bestimmte Zahl von Arbeitstagen oder eine bestimmte Quantität von Arbeit leisten. Die Dinge sind nun so complicirt, daß die ländlichen Arbeiter in Galizien sich nicht auskennen und die beste Gelegenheit zur Hintergehung derselben hier gegeben ist. Daran kann sich selbst die offizielle Publikation nicht vorüber drücken und unser diplomatischer Autor erklärt wörtlich: „Doch scheint (!) sich gegen diese Art der Entlohnung eine gewisse (!) Abneigung geltend zu machen, da sie leicht zu Streitigkeiten führt. (!!)“ (Lebhafte Heiterkeit.) Wir hätten allerdings ein ganz anderes Wort hineingesetzt, und mit größerem Rechte. Wir finden noch ein Zweites, wodurch sich Galizien wieder auszeichnet. Es ist dies eine ausgeprägte Bewucherung der ländlichen Arbeiter. Ich erinnere, daß am Hainfelder Parteitag gerade von einem polnischen Delegirten dies gleichfalls erwähnt wurde, und heute wird es durch eine Publikation bestätigt, welche von Unternehmern herrührt. Es wird dem Arbeiter ein Baardarlehen zu einer Zeit gewährt, wo er es dringend benöthigt. Er verpflichtet sich dagegen, das durch

Arbeitsleistung abzuzahlen. Nun, auch hier findet der Verfasser einige Worte. Aber ich bitte Sie, diese Worte genau anzuhören. Ich habe auch diese in aeternam memoriam aufgeschrieben und will sie wörtlich zum Besten geben. Dies „ist wohl nur eine örtliche Besonderheit, da bei reichlicherer Anwendung dieses Systemes doch das Bedenkliche eines solchen Arbeitsverhältnisses nicht zu übersehen wäre." (Heiterkeit.) Sie sehen, wie herrlich weit wir es schon gebracht haben. Offizielle Publikationen sind wirklich bereit, anzuerkennen, daß solche Dinge zu Streitigkeiten führen und nicht übersehen werden würden, wenn sie vorkommen. (Heiterkeit.) Ein Wort der Mißbilligung, wenn auch in diplomatisch gewundener Sprache, ist nicht gestattet.

Das wäre, was ich über Lohn und Beeinträchtigung des Lohnes zu sagen hätte. Weiter kann man hier nicht gehen und ich schreite dazu, die Frage zu beantworten, wie es mit der Arbeitszeit bestellt ist. Da kommen wieder die Dienstboten in Betracht, von welchen wir wissen, daß sie von Sonnenaufgang bis in die Nacht arbeiten, von welchen ein landwirthschaftlicher Schriftsteller erklärt, sie arbeiten bis 18 Stunden. Quistorp, ein deutscher Pastor, erklärt geradezu, daß die Dienstboten ein solches Uebermaß von Arbeit im Sommer zu bewältigen haben, daß ihnen zeitweise alle Lebensfreudigkeit verloren geht. Das kennzeichnet wohl die Arbeitszeit, welche die Dienstboten durchzumachen haben, genügend. Solch' ein Dienstbote hat nicht eine einzige freie Stunde im Jahre gesetzlich gewährleistet. Wir werden noch später darauf zu sprechen kommen. Von den Taglöhnern weiß uns das Ackerbauministerium, beziehungsweise die Unternehmer zu berichten, daß in Niederösterreich eine Arbeitszeit von 12—14 Stunden, in der Steiermark bis 15 Stunden, in Böhmen bis 13 Stunden, in Mähren bis 15 Stunden und in Galizien bis 15 Stunden besteht — eine Arbeitszeit für Männer, Frauen und Kinder. Auffallend ist, daß in Böhmen die Verhältnisse so glänzend sind, und ich meine, daß die 15 Stunden der Wahrheit wohl näher kommen als die 13 Stunden, die wir von Böhmen hören. v. d. Goltz, der sich viel mit diesen Fragen befaßt hat, führt zur Entschuldigung an: Ja, wenn auch die ländlichen Arbeiter im Sommer länger arbeiten, so haben sie im Winter genug Zeit zur Ruhe.

Er hat aber vergessen, daß sie nebst der Ruhe auch noch den Hunger haben. Ferner wird darauf hingewiesen, daß für die Frauen und Kinder die Arbeit im Freien nicht so schädlich ist. Wir kennen andere Arbeiterkategorien, welche im Freien arbeiten; so die Ziegelarbeiter. Wir wissen, wie gesund diese Arbeit im Freien ist, wie gesund es ist, bei Wind und Wetter, bei Kälte und Hitze schwere Arbeit zu verrichten. Dieses thörichte Vorurtheil, daß die Arbeit im Freien von 16—18 Stunden nicht schädlich ist, kann man hinwerfen, wo es hingehört, in die sozialpolitische Rumpelkammer. Dabei kommt in Betracht, daß die Frauen in schwangerem Zustande diese Arbeitszeit durchmachen, daß die Frauen auch nach der Niederkunft diese Arbeit verrichten müssen, daß ihre Säuglinge sich selbst überlassen sind.

Es ist von Interesse, auch etwas über die Wohnverhältnisse zu sprechen. Das eine wissen wir, daß für die Dienstboten jeder Ort gerade gut genug ist, Stall, Dachstube, Kammer u. s. f. In Kärnten gibt es zahlreiche Dienstboten, Hundert und mehr, die alle durcheinander in einer Räumlichkeit schlafen. Das erfordert das Interesse der Unternehmer. (Ruf: Beim Sylva-Tarouca ist's auch nicht besser!) Ich weiß, daß es anderwärts nicht viel besser ist. Gegenüber den Beschönigungen, die von konservativer Seite bezüglich der Wohnungsverhältnisse gemacht werden, will ich mich nur auf einen konservativen Schriftsteller berufen, der erklärt: Es ist nicht wahr, daß die Arbeiter auf dem Lande besser wohnen als die städtischen. Ihre Hütten sind niedrig, eng, der Fußboden oft aus Lehm, staubig; die *Kinder müssen einen eigenen* Schutzengel haben, wenn sie nicht stürzen

sollen auf diesem Lehm . . . . „so daß die herrschaftlichen Ställe und Scheunen viel behaglicher aussehen und wärmer sind als solche Wohnungen." Ich glaube, das ist eine Charakteristik, welche uns weitere Ausführungen erspart. Wir brauchen nicht als Hetzer aufzutreten, sondern wir können Andere für uns hetzen lassen. Quistorp äußert sich so über die Wohnungen der ländlichen Arbeiter in Deutschland, und wir in Oesterreich wissen, daß es bei uns, besonders in Galizien, noch viel schlechter ist, als für Deutschland geschildert wird.

Wenn nun die Arbeiszeit und die Wohnungsverhältnisse so jämmerliche sind, so ist von vornherein die Frage beantwortet, wie sich hier die Familienverhältnisse gestalten: Ohne entsprechende Wohnung, ohne eine angemessene Arbeitszeit ist ein Familienleben nicht denkbar und in der That ist es bei der ländlichen Bevölkerung mit dem Familienleben schlecht bestellt. Mit diesem allgemeinen Satze können wir uns aber nicht begnügen, wir müssen auf die Sache näher eingehen, denn gerade diese Frage ist von besonderem Interesse. Es ist interessant, zu sehen, daß sich das Familienleben der ländlichen Bevölkerung gar nicht selbstständig entwickelt, sondern sich immer der jeweiligen Arbeitsverfassung anpaßt. Die Arbeitsverfassung gestattet oder verbietet die Gründung einer Familie und darnach muß der landwirthschaftliche Arbeiter sich richten. Wir finden nun dort, wo der Latifundienbesitz und die Parzellirung vorherrschend sind, die Ehefrequenz auf dem Lande als eine bedeutende, dort aber, wo das Hofsystem herrscht, finden wir ein gezwungenes Cölibot für die gesammte ländliche Bevölkerung. Das sind Erscheinungen, die es verdienen, näher betrachtet zu werden.

Ich will Ihnen da die Verhältnisse eines einzigen Kronlandes vorführen, das ich aus eigener Wahrnehmung kenne: Kärnten. In Kärnten wiegt bekanntlich der große und mittlere bäuerliche Besitz vor und die ländliche Bevölkerung hat sich diesen Verhältnissen in Bezug auf die Ehe und Familie anpassen müssen. In Oesterreich kamen im Jahre 1893 7·79 Trauungen auf 1000 Einwohner, in Kärnten nur 5·34. In ganz Oesterreich haben wir 14·5 Perzent uneheliche Geburten, in Kärnten 43·2 Perzent. Sie können also sehen, ob wirklich die Unsittlichkeit unter der ländlichen Bevölkerung eine freiwillige ist, ob sie die Möglichkeit hat, zu wählen, eine Familie zu gründen und sittlich zu sein, oder nicht.

Ich weiß, daß in Kärnten thatsächlich vielfach das offene Hausthor eine sehr wesentliche Vertragsbedingung bei der Aufnahme von Knechten und Mägden ist. Wo das Hausthor bei Nacht nicht offen ist, geht der Knecht oder die Magd nicht hin.

Wer hat diese Zustände aber geschaffen? Haben sie die Arbeiter herbeigeführt? Nein. Die Arbeitsverfassung. Ganze Generationen kennen dort keinen Vater, keine Großeltern, sie wissen nicht, daß es etwas derartiges gibt. Sie können sich denken, wie es dort mit den älteren Arbeiterinnen steht.

Noch viel schrecklicher sind die Zustände in Bezug auf die unehelichen Kinder dieser Arbeiterinnen. Diese Kinder haben keinen Vater, nicht einmal einen unehelichen Vater. Die Fluktuation der landwirthschaftlichen Arbeiter ist eine bedeutende und die Verhältnisse sind dahin gediehen, daß der Knecht gar keine Vaterpflichten anerkennt. Bestenfalls wird er vom Gericht verhalten, monatlich 1 fl. Alimentation zu zahlen. Häufig aber ziehen die Leute weg und zahlen gar nicht. Die Mägde müssen also für ihre Kinder selbst sorgen. Eine Magd, die uneheliche Kinder hat, und es handelt sich sehr oft nicht blos um eines, wird nicht leicht in die Arbeit aufgenommen. Wie diese Verhältnisse auf die Kinder zurückwirken, können Sie sich denken. Schon der Säugling ist sich vollständig selbst überlassen. Die Mutter muß auf das Feld gehen und läßt ihn allein zu *Hause oder wenn sie* ihn schon mit auf das Feld nimmt, so läßt sie ihn dort

irgendwo liegen. Die Kinder verkommen vor Schmutz und rohe Behandlung ist keine Seltenheit.

Das sind die Wirkungen unserer heutigen gottgesegneten Wirthschaftsordnung. Die Sozialdemokraten sind es aber, welche die Familie untergraben, den Familiensinn ertödten und die Ehe vernichten wollen, so behauptet man. — Das haben die Sozialdemokraten bis heute nicht gethan und werden es hoffentlich auch in Zukunft nicht thun. Ich glaube, man kann keine drastischere Widerlegung dafür haben als diese Erscheinungen, die sich gerade in Kärnten so auffällig zeigen.

Die materielle Lage der ländlichen Arbeiterschaft findet auch im Recht ihren Ausdruck. Wie steht es nun mit den rechtlichen Verhältnissen der ländlichen Arbeiterschaft?

In welcher Lage hat sich der Leibeigene einst befunden? Welche Rechte hatte ihm gegenüber der Gutsherr oder Grundherr? Vor Allem hatte der Gutsherr das Recht, dem Leibeigenen den Wegzug zu untersagen. Der Bauer war glebae adscriptus. Ferner hatte der Gutsherr das Recht, die Eingehung einer Ehe zu bewilligen oder zu verbieten, sowie den Anspruch auf ungemessenen Robot. Weiters war der Leibeigene zu Treue und Gehorsam verpflichtet und schließlich stand dem Gutsherrn die niedrige Gerichtsbarkeit zu.

Wozu erwähne ich das? Um Ihnen zu zeigen, daß sich für einen erheblichen Theil der ländlichen Arbeiterschaft hierin nicht viel geändert hat. Der bäuerliche Besitzer ist frei geworden, aber der ländliche Dienstbote ist heute rechtlich wesentlich der Leibeigene geblieben. Gestatten Sie mir, hiefür an der Hand des Rechtes, das heute in Oesterreich Geltung hat, den Beweis anzutreten.

Für das Gesinde in Oesterreich gelten die Dienstbotenordnungen, welche durch die Landtage beschlossen werden. An der Spitze aller dieser Dienstbotenordnungen wird der modernen Gesellschaftsordnung der Tribut gebracht: mit einer tiefen Verbeugung wird erklärt, die Vereinbarung der Arbeitsbedingungen ist Sache des freien Uebereinkommens zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Wie sieht es nun mit dieser Vertragsfreiheit aus? Vor Allem finden Sie auch hier das Bemühen, dem Dienstboten das Wegziehen oder das Ausdemdienstlaufen zu erschweren. Alle österreichischen Dienstbotenordnungen statuiren, daß für die ländlichen Arbeiter der Vertrag auf ein Jahr abgeschlossen wird. Wollen die Arbeiter einen kürzeren Vertrag eingehen, dann muß das entweder schriftlich oder vor dem Gemeindevorsteher geschehen. Unterschätzen wir diese Bedingung nicht. Auf dem Lande bedeutet es ungeheuer viel, bis sich ein Knecht dazu entschließt, einen Vertrag schriftlich abzuschließen oder zum Gemeindevorsteher zu gehen. Das bedeutet für die ländliche Arbeiterschaft nichts anderes, als daß sie Verträge auf ein Jahr eingehen müssen. Ein gewerblicher Arbeiter hat heute das Recht, den Arbeitsvertrag täglich zu kündigen, der ländliche Arbeiter darf das nicht. Der darf im Laufe des Jahres nur aus bestimmten Gründen kündigen, und wenn auch diese Gründe schon thatsächlich vorliegen, muß er auch noch die Bewilligung des Gemeindevorstehers haben, sonst gilt die Kündigung nicht. Er ist also während des ganzen Jahres rechtlich an den Dienst gefesselt, und er ist in den wenigen Fällen, wo ihm ein Kündigungsrecht zusteht, an die Zustimmung des Gemeindevorstehers, das ist eines Vertreters der Unternehmer, gebunden. Dadurch wird dem ländlichen Arbeiter das Wegziehen vom Lande in gesetzlicher Form unmöglich gemacht. Das genügt aber unseren Großgrundbesitzern und Großbauern heute nicht mehr. Die Freizügigkeit ist ihnen ein Dorn im Auge. Sie wollen die alte Zeit der Leibeigenschaft oft ganz wieder haben, wo das Verbot des Wegzuges in den Händen der Unternehmer lag. Deshalb das Bestreben, die Freizügigkeit zu beseitigen.

Sehen wir nun die Behandlung, wie sie die Dienstbotenordnungen aller Länder dem ländlichen Arbeiter gleichmäßig zu Theil werden lassen. Wenn ein Vertragsbruch eintritt, so kann der Dienstbote erstens dafür eingesperrt werden — das ist selbstverständlich, denn wozu ist er denn ein Proletarier — er kann zweitens zwangsweise zurückgeführt werden und muß drittens vollen Schadenersatz leisten. Anders der Unternehmer. Wenn der Unternehmer, der den Arbeiter für ein Jahr aufgenommen hat, ihn sofort entläßt, oder ihn gar nicht aufnehmen will, so muß er ihm eine Entschädigung leisten. Wie hoch ist diese nun bemessen? Er bekommt in Böhmen höchstens ein Zwölftel des Jahresverdienstes, in anderen Ländern sind 6 Wochen und höchstens 3 Monate festgesetzt. Was bedeutet dies aber für den ländlichen Arbeiter? Sie wissen, die Aufnahme von ländlichen Dienstboten findet nur zu bestimmten Zeiten statt, und wenn der Unternehmer vertragsbrüchig wird, so bedeutet das für den Arbeiter gewöhnlich den Verlust eines Jahres. Er kann nicht so leicht einen Dienst bekommen, trotzdem erhält er nicht den vollen Schadenersatz.

Weiter, die Dienstbotenordnungen, die von Vertragsfreiheit sprechen, unterlassen es dennoch nicht, eine ganze Menge von Vertragsbedingungen für unsittlich zu erklären. Sie sagen, dieselben sind mit guter Hauszucht nicht verträglich, und sie erklären von diesen Bedingungen, daß wenn sie in den Vertrag aufgenommen werden, sie ungiltig sind. Ja, die Aufnahme einer solchen Bedingung ist sogar strafbar. Sie werden nun erwarten, daß das Bedingungen horribelster Art sind. Es sind folgende: Es darf nicht freier Ausgang vereinbart werden, es darf nicht vereinbart werden, daß der Dienstbote das Recht hat, Besuche zu empfangen, daß der Dienstbote seine Effekten außer Haus aufbewahrt, daß der Dienstbote einen beliebigen Aufwand an Kleidern, Putz und Wäsche betreibt. Endlich sind besondere Vereinbarungen über die Art und Menge der Kost unsittlich. (Heiterkeit.) So versteht man die Vertragsfreiheit für den Dienstboten. Wenn Sie wissen wollen, wieso das kommt, so werde ich Ihnen dafür gleich die Erklärung geben.

Auch für die Leibeigenen hat es eine Luxusgesetzgebung gegeben, und diese ist auch von den Herren ausgegangen. Es sind die obigen Bestimmungen also nichts anderes, als ein Ueberrest jener Vorschriften, welche für die Leibeigenen gegolten haben. Es ist dies ein zweites Moment für die Behauptung, daß unsere Dienstboten rechtlich nichts anderes sind, als eine Art von Leibeigenen.

Aus dem Vertrage stehen nun beiden Theilen gewisse Rechte und Pflichten zu. Da finden wir nun vor Allem eine allgemeine Aufzählung, wozu der Dienstbote verpflichtet ist. Er ist darnach verpflichtet zu Treue, Gehorsam, Reinlichkeit, Ordnung, Ehrerbietung, Vorsicht, Fleiß, Wahrhaftigkeit, zu all dem ist er unter strengen Strafen verpflichtet. Glauben Sie ja nicht, daß die Dinge, die ich da aufzähle, meiner Phantasie entsprungen sind. In manchen Dienstbotenordnungen sind alle diese Dinge enthalten, in anderen nur einzelne. Hier finden wir also wieder die Treue- und Gehorsamspflicht der Leibeigenen konservirt. Das Züchtigungsrecht ist heute noch aus vielen Dienstbotenordnungen nicht verschwunden. In den Achtzigerjahren wurde in Galizien eine Dienstbotenordnung berathen, die allerdings nicht zur Annahme gelangte, in welche das Züchtigungsrecht wieder aufgenommen werden sollte. Die gesetzliche Prügelstrafe ist seit den Sechzigerjahren abgeschafft, trotzdem aber besteht ein solches Recht für die Dienstgeber auf dem Lande. Das ist eine seltsame Anomalie: Das Prügelrecht der Behörden ist lange beseitigt, das der Unternehmer besteht fort. Welche weiteren Rechte, die aus der Leibeigenschaft herstammen, stehen dem Dienstgeber zu? Vor Allem das Durchsuchungsrecht. Nach der Dienstbotenordnung ist *der Dienstgeber* jederzeit und, wie ich glaube, heißt es in der mährischen

Dienstbotenordnung „ohne Angabe eines Grundes", berechtigt, die Habseligkeiten des Dienstboten zu durchsuchen. Darum ist es unsittlich, wenn vereinbart wird, daß der Dienstbote seine Effekten außerhalb des Hauses aufbewahren kann. Nun tritt da eine merkwürdige Erscheinung zu Tage. Die Polizei bei uns in Oesterreich ist nicht ungünstig situirt, die Dienstgeber sind aber noch besser gestellt. Die Dienstgeber dürfen zu jeder Zeit — auch ohne Angabe eines Grundes — alles durchsuchen. Vor der Polizei darf man seine Sachen verstecken, das ist ein staatsgrundgesetzlich gewährleistetes Recht, vor dem Dienstgeber aber darf man nichts verbergen, sonst ist der Vertrag nichtig.

Nun kommen wir zu einem weiteren Rechte des Dienstgebers.

Er hat das Recht, dem Dienstboten einen unangemessenen Aufwand in der Kleidung und Vergnügungen zu verbieten. Das ist eine unschuldige Bedingung. Ich glaube, die Höhe des Lohnes verbietet ohnehin einen unangemessenen Aufwand an Kleidung und Vergnügungen.

Das sind die Rechte der Dienstgeber. Diesen müssen doch auch Pflichten gegenüberstehen. Vor Allem die Pflicht der Lohnzahlung. Da haben nun die Verfasser der neuesten Dienstbotenordnungen sich die Köpfe zerbrochen, wie man das so recht modern ausgestalten kann und sie sind richtig darauf verfallen, daß es am bequemsten ist, den Lohn so selten als möglich auszuzahlen, vor Allem wegen der Freizügigkeit und zweitens, weil es angenehmer ist, das Geld länger in der eigenen Tasche zu behalten. In Böhmen wird der Lohn folgendermaßen ausbezahlt: in den ersten 3 Monaten 20 Perzent, da braucht der Dienstgeber keine Arbeit, nach weiteren 3 Monaten 25 Perzent, nach wieder 3 Monaten 30 Perzent, und zuletzt 25 Perzent. Das ist schön genug. Nun sagt man aber in einzelnen Alpenländern: im Winter wird nichts gearbeitet, also braucht der Dienstbote kein Geld. In Oberösterreich und Steiermark (hier ist die neueste Dienstbotenordnung) wird bezahlt nach den ersten 3 Monaten 10 Perzent, nach weiteren 3 Monaten 25 Perzent, dann 40 Perzent und endlich 25 Perzent. Meinen Sie, das sei das Schlimmste? Eitel Täuschung. In Kärnten hat man gesagt: wer wird sich da über den Perzentsatz den Kopf zerbrechen. Der Lohn wird am Schluß des Jahres auf einmal ausbezahlt. (Heiterkeit.) So sieht es mit den Pflichten der Dienstgeber aus.

Wenn so ein armer Dienstbote zu den Waffenübungen einberufen wird, so wird er, das gebietet der Patriotismus und — der Mangel an Dienstboten auf dem Lande, nicht entlassen. Man entläßt ihn also gnädigerweise nicht, aber die Gelegenheit muß man benützen, um den Lohn für 2 Monate zurückzubehalten. Vielleicht fällt es ihm sonst unterdessen ein, zu verschwinden. Das, wogegen sich unsere gewerblichen Arbeiter mit aller Macht sträuben, ist in Kärnten, Tirol, Steiermark u. s. w. bereits zur Durchführung gelangt, das Recht der Lohnzurückbehaltung.

Im „frommen Landl", in Tirol, ist man noch weiter gegangen und hat folgende Bestimmung aufgenommen: Für jeden ohne gegründete Ursache o d e r aus eigenem Verschulden versäumten Arbeitstag kann dem Dienstboten der fünffache Betrag des Lohnes in Abzug gebracht werden. (Bewegung.) Das ist etwas so Unerhörtes, daß selbst unsere Nerven einigermaßen zu vibriren beginnen, wenn wir das hören. Das ist eine Dienstbotenordnung aus dem Jahre 1879. Dafür sind allerdings die Dienstgeber wieder barmherzig. Wenn der arme Dienstbote erkrankt, gewährleistet ihm die Dienstbotenordnung entsprechende Hilfe. Wie sieht es mit derselben aus? Bis zur Einführung des Krankenversicherungsgesetzes hatte der gewerbliche Unternehmer die Pflicht, den Arbeiter durch 4 Wochen auf seine Kosten im Spitale verpflegen zu lassen. Das ist den Landwirthen aber zu viel geworden und man hat dies in Tirol auf 3 und in Oberösterreich auf 2 Wochen reducirt. In Böhmen ist dem Land-

tage eine Petition überreicht worden, in welcher die bäuerlichen Besitzer erklären, daß sie zu Grunde gehen müssen, wenn man von ihnen fordert, daß sie für die erkrankten Dienstboten 4 Wochen sorgen müssen. Nach dieser Zeit tritt die Gemeinde an die Stelle des Dienstgebers.

Und nun komme ich dazu, zu erklären, daß diese Dienstbotenordnungen nichts anderes sind als ein Strafcodex. Sie werden erstaunt fragen: ja gibt es denn noch etwas zu strafen? Bestraft wird: Die Aufnahme von unerlaubten Vertragsbedingungen, bestraft Vertragsbruch, bestraft, wenn der Dienst träge, schlecht oder unwillig verrichtet wird, wenn der Dienstbote ein unangemessenes oder, wie die steierische Dienstbotenordnung sagt, „wenn sie sonst (!) ein ihrem Dienstverhältnisse nicht entsprechendes Betragen beobachten."

So das Strafsystem der Dienstbotenordnungen. Wir finden in den Dienstbotenordnungen weiters einen Begriff, der uns wieder an die Leibeigenschaft gemahnt. Die Dienstbotenordnungen sprechen von „entlaufenen Dienstboten". Wir wissen, das „Entlaufen" des Dienstboten ist Vertragsbruch. Damit begnügt man sich aber nicht. Man sagt, wer den entlaufenen Dienstboten in Arbeit nimmt, wird gleichfalls gestraft und ist schadenersatzpflichtig und — nun kommt das Schönste — wer einen entlaufenen Dienstboten Unterkunft bietet, ist strenge zu bestrafen und schadenersatzpflichtig. (Rufe: Skandal!)

Ich entnehme dies wörtlich den Dienstbotenordnungen, von welchen mehrere diese Bestimmung enthalten. Ich begreife, daß diese Dienstbotenordnungen aufreizend wirken. Eine Analogie für diese Bestimmung haben wir im § 214 des Strafgesetzes, wo es als ein Verbrechen bezeichnet wird, wenn Jemand einen Verbrecher verbirgt oder ihm Unterkunft gibt. Wie aber, wenn die Eltern dem „entlaufenen" Dienstboten Unterkunft geben wollen? Da verlangt es die Moral der heutigen Gesellschaft, der Großgrundbesitzer und bäuerlichen Besitzer, daß das eine Uebertretung ist, daß das gestraft wird. Die Eltern müssen ihr eigenes Kind von der Thüre jagen, wenn sie wissen, daß es ein „entlaufener" Dienstbote ist.

Sie werden sich angesichts solcher Dinge nicht wundern, wenn wir auch bei den Bestimmungen über die Behandlung der arbeitslosen Dienstboten wieder an die Leibeigenschaft gemahnt werden. Arbeitslos sind Diejenigen, die den Dienst aufgegeben oder verloren haben. Diese unterstehen der strengen Aufsicht des Gemeindevorstehers, u. zw. normalerweise, nicht blos, wenn sie sich etwas zu schulden kommen lassen. Sie stehen also unter ständiger Polizeiaufsicht. Worin besteht dieselbe? Vor Allem hat man in Kärnten gefunden, daß es sehr gut ist, Statistik zu machen und die machen sie in der Weise, daß der Gemeindevorsteher alljährlich eine Beschreibung der Dienstboten vorzunehmen hat. Er hat alle arbeitenden und arbeitslosen Dienstboten aufzunehmen, sowie man in Oesterreich eine Viehzählung vornimmt. Weiter: die arbeitslosen Dienstboten sind verhalten, öffentliche Arbeiten zu machen. Wenn ein Dienstbote auch Geld hat und von diesem Geld leben will, das geht nicht. Wenn nun ein solcher Dienstbote einen Ausweg sucht und sagt, ich will für meine Eltern oder Angehörigen arbeiten, so ist da die Dienstbotenordnung schon so vorsichtig, indem sie den Gemeindevorsteher anweist: ein Vorwand, daß man bei den Eltern arbeiten will, ist nicht zu beachten, wenn keine oder keine angemessenen (!) Arbeiten bei den Eltern vorhanden sind. Endlich sind Dienstboten, welche in der Gemeinde nicht zuständig sind, im Falle der Arbeitslosigkeit auszuweisen. Nicht etwa nur in dem Falle, wenn sie sich etwas zu schulden kommen lassen, nein. Sie stehen ja unter ständiger Polizeiaufsicht und wenn sie arbeitslos werden, sind sie auszuweisen. Sie sind also ipso jure Vagabunden. Und nun kommt Mähren *und zieht die Konsequenzen daraus*, indem gesagt wird: „Im übrigen wird

bezüglich der arbeitslosen Dienstboten auf das Gesetz vom 24. Mai 1885 hingewiesen," d. h. auf das Vagabundengesetz. Das ist die Bestätigung dessen, was ich gesagt habe, daß die dienstlosen Dienstboten in Oesterreich von vornherein als Vagabunden gelten.

Alle Bemühungen sind also darauf gerichtet, den Dienstboten an die Scholle zu fesseln. Das Dienstbotenbuch genügt dabei nicht, wie beim gewerblichen Arbeiter das Arbeitsbuch. Die Herren am Lande müssen ja in allen Stücken etwas voraus haben. So haben sie also auch obligatorische Zeugnisse eingeführt zum Unterschied von der Gewerbe-Ordnung, wonach die Eintragung des Zeugnisses in das Arbeitsbuch nur auf Wunsch des Arbeiters zu erfolgen hat. Besonders fortschrittlich gesinnt sind unsere Alpenländer auf diesem Gebiete. Da hat man herausgefunden, daß es noch nicht genug sei und so hat man Leihkaufscheine noch dazu eingeführt. So ein landwirthschaftlicher Arbeiter hat also Dienstbuch, Zeugniß und Leihkaufschein. Dieser letztere ist eine Karte, die ihm die Erlaubniß ertheilt, sich für die Landwirthschaft als Arbeiter zu verdingen. Wenn er sich ohne Leihkaufschein verdingt, ist er strafbar. Es ist klar, daß bei so vielen Kautelen der Dienstbote an das Dorf gefesselt sein muß, wir werden bald sehen, in welcher Weise.

Nun bleibt nur noch eines übrig, wenn ich den angetretenen Beweis erbracht haben will. Die niedere Gerichtsbarkeit steht gleichfalls wie dem Gutsherrn gegenüber dem Leibeigenen, so heute dem Dienstgeber zu. Wer sind die Gemeindevorsteher? Das sind insbesondere Großbauern. Welche Rechte stehen ihnen zu? Sie haben die Straf- und Civilgerichtsbarkeit auf Grund der Dienstbotenordnung während der Dienstzeit und 30 Tage nach Auflösung des Dienstverhältnisses in Lohnstreitigkeiten. Sie haben über Zucht, Sitte und Ordnung der Dienstboten zu wachen. In Böhmen geht die Berufung gegen ihre Entscheidungen nicht an die politische Behörde, sondern an die Bezirksausschüsse und die sind ja nichts anderes als Ausschüsse der Unternehmer. In Galizien haben innerhalb der ausgeschiedenen Gutsgebiete die Unternehmer die niedrige Gerichtsbarkeit selbst, sie entscheiden also dem Dienstboten gegenüber in eigener Sache. Sie sehen, auch in dieser Richtung hat sich nichts geändert.

Sie werden mir zustimmen, wenn ich zusammenfassend sage: Der Wegzug vom Lande ist rechtlich erschwert, Strafen von „entlaufenen" Dienstboten sind auf der Tagesordnung, die Ehen der landwirthschaftlichen Arbeiter, insbesondere der Dienstboten, müssen sich der Arbeitsverfassung anpassen, die Dienstboten müssen ungemessene Arbeiten verrichten, sie haben die Verpflichtung zu Treue und Gehorsam und unterstehen der niederen Gerichtsbarkeit der Gemeindevorsteher, in Galizien der Großgrundbesitzer. Was fehlt noch zu dem Bilde, das ich Ihnen von den Leibeigenen des Mittelalters gegeben habe? Es fehlt nicht viel, es fehlt fast nichts vom rechtlichen Standpunkte. Und dabei: Je jünger die Dienstbotenordnung ist, desto niederträchtiger ist sie, umso schärfer und rücksichtsloser gegen die Dienstboten, sodaß man nicht einmal als einzige Erklärung nehmen könnte, daß das Ueberreste sind, die mit der Zeit weichen werden, nein, sie wollen nicht weichen, sie kommen nur noch verschärft hinzu. Die Dienstbotenordnung wird in den Landtagen gemacht und so ist es begreiflich, warum man gerade die Knechte vom Wahlrechte ausschließen will. Jetzt werden Sie begreifen, warum die Dienstherren nicht mit den Knechten in der Gemeindestube, im Landtage und im Reichsrathe zusammensitzen wollen. Es handelt sich nicht um eine Gefühlsduselei, es handelt sich um die rechtlichen und wirthschaftlichen Fragen. Wenn die Knechte im Landtage sitzen würden, dann würden Dinge haarsträubendster Art zutage gefördert werden; heute erfährt Niemand etwas davon, höchstens wenn nach Jahren ein sozialdemokratischer Parteitag zusammentritt und die Frage der Lage der ländlichen Arbeiter aufwirft.

Wie steht es nun mit den freien Arbeitern, mit den Taglöhnern? Für die gibt es, so merkwürdig es auch klingen mag, keine gesetzliche Bestimmung, keine gesetzliche Regelung. Es gibt keine gesetzliche Bestimmung wie das Arbeitsverhältniß zwischen den Taglöhnern und den Großgrundbesitzern sich zu gestalten hat. Es gelten die Vorschriften des allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuches, und wie ungenügend diese sind, das wissen Sie ja Alle.

Was ist die Folge? Nachdem die Judikatur auch in diesen Dingen den Gemeindevorstehern zugewiesen ist, so ist die nothwendige Konsequenz die: Willkür tritt an Stelle des Rechts, der freie Taglöhner wird nach dem Recht behandelt, das sich die Gemeindevorstehungen schaffen, ohne Aufsicht oder auch unter Aufsicht der politischen Behörden. Ich meine, daß wir über die Lage der ländlichen Arbeiter doch schon manches Interessante auf diese Weise erfahren haben. Da ist die Frage am Platze: Wie reagiren die ländlichen Arbeiter gegen diese unmenschliche Ausbeutung, gegen die niedrige rechtliche Stellung? Sie thun genau dasselbe, was die Leibeigenen im Mittelalter gethan haben, sie ergreifen die Flucht nach den Städten. Man nennt das mit einem schön klingenden Worte: Den Zug vom Lande nach der Stadt. So antworten die ländlichen Arbeiter auf die Ausbeutung am Lande. Allerdings möchte man, wie man früher Edikte „wider freventliches Entlaufen der Bauern" erlassen hat, auch jetzt die Freizügigkeit noch weiter beschränken. Sehen wir, welche Folgen diese Flucht nach der Stadt herbeigeführt hat. Einige Daten sind von besonderem Interesse. Wenn wir die Berufsthätigen in der Landwirthschaft in Betracht ziehen, finden wir, daß ihre Zahl in der Gesammtbevölkerung von 60·69 Perzent im Jahre 1880 auf 55·88 Perzent im Jahre 1890 gesunken ist. Wir finden, daß Orte mit einer Einwohnerzahl bis zu 2000 um 3·42 Perzent gewachsen sind, daß Ortschaften von 2000 bis 10.000 Einwohnern um 6·81 Perzent und Orte mit mehr als 10.000 Einwohnern um 33·21 Perzent zugenommen haben. Es ist dies nicht ein natürlicher Zuwachs, sondern es ist ein Zuwachs in Folge der Zuwanderung. Wenn wir das Jahr 1843 mit dem Jahre 1890 in Vergleich setzen, so finden wir noch drastischere Daten. Im Jahre 1843 wohnten 81 Perzent der Bevölkerung, im Jahre 1890 67·5 Perzent der Bevölkerung in Ortschaften mit bis 2000 Einwohner. Im Jahre 1843 wohnten in Ortschaften über 2000 Einwohner 18·9 Perzent, heute 32·5 Perzent der Bevölkerung. In größeren Städten von über 20.000 Einwohnern wohnten im Jahre 1843 4·2 Perzent, im Jahre 1890 12 Perzent der gesammten Einwohnerschaft Oesterreichs. Es sammelt sich alles in den Großstädten an und wie, frage ich, geht dieser Zuwachs vor sich? Ich berufe mich da auf Rauchberg, einem gewiß tadellosen Zeugen. Dieser sagt: Je höher der Lohnsatz der Stadt, umso größer der Zuzug vom Lande, je geringer der Lohnsatz am Lande, umso größer der Wegzug vom Lande. Von der gesammten Bevölkerung des Jahres 1890 wohnten nicht weniger als 8,316.561 nicht dort, wo sie geboren sind, in Wien 55·3 Perzent, in Steiermark 52·7 Perzent.

Noch ein zweites Mittel haben die ländlichen Arbeiter und Parzellenbesitzer. Sie fliehen schon weiter als bis in die Stadt. Man spricht vom Eigenthumsfanatismus der Bauern, wenn aber die Verhältnisse der Bauern einmal so weit gekommen sind, wie in Galizien, so spürt man von diesem Fanatismus nichts mehr. Der Bauer wirft den Besitz hin, um den Verhältnissen zu entfliehen, er verschleudert Grund und Boden, er weiß zwar, daß ihm kein anderes Schicksal bevorsteht, als das eines Proletariers, trotzdem zieht er es vor, nach Amerika auszuwandern, einem unbekannten Schicksale entgegen zu gehen, als an seiner Scholle festzukleben.

So sieht es mit dem Eigenthumsfanatismus der Bauern aus; er ist gar nicht so groß, als er gemeiniglich hingestellt wird.

Gestatten Sie, daß ich Ihnen auch hier einige Ziffern vorführe.

Im Jahre 1871 wanderten aus Oesterreich 9205 Personen aus, im Jahre 1890 war die Zahl auf 53.778 gestiegen; Sie sehen, welche rasche Entwickelung die Verhältnisse auf dem Lande genommen haben müssen, daß die Auswanderung in dieser Weise emporgeschnellt ist. Nicht Hetzer und nicht Agenten, sondern die wirthschaftlichen Verhältnisse haben es dahin gebracht.

Wenn jetzt eine Abnahme eingetreten ist, so kommt das davon, daß in Amerika Repressivmaßregeln gegen die Einwanderung ergriffen worden sind.

Ueber die Lage der landwirthschaftlichen Arbeiter kann ich zusammenfassend Folgendes sagen: Das Gesinde ist materiell und rechtlich schlecht gestellt. In zahllosen Fällen ist der Dienstbote nicht einmal in der Lage, an die Gründung einer Familie zu schreiten und einen eigenen Herd zu errichten, wenn dieser auch noch so elend ist.

Unter den Taglöhnern haben wir Besitzlose und „Besitzende". Der Besitzlose kann leichter flüchten, der „Besitzende", den man manchmal bei uns Sozialdemokraten etwas scheeler ansieht, ist schlimmer daran, er ist an die Scholle gefesselt, er wird bewuchert und erhält einen niedrigeren Lohn als der besitzlose Proletarier. Dieses Verhältniß wirkt zurück auf den Kleinbauer, der nicht Lohnarbeiter ist. Mit dem Steigen der Ausbeutung der Arbeiter muß auch, wegen der Konkurrenzfähigkeit, die Selbstausbeutung der Kleinbauern oft steigen. Das ist der Zusammenhang der Dinge, wie er in der Landwirthschaft geradeso zu Tage tritt, als in der Industrie.

Ich will nun wieder über die ländlichen Arbeiter einen konservativen Schriftsteller zitiren — es gilt das, was er für Deutschland sagt, auch für Oesterreich. Quistorp sagt: „Die Arbeiter sind gänzlich in die Hand des Gutsherrn gegeben, schlimmer als zur Zeit der Leibeigenschaft". Er geht weiter als ich, er sagt: „Schlimmer als zur Zeit der Leibeigenschaft".

Das ist es, was ich über die Lage der ländlichen Arbeiter zu sagen hatte.

Anknüpfend daran, will ich heute einen Theil der Forderungen, welche die sozialdemokratische Partei im Interesse der ländlichen Proletarier, aber auch der Kleinbauern aufzustellen genöthigt ist, erörtern.

Vor Allem muß der Niederschlag der Leibeigenschaft radikal und rücksichtslos beseitigt werden. Das ist eine Forderung, welche aufzustellen wir verpflichtet sind und für die wir mit Entschiedenheit einzutreten haben. Es muß bei dem Gesinde das Vertragsverhältniß in den Vordergrund treten und nicht das Verhältniß der Leibeigenschaft. Allerdings bedarf das Vertragsverhältniß einer Einschränkung, aber zu Gunsten der Schwachen und nicht der Starken. Wir verlangen eine Einschränkung zu Gunsten des Arbeiters, wir verlangen eine Arbeiterschutzgesetzgebung. In Bezug auf das Gesinde müssen wir sagen: Fort mit den Dienstbotenordnungen! (Beifall.)

Wir stehen da aber vor der Frage: Ist es richtig, die Unterordnung der landwirthschaftlichen Arbeiter unter die Gewerbe-Ordnung zu fordern? Ich halte das für unpraktisch und undurchführbar in Folge der eigenthümlich komplizirten Verhältnisse auf dem Lande; diese decken sich durchaus nicht mit den Verhältnissen in der Stadt und bei der Industrie. Die Sozialdemokratie muß für die Landwirthschaft die Forderung einer eigenen landwirthschaftlichen Gewerbe-Ordnung aufstellen, in welcher das Vertragsverhältniß zwischen dem Unternehmer und Arbeiter geregelt wird und in welcher auch die Arbeiterschutzgesetzgebung ihre besondere Regelung findet.

Wir verlangen außerdem die Einführung von ländlichen Gewerbegerichten. Als Arbeiterschutz fordern wir vor Allem Verbot der Kinderarbeit. Hierüber gestatten Sie mir noch Einiges vorzubringen. Es ist sicher, daß der Kinderschutz ohne strenge Durchführung des Volksschulunterrichtes nicht möglich ist. In einem

Athem mit dem Kinderschutz müssen wir daher fordern: Strenge Durchführung der achtjährigen Schulpflicht. Kurz muß ich skizziren, wie es mit der Schulpflicht am Lande steht. Der Staat verausgabt für die Hoch- und Mittelschulen jährlich 13,000.000 fl. Was leistet er aber für die Volksschulen? 280.000 fl. jährlich. Im Uebrigen überläßt er sie ihrem Schicksal, d. h. den Gemeinden. Dieselben sind jedoch zumeist nicht in der Lage, die Schulkosten zu tragen. Die Folge davon ist, daß wir in Oesterreich mindestens 4000 Ortsgemeinden finden (Ortschaften gibt es noch viel mehr), die überhaupt keine Schulen haben. Unter den vorhandenen Schulen sind 44·7% einklassige, 22% zweiklassige, so daß über 66% der Schulen ein- oder zweiklassig sind. Wir haben in Oesterreich durchschnittlich 14% der Kinder ohne jeden Unterricht, in Galizien sind es gar 37·7%, in der Bukowina sind es 40%. Wir haben endlich 10.232 Lehrer, deren Einkommen unter 400 fl. beträgt, darunter 1432, deren Gehalt nicht einmal 200 fl. übersteigt. (Hört!) Wenn wir die Konsequenzen aus diesen Thatsachen ziehen, so heißen sie: Uebernahme der Schullasten auf den Staat, Verstaatlichung der Schule im wahren Sinne des Wortes. Das ist eine Forderung, welche nicht nur im Interesse der ländlichen Arbeiterschaft, sondern auch im Interesse der Bauern gestellt werden muß. (Zustimmung.) Das bedeutet für uns der Kinderschutz. Daß wir einen Normalarbeitstag und die vollständige Sonntagsruhe verlangen müssen, ist begreiflich. Wenn man uns unpraktischen Sinn vorwirft, so können wir uns auf eine Versammlung deutscher landwirthschaftlicher Dienstgeber berufen, welche in den 70er Jahren stattgefunden und erklärt hat, die Einführung eines Normalarbeitstages sei möglich; wir können uns auf Prof. v. d. Goltz berufen, der ebenfalls zugegeben hat, die Einführung eines Normalarbeitstages sei durchführbar. Daß wir weiter die Einschränkung des Truckunwesens, Verbot der Wöchnerinnenarbeit, sowie die Errichtung eines Inspektorats für die Landwirthschaft fordern müssen, ist gleichfalls einleuchtend. Nach all' dem, was ich gesagt habe, ist es auch klar, daß wir das Wahlrecht für die ländlichen Arbeiter in allen Körperschaften zu verlangen haben. Besonders zu betonen ist aber die Beseitigung der Gutsgebiete in Galizien.

Endlich komme ich zu einem Gegenstande, bei dem ich etwas verweilen muß. Es ist dies die Vertheilung der Armenlast. Der Staat hat es sich auf diesem Gebiete sehr bequem gemacht, er leistet gar nichts. Die Folge davon ist die, daß in Oesterreich für die Armen in wunderbarer Weise gesorgt ist. Man kann sagen, daß eine solche Armenversorgung ein Hohn auf die Humanität ist, deren wir uns gern brüsten. Was müssen wir also verlangen? Wir haben zu fordern, daß die Versicherung, und zwar die Krankheits-, Unfall-, Alters- und Invaliditätsversicherung, sowie die Versorgung der Witwen und Waisen für das gesammte ländliche Proletariat eingeführt werde. Wir müssen erklären, daß der Kleinbauer und seine Angehörigen zu dieser Versicherung gleichfalls obligatorisch herangezogen werden sollen. Daß sich der Staat hiebei, wie es in Deutschland der Fall ist, auch mit seinen Mitteln betheiligen muß, ist einleuchtend. Damit wird der größte Theil der Armenlast von der Gemeinde genommen und es wird etwas Anderes an die Stelle treten, was wirklich wie eine Unterstützung aussieht. Das ist wieder eine Forderung, die im Interesse der gesammten ländlichen Bevölkerung gestellt wird.

Zum Schlusse möchte ich noch eine allgemeine Bemerkung machen. Es wird sehr häufig der Sozialdemokratie vorgeworfen, daß sie das Kleingewerbe und den kleinen Bauernstand vernichten wolle. Bei dieser Gelegenheit ist doch die Frage zu untersuchen: Wer ist es, der diesen Vorwurf erhebt? Das sind jene Leute, die berufsmäßig den Bauer und den kleinen Gewerbetreibenden abschlachten.

Hier haben wir nun gezeigt, daß das Interesse eines erheblichen Theiles

der Bauernschaft, der sogenannten Besitzenden, die in Wahrheit aber Proletarier sind, zusammenfällt mit dem Interesse der nichtbesitzenden Proletarier.

So lassen Sie mich denn meine Ausführungen mit einem Rufe schließen, der, allerdings in einem anderen Sinne, von Bebel erhoben worden ist: Hinaus auf das Land, um dem landwirthschaftlichen Arbeiter zu helfen, um zu zeigen, daß die einzige Hilfe, die ihm kommen kann, nur ausgehen wird von der Arbeiterschaft, von der österreichischen Sozialdemokratie! (Lebhafter Beifall.)

Gen. Nitsche (Graz) beantragt, den Vortrag des Gen. Dr. Verkauf in Form einer separaten Broschüre herauszugeben.

Gen. Berner beantragt, den Vortrag auch ins Czechische zu übersetzen.

Hierauf wird die Sitzung geschlossen.

(Schluß der Sitzung 1 Uhr 15 Min.)

Nachmittagssitzung.

Gen. Zeller eröffnet die Sitzung um 3 Uhr 20 Min. Es wird die Tagesordnung, Punkt VIII: „Lage und Forderungen der ländlichen Arbeiter" fortgesetzt.

Referent Gen. Schuhmeier (Wien): Ich wünsche, daß das von Gen. Verkauf vorgebrachte reiche Material uns möglichst bald zur Verfügung stehe, damit wir hinausgehen und es verwerthen können.

Ich kann nur über die Verhältnisse jener Länder sprechen, die ich genauer kenne, das sind Niederösterreich und Oberösterreich. Die Versammlungen, die wir da abgehalten haben, waren von der ländlichen Bevölkerung gut besucht und unsere Kritik der bestehenden Verhältnisse hat guten Erfolg erzielt. In St. Pölten z. B. sind unsere Versammlungen mehr von Bauern und ländlichen Arbeitern, als von den gewerblichen Arbeitern besucht. Nun ist freilich die Frage, ob das für die Zukunft vorhält? Es ist außerordentlich schwer, bei der ländlichen Bevölkerung dauernd festen Fuß zu fassen. In den Versammlungen ist der Bauer Feuer und Flamme, er weiß, daß er sich durch das Zuhören zu nichts verpflichtet. Freilich, wenn der Pfarrer von der Kanzel das Gegentheil von dem predigt, was wir sagen, so denkt sich Mancher: „Das ist doch nicht so, wie Du sagst"; er fühlt sich aber doch nicht verpflichtet, sich mit uns in engere Verbindung einzulassen. Für die Organisationen sind die Bauern nicht leicht zu haben. Wir haben einmal in Augenthal eine reine Bauernversammlung abgehalten, die von über 3000 Personen besucht war. Dort haben wir dann einen Bauernverein gegründet, aber von den 3000 sind nicht mehr als 30 oder 40 dem Vereine beigetreten. Derselbe besteht übrigens noch jetzt aufrecht und arbeitet ganz gut. Es wird sich daher fragen, ob wir nicht eigene Organisationen für die landwirthschaftliche Bevölkerung schaffen sollen.

In letzterer Zeit hat sich in Niederösterreich ein Bauernverein unter der Patronanz des Dr. Lueger gebildet, der einen großen Anhang gefunden hat; freilich besteht derselbe aus anderen Elementen, als wir sie brauchen können. Bei der Schaffung von Organisationen für die Landbevölkernng muß mit großer Vorsicht vorgegangen werden; man darf nur dort Vereine gründen, wo Aussicht ist, daß sie bestehen können; denn wenn ein solcher Verein eingeht, so ist auf lange Zeit der Boden für unsere Agitation nicht mehr günstig. In diesen Organisationen müßte die Erkämpfung jener Forderungen angestrebt werden, welche heute Gen. Dr. Verkauf in den Vordergrund gestellt hat.

Es wurde konstatirt, daß Taglöhner einen Taglohn bis herunter zu 10 und 7 kr. haben; von diesen Leuten können wir doch nicht Beiträge für die Organisation verlangen. *Wir müssen* aber Mittel finden, um die Leute in die

Organisation zu bringen. Das wird auch im Interesse der städtischen Arbeiterbevölkerung gelegen sein, weil, wenn wir den Leuten am Lande bessere Arbeitsbedingungen schaffen, der Zug vom Lande in die Stadt weniger stark sein wird und wir weniger Lohndrücker in der Stadt haben werden.

Es liegen auch mehrere Anträge vor.

Gegen den Antrag der Bezirksorganisation Tetschen läßt sich nichts einwenden; es fragt sich nur, ob wir auch die Zeit und das Geld dafür haben werden. Der Antrag der Bezirksorganisation Wien XVIII, Gründung eines Bauernorgans, ist nicht durchführbar, denn es würde sich ein solches Organ, welches blos für die Landwirthe schreibt, unmöglich halten. Die landwirthschaftlichen Arbeiter haben dieselben Interessen, wie die gewerblichen: Verkürzung der Arbeitszeit und möglichst hohe Löhne; wenn Sie aber ein Organ für die Bauern gründen wollen, und darin für die ländlichen Arbeiter eintreten, so werden es die Bauern nicht lesen. Die Sozialdemokraten wollen ja nicht auf das Land hinausgehen, um zu agitiren und dabei ihre Prinzipien verhüllen. Gerade jetzt, wo wir vor der Wahlagitation stehen, wäre das ein doppelter Fehler. Ich glaube daher, daß die Resolution des IX Bezirkes, die das noch ausdrücklich verbietet, was gar nicht geschieht, überflüssig ist.

Was den Antrag der Kreisvertretung Westböhmen betrifft, so ist es fraglich, ob die Volksbildungsvereine ein geeignetes Mittel sind, unter den landwirthschaftlichen Arbeitern Aufklärung zu verbreiten. Der Antrag der mittelmährischen Kreisorganisation geht auf dasselbe hinaus.

Gen. Dr. Verkauf hat die gedrückte Lage der landwirthschaftlichen Arbeiterschaft auseinandergesetzt. Ich möchte dem hinzufügen, daß da noch der Einfluß, den die Pfaffen am Lande auf die Arbeiterschaft haben, hinzukommt. Es ist mir gestern ein Blatt in die Hände gekommen, worin es heißt, daß ein Pfaffe von der Kanzel gepredigt habe: es kommen die Sozialisten, die rauben, morden und brennen. Es werden auf dem Lande überall gute Agitatoren nöthig sein, die verhüten, daß die Arbeit, die wir in einer mehrstündigen Versammlung zu leisten versuchen, durch die Predigt am Sonntag zunichte gemacht werde. Wir werden einerseits unsere Prinzipien dem Bauer nicht verhehlen dürfen, und müssen deswegen andererseits die Pfaffen rücksichtslos bekämpfen. Es muß immer darauf hingewiesen werden, daß zwischen der Klerisei und Religion sehr wohl unterscheiden sei.

Bemühen Sie sich, Genossen, auf dem Lande rücksichtslos zu kämpfen! Dadurch erziehen wir die Leute, und es wird nicht lange dauern, so werden diese ebenso energisch auftreten, wie wir. Dadurch erziehen wir uns einen Stock von Leuten, die wir dann für die Agitation brauchen können.

Ich glaube, daß wir das, was Gen. Dr. Verkauf ausgeführt hat, in eine Resolution zusammenfassen sollten, die ja nur eine Ergänzung des Hainfelder Programms ist und welche lautet:

Der V. Parteitag der österreichischen Sozialdemokratie erklärt:

„Die ländliche Arbeiterschaft in Oesterreich setzt sich aus besitzlosen Proletariern wie aus Parzellenbesitzern und Zwergwirthschaften zusammen. Sie recrutirt sich vielfach aus den Kindern der bäuerlichen Klein- und Mittelbesitzern. Es wird somit im Interesse des größten Theiles der ländlichen Bevölkerung Oesterreichs gefordert:

1. Die vollständige Beseitigung der Dienstbotenordnungen und die gesetzliche Regelung des Arbeitsverhältnisses, unter Festhaltung der Vertragsnatur desselben.

2. Die Schaffung einer Arbeiterschutzgesetzgebung. Insbesondere ist das Verbot der Kinderarbeit auszusprechen. Zu diesem Behufe ist die strenge Durchführung der achtjährigen Schulpflicht und die Uebernahme der Schullasten auf den Staat erforderlich. Außerdem sind der Normalarbeitstag und die Sonntagsruhe einzuführen, das Truckwesen zu beseitigen, die Arbeit von Wöchnerinnen zu untersagen, endlich ein eigenes Inspectorat und ländliche Gewerbegerichte einzuführen.

3. Zur Entlastung der Dorfgemeinden wie zur Sicherung einer ausreichenden Unter-

stützung ist die zwangsweise Versicherung für den Krankheitsfall, gegen Betriebsunfälle, sowie für den Fall der Invalidität und Alter, endlich die Witwen- und Waisenversicherung unter Heranziehung staatlicher Mittel gesetzlich zu normiren.

Zur Versicherung sind nicht nur die Lohnarbeiter, sondern auch die Kleinbauern und ihre Angehörigen heranzuziehen."

Diese Resolution sowie die gedruckten Anträge Nr. 36, 37 und 38 werden genügend unterstützt.

Vorsitzender: Die Kommission zur Berathung der Anträge zum Punkt IV Tagesordnung „Organisation" hat ihre Arbeit beendet und erhält nunmehr der Referent das Schlußwort, damit dieser Punkt erledigt werde.

Referent Gen. Neumann: Bezüglich der Wahlagitation liegen mehrere Anträge vor. Der Gen. Daszynski hat den zweiten Absatz seines Antrages zurückgezogen. Die Kommission beantragt auch die Ablehnung aller übrigen Anträge und empfiehlt den ersten Absatz des Antrages Daszynski. Wir wünschen die Annahme, weil es nothwendig ist, daß bei Aufstellung von Kandidaten die Reichsparteivertretung mit in's Einvernehmen gezogen wird, weil der ersten Aufstellung von Kandidaten eine ungeheuere Wichtigkeit beizumessen ist. Wir sind ja überzeugt, daß die Kreisorganisationen die tüchtigsten Genossen als Kandidaten aufstellen werden, ebenso aber können Sie davon überzeugt sein, daß seitens der Parteivertretung Ihnen dann keine Einwendung gemacht werden wird. Die Parteivertretung wird Ihnen keine Kandidaten octroyiren, aber es ist nothwendig und wichtig, daß die Parteivertretung ihr Votum bezüglich der Kandidaten abgibt. Es ist auch vorgesehen, daß nicht nur deutsche Genossen in der Parteivertretung sind, sondern wir wünschen, daß in der Parteivertretung die größte Zahl der österreichischen Nationalitäten vertreten ist. Dieser Antrag ist eine Nothwendigkeit und wir müssen auf der Annahme desselben bestehen.

Ich muß auf einen Anwurf des Gen. Hueber zurückkommen. Ich meine nämlich, daß es nicht Aufgabe des Parteitages gewesen ist, die gewerkschaftliche Organisation hier in allen Details zu besprechen, daß hier vielmehr die politische Organisation zu besprechen ist; trotzdem ist die Besprechung allerdings in großen Zügen erfolgt. Der Gen. Smitka war sich auch klar darüber. Wenn Gen. Hueber im Unklaren gewesen ist, ist das nicht meine Schuld.

Den Antrag Trenka empfiehlt Ihnen die Kommission abzulehnen, weil eine Reihe von Abänderungen der Organisation gemacht worden sind, von denen man nicht wünschen kann, daß sie verzögert werden.

Die drei ersten Anträge der niederösterreichischen Kreisvertretung bezwecken allerdings nur stylistische Aenderungen. Bezüglich des zweiten Absatzes des Punktes 1 wurde in der Kommission eine längere Debatte geführt und die Kommission empfiehlt Ihnen, diesen Antrag vollinhaltlich anzunehmen. Ebenso auch den Punkt 2 und den ersten Absatz des Punktes 3.

Bezüglich der Regelung der Parteisteuer liegt eine Reihe von Anträgen vor. Dagegen beantragt die Parteivertretung, daß alle diese Anträge der neuen Parteivertretung zu überweisen sind. Die Kommission empfiehlt Ihnen den letzteren Antrag zur Annahme. Ich betone aber, daß jeder Beschluß, welchen die Parteivertretung diesbezüglich faßt, dann bindend ist.

Zu Punkt „Parteitag" empfiehlt die Kommission den Antrag: „Parteitage finden regelmäßig jedes Jahr statt." Ich bitte Sie, nicht zu vergessen, daß wenn wir auch ein ganz miserables Wahlrecht haben werden, wir doch in die Lage kommen werden, am nächsten Parteitage uns über Wahlresultate und parlamentarische Thätigkeit auszusprechen und daß schon von diesem Gesichtspunkte aus der nächste Parteitag ganz bestimmt innerhalb eines Jahres einzuberufen sein wird. Auch soll der Parteitag erzieherische Wirkungen haben und wie viel bei Manchem von Ihnen noch zu erziehen ist, sagen schon die Anträge, *welche eingebracht* worden sind. Die niederösterreichische Kreis-

vertretung bringt weiters einen Abänderungsantrag zu Absatz 2, Punkt „Parteivertretung". In dieser Richtung empfiehlt Ihnen die Kommission den Antrag des Gen. Preußler. Für den heurigen Parteitag beanspruchte die „Gewerkschaft" selbst eine Vertretung. Wir hatten, wie ich bereits gesagt habe, den Branchen das Recht eingeräumt, daß sie sich in den Localorganisationen vertreten lassen können und von dort aus erfolgt ja an und für sich die Delegirung zum Parteitage. Als der Parteitag herangekommen ist, haben die Branchen erklärt, sie hätten keine Vertretung auf dem Parteitage. Ich will nicht darauf eingehen, ob diese Ansicht richtig ist oder nicht, bemerke aber, daß der Parteitag genöthigt war, abzustimmen, ob den Vertretern der Fachblätter das Stimmrecht einzuräumen sei. Wir haben uns dagegen nicht gesträubt, aber wir mußten ihn befragen. Es wird besser sein, wenn schon im Organisationsstatut selbst eine Bestimmung darüber enthalten ist. Den Antrag Preußler, der den Vertretern der Industriegruppen an den künftigen Parteitagen Sitz und Stimme einräumt, bitten wir anzunehmen, alle anderen Anträge dagegen abzulehnen. Der Abänderungsantrag der niederösterreichischen Kreisvertretung betreffs der Abänderung des Absatzes 8, Punkt IV „Parteitag" empfiehlt Ihnen die Kommission zur Annahme. Dem Antrag der niederösterreichischen Kreisvertretung, betreffend die Parteivertretung, steht der Antrag des Gen. Dr. Adler gegenüber. Die Kommission beantragt, die alte Fassung beizubehalten und anschließend an das alte Statut den Antrag von Adler und Genossen anzunehmen. Die Kommission empfiehlt die Ablehnung aller übrigen Anträge. Der Antrag, daß die Parteiangestellten nicht wählbar seien, wurde von der niederösterreichischen Kreisvertretung zurückgezogen. Den Antrag derselben Organisation, betreffend die Theilnahme des Chefredakteurs an den Sitzungen der Parteivertretung, empfiehlt das Comité zur Annahme. Es ist aber dieser Antrag nicht so gemeint, daß der Chefredakteur, wenn er zufälligerweise in die Parteivertretung gewählt wird, dann nur Sitz und keine Stimme habe. In solchem Falle hat er natürlich auch das Stimmrecht. Der Antrag sollte nur von vorbeugender Wirkung sein für den Fall, als der Chefredakteur nicht in die Parteivertretung gewählt wird. Den Antrag der niederösterreichischen Kreisvertretung, betreffend die Vertretung der Gewerkschaftskommission, empfiehlt die Kommission abzulehnen, weil die Gewerkschaftskommission selbst die Annahme dieses Antrages nicht wünscht. Der letzte Absatz des Antrages der niederösterreichischen Kreisvertretung ist überflüssig, weil der Gedanke zu diesem Antrage schon im Statut des Jahres 1894 niedergelegt worden ist. Die Organisation VII und eine Reihe anderer Organisationen verlangen die Herausgabe von statistischen Formularien bezüglich der Berichte; das ist am besten der zukünftigen Parteivertretung zu überweisen. Den Antrag Rieger, betreffend die Reichskontrole, ersucht die Kommission abzulehnen und wünscht, daß die übrigen acht Mitglieder der Parteivertretung als Reichskontrole belassen werden. Die Parteivertretung hat den Antrag eingebracht, daß das Sekretariat und die Kassageschäfte der Partei von der „Arbeiter-Zeitung" zu trennen sind. Von der Organisation Wien V liegt der Antrag vor, Parteisekretär und Parteikassier dürfen nicht Angestellte der „Arbeiter-Zeitung" sein. Die Kommission schlägt Ihnen die Verbindung dieser beiden Punkte vor. Der Antrag der Reichsparteivertretung wäre in abgeänderter Form zu acceptiren. Ein weiterer Antrag liegt seitens der Organisation VIII vor. Ich bitte diesen Antrag abzulehnen auf Grund der Annahme des Antrages der Parteivertretung, betreffend die Anträge über die Parteibeiträge. Mit aller Bestimmtheit bitte ich den Schlußpassus des Antrages der Organisation VIII abzulehnen. Der weitere Antrag der Organisation VIII ist ebenfalls abzulehnen mit Ausnahme des Schlußsatzes: „Ferner hat sich diese Kommission . . . . ."

Der Antrag der Organisationen III und XI ist ebenfalls abzulehnen mit

Ausnahme der die Fonds betreffenden Anträge, welche der Parteivertretung zu überweisen sind. Der Schlußabsatz des Antrages dieser Organisationen spricht von der Veröffentlichung der Parteiberichte. In dieser Beziehung wünschen wir, daß zu Punkt IV Parteitag folgender Passus aufgenommen werde: „Anträge sind 4 Wochen vor dem Stattfinden des Parteitages an die Parteivertretung einzusenden und in dem Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei zu veröffentlichen." Ich bitte um Ablehnung aller übrigen Anträge. In Bezug auf die Postenbesetzung der Parteivertretung liegen gleichfalls mehrere Anträge vor, der Antrag Mornik (Wien), der Antrag Jizda (Floridsdorf) und der Antrag Ellenbogen. Es wurde bereits im Jahre 1894 ein diesbezüglicher Antrag eingebracht, welcher lautete: „Jede Postenbesetzung ist im Einvernehmen mit der Wiener Lokalorganisation vorzunehmen." Die Kommission zur Berathung der Anträge empfiehlt Ihnen die Annahme des Antrages Ellenbogen und die Ablehnung aller anderen Anträge, welche darauf hinausgehen, der Parteivertretung dieses Recht zu nehmen. Die Parteivertretung selbst ist als jene Instanz zu betrachten, welche das größte Vertrauen genießt, welche also nach außen hin mit der nothwendigen Machtvollkommenheit auszustatten ist, um alle unsere Beschlüsse, auch im Einzelnen, zur Durchführung zu bringen. Der Parteivertretung wird eine ganze Reihe von wichtigen Beschlüssen überwiesen, sie muß also das volle Vertrauen der Genossen genießen. Je mehr Sie sie einschränken, umso weniger wird sie in der Lage sein, in gedeihlicher Weise für die Partei zu wirken. Die Parteivertretung hat Ihnen überdies den Antrag empfohlen, daß ein Parteitag jährlich stattzufinden hat. Zudem ist sie nicht nur den alljährlichen Parteitagen, sondern auch noch der Parteikontrole verantwortlich, und es ist nicht einzusehen, warum sie in Bezug auf die Anstellung noch der Lokalorganisation verantwortlich sein soll. Man sagt, das komme deshalb, weil die Genossen in der Wiener Lokalorganisation die meisten Beiträge für die Partei leisten, und daher auch das Recht haben sollen, ihr Votum abzugeben. Die Parteivertretung selbst ist der Wiener Lokalorganisation stets sehr entgegengekommen. (Unruhe; Ruf seitens der Wiener: „Wir werden uns noch sprechen!") Wir sind hier auf dem Parteitage, hier haben wir zu sprechen, und die Genossen haben die Parteitagsbeschlüsse zu respektiren. Nichts ist verderblicher gewesen für die Partei, als daß gerade die Wiener Genossen die Parteitagsbeschlüsse nicht respektirt haben, da muß einmal reiner Tisch geschaffen werden, es muß den Wiener Genossen gesagt werden, daß auch sie sich den Beschlüssen des Parteitages zu fügen haben. Die Parteitage sind die oberste Instanz der Partei, und es muß eine solche Parteidisziplin herrschen, daß das, was hier beschlossen worden ist, auch wirklich durchgeführt wird.

Wenn Sie nun zu der Parteivertretung das Vertrauen haben, ihr die nöthige Vollmacht zu geben, können Sie sie nicht in Bezug auf die Anstellung von Parteibeamten einer Kontrole der Wiener Lokalorganisation unterstellen. Beschließen Sie also heute im Sinne des Antrages Ellenbogen, die Parteivertretung hat bisnun der Lokalorganisation stets berichtet, und es ist das ein Entgegenkommen gegenüber den Wiener Genossen, von welchem ich zuvor gesprochen habe. (Ruf seitens der Wiener Genossen: „Das wird jetzt aufgehoben!") Es ist selbstverständlich, daß die Parteivertretung bei wichtigen einschneidenden Aenderungen Bericht an die Wiener Lokalorganisation gibt, es wird dies auch in Zukunft geschehen. Eigentlich wäre ja dieser Zusatzantrag überflüssig; wenn der Antrag selbst angenommen wird, wird ja der Antrag Schuhmeier ohnehin aufgehoben. (Widerspruch.) Es geht doch nicht an, daß wir eine Bestimmung annehmen und eine andere, die das Gegentheil besagt, fortbestehen lassen.

Bezüglich der Frauenorganisation liegen zwei Anträge vor, und zwar der Antrag Krapka, der sich auf den Antrag der Organisation Wien XVIII bezieht

— die Kommission empfiehlt Ihnen die Annahme dieses Antrages — ferner der Antrag der Genossin Popp; die Kommission empfiehlt Ihnen, diesen Antrag abzulehnen. Wir konnten uns der Ansicht nicht verschließen, daß durch das Inslebenrufen einer selbstständigen Organisation die Sache nicht abgethan sei, sondern daß naturgemäß die Frauen schon in Bezug auf die finanziellen Mittel ihre eigenen Wege suchen müßten. Wichtiger aber ist, daß der Antrag der Genossin Popp dahin führen würde, daß eine Theilung in der politischen Organisation eintreten würde, was nicht im Interesse der Partei gelegen ist.

Es liegt auch ein Antrag der Organisation Wien XVIII in Bezug auf den 1. Mai vor. Es ist selbstverständlich, daß sobald die Wahlbewegung weniger intensiv sein wird, wir für die Agitation für den Achtstundentag, den Ausbau der Arbeiterschutzgesetzgebung u. s. w. mehr Zeit widmen werden, was wir ja auch während des Wahlrechtskampfes gethan haben; es bedarf dazu nicht eines speziellen Antrages; übrigens kann er der Parteivertretung überwiesen werden.

Bezüglich des 1. Mai glaube ich aber einige Worte hier sagen zu müssen: Die Maibewegung ist für die gesammte Organisation ungemein wichtig und nothwendig, und sie hat eine Menge von neuen Streitern in unsere Reihen geführt. Die Maibewegung ist für die österreichische Arbeiterschaft unentbehrlich geworden, und wir wollen Nichts thun, was der Maibewegung, wie sie bis heute durchgeführt worden ist, schaden könnte. Der Antrag Beer ist aber nicht möglich; er hätte etwas Verlockendes, wenn er in der Form angenommen würde, daß die Genossen, welche gezwungen sind, am 1. Mai zu arbeiten, einen Theil ihres Verdienstes dem Agitationsfond zuführen. Aber die Ausführungen des Gen. Eldersch in dieser Beziehung sind sehr zutreffend, und wir wünschen, daß dieser Antrag abgelehnt werde, denn Experimente dürfen wir nicht machen.

Bezüglich der Gewerkschaften ist eine Reihe von Anträgen eingebracht worden, und wir haben vielfach die alte Klage gehört: „Ihr arbeitet nur für die politische Partei, Ihr führet aber nicht den wirthschaftlichen Kampf." Und Gen. Hueber hat angeführt, wie schön bei ihnen die Gewerkschaft geht, weil die Commission so fleißig arbeitet. Ich freue mich, daß sich die Gewerkschaftsbewegung entwickelt hat; ich gebe auch zu, daß die Gewerkschaftskommission viel leichter, weil unter viel günstigeren Umständen arbeitet, als das Parteisekretariat. Alle anwesenden Genossen, sowie die Gewerkschaftskommission arbeiten eben beinahe ausschließlich im Interesse der Gewerkschaft; und wenn heute die gewerkschaftliche Bewegung blüht, dann ist das nicht nur ein Verdienst der abgeschlossenen Organisationen, die sich Gewerkschaften nennen, sondern das ist unser Aller Verdienst. Das Feld, welches die Gewerkschaftskommission zu bebauen hat, ist ein vollkommen abgeschlossenes Gebiet, das Feld, welches die politische Kommission zu bearbeiten hat, hat keine Grenzen. In Folge dessen sind die Arbeiten der politischen Partei die mannigfaltigsten. Und gerade, weil wir alle diese Arbeiten gemacht haben, machen und machen müssen, ist heute die Gewerkschaft günstiger gestellt, als zuvor.

Wenn der Gen. Hueber glaubt, daß die politische Partei bezüglich der Beschaffung der Mittel ebenso vorgehen könne, wir die Gewerkschaften, so täuscht er sich gewaltig. Die Gewerkschaften haben einen festen Stock von Leuten, die sie fassen können, während die politische Partei vollkommen in der Luft hängt. Außerdem hat sie zahlreiche Pflichten, die ihr sehr viel Geld kosten. In der jüngsten Zeit sind zahlreiche neue Gewerkschaften gegründet worden und das ist meist in jenen Orten geschehen, in welche die politische Agitation getragen wurde, wo unsere Genossen politische Versammlungen abgehalten haben. Dadurch sind die Leute dort zur Gründung von Organisationen *veranlaßt worden.* (So ist es!) Was wir säen, erntet die Gewerkschaft.

Auch was Gen. Hueber in Bezug auf die Zentralisation gesagt hat, ist nicht richtig. Er möge doch die Geschichte seiner eigenen Gewerkschaft nicht vergessen. Die Drechsler haben eine zentralistische Organisation gehabt; es standen in derselben etwa 800 Personen. Man sah aber, daß man dabei nicht vorwärts kommt, und die Mehrzahl hat gesagt: „Unsere Interessen sind ja keine gemeinsamen." Nun hat man dem Rechnung getragen und hat die Organisation in mehrere Theile getheilt. Gegenwärtig finden Sie, daß diese Organisationen 3000 organisirte Drechsler umfassen. Auch die Ziegelarbeiter liefern einen Beweis für meine Ansicht; sie wollen eine eigene Organisation bilden, während man sie durchaus in die keramische Branche hineinbringen will. Bei den Metallarbeitern sind schon die verschiedensten Organisationsformen angewendet worden. Ich bin überzeugt, daß es Alle auch einsehen werden, daß man in Bezug auf die Organisirung keine feste Regel aufstellen kann, sondern den jeweiligen Verhältnissen in jeder Beziehung wird Rechnung getragen werden müssen. (Zustimmung.)

Ich glaube, daß die Gewerkschaften selbst die weitgehendste Unterstützung von Seiten des Parteitages finden sollten, und ich meine, daß der Antrag Hueber vom Parteitag angenommen und als Resolution dem Punkt „Organisation" beigefügt werden sollte. Es geht hingegen nicht an, daß wir hier spezielle Beschlüsse fassen, was mit den Bildungsvereinen, Lesevereinen u. s. w. geschehen soll, daß dort, wo Bildungsvereine überflüssig sind, an Stelle derselben die Gewerkschaften zu treten haben. Bezüglich des Antrages Roscher muß ich bemerken, daß es sich nicht empfiehlt, daß der Parteitag über ein spezielles Fach einen Beschluß fasse, sonst werden wir auf den nächsten Parteitagen ganze Rattenschwänze von solchen Anträgen haben. Die Anträge der Reichenberger Genossen bitten wir also abzulehnen.

Ich komme nunmehr zu den Konsumvereinen. Ich mache darauf aufmerksam, daß im Anhange noch Anträge bezüglich der Konsumvereine enthalten sind. Hiezu liegen nun die Anträge Adler, Schiller, Ingwer-Schuhmeier, Feigl und Dittrich vor.

Die Kommission empfiehlt Ihnen den Antrag Schiller zur Annahme, und zwar in folgendem Wortlaut:

„Die Partei als solche hat mit der Gründung von Konsum- und Produktionsgenossenschaften nichts gemein.

Von Seite der Partei ist stets in Bezug auf die Konsum- und Produktivgenossenschaften als Norm betrachtet worden, daß sie sich da nicht einzumengen habe. Nachdem aber im Parteitage ein Antrag eingebracht worden ist, die Produktivgenossenschaften als Kampfmittel anzuerkennen, so mußte der Parteitag dazu Stellung nehmen. Die Genossen sind ja mit allen Kräften bestrebt, die vom Parteitag gefaßten Beschlüsse durchzuführen; wenn wir also hier einen Beschluß fassen, daß die Konsumgenossenschaften erobert und deren Gründung in's Auge gefaßt werden müsse, dann liegt die Gefahr nahe, daß die Gewerkschaftsorganisationen vernachlässigt werden, und die Vortheile, welche dabei herauskommen, sind keineswegs solche, wie sich's die Genossen vorstellen. Wir wollten die Konsumgenossenschaften nicht etwa bekämpfen, wir müssen aber zu einem eingebrachten Antrage Stellung nehmen. Das geschieht durch den Antrag Schiller; sollte er nicht angenommen werden, so bitten wir sie, wenigstens den Antrag Adler anzunehmen, die Anträge Dittrich, Feigl und Palka aber abzulehnen.

Ebenso empfiehlt die Kommission die Ablehnung des Antrages der Organisation Tetschen, betreffend die Aufhebung der Kreisorganisationen; denn die Kreisorganisationen sind für uns von außerordentlicher Wichtigkeit. Desgleichen

hat sich die Kommission für die Ablehnung des Antrages der Kreisvertretung Westböhmen, betreffend die Flugblätter, ausgesprochen.

Ich empfehle Ihnen also, nachdem einschneidende Aenderungen im Organisationsstatut nicht durchgeführt werden können, die Anträge der Kommission zur Annahme und bitte im Interesse unserer Gesammtorganisation alle anderen Anträge abzulehnen.

Gen. Němec (Wien) überträgt das Referat ins Czechische und fügt hinzu: Die bürgerliche Presse Prags sieht voll Wuth auf unseren Parteitag, weil sie nicht begreifen kann, wie czechische, polnische, slovenische, italienische und deutsche Arbeiter ruhig beisammen sitzen und ihre Angelegenheiten berathen können, ohne sich aus nationalem Chauvinismus gegenseitig die Köpfe zu zerspalten. (Sehr gut!) Diese Presse hat sich nun bemüht, herauszufinden, daß doch ein nationaler Zwiespalt bestehe und sie bemüht sich eben zu beweisen, daß, wie sich die bürgerlichen Parteien nicht vertragen können, dies ebenso bei den Arbeitern der Fall sei. Als wir den Antrag einbrachten, daß die Parteivertretung den gegebenen Verhältnissen entsprechend in ihrer Zusammensetzung geändert werde, habe ich ausdrücklich erklärt, ich verwahre mich dagegen, daß dies aus nationalen Gründen gewünscht werde. Ich verwahre mich ganz entschieden gegen die Behauptung, daß unter uns ein nationaler Zwiespalt besteht. Ich habe gesagt, es handelt sich hier um die praktische Durchführung unserer Beschlüsse, es handelt sich darum, ein besseres Vorgehen zu ermöglichen einerseits, und andererseits indem man den geänderten Verhältnissen Rechnung trägt, darum, die Partei zu kräftigen und die Verbindung unter den einzelnen Nationalitäten zu stärken. Es hat sich gezeigt, daß gerade jetzt, wo wir in die Lage kommen, gewisse praktische Aufgaben zu lösen, ein Exekutivcomité vorhanden sein muß, das ein gesammtösterreichisches Exekutivcomité ist. Die Partei wird dadurch nicht nur nicht zerklüftet, sondern nur gekräftigt und einheitlicher gestaltet. Dies haben auch die „Národny listy“ erkannt. Seit dem Tage, an welchem die „Národny listy“ über die Haltung der österreichischen Sozialdemokratie am Parteitage berichten, halte ich sie beinahe für ein anständiges Blatt. (Heiterkeit.) Die Herren bekennen nun endlich offen, was in dem tiefsten Winkel ihres Herzens begraben war. Es heißt hier: „Alle Anstrengungen, die Sozialdemokratie in das Lager der nationalen Parteien zu bekommen, zeigten sich als aussichtslos, [und zwar nicht nur auswärts sondern auch bei uns“. Also sie abdiziren, sie geben ihre Bekehrungsversuche auf. Weiter: „Dadurch ist das Verhältniß der Freisinnigen“ — so nennen sie sich — „zu den Sozialdemokraten gegeben. Von heute an können sie mit der Sozialdemokratie nichts mehr gemein haben (Heiterkeit) und sie müssen die Sozialdemokratie bekämpfen.“ (Ironischer Beifall.) Wenn für uns Czechen der Parteitag keinen anderen Erfolg gehabt hätte als diesen, so könnten wir schon zufrieden sein. Das wollten wir, den reinen, nackten Klassenkampf. Wir nehmen ihn auf, denn wir sind eine Kampfpartei. Unsere czechischen Genossen haben bei den letzten Landtagswahlen in Böhmen bewiesen, daß sie im Stande sind, den bürgerlichen Parteien, den Klerikalen, Konservativen und Nationalen die Stirne zu bieten, sich mit ihnen in den Wählerversammlungen zu messen und der Erfolg war ein derartiger, daß, wenn solche Wahlen noch öfter vorkommen, die Jungczechen sehr bald ein anderes Lied singen werden müssen.

Wenn die „Národny listy“ anfangen die Wahrheit zu schreiben, muß natürlich das „Prager Tagblatt“ um so dreister lügen, denn von diesen beiden thut immer eines das Gegentheil von dem, was das andere macht. Es ärgert das „Prager Tagblatt“ ebenso wie die anderen Blätter, daß sich hier die Czechen mit den Deutschen nicht raufen und so wollen sie nun mit aller Gewalt *nationale Zwistigkeiten* erfinden. Die Leute können nicht begreifen, daß sich die

Nationalitäten nicht raufen müssen. Wenn zirka 120 Männer zusammenkommen, um über wichtige und tiefeinschneidende Fragen zu berathen, so ist es wohl begreiflich, daß hie und da ein hartes Wort fällt. Wir sind ja keine Hofräthe und gehören nicht zu jener kapitalistischen Clique, die ihre Politik von der Polizei durchführen läßt. Wir besorgen uns unsere Sachen selbst. Wenn aber auch manchmal ein hartes Wort fällt, nun so sind wir ja andererseits nicht so empfindlich. Es heißt nun in dem Berichte unter anderem:

„Hierauf wurde eine große Anzahl von Anträgen gestellt, welche darauf abzielten, die Debatte abzukürzen und den in Verhandlung stehenden Programmpunkt noch heute zu erledigen, worüber sich eine neue 1½stündige Debatte entspann, in welcher die Czechen lebhaft dagegen protestirten, und behaupteten, daß die Debatte nur darum abgekürzt werden solle, um die Slaven nicht zum Worte gelangen zu lassen. (Stürmischer Beifall der Czechen und Polen, Widerspruch der Deutschen.) Die Deutschen, namentlich die Wiener, hätten sich so ziemlich ausgesprochen, und jetzt, wo auch die Slaven ihre Stimme erheben wollen wolle man den Maulkorb einführen."

(Lebhaftes Gelächter.) Um nur zu zeigen, daß die Leute noch gemeiner sein können, fahre ich fort zu lesen; es schließen sich daran folgende Zwischenrufe:

„Dr. Ingwer (Amstetten): Sehr richtig! Hier muß Jedem Redefreiheit gewährt werden!"

„Mehrere deutsche Delegirte: Von einer Verkürzung kann keine Rede sein, wir wollen nur fertig werden!"

„Steiner (Prag): Verlassen wir den Parteitag, wenn man uns nicht hören will."

„Ein deutscher Delegirter: Nur nicht so hitzig!"

„Steiner (Prag): Wir kennen Euch Deutsche nur zu gut! (Lärm.)"

„Der Vorsitzende (unaufhörlich die Glocke schwingend): Sind wir ein Parteitag oder ein Bienenschwarm? Da hört sich schon Alles auf! (Mit der Glocke auf den Tisch aufschlagend): Ich bitte doch endlich um Ruhe! Unter allgemeiner Unruhe und lauten Protestrufen der czechischen, polnischen und oppositionellen Delegirten wurde schließlich mit allen gegen diese Stimmen beschlossen, noch heute die Debatte über: „Organisation und Taktik" zu beenden, möge sie eventuell bis zum Morgen dauern."

Zum Beweise, wie kleinlich die Leute sind, diene Ihnen Folgendes: Herr Prof. Kaizl, der eingeladen war, hat an den Parteitag ein Enschuldigungsschreiben gesendet. Weil dieses Schreiben in deutscher Sprache verlesen worden ist, erzählen die czechischen Blätter breitspurig, daß Dr. Kaizl an den Parteitag eine deutsche Zuschrift gerichtet habe. Das wäre ja ganz schrecklich, ist aber nicht wahr. Es ist von dem Briefe eine Uebersetzung angefertigt worden und nachdem zuerst der deutsche Schriftführer gelesen hat, so ist es selbstverständlich, daß er die deutsche Uebersetzung gelesen hat.

Nach thatsächlichen Berichtigungen seitens der Gen. Hueber und Izda wird zur Abstimmung geschritten.

Anträge über „Agitation":

Der erste Absatz des Antrages Daszynski wird angenommen.

Der zweite Absatz erscheint zurückgezogen.

Gen. Feigl zieht seinen Antrag, betreffend die Wahlagitation, zurück.

Anträge über „Organisation":

Antrag Trenka wird abgelehnt.

Von den Anträgen der niederösterreichischen Kreisvertretung werden vollinhaltlich angenommen:

Der Antrag: Ueber die Zugehörigkeit zur Partei.

„ „ Es ist Pflicht der Parteiangehörigen.....

„ „ Vertrauenspersonen.

„ „ Kreisorganisation, und zwar bis „aufgebracht werden".

Der Antrag der Parteivertretung:

„Alle die Parteibeiträge betreffenden Anträge sind der zukünftigen Parteivertretung zu überweisen"

wird angenommen.

Der Antrag, daß der letzte Absatz des Punktes III: „Organisation" zu Punkt V: „Parteivertretung" als letzter Absatz hinzuzufügen sei, und daß es statt „Parteileitung" zu lauten habe „Parteivertretung", wird angenommen.

Der Antrag der Parteivertretung: „Parteitage finden regelmäßig in jedem Jahre statt", wird mit 52 gegen 46 Stimmen angenommen. (Beifall.)

Bezüglich der Delegirung wird der Antrag Preußler angenommen.

Der Antrag der niederösterreichischen Kreisvertretung zu Punkt IV „Parteitag" Absatz 3, 4, 5, 6 und 7 bleiben unverändert; Absatz 8 soll lauten: „Der Parteitag prüft die Einladungen seiner Theilnehmer und bestimmt den Sitz der Parteivertretung", wird angenommen.

Bezüglich der Veröffentlichung von Anträgen zum Parteitage wird der von der Kommission vorgeschlagene Antrag:

„Anträge sind 4 Wochen vor dem Stattfinden des Parteitages an die Parteivertretung einzusenden und in dem Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei zu veröffentlichen"

angenommen.

Bezüglich der Parteivertretung wird der Antrag Dr. Adler, Steiner und Genossen unter lebhaftem Beifalle einstimmig angenommen.

Die Anträge der Parteivertretung: „Das Sekretariat und die Kassegeschäfte der Partei sind von der ‚Arbeiter-Zeitung' zu trennen" und der Organisation Wien V: „Parteisekretär und Parteikassier dürfen nicht Angestellte der ‚Arbeiter-Zeitung' sein" werden zusammengefaßt und einstimmig angenommen.

Der Antrag der niederösterreichischen Kreisvertretung: „Der Chefredakteur des Zentralorgans hat das Recht, an den Sitzungen der Parteivertretung mit berathender Stimme theilzunehmen", wird einstimmig angenommen.

Der Antrag der niederösterreichischen Kreisvertretung, betreffend die Wahl von Vertretern von Seite der Kreisorganisationen, wird abgelehnt.

Der 1. Absatz des Antrages Ellenbogen, bezüglich Anstellung von Beamten, wird mit 57 gegen 37 Stimmen abgelehnt.

Der Zusatzantrag wird hierauf von Ellenbogen zurückgezogen.

Der Antrag der Kommission, die die Statistik und die Parteiberichte betreffenden Anträge an die Parteivertretung zu überweisen, wird angenommen.

Der Antrag Hueber wird einstimmig angenommen und als Resolution dem Punkte „Organisation" zugefügt. Die übrigen, die gewerkschaftliche Organisation betreffenden Anträge erscheinen abgelehnt.

Punkt II des Antrages der Organisation Wien XVII wird dem Antrage Krapka gemäß abgelehnt.

Der Antrag Adelheid Popp wird mit 41 gegen 40 Stimmen abgelehnt.

Der Antrag Schiller über Konsumgenossenschaften wird angenommen.

Zurückgezogen werden folgende Anträge:

Der Antrag der Organisation Wien XVIII, bezüglich des 1. Mai;

der Antrag der Bezirksorganisation Tetschen;

der Antrag der Kreisvertretung Westböhmen und

der Antrag Izda.

Die übrigen Anträge erscheinen theils abgelehnt, theils erledigt.

Gen. Roscher (Reichenberg) bespricht unter lebhafter Entrüstung der Versammlung die tendenziösen Berichte der „Politik" über den Streik bei der Firma

Perutz in Lieben. An der kurzen darauf folgenden Erörterung betheiligen sich die Gen. Schuhmeier und Adler.

Es wird hierauf folgender Antrag zur Geschäftsordnung in Bezug auf die Wahl der Parteivertretung eingebracht:

„Die Wahl der Parteivertretung und der Kontrole soll nach den vorhergegangenen Vorschlägen der Wahlkommission mittelst Stimmzettel bei geheimer Abstimmung vorgenommen werden. Die Abgabe der Stimmzettel geschieht durch Namensaufruf laut Präsenzliste. Zu diesem Zwecke sind vier Skrutatoren zu wählen."

Der Antrag wird angenommen und die Sitzung um 7 Uhr 45 Min. geschlossen.

Siebenter Verhandlungstag am 11. April 1896.

Vorsitzender Gen. Zeller eröffnet die Sitzung um 9 Uhr 35 Min.

Namens der Kommission referirt zu Punkt V der Tagesordnung: „Presse":

Gen. Popp: Ich glaube, daß Sie nur einverstanden sind, wenn ich mich in meinem Berichte sehr kurz fasse und daß über jeden einzelnen Antrag sofort abgestimmt werde. (Zustimmung.) Zu dem vorliegenden Punkte sind folgende Anträge eingebracht:

Der Antrag 18 (der niederösterreichischen Kreisvertretung). Die Kommission empfiehlt die Annahme dieses Antrages.

Der Antrag wird angenommen.

Die Anträge 19 und 20 wurden zurückgezogen.

Gen. Popp: Den Antrag 24, die Wochenausgabe der „Arbeiter-Zeitung" betreffend, empfiehlt Ihnen die Kommission in der Form anzunehmen, daß das Abonnement mit 30 kr. festgesetzt wird. Da dem Blatte eine kurze Wochenschau und die Sonntagsbeilage beigegeben wird, ist es nicht möglich, das Blatt um 4 kr. zu liefern.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Gen. Popp: Die Kommission empfiehlt weiters die Annahme des Antrages: „Der Parteitag beschließt: mit möglichster Raschheit ist der Preßfond der ‚Arbeiter-Zeitung' auf 30.000 fl. zu ergänzen."

Wird einstimmig angenommen.

Gen. Popp: Desgleichen wird der Antrag der Parteivertretung, bezüglich der Verbreitung der „Arbeiter-Zeitung" zu wirken, empfohlen.

Wird mit allen gegen 2 Stimmen angenommen.

Gen. Popp: Die Durchführung des Antrages, die Sonntagsbeilage der „Arbeiter-Zeitung" am Ende eines jeden Jahres abzuschließen, ist möglich. Daher wird die Annahme des Antrages empfohlen.

Wird einstimmig angenommen.

Gen. Popp: Ich komme nun auf die Anträge betreffs der „Arbeiterinnen-Zeitung". Die Kommission empfiehlt die Ablehnung des Antrages 22 und des Antrages Widlar. Dagegen empfiehlt sie den Antrag der Gen. Popp.

Der Antrag der Gen. Popp wird mit allen gegen sechs Stimmen angenommen.

Gen. Popp: Den Antrag 25 empfiehlt die Kommission, der Kreiskonferenz zu überweisen.

Dieser Antrag wird einstimmig angenommen.

Gen. Popp: Der Antrag 26 ist dahin abgeändert worden:

„Der Parteitag beauftragt die gesammte Parteipresse, der ländlichen Arbeiterfrage, den Verhältnissen entsprechend, ihre Aufmerksamkeit zuzuwenden." Die Kommission empfiehlt diesen Antrag.

Derselbe wird mit allen gegen 2 Stimmen angenommen.

Gen. Popp: In dem Antrage 27 ist von der Kommission in der vorletzten Zeile das Wort „vorläufig" gestrichen worden und wurde folgender Zusatz gemacht:

„Insbesondere ist darauf hinzuwirken, daß wenigstens in die neue Wahlordnung eine Bestimmung aufgenommen werde, die das Verbot der Kolportage während der Zeit der ausgeschriebenen Wahlen aufhebt."

Der Antrag 27 wird einstimmig, der Zusatzantrag mit allen gegen zwei Stimmen angenommen.

Gen. Popp: Der Antrag 29 wurde zurückgezogen, der Antrag 28 nicht genügend unterstützt. Der Antrag Holzhammer wird seitens der Kommission zur Annahme empfohlen.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Gen. Popp: Was den Antrag Zavertnik betrifft, so ist es nicht nöthig, daß der Parteitag ausspricht, der „Delavec" sei als Partei- und Fachorgan anzuerkennen, nachdem der letzte Parteitag folgenden Beschluß gefaßt hat:

„Der Parteitag anerkennt die Nothwendigkeit der über Beschluß des III. Parteitages von den Laibacher Genossen herausgegebenen slovenischen Blattes „Delavec" und empfiehlt der Parteivertretung, das Weitererscheinen dieses Blattes durch finanzielle Unterstützung zu fördern."

Die Abmachung zwischen den slovenischen Genossen und den Verkehrsbediensteten nimmt der Parteitag einfach zur Kenntniß.

Wird zur Kenntniß genommen.

Gen. Popp: Den Antrag der Genossen des I. Wiener Bezirkes empfiehlt die Kommission abzulehnen, weil die Prinzipienerklärung ohnehin immer in Druck gelegt und vertheilt wird. Was die Antragsteller mit dem einleitenden Texte wollen, ist der Kommission nicht klar.

Der Antrag wird mit allen gegen zwei Stimmen abgelehnt.

Gen. Popp: Für den Antrag Skaret hat sich die Kommission nicht entscheiden können. Es ist nicht möglich, für Lehrlinge ein eigenes Blatt herauszugeben, weil, wenn die Lehrlinge überhaupt Gelegenheit haben zu lesen und die sozialdemokratische Literatur zu benützen, genug vorhanden ist, was aufklärend wirken kann. Ueberdies würde ein solches Blatt sich nicht decken und Kosten verursachen.

Der Antrag wird mit allen gegen drei Stimmen abgelehnt.

Gen. Popp: Weitere Anträge befassen sich mit der Herausgabe eines Flugblattes für die ländliche Arbeiterschaft. Nachdem wir aber jetzt noch nicht wissen können, was bei Punkt VIII beschlossen werden wird, wollen wir diese Anträge zur Beschlußfassung bei Punkt VIII zurückstellen.

Daß die Parteileitung die „Glühlichter" an die Volksbuchhandlung übertragen hat, beantragt die Kommission zur Kenntniß zu nehmen.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Gen. Popp: Noch eine Aufklärung. Einige Genossen haben gemeint, es sei in Aussig wieder ein neues Blatt erschienen. Es ist dies kein neues Blatt, sondern inhaltlich mit der in Teplitz erscheinenden „Freiheit" identisch und es hat nur einen anderen Kopf, weil die Aussiger Genossen glauben, daß das für sie von Vortheil ist.

Vorsitzender: Der Punkt „Presse" ist somit erledigt und wir gelangen zum Punkt VI, „Wahl der Parteivertretung". Es wird Gen. Hermann namens der Kommission berichten.

Gen. Hermann (Kratzau): Nachdem der Vorsitzende der Kommission abgereist ist, wurde ich beauftragt, den Bericht zu erstatten. Wir haben eine Kandidatenliste aufgestellt, welche entsprechen dürfte. Auf einen Umstand möchte ich aber aufmerksam machen, um einem Mißverständnisse vorzubeugen. Wir haben einen Antrag angenommen, daß auch Exekutivcomités bestehen sollen. Die czechischen Genossen haben erklärt, daß sie ihre Kandidaten für dieses Exekutivcomité erst auf ihrem Parteitage wählen werden, und ebenso haben dies die polnischen Genossen gethan. Es werden demnach folgende Genossen in die 16gliederige Parteivertretung vorgeschlagen: Dr. Adler, Popp Julius, Dr. Ellenbogen, Tomschik, Gerin, Schuhmeier, Schrammel, Smetana; für die Kontrole: Heinrich Beer und Němec. Wir haben uns geeinigt, den Gen. Němec vorzuschlagen, weil in der Kontrole bisher aus der Provinz zwei czechische Genossen waren und Němec jetzt in Wien ist. Für die Provinz schlagen wir vor: für Galizien Daszynsky, für Mähren Rieger, für Kärnten und Steiermark Resel, für die Alpenländer Holzhammer, für Nordböhmen Zeller, für Prag Steiner.

Gen. Dr. Adler bemerkt zur Richtigstellung: Es herrschen hier zwei Mißverständnisse. Das Wort Exekutivcomité ist in dem Sinne genommen worden, wie früher Parteivertretung. Es heißt ausdrücklich Exekutivcomité oder Parteivertretung. Das muß nicht wegen uns, sondern wegen der czechischen und italienischen Genossen festgestellt werden.

Zweitens erlaube ich mir darauf aufmerksam zu machen, daß in dieser Kandidatenliste die Slovenen fehlen. Es ist in Folge unseres gefaßten Beschlusses unbedingt nothwendig, daß ein Slovene in die Parteivertretung gewählt wird. (Zustimmung.) Das mag das Wahlcomité vergessen haben. (Rufe: Nein! — Gen. Reger: Es ist ein Minoritätsvotum angemeldet worden.)

Drittens bemerke ich, daß der bisherige Modus folgender war: Wir haben jene czechischen Genossen in die Parteivertretung gewählt, welche uns als die von ihnen gewünschten bezeichnet wurden. Das waren Smetana und Vaněk. Es hat sich nunmehr die Nothwendigkeit herausgestellt, noch einen Wiener czechischen Genossen in die Parteivertretung zu wählen, und wir haben darum geglaubt, Ihnen den Genossen Němec für die Parteivertretung oder die Kontrole empfehlen zu sollen. Sie haben aber anstatt des Gen. Vaněk den Gen. Steiner aufgestellt. Mir ist der eine persönlich so lieb wie der andere; aber es ist nun Sache der czechischen Genossen, ob sie mit diesem Wechsel einverstanden sind. Bisher haben sie uns einen anderen Genossen nicht angegeben und wir haben kein Recht und wollen auch nicht aus unserer Initiative einen anderen Genossen aufnehmen, als den sie uns vorschlagen. Ich mache aufmerksam, daß die czechischen Genossen ihre Mandate nur provisorisch haben, nämlich insoferne sie vom czechischen Parteitag bestätigt werden. Solange sie aber nicht erklärt haben, daß sie eine Aenderung wünschen, haben wir den Gen. Vaněk zu wählen.

Gen. Nemec (Wien): Es ist ja bereits angenommen, daß jede nationale Vertretung ein Exekutivcomité wählt, welches die Parteivertretung der Gesammtpartei zu bilden hat. Die czechischen Genossen beantragen, diese 16 Genossen zu wählen. Wir werden übrigens unsere fünf Mitglieder der Exekutive, nämlich drei für die Parteivertretung, zwei für die Kontrole, auf dem czechischen Parteitage wählen. Es ist auch möglich, daß die Genossen, welche hier vorgeschlagen sind, dann durch andere ersetzt werden.

Gen. Beer (Wien): Wir dachten im Comité nicht daran, daß Steiner in der Parteivertretung derzeit nicht ist, sonst hätten wir ohneweiters den Gen. Vaněk vorgeschlagen. Ich habe mich für den Gen. Zavertnik in der Kommission eingesetzt und trete zu seinen Gunsten zurück.

Gen. Reger (Orlau): Wir waren schon gestern über die Sache nicht ganz klar. Die Kommission ist nun zu dem Beschluß gekommen, daß die Parteileitung ebenso aussehen soll, wie früher, daß aber dazu die böhmischen und die polnischen Genossen Exekutivcomités zu wählen haben. Die Parteivertretung wäre also die höchste Instanz, das Ministerium, und die Exekutivcomités sind die Statthaltereien. (Widerspruch.) So wurde es aufgefaßt. Wir haben auch ein Minoritätsvotum angemeldet, daß der Gen. Zavertnik an Stelle des Gen. Beer in die Kontrole gewählt werden soll.

Gen. Nitsche (Bruck a. M.): Wenn wir von der Wahl eines slovenischen Vertreters in die Parteivertretung Abstand genommen haben, so ist dies geschehen, weil wir glauben, daß die slovenischen Genossen, nachdem sie in Laibach eine Organisation besitzen, ein Exekutivcomité wählen werden, so wie die czechischen und polnischen Genossen. Bezüglich der italienischen Genossen liegt die Sache anders; da ist noch kein Ansatz zur Organisation gegeben. Darum haben wir auch den Genossen Gerin für die Parteivertretung vorgeschlagen. Ich muß mich aber ganz entschieden dagegen aussprechen, daß Gen. Beer die Kandidatur zurückzieht.

Gen. Krapka (Brünn) beklagt sich darüber, daß das Kronland Mähren, welches drei czecho-slavische Kreisorganisationen umfasse, nicht berücksichtigt werden soll.

Gen. Seliger (Teplitz): Die Kommission hat sich nicht der Ansicht angeschlossen, daß wir diese 16 Personen ohne Rücksicht auf den Antrag Adler zu wählen haben. Wir haben beschlossen, den alten Modus beizubehalten. Nun ist an Stelle des Gen. Vaněk Gen. Steiner vorgeschlagen worden. Wir haben nämlich geglaubt, daß Gen. Steiner der früheren Parteivertretung angehört hat. Es wurde aber der Wunsch ausgesprochen, doch noch einen czechischen Genossen in die Parteivertretung zu wählen, der in Wien wohnt und darum haben wir den Gen. Němec vorgeschlagen.

Gen. Vaněk (Pilsen): Die Sache ist sehr einfach. Außer der Parteivertretung sind von den polnischen und czechischen Organisationen Exekutivcomités zu wählen und diese sind dazu da, um die gesammte Parteivertretung zu ergänzen. Die Genossen von der czechisch-slavischen Organisation kommen in die 16gliedrige Parteivertretung nur vorläufig hinein und werden durch den czechischen Parteitag entweder bestätigt oder durch andere ersetzt. Außerdem sollen aber Exekutivcomités gewählt werden, so daß die gesammte Parteivertretung diese 16 und die Exekutivcomités umfaßt.

Gen. Steiner (Prag) erklärt, daß er die Wahl nicht annehmen könne, weil in der czechischen Organisation beschlossen wurde, die Genossen, welche jetzt in der Parteivertretung waren, wieder in dieselbe zu wählen, bis der czechische Parteitag darüber beschlossen habe.

Gen. Dr. Adler (Wien): Das Wahlcomité hätte sich den Antrag Adler-Steiner nur näher ansehen sollen und dann wäre die Sache klar gewesen. Wenn Gen. Reger von einem Ministerium spricht, welches die Parteivertretung sein soll, so ist das nicht richtig. Diese Vertretung funktionirt als ständige Verbindung zwischen den verschiedenen Organisationen und zugleich als unser engeres Exekutivcomité. Darüber steht aber die Gesammtheit aller Exekutivcomités, das sind: das unsere, das polnische und das czechische. Das war ja auch die Auffassung der Kommission und das ist die einzig richtige.

Gegenüber dem Gen. Krapka muß ich richtigstellen, daß es nicht unsere Sache ist, ob ein Genosse aus Mähren oder Böhmen in das Comité gewählt wird. Die drei czechischen Genossen, die Sie uns angeben werden, werden wir *wählen*. Wer diese sind, mögen Sie unter [illegible]usmachen.

Gen. Feigl (Wien) spricht sich dafür aus, daß Gen. Zavertnik in die Parteivertretung gewählt werde.

Gen. Seliger (Teplitz): Im Auftrage einiger Mitglieder der Wahlkommission erkläre ich, daß Gen. Beer jetzt nicht das Recht hat, seine Kandidatur zurückzuziehen.

Gen. Zavertnik (Wien): Ich ziehe ebenfalls meine Kandidatur zurück und wir sind froh, daß die Genossen dazu beitragen, daß wir auf denselben Standpunkt kommen, auf den heute die Czechen stehen. Wir werden nun in Laibach ein Exekutivcomité wählen und werden uns selbstständig organisiren und haben dann einzig und allein Fühlung durch das Exekutivcomité. (Widerspruch.) Wir haben Ihnen die Hand geboten und Sie haben sie ausgeschlagen. (Lebhafte Unruhe und Widerspruch.)

Gen. Dr. Adler zur thatsächlichen Berichtigung: Wenn der slovenische Genosse, der jetzt eben in den Saal gekommen ist, von Anfang an der Diskussion angewohnt hätte, hätte er gesehen, daß gerade das Gegentheil von dem richtig ist, was er gesagt hat. Das Wahlcomité hat einfach die Sache nicht richtig aufgefaßt. In dem Momente aber, als hier festgestellt wurde, daß ein slovenischer Genosse nicht in der Kandidatenliste vorkommt, ist sofort eine Reihe von Genossen bereit gewesen, zu Gunsten des slovenischen Genossen zurückzutreten und es hat sich aus der Mitte der Versammlung nicht ein einziger Widerspruch erhoben. (Zustimmung.) Es ist also durchaus falsch, wenn Gen. Zavertnik sagt, wir drängen die Slovenen irgendwohin. Mögen sie sich organisiren, wie sie wollen, wir haben gestern den Beschluß gefaßt, daß ein slovenischer Genosse gewählt wird und darum werden wir ihn auch wählen, ob es nun dem Gen. Zavertnik angenehm ist oder nicht.

Gen. Schrammel (Wien) tritt zu Gunsten des slovenischen Genossen von seiner Kandidatur zurück.

Gen. Feigl (Gloggnitz) zieht seinen Antrag zurück.

Gen. Skaret (Wien): Ueber Wunsch der czechischen Genossen soll Gen. Vaněk bis zum czecho-slavischen Parteitage in der Parteivertretung bleiben.

Vorsitzender: Wir schreiten nun zur Wahl.

Es werden über Namensaufruf des Vorsitzenden die Stimmzettel für die Wahl in die Parteivertretung abgegeben. — Das Resultat der Wahl wird später bekanntgegeben.

Es wird hierauf die Debatte über Punkt 8 der Tagesordnung: „Lage und Forderungen der ländlichen Arbeiter" fortgesetzt.

Die Resolution Schuhmeier wird genügend unterstützt.

Gen. Reger (Orlau) überreicht folgenden unterstützten Antrag:

Der V. Parteitag der österreichischen Sozialdemokratie beschließt:

„In Anbetracht der gräßlichen Mißstände und der gesetzwidrigen Uebergriffe, welche sich die politischen Behörden vorzüglich in Galizien gegen die Freizügigkeit der ländlichen Bevölkerung zu Schulden kommen lassen, erklärt der Parteitag:

Die Verweigerung eines Passes an einen österreichischen Staatsbürger, welcher allen seinen staatsbürgerlichen Pflichten nachgekommen ist, ist ein strafgesetzlich zu ahndender Bruch der Staatsgrundgesetze!"

Gen. Dolejšy (Budweis) überreicht folgenden Antrag:

„Der Parteitag wählt eine 10gliederige Kommission, welche sich mit der Frage der landwirthschaftlichen Agitation und Organisation zu befassen hat. Mit Hilfe der Vertrauensmänner der Kreisorganisationen soll eine schriftliche Enquête veranstaltet und auf Grund der Erfahrungen ein Agrarprogramm ausgearbeitet werden, welches dem nächsten Parteitage vorzulegen ist und in Verhandlung gezogen werden soll."

Dieser Antrag wird nicht genügend unterstützt.

Gen. Holzhammer (Innsbruck) überreicht folgenden Antrag:

„In Erwägung, daß dermalen zum Studium der landlichen Verhältnisse nicht genügendes Material vorliegt, auch wegen vorgerückter Zeit eine eingehende Besprechung der-

selben nicht möglich ist, unterläßt es der V. Parteitag, bestimmte Forderungen für die ländliche Arbeiterschaft aufzustellen, beauftragt jedoch die Genossen allerorts, die Landagitation kräftig zu betreiben und nebstbei Material zum Studium der ländlichen Verhältnisse zu sammeln."

„Die Parteivertretung wird beauftragt, die Landagitation durch Herausgabe geeigneter Broschüren zu fördern und zum Studium der ländlichen Verhältnisse Fragebögen aufzustellen, deren Beantwortung die Landesorganisationen unter Mitwirkung von Bauern und Landarbeitern zu besorgen haben."

Dieser Antrag wird genügend unterstützt.

Gen. Holzhammer (Innsbruck) begründet seinen Antrag. Wir sind heute nicht in der Lage, uns eingehend mit den einzelnen Forderungen der Resolution Schuhmeier zu befassen. Außerdem halte ich es für nicht richtig, wenn wir hier über die Landarbeiterfrage beschließen, während kein einziger Landarbeiter da ist. Mit Ausnahme des Materials, das uns Dr. Verkauf geliefert hat, liegt dem Parteitage nichts vor. Im Laufe des Jahres soll aber weiteres Material zum Studium gesammelt werden und außerdem haben sich die Organisationen mit den Landarbeitern in Verbindung zu setzen. Dem nächsten Parteitage, wo für eine Betheiligung der Landarbeiter und Bauern Vorsorge getroffen werden soll, wäre dieses Material vorzulegen. Die Städter können sich davon keine genügende Vorstellung machen, wie schwer es ist, draußen zu arbeiten, weil ja die geistige Umnachtung auf dem Lande in viel höherem Maße vorhanden ist, als in der Stadt. Wir versäumen durch dieses eine Jahr nicht viel, denn die in der Resolution aufgestellten Forderungen werden nicht in dieser kurzen Zeit zur Entscheidung gelangen.

Gen. Schuhmeier (Wien) ist gegen den Antrag des Gen. Holzhammer. Redner habe die Resolution nur darum nicht ausführlich im Einzelnen begründet, weil er die Zeit als zu kurz betrachtet habe. Es ist selbstverständlich, daß wir in allen Versammlungen, wo wir diese Forderungen aufstellen werden, sie auch werden begründen müssen. Redner bittet, die Frage nicht zu verschleiern

Gen. Reger (Orlau): Ich bin der Anschauung Holzhammer's, daß wir alle Anträge ablehnen müssen, weil diese Anträge vollständig ungenügend sind, und gerade erst recht, wenn es sich um ein Programm für die Wahlen handelt. Ich selbst ziehe meine Resolution zurück, und zwar nur deshalb, weil sie noch nicht genügend das Vorgehen von einzelnen Beamten in Galizien kennzeichnet. Es ist ein unerhörter Bruch der Staatsgrundgesetze, wie in diesem Lande vorgegangen wird.

Der Antrag Holzhammer wird mit allen gegen 5 Stimmen angenommen, wodurch die Resolution Schuhmeier erledigt ist. Die Resolution Reger wurde zurückgezogen. Die Anträge Nitsche und Berner, betreffend die Herausgabe des Vortrages des Dr. Verkauf, werden angenommen.

Es wird hierauf über Antrag des Gen. Rieger beschlossen, den

Punkt VII der Tagesordnung: „Fortschritt der Sozialgesetzgebung in Oesterreich"

als vierten Punkt der Tagesordnung des nächsten Parteitages festzusetzen und werden über Wunsch der Genossen Jobst und Dr. Adler nur die auf die Bergarbeiter bezüglichen Anträge in Verhandlung gezogen.

Gen. Berner überreicht folgenden Antrag:

„Die Gewerkschaftskommission wird ersucht, im Einvernehmen mit der Fachorganisation und Fachpresse der Bergarbeiter, sowie mit der Parteivertretung für Entsendung und Erhaltung eines ständigen Agitators im Dux-Brüxer Revier Sorge zu tragen."

Wird der Gewerkschaftskommission zugewiesen.

Weiters überreicht Gen. Berner folgenden Antrag:

„1. In Erwägung, daß nach Behauptung der Grubenleitungen selbst die effektive Arbeitszeit der Bergarbeiter heute schon nirgends mehr als höchstens acht Stunden beträgt, und daß nach den auch in Oesterreich gemachten Erfahrungen der Achtstundentag, im wohlverstandenen Interesse der Bergwerksunternehmer selbst liegt, verlangen wir die endliche gesetzliche Beschränkung der Arbeitszeit der Grubenarbeiter auf acht Stunden täglich, Ein- und Ausfahrt mit inbegriffen.

2. In Erwägung, daß die Berginspektoren gleich den Gewerbeinspektoren behufs einer Sicherung ihrer Unabhängigkeit und raschen Eingreifens dem Ministerium unmittelbar untergeordnet sein müssen; in Erwägung, daß die kürzlich am Berginspektorengesetz vom Herrenhaus beschlossene Aenderung nur vom nackten, auf Gesundheit und Leben der Arbeiter keine Rücksicht nehmenden Interesse der Grubenbesitzer diktirt ist, erklären wir das Berginspektorengesetz in der Fassung des Herrenhauses für werthlos und verlangen die direkte Unterstellung der Berginspektoren unter das Ministerium, wenn wir auch dem letzteren nicht das geringste Vertrauen entgegenbringen.

3. Wir verlangen die gesetzliche Feststellung der wöchentlichen Lohn- und Abrechnungsfristen.

4. In Erwägung, daß in Bezug auf Kranken- und Unfallversicherung die Bergarbeiter viel schlechter daran sind, als die dem Gewerbegesetz unterstehende Arbeiterschaft; in Erwägung, daß die Bruderladen erwiesenermaßen trotz aller Reformversuche leistungsunfähig bleiben, obwohl sie eine drückende wirthschaftliche Last und Fessel für die Bergarbeiter bedeuten, verlangen wir, daß

a) die Bergarbeiter den Bezirkskrankenkassen und Unfallversicherungsanstalten zugewiesen und

b) die Bruderladen in eine Reichsversicherungsanstalt für durch Krankheit und Alter invalide Bergarbeiter, für deren Witwen und Waisen umgewandelt werden."

Gen. Ebert (Grasseth) zieht den ersten Absatz des Antrages Nr. 31 zurück und wünscht die Annahme des zweiten Absatzes desselben. Er bittet um Ablehnung des ersten Punktes des Antrages Berner und an dessen Stelle den Antrag der westböhmischen Arbeiter aufzunehmen. Es ist in diesem Punkte ausgesprochen, daß wir abermals an das Parlament herantreten sollen. Wir Bergarbeiter sind aber überzeugt, daß das sehr wenig nützen wird. Wir haben in erster Linie die Organisation auszubauen, dann werden wir wissen, wie wir das Gesetz zu erringen haben. Der zweite Punkt des Antrages Berner ist so gefaßt, daß es den Anschein haben könnte, als wären die Bergarbeiter mit dem Gesetze zufrieden. Ich will nicht leugnen, daß es ein kleiner Fortschritt ist, aber nur in der Weise, daß wir früher gar keine Berginspektoren gehabt haben und jetzt werden wir Inspektoren haben, aber ohne genügenden Einfluß.

Wir haben uns früher geweigert, auf eine Reichsbruderlade einzugehen, sind aber zu einer anderen Ansicht gekommen. Wenn die österreichischen Bergwerksbesitzer sich gegen eine wöchentliche Abrechnungsfrist ausgesprochen haben, und auch im Parlamente gesagt wurde, es sei unmöglich, sie einzuführen, so kann ich nur erklären, daß das eine offenkundige Lüge ist, was die Bergwerksbesitzer behaupten. Denn im Falkenauer Reviere ist das vollkommen durchgeführt. Es muß also auch im Ostrau-Karwiner Reviere und in allen anderen Bergwerken gehen. Redner überreicht schließlich folgenden Antrag:

„1. In Erwägung, daß das von dem österreichischen Abgeordnetenhause geschaffene Berginspektorengesetz in keiner Weise den Forderungen der Bergarbeiter entspricht, jedoch durch die geplante Abänderung des Herrenhauses auf das Niveau eines Scheingesetzes herabgedrückt wird, protestirt der fünfte österreichische sozialdemokratische Parteitag auf das Entschiedenste gegen die Beschlüsse des Herrenhauses, und verlangt die direkte Unterstellung der Berginspektoren unter das Ackerbauministerium, obwohl wir auch letzterem nicht das geringste Vertrauen entgegenbringen.

2. In weiterer Erwägung, daß sich unsere gegenwärtigen Bruderladen in keiner Weise bewähren, und die Bergarbeiter in Bezug auf Kranken- und Unfallversicherung auf einem noch schlechteren Standpunkte stehen, als alle übrigen gewerblichen Arbeiter, verlangen wir die Unterstellung der Bergarbeiter unter die Kranken- und Unfallversicherungsgesetze und Errichtung einer allgemeinen Altersversicherung für alle Arbeiter.

3. Weiter verlangen wir die gesetzliche Feststellung von wöchentlichen Lohn- und Abrechnungsfristen."

Gen. Mach (Kladno) überreicht folgenden Antrag:

In der Resolution Berner soll es heißen: „Die Bruderlade soll nach Ländern organisirt und nicht in eine Reichsbruderladenkasse zentralisirt werden."

Gen. Vaněk (Pilsen): Ich stelle folgenden Antrag:

„In Anbetracht des Umstandes, daß die Gewerbeordnung von der gesetzgebenden Körperschaft von Neuem geändert werden soll, wird der Parteileitung auferlegt, daß sie während der Zeit der Verhandlungen über die Gewerbenovelle in ganz Oesterreich eine allgemeine wirkungsvolle Aktion unternehme, damit auf die gerechten Wünsche und Bedürfnisse der Arbeiter in der geänderten Gewerbeordnung gebührende Rücksicht genommen werde, besonders aber, daß die Arbeitsbücher, die der Arbeiterschaft unwürdig und ihr schädlich sind, nach dem Beispiel anderer Staaten abgeschafft werden."

Dieser Antrag bedarf keiner eingehenden Begründung, weil die Genossen ja selbst wissen werden, was für Umstände mit den Arbeitsbüchern in Oesterreich gemacht werden. Der Arbeiter führt mit seinem Arbeitsbuche einen wahren Steckbrief mit sich. Hat er sich an der Maifeier betheiligt, wird das in's Arbeitsbuch eingetragen, und es dauert dann monatelang, bis er wieder Arbeit bekommt. Es geht nicht an, daß dieser Antrag etwa dem nächsten Parteitage überlassen wird, weil die Gewerbeordnung mittlerweile geändert wird.

Gen. Jobst (Falkenau): Die ganze Arbeiterschaft Oesterreichs wird gegen das Berginspektorengesetz in der vorliegenden Form protestiren. Wenn darauf hingewiesen wird, daß die Bergwerksbesitzer gegen dieses Gesetz Stellung genommen hätten, als ob es den Arbeitern irgend einen Nutzen bringen würde, so ist dies in Wirklichkeit nur zum Scheine geschehen, in Wahrheit aber gewährt das Berginspektorengesetz dem Arbeiter keinen Vortheil. Was den Punkt 3 des Antrages Berner anbetrifft, so ist derselbe unannehmbar, weil in diesem von Akkordarbeit gesprochen wird. Diese muß aber ganz besonders im Bergwerksbetriebe abgeschafft werden. So lang die Akkordarbeit besteht, können auch die Grubenunglücke nicht verhindert werden, so lange werden auch die bestehenden Gesetze umgangen werden. Unsere Agitation hat sich nicht blos auf die Erringung des Achtstundentages, sondern auch auf die Abschaffung der Akkordarbeit zu richten. Redner beantragt schließlich folgende Resolution:

„Der Parteitag protestirt entschieden dagegen, daß die Krankenkassen-Enquêten die vom Ministerium des Innern einberufen wird, ohne Zuziehung der Bergarbeiter abgehalten wird und verlangt energisch in dieser Beziehung, daß die am schlechtesten gestellten Bergarbeiter einberufen und angehört werden."

Gen. Neumann (Wien): Der Antrag Mach spricht sich für die Landesbruderlade aus. Ich weiß, daß diese Action unter den czechischen Bergarbeitern schon lange betrieben wird. Nach meiner Meinung haben wir aber für eine Reichsbruderlade einzutreten und infolge dessen den Antrag Mach abzulehnen. Ich glaube, die czechischen Genossen werden sich auch dem Antrage akkommodiren müssen, die Reichsbruderlade zu verlangen. Das Verlangen nach der Reichsbruderlade gipfelt in dem Verlangen, die allgemeine Alters- und Invaliditäts-Versicherung vom Staate zu fordern. Auch wegen der Freizügigkeit ist die Reichsbruderlade begehrt worden. Der Kampf gegen die Arbeitsbücher wird nicht erst seit heute geführt, wir haben bereits im Jahre 1883 gegen dieselben angekämpft und zu wiederholtenmalen wurde sowohl in Enquêten als auch in großen Versammlungen erklärt, daß die Arbeitsbücher schädlich sind. Ich unterstütze da den Antrag Vaněk. Ich möchte aber, daß diese Angelegenheit der Gewerkschaftskommission überwiesen werde, die eine Aktion gegen die Arbeitsbücher einleiten möge. Bezüglich der Betriebskrankenkasse ist es auch nothwendig, daß der Parteitag einen bestimmten Beschluß fasse. In nächster Zeit soll ein allgemeiner Krankenkassentag einberufen werden und auf demselben sollen die wichtigsten Forderungen erörtert werden.

In erster Linie haben wir die Beseitigung der Betriebskrankenssen zu verlangen. Ich schlage nun folgenden Antrag vor:

„Die Partei hält es für ihre Pflicht, alle auf das Arbeiterversicherungswesen bezughabenden Aktionen zu unterstützen."

Gen. Vlček (Kladno) spricht sich für die Errichtung von Landesbruderladen aus.

Gen. Reger (Orlau): Die Frage der Reform der Bruderladen ist für die Bergarbeiter von großer Wichtigkeit. In dieser Frage bestehen nun zwei Richtungen: Die einen wollen Landesbruderladen, die anderen eine Reichsbruderlade. (Rufe: Wir wollen gar keine Bruderladen.) Ich bitte, wir sind nicht da, um Phrasen zu sagen, sondern um praktische Beschlüsse zu fassen. Gar keine Bruderlade, das ist nur ein Witz. Es handelt sich also darum, ob wir diese oder jene vorzuziehen haben. Ich bin nun der Ansicht, daß die Sache nicht klar genug ist und daß wir das den Bergarbeitern überlassen sollen. Solange wir nicht einmal Bezirksbruderladen und Revierbruderladenverbände haben, können wir doch von einer Reichsbruderlade gar nicht sprechen. Bezüglich der Krawalle beim Bergarbeitertag in Wien möchte ich bemerken, daß die czechischen Bergarbeiter sehr wenig daran schuld waren. Die Krawallmacher waren nur einzelne Personen, hauptsächlich die jungczechischen Hetzer Čermak und Wagner, die die Reden oft ganz falsch übersetzt haben. Ich möchte also die Genossen bitten, die Resolution der Genossen aus Falkenau anzunehmen und ebenso den Zusatz, welcher von den Krankenkassen spricht. Bezüglich des Berginspektorengesetzes sollten wir fordern, daß dieses Gesetz, welches schließlich doch zu etwas nutz sein kann, nicht durch den Beschluß des Herrenhauses ganz unbrauchbar gemacht werde.

Gen. Frank (Falkenau): Die Bruderladen müssen weg. Beim letzten Streik sind etwa 200 Mann gemaßregelt worden, die schon lange Jahre eingezahlt hatten und die dann nichts bekommen haben. Eine Pension bekommt ja von zehn nur Einer und so kann man nicht verlangen, daß die neun für den Einen eintreten.

Schluß der Rednerliste wird angenommen.

Gen. Šip (Sobochleben) spricht sich für die Einführung einer allgemeinen Altersversicherung aus.

Es wird zur Abstimmung geschritten.

Der erste Absatz des Antrages 31 wurde zurückgezogen. An dessen Stelle tritt der Antrag Ebert, welcher lautet:

„In Erwägung, daß das vom österreichischen Parlament geschaffene Berginspektorengesetz in keiner Weise den Forderungen der Bergarbeiter entspricht, und daß es durch die geplante Abänderung des Herrenhauses auf das Niveau eines Scheingesetzes herabgedrückt wird, protestirt der fünfte österreichische sozialdemokratische Parteitag auf das entschiedenste gegen die Beschlüsse des Herrenhauses und verlangt die direkte Unterstellung der Berginspektoren unter den Ackerbauminister, obwohl der Parteitag auch letzterem nicht das geringste Vertrauen entgegenbringt; in weiterer Erwägung, daß sich unsere gegenwärtigen Bruderladen in keiner Weise bewähren und die Bergarbeiter in Bezug auf Kranken- und Unfallversicherung in mancher Beziehung auf noch schlechterem Standpunkt als alle übrigen gewerblichen Arbeiter stehen, verlangen wir die Unterstellung der Bergarbeiter unter das Unfall- und Krankenversicherungsgesetz und die Errichtung einer allgemeinen Altersversicherung für alle Arbeiter. Weiter verlangen wir die gesetzliche Feststellung von wöchentlichen Lohn- und Abrechnungsfristen."

Antrag Ebert wird einstimmig angenommen.

Der zweite Absatz des Antrages 31 wird mit allen gegen eine Stimme angenommen.

Der Antrag Jobst-Frank:

„Der Parteitag protestirt entschieden dagegen, daß die Krankenkassen-Enquête des *Ministeriums des Innern* ohne Zuziehung der Bergarbeiter abge-

halten wird und verlangt energisch, daß die in dieser Beziehung am schlechtesten gestellten Bergarbeiter einberufen und angehört werden"
wird einstimmig angenommen.

Dadurch entfallen der Resolutionsantrag Berner und Mach.

Der Antrag des Gen. Neumann:

„Die Partei hält es für ihre Pflicht, alle auf die Arbeiterversicherung sich beziehenden Aktionen zu unterstützen"
wird einstimmig angenommen.

Desgleichen wird der Antrag Vaněk betreffend die Arbeitsbücher einstimmig angenommen.

Vorsitzender: Ich habe den Genossen eine Mittheilung zu machen, die für Sie gewiß erfreulich ist. Gestern ist Gen. Eich zum Ersatzmann in den Gemeinderath von Villach gewählt worden. Er wird in Kurzem der erste sozialdemokratische Gemeinderath einer größeren Stadt Oesterreichs sein. (Lebhafter Beifall.)

Wir gehen zum IX. Punkt der Tagesordnung über:

Der internationale Sozialistenkongreß in London.

Referent Gen. Daszynsky: Seit der furchtbaren Niederlage der französischen Kommune vom Jahre 1870, eigentlich seit dem Jahre 1872, besteht die Internationale formell nicht mehr. Seit dieser Zeit ist aber die sozialdemokratische Bewegung riesig gewachsen. Es zeigte sich bald die Nothwendigkeit, einander näher zu treten und die sozialdemokratischen internationalen Parteikongresse wurden seit dem Jahre 1889 wieder neu in's Leben gerufen. Wir können eigentlich nicht vorhersehen, was die wichtigsten Punkte auf dem Londoner Kongresse sein werden. Ich verdanke jedoch dem Entgegenkommen des Sekretärs des Einberufungscomité einige Mittheilungen und es wird vielleicht von Nutzen sein, in großen Umrissen dem Parteitage einige Anträge, die dem Kongresse vorliegen werden, mitzutheilen. Es sind zirka 50 Anträge von allen nationalen Organisationen eingelangt und betreffen dieselben hauptsächlich ökonomische Fragen. Die wichtigste ökonomische Frage für uns ist die Verkürzung der Arbeitszeit, die Erringung des Achtstundentages. Dieses Thema behandeln die meisten Anträge. Ein Antrag beschäftigt sich mit der Kinderarbeit, einer ist von den Arbeiterinnen der Zündhölzchenfabriken eingebracht in Bezug auf die Benützung des giftigen Phosphors u. s. w. Man kann sagen, daß auch das eine Frage ist, die international geregelt werden muß. Ferner bringen die Franzosen einen Antrag auf Errichtung eines Arbeitssekretariates in jeder Partei ein. Bei den einzelnen Branchen bestehen in den verschiedenen Staaten derartige Sekretariate. Wenn es gesetzlich möglich ist, das durchzuführen, so wäre dies ganz empfehlenswerth. Die holländischen Holzarbeiter sprechen sich in einem Antrage aus, daß die internationale Solidarität sich nur auf ökonomischem Gebiete bewähren könne. Ich glaube, das ist ein einseitiger Standpunkt, denn wir haben ja viele gemeinsame Kulturinteressen. Ein Antrag der Leicester Trade Unions wünscht, daß jede Beschränkung der Einwanderung in Bezug auf die mittellosen Arbeiter aufgehoben werden soll. (Beifall.) Das ist ein Zeichen, daß der Kastenegoismus der höchstbezahlten Arbeiter bei ihnen immer mehr im Verschwinden ist. Ferner haben die Polen einen heftigen Protest gegen das russische Zarenthum beantragt. Es ist eine der wichtigsten politischen und kulturellen Fragen, daß der Despotismus vernichtet wird. Natürlich fehlt auch der internationale Humor nicht. Die Genossen von Spanien haben beantragt, daß die mündliche Debatte entfallen soll. (Heiterkeit.) Sie soll sich in der Form von Satzschriften mit Replik und Duplik abwickeln. Gewiß würde das für manchen Parteitag von Nutzen sein. (Richtig!) Dann haben sie den Antrag gestellt, man möge eine internationale Zeitschrift, die sich betitelt: „Zeitschrift der internationalen Vernunft in Europa", gründen Nun, das ist ja sehr ver-

nünftig. (Heiterkeit.)

Auch der bekannte Holländer Domela kommt wieder mit den zwei Anträgen, mit denen er auf allen internationalen Kongressen hausiren geht. Zunächst mit dem Antrage wegen des Generalstreikes und zwar nicht in dem Sinne, wie wir ihn meinen, sondern im Sinne eines Militärstreikes. Im Falle eines Krieges sollen die Sozialdemokraten einen militärischen Streik veranstalten. Es ist schon auf dem internationalen Kongreß gesagt worden, daß das nur eine Wohlthat für das russische Zarenthum wäre, denn würden wir in einem Krieg mit Rußland stehen und wären die Deutschen so dumm, auf die Domela'schen Vorschläge einzugehen, so würde man uns russischerseits einfach überfluthen. Das ist Unsinn. Solche Ideen können nur in einem Ländchen entstehen, wo die Heeresmacht fast nichts bedeutet. Ferner kommt er mit einem Antrage bezüglich Derjenigen, die zum Kongresse zugelassen werden sollen.

Dem Parteitage sind nun zwei Anträge eingelaufen. Der eine ist vom Genossen Neumann, welcher lautet:

„Es sind zum internationalen Kongreß in London einige Delegirte für ganz Oesterreich zu entsenden und die Kosten auf sämmtliche Kreisorganisationeu entsprechend zu vertheilen."

Dieser Antrag wird durch meinen Antrag erledigt werden. Es ist selbstverständlich, daß Delegirte gewählt werden und die Kosten aufgebracht werden müssen.

Ferner liegt der Antrag des Gen. Grünwald vor, dieser lautet:

„Der Parteitag beauftragt die Delegirten der österreichischen Sozialdemokratie zum Londoner Kongreß für eine Verschärfung des internationalen Kampfes um den Achtstundentag zu wirken; dies hat in erster Linie dadurch zu geschehen, daß der Kongreß sämmtliche sozialdemokratischen Organisationen verpflichtet, für die vollständige Arbeitsruhe am 1. Mai zu wirken."

Diesen Standpunkt haben wir auf dem internationalen Kongreß immer vertreten. Und es muß hervorgehoben werden, daß die Oesterreicher an dem Pariser Beschlusse am treuesten festgehalten haben. Wir haben den Beschluß redlich gemeint und durchgeführt, wie dies sonst in keinem Staate der Fall ist. (Zustimmung.) Schließlich erlaube ich mir meinen Antrag als Referentenantrag zu verlesen. Derselbe lautet:

„Der Parteitag beschließt: Die sozialdemokratische Partei in Oesterreich beschickt den IV. Internationalen sozialdemokratischen Arbeiterkongreß in London und gibt den österreichischen Delegirten den Auftrag, im Sinne der internationalen Solidarität zu wirken.

Was die Zulassung zum internationalen Kongresse anbelangt, so steht der Parteitag voll und ganz auf dem Grunde des diesbezüglichen Züricher Beschlusses."

Gen. Jobst (Falkenau) ist der Meinung, daß der Werth der internationalen Kongresse nicht dadurch erhöht werde, daß man eine starke Delegirung beschließe und schlägt vor, zum Londoner Kongreß nur einen einzigen Delegirten aus Oesterreich zu entsenden. (Widerspruch.)

Gen. Feigl (Wien) unterstützt diesen Antrag. Der Werth der internationalen Parteikongresse liege nur darin, daß man eine internationale Demonstration veranstalte; eine solche Demonstration sei aber nichts anderes als ein Mumpitz. (Heftiger Widerspruch und Oho!-Rufe.)

Gen. Roscher (Reichenberg) protestirt in scharfen Worten gegen den vom Gen. Feigl gebrauchten Ausdruck und spricht sich gegen den Antrag aus, daß die Kosten der Delegirung auf das ganze Reich vertheilt werden.

Gen. Dr. Adler: Wenn Jemand der Ansicht ist, daß die Kongresse auch nur eine Demonstration des internationalen Proletariats seien, so hat er auch dann nicht das Recht, solche Ausdrücke zu gebrauchen wie Gen. Feigl. Wir müssen vor uns selbst Respekt haben, und ich verwahre mich entschieden gegen solche Redeweise. (Beifall.) In zweiter Linie bemerke ich, regen Sie sich darüber nicht auf, wie viele Delegirte nach London gehen; es wird dort nicht nur ein internationaler *Kongreß der politischen* Parteien stattfinden, sondern es werden

auch verschiedene internationale Fachkongresse abgehalten werden, so vielleicht von den Bergarbeitern, Holzarbeitern, Schneidern, vielleicht auch von den Metallarbeitern u. s. w. Auf diese Weise wird ohnehin eine Anzahl von Oesterreichern in London anwesend sein, und wir werden selbstverständlich die Gelegenheit benützen, um gerade diese Genossen zu Delegirten für den politischen Parteikongreß zu bestimmen. Es wird daher mit aller Schonung unserer Mittel vorgegangen werden. Aber die österreichische Sozialdemokratie, die schon allein für sich eine internationale Partei ist, wird auf dem internationalen Kongreß in London nicht nur nicht fehlen dürfen, sondern sie wird würdig und ausgiebig vertreten sein müssen. (Beifall.)

Gen. Beer (Wien) erklärt, daß auch Vertreter der Gewerkschaften am Londoner Kongreß theilnehmen werden.

Es wird hierauf zur Abstimmung geschritten. Der Antrag des Referenten Daszynski wird einstimmig angenommen. Ebenso wird der Antrag Grünwald einstimmig angenommen und in Folge dessen der Antrag Neumann für erledigt erklärt.

Hiermit ist auch dieser Punkt der Tagesordnung erledigt.

Gen. Neumann: Ich erlaube mir die Resultate der Wahlen in die Parteivertretung bekanntzugeben. Es wurden im Ganzen 94 Stimmzettel abgegeben. Von diesen waren 13 leer, einer wurde für ungiltig erklärt. Es verblieben sohin 80 giltige Stimmzettel. Hievon entfielen auf Dr. Adler 76, Julius Popp 75, Dr. Ellenbogen 73, Tomschik 74, Gerin 72, Schuhmeier 68, Smetana 75 und Zavertnik 47 Stimmen. In die Kontrole wurden gewählt und zwar für Wien: Gen. Němec mit 69 und Heinrich Beer mit 50 Stimmen. Weiters aus den Provinzen: Daszinski mit 73, Resel mit 71, Holzhammer mit 77, Rieger mit 64, Zeller mit 72 und Vaněk mit 63 Stimmen.

Es wird hierauf zum letzten Punkt der Tagesordnung geschritten: „Allgemeine Parteiangelegenheiten".

Vom Gen. Ackermann (Hlinsko) liegt folgender Antrag vor: „Es wird beantragt, daß beim nächsten Parteitag nur die der sozialdemokratischen Partei gemeinsame Angelegenheiten zur Berathung kommen".

Dieser Antrag wird genügend unterstützt.

Ueber Antrag des Gen. Dr. Adler wird dieser Antrag der Gesammtparteivertretung übergeben.

Vorsitzender: Die gedruckt vorliegenden Anträge 39, 40, 41, 42, 43 und 44 erscheinen erledigt. Der Antrag Aussig wurde zurückgezogen, der Antrag 46 an die Gewerkschaftskommission überwiesen. Die Tagesordnung erscheint somit erschöpft. — Es ist folgender Protest eingelaufen:

„Die Gefertigten protestiren gegen die Ablehnung des Antrages der Gen. Popp, da ein Theilnehmer des Kongresses irrthümlich gegen diesen Antrag gestimmt hat, ferner die Stimmen von zwei Theilnehmern, die sich zufällig hinter dem Präsidium befanden und für den Antrag gestimmt haben, nicht gezählt wurden.

Wir wünschen keine Debatte über diesen Protest, aber verlangen, daß derselbe dem Parteitagsprotokolle einverleibt werde."

Das wird geschehen. Es liegt noch folgendes Schreiben der Gewerkschaft der Mühlenarbeiter Niederösterreichs vor:

„Alle organisirten Genossen werden aufgefordert, die in ihrer Nähe wohnenden Arbeiter und Arbeiterinnen, welche in der Lebensmittelbranche beschäftigt sind, auf den Verband der Nahrungsmittelindustrie, sowie auf das Fachorgan derselben, „Zeitgeist", Neubaugasse *Nr. 64, aufmerksam* zu machen, und dieselben zum Beitritt aufzumuntern.

Die Gewerkschaft der Mühlenarbeiter begründet ihren Antrag folgendermaßen:

In Anbetracht der weiten Zerstreuung und Vereinzelung unserer Collegen auf dem Lande einerseits, und den damit verbundenen großen Agitationskosten und Schwierigkeiten andererseits sind wir speziell genöthigt, an die feste Mitarbeit aller Organisationen zu appelliren, und hoffen auf das Bestimmteste, daß unserem Wunsche entschieden Folge geleistet wird, zumal gerade die Müller, wenn sie einmal fest organisirt sind, gute Werkzeuge zur Verbreitung unserer Ideen bei der ländlichen Bevölkerung wären."

Die Genossen werden diese Aufforderung gewiß beherzigen. — Wir können zum Schlusse schreiten.

Gen. Dr. Adler: Bevor wir schließen, ist es unsere Pflicht, Derjenigen zu gedenken, die sich in allererster Linie haben plagen müssen. Das ist das Präsidium, welches eine wirklich schwere Arbeit zu bewältigen hatte. Es ist aber auch unsere Pflicht, ohne viel Worte jener Genossen zu gedenken, die nicht unmittelbar als Delegirte des Kongresses, aber als unsere Helfer thätig gewesen sind. Auch sie hatten eine schwere Arbeit zu verrichten. Sie sind uns während dieser Woche in jeder Beziehung zur Verfügung gestanden. Diese Genossen haben ihren Verdienst geopfert und viele Mühe gehabt, wir sind verpflichtet, ihnen den besten, brüderlichen Dank auszusprechen. (Lebhafter Beifall.)

Gen. Roscher (Reichenberg) gedenkt der Zeit vor dem Hainfelder Parteitage. Die Theilnahme an den Kongressen von damals war noch mit Gefahren verbunden. Verurtheilungen waren die Folge. Aber auch diese Verurtheilungen haben unserer Sache genützt und sie so gefördert, daß wir heute in Prag tagen können. (Beifall.)

Vorsitzender Zeller: Wir sind am Schlusse des Parteitages angelangt. Wir haben auf diesem historischen Boden, auf dem wir dieser Tage verweilt haben, ein schweres Stück Arbeit zu verrichten gehabt. Es ist nicht allen Genossen so ergangen, wie sie gewünscht hätten. Gar mancher war nicht so befriedigt, gar mancher hat es sich vielleicht anders vorgestellt. Aber wenn wir die großen Schwierigkeiten in Betracht ziehen, die hier zu bewältigen waren, so werden Sie mit mir darin übereinstimmen, daß es nicht möglich war, anders zu arbeiten. Wir sind mit der Arbeit dieses Parteitages thatsächlich ein großes Stück nach vorwärts gekommen.

Genossen! In erster Linie betrachte ich es als Pflicht des Präsidiums, den czechischen Genossen für die Aufnahme, die uns hier zu theil wurde, unseren herzlichen Dank auszusprechen. (Beifall.) Für einen großen Theil von uns war es nicht gerade angenehm, nach Prag zu gehen, nicht etwa aus irgend einer Abneigung gegen die czechischen Genossen, aber weil wir, wenn wir früher nach Prag kommen sollten, nur in Begleitung von Gendarmen und in Ketten hieher gekommen sind. Und Sie werden es daher begreiflich finden, daß, wenn man zu einer derartigen „Sitzung" nach Prag geführt wird, die Erinnerung an Prag keine allzu angenehme sein kann. Wir haben aber in diesen Tagen eine andere Sitzung hier abgehalten, die viel erfreulicher gewesen ist und den Genossen eine schöne Erinnerung an Prag bleiben wird.

Genossen! Ich glaube, daß, wenn wir das nächste Mal zusammenkommen werden, die Verständigung wiederum um ein Stück leichter sein wird, weil diesmal eine bessere Vereinigung herbeigeführt und thatsächlich auch für die Zukunft vorgesorgt wurde.

Ich will Sie nunmehr nicht länger aufhalten, und schließe diesen Parteitag mit einem dreifachen Hoch! auf die internationale, revolutionäre Sozialdemokratie.

Dreimalige begeisterte Hochrufe durchbrausen den Saal.

Nach einer czechischen Schlußrede des Gen. Němec bringt die Versammlung ein dreimaliges begeistertes „Nazdar" aus.

Die Versammlung singt stehend die Arbeitermarseillaise in deutscher, czechischer und polnischer Sprache.

Schluß des Kongresses 1 Uhr 30 Minuten.

Parteiorganisation

Beschlossen am V. Parteitage zu Prag 1896.

I.

Zur Partei gehörig ist jede Person, welche das Parteiprogramm anerkennt, für die Verbreitung desselben eintritt, die Partei nach Möglichkeit geistig und materiell unterstützt und sich keiner ehrlosen Handlung schuldig macht.

Es ist Pflicht der Parteiangehörigen, der Organisation ihrer Branchen, respective einem Bildungs- oder politischen Vereine anzugehören.

Ein Parteigenosse darf keiner bürgerlichen politischen Partei angehören oder für dieselbe thätig sein.

II. Vertrauenspersonen.

Bezirksorganisation.

Die Vertrauenspersonen werden von den lokalorganisirten Genossen und Genossinnen gewählt. Die Anzahl derselben richtet sich nach den örtlichen Verhältnissen, und bilden diese Vertrauenspersonen zusammen die Bezirksorganisation. Es kann eine Vertrauensperson nur einer Bezirksorganisation angehören; die Vertreter der Bezirksorganisation sind der Parteivertretung bekanntzugeben. Der Umfang der Bezirksorganisation wird wieder von den örtlichen Verhältnissen abhängig sein und wird von der Kreiskonferenz festgestellt. Die Bezirksorganisation bestimmt ihre Vertreter für die Kreiskonferenz.

Wo es die sprachlichen Verhältnisse nothwendig machen, werden Agitationsbezirke ohne Rücksicht auf Provinzgrenzen gebildet.

Ueber spezielle Fälle im Rayon der Bezirksorganisation entscheidet die Bezirkskonferenz, doch ist der Kreiskonferenz gestattet, derartige Beschlüsse aufzuheben, wie weiter auch der Parteitag Beschlüsse der Kreiskonferenz aufheben kann. Ohne oder bis zur Aufhebung derartiger Beschlüsse haben selbe Giltigkeit für die Partei, doch kann auch ohne vorhergehende Entscheidung durch die Bezirkskonferenz die Kreis- und ohne die Kreiskonferenz der Parteitag Beschlüsse diesbezüglich fassen.

III. Kreisorganisation.

Die Kreisorganisation, welche ein ganzes Kronland oder bestimmte Theile desselben umfaßt, bildet ein Agitationscomité. Dieses befaßt sich mit der Organisation und sorgt für die nöthige Agitation im Kronlande. Gleichzeitig hat die Kreisorganisation dafür zu sorgen, daß durch die Bezirksorganisationen regelmäßig freiwillige Beiträge zur Deckung der Agitationskosten aufgebracht werden. Nach Möglichkeit sind dieselben zur Deckung der allgemeinen Parteiauslagen an die Parteivertretung abzuliefern.

Zur Besprechung und Erledigung von Partei-Angelegenheiten tritt die Kreisorganisation über Berufung des Agitationscomités nach Bedarf zu einer Konferenz zusammen und entscheidet endgiltig über Angelegenheiten der Organisations- oder Parteiverhältnisse ihres eigenen Kreises.

Die Kreiskonferenz muß auch einberufen werden, wenn ein Drittel der Bezirksorganisationen des betreffenden Kreises die Einberufung unter Angabe der Gründe verlangt.

Jede Kreisorganisation hat an die jeweilige Parteivertretung vierteljährlich Bericht über den Stand der Bewegung in dem betreffenden Kronlande *zu erstatten.*

IV. Parteitag.

Parteitage finden regelmäßig in jedem Jahre statt. Außerordentliche Parteitage können nur unter Zustimmung der Mehrheit der Kreisorganisationen stattfinden.

Die Delegirten zum Parteitag werden durch die Parteigenossen eines jeden Ortes, beziehungsweise Bezirkes bestimmt.

Orte, an welchen eine Frauen-Organisation besteht, haben das Recht, außer Genossen auch Genossinnen zum Parteitage zu entsenden.

Die Kreisvertretungen, Korporationen, welche von Kreisorganisationen eingesetzt sind, sowie die Redaktionen der Parteiblätter haben gleichfalls das Recht, einen Vertreter an den Parteitag zu entsenden.

Die Vertreter der Redaktionen und Korporationen haben jedoch kein Stimmrecht.

Die organisirten Genossen der einzelnen Industriegruppen haben das Recht, je einen Vertreter zum Parteitag zu delegiren, welcher stimmberechtigt ist.

Der Parteitag hat den Ort zu bestimmen, an welchem der nächste Parteitag stattfindet. Ist dies nicht möglich, so wird die Wahl des Ortes der Parteivertretung überlassen.

Die Einberufung des Parteitages muß mindestens zwei Monate vor dem Termine der Abhaltung desselben durch das Zentralorgan mit Angabe der provisorischen Tagesordnung erfolgen.

Der Parteibericht hat längstens 14 Tage vor dem Parteitag in der „Arbeiter-Zeitung" veröffentlicht zu werden.

Anträge sind 4 Wochen vor dem Stattfinden des Parteitages an die Parteivertretung einzusenden und in dem Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei zu veröffentlichen.

Der Parteitag prüft die Einladungen seiner Theilnehmer und bestimmt den Sitz der Parteivertretung.

V. Gesammtvertretung der Sozialdemokratie in Oesterreich.

Die politische Leitung der Gesammtpartei obliegt der Gesammtvertretung der Sozialdemokratie in Oesterreich, die sich aus den Vertretungen oder Exekutivcomités der deutschen, czechischen und polnischen Organisationen zusammensetzt und in der die italienischen und südslavischen Genossen entsprechend vertreten sind. Die Gesammtvertretung der Sozialdemokratie in Oesterreich tritt zu gemeinsamen Berathungen behufs Regelung der den Organisationen gemeinsamen Angelegenheiten nach Erforderniß zusammen.

VI. Parteivertretung.

Der Parteitag wählt eine aus 16 Personen bestehende Parteivertretung. Acht vom Parteitag zu bestimmende Mitglieder der Parteivertretung bilden den engeren Parteiausschuß, welcher die laufenden Geschäfte der Partei zu besorgen hat. Die anderen acht Mitglieder der Parteivertretung bilden die Parteikontrole.

In die Parteivertretung werden Genossen der verschiedenen Nationalitäten gewählt, um die ständige Fühlung zu vermitteln.

Der Parteitag bestimmt den Sitz des engeren Ausschusses, an welchem seine Mitglieder und zwei Mitglieder der Kontrole wohnhaft sein müssen.

Die Parteivertretung hat regelmäßig mindestens vierteljährig einmal zusammenzutreten und ist überdies vom engeren Ausschuß in außerordentlichen Fällen einzuberufen.

Die Mitglieder der Kontrole haben jederzeit das Recht, in alle Bücher und Schriftstücke Einsicht zu nehmen und allen Sitzungen stimmberechtigt beizuwohnen.

Das Sekretariat und die Kassegeschäfte der Partei sind von der „Arbeiter-Zeitung" zu trennen. Parteisekretär und Parteikassier dürfen nicht Angestellte der „Arbeiter-Zeitung" sein.

Der Chefredakteur des Zentralorgans hat das Recht, an den Sitzungen der Parteivertretung mit berathender Stimme theilzunehmen.

Jedem Parteitage hat die Parteivertretung über ihre Thätigkeit, sowie über die Durchführung der vom vorhergegangenen Parteitage beschlossenen oder ihr zugewiesenen Anträge Bericht zu erstatten.

Zur Erledigung wichtiger und das ganze Reich berührender Fragen hat jede Kreisorganisation, und wenn dies nicht gut möglich wäre, mehrere Kreisorganisationen zusammen, ständige Vertreter zu wählen, die im gegebenen Falle von der Parteivertretung einzuberufen sind.

VII. Vereinswesen.

Die Gründung von politischen Vereinen, deren Wirkungskreis sich womöglich auf eine ganze Provinz erstreckt, wird den Genossen angelegentlichst empfohlen. Diese Vereine sollen nicht nur ein Mittel zur Organisation sein, sondern auch vor Allem durch die Behandlung aller die Interessen der Arbeiter berührenden Angelegenheiten in öffentlichen Versammlungen für die Verbreitung der sozialdemokratischen Prinzipien wirken und durch Diskussionen die theoretische Ausbildung der Parteigenossen fördern.

VIII. Parteipresse.

Die Parteipresse wird nur dann ein gutes und wirksames Agitations- und Kampfmittel sein und ihrer wichtigsten Aufgabe: die Arbeiter aufzuklären und zum Klassenbewußtsein zu erziehen, entsprechen können, wenn strenge darauf geachtet wird, daß fremde, nicht parteigenössische Einflüsse ferngehalten werden und wenn ebenso verhindert wird, daß sie Gegenstand der Privatspekulation werde.

Gründungen von politischen Parteiblättern sollen nur dann erfolgen, wenn ein nachweisbares Bedürfniß vorhanden ist und ihr Bestand gesichert erscheint, und wenn vor Allem die nothwendigen geistigen, technischen und administrativen Kräfte vorhanden sind. Blätter, die gegründet werden ohne Zustimmung des Parteitages oder der Landeskonferenz, haben so lange von der Partei nicht unterstützt zu werden, bis sie von einem Parteitage oder einer Landeskonferenz anerkannt werden.

Die „Arbeiter-Zeitung" ist Organ der Gesammtpartei und wird der Parteivertretung unterstellt; desgleichen die „Arbeiterinnen-Zeitung". Eventuelle Ueberschüsse fließen dem Parteifonds zu.

Resolutionen.

A. Gewerkschaftsorganisation.

In Erwägung, daß die Gewerkschaftsorganisation, welche auf Grundlage der Industriegruppenbildung aufgebaut ist, sich als ein vorzügliches Mittel erwiesen hat, die Massen heranzuziehen und widerstandsfähig zu machen; in weiterer Erwägung, daß diese Organisationsform am besten geeignet ist, einen der wichtigsten Punkte des sozialdemokratischen Programmes praktisch durchzuführen, indem sie die Arbeiter physisch und geistig kampffähig macht, wodurch der Sozialdemokratie *immer mehr fähige und* verläßliche Streitkräfte zugeführt werden; in endlicher

Erwägung, daß sich noch viele Parteigenossen ihrer Pflicht gegenüber der gewerkschaftlichen Organisation nicht bewußt sind, und deren Bedeutung für die Partei unterschätzen, wodurch es noch nicht gelungen ist, die für die Arbeiter wichtigsten Industriezentren Oesterreichs in größerer Zahl zu gewinnen, beschließt der V. Parteitag der sozialdemokratischen Partei Oesterreichs:

Es wird den Parteigenossen nicht nur zur Pflicht gemacht, sobald die Möglichkeit vorliegt, der gewerkschaftlichen Organisation anzugehören, sondern es ist auch Pflicht eines jeden Parteigenossen, die Gewerkschaftsorganisation mit aller Kraft bei allen Anlässen zu fördern, die von den Delegirtentagen, Konferenzen und Kongressen der Gewerkschaften gefaßten Beschlüsse, insoferne dieselben den Prinzipien der Sozialdemokratie nicht zuwiderlaufen, anzuerkennen und für deren Durchführung zu wirken.

B. Konsum- und Produktivgenossenschaften.

Der Parteitag erklärt: Die Partei als solche hat mit der Gründung von Konsum- und Produktivgenossenschaften nichts gemein.

Zuschriften, Begrüßungsschreiben und Telegramme.

An den V. Parteitag der österreichischen Sozialdemokratie in Prag.

Werthe Parteigenossen!

Die organisirten Arbeiterinnen Wiens erlauben sich Folgendes dem in Prag tagenden Parteitage zur Kenntniß zu bringen:

Am 26. März tagte eine Versammlung, an der Vertreterinnen der verschiedenen Gewerkschaften und Bildungsvereine theilnahmen, bei der beschlossen wurde, eine Genossin als Delegirte zum Parteitage zu entsenden; gleichzeitig wurde auch eine Genossin als Delegirte in die Sitzung des Lokalausschusses gewählt, wegen Deckung der Kosten, da die Arbeiterinnen bis jetzt keinen eigenen Fond hatten, jedoch stets für den allgemeinen Fond, den der Wiener Lokalausschuß verwaltet, beigesteuert haben. Die Genossinnen wurden mit ihren Forderungen abgewiesen und von Seite des Wiener Lokalausschusses ein Schreiben an die Parteivertretung gerichtet, dieselbe möge die Kosten tragen und hat auch die Parteivertretung in der darauffolgenden Sitzung beschlossen, es zu thun. Nun könnten aber mit denselben Rechte auch andere Organisationen mit denselben Forderungen an den Parteitag herantreten, und 1. wollen wir keine Ausnahme bilden und 2. nicht von „Gnaden" abhängen, um nur um jeden Preis am Parteitag sein zu können. Es wurde nun abermals eine Sitzung der verschiedenen Vertreterinnen einberufen, bei der nun Folgendes beschlossen wurde:

1. Keine Delegirte nach Prag zu entsenden.

2. Durch einen Brief dem Parteitage bekanntzugeben, daß die Arbeiterinnen Wiens gezwungen sind, eine separate Organisation zu gründen, um sich die Gleichberechtigung, die stets zur Phrase war, im wahrsten Sinne des Wortes zu erkämpfen.

Die Arbeiterinnen Wiens verzögerten stets diesen Schritt, obwohl sich schon länger dazu die Nothwendigkeit ergeben hätte, da sie stets nicht als gleichwerthige Genossinnen, sondern nur als untergeordnete „Weiber" behandelt und betrachtet wurden. Die ernstesten Forderungen und Debatten wurden entweder grob oder mit schlechten Witzen beantwortet, und wurde deshalb Folgendes beschlossen:

Für die Gewerkschaftsorganisation nach wie vor und mehr denn je einzutreten, jedoch eine selbstständige politische Organisation zu gründen, durch die wir dann auch Mittel und Wege finden, einen eigenen Fond anzulegen, aus dem wir dann unsere Auslagen bestreiten könnten. Es thut uns leid, diesen Schritt machen zu müssen, doch bleibt nichts anderes übrig, wenn auch die Arbeiterinnen organisirt sein sollen.

Die Arbeiterinnen Wiens haben lange genug den unwürdigen Zustand ertragen, nach außen Gleichberechtigung zu zeigen, während sie bei einigen der hervorragendsten Parteigenossen nur Spott und Hohn fanden, und dieser Geist immer mehr Platz greift unter den Wiener Parteigenossen. Wir nennen uns die Freunde der Wahrheit, also heraus damit. Man möge unser Beginnen wie immer nennen, wir nennen es den Kampf um Gleichberechtigung. Wir haben nichts von den schönsten Beschlüssen, wenn sie nicht respektirt werden. Von der Tribüne sollen wir Gleichberechtigung predigen, die wir in unseren eigenen Reihen nicht finden.

Mit der Erwartung, daß es der Parteitag zur Kenntniß nimmt, zeichnet

mit sozialdemokratischem Gruß
im Auftrage: **Marie Krása.**

Liebe Genossen!

Glaubt nicht, daß ich Mahnungen oder Rathschläge an Euch richten wolle.

Ihr wißt, was Ihr wollt und werdet für den Willen den Weg finden. Ueberdies ist Euere Zeit sehr kurz bemessen und Ihr habt viel Arbeit und schwere Arbeit. Außer dem uns allen gemeinsamen Werk der sozialen Um- und Neugestaltung habt Ihr auch Ordnung zu bringen in das politische Chaos, das durch die Unfähigkeit der Staatsmannzunft aus Oesterreich-Ungarn gemacht worden ist.

Was mich zu Euch führt, ist das Gefühl des Dankes, dem ich auf andere Weise nicht genügend Ausdruck zu geben vermag. Die Zahl der Sympathiekundgebungen, die mir in den letzten Tagen anläßlich meines 70. Geburtstages aus allen Theilen von Oesterreich-Ungarn zugegangen sind, ist so groß, daß es mir nicht möglich ist, jede einzelne zu beantworten. So wende ich mich denn an Euch, die Vertreter der Gesammtarbeiterschaft Oesterreich-Ungarns, und spreche Euch für jene Kundgebungen, die mich tief gerührt haben, meinen Dank aus, und zugleich die Versicherung, daß ich, so lange Leben in mir ist, fortfahren werde, nach Kräften meine Pflicht zu thun. Mehr kann und weniger soll Keiner thun.

Herzlichen Dank! Und beste Wünsche!

Charlottenburg, am Ostersonntag 1896.

Mit sozialdemokratischem Brudergruß

W. Liebknecht.

Aberthan. Organisirte Handschuhmacher im Erzgebirge.
Agram. Generalausschuß der sozialistischen Partei.
Aich. Die organisirte Arbeiterschaft.
Albrechtsdorf. Glasarbeiter.
Aussig a. d. Elbe. Die Bauarbeiter.
Braun. Die Organisation.
Berlin. Liebknecht.
— Handlungsgehilfen.
Brünn. Organisation innere Stadt.
— Organisirte Buchdrucker.
— Metallarbeiter.
— Genossen.
— Mährische Landeszentrale.
Brüsau. Die Genossen.
Brüx. Die czechischen Genossen.
— Die Genossen.
Budapest. Die czechischen Genossen.
— Ungarländischer Holzarbeiterkongreß.
— Metallarbeiterverein.
Budweis. Organisirte Ofensetzer.
— Budoucnost.
Bukarest. Versammlung deutscher und slavischer Genossen.
Cilli. Sozialdemokratische Organisation.
Czernowitz. Sozialdemokraten.
Datschitz. Die Genossen.
Dresden. Landeskonferenz der sächsischen Sozialdemokratie.
Eibenberg. Die Genossen.
Falkenau a. d. Eger. Simon Stark.
— Rothe von Kahr.
— Volksversammlung.
Folnsdorf. Die Genossen.
Friedland. Parteigenossen.
Graz. Die Arbeiterinnen.
Hainburg. Die Genossen.
Haindorf. Lokalorganisation.
Hohenbruck. Die Genossen.
Jägerndorf. Die Genossen.
Innsbruck. Die Genossen.
Klagenfurt. Die Genossen.
Knittelfeld. Volksversammlung.
Königsberg a. d. Eger. Organisirte Genossen.
Krakau. Bäckerarbeiter.
— Die jüdischen Arbeiter.
— Die Eisenbahner.
— Die Heizhausarbeiter.
— Naprzod.
— Schuhmacherarbeiter.
— Organisirte Genossen.
— Schneider.
— Fortschrittliche Jugend.
Kronau. Die Rothen.
Laibach. Sozialdemokratie Krains.
Landskron. Parteigenossen.
Leitmeritz. Die Organisation.
Lemberg. Jüdische Arbeiter.
— Tischler.
— Sozialistinnen.
— Organisirte Genossen.
— Agitationscomité.
— Redaktion „Nowy Kolejarz“ (NeuerEisenb.)
— Bäcker.
Leoben. Organisirte Bergarbeiter.
— Organisirte Arbeiterinnen.
— Organisirte Eisen- und Metallarbeiter.
Lieben. Streikende Textilarbeiter.
London. Sozialistische Partei.
Melnik. Parteigenossen.
Nachod. Czechische Genossen.
Neudorf. Ziegelarbeiter.
Neu-Sandez. Die Genossen.
Neustadtl. Die Genossen.
Nimburg. Genossen.
Paris. Vaillant Ed.
Prček. Czechische Genossen.
Pforten. Richter, Fuchs und Genossen.
Pilsen. Die deutschen Genossen.
Prag. Organisirte Buchdrucker.
Přelouč. Sozialdemokraten.
Prerau. Organisirte Genossen.
Proschowitz. Volksversammlung.
Przemysl. Genossen.
Reichenau. Volksversammlung.
Reichenberg. Organisirte Arbeiterinnen.
Roth-Kosteletz. Organisirte Genossen.
Römerstadt. Die Bezirksvertretung.
Siebenhirten. Ziegelarbeiter.
Stanislau. Organisirte Arbeiter.
Steyr. Genossen.
Strakonic. Genossen.
Temesvar. Südungarische Parteikonferenz.
Triest. Volksversammlung.
Troppau. Parteigenossen.
Villach. Parteigenossen.
Waidhofen a. d. Ybbs. Die Genossen von Ybbs, Bruckbach, Kematen.
Wamberg. Genossen.
Warnsdorf. Einige Genossen.
Wien. Konferenz der Eisenmöbelarbeiter Wien-Budapest.
— Organisirte Bronzearbeiter.
— Organisirte Feilenarbeiter.
— Knopfarbeitertag.
— Hutfabrik Klenz.
— Sänger.
— Versammlung, II. Bez.
— Textilarbeiter und -Arbeiterinnen.
— Organisirte Metallarbeiter.
— Bucharbieter.
— Italiener des XIX. Bez.
— Genossen des XII. Bez.
— Konferenz der Sattler und Riemer.
— Versammlung der Schneider.
— Red. „Vorwärts“.
— „Graphische Fächer“.
— Produktivgenossenschafter.
— Die organisirten Handlungsgehilfen.
— Organisirte Metallarbeiter des IV. Bez.
— Ortsgruppe XII.
— Genossen des XVIII. Bez.
— Organisirte italienische Arbeiter.
— Dr. J. Kaizl
— Zielbewußte Lehrlinge.
Wiener-Neustadt. Organisirte Genossen.
Witkowitz. Organisirte Metallarbeiter.
Wrana. Fortschrittler.
Znaim. Genossen.
Zwickau. Genossen.

Sprech-Register.

Adler, Dr. Viktor, Wien 45, 52, 77, 85, 126, 167, 168, 169, 175, 177
Beer Heinrich, Wien 46, 84, 167, 176
Beer Rudolf, Wien 66, 130
Berner Ernst, Mähr.-Ostrau 39, 67
Berstl, Dr. Emil, Neunkirchen 44, 50, 51, 81, 91
Daszynski Ignaz, Krakau 77, 174
Dèbic Karl, Prag 51, 64
Dobiasch Josef, Aussig 66, 122
Dobnal Johann, Schwechat 83
Dolejšy Johann, Budweis 61, 91
Ebert Franz, Grafseth 171
Eich Wilhelm, Villach 77
Eldersch Karl, Brünn 63, 116
Ellenbogen, Dr. Wilhelm, Wien 34, 47, 84, 117, 128
Feigl Daniel, Gloggnitz 39, 45, 51, 64, 108, 169, 175
Frank Josef, Falkenau a. d. Eger 129, 173
Fränkl Joachim, Lemberg 46, 129
Gerin Antonio, Meran 40, 67
Göpfhardt Franz, Wien 62
Götz Jaroslav, Bodenbach 40, 66
Gröbner Johann, Wien 68
Gruber Leopold, Leobersdorf 84
Grünwald Julius, Wien 109
Hanich Josef, Steinschönau 63, 117
Hanusch Ferdinand, Wigstadtl 69
Hermann Karl, Kratzau 167
Hloma Karl, Deutschbrod 84
Holzhammer Josef, Innsbruck 128, 170
Hueber Anton, Wien, Atzgersdorf 40, 82, 93, 124
Ingwer, Dr. Isidor, Amstetten 42, 51, 84, 119
Jobst A. Johann, Falkenau a. d. Eger 47, 65, 172, 175
Kiesewetter Wilhelm, Reichenberg 80
Krapka Josef, Brünn 40, 61, 118, 168
Kratky Wenzel, Ovčar 122
Krejči Alois, Pilsen 66, 48
Lösel Franz, Blankendorf 69
Lukasik Josef, Reichenberg 67, 117
Maier Josef, Waidhofen a. d. Ybbs 107
Milota Julius, Niemes 129
Molkenbuhr Hermann, Berlin 41, 80
Morgenstern, Dr. Ludwig, Brünn 40, 51, 68
Mornik Josef, Wien 70, 71
Němec Anton, Wien 103, 162, 167
Neumann Wilhelm, Littau 176
Nitsche Johann, Graz 121, 168
Palka Karl, Wr.-Neustadt 84, 117
Palme Josef, Wien 82, 138
Pelikan Emil, Wien 45
Pernerstorfer Engelbert, Wien 71
Popp Adelheid, Wien 44, 106, 125
Popp Julius, Wien 34, 77, 131, 165
Prähauser Jakob, Salzburg 76, 109

Preußler Robert, Wien 130
Reger Thadäus, Orlau 70, 111, 168, 170, 173
Reis Anton, Prag 77
Resel Johann, Graz 43, 79, 123
Neumann Jakob, Wien 94, 157, 172
Rieger Eduard, Brünn 112
Roscher Franz, Reichenberg 34, 47, 65, 110, 118, 175, 177
Rousar Josef, Prag 122
Rychling Josef, Wien 111
Schäfer Anton, Aich 123
Schiller Karl, Reichenberg 63
Schloßnickel Hironymus, Neutitschein 65
Scholz Ludwig, Wien 107
Schönwälder Anton, Mähr.-Schönberg 128
Schrammel Anton, Wien 33, 69
Schuhmeier Franz, Wien 51, 81, 111, 122, 155, 170
Seidel Josef, Krumau 80
Seliger Josef, Teplitz 62, 121, 168, 169
Sip Josef, Sobochleben 67, 173
Skaret Ferdinand, Wien 68, 169
Smetana Rudolf, Wien 39, 50, 67, 120
Smitka Johann, Wien 108
Steiner Josef, Prag 61, 85, 168
Sturc Wenzel, Prag 62, 93
Svěceny Anton, Prag 82
Světlik Vincenz, Wien 131
Trejbal Johann, Teplitz 69
Trenka Johann, Troppau 68, 129
Vaněk Karl, Pilsen 84, 110, 129, 168, 172
Verkauf, Dr., Leo 139
Wanko Karl, Znaim 79, 138
Widlar Anton, Wien 67
Winarsky Leopold, Wien 64, 113
Witzmann Johann, Wien 107
Zavertnik Ferdinand, Wien 63, 126, 139, 169
Zednicek Franz, Proßnitz 62, 128
Zeller Eduard, Teplitz 42, 110, 177

Inhaltsverzeichnis.

Seite

Tagesordnung ... III
Einberufer ... IV
Bureau ... IV
Beschlüsse des Parteitages zu Hainfeld ... V
Parteiorganisation, beschlossen 1894 ... IX
Präsenzliste ... XI
Geschäftsordnung ... XIII
Anträge zum V. Parteitage ... XIV
Bericht der Parteivertretung ... 1
Kassabericht ... 6
Berichte der Kreisorganisationen:
Niederösterreich ... 9
Oberösterreich ... 12
Salzburg ... 12
Steiermark ... 14
Berichtigung ... 32
Kärnten ... 15
Krain ... 16
Triest ... 16
Tirol und Vorarlberg ... 16
West- und Südböhmen ... 17
Teplitz-Aussig ... 19
Reichenberg ... 19
Steinschönau-Haida ... 22
Mähren ... 23
Schlesien ... 25
Westgalizien ... 26
Ostgalizien ... 28
Czechische Parteiorganisation ... 32
Zentral-Böhmen ... 32
Eröffnung der Verhandlungen ... 33
1. Punkt der Tagesordnung: Parteibericht ... 34
2. " " " Bericht der Kontrole eingeschaltet auf Seite ... 42
3. " " " Wahlreform ... 52
4. " " " Organisation und Taktik ... 93, 157
5. " " " Wahl der Parteivertretung ... 166, 176
6. " " " Parteipresse ... 131, 165
7. " " " Fortschritt der Sozialgesetzgebung in Oesterreich ... 170
8. " " " Lage und Forderungen der ländlichen Arbeiterschaft ... 139, 169
9. " " " Der internationale Sozialistenkongreß in London. 174
Schluß des Parteitages ... 177
Parteiorganisation, beschlossen 1896 ... 178
Zuschriften, Begrüßungsschreiben und Telegramme ... 182
Sprechregister ... 184

Verhandlungen

des

sechsten österreichischen

Sozialdemokratischen Parteitages

abgehalten zu Wien

vom 6. bis einschließlich 12. Juni 1897

im Saale des Hotel Wimberger.

Nach dem stenographischen Protokolle.

Wien 1897.
Erste Wiener Volksbuchhandlung (Ignaz Brand)
VI. Gumpendorferstraße 8.

Druck von L. Bergmann & Comp. in Wien.

Beschlüsse des Parteitages

der

sozialdemokratischen Arbeiterpartei Oesterreichs

am

Parteitag zu Hainfeld

(30./31. Dezember 1888 und 1. Jänner 1889)

ergänzt am

Parteitag zu Wien (Pfingsten 1892).

I. Prinzipien-Erklärung.

Die sozialdemokratische Arbeiterpartei in Oesterreich erstrebt für das gesammte Volk ohne Unterschied der Nation, der Rasse und des Geschlechtes die Befreiung aus den Fesseln der ökonomischen Abhängigkeit, die Beseitigung der politischen Rechtlosigkeit und die Erhebung aus der geistigen Verkümmerung. Die Ursache dieses unwürdigen Zustandes ist nicht in einzelnen politischen Einrichtungen zu suchen, sondern in der das Wesen des ganzen Gesellschaftszustandes bedingenden und beherrschenden Thatsache, daß die Arbeitsmittel in den Händen einzelner Besitzer monopolisirt sind. Der Besitzer der Arbeitskraft, die Arbeiterklasse, wird dadurch zum Sklaven der Besitzer der Arbeitsmittel, der Kapitalistenklasse, deren politische und ökonomische Herrschaft im heutigen Staate Ausdruck findet. Der Einzelbesitz an Produktionsmitteln, wie er also politisch den Klassenstaat bedeutet, bedeutet ökonomisch steigende Massenarmuth und wachsende Verelendung immer breiterer Volksschichten.

Durch die technische Entwicklung, das kolossale Anwachsen der Produktivkräfte erweist sich diese Form des Besitzes nicht nur als überflüssig, sondern es wird auch thatsächlich diese Form für die überwiegende Mehrheit des Volkes beseitigt, während gleichzeitig für die Form des gemeinsamen Besitzes die nothwendigen geistigen und materiellen Vorbedingungen geschaffen werden. Der Uebergang der Arbeitsmittel in den gemeinschaftlichen Besitz der Gesammtheit des Volkes bedeutet also nicht nur die Befreiung der Arbeiterklasse, sondern auch die Erfüllung einer geschichtlich nothwendigen Entwicklung. Der Träger dieser Entwicklung kann nur das klassenbewußte und als politische Partei organisirte Proletariat sein. Das Proletariat politisch zu organisiren, es mit dem Bewußtsein seiner Lage und seiner Aufgabe zu erfüllen, es geistig und physisch kampffähig zu machen und zu erhalten, ist daher das eigentliche Programm der sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Oesterreich, zu dessen Durchführung sie sich aller zweckdienlichen und dem natürlichen Rechtsbewußtsein des Volkes entsprechenden Mittel bedienen wird. Uebrigens wird

und muß sich die Partei in ihrer Taktik auch jeweilig nach den Verhältnissen, insbesondere nach dem Verhalten der Gegner zu richten haben. Es werden jedoch folgende allgemeine Grundsätze aufgestellt:

1. Die sozialdemokratische Arbeiterpartei in Oesterreich ist eine internationale Partei, sie verurtheilt die Vorrechte der Nationen ebenso wie die der Geburt und des Geschlechtes, des Besitzes und der Abstammung und erklärt, daß der Kampf gegen die Ausbeutung international sein muß, wie die Ausbeutung selbst.

2. Zur Verbreitung der sozialistischen Ideen wird sie alle Mittel der Oeffentlichkeit, Presse, Vereine, Versammlungen, voll ausnützen und für die Beseitigung aller Fesseln der freien Meinungsäußerung (Ausnahmsgesetze, Preß-, Vereins- und Versammlungsgesetze) eintreten.

3. Ohne sich über den Werth des Parlamentarismus, eine Form der modernen Klassenherrschaft, irgendwie zu täuschen, wird sie das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht ohne Unterschied des Geschlechtes für alle Vertretungskörper mit Diätenbezug anstreben, als eines der wichtigsten Mittel der Agitation und Organisation.

4. Soll noch innerhalb des Rahmens der heutigen Wirthschaftsordnung das Sinken der Lebenshaltung der Arbeiterklasse, ihre wachsende Verelendung einigermaßen gehemmt werden, so muß eine lückenlose und ehrliche Arbeiterschutzgesetzgebung (weitestgehende Beschränkung der Arbeitszeit, Aufhebung der Kinderarbeit u. s. f.), deren Durchführung unter der Mitkontrole der Arbeiterschaft, sowie die unbehinderte Organisation der Arbeiter in Fachvereinen, somit Koalitionsfreiheit angestrebt werden.

5. Im Interesse der Zukunft der Arbeiterklasse ist der obligatorische, unentgeltliche und konfessionslose Unterricht in den Volks- und Fortbildungsschulen, sowie unentgeltliche Zugängigkeit sämmtlicher höheren Lehranstalten unbedingt erforderlich; die nothwendige Vorbedingung dazu ist die Trennung der Kirche vom Staate und die Erklärung der Religion als Privatsache.

6. Die Ursache der beständigen Kriegsgefahr ist das stehende Heer, dessen stets wachsende Last das Volk seinen Kulturaufgaben entfremdet. Es ist daher für den Ersatz des stehenden Heeres durch die allgemeine Volksbewaffnung einzutreten.

7. Die sozialdemokratische Arbeiterpartei wird gegenüber allen wichtigen politischen und ökonomischen Fragen Stellung nehmen, das Klasseninteresse des Proletariats jederzeit vertreten und aller Verdunkelung und Verhüllung der Klassengegensätze, sowie der Ausnützung der Arbeiter zu Gunsten von herrschenden Parteien energisch entgegenwirken.

8. Da die indirekten, auf die nothwendigen Lebensbedürfnisse gelegten Steuern die Bevölkerung umso stärker belasten, je ärmer sie ist, da sie ein Mittel der Ausbeutung und der Täuschung des arbeitenden Volkes sind, verlangen wir die Beseitigung aller indirekten Steuern und Einführung einer einzigen direkten progressiven Einkommensteuer.

II. Resolution über die politischen Rechte.

In Erwägung, daß die weltgeschichtliche Aufgabe des Proletariats die Umgestaltung der heutigen wirthschaftlichen Ordnung ist, daß der Hebel dieser Umgestaltung der Klassenkampf ist, dessen Verlauf mit umso weniger Opfern verbunden, umso rascher und ruhiger sein wird, jemehr auf beiden Seiten Klarheit und Einsicht in die Bedingungen und Ziele der ökonomischen Entwicklung herrscht; daß aber die herrschenden Klassen die Aufklärung durch

gesetzliche und polizeiliche Maßregelungen zu hemmen und zu verzögern suchen, wodurch die Bewegung zwar nicht aufgehalten, aber verbittert und verschärft wird, erklärt der Parteitag:

Jede Einschränkung der Freiheit der Meinungsäußerung, sowie jede Monopolisirung politischer Rechte für die Besitzenden ist verwerflich und für die naturgemäße Entwicklung schädlich. Er verlangt daher volle Freiheit für die sozialdemokratische Agitation und Propaganda und die Möglichkeit einer ruhigen Organisation des Proletariats; zunächst also:

1. Die Aufhebung der Beschränkung der Freizügigkeit, also der Ausnahmsverfügungen, Vagabunden- und Schubgesetze;

2. die Aufhebung der Beschränkung der Preßfreiheit durch die verschiedenen Formen der Zensur und Aufhebung des Preßmonopols für die Besitzenden durch Kaution und Stempel, sowie des Verbotes der Kolportage;

3. Herstellung des Vereins- und Versammlungsrechtes durch Aufhebung der Vereins- und Versammlungsgesetze;

4. die Aufhebung des Monopols der Besitzenden auf das politische Wahlrecht durch die Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechtes (und zwar ohne Unterschied des Geschlechtes vom 20. Lebensjahre an, wo für die Männer die Verpflichtung zur Blutsteuer beginnt), als eines wichtigen Mittels der Agitation und Organisation, ohne sich jedoch über den Werth des Parlamentarismus irgendwie zu täuschen;

5. die ehrliche Sicherung der Unabhängigkeit der Gerichte, Unentgeltlichkeit der Rechtspflege, Ausdehnung der Geschworenengerichte auf alle Vergehen und Verbrechen, sowie Wahl der Geschworenen auf Grund des allgemeinen, geheimen Wahlrechtes durch das gesammte Volk;

6. Schaffung und Durchführung eines Gesetzes, welches Beamte, welche die politischen Rechte von Einzelnen oder Vereinen beeinträchtigen, einer strengen Strafe zuführt.

III. Resolution über Arbeiterschutzgesetzgebung und „Sozialreform".

Was heute vorzugsweise „Sozialreform" genannt wird, die Einführung der vom Staate organisirten Arbeiterversicherung gegen Krankheit und Unfall, entspringt vor Allem der Furcht vor dem Anwachsen der proletarischen Bewegung, der Hoffnung, die Arbeiter von dem Wohlwollen der besitzenden Klassen zu überzeugen, und zuletzt aus der Einsicht, daß die zunehmende Verelendung des Volkes endlich die Wehrfähigkeit beeinträchtigen müsse. Mit der Ausführung der Arbeiterversicherung werden zwei Nebenzwecke verknüpft: Die theilweise Ueberwälzung der Kosten der Armenpflege von den Gemeinden auf die Arbeiterklasse und die möglichste Einengung, womöglich Beseitigung der selbstständigen Hilfsorganisationen der Arbeiter, welche als Vorschulen und Uebungsstätten der Organisation und Verwaltung den Herrschenden ein Dorn im Auge sind. Angesichts dieser Sachlage erklärt der Parteitag:

Die Arbeiterversicherung berührt den Kern des sozialen Problems überhaupt nicht. Eine Einrichtung, welche im besten Falle dem arbeitsunfähigen Proletarier ein kärgliches, von ihm selbst theuer bezahltes Almosen gewährt, verdient nicht den Namen „Sozialreform".

Die Arbeiterschaft wird sich darüber nicht täuschen lassen, sondern klare Einsicht darüber verbreiten, daß eine wirklich soziale Reform den arbeitsfähigen Arbeiter zum Gegenstande und die Beseitigung seiner Ausbeutung zum letzten Ziel haben muß, daß aber freilich diese soziale Reform niemals von den Ausbeutern, sondern nur von den Ausgebeuteten durchgeführt werden wird.

So lange die kapitalistische Produktionsweise herrscht, ist nur eine theilweise Einschränkung der Folgen der Ausbeutung möglich durch eine ehrliche und lückenlose Arbeiterschutzgesetzgebung und ihre energische Durchführung. Die physische Verelendung der Arbeiterklasse findet in der hohen Kindersterblichkeit, in dem kurzen Lebensalter, der frühen Invalidität der Arbeiter ihren Ausdruck. Das Herabsinken der Lebenshaltung, welches den Arbeiter zu einem stumpfsinnigen Sklaven herabwürdigt, macht es ihm unmöglich, Kraft und Zeit für menschliche Ziele, vor Allem für seine eigene Befreiung zu widmen. Die Arbeiterschutzgesetzgebung soll dem Zunehmen dieser unmenschlichen Verhältnisse einigermaßen Einhalt thun.

Die österreichische Gewerbeordnung erfüllt diesen Zweck ganz ungenügend. Sie ist schwächlich und lückenhaft in ihren Bestimmungen, gibt jede einzelne Vorschrift dem Mißverstand und der Willkür der Verwaltungsbehörden preis. Die Gewerbe-Inspektion ist unwirksam, weil unzulänglich in ihren Mitteln und äußerst beschränkt in ihren Befugnissen.

Eine Arbeiterschutzgesetzgebung, die ihren Zweck erreichen soll, muß zum Mindesten umfassen:

1. Volle Koalitionsfreiheit und gesetzliche Anerkennung von Lohnverabredung und Kartellen der Arbeiter.

2. Den achtstündigen Maximalarbeitstag ohne Klauseln und ohne Ausnahmen.

3. Verbot der Nachtarbeit (mit Ausnahme jener Betriebe, deren technische Natur eine Unterbrechung nicht zuläßt).

4. Volle Sonntagsruhe von Samstag Abends bis Montag Früh.

5. Verbot der Beschäftigung von Kindern unter 14 Jahren.

6. Ausschluß der Frauenarbeit aus den für den weiblichen Organismus besonders schädlichen Betrieben.

7. Alle diese Bestimmungen haben für Betriebe jeder Stufenleiter (Großindustrie, Transportgewerbe, Handwerk, Hausindustrie) zu gelten.

8. Auf Uebertretungen dieser Bestimmungen von Seite der Unternehmer sind Arreststrafen gesetzt.

9. Arbeiterorganisationen, welche auf fachlicher und lokaler Grundlage beruhen, haben durch die von ihnen gewählten Inspektoren bei der Kontrole der Durchführung der Arbeiterschutzgesetzgebung mitzuwirken.

Die Arbeiterschutzgesetzgebung soll international ausgebaut und in geeigneter Weise auf die Landarbeiter ausgedehnt werden.

Parteiorganisation

Beschlossen am VI. Parteitage zu Wien 1897.

Gesammtorganisation der Sozialdemokratie Oesterreichs.

I. Gesammtparteitag.

Alle zwei Jahre wird ein Gesammtparteitag einberufen, dessen Beschickung in folgender Weise geregelt wird: Jeder Wahlkreis hat das Recht, zwei Delegirte zu entsenden. In sprachlich gemischten Wahlkreisen hat jede sprachliche Gruppe das Recht, zwei Delegirte zu schicken. Den organisirten Industriegruppen jeder Nationalität ist durch je einen Delegirten am Parteitag eine Vertretung einzuräumen. Die Mitglieder der Exekutivausschüsse aller nationalen Parteiorganisationen, sowie die sozialdemokratischen Reichsrathsabgeordneten haben das Recht auf Sitz und Stimme. Nach Thunlichkeit sollen auch die Frauenorganisationen der nationalen Gruppen durch je zwei weibliche Delegirte vertreten sein.

Aenderungen des Parteiprogramms sind ausschließlich dem Gesammtparteitage vorbehalten. Im Uebrigen erledigt er die Angelegenheiten der Gesammtpartei in Bezug auf Agitation, Taktik und Organisation. Fragen der Organisation, Administration, Presse und sonstige Fragen, die nicht für alle nationalen Organisationen gemeinsam sind, sollen auf die Tagesordnung der Gesammtparteitage nicht gestellt werden. Die Einberufung des ordentlichen Gesammtparteitages erfolgt durch die Gesammtexekutive mindestens zwei Monate vor dessen Abhaltung durch Veröffentlichung der Einladung in den Parteiblättern mit Angabe der provisorischen Tagesordnung. Die Parteiberichte und Anträge sind vier Wochen vor dem Parteitage zu veröffentlichen.

II. Gesammtvertretung der Sozialdemokratie Oesterreichs.

Die politische Leitung der Gesammtpartei obliegt der Gesammtvertretung der Sozialdemokratie Oesterreichs, die sich aus den Vertretungen und Exekutivkomités der deutschen, tschechischen, polnischen, italienischen und südslavischen Organisationen zusammensetzt. Die Gesammtvertretung der Sozialdemokratie Oesterreichs tritt zu gemeinsamen Berathungen behufs Regelung der den Organisationen gemeinsamen Angelegenheiten nach Erforderniß zusammen.

Die in Wien wohnenden Mitglieder aller nationalen Vertretungen und Exekutivkomités bilden zusammen die ständige Gesammtexekutive. Die Mitglieder jeder nationalen Vertretung können jederzeit an den Sitzungen aller anderen Vertretungen oder Exekutivkomités theilnehmen, und es ist wünschenswerth, daß das so oft als möglich geschehe.

Bestimmungen für die deutsche Organisation der Sozialdemokratie in Oesterreich.

I.

Zur Partei gehörig ist jede Person, welche das Parteiprogramm anerkennt, für die Verbreitung desselben eintritt, die Partei nach Möglichkeit geistig und materiell unterstützt und sich keiner ehrlosen Handlung schuldig macht.

Es ist Pflicht der Parteiangehörigen, der Organisation ihrer Branchen, respektive einem Bildungs- oder politischen Vereine anzugehören.

Ein Parteigenosse darf keiner bürgerlichen politischen Partei angehören oder für dieselbe thätig sein.

II. Vertrauenspersonen.

Bezirksorganisation.

Die Vertrauenspersonen werden von den lokalorganisirten Genossen und Genossinnen gewählt. Die Anzahl derselben richtet sich nach den örtlichen Verhältnissen, und bilden diese Vertrauenspersonen zusammen die Bezirksorganisation. Es kann eine Vertrauensperson nur einer Bezirksorganisation angehören; die Vertreter der Bezirksorganisation sind der Parteivertretung bekanntzugeben. Der Umfang der Bezirksorganisation wird wieder von den örtlichen Verhältnissen abhängig sein und wird von der Kreiskonferenz festgestellt. Die Bezirksorganisation bestimmt ihre Vertreter für die Kreiskonferenz.

Wo es die sprachlichen Verhältnisse nothwendig machen, werden Agitationsbezirke ohne Rücksicht auf Provinzgrenzen gebildet.

Ueber spezielle Fälle im Rayon der Bezirksorganisation entscheidet die Bezirkskonferenz, doch ist der Kreiskonferenz gestattet, derartige Beschlüsse aufzuheben, wie weiter auch der Parteitag Beschlüsse der Kreiskonferenz aufheben kann. Ohne oder bis zur Aufhebung derartiger Beschlüsse haben selbe Giltigkeit für die Partei, doch kann auch ohne vorhergehende Entscheidung durch die Bezirkskonferenz die Kreis- und ohne die Kreiskonferenz der Parteitag Beschlüsse diesbezüglich fassen.

III. Wahlkreisorganisation.

Die Wahlkreisorganisation, welche ein ganzes Kronland oder bestimmte Theile desselben umfaßt, bildet ein Agitationskomité. Dieses befaßt sich mit der Organisation und sorgt für die nöthige Agitation im Wahlkreise. Gleichzeitig hat die Wahlkreisorganisation dafür zu sorgen, daß durch die Bezirksorganisationen regelmäßig freiwillige Beiträge zur Deckung der Agitationskosten aufgebracht werden. Nach Möglichkeit sind dieselben zur Deckung der allgemeinen Parteiauslagen an die Parteivertretung abzuliefern.

Zur Besprechung und Erledigung von Parteiangelegenheiten tritt die Wahlkreisorganisation über Berufung des Agitationskomités nach Bedarf zu einer Konferenz zusammen und entscheidet endgiltig über Angelegenheiten der Organisations- oder Parteiverhältnisse ihres eigenen Wahlkreises.

Die Wahlkreiskonferenz muß auch einberufen werden, wenn ein Drittel der Bezirksorganisationen des betreffenden Kreises die Einberufung unter Angabe der Gründe verlangt.

Jede Wahlkreisorganisation hat an die jeweilige Parteivertretung vierteljährlich Bericht über den Stand der Bewegung in dem betreffenden Wahlkreise zu erstatten.

IV. Parteitag.

Parteitage finden regelmäßig in jedem zweiten Jahre statt. Außerordentliche Parteitage können nur unter Zustimmung der Mehrheit der deutschen Wahlkreisorganisationen stattfinden.

Die Delegirten zum Parteitag werden durch die Parteigenossen eines jeden Ortes, beziehungsweise Bezirkes bestimmt.

Orte, an welchen eine Frauenorganisation besteht, haben das Recht, außer Genossen auch Genossinnen zum Parteitage zu entsenden.

Die Wahlkreisvertretungen, Korporationen, welche von Wahlkreisorganisationen eingesetzt sind, sowie die Redaktionen der Parteiblätter haben gleichfalls das Recht, einen Vertreter auf den Parteitag zu entsenden. Die Vertreter der Redaktionen und Korporationen haben jedoch kein Stimmrecht.

Die sozialdemokratischen Abgeordneten haben die Verpflichtung, auf dem Parteitag zu erscheinen, und haben dort Sitz und Stimme.

Die organisirten Genossen der einzelnen Industriegruppen haben das Recht, je einen Vertreter zum Parteitag zu delegiren, welcher stimmberechtigt ist.

Der Parteitag hat den Ort zu bestimmen, an welchem der nächste Parteitag stattfindet. Ist dies nicht möglich, so wird die Wahl des Ortes der Parteivertretung überlassen.

Die Einberufung des Parteitages muß mindestens zwei Monate vor dem Termine der Abhaltung desselben durch das Zentralorgan mit Angabe der provisorischen Tagesordnung erfolgen.

Der Parteibericht hat längstens 14 Tage vor dem Parteitage in der „Arbeiter-Zeitung" veröffentlicht zu werden.

Anträge sind vier Wochen vor dem Stattfinden des Parteitages an die Parteivertretung einzusenden und in dem Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei zu veröffentlichen; dasselbe gilt für die Anträge der Parteivertretung.

Der Parteitag prüft die Einladungen seiner Theilnehmer und bestimmt den Sitz der Parteivertretung.

V. Parteivertretung.

Der Parteitag wählt eine aus 16 Personen bestehende Parteivertretung. Acht vom Parteitag zu bestimmende Mitglieder der Parteivertretung bilden den engeren Parteiausschuß, welcher die laufenden Geschäfte der Partei zu besorgen hat. Die anderen acht Mitglieder der Parteivertretung bilden die Parteikontrole.

Der Parteitag bestimmt den Sitz des engeren Ausschusses, an welchem seine Mitglieder und zwei Mitglieder der Kontrole wohnhaft sein müssen.

Als Mitglieder der Kontrole können Reichsrathsabgeordnete nicht gewählt werden.

Jene beiden Genossen, die in der verflossenen Periode diese Funktion als Kontrolore in Wien ausübten, sind in der nächsten Periode nicht wieder wählbar.

Die Mitglieder der Gesammtexekutive können an den Sitzungen der Parteivertretung jederzeit theilnehmen.

Die Parteivertretung hat regelmäßig mindestens vierteljährig einmal zusammenzutreten und ist überdies vom engeren Ausschuß in außerordentlichen Fällen einzuberufen.

Die Mitglieder der Kontrole haben jederzeit das Recht, in alle Bücher und Schriftstücke Einsicht zu nehmen und allen Sitzungen stimmberechtigt beizuwohnen.

Das Sekretariat und die Kassegeschäfte der Partei sind von der „Arbeiter-Zeitung" zu trennen. Parteisekretär und Parteikassier dürfen nicht Angestellte der „Arbeiter-Zeitung" sein.

Der Chefredakteur des Zentralorgans hat das Recht, an den Sitzungen der Parteivertretung mit berathender Stimme theilzunehmen.

Jedem Parteitage hat die Parteivertretung über ihre Thätigkeit, sowie über die Durchführung der vom vorhergegangenen Parteitage beschlossenen oder ihr zugewiesenen Anträge Bericht zu erstatten.

Zur Erledigung wichtiger und das ganze Reich berührender Fragen hat jede Kreisorganisation, und wenn dies nicht gut möglich wäre, mehrere Kreisorganisationen zusammen, ständige Vertreter zu wählen, die im gegebenen Falle von der Parteivertretung einzuberufen sind.

VI. Vereinswesen.

Die Gründung von politischen Vereinen, deren Wirkungskreis sich womöglich auf eine ganze Provinz erstreckt, wird den Genossen angelegentlichst empfohlen. Diese Vereine sollen nicht nur ein Mittel zur Organisation sein, sondern auch vor Allem durch die Behandlung aller die Interessen der Arbeiter berührenden Angelegenheiten in öffentlichen Versammlungen für die Verbreitung

der sozialdemokratischen Prinzipien wirken und durch Diskussionen die theoretische Ausbildung der Parteigenossen fördern.

VII. Parteipresse.

Die Parteipresse wird nur dann ein gutes und wirksames Agitations- und Kampfmittel sein und ihrer wichtigsten Aufgabe: die Arbeiter aufzuklären und zum Klassenbewußtsein zu erziehen, entsprechen können, wenn strenge darauf geachtet wird, daß fremde, nicht parteigenössische Einflüsse ferngehalten werden und wenn ebenso verhindert wird, daß sie Gegenstand der Privatspekulation werde.

Gründungen von politischen Parteiblättern sollen nur dann erfolgen, wenn in einem Wahlkreise ein nachweisbares Bedürfniß vorhanden ist, die Wahlkreiskonferenz die Herausgabe beschließt und ihr Bestand gesichert erscheint, und wenn vor Allem die nothwendigen geistigen, technischen und administrativen Kräfte vorhanden sind. Blätter, die ohne einen vorausgehenden Beschluß einer Wahlkreiskonferenz gegründet werden, haben so lange von der Partei nicht unterstützt zu werden, bis sie von der Wahlkreiskonferenz oder dem Parteitage anerkannt werden.

Die „Arbeiter-Zeitung" ist Organ der Gesammtpartei und wird der Parteivertretung unterstellt; desgleichen die „Arbeiterinnen-Zeitung". Eventuelle Ueberschüsse fließen dem Parteifonds zu.

Tagesordnung des Parteitages.

I. Bericht der Parteivertretung. Referenten: Gen. Schuhmeier und Gen. Dr. Ellenbogen.

II. a) Parteitaktik und
b) Parlamentarische Thätigkeit. } Referenten: Gen. Dr. Adler. Gen. Daszynski.

III. Parteiorganisation. Referent: Gen. Dr. Adler.

IV. Wahl der Parteivertretung.

V. a) Arbeiterschutzgesetzgebung. Referent: Gen. Dr. Verkauf.
b) zur Regelung der Hausindustrie. Referent: Gen. Reumann.
c) zum Schutze der Transportarbeiter. Referent: Gen. Tomschik.

VI. Parteipresse. Referent: Gen. Popp.

VII. Konsumgenossenschaften und Produktivassoziationen. Referent: Gen. Schuhmeier.

VIII. Allgemeine Parteiangelegenheiten.

Als Einberufer fungirten die Genossen:

Dr. Viktor Adler, Heinrich Beer, Ignaz Daszynski (Krakau), Dr. Wilhelm Ellenbogen, Antonio Gerin, Josef Holzhammer (Innsbruck), Karl Kokinek, Anton Němec, Johann Nowak, Julius Popp, August Radimsky, Hans Resel (Graz), Eduard Rieger (Brünn), Franz Schuhmeier, Rudolf Smetana, Josef Tomschik, Josef Zavertnik, Eduard Zeller (Teplitz).

Bureau des Parteitages.

Präsidenten:

Julius Popp (Wien), Eduard Zeller (Teplitz), Josef Hybeš (Brünn), Josef Hudec (Lemberg).

Schriftführer:

Ferd. Skaret (Wien), Mathias Eldersch (Brünn), Josef Krapka (Brünn), Dr. Hermann Diamand (Lemberg), Antonio Gerin (Wien), Anton Grablovic (Köflach).

Geschäftsordnung

für die

Verhandlungen des Parteitages.

1.

Die Meldungen zum Wort sind schriftlich einzureichen, und erhalten die Redner nach der Reihenfolge der Anmeldung das Wort.

2.

Alle Anträge, außer denen zur Geschäftsordnung, sind schriftlich einzureichen.

3.

Bei Anträgen auf Schluß der Rednerliste oder Schluß der Debatte erhält nur ein Redner für und einer gegen das Wort. Das Wort zur Geschäftsordnung wird außer der Reihenfolge der vorgemerkten Redner ertheilt. Persönliche Bemerkungen sind erst am Schlusse der Debatte zu machen.

4.

Die Redezeit der Referenten wird auf eine Stunde festgesetzt.
In der Diskussion erhält jeder Redner 10 Minuten das Wort. Kein Redner darf mehr als zweimal in einer Sache das Wort nehmen.

5.

Die Beschlüsse werden mit absoluter Mehrheit der Abstimmenden gefaßt. Stimmengleichheit gilt als Ablehnung des Antrages.

6.

Auf Antrag von mindestens 20 Mitgliedern des Parteitages muß die namentliche Abstimmung über einen Antrag stattfinden.

7.

Nur die Theilnehmer haben das Recht, sich an der Diskussion zu betheiligen und abzustimmen; den Gästen kann nur über besonderen Beschluß des Parteitages ausnahmsweise das Wort ertheilt werden.

Anträge zum VI. Parteitage.

Zur Tagesordnung.

Antrag der Organisation Teplitz.

1. Die Punkte 5 und 7 der Tagesordnung sollen in der Reihenfolge der zu verhandelnden Gegenstände vertauscht werden, so daß der siebente Punkt an Stelle des fünften zur Verhandlung gelangt, und umgekehrt.

Antrag der Organisation Floridsdorf.

2. Als letzten Punkt der Tagesordnung ist zu stellen: Abschaffung der Waffenübung; eventuell Schutzgesetze für den Reservisten während derselben (so lange das stehende Heer besteht) für die Erhaltung seiner Familie und seiner Existenz.

Bezüglich dieses Antrages spricht die Bezirksorganisation auch den Wunsch aus, die sozialdemokratische Fraktion möge im Reichsrath einen entsprechenden Gesetzentwurf einbringen.

Antrag der Bezirkskonferenz Kratzau.

3. In die Tagesordnung des Parteitages soll auch der Punkt „Soziale Gesetzgebung und Statistik" aufgenommen werden. Dieser Punkt erscheint nothwendiger als jener die Konsumvereine betreffend. Diesbezüglich hat der Prager Parteitag schon entschieden.

Parlamentarische Thätigkeit und Taktik.

Antrag der Bezirksorganisation VIII, Wien.

4. a) Zu den Sitzungen des parlamentarischen Verbandes ist immer zumindestens Ein Mitglied der Parteivertretung hinzuzuziehen.

b) Die Genossen des parlamentarischen Verbandes werden aufgefordert, im Parlament anläßlich der Berichte des Legitimationsausschusses energisch gegen die Mißbräuche bei den Wahlen überhaupt, besonders aber bei den Wiener Wahlen, aufzutreten.

c) Die Genossen des parlamentarischen Verbandes haben im Sinne des Parteiprogramms zu jeder Angelegenheit, die die politischen und wirthschaftlichen Interessen des Proletariats berührt, im Parlament selbst Stellung zu nehmen.

Antrag der Organisation Teplitz.

5. Der Parteitag empfiehlt den Genossen aller österreichischen Länder mit Rücksicht auf die agitatorische Thätigkeit, die bei den Wahlen zu den verschiedenen Vertretungskörpern entfaltet werden kann, das Eingreifen bei den kommenden Landtagswahlen durch Aufstellung eigener Kandidaten.

Antrag des Genossen Swatschina, Wien, XIX.

6. Der Parteitag wolle beschließen, es sei der sozialdemokratische Verband im österreichischen Abgeordnetenhaus aufzufordern, zu gelegener Zeit einen Gesetzentwurf zum Schutze der Wahlfreiheit im Abgeordnetenhaus einzubringen oder aber den Antrag der Abgeordneten Hochenburger und Genossen nachdrücklichst zu unterstützen, eventuelle Abänderungsanträge im Sinn unseres Programms zu stellen u. s. w.

Anträge der Bezirksorganisation III, Wien.

7. In Erwägung, daß die Entscheidung über Krieg und Frieden, über Bündnisse und sonstige Abmachungen mit auswärtigen Mächten in konstitutionell regierten Staaten nur in den Händen der direkt gewählten Volksvertretung liegen kann; in fernerer Erwägung, daß die österreichische Regierung bisher ohne Befragung der Parlamente souverän in solchen Fragen entschieden hat, daß in Folge dessen in dieser Beziehung heute noch der nackte Absolutismus herrscht, und in endlicher Erwägung, daß Entscheidungen auf diesem Gebiete Gut und Blut und die wichtigsten Kulturinteressen der Arbeiterklasse auf das Empfindlichste berühren, beauftragt der Parteitag den sozialdemokratischen Verband im Abgeordnetenhause, das Ministerium und den Präsidenten zu veranlassen, eventuell mit allen geschäftsordnungsmäßig zur Verfügung stehenden Mitteln zu zwingen, alle wichtigeren Angelegenheiten der äußeren Politik in den einzelnen Phasen ihrer Entwicklung dem Hause zur Kenntniß zu bringen und eine Debatte darüber zuzulassen.

8. Der Parteitag beauftragt in Ausführung des vom fünften Parteitag der österreichischen Sozialdemokratie zu Prag 1896 gefaßten Beschlusses „Der Kampf zur Erringung des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechtes muß auch fernerhin mit aller Energie fortgeführt werden": 1. den sozialdemokratischen Verband, im Abgeordnetenhause dafür zu sorgen, daß sein Antrag auf Einführung des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechtes in allernächster Zeit auf die Tagesordnung des Parlaments gesetzt wird; 2. die Parteivertretung, zur Unterstützung des sozialdemokratischen Verbandes in dieser Richtung, insbesondere aber zur Zeit der parlamentarischen Diskussion des Antrages, Massenkundgebungen und Versammlungen in ganz Oesterreich zu veranstalten.

Antrag der Organisation Brünn.

9. Der Parteitag beschließt: Die Parteivertretung wird beauftragt, für die Entfaltung einer Agitation behufs Erlangung des Landtags- und Gemeindewahlrechtes Sorge zu tragen.

Anträge der Organisation Roßbach.

10. In Erwägung, daß der von der Pfaffenpartei im Reichsrath eingebrachte Volksschulgesetzentwurf die Verklerikalisirung der Volksschule beabsichtigt; in Erwägung, daß dieser Antrag in jeder Beziehung kulturfeindlich ist; in Erwägung, daß vorzüglich die ländliche Bevölkerung sich über die Folgen dieses Schulantrages nicht klar ist; in Erwägung endlich, daß dieser Antrag uns weitere Kreise der Bevölkerung mehr sympathisch macht und uns das Eindringen in die Landbevölkerung erleichtert, wolle der Parteitag beschließen: Es sind in ganz Oesterreich in allernächster Zeit Versammlungen zu veranstalten mit der Tagesordnung: Der klerikale Schulantrag und die Folgen seiner Verwirklichung.

11. In Erwägung, daß die Sprachenfrage in Oesterreich eine ständige ist und von den bürgerlichen Parteien zu dem Zwecke benützt wird, um die Arbeiter von ihren wirklichen Interessen abzulenken, die Arbeiter aber in jeder Hinsicht die Kosten dieser Nationalitätenhetze zahlen müssen, möge der Parteitag beschließen: Die sozialdemokratische Fraktion wird beauftragt, im Reichsrath einen Gesetzentwurf einzubringen, daß in den Volksschulen außer dem Sprachunterricht in der Muttersprache noch ein gemeinsamer Sprachunterricht in einer geeigneten Sprache (Weltsprache) an Stelle des Religionsunterrichtes unentgeltlich ertheilt werde.

Anträge der Bezirksorganisation XI, Wien.

12. Die Parteileitung hat nach Schluß jeder Reichsrathssession eine billige Broschüre herauszugeben, in der über die Thätigkeit unserer Reichsrathsabgeordneten und über das Verhalten der Gegner in populärer Weise berichtet wird.

13. Die Parteileitung wird beauftragt, nach jeder zur Agitation zweckdienlichen Debatte im österreichischen Parlament Broschüren im eigenen Verlag herauszugeben.

14. In Erwägung, daß die Vertreter von staatlich anerkannten Religions-

gemeinschaften die Kirche zu parteipolitischen Zwecken benützen und die perfidesten Lügen und Entstellungen über unsere Partei unter dem Volke verbreiten, trotzdem nach den Grundsätzen jeder wahren Religion diese über jede Parteipolitik erhaben sein soll, erklärt der Parteitag:

„Die Sozialdemokratie bekämpft — unbeschadet ihres Prinzips ‚Religion ist Privatsache' — die Vertreter aller Religionsgemeinschaften auf das entschiedenste mit allen zulässigen Mitteln, wann und wo immer dieselben unsere Partei und deren Angehörige verleumden, sowie wenn ihre Lehren sich dem Befreiungskampfe des Proletariats entgegenstellen."

Antrag der Bezirksorganisation Leoben.

15. Die Uebertretungen des § 23 Pr.-G., die fortwährend geschehen und besonders während des Wahlkampfes häufig vorgekommen sind, und da sogar wegen Vertheilung gedruckter Kandidatenzettel, Versammlungseinladungen 2c. Anklagen über dieses Delikt erhoben wurden, die vielfach mit der Verurtheilung der Angeklagten endeten, wird an die sozialdemokratische Fraktion des Reichsrathes das Ersuchen gerichtet, diese möge den Antrag auf Aufhebung des § 23 Pr.-G. und unter Einem auf Abschaffung des Zeitungsstempels einbringen.

Antrag der Bezirksorganisation Aussee.

16. Die sozialdemokratische Fraktion ist zu beauftragen, ehestens einen Dringlichkeitsantrag einzubringen, der dahin geht: Jedem Reservemann, der zu einer aktiven Dienstleistung einberufen ist, hat der Staat die Kosten der Fahrt und der Verköstigung zu ersetzen. Den Familien der verheirateten Reservemänner ist deren Verdienstentgang während der Dauer der Waffenübung zu ersetzen.

Parteiorganisation.

Anträge der Bezirksorganisation XI, Wien.

17. Die Parteiorganisationen haben überall, wo die nothwendigen Mittel und Personen vorhanden sind, Rechtsbureaux zu errichten, in denen an die Parteigenossen in allen Rechtsfragen unentgeltlich Auskünfte ertheilt werden.

18. Die Parteileitung hat der Organisation des italienischen Proletariats in Oesterreich ein erhöhtes Augenmerk zuzuwenden.

Antrag der Bezirksorganisation Leoben.

19. Die letzten Reichsrathswahlen haben zur Evidenz erwiesen, daß unter der arbeitenden Landbevölkerung, respektive den Wählern der vierten und fünften Kurie, die Aufklärung und das Klassenbewußtsein mangelt. Die große Masse hörte bei den Wahlen auf das Feldgeschrei der Klerikalen, die riefen: „Es handelt sich um den Glauben!" und wurde als gedankenloses Stimmvieh von den Klerikalen mißbraucht

Es werden deshalb die Kreis-, respektive Bezirksorganisationen der Provinz beauftragt: Gewerkschaftsvereine für die arbeitende Landbevölkerung ins Leben zu rufen und deren Gedeihen mit allen möglichen Mitteln zu fördern, damit der Kampf gegen die anerzogene Dummheit mit größerem Erfolge als bisher geführt werden kann.

Anträge der Bezirksorganisation Brünn.

20. Die auf Grund des § 2 des Versammlungsgesetzes organisirten Genossen und Genossinnen bilden eine Lokalorganisation, die Lokalorganisationen eines Gerichtsbezirkes eine Gerichtsorganisation, die Gerichtsbezirksorganisationen eines Wahlkreises die Wahlkreisorganisation, die Wahlkreisorganisationen eines Landes die Landesorganisation.

21. Den Genossen wird die Gründung von Wahlvereinen für die Wahlkreise der fünften Kurie empfohlen.

Antrag der ostschlesischen Kreiskonferenz.

22. Der Parteitag gibt seine Zustimmung zu dem Beschluß der Kreiskonferenz des ostschlesischen Wahlkreises vom 18. April 1897, eine selbstständige Kreisorganisation mit den Bezirksorganisationen Teschen, Freistadt und Bielitz zu bilden. Der Sitz des Kreisagitationskomités ist Teschen.

Anträge der Bezirkskonferenz Teplitz.

23. Die Organisationen der Bezirke Teplitz, Dux, Brüx, Komotau, Saaz und Kaaden werden als Kreisorganisation anerkannt.

Der Parteitag beschließt, daß der Herausgabe von Blocks durch einzelne Organisationen, Vereine 2c. zum Zwecke der Aufbringung von Geldmitteln zu anderen als Parteizwecken energisch entgegenzuwirken sei.

Antrag der Bezirksorganisation Mährisch-Schönberg.

24. Parteitage haben in Zukunft nur alle zwei Jahre stattzufinden. Dafür ist von jedem Wahlkreis ein Wahlkreisvertrauensmann zu wählen, welche Vertrauensmänner im Bedarfsfalle mit der Parteivertretung und den sozialdemokratischen Reichsrathsabgeordneten zu Reichskonferenzen einzuberufen sind.

Antrag der Organisation Tachau in Böhmen.

25. Den Genossen des III. böhmischen Wahlkreises wird die Gründung einer selbstständigen Kreisorganisation gestattet, indem damit dem berechtigten Wunsche aller Genossen des III. böhmischen Wahlkreises Rechnung getragen wird und dies auch aus taktischen und agitatorischen Gründen unbedingt nothwendig erscheint.

Dieser Antrag wird unterstützt von Genossen in Petschau und der Umgebung, Puschwitz und Umgebung, Mies und Umgebung, den Genossen in Kriegern und Anderen.

Antrag der Kreisorganisation Reichenberg.

26. Die Wahlkreiszentralen der fünften Kurie verbleiben bis auf weiteres die diesbezüglichen Zentralstellen, mit welchen die gewählten Abgeordneten der betreffenden Kreise bezüglich der Berichterstattung, Agitation und anderem in steter Verbindung zu bleiben haben, von wo auch etwaige Agitationstouren zu veranlassen sind.

Arbeiterschutzgesetzgebung etc.

Anträge der Bezirksorganisation IX. Wien.

27. In Erwägung, daß bei dem ungemein schwankenden, schwer zu fassenden und allgemein strittigen Begriffe der Hausindustrie, bei dem steten Ineinanderfließen der einzelnen Betriebsformen, die ihre begriffliche Trennung schwer, bei den einzelnen Spielarten der städtischen Hausarbeit aber nahezu unmöglich machen, ein gesetzliches allgemeines Verbot der Hausindustrie ohne Verbindung mit anderen Maßregeln großen praktischen Schwierigkeiten der Durchführung begegnen würde;

in Erwägung, daß zur Bekämpfung dieser tödtlichen Schmarotzerkrankheit unserer Industrie alle möglichen Mittel kombinirt angewendet werden müssen, daß es sich nicht so sehr darum handelt, die Hausindustrie zu verbieten, als vielmehr unmöglich zu machen:

wird die Parteivertretung beauftragt, selbstverständlich unbeschadet anderer Mittel, gegen die Wasserpest der Hausindustrie eine nachhaltige Agitation zu eröffnen:

1. für eine Reform der Bau- und Wohnungsordnungen, die eine Handhabe bieten könnte zur Unterdrückung aller Unternehmungen, die sich nicht in selbstständigen, allen Anforderungen der Hygiene entsprechenden Betriebsstätten befinden;

2. für die Eroberung des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechtes für die Gemeindevertretungen, da ohne dieses niemals an ähnliche Reformen gedacht werden kann.

Anträge der Bezirksorganisation Leoben.

28. Nachdem die Arbeit bei den Hochöfen in den Eisenhüttenwerken und beim Bergbau eine schwere, gesundheitsschädliche und gefährliche ist, wird die sozialdemokratische Fraktion des österreichischen Reichsrathes aufgefordert, ehemöglichst im Parlament einen Antrag einbringen zu wollen, nach welchem bei den genannten Betrieben die achtstündige Arbeitszeit gesetzlich eingeführt werden soll.

29. Nachdem die gegenwärtigen Bruderladen und Versorgungsvereine der Berg- und Hüttenarbeiter nur zum Nachtheil der Arbeiter bestehen, indem den Arbeitern keine genügende Versorgung geboten wird und durch diese veralteten Institutionen aus der Zeit des Zunft- und Kastengeistes die Freizügigkeit gehemmt ist, wird die sozialdemokratische Fraktion des österreichischen Reichsrathes beauftragt: einen Antrag auf Auflösung sämmtlicher Bruderladen und Versorgungsvereine, und anstatt derselben Einführung einer allgemeinen Alters-, Witwen- und Waisenversorgung sowie Unterstellung der Bergarbeiter und der Arbeiter aller Kategorien, die der Unfallversicherung bisher noch nicht angehören, unter dieselbe mit 100perzentigen Renten im Parlament einzubringen.

Presse.

Antrag der Bezirksorganisation Leoben.

30. Um ein besseres Mittel für die Agitation der arbeitenden Landbevölkerung zu erhalten, ist es unumgänglich nothwendig, daß für dieselbe ein eigenes Blatt gegründet wird, das in volksthümlicher Weise gehalten werden soll und unter Vermeidung aller zu umgehenden Fremdwörter einzig bloß die vielseitigen Interessen des arbeitenden Landvolkes zu behandeln hat.

Antrag der Kreisvertretung Oberösterreich.

31. Der Parteitag wolle beschließen: „Die Wahrheit", Organ zur Verbreitung sozialdemokratischer Grundsätze für Oberösterreich, wird als Parteiorgan anerkannt.

Antrag der Bezirksorganisation Graslitz.

32. Der Parteitag wolle die seit November vorigen Jahres erscheinende sozialistische Zeitschrift „Graslitzer Volksbote" als Parteiorgan anerkennen.

Antrag der Bezirksvertretung Saaz in Böhmen.

33. Die Gründung von Kopfblättern unterliegt nicht der Genehmigung durch die Kreiskonferenz.

Antrag der Kreisorganisation Teschen.

34. Der Parteitag gibt die Zustimmung zur Gründung eines polnischen Parteiblattes in Ostschlesien und überläßt die Herausgabe und Durchführung den zugehörigen Bezirksorganisationen und befürwortet, daß die Parteileitung die möglichste Unterstützung hiezu gewähre.

Antrag der ostschlesischen Parteikonferenz.

35. Der Parteitag gibt seine Einwilligung zur Gründung eines zweimal monatlich erscheinenden polnischen Parteiblattes für Schlesien. Das Blatt wird in Teschen erscheinen und im Titel die ausdrückliche Bemerkung „Organ der sozialdemokratischen Partei" führen.

Antrag der Bezirksorganisation Floridsdorf und der umgrenzenden Orte.

36. Der Parteitag möge das während der Wahlkampagne erschienene Blatt „Der Wähler", das jetzt auf den Namen „Der Volksbote" umgetauft wurde, als Parteiblatt anerkennen.

Zur Begründung dieses Antrages spricht die Thatsache, daß sich das Blatt in unseren ländlichen Kreisen bereits Eingang verschafft und der Wunsch der bäuerlichen Bevölkerung, ein Agitationsmittel mehr zu besitzen, dadurch Berücksichtigung fände.

Antrag der Organisation Augenthal.

37. In Bezug auf die Presse wolle der Parteitag beschließen, daß „Der Volksbote" als Parteiorgan anerkannt und für dessen Verbreitung in den weitesten Kreisen agitirt wird.

Antrag der Bezirksorganisation Teplitz.

38. Die Parteivertretung wird beauftragt, ein Preßbureau zu errichten, das sich zunächst damit befassen soll, von Woche zu Woche parlamentarische Berichte für die wöchentlich erscheinenden Blätter zusammenzustellen und sie ihnen zuzusenden. Die Kosten dieser Berichte sollen von den Redaktionen der Parteiblätter gemeinsam gedeckt werden.

Anträge der Bezirksorganisation IX, Wien.

39. In Erwägung, daß die „Arbeiterinnen-Zeitung" ein Defizit aufzuweisen hat;

in Erwägung, daß auch für die Zukunft eine Besserung in der Lage dieser Zeitung nicht zu erwarten ist;

in Erwägung endlich, daß durch Umwandlung der „Arbeiterinnen-Zeitung" in eine Sonntagsbeilage der „Arbeiter-Zeitung" das Interesse der Frauen für das Zentralorgan der österreichischen Sozialdemokratie bedeutend steigen würde:

beschließt der Parteitag: die „Arbeiterinnen-Zeitung" ebenso wie die Sonntagsbeilage der „Arbeiter-Zeitung" aufzulassen, die „Arbeiterinnen-Zeitung" hingegen fortan als Sonntagsbeilage der „Arbeiter-Zeitung" herauszugeben.

40. Der Parteitag beschließt zum Zwecke der Erleichterung der Agitation: die Insertionsgebühren der „Arbeiter-Zeitung" für die Organisationen der Partei sind so weit als nur möglich herabzusetzen.

Antrag der Bezirksorganisation Aussee.

41. Jedem Bezirksvertrauensmann ist die täglich erscheinende „Arbeiter-Zeitung" kostenfrei zuzustellen.

Konsumgenossenschaften und Produktivassoziationen.

Resolution der Bezirksorganisation IX, Wien.

42. In Erwägung, daß die niedere Lebenshaltung des österreichischen Arbeiters, die ein Haupthinderniß für seine wirthschaftliche und politische Hebung bildet, nebst den Löhnen auch der unverhältnißmäßigen Höhe der Preise der unentbehrlichsten Lebensmittel geschuldet ist;

in Erwägung, daß diese Preistheuerung, abgesehen von einer verkehrten Zoll- und Handelspolitik, die nur auf die unersättliche Profitgier der Landmagnaten und Bodenwucherer Rücksicht nimmt, der durchaus fehlerhaften Organisation des Lebensmittelmarktes zuzuschreiben ist, die statt des freien Spieles von Angebot und

Nachfrage die gewandten Griffe und kühnen Volten der berufsmäßigen Hazardeure und Falschspieler des Zwischenhandels zu Preisregulatoren macht;

in Erwägung, daß eine Organisation der Konsumenten zum Zwecke des Eingriffes in den sogenannten freien Marktverkehr nicht nur nothwendig, sondern auch in keiner Weise den Wirthschaftsgesetzen der kapitalistischen Gesellschaft entgegen, somit ganz wohl möglich ist;

in Erwägung, daß die Klasse der bäuerlichen Produzenten vermöge ihrer Nothlage, die zum Theil wenigstens auch der Mangelhaftigkeit des landwirthschaftlichen Kreditwesens zuzuschreiben ist, unter den Mängeln der Organisation des Lebensmittelmarktes ebensosehr leidet wie die Arbeiterklasse; daß die Preise, die ihr unter dem Zwange der Noth diktirt werden, außer allem Verhältniß stehen zu den Preisen auf den städtischen Märkten;

in Erwägung endlich, daß die Konsumvereinsbewegung diese grundlegenden Fragen nicht nur nicht lösen kann, sondern ihnen einfach aus dem Wege geht, was schon daraus hervorgeht, daß die Konsumvereine ihre Waaren zum Tageskurse, das ist eben zu den in Folge der angedeuteten Uebelstände und Schwindeleien sich ergebenden Preisen verkaufen:

fordert der Parteitag die Parteivertretung (eventuell eine eigens zu bestimmende Kommission) auf:

1. ein Aktionsprogramm zu entwerfen, das zum Gegenstande hat: die gegenseitige Verbindung von städtischen Konsumenten und ländlichen Produzenten zum Zwecke einer einverständlichen, den Interessen beider gerecht werdenden Einwirkung auf den Lebensmittelmarkt nach folgenden Grundsätzen:

a) den organisirten bäuerlichen Produzenten wären von den organisirten städtischen Konsumenten Geldmittel im Wege des Kredits, des Vorschusses zur Verfügung zu stellen, um sie von der Herrschaft der Wucherer und der Tyrannei der Sparkassen zu befreien, was auch von großer Bedeutung für die politische Befreiung der Bauernschaft würde;

b) die Organisation der städtischen Konsumenten wäre gegeben in der von den Arbeitern beherrschten Gemeinde; es wären darum die städtischen Kommunen, die sich mit den Bauern ins Einvernehmen zu setzen hätten;

c) das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht für die Gemeindevertretungen ist die unerläßliche Vorbedingung für Erreichung dieses Zieles.

Antrag der Bezirksorganisation in Knittelfeld.

43. Der Parteitag wolle beschließen: Der Parteitag beauftragt die Parteileitung: Die Parteileitung hat an allen Orten, wo die Verhältnisse günstige sind, dafür einzutreten, daß Konsumvereine und Produktivgenossenschaften gegründet werden, und wo solche bestehen, dahin zu wirken, daß sie von den Arbeitern selbst verwaltet werden. Auch beauftragt der Parteitag die Parteileitung, so bald als möglich einen Verband der von Arbeitern verwalteten Konsumvereine und Produktivgenossenschaften ins Leben zu rufen; dieser Verband hat Auskünfte in Rechts- und Geschäftssachen zu ertheilen, sich eventuell mit der Vermittlung guter Bezugsquellen zu befassen.

Antrag der Organisation Augenthal in Niederösterreich.

44. Die Organisation von Augenthal und Umgebung spricht sich dahin aus: Die Parteileitung wolle dahin wirken, daß die Schaffung von Konsumvereinen mit Energie betrieben werde, denn sie erblickt in diesen das kräftigste Agitationsmittel auf dem Lande für die sozialdemokratischen Prinzipien, weil die ländliche Bevölkerung nur mit praktischen, handgreiflichen Argumenten, wie es eben die Konsumvereine sind, am besten organisirt werden kann.

Antrag der Bezirksorganisation VIII, Wien.

45. In Erwägung, daß die Konsumgenossenschaften eine Besserung der wirthschaftlichen Lage der Arbeiterklasse nicht herbeiführen können;

in Erwägung, daß es unthunlich ist, Konsumgenossenschaften von parteiwegen zu gründen;

in Erwägung, daß aus taktischen Gründen vermieden werden muß, unlebensfähige Konsumgenossenschaften für Arbeiter ins Leben zu rufen, beschließt der Parteitag:

1. Die Gründung von Konsumgenossenschaften ist keine Parteisache, sondern Privatangelegenheit jener Arbeiter, die dieselben zu errichten wünschen.

2. Die sozialdemokratische Arbeiterpartei verhält sich an Orten, wo die Arbeiterschaft von selbst an die Gründung von Konsumgenossenschaften schreitet, diesen gegenüber neutral unter der Voraussetzung, daß zur Gründung von Konsumgenossenschaften eine genügende Mitgliederzahl angemeldet ist (nicht unter hundert Mitglieder), diese einen ausreichenden Geschäftsfonds gesammelt haben und kommerziell geschulte Kräfte vorhanden sind.

3. Der Gründung von Arbeiterkonsumvereinen, die diesen nothwendigen Bedingungen der Existenzfähigkeit nicht entsprechen, und die deshalb bei erfolgendem Fiasko das Vertrauen der indifferenten Massen in die Aktionsfähigkeit der Arbeiterklasse erfahrungsgemäß zu erschüttern drohen, ist von parteiwegen mit allen Mitteln der Aufklärung entgegenzutreten.

Antrag der Bezirksorganisation XI, Wien.

46. Falls der Parteitag die Konsumvereine als sozialdemokratische Organisation anerkennen sollte, wird von uns beantragt:

In Erwägung, daß die Baarzahlung in den Konsumvereinen den ärmsten Theil der Proletarier vom Einkauf in den Konsumvereinen ausschließt, ist in allen Konsumvereinen das Kreditwesen allmälig einzuführen. Erstrebt soll dieses Ziel werden entweder durch Einhebung eines erhöhten Geschäftsantheiles von den den Kredit beanspruchenden Mitgliedern, was, wenn gar nicht anders, durch Zurückhalten der Dividenden erreicht werden könnte; abhängig soll die Höhe des Kredits sein von der Höhe des Mehrgeschäftsantheiles. In Industriezentren und wo es noch geboten und möglich ist, sollen die Konsumvereine sich zum gemeinsamen Einkauf verpflichten

Antrag der Bezirksorganisation III, Wien.

47. Konsumgenossenschaften und Produktivassoziationen können unter für ihr Gedeihen günstigen Verhältnissen zu einem gut brauchbaren Hilfsmittel des proletarischen Emanzipationskampfes ausgestaltet werden. Es ist aber unmöglich, für jeden einzelnen Fall vorher zu bestimmen, ob sich Genossen an der Gründung und Erhaltung solcher Vereinigungen betheiligen sollen oder nicht. Daher beschließt der Parteitag: Die Art und die Stärke der Betheiligung sozialdemokratischer Arbeiter an Konsumgenossenschaften und Produktivassoziationen bleibt für jeden einzelnen Fall vollkommen dem Ermessen der lokalorganisirten Genossen des betreffenden Ortes überlassen.

Antrag der Genossen von Haindorf und Friedland in Böhmen.

48. Der Parteitag wolle beschließen, die Gründung von Konsum- und Wirthschaftsgenossenschaften nur anzuempfehlen, wenn selbe genau unseren Parteiprinzipien entsprechend geleitet werden.

Antrag der Bezirksorganisation Aussee.

49. Konsumvereine und Produktivgenossenschaften, in dem heutigen Sinne weitergeführt, sind als Privatsache zu erklären. Die Bezirksorganisation unterstützt jedoch einen eventuellen Antrag betreffs der Gründung der Konsumvereine und Produktivgenossenschaften auf sozialdemokratischer Basis.

Parteiangelegenheiten.

Antrag der Bezirksorganisation VIII, Wien.

50. In Erwägung, daß die derzeitige Formulirung des Parteiprogramms eine sehr unmethodische und unklare ist;

in Erwägung, daß das Programm einer Volkspartei eine sehr leichtverständliche Fassung haben muß, die in knapper Darstellung ihre Auffassung der staatlichen und gesellschaftlichen Zustände zum Ausdruck bringt und in übersichtlicher, sympathischer Form ihre Forderungen an Staat und Gesellschaft präzisirt, beschließt der Parteitag:

Eine Kommission zu wählen, die die redaktionelle Umarbeitung des Parteiprogramms nach oben angeführten Grundsätzen und in möglichster Anlehnung an das Programm der reichsdeutschen Sozialdemokratie vornimmt und dem nächsten Parteitage zur Beschlußfassung vorlegt.

Antrag der Bezirksorganisation XI, Wien.

51. Die Parteileitung wird beauftragt, im Anhang zu dem stenographischen Protokoll über den Parteitag alle zum Beschluß erhobenen Anträge und Resolutionen in leicht übersichtlicher Weise zusammenzustellen.

Bericht der Parteivertretung und der einzelnen Kreisorganisationen an den sechsten österreichischen sozialdemokratischen Parteitag.

Der fünfte Parteitag der österreichischen Sozialdemokratie, der vom 5. bis zum 11. Juni 1896 auf der Schützeninsel in Prag tagte, fand die Gesammtpartei im Kampfe um das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht. Die Wahlreform des Grafen Badeni war zur Zeit wohl noch nicht vom Abgeordnetenhaus angenommen, doch war sich der Parteitag vollständig klar darüber, daß sie die Zustimmung der Majorität des Parlaments finden wird, weil sie einen gewissen Fortschritt und Fortbestand des Wahlunrechtes und damit die Möglichkeit auch fernerer Korruption in sich vereinigte. Der Fortschritt lag, wie die vom Parteitag angenommene Resolution schon sagte, darin, daß die Anzahl der Wähler um zirka 3,600.000 vermehrt wurde. Gewiß ein Fortschritt und für unser rückständiges und verknöchertes Oesterreich nach der Ansicht der bürgerlichen Parteien kein geringer. Aber diesen mehr als fünf Millionen Wählern in der fünften Kurie wurden nur 72 Mandate zugetheilt, so daß im Durchschnitt auf 74.000 dieser minderwerthigsten Staatsbürger ein Abgeordneter kommt. Das alte Kuriensystem, das 63 Großgrundbesitzern dasselbe Recht gibt, nämlich auch einen Abgeordneten wählen zu dürfen, blieb bestehen. Nach wie vor sollte der Geldsack im Parlament ausschlaggebend sein. Dazu kam noch, daß nur 15 von diesen 72 Mandaten auf Grund des direkten Wahlrechtes zu erkämpfen waren. Dem Parteitag war dies Alles klar, er deckte die Hinterhältigkeiten des Regierungsantrages vollständig auf und sprach aus, daß der Antrag Badeni auf Abänderung der Wahlreform weder den Wünschen noch den Bedürfnissen des arbeitenden Volkes entspreche, beschloß jedoch in richtiger Erwägung der Sachlage, auch diesen kleinen Fortschritt im Interesse der Partei auszunützen. Der Wahlreformantrag, einmal angenommen, sollte die Partei nicht unthätig finden. Ein Mittel zum Zweck mehr, sollte er der Organisation und der Agitation dienstbar gemacht werden.

Der fünfte Parteitag beauftragte die Parteivertretung, nicht erst abzuwarten, bis die Neuwahlen ausgeschrieben werden, sondern sofort nach dem Inslebentreten der neuen Wahlordnung die Wahlagitation einzuleiten.

Wenn vor zwei Jahren die Wahl*reform* noch der Mittelpunkt der gesammten Agitationsthätigkeit der Partei war, so war es im Berichtsjahr *die Agitation zur Wahl selbst*, welche die Partei geradezu fieberhaft beschäftigte. Kaum war die Wahlreform beschlossen, wurde auch sofort mit den „gröbsten" Vorarbeiten, mit der Zusammenstellung des unerläßlichsten Agitationsmaterials für die einzelnen Wahlkreise begonnen. Und diese Arbeiten waren weder leichte noch unbedeutende. Der Agitationsapparat mußte nicht nur erst zusammengestellt, nein, er mußte vorerst *erdacht* werden. In diesem Punkte waren uns die Gegner über. Wir hatten es mit alten und erfahrenen Wahlmachern zu thun, deren Stärke nicht unterschätzt werden durfte. Es fand in Wien eine Konferenz von Vertrauensmännern aus verschiedenen Kronländern statt, in der über die Agitation zur Wahl eine Berathung gepflogen wurde. Das Parteisekretariat

wurde der Mittelpunkt zu den Wahlvorbereitungen, und dürfte das Material, das seitens der Parteivertretung den einzelnen Kreisorganisationen zuging, den Genossen gewiß nicht unerwünscht gekommen sein.

Die Parteivertretung erhielt aber vom Parteitag auch noch andere Aufträge: eine Agitation sollte in den Kronländern für die Einführung des direkten Wahlrechtes eingeleitet und hiezu auch in den Landtagswahlkampf eingetreten werden. Dem ersteren Auftrage kam die Parteivertretung in vollem Umfange nach. Es wurden die Kreisorganisationen zur Entfaltung ihrer Kräfte gegen das indirekte Wahlrecht aufgefordert. Eine Unsumme von Versammlungen fand statt, um die Landtage zu dessen Beseitigung zu bewegen. Wir hatten jedoch nur den moralischen Erfolg für uns. Das indirekte Wahlrecht blieb mit Ausnahme von Niederösterreich bestehen. Die Regierung überließ die Einführung der direkten Wahlen den Landtagen, half aber den bürgerlichen Parteien, sich im Landtage um die Lösung dieser Frage herumzudrücken.

Sich an den Landtagswahlen thatkräftig zu betheiligen, konnte die Parteivertretung den Genossen hingegen nicht mit ruhigem Gewissen anempfehlen, weil wir uns nach reiflichem Bedenken selbst sagen mußten, daß es vorzuziehen sei, die Kraft der Partei für den Reichsrathswahlkampf zu schonen, und wir waren überzeugt, die Zustimmung der Parteigenossen hiefür zu finden. Es drängt sich hier die Frage auf: Wie lange noch werden die Arbeiter, die nun ein Wahlrecht in den Reichsrath haben, vom Landtagswahlrecht ausgeschlossen bleiben? Das „Wie lange noch?“ hängt auch hier allein von der Energie unserer Parteiangehörigen ab. Keineswegs können wir aber den Rechtlosen anrathen, zuzuwarten, bis die Herren der Landtage klug werden. Hier wird sehr bald der Hebel von uns aufs neue angesetzt werden müssen.

Als die Neuwahlen nun endlich ausgeschrieben wurden, hatten wir in der Partei schon die meisten Vorarbeiten hinter uns. Jetzt ging es an die Kleinarbeit im großen. Zunächst wurde unser Wahlaufruf in zirka zweieinhalb Millionen Exemplaren und in fünf Sprachen an die Wähler vertheilt. Diese Massenmißhandlung des berühmten § 23 des Preßgesetzes fand am 8. Jänner statt, zufällig zur selben Stunde, da der Preßausschuß des Abgeordnetenhauses vergeblich sich bemühte, das ungeheuerliche Kolportageverbot auf gesetzlichem Wege zu beseitigen. Ganz ohne Opfer ging es freilich nicht ab, aber im Verhältniß zur Masse des verbreiteten Materials müssen sie als mäßige bezeichnet werden. Dann kam die mündliche Agitation.

Massenhaft kamen Briefe an uns mit der Aufforderung, Referenten zu Wählerversammlungen zu senden. Aus den entferntesten Winkeln des Reiches kamen Ansprüche um Nachhilfe im Kampf. Es wurde lebendig in allen Richtungen der Windrose; gänzlich verschollen geglaubte Genossen, die vor Jahren ins Exil getrieben wurden, gaben wieder ein Lebenszeichen von sich. Gänzlich neue Mittelpunkte zur Agitation tauchten überall auf. Leider konnten wir nur zum geringsten Theile diesen Wünschen gerecht werden. Erst nachdem sich die Wahlkreise ihre Kandidaten nominirt hatten, wurde diesem Mangel zum Theil abgeholfen, da nun die Agitation in den einzelnen Wahlkreisen sich mehr planmäßig gestalten konnte. Am 23. Jänner wurden die Neuwahlen ausgeschrieben, und schon am 26. Jänner konnte unsere bis auf wenige Wahlkreise vollständige Kandidatenliste für die fünfte Kurie veröffentlicht werden. Von den 72 Wahlkreisen blieben nur einige galizische und der dalmatinische Wahlkreis ohne sozialdemokratische Kandidaten.

Innerhalb zweier Monate fanden tausende von Versammlungen statt, es entwickelte sich in der Partei eine Thätigkeit, wie sie in Oesterreich noch nie dagewesen ist. Zu gleicher Zeit wurde an hunderten Orten, die vordem von unseren Genossen unberührt geblieben waren, der Boden der sogenannten von „Gott gewollten Ordnung“ erbarmungslos aufgewühlt. Die Opfer, die unsere Parteiangehörigen für den ersten Wahlkampf der österreichischen Arbeiterschaft brachten, müssen als ungeheure bezeichnet werden und verdienen an dieser Stelle ausdrücklich hervorgehoben zu werden. Die Parteivertretung war gleichfalls den einzelnen Wahlkreisen, so weit es eben ging, mit Rath und That an der Hand.

Das Wahlresultat ist noch frisch in der Erinnerung aller. Die Sozialdemokraten erhielten in den fünfzehn Bezirken mit direkter Wahl von 598.527

abgegebenen **218.832 Stimmen**; in den Bezirken mit indirekter Wahl gaben von insgesammt 37.128 Wahlmännern nicht weniger als **6269** den sozialdemokratischen Kandidaten ihre Stimmen. Während in den Wahlkreisen mit direktem Wahlrecht die Sozialdemokraten nach den Christlich-Sozialen, die 247.712 Stimmen erhielten, die zweite Stelle einnehmen, rückten sie in den Kreisen mit indirektem Wahlrecht an erste Stelle; nach ihnen kommen die Jungtschechen mit 5602 Wahlmännern, während die Christlich-Sozialen in diesen Kreisen erst an fünfter Stelle mit 2188 Stimmen erscheinen. Eine Kombination der beiden Kategorien von Wahlkreisen ergibt, daß die Sozialdemokraten in der Kurie des allgemeinen Wahlrechts die bei weitem größte Anzahl von Stimmen vereinigten. Eine hoffentlich zu gewärtigende amtliche Wahlstatistik wird das im Einzelnen nachweisen müssen.

Dieser Stimmenanzahl entspricht auch die Zahl der errungenen Mandate. In der fünften Kurie bilden die 14 sozialdemokratischen Abgeordneten die stärkste Partei und den sechsten Theil der eigentlichen Volksvertretung, welchen Namen allein die Abgeordneten des allgemeinen Wahlrechtes zu führen verdienen.

Im ersten Wahlkampfe schon zeigte sich, daß sämmtliche große Industriebezirke Oesterreichs und die Bergarbeiterbezirke durch und durch sozialdemokratisch sind. Nord- und Westböhmen, der Kladnoer Wahlkreis im Herzen Böhmens, Nordmähren, die mährisch-schlesischen Wahlkreise mit Ostrau, dann Brünn und Graz wurden erobert. Was aber diesen Siegen die Krone aufsetzte, war die Besiegung der Badeniten und der polnischen Schlachta in Krakau und Lemberg. Dazu kommen die in vielen Bezirken sehr bedeutenden Minoritäten, insbesondere unserer tschechischen Genossen in vielen böhmischen Wahlkreisen und in Galizien.

Eine besondere Erwähnung verdient das Wahlresultat in Wien und Niederösterreich. Wir wurden in sämmtlichen neun Wahlkreisen geschlagen. In Wien blieben wir mit 88.350 Stimmen gegen 117.102, die den Christlich-Sozialen zufielen, in der Minorität. Daß die Sozialdemokraten bei der ersten Wahl eine solche Stimmenzahl erreichten, ist ein Zeugniß für den Geist der Wiener Arbeiterschaft. Daß wir unterlagen, hat wesentlich drei Gründe: Wien ist nicht in erster Linie Industriestadt, das industrielle Proletariat bildet den geistig rührigsten, aber nicht zahlreichsten Theil der Bevölkerung; dann standen wir in Niederösterreich und nur hier einer in allen Formen des Wahlkampfes erfahrenen und für ihn speziell organisirten Partei als Neulinge auf diesem Gebiete der Agitation gegenüber; und drittens, was ausschlaggebend war, befand sich der gesammte behördliche Apparat in den Händen unserer fanatischen und vor keinem Mittel zurückschreckenden Gegner. In den ländlichen Wahlbezirken, wo von vornherein keine Aussicht auf Sieg war, haben wir, wie in allen anderen Kronländern, so auch in Niederösterreich ganz erhebliche und vielfach überraschende Erfolge zu verzeichnen und so den Beweis erbracht, daß die bäuerliche Bevölkerung bereits beginnt, zur Sozialdemokratie, die allein auch ihr Rettung bringen wird, Vertrauen zu fassen. Schmerzlich und unerwartet war freilich die Niederlage in dem zum großen Theil industriellen Bezirke Wiener-Neustadt, wo Pernerstorfer fiel, der bewährte und erfahrene Parlamentarier, der stets gegen die Volksfeinde auftrat, saßen sie an welchem Platze immer. Seine Niederlage war der Pfaffen Rache und der Polen Trost.

Mit welchem Interesse unser Wahlkampf von den Genossen im Auslande verfolgt wurde, zeigt deren thatkräftige Antheilnahme an den Wahlen in materieller Beziehung. Unsere braven Waffenbrüder in Deutschland allezeit voran! Sie wendeten unserem Fonds 10.000 Mark zu. Sehr dankenswerthe Beiträge kamen uns aus Belgien, Frankreich, der Schweiz und anderen Ländern zu. Die Genossen des gesammten Auslandes mögen als Dank den Erfolg mit uns theilen. Unser Sieg ist auch ihr Sieg.

Inwieweit sich die sozialdemokratischen Abgeordneten bisher im Parlament bethätigen konnten, wird der Parteitag jedenfalls direkt durch die Abgeordneten selbst erfahren. Gesagt muß jedoch werden, daß unsere Abgeordneten mit der Parteivertretung in ständiger Fühlung sind, und das umsomehr, da ja vier Mitglieder der Parteivertretung dem sozialdemokratischen Verbande angehören.

Durch die Schaffung der Wahlkreise ist in unsere Organisation der Drang nach Umänderung derselben gekommen. Nicht als ob dieser Drang unseren Genossen vordem fremd geblieben wäre. Im Gegentheil! Es wird häufiger und mehr umgeändert, als es die Nothwendigkeit und der Vortheil der Partei erheischt. Wir geben gern zu, daß überall dort, wo sich die gegenwärtige Organisationsform als Fessel erweist, sie den Umständen angepaßt werden soll. Doch muß vorher überlegt werden. Nicht dem Drang einzelner Organisationsverbesserer darf nachgegeben werden. Mißbilligt muß es werden, wenn einzelne Genossen Abänderungen in der Organisation vornehmen, ohne vorher die von der Konferenz gewählte Leitung befragt zu haben, wie sie über die Umwandlung denkt. Unsere Genossen verdienen darauf aufmerksam gemacht zu werden, in derlei Dingen besonders vorsichtig zu sein, da auf diese Art in unseren Reihen die größte Verwirrung angerichtet werden kann. Die Abänderungen in der Organisation werden oft vorgenommen, ohne die Kreisorganisation und die Parteivertretung davon verständigt zu haben. Ein solcher Vorgang ist geeignet, die Schlagfertigkeit unserer Partei zu lähmen.

Daß während der Wahlagitation neben unserer Kreisorganisation, besser gesagt, über diese hinweg, die **Wahl**kreisorganisation von selbst entstand, lag in der Natur der Sache. Diese Metamorphose zu verhindern, wäre, abgesehen von der Unmöglichkeit, unklug gewesen. Wir werden sogar einen Schritt weitergehen und der vollzogenen Thatsache Rechnung tragen müssen, indem wir unsere Organisation nach Wahlkreisen gliedern.

Der Prager Parteitag gab der Parteivertretung auch einen Auftrag, dahingehend, die Einhebung der Parteisteuer zu regeln. Die Schwierigkeiten jedoch, die es macht, hiefür eine einheitliche Form zu finden, konnten bisher noch nicht überwunden werden.

Neben der politischen Organisation der Sozialdemokratie hat in den letzten Jahren auch die gewerkschaftliche Organisation der österreichischen Arbeiterschaft weitere Vorstöße gemacht.

Das Gesetz macht die absolut durchgeführte Trennung zur Pflicht, der auch vollauf Genüge geleistet wird. Das hindert natürlich nicht, daß die Parteivertretung nach Kräften die gewerkschaftliche Organisation fördert und, wo sie kann, thatkräftig in den Lohnkampf eingreift. Daß eine noch so genaue Befolgung des Gesetzes von Seite der Arbeiterorganisationen nicht davor schützt, daß die Regierung gegen unbequeme Vereine im Gegensatze zum Gesetze vorgeht, zeigt die Auflösung der Eisenbahnerorganisation. Die sozialdemokratischen Abgeordneten haben im Parlament dieses Attentat gebührend gekennzeichnet.

Die Maifeier 1896 erhielt sich wie in den Vorjahren auf der Höhe. Die Regierung geht den Unternehmern nach wie vor mit gutem Beispiele voran, um die Maifeier des Proletariats zu vereiteln. Zum Glück sind aber nicht alle Arbeiter darauf angewiesen, in der Regierungswerkstätte ihr Brot verdienen zu müssen. Die immer wiederkehrenden Erlässe der Regierung sind daher nichts anderes als ein alljährlich wiederkehrender Schlag ins Wasser.

Unsere Parteipresse hat von Juni 1896 bis April 1897 einen bedeutenden Aufschwung genommen. Es gab viele Neugründungen, auch solche dem Punkt VII unseres Organisationsstatuts zuwiderlaufende. Der Parteitag wird darüber zu hören bekommen. Die „Arbeiter-Zeitung" hat zu unserer Freude an diesem Aufschwung ebenfalls mit Antheil genommen. Sie hat der Gesammtpartei und den einzelnen Wahlkreisen im Wahlkampfe großartige Dienste geleistet. Nach wie vor müssen die Parteigenossen allüberall dafür sorgen, daß der „Arbeiter-Zeitung" die weiteste Verbreitung zutheil wird. Stolz können wir die Behauptung aufstellen, daß unser Zentralorgan das einzige Blatt in Oesterreich ist, das ohne Subventionen besteht und nicht von den Korruptions-, den Schweig- oder Lärmgeldern lebt.

Die politische und finanzielle Grundlage unseres Tagblattes ist **nur** die Abnehmerzahl. Diese stetig zu vermehren, muß uns allen heilige Pflicht sein. Der Zeitungsstempel verhindert in Oesterreich mit den Aufschwung unserer Presse. Unserem Tagblatt wurden durch die Stempelsteuer schon in den zwei ersten Jahren mehr als 100.000 fl. entzogen. Die Wochenblätter leiden ebenfalls unter

der Stempelpflicht. Die Sozialdemokratie hat daher, in Erwägung all dieser Umstände, jede Gelegenheit wahrgenommen, um für die Aufhebung des berüchtigten § 23 des Preßgesetzes zu demonstriren. Daß solche rückständige Bestimmungen bei uns noch existiren, zeigt, daß die Verwaltung in Oesterreich türkischer ist als in der Türkei selbst.

Innerhalb des letzten Jahres hat sich die Verbindung der Organisationen aller Zungen in Oesterreich enger gestaltet und gefestigt. In der Parteivertretung selbst sind außer den Deutschen die Parteigenossen tschechischer, polnischer, slovenischer und italienischer Zunge vertreten, und wir können bei allen nur ein Vorwärtsschreiten der Organisation konstatiren. Selbst in Dalmatien beginnt sich's zu regen, und in der Bukowina kommen schon sehr häufig Maßregelungen wegen der sozialdemokratischen Gesinnung vor. Der Aufschwung bei den Slovenen und den Italienern rührt aus der letzten Zeit her. Die Wahlbewegung hat gerade hier großartige Erfolge gebracht. Während die Regierung aufs neue den Nationalitätenhader entfacht und so die Staatsbürger untereinander zu gegenseitiger Verachtung aufreizt, die Völker entzweit, damit sie nicht geschlossen gegen die Regierung auftreten, sind es die auf Grund des Hainfelder Programms organisirten Arbeiter, die den Kampf gegen die Herren auf der Regierungsbank und gegen die Ausbeuter jeder Zunge, brüderlich vereint, aufgenommen haben.

Im Vorjahre nahmen seitens der österreichischen Sozialdemokratie zwei Delegirte am internationalen Sozialisten- und Gewerkschaftskongreß in London theil. Desgleichen war unsere Partei am Parteitag der deutschen Sozialdemokratie, welcher 1896 in Gotha tagte, durch einen Delegirten vertreten. Unsere Beziehungen zu den auswärtigen Genossen sind die brüderlichsten.

So ist denn, wie der kurzgefaßte Bericht zeigt, das Jahr seit dem Prager Parteitag eine ereignißreiche Zeit für unsere Partei gewesen. Unsere Kräfte wurden stark angespannt; die Partei hat sich als stark erwiesen.

Je mehr Streiter in der Zukunft sich an dem Kampf um die wahre Freiheit des Volkes und dessen einzig heiligste Güter, die Arbeitskraft und die Gesundheit des Volkes, betheiligen, um so leichter wird das Ringen für den Einzelnen, der jetzt für mehrere kämpfen muß. Wenn die Parteigenossen bedenken, daß bei all unseren Kämpfen gegen die brutal daherschreitende Gewaltherrschaft gedungene Verleumder, geriebene Ehrabschneider und sonstige ehrlose Wichte nicht nur der gesammten Partei, sondern auch den einzelnen Vertrauensmännern der Partei das ganze Jahr hindurch planmäßig in den Rücken fielen, ohne das Vertrauen der Parteigenossen zu erschüttern und ohne der Partei schaden zu können, können wir wohl getrost der Zukunft entgegensehen. Und wenn alle Welt sagt: „Nach gethaner Arbeit ist gut ruhn!", halten wir Sozialdemokraten dabei nicht mit. Bei uns gibt's keinen Ruhepunkt, und jeder Erfolg der Sozialdemokratie stellt ihr neue Aufgaben, die sie zum Wohle des arbeitenden Volkes lösen muß und wird. Für die Parteivertretung: Franz Schuhmeier, Parteisekretär.

Bericht des Kassiers.

Im abgelaufenen Berichtsjahre (1. Mai 1896 bis 30. April 1897) hat die Partei, wie aus den unten folgenden Ziffern hervorgeht, weit größere finanzielle Mittel aufgebracht als in den Vorjahren. Die Summe von 36.000 fl., die zum überwiegenden Theil aus Sammlungen aufgebracht wurde und nur zum geringeren Theil aus dem Ertrage gewisser Parteiunternehmungen (Maifestzeichen, Festschriften 2c.) herrührt, bedeutet ein um so glänzenderes Zeugniß für die Opferwilligkeit der Parteigenossen, als sie lediglich den bei der Zentrale eingelaufenen Betrag vorstellt, somit mindestens um das Vierfache vermehrt werden muß, wenn man die Höhe der in Wahrheit von den Parteigenossen aufgebrachten Gelder ermessen will. Im Vergleich zu dem von der Partei Geleisteten erscheint diese Summe trotzdem klein, insbesondere mit Rücksicht auf die ungeheure Wahlarbeit der letzten Monate. Die hier an-

geführten Ziffern bedeuten nur eine Gesammtübersicht über Einnahmen und Ausgaben der Partei, während der detaillirte Bericht auf dem Parteitage selbst erstattet werden wird.

Uebersicht.

	Einnahmen	Ausgaben	Mehreinnahmen	Mehrausgaben
Agitationsfonds . . .	5.318·17	6.734·53½	—	1.416·36½
Inhaftirtenfonds . . .	950·83	1.196·53	—	245·70
Wahlfonds	22.294·43½	18.661·69	3.632·74½	—
Maifonds	1.884·03	1.254·90	629·13	—
Altes Broschürenkonto .	20·—	560·—	—	540·—
Summe	30.467·46½	28.407·65½	4.261·87½	2.202·06½
Saldo		2.059·81		
		30.467·46½		

Außerdem wurden für den Preßfonds des Zentralorgans 6337 fl. 80½ kr. gesammelt.

Dr. W. Ellenbogen, Parteikassier.

Revidirt und richtig befunden:

Für die Kontrole: Eduard Zeller.

Berichte.

Kreis Niederösterreich. Organisation und Agitation. Unsere Kreisorganisation hat im abgelaufenen Berichtsjahre eine Zeit ununterbrochener Thätigkeit hinter sich. Die Gewißheit, daß das Ministerium Badeni eine Wahlreform, wenn auch eine möglichst schlechte, der Arbeiterschaft wird geben müssen, drängte alle Organisationen dazu, gleich unmittelbar nach dem Parteitag in Prag alle Vorbereitungen zu treffen, um im gegebenen Momente möglichst geschlossen auf allen Linien in die Wahlagitation eintreten zu können. Diesem Umstande ist es auch zuzuschreiben, daß mehrere Organisationsbezirke einer neuerlichen Abgrenzung unterzogen werden mußten. Zur Zeit haben wir 21 Organisationsbezirke.

Analog den jetzt bestehenden Wahlkreisen der fünften Kurie, werden denselben sich die Organisationen anpassen müssen und demgemäß künftighin in engerer Fühlung unter einander verbleiben, um die neugeschaffenen Organisationsbezirke bis zur nächsten Wahlkampagne besser bearbeiten zu können.

Neben der politischen Organisation schreitet in Wien und im Kreise Niederösterreich auch die gewerkschaftliche Organisation vorwärts. Durch die Auflösung der Eisenbahnerorganisation wurde die Zahl der in Wien und Niederösterreich organisirten Arbeiter um zirka 4000 vermindert; wenn aber hingegen das stete, wenn auch langsame Steigen der Mitgliederanzahl in fast allen Gewerkschaften ins Auge gefaßt wird, so ergibt dies das Resultat, daß trotz des obangeführten Falles in Wien und der Provinz die Zahl der organisirten Arbeiter zirka 35.000 beträgt.

Entsprechend der Organisation wurde auch auf dem Gebiete der Agitation bedeutend mehr als im Vorjahre geleistet, denn in einzelnen Bezirken wurde im Herbst schon mit der Wahlagitation begonnen und insbesondere jene Orte am flachen Lande mit Versammlungen bedacht, welche sonst immer als eine Domäne unserer klerikalen Gegner betrachtet wurden. Es fanden in der Zeit vom 1. Mai 1896 bis 30. April 1897 (mit Ausschluß der während der Wahlperiode abgehaltenen Wählerversammlungen) in Wien und der Provinz 378 Volksversammlungen statt. Davon wurden fünf verboten, sieben aufgelöst. Wählerversammlungen, von deren Stattfinden der Kreisausschuß verständigt wurde, wurden während der Wahlbewegung 453 abgehalten, davon 383 in Wien.

Auch die tschechischen Organisationen und die der Frauen hielten in derselben Zeit zusammen zirka 50 Versammlungen, zumeist in Wien ab. Nebstbei wurden von den Vertrauensmännern unzählige Wahlbesprechungen in Wien und der

Provinz einberufen, welche die Zahl 500 allein für sich beanspruchen dürften. Die fieberhafte Thätigkeit, die allerorts während der Wahlbewegung entfaltet wurde, verhinderte es leider nicht, daß bei den Wahlen in die fünfte Kurie kein einziger unserer Kandidaten durchdrang. Welche Ursachen dieses Ergebniß herbeiführte, das wurde in unserer Parteipresse schon genügend erörtert. Doch es hieße ungerecht gegen sich selbst sein, wenn man sich der Thatsache verschließen würde, daß die Anzahl der in allen neun niederösterreichischen Wahlkreisen für unsere Kandidaten abgegebenen Stimmen eine gewaltige zu nennen ist. Trotz der Niedertracht der Gegner, welche in vielen Orten, am Lande und in Wien, nicht nur Hunderten, sondern Tausenden von Wählern der fünften Kurie die Stimmzettel gar nicht zukommen ließen, sondern sie für ihre Kandidaten zurückbehielten, ergibt sich für Wien über den Ausgang der Wahlen folgende

Gesammtübersicht.

Wahlkreis	Zahl der Wahlberechtigten	Abgegebene Stimmen	Gestimmt haben für den Antisemiten	Sozialdemokraten
I.	41.826	31.930 (76%)	16.056	13 810
II.	60.511	47.164 (77 „)	25.111	19.154
III.	54.195	43.351 (79 „)	23.938	18.076
IV.	59.585	46.530 (78 „)	27.177	16.390
V.	61.801	47.834 (77 „)	24.820	20.920
Zusammen	277.918	216.809 (77%)	117.102	88.350

Im VI. Wahlkreis (St. Pölten) erhielt unser Kandidat . . . . . 10.345 Stimmen
„ VII. „ (Krems) „ „ „ . . . . . 3.460 „
„ VIII. „ (Korneuburg) „ „ „ . . . . . 9.339 „
„ IX. „ (Wr.-Neustadt) „ „ „ . . . . . 21.987 „

Es wurden demnach in unserem Kreise 133.481
sozialdemokratische Stimmen abgegeben.

Die Maifeier war heuer in Wien, obwohl der 1. Mai auf einen Samstag fiel und viele Arbeiter ohne vorherige Lohnauszahlung an derselben theilnehmen mußten, eine imposante und übertraf sogar nach mehrfachen übereinstimmenden Schätzungen manche ihrer Vorgängerinnen. Als ein erfreuliches Zeichen des beginnenden Klassenbewußtseins unter einem Theile der bisher indifferentesten und bedürfnißlosesten Arbeiterschaft ist die Betheiligung vieler Hunderte italienischer Arbeiter an der Maifeier in Wien zu konstatiren. Die Arbeiten an den großen Verkehrsanlagen und der Wienflußregulirung im Wiener Gemeindebezirke ruhten gänzlich. Auch in Hütteldorf, Weidlingau und Purkersdorf wurde auf den Bauten der Wienflußwasserleitung, Sammelbassins und den Steinbrüchen, wo fast nur italienische Arbeiter beschäftigt sind, am 1. Mai nicht gearbeitet.

Ebenso betheiligten sich viele erst durch die Wahlagitation gewonnene Orte an der Maifeier durch Einhaltung der Arbeitsruhe.

Politische Verfolgungen. Der unglückselige Zwischenfall bei der vorjährigen Maifeier in Wien, welcher der Polizei zu Fuß und zu Pferde Gelegenheit gab, mit dem Säbel und den Hufen der Rosse das Publikum zu gefährden, forderte leider viele Opfer und nicht alle sind Parteigenossen gewesen, die dem Staatsanwalte in die Hände fielen. 47 Verurtheilungen vom 1. Mai 1896 ergaben 24 Jahre 11½ Monate schweren und einfachen Kerkers sowie Arrest. Ferner sind Verurtheilungen wegen Majestätsbeleidigung, öffentlicher Gewaltthätigkeit, §§ 23 und 24 Pr.-G., § 2 Vers.-G., §§ 12 und 19 Vers.-G., §§ 312, 491 und 496 Str.-G. (und dann die berüchtigten Haß- und Verachtungsparagraphe fehlten auch nicht) vorgekommen. Damit ist aber die Zahl der politischen Verfolgungen noch nicht erschöpft. Seit dem Monate März regnete es bis vor Kurzem noch Verurtheilungen wegen Uebertretung des Kolportageverbotes während der Wahlperiode. Es wurden Geldbußen von 5—20 fl. und Arreststrafen von 24 Stunden bis 14 Tagen, theils wegen Uebertretung des § 23 Pr.-G., theils wegen Uebertretung des § 24 Pr.-G. zudiktirt. Aufrichtig gestanden, hat aber trotz alledem der § 23 Pr.-G. in unseren Augen nicht an Achtung gewonnen. Wir sind eben eine politische Partei, die vorwärts drängt und bei der es heißt: „Was sein muß, muß sein!“

Presse. Außer unserem Landesorgan „Volkstribüne“ erscheint in Neunkirchen das Wochenblatt die „Gleichheit“ (früher „Neunkirchener Volkszeitung“), welches eine Auflage von 7000 Exemplaren aufweist. Während der Wahlperiode gab die Floridsdorfer Organisation behufs wirksamer Agitation unter der Landbevölkerung für den VIII. Wahlkreis eine an jedem zweiten Donnerstag erscheinende Zeitung „Der Wähler“ heraus, welche sich in der Wahlagitation sehr gut bewährte.

Was das Landesorgan die „Volkstribüne" betrifft, so ist deren Stand ein günstiger zu nennen, denn die Auflage derselben befindet sich in stetem Steigen. Während die „Volkstribüne" Ende März 1896 eine Auflage von 10.000 Exemplaren zu verzeichnen hatte, besitzt dieselbe mit Ende März d. J. eine Auflage von 17.000 Exemplaren. Wünschenswerth wäre es, daß die Genossen nicht erlahmen und stets für neue Abnehmer des Landesorganes sorgen.

Kassabericht.

Aus demselben werden die Genossen die Einnahmen und Ausgaben des Agitationsfonds ersehen. Die Einnahmen desselben stellen sich gegen das Vorjahr um zirka fl. 3270 niedriger und ist dies damit zu erklären, daß die Organisationen während mehr als 5 Monate ausschließlich für den Wahlfond ihres Wahlkreises sammelten, um für die Bedürfnisse der Wahlagitation aufkommen zu können. Speziell die Wiener Wahlkreise führten aber auch für den Zentralwahlfond sehr namhafte Beträge ab und der Agitationsfond kam daher eine Zeit lang schlecht dabei weg. Mit Genugthuung ist es zu verzeichnen, daß die Organisationen der Provinz Niederösterreich sich immer mehr (mit Ausnahme einiger Bezirke) daran gewöhnen, für ihre finanziellen Bedürfnisse selbst aufzukommen und regelmäßig alle Vierteljahre mit dem Kreiskassier Abrechnung pflegen. Es wäre sehr geboten, daß auch die wenigen noch vorhandenen Bezirke, von welchen man dieses bis heute leider noch immer nicht berichten kann, sich dieser Ordnung anpassen würden. Nachstehend der

Kassabericht.

Zeit	Einnahmen	Ausgaben	An die Parteivertretung abgeführt
	Gulden	Gulden	Gulden
Vom 1./3.—30./4. 1896	1.087·54	780·72	306·82
„ 1.—31./5. „	304·32	238·70	65·62
„ 1.—30./6. „	283·09	173·17	109·92
„ 1.—31./7. „	423·89	334·76	89·13
„ 1./8.—30./9. „	660·69⁵	467·17⁵	193·52
„ 1./—31./10. „	469·62	408·62	61·—
„ 1./—30./11. „	807·56	447·16	360·40
„ 1.—31./12. „	1.004·23	880·81	123·42
„ 1./1.—31./3. 1897	1.493·41	1.222·87	270·54
„ 1.—30./4. „	1.580·16	1.267·90*)	312·26
Vom 1./3. 1896—30./4. 1897	8.114·51⁵	6.221·88⁵	1.892·63

Kreis Oberösterreich. Die Organisation besteht aus der Kreiskonferenz, neun Bezirks- und zwei tschechischen Organisationen, welche, den gegebenen Verhältnissen entsprechend, den Anforderungen im abgelaufenen Jahre nachgekommen sind. Politische Vereine sind zwei im Kronlande, und zwar in Linz und in Steyr. Außerdem bestehen zwölf Arbeitervereine mit 7 Filialen, 1 Arbeiterinnenverein, 21 gewerkschaftliche Vereinigungen, 3 Bezirksverbände (je 1 in Linz, Steyr, Wels), 3 Gesangvereine und 1 Stenographenverein. Volksversammlungen fanden seitens der Kreisvertretung 24 statt. Der politische Verein „Gleichheit" unterstützte uns sehr in der Agitation, indem durch dessen Leitung 16 Versammlungen arrangirt und abgehalten wurden. In der Wahlperiode fanden sehr viele Wählerversammlungen statt. Eine genaue Ziffer fehlt darüber.

Zur Wahlbewegung selbst ist anzuführen, daß jedem Wahlkreise nur sehr geringe Mittel zur Verfügung standen und der Kampf daher nicht in ausgedehntestem Maße geführt werden konnte. Im ersten Wahlkreise betrugen die Gesammteinnahmen fl. 579·07, welcher Betrag aufgebraucht wurde. In Linz wurden von den aufgestellten 90 Wahlmännern unserer Partei 58 im ersten Wahlgange und 32 bei der Stichwahl gewählt. Bei der Hauptwahl erhielten wir 3444 Stimmen von 6040 giltig abgegebenen. Weiter wurden die von uns aufgestellten Wahlmänner gewählt in St. Peter 3 mit 109 von 183 Stimmen; in Schwertberg 3, in Perg 4, Wiedegg 1 und Mauthausen bei der

*) Darunter fl. 400 für den Preßfond der „Arbeiter-Zeitung".

Hauptwahl 1, bei der Stichwahl die weiteren 3. Im zweiten Wahlbezirke wurden in Steyr unsere sämmtlichen 43 Kandidaten beim ersten Wahlgange durchgebracht, ebenso in Wolfsegg 5, Goisern 8. Im dritten Wahlbezirke hatten wir keinen Erfolg.

In allen drei Wahlbezirken haben wir sehr viele Orte mit bedeutenden Minoritäten, und haben die Wahlen eine sehr tüchtige und kräftige Agitations- und Organisationsarbeit gezeitigt. Zur Erleichterung der Wahlagitation wurde die Organisation den Wahlkreisen angepaßt, deren Oberösterreich 3 zählt, und in denen die Wahlkreiskomités selbstständig wirkten. Die Maifeier hatte weder im Vorjahre noch heuer einen Rückgang genommen, und der Gedanke, dieselbe auch fernerhin in stärkerem Maße durchzuführen, gelangt mehr und mehr zum Durchbruch. An politischen Verfolgungen hatten wir einen Fall zu verzeichnen, der mit einem Freispruch endete, und einige Fälle wegen Uebertretung des § 23 P.-G., die zu Verurtheilungen führten. Was die Presse anbelangt, muß gesagt werden, daß am meisten verbreitet die „Volkstribüne" ist; auch die „Arbeiter-Zeitung" nimmt an Verbreitung zu, wenn auch nicht in dem Maße als es wünschenswerth wäre. Seit Februar 1897 erscheint auf Grund eines Beschlusses der Kreiskonferenz ein oberösterreichisches Parteiblatt, „Die Wahrheit", Organ zur Verbreitung sozialdemokratischer Grundsätze für Oberösterreich. Das Blatt hat eine Auflage von 4000 Exemplaren, ist finanziell gesichert und dürfte im Herbst 1897 monatlich dreimal erscheinen. Die Kreisvertretung hatte fl. 203·19 an Einnahmen und fl. 207·12 an Ausgaben, mithin ein Defizit von fl. 3·93.

Kreis Salzburg. Die Parteiverhältnisse haben sich im abgelaufenen Jahre wesentlich gebessert, die Zahl der Bezirksorganisationen wird in Folge dessen auf der nächsten Kreiskonferenz vermehrt werden müssen.

Die Kreisorganisation Salzburg ist in fünf Bezirksorganisationen eingetheilt. Die Zahl der Organisationen wurde um drei vermehrt. Behördlich fistirt wurden zwei, die der Bäcker und der Eisenbahner. Die „Aufgelösten" sind aber für die Partei nicht verloren. Es bestehen derzeit sechs Gewerkschaftsvereine, die berechtigt sind, ihre Thätigkeit über das ganze Kronland zu erstrecken, drei Verbands-Ortsgruppen, vier Arbeiter-Bildungsvereine und ein politischer Verein.

Die Zahl der Mitglieder hat in allen Organisationen zugenommen und beträgt gegenwärtig zirka 1500.

Nebst den Wählerversammlungen, die nicht registrirt sind, hat der politische Verein 30 Volksversammlungen und vier öffentliche Vereinsversammlungen im Kreis abgehalten. Die Arbeiter-Bildungs- und die Gewerkschaftsvereine halten regelmäßig monatlich eine Versammlung ab. Da sich die § 2-Versammlungen bei den einzelnen Organisationen stets mehren, werden dieselben nicht verzeichnet.

Politische Verfolgungen sind nur wegen § 23 Pr.-G. zu verzeichnen. Begonnen haben dieselben einige Zeit nach der Verbreitung der Wahlaufrufe. Hauptsächlich betroffen wurden jene Genossen, die in den Gebirgsthälern die Vertheilung besorgten. Zumeist wurden dieselben von den Anhängern der klerikalen Partei denunzirt. Besonders empfindlich war die Strafe deshalb, weil alle nach Salzburg vorgeladen wurden, was bei manchen einen Zeitverlust von zwei bis drei Tagen bedeutete. Das städt.-del. Bezirksgericht verurtheilte zwei Genossen zu je fl. 5, sieben Genossen zu je fl. 2.

Die Maifeier 1896 war trotz der ungünstigen Witterung eine sehr zufriedenstellende. Es zeigte sich, daß die Arbeiterschaft auf die Maifeier nicht mehr verzichtet. Auch die Unternehmer fangen die Maifeier als eine ständige Einrichtung zu betrachten an, nur die Baumeister sträuben sich noch dagegen.

Die Wahlbewegung hat auch hier alles aufgerüttelt. Leider fehlte es an der nothwendigen Zahl von Referenten, um allen Anforderungen nachkommen zu können. Die Kleinbauern und landwirthschaftlichen Arbeiter können eben nur an Sonntagen an einer Versammlung theilnehmen, da sie zu weit entfernt wohnen. Es hätten an jedem Sonntag vier bis sechs Versammlungen stattfinden sollen; da wir nur einen Referenten haben und die nothwendigen Kommunikationsmittel, um schnell von einem Ort zum anderen zu kommen, fehlen, so war es selten möglich mehr als zwei Versammlungen abzuhalten. Trotzdem war das Resultat ein ganz gutes zu nennen. Wir hatten 45 Wahlmänner unserer Parteirichtung durchgebracht. An vielen Orten hatten wir bedeutende Minoritäten zu verzeichnen. Ueberall dort, wo eine größere Zahl von Arbeitern vorhanden ist, sind unsere klerikalen Gegner unterlegen.

Ein genaues Verzeichniß der für uns abgegebenen Stimmen ist bei diesem miserablen Wahlsystem nicht möglich zu erhalten. Wir erhielten in Salzburg und den Vororten zirka 2000, in Hallein und Umgebung 500 Stimmen.

Der Wahlkampf hat uns Gelegenheit gegeben, in viele Orte einzudringen, wo früher nie eine Versammlung war, und werden wir, so viel in unseren Kräften steht, dafür sorgen, daß die Agitation nicht ruht.

In den Organisationen ist die größte Zahl der in Oesterreich erscheinenden Parteiblätter vertreten. Stark gelesen wird die „Volks-Zeitung" aus Innsbruck. Die Abonnentenzahl der „Arbeiter-Zeitung" ist im steten Zunehmen.

Wie überall, so ist auch bei uns die finanzielle Frage die unangenehmste, es ist noch immer nicht gelungen, die gesammten Parteigenossen zu regelmäßigen Parteibeiträgen heranzuziehen. Die Parteiauslagen werden theils durch Sammellisten, theils aus den Ueberschüssen diverser Unterhaltungen gedeckt. Die Kreisvertretung hat gegenwärtig noch an einem Defizit von den Wahlen her zu nagen.

Wir schließen den Bericht mit der Versicherung, daß wir trotz aller Widerwärtigkeiten in unserem schwarzen Winkel vorwärts kommen. Das Resultat des Wahlkampfes berechtigt uns zu den besten Hoffnungen.

Kreis Steiermark. In politischer Beziehung war im abgelaufenen Jahre die Wahlbewegung dominirend. Die Versammlungen der politischen Vereine, deren wir fünf in Steiermark haben, behandelten in allen ihren Versammlungen Themas, die auf die Wahlbewegung Bezug hatten. Hiebei kam auch zumeist der Gegensatz zwischen christlich-sozial und sozialdemokratisch präzis zum Ausdruck, obwohl dies nicht immer leicht war, da wir in Steiermark selbst sogenannte Christlich-Soziale nicht haben, sondern bloß Klerikale, die den Christlich-Sozialen nur durch die wahrhaft ekelhafte Verleumdungssucht und sonstige Niedertracht der Kampfesweise ähnlich sind. Vor der Ausschreibung der Wahlen wurden an 200 Volksversammlungen und politische Vereinsversammlungen abgehalten, wobei es manchmal mit den Klerikalen, die stets Bauern von weit und breit als Sukkurs herbeiriefen, zu Renkontres kam. Außer in einer einzigen Versammlung siegten wir allerorts. Nach Ausschreibung der Wahlen gingen die Wählerversammlungen ins Ungezählte, und es haben zur Zeit der letzten Wahlen sicher über 1000 Wählerversammlungen in Steiermark stattgefunden. In den entlegensten Ortschaften hielten wir Versammlungen ab und verbreiteten unsere Schriften. Der von der Reichsparteivertretung herausgegebene Wahlaufruf wurde in 80.000 Exemplaren verbreitet. Eine besonders für die Landagitation wirksame Schrift war „'s Thor zua", welche in über 20.000 Exemplaren verbreitet wurde, wofür unsere Genossen und Genossinnen von den Geistlichen öffentlich und sogar in Predigten denunzirt wurden.

Der Wahlkampf war in Steiermark, insbesondere in Graz, sehr intensiv, und selbst die sonst sehr behäbigen Pfaffen, ja auch die allerdicksten, liefen wie 16jährige Jungen und scheuten kein Mittel, um Stimmen für ihre Kandidaten zu bekommen. Die gegnerischen Kandidaten selbst spielten die denkbar traurigste Rolle. Beinahe in keiner einzigen größeren Ortschaft hielten sie eine öffentliche Versammlung. Sie schimpften und schmähten uns hinter verschlossenen Thüren und riefen, sobald Genossen in eine solche Versammlung kommen wollten, Polizei und Gendarmerie herbei. In Graz sollte sogar einmal Militär requirirt werden, doch waren die Arbeiter eher vom Versammlungslokale abgezogen, bevor dasselbe erschien. Der Terrorismus, den die Klerikalen auf den Dörfern und hauptsächlich in den Gebirgsorten ausübten, war grenzenlos.

Die Wahl selbst endete in drei Wahlbezirken (Bruck, Feldbach und Cilli [indirekte Wahl]), mit dem Siege der Klerikalen und in einem Wahlbezirke (Graz [direkte Wahl]) nach einer Stichwahl mit dem Siege unseres Kandidaten. Mit Ausnahme von Graz ließ sich bisher infolge mangelhafter Berichte der Vertrauensleute die Zahl der Urwählerstimmen nicht bestimmt feststellen. In Graz erhielten bei dem ersten Wahlgange unser Kandidat Gen. Resel 16.517, der klerikale Theologieprofessor Gutjahr 14.518, der deutschvolkliche 7685 und ein weiterer Kandidat 481 Stimmen. Bei der Stichwahl erhielt Gen. Resel **21.047**, Gutjahr 18.134 Stimmen. Aus den ländlichen Gerichtsbezirken, in denen allerdings einige Industrieorte liegen, erhielt Resel 8852 Stimmen, Gutjahr 13.433 Stimmen.

Wie es in den klerikalen Wahlorten zuging, beweist, daß nach der Zahl der abgegebenen Stimmen in dem ländlichen und sehr gebirgigen Wahlorte Fölling trotz Regenwetter von 1962 Wahlberechtigten 1565 bei der Wahlurne erschienen *sein sollen*. Im zweiten Wahlkreis Bruck a. d. M. erhielt Gen. Pongratz 195 Wahlmännerstimmen, der klerikale als christlich-sozialer Kandidat Schoiswohl erhielt 436 Stimmen. In den Industrieorten siegten durchwegs unsere Genossen, mitunter mit vielen hunderten von Stimmen gegen einzelne oder wenige Dutzend Klerikale. Im politischen Bezirke Leoben, von wo die genauesten Daten vorliegen, erhielten die Klerikalen trotz der vielen Landgemeinden bloß 2312 Urwählerstimmen, während wir 4248 erhielten. Im dritten Wahlkreis Feldbach erhielt unser Kandidat Gen. Drößler 108 Wahlmännerstimmen, der klerikale Kurz 414. In diesem Wahlbezirke, der zumeist aus Landgemeinden besteht, brachte die Marburger Bezirksorganisation allein 71 Wahlmännerstimmen auf. Im vierten Wahlkreis *Cilli* (slovenisch) erhielt unser Kandidat Gen. Ropas unter Mithilfe der Deutschnationalen 98 Wahlmännerstimmen, der slovenisch-klerikale Ziskar 484 Stimmen.

Die Wahlbewegung im Allgemeinen zeigte, daß das Wahlrecht, und sei es noch so miserabel, ein außerordentliches Agitationsmittel ist; sie zeigte uns aber auch, wie raffinirt das derzeitige V. Kurie-Wahlrecht darauf angelegt ist, die Wahl von Sozialdemokraten zu hindern. Aber trotz alledem gelang es uns, in Steiermark wenigstens einen unserer Kandidaten durchzubringen, was außer dem agitatorischen Erfolge auch noch einen Sieg der Sozialdemokraten über die Pfafferei bedeutet. An dieser Stelle muß hervorgehoben werden, daß die Arbeiterschaft des Grazer Wahlkreises mit außerordentlicher Hingabe und Aufopferung arbeitete.

Außer den physischen Opfern wurden in dem abgelaufenen Berichtsjahre auch sehr namhafte materielle gebracht. Vom 1. Juli 1896 bis zum 1. April 1897 wurden von der Kreisvertretung für den Agitationsfonds fl. 1929·86 eingenommen und fl. 1924·98 ausgegeben. Für den Wahlfonds liefen ein: fl. 1980·75½; Ausgaben waren fl. 1932·11. Für den Unterstützungsfonds gingen fl. 78·93 ein und wurden fl. 69 ausgegeben. Dabei sind aber die nach Hunderten Gulden zählenden Einnahmen und Ausgaben der Bezirksorganisationen nicht gerechnet. Alle Fonds weisen gegen das Vorjahr eine beinahe doppelte Einnahme auf, was gewiß den Fortschritt der Bewegung in Steiermark kennzeichnet.

Die Presse hat einen erfreulichen Aufschwung genommen. Der „Arbeiterwille" ist von 3000 Exemplaren Auflage auf 7000 gestiegen.

Die Maifeier war heuer noch stärker als im Vorjahre, obwohl einzelne Bezirksorganisationen ihre Pflichten in dieser Hinsicht total vernachlässigten.

Die politischen Verfolgungen waren im abgelaufenen Jahre ziemlich groß und bestanden hauptsächlich in der Uebertretung des § 23 Pr.-G. Es wurden zirka 80 Genossen, und zwar zu Strafen von fl. 2 bis zu fl. 20 verurtheilt, sehr oft über Denunziation von klerikaler Seite. Eine Anzahl Genossen wurden wegen Majestätsbeleidigung in Untersuchung gezogen. Sie wurden von den Klerikalen vorerst provozirt und darnach denunzirt. Die Klerikalen brachten in ihren Versammlungen, nachdem sie über die Sozialdemokraten ihr Geschimpfe abgeleiert hatten, stets ganz unvermittelt ein Hoch auf den Kaiser aus und denunzirten unsere Genossen, die aus Empörung über ein solches Vorgehen sitzen blieben. Ein Genosse saß darob mehrere Monate in Untersuchung und wurde dann zu vier Monaten schweren Kerker verurtheilt.

Wenn wir auch der Ueberzeugung sind, daß einen eigentlichen Werth nur die fixen Ziffern bilden, die der Kreisvertretung leider nicht zu Allem zur Verfügung stehen, so glauben wir doch, daß aus dem vorstehenden Bericht mit Gewißheit hervorgeht, daß das Kreiskomité für Steiermark mit Befriedigung auf den Fortschritt der Bewegung im abgelaufenen Jahre zurückblicken kann.

Kreis Kärnten. Seit dem letzten Parteitag wurde auch in unserem Lande eine intensivere Thätigkeit in der Organisation wie in der Agitation entwickelt. Es wurden insbesondere durch die Wahlbewegung mehrere Orte gewonnen. Einige Bezirksorganisationen haben sich erweitert und verstärkt. Im Organisationsbezirk Spital a. d. Drau wurde die Organisation durch die Gewalt der Arbeitgeber unter Mithilfe der Behörde zur Auflösung gebracht. Die Kreisorganisation Kärnten ist in neun Bezirksorganisationen eingetheilt.

Nach Beschluß der Landeskonferenz der Vertrauensmänner am 15. August 1896 hat sich der Arbeiter-Fortbildungs-, Rechtsschutz- und Unterstützungsverein für Kärnten in einen Allgemeinen Arbeiter-Gewerkschaftsverein für Kärnten mit seinem Sitze in Klagenfurt umgebildet. Nach diesem Beschluß haben sich auch die bestandenen Arbeiter-Bildungsvereine theils aufgelöst und sistirt, theils sind in diesen Orten Vororte (Ortsgruppen) des Allgemeinen Arbeiter-Gewerkschaftsvereines gebildet worden.

Auch der Gewerkschaftsverein der Bauarbeiter Kärntens hat sich aufgelöst und dem Allgemeinen Arbeiter-Gewerkschaftsverein angeschlossen. Die Ortsgruppen der Eisenbahner in Villach, Klagenfurt, Tarvis und St. Veit a. d. Glan wurden durch den Erlaß des Ministeriums des Innern aufgelöst. In Villach besteht der politische Verein „Vorwärts" mit einem Mitgliederstand von 130 Personen.

In der abgelaufenen Periode wurde eine Landeskonferenz und sechs Bezirkskonferenzen abgehalten. Die Lokalorganisationen hielten 42 Sitzungen. Die Volksversammlungen fanden statt in den Bezirken: Villach 26, St. Veit a. d. Glan 10, Wolfsberg 2, Feldkirchen 4, Völkermarkt 7, Spital 3, Klagenfurt 7, Friesach, Althofen 3, Hüttenberg 5. Zu diesen 67 Versammlungen wurden zum größten Theil von der Kreisvertretung Referenten gestellt und auch die Kosten dieser Versammlungen mußte die Kreisvertretung fast allein tragen.

Die Maifeier 1896 wurde in Villach zum größten Theil durch Arbeitsruhe begangen. Früh Umzug und Versammlung, Nachmittag Festlichkeit. In den Orten Klagenfurt, St. Veit, Feldkirchen, Althofen, Bückl und Völkermarkt wurde die Maifeier mit theilweiser Arbeitsruhe durchgeführt.

Politische Verfolgungen. 26 Genossen wurden wegen Verbreitung der Wahlaufrufe angeklagt und insgesammt zu fl. 36 Geldstrafe verurtheilt. Zwei Genossen wurden verurtheilt wegen § 2 des Vers.-G zu einer Geldstrafe von fl. 2.

Parteipresse. In Partien bezogen wird „Arbeiter-Zeitung", „Volkstribüne", „Arbeiterwille", „Glühlichter", „Glück auf!"

Die Gewerkschaft der Metallarbeiter, Schuhmacher, Gerberarbeiter, Holzarbeiter und Hutmacher haben ihre Fachpresse obligatorisch eingeführt.

Anläßlich der Reichsrathswahlen wurden durch die Kreisvertretung 55 Wählerversammlungen im ganzen Lande, welches nur einen Wahlkreis bildet, abgehalten. Auf 75.241 Wähler der fünften Kurie entfällt ein Abgeordneter. Gewählt wurde indirekt. Der Kampf war heiß. Die Deutschnationalen haben sich mit den Klerikalen brüderlich vereint, um dem gemeinsamen Feind, der Sozialdemokratie, die Stirn bieten zu können. Bei der Hauptwahl wurden für den Deutschnationalen 453 Wahlmännerstimmen abgegeben. Unser Kandidat erhielt 101 Wahlmännerstimmen, der klerikale 54. Der klerikale Kandidat ist vor Wahlschluß von der Kandidatur zurückgetreten, obwohl bereits 150 klerikale Wahlmänner gewählt waren. Die Klerikalen haben somit den Sieg des deutschnationalen Kandidaten erleichtert.

Wir beenden hiemit unsern Parteibericht. Der Grund, daß wir an die Reichsvertretung keine Parteisteuer abführten, ist, daß wir für unsere eigene Agitation die Einkünfte brauchten, die hauptsächlich wieder den größten Theil die Villacher Genossen aufbringen mußten.

Kreis Krain. Die sozialdemokratischen Organisationen in den südslavischen Gebieten von Oesterreich wurden durch den ersten, am 27. und 28. August 1896 in Laibach stattgefundenen südslavischen Parteitag zu einer geschlossenen Partei konsolidirt, nachdem die sozialdemokratischen Ideen bei der Arbeiterschaft in jenen Ländern, hauptsächlich seit der Gründung des Parteiblattes „Delavec", Eingang und Verständniß gefunden haben. Seit diesem Parteitag hat die Bewegung einen sehr erfreulichen Aufschwung genommen und berechtigen die in verhältnißmäßig kurzer Zeit erreichten Resultate und die treue Hingabe der Genossen an die Sache des Proletariats zu den schönsten Hoffnungen für die Zukunft.

Die Partei wird durch die Kreisvertretung mit dem Sitze in Laibach repräsentirt und hat an politischen Organisationen:

1. eine Lokalorganisation in Laibach, deren Wirkungskreis auch den Bezirk Laibach umfaßt;
2. eine Bezirksorganisation für Südsteiermark in Cilli;
3. eine Bezirksorganisation für den Bezirk Littai in Sagor;
4. eine Bezirksorganisation für Innerkrain in Idria.

Weiters sind politische Organisationen in Gründung begriffen in Rudolfswerth für Unterkrain und in Triest für das Küstenland. Die gewerkschaftlichen Organisationen sind am zahlreichsten in Laibach selbst vertreten, und zwar sind daselbst die Metallarbeiter, die Tischler, die Buchdrucker, die Angehörigen der Bekleidungsindustrie, die Gerber, Bäcker und Zimmermaler organisirt. Einige dieser gewerkschaftlichen Vereine haben Mitglieder auch auf dem Lande. Nebstdem besteht in Laibach ein allgemeiner Arbeiter-Rechtsschutz-, Bildungs- und Unterstützungsverein, sowie ein Arbeiter-Gesangverein auf sozialdemokratischer Grundlage. Der aufgelöste Verein der Verkehrsbediensteten Oesterreichs hatte in Laibach zwei Ortsgruppen und je eine in St. Peter, Divacca, Nabresina und Triest, und können wir mit Befriedigung konstatiren, daß die Auflösung dieses Vereines bei den gewesenen Mitgliedern der erwähnten Ortsgruppen nicht den von der Regierung erhofften Erfolg erzielt hat.

Weiter bestehen in Krain an gewerkschaftlichen Organisationen Ortsgruppen des allgemeinen Bergarbeitervereines für die Alpenländer in Sagor, welchen auch zahlreiche Bauern angehören, weiters eine in Idria.

Schließlich wäre noch der politische Verein „Bodocnost" (Zukunft) zu erwähnen, dessen Wirkungskreis sich auf ganz Krain erstreckt. Ein gleicher Verein ist nun auch in Triest in Gründung begriffen.

In Südsteiermark haben die allgemeinen gewerkschaftlichen Vereine, sowie der steirische Arbeiter-Bildungs-, Rechtsschutz- und Unterstützungsverein Ortsgruppen, in Trifail der Bergarbeiterverein (für Trifail und Hrastnigg).

In jüngster Zeit wurden in der Provinz Vorkehrungen zur Gründung weiterer, meist gemischter gewerkschaftlicher Vereine getroffen, so in Domzale, in Ratschach, in Aßling u. s. w. Auch in Istrien nimmt das Interesse für die Sozialdemokratie zu und ist in absehbarer Zeit die Gründung von Organisationen auch dort zu erwarten.

Wie in ganz Oesterreich, haben auch in den südslavischen Gebieten die letzten Reichsrathswahlen das Interesse der Arbeiterschaft an ihrer Lage mächtig aufgerüttelt

und die Sache der Sozialdemokratie sehr bedeutend gefördert. In der fünften Kurie wurden von unserer Partei kandidirt: in Laibach Gen. Franz Zeleznikar, in Cilli Gen. Philipp Ropas und in Görz Gen. Franz Marn. Der riesige Umfang der Wahlkreise (ganz Krain bildet bekanntlich einen einzigen Wahlkreis) erschwerte die Agitation sehr bedeutend, dennoch wurde eine fleißige Arbeit verrichtet, deren Früchte freilich erst in der Zukunft deutlicher wahrnehmbar sein werden. In Laibach fanden Wählerversammlungen fast jede Woche zwei- bis dreimal, knapp vor den Wahlen auch häufiger statt und wurden wiederholt zu sechs bis sieben Versammlungen zu gleicher Zeit abgehalten und durchgehends gut besucht. In der Provinz fanden wiederholt Versammlungen in Sagor, Idria, St. Peter, Adelsberg, Laas, Neumarktl, Rudolfswerth, Dornegg, Domzale, Brünndorf, Altenmarkt, Radmannsdorf, Aßling, Krainburg, Stein u. s. w. statt. Auch entsendete die Partei Referenten nach Triest, Divacca, Nabresina u. s. w., woselbst sie die von der italienischen Parteiorganisation, respektive von der Reichsparteivertretung aufgestellte Kandidatur der Genossen Ucekar für Triest und Gerin für Istrien unterstützte.

Die Gesammtzahl der auf unsere Genossen entfallenen Stimmen kann nicht genau angegeben werden, doch ist dieselbe in Krain mit 4000, in Südsteiermark mit 5000 (selbstverständlich die Minoritäten miteingerechnet), nicht zu hoch gegriffen. Nebstdem stellte unsere Partei Kandidaten für die Landgemeindenkurie im Bezirke Littai auf, woselbst sich ein großer Theil der Kleinbauern rückhaltslos zur sozialdemokratischen Partei bekennt; der Kandidat Gen. Kordelič erhielt hier nur um wenige Wahlmännerstimmen weniger als der liberale und der sieghafte klerikale Kandidat. Weiters wurde im Ober-Innerkrainer Städte- und Märktebezirk Gen. Marn kandidirt. Er erhielt 40 Stimmen, da an 100 Idrianer Wähler durch die ganz ungerechtfertigte Vorhaltung der liberalen Agitatoren, daß im gegentheiligen Falle der klerikale Kandidat gewählt wird, von der Wahl des sozialdemokratischen Kandidaten abgehalten wurden. Interessant ist wohl auch der Umstand, daß in Folge einiger Versammlungen, welche in Adelsberg stattfanden, in der dritten Kurie 22 Stimmen (gegenüber 28 liberalen und 12 klerikalen) für den Sozialdemokraten abgegeben wurden, während noch kurze Zeit vorher in der fünften Kurie für den sozialdemokratischen Kandidaten nur 9 Wähler gestimmt hatten. In Laibach erhielt in der Städtekurie der sozialdemokratische Kandidat Gen. Kordelič 27 Stimmen. Nur nebenbei sei erwähnt, daß der Wahlschwindel seitens der Gegner, insbesondere der Christlich-Sozialen, auch bei uns die absonderlichsten Blüthen trieb.

Die fortschreitende Entwicklung der Sozialdemokratie bewies auch die diesjährige Maifeier. In Laibach ruhte die Arbeit in mehreren Fabriken und Werkstätten. Die Betheiligung der Genossen war an der vormittägigen Versammlung eine bedeutend zahlreichere als in den verflossenen Jahren. Außerdem fand zum ersten Male Nachmittag ein Umzug durch die Hauptstraßen der Stadt und Abends ein großes Arbeiterfest statt, welches glänzend verlief.

Auch in Cilli verlief die Maifeier mit Versammlung und Ausflug befriedigend, in Sagor thatsächlich glänzend. An der Versammlung nahmen hier über 1200 Arbeiter und Bauern theil, ebenso am nachmittägigen Feste. Etwas weniger günstig lauten die bezüglichen Berichte aus Trifail, wo der Bergwerksdirektor Terpotic kein Mittel scheut, um die Arbeiter einzuschüchtern.

Unter den politischen Verfolgungen hatte die Partei viel zu leiden. Besonders aus der Zeit der Wahlen datiren viele Prozesse, hauptsächlich wegen Uebertretung der Kolportage und des Versammlungsgesetzes. Bei den Bezirksgerichten Laibach, Cilli, Triest und Rudolfswerth wurden in diesen Sachen zusammen an 60 Urtheile, theils zu Geld-, theils zu Arreststrafen gefällt. In vielen Fällen mußten freilich die angeklagten Genossen freigesprochen werden. Vor Kurzem wurde Gen. Cauzek in Trifail wegen einer angeblich vor mehreren Jahren begangenen Majestätsbeleidigung in Untersuchungshaft gezogen, was auf die Rachsucht des dortigen Bergwerksdirektors und des Pfarrers zurückzuführen ist. Auch in anderer Weise: Auflösung von Versammlungen, Konfiskation von Wahlplakaten, Lokalabtreibungen, durch Entlassungen von Wahlmännern u. s. w. seitens der Unternehmer wurden die Genossen arg chikanirt.

Die Presse unserer Partei wird durch den dreimal monatlich erscheinenden „Delavec“ und die monatliche „Svoboda“ repräsentirt. Beide Blätter müssen in Wien erscheinen, da in Folge der Unduldsamkeit der Behörden und der Bourgeoisie keine Druckerei in Laibach den Druck derselben übernimmt. Während der Wahlperiode erschien in Laibach die „Zarja“, in Cilli die „Luč“. An Broschüren wurden ausgegeben: „Kristus in socijalna demokracija“, aus dem Deutschen übersetzt von Gen. R. Drofenik, „Stari in novi kmečki prijatelji“ und das Flugblatt „Pozor! Socijalni demokratje gredo“ von Gen. E. Kristan und „Crkvene pristojbine za Stajersko, Korosko in Kranjsko“, ebenfalls von Gen. Drofenik. „Delavec“ und „Svoboda“ erscheinen in je 2000 Exemplaren, doch ist durch die obligatorische Einführung dieser Blätter bei einigen weiteren Vereinen, etwa im August, die Erhöhung der Auflage um zirka 800 Exemplare zu erwarten.

Der immer zahlreichere Besuch der sozialdemokratischen Versammlungen, sowohl in den Städten als auch auf dem Lande — in Laibach sind Volksversammlungen mit 1500 bis 2000, in Sagor mit 1000 bis 1200, in Idria mit 600 bis 800 Theilnehmern Regel — die wohl nicht rapid, aber stetig zunehmende Anzahl der Mitglieder bei den Vereinen, die an Ausbreitung gewinnende Presse und die rege Berichterstattung an dieselbe aus allen Landestheilen sind Symptome des etwas spät, aber doch erfolgten Erwachens des südslavischen Proletariats, welches den bürgerlichen Parteien nun ganz entschieden den Dienst kündigt und mit allem Ernste daran geht, sich zu einem vollwerthigen Gliede in den Reihen der internationalen Sozialdemokratie auszubilden.

Kreis Triest. Es fanden zum Zwecke der Organisation fünf Kreiskonferenzen statt. An Organisationen ist unser Kreis eben noch sehr arm. Es bestehen solche in Triest mit über 500 Mitgliedern und eine in Isola bei Muggia mit 40 Mitgliedern.

Zum Zwecke der Agitation wurden 5 Volksversammlungen zur Anzeige gebracht, davon aber wurde 1 verboten und 1 aufgelöst.

Die Maifeier wurde von circa 4000 Arbeitern in Triest begangen. Die Arbeiter von Muggia machten in der Zahl von 800 eine Promenade am 1. Mai nach Triest, wo sie von den Genossen bei den Due Leoni bewirthet wurden.

Verurtheilt wurden 6 Genossen wegen Uebertretung der §§ 23, 24 und 25 P.-G. zu Geldstrafen im Betrage von fl. 2·50 bis fl. 50.

Bei der Wahl in Triest wurden in der fünften Kurie für den sozialdemokratischen Kandidaten 4464 Stimmen abgegeben. In Muggia, Bezirk Capodistria, wurden zehn unserer Wahlmänner mit 708 Stimmen gewählt.

Presse. Das politische Blatt „Il Lavoratore", Organ der Lega Sociale Democratica, erscheint in Triest zweimal monatlich und hat eine Auflage von 2200 Exemplaren.

In Spalato und Ragusa in Dalmatien wurde die Maifeier eingeführt und bei den Versammlungen wurde in beiden Orten einen politischen Verein zu gründen beschlossen.

Zur Zeit kann man in Spalato auf zirka 300 Gesinnungsgenossen, meistentheils Slaven, in Ragusa um einige mehr, ausschließlich slavischer Nationalität, rechnen.

Kreis Tirol und Vorarlberg. Das abgelaufene Berichtsjahr war für uns gewissermaßen eine Probe der Leistungsfähigkeit, und wir können behaupten, daß wir dieselbe bestanden haben. Es muß aber auch gesagt werden, daß jeder einzelne Genosse sein bestes Können freudig einsetzte, um unserer guten Sache nach Möglichkeit Eingang und Achtung zu verschaffen. Daß gerade in Tirol und Vorarlberg die Klerisei noch eine unbegrenzte Macht besitzt und kein Mittel scheut, jeder freien Geistesregung hemmend in den Weg zu treten, braucht wohl kaum besonders erwähnt zu werden. Trotzdem geht es vorwärts, wie aus nachstehenden Berichten zu ersehen ist. Eine der Hauptaktionen, die Vertheilung der Wahlaufrufe, gelang uns vollständig, was schon das entsetzliche Geheul der klerikalen Presse bewies, und wurde im Vergleich zu der Zahl der hiebei betheiligten Genossen nur eine geringe Ausbeute von Uebertretern des § 23 Pr.-G. durch die Polizei gemacht. Und diese Wenigen fielen nur der Denunziationssucht christlich-sozialer Fanatiker zum Opfer, die glaubten ein christliches Werk der Nächstenliebe ausznüben, wenn sie einen Genossen bei der Polizei denunziren.

Innerhalb der zehn Organisationsbezirke, in die Tirol und Vorarlberg eingetheilt ist, bestehen gegenwärtig 13 Gewerkschaften und Fachvereine mit 2051 Mitgliedern, 13 Arbeiterbildungs- und Lesevereine mit 826 Mitgliedern. Des Weiteren bestehen 3 politische Vereine mit 200 Mitgliedern. Neugegründet wurden 6 Gewerkschaften oder deren Ortsgruppen mit 220 Mitgliedern und 2 Arbeitervereine mit zirka 100 Mitgliedern. Auch die Frauen zu organisiren ist leider noch nicht gelungen und besitzt nur der Textilarbeiter-Fachverein und der allgemeine Arbeiterverein einige weibliche Mitglieder. Durch die Auflösung der Eisenbahnerorganisationen wurden bei uns 12 Ortsgruppen mit 1800 Mitgliedern betroffen.

Die Agitation wird kräftig betrieben und haben zu diesem Zwecke im Berichtsjahre 67 Volksversammlungen mit einer Gesammttheilnehmerzahl von 19.190 Personen stattgefunden. Hier muß bemerkt werden, daß die Klerikalen solche Versammlungen, bei denen eine Majorität für sie nicht zu erwarten ist, nicht mehr besuchen, daß sie jedoch, wenn von unserer Seite an einem noch nicht kultivirten Orte eine Versammlung einberufen wird, uns entweder das Lokal abtreiben oder wo dies nicht gelingt, mit den Angehörigen mehrerer Gemeinden, ihre Hirten an der Spitze, anmarschiren, um uns das Präsidium zu entreißen, was ihnen auch öfter schon gelungen ist.

Zum Zwecke der Agitation unter der Landbevölkerung wurde ein Separatabdruck aus der „Volkszeitung" in einer Auflage von 6000 Exemplaren herausgegeben und

verbreitet. Hier wollen wir auch berichten, daß der berühmte § 23 Pr.-G. in Tirol und Vorarlberg 23 Genossen für den Zeitraum von 148 Stunden die Freiheit gekostet und ihren Geldbeutel insgesammt um fl. 81·50 erleichtert hat. Maßregelungen sind nur 6 zu unserer Kenntniß gelangt, obgleich das Hinausbeißen der „rothen Hetzer" für unsere liebetriefenden Gegner ein Hauptsport ist.

Einen erfreulichen Aufschwung nimmt auch das Landesorgan „Die Volkszeitung" die seit Neujahr 1897 dreimal im Monat in einer Auflage von 1400 Exemplaren erscheint und welche sich als eine kräftige Waffe im Kampfe gegen unsere Feinde und gegen die auf unserem Lande noch schwer lastende Finsterniß erwiesen hat.

Erfreuliche Fortschritte macht auch die Bewegung unter den italienischen Arbeitern, welche sich zahlreich den Organisationen anschließen und mit Eifer und Energie für die Prinzipien der Sozialdemokratie eintreten.

An der Maifeier 1896, durch Arbeitsruhe, betheiligten sich in 9 Orten, trotz schlechter Witterung, ungefähr 1490 Personen.

Eine besonders rege Thätigkeit entwickelte sich bei den Wahlen in die fünfte Kurie. Es gelang uns, in 58 Orten Wahlmänner aufzustellen, für welche 4600 sozialdemokratische Stimmen abgegeben wurden. Ein vollständiger Sieg wurde erreicht in einer Sektion Innsbrucks, in Wilten und in Pradl, Häring, Kitzbichl und in Hard (Vorarlberg), indem in diesen Orten sämmtliche sozialdemokratischen Wahlmänner gewählt wurden. Die bürgerlichen Parteien haben sich bei dieser Gelegenheit wieder in glänzendem Lichte gezeigt. In Orten, wo es uns nicht gelang sozialdemokratische Wahlmänner aufzustellen, lagen sich diese Volksretter wie Hund und Katze in den Haaren, während sie sich dort, wo unsere Genossen in den Wahlkampf eintraten, mit geringen Ausnahmen gegen uns koalirten und, auf ihre Todfeindschaft vergessend, gemeinsam sich bemühten, die Sozialdemokratie zu vernichten.

Wir glauben somit ein ziemlich genaues Bild unseres Landes entworfen zu haben und dürfte daraus klar hervorgehen, daß auch hier das Licht der Wahrheit das Gewebe der Lüge schon arg durchlöchert hat und daß auch über die Berge Tirols und Vorarlbergs die Sonne der Freiheit zu leuchten beginnt.

Kreis Mähren. Die mährische Kreisorganisation hat in dem Berichtsjahre 1896/97 in Bezug auf die Ausbreitung unserer Bewegung sehr erfreuliche Fortschritte zu verzeichnen, welche vornehmlich der Reichsrathswahlbewegung zu danken sind. Wer die Verhältnisse kennt, unter denen der größte Theil der mährischen Arbeiter zu leiden hat, wem der Terrorismus der mährischen Unternehmer und die ungesetzlichen Chikanen der mährischen Behörden bekannt sind, der wird die Bedeutung des Erfolges der mährischen Genossen bei den Wahlen in der fünften Kurie zu würdigen wissen. Trotz unzulänglicher finanzieller Mittel, trotz einer geringen Anzahl von agitatorischen Kräften ist es uns gelungen, drei von den sieben Mandaten der fünften Kurie zu erobern und die Genossen Hybes, Rieger und Berner als Vertreter der sozialdemokratischen Arbeiterschaft ins Parlament zu senden. Außerdem hat uns die Wahlbewegung den nicht hoch genug zu veranschlagenden Erfolg gebracht, daß wir in einer großen Anzahl von Orten Anhänger für unsere Partei gewonnen haben und dadurch der sozialistischen Idee neue Streiter in den neuen Kampfboden zugeführt haben. Die rastlose agitatorische Thätigkeit unserer Genossen fand bei der unter elenden Hungerlöhnen leidenden Arbeiterschaft einen empfänglichen Boden. Unsere Aufgabe wird es sein, die erzielten Erfolge weiter auszunützen und an dem Ausbaue unserer Organisation rastlos fortzuarbeiten.

Diese Bemerkungen allgemeiner Natur vorausgeschickt, übergehen wir nun zu dem Thätigkeitsbericht unserer Organisationen für die Zeit vom 1. Februar 1896 bis 30. März 1897. Die ungünstigen finanziellen Verhältnisse und die beginnende Wahlkampagne machten die Abhaltung einer Landeskonferenz im Jahre 1896 unmöglich, da Zeit und Geld für die Veranstaltung der nothwendigen Wahlkreiskonferenzen aufgewendet werden mußten. Die Kreisparteivertretung war auch nicht in der Lage, allzeit den an sie gestellten Anforderungen zu entsprechen, da derselben keine nennenswerthen Geldmittel seitens der Organisationen zur Verfügung gestellt wurden. Was in den einzelnen Organisationen aufgebracht wurde, verwendete man nothwendigerweise im Orte oder Bezirke zur Wahlagitation. Auch ging in Folge des Umstandes, daß sich unsere Organisationseintheilung mit den Wahlkreisen der fünften Kurie in keiner Weise deckt, die Fühlung mit den Bezirksorganisationen verloren. Der Parteitag wird also in dieser Beziehung Abhilfe schaffen müssen.

Die mährische Kreisorganisation besteht aus 11 Bezirks- und 78 Lokalorganisationen. Sitz der Kreisvertretungen ist Brünn, der Bezirksvertretungen Brünn, Mähr.-Schönberg, Mähr.-Neustadt, Sternberg, Zwittau, Neutitschein, Römerstadt, Znaim, Landskron, Witkowitz und Müglitz. Es bestehen in Mähren 35 Bildungs- und allgemeine Gewerkschaftsvereine, 31 Fachvereine, von denen einige ihre Thätigkeit über die ganze Provinz erstrecken, und 17 Geselligkeits- und

humanitäre Vereine. Unter den letzteren befindet sich die Allgemeine Arbeiter-Kranken- und Unterstützungskasse mit mehr als 26.000 Mitgliedern. Außerdem bestehen in Mähren zahlreiche Ortsgruppen der Wiener Gewerkschaftsverbände, von denen in letzter Zeit die Eisenbahnerorganisation der behördlichen Auflösung verfiel. Als Errungenschaft des Berichtsjahres ist zu erwähnen die Eroberung der Bezirkskrankenkassen in Mähr.-Schönberg und Brünn. Die letztere zählt 12.500 Mitglieder.

An politischen Vereinen besitzen wir den Wahlverein des Mähr.-Schönberger Wahlkreises und den politischen Verein „Volksfreund" in Brünn. Der erstere hat in der Wahlbewegung vorzüglich funktionirt, letzterer mußte seine Thätigkeit wegen unzulänglicher finanzieller Mittel auf Brünn und Umgebung beschränken. Die nothwendig gewordene Reorganisation dieses Vereines wird wohl seine Leistungsfähigkeit wieder heben.

Die Gewerkschaftsorganisation macht stetige Fortschritte. Es bestehen vier Organisationskommissionen für Mittel-, Ost-, West und Nordmähren.

Die mährische Frauenbewegung hat leider keine nennenswerthe Entwicklung zu verzeichnen. Ausgesprochene Frauenorganisationen bestehen nicht. In Brünn haben die Genossen den Erfolg zu verzeichnen, daß es hier möglich ist, große, gut besuchte Frauenversammlungen abzuhalten. Trotz wiederholter Anstrengungen kann aber auch da keine lebensfähige Organisation geschaffen werden.

Versammlungen haben stattgefunden, und zwar 25 Wahlkreis- und Bezirkskonferenzen, 404 Volks- und Wählerversammlungen, 133 § 2-Versammlungen und 184 Vereins- und Fachversammlungen. Außerdem wurden 3 Meetings unter freiem Himmel veranstaltet, die sämmtlich glänzend besucht waren. Hier wird bemerkt, daß die vorgenannten Ziffern auf Vollständigkeit keinen Anspruch machen können, da die Kreisvertretung in Anbetracht der ungeordneten Berichterstattung von der Abhaltung zahlreicher Wählerversammlungen nicht in Kenntniß gesetzt wurde. Bei den Gemeindewahlen in Grußbach trat unsere Partei mit agitatorischem Erfolg in Aktion.

Politische Verfolgungen waren zu verzeichnen: wegen § 23 P.-G. 42 Genossen, wegen § 24 P.-G. ein Genosse, wegen § 2 Vereinsgesetz 31 Genossen, § 312 St.-G. zwei Genossen, wegen § 3 Koalitionsrecht 17 Genossen. Gesammtstrafausmaß fl. 69·50 und 181 Tage Arrest. 58 Genossen wurden wegen verschiedener Delikte angeklagt, jedoch freigesprochen, ein Beweis hiefür, wie begründet sämmtliche dieser Anklagen waren.

Die Zahl der Streiks betrug elf. Es streikten die Perlmutterdrechsler, Färber, Weißgärber, Stockdrechsler, Seidenarbeiter, Eisenarbeiter und Tapezierer. Die Mehrzahl der Ausstände war von Erfolg begleitet. Von dem Bergarbeiterstreik in Ostrau berichtet die tschechoslavische Organisation.

Ueber die Verbreitung der Parteipresse in unserem Kronlande können wir kein klares Bild geben und dürfte dies den einzelnen Redaktionen leichter möglich sein. Landesparteiorgan ist der „Volksfreund". Derselbe erscheint nunmehr in einer Auflage von 3500 Exemplaren und werden die Genossen eine größere Agitation entfalten müssen, wenn das Weitererscheinen desselben nicht gefährdet werden soll.

Zum Schlusse bemerken wir, daß alle vorstehenden Daten, bis auf die Brünner Versammlungen und die Mitgliederzahl der beiden Brünner Krankenkassen, nur auf die deutsche Parteiorganisation Bezug haben. Mit der Organisation der tschechoslavischen Genossen stehen wir in engster Fühlung und im besten Einvernehmen.

Wir schließen diesen Bericht mit dem Wunsche, wir mögen durch die Ausdauer, die Opferwilligkeit und Thatkraft unserer Genossen in die angenehme Lage versetzt werden, dem nächsten Parteitage über wesentlich günstigere Ergebnisse unserer Parteithätigkeit zu berichten. Die mährische Kreisparteivertretung.

Kreis Südböhmen. Südböhmen, welches außer Krumau, Schwarzbach, Wallern und Winterberg wenig oder gar keine Industrie besitzt, steht erst am Anfange der Organisation. Außer in Krumau, wo ein Bildungsverein mit 90 Mitgliedern, ein politischer Verein mit 60 Mitgliedern und ein neugegründeter Konsumverein, welcher sich gut bewährt, besteht, hat nur noch Wallern einen Volksbildungsverein mit 45 Mitgliedern. Letzterer ist ebenfalls neu gegründet. In den meisten größeren Orten haben wir Vertrauensmänner und ist die Bewegung in der besten Entwicklung begriffen. Mangel an Kräften ist das größte Hinderniß. Versammlungen fanden statt: 10 § 2- und 8 Vereinsversammlungen.

Bezüglich der Maifeier war es bisher nicht möglich, auch nur an einem Orte Arbeitsruhe zu erzielen.

Politische Verfolgungen haben wir zwei zu verzeichnen, und zwar wegen Uebertretung des § 23 P.-G. eine zu fl. 5 Geld- und die andere zu drei Tagen Arreststrafe.

Während der Wahlbewegung haben 22 Versammlungen stattgefunden, und zwar 14 in Orten, wo bisher noch keine sozialdemokratische Versammlung stattgefunden hat. Leider ist es unmöglich, das Stimmenverhältniß auch nur annähernd anzugeben; die Thatsache jedoch, daß 68 unserer Wahlmänner im deutschen Gebiet des Wahlkreises gewählt wurden, läßt schließen, daß die Stimmenzahl eine ganz bedeutende gewesen ist. Die Wahlbewegung hat uns vorwärts gebracht und unsere Ideen bis in den kleinsten Winkel des von allem Verkehr abgeschnittenen und vom Fürsten Schwarzenberg beherrschten Böhmerwaldes getragen.

An Parteisteuer wurde eingenommen	fl. 100·50
davon für das Laufende ausgegeben	„ 48·44
und dem Wahlfonds zugewiesen	„ 52·06
Wahlfondseinnahmen verzeichnen wir ohne das Gebiet Hartmanitz-Neuern	„ 114·47
davon ausgegeben	„ 114·11
Saldo . .	fl. —·36

Kreis Westböhmen. Seit dem letzten Parteitag haben wir in unserer Kreisorganisation wesentliche Fortschritte zu verzeichnen. Insbesondere ist hervorzuheben, daß die gewerkschaftliche Organisation bedeutend ausgebaut wurde. So zum Beispiel ist der Distriktsverband der Bergarbeiter in einem Jahre von 800 Mitgliedern auf 1700 Mitglieder gestiegen. Die Porzellanarbeiter-Organisationen Westböhmens verzeichnen gleichfalls ein Aufblühen der Organisation. Ebenfalls haben sich die Tabakarbeiter im Joachimsthal organisirt und ist diese Fachorganisation, die über 400 Mitglieder zählt, von 28 Tabakfabriken in Oesterreich die einzige. Die Textilarbeiter-Organisationen sind zurückgegangen. Der Verband der Textilarbeiter in Asch hatte vor einem Jahre noch 200 Mitglieder, ist aber auf 36 gesunken. Aufgelöst haben sich die Ortsgruppe in Steinpöhl und Eibenberg, welche sich in gewerkschaftliche Vereine umgewandelt haben. Bezüglich der Bildungsvereine ist anzuführen, daß man allerorts darangeht, dieselben in Gewerkschaftsvereine umzuwandeln. Die Zahl der Organisirten ist nicht festzustellen, da augenblicklich das dazu nöthige statistische Material fehlt, jedoch kann ruhig angenommen werden, daß die im vorigen Jahre angegebene Zahl 3449 der Organisirten um das Doppelte gestiegen ist, da durch die Wahlbewegung im III. böhmischen Wahlkreis eine Reihe von neuen Organisationen entstanden sind, ebenso im Karlsbader Bezirke und auch in dem bisher ausschließlich von den Klerikalen geführten Bezirke Wildstein. Politische Vereine bestehen fünf, und zwar mit dem Sitze in Asch, Eger, Falkenau, Graslitz und Karlsbad. Bezüglich der Betheiligung der Frauen an der politischen Organisation ist hervorzuheben: Dallwitz, Altrohlau, Joachimsthal, Beringen und Asch. Asch ist in dieser Richtung zurückgegangen.

Die Kreisvertretung hat ihren Sitz in Falkenau. Kreiskonferenzen wurden zwei abgehalten und eine Kreiskonferenz der Wahlmänner. Versammlungen politischer Natur wurden, die Wählerversammlungen mit eingerechnet, ungefähr 1300 abgehalten, hievon waren ungefähr 300 § 2-Versammlungen.

Politische Verfolgungen. Es wurden verhängt wegen Uebertretung des § 23 P.-G. 33 Tage Arrest und fl. 26 Geldstrafe, wegen Uebertretung des Koalitionsgesetzes 31 Tage Arrest, bei den Streiks kam es zu weiteren Verurtheilungen, die uns neun Monate eintrugen. Die Untersuchungshaften betrugen 346 Tage.

Streiks fanden im Kreise statt:

	Tage	Zahl der Streikenden
In Dallwitz, Firma Pröscholdt, Porzellanarbeiter	189	402
„ Granesau, Firma Siemens, Glasarbeiter . . .	11	400
„ Königsberg, Tischler	21	38
„ Karlsbad, Tischler	7	28
„ Lichtenstadt, Tischler	14	16
„ Eger, Metallarbeiter	14	40
„ Abertham, Handschuhmacher, Firma Chiba . . .	30	50
„ Granesau, Johannizeche, Bergarbeiter	35	130
„ Littmitz, Katharinenzeche, Bergarbeiter	2	150
„ Joneſſen, Karolizeche, Bergarbeiter	3	115
„ Boden, Anglobank, Bergarbeiter	1	200
„ Katzengiebel, Ziedit-Haberspirker Werke, Bergarbeiter	3	120
„ Davidsthal, Montan-Gesellschaft, Bergarbeiter .	1	300
„ Dallwitz, Kunstschacht, Bergarbeiter	5	36
„ Grünlas, Ziegelarbeiter	3	42
„ Grün, Bahnarbeiter	3	30
	342	2037

Presse. Parteiblätter erscheinen in unserer Kreisorganisation vier, und zwar drei politische und ein Fachblatt, deren Stand folgender ist: „Der Volkswille", Auflage 3200, erscheint monatlich dreimal; „Der Graslitzer Volksbote", Auflage 800, erscheint monatlich dreimal; „Der Wähler", Auflage 3500, erscheint monatlich einmal; „Glückauf", Fachorgan der Bergarbeiter, Auflag 5000, erscheint monatlich zweimal. Außerdem ist zu Weihnachten 1896 ein Witzblatt „Die rothen Wespen" in einer Auflage von 300 Exemplaren erschienen. Der materielle Stand unserer Blätter ist ein ziemlich gesicherter.

Kreis Reichenberg. In der Zeit vom 1. April 1896 bis 30. April 1897 wurden 30 politische Organisationsversammlungen, 42 Bezirkskonferenzen, 1 Kreiskonferenz, 139 Volksversammlungen nebst einer Unzahl von Lokalorganisationssitzungen abgehalten. Verboten wurden 10 Volksversammlungen, darunter 4 unter freiem Himmel. Auch der politische Verein „Vorwärts" in Reichenberg veranstaltete eine bedeutende Anzahl von Versammlungen, in welchen zu den verschiedenen Tagesfragen Stellung genommen wurde. Zu erwähnen wäre noch, daß die Kreisvertretung zu 146 Vereinsversammlungen Referenten entsendete.

Die Wahlbewegung brachte neues Leben in unsere Reihen. Hier zeigte es sich, daß unsere Genossen Schule gemacht haben und im Stande sind, etwas zu leisten. Jeder stand auf seinem Posten; die Thätigkeit war eine fieberhafte. Schon lange bevor die Wahlen ausgeschrieben, bereits im Oktober 1896, begannen wir zu arbeiten. Als sehr vortheilhaft erwiesen sich die § 2-Versammlungen, dadurch kamen Leute zu uns, welche sich das ganze Jahr um nichts kümmerten. Viele gingen mit ganz anderem Urtheil über unsere Partei von dannen, als sie gekommen. Wie überaus thätig unsere Genossen waren, geht daraus hervor, daß in der letzten Woche vor der Wahl zu 52 Wählerversammlungen Referenten von der Kreisvertretung verlangt wurden. Wir sind in viele Orte gedrungen, welche uns früher absolut verschlossen blieben. Besonders in der Trautenauer Gegend, wo die Unternehmer im Vereine mit der Behörde alles mit eiserner Gewalt danieder hielten, hat die Wahlbewegung Bresche geschossen und sehr wohlthuend gewirkt. Es ist dadurch unserer Bewegung ein großes Feld der Thätigkeit eröffnet worden, und wir werden nicht unterlassen, dies in ausgiebigstem Maße zu bearbeiten.

Das Ergebniß der Wahlen ist ein erfreuliches zu nennen. Unser Kandidat erhielt in den zu unserer Kreisorganisation in seinen Wahlkreis fallenden Orten von 294 abgegebenen Wahlmännerstimmen 252, und wurde von im Ganzen 683 abgegebenen Stimmen mit 530 gewählt. Unser Kandidat im IX. Wahlkreise, zu welchem auch ein Theil unserer Kreisorganisation, und zwar Gablonz-Tannwald gehört, wurde, nachdem er mit 312 gegen 241 Stimmen mit dem Kandidaten der Liberalen in die Stichwahl kam, von 652 abgegebenen Stimmen mit 330 Stimmen gewählt. Die Stimmenzahl der Urwähler konnte nicht genau festgestellt werden, doch läßt das Wahlergebniß auf eine bedeutende Anzahl schließen.

In der Landgemeindekurie erhielt Gen. Dr. Viktor Adler im ersten Wahlgange die relativ meisten Stimmen, und zwar 131, bei der Stichwahl 140. Auch bei der Städtekurie Kratzau-Friedland-Neustadtl-Gablonz-Morchenstern-Liebenau-Rochlitz zeigte sich, daß unsere Idee unter dem Bürgerthum bedeutenden Einzug gehalten. Beim ersten Wahlgange erhielt Roscher von 3023 Stimmen 836 und kam mit dem Liberalen Bendel in die Stichwahl, aus welcher Roscher mit 954 Stimmen hervorging. In drei Städten, Neustadtl, Friedland und Morchenstern, hatte er die Majorität. Die Matfeier wurde im Jahre 1896 nicht allgemein durch Arbeitsruhe durchgeführt. Die famose Unternehmervereinigung „zur Wahrung der industriellen und gewerblichen Interessen" vergewaltigt sozusagen jeden einzelnen Unternehmer. Diese müssen sich jedes Jahr neuerlich verpflichten, jeden Arbeiter, welcher eigenmächtig feiert, durch zehn Tage auszusperren. Solche Arbeiter, welche nach dieser Zeit nicht mehr aufgenommen werden, dürfen von einem anderen Unternehmer vor sechs Wochen nicht beschäftigt werden. Daß durch Anwendung solch bestialischer Mittel einestheils die Arbeiter abgeschreckt werden und es andererseits zu Konflikten kommen muß, ist begreiflich. Wir haben alle Jahre eine große Anzahl Gemaßregelter zu unterstützen. Solche Aussperrungen führen oft zu Streiks und so auch im Jahre 1896. Als einer der bedeutendsten ist der von Lederer u. Wolf in Dörfel hervorzuheben. Als die 117, meist Arbeiterinnen, welche den 1. Mai gefeiert, am 2. Mai nicht mehr aufgenommen, respektive ausgesperrt wurden, verließen die anderen die Fabrik und erklärten der Firma den Streik. Hauptforderung war nebst anderem die Aufnahme sämmtlicher Ausgesperrten und Entlassenen. Der Streik währte vier Wochen und endete zum Theile mit dem Siege der Arbeiter. Es wurden alle Arbeiter wieder eingestellt und eine kleine Lohnerhöhung zugesagt. Dieser Streik bot auch der heiligen Hermandad Gelegenheit, ihre Schießwaffen praktisch zu prüfen. Durch das Aufgebot von 20 Gendarmen, welche alle Wege, die zur Fabrik führten, besetzten und den Streikenden es unmöglich machten, auf denselben zu verkehren, wurde die Sympathie für die

Streikenden und der Unwille gegen die behördlichen Organe herausgefordert. Es entstanden des Abends Ansammlungen auf der Straße, und dies bot die erwünschte Gelegenheit, eingreifen zu können. Es war am 21. Mai, Abends 8 Uhr, als die Gendarmerie unter die unbewaffneten Arbeiter schoß. Drei Todte und vier Verwundete lagen am Boden. Unter diesen befand sich eine ganze Familie. Der Mann todt, das Weib durch's Bein und ein vierjähriges Kind, welches die Mutter auf dem Arm trug, durch die Ferse geschossen. Dieser Umstand läßt auch erkennen, aus was für „gefährlichen" Elementen die Ansammlung bestand.

Die Verurtheilungen waren ungemein zahlreich. Alles wurde angeklagt, wo es sich feststellen ließ, wer dabei war. In Dörfel wurde auch bei einer anderen Fabrik, und zwar bei Franz Liebig, am 1. Mai durch feiernde Arbeiter demonstrirt, was ebenfalls einige Verurtheilungen zur Folge hatte. Desgleichen sind einige Verfolgungen aus den Bezirken Gablonz und Tannwald zu verzeichnen; eine aus dem Bezirke Kratzau.

Verurtheilt wurden wegen Uebertretung des § 3 des Koalitionsgesetzes 6 Personen zusammen zu 1 Monat 9 Tagen. Wegen Auflaufes, §§ 281, 283 und 284 Str.-G., 55 Personen insgesammt zu 2 Jahren, 3 Monaten und 5 Tagen; zu schwerem Kerker (nach §§ 81, 82) 4 Personen 2 Jahre, 2 Monate. Der berüchtigte § 23 P.-G. kam stark in Anwendung. Es verging nicht eine Woche, wo nicht einige Genossen wegen Uebertretung dieses Paragraphen angeklagt und verurtheilt wurden. Beim Bezirksgerichte in Reichenberg hat man schon einen bestimmten Tag in der Woche zu diesen Verhandlungen angesetzt. Die Zahl der Verurtheilungen läßt sich nicht genau angeben.

In Untersuchungshaft brachten 10 Personen 1 Jahr, 1 Monat und 9 Tage zu. Ausweisungen sind im Bezirke Gablonz 2 und im Bezirke Friedland 1 vorgenommen worden.

Parteiblätter bestehen im Organisationskreise 2. Der „Freigeist" in Reichenberg erscheint wöchentlich und hat gegenwärtig 6200 Exemplare Auflage. Vor der Wahlbewegung belief sich die Auflage auf 4500 Exemplare. Die Wahlagitation hat also auch hier einen bedeutenden Aufschwung mit sich gebracht. Das zweite Blatt erscheint in Gablonz seit 22. Oktober 1896. „Der Gebirgsbote" erschien am Anfange monatlich zweimal, gegenwärtig monatlich dreimal. Auflage 2300 Exemplare. Ferner haben wir in Reichenberg das Fachblatt der Textilarbeiter, die „Arbeiterpresse", mit einer Auflage von 3900 Exemplaren.

Geldgebahrung: Für Streikende und Gemaßregelte sind in den 13 Monaten eingegangen: Beim „Freigeist" fl. 3903·54, bei der „Arbeiterpresse" fl. 2282·62½; zusammen fl. 6186·16½. Dieser Betrag legt Zeugniß ab von der Opferwilligkeit unserer Genossen. Die Ausgaben sind jedoch größer als die Einnahmen, so daß noch ein Defizit von fl. 214 zu verzeichnen ist.

Auch der Wahlfonds hat ein Defizit, da uns der IX. Wahlkreis weit über fl. 1000 gekostet hat und die Einnahmen von dort sehr gering waren. In Bezug auf das Aufbringen der Gelder steht der Bezirk Reichenberg obenan. Der Agitations- und Inhaftirtenfonds hat ein kleines Saldo zu verzeichnen.

Zum Schlusse sei noch bemerkt, daß sich im abgelaufenen Jahre einige neue Lokalorganisationen bildeten, und ist zu erwarten, daß in der kommenden Zeit noch weitere Fortschritte gemacht werden.

Kreis Teplitz-Saaz. Trotzdem unsere Partei im hiesigen Kreise sehr an Ausbreitung zugenommen, bleibt doch, was die Tiefe der Bewegung und die Organisation anbelangt, noch sehr viel zu wünschen übrig. Selbst bei den Vertrauensmännern der verschiedenen Organisationen ist das rechte Verständniß über die Form und das Wesen der Organisation unserer Partei noch nicht in genügender Weise vorhanden, was zum großen Theil Schuld daran trägt, daß der nachstehende Bericht sehr viele Lücken aufweist. Trotzdem kann aber konstatirt werden, daß es, wenn zwar nicht so raich, aber doch vorwärts geht.

Laut Beschluß der letzten Kreiskonferenz bildet Aussig, welches früher zu uns gehörte, eine selbstständige Wahlkreisorganisation. Die Kreisorganisation Teplitz-Saaz umfaßt die Bezirksorganisationen Teplitz, Saaz, Kaaden, Brüx, Weipert und Komotau. Die Bezirksorganisation Teplitz besteht aus 24 Lokalorganisationen. Neugegründet wurden im verflossenen Jahre 7 Lokalorganisationen und 15 Vereine.

Von politischen Verfolgungen wäre zu berichten, daß einige Genossen zu kleineren Arreststrafen verurtheilt wurden. Die Verurtheilungen beschränken sich meist auf § 23 und Uebertretung des § 2 Vers.-G., doch ist ihre Zahl eine unbedeutende. In Komotau erfolgte auch eine Anklage wegen Majestätsbeleidigung. Urtheil: Freispruch.

Streiks fanden im Teplitzer Bezirke statt: ein Schneiderstreik, ein Streik der Terracottaarbeiter bei Brüder Urbach, beide endeten mit dem Siege der Arbeiter. Die Maler errangen durch ihren Streik theilweise Erfolge, Verkürzung der Arbeitszeit und

Lohnerhöhung. Am 1. Mai 1896 wurden im Zuckmantler Walzwerke gegen 100 Arbeiter ausgesperrt. Die Firma Grohmann (Wisterschan) sperrte am 1. Mai 1897 20 Textilarbeiterinnen aus, nahm dieselben aber wieder auf. Die Tischler der Firma Reichmann errangen ohne Streik den Zehnstundentag. Bei dem Möbelfabrikanten Fuchs wurden 27 Arbeiter ausgesperrt, die Sperreverhängung von Seite der Arbeiter blieb erfolglos. Der Schuhmacherstreik in Teplitz verlief nur theilweise zu Gunsten der Arbeiter. Ebenso ging ein von den Unabhängigen provozirter Bergarbeiterstreik im Dux-Brüxer und Komotauer Revier verloren. Aus den auswärtigen Bezirken fehlen die Streik- und Boykottberichte.

An der Maifeier betheiligten sich 10.000 Personen. Bei den Reichsrathswahlen siegten wir in dem ganzen Teplitzer Landgemeindenbezirke, während Teplitz selbst in die Hände der Liberalen fiel. So weit die Berichte vorliegen, wurden im Bezirke Teplitz 12.578 Urwählerstimmen abgegeben, davon erhielt unsere Partei 7448, während der Rest sich auf die Deutschnationalen, Liberalen, Christlich-Sozialen und einige nationale Tschechen vertheilte. Bei der Hauptwahl stimmten Liberale und Deutschnationale gemeinsam **gegen** uns.

Im Komotauer Bezirke, wo uns die Agitation durch Chikanirungen von Seite der Bezirkshauptmannschaft unmöglich gemacht wurde, fängt es seit der Wahlbewegung ebenfalls an, lebendig zu werden. Die Bezirksorganisationen Komotau, Kaaden, Saaz und Weipert umfassen, soweit die Berichte vorliegen, 25 Lokalorganisationen. Der Kreis setzt sich demnach aus 49 Lokalorganisationen zusammen, was gegen das Vorjahr, wenn man in Betracht zieht, daß durch die Lostrennung von Aussig mehrere Lokalorganisationen, die früher zu uns gehörten, nicht mitgerechnet werden können, einen großen Fortschritt bedeutet. Im Erzgebirge allein, wo wir in letzter Zeit, und insbesondere während der Wahlbewegung, erfolgreich gearbeitet haben, gibt es 10 Lokalorganisationen und einen Bildungsverein mit über 200 Mitgliedern. Andere Vereine sind im Werden begriffen. Im Ganzen gibt es, so weit unser Ueberblick reicht, im Kreise 3 politische und 95 Gewerkschafts- und Bildungsvereine. Versammlungen wurden seit dem letzten Parteitage 154 von der Kreisvertretung beschickt, die § 2-Versammlungen und Wählerversammlungen nicht mit eingerechnet. Bemerkt sei noch, daß während des Wahlkampfes fast tagtäglich Versammlungen im Kreise stattfanden. Von den Versammlungen, die von der Kreisvertretung beschickt wurden, entfielen auf die Bezirke Teplitz, Dux 70, Saaz, Podersam 23, Komotau 8, Weipert, Kaaden 33, Brüx, Oberleutensdorf 9 und außerhalb des Kreises 11 Versammlungen. Diese 154 Versammlungen fanden in 95 Orten statt. Versammlungsverbote liegen die meisten aus dem Komotauer, Brüxer und theilweise Kaadener Bezirke vor. Auflösungen erfolgten die meisten im Kaadener und Weiperter Bezirke.

Die Maifeier verlief im Allgemeinen heuer großartiger wie im Vorjahre. Unter Anderem verdient Weipert (im Erzgebirge), wo heuer das erste Mal gefeiert wurde, genannt zu werden.

Bei der Reichsrathswahl wurden im ganzen Kreise 26.000 Urwählerstimmen abgegeben, wovon unsere Partei über 16.000 erhielt. Doch können auch diese Zahlen auf Vollständigkeit keinen Anspruch machen, da viele Berichte ausblieben. Bei der Hauptwahl erhielt unser Kandidat von den 664 abgegebenen Stimmen 331, während er in der Stichwahl gegen den Deutschvolklichen mit 344 von 652 abgegebenen Stimmen als Sieger hervorging.

Als Kreisorgane gelten „Die Freiheit" und „Volksstimme"; dem letzteren Blatte wurde der Titel „Neue Freiheit" beigelegt. Die „Freiheit" erscheint monatlich dreimal und die „Neue Freiheit" je nach Bedarf ein- oder zweimal. Die Auflage des Blattes ist von 2000 auf 4800 gestiegen. Außerdem werden in Teplitz selbst über 300 „Arbeiter-Zeitungen", im ganzen Bezirke mindestens 500 verbreitet. Von anderen Blättern werden „Glühlichter", „Wahrer Jakob" und „Süddeutscher Postillon", zusammen im Teplitzer Bezirke 650, und von tschechischen Blättern „Sozialny Demokrat", „Rovnost", „Cervanky", „Zensky List" und „Rasple", zusammen 200 Stück, verbreitet. Maifestschriften wurden im Teplitzer Bezirke 3500 und Arbeiter-Kalender 2500 verbreitet.

An Blocks wurden vom 2. März 1896 bis zum 26. Mai 1897 im Teplitzer Kreise fl. 347 ausgegeben, davon gingen fl. 194·36 baar ein. Außenstehende Forderungen sind fl. 152·72. Nach Wien wurden fl. 15 abgeliefert. Vom Wahlfonds wurden fl. 50 an den Zentralwahlfonds abgeführt. Daß von den eingenommenen Geldern so wenig nach Wien abgeliefert wurde, erklärt sich dadurch, daß viel für die Agitation verwendet werden mußte, zumal wir theilweise für den Leitmeritzer Bezirk, der zum Kreise Aussig gehört, die Agitation besorgen mußten und von dort kein Geld einlangte.

Kreis Aussig-Tetschen. Diese Organisation konstituirte sich erst zu Weihnachten 1896 als selbstständiger Kreis. Derselbe umfaßt 10 Bezirks- und 46 Lokalorganisationen. Konferenzen fanden statt: 2 Kreis- und 12 Bezirkskonferenzen. Politische Organisationen bestehen:

Aussig. Sozialdemokratischer Wahlverein mit 1300 Mitgliedern. Tetschen. Sozialdemokratischer Wahlverein „Friedrich Engels" mit 120 Mitgliedern. Leitmeritz. Sozialdemokratischer Wahlverein mit 80 Mitgliedern. Böhmisch-Leipa. Politischer Verein mit 60 Mitgliedern. Bildungsvereine bestehen 15, Gewerkschaftsvereine 5. Nebstdem haben folgende Zentralverbände Filialen, resp. Ortsgruppen: Buchdrucker 3, Metallarbeiter 2, Drechsler 4, Bauarbeiter 3, Textilarbeiter 4. Die Eisenbahner hatten 4 sehr starke Ortsgruppen (Aussig, Schreckenstein, Bodenbach, B.-Leipa), Maler und Lackirer 2. Nebstdem bestehen 3 internationale Turn- und Gesangvereine. Bergarbeiter-Zentralverband Karbitz, Lebensmittelbranche 1, Schuhmacher 1, Schneider 2, Weißgärber 1. Im großen Ganzen kann konstatirt werden, daß die Bewegung durch die Wahlen einen ungeahnten Aufschwung genommen hat. Es kamen in diesem Jahre 3 Bezirkskrankenkassen in unsere Hände (Tetschen, Niemes, Karbitz). Bei den Wahlen in die Bergbaugenossenschaften wurden auch durchwegs Kandidaten der Arbeiterpartei gewählt.

Politische Verfolgungen. Wegen Uebertretung des § 23 insgesammt fl. 65 Geldstrafe. Wegen Preßvergehen 14 Tage Arrest.

Presse. Als Kreisorgan erscheinen das „Volksrecht" jeden 1., 2. und 4. Donnerstag und das „Neue Volksrecht" jeden 3. eventuell 5. Donnerstag im Monat. Das „Volksrecht" hat 4800, das „Neue Volksrecht" 4600 Auflagen. Außerdem werden im Kreise zirka 500 „Arbeiter-Zeitungen" und die diversen Fachblätter gelesen. Wir haben noch ein großes Feld zu bearbeiten, daß wir in rein ländliche Bezirke eindringen. Ueberall werden Versammlungen gewünscht, aber es fehlt an Referenten, so daß noch Vieles brach liegen muß.

Kreis Haida-Steinschönau. Zu dieser Kreisorganisation gehören 13 Organisationsbezirke. In diesem Kreise erscheinen zwei Parteiblätter, und zwar das Wochenblat. „Nordböhmischer Volksbote" in Steinschönau und das dreimal im Monat erscheinende Blatt „Nordböhmische Volksstimme" in Warnsdorf. Das erstere hat eine Auflage von 1800 und das letztere eine solche von über 2000. Eine Aenderung bei der hiesigen Kreisorganisation ist insofern im Laufe dieses Jahres eingetreten, daß Tetschen-Aussig-Leitmeritz eine eigene Kreisorganisation gebildet hat, zu welcher nunmehr auch die Bezirksorganisationen Niemes, Böhm.-Leipa und Benesen gehören.

Soweit die Berichte vorliegen, bestehen in unserem Kreise 45 politische Organisationen Arbeiter-Bildungsvereine bestehen 13, gemischte Gewerkschaften 2, gewerkschaftliche Organisationen 7, darunter der Fachverband der Glasarbeiter in Steinschönau mit 16 Ortsgruppen und einer Gesammtmitgliederzahl von 1300.

Konferenzen wurden abgehalten: 17 Bezirkskonferenzen, 1 Kreiskonferenz und eine Wahlkreiskonferenz. Soweit die Berichte reichen, wurden 52 Volksversammlungen und 137 § 2-Versammlungen abgehalten.

Die Maifeier konnte nur in einer Anzahl von Orten durch Arbeitsruhe durchgeführt werden; sie wurde aber durchwegs in der würdigsten Weise begangen. In Benesen-Franzensthal, wo die Arbeiter die Arbeitsruhe durchsetzten, hatte dies einen großen Streik der Textilarbeiter zur Folge, der nach monatelangem Kampfe mit einer Niederlage der Arbeiter endete.

Wegen Uebertretung des § 23 Pr.-G. wurde im Ganzen gegen 33 Personen die Anklage erhoben, die zumeist zu Geldstrafen bis zu fl. 10 verurtheilt wurden. Weiters wurden noch verurtheilt 1 Genosse in Oberpreschkau wegen Uebertretung des Vereinsgesetzes und in Haida 4 Genossen zu je fl. 2 wegen „unerlaubten" Sammelns von Geldern zu Parteizwecken.

In die Wahlagitation wurde im ganzen Kreise überall mit Erfolg eingegriffen, und zwar nicht nur in der fünften, sondern auch in der dritten und vierten Kurie. In dem Städtewahlbezirke Tetschen u. s. w. und in dem Landgemeindenwahlbezirke Böhm.-Leipa kamen die beiden Kandidaten unserer Partei, die Genossen Wedlich und Seibt, mit den deutschfortschrittlichen Kandidaten Kirschner und Fournier in die Stichwahl, und im Landgemeindenwahlbezirke Tetschen-Rumburg-Schluckenau entfielen auf Gen. Pernerstorfer 106 Wahlmännerstimmen. In der fünften Kurie (Wahlkreis Reichenberg) wurde Gen. Hannich mit 530 Wahlmännerstimmen, von 687 abgegebenen, gewählt.

Wählerversammlungen, sowie § 2-Versammlungen, die sich mit Wahlangelegenheiten befaßten, wurden sehr viele abgehalten; der Kandidat, Genosse Hannich, hat während der Wahlagitation in 56 Volks- und Wählerversammlungen gesprochen.

Neben dem „Nordböhmischen Volksboten" werden noch 728 andere Parteiblätter gelesen.

Die von Gen. Josef Hannich verfaßte und vom „Nordböhmischen Volksboten" verlegte Broschüre „Bauern merkt auf!" wurde in einer Gesammtauflage von 10.000 hergestellt und auch vergriffen.

stiren wagte, flugs ward er wegen Gotteslästerung angeklagt. Wie man einen armen Teufel zu Tode hetzen kann, beweist z. B. folgende Geschichte. Ein gewisser Isidor Michno, Krämer in Czernichow, war schon lange wegen seiner oppositionellen Gesinnung von Gendarmen des Laskowski und Pfaffen verfolgt. Eines Tages kam zu ihm Laskowski selbst und sperrte ihm die Handlung, nachdem er ihm die Lizenz ohne jedweden Grund abgenommen hatte. Der arme Michno reiste zum Badeni, versuchte alle möglichen Mittel — Alles umsonst. Ehe er zu seinem Rechte kam, starb er an einem Herzfehler und hinterließ eine arme Frau sammt Kindern. Die Herren rächten sich auch nach dem Tode. Dem Michno wurde die christliche Bestattung versagt, weil er Sozialist gewesen ist. Die Arbeiter und Bauern trugen den Sarg selbst zum Friedhof. Anstatt der Kirchenlieder erschollen — die Klänge der „Rothen Fahne". Das war eine imposante Demonstration, und die Klerikalen knirschten vor Wuth.

Gegen die sozialdemokratischen Zeitschriften wurden von Geistlichen, die angegriffen worden sind, Tendenzprozesse angestrengt. Zwei von denselben gelangten zur traurigen Berühmtheit. In dem ersten (Fall Migdal) hatte unser Redakteur vom „Naprzod" den Wahrheitsbeweis erbracht und ist von den bürgerlichen Geschworenen doch verurtheilt worden. Im anderen (der Fall Chudyba) mußte der Gerichtshof das Verdikt der Geschworenen aufheben, da es den einfachsten Gerechtigkeitsbegriffen zuwiderlief. Darauf zog Pater Chudyba schnell seine Klage zurück.

Die Wahlbewegung bildete den Kulminationspunkt des ganzen Feldzuges. Kaum waren die Wahlen ausgeschrieben, da stürzten sich die Genossen fieberhaft an die Arbeit. Ganz Galizien wurde durchstöbert, Versammlungen abgehalten an Orten, wo weder der Staroſt, noch die Leute etwas von der Konstitution wußten. Es gab einen Kampf nach zwei Fronten: einen gegen Klerikale und Schlachzizen, den anderen gegen die Volksparteiler. Die letzteren waren politische Zwitter, die Wasser in ihren Oppositionswein gossen und der Schlachta eine molluskenartige Opposition machten; es war eine Opposition mit konservativem fadenscheinigen Programm, eine Opposition ohne Temperament, ohne Energie. Vor den Wahlen machten sich die Herren sehr breit und schimpften weidlich gegen die Sozialdemokraten, wobei sie ihre Argumente von den Jesuiten herliehen. Die Vielweiberei, Theilung, Gottlosigkeit ꝛc. spielte dabei eine große Rolle. Unsere Partei rückte ihnen energisch an den Leib, indem sie eine praktische Agitation unter der bäuerlichen Bevölkerung anfing.

Das Resultat der Wahlen bewies, daß große Massen von Bauern sich offen zum Sozialismus bekennen. Ueberall fanden unsere Agitatoren bei den Bauern eine freundliche Aufnahme. Die Klerikalen und Volksparteiler erlitten eine eklatante Niederlage. Besonders heiß war der Kampf im Krakauer Wahlkreise. Die größte und wichtigste Aufgabe der Partei nach den Wahlen ist, die Organisation, die sich in den heißesten Kämpfen bewährt hat, weiter auszubauen und das rohe Material, welches bei den Wahlen der Partei zugeführt worden ist, zu organisiren und zu sichten. In letzter Zeit macht sich eine starke gewerkschaftliche Bewegung bemerkbar.

Agitation. Im Jahre 1896 wurden 78 politische Volksversammlungen abgehalten, wovon 12 verboten und mehrere aufgelöst wurden. Außerdem fanden 57 Vereinsversammlungen und zirka 300 § 2-Versammlungen statt. Im Jahre 1897 bis zum 1. Mai fanden statt: 26 politische Volksversammlungen (wovon 3 verboten), 32 Vereinsversammlungen und zirka 60 § 2-Versammlungen.

Nach dem großen Streik in Mährisch-Ostrau erlahmte auf einige Zeit die Bewegung in Schlesien unter den polnischen Arbeitern. Wie aber die Wahlen bewiesen haben, sind die sozialistischen Ideen ein Gemeingut der dortigen Arbeiterschaft geworden; die Organisation blühte seit dieser Zeit mächtig auf. Es herrscht dort ein großer Mangel an geeigneten agitatorischen Kräften.

Es fanden statt: 3 politische Landeskonferenzen, 2 gewerkschaftliche. Zum internationalen Sozialistenkongreß in London wurde ein Delegirter geschickt.

Wahlbewegung. Zusammen wurden 303 Wählerversammlungen abgehalten. Hievon fallen auf den Wahlkreis Krakau 183, Wadowice 32, Tarnów 45, Neu-Sandez 37, Rzeszow 9.

An Flugschriften wurden zirka 200.000 in Stadt und Land verbreitet. Während der Wahlperiode wurde ein besonderes Blatt, die „Gazeta wyborcza", herausgegeben. Für die Bauern wurde ein Blatt „Prawo ludu" gegründet.

Die Resultate waren überraschend. Im Krakauer Wahlkreise erhielt der sozialistische Kandidat Daszynski 22.214 Stimmen, der Volksparteiler Mikolajski 3515, der Fürst Poninski 3110. Es waren also 74 Percent der abgegebenen Stimmen sozialistisch.

Im Wahlkreis Neu-Sandez erhielt Gen. Misiolek 149 Stimmen, wovon 26 wegen orthographischen Fehlers als ungiltig erklärt wurden. In Wadowice bekam Gen. Englisch 16 Stimmen und in Tarnow Genosse

Sulczewski 55 Stimmen. Wenn keine Wahlmißbräuche vorgekommen wären, würde das Stimmenverhältniß für unsere Kandidaten sich beiweitem günstiger gestalten.

Der Wahlfonds weist auf:

Einnahmen	fl. 3836·89
Ausgaben	„ 3843·73
Defizit	fl. 6·84

Die Maifeier wurde im Jahre 1896 folgendermaßen durchgeführt: 1. Krakau: Totale Arbeitsruhe, Versammlung unter freiem Himmel mit 9000 Theilnehmern. Nachher eine imposante Straßendemonstration. Nachmittags ein Volksfest. 2. Podgorze: Volksversammlung mit 400 Theilnehmern. 3. Bochnia: Arbeitsruhe, Volksversammlung. 4. Tarnow: Arbeitsruhe, Versammlung verboten. 5. Biala: Versammlung verboten. 6. Neu-Sandez: Abends Volksversammlung. 8. Ostrauer Gruben- und Hüttenrevier: Theilweise Arbeitsruhe, zwei polnische Versammlungen unter freiem Himmel.

Im Jahre 1897 ist die Maifeier noch glänzender ausgefallen. Außer den oben angeführten Ortschaften feierten zum ersten Male die Bergarbeiter in Jaworzno (2500) und die Arbeiter in Szczakowa. In Krakau wohnten der Versammlung 15.000 Leute bei. In vielen Dörfern bei Krakau und Podgorze feierten auch die Bauern. In Neu-Sandez fanden zwei Versammlungen statt, in Tarnow wurden sie verboten. In Szczakowa kam es zu einem Zusammenstoße mit Dragonern.

Organisation. In Westgalizien existiren: 1 politischer Verein „Proletariat", 7 Bildungsvereine, 27 Gewerkschaftsvereine. In Polnisch-Schlesien existiren 19 Gewerkschaften und Ortsgruppen für polnische Arbeiter. Eine ganze Reihe von Fachvereinen ist im Werden begriffen. Die galizische Statthalterei macht bei der Genehmigung der Statuten ungeheuere Schwierigkeiten. Es kamen Fälle vor, wo gleichlautende Statuten binnen einer Woche einmal abgewiesen, das andere Mal genehmigt worden sind. Doppelte Buchführung!

Presse. Wir haben in Westgalizien: 1. Das Wochenblatt „Naprzod" (Auflage 2500 Expl.). 2. Das Bauernblatt „Prawo ludu", das vortreffliche Dienste in der ländlichen Agitation leistet und nach sechs Monaten Existenz 1200 Abnehmer findet, was im Lande der Analphabeten viel bedeutet. Außerdem erscheint die wissenschaftliche Monatsrevue „Die Kritik". Als Fachorgan der Eisenbahner erscheint in Krakau in polnischer Sprache der „Kuryer kolejowy" zweimal wöchentlich. Auflage 1300 Exemplare.

Parteiliteratur. Es wurden herausgegeben in Krakau folgende Broschüren: 1. Kann ein Katholik Sozialist sein? (Auflage 6000). 2. Arbeiterkalender (5000). 3. Der Bauernbesitz in Galizien (1000). 4. Die Stola- und Kirchengebühren (6000). 5. Der erste Mai (4000). 6. Die galizischen Wahlen vor dem Parlament (6000). 7. Reichsrathswahlordnung (2000).

Außerdem wurde bei verschiedenen Anlässen eine Unmasse von Flugschriften und Tausende von polnischen Agitationsbroschüren kolportirt.

Politische Verfolgungen. Man müßte eine ganze Abhandlung schreiben über die Art und Weise der politischen Verfolgungen in Galizien. Die Ziffer der Verurtheilungen beläuft sich auf 14 Monate, 2 Wochen und 2 Tage. Die Untersuchungshaft dauerte 21 Monate und 3 Wochen. Die Polizeistrafen betrugen 19 Tage. Es geschah oft, daß Leute wegen Uebertretung des § 23 in Ketten ins Gefängniß abgeführt wurden. Nach den großen Streiks im Sommer 1896 sind mehrere Arbeiter wegen Verbrechen der öffentlichen Gewaltthätigkeit angeklagt, monatelang in Untersuchungshaft gesessen, dann freigesprochen worden. Die Regierungsorgane und Gerichte im Bezirk Chrzanow z. B. anerkennen bis zum heutigen Tage keine § 2-Versammlungen. § 2 V.-G. ist hieramts unbekannt . . .

An den Verfolgungen während der Wahlperiode ist größtentheils die polnische Schlachzizenpresse, die wohl die dümmste und verlogenste in ganz Europa ist, schuld.

Die oben angegebenen Ziffern sind wohl nicht der vierte Theil aller Verurtheilungen. Eine genauere Statistik war unmöglich, da die Bauern, die verurtheilt worden sind, in der Regel darüber keine Nachrichten gaben.

Geldgebahrung war im Jahre 1896 folgende:

	Einnahmen	Ausgaben
Preßfonds	fl. 5042·03	fl. 4935·07
Agitationsfonds	„ 1430·07	„ 1084·50
Inhaftirtenfonds	„ 307·28	„ 335·75
Zusammen . . .	fl. 6779·38	fl. 6355·32

Im ersten Quartal 1897 betrugen die Gesammteinnahmen fl. 1557·79. Gesammtausgaben fl. 1534·01.

Kreis Ostgalizien. Unter dem Einflusse der Wahlbewegung hat sich die Agitation in unserem Kreise vertieft. Wir sind in Kreise gedrungen, zu denen wir bisnun trotz der größten Anstrengung nicht kommen konnten. Die nichtqualifizirten Arbeiter, die Hausmeister, Kutscher und Diener, konnten mit gewöhnlichen Agitationsmitteln aus ihrem politischen Indifferentismus nicht aufgerüttelt werden; erst die starken Wellen der Wahlbewegung hatten sie mitgerissen. Es ist uns auch gelungen, unter den Bauern Anhänger für unsere Prinzipien zu gewinnen und deren Zahl steigt stetig. Die Badenische Wahlreform hat hier ihre Glanzseite, sie hat uns gezwungen, unter die Bauern zu gehen, die Agitation auf dem flachen Lande mit größtem Eifer und Ernst zu betreiben, und der Erfolg spricht dafür, daß die Bauern für unsere Partei zu gewinnen sind. Auch örtlich hat sich der Spielraum unserer Thätigkeit erweitert. Die Zahl der Organisationsbezirke ist im letzten Jahre von 5 auf 11 gestiegen. Besonders müssen wir hervorheben, daß es uns gelungen ist, in Drohobycz, dem bedeutendsten Industriebezirke Ostgaliziens, festen Fuß zu fassen.

Agitation. Im Kreise Ostgalizien wurden vom 1. April 1896 bis 30. April 1897 360 Volksversammlungen abgehalten, welche theils vom Landeskomité, theils durch Lokalkomités einberufen wurden und in denen hauptsächlich polnisch, aber auch, den Bedürfnissen entsprechend, ruthenisch und jüdisch referirt wurde. Die Referenten werden nach den meisten Orten aus Lemberg entsendet.

Die Maifeier. Am 1. Mai 1896 herrschte eine beinahe vollständige Arbeitsruhe. Es feierten einmüthig die Bauarbeiter, Tischler, Schlosser, Spengler und Bäcker, Christen wie auch Juden, nur die wenigen Mitglieder katholischer Gewerksvereine machten eine Ausnahme, und in der Hausindustrie und im Kleingewerbe, wo der Meister mit seiner Familie sammt einem oder zwei Gesellen arbeitet, ging die Arbeit ununterbrochen fort. Die Buchdrucker feierten theilweise. Es wurde ein stark besuchtes Massenmeeting und ein imposanter Straßenumzug veranstaltet. In den Städten war Militär konsignirt. In Jaroslau, Sambor, Drohobycz, Brody und Tarnopol fand keine Maifeier statt.

Politische Verfolgungen machten sich ganz besonders in Przemysl und Stryj geltend. Beide Organisationsbezirke haben jedoch den Ansturm glücklich überstanden und erweisen sich, nachdem man sich von der Zwecklosigkeit dieser Kampfesart in den betheiligten Kreisen gehörig überzeugt hat, als durch den Druck gestärkt und gestählt. Wir haben keine genaue Statistik der Verfolgungen zur Hand, wissen aber erfahrungsgemäß, daß drei- bis viermal so viel Untersuchungshaft als Strafe verhängt wird. Zwei bis drei Tage Arrest nach zwei bis drei Monaten Untersuchungshaft sind ganz gewöhnliche Erscheinungen.

Die Wahlbewegung erforderte die Anspannung aller Kräfte, und wir können ohne Uebertreibung behaupten, daß wir unsere Pflicht erfüllt haben. Im Wahlkreise Lemberg (hier deckt sich Wahlkreis und Agitationsbezirk) hat Gen. Kozakiewicz 9434 von 14.930 Stimmen erhalten. In den übrigen Bezirken haben wir, um die Agitation besser führen zu können, Kandidaten aufgestellt. Von einer Zählung der Stimmen kann aber bei der bekannten ostgalizischen Wahlmacherei und den Niederträchtigkeiten der indirekten Wahlen keine Rede sein. Nehmen wir aber die Zahl und den Besuch unserer Versammlungen und die Stimmung der Bevölkerung zum Maßstab, so müssen wir sagen, daß die Städe uns gehören und die Bauern zum großen Theile zu uns hinneigen.

Die Kosten dieser Agitation für Ostgalizien, insoferne sie durch unsere Kreisorganisation bedeckt wurden, belaufen sich auf fl. 1210, zu deren Bedeckung wir fl. 579 Schulden einziehen mußten.

Die Presse. Das polnische Parteiorgan für Ostgalizien „Robotnik“ erschien dreimal monatlich in 1500 Exemplaren. Seit dem 1. Mai 1897 erscheint der „Robotnik“ als Wochenblatt und in vergrößertem Umfange.

Vom Oktober 1896 angefangen geben wir das „Jüdische Volksblatt“ heraus, welches im jüdischen Jargon mit hebräischen Lettern gedruckt, zweimal des Monats in 1200 Exemplaren erscheint und äußerst stark gelesen wird. Wir machten den Versuch, ein ruthenisches Parteiorgan, den „Robotnik“ (zweimal monatlich) herauszugeben, er ist jedoch eingegangen und wir gedenken so bald als möglich ein neues ruthenisches Bauernorgan zu gründen. Ueberdies besitzen die Buchdrucker ein eigenes Fachblatt „Ognisko“.

Geldgebahrung. Seit dem Grazer Kongresse bis zum 30. Dezember 1896 hatten wir im Agitationskreise Ostgalizien:

	Einnahmen Gulden
Vom Preßfonds	1160·59
„ Agitationsfonds	294·17
„ Fonds für politisch verfolgte Genossen	71·37
Summe aller Einnahmen vom April bis Dezember 1896	1526·13

Für das erste Quartal des Jahres 1897 gestaltet sich die Geldgebahrung folgendermaßen:

	Einnahmen Gulden	Ausgaben Gulden
Preßfonds	594·61	594·90
Agitationsfonds	75·44	60·99
Verfolgtenfonds	23·47	28·65
	Summe . 693·52	Summe . 684·54

Kreis Bukowina. Organisation. Nachstehender Bericht ist der erste, den wir von der Bukowina dem Parteitag unterbreiten können. Die kleinen Organisationen, welche bis zu Anfang des Jahres 1896 in der Bukowina bestanden, waren mehr zur Vereinsmeierei angelegt, als dazu, die Mitglieder zu klassenbewußten Arbeitern heranzubilden. Erst in der am 6. Jänner 1896 abgehaltenen Konferenz der in Czernowitz bestehenden Vereine wurde ein Organisationsplan ausgearbeitet, welcher in der Gründung des allgemeinen Gewerkschaftsvereines zum Ausdruck kam. Fachorganisationen sind hier in der Bukowina darum nicht möglich, weil nur Kleinindustrie herrscht und somit nur eine geringe Zahl von Arbeitern eines Industriezweiges vorhanden sind. Große Schwierigkeiten bilden aber auch einerseits die sprachlichen Verhältnisse, da zu einer jeden Versammlung drei bis vier Referenten nöthig sind, andererseits aber das tiefe Bildungsniveau, welches einem schnelleren Vorwärtsschreiten der Organisation als hindernd im Wege steht. Im August 1896 gelang es uns, mit einigen Provinzgenossen in Fühlung zu kommen und so konnten wir darangehen, einen Parteitag der Bukowinaer Sozialdemokraten abzuhalten, bei welchem die Bukowina in zwei Organisationsbezirke getheilt wurde: 1. Czernowitz mit Sadagora, Wiżnitz und Kotzmann, 2. Radautz, Suczawa, Gurahumora und Kimpolung. Durch die Gründung des allgemeinen Gewerkschaftsvereines ist es uns gelungen, in mehreren Provinzstädten Ortsgruppen des genannten Vereines zu gründen, und zwar: Suczawa, Radautz, Wiżnitz, Gurahumora, Kimpolung, Storoczynetz, Russisch-Moldawitza und Sereth. In dieser Organisation sind durchwegs männliche industrielle Arbeiter, deren Zahl 800 beträgt. Von einer Frauenorganisation kann hier nicht gesprochen werden. In einzelnen Orten beginnen sich auch die Feldarbeiter zu regen. Es fand auch schon eine von den Feldarbeitern einberufene Volksversammlung statt, an der sich mehrere Tausend Feldarbeiter, die von uns Rath und Hilfe gegen die Ausbeutung begehrten, betheiligten.

Die Agitation ist, so weit als es die finanziellen Verhältnisse zuließen, stark entwickelt worden. In 72 Volksversammlungen, 29 § 2-Versammlungen und 21 öffentlichen Vereinsversammlungen wurden die Ziele unserer Partei den Theilnehmern klargelegt. Verboten und aufgelöst wurden je eine Versammlung.

Die Maifeier im Jahre 1896 wurde von den Arbeitern in Czernowitz in würdiger Weise begangen; mehr wie die Hälfte der Arbeiter ließen die Arbeit ruhen und begaben sich zur Volksversammlung, deren Betheiligung 400 Personen zählte. An der geselligen Zusammenkunft und Abends an dem Einzug, welcher mit Musik und Lampions in die Stadt erfolgte, nahmen gegen 3000 Personen theil.

Politische Verfolgungen. Die politischen Verfolgungen haben 24 Stunden Arreststrafen und fl. 29 Geldstrafe nach sich gezogen und waren die Verurtheilten durchwegs Opfer des § 23 P.-G.

Wahlbewegung. Die Wahlbewegung wurde mit allen uns zu Gebote stehenden Mitteln betrieben. In 51 Wählerversammlungen haben wir das Programm unserer Partei entwickelt und es zeigte sich ein großer Theil der Versammelten für unsere Prinzipien empfänglich. In Czernowitz waren unter den 108 gewählten Wahlmännern 94 sozialdemokratischer Gesinnung. In der Provinz blieben in Folge des Druckes der behördlichen Organe unsere Wahlmänner in der Minorität. In der Bukowina wurden im Ganzen zirka 1200 sozialdemokratische Stimmen abgegeben. Die Einnahmen für Wahlzwecke betrugen fl. 237, die Ausgaben fl. 350.

Presse. Mit 1. Jänner 1897 hat die Kreisvertretung dem ihr zugetheilten Auftrag des Bukowinaer Parteitages Rechnung getragen und hat eine vierzehntägig periodisch erscheinende Druckschrift mit dem Titel „Volkspresse" herausgegeben, deren Auflage 600 Exemplare beträgt.

Kassagebahrung. Die Einnahmen für Organisationszwecke, welche durch Blocks und Sammlungen aufgebracht wurden, betrugen fl. 160·18½, denen Ausgaben in der Höhe von fl. 159·58 gegenüberstehen.

Mit diesem glauben wir unseren Bericht schließen zu können und versprechen, an dem begonnenen Werke rastlos und unermüdlich weiterzuarbeiten. Unsere Organisation ist noch sehr jung, aber in steter Entwicklung begriffen, und hoffen wir, sie im Laufe der Zeit vollständig auszubauen.

Einnahmen für den Agitations-, Inhaftirten- und Wahlfond.

Inland.	fl.
Altrohlau	6.—
Altstadt	3.—
Amstetten	1.—
Augenthal	1.70
Aussig	25.—
Baden	1.—
Biedermannsdorf	—.50
Bielitz	45.—
Bludenz	4.—
Bodenbach	5.—
Böhmisch-Kamnitz	5.—
Braunau	1.10
Brünn	110.18
Deutsch-Altenburg	—.10
Donaufeld	2.72
Dornbirn	31.—
Ebreichsdorf	3.—
Eger	10.—
Elbogen	5.80
Enzersdorf	1.—
Falkenau	20.—
Feldkirch	4.—
Floridsdorf	46.98
Fohnsdorf	20.—
Freiwaldau	15.—
Friedeck	1.28
Fulnek	50.86
Gmunden	22.—
Göding	2.—
Graz	187.30
Grottau	1.04
Gugging	—.20
Hacking	1.—
Hallein	15.—
Innsbruck	140.50
Ischl	36.—
Jägerndorf	112.49
Karlsbad	25.—
Klostergrab	3.36
Klosterneuburg	3.93
Knittelfeld	16.50
Kratzau	7.—
Krumau	10.—
Kufstein	4.—
Liesing	1.28
Lilienfeld	1.25
Linz	26.—
Mannersdorf	2.50
Meran	7.—
Mödling	5.97
Nachod	50.—
Neutitschein	2.25
Nikolsburg	8.06
Odrau	201.84
Olbersdorf	1.—
Perchtoldsdorf	1.83
Pilsen	20.—
Prag	6.50
Prerau	8.—
Purkersdorf	1.—
Fürtrag	fl. 1352.02

	fl.
Uebertrag	1352.02
Radautz	3.60
Rankweil	5.—
Reichenberg	230.—
Ried	6.—
Salzburg	56.10
Schärding	3.—
Steinschönau	47.40
Steyr	61.87
St. Lambrecht	1.60
St. Veit a. d. Glan	4.—
Teplitz	65.—
Tetschen	47.—
Tobitschau	—.50
Trebitsch	2.50
Triest	16.51
Troppau	15.—
Villach	78.89
Vordernberg	1.20
Warnsdorf	4.—
Wels	7.—
Weyer	8.—
Wien	14.158.80
Witkowitz	2.50
Znaim	5.10
Zwittau	7.62
Ausland.	
Berlin	5.—
Berlin, Deutsche Parteivertretung	5878.75
Belgische Parteivertretung	357.38
Bern	85.16
Brüssel	23.85
Budapest	43.19
Bukarest	80.99
Frankfurt a. M.	7.05
Genf	23.85
Gent	7.34
London	71.84
Luxemburg	280.47
Paris	194.83
Rußland	50.—
Sarajevo	8.—
Sassony	2.—
Stuttgart	50.—
Winterthur	223.96
Zürich	14.32
Andere Einnahmen.	
Wahlfondsblocks direct	200.—
Gemeinderathswahlfond (Ueberschuß)	263.62½
Anschaffungskosten für Blocks	153.57
Rückzahlung von Darlehen	150.—
Retour vom Wahlfond	65.—
Beitrag der czechischen Genossen für den Londoner Bericht	25.20
Thiergartenkarten	390.—
Broschüren-Konto	2015.29
Altes Broschüren-Konto	20.—
Maifond	1884.03
Summe	fl. 30,467.46½

Erster Verhandlungstag am 6. Juni 1897.

Eröffnung des Parteitages.

Vormittagssitzung.

Gen. Popp eröffnet die Sitzung um 10 Uhr 35 Minuten.

Werthe Parteigenossen! Im Namen der Parteivertretung begrüße ich Sie und eröffne den sechsten Parteitag, der einberufen ist von den Exekutivkomités sämmtlicher Nationen, und ich begrüße deshalb auch die Genossen aller Nationen, die sich hier aus dem ganzen Reiche eingefunden haben.

In Prag hatten wir noch zu berathen, wie wir uns beim Zustandekommen des neuen Wahlgesetzes in der Wahlbewegung verhalten sollen.

Heute zeigt es sich deutlich, daß wir bedeutende Fortschritte gemacht haben. Das letzte Jahr war ein Jahr der Arbeit für unsere Parteigenossen, die — wir können das mit Stolz sagen — auch zur Befriedigung der gesammten Partei geleistet wurde.

Im letzten Jahre, seit dem Prager Parteitag mußten unsere Organisationen umgewandelt und Wahlkreisorganisationen gebildet werden. Die Umwandlung ist mit einer Raschheit und Promptheit geschehen, die unseren Parteigenossen gewiß alle Ehre gemacht hat. Die Wahlbewegung selbst ist zum Theil zur größten Befriedigung der Partei ausgefallen. Es zeigte sich, daß unsere Ideen in Orte eingedrungen sind, von denen wir früher gar nicht gewußt haben, daß dort Parteigenossen hausen. Es sind eine ganze Reihe Wahlmännerwahlen in Orten zu unseren Gunsten ausgefallen, von denen wir nicht dachten, daß dorthin überhaupt die Idee des Sozialismus gedrungen sei. Leider ist die Wahl in Niederösterreich, wo direkte Wahlen eingeführt sind, welche am 9. März stattfand, zu Ungunsten der Partei und der Organisation Niederösterreichs ausgefallen. Trotzdem hat sich jedoch gezeigt, daß wir nicht umsonst gearbeitet haben. Die Zahl der Stimmen, die von unseren Parteigenossen in Wien aufgebracht wurden, ist gewiß eine imposante. Auch das Land Niederösterreich hat somit seine Schuldigkeit gethan. Wenn wir aber unterlegen sind, ist nicht schuld daran, daß die Organisation schwach war, sondern der Umstand, daß unsere Gegner die ganze Verwaltung in der Hand hatten und dieselbe in rücksichtslosester Weise zu ihren Gunsten mißbraucht haben. Als dann die Wahlen in der Provinz begannen, haben wir mit Bangen auf die Resultate gewartet. Wir haben nun trotz der ungeheuer großen Wahlkreise, die von den einzelnen Organisationen nicht beherrscht werden konnten, und trotz der raffinirten Wahlgeometrie vierzehn Abgeordnete ins Parlament gebracht. Wir sind mit diesem Momente, mit diesem Siege eine parlamentarische Partei geworden, wir haben eine parlamentarische Vertretung, und das ist die Bedeutung des letzten Jahres für die österreichische Sozialdemokratie. Damit ist eine Wendung in der Geschichte der österreichischen Arbeiterbewegung eingetreten. Unsere Abgeordneten, die sich hier befinden, und die ich mir ausdrücklich zu begrüßen erlaube, werden jetzt die Arbeit, die bisher nur außerhalb des Parlaments gemacht werden mußte, im Parlament selbst machen müssen. Sie werden im Parlament immer die Interessen des Proletariats vertreten müssen, und die Arbeit der Partei wird darin bestehen, die Forderungen, welche unsere Abgeordneten im Parlament erheben, von außen zu unterstützen. Der heutige Parteitag, der sich nicht allein mit

agitatorischen und organisatorischen Fragen, sondern zum ersten Male auch mit der parlamentarischen Thätigkeit zu beschäftigen haben wird, hat in Folge dessen eine große Bedeutung. Es soll den Abgeordneten gewissermaßen eine Richtschnur gegeben werden. Sie haben trotz der außerordentlich schwierigen Lage gethan, was sie thun konnten. Der Parteitag soll feststellen, was im Herbste im Parlament und was bis dahin außerhalb des Parlaments geschehen soll, und mit dem Wunsche, daß wir das Richtige treffen, begrüße ich Sie im Namen der Parteivertretung bei dem heutigen sechsten Parteitage und erkläre denselben für eröffnet.

Wir werden in erster Linie zu den geschäftlichen Verhandlungen schreiten müssen, und da bitte ich Sie, zuerst einen Vorschlag für die Wahl des Präsidiums zu machen.

Gen. Schuhmeier: Da wir hier auf die verschiedenen Nationalitäten, die wir in Oesterreich haben, Rücksicht nehmen müssen und dies besonders im Präsidium zum Ausdrucke gelangen soll, erlaube ich mir den Vorschlag zu machen, vier Genossen zu Präsidenten und sechs Genossen zu Schriftführern zu wählen, und zwar schlage ich zu Präsidenten die Genossen Popp, Zeller, Hybes und Kozakiewicz, und zu Schriftführern die Genossen Skaret, Elderšch, Krapka, Diamand, Gerin und Grablovic vor, und bitte die Genossen für diese Kandidaten zu stimmen.

Nachdem Gen. Kozakiewicz erklärte, eine Wahl nicht annehmen zu können, wird über Vorschlag des Gen. Daszynski Gen. Hudec ins Präsidium gewählt.

Vorsitzender Gen. Popp: Bis nun sind 161 Delegirte angemeldet.

Zur Geschäftsordnung beantragt

Gen. Stumpe die Redezeit für Einbringer selbstständiger Anträge statt, wie beantragt wurde, mit 10, mit 20 Minuten zu bemessen.

Gen. Krapka beantragt die unveränderte Annahme der §§ 2, 3, 4 und 5.

Gen. Schuhmeier beantragt die en bloc-Annahme der Geschäftsordnung, wie sie gedruckt vorliegt, während

Gen. Pernerstorfer für die Abänderung derselben eintritt.

Nachdem ein Antrag auf Schluß der Debatte angenommen wurde, wird die Geschäftsordnung der Vorbesprechung gemäß mit sämmtlichen Abänderungsanträgen in der vorneſtehenden Fassung angenommen.

Vorsitzender Gen. Popp: Ich bitte sich an die beschlossene Geschäftsordnung zu halten. — Parteigenossen! Bevor wir in die Tagesordnung eingehen, erlaube ich mir, die verehrten Gäste, Gen. Pfannkuch und Reichstagsabgeordneten Molkenbuhr, die aus Deutschland als Vertreter unserer deutschen Bruderpartei hier eingetroffen sind, im Namen des Parteitages zu begrüßen. (Großer Beifall.)

Gen. Pfannkuch (Berlin) (mit Beifall begrüßt): Parteigenossen! Wir sind hiehergekommen, um von Ihnen in der Behandlung der Geschäfte zu lernen, wie Sie ja auch unsere Parteitage beschicken, um dort, was wir für nützlich und im Interesse des Proletariats halten, auch von uns sich anzueignen.

Sie wissen, die Leiden, die wir zu erdulden haben, sind ja unsere Freuden. Kampf ist unser Lebenselement.

Die ganze Gesellschaft ist gegen uns, muß gegen uns sein; wir sind ihre geschworenen Feinde, wir müssen ihre geschworenen Feinde sein. Daraus ergibt sich, daß weder wir mit der Gesellschaft Frieden machen können, noch sie mit uns. Wir leben der felsenfesten Ueberzeugung, daß wir die alte bürgerliche Gesellschaft überwinden, daß wir unser sozialdemokratisches Programm verwirklichen werden. (Zustimmung.) Aus dem Gesagten ergibt sich der Standpunkt der bürgerlichen Gesellschaft. Wir können es ihr nicht verdenken, weder dort in Deutschland, noch hier in Oesterreich, noch anderswo, daß sie sich ihrer Haut wehrt. Ich füge hinzu, Diejenigen, die zum Angriffe übergehen, befinden sich ja auch stets in der günstigeren Position. Das fühlt die bürgerliche Gesellschaft und empfindet es, daß die Lebensbedingung der Sozialdemokratie ja der Erfolg der Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft ist. Sie fühlt, daß, wenn die Dinge ihren naturgemäßen Verlauf nehmen, sie alles das, was sie thut, für die Sozialdemokratie thut. Daraus hat sich auch ihre Taktik entwickelt und alle die Maßregeln, die sie heute noch immer mit Erfolg glaubt anwenden zu können, ja anwenden zu müssen, um das Anwachsen der Sozialdemokratie aufzuhalten.

Verschiedene Phasen dieses Kampfes gehören bereits der Geschichte an, und ich darf wohl daran erinnern, daß gerade das Dulden und Leiden der Parteigenossen unter dem Sozialistengesetze das unauflösliche Band geschmiedet hat, das uns das felsenfeste Vertrauen gibt, auch die Stürme und Kämpfe, die uns in der Zukunft bevorstehen, mit eben der Leichtigkeit zu überwinden, wie wir das, was hinter uns liegt, überwunden haben. (Sehr richtig!)

Sie wissen, die Vormacht Deutschlands, Preußen, man könnte auch schlechthin sagen Groß-Preußen, Anderes ist ja Deutschland im Augenblick auch nichts, schickt sich an — und das ist wieder bezeichnend für die Interessenströmung, für die Zersetzung innerhalb der verschiedenen Kreise der bürgerlichen Gesellschaft — vom Partikularstaate Preußen getrieben, reaktionäre Maßregeln einzuleiten, beziehentlich, wenn es dieselben nicht einleiten sollte, auf dem partikularen Wege zur einheitlichen Durchführung in Deutschand zu bringen.

Wir haben dem Beginnen bisher mit Ruhe zugesehen. Erst als wir sahen, daß man Alles daran setze, um nochmals der unter dem ersten Reichskanzler beliebten Taktik, die wir abgethan zu haben glaubten, in Deutschland wieder zu ihrem Rechte zu verhelfen und die in ihrem Endresultate darauf hinausläuft, die Sozialdemokratie zu zwingen, in einem Augenblicke, wo es uns nicht angenehm ist und nicht angenehm sein kann, den entscheidenden Kampf mit der bürgerlichen Gesellschaft auszufechten, da gebot es nicht nur der Selbsterhaltungstrieb, sondern die ganze Tradition unserer Partei, dem gegenüber in der umfänglichsten Weise den Kampf aufzunehmen. Die Agitation gegen die Verböserung der Bewegungsfreiheit der Arbeiter in Deutschland hat die Sozialdemokratie in den letzten Wochen auch im vollen Umfange betrieben, wo es sich darum handelte, auch das Wahlrecht in Deutschland zu meucheln. Sie haben zum ersten Male den Versuch mit dem Wahlrecht gemacht. Es wurde mir hier in privaten Gesprächen darauf hingewiesen, wie auch der Vorsitzende darauf hingewiesen hat, daß gerade in Niederösterreich, da, wo das direkte Stimmrecht besteht, böse Erfahrungen gemacht wurden. Auch bei uns war es Anfangs der Sechziger- und Siebziger-Jahre ähnlich.

Lassalle bezeichnete schon das allgemeine, geheime und direkte Wahlrecht als eine zweischneidige Waffe, die geschickt zu führen eben erst gelernt, praktisch erprobt werden muß. Wir haben diese Probe in Deutschland abgelegt. Wir haben verstanden zu kämpfen, zu siegen, und wir hoffen in Zukunft weitere Früchte von unserer Thätigkeit zu ernten.

Das Gleiche wird auch Ihnen vorbehalten sein, und es wäre meines Erachtens nicht einmal gut, wäre es anders, es muß Alles gelernt werden, um dann aber das Errungene auch mit entschiedener Festigkeit erhalten zu können. Ein Erfolg, der den Betreffenden in den Schoß fällt, wird ihnen unter Umständen in den Kopf steigen. Wir sind überzeugt, daß die Parteigenossen in Oesterreich sowohl, wie in Deutschland, so wie sie geschult, wie sie taktisch organisirt sind und wie unser Programm feststeht, allen Schlägen der Zukunft gegenüber vollständig gewappnet dastehen und mit Einsicht und Thatkraft die Maßnahmen der Reaktion zu bewältigen im Stande sein werden. (Beifall.)

Ich habe auf unserem letzten deutschen Parteitage zu Gotha ausgesprochen: Nichts kann mehr errungene Erfolge in Frage stellen, als auch weitere Erfolge unmöglich machen, als wenn man seine Kräfte überschätzt, als wenn man sich mit Maßnahmen trägt, die mit den vorhandenen Kräften im Widerstreite stehen. Es ist nicht zu leugnen, es gibt eine Anzahl Parteigenossen — und auch Sie in Oesterreich werden solche haben — denen die Bewegung zu langsam geht. Wir Alle sammt und sonders, Einer wie der Andere, würden lieber morgen als übermorgen das, was wir für Ungerechtigkeit, für Knechtschaft der großen Mehrheit ansehen, beseitigen und an Stelle dieser miserablen Zustände auf Arbeit aufgebaute, den Grundlagen der Gerechtigkeit entsprechende einführen wollen. Aber wir müssen uns sagen, wollen wir nicht wieder zurückgeworfen werden, wollen wir das, was wir errungen haben, auch festhalten, dann werden wir von unserer erprobten Taktik nicht abgehen können, die wir bisher eingehalten haben. Das Programm der Sozialdemokratie ist ja international. Was wir in Deutschland wollen, wollen Sie hier in Oesterreich, was Sie hier in Oesterreich wollen, wollen

wir in Deutschland. Die Taktik kann eben nach den örtlichen, nach den nationalen Verhältnissen eine andere sein, sie wird vielleicht in nebensächlichen Fragen von einander abweichen; im großen Ganzen, in unseren Grundgedanken sind wir einig, wir sind einig in dem, was wir zu überwinden haben, wir sind einig in der Taxirung der Mittel, die uns zur Verfügung stehen. Sie haben, wie Ihr geehrter Herr Vorsitzender erklärte, jetzt zum ersten Male den Versuch gemacht — ich glaube, es ist nur ein Sprachschnitzer gewesen — als parlamentarische Partei aufzutreten. Ich möchte diesen Gedanken dahin ergänzen: Wir treten auf im Parlament, um der bürgerlichen Gesellschaft das Gewissen zu schärfen, um der einstigen liberalen Bourgeoisie in's Gedächtniß zu rufen, daß sie die Fahne der bürgerlichen Demokratie hat sinken lassen, daß sie dieselbe feigerweise verrathen hat, daß sie heute nicht mehr fähig ist, die Hand nach dem parlamentarischen Regiment auszustrecken.

Wir haben mit Interesse verfolgt, wie Sie Ihren parlamentarischen Kampf hier in Oesterreich geführt haben. Wir sagten uns aber und Sie werden sich das ebenfalls gesagt haben: es geht auf die Dauer nicht an, daß wir Schulter an Schulter mit den bürgerlichen Parteien gehen. Wir in Deutschland, beziehentlich in Preußen, wo Maßregeln eingeführt werden sollen, um die Bewegungsfreiheit der Arbeiter noch mehr zu hemmen, sind ja jetzt fast in dieselbe fatale Lage gekommen, daß wir erwägen müssen, ob wir nicht auch einmal eine Zeit lang mit der einen oder anderen der bürgerlichen Parteien werden gehen müssen, um den anderen Interessenströmungen, um den übermüthigen junkerlichen Agrariern, die im preußischen Abgeordnetenhause sitzen, entgegenzutreten. Der nächste deutsche Parteitag wird der Berathung dieser Frage wohl oder übel einige Zeit widmen müssen, ob wir nicht noch einmal den Versuch zu machen haben, einzelne bürgerliche Elemente an ihre Pflichtvergessenheit zu erinnern, und ob wir sie zwingen können, innerhalb des Rahmens der bürgerlichen Gesellschaft sich nochmals der Pflicht der bürgerlichen Demokratie bewußt zu werden. Doch das sind Fragen, welche wir draußen in der Häuslichkeit zu ordnen haben, unter der Mitwirkung des Parteitages. Also auch wir haben drüben unsere häuslichen Schmerzen, obwohl wir eine längere Periode der Entwicklung des Kampfes hinter uns haben, ebenso wie Sie hier. Ich bin auch der Meinung: Mag auch hier bei Ihnen durch die Verschiedenheiten der Nationalitäten die Sachlage eine schwierige sein — wir haben uns auch nicht zu brüsten mit unserem einigen, deutschen Vaterland. Es bestehen auch dort, wenn auch nicht wie früher, 36 deutsche Vaterländer, es sind aber immerhin noch eine ganz erkleckliche Anzahl, sie übersteigen immer noch 20. Wir haben da, wenn auch nicht mit der Verschiedenartigkeit der Sprache, so doch immerhin mit den verschiedenen Regierungsformen und dem, was sich daraus ergibt, zu rechnen und unsere Kampfesweise darnach einzurichten. Wir werden aber drüben, ebenso wie Sie hier, aller dieser Schwierigkeiten Herr werden. Der alljährliche Parteitag ist der Ort, an welchem die Genossen ihre häuslichen Angelegenheiten berathen. Drüben bei uns in Deutschland, wie bei Ihnen hier in Oesterreich haben mitunter Gegenstände auf dem Parteitag zur Berathung gestanden, bei denen man einfach meinte, bei der Heftigkeit, mit der die Geister auf einander platzen würden, sei kaum ein zufriedenstellendes Resultat zu zeitigen.

Unsere Gegner haben mehr als ein Dutzendmal ihre Hoffnung darauf gesetzt, daß, wenn es auf dem Parteitag heftige Debatten gab, das Auseinanderfallen der Sozialdemokratie nun nahe bevorstehe. Sie Alle waren falsche Propheten und mußten es sein, weil sie eben die neuen Ideen, wie dieselben in der Arbeiterwelt aufgefaßt wurden, nicht zu kapiren im Stande sind. Sie sehen die Welt nur durch die Brille des Eigennutzes, der Wahrung ihrer eigenen Interessen. Sie sehen nicht, daß die Arbeiter Kraft und Energie gewonnen haben, indem sie das Zutrauen zu allen anderen Parteien verloren haben und ihre Kraft nur in sich selbst suchen. Wir sind zu der Ueberzeugung gekommen, daß es nur eine einzige Wahrheit gibt, die für die Arbeiter aller Länder gilt, welcher Zunge sie auch sind: Die Befreiung der Arbeiterklasse muß das Werk der Arbeiterklasse selbst sein. Dieser Geist hat allenthalben gewaltet, wo Arbeitervertreter zusammengekommen sind, um ihre Interessen wahrzunehmen. Dieser Geist waltet heute unter Ihnen, dieser Geist waltet auch in London, wo der Bergarbeiterkongreß zusammengetreten ist.

In diesem Geiste haben wir unsere Beschlüsse zu fassen. Damit machen wir alle Prophezeiungen unserer Gegner zu Schanden. Fahren Sie fort wie bisher Schulter an Schulter mit uns, wir mit Ihnen, den Kampf in gleicher Weise zu führen wie bisher. Die Brüderlichkeit, die uns speziell als Sprachgenossen in Deutschland und Oesterreich verbindet, die Kampf- und Brudergenossenschaft — sie wird auch fernerhin bestehen. Wenn die eine Bruderpartei vielleicht einmal in schwächerer Position ist, so wird sie sich der Mithilfe der anderen Bruderpartei versichert halten können. (Bravo!) Wir haben bisher in Freud und Leid in unserem Kampfe treu und brüderlich zusammengestanden, es soll auch fernerhin so sein, wie es sich im Interesse der Arbeitersache von selbst ergibt. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Vorsitzender: Es sind Begrüßungsschreiben eingelangt. (Dieselben werden verlesen.) Vom Gen. Kohn sind zwei Anträge eingelangt. Der erste Antrag lautet (liest):

„Die Tramwaybediensteten sind heute in den Streik getreten. Der Parteitag spricht denselben seine vollste Sympathie aus und beauftragt die Parteivertretung, sofort einen Betrag, dessen Höhe der Vertretung überlassen bleibt, dem Streikkomité abzuführen."

Ein Zusatzantrag hiezu lautet (liest):

„Es hat für die im Lohnkampfe stehenden Tramwaybediensteten eine Sammlung unter den Delegirten und Gästen des Parteitages veranlaßt zu werden. Der Betrag hat demselben Zweck wie im ursprünglichen Antrag zugeführt zu werden."

Gen. Dr. Ellenbogen stellt folgenden Antrag:

„Der Parteitag beschließt, ein Begrüßungstelegramm an den internationalen Bergarbeiterkongreß in London abzusenden (Beifall) und weiters ein Begrüßungstelegramm an den Kongreß der ungarländischen Arbeiterpartei." (Beifall.)

Ich eröffne nun die Debatte über die Anträge des Gen. Kohn.

Gen. Müller (Graz): Ich kann nur dem ersten Theil des Antrages zustimmen, der dahin geht, daß wir den Tramwaybediensteten unsere volle Sympathie aussprechen, bin aber entschieden dagegen, daß die Parteivertretung beauftragt werde, denselben Geldmittel zur Verfügung zu stellen, denn es ist Usus, daß Unterstützungen nicht gleich am Beginn des Streiks, sondern erst nach acht oder vierzehn Tagen gegeben werden.

Gen. Dr. Adler: Ich glaube, es ist durchaus wünschenswerth, daß wir als Sozialdemokraten es offen aussprechen: Obwohl die Bediensteten der Tramway-Gesellschaft, einer der perfidesten und niederträchtigsten Ausbeutergesellschaften, die wir in Oesterreich haben (Sehr richtig!), sich heute durchaus nicht im Lager der Sozialdemokratie befinden; obwohl sie in ihrer großen Mehrheit heute unter christlich-sozialer Führung stehen und nur eine Minorität von braven alten Genossen unter ihnen ist; obwohl wir endlich an der ganzen Organisation dieser Arbeitseinstellung nicht den geringsten Antheil genommen haben, halte ich es für nothwendig, daß wir bekennen, daß, wo immer eine Proletarierschichte, mag sie bereits auf sozialdemokratischem Standpunkt stehen oder mag sie noch nicht zur Erkenntniß gekommen sein — auch die werden einmal gescheidter werden — kämpft, die Sozialdemokratie ihr mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln zur Seite stehen wird. Wenn Gen. Müller einwendet, man möge keine Sammlung einleiten, weil bisher noch nie für Streiks gesammelt worden ist, so möchte ich doch dem lieben alten Gen. Müller das Gedächtniß auffrischen und ihn fragen, wie viel Streiks seine eigenen Fachgenossen, die Metallarbeiter, ohne die Partei hätten führen können? (Rufe: Gewerkschaftskommission!) Gewiß, aber es hat schon Streiks gegeben, bevor es noch eine Gewerkschaftskommission gegeben hat. Wie die Dinge heute stehen, kann die Gewerkschaftskommission als solche nicht eingreifen. Ich mache Sie nur auf Folgendes aufmerksam: Es besteht ein großer Unterschied zwischen einem Werkstättenausstand und einem Tramwayausstand; dieser wird in einigen Tagen entschieden sein; wenn wir also überhaupt etwas machen wollen, so müssen wir es sofort thun. Ich bin überzeugt, daß es nicht möglich ist, von den Anwesenden

einen sehr großen Beitrag zu erlangen, aber wir werden, wenn der Streik andauert, dafür sorgen, daß wenigstens unsere Parteigenossen unter den Streikenden genügend mit Mitteln versehen sind. (Beifall.)

Gen. Dr. Berstl (Wr.-Neustadt): Ich bin der Anschauung, daß der Antrag des Genossen Kohn gar nicht auf die Tagesordnung gehört.

Ich kann mich aber auch der Anschauung des Antragstellers und des Genossen Adler durchaus nicht anschließen. Daß jeder Sozialdemokrat mit einer Arbeiterschichte, die im Lohnkampfe steht, sympathisirt, ist selbstverständlich, das brauchen wir nicht noch besonders auszusprechen; es geht aber absolut nicht an, daß wir uns als Aktionskomité für den Streik der christlich-sozialen Tramwaybediensteten etabliren. (Widerspruch.) Ich erinnere Sie daran, daß die Tramwaybediensteten meines Wissens nicht zu uns gekommen sind. Es ist gar nicht ausgeschlossen, daß die Tramwaybediensteten das Geld, welches die Sozialdemokraten für sie sammeln, refüsiren und zurückstellen werden (Ruf: Das macht auch nichts!); ich erinnere Sie daran, daß bei den Streiks jene Partei, welcher sich die Tramwaybediensteten anschließen, Streikbrecher bezahlt hat. Bei dem Neunkirchener Streik haben Wedral, Lueger, Axmann u. s. w. Jedem eine Krone gegeben, der sich bereit gefunden hat, den kämpfenden Lohnarbeitern in den Rücken zu fallen. Und da wollen wir uns an die Arbeiter, die sich an eine so schmähliche Partei wenden, herandrängen? Das wäre ein Schlag in das Gesicht aller ehrlich kämpfenden sozialdemokratischen Arbeiter. (Widerspruch.) Wenn Sie zu viel Geld haben, so unterstützen Sie Diejenigen, die durch christlich-soziale Judasse arbeitslos geworden sind. Wenn wir mit unserem Gelde die Christlich-Sozialen noch unterstützen, so werden wir keinen Dank, sondern nur Hohn dafür ernten. Wir sind es auch unseren Parteigenossen in der Provinz schuldig, Farbe zu bekennen, entweder haben wir mit der christlich-sozialen Partei etwas gemein oder nicht. (Gelächter.) Sage mir, mit wem Du umgehst, und ich sage Dir, wer Du bist. Wenn wir Diejenigen unterstützen, die Schulter an Schulter mit Lueger, Wedral und Mittermayer kämpfen, so sind wir moralisch auch nicht besser als diese. (Oho-Rufe.)

Gen. Feigl (Wien) (zur Geschäftsordnung): Ich beantrage trotz der Rede des Gen. Berstl Schluß der Debatte (Ruf: Aber man muß ihm doch antworten!), ich beantrage Schluß der Debatte, weil beide Ansichten bereits in scharfer Weise zum Ausdruck gekommen sind, eine weitere Debatte ist vollständig unnütz.

Reichsrathsabgeordneter Gen. Zeller bittet, den Antrag des Gen. Feigl abzulehnen. (Beifall.)

Gen. Stumpe (Warnsdorf): Die Sache ist eigentlich eine Wiener Angelegenheit; es berührt aber uns in der Provinz ebenso wie die Wiener. Ich stehe vollständig auf dem Standpunkte des Gen. Dr. Adler, und zwar aus taktischen Gründen (Beifall); wir müssen nämlich verhüten, daß die Leute sagen können, die Sozialdemokratie ist bei einem so wichtigen Ausstande vollständig passiv gewesen. Bei einem Streik, der voraussichtlich nicht lange dauert, ist aber rasches Handeln unbedingt nothwendig. Unsere Genossen in Warnsdorf, die schon seit einiger Zeit die Sache verfolgen, sind schon früher der Meinung gewesen, daß die Partei als solche für den Streik eintreten solle.

Gen. Kohn (Hohenstadt): Mit den bloßen Sympathien, die wir den Tramwaybediensteten aussprechen, wie Gen. Müller es wünscht, ist ihnen nicht gedient. Maßgebend ist für uns, daß die Tramwaybediensteten Arbeiter sind, ob sie christlich-sozial sind oder etwas Anderes. Ich glaube, sie sind vielleicht nicht einmal christlich-sozial, sondern sie sind indifferent. Das ist übrigens gleichgiltig. Wir müssen sie für alle Fälle unterstützen. Und wenn gesagt wird, daß wir vielleicht auf keinen Dank zu rechnen haben, so bemerke ich nur, daß wir auf einen solchen auch nicht rechnen und es nicht das erste Mal wäre, daß wir Undank erfahren. Zum Schlusse stelle ich den Antrag auf Schluß der Debatte. (Stürmische Heiterkeit.)

Vorsitzender: Es sind zu diesem Punkte bis jetzt 17 Redner vorgemerkt.

Gen. Skaret (Wien) beantragt Schluß der Rednerliste. Der Antrag wird angenommen.

Gen. Patzelt (Atzgersdorf): 'Man muß über die Rede des Genossen Dr. Adler wirklich staunen. Ich begreife nicht, wie wir dazu kommen, die wir in erster Reihe im Kampfe stehen, die alle Verhöhnungen und Niederträchtigkeiten von diesen Leuten erdulden müssen, daß wir für diese Leute noch eintreten sollen; ich kann mir nur denken, daß der Gen. Dr. Adler glaubt die Leute dadurch in unser Lager herüberzuziehen, das ist aber ganz ausgeschlossen.

Es ist neuerlich vom Gen. Bartel der Antrag auf Schluß der Debatte und Wahl von Generalrednern gestellt worden. — Der Antrag wird angenommen.

Gen. Müller (Graz) (Generalredner contra): Genossen! Aus verschiedenen Rufen, die hier gefallen sind, läßt sich schließen, daß die Ansicht vorherrscht, als ob wir Gewerkschaftler der Unterstützungsfrage gegenüber einen engherzigen Standpunkt einnehmen. Mit dem ersten Theil des Antrages erkläre ich mich vollkommen einverstanden, weil eben hier Arbeiter in einem Lohnkampf stehen gegen eine Ausbeutergesellschaft, welche ihre Arbeiter in der miserabelsten Weise ausbeutet. Wogegen ich mich aber entschieden wenden muß, ist, daß wir die Leute, die erst heute in Streik getreten sind, auch schon materiell unterstützen. Wir haben bezüglich Streiks gewisse Bestimmungen, die absolut eingehalten werden müssen, weil wir nicht in der Lage sind, in dieser Weise über unsere Mittel zu verfügen. Es kommt ja oft vor, daß Leute gezwungen sind, in den Ausstand zu treten, die niemals einer Organisation angehört und nie etwas für den Streikfond beigetragen haben, und denen man sagen muß, wir sind beim besten Willen nicht im Stande, Euch im gewünschten Maße zu helfen, weil unsere Mittel zu gering sind. Heute stehen wir aber vor der Thatsache, daß Tramwaybedienstete, die sich niemals um Organisation gekümmert haben, eine Viertelstunde im Streik stehen, und schon will man die paar Kreuzer hinauswerfen. Diese Gründe veranlassen mich, zu beantragen, diesen Passus zu streichen. Wollen die Tramwaybediensteten von den organisirten Arbeitern etwas haben, müssen sie zuerst ihre Pflichten diesen gegenüber erfüllen, denn von uns werden nur Parteigenossen unterstützt, aber für die Anderen haben wir nicht einen Kreuzer. (Beifall.)

Gen. Pernerstorfer (Wien): Diese Debatte ist für mich ein betrübsames Zeichen, bis zu welcher Parteileidenschaft und Hitze der politische Kampf, der heute in Oesterreich sich abspielt, speziell in Wien und Niederösterreich gediehen ist. Die Verantwortung dafür, daß eine Erscheinung zu Tage getreten ist, die ich geradezu als unproletarisch kennzeichnen muß, hat jene Partei, die sich christlich-sozial nennt, aber ebenso widerchristlich als widersozial ist. Diese hat es durch die Gemeinheit und Niederträchtigkeit des Kampfes und der Kampfmittel verstanden, solche Reden möglich zu machen, wie wir sie gehört haben. Nicht aus taktischen Gründen, nicht deswegen, weil wir vielleicht durch die Unterstützung die Tramwaybediensteten für uns gewinnen können, müssen wir den Antrag in beiden Theilen annehmen, sondern weil der Antrag aus proletarischem Geiste hervorgegangen ist, und weil uns ganz gleichgiltig sein muß, ob leidende Arbeiter irgend eine Gesinnung, oder ob sie, wie die Tramwaybediensteten, gar keine Gesinnung haben. (Zustimmung.) Wir haben unseren Stolz immer darein gesetzt, daß wir niemals leidende Menschen überhaupt und leidende Arbeiter insbesondere um ihre Gesinnung gefragt haben. Die Lumpen, die das gethan haben, hat man nie in den Reihen der Sozialdemokratie gefunden. Wir dürfen nicht auf das Niveau der Christlich-Sozialen heruntersteigen (Beifall), welche, wie Gen. Dr. Berstl richtig bemerkt hat, sich bei dem Streik in Neunkirchen in der gemeinsten und niederträchtigsten Weise benommen und jene Taktik ausgeführt haben, welche uns heute angerathen wird. Aus prinzipiellen Gründen, weil wir die Vertreter einer proletarischen Partei sind, bringen wir den Tramwaybediensteten nicht allein unsere Sympathien entgegen, sondern wollen wir sie auch werkthätig unterstützen. Ich glaube, daß die Abstimmung den trüben Eindruck, der durch das Gehörte erzeugt wurde, verwischen wird und daß Sie einstimmig für beide Theile des Antrages stimmen werden. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Vorsitzender Gen. Popp: Wir gelangen zur Abstimmung. Außer dem Antrag Kohn sind noch Eventualanträge eingelaufen, über die noch nicht debattirt

wurde. Gen. Beer beantragt, daß es den Genossen überlassen werde, die Streikenden privatim zu unterstützen. Ein weiterer Antrag lautet:

„Mit Rücksicht darauf, daß uns die Tramwaybediensteten näher stehen — wenn sie auch einer anderen politischen Gesinnung angehören — als die kapitalistische Ausbeutergesellschaft, beantragen wir, daß die Streikenden unterstützt werden in dem Maße als es bei unseren Genossen stets der Fall ist. Der Kongreß spricht den Streikenden seine Sympathien aus, und sollen, wenn der Streik länger dauert, Sammlungen eingeleitet werden."

Bei der Abstimmung wird der erste Theil des Antrages Kohn, der den Streikenden die Sympathien des Kongresses ausspricht, einstimmig, der zweite Theil, es habe der Parteitag zu beschließen, daß für die im Lohnkampfe stehenden Tramwaybediensteten eine Sammlung eingeleitet und ihnen dieselbe zugeführt werde, mit überwiegender Majorität angenommen. (Beifall.)

Es entfallen somit die beiden Eventualanträge und daher ist der Gegenstand erledigt.

Vorsitzender Gen. Popp schlägt nun die Wahl der Mandatsprüfungskommission vor.

Es werden gewählt die Genossen: Schiller, Pauser, Pontratz, Zavertnik und Chwala. Hierauf wird die Sitzung um ½1 Uhr unterbrochen.

Nachmittagssitzung.

Beginn der Sitzung 2 Uhr 40 Minuten.

Vorsitzender Gen. Popp eröffnet die Nachmittagssitzung.

Es werden zwei Anträge auf Absendung von Begrüßungstelegrammen an den internationalen Bergarbeiterkongreß in London und an den Kongreß der ungarländischen Arbeiterpartei einstimmig angenommen.

Seitens der Organisation Teplitz wird beantragt, Punkt 5 und 7 der Tagesordnung in der Reihenfolge zu vertauschen. Gen. Seliger empfiehlt diesen Antrag. Gen. Simon Stark bekämpft ihn.

Der Antrag wird hierauf abgelehnt.

Seitens der Organisation Floridsdorf wird beantragt, als letzten Punkt „die Abschaffung der Waffenübung, eventuell Schutzgesetze für den Reservisten während derselben (so lange das stehende Heer besteht) für die Erhaltung seiner Familie und seiner Existenz" auf die Tagesordnung zu stellen.

Vorsitzender Gen. Popp: Eine Abstimmung über diesen Antrag ist nicht nöthig und kann derselbe bis zur Erledigung der Tagesordnung verschoben werden.

Seitens der Bezirkskonferenz Kratzau wird beantragt, an Stelle des Punkt 7 in die Tagesordnung aufzunehmen: „Sozialgesetzgebung und Statistik."

Ein weiterer Antrag verlangt, in dem Punkt 7 den Punkt „Sozialgesetzgebung und Statistik" als Punkt 7a zu behandeln.

Die Organisation Hainburg beantragt, den Punkt „Konsumgenossenschaften" von der Tagesordnung abzusetzen.

Nach einer kurzen Debatte, an welcher sich die Genossen Hausmann, Benecke, Seliger, Schmidt, Schuster und Pölz betheiligten, werden sämmtliche Anträge abgelehnt.

Vorsitzender Gen. Popp: Es verbleibt somit bei der vorgeschlagenen Tagesordnung. Es ist von Gen. Schuhmeier ein Antrag eingelangt, daß unsere Abgeordneten am Parteitage Sitz und Stimme haben sollen. Dieser Antrag ist eigentlich selbstverständlich.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Wir gelangen nunmehr zum ersten Punkt der Tagesordnung:

Bericht der Parteivertretung.

Als erster Referent hat das Wort

Gen. Schuhmeier: Sehr verehrte Parteigenossen! Es wird in den Kreisen unserer eigenen Parteiangehörigen vielfach behauptet, daß unsere Be-

wegung ungemein langsam vorwärts gehe, und daß wir insbesondere in der letzten Zeit viel zu wenig rasch fortgeschritten seien. Ich möchte das Gegentheil behaupten. Wer den Parteitag 1895 beim Schwender mitgemacht hat, wo wir uns noch darüber stritten, welche Taktik wir im Kampfe ums Wahlrecht einschlagen sollen, wer weiters den Prager Parteitag erlebt hat, wird sagen müssen, daß innerhalb dieses einen Jahres unsere Partei einen ganz kolossalen Vorstoß gemacht hat. Der heurige Parteitag findet uns über diesen Punkt hinaus. Wir haben die Wahlen hinter uns; die ersten Wahlen in Oesterreich, an denen das Proletariat, die vordem rechtlos gewesene Arbeiterschaft theilgenommen hat. Parteigenossen, ich kann sagen, daß gerade das letzte Jahr in der Partei eines der thatenreichsten gewesen ist, und daß die Kräfte, die der Partei zur Verfügung stehen, in keinem Jahre so ausgenützt wurden als im Vorjahre. Agitatorisch und organisatorisch ist Alles gemacht worden, was gemacht werden konnte; ich kann auch behaupten — und ich glaube, Sie werden das durch Ihre Beschlüsse besiegeln — daß auch die Parteivertretung im abgelaufenen Jahre, in den harten Kämpfen, die wir zu bestehen hatten, ihre Pflicht voll und ganz erfüllt hat. Wir mußten nach dem Prager Parteitage zunächst daran gehen, den Parteigenossen mit Allem an die Hand zu gehen, was zum Wahlkampfe nothwendig war. Wir mußten auch die Genossen dadurch unterstützen, daß wir ihnen Referenten zur Verfügung stellten, dort wo es eben ging.

Die Wahlagitation hat es auch mit sich gebracht, daß eine ganz neue Organisationsform neben der bestehenden emporgetaucht ist. Ich erinnere Sie daran, daß man in Prag nichts von einer Aenderung unserer Organisation wissen wollte. „Wir dürfen uns der Wahlreform nicht anpassen," hieß es, und viele Genossen waren der festen Ueberzeugung, daß unter dem Wahlgesetz Badeni's nur einmal gewählt werden darf. Es blieb uns aber dennoch nichts Anderes übrig als uns anzuspannen, denn die Wahlkreisorganisation ist ganz von selbst entstanden, insbesondere in Böhmen, Mähren und Schlesien; in Niederösterreich weniger. Heute ist diese neue Organisation so weit gediehen, daß wir am diesjährigen Parteitage eine Menge Vertreter von einzelnen Wahlkreisen, z. B. aus Mähren, Böhmen, Schlesien, Galizien u. s. w. hier haben.

Wir werden also unsere Organisationsform den Verhältnissen, trotz des Widerspruches vom Vorjahre, dennoch anpassen müssen.

Da der Bericht gedruckt vorliegt, will ich nur kurz auf Eines verweisen. Es hat Gen. Pfannkuch aus Deutschland heute Vormittags gesagt, daß wir Oesterreicher bei den Wahlen einen großen Sieg errungen haben. Das ist auch richtig. Aus dem Parteiberichte ersehen Sie, daß die sozialdemokratische Partei in Oesterreich thatsächlich die stärkste Partei ist, und zwar trotz des indirekten Wahlrechtes. Während z. B. in Niederösterreich die christlich-soziale Partei die weitaus stärkste Partei ist und erst nach der christlich-sozialen Partei die sozialdemokratische an zweiter Stelle kommt, finden wir, daß in den Ländern mit indirektem Wahlrechte die Christlich-Sozialen weit hinten sind, an fünfter Stelle stehen, während die Sozialdemokratie an erster Stelle marschirt.

Die Wahlen sind also für uns sehr günstig ausgefallen. Gen. Bebel hat im vorigen Jahre am Gothaer Parteitage mir gegenüber erklärt, als ich sagte, ich hoffe, daß wir ein Dutzend Mandate erobern werden: „Ihr Oesterreicher schneidet doch immer auf. Ihr könnt froh sein, wenn Ihr ein halbes Dutzend nach Hause bringt." Nun sind die Wahlen vorüber, und wir haben nicht nur ein volles Dutzend, sondern noch zwei Mandate darüber.

Wenn in Niederösterreich kein Mandat erobert wurde, so ist das weder die Schuld der Partei noch der Parteigenossen. Durch Niederösterreich und besonders durch Wien zieht Weihrauchduft. Das sagt genug.

Bezeichnend ist nur, daß wir in Wien und Niederösterreich ganz nichtssagenden Schlagworten unterlegen sind. So wie unsere Gegner uns in Niederösterreich bekämpft haben, nämlich zur Zeit der Wahlen, so werden wir nirgends bekämpft. In Wien, der Stadt der allerfreiesten Liebe, wurde die Sozialdemokratie mit der „freien Liebe" bekämpft. Man hat uns Kirchenraub (Rufe: Königsmord!) — davon will ich gar nicht reden — vorgeworfen, zu einer Zeit, wo die Stolataxfrage in Hunderten von Versammlungen diskutirt worden ist.

Mit der Furcht vor dem Theilen, von dem man nicht einmal den Bauern in Galizien erzählen darf, hat man in Wien gegen uns große Erfolge erzielt. Das zeigt so recht die Rückständigkeit der Wiener Bevölkerung und besonders des Wiener Bürgerthums, welches über uns so hergefallen ist, und das bestätigt nur das, was ich im vorigen Jahren in Gotha gesagt habe: „Kein Bürgerthum in Europa steht so tief wie das Wiener Bürgerthum."

Wir haben also gar keine Ursache, uns über den Ausgang der Wahlen zu beklagen; die Parteileitung hat ihre Pflicht gethan und ebenso die Genossen. Bei dieser Gelegenheit sei es mir gestattet, eine Ehrenpflicht zu erfüllen, indem ich hiemit öffentlich unseren Genossen im Auslande unseren Dank für die werkthätige Antheilnahme und Mithilfe abstatte, welche sie während der Zeit der Wahlen uns in Oesterreich zu Theil werden ließen. (Lebhafter Beifall.) Allen voran standen unsere deutschen Genossen, die uns nach dem Gothaer Kongresse 10.000 Mark zur Verfügung gestellt haben, und es hat mich unendlich gefreut, heute Vormittags vom Gen. Pfannkuch die Versicherung zu vernehmen, daß die Genossen in Deutschland mit jenen in Oesterreich Freud und Leid theilen.

Es wird im Berichte auch darauf hingewiesen, daß in der letzten Zeit zahlreiche neue Lokalorganisationen gebildet und in Ortschaften, wo vorher keine feste Organisation gewesen ist, eine solche geschaffen wurde.

Außer der täglich erscheinenden „Arbeiter-Zeitung" und den tschechischen Blättern erscheinen 25 Parteiblätter, und zwar theils wöchentlich, theils vierzehntägig, theils dreimal im Monate. Die gesammte Auflage dieser 25 Blätter beträgt 83.200 Exemplare. Wir können also gewiß sagen, daß unsere Presse im letzten Jahre um ein gutes Drittel zugenommen hat. Unter den Neugründungen befinden sich allerdings auch solche, welche den Organisationsbestimmungen zuwiderlaufen. Und da kann ich insbesondere den Genossen von Nordböhmen nicht den Vorwurf ersparen, daß in der Gegend von Falkenau und Karlsbad in der letzten Zeit eine wahre Blättergründungsepidemie ausgebrochen ist. Doch darüber wird bei dem Punkte „Presse" zu sprechen sein. Ich will hier nur das Eine sagen, daß ich es nicht für gut halte, wenn so viele Neugründungen vorgenommen werden. An Geld wurden im letzten Jahre — darüber wird der Kassier noch ausführlich berichten — seitens der Parteigenossen über 50.000 Gulden zu Agitationszwecken aufgebracht. In dieser Summe ist der Agitationsfond und Wahlfond mit inbegriffen. Ich habe die runde Summe von 50.000 Gulden genommen, weil die Kreise Triest, Mähren, Reichenberg, Aussig-Tetschen, Steinschönau-Haida über ihre Geldgebahrung sich gründlich im Parteiberichte ausschweigen. Es ist sicher, daß sie viel eingenommen haben, sie sagen uns aber nicht, wie viel. Es entziehen sich daher diese Summen der Schätzung.

Es ist selbstverständlich, daß in einer Partei, die ein Jahr harter Kämpfe hinter sich hat, auch unzählige Opfer gefallen sind.

Die Arrest- und Kerkerstrafen leichten und schweren Grades, welche im verflossenen Jahre verhängt worden sind, sind geradezu erschreckend. Und wenn Sie den Bericht studiren, bitte ich Sie, diesem Punkte Ihre besondere Aufmerksamkeit zu widmen. Es wurden innerhalb des letzten Jahres im Ganzen 32 Jahre an Kerker und Arrest verhängt; an Untersuchungshaft allein 4 Jahre, 6 Monate und 1 Tag. In Galizien ist es vorgekommen, daß Genossen monatelang in Untersuchungshaft gesessen sind und dann zu 2 oder 3 Tagen Arrest verurtheilt wurden. Unter den genannten 32 Jahren sind allerdings auch mehrere Strafen mit inbegriffen, welche wegen Ausschreitungen bei Streiks verhängt wurden. Es muß hier auch betont werden, daß der § 23 in Oesterreich noch in keinem Jahre solche Orgien gefeiert hat, wie im abgelaufenen.

Es gibt Kronländer, wo die Bezirksgerichte eigene Tage für die § 23-Uebertretungen festgesetzt haben. Freilich sind auch viele Verurtheilungen auf Grund des § 24 sowie des § 5 wegen Mitschuld vorgefallen. Ich glaube, diese letzteren könnten uns erspart bleiben. Wenn man die Genossen auf frischer That ertappt und fragt: Woher haben Sie das? so sollen sie einfach die Antwort schuldig bleiben. Sie sind durchaus n i c h t verpflichtet, zu sagen, wer sie damit versehen hat.

Wir können aus alledem nur den einen Trost schöpfen, daß es uns gelungen

ist, den § 23 einmal gründlich ad absurdum zu führen. Gerade zu der Zeit, wo sich der Preßausschuß mit der Aufhebung dieses Paragraphen beschäftigt hat, haben die Sozialdemokraten bewiesen, wie überflüssig er ist. Von tausenden von Genossen ist der Paragraph übertreten worden; und man kann sagen, es gibt keinen Paragraph, der mehr geschändet wird wie dieser. Für uns ist es selbstverständlich: wenn wir etwas zu verbreiten haben, so thun wir das mit oder ohne den § 23, und darum sollte die Regierung doch endlich daran gehen, diesen Schandfleck aus unserer Gesetzgebung auszumerzen.

Die österreichische Sozialdemokratie hat zwei Genossen auf den internationalen Kongreß nach London entsendet. Ueber diesen Kongreß ist in den Parteiblättern berichtet worden und kann ich darüber hinweggehen. Ebenso hat die österreichische Parteivertretung zum letzten Parteitage der deutschen Sozialdemokratie in Gotha einen Delegirten entsendet, und es kann hier gesagt werden, daß die Beziehungen der österreichischen Sozialdemokratie zu jener des gesammten Auslandes die brüderlichsten zu nennen sind. Daß dies keine vage Behauptung ist, können Sie schon daraus entnehmen, daß die Parteigenossen aus Deutschland einen so bedeutenden Zuschuß zu unserem Wahlfond geleistet haben.

Wenn ich nun Alles zusammenfasse, so kann ich sagen, daß das letzte Jahr für uns kein erfolgloses gewesen ist. Die Parteigenossen haben ihre Pflicht gethan, und auch die Parteileitung, und es bleibt uns nur der eine Wunsch übrig: daß wir auch in Zukunft in derselben Brüderlichkeit weiter arbeiten. Einen Umstand muß ich aber noch berühren. In keinem Jahre wurde die Parteileitung, sowie die einzelnen Genossen und insbesondere die Vertrauensmänner so besudelt wie im letzten Jahre. Die Gegner haben es nicht verschmäht, eigene Leute anzustellen, die Alles, was in der Partei vorgeht, aufbauschen, die uns Lügen andichten, die sich in die Privatverhältnisse eines jeden Einzelnen eindrängen und dann Dinge erzählen, die von A bis Z erlogen sind. Nichtsdestoweniger aber hat das Vertrauen keine Einbuße erlitten, und ich möchte nur wünschen, daß es auch in Zukunft so bleibt, daß sich die Genossen nicht wankelmüthig machen lassen. Wenn einmal das gegenseitige Vertrauen erschüttert ist, dann hat die Arbeit für die Partei aufgehört.

Damit glaube ich schließen zu können und gebe nur dem Wunsche Ausdruck, daß die sozialdemokratische Partei auch im kommenden Jahre ihre Pflicht ganz und voll erfüllen möge, im Interesse der Sozialdemokratie und im Interesse des gesammten Proletariats. (Lebhafter Beifall.)

Referent Gen. Dr. Ellenbogen: Ich habe in Bezug auf die Geldgebahrung nicht viel zu sagen, denn Sie haben in dem Berichte die Ziffern abgedruckt. Ich habe im Allgemeinen nur Folgendes zu bemerken. Die Partei war in Bezug auf ihre finanziellen Leistungen heuer weit mehr angestrengt als in früheren Jahren. Es hat sich aber an der inneren Struktur der Parteileistung nichts geändert. Es ist weder die Gesammtsumme größer noch die Art der Beitragsleistung eine andere geworden. Wie früher stets, war auch jetzt wieder Wien das Zentrum, von welchem aus die ausschlaggebenden Beiträge eingelaufen sind, während die Provinzorte — ich muß das tadelnd hervorheben — in äußerst nachlässiger Weise (Rufe: Oho!) die Pflichten, welche sie nicht nur auf dem letzten, sondern auch auf den vorhergehenden Parteitagen übernommen haben, erfüllt haben. Natürlich nehme ich aber hiebei jene Orte, die in der Liste angeführt sind, aus. Ich muß allerdings auf einen Umstand hinweisen, welcher die Genossen in der Provinz entschuldigt. Wir haben in diesem Jahre die Wahlbewegung gehabt, und da ist es zum Mindesten erklärlich, wenn die Genossen das Geld, welches sie gesammelt haben, für ihren Wahlkreis zurückbehalten haben, um die Agitation betreiben zu können. Andererseits aber werden die Parteigenossen aus der Provinz zugeben, daß die Parteivertretung ihrer Pflicht, die Vertheilung der eingelangten Gelder in einer den Verhältnissen entsprechenden Weise durchzuführen, so gut nachgekommen ist, als dies möglich war.

Ich kann diese Gelegenheit nicht vorübergehen lassen, ohne mit Ihrer Erlaubniß auf ein Schlagwort zurückzukommen, welches in der letzten Zeit vielfach gegen unsere Partei ins Treffen geführt wurde. Es ist dies das Schlagwort von den „blutigen Arbeiterkreuzern". Aus dem gedruckten Berichte ersehen

Sie, daß im letzten Jahre eine Summe von über fl. 36.000 eingekommen ist. Nichtsdestoweniger ist diese Summe, mit welcher wir den Wahlkampf vollführt haben, verschwindend gegenüber dem, was andere Parteien für den Wahlkampf verwendet haben. Und so können wir sagen, daß an diesen Arbeiterkreuzern, so blutig sie auch erworben werden, doch mehr Eifer und Begeisterungsfähigkeit hängt, als irgend eine andere Partei aufzubringen vermag. Ich glaube, die gegnerischen Parteien haben am allerwenigsten Grund, uns dieses Schlagwort ins Gesicht zu schleudern. Wenn wir im Parlamente und Gemeinderathe uns umsehen, wer denn Diejenigen sind, die diese Schlagworte am häufigsten brauchen, so sehen wir, daß es meist Dickbäuche sind, die das thun — Gregorig, Vergani, Strobach — oder Leute, die ihre Pfründen in Sicherheit haben, und die am meisten von den blutigen Arbeiterkreuzern leben, die in Form von öffentlichen Abgaben eingehoben werden, wie Geßmann, Lueger u. s. w. Andererseits aber müssen wir sagen, wenn wir diese Arbeiterkreuzer sammeln, so sind wir stolz darauf, daß wir alles das, was wir leisten, aus unserem eigenen Gelde bezahlen. Wir lassen unsere Wahlagitation nicht, wie die christlich-soziale Partei, von fremden Leuten bezahlen, wir haben die Erfahrung gemacht, daß dies nicht nur nicht zuträglich, sondern geradezu schädlich wäre.

Wenn nun dieses Schlagwort so häufig gebraucht wird, so hat das einen triftigen Grund. Eine Partei, die so groß ist wie die unsere, bedarf eines großen Verwaltungsapparates, und sie muß selbstverständlich ihre Beamten auch bezahlen. Es ist nicht möglich, daß eine so große Partei wie wir, eine arme Partei von Leuten, die keine Besitzthümer haben, ihr Auslangen finden kann, ohne Beamte mit Gehalt anzustellen. Gerade weil aber die gegnerischen Parteien wissen, daß die sozialdemokratische Partei ohne Gelder, die von Arbeiterkreuzern gesammelt sind, nicht bestehen kann, gerade darum setzen sie hier ihren Hebel an, weil sie glauben uns damit am ehesten zu schaden. Wenn nun auch gegenwärtig in Folge der etwas ruhigeren Periode die Sammlungen nicht in der Höhe einlaufen wie in den Zeiten der Wahlbewegung, so werden in dem Augenblicke, wo wieder eine heftige Welle in der Parteibewegung sich erheben wird, die Beiträge sicherlich reichlicher einlaufen.

Parteigenossen! Ich habe es für meine Pflicht gehalten, einmal von dieser Stelle aus über dieses Schlagwort zu sprechen. Es liegt in diesem Worte nicht nur eine hohle Demagogie, sondern auch eine bewußte Niederträchtigkeit und Verlogenheit unserer Gegner, und es ist zu wünschen, daß alle unsere Genossen in der Provinz sowohl als in Wien überall, wo sie diesem Schlagworte begegnen, ohneweiters die Lügenhaftigkeit und Demagogie unserer Gegner klarstellen. Im Uebrigen habe ich diesem Kassaberichte nichts hinzuzufügen, bin aber bereit, falls Sie irgendwelche Detailfragen in Bezug auf den Bericht an mich stellen sollten, dieselben zu beantworten. (Lebhafter Beifall.)

Gen. Hirsch (Atzgersdorf): Wenn Gen. Schuhmeier u. A. sagte, daß wir in Oesterreich mit der letzten Wahlbewegung einen riesigen Fortschritt gemacht haben, so gebe ich das zu, behaupte aber, daß wir einen größeren Fortschritt hätten machen können. Die Wiener Genossen sind in Folge des hier eingebürgerten Parteigigerlthums unterlegen, sie sind von jeher gewöhnt, vor Tausenden von Genossen zu sprechen und Beifallsklatschen zu hören, aber die Maulwurfsarbeit vernachlässigen sie. Wir aber in der Provinz mußten von Person zu Person gehen und intensiv im Einzelnen arbeiten. Wir können dabei aber trotzdem nicht die Summen aufbringen, die wir nach dem Parteibeschluß aufbringen sollten, um unsere eigenen Bedürfnisse decken zu können und noch etwas zu erübrigen. Auch wir müssen deshalb unsere Geldmittel für unsere eigene Organisation verwenden. Die Wiener Genossen könnten, wenn sie wollten, tiefer in die Arbeiterschichten eindringen, und sie sollten auch etwas mehr für das Land thun.

Gen. Behr (Saaz): Wir haben es gewiß Alle mit Freuden begrüßt, daß uns bei dem Wahlkampf die deutschen Genossen zur Seite gestanden sind, und Gen. Schuhmeier hat darauf verwiesen, daß dies auch in der Zukunft der Fall sein wird. Er hat aber dabei Zweifel laut werden lassen, ob die österreichischen Genossen eventuell den deutschen Genossen beispringen würden. (Widerspruch.) Wir sind allerdings eine arme Partei gegenüber der deutschen, aber ich

glaube, jeder österreichische Parteigenosse wird den deutschen gegenüber die Pflicht der Solidarität genau so erfüllen, wie es die deutschen uns gegenüber gethan haben. (Gen. Pfaunkuch: Das ist nie bezweifelt worden!) Wenn wir unsere Agitationsgelder nach Wien hätten abführen wollen, wäre für unseren Kreis nichts übrig geblieben. Hätte man zum Beispiel auf den dritten böhmischen Wahlkreis, der sehr wenig bearbeitet worden ist, auch nur eine geringe Summe verwendet, so wäre dieser Wahlkreis ebenfalls gewonnen worden. Die Kassenberichte, die ausgegeben werden, enthalten nicht Alles, was von den Parteigenossen geleistet wurde, weil die Ausgaben, die gleich in der Provinz gemacht werden, nicht gebucht werden.

Gen. Dobiasch (Aussig): Der Parteikassier wird zugeben, daß für die Wahlagitation in der Provinz vom Zentralfond gar nichts gegeben worden ist. (Widerspruch.) Wir wenigstens haben nichts bekommen. Die paar Blätter, die wir erhalten haben, haben wir ehrlich bezahlt. Wir müssen wegen eines einzigen Wahlmannes oft drei und vier Versammlungen abhalten, dazu zwei bis drei Stunden per Bahn und Schlitten fahren u. s. w. Ich glaube, die Partei könnte zufrieden sein, daß diese Arbeit verrichtet wurde, ohne daß sie Opfer bringen mußte. Als die Wahl in der fünften Kurie bei uns vollzogen war und wir erfuhren, daß Gen. Pernerstorfer gefallen war, beschlossen wir sofort, ihn bei uns aufzustellen und eine intensive Agitation zu entfalten. Wir wendeten uns telegraphisch nach Wien, man möge uns momentan mit fl. 100 aushelfen. Wir haben aber keine Antwort erhalten. Nun lesen wir, daß der Wahlfond einen Ueberschuß von fl. 3632·74½ hat. Wäre es da nicht Ehrenpflicht gewesen, diese paar Gulden aufzuwenden? Ich will nicht behaupten, daß wir Pernerstorfer, wenn die fl. 100 gekommen wären, durchgebracht hätten, aber die Möglichkeit war vorhanden.

Gen. Stark (Falkenau) beklagt es, daß die von der Partei angekündigte Broschüre über das neue Wahlgesetz nicht zur rechten Zeit erschien. Viele Genossen kannten sich nicht aus und wußten daher keinen Rath. Diese Verzögerung in der Herausgabe der Broschüre hat die Wahlarbeit sicherlich nicht gefördert. Desgleichen beschwert sich der Redner, daß, als er um einen Referenten ansuchte, keiner zu haben war. Wir Genossen in der Provinz führen einen harten Kampf und bedürfen sehr der Nachhilfe.

Unsere Gegner sind zwar nicht im Stande, die Sozialdemokratie wissenschaftlich zu bekämpfen. Deshalb werden wir aber immer mehr verdächtigt, und in jedem Pauschalwisch lesen wir Verdächtigungen gegen die „Führer".

Im politischen Bezirk Falkenau haben wir in einem Jahre 600 politische Versammlungen ohne die § 2-Versammlungen abgehalten — das mußte uns die politische Behörde sagen, denn wir wußten es nicht — im ganzen Wahlkreis über 2000. In Wien zum Beispiel gibt es Brauer, Kellner, Hausmeister u. A., die weder gewerkschaftlich noch politisch organisirt sind. Auf diesem Gebiete muß gearbeitet werden. Es wurde früher von den Tramwaybediensteten gesprochen. Ich stehe auf dem Standpunkt, daß nicht Lueger, Geßmann und Strobach streiken, sondern Arbeiter, und diese müssen wir unterstützen. Wenn wir in der Provinz bei einem Streik fragen würden, ob die Arbeiter sozialdemokratisch, christlich-sozial oder deutschnational sind, würden wir auch im Wahlkampf unterliegen.

Gen. Stumpe (Warnsdorf): Ich will auf die Sünden der Wiener Genossen nicht zurückkommen, aber die Ohrfeige, die der Genosse von Aussig den Wiener Genossen gegeben hat, will ich, weil ich mich auf Thatsachen stütze, theilweise pariren. Ich konstatire, daß Pernerstorfer durchgedrungen wäre, ob jetzt die Wiener Geld geschickt hätten oder nicht, wenn von den Aussigern die Sache in den letzten Tagen planmäßig geleitet worden wäre. Die Parteigenossen von Warnsdorf-Rumburg, welche mich hieher geschickt haben, verlangen, daß der Bericht über die finanziellen Angelegenheiten nicht blos wie es bisher Usus gewesen ist, beim Parteitage vorgelesen werde, sondern daß alljährlich dem Parteitage nicht nur über die Arbeiterpresse, sondern über die gesammte Parteigebahrung Rechenschaft gegeben werde.

Gen. Albrecht (Reichenberg): Wir wurden durch die Kreisvertretung in Reichenberg beauftragt, im VIII. und IX. Wahlbezirke der fünften Kurie und außerdem in diesem Gebiete für die Landgemeinden- und für die Städtekurie zu

arbeiten. Zu dieser ganzen Arbeit waren wir vier Leute. Sowie die Wiener, mußten wir auch um die Städte Reichenberg und Gablonz kämpfen.

Den Bericht konnten wir aus dem Grunde nicht rechtzeitig an den Parteisekretär absenden, weil aus dem VIII. Bezirke die Bezirksorganisation an uns keinen Bericht geschickt hat. Den Vorwurf des Gen. Schuhmeier, daß wir mehr Geld eingenommen als abgeführt haben, weise ich zurück, weil dies eine Verdächtigung ist. (Widerspruch). Gen. Schuhmeier hat es ausgesprochen, daß wir den Bericht nicht eingeschickt haben, weil wir uns über die Beiträge nicht ausweisen wollen. Wir sind zu jeder Zeit in der Lage, die Berichte einzusenden. Im Bezirke Reichenberg ist ein Betrag von fl. 3000 eingegangen; von anderen Bezirken aus der fünften Kurie des VIII. Wahlkreises haben wir nur sehr wenig bekommen, und aus dem IX. Wahlkreise leider gar nichts. Trotzdem mußten wir die Agitation für diesen Wahlkreis leisten. Dafür wird uns hier als Lohn ein solcher Vorwurf gemacht. Wir haben fl. 250 an die Parteivertretung geschickt und von ihr fl. 300 bekommen.

Obwohl die Genossen in Wien unterlegen sind, mache ich ihnen daraus keinen Vorwurf, denn ich bin überzeugt, daß sie ihre Schuldigkeit gethan haben.

Vorsitzender Gen. Popp: Gen. Albrecht hat gesagt, daß das, was Gen. Schuhmeier vorgebracht hat, eine Verdächtigung sei. Ich halte es nicht für nothwendig, daß man persönlich wird; es ist auch nicht nothwendig, daß wir unter uns in einem Ausspruche eines Parteigenossen schon eine persönliche Spitze sehen und das als eine Verdächtigung betrachten.

Gen. Kristan (Laibach): Die südslavische Parteiorganisation kann sich den Vorwürfen, welche von verschiedenen Seiten der Wiener Parteivertretung gemacht wurden, nicht anschließen. Unsere Organisation hat seitens der Parteivertretung für ihre Arbeit, die sie geliefert hat, auch Unterstützung gefunden; sie war allerdings bescheiden, aber was man nicht hat, kann man nicht geben. Wir leiden materiell als auch an Agitationskräften Mangel. Unsere Erfolge sind in Folge dessen auch viel bescheidener als sie unter günstigeren Umständen gewesen wären.

Ich möchte bei dieser Gelegenheit bemerken, daß das Bauernelement den sozialdemokratischen Ideen durchaus nicht so unzugänglich ist, wie in gewissen Kreisen angenommen wird; man darf aber die Bauern nicht damit ködern wollen, daß man ihnen Aussichten eröffnet, die unerfüllbar sind, sondern man muß mit der vollen Wahrheit herausrücken. Jene Bauern, welche bei uns ihre Stimme den Sozialdemokraten gegeben haben und den sozialdemokratischen Organisationen auch langsam beitreten, sind sich dessen bewußt, was die Sozialdemokratie anstrebt.

Die Bewegung, welche durch die Wahlagitation entfacht wurde, hat sich nicht blos auf Krain und den Süden Steiermarks beschränkt, sondern ist auch nach dem weiteren Süden gedrungen. Wenn, wie der Parteibericht konstatirt, in den dalmatinischen Wahlkreisen keine Kandidaten aufgestellt wurden, geschah es deshalb, weil Niemand eine Ahnung davon hatte, daß dort eine Kandidatur überhaupt nur möglich sei, ich sage nicht, daß sie Aussicht auf Erfolg hätte, und dennoch haben sich dort die Genossen aus eigenem Antriebe bewogen gefühlt, in Spalato einen Kandidaten aufzustellen, der auch eine erkleckliche Stimmenanzahl erhielt, obwohl der Wahlschwindel dort genau derselbe war, wie sonst überall in Oesterreich. Ich habe dies konstatirt, damit die Parteivertretung und der Parteitag seine Aufmerksamkeit etwas intensiver auf den Süden richte als dies bisher der Fall war. Ich wollte damit keinen Vorwurf aussprechen, sondern ich will nur darüber informiren, daß der Boden dort jetzt fruchtbar geworden ist; ich bin auch überzeugt, daß die Reichsparteivertretung ihre Hilfe nunmehr dem Süden auch nicht versagen werde.

Die Angriffe auf die Parteivertretung waren meiner Ansicht nach unberechtigt. Die Parteivertretung ist eben auch von der Voraussetzung ausgegangen, daß die stärkere Organisation die Pflicht hat, die schwächere zu unterstützen. Ueberall waren zu wenig Kräfte, und besonders im Süden war dies der Fall, weil die Bewegung dort noch sehr jung ist und man die entsprechenden Kräfte daher nicht aufbringen konnte. Nebenbei ergibt sich die Schwierigkeit, daß wir, mit Ausnahme von Krain und des Südens Steiermarks, nicht eine Gegend haben, wo ein einsprachiges

Element beisammen wohnen würde. Es muß überall in zwei Sprachen gearbeitet werden.

Unsere Presse wird von Tag zu Tag mehr verbreitet, und der Wunsch nach Referenten, nach Versammlungen wird immer lauter. Die Genossen mögen überzeugt sein, daß im Süden ebenfalls nunmehr die Sozialdemokratie im schönsten Aufblühen begriffen ist. Ich spreche noch der Parteivertretung und den nördlichen Organisationen für ihre bisherige Unterstützung den Dank aus.

Gen. Dr. Čech (Brünn) richtet an die Parteivertretung die Anfrage, warum dem gedruckten Parteibericht ein Bericht über die Thätigkeit der tschechischen Organisation nicht beigeschlossen ist. Darüber hat sich Gen. Schuhmeier ausgeschwiegen, und es ist sehr merkwürdig, daß auch die tschechischen Genossen nicht das Bedürfniß empfinden, uns etwas über ihre Thätigkeit zu berichten, sondern sich heute absentiren und gleichzeitig anderenorts eine Konferenz abhalten. So lange wir eine internationale Partei sind, wollen wir auch über die Thätigkeit der tschechischen Organisation berichtet sein.

Vorsitzender Gen. Popp: Die tschechischen Genossen haben sich schon gestern Abends entschuldigt, daß sie beim ersten Punkt der Tagesordnung nicht anwesend sein können, weil sie eine Konferenz haben, die sie später nicht mehr abhalten können, da einige Genossen, die der Konferenz beiwohnen müssen, abzureisen genöthigt sind. Die tschechischen Genossen haben sich aber nicht absentirt. Was die zweite Anfrage des Gen. Dr. Čech anbelangt, so ist ein Bericht vom tschechischen Sekretariat ganz einfach nicht eingelangt und konnte daher auch nicht vom Gen. Schuhmeier zum Drucke befördert werden.

Gen. Kohn (Hohenstadt): Gen. Schuhmeier sagte, die Parteileitung hat voll und ganz ihre Pflicht erfüllt. Ich apostrophire den Gen. Schuhmeier und stelle an ihn die Anfrage, ob sich diese Erklärung auch wirklich mit den Thatsachen im Einklang befindet. Ich habe hier einen Brief vom 10. Februar 1897, in welchem Gen. Neumann seine Kandidatur für die dritte Kurie des Bezirkes Böhm.-Trübau, Zwittau u. s. f. angemeldet hat; ich habe hier auch einen zweiten Brief, wo Gen. Neumann aus Zwittau sich mit folgenden Worten beklagt: „Der Vorwurf trifft allein die Parteileitung, die Gen. Neumann anstatt nach Zwittau nach Graz dirigirte, uns aber auf Briefe und Telegramme gar keine Antwort ertheilte, wodurch wir bis zum letzten Tage im Unklaren blieben."

Gen. Schmiedt (Jägerndorf): Wir können nicht umhin, der Parteivertretung unser volles Vertrauen auszudrücken. Sie ließ nie ein Schreiben unbeantwortet, wenn wir uns an sie mit einer Anfrage gewendet haben; auch die Unterstützungen wurden ertheilt, soweit die Mittel zur Verfügung standen.

Daß die Berichte unvollständig sind, hat seinen Grund in dem Mangel an geeigneten Kräften; wenn die Parteivertretung mangelhafte Berichte erhält, kann sie selbst nicht detaillirt und vollständig berichten. So ist es auch mit den Beiträgen; nicht alle Parteigenossen sind so aufgeklärt, daß sie einsehen, daß es mit den paar Gulden, welche da zusammenkommen, noch nicht gedient ist. Leute, die fl. 2 oder 2·50 pro Woche erhalten, halten fl. 50 für ein riesiges Vermögen, aber die Kosten für viele Versammlungen, Plakate und Saal können nicht immer damit gedeckt werden. Es ist ungerechtfertigt, wenn einzelnen Parteigenossen da Vorwürfe gemacht werden; Jeder thut, was er zu leisten im Stande ist; die Parteileitung hat da einen noch viel schwereren Standpunkt.

Gen. Köhler (Gablonz): Wir haben in der Wahlbewegung Gelegenheit gehabt, mit den Leuten zusammenzukommen und ihre Irrthümer aufzuklären. Wenn der IX. Wahlkreis zu wenig Mittel aufgebracht hat, muß man daran denken, daß in Trautenau, Braunau, Hohenelbe die Flachsgarnfürsten sitzen, die ihre Leute wie Arbeitsthiere behandeln, die nicht denken dürfen. Die Seidenweber verdienen fl. 2·20 pro Woche, davon können sie nichts hergeben, ähnlich ist es auch mit den Schleifer- und Bijouteriearbeitern. Die Agitation ist dort eine sehr schwierige, wo man sechs bis sieben Stunden weit im hohen Schnee gehen muß, um in eine Versammlung zu kommen. Wir haben geleistet, was wir konnten. Die Hochburg des Liberalismus und die niederträchtige Kampfesweise der Nationalen haben wir besiegt. Wir haben viermal in der fünften Kurie wählen müssen, eine solche Arbeit erfordert auch Mittel. Ich bin ein alter, aber

schon ein harter Kerl in der Bewegung, und mir sind die Thränen in die Augen gekommen, als mir die Leute sagten, wir haben dieses oder jenes Thal erobert. Wir wollen auch weiter thun, was wir können; was wir einmal in die Hände bekommen haben, werden wir auch zu halten wissen.

Gen. Palka beantragt Schluß der Debatte.

Gen. Dr. Adler: Ich möchte nicht, daß die Debatte geschlossen wird, es sind der Parteivertretung Vorwürfe gemacht worden. Die Parteivertretung hat hier Rede zu stehen, und es wäre ungerecht, wenn man verhindern wollte, daß Vorwürfe gegenüber derselben zum Ausdruck gebracht werden.

Der Antrag auf Schluß der Debatte wird mit großer Majorität abgelehnt.

Gen. Hoffmann (Inzersdorf): Es wurde hier der Vorwurf gemacht, daß die Beiträge aus den Provinzen etwas nachlässig eingeflossen sind. Wenn Sie auf die Wahlbewegung Rücksicht nehmen, so müssen Sie zugeben, daß die Parteigenossen in der Provinz einen hundertmal stärkeren Kampf zu bestehen hatten als die Wiener. Für Wien liegt eine Erleichterung schon darin, daß auch aus den Provinzen Gelder hereinkommen. Ich komme aus einem Wetterwinkel, wo wir es mit sehr vielen indifferenten Arbeitern zu thun haben; wir haben hauptsächlich Ziegelarbeiter. Welche Schwierigkeit es ist, diese Arbeiter zu organisiren, das wird die Parteileitung wissen. Heute sind sie so organisirt, daß man sagen kann, sie sind verläßliche und tüchtige Parteigenossen. Wenn Sie sich also dies vor Augen halten, so ist der gemachte Vorwurf auf uns wenigstens nicht zutreffend. Auch Gen. Bretschneider, welcher in unserem Wahlkreis kandidirte, wird dies bestätigen.

Gestatten Sie mir noch etwas zu erwähnen. Wir stehen auf dem Standpunkt, daß die Sammlungen der Partei nicht jenen Erfolg bringen, welcher nothwendig ist. Es war auf einem früheren Parteitage einmal die Rede, daß man eine Parteisteuer einführen soll. Wenn dieses nun damals nicht möglich war auszuführen, so würde es heute möglich sein. Die Parteileitung möge sich also mit dieser Frage beschäftigen. Wenn nur jedes Parteimitglied pro Woche einen Kreuzer zahlt, so würden wir eine weit höhere Summe als fl. 36.000 einbringen.

Vorsitzender Gen. Popp: Es ist durch mehrere Zurufe mir der Vorwurf gemacht worden, daß ich den Genossen nicht unterbrochen habe, nachdem er einen Situationsbericht vorgetragen hat. Ich habe nicht gefunden, daß dies ein Situationsbericht ist. Gen. Seliger beantragt Schluß der Rednerliste. Es sind noch 27 Redner vorgemerkt.

Gen. Seliger: Ich betrachte es nicht als Aufgabe der Debatte, daß die einzelnen Redner einen Bericht über ihre spezielle Parteithätigkeit in ihrem Bezirke bringen, sondern zum vorliegenden Parteibericht zu sprechen haben. (Zustimmung.)

Der Antrag auf Schluß der Rednerliste wird angenommen.

Gen. Benecke (Cilli): Man soll nicht sagen, daß Wien im Verhältniß zu den Provinzen das Meiste geleistet hat. Wien hat bekanntlich große und zahlreiche Arbeiterorganisationen. Hier ist auch die Arbeit eine leichtere, weil die Agitatoren nicht stundenweit hinauszugehen haben. Ich möchte Ihnen bei dieser Gelegenheit auch berichten, was man von Wien erwartet hat. Man hat erwartet, daß Wien bei der Wahl der fünften Kurie drei oder vier Genossen durchdrücken wird. Wir wurden enttäuscht.

Namens des IV. steiermärkischen Wahlkreises muß ich der Parteivertretung den Dank abstatten für die Unterstützung, welche sie uns geleistet hat. Es war nicht viel, aber die Unterstützung ist zur rechten Zeit eingetroffen und hat ihre Wirkung nicht verfehlt.

Gen. Schelch (Leoben): Ich muß auf den Vorwurf bezüglich der Geldabführung zurückkommen. Wir in der Provinz müssen unser Geld für unsere eigene Agitation verwenden, wenn wir unsere Organisationen ausbauen wollen. Das Geld bekommen wir nur von den organisirten Arbeitern. Neben diesen gibt es jedoch eine Menge Leute, die von der Partei nicht berücksichtigt werden. Es sind dies die Taglöhner und Dienstboten, und ich glaube, daß es diesem Umstande auch zuzuschreiben ist, daß wir in Wien keine Wahlsiege errungen

haben. Ich vermuthe nämlich, daß auch die Wiener die Dienstboten übersehen haben. Diese aber wurden von den Christlich-Sozialen als Stimmvieh verwendet. In einer Konferenz von Parteigenossen wurde bei uns Gen. Pongratz als Kandidat aufgestellt, auf einmal hieß es, daß nicht Gen. Pongratz, sondern Gen. Neumann aus Wien aufgestellt werde, weil sein Wahlbezirk in Wien aussichtslos sei und man den Gen. Neumann im Parlament besser verwenden könnte als den Gen. Pongratz. Dadurch ist eine Verwirrung unter den Genossen entstanden, sie wußten nicht, wie sie vorgehen sollten. Weiters muß ich sagen, daß bei der Wahl eine große Unklarheit herrschte. Und in dieser Beziehung muß ich der Parteivertretung den Vorwurf machen, daß sie die Wahlangelegenheiten in der Presse nicht klar und deutlich genug besprochen hat. (Gelächter.) Sie wurden zwar besprochen, aber etwas zu spät und in einer Weise, daß es zwar die organisirten Arbeiter, nicht aber die indifferenten Leute verstanden haben, weil zu viele Fremdwörter darin waren. (Heiterkeit.)

Gen. Dr. Adler: Werthe Parteigenossen! Ich muß sagen, daß ich eigentlich erwartet habe, daß der Parteivertretung noch weit mehr Vorwürfe gemacht werden, als bisher geschehen ist. Die Aufgabe der Parteivertretung war bei den Wahlen — und um die handelt es sich hier vor Allem — eine schwere, ja, ich sage es direkt, eine vollständig unlösbare. Wir haben in Oesterreich bis nach den vollendeten Wahlen absolut nicht gewußt, wie stark wir sind, wir haben nicht gewußt, wie unsere Kräfte in den einzelnen Wahlbezirken beschaffen sind. Nun hat die Parteivertretung aber doch die Aufgabe, die Uebersicht zu haben, zu wissen, was sie beim besten Willen nicht wissen konnte. Jeder der Parteigenossen wird begreifen, daß er für seinen Bezirk das nicht wissen kann. Aber zu der Parteivertretung hat er das Zutrauen, daß sie so gescheidt sei, genau zu wissen, wo anzupacken ist. Daraus sind eine große Reihe von Vorwürfen entstanden. So wird uns bezüglich Wien ein Vorwurf gemacht. Wien ist ein so wichtiger Punkt, daß man wohl darüber ein paar Worte sprechen kann. Ich wäre in der Lage, Ihnen hier Zeugen aufzurufen, daß ich schon im Juli oder August bezüglich der Wahlen in Wien klarer gesehen habe als viele andere Genossen; ich habe gesagt: „Wir brauchen 100.000 Stimmen, um durchdringen zu können; aber diese 100.000 haben wir nach meiner Ueberzeugung nicht. Wir können sie nicht haben; es hängt einzig und allein davon ab, wie stark die Wahlbetheiligung in Wien sein wird. Wenn die indifferenten Massen, vor Allem dieses ungeheure Heer von Bediensteten aller Kategorien, die in jeder Hauptstadt eine so große Rolle spielen, von den Antisemiten an die Wahlurne gebracht werden können, dann sind wir verloren." Die Genossen aus der Provinz haben es sehr leicht, uns Vorwürfe zu machen. Wir haben überall mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen, sagen sie. Das gebe ich zu. Eines aber müssen s i e zugeben: Sie haben verbohrte Gegner; wir wollen gar nicht den Ruhm haben, daß wir die allerdümmsten haben. Sie haben boshafte Gegner, das gebe ich Alles zu, und mächtige Gegner, aber die Wiener Sozialdemokraten sind die einzigen gewesen, die einer für Wahlen organisirten und geschulten Partei gegenübergestanden sind. Nirgends in Oesterreich war das der Fall. Wir stehen einer Partei gegenüber, die nichts kann als wählen, aber das kann sie. Wir können, ohne unbescheiden zu sein, sagen: Wir können auch sehr viel, aber im Wählen haben wir bisher keine Uebung gehabt und darum sind wir unterlegen.

Wenn gesagt wurde — und da bin ich verpflichtet, an dieser Stelle in meiner Eigenschaft als Herausgeber der „Arbeiter-Zeitung" zu sprechen — daß die Presse zu wenig gemacht hat, um das Wahlgesetz den Genossen klar zu machen, muß ich schon sagen, daß ich die Höhe der Ansprüche, die die Genossen stellen, gar nicht mehr ermessen kann. Uns ist es vorgekommen, als ob wir unseren Lesern fast einen Nürnberger Trichter aufsetzten, so zum Ueberdruß wurde alles Mögliche auseinandergesetzt, und ich glaube nicht, daß die Unkenntniß des Wahlgesetzes irgendwie schuld war, sondern etwas ganz Anderes. Es sind bei dieser Wahlagitation in Niederösterreich von Seite der klerikalen Partei die Pfarrer mobilisirt worden, und es ist der einzige, ursprüngliche, wirklich volksthümliche, wenn auch uns feindliche Instinkt in der Bevölkerung, der neben dem sozialdemokratischen existirt, nämlich der klerikale, wachgerufen worden, und dem sind

wir unterlegen. Ich spreche hier von dieser Stelle auch aus, daß ich nicht die fünf Mandate in Niederösterreich in Anspruch nehmen würde, wenn sie mit diesem Berg von Niederträchtigkeiten erkauft werden müßten, wie es unsere Gegner gethan.

Es wird gesagt, daß die Mittel, welche die Partei zur Verfügung gestellt hat, an einzelnen Punkten zu gering waren, während wir jetzt einen Ueberschuß im Wahlfond haben. Dieser Ueberschuß entspringt nicht unserer Sparsamkeit, sondern daß hinterher noch ein guter Theil der Gelder eingelaufen sind. Wenn ein Genosse sagte, daß bei ihnen der Ausfall der Wahl von fl. 100 abhängig war, so muß ich gestehen, daß der Genosse, der dies behauptet hat, da die Wahl Pernerstorfer's in zwei bis drei Tagen effektuirt werden sollte, so klug er sonst sein mag, doch den Werth von Geldmitteln erheblich überschätzt. Uns hat an einzelnen Punkten niemals so sehr Geld gefehlt als die Arbeitskräfte, und diese allerdings in sehr hohem Maße.

Ich wundere mich, daß nicht der Vorwurf erhoben wurde, daß die Parteivertretung sich hätte darauf beschränken sollen, in einigen aussichtsvollen Wahlkreisen die ganze Kraft an Geld und Agitation aufzuwenden und die übrigen mehr als nebensächlich zu behandeln. Dagegen mußten wir uns selbst einwenden, daß wir die aussichtsvollen Wahlkreise nicht kennen, und daß für uns nicht nur die Wahlkreise Werth haben, wo wir durchgedrungen sind, sondern auch diejenigen, in welchen wir unterlegen sind, aber für die Zukunft eine Aussaat machten, die uns nicht nur für die Wahl, sondern für die ganze Agitation zu Gute kommen wird. (Beifall.)

Gen. Lehner (Bukowina): Gen. Dr. Adler hat gesagt — und ich muß da nicht mich, sondern meine Parteigenossen in der Bukowina in Schutz nehmen — er gebe alle Genossen in der Bukowina um einen halben Kreuzer her. (Genosse Dr. Adler: Ich habe Ihnen schon gesagt, daß es nicht wahr ist!) Nur Genosse Zeplichal ist ausgenommen. Gen. Adler kann vom Wiener Standpunkte leicht sprechen, aber in der Bukowina, wo vier Landessprachen sind, ist ein schwerer Kampf zu führen. Zu den Geldmitteln, die wir gebraucht haben, hat die Partei am wenigsten beigetragen, sondern wir haben sie selbst aufgebracht.

Bei dem Maurerstreik haben wir drei Telegramme an die Partei und die Gewerkschaftskommission um Hilfe geschickt. Der Streik ist allerdings zu unseren Gunsten ausgefallen, wir hätten aber mehr errungen, wenn wir von Wien Unterstützung bekommen hätten. Von Gen. Dr. Adler verlange ich eine Rechtfertigung, sonst verlasse ich den Parteitag.

Gen. Stefan (Römerstadt): Ich muß dem Parteikassier Gen. Ellenbogen auf seine Antwort bezüglich der Provinzorganisation erwidern. Wir arbeiten nämlich in Römerstadt mit Schulden. Die begüterten Bauern lassen sich polnische Arbeiter zu fl. 40 für das Jahr einführen, während sie den deutschen bis fl. 90 zahlen müssen. Heuer haben wir 250 Polen bekommen. In der Weberei erhalten die Leute fl. 1·70 bis fl. 1·80 Lohn pro Woche. — Es wurde mir deshalb von der Organisation aufgetragen, zu verlangen, daß man uns von der Parteisteuer freilassen soll.

Gen. Bartl (Teplitz): Der Genosse von Atzgersdorf hat von Provinzgenossen gesprochen, ich glaube aber, daß er keine Ahnung hat, was es heißt, in der Provinz zu arbeiten. Dem Gen. Dr. Adler möchte ich erwidern, daß unsere Gegner, zum Beispiel in Teplitz-Stadt, zumindestens so geschult sind wie die Christlich-Sozialen in Wien. Die Organisation in Wien ist jedenfalls nicht so stark, wie sie zu einem solchen Kampfe sein sollte. Die Lokalvertrauensmänner sollten von der Organisation aus instruirt werden, was die Organisation für einen Zweck hat. Man beschränkte sich aber darauf, große Versammlungen abzuhalten.

Man hat sich in den letzten Jahren darauf beschränkt, die Leute in Volksversammlungen zu elektrisiren, aber die Maulwurfsarbeit wurde in nicht genügendem Maße durchgeführt. Daß dies in Zukunft geschehe, wäre sehr nothwendig. Man muß die Genossen aufklären, Instruktionen herausgeben, wie sie vorzugehen haben, und auf diese Weise wird es möglich sein, daß wir besser vorwärts kommen; trotzdem ist aber der Vorwurf, den der Atzgersdorfer Genosse vorgebracht hat, daß wir keine Fortschritte gemacht haben, gänzlich unbegründet.

Gen. Pauser (Pottendorf) stellt den Antrag auf Schluß der Debatte. Nach einer kurzen Debatte, an der sich die Gen. Neumann und Benecke betheiligen, wird Schluß der Debatte angenommen.

Gen. Schuhmeier (Schlußwort): Parteigenossen! Es obliegt mir in meinem Schlußworte, nur mehr auf Einiges zu erwidern, was die Genossen als Anwürfe vorgebracht haben, und da möchte ich zunächst auf Gen. Hirsch aus Atzgersdorf zurückkommen, der so versteckt gedroht hat, er werde, weil ich der Ansicht bin, es müsse unsere Organisation den Wahlkreisen angegliedert werden, mit mir „noch anderwärts" abrechnen, und der überdies meinte, man dürfe die Unklugheiten des Badeni nicht als Grundlage annehmen. Ich mache den Genossen darauf aufmerksam, daß er über diese Ansicht nicht mit mir, sondern mit den Verhältnissen rechnen muß; und wenn er gerecht sein will, muß er auch die Anträge, die gedruckt vorliegen, durchlesen, und da wird er finden, daß ich nur einem Gedanken Ausdruck gegeben habe, der in den Anträgen niedergelegt ist.

Was Gen. Hirsch von den Provinzen gesprochen hat, mag ja in mancher Beziehung richtig sein, wenn er es aber als Provinzgenosse von Atzgersdorf thut, so trifft das nicht so ganz zu. Denn was ich geographische Kenntnisse von Niederösterreich habe, grenzt Atzgersdorf so nahe an Wien — mir scheint sogar, ein Haus gehört noch zu Wien — daß man hier nicht gut von der „Provinz" sprechen kann. Gar so stark ist der Provinzialgeist in Atzgersdorf nicht.

Was die Vorwürfe betrifft, die Gen. Hirsch den Wienern gemacht hat, so ist bezeichnend, daß kein einziger Wiener darauf reagirt hat. Ich wurde vielmehr von einigen Wiener Genossen ersucht, zu konstatiren, daß sie es gar nicht für nothwendig erachten, auf diese Anwürfe zu antworten. Redner polemisirt weiters gegen Gen. Behr und Dobiasch und fährt fort: Gen. Stark hat den Wienern den Vorwurf gemacht, daß der Streit unter uns schuld war, daß wir in Niederösterreich unterlegen sind. Parteigenossen! Wenn wir uns bisher immer gestritten haben, so kann ich sagen, daß zur Zeit der Wahl in Wien eine Einmüthigkeit geherrscht hat, wie ich sie noch nie erlebt habe (Beifall), und warum? — weil wir nicht einmal Zeit gehabt haben zu streiten. (Heiterkeit.)

Noch Eines: Es thut mir leid, daß gerade Gen. Albrecht gegen mich einen Vorwurf erhoben hat. Er hat sich hinreißen lassen, zu sagen, es sei von mir eine Verdächtigung, wenn ich von den Reichenbergern sage, sie hätten in ihrem Bericht ihre Beiträge nicht verrechnet. Ich habe aus dem stenographischen Protokolle ersehen, daß ich ausdrücklich gesagt habe: „An Geld wurden im letzten Jahre über fl. 50.000 zu Agitationszwecken aufgebracht. In dieser Summe ist der Agitationsfond und Wahlfond mitinbegriffen. Ich habe die runde Summe von fl. 50.000 genommen, weil die Kreise Triest, Mähren, Reichenberg, Aussig-Tetschen, Steinschönau-Haida über ihre Geldgebahrung sich gründlich im Parteiberichte ausschwiegen. Es ist sicher, daß sie viel eingenommen, sie sagen uns aber nicht, wie viel. Es entziehen sich daher diese Summen der Schätzung."

Wo liegt da eine Verdächtigung? Wo liegt da der Grund für einen solchen Vorwurf, wie ihn Gen. Albrecht erhoben hat? Ich füge nichts hinzu, ich konstatire nur die Thatsache, und wenn Gen. Albrecht gerecht sein will, wird er den Ausdruck, den er gebraucht hat, zurückziehen. (Zustimmung.)

Gen. Dr. Cech aus Brünn hat sich beschwert, daß die tschechischen Genossen uns keinen Bericht gegeben haben und in Folge dessen auch ihr Bericht im Parteiberichte nicht erwähnt erscheint. Ich habe nach Prag und nach Brünn geschrieben und den Gen. Nemec um den Bericht für Niederösterreich ersucht. Wenn er nicht gekommen ist, so ist das nicht meine Schuld, sondern die Schuld der tschechischen Genossen. Vielleicht haben sie keine Zeit dazu gehabt; ich aber habe meine Pflicht gethan.

Dem Gen. Hoffmann gegenüber bemerke ich, daß es nicht angeht, den einen Referenten als anständig, den anderen als unanständig zu bezeichnen. Die Genossen müssen vielfach froh sein, wenn sie die nothwendige Kraft für die Organisation finden. Er hat auch über die Parteisteuer gesprochen. Es ist mir schwer gefallen, im Parteiberichte die Parteivertretung entschuldigen zu müssen, aber ich glaube, die Gründe, die ich angeführt habe, sind sehr einleuchtend. Schon der Prager Parteitag hat uns beauftragt, die Parteisteuer einheitlich zu regeln. Jedoch stellen

sich dem so viele Schwierigkeiten entgegen, daß wir beim besten Willen nicht in der Lage waren, diese Schwierigkeiten im vergangenen Jahre zu lösen. Sie werden im Laufe des diesjährigen Parteitages wieder eine Parteivertretung wählen; vielleicht gelingt es der, die Schwierigkeiten besser zu überwinden als es uns gelungen ist.

Lustig war, was Gen. Benecke angeführt hat. Er meint, drei bis vier hätten in Wien doch durchdringen können. Wir meinen, es wäre gut, wenn in Niederösterreich alle neun durchgedrungen wären. (Heiterkeit.) Nachdem es aber auch bei dreien nicht gegangen ist, sieht es ungemein komisch aus, wenn ein Parteigenosse sagt, Einige hättet Ihr schon durchbringen können. Er hätte uns das Rezept dazu geben sollen. Der große Nürnberger Trichter ist eben in Verlust gerathen (Heiterkeit); wenn wir den gehabt hätten, hätten wir vielleicht ein paar Kandidaten durchbringen können.

Gen. Lehner aus Czernowitz hat uns den Vorwurf gemacht, daß zur Zeit des Maurerstreiks dreimal telegraphirt wurde, ohne daß eine Antwort gegeben worden wäre. Die Telegramme sind in der That gekommen, und zwar an die „Arbeiter-Zeitung", an das Parteisekretariat und an die Gewerkschaftskommission. Zwei Telegramme hätte sich der Genosse ersparen können, denn diese Angelegenheit ist eben nur Sache der Gewerkschaftskommission. Als das Telegramm gekommen ist, habe ich sofort mit dem Sekretär der Gewerkschaftskommission gesprochen, es wurde eine Plenarversammlung einberufen, und es ist wohl auch ein Betrag nach Czernowitz gesendet worden. Das Telegramm wurde in der Gewerkschaftskommission so rasch wie möglich in geschäftliche Behandlung genommen.

Ich glaube hiemit die wichtigsten Anwürfe, die gefallen sind, widerlegt zu haben. Auf Alles kann ich nicht eingehen, Sie dürfen aber nicht der Meinung sein, daß Sie bezüglich jener Punkte, auf die ich nicht geantwortet habe, im Rechte sind deshalb, weil Sie keine Antwort bekommen haben. Im Uebrigen bitte ich die Genossen, jener Pünktlichkeit, welche sie von der Parteivertretung wünschen, auch dieser gegenüber sich befleißigen zu wollen.

Nach dem Gesagten glaube ich, werden Sie nicht umhin können, der Parteivertretung das Absolutorium zu ertheilen, was seitens der Kontrole gewiß beantragt werden wird.

Referent Gen. Dr. Ellenbogen: Ich will nur auf zwei bis drei Bemerkungen, die über die Geldgebahrung gemacht worden sind, erwidern. Es wurde vom Gen. Dobiasch behauptet, daß ein Telegramm eingelangt ist, in welchem fl. 100 verlangt wurden. Mir sowohl als den Mitgliedern der Parteivertretung ist von einem solchen nichts bekannt. Im Uebrigen aber, wenn die Wahl des Gen. Pernerstorfer wirklich nur von diesen fl. 100, von dieser wirklich lächerlich geringen Summe abgehangen wäre, hätten wir diesen Betrag noch aufgebracht. Gen. Albrecht hat Gen. Schuhmeier vollständig mißverstanden. Er hat aber selbst einen Fehler, den die Genossen dort begangen haben, zugegeben, indem er zugestanden hat, daß ein finanzieller Bericht nicht eingelangt ist.

Endlich hat noch der Genosse von Römerstadt einen Vorwurf gegen mich erhoben, daß ich die Leistung der Parteigenossen in der Provinz zu wenig gewürdigt und ihnen einen Vorwurf gemacht hätte. Er hat aber ebenfalls konstatirt, daß Römerstadt beschlossen habe, daß für diesen Ort ein Ausnahmsgesetz zu beschließen sei, daß Römerstadt nichts abzuliefern habe. Es mag sein, daß dort ein solches Gesetz beschlossen wurde, aber das Mindeste ist doch, daß von solchen „autonomistischen" Bestrebungen die Bezirksorganisation verständigt wird.

Ich schließe mit der Ermahnung an die Genossen, die Gleichgiltigkeit — um das höflich zu bezeichnen — gegenüber den Beschlüssen des Parteitages in Bezug auf Ablieferung von Geldern dort, wo die Ablieferung möglich ist, aufzugeben. Eine solche Unabhängigkeit unter den Parteigenossen, die sie den Parteitagsbeschlüssen gegenüber einhalten (Heiterkeit), ist gang und gäbe. Aber ich würde wünschen, daß die Sammlung etwas eifriger, pünktlicher und regelmäßiger erfolge.

Reichsrathsabgeordneter Gen. Zeller (für die Reichskontrole): Verehrte Parteigenossen! In der sehr langen Debatte haben sich die Genossen mit der Rechnung selbst nur wenig befaßt.

Wir haben den Agitationsfond, den Inhaftirtenfond, den Wahlfond, den Maifond und das alte Broschürenkonto kontrolirt, und ich glaube, daß es in Ihren Intentionen gelegen ist, wenn ich nicht zu weit aushole, sondern blos bestätige, daß diese Rechnungen vollständig in Ordnung befunden worden sind. Ich beantrage daher, daß der Parteivertretung das Absolutorium ertheilt werde.

Es folgen eine Reihe von thatsächlichen Berichtigungen.

Gen. Dobiasch konstatirt gegenüber dem Vorwurf des Gen. Stumpe, daß Aussig nichts für die Wahl Pernerstorfer's geleistet hätte, daß er sich am 9. März 1897 mit Wien sofort telephonisch ins Einvernehmen gesetzt habe und daß die Genossen Alles thaten, um Pernerstorfer durchzubringen. Zu Falle gebracht wurde Pernerstorfer nur durch den Wahlausgang der Schluckenauer Gegend.

Gen. Hirsch berichtigt, er habe nicht gesagt, es wurde gar nichts geleistet, sondern er habe gesagt, es wurde sehr viel geleistet, es hätte aber noch mehr geleistet werden können. Die Maulwurfsarbeit in Wien liegt wirklich darnieder, die Arbeit ist nur eine äußerliche.

Gen. Schiller bemerkt gegenüber dem Gen. Schuhmeier, daß sich die Reichenberger in Bezug auf den Wahlfond gründlich ausgeschwiegen hätten, daß hier ein Irrthum vorliegen müsse, denn er habe selbst den Bericht über die Einnahmen und Ausgaben des Wahlfondes geschrieben und auch das Defizit angegeben.

Gen. Benecke berichtigt, daß er nicht gesagt habe, daß Wien drei bis vier Genossen durchbringen müsse, sondern daß die allgemeine Ansicht herrschend war, daß in Wien drei bis vier Genossen durchdringen würden.

Gen. Dr. Adler vertheidigt sich gegen den Vorwurf des Gen. Lehner aus Czernowitz, der es für gut befunden hat, hier irgend einen Privatklatsch vorzubringen. Die angezogene Aeußerung habe ich ganz gewiß nicht gemacht. Um aber für alle Zukunft das Hereinschleppen von Privatäußerungen auf den Parteitag zu verhindern, erkläre ich, auf diese Anwürfe hier nicht zu antworten. Ueber private Aeußerungen möge man von mir auch privatim Auskunft verlangen.

Gen. Albrecht: Gen. Schuhmeier hat Unrecht, wenn er sich durch die Worte, die ich gebraucht habe, persönlich verletzt fühlt. Ich gebe zu, daß diese Worte hart waren, aber ebenso hart ist sein Vorwurf einer Organisation gegenüber. (Gen. Schuhmeier: Der ist aber nicht gemacht worden!) Wenn Gen. Schuhmeier glaubt, damit gerechtfertigt zu sein, daß ich die harten Worte zurücknehme, bin ich auch dazu bereit. (Beifall.)

Der Antrag der Reichskontrole auf Ertheilung des Absolutoriums an die Parteivertretung wird einstimmig angenommen.

Namens der Mandatsprüfungskommission erstattet den Bericht

Gen. Chwala und bemerkt, daß sich in der Liste der Delegirten eine Unrichtigkeit vorfindet, daß nämlich nicht 161, sondern de facto 157 Delegirte eingetroffen sind.

Von diesen 157 Delegirten haben 117 ein Mandat. Dazu kommen 11 Abgeordnete und 7 Mitglieder der Parteivertretung, sind zusammen 135 mit Mandat. Ohne Mandat wurden 22 Delegirte agnoszirt; die Agnoszirung wurde auf Veranlassung des Gen. Schuhmeier vorgenommen, da diese 22 Personen seitens der Organisationen ordnungsgemäß angemeldet wurden.

An dem Parteitage nehmen theil 9 Mitglieder von Redaktionen, 10 Mitglieder von Industriegruppen, 7 Mitglieder der Parteivertretung und 11 Reichsrathsabgeordnete, 1 Mitglied der Preßkommission, 1 Mitglied des Wiener Lokalausschusses und 118 Mitglieder von Kreis- und Bezirksvertretungen, zusammen 157 Theilnehmer. Ein Nachtrag ist uns vor ungefähr einer Stunde zugekommen, so daß die Gesammtzahl der Delegirten 158 beträgt.

Dieser Bericht wird zur Kenntniß genommen.

Reichsrathsabgeordneter Gen. Zeller beantragt Montag von 9 bis 2 Uhr, an den folgenden Tagen von 9 bis 1 und ½3 bis 7 Uhr zu verhandeln, dann eventuell auch Abendsitzungen abzuhalten.

Wird angenommen. Es werden hierauf die Telegramme und Begrüßungsschreiben mitgetheilt.

Vorsitzender Gen. Popp: Da wir die für heute bestimmte Arbeit erledigt haben, erkläre ich die Sitzung für geschlossen.

Schluß der Sitzung ¼7 Uhr Abends.

Zweiter Verhandlungstag am 7. Juni 1897.

Vormittagssitzung.

Beginn der Verhandlung um 9 Uhr 15 Minuten.

Vorsitzender Reichsrathsabgeordneter Gen. Zeller: Bevor wir zur Tagesordnung übergehen, gestatten Sie mir, daß ich auf ein Versehen zurückkomme. Es wurde gestern dem Umstande nicht Rechnung getragen, daß wir ein gesammtösterreichischer Parteitag sind, an welchem eine große Anzahl von Polen, Slovenen und Italienern theilgenommen haben. Mit Rücksicht darauf, daß die böhmischen Genossen gestern erklärt haben, auf eine Uebersetzung für den gestrigen Tag zu verzichten, wurden gestern auch keine Uebersetzungen durchgeführt; heute wird es anders sein, und ich möchte die Genossen, welche eine Uebersetzung wünschen, bitten, mich jedesmal darauf aufmerksam zu machen. Ich ersuche nun den Gen. Schriftführer, die Präsenzliste und die Einläufe zu verlesen. (Schriftführer Elderſch verliest die Präsenzliste und die eingelaufenen Telegramme.) Ueber Antrag des Genossen Blahusch aus Waidhofen wird beschlossen, das Telegramm des Sensenarbeiterkongresses in Selzthal zu erwidern.

Vorsitzender Gen. Zeller: Wir gelangen zum zweiten Punkt der Tagesordnung:

Parteitaktik und parlamentarische Thätigkeit.

Die beiden Referenten haben sich dahin geeinigt, daß zuerst über die parlamentarische Thätigkeit referirt werden soll. Das Wort hat als:

Referent Reichsrathsabgeordneter Gen. Daszynski (Krakau): Parteigenossen! Im heißen Wahlkampf geboren, haben wir uns sofort nach Zusammentritt des Reichsrathes als sozialdemokratischer Verband konstituirt; wir waren uns dessen bewußt, daß der Kampf unser Element sein wird, durch das wir mit der Zeit mächtig werden sollen. Es war etwas Selbstverständliches, daß wir in diesem Verbande alle Sozialdemokraten, welcher Nation sie immer angehören, miteingeschlossen haben, und so sind in demselben Deutsche, Tschechen und Polen vertreten. Es ist dieser Verband in dem von nationalen Streitigkeiten durchwühlten Oesterreich von vorbildlicher Bedeutung. Wir sind in dem Momente, wo wir eine parlamentarische Vertretung bekommen haben, in eine neue Phase unseres politischen Lebens eingetreten. Wir müssen das Parlament benützen, um die Stellung unserer Partei klar zu kennzeichnen und immer wieder zu versuchen, das Los der arbeitenden Bevölkerung zu bessern.

Unsere Thätigkeit konnte bisher keine allzu reichliche sein. Die Genossen wissen ja aus den Zeitungen, in welchen zerfahrenen parlamentarischen Verhältnissen wir uns befinden; nichtsdestoweniger können wir sagen, daß diese 14 Leute, die zum ersten Male unsere Partei im Parlamente zu vertreten haben, in der abgelaufenen kurzen Session Alles unternommen haben, um die Interessen der arbeitenden Bevölkerung und die Politik der sozialdemokratischen Partei zu vertreten. Wir haben uns in der Weise konstituirt, daß wir ein Präsidium wählten, in welchem alle drei Nationen vertreten waren; wir haben ferner die Vereinbarung getroffen, daß stets drei Mitglieder der Parteivertretung an den Berathungen des Verbandes theilnehmen sollen, da wir überzeugt sind, daß wir uns stets mit dem

leitenden Organ der Partei in Uebereinstimmung befinden müssen. Wir haben im Ganzen 19 Sitzungen abgehalten; darunter eine gemeinsame Konferenz mit der polnischen Volkspartei, mit den radikalen Ruthenen und Stojalowskianern, welche die Anklage des Ministerpräsidenten betraf.

Wir haben in unserem Verbande auch einen Hospitanten, und gestatten Sie mir, daß ich darüber einige Worte spreche. Gen. Dr. Jarosiewicz ist ein Mitglied der ruthenischen radikalen Partei, welche in Ostgalizien unter der Bauernschaft arbeitet und welche bezüglich ihrer Taktik und auch in manchen Theilen ihres Programms der sozialdemokratischen Partei sehr nahe verwandt ist. Es bestehen zwar große prinzipielle Unterschiede zwischen beiden Parteien, sie sind aber in Bezug auf ihre Stellung gegenüber der Regierung und der gegenwärtigen Majorität im Parlament vollständig gleich, indem sie beide, Majorität und Regierung, auf das Schärfste bekämpfen. Mit Rücksicht darauf hat sich das Exekutivkomité der ruthenischen radikalen Partei bewogen gefühlt, sich an uns zu wenden, um den Abgeordneten Dr. Jarosiewicz in unseren Verband aufzunehmen. Wir waren nicht im Stande, dies zu thun, denn Sie wissen, daß wir, ich möchte sagen eifersüchtig, die Reinheit unserer Organisation zu wahren suchen. Darum haben wir auch geantwortet, daß es unmöglich sei, den Dr. Jarosiewicz in unseren Verband aufzunehmen, obwohl er für seine Person als Sozialdemokrat fühlt und denkt, und wir haben beschlossen, zu warten, bis sich seine Partei erklärt, welchen Standpunkt sie der sozialdemokratischen Partei gegenüber einnimmt.

Als oppositionelle Partei haben wir im Parlament eine Anzahl Dringlichkeitsanträge eingebracht, und wir können ruhig sagen, daß unsere Dringlichkeitsanträge nicht die unglücklichsten waren. Von den fünf Dringlichkeitsanträgen, die wir gestellt haben, sind drei zur Verhandlung gekommen, und die Genossen werden aus den Tagesblättern erfahren haben, daß mit diesen Verhandlungen ganze Sitzungen des Parlaments ausgefüllt wurden. Es geschah dies bei der Szajer-Debatte und bei dem Antrag auf Einsetzung einer parlamentarischen Kommission zur Ueberprüfung der Wahlmißbräuche in Oesterreich, speziell in Galizien. Sie werden sich erinnern, daß wir in der Lage waren, zum ersten Male dieses Parlament daran zu mahnen, anständig zu bleiben, und wie die Leute sich zähneknirschend fügen mußten, weil wir wirklich hinter uns die öffentliche Meinung hatten, als es galt, einen Abgeordneten dem Kerker zu entreißen.

Mit den beiden Dringlichkeitsanträgen, betreffend die Wahlschwindeleien in Galizien und die Auflösung der Eisenbahnerorganisationen, haben wir gezeigt, daß wir dem parlamentarischen Kampfe gewachsen sind, und wenn wir berücksichtigen, welche nichtssagenden Antworten uns auf unsere Anklagen gegeben wurden, so können wir behaupten, daß nicht nur jeder Sozialdemokrat, sondern jeder anständige Mensch auch damals auf unserer Seite stand, als wir die Rechte des galizischen Volkes und die gesetzmäßigen Rechte der Eisenbahner im Parlamente vertheidigten. (Beifall.)

Wir haben weiters zwei für unsere parlamentarischen Verhältnisse sehr bezeichnende Anträge eingebracht; dieselben wurden in der „Arbeiter-Zeitung" Antipanamitenanträge genannt; sie sind auch thatsächlich gegen das latente Panama in Oesterreich gerichtet. Wenn einmal diese beiden Anträge zur Diskussion kommen werden, dann werden wir im Stande sein, hunderte von Menschen zu nennen, die an der Korruption im ganzen Reiche theilnehmen, eine internationale Bande von Glücks- und Industrierittern, die im Parlamente sowohl als im Herrenhause sitzen; dann wird sich's zeigen, wie die politische Moral der herrschenden Parteien in Oesterreich aussieht. Sie werden gewiß begreifen, warum die Anträge nicht sofort auf die Tagesordnung gesetzt wurden, aber wir werden sie in der nächsten Session wieder einbringen.

Ein weiterer Antrag unsererseits galt der Wahlreform; wir haben ja schon in Prag erklärt, daß wir nicht eher ruhen werden, bis nicht das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht erkämpft ist.

In Bezug auf die Sprachenverordnungen haben wir einen Antrag eingebracht, es sei eine Kommission von 48 Mitgliedern aus dem ganzen Hause zu wählen, welche ein Sprachengesetz auszuarbeiten habe, ein Antrag, welcher der logischeste und vernünftigste in der gegebenen Lage war; der einzige anständige Ausweg

die Sprachenstreitigkeiten zu erledigen, ist der Weg eines Gesetzes. Es geht einfach nicht an, immer hinter den Koulissen zu verhandeln.

Neben diesen Anträgen haben wir auch noch eine Reihe von Gesetzentwürfen, darunter ein Gesetz zum Schutze jugendlicher und weiblicher Personen im Bergbau, eingebracht, andere, das Berginspektorengesetz, die Gewerbenovelle, die Privatbeamtenversicherung, das Preß-, Vereins- und Versammlungsgesetz betreffende Gesetzentwürfe sind zur Zeit, als die Session geschlossen wurde, in Ausarbeitung gewesen.

Wir haben auch einige Erklärungen, in denen wir unseren prinzipiellen Standpunkt wahrten, abgegeben; unsere tschechischen Abgeordneten haben dem Staatsrecht gegenüber im Parlamente ihren Standpunkt präzisirt, ferner haben wir eine Erklärung ausgearbeitet und verlesen, durch welche wir unsere Meinung in Angelegenheit der Sprachenverordnung kennzeichneten; im Adreßausschusse hat Genosse Kiesewetter eine Erklärung abgegeben, in der wir unsere Haltung zur gesammten Politik Oesterreichs feststellten, und zuletzt gaben wir eine Erklärung ab in Sachen der Vergewaltigung und Verletzung der Geschäftsordnung seitens des Präsidiums des österreichischen Abgeordnetenhauses. Von den 46 von uns eingebrachten Interpellationen wurde keine einzige beantwortet.

Unsere Thätigkeit erstreckte sich aber auch auf das Gebiet der Agitation in Volksversammlungen. Nach meinen Aufzeichnungen haben wir 110 Versammlungen und Vorträge besucht, beziehungsweise dort gesprochen oder referirt.

Im Parlamente haben wir sechzehnmal das Wort ergriffen, und sind wir in zehn Ausschüssen vertreten. Zu dieser Statistik möchte ich hinzufügen, daß wir kein einziges Duell zu bestehen hatten (Heiterkeit. Abgeordneter Gen. Berner: Schimpfduelle ja!), aber auch keine Abbitte leisten mußten.

Es liegt vielen Genossen schwer im Magen, daß, als Geßmann, Axmann, Mittermayer und wie sie alle heißen, an uns herumschnüffelten und uns beschimpften, sich kein Genosse gefunden hat, welcher mit einer kräftigen „Watschen" vorgegangen ist. (Heiterkeit.) Die Sache wurde auch in den Blättern zur Sprache gebracht.

Wir sind aber der gegentheiligen Meinung, nämlich, daß die antisemitischen Gemeinheiten und Verräthereien nicht mit Ohrfeigen aus der Welt geschaffen werden, sondern sie müssen unter der Bevölkerung gebrandmarkt werden! Wenn wir uns moralisch entrüsten wollen, dürfen wir nicht zuerst an die Gewalt appelliren. (Beifall.) Deshalb warten wir noch mit den Ohrfeigen. (Heiterkeit.)

Ich muß noch etwas zur Kennzeichnung unserer Stellung und unserer Politik hervorheben. Wir haben kein einziges Mal Antichambrepolitik getrieben, kein einziges Mal sind wir im Vorzimmer eines Ministers gestanden. Die Jungtschechen haben, als sie am oppositionellsten gewesen, immer antichambrirt. Wir haben uns nie an die Minister mit einem zutraulichen Tone gewendet, sondern eine Volkspolitik getrieben, indem wir stets unverhüllt unser Recht forderten. Das ist der Bericht über die Sitzungen und über die Arbeiten des Verbandes.

Erlauben Sie nun, daß ich mit wenigen Worten ganz allgemein auf die politische Lage eingehe. Wir haben uns in der verflossenen Sitzungsperiode in einer heftigen und scharfen parlamentarischen Opposition befunden. Ein Theil der Genossen nahm es uns übel, als wir sozusagen Gewehr bei Fuß gestanden sind. Sie sagten, das sei denn doch zu vornehm für die Abgeordneten der sozialdemokratischen Partei, wenn sie nicht mitschreien oder wenn sie sich nicht genug entrüsten über die Schustereien des Präsidiums. Die Anderen wieder haben es oft in Wort und Schrift ausgedrückt, daß wir nicht am wüsten Geschrei theilnehmen sollen. Wir haben wirklich die anständigste Stellung in diesem Kampfe eingenommen. Wir haben nie deshalb geschrien und auf die Pulte geklopft, weil es uns entzückte, daß wir die Worte des Redners oder des Präsidiums übertönen können. Wir haben immer protestirt, wenn wir irgendwie verkürzt worden sind, wenn die Geschäftsordnung verletzt wurde und wenn wir nicht in dem Maße geachtet werden, wie wir es zu verlangen das Recht haben. Wir waren immer dabei, wenn es galt, die Stellung Badeni's zu erschüttern. Auch in Zukunft werden wir mit keiner Wimper zucken, wenn Badeni fallen sollte — wir werden ihn nicht aufhalten — (Heiterkeit), wenn es auch dadurch geschehen sollte, daß wir uns an irgend einer politischen Agitation nicht betheiligen. Wir werden

immer dabei sein, wo es gilt, die Regierung zu stürzen und die Majorität zu schwächen.

Wir wurden stets von zwei Fronten angegriffen; es galt daher nicht nur die Majorität zu bekämpfen, sondern auch die perfiden Angriffe im Rücken seitens der christlich-sozialen Volksverräther abzuwehren. Dazu mußten wir uns noch in Acht nehmen, damit wir nicht mit dem liberalen Pack, mit den kleinbürgerlichen deutschvolklichen Schwächlingen oder mit jenen alkoholisirten Urtautonen, die sich da um Schönerer scharen, in Berührung kommen. Also, Genossen, unsere Lage in dieser Obstruktion war nicht zu beneiden, sie war eine sehr schwierige, und ich kann sagen, wir haben uns in dieser Lage ganz gut bewährt. Wir haben den sozialdemokratischen Namen, die sozialdemokratische Fahne auch unter diesen Umständen in allen Ehren hochgehalten. (Lebhafter Beifall.)

Die Obstruktion, Genossen, muß aber auch noch von einem anderen Standpunkt aus betrachtet werden. Es ist ja nicht zu leugnen, daß das Parlament durch die Wahlen in der fünften Kurie verjüngt wurde, und es ist auch nicht zu leugnen, daß der Kampf um die Wahrung der parlamentarischen Rechte, unser Drängen, den Sprachenstreit im Parlamente zu entscheiden, eine Art Kraftprobe zwischen Parlament und Regierung gewesen ist. Wir haben also da an einem Kampfe theilgenommen, der für Oesterreich von prinzipieller Bedeutung ist, denn man muß gestehen, daß in diesem Kampfe, in dem die Opposition im Parlamente sich der Regierung zum ersten Male mit hartnäckigem Muthe gegenüberstellte, die Regierung die Besiegte war, da sie sich bemüssigt sah, die Session zu schließen.

An diesen Kampf knüpfen sich aber auch die Folgen desselben, das heißt die Drohungen, die in der Presse ausgestoßen, die verschiedenen Erklärungen, die — vorwiegend bei Champagner — abgegeben werden, daß man, wenn es so fortgeht, den Parlamentarismus abschaffen wird, speziell aber den ohnmächtigen und überflüssigen Zentralparlamentarismus, an dessen Stelle man, ich weiß nicht welches, aber jedenfalls ein autonomistisches Gebilde setzen will. Dieser Teufel, den man da an die Wand malt, erschreckt uns ganz und gar nicht, Genossen, denn die parlamentarisch-konstitutionelle Staatsform ist ja nicht so sehr für uns, als vielmehr für die Bourgeoisie, für die kapitalistische Gesellschaft eine Nothwendigkeit. Das liberale Oesterreich hat sich ja bereits zweimal gute Prügel geholt, als es im Absolutismus zu weit kam. Das erste Mal im Jahre 1848, das zweite Mal im Jahre 1866, und wir haben nichts dagegen, wenn es ein drittes Mal geschieht.

Aber auch andere politische Strömungen kommen jetzt zum Vorschein, die angeblich eine Folge der Obstruktion sind. Man spricht und schreibt jetzt sehr viel über die Autonomie und den Föderalismus in Oesterreich. Und da sage ich Ihnen im Namen des Verbandes ganz offen: Wenn die Autonomie ein freies Selbstbestimmungsrecht der großen Volksmassen bedeutet, so sind wir Autonomisten im wahrsten Sinne des Wortes; wenn der Föderalismus eine freie und freiheitliche Vereinigung der Völker sein soll, dann sind wir auch Föderalisten. (Beifall.) Wir haben mit dieser unserer Meinung auch niemals hinter dem Berge gehalten, wir haben in drei Erklärungen unseren prinzipiellen Standpunkt gewahrt und offen erklärt, daß wir in diesem Sinne Autonomisten sind. In Sachen der Sprachenverordnung lautete unsere Erklärung:

„Gemäß unserem Programm stehen wir in jeder Beziehung auf dem Boden vollster Gerechtigkeit, somit sind wir auch in nationaler Beziehung für vollkommene Gleichberechtigung."

Ferner erklärten wir:

„Endlich verwahren wir uns noch in der allerentschiedensten Weise gegen die von dem Abgeordneten Wolf sozusagen unter Berufung auf alle Deutschen in Oesterreich gemachte Aeußerung, daß die nichtdeutschen Volksstämme Oesterreichs ‚minderwerthig' seien. Die erreichte Stufe der Kulturentwicklung mag bei verschiedenen Völkern allerdings etwas verschieden sein, aber nach unserer Ansicht ist es schädlicher Hochmuth, wenn sich ein Volk gegen die anderen Volksstämme

desselben Staates derart überhebt. Die Berufung auf ein historisches Vorrecht der Deutschen in Oesterreich ist nicht minder eine Anmaßung wie die Berufung seitens der Jungtschechen auf das alte böhmische Staatsrecht; gegen beides müssen wir darum auf das Allerentschiedenste protestiren."

Endlich haben wir im Adreßausschusse folgende Erklärung abgegeben:

„Was die immer wieder aufgeworfenen staatsrechtlichen Fragen anlangt, stehen wir Sozialdemokraten auf dem Standpunkt weitestgehender Autonomie. Wir fürchten dabei gar nicht, daß der vor Allem aus Gründen der wirthschaftlichen Entwicklung nothwendige einheitliche Verband des Staates beeinträchtigt werden könnte. Wir wissen, daß auch die scheinbar rücksichtslosesten Staatsrechtler sich davor wohl hüten werden, ein Band zu zerreißen, das die wichtigsten Ausfuhrgebiete für ihre Industrie an sie fesselt. Wenn wir aber Autonomisten sind, so sind wir es vor Allem auf demokratischer Grundlage. Nicht das Zentralparlament, das schwach und ohnmächtig genug ist, ist noch mehr einzuschränken und zu schwächen, sondern die Zentralregierung" u. s. w.

Sie sehen also, Genossen, daß wir stets unseren Standpunkt gewahrt haben, und wir werden in Zukunft immer und immer wieder auf denselben zurückkommen müssen, denn es wird uns gegenüber eine Art Autonomie ins Treffen geführt, mit der wir uns nicht befreunden können. Da ist zunächst das böhmische Staatsrecht. Sogar ein radikal sich geberdender Abgeordneter, Herr Dr. Vaschaty, hat in dieser Beziehung von „tausendjähriger Vergangenheit", „königlichen Eiden", „feierlichen Anerkennungen" u. s. w. gesprochen. Sehen Sie, Genossen, diese tausendjährige Geschichte mag ja für Kämmerer, Hofküchenmeister, für adelige Hofdamen etwas Entzückendes sein. Diese tausendjährige Geschichte ist ja die Geschichte des Hofes und des Hochadels, für das Volk aber bedeutet diese Geschichte nur tausend Jahre Thränen und Arbeit (Lebhafter Beifall), für das Volk sind das tausend Jahre der Sklaverei, der Leibeigenschaft, des jus gladii, jus primae noctis und wie die schändlichen Feudalüberbleibsel heißen mögen. Das Volk will mit dieser Geschichte nichts gemein haben und kann sich daher auch nicht entzücken für tausendjährige Rechte des böhmischen Staates.

Wenn ich nun auf die eigentlichen Autonomisten, die Herren vom Polenklub, zu sprechen komme, so stoßen wir wiederum auf das gemeine, lügnerische Schlagwort von den historischen Individualitäten der Königreiche und Länder, die als ein Kleinod gewahrt werden sollen. Das ist eine offizielle Lüge. Betrachten wir die Bukowina, so ist sie nichts anderes als ein Produkt diplomatischen Schachers; Galizien der Antheil, der aus dem Raube, der Theilung Polens an Oesterreich fiel; Schlesien, dieses Denkmal preußischer Uebermacht, die lebendige Erinnerung an die Prügel, die Oesterreich von Preußen bekommen hat. Und das soll plötzlich als geschichtliche Individualität bewahrt werden? Nehmen Sie Dalmatien, das hochlöbliche Land Vorarlberg, und Sie werden sofort erkennen, daß es nur geschichtliche Lügen sind, auf die sich die Autonomisten so gerne berufen. Mit diesen geschichtlichen Individualitäten hat die große Masse des Volkes nichts zu schaffen, denn es hat ganz andere geschichtliche Individualitäten aufzuweisen als die k. k. offizielle Geschichte. (Beifall.) Für uns sind nicht vergilbte Pergamente, nicht Erinnerungen und Ueberlieferungen vom tausendjährigen Reiche der Böhmen oder Polen maßgebend, sondern die Bedürfnisse des Komplexes von Völkern, die in Oesterreich zusammengekoppelt sind. Auch was über die Wahrung der Grenzen gesprochen wird, ist nicht wahr. Die Jungtschechen z. B. wären die ersten, die sich mit aller Entschiedenheit dagegen wenden würden, wenn Galizien seine Eisenbahntarife derart erhöhen würde, daß die tschechische Waare nicht mehr so billig auf diesen Absatzmarkt kommt. Sie würden dann sagen: Wir sind ja ein Staat, etwas Einheitliches, leben unter einem Kaiser und wollen daher auch die freie Zirkulation der Waare.

Das Volk respektirt auf der ganzen Welt keine Grenzen, für das Volk bestehen eben in Folge der ökonomischen Verhältnisse keine Grenzpfähle, es ist da immer das Hin- und Herwogen der großen Masse des Volkes, es ist da der Zug nach besseren Lebensbedingungen vorherrschend. Wir sind nun keine Partei, die diese Grenzpfähle in der Menschheit aufpflanzen wollte. Wir nehmen gegen-

über den sogenannten Feudalklerikalen, Jungtschechen und anderen autonomistischen Parteien den gerade entgegengesetzten Standpunkt ein. Diese pochen auf ihre historischen Rechte. In der Geschichte hat diese Rechte nur der Adel gehabt, und auf diese adeligen Rechte wird gepocht. Wir aber verlangen, die unsterblichen, unveräußerlichen Rechte des Volkes zur Geltung zu bringen, das Recht auf Dasein, das Recht auf Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit, das ist unsere Autonomie. Wenn wir zur gegebenen politischen Lage das Wort ergreifen, so sagen wir offen, wir sind damit einverstanden, daß dieser Staat einmal umgearbeitet werde. Diese geschichtlichen Individualitäten sind jämmerliche Gebilde. Wir haben nichts gegen eine Föderation von Völkerstaaten in Oesterreich, aber auf welcher Grundlage? Wir sind dafür, daß auf demokratischer Grundlage nationale, politische Einheiten geschaffen werden, welche dann in der vollkommensten Harmonie miteinander leben können, aber diese demokratische Grundlage muß da sein; jetzt ist sie in keinem Lande, in keinem Königreiche gegeben. Wir müssen das Volk zuerst daran interessiren, daß die Autonomie etwas für das Volk bedeutet — nicht nur für den Grafen Dzieduszycki oder für die Fürsten Schwarzenberg — und das geschieht dadurch, daß wir zuerst das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht für Landes- und Gemeindestube verlangen, und daß wir die kulturellen Vorbedingungen eines geordneten öffentlichen Lebens schaffen wollen. Wir wollen eine vernünftige Preß-, Versammlungs- und Vereinsfreiheit, wir wollen dann eine von der frommen Verdummung freie weltliche Schule, wir wollen nationale Minderheiten schützen, wo es nicht möglich ist, dieselben abzugrenzen, wir wollen überhaupt gerechte Sprachengesetze ausarbeiten, damit in seinem ursprünglichen Rechte, in seinem Naturrechte, in seiner Muttersprache zu sprechen und sich gesellschaftlich zu bethätigen, Niemand verkürzt werde. (Zustimmung.) Und diese Vorbedingung fehlt ganz und gar in jedem Lande, und die Autonomisten haben nichts gethan, um diese Vorbedingung in irgend einem Lande zu schaffen. Genossen! Ich habe nicht in meinem Namen gesprochen, sondern wir im Verbande haben uns darüber vollkommen ausgesprochen, und wir sind in diesen schwierigsten und nationalen Fragen vollkommen einig. (Beifall.) Ich will nicht den Propheten für die nächsten Zeiten spielen; die Sozialdemokratie hat in Oesterreich schon unter weit schwierigeren Verhältnissen gerungen, sie hat die nationale Verhetzung überwunden und wird auch den künftigen Gefahren, mag da kommen, was da will, immer und immer gewachsen sein. Wir stützen uns auf die große, schaffende, duldende Masse des Volkes, und dem angeblichen historischen Rechte auf Bedrückung des Volkes stellen wir das Recht der Völker, sich ihre Bedrücker vom Halse zu schaffen, entgegen. Wer da in diesem Kampfe siegen wird, das unterliegt für uns keinem Zweifel. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Vorsitzender Gen. Zeller: Wir gelangen

Zum Punkt: Taktik.

Das Wort hat als Referent Gen. Dr. Adler: Parteigenossen! Die, wie Sie Alle zugeben werden, ebenso klare und präzise wie vollständige Auseinandersetzung über die Aufgabe unserer parlamentarischen Vertretung, die wir soeben gehört haben, ist wohl die allerbeste Einleitung für das, was ich zu besprechen habe, nämlich die schwebenden Fragen der Parteitaktik, die Fragen, welche Wege die Partei zunächst zu wandeln hat. Parteigenossen! Daszynski hat gesagt, wir waren schon in schlimmeren Lagen als heute. Das ist wahr. Wir waren vor zehn Jahren in kleiner Anzahl — einige davon sind auch heute hier — in Hainfeld beisammen, und unsere Berathung der Parteitaktik hat eigentlich damals nichts Anderes zum Inhalte haben können, als wie diese Partei überhaupt leben, wie sie in der Arbeiterschaft erst Wurzel fassen sollte. Heute — und das ist die Grundlage unserer Taktik — heute ist es anerkannt in der ganzen Arbeiterschaft und anerkannt bei allen Klassen, die dieses Oesterreich zusammensetzen, daß die Sozialdemokratie die wirklich berufene Vertreterin der Arbeiterklasse in allen ihren Zungen, in allen ihren Schichten ist (Beifall); das muß von vorneherein als die Grundlage unserer Taktik hingestellt werden. So wichtig und unschätzbar groß der Fortschritt ist, daß wir heute ein neues Organ unserer Thätigkeit gewonnen haben — und wie wichtig uns das ist, haben wir

gezeigt, indem die Arbeiterschaft durch viele Jahre mit den größten Opfern daran gearbeitet hat, sich diese Vertretung endlich zu erobern — so wichtig uns das auch ist, wir müssen uns dessen bewußt sein, daß der Verband doch nur ein Organ ist, mit welchen die Arbeiterschaft ihre politische Zukunft verfolgt. Wir müssen uns auch dessen bewußt sein, daß die politische Fraktion der Sozialdemokratie zu ihrer Partei in einem ganz anderen Verhältniß steht als die Abgeordneten der bürgerlichen Parteien; die Fraktionen der bürgerlichen Parteien müssen sich ihre Parteien im Volke erst schaffen oder wenigstens den Anschein davon, die Sozialdemokraten haben ihre Vertretung, ich möchte sagen, aus sich selbst geboren, sie haben sich sie selbst geschaffen, und was mehr ist, die parlamentarische Vertretung, auf die wir stolz sind ihrer Qualität nach, ist ihrer Quantität nach lange nicht entsprechend dem, was der Vertretung, nicht der Arbeiterschaft überhaupt, sondern der sozialdemokratischen, klassenbewußten Arbeiterschaft in Oesterreich an Zahl genügen würde. Wenn wir — das soll endlich hier am Parteitag ausgesprochen werden — heute vierzehn Mann im Parlament als unsere Vertreter haben, und wenn man gestern hier ein wenig pessimistisch über die Wahlen gesprochen hat, so wollen Sie nicht vergessen, daß, wenn wir ein vernünftiges, ein anständiges, ein europäisches Wahlrecht in Oesterreich hätten, wir eine Vertretung von 85 Mann haben würden. (Zustimmung.) Sie dürfen nicht vergessen, daß die Sozialdemokratie heute von 72 Volksvertretern 14 hat — die anderen Herren, die da durch Kliquen hineingewählt wurden, gehen uns nichts an. Wir haben bisher die Aufmerksamkeit der Partei mit einer solchen Wucht auf die Erlangung des Wahlrechtes gerichtet, daß in dem Momente, wo dieser Kampf einen Augenblick in den Hintergrund tritt, gewissermaßen bei vielen Genossen eine Art Leere entsteht. Das augenblickliche Ziel, das zu erreichen war, hat die Energie der Genossen in hohem Maße in Anspruch genommen. Die ganze Thätigkeit war auf diesen Punkt so sehr konzentrirt, daß heute, wo es nicht thunlich ist und unpraktisch wäre, ganz unmittelbar den Kampf in derselben Weise ausschließlich diesem weiteren Zwecke zu widmen, so viel wir auch noch für das Wahlrecht zu thun haben, die Frage auftaucht: was thun? Da müssen wir zurückgreifen auf die Gruppe von Aufgaben, die der arbeitenden Klasse in Oesterreich vorbehalten sind, da die anderen Parteien ihr Werk unvollendet gelassen haben, theils weil sie dazu unfähig sind, theils weil sie sich dafür nicht interessiren. Eine der ersten, wichtigsten Thätigkeiten der Partei ist heute der Kampf gegen die wieder hereinbrechende Verdummung und Verpfaffung in Oesterreich. (Beifall.)

Es ist nothwendig, daß wir uns heute darüber ein wenig aussprechen. Als wir kurz vor dem Wahlkampfe und während desselben gezwungen waren, die Tafel aufzupflanzen: „Nieder mit der Pfafferei", da ist dies durchaus nicht zufällig, durchaus nicht leichten Herzens und durchaus nicht ohne genaue Erwägung und Ueberlegung der Verhältnisse geschehen. Das war kein Wahlmanöver, wir haben vielmehr mit diesem Schlachtruf uns selbst die erbittertsten Gegner auf den Hals gehetzt. Wir haben damit den Fanatismus der bittersten Feinde des Volkes aufgerührt und bis zum Wahnsinn gesteigert. Wir sind nicht unserer Neigung, sondern der Nothwendigkeit gefolgt. Wir kennen weder Pfaffenfurcht, noch Pfaffenhaß und überdies war die Gesellschaft, die den Krieg gegen das Pfaffenthum geführt hat, selbst womöglich noch schlechter als die Pfaffen, das waren die liberalen Pfaffen, die in ihrer Weise ebenso orthodox, bornirt, niederträchtig und verrätherisch waren als die schwarzen Pfaffen. Daß es uns nicht gelüstet hat, in dieser Gesellschaft den Kampf zu führen, wird man begreiflich finden. Daß wir es doch gethan haben, daran tragen die Verhältnisse die Schuld, die heute das Kleinbürgerthum in die Hand der Agenten der Pfaffen getragen haben. Es ist traurig, aber wahr, daß wir heute durch die Verhältnisse, aber nicht durch die Schuld der Klerikalen, sondern insbesondere durch die Schuld ihrer Gegner, wirklich vor einer klerikalen Gefahr stehen, gegen die sich keine Abwehr im Bürgerthum findet. Da mußten wir eingreifen. Heute freilich werden verschiedene Mahnungen gegen die Verpfaffung der Schule, gegen den Ebenhochschen Schulantrag laut, heute sind sie alle wieder lebendig. Aber, Parteigenossen, wir haben doch kein so kurzes Gedächtniß, wir kennen doch die liberalen Verfechter der Schule, wir wissen, daß dieses selbe Bürgerthum, das heute so ent-

rüstet ist gegen die Klerikalen, das Einschleichen des Klerikalismus in unsere Schule, unter dem Minister Gautsch, jahrelang nicht nur geduldet, sondern gefördert hat (Sehr richtig!), so lange es oben saß. Die Pfafferei ist ein Mittel der Unterdrückung und der Knechtung, das das Bürgerthum nicht gegen sich ausgenützt haben will, sondern selbst auszunützen wünscht. Uns Sozialdemokraten fängt man mit solchen Schlagworten nicht, wir wissen, die christlich-soziale Partei ist thatsächlich nichts Anderes als das wildgewordene Kleinbürgerthum, das unter pfäffischer Führung steht. Gefördert wurde diese Strömung von den Fabrikanten, die damit gegen die sozialdemokratischen Arbeiter losgehen wollen. Schauen Sie die Leute heute an. Wenn Lueger, wenn die Antisemiten sich empfehlen wollen, sprechen sie da heute noch von Befreiung aus dem Joche des jüdischen Kapitals? Verdammt wenig. Heute sprechen sie davon, daß sie das einzige Rezept, um die vaterlandslose Sozialdemokratie umzubringen, besitzen, sie empfehlen sich, wie irgend ein Quacksalber seine geheimen Mittelchen empfiehlt. Das ist für sie der Titel, aus dem sie das Recht ableiten, daß eigentlich ihnen die Herrschaft gebühre. Herr Dr. Lueger möchte gerne die Arbeiterschaft Oesterreichs als Schulpferd vorreiten, er möchte zeigen, wie er es versteht, sie zu bändigen und sie in geordneten Trab zu bringen gegen den jüdischen Kapitalismus, aber für den christlichen, der auch so gut jüdisch ist wie der andere. (Heiterkeit und Zustimmung.) Weil es sich heute um die Aufrufung eines im Volke noch tiefliegenden und weitverbreiteten Instinktes von Leuten handelt, die das Produkt einer Erziehung sind, die zur Versklavung, zur Liebedienerei führt, weil man diese Stimmung dazu benützen will, um die aufstrebende Arbeiterbewegung in den Boden zu schaufeln, weil man unter dem Namen einer klerikalen und antisemitischen Volksbewegung gegen uns eine volksfeindliche, eine verrätherische, eine an den wahren Interessen des arbeitenden Volkes Verrath übende Bewegung hervorruft, darum müssen wir uns jetzt mit aller Kraft dagegen stemmen.

Ich komme nun zu den Anträgen. Die Bezirksorganisation XI, Wien beantragt:

In Erwägung, daß die Vertreter von staatlich anerkannten Religionsgemeinschaften die Kirche zu parteipolitischen Zwecken benützen und die perfidesten Lügen und Entstellungen über unsere Partei unter dem Volke verbreiten, trotzdem nach den Grundsätzen jeder wahren Religion diese über jede Parteipolitik erhaben sein soll, erklärt der Parteitag:

„Die Sozialdemokratie bekämpft — unbeschadet ihres Prinzips ‚Religion ist Privatsache' — die Vertreter aller Religionsgemeinschaften auf das Entschiedenste mit allen zulässigen Mitteln, wann und wo immer dieselben unsere Partei und deren Angehörige verleumden, sowie wenn ihre Lehren sich dem Befreiungskampfe des Proletariats entgegenstellen."

Dieser Antrag, Genossen, ist ein Stück von dem, was wir allerdings thun müssen. Wir kämpfen nicht gegen die Religion, wir kämpfen nicht gegen die Kirche, aber es muß einmal ausgesprochen werden, daß, wenn ein Priester lügt, ihn das Priestergewand nicht immun machen darf. (Lebhafte Zustimmung.) Erinnern Sie sich an den Wahlkampf, erinnern Sie sich daran, daß da auf allen Kanzeln in Oesterreich gegen uns ein Kampf geführt wurde, wie er verbitterter, verlogener, verdächtigender, unwürdiger eines Menschen, der von seiner Religion etwas hält, gar nicht geführt werden konnte. Da ist es natürlich, daß wir erklären: trotzdem der Mann Priester ist, werden wir ihn als Feind behandeln, wenn er sich uns als verleumderischer Feind gegenüberstellt, nicht deshalb, weil er das Priestergewand trägt. Wenn er als Priester den Lehren seiner Religion ins Gesicht schlägt, mag er das mit ihr ausmachen, wir verstehen davon nicht soviel und können darüber nicht zu Gericht sitzen, was sich mit dem Christenthume, respektive mit der heutigen Kirche verträgt. Der Antrag selbst entspricht mir nicht vollständig, weil ich ihn für zu enge halte, man könnte darüber hinausgehen.

Ein Antrag der Organisation Roßbach lautet:

„In Erwägung, daß der von der Pfaffenpartei im Reichsrath eingebrachte Volksschulgesetzentwurf die Verklerikalisirung der Volksschule

beabsichtigt; in Erwägung, daß dieser Antrag in jeder Beziehung kulturfeindlich ist; in Erwägung, daß vorzüglich die ländliche Bevölkerung sich über die Folgen dieses Schulantrages nicht klar ist; in Erwägung endlich, daß dieser Antrag uns weitere Kreise der Bevölkerung mehr sympathisch macht und uns das Eindringen in die Landbevölkerung erleichtert, wolle der Parteitag beschließen: Es sind in ganz Oesterreich in allernächster Zeit Versammlungen zu veranstalten mit der Tagesordnung: Der klerikale Schulantrag und die Folgen seiner Verwirklichung."

Gegen diesen Antrag läßt sich eigentlich nichts einwenden, ich habe nur gegen den Ausdruck „in allernächster Zeit" etwas. Wir haben keine Ursache, früher einzugreifen, besonders in jenen Momenten, wo wir mit dem größten Erfolge einschreiten könnten; es wäre heute ein Verschießen unseres Pulvers, wo der Feind nicht vorhanden ist. Wenn die Schlacht kommt, wird die Arbeiterschaft am Platze sein. Die Reste der Liberalen haben viel mehr Angst vor der Verpfaffung der Schule als die Arbeiter. Diese fürchten deshalb nichts, weil sie zu ihrer Kraft Zutrauen haben und wissen, daß dieses Attentat auf die Schule auf einen ganz unerhörten Widerstand in der Arbeiterschaft stoßen würde, weil die Arbeiter damit nicht nur ihre Gegenwart, sondern vor Allem die Zukunft des österreichischen Proletariats, die in seinen Kindern ruht, bedroht sehen. Für das Bürgerthum ist die Schulfreiheit nebensächlich, es hat ja die klerikale und die christlich-soziale Partei unterstützt. Liberale Fabrikanten bedenken christlich-soziale Arbeitervereine mit bedeutenden Geldunterstützungen, während sie sozialdemokratische und einfache Fachvereine auf jede Weise unterdrücken und maßregeln. Ein solcher christlich-sozialer Verein hat zwei Schutzpatrone, auf der einen Seite den Pfarrer, auf der anderen Seite den Fabrikanten; Weihwedel und Geldsack schützen solche Vereine. Diejenigen, die ihre eigenen Kinder an die Klerikalen ausliefern wollen, sorgen durch den Privatunterricht, durch sorgfältige Erziehung dafür, daß ihre Kinder freie Menschen werden, daß sie herrschen können über eine Masse unfreier, nicht nur physisch und ökonomisch, sondern auch geistig gebundener Sklaven.

Darum können wir uns auf das Bürgerthum nicht verlassen, und so stark ist dieses Oesterreich nicht, daß es den Sturm aushalten würde, der käme, wenn man ein solches Attentat wagen würde. (Lebhafter Beifall.)

In zweiter Reihe steht eine Aufgabe, die auch gar nicht eine spezifische Arbeit der Sozialdemokratie wäre, die längst von der bourgeoisen Gesellschaft hätte gelöst werden sollen. Es sind dies die nationalen Schwierigkeiten. Wollen wir einmal eine kurze Selbstprüfung vornehmen, wollen wir uns zugestehen, daß der Begriff des Internationalen in der Arbeiterschaft selbst, die international ist, eine gewisse Wandlung durchgemacht hat. Wenn Sie heute die alten Broschüren lesen, nicht jene aus den 40er-Jahren, sondern jene aus den 60er- und 70er-Jahren, dann werden Sie finden, daß die Begriffe international und nationslos gleichgestellt wurden. Es wurde so aufgefaßt, als ob ein Mensch sich seiner nationalen Individualität entkleiden, als ob er in einem rein abstrakten Menschlichkeitsbegriff aufgehen könnte. Er ist dem Bedürfnisse entsprungen, aus den Produkten der einzelnen Nationen etwas allgemein Menschliches, etwas rein Abstraktes herauszudestilliren. Aus dieser Anschauung hat sich ein Begriff entwickelt, der übrigens nichts Anderes ist als der alte bürgerliche Humanismus oder Kosmopolitismus und der eigentlich niemals lebendig geworden ist, sondern nur in einzelnen Köpfen vorhanden war, der Begriff des abstrakten Internationalismus. Wir in Oesterreich — und wir sind, was die Nationalitätenfrage und den Internationalismus anbelangt, wirklich die Experimentirkammer der Weltgeschichte, oder man könnte vielleicht mit Rücksicht auf die bestehenden Verhältnisse sagen, die Sudelküche für die Nationalitätenfrage — sind beinahe zuerst dazu gelangt, den Begriff der Internationalität weiter zu entwickeln, weil nirgends in Europa, mit Ausnahme eines Landes, auf das ich noch zu sprechen kommen werde, die Proletarier der verschiedenen Nationen so sehr aufeinander angewiesen sind, wie in Oesterreich. Das Programm des Internationalismus ist heute ein ganz anderes. Es lautet: Wie ist es bei vollständiger Anerkennung der bestehenden Thatsache der nationalen Individualität und unter Hinderung jedes Versuches

einer Vergewaltigung der nationalen Individualität möglich, einheitlich zu wirken und zu kämpfen?

Das ist das Problem, und dieses Problem, an dem alle Staatsmänner Oesterreichs scheitern, an dem das Bürgerthum in Oesterreich zu Grunde geht und verblutet und, weil es das Problem nicht lösen kann, rettungslos eine Beute des Feudalismus wird, wird die Sozialdemokratie lösen, und sie ist im Begriffe, es zu thun.

Der Gen. Daszynski weiß nicht Alles, was in der Welt vorgeht (Heiterkeit), oder wenigstens erinnert er sich nicht an Alles. Als er uns über die parlamentarische Thätigkeit referirt hat, hat er ein Moment nicht erwähnt, welches hier und im Auslande Aufsehen erregt hat. Als er nämlich im Parlamente über die polnischen Wahlen sprach und in der Rede sagte „ich als Pole" und die Meute über ihn herfiel und rief: „Sie sind kein Pole! Sie sind ein internationaler, vaterlandsloser Sozialdemokrat", da wiederholte er erhobenen Hauptes: „ich bin ein Pole und ich bin ein internationaler Sozialdemokrat". Das, Genossen, ist die Lösung. Wir in Oesterreich sind darauf angewiesen, innerhalb dieser Kämpfe das kulturbildende Element in den Nationalitäten unangetastet zu lassen und trotzdem die Vereinigung zum Internationalismus möglich zu machen. Es ist dies eine schwere Aufgabe, weil wir nicht ungestört arbeiten können. Heute müssen wir, wie die Dinge stehen, auch von den deutschen Parteigenossen sprechen; wir könnten unsere Sache viel leichter, ohne Mißverständnisse und unter weniger Reibungen abmachen, wenn wir unter uns wären, wenn nicht die bürgerliche Preßmeute uns umheulen würde und wenn wir — man möge sagen, was man wolle — nicht doch unter dem Einflusse dieser bürgerlichen Anschauungen mehr stehen würden, als wir uns selbst gestehen wollen. Wir wissen ja ganz genau, daß das, was sich bei uns abspielt, in der bürgerlichen Presse als ein verzerrtes Spiegelbild wiedergegeben erscheint. Seitdem nun die Jungtschechen die Löwenhaut fallen gelassen haben und diese von den Deutschnationalen auf den Rücken genommen wurde, seitdem auch diese anfangen, den wilden Mann zu spielen, seitdem ist für die deutsche Arbeiterschaft die Gefahr vorhanden, daß die Opposition gegenüber der Regierung und der staatlichen Autorität, die dem Arbeiter immer gefällt, zusammengeworfen wird mit der nationalen Opposition und dadurch eine Verwechslung entsteht und auf unsere Leute ein gewisser Einfluß geübt wird. Durch diese Umstände entstehen für uns große Schwierigkeiten; wir verzweifeln aber nicht daran, diese Schwierigkeiten zu besiegen, umsoweniger als wir heute Waffen haben, welche denen der bürgerlichen Parteien wenigstens qualitativ ebenbürtig sind; wir verfügen über eine sozialdemokratische Presse, welche diese Unklarheiten aufzuklären vermag, und in ganz kurzer Zeit — wir begrüßen das hier auf dem Parteitage als einen wichtigen Fortschritt für die Gesammtpartei — werden wir auch ein tschechisches Tagblatt in Prag haben. (Lebhafter Beifall.)

Ja freilich, wenn man mit den Nationalen spricht, so sagen die Deutschnationalen: ihr seid international, aber die Tschechen sind ihr Lebtag keine Nationalen, und den Tschechen sagen die Jungtschechen: ja ihr seid ehrliche Internationale, darum werdet ihr aber auch in Wien gefoppt und von der Wiener Parteileitung über den Löffel balbiert. So sind wir, Alle, wie wir da sitzen, eine Gesellschaft von Verräthern an der Nation, weil wir die Interessen der Nation, aller Nationen nicht verrathen wollen. (Lebhafter Beifall.) Wir gehen mit dem vollen Bewußtsein darauf los, ein festes Gefüge der ganzen österreichischen Arbeiterschaft, das zwar sprachlich nicht einheitlich, sondern verschieden ist, aber darum nicht minder fest herzustellen, und wir sind durch die Erfahrungen belehrt, daß wir dieses feste Gefüge nicht dadurch herstellen können, daß wir Alles über einen Leisten schlagen, sondern nur dadurch, daß wir den praktischen Bedürfnissen in der ehrlichsten Weise Rechnung tragen.

Ich habe früher von einem anderen Lande gesprochen, wo ähnliche Schwierigkeiten, freilich nicht so komplizirter Natur wie bei uns, bestehen, es ist dies Belgien. Dort gibt es zwei Volksstämme: die Wallonen (Franzosen) und Vlamen (Germanen). Die Vlamen ringen heute in Belgien ebenso um die Anerkennung, wie die Slaven heute in Oesterreich. Und der Anwalt dieses Kampfes um die nationale Gleichberechtigung ist die Sozialdemokratie. So ist es passirt — ich

habe leider das Blatt nicht in die Hände bekommen können — daß ein fanatisch deutschnationales Blatt die belgische Sozialdemokratie, diese vaterlandslose, nationalitätenfeindliche Sozialdemokratie, als das Urbild, als das Muster einer Partei anführt, die für die nationale Gleichberechtigung der Vlamen (weil das Germanen sind) eintritt.

Wenn wir dasselbe in Oesterreich für die Tschechen thun, wenn wir uns auf den Standpunkt stellen, daß man die faktischen Verhältnisse nicht übersehen darf, dann sind wir Verräther. Wenn dies aber zu Gunsten eines germanischen Sprachstammes gegenüber einem romanischen geschieht, dann sind das ausgezeichnete Leute.

Wir haben aber in Oesterreich noch eine andere Schwierigkeit. Genosse Daszynski hat bereits darauf hingewiesen, daß die Begriffe Autonomie, Föderalismus durch die herrschende Politik einfach gefälscht werden, um das Bürgerthum zu Füßen des Feudaladels zu bringen. Was sich immer im Parlament vollzieht, ist nichts Anderes als einmal ein Verrath der Klasseninteressen des Bürgerthums seitens der deutschen Bourgeoisie, um die tschechische Bourgeoisie zu unterdrücken und mit dem Feudaladel einen Brocken von Gewalt zu theilen, und wenn diese Phase abgelaufen ist, vollzieht sich dieser Verrath wieder auf tschechischer Seite, während es doch im Interesse des Bürgerthums gelegen wäre, ihre Macht zu vereinigen, um den eigentlichen Beherrscher Oesterreichs, den Feudalismus, endlich niederzukriegen. So hindert dieser Verrath, dieser Schacher, der getrieben wird, immer die naturgemäße Entwicklung. Da müssen wir denn doch sagen, wenn in der letzten Zeit im Parlament und in der Presse so viel von höherer und tieferer Kulturentwicklung der einzelnen Nationen gesprochen wurde, es gibt gewiß tief einschneidende Kulturunterschiede und Unterschiede in der Entwicklung, aber sicher ist auch, daß alle diese Parteien auf einem sehr tiefen Stande der Kulturentwicklung sind, und daß die Kultur, welche bestimmt ist, Europa in Ordnung zu bringen, heute einzig und allein durch die organisirte Arbeiterschaft repräsentirt wird. (Beifall.) Wenn uns bewiesen wird, daß bei der Sozialdemokratie irgend eine Organisation weniger entwickelt ist als die andere, so ist es für uns naturgemäß, daß wir Alle zusammenhelfen müssen, um diese zurückgebliebene Organisation in die Höhe zu bringen. Was für eine Folgerung ziehen aber diese Kulturträger aus einer solchen vermeintlichen Thatsache? Daß man diese zurückgebliebene jüngere Organisation niedertreten muß. Ich sage also, daß uns von dieser Weltanschauung ein ganzer Abgrund trennt.

Die zweite Hauptaufgabe in diesem Zeitpunkte, wo die nationalen Kämpfe eine solche Zuspitzung erfahren haben, muß eine scharfe Hervorkehrung unseres internationalen Standpunktes sein. Heute hängt die Entwicklung Oesterreichs weit mehr als je von dem Standpunkte ab, den die Arbeiterklasse einnimmt. Wir sind auf einem Schiff, wo der Wahnsinn epidemisch geworden ist, auf dem sich lauter Tobsüchtige befinden, die einzigen Vernünftigen, und darum sind wir verpflichtet, mit starker Hand die Richtung zu zeigen, in der das Schiff gesteuert werden soll. Wenn jemals die gemeinsame internationale Arbeit eine Grundbedingung nicht nur für die Arbeiterklasse, sondern für die ganze Gesellschaft in Oesterreich ist, so ist dies heute, und ich hoffe, daß dieser Parteitag, der bei keiner anderen Klasse möglich wäre, neue Grundlagen für die gemeinsame Arbeit legen wird. Er wird nicht etwa mit den Banketten verwechselt werden, bei denen die Leute Küsse tauschen (Heiterkeit), wo sie gegen einander von Liebe triefen, dieselben Leute, die im nächsten Moment einander aus der Tasche stehlen.

Ich sage eine wirkliche Solidarität ist bei einer anderen Klasse als bei der Arbeiterschaft nicht möglich, weil die Leute vom Streite leben. Mit der Internationalität ist es ebenso wie mit der Volksaufklärung. Die Mitglieder jeder Klasse wünschen für sich eine Verbesserung des Unterrichtes, eine größere Verbreitung der Volksbildung, aber ihre Klasseninteressen stehen dem entgegen, weil sie wünschen müssen, daß die Arbeiterschaft bis zu einem gewissen Grade in geistiger Abhängigkeit gehalten werde. Das Klasseninteresse der Arbeiter aber fordert eine größere Volksbildung, und darum sind wir ehrlich dafür. Das ist ein Lebensinteresse für uns, es liegt im Wesen der sozialdemokratischen Partei-

entwicklung, daß alles, was den Fortschritt der Menschheit fördern kann, ihr eigenes Interesse ist.

Wenn wir also in der nächsten Zeit hinausgehen werden und die Agitation wieder aufnehmen, die durch die Wahlen eigentlich nicht besonders unterbrochen wurde, dann wird trotz aller Schwierigkeiten, die sich bei den Wählerschaften ergeben werden, die Behandlung dieses internationalen Standpunktes in die erste Linie zu stellen sein. Freilich finden wir da die Sprachenverordnungen auf unserem Wege. Ich bin da gezwungen, noch einige Worte über den Standpunkt zu sagen, den die Fraktion zu diesen Sprachenverordnungen eingenommen hat. Wir behaupten, wenn die Sprachenverordnungen ihrem ganzen Inhalte nach so vortrefflich, so gerecht und vollkommen wären, wie sie es zum großen Theile nicht sind, so hätte sich trotzdem ein Sturm gegen dieselben erheben müssen, weil selbst eine gerechte Maßregel ein politischer Fehler ist, wenn sie von oben aufoktroyirt wird. Der Graf Badeni hat sich als ein schlechter Händler gezeigt, und ich glaube, daß sein Ansehen, das er an der Lemberger Getreidebörse genossen hat, in der letzten Zeit sehr gesunken ist. (Heiterkeit.) Graf Badeni mußte den Streit und die Eifersucht unter den Nationalitäten aufrecht erhalten, denn das muß jede österreichische Regierung, oder glaubt es thun zu müssen, weil sie davon lebt wie die Maden im Käse. (Heiterkeit.)

Was die Sprachenverordnungen anbelangt, haben wir in unzähligen Ennunziationen im Parlamente und in der Presse erklärt, daß wir sie soweit vollständig billigen, als sie bestimmen, daß jedem Staatsbürger in seiner Sprache der ganze Verwaltungsapparat des Staates in Amt, Schule und Gericht zur Verfügung stehen muß (Sehr richtig!), hingegen erklären wir, daß wir es als eine überflüssige Härte ansehen, wenn in tschechischen Bezirken alle tschechischen und in deutschen Bezirken alle deutschen Beamten zur Zweisprachigkeit amtlich gezwungen werden. Wir glauben, daß man in dieser Sache nicht weiter zu gehen hat, als es das praktische Bedürfniß erfordert. Die Aemter sollen so beschaffen sein, daß sie den Bedürfnissen des Publikums genügen, und damit ist die Grenze gegeben. Wir sagen aber — und da werden Sie uns wohl zustimmen, — daß die Vergewaltigung, die in diesem Weitergreifen liegt und die ich soeben gekennzeichnet habe, uns durchaus nicht zu besonderer Entrüstung veranlaßt hat. Wir sind ganz andere Vergewaltigungen von der österreichischen Regierung gewöhnt, und wir sahen, daß dieselben Parteien, die jetzt über die Sprachenverordnungen in Entrüstung gerathen, geduldig zusehen, wenn die Arbeiterschaft aller Nationen aufs Schamloseste vergewaltigt wird. (Sehr richtig!) Wir glauben daher ihrer Entrüstung nicht, aber daraus folgt nicht, daß, wenn sie dem Badeni unangenehm werden, wir ihn schützen sollen, wenn auch nur, indem wir schweigen. Die Christlich-Sozialen, die heute nichts Anderes sind, als die Leute, die dem Badeni die Mauer machen, (Heiterkeit) haben es versucht, die Liberalen und überhaupt die Opposition gerade in dem Momente anzugreifen und ihnen zwischen die Waden zu springen, wo sie etwas Nützliches gemacht haben. Die deutsche Linke hat seit vielen Jahren Dummheiten, Schwachheiten und Feigheiten begangen. Zum ersten Male thun sie etwas Ordentliches und gehen auf den Badeni los, und gerade da packt sie Lueger. Die Parteivertretung war mit der Fraktion durchaus einig darin, daß die Fraktion Alles zu vermeiden hat, was der Regierung nützen konnte und aussehen würde, als wollten wir die Opposition, die gegen ihn losstürmt, abschwächen. Halten Sie das nicht für unwichtig. Sie dürfen nicht glauben, daß es der Regierung ganz gleichgiltig sein kann, was die 14 Sozialdemokraten, die „kleine Gruppe", thut. Wenn die Sozialdemokraten den Kampf gegen die Regierung nicht mitgemacht hätten, würde Badeni gesagt haben: „Die größte Partei Oesterreichs, die eigentliche Volkspartei hat gegen mein Regime nichts einzuwenden. Sie betheiligt sich nicht, wenn gegen mich Sturm gelaufen wird, sondern das thun nur die Vertreter der Bourgeoisie", von welchen Badeni nicht viel hält. (Heiterkeit.) Das hätte die Presse ausgebeutet, und das mußte umso eher vermieden werden als Lueger eine seiner gewöhnlichen Verräthereien begangen hat.

Vorsitzender Gen. Zeller unterbricht den Redner, da seine durch die Geschäftsordnung festgesetzte Redezeit abgelaufen ist.

Gen. Dr. Adler appellirt an den Parteitag; derselbe lehnt nach kurzer Debatte den Vorschlag des Vorsitzenden, daß diesem Referenten unbeschränkte Redefreiheit gewährt werde, ab und beschließt gemäß dem Antrage des Genossen Daszynski, daß ihm noch 30 Minuten Redezeit zugebilligt werden.

Gen. Dr. Adler, seine Rede fortsetzend: Ich war gerade im Begriffe zu erwähnen, daß neben der Frage der Volksbildung und neben der Nationalitätenfrage nunmehr mit ganz besonderer Schärfe die Frage des Arbeiterschutzes im weitesten Sinne in den Vordergrund unserer Parteitaktik treten muß. Wir müssen zugeben, daß Fragen, die spezifisch Arbeiterangelegenheiten betreffen, zum Theil während der Zeit des Wahlrechtskampfes zurücktraten, daß sie aber jetzt umso lebhafter behandelt werden müssen. Die Angst, die viele Genossen hatten, es würden durch ein Einlassen mit dem Parlamentarismus alle wichtigen Arbeiterfragen zurückgedrängt werden, ist heute doch geschwunden, weil die Arbeiterschaft sieht und empfindet, daß sie selbst das politische Leben beherrscht und erfüllt. Ich möchte anschließend daran erinnern, daß in kurzer Zeit die Regierung gezwungen sein wird, eine Verlängerung des Wehrgesetzes zu beantragen, und bei dieser Gelegenheit wird es unsere Aufgabe sein, dem Militarismus gegenüber in sehr scharfer Weise Stellung zu nehmen, nicht nur innerhalb des Parlaments, sondern auch außerhalb desselben.

Hier möchte ich zwei Anträge erwähnen, die uns vorliegen. Die Bezirksorganisation Aussee stellt den Antrag:

„Die sozialdemokratische Fraktion ist zu beauftragen, ehestens einen Dringlichkeitsantrag einzubringen, der dahin geht: Jedem Reservemann, der zu einer aktiven Dienstleistung einberufen ist, hat der Staat die Kosten der Fahrt und der Verköstigung zu ersetzen. Den Familien der verheirateten Reservemänner ist deren Verdienstentgang während der Dauer der Waffenübung zu ersetzen."

Der Antrag der Bezirksorganisation III, Wien lautet:

„In Erwägung, daß die Entscheidung über Krieg und Frieden, über Bündnisse und sonstige Abmachungen mit auswärtigen Mächten in konstitutionell regierten Staaten — ich weiß nicht, ob der Antragsteller Oesterreich meint — nur in den Händen der direkt gewählten Volksvertretung liegen kann; in fernerer Erwägung, daß die österreichische Regierung bisher ohne Befragung der Parlamente souverän in solchen Fragen entschieden hat, daß in Folge dessen in dieser Beziehung heute noch der nackte Absolutismus herrscht, und in endlicher Erwägung, daß Entscheidungen auf diesem Gebiete Gut und Blut und die wichtigsten Kulturinteressen der Arbeiterklasse auf das Empfindlichste berühren, beauftragt der Parteitag den sozialdemokratischen Verband im Abgeordnetenhause, das Ministerium und den Präsidenten zu veranlassen, eventuell mit allen geschäftsordnungsmäßig zur Verfügung stehenden Mitteln zu zwingen, alle wichtigeren Angelegenheiten der äußeren Politik in den einzelnen Phasen ihrer Entwicklung dem Hause zur Kenntniß zu bringen und eine Debatte darüber zuzulassen."

Nun, Parteigenossen, ich finde, daß der Antrag darauf hinausgeht, aus dem österreichischen Abgeordnetenhause ein wirkliches Parlament zu machen. Aber so sehr ich auch wünsche, daß die sozialdemokratischen Abgeordneten diese Sache durchsetzen, so sehr bezweifle ich auch, daß ihnen das in ausreichendem Maße gelingen wird. So viel ich weiß, waren die Sozialdemokraten die Einzigen, welche anläßlich der Verwicklungen zwischen der Türkei und Griechenland, wo österreichische Schiffe mit Soldaten im Auslande weilten, wo wir nicht wußten, ob Blut österreichischer Soldaten geflossen ist und Leute gefallen sind, mindestens auf dem Wege der Interpellation versucht haben, die Regierung zu zwingen, über diese Sache Rede zu stehen. Die Regierung hat dies natürlich nicht gethan. Ich bin daher dafür, daß unsere Abgeordneten alles Mögliche in dieser Beziehung versuchen. Wir haben von unseren Abgeordneten durchaus nicht die niedrige Auffassung wie die bürgerlichen Parteien und begnügen uns nicht wie diese damit, daß die Abgeordneten eine kleine Eisenbahn oder ein paar Tausend Gulden Nothstandsunterstützung, die ohnedies nicht ausreichen, nach Hause bringen, sondern wir verlangen, daß unsere Abgeordneten die Vertreter des Volkes in allen das

Volk berührenden Fragen sein sollen, und dazu gehören auch die auswärtigen Angelegenheiten.

Es liegt noch ein Antrag der Organisation Roßbach vor, den ich Ihnen abzulehnen empfehle; er lautet:

„In Erwägung, daß die Sprachenfrage in Oesterreich eine ständige ist und von den bürgerlichen Parteien zu dem Zwecke benützt wird, um die Arbeiter von ihren wirklichen Interessen abzulenken, die Arbeiter aber in jeder Hinsicht die Kosten dieser Nationalitätenhetze zahlen müssen, möge der Parteitag beschließen: Die sozialdemokratische Fraktion wird beauftragt, im Reichsrath einen Gesetzentwurf einzubringen, daß in den Volksschulen außer dem Sprachunterricht in der Muttersprache noch ein gemeinsamer Sprachunterricht in einer geeigneten fremden Sprache (Weltsprache) an Stelle des Religionsunterrichtes unentgeltlich ertheilt werde."

Ich glaube, wenn ich den Antrag recht verstehe, daß es sich hier um eine Art Volapükerei oder derartige Dinge handelt, und auf diese können wir uns selbstverständlich nicht einlassen.

Schließlich wird ein Antrag der Organisation Brünn zu behandeln sein, welcher lautet:

„Der Parteitag beschließt: Die Parteivertretung wird beauftragt, für die Entfaltung einer Agitation behufs Erlangung des Landtags- und Gemeindewahlrechtes Sorge zu tragen."

Für diesen Antrag, glaube ich, werden wir mit aller Kraft eintreten, dagegen können wir den Antrag der Organisation Teplitz, welcher lautet:

„Der Parteitag empfiehlt den Genossen aller österreichischen Länder mit Rücksicht auf die agitatorische Thätigkeit, die bei den Wahlen zu den verschiedenen Vertretungskörpern entfaltet werden kann, das Eingreifen bei den kommenden Landtagswahlen durch Aufstellung eigener Kandidaten,"

nicht empfehlen.

Ich bin der Ansicht, daß wir aus dem Eingreifen in die Landtagswahlen, wo ein beschränktes Wahlrecht besteht, absolut nicht eine Vorschrift machen dürfen. Heute, wo die Masse der Arbeiter einmal zum Worte gekommen ist, hat die Wahl in den Kurien mit Zensus selbst für den Reichsrath wie für den Landtag an Bedeutung verloren, und wir haben viel mehr Kraft nöthig, um wenigstens in vielen Ländern und Bezirken das Wahlrecht zu erobern, als ein Wahlrecht auszunützen, das wir faktisch nicht haben. Ich empfehle daher, es den einzelnen Bezirksorganisationen, respektive Wahlkreisen zu überlassen, wie sie sich dazu verhalten wollen.

Was aber das Gemeindewahlrecht anbelangt, so werden wir hier in Wien in nächster Zeit dazu gezwungen sein, den Anwalt des christlichen Volkes in Wien zu fragen, was er denn, da er die unbestrittene Herrschaft hat, gethan hat, um das Wahlrecht zu erweitern, und ich glaube dem Beschlusse der Parteivertretung nicht vorzugreifen, wenn ich ankündige, daß wir entschlossen sind, zum Herbst energisch den Kampf für die Ausdehnung des Wahlrechtes aufzunehmen, weil wir damit in der Lage sind, gegen die christlich-soziale Partei einschneidende Schritte zu unternehmen, und weil wir die Leute einmal mit ihren eigenen Prinzipien konfrontiren wollen. Die Leute haben ja vor den Sozialdemokraten keine Angst. Die Herren haben uns besiegt und frohlocken darüber. Wenn sie so mächtig sind, mögen sie doch das allgemeine Wahlrecht für die Gemeinde einführen und zeigen, daß sie wirklich trotz der Sozialdemokraten die Gemeinde beherrschen können. Wenn ich speziell von Wien spreche, so wissen Sie ja, daß Wien in dieser Beziehung vorbildlich ist für alle Provinzen, und daß, wenn es einmal gelungen ist, das allgemeine Wahlrecht für den Wiener Gemeinderath einzuführen, alle anderen Städte dann sehr bald dasselbe erringen werden.

Der Antrag der Bezirksorganisation VIII, Wien lautet:

a) „Zu den Sitzungen des parlamentarischen Verbandes ist immer zumindestens Ein Mitglied der Parteivertretung hinzuzuziehen.

mit Lügen und Entstellungen den politischen Kampf. Weil wir die Regierung Badeni, wie es unsere Pflicht ist, auf das Entschiedenste bekämpfen und uns dabei in der allerdings nicht sehr angenehmen Gesellschaft der deutschen Opposition befinden, stellt man uns als antinational, als an die Deutschen und Juden verkauft hin. Wir werden selbstverständlich trotzdem den Kampf gegen die Regierung energisch weiterführen, ohne Rücksicht darauf, daß wir vielleicht einzelne Theile der indifferenten Wählerschaft dadurch gegen uns aufbringen. Unser Kampf darf durch keinen Opportunismus gehemmt werden. Ich begrüße es, daß sich nun auch bei den deutschen Genossen die richtige Ansicht über den Internationalismus durchzubrechen beginnt, denn wenn wir manchmal mit den chauvinistischen Residuen in unseren Reihen zu kämpfen haben, so gibt es unzweifelhaft auch bei den Deutschen nationale Chauvinisten. Die internationale Gesinnung besteht in Oesterreich nicht darin, daß alle deutsch werden. Die Sprachenverordnungen sind keine bloße Angelegenheit der Bourgeoisie, wie manche deutschen Genossen zu meinen scheinen, sondern oft mehr eine Sache der tschechischen Arbeiter. Thatsächlich hat man tschechischen Arbeitern in Gebieten, die nur deutsch scheinen — und zwar deshalb, weil die Steuerzahler Deutsche sind und die Stadtverwaltung in Händen haben, obwohl die Mehrheit der Bevölkerung tschechisch ist — alle amtlichen Zuschriften deutsch übermittelt, so daß die Arbeiter gar nicht wußten, was man von ihnen will, und zu starkem Schaden kamen. Die Sozialdemokratie tadelt an den Sprachenverordnungen hauptsächlich nur das, daß sie ungesetzlich zu Stande gekommen sind. Die Situation im Parlament ist deshalb so abnorm, weil wir schweigen müssen und nicht die Möglichkeit vor uns sehen, durch Worte und Thaten unseren Gegnern und Verdächtigern an den Leib zu rücken. Denn die Sozialdemokratie trägt eine solche Fülle lebendiger Kraft in sich, daß sie, wenn mit Argumenten und Gehirnen gekämpft wird, siegreich bleiben muß. Das ist auch unsere feste Zuversicht für die Zukunft. (Lebhafter Beifall.)

Gen. Palka (Wr.-Neustadt): In Folge des langwierigen politischen Kampfes sind die wichtigen wirthschaftlichen Fragen ganz in den Hintergrund gerückt worden. Ueberall wird nun der Wunsch rege, daß jetzt auch daran gegangen werde, für die wirthschaftliche Hebung der Arbeiterschaft etwas zu thun. Wenn wir unser Programm realisiren wollen, müssen wir eine physisch und geistig gut entwickelte Arbeiterschaft haben.

Ich bin von den Organisationen, die ich hier zu vertreten habe, beauftragt worden, hier den Antrag einzubringen, daß auch die Wohnungsreform im Parlamente in Angriff genommen werde. Mein Beruf bringt es mit sich, daß ich fast täglich in Arbeiterwohnungen komme, wo kranke Leute sich befinden. Ich habe die Erfahrung gemacht, daß 90 Perzent der Wohnungen der Proletarier nicht derart sind, daß in denselben ein Kranker sich aufhalten und genesen kann. Die meisten sind licht- und luftarm. Und so ist es gewiß nicht nur in Wr.-Neustadt, sondern in allen größeren Städten, wo ein industrielles Proletariat lebt. Nachdem die Gemeinde in dieser Beziehung nichts thun und auch der Landtag keinen Schritt machen wird, so bin ich beauftragt worden, hier den Antrag einzubringen, daß unsere Fraktion im Parlamente einen entsprechenden Antrag einbringen möge, und es wird Sache der Genossen in den verschiedenen Städten sein, unseren Abgeordneten im Parlamente das nöthige Material an die Hand zu geben.

Gen. Camber (Spalato) schildert die Entwicklung der sozialdemokratischen Bewegung in Dalmatien. Ueber die Zustände in Galizien hat man in der letzten Zeit Vieles gehört, was Allen neu war. Die Zustände in Dalmatien aber seien derart, daß sie sich von jenen in Innerafrika nicht viel unterscheiden. An der Küste findet man hie und da wenigstens Schulen, im Innern des Landes aber nichts. Kaum 10 Perzent der Bevölkerung kann lesen und schreiben. Die nationale Hetze treibt dort ihre üppigsten Blüthen. Die Italiener werden gegen die Kroaten und diese gegen die Serben verhetzt. Als einmal ein Genosse von Triest nach Spalato kam, hat er dort sofort einen außerordentlich großen Anhang gefunden. Die Leute fangen eben an, einzusehen, daß der Nationalitätenkampf zu nichts führt. Der Boden in Spalato sei für die Agitation sehr günstig, dieselbe könne aber der nationalen Gegner wegen weder von Agram noch von Triest aus geleitet werden. Wenn die Dalmatiner seitens der Wiener Parteivertretung mehr

Berücksichtigung finden würden, würde dies in Dalmatien von kolossalem Erfolge für die Partei sein.

Redner bittet für seinen Antrag zu stimmen, daß Jemand seitens der Partei nach Dalmatien geschickt werde, der die kroatische Sprache versteht, um die Agitation in die Hand zu nehmen. (Beifall.)

Gen. Brod (Lipnik): Wir haben in der letzten Zeit in Niederösterreich einige Erfahrungen gemacht, die uns zeigen, daß die Taktik, die wir gegenüber den Antisemiten eingeschlagen haben, nicht die richtige ist. Man hat diese Frage zwar gestern und heute gestreift, das Kind aber nicht beim rechten Namen genannt. Seit zwei Jahren werden von den Gegnern in Wien die Dinge so dargestellt, als wenn die ganze sozialdemokratische Partei eine Heerde von Dummköpfen wäre. Die Taktik der Partei ging bis jetzt dahin, unter keiner Bedingung den Verdacht aufkommen zu lassen, als wäre die Partei verjudet. (Widerspruch.) Man wollte nur zeigen, daß wir keine Judenknechte sind. Ich sage Ihnen, wenn wir 100 Jahre alt werden, werden wir die Spießbürger davon nicht überzeugen. Was haben die Genossen von der Parteileitung gethan, um die unaufgeklärten Elemente davon zu überzeugen, daß es neben der jüdischen Bourgeoisie auch ein jüdisches Proletariat gibt? In Wien ist Jud und Kapitalist gleichbedeutend. Ich habe nicht ein einzigesmal in der „Arbeiter-Zeitung" oder in Versammlungen davon reden gehört (Rufe: Oho!) — Sie wissen doch nicht, was ich sagen will — daß das jüdische Proletariat das gedrückteste, unglücklichste und am meisten zurückgebliebene ist. (Rufe: Aber ja!) Ich meine, es ist nicht genügend erörtert worden.

Wenn ich nicht fürchten würde, mir den Vorwurf zuzuziehen, daß ich persönlich spreche, so könnte ich Ihnen Manches erzählen, was sich mit den Prinzipien der Sozialdemokratie nicht vereinbaren läßt. Man hat aus Opportunitätsrücksichten gerade in Wien manchmal die Prinzipien der Sozialdemokratie ein wenig vernachlässigt. (Widerspruch.) Erst wie die Wahlbewegung losgegangen ist, hat man gehört, daß die sozialdemokratische Partei eine rücksichtslose Gegnerin der antisemitischen Dummheiten ist; vor den Wahlen aber haben gewisse Sozialdemokraten eine schreckliche Angst vor den Antisemiten gezeigt. (Lebhafte Oho-Rufe.) Sie rufen Oho, ohne daß Sie wissen, wer gemeint ist; ich meine bestimmte Personen, die diesen Fehler begangen haben, und damit sich Niemand getroffen fühlt, sage ich Ihnen, daß gerade Dr. Adler diesen Fehler begangen hat.

Am internationalen Kongreß in Brüssel hat es sich darum gehandelt, gegen den Antisemitismus Stellung zu nehmen, und es war der Vertreter der amerikanisch-jüdischen Arbeiter, der diese Frage angeregt hat, und Gen. Dr. Adler und der Abgeordnete Singer haben sich dagegen ausgesprochen, daß diese Frage auf die Tagesordnung gestellt werde. (Gen. Dr. Adler: Die Sache ist doch erledigt worden!) Es ist das dieselbe Politik, die der Gen. Dr. Adler in Wien beobachtet. Wenn er hie und da den Antisemiten einen Hieb versetzt hat, so hat er darüber gewacht, daß auch den Liberalen gleich ein Hieb versetzt werde. (Rufe: Das ist ja richtig!) Man muß aber doch schauen, ob eine Ursache vorhanden ist, um ihnen einen Hieb zu versetzen (Lebhaftes Gelächter); wenn Sie sich auf den Standpunkt stellen, so oft Sie einem Antisemiten etwas sagen, zu gleicher Zeit, auch ohne den mindesten Grund, auch den Liberalen einen Hieb zu versetzen, so machen Sie sich einfach lächerlich. (Oho-Rufe.)

Wir haben von dem Referenten gehört, daß die Taktik von nun an eine andere werden wird, und Gen. Adler hat gesagt, wir müssen rücksichtslos gegen die Pfafferei in allen ihren Formen auftreten. Dies zeigt eben, daß die bisherige Taktik doch nicht ganz richtig gewesen ist, sonst wäre nicht die Nothwendigkeit vorhanden, eine andere Taktik einzuschlagen (Widerspruch); die Wiener werden gerade so wie die Provinzgenossen vorgehen müssen.

Ich habe hier nur das Wort genommen, um an das anzuknüpfen, was hier gesagt wurde, und demnächst werde ich in verschiedenen Versammlungen dasselbe sagen. Wir werden die Parteileitung zwingen, daß sie sozialdemokratisch vorgeht und nicht spießbürgerlich.

Gen. Kristan (Laibach) spricht zuerst slovenisch und fährt dann deutsch fort: Die slovenische Partei tritt heute zum ersten Male in verstärkter Anzahl am österreichischen Parteitage auf, und sie hat es für nothwendig befunden, bei dieser

Gelegenheit den nationalen und klerikalen Gegnern, welche uns in ganz derselben Weise zusetzen, wie Ihnen in Wien die Christlich-Sozialen, den Standpunkt klar zu machen, auf welchem wir stehen, um damit für die Zukunft jede Polemik über diese Frage abzuschneiden.

Was während der Zeit der berüchtigten Sprachenverordnungen von Seite unserer Gegner an Infamie geleistet wurde, ist schier unerhört. Es wird von der slovenischen Bourgeoisie fortwährend behauptet, sie sei die Vertreterin des Volkes, aber sie ist gerade diejenige, die das Volk bei jeder Gelegenheit verkauft. Wenn bei uns ein Schriftsteller nicht etwa im Sinne der Sozialdemokratie, sondern im bürgerlichen Sinne nur ein bischen materialistisch zu schreiben sich unterfteht, wird das Anathema über ihn verhängt (Rufe seitens der tschechischen Genossen: Das machen die Jungtschechen auch!); das ist ein Beweis, daß die Leute von nationalen Idealen wirklich keine Spur haben. Auch in wirthschaftlichen Fragen tritt sie das eigene Volk mit Füßen. Wie es aber mit den Prinzipien dieser Leute aussieht, das möge Ihnen Folgendes beweisen: Die sogenannte liberale Partei bei uns ist unter der Parole „Freiheit" in den Kampf getreten; nun wollten die Klerikalen nicht in den südslavischen Klub im Abgeordnetenhause eintreten, weil sie ihren klerikalen Standpunkt genau präzisirt haben wollten. Man sollte meinen, die freiheitliche Partei werde Alles aufbieten, um auch ihren Standpunkt zu wahren. Was hat aber diese schöne Gesellschaft gethan? Sie hat vor den Klerikalen kapitulirt, ist dem christlich-nationalen Verband beigetreten und läßt sich dort von dem Dr. Schusterschic und Dr. Krek bei der Nase herumführen.

Der nationale Kampf, der da unten bei uns wüthet, spottet jeder Beschreibung. Da tritt nun ein slovenischer Abgeordneter als Beschützer der slovenischen Nationalität auf. Aber das slovenische und kroatische Volk muß sich entschieden dagegen verwahren, daß sein angebliches Interesse durch eine Denunziation gewahrt werde. (Beifall.)

Der Abgeordnete Gregorcic hat gedacht, er werde der slovenischen Nation einen Liebesdienst erweisen, wenn er die Italiener als Verräther denunzirt; dagegen hat das slovenische und kroatische Volk, soweit es proletarisch ist, auf das Entschiedenste sich verwahrt.

Wir haben thatsächlich heute im Reichsrathe keine Vertreter. Wir haben dort Klerikale und Liberale, aber keine Volksvertreter, und wir müssen an die tschechischen, polnischen und deutschen Abgeordneten der Sozialdemokraten appelliren, daß sie auch die Vertretung des slovenischen und kroatischen Proletariats übernehmen.

Wir haben uns bemüssigt gesehen, hier eine Erklärung abzugeben, welche in deutscher Sprache folgendermaßen lautet:

„Angesichts der fortgesetzten Schmähungen der bürgerlichen Presse und deren Vertreter gegen die Sozialdemokratie, zu welcher sich ein großer Theil des slovenischen und kroatischen Volkes in Oesterreich mit vollster Ueberzeugung bekennt; angesichts der Vorwürfe von Antinationalität, Heimatsverrath und sonstiger altersschwacher Schlagworte erklärt die Delegation der südslavischen sozialdemokratischen Partei am Parteitage der österreichischen Sozialdemokratie 1897 ein- für allemal, daß sie strenge auf dem Boden des sozialdemokratischen Programms steht, welches ausdrücklich die Internationalität der Partei ausspricht und die Vorrechte der Nationen ebenso wie alle Vorrechte überhaupt verurtheilt. Die Delegation erklärt, daß die nationale Gleichberechtigung und damit der nationale Friede nur durch die internationale Sozialdemokratie realisirt werden kann, weil die Bourgeoisie unter dem Deckmantel des Nationalkampfes nur internationalkapitalistische Zwecke verfolgt. Die südslavische sozialdemokratische Delegation fordert ganz selbstverständlich für die slovenische und kroatische Nation volle Gleichberechtigung mit allen übrigen Nationen, dieses nationale Recht kann und darf aber nur das Naturrecht, nicht aber irgend ein Privilegium von gestern oder morgen sein."

Gezeichnet: Zavertnik, Kopac, Benecke, Cobal, Grablovic, Kristan.

Gen. Stumpe (zur Geschäftsordnung) beschwert sich in einer Anfrage an das Präsidium über Störungen durch Zwischenrufe, namentlich seitens des Genossen Austerlitz.

Vorsitzender Gen. Zeller erwidert, daß es dem Präsidium nicht möglich sei, die Zwischenrufe zu beseitigen, und er es dem Taktgefühl und der Bildung jedes Einzelnen überlassen müsse, wie er sich benehme.

Gen. Austerlitz weist den Anwurf des Gen. Stumpe zurück und verwahrt sich dagegen, daß er Taktgefühl und Bildung außer Acht gelassen habe.

Vorsitzender Gen. Zeller entgegnet, daß durch Zwischenrufe die Verhandlung gestört und die Redezeit des Redners beeinträchtigt werde.

Gen. Pernerstorfer (VIII. Bezirk, Wien, Neunkirchen und Umgebung): Die Frage der Parteitaktik hat mich auf die Tribüne geführt, und ich wollte an einzelne Ausführungen des Gen. Adler anknüpfen; im Verlaufe der Debatte ist mir aber Gen. Brod zur Anknüpfung sympathischer geworden. Als wir vor einigen Jahren im heftigsten politischen Kampfe gegen die Koalition gestanden sind, war ich in einer ähnlichen unangenehmen Lage, wie heute die parlamentarische Fraktion, ich mußte nämlich auch mit Leuten gehen, deren Gesinnung ich nicht getheilt habe, nur mit dem einen Unterschiede, daß ich die Jungtschechen überschätzt habe, indem ich sie viel anständiger gehalten habe, wie sie sind.

Die Jungtschechen und Antisemiten haben die Opposition gegen die Koalition geführt, und Dr. Kronawetter und ich sind mitgegangen und haben die Bundesgenossenschaft dieser Parteien auf das Entschiedenste gesucht, weil wir sie gebraucht haben. Damals ist die antisemitische Partei in der „Arbeiter-Zeitung" zwar heftig angegriffen worden; aber das Objekt, welches in allererster Linie bekämpft werden mußte, waren jene Parteien, welche an der Herrschaft waren. Das waren damals die Antisemiten noch nicht — sondern die Liberalen und die anderen Parteien der Koalition. Es ist natürlich, daß man, wenn man im Kampfe mit bestimmten Parteien oder Parteigruppen steht, die Angriffe gegen diese in erster Linie wendet und den anderen auch feindlich Gesinnten weniger Aufmerksamkeit schenkt, wenn man mit ihnen gemeinsam kämpfen muß. Es wäre natürlich gewesen, wenn die antisemitische Partei zu jener Zeit, als sie in der löblichen Aktion begriffen war, der liberalen Partei den Todesstoß zu versetzen, noch weniger gestört worden wäre, als es von der „Arbeiter-Zeitung" und der Partei geschehen ist. Wir haben kein Interesse daran gehabt, die Aktion der Antisemiten zu stören, und einer unserer Genossen hat in einer Versammlung anläßlich der Gemeinderathswahlen gesagt: „Es wird immer ein Verdienst der Antisemiten sein, die liberale Partei in Oesterreich getödtet zu haben." Das konnte von der sozialdemokratischen Partei nicht so leicht geschehen, weil die Schichten, auf die die antisemitische Partei Einfluß hat, diejenigen sind, auf die wir den geringsten Einfluß haben, die ungebildeten Schichten des Mittelstandes, die für politische Fragen kein Verständniß haben, sondern nur für politische Phrasen empfänglich sind. Heute muß die Taktik eine andere werden. Diese Herren sind nicht mehr in der Opposition, sondern in einem ganzen Kronlande zur Herrschaft gelangt. Die Antisemiten haben es verstanden, den pfäffischen Charakter ihrer Bewegung einigermaßen zu verdunkeln — für uns wohl nicht — aber im Großen und Ganzen haben sie das pfäffische Moment nicht mit jener Klarheit und Reinheit hervorgekehrt, wie sie es heute thun. Wir müssen daher den Christlich-Sozialen gegenüber mit anderen Waffen vorgehen. Es ist aber unrichtig, wie Gen. Brod meinte, daß eine Konnivenz gegen den Antisemitismus stattgefunden hat. Freilich muß sich die Partei dagegen verwahren, als wenn sie die Auffassung hätte, wie manche Juden, die sofort über Verletzung der Gleichberechtigung zetern, wenn sie nicht gleich Alles erreichen, was sie erreichen wollen. Die Partei hat prinzipiell den Juden nie Schwierigkeiten gemacht; so steht aber die Sache nicht, daß einer eine führende Stellung haben muß, nur darum und schon deshalb, weil er ein Jude ist.

Heute hat nun die antisemitische Partei mit völliger Deutlichkeit, die in gewissen Sinne löblich ist, sich vollständig als gleichwerthig mit der klerikalen Partei deklarirt und hat zugleich verstanden, den Klerikalismus neu zu beleben, und wir sehen heute die große Macht der klerikalen Bewegung wieder auftauchen.

Es ist natürlich, daß wir uns gegen diese Bewegung wehren müssen, nicht nur vom engeren Parteistandpunkte aus, sondern vom Standpunkte einer wirklichen Kulturpartei, weil wir wirklich wollen, daß das Volk aus den Fesseln der alten Tradition der Gedankenunfreiheit befreit werde. Seit die österreichischen Völker „katholisch gemacht" wurden, sind sie diese blöde Masse geworden, und wir müssen bei der Gegnerfraktion heute, wo der Klerikalismus, dieser geborene Feind jedes Fortschrittes, wieder sein Haupt erhebt, mit aller Macht uns dagegen stemmen, und gerade in dem Augenblicke, wo er stark und mächtig wird, und wo, wie wir allgemein sehen, das Volk „katholisch" geworden ist im Sinne eines ganz oberflächlichen Namenschristenthums, weichen wir nicht zurück, sondern steigen wir auf die Schanzen und fangen den Kampf an und werden niemand Anderen hinter uns haben als die sozialdemokratische Partei.

Der Punkt der geänderten Taktik muß prinzipiell verstanden werden und Niemand wird darüber im Zweifel sein, daß ein Widerspruch zwischen der früheren und heutigen Taktik in dieser Aenderung gefunden werden kann. Taktik ist überhaupt etwas, was sich von Tag zu Tag ändern kann.

Ein zweites wesentliches Moment, welches ich mir erlauben werde hier vorzubringen, besteht darin, daß die sozialdemokratische Partei heute zum ersten Male auf dem Parteitage ein Prinzip neu interpretirte, welches bisher in dieser Weise noch nicht interpretirt worden ist.

Ich war zwölf Jahre lang Abgeordneter. Ich bin als Deutschnationaler ins Abgeordnetenhaus gewählt worden und war noch nicht lange Abgeordneter, als ich von allen Theilen aus Oesterreich — und das rechne ich mir mit Stolz an — besonders aus dem tschechischen Volke Briefe und Zuschriften bekam; und eine meiner ersten Kundschaften war Gen. Hyöes aus Mähren. (Heiterkeit.) Damals im Jahre 1885 und 1886 stand die österreichische Sozialdemokratie auf dem Standpunkte eines fleisch- und blutlosen Internationalismus; heute aber steht die sozialdemokratische Partei auf dem realistischen Standpunkt, auf welchem ich immer gestanden bin, und weil ich schon in den letzten Jahren diese Aenderung der Partei gesehen habe, habe ich mich auf den Zeitpunkt gefreut, wo ich in die Partei eintreten und es mir möglich sein wird, in ihr als Genosse thätig zu sein. Ich habe selbst als ich Deutschnationaler war, nie ein Wort des Hasses gegen andere Nationalitäten gefunden; mein deutschnationales Bekenntniß hat mich immer dazu getrieben, die edlen und großen Traditionen unserer klassischen Zeit, jene Traditionen, die uns besagen, daß wir die Nationalität als eine Blüthe der Entwicklungsform der Menschheit ansehen sollen, hochzuhalten. Und so wie ich für mein Volk alles Gute vom Himmel herabwünsche, so auch für jedes andere Volk. Nicht wie Grillparzer sagt: „Von Nationalität durch Brutalität zur Bestialität sollen wir kommen," was heute als Schlagwort jener Parteien hingestellt werden könnte, welche sich heute national nennen, die ich aber als national-brutale bezeichne, sondern von der Bestialität durch Humanität zur Nationalität, zu einem Verständniß der Völker und ihrer Interessen, zu einem gedeihlichen Zusammenarbeiten derselben. In diesem Sinne eines wirklich verständigen, herzerfrischenden Internationalismus wird auch die Anschauung zur Geltung kommen, daß man ein sehr guter Deutscher, ein ausgezeichneter Tscheche, ein vortrefflicher Italiener und dennoch ein leidenschaftlicher internationaler Sozialdemokrat sein kann. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Vorsitzender Gen. Zeller theilt mit, daß das Ergebniß der gestrigen Sammlung für die Tramwaybediensteten fl. 30·98 betrage.

Gen. Dr. Adler bringt den Brief eines bei der Tramwaygesellschaft angestellten Genossen zur Verlesung, in welchem dieser um die Unterstützung der Partei im Streik bittet und bemerkt, daß gerade die sozialdemokratischen Parteigenossen bei diesem Streik ihre Pflicht in moralischer und organisatorischer Beziehung erfüllen.

Vorsitzender Gen. Zeller läßt den Einlauf zur Verlesung bringen. In demselben befinden sich zahlreiche Begrüßungstelegramme und ein Protest des Bergarbeiters Josef Wagner aus Brüx. Dieser Protest wird den tschechischen Delegirten zugewiesen.

Hierauf wird die Sitzung um 2 Uhr geschlossen.

Dritter Verhandlungstag am 8. Juni 1897.

Vormittagssitzung.

Beginn der Verhandlung 9 Uhr 15 Minuten.

Vorsitzender Reichsrathsabgeordneter Gen. Hybes bringt den Einlauf zur Kenntniß. Es ist ein Telegramm der russischen Sozialdemokraten und der ungarländischen Bruderpartei eingelangt, die beide mit Beifall aufgenommen werden.

Weiters liegt eine Begrüßungszuschrift aus Augenthal vor, worin am Schlusse gesagt wird, daß in die § 2-Versammlung, welche die Sympathiekundgebung an den Parteitag beschloß, der Bürgermeister mit Gendarmen eingedrungen und diese Versammlung aufgelöst habe.

Gen. Krapka (Brünn) beantragt hiezu, der Parteitag möge über diese Mißachtung des Versammlungsgesetzes seine Entrüstung aussprechen und den sozialdemokratischen Verband beauftragen, die Sache im Reichsrathe zur Sprache zu bringen.

Dieser Antrag wird angenommen.

Vom Gen. Pernerstorfer wird zur Geschäftsordnung folgender Zusatzantrag eingebracht:

„Jeder Redner hat, falls seine Redezeit abgelaufen ist und er vom Vorsitzenden zum Schlusse seiner Rede gemahnt wird, das Recht, an den Parteitag bezüglich der Fortsetzung seiner Rede zu appelliren. Ueber diese Appellation entscheidet der Parteitag sofort ohne Debatte."

Nachdem Gen. Pernerstorfer diesen Antrag begründet und sich Genossen Feigl und Dr. Ellenbogen dagegen erklärt haben, wird dieser Antrag abgelehnt. Auf der Tagesordnung steht die Fortsetzung der Verhandlung über den Punkt

Parteitaktik und parlamentarische Thätigkeit.

Gen. Dobiasch (Aussig): Eine der wichtigsten Fragen in der gegenwärtigen Zeitströmung ist gewiß jene, wie wir am besten den Einfluß des Pfaffenthums bekämpfen können. In dieser Beziehung wird aber von unseren Genossen häufig der Fehler gemacht, und insbesondere bei der Landagitation, daß sich der Kampf nicht so sehr gegen die Pfaffen richtet, welche das Christenthum mit Füßen treten, sondern daß über Religion, über den Himmel u. s. f. gesprochen wird. Aber die stärkste Waffe zur Bekämpfung der Pfaffen ist das Christenthum selbst. Redner begründet den von ihm eingebrachten Antrag. Werde dieser angenommen, dann können sich die Pfaffen nicht darauf berufen, daß sie bekämpft werden, weil sie Religionsdiener sind, sondern sie werden bekämpft, weil sie die Religion dazu benützen wollen, um die kapitalistische Ausbeutung zu schützen. Gen. Brod hat sich darüber beschwert, daß die Sozialdemokratie anfange, ein bischen antisemitisch zu werden. Darüber müssen wir uns aussprechen. Die Juden drängen sich heute in die sozialdemokratische Partei hinein, nicht um Sozialdemokraten zu werden, sondern weil sie glauben, daß die Sozialdemokratie ihre Interessen schützen werde. Ich habe dabei nur die bürgerlichen Juden im Auge. Wenn wir die Schwarzenberge angreifen, wird das gebilligt, wenn wir aber die jüdischen Ausbeuter beim Ohr nehmen, dann kommen diese bürgerlichen Auchsozialdemokraten und fangen

an zu kritisiren, daß es doch nicht nothwendig gewesen wäre, diese Leute so scharf zu bekämpfen. (Heiterkeit und Zustimmung.)

Selbstverständlich ist, daß die jüdischen Proletarier zu uns gehören, aber gegen diese bürgerlichen Juden, die sich jetzt als Sozialdemokraten aufspielen, müssen wir auftreten. Gehört es ja doch heute schon zum guten Ton, daß man sich wenigstens als Sozialpolitiker oder als Beschützer der Sozialdemokraten gerirt. Müssen wir uns jeden Bürgerlichen, der in unsere Partei kommt, genau ansehen, so müssen wir uns jeden bürgerlichen Juden, der in unsere Partei kommt, dreimal genau ansehen und dreimal genau prüfen. (Beifall.)

Gen. Schuhmeier erklärt sich mit der Thätigkeit der sozialdemokratischen Fraktion im Parlamente vollkommen einverstanden. Insbesondere die Erklärung zur Adreßdebatte war eine Leistung, welche die Sozialdemokratie voll und ganz auf der Höhe der Zeit gefunden habe. Unsere Abgeordneten haben im Parlamente einen schweren Stand. Gehen sie etwas nach links, finden sie eine anrüchige Gesellschaft, die Liberalen, gehen sie nach rechts, finden sie die Gesellschaft der Mittermayers, Vergani's, der Obligationen- und Riskontofreunde. (Heiterkeit.) Wir müssen beim Krakehl dabei sein, wenn dieser durch eine Ungerechtigkeit verursacht wird, und dies ist seit Erlassung der Sprachenverordnungen vom Präsidium wiederholt geschehen. Wenn sich andere Herren bei der Obstruktion köstlich unterhalten haben — die Entrüstung auf Seite der Sozialdemokraten war ehrlich gemeint. Gen. Daszynski hat angedeutet, daß die „Volkstribüne" die Ohrfeigentaktik einführen wolle. Wir dürfen gewiß nicht die Ersten sein, welche Ohrfeigen austheilen, aber wir dürfen auch nicht die Ersten sein, welche die Ohrfeigen einstecken. Einem Geßmann gegenüber kann von Anstand nicht die Rede sein. Ein Mensch, der es nur verstanden hat, sich von den Strahlen der Sonne Lueger's und Liechtenstein's bescheinen zu lassen, und der es wagt, eine ganze Partei zu besudeln, verdient keine bessere Behandlung. Gen. Brod meinte, die Sozialdemokraten hätten erst zur Zeit der Wahlen gefunden, daß die Antisemiten auf das Entschiedenste zu bekämpfen seien. Daraus kann uns doch kein Vorwurf gemacht werden, denn wir haben dadurch bewiesen, daß wir uns nicht scheuen, den Antisemiten an den Leib zu rücken. Gen. Brod meint, er und die Provinzgenossen werden die sozialdemokratische Parteivertretung zwingen, daß sie sozialdemokratisch und nicht spießbürgerlich handelt. Das war doch wohl nur eine Redensart, denn wenn Brod den Beweis dafür erbringen wollte, daß hier spießbürgerlich vorgegangen wird, wird ihm das wohl nicht gelingen. Es ist ihm auch unangenehm, daß wir auf die Liberalen losschlagen. Ja, die Liberalen warten nur auf die Gelegenheit, wo wir uns einzig und allein auf die Antisemiten stürzen, um sich selbst auf diese Weise wieder zu Ansehen zu bringen. Redner befürwortet hierauf den Antrag Palka, betreffend die Wohnungsverhältnisse, den Antrag Stark, betreffend die Bruderladen und Bergbaugenossenschaften, hält aber den Antrag Dobiasch, der besagt:

„Die Sozialdemokratie bekämpft auf das Entschiedenste jene Vertreter aller Religionsgenossenschaften, welche unsere Partei bekämpfen und deren Angehörige verleumden, weil sie die Religion dazu benützen wollen, um die kapitalistische Ausbeutung zu schützen und zu vertheidigen,"

für zu gelinde, befürwortet aber in dieser Frage den Antrag der Bezirksorganisation XI, Wien.

Gen. Prähauser (Salzburg): Der Prager Parteitag hat den Beschluß gefaßt, auf die Tagesordnung des nächsten Parteitages auch die Agrarfrage zu stellen. Ich bedauere, daß dies nicht geschehen ist, denn es wäre gerade jetzt von Nutzen, über die Sache eingehend zu sprechen, nachdem wir wieder weitere Erfahrungen gesammelt haben. Wenn im Antrag 10 gefordert wird, daß Versammlungen in ganz Oesterreich zu veranstalten sind, in welchen der klerikale Schulantrag besprochen werden soll, so muß ich sagen, daß dies ja schon geschehen ist. Fraglich ist es, was dann zu geschehen hat, wenn dieser Antrag Gesetz wird. Was das Verhalten gegenüber den Christlich-Sozialen betrifft, so vermisse ich in unserer Presse eine scharfe Abwehr seitens jener Genossen, welche in der gegnerischen Presse angegriffen werden. Freilich sagt sich Mancher, diese Leute sind mir zu gemein, ich gebe mich mit ihnen nicht ab. Das ist aber nicht immer richtig.

Gen. Stumpe (zur Geschäftsordnung) beschwert sich in einer Anfrage an das Präsidium über Störungen durch Zwischenrufe, namentlich seitens des Genossen Austerlitz.

Vorsitzender Gen. Zeller erwidert, daß es dem Präsidium nicht möglich sei, die Zwischenrufe zu beseitigen, und er es dem Taktgefühl und der Bildung jedes Einzelnen überlassen müsse, wie er sich benehme.

Gen. Austerlitz weist den Anwurf des Gen. Stumpe zurück und verwahrt sich dagegen, daß er Taktgefühl und Bildung außer Acht gelassen habe.

Vorsitzender Gen. Zeller entgegnet, daß durch Zwischenrufe die Verhandlung gestört und die Redezeit des Redners beeinträchtigt werde.

Gen. Pernerstorfer (VIII. Bezirk, Wien, Neunkirchen und Umgebung): Die Frage der Parteitaktik hat mich auf die Tribüne geführt, und ich wollte an einzelne Ausführungen des Gen. Adler anknüpfen; im Verlaufe der Debatte ist mir aber Gen. Brod zur Anknüpfung sympathischer geworden. Als wir vor einigen Jahren im heftigsten politischen Kampfe gegen die Koalition gestanden sind, war ich in einer ähnlichen unangenehmen Lage, wie heute die parlamentarische Fraktion, ich mußte nämlich auch mit Leuten gehen, deren Gesinnung ich nicht getheilt habe, nur mit dem einen Unterschiede, daß ich die Jungtschechen überschätzt habe, indem ich sie viel anständiger gehalten habe, wie sie sind.

Die Jungtschechen und Antisemiten haben die Opposition gegen die Koalition geführt, und Dr. Kronawetter und ich sind mitgegangen und haben die Bundesgenossenschaft dieser Parteien auf das Entschiedenste gesucht, weil wir sie gebraucht haben. Damals ist die antisemitische Partei in der „Arbeiter-Zeitung" zwar heftig angegriffen worden; aber das Objekt, welches in allererster Linie bekämpft werden mußte, waren jene Parteien, welche an der Herrschaft waren. Das waren damals die Antisemiten noch nicht — sondern die Liberalen und die anderen Parteien der Koalition. Es ist natürlich, daß man, wenn man im Kampfe mit bestimmten Parteien oder Parteigruppen steht, die Angriffe gegen diese in erster Linie wendet und den anderen auch feindlich Gesinnten weniger Aufmerksamkeit schenkt, wenn man mit ihnen gemeinsam kämpfen muß. Es wäre natürlich gewesen, wenn die antisemitische Partei zu jener Zeit, als sie in der löblichen Aktion begriffen war, der liberalen Partei den Todesstoß zu versetzen, noch weniger gestört worden wäre, als es von der „Arbeiter-Zeitung" und der Partei geschehen ist. Wir haben kein Interesse daran gehabt, die Aktion der Antisemiten zu stören, und einer unserer Genossen hat in einer Versammlung anläßlich der Gemeinderathswahlen gesagt: „Es wird immer ein Verdienst der Antisemiten sein, die liberale Partei in Oesterreich getödtet zu haben." Das konnte von der sozialdemokratischen Partei nicht so leicht geschehen, weil die Schichten, auf die die antisemitische Partei Einfluß hat, diejenigen sind, auf die wir den geringsten Einfluß haben, die ungebildeten Schichten des Mittelstandes, die für politische Fragen kein Verständniß haben, sondern nur für politische Phrasen empfänglich sind. Heute muß die Taktik eine andere werden. Diese Herren sind nicht mehr in der Opposition, sondern in einem ganzen Kronlande zur Herrschaft gelangt. Die Antisemiten haben es verstanden, den pfäffischen Charakter ihrer Bewegung einigermaßen zu verdunkeln — für uns wohl nicht — aber im Großen und Ganzen haben sie das pfäffische Moment nicht mit jener Klarheit und Reinheit hervorgekehrt, wie sie es heute thun. Wir müssen daher den Christlich-Sozialen gegenüber mit anderen Waffen vorgehen. Es ist aber unrichtig, wie Gen. Brod meinte, daß eine Konnivenz gegen den Antisemitismus stattgefunden hat. Freilich muß sich die Partei dagegen verwahren, als wenn sie die Auffassung hätte, wie manche Juden, die sofort über Verletzung der Gleichberechtigung zetern, wenn sie nicht gleich Alles erreichen, was sie erreichen wollen. Die Partei hat prinzipiell den Juden nie Schwierigkeiten gemacht; so steht aber die Sache nicht, daß einer eine führende Stellung haben muß, nur darum und schon deshalb, weil er ein Jude ist.

Heute hat nun die antisemitische Partei mit völliger Deutlichkeit, die in gewissen Sinne löblich ist, sich vollständig als gleichwerthig mit der klerikalen Partei deklarirt und hat zugleich verstanden, den Klerikalismus neu zu beleben, und wir sehen heute die große Macht der klerikalen Bewegung wieder auftauchen.

Gen. Wutschl (XII. Bezirk, Wien) wünscht, daß in Zukunft in Bezug auf Taktik nicht so nach der Schablone vorgegangen werde, wie dies bisher der Fall gewesen sei. Die Taktik müsse stets den geänderten Verhältnissen angepaßt werden. Wenn Jemand vor zwei Jahren gesagt hätte, wir sollen die Pfaffen bekämpfen, so würde man ihn für einen Narren erklärt haben (Widerspruch), obwohl die Pfaffen heute dasselbe thun, was sie damals gethan haben. An Stelle des Drills sei die Erziehung zu setzen; denn wenn man so derb dreingeht, stößt man häufig dadurch ab. Wenn in Bezug auf die Bekämpfung der Pfaffen gesagt wurde, es seien darunter nicht nur die katholischen und protestantischen, sondern auch die jüdischen, atheistischen und materialistischen Pfaffen zu verstehen, so ist dabei eine Gattung vergessen worden. Es sind dies die sozialistischen Pfaffen, das sind jene Leute, die eine andere Bewegung absolut nicht gelten lassen wollen und Alles rein doktrinär auffassen. Wir müssen, wenn wir die Pfaffen bekämpfen, den Leuten klar machen, daß wir dieselben als Politiker bekämpfen. Und wenn sich die Pfaffen hinter die Religion flüchten, müssen wir den Leuten zeigen, daß wir nicht die Kirche und die Religion bekämpfen, weil ja der Formalismus nicht die Religion ausmacht.

Gen. Dietl (X. Bezirk, Wien) ist ebenfalls der Meinung, daß die Schulfrage gegenwärtig im Vordergrund des Interesses stehe, jedoch müsse man mehr Versammlungen abhalten, um in dieser Hinsicht aufklärend zu wirken. Redner spricht sich auch für den Antrag 9 der Bezirksorganisation Brünn aus, um dessen Annahme er bittet. Ebenso tritt er für den Antrag 16 des Gen. Palka ein.

Gen. Jeziorsky (Steyr) wendet sich gegen die Art und Weise, mit der man die Reichsrathsfraktion mit Anträgen und Interpellationen überschwemmt, und polemisirt gegen den Gen. Steiner in Betreff der Nationalitätenfrage.

Gen. Eldersch (Brünn) begründet die Anträge der Organisation Brünn und spricht sich gegenwärtig gegen die Einleitung einer großen Bewegung für das gleiche, allgemeine und direkte Reichsrathswahlrecht aus. Mit der Haltung der Reichsrathsfraktion sei er vollkommen einverstanden und begrüße es, daß auf dem heurigen Parteitage gegenüber den Christlich-Sozialen eine schärfere Tonart eingeschlagen werde.

Redner spricht sich zum Schlusse noch für den Antrag 14 aus, bittet aber um Ablehnung der Anträge 4, 7, 10, 12 und 13.

Gen. Seliger (Teplitz) vertheidigt die von der Organisation Teplitz bezüglich der Landtagswahlen gestellten Anträge, spricht der Reichsrathsfraktion die Zufriedenheit für ihre bisherigen Leistungen aus und wendet sich gegen die Ansicht des Genossen Eldersch, man möge die Christlich-Sozialen mit Gewalt bekämpfen. Wenn die Antisemiten es nicht wagen, vor die Oeffentlichkeit zu treten, so darum, weil sie sich fürchten, und damit können wir zufrieden sein.

Gen. Dr. Morgenstern (Mähr.-Schönberg) erklärt, daß die Agitation für das allgemeine Wahlrecht gegenwärtig zurücktreten müsse, trotz des Beschlusses des Prager Parteitages, daß der Kampf um das Wahlrecht nicht unterbrochen werden solle. Anders sei dies mit dem Landtagswahlrecht, denn wichtige Fragen wie die Wohnungsfrage gehören ja in die Kompetenz der Landtage. Ebenso müsse man trachten in die Gemeindestuben einzudringen, wenn auch die ungeheueren Schwierigkeiten, die sich da entgegenstellen, nicht zu verkennen seien.

Genosse Rouschar (Prag, in tschechischer Sprache): Ich erkläre im Namen der tschechischen Genossen, daß wir mit der Thätigkeit der Fraktion zufrieden sind. Für uns ist von Wichtigkeit zunächst die Erklärung der tschechischen Genossen bezüglich des Staatsrechtes. Daß diese Erklärung prinzipiell richtig ist, darüber sind wir alle einig. Mancher von uns ist aber der Ansicht, daß eine bessere, deutlichere Stilisirung wünschenswerth gewesen wäre, um eventuellen Angriffen vorzubeugen. Ich für meine Person bin nicht dieser Ansicht, weil ich glaube, daß die tschechische Bourgeoisie auch bei einer anderen Stilisirung dieselbe Hetze gegen uns veranstaltet hätte, und wenn nicht diesmal, so bei einer anderen Gelegenheit. Die Verhältnisse in Böhmen sind folgende: Dem Volke wurde das Staatsrecht als der Erlöser von allem Uebel gepriesen; es sollte das tschechische Volk mit Einem Schlage von allen seinen Leiden befreien. Die Hetze, die gegen uns veranstaltet wurde, läßt sich nicht beschreiben. Es kam zu förmlichen Straßen-

Dritter Verhandlungstag am 8. Juni 1897.

Vormittagssitzung.

Beginn der Verhandlung 9 Uhr 15 Minuten.

Vorsitzender Reichsrathsabgeordneter Gen. Hybes bringt den Einlauf zur Kenntniß. Es ist ein Telegramm der russischen Sozialdemokraten und der ungarländischen Bruderpartei eingelangt, die beide mit Beifall aufgenommen werden.

Weiters liegt eine Begrüßungszuschrift aus Augenthal vor, worin am Schlusse gesagt wird, daß in die § 2-Versammlung, welche die Sympathiekundgebung an den Parteitag beschloß, der Bürgermeister mit Gendarmen eingedrungen und diese Versammlung aufgelöst habe.

Gen. Krapka (Brünn) beantragt hiezu, der Parteitag möge über diese Mißachtung des Versammlungsgesetzes seine Entrüstung aussprechen und den sozialdemokratischen Verband beauftragen, die Sache im Reichsrathe zur Sprache zu bringen.

Dieser Antrag wird angenommen.

Vom Gen. Pernerstorfer wird zur Geschäftsordnung folgender Zusatzantrag eingebracht:

„Jeder Redner hat, falls seine Redezeit abgelaufen ist und er vom Vorsitzenden zum Schlusse seiner Rede gemahnt wird, das Recht, an den Parteitag bezüglich der Fortsetzung seiner Rede zu appelliren. Ueber diese Appellation entscheidet der Parteitag sofort ohne Debatte."

Nachdem Gen. Pernerstorfer diesen Antrag begründet und sich Genossen Feigl und Dr. Ellenbogen dagegen erklärt haben, wird dieser Antrag abgelehnt. Auf der Tagesordnung steht die Fortsetzung der Verhandlung über den Punkt

Parteitaktik und parlamentarische Thätigkeit.

Gen. Dobiasch (Aussig): Eine der wichtigsten Fragen in der gegenwärtigen Zeitströmung ist gewiß jene, wie wir am besten den Einfluß des Pfaffenthums bekämpfen können. In dieser Beziehung wird aber von unseren Genossen häufig der Fehler gemacht, und insbesondere bei der Landagitation, daß sich der Kampf nicht so sehr gegen die Pfaffen richtet, welche das Christenthum mit Füßen treten, sondern daß über Religion, über den Himmel u. s. f. gesprochen wird. Aber die stärkste Waffe zur Bekämpfung der Pfaffen ist das Christenthum selbst. Redner begründet den von ihm eingebrachten Antrag. Werde dieser angenommen, dann können sich die Pfaffen nicht darauf berufen, daß sie bekämpft werden, weil sie Religionsdiener sind, sondern sie werden bekämpft, weil sie die Religion dazu benützen wollen, um die kapitalistische Ausbeutung zu schützen. Gen. Brod hat sich darüber beschwert, daß die Sozialdemokratie anfange, ein bischen antisemitisch zu werden. Darüber müssen wir uns aussprechen. Die Juden drängen sich heute in die sozialdemokratische Partei hinein, nicht um Sozialdemokraten zu werden, sondern weil sie glauben, daß die Sozialdemokratie ihre Interessen schützen werde. Ich habe dabei nur die bürgerlichen Juden im Auge. Wenn wir die Schwarzenberge angreifen, wird das gebilligt, wenn wir aber die jüdischen Ausbeuter beim Ohr nehmen, dann kommen diese bürgerlichen Auchsozialdemokraten und fangen

In Bezug auf die Sprachenverordnung glauben wir, daß dadurch allerdings die bürgerlichen Elemente eine Einbuße erleiden; die deutschen Arbeiter aber werden dadurch nicht benachtheiligt, und wir haben uns auch immer auf den Standpunkt gestellt, daß die tschechischen Arbeiter Gelegenheit haben sollen, sich in ihrer Muttersprache ausdrücken zu können. Ich freue mich, daß die Partei nunmehr daran geht, den Kampf gegen die Vertreter der Religionsgesellschaften durchzuführen. Nur glaube ich, hätte man schon früher energischer in dieser Richtung auftreten sollen. Insbesondere hätte man auch schon gegen die ministeriellen Maßnahmen in Bezug auf die Beeinträchtigung der Konfessionslosen Stellung nehmen sollen.

Schließlich bin ich von den Parteigenossen meines Wahlkreises beauftragt, einen Antrag einzubringen, daß die bestehenden Arbeiterschutzgesetze auch auf die land- und forstwirthschaftlichen Arbeiter ausgedehnt werden sollen.

Gen. Steinböck (XVIII. Bezirk, Wien) verzichtet auf das Wort.

Zwei Anträge auf Schluß der Debatte werden, nachdem Genosse Dr. Berstl dafür und Gen. Popp dagegen gesprochen haben, abgelehnt.

Gen. Dr. Chomed (Radautz) bezeichnet es als einen Fehler, daß Genosse Dr. Adler in seinem Referate nicht auch der Einbeziehung der Frauen in die Agitation gedacht habe. Es sei in Wien eine größere Anzahl von Frauenversammlungen abgehalten worden, ohne daß in der „Arbeiter-Zeitung" darüber Berichte erschienen wären. Die Agitation der Frauen sei aber von außerordentlicher Wichtigkeit. Es ist auch bedauerlich, daß die Frauen auf dem Parteitage nicht vertreten sind. Gerade die Wiener sollten wissen, welch großartige Erfolge die Christlich-Sozialen dem Umstande zuzuschreiben haben, daß sie die Frauen zur Agitation herangezogen haben. Redner wünscht, die Parteivertretung möge veranlassen, daß der Frauenorganisation ein größeres Augenmerk zugewendet werde, als dies bisher geschehen sei.

Gen. Müller (Graz) meint, man habe die Christlich-Sozialen nicht mit der nöthigen Energie bekämpft, sondern habe sie dadurch, daß man sich ihnen gegenüber auf den „noblen" Standpunkt gestellt habe, förmlich großgezogen. Auch die „Arbeiter-Zeitung" habe stets den Liberalen die stärkeren Hiebe gegeben, und bei der Debatte bezüglich der Tramwaybediensteten habe man wiederum versucht, Leuten, die von uns nichts wissen wollen, sich aufzudrängen. Wir in Steiermark, sagt Redner, haben den Christlich-Sozialen gegenüber bisher eine andere Taktik verfolgt, weil wir der Ansicht sind, daß man solche Leute stets mit denselben Waffen bekämpfen muß, mit welchen sie uns angreifen.

Gen. Stark (Falkenau) bemerkt, daß es die Parteigenossen in seinem Bezirke gerne gesehen hätten, wenn ein Parlamentsbericht seitens der Fraktion ausgegeben worden wäre, da Viele mit dem Programm der Partei nicht vollkommen vertraut sind. Er sei auch mit dem Vorgehen der Fraktion gegenüber den Sprachenverordnungen vollkommen einverstanden, denn die Sozialdemokraten müssen sich überall gegen das Unrecht wenden. Er gibt aber seinem Befremden Ausdruck, daß Gen. Hannich in einer Versammlung in Rumburg sich als deutscher Sozialdemokrat deklarirte. Redner betont die Nothwendigkeit, daß die sozialdemokratischen Abgeordneten mehr in Volksversammlungen sprechen und namentlich über das Thema: „Schule und Volk" reden. Er spricht sich für den Antrag, betreffend das Landtags- und Gemeindewahlrecht, aus und erklärt, daß man, wenn in seinem Bezirke bei der Landtagswahl agitirt worden wäre, sicher einen Erfolg erzielt hätte.

Gen. Pelikan (II. Bezirk, Wien) schließt sich den Ausführungen der Genossen Müller und Elderſch an.

Gen. Kristan (Laibach) wünscht eine intensivere Agitation im Küstenlande und Dalmatien. Man solle einzelne Referenten auf längere Zeit in diese Länder senden.

In seinen weiteren Ausführungen tritt Redner einer Aeußerung Job's entgegen, daß die Südslaven das Staatsrecht proklamirt hätten. Auf dem südslavischen Parteitage wurde erklärt, daß die Sozialdemokraten in Kroatien und in den südlichen Ländern eine kulturelle Vereinigung der Südslaven anstreben. Wir haben ausdrücklich erklärt, daß wir die staatsrechtlichen Gelüste der Bourgeoisie

nicht theilen, daß wir aber wohl gegen die Aufdrängung der fremden Sprachen Protest erheben. Wir sind Alle mit der bisherigen Thätigkeit unserer Reichsrathsfraktion einverstanden, und ich erlaube mir daher folgenden Antrag zu stellen:

„Der VI. österreichische Parteitag, an welchem zum ersten Male sozialdemokratische Abgeordnete Oesterreichs theilnehmen, erklärt die schwierige Stellung der Fraktion im Parlamente vollauf zu kennen. Das vorsintfluthliche Wahlrecht, die Künsteleien der Regierung, die egoistisch beschränkte Haltung der bürgerlichen Parteien und das noch immer bestehende Unverständniß der Massen, soweit dieselben von der sozialdemokratischen Idee noch nicht ganz durchdrungen sind, muß deren Thätigkeit naturgemäß erschweren. Trotzdem hat die Fraktion in allem Anfange den richtigen Weg in diesem Labyrinth gefunden und hat sich das Vertrauen der sozialdemokratischen Wählerschaft und der organisirten Arbeiterschaft im ganzen Reiche in vollem Maße erworben. Der Parteitag erklärt daher der parlamentarischen Fraktion seine Anerkennung und vollstes Vertrauen und fordert die Genossen Abgeordneten auf, auf dem eingeschlagenen Weg fortzufahren und bei jeder Gelegenheit die wahren Interessen des arbeitenden Volkes streng im Sinne des sozialdemokratischen Programms ohne Rücksicht noch oben, nach rechts und nach links mit aller Entschiedenheit zu vertreten."

Die Ausführungen des Gen. Kristan sowohl als die Resolution werden mit Beifall aufgenommen.

Gen. Kohn (Hohenstadt) bespricht die Haltung der „Arbeiter-Zeitung", wo es immer heißt, daß in Wien keine christlich-sozialen Arbeiter zu finden seien, und verweist diesbezüglich auf die Tramwaybediensteten, die doch zum größten Theile christlich-sozial sind. Diesem Umstand muß das Parteiorgan gerecht werden.

Die Verhandlung wird hierauf um 1 Uhr Mittag unterbrochen.

Nachmittagssitzung.

Beginn 2 Uhr 35 Minuten.

Vorsitzender: Reichsrathsabgeordneter Gen. Hybes.

Gen. Köhler (Gablonz) erklärt sich mit der Haltung der sozialdemokratischen Abgeordneten vollkommen einverstanden. Die Aufgabe der Zukunft sei es, die indifferenten Elemente aufzuklären. In Nordböhmen habe man jetzt mit den Ungesetzlichkeiten der Bezirkshauptleute zu thun, die man erst politisch erziehen müsse. Redner verlangt, daß jede Ungesetzlichkeit und jede Beschränkung der politischen Rechte von den Abgeordneten unserer Partei in der entschiedensten Weise im Parlamente zur Sprache gebracht werden.

Gen. Hirsch (Atzgersdorf) wendet sich gegen die beiden Anträge, betreffend die Vertreter der Religionsgenossenschaften. Diese Anträge seien unannehmbar, weil man immer persönlich werden müßte. Wir müssen aber das System der Pfafferei und nicht einzelne Personen bekämpfen.

Auf die Haltung der tschechischen Genossen übergehend, bemerkt Redner, ihm komme es vor, als ob die tschechischen Genossen ab und zu eine Art staatsrechtlicher Anwandlung bekämen. (Gelächter seitens der tschechischen Delegirten.) Wir sind aber eine internationale Partei und kennen nur freie Nationen, die überall ihre Nationalität bethätigen, einen nationalen Staat kennen wir nicht. (Widerspruch und Gelächter seitens der tschechischen Delegirten.)

Gen. Brod (Lipnik): Ich war erstaunt, durch die ganz sachlichen Worte, welche ich gestern gesprochen habe, so viel Widerspruch hervorgerufen zu haben. Gen. Pernerstorfer scheint gemeint zu haben, daß ich von persönlichen Gründen geleitet werde, das muß ich entschieden zurückweisen. Ich habe mich auf Grund der Erfahrungen, welche ich gemacht habe, berechtigt gefühlt, darauf hinzuweisen, daß die bisherige Taktik der Partei, welche gegenüber den Antisemiten eingehalten wurde, nicht die richtige war. Wenn Genosse Pernerstorfer sagte, daß man die Antisemiten zur Zeit, als sie in der Opposition standen,

deshalb nicht bekämpfen konnte, weil sie ja gegen die Liberalen auftraten und der Klerikalismus dieser Partei noch nicht so zum Ausdruck kam, so erinnere ich Sie daran, daß Dr. Lueger schon damals wiederholt auf katholischen Kongressen aufgetreten ist und daß es von vornherein klar war, daß Lueger ein Reaktionär ist. Gen. Schuhmeier stellte die Sache so dar, als ob ich mich zu den Provinzgenossen geflüchtet hätte, um die Wiener anzugreifen. Es ist mir nicht im Geringsten eingefallen, mich den Provinzgenossen anzubiedern. Ich habe nur bemerkt, daß die Provinzgenossen nicht so viele Fehler gemacht haben wie die Wiener. Gen. Dobiasch hat bemerkt, daß sich in Nordböhmen die Juden an die Partei heranbrängen. Ich sage Ihnen, wenn ein kapitalistischer Jude zur sozialdemokratischen Partei hinzu käme und hier mitarbeiten müßte, so würde er nach den ersten 24 Stunden dorthin gehen, woher er gekommen ist. Die Gefahr, daß wir von den Juden überschwemmt werden, ist also nicht vorhanden.

Gen. Skaret (Wien) verzichtet auf das Wort.

Gen. Dr. Berstl (Wr.-Neustadt): Die Rede des Gen. Dr. Adler hat auf mich den Eindruck gemacht, daß sie zum Fenster hinaus gesprochen ist. (Widerspruch.) Die Taktik der Parteivertretung, deren hervorragendstes Mitglied Gen. Dr. Adler ist, hat im verflossenen Jahre sich darauf konzentrirt, gute Wahlen zu machen. Man hat alles Andere zurückgestellt, und vielleicht gerade darum sind die Wahlen schlecht ausgefallen. Durch dieses Vorgehen der Partei sind manche Bezirke schwer geschädigt worden; es ist eben von oben herab schablonisirt und gedrillt worden, und auf der anderen Seite hat man durch die Haltung der „Arbeiter-Zeitung" abgestoßen, so daß wirklich radikal-proletarisch Gesinnte im Interesse des Kandidaten sich scheuen mußten, in die Agitation einzugreifen. Der Antrag des Gen. Dobiasch, betreffend die Bekämpfung der Vertreter der Religionsgenossenschaften, hat der Debatte jene Richtung gegeben, die ich bedauere. Es ist die Frage des Philosemitismus und Antisemitismus und die Frage des Nationalismus und Internationalismus besprochen worden. Ich beklage jene Auslegung, welche die Genossen Adler, Pernerstorfer und Feigl dem Begriffe Internationalismus gegeben haben. Wenn diese Auslegung unter den Massen Wurzel fassen sollte, dann werden wir jeden festen Kurs verlieren, dann haben wir es nur mit Deutschen, Tschechen, Slovenen u. s. w. zu thun. Es ist dies eine Auslegung, welche Diejenigen, die sie vorbringen, in ihren Jugendjahren als deutschnationale Kouleurstudenten praktizirt haben. (Widerspruch.) Ich weiß, daß die Masse der Arbeiter von einer solchen Auslegung nichts wissen will. (Widerspruch.) Wenn ich nach Neunkirchen käme und den Leuten sagen würde, wir sind in erster Linie Deutsche, so würden sie mir antworten: „Du hast immer gesagt, wir sind in erster Linie Menschen." Lesen Sie doch das, was Kautsky über den Begriff des Internationalismus sagt, und Sie werden eine andere Meinung bekommen. Es ist eine solche Auslegung nichts Anderes als eine Konzession an unsere Gegner, gerade so wie der Beschluß bezüglich der Unterstützung der Tramwaybediensteten nichts Anderes ist als ein Liebäugeln mit den Gegnern. (Oho-Rufe.) Unsere Taktik bewegt sich in lauter Zickzacklinien, so daß sich die Genossen nicht mehr auskennen. Auf der einen Seite gibt es keine Parteidiplomatie, auf der anderen Seite werden Begriffe, die sich eingebürgert haben, am Parteitage umgestoßen. Ich beklage es, daß über Internationalismus und Interkonfessionalismus so viel gesprochen wurde. Die indifferenten Leute kennen keinen Unterschied zwischen der Religion und dem Vertreter der Religion. Ich bedauere es, daß in den letzten Jahren — wir Alle sind daran schuld — unser Augenmerk nicht wie früher darauf gerichtet wurde, die indifferenten Massen in Bezug auf die Naturwissenschaften u. dergl. aufzuklären. Es werden immer nur politische Versammlungen abgehalten. Wenn wir den Stier nicht bei den Hörnern anfassen werden wir ihn nicht bezwingen.

Gen. Dr. Cech (Brünn) wünscht eine lebhaftere Agitation unter den Frauen und verweist auf die Erfolge, welche die Brünner Christlich-Sozialen in Frauenversammlungen erzielt haben.

Gen. Pölz (Floridsdorf) unterstützt den Antrag der Organisation Floridsdorf und polemisirt gegen die Ausführungen des Gen. Dr. Berstl bezüglich der Judenfrage.

kämpfen mit den Gegnern. Das Volk sollte nicht mit Worten, sondern mit Stöcken und Messern überzeugt werden. Diese Kämpfe haben unsere Genossen nur mehr gestählt. Aber die indifferente Masse wurde doch stutzig. Bei ihnen hat uns die Erklärung allerdings geschadet. Die schwierige Arbeit liegt nun darin, diese Leute zu belehren und aufzuklären. Aus diesem Kampf würden wir ganz gewiß siegreich hervorgehen, wenn uns nicht von Seite vieler deutscher Genossen Prügel zwischen die Füße geworfen würden, wahrscheinlich nicht absichtlich, sondern durch unüberlegtes Reden. Kaum haben wir einen Sturm besänftigt, kommt wieder ein anderer. Wenn dem nicht so wäre, würden wir das Feld in Böhmen ganz beherrschen. Sehr günstig ist für uns ja der Umstand, daß die Jungtschechen im Dienste des Badeni sind, und daß sich Jeder, der es mit den demokratisch-revolutionären Idealen des tschechischen Volkes ernst nimmt, nur uns anschließen muß. Das ist auch der Grund, warum die ganze Hetze gegen uns begonnen wurde. Daß in diesem Kampfe nicht mit ehrlichen Waffen gegen uns gekämpft wird, sondern mit Lüge und Verleumdung, versteht sich von selbst. So wird uns vorgeworfen, daß wir unter der Herrschaft der Juden und Deutschen sind. Ich würde wünschen, daß unsere deutschen Genossen der tschechischen Bourgeoisie nicht immer neue Waffen liefern sollen. So wurde aus einer Rede des Genossen Daszynski neues Material gegen uns gemacht. Dieser soll nämlich gesagt haben, daß die Deutschen nicht zu Gunsten der Tschechen bedrückt werden dürfen. (Genosse Daszynski ruft dazwischen: Ich habe das gar nicht gesagt; der Bericht war ungenau!) Die Tschechen sind, darüber ist gar kein Zweifel, national bedrückt, und wenn das Jemand leugnet, dann sieht das tschechische Volk in ihm seinen Feind. Wir ersuchen die deutschen Genossen, ihre Worte vorher immer abzuwägen.

Gen. Job (Prag): Es kann sich hier nur darum handeln, daß in der Taktik der Partei und in dem Verhältnisse zwischen den Tschechoslaven und der Partei keine Zweideutigkeit liege. Wir finden seitens einiger Genossen manchmal recht wenig Verständniß für unsere speziellen Verhältnisse. Es wird uns vorgeworfen, daß wir immer mit der tschechischen Bourgeoisie rechnen. Wir müssen das thun, wir haben eben nicht die Möglichkeit in der Hand, das Volk anders zu belehren. In der Erklärung des Verbandes wurde gesagt, daß die Sprachenverordnungen diesmal auf Kosten der Deutschen herausgegeben worden sind. Von unserem Standpunkte aus muß ich erklären, daß das nicht wahr ist, sondern daß vielmehr diese Sprachenverordnungen auf Kosten der deutschen Bourgeoisie herausgegeben wurden. Was von uns gesagt wird, wird im Volke wiederholt anders ausgelegt, und wir haben oft schwere Arbeit, unseren Leuten auszureden, daß die deutschen Genossen nicht so denken, wie eben die tschechischen Genossen lesen. Daszynski kämpfte hier gegen die historischen Rechte, gegen das, was von der tschechischen Bourgeoisie verlangt wird, aber wir müssen sagen, dieselbe Bourgeoisie, der wir die historischen Rechte heute bestreiten, komme nur mit dem, was heute die polnischen Genossen schon im Programme haben. Redner beklagt sich, daß in einiger Hinsicht den Wünschen der tschechischen Partei nicht entsprochen wird. Es sind zwar Kleinlichkeiten, aber gerade die werden gegen uns ausgenützt. Wenn daher über die Parteiverhältnisse geschrieben und gesprochen wird, soll es klar und offen geschehen, damit keine Zweideutigkeit herausgelesen werden kann.

Gen. Fischer (Schwechat) wünscht, daß die Agitation auch auf die Bauernschaft ausgedehnt werde, und zwar hauptsächlich mittelst kleiner Broschüren, welche den Bauern unentgeltlich gegeben werden müßten. In diesen Broschüren sollte hauptsächlich eine Aufklärung über die wirthschaftlichen Verhältnisse des Bauernstandes gegeben werden. Das, was die Bauern am meisten fürchten, ist, daß sie ihre Güter theilen müssen. In der Kirche hören sie uns Diebe und Räuber nennen. Dem muß entgegengewirkt werden, und das könnte nur auf dem Wege solcher Broschüren geschehen, zu deren Verbreitung unter den Bauern auch die radfahrenden Genossen sehr viel beitragen könnten.

Gen. Behr (Saaz): Die deutschböhmischen Genossen stehen auf dem Standpunkt, daß das sogenannte böhmische Staatsrecht die Sozialdemokraten gar nichts angeht. Wir sind der Meinung, daß keine Nation gegenüber der anderen irgend ein Vorrecht haben soll.

im Adreßausschusse berufen. Wir haben da gezeigt, daß die Parade der beste Hieb ist. Wir werden stets auch am Platze sein, wenn es gilt, den Schulkindern ökonomisch zu helfen und sie vor Hunger und Noth zu schützen.

Gestatten Sie mir nun auf das Verhältniß zu Stojalowski mit einigen Worten einzugehen. Es wurde uns hier der Vorwurf gemacht, wir haben Stojalowski gegenüber zweideutig gehandelt, und daß eine klare feindliche Stellung gegen den Mann vielleicht vortheilhafter gewesen wäre. Vergleichen Sie aber den Stojalowski von heute mit dem Stojalowski, der vor einem Jahre unter den Bauern agitirte. Damals wurde er von den Klerikalen gehetzt, von Gefängniß zu Gefängniß geschleppt, er sagte offen, er sei Sozialdemokrat, und seine Reden zum Volk können in gewisser Richtung wirklich als sozialdemokratische Enunziationen angesehen werden. Jetzt ist es anders geworden; jetzt ist er mit demselben Lueger vereint, gegen den er sich früher stellte. Nach Allem, was ich über die politische Lage in Galizien und Polnisch-Schlesien weiß, kann ich Sie versichern, daß heute die Lage des Stojalowski tausendmal ungünstiger ist, als sie damals war, als wir ihn unterstützten. Dies hat seinen Grund darin, daß wir schon in die ländliche Bevölkerung eingedrungen sind und Stojalowski sich winden muß, um seinen Schwindel vollführen zu können. Wir haben ihn überwunden, und daß es geschehen ist, daß in der ländlichen Bevölkerung der Gedanke aufgetaucht ist, daß der christliche Sozialismus Stojalowski's ein Schwindel ist, ist das Verdienst unserer Politik. Deshalb nehmen wir alle Verantwortlichkeit auf uns, daß wir es mit Stojalowski so und nicht anders gehalten haben.

Der Referent bespricht, nachdem er vorher noch erklärte, dafür zu sein, daß nunmehr auch um das Wahlrecht in Landtag und Gemeinde gestritten werden müsse, und nachdem er nochmals erklärte, nicht für die Politik mit dem Prügel zu sein, die zu diesem Punkte der Tagesordnung gestellten Anträge.

Die Anträge der Bezirksorganisation VIII, Wien, führt Redner aus, sind unnöthig, da zu jeder Sitzung des Verbandes, auf Grund eines Beschlusses, der in das Protokoll Aufnahme gefunden, stets drei Mitglieder der Parteivertretung beigezogen werden. Den Antrag Winarsky und den Antrag 8 bitte ich abzulehnen, denn sie würden unausführbar bleiben; die Sache der Wahlreform werden wir im Parlament gewiß nicht ruhen lassen. Zum Antrage 5 der Organisation Teplitz würde ich einen Zusatz beantragen, nämlich: „Mit Zustimmung der Landesorganisation." Den Antrag 11 bitte ich abzulehnen, hingegen bitte ich die Anträge 7 und 16, welche den Militarismus betreffen, anzunehmen. Seien Sie versichert, daß wir alle diese Anregungen befolgen und uns bemühen werden, unsere Thätigkeit im Parlament auch in anderer Richtung auszugestalten. Wir sind im Stande, auch die schwierigsten Aufgaben zu lösen, wenn sie nur wirklich die große Masse des Volkes betreffen, und dies deshalb, weil wir die einzige, wirkliche Volkspartei sind. (Lebhafter Beifall.)

Referent Gen. Dr. Adler (Schlußwort): Werthe Genossen! Ich habe die Empfindung, daß unsere Diskussion über diesen wichtigsten Punkt, den wir auf der Tagesordnung haben, auf eine Höhe gerathen ist, daß wir davon wohl befriedigt sein können. Wir haben in früheren Jahren Parteitage gehabt, wo unser Gebiet ein beschränktes war. Eine ganze Menge Fragen der Politik sind uns anfangs nichts angegangen. Heute gibt es keine einzige große politische und kulturelle Frage, die nicht auf diesem Parteitage besprochen wird, weil die Sozialdemokratie eine solche Ausdehnung und einen solchen Einfluß gewonnen hat, daß sie von jeder dieser Fragen in ihrem Lebensnerv berührt wird.

Ich muß hier noch auf die nationale Frage in einigen Punkten zurückkommen. Es wurde gesagt, es sei eine ganz neue Auslegung des Begriffes „international" von mir hier vorgebracht worden, und diese Auslegung des Begriffes wurde von Freund und Feind diskutirt. Wenn allerdings der Begriff der internationalen Organisation sich vertieft, sich also geändert hat, so kommt das nicht daher, wie angenommen wird, daß das eine Erfindung von Leuten ist, in denen plötzlich alte Ideen aus der Studentenzeit aufgewacht sind — das wäre doch eine sehr kurzsichtige Auffassung des Prozesses — sondern der Begriff des Internationalismus hat sich dadurch entwickelt, daß es früher thatsächlich mehr oder weniger nur eine deutsche Sozialdemokratie gegeben hat. Heute können wir mit

Stolz sagen, daß wir auch eine tschechische und polnische Sozialdemokratie haben, und hoffentlich bekommen wir auch eine italienische und slovenische in dem Ausmaße, wie die anderen sind. Wenn Jemand mit der materialistischen Geschichtsauffassung kommt, so muß er eben wissen, daß sich der Begriff „Internationalismus" insolange nicht lebendig entwickeln kann, als wesentlich nur Genossen einer Nationalität die Träger der Partei sind. (Sehr gut!) Die tschechische Sozialdemokratie hat sich neben der deutschen entwickelt, und nicht entwickelt, indem sie uns Boden weggenommen hat, sondern indem sie die indifferenten Massen auf tschechischer Seite an sich gezogen hat.

Die Neuerungen, die dadurch nothwendig wurden, vollziehen sich allerdings nicht ganz glatt. Wir sind ja nicht deshalb unseren Gegnern überlegen, weil wir keine nationalen Verschiedenheiten und keine Schwierigkeiten in Folge dieser Verschiedenheiten haben. Auch wir haben sie, nur werden wir mit ihnen fertig, während die Gegner mit ihnen nicht fertig werden können. Es ist auch etwas Natürliches, daß sich bei den schwächeren Organisationen eine gewisse Empfindlichkeit und Gereiztheit zeigt, und daß sie von der bürgerlichen Presse weit mehr abhängig sind als die ausgewachsenen Organisationen. Soweit sollten aber die tschechischen Genossen nicht gehen, daß man die offiziellen Erklärungen der Partei darnach beurtheilt, was die gegnerische Presse in dieselben hineinlegt oder aus ihnen herausnimmt.

Es sind eine Reihe von Anwürfen gegen das Wesen unserer Parteitaktik erhoben worden. Zunächst wurde der Vorwurf erhoben, wir hätten gegenüber der christlich-sozialen Partei eine Aenderung der Taktik, und zwar eine falsche Taktik eingeschlagen. Ein Genosse fragte, ob es denn wirklich christlich-soziale Arbeiter gibt, nachdem die „Arbeiter-Zeitung" sagt, daß es keine solchen gebe. Es ist kein Zweifel, daß es Proletarierschichten gibt, welche den christlich-sozialen Führern nachlaufen. Es sind dies zumeist jene Schichten, die gewissermaßen zu den Bedientenklassen gehören. Wenn sie nun fragen, ob das christlich-soziale *Arbeiter* sind, so sage ich Ihnen, insoferne sie Arbeiter sind, sind sie nicht christlich-sozial, und insoferne sie christlich-sozial sind, sind sie keine Arbeiter, d. h. so lange sie irgendeine Gnade von oben erwarten, sei es vom Herrgott im Himmel oder vom Herrgott im Rathhause, so lange laufen sie den Christlich-Sozialen nach, wie jetzt die Tramwaybediensteten, soweit sie nicht Sozialdemokraten sind. Erinnern Sie sich, wie wir in früheren Parteitagen über diese Dinge gesprochen haben. Wir haben immer gesagt: Lassen wir die Christlich-Sozialen arbeiten, sie arbeiten schließlich für uns. Auf diesem Standpunkte stehe ich auch heute noch, nur glaube ich nicht, und habe auch nie geglaubt, daß auf diese Pflügung *so schnell* unsere Ernte folgen kann, wie Sie erwarten. Sie können auch nicht erwarten, daß Sie gewisse Schichten für die Sozialdemokratie gewinnen, die in einer Großstadt wie Wien eine große Rolle spielen. Ich meine das Kleinbürgerthum. Ich sage also, christlich-soziale Arbeiter als bewußtorganisirte gibt es nicht, und sobald die Christlich-Sozialen sie als Partei organisiren wollten, würden sie ihnen unter den Händen entschwinden. Unmöglich ist es nicht, daß aus diesen christlich-sozialen Arbeitern sich eine wirklich proletarische Partei entwickelt, die nur katholisch ist. Wenn dies eintreten würde, dann, ich sage es offen heraus, wären wir verpflichtet, mit einer solchen *wirklich proletarischen* und ehrlichen, wenn auch katholischen Partei in dasselbe Verhältniß zu treten, wie unsere Genossen in der Schweiz es seit Langem gethan und auch die Genossen in Belgien es zu thun im Begriffe sind. (Sehr richtig!) Heute haben wir das nicht nöthig, weil es eine solche Partei nicht gibt und weil wir mit den Verführern und Lügnern, mit den Schwindlern, die sich an die Spitze der Partei stellen, und vor Allem mit diesen gänzlich unwissenden Leuten uns überhaupt nicht einlassen können. Nun wird gesagt, diese Leute prügeln uns, wir müssen uns daher wehren. Schon Gen. Schuhmeier hat gesagt, eine Watschen ist Gemüthssache. (Heiterkeit.) Darauf will ich nicht näher eingehen. Nicht Jeder ist ein solcher Gemüthsmensch wie der Schuhmeier. (Erneuerte Heiterkeit.) Ich glaube aber, daß man auch hier sagen muß, Watschen sind Privatsache. (Lebhafte Heiterkeit.) Ich glaube aber nicht, daß es möglich oder auch wünschenswerth ist, daß wir in dieser Beziehung unsere Taktik ändern, und ich gebe dem Gen. Daszynski vollständig recht, wenn er sagt, daß dies zu einer der Partei

unwürdigen Verrohung führen würde. Ja, ich gehe noch weiter. Sind denn Prügel das Empfindlichste, was die Leute uns anthun? Die unangenehmste Waffe sind Lüge und gemeine Verleumdungen. Wenn ein Genosse gesagt hat, die Parteivertretung spüre das nicht so, so möchte ich fragen, ob er es für so angenehm halten würde, jeden Tag in einem antisemitischen Blatt in Wort und Bild in der schmählichsten Weise verleumdet und verunglimpft zu werden. Wenn aber Jene Recht hätten, welche sagen, wir müssen mit denselben Waffen kämpfen, so müßten ja auch wir lügen und verleumden. Nein, Genossen, das hat unsere Partei nicht nöthig, ebensowenig wie wir diese lächerliche Reklame und den Personenkultus der Antisemiten brauchen, obwohl er ein gutes Mittel ist, die dumme, stumpfe Masse bei den Wahlen mitzuführen. Unsere anderen Gegner haben Staatsanwälte, Kerker und Ketten, das sind auch keine angenehmen Mittel, das sind auch brutale Mittel, die beinahe nicht übertroffen werden können.

Wir müssen noch aus einem anderen Grunde diesen Weg vermeiden. In dem Momente, wo wir uns auf den Weg der Rohheit und Verleumdung begeben, werden wir von den Antisemiten und den anderen Parteien weit übertroffen.

Es sind auch eine Reihe von kleineren Fragen aufgeworfen worden. Die Angriffe des Gen. Brod in Bezug auf die Taktik der „Arbeiter-Zeitung" und der Partei sind ganz unberechtigt, und zwar in seinem Munde umsoweniger berechtigt, da er die Verhältnisse in Wien ganz genau kennt. Ich klage mich vor dem ganzen Parteitag allerdings des Verbrechens an, daß wir im Momente, wo wir auf die Christlich-Sozialen eingehauen haben, jedesmal sehr genau überlegt haben, ob nicht auch die Liberalen eine gleich schwere Ohrfeige bekommen müssen. Und wir werden diesen Weg auch nicht verlassen. Der Kampf nach zwei Seiten hin, das ist die Tradition, in der wir aufgewachsen sind, und aus unserer Haut können wir nicht mehr heraus. Der liberalen Bourgeoisie gehört unser ältester und durch nichts auszurottender Haß, und bei jeder Gelegenheit soll sie ihn fühlen. (Beifall.)

Dem Gen. Berstl hat es beliebt, der Parteivertretung einen Vorwurf aus ihrem Vorgehen bei den Wahlen zu machen. Ich möchte den Gen. Berstl daran erinnern, daß wir kurz vor den Wahlen noch die Zeit gefunden haben, ein Kommunalprogramm zu entwickeln und zu verfechten, in welchem alle wirthschaftlichen Fragen aufgerollt worden sind, was durchaus keine Schablonenarbeit war.

Wenn Gen. Berstl behauptet, daß speziell in seinem Wahlkreise radikale Genossen sich nicht getraut haben, im Interesse der Wahlen zu sprechen, und daß es sich nicht um eine politische Agitation gehandelt hat, sondern um die Agitation, gewählt zu werden, so möchte ich den Genossen aufmerksam machen, daß, wenn man solche Vorwürfe vorbringt, man verpflichtet ist, sie mit Thatsachen zu belegen.

Ich konstatire, damit er sieht, wie Niemand vor Vorwürfen sicher ist, daß auch seine, in *seinen* Augen gewiß echt proletarische Thätigkeit wiederholt dem Vorwurfe ausgesetzt war, daß sie einer bürgerlichen Partei zu Gute komme. Gen. Berstl weiß, daß ich selbst in der Lage war, ihn zu fragen, wie es sich damit verhält, und ich gestehe, daß ich darüber eine befriedigende Auskunft bekommen habe. Ich wiederhole also, derartige Angriffe bringt man entweder nicht vor, oder man bringt sie konkret vor.

Es wurde auch der Vorwurf erhoben, daß die Frauenagitation vernachlässigt wurde, und daß hier überhaupt die Frauen nicht vertreten sind.

Die Wiener Genossinnen sind zusammengetreten und haben sich überlegt, ob sie Jemand delegiren sollten. Aus irgend welchen Gründen, die uns nichts angehen, haben sie darauf verzichtet. Sie sind aber von der Parteivertretung nicht verhindert worden, eigene Delegirte zu entsenden. Uebrigens vertritt der Genosse aus Wigstadtl auch eine Frauenorganisation, welche wegen der Kosten keine eigene Delegirte hergesendet hat. Was die Frauenagitation betrifft, so halte ich die angeführten Argumente für ganz verfehlt. Die Frauenagitation bei den Antisemiten ist etwas ganz Anderes als jene bei den Sozialdemokraten. Bei den Antisemiten werden die Frauen zur persönlichen Anbeterei abgerichtet. Bei uns gehen die Organisationen der Frauen aus den wirthschaftlichen Verhältnissen hervor. Weil die Frau Proletarierin ist, darum ist sie in der Organisation. Ich lege weniger Werth auf eine spezifische Frauenorganisation als auf die Einbeziehung der Frau in die Fachorganisation. (Beifall.)

Der Gen. Brod hat vom internationalen Kongresse in Brüssel gesprochen. Es ist wahr, daß ich mit der Art, wie die Frage dort zur Sprache gebracht wurde, nicht einverstanden war. Aber auf die Gefahr hin, vom Gen. Brod für einen Antisemiten gehalten zu werden, muß ich mir das Recht zuerkennen, daß ich meine Ansicht darüber ausspreche, ob es opportun ist, eine Frage zur Erörterung zu bringen oder nicht. Das muß ich dem Gen. Brod noch sagen: Ich stehe allerdings auf dem Standpunkt, daß die Judenfrage aufgebauscht wurde. Und es ist das größte Verbrechen der Antisemiten, daß sie dieser Frage eine solche Wendung gegeben haben, daß die reichen Juden als die armen Lazarusse dastehen, aber ich möchte wissen, welcher jüdische Proletarier jemals von unserer Partei zurückgewiesen worden ist. Die Judenfrage hat ihre spezifische Gestalt davon, daß die kapitalistische Bourgeoisie hier in Wien eine jüdische Färbung hat. Daß die Juden das tragen müssen, ist traurig, aber daß wir bei dieser Gelegenheit immer wieder den Juden in der Suppenschüssel finden, ist mir und Anderen auch zu langweilig. Es entsteht dadurch direkt eine Verschiebung. Jede Diskussion wird dadurch verdreht.

Wenn man sagt, daß keine christlichen Bourgeois zu uns überlaufen, aber dafür viele Juden, so erkläre ich offen, daß es ein schlechtes Zeichen für die arische Bourgeoisie, ja eine Schande für sie ist. Aber glauben Sie ja nicht, daß dieser „Massenzuzug", der allerdings stattfinden würde, wenn wir sie nur herankommen ließen, auch wirklich von so idealen Motiven geleitet ist. Gerade so lächerlich und abgeschmackt wie die Judenfurcht ist die Antisemitenfurcht, und wir gedenken nicht unter der Maske und dem Schilde der Gleichberechtigung der Konfessionen oder, wie Gen. Brod sagt, der „Interkonfessionalität" die uns bekannten und verdächtigen Elemente, die in der Bourgeoisie heute existiren, herankommen zu lassen. Wir gestatten keine Ablenkung der sozialdemokratischen Bewegung auf antisemitische Bahnen, aber ebenso wenig eine Ablenkung auf philosemitische Bahnen. (Beifall.)

Was die Anträge anbelangt, erlaube ich mir an die Spitze meiner Erörterung über die Anträge selbst einen Antrag einzubringen. Diesen Antrag will ich damit motiviren, daß es gut wäre, wenn man über die große Masse der hier aufgeworfenen Fragen, insbesondere über das Vorgehen den Christlich-Sozialen gegenüber, klar wüßte, ob die Mehrheit des Parteitages uns und der Politik der Parteivertretung nach außen Recht gibt oder denjenigen Genossen, die glauben, daß wir anders vorgehen müssen. Der Antrag lautet:

„Der Parteitag erklärt sich mit der bisher von den Genossen der Parteivertretung eingeschlagenen Taktik einverstanden und sieht keinen Anlaß, sie zu ändern."

Ich bitte über diesen Antrag abzustimmen, damit die nächste Parteivertretung klar weiß, woran sie ist. Was die einzelnen Anträge betrifft, bin ich dafür, daß Sie alle jene Anträge, die der parlamentarischen Fraktion Aufträge geben, insgesammt der Fraktion zur Beachtung überweisen. Wir können Alle zusammengenommen nicht beurtheilen, was im Herbst zunächst nothwendig und überhaupt möglich sein wird. Wir würden unsere Fraktion nur in die Lage bringen, daß sie entweder einen Beschluß des Parteitages außer Acht läßt oder etwas thut, was nach ihrer Ueberzeugung nicht das Richtige ist. Diese Aufträge werden deswegen nicht weniger beachtet werden, als wenn sie hier feierlich beschlossen worden wären. Ich lege der Fraktion insbesondere ans Herz einen Antrag, von dem ich mich freue, daß er eingebracht worden ist und von welchem bisher nicht möglich war, im Parlament etwas zu machen, nämlich den Antrag 16 e. Was die Amnestirung selbst anbelangt, weiß ich nicht, ob der sozialdemokratische Verband die geeignete Einrichtung dazu ist, um eine Amnestirung in Anregung zu bringen. Jedenfalls weiß ich, daß es sich nicht nur um die heute noch im Kerker Befindlichen, sondern auch um die vielen Hunderte von Ausgewiesenen handelt, zu deren Gunsten etwas geschehen soll und muß. In welcher Weise dies geschieht, das muß ich bitten dem Verbande zu überlassen, aber die Anregung ist gewiß nur dankenswerth.

Ich bitte weiter, den Antrag Kristan-Schiller, welcher der Fraktion für ihre Thätigkeit die Zufriedenheit ausspricht, anzunehmen. Hingegen sind, wie ich

schon im ersten Referat gesagt habe, eine ganze Reihe von Anträgen überflüssig, weil die Fraktion die Sache ohnedies schon gemacht hat. Das sind insbesondere die Anträge 4 a, b und c. Ich bemerke weiter, daß ein Antrag 6 des Genossen Svačina, Wien XIX, welcher empfiehlt, einen Entwurf zum Schutze der Wahlfreiheit im Abgeordnetenhaus einzubringen, modifizirt wurde, indem der zweite Absatz zurückgezogen wurde. Es ist dieser Antrag überdies zu jenen zu rechnen, die ohnedies der Fraktion zugewiesen werden sollen.

Ich habe noch über den Antrag 14 zu sprechen, welcher sich mit der Bekämpfung der Christlich-Sozialen, respektive jener Priester beschäftigt, die in den Kampf gegen uns treten, und da haben wir einen Antrag, der ziemlich dasselbe will wie der von Gen. Dobiasch. Ich möchte Gen. Dobiasch ersuchen, daß er seinen Antrag zu Gunsten des hier vorliegenden zurückziehe, damit die Sache vereinfacht wird. Es sind unter den eingebrachten Anträgen auch eine Anzahl, die man nicht einmal der Fraktion zuweisen sollte, weil sie wirklich undurchführbar sind und von falschen Voraussetzungen ausgehen. Ein solcher Antrag ist der, es solle die Fraktion dafür sorgen, daß Lieferungen für das Aerar an die Produktivassoziationen der Arbeiter übergeben werden. Das sind Dinge, die zumindest verfrüht sind. Erst müssen diese Produktivassoziationen bestehen. Es liegt dann eine Gruppe von Anträgen vor, die sich mit dem Arbeiterschutz beschäftigen, und ich glaube, daß man diese Anträge, das ist natürlich Sache des Präsidiums, einfach zum Punkt „Arbeiterschutz" lasse, um sie dort der Diskussion zu unterziehen. Es wurde dann noch eine Gruppe von Anträgen eingebracht, welche ebenfalls nicht hieher gehören. Das sind die Aufträge für die Parteivertretung. Da ist zuerst der Antrag 16 j. Ich möchte die italienischen, kroatischen und slovenischen Genossen ersuchen, diese Broschüre zu schreiben. Wenn es ihnen dann an Mitteln fehlt, sie verbreiten zu lassen, können sie überzeugt sein, daß die künftige Parteivertretung, soweit sie die Mittel dazu hat, ihnen ebenso gern weiterhelfen wird, wie sie es bisher gethan hat. Schließlich wurde ein Antrag gestellt, es seien in die Reichsparteivertretung wenigstens drei Mitglieder der parlamentarischen Fraktion vom Parteitag zu wählen. Diesen Antrag bitte ich hier überhaupt nicht zu erledigen, weil er zur Wahl der Parteivertretung gehört, aber daß sie ihn in dieser Form nicht annehmen werden, bin ich überzeugt, weil wir in der Zahl der Genossen, die wir in die Parteivertretung aufnehmen wollen, nicht beschränkt sein dürfen. Es werden voraussichtlich mehrere hineinkommen. Und nun zum Schlusse, Genossen! Ich habe mich bemüht, kurz zu sein und habe natürlich sehr Vieles auslassen müssen. Ich bitte alle Genossen, die so freundlich waren, insbesondere mich mit ihren Vorwürfen zu beehren, um Entschuldigung, wenn ich nicht in der Lage bin, darauf zurückzukommen. Einem Genossen aber, der sich — wenn ich nicht irre — auch gegen mich speziell gewendet hat, muß ich eine Antwort geben. Das ist Gen. Wutschel. Derselbe hat nämlich — nicht zum ersten Male — hier gesagt, wir seien eine zu exklusive Partei, wir betreiben eine zu exklusive Politik, wir hätten gefehlt, als wir in der Versammlung im Musikvereinssaal, die über Volksbildung einberufen war, die sozialpolitischen Bourgeois vor den Kopf gestoßen haben. Er hat gesagt, wir sind zu schroff gegen die Leute. Ich bin ein von Natur sehr höflicher Mensch (Heiterkeit), dem es die größte Ueberwindung kostet, schroff zu sein, aber ich glaube, die Partei muß schroff sein, am meisten dort, wo eine Verwechslung, eine Verwirrung oder gar eine Anbiederung am gefährlichsten und am naheliegendsten ist. Es mag ja mitunter zu unangenehmen Folgen führen, es mag mitunter persönlich hart sein, es mag Manchem, der so schroff behandelt wurde, unangenehm sein, aber ein Mensch, aus dem überhaupt etwas wird und der für die Partei brauchbar ist, der wird sich durch diese Schroffheit nicht abhalten lassen. Jeder, der so schroff abgewiesen wird und sich dadurch abhalten läßt, an dem haben wir nichts verloren. Ich weiß nicht, ob es vielen Genossen so gegangen ist wie mir. Ich kann Ihnen sagen, ich bin nicht mit Glacehandschuhen behandelt worden, als ich in die Partei kam. Hier handelt es sich aber nicht um Personen, sondern um ganze Strömungen, und diese Strömungen in der Bourgeoisie müssen wir mit dem größten Argwohn verfolgen. Wir können sie benützen, wir haben es aber gar nicht nothwendig, Strömungen an uns herankommen zu lassen, um ihre Sünden auf uns

nehmen zu müssen und unsere Rücken herzuhalten für andere politische Zwecke. Ich weiß, der Gang unserer Bewegung ist den Herren, die uns so sympathisch gegenüberstehen, einmal zu langsam, einmal zu schnell, einmal sind wir zu roh, einmal zu sanft, kurz und gut, es paßt ihnen immer etwas nicht. Derselbe Gen. Wutschel, dem wir da zu schroff sind, wäre aber sehr geneigt, unsere Schroffheit noch besonders zu erhöhen, wenn es sich um die Pfaffen handelt; da möchte er mit aller Gewalt losziehen. So viel ist sicher, Jedem können wir es nicht recht machen, auch nicht in der Partei; aber im großen Ganzen müssen wir sagen, daß auch diese Diskussion, so heftig und verzweigt sie war, gezeigt hat, daß wir in der Partei nicht nur einen großen gemeinschaftlichen Zug haben, sondern daß auch die Genossen so viel Selbstständigkeit in der Partei haben, daß Jeder, der dieser Debatte zugehört hat, durchaus nicht die Meinung haben wird, daß wir nur Marionetten sind, die von ein paar Drahtziehern gezogen werden.

Die Meinungsverschiedenheit, die in vielen Dingen aufgetreten ist, bringt der Partei keinen Schaden, sie bringt ihr Nutzen und ist die Ehre der Partei. Wenn wir einmal so wären wie die Bleisoldaten, wenn wir so wären wie die Marionetten, dann wären wir auch mit der Partei fertig. Ich schließe und meine, daß die Taktik, welche die Partei bisher eingeschlagen, ihr zum Wohle gereicht hat, daß sie sich immer nach den Verhältnissen wird einrichten müssen, und will meine Ueberzeugung aussprechen, daß auch für die neu gegebenen Verhältnisse die Partei die richtige Taktik zu finden wissen wird. (Lebhafter Beifall.)

Es folgt eine Reihe thatsächlicher Berichtigungen.

Gen. Hannich (Rumburg) erklärt gegenüber dem Gen. Simon Stark, daß er in Rumburg zufällig gar nicht gesagt habe, er sei ein „deutscher" Sozialdemokrat und verliest die bezügliche Stelle aus einer Zeitung.

Gen. Elderfch (Brünn) berichtigt den Gen. Adler und Daszynski gegenüber, daß er keine Verrohung in den Klassenkampf tragen wolle, sondern nur gesagt habe, man werde gegen die Gewalt der Christlich-Sozialen mit den bisherigen Kampfmitteln nicht auskommen.

Gen. Schuhmeier (Wien) berichtigt gegenüber dem Gen. Brod, daß er gemeint habe, wenn sich Gen. Brod mit einer solchen Ansicht auf die Seite der Provinzgenossen stellt, ist das keine Ehre für sie. Wenn ich die Meinung hätte, sagt Redner, daß Brod etwas Unehrliches gethan hat, kann er überzeugt sein, daß ich keinen Anstand genommen hätte, das hier zu sagen. Gen. Brod hat mich angegriffen, weil ich die Aeußerung gethan hätte: Meinetwegen sollen alle Juden nach Palästina gehen. Wie ich mich kenne, und ich kenne mich besser als Genosse Brod (Heiterkeit), werde ich sicher darauf gesagt haben: Ich habe aber auch nichts dagegen, wenn alle Pfaffen den Juden irgendwohin nachfolgen.

Gen. Krapka (Brünn) reagirt auf die Vorwürfe, die dem Gen. Elderfch gemacht wurden, der die Prügeltheorie verbreiten wolle. Es ist thatsächlich im Brünner Bezirke der Fall vorgekommen, daß Gen. Hybes unter dem Schutze der Gendarmerie nach Hause gehen mußte, weil er von einer vom Pfarrer aufgehetzten Meute verfolgt wurde.

Gen. Dr. Berftl (Wr.-Neustadt) wendet sich in einer persönlichen Bemerkung gegen das Vorgehen des Präsidiums, warum dasselbe ihn gegen das seitens des Gen. Resel gefallene Schimpfwort „Sie Frechling" nicht in Schutz genommen habe. Dr. Adler hat in seiner Rede eine Bemerkung gemacht, die den Eindruck machen kann, als ob ihm über mich Dinge übermittelt worden wären, die nicht honorig sind. Während der Wahlagitation habe ich zwei Reden gegen die Christlich-Sozialen gehalten, und da ist im „Deutschen Volksblatt" gestanden, daß ich für die Liberalen eingetreten bin. Daraufhin habe ich vom Dr. Adler die Aufforderung bekommen, mich zu rechtfertigen.

Vorsitzender Reichsrathsabgeordneter Gen. Zeller: Das Präsidium kann erklären, daß derartige Zwischenrufe, wie der eben erwähnte, in unseren Versammlungen unstatthaft sind, und daß ich, wenn ich diesen Zuruf gehört hätte, den Gen. Resel sofort aufmerksam gemacht hätte, daß ein solcher Ausdruck unzulässig ist und daher zurückgewiesen werden muß.

Gen. Brod (Wien) wendet sich gegen den Gen. Daszynski. Redner habe der Parteileitung nicht zugemuthet, daß sie jüdische Proletarier wegstoße, er habe

einfach gesagt, daß durch die Verwirrung, die in die Köpfe vieler unaufgeklärter Arbeiter gekommen ist, jeder Jude als ein Ausbeuter und Kapitalist betrachtet werde. Die Art der Beleidigung, die mir vom Gen. Schuhmeier zugefügt wurde, kann nicht parlamentarisch zurückgewiesen werden. Ich bestehe aber darauf, daß nach dem Parteitage die betreffenden Genossen zusammenkommen, um durch ein Schiedsgericht zwischen mir und ihm zu entscheiden.

Gen. Pernerstorfer (Wien) berichtigt gegenüber dem Gen. Brod, daß er in seiner Rede dem Gen. Brod durchaus nicht persönliche Motive unterschieben wollte, sondern nur eine Charakterisirung der antisemitischen und philosemitischen Bewegung geben wollte. Gegenüber Dr. Berstl, der gesagt hat, daß die Wahlbewegung in seinem Wahlbezirke sehr wenig prinzipiell gewesen ist, bemerkt er, daß viele Tausende von Parteigenossen, die ihn gehört haben, darüber entscheiden sollen, ob er für die sozialdemokratische Bewegung auch in prinzipieller Beziehung werthvolle Agitationsdienste geleistet habe.

Nach einer persönlichen Bemerkung des Gen. Resel gegen Dr. Berstl und einer thatsächlichen Berichtigung des Gen. Stark gegenüber Dr. Adler wird

zur Abstimmung

geschritten.

Gen. Dr. Adler beantragt, zuerst die Anträge, betreffend die Erklärung des Parteitages gegenüber der Haltung des parlamentarischen Verbandes, sodann die Anträge, betreffend die Taktik der Partei, zur Abstimmung zu bringen, und alle jene Anträge, welche sich auf die parlamentarische Thätigkeit beziehen, dem Verband zuzuweisen.

Dieser Antrag wird angenommen.

Der Antrag Adler, welcher lautet:

„Der Parteitag erklärt sich mit der bisher von den Genossen wie der Parteivertretung eingeschlagenen Taktik einverstanden und sieht keinen Anlaß, sie zu ändern,"

sowie der Antrag Kristan-Schiller werden angenommen, und zwar ersterer mit allen gegen zehn Stimmen, letzterer einstimmig.

Die zum Antrag Adler gestellte Resolution Brod, welche lautet:

„Indem der Parteitag der bisherigen Parteileitung sein Vertrauen ausspricht, fordert er die neuzuwählende Parteileitung auf, ohne alle Opportunitätsrücksichten die christlich-sozialen Schwindler zu bekämpfen und die Internationalität des Proletariats aller Länder und Zonen bei jeder Gelegenheit zu betonen,"

wird mit großer Majorität abgelehnt.

Der Antrag 4a der Bezirksorganisation VIII, Wien wird abgelehnt.

Die Abstimmung über den Antrag 5 der Organisation Teplitz wird über Antrag des Gen. Popp bis zur Abstimmung über den Punkt „Organisation" aufgeschoben.

Die Anträge 9 der Organisation Brünn und 10 der Organisation Roßbach werden angenommen.

Die Abstimmung über die Anträge 12 und 13 der Bezirksorganisation XI, Wien werden über Antrag Feigl bis zur Abstimmung über den Punkt „Presse" aufgeschoben; der Antrag 14 derselben Organisation wird angenommen, der Antrag Dobiasch hingegen wird abgelehnt.

Der Parteivertretung zugewiesen wird der Antrag Müller, welcher lautet:

„Beantrage, es sei in populärer Schreibweise eine auch den Bauern verständliche Broschüre in mehreren Sprachen zu verfassen, in welcher die Stellung der Sozialdemokratie, sowie der Christlich-Sozialen dargestellt wird und die unentgeltlich massenhaft zur Vertheilung kommen soll. Die Kosten werden percentual auf die Kronländer vertheilt."

Folgende Anträge werden nach dem Antrage Adler dem parlamentarischen Verbande zugewiesen:

Antrag Behr, welcher lautet:

„In Anbetracht dessen, daß die land- und forstwirthschaftlichen Arbeiter bis heute schutzlos der Ausbeutung ihrer Anwender überliefert sind, beantrage ich, daß der

sozialdemokratische Verband ehebaldigst einen Antrag im Abgeordnetenhause einbringt, wonach die arbeiterschutzgesetzlichen Bestimmungen der Gewerbeordnung, sowie die Unfall- und Krankenversicherung auch auf die landwirthschaftlichen Arbeiter ausgedehnt werden."

Antrag Kohn, welcher lautet:

„Das Existenzminimum bei den Beamten ist mit fl. 600 festgesetzt und bis zu dieser Höhe weder besteuert, noch exequirbar. Der sozialdemokratische Verband wird aufgefordert, einen Gesetzesantrag einzubringen, daß dieses vernünftige Gesetz auch auf alle Gewerbe- und Handeltreibenden, sowie auch auf Landwirthe, die kein größeres Einkommen als fl. 600 haben, ausgedehnt werde, und zwar, daß alle solchen Kleingewerbe- und Kleinhandeltreibenden, wie auch die Landwirthe von sämmtlichen Steuern, unbeschadet aller politischen Rechte, enthoben werden."

Antrag Dr. Morgenstern, welcher lautet:

„Die Reichsrathsfraktion wird aufgefordert, in energischer Weise darauf zu dringen, daß die Mißachtung des parlamentarischen Interpellationsrechtes seitens der Regierung beseitigt werde, daß die Regierung genöthigt wird, bis zu einem bestimmten Zeitpunkt die eingebrachten Interpellationen zu beantworten."

Antrag Palka, welcher lautet:

„In Anbetracht des Umstandes, daß die in den Städten und Industrieorten Oesterreichs bestehenden skandalösen, jeder Kultur hohnsprechenden Wohnungsverhältnisse des arbeitenden Volkes der Demoralisation desselben Vorschub leisten, das Volk physisch und geistig schwächen, die Gemeinden und das Land aber nicht geneigt erscheinen, wirksame Reformen auf diesem Gebiete zu schaffen, beschließt der sechste sozialdemokratische Parteitag: Der Parlamentarische Verband der sozialdemokratischen Abgeordneten wird beauftragt, sofort nach Eröffnung der nächsten Session einen diesbezüglichen Gesetzentwurf im Abgeordnetenhause einzubringen, um dadurch eine Gesundung der menschenunwürdigen Wohnungsverhältnisse im Wege der Reichsgesetzgebung herbeizuführen. Das zur Begründung eines solchen Antrages nothwendige Material haben die Genossen aller Orte dem Verbande an die Hand zu geben."

Antrag Luigi Scotti, der besagt:

„Der Parteitag wolle beschließen, es sei der sozialdemokratische Verband im österreichischen Abgeordnetenhause aufzufordern, einen Gesetzentwurf, wonach die „Arbeiter-Produktivgenossenschaften" bei den Lieferungen für das Staatsärar den Vorzug zu genießen haben, einzubringen."

Antrag Stumpe, welcher lautet:

„Der sozialdemokratische Verband wird aufgefordert, beim Zusammentritt des Reichsrathes eine Aktion behufs Amnestirung der in den Achtziger-Jahren wegen politischer Delikte Verurtheilten (Paczs ꝛc.) einzuleiten."

Außerdem werden der Fraktion zugewiesen die Anträge 7 und 8 der Bezirksorganisation Wien IV.

Angenommen wird noch der Antrag des Dr. Čech:

„Der Parteitag erklärt, daß er den Antrag Brod deswegen verworfen hat, weil der Antrag den internationalen und interkonfessionellen Standpunkt der Sozialdemokratie nicht präzise und klar genug zum Ausdrucke gebracht hat."

Hiemit ist der Punkt Parteitaktik und parlamentarische Thätigkeit erledigt.

Gen. Stefan beantragt, bei den weiteren Verhandlungen die Anträge auch tschechisch vervielfältigen zu lassen. Dieser Antrag wird angenommen.

Gen. Rawica (Agram) begrüßt den Parteitag in kroatischer Sprache.

Gen. Kristan (Laibach) übersetzt diese Ausführungen und sagt: Der Genosse überbringt zunächst dem Parteitage die Grüße der Sozialdemokratie in Kroatien und Slavonien und schildert die Ereignisse, die sich dort abgespielt haben, und die thatsächlich hinter den galizischen in keiner Weise zurückstehen, ja sie sogar übertreffen. Die Partei in Kroatien ist noch sehr jung, hat aber unter der Bevölkerung bereits so starke Wurzeln gefaßt, daß sie nicht mehr ausgerottet werden können. Auf dem Parteitage der kroatischen Sozialdemokratie, welcher zu Weihnachten in Agram abgehalten wurde, wurde auch beschlossen, in den diesjährigen Wahlkampf zum ersten Male einzutreten, und hat die Partei zu diesem

einfach gesagt, daß durch die Verwirrung, die in die Köpfe vieler unaufgeklärter Arbeiter gekommen ist, jeder Jude als ein Ausbeuter und Kapitalist betrachtet werde. Die Art der Beleidigung, die mir vom Gen. Schuhmeier zugefügt wurde, kann nicht parlamentarisch zurückgewiesen werden. Ich bestehe aber darauf, daß nach dem Parteitage die betreffenden Genossen zusammenkommen, um durch ein Schiedsgericht zwischen mir und ihm zu entscheiden.

Gen. Pernerstorfer (Wien) berichtigt gegenüber dem Gen. Brod, daß er in seiner Rede dem Gen. Brod durchaus nicht persönliche Motive unterschieben wollte, sondern nur eine Charakterisirung der antisemitischen und philosemitischen Bewegung geben wollte. Gegenüber Dr. Berstl, der gesagt hat, daß die Wahlbewegung in seinem Wahlbezirke sehr wenig prinzipiell gewesen ist, bemerkt er, daß viele Tausende von Parteigenossen, die ihn gehört haben, darüber entscheiden sollen, ob er für die sozialdemokratische Bewegung auch in prinzipieller Beziehung werthvolle Agitationsdienste geleistet habe.

Nach einer persönlichen Bemerkung des Gen. Resel gegen Dr. Berstl und einer thatsächlichen Berichtigung des Gen. Stark gegenüber Dr. Adler wird

zur Abstimmung

geschritten.

Gen. Dr. Adler beantragt, zuerst die Anträge, betreffend die Erklärung des Parteitages gegenüber der Haltung des parlamentarischen Verbandes, sodann die Anträge, betreffend die Taktik der Partei, zur Abstimmung zu bringen, und alle jene Anträge, welche sich auf die parlamentarische Thätigkeit beziehen, dem Verband zuzuweisen.

Dieser Antrag wird angenommen.

Der Antrag Adler, welcher lautet:

„Der Parteitag erklärt sich mit der bisher von den Genossen wie der Parteivertretung eingeschlagenen Taktik einverstanden und sieht keinen Anlaß, sie zu ändern,"

sowie der Antrag Kristan-Schiller werden angenommen, und zwar ersterer mit allen gegen zehn Stimmen, letzterer einstimmig.

Die zum Antrag Adler gestellte Resolution Brod, welche lautet:

„Indem der Parteitag der bisherigen Parteileitung sein Vertrauen ausspricht, fordert er die neuzuwählende Parteileitung auf, ohne alle Opportunitätsrücksichten die christlich-sozialen Schwindler zu bekämpfen und die Internationalität des Proletariats aller Länder und Zonen bei jeder Gelegenheit zu betonen,"

wird mit großer Majorität abgelehnt.

Der Antrag 4a der Bezirksorganisation VIII, Wien wird abgelehnt.

Die Abstimmung über den Antrag 5 der Organisation Teplitz wird über Antrag des Gen. Popp bis zur Abstimmung über den Punkt „Organisation" aufgeschoben.

Die Anträge 9 der Organisation Brünn und 10 der Organisation Roßbach werden angenommen.

Die Abstimmung über die Anträge 12 und 13 der Bezirksorganisation XI, Wien werden über Antrag Feigl bis zur Abstimmung über den Punkt „Presse" aufgeschoben; der Antrag 14 derselben Organisation wird angenommen, der Antrag Dobiasch hingegen wird abgelehnt.

Der Parteivertretung zugewiesen wird der Antrag Müller, welcher lautet:

„Beantrage, es sei in populärer Schreibweise eine auch den Bauern verständliche Broschüre in mehreren Sprachen zu verfassen, in welcher die Stellung der Sozialdemokratie, sowie der Christlich-Sozialen dargestellt wird und die unentgeltlich massenhaft zur Vertheilung kommen soll. Die Kosten werden percentual auf die Kronländer vertheilt."

Folgende Anträge werden nach dem Antrage Adler dem parlamentarischen Verbande zugewiesen:

Antrag Behr, welcher lautet:

„In Anbetracht dessen, daß die land- und forstwirthschaftlichen Arbeiter bis *heute* schutzlos der Ausbeutung ihrer Anwender überliefert sind, beantrage ich, daß der

Vierter Verhandlungstag am 9. Juni 1897.

Vormittagssitzung.

Beginn der Sitzung um 9 Uhr 30 Minuten.

Vorsitzende: Gen. Popp (Wien) und Gen. Hudec (Lemberg).

Gen. Dr. Ellenbogen (Wien) beantragt, es sei den Genossen in Kroatien und Slavonien die Sympathie des Parteitages auszusprechen und zugleich der Entrüstung über das Vorgehen, welches den Behörden dieses Landes gegenüber den Genossen beliebt, Ausdruck zu geben.

Gen. Palka (Wr.-Neustadt) gibt gegenüber den Ausführungen des Gen. Dr. Berstl von gestern folgende Erklärung ab und ersucht um Aufnahme derselben in das Protokoll:

Erklärung.

Nachdem Gen. Dr. Berstl in seiner Rede zum Punkt „Parteitaktik" die Bemerkung machte, daß die Wahlagitation vielfach so geführt worden sei, daß das Mandat die Hauptsache und die Verbreitung unserer Ideen Nebensache war, was so manchem radikalen, von echt proletarischem Geiste erfüllten Genossen es unmöglich machte, mitzuthun, fühlen wir uns im Namen des Kreiswahlkomités des II. niederösterreichischen Wahlkreises veranlaßt, um bei den Parteigenossen den Verdacht zu zerstreuen, als ob speziell im Wiener-Neustädter Wahlkreis die Wahlbewegung einen zu wenig prinzipiellen Charakter gehabt habe, zu erklären, daß bei uns in allen Versammlungen in den Bauerndörfern gerade so wie in den Industrialorten der proletarische, auf die Beseitigung der privatkapitalistischen Wirthschaftsordnung abzielende Charakter unserer Partei in mehr oder minder scharfer Weise hervorgehoben worden ist. Wir haben weder nach links noch nach rechts Konzessionen gemacht, weshalb der Vorwurf des Gen. Dr. Berstl, der auf uns gemünzt war, als völlig ungerechtfertigt erscheint. Für private Aeußerungen einzelner Genossen kann das Wahlkomité, sowie die Partei nicht verantwortlich gemacht werden.

A. Kotinek, Mödling; K. Palka, Wr.-Neustadt; Franz Zaitschko, Baden; A. Pauser, Pottendorf; Heinrich Fischer, Schwechat; Anton Schrammel, Neunkirchen.

Gen. Behr (Saaz) beklagt sich darüber, daß in dem Berichte der „Arbeiter-Zeitung" nicht alle jene Anträge verzeichnet erscheinen, welche der Parteitag ohne weitere Abstimmung der parlamentarischen Fraktion überwiesen habe. Er müßte dagegen protestiren, wenn diese Anträge unter den Tischen fallen sollten.

Gen. Dr. Adler erwidert darauf, daß der Bericht naturgemäß ein unvollständiger sein müsse, weil es technisch unmöglich sei, in der kurzen Zeit und mit Rücksicht auf den Raum alle gestern angenommenen Anträge wörtlich mitzutheilen. Zu diesem Zwecke besteht ja ein Protokoll, in welchem die Anträge sammt und sonders abgedruckt werden.

Gen. Feigl (Wien) beschwert sich über die Art der Berichterstattung in der „Arbeiter-Zeitung". Die Ausführungen einzelner Genossen, welche keine Referenten sind, werden auffallend ausführlich wiedergegeben; während andere

Genossen, selbst wenn sie Wichtiges und Interessantes gesagt haben, nur wenige Zeilen zugemessen erhalten. Auch im Protokoll wurde derselbe Vorgang eingehalten. Ja, es komme vor, daß in dasselbe auch etwas aufgenommen wird, was am Parteitag gar nicht gesagt worden sei.

Gen. Dr. Adler (Wien): Was Gen. Feigl in so aufgeregter Weise vorgebracht hat, wird von jedem Redner, der in einer Versammlung oder auf einem Parteitag spricht, in der Weise vorgebracht. Auch mir ist nie ein Bericht gut genug, aber auch niemals kurz genug über das, was ich spreche. Ich gebe ohne Weiteres zu, daß mitunter Nöthiges ausgelassen und Unrichtiges hervorgehoben wurde. Ich fordere aber die anwesenden Redakteure von Parteiblättern auf, zu sagen, ob sie jemals Leute gefunden haben, die mit ihren Berichten zufrieden waren. Einen Bericht zu machen, der allen Wünschen entspricht, ist einfach vollständig ausgeschlossen. (Zustimmung.) Ich gebe zu, daß die Beschwerde des Gen. Feigl berechtigt ist, daß, wo von der Auslegung des Internationalismus die Rede ist, die Genossen Adler und Pernerstorfer, aber nicht Gen. Feigl Erwähnung finden. Ich werde mir aber deswegen doch nicht erlauben, Gen. Feigl Eitelkeit zuzumuthen. Es ist aber ein Verhängniß, daß Alle, die protokollarisch verzeichnet werden, solche „sachliche" Einwendungen haben. Ich verzichte auf Grund einer mindestens zehnjährigen Erfahrung darauf, Berichte ins Blatt zu bringen, mit denen alle Genossen einverstanden sind. Gen. Feigl sprach auch vom Protokolle. Ich muß ihm darauf antworten, weil ich hier persönlich angegriffen bin. Ich habe, seit wir Parteitage haben, die unangenehmste, schwierigste, langweiligste und undankbarste Arbeit, weil man es Niemandem recht machen kann, übernehmen und die Protokolle einrichten müssen. Ich werde sehr froh sein, wenn mir diese Arbeit abgenommen wird. Ich bin nicht lüstern darnach, mir viel Arbeit aufzuladen; ich habe ohne das Protokoll genug zu thun. Ueber die Fassung des Protokolls wurden mir selten und von ganz bestimmten Genossen, zu denen allerdings regelmäßig Gen. Feigl gehört, Ausstellungen gemacht. Ich weise es mit aller Entschiedenheit zurück, daß in die Protokolle, welche durch meine Hand gehen, in einer willkürlichen, absichtlichen Weise etwas hineinkommt, was am Parteitage nicht gesprochen wurde. Man kann darüber, ob man etwas, was gesprochen wurde, ins Protokoll aufnehmen soll oder nicht, verschiedener Ansicht sein. Wenn ich dieses Protokoll noch weiter zu machen hätte, würde ich zum Beispiel die persönliche Polemik von gestern Abend aus dem Protokolle wegwischen. (Gen. Feigl: Ich auch!) Jetzt erfreue ich mich der Gunst des Momentes, mit dem Gen. Feigl einer Ansicht zu sein. Es ist möglich, daß jetzt vielleicht Gen. Dr. Berstl oder sonst Jemand einer anderen Meinung ist. Ich würde mich dieser Eventualität mit Ruhe aussetzen. Ich erkläre, mich aber entschieden dagegen zu verwahren, als ob in ein Protokoll etwas aufgenommen wurde, was nicht gesagt wurde; das ist faktisch unmöglich. Ich bin aber einverstanden, daß mir diese Arbeit abgenommen wird.

Es wird hierauf zum Punkt III der Tagesordnung

Parteiorganisation

übergegangen. Zu diesem Punkte wurde von Gen. Feigl folgender Antrag überreicht:

„Zur Vorberathung der Anträge zum Punkte „Organisation" ist nach Schluß der Debatte eine sechzehngliedrige Kommission zu wählen, in welcher alle Nationalitäten vertreten sein sollen und der der Referent zugezogen werden soll."

Dieser Antrag wird nach einer kurzen Debatte mit der von Gen. Elderſch beantragten Aenderung, daß die Zahl der Kommissionsmitglieder 10 zu betragen habe, angenommen.

In die Kommission werden gewählt die Genossen Behr, Elderſch, Lehner, Pongratz, Widholz, Krapka, Soukup, Daszynski, Scotti und Kopač.

Gen. Feigl macht darauf aufmerksam, daß bisher immer diejenigen Genossen, welche Anträge gestellt hatten, dieser Kommission zugezogen wurden.

Vorsitzender Popp erwidert, daß dieser Vorgang nach der Fassung des Antrages ausgeschlossen sei und macht darauf aufmerksam, daß außer den An-

trägen, welche zu diesem Punkte gestellt wurden, auch jene in Verhandlung stehen, welche von früheren Punkten der Tagesordnung zu diesem zurückgestellt wurden.

Das Wort ergreift

Referent Gen. Dr. Adler: Ich hoffe, Ihren Beifall zu finden, wenn ich mein Referat so sachlich, trocken und geschäftsmäßig als möglich führe, das heißt, daß ich mich auf allgemeine Ausführungen überhaupt nicht einlasse, nachdem bei dem Punkte „Taktik" darüber zur Genüge gesprochen wurde.

So wie wir uns in der Taktik immer den Verhältnissen und dem Verhalten unserer Gegner anpassen müssen, sind wir gezwungen, unsere Organisation von Schritt zu Schritt der Entwicklung der Partei anzupassen. Nachdem nun unsere Partei eine schnell wachsende Partei ist, die sich in zehn Jahren, ich möchte sagen, aus dem Nichts zu einer sehr mächtigen und vielgestaltigen Masse ausgebildet hat, ist es natürlich, daß wir, zum Unterschied von anderen Bruderparteien im Auslande, beinahe auf jedem Parteitage mit der Umgestaltung der Organisation beschäftigt sind. Das wird den deutschen Genossen fremd sein, da sie eine feststehende Grundlage für die Organisation besitzen.

Nach zwei Gesichtspunkten muß die Organisation von Zeit zu Zeit geändert werden. Erstens in Bezug auf die Grundlage der Organisation, und zwar ohne Unterschied der Nationalität, muß der Zusammenhang der Organisation an Ort und Stelle geändert werden nach der Entwicklung der Partei, und zweitens muß das Verhältniß, in welchem die verschiedenen so gestalteten Organisationen zu einander stehen, insbesondere auch mit Bezug auf die nationalen Verhältnisse, einer Aenderung unterzogen werden. Das sind die beiden Punkte, über die hier hauptsächlich zu berichten sein wird.

Es wurde schon in der Eröffnungsrede des Gen. Popp darauf hingewiesen, daß die Einführung der fünften Kurie und der uns zugänglichen Wahlkreise, die Einführung der allgemeinen Wahlen an und für sich eine Aenderung unserer Organisation bedingt hat, bevor sie noch statutarisch festgesetzt war. Das Bedürfniß dazu war ein so lebendiges, daß die tschechischen Genossen einen neuen Parteitag gar nicht abgewartet haben, sondern noch vor den Wahlen ihre Organisation direkt den Wahlkreisen angepaßt haben. Wir haben, seitdem wir überhaupt eine Organisation besitzen, stets mit Neid nach Deutschland hinübergesehen, wo die Organisation auf Grundlage der Wahlkreise eine ganz selbstverständliche und naturgemäße ist, während wir, nicht nur durch die nationalen Verschiedenheiten, sondern auch durch die Bezirks- und Provinzgrenzen behindert, uns gewisse Agitationsbezirke einrichten mußten. Nun kam die Badeni'sche Wahlreform und bot uns für das ganze Land 72 Wahlkreise, die nicht nur politisch, sondern auch organisatorisch viel zu groß und in ihrer Zusammensetzung und Abgrenzung vielfach ganz absurd sind, obwohl wir zugeben mußten, daß an den meisten Orten versucht wurde — und das ist auch vielfach gelungen — eine Abgrenzung nach Nationalitäten zu finden. Es sind nur einzelne Wahlkreise, wo eine erhebliche nationale Minorität in einen Wahlkreis der anderen Nationalität eingeschoben ist. Allerdings ist das zum Beispiel in Böhmen, das da in erster Linie in Betracht kommt, auf Kosten einer vernünftigen Einrichtung geschehen. Es ist ja eine große Absurdität, wenn man sieht, wie alle Wahlkreise von Prag aus strahlenförmig ausgehen und immer ein Stück von den eigentlichen Vororten Prags mitgerissen wird. Dabei ist aber das Bestreben nicht zu verkennen, Bezirke mit vorwiegend industrieller Arbeiterschaft durch ländliche Bezirke in demselben Wahlkreis zu majorisiren, indem man die eigentlichen Industriebezirke auseinandergerissen hat. Der Wahlkreis Trautenau zum Beispiel, der zu unserer allergrößten Ueberraschung in unseren Besitz gelangte, wurde durch Hineinschieben eines tschechischen Wahlkreises in zwei Theile getrennt, von denen der eine an der Nordgrenze, der andere an der Südostgrenze von Böhmen liegt. Das sind also große Unzukömmlichkeiten, die ich erwähne, weil wir uns dieser Schwierigkeiten und Fehler bewußt sein müssen, wenn wir daran gehen, auf Grund dieser Abgrenzung unsere Organisation zunächst einzurichten.

Ich weiß ganz gut, daß Manche sagen werden: „Ja, wie kommen wir dazu, uns auf Grundlage eines Wahlgesetzes, an welchem wir keinen Antheil haben und das wir auf das Entschiedenste bekämpfen, einzurichten?" Das ist ganz richtig.

Aber als klare Politiker müssen wir mit den vorhandenen Thatsachen rechnen, und das sind die jetzt bestehenden Wahlbezirke. Wird es uns gelingen, diese Eintheilung zu ändern und eine vernünftige Wahlordnung zu schaffen, dann werden wir unsere Organisationen derselben leichter anpassen können; es wird aber leichter sein, unsere Organisationen einer neuen Wahlordnung anzupassen, als die Wahlordnung umzuändern.

Der Referent bespricht hierauf die bestehenden Bezirks- und Kreisorganisationen, die auf der momentanen Entwicklung der Organisation gegründet waren, und führt dann weiter aus:

Nun hat sich das mit einem Schlage bei den Wahlen geändert. Es waren jetzt bestimmte Bezirksorganisationen durch die äußeren Verhältnisse naturgemäß aufeinander angewiesen. Ob sie nun zusammen arbeiten wollten oder nicht, ob sie logisch zusammengehörten oder nicht, sie mußten zusammen arbeiten, weil sie zu Wahlzwecken einheitlich vorgehen mußten. Das Alles hat sich von selbst durchgesetzt, und wir haben in dieser Beziehung nur das in unser Organisationsstatut aufzunehmen, was bereits in der letzten Wahlbewegung Thatsache geworden ist. Ich schlage Ihnen also vor, wo es früher Kreisorganisation und noch früher Landesorganisation geheißen hat, jetzt die ganze Organisation in Wahlkreisorganisationen einzutheilen. Vielfach k a n n das Bedürfniß vorliegen, mehrere Wahlkreise zu einer organisatorischen Einheit zu vereinigen. Wir haben solche organisatorische Einheiten in Niederösterreich, in Steiermark, in Mähren, wir haben sie aber zum Beispiel nicht in Böhmen. In dieser Beziehung soll nun der Parteitag keine Vorschriften machen, sondern es den Wahlkreisen überlassen, ob sie es für wünschenswerth halten, Organisationen über den Wahlkreisen zu schaffen oder nicht. Ich bin überzeugt, daß in Niederösterreich die Eintheilung in neun Wahlkreise aufrecht bleiben wird, und daß diese neun Wahlkreise auch fernerhin die einheitliche Organisation in einer Landesorganisation beibehalten werden. Aehnlich wird es auch in anderen Kronländern geschehen, weil es sich als praktisch erwiesen hat. Es wird aber kaum möglich sein — um auf das zweite Industriezentrum zurückzukommen — daß in Nordböhmen dasselbe geschieht, weil die Wahlkreise, welche hier in Betracht kommen, nicht so gelegen sind, daß sie einheitlich geleitet werden können, und weil die Eisenbahnverbindungen schlechte sind. (Zustimmung.) Aus diesen Gründen ist es technisch nicht wahrscheinlich, daß diese Wahlkreisorganisationen zu einer Landesorganisation zusammentreten werden. Der Parteitag soll aber hier eine Beschränkung nicht eintreten lassen. Unser Antrag geht in Folge dessen dahin, daß es im Punkt III des Statuts anstatt Kreisorganisation überall Wahlkreisorganisation zu heißen habe, und daß am Schlusse gesagt werde: „Wo es sich als vortheilhaft erweist, können mehrere Wahlkreisorganisationen zu einer Gebiets- oder Landesorganisation zusammentreten." Wir haben Gebietsorganisationen gesagt, weil wir dieses Zusammentreten nicht durchaus auf ganze Kronländer beschränken wollen.

Wenn Sie diesen unseren Antrag annehmen, würde sich eine ganze Reihe von Anträgen, die selbstständig eingelaufen sind, von selbst erledigen.

Da ist in erster Reihe der Antrag 26 der Kreisorganisation Reichenberg. Daß die Abgeordneten mit ihren Wahlkreisen in steter Verbindung bleiben, dafür brauchen nicht wir zu sorgen, dafür werden schon die Genossen in ihren Wahlkreisen überall Sorge tragen, so wie sie mit ihren sonstigen Agitationskräften in Verbindung bleiben. Den Antrag 20 der Bezirksorganisation Brünn würde ich Ihnen zur Ablehnung empfehlen, weil, wenn Sie ein Zwischenglied zwischen die Wahlkreis- und Lokalorganisation einfügen wollen, Sie ja in der Lage sind, dieses Zwischenglied direkt nach Ihrem Wunsche und nach den örtlichen Bedürfnissen festzusetzen, ohne sich an die zum großen Theile willkürlich und für unsere Bedürfnisse ganz untauglich abgegrenzten Gerichtsbezirke halten zu müssen.

Es erledigt sich weiters der Antrag 22. Auch hier braucht der Parteitag keine Vorschriften zu ertheilen. Ebenso erledigt sich der Antrag 23 der Bezirkskonferenz Teplitz und der Antrag 25 der Organisation Tachau. Diese Wahlkreisorganisation wird sehr lange brauchen, bis sie auf eigenen Füßen stehen kann, und hauptsächlich wird dies bei den ländlichen Wahlkreisen der Fall sein. Wenn wir auf diese Organisation eingehen, und wir müssen darauf eingehen, bitte ich

Sie, Eines zu berücksichtigen, was sich daraus möglicherweise entwickeln kann, nämlich ein gewisser Egoismus, ein gewisser Separatismus der Wahlkreise. Bis jetzt haben die Organisationen einander in die Hände gearbeitet, so gut und so viel sie konnten, und es wurde nicht darauf Rücksicht genommen, ob es diesem oder jenem Kreise zu Gute kommt. Es ist nun Gefahr vorhanden, daß die Solidarität und das Pflichtbewußtsein, das Bewußtsein der Genossen, daß sie nicht nur Wahlagitatoren für einen bestimmten Wahlkreis sind, sondern auch Parteigenossen, denen die Entwicklung der Partei im ganzen Reiche am Herzen liegt und liegen muß, so daß wir es erleben könnten, daß gerade die schwächsten Wahlkreise durch diese Organisation isolirt, blutleer und entkräftet werden, und gerade die besten Kreise alle Kräfte aufsaugen. Aber da nützen statutarische Bestimmungen und Paragraphen nicht, es muß vielmehr im Geiste der Partei liegen, daß solche Zustände nicht platzgreifen.

Eine weitere Gruppe von Anträgen bezieht sich darauf, welches die Funktionen dieser Wahlkreisorganisationen sein sollen. Hieher gehört der Antrag 17 der Bezirksorganisation IX, Wien, Rechtsbureaux zu errichten. Dieser Antrag ist selbstverständlich; wo es möglich ist, geschieht es ohnedies. Der Antrag 19 der Bezirksorganisation Leoben verlangt, Gewerkschaftsvereine für die arbeitende Landbevölkerung ins Leben zu rufen. Wenn es Ihnen möglich ist, Genossen, das landwirthschaftliche Proletariat zu organisiren, wird Ihnen der Parteitag für jeden Fortschritt, den Sie hier machen, in welcher Form, mit welchen Mitteln und Kosten es auch geschieht, einen Orden geben. (Heiterkeit.) Ich halte es nicht für wünschenswerth, daß man diese Gewerkschaftsvereine für die arbeitende Landbevölkerung als Regel vorschreibt. Solche aus Landarbeitern hervorgehende Organisationen werden vielleicht in Ländern möglich sein, die noch wenig entwickelt sind, wie in Galizien und Schlesien. Aber überall, wo Sie ein Industrieproletariat haben, werden Sie diese Landarbeiterorganisationen nur im Anschlusse an die bestehenden Organisationen des Industrieproletariats gründen können, da die Landarbeiter zu gewissen Zeiten des Jahres auch Industriearbeiter sind. Der Antrag der Bezirksorganisation Falkenau verlangt, daß die Kassiere der Fachvereine, Bildungs- und Gewerkschaftsvereine zu beauftragen sind, einen Kreuzer Parteisteuer einzukassieren, sowie freiwillige Beiträge entgegenzunehmen und mit dem Lokalorganisationskassier monatlich abzurechnen. Ich gratulire dem Genossen, wenn dies in seinem Bezirke möglich ist. Wir in Wien würden dies in dieser Form und auf Grund eines solchen Beschlusses weder machen können noch machen wollen, weil wir uns sehr wohl hüten würden, die Organe unserer Gewerkschaften zugleich zu Organen der politischen Organisation zu machen. Der Referent erklärt sich des Weiteren gegen den Antrag, indem er dabei auf die Auflösung der Eisenbahnerorganisationen hinweist, und ersucht diesen Antrag als unpraktisch, zu Mißdeutungen von Seite der Behörden Anlaß gebend, abzulehnen.

Der Antrag Krapka-Czech verlangt, daß der Frauenfrage eine größere Aufmerksamkeit zugewendet werden soll. Es wird sich wohl Niemand finden, der etwas dagegen einzuwenden hat. Der Antrag 21 erscheint überflüssig, weil er bereits im Punkt VII, „Vereinswesen", des alten Organisationsstatuts enthalten ist.

Ich möchte noch feststellen, daß die Organisation, wie sie Ihnen die Parteivertretung hier vorschlägt, und wie sie zum Theil in den Anträgen hier vorliegt, bereits von den tschechischen Genossen für sich durchgeführt wurde, und daß, soweit wir Kenntniß haben, die tschechischen Genossen damit ganz zufrieden sind.

Ich komme nun zu jener Gruppe von Aenderungen, die sich darauf beziehen, daß die nationalen Organisationen zu einander in ein festeres Verhältniß treten müssen. Wir haben auf dem Prager Parteitag Beschlüsse gefaßt, die weder föderalistisch noch zentralistisch waren, sie waren einfach praktisch, sie waren gemacht zum Zwecke der Durchführung unserer Ansichten auf Grund unserer Bedürfnisse.

Wir haben damals der Partei eine Gesammtexekutive gegeben. Die Parteivertretung hat durch viele Jahre funktioniren und das ganze Gebiet der Organisation vollständig übersehen können, so lange dieses Gebiet ein verhältnißmäßig kleines war. In dem Maße aber, als sich die tschechische und galizische Organisation entwickelt hat, war es aus rein praktischen Gründen nothwendig, daß sich

diese Organisationen eine selbstständige Exekutive gegeben haben. Das war kein Konzession an dieselben, sondern ist aus den Thatsachen hervorgegangen, und ich hoffe, daß auch die italienischen und die slovenischen Genossen in Kurzem zu einer selbstständigen Organisation kommen werden.

Je mehr es aber nothwendig war, jedem einzelnen Theile volle Selbstständigkeit zu geben, umso nothwendiger war es auf der anderen Seite, die Einheitlichkeit trotz dieser Autonomie aufrecht zu erhalten. Demgemäß wurden auf dem Prager Parteitage zwei veränderte Institutionen geschaffen: erstens eine obligate Vertretung aller Nationen in der in Wien befindlichen Parteivertretung und zweitens eine Gesammtparteivertretung, welche die Zusammenfassung aller einzelnen Exekutivkomités darstellt und bei wichtigen Entscheidungen vollständig einzuberufen ist. Dieselbe hat sich besonders bei den Wahlen durchaus bewährt, und es hat sich nirgends ein Separatismus bemerkbar gemacht. Nun haben die tschechischen Genossen auch in der Konferenz ihrer Vertrauensmänner in Brünn beschlossen, einen Schritt weiterzugehen und zu beantragen, daß zu dem Institute der Gesammtparteivertretung oder der Reichsparteivertretung, wie sie es nennen, ein Gesammtparteitag hinzuzufügen wäre. Dies war durchaus nichts Neues, wir sind auch heute auf einem Reichsparteitage. Die tschechischen Genossen wünschen aber, daß jene Parteitage, auf welchen alle Organisationen der verschiedenen Nationen vertreten sind, nicht mit jenen Angelegenheiten belästigt werden, welche nur die einzelnen Organisationen angehen. Ich muß sagen, daß dem ein sehr vernünftiger Gedanke zu Grunde liegt. Sie Alle wissen, wie viel Zeit durch die Behandlung der Angelegenheiten, die nur einzelne Organisationen betreffen, auf dem Parteitage in Anspruch genommen wird, und daß darüber Genossen entscheiden sollen, welche die Dinge aus eigener Anschauung gar nicht kennen. Auf dem kommenden Reichsparteitage sollen nun ausschließlich Fragen von allgemeinem Interesse behandelt werden, insbesondere prinzipielle Fragen des Programms und der Taktik, während die anderen Angelegenheiten auf den sonstigen Parteitagen ausgemacht werden sollen.

Wir haben diesen Anträgen Rechnung getragen, indem wir ein neues Kapitel in die Organisation eingefügt und vorschlagen, es soll außer den gewöhnlichen Parteitagen alle zwei Jahre ein Gesammtparteitag zusammentreten. Eine Schwierigkeit macht hier die Zahl der verschiedenen Vertreter. Wir stehen durchaus nicht auf dem Standpunkt, daß einzelne Organisationen die anderen majorisiren sollen, und wir haben es auch nicht nothwendig, etwa einen kleinlichen Schlüssel ausfindig zu machen, um nach der Wichtigkeit der verschiedenen Organisationen jeder so und so viele Vertreter zuzuweisen. Die tschechischen Genossen und wir sind der Ansicht, wenn die Vertretung am Parteitag nach Wahlkreisen stattfindet, daß jeder Wahlkreis eine bestimmte Anzahl von Vertretern zu schicken das Recht haben soll. Damit wir aber auch den Anforderungen, die uns die sprachlichen Verschiedenheiten in Oesterreich nun einmal auferlegen, Rechnung tragen, wollen wir den nationalen Minoritäten, soweit sie organisirt sind, in den einzelnen Wahlkreisen eine besondere Vertretung einräumen. Nun haben die tschechischen Genossen gemeint, es solle jeder Wahlkreis das Recht haben, zwei Delegirte zu senden und daß hiebei auf die nationalen Minoritäten Rücksicht zu nehmen sei, wenn dieselben wenigstens ein Viertel der Bevölkerung des Wahlkreises ausmachen. Wir sind davon abgekommen, weil wir uns nicht auf eine Untersuchung der Grundlage der Volkszählung einlassen wollen. Wir glauben, daß jede nationale Minorität, wenn sie die Möglichkeit hat, auf den Parteitag zu kommen, zu demselben kommen soll. Denn bei uns werden wichtige Fragen nicht durch Majorisirung entschieden. Uebrigens hat jede einzelne Organisation Majoritäts- und Minoritätsbezirke, das gleicht sich also aus. Wir meinen also, es soll jede Nation das gleiche Recht zur Beschickung haben.

Nun muß ich, und das ist vielleicht das Wichtigste, Ihnen sagen, warum wir die Grundlage, welche wir für die Beschickung des Gesammtparteitages nämlich die Wahlkreisorganisation, angenommen haben, nicht auch für die gewöhnlichen Parteitage angenommen haben. Wir haben dies darum nicht gethan weil wir den lokal organisirten Genossen das Recht geben wollen, so viel Vertreter zu schicken, als sie wollen und können. Wir können zum Beispiel den Wahl

kreis Reichenberg oder einen Wiener Wahlkreis, wo Tausende und Hunderttausende von Genossen sind, nicht so einschränken, daß er sich nur ebenso vertreten lassen darf wie ein Wahlkreis, wo nur etwa der zehnte Theil von Genossen vorhanden ist.

Eine Aenderung — das gilt für die beiden Arten von Parteitagen — soll nur dahin gemacht werden, daß die sozialdemokratischen Abgeordneten auf den Parteitagen Sitz und Stimme haben sollen, und es liegt sogar ein Antrag vor, wonach sie verpflichtet werden sollen, zu erscheinen. Damit ist eine Aenderung in der Zusammensetzung der Parteivertretung nicht durchgeführt. Wir wünschen, daß das heutige Verhältniß in der Parteivertretung aufrecht bleibe, da es sich vielfach bewährt hat. Ich würde mich sehr freuen, wenn wir die Zustimmung des Parteitages für unsere Vorschläge finden würden.

Vorsitzender Gen. Popp theilt mit, daß weitere Anträge zu diesem Punkt eingelangt sind.

Antrag Köhler:

„An Stelle der jetzt bestehenden Kreisorganisation hat eine Wahlkreisorganisation zu treten mit politischen Wahlvereinen zum Behufe leichterer politischer Bearbeitung."

Antrag Ranziglio:

„Der Parteitag hat ein dreigliedriges Komité zu wählen, das die Agrarfrage, respektive die Lage der ländlichen Arbeiter praktisch zu studiren hat, um im Punkte „Organisation und Agitation" Anhaltspunkte zu schaffen."

1. Antrag Behr (Saaz):

Punkt IV. Statt: „Die Delegirten zum Parteitag werden durch die Parteigenossen eines jeden Ortes, beziehungsweise Bezirkes bestimmt", ist zu setzen:

„Die Delegirten zum Parteitag werden durch die Parteigenossen der Bezirke bestimmt, doch kann jeder Bezirk nur einen Delegirten entsenden."

1. Antrag Schiller (Kreisorganisation Reichenberg):

„Das Gebiet Trautenau-Hohenelbe ist in die Reichenberger Kreisorganisation einzureihen und, wenn möglich, eine geeignete Kraft dort anzustellen."

2. Antrag Schiller (Kreisorganisation Reichenberg):

„Nachdem die jetzige Kreiseintheilung noch jung ist und mit aller Kraft dahin gearbeitet werden muß, daß das heutige Kuriewesen fällt und das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht eingeführt wird, beschließt der Parteitag:

„Die Organisation nach Wahlkreisen der fünften Kurie ist nicht einzuführen, und die bestehende Kreisorganisation, respektive Landesorganisation ist weiter zu belassen."

1. Antrag Feigl (Wien):

Der Absatz 3 des Punktes V (Parteivertretung) soll anstatt wie jetzt: „Der Parteitag bestimmt den Sitz des engeren Ausschusses, an welchem seine Mitglieder und zwei Mitglieder der Kontrole wohnhaft sein müssen", heißen:

„Der Parteitag bestimmt den Sitz des engeren Ausschusses, an welchem seine Mitglieder und zwei Mitglieder der Kontrole, welch letztere von Parteitag zu Parteitag stets neu zu wählen sind, wohnhaft sein müssen."

1. Antrag Müller (Graz):

„Die Landesorganisation ist mit dem Einverständnisse der Wahlkreisorganisationen des betreffenden Kronlandes berechtigt, behufs Aufbringung der nothwendigen Geldmittel Blocks zur Ausgabe gelangen zu lassen.

An dieser Einnahme haben in erster Linie Anspruch in nicht festzusetzendem Perzentsatze a) die Wahlkreisorganisation, b) die betreffende Landesorganisation, c) als Parteisteuer die Parteivertretung."

2. Antrag Müller (Graz):

„Die Parteiorganisationen haben dafür zu sorgen, rechtskundige Personen aufzustellen, welche nicht allein an Parteigenossen, sondern auch an solche Personen in Bezug auf Rechtsfragen unentgeltliche Auskünfte ertheilen, welche eventuell noch keiner Organisation angehören, wenn der Rechtsbruch ein eklatanter ist."

Antrag Cech-Elbersch (Brünn):

„Arbeiterblätter dürfen nur über Zustimmung des Parteitages gegründet werden."

diese Organisationen eine selbstständige Exekutive gegeben haben. Das war keine Konzession an dieselben, sondern ist aus den Thatsachen hervorgegangen, und ich hoffe, daß auch die italienischen und die slovenischen Genossen in Kurzem zu einer selbstständigen Organisation kommen werden.

Je mehr es aber nothwendig war, jedem einzelnen Theile volle Selbstständigkeit zu geben, umso nothwendiger war es auf der anderen Seite, die Einheitlichkeit trotz dieser Autonomie aufrecht zu erhalten. Demgemäß wurden auf dem Prager Parteitage zwei veränderte Institutionen geschaffen: erstens eine obligate Vertretung aller Nationen in der in Wien befindlichen Parteivertretung und zweitens eine Gesammtparteivertretung, welche die Zusammenfassung aller einzelnen Exekutivkomités darstellt und bei wichtigen Entscheidungen vollständig einzuberufen ist. Dieselbe hat sich besonders bei den Wahlen durchaus bewährt, und es hat sich nirgends ein Separatismus bemerkbar gemacht. Nun haben die tschechischen Genossen auch in der Konferenz ihrer Vertrauensmänner in Brünn beschlossen, einen Schritt weiterzugehen und zu beantragen, daß zu dem Institute der Gesammtparteivertretung oder der Reichsparteivertretung, wie sie es nennen, ein Gesammtparteitag hinzuzufügen wäre. Dies war durchaus nichts Neues, wir sind auch heute auf einem Reichsparteitage. Die tschechischen Genossen wünschen aber, daß jene Parteitage, auf welchen alle Organisationen der verschiedenen Nationen vertreten sind, nicht mit jenen Angelegenheiten belästigt werden, welche nur die einzelnen Organisationen angehen. Ich muß sagen, daß dem ein sehr vernünftiger Gedanke zu Grunde liegt. Sie Alle wissen, wie viel Zeit durch die Behandlung der Angelegenheiten, die nur einzelne Organisationen betreffen, auf dem Parteitage in Anspruch genommen wird, und daß darüber Genossen entscheiden sollen, welche die Dinge aus eigener Anschauung gar nicht kennen. Auf dem kommenden Reichsparteitage sollen nun ausschließlich Fragen von allgemeinem Interesse behandelt werden, insbesondere prinzipielle Fragen des Programms und der Taktik, während die anderen Angelegenheiten auf den sonstigen Parteitagen ausgemacht werden sollen.

Wir haben diesen Anträgen Rechnung getragen, indem wir ein neues Kapitel in die Organisation eingefügt und vorschlagen, es soll außer den gewöhnlichen Parteitagen alle zwei Jahre ein Gesammtparteitag zusammentreten. Eine Schwierigkeit macht hier die Zahl der verschiedenen Vertreter. Wir stehen durchaus nicht auf dem Standpunkt, daß einzelne Organisationen die anderen majorisiren sollen, und wir haben es auch nicht nothwendig, etwa einen kleinlichen Schlüssel ausfindig zu machen, um nach der Wichtigkeit der verschiedenen Organisationen jeder so und so viele Vertreter zuzuweisen. Die tschechischen Genossen und wir sind der Ansicht, wenn die Vertretung am Parteitag nach Wahlkreisen stattfindet, daß jeder Wahlkreis eine bestimmte Anzahl von Vertretern zu schicken das Recht haben soll. Damit wir aber auch den Anforderungen, die uns die sprachlichen Verschiedenheiten in Oesterreich nun einmal auferlegen, Rechnung tragen, wollen wir den nationalen Minoritäten, soweit sie organisirt sind, in den einzelnen Wahlkreisen eine besondere Vertretung einräumen. Nun haben die tschechischen Genossen gemeint, es solle jeder Wahlkreis das Recht haben, zwei Delegirte zu senden, und daß hiebei auf die nationalen Minoritäten Rücksicht zu nehmen sei, wenn dieselben wenigstens ein Viertel der Bevölkerung des Wahlkreises ausmachen. Wir sind davon abgekommen, weil wir uns nicht auf eine Untersuchung der Grundlage der Volkszählung einlassen wollen. Wir glauben, daß jede nationale Minorität, wenn sie die Möglichkeit hat, auf den Parteitag zu kommen, zu demselben kommen soll. Denn bei uns werden wichtige Fragen nicht durch Majorisirung entschieden. Uebrigens hat jede einzelne Organisation Majoritäts- und Minoritätsbezirke, das gleicht sich also aus. Wir meinen also, es soll jede Nation das gleiche Recht zur Beschickung haben.

Nun muß ich, und das ist vielleicht das Wichtigste, Ihnen sagen, warum wir die Grundlage, welche wir für die Beschickung des Gesammtparteitages, nämlich die Wahlkreisorganisation, angenommen haben, nicht auch für die gewöhnlichen Parteitage angenommen haben. Wir haben dies darum nicht gethan, weil wir den lokal organisirten Genossen das Recht geben wollen, so viel Vertreter zu schicken, als sie wollen und können. Wir können zum Beispiel den Wahl-

Antrag Hybes (Brünn):

„Die parlamentarische Taktik wird in der Zwischenzeit von einem Gesammtparteitage zum anderen durch den Verband der sozialdemokratischen Abgeordneten Oesterreichs im Einvernehmen mit den Exekutivausschüssen aller nationalen Organisationen bestimmt."

Endlich der Antrag Gleinsler (Innsbruck), welcher vom Punkte „Parlamentarische Thätigkeit" zurückgestellt wurde.

Gen. Dr. Adler: Ich habe vergessen, zu erwähnen, daß an unserem Parteitage zwei Mitglieder der radikalen ruthenischen Partei als Gäste theilnehmen, die von dem Zentralkomité dieser Partei delegirt worden sind. Es sind dies die Gen. Wittig und Dr. Jarosiewicz. Ich beantrage, daß diesen beiden Gästen in der Debatte über den Punkt „Organisation", sobald sie es wünschen, das Wort ertheilt werde.

Dieser Antrag wird einstimmig angenommen.

Reichsrathsabgeordneter Dr. Jarosiewicz: Im Auftrage der Parteileitung der ruthenischen radikalen Partei als Delegirte dieser Partei an diesem Parteitage als Gäste theilnehmend, begrüßen wir den Parteitag auf das Herzlichste und haben die Ehre, im Namen unserer Partei folgende Erklärung abzugeben:

„Erklärung.

Die radikalen Ruthenen stehen auf dem Boden der sozialdemokratischen Partei in ihrem Programm. (Beifall.) Die Organisation der radikalen Ruthenen ist derzeit eine selbstständige. Unser Agitationsgebiet ist die ruthenische Bauernschaft, die ganz besondere Verhältnisse und eine besondere Taktik nöthig macht. Darum wollen wir die Selbstständigkeit der Partei aufrechthalten. Wir wünschen aber mit der sozialdemokratischen Partei in engste Fühlung zu treten und werden immer bereit sein, in einzelnen praktischen Fällen mit der sozialdemokratischen Partei gemeinsam vorzugehen, mit der sozialdemokratischen Parteivertretung uns ins Einvernehmen zu setzen und den an uns gerichteten Wünschen nach Möglichkeit zu entsprechen." (Lebhafter Beifall.)

Reichsrathsabgeordneter Gen. Daszynski: Es hat sich in der Geschichte der Entwicklung unserer Partei zum ersten Male ereignet, daß auch unsere ruthenischen Brüder in unsere Reihen eingetreten sind und hier das Wort ergriffen haben. Wenn manche organisirte Arbeiter Oesterreichs es nicht leicht begreifen, warum die ruthenischen Radikalen, da sie doch unsere Organisationsform annahmen, unsere Taktik befolgen und auf dem Boden des sozialdemokratischen Programms stehen, sich nicht einfach Sozialdemokraten nennen, so müssen sie berücksichtigen, daß die ruthenischen Radikalen unter den schwierigsten Verhältnissen arbeiten. Sie haben nicht nur als Proletarier, als Vertreter der Bauernschaft mit ihren Ausbeutern zu kämpfen, sondern sie führen auch den härtesten nationalen Kampf, denn die Ausbeuterklasse in Ostgalizien sind die polnischen Schlachzizen. Das ruthenische Volk ist noch rückständig; es hat keine Industrie und keine städtischen Elemente, und es fehlt jede Anregung von den Zentren der Kultur. Sie sind daher auf die Arbeit auf dem Lande unter den Bauern angewiesen, von denen in manchen Bezirken 94 Perzent Analphabeten sind. Wenn Sie das bedenken, werden Sie nachsichtig sein und gestehen, daß wirklich ein großer Fortschritt dadurch gemacht wurde, daß durch diese Erklärung die Richtung für die Entwicklung der ruthenischen radikalen Partei gegeben wurde, so daß es jetzt nur eine Frage der Zeit ist, bis sich die ruthenischen Radikalen stark genug fühlen, all diesem kleinlichen Gezänke entgegentreten zu können, in derselben Weise, wie wir es in allen anderen Provinzen thun. Ich glaube, daß die große Debatte über die nationale Frage, die wir gestern und vorgestern geführt haben, für ihren Entschluß, diese Erklärung abzugeben, sehr fördernd war. Das ruthenische Volk sieht in uns nicht die Nationslosen, sondern die Partei, die alle Nationalitäten gleich achtet, und in deren Reihen, ohne Phrase, Raum ist für die Proletarier aller Länder. Deshalb erlauben Sie mir, daß ich im Namen vieler Parteigenossen hier die aufrichtigste Freude ausdrücke und die ruthenischen Abgesandten zu dem gemachten Schritte beglückwünsche. (Lebhafter Beifall.)

2. Antrag Behr (Saaz):

„Da der III. böhmische Wahlkreis nicht die geeigneten Kräfte besitzt, um sich selbstständig zu organisiren, so sind die dortigen Organisationen je nach ihrer Lage der Teplitzer oder der westböhmischen Kreisorganisation zuzutheilen, welche sich hierüber zu verständigen haben."

Antrag Chwala (Wien):

Punkt 2 des Theiles IV Parteitag soll statt: „Die Delegirten zum Parteitag werden durch die Parteigenossen eines jeden Ortes, beziehungsweise Bezirkes gewählt", bestimmt lauten:

„Jeder Ort, beziehungsweise Bezirk hat das Recht, einen Delegirten zu wählen."

Antrag Blaschek (Wien):

„Anträge sind vier Wochen vor dem Stattfinden des Parteitages an die Parteivertretung einzusenden und in dem Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei zu veröffentlichen. Die Vorschläge der Parteivertretung sind längstens acht Tage vor der Eröffnung des Parteitages im Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei bekannt zu geben."

Antrag Simon Stark (Falkenau):

„In Erwägung, daß durch die Wahlagitation neue Organisationen sich entwickeln, dieselben aber mit dem Wesen der Parteiorganisation nicht vertraut sind, sind geeignete Referenten (Agitatoren) von den Kreisvertretungen zu bestimmen, die sich in Versammlungen speziell mit der Gründung und dem Aufbau der Lokalorganisationen zu befassen haben. Die Tagesordnung hätte in diesen Versammlungen zu lauten: I. Die Nothwendigkeit der politischen und gewerkschaftlichen Organisation und Besprechung wegen Ausbauung und Gründung der Lokalorganisation."

Außer diesen Anträgen stehen folgende, bereits vorliegende Anträge zur Diskussion:

2. Antrag Feigl (Wien):

„Die Abgeordneten des sozialdemokratischen Verbandes sind verpflichtet, dem Parteitage anzuwohnen, und soll das Ausbleiben in jedem einzelnen Falle besonders entschuldigt werden."

Antrag Camber (Spalato):

„Beantrage in Anbetracht der für die sozialdemokratischen Ideen gegenwärtig äußerst günstigen Stimmung unter der ländlichen Bevölkerung Dalmatiens eine möglichst intensive Agitation durch der kroatischen und italienischen Sprache vollkommen mächtige Kräfte einzuleiten und auf die Dauer von sechs Monaten einen der beiden Sprachen vollkommen mächtigen Agitator (oder zwei Agitatoren) anzustellen."

Antrag Simon Stark (Falkenau):

„Es sind in jeder Organisation, als: Fachvereine, Bildungs- und Gewerkschaftsvereine u. s. w., die Kassiere zu beauftragen, außer den gewöhnlichen Monatsbeiträgen 1 Kreuzer Parteisteuer einzukassiren, freiwillige Beiträge entgegenzunehmen und mit dem Lokalorganisationskassier monatlich abzurechnen."

Antrag Carlo Ucekar und Genossen (Triest):

„Die Parteivertretung wird vom Parteitage beauftragt, die italienischen Organisationen in ihrer Bestrebung, einen unabhängigen Sekretär für sämmtliche italienischen Organisationen Oesterreichs anzustellen, thatkräftig zu fördern, nöthigenfalls für eine gewisse Zeit dieses Bestreben auch materiell zu unterstützen."

Antrag Dr. Čech, Krapka (Brünn):

„Der Parteitag erklärt, es sei nothwendig, daß die Parteigenossen allerorten der Frauenfrage eine rege Aufmerksamkeit zuwenden und unter den Frauen eine rege Agitation entfalten."

Antrag Krapka und Genossen (Brünn):

„Der Parteitag soll auch durch Delegirte der Frauenorganisationen beschickt werden, und zwar wenigstens in der Weise, daß eine jede Frauenorganisation der einzelnen Nationen je durch zwei Genossinnen vertreten wird."

theoretischen Fragen ausgenommen — nur ein deutscher Parteitag; unsere Betheiligung ist eine mehr theoretische als praktische, und auch die anderen Nationen, Polen, Ruthenen, Italiener, Slovenen, sind nur durch Delegationen vertreten.

Wir Tschechen freuen uns, daß die für uns wichtige Frage des Verhältnisses zwischen Nationalismus und Internationalismus richtig und natürlich aufgefaßt und ausgelegt und mit den thatsächlichen Verhältnissen in Einklang gebracht wurde. Wir haben da wieder einen Schritt vorwärts gemacht. Jedes Volk — das ist eine Thatsache, mit der gerechnet werden muß — ist ein geschlossenes Ganzes mit anderen Traditionen, anderer Geschichte, Kultur- und politischer Entwicklung. Die Sozialdemokratie darf sich dieser Thatsache nicht verschließen und hat darnach ihre Taktik und Organisation einzurichten. Wenn auch das Programm gemeinsam ist, die Organisation jeder Nation in Oesterreich muß selbstständig sein, und wo das noch nicht der Fall ist, wird es über kurz oder lang doch dahinkommen. Diese Selbstständigkeit fordern wir hauptsächlich aus dem Grunde, weil jede Nation selbst am besten wissen muß, was ihr paßt. Wir tschechischen Sozialdemokraten stehen am Anfang einer neuen, mächtigen Entwicklung. In Kürze gründen wir unser Tagblatt. (Beifall.) Unser Volk ist demokratisch, es ist revolutionär und sozialistisch angehaucht, und es sind alle Bedingungen für eine mächtige Sozialdemokratie gegeben; in kurzer Zeit dürften wir im tschechischen Volke eine dominirende Stellung einnehmen. Darum ist es aber auch nöthig, daß wir selbst unsere Taktik und Organisation bestimmen. Wenn wir auf dem von uns gestellten Antrag entschieden verharren, so ist es deshalb, weil wir von seiner Nothwendigkeit überzeugt sind, weil er der ganzen Sozialdemokratie nützen wird, für uns aber ein Lebensinteresse ist.

Gen. Dr. Chomed (Radautz): Bisher haben wir uns hauptsächlich der Organisation der industriellen Arbeiterschaft zugewendet, weil diese durch die wirthschaftlichen Verhältnisse am revolutionärsten ist. Wir dringen aber jetzt in die Kreise der landwirthschaftlichen Arbeiter und der Kleinhäusler. Es gibt keine Schichte der arbeitenden Bevölkerung in ganz Oesterreich, die so ausgesogen wird wie die landwirthschaftlichen Arbeiter. Diese Ausbeutung besorgen drei Faktore: die jüdischen Wucherer, die 18perzentigen Pfaffen und die Großgrundbesitzer. Die Wucherer sind in allen Dörfern verbreitet und machen ungeheuere Profite. Trotz des Bestandes des Wuchergesetzes finden wir doch, wenn wir die Kriminalstatistik in die Hand nehmen, wenige, die wegen Wucher verurtheilt werden. Unsere parlamentarischen Vertreter mögen daher die Regierung auf diese Zustände aufmerksam machen, damit sie ein Ende nehmen. Ich habe die 18perzentigen Pfaffen genannt, denn auch sie treiben Wucher. Sie nehmen „nur" 1½ Perzent, wie sie sagen, lassen sich aber für fl. 100 monatlich fl. 1·50 zahlen, das sind also achtzehn Perzent. Bezüglich der Ausbeutung der Arbeiter durch die Großgrundbesitzer bringt Redner ein Protokoll über einen derartigen Fall vor und gibt der Erwartung Ausdruck, daß die landwirthschaftliche Bevölkerung, wenn sie organisirt sein werde, solche Mißstände abschaffen werde. Er wünscht schließlich, daß entsprechend dem Antrag der Bukowinaer Organisation eine Agrarkommission gebildet werde.

Vorsitzender Gen. Popp theilt mit, daß noch 13 Redner eingetragen sind. Es wird Schluß der Rednerliste beantragt und angenommen.

Gen. Krapka (Brünn) befürwortet den Antrag Hybes. Der Antrag der Parteivertretung (VIII. Gesammtparteitag) erscheint nicht zweckmäßig, weil es da zu einer ungerechten Beschickung kommen würde. Es könnten dadurch sprachliche Minoritäten durch ebenso viele Delegirte vertreten sein, wie ein großer Bezirk. Redner begründet hierauf die von ihm eingebrachten, die Frauenfrage betreffenden Anträge. Wir werden, sagt Redner, auf jedem Parteitag darüber donnern, daß die Parteigenossen nichts für die Frauenorganisation thun. Es muß unter den Genossen mehr Verständniß und mehr Aufrichtigkeit über die Frauenfrage platzgreifen. Unser Programm sagt, daß die Befreiung des Proletariats nicht anders geschehen kann als durch die Befreiung der beiden Geschlechter. Da geht es durchaus nicht an, den größten Theil der Menschheit außer Acht zu lassen. Dieser Parteitag hat auf mich durchaus keinen günstigen Eindruck gemacht, weil keine einzige Genossin hieher delegirt wurde. Man verlangt von unseren Genossinnen,

daß sie in die Organisation eintreten, man bringt aber nicht die nöthigen Geldmittel auf, damit sie hier am Parteitage ihre Wünsche und Beschwerden vorbringen können. Wenn wir eine Frauenorganisation haben wollen, wenn wir darauf hinarbeiten wollen, daß einmal dieses große Proletariat, das jetzt auf dem Produktionsfeld auftritt und das dem männlichen Proletariat große Konkurrenz machen wird, stark werde, dann werden Sie meine Anträge annehmen und dafür Sorge tragen, daß zur Delegirung von Genossinnen auf den Parteitag die nöthigen Mittel beschafft werden. Wenn unsere Genossinnen ihre Wünsche und Beschwerden hier vortragen können, werden sie uns Rathschläge geben können, wie wir unter den Frauen zu agitiren haben und wie wir sie zu wirklichen Mitarbeitern und wirklichen Mitkämpfern unserer Bewegung machen können. (Beifall.)

Gen. Behr (Saaz) wendet sich gegen die vorgeschlagene Wahlkreisorganisation. Die Organisation nach Wahlkreisen hat bis jetzt nur dort stattgefunden, wo die Verhältnisse dafür günstig waren. Im Großen und Ganzen werden wir aber finden, daß die bisherigen Organisationszentren auch bei der Wahlbewegung Anlehnungspunkte für die Organisation und Agitation gewesen sind. Die Wahlkreisorganisation kann nur dort mit Vortheil ins Leben gerufen werden, wo auch die nöthigen Kräfte dafür vorhanden sind. Eine schwache Wahlkreisorganisation wird aber von einer benachbarten Organisation keine Unterstützung bekommen, weil ihr auch keine Mittel zufließen.

Der III. böhmische Wahlkreis hat den Antrag eingebracht, daß er als selbstständiger Wahlkreis anerkannt werden soll. In diesem Wahlkreis hat vor den Wahlen eine Organisation nicht bestanden, sie war nur im Podersamer Bezirke vorhanden. Die Genossen dieses Bezirkes haben vor ungefähr acht Tagen eine Konferenz abgehalten, in der sie erklärten, sich der Wahlkreisorganisation nicht anzuschließen, weil sie dadurch von der Teplitzer Organisation abgeschnitten würden, von der sie sich agitatorische Kräfte verschaffen können. Vielleicht wird es bis zu den nächsten Wahlen gelungen sein, diesen einzelnen Kreis selbstständig zu organisiren, aber bis heute gibt es Kreise, die selbst eine kräftige Organisation nicht haben, die umsoweniger ganze Kreisleitungen erhalten können. Bezüglich der Delegirung zum Parteitag wünscht Redner, daß jeder Bezirk nur einen Delegirten entsenden darf, wodurch einer Majorisirung vorgebeugt wäre. Er verlangt, daß auch die landwirthschaftlichen Arbeiter gewerkschaftlich organisirt werden.

Vorsitzender Gen. Popp theilt mit, daß aus dem Wahlkreise Tachau fünfzehn Zuschriften eingelangt sind, die den Antrag auf Erklärung dieses Kreises als selbstständige Wahlkreisorganisation unterstützen.

Gen. Scotti (Isola) gibt ein Bild der Entwicklung der italienischen Organisation. Unter den italienischen Genossen ist eine einheitliche Propaganda sehr schwierig. Während in Südtirol einige Maulhelden die irredentistische Idee ausnützen, um für die ökonomischen Interessen der Bourgeoisie daraus Kapital zu schlagen und für eine administrative Trennung Tirols im eigenen Interesse zu propagiren, haben wir auf der anderen Seite mit den Pfaffen zu kämpfen. Bei uns gibt es nur wenig industrielle Arbeiter. Die Bewegung hat nicht unter den Arbeitern ihren Anfang genommen, sondern unter dem intelligenten Theil der Bourgeoisie und ist erst von hier ins Volk gekommen. Die letzten Reichsrathswahlen haben sehr erfreuliche Erfolge der Agitation gezeigt. Die Sozialdemokraten haben es gegenüber 400 Stimmen der Liberalen und 3500 Stimmen der Klerikalen auf 2000 Stimmen gebracht. Die italienische Bourgeoisie ist durch die Slavenfluth bedroht und verfolgt unter dem Vorwande idealer Güter selbstsüchtige Interessen. Speziell durch die slovenischen Hetzpfaffen kam es hier in einigen Orten zu einem förmlichen Bürgerkrieg. In Südtirol werden wir k. k. Sozialisten genannt, im Küstenlande, behaupten die Gegner, besorgen wir wieder die Geschäfte der Slaven. Unter solchen Verhältnissen ist der Kampf ein schwieriger. Außerdem haben wir noch mit den wandernden Elementen, den Reichsitalienern, zu thun. Die Wiener Organisation möge auf diese Bewegung ihr Augenmerk richten. Unsere Arbeit unter den reichsitalienischen Genossen kann nur eine vorübergehende sein, es muß Sache der reichsitalienischen Genossen in ihrem Lande selbst sein, diesen schwierig zu organisirenden Theil der Arbeiter in eine Organisation zu bringen. Trotz allen diesen Umständen haben wir aber eine Organisation zu Stande gebracht. Wir haben

agitatorische Kräfte, aber die ganze Organisation ist ein Körper ohne Seele, ohne Zusammenhalt, und deshalb bitte ich Sie, unseren Antrag anzunehmen, der dahin geht, daß ein unabhängiges Sekretariat gegründet werde, welches ein einheitliches Vorgehen aller Italiener einleiten soll. Ich bitte ebenso um Annahme des Antrages Camber.

Gen. Skaret (Wien) beantragt:

Punkt IV. vorletzter Absatz soll lauten: „Gleichzeitig mit der Einberufung des Parteitages hat die Parteivertretung ihre zum Parteitage zu stellenden Vorschläge im Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei zu veröffentlichen. Alle Anträge der Organisationen hingegen sind vier Wochen vor dem Parteitag der Parteivertretung einzusenden und in gleicher Weise zu veröffentlichen."

Ein ähnlicher Antrag, der Antrag des Gen. Blaschek, welcher bereits eingebracht wurde, wird zurückgezogen.

Weiters wird beantragt:

„Mitglieder des sozialdemokratischen Verbandes dürfen der Parteikontrole nicht angehören."

Hierauf wird die Sitzung um 12 Uhr 40 Minuten geschlossen.

Nachmittagssitzung.

Beginn 2 Uhr 50 Minuten.

Vorsitzender Reichsrathsabgeordneter Gen. Hybes: Zum Worte gelangt in Fortsetzung der Debatte über den Punkt „Organisation"

Gen. Stark (Falkenau): Der Redner wendet sich gegen die Aeußerung des Gen. Dr. Adler, daß durch die Eifersüchteleien die Entwicklung der schwächeren Organisationen gehindert werden würde. Bezüglich der Einbringung der Parteisteuer wird überall mit einer gewissen Nachlässigkeit vorgegangen. Es sollte deshalb bestimmt werden, daß die organisirten Genossen verpflichtet sind, zum Mindesten monatlich einen Betrag zu Handen des Lokalkassiers abzuliefern. Redner begrüßt die Idee eines Reichsparteitages, wendet sich aber gegen den Vorschlag, daß jeder Wahlkreis das Recht haben soll, zwei Delegirte zu entsenden. Er spricht die Befürchtung aus, daß dann nur jene Genossen delegirt würden, die sich gewissermaßen als Beamte der Partei fühlen. Es muß auch den anderen Genossen die Gelegenheit gegeben werden, die Fachschule, das heißt den Parteitag, zu besuchen. Jede Organisation sollte das Recht haben, so viele Vertreter zu entsenden, als sie zu entsenden in der Lage ist. Wenn gesagt wird, es könnte dann ein Massenparteitag entstehen, so könnte dem dadurch abgeholfen werden, daß sich die Delegirten eines Bezirkes untereinander verständigen und in wichtigen Fragen sich auf einen Generalredner einigen. Schließlich unterstützt Redner den Antrag der Organisation Leoben und spricht den Wunsch aus, daß Genossen, welche der deutschen und tschechischen Sprache mächtig sind, das Gebiet von Dux, Brüx u. s. w. aufsuchen mögen. Es sei dort ein fruchtbares Feld zu bearbeiten.

Gen. Schelch (Leoben): Die Bezirksorganisation Leoben hat ihren Antrag eingebracht, weil wir bei den Reichsrathswahlen gesehen haben, daß die ländliche Arbeiterbevölkerung außerordentlich wenig in politischer Beziehung aufgeklärt ist. Die Leute haben sich vielfach mit der Anfrage an uns gewendet, wie sie stimmen sollen und nur durch die klerikale Agitation sind sie uns in vielen Orten abwendig gemacht worden. Es wird allerdings nicht leicht sein, die ländliche Bevölkerung zu organisiren. Nun muß man aber bedenken, daß in den Alpenländern zum größten Theile solche Bauern sind, deren Lage kaum eine bessere genannt werden kann, als jene der Proletarier. Man muß den Leuten sagen, wie es gekommen ist, daß sie in diese elenden Verhältnisse gerathen sind.

Redner spricht sich gegen die Schaffung einer Agrarkommission aus, und zwar mit Rücksicht auf die Verschiedenheit der Verhältnisse in den einzelnen Ländern. Das beste Mittel, die ländliche Bevölkerung aufzuklären und zu gewinnen, sei die Bildung von landwirthschaftlichen Lese- und Bildungsvereinen.

Gen. Petrich (Muggia) spricht italienisch. Er berichtet über die Entwicklung der Sozialdemokratie in Istrien und vor Allem in Muggia. Daselbst wurde die Propaganda für unsere Ideen im Jahre 1891 begonnen. Gleichzeitig

aber begann auch mit uns die Thätigkeit seitens der Polizei. Einer der Genossen wurde sofort zu drei Monaten Arrest verurtheilt. So ging es fort bis zum Jahre 1895. Zwei Monate Arrest und drei Monate Untersuchungshaft waren so ziemlich die Regel. Die Arbeiter waren damals ganz auf sich selbst angewiesen, sie hatten keine Belehrung oder moralische Unterstützung, und so ist es begreiflich, daß ihre Ideen über den Sozialismus damals noch sehr unklar waren. Die Verfolgungen wurden hauptsächlich durch die Gendarmerie betrieben. Es wurden in der Nacht die Wohnungen nach Broschüren, Zeitungen u. s. w. durchsucht, um die Kinder und Weiber einzuschüchtern und durch diese vielleicht auf die Arbeiter einzuwirken. Am 1. November 1895 gründeten die Arbeiter einen Leseverein auf sozialdemokratischer Grundlage, welchem 120 Mitglieder, darunter sehr viele jugendliche Arbeiter und Frauen, beigetreten sind. Als heuer die Wahlen in der fünften Kurie ausgeschrieben wurden, beschlossen die Arbeiter in Muggia, sich an denselben zu betheiligen, und es haben von den 1400 Wahlberechtigten 708 für den sozialdemokratischen Kandidaten gestimmt. Es wären noch viel mehr Stimmen auf ihn entfallen, es wurde jedoch die Wahl in ganz ungesetzlicher Weise um halb 12 Uhr abgebrochen und Niemand mehr zur Wahlurne zugelassen. Die Genossen haben während der Wahlperiode fl. 128 aufgebracht, welche sie für die Wahlagitation verwendeten. Wenn die Wahl eine direkte gewesen wäre, wären weit mehr Stimmen auf den sozialdemokratischen Kandidaten entfallen.

Die Presse wird durch den „Lavoratore" vertreten, welcher in Triest erscheint. Der Aufschwung, den das Blatt nimmt, ist ein merklicher.

Interessant war der Streik, welcher zu Ostern in Muggia durchgeführt wurde. Derselbe hat 21 Tage gedauert, und haben 2500 Arbeiter daran theilgenommen. Die Genossen haben den Sieg davongetragen. Seit dieser Zeit hat die Bewegung an Intensität zugenommen und sich auch über andere Orte verbreitet. Die Genossen beabsichtigen einen Gewerkschaftsverein zu gründen. Der Redner verweist darauf, daß es in Istrien noch sehr viele Orte gibt, wo die sozialdemokratische Idee noch völlig unbekannt ist, daß aber eine große Anzahl von Matrosen, Heizern, Fischern u. s. w. für die sozialdemokratische Idee gewonnen werden könnte, wenn eine Agitation entfaltet würde. Er stellt daher den Antrag:

„Nachdem die Organisation in Istrien großen Schwierigkeiten begegnet, und zwar in Folge der topographischen Lage, da die Agitation von Muggia bis Pola und von Lussin bis Abazzia sich zu erstrecken hätte, weiters in Folge des Mangels an Kommunikation wie auch in Folge des Mangels an entsprechenden Kräften, ist ein italienischer Genosse mit dem Sitze in Triest unabhängig zu stellen, welcher die Agitation und Organisirung der italienischen Sozialdemokratie in ganz Oesterreich durchzuführen hat."

Gen. Ranziglio (Klosterneuburg) hebt die Schwierigkeiten hervor, die sich den Provinzgenossen bei der Agitation unter der bäuerlichen Bevölkerung entgegenstellen, da es den kleinen Organisationen an geeigneten Kräften mangle. Das Bedürfniß nach einem Agrarprogramm macht sich immer mehr geltend und habe Redner auch einen diesbezüglichen Antrag gestellt, um dessen Annahme er bitte. Redner unterstützt den Antrag der Bezirksorganisation Mähr.-Schönberg, da die Organisationen nicht in der Lage sind, die hohen Kosten der Delegirung jedes Jahr aufzubringen.

Gen. Prähauser (Salzburg): Es macht auf mich den Eindruck, daß der Unterschied zwischen Gewerkschaftsorganisation und Parteiorganisation und zwischen Lokalorganisation und Parteivertretung nicht beachtet wird. Bezüglich des Antrages 17 glaube ich, daß der Rechtsschutz Sache der Gewerkschaftskommission ist. Ebenso wäre der Antrag 19 der Gewerkschaftskommission zur Berathung und Behandlung zuzuweisen.

Die Frage der Organisirung der landwirthschaftlichen Arbeiter haben wir in Salzburg bereits entschieden, ohne zu warten, bis sich der Parteitag mit der Sache beschäftigt, da wir überzeugt sind, daß eine einheitliche Regelung dieser Frage nicht möglich ist.

Mit dem Antrag Stark, betreffend die Parteisteuer, erklärt sich Redner nicht einverstanden. Auf jedem Parteitage werden diesbezügliche Beschlüsse

gefaßt, aber dann nicht durchgeführt. Jedenfalls müsse die Gewerkschaft von der Politik verschont bleiben.

Schließlich bittet Redner die Anträge 17, 24, 25, 26, 26a abzulehnen.

Gen. Gleinsler (Innsbruck) hält die Gründung von Gewerkschaftsvereinen auf dem Lande für nicht angezeigt; mit den Wahlvereinen könnte mehr erreicht werden. Er unterstützt den Antrag, den Reichsparteitag alle zwei Jahre abzuhalten, während alljährlich Nationalparteitage stattfinden sollen, da bei diesen viel besser gearbeitet werden könnte. Bezüglich des Antrages 26 bedauert Redner, daß die Agitationstouren nicht so arrangirt werden, daß alle Orte von derselben berührt werden. Der Antrag, den Redner eingebracht hat, daß mindestens drei Mitglieder der parlamentarischen Fraktion in der Parteileitung zu sitzen haben, wurde im Auftrage der Organisation von Tirol und Vorarlberg gestellt. Man wollte ursprünglich beantragen, es solle die parlamentarische Fraktion die Parteileitung bilden, ging aber davon ab, da nicht alle Länder in der Fraktion vertreten sind. Redner spricht sich gegen den Antrag 26b aus. Gegen den Antrag, betreffend die Beschickung des Parteitages durch Genossinnen, hat Redner nichts einzuwenden, er bezweifelt aber, ob die Frauenorganisation jeder Nation in der Lage sein wird, durch zwei Genossinnen vertreten zu sein. Er schließt sich auch den Klagen über die Zentralisation der Kräfte in Wien an.

Gen. Polke (Freiwaldau) stellt und begründet folgenden Antrag:

„Die Bezirksorganisation Freiwaldau (Schlesien) wird wegen gänzlichen Mangels an Kräften und Mitteln nach Möglichkeit mit Referenten unterstützt, damit der Ausbau der dortigen Organisation ermöglicht werde."

Redner befürwortet den Antrag der Organisation Mährisch-Schönberg und wünscht bezüglich des Antrages 26d, daß endlich einmal die Beschlüsse hinsichtlich der Frauenfrage von den Parteigenossen mit mehr Ernst behandelt werden, denn die Frauen seien besonders bei Streiks und bei den Wahlen unentbehrlich.

Gen. Spann (XIII, Wien) bemerkt, daß dieselben Zustände, die vom Vorredner bezüglich Schlesiens bemängelt werden, auch in einigen Bezirken Wiens bestehen und es schwer sei, Referenten zu erhalten.

Vorsitzender Gen. Popp macht darauf aufmerksam, daß diese Angelegenheit vor den niederösterreichischen Landesausschuß, nicht aber vor den Parteitag gehöre.

Gen. Dr. Morgenstern (Mährisch-Schönberg): Durch die von der Parteivertretung beantragten nationalen Parteitage und Gesammtparteitage werden den Provinzgenossen schwere Opfer auferlegt. Ich stelle daher den Antrag zu Punkt IV: Der erste Satz habe zu lauten:

„Parteitage der einzelnen Nationen, sowie Gesammtparteitage finden regelmäßig in alternirender Weise in jedem Jahre statt."

Auf diese Weise dürfte es auch gelingen, die Verhandlungen zusammenzudrängen, so daß es nicht nothwendig sein wird, daß wir acht Tage berathen. Wenn den Provinzgenossen noch größere Lasten als bisher aufgebürdet würden, könnte der Parteitag im nächsten Jahre sehr schwach besucht werden.

Der Punkt V ist unklar gefaßt. Ich beantrage daher, daß es hier statt Parteitag heißt:

„Der Gesammtparteitag wählt eine aus 16 Personen bestehende Parteivertretung . . ."

Auch über die Stärke der beantragten Exekutivkomités fehlt jede Richtschnur. Deshalb beantrage ich zu Punkt IX:

„Die Anzahl der Mitglieder des Exekutivkomités wird von dem nationalen Parteitage im gegenseitigen Einvernehmen bestimmt."

Bezüglich der Parteisteuer leiden wir an dem Blocksystem. Es ist nothwendig, daß den Wahlkreisvertretungen, respektive den Lokal- und Bezirksorganisationen größere Mittel zur Verfügung gestellt werden und nicht immer ein verzentueller Antheil an die Partei abgeführt werde. Wenn die Organisationen etwas übrig haben, werden sie an die Reichskasse nicht vergessen. Die Landes- und Reichsorganisationen sollten überhaupt auf diese lächerliche Lappalie verzichten und den Bezirks- und Lokalorganisationen die Möglichkeit geben, ihre finanziellen Verhältnisse zu rangiren.

Gen. Uckar (Triest) unterstützt wärmstens den Antrag der italienischen Delegation auf Errichtung eines Sekretariats. Er konstatirt das Anwachsen der sozialdemokratischen Bewegung in Triest und verweist diesbezüglich auf die Erfolge der letzten Reichsrathswahlen, bei denen 4464 Stimmen für den sozialistischen Kandidaten abgegeben wurden. Die neue Organisation bedürfe aber dringend einer moralischen und materiellen Unterstützung.

Gen. Schiller (Reichenberg) spricht sich gegen eine Aenderung der gegenwärtigen Organisation aus. Die jetzt bestehenden Kreisorganisationen bestehen noch nicht lange, so daß man deren Wirken noch nicht überblicken konnte. Redner tritt für den Antrag Dr. Čech ein, welcher dahin lautet, die Organisation der Frauen mit allen Mitteln anzustreben. Im Antrage Krapka wird von Nationen gesprochen. Das nationale Moment sollte man aber aus dem Spiele lassen; es wird überhaupt diesmal zu viel von Nationen gesprochen. Wir sind eine internationale Partei, und wir sollen den Nationalitätenhader nicht aufkommen lassen. Redner unterstützt noch den Antrag Behr, daß jede Organisation nur einen Delegirten zum Parteitage entsenden darf, spricht sich aber gegen den Antrag der Organisation Brünn aus, daß die Organisation nach Gerichtsbezirken eingerichtet werden soll.

Gen. Rousar (Prag) spricht tschechisch. Er führt aus, daß der Antrag der tschechischen Genossen aus der Natur der Organisation entsprungen sei. Die Genossen finden, daß die gegenwärtige Art der Beschickung der Parteitage nicht entsprechend sei, und sie könnten die deutschen Genossen sehr leicht dadurch überzeugen, indem auch sie alle Kleinigkeiten, die sie zu erledigen haben, auf diese Parteitage bringen und hier behandeln lassen. Die tschechischen Genossen sind überzeugt, daß auch die anderen nichtdeutschen Genossen derselben Ansicht sind, und sie bitten, ihren Antrag als einen ganz sachlichen anzusehen und nicht als Ausfluß des Chauvinismus zu betrachten. Schließlich ersucht Redner, daß mit dem Antrag nicht so verfahren werde, wie mit jenem der tschechischen Genossen auf dem Gewerkschaftskongreß, der in einem Winkel abgenurkst wurde. (Heiterkeit.)

Gen. Nemec (Wien): Endlich haben wir einen Parteitag, auf welchem die nationale Frage und die nationalen Unterschiede einer eingehenden Würdigung unterzogen worden sind. Man hat gefunden, daß der bisherige Vorgang nicht ganz richtig war. Wir haben im vorigen Jahre einen Antrag eingebracht, welcher auch angenommen worden ist und welcher lautet:

„Die politische Leitung der Gesammtpartei obliegt der Gesammtvertretung der Sozialdemokratie in Oesterreich, die sich aus den Vertretungen oder Exekutivkomités der deutschen, tschechischen, polnischen, italienischen und südslavischen Organisationen zusammensetzt und in der die italienischen und südslavischen Genossen entsprechend vertreten sind. Die Gesammtvertretung der Sozialdemokratie in Oesterreich tritt zu gemeinsamen Berathungen behufs Regelung der den Organisationen gemeinsamen Angelegenheiten nach Erforderniß zusammen."

Wir haben schon am Prager Parteitag erklärt, daß wir Niemand in die Parteivertretung wählen, weil wir diesen Antrag so aufgefaßt haben, daß der österreichische Parteitag nicht mehr in der Weise einzuberufen ist wie bis jetzt, sondern daß jede nationale Gruppe ihre eigenen Parteitage einberuft, sich ihr Exekutivkomité wählt, und daß diese Exekutivkomités die Gesammtparteivertretung der österreichischen Sozialdemokratie bilden. Nun ist die Sache anders gekommen. Man hat gesagt, wir wollen eine österreichische Parteivertretung haben, in welcher die verschiedenen Nationalitäten vertreten sind, und außerdem eine gesammtösterreichische Parteivertretung. Am Parteitag zu Prag wurde denn auch beschlossen: „Parteitage finden regelmäßig in jedem Jahre statt." Dann weiter: „Der Parteitag wählt eine aus 16 Personen bestehende Parteivertretung." Die Parteivertretung, wie sie heute zusammengesetzt ist, ist aber nicht im Stande, alles das zu machen, was die einzelnen nationalen Organisationen brauchen. Es soll also die heutige Organisation geändert werden. Sie können unmöglich österreichische Parteitage, auf welchen alle Nationalitäten vertreten sind, einberufen, und nebstbei noch Gesammtparteitage, wo wieder alle Genossen vertreten sind. Sie werden finden, daß, wenn auf einem gesammtösterreichischen Parteitage nur Fragen der Taktik und des Programms behandelt werden, wir mit zwei oder drei Tagen das Auslangen finden werden, und Sie werden auch finden, daß dies der geeinigten

Partei besser entsprechen wird. Wenn die anderen Parteien sich ebenfalls entwickelt haben werden, werden sie mit denselben Forderungen kommen und sich nicht damit abthun lassen, daß man ihnen sagt, die deutschen Genossen haben die Leitung, und die anderen sollen arbeiten. Es geht auch nicht an, zu sagen, die deutschen Genossen sind verpflichtet, alle nationalen Organisationen zu organisiren. Das müssen sich die nationalen Organisationen selbst besorgen, und demgemäß müssen sie auch in der Gesammtleitung der Partei eine entsprechende Vertretung finden. Es muß damit einmal gebrochen werden, daß die Parteitage der deutschen Genossen zugleich Gesammtparteitage der österreichischen Sozialdemokratie sind.

Wenn Sie fragen, wie es möglich ist, daß diese nationalen Exekutivkomités stets miteinander in Fühlung sein sollen, so ist die Antwort sehr leicht gegeben. Jede nationale Gruppe wählt sich ein Exekutivkomité, von welchem stets ein oder zwei Mitglieder in Wien wohnen müssen, welche die ständige Fühlung mit den anderen Exekutivkomités aufrecht zu halten haben. Hiefür ist auch durch die Bestimmung vorgesorgt, daß in jedem Vierteljahr eine Sitzung des Gesammtexekutivkomités stattfinden soll. Ich bitte Sie, alle diese Erwägungen zu beachten.

Die einzig richtige Lösung dieser schwierigen Frage wird die sein: keine gemeinsame österreichische sozialdemokratische Partei, sondern eine geeinigte Partei der österreichischen Sozialdemokratie, welche aus den verschiedenen Nationalitäten zusammengesetzt ist. (Beifall.)

Gen. Palka (Wr.-Neustadt) glaubt, wenn die Wahlkreisorganisation zur Durchführung gelangen sollte, so müßten zuvor die nöthigen Mittel aufgebracht werden, um unabhängige Agitatoren zu bestellen, sonst würde diese Organisation nur abträglich sein. Von den Genossen in Wr.-Neustadt sei er beauftragt, sich dahin auszusprechen, daß nicht alljährlich ein Parteitag abgehalten werden solle, da die Provinzorganisationen nicht in der Lage seien, die Kosten hiefür aufzubringen. Es sollte die alte Bestimmung wieder hergestellt werden, wonach nur in jedem zweiten Jahre ein Parteitag stattfinden soll. Es könnte ja in dem einen Jahre der gewöhnliche Parteitag und im zweiten Jahre der gesammte Parteitag für alle Nationen Oesterreichs abgehalten werden. Schließlich tritt Redner für die Ausgabe kleinerer Blocks ein, um die Abfuhr des gesammelten Geldes rascher bewerkstelligen zu können. Den Antrag Camber betrachtet er als unannehmbar, da die Partei jene Mittel, welche ihr zur Verfügung stehen, für wichtigere Aufgaben benöthige.

Gen. Hoffmann (Inzersdorf) bemerkt, daß durch die Einführung der Wahlkreisorganisation die bestehende Organisation der Ziegelarbeiter außerordentlich geschädigt würde. Es muß überhaupt gesagt werden, daß die Organisation der Ziegelarbeiter eine außerordentlich schwierige Arbeit ist, da es in Wien außerordentlich schwer ist, tschechische Referenten zu bekommen. Er spricht sich daher gegen die Einführung der Wahlkreisorganisation aus und schlägt vor, daß jeder Wahlkreis seine Organisation so einrichten möge, wie es seinen Verhältnissen entsprechend sei. Weiters tritt Redner für eine intensivere Agitation unter der Bauernschaft ein und wünscht, daß auch der Frauenorganisation eine größere Aufmerksamkeit zugewendet werde. Es sei bedauerlich, daß es nicht möglich sei, die in Wien bestehenden Arbeiterinnenvereine lebensfähig zu erhalten.

Gen. Hirsch (Atzgersdorf) schließt sich den Ausführungen des Vorredners an und spricht sich besonders gegen die Organisation nach Wahlkreisen aus; so habe namentlich der Ort, den Redner vertritt, mit dem Wahlkreishauptorte St. Pölten gar keine Verbindung.

Gen. Grablovic (Köflach) tritt für die Organisation nach Wahlkreisen ein. Wenn diese Organisationsform vor den Wahlen bestanden hätte, hätte auch die Agitation viel besser betrieben werden können. Bezüglich des Parteitages steht Redner auf dem Standpunkt des Gen. Nemec. Betreffs der Parteivertretung kündigt er einen Antrag an. Den Antrag Stark findet er nicht am Platze, da man die nichtpolitischen Vereine nicht mit Aufgaben der politischen Partei betrauen dürfe.

Ein Antrag Perlornigg-Sokol, Generalredner zu wählen, wird abgelehnt.

Gen. Hedorfer (XI, Wien) bemerkt zur Unterstützung des Antrages 17, daß es Pflicht sei, Leuten, welche für die Partei gestimmt haben und Auskunft in

Rechtsangelegenheiten wünschen, solche zu ertheilen. Bezüglich des Antrages 18 verweist er auf den Streik der Gasarbeiter, bei welchem sich der Mangel eines italienisch sprechenden Genossen fühlbar gemacht habe. Redner beantragt schließlich, eine italienisch sprechende, unabhängige Person anzustellen, damit sie mit diesen Leuten unbehindert verkehren kann.

Vorsitzender Gen. Popp gibt bekannt, daß abermals eine Anzahl von Anträgen zu dem in Verhandlung stehenden Punkt der Tagesordnung überreicht wurden. Da er zum Schluß der Sitzung schreiten will, läßt er durch den Schriftführer die Anträge verlesen.

Antrag Kristan (Laibach) und Genossen:

„Die Sozialdemokratie Oesterreichs ist zusammengesetzt aus der deutschen, böhmischen, südslavischen und italienischen sozialdemokratischen (eventuell und der ruthenischen radikalen) Partei, welche ihre eigenen Exekutivkomités und Parteitage haben. Die allen nationalen Gruppen gemeinsamen politischen und parteilichen Angelegenheiten werden durch eine Reichsparteivertretung geleitet, in welcher alle Nationen proportionaliter nach der Stärke vertreten sind. Jedes zweite Jahr findet der ordentliche Parteitag der Sozialdemokratie Oesterreichs statt, auf welchem nur gemeinsame und prinzipielle Angelegenheiten zu verhandeln sind."

Antrag Valka (Bezirksorganisation Neutitschein):

„Die Parteileitung wird beauftragt, für unseren Kreis eine Organisationskraft, die beider Landessprachen mächtig ist, anzustellen. Die Begründung zu diesem Antrag liefert eine ungemein große Masse Arbeiter der Textil- und Hutmacherbranche in Stadt und Umgebung von Neutitschein, die noch aufzuklären ist."

Antrag Winarsky (III, Wien):

„Der Parteitag fordert die Parteivertretung auf, der prinzipiellen Ausbildung der organisirten Genossen und Genossinnen ein erhöhtes Augenmerk zuzuwenden, eventuell für die Schaffung geeigneter Institutionen zu sorgen."

Zusatzantrag Dr. Čech zu 26 d:

„Der Parteitag verpflichtet die Parteivertretung, die geeigneten Maßnahmen zur Ausführung des Beschlusses 26 d (Frauenagitation) zu treffen und über die erzielten Resultate dem nächsten Parteitage Bericht zu erstatten."

Gen. Dr. Adler theilt mit, daß die Tramway-Gesellschaft trotz der in Anwesenheit des Bürgermeisters, des Statthalters und eines Beamten des Handelsministeriums gegebenen Zusage, keinen Bediensteten zu entlassen, heute 60 Bedienstete entlassen habe (Pfui-Rufe); allerdings nur solche, die in den letzten Tagen engagirt wurden und sich nicht zu Streikbrechern hergegeben haben. Es ist jetzt Pflicht der Partei, in der Presse und auch sonst Alles daranzusetzen, daß die Behörde, welche den Vertrag mitunterzeichnete und damit Garantien übernommen hat, an ihre Pflicht gemahnt werde. Ich möchte Sie daran erinnern, daß die Sammlung für die Streikenden noch nicht ihr Ende gefunden hat, sondern daß besonders die Wiener Genossen in energischer Weise eingreifen müssen. So viel ist sicher, daß die Tramwaybediensteten gesehen haben, daß ihre Erfolge nur so weit reichen als ihre eigene Kraft. (Beifall.)

Vorsitzender Gen. Popp schließt hierauf die Sitzung um ½6 Uhr Abends.

Partei besser entsprechen wird. Wenn die anderen Parteien sich ebenfalls entwickelt haben werden, werden sie mit denselben Forderungen kommen und sich nicht damit abthun lassen, daß man ihnen sagt, die deutschen Genossen haben die Leitung, und die anderen sollen arbeiten. Es geht auch nicht an, zu sagen, die deutschen Genossen sind verpflichtet, alle nationalen Organisationen zu organisiren. Das müssen sich die nationalen Organisationen selbst besorgen, und demgemäß müssen sie auch in der Gesammtleitung der Partei eine entsprechende Vertretung finden. Es muß damit einmal gebrochen werden, daß die Parteitage der deutschen Genossen zugleich Gesammtparteitage der österreichischen Sozialdemokratie sind.

Wenn Sie fragen, wie es möglich ist, daß diese nationalen Exekutivkomités stets miteinander in Fühlung sein sollen, so ist die Antwort sehr leicht gegeben. Jede nationale Gruppe wählt sich ein Exekutivkomité, von welchem stets ein oder zwei Mitglieder in Wien wohnen müssen, welche die ständige Fühlung mit den anderen Exekutivkomités aufrecht zu halten haben. Hiefür ist auch durch die Bestimmung vorgesorgt, daß in jedem Vierteljahr eine Sitzung des Gesammtexekutivkomités stattfinden soll. Ich bitte Sie, alle diese Erwägungen zu beachten.

Die einzig richtige Lösung dieser schwierigen Frage wird die sein: keine gemeinsame österreichische sozialdemokratische Partei, sondern eine geeinigte Partei der österreichischen Sozialdemokratie, welche aus den verschiedenen Nationalitäten zusammengesetzt ist. (Beifall.)

Gen. Palka (Wr.-Neustadt) glaubt, wenn die Wahlkreisorganisation zur Durchführung gelangen sollte, so müßten zuvor die nöthigen Mittel aufgebracht werden, um unabhängige Agitatoren zu bestellen, sonst würde diese Organisation nur abträglich sein. Von den Genossen in Wr.-Neustadt sei er beauftragt, sich dahin auszusprechen, daß nicht alljährlich ein Parteitag abgehalten werden solle, da die Provinzorganisationen nicht in der Lage seien, die Kosten hiefür aufzubringen. Es sollte die alte Bestimmung wieder hergestellt werden, wonach nur in jedem zweiten Jahre ein Parteitag stattfinden soll. Es könnte ja in dem einen Jahre der gewöhnliche Parteitag und im zweiten Jahre der gesammte Parteitag für alle Nationen Oesterreichs abgehalten werden. Schließlich tritt Redner für die Ausgabe kleinerer Blocks ein, um die Abfuhr des gesammelten Geldes rascher bewerkstelligen zu können. Den Antrag Camber betrachtet er als unannehmbar, da die Partei jene Mittel, welche ihr zur Verfügung stehen, für wichtigere Aufgaben benöthige.

Gen. Hoffmann (Inzersdorf) bemerkt, daß durch die Einführung der Wahlkreisorganisation die bestehende Organisation der Ziegelarbeiter außerordentlich geschädigt würde. Es muß überhaupt gesagt werden, daß die Organisation der Ziegelarbeiter eine außerordentlich schwierige Arbeit ist, da es in Wien außerordentlich schwer ist, tschechische Referenten zu bekommen. Er spricht sich daher gegen die Einführung der Wahlkreisorganisation aus und schlägt vor, daß jeder Wahlkreis seine Organisation so einrichten möge, wie es seinen Verhältnissen entsprechend sei. Weiters tritt Redner für eine intensivere Agitation unter der Bauernschaft ein und wünscht, daß auch der Frauenorganisation eine größere Aufmerksamkeit zugewendet werde. Es sei bedauerlich, daß es nicht möglich sei, die in Wien bestehenden Arbeiterinnenvereine lebensfähig zu erhalten.

Gen. Hirsch (Atzgersdorf) schließt sich den Ausführungen des Vorredners an und spricht sich besonders gegen die Organisation nach Wahlkreisen aus; so habe namentlich der Ort, den Redner vertritt, mit dem Wahlkreishauptorte St. Pölten gar keine Verbindung.

Gen. Grablovic (Köflach) tritt für die Organisation nach Wahlkreisen ein. Wenn diese Organisationsform vor den Wahlen bestanden hätte, hätte auch die Agitation viel besser betrieben werden können. Bezüglich des Parteitages steht Redner auf dem Standpunkt des Gen. Nemec. Betreffs der Parteivertretung kündigt er einen Antrag an. Den Antrag Stark findet er nicht am Platze, da man die nichtpolitischen Vereine nicht mit Aufgaben der politischen Partei betrauen dürfe.

Ein Antrag Perlornigg-Sokol, Generalredner zu wählen, wird abgelehnt.

Gen. Hedorfer (XI, Wien) bemerkt zur Unterstützung des Antrages 17, daß es Pflicht sei, Leuten, welche für die Partei gestimmt haben und Auskunft in

nicht diesen feinen Instinkt haben, muß doch eine gewisse Richtschnur gegeben werden. Auch geht es nicht an, die Agitation auf die Landarbeiter zu beschränken, man muß auch die kleinen Bauern in dieselbe einbeziehen. Ich glaube, das Einzige, was wir jetzt thun können, ist, daß wir es der Parteileitung überlassen, den Zeitpunkt zu bestimmen, in welchem man ein solches Agrarprogramm ausarbeiten soll. (Rufe: Das ist auch schon im vorigen Jahre gesagt worden!) Die Frage ist eben ungeheuer komplizirt, nicht nur nach innen, sondern auch nach außen. Sie hat einen anderen Charakter in Böhmen und einen anderen in Tirol.

Auch die Frage der Parteisteuer ist nicht so einfach zu lösen. Dazu bedarf es eingehender Studien. Meiner Ueberzeugung nach wird sich dieselbe nicht anders lösen lassen als in der Weise, daß wir eine territoriale Eintheilung der Organisationsbezirke vornehmen und bestimmte Sammler aufstellen, welche von Haus zu Haus gehen. Wenn die Genossen in Deutschland das gemacht haben, wird es auch bei uns möglich sein.

Bezüglich der vielberührten Nationalitätenfrage möchte ich Folgendes bemerken: Wir können nicht leugnen, daß die Thatsache der nationalen Unterschiede besteht. Daraus ergibt sich für uns als ein unabweisliches Prinzip, das Sie ja auch hier in mehreren Sprachen lesen können: „Proletarier aller Länder vereinigt Euch", das heißt diejenige Trennung, welche durch die natürlichen Verhältnisse, durch die Entwicklung der einzelnen Nationen sich speziell in Oesterreich naturnothwendig ergibt, müssen wir durch irgendwelche organisatorische Maßregeln zu überwinden im Stande sein. Darin liegt der Unterschied zwischen der bürgerlichen und sozialdemokratischen Politik. Die bürgerliche Politik ist dahin gerichtet, den nationalen Hader anzufachen, weil sie vom Streite lebt; unsere Politik muß dahin gehen, uns zu vereinigen, um die Macht der Bourgeoisie zu brechen. Unsere Aufgabe ist es daher, eine Form zu finden, um die in den letzten Jahren entstandenen selbstständigen Organisationen zu vereinigen. Diese Form ist der Gesammtparteitag, und ich glaube, daß wir nicht weiter gehen sollten, als die Parteivertretung uns vorschlägt. Ich glaube, daß eine Trennung der Parteivertretung im gegenwärtigen Momente nicht möglich ist, so lange wir nicht ein Mittel haben, um die Wiedervereinigung dieser Theile bewirken zu können. Wenn aber fortwährend hervorgehoben wird, daß es unsere Aufgabe ist, gegenüber dieser nationalen Trennung die Vereinigung durch die Organisation zu bewirken, so ist von einem „Betonen" der Nationalität keine Rede. Wir anerkennen nur die Thatsachen. (Gen. Dr. Berstl: Nationale Ueberschwänglichkeit!) Davon ist keine Rede. Es gibt doch Leute, die nur deutsch, und Leute, die nur tschechisch sprechen. Mit dieser Thatsache müssen wir rechnen, und wenn wir das thun, so werden wir die Frage zum Wohle der gesammten Partei lösen.

Gen. Fischer (Schwechat) spricht sich gegen den Antrag Palka's aus und glaubt, es wäre viel besser, wenn vorläufig die Organisationen in der Weise bestehen bleiben würden, wie sie jetzt bestehen. In dem Antrage Stark sei nicht angegeben, in welcher Form die Parteisteuer eingehoben werden soll. Wenn vorgeschlagen werde, daß Sammler von Haus zu Haus gehen, dann sei keine Kontrole vorhanden. Im Jahre 1874 habe in Schwechat eine derartige Einrichtung bestanden, und die Kontrole sei dadurch hergestellt worden, daß die Beträge in der „Gleichheit" ausgewiesen wurden. Schließlich fordert Redner die Parteileitung auf, dieselbe möge Listen herausgeben, aus welchen zu ersehen sei, wie viel sozialdemokratische Stimmen in jeder einzelnen Ortschaft abgegeben worden seien, damit man wisse, in welchen Ortschaften sich Genossen befinden, und wie viele es deren gibt. Das sei für die Agitation von großer Wichtigkeit.

Gen. Skaret (Wien): Wenn der Antrag der Wiener Genossen zum Beschlusse erhoben wird, daß die Anträge zum Parteitage von Seite der Parteivertretung gleichzeitig mit der Einberufung desselben hinausgegeben werden, würden eine Menge von Unannehmlichkeiten auf dem Parteitag erspart. Ich glaube, die Parteivertretung soll doch, wenn sie den Parteitag einberuft, wissen: Was haben wir dem Parteitag Neues vorzuschlagen, nachdem sie ja die Tagesordnung bekannt gibt. Wenn sie von uns verlangt, daß wir unsere Anträge vier Wochen vor dem Parteitage einbringen, so können wir von ihr verlangen, daß sie ihre Anträge acht Wochen früher bekannt gibt. In Punkt IV heißt es: Der Parteitag findet regel-

mäßig in jedem Jahre statt. In Punkt VIII heißt es: Alle zwei Jahre wird ein Gesammtparteitag einberufen. Nach dem Wortlaute dieser Bestimmungen wäre dies so zu verstehen, daß alljährlich ein Parteitag und außerdem alle zwei Jahre ein Gesammtparteitag einberufen wird, so daß also in jedem zweiten Jahre ein Parteitag und ein Gesammtparteitag stattfindet. Ich glaube, wir könnten mit einem Parteitag, der nur alle zwei Jahre stattfindet, das Auskommen finden. Es steht ja ohnehin der Parteivertretung jederzeit das Recht zu, bei besonderen Anlässen einen außerordentlichen Parteitag einzuberufen.

Ein Antrag des Gen. Winarsky auf Schluß der Debatte wird abgelehnt.

Gen. Seliger (Teplitz) bemerkt, daß der von der Parteivertretung vorgelegte Organisationsentwurf, gegen den sich viele Redner ausgesprochen haben, nichts Anderes enthalte, als was bereits zum Theil eine vollzogene Thatsache sei. Wenn man gegen den Entwurf stimme, beschließe man damit die Aufhebung der bereits bestehenden Wahlkreisorganisationen. Je kleiner die Kreisorganisation sei, desto größer sei der Fortschritt in der Bewegung. Redner schließt sich dem Antrage der tschechischen Genossen bezüglich des Parteitages an und schlägt vor, daß es statt „Parteivertretung" zu heißen habe: „Geschäftsführender Ausschuß" oder „Exekutivkomité der Partei". Das wäre verständlicher. Er vertritt schließlich den Antrag 23 der Organisation Teplitz und beschwert sich über die große Zahl der zirkulirenden Blocks.

Gen. Winarsky (III. Bez., Wien) ist der Ansicht, daß der Parteitag den einzelnen nationalen Organisationen die größtmögliche Autonomie einräumen solle und befürwortet den Vorschlag der Parteivertretung mit dem Zusatzantrag Hybes. Er hält es aber für zweckmäßig, daß in sprachlich gemischten Bezirken die Organisationen ein gemeinsames Komité zur Regelung der Angelegenheiten einsetzen würden. Redner begründet sodann den von ihm überreichten Antrag bezüglich der Ausbildung von Agitatoren.

Gen. Feigl (V. Bez., Wien) kommt auf die Erklärung des Abgeordneten Dr. Jarosiewicz zurück und drückt sein Erstaunen aus, daß sich bisher so wenige Redner mit derselben befaßt haben. Er sei von der Erklärung durchaus nicht befriedigt, denn eine Partei, die sich nicht offen eine sozialdemokratische nenne, könne man von vorneherein nicht aufnehmen. (Rufe: Das wollen die Ruthenen auch nicht!) Andererseits solle man den Ruthenen nicht Hindernisse in den Weg legen und sie so in eine andere Richtung drängen. Redner begründet hierauf seine Anträge und ersucht um Annahme derselben.

Gen. Schuster (Linz) wünscht die Einführung der Wahlkreiseintheilung und eine intensivere Beschäftigung der Parteileitung mit der Agrarfrage. Bezüglich der Frauenagitation mögen die Genossen bei ihren eigenen Frauen anfangen und sie in Versammlungen schicken, dann werde diese Bewegung rascher vorwärts kommen.

Vorsitzender Gen. Popp macht aufmerksam, daß abermals ein Antrag einlief, welcher lautet:

Antrag Kickmaier (Graz):

„In Erwägung, daß bei Einrichtung von Vereinsbibliotheken seitens vieler Organisationen ganz planlos vorgegangen wird, beantragt der Gefertigte, die Parteileitung werde beauftragt, ein Verzeichniß aller jener Bücher und Werke vorzulegen, die jede Vereinsbibliothek enthalten soll.

Gleichzeitig wäre in diesem Verzeichniß, welches in Druck gelegt werden muß, auch die Reihenfolge anzugeben, welche beim Lesen einzuhalten ist, um dadurch den Bibliothekaren eine Direktive zu geben, in diesem Sinne auf die Leser einwirken zu können."

Gen. Cobal (Sagor): Es wird von vielen Genossen ein Agrarprogramm verlangt; man sagt, es sei mit dem jetzigen Programm nicht möglich, unter der Landbevölkerung zu agitiren. Dies ist aber unrichtig. Jeder Genosse, der unter die Landbevölkerung kommt, soll den Leuten auseinandersetzen, daß sie befreit werden, nicht daß ihnen von uns etwas genommen wird. Bezüglich der Delegirung zum Parteitag soll es bei der alten Bestimmung bleiben, daß jede Bezirksorganisation das Recht habe, eine Delegirung zu entsenden. Die beantragte Wahlkreiseintheilung ist nicht überall praktisch durchzuführen, die Entscheidung

soll da den Landesorganisationen überlassen bleiben, und ich werde deshalb für den Antrag der Reichenberger stimmen.

Gen. Kristan (Laibach): Das neue Statut enthält entweder Widersprüche oder Pleonasmen. Es heißt einmal Parteitag, dann Gesammtparteitag, einmal Parteivertretung, dann wieder Gesammtparteivertretung. Ich konstatire mit Vergnügen, daß sich die Mehrzahl der Redner für den Antrag der tschechoslavischen Organisation ausgesprochen hat. Ich empfehle meinen Antrag, damit endlich klar ausgesprochen werde, in welcher Weise die Sozialdemokratie Oesterreichs zusammengesetzt ist. Bezüglich der Aufnahme der radikal-ruthenischen Partei in meinen Antrag ist dieser Passus nicht aus meiner Initiative hineingekommen, sondern auf Grund eines von anderer Seite geäußerten Wunsches. Dr. Ellenbogen sagt, daß damit eine Zerreißung der Parteivertretung beabsichtigt sei. Wir wollen im Gegentheil eine Parteivertretung, welche sich mit den gesammten Fragen der Partei befassen soll. Wir wollen aber nicht, daß die Parteivertretung überladen werde mit Dingen, die nur einzelne Gruppen angehen, und wir wollen nicht, daß der Parteitag sich immer und immer wieder mit lokalen Fragen beschäftige. Was die Organisation der Bauern anbelangt, ist das eine Frage, die der Parteitag nicht lösen kann. Die Lage der Bauern ist in den verschiedenen Gegenden eine ganz. verschiedene. Wir wollen eben die Sozialdemokratie nach nationalen Gruppen organisiren, und diese Gruppen sollen dann auch die Organisirung der Bauern in geeigneter Weise durchführen.

Die Organisation der Frauen ist eine sehr schwierige Sache. Wir haben zum Beispiel in der Laibacher Tabakfabrik, welche 2500 Arbeiterinnen beschäftigt, zirka 30 organisirt. Wir leben ja auch in einem kapitalistischen Staat, wo die Frau im Hause thätig sein muß. Der Wunsch, daß eine sozialdemokratische Bibliographie hergestellt werde, ist ein vollkommen gerechtfertigter.

Gen. Zavertnik (Wien): Es wurde gegenüber dem Antrag des Genossen Camber gesagt, es sei nöthiger, um Wien herum zu organisiren. Die Sozialdemokratie hat aber ein Interesse, überall zu organisiren, wo Menschen wohnen; wir müssen nicht nur industrielle Arbeiter in die Bewegung ziehen, sondern auch die Bauern. Daß wir dies können, beweist Krain, Kroatien und Ungarn. Redner steht auf dem Standpunkt der tschechoslavischen Organisation. Es ist unmöglich, die Wahlen von einem Orte aus zu leiten, wenn man nicht einmal die Muttersprache der betreffenden Wähler kennt. Die Cillier sind nur deshalb unterlegen, weil die Wahl von Graz aus geleitet wurde. (Widerspruch.) Die Niederlage wäre gewiß nicht so groß gewesen, wenn die Genossen von Steiermark dort gute slavische Agitatoren angestellt hätten. Durch Annahme des Antrages auf Anstellung eines Agitators in Triest dürfte die sozialistische Idee dort festeren Fuß fassen und der nationale Kampf verringert werden. Für die Wahlkreisorganisation muß ich eintreten, da ich überzeugt bin, daß diese Organisationsform besser sein wird; ich bin aber dagegen, daß von jedem Wahlkreis nur zwei Delegirte zum Parteitag entsendet werden können.

Gen. Radimsky (Wien): Es wurde uns gestern seitens des Genossen Schiller vorgeworfen, daß wir zu national sind. Wir müssen diesen Vorwurf ganz entschieden zurückweisen, wir sind national im Sinne des kommunistischen Manifestes, wo es wörtlich heißt: „Das Proletariat jeder Nation muß sich als nationale Klasse konstituiren. Das Proletariat jeder Nation muß sich zur nationalen Klasse erheben, muß sich als Nation selbst konstituiren.“ Dazu müssen aber zuerst nationale Organisationen da sein. Deshalb ist auch die alte Internationale zu Grunde gegangen, weil nicht die Bedingungen für ihre Existenz gegeben waren. Zur Zeit der Internationale bestanden keine nationalen Organisationen, deshalb konnte international auch nicht gearbeitet werden. Gegen die kapitalistische Ausbeutung werden wir immer international sein. Deshalb hat uns Tschechen die Interpretation des Internationalismus seitens der Genossen Adler und Pernerstorfer sehr angenehm berührt.

Diese Auslegung wird der gesammten österreichischen Sozialdemokratie nur zum Vortheile gereichen. Wir haben uns im Jahre 1892 eine selbstständige nationale Parteiorganisation gegeben, und zwar erstens aus rein praktischen Gründen, weil wir die Massen des tschechischen Volkes in rein sozialdemokratischem

Sinne nicht organisiren können, zweitens deshalb, weil wir als Sozialdemokraten dafür halten, daß wir uns das Selbstbestimmungsrecht zu wahren haben. Wir halten jedes zweite Jahr unseren Parteitag ab, wo wir unsere häuslichen Angelegenheiten besprechen, und wir können da nur erfreuliche Fortschritte konstatiren. Die programmatischen und parteitaktischen Fragen wollen wir aber dem ganzösterreichischen Parteitag zugewiesen haben. Wie die Tschechen haben sich auch die Polen und die südslavischen Genossen in letzter Zeit als eigene nationale Organisation konstituirt und werden auch die Italiener und die übrigen Nationalitäten nachfolgen. Es geht nicht an, daß auf dem gesammtösterreichischen Parteitag spezifisch deutsche Fragen behandelt werden. Wir haben bis heute alle Reichsparteitage beschickt. Durch die jährliche Abhaltung der Parteitage kommen wir in eine schlechte Lage, da es uns aus materiellen Gründen nicht möglich ist, in einem Jahre einen Parteitag und im nächsten Jahre zwei Parteitage zu beschicken. Deshalb soll der Reichsparteitag nur alle zwei Jahre abgehalten und demselben nur programmatische und parteitaktische Fragen überwiesen werden. Die Beschickung dieser Parteitage ist nach Wahlkreisen der fünften Kurie vorzunehmen. Die deutschen Genossen werden gezwungen werden, ihre Angelegenheiten auf einem eigenen Parteitag zu behandeln. Demgemäß muß auch die Gesammtparteivertretung organisirt werden. Die Gesammtparteivertretung besteht im Sinne des Prager Beschlusses aus den Exekutivkomités der nationalen Organisationen. Die deutschen Genossen können auf dem heutigen Parteitag wieder nur ihr deutsches Exekutivkomité wählen, das dann im Verein mit den anderen Exekutivkomités der bestehenden nationalen Organisationen die Gesammtparteivertretung bilden wird. Aus dieser Gesammtparteivertretung heraus müßte dann der Vollzugsausschuß der gesammtösterreichischen Sozialdemokratie gebildet werden, und jedes Exekutivkomité soll im Verhältniß zur Stärke der nationalen Organisationen Delegirte entsenden. Ich bitte, sich mit dem Antrag der tschechischen Vertrauensmänner ernst zu beschäftigen, im Interesse des einträchtigen, fruchtbaren Zusammenwirkens der gesammtösterreichischen Sozialdemokratie. (Beifall.)

Gen. Dr. Diamand (Lemberg): Die Delegirten Ostgaliziens legen der Erklärung der ruthenischen radikalen Partei eine große Bedeutung bei. Wir haben mit dieser Partei zusammenzuarbeiten und wir halten dieses Zusammenarbeiten für die Entwicklung des Sozialismus in der Provinz und in der ganzen Monarchie für wichtig. Die ruthenische radikale Partei hat in ihrer Erklärung nicht nur der Meinung des Komités, sondern der wirklichen, wahrhaften Meinung der ruthenischen Bauernschaft Ausdruck verliehen. Während der letzten Wahlen haben wir Gelegenheit gehabt, mit den Bauern in Berührung zu treten, und gesehen, daß die sozialdemokratische Partei unter der Bauernschaft den größten Sympathien begegnet. Leider war ein Zusammengehen mit der ruthenischen Partei während der Wahlen nicht möglich, wir hätten sonst wenigstens drei Mandate mehr bekommen. (Vereinzelter Widerspruch.) Leider waren die ruthenischen Radikalen bisnun den Einflüssen anderer Parteien ausgesetzt, und das war die Ursache, weshalb wir mit ihnen nicht zusammengehen konnten. Diese Erklärung wird uns veranlassen, eine Resolution dem Parteitag vorzulegen. Bei dieser Gelegenheit möchte ich einige Worte über den Gen. Dr. Berstl sagen. Wir ostgalizische Delegirte vertreten eine ganze Reihe durchaus jüdisch-proletarischer Organisationen. Wir theilen die Ansicht der Gen. Berstl und Brod ganz und gar nicht. Wir verwahren uns mit aller Entschiedenheit dagegen, als ob irgend ein opportunistischer Gedanke uns dazu bewogen hätte, für den die Tramwaybediensteten betreffenden Beschluß zu stimmen. Wir haben das ganz im Sinne der uns delegirenden Genossen gethan; wir hätten die größte Entrüstung in den jüdischen Organisationen hervorgerufen, wenn sie erfahren hätten, daß wir nicht mit aller Energie für die Tramwaybediensteten eingetreten sind. (Beifall.) Wir haben in jüdischen Wählerversammlungen erklärt, daß die Sozialdemokratie sich nie und nimmer dazu hergeben wird, irgendwelche philosemitische Schritte zu thun. Wir haben erklärt, daß wir den Antisemitismus bekämpfen, nicht weil er antijüdisch ist, sondern weil er antikulturell ist, weil er ein Schaden ist für das Proletariat in ganz Oesterreich. Die Antisemiten verstehen es, den Blick vom Kapitalismus auf die Juden abzulenken. Deshalb kämpfen wir gegen den Anti-

semitismus ebenso wie die übrigen Genossen. Aber wir werden uns nie dazu hergeben, etwas zu thun, was gegen das Klasseninteresse des Proletariats verstößt, wenn es auch im Interesse der Juden wäre. Wir sind zu klug, um darin einen Opportunismus zu sehen. Wir werden die antisemitischen Arbeiter dann für uns haben, wenn sie unsere Prinzipien kennen gelernt und sich überzeugt haben, daß der Antisemitismus nur dazu dient, die wahre Sachlage zu verschleiern. (Beifall.)

Gen. Elderisch (Brünn) unterstützt den Antrag Skaret, daß die Anträge der Parteivertretung vor Zusammentritt des Parteitages in den Zentralorganen veröffentlicht werden, wodurch auch die Einbringung überflüssiger Anträge verhindert werden würde. Die Organisation der Frauen, die wir nicht in der Weise der Christlich-Sozialen vollziehen wollen, ist eine so wichtige Angelegenheit, daß man sie nicht mit so leichten Worten, wie es der Referent gethan, abthun kann. Es muß auch für die Durchführung des Beschlusses Sorge getragen werden. Es ist Pflicht der Parteivertretung, dieser Frage eine größere Aufmerksamkeit zuzuwenden und auch die nöthigen Mittel zu verschaffen. Bezüglich der Wahlvereine stehen wir auf dem Standpunkt, daß solche für Wahlkreise geschaffen werden sollen, weil wir glauben, daß Vereine, die sich auf das ganze Land erstrecken, nichts Ersprießliches leisten können. Auch die Frage der Parteisteuer bedarf einer Regelung. Jede Organisation, die ausgebaut ist, bringt ihre Mittel in entsprechender Weise auf. Wir in Brünn gehen von Haus zu Haus die Parteigelder einsammeln. Bezüglich des Parteitages und der Parteivertretung stehe ich auf dem Standpunkte der tschechischen und südslavischen Genossen. Es geht nicht an, daß wir nationale Eigenthümlichkeiten in Bezug auf die Organisation hier durch irgend ein Parteistatut verschleiern wollen. Die deutschen Genossen sind gezwungen, hier auf dem gesammtösterreichischen Parteitag ihre häuslichen Angelegenheiten zu erledigen, weil es ihnen nach dem Statute nicht möglich ist, diese ihre Angelegenheiten auf einem eigenen Parteitage zur Sprache zu bringen. Ebenso ist es mit der Parteivertretung. Auch hier gibt es nur eine Gesammtparteivertretung und keine spezifisch deutsche Parteivertretung. Der nationale, verschiedensprachige Parteitag soll in jedem Jahre und ein Gesammtparteitag in jedem zweiten Jahre stattfinden, auf welch letzterem nur die Angelegenheiten, welche alle Organisationen angehen, hauptsächlich die Fragen der Taktik, geregelt werden sollen. Bezüglich der Parteikontrole verlangen wir, daß jene Genossen, welche dem sozialdemokratischen Verbande angehören, nicht in der Parteikontrole zu sitzen haben, weil die Parteivertretung die oberste Leitung unserer Partei ist und die Angehörigen des Verbandes bereits ihrer Kontrole unterstehen.

Parteiblätter sollen nur über Beschluß des Parteitages gegründet werden. Bezüglich der Agrarfrage werden jedes Jahr Wünsche geäußert, aber es werden keine Vorschläge erstattet.

Ich würde wünschen, daß eine Kommission eingesetzt werde, welche alle Beschwerden entgegenzunehmen und darüber Bericht zu erstatten hätte, damit den Genossen eine Anleitung über die Agitation in der Agrarfrage gegeben werden könne.

Gen. Pelikan (II. Wien) verzichtet auf das Wort, indem er sich mit den Ausführungen des Gen. Skaret einverstanden erklärt.

Gen. Müller (Graz) befürwortet die Anträge der Parteivertretung auf Umänderung der Organisationsform in Wahlkreise, da diese Umänderung aus den Verhältnissen hervorgegangen sei. Gegenüber dem Gen. Zavertnik bemerkt Redner, daß die steiermärkischen Genossen durch die thatsächlichen Verhältnisse gezwungen waren, in den Wahlkampf einzugreifen, weil in Cilli eine nennenswerthe Organisation nicht bestanden habe.

Redner begründet seinen Antrag auf Errichtung von Rechtsbureaux, in denen auch Nichtparteigenossen Rechtsschutz gewährt werden soll, indem er dies als sehr wirksames Agitationsmittel, insbesondere in den Provinzen, bezeichnet. Redner befürwortet noch seinen zweiten Antrag, betreffend die Parteisteuer, und weist darauf hin, daß das Blocksystem nur deshalb so diskreditirt ist, weil jede kleinste Organisation bei irgend welchem Anlasse Blocks zur Ausgabe gelangen läßt. Der Parteitag müsse sich über die Berechtigung, Blocks auszugeben, aussprechen. Bei den Industriegruppen ist es auch nicht gestattet, beliebig Blocks auszugeben. Wenn

man behauptet, daß es mit den Listen besser gehe, ist dies sicher nur für gewisse Gebiete richtig.

Gen. Smetana (Wien) tritt entschieden für eine Abänderung der Bestimmungen des Organisationsstatuts bezüglich des Parteitages, der Beschickung desselben und der Zusammensetzung der Parteivertretung ein. Es sei nicht richtig, wenn man behauptet, daß dadurch, daß neben dem Gesammtparteitag noch Parteitage der einzelnen sprachlichen Organisationen abgehalten würden, die Parteitage an Bedeutung und Kraft verlieren würden. Im Gegentheil, sie würden nicht nur nach innen, sondern auch nach außen gewinnen, weil an den Gesammtparteitagen nur die wichtigsten, die Verhältnisse der gesammten österreichischen Sozialdemokratie betreffenden Gegenstände zur Verhandlung gelangen würden.

Gen. Chwala (Wien) hält den Antrag, daß jede Bezirksorganisation nur einen Vertreter zum Parteitage entsenden soll, für berechtigt, da andernfalls es leicht vorkommen könnte, daß die Wiener die anderen Genossen majorisiren würden. In Bezug auf den Antrag, daß die Parteivertretung zugleich mit der Veröffentlichung der Tagesordnung zu den einzelnen Punkten derselben Stellung nehmen solle, ist Redner dafür, daß die Parteivertretung sechs Wochen vor dem Parteitage ihre Vorschläge veröffentlichen soll, damit die Genossen zu denselben Stellung nehmen können. Wir halten es für eine überflüssige Arbeit, führt der Redner weiter aus, wenn so viel Bezirksorganisationen sich plagen müssen, um mit Ach und Krach ihre Anträge zusammenzubringen, und sich dann viele darunter befinden, die ganz überflüssig sind. Würde die Parteivertretung ihre Vorschläge früher machen, so könnten die Genossen sich darüber früher aussprechen.

Gen. Schmied (Jägerndorf) spricht sich dafür aus, daß neben der Wahlkreisorganisation auch die bestehenden Organisationen, die sich ja bewährt haben, aufrecht erhalten werden sollen. Es sei nicht immer möglich, die Agitationen auf die einzelnen Wahlkreise zu beschränken. So mußte bei den Wahlen ein Theil eines mährischen Wahlkreises seitens des zweiten schlesischen Wahlkreises bearbeitet werden, während wieder die mährischen Wahlkreise jene Theile der schlesischen bearbeitet haben, in welchen tschechische Bevölkerung sich befindet. Was die Frauenorganisation betreffe, so sei es eine Thatsache, daß in verschiedenen Branchen die Frauen viel stärker vertreten sind als die Männer und doch nur wenige dieser Branche den Organisationen angehören. Ein spezieller Beschluß bezüglich der Frauenorganisation hätte nur den Sinn, daß wir die Genossen darauf aufmerksam machen, daß sie in dieser Richtung mehr thun sollten. Wenn man spezielle Frauenorganisationen schaffen will, so könnten solche überhaupt nur in größeren Städten gegründet werden.

Die Parteivertretung beklagt sich darüber, daß zu wenig Geld abgeliefert werde. Die Genossen streiten sich auf der anderen Seite um das System, durch welches mehr Steuer eingebracht werden könnte. Einige sind für Blocks, Andere wieder für Listen. Keine Parteivertretung wird etwas dagegen haben, wenn die Genossen irgend ein Mittel finden, um der Parteivertretung mehr Geld zufließen zu lassen. Von der Parteivertretung wird auch verlangt, daß sie alle möglichen Dinge unterstütze, dagegen aber sagen die einzelnen Organisationen, daß sie das Geld für sich selbst brauchen. Unter solchen Umständen darf man aber von der Parteivertretung keine Unterstützung verlangen. Das Blocksystem hält Redner wegen der leichten Kontrole sehr praktisch. Es würde sich aber, nachdem auch andere Blocks zirkuliren, empfehlen, auf den Parteiblocks ausdrücklich zu bemerken, daß es Parteiblocks sind.

Die Organisation der Bauern wird noch lange großen Schwierigkeiten begegnen. Es ist richtig, daß man auf die Verschiedenheit der Verhältnisse in den einzelnen Ländern Rücksicht nehmen muß. In Schlesien z. B. würde es ganz gut möglich sein, die Bauern so zu organisiren wie die industriellen Arbeiter.

Die Hauptschwierigkeit bestände nur darin, daß die Leute außerordentlich schwer dazu zu bringen sind, für solche Zwecke Geld herzugeben. Vielfach müsse man sich also darauf beschränken, aufklärend zu wirken. Schließlich empfiehlt Redner die Annahme des Antrages des Gen. Polke.

Gen. Albrecht (Reichenberg): Die Agitationsbezirke können unmöglich nach den einzelnen Wahlkreisen abgegrenzt werden. Speziell in Nordböhmen wäre

es unthunlich, sich auf einen Wahlkreis zu beschränken. Wenn wir im VIII. Wahlkreise in Böhmen, zu welchem Reichenberg gehört, die Agitation auf diesen Wahlkreis beschränken würden, so wissen wir bestimmt, daß im IX. Wahlkreise nicht das gethan würde, was gethan werden muß, und es müßte die Parteivertretung dafür Sorge tragen, daß dort ständige mit der Agitation vertraute Leute angestellt werden. Wenn die Agitation in diesem Wahlkreise den Gablonzern übertragen würde, dann wäre dieselbe für die Partei so ziemlich verloren, denn sie werden mit der Stadt Gablonz und ihrem eigenen Wahlkreise nicht fertig. In beiden Wahlkreisen haben wir auch sehr viele Tschechen. Die Organisation unter denselben ist eine ziemlich mangelhafte, und es ist ganz richtig, wenn Gen. Schiller sagte, daß sich die tschechischen Genossen mehr auf den nationalen Standpunkt stellen. Die tschechischen Arbeiter nehmen zwar theil an den wirthschaftlichen Kämpfen, da sind sie international, aber in politischen und anderen Fragen sind sie es nur bedingungsweise.

Gen. Stephan (Römerstadt) schließt sich den Anträgen des Gen. Elderfch an und hält den Modus, der für die Organisation gefunden wurde, für den besten. Redner tritt der Ansicht des Gen. Ellenbogen, daß wir auf die bäuerliche Organisation noch lange werden warten müssen, entgegen; durch geeignete Broschüren und tüchtige Agitatoren wäre es in dieser Richtung sehr leicht, Abhilfe zu schaffen. Er empfiehlt, den Antrag der tschechoslavischen Partei und der Parteivertretung mit kleinen Modifikationen anzunehmen.

Gen. Lehner (Czernowitz) unterstützt den von Dr. Chomed eingebrachten Antrag, „der Parteitag beauftragt die Parteivertretung, der Kreisorganisation Bukowina allmonatlich einen Betrag von fl. 25 zur Schaffung einer unabhängigen Stellung für einen befähigten Genossen zu geben," und beantragt, statt der Worte „einen Betrag von fl. 25" zu setzen „einen entsprechenden Betrag". Redner verweist schließlich zur Kennzeichnung der Zustände in der Bukowina auf den letzten Maurerstreik in seinem Bezirke, bei dem 26 Verhaftungen wegen Auflauf vorgenommen wurden, und auf das feindselige Verhalten der Behörden bei dieser Gelegenheit.

Gen. Dr. Camber (Spalato) wendet sich gegen die Gen. Adler und Ellenbogen, die auf die Mittheilung eines Dritten hin ihn bei der Parteileitung als verkappten Antisemiten geschildert haben.

Er ist auf Grund seiner Erfahrungen der Ansicht, daß in Dalmatien bei geeigneter Agitation für die Partei sehr viel geleistet werden könne, und ersucht schließlich um Annahme des Antrages 26 a.

Hiemit ist die Rednerliste erschöpft.

Gen. Dr. Diamand ersucht, eine Sammlung zur Unterstützung der Familien der im Dawidower Proceß Verurtheilten einzuleiten.

Gen. Dr. Ellenbogen beantragt, die Parteivertretung zu beauftragen, fl. 100 für diese Verurtheilten zu widmen und zugleich eine Sammlung unter den Anwesenden zu veranlassen.

Diese Anträge werden einstimmig angenommen. Es folgt eine Reihe thatsächlicher Berichtigungen.

Gen. Behr (Saaz) erklärt, daß die Organisation mit den aus dem dritten böhmischen Wahlkreise eingelangten Zuschriften nichts gemein habe.

Gen. Dr. Ellenbogen (Wien): Ich bin mir nicht bewußt, daß ich oder Dr. Adler hier die Frage, ob Dr. Camber Antisemit ist oder nicht, zur Sprache gebracht hätten. Als ich nach Triest kam, wurde mir von verschiedenen Parteigenossen die Mittheilung gemacht, daß Dr. Camber eine eigenthümliche Rolle in der Partei spiele und im Verdachte stehe, zur christlich-sozialen Partei hinzuneigen und mit ihr in gewisser Verbindung zu stehen. Die Genossen werden aber zugeben, daß die Art und Weise, wie Gen. Camber sein Mandat erlangte, doch eigenthümlich ist. Wir Alle haben von ihm niemals etwas gehört, und die Triester Genossen erzählen, daß er in Spalato sein Mandat bekam, nachdem er eines Tages eine Vertheidigungsrede hielt. Trotz alledem habe ich mich um diese Sache nicht gekümmert. Jeder von uns, insbesondere die sogenannten „Intelligenzler", die aus der Bourgeoisie kamen, ist von vorneherein mit großem Mißtrauen betrachtet worden und mit vollem Recht. Das muß sich Jeder gefallen lassen, auch Doktor Camber. Das wird er selbst anerkennen.

Gen. Benecke (Cilli) wendet sich gegen die Ausführungen der Genossen Grablovic und Zavertnik.

Gen. Reichsrathsabgeordneter Resel konstatirt, daß die Bezirkskonferenz in Cilli beschloß, daß die Genossen im Wahlkreis Cilli nur insoferne von Marburg abhängig sein sollen, als der obere Theil des Wahlkreises von Marburg aus bearbeitet werden solle, daß daher die Untersteirer nicht gehindert wurden, mit Laibach in Fühlung zu treten. Es ist auch unrichtig, daß die Grazer Genossen nicht dafür sorgen, daß slovenische Agitatoren in das Gebiet kommen. Was den Anwurf des Gen. Zavertnik betrifft, so bestehe der ganze Zentralismus darin, daß die Grazer den Untersteirern unentgeltlich Wahlblocks geliefert und Geld für die Agitation zur Verfügung gestellt haben.

Gen. Dr. Berstl: Die Erklärung, die ich abzugeben habe, bezieht sich auf einen Protest, welchen Gen. Palka gestern in meiner Abwesenheit hier verfaßt, unter einigen Genossen hat zirkuliren lassen und zu Protokoll bringen ließ. Ich erkläre, daß ich niemals im Sinne gehabt habe, das Wahlkreiskomité von Wr.-Neustadt irgendwie mit meinen Worten zu behelligen, sondern meine Kritik bezog sich nur auf die Agitation einer einzelnen Person. Ich weise demnach jenen Protest von Palka und Genossen zurück.

Ich muß diese Erklärung abgeben, weil vielleicht keine einzige Person so viel verleumdet, verdächtigt und verhöhnt wurde, wie gerade meine Wenigkeit. (Zustimmung seitens einiger Genossen.) Es hat im Vorjahre einem hervorragenden Genossen gefallen, gegen mich eine unwahre, entehrende Beleidigung auszusprechen. Obzwar die Genossen, die mich entsendet haben, sich mit Entschiedenheit gegen diese, mich entehrende Aeußerung gewendet haben, kränkle ich heute noch immer daran, daß ich in gegnerischen Blättern fort und fort beschimpft werde, mit dem Hinweis darauf, daß dies am Parteitage ein hervorragender Genosse gesagt habe. Gegenüber jenen Genossen, welche meine Haltung zum Streik der Tramwaybediensteten hier besprochen haben, muß ich thatsächlich berichtigen, daß ich selber dafür eingetreten bin, es sei den streikenden Tramwaybediensteten die Sympathie des Parteitages auszudrücken.

Es ist mir nicht im Mindesten eingefallen, eine Konfessionsfrage hereinzuziehen. Es muß Einem wehthun, wenn man von Kameraden fort und fort angetroffen wird. An der Kritik zu meiner Haltung zum Antrage, die Tramwaybediensteten mit Geldmitteln zu unterstützen, werde nicht nur ich das ganze Jahr laboriren, sondern auch Sie mit mir und die ganze Organisation. Ich erkläre ausdrücklich, daß es mir nicht im Mindesten eingefallen ist, irgend einen nationalen oder konfessionellen Geist in die Debatte bezüglich der Tramwaybediensteten hineinzutragen. Gen. Diamand hat die Sache so dargestellt, als ob zwischen den jüdischen Proletariern in Galizien und zwischen mir irgend ein Gegensatz in Bezug auf die Haltung zu den Tramwaybediensteten bestehen würde. Er sagt, es ist selbstverständlich, daß ich international und interkonfessionell bin. Ich bin aber anational und konfessionslos.

Was ich gesagt habe, ist hervorgegangen aus der Angst, daß durch die Taktik, welche Sie einschlagen, solche Fragen der Nationalität und Konfessionellität wenn auch nicht heute oder morgen, so doch in absehbarer Zeit werden hereingetragen werden.

Vorsitzender Gen. Popp bemerkt demgegenüber: Die Erklärung, welche gestern abgegeben wurde, ist nur dagegen abgegeben worden, als ob in den Versammlungen, welche in dem Wahlbezirke Wr.-Neustadt abgehalten wurden, die politischen Interessen nicht gewahrt worden wären.

Gen. Grablovic (Köflach) konstatirt, daß die Cillier Genossen von den Grazern nicht abhängig gewesen sind, sondern daß vielmehr die Cillier sich selbst überlassen waren.

Reichsrathsabgeordneter Gen. Schrammel: Dr. Berstl hat gestern in provozirender Weise hier eine Erklärung abgegeben. Er hat ausdrücklich hier erklärt, daß die Agitation im Wr.-Neustädter Wahlkreise nicht prinzipiell gehalten wurde und erst auf einen Zwischenruf hin auf die Person Pernerstorfer's hingewiesen. Ich kann mir, der ich in Neunkirchen ansässig bin und für Pernerstorfer mehr als 40 Versammlungen abgehalten habe, den Vorwurf nicht machen lassen, daß ich

nicht prinzipiell agitirt hätte. Wenn durch das Auftreten Berstl's Jemand geschädigt wird, ist es nicht Dr. Berstl, sondern sind es Jene, welche draußen arbeiten müssen, und ist es die Partei.

Vorsitzender Gen. Popp: Ich bedauere, daß diese Berichtigungen eine solche persönliche Spitze annehmen; am Parteitage sollten persönliche Fragen zurückgestellt werden.

Gen. Prähauser: Dr. Ellenbogen hat behauptet, daß ich die Agrarfrage zu leicht auffasse, ich habe vielmehr mein Bedauern darüber ausgesprochen, daß der Beschluß des Prager Parteitages nicht respektirt und die Agrarfrage diesmal nicht auf die Tagesordnung gesetzt wurde. Ich habe den Eindruck gewonnen, als ob die Parteivertretung dieser Frage aus dem Wege gehen wollte. Es muß übrigens vielmehr Sache der Kreisorganisationen sein, wie sie die Landagitation einrichten. Es wäre wünschenswerth gewesen, wenn wir uns über diese Frage hier ausgesprochen hätten.

Vorsitzender Gen. Popp: Damit ist die Debatte über den Punkt „Organisation" erschöpft. Nachdem die Kommission zur Berathung der Anträge ihre Arbeit noch nicht vollendet hat, wird Dr. Adler sein Schlußwort erst nach Beendigung dieser Arbeit erstatten.

Nach Verlesung der Begrüßungsschreiben wird die Sitzung um 1 Uhr unterbrochen.

Nachmittagssitzung.

Gen. Popp als Vorsitzender: Da die Kommission noch nicht fertig ist, schreiten wir zum Punkt 5:

Arbeiterschutzgesetzgebung.

Zunächst erhalten die drei Referenten das Wort.

Referent Gen. Dr. Verkauf: Mein Referat wird naturgemäß nur eine Einleitung zur Diskussion sein. Ich werde Ihnen erstens zeigen, wie weit die Arbeiterschutzgesetzgebung in Oesterreich vorgeschritten ist; zweitens werde ich zu zeigen haben, welche Forderungen die Arbeiterschaft an die Gesetzgebung stellt.

Die österreichische Regierung und die bürgerlichen Parteien können unsere Arbeiterschutzgesetzgebung nicht genug rühmen, so daß sich zeitweilig auch unsereiner dazu hinreißen läßt, zuzugestehen: Ja, es ist wahr, wir sind in Europa, wenigstens auf dem Papier, in dieser Richtung am weitesten vorgeschritten. Ich meine, es ist hoch an der Zeit, daß diese Legende, die sich zu bilden beginnt, vernichtet werde.

Ich werde Ihnen nun zu zeigen haben, was in Wirklichkeit, vom Standpunkt eines objektiven Beobachters, von dieser vielgerühmten österreichischen Arbeiterschutzgesetzgebung zu halten ist. Ich werde Ihnen zuerst die österreichische Arbeiterschutzgesetzgebung in Ziffern vorführen, Ihnen dann zeigen, wie sie in Paragraphe gezwängt ist, und schließlich, wie sie zur Durchführung gelangt.

In Oesterreich sind nach der Volkszählung vom 31. Dezember 1890 in Industrie, Handel, Verkehr und Landwirthschaft mehr als 9¼ Millionen Personen in abhängiger Stellung beschäftigt, wobei ich von den staatlichen Angestellten absehe. Wenn wir die Dienstboten mit etwa einer halben Million dazurechnen, so haben wir annähernd zehn Millionen Personen, die des staatlichen Schutzes in der einen oder anderen Weise bedürfen. Den Mittelpunkt für die österreichische Arbeiterschutzgesetzgebung bildet die Gewerbeordnung.

Welcher Theil dieser zehn Millionen ist nun der Gewerbeordnung unterworfen? Sie wissen, die land- und forstwirthschaftlichen Arbeiter, das sind zirka 6½ Millionen, unterliegen der Gewerbeordnung nicht. Es ist merkwürdig, welcher Privilegien sich die Land- und Forstwirthschaft in Oesterreich wie überall erfreut. Selbst von der Krankenversicherung sind die Besitzer von Grund und Boden befreit und der Unfallversicherung nur zum geringen Theil unterworfen, und im Verhältniß zu ihren Arbeitern genießen sie weitgehende Privilegien. Man schränkt den Arbeitsvertrag ein, aber zu Gunsten der Unternehmer, nicht zu Gunsten der Arbeiter, so daß wir einen Arbeitertrutz gegen die landwirthschaftlichen Arbeiter haben. Es ergibt sich daraus, daß diese 6½ Millionen landwirthschaftliche Arbeiter vollkommen schutzlos sind; diese Schutzlosigkeit sucht man dadurch zu

erhalten, daß man die gesammte Gesetzgebung für die land- und forstwirthschaftlichen Arbeiter den Landtagen zuweist. Die Landtage aber beschäftigen sich mit diesen Dingen nicht, denn dort gibt es keine mahnenden Sozialdemokraten.

Eine zweite Gruppe von Arbeitern, die gleichfalls der Gewerbeordnung nicht unterliegen, sind jene Arbeiter, die nicht bei Gewerbsunternehmern beschäftigt sind, sondern bei Privaten. Wenn Baron Rothschild einen Tischler oder Gärtner beschäftigt, so unterliegt dieser Arbeiter nicht den Bestimmungen der Gewerbeordnung, weil Rothschild kein Gewerbetreibender ist. Solche Personen gibt es zirka 80.000. Eine dritte Kategorie sind die Lohnarbeiter, die die „Arbeit der gemeinsten Art", wie sich die Gewerbeordnung ausdrückt, zu verrichten haben; es sind dies 277.000 Menschen. Ferner haben wir das Transportgewerbe. Da herrschen nun ganz eigenthümliche Verhältnisse. Das Einführungsgesetz zur Gewerbeordnung erklärt, daß die Eisenbahnen sowie die See- und Binnenschifffahrtunternehmungen den Bestimmungen der Gewerbeordnung nicht unterliegen: es sind dies mehr als 140.000 Menschen. Auch das Lohnfuhrwerk unterliegt den Bestimmungen der Gewerbeordnung nicht, wenn auch gesetzlich hiefür kein Anhaltspunkt besteht. Es ist bekannt, daß hier die Bestimmungen über Sonntagsruhe, Pausen u. s. w. nicht eingehalten werden, trotzdem die Gewerbeordnung diese Kategorie keineswegs von ihren Vorschriften ausschließt.

Ich komme nun zu einem Zweige, über den wir Zahlen anzuführen nicht in der Lage sind, zur Hausindustrie. Der § 1 der Gewerbeordnung erklärt: „Die gesammte Hausindustrie ist von der Einreihung unter die Gewerbeordnung ausgenommen", und es findet thatsächlich nur eine einzige Bestimmung der Gewerbeordnung, nämlich § 78 a, bezüglich des Trucks, auf die Hausindustrie Anwendung.

Eine andere Gruppe von Arbeitern unterliegt zwar nicht den Bestimmungen der Gewerbeordnung, es bestehen aber für sie eigene Bestimmungen; es sind die Berg- und Hüttenarbeiter, etwa 144.000. Für diese ist eine eigene Novelle geschaffen, und es gelten für sie einzelne Bestimmungen des allgemeinen Berggesetzes. Diese Bestimmungen gehen im Allgemeinen dahin, daß Kinder unter 12 Jahren nicht beschäftigt werden dürfen; Kinder zwischen 12 und 14 Jahren können unbeschränkt zur Arbeit herangezogen werden. Es gilt eine zwölfstündige Schicht, allerdings blos für Arbeiter unter Tags; Frauen ist die Nachtarbeit nicht untersagt; die Sonntagsruhe ist festgesetzt. Auf Eines möchte ich besonders hinweisen. Das allgemeine Berggesetz enthält für Bergarbeiter bezüglich des Kontraktbruches keine Bestimmung; die Gewerbeordnung erklärt, daß diese Vorschriften auf die Bergarbeiter keine Anwendung finden. Da hat sich nun das Ackerbauministerium folgendes Kunststück geleistet: Es sollen zwar die Bestimmungen der Gewerbeordnung auf die Bergarbeiter im Allgemeinen keine Anwendung finden, aber die Bestimmung des § 85 über den Kontraktbruch muß auf sie Anwendung finden; — warum, wissen wir nicht. Es ist keiner Behörde eingefallen, diese Interpretation zu beanstanden.

Wir kommen also zu folgendem Resultat: Von den rund zehn Millionen schutzbedürftiger Personen unterstehen bestenfalls — da ist die Hausindustrie nicht berücksichtigt — 2¼ Millionen den Bestimmungen der Gewerbeordnung, während nicht viel unter acht Millionen Menschen vollkommen schutzlos sind.

Nun müssen wir uns fragen, welcher Theil der Gewerbeordnung findet auf diese 2¼ Millionen Anwendung? Sind dies die wesentlichsten und wichtigsten Vorschriften? Nehmen wir einzelne Gruppen heraus, und zwar zunächst den Handel. Hier sind rund 350.000 Personen beschäftigt, wenn man die Taglöhner mit wechselnder Beschäftigung auch einbezieht. Da finden wir folgende Seltsamkeiten. Der § 73 der Gewerbeordnung erklärt, daß zu den Hilfsarbeitern, also zu jenen, auf die die Gewerbeordnung Anwendung findet, auch die Handlungsgehilfen gehören; im letzten Absatz dieses Paragraphen heißt es dagegen, daß Buchhalter, Kassiere und dergleichen Personen sind, die zu Arbeiten höherer Art verwendet werden und deshalb keine Hilfsarbeiter sind, die Gewerbeordnung also auf sie keine Anwendung findet. Sie wissen, welche praktischen Folgen diese merkwürdige Bestimmung nach sich gezogen hat. Als einen Ausweg versucht man folgende Interpretation: Man sagt: Die Buchhalter und Kassiere, die im Handelsgewerbe beschäftigt sind, unterliegen der Gewerbeordnung; jene, die bei Fabrikanten

und Gewerbetreibenden beschäftigt sind, sind eine höhere Art von Menschen und unterliegen der Gewerbeordnung nicht. Dieser ganze unerquickliche Streit ist aber recht müßig. Welche Bestimmungen der Gewerbeordnung gelten denn eigentlich für die Handlungsgehilfen und Hilfsarbeiter des Handelsgewerbes? Gelten für sie die Bestimmungen bezüglich der Arbeitszeit, der Nachtarbeit, des Frauenschutzes u. s. w.? Nein; es gilt für sie der § 74 bezüglich gewisser Sicherheitsvorkehrungen, ebenso § 75 über Arbeitspausen, dann die Bestimmung über die Sonntagsruhe, über Truck und Kontraktbruch; der § 88 über Arbeitsordnungen aber nur dann, wenn mindestens zwanzig Personen Verwendung finden. Keine Geltung haben die Bestimmungen über den Schutz der Kinder, über die Nachtarbeit und Arbeitszeit. Nun möchte man glauben, daß das Handelsgesetzbuch, das sich auch mit den Handlungsgehilfen beschäftigt, ihnen einen Schutz verleiht. Das ist nicht der Fall. Es sind nur fakultative Vorschriften, indem es heißt, wenn nichts Anderes vereinbart ist, gilt eine sechswöchentliche Kündigung, hat der Handlungsgehilfe im Krankheitsfall Anspruch auf sechs Wochen Lohn, beziehungsweise Verpflegung u. s. w. Die Entlassung kann aus diesen und jenen Gründen, wenn nichts Anderes vereinbart wird, sofort erfolgen. Damit sind die Handlungsgehilfen vollständig der Willkür der Unternehmer preisgegeben, und dies wird auch in angemessener Weise ausgenützt. Wer die Klagen der Handlungsgehilfen in der Kündigungsfrage kennt, wird begreifen, wie schlecht sie in dieser Beziehung gestellt sind. Während die Arbeiter häufig dafür eingetreten sind, daß jede Kündigungsfrist beseitigt werde, wünschen die Handlungsgehilfen, daß eine obligatorische Kündigungsfrist eingeführt werde. Ich kann dem noch hinzufügen, daß sie blos für den Krankheitsfall versichert sind und der Unfallversicherung nicht unterliegen.

Der österreichische Arbeiterschutz steht unter dem Schlagworte: „Schutz des Kleingewerbes." Aus diesem Gesichtspunkt erklärt sich Vieles, was man in der Gewerbeordnung findet, und was man in ihr vermißt. Es ist aber seltsam, wie dieses Schlagwort mißbraucht wird. Man sollte annehmen, daß sich der Gesetzgeber gefragt hat: Was ist ein Kleingewerbetreibender? Die volkswirthschaftliche Theorie ist der Anschauung, daß ein Kleingewerbetreibender ein Unternehmer ist, der selbst als Arbeiter thätig ist, bei dem die eigene Arbeitskraft der wichtigste Faktor ist, der keine oder wenige Hilfsarbeiter beschäftigt und nur ein geringes Anlage- und Betriebskapital hat. Wie ist das aber in Oesterreich? Hier hat man nicht gesagt, Kleingewerbetreibende sind diese und jene Personen, und hat sie von der Arbeiterschutzgesetzgebung ausgenommen, sondern man hat gefragt: Was sind fabriksmäßige Betriebe? Darauf hat man geantwortet: Fabriksmäßige Betriebe sind solche, wo mindestens zwanzig Personen in geschlossenen Räumen beschäftigt sind. Die Folge davon ist, daß in Oesterreich zahlreiche Unternehmer als Kleingewerbetreibende behandelt werden, die nichts weniger als solche sind, die zahlreiche Arbeiter beschäftigen, maschinellen Betrieb haben, die ein bedeutendes Anlagekapital haben, und denen es nicht einfällt, selbst mitzuarbeiten. Ich verweise Sie da nur auf die Baugewerbe. Mir ist bekannt, daß ein Schlossermeister, der mehr als hundert Leute beschäftigt, als Kleingewerbetreibender gilt. Dies ist für ihn besonders wegen der Unfallversicherung von Bedeutung. Es tritt weiter bei großen Fabriken das Bestreben zu Tage, einzelne Betriebe unter die Aufsicht eines sogenannten selbstständigen Meisters zu stellen. Dadurch werden die Arbeiter von der Versicherung befreit. So hat die Fabrik der privilegirten Staatseisenbahngesellschaft im X. Bezirk alle Anstreicherarbeiten einem Meister übertragen, der eigentlich nur Aufseher in dieser Fabrik ist. Man hat da erklärt, die Anstreicher brauchen nicht für den Unfall versichert zu werden, trotzdem sie in der Fabrik beschäftigt sind. Der Verwaltungsgerichtshof hat in der That anerkannt, daß dies ein selbstständiger Betrieb sei, daß er aber doch der Versicherungspflicht unterliege, weil die Arbeiter allen Gefahren ausgesetzt sind, die dieser Fabriksbetrieb mit sich bringt.

Ich glaube, daß sehr viele Baugewerbetreibende das ausnützen, um sich auf diesem Wege der Unfallversicherung zu entziehen. Ich meine, alles das kommt daher, daß man bei uns nicht das Kleingewerbe schützt, sondern unter dem Vorwand, es zu schützen, zahlreiche Leute, die eigentlich Fabrikanten sind, von den Bestimmungen der Gewerbeordnung und von der Unfallversicherung befreit.

Wir haben uns nun zu fragen, welche Bestimmungen für diese sogenannten Kleingewerbetreibenden gelten. Sie wissen, im Kleingewerbe dürfen Kinder, die das zwölfte Jahr erreicht haben, beschäftigt werden. Die Heuchelei ist Ihnen bekannt, womit seinerzeit der Achtstundentag für Lehrlinge eingeführt worden ist. Man war sich klar darüber, daß der Achtstundentag für Lehrlinge undurchführbar ist. Wollte man, daß Kinder zwischen zwölf und vierzehn Jahren kurze Arbeitszeit bekommen, so mußte dekretirt werden, daß sie nur Vor- oder Nachmittags arbeiten dürfen, denn nur das läßt sich überwachen. Das ist nicht geschehen, man hat sich mit dem Achtstundentag begnügt. Die Folge davon ist, daß — wie wir Alle wissen — die Lehrlinge, auch die unter vierzehn Jahren, in der weitestgehenden Weise ausgebeutet werden, daß sie so lange und länger noch als die Gehilfen beschäftigt werden.

Das Verbot der Nachtarbeit hat für das sogenannte Kleingewerbe keine Anwendung, der Maximalarbeitstag gilt hier auch nicht, Arbeitsordnungen sind nicht nothwendig, die Unfallversicherung ist oft bei Betrieben mit hundert und mehr Personen ohne Geltung.

Zu welchem Ergebniß gelangen wir, wenn wir alles das zusammenfassen? Zu folgendem: Die wesentlichsten und wichtigsten Bestimmungen der Gewerbeordnung gelten höchstens für 750.000 von den zehn Millionen schutzbedürftigen Personen. Es erfreuen sich also unserer Schutzbestimmungen über Maximalarbeitszeit, Nachtarbeit u. s. w. kaum 8 Perzent der Arbeiter: das ist das Fazit der Lobpreisungen des österreichischen Arbeiterschutzes, wenn nüchterne Ziffern sprechen.

Jetzt werde ich die Bestimmungen der Gewerbeordnung im Einzelnen betrachten, und zwar thue ich das nach zwei Richtungen. Da haben wir vor Allem die Bestimmungen, die den Vertragscharakter des Lohnverhältnisses betreffen. Es wird uns immerwährend erzählt — jetzt in geringerem Maße als früher —, daß der Arbeitsvertrag eben ein Uebereinkommen ist, das zwischen zwei gleichgestellten Personen getroffen wurde, in das ein dritter — der Staat — sich nicht einmischen dürfe. Wie schaut es in Wirklichkeit mit dieser Vertragsfreiheit aus, und wie verhält sich der Staat zu ihr? Sie wissen, daß der Vertragscharakter nicht in der Weise zum Ausdruck kommen kann, daß der einzelne Arbeiter über jeden einzelnen Punkt mit dem einzelnen Unternehmer Abmachungen trifft. Es ist ja auch nicht möglich, daß in großen Fabriken, wo hunderte Personen beschäftigt werden, jeder einzelne Arbeiter mit dem Unternehmer über Arbeitszeit, Arbeitspausen u. s. f. Abmachungen trifft. Es ist zu diesem Zweck ein Uebereinkommen zwischen der Gesammtheit der Arbeiterschaft und dem Unternehmer nothwendig, das heißt mit anderen Worten, das, was man Arbeitsordnung nennt, soll eine Vereinbarung zwischen diesen beiden Theilen sein.

Was bestimmt nun die österreichische Gewerbeordnung über die Arbeitsordnungen? Die Arbeitsordnungen haben absolut nicht den Charakter eines Vertrages, sie sind nichts Anderes als etwas den Arbeitern Aufoktroyirtes. Nach der Gewerbeordnung hat der Unternehmer das Recht, eine Arbeitsordnung auszuarbeiten; es trifft ihn nur eine einzige Pflicht, und die geht dahin, sie den Behörden vorzulegen. Die Behörden haben nur die Arbeitsordnung auf ihre Gesetzlichkeit zu prüfen und die Bestätigung, daß sie sie gesehen haben, daraufzusetzen. Der Arbeiter selbst braucht über diese Arbeitsordnung absolut nicht gefragt zu werden. Sie ist zwar ein Theil, und zwar der wichtigste Theil des Arbeitsvertrages, dennoch hat die Arbeiterschaft auf sie nicht den geringsten Einfluß. So die Gewerbeordnung. Klar ist darnach, daß die Arbeitsordnung kein Vertrag ist, sondern daß sie nur bestätigt, was wir stets behaupteten: das Lohnverhältniß ist kein Vertrags-, sondern ein Herrschaftsverhältniß der Unternehmer gegenüber den Arbeitern.

Sie kennen Alle die zahlreichen Bestimmungen der Arbeitsordnungen über Konventionalstrafen, Strafen, die angeblich durch ein Uebereinkommen, einen Vertrag statuirt werden. Sie wissen, die Arbeiter unterwerfen sich diesen Bestimmungen nicht, sondern sie werden ihnen aufgezwungen; es ist daher lächerlich, von Konventionalstrafen zu reden. Dem Unternehmer werden durch die Konventionalstrafen dreierlei Rechte eingeräumt. Er kann Strafen zivilrechtlicher Natur, Disziplinar-

strafen und Strafen strafrechtlicher Natur verhängen. Wenn der Unternehmer einen Schaden erleidet, kann er nicht nur Schadenersatz selbst einheben, sondern auch Strafen auferlegen. Er kann wegen Geringfügigkeiten disziplinarer Natur, wegen Lachen, unartigen Benehmens, Ungehorsam oder Essen während der Arbeitszeit Strafen diktiren. Er hat also eine Disziplinargewalt über die Arbeiter kraft des Gesetzes und schließlich, das kann nicht oft genug besprochen werden, auch eine strafrechtliche Gewalt. Wenn ein Arbeiter etwas thut, was man bei anderen Menschen eine Uebertretung des Strafgesetzes nennt, ist es überdies noch eine Uebertretung der Arbeitsordnung, die vom Unternehmer gestraft wird, auch wenn er vom Gericht gestraft wird. Man darf also die Konventionalstrafen nicht in einen Topf werfen, sondern muß die drei Kategorien unterscheiden, weil man erst dann zu einer richtigen Kritik kommt. Die bürgerliche Gesellschaft hat eine Reihe von Grundsätzen aufgestellt, von denen zwei hier von Wichtigkeit sind. Der eine lautet: Niemand darf seinem ordentlichen Richter entzogen werden. Der Arbeiter wird in zahlreichen Fällen, wo sich der Unternehmer eine strafrechtliche Gewalt anmaßt, seinem ordentlichen Richter entzogen und von dem Unternehmer oder seinem Werkführer gestraft, ohne verhört zu werden, ohne daß ein ordentliches Verfahren vorhergeht. Ein zweiter Grundsatz ist, daß in eigener Sache Niemand rechtsprechen darf. Nicht einmal Schiedsrichter darf Jemand in eigener Sache sein, sonst ist das Urtheil nach österreichischem Gesetz null und nichtig. Wenn aber einem Unternehmer vom Arbeiter Schaden zugefügt wird, schätzt er selbst den Schaden und kann außer dem Schadenersatz noch eine Strafe von ihm fordern, er ist bei alldem Richter in eigener Sache. Die Unternehmer haben also noch heute den industriellen Arbeitern gegenüber eine sehr weitgehende öffentliche Gerichtsbarkeit, die sich von der Gerichtsbarkeit des Staates wesentlich unterscheidet. Sie ist unbeschränkt, während den Richtern eine Minimal- und Maximalgrenze vorgeschrieben ist; gegenüber den Richtern gibt es eine Berufung an eine höhere Instanz. Der Unternehmer ist aber erste und letzte Instanz.

Wir haben ferner etwas sehr Charakteristisches, was von den Arbeitern schwer empfunden wird, das Arbeitsbuch. Es findet hier das Seltsame statt, daß in das Arbeitsbuch für den Arbeiter ungünstige Dinge nicht aufgenommen werden dürfen. Nun würde ein logisch denkender Mensch fragen, wozu denn das Arbeitsbuch ist. Wenn man wahrheitsgemäß sowohl Günstiges als Ungünstiges eintragen dürfte, wäre der nachfolgende Unternehmer in der Lage, zu beurtheilen, ob der Arbeiter verdient, von ihm ausgebeutet zu werden. Es tritt nun eine jener grausamen Niederträchtigkeiten zu Tage, die man alle Tage spürt, über die man aber selten spricht. Nach der österreichischen Gewerbeordnung ist der Unternehmer berechtigt, das Arbeitsbuch zurückzuhalten, wenn der Arbeiter nicht ordnungsgemäß aus dem Arbeitsverhältniß tritt, das heißt kontraktbrüchig wird, und es gibt keine gesetzliche Bestimmung, die den Unternehmer verpflichtet, nach irgendeiner Zeit das Arbeitsbuch auszufolgen. Wenn also der Arbeiter ohne Kündigung das Arbeitsverhältniß löst, ist er von rechts- und staatswegen zum Hungertode verurtheilt, denn ein anderer Unternehmer darf ihn ohne Arbeitsbuch nicht in Arbeit nehmen. Das ist keine Uebertreibung von Hetzern, sondern die logische Konsequenz, die ich aus der Gewerbeordnung ziehe. Das Arbeitsbuch hat also seine schönen Aufgaben, die zwar nicht auf der Hand liegen, die aber für Jeden, der das Leben kennt, klar sind. Sie wissen, daß das System der geheimen Zeichen in vollster Blüthe steht. Wo sich Unternehmer organisiren, ist es das Erste, daß sie die Niederträchtigkeit begehen, geheime Zeichen zu vereinbaren und sie am 1. Mai, bei Lohnkämpfen und auch in normalen Zeiten anzuwenden. Anton Menger hat in schlagender Weise die Arbeitsbücher charakterisirt, indem er meint, daß das Arbeitsverhältniß ein Vertragsverhältniß sei. Haben die Arbeiter Bücher, so sollten auch die Unternehmer Bücher erhalten, worin die Arbeiter eintragen, ob sie mit den Unternehmern zufrieden sind, und die Unternehmer sollten verpflichtet sein, jedem Arbeiter die Bücher vorzulegen, aus denen hervorgeht, wie sich die Unternehmer betragen. In Konsequenz dessen könnte man den Kaufleuten den Zwang auferlegen, Bücher zu führen, und die bei ihnen einkaufen, sollen eintragen, ob sie zufrieden sind. Das ist logisch, aber Logik und Konsequenz würde man vergebens suchen, wenn es sich um die Unterdrückung der Schwachen handelt.

Noch eine vierte Schönheit haben wir, die das Vertragsverhältniß angeht, und die klar zeigt, daß es sich in Wirklichkeit nicht um ein Vertragsverhältniß handelt: die Bestimmung des § 85 über Kontraktbruch. Wo im wirthschaftlichen Leben zwei Leute einen Vertrag schließen, sind die Folgen des Vertragsbruches für beide Seiten klar. Das Handelsgesetzbuch und das bürgerliche Gesetzbuch bestimmen, daß, wer einem Anderen durch Vertragsbruch einen Schaden zufügt, ihm den Schaden zu ersetzen hat. Wenn ein Arbeiter aber den Vertrag bricht, muß er den Schaden ersetzen, außerdem wird er noch mit Arrest bestraft und endlich gezwungen, zu dem Unternehmer zurückzukehren und zwangsweise bei dem Unternehmer zu arbeiten. Wenn ich diese Seite der Gewerbeordnung resumire, kann ich sagen: die Gewerbeordnung wahrt nicht einmal den Schein des Vertragscharakters bei dem Verhältniß zwischen Unternehmern und Arbeitern. Im Gegentheil erkenne ich klar und deutlich, daß es sich dem Gesetzgeber darum handelte, das Herrschaftsverhältniß der Unternehmer gegenüber den Arbeitern zum Ausdruck zu bringen, was auch vollkommen gelungen ist. Das ist der Unternehmertrutz oder Unternehmerschutz der österreichischen Gewerbeordnung.

Ich habe gesagt, ich werde die Bestimmungen der Gewerbeordnung über Arbeiterschutz in Ziffern und Paragraphen vorführen. Wir haben da vor Allem den Schutz von Kindern, der eigentlich nur für die Großindustrie gilt; für das Kleingewerbe, den Bergbau, die Landwirthschaft und den Handel gibt es keinen Schutz für Kinder. Hier können Kinder in ungemessener Weise ausgebeutet werden. Mit dieser Frage hängt nun eine andere sehr wichtige Frage, die Schulfrage, zusammen. Heute geht man daran, die Schulpflicht auf sechs Jahre herabzudrücken, sie bis zum zwölften Jahre einzuschränken. Wenn dieses Attentat gelingt, werden sich bald mitleidige Seelen finden, die sagen werden: „Sollen die armen Kinder vom zwölften Jahre an wild wachsen? Für sie muß gesorgt werden, und das geschieht am besten, wenn man ihnen gestattet, in die Fabrik zu gehen." Zu den Handwerkern dürfen sie doch jetzt schon gehen. Wenn man von einer Einschränkung der Schulpflicht spricht, so handelt es sich auch um die Einschränkung des Arbeiterschutzes. Mit Ausnahme des bischen Kinderschutz ist für die jugendlichen Personen in Oesterreich gar nicht vorgesorgt. Im Kleingewerbe, im Handel und im Transportgewerbe können sie unbeschränkt ausgenützt werden. Für die jugendlichen Arbeiter zwischen 14 und 16 Jahren in den Fabriken gelten dieselben Bestimmungen wie für erwachsene Männer.

Die Ausbeutung der Lehrlinge ist in Oesterreich eine uneingeschränkte. Sie wissen, worauf die Bemühungen aller Retter des kleinen Mannes hinauslaufen. Sie deklamiren, dem kleinen Manne könne nur geholfen werden, wenn ein entsprechender Nachwuchs herangebildet wird. Es wäre nun ihre erste und dringendste Pflicht, dafür zu sorgen, daß die Lehrlinge wirklich im Handwerk herangebildet werden, daß sie darum nicht mißbraucht werden zu häuslichen Arbeiten und zu Theilarbeit, daß sie nicht in so unbarmherziger Weise ausgebeutet werden, damit nicht eintritt, was wir heute sehr oft sehen, daß die Lehrlinge, wenn sie mit der Lehrzeit fertig sind, erst zu lernen beginnen müssen. Wir suchen vergeblich nach einer Bestimmung oder Einrichtung, die die fachliche Ausbildung der Lehrlinge irgendwie sichert. Arbeiter, die ausgelernt haben, sind oft genöthigt, ihren Beruf aufzugeben und sich als Taglöhner und dergleichen zu verdingen. Als Lehrlinge sind sie geeignete Ausbeutungsobjekte, aber als qualifizirte Arbeiter können sie, wenn sie zu einem Handwerker kommen, nicht verwendet werden. Wir Sozialdemokraten, die wir von der Rettung des kleinen Mannes nicht viel hoffen, müssen darauf aufmerksam machen, daß die Handwerker ihre Lehrlinge ausbilden sollen. Warum nicht zu dieser Ausbildung geschritten wird, ist für uns Alle klar. Die Aufsicht darüber führen die Genossenschaften, die Meister, die an der maßlosen Ausbeutung und einseitigen Verkümmerung der Lehrlinge großes Interesse haben. Der Kinderhandel wird speziell bei uns in Wien schwunghaft betrieben. Der Menschenhandel besteht nicht blos darin, daß man Mädchen und Frauen ins Ausland verfrachtet, er wird auch mit jungem Menschenfleisch betrieben.

Aus Böhmen, Mähren und anderen Ländern werden Kinder um etliche Gulden oder noch weniger verkauft. Diese sind den Meistern vollständig preisgegeben. Wie soll bei derartigen Zuständen im Lehrverhältniß — wie man es

beschönigend nennt — ein Schutz der Vertragsrechte des Lehrlings möglich sein? Diesen Schutz soll wieder die Genossenschaft gewähren, und Leute, die, wie ich, die Gelegenheit haben, oft von solchen armen Proletarierkindern um Schutz angegangen zu werden, sind verzweifelt, wenn sie gestehen müssen, daß wir keine Instanz haben, die diese armen Lehrjungen zu schützen in der Lage wäre; weder Gerichte noch Behörden können das thun.

Nun zu den Frauen! Nach dem Gesetz sind die Frauen im Kleingewerbe, im Handel, im Bergbau schutzlos, und in den Fabriken genießen sie den gleichen Schutz wie die männlichen Arbeiter: sie haben den Elfstundentag. Außerdem ist ihnen noch in den Fabriken die Nachtarbeit verboten, von welchem Verbote es aber Ausnahmen gibt. Die Enquête über die Frauenarbeit, an der wir uns betheiligt haben, hat, wie Sie wissen, schauderhafte Dinge aufgedeckt. Es hat sich gezeigt, daß schulpflichtige Kinder verwendet werden, daß Arbeiterinnen ungesunde Arbeiten verrichten müssen, oft Arbeiten, zu denen sich männliche Arbeiter nicht herbeilassen; ich erinnere da an den Proceß des Gelbbrennens, des Bronzirens und ähnliche Dinge. Ich erinnere, daß die Frauen bei den Dachdeckern gerade zu den mühevollsten Arbeiten verwendet werden. In dieser Richtung kann man nicht einmal der Gesetzgebung Alles zur Last legen; das Handelsministerium trägt hier die alleinige Verantwortung. Durch das Gesetz vom Jahre 1885 ist die Handhabe geboten, jene schweren und gesundheitsschädlichen Arbeiten zu bezeichnen, die für Frauen unzulässig sind. Der Handelsminister hat keine derartige Verordnung erlassen, und wenn Jemand Grund gehabt hat, sich bei der Enquête zu schämen, waren es die österreichischen Regierungen. (Zustimmung.) Wir haben auch erfahren, daß die Frauen im Kleingewerbe in maßloser Weise zur Nachtarbeit verwendet werden, und zwar in zweierlei Form, in der Werkstätte und indem sie die Arbeit nach Hause nehmen müssen, nachdem sie sich den ganzen Tag gerackert haben. Sie müssen es entweder thun, weil es vom Unternehmer verlangt wird, oder weil der Lohn, den sie in der Werkstätte verdienen, zu geringfügig ist. Was von der Nachtarbeit gilt, gilt aber auch von der Sonntagsarbeit. Obwohl wir Bestimmungen haben, die die Sonntagsarbeit verbieten, werden die Frauen gezwungen, besonders jene Arbeiten, die sie Samstag nicht fertiggestellt haben, nach Hause zu nehmen und sie fertigzustellen.

Die Arbeiterversicherung, die wir besitzen, ist ein Torso sowohl objektiv als subjektiv, weil nur ganz kleine Kreise von Versicherungsbedürftigen versichert sind. Der Krankenversicherung unterliegen 2 Millionen Personen, und 10 Millionen, wenn ich vom Kleingewerbe und den Bauern absehe, bedürfen ihrer. Der Unfallversicherung unterliegt nur 1 Million Personen. Wir haben eine sogenannte Krankenversicherung, aber diese dauert nur 20 Wochen, so lange, bis der Kranke zusammenbricht und sich nicht weiterschleppen kann. Die Regierung hält Enquêten ab und pflegt Erhebungen, aber von einer Steigerung der Leistung will sie nichts wissen. Wir haben keine Invaliditätsversicherung und keine Altersversorgung. Wir haben sie wohl bei den Bruderladen, aber man darf nicht davon reden, wie sie aussieht. Die Krankenversicherung soll nicht nur auf weitere Kreise ausgedehnt werden, sondern es muß auch eine Invaliditäts- und Altersversicherung und eine Witwen- und Waisenversorgung hinzukommen. Vor Allem muß die Versicherung der Selbstverwaltung der Arbeiter überlassen bleiben und darf nicht als Unterdrückungsmittel ausgenützt werden, wie dies bei den Betriebskrankenkassen und den berufsgenossenschaftlichen Unfallversicherungsanstalten, von denen wir glücklicherweise nur eine haben, sowie bei den Bruderladen geschieht.

Wie sieht es nun mit der Durchführung der Gesetze aus? Die Gewerbe-Inspektion, die wir haben, existirt rechtlich nicht für den Bergbau und das Transportgewerbe, faktisch nicht für den Handel und das Kleingewerbe. Wenn wir nun die Statistik zur Hand nehmen, finden wir, daß im Jahre 1890 900,000 selbstständige Unternehmen in Industrie, Handel und Verkehr bestanden, und für diese, wovon allerdings viele keine Arbeiter beschäftigten, waren 44 Inspektoren, unter denen auch die Zentral-Gewerbe-Inspektoren, die keine Inspektionsthätigkeit ausüben, mitgerechnet sind. Die Strafgewalt bei Uebertretungen der Gewerbeordnung und der Arbeiterschutzgesetzgebung liegt in der Hand der politischen Behörden, und diese sind in den wichtigsten Industriezentren, wo die Arbeiter am stärksten

konzentrirt sind, die Vertreter der Unternehmer. Ich werde nicht müde, hervorzuheben, daß es, wo die sogenannte Autonomie herrscht, wo die Bourgeoisie den Magistrat in der Hand hat, diesbezüglich am schlechtesten bestellt ist.

Dort ist die Protektion für die Unternehmer am größten. Dort können sie willkürlich die gesetzlichen Bestimmungen übertreten. Auch die Strafen sind darnach. Ich will Ihnen ein klassisches Beispiel vorführen. Der Genossenschaftsvorsteher der Tischler in Wien, eine politisch bekannte Persönlichkeit, hat sich einer Uebertretung des Krankenversicherungsgesetzes schuldig gemacht. Er wurde zu fl. 1 Geldstrafe verurtheilt. Er hat rekurrirt, und die Statthalterei hat erklärt, der Rekurs wird abgewiesen, aber im Gnadenweg erlassen wir den Gulden! (Lebhafte Heiterkeit.)

Wenn Sie sich an das Rütlibündniß erinnern, das zwischen Dr. Lueger und dem Grafen Kielmansegg geschlossen wurde, wenn Sie bedenken, daß Lueger jetzt den Apparat der politischen Behörde in die Hand bekommen hat, wenn Sie berücksichtigen, daß ihm Graf Kielmansegg dabei nicht in den Arm fallen wird, dann können Sie sich wohl vorstellen, wie es mit dieser politischen Justiz, mit dieser politischen Ueberwachung der Arbeiterschutzgesetzgebung in Wien und mit der Judikatur in Lohnstreitigkeiten aussehen wird. Heute wird der Arbeiter von Pontius zu Pilatus geschickt, er weiß nicht, soll er zur politischen Behörde oder zu Gericht gehen. Eine kleine Reform wird allerdings durchgeführt werden durch das am 1. Juli 1898 in Kraft tretende Gesetz, wonach die politischen Behörden für die industriellen Arbeiter nicht mehr judiziren werden. Die Arbeiter werden alle Genugthuung empfinden, endlich einmal von dieser sogenannten Judikatur der politischen Behörden befreit zu sein. Aber der Wunsch ist unerfüllt geblieben, daß auch für die ländlichen Arbeiter diese Judikatur der politischen Behörden endlich aufhöre.

Ich gehe nun zum zweiten Theil über, nämlich zu unseren nächsten Forderungen und zu den Reformvorschlägen der bürgerlichen Parteien und der Regierung. Sie kennen diese Reformvorschläge der Regierung aus der jüngsten Zeit: die Gewerbenovelle, die in den Akten des Abgeordnetenhauses wie andere sozialpolitische Anläufe begraben worden sind. An solchen Begräbnissen hat es in den letzten sechs Jahren in Oesterreich nicht gefehlt. Dieser Gewerbenovelle nun können wir keine Thräne nachweinen. Es ist erinnerlich, welch ungeheuerliches Attentat auf das Koalitionsrecht da unternommen werden sollte, und die wenigen Verbesserungen, die in der Vorlage enthalten waren, haben keinesfalls das Attentat auf das Koalitionsrecht aufgewogen, das im Gegensatz zu den Verbesserungen gewiß verwirklicht worden wäre. Unsere bürgerlichen Parteien strengen sich nicht sehr an. Sie haben in dem Wahlkampfe beobachten können, wie alle bürgerlichen Parteien von sozialen Reformen gesprochen haben, sie alle haben viel Zusagen gemacht, und als sie in das Parlament eingezogen waren, was haben sie da geleistet? Zweihundert Initiativanträge sind eingebracht worden. Ich habe die Mühe nicht gescheut, alle diese Anträge zusammenzustellen, um zu sehen, was das für Anträge sind. Es sind eingelangt zehn Anträge, die die Arbeiterversicherung betreffen. Damit prunken jetzt alle Parteien. Sie wissen, selbst die Liberalen, die von Arbeiterschutz wirklich vom Herzen nichts wissen wollen, haben ihre Zuflucht zur Arbeiterversicherung genommen. Sie denken, es ist das billigste Geschäft, das man da machen kann, für die kranken und invaliden Arbeiter zu sorgen; es ist viel kostspieliger, für gesunde Arbeiter zu sorgen, ihre Arbeitszeit abzukürzen, ihnen mehr Lohn zu gewähren. Aber auch die „arbeiterfreundlichen" Christlich-Sozialen und die katholischen und die anderen „Volksparteien" haben gefunden, daß die Arbeiterversicherung das Allerbequemste ist. Sie alle haben Anträge eingebracht, in denen die Regierung aufgefordert wird, Gesetzentwürfe einzubringen, um die Arbeiterversicherung auszubauen. Die Einen meinen die Unfall-, die Anderen die Invaliditätsversicherung. Aber die allerwichtigsten Vorschläge, nämlich in Bezug auf Verkürzung der Arbeitszeit, werden Sie vergeblich unter diesen Anträgen suchen.

In dieser Beziehung haben nur wir einen Antrag eingebracht auf Einführung des Achtstundentages für die Arbeiter im Bergbaubetriebe. Allerdings haben auch die Antisemiten einen Antrag eingebracht. Aber sie haben nicht gesagt, die Regierung wird aufgefordert, eine Abkürzung der Arbeitszeit, sagen wir auf zehn Stunden,

sowohl für die Großindustrie als auch im Kleingewerbe einzuführen; das ist etwas zu gefährlich. Was würde der Spießer sagen, wenn man den Zehn-, den Elf-, sagen wir selbst den Zwölfstundentag beantragen würde? Er würde wild werden. Da finden auch diese Herren den Ausweg, den Alle finden, die sich schon so oft bemüht haben, den nationalen Arbeiterschutz unmöglich zu machen: man flüchtet sich zum internationalen Arbeiterschutz. Das ist heute oft ein Mittel, um den heimischen Arbeiterschutz zu verhindern. Schneider und Konsorten haben also einen Antrag eingebracht: „Die Regierung wird aufgefordert, dafür zu sorgen, daß eine internationale Arbeiterschutzkonferenz einberufen werde, damit diese beschließe, es sei der Achtstundentag einzuführen." Ja, wissen denn die Herren nicht, oder halten sie die Leute für so vergeßlich, daß sie es nicht wissen, daß trotz der Bemühungen der Schweizer Regierung alle Versuche der Einberufung einer Arbeiterschutzkonferenz mißglückt sind? Wissen denn die Herren nicht, welche Erfolge die Berliner Konferenz erzielt hat? Diese Konferenz soll den Achtstundentag beschließen, aber nicht für alle Unternehmungen, sondern nur für die Industrie, nicht für das Kleingewerbe, nicht für den Handel, nicht für die Landwirthschaft, sondern lediglich für die Fabriken. Das ist der einzige diesbezügliche Antrag gewesen, der in der letzten Session von bürgerlicher Seite eingebracht wurde. Mit solchen Dingen dürfen wir uns aber nicht abgeben. Verrennen wir uns nicht in den internationalen Arbeiterschutz! Seien Sie überzeugt, daß gelegentlich des Ausgleiches mit Ungarn so mancher Versuch unternommen werden wird, mit Hilfe des ungarischen Ausgleiches die österreichische Arbeiterschutzgesetzgebung im Fortschreiten aufzuhalten. Es ertönen von Seite der Industriellen verschiedene Rufe, den Arbeiterschutz auch für Ungarn anzustreben: So lange kein Arbeiterschutz für Ungarn besteht, so lange kein Arbeiterschutz für Oesterreich. Wir müssen uns hüten, in diesen Ruf nach einem internationalen Arbeiterschutz heute einzustimmen. Er ist nur ein Mittel, um den nationalen Arbeiterschutz todtzuschlagen.

Ich komme nun zu unseren Forderungen. Wir haben im Verbande darüber eingehende Besprechungen gehalten, und ich hoffe, daß der Parteitag den dort gefaßten Beschlüssen auch seine Zustimmung geben wird. Wir müssen daher trachten, daß dieser geringe Arbeiterschutz, den wir haben, auch wirklich durchgeführt wird, daß man einen Einblick gewinne in die Verhältnisse der Unternehmungen. Das können wir nur, wenn die Zahl der Gewerbe-Inspektoren vermehrt wird, so daß die Inspektoren mindestens einmal im Monat die Betriebe besichtigen können. (Zustimmung.) Weiter ist es erforderlich, daß weibliche Inspektoren angestellt werden, und daß ferner eine spezielle Inspektion eingeführt werde, wie zum Beispiel beim Schiffsgewerbe, wo sie sich sehr gut bewährt hat, auch für den Bergbau, für den Handel, für die Eisenbahnen, für jene Industrien, wo weibliche Arbeitskräfte beschäftigt sind, u. s. w. Weiter ist von uns auch der Gedanke der Einführung von Lehrlings-Inspektoren ventilirt worden, die darüber wachen sollten, daß diesen armen Proletarierkindern nicht so viel Unrecht geschieht, als es heute der Fall ist. In der Provinz wie in Wien gibt es zahlreiche schutzlose Lehrlinge. Wir müssen auch für die Inspektoren eine Exekutive verlangen. (Sehr richtig!) Wir müssen verlangen, daß auch die Durchführung der Gesetze — nicht nur die Ueberwachung — nicht mehr Sache der politischen Behörden bleibe, sondern ausschließlich Sache der Inspektoren werde. Damit dies möglich wird, sind wir zu dem Gedanken gekommen, ausgehend von den Bestimmungen über den Bergbau, eine Gesetzesvorlage, und zwar vollkommen ausgearbeitet, in Vorschlag zu bringen, damit die Majorität und die Regierung keine Ausrede haben kann. Wir verlangen darin als Organe der Inspektion Vertrauensmänner der Arbeiter nach Berufsgruppen, die von der Arbeiterschaft auf eine bestimmte Anzahl von Jahren (drei bis fünf Jahre) zu wählen und vom Staate zu besolden sind. Diese sollen die Aufgabe haben, die Betriebe erstens auf ihre Sicherheit zu prüfen, und zweitens darauf zu achten, daß die Anordnungen der Inspektoren auch thatsächlich zur Durchführung gelangen. Ferner verlangen wir auch ein geordnetes Strafverfahren gegen die Unternehmer bei Uebertretung der Gewerbeordnung. Diese Strafen sollen nicht mehr von den politischen und autonomen Behörden verhängt werden. Die Strafgerichtsbarkeit muß den ordentlichen Gerichten überwiesen werden; diese sollen in öffentlicher mündlicher Verhandlung darüber zu erkennen haben, ob sich die Unternehmer einer

Uebertretung der Gewerbeordnung schuldig gemacht haben. Die Protektion soll ausgeschlossen sein bei der Verhängung der Strafen, und darum verlangen wir eine Strafgerichtsbarkeit vor den ordentlichen Gerichten. Und dazu sind eigene Gewerbegerichte nothwendig.

Bezüglich der Lohnverhältnisse sind unsere Forderungen ganz klar. Die Arbeitsordnungen sollen in der Art zu Stande kommen, daß bei deren Ausarbeitung die Arbeiter mitzuwirken hätten; weiter müssen wir fordern, daß die Arbeitsordnungen von den Inspektoren nicht blos zu prüfen, sondern zu genehmigen sind, und diese Inspektoren nicht nur die Gesetzmäßigkeit, sondern auch die Zweckmäßigkeit zu beurtheilen hätten. Die Arbeitsordnungen dürfen nicht mehr dekretirt werden, sondern die Arbeiterschaft muß auch einen Einfluß auf sie bekommen, und das öffentliche Interesse soll dabei berücksichtigt werden. Die Arbeitsordnungen sollen obligatorisch werden, und es müssen Normalarbeitsordnungen für bestimmte Gruppen von Betrieben entworfen werden.

Daß die Konventionalstrafen verschwinden müssen, ist klar. Die Unternehmer haben Mittel genug, um gegen die Arbeiter vorzugehen. Der Arbeiter soll vor Gericht zitirt werden, und der Richter soll die Strafe bestimmen. Wir haben ja kein besonderes Zutrauen zu den Gerichten, aber noch viel weniger zu den Unternehmern. Fort also mit allen sogenannten Konventionalstrafen, ob diese nun zivilrechtlicher, disziplinarer oder strafrechtlicher Natur sind. Wenn der Unternehmer mit seinem Arbeiter nicht zufrieden ist, so soll er ihm kündigen. Wir verlangen, daß der Kontraktbruch ebenso geahndet werde wie bei jedem anderen Staatsbürger.

Bezüglich des Handelsbetriebes sind die Forderungen, die die Handelsangestellten immer erheben, folgende: angemessene Sonntagsruhe, angemessene Arbeitszeit, obligatorische Kündigungsfrist und Versicherung. Das sind Forderungen, für die einzutreten unsere Pflicht ist.

Bezüglich der Landwirthschaft haben wir die Dinge im vorigen Jahre besprochen; auch hier sind unsere Forderungen klar. Wir verlangen Frauenschutz, Schutz der Kinder, Sonntagsruhe, Beschränkung der Arbeitszeit u. s. w. Allerdings werden hier Schwierigkeiten und Kompetenzstreitigkeiten zu Tage treten. Man wird erklären, ja, das gehört vor die Landtage, wir hoffen aber, daß das bei uns keine Aufregung erzeugen wird.

Für die Lehrlinge müssen wir mit Entschiedenheit eintreten, weil für diese noch nichts geschehen ist. Wir werden weiter Anträge einbringen, daß für die fachliche Ausbildung der Lehrlinge in größerem Maße vorgesorgt werde, als dies heute der Fall ist. Wir werden auch weiter darauf dringen, daß eine Inspektion für Lehrlinge eingeführt werde.

Die Arbeiter werden sich bald überzeugen, daß die Befürchtung, als ob wir nur politisch thätig sein und erst in zweiter Linie für die Bestrebungen der Arbeiter eintreten werden, eine ganz grundlose ist. Die Hauptsache wird es stets für uns sein, für die wirthschaftlichen Interessen der Arbeiterschaft das Möglichste zu leisten. Wir erwarten und fordern aber auch von Ihnen vollste Unterstützung, denn nur durch Ihre thatkräftige Förderung können wir etwas erreichen. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Referent Gen. Neumann: Karl Marx sagt in seinem „Kapital" über die Hausindustrie, daß sie die im Hintergrunde aufgebaute Exploitationssphäre sei. Er nennt sie auch die Dezentralisation der Großindustrie, und wir müssen gestehen, daß diese Dezentralisation Fortschritte macht, und zwar so lange, bis man nicht in dem einen oder anderen Fach vermöge des Fortschreitens der maschinellen Einrichtungen wieder zurückkehrt zum Fabriksbetriebe, zum Betriebe an einer Stätte. In solchen Fällen wird die Hausindustrie, die Heimarbeit, den Industriellen keinen Nutzen mehr bringen, und in solchen Fällen wird eben in dem einen oder anderen Fache die Heimarbeit verschwinden. In jenen Fächern aber, wo heute noch die Heimarbeit sehr rentabel ist, haben die Unternehmer eine zärtliche Zuneigung zu derselben gefaßt. Sie bietet ihnen aber auch alles Wünschenswerthe, eine Verminderung der Produktionskosten durch Ueberwälzung der Ausgaben für die Arbeitsräume, Werkzeuge, Beleuchtung und Beheizung auf die Schultern Derjenigen, die in der Heimarbeit beschäftigt sind. Weiters bietet auch die Heimarbeit für die

Unternehmer in Bezug auf die Besteuerung sehr große Vortheile. Die Folge davon ist das Anwachsen dieser Art der Produktion, die stete Erweiterung der Heimarbeit und der Hausindustrie. Redner gibt eine detaillirte Darstellung der Heimarbeit, des Sitzgesellenwesens und des Schwitzsystems. Dieses System wurde von uns, fährt der Referent fort, von jeher bekämpft, aber noch immer ohne Erfolg. Die Auswüchse desselben beschäftigen nicht nur uns, sondern auch die Regierung, ebenso wie die Handels- und Gewerbekammer. Eine Statistik, die allerdings nicht sehr verläßlich ist, sagt uns, daß in der Heimarbeit 760.522 Arbeiter und Arbeiterinnen ihr Fortkommen finden. Die Großindustrie beschäftigt nach dieser Statistik 1,080.712 Arbeiter, die kleinen Industrien 402.736 Arbeiter. Wir finden somit, daß 37 Perzent der gesammten Arbeiterschaft in der Heimarbeit beschäftigt sind. In Bezug auf die rechtliche Stellung der Heimarbeiter finden wir, daß dieselben sowohl nach der Gewerbeordnung vom Jahre 1859 als auch nach der neuen Gewerbeordnung vom Jahre 1888 des Arbeiterschutzes nicht theilhaftig sind, dessen sich beispielsweise die Arbeiter in den Fabriken, allerdings in der äußerst mangelhaftesten Weise, erfreuen.

Die Hausindustrie selbst wird nach den „örtlichen Gepflogenheiten" behandelt. Ein sehr weit dehnbarer Begriff. Die Hausindustrie unterliegt nicht einer Ueberwachung. Die Löhne sinken fort und fort. Die Wohnräume, die zugleich als Arbeitsräume dienen, entsprechen nicht den hygienischen Anforderungen. Aber auch in Bezug auf das Krankenversicherungswesen ist die Hausindustrie keinesfalls bedacht worden. Es heißt im Krankenversicherungsgesetz vom 30. März 1888 im § 3, daß „solche Unternehmer, in deren Auftrag und für deren Rechnung selbstständige Arbeiter in eigenen Betriebsstätten persönlich oder unter Mitwirkung der Angehörigen des eigenen Hausstandes, jedoch ohne anderweitige Hilfsarbeiter mit der Herstellung oder Bearbeitung industrieller Erzeugnisse beschäftigt sind (Hausindustrie), berechtigt sind, mit diesen Arbeitern unter Zustimmung derselben der Krankenversicherung beizutreten". Ein Versicherungszwang für Arbeiter der Hausindustrie besteht also nicht, und die Kassenpraktiker werden finden, daß in den meisten Fällen die Heimarbeiter von der Krankenversicherung thatsächlich ausgeschlossen sind. Die Unternehmer finden es nicht nothwendig, die Heimarbeiter anzumelden, und die Arbeiter selbst verdienen so wenig, daß sie die Lasten der Krankenversicherung nicht tragen wollen, und so ist im Falle der Erkrankung unter den Heimarbeitern stets das größte Elend zu finden.

Wie erwähnt, hat sich die Regierung mit der Frage der Heimarbeiter beschäftigt und gewisse Vorschriften über Regelung derselben erlassen. Das Handelsministerium hat an sämmtliche Handelskammern einen Erlaß ergehen lassen, worin sie konkrete Vorschläge für eine Milderung der wesentlichsten Schäden der Heimarbeit verlangt. In erster Linie soll da eine Zählung der Heimarbeiter vorgenommen werden, es sollen die Heimarbeiter mit Arbeitsscheinen versehen, diese Arbeitsscheine sollen nach Ablauf eines Jahres und bei einer gewissen Altersgrenze nicht mehr ausgegeben werden; man will mit einem Worte, daß die Heimarbeit nach und nach aussterbe. Bei dieser Umfrage haben sich nun merkwürdigerweise alle 15 Handelskammern, deren Gutachten mir bekannt sind, für eine Reform der Heimarbeit und für eine Beseitigung derselben ausgesprochen. Wir haben auf dem Gewerkschaftstag eine Resolution gefaßt, in welcher wir uns über die Heimarbeit aussprachen und sagten: Es gehe nicht an, daß man einfach sagt, die Heimarbeit müsse verschwinden, sondern es muß vor Allem dafür gesorgt werden, daß diejenigen Arbeiter, die von einer solchen Bestimmung getroffen werden, nach wie vor ihre gewerbliche Thätigkeit ausüben können.

Wir halten es daher für nothwendig, daß die Unternehmer dazu verhalten werden, feste Betriebsstätten zu errichten. Wir haben eingesehen, daß dies nicht sofort durchgeführt werden kann, und haben in Folge dessen eine Reihe von Beschlüssen darüber gefaßt, was in der Uebergangszeit zu geschehen habe.

Die Ansichten der Handelskammern weichen von den unserigen vielfach ab. In erster Linie fällt auf, daß die Handelskammern eines der gefährlichsten Systeme, das Schwitzsystem, in ganz oberflächlicher Weise behandeln. Sie sind darüber einig, daß die Zwischenmeister nicht als Arbeiter angesehen werden sollen, sondern als Gewerbetreibende, und das erscheint ihnen als das Um und Auf der ganzen

Reform. Die Zwischenmeister sollen nicht beseitigt, sondern blos mit einem Gewerbeschein versehen werden. Ob dadurch an der Ausbeutung der Arbeitskräfte irgend etwas geändert wird, will ich Ihrer eigenen Beurtheilung überlassen. Ein anderes Mittel weiß übrigens auch die Regierung nicht. Die niederösterreichische Handelskammer glaubt sehr weit zu gehen, wenn sie fordert, daß diese Zwischenmeister auch nicht das Recht haben sollten, Lehrlinge zu halten, und es scheint, daß auch das Handelsministerium geneigt ist, diese Ansicht zu akzeptiren. Sie ersehen daraus, daß sich die Bekämpfung der Heimarbeit in sehr milden Formen vollzieht, so daß nicht zu erwarten ist, daß dadurch eine wesentliche Aenderung in dem gegenwärtigen Zustand herbeigeführt wird.

Schon im Jahre 1873 und 1874 hat eine Enquete über die Heimarbeit stattgefunden, wo die Schneidermeister von Krems erklärten, es sei zu beklagen, daß die Kleiderfabrikanten weder gewerbetüchtig noch fachmännisch gebildet seien, daß sie ihre Arbeiten durch Heimarbeiter herstellen lassen und daß dieses System beseitigt werden müsse. Die Handschuhmacher beklagten sich darüber, daß die Handschuhhändler viel mehr produziren als die Meister u. s. w. Ihre Klagen waren damals noch nicht so nachhaltig wie heute, wo bereits zahlreiche Gewerbetreibende die Schäden an ihrem eigenen Leibe verspüren. Damals richteten sich die Klagen hauptsächlich gegen die Arbeiterorganisationen, welche eine Erhöhung der Löhne herbeiführten und Streiks organisirten.

Nun finden wir in den Berichten der Handelskammern manches Merkwürdige. So sagt die Bozener Kammer, daß die Holzschnitzer, deren es etwa 1300 bis 1500 gibt, in so elenden Verhältnissen leben, daß sie ihre Waaren den Händlern zu Preisen verkaufen, nach welchen nicht einmal das Holz gezahlt erscheint. Die Handelskammer erklärt ganz offen, daß dies daher komme, weil diese Leute das Holz einfach stehlen. Wenn es so weit gekommen ist, daß diese Heimarbeiter das Rohprodukt stehlen müssen, und daß die Handelskammer und natürlich auch die Behörden davon wissen, so mögen Sie daraus entnehmen, wie umfangreich die Schäden dieser Art der Industrie für das gesammte Gewerbe bereits gediehen sind.

Wie sieht es nun mit der Heimarbeit in Wien aus? Es sind da in den Gewerbebetrieben mit einer Erwerbsteuer von fl. 21 aufwärts Heimarbeiter beschäftigt in der Metall- und Metallwaaren-Industrie 44, in der Maschinen-, Apparaten- und Instrumenten-Industrie 104, in der Stein-, Erde-, Thon- und Glas-Industrie 31, in der Holzschnitzwaaren-Industrie und Kautschuk-Industrie 1636, in der Leder-, Fell-, Borsten-, Haar- und Federn-Industrie 64, in der Textil-Industrie 2353, in der Bekleidungs- und Putzwaaren-Industrie 16.572, in der Papier-Industrie 42, in den Nahrungs- und Genußmittelgewerben 12, in den polygraphischen und Kunstgewerben 60, zusammen 20.918 Heimarbeiter. Bei den Bekleidungs- und Putzwaarengewerben stehen diesen 16.000 Heimarbeitern nur 10.980 Werkstättenarbeiter gegenüber. In dieser Industrie finden wir überhaupt äußerst traurige Verhältnisse. Bei vielen Stückmeistern sind Wohnung und Werkstätte gar nicht getrennt, und zwar ist dies der Fall im 1. Bezirk bei 11 Stückmeistern, im 2. Bezirk bei 332, im 3. Bezirk bei 113, im 4. Bezirk bei 33, im 5. Bezirk bei 77, im 6. Bezirk bei 80, im 7. Bezirk bei 101, im 8. Bezirk bei 139, im 9. Bezirk bei 51, im 10. Bezirk bei 73, im 11. Bezirk bei 15, im 14. Bezirk bei 26, im 15. Bezirk bei 194, im 16. Bezirk bei 168, im 17. Bezirk bei 86, im 18. Bezirk bei 101 Stückmeistern. Die Ziffern des 12., 13. und 19. Bezirkes sind unbekannt. Es ist also bei 1600 Stückmeistern dieser Uebelstand zu verzeichnen. Es ist wiederholt auf die Schäden, die daraus erwachsen, hingewiesen worden. Zahlreiche Krankheitsstoffe werden in den erzeugten Kleidern verschleppt, und so mancher Dandy würde seinen Anzug mit großer Angst am Leibe tragen, wenn er erfahren würde, daß der Stückmeister, der ihn hergestellt hat, an Lungentuberkulose oder seine Kinder an einer Infektionskrankheit darniederlagen.

Wir finden weiters, daß auch sehr viele Heimarbeiter unter dem Truckjystem zu leiden haben. Die Handelskammern sagen, es sei ein offenes Geheimniß, daß diese Händler zugleich Gemischtwaarenverschleißer sind und die Arbeiter nicht mit Geld, sondern mit Nahrungsmitteln, Kleidungsstoffen u. s. w. bezahlen. Der Budweiser Gewerbe-Inspektor berichtet im Jahre 1895, daß die Unternehmer der

Nagelschmiedbranche sich zugleich als Gemischtwaarenverschleißer etablirt hatten und die Arbeiter mit Konsumartikel bezahlten. Wenn sie dieselben nicht nehmen wollten, erhielten sie keine Aufträge mehr. Ein solcher Arbeiter erzeugt 500 bis 600 große Bretternägel in 12 Stunden oder 2000 bis 2500 Schuhstifte und verdient je nach Fleiß und Geschicklichkeit 35 bis 40 kr. pro Tag. Dieser karge Lohn wird noch dadurch geschmälert, daß er dafür die Waaren um theures Geld nehmen muß. Das Gewerbe-Inspektorat hat sich der Sache bemächtigt, und es ist sogar einer dieser Unternehmer bestraft worden, und zwar mußte er fl. 200 Strafe bezahlen. Das hat er leicht bezahlen können, denn er hat jahrelang ein vorzügliches Geschäft gemacht. Von der Rudniker Korbwaarenfabrik berichtet der Gewerbe-Inspektor, daß diese Körbe durch Hausindustrielle hergestellt werden. 45 Familien verdienten in fünf Wochen fl. 844, in einem anderen Falle 29 Familien in derselben Zeit fl. 661, in einem dritten Falle 69 christliche Familien fl. 3973, hingegen 25 jüdische Familien fl. 2270. Die Verschiedenheiten in dem Verdienste sind darauf zurückzuführen, ob eine Familie mehr oder minder angestrengt arbeitet und ob sie mehr oder weniger Köpfe zählt. Immerhin ist das aber so wenig, daß man annehmen kann, daß die Leute davon überhaupt nicht leben können. In dem Berichte wird gesagt, die Leute seien sehr leichtlebig. Bei dem Verdienste dürften sie nicht besonders leichtlebig sein können.

Wir fordern also, wie gesagt, daß die Heimarbeit zu beseitigen ist und daß feste Werkstätten zu errichten sind.

Da dies nicht so bald durchgeführt werden wird, müssen wir vor Allem trachten, daß eine genügende Ueberwachung der Heimarbeit stattfindet, und da komme ich zu demselben Schlusse wie der Vorredner, daß nämlich das Gewerbe-Inspektorat in dem Sinne auszubauen sei, daß Vertrauensmänner der Arbeiter aufgestellt werden, welchen die Ueberwachung der Arbeiterschutzgesetzgebung obliegt. Wenn man bedenkt, daß der Wiener Gewerbe-Inspektor im abgelaufenen Jahre 745 Betriebe besucht hat, daß 1879 Stückmeister gezählt werden — ihre Zahl ist aber eine bedeutend größere — und wenn 20.000 Heimarbeiter in Wien existiren, dann muß man sagen, daß das Gewerbe-Inspektorat nur äußerst mangelhaft seine Aufgabe erfüllen kann.

Es ist daher unbedingt nothwendig, daß besoldete, von Arbeitern gewählte Vertrauensmänner angestellt werden. Es würde allerdings die Versuchung nahe liegen, zu verlangen, daß Gewerbe-Inspektoren überhaupt auch aus dem Kreise der Arbeiter aufgenommen werden. Wir sagen uns aber, wenn Arbeiter als Gewerbe-Inspektoren angestellt werden, so sind sie schließlich doch Beamte und unterstehen nicht mehr der Kontrole ihrer Genossen.

Was die Meldepflicht betrifft, worüber die Handelskammern ebenfalls sich aussprechen, so muß ich sagen, daß es nicht genügt, blos zu dekretiren, daß die hausindustriellen Arbeiter sich mit einem Arbeitsschein zu versehen haben, sondern es muß den Unternehmern die Pflicht auferlegt werden, jeden Arbeiter, den sie außer Haus beschäftigen, anzumelden, und die Uebertretung dieser Verpflichtung darf nicht mit Geld, sondern muß mit Arrest bestraft werden. (Zustimmung.)

Auch in Bezug auf die Wohnungen sind eine Reihe von Wünschen hier auszusprechen. Vor Allem haben die Kommunen die Verpflichtung, darauf zu dringen, daß gesunde und billige Arbeiterwohnungen gebaut werden. Von der gegenwärtigen Wiener Kommunalvertretung können wir dies wohl nicht erwarten, denn Diejenigen, welche in der Gemeindevertretung sind, haben vor Allem die Interessen der Hausherren zu vertreten, von denen sie ja eigentlich gewählt sind. Es müssen daher von Seiten der Arbeiterschaft alle Anstrengungen gemacht werden, damit sie auch das Gemeindewahlrecht erhält.

Wir sagen auch, es seien die Unternehmer zu verhalten, dafür zu sorgen, daß die Produkte, welche durch Heimarbeiter hergestellt werden, in solchen Räumen hergestellt werden, welche den hygienischen Anforderungen entsprechen. Von den Unternehmern ist natürlich nicht zu erwarten, daß sie dem Folge leisten; es ist daher nothwendig, daß die Wohnungen von Zeit zu Zeit durch eigene Inspektoren inspizirt werden. Wir verlangen weiters, daß für die Heimarbeiter eine scharfe Besteuerung der Unternehmer platzgreife. Wenn wir dadurch dem Staate eine neue Einnahmsquelle eröffnen, dann wird gewiß die Heimarbeit eingeschränkt werden.

Selbstverständlich ist es, daß wir auch die Arbeiterschutzgesetze auf die Heimarbeiter angewendet wissen wollen.

Es wird dagegen eingewendet, daß die Heimarbeiter selbst vielfach gegen diese Forderung auftreten. Dies müssen wir allerdings zugestehen. Wenn die Arbeiter selbst mithelfen würden, dann ginge es ja sehr leicht, die Heimarbeit allmälig zu beschränken und so zu beseitigen. Dies zeigt die Meerschaum-Industrie. In der Meerschaumbildhauerei wurden zu Anfang der Achtziger-Jahre die meisten Arbeiten in festen Betriebsstätten hergestellt. Im Jahre 1883 haben die Unternehmer sukzessive ihre Betriebsstätten aufgelassen, und es waren immer mehr Arbeiter gezwungen, zu Hause zu arbeiten, so daß von den zirka 200 Arbeitern etwa 130 zu Hause gearbeitet haben. Die nächste Folge war ein rapides Sinken der Löhne auf die Hälfte oder ein Drittel. Schon damals sind Versuche gemacht worden, die Arbeiter zu vereinigen, dieselben sind jedoch gescheitert, da einzelne Arbeiter diesen Versuchen ablehnend gegenüberstanden. Die Löhne sind aber in den Neunziger-Jahren weiter herabgegangen, und so haben sich die Arbeiter gezwungen gesehen, sich zu einer Gruppe zu vereinigen. Es sind derselben etwa 80 Arbeiter beigetreten. Dieser Gruppe war es möglich, die Arbeitslöhne aufrecht zu erhalten und es dahin zu bringen, daß jene Arbeiter, welche zu Hause arbeiteten, von den Unternehmern keine Arbeiten mehr bekamen, weil die Unternehmer fürchten mußten, daß die Gruppe in der Zeit, wo der Geschäftsgang gut ist, nicht für sie arbeiten wird. Schließlich haben sich alle Arbeiter der Gruppe angeschlossen, und es ist in dieser Branche die Heimarbeit vollständig aufgehoben worden. In der Massapfeifenschneiderei haben wir einen ähnlichen Fall zu verzeichnen.

Wir sehen, daß derartige Versuche ein gewisses Resultat herbeiführen. Es ist allerdings richtig, daß diese Versuche nur bei ganz kleinen Fächern unternommen werden können. In der Konfektionsbranche, Schneidergeschäften und bei Schuhmachern haben solche Versuche keine Aussicht auf Erfolg. Dessenungeachtet ist es nothwendig, daß in den kleineren Fächern, wo die Arbeiter ebenfalls durch Heimarbeit geschädigt werden, derartige Versuche gemacht werden.

Ganz eigenthümliche Verhältnisse finden wir im Etuifach. Ende der Siebziger- und Anfangs der Achtziger-Jahre gab es im Etuifach nur Tischler, die bei den Etuifabrikanten arbeiteten. In den Achtziger-Jahren begannen die Etuitischler zu Hause zu arbeiten, und es kam so weit, daß sie aus den Werkstätten austraten. Die Etuitischler, die nur zu bestimmten Saisonen zu arbeiten haben, klagen heute darüber, daß unter ihnen eine maßlose Konkurrenz herrscht. Heute müssen sie Tag und Nacht arbeiten und verdienen trotz dieser langen Arbeitszeiten nicht mehr als fl. 10, 12 oder 14. Dagegen sinken in der faulen Zeit die Löhne riesig. Ein Tischler macht dem anderen Konkurrenz, einer sucht den anderen in Bezug auf Billigkeit zu unterbieten, und ein stetiges Sinken der Arbeitslöhne ist zu verzeichnen. Es ist unzweifelhaft, daß es in diesem Fache wie bei den Meerschaumbildhauern möglich wäre, eine Gruppe zu bilden und die Arbeitslöhne auf ein festes Niveau zu bringen. Daraus resultirt, daß, obwohl wir von der Gesetzgebung und unseren Vertretern im Reichsrathe verlangen, daß eine Reihe von Gesetzentwürfen eingebracht wird, die im Stande sind, die Schäden der Hausindustrie zu mildern, die Arbeiter selbst trachten müssen, so viel als möglich mitzuwirken, um diese Schäden hintanzuhalten.

Wir haben aber noch etwas Anderes zu thun: Wir haben Erhebungen zu pflegen und müssen in die Gegenden reisen, wo die Heimindustrie zu Hause ist, sie kennen lernen und uns mit der Frage beschäftigen, ob nicht noch andere weitgehendere Forderungen aufzustellen sind. Vorläufig empfehle ich, daß Sie das, was in der vorgelegten Resolution nur in großen Zügen in Bezug auf die Heimarbeit geschehen soll, akzeptiren. Wenn im Kleider- und Schuhwaarenfache die Verhältnisse traurige sind, dann muß von Seite der Gesetzgebung gerade in diesen großen Industriezweigen etwas geschehen, damit eine Aenderung der bestehenden Zustände herbeigeführt werde. Strenge Ueberwachung, Besteuerung der Unternehmer, die Lösung der Wohnungsfrage muß schließlich dazu führen, daß die Heimarbeit nicht in so weitgehendem Maße angewendet wird wie bisher. Wir müssen trachten, daß die Arbeiter vor Ausbeutung geschützt sind, wir müssen trachten, daß die Unternehmer nicht etwa die Heimarbeit als willkommenes

Objekt betrachten, um billig produziren zu können. Wenn wir in diesem Sinne arbeiten, dann können Sie überzeugt sein, daß wenigstens vorläufig die Schäden der Heimarbeit gemildert werden und wir das schließliche Ziel, auf das wir unentwegt hinarbeiten müssen, nämlich die Beseitigung der Heimarbeit, erreichen. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Referent Gen. Tomschik: Werthe Parteigenossen! Es ist heute das erste Mal, daß sich der Parteitag mit der Lage der Transportbediensteten beschäftigt. Die Wichtigkeit dieses Gegenstandes erhellt daraus, daß wir in Oesterreich 200.000 Transportbedienstete haben, von denen ungefähr 140.000 Eisenbahnbedienstete sind. Die Bedienstetenkategorie entbehrt so ziemlich jedes Arbeiterschutzes. Die Bahnunternehmungen haben es, wie die Transportunternehmungen überhaupt, verstanden, einen Staat im Staate zu bilden. Sie haben es einerseits verstanden, die Verkürzung der Arbeitszeit zu verhindern mit dem Hinweise darauf, daß es technisch unmöglich sei, eine Verkürzung eintreten zu lassen; andererseits haben sie es verstanden, bezüglich der sogenannten Humanitätsinstitute, der Unfallversicherung ꝛc., eine Ausnahme zu machen, und so wurde, als die Unfallversicherung angenommen wurde, für die Eisenbahnbediensteten die berufsgenossenschaftliche Versicherung geschaffen. Die Eisenbahnverwaltungen haben es auch verstanden, die Bediensteten von der Betriebskassenverwaltung gänzlich auszuschließen. Bei den k. k. Staatsbahnen z. B., wo ungefähr 40.000 Bedienstete, theils Angestellte, theils Arbeiter, sind, gibt es 20.000 bis 30.000 Arbeiter, von denen ein einziger Arbeiter im Krankenkassenausschuß sitzt. Allerdings existirt eine Lokalkommission, wo ebenfalls Bedienstete sitzen, die aber nur Anträge auf Unterstützungen u. dergl. stellen können. Ferner haben es die Eisenbahnverwaltungen verstanden, die Instruktionen zum Schutze des Verkehres, zum Schutze und zur Sicherheit des Lebens nur am Papier zu belassen und praktisch nicht durchzuführen. Der Ministerpräsident hat bei der Debatte über die Auflösung der Eisenbahnerorganisation im Parlamente hervorgehoben, daß die Forderungen, die von Seite der Fachorganisation der Eisenbahnbediensteten auf ihren Fachkongressen gestellt wurden, nicht durchführbar seien, weil sie den Verkehr hemmen würden. Sehen Sie, wenn die Instruktionen, die sich die Eisenbahnverwaltungen selbst geschaffen haben, und die keineswegs von einer Arbeiterorganisation ausgearbeitet wurden, sondern von Bureaukraten, deren Hauptinteresse dahin geht, die Bediensteten so weit als möglich auszunützen, in Wirklichkeit eingehalten würden, so würde — und das hat der Versuch der Südbahnbediensteten gezeigt — bei dem heutigen Personalstand, bei dem Materiale, das die Eisenbahnverwaltung besitzt, der Verkehr ganz sicher gelähmt werden und stillstehen müssen. Die gestellten Forderungen aber würden nicht den Verkehr lähmen, sondern es müßte vor Allem eine Vermehrung des Personals eintreten. Wenn die Arbeitszeit der Werkstättenarbeiter auf acht Stunden beschränkt würde, wenn bei denjenigen Bediensteten, welche die Züge auf der Strecke begleiten, eine zehnstündige Arbeitszeit und eine dementsprechende Ruhezeit, welche mindestens das Doppelte der Zeit, die der Betreffende im Dienste steht, betragen soll, platzgreift, wenn für das Personal, das einer Ablösung bedarf — es gibt ja viele solche Kategorien — eine zwölfstündige Dienstzeit eingeführt wird, und wenn vor Allem die selbstgeschaffenen Instruktionen eingehalten werden würden, so müßte bei einem Stande von 140.000 Eisenbahnbediensteten eine Vermehrung um mindestens 80.000 eintreten. Es geht daraus hervor, daß heute ein Eisenbahnbediensteter den Dienst für zwei leisten muß.

Was nun die Arbeitszeit bei den Transportunternehmungen betrifft, so findet sich eine übermäßig lange Arbeitszeit nicht nur bei den niederen Bediensteten, sondern auch bei den Beamten und es ist noch nicht lange her, daß Verkehrsbeamte eine ununterbrochene Dienstzeit von 36 Stunden hatten. Ja, es gibt heute noch und nicht nur bei Privat-, sondern auch bei Staatsbetrieben Arbeiterkategorien, von denen 36stündige ununterbrochene Arbeitszeit verlangt wird. Allerdings gibt es auch viele Ausnahmen, wo die Arbeitszeit für Bedienstete sowohl als auch für Beamte auf 72 Stunden steigt. Die Sucht, immer mehr Gewinn aus den Verkehrsunternehmungen herauszuziehen, hat es dahin gebracht, daß der Personalstand, statt sich zu erhöhen, sich vermindert hat, und jeder Betriebsdirektor bei den k. k. Staatsbahnen oder Inspektor bei einer Transportunternehmung hat sein

Hauptaugenmerk darauf gerichtet, den Personalstand herabzusetzen. So gibt es bei den Bahnen Stationen, wo ein Wächter gleichzeitig Stationsvorstand ist, die Karten ausgibt, die Züge abfertigt, als noch das Glockenzeichen bestand, das Glockenzeichen geben mußte, den Stundenpaß des Zugsführers unterschreibt, die Waaren ausladet, dafür zu sorgen hat, daß diese Waaren auch an die Partei abgeführt werden, kurz, welcher den ganzen Dienst zu versorgen hat und von Niemandem abgelöst wird, also eine riesig lange Dienst-, respektive Arbeitszeit durchzumachen hat. Die Sucht mancher Bediensteten, die Dienstzeit auszudehnen, hat ihren Grund darin, daß für sie eine längere Dienstzeit einen höheren Lohn bedeutet, z. B. Stunden- und Kilometergelder, so daß bei manchen Bediensteten die Verkürzung der Arbeitszeit starker Abneigung begegnet, weil das eine Verringerung ihres Lohnes bedeutet.

Wenn wir die Gehaltsverhältnisse der Eisenbahnbediensteten betrachten, so finden wir, daß sie — wie auch bei den übrigen Transportunternehmungen — die miserabelsten sind, so daß ein Eisenbahnbediensteter, der als Kondukteur oder sonst was aufgenommen wird, den gewöhnlichen Lohn von fl. 1 durchschnittlich bei einem verantwortungsvollen Dienst bekommt. Man hat nun die niedrigen Löhne damit motivirt, daß man sagte, die Leute verdienen an Stunden- und Kilometergeldern. Sehen wir uns nun an, wie die Sache jetzt aussieht, wo dieser Nebenverdienst, auf den sich die Eisenbahnverwaltungen berufen haben, bei den Arbeitern im k. k. Staatsbahnbetriebe aufgehoben wurde.

Bei der Stabilisirung wurde auf die Forderung der Bediensteten, den Akkord aufzuheben, dieser auch aufgehoben und der Grundsatz aufgestellt, daß Niemand bei der Stabilisirung etwas verlieren soll. Darunter denkt man sich, wenn man von sozialen Erfolgen spricht, daß nicht nur gegenwärtig Niemandem geschadet werden soll, sondern daß es hauptsächlich für die Zukunft einen Vortheil für die Bediensteten bedeutet. Jetzt müssen wir aber sagen, daß die Leute sogar gegenwärtig verkürzt wurden. Denn wer z. B. Krankenurlaub hatte, dem wurde das Krankengeld als Verdienst gerechnet, und Leuten, welche Urlaub hatten, wurde der gehabte Urlaub nicht gerechnet. Besonders charakteristisch ist der Verlust, den diejenigen Arbeiter zu verzeichnen hatten, welche ihren Hauptverdienst aus der Ueberarbeit gezogen haben. Das sind die in den Magazinen oder Heizhäusern bediensteten Leute. Die Ueberzeit wurde ihnen stets bezahlt, und es wurde auch viel Ueberarbeit geleistet, so daß es vorkam, daß ein Heizhausarbeiter in einer Woche bis zu 70 Stunden Ueberzeit zusammenbrachte, was darin seinen Grund hat, daß für Ueberstunden eine Viertelstunde mehr gerechnet wird. Nun wurde bei der Stabilisirung folgendermaßen vorgegangen: Man theilte den Lohn in Gehalt und Quartiergeld, und das Fazit war, daß Ueberstunden nur vom Gehalt berechnet wurden und der Mann so weniger bekam als früher. Ferner ließ man die Magazinsarbeiter und Heizhausarbeiter, die Ueberstunden bezahlt bekamen, in der letzten Zeit um fl. 50 avanciren, und ein Erlaß des Eisenbahnministeriums ordnete an, daß ihnen von nun an Ueberstunden nicht mehr bezahlt werden, so daß der Mann die Ueberzeit vollständig verliert und für sie nur fl. 50 Gehaltserhöhung erhält. Die Stabilisirung, die zeigen sollte, daß die Eisenbahnverwaltung für die Arbeiter etwas thun wolle, hat das Gegentheil gezeigt. Heute beträgt das Anfangsgehalt des Arbeiters fl. 350, das Endgehalt fl. 750. Drei Jahre muß er provisorisch im Dienste stehen und bekommt während dieser Zeit 80 kr., fl. 1 oder fl. 1·20 pro Tag, indem man ihn auf die Anstellung vertröstet. So werden die Leute durch drei Jahre hingehalten, damit sie um geringeren Lohn arbeiten. Wenn so ein Mann sein Avancement durchmacht, so kann er in 48 Jahren das Endgehalt von fl. 750 erhalten, während es früher Arbeiter gab, die im Akkord in einem Jahre fl. 750 Verdienst erreichten. Diese Verhältnisse sind bei den Kondukteuren, die auf Stunden- und Kilometergelder angewiesen sind, noch schlechter, da bei Privatunternehmungen für alle Zugsverspätungen keine Zeitentschädigung gezahlt wird. Da werden nur diejenigen Stunden entlohnt, welche die fahrplanmäßige Zeit des Zuges ausmachen. Wenn also der Zug fünf Stunden Verspätung hat, muß die Zugsbegleitung diese fünf Stunden unentgeltlich leisten. Bei den Staatsbahnen wird ebenfalls erst nach drei Stunden die Hälfte des Stundengeldes gezahlt.

Bezüglich des Lokomotivpersonales gilt dasselbe; der Mann macht nicht mehr Kilometer, wenn der Zug Verspätung hat, als wenn dies nicht der Fall ist.

Bezüglich der Trinkgelder ist zu bemerken, daß die Kondukteure bei den Personen- und Schnellzügen durch dasselbe korrumpirt werden, die Lastzugskondukteure sind deshalb zur Organisation viel leichter zu haben.

Was die Humanitätsanstalten betrifft, die bei den Eisenbahnen und bei den übrigen Transportunternehmungen eingeführt sind, wie Kranken-, Pensions- und Provisionskassen, sind die Verhältnisse sehr triste. Die Eisenbahnverwaltungen halten sich einen eigenen Bahnarzt, und zwar aus den Mitteln der Betriebskasse. Die Bahnärzte sind aber nur Vertrauensmänner der Bahnverwaltungen. Ueber die Aufnahme entscheidet nur die Krankenkasse, und in dem Krankenkassenausschuß sitzt nur z. B. bei der k. k. Staatsbahn ein einziger Arbeitervertreter, bei dem noch verhindert wird, daß er durch die Wahl aus der Mitte der Arbeiter hervorgehe. Es wird in der Regel von der Bahnverwaltung dekretirt, der und der wird gewählt; die Stimmzettel werden schon hektographirt vorgelegt und der Mann förmlich gezwungen, zu unterschreiben. Wenn aber wirklich ein Arbeiter in den Krankenausschuß kommt, so ist jede Debatte über die Anstellung von Aerzten von vornherein abgeschnitten; bezahlt werden die Aerzte aber hauptsächlich vom Gelde der Bediensteten.

Bezüglich der Ausübung der Krankenpflege auf den Eisenbahnen will ich Ihnen ein drastisches Beispiel vorführen: In Nabresina ist es vorgekommen, daß ein Bahnarzt sich die Kranken auf dem Bahnhof hat aufstellen lassen; diese sind in einer Reihe gestanden, der Bahnarzt kommandirte: „Zunge heraus!" und ist dann die ganze Reihe abgegangen und hat auf diese Weise die Untersuchung gepflogen, ohne sich Notizen zu machen. Da in dem betreffenden Ort keine Apotheke vorhanden war, sagte der Arzt: „Die Medizin werde ich schon schicken." Wenn er die Strecke durchfährt, behandelt er so ungefähr 40 Kranke; er kann sich natürlich nicht merken, welche Medizin der Einzelne braucht. Da wird gewöhnlich eine einzige Medizin verschrieben, deren größter Inhalt — Aqua ist; wenn sie ihm nicht hilft, schadet's ihm nicht. Ein Bahnarzt in Wien hat es zu Stande gebracht, einen bereits gestorbenen Eisenbahnbediensteten gesund zu melden; als seine Frau in die Kanzlei ging, um den Tod des Betreffenden zu melden, hatte der Bahnarzt durch den Kanzleidiener schon einen Zettel an die Leitung geschickt, daß der Mann bereits gesund ist. In Salzburg wieder sind zwei Bahnärzte, wo der eine zum Kranken sagt: Sie gehören nicht in meinen Rayon; der andere Bahnarzt sagt dasselbe. Der kranke Bedienstete wird eben so lange herumgeschickt bis er gesund geworden ist, oder bis er stirbt. In die Station Herpelje-Kozina kam zum Beispiel ein Bahnarzt und will noch einen Wächter, der in dem Wächterhause krank darniederliegt, besuchen. Auf dem Putzkanal steht eine Maschine, die schon für den Personenzug vorbereitet ist, dessen Ankunft erwartet wird. Der Bahnarzt sagt zum Stationschef: „Sie, leihen Sie mir die Maschine und lassen Sie mich zum Bahnwächter hinausfahren", also dem Zuge, der in zehn Minuten erwartet wird, *entgegen*; der Chef willigt ein, der Bahnarzt fährt hinaus, springt beim Wächter ab, läuft hinauf, reißt die Thür auf und schreit hinein: „Wie geht es Ihnen?" der Wächter antwortet: „Herr Doktor, da und da . . ." der Arzt unterbricht ihn, „also melden Sie sich, wenn Sie wieder gesund werden, bei mir," dann steigt er wieder auf die Maschine und fährt in die Station zurück. Von einer Untersuchung kann keine Rede sein. Der Bahnarzt, der den Kranken zu besuchen hatte, hätte da leicht ein noch größeres Unglück verursachen können, wenn man bedenkt, wie leicht von dem ankommenden Zug, da dort ein Gefälle von 20 Meter per 1000 ist, eine Bremse hätte reißen und auf diese Weise durch eine Karambolage ein großer Unglücksfall sich hätte ereignen können. Aehnliche Verhältnisse wie bei den Eisenbahner-Krankenkassen bestehen auch bei den Tramwaybediensteten; auch hier ist die Verwaltung der Kasse in den Händen der Unternehmung. Den Einspännergehilfen ist es gelungen, die Verwaltung der Kasse in ihre Hände zu bekommen.

Was die Verhältnisse bei den Pensions- und Provisionskassen betrifft, sind dieselben bei allen Transportunternehmungen so ziemlich gleich; die Verwaltung liegt auch hier hauptsächlich in den Händen der Unternehmungen; die Arbeiter werden gewöhnlich nicht berücksichtigt, schon deshalb nicht, weil man immer versucht, daß die Kandidaten, die da aufgestellt werden, auch wirklich in das Institut

hineinkommen, und wenn der Kandidat hineinkommt, da suchen die Unternehmer erst recht zu verhindern, daß dieser Mann sich auch in die Verhältnisse dieser Institute einweihe.

Die Provisionskassen sind so eingerichtet, daß die Vortheile, die da zu verzeichnen sind, von Seite der Unternehmungen für die Bediensteten durch die Disziplinargewalt, welche die Unternehmungen in Händen haben, behindert werden können. Es ist ihnen möglich, einen Arbeiter um seine durch jahrelange Einzahlung erworbenen Ansprüche zu bringen. Ein mißliebiger Arbeiter wird da einfach vor die Disziplinarkommission gestellt und verurtheilt und dann seines Anspruches auf den Provisionsfond und der sogenannten Altersversicherung für verlustig erklärt. Dieses Institut muß daher in die Hände der Mitglieder übergehen, nämlich der Bediensteten, welche die Einzahlungen leisten, denn die Beiträge, welche die Transportunternehmungen leisten, sind gewiß sehr minimal. Die Unternehmungen sollten, wenn sie sich auf ihre Humanität gegenüber den Arbeitern berufen, auf die Verwaltung dieser Institute vollständig verzichten; das thun sie eben nicht, weil hauptsächlich bei den Eisenbahnen diese Institute ein riesiges Kapital repräsentiren, welches sehr gut zu Zwecken der bezüglichen Transportunternehmung verwendet werden kann.

Den Unternehmungen ist es in diesen Provisionskassen leicht möglich, die Arbeiter in jeder Form zu betrügen, so daß wir dafür eintreten müssen, daß die Verwaltung der Pensionskassen in die Hände Derjenigen übergehe, welche die Beiträge zu diesen Kassen leisten müssen. Weiters ist es vor Allem nothwendig, daß für die Transportbediensteten die Dienstespragmatik, welche heute besteht und welche die Bediensteten vollständig der Willkür preisgibt, einer gerechteren Dienstespragmatik weiche. Wir haben in die Resolution einen Punkt, betreffend die Schaffung einer Dienstespragmatik, aufgenommen, und es wird Sache des sozialdemokratischen Verbandes sein, sich mit diesem Punkte zu befassen und die Dienstespragmatik als Gesetz einzubringen. Es muß den Bahnverwaltungen die Disziplinargewalt über ihre Bediensteten genommen werden. Diese sind heute vollkommen der Disziplinarkommission ausgeliefert, die ihr Urtheil immer im Sinne der Verwaltung fällt. Es werden von der Disziplinarkommission Geldstrafen in der Höhe von fl. 20, 30, ja 50 verhängt für Leute, die ein Jahresgehalt von fl. 450 haben, oder man sagt dem Manne: Du bist auf so und so lange vom Avancement ausgeschlossen. Diese Strafen werden dann Humanitätsinstituten zugeführt und dadurch ermöglicht, daß die Unternehmungen nur geringe Beitragsleistungen zu denselben zu entrichten haben.

Weiter verlangt unsere Resolution, daß Inspektoren aus der Mitte der Bahnbediensteten gewählt werden, welche über den Schutz derselben zu wachen haben. Die heute bestehende Generalinspektion erfüllt ihre Pflicht in keiner Hinsicht. Trotz der zahlreichen Unfälle, die auf den Eisenbahnen vorkommen, hat sich die Generalinspektion nicht ein einziges Mal bemüssigt gesehen, einzugreifen. Es müssen daher von den Bediensteten der Transportunternehmungen Delegirte gewählt werden, welche die Aufgabe haben, auf die Durchführung der zum Schutze dieser Branche geschaffenen Instruktionen zu achten. In der Resolution wird insbesondere auf das Hainfelder Programm hingewiesen, welches Bestimmungen zum Schutze der Arbeiter enthält. Ich empfehle Ihnen auch unsere zweite Resolution, welche lautet:

„Der sechste Parteitag der österreichischen Sozialdemokratie spricht den angestellten Eisenbahnern anläßlich ihres Kampfes um das Koalitionsrecht seine Sympathien aus. Er verurtheilt auf das Entschiedenste das Verhalten der Regierung und der bürgerlichen Parteien, welche theils offen, theils versteckt für die Konfiskation der Koalitionsfreiheit der Eisenbahner eingetreten sind. Der Parteitag billigt die Haltung des sozialdemokratischen Verbandes anläßlich der Debatte über den Dringlichkeitsantrag wegen der Auflösung der Eisenbahnerorganisationen und spricht die sichere Erwartung aus, daß die Angestellten energisch für ihre ökonomischen Interessen eintreten, wobei sie die Unterstützung der gesammten Arbeiterschaft zu erwarten haben."

Wenn unsere Eisenbahnerorganisation auch aufgelöst wurde, so können wir uns doch sagen, daß, wenn wir heute trotz des Hiebes, der von der Regierung geführt wurde, in die Lage kommen, eine neue Organisation zu schaffen, eine

doppelte Anzahl von Eisenbahnbediensteten in der Organisation stehen werden, als dies früher der Fall war. Ich ersuche um Annahme dieser Resolution. (Bravo! Bravo!)

Es wird hierauf der Antrag eingebracht, die vorliegenden Anträge an eine aus sechs Mitgliedern bestehende Kommission zuzuweisen und über diesen Punkt zur Tagesordnung überzugehen.

Gen. Schuhmeier beantragt, über diesen Antrag zur Tagesordnung überzugehen, da es unbedingt nöthig sei, sich über die wirthschaftlichen Fragen gründlich auszusprechen.

Nach Annahme des Antrages Schuhmeier wird in die Debatte eingegangen.

Es wird zugleich Schluß der Rednerliste beantragt und der Antrag gestellt, daß die Redner, welche Antragsteller sind, zehn Minuten, alle anderen aber nur fünf Minuten sprechen dürfen.

Gen. Berner spricht sich dagegen aus, weil man die Redner zu diesem Punkte nicht dafür büßen lassen könne, daß die Debatte bei anderen Punkten in die Länge gezogen wurde.

Vorsitzender Gen. Popp macht darauf aufmerksam, daß die Annahme des zweiten Antrages nur zur Folge hätte, daß noch mehr Anträge einlaufen würden.

Es wird hierauf der Antrag auf Schluß der Rednerliste angenommen, dagegen der andere Antrag abgelehnt.

Gen. Berner (Wien): Daß die Hausweberei heute noch existirt, ist der intellektuellen Rückständigkeit der Unternehmer zu danken.

Die Krise, die wir in der Textil-Industrie in Oesterreich haben, während dieselbe im Auslande blüht, danken wir ihrer kommerziellen und technischen Unfähigkeit. Dies müssen vor Allen die Arbeiter büßen. Aus den mir zugekommenen Briefen entnehme ich, daß die Arbeitszeit in den Fabriken 11 Stunden beträgt. Die Löhne schwanken zwischen fl. 1 und höchstens fl. 5 pro Woche. Soweit ich mir Lohnzettel verschaffen konnte, habe ich gefunden, daß der höchste Durchschnittslohn fl. 2 pro Woche ist. Die Behandlung seitens der Vorgesetzten ist eine brutale. Noch trauriger sieht es bei den Heimarbeitern aus; ihre Löhne sind niedriger, und die Arbeitszeit ist eine bedeutend längere. Es gibt 300 Heimarbeiterinnen, welche nur 10 kr. täglich verdienen. Diese Zustände drücken sich auch in der ungeheueren Morbidität unter den Hausswebern aus. Die Bevölkerung ist degenerirt. Es ist eine Thatsache, daß in Deutschhause seit zehn Jahren kein Weber zum Militär assentirt wurde. Gegenüber diesen Zuständen wird aber nichts unternommen. Es ist daher nothwendig, daß wir bei jeder Gelegenheit darauf hinweisen, welches Elend unter diesen Hausindustriellen herrscht, um endlich die Regierung und die Gesetzgebung zu einem energischen Einschreiten zu veranlassen. Ich halte aber die vorgeschlagene Resolution nicht für ausreichend und würde wünschen, daß der Referent auch noch die Forderung aufnehme, daß bei solchen Industrien, deren Auflösung vor sich geht, den dort beschäftigten Personen der Uebergang zu anderen Beschäftigungen erleichtert werde und ihnen durch produktive Bauten, wie: Eisenbahnen, Straßen- und Flußregulirungen u. s. w., Beschäftigung zugewiesen werde. Ich möchte Sie auch bitten, den Antrag des Gen. Stark anzunehmen, aber nur in dem Sinne, daß dem sozialdemokratischen Verbande aufgetragen werde, Mittel und Wege zu suchen, um einen Schutz vor Maßregelungen für diese Delegirten auf gesetzlichem Wege herbeizuführen. Ich bin allerdings der Ansicht, daß dies nicht ganz möglich sein wird, denn die Unternehmer werden immer Mittel finden, einen mißliebigen Arbeiter loszubekommen, und es ist nicht gut, mehr zu versprechen, als was man leisten kann.

Schließlich möchte ich darauf hinweisen, daß eine große Gruppe von Transportarbeitern, nämlich die Verlader auf den Elbeschiffen, welche nach den klaren Bestimmungen des Unfallversicherungsgesetzes versicherungspflichtig sind, bis heute in die Unfallversicherung nicht einbezogen wurden, weil der mit den dortigen Transportunternehmern eng befreundete Bezirkshauptmann die Sache so darstellt, als wären die Arbeiter selbstständige Gewerbetreibende. Die Leute

verunglücken aber sehr oft, und es wäre nothwendig, auch für diese etwas zu thun.

Gen. Stark (Falkenau): Als die Nachrichten über die bekannten Massenmorde in Ostrau in die Oeffentlichkeit kamen, haben wir gehofft, daß auf dem Gebiete des Arbeiterschutzes vom Parlament doch etwas gemacht werden wird; diese Hoffnung hat sich allerdings insoweit erfüllt, als das christlich-soziale Werk des Todfeindes der österreichischen Arbeiter, des Grafen Falkenhayn, zu Stande kam. Es wurden die Bergbaugenossenschaften ins Leben gerufen, welche nur den Zweck haben, die Organisation der Bergarbeiter zu erdrücken. Wenn Graf Falkenhayn gewußt hätte, daß dieses Machwerk gerade seiner Partei Schaden bringen würde, so hätte er es wahrscheinlich nicht gemacht. Diese Bergbaugenossenschaften bestehen bekanntlich aus zwei Gruppen; die eine Gruppe sind die Unternehmer, die andere Gruppe die Arbeiter. Obwohl die Arbeiter keinen gesetzlichen Schutz genießen, ist es doch gelungen, vorwiegend Sozialdemokraten als Delegirte zu wählen. Kaum aber waren die Wahlen vollzogen, so ist man auch schon in einigen Gegenden daran gegangen, die Delegirten zu maßregeln. Vorwiegend geschahen diese Maßregelungen indirekt, indem man die Leute an ihrem Lohne verkürzte, ihnen schlechte Arbeitsörter zuwies u. s. w., so daß sie die Arbeit aufgeben mußten. Auf diese Weise ist ein großer Theil der Delegirten wieder abgegangen, und Neuwahlen wurden nicht vorgenommen. Ich halte daher den von mir eingebrachten Antrag für sehr wichtig.

Es ist auch gegen die Maßregelungen vorzugehen. Durch die in meinem Antrag vorgesehenen Maßnahmen ist wenigstens so viel erreicht, daß die Entlassung der Betreffenden hinausgeschoben wird und es ihnen während dieser Zeit möglich ist, an anderen Orten Arbeit zu finden.

Was die Bruderladen betrifft, so bilden die Aerzte derselben die Polizei.

Weiters soll dafür gesorgt werden, daß die Arbeiterschutzgesetze durchgeführt werden, so die Bestimmungen über die Sonntagsruhe und über die Arbeitszeit. Auch die Akkordarbeit soll unbedingt abgeschafft werden. Die Arbeitsbücher sind nichts Anderes als Auslieferungs- und Ausweisungsdekrete, und ich möchte Ihnen da einen eklatanten Fall erzählen: Als der Karls-Schacht bei Karlsbad niederbrannte, wurden zirka 90 Mann entlassen; diese hatten das einzige Verbrechen begangen, daß sie dem Verbande der Berg- und Hüttenarbeiter angehörten. In ihre Arbeitsbücher wurde nun mit rother Tinte hineingeschrieben: „Wegen Betriebsstörung entlassen." Diese Leute haben nirgends mehr Arbeit gefunden, bis sie sich schließlich an den Bergkommissär wendeten und die Arbeitsbücher geändert wurden.

Ein besonderes Augenmerk ist auch den Arbeiterwohnungen zuzuwenden; es wäre ganz gut möglich, Bestimmungen zu treffen, daß die Arbeiter nicht Knall und Fall aus ihren Wohnungen vertrieben werden können, denn gerade die Furcht, daß sie mit der Entlassung zugleich auch obdachlos werden, treibt die Arbeiter dazu, den Organisationen fernzubleiben.

Gen. Schelch (Leoben) erklärt sich mit dem Antrage, den die Fraktion bezüglich der Bergarbeiter eingebracht habe, vollkommen einverstanden. Es wäre aber auch nothwendig, der Hüttenarbeiter zu gedenken, die theils dem Berggesetzen, theils der Gewerbeordnung unterstehen. Die Einführung des Achtstundentages sei bei den Hochöfen noch dringender geboten als beim Bergbau, denn die Arbeit sei eine so anstrengende, daß Arbeiter in Folge des starken Schweißverlustes ohnmächtig niedersinken. Den Antrag auf Auflösung der Bruderladen hat die Organisation Leoben lediglich deshalb eingebracht, weil die Verhältnisse in denselben sich von Tag zu Tag verschlechtern. Redner verweist auch auf die traurigen Verhältnisse im staatlichen Quecksilberbergwerke von Idria, wo pro Tag Löhne von 17 und 18 bis höchstens 70 kr. und Provisionen von fl. 1 monatlich gezahlt werden. Redner bittet schließlich die Arbeiter der anderen Branchen, die Aktion der Bergarbeiter wegen Aufhebung der Bruderladen durch Demonstrationsversammlungen zu unterstützen.

Gen. Lichtenecker (St. Pölten) schildert die Kämpfe, welche die Bäckerarbeiter durchmachen müssen, um die Bestimmungen über den Ersatzruhetag, dieses minimale Stück Arbeiterschutz, durchzuführen. Alle Anzeigen der Organisation an

die Gewerbebehörden nützen nichts. Die Strafen, welche den Meistern, welche das Gesetz übertreten, auferlegt werden, sind zu geringfügig, um einen Erfolg zu erzielen. Auch das Verbot der Verwendung jugendlicher Arbeiter unter sechzehn Jahren zur Nachtarbeit wird nicht beachtet. Er ist der Ueberzeugung, daß nur die öffentliche Meinung zur Durchsetzung des vom menschlichen und hygienischen Standpunkt nothwendigen Ruhetages in dieser Branche verhelfen könne.

Gen. Tobola (Wien) schließt sich den Ausführungen des Vorredners an. In der Lebensmittelbranche gebe es Unternehmer, welche 100 und mehr Arbeiter beschäftigen, aber als Kleingewerbetreibende behandelt werden, wodurch die Bestimmungen in Bezug auf Arbeitszeit, Unfallversicherung u. s. w. auf derartige Betriebe nicht Anwendung finden. Tobola erklärt sich mit der vorgelegten Resolution einverstanden, wünscht aber außerdem, daß die Lehrlinge vor dem Eintritte in das Gewerbe untersucht werden, ob sie im Stande sind, das Gewerbe auszuüben, weil es viele Berufe gebe, besonders diejenigen, in denen die Nachtarbeit herrscht, in denen Arbeiter, die frei werden, in Folge der Anstrengungen arbeitsunfähig geworden sind. Redner beleuchtet sodann die Haltung der Behörden gegegenüber den Arbeitern.

Als in Prag sich Unternehmer und Arbeiter auf eine Arbeitsordnung einigten, die den Zwölfstundentag und andere Vortheile für den Arbeiter enthielt, weigerte sich die Behörde, ihr Visum zu geben. Der Bäckermeister Milaček im X. Bezirk sichert sich durch die Bestimmung, daß nicht mehr als drei Arbeiter an einem Tage kündigen dürfen, vor dem Gebrauch des Koalitionsrechtes durch die Arbeiter. Trotzdem wurde auch diese Arbeitsordnung von der Behörde vidirt. Redner befürchtet, daß die Verhältnisse sich nicht bessern, sondern daß sogar der Ersatzruhetag zu Gunsten der Unternehmer geregelt werde.

Gen. Blaschek (IX, Wien) glaubt, daß durch ein Verbot der Hausindustrie nichts Anderes erreicht werde, als daß es entweder übertreten oder das Kleingewerbe vermehrt werde. Er empfiehlt deshalb den Antrag 27 seiner Organisation.

Gen. Chwala (VII, Wien) lenkt die Aufmerksamkeit des Parteitages auf die Aktion des Industriellenverbandes, daß die Regierung einen Theil der Beiträge zur Krankenversicherung leiste und mit einem Drittel an der Verwaltung der Kassen theilnehme, wodurch die Unternehmer hoffen, die Verwaltung der Kassen in die Hand zu bekommen und in ihrem Schandgewerbe, die Kassen zu betrügen, nicht gestört zu werden.

Es wird hierauf beschlossen, die Verhandlung bis 9 Uhr Abends weiterzuführen.

Vorsitzender Gen. Popp theilt mit, daß das Ergebniß der Sammlung für die Dawidower Familien fl. 58 betrage. (Beifall.)

Gen. Čobal (Sagor) bespricht die Verhältnisse der Glasarbeiter in den Fabriken von Sagor und Krasnik. Es besteht dort eine Arbeitszeit von 16 bis 18 Stunden, Kinder von acht Jahren angefangen werden von der Unionsleitung daselbst beschäftigt, so daß sie in ihren Kindesjahren greisenhaft aussehen. Redner appellirt an die sozialdemokratischen Abgeordneten, den Minister in einer Interpellation über die Verhältnisse zu befragen und ihn aufzufordern, daß endlich einmal diese Zustände in Augenschein genommen werden. Redner ist ebenfalls für die Beseitigung der Bruderladen.

Gen. Dr. Čech (Brünn) beantragt die Aufnahme der Worte „und sonstige Privatangestellte“ in die Resolution. Auch diese Schreiberproletarier bedürfen dringend eines Schutzes in Bezug auf Sonntagsruhe, Regelung der Arbeitszeit, Versicherungsgesetzgebung u. s. f.

Gen. Kopač (Idria) bespricht die Verhältnisse im Bergwerke Idria. Der Staat zeige sich hier durchaus nicht als humaner Unternehmer, indem er einer Witwe eine Pension von 65 kr. gibt. Redner bespricht die Thätigkeit der k. k. Generalinspektoren. Wenn der Generalinspektor anwesend ist, sagt man den Leuten, sie sollen nach der Vorschrift arbeiten. Die Leute werden aber sonst von der Direktion förmlich gezwungen, sich gegen die Instruktion einer Gefahr auszusetzen. Dies ist der Grund, daß so viele Unglücksfälle vorkommen. Redner führt einen Fall an, daß einmal bei Einhaltung der Instruktionen der Verkehr derart

ins Stocken gerathen sei, daß ein Zug, der am Abend um 8 Uhr fahrplanmäßig hätte ankommen sollen, den nächsten Tag, Nachmittag 4 Uhr angekommen sei. Aber die Generalinspektion weiß von alledem nichts. Redner bespricht hierauf die Auflösung der Eisenbahnerorganisation und verlangt schließlich, daß die Krankenkassen bei den Eisenbahnen in die Hände der Bediensteten kommen.

Gen. Bruch (Hohenstein) verlangt die Wahl von unabhängigen Berginspektoren durch die Arbeiter. In unserem Distrikte sind im Jahre 1896 unter 24.000 Bergarbeitern 2173 Unglücksfälle vorgekommen. (Hört!) Die bergpolizeilichen Vorschriften werden nicht gehandhabt, es herrscht die Profitwuth ganz allein. Wenn sich die Leute in der Organisation bethätigen, oder wenn sie die Schäden bei den Bruderladen aufdecken, dann werden geheime Zeichen in die Arbeitsbücher eingetragen, oder es wird auf schon gedruckt vorliegende Briefe einfach der Name geschrieben, und der Mann bekommt keine Arbeit mehr. Will man verhindern, daß ein Arbeiterdelegirter im Ausschusse bei den Berggenossenschaften oder den Bruderladen sitze, versetzt man ihn einfach auf eine andere Grube, wodurch er seine Funktion verliert. Redner verlangt das Eintreten der sozialdemokratischen Fraktion für die Interessen der Bergarbeiter.

Die Sonntagsarbeit wäre vollständig einzustellen. Die Leute sind aber darauf angewiesen, auch am Sonntag zu arbeiten, da sie bei den schlechten Löhnen nicht leben können. Der christlich-soziale Graf Sylva-Tarouca zahlt, um die Arbeiter zur Sonntagsarbeit anzuspornen, 10 kr. statt 7 kr. pro Stunde. Die Zusammensetzung der Schiedsgerichte sei eine solche, daß eine Unparteilichkeit nicht garantirt erscheine. Die Bergarbeiter sind nicht im Stande, ihre Lage selbst zu verbessern, da sie in Folge der anstrengenden Arbeit unter Tags geistig ganz herabgekommen sind.

Gen. Seidel (Krumau) verliert das Wort, da er nicht anwesend ist.

Gen. Dittrich (Wien) bemerkt, die Frage der Hausindustrie sei eine der schwierigsten, mit der sich der Parteitag zu beschäftigen hat. Wir haben es hier nicht nur mit den Unternehmern zu thun, sondern auch in unseren Reihen finden wir Vertheidiger des Sitzgesellenwesens und der Heimarbeit, und gerade unter jenen Arbeitern, die am meisten durch die Hausindustrie ausgebeutet werden, weil sie fürchten, daß, wenn die Heimarbeit abgeschafft würde, sie in ihrer Lebensführung beeinträchtigt würden. Wenn man glaube, daß man diese Uebelstände einfach durch ein Gesetz hinwegdekretiren könne, so sei das nicht richtig. Ja, es wird die Heimarbeit unmöglich ganz beseitigt werden können. Wir können sie nur durch fortwährende Agitation und Aufklärung unter den Betheiligten selbst einzudämmen suchen. Es gebe heute schon eine Menge von Arbeiterschutzgesetzen, welche, wenn sie entsprechend durchgeführt würden, das Sitzgesellenwesen sehr einzuschränken im Stande wären. Es müßten nur auf die Uebertretungen dieser Gesetze empfindliche Strafen, und zwar wie Neumann ganz richtig bemerkte, Arreststrafen für die Unternehmer festgesetzt werden. Es wäre auch dahin zu trachten, daß der Staat verpflichtet wäre, alle ärarischen Arbeiten nur dort machen zu lassen, wo diese Gesetze beobachtet werden. Etwas Aehnliches gelte ja jetzt schon, indem das Kriegsministerium Lieferungen nur solchen Unternehmern übertragen darf, wo die Erzeugung in der Fabrik geschieht. Die Erfahrung zeigt jedoch, daß auch diese Bestimmung häufig nicht eingehalten wird. Schließlich empfiehlt Redner die Abhaltung von Demonstrationsversammlungen, wenn die bezüglichen Anträge im Parlamente eingebracht werden, damit denselben auch der nöthige Nachdruck verliehen werde.

Gen. Kickmaier (Graz) erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten und des Gen. Dittrich einverstanden. Er wolle es der Beurtheilung der Fraktion überlassen, ob es möglich sei, dem Wunsche zu entsprechen, welcher in dem ersten Theile des von ihm eingebrachten Antrages enthalten sei. Zu dem Antrage, Demonstrationen zu veranstalten, haben wir uns veranlaßt gesehen, weil wir in unserer Branche mit unseren eigenen Fachkollegen einen Kampf zu bestehen hatten. Es haben sich ja auch die Unternehmer verschiedener Branchen in Graz für die Abschaffung des Sitzgesellenwesens bereits ausgesprochen; allerdings aus einem anderen Grunde, als unsere Partei dies thut.

Gen. Dr. Diamand (Lemberg): Die politischen Behörden in Galizien haben bereits durch die Art, wie sie die politischen Rechte einschränken, einen europäischen Ruf erlangt. Es würde aber einen noch weit größeren Eindruck machen, wenn Sie erfahren würden, in welcher Weise dort die Arbeiterschutzgesetzgebung ausgeführt wird, und zwar nicht nur seitens der staatlichen, sondern auch seitens der autonomen Behörden. Einen der schwärzesten Punkte bildet der Naphthagrubenbezirk Drohobycz. Dort gibt es einfach keine Arbeiterschutzgesetzgebung. Wir haben am vorigen Parteitag versprochen, unsere ganze Kraft diesem Bezirke zuzuwenden, und wir haben es auch gethan. Es sind dort bereits Arbeiterorganisationen in Bildung begriffen. Ich habe aus der Petroleumraffinerie Schreiben erhalten, welche das Elend und die Ausbeutung der Arbeiter in rührenden Worten schildern. Der Maximallohn dieser Arbeiter beträgt 60 kr. pro Tag. Die Leute lesen auch unsere Schriften, und da haben sie gelesen, daß wir für die Bergarbeiter den Achtstundentag anstreben; sie fragen, warum man nicht auch ihrer gedacht habe, und sie haben mich beauftragt, in dieser Richtung einen Antrag zu stellen, was ich auch gethan habe.

Ein anderer Antrag, welchen ich einbrachte, betrifft eine Reform der Dienst- und Gesindeordnung und Einbringung eines diesbezüglichen Gesetzentwurfes. Wir haben in Lemberg und Krakau zwei Rechtsschutzbureaux errichtet. Dort haben wir erfahren, wie unerhört die Behandlung der Dienstboten seitens der Behörden ist. Es genügt, daß der Dienstherr eine Anzeige erstattet, und die Dienstboten werden sofort mit Arrest bestraft. So hat eine hysterische Frau ihrer Magd die Kleider vom Leibe gerissen, und der Dienstbote ist dafür mit 14 Tagen Arrest bestraft worden. Sie können sich eine Vorstellung über die Verhältnisse machen, wenn ich Ihnen mittheile, daß im galizischen Landtage ein Gesetzentwurf beschlossen wurde, wonach die Prügelstrafe für Dienstboten eingeführt werden soll. Derselbe hat allerdings nicht die Sanktion erhalten. Ich habe auch von Arbeitern der Staatsbahnen in Galizien Schreiben erhalten, in welchen gesagt wird, daß die Oberbauarbeiter einen Lohn von 50 kr. täglich haben. Wenn einer irgend eine Beschwerde gegen einen Vorgesetzten vorbringt, wird er sofort entlassen. Ich erwähne dies nur, um zu zeigen, welche Zustände die Regierung durch die Auflösung der Arbeiterorganisationen schützt, und wie nothwendig diese Kampforganisationen sind, weil die Regierung gewiß aus eigenem Antriebe für die Arbeiter nichts thun wird.

Ich möchte den Genossen auch die Annahme des Antrages Chwala befürworten und Ihnen folgenden Fall vorführen: Wir haben in Lemberg eine sehr gut organisirte Krankenkasse der Bauarbeiter. Nun hat sich die Genossenschaft der Unternehmer getheilt in eine Genossenschaft der Baumeister und eine Genossenschaft der Maurermeister. Sie wollten auch eine Spaltung der Krankenkasse herbeiführen und haben ganz gesetzwidrige Statuten eingebracht, wonach nur ein Arbeitgeber Vorsitzender der Krankenkasse sein darf und die Arbeiter blos ein Drittel und die den Unternehmern gefügigen Bauzeichner das zweite Drittel der Vertreter zu wählen hätten. Ich war mit einer Deputation im Ministerium des Innern, und der Referent hat mir versprochen, diese Statuten zurückzuweisen. Es ist aber nicht geschehen, sie sind bestätigt worden, und nur dank der Energie unserer Genossen, welche mit einem allgemeinen Streik gedroht haben, wenn diese Statuten ins Leben treten, ist das bewirkt worden, was der Minister entweder nicht thun wollte oder nicht thun konnte. Wir haben auch unseren Bürgermeister gezwungen, die skandalösen Zustände in den Lemberger Bäckereien zu untersuchen. Der Bürgermeister mußte nach der Revision in ein Bad gehen, weil er so voll Ungeziefer war, daß er nicht unter die Leute gehen konnte, und der Vizebürgermeister wurde in Folge des Gestankes von einem Starrkrampf befallen. Bis heute aber ist noch keine dieser Bäckereien gesperrt worden.

Gen. Ranziglio (Klosterneuburg) stimmt mit der Stellung, welche die Fraktion den Anträgen bürgerlicher Parteien gegenüber einnimmt, nicht überein, namentlich hätte sie den Antrag auf Einberufung eines internationalen Kongresses für Verkürzung der Arbeitszeit in der Industrie unterstützen sollen.

Von den Vorschlägen des Referenten Neumann bezüglich der Inspektion erwartet Redner keinen Erfolg, sondern nur von solchen Anträgen, welche eine Abschaffung oder ein allmäliges Verschwinden der Hausindustrie bezwecken.

Vorsitzender Gen. Popp theilt mit, daß die Parteivertretung einen Antrag überreichen werde des Inhalts, daß sich die Partei an einem internationalen Kongreß für Arbeiterschutz betheilige, der von dem schweizerischen Arbeiterbund, dem schweizerischen Arbeitersekretariate, den katholischen Verbänden der Schweiz, den Grütlivereinen und den westschweizerischen Arbeiterverbänden in Lausanne einberufen wird.

Gen. Benecke (Cilli) tritt dafür ein, daß der Unfug, daß die Arbeiter Kost und Logis beim Meister haben, abgeschafft werde, da dadurch oft Ueberschreitungen der Arbeitszeit hervorgerufen werden.

Gen. Köhler (Gablonz) schildert die Ausbeutung der hausindustriellen Arbeiter, der Glasschleifer, der Feilenhauer, Holzarbeiter und Hausweber im Gablonzer Bezirke, bei welch letzteren Wochenlöhne von fl. 2·30 vorkommen. Zwischen dem Exporteur und den Heimarbeitern steht eine Menge Lieferanten, welche die Löhne drücken.

Gen. Seliger (Teplitz) bespricht die elenden Verhältnisse der Arbeiter der Spitzenklöppelei, der Posamenten- und der Spielwaaren-Industrie im Erzgebirge. Es sind dort an einzelne Fabriken Staatssubventionen verliehen worden, und bei einzelnen dieser Fabrikanten machen die Löhne nicht einmal so viel aus als die Zinsen der Subvention.

Gen. Dr. Morgenstern (Mährisch-Schönberg) bespricht die Verhältnisse der mährischen Hausweber-Industrie, insbesondere die schlechten Lohnverhältnisse in derselben. Die Hausweber, die stundenweit vom Lieferungsort wohnen, müssen sich das Material holen und die fertige Waare wieder überbringen, so daß sie jede Woche bei nicht mehr als fl. 2½ Verdienst 30 kr. auf die Eisenbahnfahrt verwenden müssen. Er macht auf die Nothwendigkeit einer Krankenversicherung für die Hausarbeiter aufmerksam. Die Regelung der Hausindustrie müsse Hand in Hand gehen mit einer ausgedehnten Arbeitsvermittlung und umfassender Verkürzung der Arbeitszeit, damit nicht mit der Beseitigung der Heimarbeit der Hungertyphus einzieht.

Gen. Dr. Ellenbogen (Wien) verweist auf die traurigen Verhältnisse der Schiffsarbeiter und auf die Nothwendigkeit einer Organisation derselben. Ein Matrose auf einem großen Handelsschiff hat eine Arbeitszeit von vier Stunden, die sich mit vier Stunden Ruhe ablöst, aber die Arbeit ist eine außerordentlich schwierige. Bei stürmischem Wetter dauert die ununterbrochene Arbeit viel länger. Die Heizer haben nach vier Stunden Arbeit acht Stunden Ruhe. Das scheint günstig zu sein, doch wenn man die Art der Arbeit in Betracht zieht, ergibt sich, daß diese Arbeitszeit eine viel zu lange ist. Dazu kommt, daß diese Leute keinen Arbeiterschutz, keine Kranken- und Unfallversicherung haben. Auf den Handelsschiffen ist in der Regel kein Arzt; der erkrankte Matrose ist der Behandlung des Kapitäns überantwortet. Auch die Entlohnung ist eine geringfügige; sie beträgt fl. 18 für einen Matrosen und fl. 40 für einen Heizer. Die letzteren leiden überdies durch die enorme Hitze in den unzulänglichen Räumen.

Auch bei der Küstenschifffahrt, dem sogenannten Piccolo cabottaggio, sind die Verhältnisse äußerst triste, denn auf acht Stunden Arbeitszeit folgen vier Stunden Ruhe. Die Institution der Facchini, der Taglöhner, öffnet der Ausbeutung Thür und Thor.

Auf die Zustände bei den Eisenbahnen übergehend, bemerkt Redner: Wenn die Unternehmer sagen, daß die Einführung der Sonntagsruhe nicht möglich ist, muß das als eine freche Unternehmerlüge hingestellt werden. In der Schweiz zum Beispiel sind für die Eisenbahner 52 Ruhetage im Jahre gesetzlich bestimmt, von denen 15 sogar auf einen Sonntag fallen müssen. Im Güterverkehr ist die Sonntagsruhe vollständig durchgeführt in der Schweiz, in Deutschland und auch in England; es wird unbedingt auch in Oesterreich geschehen müssen. Redner erwähnt schließlich, daß der arbeiterfreundliche Dr. Geßmann in letzter Zeit die Bäckermeister zum Handelsminister führte in Angelegenheit einer Petition gegen den Ersatzruhetag.

Gen. Krejci (Pilsen, spricht tschechisch): Es sind im Kranken- und Unfallversicherungsgesetze Reformen unbedingt nöthig, damit die Unternehmer nicht immer die Beiträge hinterziehen. Die Jungtschechen haben die Gemeinheit, zu

behaupten, daß in den von Sozialdemokraten verwalteten Kassen das Vermögen schwindet und die Schulden anwachsen. Wenn die jungtschechischen Ausbeuter den Kassen nicht die Beiträge schuldig blieben, wären in allen diesen Kassen große Ueberschüsse.

Gen. Trettenbrein (I. Bezirk, Wien) bespricht die Verhältnisse der Hausindustrie bei den Wiener Schneidern. Die größeren Geschäftsinhaber fangen an, ihre Werkstätten aufzulassen und die Heimindustrie einzuführen; dadurch werden die Lehrlinge förmlich gezüchtet. Die Gehilfen werden durch lange Arbeitszeit ausgebeutet, so daß ihnen zu geistiger Arbeit keine Zeit übrig bleibt. Er verlangt einen Schutz gegen die maßlose Ausbeutung der Lehrlinge, die insbesondere von den christlich-sozialen Meistern in unerhörter Weise betrieben werde. Wenn ein Lehrling bei der Arbeit einschläft, bekommt er seine Hiebe. Mit 20 Jahren siechen dann die Leute dahin. Dergestalt ausgebeuteten und abgerackerten Menschen ist es schwer, die Menschenwürde und den Werth der Organisation beizubringen.

Gen. Zavertnik (Wien) bespricht die Verhältnisse der Seeleute; diese werden gezwungen, mit dem Kapitän Verträge abzuschließen, welche immer zu Ungunsten der Matrosen lauten und auf Grund deren die Hälfte der Löhnung in Verwahrung des Kapitäns bleibt, so daß der Matrose, selbst wenn er eine bessere Einschiffung finden würde, das Schiff nicht verlassen kann. Die Ausarbeitung eines internationalen Schutzgesetzes für Seeleute ist nöthig. Die Feuerleute müssen vier Stunden im Heizraume arbeiten, wo eine Hitze von 40 bis 50 Grad herrscht. Ein österreichischer Lieutenant hat, als er eine halbe Stunde in diesem Raume sich aufgehalten hatte, gesagt: „Ich wundere mich nicht, daß die Heizer sich in das Lager der rothen Sozialisten schlagen.“ Auf den Schiffen wird als Proviant nur Pökelfleisch mitgeführt, nicht aber auch lebendes Geflügel, so daß, wenn der Skorbut herrscht, die Leute, welche kein frisches Fleisch haben, zu Grunde gehen müssen. Redner beantragt, in die dritte Zeile des vierten Absatzes der Resolution nach dem Worte „Eisenbahnen“ die Worte „Binnengewässer- und Seeschifffahrt“ aufzunehmen. Die sozialdemokratischen Abgeordneten sollten sich den Schutz dieser Leute ebenfalls angelegen sein lassen; sie haben keine Krankenversicherung, keine Altersversicherung, und unter Umständen ist die Arbeitszeit eine ungemessene. Wenn das Schiff zum Beispiel bei Gegenwind in den Hafen einlaufen will, so muß es 20-, 30- bis 40mal über Stak gehen, wo dann die ganze Mannschaft mitarbeiten muß. Die Bemannung muß so stark sein, daß man auch bei schlechtem Wetter mit der halben Mannschaft manövriren kann. Auf den Segelschiffen werden gewöhnlich Jungen im Alter von 14 Jahren zum Schließen der Bramsegel, zum Ketten- und Tautragen verwendet; daraus ist auch die gebückte Haltung dieser Leute zu erklären. Die Schiffsmannschaft verwildert ganz und gar, wenn sie, wie dies beispielsweise auf Segelschiffen, die von Hamburg nach Sidney laufen, der Fall ist, sieben Monate lang auf dem Meere sind, ohne einen Hafen anzulaufen. Da sollte etwas erzieherisch gewirkt werden, es sollten den Leuten Bibliotheken ꝛc. zur Verfügung gestellt werden. (Beifall.)

Hiemit ist die Rednerliste erschöpft.

Die Sitzung wird hierauf um 9 Uhr Abends geschlossen.

Sechster Verhandlungstag am 11. Juni 1897.

Fortsetzung der Verhandlung über „Arbeiterschutz".

Vormittagssitzung.

Beginn 9 Uhr 15 Minuten. Vorsitzender Gen. Popp.

Referent Gen. Dr. Verkauf (Schlußwort): Ich habe lediglich die Absicht, zu den eingelaufenen Anträgen zu sprechen, kann es aber nicht unterlassen, meiner großen Genugthuung darüber Ausdruck zu geben, daß die gestrige Debatte in so weitgehendem Maße durchgeführt wurde. Ich glaube, Sie Alle werden das Gefühl haben, daß eine so sachliche und von großem Wissen zeugende Debatte nur von Sozialdemokraten geführt werden kann.

Gestatten Sie mir noch eine allgemeine Bemerkung. Die mannigfachen Anträge haben zum Theile aus den Augen gelassen, daß es nicht angeht, dem sozialdemokratischen Verbande eine Unmasse von Aufträgen zu geben und zu fordern, daß alle diese Gegenstände in erster Linie behandelt werden sollen. Das ist nicht nur schwierig, sondern unmöglich. Der Verband hat im Interesse der Sache, die er vertritt, darauf zu achten, daß er nicht Anträge einbringt, deren Diskussion er unter den gegebenen Umständen zu erzwingen nicht in der Lage ist. Er muß den geeigneten Moment dazu zu finden wissen. Darauf müssen Sie Rücksicht nehmen und dürfen nicht Dinge fordern, von denen Sie wissen, daß sie zur Durchführung nicht gelangen können. Machen Sie sich also darauf gefaßt, daß nicht alle Anträge von der Fraktion zuerst behandelt werden können und nicht jede Gesetzesvorlage schon bei der Eröffnung des Reichsrathes fertig sein wird.

Zu der vorgeschlagenen Resolution sind drei Abänderungsanträge eingebracht worden, welche ich akzeptire.

Es wird nunmehr zur Abstimmung geschritten und gelangt zunächst die Resolution, in welche die Zusatzanträge schon einbezogen sind, zur Verlesung.

Resolution:

„Der sechste Parteitag der österreichischen Sozialdemokratie beauftragt den sozialdemokratischen Verband des österreichischen Abgeordnetenhauses, die Forderungen der Arbeiterschaft bezüglich der Arbeiterschutzgesetzgebung, wie sie im Hainfelder Programm aufgestellt und auf zahlreichen Fach- und Gewerkschaftskongressen vertreten wurden, in die Gestalt von Gesetzesvorlagen zu bringen.

Neben der Reform der Gewerbeordnung, die sich auf die Ausdehnung des Arbeiterschutzes (Schutz der Kinder, Frauen, Sonntagsruhe, Achtstundentag 2c.) und die Beseitigung der den Arbeitern durch Arbeitsbücher, Strafen auf Kontraktbruch 2c. auferlegten Fesseln zu beziehen hat, sind auch Vorschläge zu erstatten zur Einschränkung und endlichen Beseitigung der Heimarbeit (Anzeigepflicht, Ausdehnung des Arbeiterschutzes und der Arbeiterversicherung, höhere Besteuerung, Wohnungsgesetzgebungsgesetz 2c. 2c.), welche der Großindustrie Gelegenheit bietet, sich den Bestimmungen der Arbeiterschutzgesetzgebung zu entziehen.

Außerdem sind zu geeigneter Zeit Gesetzentwürfe zum Schutze der Bergarbeiter, der Bediensteten des Transportgewerbes, der Eisenbahner, Tramwaybediensteten (insbesondere durch Schaffung einer Dienstespragmatik), der Bediensteten und Arbeiter der Handels-, See- und Flußschifffahrt (durch eine entsprechende Seemannsordnung), Fuhrwerker 2c., der Handels- und sonstigen Privatangestellten, sowie der landwirthschaftlichen Arbeiter einzubringen.

Das besondere Augenmerk ist auf den Ausbau des Gewerbe-Inspektorates, sowie auf die Schaffung spezieller Einrichtungen für Bergbau, Eisenbahnen, Binnengewässer- und Seeschifffahrt, Handel und die Frauenarbeit zu richten. Den Inspektoren sind von Arbeitern und Arbeiterinnen gewählte und vom Staate besoldete Delegirte an die Seite zu stellen, die neben der Ueberwachung der Sicherheit in den Betrieben für die Durchführung der von den Inspektoren getroffenen Anordnungen zu sorgen haben.

Gleichzeitig ist die Uebertragung der Strafgerichtsbarkeit in Fällen der Uebertretung der Arbeiterschutzgesetze an die ordentlichen Gerichte in Vorschlag zu bringen."

Diese Resolution wird angenommen.

Weiters wird die Resolution Tomschik's (Siehe Seite 153) einstimmig angenommen.

Zum Antrag 28 der Bezirksorganisaton Leoben beantragt der Referent, denselben dem sozialdemokratischen Verbande zuzuweisen. Die Zuweisung wird beschlossen.

Ferner werden folgende Anträge dem sozialdemokratischen Verbande zugewiesen:

Antrag Trettenbrein (I, Wien):

„Der Parteitag wolle beschließen: Die parlamentarische Fraktion möge während der nächsten Session des Reichsrathes die geeigneten Schritte thun behufs Ausdehnung der Arbeiterschutzgesetzgebung auf die Arbeiter im Handels- und Transportgewerbe, hauptsächlich aber in Bezug auf den Normalarbeitstag und die Sonntagsruhe."

Antrag Simon Stark:

„Bei Schaffung eines Heimarbeitergesetzes ist auf die Musikwaarenarbeiter (Schönbach, Graslitz u. s. w.) Rücksicht zu nehmen."

1. Antrag Diamand:

„Die Reichsrathsfraktion wird aufgefordert, eine Reform der Dienst- und Gesindeordnung durch Einbringung eines Gesetzentwurfes anzustreben."

2. Antrag Diamand:

„Die Reichsrathsfraktion wird aufgefordert, sei es durch Einbringung eines eigenen Gesetzes, sei es durch Reform des Gewerbegesetzes, die Einführung des Achtstundentages in den gesundheitsschädlichen (chemischen u. s. w.) Gewerben, wie auch in jenen Unternehmungen, die ununterbrochenen Betrieb (Tag- und Nachtarbeit) haben, im Reichsrathe anzustreben."

Antrag Behr (Saaz):

„In Anbetracht dessen, daß die land- und forstwirthschaftlichen Arbeiter bis heute schutzlos der Ausbeutung ihrer Anwender überliefert sind, beantrage ich, daß der sozialdemokratische Verband ehebaldigst einen Antrag im Abgeordnetenhause einbringt, wonach die arbeiterschutzgesetzlichen Bestimmungen der Gewerbeordnung, sowie die Unfall- und Krankenversicherung auch auf die land- und forstwirthschaftlichen Arbeiter ausgedehnt werden."

Der Antrag 27 der Bezirksorganisation IX, Wien wird angenommen.

Der Antrag des Gen. Kickmaier wird über Antrag des Referenten in zwei Theilen zur Abstimmung gebracht und wird der erste Theil:

„Im Auftrage der organisirten Bekleidungsbranche Graz stellt der Gefertigte folgenden Antrag:

Die parlamentarische Fraktion wird beauftragt, gleich nach Eröffnung des Reichsrathes einen Gesetzentwurf behufs Aufhebung, beziehungsweise Regelung der Hausindustrie einzubringen,"

der Fraktion zugewiesen, der zweite Theil:

„Zur Zeit der Einbringung dieser Gesetzesnovelle sollen an allen Orten Versammlungen mit einer auf diesen Punkt bezughabenden Tagesordnung einberufen werden, bei welchen nach Thunlichkeit auch die Abgeordneten selbst zu referiren hätten,"

angenommen.

Ebenso wird der Antrag 29 der Bezirksorganisation Leoben angenommen.

Des Weiteren wird der

Antrag Krejci:

„Da die bürgerlichen Parteien die Vorstände der Bezirkskrankenkassen, die von den Sozialdemokraten verwaltet werden, in perfider Weise verdächtigen, daß sie die

Kassen schlecht verwalten, wird der Verband der sozialdemokratischen Abgeordneten ersucht, in der nächsten Session des Reichsrathes einen Gesetzentwurf einzubringen, es seien jene Arbeitgeber, die Mitgliedsbeiträge abziehen und an die Krankenkasse nicht abführen, wegen Betrug und Veruntreuung zu bestrafen,"

sowohl als der

Antrag Chwala:

„Mit Rücksicht auf die hinterhältigen Machinationen des arbeiterfeindlichen Unternehmerthums, darauf hinauslaufend, die Verwaltung der Kranken- und Unfallversicherung vollends an sich zu reißen, werden die proletarischen Organisationen verpflichtet, darauf zu sehen, daß gelegentlich der Wahlen in die Vorstände gedachter Arbeiterversicherungs-Institute Sozialdemokraten aufgestellt und gewählt werden, um solcherart zu verhindern, daß das den Arbeitern gesetzlich zustehende, ohnehin spärliche Verwaltungsrecht denselben entrissen und zum Schaden der Versicherten mißbraucht wird,"

angenommen.

Zu dem Antrage Chwala, Feigl, Pelikan:

„Den sozialdemokratischen Vorstandsmitgliedern der Arbeiterversicherungs-Institute wird nahegelegt, für ihre Angestellten gleichfalls die Sonntagsruhe durchzuführen,"

bemerkt der Referent, es gebe bereits eine Reihe von Krankencassen, bei welchen die Sonntagsruhe vollständig durchgeführt ist. Insbesondere die großen Institute haben es dahin gebracht, daß ihre Angestellten am Sonntag nicht in der Kassa sitzen müssen. Der Antrag wird gleichfalls angenommen.

Zum Antrage Dietl:

„Die Parteigenossen aller Branchen werden aufgefordert, überall statistisches Material über die Arbeits- und Wohnungsverhältnisse zu sammeln und der Reichsrathsfraktion zur Verfügung zu stellen,"

bemerkt der Referent, er könne denselben nicht zur Annahme empfehlen, denn es sei unmöglich, daß die Branchenorganisationen eine genaue Wohnungsstatistik erheben könnten. Es wäre dies Sache der Regierung oder vielleicht der Krankenkassen.

Dieser Antrag wird abgelehnt.

Der Antrag der Gen. Simon Stark, Vinzenz Schelch und Anton Bruch:

„Der sechste Parteitag der österreichischen Sozialdemokratie beauftragt den sozialdemokratischen Verband des österreichischen Abgeordnetenhauses eine Novelle zum Bergbau-Genossenschaftsgesetz einzubringen, in welchem den Delegirten der Gruppe II (Arbeiterdelegirte) der Schutz gegen willkürliche Entlassung gesichert ist.

Die Gründe der Kündigung eines Delegirten müssen dem Revierbergamte vorgelegt, von diesem geprüft werden und von da, im Falle sie das Revierbergamt für richtig befindet, an die Generalversammlung, respektive das Schiedsgericht zur Entscheidung gelangen. Erst nach Ausspruch des Schiedsgerichtes kann der Betreffende nach dreimonatlicher Kündigung entlassen werden.

Ferner ist, um die indirekte Maßregelung (schlechter Lohn, Arbeitsbedingung) hintanzuhalten, im Gesetz dafür zu sorgen, daß der tägliche Verdienst eines Delegirten unter den Durchschnittsverdienst eines Bergarbeiters nicht heruntersinkt, desgleichen soll in der Novelle dafür gesorgt werden, daß die Delegirten nicht zur Strafe für Ausübung ihrer Funktion an Orte zur Arbeit versetzt werden, die schlechter als jene sind, an welchen sie vordem zur Arbeit verwendet wurden.

Alles hier Angeführte gilt auch für Bruderladen-Delegirte,"

wird angenommen.

Der Antrag österreichischer Genossen in der Schweiz, Antragsteller Josef Vorderwinkler:

„Die Parteivertretung wird beauftragt, fortlaufend das sich ergebende statistische Material über die Verkürzung der Arbeitszeit unter 10 Stunden aus Fabriken und Werkstätten im In- und Auslande zu sammeln. Alljährlich soll das Ergebniß dieser Aufzeichnungen in der Mai-Festschrift veröffentlicht werden,"

wird über Vorschlag des Referenten der Parteivertretung zugewiesen.

Schließlich liegt noch ein Antrag vor behufs Beschickung des internationalen Kongresses für Arbeiterschutz, welcher im August 1897 in Zürich stattfinden soll.

Gen. Feigl beantragt, der Parteitag möge beschließen, daß die Parteivertretung beauftragt werde, diesen Kongreß zu beschicken.

Dieser Antrag wird mit allen gegen eine Stimme angenommen.

Es wird sodann die Verhandlung über den Punkt III

Parteiorganisation

fortgesetzt.

Referent Gen. Dr. Adler (zum Schlußwort) theilt einleitend mit, daß er sowohl als Referent zu diesem Punkt der Tagesordnung, wie auch als Referent der Antragskommission spreche, und fährt dann fort: Die Kommission hat vor Allem sich die Hauptfrage, die in der ganzen Debatte als die wichtigste hervorgetreten ist, noch einmal vorgelegt und sie in allen Einzelheiten diskutirt. Die Hauptschwierigkeit unserer Organisation ist die Verbindung von selbstständigen nationalen Organisationen mit einer vereinigten internationalen Exekutive. Die Anträge, welche die Parteivertretung vorgelegt hat, wurden zum Theil nicht gut verstanden, und ich gestehe, daß dies nicht ausschließlich Schuld der Parteigenossen ist, sondern daß auch mit daran schuld ist, daß wir nicht klar genug vorgegangen sind. Bisher haben wir nebeneinander zwei Dinge gehabt: die österreichische Parteiorganisation, die ursprünglich faktisch die Organisation der deutschen Genossen war, und die anderssprachigen Organisationen, welche sich nach und nach in dem Maße, als sie sich entwickelten, von ihr losgelöst und selbstständig gemacht haben. Wir haben den Versuch gemacht, noch weiter diese Mutterorganisation, wie ich sie nennen möchte, beizubehalten, ihr einen immer noch internationalen Charakter zu bewahren und daneben die eigentliche Vereinigung aller selbstständigen Vertretungen möglich zu machen. Es hat sich aber herausgestellt, daß nicht nur besonders die tschechischen Parteigenossen eine Trennung der tschechischen von der deutschen Organisation wollen, sondern auch die deutschen Parteigenossen haben es in mehrfachen Reden ausgesprochen, daß, wenn die einzelnen anderssprachigen Organisationen sich stark genug fühlen, auf eigenen Füßen zu stehen, sie sie nicht daran hindern wollen. Wir werden uns — ich gebe damit nur wieder, was ausgesprochen wurde — vielleicht freier und kräftiger entwickeln, wenn wir, die deutsche Organisation, von den pflichtgemäß geübten Rücksichten auf die anderssprachigen Organisationen in Zukunft enthoben sind. Mein persönliches Urtheil weicht in diesem Punkt von dem Urtheile vieler Parteigenossen ab. Ich hätte gewünscht, daß auch weiterhin noch eine gewisse Zeit diese alte Form aufrecht geblieben wäre, weil ich auf dem Standpunkt stehe, daß die deutschen Genossen noch eine starke Verpflichtung haben, die anderssprachigen Genossen auf Schritt und Tritt zu fördern. Es wird gewiß in Zukunft noch geschehen, aber ich hätte gewünscht, daß dieser Gedanke in unserer Organisation einen ganz klaren Ausdruck finde; da jedoch nach dem Urtheile der großen Mehrheit die deutsche Organisation nun ihre Mutterrolle aufgeben kann, sind die Deutschen einfach genöthigt, sich als deutsche Organisation zu deklariren.

Wir haben so zwei Organisationen zu besprechen, und der Parteitag hat zwei Aufgaben: Erstens hat er in seiner Eigenschaft als gesammtösterreichischer Parteitag die gesammtösterreichische Organisation festzustellen, die Reichsorganisation der österreichischen Sozialdemokratie. Diese theilt sich naturgemäß in den Reichsparteitag und in die Gesammtvertretung. Die andere Aufgabe hat der Parteitag zu besorgen als deutscher Parteitag, als Vereinigung der deutschen Organisationen, und hat daher über die Organisation der deutschen Sozialdemokratie in Oesterreich zu beschließen.

Die Vorschläge der Parteivertretung zerfallen daher in zwei Abschnitte. Die Punkte I bis inklusive VII betreffen die Organisation der deutschen Sozialdemokratie in Oesterreich; die Punkte VIII und IX werden in ein besonderes Kapitel unter der Ueberschrift „Reichsorganisation der österreichischen Sozialdemokratie" zusammengefaßt. Unsere bisherige Organisation soll in ihrem Wesen für die deutsche Sozialdemokratie vollständig aufrecht bleiben. Es werden nur jene Aenderungen vorgenommen, die bereits genügend besprochen wurden und bei einer sehr großen Majorität Beifall gefunden haben, so daß sie, wie ich vermuthe, werden einstimmig angenommen werden.

Punkt I, welcher bestimmt, wer zur Partei gehört, bleibt unberührt.

Punkt II über die Vertrauenspersonen und Bezirksorganisationen soll in der Fassung, wie sie die Parteivertretung vorlegt, angenommen werden. Er unterscheidet sich von dem bisher geltenden nur dadurch, daß anstatt der Kreise und Kreiskonferenzen die Wahlkreise und Wahlkreiskonferenzen eintreten.

Punkt III „Wahlkreisorganisation" ist ein neuer Punkt. Es ist von den Genossen am Parteitage mit wenigen, ganz verschwindenden Ausnahmen anerkannt worden, daß die Wahlkreisorganisation nothwendig ist. Wir schlagen daher vor, diesen Punkt anzunehmen, wie ihn die Parteivertretung empfohlen hat.

Punkt IV „Parteitag" behandelt den Parteitag der deutschen Sozialdemokratie in Oesterreich. Es ist nicht nothwendig, daß das im Text noch einmal hervorgehoben wird.

Wenn wir einen Reichsparteitag haben, können wir ihn nur in jedem zweiten Jahre abhalten. Die Bestimmung über den außerordentlichen Parteitag bleibt aufrecht erhalten, und es heißt nun: „Außerordentliche Parteitage können nur unter Zustimmung der Mehrheit der deutschen Wahlkreisorganisationen stattfinden."

Nun handelt es sich um die Beschickung dieses Parteitages. Wir stehen auf dem Standpunkt — und dieser wurde auch in der Debatte nicht angefochten — daß die Beschickung im Wesentlichen so bleibe wie bisher, das heißt daß jede Lokal- und Bezirksorganisation das Recht habe, einen Delegirten zu schicken. Wir fürchten daraus keine Majorisirung, sondern sehen darin nichts Anderes als den Ausdruck einer kräftigen Organisation in jenen Wahlkreisen. Wir haben im Absatz 2 dieses Punktes, der bis jetzt lautete: „Die Delegirten zum Parteitag werden durch die Parteigenossen eines jeden Ortes, beziehungsweise Bezirkes bestimmt," den Antrag Chwala, der eine präzisere Fassung vorschlägt, aufgenommen. Es soll künftig heißen: „Jeder Ort, beziehungsweise Bezirk hat das Recht, einen Delegirten zu schicken."

Die übrigen Absätze bleiben aufrecht, sowohl was die Beschickung durch die Redaktionen der Parteiblätter, durch Korporationen und Industriegruppen, als auch die Ortsbestimmung und die Veröffentlichungen in Bezug auf den Parteitag anlangt.

Es wurden Anträge eingebracht, die Parteivertretung möge gezwungen werden, auch ihre Anträge vorher vorzulegen. Wir haben dem Rechnung getragen, indem wir zum vorletzten Absatz dieses Punktes, welcher lautet: „Anträge sind vier Wochen vor dem Stattfinden des Parteitages an die Parteivertretung einzusenden und in dem Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei zu veröffentlichen", den Zusatz gemacht haben: „Dasselbe gilt für die Anträge der Parteivertretung."

Bezüglich der Beschickung des Parteitages müssen wir noch die Bestimmung aufnehmen: „Die sozialdemokratischen Reichsrathsabgeordneten haben die Pflicht, am Parteitage zu erscheinen, und haben dort Sitz und Stimme."

Wir kommen nun zur Parteivertretung. Diese ist nunmehr blos eine Vertretung der deutschen Organisationen, während wir bisher eine Parteivertretung hatten, in welcher Vertreter aller Nationalitäten saßen. Wir haben den betreffenden Punkt mithin selbstverständlich fallen lassen müssen. Die deutsche Organisation besteht wie bisher also aus 16 Personen. Acht vom Parteitag zu bestimmende Mitglieder der Parteivertretung bilden den engeren Parteiausschuß, welcher die laufenden Geschäfte der Partei zu besorgen hat. Die anderen acht Mitglieder der Parteivertretung bilden die Parteikontrole. Nun heißt es weiter: „Der Parteitag bestimmt den Sitz des engeren Ausschusses, an welchem seine Mitglieder und zwei Mitglieder der Kontrole wohnhaft sein müssen." Dazu liegen die Anträge Elderfch und Feigl vor, welche beide das Wahlrecht des Parteitages in Bezug auf die Mitglieder der Kontrole einschränken wollen. Es wurde in der Kommission mit großer Majorität beschlossen, diesen Anträgen Rechnung zu tragen. Der Parteitag hat zu wählen acht Mitglieder des engeren Ausschusses, die in Wien wohnen, und zwei Kontrolore, die ebenfalls in Wien zu wohnen haben, aber nicht im Vorjahre Kontrolore gewesen sein dürfen. Der Partei-

tag wählt weiters noch sechs Kontrolore, deren Wohnort gleichgiltig ist. Wir haben geglaubt an die Stelle der bisherigen Bestimmung, daß Genossen aller Nationalitäten in der Parteivertretung sind, eine andere Bestimmung treten lassen zu sollen, um diese Fühlung aufrecht zu erhalten, und zwar haben wir in der Bestimmung über die Gesammtvertretung folgenden Punkt aufgenommen: „Die Mitglieder jeder nationalen Vertretung oder Exekutivkomités können jederzeit an den Sitzungen aller anderen Vertretungen oder Exekutivkomités theilnehmen, und es ist wünschenswerth, daß das so oft wie möglich geschehe." Die Parteivertretung von 16 Mitgliedern ist vollständig selbstständig und enthält keine Mitglieder anderer Nationen; wir Deutschen wählen unsere Parteivertretung selbst, aber wir wünschen, daß unsere Mitglieder zu den anderen hingehen und an den Sitzungen theilnehmen können, und wir wünschen, daß sie zu uns kommen und daß sie sich genau Schritt für Schritt informiren über das, was geschieht. Alle anderen Bestimmungen, die zum Punkt Parteivertretung gehören, bleiben aufrecht.

Wir kommen zum Punkt „Vereinswesen". In Bezug auf diesen Punkt liegen verschiedene Anträge vor, welche empfehlen, anstatt politische Vereine zu sagen Wahlvereine. Wir haben geglaubt, diese Beschränkung nicht einführen zu sollen.

Hiemit wären alle jene tief einschneidenden Aenderungen, welche an der Organisation der deutschen Sozialdemokraten zu treffen sind, erledigt, und ich komme nun zu unseren Vorschlägen, betreffend die Reichsorganisation, und zwar in erster Linie zum Gesammtparteitag. Da heißt es: „Alle zwei Jahre wird ein Gesammtparteitag einberufen, dessen Beschickung folgendermaßen geregelt wird: Jeder Wahlkreis hat das Recht, zwei Delegirte zu entsenden. In sprachlich gemischten Wahlkreisen hat jede sprachliche Gruppe das Recht, zwei Delegirte zu schicken. Hier wurde in der Kommission der Antrag der Parteivertretung angenommen. Während wir es für nationale Parteitage für nothwendig halten, daß eine nationale Organisation gemacht werde, halten wir es für nothwendig, daß zur Grundlage der internationalen Parteitage, um da ein richtiges Verhältniß der Beschickung herauszubringen, die Beschickung sich auf Wahlkreise stützt. Betreffend die nationalen Minoritäten, haben wir gemeint, weder eine perzentuelle Bestimmung hineinbringen, noch auch der nationalen Majorität etwas nehmen zu sollen zu Gunsten der nationalen Minderheiten; wir glaubten, daß wir der nationalen Minderheit sehr gut geben können, ohne der Mehrheit etwas zu nehmen. Es heißt nicht, jeder Wahlkreis muß durch zwei Delegirte vertreten sein, und jede Minorität muß zwei Delegirte senden, es heißt, sie hat das Recht, sie zu schicken, und es wird auch das ein Mittel sein, um gewissermaßen das Gewicht der verschiedenen Organisationen entsprechend auf dem Parteitage zum Ausdruck zu bringen.

Weiters sagen wir: „Den organisirten Industriegruppen jeder Nationalität ist durch je einen Delegirten am Parteitag eine Vertretung einzuräumen." Das versteht sich von selbst und ist nur aus den bisherigen Bestimmungen herübergenommen. „Die Mitglieder der Exekutivausschüsse aller nationalen Parteiorganisationen, sowie die sozialdemokratischen Reichsrathsabgeordneten haben das Recht auf Sitz und Stimme. Nach Thunlichkeit sollen auch die Frauenorganisationen der nationalen Gruppen durch je zwei weibliche Delegirte vertreten sein."

Ich komme nun zu den Befugnissen dieses Parteitages: „Aenderungen des Parteiprogramms sind ausschließlich dem Gesammtparteitage vorbehalten. Im Uebrigen erledigt er die Angelegenheiten der Gesammtpartei in Bezug auf Agitation, Taktik und Organisation. Fragen der Organisation, Administration, Presse und sonstige Fragen, die nicht für alle nationalen Organisationen gemeinsam sind, sollen auf die Tagesordnung der Gesammtparteitage nicht

gestellt werden. Die Einberufung des ordentlichen Gesammtparteitages erfolgt durch die Gesammtexekutive mindestens zwei Monate vor dessen Abhaltung durch Veröffentlichung der Einladung in den Parteiblättern mit Angabe der provisorischen Tagesordnung. Die Parteiberichte und Anträge sind vier Wochen vor dem Parteitage zu veröffentlichen." Das ist die entsprechende Bestimmung, die bisher gegolten hat. Nun kommen wir zur Gesammtvertretung der Sozialdemokratie Oesterreichs: „Die politische Leitung der Gesammtpartei obliegt der Gesammtvertretung der Sozialdemokratie Oesterreichs, die sich aus den Vertretungen und Exekutivkomités der deutschen, tschechischen, polnischen, italienischen und südslavischen Organisationen zusammensetzt." Hierin ist ein weiteres Wachsthum der neuen Organisationen zum Ausdruck gebracht. Während wir in Prag nur sagen konnten „der deutschen, tschechischen und polnischen Organisationen," bilden sich jetzt auch die italienischen und südslavischen Organisationen selbstständige Exekutivausschüsse, und wir haben uns damit einverstanden erklärt.

Weiter heißt es: „Die Gesammtvertretung der Sozialdemokratie Oesterreichs tritt zu gemeinsamen Berathungen behufs Regelung der den Organisationen gemeinsamen Angelegenheiten nach Erforderniß zusammen.

Die in Wien wohnenden Mitglieder aller nationalen Vertretungen und Exekutivkomités bilden zusammen die ständige Gesammtexekutive." Es mußte nämlich vorgesorgt werden, daß eventuell ein schnelles Handeln möglich ist, dazu wurde diese ständige Exekutive geschaffen. Wir haben es nicht für nothwendig gehalten, hier Ziffernbeschränkungen irgend welcher Art zu machen; es liegt in der Möglichkeit einer jeden Organisation, sich das so einzurichten wie sie will. Schließlich wurde noch, wie ich schon vorhin erwähnte, bestimmt: „Die Mitglieder jeder nationalen Vertretung können jederzeit an den Sitzungen aller anderen Vertretungen oder Exekutivkomités theilnehmen, und es ist wünschenswerth, daß das so oft als möglich geschehe."

Dieses Gesammt-Exekutivkomité hat den Parteitag einzuberufen, es hat in Fällen, wo ein sofortiges Eingreifen nöthig ist, und über die laufenden Geschäfte Beschluß zu fassen. Es ist hingegen die Gesammtvertretung aller Exekutivkomités auch aus den Provinzen nur dann einzuberufen, wenn es die ständige Exekutive für nöthig hält.

In Bezug auf die internationale Organisation haben wir noch den Antrag des Gen. Dr. Diamand, welcher sich mit dem Verhältniß zur ruthenisch-radikalen Partei beschäftigt und welcher in der folgenden Fassung von der Kommission in Vorschlag gebracht wird:

„Der sechste österreichische sozialdemokratische Parteitag nimmt die durch den Abg. Dr. Jarosiewicz im Namen der ruthenisch-radikalen Partei abgegebene Erklärung zur Kenntniß und begrüßt es mit Freude, daß die auf gemeinsamem prinzipiellen Boden stehende ruthenisch-radikale Partei im wohlverstandenen gemeinsamen Interesse beabsichtigt, mit uns in enge Fühlung zu treten.

Wir erwarten, daß diese Erklärung der ruthenisch-radikalen Partei sowohl zur vollen Klärung der Verhältnisse in ihrer eigenen Partei als auch zur Förderung ihrer Organisation auf sozialdemokratischer Basis beitragen werde, und daß dadurch eine gemeinsame Taktik, ein gemeinsames Vorgehen und später auch eine gemeinsame Organisation ermöglicht werden wird."

Ich darf wohl daran den Ausdruck der Befriedigung knüpfen, daß wir die Ruthenisch-Radikalen auf diesem Parteitage begrüßen können, und die Hoffnung aussprechen, daß wir sie auch auf den künftigen Parteitagen in unserer Mitte sehen werden. (Beifall.)

Parteigenossen! Wir haben auf dem Parteitage in Prag, wo wir die Grundlagen für diese Organisation, die heute im Einzelnen durchgeführt ist, gelegt haben, die Erfahrung gemacht, daß die bürgerliche Presse absolut kein Ver-

ständniß dafür gehabt hat, was wir wollten, daß sie mit allem Eifer das, was wir gethan haben, entstellt, karikirt und ausgenützt hat, um den einzelnen Organisationen zu schaden. Mit der größten Unsinnigkeit ist nach dem Prager Parteitage von der tschechischen Presse behauptet worden, daß wir in den Zentralismus hineingerathen, während die deutsche Presse uns vorgeworfen hat, daß wir auf den nationalen Weg gerathen sind. Auch in unseren eigenen Reihen war eine volle Würdigung und ein klares Verständniß nur bei jenen Genossen vorhanden, welche in das Innerste der Parteiorganisation eingeweiht sind und die einzelnen ausdrücklichen Erklärungen auf dem Parteitage mit angehört haben.

Wir haben es deshalb für nothwendig gehalten, indem wir diese neue Organisation beschließen, zugleich hier vom Parteitage als der dazu einzig berufenen Instanz zu erklären, was wir wollen; es ist dies auch darum nothwendig, weil im Laufe der Debatte die angeblich neue und unerhörte Interpretation des Begriffes Internationalität eine bedeutende Rolle gespielt hat.

Parteigenossen! Ich bin dem Gen. Radimsky sehr dankbar, daß er in der Debatte die Auffassung, die er hier vorgebracht hat, über den Nationalismus und Internationalismus auf das kommunistische Manifest gestützt hat; ich vermuthe aber, daß er dabei nicht das Original, sondern eine tschechische Uebersetzung zur Hand gehabt hat. (Widerspruch seitens des Gen. Radimsky.) Nun ist im kommunistischen Manifest in zwei Zusammenhängen von nationalen Dingen die Rede. Es heißt 1. im Kapitel „Proletarier und Kommunisten" folgend (liest): „Die Kommunisten stellen kein besonderes Prinzip auf, wonach sie die politische Bewegung modeln wollen.

„Die Kommunisten unterscheiden sich von den übrigen politischen Parteien nur dadurch, daß sie einerseits in den verschiedenen nationalen Kämpfen der Proletarier die gemeinsamen von der Nationalität unabhängigen Interessen des gesammten Proletariats hervorheben und zur Geltung bringen, andererseits dadurch, daß sie in den verschiedenen Entwicklungsstufen, welche der Kampf zwischen Proletariat und Bourgeoisie durchläuft, stets das Interesse der Gesammtbewegung vertreten."

Es wird in dieser Stelle ausdrücklich anerkannt, daß es verschiedene nationale Kämpfe der Proletarier gibt. Marx und Engels waren blutige Realisten, ihnen ist es nicht eingefallen, etwas zu leugnen, was besteht, aber Sie dürfen ja nicht vergessen, daß das Wort „national" zur Zeit des kommunistischen Manifestes, wie auch in anderen Ländern heute noch, durchaus nicht die Bedeutung gehabt hat, wie wir es anwenden, daß das Wort „national" im kommunistischen Manifest nicht ein ethnologischer, sondern ein territorialer Begriff ist. (Sehr richtig!) Genossen, die des Französischen oder des Englischen nicht mächtig sind, sind mitunter ganz verblüfft, und sehen ein Verbrechen gegen das Prinzip der Internationalität darin, wenn sie von Frankreich lesen, von dem „Congres national de la France", oder wenn sie von dem englischen Kongreß lesen, und es heißt: „National labour congress". Das bedeutet durchaus nicht „national" in unserem Sinne, sondern das bedeutet einen Kongreß der Reichsorganisation.

Ebenso richtig aber ist, und das dürfen wir auch nicht vergessen, daß das kommunistische Manifest geschrieben wurde zu einer Zeit, wo man an österreichische Nationalitätsbegriffe nicht gedacht hat, wo man aber sehr viel gewußt hat, und das auch geschrieben hat, auf Grund einer nationalen deutschen Bewegung. Das dürfen Sie nicht vergessen, wenn Sie das richtig interpretiren wollen. Marx und Engels haben an der Bewegung zur Zusammenfassung eines einigen Deutschlands in ihrer Weise und vom proletarischen Standpunkt durchaus daran theilgenommen, also die nationalen Bestrebungen unterstützt. Sie wissen, daß die erste sozialdemokratische Bewegung in Deutschland, die Lassalle'sche Bewegung, sehr deutlich und weit darüber hinaus die Spuren dieses Geistes getragen hat. Es ist meines Erachtens ganz undenkbar, daß man diese Stelle und die weitere, die Gen. Radimsky angezogen hat und die ich gleich verlesen werde, anders auffaßt, als daß sie sich auf die territoriale Abgrenzung, aber auch auf diese nationale Gesammtbewegung in Deutschland stützt. Die zweite Stelle lautet — den Kommunisten ist nämlich vorgeworfen worden, sie wollten Vaterland und Nationalität abschaffen — (liest): „Die Arbeiter haben

kein Vaterland. Man kann ihnen nicht nehmen, was sie nicht haben. Indem das Proletariat zunächst sich die politische Herrschaft erobern, sich zur nationalen Klasse erheben, sich selbst als Nationalität konstituiren muß, *ist es selbst noch national*, wenn auch keineswegs im Sinne der Bourgeoisie."

Das ist die Stelle, die *Radimsky* zitirt, aber es gehören auch die Vorder- und die Hintersätze dazu. Die scheinbaren Widersprüche oder Unklarheiten in diesen Sätzen werden uns aber nur verständlich, wenn wir die Zeit, in der sie geschrieben wurden, uns vor Augen halten. Ich habe diese Erörterung für nothwendig gehalten, damit es umso klarer wird, daß das richtig ist, was ich gesagt habe, daß es sich bei dieser Neukonstituirung um eine *Weiterentwicklung* handelt und nichts weiter. Das Neue daran ist nur die Vertiefung, nicht die Einschränkung der nationalen Prinzipien; darüber wollen wir gar keinen Zweifel aufkommen lassen, daß wir diese *Organisation in nationalen Gruppen blos zu dem Zwecke machen, um den Klassenkampf desto schärfer international führen zu können.* (Beifall.) Wir sind uns bewußt, daß die Klassengegensätze tiefer einschneidend sind als alle nationalen Unterschiede. Wir sind uns bewußt, daß jede nationale Gruppe des Proletariats, um den Klassenkampf gegen die Ausbeuter ihrer eigenen Nation führen zu können, die feste internationale Organisation braucht, und wir sind uns bewußt, daß, wenn wir uns als national gesonderte Gruppen organisiren, uns ein festes Band zusammenhält und ein Abgrund uns von den anderen Klassen und Parteien derselben Nation trennt. Das ist das, was ich hier zum Ausdrucke bringen wollte und in einer Resolution bekräftigen will. Diese Erklärung, welche also der Motivenbericht der neugeschaffenen Organisation sein soll, lautet (liest):

Erklärung.

Die vom Prager Parteitag angebahnte und vom sechsten Parteitag durchgeführte Organisation der österreichischen Sozialdemokratie *nach selbstständigen nationalen Gruppen* hat den Zweck, für die Arbeit der Organisation des vielsprachigen Proletariats in Oesterreich die besten praktischen Bedingungen zu bieten, die praktischen Schwierigkeiten der Sprachverschiedenheit zu überwinden. Indem wir so die *Nützlichkeit der vollen Selbstständigkeit* für die Organisation der Sozialdemokratie jeder Zunge anerkennen und ihr Rechnung tragen, schaffen wir zugleich in dem Gesammtparteitage und der Gesammtexekutive die Einrichtungen, die geeignet sind, noch mehr als bisher die feste und schlagfertige Zusammenfassung aller einzelnen Organisationen zum gemeinsamen Kampfe zu sichern. *Nationale Selbstständigkeit und internationale Geschlossenheit ist das Grundprinzip unserer Organisation.* (Beifall.)

Wir ergreifen diese Gelegenheit, um im Vorhinein *jede Interessensolidarität mit den nationalen und chauvinistischen Parteiungen und Kämpfen der besitzenden Klassen auf das Entschiedenste zurückzuweisen.* Wir haben das Bewußtsein, daß die Klassengegensätze stärker und tiefer trennen als nationale Verschiedenheit, und wir erklären, daß diese Organisation ausschließlich bestimmt ist, die wirksamste Form zu schaffen, in der die international geeinigten und brüderlich verbundenen Sozialdemokraten aller Zungen den Kampf führen gegen die Ausbeuterklassen in ihrer eigenen Nation und gegen die Ausbeuterklassen aller Nationen.

Nicht um die nationalen chauvinistischen Bestrebungen der besitzenden Klassen zu unterstützen, ist diese unsere Organisation geschaffen, sondern sie hat zum Ziele, sie umso schärfer, rücksichtsloser und wirksamer bekämpfen zu können. (Lebhafter Beifall.)

Ich mache darauf aufmerksam, daß die tschechischen Genossen auf eine Uebersetzung meines Referates verzichten, da sie bis auf Wenige demselben vollständig folgen können. Die Kommission legt einen großen Werth darauf, und die tschechischen Genossen haben dem zugestimmt, daß diese soeben verlesene Erklärung auch in tschechischer Sprache zum Beschlusse erhoben wird.

Damit ist die wichtigste Arbeit gethan, nun kommt aber die schwerste. Ich möchte die Anträge in zwei Gruppen theilen: in jene, welche in Folge der Organisationsbestimmungen, wenn wir sie so, wie sie vorgeschlagen, annehmen, entfallen, und ich glaube, daß wir eine Abstimmung über diese Anträge gar nicht besonders einleiten; die andere Gruppe von Anträgen wendet sich mit verschiedenen

Wünschen an die Parteivertretung. Ich glaube, diese können wir nicht anders behandeln, als indem wir sie der künftigen Gesammtexekutive zuweisen. Ferner liegen Anträge allgemeiner Natur vor. Ich darf mir wohl erlauben, Sie zu bitten, daß Sie bei allen Beschlüssen, welche die Einzelheiten der Organisation und insbesondere die Aufbringung von Mitteln betreffen, sich vor Augen halten, daß die Kommission wohl weiß, zu welcher Zeit und in welcher Stimmung sie Ihnen die Ablehnung der meisten dieser Anträge anempfiehlt. Vergessen Sie nicht, Genossen, daß wir möglicherweise wieder einer Zeit entgegengehen, in der wir uns fest auf die Füße stellen müssen. Redner erörtert anknüpfend den geheimen Erlaß des Badeni und schließt: Wenn man auch die bürgerlichen Parteien mit solchen Maßregeln klein kriegt, uns werden sie damit nicht klein kriegen; nicht einmal wenn auf jedem Baume die Badeni wachsen. (Heiterkeit und Beifall.)

Gen. Seliger schlägt vor, daß zuerst über die Gesammtorganisation abgestimmt werden möge.

Gen. Krapka theilt mit, daß in der Kommission seitens der tschechischen Genossen erklärt wurde, daß sie bei jenen Anträgen, welche nur die deutschen Genossen betreffen, sich der Abstimmung enthalten werden.

Es wird

zur Abstimmung

geschritten.

Referent Gen. Dr. Adler: Als Titel wird vorgeschlagen: „Gesammtorganisation der Sozialdemokratie in Oesterreich."

Einstimmig angenommen.

„I. Gesammtparteitag. Alle zwei Jahre wird ein Gesammparteitag einberufen."

Einstimmig angenommen.

„Jeder Wahlkreis hat das Recht, zwei Delegirte zu entsenden."

Gegen zwölf Stimmen angenommen.

„In sprachlich gemischten Wahlkreisen hat jede sprachliche Gruppe das Recht, zwei Delegirte zu schicken."

Gegen sieben Stimmen angenommen.

„Den organisirten Industriegruppen jeder Nationalität ist durch je einen Delegirten am Parteitage eine Vertretung einzuräumen."

Einstimmig angenommen.

„Die Mitglieder der Exekutivausschüsse aller nationalen Parteiorganisationen sowie die sozialdemokratischen Reichsrathsabgeordneten haben das Recht auf Sitz und Stimme."

Einstimmig angenommen.

„Nach Thunlichkeit sollen die Frauenorganisationen der nationalen Gruppen durch je zwei weibliche Delegirte vertreten sein."

Gegen zwei Stimmen angenommen.

„Befugnisse des Parteitages. Aenderungen des Parteiprogramms sind dem Gesammtparteitage ausschließlich vorbehalten."

Einstimmig angenommen.

„Im Uebrigen erledigt er die Angelegenheiten der Gesammtpartei in Bezug auf Agitation, Taktik und Organisation. Fragen der Administration, Presse und sonstige Fragen, die nicht für alle nationalen Organisationen gemeinsam sind, sollen auf die Tagesordnung der Gesammtparteitage nicht gestellt werden."

Gegen zwei Stimmen angenommen.

„Die Einberufung des ordentlichen Gesammtparteitages erfolgt durch die Gesammtexekutive mindestens zwei Monate vor dessen Abhaltung durch Veröffentlichung der Einladung in den Parteiblättern mit Angabe der provisorischen Tagesordnung. Parteiberichte und Tagesordnung sind vier Wochen vor dem Parteitage zu veröffentlichen."

Einstimmig angenommen.

„II. Gesammtvertretung der Sozialdemokratie Oesterreichs. Die politische Leitung der Gesammtpartei obliegt der Gesammtvertretung der Sozialdemokratie Oesterreichs, die sich aus den Vertretungen und Exekutivkomités der

deutschen, tschechischen, polnischen, italienischen und südslavischen Organisationen zusammensetzt."

Wird gegen eine Stimme angenommen.

„Die Gesammtvertretung der Sozialdemokratie Oesterreichs tritt zu gemeinsamen Berathungen behufs Regelung der den Organisationen gemeinsamen Angelegenheiten nach Erforderniß zusammen."

Wird einstimmig angenommen.

„Die in Wien wohnenden Mitglieder aller nationalen Vertretungen und Exekutivkomités bilden zusammen die ständige Gesammtexekutive."

Gegen drei Stimmen angenommen.

„Die Mitglieder jeder nationalen Vertretung können jederzeit an den Sitzungen aller anderen Vertretungen oder Exekutivkomités theilnehmen und ist es wünschenswerth, daß das so oft als möglich geschehe."

Einstimmig angenommen.

Gen. Job verliest hierauf die Erklärung in tschechischer Sprache.

Die Gen. Gerin und Kristan verzichten auf eine Uebersetzung der Erklärung in die italienische, beziehungsweise slovenische Sprache und erklären, mit derselben übereinzustimmen.

Die Erklärung wird sodann einstimmig angenommen. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Es wird hierauf der Titel des Punktes I „Organisation der deutschen Sozialdemokraten in Oesterreich" mit 59 gegen 10 Stimmen angenommen.

Punkt I bleibt unverändert.

Bei Punkt II „Vertrauenspersonen", wird zuerst in prinzipieller Abstimmung mit 49 gegen 13 Stimmen beschlossen, die Wahlkreise zur Grundlage der Organisation zu nehmen, und sodann Punkt II mit den entsprechenden Abänderungen angenommen.

Referent Gen. Dr. Adler: Der letzte Absatz des Punktes III heißt: „Wo es sich als vortheilhaft erweist, können mehrere Wahlkreisorganisationen zu einer Gebiets- oder Landesorganisation zusammentreten." Damit ist jenen Wünschen Rechnung getragen, die aus zwei Wahlkreisen Böhmens an uns gelangt sind. Die Reichenberger wünschen, daß ihnen die Möglichkeit geboten wird, den angrenzenden Wahlkreis Trautenau-Gablonz in die Organisation einbeziehen zu können. Ebenso wird es möglich sein, daß sich der Wahlkreis Mies mit dem Wahlkreis Eger oder Saaz, je nach Bedürfniß, vereinigt. Das Gleiche gilt bezüglich der beiden schlesischen und der vier steiermärkischen Wahlkreise. Die Erledigung dessen können wir im Hinblicke auf diesen Punkt den betreffenden Wahlkreisen überlassen.

Gen. Schiller (Reichenberg) erklärt sich mit diesem Antrage einverstanden.

Punkt III wird angenommen.

Es werden hierauf folgende Sätze in satzweiser Abstimmung angenommen.

„IV. Parteitag. Parteitage finden regelmäßig in jedem Jahre statt. Außerordentliche Parteitage können nur unter Zustimmung der Mehrheit der deutschen Wahlkreisorganisationen stattfinden. Die Delegirten zum Parteitag werden durch die Parteigenossen eines jeden Ortes, beziehungsweise Bezirkes bestimmt."

Die übrigen Punkte bleiben unverändert.

Ueber den Zusatzantrag: „Die sozialdemokratischen Abgeordneten haben die Pflicht, am Parteitag zu erscheinen und haben dort Sitz und Stimme", wird über Antrag des Gen. Behr zuerst mit Auslassung der Worte „und haben dort Sitz und Stimme" abgestimmt. Der Antrag ohne diese Worte wird gegen eine Stimme, der Zusatz mit großer Majorität angenommen.

Die übrigen Punkte bleiben unverändert. Im vorletzten Alinea wird die Einschaltung: „Dasselbe gilt für die Anträge der Parteivertretung" angenommen.

Punkt V, erster Absatz, bleibt unverändert. Der zweite Absatz: „In die Parteivertretung werden Genossen der verschiedenen Nationalitäten gewählt, um die ständige Fühlung zu vermitteln", entfällt und wird durch folgenden Passus ersetzt: „Die Mitglieder der Gesammtexekutive können an den Sitzungen der Parteivertretung jederzeit theilnehmen." Die übrigen Absätze bleiben unverändert.

Der Zusatzantrag: „Reichsrathsabgeordnete können nicht als Mitglieder der Kontrole gewählt werden", wird mit allen gegen elf Stimmen, ein weiterer Zusatz: „Jene beiden Genossen, die in der verflossenen Wahlperiode die Funktion als Kontrolore in Wien ausgeübt haben, sind in der nächsten Wahlperiode nicht wieder wählbar", mit Majorität angenommen.

Referent Dr. Adler theilt mit, daß Punkt VII der Organisationsbestimmungen: „Parteipresse", noch unter Punkt „Presse" zur Diskussion auf dem Parteitage kommen werde, und führt, zu den anderen Anträgen übergehend, Folgendes aus: Den Antrag 17 des Verzeichnisses empfiehlt Ihnen die Kommission. Zu diesem Antrag liegt ein Antrag Müller vor. Die Kommission empfiehlt Ihnen den Antrag 17, weil es in demselben heißt, „wo die nothwendigen Mittel und Personen vorhanden sind". Außerdem können wir auch nicht die Genossen verpflichten, Auskünfte auch an einer Organisation nicht angehörende Personen zu ertheilen. Antrag 17 wird angenommen.

Zum Antrag 18 liegen vor die Anträge Ucekar, Camber und der Antrag der Organisation Isola (Istria), welcher lautet:

„In Erwägung, daß eine kräftige sozialistische Agitation in Istrien entfaltet werden muß, wenn man wünscht, daß die sozialistischen Ideen in Istrien größere Verbreitung finden, beantragt die Lokalorganisation der sozialdemokratischen Partei in Isola (Istrien), daß ein Parteigenosse von der Parteivertretung damit betraut werde, sich in Istrien der Agitation zu widmen.

Es wird der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß mit Hilfe aller Parteigenossen in Oesterreich die Mittel zur Durchführung dieses Antrages herbeigeschafft werden."

Dieser Antrag wurde zu Gunsten des Antrages Ucekar zurückgezogen. Die Kommission beantragt, alle drei Anträge dem Gesammtexekutivkomité zur Erledigung zu überweisen. Wird angenommen.

Den Antrag 19 empfiehlt die Kommission in folgender Fassung anzunehmen:

„Es wird den Organisationen empfohlen, Vereine für die arbeitende Landbevölkerung ins Leben zu rufen."

Es wäre sehr gut, wenn wir uns da die Form der Kasinos aneignen würden: die Knechtekasinos im Gegensatze zu den Bauernkasinos. Hiezu liegt vor der Antrag Ranziglio, den wir zur Ablehnung empfehlen, weil wir nicht ein Komité schaffen wollen, welches unter allen Umständen gezwungen ist, Vorschläge zu machen, und wenn es keine guten hat, schlechte machen würde.

Der Antrag 19 wird in der von der Kommission vorgeschlagenen Fassung angenommen.

Der Antrag Ranziglio wird abgelehnt.

Antrag 20 ist zurückgezogen.

Der Antrag 21 wird angenommen.

Antrag 22 ist zurückgezogen.

Der Antrag 23, erster Absatz, entfällt, weil die Wahlkreisorganisation angenommen ist.

Den zweiten Theil des Antrages 23 empfiehlt die Kommission mit dem Zusatze: „und Gewerkschaftszwecke". Es soll damit nur der Herausgabe jener Blocks energisch entgegengewirkt werden, wie sie jetzt mitunter zum Zwecke von gesellschaftlichen Unterhaltungen oder zur Aufbringung von Mitteln für Fahnenbänder ꝛc. üblich wird.

Andererseits soll aber, indem wir die Partei- und Gewerkschaftszwecke ausnehmen, nicht gesagt sein, daß wir das Blocksystem als solches als besonders geeignet zur Einkassirung von Parteibeiträgen empfehlen. Absatz 2 des Antrages 23 wird mit dem Zusatzantrage der Kommission angenommen.

Der Antrag Simon Stark, betreffend die Vereinskassiere, wird einstimmig abgelehnt.

Antrag 24 entfällt auf Grund des neuen Organisationsstatuts.

Antrag 25 entfällt ebenfalls.

Antrag 26 entfällt.

Der Antrag Müller, betreffend die Ausgabe von Blocks seitens der Landesorganisation, wird abgelehnt.

Der Antrag Schiller, betreffend die Belassung der gegenwärtig bestehenden Kreis-, respektive Landesorganisation, entfällt.

Die Anträge Dr. Čech-Krapka und Dr. Čech werden angenommen.

Erledigt erscheinen der Antrag Elderšch zu Punkt V, ebenso der Antrag Behr zu Punkt IV, der Antrag Schiller, betreffend die Einreihung des Gebietes Trautenau-Hohenelbe in die Reichenberger Kreisorganisation, und der Antrag Behr, betreffend den dritten böhmischen Wahlkreis.

Den Antrag Polke, sowie den Antrag Valka beantragt die Kommission der betreffenden Wahlkreisorganisation und in weiterer Folge der Parteivertretung zuzuweisen. Beide Anträge werden zugewiesen.

Der Antrag Winarsky, betreffend die prinzipielle Ausbildung der organisirten Genossen, wird angenommen.

Den Antrag Stark, betreffend die Bestimmung von Referenten seitens der Kreisvertretung, empfiehlt die Kommission, da man nicht in die diesbezüglichen Details am Parteitage eingehen könne, der Wahlkreisorganisation zur Berücksichtigung abzutreten. (Zustimmung.)

Der Antrag Blaschek ist erledigt.

Der Antrag Kickmaier, betreffend die Herausgabe eines Wegweisers für Vereinsbibliotheken, wird angenommen.

Die Anträge Dr. Morgenstern und Genossen entfallen durch die Annahme unserer Organisation. Dasselbe ist bezüglich des Antrages Köhler der Fall.

Der Antrag des Gen. Dr. Chomed bezüglich einer monatlichen Ausgabe von fl. 25 an die Genossen in der Bukowina zur Schaffung einer Stellung für einen unabhängigen Genossen wurde dahin abgeändert, daß es nunmehr heißen soll:

„Der Parteitag beauftragt die Gesammtexekutive, der Kreisorganisation Bukowina allmonatlich eine entsprechende Unterstützung zur Schaffung" u. s. w.

Wird der Gesammtexekutive zugewiesen.

Der Antrag Gleinsler: „In die Parteivertretung sind wenigstens drei Mitglieder . . ." wird abgelehnt.

Die Abstimmung über den Antrag Kristan entfällt, nachdem derselbe zurückgezogen wurde.

Der Antrag Hybes: „Die parlamentarische Taktik" u. s. w. wird abgelehnt.

Sodann wird die Resolution bezüglich der ruthenisch-radikalen Partei zum Beschlusse erhoben, und ist damit der Punkt „Organisation" erledigt.

IV. Wahl der Parteivertretung.

Vorsitzender Gen. Popp: Hiezu ist ein Antrag eingelangt, daß eine Wahlkommission gewählt werde.

Gen. Cingr: Ich ziehe diesen Antrag zurück.

Vorsitzender Gen. Popp: Es liegt weiters ein Antrag des Gen. Skaret vor, daß für die deutsche Parteivertretung eine Wahlkommission gewählt werde.

Gen. Feigl (Wien) beantragt, eine siebengliedrige Wahlkommission zu wählen, und zwar: zwei Mitglieder für Deutschböhmen, eine für Mähren und Schlesien, zwei für die Alpenländer und zwei für Wien und Niederösterreich.

Gen. Seliger (Teplitz) stellt den Antrag, daß aus jedem Wahlkreise ein Vertreter in die Wahlkommission gewählt werde.

Vorsitzender Gen. Popp gibt bekannt, daß in dem Antrage des Genossen Skaret vorgeschlagen sei, daß die Wahlkommission aus je einem Delegirten der einzelnen Kronländer und einem für Wien zusammengesetzt werden soll.

Bei der Abstimmung wird der Antrag des Gen. Seliger abgelehnt und der Antrag Feigl angenommen.

Damit entfällt die Abstimmung über den Antrag Skaret.

In die Kommission werden gewählt: für Mähren und Schlesien Dr. Čech, für Wien und Niederösterreich Feigl und Palka, für Böhmen Seliger und Schiller und für die Alpenländer Müller und Schuster.

Hierauf wird die Sitzung um 12 Uhr 45 Minuten unterbrochen.

VI. Parteipresse.

(Nachmittagssitzung. Beginn 2 Uhr 45 Minuten.)

Vorsitzender Reichsraths-Abgeordneter Gen. Zeller. Das Wort erhält Referent Gen. Popp. Derselbe führt aus: Die Parteipresse hat in den letzten Jahren einen beträchtlichen Aufschwung genommen. Wenn sich dieselbe in Oesterreich nicht so entwickelt hat, wie es wünschenswerth und nothwendig wäre, so liegt dies an der engherzigen Gesetzgebung in Oesterreich und außerdem daran, daß im Allgemeinen das österreichische Volk noch nicht jenes Verständniß besitzt, um sich mit allen politischen Tagesfragen zu beschäftigen und sich auch über die wirthschaftlichen Fragen zu informiren. Die Entwicklung der Presse ist einerseits durch das Verbot der Kolportage und andererseits durch den Zeitungsstempel sehr gehindert, weil dadurch die Preßerzeugnisse bedeutend vertheuert werden und es daher der Arbeiterschaft, die ja bei dem schlechten Verdienst auf jeden Kreuzer sehen muß, sehr schwer fällt, sich täglich ein Blatt zu kaufen, während andererseits durch das Verbot der Kolportage für die Arbeiter die Blätter sehr schwer zugänglich gemacht werden. Wir fühlen dies am deutlichsten bei der „Arbeiter-Zeitung".

Die Provinzblätter, die als Wochenblätter oder 14tägig erscheinen, haben auf den § 23 des Preßgesetzes nicht Rücksicht zu nehmen, sie können ihre Blätter durch Kolporteure vertreiben und sind dadurch im Stande, ein billigeres Blatt herauszugeben. Dort aber, wo es nothwendig ist, ein Blatt öfter erscheinen zu lassen, sind die Genossen gezwungen, dasselbe theurer zu kaufen und dadurch ist auch der Absatz beeinträchtigt. Auch ist die „Arbeiter-Zeitung" dadurch stark behindert, daß sie an die Verschleißer gebunden ist, und es ist daher begreiflich, daß sie sich nicht so aufschwingen kann, wie es Viele von uns anfangs gehofft haben. Ich muß da allerdings gleich bemerken, daß die „Arbeiter-Zeitung" eine Auflage hat wie wenige bürgerliche Blätter in Oesterreich. Wenn diese aber eine solche Auflage haben, so haben sie zunächst auch einen namhaften Ertrag davon. Wir aber befinden uns in Folge der korrupten Preßverhältnisse in Oesterreich in einer schlechten materiellen Stellung. In Wien, wo die „Arbeiter-Zeitung" zumeist verbreitet ist, hat sie unter eigenthümlichen Umständen zu kämpfen, die ihre Verbreitung beeinträchtigen. Wir haben Tabaktrafiken, welche die „Arbeiter-Zeitung" zwar führen, dieselbe aber hinter den Pulten versteckt halten und sie nur abgeben, wenn sie Jemand verlangt. Dazu kommen noch die Konfiskationen, deren wir im Jahre 1896 elf auszuhalten hatten. So lange die „Arbeiter-Zeitung" ein Wochenblatt war, wurde jede Nummer konfiszirt. Dem konnten wir aber die Spitze bieten. Bei einem Tagblatt geht das aber nicht, da das Blatt, bevor es ausgegeben wird, der Preßbehörde vorgelegt werden muß. Diese ist trotz der schnellsten Expedition im Stande, da wir auf den Verschleiß angewiesen sind, das Blatt bei den Verschleißern oder bei der Post abzufangen oder unseren Austrägern, welche es den Abonnenten zustellen, wegzunehmen.

Nichtsdestoweniger hat aber die „Arbeiter-Zeitung" im Jahre 1896 bedeutende Fortschritte gemacht und feste Abnehmer gewonnen. Während wir im Jahre 1895, im ersten Jahre des Bestandes des täglichen Blattes, eine Einnahme von fl. 46.000 für Abonnements hatten, nahmen wir im Jahre 1896 über fl. 68.000 nur für Abonnements ein, also um die Hälfte mehr. Erfreulich ist, daß dabei der Einzelverschleiß in den Tabaktrafiken nicht zurückgegangen ist. Im Jahre 1895, als wir noch das Abendblatt hatten, hatten wir eine Einnahme von fl. 93.000 im Einzelverschleiß, 1896 ohne das Abendblatt jedoch fl. 92.000 speziell in Wien.

Unsere Einnahmen betragen heuer mit dem Saldo von 1895 fl. 251.000, das ist eine Einnahme, wie wir sie bisher bei Parteiunternehmungen noch nie erzielt haben. Manche Genossen werden glauben, daß das Blatt sich rentiren,

vielleicht sogar einen Gewinn abwerfen muß. Es ist aber leider nicht so, denn obwohl wir überall sparen, haben wir für die Expedition allein jährlich eine Ausgabe von fl. 32.000, für die Redaktion sind die Ausgaben verhältnißmäßig gering. Sie werden bei den größeren Tagesblättern einzelne Redakteure finden, welche einen so hohen Gehalt haben wie unsere ganze Redaktion; die angestellten Redakteure sammt den externen Mitarbeitern und den Korrespondenzen kosten fl. 33.600. Sie können daraus ersehen, wie ungerecht der Vorwurf gegnerischer Blätter ist, daß die Angestellten von den „blutigen Arbeitergroschen" leben. Bei einem Blatte in Wien, welches die meisten Inserate hat, ist der Administrator mit einem Gehalt von fl. 24.000 jährlich kontraktlich auf zehn Jahre angestellt. Bei uns kostet das ganze Personal sammt Zins für die Lokalitäten, Steuer, Beleuchtung und Allem, was zur Administration gehört, im ganzen Jahre fl. 12.000.

Ein sehr großes Hinderniß für die Verbreitung unseres Blattes ist der Zeitungsstempel. Wir haben bis jetzt über fl. 200.000 an Zeitungsstempel gezahlt, in diesem Jahre bis Juni allein nahezu fl. 40.000.

Während wir bis zum Jahre 1897 mit der Auflage noch zwischen 15.000 und 20.000 laborirten, ist die Auflage während der Wahlbewegung so in die Höhe geschnellt, daß wir nicht im Stande waren, den Druck in der verhältnißmäßig kurzen Zeit zu bewältigen. Es wurden 50.000 Exemplare nicht blos gedruckt, sondern verkauft und dies nicht nur an Sonntagen, sondern an Wochentagen. Sie sehen, daß sich unsere Hoffnung, daß die „Arbeiter-Zeitung" sich während der Wahlbewegung in die Höhe arbeiten und in alle Schichten dringen wird, erfüllt hat. Sowohl die Genossen von Wien als auch von der Provinz haben sich beschwert, daß das Blatt spät hinausgekommen ist und daß Unregelmäßigkeiten in der Expedition eingetreten sind. Es möge ihnen zur Aufklärung dienen, damit sie es, wenn sie nach Hause kommen, den Genossen mittheilen, daß dies geschah, weil sich in der Druckerei technische Schwierigkeiten ergaben.

Es werden auch der Verbreitung des Blattes in der Provinz große Schwierigkeiten gemacht. Während alle bürgerlichen Blätter, besonders im Sommer, auf allen Bahnhöfen von den Portiers oder anderen Zeitungsverschleißern verkauft werden, findet die „Arbeiter-Zeitung" nur schwer Eingang auf den Bahnhöfen. Wenn die Genossen, die oft Reisen machen, auf den verschiedenen Bahnhöfen das Blatt verlangen würden, würde es möglich sein, das Blatt auch dort einzuführen. Wir können zu unserer größten Zufriedenheit sagen, daß unser Blatt nicht nur von den Arbeitern, sondern zum großen Theil auch von der Intelligenz, von Advokaten, Beamten, Lehrern und Anderen mehr gelesen wird.

Wir haben auch eine Frauenzeitung. Sie wissen, daß am letzten Parteitag ein Antrag gestellt worden ist, daß die „Arbeiterinnen-Zeitung" aufzulassen ist oder daß sie als Sonntagsbeilage der „Arbeiter-Zeitung" erscheinen soll. Es wurde diesbezüglich der Beschluß gefaßt, daß die „Arbeiterinnen-Zeitung" weiterzubestehen und die Parteivertretung Sorge zu tragen habe, daß das Defizit nicht anwächst. Wie aber die Parteivertretung das anfangen sollte, wurde nicht gesagt. Wir haben nachgedacht und gefunden, daß das Blatt einzig und allein dadurch gehoben werden kann, indem die Genossen dafür agitiren und das besonders unter den indifferenten Arbeiterinnen, deren es sehr viele gibt.

Wenn die Genossen diese Arbeit nicht auf sich nehmen, die Parteivertretung kann in dieser Hinsicht sehr wenig thun. Sie müßte sich darauf beschränken, an alle Parteiblätter das Ersuchen zu stellen, dieselben mögen die „Arbeiterinnen-Zeitung" ankündigen und für sie Propaganda machen. Im Jahre 1896 stieg das Deficit von fl. 1200 auf fl. 1436, dagegen ist es im Jahre 1897, nachdem die Parteiblätter die „Arbeiterinnen-Zeitung" angekündigt haben, wieder etwas gefallen. Die Auflage der „Arbeiterinnen-Zeitung" ist jedoch von 2500 auf 3000 Exemplare gestiegen, und seit dem 1. Jänner 1897 hat sich das Defizit um fl. 161 verringert. Im Uebrigen wird der Parteitag — ich werde auch einen diesbezüglichen Antrag unterbreiten — zu beschließen haben, was in Bezug auf die „Arbeiterinnen-Zeitung" zu geschehen hat.

Was die Parteipresse im Allgemeinen anlangt, muß ich erwähnen, daß in letzter Zeit in der Provinz wieder eine Reihe von Blättern gegründet wurden, ohne daß sich die Genossen, die diese Blätter gründeten, an den Punkt VIII

unseres in Prag beschlossenen Organisationsstatuts gehalten hätten. So ist in Warnsdorf ein Blatt erschienen, dessen Herausgabe auf einer Bezirkskonferenz beschlossen wurde, ferner ist auch in Graslitz, allerdings nur ein Kopfblatt erschienen, vor dem Parteitag erschien in Karlsbad ein neues Blatt, dessen Herausgabe meines Wissens von der Kreiskonferenz vorher abgelehnt wurde. In Gablonz wurde der „Gebirgsbote" herausgegeben. In Niederösterreich erschien ebenfalls ein neues Blatt vor der Wahl. Thatsache ist, daß einzelne der neugegründeten Blätter ganz gut stehen. In Aussig ist beispielsweise zuerst ein Kopfblatt von Teplitz aus erschienen; bald aber brachten es die dortigen Genossen dazu, ein selbstständiges Blatt herauszugeben, das jetzt — wenn ich nicht irre — eine Auflage von 5000 Exemplaren hat. Die Genossen in Karlsbad haben zum Beispiel sich an die Kreiskonferenz gewendet, damit das in Falkenau erscheinende Blatt nach Karlsbad verlegt werde. Da die Kreiskonferenz das ablehnte, gründeten die Karlsbader Genossen ein selbstständiges Blatt. Die Folge wird sein, daß diese beiden Blätter sich gegenseitig Konkurrenz machen werden. Es soll stets vorerst erwogen werden, ob die Nothwendigkeit zur Herausgabe eines Blattes vorhanden ist. Die Wahlkreiskonferenz hat zu entscheiden, in welchem Orte das Blatt erscheinen soll, und wenn trotz dieser Entscheidung die Genossen eines anderen Ortes ein Blatt herausgeben, muß ihm die Anerkennung versagt werden. Ich möchte Ihnen daher eine Verschärfung unserer Bestimmung über die Presse empfehlen. Der Absatz 2 des Punktes VII soll lauten:

„Gründungen von politischen Parteiblättern sollen nur dann erfolgen, wenn in einem Wahlkreise ein nachweisbares Bedürfniß vorhanden ist, die Wahlkreiskonferenz die Herausgabe beschließt und ihr Bestand gesichert erscheint und wenn vor Allem die nothwendigen geistigen, technischen und administrativen Kräfte vorhanden sind. Blätter, die ohne einen vorausgehenden Beschluß einer Wahlkreiskonferenz gegründet werden, haben so lange von der Partei nicht unterstützt zu werden, bis sie von der Wahlkreiskonferenz und dem Parteitag anerkannt werden."

Ich halte das für eine Verschärfung und glaube, daß bei der Erschwerung der Anerkennung die Genossen es sich doch überlegen werden, ohneweiters Blätter herauszugeben. Der Referent wendet sich in seinen weiteren Ausführungen den eingelaufenen Anträgen zu. Ein solcher liegt von Gen. Brod vor und lautet:

„Der Parteitag wolle beschließen: Die Redaktion der „Arbeiter-Zeitung" sei zu veranlassen, sich einer volksthümlicheren Schreibweise zu befleißigen. Fremdwörter sind auf das Nothwendigste zu beschränken und womöglich durch eine entsprechende Uebersetzung in Klammern dem Verständnisse des Arbeiters näher zu bringen."

Zu diesem Antrag möchte ich dem Gen. Brod sagen, daß die Redaktion, wo sie Fremdwörter vermeiden kann, es ohnehin thut. Den Antrag des Genossen Dobiasch:

„Der Parteitag anerkennt die in Aussig erscheinenden Blätter „Volksrecht" und „Neues Volksrecht" als Parteiorgane,"

empfehle ich zur Annahme. Weiters sind zwei Anträge der Kreisorganisation Bukowina eingelaufen, welche lauten:

„Der Parteitag wolle die laut Beschlusses der Bukowinaer Landeskonferenz von der Bukowinaer Kreisvertretung seit 1. Jänner 1897 vierzehntägig herausgegebene „Volkspresse" als Parteiorgan anerkennen,"

und:

„Der Parteitag wolle die Parteileitung ermächtigen, die zur Landagitation in der Bukowina unerläßliche Herausgabe von Parteiblättern in ruthenischer und in rumänischer Sprache (sei es als Beilagen zur „Volkspresse", sei es als selbstständige Blätter) materiell zu unterstützen."

Den ersten Antrag bezüglich der „Volkspresse" können wir annehmen, den zweiten müßten wir jedoch der Gesammtexekutive zuweisen.

Gen. Feigl hat beantragt:

„Die Parteivertretung wird beauftragt, eine volksthümliche Broschüre herauszugeben, in welcher die Nationalitätenfrage überhaupt und speziell die in Oesterreich behandelt wird."

Ich bitte auch diesen Antrag der Parteivertretung zuweisen zu wollen.

Der Antrag 30 der Bezirksorganisation Leoben verlangt die Herausgabe eines Blattes für die Landbevölkerung. Mit dieser Frage mußten wir uns beinahe noch auf jedem Parteitage beschäftigen, aber ein derartiger Beschluß kann einfach nicht durchgeführt werden. Die Provinzpresse, die ja die besonderen Verhältnisse der Landbevölkerung in der betreffenden Gegend am besten kennt, könnte für die ländlichen Interessen dieser Gegend das Meiste leisten. Ein zentrales Bauernblatt würde aber seinem Zwecke nicht entsprechen, weil es auf die örtlichen Bedürfnisse nicht so sehr Rücksicht nehmen könnte. Die „Volkstribüne" hat in der Provinz deshalb einen so starken Absatz, weil „Die Bauernstube", welche die „Volkstribüne" in ihrem Blatte errichtet hat, die ländlichen Interessen vertritt. In dieser Weise sollten auch die anderen Provinzblätter sich einrichten. Den Antrag 31 der Kreisvertretung Oberösterreich, die „Wahrheit" als Parteiorgan anzuerkennen, ersuche ich anzunehmen. Der Antrag 32 der Bezirksorganisation Graslitz ist erledigt, da der „Graslitzer Volksbote" jetzt Kopfblatt des „Falkenauer Volksboten" ist. Die Bezirksvertretung Saaz beantragt (33), daß die Gründung von Kopfblättern n i ch t der Genehmigung der Kreiskonferenz unterliegen soll. Dieser Antrag ist überflüssig. Wenn die Nothwendigkeit zur Gründung von Kopfblättern vorhanden ist, so macht das keine großen Kosten und trägt nur zur Verbreitung des Blattes bei. Den Antrag 34 der Kreisorganisation Teschen würde ich zur Zuweisung an die Gesammtexekutive beantragen. Antrag 35 ist damit erledigt. Den Antrag 36 kann ich Ihnen zur Annahme empfehlen, da die niederösterreichische Kreisorganisation gegen die Anerkennung nichts einzuwenden hat. Der Antrag 37 würde dann entfallen. Der Antrag 38 läßt sich nicht leicht ausführen, es ist am besten, denselben der Parteivertretung zuzuweisen, welche sich mit der Sache beschäftigen soll.

Ich komme zum Antrag 39, welcher verlangt, daß die „Arbeiterinnen-Zeitung" fortan als Sonntagsbeilage der „Arbeiter-Zeitung" herauszugeben sei. Ich muß mich gegen diesen Antrag ganz entschieden aussprechen. Nach der Diskussion bei Punkt „Organisation" müssen wir wohl annehmen, daß die „Arbeiterinnen-Zeitung" als Agitationsmittel unter den indifferenten Arbeiterinnen, unter denen ja die „Arbeiterinnen-Zeitung" hauptsächlich verbreitet wird, nothwendig ist. Dieses Agitationsmittel würde entfallen, wenn die „Arbeiterinnen-Zeitung" als Sonntagsbeilage der „Arbeiter-Zeitung" erscheinen würde. Die „Arbeiterinnen-Zeitung" hat heute pro Nummer ein Defizit von fl. 12 bis 16, welches die Partei zu tragen hat. Würde die „Arbeiterinnen-Zeitung" aber als Sonntagsbeilage der „Arbeiter-Zeitung" erscheinen, müßte diese auch das Defizit tragen, was nicht nur ungerecht, sondern auch unpraktisch wäre. Das Defizit würde sich nämlich bedeutend erhöhen, da die „Arbeiterinnen-Zeitung" dann statt in einer Auflage von 3000 in einer Auflage von 30.000, und statt 14tägig wöchentlich erscheinen würde. Wenn man meint, daß unter den Frauen der Genossen, welche die „Arbeiter-Zeitung" lesen, die „Arbeiterinnen-Zeitung" dann mehr Verbreitung finden würde, ist das eine ganz verfehlte Ansicht, da die „Arbeiterinnen-Zeitung" in ganz andere Kreise geht als die „Arbeiter-Zeitung".

Die „Arbeiterinnen-Zeitung" ist in einigen Branchenorganisationen obligatorisch eingeführt. Diese Arbeiterinnenorganisationen haben daher in erster Linie in dieser Frage ein Wort mit dreinzureden und in zweiter Reihe die Organisationen der Provinz, da von der ganzen Auflage der „Arbeiterinnen-Zeitung" nicht mehr als 500—600 Exemplare in Wien bleiben. Die Provinzgenossen haben aber noch nie gesagt, die „Arbeiterinnen-Zeitung" soll zu erscheinen aufhören, nur ein Theil der Wiener Genossen ist es, die systematisch gegen die „Arbeiterinnen-Zeitung" Stellung nehmen. Ich bin überzeugt, daß der Parteitag über die Stimmung der Organisationen der Frauen, und mögen dieselben noch so schwach sein, nicht so ohneweiters hinweggehen und sich der Ansicht nicht verschließen wird, daß es ein Fehler wäre, die „Arbeiterinnen-Zeitung" aufzulassen. Es gäbe einen Ausweg, der es ermöglichen würde, daß die „Arbeiterinnen-Zeitung" in ihrer Auflage gehoben und dadurch das Defizit vollständig verschwinden würde, indem sie nämlich der Volksbuchhandlung übergeben würde. Diese kann im Gegensatze zur Partei in ein nothleidendes Unternehmen etwas hineinstecken und etwas riskiren, sowohl in Bezug auf die Agitation als auch in Bezug auf die Redaktion. Diese ist heute

einförmig, weil in der Regel eben nur eine Genossin Beiträge liefert. Aehnlich wie mit der „Arbeiterinnen-Zeitung" war es mit den „Glühlichtern", die heute eine Auflage von 20.000 Exemplaren haben und aktiv sind. Ich stelle daher auch den diesbezüglichen Antrag:

„Die „Arbeiterinnen-Zeitung" ist der Volksbuchhandlung zu übergeben."

Den Antrag 40, betreffend die Herabsetzung der Insertionsgebühren, bitte ich abzulehnen, denn je größer die Auflage wird, desto theuerer kommen uns die Inserate zu stehen. Die Administration hat sich schon mit dem Gedanken getragen, die Insertionsgebühren zu erhöhen und da wird eine Herabsetzung verlangt. Eine Herabsetzung ist aber nicht möglich. Die „Arbeiter-Zeitung" hat noch nicht so viel Geld, um daraufzahlen zu können. Für den Antrag 41 der Bezirksorganisation Aussee, der schon am letzten Parteitage abgelehnt wurde, muß ich auch heute um dasselbe Schicksal bitten.

Wenn sich die Arbeiterpresse so entwickeln soll, wie es nothwendig ist, dann müssen die Hindernisse, die heute einer freien Entwicklung der Presse entgegenstehen, beseitigt werden. Unsere Abgeordneten müssen darauf hinarbeiten, daß der § 23 Pr.-G. beseitigt, daß das objektive Verfahren aufgehoben werde und daß eine Konfiskation nur über Beschluß des Gerichtes verhängt werden darf. Weiter ist es nothwendig, daß unsere Genossen im Parlamente sofort bei Eröffnung der Session einen Antrag auf Aufhebung des Zeitungsstempels einbringen. Wenn der Stempel fällt, dann wird es möglich sein, daß sich unsere Presse frei entwickelt, dann wird jener Indifferentismus schwinden, der heute in Folge der theueren Lektüre noch vorhanden ist, dann wird aber auch ein bedeutendes Wachsthum unserer Partei zu konstatiren sein. (Beifall.)

Es wird folgender Antrag überreicht:

Antrag Schustaczek:

„Im Auftrage der Bezirksorganisation XIV beantrage ich, daß das Weitererscheinen der „Arbeiterinnen-Zeitung" eingestellt werde, wenn die Einnahmen die Ausgaben nach Ablauf eines halben Jahres nicht decken, ohne erst einen nächsten Parteibeschluß abzuwarten."

Da 40 Redner eingetragen sind, wird Schluß der Rednerliste beantragt und angenommen.

Gen. Schiller (Reichenberg) ist der Ansicht, daß der Vorschlag des Gen. Popp, welchen er bezüglich der Gründung neuer Blätter vorgebracht habe und der eine Verschärfung sein sollte, thatsächlich keine Verschärfung sei. Auch Redner sei für eine Verschärfung, und deswegen beantrage er, daß an Stelle der Worte: „haben so lange von der Partei nicht unterstützt zu werden, bis sie von der Wahlkreiskonferenz und dem Parteitage anerkannt werden", zu setzen sei: „sind nicht zu abonniren und haben sämmtliche bestehende Parteiblätter dagegen Stellung zu nehmen". (Rufe: Das wäre noch schöner!)

Der „Volksbote" ist in Gablonz herausgegeben worden, ohne daß die Kreiskonferenz dazu ihre Zustimmung gegeben habe. Der „Freigeist" habe dagegen Stellung genommen, während die „Arbeiter-Zeitung" diesen „wackeren Mitkämpfer" willkommen geheißen habe. Wie verträgt sich das mit unseren Beschlüssen? Ein zweiter Fall ist folgender: In einer Broschüre, in der auch die Parteiblätter anempfohlen werden, sei der „Freigeist" nicht verzeichnet gewesen, während der „Volksbote" angeführt war. Heute sei allerdings die Sache nicht mehr aktuell, denn der „Volksbote" sei in der letzten Kreiskonferenz als Parteiblatt anerkannt worden.

Was den Antrag betreffs der „Arbeiterinnen-Zeitung" betreffe, so könne sich Redner nicht dafür erwärmen, daß dieselbe als Sonntagsbeilage zur „Arbeiter-Zeitung" erscheine, weil damit der beabsichtigte Zweck vollkommen verfehlt wäre. Deßzüge haben sich schon bei so manchen Parteiunternehmungen ergeben. Die Hauptsache sei, ob das Blatt seinen Zweck erfülle, und es könne gesagt werden, daß dies bei der „Arbeiterinnen-Zeitung" der Fall ist.

Den Antrag, den Bezirksvertrauensmännern die „Arbeiter-Zeitung" gratis zu verabfolgen, könne Redner absolut nicht befürworten.

Gen. Hedorfer (XI. Bezirk, Wien) empfiehlt dem Parteitage die Annahme der unter Nr. 12 und 13 von der Bezirksorganisation XI eingebrachten Anträge. Diese Anträge seien eingebracht worden, weil wir glauben, daß dadurch für unsere Genossen, die agitatorisch wirken, eine Erleichterung ihrer Arbeit geschaffen werde. Ferner tritt Redner für die Annahme des Antrages 39 der Bezirksorganisation IX ein. Es sei schon am Prager Parteitage beschlossen worden, die „Arbeiterinnen-Zeitung" wenn sie mit einem Defizit arbeiten sollte, aufzulassen. (Widerspruch.) Man habe wenigstens damals im Sinne gehabt, sie aufzulassen. Wenn die „Arbeiterinnen-Zeitung" als Sonntagsbeilage der „Arbeiter-Zeitung" erscheine, so würde es möglich sein, die „Arbeiter-Zeitung" auch in Kreise einzuführen, die heute ausschließlich Schmierblätter wie das „Extrablatt" lesen.

Gen. Dr. Čech (Brünn): Ich glaube, daß die Bestimmung, welche in der Resolution vorgeschlagen wird, daß Parteiblätter ohne Zustimmung des Parteitages oder der Kreiskonferenz nicht gegründet werden dürfen, nicht präzise genug ist, und möchte beantragen diese Bestimmung so zu formuliren: „Parteiblätter dürfen nur über Beschluß des Parteitages gegründet werden." Wenn Sie jedem Wahlkreis gestatten, Blätter zu gründen, so wird in der That eine wahre Blättergründungswuth unsere Wahlkreise durchziehen. Wir haben z. B. für Mähren u. Schlesien den „Volksfreund". Wenn nun der Schönberger Wahlkreis die Absicht hätte, ein Blatt zu gründen, so würde der „Volksfreund" im Brünner Wahlkreis allein nicht die entsprechende Unterstützung finden, er müßte mit der Zeit eingehen.

Was die „Arbeiterinnen-Zeitung" anbelangt, würde ich es für eine Schande halten, wenn wir nicht im Stande wären, auch für die Arbeiterinnen eine eigene Zeitung erscheinen zu lassen. Ich glaube ebenfalls, daß zu wenig agitirt wird. In Wigstadtl und Umgebung gibt es etwa 500 organisirte Frauen, und es gehen dorthin zirka 100 Exemplare der „Arbeiterinnen-Zeitung". Dieses Beispiel sollten die Genossen an allen Orten nachahmen.

Gen. Dobiasch (Aussig): Ich habe den Antrag zu vertreten, daß die in Aussig erscheinenden Blätter „Volksrecht" und „Neues Volksrecht" als Parteiblätter anerkannt werden. Wir sind bei der Gründung dieser Blätter streng nach den Organisationsstatuten vorgegangen. Daß diese Blätter, die eine Auflage von 5000 haben, für einen Wahlkreis, der so stark ist, daß er einen Abgeordneten durchgebracht hat, ein Bedürfniß sind, steht außer Zweifel. Uns handelt es sich nicht etwa um eine materielle Unterstützung, sondern nur darum, daß dem Blatt gegeben werde, was ihm gebührt: das Recht, sich Organ der Partei nennen zu dürfen.

Durch die Gründung dieser Blätter ist die Agitation wesentlich verstärkt worden. Früher hatte die Teplitzer „Freiheit" im Aussiger Bezirke 200 Abnehmer. Nach der Gründung des „Volksrecht" hat die „Freiheit" ihre Thätigkeit auf das Erzgebirge verlegt, und es ist ihr gelungen, dort etwa 2000 neue Abonnenten zu erwerben. Die Partei hat also durch diese Gründung keinesfalls einen Schaden genommen.

In seinen weiteren Ausführungen erklärt sich der Redner gegen den Antrag des Gen. Hedorfer, da er solche Broschüren als überflüssig hält.

Wenn wir den Antrag des Gen. Dr. Čech annehmen würden, würden wir nur bewirken, daß auf den Parteitagen große Debatten über Blättergründungen hervorgerufen werden. Der Parteitag ist aber gar nicht in der Lage, zu beurtheilen, ob es nothwendig ist, in einer Gegend ein Blatt zu gründen. Und wenn sich der Parteitag dafür einsetzen würde, dann wäre die Partei auch verpflichtet, ein solches Blatt unter allen Umständen zu halten, und es müßten oft große Subventionen bewilligt werden. Dadurch würde aber nur Zwietracht gesäet werden. Auch bin ich entschieden dagegen, daß die „Arbeiterinnen-Zeitung" als Beilage erscheint. Wenn nur in der Administration etwas rationeller gewirthschaftet würde, so würde es ganz gut gehen. Wir haben eine Menge Provinzblätter, die unter schwierigeren Verhältnissen arbeiten und keine Schulden haben. Ich bin auch dagegen, daß die „Arbeiterinnen-Zeitung" der Volksbuchhandlung übertragen werde, nachdem das Blatt als Parteiorgan gilt und für die Genossinnen das sein soll, was die „Arbeiter-Zeitung" für die Genossen ist.

Gen. Stark (Falkenau) hält den Antrag der Bezirksorganisation Graslitz für vollkommen überflüssig. Was die Gründung eines neuen Blattes in Karlsbad betrifft, so möge man es der Kreiskonferenz überlassen, die Sache zu entscheiden. Die Herausgabe einer eigenen Zeitung für die ländliche Bevölkerung sei nicht zu empfehlen. Dem wiederholt ausgesprochenen Wunsche, daß darauf gesehen werden möge, daß in der „Arbeiter-Zeitung" nicht so viele, insbesondere schwer verständliche Fremdwörter gebraucht werden, könne er sich nur anschließen.

Gen. Hoffenreich (Wien) bemängelt, daß der Antrag der Preßkommission zu diesem Punkte vom Referenten nicht berührt worden ist. Den Antrag der Bezirksorganisation Wien IX hält er für reaktionär, weil dadurch die agitatorische Kraft der „Arbeiterinnen-Zeitung" verloren gehen würde. Wenn diese weniger trocken geschrieben wäre und Artikel über Hauswirthschaft, Kindererziehung und Gesundheitspflege brächte, würde sie leichter in die Familien eindringen und mehr Absatz finden. Er ersucht, den Antrag der Preßkommission anzunehmen, den Antrag der Organisation Wien IX, sowie den Antrag des Referenten jedoch abzulehnen, weil durch letzteren das Blatt der Kontrole der Preßkommission entzogen würde.

Gen. Pölz (Floridsdorf) führt aus, daß anläßlich der Wahlagitation für den Wahlkreis „Viertel unter dem Manhartsberge" ein Blatt gegründet wurde mit der Absicht, dasselbe wieder eingehen zu lassen, falls nicht triftige Gründe für das Weitererscheinen vorhanden sind. Es fand aber großen Anklang und hatte eine Auflage von 6000 Exemplaren, die jetzt nach der Wahl auf 3400 gesunken ist. Er vertritt den Antrag der Bezirksorganisation Floridsdorf (36).

Gen. Benecke (Cilli) überreicht folgenden Antrag:

„Ich beantrage, das slovenische Blatt „Luč", das heißt „Licht", welches während der Wahl zweimal herausgegeben wurde und für den IV. steiermärkischen Wahlkreis eine unbedingte Nothwendigkeit ist, als Parteiblatt anzuerkennen und mit einer einmaligen Subvention von fl. 50 zu unterstützen."

Es seien von vielen slovenischen Bauern noch nach der Wahl Zuschriften gekommen, welche dieses Blatt verlangen. In Untersteiermark existiren drei Blätter, welche die Sozialdemokraten bekämpfen, und es sei nöthig, ihnen entgegenzutreten. Den „Delavec" könne man für die Behandlung derartiger lokaler und persönlicher Angelegenheiten nicht heranziehen.

Gen. Dietl (Wien, X) bekämpft den Antrag 40, betreffend die Herabsetzung der Insertionsgebühren für Vereine, sowie den Antrag 41 der Bezirksorganisation Aussee, da aus denselben eine zu große Mehrbelastung der „Arbeiter-Zeitung" resultiren würde, in Folge des letzteren Antrages allein bei einer Zahl von 5000 Vertrauensmännern eine solche von täglich fl. 200.

Bezüglich der „Arbeiterinnen-Zeitung" bemerkt er, daß dieselbe in der Wäschebranche obligatorisch eingeführt war, daß aber die Arbeiterinnen das Fachblatt verlangten, weil sie aus demselben mehr lernen. Redner bringt schließlich im Auftrage seiner Organisation folgenden Antrag ein:

„Nachdem das Defizit der „Arbeiterinnen-Zeitung" fortwährend steigt und eine Besserung in absehbarer Zeit nicht eintreten wird, beschließt der Parteitag, die „Arbeiterinnen-Zeitung" sei aufzulassen."

Gen. Behr (Saaz) plaidirt für eine Reduzirung der Regie der „Arbeiterinnen-Zeitung"; bei einer Zahl von 3000 Abonnenten sollte sie ohne Deficit auskommen. Falls das nicht möglich sei, möge man sie der Volksbuchhandlung übergeben. Wenn man wolle, werde man auch dann eine Kontrole ausüben können. Redner erinnert daran, daß auch in Deutschland die dortige „Arbeiterinnen-Zeitung" im Privatverlag erscheine.

Bezüglich der Gründung neuer Blätter befürwortet er den Standpunkt, der in Deutschland üblich ist, daß man nämlich den Genossen empfehle, so vorsichtig als möglich bei solchen Gelegenheiten vorzugehen. Auf keinen Fall soll aber die Partei ein Risiko übernehmen. Redner empfiehlt dem Parteitag, das Blatt „Volksrecht" als Parteiorgan anzuerkennen.

Gen. Polke (Wien) bekämpft den Antrag der Bezirksorganisation IX, Wien; die „Arbeiterinnen-Zeitung" ist für die Provinzgenossen sehr nothwendig.

und diese sind hier in erster Linie maßgebend. Dort gibt es Familien, die nicht in der Lage sind, ein Tag- oder Wochenblatt zu abonniren. Die Schuld des Defizits liegt an den Wiener Genossen, die für die „Arbeiterinnen-Zeitung" mehr agitiren sollten.

Redner spricht sich gegen den Referentenantrag aus, die „Arbeiterinnen-Zeitung" der Volksbuchhandlung zu übergeben. Mit der Bezahlung der Insertionsgebühren für die „Arbeiter-Zeitung" sollten die Organisationen etwas gewissenhafter vorgehen. Schließlich empfiehlt Redner, den „Volksbote" als Parteiblatt anzuerkennen.

Gen. Puhl (Niemes) spricht gleichfalls gegen die Uebergabe der „Arbeiterinnen-Zeitung" an die Volksbuchhandlung.

Gen. Körbler (XVI. Bezirk, Wien) befürwortet die Auflassung der Sonntagsbeilage der „Arbeiter-Zeitung" und wünscht an deren Stelle die Aufnahme der „Arbeiterinnen-Zeitung". Dadurch würde nicht, wie der Referent sagt, das Defizit vergrößert werden, sondern es würde möglicherweise ganz verschwinden.

Wenn man den Wienern vorwirft, daß sie die „Arbeiterinnen-Zeitung" nicht unterstützen wollen, muß gesagt werden, daß sie für dieselbe kein Bedürfniß haben, da ja hier den Genossinnen die täglich erscheinende „Arbeiter-Zeitung" zur Verfügung steht. Redner ist ebenfalls gegen die Uebergabe an die Volksbuchhandlung, da die Kontrole über die Zeitung dadurch eingeschränkt würde.

Gen. Blaschek (IX. Bez., Wien) verwahrt sich gegen den Ausdruck des Referenten, daß Jene, die den Antrag bezüglich der „Arbeiterinnen-Zeitung" gestellt haben, diese in Wien systematisch unmöglich machen wollen. Für die Agitation würde viel mehr geschehen, wenn die „Arbeiterinnen-Zeitung" Sonntagsbeilage der „Arbeiter-Zeitung" wäre, weil diese dann eine viel größere Verbreitung haben würde. Dazu kommt noch, daß gerade an diesem Tage die Frauen Zeit finden würden, um die Zeitung lesen zu können. Die technischen Schwierigkeiten wären im Falle der Beilegung geringer, als sie jetzt sind. Wir glaubten durch unseren Antrag zu bezwecken, daß die „Arbeiterinnen-Zeitung" in weitere Kreise eindringe. Dann könnte sie auf eine gesunde Basis gestellt werden und würde eine höhere Auflage haben als heute. Gegen die Uebergabe an die Volksbuchhandlung spreche ich mich ganz entschieden aus.

Ein von den Genossen Prähauser-Chwala eingebrachter Antrag auf Schluß der Debatte wird abgelehnt.

Gen. Seliger (Teplitz) beantragt, nur den Einbringern selbstständiger Anträge das Wort zu ertheilen, ohne daß noch neue Anträge eingebracht werden könnten.

Der Antrag des Gen. Seliger wird angenommen.

Gen. Grablovic (Köflach) beantragt, daß der Antrag des Gen. Benecke betreffend die Anerkennung des Blattes „Luč" als Parteiorgan und dessen Subventionirung, der südslavischen Exekutive zugewiesen werde.

Gen. Hedorfer (Wien) beantragt, daß von jeder nationalen Fraktion je ein Redner zum Worte gelangen soll. Wird angenommen.

Gen. Widholz (VI. Bez., Wien): Wenn Sie heute selbst ein kleines bürgerliches Wiener Blatt in die Hand nehmen, so werden Sie finden, daß ein großer Theil des Blattes der Socialpolitik gewidmet ist. Die „Arbeiter-Zeitung" vernachlässigt aber leider den sozialpolitischen Theil.

Wir haben in der letzten Zeit eine Enquete zur Berathung wünschenswerther Reformen des Krankenversicherungsgesetzes unter ganz eigenthümlichen Verhältnissen abgehalten. Den niederösterreichischen Vertretern der Arbeiter standen Unternehmer aus anderen Ländern gegenüber, die sich, um nicht direkt von den Genossen aus Böhmen u. s. w. auf die Finger geklopft zu werden, aus der Enquete herausgeschlichen hatten. Wir hatten es da mit Unternehmern und Direktoren der frechsten Art zu thun. Die „Arbeiter-Zeitung" hat über diese Sitzungen dieselben Berichte gebracht wie die bürgerlichen Blätter. Das war nicht gut, und ich habe mir, um einen zweiten Beweis für meine Behauptung zu geben, die Mühe genommen, das Material bezüglich der Unfallversicherungsanstalt zu sammeln und habe es der „Arbeiter-Zeitung" zur Verfügung gestellt. Bis heute ist aber nichts Anderes als

das nackte Communiqué der Anstalt veröffentlicht worden, ohne daß ein Wort der Kritik daran geknüpft worden wäre.

Auch die Frage der Hausindustrie bildet einen Gegenstand, mit welchem die „Arbeiter-Zeitung" sich sehr viel beschäftigen könnte, insbesondere jetzt, nachdem die Regierung sich der Sache bemächtigt hat und eine Reform herbeiführen will. Schließlich habe ich noch zu erklären, daß Gen. Feigl sich im Namen der Bezirksorganisation V meinen Ausführungen anschließt.

Gen. Ulrich (Bielitz): Ich habe den Auftrag, den Antrag 34, betreffend die Gründung eines polnischen Blattes für Ostgalizien, zu vertreten. Ich möchte den Parteitag ersuchen, den ersten Theil des Antrages: „Der Parteitag gibt die Zustimmung . . . den zugehörigen Bezirksorganisationen" anzunehmen und den zweiten Theil der Gesammtexekutive zuzuweisen. Die Nothwendigkeit der Gründung eines solchen Blattes ist vorhanden, nachdem heute ungefähr 10,000 polnische Bergarbeiter gezwungen sind, ein tschechisches Blatt zu lesen. Wir müssen aber auch ein Parteiblatt herausgeben, um die sechs klerikalen Blätter, die wir dort haben, wirksam bekämpfen zu können.

Gen. Barta (Wien) glaubt, daß keiner von den Delegirten etwas gegen den von ihm eingebrachten Antrag, betreffend die Herausgabe einer Broschüre über die Verhältnisse der gesammten Handelsangestellten, werde einzuwenden haben. Redner tritt für die Annahme des Antrages ein, daß die Parteivertretung zur Unterstützung der Anträge wegen Aufhebung des Zeitungsstempels und Freigabe der Kolportage in ganz Oesterreich eine Agitation einleite. Wir sollten endlich einmal ernstlich gegen die Knebelung der Presse Sturm laufen. Schließlich wendet er sich gegen den Antrag des Gen. Schelch. Hierauf wird die Debatte unterbrochen.

Bericht der Wahlkommission

zum IV. Punkt der Tagesordnung.

Gen. Feigl (V. Bez., Wien) als Berichterstatter: Wie alljährlich ist eine Wahlkommission aus verschiedenen Kronländern gewählt worden, und ebenso haben wie alljährlich die Wiener Delegirten eine Besprechung abgehalten, um die Vorschläge zu erstatten, welche Genossen in die Parteivertretung, beziehungsweise in die Kontrole gewählt werden sollen. Wir haben heuer 16 deutsche Mitglieder, und zwar 10 Wiener Genossen, 8 in den engeren Ausschuß und 2 in die Kontrole, und 6 Genossen von der Provinz zu wählen. Als Schlüssel zur Auftheilung dieser letzteren Mandate schlagen wir vor, zwei Genossen aus Deutschböhmen, zwei aus den Alpenländern und je einen aus Mähren und Schlesien zu wählen.

In den engeren Ausschuß werden seitens der Kommission vorgeschlagen die Gen. Adler, Ellenbogen, Pernerstorfer, Popp, Rieger, Schrammel, Schuhmeier und Skaret, in die Parteikontrole von Wien Wutschel und Schäfer, von der Provinz Schiller (Reichenberg), Seliger (Teplitz), Prähauser (Salzburg), Müller (Graz), Eldersch (Brünn) und Schmidt (Jägerndorf).

Wir haben alle Pro und Contra in der Wahlkommission erwogen und hoffen, daß Sie die vorgeschlagenen Genossen annehmen werden.

Die Kommission hat auch den Wunsch ausgesprochen, daß die Parteivertretung die Obmänner des sozialdemokratischen Verbandes zu allen Sitzungen einlade. Die Begründung ist eigentlich überflüssig. Da aber bei Punkt „Organisation" der Beschluß gefaßt wurde, daß Fraktionsmitglieder in die Parteikontrole nicht wählbar sind, haben wir es für nothwendig erachtet, diesen Vorschlag zu machen.

Gen. Schuhmeier erklärt, eine Wahl nicht anzunehmen.

Gen. Dr. Adler verlangt, daß sich die Kommission nochmals zu einer Berathung über die Vorschläge zurückziehen möge.

Die Sitzung wird hierauf um 6 Uhr 15 Minuten unterbrochen.

Nachtsitzung.

Beginn derselben um 8 Uhr 20 Minuten.

Vorsitzender Reichsrathsabgeordneter Gen. Zeller.

Gen. Jeziorsky (Steyr) klagt über die Rigorosität, mit der von Seite der Parteivertretung bei Neugründung von Blättern vorgegangen wird. Man sei über das Bedürfniß nach einem Blatt nicht immer informirt. Speziell unter den oberösterreichischen Bauern habe die „Arbeiter-Zeitung" keinen Eingang gefunden, und auch die sonst trefflich redigirte „Volkstribüne" hat den Erwartungen nicht entsprochen. Man fürchte immer die Konkurrenz der Provinzblätter, welche Furcht jedoch vollkommen überflüssig sei. Die „Wahrheit" setze allein 700 Exemplare bei den Bauern ab. Das Blatt ist lebensfähig, es hat 4000 Abonnenten und wirft einen Ueberschuß ab. Redner bittet daher, den Antrag 31 anzunehmen.

Die Parteivertretung verlegte sich zu viel auf's Handeln, und dem entspringe auch der Antrag, die „Arbeiterinnen-Zeitung", wenn sie nicht prosperirt, der Volksbuchhandlung zu übergeben. Die „Arbeiterinnen-Zeitung" möge ihre Schreibweise ändern, sie möge populärer werden und nicht ausschließlich Fabriksarbeiterinnen berücksichtigen.

Gen. Eldersch (Brünn) vertritt seinen Antrag. Die Bestimmung, daß über Beschluß einer Wahlkreiskonferenz ein Blatt gegründet werden kann, sei keine gute, denn dadurch würden zahlreiche Blätter geringer Qualität entstehen. Redner spricht sich auch dagegen aus, daß die „Arbeiterinnen-Zeitung" als Sonntagsbeilage der „Arbeiter-Zeitung" erscheine, denn auf diese Weise werde man dem Beschlusse, die Frauenbewegung zu fördern, nicht gerecht. Desgleichen bekämpft er den Referentenantrag, die „Arbeiterinnen-Zeitung" der Volksbuchhandlung zu übergeben. Er unterstützt ferner den Antrag der Teplitzer Organisation und macht auf die von den Parteiorganen der Provinzpresse gemachte Konkurrenz aufmerksam, die hintangehalten werden sollte.

Gen. Brod (Wien) begründet den von ihm eingebrachten Antrag und verweist diesbezüglich auf den Usus im „Vorwärts". Blutrünstige Illustrationen, wie eine solche während der Wahlbewegung vorgekommen sei, sollten unterbleiben. Er spricht ebenfalls gegen eine Uebergabe der „Arbeiterinnen-Zeitung" an die Volksbuchhandlung.

Der Vorsitzende theilt mit, daß die Wahlkommission ihre Berathung beendigt hat und daß er in Folge dessen den Punkt IV in Verhandlung nehmen wolle.

Fortsetzung des Punktes: Wahl der Parteivertretung.

Namens der Wahlkommission erklärt Gen. Feigl (V. Bezirk, Wien), daß die frühere Erklärung Schuhmeier's, eine Wahl in die Parteivertretung nicht anzunehmen, nur durch ein Mißverständniß hervorgerufen worden sei. Genosse Schuhmeier hat der Kommission erklärt, eine eventuell auf ihn fallende Wahl anzunehmen.

Redner macht namens der Kommission folgenden Wahlvorschlag:

Für den engeren Ausschuß: Dr. Adler, Dr. Ellenbogen, Pernerstorfer, Popp, Rieger, Schrammel, Schuhmeier, Skaret. Für die Kontrole, und zwar für Wien: Wutschel, Schäfer; für Deutschböhmen: Schiller Karl, Seliger; für die Alpenländer: Präuhauser, Müller Aug.; für Mähren und Schlesien: Eldersch, Schmidt Hugo.

Zu diesen Vorschlägen nimmt das Wort Gen. Dr. Berstl (Wr.-Neustadt): Die Niederösterreicher haben ihren zwei Delegirten die Instruktion gegeben, für Chwala einzutreten, während die Kommission an dessen Stelle Rieger gesetzt hat. Ich hätte erwartet, daß der Referent dies auch begründen würde.

Es ist auch ein angebliches Mißverständniß bezüglich des Gen. Schuhmeier vorgefallen. Es ist im Interesse des Parteitages gelegen, daß da Aufklärung verbreitet wird. Wenn ich mir den Vorschlag der Kommission ansehe, finde ich die alten Leute wieder; es macht auf mich den Eindruck, als ob uns die Kommission empfehlen würde, daß fortgewurstelt werden soll. Es haben sich aber bei „Taktik" zirka zehn Genossen dahin bekannt, daß sie mit der bisher eingeschlagenen Taktik nicht einverstanden sind. Ich mache keinen Gegenvorschlag, aber ich erhebe

einförmig, weil in der Regel eben nur eine Genossin Beiträge liefert. Aehnlich wie mit der „Arbeiterinnen-Zeitung" war es mit den „Glühlichtern", die heute eine Auflage von 20.000 Exemplaren haben und aktiv sind. Ich stelle daher auch den diesbezüglichen Antrag:

„Die „Arbeiterinnen-Zeitung" ist der Volksbuchhandlung zu übergeben."

Den Antrag 40, betreffend die Herabsetzung der Insertionsgebühren, bitte ich abzulehnen, denn je größer die Auflage wird, desto theuerer kommen uns die Inserate zu stehen. Die Administration hat sich schon mit dem Gedanken getragen, die Insertionsgebühren zu erhöhen und da wird eine Herabsetzung verlangt. Eine Herabsetzung ist aber nicht möglich. Die „Arbeiter-Zeitung" hat noch nicht so viel Geld, um daraufzahlen zu können. Für den Antrag 41 der Bezirksorganisation Aussee, der schon am letzten Parteitage abgelehnt wurde, muß ich auch heute um dasselbe Schicksal bitten.

Wenn sich die Arbeiterpresse so entwickeln soll, wie es nothwendig ist, dann müssen die Hindernisse, die heute einer freien Entwicklung der Presse entgegenstehen, beseitigt werden. Unsere Abgeordneten müssen darauf hinarbeiten, daß der § 23 Pr.-G. beseitigt, daß das objektive Verfahren aufgehoben werde und daß eine Konfiskation nur über Beschluß des Gerichtes verhängt werden darf. Weiter ist es nothwendig, daß unsere Genossen im Parlamente sofort bei Eröffnung der Session einen Antrag auf Aufhebung des Zeitungsstempels einbringen. Wenn der Stempel fällt, dann wird es möglich sein, daß sich unsere Presse frei entwickelt, dann wird jener Indifferentismus schwinden, der heute in Folge der theueren Lektüre noch vorhanden ist, dann wird aber auch ein bedeutendes Wachsthum unserer Partei zu konstatiren sein. (Beifall.)

Es wird folgender Antrag überreicht:

Antrag Schustaczek:

„Im Auftrage der Bezirksorganisation XIV beantrage ich, daß das Weitererscheinen der „Arbeiterinnen-Zeitung" eingestellt werde, wenn die Einnahmen die Ausgaben nach Ablauf eines halben Jahres nicht decken, ohne erst einen nächsten Parteibeschluß abzuwarten."

Da 40 Redner eingetragen sind, wird Schluß der Rednerliste beantragt und angenommen.

Gen. Schiller (Reichenberg) ist der Ansicht, daß der Vorschlag des Gen. Popp, welchen er bezüglich der Gründung neuer Blätter vorgebracht habe und der eine Verschärfung sein sollte, thatsächlich keine Verschärfung sei. Auch Redner sei für eine Verschärfung, und deswegen beantrage er, daß an Stelle der Worte: „haben so lange von der Partei nicht unterstützt zu werden, bis sie von der Wahlkreiskonferenz und dem Parteitage anerkannt werden", zu setzen sei: „sind nicht zu abonniren und haben sämmtliche bestehende Parteiblätter dagegen Stellung zu nehmen". (Rufe: Das wäre noch schöner!)

Der „Volksbote" ist in Gablonz herausgegeben worden, ohne daß die Kreiskonferenz dazu ihre Zustimmung gegeben habe. Der „Freigeist" habe dagegen Stellung genommen, während die „Arbeiter-Zeitung" diesen „wackeren Mitkämpfer" willkommen geheißen habe. Wie verträgt sich das mit unseren Beschlüssen? Ein zweiter Fall ist folgender: In einer Broschüre, in der auch die Parteiblätter anempfohlen werden, sei der „Freigeist" nicht verzeichnet gewesen, während der „Volksbote" angeführt war. Heute sei allerdings die Sache nicht mehr aktuell, denn der „Volksbote" sei in der letzten Kreiskonferenz als Parteiblatt anerkannt worden.

Was den Antrag betreffs der „Arbeiterinnen-Zeitung" betreffe, so könne sich Redner nicht dafür erwärmen, daß dieselbe als Sonntagsbeilage zur „Arbeiter-Zeitung" erscheine, weil damit der beabsichtigte Zweck vollkommen verfehlt wäre. Defizite haben sich schon bei so manchen Parteiunternehmungen ergeben. Die Hauptsache sei, ob das Blatt seinen Zweck erfülle, und es könne gesagt werden, daß dies bei der „Arbeiterinnen-Zeitung" der Fall ist.

Den Antrag, den Bezirksvertrauensmännern die „Arbeiter-Zeitung" gratis zu verabfolgen, könne Redner absolut nicht befürworten.

Gen. Hedorfer (XI. Bezirk, Wien) empfiehlt dem Parteitage die Annahme der unter Nr. 12 und 13 von der Bezirksorganisation XI eingebrachten Anträge. Diese Anträge seien eingebracht worden, weil wir glauben, daß dadurch für unsere Genossen, die agitatorisch wirken, eine Erleichterung ihrer Arbeit geschaffen werde. Ferner tritt Redner für die Annahme des Antrages 39 der Bezirksorganisation IX ein. Es sei schon am Prager Parteitage beschlossen worden, die „Arbeiterinnen-Zeitung" wenn sie mit einem Defizit arbeiten sollte, aufzulassen. (Widerspruch.) Man habe wenigstens damals im Sinne gehabt, sie aufzulassen. Wenn die „Arbeiterinnen-Zeitung" als Sonntagsbeilage der „Arbeiter-Zeitung" erscheine, so würde es möglich sein, die „Arbeiter-Zeitung" auch in Kreise einzuführen, die heute ausschließlich Schmierblätter wie das „Extrablatt" lesen.

Gen. Dr. Čech (Brünn): Ich glaube, daß die Bestimmung, welche in der Resolution vorgeschlagen wird, daß Parteiblätter ohne Zustimmung des Parteitages oder der Kreiskonferenz nicht gegründet werden dürfen, nicht präzise genug ist, und möchte beantragen diese Bestimmung so zu formuliren: „Parteiblätter dürfen nur über Beschluß des Parteitages gegründet werden." Wenn Sie jedem Wahlkreis gestatten, Blätter zu gründen, so wird in der That eine wahre Blättergründungswuth unsere Wahlkreise durchziehen. Wir haben z. B. für Mähren u. Schlesien den „Volksfreund". Wenn nun der Schönberger Wahlkreis die Absicht hätte, ein Blatt zu gründen, so würde der „Volksfreund" im Brünner Wahlkreis allein nicht die entsprechende Unterstützung finden, er müßte mit der Zeit eingehen.

Was die „Arbeiterinnen-Zeitung" anbelangt, würde ich es für eine Schande halten, wenn wir nicht im Stande wären, auch für die Arbeiterinnen eine eigene Zeitung erscheinen zu lassen. Ich glaube ebenfalls, daß zu wenig agitirt wird. In Wigstadtl und Umgebung gibt es etwa 500 organisirte Frauen, und es gehen dorthin zirka 100 Exemplare der „Arbeiterinnen-Zeitung". Dieses Beispiel sollten die Genossen an allen Orten nachahmen.

Gen. Dobiasch (Aussig): Ich habe den Antrag zu vertreten, daß die in Aussig erscheinenden Blätter „Volksrecht" und „Neues Volksrecht" als Parteiblätter anerkannt werden. Wir sind bei der Gründung dieser Blätter streng nach den Organisationsstatuten vorgegangen. Daß diese Blätter, die eine Auflage von 5000 haben, für einen Wahlkreis, der so stark ist, daß er einen Abgeordneten durchgebracht hat, ein Bedürfniß sind, steht außer Zweifel. Uns handelt es sich nicht etwa um eine materielle Unterstützung, sondern nur darum, daß dem Blatt gegeben werde, was ihm gebührt: das Recht, sich Organ der Partei nennen zu dürfen.

Durch die Gründung dieser Blätter ist die Agitation wesentlich verstärkt worden. Früher hatte die Teplitzer „Freiheit" im Aussiger Bezirke 200 Abnehmer. Nach der Gründung des „Volksrecht" hat die „Freiheit" ihre Thätigkeit auf das Erzgebirge verlegt, und es ist ihr gelungen, dort etwa 2000 neue Abonnenten zu erwerben. Die Partei hat also durch diese Gründung keinesfalls einen Schaden genommen.

In seinen weiteren Ausführungen erklärt sich der Redner gegen den Antrag des Gen. Hedorfer, da er solche Broschüren als überflüssig hält.

Wenn wir den Antrag des Gen. Dr. Čech annehmen würden, würden wir nur bewirken, daß auf den Parteitagen große Debatten über Blättergründungen hervorgerufen werden. Der Parteitag ist aber gar nicht in der Lage, zu beurtheilen, ob es nothwendig ist, in einer Gegend ein Blatt zu gründen. Und wenn sich der Parteitag dafür einsetzen würde, dann wäre die Partei auch verpflichtet, ein solches Blatt unter allen Umständen zu halten, und es müßten oft große Subventionen bewilligt werden. Dadurch würde aber nur Zwietracht gesäet werden. Auch bin ich entschieden dagegen, daß die „Arbeiterinnen-Zeitung" als Beilage erscheint. Wenn nur in der Administration etwas rationeller gewirthschaftet würde, so würde es ganz gut gehen. Wir haben eine Menge Provinzblätter, die unter schwierigeren Verhältnissen arbeiten und keine Schulden haben. Ich bin auch dagegen, daß die „Arbeiterinnen-Zeitung" der Volksbuchhandlung übertragen werde, nachdem das Blatt als Parteiorgan gilt und für die Genossinnen das sein soll, was die „Arbeiter-Zeitung" für die Genossen ist.

Gen. Stark (Falkenau) hält den Antrag der Bezirksorganisation Graslitz für vollkommen überflüssig. Was die Gründung eines neuen Blattes in Karlsbad betrifft, so möge man es der Kreiskonferenz überlassen, die Sache zu entscheiden. Die Herausgabe einer eigenen Zeitung für die ländliche Bevölkerung sei nicht zu empfehlen. Dem wiederholt ausgesprochenen Wunsche, daß darauf gesehen werden möge, daß in der „Arbeiter-Zeitung" nicht so viele, insbesondere schwer verständliche Fremdwörter gebraucht werden, könne er sich nur anschließen.

Gen. Hoffenreich (Wien) bemängelt, daß der Antrag der Preßkommission zu diesem Punkte vom Referenten nicht berührt worden ist. Den Antrag der Bezirksorganisation Wien IX hält er für reaktionär, weil dadurch die agitatorische Kraft der „Arbeiterinnen-Zeitung" verloren gehen würde. Wenn diese weniger trocken geschrieben wäre und Artikel über Hauswirthschaft, Kindererziehung und Gesundheitspflege brächte, würde sie leichter in die Familien eindringen und mehr Absatz finden. Er ersucht, den Antrag der Preßkommission anzunehmen, den Antrag der Organisation Wien IX, sowie den Antrag des Referenten jedoch abzulehnen, weil durch letzteren das Blatt der Kontrole der Preßkommission entzogen würde.

Gen. Pölz (Floridsdorf) führt aus, daß anläßlich der Wahlagitation für den Wahlkreis „Viertel unter dem Manhartsberge" ein Blatt gegründet wurde mit der Absicht, dasselbe wieder eingehen zu lassen, falls nicht triftige Gründe für das Weitererscheinen vorhanden sind. Es fand aber großen Anklang und hatte eine Auflage von 6000 Exemplaren, die jetzt nach der Wahl auf 3400 gesunken ist. Er vertritt den Antrag der Bezirksorganisation Floridsdorf (36).

Gen. Benecke (Cilli) überreicht folgenden Antrag:

„Ich beantrage, das slovenische Blatt „Luč", das heißt „Licht", welches während der Wahl zweimal herausgegeben wurde und für den IV. steiermärkischen Wahlkreis eine unbedingte Nothwendigkeit ist, als Parteiblatt anzuerkennen und mit einer einmaligen Subvention von fl. 50 zu unterstützen."

Es seien von vielen slovenischen Bauern noch nach der Wahl Zuschriften gekommen, welche dieses Blatt verlangen. In Untersteiermark existiren drei Blätter, welche die Sozialdemokraten bekämpfen, und es sei nöthig, ihnen entgegenzutreten. Den „Delavec" könne man für die Behandlung derartiger lokaler und persönlicher Angelegenheiten nicht heranziehen.

Gen. Dietl (Wien, X) bekämpft den Antrag 40, betreffend die Herabsetzung der Insertionsgebühren für Vereine, sowie den Antrag 41 der Bezirksorganisation Aussee, da aus denselben eine zu große Mehrbelastung der „Arbeiter-Zeitung" resultiren würde, in Folge des letzteren Antrages allein bei einer Zahl von 5000 Vertrauensmännern eine solche von täglich fl. 200.

Bezüglich der „Arbeiterinnen-Zeitung" bemerkt er, daß dieselbe in der Wäschebranche obligatorisch eingeführt war, daß aber die Arbeiterinnen das Fachblatt verlangten, weil sie aus demselben mehr lernen. Redner bringt schließlich im Auftrage seiner Organisation folgenden Antrag ein:

„Nachdem das Defizit der „Arbeiterinnen-Zeitung" fortwährend steigt und eine Besserung in absehbarer Zeit nicht eintreten wird, beschließt der Parteitag, die „Arbeiterinnen-Zeitung" sei aufzulassen."

Gen. Behr (Saaz) plaidirt für eine Reduzirung der Regie der „Arbeiterinnen-Zeitung"; bei einer Zahl von 3000 Abonnenten sollte sie ohne Deficit auskommen. Falls das nicht möglich sei, möge man sie der Volksbuchhandlung übergeben. Wenn man wolle, werde man auch dann eine Kontrole ausüben können. Redner erinnert daran, daß auch in Deutschland die dortige „Arbeiterinnen-Zeitung" im Privatverlag erscheine.

Bezüglich der Gründung neuer Blätter befürwortet er den Standpunkt, der in Deutschland üblich ist, daß man nämlich den Genossen empfehle, so vorsichtig als möglich bei solchen Gelegenheiten vorzugehen. Auf keinen Fall soll aber die Partei ein Risiko übernehmen. Redner empfiehlt dem Parteitag, das Blatt „Volksrecht" als Parteiorgan anzuerkennen.

Gen. Volke (Wien) bekämpft den Antrag der Bezirksorganisation IX, Wien; die „Arbeiterinnen-Zeitung" ist für die Provinzgenossen sehr nothwendig.

und diese sind hier in erster Linie maßgebend. Dort gibt es Familien, die nicht in der Lage sind, ein Tag- oder Wochenblatt zu abonniren. Die Schuld des Defizits liegt an den Wiener Genossen, die für die „Arbeiterinnen-Zeitung" mehr agitiren sollten.

Redner spricht sich gegen den Referentenantrag aus, die „Arbeiterinnen-Zeitung" der Volksbuchhandlung zu übergeben. Mit der Bezahlung der Insertionsgebühren für die „Arbeiter-Zeitung" sollten die Organisationen etwas gewissenhafter vorgehen. Schließlich empfiehlt Redner, den „Volksbote" als Parteiblatt anzuerkennen.

Gen. Puhl (Niemes) spricht gleichfalls gegen die Uebergabe der „Arbeiterinnen-Zeitung" an die Volksbuchhandlung.

Gen. Körbler (XVI. Bezirk, Wien) befürwortet die Auflassung der Sonntagsbeilage der „Arbeiter-Zeitung" und wünscht an deren Stelle die Aufnahme der „Arbeiterinnen-Zeitung". Dadurch würde nicht, wie der Referent sagt, das Defizit vergrößert werden, sondern es würde möglicherweise ganz verschwinden.

Wenn man den Wienern vorwirft, daß sie die „Arbeiterinnen-Zeitung" nicht unterstützen wollen, muß gesagt werden, daß sie für dieselbe kein Bedürfniß haben, da ja hier den Genossinnen die täglich erscheinende „Arbeiter-Zeitung" zur Verfügung steht. Redner ist ebenfalls gegen die Uebergabe an die Volksbuchhandlung, da die Kontrole über die Zeitung dadurch eingeschränkt würde.

Gen. Blaschek (IX. Bez., Wien) verwahrt sich gegen den Ausdruck des Referenten, daß Jene, die den Antrag bezüglich der „Arbeiterinnen-Zeitung" gestellt haben, diese in Wien systematisch unmöglich machen wollen. Für die Agitation würde viel mehr geschehen, wenn die „Arbeiterinnen-Zeitung" Sonntagsbeilage der „Arbeiter-Zeitung" wäre, weil diese dann eine viel größere Verbreitung haben würde. Dazu kommt noch, daß gerade an diesem Tage die Frauen Zeit finden würden, um die Zeitung lesen zu können. Die technischen Schwierigkeiten wären im Falle der Beilegung geringer, als sie jetzt sind. Wir glaubten durch unseren Antrag zu bezwecken, daß die „Arbeiterinnen-Zeitung" in weitere Kreise eindringe. Dann könnte sie auf eine gesunde Basis gestellt werden und würde eine höhere Auflage haben als heute. Gegen die Uebergabe an die Volksbuchhandlung spreche ich mich ganz entschieden aus.

Ein von den Genossen Prähauser-Chwala eingebrachter Antrag auf Schluß der Debatte wird abgelehnt.

Gen. Seliger (Teplitz) beantragt, nur den Einbringern selbstständiger Anträge das Wort zu ertheilen, ohne daß noch neue Anträge eingebracht werden könnten.

Der Antrag des Gen. Seliger wird angenommen.

Gen. Grablovic (Köflach) beantragt, daß der Antrag des Gen. Benecke betreffend die Anerkennung des Blattes „Luč" als Parteiorgan und dessen Subventionirung, der südslavischen Exekutive zugewiesen werde.

Gen. Hedorfer (Wien) beantragt, daß von jeder nationalen Fraktion je ein Redner zum Worte gelangen soll. Wird angenommen.

Gen. Widholz (VI. Bez., Wien): Wenn Sie heute selbst ein kleines bürgerliches Wiener Blatt in die Hand nehmen, so werden Sie finden, daß ein großer Theil des Blattes der Socialpolitik gewidmet ist. Die „Arbeiter-Zeitung" vernachlässigt aber leider den sozialpolitischen Theil.

Wir haben in der letzten Zeit eine Enquête zur Berathung wünschenswerther Reformen des Krankenversicherungsgesetzes unter ganz eigenthümlichen Verhältnissen abgehalten. Den niederösterreichischen Vertretern der Arbeiter standen Unternehmer aus anderen Ländern gegenüber, die sich, um nicht direkt von den Genossen aus Böhmen u. s. w. auf die Finger geklopft zu werden, aus der Enquête herausgeschlichen hatten. Wir hatten es da mit Unternehmern und Direktoren der frechsten Art zu thun. Die „Arbeiter-Zeitung" hat über diese Sitzungen dieselben Berichte gebracht wie die bürgerlichen Blätter. Das war nicht gut, und ich habe mir, um einen zweiten Beweis für meine Behauptung zu geben, die Mühe genommen, das Material bezüglich der Unfallversicherungsanstalt zu sammeln und habe es der „Arbeiter-Zeitung" zur Verfügung gestellt. Bis heute ist aber nichts Anderes als

das nackte Communiqué der Anstalt veröffentlicht worden, ohne daß ein Wort der Kritik daran geknüpft worden wäre.

Auch die Frage der Hausindustrie bildet einen Gegenstand, mit welchem die „Arbeiter-Zeitung" sich sehr viel beschäftigen könnte, insbesondere jetzt, nachdem die Regierung sich der Sache bemächtigt hat und eine Reform herbeiführen will. Schließlich habe ich noch zu erklären, daß Gen. Feigl sich im Namen der Bezirksorganisation V meinen Ausführungen anschließt.

Gen. Ulrich (Bielitz): Ich habe den Auftrag, den Antrag 34, betreffend die Gründung eines polnischen Blattes für Ostgalizien, zu vertreten. Ich möchte den Parteitag ersuchen, den ersten Theil des Antrages: „Der Parteitag gibt die Zustimmung . . . den zugehörigen Bezirksorganisationen" anzunehmen und den zweiten Theil der Gesammtexekutive zuzuweisen. Die Nothwendigkeit der Gründung eines solchen Blattes ist vorhanden, nachdem heute ungefähr 10.000 polnische Bergarbeiter gezwungen sind, ein tschechisches Blatt zu lesen. Wir müssen aber auch ein Parteiblatt herausgeben, um die sechs klerikalen Blätter, die wir dort haben, wirksam bekämpfen zu können.

Gen. Barta (Wien) glaubt, daß keiner von den Delegirten etwas gegen den von ihm eingebrachten Antrag, betreffend die Herausgabe einer Broschüre über die Verhältnisse der gesammten Handelsangestellten, werde einzuwenden haben. Redner tritt für die Annahme des Antrages ein, daß die Parteivertretung zur Unterstützung der Anträge wegen Aufhebung des Zeitungsstempels und Freigabe der Kolportage in ganz Oesterreich eine Agitation einleite. Wir sollten endlich einmal ernstlich gegen die Knebelung der Presse Sturm laufen. Schließlich wendet er sich gegen den Antrag des Gen. Schelch. Hierauf wird die Debatte unterbrochen.

Bericht der Wahlkommission

zum IV. Punkt der Tagesordnung.

Gen. Feigl (V. Bez., Wien) als Berichterstatter: Wie alljährlich ist eine Wahlkommission aus verschiedenen Kronländern gewählt worden, und ebenso haben wie alljährlich die Wiener Delegirten eine Besprechung abgehalten, um die Vorschläge zu erstatten, welche Genossen in die Parteivertretung, beziehungsweise in die Kontrole gewählt werden sollen. Wir haben heuer 16 deutsche Mitglieder, und zwar 10 Wiener Genossen, 8 in den engeren Ausschuß und 2 in die Kontrole, und 6 Genossen von der Provinz zu wählen. Als Schlüssel zur Auftheilung dieser letzteren Mandate schlagen wir vor, zwei Genossen aus Deutschböhmen, zwei aus den Alpenländern und je einen aus Mähren und Schlesien zu wählen.

In den engeren Ausschuß werden seitens der Kommission vorgeschlagen die Gen. Adler, Ellenbogen, Pernerstorfer, Popp, Rieger, Schrammel, Schuhmeier und Skaret, in die Parteikontrole von Wien Wutschel und Schäfer, von der Provinz Schiller (Reichenberg), Seliger (Teplitz), Prähauser (Salzburg), Müller (Graz), Elderfch (Brünn) und Schmidt (Jägerndorf).

Wir haben alle Pro und Contra in der Wahlkommission erwogen und hoffen, daß Sie die vorgeschlagenen Genossen annehmen werden.

Die Kommission hat auch den Wunsch ausgesprochen, daß die Parteivertretung die Obmänner des sozialdemokratischen Verbandes zu allen Sitzungen einlade. Die Begründung ist eigentlich überflüssig. Da aber bei Punkt „Organisation" der Beschluß gefaßt wurde, daß Fraktionsmitglieder in die Parteikontrole nicht wählbar sind, haben wir es für nothwendig erachtet, diesen Vorschlag zu machen.

Gen. Schuhmeier erklärt, eine Wahl nicht anzunehmen.

Gen. Dr. Adler verlangt, daß sich die Kommission nochmals zu einer Berathung über die Vorschläge zurückziehen möge.

Die Sitzung wird hierauf um 6 Uhr 15 Minuten unterbrochen.

Nachsitzung.

Beginn derselben um 8 Uhr 20 Minuten.

Vorsitzender Reichsrathsabgeordneter Gen. Zeller.

Gen. Jeziorsky (Steyr) klagt über die Rigorosität, mit der von Seite der Parteivertretung bei Neugründung von Blättern vorgegangen wird. Man sei über das Bedürfniß nach einem Blatt nicht immer informirt. Speziell unter den oberösterreichischen Bauern habe die „Arbeiter-Zeitung" keinen Eingang gefunden, und auch die sonst trefflich redigirte „Volkstribüne" hat den Erwartungen nicht entsprochen. Man fürchte immer die Konkurrenz der Provinzblätter; welche Furcht jedoch vollkommen überflüssig sei. Die „Wahrheit" setze allein 700 Exemplare bei den Bauern ab. Das Blatt ist lebensfähig, es hat 4000 Abonnenten und wirft einen Ueberschuß ab. Redner bittet daher, den Antrag 31 anzunehmen.

Die Parteivertretung verlegte sich zu viel auf's Handeln, und dem entspringe auch der Antrag, die „Arbeiterinnen-Zeitung", wenn sie nicht prosperirt, der Volksbuchhandlung zu übergeben. Die „Arbeiterinnen-Zeitung" möge ihre Schreibweise ändern, sie möge populärer werden und nicht ausschließlich Fabriksarbeiterinnen berücksichtigen.

Gen. Eldersch (Brünn) vertritt seinen Antrag. Die Bestimmung, daß über Beschluß einer Wahlkreiskonferenz ein Blatt gegründet werden kann, sei keine gute, denn dadurch würden zahlreiche Blätter geringer Qualität entstehen. Redner spricht sich auch dagegen aus, daß die „Arbeiterinnen-Zeitung" als Sonntagsbeilage der „Arbeiter-Zeitung" erscheine, denn auf diese Weise werde man dem Beschlusse, die Frauenbewegung zu fördern, nicht gerecht. Desgleichen bekämpft er den Referentenantrag, die „Arbeiterinnen-Zeitung" der Volksbuchhandlung zu übergeben. Er unterstützt ferner den Antrag der Teplitzer Organisation und macht auf die von den Parteiorganen der Provinzpresse gemachte Konkurrenz aufmerksam, die hintangehalten werden sollte.

Gen. Brod (Wien) begründet den von ihm eingebrachten Antrag und verweist diesbezüglich auf den Usus im „Vorwärts". Blutrünstige Illustrationen, wie eine solche während der Wahlbewegung vorgekommen sei, sollten unterbleiben. Er spricht ebenfalls gegen eine Uebergabe der „Arbeiterinnen-Zeitung" an die Volksbuchhandlung.

Der Vorsitzende theilt mit, daß die Wahlkommission ihre Berathung beendigt hat und daß er in Folge dessen den Punkt IV in Verhandlung nehmen wolle.

Fortsetzung des Punktes: Wahl der Parteivertretung.

Namens der Wahlkommission erklärt Gen. Feigl (V. Bezirk, Wien), daß die frühere Erklärung Schuhmeier's, eine Wahl in die Parteivertretung nicht anzunehmen, nur durch ein Mißverständniß hervorgerufen worden sei. Genosse Schuhmeier hat der Kommission erklärt, eine eventuell auf ihn fallende Wahl anzunehmen.

Redner macht namens der Kommission folgenden Wahlvorschlag:

Für den engeren Ausschuß: Dr. Adler, Dr. Ellenbogen, Wernerstorfer, Popp, Rieger, Schrammel, Schuhmeier, Skaret. Für die Kontrole, und zwar für Wien: Wutschel, Schäfer; für Deutschböhmen: Schiller Karl, Seliger; für die Alpenländer: Prähauser, Müller Aug.; für Mähren und Schlesien: Eldersch, Schmidt Hugo.

Zu diesen Vorschlägen nimmt das Wort Gen. Dr. Berstl (Wr.-Neustadt): Die Niederösterreicher haben ihren zwei Delegirten die Instruktion gegeben, für Chwala einzutreten, während die Kommission an dessen Stelle Rieger gesetzt hat. Ich hätte erwartet, daß der Referent dies auch begründen würde.

Es ist auch ein angebliches Mißverständniß bezüglich des Gen. Schuhmeier vorgefallen. Es ist im Interesse des Parteitages gelegen, daß da Aufklärung verbreitet wird. Wenn ich mir den Vorschlag der Kommission ansehe, finde ich die alten Leute wieder; es macht auf mich den Eindruck, als ob uns die Kommission empfehlen würde, daß fortgewurstelt werden soll. Es haben sich aber bei „Taktik" zirka zehn Genossen dahin bekannt, daß sie mit der bisher eingeschlagenen Taktik nicht einverstanden sind. Ich mache keinen Gegenvorschlag, aber ich erhebe

warnend meine Stimme, um Sie daran zu erinnern, wo es hinkommt, wenn einzelne Personen sich in ihre Stellen verkarsten und wenn Sie den natürlichen Erscheinungen, daß eine Organisation, die sich fortbewegen will, immer neue Kraft und neue Männer braucht, nicht Rechnung tragen.

Sie haben durch die vorgeschlagenen Personen jener Parteirichtung neue Nahrung gegeben, die durch das Referat des Dr. Adler markirt war und die sich auf der einen Seite äußert in einer Anlehnung an eine eventuell sich gründende katholische Arbeiterpartei, nach der anderen Richtung uns bemüssigt, in der Provinz, wenn wir den Beschluß des Parteitages befolgen wollen, in nationaler Beziehung unsere Genossen Jahre hindurch nach einer entgegengesetzten Richtung zu erziehen als bisher. (Zwischenruf: Pernerstorfer!) Es scheint wirklich Pernerstorfer die Brücke bilden zu sollen zwischen der bisherigen Taktik und der zukünftigen in nationaler Beziehung. (Widerspruch.) Sonst könnte ich mir nicht vorstellen, warum Gen. Pernerstorfer, dessen Verdienste ich nicht bestreite, der aber faktisch erst seit ein paar Wochen in der Partei steht, so rasch vorgeschlagen worden ist. Es ist nicht gut, wenn in einer Partei keine Opposition ist. Wenn keine Opposition da ist, verfault die Partei, jede Partei korrumpirt, wenn sie nicht kontrolirt wird. Deshalb werden Sie mir nicht verargen, wenn ich hier direkt sage, ich bin gegen den Vorschag; ich wäre dafür gewesen, wenn gewisse Genossen, die schon jahrelang in der Parteivertretung sitzen, die sich abgemüht haben um die Partei, und denen ich dafür dankbar bin, in Befolgung des demokratischen Prinzips gesagt hätten: „Bei uns soll Jeder einmal darankommen!" Solche Personen müssen müde werden, sie können die Partei nicht mehr so jugendfrisch, schlagfertig und tüchtig führen, wie es eine revolutionäre Partei verlangt. Wenn Sie glauben, daß neue Männer zu wählen sind (Rufe: Berstl!) — ich wohne ja nicht in Wien —, dann suchen Sie sich auch solche Personen aus, die in der Minorität sind, damit wir, wenn die Majorität Fehler macht, sagen können, es gibt auch eine Minorität in der Partei.

Gen. Feigl (Wien, V) erwidert, daß die Niederösterreicher in der Kommission nur ein Vorschlagsrecht haben und daß er seinem Auftrage, Chwala vorzuschlagen und für ihn zu stimmen, nachgekommen sei. Das Mißverständniß, welches Gen. Dr. Berstl aufgeklärt wissen will, war nur ein Mißverständniß zwischen Personen, und jeder Delegirte hat ja das Recht, sich persönlich an Schuhmeier um Auskunft zu wenden.

Durch den Antrag, den ich gestellt habe und der auch vom Parteitage angenommen wurde, daß die Kontrolore zu wechseln haben, ist auch für den Wechsel in der Parteivertretung Sorge getragen. Ich bitte daher um Annahme des Kommissionsvorschlages.

Vorsitzender: Die Kommission hat ihren Vorschlag gemacht. Das Wahlrecht bleibt Ihnen unbenommen, stimmen Sie, wie es Ihre Ueberzeugung ist.

Es werden hierauf drei Skrutatoren gewählt, und zwar die Gen. Dr. Berstl, Pongratz und Pelikan, worauf die Stimmzettel abgegeben werden.

Vorsitzender: Wir fahren fort in der Debatte über den Punkt „Parteipresse" (Fortsetzung).

Gen. Soukup (Prag): Vor sechs Monaten haben wir in Böhmen eine Monatsschrift, die „Akademie", gegründet. Die Gründung des Blattes fiel in die Zeit des größten Aufschwunges des nationalen Chauvinismus in Böhmen. Wir wollten dadurch manifestiren, daß das Proletariat aller Nationalitäten solidarisch ist. Ich bin durch Beschluß der ganzen Redaktion beauftragt, hier die Bitte vorzutragen, daß die „Akademie" als Parteiorgan anerkannt werde. Das Blatt bedarf keiner materiellen Unterstützung. Chefredakteur ist Gen. Tomaschek für den tschechischen und Gen. Pohl für den deutschen Theil. Ich bin überzeugt, daß das Blatt für die Partei nur von Nutzen sein wird.

Gen. Kristan (Laibach): Lange Zeit war bei uns die Presse das einzige Agitationsmttel. Sie wissen aber, wie schwierig diese Agitation ist, wenn die Presse mit solchen Hindernissen zu kämpfen hat wie der „Delavec", der in Wien erscheinen muß, weil sich in ganz Krain keine Druckerei fand, die den Druck des Blattes übernommen hätte. Wir treten daher für alle Anträge ein, welche geeignet sind, die Presse zu fördern, und müssen uns aus diesem Grunde dagegen aus-

sprechen, daß die „Arbeiterinnen-Zeitung“ als Sonntagsbeilage der „Arbeiter-Zeitung“ erscheinen soll. Dadurch würden beide Blätter verlieren, und zwar die letztere deshalb, weil dann die bisher wissenschaftliche und belletristische Literatur, die sich in dem Blatte findet, auch noch verloren ginge.

Was die Abschaffung jener gesetzlichen Bestimmungen, welche eine freie Entwicklung der Presse in Oesterreich hindern, betrifft, so wünschen wir, daß in dieser Beziehung eine Aktion eingeleitet werden möge, welche dieselben Dimensionen annehmen sollte, wie seinerzeit der Kampf um das Wahlrecht. Was die Anträge der Gen. Benecke und Grablovic betreffs des Organs „Luč“ anbelangt, so glaube ich, daß es zwar für den Wahlkreis Cilli sehr gut wäre, wenn dort ein Lokalorgan existiren würde, allein wir wissen nicht, ob dieses Blatt auch existenzfähig sein wird und wollen der Parteivertretung nicht zumuthen, daß sie sich in vage Experimente einlasse.

Die Kreisorganisation möge das Blatt herausgeben; wenn die Genossen das Blatt fundiren können, wird die moralische Unterstützung nicht ausbleiben. An dem Antrage des Gen. Kopač, daß die „Arbeiter-Zeitung“ wenigstens während der Reichrathssession ein Abendblatt herausgeben möge, weil sich viele Genossen veranlaßt sehen, die bourgeoisen Abendblätter zu kaufen, sind, glaube ich, nur die Wiener Genossen interessirt. Gegen die Gründung eines separaten Bauernorganes sprechen wir uns entschieden aus, weil wir nicht den Separatismus fördern wollen. Es mögen sich lieber jene Blätter, die auch in bäuerlichen Kreisen gelesen werden, mehr mit den Angelegenheiten des ländlichen Proletariats befassen und dabei den Bauern immer wieder sagen, daß sie Proletarier sind und nichts Anderes, und daß ihre Interessen, wenn sie durch die Sozialdemokratie vertreten werden sollen, identisch sein müssen mit den Interessen der industriellen Arbeiter.

Was die angeblich hohe Sprache der „Arbeiter-Zeitung“ anbelangt, so sieht es damit nicht so schrecklich aus. Wir haben aber im Gegentheil die Bemerkung gemacht, daß, wenn die Genossen etwas in dem Blatte nicht verstehen, dadurch ihr Wissensdurst angeregt wird und sie herumfragen und dadurch Anregung zu neuem Studium gewinnen. Es ist nicht möglich, ein Blatt, das auf der Höhe der Zeit steht, so populär zu schreiben, wie sich's viele Genossen vorstellen. Man muß trachten, den Gesichtskreis des lesenden Publikums zu erweitern. Wir sind daher gegen diesen rückschrittlichen Antrag, denn wir meinen, wir sollten Alles thun, um unsere Presse auf ein höheres Niveau zu stellen.

Gen. Köhler (Gablonz): Ich habe den Antrag gestellt, daß der Parteitag unser Blatt als Parteiorgan anerkennen möge. Wenn wir Kräfte haben wollten, die bei uns agitatorisch thätig sind, so war es für uns eine absolute Nothwendigkeit, den „Gebirgsboten“ zu gründen, denn wir haben es mit der korruptesten Presse zu thun, die es überhaupt gibt. Das Blatt hat bereits den Beweis erbracht, daß es auf sozialdemokratischer Grundlage steht, denn wir sind seit Oktober schon fünfmal konfiszirt worden. (Heiterkeit.)

Gen. Seliger (Teplitz): Es ist für die Parteipresse und insbesondere die Provinzpresse in dem Momente, wo unsere Abgeordneten ins Parlament eingezogen sind, eine neue Aufgabe erwachsen: Es muß in den weitesten Kreisen bekannt werden, welche Stellung die sozialdemokratischen Abgeordneten zu den verschiedenen politischen und wirthschaftlichen Fragen im Parlament einnehmen und welche Haltung insbesondere die anderen Parteien diesen Fragen gegenüber beobachten. Das kann sich aber nicht jeder Redakteur selbst machen. Eine Reihe von Provinzblättern haben zwar Wochenberichte über die Verhandlungen im Parlament gebracht, es waren dies aber nichts Anderes als die Berichte der „Arbeiter-Zeitung“. Es sind auch Berichte über Verhandlungen darunter gewesen, die schon drei Wochen vorher stattgefunden haben. Wir sind daher der Ansicht, daß es nothwendig ist, daß ein Preßbureau geschaffen werde.

Die Saazer Genossen wünschen ein Kopfblatt herauszugeben. Ich will nicht untersuchen, ob dies nothwendig ist oder nicht. Die Kreisvertretung hat sich jedoch im Prinzip mit ihrem Antrage einverstanden erklärt, sie wünscht aber, daß die Kreiskonferenz darüber entscheiden solle. Zwischen dieser und der Redaktion wird ja bald eine Verständigung hergestellt sein. Wenn Sie aber auch den Antrag der

Saazer Genossen annehmen, so ist damit nicht ausgesprochen, daß die Saazer auch ihr Kopfblatt bekommen. Ich bitte also, den Antrag abzulehnen.

Gen. Häcker (Krakau): Nach dem Wahlsiege speit die gegnerische Presse allen ihren Geifer gegen uns aus, und sie benützt dazu jeden Anlaß, insbesondere aber die parlamentarische Thätigkeit unserer Abgeordneten. Der „Naprzod" ist ein Wochenblatt, das den an das Blatt gestellten Anforderungen nicht mehr zu entsprechen vermag. Wir vermögen in jeder Nummer nicht alle die Anwürfe, die in der Zwischenzeit gegen uns erhoben worden sind, gehörig zurückzuweisen. Unsere Partei ist während und nach den Wahlen so gewachsen, daß sich das Bedürfniß geltend gemacht hat, ein polnisches täglich erscheinendes Blatt zu gründen. (Beifall.) Wir sind zu der Ansicht gelangt, daß wir den gegenwärtigen Moment ausnützen müssen, denn gerade jetzt hat das Blatt alle Aussicht zu prosperiren. Dieser Gedanke entspringt aber nicht vielleicht dem Nachahmungstriebe, er ist seit Langem ventilirt worden, und das Krakauer Parteikomité hat sich erst nach reiflicher Ueberlegung zu diesem Schritte entschlossen. Wir haben daher den Antrag gestellt, der Parteitag wolle die Nothwendigkeit der Gründung eines polnischen täglich erscheinenden Parteiorgans anerkennen, und er empfiehlt den Genossen aller Organisationen auf das Wärmste, die Krakauer Genossen in diesem Bestreben zu unterstützen. Dieser Antrag zielt dahin ab, daß, wenn wir unseren Antrag auf unserem nationalen Parteitage perfekt machen, uns auch die Genossen in den anderen Ländern unterstützen mögen. Die Frage der Gründung eines polnischen Parteiblattes in Schlesien halte ich heute für noch nicht spruchreif. Wir sehen noch nicht, daß ein solches Blatt prosperiren könnte. Eher wäre der Antrag 34 anzunehmen. Aber ein polnisches Parteiblatt mit dem Sitze in Teschen halten wir für unmöglich.

Die Genossen Kopač und Dr. Diamand verzichten auf das Wort.

Genossin Adelheid Popp (Wien): Ich weiß nicht, ob Gen. Hedorfer mit den Genossinnen in Simmering in Verbindung steht, aber ich weiß, daß sie entschieden dagegen protestiren würden, daß die „Arbeiterinnen-Zeitung" als Sonntagsbeilage der „Arbeiter-Zeitung" erscheint. Sie wollen, daß sie in ihrer bisherigen Form verbleibt. Das Gleiche gilt von dem Genossen aus dem XIV. Bezirk. Man hat die Genossinnen im XIV. Bezirk dadurch verwirrt gemacht, daß man nur von einer Steigerung des Defizits gesprochen hat, und sie wußten nicht, ob sie auch nur ein Wort dafür reden dürfen. Etwas Anderes ist, was Gen. Hoffenreich sagte, daß das Blatt zu trocken ist. Es ist gewiß ein Fehler, daß für die Ausgestaltung der „Arbeiterinnen-Zeitung" viel zu wenig geschieht, den die Redaktion am wenigsten verkennt, da sie am meisten darunter leidet. Wenn man für die Organisation keine Mittel verwendet, kann man natürlich für die Ausgestaltung des Blattes auch nichts thun: Eine Person — nur selten arbeiten mehrere daran — kann nicht so vielseitig sein, um nach allen Seiten den Wünschen Rechnung zu tragen. Ich bin aber überzeugt, die Genossen, welche den Inhalt der „Arbeiterinnen-Zeitung" bemängeln, haben sie am allerwenigsten gelesen. (Heiterkeit.) Man sagt, sie ist eine Wiedergabe der „Arbeiter-Zeitung". Das trifft in den seltensten Fällen zu und kann auch nicht sein, weil sie sonst den Arbeiterinnen so unverständlich wäre, wie es die „Arbeiter-Zeitung" in den meisten Fällen ist.

Ich bin von den Genossen der Provinz, den Delegirten von Jägerndorf, Wigstadtl, Bautsch und Hof beauftragt, zu erklären, daß die Genossinnen entschieden gegen eine Umwandlung des Blattes sind — dort hat das Blatt eine beträchtliche Abnahme —; sie wünschen, daß die „Arbeiterinnen-Zeitung" selbstständig bleibt, und auch mit ihrem Inhalt sind sie einverstanden. Sie werden es mit Freuden begrüßen, wenn der Parteitag in seinem Beschlusse so weit geht, daß mehr Mittel gewährt werden als es bisher der Fall ist. Gen. Körbler hat darauf hingewiesen, daß die „Arbeiter-Zeitung" unter den Frauen mehr Anhang gewinnen könnte, wenn die „Arbeiterinnen-Zeitung" ihr als Sonntagsbeilage beigegeben wird, und daß mehr agitirt werden könnte, wie es bei den Christlich-Sozialen geschieht. Die Christlich-Sozialen agitiren aber auch mit einer Frauen-Zeitung, für welche seit der Wahlbewegung fortwährend eine Agitation entfaltet wird und zu deren Verbreitung man bei jeder Gelegenheit auffordert. Sie verkennen

nicht den Werth einer Zeitung, die sich direkt und ausschließlich an die Frauen wendet. Der Antrag der Organisation Wien, IX ist lediglich eine Wiener Frage, für die Provinz hat er keinen Werth. Wo 50, 100 und 200 Nummern der „Arbeiterinnen-Zeitung" hingehen, werden nicht die Arbeiter die „Arbeiter-Zeitung" kaufen können, um ihren Frauen die Sonntagsbeilage zur Verfügung zu stellen. Sie werden keines von beiden Blättern haben, weil sie für die 26 kr., welche die „Arbeiterinnen-Zeitung" vierteljährlich kostet, nicht die „Arbeiter-Zeitung" kaufen können.

Ein Genosse meinte, daß die Genossinnen in der Wäschebranche lieber das Fachblatt lesen. Ich bin darüber erfreut, aber im Allgemeinen ist es nicht der Fall. In der Textilbranche gibt es große Bezirke, wo man für die weiblichen Mitglieder der Organisation statt des Fachblattes die „Arbeiterinnen-Zeitung" eingeführt hat. (Gen. Krapka: Bei den Ziegelarbeitern auch!) Gewiß, nicht nur in der keramischen Branche, sondern in einer ganzen Reihe von Branchen. Gen. Blaschek fragte, was das für ein Publikum sein kann, unter welchem die „Arbeiterinnen-Zeitung" verbreitet wird. Das ist das weibliche Publikum, das ein anderes Blatt nicht hat.

Wie gesagt, sollten aber die Provinzgenossen die ersten sein, welche mit einer gewissen Berechtigung gegen unsere Zeitung auftreten könnten, weil ihre Blätter selbst einer größeren Verbreitung bedürfen. Viele Provinzgenossen, die zum Worte gekommen sind, traten für die „Arbeiterinnen-Zeitung" ein, weil sie ihren Werth für die Agitation unter den Arbeiterinnen kennen.

Mir ist es persönlich gleichgiltig, ob das Blatt der Volksbuchhandlung übergeben wird oder nicht. Es ist aber die Frage, ob es nicht möglich ist, die „Arbeiterinnen-Zeitung" auch in Wien mehr zu verbreiten. In die Provinz gehen über 2000 Exemplare, in Wien werden aber nur einige hundert abgesetzt. Die Genossinnen haben keine Delegirten. Wenn aber die Genossinnen, welche Erfahrungen haben, reden würden, könnten sie Ihnen sagen, warum für die „Arbeiterinnen-Zeitung" so wenig agitirt wird: die Genossen sagen nämlich, daß sie bald eingestellt wird. Wenn das Blatt in seiner heutigen Form bleiben wird, wird der nächste Parteitag nicht über ein Defizit bestimmen müssen, denn Sie haben heute gehört, daß die Auflage um 500 Exemplare gestiegen ist. (Beifall.)

Gen. Job (Prag) bespricht die Gründung des tschechischen Tagblattes. Gegen die Angriffe der vereinigten tschechischen Klerikalen und Alttschechen, die sich bereits während der Wahlbewegung, noch mehr aber nach dem Sturm, den die tschechische Bourgeoisie in Folge der Erklärung der tschechischen sozialdemokratischen Abgeordneten erregte, erhoben, haben sich die Blätter, die wir bisher besitzen, als ungenügend erwiesen. Wir haben bisher fl. 8500 gesammelt, ich muß den deutschen Genossen für die bisherige Unterstützung danken und zugleich die Partei ersuchen, die tschechischen Genossen auch in Zukunft zu unterstützen.

Vorsitzender: Hiemit ist die Rednerliste erschöpft, und es folgt eine Reihe thatsächlicher Berichtigungen.

Gen. Benecke (Cilli) ist gegen eine Ueberweisung seines Antrages an das südslavische Exekutivkomité, da dieses selbst vorläufig noch von der Zentrale unterstützt werden muß.

Gen. Behr (Saaz) berichtigt gegenüber Gen. Seliger, daß kein Antrag von der Saazer Bezirksorganisation eingebracht wurde.

Gen. Schustaczek (Wien, XIV) bezeichnet es als unrichtig, daß er im XIV. Bezirke gegen die Frauenzeitung gesprochen hätte.

Gen. Ulrich (Bielitz) erklärt gegenüber den Ausführungen des Genossen Häcker, daß, wenn ein polnisches Tagblatt gegründet würde, die polnischen Arbeiter in Ostschlesien, deren Zahl 25.000 beträgt, nicht in der Lage wären, sich dasselbe zu kaufen.

Gen. Seliger (Teplitz) berichtigt gegenüber dem Gen. Behr, daß von der Saazer Bezirksorganisation thatsächlich ein Antrag bezüglich des Kopfblattes eingebracht wurde und daß sich die Parteivertretung mit demselben einverstanden erklärt habe.

Referent Gen. Popp (Schlußwort): Ich habe mich gewundert, daß die Angriffe auf die „Arbeiter-Zeitung" nicht in dem Maße stattfanden, wie ich er-

Saazer Genossen annehmen, so ist damit nicht ausgesprochen, daß die Saazer auch ihr Kopfblatt bekommen. Ich bitte also, den Antrag abzulehnen.

Gen. Häcker (Krakau): Nach dem Wahlsiege speit die gegnerische Presse allen ihren Geifer gegen uns aus, und sie benützt dazu jeden Anlaß, insbesondere aber die parlamentarische Thätigkeit unserer Abgeordneten. Der „Naprzod" ist ein Wochenblatt, das den an das Blatt gestellten Anforderungen nicht mehr zu entsprechen vermag. Wir vermögen in jeder Nummer nicht alle die Anwürfe, die in der Zwischenzeit gegen uns erhoben worden sind, gehörig zurückzuweisen. Unsere Partei ist während und nach den Wahlen so gewachsen, daß sich das Bedürfniß geltend gemacht hat, ein polnisches täglich erscheinendes Blatt zu gründen. (Beifall.) Wir sind zu der Ansicht gelangt, daß wir den gegenwärtigen Moment ausnützen müssen, denn gerade jetzt hat das Blatt alle Aussicht zu prosperiren. Dieser Gedanke entspringt aber nicht vielleicht dem Nachahmungstriebe, er ist seit Langem ventilirt worden, und das Krakauer Parteikomité hat sich erst nach reiflicher Ueberlegung zu diesem Schritte entschlossen. Wir haben daher den Antrag gestellt, der Parteitag wolle die Nothwendigkeit der Gründung eines polnischen täglich erscheinenden Parteiorgans anerkennen, und er empfiehlt den Genossen aller Organisationen auf das Wärmste, die Krakauer Genossen in diesem Bestreben zu unterstützen. Dieser Antrag zielt dahin ab, daß, wenn wir unseren Antrag auf unserem nationalen Parteitage perfekt machen, uns auch die Genossen in den anderen Ländern unterstützen mögen. Die Frage der Gründung eines polnischen Parteiblattes in Schlesien halte ich heute für noch nicht spruchreif. Wir sehen noch nicht, daß ein solches Blatt prosperiren könnte. Eher wäre der Antrag 34 anzunehmen. Aber ein polnisches Parteiblatt mit dem Sitze in Teschen halten wir für unmöglich.

Die Genossen Kopač und Dr. Diamand verzichten auf das Wort.

Genossin Adelheid Popp (Wien): Ich weiß nicht, ob Gen. Hedorfer mit den Genossinnen in Simmering in Verbindung steht, aber ich weiß, daß sie entschieden dagegen protestiren würden, daß die „Arbeiterinnen-Zeitung" als Sonntagsbeilage der „Arbeiter-Zeitung" erscheint. Sie wollen, daß sie in ihrer bisherigen Form verbleibt. Das Gleiche gilt von dem Genossen aus dem XIV. Bezirk. Man hat die Genossinnen im XIV. Bezirk dadurch verwirrt gemacht, daß man nur von einer Steigerung des Defizits gesprochen hat, und sie wußten nicht, ob sie auch nur ein Wort dafür reden dürfen. Etwas Anderes ist, was Gen. Hoffenreich sagte, daß das Blatt zu trocken ist. Es ist gewiß ein Fehler, daß für die Ausgestaltung der „Arbeiterinnen-Zeitung" viel zu wenig geschieht, den die Redaktion am wenigsten verkennt, da sie am meisten darunter leidet. Wenn man für die Organisation keine Mittel verwendet, kann man natürlich für die Ausgestaltung des Blattes auch nichts thun: Eine Person — nur selten arbeiten mehrere daran — kann nicht so vielseitig sein, um nach allen Seiten den Wünschen Rechnung zu tragen. Ich bin aber überzeugt, die Genossen, welche den Inhalt der „Arbeiterinnen-Zeitung" bemängeln, haben sie am allerwenigsten gelesen. (Heiterkeit.) Man sagt, sie ist eine Wiedergabe der „Arbeiter-Zeitung". Das trifft in den seltensten Fällen zu und kann auch nicht sein, weil sie sonst den Arbeiterinnen so unverständlich wäre, wie es die „Arbeiter-Zeitung" in den meisten Fällen ist.

Ich bin von den Genossen der Provinz, den Delegirten von Jägerndorf, Wigstadtl, Bautsch und Hof beauftragt, zu erklären, daß die Genossinnen entschieden gegen eine Umwandlung des Blattes sind — dort hat das Blatt eine beträchtliche Abnahme —; sie wünschen, daß die „Arbeiterinnen-Zeitung" selbstständig bleibt, und auch mit ihrem Inhalt sind sie einverstanden. Sie werden es mit Freuden begrüßen, wenn der Parteitag in seinem Beschlusse so weit geht, daß mehr Mittel gewährt werden als es bisher der Fall ist. Gen. Körbler hat darauf hingewiesen, daß die „Arbeiter-Zeitung" unter den Frauen mehr Anhang gewinnen könnte, wenn die „Arbeiterinnen-Zeitung" ihr als Sonntagsbeilage beigegeben wird, und daß mehr agitirt werden könnte, wie es bei den Christlich-Sozialen geschieht. Die Christlich-Sozialen agitiren aber auch mit einer Frauen-Zeitung, für welche seit der Wahlbewegung fortwährend eine Agitation entfaltet wird und zu deren Verbreitung man bei jeder Gelegenheit auffordert. Sie verkennen

nicht den Werth einer Zeitung, die sich direkt und ausschließlich an die Frauen wendet. Der Antrag der Organisation Wien, IX ist lediglich eine Wiener Frage, für die Provinz hat er keinen Werth. Wo 50, 100 und 200 Nummern der „Arbeiterinnen-Zeitung" hingehen, werden nicht die Arbeiter die „Arbeiter-Zeitung" kaufen können, um ihren Frauen die Sonntagsbeilage zur Verfügung zu stellen. Sie werden keines von beiden Blättern haben, weil sie für die 26 kr., welche die „Arbeiterinnen-Zeitung" vierteljährlich kostet, nicht die „Arbeiter-Zeitung" kaufen können.

Ein Genosse meinte, daß die Genossinnen in der Wäschebranche lieber das Fachblatt lesen. Ich bin darüber erfreut, aber im Allgemeinen ist es nicht der Fall. In der Textilbranche gibt es große Bezirke, wo man für die weiblichen Mitglieder der Organisation statt des Fachblattes die „Arbeiterinnen-Zeitung" eingeführt hat. (Gen. Krapka: Bei den Ziegelarbeitern auch!) Gewiß, nicht nur in der keramischen Branche, sondern in einer ganzen Reihe von Branchen. Gen. Blaschek fragte, was das für ein Publikum sein kann, unter welchem die „Arbeiterinnen-Zeitung" verbreitet wird. Das ist das weibliche Publikum, das ein anderes Blatt nicht hat.

Wie gesagt, sollten aber die Provinzgenossen die ersten sein, welche mit einer gewissen Berechtigung gegen unsere Zeitung auftreten könnten, weil ihre Blätter selbst einer größeren Verbreitung bedürfen. Viele Provinzgenossen, die zum Worte gekommen sind, traten für die „Arbeiterinnen-Zeitung" ein, weil sie ihren Werth für die Agitation unter den Arbeiterinnen kennen.

Mir ist es persönlich gleichgiltig, ob das Blatt der Volksbuchhandlung übergeben wird oder nicht. Es ist aber die Frage, ob es nicht möglich ist, die „Arbeiterinnen-Zeitung" auch in Wien mehr zu verbreiten. In die Provinz gehen über 2000 Exemplare, in Wien werden aber nur einige hundert abgesetzt. Die Genossinnen haben keine Delegirten. Wenn aber die Genossinnen, welche Erfahrungen haben, reden würden, könnten sie Ihnen sagen, warum für die „Arbeiterinnen-Zeitung" so wenig agitirt wird: die Genossen sagen nämlich, daß sie bald eingestellt wird. Wenn das Blatt in seiner heutigen Form bleiben wird, wird der nächste Parteitag nicht über ein Defizit bestimmen müssen, denn Sie haben heute gehört, daß die Auflage um 500 Exemplare gestiegen ist. (Beifall.)

Gen. Job (Prag) bespricht die Gründung des tschechischen Tagblattes. Gegen die Angriffe der vereinigten tschechischen Klerikalen und Alttschechen, die sich bereits während der Wahlbewegung, noch mehr aber nach dem Sturm, den die tschechische Bourgeoisie in Folge der Erklärung der tschechischen sozialdemokratischen Abgeordneten erregte, erhoben, haben sich die Blätter, die wir bisher besitzen, als ungenügend erwiesen. Wir haben bisher fl. 8500 gesammelt, ich muß den deutschen Genossen für die bisherige Unterstützung danken und zugleich die Partei ersuchen, die tschechischen Genossen auch in Zukunft zu unterstützen.

Vorsitzender: Hiemit ist die Rednerliste erschöpft, und es folgt eine Reihe thatsächlicher Berichtigungen.

Gen. Benecke (Cilli) ist gegen eine Ueberweisung seines Antrages an das südslavische Exekutivkomité, da dieses selbst vorläufig noch von der Zentrale unterstützt werden muß.

Gen. Behr (Saaz) berichtigt gegenüber Gen. Seliger, daß kein Antrag von der Saazer Bezirksorganisation eingebracht wurde.

Gen. Schustaczek (Wien, XIV) bezeichnet es als unrichtig, daß er im XIV. Bezirke gegen die Frauenzeitung gesprochen hätte.

Gen. Ulrich (Bielitz) erklärt gegenüber den Ausführungen des Genossen Häcker, daß, wenn ein polnisches Tagblatt gegründet würde, die polnischen Arbeiter in Ostschlesien, deren Zahl 25.000 beträgt, nicht in der Lage wären, sich dasselbe zu kaufen.

Gen. Seliger (Teplitz) berichtigt gegenüber dem Gen. Behr, daß von der Saazer Bezirksorganisation thatsächlich ein Antrag bezüglich des Kopfblattes eingebracht wurde und daß sich die Parteivertretung mit demselben einverstanden erklärt habe.

Referent Gen. Popp (Schlußwort): Ich habe mich gewundert, daß die Angriffe auf die „Arbeiter-Zeitung" nicht in dem Maße stattfanden, wie ich er-

wartet hatte. Es hat hauptsächlich Gen. Widholz der „Arbeiter-Zeitung" den Vorwurf gemacht, daß sie sich zu wenig der Sozialpolitik widme, und daß die bürgerlichen Blätter im sozialpolitischen Theil sich mehr mit Arbeiterschutz befassen wie die „Arbeiter-Zeitung". Ich gebe zu, daß sie quantitativ nicht so viel bringt wie die bürgerlichen Blätter, qualitativ aber wohl mehr. Ich glaube sogar, daß die „Arbeiter-Zeitung" manchmal — nicht immer — den sozialpolitischen Theil auf Kosten der übrigen Theile zu weitgehend behandelt.

Ein Genosse wünscht, es mögen Mittel gefunden werden, daß nicht so viel Exemplare des Blattes zurückkommen, man soll einfach nicht mehr drucken als man absetzen könne. Da wir für die lokalen Verhältnisse allein für mehr als 1000 Verschleiße Blätter auflegen müssen, ist es nicht viel, wenn 15 bis 18 Perzent von diesen Blättern zurückkommen. Von der Gesammtauflage kommen selten 15 Perzent retour. Allerdings ist das ein Verhältniß, welches, da wir nur mit wenig Mitteln arbeiten, für das Blatt sehr viel bedeutet. Denn jedes Blatt, das zurückkommt, bringt den Verlust des Zeitungsstempels und die Herstellungskosten, zusammen von 2·8 kr., mit sich. Speziell die Wiener Genossen werden wissen, daß in den Trafiken zu wenig Blätter aufgelegt werden. Dem wäre nur abzuhelfen, wenn wir die freie Kolportage hätten, wie es in modernen Staaten ist. So weit sind wir aber noch nicht und müssen uns mit Dem begnügen, was wir erkämpft haben. Es muß Sache speziell der Wiener Genossen sein, zu trachten, daß wir mehr regelmäßige Abnehmer finden; nur dadurch ist zu vermeiden, daß wir in's Ungewisse drucken lassen müssen.

Gen. Dobiasch versteht es nicht, wieso die „Arbeiterinnen-Zeitung", ein Blatt mit 3000 Auflage, ein Defizit haben könne. Es beruht dies, abgesehen von dem niederen Preise, darauf, daß das Porto bei Abonnements für die Provinz — und ich wiederhole es, daß es die Schuld der Wiener Genossen ist, daß das Blatt in Wien nicht mehr Absatz hat — nicht aufgerechnet wird. Das Blatt kostet nicht, wie andere 14tägig erscheinende Blätter à 4 kr., im vierteljährlichen Abonnement für die Provinz 30 kr., sondern nur 26 kr. Diese 4 kr. würden genügen, um das Defizit zu decken. Einen eingebürgerten Preis aber umzuändern, ist sehr mißlich.

Der Referent vertheidigt hierauf gegenüber dem Gen. Schiller, der folgenden Antrag gestellt hat:

„Bei Punkt ‚Parteipresse' sind die Worte: ‚haben so lange' bis ‚anerkannt werden' zu streichen und an deren Stelle zu setzen: ‚sind nicht zu abonniren und haben sämmtliche Parteiblätter dagegen Stellung zu nehmen."

seinen eigenen Antrag zum Punkt „Parteipresse". Wenn die Kreiskonferenz ein Blatt anerkennt, ist die Anerkennung des Parteitages nicht mehr nothwendig. Gen. Cech meint, daß dieser Antrag zu wenig weitgehend sei und man der Blättergründung nur dann einen Riegel vorschieben kann, wenn nur über Beschluß des Parteitages ein Blatt gegründet werden soll. Wenn sich die Genossen eines Bezirkes zur Herausgabe eines Blattes aber stark genug fühlen werden, werden sie das Blatt herausgeben, ohne den Parteitag zu fragen, und werden dann so oft an den Parteitag herantreten, bis dieser das Blatt anerkennt. Er wird ja, wenn das Blatt prosperirt, seine Anerkennung nicht versagen. Der Antrag des Genossen Schiller ist zu weitgehend und würde nicht eingehalten werden. Wenn die Genossen etwas auf Disziplin halten, sagt mein Antrag genug.

Ich empfehle daher die Ablehnung des Antrages Schiller.

Vorsitzender: Ich werde nunmehr gleich zur

Abstimmung zum Punkt „Presse"

schreiten. Der Antrag des Referenten zu Punkt VII des Organisationsstatuts, „Parteipresse", wird hierauf gegen sechs Stimmen angenommen; es entfallen somit die diesbezüglichen Anträge.

Referent Gen. Popp: Bezüglich des Antrages Brod meine ich, daß ein solcher Beschluß nicht strikte gefaßt werden kann. Ich glaube, es sollte blos ein derartiger Wunsch gegenüber der Redaktion der „Arbeiter-Zeitung" ausgesprochen werden, daß Fremdwörter auf's Nothwendigste zu beschränken und vorkommenden

Falles in Anmerkungen zu übersetzen sind. Auf eine volksthümlichere Schreibweise wird man sich wohl nicht einlassen können.

Der Vorschlag des Referenten wird mit 30 gegen 21 Stimmen angenommen.

Der Antrag des Gen. Kopač:

„In Anbetracht dessen, daß sich insbesondere während der Reichsrathssession häufig wichtige Ereignisse abspielen, deren Besprechung im Morgenblatte durch die bourgeoisen Abendblätter überholt werden und sich daher die Arbeiter meist veranlaßt sehen, solche ihnen feindselige Blätter zu kaufen, wird beantragt, in Erwägung zu ziehen, ob es nicht thunlich erscheint, wenigstens zur Zeit der Reichrathssession ein Abendblatt der „Arbeiter-Zeitung" herauszugeben,"

wird angenommen.

Weiters wird der Antrag Popp:

„In Anbetracht dessen, daß die „Arbeiter-Zeitung" in der Provinz noch nicht so große Verbreitung gefunden hat wie es der Stärke der Partei entspricht, werden die Parteiblätter der Provinz beauftragt, die „Arbeiter-Zeitung" von Zeit zu Zeit anzukündigen und anzuempfehlen,"

gegen zwei Stimmen angenommen.

Die „Arbeiterinnen-Zeitung" betreffend, liegen folgende Anträge vor:

Antrag der Preßkommission:

„Entgegen dem Antrage der Bezirksorganisation IX auf Sistirung der „Arbeiterinnen-Zeitung" als selbstständiges Organ und Erscheinen derselben als Sonntagsbeilage der „Arbeiter-Zeitung", beantragt die Preßkommission: die „Arbeiterinnen-Zeitung" hat so wie bisher zu erscheinen, mit der Bedingung, daß die Grundlage derselben erweitert wird.

Die „Arbeiterinnen-Zeitung" soll in Zukunft nicht blos die Interessen der Arbeiterin, insoweit sie in Fabriken und Werkstätten arbeitet, vertreten, sie soll auch die Interessen derselben vertreten, insoweit sie einer häuslichen Beschäftigung obliegt und insoweit sie auch nur die Frau eines Arbeiters ist. Der „Arbeiterinnen-Zeitung" ist durch den Parteitag selbst die kräftigste Unterstützung zuzusichern."

Antrag des Referenten:

„Die Arbeiterinnen-Zeitung" wird der Volksbuchhandlung unter der Bedingung übergeben, daß dieselbe das vorhandene Defizit an die Partei herausbezahlt."

Antrag Körbler, XVI. Bez., Wien:

„Mit Rücksicht darauf, daß es seit dem sechsjährigen Bestehen der „Arbeiterinnen-Zeitung" bis jetzt nicht gelungen ist, das Defizit verschwinden zu machen, andererseits aber auch die Agitation für die Frauenorganisation in wirksamerer Weise betrieben werden soll als dies bisher geschah, beschließt der Parteitag, die „Arbeiterinnen-Zeitung" sei aufzulassen und an deren Stelle statt der Sonntagsbeilage der „Arbeiter-Zeitung" und im Umfange derselben die „Arbeiterinnen-Zeitung" erscheinen zu lassen."

Antrag Bezirksorganisation X, Wien:

„Nachdem das Defizit der „Arbeiterinnen-Zeitung" fortwährend steigt und eine Besserung in absehbarer Zeit nicht eintreten wird, beschließt der Parteitag: die „Arbeiterinnen-Zeitung" ist aufzulassen."

und der Antrag Schustaczek.

Die Anträge auf Einstellung des Erscheinens der „Arbeiterinnen-Zeitung" werden abgelehnt. (Beifall.)

Der Antrag des Referenten, die „Arbeiterinnen-Zeitung" der Volksbuchhandlung zu übergeben, wird gleichfalls abgelehnt und der Antrag der Preßkommission angenommen.

Weiters liegt vor ein Antrag Haecker, Kurowsky:

„Der Parteitag anerkennt die Nothwendigkeit der Gründung eines polnischen täglichen Parteiorgans, und empfiehlt den Genossen aller Organisationen auf das Wärmste, die Krakauer Genossen in dieser Bestrebung zu unterstützen,"

und vom Referenten eine

Resolution:

„Der Parteitag begrüßt es mit Genugthuung, daß die tschechische und die polnische Organisation stark genug geworden sind, um die Gründung von Tagblättern in Prag und Krakau nöthig zu machen. Der Parteitag fordert die Genossen aller Zungen auf, eifrig daran zu gehen, die Mittel aufbringen zu helfen, insbesondere für das Prager Blatt, das schon in Bälde erscheinen soll."

Diese Resolution wird gegen fünf Stimmen anstatt des Antrages Haecker angenommen.

Antrag Soukup-Feigl:

„Akademie", orgán socialistické mládeže („Akademie", Organ der sozialistischen Jugend) in Prag ist als Parteiorgan anzuerkennen,"

wird gegen drei Stimmen angenommen.

Ich empfehle weiters zur Annahme den

Antrag Dobiasch:

„Der Parteitag anerkennt die in Aussig erscheinenden Blätter „Volksrecht" und „Neues Volksrecht" als Parteiorgane."

Wird einstimmig angenommen.

Der Antrag der Kreisorganisation Bukowina auf Anerkennung der „Volkspresse" als Parteiorgan wird einstimmig angenommen.

Der Antrag derselben Organisation auf Unterstützung von ruthenischen und rumänischen Parteiblättern in der Bukowina wird der Gesammtexekutive zugewiesen.

Der Antrag, betreffend die Unterstützung von Parteiblättern in ruthenischer und in rumänischer Sprache in der Bukowina wird gleichfalls der Gesammtexekutive zugewiesen.

An Stelle des Antrages des Gen. Benecke:

„Beantrage, das slovenische Blatt „Luč", das heißt Licht, welches während der Wahl zweimal herausgegeben wurde und für den IV. steiermärkischen Wahlkreis eine unbedingte Nothwendigkeit ist, als Parteiblatt anzuerkennen und mit einer einmaligen Unterstützung von fl. 50 zu unterstützen,"

wird der

Antrag Grablovic:

„Ich stelle den Antrag, daß der Vorschlag des Gen. Benecke, betreffend die Anerkennung des Blattes „Luč" als Parteiorgan und dessen Subventionirung, ohneweiters an die südslavische Parteiexekutive gewiesen wird,"

angenommen.

Auch der Antrag Köhler, „Der Gebirgsbote" wird als Parteiblatt anerkannt," wird angenommen.

Der Antrag 30 der Bezirksorganisation Leoben wird abgelehnt.

Der Antrag 31 wird einstimmig angenommen.

Die Abstimmung über den Antrag 32 entfällt, nachdem der „Graslitzer Volksbote" heute kein selbstständiges Blatt, sondern ein Kopfblatt ist.

Der Antrag 33 wird mit der Hinweglassung des Wortes nicht, aber in der Fassung:

„Die Gründung von Kopfblättern unterliegt der Genehmigung durch die Wahlkreiskonferenz,"

gegen vier Stimmen angenommen.

Der Antrag 34 wird der Gesammtexekutive zugewiesen.

Die Abstimmung über die Anträge 35 und 37 entfällt.

Der Antrag 36 wird angenommen.

Der Antrag 38, der von der Errichtung eines Preßbureaus handelt, wird mit 28 gegen 10 Stimmen an die Gesammtexekutive gewiesen.

Der Antrag 39 ist erledigt.

Die Anträge 40 und 41 werden abgelehnt, letzterer gegen zwei Stimmen.

Der Antrag des Gen. Feigl:

„Die Parteivertretung wird beauftragt, eine volksthümliche Broschüre herauszugeben, in welcher die Nationalitätenfrage überhaupt und speziell die in Oesterreich behandelt wird,"

wird angenommen.

Der Antrag des Gen. Bartel:

„Ich beantrage, daß die Parteivertretung beauftragt wird, ehestens eine den österreichischen Verhältnissen angepaßte Broschüre über die christlich-soziale Bewegung und den Antisemitismus herauszugeben,"

wird durch den Antrag Müller, welcher in zwei Theilen zur Abstimmung gelangte, und dessen erster Theil mit dem Inhalte:

„Beantrage, es sei in populärer Schreibweise eine auch den Bauern verständliche Broschüre in mehreren Sprachen zu verfassen, in welcher die Stellung der Sozialdemokratie, sowie der Christlich-Sozialen dargestellt wird,"

angenommen wird, erledigt.

Der zweite Theil des Antrages Müller, welcher folgenden Wortlaut hat:

„. . . und die unentgeltlich massenhaft zur Vertheilung kommen soll. Die Kosten werden perzentuirt auf die Kronländer vertheilt,"

wird abgelehnt.

Antrag Barta, Wien:

„Beantrage, daß die Parteivertretung eine billige, wenn möglich unentgeltliche Broschüre herausgeben soll, welche sich mit den Verhältnissen der gesammten Handelsarbeiter befassen und zugleich in unserem Sinne belehrend und aufklärend wirken soll,"

wird mit Hinweglassung der Worte: „wenn möglich unentgeltliche" angenommen.

Der Antrag Winarsky:

„Die Parteivertretung wird beauftragt, für die Herausgabe von sozialistischer Kinderliteratur, eventuell einer in regelmäßigen Perioden erscheinenden Jugendschrift zu sorgen,"

wird der Parteivertretung zugewiesen.

Der Antrag des Gen. Schelch:

„Die Parteivertretung wird beauftragt, bei Herausgabe von Broschüren zu trachten, daß dieselben in gleichgroßem Format herausgegeben werden, um den Einband mehrerer zusammen zu ermöglichen,"

wird angenommen.

Referent Gen. Popp: Wir gelangen nun zum

Antrag der Bezirksorganisation XVIII, Wien:

„In Erwägung des Umstandes, daß durch die Schließung des Parlaments über den heurigen Sommer auf politischem Gebiete Ruhe zu erwarten ist und die Gesammtpartei kaum Gelegenheit finden wird, zu einer aktuellen politischen Tagesfrage Stellung zu nehmen, die Zeit aber dennoch nicht ungenützt verstreichen soll, beantragen die Gefertigten, es sei von der Gesammtreichspartei eine gemeinsame Aktion für die Aufhebung des Zeitungsstempels und für die Freigebung der Kolportage einzuleiten. Am besten wird sich hiefür die Veranstaltung einer Massenkundgebung in allen Theilen des Reiches zu ein und derselben Stunde eignen, in der gemeinsame Resolutionen vorgelegt werden sollen, die dem sozialdemokratischen Verbande im Parlament den nöthigen Rückhalt zur rücksichtslosen Erkämpfung der Preßfreiheit geben sollen."

Da dieser vom Genossen Steinböck eingebrachte Antrag unklar gefaßt ist, hat er denselben in seinem ersten Absatze umgeändert und lautet derselbe nunmehr folgendermaßen:

„Die sozialdemokratischen Abgeordneten werden aufgefordert, wenn das Parlament eröffnet wird, sofort einen Antrag auf Aufhebung des Zeitungsstempels und für die Freigebung der Kolportage einzubringen."

Hieran würde sich der zweite Theil schließen:

„Bei Behandlung dieser Anträge im Parlament sollen zur Unterstützung derselben Massenkundgebungen in allen Theilen des Reiches zu ein und derselben Stunde veranstaltet werden, in denen gemeinsame Resolutionen vorgelegt werden, die dem sozialdemokratischen Verbande im Parlament den nöthigen Rückhalt zur rücksichtslosen Erkämpfung der Preßfreiheit geben sollen."

Ich glaube, der Parteitag sollte nur ganz kurz beschließen:

„Bei Einbringung dieser Anträge im Parlament soll die Parteivertretung oder die Exekutive eine Agitation einleiten, daß im ganzen Reiche zu Gunsten der Preßfreiheit und der Anträge der Abgeordneten Demonstrationen veranstaltet werden."

Ich meine, dieser Antrag würde so ziemlich der Sachlage entsprechen.

Angenommen wird der umgearbeitete erste Theil des Antrages der Bezirksorganisation XVIII und die vom Referenten als zweiter Theil gegebene Fassung.

Referent Gen. Popp: Nun haben wir noch einige beim Punkt „Parlamentarische Thätigkeit" zurückgestellte Anträge zu erledigen. Zunächst ist der Antrag 12 der Bezirksorganisation XI, Wien. Ich empfehle Ihnen diesen Antrag abzulehnen, und zwar aus folgenden Gründen: Wenn irgend etwas Wichtiges im Parlament vorgeht, eine wichtige Berathung oder dergleichen, wird man nicht bis zum Schluß der Session warten, sondern gleich eine Broschüre herausgeben (Zustimmung), welche zur Agitation verwendet werden kann. Ich erinnere zum Beispiel an die Eisenbahnerbroschüre. Ist aber nichts Wichtiges vorgefallen, genügt die Lektüre der „Arbeiter-Zeitung".

Der Antrag 12 wird abgelehnt.

Im Antrage 13 der Bezirksorganisation Wien XI:

„Die Parteileitung wird beauftragt, nach jeder zur Agitation zweckdienlichen Debatte im österreichischen Parlament Broschüren im eigenen Verlag herauszugeben."

werden die Worte „im eigenen Verlage" gestrichen und der Antrag im Uebrigen angenommen.

Der Antrag Scotti:

„„Il Lavoratore" in Triest und „L'Avvenire del lavoratore" in Rovereto sind als Parteiorgane anzuerkennen,"

wird ebenfalls angenommen.

Es liegt noch ein Antrag vor, der von 29 Redakteuren in und außer Dienst unterschrieben ist, welcher dahin geht, die sozialdemokratischen Redakteure seien zu beauftragen, einen Fachverein zur Wahrung ihrer Interessen und Abwehr der Bedrängung seitens der Parteigenossen zu gründen. (Heiterkeit.) Dieser Antrag sollte zum Punkt „Organisation" eingebracht werden; nachdem dies nicht geschehen ist, entfällt er.

Ferner ist noch ein Antrag vom Punkt „Organisation" zurückgeblieben, betreffend die Herausgabe einer Broschüre in italienischer und kroatischer Sprache. Ich bitte diesen Antrag anzunehmen. Wird angenommen.

Vorsitzender Reichsrathsabgeordneter Gen. Zeller: Hiemit ist der Punkt „Presse" erledigt, und ich bitte nun Gen. Pelikan, den Bericht über das

Skrutinium zum Punkt „Wahl der Parteivertretung"

zu erstatten.

Gen. Pelikan: Das Skrutinium ergab folgendes Resultat: Abgegeben wurden 68 Stimmzettel. Zwei Stimmzettel waren leer, die absolute Majorität beträgt demnach 34. Auf einem Stimmzettel stand: „Mit Allem einverstanden, statt Chwala Rieger." Diesen Stimmzettel hat die Kommission als giltig anerkannt und die Stimme, wie es der Genosse gewünscht hat, gezählt.

Es erhielten:

Für den engeren Ausschuß: die Genossen Skaret 65, Doktor Adler 61, Dr. Ellenbogen 58, Schrammel 57, Schuhmeier 56, Popp 54, Rieger 50 und Pernerstorfer 48 Stimmen.

Zersplitterte Stimmen entfielen auf Gen. Chwala 18, Feigl 9, Dr. Berstl 7, Pelikan 6, Schäfer 6, Widholz, Resel und Bretschneider je 4, Wutschel, Beer und Tomschik je 2, David, Dr. Cech, Nitsche, Preußler, Neumann und Winarsky je eine Stimme.

Für die Kontrole erhielten die Genossen Wutschel 63, Schäfer 58, Prähauser 65, Schmidt 64, Eldersch 63, Schiller 61, Seliger 58 und Müller 56 Stimmen.

Zersplitterte Stimmen entfielen auf die Genossen Zeller 5, Beer, Pongratz, Rieger und Resel je 3, Chwala, Dobiasch, Feigl und Nitsche je 2, Dr. Berstl, Bruch, Dr. Cech, Grünwald, Kiesewetter, Pelikan, Pernerstorfer und Schrammel je eine Stimme.

Das Komité stellt den Antrag, das Stimmenverhältniß ins Protokoll aufzunehmen.

Vorsitzender Gen. Zeller: Diesem Wunsche wird entsprochen werden.

Ich erkläre die Sitzung für geschlossen.

Schluß der Sitzung um halb 11 Uhr Nachts.

Siebenter Verhandlungstag am 12. Juni 1897.

Vormittagssitzung. Beginn 9 Uhr.

Vorsitzender Reichsrathsabgeordneter Gen. Zeller eröffnet die Sitzung und schreitet zum VII. Punkt der Tagesordnung:

Konsumgenossenschaften und Produktivassoziationen.

Gen. Schuhmeier als Referent führt aus: Die beste Schule für jeden Menschen ist das Leben. Von diesem Grundsatze ausgehend, will ich an jene beiden Fragen herantreten, die mir zur Besprechung überwiesen wurden. Ich habe dabei nicht nothwendig, die Geschichte der Konsumvereine und Produktivassoziationen zum Besten zu geben, ich bin durch meinen Grundsatz der Aufgabe enthoben, ihnen das zu erzählen, was in vielen Werken über das Kapitel Konsumvereine und Produktivassoziationen schon geschrieben wurde. Eines jedoch sei jetzt schon ausdrücklich bemerkt: Weder die Gründung von Konsumvereinen noch die von Produktivassoziationen ist etwas spezifisch Sozialdemokratisches, dies wissen auch jene Genossen, die sich mit Verve für die Kreirung solcher Genossenschaften aussprechen. Es soll Alles nur ein Mittel zum edlen Zweck sein, behaupten sie. Aber auch hier bewahrheitet sich der Satz: „Grau, Freund, ist jede Theorie". Gehen wir einmal daran, die Gründe zu beleuchten, welche die Freunde der Produktivgenossenschaften ins Treffen führen. Es wird durch die Produktivassoziationen möglich — behaupten sie — daß man gemaßregelte Genossen auch fernerhin der Bewegung erhalten kann und dann andere administrative Kräfte für die Partei erziehe. Und was die Hauptsache ist, durch die Produktivassoziationen könne die Partei eine Einnahme erzielen. Wenn nun schon die Partei auch nicht auf jene Zuschüsse, die von den Produktivassoziationen kommen, warten kann, aber gleich hier mit den „Haben-selbst-nichts" rechnen müßte, und auch gegenwärtig schon die auf diese Art erzogenen administrativen Kräfte auf sich warten lassen, so ist auch noch, zum Trost für diesen Entgang, die erste Behauptung unrichtig. Die bei uns bestehenden Produktivassoziationen sind nämlich auch nichts anderes als kleingewerbliche Betriebe. Für sie gelten dieselben grundlegenden Geschäftsprinzipien wie für das Kleingewerbe. Das Hainfelder Programm mit seinen Forderungen kann gewiß nicht als Geschäftsprogramm genommen werden, es kommt erst in letzter Linie. Die Produktivgenossenschaft muß ebenfalls an allen Ecken und Enden sparen und kann daher nur so viele Arbeiter oder gemaßregelte Genossen einstellen, als sie momentan benöthigt. Sie kann ebensowenig als der Kleingewerbetreibende den Arbeiter für eine Zeit bezahlen, in der er nicht für die Produktivassoziation Mehrwerth schafft. Zahlt sie besser, hat sie selbst einen ungemein schweren Stand, da schon schwer das nothwendige Kapital einkommt, um den Anforderungen — wenn sie auch da sind — entsprechen zu können.

Wir haben in Oesterreich auf den verschiedenen Gebieten der Produktion sehr viele Assoziationen. Am besten von allen dürften sich die der Schuhmacher, die der Hutmacher und die der Bäcker stehen. Wenn wir aber auch noch um hundert solcher Genossenschaftsbetriebe mehr zu verzeichnen hätten, wären wir der Lösung der sozialen Frage um keinen Schritt näher gekommen. Im Gegen

theil. Wenn unsere bisherigen Ausführungen vom Verfall des Kleingewerbes richtig sind, hätten wir hundert Sprünge nach rückwärts gethan. Die Emanzipation der Arbeiter geht um so rascher vor sich, als der Großbetrieb die Welt erobert. Die Fabrik wird zum Versammlungslokal der Proletarier, zum Agitationsherd für die sozialistische Idee. Wir selbst sollten angesichts dieser Thatsache von Parteiwegen den Kleinbetrieb in eigener Regie fördern? Nein. Das darf die Partei nicht thun und ein prinzipiell gebildeter Sozialdemokrat, der weiß, welchem Ziele die Sozialdemokratie zusteuert, wird diese Selbstverleugnung auch nicht verlangen. Ja, könnte man nun sagen, da entwickeln wir uns halt auch zum Großbetrieb. Es gibt ja so viele Fabrikanten, die barfuß nach Wien kamen und heute reiche Männer sind. Darauf ist zu erwidern: sie wurden reich durch die unverantwortliche Ausbeutung ihrer Arbeiter, dies darf aber eine Produktivassoziation nicht thun, denn sonst wird sie zur drückenden Aktiengesellschaft. Wuchert nun eine Produktivassoziation, haben weder die bei ihr beschäftigten Arbeiter, noch weniger aber hat die Gesammtheit etwas davon. Thut sie es nicht, wie will sie, inmitten der modernen Produktionsweise, die auf der Ausbeutung Vieler durch den Einzelnen beruht, bestehen? Würde sich aber die Partei als solche dazu entschließen, die Gründung von Produktivassoziationen auf das Wärmste zu empfehlen, so verknüpft sie sich mit dem Schicksal dieser Betriebe und hat einen Theil der Verantwortlichkeit mit auf sich geladen. Jeder Zusammenbruch einer solchen Genossenschaft würde dazu mißbraucht werden, um die Undurchführbarkeit unserer Idee nachzuweisen, was natürlich nicht richtig ist, denn auch heute gehen tausende Unternehmungen zu Grunde, ohne daß indirekt unsere Prinzipien leiden. Steht ein solches Unternehmen vor dem Krach, hätte es ein gutes Recht zu sagen: „Die Partei hat uns die Gründung der Assoziation empfohlen. Genossen, springt uns bei, thut Eure Pflicht."

Es kann also selbst nach den kurzen Andeutungen schon, wie ich glaube, gesagt werden: die Partei als solche hat mit der Gründung von Produktivassoziationen nichts gemein, weil die Arbeiter auf diesem Wege nicht zur Befreiung vom Joche des Kapitals gelangen. Wir müssen vielmehr uns weiterhin als Klasse organisiren, dem Unternehmerthum jetzt schon abzuringen versuchen, was möglich ist, um so gekräftigt weiterkämpfen zu können um die politische Macht, mit der wir auch unsere wirthschaftlichen Interessen erobern können. Unser Ziel ist die Ueberführung der Produktionsmittel aus dem Besitze Einzelner in den Besitz der Gesammtheit. Der Klassenkampf ist's, den wir führen, und in diesem Kampfe dürfen wir nicht zwischen uns und der Gesellschaft eine Wand errichten, die uns den Ausblick verstellt.

Ich komme nun zu den Konsumvereinen. Dieselben beschäftigten schon im Vorjahre den Parteitag in Prag in weit höherem Maße als die Produktivassoziationen. Eines ist jedoch auffallend: Vorsicht war damals, wie heute, die Mutter der Weisheit. Nur ein Antrag verlangte bedingungslos die Errichtung von Konsumvereinen. Der Antrag Dittrich (Wien, VII) und Holly (Wien, XIV) sagt, daß „im Konsum der Arbeiterklasse bei entsprechender Organisation derselben ein nicht zu unterschätzendes, bisher fast ganz unbenützt gelassenes Kampfmittel des Proletariats ruht", und sollte daher schon der Prager Parteitag „es für nothwendig" erklären, daß die Parteigenossen auf diesem Gebiete thatkräftig eingreifen. Gen. Dittrich ist seiner Ansicht treu geblieben, er hat heute eine Resolution vorgelegt, die sich von der im Vorjahre nur darin unterscheidet, daß die Einsetzung einer Kommission verlangt wird, und daß wir übers Jahr über diese Frage wieder reden sollen. Ich sage, das geht nicht, die Frage muß heute entschieden werden, damit die Genossen wissen, wie der Parteitag darüber denkt.

Haben nun schon im Vorjahre die Parteigenossen zur größten Vorsicht gemahnt, so ist dies auch heuer der Fall; die Genossen wünschen, daß in der Sache etwas gemacht werde, aber sie wünschen nicht, daß sich die Partei dabei engagire. Was von den Produktivassoziationen gilt, gilt in erhöhtem Maße von Konsumvereinen.

Was in den Konsumvereinen geboten wird, ist erstens nicht immer die allerbeste Waare und zweitens werden die Waaren ebenso zum Tagespreise verkauft, wie bei den Geschäftsleuten. Wenn uns gesagt wird, daß bei den Konsumvereinen

die gemaßregelten Genossen werden unterkommen können und daß hier alle Forderungen, welche die Sozialdemokraten an ein Geschäftsunternehmen stellen, erfüllt werden, so brauchen wir uns nur die heute bestehenden Konsumvereine anzusehen und wir werden uns sagen müssen, auch der Konsumverein ist nichts anderes als ein gewöhnliches Geschäft, welches auch nur das Geschäftsprinzip, aber nicht die Prinzipien der Sozialdemokratie als Grundlage nehmen kann. Auch dort hört man die Arbeiter klagen. Man könnte auch nicht sagen: Parteigenossen, unterstützet die Konsumvereine, weil Ihr der Partei dadurch eine Einnahmsquelle schafft; denn die Konsumvereine werden nicht in die Lage kommen, an die Partei Geld abzuführen. Die Arbeiter werden in besser situirte und schlechter situirte getheilt; der besser situirte kann im Konsumverein einkaufen, der schlechter situirte wird aber nach wie vor zum Greisler gehen, wo er auf Puff bekommt. Darauf kann sich aber der Konsumverein nicht einlassen, sonst würde ihm sein Lebenslichtlein bald erlöschen.

Wenn auf Belgien hingewiesen wird, wo Geld an die Partei abgeliefert wird, so sagt schon Kautsky in seiner Broschüre, daß in Belgien alle Jene, die Mitglieder von Arbeiterkonsumvereinen werden, das Programm der Arbeiterpartei anerkennen. In Oesterreich geht das nicht; das verbieten uns die Gesetze. Die Mitglieder rechnen nur auf ihre Dividende. In dem Momente, wo Sie von dieser einen Theil nehmen wollten, hätten Sie im Konsumverein einen Sturm — und ob dies unserer Partei zuträglich wäre, ist eine andere Frage. Wenn auch Sie in dem Konsumvereine sitzen würden, würde kein Kreuzer an die Partei abgeliefert werden.

Das Partei-Interesse ist aber auch im Konsumvereine Nebensache. Nun wird gesagt: Ja, im Konsumverein kann man die Frau für die Sozialdemokratie organisiren. Ich sage Ihnen aber, Genossen, daß auch diese Behauptung falsch ist und wegen Verabreichung von Agitationsmitteln kann man doch nicht für Konsumvereine eintreten.

Ich spreche hier aber aus, daß sich die Partei auch nicht mit den Konsumvereinen einlassen und deren Gründung protegiren soll. Ich bin aber trotzdem überzeugt, daß es Ortschaften gibt, wo Konsumvereine ganz gut bestehen können. Es gibt aber auch eine Anzahl von Orten, wo Konsumvereine gegründet wurden, wo eine mächtige Arbeiterbewegung war — und in dem Momente, wo die Konsumvereine zu Grunde gingen, war es auch mit der Organisation aus. (Zustimmung.) Lesen Sie einmal den kurzen ganz sachlichen Artikel, den Schatzmeier in Villach veröffentlicht hat, lassen Sie einmal die Genossen von Voitsberg reden und sie werden Ihnen erzählen, welchen Werth die Konsumvereine für die Partei in agitatorischer Beziehung haben.

Wenn der Parteitag auch keine Ursache hat, gegen die Konsumvereine aufzutreten, so hat er auch keine Ursache, die Gründung derselben zu unterstützen. Ich konstatire ausdrücklich, daß von Parteiwegen bisher ein solcher Verein weder gegründet noch bekämpft wurde. Wir haben die Pflicht zu sagen, daß, selbst wo die Vorbedingungen geschaffen sind, wo eine große Anzahl kauffähiger industrieller Arbeiter vorhanden ist, wo sich das Bedürfniß nach Konsumvereinen erweist, man auch erwägen muß, ob die nothwendigen Mittel da sind, um einen Konsumverein in's Leben zu rufen. Jene Genossen, welche solche Gründungen unternehmen oder propagiren, haben aber auch die Verantwortung allein dafür zu tragen. Die Partei als solche kann damit nicht verknüpft werden, weil der Gründer ein unüberlegter Sozialdemokrat gewesen ist.

Ich wende mich nun den Anträgen selbst zu. Der Antrag 42 der Bezirksorganisation IX verlangt, daß man die städtischen Konsumenten mit den ländlichen Produzenten in Verbindung setzen und hier ein Gegenseitigkeitsverhältniß schaffen soll. Zum Schlusse wird in diese Resolution eine Rosine hineingelegt und gesagt, das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht ist die unerläßliche Vorbedingung zur Erreichung dieses Zieles. Wir haben aber das Eine noch nicht erreicht, geschweige daß wir so weit gehen könnten, die Produzenten mit den Konsumenten in direkte Verbindung zu setzen.

Der Antrag 44 der Organisation Augenthal meint, daß man durch die Konsumvereine die bäuerliche Bevölkerung für die Sozialdemokratie gewinnen könne. Der Arbeiter sowie der Bauer gehen aber dorthin einkaufen, wo es am

billigsten ist; sie lassen den Konsumverein Konsumverein sein, wenn es dort theuerer ist als beim Kaufmann.

Der Antrag der Bezirksorganisation Knittelfeld (43) ist der einzige, welcher verlangt, daß die Partei sich mit der Gründung von Konsumvereinen enger verknüpfen soll, aber auch nur mit der Vorbedingung, „wo die Verhältnisse günstig sind". Diesen Antrag müssen wir aus dem von mir bereits angeführten Grunde ablehnen.

Die Bezirksorganisation VIII hat einen Antrag (Nr. 45) gestellt, mit dem ich zum Theil einverstanden wäre, wenn ich nicht eine eigene Resolution vorbereitet hätte. Unter 2. wird hier von einer bestimmten Mitgliederzahl gesprochen, bei der ein Konsumverein erst gegründet werden kann. Das kann man wohl nicht annehmen.

Die Bezirksorganisation XI nimmt in ihrem Antrage 46 darauf Rücksicht, daß es Leute gibt, die nicht baar bezahlen können, und wünscht daher, daß das Kreditwesen geregelt werden soll, indem die Dividenden zurückbehalten werden, so daß man auch beim Konsumverein schuldig bleiben kann. Ich meine, daß auch dieser Antrag im Interesse der Konsumvereine abzulehnen ist.

Die Bezirksorganisation III spricht in ihrem Antrage 47 eine Ansicht aus, die sich mit der meinigen deckt; sie meint, daß die Gründung von Konsumgenossenschaften und Produktivassoziationen dem Ermessen der lokalorganisirten Genossen überlassen werden soll.

Die Genossen von Haindorf und Friedland (Antrag 48) sprechen sich dafür aus, daß Konsumgenossenschaften nur anzuempfehlen sind, wenn sie unseren Parteiprinzipien entsprechend geleitet werden, und die Bezirksorganisation Aussee (49) ist dafür, daß Konsumvereine und Produktivgenossenschaften als Privatsache erklärt werden.

Der Vertreter der Handelsgruppe stellte folgenden Antrag:

„Falls der Parteitag es nicht grundsätzlich verwirft, zur Frage der Konsumgenossenschaften Stellung zu nehmen, oder für den Fall der Parteitag nicht strikte von der Errichtung von Konsumgenossenschaften abrathen sollte, stellen wir den Antrag, in die vom Parteitage zu beschließende Resolution folgende Sätze aufzunehmen:

Wenn die Arbeiter-Konsumvereine ihrem Zwecke entsprechen sollen, haben sie in erster Linie darauf zu achten, daß ihren Angestellten die möglichst günstigsten Arbeitsbedingungen gewährt werden, insbesondere hinsichtlich Arbeitszeit, Sonntagsruhe, Entlohnung und Kündigung. Es wird empfohlen, diese Bedingungen auf einer Konferenz der Konsumvereine, der Vertreter der Organisationen der Konsumvereinsbediensteten und der Gewerkschaftskommission beizuziehen sind, festzusetzen."

Dieser Antrag ist eigentlich selbstverständlich. Wenn die Genossenschaften sich in den Händen von Parteigenossen befinden, werden sie gewiß gewähren, was möglich ist. Ob aber die Genossen damit auch zufrieden sein werden, ist eine andere Frage.

Gen. Blahusch stellt folgenden Antrag:

„Der Parteitag beschließt: Die parlamentarische Fraktion ist zu beauftragen, im Falle einer Besteuerung der Konsumvereine eine solche Vorlage auf das Entschiedenste zu bekämpfen."

Dieser Antrag wäre einfach dem Verbande zuzuweisen.

Gen. Dittrich hat folgende Resolution vorgelegt:

„In Anbetracht der Thatsache, daß die Arbeiter-Konsumvereine und Produktivgenossenschaften seit jüngster Zeit, von der Ueberzeugung ausgehend, daß dieselben bei entsprechender Organisation und unter praktischer Leitung zielbewußter Parteigenossen für die Arbeiterschaft, sowie für die Partei nicht zu unterschätzende Vortheile bieten können, wieder eifrig diskutirt werden;

in Erwägung, daß diese Frage einer gründlichen Untersuchung bedarf, um bis dahin ein möglichst einheitliches Vorgehen der Genossen auf diesem Gebiete zu ermöglichen und eventuelle Experimente zu verhindern, beschließt der Parteitag:

Es sei eine fünfgliedrige Kommission zu wählen, welche sich mit dieser Frage zu beschäftigen, dem nächsten Parteitag zu berichten und Vorschläge zur Lösung dieser Frage zu machen hat.

Um der Kommission die diesbezüglichen Arbeiten zu erleichtern und die ihr gestellte Aufgabe in befriedigender Weise lösen zu können, erklären sich die Parteigenossen bereit, der Kommission ihre Erfahrungen auf diesem Gebiete zu übermitteln, um das so erlangte Material zur öffentlichen und aufklärenden Diskussion stellen zu können.

Gleichzeitig fällt der Kommission die Aufgabe zu, bei eventuellen Neugründungen von Konsumvereinen und Produktivgenossenschaften seitens der Parteigenossen nach Möglichkeit einzugreifen."

Die Annahme dieser Resolution würde nur eine Verschleppung der Sache bedeuten. Prinzipiell läßt sich an dem von mir Ausgeführten nichts drehen und nichts deuteln. Wenn die Kommission auch statistisches Material zusammenbringt, daß dort und dort Konsumvereine bestehen, so ist damit noch nicht gesagt, daß man die Konsumvereine und Produktivassoziationen als Parteisache erklären soll. Ich habe schon anfangs gesagt, daß weder die Konsumgenossenschaften noch die Produktivassoziationen etwas spezifisch Sozialdemokratisches sind, sondern ein Eingreifen eine Konservirung des Kleingewerbes von Parteiwegen wäre. Ich sage Ihnen, daß es Konsumgenossenschaften in Oesterreich gibt, die von Parteigenossen geleitet werden, wo aber die Parteigenossen Handlungen unterworfen sind, die ihrem parteigenössischem Gefühle geradezu widerstreben. Der Referent führt ein eklatantes Beispiel aus Schlesien an, wo man in einer Produktivgenossenschaft der Buchdrucker, die in sozialdemokratischen Händen ist, einen hervorragenden Parteigenossen opfern wollte, weil die Bourgeoisie, die mit zur Kundschaft gehört, dort erklärte: „Der Mann muß hinaus oder es werden keine Bestellungen mehr gemacht."

Ich schlage Ihnen nun, um die Stellung der Partei zu dieser Frage zu präzisiren, folgende kurz, aber präzis abgefaßte Resolution vor, die schon dem Prager Parteitag vorlag:

Resolution.

„In Erwägung, daß die Wirthschaftsgenossenschaften nicht geeignet sind, die wirthschaftliche Lage des Proletariats zu heben, lehnt es der Parteitag ab, den Parteigenossen die Gründung von derartigen Wirthschaftsgenossenschaften zu empfehlen. Mit Rücksicht auf die in einzelnen kleinen Städten, in denen sich die Mitglieder der Wirthschaftsgenossenschaften aus Lohnarbeitern rekrutirten, gemachten Erfahrungen, überläßt es der Parteitag den Genossen der einzelnen Bezirke, nach genauer Prüfung der lokalen Verhältnisse, sowie der verfügbaren Kräfte und Mittel zur Frage der Wirthschaftsgenossenschaften Stellung zu nehmen."

Dieser Antrag ist zwar etwas schärfer als jener, den ich gemeinsam mit Gen. Dr. Ingwer dem vorjährigen Parteitage vorgelegt habe. Gen. Hausmann wünscht, daß in Bezug auf Konsumgenossenschaften nichts Anderes ausgesprochen werden soll, als was das Organisationsstatut sagt, daß die Partei mit den Konsum- und Produktivgenossenschaften nichts zu thun habe. Die Genossen Gleinsler und Prähauser geben eine Erklärung in meinem Sinne ab.

Ich möchte Sie bitten, Genossen, die Sache endlich nach außen zur Ruhe zu bringen und den Parteigenossen zu sagen, wie die Partei zur Sache steht. Ich möchte Sie bitten, sich klar dahin auszusprechen, daß die Partei mit dem Schicksal der Konsumvereine nicht verknüpft werden darf! (Beifall).

Gen. Brod stellt folgenden Antrag im Namen der Organisation von Lipnik:

„Die Parteileitung möge dahin wirken, daß überall dort, wo die Verhältnisse es gestatten, Konsumvereine gegründet werden. Der Konsumverein ist das einzige Mittel, die Arbeiterkonsumenten vor übermäßiger Ausbeutung zu schützen.

Gen. Prause (Krems), der abreisen mußte, bittet folgende Erklärung zu Protokoll zu nehmen:

„Bei Gründung von Konsumvereinen ist sehr vorsichtig vorzugehen, da bei unüberlegter Gründung der Organisation mehr Schaden als Nutzen zugefügt wird. Es ist erstens genau zu erwägen, ob eine genügende klassenbewußte Bevölkerung im Orte oder Bezirke ansässig ist und sich auch in besserer materieller Lage befindet; zweitens ob eine sachverständige Leitung vorhanden ist, und drittens muß eine Mitgliederzahl von mindestens 150 Personen gesichert sein, welche noch vor der Eröffnung des Geschäftes

den Geschäftsantheil per fl. 10 volleingezahlt haben müssen, damit ein Kapital von fl. 1500 vorhanden ist. Auch müssen die Mitglieder vorher über den Zweck des Vereines unterrichtet werden. Wo obige unausweichlichen Vorbedingungen vorhanden sind, kann die Gründung von Konsumvereinen empfohlen werden. Wo dies nicht der Fall ist, soll entschieden davor gewarnt werden. Die Partei als solche kann sich mit den Konsumvereinen vorläufig nicht befassen und muß dies den Genossen in den verschiedenen Orten selbst überlassen bleiben." Prause, Krems.

Ferner wird folgende Erklärung überreicht:

„Auf den Punkt der Tagesordnung „Konsumgenossenschaften" Bezug nehmend, haben wir Folgendes zu erklären: Wir stehen diesen Gründungen vollständig theilnahmslos gegenüber, ja wir glauben, daß dort, wo ein solches Unternehmen nicht florirt, der Organisation dadurch, und zwar oft, großer Schaden zugefügt wird. Ohne auf nähere Begründung einzugehen, glauben wir behaupten zu dürfen, daß selbst dort, wo ein solches Unternehmen gedeiht, für die wirthschaftliche Besserstellung der Arbeiter kein wirklicher nennenswerther Fortschritt erzielt werden kann. Wir glauben daher den Parteitag ersuchen zu dürfen, derselbe wolle erklären: daß diese Unternehmungen vom Parteitag als Lokalhilfsmittel anerkannt und der Gründung von Seite der Partei kein Hinderniß in den Weg gelegt wird, jedoch haben dieselben auch nicht darauf zu rechnen, von Seite der Partei unterstützt oder als Parteiunternehmen anerkannt zu werden.

Für die tirolisch-vorarlbergischen Genossen:
Josef Gleinsler, Innsbruck.

Für die Kreisorganisation Salzburg:
Jacob Prähauser.

Der Antrag, die Redezeit auf 5 Minuten abzukürzen, wird mit 34 gegen 31 Stimmen abgelehnt.

Gen. Dr. Adler spricht seine Befriedigung darüber aus, daß dieser Antrag abgelehnt wurde, und macht die Genossen darauf aufmerksam, daß sich schon jetzt die Freunde und andererseits die Gegner der Konsumvereine über je einen Generalredner verständigen mögen.

Der Vorsitzende theilt mit, daß bereits 43 Redner eingezeichnet sind.

Gen. Nitsche beantragt Schluß der Rednerliste, was angenommen wird. Ein Antrag, daß nur die Antragsteller zum Worte gelangen sollen, wird abgelehnt.

Gen. Kokinek (Mödling) bemerkt, über die Produktivgenossenschaften nicht sprechen zu wollen, da ihm diesbezüglich keine Erfahrungen zu Gebote stehen. Was die Konsumvereine betrifft, so habe der Referent nur die Schattenseiten derselben hervorgehoben. Der Gegenstand werde so lange nicht von der Tagesordnung der Parteitage verschwinden, bis er erledigt sei. Es sei Aufgabe der Genossen, den Leuten mit Rathschlägen an die Hand zu gehen, wie sie bei der Gründung von Konsumvereinen vorgehen sollen, damit der Partei kein Schaden daraus erwachse. Wenn die Konsumvereine von zielbewußten Leuten geleitet werden, so können sie der Partei sehr nützen, indem sie in Streiks eingreifen u. s. w. (Gen. Reumann: Thatsachen anführen!) Bei dem Streik der Ziegelarbeiter sei dies geschehen. Gerade durch die Konsumvereine seien die Gegner am schwersten zu treffen, die uns jahraus jahrein beschimpfen und verhöhnen. Durch die Annahme der von ihm und Gen. Dittrich gemeinsam gestellten Resolution werde beiden Theilen Rechnung getragen, weshalb er deren Annahme auf das Wärmste empfehle.

Gen Dittrich (Wien): Gestatten Sie mir, daß ich mich hauptsächlich mit den Produktivgenossenschaften befasse, wie dies auch der Referent gethan hat. Er hat angeführt, daß die Produktivgenossenschaften unter den gegebenen Verhältnissen nicht im Stande seien, die gemaßregelten Genossen aufzunehmen. Wer dies behauptet, kennt die Verhältnisse schlecht. Man darf die von Bürgern und die von Arbeitern gegründeten Genossenschaften nicht in einen Topf werfen. Ich bin überzeugt, daß die letzteren in dieser Richtung ihrer Pflicht vollständig nachgekommen sind, und wenn sie es nicht thun, dann gebe ich zu, daß sie keine Existenzberechtigung haben. Wenn der Referent weiters behauptet, daß die Produktivgenossenschaften unter den gegenwärtigen Produktions- und Wirthschaftsverhältnissen nicht im Stande seien, etwas Anderes zu leisten als die gewöhnlichen Kleinbetriebe, so

ist das nicht richtig. Im Anfange hat allerdings eine Arbeiterproduktivgenossenschaft, insbesondere wenn sie nicht blos auf das Geschäft sieht, mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen. Auch der Behauptung des Referenten muß ich widersprechen, daß, wenn sich die Produktivgenossenschaften dazu emporschwingen wollten, sich zu großindustriellen Betrieben zu entwickeln, dies auf keine andere Weise ginge, als indem sie die Arbeiter auswuchern.

Ich kann da ohne Ueberhebung unsere Produktivgenossenschaft der Schuhmacher anführen, von der man gewiß nicht behaupten kann, daß die Leute ausgewuchert worden sind. Wir haben es in drei Jahren von drei Arbeitern auf 40 gebracht. Ich bin überzeugt, wenn die Genossen nicht prinzipiell gegen die Produktivgenossenschaften auftreten würden, so wäre es möglich, selbst unter den heutigen Verhältnissen Produktivgenossenschaften zu entwickeln, die — allerdings nur in gewissen Gewerben — mit der Großindustrie konkurriren können. Auf Grund meiner praktischen Erfahrungen habe ich allerdings die Ueberzeugung, daß die Produktivgenossenschaften im Stadium eines Kleinbetriebes keine Existenzberechtigung haben, weil sie unseren Anforderungen nicht entsprechen können.

Der Referent hat insbesondere darauf hingewiesen, daß der Einwand nicht stichhältig sei, daß durch die Produktivgenossenschaften unabhängige Leute geschaffen und unserer Partei Kräfte zugeführt werden, und er hat gesagt, daß die Partei nicht darauf warten könne, bis ihr von den Produktivgenossenschaften Kräfte zugeführt werden. Nun, wenn dies auch heute nicht der Fall ist, so kann ja vielleicht die Zeit kommen, wo es der Partei nicht unangenehm sein wird, daß ihr auch von den Produktivgenossenschaften Kräfte zukommen. Ich behaupte, daß es heute schon Produktivgenossenschaften und Konsumvereine gibt, die geradezu das Rückgrat dieser oder jener Branchenorganisation bilden. Ich verweise Sie da auf die Produktivgenossenschaft der Bäcker, die sonst keinen Obmann erhalten können, weil er, sobald er sechs Wochen aus der Arbeit ist, seines Mandates verlustig erklärt wird. Sie wissen aber, daß die Unternehmer stets in erster Linie den Gehilfenobmann maßregeln.

Es ist uns durchaus nicht eingefallen, von der Partei zu verlangen, daß sie die Konsum- und Produktivgenossenschaften zur Parteisache mache, sondern wir sagen nur, die Partei und insbesondere die Parteigenossen mögen eine objektive Stellung einnehmen. Wir haben aber die Erfahrung gemacht, daß die Parteigenossen, und insbesondere jene mit gut klingenden Namen, den Produktiv- und Konsumgenossenschaften jederzeit „ein Klampferl" angehängt haben. Ich empfehle Ihnen meine Resolution zur Annahme. (Beifall.)

Gen. Schuster (Linz) führt aus, er schwärme zwar nicht für die Konsumvereine, allein er sei der Ansicht, daß dieselben geeignet seien, die wirthschaftliche Lage der Arbeiter zu verbessern. Wenn die Befürchtung ausgesprochen werde, daß durch die Konsumvereine agitatorische Kräfte lahmgelegt werden, so verweise er auf die Krankenkassen, wo es viele Leute gebe, die für die Partei außerordentlich thätig sind. (Widerspruch.) Gerade mit Hilfe eines Konsumvereines, der von Bauern gegründet und heute noch von denselben geleitet wird, sei es in Goisern möglich gewesen, dort auch organisatorisch wirken zu können, und wurde dort thatsächlich eine Organisation geschaffen.

In Linz sind wir gleichfalls im Begriffe, einen Konsumverein zu gründen. Im Statut ist ein Passus enthalten und auch bereits genehmigt, daß auf Beschluß der Generalversammlung auf die Dividende verzichtet werden kann zu Gunsten der Partei oder allfälliger Unterstützungen. Es ist daher nothwendig, die vorliegenden Anträge zu akzeptiren. Wir wollen nicht etwa unter der Patronanz der Partei stehen, sondern wir begehren nur, daß uns die Partei und ihre Presse nicht in jeder Weise entgegentritt. Es soll uns in der Presse eine Rubrik eingeräumt werden, damit die Sache besprochen und die Verhältnisse geklärt werden.

Gen. Winarsky (Wien, III) ist der Ansicht, der heutige Parteitag müsse sich umsomehr mit der Angelegenheit beschäftigen, da der vergangene den Beschluß gefaßt hat, diesbezüglich eine vollkommen ablehnende Haltung einzunehmen. Dadurch wurde unter den Genossen Unklarheit hervorgerufen, indem viele Genossen meinen, es sei mit der Parteiangehörigkeit unvereinbar, Mitglied eines Konsumvereines zu sein. Den Antrag des Gen. Schuhmeier könne man schon aus dem

Grunde nicht annehmen, weil es sich nicht darum handelt, ob der Parteitag die Gründung empfiehlt oder nicht, sondern weil es seine Pflicht sei, den Genossen eine möglichst objektive Haltung dieser Frage gegenüber zu ermöglichen.

Es ist richtig, daß Konsumvereine und Produktivassoziationen nicht geeignet sind, die Lage des Proletariats zu bessern und den Befreiungskampf für die Arbeiter zu führen, aber es ist nicht die Möglichkeit ausgeschlossen, durch dieselben Mittel für diesen Kampf herbeizuschaffen. Die Frage der Produktivassoziationen ist übrigens eine andere als die der Konsumgenossenschaften. Was die Konsumgenossenschaften verkaufen, kann jeder Arbeiter brauchen, die Produktivassoziationen können aber viele dieser Dinge gar nicht erzeugen, weil der Arbeiter nicht zu ihren Abnehmern zählt.

Redner bespricht sodann die zu diesem Gegenstande eingelaufenen Anträge, insbesondere den Antrag der Bezirksorganisation Wien, III. Ich glaube, sagt Redner, Konsumvereine und Produktivassoziationen können unter besonderen Umständen Ersprießliches für die Partei leisten. Die Partei kann aber nicht eine Richtschnur feststellen, ob die Genossen sich betheiligen sollen oder nicht. Ueberlassen wir das den Genossen. Die Resolution Dittrich bitte ich abzulehnen, weil wir in dem Momente, wo wir eine Kommission einsetzen, die sich mit der Sache beschäftigen soll, sagen, daß die Konsumgenossenschaften Parteisache sind. Die Sache wäre nur so zu regeln, daß den Genossen vollkommenste Bewegungsfreiheit gelassen wird, und ich empfehle daher den Antrag der Bezirksorganisation Wien, III.

Gen. Ranziglio (Klosterneuburg) stimmt mit der Behauptung des Gen. Schuhmeier überein, daß in keinem Programm stehe, daß durch die Konsumgenossenschaften die Befreiung des Proletariats bewerkstelligt werden kann. Aber es steht auch in keinem Programme, daß die Schaffung von Produktivassoziationen und Konsumgenossenschaften nicht eine Beihilfe zur Organisirung des Proletariats sein würde. Ich bezweifle, daß durch Produktivassoziationen und Konsumgenossenschaften nichts für die Partei geleistet werden kann; es kommt eben auf die Basis an, auf der sie errichtet werden. Daß diese eine rein sozialdemokratische ist, ist Sache der einzelnen Organisationen. Redner spricht sich gegen die Resolution Schuhmeier's aus und bittet um Annahme der Resolutionen Kokinek (Mödling) und Dittrich.

Gen. Elderſch (Brünn) wünscht, daß der Parteitag den Produktivgenossenschaften gegenüber nicht eine so strikte ablehnende Haltung einnehme, weil man die Gründung von Konsumvereinen nicht verhindern könne und Streitigkeiten diesbezüglich in den Organisationen vermieden werden sollten. Ist der Konsumverein gut organisirt, wird er auch für die Interessen der Arbeiterschaft wirken. Ich stehe nicht auf dem Standpunkt, daß die Partei selbst etwas von den Konsumvereinen haben müsse, sondern wir können zufrieden sein, wenn er seinen Mitgliedern Vortheile bringt. Die Befürchtung des Gen. Schuhmeier, daß durch Gründung von Konsumgenossenschaften ganze Organisationen zerstört würden, kann ich nicht theilen.

Wesentlich erscheint mir aber, auf die Ausbeutung der Angestellten durch die Konsumvereine selbst hinzuweisen. Hier muß Wandel geschaffen werden. Es gibt auch eine große Zahl von Bezirkskrankenkassen, die ihre Angestellten ebenfalls in der schamlosesten Weise ausbeuten. (Zustimmung.) Der Parteitag hat die Pflicht, sich derselben anzunehmen. Schließlich verweist Redner auf den in antisemitischen Händen gelegenen Konsumverein in Brünn, der bereits große Summen seiner Partei zugeführt haben soll.

Gen. Dr. Adler: Die prinzipielle Frage der Konsumvereine in der kurzen Zeit, die wir noch haben, zu erledigen, ist ganz ausgeschlossen. Thatsache ist, daß nicht nur in Oesterreich, sondern auch in England, Belgien, Deutschland und in der Schweiz die Konsumvereine eine immer bedeutendere Rolle spielen. Zu dieser Thatsache müssen wir Stellung nehmen. Die Frage ist eine zweifache. Sind die Konsumvereine und Produktivassoziationen nutzlos? Diese Frage haben alle Parteigenossen, selbst diejenigen, die hier als Gegner aufgetreten sind, auch die Theoretiker unserer Partei bejaht. Sie haben aber auch gesagt, daß sie schädlich sein können. Es handelt sich nicht darum, ob wir sie zulassen sollen, sondern, welche Einrichtungen zu treffen sind, um sie nützlich zu machen. Sie müssen mit

der allergrößten Vorsicht gegründet werden. Der Hauptschaden der Konsumvereine und Produktivassoziationen für unsere Partei besteht darin, daß wir wohl in unserer Partei eine Reihe vernünftiger und tüchtiger Leute haben, daß aber geschulte Kräfte bei uns dünn gesäet sind. Ich stehe nicht nur in der politischen Bewegung, sondern ich bin auch mit den geschäftlichen Verhältnissen unserer Unternehmungen vertraut, ich weiß daher, daß wir solche Kräfte in unserer Partei nur vereinzelt haben. Wenn behauptet wird, daß unsere Partei Talente genug umfasse, so genügt das noch nicht, denn wie man einem zum Malen talentirten Proletarier nicht sagen kann: „Setze Dich zur Staffelei und male!“ muß man diese Leute auch erst schulen. Ich fürchte, daß durch die Konsumvereine und Produktivassoziationen die tüchtigen Kräfte für die Agitation entzogen werden, wenn man diese Institutionen zu rasch gründet. Die Hoffnungen, welche man aber auf sie setzt, können sich nicht erfüllen, am allerwenigsten aber können wir bei der heutigen Lage und bei dem Gesetze, das wir jetzt haben, Konsumvereine und Produktivassoziationen als ein Element in unsere Parteiorganisation aufnehmen.

Aus diesem Grunde stimmen auch alle Vergleiche mit Belgien und den anderen Staaten nicht. Schaffen Sie uns ein belgisches Gesetz und die großen Fabriksorte, die dort sind, dann könnte es möglich sein, heute aber geht es nicht an.

Der Antrag der Bezirksorganisation IX enthält einen wichtigen Programmpunkt für eine sozialistische Kommunalverwaltung. Ein ganz ähnlicher Antrag wurde von Gen. Lafargue seinerzeit in der französischen Kammer eingebracht. Ich empfehle Ihnen diesen Antrag anzunehmen, ihn aber nicht als Lösung der Konsumvereinsfrage anzusehen.

Wir dürfen also nicht gegen die Konsumvereine sein, aber dem Gründungseifer gegenüber als Hemmungsapparat auftreten, wie das Gehirn in jedem Organismus Hemmungsapparat ist. Es soll nichts überstürzt, und die Partei soll vor Schaden bewahrt werden.

Zum Antrage Dittrich meine ich, Sie können ja studiren, ohne daß eine solche Studienkommission eingesetzt wird. Warum sollen wir einen Aufsichtsrath über die Konsumvereine errichten und dadurch eine Mitverantwortung übernehmen für Alles, was geschieht? Das werden wir sein bleiben lassen. Hingegen ist es sehr nothwendig, die Konsumvereine endlich von dem liberalen Zentralverbande der Konsumvereine und dem Protektorate des Herrn Wrabetz loszureißen:

Ich stelle folgenden Antrag:

„Der Parteitag anerkennt, daß Wirthschaftsgenossenschaften unter ganz besonderen, genau zu erwägenden Umständen dem Proletariate nützlich sein können; er lehnt es jedoch unter den heute vorwaltenden Verhältnissen ab, die Wirthschaftsgenossenschaften als ein Element der Parteiorganisation aufzunehmen; er empfiehlt den Genossen die allergrößte Vorsicht bei der Gründung von Konsumvereinen und insbesondere von Produktivgenossenschaften, welche letztere nur dann errichtet werden sollten, wenn durch große Konsumvereine ihr Absatzgebiet im Vorhinein gesichert ist; die Partei weder als Ganzes noch irgend eine lokale Organisation kann jedoch in keiner Weise eine Verantwortung für die Gründung und Führung der Wirthschaftsgenossenschaften übernehmen; die wünschenswerthe und durchaus nöthige weitere Erörterung dieser Frage wird den Genossen überlassen, die sich für diese wichtige Sache näher interessiren.“

Gen. Barta (Wien): Die Konsumvereine müssen sich auf einer anderen Basis aufbauen, sie müssen sich in gewissem Sinne mit dem sozialdemokratischen Programm einverstanden erklären und es auch durchführen. Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse sind daselbst sehr schlechte, und das wird der ganzen Partei in die Schuhe geschoben. Eine Aufnahme der gemaßregelten Genossen daselbst findet nicht statt. Da herrscht nur die Dividendenjagd, die Bediensteten aber werden dabei geschunden. Die Arbeitszeit in den Konsumvereinen in Wien ist zwischen 10 und 18 Stunden. Während dieser enormen Arbeitszeit hat aber ein Verkäufer dieselbe Arbeitsleistung, die in einem Privatunternehmen 3 bis 4 Bedienstete haben. Der Lohn beträgt fl. 10 bis 15 pro Woche. Dabei muß der Mann vor Antritt des Postens eine Kaution von fl. 200 bis 500 leisten und auch für die Ehrlichkeit seiner Mitarbeiter haften.

Bezüglich der Sonntagsruhe erwähnt Redner, daß es mit dieser in Konsumvereinen schlechter gestellt sei als in Privatgeschäften.

Die Aufnahme von organisirten Genossen wird nicht gehandhabt; man hat sich vielmehr sogar an den Axmann-Verein gewendet, weil sich diese Leute besser ausbeuten lassen.

Er empfiehlt den Antrag der Handelsgruppe.

Gen. Hoffmann (Siebenhirten) beantragt die Wahl von Generalrednern, denen 20 Minuten Redezeit zu gewähren sei. — Wird angenommen.

Eingetragen sind noch die Genossen: Köhler, Gablonz; Lichtenecker, St. Pölten; Simon Stark, Falkenau; Petrich, Muggia; Brod, Lipnik; Dobiasch, Aussig; Merz Josef, Markersdorf; Chwala, Wien; Schiller, Reichenberg; Hausmann, Neudorf; Seliger, Teplitz; Pongratz, Graz; Neumann, Wien; Dr. Cech, Brünn; Nemec, Wien; Wesseln, Wien; Schustaczek, Wien; Hoffmann, Inzersdorf; Hirsch, Atzgersdorf; Cobal, Sagor; Fischer, Schwechat; Valka, Neutitschein; Schrammel, Skaret, Wien; Cingr; Blaschek, Wien; Behr Anton, Saaz; Bruck, Hohenstein; Seifert, Neustadtl; Palka, Wr.-Neustadt; Bartel, Teplitz; Nitsche, Wien; Beer, Wien.

Es wurden noch folgende Anträge, beziehungsweise Resolutionen überreicht:

Antrag Petrich:

„In Anbetracht der Thatsache, daß in gewissen Kronländern die Gründung von Produktivgenossenschaften unabweislich nothwendig ist, beantragt Unterzeichneter, daß die parlamentarische Fraktion dahinwirke, die Regierung habe die Produktivassoziationen zu begünstigen und dadurch zu unterstützen, daß sie ihnen bei Vergebung von ärarischen Arbeiten den Vorzug gibt."

Antrag Behr (Saaz):

„In Erwägung, daß gegenwärtig eine wirthschaftliche Strömung vorhanden ist, welche die Arbeiter zur Gründung von, beziehungsweise Beitritt zu Konsumvereinen veranlaßt, und es taktisch nicht klug ist, den Gegnern dieses Mittel, die Arbeiter an sich zu fesseln, zu überlassen, spricht sich der Parteitag dahin aus, daß, wo die Gründung von Konsumvereinen nicht umgangen werden kann, beziehungsweise wo bereits solche Vereine bestehen, die Parteigenossen die Leitung in die Hand zu nehmen suchen sollen."

Antrag Adler-Neumann:

„Die Genossen an Orten, wo Produktivgenossenschaften und Konsumvereine bestehen, haben dafür zu sorgen, daß die Angestellten entsprechend entlohnt, die Arbeitszeit derselben verkürzt und volle Sonntagsruhe gewährt werde."

Antrag Köhler (Gablonz):

„Nach den Erfahrungen, welche wir in Nordböhmen mit den Konsumvereinen gemacht haben, finden wir es nicht zweckmäßig, selbe zu Parteizwecken zu gründen, sondern stellen den Antrag, daß der Parteitag keine Beschlüsse, welche bindend wären, annimmt, sondern es vielmehr den Genossen jeder Ortschaft überläßt, was sie in der Sache thun wollen."

Der Vorsitzende gibt bekannt, daß zu Generalrednern pro Genosse Chwala, contra Gen. Neumann gewählt wurden.

Gen. Chwala (Wien, Generalredner pro): Parteigenossen! Die noch eingetragenen Redner, die sich für die Konsumvereine aussprechen wollten, haben mich beauftragt, gegen die Resolution Schuhmeier und für die Resolution Adler einzutreten. Die Begründung, die der Referent seinem Antrage gegeben hat, zeigt, daß der Referent nicht ganz auf der Höhe der Situation gestanden ist. Der Referent sagt, es sei nicht am Platze, daß die Konsumvereine kein Fleisch verkaufen. Wenn wir aber die Verwaltung in unseren Händen hätten, könnten wir das ebenso einführen, wie es in Deutschland und Belgien der Fall ist. Es ist auch nicht richtig, daß wir uns um die Konsumvereine nicht kümmern sollen, weil sie nicht die Prinzipien der Sozialdemokratie darstellen. Wenn wir einmal die Leitung der Konsumvereine werden in die Hand bekommen haben, können wir uns auf diesen Standpunkt stellen. Wir dürfen es aber nicht zulassen, daß die Konsumvereine, die ihre Mitgliedschaft ausschließlich unter den Arbeitern haben, der Tummelplatz der

Liberalen sind. Die Antisemiten treten gemeinsam mit den Liberalen gegen die Sozialisten in den Konsumvereinen auf. Unsere Kollegen wissen viel besser als wir, daß es für sie von großem Nutzen ist, wenn sie Organisationen, die auf wirthschaftlicher Basis beruhen, in ihre Hand bekommen. Wenn wir sagen, wir sind für diese Organisationen nicht, weil sie nicht auf sozialdemokratischer Grundlage beruhen, so hätten wir auch im Jahre 1889 sagen müssen: Wir kümmern uns nicht um die Krankenkassen, weil das auch ein Ding ist, mit dem wir die soziale Frage nicht werden lösen können. Heute müssen wir mit schweren Opfern um das kämpfen, was wir damals leicht hätten haben können.

Wenn zuerst die belgischen Gesetze für die Konsumgenossenschaften verlangt werden, ja, dann hätte man auch nicht das jetzige Wahlrecht annehmen, sondern das belgische verlangen sollen. Es kommt nicht auf die Gesetze an, sondern darauf, ob die Arbeiter erkennen, daß die Konsumvereine eine praktische Bedeutung für sie haben, was erst dann der Fall sein wird, wenn sich die Partei mit der Angelegenheit beschäftigt.

Wir sind überzeugt, daß auch auf dem nächsten Parteitage über diese Frage gesprochen werden wird. Meiner Ansicht nach ist der Antrag Dittrich weitergehend. Für den Fall der Annahme dieses Antrages würde ich beantragen:

„Bis zur Durchführung des Antrages Dittrich übernimmt der Parteitag für Aktionen der Genossen auf dem Gebiete der Konsum- und Produktivgenossenschaften keine Verantwortung."

Gen. Dr. Adler geht der Sache hübsch aus dem Wege. Er sagt, wir müssen damit rechnen, daß Tausende von Arbeitern Mitglieder von Konsumgenossenschaften und Produktivgenossenschaften sind, denen müssen wir Rechnung tragen und zur Frage Stellung nehmen. Aber es wäre gefährlich, wenn wir uns als Partei in die Sache einlassen. Er meint, jenen Personen, die ein Interesse daran haben, ist es ja nicht verwehrt, die Frage zu studiren. Solche Personen werden sich aber bei uns nicht finden.

Nun bin ich von meinen Mandataren beauftragt, dennoch für den Antrag des Genossen Dr. Adler einzutreten. Ich thue es in der Erwartung, daß wir im nächsten Jahre über die Sache nochmals sprechen werden. Wir sind nun der Meinung, daß sich die Genossen für die Konsum- und Produktivgenossenschaften interessiren sollten. Es gibt thatsächlich Orte, wo sich eine politische Organisation erst ergeben hat, nachdem sich vorher dort eine Konsumgenossenschaft gebildet hatte. Dasselbe Bild zeigt sich uns bei den Krankenkassen. Sie wissen, daß das Krankenkassenversicherungsgesetz wesentlich dazu beigetragen hat, unsere Partei zu stärken, (Sehr richtig!) als unsere Genossen darangingen, sich der Krankenkassen zu bemächtigen. Wären wir auf unserem früheren Standpunkte stehen geblieben, sie zu negiren, so wären wir nicht so weit gekommen. Wir sehen auch, daß unsere Gegner sich alle Mühe geben, die Krankenkassen an sich zu reißen und daß sie bestrebt sind, mit den brutalsten Mitteln die Konsumgenossenschaften, deren Verwaltung wir als Mitglieder derselben für uns in Anspruch zu nehmen das Recht zu haben glauben, in ihren Händen zu behalten. Viele Versammlungen haben uns das gezeigt, daß unsere Gegner sie mit aller Gewalt annektiren wollen und da sollen wir ruhig zusehen, weil wir uns in der Frage momentan noch nicht zurechtfinden können? Das ist ein Standpunkt, auf den wir uns absolut nicht stellen dürfen, wir müssen sagen: ja oder nein.

Gen. Reumann (Generalredner contra): Genossen! Gen. Chwala hat als ein Argument, daß wir für die Konsumgenossenschaften eintreten müssen, hervorgehoben, daß wir auch für die Krankenversicherung eingetreten sind. Wir müssen daher auch trachten, die Leitung der Konsumvereine in die Hände zu bekommen. Ich erinnere daran, daß es in der von Gen. Schuhmeier vorgeschlagenen Resolution heißt: „In Erwägung, daß die Wirthschaftsgenossenschaften nicht geeignet sind, die wirthschaftliche Lage des Proletariats zu heben, lehnt es der Parteitag ab, den Parteigenossen die Gründung von derartigen Wirthschaftsgenossenschaften zu empfehlen." Es ist also ein sehr scharfer Unterschied zwischen den Krankenkassen und den Produktivgenossenschaften zu machen. Während wir die weitgehendste Krankenversicherung verlangen, weil wir dieselbe als ein Mittel zur Hebung der wirthschaftlichen Lage der Arbeiter betrachten, erblicken wir in dem Konsumverein

nicht ein solches Mittel. Diesen Unterschied hat Gen. Chwala vollständig übersehen.

Gen. Dittrich und eine Reihe anderer Genossen haben als das stärkste Argument angeführt, daß es sich um die Aufnahme von gemaßregelten Genossen in diesem Vereine handle. Da muß ich sagen, daß in erster Linie die Frage erörtert werden muß, ob es für die Partei nützlich und zweckdienlich ist, daß wir eine Menge von Stellen zu vergeben haben. Ich behaupte, daß es für die Partei sehr schädlich geworden ist, daß wir so viele Stellen zu vergeben haben. Ich erinnere Sie an die Zeiten, wo es uns noch nicht möglich war, die gemaßregelten Genossen unterzubringen. Damals hat in der Bewegung ein viel idealerer Zug geherrscht als heute. Die Stellen, die wir nothwendigerweise besetzen müssen, geben vielfachen Anlaß zur Unzufriedenheit und führen uns Elemente zu, die nicht der Prinzipien wegen zur Partei kommen (Sehr richtig!), sondern deshalb, um innerhalb der Partei sich eine Stellung zu verschaffen. Mir scheint also der Kernpunkt der Frage nicht darin zu liegen, daß wir der Gemaßregelten willen uns der Produktiv- und Konsumgenossenschaften annehmen müssen.

Weiters führt Gen. Dittrich die Leistungsfähigkeit der Produktivgenossenschaften an. Ich erinnere Sie daran, wie oft die Produktivgenossenschaften in die Lage kommen, mit ihrer prinzipiellen Haltung in Konflikt zu gerathen, indem sie, damit die Genossenschaft weiter bestehen kann, von einem Ministerium zum anderen laufen müssen, um die Mittel für ihren Fortbestand zu erhalten. Man möge also von der Leistungsfähigkeit der Produktivgenossenschaften nicht so viel reden. Was aber ihre Konkurrenzfähigkeit mit den großen Unternehmungen betrifft, so überschätzt Gen. Dittrich die Produktivgenossenschaften sehr. Von einer solchen Konkurrenzfähigkeit kann keine Rede sein, auch dann nicht, wenn der Parteitag sich für die Produktivgenossenschaften erklärt. Ich muß hier, obwohl schon davon gesprochen worden ist, auch mit einigen Worten auf die Lage der Angestellten bei den Konsumvereinen und Produktivgenossenschaften zurückkommen. Unsere Gegner haben diesbezüglich mit Recht gesagt: Wenn ihr für die Verbesserung der Lage der arbeitenden Bevölkerung eintretet, dann verbessert doch zuerst die Lage der in den Konsum- und Produktivgenossenschaften Angestellten, und nach dem, was wir darüber erfahren, haben die Leute Recht, die das sagen.

Die Löhne sind nicht am besten. Dazu muß man bedenken, was von solchen Leuten verlangt wird: sie müssen in der Buchhaltung bewandert sein und den Geldverkehr genau führen, Waarenkenntniß müssen sie auch besitzen. Es werden Hunderttausende umgesetzt, und schließlich verlangt man, damit man zeigen kann, wie wichtig diese Konsumvereine und Produktivgenossenschaften für die Partei sind, daß der Mann auch noch auf Agitation hinausgeht. Das sind Zustände, die uns keinesfalls für diese Genossenschaften begeistern können. Nun wird darauf hingewiesen, daß das die Kinderkrankheiten seien und daß sich die Sache später einmal ändern wird. In unser Agitations- und Organisationswesen schleicht sich etwas ganz Eigenthümliches ein, das bei dieser Gelegenheit besprochen werden muß: das Springen von einem Unternehmen zum anderen. Wir haben, das müssen Sie Alle zugestehen, noch sehr viel in Bezug auf unsere Organisation und insbesondere in Bezug auf die gewerkschaftliche Organisation nachzuholen. (Sehr richtig!) Die Genossen hätten, wenn sie auf diesem Boden wirken wollten, sehr viel Arbeit. Nun sondert sich eine Gruppe ab, die macht diese Arbeit nicht, sondern stürzt sich auf eine andere Arbeit. Sie sagen, in den Wirthschaftsgenossenschaften liegt unsere Kraft, und sie behaupten, es seien von dieser Organisation Mittel für die gewerkschaftliche und auch für die politische Organisation zu erlangen. Auch das ist nicht wahr. Eine ganze Reihe von Produktivgenossenschaften, die ihre Angestellten miserabel entlohnen, weisen nicht mehr als 3, 3½ bis 4 Perzent Dividende aus. Wenn Sie bei diesen Produktivgenossenschaften zuerst darauf dringen, daß die Angestellten besser entlohnt werden, so wird die Dividende um 1 oder ½ Perzent sinken. Sie werden sich wundern, was die Mitglieder dazu sagen würden. Es werden sich da sofort eine Menge Mißvergnügter finden, die aus den Konsumvereinen austreten und zum Kaufmann gehen. Wenn Sie aber gar 1 oder 2 Perzent wegnehmen und der Partei abliefern werden, dann werden Sie sehen, wie weit die Parteizugehörigkeit aller dieser Konsum- und Produktiv-

genossenschaften reicht. Da werden Sie finden, daß alles das, was Sie sich da von der Nutzbarkeit dieser Genossenschaften vormalen, in der That nicht vorhanden ist. Es wurde hier der Konsumverein von Goisern zitirt. Ich muß sagen, ich begreife nicht, warum man derartige vereinzelte Beispiele anführt. Es ist eben den Genossen, die sich mit solchen Konsumvereinen abgeben, nie etwas in den Weg gelegt worden. Die vom Referenten vorgelegte Resolution bezweckt eben, daß die Genossen nicht besonders aufgemuntert werden sollen, sich in solche Experimente einzulassen. In dem Momente, wo der Parteitag die Konsum- und Produktivgenossenschaften befürworten würde, würde er die volle Verantwortung für alle diese Gründungen übernehmen. (Sehr richtig!) Gen. Dittrich schüttelt den Kopf. Heute werden ja schon alle die Fehler, die bei diesen Gründungen gemacht werden, unserer Partei in die Schuhe geschoben, trotzdem wir uns dagegen verwahren, daß dies Gründungen der Partei sind. In Aussig ist durch eine solche Gründung eine ganze Organisation zerstört worden. Die Leute, die Mitglieder dieses Konsumvereines waren, haben gesagt, bei der Sozialdemokratie geht es genau so zu wie bei anderen Unternehmungen. Gen. Dobiasch wird mir Recht geben, wenn ich sage, daß es ein gewaltiges Stück Arbeit gekostet hat, bis die Organisation wieder hergestellt wurde. Ich bitte Sie daher, vor Allem die Resolution Schuhmeier anzunehmen. Wir können nicht scharf genug unsere Haltung gegenüber den Produktivgenossenschaften und Konsumvereinen präzisiren. Was den Antrag des Gen. Dittrich betrifft, so halte ich es für ganz überflüssig, daß eine fünfgliedrige Kommission gewählt werde, um die Frage zu erwägen. Wir erwägen seit dem letzten Parteitag in Einem fort und sind zu dem Resultat gekommen, daß der Parteitag die Konsumvereine und Produktivgenossenschaften nicht zu empfehlen habe. Ich empfehle Ihnen daher die Ablehnung des Antrages Dittrich, ebenso aber auch die Ablehnung des Antrages Adler. Gen. Adler hat die Gewohnheit, in so schwierigen Dingen mitten durchzuschwimmen. Dies drückt sich auch in seinem Antrage aus. Mit dieser Politik muß aber gebrochen werden. (Zustimmung.) Ich muß sagen, daß diese Politik nicht immer zum Nutzen der Partei ausgeschlagen hat. Diejenigen unter uns, die mit den Genossen mehr in Fühlung sind, mehr Kleinarbeit zu verrichten haben, wissen, wie verhängnißvoll diese Politik für uns oft geworden ist.

Was den Antrag des IX. Bezirkes betrifft, von welchem Gen. Dr. Adler gemeint hat, daß er ein programmatischer ist, so muß ich auch die Ablehnung dieses Antrages befürworten. Wenn Sie diesen Antrag annehmen, so wäre die Haltung der Partei gegenüber den Konsumvereinen und Produktivgenossenschaften eine verschwommene. Ich bin also auch gegen diesen, sowie gegen alle ähnlichen Anträge. Gen. Chwala hat gemeint, der Referent und mithin Alle, die denselben Standpunkt einnehmen, stehen nicht auf der Höhe der Situation. Nach den Erfahrungen, die wir bei den Konsumvereinen gemacht haben, die von Genossen geleitet sind, muß ich sagen, daß es verhängnißvoll wäre, wenn wir an den verschiedenen Orten unsere Genossen in den Konsumvereinen festlegen. Sehen Sie z. B. nach Villach. Dort mußten wir eine vorzügliche Kraft dem Konsumvereine abgeben und diese Kraft ist für die Agitation nahezu gänzlich verloren. So wäre es auch an anderen Orten. Man darf die Dinge nicht immer vom Gesichtspunkte der Wiener Verhältnisse aus beurtheilen.

Ich bitte Sie also, den Antrag Schuhmeier, den ich Ihnen empfohlen habe und der auch von den Handelsangestellten empfohlen worden ist, anzunehmen, daß unsere Genossen vor Allem an jenen Orten, wo Konsumvereine bestehen, dahin zu wirken haben, daß die Lage der Angestellten der Konsumvereine gehoben werde. (Beifall.)

Referent Gen. Schuhmeier (Schlußwort): Sie werden mir Alle zugestehen müssen, daß ich in ganz objektiver Weise an die Besprechung der Frage herangetreten bin, und ich muß mir erlauben, zu konstatiren, daß ich zunächst nur prinzipiell gesprochen habe. Die folgenden Contra-Redner haben aber alle nur über die Zweckdienlichkeit der Wirthschaftsgenossenschaften gesprochen. Wenn Genosse Chwala behauptet, ich stehe nicht auf der Höhe der Situation, so hat ein Theil der Genossen gerade der entgegengesetzten Meinung Ausdruck gegeben. Ich finde, daß Gen. Chwala nicht auf der Höhe der Situation steht, weil er uns den

Beweis für seine Behauptung schuldig geblieben ist. Die belgischen Verhältnisse kommen für uns überhaupt nicht in Betracht.

Ich meine nun, daß es unsere Pflicht ist, klipp und klar heute unsere Meinung auszusprechen und wenn die Genossen sich nicht unbedingt für die Konsumvereine erklären wollen, dann müssen sie gleich mir den Muth haben, dies unzweideutig herauszusagen. Wenn man eine Ueberzeugung hat, muß man auch die Kourage haben, derselben Ausdruck zu geben, ohne Rücksicht darauf, ob dies Jemandem unangenehm ist oder nicht. Dies will ich mit meiner Resolution bezwecken.

Was Gen. Neumann bezüglich des Gen. Dr. Adler sagte, unterschreibe ich von A bis Z. (Heiterkeit.) Gen. Dr. Adler hat gemeint, die Einleitung meiner Resolution sei zu scharf, als ob er das Scharfe nicht vertragen könnte. Seine Zweckmäßigkeitsresolution erscheint auch mir zweideutig, und bin auch ich dagegen. Ich möchte Ihnen weiters noch den Antrag der Handelsangestellten auf das Wärmste empfehlen. Es ist ein böses Zeichen für unsere Konsumvereine, daß die Angestellten schon jetzt, bevor die Sache im Gange ist, sich gegen die Ausbeutung zu wehren beginnen. (Sehr richtig!)

Das erinnert mich an das, was sich in Sachsen ereignet hat. Dort ist auch eine ziemlich starke Bewegung zu Gunsten der Konsumvereine entstanden und haben sich die Bediensteten derselben zu einem Verbande vereinigt, um mit dessen Hilfe eine Verbesserung der Lage aller Jener anzustreben, die bei diesen proletarischen Organisationen angestellt sind.

Ich glaube, nachdem die Sache genügend geklärt ist, mich in weitere Auseinandersetzungen nicht einlassen zu sollen. Eine Bemerkung möchte ich noch machen. Eines konzedire ich auf die Ausführungen des Gen. Dr. Adler hin. Er meint, es ist möglich, daß wir über kurz oder lang der Frage werden nähertreten müssen. Ich bin dafür, daß wir dem nichts in den Weg legen. Da unsere Vereinsgesetzgebung viele Bestimmungen enthält, die die Entwicklung der Konsumvereine hindern, bin ich gerne bereit, Sie aufzufordern, daß wir Alles daran setzen, um vorerst diese hemmenden Bestimmungen zu beseitigen. Ich lege daher dem Parteitage folgenden Antrag vor:

„Der Parteitag fordert die sozialdemokratischen Abgeordneten auf, im Parlament für die Aufhebung der gesetzlichen Beschränkungen der Wirthschaftsgenossenschaften einzutreten."

Die Abstimmung.

Vorsitzender Gen. Hybes gibt seiner Meinung Ausdruck, daß bei der Abstimmung die Stimmen der abwesenden Gen. Prähauser und Gleinsler, trotzdem sie eine Erklärung abgegeben haben, nicht mitzuzählen seien.

Die Resolution des Referenten Gen. Schuhmeier wird mit 40 gegen 34 Stimmen angenommen.

Referent Gen. Schuhmeier: Ich glaube, daß damit die Abstimmung über den Antrag des Gen. Dr. Adler entfällt. (Widerspruch.) Wir können uns doch ersparen, ihn abzulehnen. Der Antrag des Gen. Dittrich muß allerdings zur Abstimmung gebracht werden, weil derselbe auch eine Kommission verlangt. Ich habe weiter dazu nichts zu bemerken, als daß ich Sie ersuche, den Antrag abzulehnen.

Der Antrag Dittrich wird abgelehnt, der Antrag 49a der Handelsgruppe nach einer Befürwortung durch den Referenten einstimmig angenommen. Damit entfällt der fast gleichlautende Antrag Adler-Neumann.

Der Antrag Stark wird, nachdem der Antragsteller die Worte „und sonstigen" eliminirt hat, angenommen und lautet nun:

„Der Parteitag beschließt: Die Aufhebung der Werks- und Fabriks-Konsumvereine ist anzustreben."

Der Antrag Chwala, der als Eventualantrag für den Fall der Annahme des Antrages Dittrich gestellt war, entfällt in Folge der Ablehnung dieses Antrages. Durch die Annahme der Resolution entfallen die Anträge Petrich, Behr und Köhler.

Die vorgedruckten Anträge 42 bis 49 inklusive werden, weil durch die Resolution erledigt, mit allen gegen drei Stimmen abgelehnt.

Der Antrag der Organisation Waidhofen a. d. Ybbs wird der Fraktion zugewiesen und eine Resolution, welche lautet:

„Der Parteitag fordert die sozialdemokratischen Abgeordneten auf, im Parlament für die Aufhebung der gesetzlichen Beschränkungen der Wirthschaftsgenossenschaften einzutreten,"

angenommen.

Vorsitzender Gen. Hybes: Wir gelangen nun zum achten Punkte der Tagesordnung:

Parteiangelegenheiten.

Gen. Feigl stellt im Einvernehmen mit den Gen. Chwala und Winarsky folgenden Antrag:

„Der Parteitag macht es den Parteigenossen, die in Arbeiterinstituten in den Leitungen sich befinden, zur Pflicht, es den Angestellten ihrer Institute zu ermöglichen, ihre parteibürgerlichen Rechte, an sozialdemokratischen Kongressen und Konferenzen 2c. 2c. theilzunehmen, ausüben zu können,"

und führt aus: Als die kapitalistischen Eisenbahndirektionen ihren Angestellten keinen Urlaub bewilligten, um auf dem Eisenbahnerkongreß diese Direktionen zu bekämpfen, haben wir Lärm geschlagen. Unsere eigenen Genossen wollen es uns Angestellten, die wir Sozialdemokraten sind, verwehren, zu unseren eigenen Kongressen zu gehen. Ich persönlich hätte unter allen Umständen die Konsequenzen gezogen und wenn man mir den Urlaub verweigert hätte, die Parteigenossenschaft zum Kampfe wider solche reaktionäre Genossen aufgerufen. Ich bitte daher um Annahme des Antrages.

Gen. Steinböck (Wien) erinnert an die Wichtigkeit der Hausbesorger im Allgemeinen und besonders während der Wahlbewegung für die Agitation und stellt folgenden Antrag:

„Die Parteileitung wird beauftragt, der Organisation der Hausbesorger eine größere Aufmerksamkeit zu schenken und dieselben sowohl in geistiger als auch in agitatorischer Weise zu unterstützen."

Gen. Dr. Čech (Brünn) spricht sich für den Antrag Feigl-Chwala aus und beantragt, den nächsten Gesammtparteitag in Brünn abzuhalten.

Gen. Gerin (Wien): Unser amerikanischer Onkel ist gestorben. (Heiterkeit.) Unsere (italienische) Partei hat nun kein Geld; ich beantrage daher, daß 25 Perzent von den Einnahmen der nationalen Organisationen der Gesammtparteivertretung zugewiesen werden.

Gen. Chwala (Wien) beschwert sich darüber, daß das Protokoll des Parteitages verstümmelt wiedergegeben werde, und beantragt:

„Es ist ein dreigliedriges, am Orte der Parteileitung seßhaftes Redaktionskomité einzusetzen, welches mit dem von der Parteileitung zu bestimmenden Hauptredakteur das Parteitagsprotokoll-Manuskript vor dem Drucke sichtet."

Gen. Pernerstorfer (Wien) wünscht, daß der Antrag 50 der Bezirksorganisation Wien, VIII der Gesammtparteivertretung zugewiesen werde.

Gen. Hedorfer (Wien) vertritt den Antrag 51 der Organisation Wien, XI.

Gen. Schuhmeier (Wien) gibt bekannt, daß der Antrag Steinböck zurückgezogen wurde, da er nicht zu Parteiangelegenheiten gehöre. Er wird der Wiener Organisation zur Behandlung übergeben werden.

Gen. Widholz (VI. Bezirk, Wien) hält den Antrag des Gen. Feigl für verfrüht, weil dieser nicht im Stande sei, zu beweisen, daß einem Genossen, der zum Parteitage gehen wollte, der Urlaub verweigert wurde. (Gen. Feigl: Ich kann es beweisen!) Man kann spezielle Fälle rügen, es geht aber nicht an, pauschaliter zu sprechen. Er empfiehlt, darauf zu achten, daß nur vom Sozialismus durchdrungene Genossen in die Arbeiterinstitute gewählt werden.

Gen. Popp unterstützt den Antrag Čech und beantragt, daß der nächste deutsche Parteitag in Linz stattfinde.

Gen. Dr. Adler hält dafür, daß der Antrag Gerin. betreffend die Zuweisung der Mittel an die nationalen Organisationen, der Gesammtexekutive zugewiesen werden solle; diese werde gewiß die schwächeren und jüngeren Organisationen unterstützen.

Bezüglich des Protokolls ist es kein Zweifel, daß es nicht einen Parteigenossen gibt, der mit irgend einer Fassung des Protokolls einverstanden sein wird. Ich gebe Ihnen auch zu erwägen, daß, wenn Sie durch mehrere Mitarbeiter die Fassung des Protokolls erschweren, Sie dasselbe um drei Wochen später bekommen werden und daß es dann drei Bände haben wird. (Zustimmung.) Die Protokolle sind ohnehin seit jeher die allerstärkste Belastung der Parteikasse gewesen, weil sie einen weit geringeren Absatz finden als alle anderen Broschüren. In anderen Ländern ist genau dasselbe der Fall. Wenn Sie aber das Protokoll später erscheinen lassen und Sie es recht umfangreich gestalten, dann müßte man auch den Preis hinaufsetzen, wodurch die Verbreitung noch mehr erschwert wird.

Ich persönlich reiße mich nicht um die Ehre, die Protokolle auch weiter redigiren zu dürfen. Ich bitte den Parteitag, mir diese Arbeit abzunehmen. Daß aber Andere das Protokoll mitredigiren sollen, ohne auch die Verantwortung zu übernehmen, dafür bedanke ich mich. Ich bitte den Antrag Chwala abzulehnen und einen Genossen zu bestimmen, dem Sie bezüglich der Redaktion Ihr Vertrauen schenken.

Gen. Krapka (Brünn) pflichtet dem Antrag Feigl bei und verlangt auch, daß die Pflicht dieser Angestellten ausgesprochen werde, überall, wo es eine Parteiarbeit gibt, am Platze zu sein.

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird abgelehnt.

Gen. Behr (Saaz) bemerkt, daß sein Antrag auf Abhaltung des nächsten Parteitages in Brünn sich auf den Gesammtparteitag bezogen habe.

Gen. Krejči (Pilsen) verzichtet auf das Wort.

Die Rednerliste ist hiemit erschöpft.

Die Abstimmung.

Der Antrag 50 der Bezirksorganisation VIII wird gemäß dem Antrage Pernerstorfer der Gesammtexekutive zugewiesen.

Antrag 51 der Bezirksorganisation XI wird mit allen gegen eine Stimme angenommen.

Der Antrag Gerin wird der Gesammtexekutive zugewiesen.

Der Antrag Ucekar, welcher lautet:

„Der sozialdemokratische Verband wird vom Parteitage beauftragt, dahin zu wirken, daß die materielle Lage der subalternen Beamten (Diurnisten ꝛc.), sowie der niederen Angestellten im Staatsdienste einer Besserung zugeführt wird, und zwar sollte eine Gesetzesvorlage ausgearbeitet werden, welche denselben Stabilität im Dienste, eine Aufbesserung des Gehaltes und Pensionsberechtigung zusichert,"

wird dem Verbande zugewiesen.

Der Antrag Feigl, Chwala, Winarsky und Genossen wird gegen vier Stimmen angenommen.

Der Antrag Biber und Stark, welcher lautet:

„Die sozialdemokratische Fraktion wird beauftragt, zu geeigneter Zeit dahin zu wirken, daß alle die Ausweisungen der Bergarbeiter, die anläßlich der früher erfolgten Streiks in Steiermark, Böhmen und anderen Kronländern erfolgten, aufgehoben werden,"

wird gleichfalls dem sozialdemokratischen Verbande zugewiesen.

Der Antrag 51a der Kreisorganisation Bukowina, welcher lautet:

„Der Parteitag wolle die Parteileitung beauftragen, ehestens eine Agrar-Broschüre herauszugeben, welche vornehmlich dazu dienen soll, den der Landagitation sich widmenden Genossen das erforderliche Material für ihre Thätigkeit zu bieten,"

wird der Gesammtexekutive zugewiesen.

Der Antrag Čech-Behr, den nächsten Gesammtparteitag in Brünn abzuhalten, wird angenommen.

Der Antrag Beer-Popp, den nächsten deutschen Parteitag in Linz abzuhalten, wird einstimmig angenommen.

Endlich wird noch der Antrag Chwala, die Redaktion des Protokolls betreffend, abgelehnt.

Hiemit ist die Tagesordnung des Parteitages erschöpft.

Nach Verlesung der noch eingelangten Telegramme ergreift das Wort:

Gen. Popp: Parteigenossen! Der Parteitag, der eine Woche hier getagt hat, hat eine Reihe von Arbeiten erledigt, die der Partei eine vollständig neue Grundlage geben. Wir haben eine Organisationsform geschaffen, die nicht nur ein Wunsch der nichtdeutschen Genossen in Oesterreich war, sondern dieser Wunsch nach einer den Verhältnissen entsprechenden Aenderung der Organisation hat auch unter den deutschen Genossen eine lange Zeit geschlummert und ist gerade auf diesem Parteitage mit elementarer Macht zum Ausdrucke gekommen. Wir können daher ruhig sagen, die neue Organisationsform entspricht den Wünschen sämmtlicher Sozialdemokraten Oesterreichs. Es obliegt uns nun, einerseits unseren Mandataren die wirklichen Intentionen der neuen Organisationsform zu erläutern, damit die Genossen nicht etwa glauben, die österreichische Sozialdemokratie habe sich in nationale Gruppen gespalten; es obliegt uns aber auch andererseits, alle Angriffe der Gegner, die absichtliche Mißverständnisse und Mißdeutungen in unsere Beschlüsse hineinlegen werden, zu pariren.

Wenn das letztabgelaufene Jahr ein Jahr des Kampfes für unsere Partei war und wir in diesem Jahre so große Vortheile errungen haben, so sind auch die nächsten Jahre eine Zeit des Kampfes. Wir haben gekämpft bisher, wir werden auch kämpfen in der Zukunft, denn Kampf ist das Losungswort unserer Partei. (Beifall.)

Wir haben auf diesem Parteitage unseren Abgeordneten eine Richtschnur gegeben, wie sie im Parlament zu arbeiten haben, wir haben auch den Parteigenossen in unseren Organisationen eine Richtschnur gegeben, wie der Kampf in Oesterreich geführt werden muß, um wieder einen Schritt vorwärts zu kommen. Wir haben wirklich ein gutes Stück Arbeit geleistet. Ich schließe mit einem Hoch auf die internationale Sozialdemokratie den sechsten Parteitag der österreichischen Sozialdemokratie. (Die Versammlung erhebt sich und bringt ein dreimaliges begeistertes Hoch aus.)

Gen. Nemec (tschechisch) bespricht die Verfolgungen, die die tschechische Sozialdemokratie in den Achtziger-Jahren in Böhmen zu erleiden hatte. Nach dieser Persekutionsära konstituirte sich die Partei erst im Jahre 1887 in Brünn, und von diesem Augenblicke an kann von einer organisirten tschechischen sozialdemokratischen Partei gesprochen werden. 1893 fand der Budweiser Parteitag statt, wo sich die Partei eine den modernen Verhältnissen angepaßte Organisation gab, und im Vorjahre konstituirte sie sich als selbstständige internationale Partei. Der gegenwärtige Parteitag ist von historischer Bedeutung und bedeutet eine neue Etappe unserer Bewegung. Er gibt den thatsächlichen Verhältnissen, die in Oesterreich bestehen, Ausdruck, indem er den Organisationen der einzelnen Nationalitäten die nöthige Autonomie gewährt. Die Jungtschechen hoffen, daß jetzt für sie die Zeit gekommen ist, daß wir verschiedenen nationalen Organisationen uns untereinander bekämpfen werden zum Nutzen der Bourgeoisie; aber die Herren täuschen sich gewaltig. Wir haben uns diese Organisation gegeben, nicht um uns gegenseitig zu bekämpfen, sondern nur darum, damit wir, jede Nation für sich, ihre Bourgeoisie besser bekämpfen können. Darum begrüßen wir es mit Freuden, daß wir in einträchtiger Arbeit all das, wonach wir strebten, durchgeführt und damit alle Hindernisse aus dem Wege geräumt haben, die unserer Entwicklung im Wege standen. Der nationale Kampf in Böhmen hat Formen angenommen, daß die beiden Bourgeoisien wahnsinnig scheinen. Inmitten dieses Taumels stehen wir Sozialdemokraten da in brüderlicher Eintracht vereinigt und berathen ernst und würdig über unsere Angelegenheiten, nur bedacht auf das Wohl der Arbeiterschaft, für die wir alle Gefahren der Zukunft gern auf uns nehmen. — Es lebe die internationale Sozialdemokratie! Na zdar!

(Die Versammlung bringt ein dreifaches „Na zdar!" aus.)

Gen. Daszynski (polnisch): In den Zeiten, wo in den obersten Klassen der wüthendste, blinde nationale Kampf entbrennt, in den wirren Strömungen der allgemeinen Zersetzung und nationalen Hasses haben hier sechs proletarische Nationen gezeigt, daß die Sozialdemokraten die einzigen positiven Politiker sind, die das schwierigste geschichtliche Problem zu lösen im Stande sind. Es ist das einzige Beispiel in Europa, wo so etwas Großartiges zu Stande gebracht worden ist, und wir können mit Stolz auf die Entwicklung unserer geeinigten sozialdemokratischen Partei zurückblicken. Mit banger Angst ist vielleicht Mancher von uns auf das schwierige Problem eingegangen, und jetzt sind wir dennoch stärker als wir vor dem Parteitage gewesen. Jeder von uns hat für den Kampf mit den Feinden des Volkes in seinem Lande eine neue Waffe in die Hand bekommen. Wir sind jetzt fest überzeugt, daß die Sozialdemokratie nicht nur wirthschaftliche und allgemein kulturelle, sondern auch die nationalen Bedürfnisse der Völker befriedigt, und dieser internationalen Sozialdemokratie zu Ehren bringe ich ein dreifaches Hoch: „Niech żyje!"

(Die Versammelten stimmen ein in den Ruf: „Niech żyje!")

Gen. Kristan (slovenisch): Der sechste Kongreß der Arbeiter Oesterreichs beschließt eben seine fruchtbringende Arbeit, und Freude erfüllt unser Herz, wenn wir einen Rückblick auf seine Thätigkeit werfen. Wir haben für unsere Partei eine Grundlage geschaffen, auf der sie sich in ihrer Gesammtheit sowie in ihren verbündeten Theilen frei und kräftig entwickeln soll. Aber indem wir uns in nationalen Gruppen organisiren, rufen wir den Herren, die vom nationalen Hader ihr Leben fristen, zu, daß sie deshalb nicht erwarten dürfen, wir würden Wasser auf ihre Mühle treiben wollen. Wenn es sich darum handelt, die Rechte der Nation, die Rechte des arbeitenden Volkes zu vertheidigen, dann muß den Kampf die internationale Sozialdemokratie führen. Unsere Sprachen klingen verschieden, aber unsere proletarischen Interessen sind gemeinsam, und sie heißen uns die Hände uns zu reichen über Berge und Meere, sie verbinden uns zu einer untheilbaren Schaar. Schon haben wir es erkannt, daß die Befreiung aller Ausgebeuteten, aller Unterdrückten nur eine Frucht des Kampfes sein kann, den das Proletariat der ganzen Welt vereint in der internationalen Sozialdemokratie führt. Darum schließen wir uns der Sozialdemokratie kampfesmuthig und frohen Herzens an, darum rufen wir im Bunde mit Ihnen der internationalen Sozialdemokratie ein dreifaches donnerndes Zivio! zu. (Stürmisches Zivio!)

Gen. Dr. Piscel (Rovereto) spricht in italienischer Sprache. Nicht nur namens der noch kleinen Gruppen von italienischen Genossen, die in Südtirol den Grund zur sozialdemokratischen Bewegung gelegt haben, nicht nur namens der italienischen Arbeiter, die ihre Scholle verlassen und als die ausgebeutetsten aller Ausgebeuteten in alle Länder ziehen, sondern im Namen des gesammten italienischen Proletariats, das für seine Befreiung kämpft, begrüße ich den Parteitag. Zum ersten Male hat die italienische Sozialdemokratie in Oesterreich eine entsprechende Vertretung auf dem Parteitage. Wir müssen zwar zunächst um euere Hilfe bitten, aber hoffentlich kommt die Zeit bald, wo die armen Polenta-Esser als sozialdemokratische Organisation auf eigenen Füßen zu stehen vermögen. Es ist mit dem Eindringen des Sozialismus wie mit dem Schnee im Winter. Zunächst fallen einzelne Flocken hie und da, der warme Wind schmilzt sie hinweg, dann wird er dichter und läßt sich auch mit Gewalt von den Wegen und Feldern nicht mehr wegschaffen. Und dann geht eines Morgens die Sonne auf, und Berg und Thal ist in Weiß gehüllt, der Schnee bedeckt alle Gipfel. Die sozialdemokratische Bewegung der italienischen Arbeiter in Oesterreich ist kaum über ihre Anfänge heraus, aber sie ist im Begriffe, sich rasch zu entwickeln, und hoffentlich steht das italienische Proletariat bald gleichgerüstet neben euch Allen. Es lebe die internationale Sozialdemokratie! (Stürmisches Evviva!)

Vorsitzender Gen. Hybes: Parteigenossen! Die Stunde ist gekommen, wo wir scheiden müssen. Betrachten Sie die Arbeit, welche wir bewältigt haben, und Sie werden finden, daß es nicht nur eine einzige Art von Arbeiten war, mit denen sich der gegenwärtige Parteitag beschäftigt hat. Es ist dies ein Beweis, daß die Sozialdemokratie gegenwärtig wirklich das gesammte Proletariat, mag es sich in der Fabrik, mag es sich auf dem Felde, unter der Erde, auf den Kommu-

nikationen oder zur See plagen, umfaßt und die Angelegenheiten der gesammten arbeitenden Menschheit in die Hände genommen hat. (Beifall.) Wir können aber auch sagen, daß es in Oesterreich keine Nationalität mehr gibt, welche auf dem Parteitage nicht vertreten wäre (Beifall), die uns nicht die Hände gereicht hätte. Die Letzten waren die Ruthenen. Auf diesem Parteitage aber haben sie erklärt, daß sie mit uns gehen und mit uns arbeiten wollen.

Betrachten Sie die Welt der Arbeit, die wir repräsentiren, und auf der anderen Seite die Welt der Ausbeutung. Die Bourgeoisparteien zanken sich, weil der Hader ihr Element ist, ohne daß sie die Frage, um welche der Kampf entbrannt ist, einen Schritt weiter gebracht haben. Wir haben die Sprachenfrage brüderlich erledigt (lebhafter Beifall); trotzdem wir jetzt autonom sind, werden wir stets mit einander arbeiten, wir werden einander nie verlassen und uns stets als eine Partei betrachten. (Erneuerter lebhafter Beifall.)

Je mehr die Gesellschaft der Ausbeuter den Zank aufrechtzuhalten sucht, um ihre Herrschaft zu stützen, desto mehr werden wir autonomen Organisationen erstarken. Und es ist nur eine Frage der Zeit, daß die vereinigte Gesellschaft der Arbeit der Herrschaft der Ausbeutung, der Herrschaft des Zankes ein Ende machen wird. Daß wir uns diesem Ziele auch durch diesen Kongreß bedeutend genähert haben, diese Ueberzeugung werden Alle nach Hause nehmen. Ich rufe unserem weiteren Kampfe ein donnerndes Hoch entgegen. (Die Versammlung bringt ein dreimaliges Hoch! aus.) Die internationale Sozialdemokratie wird kämpfen, bis sie siegt!

Gen. Schuhmeier spricht dem Präsidium den Dank für die umsichtige Leitung des Kongresses aus. (Beifall.)

Hierauf erklärt Gen. Hybeš den VI. Parteitag der österreichischen Sozialdemokratie für geschlossen.

Die Versammelten erheben sich von ihren Sitzen, und mächtig durchbrausen die Klänge der Marseillaise und der Rothen Fahne den Saal.

Schluß des Parteitages Samstag, den 12. Juni 1897, 1 Uhr Nachmittags.

Präsenzliste

zum

VI. Parteitag der österreichischen Sozialdemokratie.

Kongreßtheilnehmer	aus	vertritt
Adler Viktor, Dr.	Wien	Parteivertretung
Albrecht Adolf	Reichenberg	Reichenberg
Austerlitz Fritz	Wien	Redaktion „Arbeiter-Zeitung“
Barta Rudolf	Wien	Handelsgewerbe
Bartel Heinrich	Teplitz	Weipert Schmiedeberg Sonnenberg 2c.
Beer Heinrich	Wien	Goisern, Ebensee, Ischl
Behr Anton	Saaz	Saaz
Benedikt Heinrich	Cilli	Cilli (IV. steiermärkischer Wahlkreis)
Bernard Josef	Wien	Tschechische Organisation Niederösterreich
Berner Ernst	Wien	VI. mährischer Wahlkreis Olmütz Sternberg
Bersti Emanuel, Dr.	Wr.-Neustadt	Wr.-Neustadt Felixdorf Unter-Eggendorf
Blahusch Florian	Waidhofen an der Ybbs	Amstetten Ulmerfeld Hilm-Kematen Rosenau Waidhofen a. d. Ybbs
Blaschek Emanuel	Wien	Wien, IX. Bezirk
Brauer Franz	Steinschönau	Steinschönau 2c.
Bretschneider L. A.	Wien	Kreisvertretung Niederösterreich
Brod Jakob	Wien	Lipnik
Bruch Anton	Hohenstein	Karbitz
Camber Richard	Triest	Ragusa Spalato
Černy Karl	Wien	Industriegruppe Textilarbeiter

Kongreßtheilnehmer	aus	vertritt
Chomed Ferd., Dr.	Radautz	Sereth Radautz Suczawa
Chwala August	Wien	Wien. VII. Bezirk
Cingr Peter	Wien	Reichsrathsabgeordneter
Čobal Michael	Sagor	Trifail-Sagor Wöllern Greis
Čech Ludwig, Dr.	Brünn	Brünn
Danek Josef	Lemberg	Lemberg
Daszynski Ignaz	Wien	Reichsrathsabgeordneter
David Anton	Wien	Herzogenburg Traismauer
Dědic Karl	Prag	Prag
Diamand Herm., Dr.	Lemberg	Stryi Kolomea Lemberg Sambor Brody Drohobycz
Dietl Anton	Wien	Wien, X. Bezirk
Dittrich Robert	Wien	Bekleidungs-Industrie
Dobialch Josef	Aussig	VI. böhmischer Wahlkreis
Dvořak Franz	Trebitsch	II. mährischer Wahlkreis
Elderſch Mathias	Brünn	Brünn
Ellenbogen Wilh., Dr.	Wien	Parteivertretung
Feigl Daniel	Wien	Wien, V. Bezirk
Fischer Heinrich	Schwechat	Schwechat Fischamend Himberg
Gerin Antonio	Wien	Parteivertretung
Gleinsler Josef	Innsbruck	Deutsch-Tirol Vorarlberg
Grablovic Anton	Köflach	Köflach Lankowitz Triest (slov. Org.)
Häcker Samuel	Tarnow	Tarnow Neu-Sandec Ustrow Bochnia Redaction „Napr2od"
Hankiewicz Nikolaj	Lemberg	Lemberg
Hannich Josef	Wien	Steinschönau Böhmisch-Kamnitz
Hauschka Anton	Wien	Wien, XIX. Bezirk
Hausmann Eduard	Neundorf	Kratzau
Hedorfer Florian	Wien	Wien, XI. Bezirk
Hirsch Ferdinand	Atzgersdorf	Atzgersdorf

Kongreßtheilnehmer	aus	vertritt
Hoffenreich Fritz . . .	Wien	Preßkommission
Hoffmann Eduard . .	Siebenhirten . . .	Siebenhirten Inzersdorf Vösendorf
Hudec Josef	Lemberg	Przemysl
Hybeš Josef	Wien	Reichsrathsabgeordneter
Jaitschko Franz . . .	Baden	Baden Leobersdorf Vöslau
Jeziorsky Josef . . .	Steyr	Steyr
Jilg Moriz	Wigstadtl = Oberdorf	Wagstadt Bautsch Hof Wigstadtl
Jiszda Mathias . . .	Floridsdorf . . .	Redaktion „Volksbote“
Job Johann	Prag	VII. böhmischer Wahlkreis
Jura A. Franz	Brünn	I. mährischer Wahlkreis
Kaff Sigmund . . .	Wien	Redaktion des „Arbeiterschutz“
Kickmaier Michael .	Graz	Graz
Kiesewetter Wilhelm	Wien	Reichsrathsabgeordneter
Köhler Robert	Gablonz	Mildeneichen Gablonz Hohenelbe Haindorf Weisbach Liebwerda Friedland Dittersbach Buschullersdorf
Körbler Raimund .	Wien	Wien, XVI. Bezirk
Kohn Alois	Hohenstadt . . .	Müglitz
Kopač Josef	Idria	Idria Rudolfswerth
Kořinek Alois . . .	Mödling	Mödling Neudorf Brunn a. G.
Kořinek Karl	Wien	Parteivertretung
Kosakiewicz Jan . .	Wien	Reichsrathsabgeordneter
Kraft Vaclav	Pilsen	XVIII. böhmischer Wahlkreis
Krapka Josef . . .	Brünn	I. mährischer Wahlkreis
Krejci Alois	Pilsen	XVIII. böhmischer Wahlkreis
Kristan Etbin	Laibach	Laibach Südslav. Parteiexekutive
Kurowski Stefan .	Krakau	Krakau
Lehner Wilhelm . .	Czernowitz . . .	Czernowitz Redaktion „Volkspresse“
Lichtenecker Josef . .	St. Pölten . . .	St. Pölten Wilhelmsburg

Kongreßteilnehmer	aus	vertritt
Malý Josef	Prag	Prag
Merz Josef	Markersdorf	Zwickau Gabel
Myslivečck Franz.	Prag	Redaktion „Casopisu Stavebnik"
Morgenstern Ludw., Dr.	Mähr.-Schönberg	Mährisch-Neustadt Mährisch-Schönberg Wiesenberg
Müller August	Graz	Graz
Němec Anton	Wien	Parteivertretung
Neumann Wilhelm	Zwittau	Zwittau
Nitsche Johann	Wien	Metall-Industrie
Novak Johann	Wien	Parteivertretung
Palka Karl	Wr.-Neustadt	Wr.-Neustadt Felixdorf Unter-Eggendorf
Patzl Georg	Atzgersdorf	Liesing Atzgersdorf Mauer
Pauser Anton	Pottendorf	Pottendorf Landeck Wampersdorf Ebreichsdorf
Pelikan Emil	Wien	Wien, II. Bezirk
Perlornigg Ferdinand	Villach	Villach
Pernerstorfer Engelb	Wien	Wien, VIII. Bezirk Neunkirchen Wimpassing Ternitz Pottschach
Petrich Giorgio	Muggia	Istrien
Piscel Anton, Dr.	Rovereto	Rovereto
Pölz Ferdinand	Floridsdorf	Floridsdorf Stockerau
Polke Emil	Wien	Freiwaldau
Pongratz Josef	Graz	Graz
Popp Adelheid	Wien	Redaktion „Arbeiterinnen-Zeitung"
Popp Julius	Wien	Parteivertretung
Prähauser Jakob	Kleingmain	Salzburg
Prause Franz	Krems	Stein Krems Mautern 2c.
Preußler Robert	Wien	„Solidarität"
Puhl Vincenz	Niemes	Niemes
Piber Anton	Voitsberg	Voitsberg
Radimsky August	Wien	Parteivertretung
Ranziglio Josef	Klosterneuburg	Klosterneuburg

Kongreßtheilnehmer	aus	vertritt
Reis Anton	Prag	Prag Königl. Weinberge
Resel Johann	Wien	Reichsrathsabgeordneter
Reumann Jakob	Wien	als Referent
Rieger Eduard	Wien	Reichsrathsabgeordneter
Riesenfeld Leo	Krems	Krems
Rouśar Josef	Prag	Prag
Schäfer Anton	Wien	Keramische Industrie
Schelch Vincenz	Leoben	Trofaiach Leoben Vordernberg ꝛc.
Schiller Karl	Reichenberg	Reichenberg
Schmidt Hugo	Jägerndorf	Freudenthal Jägerndorf Troppau ꝛc.
Schmidt Josef	Niemes	Böhmisch-Leipa
Schramböck Johann	Dreistätten	Gutenstein Piesting Pernitz ꝛc.
Schrammel Anton	Wien	Reichsrathsabgeordneter
Schuhmeier Franz	Wien	Parteivertretung
Schustaczek Franz	Wien	Wien, XIV. Bezirk
Schuster Jakob	Linz	I. oberösterreichischer Wahlkreis
Schwarz Norbert	Wien	Tschech. Organisation Niederösterr.
Schwertner Josef	Rückersdorf	Rückersdorf Schönwald
Scotti Luigi	Wien	Pola
Šeha Franz	Proßnitz	V. mährischer Wahlkreis
Seidel Josef	Krumau	XVI. böhmischer Wahlkreis
Seifert Anton	Neustadtl	Bärnsdorf Neustadtl Heinersdorf
Sekirnjak Karl	Wien	Redaktion „Bekleidungs-Industrie“
Seliger Josef	Teplitz	Teplitz
Skaret Ferdinand	Wien	Holz-Industrie
Smetana Rudolf	Wien	Parteivertretung
Sokol Georg	Klagenfurt	Prävali Klagenfurt St. Veit ꝛc.
Soukup Franz	Prag	Königliche Weinberge
Spann Johann	Wien	Wien, XIII. Bezirk
Stark Simon	Falkenau	Falkenau
Steinböck Franz	Wien	Wien, XVIII. Bezirk
Steiner Josef	Prag	II. böhmischer Wahlkreis
Stelzl Josef	Schüttenhofen	XVII. böhmischer Wahlkreis

Kongreßtheilnehmer	aus	vertritt
Stephan Franz . . .	Römerstadt . . .	Römerstadt
Stumpe Richard . . .	Warnsdorf . . .	Warnsdorf Rumburg Schönlinde Schluckenau Nixdorf
Tobola Josef	Wien	Lebensmittelbranche
Tomschik Josef . . .	Wien	Parteivertretung
Trettenbrein Simon .	Wien	Wien, I. Bezirk
Trübenecker R. . . .	Radl bei Gablonz	Tannwald
Truchlar Franz . . .	Steyr	Tschechische Organisation Oberösterreichs
Trummer Franz . . .	Wien	Bauarbeiter
Urekar Carlo	Triest	Triest
Ullrich Viktor	Bielitz	II. schlesischer Wahlkreis
Valka Alois	Neutitschein . . .	Neutitschein
Verkauf Leo, Dr. . .	Wien	Reichsrathsabgeordneter
Vondrich Eduard . .	Witkowitz	VI. mährischer Wahlkreis
Vratny Karl	Wien	Reichsrathsabgeordneter
Weidler Michael . .	Wien	Stanislau
Wessely Johann . . .	Wien	Wien, XVII. Bezirk
Widholz Laurenz . .	Wien	Wien, VI. Bezirk
Winarsky Leopold	Wien	Wien, III. Bezirk
Witzmann Johann . .	Wien	Wien, XV. Bezirk
Wutschl Ludwig . . .	Wien	Wien, XII. Bezirk
Zavertnik Josef . . .	Wien	Parteivertretung Redaktion „Delavec“
Zeh Johann	Wien	Redaktion „Vorwärts!“
Zeller Eduard	Wien	Reichsrathsabgeordneter

Vertreter ausländischer Parteien:

Molkenbuhr Hermann, Hamburg, Deutscher Parteivorstand.
Pfannkuch Wilhelm, Hamburg, Deutscher Parteivorstand.
Pravica Franz, Agram, Redaktion „Sloboda“.

Zusammenstellung der vom Parteitage gefaßten Beschlüsse.

I. Bericht der Parteivertretung.

(Diskussion Seite 56–69.)

Antrag Zeller im Namen der Reichskontrole:

„Der Parteivertretung ist das Absolutorium zu ertheilen."

II. Parlamentarische Thätigkeit und Taktik.

(Diskussion Seite 70–108.)

Antrag Adler:

„Der Parteitag erklärt sich mit der bisher von den Genossen der Parteivertretung eingeschlagenen Taktik einverstanden und sieht keinen Anlaß, sie zu ändern."

Antrag Kristan-Schiller:

„Der sechste österreichische Parteitag, an welchem zum ersten Male sozialdemokratische Abgeordnete Oesterreichs theilnehmen, erklärt die schwierige Stellung der Fraktion im Parlamente vollauf zu kennen. Das vorsintfluthliche Wahlrecht, die Künsteleien der Regierung, die egoistisch beschränkte Haltung der bürgerlichen Parteien und das noch immer bestehende Unverständniß der Massen, soweit dieselben von der sozialdemokratischen Idee noch nicht ganz durchdrungen sind, muß deren Thätigkeit naturgemäß erschweren. Trotzdem hat die Fraktion von allem Anfange den richtigen Weg in diesem Labyrinth gefunden und hat sich das Vertrauen der sozialdemokratischen Wählerschaft und der organisirten Arbeiterschaft im ganzen Reiche in vollem Maße erworben. Der Parteitag erklärt daher der parlamentarischen Fraktion seine Anerkennung und vollstes Vertrauen und fordert die Genossen Abgeordneten auf, auf dem eingeschlagenen Wege fortzufahren und bei jeder Gelegenheit die wahren Interessen des arbeitenden Volkes streng im Sinne des sozialdemokratischen Programms ohne Rücksicht nach oben, nach rechts und nach links mit aller Entschiedenheit zu vertreten."

Antrag **9** (Agitation für das Landtags- und Gemeindewahlrecht).

Antrag **10** (Agitation gegen die Verklerikalisirung der Schule).

Antrag **14** (Bekämpfung der pfäffischen Verleumder).

Antrag Dr. Čech:

„Der Parteitag erklärt, daß er den Antrag Brod deswegen verworfen hat, weil der Antrag den internationalen und interkonfessionellen Standpunkt der Sozialdemokratie nicht präzise und klar genug zum Ausdrucke gebracht hat."

III. Parteiorganisation.

(Diskussion Seite 109–136 und Seite 164–173.)

Antrag **17** (Errichtung von Rechtsbureaux, wo die Mittel vorhanden).

Antrag der Kommission:

„Es wird den Organisationen empfohlen, Vereine für die arbeitende Landbevölkerung ins Leben zu rufen."

Antrag **21** (Gründung von Wahlvereinen).

Antrag der Kommission:

„Der Parteitag beschließt, daß der Herausgabe von Blocks durch einzelne Organisationen, Vereine ꝛc. zum Zwecke der Aufbringung von Geldmitteln zu anderen als Partei- und Gewerkschaftszwecken energisch entgegenzuwirken sei."

Antrag Dr. Čech, Krapka:

„Der Parteitag erklärt, es sei nothwendig, daß die Parteigenossen allerorten der Frauenfrage eine rege Aufmerksamkeit zuwenden und unter den Frauen eine rege Agitation entfalten."

Antrag Dr. Čech:

„Der Parteitag verpflichtet die Parteivertretung, die geeigneten Maßnahmen zur Ausführung des Beschlusses betreffs der Frauenagitation zu treffen und über die erzielten Resultate dem nächsten Parteitage Bericht zu erstatten."

Antrag Winarsky:

„Der Parteitag fordert die Parteivertretung auf, der prinzipiellen Ausbildung der organisirten Genossen und Genossinnen ein erhöhtes Augenmerk zuzuwenden, eventuell für die Schaffung geeigneter Institutionen zu sorgen."

Antrag Kickmaier:

„In Erwägung, daß bei Einrichtung von Vereinsbibliotheken seitens vieler Organisationen ganz planlos vorgegangen wird, beantragt der Gefertigte, die Parteileitung werde beauftragt, ein Verzeichniß aller jener Bücher und Werke vorzulegen, die jede Vereinsbibliothek enthalten soll.

Gleichzeitig wäre in diesem Verzeichniß, welches in Druck gelegt werden muß, auch die Reihenfolge anzugeben, welche beim Lesen einzuhalten ist, um dadurch den Bibliothekaren eine Direktive zu geben, in diesem Sinne auf die Leser einwirken zu können."

Resolutionen:

a) betreffs der Organisation.

Erklärung.

„Die vom Prager Parteitag angebahnte und vom sechsten Parteitag durchgeführte Organisation der österreichischen Sozialdemokratie nach selbstständigen nationalen Gruppen hat den Zweck, für die Arbeit der Organisation des vielsprachigen Proletariats in Oesterreich die besten praktischen Bedingungen zu bieten, die praktischen Schwierigkeiten der Sprachverschiedenheit zu überwinden. Indem wir so die Nützlichkeit der vollen Selbstständigkeit für die Organisation der Sozialdemokratie jeder Zunge anerkennen und ihr Rechnung tragen, schaffen wir zugleich in dem Gesammtparteitage und der Gesammtexekutive die Einrichtungen, die geeignet sind, noch mehr als bisher die feste und schlagfertige Zusammenfassung aller einzelnen Organisationen zum gemeinsamen Kampfe zu sichern. Nationale Selbstständigkeit und internationale Geschlossenheit ist das Grundprinzip unserer Organisation.

Wir ergreifen diese Gelegenheit, um im Vorhinein jede Interessensolidarität mit den nationalen und chauvinistischen Parteiungen und Kämpfen der besitzenden Klassen auf das Entschiedenste zurückzuweisen. Wir haben das Bewußtsein, daß die Klassengegensätze stärker und tiefer trennen als nationale Verschiedenheit, und wir erklären, daß diese Organisation ausschließlich bestimmt ist, die wirksamste Form zu schaffen, in der die international geeinigten und brüderlich verbundenen Sozialdemokraten aller Zungen den Kampf führen gegen die Ausbeuterklassen in ihrer eigenen Nation und gegen die Ausbeuterklassen aller Nationen.

Nicht um die nationalen chauvinistischen Bestrebungen der besitzenden Klassen zu unterstützen, ist diese unsere Organisation geschaffen, sondern sie hat zum Ziele, sie umso schärfer, rücksichtsloser und wirksamer bekämpfen zu können."

b) betreffs der ruthenisch-radikalen Partei.

„Der sechste österreichische sozialdemokratische Parteitag nimmt die durch den Abg. Dr. Jaroſiewicz im Namen der ruthenisch-radikalen Partei abgegebene Erklärung zur Kenntniß und begrüßt es mit Freude, daß die auf gemeinsamem prinzipiellen Boden stehende ruthenisch-radikale Partei im wohlverstandenen gemeinsamen Interesse beabsichtigt, mit uns in enge Fühlung zu treten.

Wir erwarten, daß diese Erklärung der ruthenisch-radikalen Partei sowohl zur vollen Klärung der Verhältnisse in ihrer eigenen Partei als auch zur Förderung ihrer Organisation auf sozialdemokratischer Basis beitragen werde, und daß dadurch eine gemeinsame Taktik, ein gemeinsames Vorgehen und später auch eine gemeinsame Organisation ermöglicht werden wird."

IV. Wahl der Parteivertretung.

(Siehe Seite 173, 182, 183, 192.)

V. Arbeiterschutzgesetzgebung.

(Diskussion Seite 136—163.)

Resolution Verkauf:

„Der sechste Parteitag der österreichischen Sozialdemokratie beauftragt den sozialdemokratischen Verband des österreichischen Abgeordnetenhauses, die Forderungen der Arbeiterschaft bezüglich der Arbeiterschutzgesetzgebung, wie sie im Hainfelder

Programm aufgestellt und auf zahlreichen Fach- und Gewerkschaftskongressen vertreten wurden, in die Gestalt von Gesetzesvorlagen zu bringen.

Neben der Reform der Gewerbeordnung, die sich auf die Ausdehnung des Arbeiterschutzes (Schutz der Kinder, Frauen, Sonntagsruhe, Achtstundentag 2c.) und die Beseitigung der den Arbeitern durch Arbeitsbücher, Strafen auf Kontraktbruch 2c. auferlegten Fesseln zu beziehen hat, sind auch Vorschläge zu erstatten zur Einschränkung und endlichen Beseitigung der Heimarbeit (Anzeigepflicht, Ausdehnung des Arbeiterschutzes und der Arbeiterversicherung, höhere Besteuerung, Wohnungsgesetzgebungsgesetz 2c. 2c.), welche der Großindustrie Gelegenheit bietet, sich den Bestimmungen der Arbeiterschutzgesetzgebung zu entziehen.

Außerdem sind zu geeigneter Zeit Gesetzentwürfe zum Schutze der Bergarbeiter, der Bediensteten des Transportgewerbes, der Eisenbahner, Tramwaybediensteten (insbesondere durch Schaffung einer Dienstespragmatik), der Bediensteten und Arbeiter der Handels-, See- und Flußschifffahrt (durch eine entsprechende Seemannsordnung), Fuhrwerker 2c., der Handels- und sonstigen Privatangestellten, sowie der landwirthschaftlichen Arbeiter einzubringen.

Das besondere Augenmerk ist auf den Ausbau des Gewerbe-Inspektorates, sowie auf die Schaffung spezieller Einrichtungen für Bergbau, Eisenbahnen, Binnengewässer- und Seeschifffahrt, Handel und die Frauenarbeit zu richten. Den Inspektoren sind von Arbeitern und Arbeiterinnen gewählte und vom Staate besoldete Delegirte an die Seite zu stellen, die neben der Ueberwachung der Sicherheit in den Betrieben für die Durchführung der von den Inspektoren getroffenen Anordnungen zu sorgen haben.

Gleichzeitig ist die Uebertragung der Strafgerichtsbarkeit in Fällen der Uebertretung der Arbeiterschutzgesetze an die ordentlichen Gerichte in Vorschlag zu bringen."

Resolution Tomschik:

„Der sechste Parteitag der österreichischen Sozialdemokratie spricht den angestellten Eisenbahnern anläßlich ihres Kampfes um das Koalitionsrecht seine Sympathien aus. Er verurtheilt auf das Entschiedenste das Verhalten der Regierung und der bürgerlichen Parteien, welche theils offen, theils versteckt für die Konfiskation der Koalitionsfreiheit der Eisenbahner eingetreten sind. Der Parteitag billigt die Haltung des sozialdemokratischen Verbandes anläßlich der Debatte über den Dringlichkeitsantrag wegen der Auflösung der Eisenbahnerorganisationen und spricht die sichere Erwartung aus, daß die Angestellten energisch für ihre ökonomischen Interessen eintreten, wobei sie die Unterstützung der gesammten Arbeiterschaft zu erwarten haben."

Antrag Simon Stark, Vinzenz Schelch und Anton Bruch:

„Der sechste Parteitag der österreichischen Sozialdemokratie beauftragt den sozialdemokratischen Verband des österreichischen Abgeordnetenhauses eine Novelle zum Bergbau-Genossenschaftsgesetz einzubringen, in welchem den Delegirten der Gruppe II (Arbeiterdelegirte) der Schutz gegen willkürliche Entlassung gesichert ist.

Die Gründe der Kündigung eines Delegirten müssen dem Revierbergamte vorgelegt, von diesem geprüft werden und von da, im Falle sie das Revierbergamt für richtig befindet, an die Generalversammlung, respektive das Schiedsgericht zur Entscheidung gelangen. Erst nach Ausspruch des Schiedsgerichtes kann der Betreffende nach dreimonatlicher Kündigung entlassen werden.

Ferner ist, um die indirekte Maßregelung (schlechter Lohn, Arbeitsbedingung) hintanzuhalten, im Gesetz dafür zu sorgen, daß der tägliche Verdienst eines Delegirten unter den Durchschnittsverdienst eines Bergarbeiters nicht heruntersinkt, desgleichen soll in der Novelle dafür gesorgt werden, daß die Delegirten nicht zur Strafe für Ausübung ihrer Funktion an Orte zur Arbeit versetzt werden, die schlechter als jene sind, an welchen sie vordem zur Arbeit verwendet wurden.

Alles hier Angeführte gilt auch für Bruderladen-Delegirte."

Antrag **27** (Bekämpfung der Hausindustrie).

Antrag **29** (Auflösung der Bruderladen).

Antrag Kickmaier:

„Zur Zeit der Einbringung einer Gesetzesnovelle über die Bekämpfung der Hausindustrie sollen an allen Orten Versammlungen mit einer auf diesen Punkt bezughabenden Tagesordnung einberufen werden, bei welchen nach Thunlichkeit auch die Abgeordneten selbst zu referiren hätten."

Antrag Krejci:

„Da die bürgerlichen Parteien die Vorstände der Bezirkskrankenkassen, die von den Sozialdemokraten verwaltet werden, in perfider Weise verdächtigen, daß sie die Kassen schlecht verwalten, wird der Verband der sozialdemokratischen Abgeordneten

ersucht, in der nächsten Session des Reichsrathes einen Gesetzentwurf einzubringen, es seien jene Arbeitgeber, die Mitgliedsbeiträge abziehen und an die Krankenkasse nicht abführen, wegen Betrug und Veruntreuung zu bestrafen."

Antrag Chwala:

„Mit Rücksicht auf die hinterhältigen Machinationen des arbeiterfeindlichen Unternehmerthums, darauf hinauslaufend, die Verwaltung der Kranken- und Unfallversicherung vollends an sich zu reißen, werden die proletarischen Organisationen verpflichtet, darauf zu sehen, daß gelegentlich der Wahlen in die Vorstände gedachter Arbeiterversicherungs-Institute Sozialdemokraten aufgestellt und gewählt werden, um solcherart zu verhindern, daß das den Arbeitern gesetzlich zustehende, ohnehin spärliche Verwaltungsrecht denselben entrissen und zum Schaden der Versicherten mißbraucht wird."

Antrag Chwala, Feigl, Pelikan:

„Den sozialdemokratischen Vorstandsmitgliedern der Arbeiterversicherungs-Institute wird nahegelegt, für ihre Angestellten gleichfalls die Sonntagsruhe durchzuführen."

VI. Presse.

(Seite 174—193.)

Antrag Soukup-Feigl (Anerkennung der „Akademie").
Antrag Dobiasch (Anerkennung des „Volksrecht" und „Neues Volksrecht").
Antrag der Bukowinaer Kreisorganisation (Anerkennung der „Volkspresse").
Antrag Köhler (Anerkennung des „Gebirgsboten").
Antrag **31** (Anerkennung der „Wahrheit").
Antrag **36** (Anerkennung des „Graslitzer Volksbote").

Antrag Kopac:

„In Anbetracht dessen, daß sich insbesondere während der Reichsrathssession häufig wichtige Ereignisse abspielen, deren Besprechung im Morgenblatte durch die bourgeoisen Abendblätter überholt werden und sich daher die Arbeiter meist veranlaßt sehen, solche ihnen feindselige Blätter zu kaufen, wird beantragt, in Erwägung zu ziehen, ob es nicht thunlich erscheint, wenigstens zur Zeit der Reichrathssession ein Abendblatt der „Arbeiter-Zeitung" herauszugeben."

Antrag Popp:

„In Anbetracht dessen, daß die „Arbeiter-Zeitung" in der Provinz noch nicht so große Verbreitung gefunden hat wie es der Stärke der Partei entspricht, werden die Parteiblätter der Provinz beauftragt, die „Arbeiter-Zeitung" von Zeit zu Zeit anzukündigen und anzuempfehlen."

Antrag der Preßkommission:

„Entgegen dem Antrage der Bezirksorganisation IX auf Sistirung der „Arbeiterinnen-Zeitung" als selbstständiges Organ und Erscheinen derselben als Sonntagsbeilage der „Arbeiter-Zeitung", beantragt die Preßkommission: die „Arbeiterinnen-Zeitung" hat so wie bisher zu erscheinen, mit der Bedingung, daß die Grundlage derselben erweitert wird.

Die „Arbeiterinnen-Zeitung" soll in Zukunft nicht blos die Interessen der Arbeiterin, insoweit sie in Fabriken und Werkstätten arbeitet, vertreten, sie soll auch die Interessen derselben vertreten, insoweit sie einer häuslichen Beschäftigung obliegt und insoweit sie auch nur die Frau eines Arbeiters ist. Der „Arbeiterinnen-Zeitung" ist durch den Parteitag selbst die kräftigste Unterstützung zuzusichern."

Resolution Popp:

„Der Parteitag begrüßt es mit Genugthuung, daß die tschechische und die polnische Organisation stark genug geworden sind, um die Gründung von Tagblättern in Prag und Krakau nöthig zu machen. Der Parteitag fordert die Genossen aller Zungen auf, eifrig daran zu gehen, die Mittel aufbringen zu helfen, insbesondere für das Prager Blatt, das schon in Bälde erscheinen soll."

Antrag Feigl:

„Die Parteivertretung wird beauftragt, eine volksthümliche Broschüre herauszugeben, in welcher die Nationalitätenfrage überhaupt und speziell die in Oesterreich behandelt wird."

Antrag Müller:

„Beantrage, es sei in populärer Schreibweise eine auch den Bauern verständliche Broschüre in mehreren Sprachen zu verfassen, in welcher die Stellung der Sozialdemokratie, sowie der Christlich-Sozialen dargestellt wird."

Antrag **33** (abgeändert):

„Die Gründung von Kopfblättern unterliegt der Genehmigung durch die Wahlkreiskonferenz."

Antrag Barta, Wien:

„Beantrage, daß die Parteivertretung eine billige Broschüre herausgeben soll, welche sich mit den Verhältnissen der gesammten Handelsarbeiter befassen und zugleich in unserem Sinne belehrend und aufklärend wirken soll."

Antrag Schelch:

„Die Parteivertretung wird beauftragt, bei Herausgabe von Broschüren zu trachten, daß dieselben in gleichgroßem Format herausgegeben werden, um den Einband mehrerer zusammen zu ermöglichen."

Antrag Steinböck:

„Die sozialdemokratischen Abgeordneten werden aufgefordert, wenn das Parlament eröffnet wird, sofort einen Antrag auf Aufhebung des Zeitungsstempels und für die Freigebung der Kolportage einzubringen."

„Bei Einbringung dieser Anträge im Parlament soll die Parteivertretung oder die Exekutive eine Agitation einleiten, daß im ganzen Reiche zu Gunsten der Preßfreiheit und der Anträge der Abgeordneten Demonstrationen veranstaltet werden."

Antrag Scotti (Anerkennung von „Il Lavoratore" und „L'Avvenire").

Antrag **13** (abgeändert):

„Die Parteileitung wird beauftragt, nach jeder zur Agitation zweckdienlichen Debatte im österreichischen Parlament Broschüren herauszugeben."

VII. Konsumgenossenschaften und Produktivassoziationen.

(Diskussion Seite 194—208.)

Resolution Schuhmeier:

„In Erwägung, daß die Wirthschaftsgenossenschaften nicht geeignet sind, die wirthschaftliche Lage des Proletariats zu heben, lehnt es der Parteitag ab, den Parteigenossen die Gründung von derartigen Wirthschaftsgenossenschaften zu empfehlen. Mit Rücksicht auf die in einzelnen kleinen Städten, in denen sich die Mitglieder der Wirthschaftsgenossenschaften aus Lohnarbeitern rekrutirten, gemachten Erfahrungen, überläßt es der Parteitag den Genossen der einzelnen Bezirke, nach genauer Prüfung der lokalen Verhältnisse, sowie der verfügbaren Kräfte und Mittel zur Frage der Wirthschaftsgenossenschaften Stellung zu nehmen."

Antrag Stark:

„Der Parteitag beschließt: Die Aufhebung der Werks- und Fabriks-Konsumvereine ist anzustreben."

Antrag Barta:

„Falls der Parteitag es nicht grundsätzlich verwirft, zur Frage der Konsumgenossenschaften Stellung zu nehmen, oder für den Fall der Parteitag nicht strikte von der Errichtung von Konsumgenossenschaften abrathen sollte, stellen wir den Antrag, in die vom Parteitage zu beschließende Resolution folgende Sätze aufzunehmen:

Wenn die Arbeiter-Konsumvereine ihrem Zwecke entsprechen sollen, haben sie in erster Linie darauf zu achten, daß ihren Angestellten die möglichst günstigsten Arbeitsbedingungen gewährt werden, insbesondere hinsichtlich Arbeitszeit, Sonntagsruhe, Entlohnung und Kündigung. Es wird empfohlen, diese Bedingungen auf einer Konferenz der Konsumvereine, der Vertreter der Organisationen der Konsumvereinsbediensteten und der Gewerkschaftskommission beizuziehen sind, festzusetzen."

Antrag Schuhmeier:

„Der Parteitag fordert die sozialdemokratischen Abgeordneten auf, im Parlament für die Aufhebung der gesetzlichen Beschränkungen der Wirthschaftsgenossenschaften einzutreten."

VIII. Parteiangelegenheiten.

(Diskussion Seite 208—210.)

Antrag **51** (Zusammenstellung der Anträge und Resolutionen im Protokoll).

Antrag Feigl-Chwala-Winarsky:

„Der Parteitag macht es den Parteigenossen, die in Arbeiterinstituten in den Leitungen sich befinden, zur Pflicht, es den Angestellten ihrer Institute zu ermöglichen, ihre parteibürgerlichen Rechte, an sozialdemokratischen Kongressen und Konferenzen 2c. 2c. theilzunehmen, ausüben zu können."

Antrag Čech-Behr (Abhaltung des nächsten Parteitages in Brünn).

Sprechregister.

Adler Viktor, Dr. 53, 64, 65, 69, 75, 90, 100, 106, 109, 110, 111, 126, 164, 170, 182, 199, 201, 209.
Albrecht Adolf 61, 69, 133.
Auſterlitz Fritz 89.
Barta Rudolf 182, 202.
Bartel Heinrich 66.
Behr Anton 60, 95, 109, 120, 134, 180, 187.
Benecke Heinrich 64, 69, 134, 180, 187.
Berner Ernſt 154.
Berſtl Emanuel, Dr. 54, 98, 105, 135, 183.
Blaſchek Emanuel 156, 181.
Brod Jakob 86, 97, 105, 183.
Bruch Anton 157.
Camber Richard 134.
Cech Ludwig, Dr. 63, 98, 156, 179.
Chomed Ferd., Dr. 96, 119.
Chwala Auguſt 69, 133, 156, 203, 203.
Cobal Michael 129, 156.
Daszynski Ignaz 70, 99, 117, 211.
Diamand Hermann 131, 134.
Dietl Anton 180.
Dittrich Robert 157, 199.
Dobiaſch Joſef 61, 69, 91, 179.
Elderſch Mathias 94, 105, 108, 132, 183, 201.
Ellenbogen Wilhelm, Dr. 59, 68, 109, 127, 134.
Feigl Daniel 54, 93, 109, 110, 129, 164, 173, 182, 183, 184, 208.
Fiſcher Heinrich 95, 128.
Gerin Antonio 208.
Gleinsler Joſef 123.
Grablovic Anton 135, 181.
Häcker Samuel 186.
Hannich Joſef 105, 125.
Hedorfer Florian 125, 179, 181, 208.
Hirſch Ferdinand 60, 69, 97, 125.
Hoffenreich Fritz 180.
Hoffmann Eduard 64, 125.
Hybeš Joſef 91, 207, 212.
Jaroſiewicz, Dr. 117.
Jeziorsky Joſef 94, 183.
Job Johann 95, 187.
Kickmaier Michael 157.
Köhler Robert 63, 97, 185.
Kohn Alois 54, 63, 97.
Kopac Joſef 156.
Körbler Raimund 181.
Kokinek Karl 127, 199.
Krapka Joſef 50, 91, 105, 119, 170, 209.
Kriſtan Edbin 62, 87, 96, 107, 130, 184, 211.
Lehner Wilhelm 66, 134.
Lichtenecker Joſef 155.
Morgenſtern Ludwig 94, 123.
Müller Auguſt 53, 55, 93, 132.
Nemec Anton 124.
Palka Karl 64, 86, 109, 125.
Patzl Georg 55.
Pauſer Anton 67.
Pelikan Emil 96, 192.
Pernerſtorfer Engelbert 50, 55, 89, 91, 106, 208.
Petrich Giorgio 121.
Pfannkuch Wilhelm 50.
Piſcel Anton 211.
Polke Emil 123, 180.
Pölz Ferdinand 98, 180.
Popp Julius 49, 50, 62, 63, 64, 69, 110, 120, 126, 127, 135, 136, 174, 187, 210.
Popp Adelheid 186.
Puhl Vinzenz 181.
Prähauſer Jakob 92, 122, 136.
Radimsky Auguſt 130.
Ranziglio Joſef 122, 201.
Rawica Franz 107.
Reſel Johann 135.
Reumann Jakob 145, 204.
Rouſchar Joſef 94, 124.
Schelch Vinzenz 64, 99, 121, 155.
Schiller Karl 69, 124, 178.
Schmidt Hugo 63, 133.
Schrammel Anton 135.
Schuhmeier Franz 50, 56, 67, 92, 105, 154, 182, 194, 206, 208.
Schuſtaczek Franz 187.
Schuſter Jakob 129, 200.
Scotti Luigi 120.
Seliger Joſef 64, 94, 129, 170, 173, 181, 185, 187.
Skaret Ferdinand 54, 128.
Smetana Rudolf 133.
Soukup Franz 118, 184.
Stark Simon 61, 96, 121, 155, 180.
Stefan Franz 66, 107, 134.
Steinböck Franz 208.
Steiner Joſef 85.
Stumpe Richard 54, 61, 89, 99.
Tobola Joſef 156.
Tomſchik Joſef 150.
Trettenbrein Simon 160.
Uceſar Carlo 124.
Ulrich Viktor 93, 127, 182, 187.
Verkauf Leo 136, 161.
Widholz Laurenz 181, 208.
Winarsky Leopold 93, 129, 200.
Wutſchel Ludwig 94.
Zavertnik Joſef 130, 160.
Zeller Eduard 54, 68, 69, 70, 81, 89, 90, 105.

Verhandlungen

des

Gesammtparteitages

der

Sozialdemokratie in Oesterreich

abgehalten zu

Brünn

vom 24. bis 29. September 1899 im „Arbeiterheim".

Nach dem stenographischen Protokolle.

Preis 25 Kreuzer.

Wien, 1899.

Verlag der Wiener Volksbuchhandlung Ignaz Brand

VI., Gumpendorferstraße 8.

Als Einberufer fungirten die Genossen:

Ferdinand Skaret für die deutsche Exekutive. Josef Krapka für die tschechische Exekutive. Ignaz Daszynski für die polnische Exekutive.

Bureau des Parteitages.

Geschäftspräsidium:

Julius Popp (Wien), Anton Nemec (Prag).

Mitpräsidenten:

Jan Englisch (Krakau), Antonio Gerin (Triest), Nikolaus Hankiewicz (Lemberg), Edin Kristan (Triest).

Schriftführer:

Mathias Eldersch (Brünn), Johann Job (Lieben), Leopold Winarsky (Wien H. Liebermann (Przemysl).

Tagesordnung des Parteitages:

1. Berichte:
   a) der Gesammtpartei; Referent: Ferd. Skaret.
   b) des Verbandes der Abgeordneten; Referent: Eduard Rieger.
   c) der nationalen Exekutiven.
2. Politische Lage und Taktik. Referent: Dr. Viktor Adler.
3. Organisation der Gesammtpartei. Referent: Josef Krapka.
4. Die internationale Sozialdemokratie und der Nationalitätenstreit in Oesterreich. Referent: Josef Seliger.
5. Wahl einer Kommission zur Revision des Parteiprogramms. Referent: Dr. Wilhelm Ellenbogen.
6. Arbeiterschutz. Referent: Josef Hannich.
7. Konsumvereine. Referenten: Dr. Viktor Adler und Franz Schuhmeier.
8. Frauenbewegung. Referentin: Adelheid Popp.
9. Eventuelles.

Druck von L. Bergmann & Comp. in Wien.

Inhalt.

Seite

Bericht der Gesammtparteivertretung 1
Bericht der tschechischen Exekutive 5
Böhmen 7
Mähren 9
Niederösterreich 10
Oberösterreich 10
Bericht des Frauen-Reichscomités 10
Bericht der Parteivertretung der deutschen Sozialdemokratie in Oesterreich 11
Böhmen 14
Bukowina 17
Kärnten 17
Mähren 18
Niederösterreich 20
Oberösterreich 23
Salzburg 24
Schlesien 25
Steiermark 26
Tirol 27
Bericht der italienischen Exekutive 28
Bericht der polnischen Exekutive 32
Bericht der ruthenischen Exekutive 34
Bericht der slovenischen Exekutive 35
Erster Verhandlungstag:
Bericht der Gesammtpartei 40
Kassenbericht 41
Thätigkeitsbericht des parlamentarischen Verbandes 42
Berichte der nationalen Exekutiven 45
Politische Lage und Taktik 46
Zweiter Verhandlungstag:
Politische Lage und Taktik (Fortsetzung) 51
Dritter Verhandlungstag:
Bericht der Mandatsprüfungs-Kommission 62
Organisation der Gesammtpartei 62
Vierter Verhandlungstag:
Die internationale Sozialdemokratie und der Nationalitätenstreit in Oesterreich 74
Wahl einer Kommission zur Revision des Parteiprogramms 94
Fünfter Verhandlungstag:
Arbeiterschutz 96
Fortsetzung der Debatte über den Nationalitätenstreit 104
Konsumvereine 108
Sechster Verhandlungstag:
Arbeiterschutz (Fortsetzung) 120
Frauenbewegung 126
Eventuelles 133

Beschlüsse des Parteitages

der

socialdemokratischen Arbeiterpartei Oesterreichs

am

Parteitag zu Hainfeld

(30./31. December 1888 und 1. Jänner 1889), ergänzt am Parteitag zu Wien (Pfingsten 1892).

I. Principien-Erklärung.

Die socialdemokratische Arbeiterpartei in Oesterreich erstrebt für das gesammte Volk ohne Unterschied der Nation, der Rasse und des Geschlechtes die Befreiung aus den Fesseln der ökonomischen Abhängigkeit, die Beseitigung der politischen Rechtlosigkeit und die Erhebung aus der geistigen Verkümmerung. Die Ursache dieses unwürdigen Zustandes ist nicht in einzelnen politischen Einrichtungen zu suchen, sondern in der das Wesen des ganzen Gesellschaftszustandes bedingenden und beherrschenden Thatsache, daß die Arbeitsmittel in den Händen einzelner Besitzender monopolisirt sind. Der Besitzer der Arbeitskraft, die Arbeiterclasse, wird dadurch zum Sklaven der Besitzer der Arbeitsmittel, der Capitalistenclasse, deren politische und ökonomische Herrschaft im heutigen Staate Ausdruck findet. Der Einzelbesitz an Productionsmitteln, wie er also politisch den Classenstaat bedeutet, bedeutet ökonomisch steigende Massenarmuth und wachsende Verelendung immer breiterer Volksschichten.

Durch die technische Entwicklung, das kolossale Anwachsen der Productivkräfte erweist sich diese Form des Besitzes nicht nur als überflüssig, sondern es wird auch thatsächlich diese Form für die überwiegende Mehrheit des Volkes beseitigt, während gleichzeitig für die Form des gemeinsamen Besitzes die nothwendigen geistigen und materiellen Vorbedingungen geschaffen werden. Der Uebergang der Arbeitsmittel in den gemeinschaftlichen Besitz der Gesammtheit des Volkes bedeutet also nicht nur die Befreiung der Arbeiterclasse, sondern auch die Erfüllung einer geschichtlich nothwendigen Entwicklung. Der Träger dieser Entwicklung kann nur das classenbewußte und als politische Partei organisirte Proletariat sein. Das Proletariat politisch zu organisiren, es mit dem Bewußtsein seiner Lage und seiner Aufgabe zu erfüllen, es geistig und physisch kampffähig zu machen und zu erhalten, ist daher das eigentliche Programm der socialdemokratischen Arbeiterpartei in Oesterreich, zu dessen Durchführung sie sich aller zweckdienlichen und dem natürlichen Rechtsbewußtsein des Volkes entsprechenden Mittel bedienen wird. Uebrigens wird und muß sich die Partei in ihrer Taktik auch jeweilig nach den Verhältnissen, insbesondere nach dem Verhalten der Gegner zu richten haben. Es werden jedoch folgende allgemeine Grundsätze aufgestellt:

1. Die socialdemokratische Arbeiterpartei in Oesterreich ist eine internationale Partei, sie verurtheilt die Vorrechte der Nationen ebenso wie die der Geburt und des Geschlechtes, des Besitzes und der Abstammung und erklärt, daß der Kampf gegen die Ausbeutung international sein muß wie die Ausbeutung selbst.

2. Zur Verbreitung der socialistischen Ideen wird sie alle Mittel der Oeffentlichkeit, Presse, Vereine, Versammlungen, voll ausnützen und für die Beseitigung aller Fesseln der freien Meinungsäußerung (Ausnahmsgesetze, Preß-, Vereins- und Versammlungsgesetze) eintreten.

3. Ohne sich über den Werth des Parlamentarismus, einer Form der modernen Classenherrschaft, irgendwie zu täuschen, wird sie das allgemeine, gleiche und directe Wahlrecht ohne Unterschied des Geschlechtes für alle Vertretungskörper mit Diätenbezug anstreben, als eines der wichtigsten Mittel der Agitation und Organisation.

4. Soll noch innerhalb des Rahmens der heutigen Wirthschaftsordnung das Sinken der Lebenshaltung der Arbeiterclasse, ihre wachsende Verelendung einigermaßen gehemmt werden, so muß eine lückenlose und ehrliche Arbeiterschutz-Gesetzgebung (weitestgehende Beschränkung der Arbeitszeit, Aufhebung der Kinder-

arbeit u. s. f.), deren Durchführung unter der Mitcontrole der Arbeiterschaft sowie die unbehinderte Organisation der Arbeiter in Fachvereinen, somit volle Coalitionsfreiheit angestrebt werden.

5. Im Interesse der Zukunft der Arbeiterclasse ist der obligatorische, unentgeltliche und confessionslose Unterricht in den Volks- und Fortbildungsschulen, sowie unentgeltliche Zugänglichkeit sämmtlicher höheren Lehranstalten unbedingt erforderlich; die nothwendige Vorbedingung dazu ist die Trennung der Kirche vom Staate und die Erklärung der Religion als Privatsache.

6. Die Ursache der beständigen Kriegsgefahr ist das stehende Heer, dessen stets wachsende Last das Volk seinen Culturaufgaben entfremdet. Es ist daher für den Ersatz des stehenden Heeres durch die allgemeine Volksbewaffnung einzutreten.

7. Die socialdemokratische Arbeiterpartei wird gegenüber allen wichtigen politischen und ökonomischen Fragen Stellung nehmen, das Classeninteresse des Proletariats jederzeit vertreten und aller Verdunkelung und Verhüllung der Klassengegensätze, sowie der Ausnützung der Arbeiter zu Gunsten von herrschenden Parteien energisch entgegenwirken.

8. Da die indirecten, auf die nothwendigen Lebensbedürfnisse gelegten Steuern die Bevölkerung umso stärker belasten, je ärmer sie ist, da sie ein Mittel der Ausbeutung und der Täuschung des arbeitenden Volkes sind, verlangen wir die Beseitigung aller indirecten Steuern und Einführung einer einzigen, direkten progressiven Einkommensteuer.

II. Resolution über die politischen Rechte.

In Erwägung, daß die weltgeschichtliche Aufgabe des Proletariats die Umgestaltung der heutigen wirthschaftlichen Ordnung ist, daß der Hebel dieser Umgestaltung der Classenkampf ist, dessen Verlauf mit umso weniger Opfern verbunden, umso rascher und ruhiger sein wird, je mehr auf beiden Seiten Klarheit und Einsicht in die Bedingungen und Ziele der ökonomischen Entwicklung herrscht; daß aber die herrschenden Classen die Aufklärung durch gesetzliche und polizeiliche Maßregelungen zu hemmen und zu verzögern suchen, wodurch die Bewegung zwar nicht aufgehalten, aber verbittert und verschärft wird, erklärt der Parteitag:

Jede Einschränkung der Freiheit der Meinungsäußerung, sowie jede Monopolisirung politischer Rechte für die Besitzenden ist verwerflich und für die naturgemäße Entwicklung schädlich. Er verlangt daher volle Freiheit für die socialdemokratische Agitation und Propaganda und die Möglichkeit einer ruhigen Organisation des Proletariats; zunächst also:

1. Die Aufhebung der Beschränkung der Freizügigkeit, also der Ausnahmsverfügungen, Vagabunden- und Schubgesetze;

2. die Aufhebung der Beschränkung der Preßfreiheit durch die verschiedenen Formen der Censur und Aufhebung des Preßmonopols für die Besitzenden durch Caution und Stempel, sowie des Verbotes der Colportage;

3. Herstellung des Vereins- und Versammlungsrechtes durch Aufhebung der Vereins- und Versammlungsgesetze;

4. die Aufhebung des Monopols der Besitzenden auf das politische Wahlrecht durch die Einführung des allgemeinen, gleichen, directen und geheimen Wahlrechtes (und zwar ohne Unterschied des Geschlechtes vom 20. Lebensjahre an, wo für die Männer die Verpflichtung zur Blutsteuer beginnt), als eines wichtigen Mittels der Agitation und Organisation, ohne sich jedoch über den Werth des Parlamentarismus irgendwie zu täuschen;

5. die ehrliche Sicherung der Unabhängigkeit der Gerichte, Unentgeltlichkeit der Rechtspflege, Ausdehnung der Geschworenengerichte auf alle politischen Vergehen und Verbrechen, sowie Wahl der Geschworenen auf Grund des allgemeinen, geheimen Wahlrechtes durch das gesammte Volk;

6. Schaffung und Durchführung eines Gesetzes, welches Beamte, welche die politischen Rechte von Einzelnen oder Vereinen beeinträchtigen, einer strengen Strafe zuführt.

III. Resolution über Arbeiterschutz-Gesetzgebung und „Socialreform".

Was heute vorzugsweise „Socialreform" genannt wird, die Einführung der vom Staate organisirten Arbeiterversicherung gegen Krankheit und Unfall, entspringt vor Allem der Furcht vor dem Anwachsen der proletarischen Bewegung, der Hoffnung, die Arbeiter von dem Wohlwollen der besitzenden Classen zu überzeugen, und zuletzt aus der Einsicht, daß die zunehmende Verelendung des Volkes endlich die Wehrfähigkeit beeinträchtigen müsse. Mit der Ausführung der Arbeiterversicherung werden zwei Nebenzwecke verknüpft: Die theilweise Ueberwälzung der Kosten der Armenpflege von den Gemeinden auf die Arbeiterclasse und die möglichste Einengung, womöglich Beseitigung der selbstständigen Hilfsorganisationen der Arbeiter, welche als Vorschulen und Uebungsstätten der Organisation und Verwaltung den Herrschenden ein Dorn im Auge sind. Angesichts dieser Sachlage erklärt der Parteitag:

Die Arbeiterversicherung berührt den Kern des socialen Problems überhaupt nicht. Eine Einrichtung, welche im besten Falle dem arbeitsunfähigen Proletarier ein kärgliches, von ihm selbst theuer bezahltes Almosen gewährt, verdient nicht den Namen „Socialreform". Die Arbeiterschaft wird sich darüber nicht täuschen lassen, sondern klare Einsicht darüber verbreiten, daß eine wirklich sociale Reform den arbeitsfähigen Arbeiter zum Gegenstande und die Beseitigung seiner Ausbeutung zum letzten Ziele haben muß, daß aber freilich diese sociale Reform niemals von den Ausbeutern, sondern nur von den Ausgebeuteten durchgeführt werden wird.

So lange die capitalistische Productionsweise herrscht, ist nur eine theilweise Einschränkung der Folgen der Ausbeutung möglich durch eine ehrliche und lückenlose Arbeiterschutz-Gesetzgebung und ihre energische Durchführung. Die physische Verelendung der Arbeiterclasse findet in der hohen Kindersterblichkeit, in dem kurzen Lebensalter, der frühen Invalidität der Arbeiter ihren Ausdruck. Das Herabsinken der Lebenshaltung, welches den Arbeiter zu einem stumpfsinnigen Sklaven herabwürdigt, macht es ihm unmöglich, Kraft und Zeit der Thätigkeit für menschliche Ziele, vor Allem für seine eigene Befreiung zu widmen. Die Arbeiterschutz-Gesetzgebung soll dem Zunehmen dieser unmenschlichen Verhältnisse einigermaßen Einhalt thun.

Die österreichische Gewerbeordnung erfüllt diesen Zweck ganz ungenügend Sie ist schwächlich und lückenhaft in ihren Bestimmungen, gibt jede einzelne Vorschrift dem Mißverstand und der Willkür der Verwaltungsbehörden preis. Die Gewerbe-Inspection ist unwirksam, weil unzulänglich in ihren Mitteln und äußerst beschränkt in ihren Befugnissen.

Eine Arbeiterschutz-Gesetzgebung, die ihren Zweck erreichen soll, muß zum Mindesten umfassen:

1. Volle Coalitionsfreiheit und gesetzliche Anerkennung von Lohnverabredung und Cartellen der Arbeiter.
2. Den achtstündigen Maximalarbeitstag ohne Clauseln und ohne Ausnahmen.
3. Verbot der Nachtarbeit (mit Ausnahme jener Betriebe, deren technische Natur eine Unterbrechung nicht zuläßt).
4. Volle Sonntagsruhe von Samstag Abends bis Montag Früh.
5. Verbot der Beschäftigung von Kindern unter 14 Jahren.
6. Ausschluß der Frauenarbeit aus den für den weiblichen Organismus besonders schädlichen Betrieben.
7. Alle diese Bestimmungen haben für Betriebe jeder Stufenleiter (Großindustrie, Transportgewerbe, Handwerk, Hausindustrie) zu gelten.
8. Auf Uebertretungen dieser Bestimmungen von Seite der Unternehmer sind Arreststrafen gesetzt.
9. Arbeiter-Organisationen, welche auf fachlicher oder localer Grundlage beruhen, haben durch die von ihnen gewählten Inspectoren bei der Controle der Durchführung der Arbeiterschutz-Gesetzgebung mitzuwirken.

Die Arbeiterschutz-Gesetzgebung soll international ausgebaut und in geeigneter Weise auf die Landarbeiter ausgedehnt werden.

Parteiorganisation

beschlossen am VI. Parteitage zu Wien 1897 (geändert am Gesammtparteitag zu Brünn.)

Gesammtorganisation der Sozialdemokratie Oesterreichs.

I. Gesammtparteitag.

Mindestens in jedem zweiten Jahre wird ein Gesammtparteitag einberufen, der in der Regel in der ersten Hälfte des Monats September stattfindet. Jeder Wahlkreis hat das Recht, zwei Delegirte, und wo organisirte Frauen sind, auch eine Frau als Delegirte zu entsenden. In sprachlich gemischten Wahlkreisen hat jede sprachliche Gruppe das Recht, zwei Delegirte zu schicken. Den organisirten Industriegruppen jeder Nationalität ist durch je einen Delegirten am Parteitage eine Vertretung einzuräumen. Die Mitglieder der Gesammtvertretung, sowie die sozialdemokratischen Reichsrathsabgeordneten haben das Recht auf Sitz und Stimme.

Aenderungen des Parteiprogramms sind ausschließlich dem Gesammtparteitage vorbehalten. Im Uebrigen erledigt er die Angelegenheiten der Gesammtpartei in Bezug auf Agitation, Taktik und Organisation. Fragen der Organisation, Administration, Presse und sonstige Fragen, die nicht für alle nationalen Organisationen gemeinsam sind, sollen auf die Tagesordnung der Gesammtparteitage nicht gestellt werden. Die Einberufung des ordentlichen Gesammtparteitages erfolgt durch die Gesammtexekutive mindestens zwei Monate vor dessen Abhaltung durch Veröffentlichung der Einladung in den Parteiblättern mit Angabe der provisorischen Tagesordnung. Um ein einheitliches Bild über die Thätigkeit der Gesammtorganisation zu bekommen, haben die an den Gesammtparteitag zu erstattenden Berichte die Thätigkeit für die abgelaufene Periode bis Ende Juni jenes Jahres zu umfassen, in dem der Gesammtparteitag stattfindet. Die Wahlkreisvertrauensmänner sind verpflichtet, diese Berichte von den Organisationen ihres Wahlkreises rechtzeitig einzufordern und ungesäumt an ihre nationale Exekutive abzusenden. Die Parteiberichte und Anträge sind vier Wochen vor dem Parteitage zu veröffentlichen.

II. Gesammtvertretung der Sozialdemokratie Oesterreichs.

Die politische Leitung der Gesammtpartei obliegt der Gesammtvertretung der Sozialdemokratie in Oesterreich. Den Sitz der Gesammtvertretung bestimmt der Gesammtparteitag. Die Gesammtvertretung setzt sich aus den Exekutivcomités der deutschen, tschechischen, polnischen, ruthenischen, italienischen und südslavischen Organisationen zusammen. Insoweit einzelne Exekutivcomités ihren Sitz nicht am Sitz der Gesammtvertretung haben, soll ihre Vertretung durch eigens dazu gewählte Delegirte geschehen, die am Sitz der Gesammtvertretung wohnen. Diese Mitglieder der Gesammtvertretung sind auf Antrag der einzelnen Exekutivcomités auf den Nationalparteitagen zu wählen und als Mitglieder des Exekutivcomités zu betrachten.

Die Gesammtvertretung der Sozialdemokratie in Oesterreich tritt zu gemeinsamen Berathungen behufs Regelung der den Organisationen gemeinsamen Angelegenheiten nach Erforderniß zusammen. Sie ist dem Gesammtparteitage verantwortlich.

Die Mitglieder jeder nationalen Vertretung können jederzeit an den Sitzungen aller anderen Vertretungen oder Exekutivcomités theilnehmen, und es ist wünschenswerth, daß das so oft als möglich geschehe.

III. Kontrole.

Der Gesammtparteitag wählt eine dreigliedrige Kontrole aus dem Orte, in dem sich der Sitz der Gesammtvertretung befindet. Genossen, die in der verflossenen Periode diese Funktion ausübten, sind für die nächste Periode nicht wieder wählbar.

IV. Allgemeine Bestimmungen.

„In allen Wahlkreisen, wo es die territorialen Verhältnisse nicht ganz unmöglich machen, ist die Organisation der Genossen für öffentliche Wahlen irgendwelcher Art nicht nach nationalen Gruppen getrennt, sondern gemeinschaftlich und einheitlich durchzuführen."

„Durch die vom Wiener Parteitag 1897 beschlossene Gliederung der sozialdemokratischen Partei nach nationalen Gruppen wurden vollständig neue Formen in der Organisation geschaffen, die deren weiteren Ausbau dringend nothwendig machen, um in Fragen von allgemeinem Interesse, besonders dort, wo es sich um politische Angelegenheiten handelt, ein einheitliches, gemeinsames Vorgehen zu sichern. Der Parteitag beschließt daher, daß in allen Landeswahlkreis- und Bezirksorganisationen die nationalen Gruppen gegenseitig vertreten sein müssen, um die politische Organisation gemeinschaftlich und einheitlich durchzuführen."

Bestimmungen für die deutsche Organisation der Socialdemokratie in Oesterreich.

(Abgeändert am Parteitage zu Linz.)

I.

Zur Partei gehörig ist jede Person, welche das Parteiprogramm anerkennt für die Verbreitung desselben eintritt, die Partei nach Möglichkeit geistig und materiell unterstützt und sich keiner ehrlosen Handlung schuldig macht.

Es ist Pflicht der Parteiangehörigen, der Organisation ihrer Branchen, respektive einem Bildungs- oder politischen Vereine anzugehören.

Ein Parteigenosse darf keiner bürgerlichen politischen Partei angehören oder für dieselbe thätig sein.

II. Vertrauenspersonen.

Bezirksorganisation.

Die Vertrauenspersonen werden von den localorganisirten Genossen und Genossinnen gewählt. Die Anzahl derselben richtet sich nach den örtlichen Verhältnissen, und bilden diese Vertrauenspersonen zusammen die Bezirksorganisation. Es kann eine Vertrauensperson nur einer Bezirksorganisation angehören; die Vertreter der Bezirksorganisation sind der Parteivertretung bekanntzugeben. Der Umfang der Bezirksorganisation wird wieder von den örtlichen Verhältnissen abhängig sein und wird von der Kreisconferenz festgestellt. Die Bezirksorganisation bestimmt ihre Vertreter für die Kreisconferenz.

Wo es die sprachlichen Verhältnisse nothwendig machen, werden Agitationsbezirke ohne Rücksicht auf Provinzgrenzen gebildet.

Ueber specielle Fälle im Rayon der Bezirksorganisation entscheidet die Bezirksconferenz, doch ist der Kreisconferenz gestattet, derartige Beschlüsse aufzuheben, wie weiter auch der Parteitag Beschlüsse der Kreisconferenz aufheben kann. Ohne oder bis zur Aufhebung derartiger Beschlüsse haben selbe Giltigkeit für die Partei, doch kann auch ohne vorhergehende Entscheidung durch die Bezirksconferenz die Kreis- und ohne die Kreisconferenz der Parteitag Beschlüsse diesbezüglich fassen.

III. Wahlkreisorganisation.

Die Wahlkreisorganisation, welche ein ganzes Kronland oder bestimmte Theile desselben umfaßt, bildet ein Agitationscomité. Dieses befaßt sich mit der Or-

ganisation und sorgt für die nöthige Agitation im Wahlkreise. Gleichzeitig hat die Wahlkreisorganisation dafür zu sorgen, daß durch die Bezirksorganisationen regelmäßig freiwillige Beiträge zur Deckung der Agitationskosten aufgebracht werden.

Zur Besprechung und Erledigung von Parteiangelegenheiten tritt die Wahlkreisorganisation über Berufung des Agitationscomités nach Bedarf zu einer Konferenz zusammen und entscheidet endgiltig über Angelegenheiten der Organisations- oder Parteiverhältnisse ihres eigenen Wahlkreises.

Die Wahlkreisconferenz muß auch einberufen werden, wenn ein Drittel der Bezirksorganisationen des betreffenden Kreises die Einberufung unter Angabe der Gründe verlangt.

Jede Wahlkreisorganisation hat an die jeweilige Parteivertretung vierteljährlich Bericht über den Stand der Bewegung in dem betreffenden Wahlkreise, sowie über Namen und Sitz aller in ihrem Territorium befindlichen Organisationen jeder Art Bericht zu erstatten.

IV. Parteitag.

Parteitage finden regelmäßig in jedem zweiten Jahre statt. Außerordentliche Parteitage können nur unter Zustimmung der Mehrheit der deutschen Wahlkreisorganisationen stattfinden.

Die Delegirten zum Parteitag werden durch die Parteigenossen eines jeden Ortes, beziehungsweise Bezirkes bestimmt.

Orte, an welchen eine Frauenorganisation besteht, haben das Recht, außer Genossen auch Genossinnen zum Parteitage zu entsenden.

Die Wahlkreisvertretungen, Corporationen, welche von Wahlkreisorganisationen eingesetzt sind, sowie die Redactionen der Parteiblätter haben gleichfalls das Recht, einen Vertreter auf den Parteitag zu entsenden. Die Vertreter der Redactionen und Corporationen haben jedoch kein Stimmrecht.

Die socialdemokratischen Abgeordneten haben die Verpflichtung, auf dem Parteitag zu erscheinen und haben dort Sitz und Stimme.

Die organisirten Genossen der einzelnen Industriegruppen haben das Recht, je einen Vertreter zum Parteitag zu delegiren, welcher stimmberechtigt ist.

Der Parteitag hat den Ort zu bestimmen, an welchem der nächste Parteitag stattfindet. Ist dies nicht möglich, so wird die Wahl des Ortes der Parteivertretung überlassen.

Die Einberufung des Parteitages muß mindestens zwei Monate vor dem Termine der Abhaltung desselben durch das Centralorgan mit Angabe der provisorischen Tagesordnung erfolgen.

Der Parteibericht hat längstens 14 Tage vor dem Parteitage in der „Arbeiter-Zeitung" veröffentlicht zu werden.

Anträge sind vier Wochen vor dem Stattfinden des Parteitages an die Parteivertretung einzusenden und in dem Centralorgan der socialdemokratischen Partei zu veröffentlichen; dasselbe gilt für Anträge der Parteivertretung.

Der Parteitag prüft die Einladungen seiner Theilnehmer und bestimmt den Sitz der Parteivertretung.

V. Parteivertretung.

Der Parteitag wählt eine aus 16 Personen bestehende Parteivertretung. Acht vom Parteitag zu bestimmende Mitglieder der Parteivertretung bilden den engeren Parteiausschuß, welcher die laufenden Geschäfte der Partei zu besorgen hat. Die anderen acht Mitglieder der Parteivertretung bilden die Parteicontrole.

Der Parteitag bestimmt den Sitz des engeren Ausschusses, an welchem seine Mitglieder und zwei Mitglieder der Controle wohnhaft sein müssen.

Als Mitglieder der Controle können Reichsrathsabgeordnete nicht gewählt werden.

Jene beiden Genossen, die in der verflossenen Periode diese Funktion als Controlore in Wien ausübten, sind in der nächsten Periode nicht wieder wählbar.

Die Mitglieder der Gesammtexecutive können an den Sitzungen der Parteivertretung jederzeit theilnehmen.

Die Parteivertretung hat regelmäßig mindestens vierteljährig einmal zusammenzutreten und ist überdies vom engeren Ausschuß in außerordentlichen Fällen einzuberufen.

Die Mitglieder der Controle haben jederzeit das Recht, in alle Bücher und Schriftstücke Einsicht zu nehmen und allen Sitzungen stimmberechtigt beizuwohnen.

Das Secretariat und die Cassegeschäfte der Partei sind von der „Arbeiter-Zeitung" zu trennen. Parteisecretär und Parteicassier dürfen nicht Angestellte der „Arbeiter-Zeitung" sein.

Der Chefredacteur des Centralorgans hat das Recht, an den Sitzungen der Parteivertretung mit berathender Stimme theilzunehmen.

Jedem Parteitage hat die Parteivertretung über ihre Thätigkeit, sowie über die Durchführung der vom vorhergegangenen Parteitage beschlossenen oder ihr zugewiesenen Anträge Bericht zu erstatten.

Zur Erledigung wichtiger und das ganze Reich berührender Fragen hat jede Kreisorganisation, und wenn dies nicht gut möglich wäre, mehrere Kreisorganisationen zusammen, ständige Vertreter zu wählen, die im gegebenen Falle von der Parteivertretung einzuberufen sind.

VI. Vereinswesen.

Die Gründung von politischen Vereinen, deren Wirkungskreis sich womöglich auf eine ganze Provinz erstreckt, wird den Genossen angelegentlichst empfohlen. Diese Vereine sollen nicht nur ein Mittel zur Organisation sein, sondern auch vor Allem durch die Behandlung aller die Interessen der Arbeiter berührenden Angelegenheiten in öffentlichen Versammlungen für die Verbreitung der socialdemokratischen Prinzipien wirken und durch Discussionen die theoretische Ausbildung der Parteigenossen fördern.

VII. Parteisteuer.

Jeder einer Organisation angehörige Genosse ist verpflichtet, pro Monat einen Kreuzer direct an die Parteivertretung als Parteisteuer abzuliefern. Mit der Durchführung dieser Bestimmung wird die Parteivertretung beauftragt. Durch die directe Steuer an die Parteivertretung wird die Parteisteuer, welche von den organisirten Genossen an die Landesparteivertretungen oder Wahlkreisorganisationen geleistet wird, nicht aufgehoben.

VIII. Parteipresse.

Die Parteipresse wird nur dann ein gutes und wirksames Agitations- und Kampfmittel sein und ihrer wichtigsten Aufgabe: die Arbeiter aufzuklären und zum Classenbewußtsein zu erziehen, entsprechen können, wenn strenge darauf geachtet wird, daß fremde, nicht parteigenössische Einflüsse ferngehalten werden und wenn ebenso verhindert wird, daß sie Gegenstand der Privatspeculation werde.

Gründungen von Parteiblättern können nur dann erfolgen, wenn die Herausgabe derselben von der Wahlkreiskonferenz im Einvernehmen mit der Landesconferenz beschlossen wird. In jenen Ländern, welche keine Landesorganisation besitzen, tritt an Stelle der Landeskonferenz die Reichsparteivertretung.

Die „Arbeiter-Zeitung" ist Organ der Gesammtpartei und wird der Parteivertretung unterstellt; desgleichen die „Arbeiterinnen-Zeitung". Eventuelle Ueberschüsse fließen dem Parteifonds zu.

Geschäftsordnung

für die

Verhandlungen des Parteitages.

1.

Die Meldungen zum Wort sind schriftlich einzureichen, und erhalten die Redner nach der Reihenfolge der Anmeldung das Wort.

2.

Alle Anträge, außer denen zur Geschäftsordnung, sind schriftlich einzureichen.

3.

Bei Anträgen auf Schluß der Rednerliste oder Schluß der Debatte erhält nur ein Redner für und einer gegen das Wort. Das Wort zur Geschäftsordnung wird außer der Reihenfolge der vorgemerkten Redner ertheilt. Persönliche Bemerkungen sind erst am Schlusse der Debatte zu machen.

4.

Die Redezeit der Referenten wird auf eine Stunde festgesetzt.

In der Discussion erhält jeder Redner 10 Minuten das Wort. Kein Redner darf mehr als zweimal in einer Sache das Wort nehmen.

Die einzelnen Reden, mit Ausnahme der Referate, werden nur über Verlangen in eine andere Sprache übersetzt.

5.

Die Beschlüsse werden mit absoluter Mehrheit der Abstimmenden gefaßt. Stimmengleichheit gilt als Ablehnung des Antrages.

6.

Auf Antrag von mindestens 20 Mitgliedern des Parteitages muß die namentliche Abstimmung über einen Antrag stattfinden.

7.

Nur die Theilnehmer haben das Recht, sich an der Discussion zu betheiligen und abzustimmen; den Gästen kann nur über besonderen Beschluß des Parteitages ausnahmsweise das Wort ertheilt werden.

Anträge und Resolutionen

für den Gesammtparteitag der Sozialdemokratie in Oesterreich zu Brünn.*)

Tagesordnung.

1. Sozialdemokratisches Frauen-Reichscomité: „Der Parteitag möge beschließen, daß bei der definitiven Feststellung der Tagesordnung der von der Parteivertretung vorgeschlagene Punkt 8, „Frauenbewegung", zum Punkt 4, „Organisation der Gesammtpartei", eingereiht werde. (b) Frauenbewegung.) Das Referat wäre sonach als selbstständiges zu betrachten und den Delegirten gleich den übrigen Rednern eine Stunde Redezeit zu gewähren."

Berichte.

2. Krejci (Pilsen): „Der Bericht der Gesammtexekutive soll eine vollkommene Uebersicht über den Stand der Zeitschriften, über die Thätigkeit und die Personalien der Partei enthalten."

3. Karpas (Prag): Berichte über die Parteipresse. Seite 46.

4. Smitka (Wien): Absolutorium an den Kassier. Seite 46.

5. Dr. Ellenbogen (Wien): Das Absolutorium werde der Gesammtexekutive ertheilt.

Politische Lage und Taktik.

6. Resolution Prachensky (Innsbruck): „Der Parteitag spricht der Gesammtparteivertretung und dem Verbande sein volles Vertrauen aus und billigt die bisher eingeschlagene politische Taktik. Der energischeste Kampf gegen das feudal-klerikale Regime, das sogar den letzten Schein des Parlamentarismus frivol durch den § 14 erschlagen hatte, die Vertheidigung der konstitutionellen freiheitlichen Volksrechte, die auf alles gefaßte Abwehr der ruchlosen Attentate der klerikalen Volksfeinde gegen die Volksschule und die Entfaltung einer Massenbewegung zur Eroberung des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechtes in Staat, Land und Gemeinde bleibt auch für die Zukunft die vornehmste Aufgabe der Partei.

Der gegenwärtig in Oesterreich geführte Verfassungskampf muß bis an sein für das Volk siegreiches Ende geführt werden, und die Partei hat kein Interesse, sich mit einem Scheinfrieden und mit faulen Kompromissen zufriedenzugeben. Sie wird ihrem prinzipiellen Charakter getreu in jedem Moment ihre Taktik nach dem proletarischen Interesse des arbeitenden Volkes einrichten."

7. Resolution Krejci (Pilsen): Gegen Steuererhöhungen auf Grund des § 14 ꝛc. Seite 58.

Organisation der Gesammtpartei.

8. Gesammtparteivertretung: Termin für Abhaltung des Gesammtparteitages und Berichte für denselben. Seite 72.

9. Gesammtparteivertretung: Gesammtparteitag, Gesammtvertretung, Kontrole. Seite 73.

10. Skaret (Wien): „Als Sitz der Gesammtparteivertretung wird Wien bestimmt."

11. Mandatsprüfungskommission (Kristan und Theodorczuk): Mandatsformulare. Seite 64.

12. Meizr-Winarsky (Wien): Berichterstattungsformulare. Seite 64.

13. Frauen-Reichscomité (Adelheid Popp): Delegirungsrecht der Frauen. Seite 64.

14. Lotte Glas (Wien): Eventualantrag zu 13. Seite 69.

15. Hannich (Steinschönau): „Jeder Wahlkreis hat das Recht, zwei Delegirte, und wo organisirte Frauen sind, auch eine Frau als Delegirte zu entsenden."

16. Zipfinger (Wien): Eventualantrag zum Antrag Hannich Nr. 15. Seite 68.

*) Aus Raumrücksichten sind hier im Wortlaut nur die angenommenen Anträge, und die zwar nicht angenommenen, aber im Protokoll nicht vollständig zitirten Anträge Nr. 1 und 27 angeführt. Bei den anderen Anträgen ist auf den Wortlaut im Protokoll verwiesen. Antrag 24 wurde mit der durch Antrag 30 vorgeschlagenen Aenderung angenommen.

17. Barth (Gablonz): Delegirungsrecht der Frauen. Seite 67.
18. Skaret (Wien): Delegirung ohne Unterschied des Geschlechts. Seite 68.
19. Dr. Adler (Wien): Delegirungsrecht der Frauen. Seite 68.
20. Industriegruppe der Verkehrsbediensteten (Taub-Karpas): Delegirungsrecht der Parteiblätter. Seite 64.
21. I. Wiener Wahlkreis (in abgeänderter Fassung): „In allen Wahlkreisen, wo es die territorialen Verhältnisse nicht ganz unmöglich machen, ist die Organisation der Genossen für öffentliche Wahlen irgendwelcher Art nicht nach nationalen Gruppen getrennt, sondern gemeinschaftlich und einheitlich durchzuführen."
22. V. Wiener Wahlkreis: „Durch die vom Wiener Parteitag 1897 beschlossene Gliederung der sozialdemokratischen Partei nach nationalen Gruppen wurden vollständig neue Formen in der Organisation geschaffen, die deren weiteren Ausbau dringend nothwendig machen, um in Fragen von allgemeinem Interesse, besonders dort, wo es sich um politische Angelegenheiten handelt, ein einheitliches, gemeinsames Vorgehen zu sichern. Der Parteitag beschließt daher, daß in allen Landeswahlkreis- und Bezirksorganisationen die nationalen Gruppen gegenseitig vertreten sein müssen, um die politische Organisation gemeinschaftlich und einheitlich durchzuführen."
23. Hueber-Preußler (Wien): Sekretär für die Gesammtpartei. Seite 64.

Die internationale Sozialdemokratie und der Nationalitätenstreit in Oesterreich.

24. Resolution der Gesammtexekutive:

„Da die nationalen Wirren in Oesterreich jeden politischen Fortschritt und jede kulturelle Entwicklung der Völker lähmen, da diese Wirren in erster Linie auf die politische Rückständigkeit unserer öffentlichen Einrichtungen zurückzuführen sind und da insbesondere die Fortführung des nationalen Streites eines jener Mittel ist, durch die die herrschenden Klassen sich ihre Herrschaft sichern und die wirklichen Volksinteressen an jeder kräftigen Aeußerung hindern,

erklärt der Parteitag:

Die endliche Regelung der Nationalitäten- und Sprachenfrage in Oesterreich im Sinne des gleichen Rechtes und der Gleichberechtigung und Vernunft ist vor allem eine kulturelle Forderung, daher im Lebensinteresse des Proletariats gelegen;

sie ist nur möglich in einem wahrhaft demokratischen Gemeinwesen, das auf das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht gegründet ist, in dem alle feudalen Privilegien im Staate und in den Ländern beseitigt sind, denn erst in einem solchen Gemeinwesen können die arbeitenden Klassen, die in Wahrheit die den Staat und die Gesellschaft erhaltenden Elemente sind, zu Wort kommen;

die Pflege und Entwicklung der nationalen Eigenart aller Völker in Oesterreich ist nur möglich auf der Grundlage des gleichen Rechtes und unter Vermeidung jeder Unterdrückung, daher muß vor allem Anderen jeder bureaukratisch-staatliche Zentralismus ebenso wie die feudalen Privilegien der Länder perhorreszirt werden.

Unter diesen Voraussetzungen, aber auch nur unter diesen wird es möglich sein, in Oesterreich an Stelle des nationalen Haders nationale Ordnung zu setzen, und zwar unter Anerkennung folgender leitender Grundsätze:

1. Oesterreich kann nur ein demokratischer Nationalitätenstaat sein. (Nationalitäten-Bundesstaat.)

2. Dieser Bundesstaat gliedert sich in autonome nationale Selbstverwaltungsgebiete, die sich möglichst den Sprachgrenzen anpassen.

3. Die Selbstverwaltungsgebiete jeder Nation bilden zusammen je eine nationale Einheit, die ihre nationalen (das heißt sprachlichen und kulturellen) Angelegenheiten völlig autonom regelt und besorgt.

4. Die nationalen Minderheiten in solchen Gebieten, die gemischt sind, werden durch ein eigenes Gesetz in ihrer nationalen Bethätigung geschützt.

5. Wir anerkennen kein nationales Vorrecht, verwerfen daher die Forderung einer Staatssprache, wogegen wir die schon jetzt bestehende Thatsache der deutschen Verkehrssprache, so lange eine andere nicht gegeben ist, nur als praktische Nothwendigkeit ansehen, ohne daraus ein die anderen Sprachen ausschließendes Privilegium erwachsen zu lassen.

Der Parteitag als das Organ der internationalen Sozialdemokratie in Oesterreich spricht die Ueberzeugung aus, daß auf Grundlage dieser leitenden Sätze eine Verständigung der Völker möglich ist;

er erklärt feierlich, daß er das Recht jeder Nationalität auf nationale Existenz und nationale Entwicklung anerkennt,

daß aber die Völker jeden Fortschritt ihrer Kultur nur in enger Solidarität miteinander, nicht im kleinlichen Streit gegeneinander erringen können, daß insbesondere die

Arbeiterklasse aller Zungen im Interesse jeder einzelnen Nation wie im Interesse der Gesammtheit an der internationalen Kampfgenossenschaft und Verbrüderung festhält und ihren politischen und gewerkschaftlichen Kampf in einheitlicher Geschlossenheit führen muß."

25. Němec (Prag): Amendements zu Nr. 24. Seite 80.

26. Krejci (Pilsen): Amendements zu Nr. 24. Seite 89.

27. Exekutive der südslavischen sozialdemokratischen Partei.

In Erwägung, daß der nationale Hader jeden wie immer gearteten Fortschritt und die gedeihliche Entwicklung der Völker verhindert; daß dieser Zwist aus unseren rückständigen Einrichtungen und hauptsächlich aus der Ungleichheit der wirthschaftlichen und kulturellen Verhältnisse der Nationen entspringt; daß die herrschenden Klassen den Hader, bewußt oder unbewußt, zu dem Zwecke schüren, um ihre Macht leichter zu erhalten und jede mächtigere Kundgebung der wirklichen Volksinteressen hintanzuhalten;

in Erwägung, daß die allgemeine Auffassung der nationalen Frage in Oesterreich eine falsche ist, indem die Nation mit dem Territorium verwechselt und so aus einer rein kulturellen eine Besitzfrage gemacht wird, daß aber die lebenden Nationen niemals identisch sein können mit todten Landkarten:

erklärt der Parteitag:

Die Lösung der Nationalitätenfrage in Oesterreich ist eine Bedingung des kulturellen Fortschritts und der wirthschaftlichen Entwicklung der Bevölkerung und der schließlichen wirthschaftlichen Emanzipation des österreichischen Proletariats; mit Rücksicht darauf ist es eine Pflicht des Proletariats, für eine gerechte und vernünftige Lösung dieser Frage einzutreten;

eine solche Lösung ist für die heutige Gesellschaft nur in einer derartigen Staatseinrichtung möglich, welche allen Einwohnern gleiche Rechte und die Möglichkeit gewährleistet, die Verhältnisse nach eigenem Willen einzurichten; hiezu ist im parlamentarischen Staat das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht Bedingung, welches alle feudalen Prinzipien im Staat und in den Ländern ausschließt;

die Förderung und Entwicklung der nationalen Eigenart jedes einzelnen Volkes ist nur auf Basis gleichen Rechtes und der Freiheit möglich; deshalb ist jeder bureaukratisch-staatliche Zentralismus, ebenso aber auch jedes landesfeudale Prinzip und überhaupt jede Identifikation des Volkes mit einem Territorium zu verwerfen.

Auf Basis dieser Voraussetzungen, der einzigen, welche eine nationale Verständigung gewährleisten, stellt der Parteitag mit Rücksicht auf die Prinzipien des Sozialismus, dessen Ziel eine freie Gesellschaft ist, folgende konkrete leitende Grundsätze auf:

1. Oesterreich muß ein demokratischer Nationalitäten-Bundesstaat werden;

2. jedes in Oesterreich lebende Volk ist, ohne Rücksicht auf die von seinen Mitgliedern bewohnten Territorien, eine autonome Gruppe, welche alle ihre nationalen (sprachlichen und kulturellen Angelegenheiten) ganz selbstständig regelt und besorgt;

3. territoriale Gebiete haben nur einen rein administrativen Charakter und sind ohne jeden Einfluß auf die nationalen Verhältnisse;

4. im Staate sind alle Sprachen vollkommen gleichberechtigt, es sind demnach alle nationalen Vorrechte, also auch jegliche Staatssprache auszuschließen; die Nothwendigkeit des gegenseitigen Verkehrs wird die freien Völker selbst anleiten, auch jene Sprachen zu erlernen, welche sie nebst der Muttersprache zum praktischen Gebrauch benöthigen.

Der Parteitag als Organ der internationalen Sozialdemokratie in Oesterreich spricht seine Ueberzeugung aus, daß eine Verständigung der Nationen auf Grund dieser Fundamentalprinzipien möglich ist.

Der Parteitag betont feierlich, daß er jeder Nation das uneingeschränkte Recht auf selbstständige nationale Existenz zuerkennt, erklärt aber zugleich, daß die Nationen nur in engem gegenseitigen Anschluß, keinesfalls aber in kleinlichen Zwistigkeiten kulturen fortschreiten können. Die Arbeiterschaft aller Nationen bleibt im Interesse des Ganzen sowie im Interesse der einzelnen Theile nach wie vor auf dem Standpunkte der internationalen Vereinigung und Brüderlichkeit und wird nicht den Grundsatz verleugnen daß sie ihren wirthschaftlichen und politischen Kampf in einheitlich geschlossener Masse führen muß.

28. Němec (Prag): Wahl einer Kommission. Seite 80.

29. Winarsky (Wien): „Der Parteitag wählt zur Begutachtung der zum vierten Punkt gestellten Anträge eine Kommission, die sich aus den vier Mitgliedern des Comités der Gesammtexekutive und je zwei Deutschen, zwei Tschechen, einem polnischen, einem ruthenischen, einem italienischen und einem slovenischen Genossen zusammensetzt."

30. Kommissionsantrag:

An Stelle der Punkte 1 bis 5 der Resolution der Gesammtexekutive haben folgende Bestimmungen zu treten:

„1. Oesterreich ist umzubilden in einen demokratischen Nationalitätenbundesstaat

2. An Stelle der historischen Kronländer werden national abgegrenzte Selbstverwaltungskörper gebildet, deren Gesetzgebung und Verwaltung durch Nationalkammern, gewählt auf Grund des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechtes, besorgt wird.

3. Sämmtliche Selbstverwaltungsgebiete einer und derselben Nation bilden zusammen einen national einheitlichen Verband, der seine nationalen Angelegenheiten völlig autonom besorgt.

4. Das Recht der nationalen Minderheiten wird durch ein eigenes, vom Reichsparlament zu beschließendes Gesetz gewahrt.

5. Wir anerkennen kein nationales Vorrecht, verwerfen daher die Forderung einer Staatssprache; wie weit eine Vermittlungssprache nöthig ist, wird ein Reichsparlament bestimmen."

Wahl einer Kommission zur Revision des Parteiprogramms.

31. Dr. Ellenbogen (Wien):

„1. Ueber diesen Punkt sei keine Debatte zu eröffnen.

2. Der Parteitag beschließt, aus seiner Mitte eine Kommission von fünf Mitgliedern zu wählen, die das Recht der Cooptirung haben soll.

3. Die Parteigenossen, die Vorschläge über die Aenderung des Programms machen wollen, seien verpflichtet, ihre Anträge der zu wählenden Kommission zu übermitteln."

32. Krapka (Wien): „Die Gesammtparteivertretung wird damit betraut, an einem der nächsten Tage dem Parteitag eine Kandidatenliste vorzulegen."

33. Daszynski (Krakau): „Die Kommission wird verpflichtet, sechs Monate vor dem Parteitage den nationalen Exekutiven und der Gesammtparteivertretung den Entwurf des Programms mitzutheilen."

(Auf Vorschlag der Gesammtexekutive wurden in die Kommission gewählt: Adler, Schuhmeier, Daszynski, Ellenbogen und Steiner.)

Arbeiterschutz.

34. Resolution Hannich (Steinschönau):

„Ausgehend von der vielfach erhärteten Thatsache, daß der moderne Großbetrieb selbst bei einer nur mäßig langen täglichen Arbeitszeit und bei entsprechenden Schutzmaßregeln zu Gunsten der Arbeiter eine intensive Anspannung der Kräfte der Arbeiter, somit eine maßlose Aus- und Abnützung des menschlichen Arbeitsmaterials bedingt, wogegen der Kleinbetrieb in Landwirthschaft und Gewerbe sich nur durch eine in's Maßlose ausgedehnte Arbeitszeit zu erhalten vermag, fordert der zu Brünn tagende Gesammtparteitag der österreichischen Sozialdemokratie für die der Verelendung preisgegebene arbeitende Bevölkerung in Stadt und Land den weitestgehenden Arbeiterschutz. Wohl haben die Arbeiter als die eigentlichen Träger der heutigen Staats- und Gesellschaftsordnung und als die wirthschaftlich Schwachen ein unveräußerliches Recht auf den nothwendigen Schutz von Staat und Gesetzgebung. Aber mit Rücksicht darauf, als das österreichische Parlament in seiner heutigen Zusammensetzung die ausgesprochenste Klassenvertretung ist, und als überdies diese Klassenvertretung durch das Ungeschick und die absolutistischen Neigungen der gewesenen Regierungen, sowie durch den maß-, sinn- und ziellosen Sprachenstreit der bürgerlichen Parteien total lahmgelegt und für die Lösung sozialpolitischer Aufgaben unbrauchbar und unfähig geworden ist, fordert der Gesammtparteitag die Arbeiterschaft Oesterreichs auf das Eindringlichste auf, durch den Anschluß an die schon bestehenden, sowie durch den Ausbau der gewerkschaftlichen Organisationen zur Selbsthilfe zu greifen, um die Hebung der Lage der arbeitenden Klassen zu bewerkstelligen und die Arbeiterschaft für den wirthschaftlichen und politischen Befreiungskampf zu befähigen.

Obgleich unter den gegenwärtigen, vollkommen zerrütteten politischen Zuständen in Oesterreich ein Eingreifen der Gesetzgebung zu Gunsten der Arbeiterschaft nicht zu erwarten ist, erklärt der Gesammtparteitag, daß sich die Arbeiterschaft nicht darüber täuschen lassen und auch klare Einsicht darüber verbreiten werde, daß jede wirkliche soziale Reform vor Allem den arbeitsfähigen Arbeiter zum Gegenstand und die denkbar weitestgehende Eindämmung seiner Ausbeutung zum Ziele haben muß, und daß daher soziale Reformen in diesem Sinne nicht von den Ausbeutern, sondern nur durch ein zielklares Eingreifen der Ausgebeuteten durchgeführt werden können.

Eine Arbeiterschutzgesetzgebung, die ihren Zweck erreichen soll, muß zum mindesten umfassen:

1. Volle Koalitionsfreiheit und gesetzliche Anerkennung von Lohnverabredung und Kartellen der Arbeiter.
2. Den achtstündigen Maximalarbeitstag ohne Klauseln und ohne Ausnahmen.
3. Verbot der Nachtarbeit (mit Ausnahme jener Betriebe, deren technische Natur eine Unterbrechung nicht zuläßt).
4. Volle Sonntagsruhe von Samstag Abends bis Montag Früh.
5. Verbot der Beschäftigung von Kindern unter vierzehn Jahren.
6. Ausschluß der Frauenarbeit aus den für den weiblichen Organismus besonders schädlichen Betrieben.
7. Alle diese Bestimmungen haben für Betriebe jeder Stufenleiter (Großindustrie, Transportgewerbe, Handwerk, Hausindustrie) zu gelten.
8. Der Arbeiterschutz ist in geeigneter Weise auf die Landarbeiter auszudehnen.
9. Auf Uebertretungen dieser Bestimmungen von Seite der Unternehmer sind Arreststrafen gesetzt.
10. Arbeiterorganisationen, die auf fachlicher oder lokaler Grundlage beruhen, haben durch die von ihnen gewählten Inspektoren bei der Kontrole der Durchführung der Arbeiterschutzgesetzgebung mitzuwirken."

35. Frauen-Reichscomité: Arbeiterschutz für Frauen. Seite 99.
36. Theodorczuk (Krakau): Achtstundentag. Seite 98.
37. Julius Beyer (Göding): Achtstundentag. Seite 99.
38. Müller (Graz): Achtstundentag. Seite 97.
39. Aufobsky (Wien): Gesetzliche zehnstündige Maximalarbeitszeit für sämmtliche Gewerbeunternehmungen. Seite 97.
40. Benesch (Trebitsch): Ueberzeitarbeit. Seite 98.
41. Handelsarbeiterkonferenz (Ostern 1899 in Prag): Volle Sonntagsruhe im Handelsgewerbe. Seite 96.
42. Katscher (Teplitz): Sonntagsruhe im Handelsgewerbe. Seite 97.
43. Prachensky (Innsbruck): Sonntagsruhe der Arbeiter der Lebensmittelbranche. Seite 97.
44. Rouschar (Prag): Neue Gewerbeordnung. Seite 96.
45. Kozakiewicz (Lemberg): Arbeitsamt. Seite 96.
46. Job (Lieben): Aenderung des Krankenversicherungsgesetzes. Seite 97.
47. Dr. Stark (Karlsbad): Aenderung des Krankenversicherungsgesetzes. Seite 98.
48. Salamander (Lemberg): Aenderung des Krankenversicherungsgesetzes. Seite 98.
49. Müller (Graz): Bemessung der Krankenunterstützung. Seite 98.
50. Kränkl (Falkenau): „Durch das Gesetz vom 14. August 1896 betreffend die Errichtung von Genossenschaften beim Bergbau, sowie durch das Bruderladengesetz vom Jahre 1889 werden die Bergarbeiter verpflichtet, die auf sie entfallenden Wahlen als Delegirte der Genossenschaften und als Ausschüsse in den Bruderladen anzunehmen. Da es nun mehrfach vorgekommen ist, daß die Gewählten an der Ausübung ihrer Funktion, das ist an der Vertretung der Interessen der Bergarbeiterschaft gegenüber den Werksverwaltungen, von diesen verhindert werden in der Weise, daß sie einfach entlassen werden, wenn sie das gesetzlich gewährleistete kümmerliche Recht der Arbeiter geltend machen, die Vertreter der Arbeiterschaft aber, die Genossenschaftsdelegirten und Bruderladenausschüsse, dieser Willkür und brutalen Anmaßung des Unternehmerthums im Bergbau schutzlos preisgegeben sind, beschließt der Parteitag:

Der Sozialdemokratische Verband im Abgeordnetenhause habe ehethunlichst die bereits eingebrachten Anträge betreffend die so nothwendigen Abänderungen an den obzitirten Gesetzen zum Schutze der Genossenschaftsdelegirten und Bruderladenausschüsse im Parlament zu urgiren und für deren Durchführung entschiedenst einzutreten."
51. Banĕk (Budweis): Abschaffung der Arbeitsbücher. Seite 98.
52. Preußler (Wien): Enquête zum Schutze der Glashüttenarbeiter. Seite 97.
53. Tuller (Leoben): Aufhebung der Kartelle. Seite 98.
54. Teller (Neu-Sandez): Regelung der Sträflingsarbeit. Seite 99.
55. Krapka (Wien): Fachverein der Partei-Angestellten. Seite 98.

Konsumvereine.

56. Resolution Dr. Adler (Wien): „Der Parteitag muß es auch jetzt noch wiederholt ablehnen, die Konsumgenossenschaften als ein Element der Parteiorganisation aufzunehmen. Er anerkennt jedoch, daß gutgeleitete Konsumgenossenschaften an manchen Orten und unter gewissen Umständen der Arbeiterschaft nützlich sein können. Er anerkennt

weiter, daß es vielfach im Interesse der organisirten Arbeiter liegt, ihren Einfluß in den Wirthschaftsgenossenschaften geltend zu machen und die Führung nicht indifferenten oder gegnerischen Elementen zu überlassen.

Der Parteitag lehnt jede Verantwortung der Partei als solcher für die Konsumvereine ab, erklärt es aber für in hohem Grade wünschenswerth, daß den bestehenden Genossenschaften ein kaufmännisch und juristisch fachkundiges Organ (fachliche Inspektion) berathend und helfend zur Seite stehe, um sie und die betheiligten Arbeiter vor Schaden zu bewahren.

Der Parteitag erklärt es als selbstverständliche Pflicht aller in Konsumgenossenschaften thätigen Genossen, energisch dafür einzutreten, daß den Angestellten angemessene Löhne, Sonntagsruhe und anständige Arbeitsbedingungen gewährt werden."

57. Zusatz Adler-Schuhmeier zur Resolution Adler: „Der Parteitag fordert die Vertrauensmänner und die Parteigenossen allerorts auf, der leichtfertigen oder ungenügend vorbereiteten Gründung von Konsumvereinen auf das energischeste entgegenzutreten und zu hindern, daß dadurch die Genossenschaftsbewegung diskreditirt und unvorsichtige Mitglieder geschädigt werden."

58. Handelsarbeiterkonferenz (Ostern 1899 in Prag): Stellungnahme zu den Konsumgenossenschaften. Seite 108.

59. IV. Wiener Wahlkreis: Desgleichen. Seite 108.

60. Dietl (VI. böhmischer Wahlkreis): Desgleichen. Seite 109.

61. Zipfinger (Wien): „In Erwägung, daß die Konsumvereine an so manchen Orten für die Arbeiterschaft von Vortheil sein können, erklärt der Parteitag, daß dort, wo sich die Nothwendigkeit und die Bestandsicherheit eines solchen Vereines herausstellt, den Genossen bei der Gründung kein Hinderniß entgegengestellt werden soll. Jedoch bleibt die Gründung von Konsumgenossenschaften Privatsache der betreffenden Genossen, für deren Handlungen die Partei nicht verantwortlich ist. Die Zugehörigkeit zu den Konsumvereinen enthebt die Genossen nicht von der Pflicht, der gewerkschaftlichen Organisation anzugehören und in der Partei thätig zu sein."

62. Krejci (Pilsen): Stellungnahme zu den Konsumgenossenschaften. Seite 117.

Frauenbewegung.

63. Frauen-Reichscomité: „Zur Förderung der gewerkschaftlichen Organisation der Arbeiterinnen empfiehlt der Parteitag die Einführung der von der ersten Frauenkonferenz zu Ostern 1898 beschlossenen Frauensektionen.

Um auch die politische Aufklärung der Arbeiterinnen zu fördern, ist in Versammlungen, in der Presse und im Parlament die Zulassung der Frauen als ordentliche Mitglieder in politische Vereine anzustreben.

Für den sozialdemokratischen Programmpunkt: Allgemeines, gleiches und direktes Wahlrecht ohne Unterschied des Geschlechtes für alle Vertretungskörper ꝛc., ist mit Bezug auf die Frauen mit mehr Nachdruck wie bisher in Versammlungen, Presse und Parlament einzutreten.

Um das Verständniß der Arbeiterinnen für die Presse und ihre eigenen Interessen zu erwecken, empfiehlt der Parteitag den Organisationen, ihren weiblichen Mitgliedern die „Arbeiterinnen-Zeitung" zugänglich zu machen."

64. Amendement Adelheid Popp: Der letzte Satz des letzten Absatzes des Antrages des Frauen-Reichscomités nach „Organisationen" hat zu lauten: „ihren weiblichen Mitgliedern die sozialdemokratische Arbeiterinnenpresse zugänglich zu machen."

65. Dorfer: Agitation für Frauenbewegung. Seite 127.

66. Dr. Liebermann (Przemysl): Stellungnahme der Partei zur Frauenfrage. Seite 127.

67. Božena Tonžil (Werschowitz): „Die sozialdemokratische Partei soll so weit als möglich den theoretischen Forderungen der Frauen auch in der Praxis Rechnung tragen, und zwar derart, daß in der Parteivertretung auch die Frauen ihre Vertretung haben; daß ferner überall, wo sich die hiezu fähigen Frauen vorfinden, diese geradeso wie die Männer zu redaktionellen und administrativen Arbeiten zugelassen sowie in die Institutionen der Partei (zur Krankenkontrole, in die Krankenkassen, Versicherungs-*institute ꝛc.) gewählt* werden."

Eventuelles.

68. Dr. Adler (Wien): „Der Parteitag beschließt, es sei die Gesammtexekutive zu beauftragen, für die Beschickung des internationalen Arbeiter- und Sozialistenkongresses in Paris 1900 zu sorgen."

69. Bezirksorganisation Steyr: „Unbeschadet unserer Forderung nach dem allgemeinen, gleichen Wahlrecht für Reich, Land und Gemeinde, ist von allen jenen Gemeinden, wo es den Verhältnissen entspricht, das Wahlrecht auf Grund der Personaleinkommensteuer mit Bezug auf das Reichsgemeindegesetz Art. IX, Ges. v. 21. Dez. 1867, R.-G.-Bl. 142, Art. IV, mit allem Nachdruck zu fordern."

70. IV. Wiener Wahlkreis: Vertheilung des Hainfelder Programms. Seite 133.

71. IV. Wiener Wahlkreis: Formularien für Skrutinium bei Reichsrathswahlen. Seite 134.

72. V. Wiener Wahlkreis: Zusammensetzung der Schwurgerichte. Seite 134.

73. Reis (Buchdrucker Böhmens): „Den Abgeordneten der Partei wird auferlegt, in den nächsten Parlamentssitzungen mit aller Macht dahinzuwirken, daß der Zeitungsstempel abgeschafft und die Regierung gezwungen wird, daß sie ihr Versprechen, diese abscheuliche Bildungssteuer, die nicht nur auf die kulturelle Entwicklung des Volkes, sondern auch auf die Entwicklung ganzer Industriegruppen schädlich einwirkt, abzuschaffen."

74. Reis (Buchdrucker Böhmens): „In der nächsten Parlamentsperiode sollen die Abgeordneten der Partei einen vollständigen Antrag eines Preßgesetzes vorlegen, aus dem alle reaktionären Bestimmungen, die die freie Entwicklung des Druckes hemmen, hauptsächlich aber jene über das Kolportageverbot und das objektive Verfahren zu beseitigen sind."

75. XIV. böhmischer Wahlkreis: „Der Parteitag beschließt, daß die Revue „Akademie" bis auf weiteres nur in böhmischer Sprache erscheint, und zwar weil sie dadurch billiger sei, unter den böhmischen Genossen größere Verbreitung finden und auf die Entwicklung der tschechoslavischen Partei sehr vortheilhaft einwirken wird."

76. Prähauser (Salzburg): „Der Parteitag stimmt der Ansicht des Verbandes der sozialdemokratischen Abgeordneten über die letzte Hochwasserkatastrophe zu und erwartet, daß er sofort nach Zusammentreten des Reichsrathes eine energische Aktion zu Gunsten einer ausreichenden Staatsunterstützung der durch das Hochwasser Geschädigten, insbesondere der Arbeiter und Minderbemittelten, einleiten werde."

77. Beer (Wien): „Es wird beschlossen, auf die Tagesordnung des nächsten Gesammtparteitages die Fragen der Handels- und Zollpolitik sowie die Kartelle zu stellen."

78. Kristan (Triest): Kommission zum Studium der nationalen Frage. Seite 135.

79. Karpas (Prag): Erwerb von Arbeiterheimen. Seite 135.

80. Bichl (Graz): „In Erwägung, daß es äußerst wünschenswerth und nothwendig ist, daß die Beschlüsse des Parteitages zur Kenntniß aller Partei-Angehörigen gelangen, beschließt der Parteitag:

Es wird allen politischen Organisationen zur Pflicht gemacht, für die Verbreitung des Parteitagsprotokolls das Möglichste zu thun, damit durch größeren Absatz auch der Einzelnpreis herabgesetzt werden kann und so die bessere Verbreitung erleichtert wird."

81. Skaret und Genossen: „Wir beantragen, daß der nächste Gesammtparteitag in Krakau abgehalten wird."

Ergebniß der Abstimmungen

über die dem Parteitage vorgelegten Anträge.

Angenommene Anträge.

Antrag **2.** Berichte der Gesammtexekutive. — **5.** Absolutorium für die Gesammtexekutive. — **6.** Resolution, betreffend die politische Haltung der Partei. — **8.** Termin für Abhaltung des Gesammtparteitages und Berichte für denselben. — **9.** Gesammparteitag, Gesammtvertretung, Kontrole. — **10.** Sitz der Parteivertretung. — **15.** Delegirung von Frauen zum Parteitage. — **21.** wurde geändert; gemeinschaftliche Organisation aller nationalen Gruppen für öffentliche Wahlen. — **22.** Gegenseitige Vertretung der nationalen Gruppen in den Landeswahlkreisen und Bezirksorganisationen. — **24.** mit Ausnahme der Punkte 1 bis 5; Programmerklärung zur nationalen Frage. — **29.** Wahl einer Kommission. — **30.** Amendement zur Resolution 24. — **31.** und **32.** Kommission zur Revision des Parteiprogramms. — **33.** Mittheilung des Programmentwurfes. — **34.** Forderungen an eine zweckmäßige Arbeiterschutzgesetzgebung. — **50.** Aenderung des Gesetzes vom 14. August 1896, betreffend die Errichtung von Genossenschaften beim Bergbau, und des Bruderladengesetzes vom Jahre 1889. — **56, 57** und **61.** Stellungnahme zu Konsumgenossenschaften. — **63** und **64.** Gewerkschaftliche und politische Organisation der Frauen. — **67.** Vertretung der Frauen in der Parteivertretung und ihre Wahl in die Institutionen der Partei. — **68.** Beschickung des Pariser Kongresses. — **69.** Gemeindewahlrecht. — **73.** Abschaffung des Zeitungsstempels. — **74.** Preßreform. — **75.** Anerkennung der „Akademie". — **76.** Nothstandsunterstützung. — **77.** Tagesordnung des nächsten Parteitages. — **80.** Pflicht zur Verbreitung des Parteitags-Protokolls. — **81.** Nächster Parteitag in Krakau.

Dem Verbande und der Parteivertretung überwiesene Anträge.

7. Resolution gegen Steuererhöhungen auf Grund des § 14 und gegen den österr.-ungar. Ausgleich. — **35.** Arbeiterschutz für Frauen. — **44.** Neue Gewerbeordnung.

Dem Verbande überwiesene Anträge.

36, 37 und **38.** Achtstundentag. — **40.** Ueberzeitarbeit. — **43.** Sonntagsruhe der Arbeiter der Lebensmittelbranche. — **45.** Arbeitsamt. — **46, 47** und **48.** Aenderung des Krankenversicherungsgesetzes. — **49.** Bemessung der Krankenunterstützung. — **51.** Abschaffung der Arbeitsbücher. — **52.** Enquête zum Schutze der Glashüttenarbeiter. — **54.** Regelung der Sträflingsarbeit.

Der Parteivertretung überwiesene Anträge.

11. Mandatsformulare. — **12.** Berichterstattungsformulare zum Parteitage. — **41** und **42.** Sonntagsruhe im Handelsgewerbe. — **53.** Aufhebung der Kartelle. — **71.** Formularien für Skrutinien bei Reichsrathswahlen.

Der Kommission zur Revision des Parteiprogramms überwiesene Anträge.

66. 2. Punkt. Stellung der Sozialdemokratie zur Frauenfrage. — **72.** Zusammensetzung der Schwurgerichte.

Zurückgezogene Anträge.

17 und **19.** Delegirungsrecht der Frauen. — **23.** Sekretär für die Gesammtpartei. — **70.** Hainfelder Programm als Flugblatt.

Abgelehnte Anträge.

3. Berichte über die Parteipresse. — **13.** Delegirungsrecht der Frauen. — **16.** Recht der Frauen, vom Wahlkreise die Delegirung zu fordern. — **20.** Delegirungsrecht der Parteiblätter. — **39.** Gesetzliche zehnstündige Normalarbeitszeit für sämmtliche Gewerbeunternehmungen. — **55.** Fachverein der Parteiangestellten. — **65.** Agitation für Frauenbewegung. — **78.** Kommission zum Studium der nationalen Frage. — **79.** Erwerbung von Arbeiterheimen.

Erledigte Anträge.

1. Einreihung des Punkt 8 der Tagesordnung in den Punkt 4. — **4.** Absolutorium für den Kassier. — **14.** Eventualantrag zu 13 auf Einsetzung einer Kommission. — **18.** Delegirung ohne Unterschied des Geschlechtes. — **25** und **26.** Amendements zu 24. — **27.** Programmerklärung zur nationalen Frage. — **28.** Wahl einer Kommission in der Nationalitätenfrage. — **58, 59, 60** und **62.** Stellungnahme zu den Konsumgenossenschaften. — **66.** Punkt 1, gewerkschaftliche und politische Organisation der Frauen.

Bericht der Gesammtparteivertretung

an den Gesammtparteitag der Socialdemokratie Oesterreichs in Brünn.

Unmittelbar unter dem Eindruck des Ausganges der Reichsrathswahlen trat zu Pfingsten 1897 der sechste österreichische socialdemokratische Parteitag in Wien zusammen. Sein wichtigstes Werk war der Ausbau unserer Organisation, und er führte weiter, was frühere Parteitage begonnen hatten. Der stetig und mit überraschender Schnelligkeit wachsenden Partei war ihre Rüstung zu eng geworden. Die alte Form einer einzigen Centralorganisation, in der die nationalen Sectionen nur andeutungsweise zur Geltung kamen, wurde in dem Maße unmöglich, als neben dem deutschen auch das czechische und polnische Proletariat zum Classenbewußtsein und zur organisatorischen Selbstständigkeit herangewachsen war. Der Parteitag von 1897 hat nicht getrennt oder gar gespalten, was früher Eins war, sondern er hat zu gemeinsamem Handeln zusammengefaßt, was sich nebeneinander selbstständig entwickelt hatte. „Nationale Selbstständigkeit und internationale Geschlossenheit" erklärte der Parteitag für das Grundprincip der neuen Organisation, die sich nun zu bewähren hatte.

In der That, die neue Organisation hatte sofort eine doppelte Feuerprobe zu bestehen. An die Festigkeit sowie an die Schlagfertigkeit der socialdemokratischen Partei wurden die höchsten Anforderungen gestellt. Die österreichische Geschichte kennt seit fünfzig Jahren keine bewegtere Zeit als die zwei Jahre, über die wir zu berichten haben, und niemals zuvor hatte das organisirte Proletariat in Oesterreich eine politisch so wichtige, ja in gewissen Momenten entscheidende Rolle durchzuführen wie jetzt. Andererseits aber hat der Krieg der Nationen in diesem Oesterreich niemals zuvor zu so leidenschaftlichen Excessen des Chauvinismus geführt, und niemals zuvor war die Gefahr gleich groß, daß die Solidarität des Proletariats zerrissen und seine Stücke in den Bannkreis der gegen einander hadernden bürgerlichen Parteien gezogen würden. Nichts davon ist geschehen, vielmehr ist die österreichische Socialdemokratie aller Zungen niemals so mit vollem Bewußtsein einig und geschlossen gestanden mitten in dem Toben des Chauvinismus als jetzt, und niemals war sie auch technisch mit gleicher Schlagkraft ausgerüstet und ihren taktischen Aufgaben so gewachsen wie jetzt seitdem die neue Organisation dem Proletariat jeder einzelnen Nation seine volle organisatorische Autonomie verbürgt.

Die in Wien, dem Sitze der Gesammtparteivertretung, anwesenden Mitglieder der nationalen Executivausschüsse treten in der Regel jeden Monat einmal — im Bedarfsfalle auch öfter — zur Berathung und Beschlußfassung über gemeinsame Angelegenheiten zusammen. Wenn die politische Lage Entscheidungen von größerer Wichtigkeit erforderte, trat die Gesammtexecutive mit der parlamentarischen Vertretung der Partei, dem Socialdemokratischen Verband im österreichischen Abgeordnetenhause, zu gemeinsamer Berathung zusammen. Die ständige Fühlung mit unserer Fraction wurde dadurch hergestellt, daß dazu delegirte Mitglieder der Executive den Sitzungen des Verbandes regelmäßig beiwohnten. Es ist mit Genugthuung und Freude hervorzuheben, daß bei allen diesen Arbeiten der Gesammtexecutive niemals auch nur entfernt von der Majorisirung einer nationalen Gruppe die Rede war, und daß bisher alle wichtigen Beschlüsse einstimmig gefaßt wurden.

Die Durchführung der von der Gesammtparteivertretung gefaßten Beschlüsse obliegt sodann den einzelnen nationalen Executivausschüssen, und wir können mit Befriedigung constatiren, daß bisher nicht die geringste Differenz die Einheitlichkeit der Action gestört hat.

Die zur Ausführung der Beschlüsse der Gesammtparteivertretung erforderlichen materiellen Mittel werden aus dem Gesammtparteifonds bestritten, zu welchem die einzelnen nationalen Executiven ihren Stärkeverhältnissen entsprechend beitragen.

Es entspricht den thatsächlichen Verhältnissen, daß die alten und großen deutschen und czechischen Organisationen die Hauptlast tragen, und daß insbesondere die Slovenen und Italiener sowie die Organisationen Galiziens, die nicht nur das ärmste Proletariat umfassen, sondern auch unter furchtbaren Verfolgungen zu leiden hatten, soweit unsere bescheidenen Mittel reichten, von Fall zu Fall unterstützt wurden. Ebenso wurde nach Kräften der Pflicht internationaler Solidarität genügt und der ungarländischen sowie der croatischen Partei Mittel bewilligt.

* * *

Das parlamentarische Abbild der Partei ist der Socialdemokratische Verband im österreichischen Abgeordnetenhause. Was seine Thätigkeit innerhalb der Berichtsperiode anlangt, so haben wir, von der Lex Falkenhayn angefangen, über den Sturz Badeni's und Gautsch' hinweg, bis zum gegenwärtigen Ministerium Thun, eine wenig fruchtbare, dafür aber um so stürmischere Zeit hinter uns, wobei wir durchaus nicht sagen wollen, daß uns nicht noch größere Stürme in Bälde bevorstehen.

Die von dem Ex-Ministerpräsidenten Badeni durch Erlassung einer Sprachenverordnung zusammengekaufte Majorität einerseits und die dadurch heraufbeschworene Obstruction andererseits hat jede praktische gesetzgeberische Arbeit unterbunden und die parlamentarische Tribüne zum Tummelplatz der widerwärtigsten nationalen Verhetzungen gemacht. Die berüchtigte Lex Falkenhayn, der Versuch, durch Ueberrumpelung die Geschäftsordnung zu brechen und die Freiheit, ja die Immunität der Abgeordneten zu vernichten, das sollte den Badeni retten. Das war aber auch das Zeichen für die socialdemokratischen Abgeordneten, aus ihrer bisher beobachteten Reserve herauszutreten. Und so erfolgte am 26. November 1897 von Seite der Socialdemokraten der Sturm auf das verbrecherische Parlamentspräsidium. Der Schein der Legalität dieses geschändeten Parlaments wurde zerbrochen. Sie besetzten die Präsidententribüne und wichen nur der brutalen Gewalt, als sie durch die mittlerweile in den Sitzungssaal eingedrungene Sicherheitswache aus dem Saale hinausgeschleppt wurden. Aber das war das Signal zur Empörung der Arbeiterschaft, die sich zu mächtigen Demonstrationen vor dem Parlament in Wien und in allen großen Städten des Reiches erhob, und diese Argumente der Straße waren es, die das scheinbar so festgewurzelte Ministerium zu Fall brachten. Die Arbeiterschaft hat in den Novembertagen ihre Pflicht gethan. Aber damit kam noch der Friede nicht. Alle späteren Versuche, das in seinem Grunde aufgewühlte und von einer corrupten und ehrvergessenen Majorität beherrschte Parlament wieder arbeitsfähig zu machen, scheiterten. So mußte denn auch das Ministerium Gautsch den Schauplatz seines ebenso kurzen als verfehlten Wirkens räumen. An seine Stelle trat Graf Thun. Unfähig der einmal eingerissenen Zustände Herr zu werden, wählte er den bequemeren und seinen absolutistischen Gelüsten mehr entsprechenden Weg: ohne Parlament und mit Hilfe des § 14 zu regieren.

Die Socialdemokratie that alles, um ihm das unmöglich zu machen. Mit aller Schärfe und mit schonungsloser Logik zeigte sie, allen Anfeindungen und Verleumdungen zum Trotz, daß die Obstruction in diesem Moment den Plänen des Grafen Thun in die Hände arbeite, und daß es thöricht sei, wenn die Deutschnationalen die parlamentarische Verhandlung des Ausgleichs mit Ungarn verhindern. Die Socialdemokraten thaten das Ihrige, um im Ausgleichsausschuß und außerhalb des Parlaments diesen Ausgleich als das zu kennzeichnen, was er ist: als eine Auslieferung Oesterreichs, als eine schwere wirthschaftliche Schädigung insbesondere der arbeitenden Classen, und sie wollten die bürgerlichen Parteien zwingen, daß sie Farbe bekennen.

Die Jungczechen, eine der stärksten Majoritätsparteien, die im Frühjahr 1897 in den Wahlkampf für den Reichsrath mit der obersten Parole „Nieder mit dem schlechten Ausgleich mit Ungarn!" getreten waren, hätten nun bei einer parlamentarischen Behandlung des Ausgleichs, ob für oder wider, offen Farbe bekennen müssen. Hätten sie sich als Majoritätspartei für den Ausgleich erklärt, wäre ihr Schicksal bei ihren Wählern besiegelt gewesen. Hätten sie jedoch ihre Stimme dagegen abgegeben, dann wäre nicht nur die Majorität gesprengt worden, sondern auch das Ministerium Thun mit dem Ausgleich gefallen.

Es mußte sonach bei dem Wiederzusammentreten des Reichsrathes im Februar 1899 das abermalige Einsetzen der Obstruction der Regierung als ein willkommener Vorwand zur sofortigen Vertagung des Parlaments dienen. Wußte sie doch, daß bei der Beschaffenheit des Ausgleichs dieser niemals vom Parlament hätte angenommen werden können.

So hat die Obstruction dem Ministerium Thun die Brücke schlagen helfen, über die sie mit Hilfe des § 14 diesen gemeinschädlichen Ausgleich hinübergebracht hat. Wäre es der Socialdemokratie gelungen, die deutsche Opposition bei einer vernünftigen Taktik festzuhalten, so hätte es keine Octroyirung des Ausgleichs und der Zuckersteuer gegeben, und das Ministerium Thun wäre längst bei den Todten.

Seit Februar gibt es kein Parlament. Die kurze Spanne Zeit, die ihm gegönnt war, nützten unsere Abgeordneten, um fleißig in den Ausschüssen zu arbeiten und um

eine ganze Reihe von zum Theil sehr umfassenden Gesetzesanträgen politischen und socialpolitischen Inhalts auszuarbeiten. Hoffentlich kommt die Zeit, wo diese Entwürfe im Parlament lebendig werden.

* * *

So lag denn der Schwerpunkt der politischen Action der Gesammtpartei außerhalb des Parlaments. Eine große Zahl zum Theil sehr umfassender Actionen der Gesammtpartei wurde von der Gesammtexecutive angeregt und zur Durchführung gebracht. Nur einige der wichtigsten können wir erwähnen.

Am 5. September 1897 fand in Prag die große Demonstration für den nationalen Frieden statt, die von den Socialdemokraten Böhmens veranstaltet wurde und der eine große Flugblattvertheilung vorausging. Das Friedensmanifest wurde in 500.000 Exemplaren verbreitet.

Für die Aufhebung des Zeitungsstempels und des Colportageverbotes fand am 7. September 1897 eine große, über das ganze Reich sich erstreckende Kundgebung statt, in der laut und vernehmlich die Abschaffung dieser reactionären, besonders die Arbeiterpresse bedrückenden Maßregel in unzähligen Volksversammlungen verlangt wurde. Noch heute besteht der Zeitungsstempel. Der jetzige Finanzminister Kaizl hat in Reden und Motivenberichten wiederholt seine Beseitigung versprochen, ja, ausdrücklich als Termin die Erhöhung der Zuckersteuer angegeben. Er hat als Mann sein Wort gehalten: Er hat die Zuckersteuer erhöht trotz der widrigsten Umstände — den Zeitungsstempel freilich hat er nicht aufgehoben.

Eine imposante Kundgebung der organisirten Arbeiterschaft Oesterreichs erfolgte am 19. November 1897 gegen den Ausgleich mit Ungarn. Es wurden dadurch gleichzeitig auch die bürgerlichen Parteien, die aus naheliegenden Gründen bisher geschwiegen hatten, gezwungen, ebenfalls hiezu Stellung zu nehmen, und die Bewegung gegen den Ausgleich in Gang gesetzt.

Aus Anlaß des über einen Theil Galiziens verhängten Ausnahmszustandes erließ die Gesammtparteivertretung für die ihrer politischen Rechte beraubten und ausgewiesenen Socialdemokraten am 1. Juli 1898 einen Aufruf zur Unterstützung und veranstaltete gleichzeitig eine Reihe von großen Protestkundgebungen gegen diese ausschließlich unsere Genossen treffende und gesetzlich nicht zu rechtfertigende Maßregel.

Heute stehen wir mitten in einer Action, die gegen die Regierung Thun gerichtet ist, gegen das Ministerium, das ohne Rücksicht auf die Verfassung ohne Parlament den Ausgleich abschloß und sogar den Muth fand, die Erhöhung der Zuckersteuer mit dem § 14 zu verfügen. Dieser Kampf nimmt alle unsere Kraft in Anspruch, und der Parteitag wird sich noch mit ihm zu beschäftigen haben. In massenhaft besuchten Volks- und Frauenversammlungen wurde die Steuerpolitik der Regierung klargelegt, in eindrucksvollen Straßendemonstrationen das Urtheil ausgesprochen. Neben dieser Massenkundgebung gelangte ein Flugblatt, welches die wirthschaftlichen Nachtheile des Ausgleichs mit Ungarn und die mit ihm verbundene Erhöhung der Zuckersteuer in klarer, leichtverständlicher Form beleuchtete, in einer Auflage von einer Million Exemplaren am 29. Juli 1899 in ganz Oesterreich zur Vertheilung. Das betreffende Flugblatt war in allen Sprachen der nationalen Gruppen hergestellt, und war dessen prompte Verbreitung ein weiterer Beweis der Schlagfertigkeit unserer Gesammtorganisation.

Wir treten vor den Parteitag mit dem Bewußtsein, daß wir neuen und schweren Kämpfen entgegengehen. Die Geschichte der letzten beiden Jahre läßt hoffen, daß die Partei ihnen gewachsen sein wird.

Wir wollen noch constatiren, daß das Verhältniß der Gesammtpartei zu den Bruderparteien im Auslande das festeste und innigste war. Wir haben die Hoffnung, daß der internationale Socialistencongreß, der im nächsten Jahre in Paris zusammentreten wird, ein erhebendes Bild der Solidarität des Proletariats aller Länder zeigen wird. Bei einer Vorconferenz, die zu Pfingsten dieses Jahres in Brüssel stattfand, war die Partei durch Genossen Adler vertreten.

Am 1. Jänner 1898 versammelten sich die Delegirten aller österreichischen socialdemokratischen Vereine und Mitgliedschaften der Schweiz behufs engeren Zusammenschlusses. Bei diesem Congreß war die Gesammtpartei vertreten, und es wurde eine engere Fühlung mit unseren Landsleuten im Auslande hergestellt.

Zu dem internationalen Congreß für Arbeiterschutz, der im August 1897 in Zürich tagte, hat ebenfalls die Gesammtparteivertretung ihre Delegirten entsendet. Sie nahmen an allen Arbeiten des Congresses regen Antheil und hatten nebenbei wiederholt Gelegenheit, die Arbeiterfeindlichkeit und die Heuchelei der österreichischen Christlich-Sozialen in Sachen des Arbeiterschutzes an einigen anwesenden Exemplaren dieser Sorte vorzudemonstriren.

Von dem stetigen Wachsen der Gesammtpartei, ihrer Organisation, ihrer Presse, aber auch von der Schwierigkeit ihrer Kämpfe geben die Berichte der einzelnen Organisationen ein gutes Bild. Sie in ihrer Arbeit zu fördern, wo sie konnte, war die

wichtigste Aufgabe der Gesammtexecutive. Wir erwähnen noch eine Reihe von Subventionen, die an angestellte Vertrauensmänner und Parteiblätter verschiedener Nationalitäten aus dem Fonds der Gesammtpartei in nicht unerheblicher Höhe verabfolgt wurden.

Der Parteitag wird beurtheilen, ob seine Executive ihre Pflicht gethan. Das aber lehrt nicht nur dieser Bericht, sondern dafür sprechen laut alle Thatsachen, daß die neue Organisation der Socialdemokratie sich vollkommen bewährt hat, daß wir alle Ursache haben, an ihr festzuhalten und sie weiter auszubauen.

Und so wollen wir auch fernerhin mit allem Eifer in selbstständigen nationalen Gruppen organisiren, um desto geschlossener und erfolgreicher vereint schlagen zu können.

Für die Gesammtexecutive:
Die Secretäre:
Skaret, Kravka, Daszynski.

* * *

Cassenbericht.

Da die Gesammtparteivertretung keine regelmäßigen Einnahmen hat wie die einzelnen nationalen Executiven, eine eigene Parteisteuer sich auch wegen zu starker Belastung der Parteigenossen nicht empfehlen würde, so wurde der Beschluß gefaßt, zum Zwecke der Deckung ihrer verhältnißmäßig hohen Auslagen bestimmte Monatsbeiträge von den einzelnen Executiven einzuheben. Außerdem wurden bei besonderen Anlässen (galizischer Ausnahmszustand und dergleichen) besondere Sammlungen durch die Parteiblätter eingeleitet. Die finanzielle Thätigkeit der Gesammtexecutive besteht beinahe ausschließlich in einer thatkräftigen Unterstützung der agitatorisch minder begünstigten Punkte der Partei. Der Verwaltungsapparat verursacht gar keine Kosten, weil die nöthigen Arbeitskräfte von den nationalen Executiven beigestellt werden.

Cassenbericht bis 30. April 1899.

Einnahmen:

Beiträge der deutschen Parteivertretung	fl. 920·—
„ „ czechischen „	„ 440·—
„ „ polnischen „	„ 40·—
„ „ italienischen „	„ 30·—
„ „ slovenischen „	„ —·—
In der „Arbeiter-Zeitung" veröffentlichte Sammlungen	„ 4154·32*)
„ „ „Dělnické Listy" „ „	„ 22·42
Rückzahlungen	„ 400·—
	fl. 6006·74
Mehrausgabe	„ 114·76
	fl. 6121·50

Ausgaben:

Für Zwecke der Gesammtparteivertretung	fl. 473·53
„ „ „ deutschen Parteivertretung	„ 992·04
„ „ „ tschechischen „	„ 1344·77
„ „ „ polnischen „	„ 1220·—
„ „ „ ruthenischen „	„ 370.—
„ „ „ italienischen „	„ 1025·16
„ „ „ slovenischen „	„ 200·—
Für das Ausland	„ 496·—
	fl. 6121·50

Vom 1. Mai bis 31. August 1899.

Einnahmen:

Beiträge der deutschen Parteivertretung	fl. 80·—

Ausgaben:

Für Zwecke der Gesammtparteivertretung	fl. —·—
„ „ „ deutschen Executive	„ —·—
„ „ „ czechischen „	„ 110·—
„ „ „ italienischen „	„ 63·—
„ „ „ slovenischen „	„ 30·—
	fl. 203·—

Gesammteinnahmen bis 31. August	fl. 6086·74
Gesammtausgaben bis 31. August	„ 6324·50
Mehrausgabe	fl. 237·76

*) Darunter eine große Zahl direct abgelieferter Beiträge czechischer Genossen.

Detaillirung der Ausgaben
bis 30. April 1899:

Agitation	fl.	3888·18
Conferenzen und Congresse	„	492·69
Zur Unterstützung der polnischen Genossen im Ausnahmszustand	„	690·—
Wahlbewegungen	„	100·—
Unterstützung von Parteiblättern	„	310·—
„ ausländischer Parteien	„	485·—
Rechtsschutz	„	45·—
Druck- und Schreibsachen	„	99·63
Diverse kleine Ausgaben	„	11·—
	fl.	6121·50

Wien, 1. September 1899.

Dr. Ellenbogen,
Cassier der Gesammtparteivertretung.

Bericht der czechischen Executive.

Wir erstatten hiemit Bericht über unsere Thätigkeit vom 1. Juli 1897 bis Ende 1898, also für 1½ Jahre. Aus begreiflichen Gründen ist dieser Bericht nur unvollständig. Unsere Organisation ist eine wirkliche Organisation erst seit dem Budweiser Congreß, und es ist ganz natürlich, daß sie noch nicht genügend in die Tiefe geht und noch nicht das Verständniß findet, dessen sie bedürfte, um sich ganz zu entfalten.

Aber auch so hat sie einen derartigen Fortschritt gemacht, daß Derjenige, der die Verhältnisse kennt, gestehen muß: die czechischen Socialdemokraten haben gethan, was in ihrer Macht stand.

Die Partei hat sich als solche an allen gemeinsamen Kundgebungen der übrigen Schwesterorganisationen betheiligt, und zwar immer trotz aller Hindernisse und aller Verfolgungen, und dabei hat sie ihre agitatorische Thätigkeit mit Erfolg auch in localen Fragen entfaltet.

Eines der wichtigsten Ereignisse der Berichtsperiode ist die Gründung des täglich erscheinenden Blattes „Právo Lidu". Die Opferwilligkeit, die die meisten Genossen diesem Unternehmen entgegenbrachten, sucht ihresgleichen. Dabei dürfen wir nicht unterlassen, dankbar der Unterstützung zu gedenken, die uns zu diesem Zwecke von den deutschen Genossen zutheil wurde.

Wir wollen hier nicht zu ausführlich werden und überlassen es daher dem Parteitag, sich aus den unten angeführten Ziffern selbst ein Urtheil über die vollbrachte Arbeit zu bilden.

Unsere politische Presse bestand am 31. December 1898 aus folgenden Zeitungen:

			Auflage	Exemplare jährlich
„Právo Lidu" (Volksrecht)	täglich		7.500	2,715.000
„Hlas Lidu" (Volksstimme)	3mal	monatlich	1.000	60.000
„Nový Hlas Lidu" (Neue Volksstimme)	2 „	„	1.000	
„Jihočeský Dělník" (Südböhmischer Arbeiter)	3 „	„	1.900	68.400
„Zář" (Lichtschein)	3 „	„	24.000	1,237.000
„Rudá Zář" (Rother Lichtschein)	3 „	„	24.000	
„Svoboda" (Freiheit)	3 „	„	2.700	276.000
„Nová Svoboda" (Neue Freiheit)	3 „	„	2.700	
„Kladenská Svoboda" (Kladener Freiheit)	3 „	„	2.500	
„Severočeský Dělník" (Nordböhm. Arbeiter)	3 „	„	1.800	108.000
„Mezinár. Severočeský Dělník" (Internationaler nordböhmischer Arbeiter)	2 „	„	1.800	
„Západočeský Posel Lidu" (Westböhmischer Volksbote)	3 „	„	4.500	468.000
„Nová Doba" (Neue Zeit)	2 „	„	4.500	
„Rovnost" (Gleichheit)	3 „	„	2.500	260.000
„Nová Rovnost" (Neue Gleichheit)	3 „	„	2.500	
„Brněnská Rovnost" (Brünner Gleichheit)	3 „	„	2.500	
„Duch Času" (Zeitgeist)	3 „	„	2.000	120.000
„Nový Duch Času" (Neuer Zeitgeist)	2 „	„	2.000	
„Dělnické Listy" (Arbeiter-Zeitung)	2 „	wöchentlich	4.000	416.000

Unsere Fachpresse:

		Auflage	Exemplare jährlich
„Dřevodělník" (Holzarbeiter)	2mal monatlich	1800	62.000
„Kovodělník" (Metallarbeiter)	3 „ „	4500	234.000
„Nový Kovodělník" (Neuer Metallarbeiter)	2 „ „	4500	
„List železničních zřízenců" (Eisenbahner-Zeitung)	3 „ „	?	?
„Koželělník" (Lederarbeiter)	?	?	?
„Odborové sdružení" (Die Gewerkschaft)	1 „ „	700	8.400
„Knihařský Obzor" (Buchbinder-Revue)	?	?	?
„Obuvník" (Schuhmacher)	2 „ „	?	?
„Oděvník" (Kleidermacher)	3 „ „	2200	79.000
„Orgán obchodního pomocnictva" (Organ der Handlungsgehilfen)	1 „ „	1500	18.000
„Potravodělník" (Lebensmittelarbeiter)	2 „ „	?	?
„Stavebník" (Bauarbeiter)	2 „ „	?	?
„Veleslavín" (Buchdrucker-Zeitung)	1 „ „	?	?
„Nazdar" (Glückauf)	2 „ „	4900	117.600
„Textilník" (Textilarbeiter)	2 „ „	2300	55.200

Andere Zeitungen:

		Auflage	Exemplare jährlich
„Akademie"	1mal monatlich	1000	12.000
„Červánky" (Morgenroth)	2 „ „	9600	230.000
„Ženský List" (Frauen-Zeitung)	2 „ „	3000	72.000
„Rašple" (Raspel)	1 „ „	8600	104.000
„Šlehy" (Geißel)	2 „ „	4000	96.000

Die Entwicklung der Presse der czechischen Socialdemokratie ergibt sich aus folgenden Ziffern:

Im Jahre 1893 gab es 9 politische, 11 Fach- und 5 andere Blätter
„ „ 1896 „ „ 8 „ 8 „ „ 3 „ „
„ „ 1897 „ „ 15 „ 13 „ „ 4 „ „
„ „ 1898 „ „ 19 „ 14 „ „ 5 „ „

Diese Blätter hatten eine Jahresauflage:

Im Jahre 1893 von 806.200, resp. 520.000, resp. 280.000 Exemplaren
„ „ 1896 „ 1,106.000 „ ? „ ? „
„ „ 1897 „ 5,500.000 „ ? „ 410.000 „
„ „ 1898 „ 6,884.000 „ 889.800*) „ 514.000 „

Alle Blätter hatten

im Jahre 1893 eine Jahresauflage von 1,706.200 Exemplaren
„ „ 1898 „ „ „ **8,287.800** „

die Auflage ist daher gestiegen um . . . . . 6,581.600 Exemplare.

Das beweist also, daß wir gearbeitet haben.

Unsere Vereine nahmen folgende Entwicklung:

Ende 1898 gab es 57 politische, 328 Fach-, 356 Bildungs-, 105 andere Vereine, zusammen also 846 Vereine mit 48.623 Mitgliedern.

Interessant ist die Statistik der Versammlungen, Meetings, Vorträge und § 2-Versammlungen.

So wurden in der Zeit vom 1. Juli 1897 bis 31. December 1898 abgehalten: 240 Meetings, 3325 öffentliche, 5439 vertrauliche Versammlungen und 2843 Vorträge, das ist für die geringe Zahl von Genossen, die in der Agitation thätig sind, eine riesige Arbeit.

Aber auch die Herren Bezirkshauptleute sind fleißig gewesen, und die folgenden Ziffern charakterisiren unsere Versammlungsfreiheit so gründlich, daß weitere Bemerkungen dazu unnöthig sind.

Verboten wurden:

91 Meetings, 343 öffentliche Versammlungen.

---

*) Da von einzelnen Fachblättern keine Daten geliefert wurden, ist diese Ziffer unbestimmt; die Auflage ist jedenfalls größer, da für jede Nummer durchschnittlich eine Auflage von blos 1500 Exemplaren angenommen wurde.

Die Redefreiheit wird wieder durch folgende Ziffern illustrirt:
Es wurden aufgelöst:
3 Meetings, 115 Versammlungen.
Welcher Aufmerksamkeit sich unsere Genossen bei den Staatsanwälten erfreuten, darüber gibt nachstehende Tabelle Auskunft:
Gerichtlich verfolgt wurden 753, verurtheilt 386 Genossen.
Diese 386 Genossen und Genossinnen erhielten zusammen:
11 Jahre, 3 Monate und 6½ Tage Freiheits- und fl. 1498·23 Geldstrafen.
16 Genossen wurden ausgewiesen.
Es ergibt sich also, daß die Partei nicht faul war, daß sie leistete, was sie vermochte, und daß sie mit ruhigem Gewissen auf die gethane Arbeit zurückblicken kann.
Im Nachstehenden bringen wir die Berichte der einzelnen Organisationen im Auszuge, wie sie uns eingesendet wurden:

Böhmen.

I. Böhmischer Wahlkreis. Dieser zählt in seinem Gebiete 6 politische, 28 gewerkschaftliche und 4 Bildungsvereine mit insgesammt 5055 Mitgliedern. Die agitatorische Thätigkeit offenbarte sich in der Veranstaltung von 19 Meetings, 167 öffentlichen und 520 vertraulichen Versammlungen und 263 Vorträgen. Aufgelöst wurden 2 Meetings und 3 öffentliche Versammlungen. Gerichtlich verfolgt wurden 14 Genossen, von denen 5 zu 21 Tagen Arrest und fl. 20 Geldstrafe verurtheilt wurden. Die Organisation ist im Besitze einer Bezirkskrankencasse mit 30.000 Mitgliedern und mehrerer Genossenschaftskrankencassen. Die Frauenbewegung concentrirt sich in einem Frauenverein und einer freien Organisation.

II. Böhmischer Wahlkreis. Der Bericht dieses Wahlkreises ist nicht vollständig, da es die Organisationen von Smichov und Rakonitz unterlassen haben, die vom Wahlkreiscomité ausgesendeten Fragebögen rechtzeitig zu beantworten. Es beziehen sich die angeführten Daten nur auf Kladno, Beraun und die anderen Theile des Wahlbezirkes. In diesem Gebiete befinden sich 5 politische, 31 gewerkschaftliche, 56 Bildungs- und 25 andere Vereine mit 6927 Mitgliedern. Eine Frauenorganisation besteht und hat 7 freie Organisationen. Veranstaltet wurden: 46 Meetings, 551 öffentliche und 702 vertrauliche Versammlungen und 324 Vorträge; verboten wurden 28 Meetings und 67 Versammlungen, aufgelöst 1 Meeting und 15 Versammlungen. Daraus ist zu ersehen, daß die Rechtsverhältnisse im II. Böhmischen Wahlkreis sehr unerfreulich sind, und daß die Bezirkshauptmänner, namentlich der Kladnoer, mit großem Eifer den Staatsbürgern die gewährleisteten Rechte vorenthalten. Auch in der politischen Verfolgung der Socialdemokraten wird in diesem Wahlkreis das Möglichste geleistet. Es wurden gerichtlich verfolgt 231 Genossen, wovon 63 zu 1 Monat, 15 Tagen Arrest und fl. 185·83 Geldstrafe verurtheilt wurden. Zwei Genossen wurden aus dem Bezirk ausgewiesen.

VII. Böhmischer Wahlkreis. In seinem Gebiete befinden sich 4 politische 17 gewerkschaftliche, 37 Bildungs- und 3 Consumvereine mit 9750 Mitgliedern. Die agitatorische Thätigkeit offenbart sich in der Veranstaltung von 34 Meetings, 654 öffentlichen und 267 vertraulichen Versammlungen und 257 Vorträgen. Die Bezirkshauptmänner haben verboten 14 Meetings und 80 Versammlungen und aufgelöst 6 Versammlungen. Eine Frauenbewegung besteht hier nicht. Gerichtlich verfolgt wurden 103 Genossen, wovon 82 zu insgesammt 3 Jahren, 4 Monaten und 15 Tagen Arrest, sowie fl. 222 Geldstrafe verurtheilt wurden. Drei Genossen wurden aus dem Wahlkreis ausgewiesen.

Czechische Minoritätsorganisationen im VIII. und IX. Böhmischen Wahlkreis. Im Gebiete dieser Wahlkreise befinden sich: 1 politischer, 7 gewerkschaftliche und 5 Bildungsvereine mit 637 Mitgliedern. Oeffentliche Versammlungen wurden 97, vertrauliche 108, Vorträge 63 abgehalten. Fünf öffentliche Versammlungen wurden verboten. Gerichtlich verfolgt und verurtheilt wurde ein Genosse zu einer Geldstrafe von fl. 1·50. Eine Frauenbewegung besteht nicht.

X. Böhmischer Wahlkreis. Wegen Mangel an Agitationskräften wird hier keine systematische Agitation entwickelt. Unsere Bewegung steht hier einer unbändigen, jungczechischen Bewegung gegenüber. Im Gebiete des Wahlkreises befinden sich: 4 politische, 7 gewerkschaftliche, 15 Bildungs- und 6 andere Vereine mit insgesammt 1400 Mitgliedern. Die Frauenbewegung ist unbedeutend und beschränkt sich auf die Städte Nimburg, Podiebrad, Neu-Bydschow und Jičin. Die agitatorische Thätigkeit offenbart sich in der Veranstaltung von 11 Meetings, 165 öffentlichen und 136 vertraulichen Versammlungen und 75 Vorträgen. Verboten wurden 5 Meetings und 14 öffentliche Versammlungen, aufgelöst 2 öffentliche Versammlungen. Gerichtlich

verfolgt wurden 14 Genossen und verurtheilt zu insgesammt 12 Tagen Arrest und fl. 20 Geldstrafe.

XI. Böhmischer Wahlkreis. Die Bewegung wurde hier wiederholt durch unglückliche Zwischenfälle unterbrochen, so daß sie sich nicht regelmäßig entwickeln konnte. Im Gebiete des Wahlkreises bestehen: 2 politische, 9 gewerkschaftliche und 18 Bildungsvereine mit rund 1300 Mitgliedern. Die Frauenbewegung ist unbedeutend. Veranstaltet wurden: 8 Meetings, 55 öffentliche und 110 vertrauliche Versammlungen und 45 Vorträge. Verboten wurden 3 Meetings und 15 öffentliche Versammlungen, aufgelöst 3 Versammlungen. Gerichtlich verfolgt wurden 17 Genossen, wovon 11 zu 9 Tagen Arrest und fl. 21 Geldstrafe verurtheilt wurden.

XII. Böhmischer Wahlkreis. Dieser Wahlkreis hat in seinem Gebiete 1 politischen, 6 Fach-, 10 Bildungs- und 6 andere Vereine mit zusammen 1593 Mitgliedern. Die geleistete Agitationsarbeit zeigt sich in Folgendem: Es wurden veranstaltet 2 Meetings, 55 öffentliche, 113 vertrauliche Versammlungen und 64 Vorträge. Verboten wurde 1 Meeting und 4 Versammlungen; 6 Versammlungen wurden aufgelöst. Gerichtlich verfolgt wurden 15 Genossen, 12 wurden auf 7 Monate, 28½ Tage und zu fl. 25 Geldstrafe verurtheilt, 2 Genossen ausgewiesen. Die Organisation entwickelt sich in diesem Wahlkreis sehr langsam, zunächst in Folge des Terrorismus von Seite der Bourgeoisie und dann auch deshalb, weil die Lohnverhältnisse in diesem Bezirke geradezu unglaublich schlechte sind.

XIII. Böhmischer Wahlkreis. Im Wahlkreise befinden sich: 3 politische, 2 gewerkschaftliche, 9 Bildungs- und 1 anderer Verein mit insgesammt 808 Mitgliedern. Eine Frauenbewegung besteht. Abgehalten wurden 4 Meetings, 76 öffentliche und 85 vertrauliche Versammlungen, sowie 73 Vorträge. Verboten wurden 2 Meetings und 4 öffentliche Versammlungen. Gerichtlich verfolgt wurden 23 Genossen, von denen 11 zu insgesammt 32 Tagen Arrest und fl. 10 Geldstrafe verurtheilt wurden. Vier Genossen wurden aus dem Wahlkreise ausgewiesen.

XIV. Böhmischer Wahlkreis. Im Gebiete dieses Wahlkreises befinden sich: 4 politische, 11 gewerkschaftliche, 26 Bildungs- und 1 anderer Verein mit insgesammt 2132 Mitgliedern. In jüngster Zeit beginnt sich auch die Frauenbewegung erfreulich zu entwickeln. Die Agitation offenbart sich in der Veranstaltung von 31 Meetings, 403 öffentlichen und 409 vertraulichen Versammlungen, sowie 216 Vorträgen. Die Wirksamkeit der politischen Organe documentirt das Verbot von 8 Meetings und 73 öffentlichen Versammlungen, sowie die Auflösung eines Meetings und von 37 Versammlungen. Vertrauliche Versammlungen wurden 11 durch Polizei und Gendarmerie verhindert, ja es wurden sogar 7 Vereinsversammlungen im Gebiete dieses Wahlkreises verboten!!! Gerichtlich verfolgt wurden 112 Genossen und verurtheilt 83 zu insgesammt 1 Jahr, 2 Monaten, 26½ Tagen und fl. 205·50 Geldstrafe.

XV. Böhmischer Wahlkreis. Dieser Wahlkreis ist ausschließlich ein Agrarbezirk und wirthschaftlich sehr zurückgeblieben. In seinem Gebiete bestehen: 1 politischer, 3 gewerkschaftliche und 6 Bildungsvereine mit zusammen 626 Mitgliedern. Bis zum Jahre 1898 wurde hier keine Statistik über die agitatorische Thätigkeit geführt. Vom 1. Jänner 1898 wurden veranstaltet: 21 öffentliche und 45 vertrauliche Versammlungen und 17 Vorträge; 5 Versammlungen wurden verboten, 1 aufgelöst. Eine Frauenbewegung besteht nicht.

XVI. Böhmischer Wahlkreis. Im tschechischen Gebiete dieses Wahlkreises bestehen: 2 politische, 8 gewerkschaftliche und 9 Bildungsvereine mit 2300 Mitgliedern. Veranstaltet wurden: 7 Meetings, 49 öffentliche und 48 vertrauliche Versammlungen, sowie 84 Vorträge. Verboten wurden 2 öffentliche Versammlungen. Gerichtlich verfolgt wurden 6 Genossen, wovon 2 zu 4 Tagen Arrest und fl. 45 Geldstrafe verurtheilt wurden. Die Frauenbewegung befindet sich im Anfangsstadium. Im Allgemeinen wächst die Bewegung erfreulich.

XVII. Böhmischer Wahlkreis. In diesem Wahlkreise bestehen: 4 politische, 14 gewerkschaftliche und 11 Bildungsvereine mit 1352 Mitgliedern. Eine Frauenbewegung besteht nur in einem Orte. Die Agitationsthätigkeit offenbart sich in der Veranstaltung von: 3 Meetings, 104 öffentlichen und 220 vertraulichen Versammlungen, sowie 98 Vorträgen. Ein Meeting und 14 öffentliche Versammlungen wurden verboten und 3 Versammlungen aufgelöst. Gerichtlich verfolgt wurden 45 Genossen, von denen 26 zu insgesammt 1 Monat, 16 Tagen Arrest und fl. 85 Geldstrafe verurtheilt wurden. Ein Genosse wurde ausgewiesen.

XVIII. Böhmischer Wahlkreis. Diese Wahlkreisorganisation hat eine sehr erfolgreiche Agitation entwickelt. Es wurden veranstaltet: 18 Meetings, 278 öffentliche und 965 vertrauliche Versammlungen, sowie 133 Vorträge. Die Wirksamkeit der politischen Behörden manifestirt sich im Verbote von 7 Meetings und 6 öffentlichen Versammlungen und in der Auflösung von 8 Versammlungen. Im Wahlkreise bestehen:

4 politische, 22 gewerkschaftliche, 87 Bildungs- und 12 andere (Sport-, Turner- ꝛc.) Vereine, die insgesammt 6155 Mitglieder zählen. Der Frauenbewegung wurde in letzter Zeit eine größere Aufmerksamkeit gewidmet und wurden namentlich bei den Bildungsvereinen Frauensectionen gegründet. Gerichtlich verfolgt wurden 43 Genossen, wovon 22 zu insgesammt 8 Monaten, 3 Tagen Arrest und fl. 241·50 Geldstrafe verurtheilt wurden. Ein Genosse wurde ausgewiesen.

* * *

Die czechoslavische Kreisorganisation in Nordwestböhmen zählt in ihrem Gebiete 3 politische, 45 gewerkschaftliche, 16 Bildungs- und 20 andere Vereine mit insgesammt 1327 Mitgliedern. Eine Frauenbewegung besteht und concentrirte sich in 3 freien Organisationen. Die agitatorischen Leistungen waren: 10 Meetings, 75 öffentliche und 276 vertrauliche Versammlungen und 66 Vorträge. Zwei öffentliche Versammlungen wurden verboten, eine Versammlung und ein Meeting aufgelöst. Gerichtlich verfolgt wurden 26 Genossen, davon 9 verurtheilt zu 1 Tag Arrest und fl. 14·90 Geldstrafe. Die Organisation entwickelt sich sehr beschwerlich und leidet noch immer unter der einstmaligen großen Zerfahrenheit und Zerklüftung der Arbeiter in zahlreiche Fractionen.

Mähren.

I. Mährischer Wahlkreis. Im Gebiete des Wahlkreises bestehen 1 politischer, 42 Fach-, 12 Bildungs- und 7 allgemeine Gewerkschaftsvereine. Politische Localorganisationen zählt der Wahlkreis 33. Eine Frauenbewegung besteht und concentrirt sich in 2 Frauenvereinen. Gerichtlich verfolgt wurden 8 Genossen, die zusammen zu 3 Jahren, 2 Monaten und 1 Tage Arrest verurtheilt wurden. Veranstaltet wurden 8 Meetings, 168 öffentliche und 662 vertrauliche Versammlungen. Verboten wurden 2 Meetings und 4 öffentliche Versammlungen. Die Organisation ist im Besitze der Allgemeinen Arbeiter-Krankencasse mit 25.000 Mitgliedern und der Brünner Bezirks-Krankencasse.

II. Mährischer Wahlkreis. Der Wahlkreis hat 1 politischen, 4 Bildungs-, 14 gewerkschaftliche und 3 andere Vereine mit insgesammt 594 Mitgliedern. Die Agitation wird sehr erschwert durch die ungenügenden Communicationsmittel und das ausgedehnte Terrain. Es wurden veranstaltet 4 Meetings, 46 öffentliche und 114 vertrauliche Versammlungen, sowie 28 Vorträge. Zwei öffentliche Versammlungen wurden verboten, eine aufgelöst. Gerichtlich verfolgt wurden 7 Genossen und davon 3 zu 8 Tagen Arrest verurtheilt. Eine Frauenbewegung hat bestanden.

III. Mährischer Wahlkreis. Der Wahlkreis ist national gemischt und bezieht sich der Bericht nur auf den czechischen Theil desselben. In den czechischen Gegenden ist die Bewegung wegen des niedrigen Bildungsgrades der Bevölkerung, sowie in Folge des Umstandes, daß die Industrie auf wenige Orte beschränkt ist, sehr zurückgeblieben. Im czechischen Gebiete bestehen 1 politischer Verein, 4 Fach- und 3 Bildungsvereine mit insgesammt 228 Mitgliedern. Frauenbewegung keine. Die Agitation bestand in der Veranstaltung von 2 Meetings, 25 öffentlichen und 82 vertraulichen Versammlungen, sowie 54 Vorträgen. Verboten wurden 11, aufgelöst 2 öffentliche Versammlungen. Gerichtlich verfolgt wurden 5 Genossen, von denen 2 zu 2½ Tagen Arrest verurtheilt wurden.

IV. Mährischer Wahlkreis. Die Organisation dieses Wahlkreises ist sehr zurückgeblieben. Er hat eine überwiegend ackerbautreibende Bevölkerung und in Folge dessen Mangel an geeigneten Organisations- und Agitationskräften. Im Bezirk bestehen 2 politische, 4 gewerkschaftliche und 2 Bildungsvereine mit insgesammt 307 Mitgliedern. Veranstaltet wurden 4 Meetings, 20 öffentliche und 58 vertrauliche Versammlungen, sowie 16 Vorträge. Verboten wurden 1 Meeting und eine öffentliche Versammlung, aufgelöst zwei Versammlungen. Gerichtlich verfolgt und verurtheilt wurden 7 Genossen zu Geldstrafen im Betrage von fl. 219. Frauenbewegung besteht keine.

V. Mährischer Wahlkreis. Im Gebiete des Wahlkreises befinden sich 2 politische, 9 Fach- und 5 Bildungsvereine mit zusammen 1859 Mitgliedern. Die Frauenbewegung ist concentrirt in 1 Frauenvereine und 2 freien Organisationen. Veranstaltet wurden im Bezirke 14 Meetings, 49 öffentliche und 54 vertrauliche Versammlungen, sowie 37 Vorträge. Ein Meeting wurde aufgelöst und je eine Versammlung verboten und aufgelöst. Gerichtlich verfolgt wurden 3 Genossen; 2 davon wurden zu einer Arreststrafe von 5 Monaten, 6 Tagen und einer Geldstrafe von fl. 52 verurtheilt. Der Wahlkreis ist überwiegend agrarisch.

VI. Mährischer Wahlkreis. Im Wahlkreise bestehen 2 politische, 22 gewerkschaftliche, 8 Bildungs- und 20 andere Vereine mit insgesammt 2875 Mitgliedern. Die agitatorische Thätigkeit bestand in der Veranstaltung von 11 Meetings, 45 öffentlichen und 76 vertraulichen Versammlungen und 296 Vorträgen. Verboten wurden 3 Meetings

und 16 öffentliche Versammlungen, aufgelöst 5 Versammlungen. Eine organisirte Frauenbewegung besteht nicht. Gerichtlich verfolgt wurden 35 Genossen, von denen 14 zu insgesammt 9 Monaten, 13 Tagen Arrest und Geldstrafen im Betrage von fl. 65 verurtheilt wurden. Die Bewegung leidet sehr unter dem niedrigen Bildungsniveau der arbeitenden Bevölkerung, die größtentheils aus Berg- und Hüttenarbeitern besteht.

Niederösterreich.

Die czechoslavische Organisation in Niederösterreich entwickelt sich zwar langsam, aber sicher. Allerdings kann die organisatorische und agitatorische Thätigkeit außerhalb Wiens in Folge unserer prächtigen Rechtsverhältnisse und in Folge des Umstandes, daß wir derzeit eine slavenfreundliche Regierung in Oesterreich haben, nur eine vertrauliche sein. Oeffentliche czechische Versammlungen werden überhaupt nicht bewilligt. Die Organisation zählt 4 politische, 13 Bildungs- und 1 Turnverein, sowie 22 Fachgruppen mit insgesammt 4158 Mitgliedern. Die agitatorische Thätigkeit offenbarte sich in der Veranstaltung von 219 öffentlichen und 351 vertraulichen Versammlungen und 5 Meetings. Verboten wurden 13 und aufgelöst 8 öffentliche Versammlungen. Außerdem wurden 597 Vorträge abgehalten. Gerichtlich verfolgt wurden 37 Genossen und Genossinnen, von denen 14 zu insgesammt 5 Monaten, 3 Tagen Arrest und fl. 50 Geldstrafe verurtheilt wurden, ein Genosse wurde ausgewiesen.

Oberösterreich.

Czechische Organisation. Die Wirksamkeit dieser Organisation beschränkt sich auf die Veranstaltung vertraulicher Versammlungen. Sie zählt derzeit 5 freie Organisationen und 1 Fachgruppe. In Folge der sowohl von Seite der Deutschnationalen als auch von Seite der jungczechischen Verbündeten, der Deutschclericalen, betriebenen nationalen Hetze sind die czechischen Genossen nicht nur wirthschaftlich, sondern auch persönlich bedroht. Trotzdem arbeiten sie mit einer bewunderungswürdigen Ausdauer und Opferwilligkeit. Wünschenswerth wäre eine größere Unterstützung seitens der deutschen Genossen. Veranstaltet wurden 3 öffentliche Versammlungen, die alle verboten wurden, 38 vertrauliche Versammlungen (darunter 2 Frauenversammlungen) und 7 Vorträge. Gerichtlich verfolgt und verurtheilt wurde ein Genosse, und zwar zu fl. 15 Geldstrafe. Eine Frauenbewegung besteht nur in Steyr.

Bericht des socialdemokratischen Frauen-Reichs-Comités.

Wir sind leider nicht in der Lage, einen vollständigen Bericht über die Arbeiterinnenbewegung geben zu können, glauben jedoch, daß manche Lücke unseres Berichtes durch die Gesammtberichte der Kreis-Vertrauensmänner ergänzt werden wird. Wir bemühen uns, in kurzen Zügen einen Ueberblick über die Agitation und Organisation der Arbeiterinnen seit dem Bestand des Frauen-Reichs-Comités zu geben, das ist seit Ostern 1898, zu welcher Zeit die socialdemokratische Frauenconferenz stattfand. Bis zur Frauenconferenz war die Abhaltung von Arbeiterinnenversammlungen das einzige Agitationsmittel. Ein festes System, durch die Versammlungen Erfolge für die Organisation zu erzielen, gab es nicht. Der auf der Frauenconferenz im Einvernehmen mit der Parteivertretung und der Gewerkschafts-Commission angenommene Organisationsentwurf sollte dem abhelfen. Die Agitation unter den Arbeiterinnen sollte von nun an in ein besseres einheitliches System gebracht und die Erfolge durch die Errichtung von Frauensectionen festgehalten werden. Als Executivorgan wurde das Frauen-Reichs-Comité mit dem Sitze in Wien eingesetzt. Das Comité besteht aus zwölf Genossinnen, von welchen die Hälfte auf der Frauenconferenz, die Hälfte in der Plenarversammlung der Wiener Gewerkschaften gewählt wurde. Dem Comité steht die Befugniß zu, mit Anträgen, die den wirthschaftlichen Interessen der Arbeiterinnen förderlich erscheinen, an die Organisationen heranzutreten. Bei besonderen Actionen sind die Parteivertretung und die Gewerkschafts-Commission zu Rathe zu ziehen.

Das Reichscomité hat seine Thätigkeit Ende Mai 1898 begonnen. Zunächst wurde eine rege Correspondenz mit Genossen und Genossinnen der Provinz eingeleitet und dieselben veranlaßt, Agitationscomités in den einzelnen Orten zu gründen. In vorgeschrittenen Organisationen wurden Sectionen für die weiblichen Mitglieder errichtet, und zwar für die Textilarbeiterinnen in Bielitz, Jägerndorf, Odrau; für den Gewerkschaftsverein in Probstau, Turn und Dux; dann im Glasarbeiterfachverband Steinschönau und den Ortsgruppen Falkenau-Kittlitz und Langenau. In Brünn sind die organisirten Arbeiterinnen der Bekleidungsindustrie als Section beigetreten.

In mehreren Orten wurden Agitationscomités gegründet, welche eine rege Agitation unter den Arbeiterinnen entfalten, wie z. B. in St. Pölten und in mehreren Orten des Reichenberger Bezirkes u. A. In Wien wurden in der Gewerkschaft der Hutarbeiter und Buchbinder Frauensectionen eingeführt, die sich sehr gut bewähren und eine Zunahme der weiblichen Mitglieder zur Folge hatten. In Steiermark wurde ebenfalls auf Initiative des Frauencomités ein Vorstoß gemacht und der Weg angebahnt, Erfolgreiches auf dem Gebiete der Arbeiterinnenorganisation zu schaffen.

Auch eine Anzahl Delegirungen hat das Comité angenommen. Es wurde der Textilarbeitercongreß in Reichenberg beschickt, dann der Parteitag in Linz, die niederösterreichische Landesconferenz in Wr.-Neustadt, die Textilarbeiterconferenz in Wien und der Unionstag der keramischen Branchen.

Was die Versammlungen betrifft, so hat das Comité geleistet, was es bei seinen geringen Mitteln und verhältnißmäßig wenig Kräften leisten konnte. 127 freie Versammlungen und 77 § 2-Versammlungen wurden unter Mitwirkung des Comités abgehalten. Das Comité hat nicht nur die Referentinnen für alle diese Versammlungen beigestellt, sondern sehr oft auch die Einberufung übernommen.

Von den freien Versammlungen entfallen 86 auf die Provinz und 41 auf Wien, von den § 2-Versammlungen 53 auf die Provinz und 24 auf Wien. Außerdem haben die Mitglieder des Comités in vielen Versammlungen referirt und Vorträge gehalten, welche direct von Branchen veranstaltet wurden und nicht in den Aufzeichnungen des Comités enthalten sind.

Die Frauenconferenz hat auch beschlossen, sich für die Verbreitung der „Arbeiterinnen-Zeitung" mit voller Energie einzusetzen. In den Bildungsvereinen soll die obligatorische Einführung für die weiblichen Mitglieder angestrebt werden. Die Bemühungen der Genossinnen haben auch einen nicht unerheblichen Erfolg gehabt, soweit die Provinz in Betracht kommt. In Orten, wo vor der Frauenconferenz die „Arbeiterinnen-Zeitung" gar keinen Absatz hatte, werden jetzt bis 100 und noch mehr Exemplare bezogen. Ueberall, wo Frauensectionen oder Comités sind, ist auch die Verbreitung der „Arbeiterinnen-Zeitung" gesichert. Auch in einzelnen Gewerkschaften und Bildungsvereinen der Provinz wird die „Arbeiterinnen-Zeitung" den weiblichen Mitgliedern zugestellt. So erfreulich die Resultate in der Provinz sind, so geringfügig sind sie in Wien. Hier hat das Blatt die allergeringste Verbreitung, es wird mit sehr wenigen Ausnahmen gar nichts für die Verbreitung der einzigen Arbeiterinnen-Zeitung Oesterreichs gethan. Es liegt dies nicht allein an den Organisationen und den Genossen, sondern zum großen Theil an den Genossinnen selbst, welche eine merkwürdige Lauheit in Bezug auf ihr Blatt zeigen. Es wird die Aufgabe des Frauencomités nach dem Parteitag sein, zu versuchen, bessere Erfolge zu erzielen, und wir rechnen dabei auf die Mithilfe der Genossen.

An das Comité sind 239 Schreiben gelangt, wovon in 143 Fällen Referentinnen verlangt wurden. In 85 Fällen sind Berichte von den Agitations-Comités und Frauensectionen der Provinz eingelangt. 94 enthalten Anfragen über verschiedene organisatorische Angelegenheiten und 17 sind von den Vertrauensmännern der Gewerkschaftscommission.

Daß unser Bericht nur den allerbescheidensten Anforderungen entspricht, verkennen wir durchaus nicht. Doch hatten auch wir mit all den Schwierigkeiten zu kämpfen, welche jede neue Sache zu überwinden hat. Verfügten wir doch auch nicht über allzu große Mittel und Kräfte! Unsere ersten Arbeiten haben wir von dem Ueberschuß geleistet, welcher sich von der Frauenconferenz ergeben hat — eine Summe von fl. 216·93, dazu kamen fl. 118·11, welche die Organisationen als Beiträge zu unserem Gründungsfonds geleistet haben. Gegenwärtig verfügen wir nur mehr über einen kleinen Betrag, doch sind wir überzeugt, daß die Organisationen unser Bemühen so unterstützen, daß wir in Zukunft in der Lage sein werden, Zufriedenstellenderes zu leisten, als uns bis heute möglich war. Wir bauen auf die Einsicht und Solidarität der Parteigenossen und versichern, daß wir gewillt sind, nach Kräften unser Bestes zu leisten.

Bericht der Parteivertretung der deutschen Socialdemokratie in Oesterreich

und der zu ihr gehörigen Organisationen an den in Brünn zusammentretenden Gesammtparteitag.

Der sechste socialdemokratische Parteitag (Wien 1897) hatte den Beschluß gefaßt, die Organisation der österreichischen Socialdemokratie in selbstständige nationale Gruppen zu theilen, um so bei der Vielsprachigkeit des österreichischen Proletariats für Organisation und Agitation günstigere Bedingungen zu schaffen. So wie die social-

demokratischen Parteien anderer Zunge, hat auch die deutsche ihre selbstständige Leitung und diese ist es, welche für die abgelaufene Periode hiemit ihren Rechenschaftsbericht erstattet. Anschließend daran berichten die zu ihr gehörigen Landes- und Wahlkreisorganisationen.

Die in den letzten beiden Jahren von unserer Partei durchgeführten Actionen betrafen zumeist gemeinsame Angelegenheiten und galt die Hauptthätigkeit dem Ausbau der Organisation.

Der im Jahre 1898 in Linz stattgefundene Parteitag der deutschen Socialdemokratie Oesterreichs war der erste, dessen Verhandlungen ausschließlich in deutscher Sprache geführt wurden und auf dem die Organisationen deutsch-sprechender Zunge ihre Angelegenheiten — soweit sie nicht gemeinsame Angelegenheiten betrafen — unter sich regelten.

Je stärker unsere Partei in den letzten Jahren wurde, und je größer der Kreis der Aufgaben wird, denen unsere Genossen ihre Aufmerksamkeit zuwenden müssen, desto mehr tritt die Bedeutung der Landes- und Wahlkreisorganisationen in den Vordergrund. Die Möglichkeit, von einer Centralstelle aus die ganze Agitation zu regeln, ist geschwunden, so daß der größte Theil dieser Aufgaben nunmehr den Landes-, respective Wahlkreisorganisationen zufällt, welche sich dem auch vollständig gewachsen gezeigt haben. Dort, wo die Nothwendigkeit vorhanden, wurden einzelnen Wahlkreisen betreffs der von ihnen angestellten selbstständigen Vertrauensmänner Subventionen, sowie sonstige Hilfsmittel zur Verfügung gestellt.

Daß vielfach geäußerte Wünsche, insbesondere in Bezug auf bekanntere Parteiredner, unbefriedigt bleiben mußten, ist auch in der abgelaufenen Berichtsperiode wiederholt zu constatiren. Bei der großen Zahl der von den Genossen arrangirten Versammlungen ist es vollständig ausgeschlossen, daß den hiebei geäußerten Wünschen auch nur im Entferntesten hätte genügt werden können.

Durch die Eintheilung unserer Parteiorganisation in Wahlkreisorganisationen und die den letzteren zugewiesenen selbstständigen Organisations- und Agitationsarbeiten wurden aber auch deren Mittel so in Anspruch genommen, daß die percentuelle Abgabe an die Parteivertretung mit wenigen Ausnahmen nur dem Namen nach noch bestand, so daß sich die Parteivertretung bemüssigt sah, auf dem Linzer Parteitag einen Antrag auf Einführung einer directen Parteisteuer einzubringen, welcher Antrag auch zum Beschlusse erhoben wurde.

Obwohl sich noch einzelne Organisationen außerhalb dieses Parteitagsbeschlusses stellen, können wir doch mit der Durchführung insoweit vorläufig zufrieden sein, als die Parteivertretung über eine bestimmte Einnahme verfügt und bezüglich ihrer finanziellen Mittel nicht mehr von allen Zufälligkeiten abhängig ist. Durch den Linzer Parteitagsbeschluß, wonach jeder einer Organisation angehörende Genosse per Monat einen Kreuzer direct an die Parteivertretung zu leisten hat, ist nunmehr die Parteivertretung in die Lage versetzt, den Ausbau der Organisation auch in solchen Gebieten vornehmen zu können, welche bisher vollständig brach gelegen und außer Stande waren, die für ihre eigene Organisations- und Agitationsarbeit nothwendigen Mittel aufbringen zu können.

Inwieweit die deutsche Socialdemokratie die in sie gesetzten Hoffnungen gerechtfertigt hat, mögen folgende Ziffern beweisen.

Die deutsche Parteiorganisation zeigt uns bis jetzt folgende Entwicklung:

Bis Ende März 1899 gab es, soweit Berichte darüber erstattet wurden, 175 politische, 346 Gewerkschafts-, 204 Bildungs-, 8 Frauen- und 594 diverse andere Organisationen mit zusammen 114.056 männlichen und 4807 weiblichen Mitgliedern.

Die diesen Organisationen an der Seite stehende Presse besteht aus folgenden Zeitungen:

1. Politische Presse.

	Erscheint:
Arbeiter-Zeitung, Wien	täglich
Arbeiterinnen-Zeitung, Wien	14tägig
Arbeiterwille, Graz	wöchentlich
Böhmerwaldbote, Krumau	3mal monatlich
Der Freigeist, Reichenberg	3 „ „
Freigeist, Reichenberg	2—3 „ „
Neuer Freigeist, Reichenberg	3 „ „
Die Freiheit, Teplitz	3 „ „
Freiheit, Teplitz	3 „ „
Neue Freiheit, Teplitz	2—3 „ „
Gebirgsbote, Gablonz	3 „ „
Gleichheit, Wr.-Neustadt	3 „ „
Neue Gleichheit, Wr.-Neustadt	1—2 „

An politischen Verfolgungen sind zu verzeichnen: Wegen Demonstrationen in Asch, 5 Genossen zu 3 Monaten, wegen desselben Delictes in Falkenau 6 Genossen zu 22 Tagen Arrest; 1 Genosse zu fl. 10 und einer zu fl. 25 (Vernachlässigung der pflichtgemäßen Obsorge) Geldstrafe verurtheilt.

Ueberdies wurden wegen der Demonstrationen gegen den Zeitungsstempel 30 Genossen angeklagt und 16 davon zu Arreststrafen von 24 Stunden bis zu 4 Tagen verurtheilt. Eine Verurtheilung wegen des Colportage-Paragraphen ist noch ausständig.

V. böhmischer Wahlkreis (Saaz). Der Sitz des Wahlkreisausschusses ist derzeit in Teplitz. Der Wahlkreis ist in die 7 Bezirksorganisationen Teplitz, Dux, Brüx, Komotau, Saaz, Kaaden und Weipert eingetheilt, welche wieder 73 Localorganisationen umfassen. In Teplitz, Komotau und Brüx wirken unabhängige Agitationskräfte, deren Anstellung durch die Partei erfolgte, und die sich für den Ausbau der Organisation als besonders vortheilhaft erwiesen.

An Organisationen befinden sich im Wahlkreise: 5 politische Vereine in den Orten Teplitz, Brüx, Komotau, Saaz und Dux (letzterer czechisch). Gewerkschafts- und Fachvereine bestehen 125 mit 6083 Mitgliedern. Außerdem sind im Wahlkreise 36 Lese- und Bildungsvereine, 12 Gesangs- und 15 Turnvereine mit zusammen 3890 Mitgliedern, sowie 4 Ortsgruppen einer selbstständigen Frauen- und Mädchenorganisation mit 160 Mitgliedern. Weitere Gründungen neuer Ortsgruppen für Frauen stehen in nächster Zeit bevor. Von Brüx und Saaz stehen die Berichte über die Organisationen aus.

160 Volks- und 870 Vereinsversammlungen wurden im Wahlkreise abgehalten. Verboten wurden — so weit bekannt — von ersteren Drei.

Als publicistische Organe für den Wahlkreis erscheinen die politischen Blätter „Freiheit" und „Die Freiheit", welche, weil sie den Anforderungen nicht mehr entsprachen, noch durch die Neugründung „Die neue Freiheit" ergänzt werden mußten, so daß nun jede Woche zwei Blätter mit einer Auflage von je 3500 Exemplaren erscheinen. Ohne Rücksicht auf die Erweiterung des Kreisorganes gründete die Bezirksorganisation Brüx gegen den Beschluß der Kreisconferenz ein neues Blatt „Die Wahrheit".

Der Bericht über die politischen Verfolgungen im Wahlkreise ist sehr unvollständig. Was zu erheben war, lassen wir folgen. Der Redacteur der „Freiheit" wurde zu 6 Monaten, Genosse Sommer zu 7 Tagen Arrest verurtheilt. Ueberdies wurden circa 30 Genossen wegen Uebertretung des § 23 Preßgesetz zu Geldstrafen von 2 bis 5 fl. verdonnert. Der Genosse Pfeifer, ein deutscher Bergarbeiter, wurde aus Brüx ausgewiesen. Ueberdies wurden Verfolgungen wegen der §§ 305 und 312 Strafgesetz und wegen Religionsstörung eingeleitet, die theils resultatlos verliefen, theilweise noch in Schwebe sind. Erwähnen müssen wir hier noch die Saazer Affaire, wo 39 Genossen — drei davon zu Brüx in Haft — wegen Schlägereien bei einer von dem bekannten deutschnationalen „Arbeiterführer" Stein veranstalteten Versammlung in Untersuchung stehen.

Lohnkämpfe fanden im Wahlkreise 11 statt. In vier Abwehrstrikes waren die Maurer, Handschuhmacher, Verbandstoffarbeiter und Schuhmacher betheiligt. Letzterer endete mit einem ganzen, ersterer mit theilweisem Siege. Der Bauarbeiterstrike in Brüx ging verloren, der der Cassenfabrik wurde gewonnen.

Bei den Wahlen in die Gemeindevertretung wurden in einigen Orten Candidaten aufgestellt und es gelang, in zwei Orten den dritten Wahlkörper ganz zu erobern. Im Ganzen dürften in sieben Gemeindenvertretungen die Socialdemokraten eingedrungen sein. In Kaaden erhielten die socialdemokratischen Candidaten von 390 abgegebenen Stimmen 152; in Weipert von 330 Stimmen 108.

Trotzdem die Deutschnationalen mit den verwerflichsten Mitteln der Beschimpfungen und Verleumdungen gegen unsere Partei arbeiten, werden sie dennoch aus einer Position nach der anderen hinausgedrängt, was insbesondere bei den Bezirkskrankencassenwahlen immer wieder zum Ausdruck kommt.

VI. böhmischer Wahlkreis (Leitmeritz). Der Sitz des Wahlkreisausschusses befindet sich derzeit in Aussig a. E. Der Wahlkreis zerfällt in zwölf Bezirksorganisationen, und zwar: Aussig, Karbitz, Tetschen, Bensen, Leipa, Niemes, Wernstadt, Lobositz, Leitmeritz, Gastorf, Dauba und Auscha.

Der Wahlkreis umfaßt — so weit ermittelt werden konnte — 4 politische, 22 gewerkschaftliche und 8 Bildungsvereine mit zusammen circa 8512 Mitgliedern. Diese Ziffern können keinen Anspruch auf Richtigkeit erheben und es ist die wirkliche Zahl der Organisationen sowie der Mitglieder derselben weit höher.

Ebensowenig war es möglich, die wirkliche Zahl der im Wahlkreise abgehaltenen Versammlungen feststellen zu können; es dürfte in Hinkunft geboten erscheinen, daß sich die einzelnen Vertrauensmänner genau geführte Verzeichnisse über die im Organisationsbezirk stattgefundenen Versammlungen anlegen.

Es wurden über die Parteigenossen deutscher Zunge Strafen im Gesammtausmaß von 2 Jahren und 1 Monat schweren Kerker, 9 Monate, 20 Tage strengen Arrest, 6 Jahre, 7¾ Tage einfachen Arrest und fl. 781·50 an Geldstrafen, somit zusammen **8 Jahre, 10 Monate und 27¾ Tage Freiheits- und fl. 781·50 Geldstrafen** verhängt.

Ziehen wir hiebei noch die große Zahl der Confiscationen, denen unsere Parteiblätter verfallen, in Betracht, so ergibt sich hieraus zur Genüge, welcher Beliebtheit die socialdemokratische Partei und ihre Thätigkeit sich nach oben erfreut.

Erwähnen wollen wir noch, daß am deutschen Parteitag in Stuttgart 1898 von Seite der österreichischen Socialdemokratie Genosse Dr. Ellenbogen und als Vertreter des socialdemokratischen Verbandes Reichsrathsabgeordneter Genosse Daszynski theilnahm.

Wie alljährlich fiel auch in der Berichtsperiode die Maifeier großartig aus, und wird auch weiterhin an ihr festgehalten.

Nicht minder großartig verlief die Feier des 13. März zur Ehrung der im Jahre 1848 gefallenen Opfer. Insbesondere wurde der 50jährige Gedenktag an die Achtundvierziger-Revolution im Jahre 1898 in ganz Oesterreich in imposanten Kundgebungen gefeiert.

Durch die Einführung der Parteisteuer ist der Umfang der Geschäfte des Parteisecretariats gewaltig gewachsen, und ist es ungemein schwer, auch nur ein annähernd genaues Bild von der sich stetig steigernden Correspondenz, sowie von allen übrigen Interventionen wiedergeben zu können. Eines jedoch glauben wir am Schlusse des Berichtes aussprechen zu müssen, daß im Interesse der Partei und mit Hilfe des Opfermuthes der Parteiangehörigen in diesen beiden Jahren ganz gewaltige Fortschritte gemacht wurden.

Daß wir dabei nicht stehen bleiben können, ist selbstverständlich, und wünschen wir nur, daß im Interesse des arbeitenden Volkes der Opfermuth unserer Parteigenossen uns bei allen weiteren Actionen hilfreich zur Seite stehen möge.

Ferdinand Skaret, Parteisecretär.

Böhmen.

Die politische Organisation in Böhmen zerfällt in 18 selbstständige Wahlkreisorganisationen, und zwar in 12 czechische und 6 deutsche. Der Stand der deutschen Wahlkreisorganisationen ist wie folgt:

I. **böhmischer Wahlkreis (Prag).** Deutsche Section. Die deutsche Organisation von Prag und Umgebung hat in der Berichtszeit eine ziemlich rege Thätigkeit entfaltet und es wurden im Ganzen 8 Volks- und 42 § 2-Versammlungen abgehalten. Gegenwärtig ist ein politischer Verein in Gründung begriffen, durch den die Genossen für ihre Agitation eine festere Grundlage zu erhalten hoffen.

III. **böhmischer Wahlkreis (Mies).** Dieser Wahlkreis zerfällt gegenwärtig in drei Bezirksorganisationen, und zwar Tachau, Podersam und Petschau. Der Sitz des Wahlkreisausschusses befindet sich derzeit in Tachau und es wurde für die Organisation und Agitation seit März 1899 ein eigener Vertrauensmann angestellt; ebenso wurde für den Organisationsbezirk ein eigenes Wahlkreisorgan geschaffen, welches unter dem Titel „Vorwärts" als Kopfblatt des in Falkenau a. E. bestehenden „Volkswille" erscheint. Der Wahlkreis war bis Anfang des Jahres 1898 ein gemeinsamer Organisations- und Agitationsbezirk mit dem IV. böhmischen Wahlkreis (Eger), und hat sich in einer am 20. Februar 1898 in Pilsen stattgefundenen Conferenz selbstständig gemacht. In organisatorischer Beziehung liegt der III. böhmische Wahlkreis noch sehr im Argen und wurden erst in allerjüngster Zeit nennenswerthe Vorstöße in den bis jetzt für die Partei vollständig brachgelegenen Gegenden vorgenommen.

IV. **böhmischer Wahlkreis (Eger).** Der Sitz des Wahlkreisausschusses befindet sich derzeit in Falkenau a. E. Der Wahlkreis ist in neun Bezirksorganisationen eingetheilt und zwar: Asch, Eger, Falkenau, Graslitz, Chodau, Bärringen, Joachimsthal, Karlsbad und Schlaggenwald. Der Wahlkreis umfaßt — soweit es zu ermitteln war — 6 politische Vereine, ferner eine große Anzahl von Gewerkschaftsvereinen und Ortsgruppen und 7 Lese- und Bildungsvereine. Außerdem befindet sich in Asch ein selbstständiger Frauenverein, welcher inclusive der Ortsgruppen circa 400 Mitglieder zählt.

Im Wahlkreise wurden in der Berichtszeit 180 Volksversammlungen, circa 924 Vereinsversammlungen und eine nicht näher zu bestimmende Zahl von § 2-Versammlungen abgehalten. Als Wahlkreisorgan erscheint der „Volkswille" in Falkenau in einer Auflage von 4200 und der „Neue Volkswille" mit 3600 Exemplaren. Außerdem erscheint noch der „Glückauf!", gewerkschaftliches Organ der Berg- und Hüttenarbeiter Oesterreichs, in 8000 Exemplaren. Auch werden im Wahlkreise eine nicht unbedeutende Zahl anderer politischer Blätter abgesetzt.

An politischen Verfolgungen sind zu verzeichnen: Wegen Demonstrationen in Asch, 5 Genossen zu 3 Monaten, wegen desselben Delictes in Falkenau 6 Genossen zu 22 Tagen Arrest; 1 Genosse zu fl. 10 und einer zu fl. 25 (Vernachlässigung der pflichtgemäßen Obsorge) Geldstrafe verurtheilt.

Ueberdies wurden wegen der Demonstrationen gegen den Zeitungsstempel 30 Genossen angeklagt und 16 davon zu Arreststrafen von 24 Stunden bis zu 4 Tagen verurtheilt. Eine Verurtheilung wegen des Colportage-Paragraphen ist noch ausständig.

V. böhmischer Wahlkreis (Saaz). Der Sitz des Wahlkreisausschusses ist derzeit in Teplitz. Der Wahlkreis ist in die 7 Bezirksorganisationen Teplitz, Dux, Brüx, Komotau, Saaz, Kaaden und Weipert eingetheilt, welche wieder 73 Localorganisationen umfassen. In Teplitz, Komotau und Brüx wirken unabhängige Agitationskräfte, deren Anstellung durch die Partei erfolgte, und die sich für den Ausbau der Organisation als besonders vortheilhaft erwiesen.

An Organisationen befinden sich im Wahlkreise: 5 politische Vereine in den Orten Teplitz, Brüx, Komotau, Saaz und Dux (letzterer czechisch). Gewerkschafts- und Fachvereine bestehen 125 mit 6083 Mitgliedern. Außerdem sind im Wahlkreise 36 Lese- und Bildungsvereine, 12 Gesangs- und 15 Turnvereine mit zusammen 3890 Mitgliedern, sowie 4 Ortsgruppen einer selbstständigen Frauen- und Mädchenorganisation mit 160 Mitgliedern. Weitere Gründungen neuer Ortsgruppen für Frauen stehen in nächster Zeit bevor. Von Brüx und Saaz stehen die Berichte über die Organisationen aus.

160 Volks- und 870 Vereinsversammlungen wurden im Wahlkreise abgehalten. Verboten wurden — so weit bekannt — von ersteren Drei.

Als publicistische Organe für den Wahlkreis erscheinen die politischen Blätter „Freiheit" und „Die Freiheit", welche, weil sie den Anforderungen nicht mehr entsprachen, noch durch die Neugründung „Die neue Freiheit" ergänzt werden mußten, so daß nun jede Woche zwei Blätter mit einer Auflage von je 3500 Exemplaren erscheinen. Ohne Rücksicht auf die Erweiterung des Kreisorganes gründete die Bezirksorganisation Brüx gegen den Beschluß der Kreisconferenz ein neues Blatt „Die Wahrheit".

Der Bericht über die politischen Verfolgungen im Wahlkreise ist sehr unvollständig. Was zu erheben war, lassen wir folgen. Der Redacteur der „Freiheit" wurde zu 6 Monaten, Genosse Sommer zu 7 Tagen Arrest verurtheilt. Ueberdies wurden circa 30 Genossen wegen Uebertretung des § 23 Preßgesetz zu Geldstrafen von 2 bis 5 fl. verdonnert. Der Genosse Pfeifer, ein deutscher Bergarbeiter, wurde aus Brüx ausgewiesen. Ueberdies wurden Verfolgungen wegen der §§ 305 und 312 Strafgesetz und wegen Religionsstörung eingeleitet, die theils resultatlos verliefen, theilweise noch in Schwebe sind. Erwähnen müssen wir hier noch die Saazer Affaire, wo 39 Genossen — drei davon zu Brüx in Haft — wegen Schlägereien bei einer von dem bekannten deutschnationalen „Arbeiterführer" Stein veranstalteten Versammlung in Untersuchung stehen.

Lohnkämpfe fanden im Wahlkreise 11 statt. In vier Abwehrstrikes waren die Maurer, Handschuhmacher, Verbandstoffarbeiter und Schuhmacher betheiligt. Letzterer endete mit einem ganzen, ersterer mit theilweisem Siege. Der Bauarbeiterstrike in Brüx ging verloren, der der Cassenfabrik wurde gewonnen.

Bei den Wahlen in die Gemeindevertretung wurden in einigen Orten Candidaten aufgestellt und es gelang, in zwei Orten den dritten Wahlkörper ganz zu erobern. Im Ganzen dürften in sieben Gemeindenvertretungen die Socialdemokraten eingedrungen sein. In Kaaden erhielten die socialdemokratischen Candidaten von 390 abgegebenen Stimmen 152; in Weipert von 330 Stimmen 108.

Trotzdem die Deutschnationalen mit den verwerflichsten Mitteln der Beschimpfungen und Verleumdungen gegen unsere Partei arbeiten, werden sie dennoch aus einer Position nach der anderen hinausgedrängt, was insbesondere bei den Bezirkskrankencassenwahlen immer wieder zum Ausdruck kommt.

VI. böhmischer Wahlkreis (Leitmeritz). Der Sitz des Wahlkreisausschusses befindet sich derzeit in Aussig a. E. Der Wahlkreis zerfällt in zwölf Bezirksorganisationen, und zwar: Aussig, Karbitz, Tetschen, Bensen, Leipa, Niemes, Wernstadt, Lobositz, Leitmeritz, Gastorf, Dauba und Auscha.

Der Wahlkreis umfaßt — so weit ermittelt werden konnte — 4 politische, 22 gewerkschaftliche und 8 Bildungsvereine mit zusammen circa 8512 Mitgliedern. Diese Ziffern können keinen Anspruch auf Richtigkeit erheben und es ist die wirkliche Zahl der Organisationen sowie der Mitglieder derselben weit höher.

Ebensowenig war es möglich, die wirkliche Zahl der im Wahlkreise abgehaltenen Versammlungen feststellen zu können; es dürfte in Hinkunft geboten erscheinen, daß sich die einzelnen Vertrauensmänner genau geführte Verzeichnisse über die im Organisationsbezirk stattgefundenen Versammlungen anlegen.

Als Wahlkreisorgane erscheinen das „Volksrecht“ und „Neues Volksrecht“ in einer Auflage von je 4800 Exemplaren. Neben diesen werden noch die Parteiblätter „Freigeist“, „Volkstribüne“, „Arbeiter-Zeitung“, „Freiheit“ und „Glühlichter“ verbreitet.

An politischen Verfolgungen sind zu verzeichnen: Verurtheilungen erfolgten wegen § 23 P.-G., § 19 P.-G., § 2 V.-G., § 489 St.-G. und § 28 P.-G. mit zusammen vier Monaten Arrest. Zwei Processe wegen § 81 St.-G. und § 2 V.-G., sowie drei Processe wegen § 489 St.-G. und zwei wegen § 25 P.-G. sind derzeit noch in Schwebe.

VIII. böhmischer Wahlkreis (Reichenberg). Der Sitz des Wahlkreisausschusses ist in Reichenberg und ist der Wahlkreis in elf Bezirksorganisationen eingetheilt, und zwar wie folgt: Reichenberg, Friedland-Haindorf, Neustadtl bei Friedland, Kratzau, Grottau, Warnsdorf, Rumburg-Schluckenau, Böhmisch-Kamnitz, Haida-Arnsdorf, Böhmisch-Zwickau und Gabel.

Im ganzen Wahlkreis wurden in der Berichtsperiode 133 Volks-, 1041 Vereins- und 694 § 2-Versammlungen abgehalten, wobei von ersteren 13 verboten und 5 aufgelöst worden sind.

Der Wahlkreis selbst ist politisch besser organisirt als gewerkschaftlich, obwohl auf die Gewerkschaftsorganisation in jeder Beziehung das größte Gewicht gelegt wurde. Die Ursache, daß trotz der großen Masse der sich hier befindenden industriellen Bevölkerung eine so schlechte gewerkschaftliche Bewegung vorhanden ist, liegt in den hier noch nicht so scharf geschiedenen Eigenthumsverhältnissen. Eine große Zahl kleiner Eigenthümer, die jedoch von ihrer Scholle nicht leben können, nehmen sammt ihrer Familie in den Fabriken Zuflucht, und sie sind es, die neben einer Reihe anderer Umstände eine gesunde Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung hindern.

Als Wahlkreisorgan erscheinen in Reichenberg „Der Freigeist“, „Neuer Freigeist“ und „Freigeist“ je in einer Auflage von 3500 bis 3700 Exemplare. Außerdem erscheinen in Warnsdorf „Nordböhmische Volksstimme“ und das „Volksblatt“ mit einer Auflage von 2200 und 2100 Exemplaren und in Steinschönau der „Nordböhmische Volksbote“ mit 1600 Auflage, welch letzteres Blatt zugleich auch Fachorgan der keramischen Branche ist. Ferner erscheint in Reichenberg das Fachblatt des Centralvereines der Textilarbeiter Böhmens unter dem Titel „Arbeiter-Presse“ in einer Auflage von 4000 Exemplaren. Auch werden noch eine Reihe anderer Blätter und Broschüren nach Tausenden im Wahlkreise verbreitet.

Politische Processe haben in der Zeit vom 1. April 1898 bis Mai 1899 im Wahlkreise 33 stattgefunden und wurden bei denselben Strafen von 4 Monaten, 98 Tagen, 36 Stunden Arrest und fl. 88 Geldstrafen verhängt.

An Lohnkämpfen waren drei zu verzeichnen und zwar der der Maler und Lackirer in Reichenberg, welcher nach zehntägiger Dauer mit vollem Erfolg der Arbeiter beendet wurde. Ein Strike in einer Fahrradfabrik, welcher resultatlos für die Arbeiter verlief und ein Fabriksstrike in Neudorf mit gleichem Ausgange.

Der Wahlkreis umfaßt 3 politische Vereine mit 404 Mitgliedern und 76 Localorganisationen mit 2590 männlichen und 56 weiblichen Mitgliedern; 57 Gewerkschaften und Ortsgruppen mit 4728 männlichen und 138 weiblichen Mitgliedern. Außerdem bestehen 76 Bildungs-, Lese-, Turn- und Gesangvereine, sowie ein Freidenker-Verein mit zusammen 4970 männlichen und 219 weiblichen Mitglieder. Bei einzelnen Organisationen und insbesonders bei denen der Frauen fehlen die Angaben über die Zahl der Mitglieder. Im Wahlkreise befindet sich auch noch eine czechische Organisation, welche einen politischen Verein, eine Localorganisation, 3 Fach- und 2 Bildungsvereine umfaßt.

Für die Gemeindewahlen wurden in mehreren Orten socialdemokratische Candidaten aufgestellt und sind, insbesonderes im dritten Wahlkörper, fast vollzählig durchgedrungen.

IX. böhmischer Wahlkreis (Trautenau). Der Sitz des Wahlkreisausschusses befindet sich in Gablonz. Der Wahlkreis ist in 7 Bezirksorganisationen eingetheilt. Dieselben heißen: Gablonz, Tannwald, Hohenelbe, Trautenau, Braunau, Grulich und Landskron.

Es wurden während der Berichtszeit 100 Volks-, 757 Vereins- und 465 § 2-Versammlungen abgehalten. Verboten wurden 9 und aufgelöst 4 Volks- und 3 § 2-Versammlungen.

Als Wahlkreisorgan erscheint dreimal monatlich der „Gebirgsbote“ in Gablonz in einer Auflage von 2600 Exemplaren und werden außerdem noch eine nicht unbedeutende Anzahl außerhalb des Wahlkreises erscheinende politische, sowie Fachblätter abgesetzt.

An politischen Verfolgungen sind zu verzeichnen: 13 Verurtheilungen wegen Uebertretung des § 23 Pr.-G. à fl. 2, 2 wegen § 24 Pr.-G., sowie ein Versammlungsdelict und eine Uebertretung des § 11 der kaiserlichen Verordnung 1854. Außerdem sind 27 Verfolgungen wegen Uebertretungen des Versammlungs- und des Coalitionsgesetzes zu verzeichnen, bei denen 8 Verurtheilungen, sämmtliche zu Arreststrafen, erfolgten.

Die Zahl der im Wahlkreise vorhandenen festgegliederten Organisationen konnte nicht vollständig ermittelt werden. Dieselben umfassen circa 4500 Mitglieder, von welchen auf den politischen Bezirk Gablonz allein ungefähr 3200 entfallen. Die politische und gewerkschaftliche Bewegung im Gablonz-Tannwalder Bezirk ist eine ziemlich gute und gewinnt auch in dem bis vor Kurzem noch ausschließlich von den Deutschnationalen beherrschten Gebieten Trautenau und Braunau immer mehr an Boden.

XVI. böhmischer Wahlkreis (Budweis, deutsche Section Krumau). Der Sitz des Wahlkreisausschusses (deutsche Section) befindet sich derzeit in Krumau, der der czechischen Section in Budweis. Die Eintheilung des Wahlkreises in Bezirksorganisationen ist bis heute noch nicht erfolgt.

Als Wahlkreisorgan erscheint der „Böhmerwaldbote" in einer Auflage von 2000 Exemplaren und werden außerdem noch eine Menge anderer politischer, sowie Fachblätter verbreitet. Seit 1. April d. J. — von früher ist kein Bericht vorliegend — bis zum 31. August wurden 22 allgemein zugängliche und 2 § 2-Versammlungen abgehalten.

An politischen Verfolgungen hatte der Wahlkreis in der Berichtsperiode zu verzeichnen: 1 Verurtheilung wegen Uebertretung des Coalitionsgesetzes, 6 wegen § 23 Pr.-G., 1 wegen § 491 Str.-G. und 1 wegen Versammlungsgesetz zu zusammen 2 Monaten und 5 Tagen Arrest und fl. 53 Geldstrafe. Es sind ferner noch Untersuchungen wegen § 33 V.-G., § 23 Pr.-G. und wegen Geheimbündelei anhängig.

Der Wahlkreis (deutsche Section) umfaßt derzeit 2 politische Vereine, 5 Ortsgruppen von Gewerkschaften und 9 Bildungsvereine mit circa 1200 Mitgliedern.

In der abgelaufenen Berichtsperiode sind 3 Ortsgruppen der keramischen Branche, 1 Ortsgruppe der Papier- und 1 Ortsgruppe der Bauarbeiter, sowie 6 Volksbildungsvereine gegründet worden. Im Ganzen ist die Bewegung bedeutend vorwärts geschritten, was insbesondere dem Eindringen des „Böhmerwaldbote" zu verdanken ist.

Bukowina.

Hier im fernen Osten Oesterreichs liegen die Organisationsverhältnisse noch sehr im Argen. Wohl ist dieses kleine Ländchen in zwei Wahlkreise (Czernowitz und Radautz) eingetheilt, jedoch konnte bisher die politische Organisation wegen des hier vorherrschenden geistigen Tiefstandes der Arbeiter nicht ausgebaut und mußte von der Gründung politischer Vereine Abstand genommen werden.

In Czernowitz besteht ein allgemeiner Gewerkschaftsverein, ein Verein der Buchdrucker und ein Volksbildungsverein mit zusammen 193 männlichen Mitgliedern. Aus den übrigen Orten der Bukowina ist ein Bericht über die Zahl der dort bestehenden Organisationen, sowie über deren Thätigkeit nicht eingelangt.

In der Berichtsperiode haben in Czernowitz 7 Volks-, 28 Vereins- und circa 31 § 2-Versammlungen stattgefunden.

Als publicistisches Parteiorgan für die Bukowina gilt die in Czernowitz unter dem Titel „Volkspresse" zweimal im Monat erscheinende Zeitung, welche derzeit eine Auflage von 700 Exemplaren hat.

An politischen Verfolgungen hatten wir in Czernowitz 2 Processe wegen Uebertretung des Coalitionsgesetzes und 2 Preßprocesse, welche alle mit Freisprüchen endeten. In einem weiteren Preßproceß wurde der Redacteur wegen Vernachlässigung der pflichtgemäßen Obsorge zu einer Geldstrafe verurtheilt.

Die Theilnahme der Arbeiter an der Organisation ist hier im Allgemeinen eine sehr geringe. Nur von Fall zu Fall kommen die Ziele und Bestrebungen des Proletariats in Volksversammlungen zum Ausdruck. Leider mangelt es hier mehr wie wo anders an den nothwendigsten agitatorischen Kräften. Daß die Volkserziehung hier mit aller Gewalt niedergehalten wird, macht sich eben auf allen Gebieten des menschlichen Lebens geltend. Hoffen wir das Beste von der Zukunft.

Kärnten.

Das Land Kärnten bildet eine einzige Wahlkreisorganisation, welche in die neun Bezirksorganisationen Villach, Spital a. d. Drau, Bleiberg-Kreuth, Feldkirchen, St. Veit a. d. Glan, Hüttenberg, Klagenfurt, Völkermarkt und Wolfsberg eingetheilt ist.

An Vereinsorganisationen bestehen: 1 politischer Verein in Villach mit 140 Mitgliedern, 24 Branchenorganisationen mit 1668 Mitgliedern und 18 allgemeine Gewerkschaften mit 907 Mitgliedern. Ob und wie viele Mitglieder in diesen Organisationen weiblichen Geschlechtes sind, können wir nicht sagen, da keine diesbezüglichen Angaben vorliegen.

In Kärnten erscheint kein einziges Parteiorgan. Hauptsächlich verbreitet werden „Arbeiterwille", „Volkstribüne", „Arbeiter-Zeitung" und „Glühlichter". Von verschiedenen anderen politischen Blättern werden ebenfalls einzelne Exemplare verbreitet und überdies circulirt natürlich in den Reihen der organisirten Arbeiter die Gewerkschaftspresse. Genaue Ziffernangaben in dieser Beziehung liegen nicht vor.

Die Cassengebahrung in der Zeit vom 1./5. 1898 bis 15./4. 1899 wird durch folgende Ziffern veranschaulicht:

Einnahmen	fl.	1067·39
Ausgaben	„	1024·32
Cassenrest am 15./4.	fl.	43·07

Auf dem Gebiete der politischen Verfolgungen haben wir auch einige Fälle zu verzeichnen. Es wurden im Ganzen wegen Uebertretung des § 23 Preßgesetz und wegen diverser anderer Uebertretungen fl. 18 Geldstrafe und 16 Tage Arrest verhängt.

Unter der Berichtszeit wurden 108 Volksversammlungen, 143 § 2-Versammlungen, 8 Bezirksconferenzen und 1 Landesconferenz abgehalten. Die Art der Agitation schloß sich an die in den anderen Kronländern übliche an. Auch bei uns werden große Demonstrationsversammlungen gegen den § 14 und gegen die Wahlreformverschleppungen in Gemeinde und Land veranstaltet. Die Agitationsarbeit leidet bei uns vornehmlich an dem Umstande, daß uns selbstständige agitatorische Kräfte fehlen. Auch wurde im letzten Jahre durch die Sperrung der im Besitze der Alpinen Montan-Gesellschaft befindlichen Eisenwerke von Präval, Heft, Hüttenberg und Lölling ein großer Theil der ohnehin geringfügigen Industrie des Landes lahmgelegt, so daß wir in der Organisation vornehmlich auf kleingewerbliche und ländliche Arbeiter angewiesen sind. Trotzdem hat der Ausbau der Organisation auch im vergangenen Jahre verhältnißmäßig gute Fortschritte zu verzeichnen.

Die Deutschnationalen haben in letzter Zeit den Versuch gemacht, unsere Genossen als Staffage zu ihren Demonstrationen gegen die Regierung zu verwenden. Unsere Genossen sind aber mit Ausnahme eines einzigen Falles (Klagenfurt) darauf nicht eingegangen, sondern veranstalteten eigene Demonstrationsversammlungen, die überall ausgezeichnet besucht waren und rein socialdemokratischen Charakter zeigten.

Mähren.

Die politische Organisation Mährens gliedert sich in sieben Wahlkreise, von denen nur einer, und zwar der siebente, der deutschen Executive untersteht. Es befinden sich aber noch in vier anderen Wahlkreisen Mährens selbstständige deutsche Sectionen, die mit dem VII. Wahlkreise eine eigene deutsche Landesorganisation bilden. Den Bericht derselben lassen wir nachstehend folgen:

In Brünn (I. Mährischer Wahlkreis, V. Curie) bestehen zwei Parteiorganisationen, eine deutsche und eine slavische. Jede dieser Organisationen ist selbstständig, doch stehen sie selbstverständlich in enger Fühlung miteinander. Sie besitzen zur Regelung und Führung der gemeinsamen Parteiangelegenheiten und Geschäfte eine gemeinsame Executive, die sich zur einen Hälfte aus slavischen und zur anderen aus deutschen Genossen zusammensetzt und allmonatlich wenigstens einmal zusammentritt. Auch besteht hier seit Jahresfrist ein Localverband der Brünner Gewerkschaften, der sich u. A. die Durchführung des gemeinsamen Unterrichtes und Pflege der Discussion, die Abhaltung von Versammlungen mit Vorträgen und Vorlesungen zum Ziele setzt.

Die deutschen Genossen des Brünner Wahlkreises verfügen über einen politischen Verein: „Freiheit". Insgesammt haben, soweit wir in Erfahrung bringen konnten, in dem letzten Jahre 18 Volksversammlungen politischen Charakters stattgefunden. Von diesen Versammlungen waren zehn ausschließlich deutsch, die übrigen deutsch-slavisch.

Bei den im Juni durchgeführten Gewerbegerichtswahlen wurden in allen sieben Gruppen die socialdemokratischen Candidaten mit erdrückender Majorität gewählt. Von 3516 abgegebenen Stimmen entfielen auf unsere Candidaten 3080. Bei den im Jänner l. J. vollzogenen Wahlen für den Vorstand der mährisch-schlesischen Arbeiter-Unfallversicherungsanstalt, bei denen die Brünner Arbeiterschaft den Ausschlag gibt, wurden in den zwei Gruppen der Textil- und

Metallarbeiter die socialdemokratischen Candidaten gegen die vereinigten Czechischnationalen, Christlich-Socialen und Unternehmer mit einer Majorität von 18.000, respective über 20.000 Stimmen gewählt. Nur in der Gruppe der Papier- und Holz-Industrie gelang es den Gegnern, durchzudringen. Bei den Wahlen für das Schiedsgericht drangen dagegen sämmtliche socialdemokratische Candidaten durch. Ziffernverhältniß: Socialdemokraten 57.000 bis 85.600 Stimmen, Gegner 11.000 bis 27.000.

Auch die in unseren Händen befindliche Bezirkskrankencasse sollte uns von unseren Gegnern „abgenommen" werden. Der Ansturm, von drei Seiten geführt — Czechischnationale, Christlich-Sociale und Deutschnationale — wurde glänzend zurückgeschlagen. Bei den Delegirtenwahlen am 5. März l. J. entfielen von 1511 abgegebenen Stimmen 1027 auf die socialdemokratischen Candidaten.

Am 14. und 15. August v. J. tagten in Brünn eine Conferenz der Gießerarbeiter und eine solche der Holzarbeiter Mährens.

Der in Brünn erscheinende „Volksfreund", das Organ der deutschen Genossen Mährens und Schlesiens, erscheint gegenwärtig in einer Auflage von circa 4000 Exemplaren, Auch er blieb im verflossenen Jahre von Verfolgungen nicht verschont. Abgesehen von den Confiscationen, wurde am 2. Juni der verantwortliche Redacteur des Blattes wegen Abdruckes des sehr bekannt gewordenen Artikels: „Jesus von Nazareth auf der Anklagebank" zu drei Monaten schweren Kerkers verurtheilt.

Die auf dem Linzer Parteitag beschlossene Form der Einhebung der Parteisteuer ist in der deutschen Parteiorganisation Brünns vollständig durchgeführt. Die Organisation gliedert sich in neun Localorganisationen und eine politische Frauenorganisation, die wieder Delegirte in die Bezirksconferenz entsenden.

Dies der Bericht über die Parteithätigkeit der deutschen Organisation des Brünner Wahlkreises. Er kann auf Vollständigkeit keinen Anspruch erheben, da uns werthvolle Daten, z. B. solche über die Thätigkeit der einzelnen Vereinsorganisationen, leider fehlen. Zum Schluß sei noch darauf hingewiesen, daß die Maifeier in Brünn wie alljährlich auch im laufenden Jahre einen glänzenden Verlauf genommen, die Arbeitsruhe eine vollständige genannt werden kann. An die Maifeier schließt sich der am 2. Mai ausgebrochene Generalstrike der Brünner Textilarbeiterschaft um die Erringung des zehnstündigen Arbeitstages, dem im April zwei mächtige Textilarbeiterversammlungen vorausgegangen.

Zum Schlusse sei noch angeführt, daß sich die Brünner Arbeiterschaft in dem „Arbeiterheim" (große Restauration, geräumiger Saal und groß angelegter Garten, Clubzimmer 2c.) eine Centralstätte für ernste Arbeit und geselligen Verkehr geschaffen.

III. mährischer Wahlkreis. Zur deutschen Section des Wahlkreises gehören die Organisationen der sechs Orte Znaim, Frain, Frainersdorf, Grußbach, Mislitz und Nikolsburg. Im Ganzen existiren zehn Organisationen mit 487 Mitgliedern. Ob auch Frauen darunter sind, konnte nicht ermittelt werden. Auf Znaim allein entfallen von der gesammten Zahl 327.

In der Berichtszeit wurden 29 Volksversammlungen, 67 § 2-Versammlungen und 5 Conferenzen abgehalten. Ein eigenes deutsches Parteiblatt wird im Wahlkreise nicht herausgegeben, aber die außerhalb des Wahlkreises erscheinenden politischen und gewerkschaftlichen Parteiblätter werden verhältnißmäßig gut verbreitet. Ihre Gesammtzahl beträgt 660.

In letzter Zeit wurde gegen einige Genossen wegen Uebertretung des § 23 Preßgesetz, der uns überall wieder begegnet, und gegen einen Genossen wegen § 82 Strafgesetz Untersuchungen eingeleitet, die jedoch noch nicht zum Abschlusse gelangt sind.

Zu bemerken wäre, daß der Bericht nicht ganz vollkommen ist, da einzelne Orte auf die bezüglichen Aufforderungen keine Antwort gegeben haben.

V. mährischer Wahlkreis. Hier hat sich erst vor Kurzem in Proßnitz eine deutsche Organisation gebildet, die bis jetzt 1 Volks- und 2 § 2-Versammlungen abgehalten hat. Politische Verfolgungen sind bisher bei dieser jungen Organisation nicht zu verzeichnen.

VI. mährischer Wahlkreis. Der VI. mährische Wahlkreis theilt sich, soweit die deutsche Organisation in Betracht kommt, in die zwei Bezirksorganisationen Sternberg und Neutitschein. Die Organisation ist in politischer Beziehung ziemlich vorgeschritten und es ist in den Orten des Sternberger Bezirkes überall, in Neutitschein theilweise die freie Organisation nach Häusern und Straßen durchgeführt. Der Wahlkreis besitzt einen eigenen Agitator und die Anstellung desselben hat sich sehr gut bewährt.

Im Wahlkreise bestehen: 1 politischer Verein mit 90 Mitgliedern, ferner 3 politische Localorganisationen mit 80 Mitgliedern in Orten, in denen sich keine andere Organisation befindet und 24 Gewerkschaften, Gewerkschaftsortsgruppen und Bildungs-

vereine mit 1336 männlichen und 285 weiblichen Mitgliedern. Die Zahl der Organisirten hat sich seit dem vergangenen Jahre überall bedeutend vermehrt, doch sind die vorliegenden Angaben nicht vollständig und die als wirklich vorhanden anzunehmende Zahl noch höher als hier ersichtlich.

Versammlungen wurden im Ganzen 529 abgehalten, die sich nach Kategorien folgendermaßen vertheilen: 146 Volksversammlungen, 224 Vereinsversammlungen und 159 § 2-Versammlungen.

Ein selbstständiges deutsches Parteiblatt wird im Wahlkreise nicht herausgegeben, aber die außerhalb des Wahlkreises erscheinenden deutschen politischen und Gewerkschaftsblätter werden in 1560 Exemplaren verbreitet. 430 davon fallen auf das mährische Landesorgan, den „Volksfreund".

Der Cassengebahrung entnehmen wir folgende Zusammenstellung:

Vermögensstand am 1. Mai 1898	fl. 49·31
Einnahmen	„ 797·88
Summe . .	fl. 847·19
Ausgaben	„ 709·85
Saldo am 31. März 1899 . .	fl. 137·34

Also auch hier eine bedeutende Besserung!

Anklagen wegen politischen Delicten wurden sieben erhoben, und zwar je zweimal wegen Uebertretungen des § 23 Preßgesetz und des § 2 Versammlungsgesetz und einmal wegen Uebertretung der § 487, 491 und 300 Strafgesetz. Verurtheilungen wurden zweimal zu je 48 Stunden und einmal zu 4 Tagen Arrest vorgenommen.

Die gewerkschaftliche Organisation ist im Vergleiche mit der politischen Organisation weniger vorgeschritten und findet sehr schwer Eingang. Dies liegt in erster Linie an den elenden materiellen Verhältnissen, unter denen die proletarische Bevölkerung der Organisationsbezirke lebt.

VII. mährischer Wahlkreis. Das gesammte Gebiet ist in die neun Bezirksorganisationen Brüsau, Hohenstadt, Müglitz, Mährisch-Neustadt, Römerstadt, Mährisch-Schönberg, Mährisch-Trübau, Wiesenberg und Zwittau gegliedert, die ihrerseits wieder 57 Localorganisationen mit 1880 politisch frei organisirten Genossen umfassen.

An Vereinsorganisationen hat der Wahlkreis 2 politische Vereine mit 1203 Mitgliedern und 28 Gewerkschaften, Gewerkschaftsortsgruppen und Bildungsvereine mit 1663 männlichen und, soweit ermittelt werden konnte, 36 weiblichen Mitgliedern. Besonders bezüglich der Frauen sind aber die vorliegenden Angaben ganz ungenau, da die meisten Organisationen nur über die männliche Mitgliedschaft berichtet haben.

Versammlungen wurden 573 abgehalten, die sich auf die einzelnen Kategorien wie folgt vertheilen: 163 Volksversammlungen, 205 Vereinsversammlungen und 225 § 2-Versammlungen.

Auch in diesem Wahlkreise erscheint kein selbstständiges Blatt. Von anderen Blättern wurden 2895 Stück verbreitet, davon das Landesorgan „Volksfreund" allein in 1500 Exemplaren. Ueberdies wurden 3120 Stück verschiedener Parteibroschüren in Umlauf gesetzt.

Politische Verfolgungen waren im Ganzen 27 zu verzeichnen mit einer Gesammtstrafe von 18 Tagen Arrest und fl. 65 Geld. 15 davon bezogen sich auf den berüchtigten § 23 des Preßgesetzes, sechs auf Uebertretungen des § 2 Versammlungsgesetz, eine auf den § 303 des Strafgesetzes und zwei auf Uebertretungen des § 11 der berüchtigten Verordnung vom Jahre 1854.

Wie aus dem Bericht zu entnehmen ist, ist auch hier die gewerkschaftliche Organisation gegenüber der politischen Organisation verhältnißmäßig zurückgeblieben. Die Ursachen dieser Erscheinung sind dieselben wie die beim Bericht des VI. Wahlkreises angeführten.

Niederösterreich.

Während im vorigen Berichte an den Parteitag besonders hervorgehoben wurde, wie sehr wir alle Kräfte in Wien und in der Provinz Niederösterreich auf die Einrichtung und den Ausbau der politischen Organisation concentrirten, um bei künftigen Wahlen wirksamer als bisher vorzuarbeiten, können wir diesmal constatiren, daß die Organisationsarbeit in allen neun Wahlkreisen nicht nur consequent fortgesetzt, sondern auch in größerem Maße als bisher eine intensive Agitation in Stadt und Land entfaltet wurde. Die Regierung Thun, sowie die christlich-sociale Sippe sorgten ja in reichlicher Weise stets für trefflichen Agitationsstoff. Die für die Völker Oesterreichs so *verhängnißvolle* Ausgleichspolitik des gegenwärtigen Ministeriums, sowie die zu großer

Ueppigkeit gediehene § 14-Wirthschaft rief bei einem großen Theile der Bevölkerung, insbesondere der ländlichen, eine tiefe Mißstimmung hervor, und dieser speciell, sowie auch der erbärmlichen und feigen Haltung der christlich-socialen Gaukler ist es zu verdanken, daß wir in letzter Zeit auf dem flachen Lande in Gebiete eindringen und dieselben mit Erfolg bearbeiten konnten, die uns noch vor Jahresfrist fast für unzugänglich erschienen.

In den fünf Wiener Wahlkreisen wurden vom 1. Mai v. J. bis April l. J. 209 Volksversammlungen, 1405 Vereinsversammlungen (politische und nichtpolitische) und 1103 § 2-Versammlungen abgehalten. Die letztgenannten Versammlungen dienten zumeist dazu, die Indifferenten durch Besprechung actueller politischer Fragen mit den socialdemokratischen Ideen vertraut zu machen, sie über den Werth der gewerkschaftlichen, sowie der politischen Organisation aufzuklären und zur Mitarbeit heranzuziehen. In den vier ländlichen Wahlkreisen ist die Zahl der abgehaltenen Versammlungen ebenfalls bedeutend gestiegen, was insbesondere auf die Thätigkeit der Wahlkreisvertrauensmänner im VI., VII. und seit kürzester Zeit auch im IX. Wahlkreise, sowie auf die politische Situation zurückzuführen ist. Sorgt doch die christlich-sociale Majorität im niederösterreichischen Landtage durch die niederträchtige Wahlreform, welche sie für Gemeinde und Land zu schaffen sich anschickte, dafür, daß selbst in dem kleinsten Orte eine Versammlung abgehalten werden mußte, um die Bewohner der Provinz über den Wahlrechtsraub der Christlich-Socialen aufzuklären und ihnen Gelegenheit zu geben, ihrer Entrüstung über diese Wahlreformmache Ausdruck zu geben. An dieser Stelle sei zugleich bemerkt, daß es der Landesparteivertretung nunmehr gelungen ist, nebst dem VI. Wahlkreis (St. Pölten) auch noch für den VII. (Krems) und den IX. Wahlkreis (Wiener-Neustadt) einen Vertrauensmann zu bestellen, welcher sich ausschließlich mit der Förderung der Agitation und der Organisation im Wahlkreise zu beschäftigen und den Genossen mit Rath und That beizustehen hat. Daß durch die Institution der Wahlkreisvertrauensmänner ein weiterer Schritt nach vorwärts gemacht wurde, um die ländlichen Wahlkreise mehr als ehedem bearbeiten und organisiren zu können, unterliegt keinem Zweifel. Es wartet nur noch der VIII. Wahlkreis (Korneuburg) auf einen Vertrauensmann, der ebenfalls eines solchen schon lange dringend bedarf und der von den Genossen dieses Wahlkreises lebhaft gewünscht wird.

In Wien bestehen, wie durch die Wahlkreisorganisationen erhoben wurde, 242 Organisationen (Bildungsvereine, politische Vereine und Gewerkschaften mitinbegriffen), welche zusammen einen Mitgliederstand von 34.243 männlichen und 2375 weiblichen Mitgliedern repräsentiren. Die politische Organisation umfaßt 19 Bezirksorganisationen, die wieder in Sectionen und Rayons eingetheilt und mit Vertrauenspersonen besetzt sind, deren Zahl mit circa 2000 als nicht zu hoch gegriffen erscheint. In den übrigen vier ländlichen Wahlkreisen zählen wir 37 Bezirksorganisationen, 163 sonstige Organisationen (Bildungs-, Lese-, Gewerkschaftsvereine, Ortsgruppen, deren Centralstellen sich meist in Wien befinden) und eine Anzahl politischer Vereine, deren Mitgliederzahl nicht in allen Wahlkreisen erhoben werden konnte. Beispielsweise verzeichnet der VII. Wahlkreis 11 Organisationen mit 624 männlichen und 4 weiblichen Mitgliedern, und kommen bei diesen Zahlen nur die Bezirke Krems und Gmünd in Betracht. Der VIII. Wahlkreis besitzt hingegen 32 Organisationen mit 1858 Mitgliedern, außerdem eine Ortsgruppe des Frauen- und Mädchenclubs „Libertas" mit 106 Mitgliedern. Der IX. Wahlkreis berichtet über den Bestand von 39 Organisationen mit 1926 männlichen und 18 weiblichen Mitgliedern. Wahlkreisconferenzen fanden in den 9 Wahlkreisen zusammen 19 statt. Der Organisation der Frauen und Mädchen wird seit dem in Wien stattgefundenen Frauencongresse wohl mehr Beachtung geschenkt, als dies seinerzeit der Fall war, und sind nebst den bestehenden Frauenorganisationen noch für drei Branchen, die hauptsächlich nur Frauen und Mädchen beschäftigen, Organisationen gegründet worden. In einigen Wiener Wahlkreisen finden Frauenabende allwöchentlich oder alle vierzehn Tage statt, die sehr viel Anklang finden und stets sehr gut besucht werden. Frauenversammlungen wurden bis Ende März l. J. 13 in Wien allein abgehalten. In Sanct Pölten, Floridsdorf und Traisen wurden Frauensectionen gegründet und ebenso in anderen als den angeführten Provinzorten über Verlangen der Genossen oder Genossinnen Frauenversammlungen abgehalten. Leider macht sich auch hier ein großer Mangel an rednerischen Kräften bemerkbar und muß die Agitation von einigen wenigen Genossinnen allein, und zwar für das ganze Reich bestritten werden. Hoffentlich wird sich die Zahl der weiblichen agitatorischen Kräfte mit der Zeit doch vergrößern.

Die Maifeier fiel in Wien und der Provinz imposant und würdig aus. Das Andenken der Märzgefallenen vom Jahre 1848 wurde seitens der Wiener Genossen wie alljährlich durch einen Massenaufmarsch beim Grabe der Märzgefallenen am Centralfriedhofe geehrt. Diese ernste und würdige

Manifestation der Wiener Genossen zeigt aber auch zugleich in erhebender Weise die wahre Internationalität der Wiener socialdemokratisch gesinnten Arbeiterschaft, denn gleiwie am 1. Mai marschiren deutsche, czechische, polnische, slovenische, croatische und im letzten Jahre auch circa 300 italienische Proletarier, deren Classenbewußtsein erfreulicherweise immer mehr zu erwachen beginnt, brüderlich vereint im Zuge mit und bekunden, daß sie alle die gleiche Liebe und Verehrung für die gefallenen Freiheitskämpfer bewegt und von ihnen das Gefühl der Zusammengehörigkeit aller Proletarier tief empfunden wird.

Die politischen Verfolgungen haben speciell im heurigen Jahre durch die Wahlrechtsbewegung einerseits und durch die § 14-Regierung andererseits eine nur an die Zeit des Coalitionsministeriums und des Ministeriums Baden erinnernde Heftigkeit und Umfang angenommen. Insbesondere in Wien kam es in Folge der erbärmlichen Wahlreform, welche Dr. Lueger mit seinen Spießgesellen der Arbeiterschaft zu bieten wagte, zu mehreren Demonstrationen, die sich allmälig auf alle Bezirke Wiens ausdehnten und einen mehr oder minder heftigen Charakter, zumeist durch das Einschreiten der Polizeiorgane, annahmen. Unser Bericht, der die Verfolgungen bis Ende August l. J. registrirt, wird deshalb auch für kommende Geschichtsschreiber einen Einblick geben darüber, welche zahlreiche Opfer die Arbeiterschaft in unserem Lande auf sich nehmen mußte, um einer verkommenen und gewissenlosen Bande von politischen Abenteurern, welche im Landtag und in der Gemeindestube augenblicklich die Mehrheit bilden, das Wahlrecht für den Landtag und die Gemeinde abzutrotzen. Zahlreiche Verhaftungen, Untersuchungshaften und nicht weniger als 124 Verurtheilungen setzte es bisher in Wien allein ab, ohne daß die Verurtheilungen einen Abschluß gefunden hätten. Viele Genossen befinden sich wegen Uebertretung der §§ 65, 300, 305, 314, 279 des St.-G., ferner wegen Aufreizung gegen die Regierung, Beleidigung der Regierung ꝛc. in Untersuchung. Es wurden bis Ende August l. J. verurtheilt:

4	Genossen wegen	§ 81	St.-G.	(Gefährliche Drohung)
10	„	§ 279	„	(Auflauf)
26	„	§ 283	„	(Nichtfolgeleistung gegenüber der Wache)
9	„	§ 284	„	(Zank oder Wortstreite gegenüber den Wachorganen)
2	„	§ 303	„	(Beleidigung einer gesetzlich anerkannten Kirche)
7	„	§ 305	„	(Gutheißung ungesetzlicher Handlungen)
4	„	§ 312	„	(Wachebeleidigung)
2	„	§ 314	„	(Einmengung in eine Amtshandlung)
2	„	§ 491	„	(Ehrenbeleidigung)

alle übrigen Genossen wegen Uebertretung des Vereins- und Versammlungsgesetzes, der §§ 23 und 24 des Preßgesetzes. Die Strafen betragen in Summa: 17 Monate schweren Kerker, 9 Monate und 13 Tage strengen Arrest, 15 Monate und 1 Tag einfachen Arrest, und circa fl. 200 Geldstrafen. In den Provinzwahlkreisen sind ebenfalls 36 Fälle von Verurtheilungen bekannt geworden, und zwar wurden 20 Genossen wegen Wachebeleidigung, zumeist aber wegen Uebertretung der §§ 23 und 24 des Preßgesetzes; ferner wegen Uebertretung des Vereins- und Versammlungsgesetzes ꝛc., zusammen zu fl. 94 Geldstrafe und 8 Tage strengen Arrest verurtheilt, während 16 Genossen freigesprochen wurden.

Was die Parteipresse betrifft, so kann mit Genugthuung erwähnt werden, daß die Landesorgane „Volkstribüne“ und „Neue Volkstribüne“ je über 24.000 Exemplare Auflage aufweisen. Die Auflage jedes der beiden Blätter ist seit der letzten Berichterstattung um 2000 Exemplare gestiegen. Die Genossen aus dem VIII. Wahlkreis berichten, daß ihr Wahlkreisorgan „Volksbote“ eine Auflage von 3000 Exemplaren aufweist und nunmehr activ ist. Seit 1. Februar l. J. erscheint ein zweites Blatt am selben Orte (Floridsdorf), betitelt: „Neuer Volksbote“, das in der kurzen Zeit seines Bestandes schon die gleiche Auflage wie der „Volksbote“ erreicht hat. Die Organe des IX. Wahlkreises „Gleichheit“ und „Neue Gleichheit“ sind in letzter Zeit, da es den Genossen gelungen ist, den Preis des Blattes von 7 kr. auf 5 kr. herabzusetzen, ebenfalls erfreulicherweise um 400 Exemplare gestiegen und haben jetzt eine Auflage von je 2000 Exemplaren.

Der Agitationsfonds weist wohl eine höhere Ziffer gegenüber dem im letzten Parteitagsberichte auf, jedoch — leider — nicht in Folge größerer Einnahmen aus den Wahlkreisen. Hier der Bericht:

Cassebericht.

Zeit	Einnahmen	Ausgaben	An die Parteivertretung abgeführt	An die czechische Kreisorganisation in Niederösterreich abgeführt
	Gulden			
1898				
Vom 1./4. bis 30./4.	656·05	511·77	85·43	29·62
„ 1./5. „ 31./5.	739·46	365·45	125·92	44·34
„ 1./6. „ 30./6.	904·57	754·38	512·54*)	29·94
„ 1./7. „ 31./7.	752·50	379·19	68·57	28·71
„ 1./8. „ 31./8.	876·95	1.156·74	143·67	87·90
„ 1./9. „ 30./9.	1.344·27	1.487·55	138·70	32·61
„ 1./10. „ 31./10.	1.476·01	1.064·81	103·73	56·19
„ 1./11. „ 30./11.	574·99	1.086·42	57·15	31·15
„ 1./12. „ 31./12.	1.007·73	1.153·45	123·78	38·37
1899				
Vom 1./1. bis 31./1.	797·87	829·22	80·34	35·17
„ 1./2. „ 28./2.	1.057·92	1.040·11	101·58	35·26
„ 1./3. „ 31./3.	1.016·75	831·79	90·27	40·48
„ 1./4. „ 30./4.	1.033·77	763·46	152·12	83·33
Vom 1./4. 1898 bis 30./4. 1899	12.232·84	11.424·34	1.783·80	567·07

Oberösterreich.

1. oberösterreichischer Wahlkreis (Linz). Der Wahlkreisausschuß hat seinen Sitz in Linz. Der Wahlkreis ist in drei Bezirksorganisationen, Linz, Mauthausen und Haslach eingetheilt, welche 18 Localorganisationen umfassen.

Volksversammlungen wurden in der Berichtsperiode 58 abgehalten. Die Zahl der Vereins- und § 2-Versammlungen konnte nicht ermittelt werden. 4 Volks- und 1 Vereinsversammlung wurden verboten.

Als Wahlkreisorgan, zugleich Landesorgan für Oberösterreich, erscheint in Linz die „Wahrheit" in einer Auflage von 3500, wovon in Linz allein 1900 Exemplare neben anderen Blättern abgesetzt werden.

Was politische Verfolgungen anbelangt, so haben wir nur zwei Preßdelicte mit geringen Geldstrafen zu verzeichnen.

An Organisationen befinden sich im Wahlkreise: 1 politischer Verein mit 421 Mitgliedern, 14 Gewerkschaftsvereine und Ortsgruppen mit 1711 Mitgliedern, 10 Bildungsvereine, 1 Gesang-, 1 Stenographen-, 1 Arbeiter-Radfahrverein und 1 Verein der Naturfreunde mit zusammen 741 Mitgliedern. Außerdem besteht ein selbstständiger Frauenverein mit circa 80 Mitgliedern. In Folge der Consumvereinsbewegung hat die politische Bewegung an Intensität sehr stark nachgelassen.

Zum ersten Male griff unsere Partei am 20. April 1899 selbstständig in die Wahlen zum Linzer Gemeinderath ein. Die für den dritten Wahlkörper aufgestellte Wählerliste weist bei einem Census von fl. 5, erweitert auch auf Jene, welche fl. 5 Personaleinkommensteuer zahlen, circa 2200 Wähler auf. Während in früheren Jahren so ziemlich Jeder wahlen konnte, wenn dessen Erwerbsteuer auch weniger als fl. 5 betrug, so wurden derartige Wähler diesmal von der Wahl ausgeschlossen. Zur Wahl hatte sich die deutsche Gewerbepartei mit den Deutschnationalen vereinigt und eine gemeinsame Candidatenliste aufgestellt. Die Wahlbetheiligung war stark. Von den 933 abgegebenen Stimmen erhielten die drei vereinigten Parteien (Liberale, Deutschnationale und Gewerbepartei) 691 bis 716 Stimmen, die socialdemokratischen Candidaten 188 bis 207 Stimmen. Die Wahlbetheiligung der Partei war für Linz von besonderer agitatorischer Bedeutung und hat allenthalben die Erkenntniß platzgreifen lassen, daß, wenn die bürgerlichen Parteien siegen wollen, sie sich gegen die socialdemokratisch organisirten Arbeiter, trotz ihrer widersprechenden politischen Anschauung, mit einander vereinigen müssen.

*) Davon fl. 400 an den Reichsparteifonds speciell abgeliefert.

Dieses Eingreifen in die Gemeinderathswahl war als nichts anderes als eine Vorarbeit für eine kommende Erweiterung des Gemeindewahlrechts gedacht und wir können für den Anfang mit diesem Resultate zufrieden sein.

II. oberösterreichischer Wahlkreis (Steyr). Das Executivcomité des Wahlkreises befindet sich in Steyr und umfaßt derselbe die Bezirksorganisationen Steyr, Weyr, Ischl und Gmunden.

Im Wahlkreise wurden in der Berichtsperiode 60 Volks-, 284 Vereins- und 146 § 2-Versammlungen abgehalten. 3 Versammlungen wurden verboten.

Als publicistisches Organ für den Wahlkreis gilt die in Linz erscheinende „Wahrheit", neben welcher noch eine Reihe anderer Blätter, insbesonders in Steyr massenhaft abgesetzt werden.

An Organisationen bestehen im Wahlkreise: 1 politischer Verein, 17 Gewerkschaftsvereine und Ortsgruppen, sowie 13 Bildungsvereine mit zusammen 2319 männlichen und 19 weiblichen Mitgliedern. Die Bewegung in Steyr hängt hauptsächlich von dem jeweiligen Geschäftsgange der Waffenfabrik ab, nachdem es an sonstiger Industrie mangelt.

Auch einige politische Verfolgungen hatten wir in letzter Zeit zu erdulden. 2 wegen der §§ 283, 284 und je eine wegen der §§ 312, 305 und 491 Strafgesetz. Die letztangeführten in Zusammenhang mit dem sattsam bekannten Art. V des Gesetzes vom 17. December 1862. Die Strafen betragen 6 Wochen Arrest.

Was die gewerkschaftliche Bewegung anbelangt, so besteht in der Waffenfabrik ein von der Direction anerkanntes Vertrauensmännersystem, welches besonders bei dem letzten flotten Geschäftsgange vortrefflich functionirte. Im August vorigen Jahres kam es zwischen den Arbeitern und der Direction der Waffenfabrik zu heftigen Differenzen, die zu einem Ausstande führten, an dem sich circa 1200 Abeiter betheiligten und durch welchen verschiedene Vortheile errungen wurden.

Auch wurde zur Erringung des Gemeindewahlrechtes wiederholt durch Demonstrationen eingegriffen, bei welchen es zu Zusammenstößen mit der Polizei kam. Im Großen und Ganzen ist die Bewegung in Steyr und dem Salzkammergute eine gute zu nennen.

III. oberösterreichischer Wahlkreis (Wels). Der Wahlkreis ist in die Bezirksorganisationen Wels, Ried, Schärding und Vöcklabruck eingetheilt.

An Versammlungen wurden abgehalten: 11 Volks-, 32 Vereins- und 23 § 2-Versammlungen; eine Volksversammlung wurde verboten.

Politische Verfolgungen hatte — soweit bekannt — der Wahlkreis eine Verurtheilung wegen § 63 St.-G. zu 6 Monaten schweren Kerkers zu verzeichnen.

Die Zahl der im Wahlkreise befindlichen Organisationen konnte mangels an Berichten nicht genügend festgestellt werden, ebensowenig die der organisirten Mitglieder. Die politische als auch gewerkschaftliche Bewegung liegt hier sehr im Argen und fehlt es nicht nur an finanziellen, sondern hauptsächlich auch an agitatorischen Kräften. Nicht minder sind die elenden Lohnverhältnisse und die damit verbundene große Fluctuation der Arbeiter schuld daran.

Salzburg.

Der Wahlkreis, welcher das ganze Kronland umfaßt, zerfällt in sechs Bezirksorganisationen, und zwar: Salzburg (Stadt und Umgebung), Hallein, St. Johann im Pongau, Mühlbach, Zell am See und Saalfelden.

Im Wahlkreise wurden 77 Volks-, 270 Vereins- und 120 § 2-Versammlungen abgehalten, von welchen zwei aufgelöst wurden.

Als selbstständiges Wahlkreisorgan wurde seit 13. April 1899 die „Salzburger Wacht" gegründet, welche dreimal monatlich in einer vorläufigen Auflage von 1000 Exemplaren erscheint. Außerdem werden noch eine große Zahl von außerhalb des Wahlkreises erscheinenden politischen Parteiblättern abgesetzt.

Was die im Wahlkreis befindlichen Organisationen anbelangt, so bestehen derzeit 1 politischer Verein, 24 Gewerkschaftsvereine und Ortsgruppen, sowie 1 Bildungs- und 1 Gesangverein, mit zusammen 1641 Mitgliedern.

An politischen Verfolgungen sind nur Bestrafungen wegen Uebertretung des § 23 Preßgesetz in der Gesammthöhe von fl. 15 zu verzeichnen. Außerdem ist eine Untersuchung wegen § 65 und § 302 des Strafgesetzes im Zuge.

Die politische, sowie gewerkschaftliche Bewegung hat in den letzten Jahren einen bedeutenden Aufschwung zu verzeichnen, nur zur Bearbeitung fehlt es in Folge der stetigen Ausbreitung der Partei an den nothwendigen agitatorischen Kräften.

Schlesien.

Die politische Organisation Schlesiens theilt sich in zwei Wahlkreisorganisationen, von denen die eine der deutschen, die andere der czechischen Executive untersteht. Wir geben im Folgenden eine Uebersicht über die deutsche Organisation in beiden Wahlkreisen:

I. Westschlesischer Wahlkreis. Der Sitz des Wahlkreisausschusses ist Jägerndorf und ist das ganze Gebiet in die vier Bezirksorganisationen Jägerndorf, Freudenthal, Freiwaldau und Wigstadtl eingetheilt, welche wieder in 15 Localorganisationen zerfallen. Ein selbstständiger politischer Verein befindet sich nicht im Wahlkreise. Soweit den Berichten der Bezirke zu entnehmen ist, existiren 34 Bildungsvereine, Gewerkschaften und Gewerkschaftsortsgruppen, mit einer Mitgliederzahl von 1804 Männern und 271 Frauen; darunter befindet sich auch ein landwirthschaftlicher Verein mit dem Sitze in Lobenstein. Bei der Berechnung der Mitgliederzahl ist nicht zu übersehen, daß von den sieben Troppauer Organisationen trotz wiederholter Anfragen keine Auskunft zu erhalten war, so daß sich die wirkliche Gesammtzahl der organisirten Arbeiter jedenfalls viel höher stellt, als wir hier anzugeben vermögen. In Jägerndorf besteht außerdem eine lose Frauenorganisation, an der circa 40 Genossinnen theilnehmen.

Politische Versammlungen wurden in der Berichtszeit im Ganzen 201 abgehalten, und zwar 82 Volksversammlungen, 47 Vereinsversammlungen und 72 § 2-Versammlungen.

Ein eigenes Blatt existirt im Wahlkreise nicht, doch wird die außerhalb des Wahlkreises erscheinende Parteipresse in 2100 Exemplaren verbreitet.

Die Einnahmen aller Bezirksorganisationen beliefen sich auf fl. 443·05, die Ausgaben auf fl. 389·25. An die Kreisvertretung ist nur von der Bezirksorganisation Wigstadtl der Betrag von fl. 53·96 eingelangt, die anderen Bezirksorganisationen leisteten gar nichts.

An politischen Verfolgungen sind zu verzeichnen: Wegen § 64 St.-G. zwei Monate Kerker, wegen Uebertretung des Versammlungsgesetzes fl. 5 Geldstrafe. Ueberdies wurden mehrere Genossen und Genossinnen, wegen verschiedener Delicte in Anklagezustand versetzt, bei der Verhandlung freigesprochen.

Im Allgemeinen kann constatirt werden, daß die politische Bewegung im Berichtsjahre ziemlich gute Fortschritte gemacht hat. Auf gewerkschaftlichem Gebiete konnte in Folge der schlechten Löhne der hiesigen Arbeiterbevölkerung weniger Erfolg verzeichnet werden.

II. Ostschlesischer Wahlkreis. Die Organisation hat mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen, da in drei Sprachen — deutsch, czechisch und polnisch — agitirt werden muß. Es ist in Folge dessen noch nicht möglich gewesen, ein Detailbild der deutschen Organisation im Wahlkreise zu erhalten. In letzter Zeit wurden vier Organisationen neu gegründet, und zwar in Bielitz für die Bäcker und die Bekleidungsindustrie, in Alexanderfeld und Ernsdorf allgemeine Arbeitervereine. Ueberdies wurde für die Bielitzer Organisationen ein Bezirksverband constituirt. In den Organisationen sind vornehmlich deutsche und polnische Arbeiter, während die czechischen Arbeiter noch mehr zurückgeblieben sind.

Versammlungen wurden in großer Menge abgehalten, doch war es nicht möglich, eine Angabe ihrer Zahl zu bekommen. Nur für die Zeit vom 1. April bis 30. August dieses Jahres liegen genauere Angaben vor. Nach ihnen wurden 48 Volks-, 12 politische Vereins- und 50 § 2-Versammlungen gehalten. Ueberdies wurden in der ganzen Berichtsperiode 4 Wahlkreis-Conferenzen und in Bielitz 7 Bezirks-Conferenzen abgehalten.

Für das Gebiet der politischen Verfolgungen liegen ebenfalls erst vom 1. April d. J. an Berichte vor. Sie lauten: 7 Fälle mit Verurtheilungen zu insgesammt 7 Monaten, 3 Wochen und 13 Tagen Arrest und 20 fl. Geldstrafe. Ein Genosse und eine Genossin stehen noch in Untersuchung wegen der §§ 65 und 300 Strafgesetz.

Brutale Maßregelungen mußten unsere Genossen wegen der Mai-Feier in Bielitz erdulden. Es wurden nicht weniger als 69 Genossen durch 4 Wochen und Viele vollkommen ausgesperrt.

Ein eigenes deutsches Blatt existirt nicht im Wahlkreise, doch werden die außerhalb des Wahlkreises erscheinenden Blätter ziemlich gut verbreitet; so im Bielitzer Bezirke allein circa 1200 Exemplare. In Bielitz erscheint ein polnisches Organ, die „Równość", in einer Auflage von 1600 bis 2000 Exemplaren, das bis 1. Juli 1899 in Teschen herausgegeben wurde. Flugblätter und Broschüren sind in allen drei Landessprachen gegen 30.000 Stück verbreitet worden.

Die Cassegebahrung der Bielitzer Bezirksorganisation — für den ganzen Wahlkreis liegt kein Bericht vor — stellt sich folgendermaßen dar:

	Einnahmen	Ausgaben
	Gulden	
1897/98	705·45	688·10
1898/99	820·47	814·15
Summe . . .	1525·92	1502·25

Zu bemerken wäre noch, daß die Partei sich auch an den Wahlen zur mährisch-schlesischen Unfallversicherungsanstalt und zum Gewerbegericht in Bielitz betheiligte. Bei der ersten Wahl errangen wir den Sieg, bei der zweiten Wahl siegte mit geringer Majorität der Terrorismus der jüdischen Fabrikanten, brüderlich vereint mit dem Schwindel der christlich-socialen Pfarrer.

Steiermark.

Die vier Wahlkreise Steiermarks bilden eine einheitlich verwaltete Landesorganisation, welche in die 14 Bezirksorganisationen: Graz, Cilli, Marburg, Bruck an der Mur, Kindberg, Mürzzuschlag, Leoben, Rottenmann, Aussee, Knittelfeld, Judenburg, Köflach, Vottsberg, Deutsch-Landsberg und 16 Localorganisationen eingetheilt ist. Drei neue Localorganisationen sind überdies in Gründung begriffen. Seit vergangenem Jahre ist auch die Bezirksorganisation Cilli von der südslavischen Organisation abgetrennt und der Landesorganisation einverleibt worden.

Der nachfolgende Bericht ist wenigstens, soweit die Zahl der Parteiveranstaltungen in Betracht kommt, unvollständig, da von Seite der Bezirksorganisationen Judenburg und Knittelfeld und von den Localorganisationen Zeltweg und Eggenberg trotz wiederholter Aufforderungen kein Bericht zu erlangen war.

Es bestehen in Steiermark drei politische Vereine mit 604 Mitgliedern und 156 Gewerkschaften und Gewerkschaftsortsgruppen mit über 16.000 männlichen und, soweit Angaben vorliegen, circa 600 weiblichen Mitgliedern. Bei der Angabe der Mitgliederzahl sind die Mitglieder des Allgemeinen Rechtsschutz- und Gewerkschaftsvereines für Steiermark wohl mitgerechnet, aber die Zahl seiner Ortsgruppen ist bei der Gesammtsumme der Organisationen nicht mitgezählt. Es ist also die wirkliche Gesammtziffer der in Steiermark bestehenden Organisationen viel höher anzunehmen als 156, da der Rechtsschutzverein in allen bedeutenderen Orten seine Ortsgruppen hat. Die gewerkschaftliche Organisation hat im Großen und Ganzen im vergangenen Jahre bedeutenden Zuwachs zu verzeichnen gehabt, aber auch die politische Organisation ist in stetem Fortschreiten begriffen. Insbesondere ist hier mit Erfolg der Versuch unternommen worden, in den einzelnen ländlichen Orten, in denen keine selbstständige Organisation besteht, Vertrauensmänner der Partei aufzustellen und so eine Art freier, politischer Organisation für das ganze Land zu schaffen.

Versammlungen sind in großer Zahl abgehalten worden. Soweit die Daten vorliegen, haben wir 323 Volks- und 385 politische Vereinsversammlungen zu verzeichnen. Ueberdies wurden in großer Menge § 2-Versammlungen veranstaltet, deren Gesammtziffer uncontrolirbar ist. Angemeldet wurden 425. Von den Volksversammlungen wurden zwei verboten. Die Ursache war in dem einen Falle ein formeller Fehler, in dem anderen der berühmte § 6 des Versammlungsgesetzes, die Furcht vor der Störung der „öffentlichen Ruhe und Ordnung".

Außer diesen Versammlungen wurden noch 12 Bezirksconferenzen und 1 Landesconferenzen abgehalten.

Die Presse, repräsentirt durch den wöchentlich erscheinenden „Arbeiterwille" und die monatlich erscheinende „Neue Botschaft" ist in stetem Aufschwunge begriffen. Der „Arbeiterwille" hat im vergangenen Jahre 500 neue Abonnenten gewonnen und hat gegenwärtig eine Auflage von 7200. Er erfreut sich auch der besonderen Fürsorge des Staatsanwaltes, denn von 52 im vergangenen Jahre erschienenen Nummern wurden nicht weniger als 22 confiscirt. Es ist auch noch eine Untersuchung wegen § 65 Strafgesetz in Schwebe. Gewiß ein Zeichen davon, daß er seine Aufgabe gut erfüllt hat. Auch die „Neue Botschaft", vor Allem für die ländliche Bevölkerung berechnet, erfreut sich eines fortwährenden Steigens ihrer Auflage. Gegenwärtig hat sie die Ziffer von 2500 erreicht. Mit diesen Ziffern ist aber noch lange nicht das wirkliche Maß der Verbreitung der Parteipresse in Steiermark bezeichnet, denn außer den bei vielen Gewerkschaften obligatorisch eingeführten Fachblättern werden auch noch viele Exemplare von außerhalb Steiermarks erscheinenden Blättern colportirt, und insbesondere die „Volkstribüne" ist im Lande stark verbreitet.

Ueber die finanzielle Gebahrung können wir mittheilen, daß die Gesammteinnahmen des Landes fl. 4111·38, die Gesammtausgaben fl. 3542·46 be-

trugen. Da durch die ausgedehntere Agitation immer neue Auslagen erwachsen und eine feste Grundlage auch in finanzieller Beziehung für die Partei geschaffen werden muß, hat die Landesconferenz vom 16., 17. und 18. Juli 1898 einen Antrag angenommen, wonach vom 1. August v. J. jeder Parteigenosse die Verpflichtung hat, 2 kr. monatlich als Parteisteuer an die Landesvertretung abzuführen. Von den auf diese Art erhaltenen Summen sollen den Localorganisationen 25 Percent verbleiben. Die übrigen 75 Percent werden zu gleichen Theilen der Bezirksorganisation und der Landesorganisation überwiesen. Dieser Beschluß ist zwar noch nicht überall vollkommen durchgeführt, aber es ist die beste Aussicht hiezu vorhanden, und er hat sich überall gut bewährt.

Politische Verfolgungen waren diesmal zwar nicht in so hohem Maße zu verzeichnen, wie im vorvergangenen Jahre, aber es ist immer noch genug übrig geblieben. Anklagen wurden 29 erhoben, und in 25 Fällen wurde dem Verlangen des Staatsanwaltes auch durch die Verurtheilung entsprochen. Die Strafen betragen zusammen 482 Tage, 6 Stunden Arrest und fl. 62·50 Geldstrafe, dazu 30 Tage Untersuchungshaft, gibt immerhin ein schönes Sümmchen.

In agitatorischer Hinsicht hat die steiermärkische Organisation, entsprechend den Vorgängen in den übrigen Kronländern, das Hauptgewicht auf die Veranstaltung von Demonstrationen gegen den im § 14 symbolisirten Regierungsabsolutismus und auf eine große, in allen bedeutenderen Orten zum Ausdruck kommende Action für die Erringung des Landtags- und Gemeindewahlrechtes gelegt. Hervorgehoben muß werden, daß am 27. November 1898 seitens der Grazer Arbeiterschaft eine große Leichenfeier am Grabe des ein Jahr vorher von den Badeni-Bosniaken um's Leben gebrachten Opfer abgehalten wurde.

Als neue Erscheinung ist zu verzeichnen, daß die Grazer Staatsdiener in ihrer Majorität sich eng an die Partei geschlossen haben und dies trotz einer Disciplinaruntersuchung, die gegen einzelne Gefangenaufseher aus diesem Grunde eingeleitet wurde und trotzdem, daß einige sogar wegen Uebertretung des § 23 angeklagt wurden.

Wenn wir, am Schlusse unseres Berichtes angelangt, die gewonnenen Resultate zusammenfassend, mit Befriedigung einen allgemeinen Fortschritt auf allen Gebieten der Parteithätigkeit in Steiermark constatiren können, so müssen wir hervorheben, daß dies insbesondere, soweit die Organisation in Betracht kommt, vor Allem auch der Constituirung einer ihre Aufgabe gut erfüllenden Landesgewerkschafts-Commission in Graz und der Anstellung von einigen unabhängig für die Partei wirkenden Kräften, so z. B. in Leoben, zuzuschreiben ist.

Tirol.

Im Folgenden werden wir über die Organisations- und Agitationsthätigkeit in den beiden nordtirolischen, der deutschen Executive unterstehenden Wahlkreisen berichten. Ueber den Trienter Kreis wird der Bericht in anderem Zusammenhange erstattet werden.

I. Tiroler Wahlkreis (Innsbruck). Der Wahlkreis ist in die fünf Bezirksorganisationen Innsbruck, Wörgl, Kitzbühel, Landeck und Kufstein eingetheilt, von denen aber die zuletzt angeführte derzeit nicht recht functionirt. Im Wahlkreise bestehen 5 politische Vereine mit 285 Mitgliedern, 23 Gewerkschaften, Gewerkschaftsortsgruppen und Bildungsvereine mit 1550 Mitgliedern und ein italienischer Arbeiterverein mit 30 Mitgliedern. Bei der Beurtheilung der hier gegebenen Zahlen ist zu berücksichtigen, daß nicht alle Organisationen ihre Angaben gemacht haben und daß insbesondere für die Frauen nahezu gar keine Daten vorliegen, doch kann schon aus diesen Zahlen constatirt werden, daß die Organisationen im verflossenen Jahre einen Zuwachs von mehr als 400 Mitgliedern aufzuweisen haben.

An Versammlungen haben wir 30 Volks-, 351 Vereins- und 101 § 2-Versammlungen zu verzeichnen. Eine Vereinsversammlung der Eisenbahner in Landeck wurde verboten.

Im Wahlkreise erscheint das Landesorgan für Tirol und Vorarlberg, die „Volkszeitung", in einer Auflage von 1400 Exemplaren, davon werden im Wahlkreise selbst circa 530 verbreitet. Außerdem werden 250 deutsche und 50 italienische politische Parteiblätter und 700 Fachblätter abgesetzt.

Wie überall hat sich auch bei uns der Staatsanwalt mit liebender Fürsorge um die socialdemokratische Presse bekümmert. So wurde die „Volkszeitung" siebenmal confiscirt und einmal mit fl. 50 Geldstrafe belegt. An Kosten für Einspruchsverhandlungen und Rechtsvertretung erwuchsen überdies noch fl. 43. Für unsere Verhältnisse eine bedeutende Summe!

Trotz der schwierigen Verhältnisse und des Mangels eines guten Kernes von industriellen Arbeitern hat die Organisation doch auch in unserem Wahlkreise gute Fort-

schritte gemacht. In Innsbruck war im vergangenen Jahre ein großer Strike der Bauarbeiter, der 2000 Personen in Mitleidenschaft zog. Trotz der sprachlichen Verschiedenheit — Deutsche, Italiener, Czechen — wurde derselbe musterhaft zu Ende geführt. Sein Ausgang hat auf die gewerkschaftliche Organisation sehr günstigen Eindruck gemacht, aber auch die politische Organisation hat Fortschritte aufzuweisen. Insbesondere die Gründung von Wahlvereinen in den bedeutenderen Orten von Innsbrucks Umgebung hat sich sehr gut bewährt.

II. Tiroler Wahlkreis (Bozen). Innerhalb der 3 Bezirksorganisationen Bozen, Meran und Lienz, in die der Wahlkreis zerfällt, bestehen 1 politischer Verein mit 30 Mitgliedern, 34 Gewerkschaften, Ortsgruppen und Bildungsvereine mit 1300 Mitgliedern und ein italienischer Arbeiterverein mit 30 Mitgliedern.

In Innsbruck wurden 3 Genossen wegen Uebertretung des § 3 Coalitionsgesetzes zu Arreststrafen von zusammen 30 Tagen verurtheilt. Gen. Filzer, der auf Grund einer christlich-socialen Denunciation wegen Religionsstörung angeklagt war, wurde vom Landesgerichte freigesprochen.

Ueber die Zahl der organisirten Frauen liegen auch hier keine näheren Angaben vor. Auch haben nicht alle Organisationen nähere Daten über ihren Mitgliederstand geliefert, so daß in den genannten Ziffern nur der niedrigste anzunehmende Mitgliederstand zum Ausdruck kommt.

An Versammlungen haben wir 18 deutsche und 8 italienische Volks-, 20 deutsche und 20 italienische § 2-Versammlungen auszuweisen.

Eine eigene Presse besteht nicht. Von fremden Blättern werden die „Volkszeitung" in 135, eine Reihe anderer deutscher politischer Blätter in zusammen 179 und 2 italienische Blätter in 156 Exemplaren verbreitet. Ueber die Gewerkschaftspresse liegen keine Angaben vor.

Ein Genosse wurde wegen Uebertretung des berühmten § 23 Preßgesetz, der uns, wie wir sehen, überall begegnet, zu fl. 15 Strafe verurtheilt.

Zu bemerken wäre besonders, daß im Allgemeinen die Parteibewegung einen mehr gewerkschaftlichen Charakter hat, da für eine ausgedehntere politische Agitation auch hier die nothwendigen Kräfte fehlen.

Vorarlberg. Der Wahlkreis Vorarlberg hat drei Bezirksorganisationen: Bregenz, Dornbirn, Rankweil. In ihnen befinden sich ein politischer Verein mit 55 Mitgliedern, 16 Berufs- und Bildungsvereine mit 420 Mitgliedern und ein italienischer Verein mit 41 Mitgliedern. Ueber die Betheiligung der Frauen an der Organisation liegen gar keine Angaben vor. Politische Versammlungen wurden im Verhältniß zu der schwach entwickelten Organisation zahlreich abgehalten. Es waren im Ganzen 15 Volks-, 7 öffentliche Vereins- und 32 § 2-Versammlungen zu verzeichnen.

Wenn auch kein eigenes politisches Blatt existirt, so können wir doch eine verhältnißmäßig starke Verbreitung der Parteipresse constatiren. So wurden von der Innsbrucker „Volkszeitung" 276, vom „Eisenbahner" 160 und von den „Glühlichtern" 185 Exemplare regelmäßig abgesetzt. Genaue Angaben über die zahlreich verbreiteten anderen Blätter liegen nicht vor.

Obwohl im Wahlkreise eine ziemlich stark entwickelte Textilindustrie vorhanden ist, läßt doch sowohl die gewerkschaftliche, wie die politische Bewegung ziemlich viel zu wünschen übrig.

Die Hauptschuld daran trägt wohl der Druck der Clericalen, die im Lande allmächtig sind. Ihnen ist kein Mittel zu schmutzig, keine Verleumdung zu gemein, um die Bewegung in ihrem Fortschritt zu hemmen.

Bericht der italienischen Executive.

Südtirol.

Eine wirkliche socialistische Organisation unter den Italienern Tirols besteht erst seit etwa drei Jahren. Am Parteitag Wien (1897) wurde kein Bericht darüber veröffentlicht, weil er zu spät einlangte. Er folgt daher unter Einem mit dem jetzigen.

1. Politische Bewegung. Die politische Agitation. In unserem Thätigkeitsgebiet ist die Agitation wegen der Jugend unserer Bewegung, wegen des völligen Stumpfsinnes unserer Volksmassen gegenüber der Politik, wegen der schlechten Verkehrsverhältnisse, wegen der gehässigen Unduldsamkeit der Clericalen, die in 9 Orten geradezu Krawalle gegen die Socialisten angestiftet hatten, sehr schwer gewesen; überdies

fehlt uns eine genügende Anzahl von Agitatoren. Gleichwohl waren die von uns gemachten Fortschritte und erzielten Erfolge glänzend.

In unserer Kreisorganisation ließen sich 1896 650 Volks- und Wählerversammlungen, mit einer beiläufigen Besucherzahl von 50.000 Personen feststellen. Von vielen Versammlungen haben wir keinen Bericht.

An der Feier des 1. Mai 1898 nahmen im Trienter Gebiet 5000 Personen theil und andere 3000 italienischen Arbeiter in den deutschen Städten Tirols. In Trient und Rovereto gab es am 1. Mai 1898 eine großartige Kundgebung.

2. Wahlkämpfe. An den allgemeinen Wahlen im März 1897 nahm unsere Partei den lebhaftesten Antheil. Im Trienter Wahlkreis der V. Curie konnten wir wegen der enormen Schwierigkeiten des indirecten Wahlsystems bloß in 28 Gemeinden kämpfen, und trugen in Rovereto, Ala und drei anderen Orten den Sieg davon. Im Ganzen bekamen wir 37 Wahlmänner mit 2246 Stimmen. Hier können wir diejenigen Urwählerstimmen anschließen, die nicht für uns abgegeben wurden. Von 638 Wahlmännern der V. Curie Trient stimmten 559 für den clericalen Don Guetti, 25 für den liberalnationalen Capraro und 37 für den socialistischen Candidaten Augusto Avancini.

Im Juni 1898 hatten wir einen zweiten Wahlkampf in unserer V. Curie wegen des Todes des Abgeordneten Don Guetti. Diesmal spalteten sich die Clericalen und stellten zwei Candidaturen auf. Die „christlich-sociale" Partei stellte den Advocaten Capelletti, die clerical-conservative den Priester Don Brusamolin auf. Die liberalnationale Partei verzichtete diesmal auf einen eigenen Candidaten und zog es vor, den Clerical-Conservativen zu unterstützen. Wir hatten als Candidaten Gen. Eduard Costanzi, Redacteur des „l'avenire del lavoratore" bestimmt.

Außer den Schwierigkeiten des letzten Males haben wir auch noch die Jahreszeit gegen uns. Ueber 30.000 Arbeiter befanden sich in deutschen Ländern, und gerade unter diesen Arbeitern findet unsere Propaganda den besten Boden. Gleichwohl konnten wir manchenorts einen tüchtigen Fortschritt gegen die letzten Wahlen constatiren. In Trient stieg unsere Stimmenzahl von 267 auf 545, in Rovereto hatten wir einen glänzenden Sieg mit 573 gegen 271 für den christlich-socialen und 268 für den liberal-clericalen Candidaten abgegebenen Stimmen. Wir siegten in acht Orten und erlitten eine Niederlage in Ala, wo wir 1897 gesiegt hatten. Wir hatten im Ganzen 2464 socialistische Urwählerstimmen. Aus der eigentlichen Wahl ging dann der liberal-clericale Don Brusamolin mit wenigen Stimmen Majorität als gewählt hervor. Für Costanzi, den socialdemokratischen Candidaten stimmten 29 Wahlmänner.

Communale und Krankencassen-Wahlen. Wir nahmen theil an dem Wahlkampf in den Gemeinden Trient, Rovereto und dem Landort Sover. In Trient drang einer unserer Candidaten durch, ebenso in Rovereto und im dritten Wahlkörper hatten wir 130 Stimmen gegen 160, die für die schimpfliche Allianz zwischen Liberalen, Christlich-Socialen, Clericalen und Wirthschaftspartei abgegeben wurden, die sich vor dem drohenden socialdemokratischen Sieg vereinigten.

Im Alpenort Sover siegten wir vollständig.

Bei den Krankencassenwahlen siegten wir durchaus in Trient, Roveredo, Mirano und theilweise in Bozen. In Bozen und Meran stimmten die italienischen Arbeiter naturgemäß mit den deutschen.

3. Die Presse. Unser Organ, „l'avenire del lavoratore", erscheint jede Woche mit sieben Ausnahmen wegen des Zeitungsstempels; er wird jetzt in Trient gedruckt. Er stieg von 800 auf 1200 verkaufte Exemplare in den letzten sechs Monaten. 1898 hatte er eine Einnahme von fl. 1797 und eine Ausgabe von fl. 1669·43. Von der Mainummer allein wurden 4000 Exemplare verkauft. Von einer Broschüre für den Wahlkampf wurden 8000 Exemplare verbreitet, vom Arbeiterkalender 600. Der italienische Parteiausschuß hat überdies circa 1000 italienische Broschüren verbreitet.

4. Die politische Organisation. Der socialistische Parteiausschuß der Tiroler Italiener umfaßt in seiner Thätigkeit den Wahlkreis Trient der V. Curie und die politischen italienischen Organisationen in ganz Tirol. Unsere politische Organisation ist noch sehr mangelhaft und unvollständig. Die Geldmittel, über die sie verfügen kann, sind sehr gering. Außer den oben angegebenen Gründen, ist die Ursache hievon der Umstand, daß wir in diesen drei Jahren dem Ausbau der gewerkschaftlichen Organisation, der Agitation und dem Wahlkampf unsere ganze Zeit widmen mußten. Jedoch functioniren in Trient und Rovereto die Localausschüsse sehr gut. Unter den italienischen Genossen Tirols besteht ein im Juli 1898 gegründeter politischer Verein, der bis jetzt 200 Mitglieder zählt.

Der Kreisausschuß hatte 1898 fl. 248·47 Einnahmen und fl. 231·61 Ausgaben, mußte aber außerdem eine Schuld von fl. 83 wegen der Administration unseres Blattes machen. Die socialistischen Localausschüsse von Trient und Rovereto gaben 1898 etwa fl. 500 für Agitation und Wahlkampf aus. Die Gesammtparteivertretung Oesterreichs

selbe auf keinem festen Fond, sondern blos auf persönliche Opfer von Vielen gestützt war. Mit Mühe und Noth konnte sich das Blatt nur bis Hälfte December halten und wegen Zwistigkeiten im Schooße der Partei erst am 13. Jänner d. J. wieder erscheinen. Der wöchentliche „Lavoratore", welcher jeden Freitag mit 7 Ferien im Jahre erscheint, kostet 5 kr. und hat einen Absatz von durchschnittlich 3000 Exemplaren. Mit Rücksicht auf die numerische Kraft unserer Partei und auf die Wichtigkeit der von uns bestandenen Kämpfe, macht sich das Bedürfniß eines täglich erscheinenden Blattes sehr fühlbar. Eine socialistische Verlagsbibliothek besteht nicht, deswegen hat die Administration des „Lavoratore" mehrere Druckschriften herausgegeben, wie zum Beispiel den Kalender pro 1899 unter Mitwirkung von De Amicis, Schiavi, Barbato, Ferri, Lombroso, Liebknecht, Bebel 2c., die Mainummer pro 1899 u. s. w.

Seinerzeit wurde der „Avanti" von Triest, welcher jetzt nicht mehr publicirt wird, boycottirt. Diese Zeitung wurde bloß aus Widerwärtigkeit einzelner Individuen gegen einige Parteiführer gegründet. Jetzt ist der täglich erscheinende „Lavoro" („Arbeit") boycottirt, welcher aus Privatspeculation von einem Individuum, welches von der Partei ausgestoßen worden ist, herausgegeben wird. Eine Person wurde aus der Partei ausgestoßen, weil dieselbe gegen einige Parteigänger in ein gouvernementales Blatt schrieb; eine andere, weil sie durch die Presse einen Genossen verleumdete.

In Dalmatien erleiden die Genossen eine hartnäckige polizeiliche Verfolgung, welche ihnen eine Unzahl Processe und Strafen verursachte. Im Görzerischen erlaubt der Bezirkshauptmann keine Volksversammlungen, weshalb man für Agitationen den § 2 gebrauchen muß. In Triest sind keine demonstrativen Spaziergänge erlaubt. Was Confiscirungen betrifft, erlitt der täglich erscheinende „Lavoratore" **25 Percent**; selbst für die Reproduction von Artikeln, die in österreichischen Zeitungen z. B. „Arbeiter-Zeitung", „Avvenire del Lavoratore", „Pravo Lidú", „Corriere di Gorizia" 2c. erschienen waren, wurde das Blatt confiscirt. Unter Anderen wurde der „Lavoratore" für die Reproduction des Artikels des Genossen Austerlitz „Der Socialismus und der Nationalitätenkampf in Oesterreich", welche auch in Wien („Arbeiter-Zeitung") und in Prag („Pravo Lidú") gedruckt wurde, **zweimal** confiscirt. Viele Genossen erlitten Processe und Strafen kraft der §§ 275 bis 305 G. und §§ 19, 2¼, 24, 25 des P.-G. wegen Agitation zu Gunsten der Partei.

In Zara (Dalmatien) hat „Der Socialist" (Il Socialista) bestanden, welcher jedoch wegen Mangel an Redactionskräften nach wenigen Nummern die Publication einstellen mußte. Andere socialistische Zeitungen bestehen in der Provinz nicht, weil einerseits der „Lavoratore" sie ersetzt und anderseits es an intellectuellen Kräften mangelt, wo solche nöthig wären.

Strikes. Nach den denkwürdigen vom Jahre 1897 geschahen in Triest keine Strikes von einiger Wichtigkeit, ausgenommen jener der Eisengießer, welcher mangels Organisation einen nicht gänzlich befriedigenden Ausgang hatte, und jenen der Drucker des Etablissements S. D. Modiano, welcher einen günstigen Erfolg hatte. In der Provinz jedoch, und zwar in Piedimonte (Podgora bei Görz), brach ein sehr großer Strike von Arbeiterinnen aus, welcher dank unserer Intervention einen guten Ausgang hatte. Während die Lage des industriellen Proletariats manchmal erträglich ist, ist jene der Agenten (Eßwaaren, Manufacturen, Privatbureaux, Gewölber 2c.) sehr kritisch. Da die Organisation, welche fast unmöglich durchzuführen ist, unter diesen Arbeitern fehlt, mußte die Auferweckung einzelner Kategorien den Strike als nothwendige Folge haben.

Zum Schlusse kann man folgendermaßen unsere Thätigkeit zusammenfassen: Wir haben Vieles geleistet; leider aber fehlen intellectuelle Elemente, obwohl Genossen nicht fehlen, damit das viele Geleistete auch Früchte bringe; aus der Arbeiterclasse selbst sind leider noch wenige Kräfte aufgekommen, welche zur Propaganda mit Gedanken und That geeignet wären.

Bericht der polnischen Executive.

Allgemeiner Bericht. Die eherne Logik der geschichtlichen und ökonomischen Entwicklung hat tiefe Furchen im politischen Antlitz Galiziens eingeprägt. Schneller, als erwartet, geht das feudale Regime in Brüche und kracht in allen Fugen; das morsche Gebäude der Schlachta steht unmittelbar vor einem Zusammenbruch. Im gleichen Schritt damit beginnt es in der Volksmasse zu dämmern. In anderen Ländern ist es schon heller Tag und die Gegensätze haben sich zugespitzt; in Galizien beginnt es erst zu dämmern: und im Zwielicht wird manches anders gesehen. Das Fehlen der Großindustrie, das unsäglich tiefe Lebensniveau der Bevölkerung, die Ueberarbeit und Unterconsumtion, alle diese Factoren haben der Volksbewegung in Galizien ein eigenthümliches Gepräge gegeben. Während das Bürgerthum bis nun, von einigen schwäch-

lichen Anfängen abgesehen, sich zu einer politischen Organisation nicht aufraffen konnte, haben sich mehrere agrarische Parteien gebildet, die alle Merkmale der kleinbürgerlichen und kleinbäuerlichen Formationen haben und einander blutig bekämpfen. Sie sind höchstens in Charakter und Programmlosigkeit einig und propagiren einen Personencultus widerwärtigster Art; sie schillern in allen Farben und weisen eine seltsame Mischung von Radicalismus, Reaction und Clericalismus auf. Galizien befindet sich jetzt in einem Zustande der Gährung, in einem Uebergangsstadium, wo Alles verworren und verkehrt herauskommt.

Bei solchen Zuständen ist die Aufgabe der Socialdemokratie klar und deutlich vorgezeichnet. Sie, die einzige Partei mit einer modernen Organisation und klarem Programm, gibt den Ton der Opposition an, sie ist die Trägerin der socialen Entwicklung des Landes und Ruferin im Kampfe gegen die Schlachta. Die Socialdemokratie in Galizien wurde die gefürchtetste und bestgehaßte Partei, und alle Schläge und Verfolgungen der Schlachta blieben ihr nicht erspart. Sie versah immer den Vorpostendienst der Opposition, und wo es eine Bresche zu schlagen galt, eilte sie voran mit fliegenden Fahnen zum Kampfe.

Die letzten zwei Jahre waren Jahre der Prüfung. Als die Wahlerfolge die Ausbreitung und Macht der socialdemokratischen Bewegung bewiesen haben, wurde der Antisemitismus und Panslavismus nach erpropten Mustern als das Gegengift benützt, um die Arbeiterbewegung lahmzulegen. Wie Pilze schossen verschiedene antisemitische Käseblättchen aus der Erde; vom Clerus und der Schlachta subventionirt, begannen sie einen „Vernichtungskrieg" gegen die Socialdemokraten. Hiezu gesellte sich bald der Panslavismus, jener reactionäre Wechselbalg, welcher alle Schmutzflecke des Polenclubs reinwaschen sollte. Badeni wurde der panslavistische Heros; ein wahres Kesseltreiben wurde in der corrupten galizischen Presse in Scene gesetzt. Das panslavistische Schlagwort wurde bald sehr populär. Stojalowski wurde von den Stanzyken gekauft, und alle bisherigen politischen Gruppirungen lösten sich auf im wirren Durcheinander. Der Rummel trieb bald Blüthen; in Krakau und anderswo kam es zu Zusammenstößen und Demonstrationen. Die Socialdemokratie hielt kaltblütig diesen Paroxismus des wildgewordenen Philisters aus und zog mit ätzender Schärfe die aufgeblähten Phrasen in's Lächerliche zurück. Gegen den Volksverräther Stojalowski wurde ein Kampf bis auf's Messer geführt. Der unnatürliche Nimbus, welcher ihn in Folge der bornirten Verfolgungen der Stanzyken umgeben hat, sank immer mehr im gleichen Schritte mit dem Steigen seiner politischen Schustereien. Das Mandat von Lancut konnte er nur dank dem ungeheueren Terrorismus und der Unterstützung der Regierung erobern. Im Bezirke Sanok verlor sein Candidat das Mandat an den Volksparteiler.

Das Treiben des gewissenlosen Demagogen zusammen mit der antisemitisch-clericalen Agitation zeitigte die bekannten Bauernunruhen und Judenexcesse und gleich darauf den Ausnahmszustand, welcher natürlich in erster Reihe gegen die Socialdemokraten gemünzt war.

Der Ausnahmszustand (verhängt am 28. Juni 1898) sollte die Socialdemokratie vernichten; vernichtet hat er sie jedoch nicht. Die junge Organisation hat die Feuerprobe glänzend bestanden. Der „Naprzod", der in Krakau verboten worden ist, erschien zwei Wochen später in Lemberg. Von hier aus ging er regelmäßig in großen Partien nach Westgalizien und wurde dort mit umso größerem Eifer und Erfolg colportirt. Eine ganze Reihe von Genossen wurde ausgewiesen oder internirt; im Krakauer Bezirke wüthete der berüchtigte Laskowski. Eine Unmasse von Colportageprocessen wurde durchgeführt und die „Verbrecher" mit unverhältnißmäßig großen Arrest- und Geldstrafen belegt. Alle gewerkschaftlichen und politischen Vereine wurden sistirt. Trotz alledem konnte die Polizei nicht ein einziges Mal den Transport des „Naprzod" auffangen. Nach einigen Wochen Uebung betrieben unsere Genossen die „unterirdische" Agitation mit der Routine erfahrener Conspiratoren. Eine genaue Statistik der Verfolgungen ist leider nicht vorhanden. Hunderte von Bauern und Arbeitern wurden internirt oder ausgewiesen, und Uebergriffe der politischen Organe waren besonders auf dem flachen Lande auf der Tagesordnung.

Nichts auf Erden dauert ewig, und auch der schäbige Ausnahmszustand mußte unter dem Drucke der öffentlichen Meinung und der energischen Proteste im Reichsrathe aufgehoben werden. Nach einigen Tagen feierte die todtgesagte Organisation ihre Auferstehung. Alle sistirten Vereine begannen wieder ihre Thätigkeit, der „Naprzód" übersiedelte Ende November 1898 wieder nach Krakau, und es begann ein frisch-fröhlicher Kampf. Der Ausnahmszustand hat die schwüle Atmosphäre, die auf dem politischen Leben Galiziens lastete, gereinigt und die Vorfälle letzter Monate haben bewiesen, daß die Herrlichkeit der Schlachta im Sinken begriffen ist. Die socialdemokratische Partei wird die nächsten Ereignisse nicht unvorbereitet finden.

Was die innere Organisation betrifft, wurde auf dem Parteitage, der in Lemberg im September 1897 stattfand, der neue Organisationstypus, welcher auf dem

letzten Gesammtparteitage beschlossen worden ist, angenommen und den Verhältnissen Galiziens angepaßt. Als Sitz der Executive wurde Krakau gewählt und vier Organisationsbezirke gebildet: Lemberg, Przemysl, Krakau und Teschen. Die neue Organisation hat sich sehr gut bewährt und es ist Hoffnung vorhanden, daß das Agitationsnetz in Bälde viel dichter sich gestalten werde.

Zugleich ist ein Erstarken der gewerkschaftlichen Bewegung bemerkbar. Schon im Juni 1897 konnte die Krakauer organisirte Arbeiterschaft einen nicht zu unterschätzenden Erfolg verzeichnen. Es wurde nämlich ein Boycott gegen eine Brauerei verhängt, und schon nach drei Wochen wurde der Kampf siegreich zu Ende geführt. Auf dem Gewerkschaftscongresse in Krakau 1898 wurde der engste Anschluß an die Gesammtorganisation einstimmig beschlossen. Es wurde eine rege Agitation entfaltet, und das Erfreulichste ist, daß endlich auch die Provinzgenossen, welche mit Schwierigkeiten, die anderswo unbekannt sind, zu kämpfen haben, sich energisch zur Arbeit genommen haben. Im Jahre 1898 haben die Krakauer Genossen eine Arbeiter-Enquête veranstaltet. Sie wurde wegen des Ausnahmszustandes nicht zu Ende geführt; es wurden jedoch Vorbereitungen getroffen, um dieselbe weiter zu führen.

Es sei noch erwähnt, daß die Partei im Jahre 1898 überall Mickiewicz-Feiern veranstaltet hat, als Gegendemonstration gegenüber den Versuchen der Stanzyken und Demokraten, den großen Dichter und Revolutionär als ihren Mann hinzustellen. Der Arbeiterschutz-Congreß in Zürich ist durch einen Delegirten beschickt worden.

Organisation und Agitation. Im Zeitraume vom letzten Parteitag bis zum 1. April 1899 sind 193 Volksversammlungen und über 1200 § 2-Versammlungen veranstaltet worden. Es wurde gegen den Zeitungsstempel demonstrirt, ferner für das allgemeine Wahlrecht zum Landtage. Bei allen wichtigeren Ereignissen nahm die Partei immer Stellung. Die Bauernagitation mußte sich nothwendigerweise auf das Herausgeben von Zeitschriften und Broschüren beschränken. Die Organisation der Bauern geht aus leicht erklärlichen Gründen nur langsam vorwärts. Trotzdem ist die bäuerliche Bevölkerung durchwegs den Socialdemokraten gegenüber sympathisch gestimmt.

Presse. Das Wochenblatt „Naprzód“ erscheint in 2500 Exemplaren; die Teschener „Rowność“ in 1700 Exemplaren. Bis zur Verhängung des Ausnahmszustandes ist das Bauernblatt „Prawo ludu“ in Krakau und der „Robotnik“ in Lemberg erschienen. Außerdem erscheint in Lemberg das Witzblatt „Ciengi“ und in Krakau die wissenschaftliche Monatsrevue „Krytyka“. Von Fachzeitschriften erscheint das Schriftsetzerorgann „Ognisko“.

In den letzten zwei Jahren wurde eine größere Anzahl von Agitationsbroschüren herausgegeben.

Cassagebahrung. In der zweiten Hälfte des Jahres 1897 beliefen sich die Einnahmen auf fl. 5436·01, die Ausgaben auf fl. 5330·21. Im Jahre 1898: Einnahmen fl. 5259·21, Ausgaben fl. 5321·91. Die verminderte Geldgebahrung im Jahre 1898 ist auf den Ausnahmszustand zurückzuführen. Es ist bis jetzt nicht gelungen, die Parteisteuer einzuführen.

Politische Verfolgungen sind in Galizien immer enorm. Sie betrugen vom 1. Juni 1897 bis 1. April 1899 zusammen 24 Jahre, 10 Monate und 4 Tage. Es ist bezeichnend für galizische Justizzustände, daß wegen einer Demonstration im Theater, — ein niederträchtiges Machwerk wurde ausgelacht und ausgezischt — mehrere Genossen zweimal bestraft worden sind; erstens auf Grund des Prügelpatentes zu je 14 Tagen, zweitens von den Gerichten zu zwei Monaten verschärften Arrest! Und wie die Geschwornengerichte präcise arbeiten: ein Genosse hat im „Prawo ludu“ geschrieben, daß der Gemeindevorsteher Madej einen großen Bauch, aber kleinen Verstand besitze. Er bekam dafür zwei Monate Arrest! Ein Arbeiter, der gegen Badeni zu demonstriren wagte, wurde zu einem Jahre verurtheilt. Ländlich, sittlich . . .

Bericht der ruthenischen Executive.

Die allerjüngste unter den socialdemokratischen Organisationen, die ruthenische, ist deshalb so spät zustande gekommen, weil bis vor Kurzem die ruthenischen Socialdemokraten in der sogenannten „ruthenischen radicalen“ Partei thätig waren. Diese Partei wurde gegründet von Männern, die noch in den Siebziger-Jahren eine bedeutende Rolle in der galizischen Socialistenbewegung gespielt haben und ebenso mit den polnischen Socialisten in Warschau, wie auch mit den russischen in Kiew und anderen Städten in Verbindung standen. „Wissenschaftlicher Socialismus“ war ein wichtiger Bestandtheil des theoretischen und praktischen Programms der Partei, insbesondere auf agrarischem Gebiete, und beide ließen erwarten, daß die

Partei früher oder später sich in eine socialdemokratische umgestalten werde. Daß es nicht geschehen, daran waren schuld eher persönliche Capricen der Parteimatadoren, als irgend welche Gründe principieller Natur. Nach mehreren Conferenzen und wiederholten stürmischen Verhandlungen im Schoße der Partei, die schließlich nach zweijähriger Dauer zu keinem Resultate führten, trennten sich vor einigen Monaten die ruthenischen Socialdemokraten von den Radicalen und gründeten eine eigene Partei. Sie umfaßt die besten Bezirke Ostgaliziens, d. h. die Bauernschaft der culturell am meisten entwickelten und politisch thätigen Bezirke hat sich an Seite der Socialdemokraten gestellt. In den kleinen Städtchen Ostgaliziens hat die Partei sehr starke Anhängerschaft unter dem vielfach jüdischen Proletariate. Das Organ der Partei soll in nächster Zeit gegründet werden; die Verbindung einzelner bäuerlichen und städtischen Organisationen zu einer Gesammtorganisation soll den Gegenstand der Berathungen des Parteitages bilden, der im Herbst in Lemberg tagen wird.

Bericht der slovenischen Executive.

Dem ersten Parteitage der österreichischen Südslaven, der im August 1896 tagte und die auf socialdemokratischem Boden stehenden Organisationen zu einer Partei constituirte, folgte im darauffolgenden Jahre (Weihnachten 1897) schon ein zweiter, wobei Bauernelemente besonders stark vertreten waren, wie überhaupt die Beschickung eine sehr gute war.

Leider ist hier eine Katastrophe zu verzeichnen, die der Partei wohl ziemlich großen Schaden anstiftete, dennoch aber dann noch zum guten Ende geleitet ward. Die Ursache war ein unangenehmer Zwiespalt zwischen der Parteivertretung in Laibach und der Bezirksorganisation Triest. Es wurde eine Landesconferenz einberufen, an welcher auch Genossen aus Wien und Graz theilnahmen und die dann folgenden Beschluß faßte: Das bisherige Parteiorgan „Delavec" wurde mit dem „Rdeči prapor" zu einem einzigen Blatte vereinigt. Dasselbe erscheint dreimal im Monat. Die socialistischen Ideen könnten bei den Slovenen, die in ihrer Mehrheit ein bäuerliches Proletariat bilden, bei geeignetem Vorgehen trotz der schwarzen Landesfärbung sehr stark verbreitet werden.

Die Parteivertretung hat ihren Sitz in Laibach und die Partei selbst wird repräsentirt durch folgende Organisationen:

1. Eine Gewerkschaftsorganisation in Laibach, die aber auch den Bezirk Laibach umfaßt. Gewerkschaften besitzen: die Tischler, die Buchdrucker, die Angehörigen der Bekleidungsindustrie und die Gerber. Außer den Buchdruckern wären noch die Gerber als eine sehr gute, gegenwärtig stark aufblühende Organisation besonders hervorzuheben. Der Allgemeine Arbeiterrechtsschutz-, Bildungs- und Unterstützungsverein ging zum Schaden der Partei in Brüche. Der Arbeitergesangverein befindet sich eben in einer Krise und ist an seinem Aufkommen vorläufig noch immer zu zweifeln! Was den Verein der Verkehrsbediensteten Oesterreichs anbelangt, so hatte derselbe bis vor Kurzem eine starke Ortsgruppe in Laibach, die sich aber jetzt wiederum in zwei kleinere theilte mit dem Sitze in Siška bei Laibach und Laibach selbst. Auch die Ortsgruppen in kleineren Orten (St. Peter, Divacca, Nabresina und dergleichen) und in Triest existiren noch.
2. Eine Bezirksorganisation für das slovenische Steiermark in Cilli.
3. Eine Bezirksorganisation für den Bezirk Littai in Sagor.
4. Eine Bezirksorganisation in Idria.
5. Die slovenische Bezirksorganisation für Triest.

In Gründung begriffen sind politische Organisationen für die Oberkrainer Bauern in Radmannsdorf.

Endlich wäre auch noch der politische Verein „Rodočnost" (Zukunft) zu erwähnen, der seine ausgezeichnete Thätigkeit über ganz Krain ausdehnt.

Was die Maifeier im Jahre 1898 anbelangt, so verlief dieselbe wahrhaft glänzend in Laibach. Den slovenischen Chauvinistenschädeln gelang es zwar mit Anspannung aller ihrer Kräfte, die Behörden so weit zu bringen, daß der Umzug der Arbeiter verboten wurde — ein beredtes Stück österreichischer „Gleichberechtigung"! Darum ist aber auch die vormittägige Versammlung und das Fest am Nachmittage imposant ausgefallen.

Auch in Idria, Cilli und Triest war die Maifeier gut ausgefallen — am besten aber vor Allem in Sagor, wo sie von der Kanzel eifrig vorbereitet vom gesammten Proletariat mitgemacht wurde. Selbst von den elendsten Bauernhütten wehten rothe Fahnen herab.

Gleichzeitig wurde auch von der Redaction unseres Parteiblattes die erste slovenische Maifestschrift herausgegeben. Obwohl noch äußerst klein und unansehnlich, war sie doch ein Anfang und ist die heurige Maifestschrift, die bereits zur Ausgabe gelangte, doch schon weit besser und kann sich mit einer Reihe anderer Maifestschriften in gleiche Linie stellen

Selbstverständlich blieb bei allen diesen Thätigkeiten das Auge des Gesetzes nicht blind und die vielen, oft wirklich drakonischen politischen Verfolgungen beweisen, daß man die Partei auch hier zu fürchten beginnt. Erwähnt möge hier nur die 14tägige Einkerkerung wegen Uebertretung des § 2 Versammlungsgesetz. des Gen. Kristan werden.

Parteiorgan ist, wie schon erwähnt, der durchschnittlich dreimal monatlich erscheinende „Rdeči prapor" („Rothe Fahne"). Die Redaction und die Herausgabe und Druckerei des Blattes selbst befinden sich in Triest, da in ganz Krain sich Niemand aus den Reihen der sattsam bekannten bürgerlichen Hasenfüße gefunden hat, der das Blatt zum Druck übernehmen würde. Ursache davon ist wohl hauptsächlich die gemeine Kampfesweise unserer tonsurten und untonsurten Pfaffen. Gegen die „rothe Pest" verbünden sich selbstverständlich auch hier „liberal" und „clerical" in brüderlicher Eintracht!

Von Zeitschriften wären auch noch die „Svobodni glasovi" (Freiheitliche Stimmen) zu erwähnen, die in sechs Heften erschienen sind unter der Redaction des Rok Drofenik. Sie wiesen einen ausgezeichneten Inhalt auf, konnten aber in Folge materieller Ursachen der Concurrenz officiöser Blätter nicht standhalten!

Die Broschürenliteratur ist in dem vergangenen Zeitraume nicht sehr vermehrt worden und wäre ganz besonders nur die Broschüre „Božji namestniki v pravi podobi" zu verzeichnen. (Dieselbe wurde zu unserem Vortheile auch confiscirt); umsomehr wurden aber die schon früher Erschienenen verbreitet und verkauft.

Was endlich noch die Versammlungen anbelangt, so wurden eine große Menge davon mit fast durchgehends gutem Besuche abgehalten. Hauptsächlich natürlich in Laibach. Aber auch in Oberkrain unternahm der politische Verein „Bodočnost" Vorstöße mit Versammlungen, für welche sich insbesondere ein starkes Interesse der Bauern durch riesigen Besuch offenbarte! Selbstredend machten die Herren Regierungsvertreter auch in mehreren Versammlungen in ihrer Manier „Ordnung".

Die südslavische Socialdemokratie kann also zum Schlusse wohl sagen, sie habe gethan, was möglich war, und daß sie einen furchtbaren Kampf zu führen hat, muß Jeder glauben, der das „schwarze Krain" und seine Herren kennt. Wohl hätte mehr gemacht werden können, wenn mehr agitatorische Kräfte vorhanden wären. Die ganze riesige Agitationsarbeit liegt aber fast allein auf den Schultern eines Einzelnen, der bei dem großen Agitationsgebiete außer Stande ist, auch nur das Nothwendigste leisten zu können. Wir wollen nur noch erwähnen, daß die Agitationstouren von Südsteiermark bis hinab nach Dalmatien reichen. In dem Maße, als dem Mangel an tüchtigen agitatorischen Kräften abgeholfen werden kann, muß und wird es auch in Krain bezüglich der Organisation schneller vorwärts gehen.

Erster Verhandlungstag.

Zusammentritt des Parteitages halb 10 Uhr Vormittags.

Skaret eröffnet namens der Gesammtexekutive den Parteitag mit folgender Ansprache: Wir treten heute zum erstenmal auf Grund des vor zwei Jahren beschlossenen Organisationsstatuts, das die Sonderung nach nationalen Exekutiven bestimmt, zum Gesammtparteitag zusammen. Es ist nöthig, daß wir uns vor Augen halten, welche Vortheile diese Organisationsform uns gebracht hat, und wie weit wir im Stande waren, gerade in letzter Zeit durch unsere Organisatiosform jene Einmüthigkeit und Entschlossenheit in unserer Partei aufrechtzuerhalten, die wir angestrebt haben. Während Oesterreich, besonders in letzter Zeit, von nationalen Kämpfen und chauvinistischen Exzessen ärgster Art durchtobt wird, trotzdem versucht wurde, diesen Kampf auch in unsere Reihen zu tragen, haben wir dies bisnun mit Erfolg zurückgewiesen. Wir halten heute unseren Gesammtparteitag auf einem Boden ab, auf dem vor ganz kurzer Zeit ein mächtiger Kampf der Arbeiterschaft ohne Unterschied der Nationalität, ein Kampf des geschlossenen Proletariats gegen das internationale Kapital geführt wurde. Ohne Unterschied der Nationalität, unbeeinflußt von nebensächlichen und kleinlichen Momenten, haben wir immer und werden wir auch heute nur die Sache im Auge behalten und nur das Interesse des Proletariats aller Zungen vertreten. In diesem Sinne begrüße ich Sie namens der Gesammtexekutive und erkläre den ersten Gesammtparteitag der Sozialdemokratie für eröffnet.

Krapka (tschechisch): Wenn wir heute über die Grundfrage dieses Reiches berathen, so handelt es sich uns nicht um die Existenz Oesterreichs, sondern um die kümmerlichen Rechte des unterdrückten Proletariats. Wir müssen unsere Kräfte anspannen, damit die frechen Angriffe der Reaktion, wenn durch keine andere Partei, durch die Sozialdemokratie siegreich abgewehrt werden. Wir sind heute zusammengekommen, um uns Rechenschaft abzulegen über das, was wir in der vergangenen Zeit gethan haben, wir sind zusammengekommen, um zu berathen, ob die Formen, die wir uns gewählt haben, sich bewährt haben. Um uns wüthet der nationale Kampf, gegenüber dem unsere Einheitlichkeit und Solidarität, die Solidarität der Interessen des Proletariats, so deutlich als nur möglich hervortreten wird. Wir sind zusammengekommen, wie es bei einem sozialdemokratischen Parteitag nicht anders sein kann, nur zu dem Zweck: um die Interessen des Proletariats zu vertreten. Das ist der einzige Gedanke, der uns heute erfüllt, all unser Sinnen ist nur auf dieses Eine Ziel gerichtet. Ich erkläre hiemit den Kongreß eröffnet. (Beifall.)

In das Bureau werden einstimmig gewählt: für das Präsidium: Popp, Nemec, Englisch, Gerin, Hankiewicz und Kristan; als Schriftführer: Elderfch, Job, Winarsky und Liebermann.

Popp (den Vorsitz übernehmend): Unser heutiger Parteitag erhält dadurch eine besondere Prägung, daß es das erstemal ist, daß es der Arbeiterschaft ermöglicht ist, ihren Parteitag im eigenen Hause abzuhalten. (Beifall.) Während die bürgerlichen Parteien sich in chauvinistischen Leidenschaften zerfleischen, während sie dadurch jedes politische und wirthschaftliche Leben versumpfen lassen, strebt das Proletariat eine einige, machtvolle Organisation an ohne Unterschied der Sprache. Hier in Brünn haben wir einen Beweis dafür, daß durch einiges Zusammenarbeiten der deutschen und tschechischen Organisation Erfolge erzielt werden können. Diesem Zusammenarbeiten haben wir es auch zu danken, daß wir heute im eigenen Hause berathen können. Ich hoffe, daß der Parteitag seine Pflicht gegenüber dem Proletariat erfüllen und den Weg weisen wird, auf

dem wir weiterzuschreiten haben, um unserem Ziele, dem wir alle zustreben, abermals um ein gut Stück näherzukommen. (Bravo!)

Nemec (tschechisch): Es ist eine ernste Zeit, in der der sozialdemokratische Parteitag heute zusammentritt. Der ganze Staat wankt in seinen Grundfesten, der Regierungsapparat funktionirt heute nicht mehr, und das Ministerium ist zurückgetreten, weil es keine Ordnung schaffen konnte: in diesem Augenblick tritt das österreichische Proletariat zusammen, um zu berathen, nicht nur wie es seine Interessen am besten wahren, sondern auch (welche Ironie des Schicksals!), wie es dieses Reich wieder zusammenleimen soll. Es ist sonst nicht unsere Sache, uns für staatliche Formen zu echauffiren, aber da wir in diesem Staate leben, haben wir gewiß ein großes Interesse daran, daß dieser Staat so beschaffen sei, daß das arbeitende Volk in seiner Entwicklung nicht behindert werde. Während das Bürgerthum sich im heftigsten Kampfe befehdet, schließt sich das Proletariat immer enger aneinander, um zu zeigen, daß dieser wahnsinnige Kampf nicht nöthig ist, daß ein Zusammenwirken aller Nationen möglich ist, ein Zusammenwirken zu einem höheren Ziele, zu einer höheren gesellschaftlichen Form. Die Arbeiter zeigen auch hier, daß sie die einzige Partei der Kultur sind, die einzige Partei, die in Oesterreich Ordnung schaffen kann. Aber in der Organisation des Proletariats beruht nicht nur das Wohl des Proletariats selbst, sondern auch das Wohl dieses Staates und der ganzen Menschheit. (Bravo!)

Die vorliegende Geschäftsordnung wird hierauf genehmigt, ebenso auch die provisorische Tagesordnung mit der Aenderung, daß in dem ersten Punkt als Punkt b der Bericht des parlamentarischen Verbandes (Referent Rieger) aufgenommen wird; der Bericht der nationalen Exekutivcomités bildet somit lc.

In die Mandatsprüfungskommission wurden gewählt: Rouschar, Chura, Bichl, David Theodorku, Gerin, Kristan und Hankiewicz.

Popp gedenkt in warmen Worten des dahingeschiedenen Genossen Smetana, des verstorbenen Genossen Neander, der noch am Linzer Parteitag den Vorsitz führte, und des Genossen Jobst, die alle durch eine Reihe von Jahren im Interesse der Organisationen thätig gewesen sind.

Popp begrüßt hierauf den Reichstagsabgeordneten Frohme, den Vertreter der Sozialdemokratie Deutschlands, und Genossen Baron, den Vertreter der ungarischen Sozialdemokratie. (Beifall.)

Frohme (deutscher Parteivorstand): Genossen und Genossinnen! Namens des Vorstandes der deutschen sozialdemokratischen Partei, beziehungsweise im Namen dieser Partei selbst habe ich Ihnen die herzlichsten Grüße zu überbringen. Ich bin hiehergeschickt worden, damit vor aller Welt aufs neue der Beweis erbracht wird, daß die deutsche Sozialdemokratie mit Ihnen im Geiste, im Streben einig ist. Wir kennen keine uns trennenden Unterschiede, die Landesgrenzen sind es nicht, die uns auseinanderzuhalten vermöchten, die zu verhindern im Stande wären, daß wir uns in Einem Streben begegnen. Es gereicht mir zur hohen Freude und Genugthuung, in Ihrer Mitte weilen zu dürfen und Kenntniß zu nehmen von dem Eifer, womit Sie sich zweifellos der Vertretung und Förderung der gemeinsamen guten Sache hingeben werden. Wir wissen ja, auf allen Parteitagen pflegen die Meinungen aufeinanderzuplatzen, und man darf wohl sagen, daß dieser Kampf der Geister für die Sozialdemokratie ein gutes Zeugniß darstellt. Aus der Klärung der Geister heraus muß das Rechte, das Gute geschaffen werden!

Ich komme aus einem Lande, in dem wir einen steten harten Kampf mit der Reaktion zu führen haben. Wir in Deutschland wissen den schweren Kampf zu würdigen, den Sie hier in Oesterreich nun schon geraume Zeit für des Volkes Sache zu führen genöthigt sind. Ich darf Ihnen aus innerstem Gefühl erklären, daß wir mit Stolz und Freude auf die österreichische Bruderpartei blicken. Ohne sich zu thörichten Schritten hinreißen zu lassen, wohl erwägend, aber mit vollster Energie haben Sie im Kampfe gegen die Reaktion dagestanden, stehen Sie noch heute da, und wer weiß, was die nächste Zukunft Ihnen an Ueberraschungen und neuen schweren Kämpfen bringen wird. Möge dieser Partei-

tag dazu beitragen, Sie zu stärken und zu stählen für den neuen Kampf, möge er nach außen hin den Beweis liefern, daß Sie gewillt sind, unter dem Banner des demokratischen Sozialismus nach wie vor die Sache des Volkes zu vertreten. (Stürmischer Beifall.)

Baron (Budapest): Mir wurde die ehrende Aufgabe zutheil, an Ihren Verhandlungen als Vertreter der ungarländischen Sozialdemokratie theilzunehmen und zu lernen, wie Sie Ihre Geschäfte erledigen. Seit langem wüthet in den beiden Theilen des österreichischen Staates der Nationalitätenkampf. Bei uns in Ungarn wetteifern sämmtliche bürgerliche Parteien im Hasse gegen das österreichische Volk. Dem armen, ausgebeuteten und unterdrückten Volke will man bei uns die Meinung aufoktroyiren, daß an all dem Elend und Unglück, in dem das ungarische Proletariat steckt, Oesterreich schuld sei, daß Oesterreich die Schuld habe an der Ausbeutung und dem Untergang des braven ungarischen Landarbeiters. Die ungarische Sozialdemokratie hat diesem Glauben unter dem Volke ein Ende gemacht. Das ungarische Proletariat ohne Unterschied der Nationalität weiß, daß das österreichische Volk ebenso entrechtet und ebenso ausgebeutet wird wie das ungarische. Und in der Ueberzeugung, daß das österreichische Volk ebenso denkt wie das ungarische, bin ich hiehergeschickt worden, um zu dokumentiren, daß wir Schulter an Schulter kämpfen wollen für die Ziele der Sozialdemokratie. Wir verfolgen aber auch noch einen anderen Zweck: Wir wollen hier öffentlich aussprechen, was uns zu Hause zu sprechen nicht gestattet ist. Unter dem fluchwürdigen Regime der Banffy und Perczel war in der ganzen gesitteten Welt die berechtigte Meinung vertreten, daß in Ungarn Ausnahmsgesetze, Willkür und Gewalt herrschen. Die europäischen Zeitungen schrieben spaltenlange Artikel. Mit Ekel wendete man sich von Ungarn ab. Das paßte aber unseren ungarischen Scheinliberalen nicht in den Kram. Nach außenhin wenigstens wollten sie anders erscheinen; die Welt sollte nicht wissen, daß in Ungarn das Proletariat unterdrückt, eingekerkert und gefoltert wird. Und deshalb mußte Banffy weichen. Koloman Szell war sein Nachfolger, und er war wirklich der Mann, der sich ganz in den Dienst des Scheinliberalismus stellte. „Gesetz, Recht und Gerechtigkeit" war seine Devise, als er die Regierung übernahm. Recht und Gerechtigkeit sollten herrschen, wo früher Gewalt und Willkür hausten, frei sollte das Volk werden, das bis jetzt geknebelt war! Und ganz Europa jubelte mit auf. Bald aber hatten wir die Ueberzeugung gewonnen, daß das eine leere Phrase war, daß auch er im Dienste des Scheinliberalismus stand und nur scheinbar Recht und Gerechtigkeit verkündete. Unrecht, Ungesetzlichkeit und Ungerechtigkeit herrschen heute in Ungarn wie früher, vielleicht noch ärger. Aber Europa ist ruhig, Europa weiß es nicht. Kommen Sie uns zu Hilfe! Die organisirte Arbeiterschaft im Innern des Landes und die europäische Presse, sie allein sind im Stande, die Korruption und die Willkür in Ungarn zu brechen. Die Ungarn fürchten die sozialdemokratische Organisation in Ungarn nicht, aber sie fürchten das Ausland; sie wollen ein Kulturvolk zu sein scheinen. Deshalb bitte ich Sie: helfen Sie uns, daß auch wir bald Europa zeigen können, daß wir verstehen, was wir wollen, daß unser einziges Ziel ist: die hehre Idee des Sozialismus zu verbreiten und zu verwirklichen. Ich begrüße Sie nochmals im Namen der ungarischen Sozialdemokratie und wünsche Ihren Berathungen den besten Erfolg. (Laute Bravorufe.)

Dr. Czech: Ich bin von der Brünner Lokalorganisation beauftragt, Sie in unserer Heimat auf das herzlichste willkommen zu heißen. Dieser Willkommgruß ist keiner bloßen Anstandspflicht entsprungen, es ist der echte, klare Ausdruck der Verehrung für Sie, die Sie hergeeilt sind, um die Interessen des österreichischen Proletariats zu wahren. Die Brünner Sozialdemokratie hat wie die österreichische Sozialdemokratie ihre Pflicht erfüllt. Genossen, ich heiße Sie willkommen auf dem Brünner Boden, auf dem das Banner der Sozialdemokratie aufgepflanzt ist. (Bravo!) Vor wenigen Monaten hat sich in Brünn ein gewaltiger wirthschaftlicher Kampf abgespielt: 12.000 Textilarbeiter und Arbeiterinnen haben einen erbitterten Kampf führen müssen, und Sie wissen, der Kampf hat mit einem Sieg geendet. Es ist gelungen, den profitwüthigen Unternehmern das abzutrotzen, was sie freiwillig nicht geben wollten. Aber wenn es gelungen ist, das Unternehmerthum niederzuringen, ist es nur gelungen dank der Unterstützung der Sozial-

demokratie Oesterreichs wie Deutschlands und Englands. Wenn Sie nach Hause kommen, sagen Sie den Genossen, daß die Brünner Arbeiter sich dessen voll bewußt sind, daß sie Ihre Schuldner sind, und daß sie den Augenblick ersehnen, in dem sie ihre Dankbarkeit bethätigen können.

Sie haben schwere Kämpfe, harte Arbeit vor sich; Sie werden beiden gewachsen sein. Möge dieser Parteitag eine Etappe sein auf dem gewaltigen Vormarsch der österreichischen Sozialdemokratie zur Befreiung des arbeitenden Volkes. Ich wünsche Ihren Arbeiten vollen Erfolg und schließe mit einem dreimaligen Hoch auf die Solidarität des österreichischen, auf die Solidarität des gesammten internationalen Proletariats. (Die Delegirten stimmen begeistert ein.)

Habermann (tschechisch): Im Namen der tschechischen Organisationen Brünns rufe ich Ihnen ein herzliches Willkommen! zu und wünsche Ihren Berathungen den besten Erfolg. Auch hier in Mähren sind die nationalen Leidenschaften auf das äußerste aufgepeitscht; aber wir tschechischen Arbeiter können Ihnen mit Stolz die Versicherung geben, daß wir von diesem Wahnsinn freigeblieben sind, und daß wir nach wie vor den Kampf für unsere Ideale, den Kampf für den Sieg der Sozialdemokratie führen. Ich bin überzeugt, daß die Berathungen des Parteitages sachlich und ernst sein werden wie bisher immer. Mögen sie auch den Erfolg haben, daß der geknechtete österreichische Proletarier daraus neue Hoffnungen, neue Kraft schöpfen kann zu den weiteren Kämpfen, die wahrscheinlich noch schwerer sein werden als bisher. Unserer Arbeit ein aufrichtiges Na zdar! (Bravo- und Na zdar-Rufe.)

Abgeordneter **Hybesch**: Die organisirten Textilarbeiter Brünns benützen den Parteitag, um Ihnen als den Vertretern der österreichischen Sozialdemokratie für die Unterstützung, die Sie uns in dem großen Kampfe gegen unverschämte Fabrikanten zutheil werden ließen, den wärmsten Dank auszusprechen. Die Brünner Textilarbeiterschaft weiß, daß sie den Kampf nur mit Ihrer Hilfe siegreich beenden konnte. Die Brünner Textilarbeiter sind bereits zweimal im Kampfe gegen ihre Unternehmer gestanden, aber noch nie war dieser Kampf so hartnäckig, so langwierig wie diesmal, noch nie ist das Unternehmerthum so fest organisirt gewesen. Unser Kampf war von größter Bedeutung für die proletarische Bewegung weit über die Grenzen von Brünn hinaus. Tausende von Arbeitern in Nordböhmen sind heute schon des vollen Zehnstundentages theilhaftig, den auch wir in nicht zu langer Zeit voll erringen werden. Nehmen Sie die Versicherung von uns entgegen, daß wir der wirthschaftlichen Organisation wie der sozialdemokratischen Partei gegenüber in alle Zukunft unsere Kraft widmen wollen. (Beifall.)

Es wird sodann festgesetzt, daß die Sitzungen täglich von 9 bis 12 Uhr Vormittags und von 2 bis 6 Uhr Nachmittags dauern sollen.

Den **Bericht der Gesammtpartei** erstattet Genosse **Skaret**:

Die Organisationsbestimmungen, die wir auf dem Wiener Parteitag vor zwei Jahren beschlossen haben, haben sich für die gesammte sozialdemokratische Bewegung auf das beste bewährt. Unser Grundsatz war nationale Selbstständigkeit und internationale Geschlossenheit. Sowohl von politischen Gegnern als auch innerhalb unserer Partei wurde jenen Beschlüssen eine trübe Prognose gestellt und die Befürchtung geäußert, daß dadurch der einheitliche Charakter der österreichischen Bewegung stark leiden werde. Heute können wir uns auf Grund zweijähriger Erfahrungen mit Befriedigung davon überzeugen, daß die Einheitlichkeit und Geschlossenheit unserer Bewegung nicht nur nicht gelitten haben, sondern vielmehr gefestigt wurden, daß sich zwischen den einzelnen nationalen Gruppen bei den gemeinsamen Aktionen auch nicht die allermindesten Differenzen gezeigt haben. (Beifall.) Unsere Organisation entsprang der Natur unserer Bewegung. So lange das gemeinsame Klassenbewußtsein nicht vorhanden war, mußte sich die schwächere Organisation an die stärkere schließen, mit deren Hilfe sie erst im Stande war, ihre eigenen nationalen Bedürfnisse durchzusetzen. Je kräftiger aber sie sich entwickelten, umsomehr haben sie auch jene Selbstständigkeit erlangt, die sie heute nicht mehr entbehren können, um ihre Kräfte zu entfalten.

Die Gesammtparteivertretung, die sich aus allen am Sitze der Parteivertretung befindlichen nationalen Exekutiven zusammensetzt, hat regelmäßig all-

monatlich und nach Bedarf auch öfter ihre Sitzungen abgehalten, um ihre gemeinsamen Angelegenheiten zu regeln. Wenn in letzter Zeit die slovenischen und italienischen Exekutiven bei diesen Sitzungen nicht vertreten waren, so hatte dies seinen Grund bloß in lokalen Verhältnissen. Die Verbindung mit den beiden Exekutiven war aber trotzdem in keiner Weise gestört. Uebrigens soll für die Zukunft vorgesorgt werden, daß alle nationalen Exekutiven am Sitze der Parteivertretung ihre Vertreter besitzen.

Wir haben also gesehen, daß sich die gesammte Organisation in Oesterreich noch niemals so stark entwickelte als in den letzten Jahren, obwohl sie gerade jetzt unter den allerschwersten Verhältnissen zu kämpfen hatte, obwohl wir eine vollkommen parlamentslose Zeit hatten, obwohl der bürgerliche Chauvinismus die Leidenschaften bis zur Weißglühhitze steigerte. Während die deutsche Partei auf dem Linzer Parteitag berichten konnte, daß ihre Presse in einer Gesammtauflage von 156.000 Exemplaren erscheine, so können wir heute bei der deutschen Presse bereits eine Steigerung auf 246.000 Exemplare konstatiren. Die tschechischen Blätter haben eine Gesammtauflage von 144.000 Exemplaren, und die Auflage der gesammten österreichischen Parteipresse beträgt im ganzen 406.000 Exemplare. Aus diesen Ziffern ist zu ersehen, daß durch die nationale Organisation der Aufschwung der Partei nicht behindert, sondern vielmehr befördert wurde. Mit welchen gewaltigen Schwierigkeiten unsere Partei in den beiden letzten Jahren zu kämpfen hatte, beweisen die politischen Verfolgungen, deren wir nicht weniger als 45 Jahre und 8 Tage Kerker und Arrest und 2279 fl. 73 kr. an Geldstrafen zu verzeichnen hatten, ein Beweis, daß sich die „k. k. konzessionirten Spaziergänger" keiner besonderen Beliebtheit oben erfreuen.

In diese Berichtsperiode fällt allerdings der galizische Ausnahmszustand, der den galizischen Genossen allein 24 Jahre Kerker eingetragen hat. Die Aktionen der beiden letzten Jahre haben gezeigt, daß innerhalb unserer Partei wohl nationale Besonderheit, aber keinerlei nationale Spaltung herrscht; sie haben bewiesen, daß, wo wir gezwungen sind, vereint zu schlagen, die sprachlichen Verschiedenheiten uns daran nicht im mindesten behindern. Die Partei steht nach wie vor einig und geschlossen da.

Noch Eines sei erwähnt. Der Parteivertretung wurde im Jahre 1897 der Auftrag ertheilt, im Interesse der Frauenorganisation alles zu thun, was für sie dienlich sei. Sie ist ihrer Pflicht nachgekommen, und es ist alles geschehen, was geschehen konnte, wie auch aus dem Berichte der Frauen zu ersehen ist.

Die Parteivertretung hat, soweit sie im Stande war, nach allen Richtungen hin das Interesse des gesammten Proletariats ohne Unterschied der Nation verfochten. Von diesem Gesichtspunkt aus bitte ich, die Thätigkeit der Parteivertretung zu prüfen und zu beurtheilen.

Den **Kassenbericht** erstattet Dr. **Ellenbogen**: Ich verweise auf den vorliegenden Bericht und bemerke, daß die Parteivertretung das Schwergewicht ihrer Thätigkeit darauf verlegt hat, gerade die schwächeren Organisationen mit ihren finanziellen Mitteln zu unterstützen. Die armen Genossen in Südtirol, die polnischen Brüder, die unter dem furchtbaren Druck der Schlachta zu leiden haben, und die tschechischen Genossen, die vom Lande hereinkommen und in Folge der Unkenntniß der Verhältnisse den mächtigen Unternehmern ausgeliefert sind, waren in Folge ihrer Schwäche für die Parteivertretung der Gegenstand größter Aufmerksamkeit. Für Südtirol und Triest wurden größere Geldbeträge verwendet, für jene Leute, die gezwungen sind, den heimatlichen Boden zu verlassen und ihr Elend in die Ferne zu tragen, wo sie die soziale Bestimmung haben, den Lohn der einheimischen Arbeiter zu drücken. Es war hier unsere Aufgabe, die gewerkschaftliche Organisation dieser Kreise zu heben und sie aufzuklären. Auf diese Weise bereiteten die Leute, die von den Unternehmern herbeigerufen wurden, um den deutschen und tschechischen Arbeiter zu drücken, den Herren arge Enttäuschungen. Wir haben so nicht nur eine nationale Arbeit im höchsten Sinne des Wortes, sondern eine wahre Kulturarbeit geleistet. Und thatsächlich haben die Genossen jene Unterstützungen auch nicht als eine Gnade erbeten, sondern als ihr Recht gefordert, und die Parteivertretung hat es auch als ihre Pflicht angesehen, diese berechtigten Forderungen zu erfüllen. (Bravo!)

Smitka berichtet namens der Kontrole und beantragt die Ertheilung des Absolutoriums.

Höger wünscht eine Aufklärung darüber, wie es sich mit den 156 Millionen verhalte, welche angeblich die Partei jährlich vereinnahme. (Lebhafte Heiterkeit.)

Kassier Dr. **Ellenbogen** erwidert, das „Deutsche Volksblatt" habe sich diese Lüge damals selbst beantwortet, indem es ihn (Redner) als den Kompagnon von Rothschild hingestellt habe. Wenn die Partei wirklich über so große Summen verfügen würde, würde die Zeit, wo das „Deutsche Volksblatt" so dumme Leser finde, die derartiges glauben, längst vorüber sein.

Abgeordneter **Rieger** berichtet hierauf über die **Thätigkeit des parlamentarischen Verbandes**. Die Verhältnisse im Parlament, sagt der Redner, haben sich seit dem Jahre 1897, in welchem der parlamentarische Verband zum erstenmal auf dem Parteitage über seine Thätigkeit berichtete, wesentlich verschlimmert. Die Thätigkeit des Parlaments war in diesen zwei Jahren eine sehr wenig ersprießliche. Das kommt schon in der Anzahl der Sitzungen zum Ausdruck. Seit dem Herbst 1897 waren wir in 94 Sitzungen versammelt. Davon gingen 46 Sitzungen mit der Verhandlung über Ministeranklagen und Nothstandsanträge auf, 5 Sitzungen wurden auf die Konstituirung des Hauses verwendet, und 11 Sitzungen waren reine Obstruktionssitzungen, wo nichts gearbeitet wurde, außer man betrachtet das gegenseitige Durchprügeln auch als eine Arbeit. (Heiterkeit.)

Wir waren aber nicht müßig. Zunächst will ich auf die große Aktion des Verbandes hinweisen, die im November 1897 inner- und außerhalb des Parlaments unternommen wurde: ich meine die Novemberstürme gegen die Lex Falkenhayn. Damals hat sich gezeigt, daß wir in der That eine revolutionäre Partei sind, und daß wir vor den äußersten Konsequenzen nicht zurückschrecken, wenn es unbedingt sein muß. (Beifall.)

In der 14. Session haben wir beantragt, den Grafen Badeni in Anklagezustand zu versetzen und eine Untersuchungskommission einzusetzen, die die Schuldigen an den im Parlament begangenen Verbrechen zu eruiren hätte. Die Ministeranklage kam auch zur Verhandlung, und wir hatten einen uns alle überraschenden Erfolg zu verzeichnen: der Antrag wurde angenommen und einem Ausschuß überwiesen. Dieser aber ist bloß einmal zusammengetreten, da wieder der Schluß der Session dazwischen trat. Später stellte sich die Regierung wie die Majorität auf den sehr bequemen Standpunkt, daß der Anklage-Ausschuß gegen Badeni nicht mehr zu Recht bestehe, eine Auffassung, gegen die wir in einer Erklärung auf das entschiedenste protestirten. Eine weitere Aktion des Verbandes betraf den wundesten Punkt, an dem Oesterreich seit Jahren krankt: die Sprachenfrage. Wir haben in dieser Richtung beantragt, daß ein Ausschuß mit der Aufgabe zu betrauen sei, ein Sprachengesetz auszuarbeiten, und zwar so, daß alle Völker Oesterreichs in nationaler und sprachlicher Beziehung vollständig gleichgestellt sein sollen. Es muß hier festgestellt werden, daß unser Antrag dem Antrag Dipauli vorangegangen ist. Sein Schicksal ist bekannt. Er wurde mit zahlreichen anderen ähnlichen Anträgen in Verhandlung gezogen, und der sich darauf entwickelnden uferlosen Debatte wurde durch den Schluß der 14. Session ein Ende gemacht.

Gegen die Praxis der Staatsanwälte, auch immune Interpellationen zu konfisziren und die betreffenden Blätter zu verfolgen, richtete sich ein Dringlichkeitsantrag unserer Fraktion, wonach der Justizminister beauftragt werden sollte, die Generalprokuratur zu veranlassen, die Nichtigkeitsbeschwerde zur Wahrung des Gesetzes einzubringen. Dieser Antrag gelangte zwar nicht zur Verhandlung, er wurde zu Gunsten eines anderen, von deutschnationaler Seite gestellten Antrages zurückgezogen, dieser aber im Hause angenommen, und so hatten wir damals einen vollen Erfolg zu verzeichnen.

Eine andere Aktion des Verbandes ging dahin, dem Grafen Thun, der ja mit dem Entschluß an die Spitze der Regierung getreten war, ohne Parlament zu regieren und den § 14 aufs stärkste zu mißbrauchen, einen Strich durch die Rechnung zu machen. Vor allem war es die „Arbeiter-Zeitung", die davor warnte, dem Grafen Thun dadurch einen Gefallen zu erweisen, daß auch gegen

die Ausgleichsgesetze die Obstruktion in Szene gesetzt werde. Es wurde daher auch von unserer Seite für den Dringlichkeitsantrag Schwegel, den Ausgleich in Verhandlung zu ziehen, gestimmt, und es ist sicher, daß wenn der Verband nicht diese Haltung eingenommen hätte, die deutschbürgerlichen Parteien die Obstruktion gegen den Ausgleich bereits im Herbst wieder aufgenommen hätten. Es ist demnach als ein großes Verdienst der „Arbeiter-Zeitung" und des Verbandes zu betrachten, daß der Ausgleich nicht schon im vorigen Jahre auf Grund des § 14 gemacht wurde.

Wir hatten noch eine zweite Ministeranklage einzubringen, da das Ministerium über einen großen Theil Galiziens den Ausnahmszustand verhängt hatte. Es ist charakteristisch, daß sich damals im ganzen Hause mit Ausnahme des Polenklubs niemand gefunden hat, der den Ausnahmszustand in Galizien vertheidigt hätte. Der Anklage-Antrag wurde aber mit Hilfe der Herren Jungtschechen, die ja früher unter denselben Ausnahmszuständen zu leiden hatten, niedergestimmt, wieder ein Zeichen für den feigen Verrath, den die Vertreter des tschechischen Bürgerthums an ihren ehemaligen Grundsätzen verübt haben.

Kurz vor der Vertagung haben wir noch zwei Aktionen unternommen. Die eine betraf die Aufhebung des Zeitungsstempels, die andere die Aufhebung des § 14. Schon früher hatten wir bekanntlich die Reformirung unserer verrotteten Preßgesetzgebung im Wege eines Dringlichkeitsantrages beantragt, aber ohne Erfolg. Wie diese Aktionen verlaufen sind, ist Ihnen bekannt. Der erste Antrag wurde dem Preßausschuß zugewiesen, unser Antrag, diesen Ausschuß zu beauftragen, den Bericht binnen achtundvierzig Stunden dem Hause vorzulegen, aber vom Präsidenten nicht zur Abstimmung zugelassen. Hier haben wir es wieder gesehen, daß sowohl die Vertreter der tschechischen wie der deutschen Bourgeoisie reaktionär sind, wenn es sich um wirklich freiheitliche Aktionen handelt. Nicht bloß der klerikale Präsident war gegen unseren Antrag, auch auf Seite der deutschbürgerlichen Parteien hat einer nach dem anderen erklärt, daß es jetzt wichtigere Dinge zu verhandeln gäbe, daß vor allem die nationale Frage gelöst werden müßte. Der Antrag wegen Aufhebung des § 14 gelangte selbstverständlich, wie zahlreiche andere Dringlichkeitsanträge, nicht zur Verhandlung. Knapp vor der Vertagung drangen wir noch energisch darauf, den Antrag in Verhandlung zu ziehen, um dem Grafen Thun die Handhabe zu nehmen, das Parlament und die Verfassung zu vergewaltigen. Der erste Tag, an dem über unseren Antrag verhandelt wurde, endete recht gemüthlich mit einer solennen Keilerei auf der Galerie. Zur Abstimmung kam es nicht, da der Präsident erklärte, er habe bereits den Schluß der Sitzung ausgesprochen. Einige Tage nachher erfolgte die Vertagung des Parlaments.

Ich komme zu den Forderungen wirthschaftlicher Natur. Wir haben eine Reihe von Dringlichkeitsanträgen in Nothstandsangelegenheiten eingebracht, die im Budgetausschuß begraben wurden. Ein Dringlichkeitsantrag verlangte Maßregeln zur Besserung der Lage der böhmischen Glasarbeiter, und thatsächlich wurde dort jetzt eine Produktivgenossenschaft errichtet, die von der Regierung mit 12.000 fl. jährlich subventionirt wird. Unser Antrag auf Aufhebung der Getreidezölle sollte den Brotwucherern an den Leib rücken und dem armen Volke billiges Brot verschaffen.

Wir wurden da verdächtigt, von den Börsejuden bezahlt zu sein, von denselben Leuten verdächtigt, die behaupten, daß der Parteikassier alljährlich einige Millionen Gulden einsteckt. (Gelächter.) Gelegentlich der Verhandlungen über das Gesetz betreffend die Lokalbahnen haben wir zwei Anträge gestellt, welche die schauderhaften Zustände abstellen sollten, unter denen die Arbeiter bei den Bahnbauten schmachten; die Anträge wurden dem Eisenbahnausschuß am 14. Dezember 1898 mit dem Auftrage überwiesen, binnen acht Wochen darüber zu berichten. Wir verlangten in diesen Anträgen die Ausdehnung der Gewerbe-Inspektion auf diese Arbeiter, die Unterdrückung des Kantinensystems, die Regelung der Arbeitszeit u. s. w. Ein anderer Dringlichkeitsantrag betraf die zahlreichen Eisenbahnunfälle; ein Dringlichkeitsantrag betreffend die Reform der Bruderladen sollte den verrotteten Verhältnissen, die hier herrschen, abhelfen. Andere Dringlichkeitsanträge betrafen die Reform der Preßgesetzgebung.

In der 15. Session haben wir zunächst einen Dringlichkeitsantrag einge-

bracht betreffend die Aenderung des Reichsvolksschulgesetzes. Wir verlangten hier, daß die Volksschullehrer, die heute zu den schlechtest entlohnten geistigen Arbeitern gehören, einen Minimalgehalt von 600 fl. erhalten sollen. Als Folge der bekannten Pestdebatte verlangten wir im zweiten Antrage, daß ein parlamentarischer Ausschuß zu wählen sei, der die hygienischen, sanitären und baulichen Zustände in den österreichischen öffentlichen Krankenhäusern zu untersuchen habe.

Von dem Interpellationsrechte wurde seitens unseres Verbandes ausgiebiger Gebrauch gemacht. Wir haben in der 13. Session 85, in der 14. Session 84 und in der 15. Session 133 Interpellationen eingebracht. Von diesen 302 Interpellationen wurden 27 beantwortet, während 275 unbeantwortet blieben. Auf die Mitglieder des Verbandes wurde seitens des Staatsanwaltsrecht eifrig Jagd gemacht. Während der Berichtsperiode gelangten an das Abgeordnetenhaus 22 Auslieferungsbegehren, von denen 8 auf Genossen Daszynski entfallen und von denen fast kein Mitglied des Verbandes verschont blieb. In den Ausschüssen, deren wir mehr als ein Dutzend zählen, sind wir durch je ein Mitglied, im Preßausschuß durch zwei Mitglieder vertreten. Wir haben auch diesmal unsere Stellung in der Sprachenfrage präzisirt, und Genosse Hybesch hat jene bekannte Erklärung namens des Verbandes abgegeben, in der unter anderem gesagt wurde, daß die produktiv arbeitenden Klassen der Bevölkerung an der planmäßig betriebenen nationalen Hetze durchaus nicht interessirt sind. In der ersten Lesung der Ausgleichsgesetze betheiligten wir uns durch die große Rede des Genossen Dr. Verkauf.

Ich habe noch auf einige Initiativanträge unseres Verbandes aufmerksam zu machen, und zwar unter anderem auf einen Antrag aus der 15. Session, in dem wir die Regierung aufforderten, den aus Anlaß des Wiener und Prager Ausnahmszustandes ausgewiesenen Genossen die Rückkehr zu gestatten. Der Antrag auf Einführung des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts wurde selbstverständlich in jeder Session erneuert. Auch eine Reihe vollständig ausgearbeiteter Gesetzentwürfe wurde von uns eingebracht; zunächst ein Gesetzentwurf, betreffend die Lohnzahlungen beim Bergbau; ein Gesetzentwurf, betreffend die Regelung des Dienstverhältnisses der Handlungsgehilfen ꝛc.; weiter ein Gesetzentwurf, betreffend die Bestellung von Bergwerksinspektoren; ein Gesetzentwurf, betreffend die Zuständigkeit der ordentlichen Gerichte bei Uebertretungen des Berggesetzes; ein Gesetzentwurf, betreffend die Beschäftigung von jugendlichen und weiblichen Personen beim Bergbau; ein Gesetzentwurf, betreffend den Ausbau der Arbeiterversicherung; ein weiterer, betreffend die Haftpflicht der Eisenbahn- und Tramway-Unternehmungen; ein Entwurf, betreffend die Regelung des Vertragsverhältnisses zwischen den Eisenbahnunternehmungen und ihren Angestellten, und schließlich ein Gesetzentwurf über die Inkompatibilität, wodurch der Korruption ein Riegel vorgeschoben werden sollte.

Wir haben die Zeit fleißig benützt; mehr als wir gethan haben, konnten wir nicht thun.

Es heißt, daß jetzt ein Systemwechsel eintreten soll, um das Parlament wieder aktionsfähig zu machen, wo nicht bloß der Einlauf verlesen und namentlich abgestimmt wird. Sollte das gelingen, wird es jedenfalls nur von kurzer Dauer sein. Denn jeder, der dieses Haus kennt, weiß, daß dieses Parlament todt ist und höchstens zu einem Scheinleben erweckt werden kann. Es bleibt nichts übrig, als an Stelle des versaulten Privilegienparlamentarismus eine wirkliche Volksvertretung zu setzen. Will man aus den nationalen Zwistigkeiten und den absolutistischen Verhältnissen herauskommen, so muß man zu einer ehrlichen Demokratie greifen, zu der man kommen muß, wenn dieser Staat nicht elend zugrunde gehen soll. (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender Popp begrüßt nun den als Vertreter der sozialdemokratischen Partei Italiens erschienenen Abgeordneten Professor Cabrini. (Lebhafte Akklamation.)

Professor **Cabrini** (italienisch): Im Auftrage der Sozialdemokratie Italiens überbringe ich Ihnen die herzlichsten Grüße. Gerade zwischen den italienischen und österreichischen Proletariern ist das Solidaritätsgefühl besonders lebendig. Und ich muß den österreichischen Sozialdemokraten meine tiefste Dankbarkeit aussprechen, daß sie es nicht unterlassen haben, ihre italienischen Brüder in Triest und Trient auf das thatkräftigste zu unterstützen und ihnen die Kultur von ganz Europa zugänglich zu machen. Zwischen Oesterreich und Italien ist sowohl in den politischen als in der sozialen Verhältnissen eine merkwürdige Analogie zu konstatiren, und auch den § 14 ist keine besondere Spezialität Ihres Vaterlandes. (Heiterkeit.) Auch in Italien wurden Abgeordnete durch Polizei aus dem Parlament hinausgetragen, auch in Italien werden Abgeordnete eingesperrt, und meine Person ist auch ein Beispiel dafür, wie man die Vertreter des Volkes bei uns ehrt. In Italien setzt sich ja der militärische Absolutismus in grenzenloser Verachtung des Parlaments über die Konstitution und die Gesetze des Landes hinweg und schaltet und waltet, wie es ihm gerade in seiner allerdings ohnmächtigen Wuth gegenüber der Demokratie beliebt. Auch in Bezug auf die Frage, die diesen Parteitag besonders bewegt, die nationale Frage, besteht zwischen Oesterreich und Italien eine große Aehnlichkeit. Nicht nur Sie streben nach einem weitausgreifenden Föderalismus und wollen die Fesseln des Zentralismus zerbrechen. Auch wir in Italien haben dasselbe Bestreben. Die Bewohner von Venedig, Genua, Rom, Sizilien, sie sprechen nicht nur verschiedene Dialekte, sie haben auch ganz verschiedene Auffassungen von den Aufgaben des Staates, sie haben verschiedene wirthschaftliche und politische Bestrebungen, und wenn auch alle diese Theile des italienischen Proletariats untereinander solidarisch sind, so haben sie doch alle das Bestreben, den Zentralismus, der von Rom ausgeht, und der sie alle unterdrückt, zu zerbrechen und an seine Stelle einen gesunden Föderalismus zu setzen. Es gibt ein Land in Europa, in dem bereits der geschichtliche und thatsächliche Beweis erbracht worden ist, daß eine solche Föderation von Nationen möglich ist, ohne daß diese Nationen einander in den Haaren liegen: die Schweiz; die Schweiz, die eine politische Nothwendigkeit geworden ist für Italien, da dorthin die besten Männer des Landes, die muthigsten Vorkämpfer der nationalen Kultur gehen, wenn sie zu Zuchthaus verurtheilt werden wegen ihrer Kulturarbeit. Freilich, wo die Großindustrie noch nicht entwickelt ist, wo das Proletariat noch nicht mächtig genug ist, als Masse aufzutreten, dort wird allerdings der Föderalismus zerstörend und zersplitternd wirken. Wo aber das Proletariat organisirt ist, wo die wirthschaftliche und politische Entwicklung bereits weit vorgeschritten ist, dort wird der Föderalismus nur belebend wirken, dort wird er die Reaktion überwinden helfen. (Lebhafte Bravorufe.)

In diesem Jahre hat sich die Bourgeoisie zweimal an die nationale Frage gewagt: die Kirche in Rom und der Friedenskongreß im Haag. Beide wollten es zustande bringen, sie zu lösen, aber sie sind beide schmählich gescheitert, und die Versuche haben mit einer furchtbaren Blamage geendet. Beide haben sich als unfähig erklären müssen, diese Frage zu lösen. Es gibt nur eine einzige Macht in der Welt, die das im Stande ist, das ist die organisirte Arbeiterschaft. (Beifall.)

Für mich bedeutet dieser Parteitag noch etwas: Als ich nach Brünn kam und den Spielberg erblickte, jenes Gefängniß, in dem die österreichische Reaktion bekanntlich vor Jahren die italienischen Revolutionäre eingesperrt hielt, da erinnerte ich mich nicht bloß an die Märtyrer, die hier lebendig begraben wurden, da erinnerte ich mich an die italienischen Gefängnisse, wo unsere Genossen schmachten, die nicht mehr die österreichische, sondern die eigene nationale Reaktion verfolgt und bedrückt. Im Angesicht dieses Spielberges keimt in meinem Herzen die Begeisterung für die internationale Solidarität auf, die die Befreiung des Proletariats nicht nur Oesterreichs und Italiens, sondern der ganzen Welt herbeiführen wird. (Stürmischer, nicht endenwollender Beifall und Händeklatschen.)

(Nachmittagssitzung.)

Auf der Tagesordnung stehen zunächst die Berichte der nationalen Exekutiven. Von einer mündlichen Erstattung dieser Berichte wird abgesehen, da die Berichte gedruckt vorliegen.

In der Debatte bemängelt Salamander (Lemberg), daß das Blatt der jüdisch-polnischen Arbeiter nicht angeführt ist.

Krejci (Pilsen) beantragt, daß die Berichte bis zum heutigen Tage ergänzt werden. Nachdem Krapka dagegen gesprochen, wird der Antrag abgelehnt.

Karpas beantragt, daß die Erstattung der Berichte über die Parteipresse, die Angabe der Auflage, unterbleibe. Wird abgelehnt.

Krejci stellt folgenden Antrag: Der Bericht der Gesammtexekutive soll eine vollkommene Uebersicht über den Stand der Zeitschriften, über die Thätigkeit und die Personalien der Partei enthalten. (Angenommen.)

Smitka beantragt, daß dem Kassier der Gesammtexekutive das Absolutorium ertheilt werde.

Dr. Ellenbogen dehnt den Antrag dahin aus, daß dieses Absolutorium der Gesammtexekutive ertheilt werde. (Einstimmig angenommen.)

Ueber die **politische Lage und Taktik** der Partei referirte sodann Genosse **Dr. Adler.**

Wenn die sozialdemokratische Partei eine Partei wäre, die ihre Taktik danach einrichtet, wie gerade der Wind weht, müßten wir mit dem Punkt „Taktik" warten zumindest bis ans Ende der Woche, denn vorläufig weiß man in Oesterreich überhaupt nicht, woher der Wind weht: in diesem Moment vollständiger Rathlosigkeit der offiziellen politischen Kreise des Landes, wo der Zusammenbruch der bisherigen Regierung, wo der Bankerott in einer Politik, unter die seit mehreren Jahren Oesterreich gebeugt wurde, offenkundig ist, wo die politische Zukunft dieses Landes ein Fragezeichen ist. Zum Glück ist die Sozialdemokratie nicht eine Partei, die ihre Losungen von dem Tage empfängt. Ja, sie ist nicht einmal eine Partei, die davon abhängt, ob wir in Oesterreich ein geordnetes politisches Leben haben oder nicht. In diesem Moment zerbrechen sich die Bürgerlichen wie die Feudalen die Köpfe darüber, wie man aus diesem Oesterreich noch etwas Vernünftiges machen kann, und wie die einzelnen Parteien dabei noch kleine Vortheile erringen könnten. Das Problem, um das es sich handelt, die lebendigen Kräfte des Landes so zu organisiren, daß sie das Land regieren können, wie die deutsche und tschechische Bourgeoisie zusammen das Land regieren können: dieses Problem wird auch in diesem schweren Moment nicht gelöst werden. Die tiefe Spaltung, die furchtbare Feindseligkeit, die aufgehäuft wurde zwischen den bürgerlichen Parteien der Deutschen und Tschechen, macht es unmöglich, daß wir zu einem geordneten parlamentarischen Wesen in Oesterreich kommen. Wenn die Offiziellen, denen von Gottes Gnaden anvertraut ist, Oesterreich zu regieren, einen Blick hätten für offenkundige Thatsachen, so müßten sie von der Rathlosigkeit, die heute in Wien herrscht, hieher sehen nach Brünn in das „Arbeiterheim". Es gibt kein Heim für die Zukunft Oesterreichs, als dieses „Arbeiterheim", wo alle arbeitenden Völker dieses Landes zu friedlicher, ersprießlicher Arbeit versammelt sind, und zwar, was das Wichtigste ist, in gegenseitigem festen Zutrauen zum guten Willen, zur guten Absicht, zur wirklichen Liebe, die wir einander entgegenbringen. Es gibt keine menschliche Gemeinschaft, wo es nicht Streit geben kann; auch wir werden hier streiten, aber der Streit bei uns verwüstet nicht, er baut auf. Der Streit bei uns wird geführt von der Grundlage, gemeinsam dasselbe zu wollen. Der Streit in Oesterreich ist aber darum unfruchtbar und ewig, weil in Oesterreich keine zwei Völker dasselbe wollen. Wenn die Völker einen gemeinsamen Gedanken haben in Oesterreich, wenn sogar die offiziellen Parteien, die ihren Patriotismus am meisten rühmen, Eines gemeinsam haben, so ist es der, daß sie dieses Oesterreich nicht wollen.

Werfen wir zunächst einen Blick auf das, was die Partei in den letzten Jahren zu thun hatte. Seit den letzten zweieinhalb Jahren haben wir ein regelmäßiges, politisches Leben wie die anderen Länder nicht gehabt. Wir sind mit der neuen Wahlordnung in eine Krise eingetreten, deren Charakter sich heute noch schwer bestimmen läßt. Sie ist gewollt und gemeint von den Herrschenden als reaktionäre Krise, sie ist von uns gewollt und gemeint und wird hoffentlich von uns zu diesem Ende geführt werden als revolutionäre Krise. Wenn wir sagen revolutionäre Krise, so meinen wir: Wir wünschen gar nicht und können nicht wünschen, daß ein fauler Friede mit der überlebten Form hergestellt werde, wir

können nicht wünschen, daß zusammengeleimt werde, was sich nicht mehr leimen läßt; wir wollen, daß zugrunde gehe, was nicht mehr lebensfähig ist, wir wollen das, was da stürzt, auch noch stoßen, daß es falle. (Bravo!) Alle diese Versuche, die von den verschiedenen Ministerien gemacht wurden, sind in dem sogenannten konservativen Interesse gemacht worden. Konservativ heißt in diesem Lande nichts Anderes als: Unhaltbares halten zu wollen. Die Sozialdemokratie hatte nun naturgemäß neben diesem politisch-revolutionären Interesse noch ein anderes Interesse, das einzige wirklich konservative Kulturinteresse, daß die Völker, die in diesem Lande und belastet mit der Geschichte dieses Landes zu leben verdammt sind, nicht mit zugrunde gehen. Die Thätigkeit der Partei während dieser kritischen Zeit war also naturgemäß nach diesen zwei Richtungen bestimmt.

Wenn ich von „konservativ" rede, fällt mir jener famose Witz der Geschichte ein, daß man uns Sozialdemokraten zu verschiedenen Zeiten beschimpft hat als „k. k. Sozialdemokraten". Ein famoser Witz darum, weil es unerhört ist und in keinem Lande und zu keiner Zeit vorgekommen ist, daß man zu einem Schimpfwort macht, was man sonst Patriotismus nennt. Die deutschen Parteigenossen, das sind die Vaterlandslosen, die französischen, das sind die Vaterlandslosen, wir selbst wurden ja ebenfalls zu Zeiten als „Vaterlandslose" gebrandmarkt. Ueberall gilt es als Schimpf, wenn man nicht die politische Organisation will, in der man lebt. In Oesterreich sind wir heute so weit, daß als größter Schimpf gilt, daß man ein guter Patriot ist! Wenn das eine Beschimpfung ist, wenn das ein Tadel sein soll, dann gestehen wir hier frank und frei: wir wissen uns frei von der Schuld, „k. k. Sozialdemokraten" zu sein. Wir behaupten aber, es gibt in Oesterreich noch andere Interessen zu vertreten und die Buchstaben „k. k." decken nicht alle Interessen der Völker.

Die Partei hat das parlamentarische Leben durch die Obstruktion nicht gestört, so lange halbwegs etwas von dem Wesen eines Parlaments vorhanden ist, sie hat aber in demselben Moment mit aller Wucht eingegriffen, wo wir nicht nur einen Scheinparlamentarismus — der war ja immer so —, aber wo man die Lüge des Parlaments, ja der Technik des Parlaments, eine physikalische Lüge vor sich gehabt hat, nicht nur eine politische Lüge. Die Sozialdemokraten haben im Jahre 1897 während der ganzen Herbstzeit sich der parlamentarischen Obstruktion gegenüber höchst zurückhaltend benommen, sie haben gewiß kein Interesse an dem Bestande des Ministeriums Badeni gehabt, aber sie haben auch gar kein Interesse gehabt an der Obstruktion, die damals geübt wurde, nicht weil dem Parlament der Boden entzogen war, sondern weil man sich die Sprachenverordnungen nicht gefallen lassen wollte. Es sei mir gestattet, unsere Stellung zu den Sprachenverordnungen und zu ähnlichen Fragen, die sich daran knüpfen, darzulegen. Wir haben, als die Sprachenverordnungen erlassen wurden, in einem offiziellen Dokument durch unsere Abgeordneten niedergelegt, daß wir mit der Erlassung der Sprachenverordnungen nicht einverstanden sein können, weil sie etwas durch die Verordnungsgewalt der Regierung feststellen, was einzig und allein Sache des Parlaments sein kann. Die Sprachenverordnungen an sich sind bereits ein Verfassungsbruch gewesen; wir sind weiter der Ansicht, daß der Inhalt der Sprachenverordnungen zum guten Theil einfach festgestellt hat, was für die slavische Bevölkerung nothwendig ist, daß aber durch die Art, wie diese an und für sich nothwendige Maßregel der Bevölkerung, nicht als von ihr gewollt, dargeboten wurde, schon die Sozialdemokraten gezwungen waren, in der schärfsten Weise auch gegen diese Sprachenverordnungen Stellung zu nehmen. Unsere Fraktion hat gegen die Verhängung der Sprachenverordnungen protestirt. Heute stellt sich nun die merkwürdige Situation dar, daß die Sprachenverordnungen aufgehoben werden sollen, daß es auch verlautet, die Jungtschechen würden mit sich reden lassen und sogar die Aufhebung der Sprachenverordnungen gutwillig schlucken. Das Resultat wird sein, daß die jungtschechische Partei, die sich eine demokratische, eine nationale Partei nennt, die Interessen aller Völker Oesterreichs, nicht nur ihre eigenen, auf das schmählichste verrathen hat, daß sie der Regierung unerhörte Knechtesdienste geleistet hat, daß sie dem alten zentralistischen Oesterreich ihre Ehre, ihre Reputation geopfert hat, unter dem Vorwand

nationaler Errungenschaften, in Wahrheit aus Ehrgeiz, aus Streberei, aus Herrschsucht, aus Machtkitzel, und daß der letzte Vorwand, das schleißige, schäbige Feigenblatt, das ihren Verrath zudecken soll, jetzt zerrissen wird. Es wird sich herausstellen, daß die Jungtschechen sich umsonst prostituirt haben. (Sehr gut!) Werthe Genossen! Die Stellung, die die Partei zur Frage der Sprachenverordnungen einnimmt, wurde im ersten Moment in gleicher Weise von den nationalen tschechischen und von den nationalen deutschen Parteien angegriffen. Die Deutschbürgerlichen behaupteten, daß die Sprachenverordnungen ihrem Inhalt nach für sie absolut unerträglich seien. Jetzt bestehen die Sprachenverordnungen eine geraume Zeit, und man zeige mir doch jene Punkte, wo diese Verwüstungen im Leben des deutschen Volkes zu sehen sind, die durch die Sprachenverordnungen herbeigeführt worden sein sollen. Ich weiß wohl, die Sprachenverordnungen sind vielfach höchst ungerecht gegen die Deutschen, sie enthalten überflüssige Härten. Das ist sicher. Aber wenn wir harte und ungerechte Gesetze immer zum Anlaß nehmen würden, Obstruktion zu treiben, würde die Obstruktion nie aufgehört haben. Heute handelt es sich um eine Machtfrage: ob die Deutschen im Bunde mit den Klerikalen und Polen oder die Tschechen mit den Klerikalen und Polen Oesterreich beherrschen sollen.

Als das Ministerium Thun kam, stand es vor der Aufgabe, es solle den Ausgleich mit Ungarn im Parlament auf legale Weise durchsetzen. Unsere Industriearbeiter haben durchaus kein Interesse, daß Zollinien zwischen Oesterreich und Ungarn aufgerichtet werden, ebensowenig wie die ungarischen Landarbeiter. Daraus folgt aber nicht, daß man Oesterreich gebunden an die ungarische Bourgeoisie und den ungarischen Grundadel ausliefern muß. Thun konnte nicht mehr den parlamentarischen Ausgleich machen. Wir hätten es allerdings gewünscht, daß der Ausgleich im Parlament zur Abstimmung käme, daß die klerikalen Bauern, daß die Jungtschechen, daß die Polen auftreten und Ja! sagen zu diesem Ausgleich. (Sehr richtig!) Wir haben sie zwingen wollen, Farbe zu bekennen, und darum haben wir die Obstruktion im vorigen Herbst für einen groben Fehler gehalten. Aber die bürgerliche Opposition ist der Regierung auf den Leim gegangen, sie hat die Obstruktion in dem Moment wieder aufgenommen, wo sie der Regierung am angenehmsten war.

Der Dr. Kaizl, der alte Demokrat, hat das zustande gebracht, was früher unmöglich schien. Man hätte den ganzen Ausgleich oktroyiren können, und außer den Sozialdemokraten hätte sich wenig in Oesterreich gerührt. Die Masse des Volkes aufzurühren, dazu bedurfte es der staatsmännischen Einsicht des Finanzministers Kaizl, der, offenbar aus demokratischer Ueberzeugung, der Volksmasse an ihrem eigenen Leibe zeigen wollte, was so eine Verfassungsauslegung bedeutet. Wenn die ganzen Verfassungswirren den breiten Massen fremd blieben, die Zuckersteuer ist verstanden worden. Dafür sind wir dem Demokraten Kaizl dankbar. (Heiterkeit und Beifall.) Wir haben den Kampf mit aller uns zu Gebote stehenden Schärfe geführt. Es gibt hier viele, denen die Partei das einemal zu schläfrig, das anderemal zu aufgeregt war. Das Ministerium Thun existirt heute nicht mehr. Ich glaube, daß das selbst jene befriedigen wird, denen die Partei zu wenig Eifer bewiesen hat.

Ebenso scharf wie gegen die Regierung mußten wir uns auch gegen die oppositionellen Parteien wenden. Die augenblickliche Lage hat es mit sich gebracht, daß ein Theil der bürgerlichen Parteien mit uns in einer Front stand. Früher waren es die Jungtschechen, und sie sind bald verschwunden, später wurden es die Deutschbürgerlichen. Auch die werden verschwinden, wenn man sie nur zu kaufen weiß. Aber auch während der Zeit, da sie mit uns in einer Front standen, haben sie in der frechsten und dümmsten Weise gegen uns gehandelt. Während wir im vordersten Treffen gegen die Regierung standen, wurden wir von den Deutschnationalen in der schmählichsten Weise angegriffen, und daß wir ihnen nach Gebühr heimgezahlt haben, versteht sich von selbst.

Welches Ministerium jetzt kommen wird, ist schwer zu sagen. Die Nationen Oesterreichs lassen sich schwer unter Einen Hut bringen, aber unter den Jesuitenhut sind sie überhaupt nicht mehr zu bringen. (Richtig!) Mögen die

bürgerlichen Parteien jeder Nation an die Schwarzen ihre politischen Seelen verkaufen, die Arbeiter werden es nicht thun. (Beifall.)

Unsere Haltung in Zukunft wird sein, daß wir jedem Versuch, mit Scheinkonstitutionalismus zu regieren, entgegen treten werden, nicht indem wir durch Obstruktion das Parlament mechanisch zum Stillstand bringen, sondern indem wir die lebende Kraft des Volkes aufrufen, indem wir an alles, was politisch fühlt, indem wir an die Arbeiter appelliren und so dieses alte Oesterreich ad absurdum führen. Die Taktik, die wir bisher verfolgten, werden wir auch in Zukunft befolgen. Wir haben keine anderen Interessen als die Interessen der Arbeiterklasse. Diese wirthschaftlichen und kulturellen Interessen der Arbeiter sind für alle Nationen dieselben, und weil wir dasselbe Interesse haben, darum können wir in diesem durch nationale Zwistigkeiten zerrissenen Lande einheitliche sozialdemokratische Politik machen. (Stürmischer, anhaltender Beifall.)

Dr. **Morgenstern** (Sternberg) erklärt, er gehöre zu jenen, denen die Thätigkeit der Partei in der verflossenen Zeit zu schläfrig gewesen sei. Alle Beschlüsse der früheren Parteitage seien gewissermaßen illusorisch gemacht durch die lahme Haltung der Parteivertretung und dadurch, daß man gerade jenen Moment, wo die Massen im Flusse waren, unbenützt verstreichen ließ. Der Erfolg des von der Parteivertretung herausgegebenen Flugblattes habe nicht die Opfer an Geld und Zeit aufgewogen. Das sei auch nicht das geeignete Mittel, um solchen absolutistischen Experimenten ein- für allemal den Boden zu untergraben. Der Redner müsse daher der Parteivertretung den Vorwurf machen, daß die Partei in den letzten zwei Jahren nicht jene Fortschritte gemacht habe, die sie hätte machen müssen. Auf sich allein gestellt, sei die Partei zu schwach, die Demokratisirung der Verfassung durchsetzen zu können. Voraussichtlich werde im Parlament auch die Indemnität zur Sprache kommen und mit dem Ministerium die große Abrechnung gepflogen werden. Diese Abrechnung durch eine Bewegung außerhalb des Parlaments zu unterstützen, werde Aufgabe der Partei sein.

Abgeordneter **Berner**: Ich gehöre nicht zu jenen Geistern, die stets verneinen; trotzdem will ich es wagen, heute ein Ketzer zu sein, indem ich mich nicht auf den Standpunkt des Referenten stelle, daß wir hauptsächlich eine abwartende Haltung einnehmen sollen. Ich glaube im Gegentheil, daß wir in die Offensive überzugehen, daß wir den Kampf in das feindliche Lager hineinzutragen haben. Schon zu lange haben wir die Politik des Zuwartens betrieben. Wir haben gewartet, bis die Regierung die Verzehrungssteuer dekretirte, und dann haben wir unsere Protestversammlungen begonnen. Ich habe aber die Parteivertretung schon im Dezember vorigen Jahres dazu getrieben, sie möge gegen die Verzehrungssteuern energischen Protest erheben. Nun hat es sich getroffen, daß die Arbeiterschaft, die zu den rückständigsten gehört, jene von Mährisch-Ostrau, die erste Protestkundgebung auf der Straße im Juli dieses Jahres veranstaltet hat. Erst als die Steuern oktroyirt waren, haben die übrigen Versammlungen stattgefunden. Das wird uns nicht mit Unrecht von den Gegnern vorgeworfen. Ich bestreite weiter, daß sich die gegenwärtige österreichische Politik nur um die Nationalitätenfrage dreht; für die österreichische Arbeiterschaft bilden die wirthschaftlichen Fragen den Mittelpunkt. Wir dürfen uns von der Bourgeoisie nicht ins Schlepptau nehmen lassen, indem wir anfangen, uns mit der Zungenfrage zu beschäftigen. Wenn auch das angedrohte Ministerium Liechtenstein kommt, stehen wir nicht vor der Frage: Klerikalismus oder nicht?, sondern vor der Frage: Feudalismus oder Demokratie? Die Entscheidung dieser Frage bildet die Voraussetzung für die Lösung aller anderen, und wir hätten daher mit allem Nachdruck dahin wirken müssen, daß Oesterreich sich im Sinne der Demokratie entwickle, und in allen Versammlungen vor allem die Einführung des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechtes verlangen müssen, das der einzige Schlüssel zur Lösung der gegenwärtigen Schwierigkeiten ist. (Bravo!)

Abgeordneter **Daszynski**: Wenn wir die Bedingungen unserer Taktik zu diktiren hätten, so würden wir diese Form längst ausgestrichen und die Bourgeoisie vernichtet haben. (Sehr richtig!) Es ist die ganze Kunst und Nüchternheit der sozialdemokratischen Partei dazu nöthig, um das zu leisten, was sie geleistet hat. Die Partei hat in den Jahren 1896/97 eine ganz kolossale Aufklärungsarbeit verrichtet. Es ist aber auch nicht richtig, daß wir auch nur einen Augenblick

von der demokratischen Losung abgewichen sind, und es ist eine Phrase, wenn gesagt wird, daß in diesem Staate zuerst die Demokratie nothwendig sei. Wir sind eine Volkspartei, jede unserer Regungen ist demokratisch. Die Bedingungen, unter denen wir leben, sind uns aufgedrungen; jahrelang haben wir an der nationalen Frage nicht rütteln wollen. Es sind die tschechischen Genossen gezwungen worden, die nationale Frage zu einem Kernpunkt ihrer Bewegung zu machen, um die national sich geberdenden Jungtschechen bekämpfen zu können. Das ist die Brandfackel, die wir in das Lager unserer Feinde geworfen haben, und ich begreife den Vorwurf des Genossen Berner nicht, wenn er sagt, wir hätten die nationale Frage leichtfertig heraufbeschworen. Die Mahnung des Genossen Dr. Morgenstern, wir sollten den Wahlrechtskampf wieder auffrischen, kann ich nur mit dem Hinweis auf die Wahlrechtskämpfe in Wien und bei den Landtagswahlen beantworten. Künstlich kann man so große Volksbewegungen wie jene im Jahre 1893 nicht hervorrufen. (Lebhafte Zustimmung.) Das vermag vielleicht ein großer Hexenmeister wie der Abgeordnete Berner. (Heiterkeit.) Um Ihnen zu zeigen, wie schwierig es ist, die Taktik im allgemeinen festzustellen, will ich Sie auf eine Frage verweisen, die in der letzten Woche lebhaft ventilirt worden ist, die Frage, ob wir die Delegationswahlen zulassen sollen oder nicht. Sie werden mir ja gestehen, daß das eine taktische Frage ersten Ranges ist. Ich frage Sie, haben Sie den Muth, zu bestimmen, daß die Delegationswahlen unter allen Umständen zu verhindern seien? Es ist ja gewiß ausgeschlossen, daß der Verband so einfältig wäre, das Gebotene oder das Vernünftige nicht zu thun. Wir müssen daher an Sie appelliren, uns das Vertrauen zu schenken, daß wir mit Rücksicht auf die gegebenen Verhältnisse immer und immer nur die alte sozialdemokratische Taktik einschlagen werden. Allerdings halten wir es für nothwendig, in dieser Zeit der allgemeinen Verwirrung zu betonen, daß wir uns nie und nimmer eine Wiederholung jener Vorgänge gefallen lassen werden, wie sie unter Badeni und Thun beliebt wurden. Wir werden auch nie und nimmer dulden, daß sich der Klerikalismus als Retter der Völker Oesterreichs aufspiele. Wir werden den begonnenen Kampf gegen das alte, verfaulende System unnachsichtlich weiterführen. (Lebhafter Beifall.)

Die Verhandlung wird um 6 Uhr abgebrochen.

Zweiter Verhandlungstag.

Vormittagssitzung (Beginn 9 Uhr 15 Minuten).

Vorsitzender **Popp** eröffnet die Sitzung.

Die Debatte über die politische Lage und Taktik wird fortgesetzt.

Schuhmeier (Wien): Ich muß dem Vorwurf der Genossen Dr. Morgenstern und Berner entschieden entgegentreten, als ob im abgelaufenen Jahre nichts gearbeitet worden wäre. Es ist vielmehr noch in keinem Jahre so viel geleistet worden als gerade im verflossenen Berichtsjahre. Hätte sich Dr. Morgenstern auch nur eine Stunde Zeit genommen, die Berichte der einzelnen Exekutiven zu lesen, so hätte er finden müssen, daß in Wien, daß in Steiermark, in Salzburg, auch in Mähren viel gekämpft wurde. Dr. Morgenstern möchte am liebsten Steuerverweigerung haben. Ja, sollen wir vielleicht die indirekten Steuern verweigern und sollen die Arbeiter auf den Bissen Brot verzichten, nur um die Mährisch-Schönberger zu befriedigen? Die direkten Steuern aber werden nur zum geringsten Theile von uns gezahlt, viel mehr von den bürgerlichen Parteien. Genosse Berner meint, daß wir über die Verzehrungssteuer zu wenig gesprochen haben, und daß er angeblich der Erste war, der im Juli in Ostrau darüber eine Versammlung abgehalten hat. Nun, wer die Parteiblätter liest, wird finden, daß Berner ein halbes Jahr zu spät aufgestanden ist. (Heiterkeit.) Berner wirft uns vor, daß wir uns in der letzten Zeit nur in der Nationalitätenfrage verloren haben. Das wäre aber höchstens ein Vorwurf den tschechischen Genossen gegenüber (Widerspruch seitens der tschechischen Genossen), und die mögen es sich mit Berner selbst ausmachen, ob der Vorwurf berechtigt ist. Daß heute über die Nationalitätenfrage gesprochen werden muß, liegt nicht im Belieben der Partei, sondern in den Verhältnissen, ob es nun Berner konvenirt oder nicht. Wenn die beiden Genossen erklären, es hätte dies und jenes geschehen können, so hätten sie selbst Gelegenheit gehabt, der Partei als leuchtendes Beispiel für Mehrarbeit voranzugehen. Genosse Dr. Adler meinte gestern, es sei im gegebenen Moment schwer, die Taktik der Partei zu bestimmen. Ja, deshalb tagt doch der Parteitag, damit wir gegen Eventualitäten rechtzeitig gerüstet sind und unseren Parteigenossen draußen eine feste Richtschnur geben können. Wenn es sehr wahrscheinlich ist, daß wir ein feudal-klerikales Ministerium bekommen werden, so müssen wir heute schon die Parole ausgeben: Kampf bis aufs Messer seitens der sozialdemokratischen Partei, denn der Klerikalismus ist die größte Gefahr für die österreichische Arbeiterschaft. (Lebhafte Zustimmung.)

Zeller (Teplitz): Wenn Dr. Morgenstern meint, daß die Erhöhung der Zuckersteuer nicht erfolgt wäre, wenn mit den Demonstrationen früher eingesetzt worden wäre, faßt er das wohl etwas falsch auf; denn für Demonstrationen müssen sich die Leute auch erwärmen; man kann sie nicht künstlich hervorrufen. Wir hätten nicht im März demonstriren können gegen die Zuckersteuer, die im August ins Leben trat. Auch ich bin der Meinung, daß mit den Demonstrationen etwas zu spät eingesetzt wurde, aber wir müssen für die Parteivertretung den Milderungsgrund gelten lassen, daß sie in Wien einen schweren und auch erfolgreichen Kampf gegen die Wiener Luegerei zu führen hatte. Es ist aber Pflicht der Parteivertretung, nicht nur die Wiener Verhältnisse, sondern die des ganzen Reiches zu berücksichtigen. Wenn Schuhmeier meint, daß die bürgerlichen Parteien die Steuern hätten verweigern können, so hätten ja diese radikalnationalen Gemeindevertretungen insbesondere bei der Rekrutenaushebung ihre Opposition bethätigen können. Das Schlagwort der „Steuerverweigerung" können wir nicht in die Massen werfen, denn Taktik läßt sich nicht mit Schlagworten machen. Schuhmeier verlangt, wir sollen schon jetzt den Kampf gegen jedes zukünftige Ministerium erklären. Das

wissen wir Sozialdemokraten ohnehin; wir werden auf alle Fälle die sozialdemokratische Taktik beobachten, müssen sie aber auch nach der Taktik der Gegner einrichten. (Beifall.)

Spera (tschechisch): Der Vorwurf des Genossen Berner scheint mir denn doch nicht so unbegründet, wie hier behauptet wird. Es ist wahr, daß nicht nur diesmal, sondern auch schon bei anderen Gelegenheiten die Partei zu spät gekommen ist. Ich messe die Schuld gewiß nicht ausschließlich den Abgeordneten und der Parteivertretung zu. Aber ich glaube doch, es wäre nöthig, daß die Parteivertretung mit den Demonstrationen schon einsetzt, wenn eine derartige Vorlage angekündigt wird, nicht erst, wenn sie schon durchgeführt ist. Was die Flugblätter betrifft, muß ich den Vorwurf erheben, daß sie nicht deutlich und populär genug waren. Die Flugblätter sind nicht für die gebildeten Genossen, sondern für die breiten Massen, die sich in diesen Dingen nicht auskennen. Es wäre auch angezeigt, für das allgemeine Wahlrecht wieder eine intensivere Bewegung einzuleiten. Von der „höheren Politik" verstehen die „gewöhnlichen" Leute nicht zu viel, sie wollen außer von ihr auch von solchen Sachen hören, die sie mehr angehen. Wir würden dadurch auch frische Kräfte aus dem Volke ziehen können. (Beifall.)

Hanusch (Sternberg): Das von der Parteivertretung herausgegebene Flugblatt hat in der Provinz nicht entsprochen. Wir versprechen uns von einem Flugblatt mehr, wenn es ein konfiszirtes Blatt ist. (Heiterkeit. Schuhmeier: Woher sollen wir denn das bekommen?) Ob die Genossen wegen des § 23 oder 24 angeklagt werden, bleibt sich gleich. (Widerspruch.) Den Ausführungen der Genossen Berner und Dr. Morgenstern kann ich nicht zustimmen. Wir haben ja schon seit zwei Jahren in den Versammlungen über die Steuern gesprochen und den Leuten vorgehalten, für welche unproduktive Zwecke diese Steuern eingehoben werden sollen. Trotz alledem ist die Bevölkerung kühl geblieben, weil das österreichische Volk erst dann aufgerüttelt wird, wenn es in die Tasche greifen muß. (Sehr richtig!) In dieser Hinsicht kann also der Parteivertretung kein Vorwurf gemacht werden. Dagegen halte ich es für einen taktischen Fehler, wenn sich die Genossen an manchen Orten von den Phrasen der Radikalnationalen hinreißen lassen und mit dieser Partei theilweise Hand in Hand gehen. Dadurch wird gegenüber den indifferenten Arbeitern der Parteicharakter verwischt. Hier sollte die Parteivertretung eingreifen und dahinwirken, daß derartige Kompromisse nicht mehr vorkommen.

Resel (Graz): Aus dem Referat des Dr. Adler habe ich entnommen, daß wir eine sozialdemokratische Taktik einhalten werden. Das ist hübsch; aber wir haben doch ein Recht darauf, etwas Näheres darüber zu erfahren. Das andere, was wir von ihm gehört haben, ist, daß wir uns nicht unter den Jesuitenhut bringen lassen. Auch das ist wohl verflucht wenig. Es liegen uns bestimmte Fragen vor, zu denen Stellung genommen werden muß. Und die Besprechung unserer Taktik muß sich nach zwei Richtungen bewegen. Erstens: Haben wir alles angewendet, was nöthig war? Zweitens: Haben wir solche Mittel angewendet, die geeignet sind, die Bevölkerung zu gewinnen? Ich will nicht darauf eingehen, ob das Aufgeben der Obstruktion nöthig war. Aber auf Eines muß ich doch verweisen. Als die ersten § 14-Verordnungen erlassen wurden, hat sich in der Partei nichts gerührt. Die Parteivertretung hat vollständig geschwiegen, erst nach und nach hat sich eine Bewegung entwickelt, aber nicht, weil die Parteivertretung etwas dazu gethan hätte, sondern weil die Erregung in der Bevölkerung immer mehr angewachsen ist. Wir haben eine hübsche Bewegung gegen den § 14 bekommen ohne Zuthun der Parteivertretung. Man hat erklärt, daß die schärfsten Maßregeln gegen das Ministerium Thun ergriffen werden, bis das Parlament zusammentritt. Wir haben uns allmälig an diese scharfen Maßregeln, die kommen werden, gewöhnt. (Heiterkeit.) Jetzt stehen wir vor einer vollständig neuen Situation, wo wir gar nichts zu sagen wissen. Das Ministerium ist weg. Alle fragen: „Was werden wir nun thun?" Und die Antwort ist: „Sozialdemokratische Taktik einhalten." Wir wissen, daß sich große Bewegungen nicht machen lassen, aber voraussehen muß man sie wenigstens können; es mußte vorausgesehen werden, daß diese Bewegung kommen werde. Das Ganze, was man in weiser Voraussicht gethan hat, war das Flugblatt, das denn doch nicht das Lob verdient, das ihm im Parteibericht zutheil wird.

Nemec (Prag): Daszynski hat gestern in seiner Polemik gegen Berner behauptet, daß es die Tschechen waren, die die nationale Frage in die Partei gebracht haben. Das ist nicht wahr. Was die tschechischen Sozialdemokraten gethan haben, hat nur das gegenseitige Verhältniß der einzelnen Organisationen innerhalb der Partei betroffen. Es wurde ferner darüber gesprochen, was die gemeinsame Exekutive machen sollte. Meiner Ansicht nach — und ich habe einen Einblick in die Thätigkeit der Exekutive — hat die Exekutive ihre Taktik ganz richtig beobachtet. Wohl aber kann man dies von manchem Parteigenossen nicht sagen. So der Abgeordnete Resel, der einer von Jenen war, die der Partei am meisten geschadet haben, der sogar ein Begrüßungsschreiben an eine deutschnationale Versammlung geschickt hat. Man darf sich mit den Deutschnationalen nicht so weit einlassen, daß manchmal schwer der Unterschied zwischen den Sozialdemokraten und den Deutschnationalen gezogen werden kann. (Widerspruch des Abgeordneten Resel.) Die Frage ist also die, ob sich die einzelnen Organisationen immer so benommen haben, wie sie hätten sollen. Es ist wahr, daß nicht in jedem Lande bis auf das letzte i-Tüpferl die gleiche Taktik beobachtet werden kann. Wir in Prag konnten zum Beispiel nicht gegen die Luegerei auftreten. Wir haben unsere eigene Luegerei. Wenn uns der Vorwurf gemacht wurde, daß wir unter dem Druck der Jungtschechen Verschiedenes thaten, was wir nicht hätten thun sollen, so ist das nicht richtig. Schärfer ist gegen die nationalen Parteien wohl niemand aufgetreten als wir. und nirgends wurde die Sozialdemokratie mit solchen Mitteln bekämpft, wie bei uns. Wir haben erklärt, je entschiedener wir die bürgerlichen Parteien von uns abwehren, desto besser ist es uns gegangen. Anfangs gab's wohl schwere Kämpfe, aber schließlich haben wir doch gesiegt. Gefährlich aber ist es, wenn die Grenzlinie gegenüber den anderen Parteien etwas schwankend geworden ist. Wir haben auch radikale Parteien bei uns. Unter den Fortschrittlern sind Leute, die uns viel näher stehen als den deutschen Genossen die Deutschnationalen, und doch haben wir es verstanden, die Herren ganz energisch von uns fernzuhalten. Man kommt wohl oft dazu, mit den bürgerlichen Parteien denselben Gegner bekämpfen zu müssen. Aber wir dürfen mit ihnen nie in nähere Berührung treten, als unbedingt nöthig ist. Wir können denselben Kampf führen wie sie, aber getrennt von ihnen. Wenn wir also unsere Taktik revidiren, so sollen wir weniger revidiren, was die Exekutive gethan hat, als was die Parteigenossen und besonders was die einzelnen nationalen Organisationen gethan haben.

Dr. Morgenstern (Mährisch-Schönberg): Aus der Lebhaftigkeit der Abwehr, die meine Ausführungen hervorgerufen haben, läßt sich schließen, daß ich doch nicht so ganz Unrecht gehabt habe. Mir handelt es sich weniger darum, die Fehler der Vergangenheit zu rügen, als darum, daß sie in Zukunft vermieden werden, und mein Vorwurf ging vor allem dahin, daß die zweieinhalb Jahre Absolutismus nicht so ausgenützt worden sind, daß wir derartige Fortschritte gemacht hätten, wie wir sie zum Beispiel in Belgien sehen. Die radikale Stimmung der Bevölkerung hätte dazu ausgenützt werden sollen, die Nothwendigkeit einer Wahlreform immer in den Vordergrund zu rücken. Die Behauptung, daß wir jetzt vor einer neuen Situation stehen, ist unrichtig. Die § 14-Verordnungen bestehen weiter, und jedes neue Ministerium übernimmt die Verantwortung hiefür. Daß unsere fünfzehn Abgeordneten die Delegationswahlen auf die Dauer nicht verhindern können, ist selbstverständlich. Aber es kann dafür gesorgt werden, daß die Delegationswahlen nicht eher zur Verhandlung gelangen, bevor nicht mit dem Ministerium gründliche Abrechnung gepflogen sein wird. Wenn der Parteitag dies ausspricht, so ist damit zugleich die Direktive für unsere Abgeordneten gegeben. Nicht entsprechend wäre es, gegen das gegenwärtige System und für das Wahlrecht den Kampf länderweise zu führen. Wir in der Provinz können nur schwer etwas unternehmen. Wir haben keine Presse, und das Zentralorgan berichtet darüber nicht immer, wenn in der Provinz etwas geschieht. Wir sind also nicht in der Lage, eine selbstständige Taktik einzuschlagen, und müssen auf die Beschlüsse des Parteitages warten. Was die Steuerzahlung betrifft, so wäre es ganz leicht gewesen, daß jene Leute, die mehr als 10 Kilogramm Zucker haben, am 1. August die Steuer vorläufig nicht gezahlt hätten. Diese hätten dann die Möglichkeit gehabt, sich an den Verwaltungsgerichtshof zu wenden und eine gerichtliche Entscheidung herbeizuführen. Ein solches Vorgehen ist aber nur möglich, wenn die Sozial-

demokratie ihre Aufgabe wirklich erfüllt, die dahin geht, alles zu versuchen, um die Verhältnisse in ihrem Sinne zu leiten. Mit nationalen Phrasen allein wird dieses Ziel aber nicht erreicht. (Gelächter und ironischer Beifall.)

Prachensky (Innsbruck): Auch wir in Tirol waren mit der Taktik der Parteivertretung nicht immer ganz zufrieden. Die Taktik muß in den einzelnen Ländern nach den Verhältnissen eingerichtet werden. Wenn wir in Innsbruck auch theilweise mit den Deutschnationalen gegangen sind, so haben wir es besonders darum gethan, um gegen die Herrschaftsbestrebungen der Christlich-Sozialen und Klerikalen anzukämpfen. Unsere Deutschnationalen sind mir noch immer lieber als die Christlich-Sozialen, denn sie sind auch nicht so wie die Deutschnationalen in Böhmen. (Beifall.)

Schließlich beantragt Redner folgende Resolution:

Der Parteitag spricht der Gesammtparteivertretung und dem Verband sein volles Vertrauen aus und billigt die bisher eingeschlagene politische Taktik. Der energischeste Kampf gegen das feudal-klerikale Regime, das sogar den letzten Schein des Parlamentarismus frivol durch den § 14 erschlagen hatte, die Vertheidigung der konstitutionellen freiheitlichen Volksrechte, die auf alles gefaßte Abwehr der ruchlosen Attentate der klerikalen Volksfeinde gegen die Volksschule und die Entfaltung einer Massenbewegung zur Eroberung des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechtes in Staat, Land und Gemeinde bleibt auch für die Zukunft die vornehmste Aufgabe der Partei.

Der gegenwärtig in Oesterreich geführte Verfassungskampf muß bis an sein für das Volk siegreiches Ende geführt werden, und die Partei hat kein Interesse, sich mit einem Scheinfrieden und mit faulen Kompromissen zufriedenzugeben. Sie wird ihrem prinzipiellen Charakter getreu in jedem Moment ihre Taktik nach dem proletarischen Interesse des arbeitenden Volkes einrichten.

Auf Antrag des Genossen Barth (Gablonz) wird Schluß der Rednerliste angenommen.

Abgeordneter **Schrammel** (Aussig): Ich muß die Parteivertretung gegen den Vorwurf vertheidigen, daß die Frage der indirekten Steuern nicht gehörig und rechtzeitig besprochen worden wäre. Während der ganzen Zeit, als der Ausgleich mit Ungarn in Diskussion stand, wurde immer und immer wieder die Frage der 47 Millionen neuer indirekter Steuern in den Vordergrund gerückt. Man kann ja, wenn man will, unzufrieden sein mit den geringen Erfolgen, die wir aufzuweisen haben, man kann aber gewiß nicht unzufrieden sein mit der Thätigkeit der Partei. (Beifall.) Die Ausführungen des Dr. Morgenstern kann ich überhaupt nicht ernst nehmen. Oder sollen gar die Konsumvereine die Zuckersteuer „verweigern“? Nun, wir haben Gendarmen und Militär, und die Steuerkreuzer würden schon mit Bajonnetten herausgekitzelt werden. Man kann keine Revolution, man kann auch keine Demonstration beschließen. Besonders die Provinzgenossen waren erst dann für Demonstrationen zu haben, als sie die 6 kr. für das Kilo Zucker mehr zu bezahlen hatten. Bei der Taktik gegenüber den Deutschnationalen müssen wir damit rechnen, daß wir draußen in Böhmen Deutschnationale haben, die noch infamer und noch gewaltthätiger sind als die Christlich-Sozialen. Es steht fest, daß wir gerade in diesem Punkte die Beschlüsse des letzten deutschen Parteitages genau beachtet haben, und wer dies nicht gethan hat, möge sich selbst bei der Nase nehmen und nicht andere beschuldigen, zu wenig gemacht zu haben. Was wir in Zukunft machen werden, läßt sich im vorhinein nicht bestimmen, und auch jene Genossen, die an der Vergangenheit Kritik geübt haben, haben für die Zukunft nichts angegeben. Ich meine, daß Oesterreich noch nie eine andere als eine feudal-klerikale Regierung gehabt hat und wir unsere Taktik gegenüber den herrschenden Faktoren gar nicht zu ändern brauchen. (Beifall.)

Berner (Mährisch-Ostrau): Ich bin durchaus nicht dagegen, daß die Nationalitätenfrage auf dem Parteitag aufgerollt wurde. Ich muß mich aber dagegen wenden, wie der Referent die Sache behandelt hat. Die Nationalitätenfrage ist nur ein Stück einer größeren Frage, nämlich der Frage der Demokratie in Oesterreich, und darauf hat Dr. Adler nicht hingewiesen. Er hat insbesondere von dem allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrecht nicht gesprochen, und dieses ceterum censeo müssen wir an den Schluß aller unserer Ausführungen setzen. Vergeblich spähen wir aber danach in den Spalten unserer Blätter. (Zwischen-

ruf: In jeder zweiten Glosse!) Auf den Vorwurf, daß wir mit den Straßendemonstrationen gegen die Verzehrungssteuern zu spät gekommen sind, antwortet man mir: „Ja, wir agitiren schon seit 1896 dagegen.“ Man hätte gleich sagen können, Lassalle habe schon im Jahre 1860 gegen die indirekten Steuern geschrieben. Ich meine aber — und ich bin in dieser Meinung nicht allein geblieben —, wir haben nicht rechtzeitig und nicht scharf genug mit dieser Agitation eingesetzt. Ich sage nicht, daß die Parteivertretung unthätig gewesen ist, sie hat insbesondere in Wien sehr viel gemacht; aber dieser Kampf hat so viel Arbeitskraft vorweg genommen, daß sie für andere Fragen nicht mehr eintreten konnte. Es genügt nicht, daß wir auf dem Parteitag allgemein erklären, wir werden im sozialdemokratischen Sinne weiterarbeiten, sondern wir müssen die Agitation und die Aufmerksamkeit der Bevölkerung darauf lenken, daß sich Oesterreich in demokratischer Richtung zu bewegen habe und wir immer und immer wieder für das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht einzutreten haben. Die Zeit zur Aenderung des Wahlsystems für ganz Oesterreich ist jetzt da.

Zipfinger (Wien): Während beim ersten Punkt der Tagesordnung der Parteivertretung das Vertrauen einstimmig votirt wurde, wird jetzt bei Organisation und Taktik die Thätigkeit der Parteivertretung kritisirt. Vielen Genossen hat die Parteivertretung zu wenig gemacht; wir in unserem Wahlkreise müssen aber konstatiren, daß die Parteivertretung und die Parteipresse manchmal sogar zu scharf vorgegangen sind. Denn thatsächlich ist das österreichische Volk gegen das politische Unrecht schon abgestumpft, es stößt sich nicht mehr an Kleinigkeiten, und es war kein Wunder, daß die Regierung die § 14-Verordnungen herausgeben konnte, ohne daß die großen Massen des Volkes einen intensiven Widerstand dagegen geleistet hätten. Die Parteipresse hat alles gethan, um die Massen in Bewegung zu setzen, aber es war nicht möglich und erst als die Zuckersteuer oktroyirt wurde, wurde das Volk aufgerüttelt. Es ist auch nicht richtig, daß die Parteivertretung für das ganze Reich nicht gleichmäßig gearbeitet habe; denn die intensive Thätigkeit in Niederösterreich ist zu 90 Perzent der Landespartei zu verdanken. Bezüglich der Taktik stimme ich den Genossen Adler und Daszynski bei, daß wir zuerst wissen müssen, wen wir vor uns haben, bevor wir die Einzelheiten unserer Taktik bestimmen. Wenn uns die Genossen die Zukunft voraussagen, so werden wir ihnen auch antworten, was wir thun werden. (Beifall.)

Krapka (Wien): Genosse Berner ist grundsätzlicher Parteikritiker. Für ihn ist nur der 26. November 1897 ein Tag, den er nicht kritisirt, alle anderen Tage der Parteithätigkeit sind für ihn unter der Kritik. (Heiterkeit und Beifall.) Er stellt uns als nicht denkfähige Wesen hin, und sein ganzer Verstand läuft darauf hinaus: Wahlrechtsbewegung! Aber dazu brauchen wir nicht den Genossen Berner. Eine Wahlrechtsbewegung zu arrangiren, mag in Wahlkreisen möglich sein, wo keine feste Organisation besteht, sondern wo nur manchmal große Massenversammlungen abgehalten werden. Je kräftiger aber die Organisation ist, umsomehr muß man das thun, was die organisirten Massen verlangen, und nicht was Einer Person beliebt. Die Genossen verlangen, die Parteivertretung solle alles thun, sie selbst aber thun gewöhnlich wenig oder gar nichts. (Beifall.)

Müller (Graz): Es ist Sache der Parteivertretung, nicht nur fleißig zu arbeiten, sondern auch im richtigen Moment die Initiative zu großen Aktionen für das ganze Reich zu geben. Denn eine Aktion, die nur von Einem Kronland geführt wird, kann keinen Effekt haben, wenn sich dieses Land dabei auch aufreibt. Das Referat des Genossen Adler war sehr lückenhaft. Er hat nicht einmal gesagt, wie wir uns gegenüber den § 14-Verordnungen zu verhalten haben. In der allgemeinen Bemerkung, daß wir jedes bürgerliche Ministerium bekämpfen müssen, liegt keine Direktive. Wenn Genosse Nemec uns vorwirft, in Steiermark ein Bündniß mit den Deutschnationalen geschlossen zu haben, so verkennt er die Situation. Wir haben hier mit anderen Deutschnationalen zu rechnen als in Nordböhmen; sie haben bei uns nicht die Macht, uns entgegenzutreten, und gehen eben in gewissen Fragen mit uns; aber von einem „Bündniß“ kann keine Rede sein. (Zustimmung.) Er soll sich über unsere Taktik gegenüber den Deutschnationalen nicht aus den „Narodni Listy“, sondern aus dem „Arbeiterwille“ und aus den Thatsachen informiren.

energischer vorzugehen. Kritisiren ist ja leicht, denn die Rathsherren sind ja immer gescheiter, wenn sie vom Rathhause kommen. (Beifall und Heiterkeit.)

Tuller (Leoben) [zur Geschäftsordnung] wünscht, daß auch deutsche Genossen die Uebersetzung einer deutschen Rede verlangen können. Im vorliegenden Falle handle es sich darum, gegenüber den Anwürfen, die Genosse Nemec gegen den Genossen Resel erhoben habe, den tschechischen Genossen auch die Antwort des Genossen Resel verständlich zu machen.

Der Vorsitzende Genosse Popp hält dies nach dem Sinne der Geschäftsordnung für unzulässig.

Nachdem die Genossen Resel gegen und Pernerstorfer für den Antrag gesprochen, schließt sich der Parteitag prinzipiell dem Antrage des Genossen Tuller an.

Krejci (Pilsen, tschechisch): Wir haben mit der Aktion gegen die Zuckersteuer nicht gewartet, bis wir Befehl bekommen haben, etwas zu thun; allerdings machen wir damit nicht so viel Aufhebens wie die Ostrauer. In der heutigen Debatte wurde uns Tschechen der Vorwurf gemacht, daß wir mit den Jungtschechen ein zu inniges Verhältniß hatten. Vergessen Sie aber nicht, daß es die deutschen Genossen und vor allem Dr. Adler waren, die mit den Jungtschechen besonders befreundet waren und uns erst auf sie aufmerksam machten. (Heiterkeit.)

Der Redner schlägt folgende Resolution vor:

> Der Parteitag beauftragt den Verband der sozialdemokratischen Abgeordneten, die äußersten Mittel zur Verhinderung einer weiteren Erhöhung der Verzehrungssteuern sowie zur Beseitigung aller bisher auf Grund des § 14 erlassenen Steuererhöhungen in Anwendung zu bringen. Gleichzeitig wird der Gesammtparteivertretung aufgetragen, Vorkehrungen zu großen Kundgebungen gegen den österreichisch-ungarischen Ausgleich zu treffen, und zwar für den Tag der Neueröffnung des Parlaments; die Taktik ist entsprechend den gegebenen Verhältnissen zu verschärfen. Die Feststellung der Taktik in Fragen, die ein einzelnes Land betreffen, ist der betreffenden Landesparteivertretung zu überlassen.

Nemec (Prag, tschechisch) berichtigt, daß er seine Ansichten über die Grazer Genossen nicht aus den „Narodni Listy", sondern aus den Parteiblättern habe. Wenn wir den Grazer Genossen Vorwürfe machen, ist die Erregung überflüssig. Wir wollen sie ja nicht schmähen, sondern nur darauf aufmerksam machen, daß sie Fehler begangen haben, etwas, was jedem Parteigenossen gestattet sein muß. Wenn wir einen Fehler begangen haben, werden wir den Grazern nur dankbar sein, wenn sie uns darauf aufmerksam machen.

Dr. **Adler** (zum Schlußwort): Die Angriffe auf die Parteivertretung und die Taktik der Partei sind reichhaltiger geworden, als ich gehofft hatte. Ich will aber aus der Debatte nur einiges herausgreifen. Zunächst wurde uns vorgeworfen, daß wir nicht um so vieles gescheiter sind als die Genossen in der Provinz. Wir möchten ja gern noch gescheiter sein. (Heiterkeit.) Prophezeien können wir aber auch nicht. Um die Taktik für eine unsichere Zukunft vorherzubestimmen, so klug oder unklug sind wir nicht.

Es wurde bedauert, daß das Flugblatt nicht konfiszirt worden ist, und gesagt, daß es deshalb den Parteigenossen nicht entsprochen habe. Ich bitte, sich nur vor Augen zu halten, wie viel Zeit und Geld die Herstellung eines Flugblattes kostet, das in fünf oder sechs Sprachen übersetzt wird. Ich weiß nicht, ob, wenn wir ein konfiszirtes Flugblatt gemacht hätten (Seliger: Es ist konfiszirt worden!) — also etwas haben wir doch gethan — und es uns gelungen wäre, es der Staatsanwaltschaft in Wien zu entziehen, die Genossen überall mit dem § 24 umzugehen wissen, wie das allerdings bei einigen der Fall war. Ich gebe zu, daß unter dem unmittelbaren Eindruck der Ereignisse das Blatt eine andere Sprache geführt hätte, aber unsere Flugblätter sind nicht da, um „aufzureizen"; sie sind und speziell dieses war dazu bestimmt, auch in die kleinste Hütte eine sachliche Darlegung dessen zu bringen, welche Bewandtniß es mit den § 14-Verordnungen hat. Nicht nur die Massen, sondern auch mancher Referent wird aus diesem Flugblatt sehr viel gelernt haben, und es ist vielleicht eine kleine Undankbarkeit dabei, wenn man heute dieses Flugblatt schlecht behandelt, das man so gut benützt hat.

Es wurde auch getadelt, daß wir keine Zirkulare hinausgegeben haben, wie man sich wegen der § 14-Verordnungen benehmen solle. Hier haben Sie ein eklatantes Beispiel dafür, wie wenig mitunter die Genossen sich darüber klar sind, was eine Parteivertretung thun kann und muß. Die Aktion wegen des Zeitungsstempels wurde vom Zaun gebrochen. Der Zeitungsstempel ist ja etwas, für das sich geringe Schichten der Bevölkerung interessiren. Wenn wir darüber zu einer gewissen Zeit reden wollen, dann müssen wir Zirkulare hinausgeben, weil ja die Genossen nicht von selbst daraufkommen werden, daß wir zu einer bestimmten Zeit Versammlungen über den Zeitungsstempel abhalten wollen. Solche Demonstrationen müssen arrangirt werden. Wenn aber Verfassungsbrüche begangen werden, die jeder versteht, dann hat die Parteivertretung keinen Anlaß, Zirkulare hinauszugeben und zu sagen: Ihr habt euch über die Zuckersteuer aufzuregen. (Heiterkeit. — Resel: Das ist ein billiger Witz!) Das ist weder billig noch ein Witz.

Genosse Resel hat gemeint, wir hätten „Ministerpolitik" gemacht, und er meinte damit allerdings nicht eine Politik zu Gefallen eines Ministers, sondern eine Politik von einem Ministerium auf das andere. Ich leugne nicht, daß es bei der Bestimmung unserer Politik ein wichtiger Faktor ist, welche Regierung am Ruder ist, und wenn Sie über eine Politik praktisch entscheiden wollen, so müssen Sie sich den Charakter einer Regierung vor Augen halten.

Genosse Resel hat sich auch darüber lustig gemacht, daß ich Ihnen gestern nichts Anderes zu sagen wußte, als daß wir die sozialdemokratische Taktik weiter verfolgen müssen. Was hat er Ihnen aber heute gesagt? Wir müssen proletarische Taktik machen. Sind Sie nun klüger, als Sie es waren? (Heiterkeit.) Wenn ich gestern über die Indemnitätsfrage nicht gesprochen habe, so war das ein Versäumniß. Glaubt aber jemand, daß sich die sozialdemokratischen Abgeordneten und die Partei in dieser Richtung anders benehmen können, als daß sie gegen diese Ausgleichsverordnungen entschieden auftreten? Was hierüber vorgebracht wurde, sind aber auch nur Allgemeinheiten. Genosse Resel spricht nur so stürmisch, wenn er fordert; wenn man von ihm verlangen wollte, er solle prophezeien, so würde er sich auch nicht darauf einlassen, dazu ist er viel zu klug.

Ein ganz merkwürdiger Vorwurf liegt in der Behauptung, daß die Parteivertretung zu sehr durch die Wiener Verhältnisse beeinflußt werde und die Lage des Reiches zu wenig im Auge habe. Ich gebe zu, daß Ihnen draußen der Kampf gegen Lueger mitunter langweilig sein mag, obwohl ich weiß, daß viele Leute in der Provinz vernünftig genug sind, zu wissen, daß die Herrschaft in Wien ein politischer Faktor allerersten Ranges ist, und daß wir es verstanden haben, diese Alleinherrschaft Lueger's in Wien in Schranken zu halten, das war eine politische Arbeit nicht nur für Wien, sondern für das ganze Reich. Wenn wir den Gemeinde-Angelegenheiten immer mehr Gewicht beilegen, so ist das eine der wichtigsten politischen Aufgaben. Unser Programm ist nach der Richtung eines Gemeindeprogramms viel zu wenig ausgebaut. Wenn wir die Aufmerksamkeit dahin lenken, so thun wir eine gute Sache.

Es wurde auch von einer Seite gesagt, daß der politische Kampf nicht das Um und Auf sei. Das ist richtig; aber wenn wir unter dem Druck der politischen Krise den ökonomischen und den Klassenfragen nicht mehr Aufmerksamkeit zuwenden können, so bedauern wir dies, weil darunter die unmittelbaren Interessen der Arbeiterschaft leiden. Die bürgerlichen Parteien können das leichter aushalten als die anderen. Das Geschäft geht verhältnißmäßig gut. Der § 14 hat ja sogar den Ausgleich ermöglicht, und selbst die deutschnationalsten Fabrikanten sind darüber lange nicht so empört, als sie scheinen. Wenn wir die Aufmerksamkeit der Genossen darauf lenken, in der Gemeinde sozialistische Prinzipien geltend zu machen, so machen wir etwas, was für die Entwicklung der Partei ebenso nothwendig als gerade jetzt zeitgemäß ist.

Gewöhnlich macht man einer Parteivertretung den Vorwurf, sie sei zu herrschsüchtig; uns wurde vorgeworfen, daß wir zu milde gewesen seien. Genosse Zeller hat für uns Milderungsgründe geltend gemacht. Ich glaube, wenn die Parteivertretung in einer der schwersten Zeiten nichts verdorben und nicht geschadet hat, so hat sie schon ein sehr schweres Stück Arbeit verrichtet. Der letzte Theil der Diskussion gibt Ihnen ein Bild, wie schwer es ist, in dieser Zeit

die Taktik zu bestimmen. Für uns ist das Verhalten zu den anderen oppositionellen Parteien theoretisch vollständig klar. Wir gehen den Weg, den das Programm vorzeichnet, und kümmern uns um die Andern nicht. In der Praxis haben wir es nicht mit einer Armee zu thun, die in Bataillone eingetheilt ist und sich durch Uniformen kenntlich macht. Wir haben eine Masse vor uns, auf die jeder wirken kann, und wir können den anderen Leuten nicht verbieten, auf sie zu wirken. Wir können unseren Demonstrationen nicht immer das sozialistische Abzeichen aufdrücken. Wenn eine Demonstration auf der Straße stattfindet, kann wirklich niemand wissen, wo der Deutschnationale anfängt und der Sozialdemokrat aufhört. Auf die Gasse kommen die Leute nicht, weil sie auf ein bestimmtes Programm eingeschworen sind, sondern weil eine Bewegung im Gange ist. Seien Sie aber deshalb ganz ruhig. Wenn die Erregung vorbei ist, finden wir unsere Leute wieder heraus. Es ist gar nicht nothwendig, daß die abgestempelt werden, damit keine Verwechslung stattfindet. (Heiterkeit.)

Die Sozialdemokraten sind überhaupt eine merkwürdige Partei. Jede andere Partei ist froh, wenn sie Leute findet, die mit ihr gehen; wir haben die größte Angst, daß uns jemand aushilft (Heiterkeit), und wir haben auch allen Grund dazu, weil die Gefahr besteht, daß das, was wir wollen, verfälscht wird. Zur Rechtfertigung unserer deutschen Genossen in Böhmen und Steiermark sei bemerkt, daß sie wiederholt die Deutschnationalen, die mit ihnen demonstrirt haben, plötzlich auf der Straße stehen ließen, um ihnen zu zeigen, wie schwach sie sind. Die Vorwürfe des Genossen Nemec gegen die Grazer sind also nicht ganz berechtigt. Aber auch ich habe gegenüber den Grazer Genossen etwas auf dem Herzen. Sie machen eine lokale Politik, die für das ganze Reich nicht möglich ist (Rufe: Warum?), weil sie unklug ist. An solche Programme können wir uns nicht binden, und wenn eine lokale Organisation mit noch so großer Schärfe ihren Spezialwillen zum Ausdruck bringt, so muß sie sich gefallen lassen, daß die Partei sagt, wir fühlen uns dadurch nicht gebunden. Klug und der Organisation entsprechend wäre es, daß man, bevor man ein solches Programm aufstellt, sich informirt, ob die Genossen an den anderen Orten in ihrer geistigen Entwicklung so weit vorgeschritten sind, daß sie sich dem anschließen können. (Heiterkeit.) Dann wird nicht ein so einseitiger Vorstoß erfolgen, oder man wird nicht in die Verlegenheit kommen, allein zu bleiben.

Der Hauptvorwurf, der uns und auch der „Arbeiter-Zeitung" gemacht wurde, war, wir hätten nicht von Wien aus eine große Bewegung für das allgemeine Wahlrecht in Szene gesetzt. Genosse Schrammel hat mir den journalistischen Rath gegeben, die Forderung nach dem allgemeinen Wahlrecht als ein ständiges Inserat in die „Arbeiter-Zeitung" aufzunehmen. (Heiterkeit.) Genossen! Eine Forderung erkämpft man nicht dadurch, daß man sie alle Tage mit denselben Worten bis zum Ueberdruß wiederholt. Unser Hauptziel ist eine tiefgehende Demokratisirung unseres Landes, und hiezu haben die letzten Bewegungen ungeheuer viel gethan. Daß wir auf diese Weise auch dem allgemeinen Wahlrecht nähergerückt sind, sind wir auch unseren Gegnern schuldig, die gezeigt haben, daß man mit der heutigen Verfassung nicht weiterkommt. Man hat es früher tschechischklerikal versucht, man will es jetzt deutschklerikal versuchen, erst mit, jetzt ohne die Sprachenverordnungen, und so wird darauf die Probe gemacht werden, daß Oesterreich nur dann aus dem Sumpfe zu retten ist, wenn eine gründliche Umänderung des ganzen Baues vorgenommen wird. Ein wirklich großer Staatsmann könnte aus diesem Oesterreich vielleicht etwas machen, aber er müßte das sozialdemokratische Programm, wenigstens soweit es demokratisch ist, erfüllen. Es müßte eine Konstituante einberufen werden, und die Völker müßten zum Worte kommen, um zu sagen, wie sie diesen neuen Staat aufbauen wollen. Daß wir in unseren Versammlungen, in unserer Presse darauf hindeuten und beweisen, daß eine bloße Aenderung der Personen und der Szenerie nicht der richtige Weg zur Wiederaufrichtung Oesterreichs ist, dieses Verdienst haben die sozialdemokratische Presse, die Parteivertretung und unsere Abgeordneten, und das ist uns auch von niemand abgestritten worden. Das ist unsere Taktik. Wir können aber nicht sagen, beispielsweise welche Anträge wir einbringen werden, wenn das Parlament einberufen wird, ob wir

die Delegationswahlen zulassen werden u. s. w.; darüber kann ein ehrlicher und vernünftiger Mann keiner Partei heute Auskunft geben. Aber gewiß wären die anderen Parteien zu Tode froh, wenn sie so genau wüßten, was sie zu thun haben, wie die Sozialdemokraten, für die es kein Schwanken gibt. Daß wir eine Oppositionspartei bleiben, braucht hier nicht betont zu werden. Daß wir auch künftighin keinem der in Aussicht stehenden Minister Vertrauen entgegenbringen werden, versteht sich von selbst.

Eine Schwierigkeit beachten Sie wohl: Wir haben wohl ein Interesse daran, daß die heutige Politik ad absurdum geführt werde, aber wir haben auch ein Interesse daran, daß geordnete parlamentarische Zustände eintreten. Wir müssen jeden Moment entscheiden, ob man neben dem österreichischen Interesse einer gründlichen Umwälzung auch das praktische Interesse einer bestimmten Maßregel im Auge haben soll. Darüber können wir aber auf dem Parteitage nichts sagen, das muß der Moment, der Verstand, die Empfindung und die ehrliche Absicht geben, nicht Phrasen dreschen zu wollen, sondern im Dienste des österreichischen Proletariats und seiner proletarischen Interessen zu arbeiten. (Zustimmung.) Die Resolution Krejci ist zwar nicht schädlich, Sie können sie dem Verband und der Parteivertretung zuweisen. Die Resolution Prachensky ist nicht etwa weniger scharf als die erste Resolution, sondern beschränkt sich darauf, jene Punkte festzustellen, die sich heute schon feststellen lassen. Diese Resolution empfehle ich zur Annahme. Ich bitte Sie, im bevorstehenden Kampf den Kampfesmuth und das Vertrauen, daß die Arbeiterschaft aushalten werde, zu bewahren. Wenn wir in der Parteivertretung beisammensitzen, so überlegen wir nicht, was wir wollen, sondern worauf die Arbeiterschaft wartet, und was sie leisten kann. Wir werden mitunter gedrängt, mitunter aber müssen wir einsehen, daß sie nicht mit jenem Tempo und jener Schärfe vorgehen will, wie wir es wünschen. Im großen und ganzen müssen wir aber sagen, die österreichische Arbeiterschaft hat sich in den zwei Jahren des Kampfes politisch reif, zum Eingreifen schlagfertig und opfermuthig gezeigt, wie sehr viele von uns ihr es nicht zugetraut hätten. Mögen die bürgerlichen Parteien trübe in die Zukunft schauen — wir wissen, der alte Bau ist morsch und brüchig, und haben das Zutrauen zu den Proletariern Oesterreichs, daß sie die Kraft haben werden, an Stelle dieser Ruine einen neuen, großen und mächtigen Bau zu setzen. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Bei der Abstimmung wird die Resolution Prachensky **einstimmig angenommen**, die Resolution Krejci wird dem Verband und der Parteivertretung zugewiesen.

Damit ist der zweite Punkt der Tagesordnung erledigt.

Die Verhandlung wir hierauf um 3/4 2 Uhr auf morgen vertagt.

Dritter Verhandlungstag.

Vormittagssitzung (Beginn 9 Uhr).

Kristan (Triest) erstattet den **Bericht der Mandatsprüfungskommission** und gibt bekannt, daß auf dem Parteitage 64 Delegirte der deutschen Organisationen, 38 der tschechischen, 10 der polnischen Organisationen, 1 Ruthene, 2 Slovenen und 1 Italiener sowie 3 Gäste anwesend seien. Er beantragt, die vorliegenden Mandate anzuerkennen, mit Ausnahme jener der Genossen Preußler und der Genossin Jobst und ebenso das Mandat des Genossen Soucek für die westböhmischen Bergarbeiter zu annulliren, da diese Mandate nach Ansicht der Kommission den gestellten Bedingungen nicht entsprechen.

Dr. **Adler** bezeichnet das Vorgehen der Mandatsprüfungskommission als ein bureaukratisches und meint, man könne unmöglich Genossen ausschließen, die bekanntermaßen jahrelang in der Organisation stehen, wenn niemand bezweifeln kann, daß sie ein Mandat haben, bloß deshalb, weil sie nach der Ansicht der Kommission kein ordnungsmäßig ausgestelltes Mandat vorgelegt haben. Er wünscht, daß die Kommission noch einmal die zur Annullirung beantragten Mandate zu überprüfen habe.

Schuhmeier findet das Vorgehen der Kommission vollkommen korrekt und stellt den Antrag:

> In der Ueberzeugung, daß auch die von der Mandatsprüfungskommission zur Annullirung vorgelegten Schreiben ꝛc., die sie nicht als Mandate gelten lassen konnte, gewiß jenen Personen, auf die sie sich beziehen, das Recht gaben, auf dem Parteitag zu erscheinen, erkennt der Parteitag ausnahmsweise die Betreffenden als Delegirte an.

Krapka (Wien): Der Wahlkreis läßt sich manchmal nicht vertreten, weil er kein Geld hat. Da kommt es vor, daß mancher auf eigene Kosten fährt und sich bloß ein Mandat ausstellen läßt. Da ist doch etwas Strenge nothwendig.

Rouschar (Prag): Nach der Ansicht des Dr. Adler könnten wir uns die Wahl einer Mandatsprüfungskommission ganz ersparen. Wir könnten dann einfach jeden Genossen zulassen. Man muß doch feststellen, wer als Delegirter gesendet wurde. Die Kommission ist viel zu nachsichtig vorgegangen; in Zukunft muß sie noch strenger vorgehen.

Auf Antrag des Genossen **Salamander** (Lemberg) wird Schluß der Debatte angenommen.

Referent **Kristan** erklärt, die Kommission habe nur ihre Schuldigkeit erfüllt, indem sie ihre Bedenken vorgebracht habe. Der Parteitag könne sich ja über diese Bedenken hinwegsetzen. Der Redner empfiehlt den Antrag Schuhmeier zur Annahme.

Bei der Abstimmung wird der Antrag Schuhmeier zum Beschluß erhoben und hierauf zum nächsten Punkt der Tagesordnung übergegangen.

Organisation der Gesammtpartei.

Referent **Krapka**: Gestatten Sie mir zunächst eine kurze Vorbemerkung. Es gibt Leute, die sich Sozialdemokraten nennen und die Partei für unfähig erklären, und die, wenn sie ihren Mist in Oesterreich nicht ablagern können, nach Deutschland gehen, wo sich schon ein Parteiorgan findet, das den Mist aufnimmt. Diese Leute wissen wohl nicht, daß sie damit die Partei schädigen, und unsere Parteigenossen in Deutschland müssen da wohl etwas vorsichtiger sein, wenn es *sich um Sachen handelt*, die in erster Linie uns angehen.

Als auf dem letzten Wiener Parteitag zum Ausbau der Selbstständigkeit der nationalen Organisationen weitere Schritte gethan wurden, haben die bürgerlichen Parteien mit großem Jubel hinausposaunt, daß die sozialdemokratische Partei zerfranst ist, und ihr nahes Ende wurde bis auf das Datum festgestellt. Auch einzelne Genossen sind mißtrauisch nach Hause gegangen, in der Meinung, daß die Bande, die bis jetzt das österreichische Proletariat zusammenhielten, durch die Selbstständigkeit der nationalen Organisation doch wenigstens gelockert werden. Ich bin aber heute in der Lage, zu konstatiren, daß die Partei durch die Autonomie gestärkt und womöglich noch mehr geeinigt dasteht als ehedem. Ich bin stolz darauf, weiter konstatiren zu können, daß während der ganzen gemeinsamen Berathungen niemand majorisirt wurde und jeder Organisation gegenüber das größte Entgegenkommen herrschte. Es läßt sich nicht leugnen, daß Meinungsverschiedenheiten bestanden. Aber sie waren meistentheils kleinlicher und lokaler Natur; das ist im Parteileben unausweichlich. Aber alle müssen zugestehen, daß der Kampf, der geführt wurde, in der größten Einigkeit geführt war, daß wir geeint marschierten und geeint zugeschlagen haben. Es handelt sich weniger darum, ob wir in gleichen Organisationsformen organisirt sind, sondern ob wir die gleichen Ziele und die gleichen Grundsätze haben, und ob wir den Feind einer unserer Organisationen als unser aller Feind betrachten. Diese Einigkeit bestand und wird bestehen, wenn auch unser Karl Marx von Sozialökonomen verschiedener Qualität in Fransen zerstückt wird. Nicht Karl Marx hat aus uns Sozialdemokraten gemacht, sondern die Verhältnisse, in denen wir leben. Marx hat uns den Weg gewiesen, und die wissenschaftlichen Schmarotzer können ihn noch lange bespeien; er bleibt doch immer unser Karl Marx! In den lokalen Organisationen hat hie und da nicht das nothwendige Verständniß für die freie Entwicklung der Minoritäten bestanden, und manche diesbezügliche Vorfälle sind lebhaft zu bedauern. Eine jede Organisation verlangt zunächst, daß ihre Formen allen Angehörigen leicht verständlich gemacht werden. Es muß auch der Entwicklung der Gesammtpartei Rechnung getragen werden, und Ergänzungen der Organisation müssen platzgreifen. Die Gesammtvertretung muß immer über alle wichtigen Vorkommnisse mit objektiver Genauigkeit von den einzelnen Exekutiven informirt werden. Vieles würde anders aussehen, wenn die Gesammtvertretung nicht an finanziellem Mangel litte. Zunächst müssen die schwächeren Organisationen von den stärkeren unterstützt werden. Wir werden uns, wenn auch nicht heute, mit der Geldfrage der Gesammtvertretung beschäftigen müssen. Durch die Entwicklung der einzelnen nationalen Organisationen vergrößert sich auch der Wirkungskreis der Gesammtparteivertretung. Deswegen wird es vielleicht in der nächsten Zeit nothwendig werden, für die Gesammtparteivertretung eine ständige Kraft anzustellen.

Die Anträge der Parteivertretung zu diesem Punkt sind solche, die den Bedürfnissen des praktischen Lebens entsprungen sind. Da ist vor allen der Antrag, daß der Parteitag Anfangs September stattfinden soll. Wir haben es immer schmerzlich empfunden, daß unsere Parteitage mitten während der Tagung des Parlaments oder erst am Schluß der Tagung stattfanden. Ich glaube, es wird auch den Abgeordneten angenehm sein, wenn sie durch den Parteitag eine Direktive bekommen können. Der andere Antrag betrifft die Beschickung des Parteitages. Durch die geänderte Organisation der Partei sind die geltenden Bestimmungen zum Theil antiquirt, und ihre genaue Durchführung würde einen heillosen Wirrwarr hervorrufen. Nach dem gegenwärtigen Statut hätten zum Beispiel wir Tschechen das Recht, zum Parteitage 27 Mitglieder als Parteivertreter zu entsenden. Aehnlich ist es mit den Kontrolören der deutschen Partei, die auch Mitglieder der Parteivertretung sind. Es müßte daher eine genaue Bestimmung über die Gesammtvertretung vorgeschlagen werden. Es sind größtentheils Präzisirungen der gegenwärtigen Bestimmungen. Ebenso nothwendig ist wohl der Antrag, der bestimmt, daß die Berichte der einzelnen nationalen Organisationen mit demselben Tage abschließen sollen. Die Gesammtorganisation soll jetzt auch ein eigenes Kontrolorgan erhalten; bisher haben die deutschen Kontrolore bloß aus Gefälligkeit auch für die Gesammtpartei die Kontrole besorgt.

Was die anderen Anträge betrifft, habe ich nichts dagegen, daß der Antrag des I. Wiener Wahlkreises angenommen wird, doch möge er vielleicht so stilisirt

werden, daß bloß die Arbeiten, die Wahlen betreffen, gemeinsam gemacht werden. Der Antrag des V. Wiener Wahlkreises ist eigentlich eine Präzisirung des vorigen und ist im wesentlichen schon eingeführt.

Vorsitzender **Nemec** gibt bekannt, daß zu diesem Punkte noch folgende Anträge eingelangt sind, und zwar:

Antrag der **Mandatsprüfungskommission** (Kristan und Theodorczuk):

Der Parteitag wolle beschließen: Die nationalen Parteisekretariate haben vorgedruckte Mandatsformulare zu beschaffen, die den delegirenden Organisationen verabfolgt werden. Jedes Mandatsschreiben hat die Bekanntgabe der erfolgten Wahl der Delegirten und der dabei beobachteten Modalitäten zu enthalten.

Jede delegirende Organisation hat ihre Delegirten dem Parteisekretariat rechtzeitig bekanntzugeben und auch die eventuellen Ersatzmänner anzuführen, damit die Sekretäre in der Lage sind, der zusammentretenden Mandatsprüfungskommission diesbezüglich alle Aufschlüsse zu geben.

Wenn ein Vertrauensmann selbst als Delegirter gewählt wird, muß sein Mandat noch mit einer zweiten Unterschrift der betreffenden Organisation versehen sein.

Antrag der **Industriegruppe der Verkehrsbediensteten** (Taub-Karpas):

Der Parteitag wolle beschließen, daß auch zum Gesammtparteitag die Parteipresse das Recht habe, Delegirte mit berathender Stimme zu entsenden.

Antrag der Genossen **Meizr-Winarsky**:

Um eine einheitliche Berichterstattung zum Gesammtparteitag zu ermöglichen wird das Sekretariat der Gesammtexekutive beauftragt, entsprechende Formulare an die Wahlkreise zeitgerecht auszusenden. Die präzise Beantwortung der gestellten Fragen und pünktliche Einsendung der Antworten wird den Organisationen zur Pflicht gemacht.

Antrag **Hueber-Preußler**:

Die Geschäfte werden durch einen auf dem Gesammtparteitag gewählten Sekretär besorgt. Die Erhaltung dieses Sekretariats wird von den nationalen Exekutiven durch eine zwanzigperzentige Beitragsleistung der durch die Parteisteuer eingehobenen Gelder als Grundlage sichergestellt.

Antrag des **Frauen-Reichscomités** (Genossin Popp):

Der Parteitag möge beschließen, daß die Genossinnen eines jeden Wahlkreises das Recht haben, eine Delegirte zum Parteitag zu entsenden.

Karpas (Wien, tschechisch): Ich bin von der Exekutive der Eisenbahnerorganisation beauftragt worden, hier den Antrag einzubringen, daß künftig zum Gesammtparteitag auch die Redakteure der Parteiblätter mit berathender Stimme zugelassen werden sollen. Dieser Antrag ist nichts Neues. Eine ähnliche Bestimmung besteht bereits bei Beschickung der Parteitage der deutschen und tschechischen Sozialdemokraten. Eine nähere Begründung dieses Antrages erachte ich für überflüssig, da doch jeder der anwesenden Delegirten die Bedeutung der Presse und ihr Interesse am Verlaufe der Verhandlungen anerkennen wird. Ich empfehle Ihnen daher die Annahme dieses Antrages auf das wärmste.

Dr. Ellenbogen (Wien): Obwohl ich kein Freund von Kleinkrämerei in Organisationsfragen bin, muß ich doch den Antrag der Mandatsprüfungskommission empfehlen; denn wir müssen auf die Zusammensetzung der Parteitage genau achten und brauchen darüber ganz klare Bestimmungen. Sollte eine Zeit kommen, wo die Polizei unserer Organisation noch mehr Schwierigkeiten bereiten würde als heute, so bedürfen wir strikter Bestimmungen nur um so nöthiger.

David (Wien) begründet zunächst den Antrag des V. Wiener Wahlkreises. Wir in Niederösterreich haben nebst der deutschen Bevölkerung eine starke slavische Minorität. Wir sind daher auf eine gemeinsame Arbeit angewiesen. Die diesbezüglichen Bestimmungen unseres Organisationsstatuts werden nicht gehandhabt. Die nationalen Vertretungen haben untereinander zu wenig Fühlung. Durch eine gegenseitige Verbindung sollen die nationalen Organisationen in ihren nationalen Angelegenheiten nicht gestört, sondern es soll diese Fühlungnahme hauptsächlich die Wahlarbeit fördern und eine einheitliche Arbeit ermöglicht werden, ohne daß sich die deutschen und tschechischen Organisationen gegenseitig

beh ndern. Mit dem Antrage der Mandatsprüfungskommission bin ich einverstanden. Es müssen über die Art der Beschickung der Parteitage ganz klare Bestimmungen getroffen werden, denn sonst könnte man von einer Mandatsprüfungskommission einfach absehen und sie würde zu einer bloßen Komödie herabsinken.

Adelheid **Popp** (Wien): Bei den bisherigen Bestimmungen über die Vertretung der Frauen beim Parteitag hat sich die mißliche Thatsache herausgestellt, daß immer nur die Genossin Glas und die Genossin Popp zum Parteitag kommen. Die Genossinnen des ganzen Reiches sind eigentlich nicht vertreten, sondern nur ein enger Kreis von Wiener Genossinnen. Seit der Frauenkonferenz ist die Organisation der Arbeiterinnen im Aufblühen begriffen. Es gibt heute Wahlkreise, wo bis zu zehn Sektionen der Frauen bestehen mit einer ganz stattlichen Anzahl von Mitgliedern. Gegenüber den männlichen Arbeitern sind sie aber doch nur eine verschwindende Minorität. Die Folge ist, daß Frauen nur selten delegirt werden. Fürchten Sie nicht, daß durch Annahme des Antrages der Frauenorganisation der Parteitag mit weiblichen Delegirten überfluthet werden würde. Die Frauen werden die Delegirung schon aus materiellen Gründen nur dort vornehmen, wo eine genügende Zahl Frauen in der Organisation ist.

Wolf (Wien): Der Antrag des I. Wiener Wahlkreises hat den Zweck, daß das Zusammenarbeiten, das gewiß bis jetzt noch besteht, ein noch innigeres und präziseres werde. Besonders nothwendig ist dies bei Wahlen. Ich akkommodire mich diesbezüglich den Ausführungen Krapka's. Für den Antrag der Genossin Popp spreche ich mich aus, allerdings unter der Bedingung, daß die Frauenorganisationen sich die Kosten ihrer Delegirten selbst bestreiten. (Heiterkeit und Beifall.)

Hueber (Wien): Es wurde im Laufe der Verhandlungen wiederholt hervorgehoben, daß die Organisation aller Nationen große Fortschritte gemacht hat, dabei wurde aber anerkannt, daß ein weiterer Ausbau der Organisation nothwendig ist. Ein Zusammenarbeiten der nationalen Organisationen im ganzen Reiche ist unumgänglich. Und die Arbeiten werden auf die Dauer nicht dem Sekretär der deutschen Executive allein überlassen werden können, es wird nothwendig sein, daß die Gesammtexekutive einen eigenen Sekretär anstellt. Das bezweckt unser Antrag. Freilich werden manche Organisationen die 20 Perzent nicht abführen, weil sie keine Parteisteuer haben, und es kommen überhaupt bloß die deutschen und tschechischen Organisationen in Betracht. Ich glaube aber, daß wir die Mittel aufbringen werden. Der Einheitsgedanke ist trotz des getrennten Marschierens der einzelnen nationalen Organisationen nach wie vor lebendig, und er wird neuerlich auf diesen Parteitagen festgelegt. Uebersehen Sie nicht, von welch großer politischer Bedeutung die Anstellung eines gemeinsamen Sekretärs für die Partei wäre. Die Nothwendigkeit ist schon vom Genossen Krapka in seinem Referat angeführt worden, die materiellen Schwierigkeiten sind auch nicht bedeutend; nehmen Sie also unseren Antrag einstimmig an. (Beifall.)

Adler (Wien): Es wurde schon beim Berichte der Mandatsprüfungskommission von den Formularen gesprochen. Nehmen Sie die Formulare nicht in den Antrag auf. Ich halte es nicht für gut, die Tendenz zur bureaukratischen Erledigung unserer Geschäfte, die unleugbar vorhanden ist, noch zu fördern. Der wichtigste Antrag ist der von Hueber. Wir sind gewiß alle der Ansicht, daß es sehr hübsch wäre, wenn wir einen Sekretär anstellen könnten, und wir unterschätzen auch die politische Bedeutung dessen nicht. Aber Genosse Hueber hat selbst die Kosten des Sekretariats mit einem Fünftel der Gesammteinnahmen jeder nationalen Organisation beziffert. Ueberlegen Sie es sich wohl, ob Sie schon heute bereit sind, ein Fünftel Ihrer Einnahmen darauf zu verwenden. Ich glaube, wir werden uns heute noch ohne das behelfen müssen. Ich fordere Sie dringend auf, die Mittel für die Gesammtexekutive in reichlicherem Maße zu beschaffen als bisher. Sie werden sie aber jetzt noch für dringendere Zwecke verwenden müssen als für das Sekretariat. Nun zum Antrag der Frauen. Ich halte es nicht für nothwendig, daß 72 Wahlkreise durch 72 Frauen vertreten sind, aber die Genossin Popp hat uns in Aussicht gestellt, daß nicht

Dritter Verhandlungstag.

Vormittagssitzung (Beginn 9 Uhr).

Kristan (Triest) erstattet den **Bericht der Mandatsprüfungskommission** und gibt bekannt, daß auf dem Parteitage 64 Delegirte der deutschen Organisationen, 38 der tschechischen, 10 der polnischen Organisationen, 1 Ruthene, 2 Slovenen und 1 Italiener sowie 3 Gäste anwesend seien. Er beantragt, die vorliegenden Mandate anzuerkennen, mit Ausnahme jener der Genossen Preußler und der Genossin Jobst und ebenso das Mandat des Genossen Souček für die westböhmischen Bergarbeiter zu annulliren, da diese Mandate nach Ansicht der Kommission den gestellten Bedingungen nicht entsprechen.

Dr. **Adler** bezeichnet das Vorgehen der Mandatsprüfungskommission als ein bureaukratisches und meint, man könne unmöglich Genossen ausschließen, die bekanntermaßen jahrelang in der Organisation stehen, wenn niemand bezweifeln kann, daß sie ein Mandat haben, bloß deshalb, weil sie nach der Ansicht der Kommission kein ordnungsmäßig ausgestelltes Mandat vorgelegt haben. Er wünscht, daß die Kommission noch einmal die zur Annullirung beantragten Mandate zu überprüfen habe.

Schuhmeier findet das Vorgehen der Kommission vollkommen korrekt und stellt den Antrag:

> In der Ueberzeugung, daß auch die von der Mandatsprüfungskommission zur Annullirung vorgelegten Schreiben ꝛc., die sie nicht als Mandate gelten lassen konnte, gewiß jenen Personen, auf die sie sich beziehen, das Recht gaben, auf dem Parteitag zu erscheinen, erkennt der Parteitag ausnahmsweise die Betreffenden als Delegirte an.

Krapka (Wien): Der Wahlkreis läßt sich manchmal nicht vertreten, weil er kein Geld hat. Da kommt es vor, daß mancher auf eigene Kosten fährt und sich bloß ein Mandat ausstellen läßt. Da ist doch etwas Strenge nothwendig.

Rouschar (Prag): Nach der Ansicht des Dr. Adler könnten wir uns die Wahl einer Mandatsprüfungskommission ganz ersparen. Wir könnten dann einfach jeden Genossen zulassen. Man muß doch feststellen, wer als Delegirter gesendet wurde. Die Kommission ist viel zu nachsichtig vorgegangen; in Zukunft muß sie noch strenger vorgehen.

Auf Antrag des Genossen **Salamander** (Lemberg) wird Schluß der Debatte angenommen.

Referent **Kristan** erklärt, die Kommission habe nur ihre Schuldigkeit erfüllt, indem sie ihre Bedenken vorgebracht habe. Der Parteitag könne sich ja über diese Bedenken hinwegsetzen. Der Redner empfiehlt den Antrag Schuhmeier zur Annahme.

Bei der Abstimmung wird der Antrag Schuhmeier zum Beschluß erhoben und hierauf zum nächsten Punkt der Tagesordnung übergegangen.

Organisation der Gesammtpartei.

Referent **Krapka**: Gestatten Sie mir zunächst eine kurze Vorbemerkung. Es gibt Leute, die sich Sozialdemokraten nennen und die Partei für unfähig erklären, und die, wenn sie ihren Mist in Oesterreich nicht ablagern können, nach Deutschland gehen, wo sich schon ein Parteiorgan findet, das den Mist aufnimmt. Diese Leute wissen wohl nicht, daß sie damit die Partei schädigen, und unsere Parteigenossen in Deutschland müssen da wohl etwas vorsichtiger sein, wenn es sich um Sachen handelt, die in erster Linie uns angehen.

Als auf dem letzten Wiener Parteitag zum Ausbau der Selbstständigkeit der nationalen Organisationen weitere Schritte gethan wurden, haben die bürgerlichen Parteien mit großem Jubel hinausposaunt, daß die sozialdemokratische Partei zerfranst ist, und ihr nahes Ende wurde bis auf das Datum festgestellt. Auch einzelne Genossen sind mißtrauisch nach Hause gegangen, in der Meinung, daß die Bande, die bis jetzt das österreichische Proletariat zusammenhielten, durch die Selbstständigkeit der nationalen Organisation doch wenigstens gelockert werden. Ich bin aber heute in der Lage, zu konstatiren, daß die Partei durch die Autonomie gestärkt und womöglich noch mehr geeinigt dasteht als ehedem. Ich bin stolz darauf, weiter konstatiren zu können, daß während der ganzen gemeinsamen Berathungen niemand majorisirt wurde und jeder Organisation gegenüber das größte Entgegenkommen herrschte. Es läßt sich nicht leugnen, daß Meinungsverschiedenheiten bestanden. Aber sie waren meistentheils kleinlicher und lokaler Natur; das ist im Parteileben unausweichlich. Aber alle müssen zugestehen, daß der Kampf, der geführt wurde, in der größten Einigkeit geführt war, daß wir geeint marschierten und geeint zugeschlagen haben. Es handelt sich weniger darum, ob wir in gleichen Organisationsformen organisirt sind, sondern ob wir die gleichen Ziele und die gleichen Grundsätze haben, und ob wir den Feind einer unserer Organisationen als unser aller Feind betrachten. Diese Einigkeit bestand und wird bestehen, wenn auch unser Karl Marx von Sozialökonomen verschiedener Qualität in Fransen zerstückt wird. Nicht Karl Marx hat aus uns Sozialdemokraten gemacht, sondern die Verhältnisse, in denen wir leben. Marx hat uns den Weg gewiesen, und die wissenschaftlichen Schmarotzer können ihn noch lange bespeien; er bleibt doch immer unser Karl Marx! In den lokalen Organisationen hat hie und da nicht das nothwendige Verständniß für die freie Entwicklung der Minoritäten bestanden, und manche diesbezügliche Vorfälle sind lebhaft zu bedauern. Eine jede Organisation verlangt zunächst, daß ihre Formen allen Angehörigen leicht verständlich gemacht werden. Es muß auch der Entwicklung der Gesammtpartei Rechnung getragen werden, und Ergänzungen der Organisation müssen platzgreifen. Die Gesammtvertretung muß immer über alle wichtigen Vorkommnisse mit objektiver Genauigkeit von den einzelnen Exekutiven informirt werden. Vieles würde anders aussehen, wenn die Gesammtvertretung nicht an finanziellem Mangel litte. Zunächst müssen die schwächeren Organisationen von den stärkeren unterstützt werden. Wir werden uns, wenn auch nicht heute, mit der Geldfrage der Gesammtvertretung beschäftigen müssen. Durch die Entwicklung der einzelnen nationalen Organisationen vergrößert sich auch der Wirkungskreis der Gesammtparteivertretung. Deswegen wird es vielleicht in der nächsten Zeit nothwendig werden, für die Gesammtparteivertretung eine ständige Kraft anzustellen.

Die Anträge der Parteivertretung zu diesem Punkt sind solche, die den Bedürfnissen des praktischen Lebens entsprungen sind. Da ist vor allen der Antrag, daß der Parteitag Anfangs September stattfinden soll. Wir haben es immer schmerzlich empfunden, daß unsere Parteitage mitten während der Tagung des Parlaments oder erst am Schluß der Tagung stattfanden. Ich glaube, es wird auch den Abgeordneten angenehm sein, wenn sie durch den Parteitag eine Direktive bekommen können. Der andere Antrag betrifft die Beschickung des Parteitages. Durch die geänderte Organisation der Partei sind die geltenden Bestimmungen zum Theil antiquirt, und ihre genaue Durchführung würde einen heillosen Wirrwarr hervorrufen. Nach dem gegenwärtigen Statut hätten zum Beispiel wir Tschechen das Recht, zum Parteitage 27 Mitglieder als Parteivertreter zu entsenden. Aehnlich ist es mit den Kontroloren der deutschen Partei, die auch Mitglieder der Parteivertretung sind. Es müßte daher eine genaue Bestimmung über die Gesammtvertretung vorgeschlagen werden. Es sind größtentheils Präzisirungen der gegenwärtigen Bestimmungen. Ebenso nothwendig ist wohl der Antrag, der bestimmt, daß die Berichte der einzelnen nationalen Organisationen mit demselben Tage abschließen sollen. Die Gesammtorganisation soll jetzt auch ein eigenes Kontrolorgan erhalten; bisher haben die deutschen Kontrolore bloß aus Gefälligkeit auch für die Gesammtpartei die Kontrole besorgt.

Was die anderen Anträge betrifft, habe ich nichts dagegen, daß der Antrag des I. Wiener Wahlkreises angenommen wird, doch möge er vielleicht so stilisirt

werden, daß bloß die Arbeiten, die Wahlen betreffen, gemeinsam gemacht werden. Der Antrag des V. Wiener Wahlkreises ist eigentlich eine Präzisirung des vorigen und ist im wesentlichen schon eingeführt.

Vorsitzender **Nemec** gibt bekannt, daß zu diesem Punkte noch folgende Anträge eingelangt sind, und zwar:

Antrag der **Mandatsprüfungskommission** (Kristan und Theodorczuk):

Der Parteitag wolle beschließen: Die nationalen Parteisekretariate haben vorgedruckte Mandatsformulare zu beschaffen, die den delegirenden Organisationen verabfolgt werden. Jedes Mandatsschreiben hat die Bekanntgabe der erfolgten Wahl der Delegirten und der dabei beobachteten Modalitäten zu enthalten.

Jede delegirende Organisation hat ihre Delegirten dem Parteisekretariat rechtzeitig bekanntzugeben und auch die eventuellen Ersatzmänner anzuführen, damit die Sekretäre in der Lage sind, der zusammentretenden Mandatsprüfungskommission diesbezüglich alle Aufschlüsse zu geben.

Wenn ein Vertrauensmann selbst als Delegirter gewählt wird, muß sein Mandat noch mit einer zweiten Unterschrift der betreffenden Organisation versehen sein.

Antrag der **Industriegruppe der Verkehrsbediensteten** (Taub-Karpas):

Der Parteitag wolle beschließen, daß auch zum Gesammtparteitag die Parteipresse das Recht habe, Delegirte mit berathender Stimme zu entsenden.

Antrag der Genossen **Meizr-Winarsky**:

Um eine einheitliche Berichterstattung zum Gesammtparteitag zu ermöglichen wird das Sekretariat der Gesammtexekutive beauftragt, entsprechende Formulare an die Wahlkreise zeitgerecht auszusenden. Die präzise Beantwortung der gestellten Fragen und pünktliche Einsendung der Antworten wird den Organisationen zur Pflicht gemacht.

Antrag **Hueber-Preußler**:

Die Geschäfte werden durch einen auf dem Gesammtparteitag gewählten Sekretär besorgt. Die Erhaltung dieses Sekretariats wird von den nationalen Exekutiven durch eine zwanzigperzentige Beitragsleistung der durch die Parteisteuer eingehobenen Gelder als Grundlage sichergestellt.

Antrag des **Frauen-Reichscomités** (Genossin Popp):

Der Parteitag möge beschließen, daß die Genossinnen eines jeden Wahlkreises das Recht haben, eine Delegirte zum Parteitag zu entsenden.

Karpas (Wien, tschechisch): Ich bin von der Exekutive der Eisenbahnerorganisation beauftragt worden, hier den Antrag einzubringen, daß künftig zum Gesammtparteitag auch die Redakteure der Parteiblätter mit berathender Stimme zugelassen werden sollen. Dieser Antrag ist nichts Neues. Eine ähnliche Bestimmung besteht bereits bei Beschickung der Parteitage der deutschen und tschechischen Sozialdemokraten. Eine nähere Begründung dieses Antrages erachte ich für überflüssig, da doch jeder der anwesenden Delegirten die Bedeutung der Presse und ihr Interesse am Verlaufe der Verhandlungen anerkennen wird. Ich empfehle Ihnen daher die Annahme dieses Antrages auf das wärmste.

Dr. **Ellenbogen** (Wien): Obwohl ich kein Freund von Kleinkrämerei in Organisationsfragen bin, muß ich doch den Antrag der Mandatsprüfungskommission empfehlen; denn wir müssen auf die Zusammensetzung der Parteitage genau achten und brauchen darüber ganz klare Bestimmungen. Sollte eine Zeit kommen, wo die Polizei unserer Organisation noch mehr Schwierigkeiten bereiten würde als heute, so bedürfen wir strikter Bestimmungen nur um so nöthiger.

David (Wien) begründet zunächst den Antrag des V. Wiener Wahlkreises. Wir in Niederösterreich haben nebst der deutschen Bevölkerung eine starke slavische Minorität. Wir sind daher auf eine gemeinsame Arbeit angewiesen. Die diesbezüglichen Bestimmungen unseres Organisationsstatuts werden nicht gehandhabt. Die nationalen Vertretungen haben untereinander zu wenig Fühlung. Durch eine gegenseitige Verbindung sollen die nationalen Organisationen in ihren nationalen Angelegenheiten nicht gestört, sondern es soll diese Fühlungnahme hauptsächlich die Wahlarbeit fördern und eine einheitliche Arbeit ermöglicht werden, ohne daß sich die deutschen und tschechischen Organisationen gegenseitig

beh ndern. Mit dem Antrage der Mandatsprüfungskommission bin ich einverstanden. Es müssen über die Art der Beschickung der Parteitage ganz klare Bestimmungen getroffen werden, denn sonst könnte man von einer Mandatsprüfungskommission einfach absehen und sie würde zu einer bloßen Komödie herabsinken.

Adelheid **Popp** (Wien): Bei den bisherigen Bestimmungen über die Vertretung der Frauen beim Parteitag hat sich die mißliche Thatsache herausgestellt, daß immer nur die Genossin Glas und die Genossin Popp zum Parteitag kommen. Die Genossinnen des ganzen Reiches sind eigentlich nicht vertreten, sondern nur ein enger Kreis von Wiener Genossinnen. Seit der Frauenkonferenz ist die Organisation der Arbeiterinnen im Aufblühen begriffen. Es gibt heute Wahlkreise, wo bis zu zehn Sektionen der Frauen bestehen mit einer ganz stattlichen Anzahl von Mitgliedern. Gegenüber den männlichen Arbeitern sind sie aber doch nur eine verschwindende Minorität. Die Folge ist, daß Frauen nur selten delegirt werden. Fürchten Sie nicht, daß durch Annahme des Antrages der Frauenorganisation der Parteitag mit weiblichen Delegirten überfluthet werden würde. Die Frauen werden die Delegirung schon aus materiellen Gründen nur dort vornehmen, wo eine genügende Zahl Frauen in der Organisation ist.

Wolf (Wien): Der Antrag des I. Wiener Wahlkreises hat den Zweck, daß das Zusammenarbeiten, das gewiß bis jetzt noch besteht, ein noch innigeres und präziseres werde. Besonders nothwendig ist dies bei Wahlen. Ich akkommodire mich diesbezüglich den Ausführungen Krapka's. Für den Antrag der Genossin Popp spreche ich mich aus, allerdings unter der Bedingung, daß die Frauenorganisationen sich die Kosten ihrer Delegirten selbst bestreiten. (Heiterkeit und Beifall.)

Hueber (Wien): Es wurde im Laufe der Verhandlungen wiederholt hervorgehoben, daß die Organisation aller Nationen große Fortschritte gemacht hat, dabei wurde aber anerkannt, daß ein weiterer Ausbau der Organisation nothwendig ist. Ein Zusammenarbeiten der nationalen Organisationen im ganzen Reiche ist unumgänglich. Und die Arbeiten werden auf die Dauer nicht dem Sekretär der deutschen Executive allein überlassen werden können, es wird nothwendig sein, daß die Gesammtexekutive einen eigenen Sekretär anstellt. Das bezweckt unser Antrag. Freilich werden manche Organisationen die 20 Perzent nicht abführen, weil sie keine Parteisteuer haben, und es kommen überhaupt bloß die deutschen und tschechischen Organisationen in Betracht. Ich glaube aber, daß wir die Mittel aufbringen werden. Der Einheitsgedanke ist trotz des getrennten Marschierens der einzelnen nationalen Organisationen nach wie vor lebendig, und er wird neuerlich auf diesen Parteitagen festgelegt. Uebersehen Sie nicht, von welch großer politischer Bedeutung die Anstellung eines gemeinsamen Sekretärs für die Partei wäre. Die Nothwendigkeit ist schon vom Genossen Krapka in seinem Referat angeführt worden, die materiellen Schwierigkeiten sind auch nicht bedeutend; nehmen Sie also unseren Antrag einstimmig an. (Beifall.)

Adler (Wien): Es wurde schon beim Berichte der Mandatsprüfungskommission von den Formularen gesprochen. Nehmen Sie die Formulare nicht in den Antrag auf. Ich halte es nicht für gut, die Tendenz zur bureaukratischen Erledigung unserer Geschäfte, die unleugbar vorhanden ist, noch zu fördern. Der wichtigste Antrag ist der von Hueber. Wir sind gewiß alle der Ansicht, daß es sehr hübsch wäre, wenn wir einen Sekretär anstellen könnten, und wir unterschätzen auch die politische Bedeutung dessen nicht. Aber Genosse Hueber hat selbst die Kosten des Sekretariats mit einem Fünftel der Gesammteinnahmen jeder nationalen Organisation beziffert. Ueberlegen Sie es sich wohl, ob Sie schon heute bereit sind, ein Fünftel Ihrer Einnahmen darauf zu verwenden. Ich glaube, wir werden uns heute noch ohne das behelfen müssen. Ich fordere Sie dringend auf, die Mittel für die Gesammtexekutive in reichlicherem Maße zu beschaffen als bisher. Sie werden sie aber jetzt noch für dringendere Zwecke verwenden müssen als für das Sekretariat. Nun zum Antrag der Frauen. Ich halte es nicht für nothwendig, daß 72 Wahlkreise durch 72 Frauen vertreten sind, aber die Genossin Popp hat uns in Aussicht gestellt, daß nicht

hat, wenn die Frauen organisirt sind. Sie sagen: Dort, wo die Frauen organisirt sind, wird man gerechterweise neben einem Mann auch eine Frau wählen. Das ist eine abstrakte Gerechtigkeit, die in der Wirklichkeit nicht durchgeführt wird. (Beifall und Widerspruch.)

Kristan (Laibach) verlangt nicht, daß der Antrag der Mandatsprüfungskommission in das Organisationsstatut aufgenommen werde, verlangt aber, daß er der Gesammtexekutive zur Danachachtung zugewiesen werde. Dem Antrage Karpas, sagt Redner, müsse er zustimmen, denn die Presse ist ein so wichtiges Instrument im Parteileben, daß es unerklärlich erscheint, daß die Redakteure der Parteiblätter vom Parteitage ferngehalten werden, zumal dieser Antrag ohnehin bloß die Delegirung der Parteiredakteure mit berathender Stimme verlangt. Der Antrag Popp scheint mir von weitgehender Bedeutung. Wenn die Sozialdemokratie allen Erscheinungen auf wirthschaftlichem, wissenschaftlichem, künstlerischem und literarischem Gebiete ihre Aufmerksamkeit zuwendet, so erscheint es ganz merkwürdig, daß wir der Frauenfrage bisnun nur sehr geringe Aufmerksamkeit gewidmet haben. Besonders in den südlichen Ländern, wo die verblödende stumpfe Reaktion, besonders der Klerikalismus, die Geister lähmt, ist nur lebhaft zu wünschen, daß die Frauen so viel wie möglich in unsere Bewegung einbezogen werden, und ich bin überzeugt, daß, so lange es nicht gelingt, das Interesse der Frauen für unsere Bewegung lebhafter zu gestalten, so lange auch unsere gesammte Parteibewegung wie mit einem Mühlstein beschwert sein wird. Eine Partei, die sich die Befreiung der Welt zur Aufgabe gestellt hat, darf an der Befreiung der Frau nicht achtlos vorübergehen. Wir sprechen von voller Gleichberechtigung von Mann und Frau, und mir schiene es da gar nicht unnatürlich, wenn der eine oder der andere Wahlkreis nur weibliche und gar keine männlichen Delegirten heute entsenden würde.

Aber das ist für die nächste Zukunft nicht zu erwarten, auch nicht, daß die Wahlkreise so aufgeklärt werden, einen Delegirten und eine Delegirte zu entsenden. Da wir leider noch nicht so weit sind, so ist es angezeigt, den sehr bescheidenen Antrag der Genossin Popp anzunehmen. Ebenso wie alle Wahlkreise von verschiedener Größe und verschiedener Anzahl der organisirten Genossen gleichmäßig zwei Delegirte entsenden, ebenso können wir auch der Frau das bescheidenere Recht einräumen, je eine Delegirte hieherzuschicken. Trachten wir die Frau mit allen Mitteln für unsere Bewegung zu interessiren, wir werden dann besser vorwärtskommen als bisher.

Slowik (Wien) steht dem Antrag Hueber sympathisch gegenüber. Ein Sekretär, wie ihn der Antrag Hueber wünscht, hätte da die Pflicht, alle nationalen Organisationen zu unterstützen. Wir haben in Wien keine polnische Organisation, es leben aber hier 30.000 Polen, von denen 15.000 Proletarier sind und von denen die Lokalorganisation bisnun gar nichts wußte. Gerade in Wien ist es möglich, die Leute aufzuklären, um sie als tüchtige Agitatoren für ihre Heimat verwenden zu können. Sollten gemäß dem Antrage Popp Frauen zum Parteitag entsendet werden, so wären die Kosten für die Delegirung wohl von den Frauenorganisationen selbst zu bestreiten. An und für sich ist gegen den Antrag Popp nichts einzuwenden.

Es sind im Laufe der Debatte noch folgende Anträge eingelangt:

Zipfinger beantragt (Eventualantrag zum Antrag Hannich):

Die Frauen haben das Recht, von ihren Wahlkreisen die Vertretung durch eine Delegirte zu fordern, wenn die Mitglieder ihrer Organisationen im Wahlkreis ein Fünftel aller Organisationen zählen.

Skaret beantragt:

I. „Gesammtparteitag" sei dahin abzuändern, daß es in diesem heißt:
„Jeder Wahlkreis hat das Recht, zwei Delegirte, ohne Unterschied des Geschlechts, zu entsenden."
Der letzte Absatz: „Nach Thunlichkeit" ꝛc., sei zu eliminiren.

Dr. Adler beantragt:

Jeder Wahlkreis hat das Recht, neben den zwei Delegirten auch eine Delegirte der organisirten Frauen zum Parteitag zu entsenden.

Lotte **Glas** beantragt:

Im Falle der Ablehnung des Antrages des Frauen-Reichscomités möge der Parteitag die Einsetzung einer Kommission zur entsprechenden Formulirung beschließen.

Auf Antrag des Genossen Trejbal wird die Rednerliste geschlossen.

Sophie **Jobst** bemerkt, daß in einer ganzen Reihe von Parteiblättern die Aufforderung enthalten war, daß ein männlicher Delegirter der Wahlkreise zu Gunsten einer Frau zurücktreten soll, und doch war es nur möglich, zwei Genossinnen aus den Wahlkreisen hieherzubringen. Wenn der Antrag der Genossin Popp angenommen wird, würden die Organisationen der Frauen fortschreiten. Es werden dadurch Agitatorinnen herangezogen, und das Frauen-Reichscomité, das heute alles allein thun muß, wird entlastet werden. Nach dem Prinzip der Gleichberechtigung hätten wir sogar das Recht, ebenso wie die Männer zwei Delegirte für jeden Wahlkreis zu verlangen. Die Kosten zur Delegirung werden aber von den Frauenorganisationen deshalb nicht aufgebracht werden können, weil die Frauen nicht selbstständig gewerkschaftlich organisirt sind, sondern bloß Sektionen bilden, welche die Beiträge an den Verband abführen. Die Kosten müßten daher von den Kreisvertretungen getragen werden.

Adelheid **Popp**: Genosse Skaret hält es nicht für angezeigt, die Bestimmungen des Organisationsstatuts vom Jahre 1897 schon wieder abzuändern. Nun war aber in Folge unerquicklicher Verhältnisse auf dem 97er-Parteitag keine Frauendelegirte anwesend. Aber seit dieser Zeit hat die Frauenkonferenz stattgefunden, und so ist seither die Frage der Delegirung wieder in Fluß gekommen. Die Praxis, daß von den Genossen Frauen werden delegirt werden, wird wohl noch lange auf sich warten lassen. Denn es gibt sehr große Wahlkreise mit einer ganzen Reihe von Vertrauensmännern, die auf den Parteitag geschickt werden müssen, und wo man von den Genossen gar nicht verlangen kann, daß da Frauen an Stelle von Männern treten sollen. Wenn die Gewerkschafts- und politische Organisation der Arbeiterinen noch so aufblühen wird, so werden wir doch immer eine ganz verschwindende Minorität gegenüber den Genossen sein und werden auf die Wahl einen entscheidenden Einfluß nicht ausüben können. Genosse Skaret glaubt, die Bildungsvereine würden die Forderung stellen, daß Genossinnen delegirt werden. Er ist da über die Organisirung der Arbeiterinnen im Irrthum. Die Frauen sind nur in verschwindender Anzahl in Bildungsvereinen organisirt, sie bilden vielmehr separate Sektionen der Gewerkschaften. Das Wirken der Genossinnen kann auch in einem Wahlkreise nicht beurtheilt werden, weil ihre Thätigkeit sich auf das ganze Reich erstreckt. Der von Genossen Skaret soeben gestellte Antrag bedeutet keine Konzession. Dieses „ohne Unterschied des Geschlechts" ist schon in so vielen Forderungen enthalten, ohne daß man darauf Rücksicht nimmt. Wir verlangen heute auch nicht volle Gerechtigkeit, sondern begnügen uns auf eine Reihe von Jahren hinaus mit einer Genossin aus jedem Wahlkreis. Genosse Adler meint, wir dürfen nicht etwas beschließen, was wir heute noch nicht wollen, und fürchtet, daß 72 Frauen herkommen werden, darunter viele, die in die Parteifragen nicht eingeweiht und aufgeklärt sind. Nun, Dr. Adler weiß genau, daß diese Gefahr noch lange nicht eintreten wird. Besser steht allerdings die Sache durch die Thätigkeit des Frauen-Reichscomités, das überall, wo es Organisationen gibt, mit den Genossinnen in Verbindung steht. Dadurch ist aber auch die Gewähr geboten, daß nicht Personen zum Parteitag kommen, die Sie hier nicht gern oder nur ohne Vertrauen sehen würden. Ich bitte um Annahme meines Antrages. (Beifall und Händeklatschen.)

Doležal (Wien, tschechisch): Ich bin der Ansicht, daß für die tschechischen Genossen die Anträge des I. und V. Wiener Wahlkreises die Gefahr bergen, daß sie uns wieder in das alte Verhältniß zur deutschen Organisation, wie es vor zwei Jahren bestand, zurückführen. Das würde uns nur schaden, und ich bin daher gegen diesen Antrag.

Reger (Bielitz): Ich bin gegen den Antrag der Eisenbahner, durch den wir jetzt Delegirte zweiten Ranges erhalten würden. Wenn der Parteitag der Ansicht ist,

daß die Vertreter der Parteipresse zugelassen werden sollen, dann sollen sie als gleichberechtigte Delegirte zugelassen werden. Aber trotzdem ich selbst Redakteur bin, glaube ich, daß dieses Bedürfniß nicht vorhanden ist. Was den Antrag des Frauencomités betrifft, will ich erklären, daß ich nicht so ritterlich bin, wie mein Landsmann Slowik. Wir können einer Organisation nur so viel Macht gewähren als ihrer Stärke entspricht. Ich glaube, eine Vertretung der Frauen wäre leichter durchzuführen, wenn beschlossen würde, daß die einzelnen Wahlkreise drei Delegirte wählen. Der Antrag des V. Wiener Wahlkreises ist wohl im allgemeinen schon durchgeführt; wenn es auch an manchen Orten noch vorkommt, daß beide Organisationen ganz unabhängig von einander arbeiten und daß eine Organisation die andere behindert.

Smitka (Wien): Der Antrag Popp hat die Entscheidung der Frage zur Voraussetzung, ob die Frauenorganisation eine selbstständige sein soll oder nicht. Ich glaube, daß durch die Einsetzung einer eigenen Vertretung der Frauen die Nothwendigkeit einer selbstständigen Agitation und Organisation genügend dokumentirt ist. Wenn dies anerkannt wird, so ist es eine logische Konsequenz, daß jene Körperschaften, in denen nur Frauen sind, auch das Recht haben sollen, an dem Parteitag vertreten zu sein. Die Furcht, daß zu viele Frauen am Parteitag erscheinen würden, dürfte unbegründet sein, und ebenso unbegründet die Besorgniß, daß vielleicht einzelne weibliche Delegirte mit den Fragen, die hier zur Erörterung gelangen, nicht hinreichend vertraut sein würden. Ich bin auch nicht der Ansicht, daß die Interessen der Frauen sich vollständig mit jenen der Arbeiter decken. Wenn wir die einzelnen Nationalitäten so sehr berücksichtigt haben, so sollten wir auch den Frauen gegenüber dieselbe Rücksicht walten lassen. Wir haben es ja in Wien sehr schwer empfunden, daß uns im Wahlkampf die Frauen nicht so sehr an der Seite gestanden sind, wie dies bei den Christlich-Sozialen der Fall ist.

Beer (Wien): Der Antrag des Genossen Karpas scheint mir überflüssig zu sein, weil durch das derzeitige Parteistatut ohnedies eine genügende Garantie für die Vertretung der Parteipresse gegeben ist. Wenn die Genossin Popp fordert, daß wir den Frauen Gerechtigkeit geben sollen, so weise ich darauf hin, daß durch ihren Antrag den anderen Organisationen ein Recht genommen werden würde. Die Vertretung auf dem Parteitage soll der Ausdruck der Stärke der Partei-Organisationen sein. Wenn die Organisationen der Frauen in einzelnen Bezirken leider eine nicht genügend starke ist, so ist dies zwar sehr zu bedauern, ich zweifle aber, ob durch die Zulassung von Frauen zum Parteitage an diesen Organisationen etwas geändert wird. Daraus, daß die Genossinnen das ganze Jahr arbeiten, kann nicht das Recht abgeleitet werden, auf dem Parteitage vertreten zu sein. Wir können den Genossinnen kein Separatrecht geben. (Widerspruch und Rufe: Das wollen sie auch nicht!) Im Parteistatut heißt es, daß nicht die Genossen eines Wahlkreises, sondern der Wahlkreis zwei Delegirte entsendet, und es wäre ein Separatrecht für die Frauen, wenn der Antrag Popp angenommen würde. Der Antrag Zipfinger ist sehr schön gedacht, ich befürchte aber, daß wir dann jedesmal vor dem Parteitag eine sozialdemokratische Volkszählung vornehmen müßten. Wenn wir sagen, die Wahlkreise haben das Recht, auch Frauen zu entsenden, wie dies der Antrag Adler ausdrückt, so wird ja das erreicht, was die Frauen wollen. Der Antrag des Genossen Hueber erscheint mir unannehmbar, weil uns die nöthigen Mittel dazu fehlen. Ich glaube, wir müssen vor allem die Organisationen sich weiter entwickeln lassen, dann wird auch der Augenblick kommen, in dem dieser Antrag zur Annahme wird gelangen müssen.

Zipfinger (Wien): Ich fürchte, daß durch die Annahme des Antrages Hueber eine Neubelastung hervorgerufen werden würde, die wir nicht zu tragen im Stande sind. Was die Anträge des I. und V. Wiener Wahlkreises betrifft, so muß ich diese lebhaft unterstützen. Wir haben es in der letzten Zeit in Wien sehr bitter empfunden, daß sich die nationalen Organisationen trennen, und vielleicht kann es einmal dahin kommen, daß wir bei einer Wahl nicht schlagfertig genug dastehen. In Bezug auf den Antrag Popp muß ich bemerken, daß wir oft in Versammlungen Gelegenheit haben, zu hören, wie die Frauenorganisationen hervorgehoben werden. Wenn es sich aber hier darum handelt, daß der Parteitag dafür eintrete, daß sich die Frauenorganisationen entwickeln können, so leugnet man plötzlich die Nothwendigkeit

dessen. Ich bin überzeugt, wenn keine Frauen hier wären, so würde über die Frauenorganisation gar nicht gesprochen werden. Sie werden zugeben müssen, daß, je stärker die Vertretung der Frauen ist, desto mehr in ihrem Interesse gearbeitet werden wird. Wenn Sie feststellen, daß die Wahlkreise entsenden sollen, wen sie wollen, so wird an dem jetzigen Zustande nichts geändert werden. Im Nothfalle könnte ich für den Antrag des Genossen Hannich stimmen. Man kann annehmen, daß mindestens die Hälfte aller Frauen in einem Wahlkreis in der Partei thätig sind, sobald ein Fünftel der Organisation angehören. In diesem Falle glaube ich, daß die Frauen mit Recht eine Vertretung fordern können.

Muchitsch (Graz): Auf die Gefahr hin, in den Augen des Frauen-Reichscomites nicht mehr so viel zu gelten, muß ich gegen den Antrag Popp Stellung nehmen, weil ich glaube, daß eine separate Begünstigung oder eine separate Organisationsform für die Frauen absolut schädlich ist. Das Frauen-Reichscomité ist ja nichts Anderes als eine Exekutive zur Vertretung der wirthschaftlichen und politischen Interessen der Arbeiterinnen analog der Gewerkschaftskommission. Sie wissen, daß das Frauen-Reichscomité selbst beschlossen hat, die Frauen gewerkschaftlich zu organisiren. Dieser Beschluß ist gefaßt worden, weil das dringend nothwendig ist. Ich glaube auch, daß wir die Frauen weder in der gewerkschaftlichen noch in der politischen Organisation von uns trennen sollen, wir müssen sie immer unter unserer Kontrole haben. (Heiterkeit.) Wenn wir schon etwas konzediren sollen, so werden ich und die übrigen Genossen aus Steiermark für den Antrag Adler stimmen.

Schmidt (Jägerndorf): Ueber die Frauenfrage ist schon viel zu viel geredet worden. Unser Organisationsstatut besagt ja, daß jeder Wahlkreis zwei Delegirte entsenden kann. Wir haben aber eine Anzahl von Wahlkreisen, die, wenn sie auch die Mittel haben, es zu thun, keine zwei Delegirte zum Parteitag schicken, weil die geeigneten Leute nicht die nöthige Zeit haben. Wenn wir nun bestimmen, daß aus einem Wahlkreis noch mehr Delegirte geschickt werden können, so werden jene Wahlkreise, die die nöthigen Mittel und entsprechende Leute finden, hier stärker vertreten sein als die anderen. Ich bin überzeugt, daß gewiß so mancher Wahlkreis keinen Anstand nehmen würde, auch eine Frau zu delegiren, wenn er eine hiezu geeignete Person finden würde. Wir in Schlesien haben gefunden, daß von den Frauensektionen so manche, nachdem sie einige Wochen für sich allein gearbeitet hatten, so zerrissen dastanden (Heiterkeit), daß die Genossen wieder einschreiten mußten, um Ordnung hineinzubringen. Wenn es bei den Frauensektionen gar nicht mehr geht, so kommen sie und sagen: wir fördern sie nicht. Wir haben sie ja sehr gern in unseren Organisationen (lebhafte Heiterkeit), wenn sie aber alles allein machen könnten, so würden wir auch sehr gern darauf verzichten, zu ihnen zu kommen. (Erneuerte Heiterkeit.) Ich glaube also, daß den Frauen sehr wenig damit gedient sein würde, wenn wir diese Bestimmung in das Statut aufnähmen, und daß wir der Partei gar keinen Schaden zufügen, wenn wir alle diesbezüglichen Anträge ablehnen.

Abgeordneter **Resel** (Graz): Die Bestimmungen, die uns in dem Antrage der Parteivertretung vorgeschlagen werden, dürften sich in der Praxis sehr schlecht machen; ich glaube, daß es zum Beispiel sehr schwer fallen würde, entsprechende Delegirte der slovenischen Organisation für die Gesammtexekutive in Wien zu finden.

Bezüglich des Antrages der Mandatsprüfungskommission, glaube ich, genügt die bisherige Bestimmung. Der Antrag der Eisenbahner ist meiner Ansicht nach berechtigt. Stimmrecht würde ich den Redakteuren doch nicht zugeben; die Redakteure, die in der Partei thätig sind, werden leicht ein Mandat bekommen, wenn sie ein solches wollen. Denn man pflegt ja nicht die dümmsten Leute zu Redakteuren zu ernennen. (Heiterkeit.) Was den Antrag des Frauencomités betrifft, stimme ich den Genossinnen zu. Die jetzige Bestimmung bedeutet bloß theoretisch die Gleichberechtigung, praktisch aber den Ausschluß der Frauen vom Parteitag. (Beifall.)

Krapka (zum Schlußwort): Wir haben heute die ersten Debatten über die Frauenfrage gehabt, und wir werden noch einige solche Debatten erleben. Das ist gewiß für die österreichische Sozialdemokratie ein Fortschritt. Genosse Muchitsch ist

der Ansicht, daß die Frauen zu rückständig sind, und der Genosse Hueber kommt ihm sehr nahe. Das ist beinahe so wie die Ansicht des Apostels Paulus, daß die Frauen unreine Geschöpfe sind. Genosse Schmidt stellt die Frauenfrage gar als etwas ganz Nebensächliches dar. Ich glaube, die Frauenfrage ist zumindest von derselben Bedeutung wie die anderen Fragen, die auf dem Parteitag behandelt werden. Entweder wollen wir wirklich die Gleichberechtigung durchführen, oder wir sind dieselben Heuchler wie die Klerikalen. (Beifall.) Was die Delegirung der einzelnen nationalen Exekutiven betrifft, hat Abgeordneter Resel die Möglichkeit mit Unrecht bezweifelt. Es wurde bereits darauf hingewiesen, daß gerade der gegenwärtige Zustand unmöglich ist. Den Genossen Hueber möchte ich bitten, seinen Antrag zurückzuziehen. Es ist die Aussicht vorhanden, daß diese Anträge auf dem nächsten Parteitage durchgeführt werden. Sollte er das nicht thun, bitte ich Sie, den Antrag abzulehnen. Uebrigens wäre es nicht möglich, daß der Parteitag über die Person des Sekretärs bestimmt. Eine so große Körperschaft ist nicht im Stande, über die Fähigkeiten und die Brauchbarkeit des Sekretärs zu entscheiden. Das müßte der Parteivertretung überlassen werden. Den Antrag Karpas bitte ich abzulehnen. Der Parteitag hat den Redakteuren und den Abgeordneten die Weisungen zu ertheilen, nicht aber umgekehrt. Den Antrag des Frauen-Reichscomites bitte ich Sie ebenso wie die übrigen Anträge, die zu dieser Frage gestellt wurden, abzulehnen, bis auf den Antrag Adler, der übrigens mit dem Antrage Hannich übereinstimmt. Als Begleitschreiben zu dem Antrag muß aber gesagt werden, daß es Pflicht der verschiedenen Wahlkreise ist, daß von ihnen, wo eine Frauenbewegung besteht, auch Frauen delegirt werden müssen. (Zustimmung des Genossen Adler.) Die Genossen müssen sich einmal die Wahrung ihrer Prinzipien mehr vor Augen halten und dort, wo eine Frauenbewegung thatsächlich existirt, auch trachten, daß sie durch Delegirung auf dem Parteitag ihre Vertretung finden. Sonst ist das ganze Reden von Gleichberechtigung eine leere Phrase. Die Anträge der Gesammtparteivertretung bitte ich anzunehmen, von denen es mich übrigens wundert, daß sich der Parteitag nicht mit ihnen beschäftigt hat.

Es wird zur Abstimmung geschritten.

Der Antrag 2 des I. Wiener Wahlkreises wird in folgender Fassung angenommmen:

Der Parteitag beschließe: In allen Wahlkreisen, wo es die territorialen Verhältnisse nicht ganz unmöglich machen, ist die Organisation der Genossen für öffentliche Wahlen irgendwelcher Art nicht nach nationalen Gruppen getrennt, sondern gemeinschaftlich und einheitlich durchzuführen.

Weiter werden folgende Anträge, und zwar die der Gesammtparteivertretung einstimmig angenommen.

3. Antrag des V. Wiener Wahlkreises:

Durch die vom Wiener Parteitag 1897 beschlossene Gliederung der sozialdemokratischen Partei nach nationalen Gruppen wurden vollständig neue Formen in der Organisation geschaffen, die deren weiteren Ausbau dringend nothwendig machen, um in Fragen von allgemeinem Interesse, besonders dort, wo es sich um politische Angelegenheiten handelt, ein einheitliches, gemeinsames Vorgehen zu sichern. Der Parteitag beschließt daher, daß in allen Landeswahlkreis- und Bezirksorganisationen die nationalen Gruppen gegenseitig vertreten sein müssen, um die politische Organisation gemeinschaftlich und einheitlich durchzuführen.

4. Antrag der Gesammtparteivertretung:

In den bisherigen Bestimmungen des Absatz 1, „Gesammtparteitag" werden die Worte: „Alle zwei Jahre wird ein Gesammtparteitag einberufen . . .". durch folgenden Wortlaut ersetzt: „Mindestens in jedem zweiten Jahre wird ein Gesammtparteitag einberufen, der in der Regel in der ersten Hälfte des Monats September stattfindet."

Zum zweiten Absatz dieser Bestimmungen wird folgender Zusatz aufgenommen: „Um ein einheitliches Bild über die Thätigkeit der Gesammtorganisation zu bekommen, haben die an den Gesammtparteitag zu erstattenden Berichte die Thätigkeit für die abgelaufene Periode bis Ende Juni jenes Jahres zu umfassen, in dem der Gesammtparteitag stattfindet. Die Wahlkreisvertrauensmänner sind verpflichtet, diese Berichte von den Organisationen ihres Wahlkreises rechtzeitig einzufordern und ungesäumt an ihre nationale Exekutive abzusenden."

5. Antrag der Gesammtparteivertretung:

In die Organisationsbestimmungen werden folgende Punkte aufgenommen:

I. Gesammtparteitag.

Die Mitglieder der Gesammtvertretung sowie die sozialdemokratischen Reichsrathsabgeordneten haben das Recht auf Sitz und Stimme.

II. Gesammtvertretung der Sozialdemokratie in Oesterreich.

Die politische Leitung der Gesammtpartei obliegt der Gesammtvertretung der Sozialdemokratie in Oesterreich. Den Sitz der Gesammtvertretung bestimmt der Gesammtparteitag. Die Gesammtvertretung setzt sich aus den Exekutivcomités der deutschen, tschechischen, polnischen, ruthenischen, italienischen und südslavischen Organisationen zusammen. Insoweit einzelne Exekutivcomités ihren Sitz nicht am Sitz der Gesammtvertretung haben, soll ihre Vertretung durch eigens dazu gewählte Delegirte geschehen, die am Sitz der Gesammtvertretung wohnen. Diese Mitglieder der Gesammtvertretung sind auf Antrag der einzelnen Exekutivcomités auf den Nationalparteitagen zu wählen und als Mitglieder des Exekutivcomités zu betrachten.

Die Gesammtvertretung der Sozialdemokratie in Oesterreich tritt zu gemeinsamen Berathungen behufs Regelung der den Organisationen gemeinsamen Angelegenheiten nach Erforderniß zusammen. Sie ist dem Gesammtparteitag verantwortlich.

Die Mitglieder jeder nationalen Vertretung können jederzeit an den Sitzungen aller anderen Vertretungen oder Exekutivcomités theilnehmen, und es ist wünschenswerth, daß das so oft als möglich geschehe.

III. Kontrole.

Der Gesammtparteitag wählt eine dreigliedrige Kontrole aus dem Orte, in dem sich der Sitz der Gesammtvertretung befindet. Genossen, die in der verflossenen Periode diese Funktion ausübten, sind für die nächste Periode nicht wieder wählbar.

Der Antrag der Mandatsprüfungskommission (Kristan-Theodorczuk) wird der Parteivertretung zugewiesen.

Der Antrag der Verkehrsbediensteten (Taub-Karpas) wird abgelehnt.

Der Antrag Meizr-Winarsky wird der Parteivertretung zugewiesen.

Hueber zieht seinen Antrag zurück.

Dr. Adler zieht seinen Antrag als mit dem des Genossen Hannich identisch zurück.

Der Antrag des Frauen-Reichscomités wird abgelehnt.

Barth schließt sich gleichfalls dem Antrag Hannich an, und dieser wird mit allen gegen vier Stimmen in folgender Fassung angenommen:

Jeder Wahlkreis hat das Recht, zwei Delegirte und, wo organisirte Frauen sind, auch eine Frau als Delegirte zu entsenden.

Es entfallen somit aus dem ersten Absatz des Organisationsstatutes I. Gesammtparteitag:

„Jeder Wahlkreis hat das Recht, zwei Delegirte zu entsenden", sowie der Schlußsatz: „Nach Thunlichkeit sollen auch die Frauenorganisationen der nationalen Gruppen durch je zwei weibliche Delegirte vertreten sein."

Der Antrag Zipfinger wird abgelehnt.

Die übrigen Anträge entfallen.

Skaret beantragt:

Als Sitz der Gesammtparteivertretung wird Wien bestimmt.

Einstimmig angenommen.

Die Wahl der Kontrole wird morgen vorgenommen.

Hiemit ist der dritte Punkt, „Organisation der Gesammtpartei", erledigt.

Die Verhandlung wird hierauf um $^3/_4 6$ Uhr abgebrochen.

Deutschen und Slaven, und gerade dieser Umstand hat dazu geführt, daß es den Feudalen und Klerikalen um so leichter wird, die eigentlich Herrschenden in Oesterreich zu sein und den größten Nutzen für sich herauszuschlagen. Wenn wir also eine Lösung finden wollen, so geschieht es, um der Reaktion ein-für allemal die Grundlagen zu entziehen, auf der sie ihre Macht aufbaut. Wir werden aber nicht allein für das Reich, sondern auch für die Länder und Gemeinden eine Lösung finden müssen, denn sonst würde dies nichts Anderes bedeuten als die Uebertragung des Nationalitätenkampfes auf die letzteren. Wir müssen trachten, überall die Ursachen zu beseitigen, aus denen die Nationalitätenhetze entspringt.

Wir sind nicht die ersten, die die Lösung der Nationalitätenfrage versucht haben. Sowohl die deutschen wie die tschechischen Chauvinisten haben ihr nationales Programm, die einen den Zentralismus, die anderen ihr Staatsrecht. Wir haben gesehen, wie sich diese Standpunkte langsam verschoben haben, und, sobald die tschechischen Chauvinisten für einen gewissen Zentralismus eintraten, sofort die Deutschen wieder ihren Standpunkt verlassen haben und zum Föderalismus zurückgekehrt sind, und umgekehrt. Wir haben gesehen, daß gerade jene Parteien die Forderung des Nationalismus auf ihre Fahne geschrieben haben, die selbst das größte Hinderniß für die Lösung des Problems sind. Weder die deutschen noch die tschechischen Chauvinisten *wollen* die Lösung des Nationalitätenproblems, weil sie nur so lange bestehen können, als dieses Problem ungelöst bleibt. In dem Augenblick aber, wo die Reibungsflächen zwischen den Nationen beseitigt sind, wird den national-chauvinistischen Parteien der Boden entzogen; sie müssen dann entweder den Nationalismus als eine Kulturfrage auffassen, oder sie verschwinden von der Bildfläche. Nun wissen wir genau, daß diese nationalen Parteien nie Kulturparteien werden können. Wir wissen, daß jene kleinbürgerlichen Elemente für das nationale Element im Sinne einer Kulturbewegung nicht zu haben sind, und diese Parteien ein Interesse daran haben, den heutigen Zustand aufrechtzuerhalten. Ein wirkliches materielles Interesse an den heutigen Zuständen haben aber nur die Feudalen und Klerikalen, denn in dem Moment, wo der nationale Ausgleich zwischen den Völkern in diesem Lande geschaffen wird, wo jeder Grund zu einer Nationalitätenhetze verschwindet, ist auch die Macht der Feudalen und Klerikalen in Oesterreich zu Ende. Andererseits ist klar, daß der nationale Ausgleich nur auf Grund einer Demokratisirung Oesterreichs erfolgen kann, und es würde der Ausgleich an sich schon die Herrschaft dieser Parteien vernichten. So ist es nur natürlich, daß von allen bisher in Oesterreich herrschenden Parteien die Lösung des Nationalitätenproblems nie ernstlich in Angriff genommen wurde. Es gibt Leute, die fragen, was denn der nationale Gegensatz die internationale Sozialdemokratie angehe: der nationale Gegensatz bestände ja nur zwischen dem Bürgerthum der verschiedenen Nationen, berühre aber nicht das Proletariat; denn deutsche, tschechische, polnische Arbeiter u. s. w. vertragen sich ja ganz gut, und es liege daher eigentlich sogar im Interesse der Sozialdemokratie, wenn sich die bürgerlichen Parteien der verschiedenen Nationen in den Haaren liegen. Nun, so steht die Sache nicht. Wir können nicht die Hände in den Schoß legen und dem Kampfe ruhig zusehen, weil das Proletariat selbst unter diesem nationalen Kampfe der Bürgerlichen am meisten zu leiden hat. Die sozialdemokratischen Abgeordneten waren in den letzten zweieinhalb Jahren des hochgehenden nationalen Kampfes beispielsweise nicht in der Lage, im Parlament die allernothwendigsten und dringendsten Gesetze auf dem Gebiete des Arbeiterschutzes zu schaffen und unseren Forderungen jenen Nachdruck zu verleihen, der zu ihrer Realisirung nothwendig ist. Schon das ist ein deutlicher Beweis dafür, daß wir ein ganz eminentes, eigentlich wir allein ein Interesse an der Nationalitätenfrage haben, und wir müssen schon deshalb eine Lösung anstreben. Wir können auch nicht sagen, der Arbeiterschaft mangle es an jenem gewissen österreichischen Gefühl. Man hat wohl den Arbeitern jenes Gefühl schon bei ihren ersten Regungen für Freiheit im Jahre 1848 ausgetrieben, und wo noch ein Rest davon geblieben war, so hätte man es in alle Winde verpufft durch die Schüsse von Falkenau, Ostrau, Mürschau, Graslitz u. s. f.

Hätten wir wirklich ein Interesse daran, daß dieses Oesterreich zum Teufel gehe, so könnten wir vielleicht sagen: „Lassen wir die Dinge einfach gehen.“ Wir wissen aber, daß wir trotz aller Fiktionen in Oesterreich werden zusammenwohnen müssen, und es bleibt uns daher nichts übrig, als aus den heutigen Zuständen einen Ausweg zu finden, um einerseits den wirthschaftlichen Niedergang Oesterreichs zu verhindern, um das Zusammenleben der Völker Oesterreichs zu einem auskömmlichen zu gestalten, und zweitens Zustände zu schaffen, die es ermöglichen, den proletarischen Forderungen den Nachdruck zu verschaffen, der zur Verbesserung der wirthschaftlichen und politischen Lage der Arbeiterklasse nothwendig ist. Gerade die proletarischen Interessen sind es, die uns veranlassen müssen, an die Lösung des Problems heranzutreten, und es wäre eine Unterlassungssünde der österreichischen Sozialdemokratie, wollte sie sich mit dieser Frage nicht beschäftigen in dem Augenblicke, wo sie zur Lösung reif geworden ist.

Die Lösung der Frage kann sich nur in der Richtung der Demokratie bewegen. Um die nationalen Gegensätze, um die äußeren Ursachen der heutigen nationalen Hetze zu beseitigen, ist es vor allem anderen nothwendig, den Nationen volle Selbstständigkeit der Verwaltung ihrer nationalen Angelegenheiten und so eine freie Bahn für ihre Entwicklung zu schaffen.

Die Nationalitätenfrage darf vor allem nicht als Machtfrage, sondern muß als eine Kulturfrage aufgefaßt werden. Die Nationen müssen in der von der Gesammtexekutive vorgeschlagenen Richtung ihr vollstes Selbstbestimmungsrecht erhalten derart, daß Oesterreich in nationale Selbstverwaltungsgebiete getheilt werde, die ihre nationalen Angelegenheiten selbstständig besorgen. Diese Theilung Oesterreichs darf aber nicht in der Weise erfolgen, daß alle Angelegenheiten der Selbstbestimmung der Nationen zugewiesen, sondern gewisse Angelegenheiten müssen auch weiter gemeinsam geregelt werden. Derartige Dinge gibt es in Oesterreich eine ganze Reihe. Wenn heute eine Schule oder eine Universität errichtet werden soll, so ist eine solche Bildungsanstalt Gegenstand des Tauschhandels zwischen der Regierung und den verschiedenen Parteien, ohne daß nach der Nothwendigkeit einer solchen Anstalt gefragt würde. Wenn die Errichtung einer Schule, wenn die Pflege von Kunst und Wissenschaft nicht Sache des Staates, sondern der Nationen sein wird, so werden diese nur vom Standpunkt der Nothwendigkeit über derartige Kulturinteressen entscheiden. Und so wie bei einer Schule, so wird in allen Fragen durch die Schaffung der nationalen Selbstverwaltungsgebiete der Grund für die Nationalitätenhetze beseitigt sein. Diese Neuregelung kann aber nur auf vollständig demokratischer Grundlage geschaffen werden, denn sonst wird wieder nur den Interessen derjenigen Kreise gedient, die den größeren Einfluß in diesen nationalen Selbstverwaltungsgebieten besitzen, und nicht den allgemeinen Interessen der Nation, und wir hätten dann ungefähr ein ähnliches Verhältniß wie heute. Die Existenz Oesterreichs wird aber dadurch nicht aufgehoben. Oesterreich wird repräsentirt werden durch ein Volkshaus, in dem alle Nationalitäten vertreten sind, und zwar durch auf Grund des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechtes gewählte Abgeordnete.

Die Resolution der Gesammtexekutive verlangt die Pflege und Entwicklung der „nationalen Eigenart“ aller Völker. Darunter verstehen wir nur die Eigenthümlichkeiten der Kulturentwicklung einer jeden Nation. An der nationalen Kulturentwicklung sind wir aber mindestens ebenso interessirt wie die Bourgeoisie; wir haben ein Interesse an der Förderung von Literatur, Kunst, Poesie und Wissenschaft. Der deutsche Arbeiter hat zunächst das Hauptinteresse an der deutschen Literatur, deren Schöpfungen er viel besser verstehen und empfinden kann als die Schöpfungen der Literatur anderer Völker. Es gewinnen aber auch dadurch alle Nationen, wenn die Entwicklung der Eigenart einer jeden einzelnen Nation geschützt und gefördert wird. Diese Forderung liegt ebenso in unserem Interesse wie rein materielle Dinge.

Die vollständige Demokratie ist für uns nicht nur dahin zu verstehen, daß für jedes nationale Verwaltungsgebiet ein gesetzgebender Körper im kleinen geschaffen werde, sondern daß das Volk auch das Recht erhalte, sich seine Beamten, seine Richter zu wählen.

Wir haben in Oesterreich rein nationale Verwaltungsgebiete, wir haben

aber auch Gebiete, in denen sich nationale Minderheiten befinden, und diesen muß jener Schutz gewährt werden, der zur Entwicklung ihrer nationalen Eigenart nothwendig ist. Um die Reibungsflächen zwischen den Nationen zu beseitigen, wird es nothwendig sein, durch ein Gesetz genau festzulegen, wie weit die Bewegungsfreiheit der nationalen Minderheit, das heißt der Einfluß der nationalen Mehrheit gehen kann. Wenn wir die nationalen Minderheiten einfach schutzlos preisgäben, so würde der Nationalitätenstreit nur wieder neue Nahrung finden und ein nationaler Friede niemals hergestellt werden können.

In Punkt 5 der Resolution wird ausgesprochen: „Wir anerkennen kein nationales Vorrecht, verwerfen daher die Forderung einer Staatssprache, wogegen wir die schon jetzt bestehende Thatsache der deutschen Verkehrssprache, so lange eine andere nicht gegeben ist, nur als politische Nothwendigkeit ansehen." Darin liegt viel mehr eine Negation als eine positive Forderung. Wir wollen damit ausdrücklich feststellen, daß wir keiner Sprache in Oesterreich ein Privilegium zukommen lassen wollen, daß wir aber auch nicht vor den Thatsachen die Augen verschließen; wenn wir die deutsche Verkehrssprache, so lange nicht eine andere gegeben ist, für das ganze Reich verlangen, so thun wir es, weil wir wissen, daß sie als Verkehrssprache die geeignetste ist und durch sie am leichtesten die Verständigung unter den Völkern hergestellt werden kann. Nehmen wir an, es sind diese nationalen Selbstverwaltungsgebiete errichtet. Es ist bekannt, daß sich in allen Theilen Oesterreichs deutsche Minderheiten vorfinden. Wenn nun zum Beispiel ein Akt von einem Gericht in Triest, wo italienisch, slovenisch, deutsch und kroatisch amtirt wird, an ein Gericht in Böhmen geleitet wird, wo slavisch und ebenfalls deutsch amtirt wird, so liegt es doch nahe, daß hier die Verständigungssprache die deutsche sein werde.

Ich eile zum Schlusse und bemerke, daß wenn ich mir in meinen Ausführungen eine gewisse Reserve auferlegt habe, ich dies gethan habe, weil ich weiß, daß die vorliegende Resolution der Gesammtexekutive, soweit ich über die Stimmung auf dem Parteitage informirt bin, noch einer gründlichen Umänderung unterzogen werden wird. Ich möchte hier noch kurz darauf verweisen, daß es ebensowenig die Aufgabe der Sozialdemokratie sein kann, Ihnen, ich möchte sagen, einen nationalen Zukunftsstaat bis in die kleinsten Details auszumalen, als es verlangt werden kann, den sogenannten Zukunftsstaat überhaupt im Detail vorzuführen. Die Aufgabe der Sozialdemokratie ist es nur, den Weg anzudeuten, der aus dem jammervollen Zustande, in dem wir uns befinden, herausführt, die Richtung anzugeben, in der die Entwicklung vor sich gehen muß, wenn wir zu einem Staatswesen gelangen sollen, in dem dem Proletariat die Möglichkeit geboten wird, seine Kraft vollständig zu entfalten und den ihm zustehenden Einfluß voll und ganz zur Geltung zu bringen. Die Sozialdemokratie in Oesterreich muß eine Lösung in dieser Frage herbeizuführen suchen und sich mit ihrer ganzen agitatorischen Kraft dafür einsetzen. Es handelt sich darum, die Grundlagen zu finden, auf denen ein Völkerleben in diesem Staate möglich ist, das die Garantie dafür bietet, daß an Stelle des Nationalitätenkampfes der volle und reine Klassenkampf gestellt werde. (Beifall.)

Nemec (Prag, tschechisch): Der Gegenstand, den wir jetzt berathen, ist einer der wichtigsten der Tagesordnung darum, weil wir für längere Zeit die Richtung und den Weg bestimmen sollen, wie wir nebeneinander und wie wir gemeinsam vorwärts zu gehen haben. Es sind viele Genossen unter uns, besonders tschechische Genossen, die erklären, daß unser Standpunkt zur nationalen Frage bereits im Hainfelder Programm genau bestimmt ist, und daß, soweit wir die Lösung dieser Frage für uns brauchen, die Frage schon wirklich gelöst ist, daß wir uns aber um die Interessen des Bürgerthums nicht zu kümmern brauchen. Aber schon die Thatsache, daß diese Frage heute im Mittelpunkt der Diskussion steht, ist ein Beweis, wie unrecht sie haben. Allerdings ist die Lösung dieser Frage deshalb so schwierig, weil sie komplizirt ist durch verschiedene andere Dinge, durch wirthschaftliche Bestrebungen und Forderungen, durch kulturelle Unterschiede u. s. w. Alles das muß hier berücksichtigt werden.

Bevor ich in das Meritorische dieser Frage eingehe, will ich noch einen Vorwurf zurückweisen, der uns Tschechen gemacht wurde. In einem Parteiblatte

habe ich gelesen, daß die tschechischen Genossen „sich die Klagen der Jungtschechen einigermaßen zu Herzen genommen haben". Dieser Vorwurf ist ganz unbegründet. Die tschechischen Genossen haben durch ihre Erklärung gegen das Staatsrecht das Tischtuch zwischen sich und den Jungtschechen für immer zerschnitten. Sie demonstrirten, daß sie mit den Jungtschechen nichts gemeinsam haben weder auf wirthschaftlichem, noch auf politischen, noch auf kulturellem Gebiete, da es sich diesen nur um die Erhaltung ihrer alten und die Erwerbung neuer Privilegien handelt. Aber wir haben auch praktisch diesen Vorwurf widerlegt, als in den Dezembertagen des Jahres 1897 ganz Prag von nationalem Wahnsinn befangen war und Polizei und Militär dagegen ohnmächtig waren. Da haben es die tschechischen Sozialdemokraten vermocht, nicht nur sich selbst mitten in den ärgsten Stürmen von dem nationalen Chauvinismus fernzuhalten, sondern auch dort, wo sie starke Organisationen haben (Lieben, Bubna, Holesovic, Smichov), diese stürmischen Ausbrüche des nationalen Wahnsinns überhaupt zu verhindern. Sie können sich wohl keinen Begriff machen, wie eine aufstrebende Bourgeoisie wie die tschechische sich benimmt. Die deutsche Bourgeoisie ist marastisch, feil, marklos; die jungtschechische ist geldgierig, brutal, rücksichtslos. (Genosse Adler: Das ist unsere auch trotz Marasmus!) Wir haben es also nicht verdient, daß uns solche Anwürfe gemacht werden.

Es liegen uns zwei Resolutionen vor von der Gesammtexekutive und von der südslavischen Exekutive. Beide sind im wesentlichen identisch. Ich will mich daher hauptsächlich mit der ersten Resolution beschäftigen. Diese theilt sich in zwei Theile, einen theoretischen und einen praktischen Theil. Der erste entspricht vollständig unserem Programm, und wir können uns mit ihm vollkommen einverstanden erklären. Anders ist es mit dem praktischen Theil. Dieser widerspricht dem theoretischen Theil in ganz gewaltiger Weise, und es muß auch konstatirt werden, daß er den Grundthesen unseres Programms nicht entspricht. Wir Sozialdemokraten stehen auf dem Boden der materialistischen Geschichtsauffassung und suchen überall die wirthschaftlichen Grundlagen auf. Hier aber wird davon ganz abstrahirt, und man glaubt, daß es möglich ist, neue Staaten im Staate zu bilden, ohne Rücksicht zu nehmen auf die wirthschaftlichen Verhältnisse und auf die wirthschaftliche Entwicklung. Ich glaube, darin liegt ein verhängnißvoller Fehler der Resolution. Im theoretischen Theil heißt es, daß wir gegen den bureaukratischen Zentralismus sind, und man sollte erwarten, daß diese Auffassung auch im praktischen Theil festgehalten ist. Aber diese fünf Postulate, die im zweiten Theil aufgestellt sind, können den Zentralismus nicht beseitigen, im Gegentheil, sie werden ihn nur verstärken. Aber auch der Bureaukratismus erhält seine wesentliche Förderung im zweiten Theil, besonders durch die Bestimmungen über die Verkehrssprache. Allerdings setzt man eine demokratische Verfassung in Oesterreich voraus, wo das Volk seine Beamten sich selbst wählen wird. Aber so weit sind wir noch lange nicht, und wenn wir so weit sein werden, dann haben wir Zeit genug, uns eine Verkehrssprache zu bestimmen. Jetzt ist wohl nicht unsere Sache, zu bestimmen, was für eine Sprache die Behörden untereinander sprechen sollen. Das ist eine Sache, die uns nicht betrifft. Wenn eine Sprache für alle Behörden in ganz Oesterreich festgesetzt werden soll, so widerspricht das wohl auch der Gleichberechtigung, und wenn man sie nur bei den höheren Behörden festsetzen will, dann geht es uns ganz gewiß am allerwenigsten an. Diese werden es sich schon so einrichten, wie sie es brauchen. Uns handelt es sich nur darum, wie sie sich uns gegenüber verhalten werden.

Der Zweck, den die Resolution erreichen will, ist die Reibungsflächen zwischen den einzelnen Nationen so weit als möglich zu verringern. Aber diese Resolution, besonders in der Stilisirung, in der sie uns vorliegt, würde das gerade Gegentheil erreichen. Stellen wir uns die praktische Durchführung dieser Resolution vor, stellen wir uns zum Beispiel die nationale Abgrenzung in Böhmen vor. Die Nationen wohnen in Böhmen oft in den einzelnen Orten neben einander, und die Sprachenstreitigkeiten würden ins letzte Dörfchen getragen werden. Man würde dann darüber streiten, zu welcher nationalen Gruppe dieses oder jenes Dorf gehört. Der nationale Kampf wird noch schärfer werden, als er jetzt ohnehin schon ist. Ich habe schon in der Einleitung erwähnt, daß es ein ver-

hängnißvoller Fehler der Resolution ist, daß sie auf die wirthschaftlichen Verhältnisse gar keine Rücksicht nimmt. Man spricht dort nur von nationalen und kulturellen Angelegenheiten und läßt die wirthschaftlichen ganz beiseite. Es kommt schließlich doch darauf hinaus, wer die ganze Geschichte bezahlen soll. Da würden wir neue Streitigkeiten bekommen, die, wie alle wirthschaftlichen Streitigkeiten, eine ganz besondere Schärfe annehmen würden. Wir tschechischen Sozialdemokraten stimmen mit dieser Resolution in ihrer gegenwärtigen Stilisirung nicht überein. Sie entspricht nicht dem, was wir Sozialdemokraten zu thun verpflichtet sind, sie entspricht nicht unseren praktischen Bedürfnissen und Forderungen und würde die nationalen Streitigkeiten nicht beseitigen, sondern nur verschärfen.

Ich stelle den Antrag, daß nach dem theoretischen Theile, mit dem wir, wie gesagt, einverstanden sind, die Punkte 1 bis 5 ersetzt werden durch folgende Bestimmung:

> Oesterreich kann nur bestehen als demokratischer Nationalitätenstaat, aufgebaut auf den Prinzipien ehrlicher Gleichberechtigung. Die nationalen Minoritäten sind in ihren nationalen Bestrebungen und Bedürfnissen durch ein besonderes Reichsgesetz zu schützen.

Es stehen hier zwei verschiedene Anschauungen einander gegenüber, und ich weiß nicht, wie viele noch dazukommen werden. Trotzdem wollen und müssen wir die Frage lösen, so weit sie eben lösbar ist. Das geht nur auf dem Boden des Kompromisses; wir müssen durch gegenseitige Verständigung die Form suchen, in der dies möglich ist, die Form, die uns in unserer Entwicklung nicht behindert. Ich beantrage daher, daß aus dem Plenum des Kongresses eine Kommission gewählt werde, in der alle Nationalitäten vertreten sind, und die während des Kongresses noch eine bestimmte Resolution ausarbeiten und uns vorlegen soll. Wie die Resolution auch ausfällt, sie wird aus gegenseitiger Verständigung hervorgegangen sein und daher den Bedürfnissen aller entsprechen. Wir alle haben das gemeinsame Interesse, daß die Arbeiterschaft aller Nationen sich so weit als möglich entwickle; unsere Pflicht ist es allerdings nicht, daß wir uns über staatliche Formen besonders aufregen sollten. Es ist aber nicht gleichgiltig, ob die Arbeiter in diesen staatlichen Formen sich entwickeln können, und als Sozialdemokraten müssen wir trachten, so viel Einfluß zu gewinnen, um jene staatlichen Formen zu erringen, in denen die Entwicklung der Arbeiterschaft am wenigsten behindert wird. (Lebhafter Beifall.)

Hannich (zur Geschäftsordnung) beantragt, daß bei diesem Punkte die Redezeit auf 20 Minuten verlängert werde. Resel spricht gegen, Krapka für den Antrag, der mit allen gegen fünf Stimmen sodann angenommen wird.

Hueber (zur Geschäftsordnung) beantragt, daß die Wahl der vorgeschlagenen Kommission sofort vorgenommen und die Debatte vertagt werde.

Dr. Adler bemerkt, es müsse doch der Kommission vorher ein Material vorgelegt werden.

Der Antrag Hueber wird sodann abgelehnt.

Prähauser (Salzburg): Aus den Erörterungen der Presse und den Ausführungen des Referenten geht schon hervor, daß sich niemand für die beiden Resolutionen besonders erwärmen kann. Wenn in unseren Kreisen ein Nationalitätenstreit besteht, dann ist es allerdings für uns wichtig, ihn zu beseitigen. Ich glaube aber, der Nationalitätenstreit entspringt nicht nationalen Ursachen, sondern wirthschaftlichen Ursachen in den bürgerlichen Klassen. Dieser Streit ist daher eine rein bürgerliche Angelegenheit, die uns nichts angeht Die deutsche Sprache wird eine Kultur- und Verkehrssprache bleiben, ob wir es wünschen oder nicht und die tschechischen Genossen dagegen sind oder nicht. Es ist daher überflüssig, dies in der Resolution zu betonen, weil das die Konstatirung einer Thatsache ist, die jedem bekannt ist. Unsere Aufgabe ist einzig und allein, alles zu thun, um als politische Armee schlagfertig dazustehen. Ich bin überzeugt, ein demokratisches Oesterreich wird es niemals geben, denn wir als Deutsche hätten, wenn Oesterreich zerfiele, kein Interesse daran, einen Bundesstaat zu bilden. (Beifall.)

Dr. **Adler** (Wien): Ich möchte vor allem konstatiren, daß es sich in dieser Diskussion nicht um etwas handelt, dem wir ausweichen konnten. Wir sind nicht leichtsinnig und nicht ohne langes Zögern an die Frage herangetreten. Aber die Dinge in Oesterreich liegen eben so, daß die Partei gezwungen ist, auf die nationale Frage eine deutliche Antwort zu geben. (Bravo!) Hier kann es nicht dazu kommen, daß eine Gruppe die andere majorisirt, wir können hier nur feststellen, was das gemeinsame geistige Eigenthum der Partei ist. Wir wollen es hier auf dem Parteitag so weit bringen, daß wir uns eine Ueberzeugung bilden, und nur wenn und insoweit wir dies erreichen, sind wir in der Lage, Beschlüsse zu fassen. Es kann sich daher nicht darum handeln eigensinnig an einer Formulirung festzuhalten, und ich erkläre im vorhinein, daß wir ganz mit den tschechischen Genossen einverstanden sind, die die Einsetzung einer Kommission verlangen.

Die Gesammtexekutive hat die Frage lange Zeit erwogen und sie einer Kommission überwiesen, in der alle in Wien vertretenen Nationalitäten thätig waren. Das Ergebniß der eingehenden und langwierigen Debatten ist die Ihnen vorgelegte Resolution. Wir sind aber nicht so arrogant, uns zuzumuthen, daß wir gleich auf den ersten Griff die größte politische Schwierigkeit, die es in Europa gibt, zu lösen im Stande wären. Unsere Ueberzeugung ist es jedoch, daß wenigstens die hier ausgesprochenen Grundgedanken das Programm der Sozialdemokratie werden müssen, wenn diese auf die nationale Frage eine Antwort geben soll. Dieser Gedankengang ist folgender: Es ist nothwendig, daß jene Bedingungen geschaffen werden, die die nationalen Schwierigkeiten möglichst mindern, und das geschieht durch die Demokratisirung des Staatswesens nicht nur in der Gesetzgebung, sondern auch in der Verwaltung. Zweitens müssen die Reibungen vermindert werden. Die tschechischen Genossen im Reichsrath haben eine historisch denkwürdige That gethan, sie haben eine Erklärung gegen das böhmische Staatsrecht, gegen den Prager Zentralismus abgegeben, und, Parteigenossen, wir fordern Sie, die Delegirten dieses Parteitages, auf, daß Sie eine Erklärung gegen das österreichische Staatsrecht, gegen den Wiener Zentralismus abgeben und damit die Bande zerschneiden, die die Arbeiterschaft heute noch immer indirekt mit den herrschenden Klassen in Oesterreich verbinden. Wir wollen aus diesen zusammengewürfelten und zusammeneroberten Provinzen selbstständige Körper machen. Ich muß gestehen, daß es mich wundert, wenn man sich da den Kopf darüber zerbricht, wie das wirthschaftlich sein wird. Glauben Sie nicht, daß dieselben Befugnisse, die die heutigen sogenannten Kronländer haben, nicht mindestens im selben Ausmaße den nationalen Kantonen eingeräumt werden können? Ich kann darin keine Schwierigkeit erblicken, und insofern es eine ist, ist es nicht unsere Aufgabe, auf dem Parteitag die Details zu lösen. Wir haben nur die Richtungslinien anzugeben, in denen wir marschieren wollen, nicht etwa, wie aus diesem Oesterreich, sondern wie aus den Völkern, die Oesterreich bewohnen, etwas werden kann. (Beifall.) Man hat an unseren Vorschlägen herumkritisirt, und es hat sich auch ein Kritiker gefunden, der nicht mit dem Herzen bei der Sache ist, sondern nur ein Spiel des Geistes vorführen will. Ich meine damit die Artikel, die in der „Leipziger Volkszeitung" erschienen sind. Mit einem Standpunkt, der davon ausgeht, daß die Demokratisirung Oesterreichs Oesterreich an die Slaven und Klerikalen ausliefert, und daß darum die deutsche Bourgeoisie einen Verzweiflungskampf gekämpft habe, indem sie die Taaffe'sche Wahlreform bekämpfte, brauchen wir uns nicht weiter zu beschäftigen. (Zustimmung.) Man kann für das böhmische Staatsrecht sein, und man kann für das österreichische Staatsrecht sein, aber für das böhmische und das österreichische Staatsrecht zugleich und außerdem ein Sozialdemokrat sein zu wollen, das ist unmöglich. (Heiterkeit und Beifall.)

Genosse Nemec machte geltend, daß unsere Resolution in einem gewissen Gegensatz mit der südslavischen Exekutive stehe. Nemec scheint da nicht in den genaueren Sinn der Sache eingedrungen zu sein. Der Antrag der südslavischen Exekutive ist eigentlich nichts Anderes als der Ausdruck jener Idee, die „Synopticus" in seiner Broschüre über die nationale Frage entwickelte, nämlich für eine

Summe von Individuen eine nationale Selbstverwaltung zu bestimmen, ähnlich wie dies bei den Kirchengenossenschaften der Fall ist. Es ist zwar eine sehr geistreiche Idee, aber ich bezweifle, daß irgend jemand heute die Sache für praktisch ausführbar hält. Außerdem liegt in der Resolution auch ein Widerspruch. Es heißt hier „Nationalitätenbundesstaat", und dann wird wieder gegen ein Territorium für eine bestimmte Nation ausdrücklich protestirt. Beides ist aber nicht möglich; denn wenn schon eine Nation ohne Territorium gedacht werden kann — ein Bundesstaat ohne abgesonderte Territorien ist nicht möglich.

Gegen die nationale Abgrenzung wird wohl keine Nation aus nationalem Interesse etwas einwenden können. Ich frage die Tschechen, ob es nicht ein Hauptinteresse der tschechischen Nation wäre, daß diese fünf Millionen Tschechen unabhängig von allen zufälligen Ereignissen in diesem Oesterreich für alle Zukunft einen administrativen Verband unter sich haben. Wer dagegen Einspruch erheben könnte, sind einzig und allein die Deutschen. Täuschen wir uns nicht! Die Internationalität in Oesterreich wird bestritten überall auf Kosten der Deutschen, und das ist selbstverständlich, weil bisher im Namen der Deutschen eine deutsche Bureaukratie die Vorherrschaft in Oesterreich gehabt hat. In Galizien sind es die Polen, die die Kosten zu bestreiten haben. Aber ich zweifle nicht, daß die Polen wie die Deutschen die angeblichen Vortheile dieser Vorherrschaft mit Freuden hergeben werden, wenn sie nicht nur Rechte für unterdrückte Nationen, sondern auch ihre eigenen Freiheiten erhalten, wenn die Deutschen in Oesterreich und die Polen in Galizien nicht mehr die Gendarmen für diesen sogenannten Staat spielen müssen.

Man stößt sich schließlich am allermeisten an Punkt 5 unserer Resolution, der gegen eine Staatssprache spricht, der aber die Thatsache aussprechen will, daß eine Verkehrssprache nothwendig ist und konstatirt, daß diese Verkehrssprache eben die deutsche ist. Ich für meine Person erkläre, wenn es Ihnen unbequem ist, diese Thatsache zu konstatiren: wir können warten. Wir können den Antrag, den, wie ich glaube, Genosse Steiner in der tschechischen Konferenz gestellt hat, daß man das dem Parlament überlassen möge, ruhig akzeptiren. Denn diese Vermittlungssprache kann, wie Sie selbst alle wissen, und wie der Parteitag hier zeigt, keine andere als die deutsche sein. (Zustimmung auf allen Bänken.) Aber ich erinnere Sie daran: Unsere Sache zu führen, verlangt Muth, und Sie, tschechische Genossen, haben gezeigt, daß Sie hundertmal mehr Muth gehabt haben, als man dazu braucht, unzweifelhafte Thatsachen anzuerkennen; Sie werden auch diese kleine Anstrengung noch leisten.

Es ist kein Zweifel, daß das, was wir Ihnen hier vorschlagen, eine revolutionäre *That* ist, insoweit man überhaupt von dem Beschluß einer Partei und eines Parteitages als von Thaten sprechen kann. Das, was wir Ihnen hier vorschlagen, schlägt dem *heutigen* Oesterreich in allen seinen Theilen ins Gesicht. Dieser Vorschlag auf Trennung nach Nationen, diese Zerschlagung der Provinzen, dieser nationale Föderalismus trifft die alte Staatsform ins Herz und tödtet den Wiener und tödtet den Prager Zentralismus. Er allein kann die Völker frei machen, er allein ist die Zukunft, und das zu sagen, erfordert Muth. Haben wir ihn heute, wenn unsere Einsicht hoch genug gewachsen ist! Wenn wir ihn heute nicht haben werden, werden wir ihn auf dem nächsten Parteitage haben. Die Idee ist ausgesprochen und muß alle gewinnen, weil sie die innere Logik und geschichtliche Nothwendigkeit für sich hat und nichts Anderes ist als der Ausdruck der unüberwindlichen, sich immer mehr geltend machenden Thatsachen. Gehen wir ohne alle Voreingenommenheit in die Sache ein. Wir sind nicht empfindlich und zu jeder Verständigung bereit. Der Parteitag wird nichts Anderes thun, als was dessen *gemeinsame Ueberzeugung* ist. (Beifall.)

(Auf Antrag des Genossen *Steiner* gelangt aus der Reihe der vorgemerkten Redner zunächst ein Vertreter jeder Nation zum Worte.)

Abgeordneter **Daszynski:** Parteigenossen! Es ist die Frage aufgetaucht, ob wir uns mit dieser Resolution überhaupt beschäftigen und uns nicht mit der allgemeinen Gleichberechtigungserklärung zufriedenstellen sollen, und es wurde gesagt, daß wir uns unsere Köpfe nicht für die bourgeoisen Parteien zerbrechen brauchen. Die Nothwendigkeit, uns mit der Frage zu befassen, haben wir prak-

tisch im Parlament empfunden, als wir sozialdemokratische Abgeordnete fast aller Völker Oesterreichs in der Sprachenfrage Stellung zu nehmen gezwungen waren. Alle Genossen haben damals zugestanden: Ja, es ist nothwendig gewesen, sich zu erklären, aber nur um kein Wort zu viel und kein Wort zu wenig, weil man nicht weiß, wie sich die Partei dazu stellt. Aber weiter erfordert es auch die Lage des Staates, sich mit der Sache zu befassen. Von der Schlichtung der nationalen Streitigkeiten muß jede Bewegung in Oesterreich ausgehen. Wenn wir uns nicht mit dieser Frage befassen, so werden es andere thun, und sie thun es heute schon, indem sie alle Leidenschaften im Interesse ihrer Partei und ihres Einflusses aufstacheln. Wir müssen also unter den gegebenen Verhältnissen klar und präzise Stellung nehmen. Es handelt sich in diesem Kampfe um die zukünftige Gestaltung der öffentlichen Verhältnisse im Staate, und da dürfen wir nicht indifferent bleiben. Wir sind es dem Proletariat schuldig, uns hier nicht mit allgemeinen Phrasen zu begnügen, sondern in dieser Richtung ein Programm aufzustellen. Und das ist nicht etwa bloß moralische Pflicht der Partei, sondern deren innerstes Wesen, und unsere alltägliche Thätigkeit macht es nothwendig, daß sich die Partei klar wird, wie sie sich die nationalen Einrichtungen in Oesterreich denkt. Ich verweise nur darauf, daß es ganze Völker gibt, wie zum Beispiel die Ruthenen in Galizien oder die Polen in Schlesien, bei denen das Mißtrauen gegen die Sozialdemokratie nur dadurch geweckt wurde, daß man die Lüge verbreitete, die Sozialdemokratie sei national indifferent, sie kenne sich in nationalen Fragen nicht aus. Es wurde hier gesagt, es gebe keine nationale Frage ohne wirthschaftliche Unterlage. Wenn dem so wäre, und wenn wir wirklich als Proletariat nur wirthschaftliche Interessen zu befriedigen hätten, dann behaupte ich, daß wir vor zwei Jahren den größten Fehler begangen hätten, indem wir uns national organisirten. Wir haben das aber keineswegs empfunden, im Gegentheil, alle Berichte, sowohl der polnischen als der deutschen und tschechischen Genossen, lauten einmüthig dahin, daß diese Trennung nach Nationalitäten die Partei erst in das nationale Leben eingeführt hat. Und mit dieser nationalen Eigenart müssen wir rechnen, und dadurch sind wir kräftig geworden, weil wir mit ihr richtig gerechnet haben, und weil wir schon vor zwei Jahren den Weg gefunden mit der nationalen Frage im Innern der Partei fertig zu werden. Es handelt sich auch darum, ob wir für das ganze Reich dasselbe Programm aufzustellen im Stande und auch genöthigt sind. Heute befinden sich in den Kronländern ganze Völker in der Minorität. Wir haben in Galizien fast dreieinhalb Millionen Ruthenen, die durch Schaffung der Provinz Galizien zu einer hoffnungslosen Minorität herabgedrückt wurden. Wir sehen in Böhmen zweieinhalb Millionen Deutsche, die verurtheilt sind, eine ohnmächtige Minorität zu bilden, und ein solcher Zustand der nationalen Hoffnungslosigkeit von Millionen von Leuten muß zu einem Kampfe gegen die bestehenden Verhältnisse führen. Wenn wir erklären, daß wenigstens große Komplexe von Nationen sich autonom gestalten sollen, so vermindert sich diese Hoffnungslosigkeit. Jeder Volksstamm hat sein eigenes Haus. Bei der nationalen Frage handelt es sich ja eigentlich nur um die paar Schulen, Aemter, Theater, Stipendien ꝛc. Wenn wir die Gesetzgebung des böhmischen, des galizischen oder des schlesischen Landtages betrachten, so sehen wir, daß sich die nationalen Minoritäten der Deutschen, der Ruthenen, der Polen beunruhigt fühlen und Grund zur Befürchtung haben, daß ihre Angelegenheiten nicht im Sinne der Gerechtigkeit erledigt werden. Und da fragt Genosse Nemec: Wer wird das bezahlen? Ja, wer zahlt es denn jetzt? Die drei Millionen Ruthenen zahlen ja beispielsweise die ganze polnische Kultur im Osten Galiziens, die 180.000 Polen in Ostschlesien zahlen den 42.000 Deutschen alle Kulturanstalten, hier in Mähren bestreiten die 70 Perzent Tschechen die Hälfte der deutschen Kulturbedürfnisse der 30 Perzent Deutschen. Die dreieinhalb Millionen Ruthenen haben keine einzige Universität, die Polen haben zwei; die Ruthenen haben 4 Gymnasien, die Polen 25; in Schlesien haben die Deutschen vier Gymnasien, die Polen kein einziges, obwohl sie viermal so stark sind als die Deutschen im Herzogthum Teschen. Gerade nach rein marxistischen Anschauungen ist es heute unmöglich, den jetzigen Zustand weiter zu erhalten. (Adler: Das ist nicht Marx, das ist Buchhaltung!) Jede verzweifelte Minorität greift nach

jedem Strohhalm, den sie findet. Wir sehen daher die nationalen Parteien in diesem Kampfe die unnatürlichsten Bündnisse eingehen, wir sehen die Ruthenen sich mit ihren ärgsten Feinden verbünden, die sich als die Retter des Ostens aufspielen. Das alles kommt daher, weil die Völker national gedrückt sind und einen Verzweiflungskampf in diesem Alt-Oesterreich führen müssen, der alle Vernunft vermissen läßt. Woher kommt es, daß sich die Bürgerlichen mit den Feudalen, den Thun und Liechtenstein, mit den Klerikalen u. s. w. vereinigen? Wie ist es möglich, daß in diesem österreichischen Parlament nie zur Bildung einer wirthschaftlichen Partei geschritten werden konnte? Indem die Sozialdemokratie Verständniß für nationale Dinge gewonnen, indem sie die nationalen Bedürfnisse gestillt hat, hat sie es, als die einzige Partei im Parlament, ermöglicht, alle Nationen zu vereinigen und alle wirthschaftlichen Interessen zu vertreten. Keine einzige andere Partei war dies im Stande, weil sie an verschiedenen historischen Programmen haftet, die im modernen Staatsleben unmöglich sind. Denn wenn Sie sich das österreichische Staatsrecht vor Augen halten, sehen Sie, daß der Ausgangspunkt dieses Begriffes nicht mehr modern ist, denn keine einzige Nation wird es sich gefallen lassen, daß sie kraft eines Staatsrechtes wieder unter das Joch gebeugt wird. Die moderne Richtung ist eine andere. Man hat Marx zitirt als den Retter von Alt-Oesterreich (Nemec: Keine Idee; im Gegentheil!) ... Um so besser für mich. (Heiterkeit.) Ueberall, wohin Sie schauen, werden Sie finden, daß die Nationen sich selbstständig als Staaten etabliren wollen. Schauen Sie sich die Dänen in Deutschland an, schauen Sie nach Elsaß und Lothringen, soweit es französisch ist, nehmen Sie die Polen in Deutschland und fragen Sie alle diese Nationen, ob sie zufrieden sind, und dieses geeinigte Deutschland war doch eine geschichtliche Nothwendigkeit. Sehen Sie auf Norwegen, auf Italien, überall finden Sie die Tendenz, daß sich die Völker von dem Druck fremder Nationalitäten befreien wollen. Eine Nation kann aber nicht anders konstituirt werden, ohne wenigstens ein Stück Demokratie aufzunehmen.

Als Bismarck die nationale Einigung Deutschlands in Wirklichkeit umsetzen wollte, mußte er die Hauptforderung der Demokratie einführen und dem geeinigten Deutschland das allgemeine und gleiche Wahlrecht geben. Eines ohne das andere geht auch in Oesterreich nicht. Wir wissen, daß wir das allgemeine Wahlrecht brauchen, und ebenso, daß, wenn wir es erkämpfen wollen, wir alle Nationen und alle Volksschichten aufrütteln müssen. Wir müssen eine Kraft repräsentiren, um uns dieses Recht zu nehmen. Alles zusammen sind nur Theile der großen demokratischen Strömung. Das allgemeine Wahlrecht ist eine Befreiung aus politischer Unterdrückung, und die nationale Gleichberechtigung in den Formen der Demokratie ist auch eine Befreiung von Unterdrückung durch Privilegien und andere Ungerechtigkeiten. Eines ist durch das andere bedingt. Auf die Konstatirung der Verkehrssprache dringe ich durchaus nicht. Diese Sache wird sehr einfach durch die thatsächlichen Verhältnisse entschieden. (Beifall und Händeklatschen.)

Die Sitzung wird hierauf um 12 Uhr Mittags unterbrochen.

(Nachmittagssitzung.)

Genosse Stampfer, der als Korrespondent der „Leipziger Volkszeitung" auf der Journalistenbank sitzt, verlangt das Wort.

Auf Antrag des Genossen Schuhmeier wird ihm das Wort nicht ertheilt.

Hankiewicz (Lemberg): Wir Ruthenen sind mit der Resolution der Gesammtparteivertretung einverstanden, eventuell mit Hinweglassung des Passus über die Verkehrssprache. Im übrigen stimmen wir dem Antrag auf Einsetzung einer Kommission zu.

In der Debatte, die in der letzten Zeit geführt wurde, habe ich aus den tschechischen Parteiblättern immer den Grundgedanken herausgelesen, daß nur dann der nationale Friede kommen kann, wenn diese Nationen einander gleichwerthig geworden sind. Wenn man der Ansicht ist, daß die Sozialdemokratie *schwache Nationen in ihrer* Entwicklung zu fördern hat, ist es aber nothwendig,

daß jede dieser Nationen ihre nationalen Angelegenheiten völlig autonom regeln kann, daß jede womöglich ein eigenes Territorium hat, wo sie als autonome nationale Einheit wirklich alle diese Kräfte entwickeln kann. Deshalb sind wir ruthenischen Sozialdemokraten zunächst für den Grundsatz, daß das alte Oesterreich in solche nationale Selbstverwaltungsgebiete zertheilt werden muß, wo jede Nation frei über ihr Geschick walten könne, dann dafür, daß Oesterreich auf einer demokratischen Grundlage neu aufgebaut werde. Denn nur unter dieser Bedingung wird auch der erste Grundsatz durchgeführt werden können. Wenn wir für eine derartige Lösung eintreten, haben wir daran ein besonderes Interesse, damit sich unser Volk in diesem Staate nicht nur frei entwickeln kann und den anderen Völkern in Oesterreich gleichwerthig werde, sondern auch daß wir Anknüpfungspunkte an den großen Theil unseres Volkes bekommen, der unter dem Joche des Zarenthums seufzt. Ich bin von der ruthenischen Sozialdemokratie beauftragt, nachstehende Erklärung abzugeben:

„Wir ruthenischen Sozialdemokraten stehen auf dem Boden der internationalen Solidarität des Proletariats aller Nationen in Oesterreich, und wir wissen, daß nur in diesem brüderlichen Bündniß auch unser Volk, das in einem seiner Theile diesem Staate angehört, seine nationale Befreiung erringen kann. Wir wollen aber die Thatsache nicht aus den Augen lassen, daß zwischen den Grenzpfählen dieses Staates nur ein Theil unseres Volkes wohnt, und daß jenseits der Grenze die große Majorität der ukrainischen Nation unter dem Joch des zarischen Absolutismus alle nationale Entrechtung ertragen muß, die zu seinem nationalen Tode führen soll. Wir sind überzeugt, daß die internationale Macht des Proletariats nur dann sich entwickeln wird, wenn jede Nation über ihre Geschichte wird entscheiden können. Wir wissen, daß die soziale und politische Befreiung auch die nationale Emanzipation voraussetzt. Die ruthenischen Sozialdemokraten erstreben deshalb auch die nationale Freiheit ihrer ganzen Nation, damit das geeinigte und befreite ruthenische Volk als ein ebenbürtiges Glied in der Reihe der Völker dastehe."

Kristan (Triest): Die von der slovenischen Parteivertretung eingebrachte Resolution ist heute mehrmals todtgeschlagen worden. Am bequemsten hat sich's damit Genosse Nemec gemacht, indem er sie einfach als nicht bestehend erklärte, Dr. Adler wieder, indem er ihre praktische Unmöglichkeit betonte. Dem Genossen Nemec gegenüber muß ich bemerken, daß sich unsere Resolution mit der Resolution der Exekutive nicht nur nicht deckt, sondern daß sie wesentlich etwas ganz Anderes festsetzt. Die Exekutive verlangt national autonome Territorien, wir nationale Autonomie ohne Rücksicht auf's Territorium. Ich bin von vornherein überzeugt, daß unsere Anschauung die Majorität des Parteitages nicht für sich haben wird, und ich werde darüber auch keine Thräne vergießen. Umsoweniger, als ich weiß, daß auch die Resolution, die aus den Berathungen der Kommission hervorgehen wird, nicht sofort praktische Konsequenzen haben wird. Unsere Exekutive hielt sich aber für verpflichtet, jene Anschauungen dem Parteitage vorzulegen, die sie für die prinzipiell einzig richtigen hält. Wenn wir den Staat an sich verwerfen und an seine Stelle eine freie Gesellschaft setzen wollen, kann es auch nicht unsere Aufgabe sein, eine neue Staatsformation zu schaffen. Mit dem Prinzip der freien Gesellschaft läuft der Begriff der Nation, die vom Territorium losgelöst ist, parallel. In der Parteipresse wurde im Verlaufe der Debatte über die nationale Frage wiederholt, wenn von Gleichberechtigung gesprochen wurde, erklärt, daß das ein Schlagwort, eine Phrase sei. Da muß ich denn doch darauf verweisen, daß die Gleichberechtigung schließlich doch das Um und Auf dieser Frage ist, daß die Frage sich darum dreht, wie diese Gleichberechtigung geschaffen werden soll. Wenn man eine Formation schafft, die nothwendig Minoritäten in sich schließen wird, ist die Gleichberechtigung nicht zu erzielen, umsoweniger als ja die Fluktuationen in der Bevölkerung noch lange nicht aufhören werden. Wir werden dann, bis sich nach einiger Zeit diese nationalen Territorien geändert haben, wenn die Nationen ihre Sitze verschoben haben, uns wieder hersetzen und neue Bezirke schaffen müssen. (Zwischenruf: Es ist noch sehr weit bis dahin!) Weit oder nicht, hier handelt es sich um die prinzipielle Festlegung dieser Frage. Wir müssen prinzipiell feststellen, daß die Gleichberechtigung herzustellen ist, wenn die Nation

nicht eine auf einem Stück Land lebende Bevölkerung, sondern die Summe aller jener Menschen ist, die sich zu dieser Nationalität bekennen. Nebenbei bemerken will ich, daß wir diese Idee nicht dem Synopticus gestohlen haben, sondern daß sie von uns in der Prager Akademie schon viel früher entwickelt wurde.

Wenn Sie das Küstenland ins Auge fassen, werden Sie sehen, daß hier die Slovenen österreichische Politik treiben. Woher kommt das? Die Slovenen sind ja an sich kein so reaktionäres Volk, wie man es nach dieser Erscheinung anzunehmen berechtigt wäre. Auch in unserer Geschichte gibt es revolutionäre Perioden, und auch heute noch ist das Volk nicht so polizeilich gesinnt. Woher kommt aber doch diese „Staats"-Politik? Das ist nur dadurch möglich, daß man immer eine Nation gegen die andere ausgespielt hat, um beide dazu zu bringen, die Regierungsgewalt für einen rettenden Faktor zu halten. Die Folge davon ist, daß in manchen unserer Volksgenossen, die sehen, daß slovenisch und reaktionär gleichbedeutend ist, die Sucht rege wird, lieber ein gefälschter Italiener als ein reaktionärer Slovene zu sein.

Die Resolution der Exekutive ist für mich auch deshalb unannehmbar, weil sie wieder etwas wie eine Art neuen Besitzstandes schafft. Auch der Punkt über den Schutz der Minoritäten ist mir nicht gerade sympathisch. Anstatt dessen sollte ein Gesetz zur Regelung gemeinsamer Angelegenheiten der auf einem Territorium wohnenden Nationen gemacht werden. Durch den Schutz der Minoritäten wird der Anschein erweckt, als ob prinzipiell die Majorität das Recht habe, die Minorität zu vergewaltigen, und daß man dieses Recht erst durch ein Gesetz eindämmen müsse. Ich kann mich in die Details, wie unsere Resolution durchzuführen ist, nicht einlassen, wie ja auch die Referenten erwähnt haben, daß solche Detailmalereien nur schwer möglich sind. Aber ebenso wie die römische Kirche von jedem Territorium absieht und dennoch eine feste Organisation hat, ebenso ist es auch mit den Nationalitäten möglich. Durch die Resolution der Gesammtexekutive werden die Reibungsflächen zwischen den Nationen nur wenig vermindert, aber ganz gewiß nicht beseitigt. Selbst dort, wo die Nationen in kompakten Massen beisammenleben, sind sie an den Peripherien immer gemischt. Es wird daher schwer sein, die Grenzen festzulegen. Wie soll im Küstenland eine territoriale nationale Scheidung zustande gebracht werden? Die Stadt Triest ist zum überwiegenden Theil italienisch, das Territorium der Umgebung ist fast ausschließlich slovenisch. Ja, wenn man ganz kleine Kantone machen würde und die nationalen Kantone zusammen erst eine Einheit bilden, dann allerdings ginge es. (Rufe: So ist es ja gemeint!) Genosse Hankiewicz hat hervorgehoben, daß der größere Theil seines Volkes in Rußland lebt, und daß es für sie ein Interesse habe, Berührungspunkte mit diesem Theile zu gewinnen. Dasselbe gilt auch für die anderen Nationen. Auch der Deutsche hat ja Kulturbeziehungen mit den Deutschen draußen.

Gerin (Triest): Die heutige Debatte ist nur die Folge der auf dem letzten Parteitag getroffenen nationalen Scheidung. Mir scheint die nationale Frage nur eine Magenfrage für die Bourgeoisie zu sein, die uns gar nichts kümmert. Wenn man von nationalen Territorien spricht, so wäre dieser Gedanke für uns Italiener in Oesterreich einfach undurchführbar, weil die Italiener nur in Südtirol in kompakterer Masse beisammenwohnen. Ich halte es für verfrüht, daß sich der Parteitag mit dieser Frage beschäftigt. Heute ist es die einzige Aufgabe der Sozialdemokratie, den Klassenkampf fortzusetzen.

Pernerstorfer (Wien): Wenn es eines Beweises bedürfte, daß in Oesterreich wirklich ein nationales Programm, das ein Weiterleben in diesem Lande ermöglicht, nothwendig ist, so wäre es zweifellos der Umstand, daß bis jetzt sämmtliche Nationen, die hier gesprochen haben, sich mit diesem Staate in höchst despektirlicher Weise beschäftigt haben. Die sozialistischen und demokratischen Kreise jeder Nation erklären, daß für ihr Gefühl diese Staatenform so gut wie nichts bedeutet. Daraus folgt, daß thatsächlich die Völker das Bewußtsein in sich haben, daß sie aus den heutigen Formen loskommen wollen. Es gilt also Formen zu finden, in denen die vielen Völker dieses Reiches in zufriedener Weise zu leben anfangen können. Wir sind alle überzeugt, daß, wenn es nicht zu einer halbwegs befriedigenden Lösung der Nationalitätenfrage kommt, die Existenz dieses Staates nur mehr in der Weise fortgefristet werden

kann wie jene des heutigen türkischen Staates. Für uns aber, die wir eine lebenskräftige Partei sind, ist dies gerade keine erquickliche Aussicht.

Wir müssen in der vorliegenden Frage vor allem zwei Dinge scharf von einander scheiden: die Sprachenfrage und die Nationalitätenfrage. Wenn es sich bloß um die Regelung der Sprachenfrage in Oesterreich handeln würde — und darum handelt es sich nur den meisten bürgerlichen Parteien — dann würden wir Sozialdemokraten uns sehr leicht verständigen können, denn da stehen wir auf dem Standpunkt des Bedürfnisses. Wir sehen aber, daß selbst eine Regelung der Sprachenfrage in diesem Sinne durchaus nicht jene Wünsche befriedigt, die von den Nationen erhoben werden.

Die Frage, um die es sich hier handelt, ist aber nicht die Sprachenfrage, sondern die nationale Frage, und wenn es Parteitagsmitglieder gibt, die in der Aufrollung der nationalen Frage eine „Verfälschung des proletarischen Gedankens" erblicken, so möchte ich darauf hinweisen, daß wir eine sozialdemokratische Partei heißen, und daß wir das Wort „demokratisch" aus unserem Programm streichen müßten, wenn wir nicht jene Forderungen der Demokratie ebenfalls vertreten wollten, die das Recht eines jeden Volkes auf nationale Existenz verlangen. Wie kann nun eine solche Existenz garantirt werden? Sie wird nicht garantirt durch die sprachliche Gleichberechtigung. Die Sprachenverhältnisse können sich mannigfach vermischen, und ich verweise da auf Amerika, wo niemand gezwungen ist, eine Staatssprache zu erlernen. Wir sehen aber, daß die großen Massen der europäischen Einwanderer vollständig entnationalisirt werden und auf diesem Territorium eine specielle Nation, die Yankeenation, entsteht. Allerdings wird niemand in diesem Saale wünschen, daß in Oesterreich ähnliche Verhältnisse platzgreifen und vielleicht eine österreichische Nationalität entstehen würde. Wir wollen die Existenz der Nationen in ihren Territorien sichern. Ich stehe ja selbst auf dem Standpunkt der Vorschläge des Synopticus, denen sich auch Genosse Kristan anschließt. Leider sehe ich aber nicht die Möglichkeit ein, sie heute praktisch durchzuführen. Genosse Kristan ist sogar so weit gegangen, ein europäisches Programm aufzustellen. Ich fürchte jedoch sehr, daß wir das nicht durchsetzen werden, da hiefür das Interesse weiter Kreise die Voraussetzung wäre. Wir müssen fragen, was praktisch möglich ist. Dabei müssen wir uns sofort sagen, daß die Phrase der Gleichberechtigung allerdings nicht bis in ihre äußersten Konsequenzen durchgeführt werden kann. Wir sind für die Freiheit, aber gewiß werden wir auch im demokratischen Gemeinwesen gewisse Gesetze haben, die die Freiheit des Einzelnen wesentlich beschränken. Es handelt sich also darum, durch Kompromisse einen Weg zu finden, der die demokratische Forderung auf nationale Existenz uns verbürgt, und diesen Weg glauben wir in unserer Resolution gefunden zu haben. Wir meinen, daß vor allem jede Nation in ihrer Existenz geschützt und gesichert werden muß. Eine Sicherung einer Nation gibt es aber nur durch Feststellung bestimmter nationaler Territorien. Freilich wären wir Deutsche vielleicht in der Lage, am ehesten zu sagen, daß wir das nicht so nothwendig haben. Das tschechische Volk aber hat keinen Staat, und daher ist es ganz begreiflich, daß auch seine bürgerlichen Parteien die Forderung nach einem solchen Staat aufgestellt haben. Die tschechischen Sozialdemokraten, die auf dem Standpunkte des lebendigen Rechtes stehen, haben aber alles Interesse, soweit sie sich selbst als Nation fühlen, sich einen konsolidirten Staat zu errichten. Es ist schon gesagt worden, daß dieser Staat eine Masse von fünf Millionen repräsentiren würde. In diesem ihrem Hause sind sie unbeschränkte Herren. Wenn Sie eine solche Forderung zurückweisen und nicht solche konkrete Gebilde aufstellen wollen, dann kommen Sie dazu, daß Sie sich flüchten vor jeder Lösung der Sprachenfrage schlechterdings. Wenn aber die nationalen Territorien gegen einander abgeschlossen sind, dann entfällt auch die Nothwendigkeit der Anerkennung einer Verkehrssprache. Wenn die Sozialdemokratie, jene Partei, in der die Nationen gemeinsam arbeiten, nicht die Fähigkeit hat, diese demokratische Lösung der nationalen Frage herbeizuführen, welche Partei in Oesterreich oder in einem anderen Lande soll diese Fähigkeit besitzen? Wir sind die einzige Partei, die ein lebendiges Interesse hat, die Solidarität der Nationen zu proklamiren. Wir sind daher auch diejenigen, die mit Recht den

jedem Strohhalm, den sie findet. Wir sehen daher die nationalen Parteien in diesem Kampfe die unnatürlichsten Bündnisse eingehen, wir sehen die Ruthenen sich mit ihren ärgsten Feinden verbünden, die sich als die Retter des Ostens aufspielen. Das alles kommt daher, weil die Völker national gedrückt sind und einen Verzweiflungskampf in diesem Alt-Oesterreich führen müssen, der alle Vernunft vermissen läßt. Woher kommt es, daß sich die Bürgerlichen mit den Feudalen, den Thun und Liechtenstein, mit den Klerikalen u. s. w. vereinigen? Wie ist es möglich, daß in diesem österreichischen Parlament nie zur Bildung einer wirthschaftlichen Partei geschritten werden konnte? Indem die Sozialdemokratie Verständniß für nationale Dinge gewonnen, indem sie die nationalen Bedürfnisse gestillt hat, hat sie es, als die einzige Partei im Parlament, ermöglicht, alle Nationen zu vereinigen und alle wirthschaftlichen Interessen zu vertreten. Keine einzige andere Partei war dies im Stande, weil sie an verschiedenen historischen Programmen haftet, die im modernen Staatsleben unmöglich sind. Denn wenn Sie sich das österreichische Staatsrecht vor Augen halten, sehen Sie, daß der Ausgangspunkt dieses Begriffes nicht mehr modern ist, denn keine einzige Nation wird es sich gefallen lassen, daß sie kraft eines Staatsrechtes wieder unter das Joch gebeugt wird. Die moderne Richtung ist eine andere. Man hat Marx zitirt als den Retter von Alt-Oesterreich (Nemec: Keine Idee; im Gegentheil!) ... Um so besser für mich. (Heiterkeit.) Ueberall, wohin Sie schauen, werden Sie finden, daß die Nationen sich selbstständig als Staaten etabliren wollen. Schauen Sie sich die Dänen in Deutschland an, schauen Sie nach Elsaß und Lothringen, soweit es französisch ist, nehmen Sie die Polen in Deutschland und fragen Sie alle diese Nationen, ob sie zufrieden sind, und dieses geeinigte Deutschland war doch eine geschichtliche Nothwendigkeit. Sehen Sie auf Norwegen, auf Italien, überall finden Sie die Tendenz, daß sich die Völker von dem Druck fremder Nationalitäten befreien wollen. Eine Nation kann aber nicht anders konstituirt werden, ohne wenigstens ein Stück Demokratie aufzunehmen.

Als Bismarck die nationale Einigung Deutschlands in Wirklichkeit umsetzen wollte, mußte er die Hauptforderung der Demokratie einführen und dem geeinigten Deutschland das allgemeine und gleiche Wahlrecht geben. Eines ohne das andere geht auch in Oesterreich nicht. Wir wissen, daß wir das allgemeine Wahlrecht brauchen, und ebenso, daß, wenn wir es erkämpfen wollen, wir alle Nationen und alle Volksschichten aufrütteln müssen. Wir müssen eine Kraft repräsentiren, um uns dieses Recht zu nehmen. Alles zusammen sind nur Theile der großen demokratischen Strömung. Das allgemeine Wahlrecht ist eine Befreiung aus politischer Unterdrückung, und die nationale Gleichberechtigung in den Formen der Demokratie ist auch eine Befreiung von Unterdrückung durch Privilegien und andere Ungerechtigkeiten. Eines ist durch das andere bedingt. Auf die Konstatirung der Verkehrssprache dringe ich durchaus nicht. Diese Sache wird sehr einfach durch die thatsächlichen Verhältnisse entschieden. (Beifall und Händeklatschen.)

Die Sitzung wird hierauf um 12 Uhr Mittags unterbrochen.

(Nachmittagssitzung.)

Genosse Stampfer, der als Korrespondent der „Leipziger Volkszeitung“ auf der Journalistenbank sitzt, verlangt das Wort.

Auf Antrag des Genossen Schuhmeier wird ihm das Wort nicht ertheilt.

Hankiewicz (Lemberg): Wir Ruthenen sind mit der Resolution der Gesammtparteivertretung einverstanden, eventuell mit Hinweglassung des Passus über die Verkehrssprache. Im übrigen stimmen wir dem Antrag auf Einsetzung einer Kommission zu.

In der Debatte, die in der letzten Zeit geführt wurde, habe ich aus den tschechischen Parteiblättern immer den Grundgedanken herausgelesen, daß nur dann der nationale Friede kommen kann, wenn diese Nationen einander gleichwerthig geworden sind. Wenn man der Ansicht ist, daß die Sozialdemokratie schwache Nationen in ihrer Entwicklung zu fördern hat, ist es aber nothwendig,

daß jede dieser Nationen ihre nationalen Angelegenheiten völlig autonom regeln kann, daß jede womöglich ein eigenes Territorium hat, wo sie als autonome nationale Einheit wirklich alle diese Kräfte entwickeln kann. Deshalb sind wir ruthenischen Sozialdemokraten zunächst für den Grundsatz, daß das alte Oesterreich in solche nationale Selbstverwaltungsgebiete zertheilt werden muß, wo jede Nation frei über ihr Geschick walten könne, dann dafür, daß Oesterreich auf einer demokratischen Grundlage neu aufgebaut werde. Denn nur unter dieser Bedingung wird auch der erste Grundsatz durchgeführt werden können. Wenn wir für eine derartige Lösung eintreten, haben wir daran ein besonderes Interesse, damit sich unser Volk in diesem Staate nicht nur frei entwickeln kann und den anderen Völkern in Oesterreich gleichwerthig werde, sondern auch daß wir Anknüpfungspunkte an den großen Theil unseres Volkes bekommen, der unter dem Joche des Zarenthums seufzt. Ich bin von der ruthenischen Sozialdemokratie beauftragt, nachstehende Erklärung abzugeben:

„Wir ruthenischen Sozialdemokraten stehen auf dem Boden der internationalen Solidarität des Proletariats aller Nationen in Oesterreich, und wir wissen, daß nur in diesem brüderlichen Bündniß auch unser Volk, das in einem seiner Theile diesem Staate angehört, seine nationale Befreiung erringen kann. Wir wollen aber die Thatsache nicht aus den Augen lassen, daß zwischen den Grenzpfählen dieses Staates nur ein Theil unseres Volkes wohnt, und daß jenseits der Grenze die große Majorität der ukrainischen Nation unter dem Joch des zarischen Absolutismus alle nationale Entrechtung ertragen muß, die zu seinem nationalen Tode führen soll. Wir sind überzeugt, daß die internationale Macht des Proletariats nur dann sich entwickeln wird, wenn jede Nation über ihre Geschichte wird entscheiden können. Wir wissen, daß die soziale und politische Befreiung auch die nationale Emanzipation voraussetzt. Die ruthenischen Sozialdemokraten erstreben deshalb auch die nationale Freiheit ihrer ganzen Nation, damit das geeinigte und befreite ruthenische Volk als ein ebenbürtiges Glied in der Reihe der Völker dastehe."

Kristan (Triest): Die von der slovenischen Parteivertretung eingebrachte Resolution ist heute mehrmals todtgeschlagen worden. Am bequemsten hat sich's damit Genosse Nemec gemacht, indem er sie einfach als nicht bestehend erklärte, Dr. Adler wieder, indem er ihre praktische Unmöglichkeit betonte. Dem Genossen Nemec gegenüber muß ich bemerken, daß sich unsere Resolution mit der Resolution der Exekutive nicht nur nicht deckt, sondern daß sie wesentlich etwas ganz Anderes festsetzt. Die Exekutive verlangt national autonome Territorien, wir nationale Autonomie ohne Rücksicht auf's Territorium. Ich bin von vornherein überzeugt, daß unsere Anschauung die Majorität des Parteitages nicht für sich haben wird, und ich werde darüber auch keine Thräne vergießen. Umsoweniger, als ich weiß, daß auch die Resolution, die aus den Berathungen der Kommission hervorgehen wird, nicht sofort praktische Konsequenzen haben wird. Unsere Exekutive hielt sich aber für verpflichtet, jene Anschauungen dem Parteitage vorzulegen, die sie für die prinzipiell einzig richtigen hält. Wenn wir den Staat an sich verwerfen und an seine Stelle eine freie Gesellschaft setzen wollen, kann es auch nicht unsere Aufgabe sein, eine neue Staatsformation zu schaffen. Mit dem Prinzip der freien Gesellschaft läuft der Begriff der Nation, die vom Territorium losgelöst ist, parallel. In der Parteipresse wurde im Verlaufe der Debatte über die nationale Frage wiederholt, wenn von Gleichberechtigung gesprochen wurde, erklärt, daß das ein Schlagwort, eine Phrase sei. Da muß ich denn doch darauf verweisen, daß die Gleichberechtigung schließlich doch das Um und Auf dieser Frage ist, daß die Frage sich darum dreht, wie diese Gleichberechtigung geschaffen werden soll. Wenn man eine Formation schafft, die nothwendig Minoritäten in sich schließen wird, ist die Gleichberechtigung nicht zu erzielen, umsoweniger als ja die Fluktuationen in der Bevölkerung noch lange nicht aufhören werden. Wir werden dann, bis sich nach einiger Zeit diese nationalen Territorien geändert haben, wenn die Nationen ihre Sitze verschoben haben, uns wieder hersetzen und neue Bezirke schaffen müssen. (Zwischenruf: Es ist noch sehr weit bis dahin!) Weit oder nicht, hier handelt es sich um die prinzipielle Festlegung dieser Frage. Wir müssen prinzipiell feststellen, daß die Gleichberechtigung herzustellen ist, wenn die Nation

nicht eine auf einem Stück Land lebende Bevölkerung, sondern die Summe aller jener Menschen ist, die sich zu dieser Nationalität bekennen. Nebenbei bemerken will ich, daß wir diese Idee nicht dem Synopticus gestohlen haben, sondern daß sie von uns in der Prager Akademie schon viel früher entwickelt wurde.

Wenn Sie das Küstenland ins Auge fassen, werden Sie sehen, daß hier die Slovenen österreichische Politik treiben. Woher kommt das? Die Slovenen sind ja an sich kein so reaktionäres Volk, wie man es nach dieser Erscheinung anzunehmen berechtigt wäre. Auch in unserer Geschichte gibt es revolutionäre Perioden, und auch heute noch ist das Volk nicht so polizeilich gesinnt. Woher kommt aber doch diese „Staats"-Politik? Das ist nur dadurch möglich, daß man immer eine Nation gegen die andere ausgespielt hat, um beide dazu zu bringen, die Regierungsgewalt für einen rettenden Faktor zu halten. Die Folge davon ist, daß in manchen unserer Volksgenossen, die sehen, daß slovenisch und reaktionär gleichbedeutend ist, die Sucht rege wird, lieber ein gefälschter Italiener als ein reaktionärer Slovene zu sein.

Die Resolution der Exekutive ist für mich auch deshalb unannehmbar, weil sie wieder etwas wie eine Art neuen Besitzstandes schafft. Auch der Punkt über den Schutz der Minoritäten ist mir nicht gerade sympathisch. Anstatt dessen sollte ein Gesetz zur Regelung gemeinsamer Angelegenheiten der auf einem Territorium wohnenden Nationen gemacht werden. Durch den Schutz der Minoritäten wird der Anschein erweckt, als ob prinzipiell die Majorität das Recht habe, die Minorität zu vergewaltigen, und daß man dieses Recht erst durch ein Gesetz eindämmen müsse. Ich kann mich in die Details, wie unsere Resolution durchzuführen ist, nicht einlassen, wie ja auch die Referenten erwähnt haben, daß solche Detailmalereien nur schwer möglich sind. Aber ebenso wie die römische Kirche von jedem Territorium absieht und dennoch eine feste Organisation hat, ebenso ist es auch mit den Nationalitäten möglich. Durch die Resolution der Gesammtexekutive werden die Reibungsflächen zwischen den Nationen nur wenig vermindert, aber ganz gewiß nicht beseitigt. Selbst dort, wo die Nationen in kompakten Massen beisammenleben, sind sie an den Peripherien immer gemischt. Es wird daher schwer sein, die Grenzen festzulegen. Wie soll im Küstenland eine territoriale nationale Scheidung zustande gebracht werden? Die Stadt Triest ist zum überwiegenden Theil italienisch, das Territorium der Umgebung ist fast ausschließlich slovenisch. Ja, wenn man ganz kleine Kantone machen würde und die nationalen Kantone zusammen erst eine Einheit bilden, dann allerdings ginge es. (Rufe: So ist es ja gemeint!) Genosse Hankiewicz hat hervorgehoben, daß der größere Theil seines Volkes in Rußland lebt, und daß es für sie ein Interesse habe, Berührungspunkte mit diesem Theile zu gewinnen. Dasselbe gilt auch für die anderen Nationen. Auch der Deutsche hat ja Kulturbeziehungen mit den Deutschen draußen.

Gerin (Triest): Die heutige Debatte ist nur die Folge der auf dem letzten Parteitag getroffenen nationalen Scheidung. Mir scheint die nationale Frage nur eine Magenfrage für die Bourgeoisie zu sein, die uns gar nichts kümmert. Wenn man von nationalen Territorien spricht, so wäre dieser Gedanke für uns Italiener in Oesterreich einfach undurchführbar, weil die Italiener nur in Südtirol in kompakterer Masse beisammenwohnen. Ich halte es für verfrüht, daß sich der Parteitag mit dieser Frage beschäftigt. Heute ist es die einzige Aufgabe der Sozialdemokratie, den Klassenkampf fortzusetzen.

Pernerstorfer (Wien): Wenn es eines Beweises bedürfte, daß in Oesterreich wirklich ein nationales Programm, das ein Weiterleben in diesem Lande ermöglicht, nothwendig ist, so wäre es zweifellos der Umstand, daß bis jetzt sämmtliche Nationen, die hier gesprochen haben, sich mit diesem Staate in höchst despektirlicher Weise beschäftigt haben. Die sozialistischen und demokratischen Kreise jeder Nation erklären, daß für ihr Gefühl diese Staatenform so gut wie nichts bedeutet. Daraus folgt, daß thatsächlich die Völker das Bewußtsein in sich haben, daß sie aus den heutigen Formen loskommen wollen. Es gilt also Formen zu finden, in denen die vielen Völker dieses Reiches in zufriedener Weise zu leben anfangen können. Wir sind alle überzeugt, daß, wenn es nicht zu einer halbwegs befriedigenden Lösung der Nationalitätenfrage kommt, die Existenz dieses Staates nur mehr in der Weise fortgefristet werden

kann wie jene des heutigen türkischen Staates. Für uns aber, die wir eine lebenskräftige Partei sind, ist dies gerade keine erquickliche Aussicht.

Wir müssen in der vorliegenden Frage vor allem zwei Dinge scharf von einander scheiden: die Sprachenfrage und die Nationalitätenfrage. Wenn es sich bloß um die Regelung der Sprachenfrage in Oesterreich handeln würde — und darum handelt es sich nur den meisten bürgerlichen Parteien — dann würden wir Sozialdemokraten uns sehr leicht verständigen können, denn da stehen wir auf dem Standpunkt des Bedürfnisses. Wir sehen aber, daß selbst eine Regelung der Sprachenfrage in diesem Sinne durchaus nicht jene Wünsche befriedigt, die von den Nationen erhoben werden.

Die Frage, um die es sich hier handelt, ist aber nicht die Sprachenfrage, sondern die nationale Frage, und wenn es Parteitagsmitglieder gibt, die in der Aufrollung der nationalen Frage eine „Verfälschung des proletarischen Gedankens" erblicken, so möchte ich darauf hinweisen, daß wir eine sozialdemokratische Partei heißen, und daß wir das Wort „demokratisch" aus unserem Programm streichen müßten, wenn wir nicht jene Forderungen der Demokratie ebenfalls vertreten wollten, die das Recht eines jeden Volkes auf nationale Existenz verlangen. Wie kann nun eine solche Existenz garantirt werden? Sie wird nicht garantirt durch die sprachliche Gleichberechtigung. Die Sprachenverhältnisse können sich mannigfach vermischen, und ich verweise da auf Amerika, wo niemand gezwungen ist, eine Staatssprache zu erlernen. Wir sehen aber, daß die großen Massen der europäischen Einwanderer vollständig entnationalisirt werden und auf diesem Territorium eine specielle Nation, die Yankeenation, entsteht. Allerdings wird niemand in diesem Saale wünschen, daß in Oesterreich ähnliche Verhältnisse platzgreifen und vielleicht eine österreichische Nationalität entstehen würde. Wir wollen die Existenz der Nationen in ihren Territorien sichern. Ich stehe ja selbst auf dem Standpunkt der Vorschläge des Synopticus, denen sich auch Genosse Kristan anschließt. Leider sehe ich aber nicht die Möglichkeit ein, sie heute praktisch durchzuführen. Genosse Kristan ist sogar so weit gegangen, ein europäisches Programm aufzustellen. Ich fürchte jedoch sehr, daß wir das nicht durchsetzen werden, da hiefür das Interesse weiter Kreise die Voraussetzung wäre. Wir müssen fragen, was praktisch möglich ist. Dabei müssen wir uns sofort sagen, daß die Phrase der Gleichberechtigung allerdings nicht bis in ihre äußersten Konsequenzen durchgeführt werden kann. Wir sind für die Freiheit, aber gewiß werden wir auch im demokratischen Gemeinwesen gewisse Gesetze haben, die die Freiheit des Einzelnen wesentlich beschränken. Es handelt sich also darum, durch Kompromisse einen Weg zu finden, der die demokratische Forderung auf nationale Existenz uns verbürgt, und diesen Weg glauben wir in unserer Resolution gefunden zu haben. Wir meinen, daß vor allem jede Nation in ihrer Existenz geschützt und gesichert werden muß. Eine Sicherung einer Nation gibt es aber nur durch Feststellung bestimmter nationaler Territorien. Freilich wären wir Deutsche vielleicht in der Lage, am ehesten zu sagen, daß wir das nicht so nothwendig haben. Das tschechische Volk aber hat keinen Staat, und daher ist es ganz begreiflich, daß auch seine bürgerlichen Parteien die Forderung nach einem solchen Staat aufgestellt haben. Die tschechischen Sozialdemokraten, die auf dem Standpunkte des lebendigen Rechtes stehen, haben aber alles Interesse, soweit sie sich selbst als Nation fühlen, sich einen konsolidirten Staat zu errichten. Es ist schon gesagt worden, daß dieser Staat eine Masse von fünf Millionen repräsentiren würde. In diesem ihrem Hause sind sie unbeschränkte Herren. Wenn Sie eine solche Forderung zurückweisen und nicht solche konkrete Gebilde aufstellen wollen, dann kommen Sie dazu, daß Sie sich flüchten vor jeder Lösung der Sprachenfrage schlechterdings. Wenn aber die nationalen Territorien gegen einander abgeschlossen sind, dann entfällt auch die Nothwendigkeit der Anerkennung einer Verkehrssprache. Wenn die Sozialdemokratie, jene Partei, in der die Nationen gemeinsam arbeiten, nicht die Fähigkeit hat, diese demokratische Lösung der nationalen Frage herbeizuführen, welche Partei in Oesterreich oder in einem anderen Lande soll diese Fähigkeit besitzen? Wir sind die einzige Partei, die ein lebendiges Interesse hat, die Solidarität der Nationen zu proklamiren. Wir sind daher auch diejenigen, die mit Recht den

nosse Pernerstorfer spricht von dem Heim einer Nation und Genosse Daszynski von dem nationalen Existenzminimum, von dem Hause, von wo aus die Nationen ihre Thätigkeit entfalten mögen. Es wurde gesagt, es gibt kein Recht auf unbeschränkte Expansion, ebensowenig aber kann es ein Recht auf unbeschränkte Unterdrückung einer anderen Nation geben. Und ein solches würden wir etabliren innerhalb der geschlossenen Territorien, wenn dieser Anschauung beigepflichtet würde. Wir sehen, daß aus tschechischen Gebieten heute ganze Schaaren von Landarbeitern in geschlossener Masse in deutsche Gebiete hinüberwandern. Diesen gegenüber mußte ein Zwang geltend gemacht und sie ihrer Nationalität enteignet werden. (Daszynski: Warum?) Weil sie das Recht auf unbeschränkte Geltendmachung ihrer Nationalität in diesem Territorium nicht hätten. Wenn diese Grenzen abgesteckt sind, so ist dies bloß scheinbar ein Stillstehen des nationalen Streites, denn wir werden auch dann nicht verhindern können das Durcheinanderfluthen der Angehörigen der einzelnen Nationen, das in den Verhältnissen begründet ist. In dem Moment aber, wo wir die Grenzen festsetzen, und wo wir zugleich konstatiren, daß dieses Durcheinanderwogen der Nationalitäten nicht aufhören wird, ist die unausweichliche Folge eine ununterbrochene Kette von Reibungen, die wir ja vermeiden wollen. Warum sollen wir da nicht nationale Körperschaften konstituiren, die aus Anhängern bestehen, die sich freiwillig dazu bekennen, und einen Modus schaffen, vermöge dessen die Nationen ihre Angelegenheiten thatsächlich vollkommen selbstständig regeln können? Dieser Standpunkt ist allerdings der von Synopticus in seinem Buche entwickelte, jedoch von mir in Bezug auf unsere proletarischen Forderungen erweitert. Würden diese territorialen Grenzen abgesteckt, so würde das ein Stehenbleiben gewisser Nationen auf einer bestimmten Stufe bedeuten. Und da es auch zu Grunde gehende Nationen gibt, würden wir einen Zustand konserviren, der kein Recht auf Existenz hat. Denn die Kraft einer Nation, sich zu entwickeln, besteht nicht in der physisch größeren Zahl der Nation, sondern wir müssen diese Entwicklung als einen Kampf der gegenübertretenden ihr immanenten geistigen Kräfte auffassen. Diese Feststellung des Besitzstandes einer Nationalität an geistigem Gehalt, an der Fähigkeit, in Kunst und Literatur schöpferisch zu sein, können wir durch physische Grenzen nicht vornehmen. Es wurde der Einwurf gemacht, was Synopticus sagt, sei zwar geistreich, aber nicht möglich. Glauben Sie, daß, wenn die vorliegende Resolution angenommen und dem österreichischen Parlament zur Danachachtung vorgelegt werden sollte, diese unsere Forderung so leicht und so glatt in die Wirklichkeit überführen würde? Wir alle sind überzeugt, daß es lange und schwere Kämpfe kosten wird, ehe sich unsere Gedanken verwirklichen lassen. Und wenn wir wissen, daß das gesteckte Ziel nicht von heute auf morgen verwirklicht werden kann, warum gehen wir nicht weiter und erklären, daß die volle Selbstständigkeit der Nationalitäten mit der Möglichkeit, sich in geistiger Richtung zu expansiren, garantirt wird? Wenn Sie aber sagen, das sei auch theoretisch unmöglich, glaube ich, daß wir einen faktischen Beweis für die Möglichkeit der Entwicklung der Dinge in unserem Sinne gerade in unserer Partei haben, die wir als Muster hinstellen sollen. Wir stehen vor einem wichtigen und großen Moment in der Geschichte unserer Partei. In diesem Augenblick müssen wir uns gegenseitig klarzumachen suchen, wie die Schwierigkeiten zu beseitigen und wie die Frage zum Wohle der Entwicklung der gesammten in diesem Staate lebenden Menschen zu regeln sei. Da dürfen wir uns nicht von der momentanen Möglichkeit beeinflussen lassen, sondern müssen feste Grundzüge schaffen, mit denen thatsächlich ein Ausweg gefunden werden kann, und müssen einen Weg wählen, der, wenn auch vielleicht weiter und schwieriger, immerhin sicher und bedeutender für uns ist. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Abgeordneter **Zeller** (Teplitz): Ich kann in der Resolution keine Lösung der Nationalitätenfrage erblicken. Es handelt sich bei dieser Frage nicht bloß darum, ob die Leute Vereine gründen dürfen, sondern auch um Amt, Schule u. s. w. Dabei darf auch nicht vergessen werden, wer die Mittel für die Bedürfnisse der Nationen aufbringen wird. Ich kann mir den Schutz der Minoritäten nicht anders vorstellen, als daß für größere Minoritäten bis zu einem bestimmten Perzentsatze Schutzgesetze geschaffen die kleineren Minoritäten aber preisgegeben werden. Ich bin für den Antrag Nemec, weil ich hoffe, daß aus der Kommission

thatsächlich eine Resolution hervorgehen wird, die einstimmig wird angenommen werden können.

Winarsky (Wien): Wenn wir uns die traurigen Erscheinungen des Nationalitätenkampfes der letzten Zeit vor Augen führen, so finden wir als Ursache derselben, daß dieser Kampf wie alles übrige Leben in Oesterreich durch den in Oesterreich herrschenden feudalen Absolutismus vergiftet wurde. Wollen wir, daß in Oesterreich nicht der fröhliche Wettstreit der Nationalitäten beseitigt, wollen wir, daß die Nationen sich unbehindert weiter entwickeln, wollen wir, daß jede Nation ihre Meinung frei zum Ausdrucke bringen kann, so weist uns die von der Parteivertretung vorgeschlagene Resolution den richtigen Weg. Wenn gesagt wurde, daß sich alles, was in Oesterreich für die Internationalität geschieht, auf Kosten der Deutschen vollziehe, so glaube ich, daß die deutsche Nation nicht etwas verliert, was als Erb und Eigen ihr angehört, sondern es ist ein Vorrecht, das sie besessen, ihre Nationalität geltend zu machen auf Kosten der anderen Nationalitäten. Freilich war das kein Vorrecht des deutschen Proletariats, aber das deutsche Bürgerthum hat die ihm innewohnende höhere Kultur sich erworben auf Kosten der übrigen im Lande wohnenden Nationalitäten, und wenn diesem Zustand ein Ende gemacht wird, so ist das nur ein Akt ausgleichender Gerechtigkeit. Von den Genossen Kristan und Ellenbogen ist Einspruch erhoben worden gegen die nationale Abgrenzung. Die Forderung des Genossen Kristan mag sehr demokratisch aussehen. Aber es ist ein Widerspruch in seinen Ausführungen, wenn er meint, die Slovenen haben kein Interesse an der Existenz Oesterreichs, und andererseits verlangt, daß jedermann zu einer Nation optiren und sich einfach einer einzelnen Exekutive für das ganze Reich unterordnen solle. Wenn wirklich ein großslovenisches oder großböhmisches oder reindeutsches Reich sich konstituirt, sollen dann die Slovenen, die in Wien wohnen, unter die Laibacher, oder sollen die Deutschen von Laibach unter die Wiener Exekutive — und wir müssen die Konsequenzen doch so weit ziehen — untergeordnet werden? Wenn Dr. Ellenbogen aus der vorliegenden Resolution ein Recht auf Unterdrückung herausgelesen hat, so verweise ich demgegenüber auf die Bestimmung über den Schutz der nationalen Minderheiten. Wenn vom Parlament gesprochen wird, so kann freilich darunter nicht das gegenwärtige, sondern nur ein demokratisches, durch das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht gewähltes Parlament gemeint sein, das in dieser Angelegenheit entscheidet und diese Eintheilung vorzunehmen hätte.

Ich komme zur Frage der Verkehrssprache und verweise Sie auf den Ausspruch Lassalle's, der sagt: „Die stärkste Politik ist die, auszusprechen, was ist." Und die deutsche Verkehrssprache ist eine Thatsache. Sie sehen es hier auf dem Parteitage, Sie sehen es sonst im Leben, daß die deutsche Verkehrssprache zu Recht besteht, allerdings nicht eingesetzt durch ein Gesetz, und sie wird auch nicht verschwinden, wenn dies heute hier nicht ausgesprochen wird. Aber es wäre nur ein Zeichen von Schwäche, wenn wir es nicht wagten, auszusprechen, was wir überall mit Händen greifen. Wir würden uns damit nur unfähig zeigen, in nationalen Fragen etwas Bestimmtes zu sagen. Es handelt sich jetzt nicht darum, was der Hainfelder Parteitag erklärt hat, sondern wie heute die Frage zu lösen ist. Obwohl ich überzeugt bin, daß es nicht möglich sein wird, eine andere, bessere Resolution mit gleichem logischen Aufbau zu empfehlen, ist es doch nöthig, diese Resolution einer eingehenden Vorberathung zu unterziehen, und ich beantrage deshalb:

> Der Parteitag wählt zur Begutachtung der zum vierten Punkt gestellten Anträge eine Kommission, die sich aus den vier Mitgliedern des Comités der Gesammtexekutive und je zwei Deutschen, zwei Tschechen, einem polnischen, einem ruthenischen, einem italienischen und einem slovenischen Genossen zusammensetzt.

Diese Kommission wird uns Bericht erstatten, und ich hoffe, daß ihr Antrag im Interesse der Völker Oesterreichs und seiner Sozialdemokratie nicht anders lauten wird, als auf unveränderte Annahme der Resolution der Gesammtexekutive. (Bravo! Bravo!)

Preußler (Wien): Es handelt sich nicht darum, utopistische Vorschläge zu machen, sondern solche, die geeignet sind, als Grundlage in der Nationalitätenfrage zu dienen. Wir müssen auch auf die bürgerlichen Klassen Rücksicht nehmen und es ihnen ermöglichen, direkte Vorschläge zu akzeptiren. Wir haben die Pflicht,

eine Vereinigung auch der bourgeoisen Parteien herbeizuführen. Wir müssen den Uebergriffen der verschiedenen bourgeoisen Parteien entgegentreten und das Beste der Nationen vertreten. In diesem Sinne sind wir national. Die Vorschläge der Genossen Kristan und Ellenbogen würden zur Konsequenz führen, daß der Chauvinismus verewigt und in jede kleine Gemeinde, in jede kleine Gruppe getragen würde. Es wäre dann auch möglich, daß eine unbedeutende Gruppe eine Macht erlangen würde, die ihr nicht zukommt. Es ist ja auch in unserer Organisation vorgekommen, daß in Linz die tschechischen Genossen, die dort im ganzen vielleicht zwölf Mann stark sind, eine eigene Wahlkreisorganisation bilden, eigene Delegirte entsenden wollten. (Steiner: Das ist nicht wahr!) Die bürgerlichen Klassen werden trotz aller Folgen des Nationalitätenstreites in den letzten Jahren nicht zur Vernunft kommen, sondern der Föderalismus und Klerikalismus wird so lange an der Herrschaft bleiben, bis es zu einer Katastrophe kommt. Wir aber müssen gegen diese Verhältnisse gerüstet sein, und von diesem Standpunkt aus trete ich für die Resolution ein.

Dr. **Liebermann** (Przemysl): Die uns vorliegende Resolution ist nicht klar. Das Hainfelder Programm enthält eine deutliche Antwort auf die nationale Frage, und die Resolution wäre nur eine Verkleinerung der Hainfelder Prinzipienerklärung. Sie widerspricht den Grundsätzen der Sozialdemokratie, die eine Partei der Freiheit ist. Ellenbogen hat recht, daß dieses praktische Programm nur ein halbes Programm wäre, denn in der wichtigsten Frage werden wir mit einem zu erlassenden Gesetze vertröstet. Die Parteivertretung hätte die Partei darüber aufzuklären, wie die Sache in gemischtsprachigen Bezirken zu regeln wäre. Sie spricht aber nur allgemein von einem Schutze der Minderheit. Entweder wir bleiben bei allgemeinen Phrasen, oder wir beantworten auch ganz konkret die praktischen Fragen. Und von diesem Gesichtspunkte aus ist mir die Resolution Nemec erwünschter als die der Parteivertretung, da sie nicht den Anspruch erhebt, ein praktisches Programm zu liefern. Sie will nur eine prinzipielle Erklärung sein und die des Hainfelder Parteitages erweitern. Daszynski meint, wir müssen an die Lösung der nationalen Frage herantreten, weil uns sonst andere Parteien zuvorkommen, andererseits behauptet er, daß nur die Sozialdemokratie im Stande sei, die Frage zu lösen. Das ist ein Widerspruch. Die Behauptung Daszynski's ist falsch, als ob die Ruthenen deshalb nicht für die Sozialdemokratie zu gewinnen wären, weil sie von den Sozialdemokraten keinen nationalen Schutz zu erwarten hätten. Das ist unrichtig, weil die Ruthenen kein städtisches Proletariat, sondern nur ein ländliches bilden, unter dem die sozialdemokratische Agitation sehr erschwert ist. Außerdem bilden die ruthenischen Proletarier auch keine konzentrirten Massen. Trotzdem haben wir die Arbeiter in Borysław erobert, obwohl, oder eigentlich weil wir die nationale Frage nicht aufgeworfen haben. Unsere Thätigkeit wird von der nationalen Frage zu sehr absorbirt. Es mag ja sein, daß sich die indifferenten Massen der Bourgeoisie durch diese Schlagworte hinreißen lassen. Aber ich muß da auf Marx zurückkommen, der sagt: „In der Geschichte sind nur die wirthschaftlichen Regungen der Masse ausschlaggebend." Wenn sich die bourgeoisen Parteien am nationalen Firlefanz begeistern — die Massen sind in ihrem Wirken und Denken nicht ideologisch und können an ihre wirthschaftlichen Interessen nicht vergessen. Das alltägliche wirthschaftliche Interesse mahnt das Volk, die Schönerer-Partei und die anderen nationalen Parteien zu fragen: Was bieten uns diese Parteien?, und weil diese Parteien den Arbeitern in wirthschaftlicher Beziehung nichts bieten können, so werden die Massen sehr bald ernüchtert werden. Deshalb dürfen wir uns durch diese nationalen Parteien nicht einschüchtern lassen.

Trotz der von Winarsky angeführten Autorität Lassalle's bin ich nicht der Meinung, daß man alles aussprechen kann, was man aussprechen soll. In unserem Innersten wurzeln Ideen, die wir nicht aussprechen können, weil es zu früh ist. Deshalb begreife ich die tschechischen Genossen, die das Wort „Verkehrssprache" weglassen wollen. Die Massen werden die Subtilitäten von Staatssprache, Amtssprache und Verkehrssprache nicht unterscheiden. Von unseren Gegnern wird das verdreht und der tschechischen Bourgeoisie ein neuer Angriffspunkt auf unsere tschechischen Genossen geboten werden. Die Verkehrssprache wird in Zukunft durch

ein Gesetz statuirt werden. Ich stimme für die Resolution Nemec, weil sie wenig anspruchsvoll ist und nur eine Prinzipienerklärung, aber kein praktisches Programm enthält.

Vaněk (Budweis, tschechisch): Ich glaube, wir beschäftigen uns etwas vorzeitig mit den Angelegenheiten des zukünftigen Oesterreich. Die Verhältnisse sind noch nicht so weit, die Vorbedingungen sind noch nicht da, um das zukünftige Oesterreich zu begründen. Wir müssen zweierlei auseinanderhalten: erstens, wie wir Oesterreich in Zukunft einrichten wollen; zweitens, wie wir uns mit der Gegenwart auseinandersetzen sollen. Die Resolution der Exekutive hat nun den Fehler, daß sie das nicht auseinanderhält und zwischen beidem hin- und herlavirt. Der erste Theil der Resolution ist richtig, aber wie die Resolution zur Behandlung der praktischen Fragen übergeht, wird sie undurchführbar. Wir haben jetzt Landesgrenzen, und wenn wir nationale Gebiete schaffen wollen, müssen wir neue Grenzen bilden. Es wurde bereits darauf verwiesen, und ich halte den Einwurf für berechtigt, daß der Prozeß der Fluktuation noch nicht beendet ist; es kann leicht geschehen, daß aus einer Minorität plötzlich eine Majorität wird, und daß man die Grenzen ändern muß. Man stelle sich das nur in der Wirklichkeit vor. Wenn wir schon ein Zukunftsprogramm machen, von dem wir wissen, daß es nur das Ziel ist, das ohnedies nicht sofort durchgeführt wird, da scheint es mir doch vernünftiger, wenn wir von den Landesgrenzen vollständig absehen und Nationsgemeinden gründen nach dem Muster der Religionsgenossenschaften. Man wird uns da vorwerfen, daß wir niederreißen wollen; das brauchen wir nicht zu sehr zu fürchten, der Vorwurf wird uns ohnehin immer gemacht. Daß das undurchführbar wäre, glaube ich nicht. Ich verweise Sie darauf, daß bereits etwas Aehnliches besteht, nämlich unsere gewerkschaftliche Organisation. Die Genossen wandern von Ort zu Ort, überall aber bleiben sie Mitglieder ihrer Organisation. Ein anderer Einwurf ist der, daß dadurch der Klerikalismus gestärkt würde. Aber bis dieses Zukunftsprogramm praktisch wird, bis dahin wird wohl auch der Klerikalismus etwas weniger mächtig sein als jetzt. Woher aber die Mittel? fragt man. Da muß eben der Staat, dem gewisse Kompetenzen abgenommen werden, auch das Geld, das er für diese bisher eingenommen hat, den nationalen Gemeinden abliefern.

Die Aufgabe der Kommission wird es also sein, sich mit der nationalen Frage nach den beiden Gesichtspunkten zu beschäftigen. Bei der Stellungnahme zur Gegenwart wird sie sich auch fragen müssen, ob es nicht gut wäre, heute den Parteigenossen die Pflicht aufzuerlegen, daß sie überall für die nationalen Minoritäten eintreten, auch wenn es sich nicht um Genossen handelt. So haben zum Beispiel die Genossen in Lieben die deutsche Schule persönlich geschützt. Gegenüber dem Genossen Preußler muß ich bemerken, daß ich ihm etwas mehr Genauigkeit gewünscht hätte. Ich will nur die Kleinigkeit erwähnen, daß nach Linz achtzig „Delnicke Listy" gehen, daß dort also doch etwas mehr als zwölf tschechische Genossen sind, wie Preußler behauptete. In Prag gibt es ein kleines Häuflein von Deutschen, und uns ist es nicht eingefallen, ihnen die Delegirung eines Genossen zu verbieten.

Zipfinger (Wien) beantragt Schluß der Debatte und die sofortige Wahl der Kommission.

Pokorny beantragt Schluß der Rednerliste.

Vorsitzender Popp gibt bekannt, daß noch siebzehn Redner vorgemerkt sind.

Es wird hierauf der Schluß der Debatte beschlossen und der Antrag Winarsky angenommen.

Von den tschechischen Genossen werden Vaněk und Berner, von den deutschen Hannich und Resel, ferner Dr. Liebermann (Pole), Hankiewicz (Ruthene), Gerin (Italiener) und Kristan (Slovene) vorgeschlagen, außerdem sollen die Referenten Seliger und Berner der Kommission angehören.

Diese Vorschläge werden angenommen.

Krapka (Wien) bemerkt gegenüber der Behauptung des Genossen Preußler, daß es in Linz nur zwölf tschechische Genossen gäbe, daß nach Linz eine ganz

ansehnliche Zahl tschechischer Parteiblätter gehe. Ebenso seien in Steyr die tschechischen Genossen stark vertreten, was gleichfalls aus dem Bezuge zahlreicher Exemplare tschechischer Blätter hervorgehe. Solche Organisationen seien gewiß berechtigt, auf dem Parteitag vertreten zu sein. (Beifall.)

Elbersch (Brünn) erklärt zur thatsächlichen Richtigstellung gegenüber einer Bemerkung, die Genosse Schuhmeier gemacht hatte, daß Genosse Stampfer in einer mehrjährigen Thätigkeit für die Brünner Organisation und Parteipresse sich stets als durchaus uneigennützig erwiesen habe.

Schuhmeier (Wien) erklärt, er habe nur eine Stampfer-Debatte verhindern wollen. Daß Genosse Stampfer sogar auch Feuilletons für die „Volkstribüne" umsonst geliefert habe, leugne er nicht.

Spielmann (Linz) erwidert gegenüber Krapka, daß aus der Zahl der nach Linz gelangenden tschechischen Parteiblätter auf die Stärke der Organisation nicht geschlossen werden könne.

Es wird nunmehr zum fünften Punkt der Tagesordnung

Wahl einer Kommission zur Revision des Parteiprogramms

übergegangen.

Referent **Ellenbogen** (Wien): Es ist der Stolz unserer Partei, daß wir uns nicht auf bestimmte Formeln einschwören und uns nicht begnügen, das, was wir schwarz auf Weiß besitzen, getrost nach Hause zu tragen. Vielmehr besteht gerade darin die Kraft unserer Partei, daß wir auf den Thatsachen fußen, daß wir unsere Anschauungen diesen entsprechend einrichten, das heißt sie anpassen. Es ist mit den Begriffen, die die Summe eines Parteiprogramms ausmachen, so wie mit den Zellen eines Organismus, die sich durch den Zersetzungsprozeß von neuem organisiren. Die Partei würde zugrunde gehen, wenn sie auf Formeln, die für Jahre festgesetzt sind, starr stehen bliebe. Gestehen wir es uns aber offen ein, daß gerade bei uns Sozialdemokraten die Gefahr einer Dogmatisirung sehr nahe liegt. Wir sind eine Partei, die zumeist aus Leuten besteht, die keine große Vorbildung haben, die Probleme aber, die wir dem Proletariat darzulegen haben, bedürfen einer weitläufigen und gründlichen Auseinandersetzung. Es wäre leicht begreiflich, wenn da der einfache Proletarier sich verleiten ließe, gewisse Formeln zu lernen und sich dann dem thörichten Wahn hingäbe, daß er damit ein Sozialdemokrat sei. Dazu kommt, daß wir nicht eine Partei sind, die ihr Programm feststellt, um es hinter Glas und Rahmen aufzuheben, sondern eine Partei, die unmittelbar im Kampfe steht, die gezwungen ist, mitunter zu sehr großen und einschneidenden Fragen des Tages Stellung zu nehmen. Auch das verleitet, gewisse Formeln als Grundlagen seines Handelns aufzustellen.

Dieser Gefahr einer Verknöcherung unserer Grundsätze begegnet die sozialdemokratische Partei dadurch, daß sie das wirklich demokratische Prinzip der Freiheit der Anschauungen und der Diskussion eingeführt hat, und wir sind diejenigen, die dieses Prinzip auch thatsächlich durchführen. Im Laufe der Entwicklung unserer Partei ist eine Menge von Fragen an uns herangetreten, die wir als gleichgiltig oder als noch nicht an der Zeit ganz bei Seite lassen müssen. Als im Jahre 1890 das Hainfelder Programm geschaffen wurde, konnten wir uns noch nicht mit dem Landproletariat beschäftigen, ja es wäre lächerlich gewesen, damals ein Agrarprogramm aufzustellen. Solche Fragen tauchen aber im Laufe der Zeit immer wieder auf, und was wir damals mit Recht übergangen haben, das zu vernachlässigen wäre heute eine große Sünde. Auch darauf möchte ich hinweisen, daß die Gefahr der Versumpfung durch den revolutionären Drang in unserer Partei beseitigt wird. So ist es gekommen, daß wir trotz der Klarheit und Zielbestimmtheit unseres Programms nicht erst heute, sondern schon vor Jahren auf den Gedanken gekommen sind, unser Programm zu ändern.

Wenn nun dieser Punkt auf der heutigen Tagesordnung steht, so will ich Ihnen gleich sagen, daß es sich nicht um eine Diskussion handelt. Wir haben in der eben verflossenen Zeit nicht Gelegenheit gehabt, uns friedlicher Denkarbeit hinzugeben. Das müssen wir ruhigen Zeiten überlassen und können auch nicht die Zeit des Parteitages in Anspruch nehmen, um noch eine Programmdebatte durch-

zuführen. Heute handelt es sich lediglich um die Wahl einer Kommission, die dieses Programm in den nächsten zwei Jahren zu revidiren und dem nächsten Gesammtparteitag einen bestimmten Vorschlag zu erstatten hat. Schon auf dem zweiten Parteitage in Wien 1892 tauchte der Vorschlag auf, die indirekten Steuern in das Programm aufzunehmen, der auch auf dem dritten Parteitag durchgeführt wurde. Auf allen folgenden Parteitagen hatte die Partei Gelegenheit, zu Fragen, die das Parteiprogramm betreffen, Stellung zu nehmen. Ich erwähne hier nur die Agrarfrage, die Frage der Konsumgenossenschaften und insbesondere die Ausarbeitung eines Kommunalprogramms. Auf den Parteitagen der tschechischen Genossen ist meines Wissens von einer Aenderung des Programms nicht die Rede gewesen, dagegen haben sich die polnischen Genossen auf ihren Parteitagen wiederholt mit Programmfragen befaßt. So wurde dem Parteitage in Neu-Sandez 1895 ein ausgearbeitetes Agrarprogramm für Galizien vorgelegt.

Der letzte deutsche Parteitag in Linz hat den strikten Beschluß gefaßt, eine Revision des Parteiprogramms vorzunehmen. Wir haben eine Menge von Fragen zu regeln, eine Menge von Detailfragen zu ändern. Es kann aber nicht meine Aufgabe sein, hierüber einen akademischen Vortrag zu halten. Die Kommunalfragen, die Frage der nationalen Verhältnisse bedürfen entschieden einer präziseren Darlegung im Programm, und wenn auch viele unter uns meinen, daß wir uns mit den agrarischen Verhältnissen nicht zu befassen haben, so wird es wohl nicht zu umgehen sein, daß wir im Programm etwas mehr sagen als bloß, die Arbeiterschutzgesetzgebung sei in geeigneter Weise auf die Landarbeiter auszudehnen. Aber nicht nur der Inhalt, sondern auch die Form des Hainfelder Programms bedarf einer Aenderung. Denn unser Programm ist bisher eine Summe von Resolutionen, kein einheitlich geschlossener Körper wie das Programm der deutschen Sozialdemokratie. Ich stelle demnach folgende Anträge:

1. Ueber diesen Punkt sei keine Debatte zu eröffnen.
2. Der Parteitag beschließt, aus seiner Mitte eine Kommission von fünf Mitgliedern zu wählen.
3. Die Parteigenossen, die Vorschläge über die Aenderung des Programms machen wollen, seien verpflichtet, ihre Anträge der zu wählenden Kommission zu übermitteln. (Lebhafter Beifall.)

Brod (Wien): Ich bin ebenfalls der Ansicht, daß hier keine Diskussion stattfinden soll. (Heiterkeit.) Ich möchte nur dem Wunsche Ausdruck geben, daß nicht nur sogenannte Praktiker in die Kommission gewählt werden. Wählen Sie in die Kommission Mitglieder, die sich nicht durch gewisse Strömungen der neueren Zeit beeinflussen lassen.

Radimsky (Wien) schlägt vor, daß die Kommission ihren Sitz in Wien haben soll und in dieselbe je ein Vertreter der nationalen Organisationen delegirt werde.

Dr. **Ellenbogen**: Ich kann diesen Antrag nicht empfehlen, denn bei der Revision eines Programms handelt es sich ja nicht um Nationalitäten (Zustimmung), es handelt sich darum, in die Kommission Leute zu senden, die praktisch und theoretisch tüchtig sind. Ich glaube auch, daß die Wahl nicht jetzt, sondern erst morgen erfolgen soll.

Ich stelle noch weiter den Antrag, daß die Kommission das Recht der Kooptirung haben soll.

Krapka (Wien) beantragt, die Gesammtparteivertretung werde damit betraut, an einem der nächsten Tage dem Parteitag eine Kandidatenliste vorzulegen.

Daszynski (Krakau) beantragt, die Kommission sei verpflichtet, sechs Monate vor dem Parteitage den nationalen Exekutiven und der Gesammtparteivertretung den Entwurf des Programms mitzutheilen.

Radimsky zieht seinen Antrag zurück.

Bei der Abstimmung werden die Anträge des Referenten sowie die Anträge Krapka und Daszynski angenommen.

Fünfter Verhandlungstag.

Vormittagssitzung (Beginn 9 Uhr 15 Minuten).

Vorsitzender **Popp** eröffnet die Sitzung mit der Mittheilung, daß die zu Punkt 4 der Tagesordnung eingesetzte Kommission ihre Arbeiten erledigt habe (Bravo!), daß aber in die Spezialdebatte erst eingegangen werden wird, bis die Resolution gedruckt vorliegt.

Es wird hierauf zum sechsten Punkt der Tagesordnung,

Arbeiterschutz

übergegangen.

Zu diesem Punkte liegen folgende Anträge vor:

Antrag der **Handelsarbeiterkonferenz** Ostern 1899 in Prag:

Die Parteivertretung wird beauftragt, im Einvernehmen mit den Organisationen der Handelsarbeiter eine Agitation zu dem Zwecke zu entfalten, um die organisirten Arbeiter vom Einkauf ihrer Bedürfnisse am Sonntag abzuhalten. Diese Agitation wird durch folgende Mittel betrieben:

1. Durch entsprechende Artikel in Parteiblättern.
2. Durch kleine Notizen, die von Zeit zu Zeit in den Partei- und womöglich auch in den Gewerkschaftsblättern aller Organisationen erscheinen, enthaltend die kurze Aufforderung, an Sonntagen keine Einkäufe zu besorgen.
3. Durch Propaganda in den Parteikonferenzen, Bezirks-, Lokalorganisationen ꝛc.
4. Durch Abhaltung selbstständiger öffentlicher Parteiversammlungen, eventuell durch Einbeziehung dieser Frage als eigenen Punkt in die Tagesordnung geplanter Versammlungen.

Für die Kosten dieser Agitation haben die Landesorganisationen der Handelsarbeiter aufzukommen.

Antrag **Kozakiewicz** (Lemberg):

In Erwägung, daß der heutige Schutz des Arbeiters verschiedenen Vollstreckungsorganen anvertraut ist, daß diese Behörden der bureaukratischen Verknöcherung sich nicht entledigen können; daß den bestehenden Vollstreckungsgewalten neue Agenden zugewiesen worden und in der Zukunft die Zahl dieser Agenden sich mehren muß (arbeitsstatistisches Amt, Arbeitsvermittlungsamt); daß wir nur in diesem Falle einen vollen Arbeiterschutz und eine gleichmäßige Behandlung aller dieser Aufgaben erwarten dürfen, wenn dieses Gebiet fachmännisch, nach demokratischem Prinzipe verwaltet wird, beschließt der Parteitag: Es soll für den Gedanken eines Arbeiteramtes in obigem Sinne Propaganda gemacht werden.

Die Parteivertretung wie auch der Verband der sozialdemokratischen Abgeordneten werden aufgefordert, die nöthigen Schritte zu thun, die geeignet sind, diese Forderung zu verwirklichen.

Antrag **Rouschar** (Prag):

Da die Gewerbeordnung in Bezug auf den sogenannten Arbeiterschutz vollständig unvollkommen und für die Arbeiterschaft unzureichend erscheint, beschließt der Parteitag: Es sei eine Kommission zu wählen, die mit der Ausarbeitung einer neuen Gewerbeordnung betraut wird, die dem Fortschritt und den Interessen der Arbeiterschaft entsprechen würde. Dieser ausgearbeitete Entwurf sei dem Verbande der sozialdemokratischen Reichsrathsabgeordneten zu übergeben, die sich dafür einsetzen sollen, daß dieser Entwurf zum Gesetz erhoben wird, sobald sich das Parlament als arbeitsfähig *erweist.*

Antrag I **Müller** (Graz):

Der Sozialdemokratische Verband wird beauftragt, ehestens den Antrag auf Einführung der gesetzlichen achtstündigen Arbeitszeit für Arbeiter bei Hoch-, Puddel- und Martin-Oefen und für Glasbläser einzubringen.

Antrag **Kränkl** (Falkenau):

Durch das Gesetz vom 14. August 1896 betreffend die Errichtung von Genossenschaften beim Bergbau, sowie durch das Bruderladengesetz vom Jahre 1889 werden die Bergarbeiter verpflichtet, die auf sie entfallenden Wahlen als Delegirte der Genossenschaften und als Ausschüsse in den Bruderladen anzunehmen. Da es nun mehrfach vorgekommen ist, daß die Gewählten an der Ausübung ihrer Funktion, das ist an der Vertretung der Interessen der Bergarbeiterschaft gegenüber den Werksverwaltungen, von diesen verhindert werden in der Weise, daß sie einfach entlassen werden, wenn sie das gesetzlich gewährleistete kümmerliche Recht der Arbeiter geltend machen, die Vertreter der Arbeiterschaft aber, die Genossenschaftsdelegirten und Bruderladenausschüsse, dieser Willkür und brutalen Anmaßung des Unternehmerthums im Bergbau schutzlos preisgegeben sind, beschließt der Parteitag:

Der Sozialdemokratische Verband im Abgeordnetenhause habe ehethunlichst die bereits eingebrachten Anträge betreffend die so nothwendigen Abänderungen an den obzitirten Gesetzen zum Schutze der Genossenschaftsdelegirten und Bruderladenausschüsse im Parlament zu urgiren und für deren Durchführung entschiedenst einzutreten.

Antrag **Jobst** (Lieben):

Der Parteitag beschließt: Der Verband der sozialdemokratischen Abgeordneten wird beauftragt, nach Zusammentritt und bei erwiesener Arbeitsfähigkeit des österreichischen Parlaments sofort dahinzuwirken, daß die Regierung die ihr bisher von den Bezirkskrankenkassen unterbreiteten Anträge auf eine gründliche, den Interessen der Arbeiterschaft entsprechende und auch die Bezirkskrankenkassen auf eine gesunde Grundlage stellende Umarbeitung des Krankenversicherungsgesetzes dem Parlament zur Verhandlung vorlege.

Antrag **Preußler** (Wien):

Der Parteitag beschließt: Da die österreichischen Glashüttenarbeiter unter einem Lohnsystem zu leiden haben, das selbst den Grundsätzen der geltenden Gesetze über den Arbeitsvertrag vollständig widerspricht; da ferner die Arbeitszeit in den österreichischen Glashütten eine nach Zehntausenden zählende Arbeiterschaft körperlich und geistig zugrunde richtet und ihr nicht die Möglichkeit gibt, sich zum selbstständigen Kampfe für ihre geistigen und wirthschaftlichen Interessen zu erheben: wird der Verband der sozialdemokratischen Abgeordneten aufgefordert, im Abgeordnetenhause einen Antrag einzubringen, der die Regierung verpflichtet, eine Enquête einzuberufen und den Forderungen der Glashüttenarbeiter über Arbeitslohn und Arbeitszeit endlich ihre Aufmerksamkeit zuzuwenden. Der Sozialdemokratische Verband soll dem Abgeordnetenhause einen diesbezüglichen Gesetzentwurf vorlegen, der den Ausnahmszustand für die Glasarbeiter aufhebt.

Antrag **Anfobsky** (Wien):

Der Parteitag beschließt: Die gesetzliche elfstündige Normalarbeitszeit ist für viele Industrien in Oesterreich durch die Einführung einer kürzeren Arbeitszeit bereits überholt. Der Sozialdemokratische Verband wird daher beauftragt, im Parlament einen Antrag auf gesetzliche Festlegung einer höchstens zehnstündigen Arbeitszeit für sämmtliche gewerbliche Unternehmungen einzubringen. Diesem Antrag ist durch eine lebhafte, sich über das ganze Reich erstreckende Propaganda für die Verkürzung der Arbeitszeit der entsprechende Nachdruck zu geben. Durch diese Aktion ist die Maifeier im nächsten Jahr einzuleiten.

Antrag **Prachensky** (Innsbruck):

Der Parteitag beschließt: Der Antrag der Handelsarbeiterkonferenz ist dahin abzuändern, daß die von dieser Konferenz geforderte Agitation auch für die Arbeiter der gesammten Lebensmittelbranche, insbesondere die Bäckereiarbeiter, entfaltet werde.

Antrag **Katscher** (Teplitz):

Der erste Absatz des Antrages der Handelsarbeiterkonferenz in Prag sei folgendermaßen abzuändern:

Der Parteitag empfiehlt den Partei-Organisationen, die Bestrebungen der Handelsarbeiter, die organisirten Arbeiter vom Einkauf ihrer Bedürfnisse am Sonntag abzuhalten, durch folgende Mittel zu unterstützen: . . .

Fünfter Verhandlungstag.

Vormittagssitzung (Beginn 9 Uhr 15 Minuten).

Vorsitzender **Popp** eröffnet die Sitzung mit der Mittheilung, daß die zu Punkt 4 der Tagesordnung eingesetzte Kommission ihre Arbeiten erledigt habe (Bravo!), daß aber in die Spezialdebatte erst eingegangen werden wird, bis die Resolution gedruckt vorliegt.

Es wird hierauf zum sechsten Punkt der Tagesordnung,

Arbeiterschutz

übergegangen.

Zu diesem Punkte liegen folgende Anträge vor:

Antrag der **Handelsarbeiterkonferenz** Ostern 1899 in Prag:

Die Parteivertretung wird beauftragt, im Einvernehmen mit den Organisationen der Handelsarbeiter eine Agitation zu dem Zwecke zu entfalten, um die organisirten Arbeiter vom Einkauf ihrer Bedürfnisse am Sonntag abzuhalten. Diese Agitation wird durch folgende Mittel betrieben:

1. Durch entsprechende Artikel in Parteiblättern.
2. Durch kleine Notizen, die von Zeit zu Zeit in den Partei- und womöglich auch in den Gewerkschaftsblättern aller Organisationen erscheinen, enthaltend die kurze Aufforderung, an Sonntagen keine Einkäufe zu besorgen.
3. Durch Propaganda in den Parteikonferenzen, Bezirks-, Lokalorganisationen ꝛc.
4. Durch Abhaltung selbstständiger öffentlicher Parteiversammlungen, eventuell durch Einbeziehung dieser Frage als eigenen Punkt in die Tagesordnung geplanter Versammlungen.

Für die Kosten dieser Agitation haben die Landesorganisationen der Handelsarbeiter aufzukommen.

Antrag **Kozakiewicz** (Lemberg):

In Erwägung, daß der heutige Schutz des Arbeiters verschiedenen Vollstreckungsorganen anvertraut ist, daß diese Behörden der bureaukratischen Verknöcherung sich nicht entledigen können; daß den bestehenden Vollstreckungsgewalten neue Agenden zugewiesen worden und in der Zukunft die Zahl dieser Agenden sich mehren muß (arbeitsstatistisches Amt, Arbeitsvermittlungsamt); daß wir nur in diesem Falle einen vollen Arbeiterschutz und eine gleichmäßige Behandlung aller dieser Aufgaben erwarten dürfen, wenn dieses Gebiet fachmännisch, nach demokratischem Prinzipe verwaltet wird, beschließt der Parteitag: Es soll für den Gedanken eines Arbeiteramtes in obigem Sinne Propaganda gemacht werden.

Die Parteivertretung wie auch der Verband der sozialdemokratischen Abgeordneten werden aufgefordert, die nöthigen Schritte zu thun, die geeignet sind, diese Forderung zu verwirklichen.

Antrag **Rouschar** (Prag):

Da die Gewerbeordnung in Bezug auf den sogenannten Arbeiterschutz vollständig unvollkommen und für die Arbeiterschaft unzureichend erscheint, beschließt der Parteitag: Es sei eine Kommission zu wählen, die mit der Ausarbeitung einer neuen Gewerbeordnung betraut wird, die dem Fortschritt und den Interessen der Arbeiterschaft entsprechen würde. Dieser ausgearbeitete Entwurf sei dem Verbande der sozialdemokratischen Reichsrathsabgeordneten zu übergeben, die sich dafür einsetzen sollen, daß dieser Entwurf zum Gesetz erhoben wird, sobald sich das Parlament als arbeitsfähig erweist.

Antrag I **Müller** (Graz):

Der Sozialdemokratische Verband wird beauftragt, ehestens den Antrag auf Einführung der gesetzlichen achtstündigen Arbeitszeit für Arbeiter bei Hoch-, Puddel- und Martin-Oefen und für Glasbläser einzubringen.

Antrag **Kränkl** (Falkenau):

Durch das Gesetz vom 14. August 1896 betreffend die Errichtung von Genossenschaften beim Bergbau, sowie durch das Bruderladengesetz vom Jahre 1889 werden die Bergarbeiter verpflichtet, die auf sie entfallenden Wahlen als Delegirte der Genossenschaften und als Ausschüsse in den Bruderladen anzunehmen. Da es nun mehrfach vorgekommen ist, daß die Gewählten an der Ausübung ihrer Funktion, das ist an der Vertretung der Interessen der Bergarbeiterschaft gegenüber den Werksverwaltungen, von diesen verhindert werden in der Weise, daß sie einfach entlassen werden, wenn sie das gesetzlich gewährleistete kümmerliche Recht der Arbeiter geltend machen, die Vertreter der Arbeiterschaft aber, die Genossenschaftsdelegirten und Bruderladenausschüsse, dieser Willkür und brutalen Anmaßung des Unternehmerthums im Bergbau schutzlos preisgegeben sind, beschließt der Parteitag:

Der Sozialdemokratische Verband im Abgeordnetenhause habe ehethunlichst die bereits eingebrachten Anträge betreffend die so nothwendigen Abänderungen an den obzitirten Gesetzen zum Schutze der Genossenschaftsdelegirten und Bruderladenausschüsse im Parlament zu urgiren und für deren Durchführung entschiedenst einzutreten.

Antrag **Jobst** (Lieben):

Der Parteitag beschließt: Der Verband der sozialdemokratischen Abgeordneten wird beauftragt, nach Zusammentritt und bei erwiesener Arbeitsfähigkeit des österreichischen Parlaments sofort dahinzuwirken, daß die Regierung die ihr bisher von den Bezirkskrankenkassen unterbreiteten Anträge auf eine gründliche, den Interessen der Arbeiterschaft entsprechende und auch die Bezirkskrankenkassen auf eine gesunde Grundlage stellende Umarbeitung des Krankenversicherungsgesetzes dem Parlament zur Verhandlung vorlege.

Antrag **Preußler** (Wien):

Der Parteitag beschließt: Da die österreichischen Glashüttenarbeiter unter einem Lohnsystem zu leiden haben, das selbst den Grundsätzen der geltenden Gesetze über den Arbeitsvertrag vollständig widerspricht; da ferner die Arbeitszeit in den österreichischen Glashütten eine nach Zehntausenden zählende Arbeiterschaft körperlich und geistig zugrunde richtet und ihr nicht die Möglichkeit gibt, sich zum selbstständigen Kampfe für ihre geistigen und wirthschaftlichen Interessen zu erheben: wird der Verband der sozialdemokratischen Abgeordneten aufgefordert, im Abgeordnetenhause einen Antrag einzubringen, der die Regierung verpflichtet, eine Enquête einzuberufen und den Forderungen der Glashüttenarbeiter über Arbeitslohn und Arbeitszeit endlich ihre Aufmerksamkeit zuzuwenden. Der Sozialdemokratische Verband soll dem Abgeordnetenhause einen diesbezüglichen Gesetzentwurf vorlegen, der den Ausnahmszustand für die Glasarbeiter aufhebt.

Antrag **Anfobsky** (Wien):

Der Parteitag beschließt: Die gesetzliche elfstündige Normalarbeitszeit ist für viele Industrien in Oesterreich durch die Einführung einer kürzeren Arbeitszeit bereits überholt. Der Sozialdemokratische Verband wird daher beauftragt, im Parlament einen Antrag auf gesetzliche Festlegung einer höchstens zehnstündigen Arbeitszeit für sämmtliche gewerbliche Unternehmungen einzubringen. Diesem Antrag ist durch eine lebhafte, sich über das ganze Reich erstreckende Propaganda für die Verkürzung der Arbeitszeit der entsprechende Nachdruck zu geben. Durch diese Aktion ist die Maifeier im nächsten Jahr einzuleiten.

Antrag **Prachensky** (Innsbruck):

Der Parteitag beschließt: Der Antrag der Handelsarbeiterkonferenz ist dahin abzuändern, daß die von dieser Konferenz geforderte Agitation auch für die Arbeiter der gesammten Lebensmittelbranche, insbesondere die Bäckereiarbeiter, entfaltet werde.

Antrag **Katscher** (Teplitz):

Der erste Absatz des Antrages der Handelsarbeiterkonferenz in Prag sei folgendermaßen abzuändern:

Der Parteitag empfiehlt den Partei-Organisationen, die Bestrebungen der Handelsarbeiter, die organisirten Arbeiter vom Einkauf ihrer Bedürfnisse am Sonntag abzuhalten, durch folgende Mittel zu unterstützen: . . .

Antrag **Krapka** (Wien):

Der Parteitag beschließt, allen Partei-Angestellten aufzuerlegen, einen Fachverein zur Wahrung ihrer Interessen zu gründen. (40 Unterschriften.)

Antrag II **Müller** (Graz):

In Erwägung, daß die bisher amtlich festgestellten ortsüblichen Löhne zur Bemessung der Krankenunterstützung mit 60 Perzent längst nicht mehr den thatsächlichen Verhältnissen entsprechen, die kranken Arbeiter hiedurch aber empfindlich geschädigt werden, beschließt der Parteitag: Es sei eine neuerliche, den thatsächlichen Verhältnissen entsprechende Regelung mit aller Energie anzustreben.

Antrag **Vaněk** (Budweis):

Der Parteitag legt der Parteivertretung auf, eine Aktion zur Aufklärung der Arbeiterschaft über die Schädlichkeit der Arbeitsbücher und die Nothwendigkeit der Abschaffung dieser Bücher einzuleiten. (7 Unterschriften.)

Antrag **Benesch** (Trebitsch):

Der Parteitag beschließt: Da die Gewerbeordnung die Ueberzeitarbeit erlaubt, welche Erlaubniß von den Fabrikanten auf das äußerste ausgenützt wird, so daß man in verschiedenen Fabriken von 5 Uhr Früh bis 8 Uhr Abends arbeitet, wird der Verband der sozialdemokratischen Abgeordneten beauftragt, im Parlament dahin zu wirken, daß die Ueberzeitarbeit verboten wird.

Antrag **Theodorczuk** (Krakau):

In Erwägung, daß die achtstündige Arbeitszeit in Großbetrieben sich in der Praxis nicht nur als ein großer Schritt zur physischen und moralischen Höherstellung der Arbeiter erwies, sondern auch in finanzieller und technischer Beziehung auf keine unüberwindlichen Schwierigkeiten gestoßen ist, beschließt der Parteitag:

Der Sozialdemokratische Verband wird aufgefordert, dem Parlament einen Gesetzentwurf zu unterbreiten, der sämmtlichen Arbeitern in den Staats-, Landes- und Gemeindebetrieben den achtstündigen Maximalarbeitstag verschafft.

In Betrieben, die eine längere als achtstündige Arbeitszeit erfordern, sei ein Zweischichtenwechsel und in denen mit kontinuirlicher Arbeitszeit Dreischichtenwechsel einzuführen.

Antrag Dr. **Stark** (Karlsbad):

Der Parteitag beschließt: Es ist eine Abänderung des bestehenden Krankenkassengesetzes anzustreben, die darauf abzielt, den geheimen Charakter der Wahlen zu wahren und so den versicherten Arbeitern die nothwendige Unabhängigkeit bei Vornahme der Wahl zu sichern.

Zu diesem Zwecke verlangt der Parteitag insbesondere Aufnahme von Bestimmungen ins Gesetz, die enthalten:

1. Die Pflicht der Auflage von Wählerlisten, um Reklamationen gegen ein einerseits vorenthaltenes, andererseits widerrechtlich zugesprochenes Wahlrecht zu ermöglichen;

2. zum Schutze des geheimen Charakters der Wahl das Verbot des Gebrauches markirter Stimmzettel;

3. Bestimmungen über Vertretungen sämmtlicher bei den Wahlen in Betracht kommenden Interessengruppen in den Wahlkommissionen;

4. die Festsetzung des Sonntags als Wahltag;

5. die Verlegung des Termins der Wahlvornahme auf einen solchen Zeitpunkt, wo die Masse der Arbeiter, die Saisonarbeiter, vom Wahlrechte nicht ausgeschlossen erscheint;

6. die Festsetzung einer für alle Kassen giltigen Verwaltungsperiode in der Dauer von höchstens zwei Jahren;

7. gesetzlichen Schutz vor Wahlbeeinflussungen durch das Unternehmerthum;

8. Feststellung des Wahlmodus.

Als Amendement zu diesem Antrag beantragt **Salamander** (Lemberg):

Der Parteitag beschließt: Der Verband der sozialdemokratischen Abgeordneten wird aufgefordert, schleunigst einen Gesetzentwurf über die Reform des Krankenversicherungsgesetzes vom 30. März 1889 auf Grund der Beschlüsse der Krankenkassentage, insbesondere des galizischen Krankenkassentages, einzubringen.

Antrag **Tuller** (Leoben):

In Erwägung, daß die Kartelle die Produktion und Konsumption im Lande einschränken und dadurch der Preis der Waare nach dem Gutdünken der Unternehmer

bestimmt wird; in der weiteren Erwägung, daß die Kartelle einen wirthschaftlichen Rückgang und die Verelendung der großen Volksmassen zur Folge haben, wird der Sozialdemokratische Verband des Reichsrathes aufgefordert, einen Gesetzentwurf einzubringen, der geeignet ist, die Ausraubung des arbeitenden Volkes durch die kartellirten Unternehmer einzudämmen.

Antrag **Teller** (Neu-Sandez):

Der Sozialdemokratische Verband wird beauftragt, gegen die Konkurrenz der Sträflingsarbeit energisch aufzutreten und die Regierung zur Regelung dieser Arbeit von dem Gesichtspunkte der Interessen der freien Arbeiter bezüglich Arbeitszeit, Arbeitslohn u. s. w. zu bewegen.

Antrag Julius **Beyer** (Göding):

Indem der Staat als Unternehmer die Pflicht hat, allen Unternehmern voranzuschreiten, so wolle der Parteitag beschließen, die Regierung werde aufgefordert, einen Gesetzentwurf dahin einzubringen, daß in allen staatlichen Unternehmungen, besonders in Tabakfabriken, wo die Arbeit sehr gesundheitsschädlich ist, der achtstündige Arbeitstag eingeführt werde.

Antrag des **Frauen-Reichscomités**:

Niedrige Löhne und lange Arbeitszeit sind unstreitig die hervorragendsten Hindernisse, die sich der Organisirung und Aufklärung der Arbeiterinnen in den Weg stellen. Die Thatsache, daß die Frau als Lohnarbeiterin ihrer häuslichen Arbeiten nicht enthoben ist, machen für sie die gesetzliche Normalarbeitszeit illusorisch. Ihre Bewegungsfreiheit ist in weit höherem Maße gehemmt als die der männlichen Arbeiter. Um dieses Uebel zu bekämpfen, beschließt der Parteitag, neben der allgemeinen Agitation für den Achtstundentag die Verkürzung der Arbeitszeit für Frauen zu fordern, und ist in erster Linie für den freien Samstag-Nachmittag der Arbeiterinnen zu agitiren.

Zum Schutze der Arbeiterinnen fordert der Parteitag für Fabriken, Werkstätten und die Heimarbeit die Einführung sachverständiger weiblicher Fabriksinspektoren.

Der Parteitag verurtheilt es, daß das Gesetz für die Gewerbegerichte den Arbeiterinnen nur das aktive Wahlrecht gewährt, und fordert auch die Verleihung des passiven Wahlrechtes an die Arbeiterinnen.

Referent Abgeordneter **Hannich** (Steinschönau): Es ist unter den gegenwärtigen politischen Verhältnissen in Oesterreich außerordentlich schwierig, über Arbeiterschutz zu sprechen, wo es sich gerade am meisten darum handelt, nicht ins Blaue hineinzureden, sondern mit den konkreten Thatsachen zu rechnen. Genosse Adler hat in seiner Schlußrede zum Punkt „Taktik" schon auf die Zweiseelentheorie unserer Partei hingewiesen, die einerseits an dem Bestande Oesterreichs kein Interesse habe, andererseits sich aber bemüht, aus diesem Oesterreich so viel wie möglich zu machen. Der Werth des Arbeiterschutzes wird von Jahr zu Jahr höher taxirt. Noch vor zwanzig Jahren hat man der Umsturztheorie weit mehr gehuldigt als heute, aber jetzt muß jeder vernünftige Mensch damit rechnen, daß wir noch geraume Zeit im Rahmen der heutigen Gesellschafts- und Wirthschaftsordnung uns werden zu bewegen haben. Und da ist es die oberste Pflicht der Sozialdemokratie, in diesem Rahmen von dem gesammten Arbeitserträgniß für die arbeitenden Klassen so viel wie möglich herauszupressen und herauszukämpfen. Wir haben die Erfahrung gemacht, daß die arbeitende Bevölkerung, je mehr sie der Verelendung in die Arme getrieben wird, umsoweniger fähig ist, den großen politischen und wirthschaftlichen Emanzipationskampf zu führen, der von uns ausgekämpft werden muß. Es ist unzweifelhaft, daß die Arbeiter gerade deshalb ein bedeutendes Interesse daran haben, sich der Gesetzgebungsmaschine zu bedienen. Sie tragen den Bau des Staates auf ihren Schultern, und sie haben daher auch ein besonderes Recht, zu verlangen, daß sich der Staat ihrer annimmt und sie schützt. Bisher aber hat sich der Staat sehr wenig um uns gekümmert. Wir waren immer benachtheiligt bei den Gaben, die der Staat zu vergeben hat. Gerade jene Parteien, die uns vorwerfen, daß wir ganz außergewöhnlich begehrlich sind, haben vom Staate alles Mögliche herausgepreßt. Er war gerade für diese herrschenden Parteien sozusagen die milchgebende Kuh. Die herrschenden Parteien verlangen Schutz für die Landwirthschaft, für die Industrie, Schutz für die Bierbrauer, Branntweinbrenner, für die Petroleumgrubenbesitzer, für die Herren von der Eisenbahnschiene und Schutz für das Kleingewerbe, und dieser Schutz ist nicht platonisch gedacht, er wird in ganz bedeutenden Summen an die Interessenten verabfolgt.

Und wenn wir sehen, wie die herrschenden Klassen so viel wie möglich aus diesem Staat herauszupumpen verstehen, so können wir selbst in unsern eigenen Forderungen nicht weit genug gehen. Sollen aber unsere Forderungen nur halbwegs verwirklicht werden, so brauchen wir ein Parlament, das nicht bloß funktionirt, sondern in dem wir ein ausschlaggebender Faktor sind, nicht ein Parlament in der heutigen Zusammensetzung, sondern ein wirklich demokratisches Parlament, gewählt auf Grund des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechtes. Wir müssen uns die politischen Machtmittel erobern, um eine Vertretung zu bekommen, die sich in den Dienst des arbeitenden Volkes stellt. Die herrschenden Massen haben ein gewisses Interesse daran, daß die Volksvertretung am Boden liege, denn wenn wir eine gesunde parlamentarische Thätigkeit hätten, wenn nicht alles von dieser unleidlichen nationalen Frage vergiftet und zerrüttet wäre, so müßten auch schon im heutigen Parlament wirthschaftliche Fragen zur Besprechung gelangen; die fünfzehn sozialdemokratischen Abgeordneten würden mit aller Energie dafür eintreten, daß sich das Parlament mit Dingen befasse, die die österreichische Bevölkerung in Stadt und Land auf das allertiefste interessiren. Aber gerade das müssen die maßgebenden Parteien fürchten. Wenn es zur Berathung derartiger Angelegenheiten kommt, so müßten und würden sie ihr volksfeindliches und ihr verknöchertes Herz entdecken. Die Fabel von der Volks- und Arbeiterfreundlichkeit wäre nicht länger zu halten, und die Bevölkerung würde erkennen, daß sie von diesen Parteien nichts zu erwarten hat. Eine solche Enthüllung des verknöcherten Herzens dieser Parteien sahen wir am 6. Mai 1898 bei jener Debatte, die wir zum Zwecke der Aufhebung der Getreidezölle provozirten, und wo alle Redner, mit Ausnahme des Dr. Lecher, sich gegen diese Aufhebung ausgesprochen und die allerjämmerlichsten, kurzsichtigsten, veraltetsten Argumente gegen unsere Forderung ins Treffen geführt haben. Damals haben die bürgerlichen Parteien gezeigt, daß sie kein Empfinden für die Interessen der Arbeiterschaft haben; sie haben sich dagegen gestemmt, daß dem Volke ein etwas größerer Bissen Brot gegeben werde, und das waren dieselben Leute, die sich die denkbar größte Mühe geben, nationale Arbeiterorganisationen zu schaffen. So sehen Sie, daß wir die einzige Partei sind, die ein wirklich eminentes Interesse hat, für die Arbeiterschaft einzutreten.

Ich komme nun auf die Thätigkeit des Sozialdemokratischen Verbandes im Interesse des Arbeiterschutzes. Von dem ersten Augenblick an, als das Parlament Sitzungen gehalten hat, haben wir uns die größte Mühe gegeben, so viel wie möglich für die arbeitende Bevölkerung zu thun, aber alle unsere Gesetzentwürfe sind in dem unergründlichen Papierkorb der österreichischen Staatsmaschinerie verschwunden. Wir haben zunächst einen Gesetzentwurf über die Haftpflicht der Eisenbahnen und Tramway-Unternehmungen gegenüber ihren Arbeitern eingebracht. In diesem Gesetzentwurfe wird vorgesehen, daß den verunglückten Arbeitern jener Unternehmungen nicht nur die durch Unfallversicherungs- und andere Gesetze zugesicherte Rente gewährt werde, sondern ihnen nach dem bürgerlichen Gesetzbuch für den vollen Schaden, den sie erleiden, gehaftet werde. Der Gesetzentwurf betreffend die Regelung des Dienstverhältnisses der Handlungsgehilfen, der Hilfsarbeiter, der Angestellten in Advokaturs- und Notariatskanzleien, in Apotheken und Lottokollekturen, bei Arbeiter- und Unfallversicherungsanstalten und betreffend den Ladenschluß in Verkaufsgeschäften und die Sonntagsruhe ist nicht von uns allein, sondern in inniger Beziehung mit den Interessenten ausgearbeitet worden. In dem Gesetzentwurf über die Bestellung von Berginspektoren und die Wahl von Bergarbeiterdelegirten, ferner die Zuständigkeit der ordentlichen Gerichte bei Uebertretung des allgemeinen Berggesetzes und die Ergänzungen desselben ist die von der Sozialdemokratie aufgestellte Forderung gesetzlich festgelegt, daß auch die Arbeiter dem Inspektionsdienste zugezogen werden müssen. Ein Gesetzentwurf betrifft die Beschäftigung von jugendlichen und weiblichen Personen und deren tägliche Arbeitsdauer sowie die Sonn- und Feiertagsruhe beim Bergbau, ein anderer beschäftigt sich mit der Regelung der Lohnzahlung beim Bergbau. Sie werden sich vielleicht wundern, daß so viele Gesetze zum Schutze der Bergarbeiter eingebracht wurden. Sie werden dies aber nach den Beschlüssen der verschiedenen Parteitage und der gewerkschaftlichen Kongresse begreiflich finden. Es ist eine von der Partei anerkannte Nothwendigkeit, in erster Linie die Lage dieser Arbeiterkategorie zu heben, und wenn es uns gelingt, in

dieser Beziehung Erfolge zu erringen, so würde dies die denkbar größte Rückwirkung auch auf die anderen Arbeiterkategorien haben. Der Antrag der Genossen Dr. Verkauf, Steiner, Zeller und Kozakiewicz über den Ausbau der Arbeiterversicherung verlangt vor allem die Einführung der Alters- und Invaliditätsversicherung. Der Gesetzentwurf betreffend die Regelung des Vertragsverhältnisses zwischen den Eisenbahnen und ihren Angestellten ist gleichfalls im Einvernehmen mit den Vertretern der Eisenbahnangestellten ausgearbeitet worden. Ein achter Gesetzentwurf beschäftigt sich mit der Einschränkung der Kündigung und Entlassung von Vorstandsmitgliedern der Bruderladen und Delegirten der Genossenschaft beim Bergbau aus der Gruppe der Arbeiter. Es ist von den Genossen aus Falkenau hier ein Antrag eingebracht worden; die Genossen werden aber sehen, daß sich der Verband mit dieser Angelegenheit schon früher beschäftigt hat. Die Genossen werden sich wohl damit zufriedengeben.

In Vorbereitung haben wir einen Gesetzentwurf über den Ausbau des Gewerbe-Inspektorats. Dieses ist heute allerdings etwas besser als früher, trotzdem aber läßt es noch sehr viel zu wünschen übrig. Die Fraktion hat auch diese Frage berathen, ist aber zu einem Endresultat noch nicht gekommen. Für besonders nothwendig hält der Verband gesetzliche Schutzmaßregeln für die Heimarbeiter. Allerdings sind wir auch hier noch zu keinem greifbaren Resultat gekommen. Die Frage der gesetzlichen Regelung der Heimarbeit ist wirklich ein schwieriges Kapitel, und es ist leichter, die äußerlichen gesetzlichen Normen zu finden, um den Heimarbeitern wirklich zu helfen. Das soll natürlich nicht heißen, daß wir uns mit dieser Frage nicht befassen werden. Im Gegentheil, so wie wir die Ueberzeugung gewonnen haben, daß sich im Parlament auch nur etwas machen läßt, werden wir auch hier etwas zu thun versuchen. Die Regierung hat vor kurzem an die Gewerkschaftskommission die Anfrage gerichtet, wie sich die organisirte Arbeiterschaft zur Abänderung der Bestimmungen über die Kündigungsfrist stelle. Die Kommission hat sich in einem Gutachten für die Einführung der obligatorischen vierzehntägigen Kündigungsfrist ausgesprochen. Auf einem anderen Standpunkt steht die Parteileitung. Im Prinzip ist auch sie wahrscheinlich nicht gegen die Auffassung der Gewerkschaftskommission, sie ist aber aus politischen Rücksichten der Ansicht, es sei heute unter dem Regime des § 14 nicht gerathen, der Regierung auch nur die Handhabe zu bieten, daß sie eventuell die Gewerbeordnung auf Grund des § 14 ändere. Ich persönlich muß noch erklären, daß mir die obligatorische Feststellung der vierzehntägigen Kündigung auf Grund meiner Erfahrungen sehr sympathisch ist. Es ist für den Arbeiter schon ein sehr bedeutender Vortheil, wenn er seine Existenz auch nur auf vierzehn Tage hinaus gesichert hat.

Nun einige Worte über das arbeitsstatistische Amt und den Arbeitsbeirath. Als das Amt vom Handelsminister Bärnreither kreirt wurde, bestand der Beirath aus 32 Mitgliedern, unter denen die acht Arbeiter allerdings nicht allzu viel zu machen vermochten. Aber nach dem Bärnreither kam der Weinhändler aus Tirol, Baron Dipauli, und der benützte die Gelegenheit, um seinen schwarzen Freunden einen Gefallen zu erweisen, indem er den Arbeitsbeirath noch verschlechterte. Es wurden acht neue Mitglieder ernannt, unter denen die Arbeiter aus den politischen Freunden des Barons ausgewählt wurden, es sind das Leute, die von den Fragen, die uns am meisten angehen, so gut wie nichts verstehen. Die im Beirath vertretenen Genossen stehen dieser Institution mit dem größten Mißtrauen gegenüber, und es wurde sogar die Frage ventilirt, ob man nicht aus dem Beirath austreten solle. Wir finden auch hier wieder, wie schwer es in Oesterreich ist, für die Arbeiter etwas zu thun. (Beifall.)

Es sei mir noch gestattet, über die nationalen Arbeiterorganisationen zu sprechen. Im nordwestlichen Böhmen besonders machen die Deutschradikalen alle Anstrengungen, eine nationale Arbeiterorganisation zu schaffen. Zu Pfingsten hat gar ein nationaler Arbeitertag stattgefunden, wo ein Arbeiterprogramm festgesetzt wurde, das allerdings nur eine Abschrift aus unserem Programm ist. Wir brauchten uns also nicht zu grämen, wenn wirklich nationale Arbeiterorganisationen gegründet würden. Denn wenn die Nationalen wirklich die Arbeiterinteressen vertreten wollten, müßten sie wohl oder übel auf unserem Wege wandeln. Aber sie werden die Arbeiterinteressen nicht vertreten können und nicht vertreten wollen, und ihre ganze

Agitation wird sich als Mumpitz, als absichtliche Irreführung der arbeitenden Bevölkerung entpuppen. (Richtig!) Wenn wir trotzdem im Zweifel über den Charakter dieser Leute sein sollten, brauchen wir nur folgende Thatsachen betrachten: Einmal die erbärmliche Stellungnahme der deutschradikalen Blätter zum Löbtauer Bluturtheil. Kein Arbeiterfreund darf eine so verächtliche Stellung einnehmen, wenn Arbeiter wegen eines Exzesses bis zu zehn Jahren Zuchthaus erhalten. Ein Arbeitervertreter, der sich erfrecht, so über Arbeiter zu schreiben, ist gerichtet für alle Zukunft. (Beifall.) Dann die Haltung der deutschradikalen Presse zum Brünner Streik. In Eger hat man den sechsstündigen Arbeitstag für Bergarbeiter gefordert, und in Brünn hat man die Arbeiter verspottet, die für eine zehnstündige Arbeitszeit gekämpft haben. Greifbarer kann die Irreführung der Arbeiterschaft durch die Nationalen nicht in die Augen springen. Dazu kommt noch der Antrag Iro, der die Freizügigkeit der ländlichen Dienstboten noch mehr als es schon der Fall ist beschränken will. Eine Partei, die so die Interessen der Arbeiter mit Füßen tritt, hat den Anspruch verwirkt, als arbeiterfreundlich zu gelten. Und dann möge man noch Folgendes bedenken: Wenn heute Herr Wolf in eine der Industriestädte kommt, wo das Unternehmerthum die Arbeiter unter seiner Fuchtel zu halten sich bemüht, wird er von den Fabrikanten im Landauer abgeholt. Ich bin schon seit 1867 in der Arbeiterbewegung und bin durch Jahre als einer der gemäßigtesten verschrien worden, aber mein ganzes Leben lang ist es mir noch nicht passirt, daß mich irgendein Unternehmer im Landauer hätte abholen lassen. (Heiterkeit.) Ich bin wohl schon von Gendarmen abgeholt worden, von Fabrikanten noch nicht. Alles das ist charakteristischer für die Liebe, die die Herren Deutschnationalen für das Volk hegen, als das große Gethue auf dem Arbeitertag. (Lebhafter Beifall.)

Es liegt Ihnen unter anderem ein Antrag der Handlungsgehilfenkonferenz in Prag vor; ich bitte Sie, diesen Antrag der Parteileitung zuzuweisen. Uebrigens wird sich damit wohl kaum viel anfangen lassen. Ich gebe ja zu, daß durch die Agitation der Presse für die Sonntagsruhe der Handlungsgehilfen gearbeitet werden kann, aber eine durchgreifende Reform ist dadurch nicht zu erzielen, die ist nur durch gesetzliche Maßregeln möglich. Den Antrag Kozakiewicz bitte ich dem Verbande abzutreten.

Ich schlage Ihnen folgende Resolution vor, um deren einstimmige Annahme ich Sie bitte:

> Ausgehend von der vielfach erhärteten Thatsache, daß der moderne Großbetrieb selbst bei einer nur mäßig langen täglichen Arbeitszeit und bei entsprechenden Schutzmaßregeln zu Gunsten der Arbeiter eine intensive Anspannung der Kräfte der Arbeiter, somit eine maßlose A u s- und A b n ü t z u n g des menschlichen Arbeitsmaterials bedingt, wogegen der Kleinbetrieb in Landwirthschaft und Gewerbe sich nur durch eine ins Maßlose ausgedehnte Arbeitszeit zu erhalten vermag, fordert der zu Brünn tagende Gesammtparteitag der österreichischen Sozialdemokratie für die der Verelendung preisgegebene arbeitende Bevölkerung in Stadt und Land den weitestgehenden Arbeiterschutz. Wohl haben die Arbeiter als die eigentlichen Träger der heutigen Staats- und Gesellschaftsordnung und als die wirthschaftlich Schwachen ein unveräußerliches Recht auf den nothwendigen Schutz von Staat und Gesetzgebung. Aber mit Rücksicht darauf, als das österreichische Parlament in seiner heutigen Zusammensetzung die ausgesprochenste Klassenvertretung ist, und als überdies diese Klassenvertretung durch das Ungeschick und die absolutistischen Neigungen der gewesenen Regierungen sowie durch den maß-, sinn- und ziellosen Sprachenstreit der bürgerlichen Parteien total lahmgelegt und für die Lösung sozialpolitischer Aufgaben unbrauchbar und unfähig geworden ist, fordert der Gesammtparteitag die Arbeiterschaft Oesterreichs auf das eindringlichste auf, durch den Anschluß an die schon bestehenden sowie durch den Ausbau der gewerkschaftlichen Organisationen zur Selbsthilfe zu greifen, um die Hebung der Lage der arbeitenden Klassen zu bewerkstelligen und die Arbeiterschaft für den wirthschaftlichen und politischen Befreiungskampf zu befähigen.
>
> Obgleich unter den gegenwärtigen, vollkommen zerrütteten politischen Zuständen in Oesterreich ein Eingreifen der Gesetzgebung zu Gunsten der Arbeiterschaft nicht zu erwarten ist, erklärt der Gesammtparteitag, daß sich die Arbeiterschaft nicht darüber täuschen lassen und auch klare Einsicht darüber verbreiten werde, daß jede wirkliche soziale Reform vor allem den arbeitsfähigen Arbeiter zum Gegenstand und die denkbar weitestgehende Eindämmung seiner Ausbeutung zum Ziele haben muß, und daß daher soziale Reformen in diesem Sinne nicht von den Ausbeutern, sondern nur durch ein zielklares Eingreifen der Ausgebeuteten durchgeführt werden können.

Eine Arbeiterschutzgesetzgebung, die ihren Zweck erreichen soll, muß zum mindesten umfassen:

1. Volle Koalitionsfreiheit und gesetzliche Anerkennung von Lohnverabredung und Kartellen der Arbeiter.
2. Den achtstündigen Maximalarbeitstag ohne Klauseln und ohne Ausnahmen.
3. Verbot der Nachtarbeit (mit Ausnahme jener Betriebe, deren technische Natur ne Unterbrechung nicht zuläßt).
4. Volle Sonntagsruhe von Samstag Abends bis Montag Früh.
5. Verbot der Beschäftigung von Kindern unter vierzehn Jahren.
6. Ausschluß der Frauenarbeit aus den für den weiblichen Organismus besonders schädlichen Betrieben.
7. Alle diese Bestimmungen haben für Betriebe jeder Stufenleiter (Großindustrie, Transportgewerbe, Handwerk, Hausindustrie) zu gelten.
8. Der Arbeiterschutz ist in geeigneter Weise auf die Landarbeiter auszudehnen.
9. Auf Uebertretungen dieser Bestimmungen von Seite der Unternehmer sind Arreststrafen gesetzt.
10. Arbeiterorganisationen, die auf fachlicher oder lokaler Grundlage beruhen, haben durch die von ihnen gewählten Inspektoren bei der Kontrole der Durchführung der Arbeiterschutzgesetzgebung mitzuwirken.

Kozakiewicz (Lemberg): Wenn der Referent wünscht, daß mein Antrag dem Verband zugewiesen werde, so stimme ich damit ganz überein, möchte aber zugleich die Parteivertretung ersuchen, daß sie sich mit diesem Gedanken beschäftigen und für seine möglichste Verbreitung wirken möge.

Rouschar (Prag, tschechisch): Daß die Gewerbeordnung die Forderungen der Arbeiter nicht erfüllt, das wissen wir alle. Immer haben sich die Unternehmer gegen eine Verbesserung gewehrt. In der letzten Zeit sind die Unternehmer plötzlich mit einem Vorschlag hervorgetreten, der den Zweck verfolgt, das Gesetz noch zu verschlechtern. Sie wollen das Risiko der Kündigungsfrist ganz auf die Schultern der Arbeiter wälzen. Das Ministerium hat diesen Vorschlag plötzlich für äußerst wichtig gehalten und begann eifrig zu arbeiten. Aber es gibt in der Gewerbeordnung noch zahlreiche Paragraphe, die nach Abänderung schreien, davon weiß das Ministerium nichts. Da ist vor allem die Bestimmung, daß die Arbeiter ihren Steckbrief, das Arbeitsbuch, mit sich schleppen müssen. (Richtig!) Bei der Firma Kolber in Wisotschan bei Prag wurde den Arbeitern in das Arbeitsbuch eingetragen, daß sie wegen des Streiks entlassen wurden (Hört!), und als die Arbeiter dagegen remonstrirten, wurde ihnen auf dem Gemeindeamt die Eintragung einfach ausgekratzt, das Arbeitsbuch also noch gefälscht. Nicht minder abänderungsbedürftig sind die Bestimmungen über die Arbeitszeit. Der elfstündige Arbeitstag kann in der Praxis nahezu ganz aufgehoben werden. Bei uns in Böhmen wird Ueberzeit bis zu drei Vierteljahren bewilligt (Hört!), und es gibt Fabriken, in denen ununterbrochen 36 Stunden gearbeitet wird. Bei Daniek in Prag arbeiteten dieselben Leute bei Tag und bei Nacht, und als wir vom Gewerbe-Inspektor verlangten, er soll einschreiten, antwortete er uns: „Jetzt ist schon 6 Uhr vorbei, ich habe keine Amtsstunden mehr, kann also nicht einschreiten." (Hört!) Erst als wir mit öffentlichen Demonstrationen drohten, inspizirte er die Fabrik, und der Unternehmer wurde zu 50 fl. Geldstrafe verurtheilt. Die Uebertretung des Gesetzes war dem Unternehmer gewiß 50 fl. werth. Ebenso kraß sind die Bestimmungen über den Kontraktbruch, die den Arbeiter rechtlos dem Unternehmer ausliefern, dann die Bestimmung, daß die Unternehmer wegen Uebertretung der Gewerbeordnung zuerst mit einem Verweise und dann mit Geldstrafe zu bestrafen sind, die Arbeiter sofort mit Arrest. Wenn wir für jede Gesetzesübertretung eingesperrt werden, dann sollen die Unternehmer ebenso behandelt werden. (Beifall.)

Müller (Graz) [zur Geschäftsordnung] beantragt, daß in Anbetracht der massenhaft vorliegenden Anträge eine Kommission zu deren Prüfung gewählt, daß aber die Debatte inzwischen fortgesetzt werde.

Dittrich (Wien) stellt den Abänderungsantrag, daß die Debatte inzwischen abgebrochen werde.

Bei der Abstimmung wird der Antrag auf Einsetzung einer Kommission und ebenso der Antrag auf Unterbrechung der Debatte angenommen und in die Kommission Hueber, Dr. Verkauf, Salamander, Rouschar und Preußler gewählt.

Es wird hierauf die Debatte über Punkt 4 der Tagesordnung: Die internationale Sozialdemokratie und der Nationalitätenstreit in Oesterreich fortgesetzt.

Referent **Seliger** (Teplitz): Die Kommission hat gestern Abends eine Sitzung abgehalten, und wir können erfreulicherweise konstatiren, daß wir die Schwierigkeiten überwunden haben. (Bravo!) Zunächst möchte ich eine persönliche Angelegenheit richtigstellen. Sowohl Dr. Adler als auch Dr. Ellenbogen haben die Bemerkung angeknüpft, daß es mir nicht leicht sei, die Resolution in dem vorliegenden Wortlaut zu vertreten. Ich erkläre, daß das nur in formeller Beziehung gemeint war. Ich wußte nämlich, daß von den tschechischen Genossen ziemlich schwerwiegende Veränderungen werden verlangt werden, sagte mir aber, daß der Beschluß des Parteitages ein einmüthiger sein müsse, daß wir also uns entgegenkommen müssen. Ich konnte freilich nicht voraussehen, daß die Sache sich so verhältnißmäßig leicht schlichten lassen würde, wie dies thatsächlich der Fall war.

Die Grundlage unserer Berathung bildeten die in der Resolution vorgeschlagenen fünf Punkte. Auf die einleitende und die Schlußerklärung sind wir nicht näher eingegangen, da ja in der Generaldebatte gegen diesen allgemeinen Theil ein nennenswerther Widerspruch nicht erhoben worden ist. Die Resolution, die Ihnen nun die Kommission vorschlägt, hat folgenden Wortlaut:

An Stelle der Punkte 1 bis 5 haben folgende Bestimmungen zu treten:

1. Oesterreich ist umzubilden in einen demokratischen Nationalitätenbundesstaat.

2. An Stelle der historischen Kronländer werden national abgegrenzte Selbstverwaltungskörper gebildet, deren Gesetzgebung und Verwaltung durch Nationalkammern, gewählt auf Grund des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechtes, besorgt wird.

3. Sämmtliche Selbstverwaltungsgebiete einer und derselben Nation bilden zusammen einen national einheitlichen Verband, der seine nationalen Angelegenheiten völlig autonom besorgt.

4. Das Recht der nationalen Minderheiten wird durch ein eigenes, vom Reichsparlament zu beschließendes Gesetz gewahrt.

5. Wir anerkennen kein nationales Vorrecht, verwerfen daher die Forderung einer Staatssprache; wie weit eine Vermittlungssprache nöthig ist, wird ein Reichsparlament bestimmen

Bei der Feststellung dieser fünf Punkte hat sich die Kommission von den gestern zum Ausdruck gebrachten Meinungen leiten lassen. Der Punkt 1 stellt lediglich eine präzisere Fassung dar. Der Punkt 2 mußte geändert werden, um die Unklarheit zu beseitigen, in der sich eine Reihe von Genossen bezüglich dieses Punktes befunden hat. Genosse Nemec meinte gestern, wenn hier von autonomen nationalen Selbstverwaltungsgebieten gesprochen wird, sei die Frage damit nicht erledigt, wie diese Selbstverwaltungsgebiete in wirthschaftlicher Hinsicht verwaltet werden. Es hat sich gestern gezeigt, daß hiefür ein klarer Ausdruck mangelt, wie man sich diese Sprachgebiete zu denken hat, wie weit ihre Rechte gehen, beziehungsweise welche Agenden ihnen zufallen. Da in der Resolution nur angedeutet werden kann, in welcher Richtung sich die Veränderung bewegen muß, wenn es in Oesterreich zu einem dauernden Völkerfrieden kommen soll, so konnten wir nicht alle jene Agenden aufzählen, die diesen Selbstverwaltungsgebieten zufallen. Um diese hier anzudeuten, haben wir ausdrücklich erklärt, daß an Stelle der historischen Kronländer nunmehr die national abgegrenzten Verwaltungskörper treten sollen, das heißt also mit ungefähr denselben Agenden, wie sie jetzt die Kronländer zugetheilt haben. Es ist gestern auch bemerkt worden, daß aus der Resolution der Gesammtexekutive nicht ganz klar hervorgehe, wie die nationalen Selbstverwaltungsgebiete und nationalen Einheiten gegliedert werden sollen, was man sich darunter vorstellen solle. Um hier eine Klarheit zu schaffen, ist Punkt 3 geändert worden. Ich bitte nun festzuhalten, daß die nationalen Selbstverwaltungsgebiete ungefähr die Agenden der heutigen Kronländer zu besorgen haben, daß zum Beispiel das Selbstverwaltungsgebiet Deutschböhmen mit den übrigen Selbstverwaltungsgebieten deutscher Zunge in Oesterreich zusammengefaßt wird zu einem einheitlichen Verbande, dessen Aufgabe es ist, die nationalen Angelegenheiten der Gesammtheit der in Oesterreich lebenden Deutschen zu erledigen. Zur Erledigung der das ganze Reich betreffenden Angelegenheiten haben wir das Reichsparlament, das, wie schon gesagt, nur auf das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht gegründet sein soll.

Es ist gestern schon gesagt worden, daß das Wort „Schutz“ nicht so ganz das zusammenfaßt, was den nationalen Minderheiten eingeräumt werden muß. Es handelt sich nicht bloß darum, der nationalen Minderheit gegenüber der Majorität in ihrer nationalen Bethätigung und kulturellen Entwicklung Schutz zu gewähren, sondern auch dafür zu sorgen, daß dieser nationalen Minderheit gewisse Rechte eingeräumt werden müssen. Denn wir zerschlagen ja nicht die bisher bestehenden Gemeinden. Diese Minderheit hat wohl auch ein besonderes Interesse an der kommunalen Verwaltung, und hier muß festgelegt werden, welche Rechte sie in diesem engsten Kreise in Bezug auf die Regelung ihrer nächstliegenden öffentlichen Interessen genießt. Man hat also an Stelle des Schutzes das Recht statuirt, das durch das Parlament festgesetzt werden soll.

Es ist gestern auch die Frage aufgeworfen worden, wer dieses Minderheitsgesetz schaffen soll, und es ist darauf geantwortet worden: das Parlament. Man war sich aber darüber nicht klar, welches Parlament, das gegenwärtige oder das zukünftige. Es versteht sich nun von selbst, daß wir nicht wollen können, daß die Regelung einer so wichtigen Frage dem jetzigen Parlament übertragen werde, das von einer demokratischen Grundlage himmelweit entfernt ist.

In der Debatte sind da zwei Ansichten hervorgetreten; die eine sagt, es sei nicht nöthig, zu erklären, was schon in Wirklichkeit umgesetzt ist, und die andere, die das gerade deshalb, weil es besteht, ausgesprochen haben will. Die Kommission hat hier den Mittelweg eingeschlagen und sich dahin geeinigt, daß die Bestimmung einer Vermittlungssprache, soweit sie nöthig ist, dem Reichsparlament vorbehalten werde. Um aber den prinzipiellen Standpunkt bezüglich der nationalen Privilegien in Bezug auf eine bestimmte Sprache zu wahren, hat sie den ersten Satz des Punktes 5 der Resolution belassen und Punkt 5 der vorliegenden Fassung angenommen.

Was die Kommission in diesen fünf Punkten niedergelegt hat, ist das, was wir aus der gestrigen Debatte herauslesen konnten, und ich muß mit besonderer Freude konstatiren, daß ich in gewisser Hinsicht enttäuscht war, indem ich mir die Schwierigkeiten viel größer vorgestellt habe, als sie thatsächlich waren. Die Stilisirung der Resolution hat speziell bei den tschechischen Genossen zu einer schiefen Auslegung dessen, was sie sagen will, geführt; nach der Interpretation der Verfasser derselben hat aber die Sache ein anderes Gesicht angenommen, und ich kann sagen, daß die Grundsätze, die in diesen fünf Punkten der neuen Resolution niedergelegt sind, fast gar nicht abweichen von den leitenden Grundsätzen der Resolution der Gesammtparteivertretung. Ich hebe weiter als besonders wichtig hervor, daß in Bezug auf diese leitenden Grundsätze, wie sie hier in der neuen Resolution niedergelegt sind, in der Kommission vollste Uebereinstimmung geherrscht hat. (Bravo! Bravo!) Allerdings sind in der Kommission zwei Meinungen hervorgetreten. Dr. Liebermann vertrat die Anschauung, daß wir uns auf die Angabe der leitenden Grundsätze in dem Sinne, wie sie hier aufgestellt sind, nicht einlassen, sondern unsere Prinzipienerklärung des Jahres 1892 erweitern sollen, indem wir zu einem präziseren Ausdruck bringen, wie wir uns das Verhältniß zu den Nationen denken.

Weiter ist bei der Kommissionsberathung die Ansicht des Genossen Kristan, die in dem Antrag der südslavischen Exekutive niedergelegt ist, zum Ausdruck gelangt. Und wenn die ganze Resolution mit allen gegen die eine Stimme des Genossen Kristan angenommen wurde, so hat Kristan nur deshalb dagegen gestimmt, weil die Kommission es abgelehnt hat, die Idee, die in dem Antrag der südslavischen Exekutive niedergelegt ist, die sogenannte Körperschaftstheorie, in den einleitenden Theil unserer Resolution hineinzunehmen. Hinzufügen kann ich, daß Kristan erklärte, mit den in den fünf Punkten niedergelegten leitenden Grundsätzen vollkommen einverstanden zu sein. Die Kommission hat auch den Antrag Nemec, der von Liebermann zu einer etwas detaillirteren und den Gedanken klarer aussprechenden Resolution zusammengefaßt wurde, abgelehnt, weil sie sich sagte, daß wir mit dieser Resolution nicht auskommen, weil wir unbedingt die Angaben der leitenden Grundsätze für nothwendig erachten. Liebermann hat aber nach Ablehnung seiner Resolution für die ausgearbeiteten weiteren fünf Punkte gestimmt.

Ich möchte noch auf die Anschauung zurückkommen, daß wir die Nationalitätenfrage als für uns nicht vorhanden betrachten sollen, eine Ansicht, die von der Kommission selbstverständlich nicht berücksichtigt werden konnte. Denn es hieße ja Vogelstraußpolitik treiben zum Schaden der Arbeiterklasse, wollten wir etwas als nicht vorhanden ansehen, was sich so konkret vor uns abspielt. Die nationale Frage in Oesterreich ist nicht Angelegenheit der Bourgeoisie der österreichischen Völker, sondern Angelegenheit der Gesammtheit aller Nationen, zu der selbstverständlich die Arbeiter gehören. Diese haben ein wesentliches Interesse daran, wie die Beziehungen der Nationen zueinander geregelt werden, und daß eine Nation nicht bestimmend eingreife in die Angelegenheiten der neben ihr wohnenden anderen Nation. Die Nothwendigkeit, hier leitende Grundsätze zu fixiren, ergibt sich zunächst daraus, daß wir jene unmittelbar vor uns liegenden Hindernisse beseitigen müssen, um den Klassenkampf auf der ganzen Linie entfalten zu können. Andererseits halten wir auch die Lösung des Nationalitätenproblems für eine Sache, die nicht in so unabsehbarer Zukunft gelegen ist, daß wir sie heute als eine Utopie betrachten können. Die Kommission ist der Meinung gewesen, daß es vielmehr sehr praktische Politik ist, sich heute mit dieser Frage zu beschäftigen, daß es so auf absehbare Zeit nicht fortgehen kann, daß die Arbeiter ein sehr wichtiges Interesse daran haben, daß der heutige Zustand geändert werde, und daß diese Anschauung vom Proletariat auch auf jene Volksschichten übertragen werde, die man nicht direkt zum Proletariat zählen kann. Es muß und wird der Augenblick kommen, wo eine Aenderung der Dinge herbeigeführt wird, und wenn wir erkennen, daß dieser Moment nicht in so unabsehbarer Ferne vor uns liegt, so hat die Sozialdemokratie hiezu nicht zu schweigen, sie muß der nothwendig eintretenden Entwicklung und Aenderung der Dinge ihren Stempel aufdrücken, sie muß bestrebt sein, aus dieser Aenderung für die arbeitende Klasse den möglichst größten Erfolg zu erzeugen, und das kann nur geschehen, indem sie ihrer Meinung in der Richtung Ausdruck gibt, wie dies in der Resolution geschieht. Wenn heute der Parteitag an die Regelung dieser eminent wichtigen und komplizirten Frage geht, wenn er heute die Richtlinie geben will, in der wir in Oesterreich zu marschieren haben, um aus diesem tollen Durcheinander, aus diesem Tohuwabohu, aus diesen bis zur Unmöglichkeit gesteigerten unleidlichen Verhältnissen herauszukommen, wenn der Parteitag heute die Richtschnur gibt für die einzig vernünftige, einzig mögliche und so dringend nothwendige Entwicklung Oesterreichs, so soll dies in der Weise geschehen, daß der Parteitag, daß alle Delegirten aller Nationen Oesterreichs ihren gemeinsamen Willen gemeinsam bekunden. Für den Werth dieser Resolution und für die Kraft, die wir in sie hineinlegen wollen, ist es von großer Bedeutung, daß der Gesammtparteitag sich einstimmig für sie erklärt, und ich bitte Sie deshalb, Parteigenossen, den Vorschlag der Kommission einstimmig anzunehmen, ohne Rücksicht darauf, was die chauvinistischen Parteien aller Nationen sagen werden. Wir könnten das Himmelreich auf diese Erde verpflanzen und unsere Gegner würden immer daraus eine Hölle machen wollen. Wir haben daher nicht danach zu fragen, was eventuell die Deutschnationalen und die Jungtschechen dazu sagen werden, sondern wir haben einzig und allein mit den gegebenen Thatsachen zu rechnen. Wir haben zu fragen, ob das, was wir fordern und aussprechen, der wissenschaftlichen Kritik standhalten kann, ob das, was wir ihr formuliren, möglich ist oder nicht. Was in diesen leitenden Grundsätzen niedergelegt ist, ist nichts, was sich nicht realisiren ließe; im Gegentheil, wenn man die Vorschläge überdenkt, so muß man nothwendigerweise zur Ueberzeugung kommen, daß sie eigentlich das Nächstliegende, das einzig Mögliche sind, das verwirklicht werden muß, wenn wir zum nationalen Frieden gelangen sollen.

Parteigenossen! Wir werden es erleben, daß unsere Gegner uns ob dieser Resolution und der in ihr enthaltenen Grundsätze auf das heftigste bekämpfen werden. Das liegt in der Natur der Sache, weil niemand mehr ein Feind des nationalen Friedens sein kann, als die nationalen chauvinistischen Parteien. (Beifall.) Sie werden uns bekämpfen bis auf das Messer. Wenn wir hinausgehen, um unsere Forderungen, wie wir sie hier auf dem Parteitage aufstellen, zu verfechten, so werden wir auch gewiß im Stande sein, unsere Anschauung mit Kraft und Energie zu vertreten. Wenn Sie die Resolution in der vorliegenden Form annehmen, so

dokumentirt die österreichische Sozialdemokratie, daß in ihr einzig und allein nicht nur die moralische und sittliche Kraft wohnt, für eine Idee einzutreten, sie dokumentirt damit zugleich, daß die Sozialdemokratie die einzige Partei Oesterreichs ist, die noch Ideen hat, Ideen, die sich in reale Wirklichkeit verpflanzen lassen. Die Idee der internationalen Zusammengehörigkeit, die wir in unserer Parteiorganisation so glänzend zum Ausdruck gebracht haben, diese Idee muß dem österreichischen Staatsleben als offizieller Stempel aufgedrückt werden. Die Thatsache, die für uns möglich war, muß auch für das österreichische Volk und alle seine Klassen möglich sein. Wir vertreten mit dieser Resolution den nationalen Frieden des Staates, jenen nationalen Frieden, den wir für unsere Partei durch unsere Parteiorganisation geschaffen haben. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Nemec (Prag, tschechisch): Die Resolution, die Ihnen die Kommission vorlegt, ist das Resultat einer Auseinandersetzung zwischen den einzelnen Nationalitäten. Sie erinnern sich, daß die Tschechen in der Debatte erklärt haben, bloß der theoretische Theil der Resolution der Exekutive sei annehmbar, nicht aber der praktische, der besonders den Fehler hat, daß er zu unklar und unbestimmt ist. Die Autoren dieser Resolution haben uns nun in der Kommission erläutert, wie sie die Resolution verstehen, und haben den größten Theil unserer Bedenken auf diese Weise behoben. Allerdings mußte nun auch die Resolution umgeändert und besonders die Erläuterungen aufgenommen werden. Da ist zum Beispiel der zweite Punkt, daß der Bundesstaat sich in autonome nationale Selbstverwaltungsgebiete gliedert, die sich möglichst den Sprachgrenzen anpassen. Wir hatten die Befürchtung, daß durch diese Bestimmung der Zentralismus, den wir ja beseitigen wollen, wieder eingeführt werde. Diese Bestimmung wurde dementsprechend modifizirt. Im dritten Punkte wurde festgesetzt, wie die nationalen Organisationen zusammenarbeiten sollen. Die bestehenden Landesgrenzen werden niedergerissen und natürliche nationale Grenzen gebildet. An die Stelle der bestehenden Kronländer treten die nationalen Gebiete, und diese bilden zusammen einen Nationalitätenbund, der seine Autonomie in allen Angelegenheiten, die ihn betreffen, hat. Das haben wir tschechischen Sozialdemokraten immer dem tschechischen Staatsrechte entgegengehalten. Es ist gleichzeitig festgesetzt, daß die finanzielle Verwaltung sich die nationalen Gebiete selbst besorgen werden. Früher war das nicht klar bestimmt. Wir waren uns klar, daß an den Grenzen der nationalen Gebiete sich immer eine gemischtsprachige Zone befindet, und mußten darum Bestimmungen zum Schutze der Minoritäten vorsehen. Das betreffende Gesetz kann nicht durch die nationalen Gebiete erlassen werden, es kann nur von der Reichsvertretung gegeben werden. Das letzte Prinzip betrifft die Forderung der Staatssprache. Es ist allerdings richtig, daß man sich unter dem Worte „Staatssprache" nichts vorstellt, ebensowenig wie unter dem tschechischen Staatsrecht. Es ist nichts als eine agitatorische Phrase. Wir mußten einerseits unsere grundsätzliche Stellung hiezu klar festlegen, andererseits mußten wir festsetzen, wie die nationalen Verwaltungsgebiete untereinander verkehren werden. Die Staatssprache wurde natürlich entschieden verworfen, die Festsetzung der Sprache der Verständigung zwischen den einzelnen nationalen Gebieten soll vom Parlament getroffen werden.

Diese Resolution wurde in der Kommission einstimmig angenommen, wenn wir auch alle Einwände, die erhoben wurden, gründlich prüften. Ich will noch konstatiren, daß ich mir die Regelung der Frage viel schwieriger vorgestellt habe, als sie wirklich ist. Im praktischen Leben zwingt uns der Druck der Verhältnisse immer mehr aneinander, weil die Gemeinsamkeit der wirthschaftlichen Interessen viel stärker ist als die nationalen Unterschiede. (Beifall.) In der Resolution sind alle unsere Forderungen, wie sie sich aus den gegenwärtigen Verhältnissen ergeben, festgesetzt. Wenn sich einmal die Verhältnisse ändern, können wir natürlich auch die Resolution ändern. Wenn wir die Resolution einstimmig annehmen, werden wir dokumentiren, daß wir die Frage, die die Bourgeoisie spaltet, gelöst haben, wir werden dokumentiren, daß die Sozialdemokratie die fortschrittlichste, die wahre Volkspartei ist, und daß nur sie alle die Hindernisse beseitigen kann, die sich der Entwicklung aller Nationen in den Weg stellen. Es wird die Einmüthigkeit des österreichischen Proletariats dokumentiren. (Stürmischer Beifall.)

Krapka (Wien): Ich beantrage, mit Rücksicht auf die Bedeutung der Resolution und zur Bekundung der Einheitlichkeit der Partei die Resolution ohne Debatte anzunehmen.

Die Resolution wird sodann einstimmig en bloc angenommen. (Minutenlanger frenetischer Beifall. Der ganze Kongreß erhebt sich, und alle brechen in begeisterte Hoch- und Na zdar-Rufe aus.)

Reger (Bielitz) gibt namens der polnischen Delegirten folgende Erklärung ab:

Die polnische Delegation erklärt: Das in der sozialdemokratischen Partei organisirte polnische Proletariat arbeitet und wirkt solidarisch mit den Proletarierorganisationen von ganz Oesterreich. Seine Lage gestaltet sich aber um so schwieriger, als das polnische Volk durch Grenzpfähle in drei Theile getrennt worden ist, das gemeinsame Wirken des gesammten polnischen Proletariats außerordentlich erschwert wird und die brutale nationale Unterdrückung durch den russischen und preußischen Staat zugleich auch die organisirte Arbeit des polnischen Proletariats selbst verhindern will. Deshalb wirken die polnischen Sozialdemokraten unter dem gesammten polnischen Volke unermüdlich dahin, daß das schwere nationale Unrecht, das am polnischen Volke verübt wird, beseitigt werde und daß in Zukunft das polnische Volk national vereinigt und frei in der Völkerfamilie dastehe.

Dr. **Ellenbogen**: Trotzdem meine Ausführungen nicht entkräftet worden sind, habe ich dennoch für die Resolution gestimmt, und zwar aus dem Grunde, weil in diesem Augenblick nicht philosophische Spekulationen gepflogen werden sollen.

Popp: Der Parteitag nimmt beide Erklärungen zur Kenntniß.

Die Vormittagssitzung wird um 1 Uhr geschlossen.

Nachmittagssitzung.

Vorsitzender **Popp** eröffnet um halb 3 Uhr die Verhandlung über Punkt 7 der Tagesordnung:

Konsumvereine.

Bei diesem Punkte stehen folgende Anträge in der Debatte:

Antrag der **Handelsarbeiterkonferenz** Ostern 1899 in Prag:

Unter prinzipieller Anerkennung der Nützlichkeit gut organisirter, gut geleiteter und gut fundirter Konsumvereine spricht der Parteitag die absolute Schädlichkeit der Konsumvereine, wie sie heute in Oesterreich bestehen, aus. Sie sind, soweit sie auf sozialdemokratischer Grundlage stehen oder zu stehen vorgeben, selten gut organisirt, noch seltener gut geleitet und nie gut fundirt. Es ist nothwendig, daß zur Organisation und zur Leitung der Konsumvereine sowie zur Besorgung rein kaufmännischer Arbeiten in erster Linie kaufmännisch geschulte Genossen herangezogen werden, die sich naturgemäß vornehmlich aus den Reihen der Handelsarbeiter rekrutiren. Ist der Konsumverein einmal lebensfähig, dann wird leicht auch für Genossen, die dem Kaufmannsstande nicht angehört haben, also insbesondere für gemaßregelte Genossen Raum zu schaffen sein. Da die Konsumvereine von unseren Gegnern gern als Institution hingestellt werden, die trotz ihres angeblich proletarischen Charakters die Forderungen ihrer Arbeiter nicht erfüllen können, erklärt der Parteitag, ohne sonst von dem Standpunkt abzugehen, daß in der kapitalistischen Gesellschaft die berechtigten Forderungen der Arbeiterschaft überhaupt unerfüllt bleiben, daß die Konsumvereine zumindest erfüllen müssen, was wir heute schon von jedem Arbeitgeber fordern; in erster Linie sechsunddreißigstündige Sonntagsruhe, Achtstundentag, angemessene Lohnzahlung, Beseitigung des Kautionswesens. Der Parteitag erklärt, daß kein klassenbewußter Genosse einem Konsumverein angehören kann, der den Anschauungen des Parteitages nicht entspricht oder mindestens nicht in nächster Zeit Rechnung zu tragen bestrebt ist. Neu zu gründende Konsumvereine haben diesen Anschauungen des Parteitages von vornherein Rechnung zu tragen, wenn sie darauf Anspruch erheben, als sozialdemokratisch zu gelten.

Antrag des IV. **Wiener Wahlkreises**:

Die Gründung von Konsumvereinen und Produktivgenossenschaften ist als Privatsache zu betrachten.

Antrag **Dietl** (VI. böhmischer Wahlkreis):

Der Parteitag beschließt: Die Gründung von Konsumvereinen ist anzustreben, aber nur dort vorzunehmen, wo die hiezu nothwendigen Vorbedingungen vorhanden sind. Diese Vorbedingungen sind: 1. eine gute gewerkschaftliche Organisation; 2. tüchtige, kaufmännisch geschulte Kräfte, die die Leitung des Vereines übernehmen können. Die Gründung kann jedoch nur an solchen Orten vorgenommen werden, wo die Kreisvertretung die nöthigen Vorbedingungen findet.

Antrag **Zipfinger**:

In Erwägung, daß die Konsumvereine an so manchen Orten für die Arbeiterschaft von Vortheil sein können, erklärt der Parteitag, daß dort, wo sich die Nothwendigkeit und die Bestandsicherheit eines solchen Vereines herausstellt, den Genossen bei der Gründung kein Hinderniß entgegengestellt werden soll. Jedoch bleibt die Gründung von Konsumgenossenschaften Privatsache der betreffenden Genossen, für deren Handlungen die Partei nicht verantwortlich ist. Die Zugehörigkeit zu den Konsumvereinen enthebt die Genossen nicht von der Pflicht, der gewerkschaftlichen Organisation anzugehören und in der Partei thätig zu sein.

Referent Dr. **Adler** (Wien): Kaum ist ein Parteitag in Sicht, so tritt immer eine größere Anzahl von Genossen mit dem Wunsch an den Parteitag heran, dieser möge sich mit den Wirthschaftsgenossenschaften befassen. Man kann dies nicht einer theoretischen Befangenheit dieser Genossen zuschreiben, sondern muß wohl annehmen, daß die Erscheinung objektive, in den Verhältnissen liegende Ursachen hat. Seitdem wir zum letztenmal über die Konsumvereine gesprochen haben hat sich auf diesem Gebiete zweierlei vollzogen. Erstens ist damals, zum Theil unter dem Eindruck der Reichsrathswahlen, eine massenhafte Betheiligung von Arbeitern und Genossen an den Konsumvereinen erfolgt. Wir haben sogar eine Gründerperiode mit allen ihren Vor- und Nachtheilen erlebt. Zweitens ist aber eine ganze Reihe von Gründungen dem unvermeidlichen Krach verfallen. Diese Thatsache wollen wir uns vor Augen halten, sie zu erklären suchen und daraus unsere Schlüsse ziehen.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß ein großer Hang besteht, in Konsumvereine einzutreten. Der Hauptgrund dafür ist, daß durch die Konsumgenossenschaften der Verfälschung der Lebensmittel und dem Lebensmittelwucher entgegengetreten wird. Das geschieht insbesondere dort, wo die Genossenschaften selbst Lebensmittel produziren, mit dem größten Erfolge. Wenn sich aber bei uns nicht jene Erfolge zeigen, wie wir sie im Ausland sehen, so muß man fragen: Bedeutet diese Erscheinung in Oesterreich eine konstitutionelle Krankheit der Konsumvereine, oder ist es ein Uebel, das zu beheben ist, eine Entwicklungskrankheit? Wenn es eine konstitutionelle Krankheit wäre, dann müßten wir im Ausland dasselbe sehen. Ich habe vor einem halben Jahre Gelegenheit gehabt, in Belgien die größten der dortigen Genossenschaften ziemlich eingehend zu studieren. Ich habe von der Lebensfähigkeit dieser Genossenschaften und von dem Nutzen, den sie der Arbeiterschaft überhaupt und der Arbeiterpartei insbesondere bieten, den allergrößten Eindruck bekommen. Wenn ich nun untersuche, welcher Unterschied zwischen diesen und unseren Genossenschaften in Oesterreich ist, dann muß ich sagen, daß die belgischen Genossenschaften durchaus Arbeiterunternehmungen und nichts Anderes sind. Die Statuten des „Volkshaus" in Brüssel bestimmen zum Beispiel in ihrem Artikel 6: „Die Genossenschaft ist der belgischen Arbeiterpartei angeschlossen", und im Artikel 10: „Um Mitglied der Genossenschaft zu werden, muß man" — unter anderem — „das Programm der Arbeiterpartei anerkennen", und auf dem Titelblatt jedes Mitgliedsbuches ist zu lesen: „Das Volkshaus ist eine sozialistische Genossenschaft. Die Genossenschafter anerkennen durch ihre Eintragung in die Bücher der Genossenschaft das Programm der Arbeiterpartei." Hier ist also jeder Genossenschafter ein Genosse, die Genossenschaft eine Vereinigung von Genossen zu Zwecken der Partei, nicht allein zu politischen Zwecken, sondern auch zu anderen Parteizwecken. Dieser Unterschied muß hier konstatirt werden. Bei uns wird eine Genossenschaft nicht gegründet, um eine Vereinigung von Genossen zu bilden, sondern zur Abwehr nach außen. Die Genossenschaften werden nicht durch die Liebe der Genossen untereinander zusammengehalten, sondern vielmehr durch die Abneigung gegen den wuchernden und sie schädigenden Zwischenhandel. Aus

diesem Umstand allein ergibt sich ein ganz verschiedener Charakter. Es entsteht dadurch nicht jenes eigenthümliche Solidaritätsgefühl, durch das allein eine Wirthschaftsgenossenschaft mit Erfolg bestehen kann. Sie werden mir zugeben, daß wenn es möglich wäre, die Genossenschaften mit diesem Geiste zu erfüllen, sie dadurch einen ganz bedeutenden Werth für unsere Bewegung und die Organisationen gewinnen könnten. Das ist aber heute nicht der Fall, und wir müssen sie von dem Standpunkte betrachten, wie sie heute sind und wohl für die nächste Zukunft bleiben werden, und da müssen wir sagen, daß wir unsere Konsumgenossenschaften in die Organisation nicht einfügen können. Andererseits müssen Sie aber zugeben, daß es eine Reihe von Genossenschaften gibt, die an bestimmten Orten und unter gewissen Bedingungen den allergrößten Werth für die Arbeiter haben. Wir sitzen hier in einem Hause, das in jedem Sinne nichts Anderes als eine genossenschaftliche Leistung ist. Dieses „Arbeiterheim" bietet uns nicht nur einen Aufenthalt für unsere Kongresse und für die Feste der Arbeiter. Ich erkläre Ihnen, daß es die gesammte Textilarbeiterschaft Oesterreichs dieser genossenschaftlichen Leistung, dem „Arbeiterheim", zu verdanken hat, daß der Brünner Streik gewonnen wurde. (Beifall.) Das ist aber nicht etwas Lokales. Auch die Wiener Genossen werden zugeben, welchen ungeheuren Werth es für das ganze Zusammenleben, für die Partei, selbst in einer so großen Stadt wie Wien hätte, wenn wir ein Heim errichten könnten. Wenn ich Ihnen weiter sage, daß solche Genossenschaften auch heute schon, wenn sie halbwegs vernünftig geführt werden, im Stande sind, die gegenwärtig ganz planlose Lebensmittelversorgung sofort zu einer weniger wucherischen zu machen, daß wir in Oesterreich unter unseren beschränkten Verhältnissen dasselbe erleben, was uns aus anderen Ländern gemeldet wird, daß zum Beispiel die Brotpreise sofort fallen und anständiges Brot geboten wird, sobald sich die Konkurrenz einer Brotfabrik einstellt, die von Arbeitern geleitet wird, so möge Ihnen das genügen, um Ihr Interesse auf den Gegenstand zu lenken.

Im Jahre 1897 ist der Sturm auf die Konsumvereine mit solcher Vehemenz erfolgt, daß, um nur ein Beispiel anzuführen, der größte Wiener Arbeiterkonsumverein binnen einem Jahre von 7000 auf 11.000 Mitglieder gestiegen ist, und die Wirkung war auch noch im Jahre 1898 eine anhaltende, wo eine weitere Zunahme von 2000 bis 3000 Mitgliedern erfolgte. Daneben haben wir jedoch eine Reihe von Gründungen erlebt, die in der schmählichsten Weise abgekracht sind, weil sie mit ganz ungenügenden Geldmitteln und ungenügenden geistigen und technischen Mitteln unternommen waren, und weil sie an und für sich nicht nur überflüssige, sondern schädliche Einrichtungen waren. Wir haben in Städten, wo derartige Konsumgenossenschaften bereits existiren, durchaus nicht nothwendig, ihnen neue Institute an die Seite zu stellen und die kostspieligen Erfahrungen, die in andern Genossenschaften erworben wurden, in den Wind zu schlagen. In unserer ganzen Konsumgenossenschaftsbewegung haben wir das Lehrgeld, das jede Bewegung zahlen muß, nicht Einmal, sondern hundertmal bezahlt, weil jede Organisation fehlte.

Ich gehe nicht weiter darauf ein, daß bei den verschiedenen Unglücksfällen, die in und außerhalb Wiens stattgefunden haben, die traurige Erscheinung zu konstatiren war, daß gewissenlose Personen, die als Genossen aufgetreten sind, das in sie gesetzte Vertrauen mißbrauchten. Häufig war es aber auch Leichtsinn und Unkenntniß, die dann in Gewissenlosigkeit ausgeartet ist. Damit will ich Sie nicht verleiten, über die ganze Institution das Kreuz zu machen, denn es gibt ja auch andere Institute, die an solchen Dingen kranken. Auch in den Krankenkassen findet sich ab und zu ein Haderlump, der stiehlt. Wir werden aber deshalb nicht die Krankenkassen beseitigen, sondern werden mit diesen Leuten auspacken. In dieser Beziehung ist gerade hier ungemein viel gesündigt worden. Ich meine aber, wir können uns ganz gut Konsumvereine vorstellen, wo es nicht so zugeht.

Ein weit schlimmeres Uebel ist die Zwergwirthschaft, die allzu kleinen Genossenschaften, die sehr häufig auf dem Lande vorkommen. Damit ist oft der Mangel kaufmännischer Kenntniß und Tüchtigkeit verbunden. Die Genossenschaften müssen eben Leute nehmen, die die Sache verstehen, sie müssen sie aber auch ordentlich bezahlen. Unsere Konsumvereine wollen jedoch mit qualifizirten Arbeitskräften, die sie unter dem Marktpreise bezahlen, arbeiten. Wenn ein Kaufmann

einen Buchhalter mit hohem Gehalt anstellt, so thut er dies nicht aus Edelmuth, sondern im Interesse des Geschäftes.

Einer der schwerwiegendsten Punkte ist die „Dividendenjagd". Das ist ein charakteristisches Merkmal unserer Konsumvereine, daß man mit solch lächerlichen, trügerischen Vortheilen die Mitglieder einzufangen sucht. Hier möchte ich etwas einschalten. Der Linzer Parteitag hat uns beauftragt, uns mit dem Verbande der Konsumgenossenschaften in Verbindung zu setzen und statistisches Material herbeizuschaffen. Ich habe, da der Verband davon nur sehr wenig besitzt, eine eigene schriftliche Enquête mit dem Genossen Neumann unternommen und habe an alle Konsumvereine einen Fragebogen ausgesendet. 73 Konsumvereine mit 39.000 Mitgliedern, die eine Jahreslosung von 5,825.000 fl. repräsentiren, haben unsere Fragen sehr ausführlich beantwortet.

Betrachten wir einmal diese Fragebogen. In der Rubrik „Dividende" geht es glänzend zu. Dividenden von 6 bis 7 Perzent sind etwas ganz Gewöhnliches, ja man findet Dividenden bis 11 Perzent. Wenn Sie aber die Bilanz prüfen, dann sehen Sie, daß die Leute, die diese hohen Dividenden zahlen, große Schulden haben, und zwar nicht etwa bloß Hypothekarschulden auf ihren Grundstücken, sondern Waarenschulden in Beträgen, die mitunter das eingezahlte Kapital übersteigen. Diese Dividenden werden bezahlt: erstens auf Kosten der Qualität der Waare, zweitens auf Kosten einer richtigen Führung der Genossenschaft. Wenn die Dividenden verwendet würden, um sich die Arbeitskräfte zu kaufen, um die Genossenschaft anständig zu führen, wenn man den Greislerstandpunkt aufgeben und gute, gesunde Waare liefern würde, würde man den Mitgliedern einen weit größeren Dienst erweisen. Indem man ihnen Dividenden vorspiegelt, foppt man sie in ein Unternehmen, das faul ist, weil es schlecht geführt ist, und weil es eine Schmutzkonkurrenz mit dem Greisler treibt, das heißt beinahe eine ebenso schlechte Waare führt wie der Greisler selbst. Sie sehen: ich nehme mir gegenüber der heutigen Genossenschaftsgebahrung kein Blatt vor den Mund. Ich bitte aber, nicht zu glauben, daß da die Gesammtheit gemeint ist. Wir haben eine ganze Anzahl sehr gut fundirter und tüchtiger Konsumvereine, auf die alles das nicht paßt. Ich bin jetzt aber bei der Besprechung der Krankheiten der Konsumvereine und der Ursachen, warum so viele mißglücken.

Nun komme ich zum vierten Punkt. Wenn die Arbeiterkonsumvereine schon daran kranken, daß der Arbeiter wenig konsumirt, so kranken sie umsomehr daran, daß der Arbeiter wenig Baargeld hat. Und die Kreditwirthschaft in den Konsumvereinen ist eines der größten Uebel. Jeder Konsumverein hat in seinem Statut die Baarzahlung aufgenommen. Wahr ist es aber nirgends. Nun müssen Sie bei dem Kredit, der den Mitgliedern gewährt wird, zwei Formen unterscheiden: Jenen Kredit, der nur bis zum Termin der wöchentlichen Lohnzahlung gewährt wird und unnachsichtlich nicht weiter geht. Ein solcher Kredit läßt sich jedenfalls noch immer rechtfertigen. Wenn dieser Kredit noch beschränkt wird durch die Höhe des bereits eingezahlten Mitgliedsbeitrages, so ist die Gefahr für den Konsumverein keine so große. Wenn aber der Kredit des Konsumvereines in Konkurrenz treten muß mit dem Kredit, den der Greisler gewährt, da kommt man zu uneinbringlichen Krediten, und mancher Konsumverein ist gerade dadurch ruinirt worden. Auch hier wird mit diesem Prinzip Mitgliederfang betrieben, und man diskreditirt das Genossenschaftswesen überhaupt dadurch.

Das sind die vier Punkte, die das Genossenschaftswesen am schwersten schädigen, und die zuerst beseitigt werden müssen. Dies kann meiner Ansicht nach dadurch geschehen, daß die Arbeiterkonsumgenossenschaften eine fachmännisch geschulte Leitung, einen wirklichen juristischen und kaufmännischen Rathgeber an ihre Seite bekommen. Es existirt heute schon ein Verband von Arbeiterkonsumgenossenschaften, der 65 Vereine umfaßt, ein Verband, der sich jedoch nur kümmerlich entwickelt, zum Theil durch die Schuld jener Personen, die diese Krachperiode mitverschuldet haben. In den letzten Monaten aber hat sich sehr langsam und allmälig das Vertrauen der einzelnen Vereine zu diesem Verbande wieder zu heben begonnen, und es wäre sehr wünschenswerth, wenn der Verband ausgebildet würde. Der Verband bezweckt in erster Linie die Vermittlung des gemeinsamen Einkaufes. Dieser Punkt der Verbandsthätigkeit darf aber nicht als die Hauptsache angesehen

werden. Bei der Verbandsthätigkeit handelt es sich ja nicht so sehr darum, Gewinne zu machen, als vielmehr schweren Schaden zu verhüten. Die Vereine müssen vor allem gekämmt, gebürstet, gewaschen und geputzt werden, das heißt überall muß ein Fachmann sie genau prüfen und sie juristisch und kaufmännisch auf die richtige Basis stellen. Ich traue mich nicht, ihnen heute die Verpflichtung aufzuerlegen, in diesen Verband einzutreten. Ich würde es für sehr werthvoll halten, wenn wir die Arbeiterkonsumvereine von dem deutschliberalen Verbande, an dessen Spitze Herr Wrabetz steht, loslösen könnten. Das wird sofort geschehen, wenn wir einen leistungsfähigen Verband haben. Heute steht die Sache so, daß wir ihnen den Rath nicht geben können, weil wir ihnen vorläufig nichts Gleichwerthiges bieten können.

Was ich Ihnen da gesagt habe, hat nicht nur eine wirthschaftliche, sondern auch eine sehr weitgehende politische Tragweite. Jeder, der zum Beispiel in Deutschböhmen zu thun gehabt hat, weiß, daß sich mit dem juristischen Rath des Herrn Wrabetz auch politischer Einfluß geltend macht. Wir haben auch unsere Kronjuristen, die das Geschäft sehr gut verstehen, wir können uns die Kaufleute und die Juristen ankaufen, und ich werde beantragen, daß man daran denke, eine solche Zentralstelle zu schaffen. Der Parteitag kann sie ebensowenig schaffen wie die Partei oder die Parteivertretung, aber wir können alle fleißig beten, daß es geschehe. (Heiterkeit.)

Die Konsumvereine stehen nicht auf Einer Linie mit den Gewerkschaften, obwohl sie einmal auf Einer Linie stehen können, wenn sie entwickelt sind. Auch auf die Gewerkschaften haben wir als Partei keinen Einfluß, und trotzdem sind die Gewerkschaften in Oesterreich die Kinder der sozialdemokratischen Partei und sind heute die Hauptquelle unserer Stärke. Wir müssen, wenn auch mit aller Vorsicht, darauf hinarbeiten, daß auch die Konsumgenossenschaften dasselbe werden. Heute schon gibt es eine ganze Reihe von Konsumvereinen, die auch materiell für die Organisationen etwas geleistet haben. Von Parteibeiträgen kann nach unserem Gesetz keine Rede sein, aber die Arbeiter haben noch andere Interessen, als die Beiträge zu politischen Organisationen, und es liegt nur in den Händen der Genossen, daß sie in die Konsumvereine eintreten, um sehr viel auf diesem Gebiete zu thun.

Jetzt handelt es sich um die Frage: Sollen wir weiter auf dem Punkte bleiben, auf dem wir bisher waren, oder sollen wir einen Schritt weitergehen? Man sagt: Wir dürfen für die Konsumvereine keine Verantwortung übernehmen. Einverstanden. Man sagt dann, wir haben mit den Konsumvereinen nichts zu thun. Und das — sage ich — ist nicht richtig. Das Hauptargument (es ist nicht mein Argument, sondern ich habe es in zahlreichen Briefen von Parteigenossen gefunden) ist das: Wenn ein Konsumverein gut geht, so hat die Partei gar nichts davon, denn die Partei hat von vornherein abgelehnt, mit ihm etwas zu thun haben zu wollen. Wenn er aber krachen geht, macht die ganze Welt die Partei dafür verantwortlich, ob wir auch die Verantwortung hundertmal abgelehnt haben. Selbst diejenigen Genossen also, die ich nicht überzeugen konnte, daß uns die Konsumvereine nützen können, wenn sie floriren, müssen einsehen, daß sie uns schaden können, wenn sie nicht floriren. Auf jedem Parteitag haben wir die fulminantesten Erklärungen gegen die Konsumvereine abgegeben; das hat alles nichts genützt. Wir müssen also schauen, daß die Vereine nicht zusammenkrachen, und daß sie auch nicht zu Machtmitteln in den Händen einer anderen Partei werden.

Die Handelsarbeiterkonferenz in Prag hat eine Resolution vorgeschlagen, die, soweit sie eine Pauschalanklage gegen die Konsumvereine enthält, nicht gerechtfertigt ist. Recht hat die Resolution allerdings, wenn sie verlangt, daß die Angestellten der Konsumvereine anständig behandelt werden, wenn sie auch darin zu weit geht. Denn wenn man den Genossen verbietet, Mitglieder von Konsumvereinen zu werden, die diese Forderungen nicht durchgeführt haben, macht man es unmöglich, daß wir Konsumvereine für uns erobern oder daß man in solchen Konsumvereinen diese Forderungen durchführt. Ueber die Resolution des IV. Wahlkreises spreche ich kein Wort. Sie gibt uns keine Richtschnur. Man kann aus ihr machen, was man will. Ich schlage Ihnen vielmehr folgende Resolution vor:

Der Parteitag muß es auch jetzt noch wiederholt ablehnen, die Konsumgenossenschaften als ein Element der Parteiorganisation aufzunehmen. Er anerkennt jedoch, daß

gutgeleitete Konsumgenossenschaften an manchen Orten und unter gewissen Umständen der Arbeiterschaft nützlich sein können. Er anerkennt weiter, daß es vielfach im Interesse der organisirten Arbeiter liegt, ihren Einfluß in den Wirthschaftsgenossenschaften geltend zu machen und die Führung nicht indifferenten oder gegnerischen Elementen zu überlassen.

Der Parteitag lehnt jede Verantwortung der Partei als solcher für die Konumvereine ab, erklärt es aber für in hohem Grade wünschenswerth, daß den bestehenden Genossenschaften ein kaufmännisch und juristisch fachkundiges Organ (fachliche Inspektion) berathend und helfend zur Seite stehe, um sie und die betheiligten Arbeiter vor Schaden zu bewahren.

Der Parteitag erklärt es als selbstverständliche Pflicht aller in Konsumgenossenschaften thätigen Genossen, energisch dafür einzutreten, daß den Angestellten angemessene Löhne, Sonntagsruhe und anständige Arbeitsbedingungen gewährt werden.

Mit dem ersten Theil der Resolution soll der Bannfluch von denjenigen Genossen genommen werden, die sich mit Konsumvereinen beschäftigen. Heute ist jeder Genosse, der in einem Konsumverein thätig ist, ein Genosse zweiter Güte. Er wird von vornherein als verdächtig angesehen. Ich gestehe allerdings ohneweiters zu, daß eine große Anzahl dieser Genossen dieses Urtheil verdient hat, und zwar darum, weil sie die Thätigkeit in diesen Konsumvereinen als Invalidenversorgung angesehen haben, als Ruheposten, wo sie nichts mehr für die Bewegung machen. Wir haben aber noch eine Reihe anderer derartiger Invalidenhäuser, zum Beispiel die Krankenkassen, in denen auch zahlreiche Genossen für die Bewegung verlorengehen. Wir müssen von den Genossen in den Konsumvereinen doppelt und dreifach verlangen, daß sie in der Partei thätig sind.

Ich wollte mit meiner Resolution nicht mehr als die allgemeine Grundlinie ziehen, ich wollte nicht mehr als die Verrufserklärung, die auf den Genossenschaften lastet, aufgehoben wissen. Die Partei kann die Genossenschaften nicht herausreißen, sie braucht sie aber in der Entwicklung nicht mehr zu hindern. (Beifall.)

Korreferent **Schuhmeier:** Ich nehme gegen die Konsumvereine eine viel entschiedenere Haltung ein als Genosse Adler, und um diese Stellungnahme motiviren zu können, wurde ich zum Korreferenten bestimmt. Genosse Adler erwähnte, daß die Frage der Konsumvereine auf jedem Parteitage immer wieder an uns herantritt, und behauptete, daß die Freunde der Konsumvereine immer zahlreicher würden. Ich erlaube mir das ganz bestimmte und konkrete Gegentheil zu behaupten, und erkläre, daß sich gerade in den letzten zwei Jahren die Gegner der Konsumvereine stark vermehrt haben. Gegenüber dem großen Anlaufe des Jahres 1897 ist jetzt eine Ernüchterung eingetreten, der Hoffnungsrausch von damals ist verflogen, und die Sache wird gegenwärtig von einem ganz anderen Gesichtspunkt behandelt.

Genosse Adler hat eine ganze Reihe von Argumenten für die Konsumvereinsbewegung angeführt, und nahezu alle kann ich auch für mich in Anspruch nehmen, der ich ein Gegner der Konsumvereine bin. Sobald seine Theorie in Praxis umgesetzt werden soll, wird sie so grau, daß den Anhängern dieser Bewegung davor grauen muß. Adler sagt, die Konsumvereinsbewegung ist immer eine gute Institution, weil sie zugleich eine Organisation ist, aber Adler mußte selbst hinzusetzen, daß die Konsumvereine auch unsere Prinzipien vertreten müssen, die heute in ihnen nicht zu finden sind. Und in dieser Prinzipienlosigkeit liegt der Grund jener Erscheinungen, die wir in so vielen Konsumvereinen in Oesterreich finden. In den Konsumvereinen wurden nicht bloß Genossen untergebracht, weil sie gemaßregelt worden waren, sondern wir finden, daß einzelne Konsumvereine, um den Konsumverein zu erhalten, um ihn vor jedem schiefen Licht zu bewahren, um die Arbeitskraft dort so recht ausbeuten zu können, den Parteigenossen ziemlich deutlich verboten haben, für die Partei auch nur eine Hand zu rühren. Es gibt Konsumvereine, die sich nicht einmal mit der Kolportage von Parteiblättern befassen mögen. Die Jagd nach der Dividende tödtet jedes Prinzip, erschlägt die Gleichheit, Freiheit und Brüderlichkeit. Durch die Konsumvereine soll auch der Lebensmittelwucher, die Verfälschung der Lebensmittel hintangehalten werden; aber thatsächlich gibt es nur wenige in Oesterreich, die diesem Versprechen auch gerecht werden. Bei den meisten wird dieses Prinzip als Aushängeschild verwendet, verschwindet aber schon nach wenigen Wochen. Wenn ich für diese meine Behauptung keine konkreten Thatsachen anführe, werden Sie das begreiflich finden, ich könnte

werden. Bei der Verbandsthätigkeit handelt es sich ja nicht so sehr darum, Gewinne zu machen, als vielmehr schweren Schaden zu verhüten. Die Vereine müssen vor allem gekämmt, gebürstet, gewaschen und geputzt werden, das heißt überall muß ein Fachmann sie genau prüfen und sie juristisch und kaufmännisch auf die richtige Basis stellen. Ich traue mich nicht, ihnen heute die Verpflichtung aufzuerlegen, in diesen Verband einzutreten. Ich würde es für sehr werthvoll halten, wenn wir die Arbeiterkonsumvereine von dem deutschliberalen Verbande, an dessen Spitze Herr Wrabetz steht, loslösen könnten. Das wird sofort geschehen, wenn wir einen leistungsfähigen Verband haben. Heute steht die Sache so, daß wir ihnen den Rath nicht geben können, weil wir ihnen vorläufig nichts Gleichwerthiges bieten können.

Was ich Ihnen da gesagt habe, hat nicht nur eine wirthschaftliche, sondern auch eine sehr weitgehende politische Tragweite. Jeder, der zum Beispiel in Deutschböhmen zu thun gehabt hat, weiß, daß sich mit dem juristischen Rath des Herrn Wrabetz auch politischer Einfluß geltend macht. Wir haben auch unsere Kronjuristen, die das Geschäft sehr gut verstehen, wir können uns die Kaufleute und die Juristen ankaufen, und ich werde beantragen, daß man daran denke, eine solche Zentralstelle zu schaffen. Der Parteitag kann sie ebensowenig schaffen wie die Partei oder die Parteivertretung, aber wir können alle fleißig beten, daß es geschehe. (Heiterkeit.)

Die Konsumvereine stehen nicht auf Einer Linie mit den Gewerkschaften, obwohl sie einmal auf Einer Linie stehen können, wenn sie entwickelt sind. Auch auf die Gewerkschaften haben wir als Partei keinen Einfluß, und trotzdem sind die Gewerkschaften in Oesterreich die Kinder der sozialdemokratischen Partei und sind heute die Hauptquelle unserer Stärke. Wir müssen, wenn auch mit aller Vorsicht, darauf hinarbeiten, daß auch die Konsumgenossenschaften dasselbe werden. Heute schon gibt es eine ganze Reihe von Konsumvereinen, die auch materiell für die Organisationen etwas geleistet haben. Von Parteibeiträgen kann nach unserem Gesetz keine Rede sein, aber die Arbeiter haben noch andere Interessen, als die Beiträge zu politischen Organisationen, und es liegt nur in den Händen der Genossen, daß sie in die Konsumvereine eintreten, um sehr viel auf diesem Gebiete zu thun.

Jetzt handelt es sich um die Frage: Sollen wir weiter auf dem Punkte bleiben, auf dem wir bisher waren, oder sollen wir einen Schritt weitergehen? Man sagt: Wir dürfen für die Konsumvereine keine Verantwortung übernehmen. Einverstanden. Man sagt dann, wir haben mit den Konsumvereinen nichts zu thun. Und das — sage ich — ist nicht richtig. Das Hauptargument (es ist nicht mein Argument, sondern ich habe es in zahlreichen Briefen von Parteigenossen gefunden) ist das: Wenn ein Konsumverein gut geht, so hat die Partei gar nichts davon, denn die Partei hat von vornherein abgelehnt, mit ihm etwas zu thun haben zu wollen. Wenn er aber krachen geht, macht die ganze Welt die Partei dafür verantwortlich, ob wir auch die Verantwortung hundertmal abgelehnt haben. Selbst diejenigen Genossen also, die ich nicht überzeugen konnte, daß uns die Konsumvereine nützen können, wenn sie floriren, müssen einsehen, daß sie uns schaden können, wenn sie nicht floriren. Auf jedem Parteitag haben wir die fulminantesten Erklärungen gegen die Konsumvereine abgegeben; das hat alles nichts genützt. Wir müssen also schauen, daß die Vereine nicht zusammenkrachen, und daß sie auch nicht zu Machtmitteln in den Händen einer anderen Partei werden.

Die Handelsarbeiterkonferenz in Prag hat eine Resolution vorgeschlagen, die, soweit sie eine Pauschalanklage gegen die Konsumvereine enthält, nicht gerechtfertigt ist. Recht hat die Resolution allerdings, wenn sie verlangt, daß die Angestellten der Konsumvereine anständig behandelt werden, wenn sie auch darin zu weit geht. Denn wenn man den Genossen verbietet, Mitglieder von Konsumvereinen zu werden, die diese Forderungen nicht durchgeführt haben, macht man es unmöglich, daß wir Konsumvereine für uns erobern oder daß man in solchen Konsumvereinen diese Forderungen durchführt. Ueber die Resolution des IV. Wahlkreises spreche ich kein Wort. Sie gibt uns keine Richtschnur. Man kann aus ihr machen, was man will. Ich schlage Ihnen vielmehr folgende Resolution vor:

Der Parteitag muß es auch jetzt noch wiederholt ablehnen, die Konsumgenossenschaften als ein Element der Parteiorganisation aufzunehmen. Er anerkennt jedoch, daß

gutgeleitete Konsumgenossenschaften an manchen Orten und unter gewissen Umständen der Arbeiterschaft nützlich sein können. Er anerkennt weiter, daß es vielfach im Interesse der organisirten Arbeiter liegt, ihren Einfluß in den Wirthschaftsgenossenschaften geltend zu machen und die Führung nicht indifferenten oder gegnerischen Elementen zu überlassen.

Der Parteitag lehnt jede Verantwortung der Partei als solcher für die Konumvereine ab, erklärt es aber für in hohem Grade wünschenswerth, daß den bestehenden Genossenschaften ein kaufmännisch und juristisch fachkundiges Organ (fachliche Inspektion) berathend und helfend zur Seite stehe, um sie und die betheiligten Arbeiter vor Schaden zu bewahren.

Der Parteitag erklärt es als selbstverständliche Pflicht aller in Konsumgenossenschaften thätigen Genossen, energisch dafür einzutreten, daß den Angestellten angemessene Löhne, Sonntagsruhe und anständige Arbeitsbedingungen gewährt werden.

Mit dem ersten Theil der Resolution soll der Bannfluch von denjenigen Genossen genommen werden, die sich mit Konsumvereinen beschäftigen. Heute ist jeder Genosse, der in einem Konsumverein thätig ist, ein Genosse zweiter Güte. Er wird von vornherein als verdächtig angesehen. Ich gestehe allerdings ohneweiters zu, daß eine große Anzahl dieser Genossen dieses Urtheil verdient hat, und zwar darum, weil sie die Thätigkeit in diesen Konsumvereinen als Invalidenversorgung angesehen haben, als Ruheposten, wo sie nichts mehr für die Bewegung machen. Wir haben aber noch eine Reihe anderer derartiger Invalidenhäuser, zum Beispiel die Krankenkassen, in denen auch zahlreiche Genossen für die Bewegung verlorengehen. Wir müssen von den Genossen in den Konsumvereinen doppelt und dreifach verlangen, daß sie in der Partei thätig sind.

Ich wollte mit meiner Resolution nicht mehr als die allgemeine Grundlinie ziehen, ich wollte nicht mehr als die Verrufserklärung, die auf den Genossenschaften lastet, aufgehoben wissen. Die Partei kann die Genossenschaften nicht herausreißen, sie braucht sie aber in der Entwicklung nicht mehr zu hindern. (Beifall.)

Korreferent **Schuhmeier:** Ich nehme gegen die Konsumvereine eine viel entschiedenere Haltung ein als Genosse Adler, und um diese Stellungnahme motiviren zu können, wurde ich zum Korreferenten bestimmt. Genosse Adler erwähnte, daß die Frage der Konsumvereine auf jedem Parteitage immer wieder an uns herantritt, und behauptete, daß die Freunde der Konsumvereine immer zahlreicher würden. Ich erlaube mir das ganz bestimmte und konkrete Gegentheil zu behaupten, und erkläre, daß sich gerade in den letzten zwei Jahren die Gegner der Konsumvereine stark vermehrt haben. Gegenüber dem großen Anlaufe des Jahres 1897 ist jetzt eine Ernüchterung eingetreten, der Hoffnungsrausch von damals ist verflogen, und die Sache wird gegenwärtig von einem ganz anderen Gesichtspunkt behandelt.

Genosse Adler hat eine ganze Reihe von Argumenten für die Konsumvereinsbewegung angeführt, und nahezu alle kann ich auch für mich in Anspruch nehmen, der ich ein Gegner der Konsumvereine bin. Sobald seine Theorie in Praxis umgesetzt werden soll, wird sie so grau, daß den Anhängern dieser Bewegung davor grauen muß. Adler sagt, die Konsumvereinsbewegung ist immer eine gute Institution, weil sie zugleich eine Organisation ist, aber Adler mußte selbst hinzusetzen, daß die Konsumvereine auch unsere Prinzipien vertreten müssen, die heute in ihnen nicht zu finden sind. Und in dieser Prinzipienlosigkeit liegt der Grund jener Erscheinungen, die wir in so vielen Konsumvereinen in Oesterreich finden. In den Konsumvereinen wurden nicht bloß Genossen untergebracht, weil sie gemaßregelt worden waren, sondern wir finden, daß einzelne Konsumvereine, um den Konsumverein zu erhalten, um ihn vor jedem schiefen Licht zu bewahren, um die Arbeitskraft dort so recht ausbeuten zu können, den Parteigenossen ziemlich deutlich verboten haben, für die Partei auch nur eine Hand zu rühren. Es gibt Konsumvereine, die sich nicht einmal mit der Kolportage von Parteiblättern befassen mögen. Die Jagd nach der Dividende tödtet jedes Prinzip, erschlägt die Gleichheit, Freiheit und Brüderlichkeit. Durch die Konsumvereine soll auch der Lebensmittelwucher, die Verfälschung der Lebensmittel hintangehalten werden; aber thatsächlich gibt es nur wenige in Oesterreich, die diesem Versprechen auch gerecht werden. Bei den meisten wird dieses Prinzip als Aushängeschild verwendet, verschwindet aber schon nach wenigen Wochen. Wenn ich für diese meine Behauptung keine konkreten Thatsachen anführe, werden Sie das begreiflich finden, ich könnte

höchstens von jenen Konsumvereinen reden, die schon eingegangen sind. Aber es sind Thatsachen, die sich nicht ableugnen lassen, daß in vielen Vereinen anstatt Butter, anstatt Schmalz u. s. w. ganz andere oder minderwerthige Produkte verkauft wurden. (Dr. Ellenbogen: Schwindler gibt es überall!) Wir haben da zum Beispiel in Wien die „Brüderlichkeit" gehabt, und die Genossen könnten manches davon erzählen. So lange man theoretisch über die Konsumvereine beräth, wird man zugeben müssen, daß im Genossenschaftswesen viel Gutes liegt, und die Frage ist gerechtfertigt, wieso es kommt, daß gerade in Oesterreich so traurige Erscheinungen auftreten. Adler meint, das seien Kinderkrankheiten, aber ich behaupte, daß sie nicht werden überwunden werden und der Arzt für sie auch nicht in einem Verbande gelegen ist, den Adler uns vorschlägt. Jene Schwärmer für die Konsumvereine verlangen von uns nicht theoretisch-wissenschaftliche Darlegungen, sondern sie verlangen von uns, daß sich der Parteitag direkt dahin ausspreche: Die Konsumvereine werden als Parteisache erklärt, und es sei Pflicht jedes Parteigenossen, irgend einem Konsumverein anzugehören. Genosse Adler hat sehr viel statistisches Material gesammelt, und ich weiß nicht, warum er es nicht vorgelegt hat. Er hat sich sein Material von jenen Konsumvereinen verschafft, die heute noch existiren und die Aussicht auf Weiterbestand haben. Ich hingegen habe mein Material von jenen Konsumvereinen gesammelt, die schon eingegangen sind, und von jenen Genossen, die durch ihren Niedergang schmählich um ihre paar hundert Gulden gekommen sind. Wollte ich Ihnen meine Ziffern vorlegen — Sie würden davor zurückschaudern. Im Genossenschaftswesen liegt theoretisch eine Organisation; sowie Sie das aber in Praxis umsetzen, ergibt sich das Fazit, daß durch die Konsumvereine nicht eine Organisation geschaffen, sondern durch ihre Gründung bestehende und gut fundirte sozialdemokratische Organisationen zerstört wurden. (Sehr richtig!) Ich spreche nur von Niederösterreich, wo ich solche Erfahrungen gemacht habe. (Rufe: Anderswo auch!) Wir hatten Orte in Niederösterreich, wo ganz hübsche sozialdemokratische Organisationen bestanden haben. Gänzlich unfähige Leute haben sich da gegen die Absicht der Partei vorgedrängt und haben Konsumvereine gegründet. Von Orten, wo man zu klug war, um an eine Gründung zu gehen, sind sie aufs Land hinausgegangen, haben unter den Bauern Mitglieder angeworben und Genossenschaften mit unbeschränkter Haftung gegründet. In Orten, wo wir früher offen als Sozialdemokraten aufgetreten sind, dürfen wir uns heute nicht blicken lassen, weil die Leute dort bei diesen Genossenschaften mit unbeschränkter Haftung hunderte von Gulden verloren haben.

Wo die Konsumvereine übereilig gegründet wurden, haben sie Schaden angerichtet. Wenn man einwendet, warum sich die Partei nicht um die Konsumvereine kümmert, ist zu bedenken, daß wenn auch die Partei erklärt: Gründet an diesen und jenen Orten keine Genossenschaften, einzelne Personen doch immerhin im Stande sind, wenn sie die Konsumvereine als etwas so Rosiges hinstellen, solche Gründungen zu veranlassen. Wir fanden, daß Konsumvereine, die gegründet wurden, um einem angeblichen Bedürfniß abzuhelfen, in der That nur Menschen, die gemaßregelt wurden, eine Existenz verschaffen sollten. Wir haben in Niederösterreich Leute an der Spitze von Genossenschaften, die vollständig unfähig sind, vom Markte nichts verstehen, die sich schlechte Produkte anhängen lassen, die kein richtiges Wort schreiben können, und durch die die Partei blamirt wird. Es wird dann gesagt: Wie der ist, sind alle.

Um nicht mißverstanden zu werden, erkläre ich, daß auch ich gegen lebensfähige Konsumvereine nichts einzuwenden habe, daß ich durchaus nicht wünsche, daß durch meine Stellungnahme eine Schädigung der gut fundirten Institute eintreten soll. Aber wir dürfen uns über die gute Fundirung auch nicht täuschen lassen. Es gibt Genossenschaften, die Dividenden zahlen und die Wechsel schuldig bleiben. Da ist der Krach unausweichlich.

In der letzten Zeit hat die Gründungswuth nachgelassen, und wir können heute ruhiger über die Frage diskutiren. Adler war gezwungen, heute dort, wo er die praktische Seite der Frage berührt hat, genau dieselbe Haltung einzunehmen wie ich. Neumann sagte auf dem Wimberger-Parteitag, Adler habe die Krankheit — das ist ein schlechter Ausdruck, er ist Gott sei Dank recht gesund und wird uns noch recht lange erhalten bleiben (Heiterkeit) —, immer durchzuschwimmen. Er

meinte auch heute, wir können nicht scharf genug unseren Standpunkt präzisiren. Auch ich sage das; meine aber, wir können nicht scharf genug erklären, daß wir die leichtfertige Gründung von Konsumvereinen von vornherein als schädlich bezeichnen. Adler ist praktisch geworden und erklärt, man kann die Frage nicht von sich weisen, und sinnt auf Abhilfe. Was er aber da vorgeschlagen hat, ist furchtbar mager. Das Einzige ist die fachmännisch geschulte Leitung, der Rathgeber, der im Verbande zu suchen sein soll. Ein solcher besteht aber bereits, und ich behaupte, daß ich und andere in diesen Verband nicht das Vertrauen setzen, daß er der Rathgeber sein könnte, so lange dort nicht ein gründlicher System- und Personenwechsel platzgreift.

Wer soll nun der Rathgeber der einzelnen Genossenschaften werden? Nicht die Partei, auch nicht die Parteivertretung. Ja, wer denn? Wir verlangen einen Rath von einem Arzte, der nichts versteht, von dessen Unkenntniß wir überzeugt sind. Die Resolution Adler nimmt im ersten Satz Stellung gegen die Konsumvereine und im nächstfolgenden Satze kommt wie immer das berühmte Adler'sche „Aber". (Heiterkeit.)

Den Antrag der Prager Handelsarbeiter kann ich nicht unterstützen, nicht etwa deshalb, weil der Achtstundentag darin ist. Ich bin für den Achtstundentag auch für die Arbeiterkonsumvereine, und zwar so, daß die Arbeiter durch die richtige Zeiteintheilung davon auch profitiren. Merkwürdig ist, daß Adler in einer Institution, die Partei-Institution sein soll, den Achtstundentag verleugnen muß. Und unsere Parteigenossen sollen da Konsumvereine unterstützen, wo sie wissen, daß in ihrer eigenen Werkstätte ihre Hauptforderung nicht verwirklicht erscheint? Adler kann sich für den Achtstundentag nicht erklären, und doch sehen wir, daß im Brünner Konsumverein der Achtstundentag eingeführt ist. Die Resolution der Prager Handelsarbeiter ist trotz der Unterstützung des Antrages in ihrem Organ unannehmbar. Die Prager Handelsarbeiter erwarten von unserem Parteitag, daß er ganz Bestimmtes in der Frage beschließen werde, und daß weder die Gründung von Konsumvereinen noch diese selbst als Privatsache erklärt werden. Die Genossen machen sich lustig und fragen, was denn noch alles als Privatsache werde erklärt werden: Religion, Konsumvereine ꝛc.? Sie sagen, man müßte dann auch die Krankenkassen als Privatsache erklären. Aber das ist gewiß etwas Anderes. Der Parteitag wird die Hoffnung der Prager Handelsangestellten, daß er die Konsumvereine als Parteisache erklären werde, gewiß nicht erfüllen.

Ich wünschte, daß überall dort, wo sozialdemokratische Organisationen bestehen, sobald sich die Absicht zeigt, Konsumvereine ins Leben zu rufen, der Vertrauensmann die Partei sofort hievon verständigen soll, auf daß man vor der Gründung warnen kann. Freilich kann es sich ereignen, daß der Vertrauensmann der Partei selbst zu den Gründern gehört. Ich bin daher außerdem dafür, daß auch die Kreisvertretungen sich mehr um diese Angelegenheiten kümmern und den Muth finden sollen, gegen Gründungen aufzutreten, wo nicht von vornherein die Garantie geboten ist, daß sich der Konsumverein behaupten kann. Ich erkläre auch jetzt nicht, daß ich gar keine Gründung von Konsumvereinen gutheißen kann. Es mag hunderte von Orten in Oesterreich geben, wo viele industrielle Arbeiter vorhanden, wo die Löhne nicht zu niedrig sind; da wäre es überall möglich (Ruf: Das ist das Schuhmeier'sche „Aber"! — Heiterkeit). Ja, aber das ist nicht so bedenklich wie das Adler'sche „Aber". Wir können gewiß nicht von vornherein sagen: wir beschließen und dekretiren feierlich, daß keine Konsumvereine zu gründen sind, weil ich prinzipiell der Ansicht bin, daß eine Zeit kommen wird, in der wir die Konsumvereinsgründung und die Konsumvereinsbewegung selbst werden ins Leben rufen müssen. Wir werden doch nicht immer und immer bei unseren Gegnern einkaufen. (Gelächter.) Da gibt es nichts zu lachen. Es kann sich gewiß in zehn oder fünfzehn Jahren ereignen, daß die Klassengegensätze so scharf geworden sind und wir über so viel geistiges Material verfügen, um erklären zu können, jetzt werden wir bei uns selbst kaufen. Heute aber haben wir das Geld und die Kräfte hiezu nicht, und ebenso wie wir vor zehn Jahren noch nicht jene Entwicklung und Ausbreitung in der Partei hatten wie heute, so werden wir vielleicht in zehn oder fünfzehn Jahren über jenes geistige Material verfügen, das uns heute noch fehlt. Aber heute einen Beschluß zu fassen und zu sagen: wir heißen das gut, wir sind

dafür und lassen uns dadurch von aller anderen momentanen Arbeit ablenken, das geht nicht. Was Adler von Belgien behauptet, ist richtig, aber in Oesterreich haben wir nicht einmal jene Vorbedingungen, die nothwendig sind, um solche Konsumvereine zu gründen, wie sie Adler hier anführt. Es wurde deshalb auch auf dem Wimberger-Parteitag ein Antrag eingebracht, daß die Genossen im Parlament dafür sorgen sollen, daß die gesetzliche Grundlage hiefür geschaffen werde. Ich zweifle nicht daran, daß die Genossen alles Nöthige thun werden, aber heute sind die Bedingungen nicht gegeben.

Ich war früher ein viel schrofferer Gegner in dieser Sache. Ich bin ruhiger geworden, und diese Ruhe rührt her von der Ueberzeugung, die ich durch das Material gewonnen habe, das dagegen spricht, daß sich die Partei für die Konsumvereinsbewegung erklärt. Ich habe beispielsweise auf dem Wimberger-Parteitag vorsichtig gesagt, die besten Produktivgenossenschaften d ü r f t e n in Wien die Hutmacher, Schuhmacher und Bäcker sein. Diese Vorsicht war gut, denn thatsächlich sind heute die Bäcker und Schuhmacher schon zugrunde gegangen.

Ich werde die Resolution Adler noch eingehender studieren, vielleicht verständigen wir uns zu einer gemeinsamen Resolution. Das Eine aber kann ich erklären, daß ich mich direkt als Gegner von Konsumvereinsgründungen erkläre, dort wo die Bedingungen hiefür nicht gegeben sind. Bezüglich des Antrages des VI. W a h l k r e i s e s bin ich der Ansicht, daß man sich auch die Leute genau ansehen muß, die die Leitung übernehmen, und ich sehe nicht ein, warum man da weniger rigoros sein soll als bei Gründung von Parteiblättern. Ich ersuche Sie, mit derselben Objektivität, wie dies Adler und ich gethan, in die Sache einzugehen. (Bravo! Bravo!)

(Zu diesem Punkte sind 23 Redner vorgemerkt.)

Dittrich (Wien): Dr. Adler hat von Parteigenossen zweiter Güte gesprochen. Ich erkläre, auch zu diesen Parteigenossen zu gehören, die sich in Konsumvereinen bethätigt haben. Es ist leider der Fall gewesen, daß Parteigenossen, die für Konsumvereine gearbeitet haben, bespöttelt und verdächtigt wurden. Mit den Ausführungen Dr. Adler's bin ich im großen Ganzen einverstanden, nicht so mit denen Schuhmeier's, mit dessen Argumenten ich mich nicht identifiziren kann. Wenn Schuhmeier sagt, Adler habe sich mit der Sache bloß theoretisch beschäftigt, so glaube ich, Schuhmeier habe sich mit ihr weder theoretisch noch praktisch befaßt. Er erklärt, für ihn sei die Prinzipienlosigkeit der Konsumvereine entscheidend, er sagt, daß die Konsumvereine heute für unsere Partei nichts leisten, für sie im Gegentheil nur schädlich sein können. Wir geniren uns allerdings nicht, zu sagen, daß dort, wo Parteigenossen hinkommen, nicht jenes geschäftliche Verständniß herrscht, das bei einem Unternehmen nöthig ist. Aber damit ist es noch nicht begründet, zu sagen, die Konsumvereine seien nicht werth, daß man sich mit ihnen beschäftige. Wir haben auch in unserer gewerkschaftlichen Organisation Leute, die keine Sozialdemokraten sind, auch dort müssen die Leute erst erzogen werden, und ebenso müssen wir auch in den Genossenschaften eine erzieherische Thätigkeit entfalten. Das könnte geschehen, wenn, anstatt Dividenden zu zahlen, erzieherische Vorträge gehalten, wenn die Leute aufgeklärt würden, daß die Dividenden nichts Anderes sind als eine Ueberzahlung der in Empfang genommenen Waaren. Wir haben heute schon Vereine, die ihre Mitglieder soweit aufgeklärt haben, daß diese nicht mehr sechs Perzent, sondern drei bis vier Perzent nehmen und das übrige für andere Zwecke verwenden lassen. Es wurde auf die Gründungsperiode vor zwei Jahren hingewiesen und gesagt, daß die Partei dadurch gelitten habe. Daran aber ist nicht das System schuld, sondern jene Genossen, die an die Spitze der Unternehmungen gestellt wurden. Die ablehnende Haltung, die man den Konsumvereinen gegenüber eingenommen hat, haben die Leute benützt, um unter dem Scheine von Opposition einen Einfluß zu gewinnen. Es ist die Leistungsunfähigkeit der Genossen in den Konsumvereinen ins Treffen geführt worden. Darüber darf man sich nicht wundern, denn jeder, der hingegangen ist, ist über die Achsel angeschaut worden. Man mußte die Leute förmlich bitten, eine Funktion im Aufsichtsrathe u. s. w. zu übernehmen. Es wurde gesagt, daß man zu dem Verbande der Arbeiter der Erwerbs- und Wirthschaftsgenossenschaften kein Vertrauen habe. Da wäre es nöthig gewesen, aus der Reserve etwas herauszutreten, um zu sagen, wo

die Krankheit steckt. Es sind aber thatsächlich nichts als Tratschereien, die auch andere Organisationen zugrunde gerichtet haben.

Krainz (Reichenberg): Die Wahlkreisvertretung hat sofort nach Bekanntgabe der Tagesordnung über die Konsumvereine Umfrage gehalten, und es wurde uns gemeldet, daß die Partei von keinem dieser Vereine einen Nutzen gehabt habe; im Gegentheil, man mußte es schon als günstig bezeichnen, wenn ein Konsumverein die Partei nicht geschädigt hat. Wir haben stets, sobald wir von der Gründung eines Konsumvereines hörten, dagegen Stellung genommen. Sie können im „Freigeist" das Inserat eines Konsumvereines lesen, der einen Lagerhalter sucht, dem er für vierzehn Tage 13 fl. Lohn zahlen will. (Hört!) Ich habe mit den Leitern der großen Konsumvereine in Dresden gesprochen, die ebenfalls die entschiedensten Gegner der Konsumvereine sind, weil aus diesen nur Zwistigkeiten und Streit entspringen. Ich gebe zu, daß Konsum- und Produktivgenossenschaften für die Partei von Nutzen sein können, und darum wollen wir sie nicht absolut verwerfen, ich bin aber beauftragt, für jene Resolution zu stimmen, die fordert, daß wenigstens die Schädigung der Partei durch die bestehenden Konsumvereine so viel als möglich hintangehalten werde.

Fröhlich (zur Geschäftsordnung) beantragt, daß bei diesem Punkt die Redezeit auf fünf Minuten beschränkt und Schluß der Rednerliste ausgesprochen werde.

Beide Anträge werden angenommen.

Krejci (Pilsen, tschechisch): Die Erfahrungen in unserem Wahlkreis haben uns belehrt, daß die Partei am besten thut, wenn sie sich um die Konsumvereine gar nicht kümmert. Es sind auch sehr oft nicht die Bedürfnisse der Arbeiter, die die Gründung von Konsumvereinen veranlassen, sondern die Bedürfnisse einzelner Leute, die Posten erhalten möchten. Wir haben in unserem Wahlkreis einen entsprechenden Beschluß gefaßt, und es hat sich bald bei dem Krach eines Konsumvereines gezeigt, wie recht wir hatten. So schnell die Konsumvereine wachsen, ebenso schnell machen sie auch wieder Bankerott. Und dann werden zahlreiche Genossen um ihre letzten elenden Habseligkeiten gebracht. Die Existenz von Konsumvereinen läßt sich bei der heutigen wahnsinnigen Konkurrenz nicht sichern. Ich stelle daher den Antrag:

Die Partei hat mit den Konsumvereinen nichts gemein.

Adelheid **Popp** (Wien): Ich verkenne nicht, daß die Konsumvereine an manchen Orten nützlich wirken, in ihrer großen Mehrzahl aber haben sie die Partei nur kompromittirt. (Sehr richtig!) Bei vielen ist sogar die Qualität und die Quantität der Waare eine schlechtere, als sie bei den Privatunternehmungen zu finden ist. Schon daraus geht hervor, daß sie für die Partei nichts Ersprießliches leisten. Wenn wir aber dabei noch sehen, daß in diesen Konsumvereinen eine Arbeitszeit von zwölf bis sechzehn Stunden gefordert und Wochenlöhne von 7 bis 8 fl. gezahlt werden, dann muß man sie geradezu als für die Partei schädlich bezeichnen. Sie wirken insofern auch kompromittirend, als eine Anzahl von Parteigenossen in der Verwaltung der schlecht geleiteten Konsumvereine thätig ist. Mich kann die Resolution Adler nicht befriedigen; ich meine, es muß klarer ausgesprochen werden, was wir bei der Gründung von Konsumvereinen verlangen. Wenn die Genossen einen Konsumverein gründen, dann müssen sie auch so viel Vertrauen und Disziplin haben, sich zuvor der Zustimmung der Partei zu versichern, die zu beurtheilen in der Lage ist, ob die nothwendigen Voraussetzungen vorhanden sind.

Die Resolution der Handlungsgehilfen halte ich in einzelnen Punkten nicht für annehmbar; ich bin selbstverständlich für den Achtstundentag, bezweifle aber, ob es unter den heutigen Verhältnissen möglich ist, die volle sechsunddreißigstündige Sonntagsruhe bei den Konsumvereinen durchzuführen. (Bravo! Bravo!)

Skaret (Wien): Genosse Dr. Adler meinte, daß die letzte „Gründungsperiode" für die Organisation insoweit schädlich war, als alle mit dem Niedergange der Konsumvereine verbundenen Nachtheile immer auf das Konto unserer Partei geschrieben wurden. Das ist richtig. Ich glaube aber, diese schwindelhafte Konsumvereinsbewegung hat noch einen anderen Nachtheil gehabt, den nämlich,

daß an vielen Orten, wo die Konsumvereine zugrunde gegangen sind, eine seit Jahren mühsam aufgebaute Organisation niedergerissen wurde und es auf Jahre hinaus nicht möglich sein wird, dort wieder festen Fuß zu fassen. Genosse Schuhmeier hat auch gemeint, die Konsumvereine seien auch deshalb nicht zu befürworten, weil sie nicht einmal die von den Handlungsgehilfen aufgestellten minimalen Forderungen erfüllen. Da würde ich doch bitten, über die Konsumvereine etwas milder zu urtheilen. Innerhalb der heutigen privatkapitalistischen Produktionsweise können sie eben keine sozialistischen Inseln bilden. Das eine steht fest: wenn diese Remunerations- und Dividendenwirthschaft beseitigt würde, wäre es möglich, daß sie den Forderungen ihrer Angestellten weit mehr entsprechen könnten. In Oesterreich mangelt den Konsumvereinen eines, was die ausländischen Konsumvereine in hohem Maße besitzen: die Solidarität der Mitglieder. Wir sehen seit Jahren einen Niedergang der Konsumvereine, weil eben die Konsumvereinsbewegung nicht in dem Maße von dem Gedanken des Klassenkampfes durchdrungen ist, wie dies der Fall sein müßte, damit sie zu einem Erfolge für die Partei führen könnte.

Katscher (Teplitz): Ich gebe zu, daß in unserer Resolution einige besondere Schärfen enthalten sind, und will auch anerkennen, daß nicht alle Konsumvereine in Oesterreich schädlich sind, wohl ist das aber bei den meisten der Fall. Genosse Schuhmeier sagt, schlechte Konsumvereine sind schlecht, aber gute Konsumvereine sind nicht schlecht. (Heiterkeit.)

Wir sagen, wenn Konsumvereine bestehen, so müssen sie jene Forderungen erfüllen, die wir zu stellen berechtigt sind, und von diesem Standpunkt aus halte ich die Resolution des Genossen Dr. Adler für zu wenig energisch. So halte ich zum Beispiel die Forderung nach Einhaltung der vollständigen Sonntagsruhe für vollkommen durchführbar. Genosse Schuhmeier meint weiter, wenn man sich auch heute gegen die Konsumvereine wendet, vielleicht werde man sie in zehn bis fünfzehn Jahren brauchen. Machen Sie, was Sie wollen. Mit den Konsumvereinen verhält es sich so wie mit den Leuten, die Alimente für Kinder zu zahlen haben, die nicht ihnen gehören. Unsere Gegner schwören, daß die Konsumvereine Kinder der sozialdemokratischen Partei sind, und alles, was diese Konsumvereine verschulden, wird dann der Partei in die Schuhe geschoben. Sicher ist, daß die Handelsangestellten, wenn schon nicht als solche, so doch als Sozialdemokraten, ein Interesse an dieser Frage haben. Wir wünschen vor allem, daß die Konsumvereine nicht der Mittelpunkt jener Bestrebungen werden, die wir häufig in Instituten ähnlicher Art finden, wo die Angestellten ebenso ausgebeutet werden wie in den kapitalistischen Unternehmungen.

Job (Lieben) beantragt Schluß der Debatte.

Der Antrag wird mit 37 gegen 35 Stimmen angenommen.

Adler (zum Schlußwort): Schuhmeier hat mir wieder einmal den Vorwurf gemacht, daß ich „mitten durchschwimme". Wahr ist allerdings, daß ich mich bemühe, bei allen Dingen beide Seiten zu sehen. So mache ich es auch bei den Konsumvereinen. Wir können den Parteigenossen nicht den Rath geben, Konsumvereine zu gründen, es wäre aber ebenso verfehlt, zu sagen, daß sie sich um die Konsumvereine nicht zu kümmern haben. Das ist keine Halbheit, das ist nur die vernünftige Vermittlung. Wir sagen: Ihr dürft die Konsumvereine nicht den Gegnern überlassen; ihr dürft aber auch nicht aufhören, in der Gewerkschaft und in der Partei thätig zu sein, und ihr dürft nicht glauben, daß ein Konsumverein auf jeden Fall gegründet werden muß. Genosse Kristan hat mich darauf aufmerksam gemacht, daß bei ihnen eine Konsumvereinsbewegung existirt, die von den Klerikalen ausgeht und unsere Bewegung sehr schädigt, und daß sich unsere Genossen nur dadurch wehren können, daß sie aktiv eingreifen, um etwas Wasser auf ihre Mühle zu leiten.

Genosse Schuhmeier hat eine Reihe von Argumenten angeführt, die direkt für mich sprechen. Wenn es vorkommt, daß Genossen in den Konsumvereinen für die Partei nicht thätig sind, ja daß es ihnen manchmal von der Leitung verübelt wird, wenn sie thätig sind, so spricht das ja dafür, daß unsere Parteigenossen verpflichtet werden sollen, in die Konsumvereine zu gehen und dort Ordnung zu machen. Wir können nicht verlangen, daß die alten Spießer, denen wir die Konsumvereine bisher überlassen haben, daß diese Krämerseelen Verständniß haben für

unsere Ziele. Da müssen wir eben selbst eingreifen. Es wurde weiter gesagt, daß die Konsumvereine Arbeitskräfte der Partei für sich absorbiren. Das ist richtig, das gilt aber nicht nur von den Konsumvereinen, und ich mache Sie aufmerksam, daß dasselbe Argument sehr lange den Gewerkschaften in erster Linie entgegengehalten wurde. Aber in dem Maße, als sich die Partei auf die Gewerkschaften geworfen hat, hat die Partei aus den Gewerkschaften eine Menge Kräfte gewonnen, die sie früher nicht hatte. Die Anleihe an Arbeitskräften, die die Gewerkschaften im Anfang bei der Partei gemacht haben, haben sie uns heute schon reichlich zurückgezahlt. Ebenso wird es mit den Konsumgenossenschaften gehen. Ich verweise nur auf andere Länder, vor allem auf Belgien. Dort nahmen den allerersten Rang in der Partei Genossen ein, die zugleich Leiter von Genossenschaften waren: Jean Volders, Anseele, Van Beveren u. s. w. Ich weiß, daß man das nicht im Fluge erreichen kann, aber möglich ist es, und man soll es nicht unmöglich machen.

Ich konstatire mit Genugthuung, daß sich Genosse Schuhmeier nicht prinzipiell gegen die Konsumvereine ausgesprochen hat. Er steht allerdings noch unter dem Eindruck der letzten wirklich beklagenswerthen Ereignisse der Krachperiode. Es gibt aber heute schon Anzeichen einer Gesundung der Konsumvereinsbewegung. Wir haben als eine Hauptkrankheit die Dividendengier bezeichnet, und ich konstatire, daß wir hier auch die Anfänge einer sehr gesunden Bewegung unter den Konsumvereinen bemerken können. Im Statut des Landstraßer Konsumvereines ist eine Bestimmung enthalten, daß die Dividende höchstens 4 Perzent betragen darf; was darüber ist, muß zur Herabsetzung der Preise, zur Vermehrung des Anlagekapitals und zu anderen nützlichen Zwecken verwendet werden.

Was den Verband betrifft, bin ich mit Schuhmeier vollkommen einverstanden, daß der Verband, wie er heute ist, nicht mehr die Energie und die Initiative zu haben scheint, die er benöthigt. In dem Maße aber, als sich die Vereine durch geeignete Personen aus ihrer Leitung an dem Verband betheiligen werden, würden sie auch einen Einfluß auf ihn ausüben können, und wenn wir das Unsrige dazu thun, werden wir den Verband entweder in Stand setzen, leistungsfähig zu werden, oder wir werden ihn beseitigen und durch ein neues, besseres Organ ersetzen. Darüber kann der Parteitag natürlich nichts bestimmen.

Ich bin mit dem Genossen Schuhmeier übereingekommen, zu meiner Resolution folgenden Zusatz zu beantragen:

> Der Parteitag fordert die Vertrauensmänner und die Parteigenossen allerorts auf, der leichtfertigen oder ungenügend vorbereiteten Gründung von Konsumvereinen auf das energischeste entgegenzutreten und zu hindern, daß dadurch die Genossenschaftsbewegung diskreditirt und unvorsichtige Mitglieder geschädigt werden.

Gegen den Antrag Dietl erkläre ich mich entschieden. Wir können die Gründung von Konsumvereinen nicht offiziell von der Kreisvertretung abhängig machen, weil wir diese dann mitverantwortlich machen würden.

Den Antrag Zipfinger unterstütze ich. Dagegen bitte ich, den Antrag Krejci und den Antrag des IV. Wiener Wahlkreises abzulehnen.

Zum Schluß noch etwas zu dem Antrag der Handlungsgehilfen. Man soll die Mißstände in den Konsumvereinen zu beseitigen trachten, aber man betrachte nicht die Konsumvereine für die einzigen Karnikel. Denken Sie auch ein bischen an die Redakteure; deren Arbeitskraft wird auch nicht nach dem Marktwerthe, den diese Waare heute hat, sondern weit darunter bezahlt.

Schuhmeier (Wien): Ich weise den Vorwurf Dittrich's zurück, daß ich mich mit dieser Frage weder praktisch noch theoretisch beschäftigt habe. Zu dem, was Dittrich über den Verband der Konsumvereine sagte, muß ich ihn doch an den Austritt mehrerer Vereine, deren Leitung in Händen von Genossen ist, und deren Beitritt zum Wrabetz-Verband erinnern. Wie Konsumvereine gegründet werden, erhellt daraus, daß sich in Niederösterreich Konsumvereine gebildet haben mit dem Gelde von Leuten, die schon sehr anrüchig sind. Zum Schluß möchte ich noch daran erinnern, daß auf dem Wimberger-Parteitag auch beschlossen wurde, die Aufhebung der Fabriks- und Werkskonsumvereine anzustreben.

Es wird zur Abstimmung geschritten und hiebei die Resolution Adler sowie der Zusatzantrag Adler-Schuhmeier und der Antrag Zipfinger angenommen.

Sechster Verhandlungstag.

Vormittagssitzung (Beginn 9 Uhr 15 Minuten).

Vorsitzender **Popp** theilt bei Eröffnung der Verhandlung mit, daß die Gesammtexekutive, entsprechend dem ihr bei Punkt 5 zutheil gewordenen Auftrage, einen Vorschlag für die Wahl in die Kommission zur Revision des Parteiprogramms zu machen, folgende Genossen vorschlägt: Dr. Adler, Dr. Ellenbogen, Steiner, Daszynski und Schuhmeier.

Dieser Vorschlag wird einstimmig genehmigt und in die Weiterberathung des Punktes 6, Arbeiterschutz, eingegangen.

Referent **Hannich** wünscht, der Parteitag möge zunächst darüber beschließen, ob die Debatte nach Erstattung des Berichtes fortgeführt werden solle.

Vorsitzender **Popp** konstatirt, daß nur die der Kommission zugewiesenen Anträge zu diesem Punkte in Verhandlung stehen.

Zipfinger (Wien) hält es mit Rücksicht auf die kurz bemessene Zeit für entsprechend, daß der Referent zu jedem der vorgelegten Anträge Stellung nehme und hierüber sofort die Abstimmung eingeleitet werde. Zu jedem Antrage wäre höchstens je einem Pro- und Contra-Redner das Wort zu ertheilen.

Salamander (Lemberg) beantragt, die Redezeit bei diesem Punkte auf fünf Minuten abzukürzen.

Vorsitzender **Popp** meint, der Referent der Kommission möge dem Parteitage eine Uebersicht über die vorgelegten Anträge geben. Dadurch würde die Abstimmung über jeden einzelnen Antrag entfallen.

Zipfinger zieht seinen Antrag zurück.

Der Antrag Salamander wird angenommen.

Referent **Hannich**: Die Mehrzahl der Anträge ist so gehalten, daß sie entweder der Parteivertretung oder dem Verbande zugewiesen werden müssen. Die Anträge haben jedoch so verschiedenen Inhalt, daß es unmöglich ist, sie in einem Gesammtantrage zusammenzufassen. Es wäre daher am besten, wenn jetzt in die Debatte eingegangen und die Anträge im Einzelnen erst vor der Abstimmung verlesen würden.

Prähauser (Salzburg): Da ich noch am Vormittag abreisen muß, gestatten Sie mir, Ihnen den von uns eingebrachten Antrag, der allerdings erst beim letzten Punkte der Tagesordnung zur Verhandlung kommt, zur Annahme zu empfehlen.

Schweichart (Steinschönau): Wir sollten hier derjenigen nicht vergessen, die am meisten des Schutzes bedürfen, der Heimarbeiter, deren Zahl in Oesterreich noch viel größer ist als die der Bergarbeiter. Ich möchte daher bitten, daß sowohl von der Presse als auch vom Verbande und von den Gewerkschaften dieser Kategorie von Arbeitern eine größere Aufmerksamkeit zugewendet werde. Allerdings ist es ungemein schwierig, das Material zu verarbeiten, da man hier vielfach spezialisiren muß. Erlauben Sie mir, Ihnen in kurzem die Forderungen vorzuführen, die die Heimarbeiter im Reichenberger Handelskammerbezirke aufstellen. Vor allem verlangen unsere Glasarbeiter, daß die Arbeitszeit gesetzlich auf elf Stunden festgesetzt werde, während sie heute dreizehn bis fünfzehn Stunden arbeiten müssen. Weitere Forderungen sind die Durchführung der Sonntagsruhe, Verbot der Kinderarbeit, Kranken- und Unfallversicherung, Festsetzung einer zehntägigen Kündigungsfrist, für die Glasarbeiter der gesetzliche Musterschutz, Errichtung von Erwerbsgenossenschaften, Verbot von Abzügen ohne richterliche Entscheidung, überhaupt Klarstellung des rechtlichen Verhältnisses der Heimarbeiter zu den Fabrikanten

und Verlegern, Untersuchung der Werkstätten in Bezug auf ihre sanitären Verhältnisse und Errichtung von Gewerbegerichten.

Katscher (Teplitz): Da wir hier nicht die Möglichkeit haben, unsere Forderungen in ausführlicher Weise darzulegen, werden wir dies in unserer Fachpresse thun. Wenn unser Antrag der Parteivertretung zugewiesen werden wird, so möchte ich diese ersuchen, daß sie es nicht dabei bewenden lasse, den Beschluß des Parteitages lediglich zur Kenntniß zu nehmen, sondern daß sie auch thatsächlich unseren Forderungen so weit als möglich Rechnung trage. Es wird leider von den Genossen gegenüber der Organisation der Handelsangestellten nicht immer mit jener Objektivität vorgegangen, wie wir diese zu wünschen berechtigt zu sein glauben. Die Organisation der Handelsangestellten hat allerdings eine gewisse Schwäche, deren Ursache aber darin liegt, daß die Verhältnisse hier ganz andere sind, und daß es thatsächlich gerechtfertigt ist, wenn die Organisation der Handelsangestellten eine separate Behandlung verlangt. Die Handelsangestellten sind die Brücke, die in den Mittelstand hinüberführt, und ich bin der Ansicht, daß man die Mittelstandspolitik in unserer Partei nicht ganz beiseite lassen soll. Es wird an den Handelsangestellten gelegen sein, sich des Entgegenkommens der Genossen würdig zu zeigen. Ich möchte auch darauf hinweisen, daß die Provinzorganisation der kaufmännischen Arbeiter auf einem ganz anderen Standpunkt steht als die Organisation der Wiener Handelsangestellten. Die Provinzorganisationen sind wirthschaftliche, die Wiener Organisation ist eine politische Organisation. (Widerspruch.) Da ist es nun das Bestreben der Handelsangestellten in der Provinz, den Wiener Handelsangestellten wirthschaftliche Belehrungen zu ertheilen.

Kränkl (Falkenau): In unserem Antrag verlangen wir Schutz für die Berg- und Hüttenarbeiter gegenüber den maßlosen Chikanirungen der Unternehmer. Ich könnte Ihnen Fälle anführen, die es rechtfertigen, wenn in unserem Revier eine stete Streikbewegung herrscht. Vielleicht wird heute noch eine Depesche einlaufen, daß der Streik der Bergarbeiter zur Thatsache geworden ist. In Falkenau wurden Genossenschaftsdelegirte, die allerdings Sozialdemokraten sind und es als solche mit ihrer gesetzlichen Verpflichtung, für die Arbeiter einzutreten, ernst nehmen, gemaßregelt. Vor drei Wochen verlangte ein Genossenschaftsdelegirter die Abschaffung verschiedener Uebelstände, die die Gesundheit und das Leben der Bergarbeiter bedrohen, und nachdem er seine Forderung mehrmals wiederholt hatte, wurde er gemaßregelt. Es kam ein Oberbergrath, der in der Sache intervenirte, aber auch ihm gelang es nicht, den Direktor Urban umzustimmen und die grundlose Entlassung zurückzunehmen. Dieser Urban ist zugleich auch Präsident der Genossenschaft. Man sieht aber, wie ernst er es mit der Durchführung des Gesetzes nimmt, die er ja zu überwachen hat.

Ein zweiter Fall ist bei der Reichenauer Kohlengewerkschaft vorgekommen. Hier wurde der Delegirte Bleier entlassen, weil er verlangte, daß die Schichtzeit, die der Verwalter Pollak — ein Deutschnationaler — von zehn auf zwölf Stunden erhöht hatte, wieder auf zehn Stunden herabgesetzt werde. Der Verwalter nannte Bleier, den Delegirten, einen Hetzer. Dieser erklärte, nicht er hetze, sondern die Arbeiter werden durch die Bestimmungen und Verfügungen des Pollak aufgehetzt. Darauf ließ Pollak dem Delegirten die Entlassung ankündigen und trat auch klagbar gegen ihn auf. Bleier wurde vom Bezirksgerichte Falkenau zu achtundvierzig Stunden Arrest verurtheilt. Die Kündigung wurde allerdings wieder zurückgenommen, weil am anderen Tage die gesammte Belegschaft des Werkes erklärte, in den Streik zu treten, wenn die Entlassung nicht rückgängig gemacht werde. Noch eine Bemerkung: Ein Oberbergrath, der in der Sache intervenirte, erklärte, er wundere sich, daß es gerade im Falkenau-Ellbogener Revier so unruhig zugehe. Unsere Delegirten machten ihn aber darauf aufmerksam, daß dies seinen Grund darin habe, daß die Genossenschaftsdelegirten hier Sozialdemokraten seien, die es mit der ihnen gesetzlich übertragenen Pflicht, für die Interessen der Arbeiter einzutreten, thatsächlich ernst nehmen, was in den anderen Revieren nicht der Fall sei.

Adelheid **Popp** (Wien): Ich fürchte, meine Anträge nicht genügend begründen zu können, weil ich auf kurze Reden nicht eingerichtet bin. (Heiterkeit.) Die Frage des freien Samstagnachmittags für die Arbeiterinnen ist bisher in Oesterreich noch niemals erörtert worden und Manche fassen diese Forderung viel-

leicht so auf, als verlange das Frauen-Reichscomité für die Arbeiterinnen ein Privilegium, es ist aber so lange kein Privilegium, als die Frau, trotzdem sie Lohnarbeiterin ist, auch die Arbeiten des Haushaltes machen muß. Durch den freien Samstagnachmittag wird erst die Vorbedingung für die Arbeiterin geschaffen, sich den gewerkschaftlichen Organisationen anzuschließen, wenn sie wenigstens an einem Abende in der Woche über ihre Zeit verfügen kann, was heute nicht der Fall ist. Der freie Samstagnachmittag ist auch die Vorbedingung für die vollständige Sonntagsruhe im Handelsgewerbe; erst dann wird die Arbeiterin auf jeden Einkauf am Sonntag verzichten können, wenn ihr der freie Samstagnachmittag zur Verfügung steht. Diese Forderung ist anderwärts keine Neuerung. Sie ist in England verwirklicht, wo ja auch vollständige Sonntagsruhe eingeführt ist. In der Schweiz und in Deutschland und sogar in einzelnen Betrieben in Oesterreich besteht für die Arbeiterin die anderthalbstündige Mittagspause nicht als Privilegium, sondern um ihr eine kurze Spanne Zeit zur Erledigung ihrer häuslichen Arbeiten zu geben. Nur die extremsten Frauenrechtlerinnen sprechen sich gegen solche Forderungen aus, weil sie für die Arbeiterin keinen höheren Schutz wollen als für den Arbeiter, im Interesse der „Gleichheit", wie sie sagen, thatsächlich vertreten sie damit nur die Interessen des Kapitals. Die Forderung nach Einführung von sachverständigen weiblichen Fabriksinspektoren werden Sie gewiß begreiflich finden. In den Berichten der Gewerbe-Inspektoren ist heute von den Beschwerden der Arbeiterinnen, wie wir sie oft hören, nichts enthalten. Speziell in Tabakfabriken wird die Arbeiterin nach Arbeitsschluß Untersuchungen unterzogen, die jedes Schamgefühl aufs tiefste verletzen. Wenn wir Inspektorinnen haben werden, werden die Arbeiterinnen ihren Geschlechtsgenossinnen sagen können, was sie einem Manne nicht sagen; erst dann wird die Oeffentlichkeit von diesen beschämenden Zuständen unterrichtet werden. Die Forderung nach dem passiven Wahlrecht der Frauen für die Gewerbegerichte ist gleichfalls gerechtfertigt, wenn auch eingewendet werden kann, daß bei Gewerbegerichten, wo die Vertreter der organisirten Arbeiterschaft sitzen, die Interessen der Arbeiterinnen gleichfalls vertreten werden. Ich bitte Sie, unsere Anträge anzunehmen und eine lebhafte Agitation in diesem Sinne zu entfalten.

Salamander (Lemberg) empfiehlt den Antrag der Prager Handelsarbeiterkonferenz, erklärt jedoch, für die galizischen Handelsangestellten, sich mit den Beschlüssen der Konferenz nicht zu identifiziren, weil sie zu dieser Konferenz nicht eingeladen wurden. Ein Reichsverband der Handelsangestellten ist gewiß nöthig, und wenn sich die Wiener Organisation dagegen stemmt, so werden wir einen solchen Verband ohne die Wiener einführen. Erst dann werden wir die volle Sonntagsruhe gemeinsam mit der organisirten Arbeiterschaft erkämpfen können.

Anfobsky (Wien): Die verschiedenen Wünsche auf Verkürzung der Arbeitszeit für die verschiedenen Branchen bilden einen großen Wunschzettel und sind auch gewiß alle sehr berechtigt. Wir haben uns aber hier nicht mit den Wünschen einzelner Industriegruppen zu beschäftigen, wir müssen uns vielmehr klar werden, was in bei der Arbeitszeit für die gesammte Arbeiterschaft zu geschehen hat. Es ist richtig, daß alljährlich am 1. Mai für den Achtstundentag demonstrirt wird, aber die übrige Zeit des Jahres beschäftigt sich die Partei nicht viel mit dieser internationalen Forderung. Aber gerade jetzt wäre ein sehr günstiger Zeitpunkt, um da einen Vorstoß zu machen. Schon bei der Berathung der letzten Novelle zur Gewerbeordnung hat der Abgeordnete Exner einen Antrag auf Einführung des Zehnstundentages eingebracht. Auf dem letzten Gewerbetag in Wien wurde der Zehnstundentag allerdings nur für die Fabriken gefordert und damit begründet, daß der Zehnstundentag für das Kleingewerbe ohnehin schon eingeführt ist. Es ist nöthig, daß wir vor dem 1. Mai eine große Bewegung für die Verkürzung der Arbeitszeit ins Leben rufen. Vorausgesetzt, daß das Parlament arbeitsfähig ist, soll ein Antrag eingebracht und durch eine lebhafte Propaganda im ganzen Reiche unterstützt werden. Es ist ja richtig, daß die Maifeier auch heute noch in vielen Gegenden gut durchgeführt wird, aber der Charakter der Feier ist nicht mehr so imposant wie vor einigen Jahren. Was wir zur Erreichung des allgemeinen Wahlrechtes jahrelang machen, soll auch ein paar Wochen zur Erreichung einer verkürzten Arbeitszeit geschehen. Anläßlich der Agitation zur Erlangung des Land-

tagswahlrechtes haben die Massenpetitionen in den Städten einen sehr respektablen Eindruck gemacht. Ebenso müssen wir auch für die Verkürzung der Arbeitszeit Sturmpetitionen einbringen. Wenn im ganzen Reiche schon jetzt Unterschriften gesammelt und alle diese Unterschriften vielleicht in einem großen Möbelwagen ins Parlament gebracht und feierlich überreicht würden, so würden wir die Maibewegung und die Bewegung zur Erreichung des Achtstundentages in hohem Maße fördern.

Müller (Graz): Der Achtstundentag ist besonders begründet in den Hüttenbetrieben Steiermarks, Kärntens, Krains u. s. w. Da wird mit Menschenmaterial Raubbau getrieben, die gesetzlichen Vorschriften, die nothwendigsten Bestimmungen des Arbeiterschutzes werden da trotz aller Anzeigen, trotz aller Interventionen nicht eingehalten. Es besteht hier eine 36-, 24-, 18stündige Arbeitszeit, wo die Leute umfallen und fortgetragen werden; an deren Stelle treten neue, denen es wieder so ergeht.

Die vorgeschriebenen Pausen werden nicht eingehalten, durch intensivere Arbeitseintheilung werden alle Schutzbestimmungen illusorisch gemacht. Es muß eine einheitliche Aktion eingeleitet werden, damit für die Hütten- und Hochofenarbeiter der Achtstundentag eingeführt werde. Insbesondere die tschechischen Genossen müssen den Hüttenbetrieben eine größere Aufmerksamkeit zuwenden. Dann wäre auch für Steiermark der Achtstundentag möglich. Wir hätten ihn auch bei den Hochöfen schon längst erreicht, aber da drohen uns immer die Herren: Wenn ihr nicht parirt, werden wir uns aus Böhmen Arbeiter kommen lassen. Wenn wir einheitlich vorgehen, so werden wir mit den Herren von der Prager Eisenindustriegesellschaft und werden auch mit jenen von der Montangesellschaft fertig werden, die untereinander verschwägert und versippt sind bis an die höchsten Spitzen.

Souček (Nürschan): Genosse Kränkl meint, daß sich die Bergarbeiter im Falkenauer Revier sehr rührig zeigen, und es klingt da der Verdacht heraus, als ob sich die anderen Bergarbeiter Oesterreichs nicht in der Weise für eine Verbesserung ihrer Lage einsetzen würden. Thatsächlich sind aber die Bergarbeiter Nordwestböhmens beispielsweise ebenso rührig wie die des Falkenauer Revieres. Besonders müssen wir uns heute im Interesse der Bergarbeiter dafür einsetzen, daß dieses schädliche Bruderladengesetz aufgehoben werde. Die Bergarbeiter, die sich zwanzig und dreißig Jahre in den Gruben geplagt und ihre blutig verdienten Kreuzer in die Bruderladen eingezahlt haben, werden auf das Pflaster geworfen, bekommen keine Arbeit und keine Pension aus der Bruderlade.

Prachensky (Innsbruck): Wenn eine Agitation zu Gunsten der Handelsangestellten eingeleitet werden soll, so müßte diese auch auf die Arbeiter der gesammten Lebensmittelbranche ausgedehnt werden. Beispielsweise haben die Arbeiter im Bäckergewerbe eine sechzehnstündige Arbeitszeit, sie haben keine Sonntagsruhe, keinen Ersatzruhetag. Wenn unsere Genossen dem Statthalter ihre Beschwerden vortragen, sagt er, er sei nicht unterrichtet, er müsse sich informiren.

Krapka (Wien): Ich habe einen Antrag gestellt, der von der Organisirung aller Partei-Angestellten handelt, und das ist kein Scherz von mir, sondern blutiger Ernst. Es muß hier ausgesprochen werden, daß Parteigenossen, die vielleicht zehn Jahre und mehr als Redakteure gewirkt haben, brotlos werden, denen eine Rückkehr in ihr Gewerbe unmöglich ist, und die vielleicht auch nie ein Gewerbe gelernt haben. Diesen Genossen muß ein ähnlicher Schutz geboten werden wie in anderen Fachvereinen. Viele Genossen Redakteure können ja in eine gewerkschaftliche Organisation gar nicht eintreten, weil nicht jeder ein Gewerbe gelernt hat. Unser Parteiprogramm bestimmt aber, daß jeder Parteigenosse einem Fachverein angehören solle. Wir sozialistischen Journalisten können nicht in die „Concordia", in den „Svatobor" eintreten, wo ja den bürgerlichen Journalisten ein genügender Schutz geboten ist. Aber auch wir bedürfen desselben Schutzes und derselben Unterstützung im Alter, vielleicht sogar mehr als jene hochmögenden Journalisten der bourgeoisen Parteien.

Hanusch (Sternberg): Es ist schon viel über Tabakarbeiterinnen gesprochen worden. In dem Wahlkreis, den ich vertrete, haben wir drei Tabakfabriken. Die Verhältnisse dort sind nicht besser als in den anderen Tabakfabriken, aber in

einer dieser Fabriken besteht ein Brauch, wie er in keinem Privatbetriebe vorkommen dürfte: Die Tabakarbeiterinnen müssen nämlich, bevor sie zu arbeiten anfangen, in der Fabrik beten. (Hört!) Was den Antrag Preußler betrifft, würde ich Sie warnen, dafür zu stimmen. Wir haben in vielen Betrieben schon eine geringere Arbeitszeit, und es geht nicht an, daß wir jetzt nur den Zehnstundentag verlangen.

Wir haben in Nordböhmen 12.000 bis 15.000 Hausweber, die einen Wochenlohn von 1 fl. 50 kr. bis 3 fl. haben, und bei denen ein fürchterliches Elend herrscht. Es wird nothwendig sein, daß diese Frage in der Presse sowie in den Versammlungen die nothwendige Beachtung findet. Es wurde eine ganze Reihe von Anträgen eingebracht, die den Ausbau der Arbeiterschutzgesetzgebung bezwecken. Dagegen läßt sich nichts einwenden. Aber die beste Garantie für den Arbeiterschutz haben wir denn doch nur dann, wenn eine gute gewerkschaftliche Organisation besteht. Wenn die Genossin Glas verlangt, daß man sich in den Versammlungen mehr mit Arbeiterschutz und mit dem Schutze der Arbeiterin befasse, so muß ich darauf erwidern: Das ist im großen Ganzen bisher schon geschehen.

Sofie **Jobst** (Asch): Im Ascher Gebiet ist besonders die Textilindustrie entwickelt. In Asch, Graslitz, Zwodau u. s. w. kommen jede Woche Unglücksfälle vor, die nur dem Umstande zuzuschreiben sind, daß keine Arbeiterschutzvorrichtungen in den Fabriken bestehen. Wenn man weiter von geheimen Zeichen in Arbeitsbüchern gesprochen hat, so wissen wir auch in Asch ein Liedchen davon zu singen. Wenn sich jemand bei uns erlaubt, öffentlich in der Partei thätig zu sein, wird er entlassen und erhält ein geheimes Zeichen ins Arbeitsbuch. Auch in den Glas- und Porzellanfabriken ist es so. Wie mangelhaft in unseren Fabriken die Arbeiterschutzvorrichtungen sind, beweist ein Fall, der sich jüngst im Alt Rohlau abgespielt hat, wo ein 16jähriges Mädchen verunglückte. Die Rampenarbeiterinnen in Falkenau müssen unter freiem Himmel stehen, so daß ihnen die Kleider oft am Leibe anfrieren. Und auch im Nürschaner Kohlenbecken ist es nicht besser, dort müssen Frauen sogar bei Nacht arbeiten; im Erzgebirge müssen sich sogar Kinder im Alter von sechs bis zehn Jahren schon früh Morgens an die Arbeit setzen. Die Spitzenklöpplerinnen, Posamentierarbeiterinnen, Handschuharbeiterinnen, sogar Puppenmacherinnen — alle diese Heimarbeiterinnen im Erzgebirge und auch die Waldarbeiter gehören keiner Krankenkasse an. Ich stimme der Genossin Popp zu, die dringend die Einführung weiblicher Fabriksinspektoren verlangt hat.

Lotte **Glas** (Wien): Wenn jede kleinste Schutzbestimmung für die Arbeiterschaft von größter Bedeutung ist, so sind wir alle darüber einig, daß ausgedehnte Schutzbestimmungen besonders für die arbeitenden Frauen nothwendig sind. Ich muß da mein Bedauern darüber aussprechen, daß von der Partei im allgemeinen und vom Verbande sowie von den verschiedenen Gewerkschaften im besonderen — soweit die Agitation in Betracht kommt — für die Arbeiterinnen wenig geschehen ist. Auch in der Resolution des Referenten sind alle jene alten Bestimmungen von den früheren Parteitagen und aus dem Programm wiederum enthalten. Es sind aber eine Reihe von Bestimmungen, die in unserer Resolution enthalten sind, und auf die er von vornherein hätte kommen müssen, nicht darin enthalten. Es findet sich weder die Forderung nach weiblichen Fabriksinspektoren noch das gesetzliche Verbot von Nachtarbeit, Kinderarbeit u. s. w. darin. Ein Redner hat gemeint, daß sich die Arbeiterinnen um die Organisationen mehr bekümmern sollen. Wenn wir uns mehr bekümmern würden, den Arbeiterinnen die verschiedenen Forderungen in Bezug auf den Arbeiterschutz vorzutragen, Versammlungen einzuberufen, in denen wir ihnen die Wichtigkeit und die Bedeutung der weiblichen Fabriksinspektoren, sowie eines ausgedehnten Schutzes für schwangere Frauen auseinandersetzen, hätten wir weniger über die Indifferenz der Arbeiterinnen zu klagen. Mit einigen Worten möchte ich auch der Thätigkeit des Verbandes gedenken. Der Genosse Hannich hat hervorgehoben, daß die Vorbedingung für ernste Arbeit im Parlament fehlt. Aber auch so lange der Verband seine Thätigkeit entfaltet hat, haben wir Frauen nicht entdecken können, daß man sich irgendwie mit Arbeiterinnenschutz besonders befaßt hätte. Es ist zwar wahr, daß die Abgeordneten Resel und Rieger einzelne Unzukömmlichkeiten in Tabakfabriken vorgebracht haben, aber man hat in dieser Beziehung viel zu wenig gethan. Ich möchte wünschen, daß der Verband

insbesondere wegen der Tabakarbeiterinnen und der Heimarbeiterinnen etwas thue. Es ist bekannt, daß schwangere Frauen in Tabakfabriken geohrfeigt wurden, eine Brutalität, die jedermann empören muß. Ich will nochmals allen da ans Herz legen, daß Sie in Versammlungen besonders über den Arbeiterinnenschutz reden und dafür eine ausgiebige Agitation einleiten.

Pokorny (Brünn): Es ist eine allgemein bekannte Thatsache, daß unsere unzulängliche Arbeiterschutzgesetzgebung von den Unternehmern noch umgangen wird. Alle eingebrachten Anträge gehen aber dahin, daß diese Gesetzgebung noch verbessert werde. Nun zeigt uns aber die Statistik, welche Opfer die Vernachlässigung dieser Gesetze zur Folge gehabt hat. Ich möchte Ihnen ein Mittel in Vorschlag bringen, das geeignet wäre, die große Anzahl der Opfer zu verringern. Das ginge sehr leicht, wenn neben den politischen und gewerkschaftlichen Vertrauensmännern in den einzelnen Industrieorten auch solche angestellt würden, die sich lediglich mit der Ueberwachung der Betriebe und der Untersuchung der Beschwerden zu beschäftigen hätten. Unsere Vertrauensmänner können das nicht thun. Es sind auch bei uns in Brünn sehr viele Beschwerden eingelaufen, die aber nicht erledigt worden sind, weil keine Personen da waren, die dazu Zeit gehabt hätten.

Betty **Krapka** (Wien) [tschechisch]: Ich glaube, niemand von uns wird verkennen, wie dringend nothwendig die Bestellung von weiblichen Fabriksinspektoren ist. Hier in Brünn, wo so viele Textilarbeiterinnen beschäftigt sind, ist diese Nothwendigkeit ganz besonders in die Augen springend. Wir müssen selbstverständlich darauf beharren, daß die Arbeiterinnen auch ein Wort dreinreden, und daß Leute in das Inspektorat kommen, die sich in den Fragen des praktischen Lebens der Arbeiter auskennen. Hier in Brünn kam es sehr oft vor, daß sich die Arbeiterinnen nach ihrer Arbeitszeit noch Arbeit nach Hause nahmen. Auch die Ziegelarbeiterinnen müßten mehr geschützt werden. Die Ziegelarbeiterinnen müssen auch in der letzten Zeit der Schwangerschaft schwere Arbeiten leisten, und unter sechs Kindern kommt höchstens eines gesund zur Welt. Es müßte verboten werden, daß sie bis zur Niederkunft arbeiten müssen. Wenn Sie die Anträge zum Nutzen der Frauen heute annehmen, glauben Sie nicht, daß Sie dann schon genug gethan haben. Das ist oft genug geschehen. Aber wir müssen verlangen, daß auch wirklich eine Aktion in ganz Oesterreich eingeleitet werde. Wenn die Frauen geschützt sind, haben nicht nur die Frauen selbst, sondern die ganze Arbeiterschaft den Vortheil daran.

Referent **Hannich**: Bevor ich auf die einzelnen Anträge eingehe, will ich einige Worte auf die Einwände der Genossin Glas vorbringen, daß wir uns mit dem Arbeiterinnenschutz zu wenig befassen. Das ist unrichtig. Wenn wir in der Frage des Arbeiter-, beziehungsweise Arbeiterinnenschutzes nicht weitergekommen sind, so ist der Grund hiefür in der Aufhebung der parlamentarischen Session zu suchen. Der Vorwurf der Genossin Glas gegen meine Resolution ist unberechtigt. Ursprünglich war meine Resolution allerdings wesentlich anders. Da wir aber keine Aussicht haben, daß wir so bald zur Lösung sozialpolitischer Fragen kommen werden, wurde die Resolution so geändert, wie sie vorliegt. Daß ich die Resolution, die im Parteibericht abgedruckt ist, nicht erwähnt habe, geschah deshalb, weil ich vorausgesetzt habe, daß Sie die Frage später selbst besprechen werden. Die Beschwerden, die Genossin Krapka über die Ziegelarbeiterinnen vorgebracht hat, fallen unter die allgemeinen Beschwerden über die Handhabung der Gewerbeordnung. Was sie von Dienstboten gesagt hat, läßt sich nur besser machen durch eine Abänderung der Dienstbotenordnung. Sobald wir nur halbwegs normale Zustände im Parlament haben, werden wir auch davon sprechen.

Was die einzelnen Anträge betrifft, so habe ich Folgendes zu bemerken. Bezüglich des Antrages Teller muß ich darauf verweisen: daß wir uns mit der Regelung der Sträflingsarbeit beschäftigt haben, aber nicht aus denselben Gründen wie die Kleingewerbetreibenden, die die Strafhausarbeit bekämpfen, weil sie darin eine Konkurrenz erblicken. Sie verlangen das Verbot der Strafhausarbeit, wir verlangen aber eine Regelung derselben und sagen, insofern die Sträflinge arbeiten — und wir erblicken darin eine Milderung der Strafe —, soll es unter denselben Arbeitsbedingungen geschehen, unter welchen die anderen arbeiten.

Was den Antrag des Genossen Ausobsky betrifft, so haben Sie ja dessen Begründung durch den Antragsteller gehört. Die Kommission ist der Ansicht, daß dieser Antrag aus prinzipiellen Gründen abzulehnen sei, denn es ist unmöglich, daß wir heute den Verband beauftragen, im Parlament für die Festsetzung der zehnstündigen Arbeitszeit einzutreten, wo wir seit Jahren den achtstündigen Arbeitstag fordern. Eventuell kann dieser Antrag dem Verband zugewiesen werden, damit dieser gegebenenfalls, wenn dieses Kapitel im Parlament angeschnitten werden sollte, darüber spreche.

Bezüglich des Antrages Müller (Graz) war die Kommission der Ansicht, daß für die Arbeiter in diesen Betrieben eine achtstündige Arbeitszeit eigentlich schon zu viel sei, und daß man trachten müsse, hier die achtstündige Arbeitszeit als Maximalarbeitszeit festzusetzen. Der Antrag Krapka wäre nach Ansicht der Kommission dem nächsten Gewerkschaftskongreß zu übermitteln; hier sollte er abgelehnt werden. Den Antrag Kränkl empfiehlt Ihnen die Kommission zur Annahme, damit dieses freche und ungerechte Unternehmerthum, wie es beim Bergbau zu treffen ist, öffentlich gebrandmarkt wird. Gegenüber dem Antrage der Handelskonferenz in Prag kann sich die Kommission nur dahin äußern, daß die Handelsangestellten vor allem dafür sorgen sollen, tüchtige Organisationen zu schaffen. (Sehr richtig!) Das dürfte der beste Weg sein, zum Ziele zu gelangen. Nichtsdestoweniger empfiehlt Ihnen die Kommission, diesen Antrag der Parteivertretung zur thunlichsten Berücksichtigung zuzuweisen. Ich wurde aufgefordert, hier besonders darauf aufmerksam zu machen, daß die Organisation der Handelsangestellten in Wien sehr viel zu wünschen übriglasse, und daß es an der Zeit wäre, daß man in Wien einen anderen Weg einschlagen möge. (Krapka: Das sollte allgemein gesagt werden!) Ganz richtig, es muß dies auf die Handelsangestellten in allen größeren Städten bezogen werden.

Die Resolution des Frauen-Reichscomités enthält die sehr wichtige und weitgehende Forderung, daß die in den Fabriken beschäftigten Frauen den Samstagnachmittag freibekommen sollen. Wenn es uns gelingt, dies durchzusetzen, dann können Sie versichert sein, daß uns die Durchführung der vollen Sonntagsruhe bezüglich der Handelsangestellten sehr leicht sein wird.

Es wird nunmehr zur Abstimmung geschritten. Dem Sozialdemokratischen Verbande werden zugewiesen die Anträge: Job (Lieben), Dr. August Stark (Karlsbad), Müller II (Graz), Salamander (Lemberg), Prachensky (Innsbruck), Theodorczuk (Krakau), Benesch (Trebitsch), Preußler (Wien), Julius Bayer (Göding), Teller (Neu-Sandez), Müller I (Graz), Vaněk (Budweis) und Kozakiewicz (Lemberg); der Parteivertretung werden zugewiesen der Antrag Tuller (Leoben) und der Antrag der Handelskonferenz in Prag.

Dem Verbande und der Parteivertretung werden zugewiesen die Anträge Rouschar (Prag) und des Frauen-Reichscomités.

Der Antrag Kränkl (Falkenau) und die Resolution des Referenten werden einstimmig angenommen, die Anträge Krapka (Wien) und Ausobsky (Wien) werden abgelehnt.

Zur Verhandlung kommt Punkt 8

Frauenbewegung.

Zu diesem Punkte liegen folgende Anträge vor:

Antrag des **Frauen-Reichscomités**:

Zur Förderung der gewerkschaftlichen Organisation der Arbeiterinnen empfiehlt der Parteitag die Einführung der von der ersten Frauenkonferenz zu Ostern 1898 beschlossenen Frauensektionen.

Um auch die politische Aufklärung der Arbeiterinnen zu fördern, ist in Versammlungen, in der Presse und im Parlament die Zulassung der Frauen als ordentliche Mitglieder in politische Vereine anzustreben.

Für den sozialdemokratischen Programmpunkt: Allgemeines, gleiches und direktes Wahlrecht ohne Unterschied des Geschlechtes für alle Vertretungskörper ꝛc., ist mit Bezug auf die Frauen mit mehr Nachdruck wie bisher in Versammlungen, Presse und Parlament einzutreten.

Um das Verständniß der Arbeiterinnen für die Presse und ihre eigenen Interessen zu erwecken, empfiehlt der Parteitag den Organisationen, ihren weiblichen Mitgliedern die „Arbeiterinnen-Zeitung" zugänglich zu machen.

Antrag **Dorfer**:

1. Die Parteivertretung wird beauftragt, bei allen Volksversammlungen einen Punkt, „Die Stellung der Frauen und ihr politisches Recht", aufzunehmen.

2. In allen Parteiblättern soll eine separate Rubrik „Frauenbewegung" aufgenommen werden, unter der speziell die ökonomische und politische Rechtlosigkeit der Frauen zur Besprechung zu gelangen hätte.

Antrag Božena **Tonžil** (Werschowitz):

Die sozialdemokratische Partei soll so weit als möglich den theoretischen Forderungen der Frauen auch in der Praxis Rechnung tragen, und zwar derart, daß in der Parteivertretung auch die Frauen ihre Vertretung haben;

daß ferner überall, wo sich die hiezu fähigen Frauen vorfinden, diese geradeso wie die Männer zu redaktionellen und administrativen Arbeiten zugelassen sowie in die Institutionen der Partei (zur Krankenkontrole, in die Krankenkassen, Versicherungsinstitute 2c.) gewählt werden.

Antrag Dr. **Liebermann** (Przemysl):

1. Die Resolution des Frauen-Reichscomités wird der Parteivertretung zur thunlichsten Berücksichtigung zugewiesen.

2. Die zur Revision des Parteiprogramms eingesetzte Kommission wird beauftragt, eine Resolution, die die Stellung der österreichischen Sozialdemokratie der Frauenfrage gegenüber genau und erschöpfend präzisirt, auszuarbeiten und dem nächstfolgenden Gesammtparteitag zu unterbreiten.

Adelheid **Popp** (Wien): Parteigenossen! Ich will hier nicht viel Worte über die Nothwendigkeit der Frauenbewegung sprechen, denn die meisten Genossen sind ja im Prinzip mit der Frauenbewegung, das heißt der Frauenorganisation vollkommen einverstanden. Es gibt aber unter ihnen doch sehr viele, die in dieser Richtung sehr pessimistische Anschauungen haben. Auch uns, die wir in der Arbeiterinnenbewegung seit Jahren thätig sind, geht es oft so. Das kann und darf uns aber nicht bewegen, unsere Thätigkeit erlahmen zu lassen. Wir dürfen uns auch nicht verhehlen, daß trotz aller Schwierigkeiten und Hindernisse bereits erfreuliche Fortschritte gemacht worden sind. Es ist schon auf dem Linzer Parteitag von den Weisungen und Beschlüssen der Frauenkonferenz gesprochen worden, nach denen sich die Organisation der Arbeiterinnen entwickeln soll. Ich meine die Frauensektionen. Es soll nicht eine von den männlichen Arbeitern völlig abgeschlossene Organisation geschaffen werden, sondern es soll nur insoweit eine Trennung stattfinden, als diese die Eigenart und die speziellen Verhältnisse der Arbeiterinnen erheischen. Ich kann konstatiren, daß eine große Reihe von Parteigenossen und Vertrauensmännern sich mit diesen Forderungen der Frauenkonferenz beschäftigt haben und aus eigener Initiative bestrebt gewesen sind, die Arbeiterinnenorganisation auszubauen, was auch vielfach von Erfolg begleitet war. Es sind zahlreiche Frauensektionen geschaffen worden. Allerdings macht man sich über den Zweck und die Einrichtung solcher Frauensektionen manchmal unrichtige Vorstellungen. Viele Genossen haben die Sache so aufgefaßt, als sei dies nur eine Umschreibung für die Arbeiterinnenbildungsvereine. Die Frauensektionen, die heute schon in sehr großer Anzahl bestehen, sind aber thatsächlich mit Ausnahme jener Orte, wo es nicht anders möglich ist, nichts als eine Zusammenfassung der weiblichen Mitglieder in den verschiedenen gewerkschaftlichen Organisationen.

Wir konnten uns der Erkenntniß nicht verschließen, daß für die Arbeiterinnen ganz andere Organisationsbedingungen gegeben sein müssen als für die Arbeiter, daß es vor allem, mit wenigen Ausnahmen, nicht möglich ist, daß die Arbeiterinnen den gemeinsamen Sitzungen beiwohnen, weil sie ja nicht über ihre Zeit ebenso verfügen können wie die Arbeiter. Speziell in den Industrieorten ist die Sache so, daß, wenn sich Mann und Frau an der Organisation betheiligen, eine Abwechslung bezüglich der Theilnahme an den Sitzungen und Vereinsabenden eintritt. Wir haben daher den Genossen empfohlen, daß die weiblichen Mitglieder einer jeden Gewerkschaft eine Sektion mit einer eigenen Vorsitzenden

bilden, die ihre besonderen Wochenversammlungen, Diskussionsabende u. s. w. hat. In Niederösterreich, wo fast gar keine Frauenorganisation war, sind nun durch die Schaffung von Frauensektionen ganz schöne Ansätze vorhanden. Ebenso in Nordböhmen, wo sich insbesondere die Glasarbeiterinnen in der Organisationsarbeit intensiv bethätigen. Schlechte Erfahrungen in dieser Richtung dürfen uns freilich nicht gleich abschrecken. Die Frauen sind nun einmal „das zurückgebliebene Geschlecht". Sie sind noch nicht auf jene Höhe der Kultur gebracht wie die Männer; allerdings nicht in Folge ihrer natürlichen Veranlagung, sondern in Folge der Erziehung und Unterdrückung all ihrer Fähigkeiten. Diesem Umstande aber müssen wir in der Organisation und Agitation Rechnung tragen. Wir haben auch erkannt, daß die vollständig separate Organisation der Arbeiterinnen zu ihren Gunsten ist. Freilich sind andere als gewerkschaftliche Organisationen der Frauen nicht unter allen Umständen zu verwerfen, denn es gibt Gebiete, wo für die Arbeiterinnen noch nicht die Möglichkeit der gewerkschaftlichen Organisation vorhanden ist. Im Bezirke, den die Genossin Jobst vertritt, sind im letzten Jahre mehr als tausend Arbeiterinnen organisirt worden; sie besitzen aber keine gewerkschaftlichen Organisationen. Auch in Wien haben wir durch die Schaffung der Frauensektionen Fortschritte gemacht.

Es wird immer von der Gleichberechtigung der Frau mit dem Manne gesprochen. Aber den Frauen fehlen vielfach noch die Vorbedingungen, die Gleichberechtigung auszunützen. Es fehlt ihnen der Muth, ihre gleichen Rechte in den Organisationen so auszunützen, wie es nothwendig wäre, nicht weil die Genossen immer dagegen sind, sondern weil die Frauen eine kleine Minorität sind, weil sie verschüchtert und nicht gewöhnt sind, in den Reihen der Männer ihre Rechte zu vertreten. Ich bitte Sie, die Frauensektionen zu unterstützen, und wo keine bestehen, deren Gründung zu fördern. In Steinschönau haben wir schon acht Frauenorganisationen, wo abwechselnd in einer Woche die Männer, in der anderen die Frauen ihre Vereinsabende abhalten. Solche Frauensektionen bestehen auch schon in den Alpenländern, in Villach, Klagenfurt. Wir haben in einzelnen Bezirken, wo die Tabakarbeiterinnen den Ausschlag geben, schon heute ganz erfreuliche Ansätze für Frauenorganisationen und so auch in einer Reihe von anderen Branchen. Freilich kann das Frauen-Reichscomité nicht alle zufriedenstellen; es werden Vorwürfe gegen uns erhoben, aber es fehlt uns eben nicht nur an *Agitationskräften*, sondern auch an den *finanziellen Mitteln*, aus eigener Initiative überall einzugreifen, wo ein Boden für die Frauenorganisation vorhanden ist. Wenn wir an Sie herantreten, uns *auch in materieller Hinsicht zu unterstützen*, so thun wir es, um im Interesse der gemeinsamen Organisation etwas zu erreichen durch die Gewinnung der Arbeiterinnen.

Wir verlangen in unserer Resolution auch, daß für die *politischen Forderungen* der Frauen eifriger eingetreten werde als bisher. Wir verlangen, daß in der Presse, in den Versammlungen und im Parlament *die Zulassung der Frau zu den politischen Vereinen gefordert werde*. Wenn wir die Arbeiterinnen bloß gewerkschaftlich organisiren, so werden wir damit unseren Prinzipien nicht vollständig entsprochen haben. Ebenso wie für den Arbeiter die politische Organisation neben der gewerkschaftlichen nöthig ist, so braucht auch die Arbeiterin politische Aufklärung. Ich will hier keine Vorwürfe erheben, glaube aber behaupten zu können, daß nur in den *seltensten Fällen für die politische Gleichberechtigung der Frau etwas gethan wurde*. Wir sind damit zufrieden, wenn Sie anerkennen, daß thatsächlich die Zulassung der Frau in politische Vereine in Volksversammlungen, in der Arbeiterpresse und vom Sozialdemokratischen Verbande vertreten werden möge. Wir verlangen nicht eine separate Agitation hiefür im ganzen Reiche.

Wir beantragen weiters, daß zur Erkämpfung des allgemeinen, gleichen und direkten *Wahlrechtes ohne Unterschied des Geschlechts* für alle Vertretungskörper mehr geschehe als bisnun. Speziell während der letzten Wahlrechtsbewegung, die im ganzen Reiche so hohe Wellen geschlagen hat, hätte viel zur Aufklärung und Gewinnung der Frauen gethan werden können. Thun Sie es wenigstens in Zukunft, und ich bringe Ihnen das Vertrauen entgegen, daß

Sie unseren gerechten Forderungen auch entsprechen werden. Man kann einwenden, es wäre heute aussichtslos, für das Wahlrecht der Frauen und ihre politischen Forderungen einzutreten, wir haben aber auch die politischen Rechte der Arbeiter zu einer Zeit vertreten, wo von der österreichischen Gesetzgebung nichts zu erwarten war. Je früher für die politische Aufklärung der Frau gesorgt wird, desto eher werden wir auch die Gefahr beseitigen, die einzelne Genossen noch im Wahlrecht der Frauen erblicken; sie sagen, wir können heute der Frau das Wahlrecht nicht geben, weil die Frauen reaktionär und klerikal, weil sie verpfafft sind. Nun sehen wir aber, daß überall dort, wo die Frauen bereits politische Rechte — und zwar das Wahlrecht nicht nur für die Gemeindevertretungen, sondern auch für das Parlament — besitzen, wie in Australien, in Amerika und der englischen Colonie Neu-Seeland, sie ihre Rechte fast immer im Sinne des Fortschritts und der Freiheit ausgeübt haben. Wenn Sie für die politischen Rechte der Frau eintreten, so werden Sie sich das Vertrauen der Arbeiterinnen in erhöhtem Maße gewinnen und sie überzeugen, daß die Sozialdemokratie ebenso die Partei der Arbeiterinnen wie der Arbeiter ist. Um die Verpfaffung der Frauen zu bekämpfen und sie für die Reform der Schule zu gewinnen, ist vor allem ihre politische Aufklärung und Erziehung nothwendig, dann werden sie eine Stütze der freiheitlichen Bestrebungen sein.

Unsere Resolution enthält auch die Forderung, daß die „Arbeiterinnen-Zeitung" den weiblichen Mitgliedern der Organisationen zugänglich gemacht werde. Das gilt nicht nur für die deutsche Arbeiterinnen-Zeitung, sondern auch für die tschechische. Wir können heute sagen, daß seit der Frauenkonferenz und seit die Frauensektionen im Aufblühen begriffen sind, sich auch bei der „Arbeiterinnen-Zeitung" ein sehr erfreulicher Aufschwung gezeigt hat. (Bravo!) Noch im vorigen Jahre hatte die „Arbeiterinnen-Zeitung" eine Auflage von 2800 Exemplaren, die nicht verkauft wurden, und heute werden thatsächlich 4200 Exemplare unter den Arbeiterinnen abgesetzt. (Beifall.) Die Genossen in der Provinz haben sehr viel dafür gethan, daß die „Arbeiterinnen-Zeitung" in den Frauensektionen verbreitet werde. Es ist dies ein Maßstab dafür, daß thatsächlich auch die Organisation der Arbeiterinnen eine bessere geworden ist. Die christliche Frauenbewegung brauchen wir durchaus nicht zu fürchten, denn Arbeiterinnen kann uns diese Bewegung nicht nehmen, weil sie keine einzige wirthschaftliche oder politische Forderung für die Arbeiterinnen aufstellt.

Den Antrag des Genossen Dorfer, so gut er auch gemeint ist, empfehle ich Ihnen nicht, wir halten es einfach für eine Unmöglichkeit, daß in allen Versammlungen, was immer auch dort gesprochen wird, ein eigener Punkt über die Frauenfrage aufgestellt werde. Uns genügt es, wenn die Genossen in allen ihren Referaten bei den politischen und wirthschaftlichen Forderungen dasselbe für die Frau verlangen, was sie für die Genossen anstreben. Ebenso ist es auch mit der vom Genossen Dorfer gewünschten separaten Rubrik: „Frauenbewegung" in den Parteiblättern. Es ist gewiß wünschenswerth, daß sich die Parteipresse so oft und so viel wie möglich mit der Arbeiterinnenorganisation beschäftigt, aber nicht immer verfügen die Parteiblätter über den genügenden Raum oder über das nothwendige Material, um eine eigene Rubrik führen zu können. Es genügt, aber das ist auch die Pflicht der Genossen, wenn alle jene, die an der Spitze der Parteiblätter stehen, die Interessen der Frau, so oft dieses möglich ist, in ihren Blättern zum Ausdruck bringen.

Ich bitte Sie, unserer Resolution zuzustimmen, aber nicht bloß einen platonischen Beschluß zu fassen, sondern unseren Anträgen auch nach dem Parteitag nachdrücklich Geltung zu verschaffen. Heute ist eine Reihe von Genossinnen beisammen, die all ihr Wollen und Können im Interesse der Gesammtorganisation einsetzen. Wie es in nationaler Beziehung Minoritäten gibt, für die Sie eine Eigenart anerkennen, so müssen Sie auch in gleichem Maße die speziellen Verhältnisse und die Eigenart der Frauen berücksichtigen und ihnen Rechnung tragen. (Zustimmung.) Es ist nicht berechtigt, wenn man sagt: es darf für die Frauen keinen Separatismus geben. In Folge der Verhältnisse, in Folge der Gesetzgebung, die bisher nur eine Gesetzgebung für Männer war, muß man mit der eigenartigen Stellung der Frauen, die in ganz anderen Verhältnissen und Anschauungen aufgewachsen sind, rechnen. Wir wollen damit keinen Separatismus, sondern nur das

Wohl, die Förderung und das Aufblühen der Sozialdemokratie. Wir werden mit der Frauenbewegung Erfolge erringen, wenn auch nicht in so gewaltigem Maße wie bei den Männern, wenn wir allen Ernstes und mit der festen Absicht daran gehen. Wenn sich das Frauen-Reichscomité an die Organisationen um Geldmittel wenden wird, so verlangen wir nichts, um spezielle Wünsche zu erreichen, sondern um das Unserige zur Erreichung unseres gemeinsamen Zieles beitragen zu können. Wir müssen aber manchmal einen anderen Weg einschlagen als die Genossen, und dazu brauchen wir die entsprechenden Mittel. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Božena **Tonžil** (Prager Weinberge, tschechisch): Wenn wir heute auf dem Parteitag über die Frauenfrage sprechen, so hat es den Zweck, Direktiven zu erhalten, wie unter den Frauen weiter agitirt werden soll. Ich bin völlig einverstanden mit den Ausführungen der Genossin Popp, daß die Frauen mit den Männern zusammenarbeiten sollen, wo es nothwendig ist, ihnen aber auch gestattet sein soll, selbstständige Sektionen zu gründen, wo es im Interesse der Organisation gelegen ist. Bei der Organisation dürfen wir uns nicht nur an die Arbeiterinnen wenden, sondern müssen auch die Frauen der Arbeiter berücksichtigen; auch diese haben ja dieselben Interessen wie jene. Unter unseren männlichen Genossen wird vielfach die Frauenorganisation als etwas Nebensächliches betrachtet, wenn auch nicht in der Theorie, so doch in der Praxis. Statt daß die Genossen helfen würden, damit die Organisation der Frauen Fortschritte macht, verhalten sie sich an vielen Orten völlig ablehnend und hindern jede Organisationsbestrebung der Frauen. Wir müssen von den Männern verlangen, daß sie dieses Verhalten aufgeben, und daß sie dort, wo sich die Frauen zu organisiren streben, ihnen behilflich sind mit ihrer Erfahrung und mit agitatorischen Kräften. Es wäre angezeigt, daß eine Aktion eingeleitet würde, um den Frauen die Theilnahme an politischen Vereinen zu ermöglichen, und der Verband sollte im Parlament diesbezüglich Schritte unternehmen. Was den von mir gestellten Antrag betrifft, so sind darin gewiß keine übertriebenen Forderungen aufgestellt. Es soll darin nur der Grundsatz ausgesprochen werden, daß die Frauen, die dieselben Fähigkeiten haben wie die Männer, diesen nicht nachgesetzt werden. Gerade bei den Krankenkassen wäre es ein großer Vortheil für die kranken Arbeiterinnen, wenn Frauen zu ihnen als Kontrolore kämen. (Beifall.)

Vorsitzender **Popp** verliest ein Telegramm aus Dzieditz-Habersbirk, daß dort 120 Bergarbeiter wegen Entlassung eines Genossenschaftsdelegirten die Arbeit eingestellt hätten. (Pfuirufe.)

Dr. **Liebermann** (Przemysl): Das Frauen-Reichscomité kommt nur mit kleinlichen Dingen, die ausschließlich die Agitationstechnik betreffen. Ich bin der Ansicht, daß sich der Parteitag nicht in Details einlassen, sondern nur organische Grundzüge für die Agitation und das politische Leben des Proletariats statuiren kann. So zum Beispiel sagt die Resolution, wir sollen eine Aktion einleiten, daß die Frauen Mitglieder der politischen Vereine werden können. Das ist überflüssig, es steht schon im Hainfelder Programm. (Rufe: Auch die Arbeiterschutzgesetze stehen schon im Hainfelder Programm!) Ob ein Postulat mit größerem oder geringerem Nachdruck vertreten werden soll, sollte man der Parteivertretung überlassen. Es ist nicht immer der Zeitpunkt günstig, wo man Fragen wie das allgemeine Wahlrecht der Frauen in die Massen werfen kann. Die Massen beschäftigen jetzt viel dringendere Sachen, sie würden es nicht begreifen, wenn wir ihnen jetzt damit kämen. Die Forderung, daß die „Arbeiterinnen-Zeitung" den Frauen zugänglich gemacht werde, gehört nicht vor den Gesammtparteitag, sondern vor den deutschen Parteitag. Ich betrachte die Resolution des Frauen-Reichscomités als ein Flickwerk und bitte meinen Antrag anzunehmen.

Lotte **Glas** (Wien): Ich glaube, mich den Ausführungen der Genossin Popp dahin anschließen zu können, daß wir uns theoretisch und politisch über die Frauenfrage vollständig klar sind, ebenso wie über die nationale Frage. Aber so wie sich dieser Parteitag mit der nationalen Frage gründlich befassen mußte, wird sich der spätere Parteitag, und vielleicht mehr als manchem Genossen lieb sein mag, mit der Frauenfrage befassen müssen. Ich glaube, daß es gar nicht von

uns abhängt, ob wir uns mit der Frauenfrage befassen oder nicht. Wir wissen, daß wir über diese rein ökonomischen Thatsachen nicht hinwegkönnen. Ob ein Theil der Genossen diese Frage mit Widerwillen behandelt, muß für uns gleichgiltig sein. Es handelt sich für uns darum, inwieweit wir die im Hainfelder Programm festgelegten Prinzipien auch in Wirklichkeit durchführen sollen. Ich will Ihnen gern zugestehen, daß die Schwächen, die Hindernisse, die sich der Agitation entgegenstellen, uns besser bekannt sind, weil sie uns täglich zum Bewußtsein kommen. Dr. Liebermann sagt, wir sollten der Parteivertretung mit mehr Vertrauen gegenüberstehen. Wenn Sie von Mißtrauen gegenüber der Parteivertretung sprechen, finde ich es begreiflich; daran sind nicht wir schuld, sondern die Parteivertretung selbst. Beim Wimberger-Parteitag hat Dr. Czech die Parteivertretung gefragt, was sie für die Frauenbewegung gethan habe. Wir erhalten hierüber den Bericht des Frauencomités als Antwort. Das sieht so aus, als ob die Parteivertretung sich um das Entstehen dieses Comités ein Verdienst erworben hätte. Sie ist aber ganz unschuldig daran.

Ich kann Ihnen sagen, daß ich das Vertrauen gegenüber der Parteivertretung nicht habe. Es ist eine Reihe von Parteigenossen dort, die sowohl durch ihre Abstimmungen als durch ihre Reden der Frauenbewegung Konzessionen machen müssen; daß Sie sich aber zu einer unzweideutigen prinzipiellen Anerkennung und praktischen Durchführung derselben nicht verstehen wollen, ist leider sicher. Es ist wahr, es sind ganz erfreuliche Fortschritte in Bezug auf die Frauenorganisation zu verzeichnen, aber ich täusche mich nicht, daß noch ein großer Theil der Genossen mit Mißtrauen und Gleichgiltigkeit jenen Arbeiten gegenübersteht, die nun einmal zu machen nothwendig sind. Ich halte es für wenig vortheilhaft für unsere Bewegung, daß diese Art der Betrachtung der Frauenfrage manchem Parteigenossen beliebt. Ich möchte auch noch bitten, es nicht immer bei der prinzipiellen und platonischen Anerkennung unserer Forderungen zu belassen, sondern auch mit der That für unsere Forderungen einzutreten. Die erste Bedingung und Grundlage einer wirklichen politischen Frauenbewegung ist eine intensive Arbeit in den Gewerkschaften, und ich betone wieder, daß ich für die wichtigste Aufgabe den Ausbau der gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiterinnen, ihre Aufklärung in ökonomischer Beziehung halte. (Beifall.)

Jobst (Asch): Wer die Verhältnisse in der Provinz kennt, wird zugeben müssen, daß es nicht leicht möglich ist, dort selbstständige Frauenorganisationen zu schaffen. Ich kann daher die von dem Frauen-Reichscomité vorgeschlagenen Frauensektionen nur auf das lebhafteste begrüßen. Wir müssen trachten, insbesondere die verheirateten Frauen in die Organisation zu bringen, weil sie sonst ein Hinderniß für die Organisation der Männer sind. Hiebei ist allerdings zu berücksichtigen, daß die Frauen nicht in der Lage sind, so hohe Beiträge zu leisten wie die Männer.

In dem Bericht des IV. böhmischen Wahlkreises fehlt eine Anzahl von Organisationen, die wir in der letzten Zeit geschaffen haben, so eine Organisation der Tabakarbeiterinnen, die mehr als 200 Mitglieder zählt, eine Sektion der Porzellanarbeiterinnen in Grachowitz, ein Gewerkschaftsverein der Textilarbeiterinnen in Zwodau und eine Organisation der Handschuharbeiterinnen in Platten. In Joachimsthal dagegen sind die Handschuharbeiterinnen nicht für die Organisation zu gewinnen, da sie durchwegs Heimarbeiterinnen sind. In Falkenau haben wir eine Spinnfabrik, in der mehr als 300 Arbeiterinnen und nur 10 bis 15 Männer beschäftigt sind. Diese Arbeiterinnen haben heuer den 1. Mai gefeiert. Auch die Spitzenklöpplerinnen, die oft nur einen Verdienst von 20 kr. per Tag haben, suchten wir für die Organisation zu gewinnen. Die Rampenarbeiterinnen im ganzen Falkenauer Bezirk gehören dem Distriktsverbande der Berg- und Hüttenarbeiter an, und es darf keine auf der Rampe arbeiten, wenn sie nicht dem Verband angehört. Im Ascher, Graslitzer und Egerer Bezirk, wo die Textilindustrie vorherrscht, ist es ungemein schwer, die Arbeiterinnen für die Frauenbewegung zu gewinnen. Auch im III. böhmischen Wahlkreis, wo die Pfaffen und Feudalen unumschränkt herrschen, ist es uns ebenfalls gelungen, durch Gründung von Ortsgruppen unseres Vereines Fortschritte zu machen. Wenn wir in der Frauenbewegung vorwärtskommen wollen, müssen wir — und

das empfehle ich insbesondere den Genossen, welche in Versammlungen sprechen — die Aufmerksamkeit der Frauen auf die „Arbeiterinnen-Zeitung" lenken. (Beifall.)

Betty **Krapka** (Wien, tschechisch): Daß die Frauenbewegung als letzter Punkt auf die Tagesordnung gesetzt ist und jetzt so schnell durchgepeitscht wird, finde ich sehr merkwürdig. Statt daß die Genossen auf die Tribüne treten und uns ihre Ansichten über die Frauenbewegung sagen würden, schweigen sie still; aber wenn sie nach Hause kommen, da fällt manchem ein, daß es vielleicht doch nicht gut ist, wenn man die Frauen in ihren Organisationsbestrebungen unterstützt. Wenn wir dafür eintreten, daß in den Gewerkschaften Frauensektionen gegründet werden, so hat das seinen Grund hauptsächlich darin, daß die Genossen in den Gewerkschaften ihre Pflicht gegenüber den Arbeiterinnen vielfach nicht erfüllen. Es wird auch viel zu wenig gethan, um die Arbeiter über die Frauenfrage aufzuklären. So kommt es, daß selbst Genossen, die in Versammlungen als Redner auftreten, ganz merkwürdige Ansichten hierüber haben. So habe ich selbst einen Redner sagen gehört, daß die Frauenfrage gelöst sein werde, wenn die Männer besser gezahlt sein werden, da dann die Frauen nicht werden arbeiten müssen! Ein merkwürdiger Sozialismus das! Den Antrag der Genossin Touzil halte ich für berechtigt. Auf allen Kongressen wurden bisher immer alle möglichen Beschlüsse über die Frauenfrage gefaßt, wenn es sich aber darum handelte, die Gleichberechtigung in der Praxis durchzuführen, war alles wieder vergessen. Wie sollen wir mit Lust und Freude uns der Agitation widmen können, wenn man den Frauen so entgegenkommt, wie es erst vor kurzem in Brünn vorgekommen ist.

Vorsitzender **Popp**: Ich glaube, der Parteitag kann den Vorwurf, daß diese Frage durchgepeitscht wird, mit Recht zurückweisen. Thatsache ist ja, daß dies der einzige Punkt ist, bei dem alle vorgemerkten Redner zum Worte gelangt sind.

Adelheid **Popp** (zum Schlußwort): Ich habe zunächst auf die Ausführungen des Genossen Dr. Liebermann einiges zu bemerken. Das Frauen-Reichscomité ist von der Parteivertretung beauftragt worden, zu dieser Frage eine Referentin zu bestimmen und auch eine Resolution vorzulegen. Diese Resolution ist von der Parteivertretung „zensurirt" worden, es wird also das, was Ihnen in unserer Resolution vorgeschlagen wird, im Einverständniß mit der Parteivertretung vorgeschlagen. Dr. Liebermann meint auch, eine Agitation für die Zulassung der Frau in die politischen Vereine sei überflüssig, weil im Parteiprogramm die Beseitigung des Vereins- und Versammlungsgesetzes gefordert wird. Nach meiner unmaßgeblichen Meinung ist es nicht unwahrscheinlich, daß die Zulassung der Frauen in die politischen Vereine eher zu erreichen sein wird als die Beseitigung des Vereins- und Versammlungsgesetzes, wenn eine genügende Agitation entfaltet wird. Wir wollen ja nicht Kundgebungen im ganzen Reiche veranstalten, es sollte aber doch in der Presse und in den Versammlungen darauf hingewiesen werden. Es ist auch eine Gepflogenheit unserer Partei, daß wir, wenn uns der Zeitpunkt geeignet erscheint, eine Forderung aus dem Programm herausgreifen und für sie eine Agitation entfalten.

Wenn Dr. Liebermann bemerkt, daß die „Arbeiterinnen-Zeitung" nicht hieher gehöre, so stimme ich ihm bei und ich möchte den betreffenden Passus in der Resolution in folgender Weise abändern:

> Der Parteitag empfiehlt den Organisationen, ihren weiblichen Mitgliedern die sozialdemokratische Arbeiterinnenpresse zugänglich zu machen.

Noch ein Wort zum Antrag der Genossin Touzil, um hier allfälligen Mißverständnissen zu begegnen. Genossin Touzil will damit den Parteigenossen empfehlen, in jenen Instituten, wo die sozialdemokratische Arbeiterschaft Einfluß hat, auch die sich bewerbenden Frauen, wenn sie die Befähigung besitzen, bei Anstellungen zu berücksichtigen. Werden ja doch die Frauen in staatlichen und privaten Instituten immer mehr zu Kanzleiarbeiten herangezogen. Die Ablehnung der von uns vorgelegten Anträge würde eine bedeutende Schädigung der Arbeiterinnenbewegung herbeiführen, denn es könnte leicht so gedeutet werden, als ob der Parteitag es für überflüssig und unmöglich halten würde, daß den Arbeiterinnen auch politische Rechte zut heil werden. Ich bitte Sie daher, unsere Anträge einstimmig anzunehmen.

Hierauf wird zur Abstimmung geschritten.

Der erste Punkt des Antrages Liebermann wird abgelehnt, der zweite Punkt des Antrages der Kommission zur Revision des Parteiprogramms überwiesen.

Der Antrag des Frauen-Reichscomités mit dem Abänderungsantrage der Referentin Popp und ebenso der Antrag Touzil werden einstimmig angenommen. Der Antrag des Genossen Dorfer wird abgelehnt.

Hiemit ist der Punkt 8 erledigt, und wird zum letzten Punkt der Tagesordnung,

Eventuelles

geschritten.

Zur Beschickung des internationalen Sozialisten- und Arbeiterkongresses in Paris 1900 nimmt das Wort

Dr. **Adler**: Im nächsten Jahre wird in Paris der internationale Sozialisten- und Arbeiterkongreß zusammentreten. Es hat bereits eine Vorkonferenz in Brüssel stattgefunden, zu der von der Gesammtexekutive meine Person delegirt wurde. Bei dieser Vorkonferenz wurden die wichtigsten Grundbestimmungen festgestellt, auf Grund deren der Kongreß einberufen werden soll. Die Hauptschwierigkeit hiebei liegt in der Spaltung der französischen Sozialdemokratie in fünf verschiedene Fraktionen, die aber hoffentlich in wenigen Wochen beseitigt sein wird. (Bravo!) Ich glaube in Ihrem Sinne zu sprechen, indem ich sage, daß wenn der internationale Arbeiterkongreß in Paris nichts weiter leisten würde, als daß er dazu beigetragen haben wird, die von uns so sehr bedauerte Spaltung der französischen Sozialdemokratie zu beseitigen und sie zu einer einheitlichen Partei zu einigen, er dadurch allein schon eine sehr wichtige Aufgabe für das internationale Proletariat vollbracht hat. Und in der That haben die Vorkonferenzen schon gezeigt, daß die Kenntniß von der Nothwendigkeit, daß auf dem Kongreß die Parteien aller Länder als ein geschlossener Körper auftreten, für die französischen Genossen von erheblichem Einfluß in Bezug auf die Gestaltung ihrer inneren Parteiverhältnisse war. Es zeigt sich auch hier wieder, daß das internationale Verhältniß der Partei nicht nur einen Werth hat für die Beziehungen der Arbeiterschaft der verschiedenen Nationen untereinander, sondern auch rückwirkt auf die Geschlossenheit und Solidarität der einzelnen Nationen selbst. Die Tagesordnung dieses Kongresses ist lang und sehr wichtig. Sie kennen sie, und ich schlage Ihnen kurz vor:

Der Parteitag beschließt, es sei die Gesammtexekutive zu beauftragen, für die Beschickung des internationalen Arbeiter- und Sozialistenkongresses in Paris 1900 zu sorgen. (Beifall.)

Dieser Antrag wird einstimmig angenommen.

Weiter liegt noch eine Reihe von Anträgen vor, über die ohne Debatte sofort abgestimmt wird, und zwar:

Antrag der **Bezirksorganisation Steyr**:

In Anbetracht des Umstandes, daß ein beträchtlicher Theil der Arbeiterschaft in den verschiedenen Gemeinden in Folge der neuen Personaleinkommensteuer das Wahlrecht schon im Rahmen der bestehenden Wahlordnungen besitzt (Reichsgemeindegesetz, Artikel IX, Gesetz vom 21. Dezember 1867, R.-G.-Bl. Nr. 142, Artikel IV), dieses Recht aber von den bürgerlichen Parteien den Arbeitern vorenthalten wird, stellt die Wahlkreisorganisation Steyr folgenden Antrag:

Unbeschadet unserer Forderung nach dem allgemeinen, gleichen Wahlrecht für Reich, Land und Gemeinde, ist von allen jenen Gemeinden, wo es den Verhältnissen entspricht, das Wahlrecht auf Grund der Personaleinkommensteuer und mit Bezug auf die obenzitirte Gesetzesstelle mit allem Nachdruck zu fordern. (Angenommen.)

Antrag des **IV. Wiener Wahlkreises**:

Die Parteileitung wird beauftragt, das sozialdemokratische Hainfelder Programm in kurzer, aber klarer Weise (mit Vermeidung von Fremdwörtern) auszuarbeiten und unentgeltlich als Flugblatt im Reiche zur Vertheilung bringen zu lassen. (Zurückgezogen.)

Antrag des IV. **Wiener Wahlkreises:**

In Erwägung, daß es für die Organisation sowie Agitation eines jeden Wahlkreises der fünften Kurie von großem Nutzen wäre, das Reichsrathswahlergebniß von seinen Wahlorten, beziehungsweise Wahlsektionen (überhaupt von jedem Orte, wo ein Skrutinium stattfindet) zu besitzen, beschließt der Parteitag:

Jeder Wahlkreis hat, wenn er vor einer Reichsrathswahl steht, wo ein Kandidat von unserer Partei aufgestellt ist, entsprechende Formularien an die Genossen, die ein Skrutinium aufzunehmen haben, zur Vertheilung zu bringen. (Der Parteivertretung zugewiesen.)

Antrag des V. **Wiener Wahlkreises:**

Der Gesammtparteitag verurtheilt die veraltete Form der Zusammensetzung der Schwurgerichte und verlangt von der Regierung deren Ausbau in modernem und demokratischem Sinne (durch Wahl der Geschwornen auf Grund des allgemeinen, geheimen Wahlrechtes), damit auch die breite Schichte des Volkes — und nicht nur eine privilegirte Klasse — zum Geschwornenamt zugelassen wird. Unsere Reichsrathsabgeordneten und die Gesammtexekutive werden beauftragt, für diese Forderung einzutreten. (Der Kommission zur Revision des Parteiprogramms zugewiesen.)

Antrag **Reis** (Buchdrucker Böhmens):

Den Abgeordneten der Partei wird auferlegt, in den nächsten Parlamentssitzungen mit aller Macht dahinzuwirken, daß der Zeitungsstempel abgeschafft und die Regierung gezwungen wird, daß sie ihr Versprechen, diese abscheuliche Bildungssteuer, die nicht nur auf die kulturelle Entwicklung des Volkes, sondern auch auf die Entwicklung ganzer Industriegruppen schädlich einwirkt, abzuschaffen. (Einstimmig angenommen.)

Antrag **Reis** (Buchdrucker Böhmens):

In der nächsten Parlamentsperiode sollen die Abgeordneten der Partei einen vollständigen Antrag eines Preßgesetzes vorlegen, aus dem alle reaktionären Bestimmungen, die die freie Entwicklung des Druckes hemmen, hauptsächlich aber jene über das Kolportageverbot und das objektive Verfahren zu beseitigen sind. (Einstimmig angenommen.)

Antrag des XIV. **böhmischen Wahlkreises:**

Der Parteitag beschließt, daß die Revue „Akademie" bis auf weiteres nur in böhmischer Sprache erscheint, und zu ar weil sie dadurch billiger sei, unter den böhmischen Genossen größere Verbreitung finden und auf die Entwicklung der tschecho-slavischen Partei sehr vortheilhaft einwirken wird. (Angenommen.)

Antrag **Prähauser** (Salzburg):

Durch die letzte Hochwasserkatastrophe wurde ein beträchtlicher Theil der Bevölkerung der Alpenländer (Salzburg, Oberösterreich, Steiermark und Niederösterreich) von schwerem Unglück betroffen. Viele verloren ihr geringes Eigenthum oder wurden daran schwer geschädigt. Tage hindurch mußten Arbeiter in Folge Betriebsstörung in Fabriken, Werken und sonstigen Arbeitsstätten feiern, ja manche sind heute noch arbeitslos, da viele Betriebe vollständig zerstört wurden. Einer Anzahl Familien wurden die Ernährer entrissen, zum Theil durch die Tücke des Elements, zum Theil bei opfermuthiger Arbeit zum Schutze der Nächsten.

Das Elend ist in den vom Hochwasser heimgesuchten Gegenden ungeheuer und deshalb ausgiebige Hilfe dringend nöthig. Die Privathilfe kann bei der Größe des Unglücks bei weitem nicht zureichen, es ist deswegen Staatshilfe dringend geboten.

Die Gefertigten beantragen daher, der Parteitag möge beschließen: Der Parteitag stimmt der Ansicht des Verbandes der sozialdemokratischen Abgeordneten über die letzte Hochwasserkatastrophe zu und erwartet daß er sofort nach Zusammentreten des Reichsrathes eine energische Aktion zu Gunsten einer ausreichenden Staatsunterstützung der durch das Hochwasser Geschädigten, insbesondere der Arbeiter und Minderbemittelten, einleiten werde. (Einstimmig angenommen.)

Antrag **Beer** und Genossen (Wien):

Die Fragen der österreichisch-ungarischen Handelspolitik werden schon vor Ablauf der Handelsverträge mit den mitteleuropäischen Staaten bei der Revision des autonomen Zolltarifes an uns herantreten. Es handelt sich dabei um eine Reihe von einschneidenden Fragen, in denen bis jetzt das entscheidende Wort Agrarier und Großindustrielle gesprochen haben. Diesmal wird auch die sozialdemokratische Partei

ihr Votum in die Wagschale zu werfen im Stande sein. Es ist deshalb geboten, zur Frage der Handelspolitik Stellung zu nehmen.

Die Entwicklung der Kartelle hat auch in Oesterreich Formen angenommen, die in der letzten Zeit großen Arbeiterschichten ebenso wie dem gesammten arbeitenden Volke sich sehr schmerzlich bemerkbar gemacht haben. In der Presse wie in Versammlungen ist auch darüber vielfach gesprochen worden. Es ist jedoch geboten, daß auch diese Frage auf Grund der neuesten Erfahrungen auf einem Gesammtparteitag erörtert werde.

Wir beantragen daher: Es wird beschlossen, auf die Tagesordnung des nächsten Gesammtparteitages die Fragen der Handels- und Zollpolitik sowie die Kartelle zu stellen. (Angenommen.)

Antrag **Kristan** (Triest):

Der Parteitag wolle eine ständige korrespondirende, zehngliedrige Kommission wählen, die auf die nationale Frage bezughabendes Material sammeln, alle damit im Zusammenhang stehenden Erscheinungen studieren und der Gesammtparteivertretung darüber berichten, eventuell von Fall zu Fall praktische Vorschläge erstatten und die Ergebnisse veröffentlichen soll. Die Kommission kann sich nach Bedarf und eigenem Dafürhalten Mitarbeiter kooptiren. (Abgelehnt.)

Antrag **Bichl** (Graz):

In Erwägung, daß es äußerst wünschenswerth und nothwendig ist, daß die Beschlüsse des Parteitages zur Kenntniß aller Partei-Angehörigen gelangen, beschließt der Parteitag:

Es wird allen politischen Organisationen zur Pflicht gemacht, für die Verbreitung des Parteitagsprotokolls das Möglichste zu thun, damit durch größeren Absatz auch der Einzelpreis herabgesetzt werden kann und so die bessere Verbreitung erleichtert wird. (Angenommen.)

Antrag **Karpas** (Prag):

Die Erwerbung eigener Arbeiterheime am Sitze größerer Organisationen hält der Parteitag für sehr empfehlenswerth. (Abgelehnt.)

Antrag **Skaret** und Genossen:

Wir beantragen, daß der nächste Gesammtparteitag in Krakau abgehalten wird. (Mit 42 gegen 38 Stimmen angenommen.)

Abgeordneter Dr. **Verkauf** (Wien): Der Vorsitzende hat Ihnen den Inhalt eines Telegramms aus Falkenau zur Kenntniß gebracht, daß 120 Bergarbeiter in Ziedig-Haberspirk in den Streik getreten sind. Das ist kein gewöhnlicher Streik, darunter verbirgt sich mehr. Es droht eine Ausdehnung des Streiks, es droht ein heißer und prinzipieller Kampf zu werden. Die Aufmerksamkeit der österreichischen Arbeiterschaft wird wegen dieses geringfügigen Streiks nach dem Falkenauer Revier gelenkt werden. Er hat eine Ursache, wie sie nur in Oesterreich möglich ist. Man hat den Bergarbeitern das Genossenschaftsgesetz aufgedrängt. Graf Falkenhayn wollte damit die freien Organisationen der Bergarbeiter vernichten. Um den Arbeitern einen Knebel in den Mund zu stecken, ist dieses Gesetz gemacht worden. Man hat die Arbeiter gezwungen, die Mandate zu akzeptiren, man hat es aber unterlassen, sie zu schützen, wenn sie bei Ausübung des Mandats ihre Pflicht erfüllen. Es ist eingetroffen, was nicht ausbleiben konnte. Ein Delegirter hat in Ausübung seiner Pflicht den Direktor aufmerksam gemacht, daß an einer Stelle eine große Gefahr für die Sicherheit und das Leben der Arbeiter droht, und in der That ist dort ein Arbeiter verschüttet worden. Zum Glück ist er nicht todt, sondern nur verletzt. Der Direktor hat nun dem Delegirten, der seine Pflicht erfüllt hat, gekündigt. (Entrüstung.) Schon vor zwei Jahren hat aber der christliche Herr Urban, der Direktor des Juden Gutmann, den Versuch unternommen, die gesammte Bergarbeiterorganisation in Trümmer zu schlagen. Ich habe mich jetzt an das Ackerbauministerium gewendet und verlangt, daß es diesen neuerlichen Versuch, die Freiheit der Arbeiter einzuschränken, im Keim ersticke. Das Ackerbauministerium hat auch einen höheren Beamten hinausgeschickt. Aber der Uebermuth und die Macht dieser Unternehmer und ihrer Direktoren ist so groß, daß sie auch den Bemühungen des Ackerbauministeriums den entschiedensten Widerstand entgegengesetzt haben und darauf beharren, die

Organisation der Arbeiter zu zertrümmern. Ich habe es für nothwendig gehalten, hier auf dem Parteitage darauf hinzuweisen, und ich freue mich, daß der Parteitag noch beisammen ist, um konstatiren zu können, welche Wirkungen die Arbeiterschutzgesetze für die Arbeiter haben. Bei dieser Gelegenheit handelt es sich nicht um die 120 Bergarbeiter und ihre Familien, sondern um die prinzipielle Frage, den Versuch, die Arbeiterorganisation zu zertrümmern, zunichte zu machen. Wenn die Herrschaften sehen werden, daß nicht nur die Fallenauer Organisationen allein, sondern die gesammte österreichische Arbeiterschaft solidarisch für die Streikenden eintreten, werden sich solche Dinge nicht wieder ereignen. Es muß vor der Oeffentlichkeit konstatirt werden, daß es ein Direktor wagt, zu sagen: „Eher lass' ich den Schacht ersäufen, bevor ich die Arbeiter wieder aufnehme", damit man weiß, wer im Recht ist in dem Kampf, der uns bevorsteht. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Reis (Prag): Morgen beginnen in Wien die Berathungen der Buchdrucker zur Feststellung eines neuen Normaltarifes. Die Prinzipale nehmen von vornherein hiezu eine feindliche Stellung ein, und es ist zu erwarten, daß es zu einem Ausstand kommen werde, umsomehr als die Prinzipale sogar in manchen Punkten eine Herabsetzung des Tarifes beabsichtigen. Wir dürfen aber bei den gegenwärtigen Theuerungsverhältnissen nicht zurückgehen. Sie sind selbst große Konsumenten der Druckereien, und ich bitte Sie, dieser Lohnbewegung, die sämmtliche Buchdrucker Oesterreichs angeht, Ihre Sympathien entgegenzubringen. (Beifall.)

Vorsitzender **Popp**: Der Parteitag bringt sowohl den Bergarbeitern als den Buchdruckern seine vollsten Sympathien entgegen, und wir werden beide nach Möglichkeit unterstützen. (Allgemeiner Beifall.)

Hiemit erscheint die Tagesordnung des Parteitages erschöpft.

* * *

Dietl (Aussig an der Elbe): Es ist uns eine angenehme Pflicht, vor unserem Auseinandergehen dem verehrten Präsidium unseren Dank dafür auszusprechen, daß es sich seiner schwierigen Aufgabe in so mustergiltiger Weise entledigt hat. Ich glaube im Sinne aller Delegirten zu sprechen, wenn ich Sie ersuche, dem Präsidium diesen Dank durch Erheben von den Sitzen zu bezeugen. (Lebhafter Beifall. — Die Versammlung erhebt sich.)

Schuhmeier (Wien): Es ist auch unsere Pflicht, daß der Parteitag den Brünner Parteigenossen für die Aufmerksamkeit, die sie uns während unseres Aufenthaltes gewidmet haben, seinen wärmsten Dank ausspreche. (Beifall und Händeklatschen.)

Vorsitzender **Popp**: Geehrter Parteitag! Wir sind am Schlusse unserer Verhandlungen angelangt. Wir haben die Arbeiten, die wir uns vorgelegt haben, erledigt. Wir haben in einer Stadt getagt, wo die tschechische Organisation vorherrschend ist, wo aber auch die deutschen Genossen, wenn auch in der Minderheit, so doch eine gute Organisation besitzen. Die beiden Organisationen haben zusammengewirkt, um uns den Aufenthalt in Brünn so angenehm wie möglich zu machen. Es ist dies ein ehrendes Zeugniß für das Zusammenwirken beider Organisationen. Wir haben auf Brünner Boden eine Arbeit geleistet, die gewiß eine historische That genannt werden kann. Wir haben ein Programm beschlossen, das die Nationalitätenfrage in Oesterreich für die Zukunft regeln soll, und das den Rahmen aufstellt, wonach Oesterreich zu gestalten ist, wenn es nicht zugrunde gehen soll. Wenn wir die Lösung dieser Frage zustande gebracht haben, so ist diese That gewiß eine historische zu nennen, und künftige Geschichtsschreiber werden den Werth dieser Arbeit erst würdigen können. Die Sozialdemokratie hat aber damit bewiesen, daß die Befürchtungen eines Theiles unserer Genossen, daß diese Frage zur Zersplitterung unserer Partei führen könnte, sowie die Frohlockungen im gegnerischen Lager, daß diese Frage uns nicht zusammenführen, sondern entzweien werde, unbegründete und trügerische waren. Denn der Parteitag hat die Frage, soweit er sich sie vorgelegt, auch voll und

ganz gelöst. Wir geben uns gewiß nicht der Illusion hin, daß wir dadurch, daß wir hier einen Rahmen geschaffen haben, der die heutige Gestaltung Oesterreichs, die alten historischen Grenzen der im Reichsrathe vertretenen Königreiche und Länder streichen und neue Grenzen festsetzen soll, der auch unserer eigenen Organisation und unserer eigenen Bewegung eine neue Gestaltung gegeben hat, auch alle kleinlichen Zwistigkeiten zwischen den einzelnen Nationen unmöglich gemacht haben. Solche kleinliche Streitigkeiten werden immer vorkommen, sie haben aber keine prinzipielle Bedeutung für uns. Prinzipielle Bedeutung hat der festliegende Beschluß, den wir hier gefaßt haben. Bei gutem Willen und taktisch klugem Vorgehen an den Orten, wo zwei Nationen beisammen sind, die einheitlich arbeiten wollen, werden auch diese Reibungen verschwinden, die kleinen Zänkereien werden aufhören.

Wir können mit dem Ergebniß des Parteitages zufrieden sein. Die Sozialdemokratie Oesterreichs hat bekundet, daß die Organisation, die sie geschaffen hat, sich bewährte, daß sie jede Frage, die sie sich stellt, zu lösen vermag, sie hat bekundet, daß das organisirte Proletariat Oesterreichs, daß die österreichische Sozialdemokratie als Klasse einheitlich dasteht, einheitlich und kampfesentschlossen gegen jeden ihrer Gegner, einheitlich und kampfbereit gegen das Ausbeuterthum, einheitlich und kampfbereit gegen die Reaktion, kampfbereit gegen das Pfaffenthum und gegen alles, was das Proletariat zu unterdrücken versucht. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.) Diese Einheitlichkeit der Partei ist von unendlich hoher Bedeutung. Es wird einen großen Eindruck machen und von großem agitatorischen Werthe sein, wenn wir hinausgehen in die Reihen des arbeitenden Volkes und ihnen berichten, wie die Sozialdemokratie ihre Arbeiten erledigt und wie sie ihren Gegnern gegenübersteht. Wir leben in einer regierungslosen Zeit, und obwohl wir acht Tage beisammen sind und Graf Thun so liebenswürdig war, noch vor unserem Zusammentreten zu gehen, so ist es trotzdem noch nicht gelungen, Männer zu finden, die dieses Oesterreich regieren können. Mag kommen, was will, mag welche Regierung immer auf den Plan treten, sei sie klerikal oder liberal, deutsch oder slavisch, die Sozialdemokratie wird geschlossen dieser Regierung gegenübertreten, sobald sie sich als volksfeindlich erweist. Dieses Bewußtsein haben wir, wir können zufrieden sein und nun den Parteitag schließen. (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender **Nemec** (tschechisch): Das österreichische Parlament kann nicht zusammentreten, es ist aktionsunfähig; aber hier sitzt das Parlament des arbeitenden Volkes beisammen, und es hat gezeigt, daß es möglich ist, die nationale Frage zu lösen, wenn nur guter Wille da ist, wenn man Fortschritt und Freiheit als die Grundlagen anerkennt, wenn man die alten, überlebten Formen zerstört und neue lebenskräftige, entwicklungsfähige Formen an deren Stelle setzen will. Alle jene, die sich darauf freuen, daß hier in Brünn die Sozialdemokratie sich spalten werde, werden jetzt mit Aerger, aber auch mit Bewunderung hieher blicken. Sie werden erkennen, daß nichts zwischen uns besteht, was uns trennen könnte, daß vielmehr die Verhältnisse uns immer mehr aneinanderschließen und uns in Eine Front drängen, bis wir die wirthschaftliche und politische Freiheit erlangt haben. Dieser Kongreß hat gezeigt, daß die Internationale, die jene so hassen und verfolgen, die schwierigsten Fragen lösen kann, daß die Internationale die nationalen Fragen wie in Oesterreich im kleinen, so auf der ganzen Welt zu lösen allein fähig ist. Wir haben uns den Weg freigemacht für eine große Entwicklung. Wir wissen nicht, was morgen kommen wird. Sie drohen uns mit Absolutismus, sie drohen uns mit repressiven Maßregeln, aber der Absolutismus hat für uns nie aufgehört, und Oesterreich war nie ein freier Staat. Wir fürchten auch keine repressiven Maßregeln, woher sie auch kommen mögen. Wir sind im Kampfe stark geworden, und im Kampfe werden wir siegen. Die internationale Sozialdemokratie, die allein im Stande ist, die verwickeltsten Fragen zu lösen, die internationale Sozialdemokratie, die allein die Interessen des arbeitenden Volkes vertritt, die internationale Sozialdemokratie, die uns kämpfen gelehrt hat, und die uns zum Siege führen wird, die internationale Sozialdemokratie lebe hoch!

Vorsitzender **Popp**: Ich richte noch an die internationale Exekutive, die bisher zusammengearbeitet hat, die Aufforderung, auch in Zukunft, und womöglich noch einiger als bisher, gemeinsam zu arbeiten. Ich schließe den Parteitag mit einem dreimaligen Hoch auf die internationale Sozialdemokratie.

Der Kongreß bringt ein begeistertes dreifaches Hoch und Na zdar aus. Die Delegirten singen stehend das Lied der Arbeit und die „Rothe Fahne". Der Parteitag wird hierauf um halb 3 Uhr geschlossen.

An den Parteitag eingelangte Begrüßungsschreiben und Telegramme.

„Il Lavoratore" Triest, Organisation des X. böhmischen Wahlkreises Nimburg, deutsche Organisation Budweis, Parteileitung der ungarischen Sozialdemokratie, die vereinigten Zimmerergehilfen Wiens IX, Bezirksvertretung Brüx, Arbeiterbildungsverein „Eintracht" Zürich, Gießereiarbeiterversammlung in den „Drei Engel"-Sälen Wien, Generalversammlung der Buchdrucker Schlesiens Troppau, Eisenbahnarbeiter Neu-Sandec, Konsumangestellte Villach, die österreichisch-ungarischen und deutschen Sozialdemokraten in der Schweiz Zürich (den in Brünn versammelten Vertretern der österreichischen Sozialdemokratie entbieten herzlichen Gruß), organisirte Textilarbeiter Brüsau, polnische sozialistische Jugend Lemberg, organisirte Genossen Perchtoldsdorf, Buchdrucker Teschens, slovakische Arbeiter Budapest, Genosse Hlavacek Chicago, tschechische Sozialdemokraten Chicago, Frauenorganisation Blasta Proßnitz, Handlungsgehilfenversammlung Brünn, organisirte Arbeiter Steyrs, Ortsgruppe VIII der Metallarbeiter Wiens, die Jägerndorfer Genossen, Partei-Exekutive der Bukowinaer Sozialdemokraten, Redaktion der „Oesterreichisch-ungarischen Lokomotivführer-Zeitung", Gründungsfest „Apollo" und „Helios", Buchdrucker von Czernowitz, österreichisch-ungarische Sozialdemokraten in Zürich, Organisation Policka, Handlungsgehilfen Krakau, Dr. Soukup in Preßburg, südslavische Sozialdemokratie Laibach, tschechische Organisation Budapest, „Sila" in Lemberg, „Volnost" Falkenau, Nachoder Genossen, Genossen aus Lemberg, Kaufmännische Angestellte Trebitsch, Schuhobertheilarbeiter Krakau, Die organisirten Gastwirthegehilfen Wiens, Die Konferenz der Organisation „Unie", Mährisch-Ostrau, Genosse Havirz, Bauer in Schumitz, Taleslweber Kolomea, Organisation Auschine-Arbesan bei Aussig, Bezirkskonferenz Oberdorf bei Boitsberg, „Brüderlichkeit" in Drohobycz, Gründungsfest der chemischen Branche Donaufeld, Genossen in der Heilanstalt Alland, Genossen beim Weiz, Landstraße Wien, Handlungsgehilfen Olmütz, „Naturfreunde" Wien und Floridsdorf, Genossen in Neuhaus, Leseverein „Karl Marx" Wien, tschechische Eisenbahnerorganisation Zizkow, Organisation Neu-Königgrätz, Arbeiterschaft Trient, Vertrauensmännerversammlung Tetschen, Organisirte Arbeiter Mödling und Siebenhirten, Organisation Werschowitz, Organisation Groß-Meseritsch, Versammlung Lemberg, Lokalorganisation Kostenblatt, deutsche Organisation Proßnitz, Wahlkreisvertretung Vorarlberg, Sozialdemokraten Asch, Mitglieder des Turnvereines „Vorwärts", Böhmisch-Leipa, Polnische Bauern Krakau, Redaktion „Naprzod" Krakau, „Brüderlichkeit" Lemberg, Organisation Zabehlitz bei Prag, Handschuhmacher Freiwaldau, Wahlverein Josefstadt Wien, Arbeiter in Jaroslau, einige Genossen aus Bleiberg, Gerberfachverein „Einigkeit" Stanislau, Organisation Holleschau, Verein der Monteure und Hilfsarbeiter für Elektrotechnik Wien, die organisirten Genossen der „Sila" Stanislau, „Sila" Podgorze, Bezirksorganisation Grulich, Eisenbahner Staatsbahn Prag, Eisenbahner Südbahn Wien, Gewerkschaft der Färber Wien, Eisenbahner der Südbahn Graz, Landes-comité für Vorarlberg Dornbirn, Genosse Bretschneider Wien, Bund russischer Sozialdemokraten Bern (wünscht den österreichischen Genossen Erfolg im Kampfe gegen die reaktionären Mächte. Hoch die internationale Solidarität!). Näherinnen Wien, 31 Genossen aus Saaz, die durch die verwerfliche Kampfesweise der Deutschnationalen vor dem hiesigen Kreisgericht auf der Anklagebank sitzen, senden dem Parteitag herzliche Grüße und wünschen besten Erfolg, die organisirten Eisenbahner der k. k. Staatsbahnen, sozialdemokratische Gewerbetreibende Ottakring Wien, organisirte Frauen Villachs, Bezirksvertretung Leoben, Lokalorganisation Knittelfeld, organisirte Arbeiter Zeltweg, sozialistische Jugend Proßnitz, organisirte Eisenbahner der Nordbahn Wien, Bezirksorganisation Döbling Wien, Versammlung deutscher Arbeiter Prag, Verein „Wahrheit" Kolomea, Verein „Gerechtigkeit" Kolomea, sozialdemokratische Partei Kroatiens, organisirte Eisenbahner der Oesterreichisch-ungarischen Staatseisenbahngesellschaft Wien, organisirte Eisenbahner der Eisenbahn Wien-Aspang, ruthenische sozialistische Jugend Lemberg, „Brüderlichkeit" Tarnopol, organisirte Arbeiter in Beraun, Verein „Arbeiterheim" Favoriten Wien, Arbeiterradfahrerklub in Inzersdorf, die Funktionäre der Organisation der Lebensmittelarbeiterbrauchen in Wien, Sozialdemokratische Organisation in Kremsier, Exekutivcomitésitzung in Weipert im Erzgebirge, Verband der Arbeiterradfahrervereine Oesterreichs in Wien, die organisirten Buchbinder und Lederarbeiter in Wien, „Vorwärts!" Wien, Bezirksorganisation in Spittal an der Drau, die Weber des Ritter v. Wernberg in Wernstadt, Fohnsdorfer Genossen und ein Proletarierlehrer (dankt für die unerschrockene Vertheidigung der freien, interkonfessionellen Schule).

Präsenzliste

zum Gesammtparteitag der österr. Sozialdemokratie in Brünn.

Kongreßtheilnehmer	aus	vertritt
Adler Viktor, Dr.	Wien	Parteivertretung (deutsch)
Arbeitel Moriz	Steyr	II. oberösterr. Wahlkreis (deutsch)
Aster Jaroslav	Hohenmauth	XII. böhm. Wahlkreis (tschechisch)
Ausobsky Alois	Wien	Parteikontrole (deutsch)
Aust Ludwig	Kladno	II. böhm. Wahlkreis (tsche bisch)
Barth Josef	Gablonz a. d .N.	IX. böhm. Wahlkreis (tschechisch)
Bayer Franz	Brünn	I. mähr. Wahlkreis (deutsch)
Bayer Julius	Göding	III. mähr. Wahlkreis (tschechisch)
Beer Heinrich	Wien	Parteivertr. u. Metallindustrie (deutsch)
Benes Franz	Trebitsch	II. mähr. Wahlkreis (tschechisch)
Berner Ernst	Witkowitz	Reichsrathsabgeordneter VI. mähr. Wahlkreis (tschechisch)
Bichl Rudolf	Graz	I. steierm. Wahlkreis (deutsch)
Bierkopf Peter	Villach	Wahlkreis Kärnten (deutsch)
Brod Jakob	Wien	Holzarbeiterindustrie (deutsch)
Chura Jakob	Pilsen	XVIII. böhm. Wahlkreis (tschechisch)
Cingr Peter	Mähr.-Ostrau	Reichsrathsabgeordneter (tschechisch)
Czech Ludwig, Dr.	Brünn	VI mähr. Wahlkreis (deutsch)
Daszynski Ignaz	Krakau	Reichsrathsabgeordneter (polnisch)
David Anton	Wien	V. niederösterr. Wahlkreis (deutsch)
Dietl Heinrich	Aussig a. d. E.	VI. böhm. Wahlkreis (deutsch)
Dittrich Robert	Wien	IV. niederösterr. Wahlkreis (deutsch)
Dobiasch Josef	Wiener-Neustadt	IX. niederösterr. Wahlkreis (deutsch)
Dolezel Ignaz	Wien	Tschechische Organis. (N.-Oesterr.)
Eldersch Mathias	Brünn	II. schles. Wahlkreis (deutsch)
Ellenbogen W., Dr.	Wien	Parteivertretung (deutsch)
Englisch Johann	Krakau	II. galizischen Wahlkreis (polnisch)
Filipinsky Johann	Brünn	Textilindustrie (tschechisch)
Fröhlich Karl	Wien	VI. niederösterr. Wahlkreis (deutsch)
Gerin Antonio	Triest	Wahlkreis Küstenland (italienisch)

Kongreßtheilnehmer	aus	vertritt
Glas Lotte	Wien	Frauen-Reichscomité (deutsch)
Grablovic Anton	Köflach	I. steierm. Wahlkreis (slovenisch)
Gröbner Johann	Wien	IV. niederösterr. Wahlkreis (deutsch)
Habermann Gustav	Brünn	I. mähr. Wahlkreis (tschechisch)
Hackenberg Th.	Krems	VII. niederösterr. Wahlkreis (deutsch)
Hankiewicz Vic.	Lemberg	I. galizischen Wahlkreis (ruthenisch)
Hannich Josef	Steinschönau	Reichsrathsabgeordneter (deutsch)
Hannsch Ferdinand	Sternberg	VI. mähr. Wahlkreis (deutsch)
Hofmann Franz	Jitschin	X. böhm. Wahlkreis (tschechisch)
Hudec Josef	Lemberg	I. galiz. Wahlkreis (polnisch)
Hübel Ernst	Reichenberg	Textilindustrie (deutsch)
Hueber Anton	Wien	Gewerkschaftskommission Oesterreichs
Hybeš Josef	Brünn	Reichsrathsabgeordneter (tschechisch)
Job Johann	Lieben	VII. böhm. Wahlkreis (tschechisch)
Jobst Sophie	Asch	III. böhm. Wahlkreis (deutsch)
Karpas Julius	Prag	Eisenbahnerorganisation (tschechisch)
Katscher Bertrand	Teplitz	Handelsgruppe (deutsch)
Kiesewetter Wilhelm	Reichenberg	Reichsrathsabgeordneter (deutsch)
Klička Ignaz	Přibram	XVII. böhm. Wahlkreis (tschechisch)
Körbler Raimund	Wien	V. niederösterr. Wahlkreis (deutsch)
Kořinek Karl	Wien	Parteivertretung (tschechoslavisch)
Kozakiewicz Johann	Lemberg	Reichsrathsabg., I. galiz. Wahlkreis (polnisch)
Kocur Adam	Hermanitz	II. schles. Wahlkreis (tschechisch)
Kränkl Gustav	Falkenau a. d. E.	IV. böhm. Wahlkreis (deutsch)
Krainz Mathias	Reichenberg	VIII. böhm. Wahlkreis (deutsch)
Krapka Josef	Wien	Parteivertretung (tschechoslavisch)
Krapka Betty	Wien	Frauenorganisation (tschechisch)
Krejčí Alois	Pilsen	XVIII. böhm. Wahlkreis (tschechisch)
Kristan Etbin	Triest	Wahlkreis Krain, Küstenland und Parteivertretung (slovenisch)
Kubiček Johann	Kremsier	IV. mähr. Wahlkreis (tschechisch)
Kurowski Stefan	Krakau	I. u. III. galiz. Wahlkreis (polnisch)
Ležák Josef	Nová Ves	XIII. böhm. Wahlkreis (tschechisch)
Liebermann H., Dr.	Przemysl	Wahlkreis Galizien (polnisch)
Meizr Franz	Wien	II. niederösterr. Wahlkreis (deutsch)
Mischak Eduard	Wigstadtl	I. schles. Wahlkreis (deutsch)
Morgenstern L., Dr.	Mähr.-Schönberg	VII. mähr. Wahlkreis (deutsch)
Muchitsch Vincenz	Graz	I. steierm. Wahlkreis (deutsch)
Müller August	Graz	II. steierm. Wahlkreis (deutsch)
Němec Anton	Prag	I. böhm. Wahlkreis (tschechisch)
Padrlik Josef	Reichenberg	VIII. u. IX. böhm. Wahlk. (tschechisch)

Kongreßtheilnehmer	aus	vertritt
Pahl Johann	Znaim	III. mähr. Wahlkreis (deutsch)
Pelikan Emil	Wien	I. niederösterr. Wahlkreis (deutsch)
Pernerstorfer Engelb.	Wien	Parteivertretung (deutsch)
Penkert Anton	Niemes	VI. böhm. Wahlkreis (deutsch)
Pokorny Alois	Brünn	I. mähr. Wahlkreis (deutsch)
Ponec Josef	Linz	I. u. II. oberöst. Wahlkreis (tschech. Org.)
Popp Julius	Wien	Parteivertretung (deutsch)
Popp Adelheid	Wien	Frauen-Reichscomité (deutsch)
Prachensky Josef	Innsbruck	I. u. II. Tiroler Wahlkreis (deutsch)
Prähauser Jakob	Salzburg	Wahlkreis Salzburg (deutsch)
Preußler Robert	Wien	Keramische Industrie (deutsch)
Prokeš Johann	Mähr.-Schönberg	VI. mähr. Wahlkreis (tschechisch)
Radimský A.	Wien	Parteivertretung (tschechoslavisch)
Reger Thaddäus	Bielitz	II. schles. Wahlkreis (polnisch)
Reis Anton	Prag	XIV. böhm. Wahlkreis und Buchdrucker (tschechisch)
Resel Hans	Graz	Reichsrathsabgeordneter (deutsch)
Rieger Eduard	Brünn	Reichsrathsabgeordneter (deutsch)
Roušar Josef	Prag	I. böhm. Wahlkreis (tschechisch)
Salamander David	Lemberg	I. galizischen Wahlkreis (polnisch)
Schlinger Anton	Floridsdorf	VIII. niederösterr. Wahlkreis (deutsch)
Schmidt Hugo	Jägerndorf	I. schles. Wahlkreis (deutsch)
Schrammel Anton	Aussig a. d. E.	Reichsrathsabgeordneter (deutsch)
Schuhmeier Franz	Wien	Parteivertretung (deutsch)
Schweichart Josef	Steinschönau	VIII. böhm. Wahlkreis (deutsch)
Šeha Franz	Proßnitz	V. mähr. Wahlkreis (tschechisch)
Seliger Josef	Teplitz	V. böhm. Wahlkreis (deutsch)
Siegl Roman	Zwittau	VII. mähr. Wahlkreis (deutsch)
Skaret Ferdinand	Wien	Parteivertretung (deutsch)
Slowik Wladyslaw	Wien	Polnische Organisation, Wien
Smitka Johann	Wien	Parteikontrole und Bekleidungsindustrie (deutsch)
Soudek Anton	Nürschan	III. böhm. Wahlkreis (tschechisch)
Špera Alois	Brünn	I. mähr. Wahlkreis (tschechisch)
Spielmann Julius	Linz	I. oberösterr. Wahlkreis (deutsch)
Stark Hugo, Dr.	Karlsbad	IV. böhm. Wahlkreis (deutsch)
Steiner Josef	Wien	Reichsrathsabg., II. böhm. Wahlkreis u. tschech. Organisation N.-Oesterr.
Syrůček Franz	Neu-Königgrätz	XI. böhm. Wahlkreis (tschechisch)
Světlik Vincenz	Wien	Parteivertretung (tschechoslavisch)
Taub Salomon	Wien	Eisenbahnerorganisation (deutsch)

Kongreßtheilnehmer	aus	vertritt
Teller Andreas	Neu-Sandez	VII. galiz. Wahlkreis (polnisch)
Theodorezuk Wlad.	Krakau	II. galiz. Wahlkreis (polnisch)
Toužil Božena	Werschowitz	XIV. böhm. Wahlkreis u. tschechische Frauenorganisation
Trejbal Johann	Teplitz	V. u. VI. böhm. Wahlkreis (tschech.)
Tuller Ludwig	Leoben	II. steierm. Wahlkreis (deutsch)
Ullrich Viktor	Bielitz	II. schles. Wahlkreis (deutsch)
Vaněk Karl	Budweis	XVI. böhm. Wahlkreis (tschechisch)
Verkauf Leo, Dr.	Wien	Reichsrathsabgeordneter (deutsch)
Prátný Karl	Pilsen	Reichsrathsabgeord., XVIII. böhm. Wahlkreis (tschechisch)
Winarsky Leopold	Wien	II. niederösterr. Wahlkreis (deutsch)
Wittassek Johann	St. Pölten	VI. niederösterr. Wahlkreis (deutsch)
Wolf Franz	Wien	I niederösterr. Wahlkreis (deutsch)
Zeller Eduard	Teplitz	Reichsrathsabg., V. böhm. Wahlkreis (deutsch)
Zimmermann Franz	Wien	III. niederösterr. Wahlkreis (deutsch)
Zipfinger Alois	Wien	III. niederösterr. Wahlkreis (deutsch)

Vertreter ausländischer Parteien:

Frohme Karl, Hamburg.
Cabrini Angiolo, Professor, Mailand.
Baron Eduard, Budapest.

Sprechregister.

Adler 46, 58, 62, 65, 80, 81, 82, 109, 118, 133.
Aufobsky 122.
Baron 39.
Barth 54.
Beer 70.
Berner 49.
Brod 95.
Cabrini 45.
Czech 39.
Daszynski 49, 56, 82, 83, 84, 95.
David 64.
Dietl 136.
Dittrich 103, 116.
Doležel 69.
Elderſch 94.
Ellenbogen 41, 42, 46, 64, 89, 90, 94, 95, 108.
Fröhlich 117.
Frohme 38.
Gerin 86.
Glas Lotte 67, 124, 130.
Habermann 40.
Hankiewicz 84, 85.
Hannich 67, 80, 99, 120, 125.
Hanuſch 52, 123.
Höger 42.
Hueber 65, 80.
Hybeš 40.
Job 118.
Jobſt Sophie 69, 124, 131.
Karpas 46, 64.
Katſcher 118, 121.
Kozak 103.
Kränkl 121.
Krainz 117.
Krapka Betty 125, 132.
Krapka Joſef 37, 55, 62, 63, 71, 80, 93, 94, 95, 108, 123.
Krejčí 46, 58, 88, 117.
Kriſtan 62, 68, 85, 86.
Liebermann 92, 93, 130.
Morgenſtern 49, 53.
Muchitſch 71.
Müller 55, 103, 123.
Němec 38, 53, 58, 78, 79, 80, 107, 137.
Pelikan 67.
Pernerſtorfer 86, 87, 88.
Pokorny 93, 125.
Popp Adelheid 65, 69, 117, 121, 127, 132.
Popp Julius 37, 38, 96, 120, 130, 132, 136, 138.
Prachensky 54, 123.
Prähauſer 80, 120.
Preußler 91, 92.
Radimsky 95.
Reger 69, 108.
Reis 136.
Reſel 52, 57, 71, 80.
Rieger 42.
Rousar 62, 103.
Salamander 46, 62, 120, 122.
Schlinger 66.
Schmidt 71.
Schrammel 54.
Schuhmeier 51, 62, 94, 113, 119, 136.
Schweichart 120.
Seliger 56, 75, 76, 77, 78, 104.
Skaret 37, 40, 66, 117.
Slawik 68.
Smitka 42, 46, 70.
Souček 123.
Spera 52, 66.
Spielmann 94.
Soužil 67, 130.
Tuller 58.
Vaněk 93.
Verkauf 135.
Winarsky 74, 91.
Wolf 57, 65.
Zeller 51, 90. 91.
Zipfinger 55, 70, 93, 120.

Protokoll

über die

Verhandlungen des Gesammtparteitages

der

Sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Oesterreich

Abgehalten zu Wien
vom 2. bis 6. November 1901

Wien 1901
Verlag der Wiener Volksbuchhandlung Ignaz Brand
VI., Gumpendorferstraße 18

Tagesordnung des Parteitages:

1. Konstituirung des Parteitages:
   a) Wahl des Präsidiums;
   b) Festsetzung der Geschäfts- und Tagesordnung;
   c) Wahl einer Mandatsprüfungskommission.

2. Bericht der Gesammtparteivertretung. Berichterstatter: F. Skaret. Kassebericht: E. Kořinek.

3. Bericht über die parlamentarische Thätigkeit. Berichterstatter: Ignaz Daszynski.

4. Revision des Parteiprogramms. Berichterstatter Dr. Viktor Adler. Korreferent: Josef Steiner.

5. Die Zoll- und Handelspolitik der Sozialdemokratie in Oesterreich. Berichterstatter Karl Kautsky. Korreferent: Dr. Benno Karpeles.

6. Die Regierungsvorlage betreffend die Abänderung der Gewerbeordnung. Berichterstatter: M. Eldersch.

7. Die Alters- und Invaliditätsversicherung. Berichterstatter: Jakob Reumann.

8. Eventuelles.

Programm der sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Oesterreich.

(Beschlossen am Parteitag zu Wien 1901.)

Die sozialdemokratische Arbeiterpartei in Oesterreich erstrebt für das gesammte Volk ohne Unterschied der Nation, der Rasse und des Geschlechtes die Befreiung aus den Fesseln der ökonomischen Abhängigkeit, der politischen Unterdrückung und der geistigen Verkümmerung. Die Ursache dieser unwürdigen Zustände liegt nicht in den einzelnen politischen Einrichtungen, sondern in der das Wesen des ganzen Gesellschaftszustandes bedingenden und beherrschenden Thatsache, daß die Arbeitsmittel in den Händen einzelner Besitzer monopolisirt sind. Der Besitzer der Arbeitskraft, die Arbeiterklasse, geräth dadurch in die drückendste Abhängigkeit von den Besitzern der Arbeitsmittel mit Einschluß des Bodens, der Großgrundbesitzerklasse und der Kapitalistenklasse, deren politische und ökonomische Herrschaft im heutigen Klassenstaate ihren Ausdruck findet.

Der technische Fortschritt, die wachsende Konzentration der Produktion und des Besitzes, die Vereinigung aller ökonomischen Macht in den Händen der Kapitalisten und Kapitalistengruppen hat die Wirkung, immer größere Kreise früher selbstständiger kleiner gewerblicher Unternehmer und Kleinbauern ihrer Produktionsmittel zu enteignen und sie als Lohnarbeiter, Angestellte oder als Schuldknechte direkt oder indirekt in die Abhängigkeit von den Kapitalisten zu bringen. Es wächst die Masse der Proletarier, es steigt aber auch der Grad ihrer Ausbeutung, und dadurch tritt die Lebenshaltung immer breiterer Schichten des arbeitenden Volkes immer mehr in Gegensatz zu der rasch steigenden Produktivkraft seiner eigenen Arbeit und zu dem Anschwellen des von ihm selbst geschaffenen Reichthums. Die der Planlosigkeit der kapitalistischen Produktionsweise entspringenden Krisen mit ihrem Gefolge von Arbeitslosigkeit und Elend beschleunigen und verschärfen diese Entwicklung.

Je mehr aber die Entwicklung des Kapitalismus das Proletariat anschwellen macht, desto mehr wird es gezwungen und befähigt, den Kampf gegen ihn aufzunehmen. Immer mehr macht die Verdrängung der Einzelproduktion auch den Einzelbesitz überflüssig und schädlich, während zugleich für neue Formen genossenschaftlicher Produktion auf Grund gesellschaftlichen Eigenthums an den Produktionsmitteln die nothwendigen geistigen und materiellen Vorbedingungen geschaffen werden. Zugleich kommt das Proletariat zum Bewußtsein, daß es diese Entwicklung fördern und beschleunigen muß, und daß der Uebergang der Arbeitsmittel in den gemeinschaftlichen Besitz der Gesammtheit des Volkes das Ziel, die Eroberung der politischen Macht das Mittel seines Kampfes für die Befreiung der Arbeiterklasse sein muß. Nur das zum Klassenbewußtsein erwachte und zum Klassenkampf organisirte Proletariat kann der Träger dieser nothwendigen Entwicklung sein. *Das Proletariat zu organisiren, es mit dem Bewußtsein seiner Lage und seiner Aufgabe zu erfüllen, es geistig und physisch kampffähig zu machen und zu erhalten, ist das eigentliche Programm der sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Oesterreich*, zu dessen Durchsetzung sie sich aller zweckdienlichen und dem natürlichen Rechtsbewußtsein des Volkes entsprechenden Mittel bedienen wird.

Die sozialdemokratische Arbeiterpartei in Oesterreich wird in allen politischen und ökonomischen Fragen jederzeit das Klasseninteresse des Proletariats vertreten und aller Verdunkelung und Verhüllung der Klassengegensätze, sowie der Aus-

nützung der Arbeiter zu Gunsten von bürgerlichen Parteien energisch entgegenwirken.

Die sozialdemokratische Arbeiterpartei in Oesterreich ist eine internationale Partei: sie verurtheilt die Vorrechte der Nationen ebenso wie die der Geburt und des Geschlechtes, des Besitzes und der Abstammung und erklärt, daß der Kampf gegen die Ausbeutung international sein muß wie die Ausbeutung selbst. Sie verurtheilt und bekämpft alle Einschränkungen der Freiheit der Meinungsäußerung, sowie jede Bevormundung durch Staat und Kirche. Sie erstrebt gesetzlichen Schutz der Lebenshaltung der arbeitenden Klassen, und sie kämpft dafür, dem Proletariat auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens möglichst großen Einfluß zu verschaffen.

Von diesen Grundsätzen ausgehend, fordert die sozialdemokratische Arbeiterpartei in Oesterreich zunächst:

1. Allgemeines, gleiches, direktes und geheimes Wahlrecht in Staat, Land und Gemeinde für alle Staatsangehörigen ohne Unterschied des Geschlechtes vom 20. Lebensjahr an; Proportionalwahlsystem; Vornahme der Wahlen an einem gesetzlichen Ruhetage; dreijährige Gesetzgebungsperioden; Diätenbezug für die Gewählten.

2. Direkte Gesetzgebung durch das Volk vermittelst des Vorschlags- und Verwerfungsrechtes; Selbstbestimmung und Selbstverwaltung des Volkes in Staat, Land und Gemeinde.

3. Abschaffung aller Gesetze, die das Recht auf freie Meinungsäußerung einschränken; insbesondere Erfüllung voller Preßfreiheit durch Aufhebung des objektiven Verfahrens und der Einschränkung der Kolportage von Druckschriften; Aufhebung aller Gesetze, die das Vereins- und Versammlungsrecht einschränken.

4. Aufhebung aller Einschränkungen der Freizügigkeit, insbesondere aller Vagabunden und Schubgesetze.

5. Schaffung und Durchführung eines Gesetzes, das Beamte, die die politischen Rechte von Einzelnen oder Vereinen beeinträchtigen, einer strengen Bestrafung zuführt.

6. Sicherung der Unabhängigkeit der Gerichte; Unentgeltlichkeit der Rechtspflege und des Rechtsbeistandes; Entschädigung unschuldig Verhafteter und Verurtheilter; Wahl der Geschwornen auf Grund des allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlrechtes; Unterstellung aller Staatsangehörigen unter die ordentlichen Gesetze und Gerichte; Abschaffung der Todesstrafe.

7. Staatliche und kommunale Organisation des Sanitätsdienstes; unentgeltliche Beistellung der ärztlichen Hilfeleistung und der Heilmittel.

8. Erklärung der Religion als Privatsache; Trennung der Kirche vom Staate und Erklärung der kirchlichen und religiösen Gemeinschaften als private Vereinigungen, die ihre Angelegenheiten ganz selbstständig ordnen; obligatorische Zivilehe.

9. Obligatorische, unentgeltliche und weltliche Schule, die den Bedürfnissen und der Entwicklung der einzelnen Völker vollkommen entspricht; Unentgeltlichkeit der Lehrmittel und der Verpflegung in den Volksschulen für alle Kinder, sowie für jene Schüler höherer Lehranstalten, die zu weiterer Ausbildung befähigt sind.

10. Ersetzung aller indirekten Steuern und Abgaben durch stufenweise steigende Einkommen-, Vermögens- und Erbschaftssteuern.

11. Ersatz des stehenden Heeres durch die Volkswehr; Erziehung zur allgemeinen Wehrhaftigkeit; allgemeine Volksbewaffnung; Entscheidung über Krieg und Frieden durch die Volksvertretung.

12. Beseitigung aller Gesetze, wodurch die Frau gegenüber dem Manne öffentlichrechtlich oder privatrechtlich in Nachtheil gesetzt wird.

13. Befreiung der Wirthschaftsgenossenschaften der Arbeiter von allen ihre Thätigkeit hemmenden Lasten und Schranken.

Als Minimum an Arbeiterschutz fordert die österreichische Sozialdemokratie zunächst:

1. Volle Koalitionsfreiheit, gesetzliche Anerkennung der gewerkschaftlichen

Organisation, gesetzliche Gleichstellung der Landarbeiter durch Aufhebung der Dienstbotenordnungen.

2. Achtstündigen Maximalarbeitstag ohne Klauseln und ohne Ausnahmen.

3. Verbot der Nachtarbeit mit Ausnahme jener Betriebe, deren technische Natur eine Unterbrechung nicht zuläßt; die Nachtarbeit für Frauen und jugendliche Arbeiter ist jedoch ausnahmslos zu verbieten.

4. Volle Sonntagsruhe in der Dauer von mindestens 36 Stunden.

5. Strenge Durchführung des Verbotes der Erwerbsarbeit von Kindern unter 14 Jahren; ausreichende Schutzgesetze für Lehrlinge und jugendliche Arbeiter.

6. Ausschluß der Frauenarbeit aus den besonders für den weiblichen Organismus schädlichen Betrieben.

Alle diese Bestimmungen haben für Betriebe jeder Art und Stufenleiter (Großindustrie, Transportgewerbe, Handwerk, Handel, Hausindustrie, Land- und Forstwirthschaft) zu gelten.

Ausbau des Gewerbe-Inspektorats; Vermehrung der Inspektoren, denen exekutive Befugnisse zu geben sind; Mitwirkung der Arbeiterorganisationen an der Kontrole der Durchführung des Arbeiterschutzes durch die von ihnen gewählten Inspektoren und Inspektorinnen.

Ueber Unternehmer, die das Arbeiterschutzgesetz übertreten, sind strenge Strafen zu verhängen, die nicht in Geldstrafen umgewandelt werden dürfen.

Die Arbeiterversicherung ist einer durchgreifenden Reform zu unterziehen, durch Einführung einer allgemeinen Alters- und Invalidenversicherung sowie Witwen- und Waisenversorgung zu ergänzen und unter durchgängiger Selbstverwaltung der Versicherten einheitlich zu organisiren.

Nationalitätenprogramm der österreichischen Sozialdemokratie.

Beschlossen am Brünner Gesammtparteitag 1899.

Da die nationalen Wirren in Oesterreich jeden politischen Fortschritt und jede kulturelle Entwicklung der Völker lähmen, da diese Wirren in erster Linie auf die politische Rückständigkeit unserer öffentlichen Einrichtungen zurückzuführen sind und da insbesondere die Fortführung des nationalen Streites eines jener Mittel ist, durch die die herrschenden Klassen sich ihre Herrschaft sichern und die wirklichen Volksinteressen an jeder kräftigen Aeußerung hindern,

erklärt der Parteitag:

Die endliche Regelung der Nationalitäten- und Sprachenfrage in Oesterreich im Sinne des gleichen Rechtes und der Gleichberechtigung und Vernunft ist vor Allem eine kulturelle Forderung, daher im Lebensinteresse des Proletariats gelegen:

sie ist nur möglich in einem wahrhaft demokratischen Gemeinwesen, das auf das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht gegründet ist, in dem alle feudalen Privilegien im Staate und in den Ländern beseitigt sind, denn erst in einem solchen Gemeinwesen können die arbeitenden Klassen, die in Wahrheit die den Staat und die Gesellschaft erhaltenden Elemente sind, zu Worte kommen;

die Pflege und Entwicklung der nationalen Eigenart aller Völker in Oesterreich ist nur möglich auf der Grundlage des gleichen Rechtes und unter Vermeidung jeder Unterdrückung, daher muß vor allem Anderen jeder bureaukratisch-staatliche Zentralismus ebenso wie die feudalen Privilegien der Länder bekämpft werden.

Unter diesen Voraussetzungen, aber auch nur unter diesen, wird es möglich sein, in Oesterreich an Stelle des nationalen Haders nationale Ordnung zu setzen, und zwar unter Anerkennung folgender leitender Grundsätze:

1. Oesterreich ist umzubilden in einen demokratischen Nationalitätenbundesstaat.

2. An Stelle der historischen Kronländer werden national abgegrenzte Selbstverwaltungskörper gebildet, deren Gesetzgebung und Verwaltung durch Nationalkammern, gewählt auf Grund des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechtes, besorgt wird.

3. Sämmtliche Selbstverwaltungsgebiete einer und derselben Nation bilden zusammen einen national einheitlichen Verband, der seine nationalen Angelegenheiten völlig autonom besorgt.

4. Das Recht der nationalen Minderheiten wird durch ein eigenes, vom Reichsparlament zu beschließendes Gesetz gewahrt.

5. Wir erkennen kein nationales Vorrecht an, verwerfen daher die Forderung einer Staatssprache; wie weit eine Vermittlungssprache nöthig ist, wird das Reichsparlament bestimmen.

Der Parteitag, als das Organ der internationalen Sozialdemokratie in Oesterreich, spricht die Ueberzeugung aus, daß auf Grundlage dieser leitenden Sätze eine Verständigung der Völker möglich ist;

er erklärt feierlich, daß er das Recht jeder Nationalität auf nationale Existenz und nationale Entwicklung anerkennt;

daß aber die Völker jeden Fortschritt ihrer Kultur nur in enger Solidarität miteinander, nicht im kleinlichen Streit gegeneinander erringen können, daß insbesondere die Arbeiterklasse aller Zungen im Interesse jeder einzelnen Nation, wie im Interesse der Gesammtheit an der internationalen Kampfgenossenschaft und Verbrüderung festhält und ihren politischen und gewerkschaftlichen Kampf in einheitlicher Geschlossenheit führen muß.

Gesammtorganisation der Sozialdemokratie Oesterreichs.

I. Gesammtparteitag.

Mindestens in jedem zweiten Jahre wird ein Gesammtparteitag einberufen, der in der Regel in der ersten Hälfte des Monats September stattfindet. Jeder Wahlkreis hat das Recht, zwei Delegirte und, wo organisirte Frauen sind, auch eine Frau als Delegirte zu entsenden. In sprachlich gemischten Wahlkreisen hat jede sprachliche Gruppe das Recht, zwei Delegirte zu schicken. Den organisirten Industriegruppen jeder Nationalität ist durch je einen Delegirten am Parteitage eine Vertretung einzuräumen. Die Mitglieder der Gesammtvertretung, sowie die sozialdemokratischen Reichsrathsabgeordneten haben das Recht auf Sitz und Stimme.

Aenderungen des Parteiprogramms sind ausschließlich dem Gesammtparteitage vorbehalten. Im Uebrigen erledigt er die Angelegenheiten der Gesammtpartei in Bezug auf Agitation, Taktik und Organisation. Fragen der Organisation, Administration, Presse und sonstige Fragen, die nicht für alle nationalen Organisationen gemeinsam sind, sollen auf die Tagesordnung der Gesammtparteitage nicht gestellt werden. Die Einberufung des ordentlichen Gesammtparteitages erfolgt durch die Gesammtexekutive mindestens zwei Monate vor dessen Abhaltung durch Veröffentlichung der Einladung in den Parteiblättern mit Angabe der provisorischen Tagesordnung. Um ein einheitliches Bild über die Thätigkeit der Gesammtorganisation zu bekommen, haben die an den Gesammtparteitag zu erstattenden Berichte die Thätigkeit für die abgelaufene Periode bis Ende Juni jenes Jahres zu umfassen, in dem der Gesammtparteitag stattfindet. Die Wahlkreisvertrauensmänner sind verpflichtet, diese Berichte von den Organisationen ihres Wahlkreises rechtzeitig einzufordern und ungesäumt an ihre nationale Exekutive abzusenden. Die Parteiberichte und Anträge sind vier Wochen vor dem Parteitage zu veröffentlichen.

II. Gesammtvertretung der Sozialdemokratie Oesterreichs.

Die politische Leitung der Gesammtpartei obliegt der Gesammtvertretung der Sozialdemokratie in Oesterreich. Den Sitz der Gesammtvertretung bestimmt der Gesammtparteitag. Die Gesammtvertretung setzt sich aus den Exekutivcomités der deutschen, czechischen, polnischen, ruthenischen, italienischen und südslavischen Organisationen zusammen. Insoweit einzelne Exekutivcomités ihren Sitz nicht am Sitz der Gesammtvertretung haben, soll ihre Vertretung durch eigens dazu gewählte Delegirte geschehen, die am Sitz der Gesammtvertretung wohnen. Diese Mitglieder der Gesammtvertretung sind auf Antrag der einzelnen Exekutivcomités auf den Nationalparteitagen zu wählen und als Mitglieder des Exekutivcomités zu betrachten.

Die Gesammtvertretung der Sozialdemokratie in Oesterreich tritt zu gemeinsamen Berathungen behufs Regelung der den Organisationen gemeinsamen Angelegenheiten nach Erforderniß zusammen. Sie ist dem Gesammtparteitage verantwortlich.

Die Mitglieder jeder nationalen Vertretung können jederzeit an den Sitzungen aller anderen Vertretungen oder Exekutivcomités theilnehmen, und es ist wünschenswerth, daß das so oft als möglich geschehe.

III. Kontrole.

Der Gesammtparteitag wählt eine dreigliedrige Kontrole aus dem Orte, in dem sich der Sitz der Gesammtvertretung befindet. Genossen, die in der verflossenen Periode diese Funktion ausübten, sind für die nächste Periode nicht wieder wählbar.

IV. Allgemeine Bestimmungen.

„In allen Wahlkreisen, wo es die territorialen Verhältnisse nicht ganz unmöglich machen, ist die Organisation der Genossen für öffentliche Wahlen irgendwelcher Art nicht nach nationalen Gruppen getrennt, sondern gemeinschaftlich und einheitlich durchzuführen."

„Durch die vom Wiener Parteitag 1897 beschlossene Gliederung der sozialdemokratischen Partei nach nationalen Gruppen wurden vollständig neue Formen in der Organisation geschaffen, die deren weiteren Ausbau dringend nothwendig machen, um in Fragen von allgemeinem Interesse, besonders dort, wo es sich um politische Angelegenheiten handelt, ein einheitliches, gemeinsames Vorgehen zu sichern. Der Parteitag beschließt daher, daß in allen Landeswahlkreis- und Bezirksorganisationen die nationalen Gruppen gegenseitig vertreten sein müssen, um die politische Organisation gemeinschaftlich und einheitlich durchzuführen."

Bureau des Parteitages.

Vorsitzende:

Julius Popp (Wien)
Anton Nemec (Prag)
Josef Hudec (Lemberg)
Nikolaus Hankiewicz (Lemberg)
Josef Kopač (Idria)
Lajos Domokos (Pola).

Schriftführer:

Georg Emmerling (Wien)
Arnold Riese (Klagenfurt)
Dr. Soukup (Prag)
Dr. Josef Drobner (Krakau).

Mandatsprüfungskommission:

Karel Vaněk (Prag)
A. M. Spera (Brünn)
Michael Cobal (Sagor)
Valentin Pittoni (Triest)
Ignaz Daszynski (Krakau)
Ferdinand Gerdinits (St. Pölten)
Leopold Winarsky (Wien)
Simon Wityk (Lemberg).

Vorlagen an den Parteitag.

Bericht der Gesammtparteivertretung

an den Gesammtparteitag der Sozialdemokratie Oesterreichs 1901.

Unter den Stürmen einer tiefgehenden Volksbewegung, unter dem Drucke gewaltiger Demonstrationen im ganzen Reiche, unter dem Nachhall der Flintenschüsse von Graslitz brach das Ministerium Thun-Kaizl am Tage vor dem Beginn des letzten sozialdemokratischen Parteitages von Brünn zusammen. Die Badeni'schen Sprachenverordnungen, dieses natürliche Produkt des unter konstitutioneller Maske verhüllten traditionellen österreichischen Absolutismus, hatten den latenten Konflikt zwischen dem vermorschenden Privilegienstaate und den lebendigen Freiheitsbedürfnissen des Volkes zu heftigem Ausbruch und die Blase der konstitutionellen Lüge zum Platzen gebracht. Vom Zorn des empörten Parlaments in die Enge getrieben, ließ der Feudalabsolutismus die Maske fallen, und indem er zu seiner Rettung Polizeigewalt und Militärschutz anrief, offenbarte er brutal seinen wahren Charakter, zugleich aber auch seine totale Unfähigkeit, die österreichische Frage zu lösen. Vom Einmarsch der Polizei ins Parlament angefangen, bis zu den letzten § 14-Verordnungen des Grafen Thun, war die Staatskunst der zur Herstellung der Ordnung, das ist zur Vertheidigung des überlebten Oesterreich, berufenen Minister eine logische und konsequente Kette von Gesetzesbrüchen, Brutalitäten und Vergewaltigungen, und förmlich dramatisch zog ein ministerielles Verbrechen ein immer schwereres nach sich.

Mit zäher Ausdauer hatte die sozialdemokratische Partei Schritt für Schritt die skrupellosen Brecher der Verfassung bekämpft, und wie immer war sie die Führerin in dem Feldzuge zum Schutz der geschriebenen und natürlichen Rechte des Volkes. Die Zucker- und Biersteuerverordnung, mit der sich der ehemalige Demokrat Kaizl sein politisches Todesurtheil selbst unterzeichnet hatte, veranlaßte die Gesammtparteivertretung, eine über das ganze Reich ausgedehnte Protestaktion durchzuführen, in deren Verlauf ein Flugblatt in sechs Sprachen und zwei Millionen Exemplaren verbreitet wurde. Zahllose, von ungeheueren Volksmassen aller Parteischattirungen besuchte Versammlungen, häufig von leidenschaftlichen Demonstrationen begleitet, scheuchten das Ministerium aus seiner sommerlichen Ruhe auf, und seine Antwort war — Graslitz. Aber die Volksstimme, statt dadurch zum Schweigen gebracht zu werden, brauste um so empörter auf, und einen Monat später, am 23. September 1899, war das verbrecherische Ministerium Thun gefallen.

Zur Zeit, als diese Krise ihren Höhepunkt erreicht hatte, versammelte sich nun das sozialdemokratische Arbeiterparlament in Brünn. Der Absolutismus war geschlagen, nun hieß es aber auch den Weg zur Anbahnung praktikabler politischer Zustände zu finden, eine Antwort auf die österreichische Frage zu geben. Ohne Interesse an dem Weiterbestande des historisch überlieferten Begriffes Oesterreich, steht das Proletariat vor der Nothwendigkeit, in einem immerhin vorhandenen Gemeinwesen seine Klasseninteressen zu verfechten, für seine eigene Weiterentwicklung die Bahn zu ebnen. In den Thatsachen wurzelnd, muß die Arbeiterschaft ihre Politik auf den Thatsachen aufbauen. So beschäftigte sich denn der Brünner Parteitag mit der Oesterreich so tiefbewegenden Nationalitätenfrage, und er darf sich rühmen, eine den freiheitlichen und gerechten Anschauungen des Proletariats entsprechende Lösung gefunden zu haben, die in der Brünner Resolution, betreffend die Nationalitäten-

frage, ihren Ausdruck findet. Die nationale Gleichberechtigung hatte damit aufgehört, eine gedankenlose Phrase zu sein, der Internationalismus der Partei war aus nebelhafter Verschwommenheit zu klarer begrifflicher Begrenztheit gelangt.

Mit der Berufung des Ministeriums Clary, das die Sprachenverordnungen aufhob und grundsätzlich die Anwendung des § 14 vermied, erhielt der Badenismus seine erste formelle Absage. Freilich antworteten jetzt die zu völlig blinden Knechten des Absolutismus herabgesunkenen Jungczechen mit blutigen Pöbelexzessen und Plünderungen, jedoch ohne Wirkung auf die weitere Entwicklung der Krise. Zwar demissionirte das Ministerium Clary sehr bald, und das Zwischenministerium Wittek exzedirte noch in ausgiebigem Mißbrauch des § 14, aber die Sprachenverordnungen erstanden aus ihrem Grabe nicht mehr.

Ein einziger ernster Fortschritt kam Ende des Jahres dennoch zu Stande. Die Aufhebung des Zeitungsstempels, eine uralte Forderung, die aber mit nachdrücklichem Ernst ausschließlich von den Sozialdemokraten und ihrer Presse vertreten worden war, wurde im Abgeordnetenhause beschlossen. Im Herrenhause aber erhoben sich sehr ernste Widerstände, und es bestand die Gefahr, daß auch dieser kleine Erfolg in die Brüche gehe. Da rief die Sozialdemokratie die Wiener Arbeiterschaft zum Kampfe auf, und es gelang durch den in Versammlungen sowohl wie in dem Wiener Parteiorgan ausgeübten Druck, die beabsichtigte Verschleppung und damit die Vereitlung dieses längst nothwendigen Stückes Preßreform zu verhindern. Im entscheidenden Moment wich das Herrenhaus zurück, die Abschaffung des Zeitungsstempels wurde beschlossen und am Ende des Jahres sanktionirt.

Hatten die Verfassungskämpfe der letzten Zeit die Sozialdemokratie als energische Führerin im Streit erprobt, so sollte ihr nunmehr Gelegenheit werden, ihr taktisches Geschick, ihre Besonnenheit und ihre organisatorischen Fähigkeiten in einem gewaltigen wirthschaftlichen Kriege zu erweisen. Der Bergarbeiterstreik, dessen Stürme das erste Viertel des Jahres 1900 durchtobten und auf dessen Höhe 70.000 Menschen im Kampfe gegen die brutalste Sippe des österreichischen Unternehmerthums standen, war das glänzendste Reifezeugniß, das sich die Partei je ausstellen konnte. So schwach die Bergarbeiterorganisation war, so groß die Neigung in den Reihen dieser ärmsten und gedrücktesten aller Proletarier zu Handlungen leidenschaftlicher Gereiztheit, so traditionell die Gewohnheit der österreichischen Behörden, Lohnbewegungen in Bergrevieren mit Schießereien zu beantworten, und so schwierig die Leitung eines an Hunderten von Punkten zugleich lodernden Kampfes war, er wurde einheitlich, überlegt und so wirkungsvoll geführt, daß das Ministerium Körber und sogar das Parlament sich zur Nachgiebigkeit entschließen und die Verkürzung der Arbeitszeit im Bergbau durchführen mußte. Das endgiltige formale Gesetz, das den Neunstundentag einführte, gelangte freilich wegen der parlamentarischen Wirren erst im Frühjahr 1901 zum Beschluß. Der Sozialdemokratische Verband hatte für seinen Antrag, der den Achtstundentag verlangte, im Ausschuß wie im Hause energisch gekämpft, leider vergebens. Als aber auf direkte Anfrage des sozialdemokratischen Redners der Regierungsvertreter im offenen Hause erklärte, die Vorlage verstehe die Neunstundenschicht vom Beginn der Einfahrt des ersten bis zum Schluß der Ausfahrt des letzten Bergarbeiters, stimmte auch der Verband für sie. Am 1. Juli wurde dieses Gesetz sanktionirt, nachdem es noch im Herrenhaus mit knapper Noth der Vereitelung durch die Grubengrafen entgangen war. Daß der Bergarbeiterstreik ein Kampf der ganzen sozialdemokratischen P a r t e i gegen wirthschaftliche Ausbeutung war, erhellt aus der respektablen Summe von 328.740 Kronen, die durch die begeisterte Solidarität der österreichischen und internationalen Arbeiterschaft aufgebracht wurde. Vom 2. Jänner bis zum 8. April 1900 hatte dieser mächtigste aller bisherigen wirthschaftlichen Kämpfe in Oesterreich gedauert.

Unterdessen war das Ministerium Körber an Stelle des lediglich mit Verfassungsbruch beschäftigten Ministeriums Wittek gekommen. Und es ist ein bedeutsames Symptom für die Richtung, die der Krisenverlauf genommen hatte, daß die neue Regierung sich ängstlich bemühte, mit allen thatsächlichen Volksströmungen zu rechnen und ihnen Konzessionen zu machen und den außer Rand und Band gerathenen Parlamentarismus durch zarte Behandlung in sein ge-

wohntes Geleise hineinzuschmeicheln. Haben wir schon keinen wirklichen Konstitutionalismus, so sollte uns wenigstens dessen Fiktion beglücken. Allerdings wollte die wildgewordene Bestie nicht gleich pariren, und als Herr v. Körber in seiner Ungeduld etwas derber zugriff, da schlug sie ungeberdig aus. Freilich hatte dabei dem sonst so sachten Mann Herr v. Zallinger, einer von der Falkenhayn-Sippe — wo diese Leute hintreten, wächst kein Gras mehr — die Hand geführt. Der ungesetzliche Geschäftsordnungsantrag Zallinger's, bestimmt, den Teufel der Obstruktion auszutreiben, bot lediglich den längst auf eine passende Gelegenheit lauernden Jungczechen Anlaß, sich in einer fünfstündigen, ebenso lärmenden als unaufrichtigen Skandalorgie, die dem in der Agonie liegenden Parlament das Lebenslicht ausblies, den Wählern als Heroen eines unbeugsamen Radikalismus zu empfehlen.

Wie so oft in den letzten Jahren, war wieder einmal das Parlament durch absichtliche Verkennung der tieferen Ursachen der Krise, sowie durch den Irrwahn, einer so tiefgreifenden Bewegung durch Geschäftsordnungskniffe Herr werden zu können, stillgestellt worden. Auf allen Punkten der bürgerlichen Politik herrschte Unwahrheit und Unklarheit. Die Einen überhitzten die Temperatur des nationalen Zwistes, die Anderen unterschätzten seine Tiefe und Wirkungen. Hier setzte die Gesammtvertretung der Partei im Einklang mit dem Verband der sozialdemokratischen Abgeordneten ein, um neuerlich die Stimme des nach höchster nationaler Gleichberechtigung und fesselloser nationaler Entwicklung strebenden Proletariats ertönen zu lassen und dessen unaufhörlichem Verlangen nach dem allgemeinen und gleichen Wahlrecht als einzigem Mittel zur Gesundung des von Sonderinteressen zerrissenen Parlaments Ausdruck zu verleihen.

Das Ministerium Körber hatte seine Pflicht durch Vorlegung eines Sprachengesetzentwurfes vor das Parlament zu erfüllen geglaubt; er war außerhalb des Parlaments von allen Parteien aufs Heftigste befehdet, innerhalb aber nicht einmal eines Wortes gewürdigt worden. Kein Wunder! Die bürgerlichen Parteien können zu einer Verständigung nicht gelangen, weil ihre nationale Demagogie Forderungen gezeitigt hat, die eine Einigung als Prinzipienverrath erscheinen lassen müssen. An die Stelle dieser disparaten Kliqueninteressen, unter denen die des Großgrundbesitzes die gefährlichste Rolle spielen, muß ein einheitliches Bedürfniß nach großen, der Gesammtheit gesteckten Zielen treten. Soll die Gesundung kommen, so muß das Haus auf den Gesammtwillen des Volkes gestellt werden. Statt dieser freilich Kühnheit des Entschlusses und Weite des Blickes erfordernden geschichtlichen That begnügte sich Herr v. Körber mit der nichtssagenden Schablone der Parlamentsauflösung und der Ausschreibung der Neuwahlen. Welchen Sinn konnte das haben? Das Volk selbst über die Krise sein entscheidendes Votum abgeben zu lassen? Sehr konstitutionell, in der That, wenn es nur eben das Volk wäre, das bei den Wahlen zu entscheiden hätte! Aber es waren dieselben Sippen und Kliquen das neue Haus zu bilden berufen, die in dem alten das Unterste zu oberst gekehrt hatten. Ja, der nationale Elan war durch ihre Scheinerfolge auf allen Seiten weit kräftiger als je, und die nationale Demagogie, dieses spezifisch österreichische Unkraut, war daher üppig in die Halme geschossen. Die Stimme des ehrlichen Mahners mußte überschrien werden. Und während so die angestammten Drahtzieher im nationalen Streit, die Feudalen, naturgemäß in gleicher Zahl zurückkehrten, wurden die Einzigen, die ehrlich den nationalen Frieden und die freiheitliche Entwicklung *aller* Nationen wollten, die Sozialdemokraten, an einigen Stellen verdrängt, und die Demagogen zogen verstärkt in das neue Haus ein. Wir verloren in Böhmen vier deutsche und zwei czechische Mandate, allerdings mit riesigen Minoritäten, und behaupteten bloß Reichenberg. Ferner gingen das Grazer, Olmützer und Lemberger sowie das ruthenische Mandat verloren. Erobert dagegen wurden zwei Wiener, zwei niederösterreichische und ein schlesisches Mandat, so daß der Sozialdemokratische Verband im neuen Haus zehn Sitze inne hat. Unter den zwei niederösterreichischen Mandaten befindet sich das von Korneuburg, das erste Mandat der Städtekurie, das die Sozialdemokratie erobert hat.

Freilich, der Jubel der bürgerlichen Parteien über das, was sie die Niederlage der Sozialdemokraten nennen, ist sehr unbegründet. Nicht nur, daß diesmal

brutaler denn je die Hungerpeitsche als Wahlerpressungsmittel angewendet wurde, nicht nur, daß galizische und luegerische Wahlpraktiken, Wahlrechtsraub in allen Formen, in allen Theilen des Reiches den Arbeitern gegenüber verübt wurden, auch die Ziffern führen eine den Siegestaumel sehr zu dämpfen geeignete Sprache.

Sieht man vom Polenklub ab, dessen Wahlresultate überhaupt nicht nach normalem Maßstab zu messen sind, so ergibt sich folgendes Verhältniß der Urwähler- und Wahlmännerstimmen in der V. Kurie:

	Urwähler-stimmen (direkte Wahlen)	Wahlmänner-stimmen (indirekte Wahlen)
Sozialdemokraten	**201.862**	**3984**
Jungczechen	27.222	3676
Czechisch-Nationale	9.858	3438
Alldeutsche	26.313	2910
Deutsch-Klerikale	—	2338
Christlich-Soziale	174.603	759
Liberale	6.560	1076
Deutsche Volkspartei	18.364	931
Uebrige (9 Parteien)	97.611	9163

Berechnet man nun die Anzahl der abgegebenen Wahlmännerstimmen durchschnittlich (wobei die Sozialdemokraten noch zu kurz kommen, da ihre Wahlmänner nur in den industriereichsten Gegenden gewählt wurden) mit etwa 150 Urwählerstimmen*) und zählt die in Orten mit direktem Wahlrecht abgegebenen Urwählerstimmen hinzu, so ergibt sich Folgendes:

Partei	Stimmen	Gesammtzahl der Mandate im Abgeordnetenhause	Nach gerechtem Proportionalwahlrecht würden entfallen
Sozialdemokraten	**799.462**	**10**	**58**
Jungczechen	578.622	53	42
Czechisch-Nationale	525.558	5	38
Alldeutsche	462.813	21	34
Deutsch-Klerikale	350.700	37	25
Christlich-Soziale	288.353	22	21
Liberale	169.298	39	12
Deutsche Volkspartei	157.964	51	11
Uebrige (9 Parteien)	2,421.088	185	162
	5,753.858	425	425

Die stärkste Partei im Reiche sind somit die Sozialdemokraten, sie haben sowohl bei direktem als bei indirektem Wahlrechte die meisten Stimmen, und bei gerechtem Wahlrecht wären sie auch die stärkste Partei im Parlamente, es kann somit nur ein abgefeimtes Wahlunrecht sein, durch das ihnen die gebührende Stellung weggeschwindelt wird.

Wird aber der nationale Furor mit all seinen Uebertreibungen, seinen Lügen, seinen Verleumdungen, seinem im tiefsten Grunde reaktionären Wesen auf die Dauer Oberwasser behalten? Gewiß nicht. Es war eine Episode, die wir in den letzten Jahren erlebt haben, und sie wird die Geschichte nicht von der nothwendigen Bahn ihres Fortschreitens abdrängen. Die nationale Hochfluth — sie war vielfach eine Schmutzfluth — wird ablaufen, und die freie, von den erhabensten menschlichen Idealen getragene nationale Entwicklung wird bleiben, und ihr voranschreiten wird, wie allem Großen und tief Menschlichen, die Sozialdemokratie.

In das neugewählte Parlament traten die Sozialdemokraten als eine zehn Mann starke Gruppe ein, nach wie vor die einzige Partei, die nach ihrer Zusammensetzung, nach der Zahl der Stimmen, die sie repräsentirt, die Gemeinsamkeit der wirthschaftlichen und kulturellen Interessen des arbeitenden Volkes aller Zungen zum Ausdruck bringt. Die geschilderten Umstände haben die Zahl der sozialdemokratischen Gruppe verkleinert, aber ihre Schlagfertigkeit, ihr Ansehen, ihr politisches Gewicht ist dasselbe geblieben, ja ist gewachsen in demselben Grade, als im Parlamente die öde, ebenso unfruchtbare wie spektakulöse nationale

*) Ein höherer Ansatz würde mehr Urwählerstimmen ergeben, als es überhaupt gibt.

Demagogie hie und da ernstlicher parlamentarischer Arbeit Raum zu lassen beginnt. Die Regierung des Herrn v. Körber suchte das naturgemäße Abklingen der chauvinistischen Tobsucht und der politischen Krise dadurch zu unterstützen, daß sie das Parlament zunächst mit wirthschaftlichen Vorlagen beschäftigte, die keinen Anlaß zu exzessiven Ausbrüchen geben konnten und die den Schleier der Vergessenheit breiten sollten über jene Orgie des Verfassungsbruches, die soeben den Staat erschüttert hatte. Das Privilegienparlament, das weder die Kraft, noch die Würde einer wirklichen Volksvertretung hat, benützte gerne diesen Ausweg für seine Schwäche, und die Sozialdemokratie versäumte nicht, diesen Thatbestand festzustellen. Aber die sozialdemokratischen Abgeordneten, die das Gewissen des Parlamentes sind, hatten noch eine weitere dringende Pflicht. Sie haben selbstverständlich ihre Anträge auf Aenderung der Verfassung, auf Einführung des allgemeinen und gleichen Wahlrechtes erneuert, sie standen jederzeit auf der Wacht gegen alle Versuche, die Rechte des Parlamentes einzuschränken, und haben ehrenvolle und, soweit das auf diesem Boden möglich ist, erfolgreiche Kämpfe geführt. Sie hatten aber auch jede Gelegenheit zu benützen, die selbst in diesem rückständigsten aller Parlamente nicht fehlten, um die praktischen Interessen der Arbeiterklasse zu fördern und um dem alten Polizeistaate Konzessionen im freiheitlichen Sinne abzugewinnen. In anderem Zusammenhange haben wir bereits den Feldzug für die Abkürzung der Arbeitszeit im Bergbau berührt. Aber auch bei den großen Investitionsgesetzen galt es, die Arbeiter zu schützen. In der That gelang es, eine Reihe von Arbeiterschutzbestimmungen sowohl beim Eisenbahn- als beim Wasserbau durchzusetzen, wenn auch freilich hier wie überall die Fähigkeit und der Wille des Parlamentes wie der Regierung hinter den mit gutem Rechte erhobenen Forderungen der Sozialdemokraten zurückblieb. Wiederholt waren unsere Abgeordneten genöthigt, für die Freiheit der parlamentarischen Tribüne einzutreten, sie gegen die Angriffe des unter klerikaler Kuratel stehenden Präsidiums zu schützen. Als die klerikale Anmaßung und Verfolgungssucht der Wiener Christlich-Sozialen so weit ging, das Immunitätsrecht der Abgeordneten in der Person unseres Parteigenossen Seitz anzutasten, verstanden es die Sozialdemokraten, den Hieb aufs Kräftigste abzuwehren, und es gelang ihnen, die Majorität des Hauses bis zu einem gewissen Punkte mit fortzureißen. Als die auffällige Einmischung eines Erzherzogs in die Tagespolitik für die bürgerlichen Parteien zur Quelle tiefgehender oder wenigstens lärmender Beunruhigung wurde, fanden die Sozialdemokraten die allein richtige Antwort, indem sie die Beseitigung jenes § 64 des Strafgesetzes beantragten, der den Mitgliedern des kaiserlichen Hauses eine gegen jede Kritik geschützte Stellung gibt. Da freilich versagte der bürgerliche Männerstolz vor Königsthronen, die Dringlichkeit des Antrages wurde abgelehnt.

Wir haben uns damit begnügt, einige Einzelheiten aus der Thätigkeit der sozialdemokratischen Abgeordneten zu erwähnen; ihre Leistung liegt vor Aller Augen offen zu Tage, und ein näheres Eingehen mag dem mündlichen Berichte vorbehalten bleiben. Es ist selbstverständlich, daß, seit wir Abgeordnete haben, die parlamentarische Arbeit der Partei stark in den Vordergrund tritt und der Fraktion die Aufgabe vornehmlich zugefallen ist, der bis dahin in außerparlamentarischen Kundgebungen genügt werden mußte: Das Urtheil und den Willen der Arbeiterschaft zum wirksamen Ausdruck zu bringen. Was dadurch an Kraft und Zeit erspart wird, soll und kann zum Ausbau der Organisation, zur mehr in die Tiefe gehenden Agitationsarbeit verwendet werden. Selbstverständlich hat es die Partei nicht daran fehlen lassen, eine fortwährende und innige Verbindung zwischen den sozialdemokratischen Wählerschaften und ihren Erwählten zu erhalten, und nach Tausenden zählen die Versammlungen, die in allen Ländern der politischen Erziehung der Massen gewidmet waren.

Aber auch sonst waren die letzten Jahre eine Zeit intensivster Thätigkeit für unsere Partei. Getreu ihrem Grundsatze, auf jedem Gebiete öffentlichen Lebens den Einfluß der Arbeiterschaft zur Geltung zu bringen, hat die Sozialdemokratie, wo immer eine Möglichkeit offen stand, gesucht, Einfluß auf die Gemeindeverwaltungen zu gewinnen, und in Wien, Graz, sowie in einer sehr großen Zahl kleinerer Orte im deutschen wie im czechischen Sprachgebiet ist es auch gelungen,

V. **mährischer Wahlkreis (Proßnitz).** Die hiesige deutsche Organisation hat keine besonders in der Oeffentlichkeit hervortretende Thätigkeit entfaltet. Sie hat ihren Hauptstützpunkt bei den Handlungsgehilfen und geht in ihrer Wirksamkeit kaum über das Ortsgebiet von Proßnitz hinaus.

VI. **mährischer Wahlkreis (Sternberg-Ostrau).** Der Sitz des Wahlkreisausschusses der deutschen Sektion ist Sternberg. Die Sektion ist in drei Bezirksorganisationen eingetheilt und überdies sind noch die mährischen Enklaven in Schlesien als selbstständiges Organisationsgebiet zu betrachten. Zum Bezirk Sternberg gehören die Lokalorganisationen in Sternberg, Bärn, Hof, Bautsch, Deutschhause, Stadt Lieben, Giebau, Domstadtl und Unter-Stefanau; zum Bezirke Neutitschein die Lokalorganisationen in Neutitschein, Wittowitz, Przivoz, Fulnek, Sohle, Schönau, Blauendorf, Sedlnitz, Seitendorf, Kunewald und Bothenwald; zum Bezirke Olmütz die Lokalorganisationen in Groß-Waltersdorf, Bodenstadt, Olmütz, Epperswagen, Großwasser, Habicht, Haslicht, Hombock, Pohorsch und Schmeil, und endlich zu den mährischen Enklaven die Lokalorganisationen von Hotzenplotz, Johannesthal und Petersdorf.

Organisationen bestehen 41 mit einer Mitgliederanzahl von 2187 Männern und 484 Frauen. Zu rein politischen Organisationen sind daneben noch 210 Personen vereinigt. Da im Jahre 1899 erst 24 Organisationen mit 1400 männlichen und 290 weiblichen Mitgliedern gezählt wurden, ist hier ein erfreulicher Fortschritt zu konstatiren.

Zur Bestätigung der eifrigen Agitationsthätigkeit der Genossen dient die große Zahl der abgehaltenen Versammlungen. 190 Volks- und Wähler-, 413 Vereins- und 254 § 2-Versammlungen wurden gezählt; daneben noch 4 Wahlkreis- und 6 Bezirkskonferenzen. Wie viel Verbote vorgekommen sind, läßt sich nicht genau feststellen. Es hat sich in dieser Beziehung die eigenthümliche Praxis eingebürgert, in dem Falle, daß gleichzeitig zwei Versammlungen gegnerischer Parteien in einem und demselben Orte einberufen werden, immer die sozialdemokrotische zu verbieten.

Verurtheilungen wegen politischer Delikte liegen eine beträchtliche Anzahl vor. 2 Monate Arrest und 162 Kr. Geldbuße sind, soweit Daten vorliegen, ihr Gesammtresultat.

Als Wahlkreisblatt wird der „Volksfreund" kolportirt. Ein eigenes Blatt besitzt der Wahlkreis nicht, doch hat er seit längerer Zeit einen wirthschaftlich unabhängig gemachten Vertrauensmann in Sternberg, und diese Einrichtung hat sich trefflich bewährt.

Die Maifeier ließ ziemlich viel zu wünschen übrig. Schuld daran sind die schlechten Erwerbsverhältnisse in der Textilindustrie und die in ihrem Gefolge auftretende Brutalität der Unternehmer.

Bei den Gemeindewahlen behauptete die Partei in Hotzenplotz ihren Besitzstand und siegte in Fulnek, Großwasser und Epperswagen im III. Wahlkörper.

Bei der Reichsrathswahl verloren wir gerade im deutschen Theile des Wahlkreises eine große Anzahl von Wahlmännern und im Gefolge davon ging auch das Mandat verloren. Schuldtragend daran war das gewaltthätige Auftreten der Schönerianer und die gedrückte Stimmung, die als Folgeerscheinung der im Anzug befindlichen Krise in der Textilarbeiterschaft herrschte. Den Deutschnationalen hat übrigens ihr Verhalten keine Früchte getragen, und das einzige Resultat ihrer Gewaltthaten war, daß statt eines Sozialdemokraten — ein Czechisch-Nationaler gewählt wurde.

VII. **mährischer Wahlkreis (Mähr.-Schönberg).** Der Sitz des Wahlkreisausschusses ist Mähr.-Schönberg. In organisatorischer Hinsicht ist der Wahlkreis in die neun Bezirksorganisationen Schönberg, Wiesenberg, Römerstadt, Mähr.-Neustadt, Zwittau, Mähr.-Trübau, Müglitz, Brüsau und Hohenstadt eingetheilt. In diesen Bezirken bestehen eine große Anzahl von Lokalorganisationen.

Ferner zählen wir 31 Vereinsorganisationen, darunter zwei politische Vereine, deren Mitgliederzahl sich von 1899 bis heute bedeutend gehoben hat. Genaue Ziffern können wir leider, da die Berichte theilweise fehlen, nicht bringen.

169 Volks-, darunter 50 Wähler-, 229 Vereins- und 154 § 2-Versammlungen wurden in der Berichtszeit abgehalten.

Seit 16. November 1899 erscheint in Mähr.-Schönberg wöchentlich einmal die „Volkswacht" als Wahlkreisorgan. Die Auflage ist gegenwärtig 2950. Das Blatt wurde in der kurzen Zeit seines Bestehens siebenmal konfiszirt und auch einige Prozesse mußte es schon durchmachen. 24 Tage Arrest und 160 Kr. Geldstrafe waren die Buße des Redakteurs.

Im Ganzen wurden Verurtheilungen wegen politischer Delikte in der Höhe von 2 Monaten 6½ Tagen Arrests und 299 Kr. Geldstrafe ausgesprochen. Die Strafen der „Volkswacht" sind hier schon mitgezählt.

Der 1. Mai wurde gut gefeiert. In Schönberg wurden einige Fabriken zur Arbeitsruhe gezwungen. Natürlich rückten sofort Militär und Gendarmerie aus, um die Fabriken zu beschützen, und so erinnerte das Straßenbild lebhaft an den unvergeßlichen 1. Mai des Jahres 1890.

Die Gemeindewahlen brachten uns, soweit es erhoben wurde, in neun Gemeinden Erfolge im III. Wahlkörper.

Bei den Reichsrathswahlen brachten wir, wie im Jahre 1897, den Genossen Rieger als Abgeordneten durch. Bei den Urwahlen wurden auch hier seitens der Deutschnationalen die größten Gemeinheiten begangen. Trotzdem gelang es ihnen nicht, den gewünschten Erfolg zu erzielen, und nur die Erbitterung der organisirten Arbeiterschaft ist das Resultat ihrer Thätigkeit.

Niederösterreich.

Im Juli des Jahres 1899 tobte in der Zentrale unseres Landes, in Wien, ein heftiger Kampf um das Gemeindewahlrecht, das die berüchtigten christlich-sozialen Abenteurerpolitiker der Arbeiterschaft nur in äußerst verkümmertem Maße gewähren wollten. Die Regierung Thun-Kaizl hingegen arbeitete mit aller Rücksichtslosigkeit mit dem § 14 und halste der arbeitenden Bevölkerung ungeheuere Lasten auf, welche allerorts Empörung und Entrüstung hervorriefen. Unsere Partei hatte daher einen Kampf nach zwei Seiten zu führen und erforderte dieser die höchste Anspannung aller Kräfte. In Stadt und Land wurde gegen die Wahlrechtsräuber, sowie gegen die ministeriellen Verfassungsverbrecher energisch Stellung genommen und deren Treiben in gehöriger Schärfe gekennzeichnet. Nichtsdestoweniger wurde, was den Ausbau und Vervollkommnung der politischen Organisation anbelangt, nichts verabsäumt, um auch für kommende Aktionen die Partei schlagfertiger denn je zu gestalten. Daß diese Bemühungen von Erfolg begleitet waren, zeigte sich an den Wahlerfolgen, welche unsere Parteiorganisation anläßlich der im Jahre 1890 in Wien stattgefundenen Gemeinderathswahlen, sowie auch bei den letzten Reichsrathswahlen im I., V., VIII. und IX. Wahlkreise zu verzeichnen hatte.

Trotz der galizischen Wahlpraktiken, welche bei den denkwürdigen Wiener Gemeinderathswahlen von den Wiener Christlich-Sozialen gehandhabt wurden, gelang es unserer Partei dennoch, bei der Wahl am 31. Mai 1900 einen bedeutenden Erfolg zu erzielen, der nicht nur in der Wahl zweier sozialdemokratischer Gemeinderäthe (X. und XVI. Bezirk) allein, sondern auch in der Zahl der sozialdemokratischen Stimmen zum Ausdrucke gelangte. Einige Zahlen sollen dieses beweisen.

Bei den Reichsrathswahlen in Wien 1897 erhielten Stimmen:

Sozialdemokraten	Christlich-Soziale
88.350	117.102

Bei den Gemeinderathswahlen 1900 erhielten Stimmen:

Sozialdemokraten	Christlich-Soziale
56.306	77.608

Aus diesen Ziffern ist zu entnehmen, daß trotz der in der Lueger'schen Wahl-„reform" enthaltenen dreijährigen Seßhaftigkeit, durch die natürlich die Arbeiterwähler stark dezimirt wurden, und trotz der ungeheuerlichen Wahlbeeinflussungen und Mogeleien der Lueger-Sippe die Sozialdemokratie ihre Position behauptete und sogar in einzelnen Bezirken Erfolge errungen hat. Die Christlich-Sozialen mußten mit Schaudern wahrnehmen, daß die volkreichsten Bezirke Wiens der Sozialdemokratie gehören.

Der günstige Ausfall der Wiener Gemeinderathswahlen mußte naturgemäß auch auf die Provinzgenossen anfeuernd wirken, und so kam es, daß bei den in den meisten Provinzorten Niederösterreichs vorgenommenen Gemeindeausschußwahlen in einer großen Anzahl von Gemeinden unsere steuerzahlenden Genossen sich an diesen Wahlen betheiligten. In mehreren Orten unserer Provinz drangen unsere Kandidatenlisten entweder ganz oder zum Theile durch, und wo dies nicht der Fall war, wurde durch die Wahlbetheiligung unserer Genossen den Christlich-Sozialen eine empfindliche Niederlage bereitet. In vielen Provinzgemeinden Niederösterreichs wurde die reaktionäre Klique vollends verdrängt.

Die Auflösung des Parlaments im verflossenen Jahre zwang uns, auf der ganzen Linie in umfassender Weise die Vorbereitungen zu den Neuwahlen zu treffen. Unter Beobachtung aller der während der vorletzten Reichsrathswahlen vom Jahre 1897 gemachten Erfahrungen wurde die Arbeit unverweilt in Angriff genommen und Jung und Alt in den Dienst unserer Partei gestellt.

So nun kam es, daß in Wien zwei Wahlkreise erobert wurden, in einem dritten der christlich-soziale Kandidat erst in der Stichwahl mit Hilfe der unlautersten Mittel gewählt wurde, im IX. Wahlkreise unser Kandidat mit erdrückender Mehrheit durchdrang und auch in der Städtekurie des VIII. Wahlkreises ein die Gegner niederschmetternder Erfolg erzielt wurde.

Einen gleich glänzenden Sieg errangen die Genossen des X. Wiener Bezirkes bei der Landtagsersatzwahl vom 2. Juli 1901. Dr. Adler wurde zum Landtagsabgeordneten gewählt. Der erste sozialdemokratische Landtagsabgeordnete nicht nur in Wien, sondern in ganz Oesterreich!

Die organisatorische und agitatorische Thätigkeit der niederösterreichischen Landesorganisationen drückt sich in folgenden Zahlen aus:

In allen neun Wahlkreisen Niederösterreichs fanden am 1. Juli 1899 bis Ende Juni 1901 1013 Volksversammlungen, 4199 Vereinsversammlungen, 4842 § 2-Versammlungen und 1023 (soweit darüber berichtet wurde) Wählerversammlungen statt. Auch viele Frauenversammlungen wurden vor, sowie während der Wahlen in Wien und in der Provinz abgehalten, über deren Anzahl keine genaueren Daten vorhanden sind. In Wien und in der Provinz befinden sich derzeit (inklusive der politischen Vereine) 410 Organisationen mit 45.511 männlichen und 2349 weiblichen Mitgliedern.

Im letzten Parteitagsberichte wurde über die Anzahl der politischen Verfolgungen, welche bis Ende August 1899 zu verzeichnen waren und welche zumeist infolge der § 14-Regierung, sowie der Gemeindewahlrechtsbewegung zu konstatiren waren, wohl schon theilweise berichtet, jedoch sind noch bis Ende der Berichtsperiode (30. Juni 1901) nicht weniger als 146 Fälle von politischen Verfolgungen zu verzeichnen, welche insgesammt 404 Tage 26 Wochen und 3 Monate einfachen Arrests, 3 Monate strengen Arrests, 3 Monate schweren Kerkers und 8 Tage Polizeiarrests, sowie Kr. 821·08 Geldstrafe nach sich zogen. Freisprüche sind in sieben Fällen vorgekommen.

Hinsichtlich der Parteipresse ist zu konstatiren, daß das Landesorgan „Volkstribüne" derzeit in einer Auflage von 25.000 Exemplaren erscheint. Das Wahlkreisblatt „Volksbote" (VIII. Wahlkreis) besitzt eine Auflage von 4000 Exemplaren, das Organ des IX. Wahlkreises, die „Gleichheit", 2500 Exemplare Auflage. Alle drei Blätter erscheinen wöchentlich einmal.

Oberösterreich.

Auf der Landeskonferenz von 1899 wurde, wenn auch mit geringer Majorität, der Beschluß gefaßt, daß auch in Oberösterreich die Parteiorganisation streng angepaßt an die Wahlkreise der V. Kurie durchgeführt werden soll. Entsprechend diesem Beschlusse wurden die Wahlkreise selbstständig gemacht, aber schon bei der ersten größeren Aktion, den Reichsrathswahlen des vergangenen Jahres, versagte die neue Organisationsform vollständig, und es mußte in einer besonders einberufenen Landeskonferenz der Beschluß gefaßt werden, neuerlich die ganze Leitung der Agitation der Landesparteivertretung in Linz zu übertragen. Schuld an diesem Versagen der Wahlkreisorganisation sind die eigenartige Abgrenzung der Wahlkreise und die schlechten Verkehrsverhältnisse, durch die beispielsweise im II. Wahlkreise die Genossen des Hauptortes Steyr, wenn sie eine Agitationstour in den westlichen Theil ihres Wahlkreises machen wollen, über Linz reisen müssen.

Vom 1. September 1900 an übernahm also die Landesparteivertretung wieder die Leitung der Agitation, und bei der letzten Landeskonferenz von Ostern 1901 wurde endgiltig beschlossen, daß die drei oberösterreichischen Wahlkreise eine einheitliche Landesorganisation zu bilden haben.

Da von der früheren Zeit keine genaueren Daten vorliegen, kann unser Bericht leider auch erst vom 1. September 1900 beginnen. Seither wurden 138 Volks- und politische Vereins-, 106 Wähler- und 208 § 2-Versammlungen abgehalten. Die Zahl der abgehaltenen nichtpolitischen Vereinsversammlungen und Vortragsabende können wir nicht angeben.

In Oberösterreich existiren gegenwärtig 2 politische Vereine, 46 Gewerkschaften und Ortsgruppen, 26 allgemeine Arbeitervereine und Ortsgruppen, 1 Arbeiterinnenbildungsverein, 3 Ortsverbände und 7 Sportvereine, im Ganzen also 87 Organisationen. Separat bestehen noch neun Arbeiterkonsumvereine mit parteigenössischer Leitung. Ueber die Mitgliederzahl aller dieser Organisationen liegen keine Daten vor.

Landesorgan ist die einmal wöchentlich erscheinende „Wahrheit" in Linz. Sie hat eine Auflage von 3600 Exemplaren. Neben ihr erscheint noch in Steyr ein Kopfblatt unter dem Titel „Steyrer Volksfreund" mit einer Auf-

lage von 1000 Exemplaren und in Linz ein 14tägiges Witzblatt unter dem Titel „Linzer Kreuzköpfel" mit ebenfalls 1000 Blättern Auflage.

Politische Verfolgungen kamen ebenfalls in einzelnen Orten vor. So sind 38 Verurtheilungen zu Geldstrafen wegen Uebertretung des berühmten § 23 des Preßgesetzes zu verzeichnen. Außerdem sind Verfolgungen wegen § 302 und § 491 des Strafgesetzes und ein Ehrenbeleidigungsprozeß gegen die „Wahrheit" vorgekommen. Die deshalb erfolgten Verurtheilungen betrugen rund fünf Monate Arrests.

Die Maifeier wurde in allen größeren Orten in befriedigender Weise durchgeführt.

Bei den Gemeindewahlen betheiligte sich die Partei in elf Orten. Jedoch konnten bei dem gegenwärtig geltenden Wahlgesetze natürlich keine besonderen praktischen Erfolge erzielt werden.

Bei den Reichsrathswahlen wurde im ganzen Lande, insbesonders in den besser organisirten Gebieten des I. und II. Wahlkreises, eine außerordentliche Agitation entfaltet. Eine eigene Zeitschrift, „Der Wähler" betitelt, wurde zur Wahlzeit herausgegeben. Erschienen sind davon 49 Nummern mit einer Gesammtauflage von 25.700 Exemplaren. Ferner wurden noch 31.200 Flugschriften und 2700 Plakate in das Volk hinausgeworfen. Die Erfolge blieben auch nicht vollkommen aus. Wohl war es von vorneherein ausgeschlossen, daß in dem klerikalen Agrikulturlande Oberösterreich ein sozialdemokratischer Abgeordneter gewählt werden könne, aber es ist uns gelungen, die Zahl unserer Wahlmänner im I. Wahlkreise um 15, im II. Wahlkreise um 38 und im III. Wahlkreise um 3 zu erhöhen.

So entwickelt sich die Bewegung in Oberösterreich im Großen und Ganzen in befriedigender Weise und auch die gegenwärtige Krise wird nicht im Stande sein, ihren Vormarsch aufzuhalten.

Salzburg.

Das Land Salzburg bildet eine einzige Wahlkreisorganisation, die in zehn Agitationsbezirke eingetheilt ist.

In Organisationen vereinigt sind derzeit zirka 1700 Arbeiter, und es kann trotz der ungünstigen Geschäftskonjunktur ein langsames, aber stetiges Anwachsen konstatirt werden.

Für die rege Agitationsthätigkeit zeigen die 129 Volks-, 377 Vereins- und 109 § 2-Versammlungen, über die berichtet werden kann. Verboten wurden drei Versammlungen.

Der Wahlkreis besitzt ein eigenes Organ, die „Salzburger Wacht", die früher dreimal monatlich herausgegeben wurde und seit 1. Jänner 1900 einmal wöchentlich erscheint. Die Auflage beträgt 1600 Blätter.

Verurtheilungen erfolgten zu acht Tagen Arrests und 10 Kr. Geldstrafe. Ein Prozeß wegen der §§ 65a und 302 des Strafgesetzes endete mit einem Freispruch.

Der 1. Mai wurde in der Stadt Salzburg allgemein und in der Provinz in den größeren Orten durch Arbeitsruhe gefeiert.

Bei den Gemeindewahlen der Stadt Salzburg betheiligten sich die Genossen, aber es ist ihnen bei der Ungunst des Wahlrechtes natürlich von vorneherein unmöglich gewesen, auf mehr als auf einen Achtungserfolg zu rechnen. Dieser ist auch nicht ausgeblieben, und die Genossen erhielten ein Drittel der abgegebenen Stimmen.

Bei den Reichsrathswahlen haben wir in einzelnen Orten, so in Bischofshofen, neue Wahlmänner erobert, aber die Gesammtzahl unserer Wahlmännerstimmen hat sich gegen 1897 durch den Verlust der Stadt Salzburg vermindert. Verloren wurde die Stadt nur durch den schmählichen Verrath der Deutschbürgerlichen.

Schlesien.

1. schlesischer Wahlkreis (Troppau). Der Sitz des Wahlkreisausschusses, der zugleich auch Landesparteivertretung ist, befindet sich in Jägerndorf. Eingetheilt ist der Wahlkreis in die fünf Bezirksorganisationen Jägerndorf, Troppau, Wigstadtl, Freudenthal und Freiwaldau, die zusammen 26 Orte mit Organisationen umfassen. Der nun folgende Bericht beschäftigt sich aber nur mit den Angaben von 25 Organisationen, da von den 15 Organisationen der Orte Troppau, Schönbrunn, Zuckmantel, Raaden, Komeisl, Schwarzwasser, Setzdorf und Lobenstein leider trotz wiederholter Aufforderung keine Berichte zu erlangen waren. In den 25 Organisationen, die berichtet haben, sind gegenwärtig 1720 Personen vereinigt. Die Zahl der Organisationen ist gegen 1899 gestiegen, ebenso auch die Zahl der Mitglieder, nur ist leider durch den oben angeführten Uebelstand eine genaue Konstatirung unmöglich.

Volks- und Wählerversammlungen wurden in der Berichtszeit 183, Vereinsversammlungen 187 und § 2-Versammlungen 146 abgehalten. Verboten wurden fünf. Bemerkenswerth ist, daß der Gemeindevorstand von Lichten sogar eine Wählerversammlung verboten hat.

Ein eigenes Blatt besitzt der Wahlkreis nicht, sondern es gilt der Brünner „Volksfreund" als Wahlkreis- wie auch als Landesorgan. Seit einiger Zeit besitzt der Wahlkreis aber einen wirthschaftlich unabhängigen Agitator. Diese Einrichtung hat sich trefflich bewährt. Für ganz Schlesien wurde eine Landesparteisteuer eingeführt; doch wird sie leider nur von vier westschlesischen Bezirksorganisationen thatsächlich geleistet. Der Bezirk Freiwaldau und der ganze ostschlesische Wahlkreis haben bis jetzt ihre Verpflichtungen nicht erfüllt.

Politische Verfolgungen sind auch hier vorgekommen. Wegen verschiedener Delikte wurden 18 Tage Arrests und 67 Kr. Geldstrafe verhängt.

Die Maifeier wurde im großen Ganzen gut begangen und auch bei den Wahlen in die Gemeindevertretungen haben wir Erfolge zu verzeichnen gehabt. So eroberten wir in Wigstadtl, Oberdorf und Karlsthal den III. Wahlkörper und in Markersdorf gelang es uns sogar, unseren alten Gen. Jauernig zum Bürgermeister zu machen. Einzelne Genossen brachten wir dann noch in Jägerndorf, Odrau, Freudenthal, Böhmischdorf, Katharein, Breitenau, Dittersdorf und Schreiberseifen in die Gemeindevertretung. Erwähnt zu werden verdient noch, daß wir bei den Gewerbegerichtswahlen in Jägerndorf ebenfalls einen vollkommenen Sieg erfochten.

Bei den Reichsrathswahlen erzielten wir gegen 1897 einen großen Fortschritt, und ist es gelungen, den Gen. Elderisch als Abgeordneten in das Parlament zu schicken. Aller Terrorismus und Schwindel der bürgerlichen Parteien, vor Allem der Deutschnationalen, vermag eben nicht die Thatsache, daß die Mehrheit der westschlesischen Bevölkerung sozialdemokratisch ist, aus der Welt zu schaffen. Eine größere Aktion wurde in ganz Schlesien während des Sommers 1901 für die Erringung des allgemeinen Wahlrechtes für den Landtag durchgeführt und an den Landtag eine Petition mit zirka 10.000 Unterschriften aus 55 Orten überreicht. Leider waren auch für diese Aktion nicht alle Organisationen gleichmäßig thätig und besonders der II. Wahlkreis ließ viel zu wünschen übrig.

II. schlesischer Wahlkreis (Teschen). Ueber diesen Wahlkreis kann, da trotz wiederholter Aufforderung kein Bericht zu erhalten war, nichts Genaueres gesagt werden. Daten liegen nur von der Bezirksorganisation Bielitz vor. Teschen und Freistadt fehlen. Im Bielitzer Bezirke wurden 15 Volks-, 25 Vereins- und 10 § 2-Versammlungena bgehalten. Der 1. Mai konnte nur Abends gefeiert werden. In fünf Organisationen sind 426 Personen vereinigt. Ein Parteiorgan wird vom Wahlkreise nicht herausgegeben, sondern der „Volksfreund" gilt auch hier als Landesorgan.

Bei Gemeindewahlen haben sich die Genossen mit Erfolg in mehreren Orten betheiligt und bei den Gewerbegerichtswahlen in Bielitz von 1900 ist es gelungen, die Christlich-Sozialen, die bisher die Mandate besaßen, zu besiegen.

Bei den Reichsrathswahlen von 1900 behauptete die Partei das schon 1897 eroberte Mandat des Gen. Cingr in glänzender Weise. Der Stand der Bewegung wäre im Allgemeinen nicht ungünstig, aber die Organisation ist leider noch sehr mangelhaft.

Steiermark.

Die vier Wahlkreise dieses Kronlandes bilden eine einheitliche, in 14 Bezirksorganisationen (Graz, Bruck, Kindberg, Mürzzuschlag, Leoben, Rottenmann, Aussee, Knittelfeld, Judenburg, Deutsch-Landsberg, Marburg, Cilli, Fürstenfeld und Voitsberg-Köflach) eingetheilte Landesorganisation, deren Geschäfte eine Landesparteileitung mit dem Sitze in Graz besorgt.

Im ganzen Lande bestehen 33 Branchenorganisationen, davon 21 selbstständige Landesvereine und 1 Allgemeiner Arbeiter-Rechtsschutz- und Gewerkschaftsverein mit zusammen 223 Ortsgruppen und Zahlstellen, die insgesammt über 13.000 Mitglieder zählen. Infolge der herrschenden wirthschaftlichen Krise ist auf gewerkschaftlichem Gebiete bei den einzelnen Industriezweigen eher ein kleiner Rück- als Fortschritt zu verzeichnen. Andererseits wurden bisher fernstehende Branchen für die Organisation gewonnen. Außerdem bestehen eine nicht unbeträchtliche Anzahl Sport- und Unterhaltungsvereine (Radfahrer, Touristen, Verein „Arbeiterbühne" ꝛc.) und ein Arbeiter-Antialkoholikerverein, welch letzterem die Partei förderlich zur Seite steht. Nicht unerwähnt wollen wir hier lassen, daß im Lande noch fünf politische Vereine bestehen.

Die Parteipresse des Landes besteht in dem früher wöchentlich, seit Oktober 1900 jedoch täglich erscheinenden „Arbeiterwille". Das früher neben dem „Arbeiterwille" erschienene und ausschließlich nur der Landagitation dienende Organ „Neue Botschaft" erscheint seit April d. J. nicht mehr. Die durch das tägliche Erscheinen des „Arbeiterwille" geänderten Kolportageverhältnisse, sowie redaktionelle und administrative Aenderungen beim „Arbeiterwille", wohl aber auch der Mangel an Landagitation und die nicht ausreichende Verbreitung des Blattes ließen dessen Einstellung vom finanziellen Standpunkte aus räthlich erscheinen. Die finanzielle Lage des „Arbeiterwille" als Tagblatt ist nach dem bisherigen Ergebnisse eine derartige, daß das ursprünglich nur für die Reichsrathswahlperiode in Aussicht genommene tägliche Erscheinen desselben auch fernerhin möglich ist. Der Einfluß des „Arbeiterwille" in Steiermark ist ein bedeutender. Dazu haben insbesonders mehrere günstige Preßprozesse wesentlich beigetragen. Besonders der Prozeß der Grazer Apotheker, der in ganz Oesterreich Aufsehen erregte und mit einer entschiedenen Verurtheilung des Volksbetruges der Apotheker durch bürgerliche Geschworne endete, war bedeutsam.

Was die in der Berichtsperiode abgehaltenen Volks-, Vereins- und § 2-Versammlungen anbelangt, so waren dieselben so massenhaft, daß wir es unterlassen, hier eine auch nur annähernde Ziffer wiederzugeben. Daß aber die Agitation durch Versammlungen eine sehr lebhafte war, geht daraus hervor, daß vom 1. Juli 1900 bis 30. Juni 1901 die Versammlungsspesen bloß für die Versammlungen in der Provinz 1500 Kr. und für die stattgehabten Wählerversammlungen im vergangenen Winter 1600 Kr. betrugen.

Die politischen Verfolgungen waren mit Ausnahme der Opfer der Maifeier im Jahre 1900, wo Demonstranten zu zusammen 50 Monaten Kerkers und sechs Wochen Arrests verurtheilt wurden, nicht bedeutend. Der § 23 P.-G. wird auch heute noch von einigen Gerichten, insbesonders vom Kreisgerichte Leoben, besonders fruktifizirt.

Die hauptsächlichste politische Bethätigung der Partei bestand in der Reichsrathswahlkampagne Ende vorigen und zu Beginn dieses Jahres.

Dieselbe endete mit dem Verluste des Grazer Mandates der V. Kurie. Sämmtliche Parteien, Liberale, Deutschnationale, Deutschradikale und Klerikale, arbeiteten in holder Eintracht gegen uns sowohl im I. Wahlkreis (Graz) als auch im II. (Bruck an der Mur). Die politische Niedertracht der Deutschnationalen feierte aber besonders im I. Wahlkreis Orgien. Der Gegenkandidat unserer Partei ging erst zu den Pfaffen und versicherte sich ihrer Stimmen, dann wurde er von der Deutschen Volkspartei als Kandidat aufgestellt.

Trotzdem es den vereinigten Gegnern gelang, uns das Grazer Mandat zu entreißen, bedeutete der Wahlkampf für uns dennoch keine Niederlage, sondern einen wesentlichen Fortschritt. Unser Kandidat erhielt im ersten Wahlgang im Jahre 1897 16.517 Stimmen, diesmal 17.770. Das ist in Anbetracht des Umstandes, daß sich durch den Niedergang der Fahrradindustrie und die Arbeiterauswanderung aus dem Köflach-Voitsberger Bergwerksreviere die Arbeiterzahl um Tausende, die Zahl der bewußten und thätigen Genossen um Hunderte vermindert hat, ein sehr bedeutender Erfolg. Daß die sozialdemokratische Idee nach wie vor siegreich fortschreitet, zeigt die Stimmenzahl im II. Wahlkreis. 1897 erhielt unser Kandidat 195 Wahlmännerstimmen, diesmal 301. Die Majorität des klerikal-christlich-sozialen Gegenkandidaten betrug bloß zwölf Stimmen. Der Wahlkampf im III. (klerikal) und IV. (slovenisch) steirischen Wahlkreise ist zwar aussichtslos, aber wir erhielten dennoch ganz bemerkenswerthe Minoritäten: 81 und 54 Wahlmännerstimmen. Im III. Wahlkreise haben wir eine nicht bemerkenswerthe Abnahme, im IV. Wahlkreis eine Zunahme der Wahlmännerstimmen zu verzeichnen. Alles in Allem können wir mit dem Wahlausgange sehr zufrieden sein, wenn auch der Verlust des Grazer Mandates zu beklagen ist.

Die Partei betheiligte sich auch in fünf Wahlkreisen der Städtekurie (Graz-Stadt und Vorstädte, Bruck an der Mur, Marburg und Judenburg) an dem Wahlkampfe. In Graz-Vorstädte und Bruck an der Mur erlangten wir ansehnliche Minoritäten, ebenso in Marburg.

An den Gemeinderathswahlen betheiligten sich die Genossen immer mehr. In der Berichtsperiode gelang es uns, in Graz von 16 Mandaten des III. Wahlkörpers fünf zu erobern. In Knittelfeld eroberten die Genossen den dritten Wahlkörper bis auf ein Mandat. In Eggenberg bei Graz wurde von uns der dritte Wahlkörper vollständig erobert, in Andritz bis auf ein Mandat. Die Marburger Genossen eroberten den ganzen dritten Wahlkörper. Doch wurde die Wahl über Protest der deutschbürgerlichen Klique annullirt. Bei der hierauf stattgehabten Neuwahl unterlagen die Genossen der gemeinen Wahlmache ihrer vereinigten Gegner. Dafür siegte die Partei in der an

Marburg angrenzenden Gemeinde Brunndorf im dritten Wahlkörper. Auch in anderen Orten haben wir einzelne Genossen in den Gemeindevertretungen sitzen. So in Mürzzuschlag, Neuberg, Wartberg, Peggau u. s. w.

Besonders hervorragend gestaltete sich das Wirken der Grazer Genossen Gemeinderäthe, was vielfach dazu beiträgt, das Interesse an den Gemeinderathswahlen im Lande zu heben. Bezüglich der Gemeinderathswahlen ist nur zu wünschen, daß der Erfolg auch immer von der nöthigen Klarheit in der Sache begleitet wird.

Tirol.

I. tirolischer Wahlkreis (Innsbruck). Der Wahlkreisausschuß hat seinen Sitz in Innsbruck. Eingetheilt ist der Wahlkreis in die fünf Bezirksorganisationen Innsbruck, Landeck, Jenbach, Kitzbühel und Wörgl.

Im I. Wahlkreise bestehen 6 politische Vereine und 24 gewerkschaftliche und andere Organisationen. Die Mitgliederzahl der letzteren ist seit 1899 von 1550 auf 1906 gestiegen.

Versammlungen zählen wir 190 Volks- und Wähler-, bei 400 Vereins- und über 200 § 2-Versammlungen.

Das Landes- und zugleich Wahlkreisorgan ist die „Volkszeitung" in Innsbruck. Seit 1900 erscheint das Blatt wöchentlich und vom April d. J. an als Kopfblatt der Linzer „Wahrheit". Die Auflage ist 2000, wovon im I. Wahlkreise allein 1200 abgehen. Außer den hier angeführten Blättern gehen aber auch noch eine große Anzahl von politischen und gewerkschaftlichen Parteiorganen, die außerhalb unseres Gebietes erscheinen, in unseren Wahlkreis. Von Konfiskationen wurde die „Volkszeitung" sehr hart bedrängt.

Der Gedanke der Maifeier dringt sieghaft auch in unserem Lande vor.

Die Zahl der politischen Verfolgungen bezieht sich mit Ausnahme zweier Fälle mit je 30 Kr. Strafe wegen verbotener Straßenaufzüge auf die Uebertretung des ominösen § 23 P.-G. mit insgesammt 9 Tagen Haft. Drei Preßklagen verursachten dem Landesorgan mehr denn 800 Kr. Schaden. In Innsbruck erfolgten wegen Beeinträchtigung der Arbeitsfreiheit (am 1. Mai) in 3 Fällen 5 und 10 Tage Haft und ein Freispruch.

Mit Recht kann sich die Partei das Zeugniß ausstellen, bei den abgeschlossenen Reichsrathswahlen die rührigste gewesen zu sein und am intensivsten gearbeitet zu haben. Es wurden im Wahlkreise für unsere Wahlmänner 2740 Stimmen abgegeben, welche sich auf 29 Gemeinden vertheilen.

Die Zahl der gewählten sozialdemokratischen Wahlmänner im Wahlkreise betrug 60, gegenüber 44 im Jahre 1897. Außerdem hat die Partei auch in der IV. Kurie 14 Wahlmänner durchgebracht. Die Errichtung eines Arbeitersekretariats in Innsbruck verspricht, daß die Organisation, wenn auch langsam, so doch stetig Fortschritte machen wird.

II. tirolischer Wahlkreis (Bozen). Der Sitz des Wahlkreisausschusses ist ist Bozen. Der Wahlkreis ist in die drei Agitationsbezirke, Bozen, Meran und Lienz, eingetheilt.

Der Bericht ist leider nur sehr unvollständig, da keine genaueren Angaben über die Organisation und Agitation gemacht wurden. Nach den vorliegenden Daten existiren im Wahlkreise 24 Organisationen mit 807 Mitgliedern. Ueber die Agitation liegen uns bloß Berichte von 15 Volks-, 5 Vereins- und 14 § 2-Versammlungen vor.

Einige Verurtheilungen wegen Uebertretung des § 23 des Preßgesetzes liegen natürlich auch aus diesem Wahlkreise vor.

Der 1. Mai wurde in den größeren Orten durch Arbeitsruhe gefeiert. Bei den Reichsrathswahlen wurden trotz der Schwierigkeiten des Kampfes in einigen Gemeinden bessere Erfolge als im Jahre 1897 erzielt und unsere Wahlmänner gewählt.

Vorarlberg.

In Vorarlberg ist seit 1899 eine ganz selbstständige Wahlkreisorganisation. Der Sitz des Wahlkreisausschusses ist in Dornbirn und das Gebiet ist in die drei Bezirksorganisationen Bregenz, Dornbirn und Rankweil eingetheilt.

In 23 Vereinen und Ortsgruppen sind zirka 800 Personen organisirt. Separat bestehen noch 4 italienische Arbeitervereine mit 210 Mitgliedern, darunter 16 Frauen.

Die Agitationsthätigkeit stellt sich uns in 64 Volks- und Wähler-, 96 politischen Vereins- und 179 § 2-Versammlungen dar. Die nicht politischen Vereinsversammlungen sind uns nicht bekannt.

Ein eigenes Blatt besitzt der Wahlkreis nicht, da die Innsbrucker „Volkszeitung“ als Landesorgan gilt, doch besitzt auch dieser Wahlkreis seit längerer Zeit einen wirthschaftlich unabhängigen Agitator.

Verurtheilungen sind erfolgt zu 50 Kr. Geldstrafe und 24 Stunden Arrests. Mehr ist nicht bekannt.

Die Maifeier wurde nur in einzelnen Orten entsprechend gehalten.

Bei der Gemeindewahl von Hard gelang es uns, den III. Wahlkörper ganz und vom II. Wahlkörper zwei Mandate zu erobern.

Die Reichsrathswahlen brachten uns nicht den erhofften Erfolg. Verkappte Klerikale, die sich christlich-sozial nennen, haben noch zu großen Einfluß auf die Wählerschaft, ja sogar auch auf die große Mehrzahl der Arbeiter in der hiesigen Stickereiindustrie. Dazu kommt noch der Umstand, daß ein großer Theil der Fabriksarbeiterschaft italienischer Herkunft ist, und die Agitation daher in zwei Sprachen geführt werden muß. Trotzdem thaten wir alles Nothwendige, und es wurde für die Wahlzeit sogar ein eigenes Agitationsblatt, „Der Vorarlberger Wähler“ betitelt, in einer Auflage von 1000 Exemplaren herausgegeben.

Die gegenwärtige Krise mit ihren Betriebseinstellungen und Betriebsreduktionen und der daraus folgenden Arbeitslosigkeit bläute übrigens auch den harten Köpfen der Vorarlberger Stickereiarbeiter sozialistische Denkweise ein, und es gelingt uns heute bereits, in Gegenden Versammlungen abzuhalten, in denen es früher unmöglich war, einzudringen.

Bericht der czechoslavischen Sozialdemokratie zum Gesammtparteitag im Jahre 1901.

So wie die gesammte Sozialdemokratie Oesterreichs, hatte auch die czechoslavische Sozialdemokratie einen überaus schweren Kampf zu führen. Die zwei letzten Jahre bedeuten eine Zeit schwerer, aber nichtsdestoweniger siegreicher Kämpfe, die nicht nur gegen die Bureaukratie und die Bourgeoisie, sondern auch gegen einen Theil der Arbeiterschaft geführt werden mußten. Bekanntlich organisirte die czechische Bourgeoisie in der Absicht, die wohlgefügte Organisation der czechischen klassenbewußten Arbeiterschaft zu zertrümmern, einen kleinen, vom nationalen Chauvinismus fanatisirten Theil als „nationalsoziale“ „Arbeiterpartei“. Wiewohl unsere Partei anscheinend bei den Reichsrathswahlen durch den Verlust dreier Mandate geschwächt wurde, festigte sie in Wirklichkeit ihre Organisation und wuchs ganz beträchtlich an Zahl ihrer Anhänger, so daß sie mit Vertrauen auf eine günstige Entwicklung in die Zukunft blicken kann.

Die Partei erfüllte ehrenvoll ihre Pflicht in allen von der Gesammtpartei unternommenen Aktionen, besonders soweit sie das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht, die Aufhebung des Zeitungsstempels, die Kundgebung des Standpunktes der Arbeiterschaft dem österreichisch-ungarischen Ausgleich und der Regierung des § 14 gegenüber betrafen, und auch bei der jetzt durchgeführten Aktion zu Gunsten der Alters- und Invaliditätsversicherung stellt die Partei ihren Mann.

Auch allen übrigen Fragen wirthschaftlicher und politischer Natur widmete die Partei die nöthige Aufmerksamkeit. In erster Linie sei hier die Aktion zu Gunsten der Errichtung von Gewerbegerichten in Prag, Pilsen und Teplitz erwähnt. Das schändlichste Kapitel der Leiden des czechischen Proletariats, jene brutalen Ausweisungen von Arbeitern aus ihren Wohnsitzen, wurde durch das energische Einschreiten unserer Partei zuerst eingeschränkt und dann schneller beendigt. Durch zahlreiche Versammlungen, durch die Presse und durch Interpellationen unserer Abgeordneten griffen wir hier ein. Die von der Bourgeoisie arrangirte Völkerverhetzung wurde an vielen Stellen durch die Kraft unserer Organisationen und großartige Manifestationen abgeschwächt. Im Frühjahr des Jahres 1901 protestirte die czechische Arbeiterschaft in einer Massenversammlung gegen die Schreckensherrschaft des Zarismus.

Auch in den wirthschaftlichen Kämpfen zeigte sich die große Kampfbereitschaft und Kraft unserer Organisationen. Wir erwähnen hier den Generalstreik der Bergarbeiter, der, förmlich gegen den Willen der Partei inszenirt, sich dennoch thatkräftiger Unterstützung ihrerseits erfreute, wodurch der ruhige Verlauf und der wenn auch nicht vollständige Erfolg des Streiks gesichert wurde.

Zum Zwecke der Stärkung des freundschaftlichen Verhältnisses zu den Bruderparteien anderer Völker beschickte die Partei die Kongresse und Berathungen derselben durch Delegirte.

Wir entsendeten unseren Vertreter zum Parteitage der deutsch-österreichischen Genossen in Graz und zum Mainzer Parteitage der

Sozialdemokratie Deutschlands im September 1900. Am internationalen Kongresse in Paris nahmen gleichfalls zwei Delegirte unserer Partei theil. Schmerzerfüllt durch den Tod des verdienten Vorkämpfers der Sozialdemokratie, Genossen Wilhelm Liebknecht in Berlin, bezeugte die Partei dem Verstorbenen die letzte Ehre durch die Entsendung von zwei Delegirten zu seinem Begräbnisse.

Am 8., 9. und 10. September 1900 tagte in Budweis der Parteitag der czechoslavischen Sozialdemokratie, bei dem außer über die gewöhnlichen Angelegenheiten der Organisation und der Presse auch über Schul- und Kommunalfragen, weiters über den Landtag verhandelt wurde und darüber Resolutionen angenommen wurden. Derselbe Parteitag hob die bisherige Art der Geldbeschaffung für die Parteikasse durch Blocks auf und führte eine allgemeine Parteisteuer ein. Durch Beschluß desselben Parteitages wurde die Exekutive aus Wien nach Prag verlegt, woselbst dann im März ein eigenes Parteisekretariat errichtet wurde.

Ein wichtiges Ereigniß in der Entwicklung der Partei ist die Gründung eines zweiten Tagblattes, „Dělnické Listy", in Wien, wodurch die Erziehung des Wiener czechischen Proletariats im Sinne der sozialdemokratischen Prinzipien gesichert erscheint.

Die Stärke der Partei kann man auch an ihrer Presse ermessen. Am 30. Juni 1901 zeigte sich folgendes Bild über den Stand der Parteipresse: Wir hatten im Ganzen 14 politische Blätter mit einer Gesammtauflage von 8,313.600 Exemplaren. Von den 14 Blättern erschienen 2 („Právo Lidu" und „Dělnické listy") täglich, 2 dreimal wöchentlich („Rovnost" in Brünn und „Svoboda" in Kladno), 1 zweimal wöchentlich („Nova Doba" in Pilsen); weiters haben wir 5 Wochenblätter, 3 Blätter erscheinen zweimal im Monat, 1 einmal im Monat.

Die Gewerkschaftspresse machte auch einen erfreulichen Fortschritt. Wir zählten am 30. Juni 1901 20 Fachblätter mit einer Gesammtauflage von 980.000 Exemplaren. Von den Gewerkschaftsblättern erscheinen „Veleslavín" (Organ der Buchdrucker), „Kovodělník" (Fachblatt der Metallarbeiter) und „Na zdar" (Fachblatt der Bergarbeiter) wöchentlich, die übrigen in längeren Intervallen. Außerdem besitzt die Partei eine wissenschaftliche Revue „Akademie", eine antiklerikale Wochenschrift „Cervánky", ein humoristisches Monatsblatt „Rašple" und eine belletristische Monatszeitung „Rudé Květy". Diese Blätter haben eine Gesammtauflage von 670.000 Exemplaren.

Ein Vergleich mit dem Jahre 1893 zeigt das Wachsen der czechischen sozialdemokratischen Presse am deutlichsten. Im Jahre 1893 hatte die Partei im Ganzen 13 Blätter mit einer Gesammtauflage von 1,706.200 Exemplaren, jetzt hat sie 37 Blätter mit einer Jahresauflage von 9,963.000 Exemplaren, also jährlich **um 8,256.800** Exemplare mehr.

Die Agitations- und Organisationsthätigkeit stellt sich folgendermaßen dar: Die Partei zählt 456 politische Lokalorganisationen mit 14.775 Genossen und Genossinnen, welche die Parteisteuer entrichten. In dieser Zahl sind die Anhänger der Partei, welche die Parteigrundsätze anerkennen, bei Wahlen sozialdemokratisch stimmen, aber die im Organisationsstatut festgesetzten Pflichten nicht erfüllen, nicht mitgerechnet.

In der Berichtszeit wurden 127 Versammlungen unter freiem Himmel, 3209 öffentliche Volksversammlungen, 3782 öffentliche Vereinsversammlungen und Vorträge, 4239 § 2-Versammlungen und 1377 Wählerversammlungen abgehalten. Verboten wurden 141 Volksversammlungen und 12 unter freiem Himmel, aufgelöst 63 Volks- und 4 Versammlungen unter freiem Himmel.

Gerichtlich verfolgt wurden im Ganzen 612 Genossen; das Strafausmaß beträgt **zehn Jahre sieben Monate und vier Tage**. An Geldstrafen wurden Kr. 2487·40 gezahlt. Die Partei als Ganzes und die einzelnen betroffenen Genossen betrachten natürlich die ihnen gewidmete Aufmerksamkeit als besondere Auszeichnung für ihr ehrliches Wirken zu Gunsten der Unterdrückten. Konfiskationen kamen 231 vor.

Der Stand der Vereinsorganisationen ist folgender: 56 politische Vereine mit 4679 Mitgliedern; 342 Fachvereine und Ortsgruppen mit 22.085 männlichen und 733 weiblichen Mitgliedern; 328 Bildungsvereine mit 16.945 männlichen und 1456 weiblichen Mitgliedern; 52 andere Vereine mit 2779 Mitgliedern.

Im Ganzen sind also in 773 Vereinen, welche die Grundsätze der czechoslavischen Sozialdemokratie anerkennen, 48.169 Mitglieder konzentrirt. Diese Zahlen sind natürlich nicht vollständig, da aus vielen Orten die Fragebogen nicht beantwortet wurden. Die Einführung der allgemeinen Parteisteuer und die damit verbundene Festigung der Organisation berechtigen zur Hoffnung, daß der nächste Bericht vollständiger und genauer sein und auch weitere Fortschritte aufweisen wird.

Karl Vaněk, Sekretär.

Stand und Thätigkeit der einzelnen Wahlkreise.

Böhmen.

I. Wahlkreis (Sitz Prag). Dieser Wahlkreis zählt 7 Lokalorganisationen mit 1541 Genossen und Genossinnen. Abgehalten wurden 17 Versammlungen unter freiem Himmel, 235 öffentliche Volksversammlungen, 567 § 2-Versammlungen. 5 politische Vereine zählen 974 Mitglieder, 22 Fachvereine 4835 männliche und 142 weibliche Mitglieder, die 6 Bildungsvereine zählen 523 männliche und 33 weibliche Mitglieder. Außerdem existirt hier ein Arbeiterturnverein mit 91 Mitgliedern. Im Sitze des Wahlkreises ist auch die Zentralorganisation der Bildungsvereine „Dělnická Akademie" (Arbeiter-Akademie), die 150 Bildungs- und Fachvereine mit 11.097 Mitgliedern umfaßt. Gerichtlich verfolgt wurden 39 Genossen, das Strafausmaß beträgt 4 Monate 2 Tage und 480 Kr. Streiks waren 5; 2 erfolgreiche und 3 endeten mit Niederlage der Streikenden. Bei einer Aussperrung siegten die Arbeiter, bei einer die Unternehmer. Die Maifeier wurde in beiden Jahren gleich festlich begangen unter Theilnahme von etwa 20.000 Arbeitern und Arbeiterinnen der meisten Industrieunternehmungen. Bei den Wahlen zu den Gewerbegerichten wurden mit großer Majorität unsere Kandidaten gewählt; die Unterlegenen waren die National-Sozialen. Die Organisation verwaltet durch ihre Delegirten die Bezirkskrankenkasse (30.000 Mitglieder) und 9 Genossenschaftskrankenkassen.

II. Wahlkreis (Sitz Kladno). In diesem Wahlkreise gibt es 135 Lokalorganisationen, von denen aber nur 53 den Fragebogen beantworteten, wodurch es schwer wird, ein klares Bild zu entwerfen. Die Organisationen, die antworteten, zählen insgesammt 2153 thätige Genossen. Es wurden 8 Versammlungen unter freiem Himmel, 487 öffentliche Volksversammlungen, 273 Vereins- und 611 § 2-Versammlungen abgehalten. Verboten wurden 14 Volks- und 3 Versammlungen unter freiem Himmel, aufgelöst 9 Versammlungen. 89 Personen wurden gerichtlich verfolgt, 19 blieben 4 Monate 4 Tage in Untersuchungshaft, 70 Genossen wurden zu Strafen von insgesammt 11 Monaten 22 Tagen Arrest und Kr. 209·50 Geldstrafen verurtheilt. Im Wahlkreise wurde an 3 Orten eine Aktion gegen die Erhöhung der Biersteuer, in 6 Orten gegen die Milchvertheuerung unternommen; an einem Orte zu Gunsten der Einführung genießbaren Trinkwassers, in einem zu Gunsten der Abschaffung des Schulgeldes und in einem anderen zu Gunsten von Errichtung menschenwürdiger Wohnungen für die Ziegelarbeiter. Diese Aktionen waren zum größeren Theile von Erfolg begleitet. In diesem Wahlkreise betheiligte sich die Arbeiterschaft besonder rege an den Gemeindewahlen und eroberte in 8 Gemeinden den III. Wahlkörper, in 8 anderen 16 Mandate. Die Maifeier wurde an 5 Orten durch vollständige Arbeitsruhe begangen, in 13 war theilweise Arbeitsruhe, in 5 feierten einzelne Arbeiter, in 30 wurde wie gewöhnlich gearbeitet. Die letzteren waren Orte ohne Industrie. Der Wahlkreis zählt 47 Bildungsvereine mit 2437 männlichen und 185 weiblichen Mitgliedern, 56 Fachvereine mit 1783 männlichen und 76 weiblichen Mitgliedern, 5 politische Vereine mit 284 Mitgliedern, 2 Arbeiterturnvereine mit 63 männlichen und 34 weiblichen Mitgliedern; weiters 5 Unterstützungsvereine mit 753 Mitgliedern. Im Wahlkreise erscheint dreimal in der Woche das Blatt „Svoboda".

Der **III. Wahlkreis** hat nur in Nürschan eine czechische Organisation.

IV. Wahlkreis. In diesem Wahlkreise bilden die czechischen Minoritäten, meistens Bergarbeiter, 8 Lokalorganisationen; nur 5 beantworteten die Fragebogen. Ihre Pflichten erfüllen 251 Genossen. Es wurden 6 öffentliche und 24 czechische § 2-Versammlungen abgehalten.

V. Wahlkreis (Sitz Teplitz). Aus 11 beantworteten Fragebogen erhellt, daß 369 Parteigenossen ihre Pflichten erfüllen. Man zählte 7 Versammlungen unter freiem Himmel, 101 öffentliche Volks-, 211 Vereins- und 226 § 2-Versammlungen. Verboten wurden 4 Versammlungen, aufgelöst 2. Verfolgungen von Genossen kamen 16 vor, das Strafausmaß beträgt 4 Monate 15 Tage. Im Wahlkreise kamen 2 Streiks vor (Berg- und Steinarbeiter), als auch ein Lohnkampf der Glaser, ohne greifbaren Erfolg. An 3 Orten wurde gegen die Milchvertheuerung protestirt. Die gewerkschaftliche Organisation zählt 19 Vereine und Gruppen mit 764 männlichen und 49 weiblichen Mitgliedern, die 3 politischen Vereine haben 786 Mitglieder. Im Bezirke gibt es außerdem 7 Bildungsvereine mit 210 männlichen und 14 weiblichen Mitgliedern, 2 Arbeiterturnvereine mit 135 männlichen und 4 weiblichen Mitgliedern.

Im **VI. Wahlkreise** ist nur eine selbstständige czechische Organisation. Im Kreise gab es zwei Streiks, die beide mit einem recht ansehnlichen Erfolg endeten.

Der **VII. Wahlkreis (Sitz Lieben)**, der sehr groß ist, ist zum größeren Theil agrarisch und kleinindustriell. Nichtsdestoweniger besitzen wir dort 28 Organisationen mit 1846 Genossen. Im Ganzen wurden 321 Volks-, 11 Versammlungen unter freiem

Himmel, weiters 258 Vereins-, 249 Wähler- und 198 § 2-Versammlungen abgehalten. Verboten wurden 7, aufgelöst 5 Versammlungen. Es kamen 44 Verfolgungen vor mit 2 Monaten 14 Tagen und 30 Kr. Strafen. Die Organisation nahm in 17 Orten an Gemeindewahlen theil, in 11 mit ansehnlichem Erfolg. Fachvereine und Gruppen zählte der Bezirk 18 mit 1344 männlichen und 19 weiblichen Mitgliedern; 5 politische Vereine mit 519 Mitgliedern, 37 Bildungsvereine mit 1203 männlichen und 93 weiblichen Mitgliedern. Im Kreise erscheint das unlängst gegründete Blatt „Stráž Pojizerí" („Wacht an der Iser"), welches zwar mit vielen Mühsalen zu kämpfen hat, aber nichtsdestoweniger an Boden gewinnt.

VIII. Wahlkreis (Sitz Reichenberg). Die czechischen Genossen haben hier 4 Organisationen, aber nur 2 füllten die Fragebogen aus. In diesen 2 (Warnsdorf und Reichenberg) sind 108 Genossen, welche 19 öffentliche Volks-, 67 Vereins- und 45 § 2-Versammlungen abhielten. 4 Versammlungen wurden verboten. Zu erwähnen sind die Streiks der Textilarbeiter, Maschinenarbeiter und Schuhmacher. 6 Gewerkschaftsorganisationen haben 754 Mitglieder, 1 politischer Verein 33 Mitglieder, 4 Bildungsvereine 124 Mitglieder.

X. Wahlkreis (Sitz Limburg). Von 16 ausgesendeten Fragebogen kamen nur 7 ausgefüllt zurück. Zahl der Genossen 286. Oeffentliche Volksversammlungen 64, unter freiem Himmel 3, Vereinsversammlungen 86, § 2-Versammlungen 96, aufgelöste Versammlungen 3, 6 verboten. Gerichtliche Verfolgungen wurden 14 verzeichnet, von denen 11 Uebertretungen des § 23 des Preßgesetzes betrafen; im Ganzen wurden Geldstrafen im Betrage von 70 Kr. verhängt. Der 1. Mai wurde in 6 Orten mit theilweiser Arbeitsruhe gefeiert. In 2 Orten betheiligte sich die Organisation am Wahlkampf in den Gemeinden, in 1 Orte gewannen wir den ganzen III. Wahlkörper, im anderen war unser Kampf erfolglos. In 2 Orten wurde gegen die Erhöhung der Biersteuer und Vertheuerung der Milch protestirt. Volksbildungsvereine haben wir hier 6, die 179 männliche und 31 weibliche Mitglieder zählen; die 5 Fachvereine und Ortsgruppen haben 261 männliche und 80 weibliche Mitglieder, die 3 politischen Vereine 105 Mitglieder.

Im **XI. Wahlkreise** sind 12 Organisationen mit 609 Genossen. Es wurden 3 Versammlungen unter freiem Himmel veranstaltet, weiters 103 öffentliche Volks-, 88 öffentliche Vereins-, 69 § 2- und 64 Wählerversammlungen abgehalten; 4 wurden aufgelöst, 3 verboten. 17 Genossen wurden gerichtlich verfolgt und zu 14 Tagen Arrests verurtheilt; hiezu kommen 6 Tage Untersuchungshaft. Im Wahlkreise sind 16 Ortsgruppen von Fachvereinen und 4 allgemeine Gewerkschaftsvereine, in denen 941 männliche und 29 weibliche Mitglieder organisirt sind. 2 politische Vereine hatten 57, die 6 Bildungsvereine 371 männliche und 28 weibliche Mitglieder, 1 Turnverein 30 Mitglieder. Die Bewegung litt ungemein durch den wider den Willen der Organisation hervorgerufenen Textilarbeiterstreik in Nachod und Rothkosteletz und durch den bösen Willen der „Unabhängigen", die jede organisatorische Arbeit unmöglich machen. In Orten, welche die Fragebogen nicht ausfüllten, gibt es 9 sozialdemokratische Vereine.

XII. Wahlkreis. Nach der Mittheilung der Vertrauensmänner gibt es im Bezirke 16 Orte mit sozialdemokratischen Organisationen. Die Fragebogen wurden aber nur in 7 Orten ausgefüllt, in denen man 266 Genossen zählt. Die Versammlungsstatistik weist 4 Versammlungen unter freiem Himmel, 87 öffentliche Volks-, 56 Vereins- und 74 vertrauliche Versammlungen auf. Versammlungsverbote ergingen 3, Auflösungen 1. Gerichtliche Verfolgungen wurden 48 bekanntgegeben, die mit 4 Monaten 16 Tagen Arrests und 50 Kr. Strafe endeten. 2 Schuhmacherstreiks brachten einigen Erfolg. Wir hatten 8 Bildungsvereine (252 männliche und 21 weibliche Mitglieder), 4 Fachgruppen (224 männliche und 25 weibliche Mitglieder), 2 politische Vereine mit 61 Mitgliedern.

XIII. Wahlkreis (Sitz Humpolec). Von den im Kreise bestehenden 16 Lokalorganisationen beantworteten nur 9 den Fragebogen. Diese 9 haben in der politischen Organisation 260 Personen. Veranstaltet wurden: 3 Versammlungen unter freiem Himmel, 47 öffentliche Vereins-, 31 öffentliche Volks- und 94 vertrauliche Versammlungen. 2 Versammlungen wurden verboten, 1 aufgelöst. An 2 Orten ruhte am 1. Mai die Arbeit fast gänzlich, an 2 anderen nur theilweise und in weiteren nur gering. 6 Genossen wurden verfolgt und zu 20 Kr. und 7 Tagen Arrests verurtheilt. In 2 Orten griffen wir mit Erfolg in die Gemeindewahlen ein. 3 partielle Streiks brachten den Streikenden ansehnliche Erfolge. Die gewerkschaftliche Organisation ist noch in den Anfängen und wird durch 1 allgemeinen Gewerkschaftsverein repräsentirt, der 71 männliche und 4 weibliche Mitglieder zählt. Weiters haben wir 7 Bildungsvereine (Mitgliederzahl: 222 männliche und 13 weibliche) und 2 politische mit 132 Mitgliedern.

XIV. Wahlkreis (Sitz Weinberge). Wiewohl der Bezirk 19 Organisationen zählt, langten nur 10 ausgefüllte Fragebögen ein. Die Zahl der thätigen Genossen be-

trägt 977; 157 Volksversammlungen, 5 unter freiem Himmel, 135 Vereins- und 168 vertrauliche Versammlungen zeugen für die Thätigkeit der Organisation; 4 unter freiem Himmel zu veranstaltende Versammlungen wurden verboten, 13 Volks- und 2 Vereinsversammlungen wurden aufgelöst. Die Maifeier wurde nur in den der Hauptstadt nahegelegenen Orten begangen. Von 8 Streiks endeten 4 mit Erfolg. 32 Personen wurden verfolgt, größtentheils wegen Uebertretung des § 23 P.-G. und wegen Wahlagitation; das Strafausmaß beträgt 5 Monate 4 Tage und 35 Kr. Strafe. In 3 Orten sind wir in den Gemeindeausschüssen mit 4 Mandaten vertreten. Die Vereinsorganisation zählt 19 Bildungsvereine mit 675 Mitgliedern, 117 gewerkschaftliche Ortsgruppen mit 1090 Mitgliedern, 2 politische Vereine mit 421 Mitgliedern, 1 Frauenverein mit 61 Mitgliedern und außerdem 362 verschiedene andere Vereine.

XV. Wahlkreis (Sitz Tabor). Der Kreis ist nur sehr schwach industriell, und so gewinnt denn auch die Bewegung nur langsam an Boden. Man zählt 7 politische Organisationen mit 256 thätigen Genossen. Oeffentliche Volks- und Wählerversammlungen wurden 91 abgehalten, 57 Vereinsversammlungen, 91 vertrauliche. 8 Gerichtsverfolgungen wurden verzeichnet, die 19 Tage Arrest und 20 Kr. Strafe eintrugen. Nur in 5 Organisationen wurde der 1. Mai gefeiert. Die gewerkschaftliche Organisation zählt 5 Ortsgruppen mit 179 Mitgliedern. 7 Bildungsvereine haben 488 männliche und 91 weibliche Mitglieder. Im Kreise ist ein politischer Verein mit 71 Mitgliedern.

XVI. Wahlkreis (Sitz Budweis). Der Wahlkreis hat zur Hälfte deutsche, zur Hälfte czechische Bevölkerung. Im czechischen Theil bestehen 9 Organisationen mit 207 thätigen Genossen. Veranstaltet wurden 9 Meetings, 81 öffentliche Versammlungen, 98 Vereins- und 75 vertrauliche Versammlungen. Verboten wurden 5, aufgelöst 4 Versammlungen. Gerichtlich verfolgt wurden 17 Genossen und verurtheilt zu insgesammt 3 Monaten 24 Tagen Arrests und 280 Kr. Geldstrafe. Das in Budweis erscheinende Parteiblatt „Jihočeský dělník“ wurde im Berichtszeitraum 19mal konfiszirt und der Redakteur in einem Preßprozesse zu 100 Kr. Geldstrafe und Tragung der Gerichtskosten in bedeutender Höhe verurtheilt. In der zweiten Hälfte des Jahres 1899 wurde eine ganze Reihe der Partei nahestehenden Personen wegen verschiedener, bei dem Budweiser Bauarbeiterstreik begangener Delikte verurtheilt. Einer gesunden Entwicklung unserer Partei steht die von der Bourgeoisie beider Volksstämme eifrig betriebene nationale Hetze hindernd im Wege. Die Führer der nationalen Bewegung sind bestrebt, die Arbeiter in ihr Schlepptau zu bekommen, um sie gegen den Gegner ausspielen zu können. Ungünstig beeinflußt wurde ferner die Parteibewegung durch die in letzter Zeit um sich greifende wirthschaftliche Krise, die sich in Südböhmen ganz besonders bemerkbar macht. Die Vereinsorganisation besteht in 2 Bildungsvereinen und 17 Fachortsgruppen mit insgesammt 1029 männlichen und 76 weiblichen Mitgliedern. 2 politische Vereine zählen 137 Mitglieder.

XVII. Wahlkreis (Sitz Přibram). Die Agitation und Organisation dieses Wahlkreises ersieht man aus folgenden Daten: Politische Organisationen bestehen in 13 Orten, außerdem zeigt sich Parteithätigkeit durch Veranstaltung von Versammlungen in 6 Orten. Thätige Genossen gibt es 231. Seit dem letzten Parteitage wurden abgehalten: 9 Meetings, 83 öffentliche Versammlungen, 123 Vereinsversammlungen, 133 vertrauliche Versammlungen und 147 Wählerversammlungen. Verboten wurden 5, aufgelöst 2 Versammlungen. Politisch verfolgt und verurtheilt wurden 19 Genossen zu 28 Tagen Arrests und 60 Kr. Geldstrafe. Durch drei Organisationen wurden erfolgreiche Aktionen gegen die Vertheuerung der Milch und Einführung des Bierkreuzers unternommen. In zwei Orten sind Genossen in der Gemeindeverwaltung vertreten. Im Wahlkreis erscheint ein Parteiorgan („Naše Obrana“ in Přibram) in einer Auflage von 1500 Exemplaren. Es bestehen hier 8 Bildungsvereine mit 272, 6 Fachortsgruppen mit 266, 3 politische Vereine mit 204 und 1 Verein für Erbauung eines Arbeiterheims mit 19 Mitgliedern.

XVIII. Wahlkreis (Sitz Pilsen). Der Wahlkreis besteht aus 11 Gerichtsbezirken, wovon 9 gut und 2 minder agitatorisch gut bearbeitet sind. Organisationen zählt der Wahlkreis 40 mit 1600 thätigen Genossen. Die entwickelte Agitation zeigt sich in der Abhaltung von 19 Meetings, 316 öffentlichen Versammlungen, 22 Vereins- und 186 vertraulichen Versammlungen. Verboten wurden 32, aufgelöst 3 Versammlungen. In 24 Orten betheiligten sich die Genossen an den Gemeindewahlen und sind in 13 Orten 29 Genossen im III. und 2 Genossen im II. Wahlkörper vertreten. In 2 Orten wurde eine erfolgreiche Aktion gegen die Einführung des Bierkreuzers, in 2 Orten gegen die Milchvertheuerung und in 1 Orte für die Abschaffung des Schulgeldes unternommen. Wegen ihrer Thätigkeit in der Parteibewegung wurden 99 Genossen zu insgesammt 16 Monaten und 27 Tagen Arrests und zu Kr. 127·40 Geldstrafe verurtheilt. Im abgelaufenen Zeitraum hat die Organisation in 4 Ausständen eingegriffen, und zwar im Streik der Bergarbeiter, der Bäcker, Nagelschmiede und Feilenhauer, von denen

die 3 letzteren mit theilweisem Erfolg verliefen. Das seit dem Jahre 1896 in Pilsen erscheinende Parteiblatt hat eine Auflage von 3000 Exemplaren und erscheint zweimal wöchentlich. Es wurde im Laufe von zwei Jahren 20mal konfiszirt und der Redakteur zehnmal angeklagt. An Vereinen zählt der Wahlkreis 83 Bildungsvereine mit 3245 männlichen und 153 weiblichen Mitgliedern, 38 Fachorganisationen mit 2373 Mitgliedern und 5 politische Vereine mit 335 Mitgliedern. Außerdem bestehen im Wahlkreis: 4 Geselligkeits- und Sportvereine, 2 Gesang-, 1 Turn- und 1 Radfahrerverein.

Mähren.

I. **Wahlkreis (Sitz Brünn).** Zählt 27 Lokalorganisationen mit 720 zahlenden Mitgliedern. Vom 1. Juli 1899 bis 30. Juni 1901 wurden im Wahlkreis veranstaltet: 9 Meetings, 252 öffentliche Versammlungen, 357 Vereins- und 519 vertrauliche Versammlungen. 6 Versammlungen wurden verboten und 5 aufgelöst. Gerichtlich verfolgt wurden 37 Genossen und insgesammt verurtheilt zu 3 Jahren 2 Monaten und 20 Tagen Arrests und 74 Kr. Geldstrafe. Die in Brünn erscheinende, 1886 begründete „Rovnost" erscheint jetzt dreimal wöchentlich. Außerdem erscheint hier die humoristische Zeitschrift „Rašple", die antiklerikalen „Červanky" und das Fachblatt „Textilnik". Im Wahlkreis bestehen 10 Bildungsvereine mit 472 männlichen und 60 weiblichen Mitgliedern, 36 Fachvereine und Ortsgruppen mit 3803 männlichen und 186 weiblichen und 1 politischer Verein mit 46 Mitgliedern. Der 1. Mai wurde durch Arbeitsruhe begangen, fast die gesammte Fabriks- und gewerbliche Arbeiterschaft nahm an der Feier Antheil. Die Organisation beherrscht die Allgemeine Arbeiterkrankenkasse mit 25.000 Mitgliedern, die Bezirkskrankenkasse und hat Parteigenossen als Beisitzer des Gewerbegerichtes durchgesetzt. Bei den letzten Reichsrathswahlen wählte der Wahlkreis in der V. Kurie den Gen. Josef Hybesch zum Abgeordneten.

II. **Wahlkreis (Sitz Iglau).** Die Organisation dieses Wahlkreises ist infolge seiner großen Ausdehnung und der geringen Agitationskräfte zurückgeblieben. Sie zählt nur 184 thätige und steuernde Genossen. Abgehalten wurden 2 Meetings, 26 Volksversammlungen, 33 Vereins- und 37 vertrauliche Versammlungen. 1 Versammlung wurde verboten. Der 1. Mai wurde nur theilweise von den Fabriksarbeitern gefeiert. Ausstände sind 2 zu verzeichnen, von denen 1 günstig verlief. Ein Genosse wurde wegen Uebertretung des § 23 Pr.-G. gerichtlich verfolgt. In 2 Bildungsvereinen sind 70 Mann, in 7 Fachorganisationen 401 Mann und 7 Frauen und in 1 politischen Vereine 36 Genossen organisirt.

III. **Wahlkreis (Sitz Znaim).** Die Organisation dieses größtentheils agrarischen Wahlkreises ist ebenfalls sehr mangelhaft. Laut den aus 5 Orten eingelaufenen Fragebögen gibt es hier 133 organisirte Genossen. Veranstaltet wurden 31 öffentliche, 91 Vereins- und 45 vertrauliche Versammlungen. 2 Genossen wurden wegen Uebertretung des § 23 Pr.-G. zu 16 Kr. Geldstrafe verurtheilt. Im Wahlkreise bestehen 5 Bildungs- und Gewerkschaftsvereine mit 297 männlichen und 6 weiblichen Mitgliedern.

IV. **Wahlkreis.** Fragebögen sind nur aus 4 Orten eingelaufen, wo insgesammt 176 Genossen in der politischen Organisation stehen. Veranstaltet wurde: 1 Meeting, 32 öffentliche Versammlungen, 38 Vereins- und 17 vertrauliche Versammlungen, 2 Versammlungen wurden aufgelöst. An 2 Orten betheiligten sich die Genossen an den Gemeindewahlen und siegten in 1 Orte im III. Wahlkörper. Gerichtlich verfolgt wurden 5 Genossen und verurtheilt zu 120 Kr. Geldstrafe. In 2 Orten wurde gegen die Lebensmittelvertheuerung protestirt. In den 4 Orten, aus denen berichtet wurde, bestanden 1 Bildungsverein und 4 Fachortsgruppen mit 246 männlichen und 7 weiblichen Mitgliedern und 2 politische Vereine mit 44 Mitgliedern.

V. **Wahlkreis (Sitz Proßnitz).** Die Organisationsverhältnisse dieses ebenfalls überwiegend agrarischen Wahlkreises sind etwas besser. In 6 politischen Organisationen sind 419 Genossen organisirt. Die Agitation war eine eifrige. Es wurden abgehalten: 4 Meetings, 83 öffentliche Versammlungen, 70 Vereins- und 95 vertrauliche Versammlungen. 4 Versammlungen wurden verboten und 3 aufgelöst. In Proßnitz erscheint das Parteiorgan „Hlas Lidu". Im Berichtszeitraum wurden im Wahlkreis 4 Ausstände unternommen, die alle mit theilweisem Erfolg beendet wurden. In 4 Orten wurden Aktionen gegen den Zinsgroschen und die Kohlenvertheuerung unternommen. In 4 Bildungsvereinen sind 82 männliche und 128 weibliche, in 8 Fachortsgruppen 418 Genossen organisirt.

VI. **Wahlkreis (Sitz Mähr.-Ostrau).** Von 14 bestehenden Lokalorganisationen haben nur 10 die Fragebogen beantwortet. In diesen 10 Orten befinden sich 490 Genossen, die ihren Verpflichtungen gegenüber der Partei nachkommen. Veranstaltet wurden 13 Meetings, 95 öffentliche Versammlungen, 507 Vereins- und 224 vertrauliche Versammlungen. Der 1. Mai wurde in größerem Umfang nur in den Kohlen-

und Eisenindustrieorten gefeiert. Außer dem großen Bergarbeiterstreik, dessen ungünstiger Verlauf die Organisationsarbeiten sehr beeinträchtigt, wurden im Wahlkreis noch 3 kleinere Ausstände durchgeführt, von denen nur 1 einen theilweisen Erfolg erzielte. Gerichtlich verfolgt und zu insgesammt 6 Monaten 28 Tagen und 261 Kr. Geldstrafe verurtheilt wurden 27 Genossen. Darin sind die wegen des Bergarbeiterstreiks verhängten zahlreichen Strafen nicht inbegriffen. An zwei Orten wurde mit Erfolg gegen die Vertheuerung der Milch protestirt. Die Vereinsorganisation weist auf: 6 Bildungsvereine mit 347 männlichen und 7 weiblichen Mitgliedern, 18 Fachvereine und Ortsgruppen mit 1176 männlichen und 14 weiblichen Mitgliedern. Außerdem bestehen im Wahlkreis 3 politische Vereine mit 127 Mitgliedern. Im Wahlkreis erscheint 1 politisches und 1 Fachblatt.

Im VII. **Wahlkreis (Mähr.-Schönberg)** bestehen 8 politische Organisationen mit 131 Genossen. Abgehalten wurden 26 Wählerversammlungen, 16 Vereinsversammlungen, 18 öffentliche und 24 vertrauliche Versammlungen. In einem Orte wurde durch Arbeitseinstellung eine 10prozentige Lohnerhöhung erzielt. In einem Orte griff die Organisation mit Erfolg in die Gemeindewahlen ein. In den meisten Orten des Wahlkreises ist die große Armuth und Hoffnungslosigkeit der hausindustriellen Bevölkerung den sozialdemokratischen Bestrebungen sehr hinderlich. Hingegen hat die Branntweinpest und der von den Klerikalen genährte Aberglaube große Verheerungen angerichtet. Bildungsvereine bestehen im Wahlkreis 5 mit 141 männlichen und 12 weiblichen, Fachgruppen 3 mit 123 Mitgliedern.

Niederösterreich.

Die Organisation entwickelt sich hier sowohl in die Breite als in die Tiefe. Ein Beweis hiefür ist die von der niederösterreichischen czechoslavischen Landesorganisation bewerkstelligte tägliche Herausgabe der Wiener „Dělnické listy", deren Bestand als Tagblatt nur der rastlosen und opferwilligen Arbeit der Parteigenossen zuzuschreiben ist. Die Berichte der Vertrauensmänner aus Niederösterreich beweisen auch sonst, daß die Beschlüsse des Parteitages über die Autonomie der nationalen Organisationen auf deren Entwicklung wohlthätig und nützlich eingewirkt haben. Ohne Uebertreibung kann wohl behauptet werden, daß an den politischen Erfolgen der Wiener Genossen, so zum Beispiel an der Wahl von je 2 Genossen in den Gemeinderath und Reichsrath, sowie von 1 Genossen in den Landtag, die czechischen Parteigenossen einen ehrenvollen Antheil haben. Ueber Thätigkeit und Stand der czechischen Organisationen in Niederösterreich geben folgende Daten Auskunft:

1. **Wiener Wahlkreis.** Veranstaltet wurden 66 öffentliche und 76 vertrauliche Versammlungen, 56 Vorträge und 91 Diskussionen. 1 Versammlung wurde aufgelöst. Im Wahlkreis ist 1 Bildungsverein mit 92 männlichen und 38 weiblichen Mitgliedern, 1 Fachgruppe mit 65 Mitgliedern und 1 politischer Verein mit 45 Mitgliedern. An den Gemeindewahlen hat die Organisation regen Antheil genommen.

II. **Wiener Wahlkreis.** Zählt 12 czechische Organisationen mit 359 beitragenden Mitgliedern. Abgehalten wurden 156 öffentliche Versammlungen, 212 Vereinsvorträge, 54 Wählerversammlungen und 80 vertrauliche Versammlungen. Gerichtlich verfolgt und verurtheilt wurden 3 Genossen zu insgesammt 8 Tagen Arrests. An den Gemeinde-, Reichsraths- und Landtagswahlen hat sich die czechische Organisation eifrig betheiligt und für die von der gemeinsamen Organisation aufgestellten Kandidaten agitirt und gestimmt. Im Wahlkreis bestehen 3 Bildungsvereine mit 184 männlichen und 28 weiblichen Mitgliedern, 3 Fachgruppen mit 230 Mitgliedern, 2 politische Vereine mit 133 Mitgliedern und 1 Turnverein mit 53 Mitgliedern.

III. **Wiener Wahlkreis.** In diesem Wahlkreis konstituirte sich die czechische politische Organisation erst im April 1901. Sie zählt 6 lokale Organisationen mit 200 Genossen und veranstaltete 22 öffentliche Vereinsversammlungen, 66 Vorträge, 76 vertrauliche und 5 Agitationsversammlungen. Im Bezirke befinden sich 2 Bildungsvereine mit 200 Mitgliedern, 2 politische Vereine mit 95 Mitgliedern, 1 Fachgruppe mit 60 Mitgliedern.

Der IV. **Wiener Wahlkreis** zählt 4 Lokalorganisationen mit 468 Mitgliedern. Veranstaltet wurden 24 öffentliche Versammlungen, 78 Vereinsvorträge und 112 vertrauliche Versammlungen. 2 Versammlungen wurden aufgelöst. Im Wahlkreis bestehen 2 Bildungsvereine mit 94 männlichen und 7 weiblichen Mitgliedern und 2 Fachgruppen mit 71 Mitgliedern.

V. **Wiener Wahlkreis.** Im Wahlkreis bestehen 11 lokale Organisationen mit 389 beitragenden Genossen. Abgehalten wurden 75 öffentliche, 56 vertrauliche, 197 Organisations-, 14 Frauen- und 97 Vereinsversammlungen. Verboten wurden 2 Versammlungen. Die Organisationen haben bei den Gemeinde- und Reichsrathswahlen erfolgreich eingegriffen. Im Wahlkreis bestehen 4 Bildungsvereine mit 252 männlichen

und 18 weiblichen Mitgliedern, 8 Fachgruppen mit 380 männlichen und 3 weiblichen Mitgliedern und 2 politische Vereine mit 114 Mitgliedern.

IX. niederösterreichischer Wahlkreis. In diesem Wahlkreis besteht derzeit eine czechische Organisation, und zwar in Mödling. Mit Einschluß von Inzersdorf wurden in diesem Wahlkreis 38 öffentliche Vereinsversammlungen und 79 Vorträge abgehalten. Es besteht 1 Bildungsverein und 5 Ortsgruppen der Ziegelarbeiter.

Oberösterreich.

Gegenwärtig bestehen in Oberösterreich drei Lokalorganisationen, die sich die Aufklärung und Organisirung des zahlreichen czechischen Proletariats zur Aufgabe gemacht haben. Sie veranstalteten 38 vertrauliche und 2 Wählerversammlungen. Die Maifeier und eine Aktion gegen die Milch- und Biervertheuerung wurde gemeinsam mit den deutschen Genossen unternommen. Ein Genosse wurde wegen Vorantragung einer rothen Fahne zu 3 Tagen Arrests verurtheilt. Czechische Arbeitervereine können nicht gegründet werden, weil die Behörden dies nicht zulassen.

Schlesien.

Obzwar die Arbeiter der Industrieorte Schlesiens größtentheils sozialdemokratisch gesinnt sind, was durch die Wahl des Gen. Cingr zum Reichsrathsabgeordneten im II. schlesischen Wahlkreis erwiesen ist, entwickelt sich die politische Organisation daselbst sehr langsam. Auch die Fachorganisation befindet sich im Anfangsstadium. Vorläufig bestehen nur zwei politische Organisationen, die mit der Parteiexekutive in regelmäßiger Verbindung stehen. Diese Organisationen (in Katharein und Friedek) haben 9 öffentliche, 4 Vereins- und 36 vertrauliche Versammlungen abgehalten.

Bericht der italienischen Exekutive.

Südtirol.

Unsere politische und gewerkschaftliche Organisation erstreckt sich auf den italienischen Theil Tirols (Trentino), sowie auf die italienische Arbeiterschaft des übrigen Tirol und Vorarlberg. Die politische Organisation ist in die beiden Bezirksorganisationen Trient und Rovereto eingetheilt und umfaßt 32 gewerkschaftliche Organisationen. Im übrigen deutschen Theile Tirols befinden sich noch sechs, in Vorarlberg vier gewerkschaftliche Organisationen, zusammen 42 italienische Vereine.

Der Sitz des italienischen Parteisekretariats für Südtirol befindet sich derzeit in Trient.

Gegenüber dem Jahre 1899 hat sich die Zahl der italienischen Vereine von 22 auf 42 erhöht, trotzdem in den letzten beiden Jahren gerade im Baugewerbe eine besonders flaue Geschäftskonjunktur zu verzeichnen war.

Was die Agitation in italienischer Zunge anbelangt, so wurden im Organisationsgebiete Tirol und Vorarlberg in der Berichtszeit 215 Volks-, 320 Vereins- und 110 § 2-Versammlungen abgehalten. Davon wurden drei Versammlungen aufgelöst, eine verboten.

An Parteiblättern erscheint der „Il Popolo" täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage in einer Auflage von über 3000 Exemplaren. Dieses Blatt wurde am 7. April 1901 gegründet. Ein Beweis dafür, was unter dem objektiven Verfahren unsere Parteipresse in Oesterreich zu erdulden hat, erhellt am besten daraus, daß unter den 362 Nummern des „Il Popolo" nicht weniger als 39 konfiszirt worden sind.

Das im September 1896 gegründete Wochenblatt „L'Avvenire del Lavoratore" wurde am 1. Juni 1901 aufgelassen. Es hatte eine durchschnittliche Auflage von über 1500 Exemplaren und wurde in der Berichtszeit fünfmal konfiszirt.

Die Maifeier wurde in Trient und Rovereto durch vollständige, in den übrigen Orten Südtirols, wie: Arco, Riva, Levico ꝛc., durch theilweise Arbeitsruhe begangen.

An Lohnbewegungen waren im italienischen Theile Südtirols allein vier Streiks in der Berichtszeit zu verzeichnen, und zwar bei den Steinmetzen und Schriftsetzern in Trient (Dauer zwei, beziehungsweise eine Woche), bei den Lederarbeitern in Arco (Dauer drei Wochen) und bei den Bauarbeitern in Levico (Dauer zwei Tage). Diese Streiks, an welchen insgesammt 328 Personen betheiligt waren, endeten, mit Ausnahme des Streiks der Steinmetze in Trient, durchwegs mit einem günstigen Erfolge.

Anklagen und Verurtheilungen hatte die italienische Sozialdemokratie in der Berichtszeit wie folgt zu verzeichnen: Vier Preßprozesse vor dem Geschwornengericht wegen Ehrenbeleidigung. Zwei davon endigten mit einem Freispruch; in einem Falle erfolgte eine Verurtheilung zu drei Wochen, im anderen zu einem Monat Arrest. Eine Anklage erfolgte wegen Aufreizung gegen die Sicherheit des Staates, die nach 21tägiger verbüßter Untersuchungshaft mit einem Freispruch endigte. Dessenungeachtet nahm die Polizeibehörde die Strafverfolgung wieder auf und verurtheilte auf Grund des § 11 der kaiserlichen Verordnung vom Jahre 1854 zu zehn Tagen Arrest.

Wegen Uebertretungen des Versammlungs- und Preßgesetzes wurde in 45 Fällen die Anklage erhoben. Hievon mußte in 30 Fällen mit einem Freispruche vorgegangen werden; in 15 Fällen erfolgten Verurtheilungen zu insgesammt 230 Kr. Geldstrafe. Wegen stattgefundener antimilitaristischer Protestkundgebungen wurden 22 Genossen zu 145 Tagen Arrests und 41 Genossen zu 206 Kr. Geldstrafe verurtheilt. Diese Strafen beziehen sich nur auf die Genossen Südtirols, nicht aber auf die italienischen in den Theilen Tirols und Vorarlbergs.

Bei den Gemeindeersatzwahlen in Trient (III. Wahlkörper, 1901) erhielten unsere Genossen 196 gegen 360 Stimmen. Bei den Gemeindewahlen in Rovereto (III. Wahlkörper, 1901) erhielten unsere Genossen nach einem vorher mit den Demokraten geschlossenen Kompromiß 160 gegen 90 Stimmen; es waren somit fünf Genossen und fünf Demokraten im III. Wahlkörper gewählt.

Bei den politischen Wahlen in den Reichsrath gestaltete sich das Stimmenverhältniß in 64 Gemeinden Südtirols folgendermaßen: Im Jahre 1897 1684 Stimmen, 1898 bei der Ersatzwahl 2375 Stimmen und 1900 4038 Stimmen, somit eine Zunahme gegenüber dem Jahre 1897 um 1663 Stimmen.

Die italienische Sozialdemokratie in Südtirol hat sich ebenfalls an dem Kampfe für die Autonomie betheiligt und wird in allen kommenden Wahlen Protestkandidaturen gegen die liberal-klerikalen Kandidaten aufstellen. Daß es auch bei uns vorwärts gegangen ist, haben wir zur Genüge aus Vorstehendem bewiesen, und hoffen auch weiterhin an Boden zu gewinnen.

Triest, Küstenland und Dalmatien.

In der Berichtsperiode war die Thätigkeit unserer Partei weniger auf äußerliche Aktionen als auf den inneren Ausbau unserer Organisation gerichtet. Die anhaltende wirthschaftliche Krise, sowie der innerhalb unserer Organisation vorgenommene Reinigungsprozeß veranlaßte die italienischen und slavischen Chauvinisten, einen besonderen Vorstoß gegen unsere Bewegung zu unternehmen. Offenbar hielten sie die Zeit für gekommen, der sozialdemokratischen Partei in den italienischen Küstenprovinzen — wie sie sich ausdrückten — den Gnadenstoß zu versetzen.

Die Organisation ging dessenungeachtet, wenn auch langsam, so doch Schritt für Schritt vorwärts, und mit ihrem Vortschritt verbesserte sich die ökonomische Lage der Partei. Neben der Neugründung einer Reihe von Vereinen erstarkten die schon bestehenden in erfreulicher Weise. In der Provinz konstituirten sich neue Sektionen und die schon bestehenden erweiterten sich fast durchwegs. Trotz der Schwierigkeiten, unter welchen die Organisationen in Dalmatien und Küstenland zu kämpfen haben, umfaßt das Organisationsgebiet derzeit dennoch 17 Vereine mit zusammen 3514 männlichen und 206 weiblichen Mitgliedern, gegen 2010 männlichen und 122 weiblichen Mitgliedern im Jahre 1899. Einen ganz besonderen Aufschwung hat, dank der Opferwilligkeit einiger Genossen, die Organisation in Pola zu verzeichnen.

Ein weiterer erfreulicher Fortschritt ist die Vereinigung aller auf sozialdemokratischer Basis stehenden Fach- und Bildungsvereine, der beiden Parteiblätter „Il Lavoratore“ und „Rdeči Prapor“, sowie des italienischen und slovenischen Parteisekretariats in gemeinsamen Lokalitäten, eines eigens zu diesem Zwecke mit geräumigen Sälen gebauten Hauses im Zentrum der Stadt Triest.

An Stelle des bisherigen Vereines „Lega sociale demokratica“ ist der Fortbildungsverein „Circolo di studi sociali“ in Triest getreten, der bisher mit bestem Erfolge gewirkt hat. Die Zentrale „Federazione dei Lavoratori e Lavoratrici“ wurde aus taktischen Gründen im Sommer 1901 von Triest nach Pola verlegt.

Zu Weihnachten 1899 tagte in Triest der zweite ordentliche Provinzialkongreß, der von 30 Vertretern beschickt war. Zur Verhandlung standen:

Die Taktik der Partei bei politischen und administrativen Wahlen, Ausbau der Organisation, die Frauenfrage, sowie Parteipresse.

Ein außerordentlicher Parteitag der italienischen Sozialdemokratie wurde im Oktober 1900 ebenfalls in Triest abgehalten, der sich vornehmlich mit den bevorstehenden Wahlen in den Reichsrath beschäftigte. Hiebei wurde auch die Einhebung einer Parteisteuer beschlossen.

An Agitation wurde in der Berichtsperiode das denkbar Möglichste geleistet, und zwar fanden in Dalmatien und im Küstenland 66 Volks-, 89 Vereins- und 144 § 2-Versammlungen statt.

Die Parteipresse erscheint in Triest durch den „Il Lavoratore" vertreten, welcher zweimal wöchentlich in der Auflage von über 2000 Exemplaren erscheint. In Pola wird als wöchentliche Beilage des täglich erscheinenden „Il Proletario" der „Il Supplemental Proletario" in einer Auflage von ebenfalls über 2000 Exemplaren herausgegeben.

Die Arbeitsruhe am 1. Mai war nur theilweise möglich. Vollständige Arbeitsruhe war nur in Muggia, während in anderen Orten wie Triest und Pola, nur die Angehörigen einzelner Berufe feierten. In den meisten in Betracht kommenden Orten wurde der 1. Mai durch demonstrative Spaziergänge entweder Mittags oder Abends, verbunden mit Versammlungen und geselligen Zusammenkünften, gefeiert.

An Lohnbewegungen wurden in den letzten zwei Jahren mehrere Kämpfe ausgetragen, welche mit zwei einzigen Ausnahmen alle günstig verliefen. Im Herbst 1900 brach ein Streik der Angestellten an der Südbahnstation Triest aus, welcher nach einigen Tagen siegreich endete. Ebenfalls siegten im Winter 1901 eine Gruppe von Hafenarbeitern in Triest, wobei die Arbeitseinstellung nur einige Stunden gedauert hatte. Der Streik in der Oelsamenmühle in Guardiella, an welcher sich 40 Arbeiter betheiligten, endete siegreich nach einer Woche. Bei der Arbeitseinstellung der Vernieter in Cantiere S. Marco, welcher wider die Meinung der Parteileitung geführt wurde, mußten sich die 80 betheiligten Arbeiter nach einem fünfwöchentlichen erfolglosen Kampfe ergeben. In der Triester Linoleumfabrik streikten 25 Arbeiter umsonst und ein Theil der Streikenden verlor dabei den Dienst, während die anderen sich ergaben.

In vielen Bewegungen war man nicht genöthigt, zum äußersten Mittel zu greifen, indem die Wünsche der Arbeiter theilweise befriedigt wurden, so im Lloydarsenal, wo eine allgemeine Lohnerhöhung und eine Verkürzung der Arbeitszeit bewilligt wurde. Die Arbeiter beim Tramwaydepot bekamen ebenfalls im friedlichen Wege ihre Forderungen bewilligt.

Was die Wahlbewegung anbelangt, so ist wohl vorläufig keine Hoffnung vorhanden, in diesen von der nationalen Seuche durch und durch infizirten Gegenden einen Wahlsieg zu erringen. Dennoch trat man mit aller Kraft bei den letzten Reichsrathswahlen (V. Kurie) in die Wahlkampagne ein, um das Vorhandensein der sozialdemokratischen Idee zu erbringen. Es wurden Gen. Karl Ucekar in Triest und Etbin Kristan im Görzischen und in Istrien als Kandidaten für die V. Kurie aufgestellt. In Triest blieb der sozialistische Kandidat mit 4901 Stimmen in der Minorität, in Istrien und im Görzischen siegte man in den Wahlmännerwahlen nur in den Gemeinden Gradisca, Dolegna, Muggia und in einem Bezirke der Stadt Pola.

An politischen Verfolgungen wurden neben zwei Preßprozessen, die mit Verurtheilungen zu hohen Geldstrafen endeten, über die Genossen acht Tage Arrest und Kr. 60·— Geldstrafen verhängt. Wie aus vorstehendem Berichte ersichtlich, waren die Aktionen der Partei der italienischen Sozialdemokratie keine besonderen, dafür wurde aber noch immer um so rühriger an dem Ausbau der Organisation gearbeitet. Somit überwanden wir während dieser Zeit die langwierigen ökonomischen Krisen und hatten Gelegenheit, die der Organisation schädlichen Elemente aus der Partei zu entfernen. Eine starke Zahl selbstbewußter Männer hat sich jetzt zu einer ernsten und ersprießlichen Arbeit vereinigt, und dieses Erwachen des Bewußtseins läßt mit Bestimmtheit erwarten, daß die organisatorische Arbeit von nun an rascher vor sich gehen wird, so daß die sozialdemokratische Partei endlich auch in diesen Gegenden eine ausschlaggebende Rolle spielen wird, zur Verwirklichung des Freiheitsgedankens, sowie zum Nutzen und Wohle des gesammten Proletariats.

Bericht der polnischen Exekutive.

Die Zeitperiode vom Jahre 1899 angefangen bedeutet für Galizien einen fast ununterbrochenen bis heute dauernden wirthschaftlichen Niedergang. Er macht sich zwar in ganz Oesterreich fühlbar, doch die speziellen Verhältnisse Galiziens machen ihn zu einer schrecklichen, folgenschweren Krise. Im Lande, wo Alles unter dem Regime der Klerikalen und Schlachta leidet, wo die Bevölkerung kulturell und ökonomisch niedriger als anderswo steht, muß jede unter der Herrschaft der kapitalistischen Gesellschaftsordnung sonst übliche Krise den Bestand der Arbeiterorganisationen schädlich beeinflussen, die Lebenshaltung des Arbeiters unter das menschliche Niveau erniedrigen, den Arbeiter selbst weniger widerstandsfähig machen. Aber außer den allgemeinen Gründen, die die wirthschaftliche Krise überhaupt und auch bei uns herbeiführten, wirkten in Galizien speziell noch die genug bekannten Diebstähle und Veruntreuungen an öffentlichen Geldern, begangen meistens durch die „Stützen der Gesellschaft". Dies hat im hohen Maße den Kredit unterbunden, infolgedessen unzählige gewerbliche Unternehmungen, viele Handels- und Kaufleute zugrunde gegangen sind. Diese Verhältnisse wirkten schrecklich auf das arbeitende Volk ein. Es begann eine massenhafte Auswanderung des galizischen Arbeiters in die Fremde, da keine Arbeit zu Hause zu finden war, und Alles, was hierzulande bleiben mußte, wurde dem äußersten Elend ausgesetzt. In Krakau zum Beispiel sind von den in der Stadt und deren Umgebung wohnenden Maurern, in der Zahl von zirka 3000, nicht mehr als 500 Mann übrig geblieben. Dieselben Verhältnisse herrschten auch in den anderen Gewerben.

Es ist nicht zu leugnen, daß bei dieser Sachlage die sozialdemokratische Partei eine sehr schwere Aufgabe zu lösen hatte. Es hat sich darum gehandelt, nicht nur das bis nun Erworbene zu erhalten, sondern auch auf den erprobten Wegen der unermüdlichen Agitation vorwärts zu gehen und neue Terrains für die sozialistische Idee in breiten Schichten der Bevölkerung zu suchen. Der Klassenkampf, den die in anderen Verbänden der sozialdemokratischen Partei organisirten Arbeiter zu führen haben, ist in Galizien nicht die ausschließliche Aufgabe der Proletarierorganisation. Wir müssen auch unermüdlich für die primitiven Rechte streiten, die den Genossen aus anderen Provinzen schon zutheil sind; während die Letzteren sich mit den erworbenen Rechten schon vertraut gemacht haben und um ihre Erweiterung und um neue Rechte kämpfen, ist es bei uns das Gegentheil, denn bei uns gibt es diese primitiven Rechte überhaupt nicht, und wir müssen es schon als einen gewissen Sieg verzeichnen, wenn wir die richtige Anwendung der bestehenden Gesetze zu Gunsten der Arbeiter erzwingen. Und da es im Lande an jeder ernsten Opposition seitens des Bürgerthums der Schlachta gegenüber fehlt, so muß die Arbeiterpartei fast ausschließlich einen erbitterten Kampf gegen die herrschenden Klassen führen.

Es ist daher naheliegend, daß die sozialdemokratische Partei, gerüstet durch eine moderne Organisation, gestützt auf ein festes Programm, in Galizien nicht nur eine Vertreterin der Interessen des Proletariats, sondern auch die Trägerin der kulturellen Entwicklung des Landes ist.

Dieser kulturhistorischen Mission im Lande bewußt, hat unsere Partei allgemeine Unzufriedenheit ausnützen und der alle Gebiete des öffentlichen Lebens beherrschenden Reaktion die ganze Opposition des Landes gegenüberstellen wollen. Der Plan mißlang, es hat sich gezeigt, daß die bürgerliche Opposition noch nicht den Muth und die nöthige Kraft besitzt, um dem klerikalen Regime die entscheidende Schlacht zu liefern. Sowohl die Wahlen in den Reichsrath wie auch die Wahlen in den galizischen Landtag haben der Schlachta einen gänzlichen Sieg gebracht. Zugleich aber ist es Jedem klar geworden, daß bei den indirekten und nicht geheimen (Landtags-) Wahlen von der Ueberwindung der herrschenden Klique in Galizien noch lange keine Rede sein kann.

Aber — trotz gänzlicher Niederlage des oppositionellen Elementes bei den Wahlen in den Landtag — hat unsere Partei doch einen gewissen Sieg zu verzeichnen. In Lemberg im Jahre 1900 und in Krakau im Jahre 1901 bekam der sozialdemokratische Kandidat (Daszynski) 1928, respektive 1289 Stimmen. Wenn man erwägt, daß das Wahlrecht mündlich ausgeübt wird, so muß man in diesen Ziffern einen großen Fortschritt erblicken. Unser Kandidat wurde zwar in den Landtag nicht gewählt, aber die Ausbreitung des sozialistischen Gedankens im Lande ist eine Thatsache. Trotz aller Schwierigkeiten, welchen wir begegnen und die oben skizzirt sind, haben wir diese zwei Jahre der Prüfung sehr gut bestanden. Das Mandat aus der V. Kurie in Krakau wurde von unserer Partei behauptet, zum Zeichen, daß Krakau und seine Umgebung trotz allen Anstürmens des Antisemitismus und Klerikalismus doch eine starke Burg der Sozialdemokratie bildet. In Lemberg haben wir leider eine Niederlage zu verzeichnen, die wahrlich nur scheinbar ist. In Lemberg gibt den Ausschlag das flache Land, die ruthenischen Bauern, welche keine politische Aufklärung haben. Dies hat der

Die Taktik der Partei bei politischen und administrativen Wahlen, Ausbau der Organisation, die Frauenfrage, sowie Parteipresse.

Ein außerordentlicher Parteitag der italienischen Sozialdemokratie wurde im Oktober 1900 ebenfalls in Triest abgehalten, der sich vornehmlich mit den bevorstehenden Wahlen in den Reichsrath beschäftigte. Hiebei wurde auch die Einhebung einer Parteisteuer beschlossen.

An Agitation wurde in der Berichtsperiode das denkbar Möglichste geleistet, und zwar fanden in Dalmatien und im Küstenland 66 Volks-, 89 Vereins- und 144 § 2-Versammlungen statt.

Die Parteipresse erscheint in Triest durch den „Il Lavoratore" vertreten, welcher zweimal wöchentlich in der Auflage von über 2000 Exemplaren erscheint. In Pola wird als wöchentliche Beilage des täglich erscheinenden „Il Proletario" der „Il Supplemental Proletario" in einer Auflage von ebenfalls über 2000 Exemplaren herausgegeben.

Die Arbeitsruhe am 1. Mai war nur theilweise möglich. Vollständige Arbeitsruhe war nur in Muggia, während in anderen Orten wie Triest und Pola, nur die Angehörigen einzelner Berufe feierten. In den meisten in Betracht kommenden Orten wurde der 1. Mai durch demonstrative Spaziergänge entweder Mittags oder Abends, verbunden mit Versammlungen und geselligen Zusammenkünften, gefeiert.

An Lohnbewegungen wurden in den letzten zwei Jahren mehrere Kämpfe ausgetragen, welche mit zwei einzigen Ausnahmen alle günstig verliefen. Im Herbst 1900 brach ein Streik der Angestellten an der Südbahnstation Triest aus, welcher nach einigen Tagen siegreich endete. Ebenfalls siegten im Winter 1901 eine Gruppe von Hafenarbeitern in Triest, wobei die Arbeitseinstellung nur einige Stunden gedauert hatte. Der Streik in der Oelsamenmühle in Guardiella, an welcher sich 40 Arbeiter betheiligten, endete siegreich nach einer Woche. Bei der Arbeitseinstellung der Vernieter in Cantiere S. Marco, welcher wider die Meinung der Parteileitung geführt wurde, mußten sich die 80 betheiligten Arbeiter nach einem fünfwöchentlichen erfolglosen Kampfe ergeben. In der Triester Linoleumfabrik streikten 25 Arbeiter umsonst und ein Theil der Streikenden verlor dabei den Dienst, während die anderen sich ergaben.

In vielen Bewegungen war man nicht genöthigt, zum äußersten Mittel zu greifen, indem die Wünsche der Arbeiter theilweise befriedigt wurden, so im Lloydarsenal, wo eine allgemeine Lohnerhöhung und eine Verkürzung der Arbeitszeit bewilligt wurde. Die Arbeiter beim Tramwaydepot bekamen ebenfalls im friedlichen Wege ihre Forderungen bewilligt.

Was die Wahlbewegung anbelangt, so ist wohl vorläufig keine Hoffnung vorhanden, in diesen von der nationalen Seuche durch und durch inﬁzirten Gegenden einen Wahlsieg zu erringen. Dennoch trat man mit aller Kraft bei den letzten Reichsrathswahlen (V. Kurie) in die Wahlkampagne ein, um das Vorhandensein der sozialdemokratischen Idee zu erbringen. Es wurden Gen. Karl Ucekar in Triest und Erbin Kristan im Görzischen und in Istrien als Kandidaten für die V. Kurie aufgestellt. In Triest blieb der sozialistische Kandidat mit 4901 Stimmen in der Minorität, in Istrien und im Görzischen siegte man in den Wahlmännerwahlen nur in den Gemeinden Gradisca, Dolegna, Muggia und in einem Bezirke der Stadt Pola.

An politischen Verfolgungen wurden neben zwei Preßprozessen, die mit Verurtheilungen zu hohen Geldstrafen endeten, über die Genossen acht Tag Arrest und Kr. 60·— Geldstrafen verhängt. Wie aus vorstehendem Bericht ersichtlich, waren die Aktionen der Partei der italienischen Sozialdemokratie keine besonderen, dafür wurde aber noch immer um so rühriger an dem Ausbau der Organisation gearbeitet. Somit überwanden wir während dieser Zeit die langwierige ökonomischen Krisen und hatten Gelegenheit, die der Organisation schädlichen Elemente aus der Partei zu entfernen. Eine starke Zahl selbstbewußter Männer hat sich jetzt zu einer ernsten und ersprießlichen Arbeit vereinigt, und dieses Erwachen des Bewußtseins läßt mit Bestimmtheit erwarten, daß die organisatorische Arbeit von nun an rasche vor sich gehen wird, so daß die sozialdemokratische Partei endlich auch in diese Gegenden eine ausschlaggebende Rolle spielen wird, zur Verwirklichung des Freiheitsgedankens, sowie zum Nutzen und Wohle des gesammten Proletariats.

Bericht der polnischen Exekutive.

Die Zeitperiode vom Jahre 1899 angefangen bedeutet für Galizien einen fast ununterbrochenen bis heute dauernden wirthschaftlichen Niedergang. Er macht sich zwar in ganz Oesterreich fühlbar, doch die speziellen Verhältnisse Galiziens machen ihn zu einer schrecklichen, folgenschweren Krise. Im Lande, wo Alles unter dem Regime der Klerikalen und Schlachta leidet, wo die Bevölkerung kulturell und ökonomisch niedriger als anderswo steht, muß jede unter der Herrschaft der kapitalistischen Gesellschaftsordnung sonst übliche Krise den Bestand der Arbeiterorganisationen schädlich beeinflussen, die Lebenshaltung des Arbeiters unter das menschliche Niveau erniedrigen, den Arbeiter selbst weniger widerstandsfähig machen. Aber außer den allgemeinen Gründen, die die wirthschaftliche Krise überhaupt und auch bei uns herbeiführten, wirkten in Galizien speziell noch die genug bekannten Diebstähle und Veruntreuungen an öffentlichen Geldern, begangen meistens durch die „Stützen der Gesellschaft". Dies hat im hohen Maße den Kredit unterbunden, infolgedessen unzählige gewerbliche Unternehmungen, viele Handels- und Kaufleute zugrunde gegangen sind. Diese Verhältnisse wirkten schrecklich auf das arbeitende Volk ein. Es begann eine massenhafte Auswanderung des galizischen Arbeiters in die Fremde, da keine Arbeit zu Hause zu finden war, und Alles, was hierzulande bleiben mußte, wurde dem äußersten Elend ausgesetzt. In Krakau zum Beispiel sind von den in der Stadt und deren Umgebung wohnenden Maurern, in der Zahl von zirka 3000, nicht mehr als 500 Mann übrig geblieben. Dieselben Verhältnisse herrschten auch in den anderen Gewerben.

Es ist nicht zu leugnen, daß bei dieser Sachlage die sozialdemokratische Partei eine sehr schwere Aufgabe zu lösen hatte. Es hat sich darum gehandelt, nicht nur das bis nun Erworbene zu erhalten, sondern auch auf den erprobten Wegen der unermüdlichen Agitation vorwärts zu gehen und neue Terrains für die sozialistische Idee in breiten Schichten der Bevölkerung zu suchen. Der Klassenkampf, den die in anderen Verbänden der sozialdemokratischen Partei organisirten Arbeiter zu führen haben, ist in Galizien nicht die ausschließliche Aufgabe der Proletarierorganisation. Wir müssen auch unermüdlich für die primitiven Rechte streiten, die den Genossen aus anderen Provinzen schon zutheil sind; während die Letzteren sich mit den erworbenen Rechten schon vertraut gemacht haben und um ihre Erweiterung und um neue Rechte kämpfen, ist es bei uns das Gegentheil, denn bei uns gibt es diese primitiven Rechte überhaupt nicht, und wir müssen es schon als einen gewissen Sieg verzeichnen, wenn wir die richtige Anwendung der bestehenden Gesetze zu Gunsten der Arbeiter erzwingen. Und da es im Lande an jeder ernsten Opposition seitens des Bürgerthums der Schlachta gegenüber fehlt, so muß die Arbeiterpartei fast ausschließlich einen erbitterten Kampf gegen die herrschenden Klassen führen.

Es ist daher naheliegend, daß die sozialdemokratische Partei, gerüstet durch eine moderne Organisation, gestützt auf ein festes Programm, in Galizien nicht nur eine Vertreterin der Interessen des Proletariats, sondern auch die Trägerin der kulturellen Entwicklung des Landes ist.

Dieser kulturhistorischen Mission im Lande bewußt, hat unsere Partei allgemeine Unzufriedenheit ausnützen und der alle Gebiete des öffentlichen Lebens beherrschenden Reaktion die ganze Opposition des Landes gegenüberstellen wollen. Der Plan mißlang, es hat sich gezeigt, daß die bürgerliche Opposition noch nicht den Muth und die nöthige Kraft besitzt, um dem klerikalen Regime die entscheidende Schlacht zu liefern. Sowohl die Wahlen in den Reichsrath wie auch die Wahlen in den galizischen Landtag haben der Schlachta einen gänzlichen Sieg gebracht. Zugleich aber ist es Jedem klar geworden, daß bei den indirekten und nicht geheimen (Landtags-) Wahlen von der Ueberwindung der herrschenden Klique in Galizien noch lange keine Rede sein kann.

Aber — trotz gänzlicher Niederlage des oppositionellen Elementes bei den Wahlen in den Landtag — hat unsere Partei doch einen gewissen Sieg zu verzeichnen. In Lemberg im Jahre 1900 und in Krakau im Jahre 1901 bekam der sozialdemokratische Kandidat (Daszynski) 1928, respektive 1289 Stimmen. Wenn man erwägt, daß das Wahlrecht mündlich ausgeübt wird, so muß man in diesen Ziffern einen großen Fortschritt erblicken. Unser Kandidat wurde zwar in den Landtag nicht gewählt, aber die Ausbreitung des sozialistischen Gedankens im Lande ist eine Thatsache. Trotz aller Schwierigkeiten, welchen wir begegnen und die oben skizzirt sind, haben wir diese zwei Jahre der Prüfung sehr gut bestanden. Das Mandat aus der V. Kurie in Krakau wurde von unserer Partei behauptet, zum Zeichen, daß Krakau und seine Umgebung trotz allen Anstürmens des Antisemitismus und Klerikalismus doch eine starke Burg der Sozialdemokratie bildet. In Lemberg haben wir leider eine Niederlage zu verzeichnen, die wahrlich nur scheinbar ist. In Lemberg gibt den Ausschlag das flache Land, die ruthenischen Bauern, welche keine politische Aufklärung haben. Dies hat der

lokale Demagoge Ernst Breiter ausgenützt und mit Hilfe von 30.000 fl., die er unter die Bauern ausstreute, das Mandat der V. Kurie bekommen. Die Stadt Lemberg ist aber sozialistisch geblieben. Der 1. Mai zeigte, daß Breiter unter den Lemberger Proletariern keine Anhänger besitzt.

Die Arbeit der gewerkschaftlichen Landeskonferenz, die in Krakau 1899 abgehalten wurde, wurde weiter geführt, und zwar auf der Landeskonferenz in Przemysl. Die Grundidee der gewerkschaftlichen Organisation — die Zentralisation — ist jetzt allen Genossen eigen geworden; und viele Organisationen sind schon statutarisch mit den Gesammtorganisationen Oesterreichs verbunden. Ende dieses Jahres soll eine gewerkschaftliche Konferenz nach Przemysl einberufen werden, um die Organisationen zu befestigen und verschiedene Bedenken aufzuklären.

Was die politische Organisation anbelangt, so muß man den Kongreß in Lemberg und seine Beschlüsse erwähnen. Er wurde am 29. und 30. Juni 1901 abgehalten und von den Genossen sehr gut beschickt. Seine wichtigste Aufgabe war die Schaffung eines neuen Parteistatuts, welches nach langen und heißen Debatten mit kleinen Aenderungen des von der Exekutive vorgelegten Entwurfes einstimmig beschlossen wurde. Zum erstenmale wurde darin die Pflicht eines jeden Parteigenossen, die Parteisteuer zu zahlen, festgestellt und die Art und Weise, wie diese Parteisteuer zu beheben ist, vorgeschrieben. Die Exekutive ist jetzt mit der Einführung dieser Parteisteuer beschäftigt.

Vom 1. April 1900 wurde an Stelle des Wochenblattes „Naprzód“ ein Tagblatt unter demselben Titel in Krakau herausgegeben. Die langjährigen Wünsche der polnischen Arbeiter, ein eigenes Organ, das täglich erscheint, zu haben, wurden erfüllt, und das erste sozialdemokratische Tagblatt in polnischer Sprache wurde von allen Genossen mit größter Begeisterung aufgenommen. Der „Naprzód“ erscheint schon 20 Monate, die Zahl der Abonnenten wächst ständig und beträgt jetzt 2500. „Naprzód“ als Tagblatt hat alle bösen Instinkte der Reaktion wachgerufen. Der Klerus, die antisemitischen Schmutzblätter und vor Allen der berüchtigte Krakauer Staatsanwalt Dolinski haben einen förmlichen Sturm gegen unser Organ losgelassen. „Naprzód“ wurde von der Kanzel herab verflucht und mit dem Bann belegt, vom Dolinski 124mal in unerhörter, jeder Gerechtigkeit hohnsprechenden Weise konfiszirt! Außerdem verfolgte Dolinski die Redakteure des „Naprzód“ durch Prozesse. Man kann ohne Uebertreibung sagen, daß die ganze Amtsthätigkeit der Krakauer Staatsanwaltschaft und der Krakauer Strafgerichte nur im Kampfe um Vernichtung des „Naprzód“ sich offenbarte.

Es ist kein Wunder, daß der Lemberger Parteitag den Bericht über den Stand des „Naprzód“ einstimmig zur Kenntniß genommen und der Redaktion vollste Anerkennung für die Führung des Blattes ausgedrückt hat. Speziell wurde dem die Verwaltung des Blattes unentgeltlich besorgenden Gen. Englisch vom Parteitage der gebührende Dank gezollt.

Die Exekutive hat auch eine populäre Schrift „Latarnia“ (Laterne) gegründet, welche einmal im Monate erschien und wichtigste Gegenstände aus dem Gebiete der Politik und Wissenschaft zum Inhalte hatte. „Latarnia“ erwies sich als ausgezeichnetes Mittel zur Aufklärung der breiten Massen und fand einen in Galizien noch nie dagewesenen Absatz (8 Nummern in einer Auflage von 150.000 Exemplaren). Dieser Umstand hat auch ihren Fall bereitet. Staatsanwalt Dolinski hat Alles angewendet, um das Blatt zu vernichten. „Latarnia“ wurde vom Gerichte sistirt. Auf dem Lemberger Kongreß wurde von allen Genossen der Wunsch rege, das Blatt wieder ins Leben zu rufen, was jetzt die erste Sorge der Parteivertretung bildet.

Dieser Bericht würde an Vollständigkeit leiden, wenn wir in kurzen Worten die Ereignisse in Przemysl nicht in Erwähnung bringen. **Konfiszirt!** . . . . .

Gegen unsere Genossen in Przemysl (Dr. Liebermann, Witold Reger, Semen Witzyk, Kolkiewicz und Andere) wurden mehrere Prozesse angestrengt, aber alle endeten mit freisprechenden Urtheilen. Der ganze Vorfall bildete auch, wie bekannt, den Gegenstand einer heftigen Anklagerede gegen den Militarismus, die Gen. Daszynski seinerzeit im Reichsrathe gehalten hat.

Agitation. In der Zeitperiode vom letzten Kongreß bis Juli 1901 sind 325 Volksversammlungen, 1818 Vorträge und § 2-Versammlungen, 200 bäuerliche Versammlungen abgehalten worden. Die Zahl der Versammlungen während der Wahlperiode war sehr groß.

Presse. „Naprzód“ als Tagblatt erscheint, wie schon erwähnt, in 2500 Exemplaren. Die „Równość“ in Teschen in 1300 (seit drei Monaten erscheint das Blatt nicht mehr). Außerdem werden herausgegeben das Bauernblatt „Prawo ludu“ in Krakau, „Kolejarz“ für die Eisenbahner in Krakau, sowie auch „Latarnia“.

Streiks. In den ersten Monaten ist ausgebrochen und dauerte durch zwölf Wochen der kolossale Streik der Bergarbeiter im Mähr.-Ostrauer und Karwiner

Gebiete. Die Partei hat viele Agitato en dorthin gesendet und Tausende Flugschriften, Broschüren und Blätter vertheilt. „Równość" erschien während des Streiks als Tagblatt. Unermüdlich wirkte und agitirte unter den Bergarbeitern Gen. Thaddäus Reger. Der Ausgang des Streiks ist allgemein bekannt. Der Neunstundentag im Bergwerk ist seine Folge.

Im Juni 1901 ist in Boryslav in Naphthagruben ein Streik der dortigen Bergarbeiter ausgebrochen, welcher durch Intervention der Genossen Hueber und Daszynski mit dem Siege der Streikenden endigte. Während des Streiks agitirte unermüdlich Gen. Wityk in Boryslav.

Außerdem waren kleinere Ausstände, die größtentheils zu Gunsten der Arbeiter ausgefallen sind.

Verfolgungen betrugen 252 Untersuchungsarreste, 187 Prozesse mit freisprechendem, 140 mit kondemnirendem Urtheil. Unsere Genossen haben 8 Jahre 11 Monate 16 Tage Kerkerstrafe abgebüßt und 998 Kr. gezahlt. Auf Przemysl entfällt aus obigen Daten, und zwar: 190 Untersuchungsarreste, 99 Prozesse mit freisprechendem, 34 Prozesse mit kondemnirendem Urtheile, 240 Kr. Geldstrafen, 3 Jahre 11 Monate 26 Tage Kerkerstrafe.

Bericht der ruthenischen Exekutive.

Absoluter Mangel einer Industrie (im Ganzen 3 Naphthagesellschaften und 1 Kohlengrube) prägt dem ruthenischen Theile Galiziens seinen eigenthümlichen Charakter ein. Die ruthenischen Arbeiter in den wenigen Städten Ostgaliziens gehören zumeist den polnischen Organisationen an noch von der Zeit her, als eine selbstständige ruthenische Partei nicht bestand. Dieselbe gründet in den Städten keine selbstständigen Organisationen, um keine Schwächung der bestehenden herbeizuführen. So muß sich die ruthenische Partei in ihrer Thätigkeit hauptsächlich auf die Bauernschaft beschränken.

Wenn man bedenkt, daß die ruthenischen Bauern ihrer sozialen Lage nach (der größte Theil der Bauern in den Dörfern besitzt kaum über ein Joch Feld und ist meistens auf Arbeitslohn als Feldarbeiter und Taglöhner angewiesen) für sozialistische Propaganda sehr empfänglich sein sollten, muß man gestehen, daß die von der Partei erzielten Resultate den berechtigten Erwartungen nicht entsprechen. Wahrscheinlich ist das eine normale Erscheinung, die aus dem niederen Niveau der allgemeinen und politischen Bildung der ruthenischen Volksmassen folgt. Eine große Anzahl der Analphabeten (über 70 Perzent), das für den westeuropäischen Proletarier unbegreifliche Elend bewirken es, daß selbst in den wenigen Bezirken, wo agitatorische Kräfte sich finden, wirkliche ländliche Proletarierorganisationen schwer durchführbar sind. Dabei ist aber auch ein empfindlicher Mangel an geeigneten agitatorischen Kräften, da die allgemeine ökonomische Abhängigkeit von der herrschenden Klasse (Schlachta) es mit sich bringt, daß in den kleinen Provinzstädten es den Genossen fast unmöglich ist, sich ansässig zu machen, um ihr Fach ausüben und dabei agitiren zu können. Eine sehr wichtige Rolle spielt dabei der enorme Einfluß der Kirche und Geistlichkeit auf die Volksmassen, der durch die eigenthümliche Stellung der ruthenischen Geistlichkeit auf dem flachen Lande bedingt wird. Dieselbe, in sehr wenigen einzelnen Fällen sogar sozialdemokratisch, im größten Theile doch antirömisch-klerikal und demokratisch gesinnt, steht seit langen Jahren im heftigen Kampfe gegen die polnische Schlachta und polnischen Klerikalen — also gegen die Volksausbeuter — ebenso gegen die jüdischen Volksausbeuter (Großgrundbesitzer und ihre Helfershelfer, Schankpächter und Wucherer), natürlich aus kirchlich-politischen und nationalen Gründen, aber für die Bauernschaft ist dieser Hintergrund nicht sichtbar. Der ruthenische Proletarier entzündet sich und ist begeistert für die Ausführungen der sozialistischen Redner. Die Versammlungen werden massenhaft besucht, er sieht aber auch seinen Geistlichen gegen den Großgrundbesitzer kämpfen und sehr oft von denselben und den Regierungsorganen verfolgt und chikanirt und läßt sich bei den Wahlen für ihn leicht gewinnen und stimmt gegen den sozialdemokratischen Kandidaten, indem er beide Kandidaten für „gleich gut" hält. Diese Erscheinung kann in vielen Bezirken beobachtet werden.

Der Kleinbauer, der ländliche Taglöhner, der Knecht auf der Gutsherrschaft erhoffen für sich von einem Wahlsieg sofort positive Resultate und Wohlthaten, und wenn das nicht eintritt und sie weiter hungern müssen, wird ihnen die ganze Politik zuwider und die besten oppositionellen Bezirke betheiligen sich nachher gar nicht mehr an den Wahlen und machen ein leichtes Spiel den konservativen Kandidaten. Trotz aller dieser Schwierigkeiten erlahmt die ruthenische Sozialdemokratie nicht in ihrem Kampfe und den Bestrebungen, die ländlichen Massen zu organisiren. Sie erfüllt dabei eine große kulturelle Mission, und das Gelingen ihrer Arbeit ist für das ganze Land sehr wichtig. Wenn die Proletarisirung so weiter fortschreiten wird, muß es in Kr-

galizien zu einer großen Katastrophe kommen. Nur die sozialdemokratische Organisation der Massen könnte einen blutigen Ausbruch der Leidenschaften verhindern.

Das Parteiblatt „W o l a“ erscheint seit zwei Jahren vierzehntägig, zählt gegen 300 Abonnenten und findet eine immer größere Verbreitung. Außerdem wurden Daszynski's Parlamentsreden in ruthenischer Uebersetzung in vielen Tausenden von Exemplaren auf dem flachen Lande verbreitet. Die Partei hat während der letzten Reichsrathswahlen eine sehr intensive Agitation entwickelt und viele Hunderte von Bauernversammlungen abgehalten; ihre Kandidaten haben auch auf dem flachen Lande bedeutende Stimmenzahlen auf sich vereinigt. Die eifrigsten Genossen, die als Agitatoren thätig sind, werden leider zu viel durch Verhaftungen, Prozesse und Freiheitsstrafen in Anspruch genommen, um so viel leisten zu können, als es wirklich nothwendig wäre. Die Partei sieht es jetzt als ihre Hauptaufgabe an, ständige Organisationen auf dem Lande zu errichten, und vom Gelingen derselben hängt auch ihre weitere Entwicklung ab.

Bericht der südslavischen sozialdemokratischen Partei.

Wie alle jungen sozialdemokratischen Organisationen, mußte auch die südslavische sozialdemokratische Partei in Oesterreich eine Sturm- und Drangperiode durchmachen, welche mehr Begeisterung als berechnete Arbeit zutage förderte. In den Jugendjahren einer Partei, deren Ziel Befreiung heißt, ist dies wohl begreiflich, und es wäre nahezu unnatürlich, wenn es anders wäre. Als die Ideen des modernen Sozialismus die ersten Schritte unter unser warmblütiges Volk machten, da entfachten sie auf einer Seite unermeßlichen Enthusiasmus, während sie auf der anderen eine Furie entfesselten. Bei einem ins Horrende gehenden Mißverhältniß der Kräfte entspann sich ein erbitterter Kampf. Ein David stand einem Goliath gegenüber; und was war da natürlicher, als daß der Zwerg die fehlenden Kräfte aus der Begeisterung zu ersetzen suchte? Aber die Zeiten haben sich bereits geändert. Die große Gährung hat sich auch in unserer Partei schon zum guten Theile gelegt und das Drauflosstürmen hat einer kühl durchdachten positiven Arbeit Platz gemacht. Heute bietet auch die südslavische Sozialdemokratie schon eine kleine Photographie der großen Arbeiterparteien der industriellen Welt; die großen Strömungen, welche jene durchfluthen, lassen sich auch bei uns bemerken, wenn auch die Ströme mehr als Bäche erscheinen; aber auch jene unverwüstliche Proletariersolidarität, welche die internationale Arbeiterschaft der ganzen Welt eint und welche allen äußeren und inneren Stürmen Stand hält, läßt sie nicht vermissen. Jung und noch verhältnißmäßig schwach, steht doch die südslavische Sozialdemokratie ihren Bruderparteien würdig zur Seite.

Unser Bericht wird sich allerdings von jenem der Bruderparteien in vielen Dingen unterscheiden; nicht nur dadurch, daß bei uns noch Alles kleiner ist als bei anderen Gruppen der österreichischen Sozialdemokratie, sondern auch dadurch, daß wir nicht in der Lage sind, einen so präzisen Rapport zu bringen, wie dies in der Partei allgemein üblich ist. Die wenigen uns zur Verfügung stehenden Kräfte haben kaum die Möglichkeit, die allerdringendste organisatorische und agitatorische Arbeit zu bewältigen. Es erübrigen demnach weder Zeit noch Kräfte, um die inneren Aufgaben, so auch die genaue Führung einer Parteistatistik voll und ganz durchführen zu können, was auch dadurch erschwert wird, daß eine große Anzahl von Vertrauensmännern noch zu jung ist in der Bewegung und daher auch nicht genügend geschult, um regelmäßig, genau und zweckentsprechend zu berichten; nebstbei sind auch diese Leute vielfach überbürdet.

Auf diese Mißlichkeiten muß Bedacht genommen werden, wenn man die Thätigkeit unserer jungen Partei gerecht beurtheilen will; geht man in dieser Richtung wirklich objektiv vor, so wird man zur Einsicht gelangen, daß die Partei qualitativ und quantitativ Fortschritte gemacht hat und den Namen einer zielbewußten proletarisch-politischen Organisation vollauf verdient.

A l l g e m e i n e S i t u a t i o n. Der Wirkungskreis der südslavischen sozialdemokratischen Partei ist ein verhältnißmäßig weiter. Er erstreckt sich über Krain, Südsteiermark und das Küstenland mit Görz und Istrien, sollte aber den Bestimmungen des Parteitages vom Jahre 1897 gemäß auch nach Kärnten hinübergreifen und Dalmatien einschließen. Es sei schon hier bemerkt, daß es der Partei bisher nicht möglich war, überallhin zu dringen, wo ihrer Arbeit harrt. Dem Beschlusse des Wiener Parteitages vom Jahre 1897 hat die südslavische Partei niemals andere Motive oder Tendenzen unterschoben als jene, welche aus den Rücksichten einer erfolgreichen Agitation und Organisation resultiren. Aber schon in dieser Hinsicht befand sich wohl nie eine Bruderpartei in einer schwierigen Lage als unsere, denn wohl nirgends sind die nationalen Verhältnisse so wenig im Einklang mit den territorialen als im

Süden Oesterreichs. Wohl haben es die Forderungen der kapitalistischen Industrie mit sich gebracht, daß sich die Bevölkerung, namentlich die arbeitende, auch anderwärts national immer mehr vermengt; aber die Unmöglichkeit, die nationale Frage territorial zu lösen, tritt anderwärts nicht bald so drastisch zutage als in den von Slovenen, respektive von österreichischen Südslaven überhaupt bewohnten oder mitbewohnten Ländern. Nur in Krain ist die Bevölkerung eine überwiegend slovenische, in allen anderen in Betracht kommenden Ländern ist sie vermischt, da mit Deutschen, dort mit Italienern, bald in der Majorität, bald in der Minorität. Dem Prinzip der bereits erwähnten organisatorischen Bestimmungen gemäß sollten in allen solchen Ländern die sozialdemokratischen Parteien aller jener Nationen Organisationen besitzen, die im Lande vertreten sind. Es ist einleuchtend, daß dies nicht nur im Interesse der betreffenden nationalen Gruppe, sondern auch in jenem der Gesammtpartei gelegen ist. Dieser Grundsatz ist jedoch mehrfach noch nicht zur Durchführung gelangt, weil unserer Ansicht nach die mehrerwähnten Beschlüsse des 1897er Parteitages nicht überall richtig aufgefaßt werden. Wenn Organisationen einer andersprachigen Bruderpartei slovenische Arbeiter sich einzuverleiben suchen, so erwächst daraus für Niemanden ein Gewinn, denn eine ausgiebige agitatorische Thätigkeit in einer Sprache, die dem Arbeiter fremd ist, erscheint schlechterdings unmöglich; die Thatsachen beweisen, daß damit keine Resultate erzielt werden können. Es werden dadurch nur jenen Gruppen, die erfolgreicher wirken könnten, Schwierigkeiten bereitet, und sie werden in ihrer gedeihlichen Entwicklung gerade durch jene — wenn auch nicht absichtlich — behindert, die doch Fleisch von ihrem Fleische und Blut von ihrem Blute sind . . . .

Seit dem Brünner Parteitag hatte unsere Partei einen (den III. ordentlichen) nationalen Parteitag im vergangenen Jahre in Triest. Er fand zu einer ziemlich kritischen Zeit statt: gerade als es das Ministerium Körber für gut fand, den Reichsrath aufzulösen. Der Parteitag, welcher eine lange Reihe interner Parteiangelegenheiten zu erledigen hatte, wurde dadurch in die Nothwendigkeit versetzt, sich auch mit der politischen Situation zu befassen. Es wurde der Beschluß gefaßt, sich an den bevorstehenden Wahlen überall zu betheiligen, und dies wurde in der Folge auch mit aller Energie durchgeführt. Auf diesem Parteitage wurde auch beschlossen, die Parteileitung, so lange das Parteiorgan „Rdeči Prapor" nicht in Laibach erscheinen kann, nach Triest zu verlegen. Auch dies illustrirt die schwere Lage, in welcher sich unsere Partei befindet. In ganz Laibach ist keine Buchdruckerei vorhanden, in welcher unser Blatt hergestellt werden könnte, ohne befürchten zu müssen, daß es nochmals persiderweise auf das Pflaster gesetzt werde, wie es mit dem „Delavec" vor Jahren der Fall war, welchen die Liberalen den Klerikalen zuliebe aus der „Narodna tiskarna" entfernten.

Zu den Reichsrathswahlen, welche dann im Winter erfolgten, bot die Partei alle ihre Kräfte auf. Kandidaten wurden aus ihrer Mitte in den Wahlkreisen Krain, Cilli, Görz und Istrien aufgestellt, und den Genossen, die befähigt waren, an der agitatorischen Arbeit Antheil zu nehmen, gebührt volle Anerkennung. Es waren da in der That alle Mann auf Deck. Die Kandidaten selbst waren unausgesetzt auf den Beinen, sowohl in den eigenen, als auch in den übrigen Bezirken. So hielt Genosse Kopač allein während der Wahlzeit 58, Gen. Kristan 61, Gen. Cobal 43 Versammlungen ab, häufig zu drei, auch zu vier an einem Tage. Die Anzahl der von den übrigen Genossen abgehaltenen Wählerversammlungen betrug, soweit sie der Parteivertretung bekannt geworden sind, mehr als 100. In Krain und in Triest wurde je ein Wahlflugblatt ausgegeben, und was zur Belehrung der Wähler geschehen konnte, geschah. Freilich konnte dem en gros betriebenen Wahlschwindel der Gegner nicht mit vollem Erfolg entgegengetreten werden. Aber für die Verbreitung der Idee und für den Ausbau der politischen Organisation wurde sehr viel gewonnen. Die Erfolge der Partei bei den Wahlen selbst bewiesen den Fortschritt. In Krain erhielt Gen. Kopač nahezu 4000 Stimmen, und in einem agrarischen Lande, wo der Klerikalismus die festeste Position hat, wo auf Befehl des Laibacher Bischofs in allen Orten während der Wahlzeit das „Allerheiligste" ausgestellt und in allen Kirchen Tag- und Nachtgebete für den „glücklichen Ausgang der Wahl" veranstaltet, wo Wählern des sozialdemokratischen Kandidaten und deren Frauen im Beichtstuhl die Absolution verweigert wird, wo ganze Schaaren von Bauern dem Geistlichen zur Urne folgen mit dem Rufe: „Wir stimmen für Gott", ohne über die Bedeutung der Wahl irgendwie unterrichtet zu sein, und wo auch die Liberalen auf jede Weise die Arbeiter um ihre Stimmen zu beschwindeln suchten, ist diese Zahl keine kleine zu nennen. In den übrigen Provinzen ist es schwerer, sich ein Bild zu machen. Das indirekte Wahlrecht läßt die Minoritäten in den einzelnen Orten ganz verschwinden. In Istrien ist die Sozialdemokratie in eine ganze Reihe neuer Gemeinden eingedrungen, aber da sie wohl Stimmen erhielt, jedoch in der Minderheit blieb, konnte nur der aufmerksame Beobachter der Vorgänge die Fortschritte wahrnehmen. Den erbitterten Kampf in Istrien charakterisirt der Umstand, daß die Italienisch-Nationalen für eine einzige Stichwahl 20.000 fl. ver-

die 3 letzteren mit theilweisem Erfolg verliefen. Das seit dem Jahre 1896 in Pilsen erscheinende Parteiblatt hat eine Auflage von 3000 Exemplaren und erscheint zweimal wöchentlich. Es wurde im Laufe von zwei Jahren 20mal konfiszirt und der Redakteur zehnmal angeklagt. An Vereinen zählt der Wahlkreis 83 Bildungsvereine mit 3245 männlichen und 153 weiblichen Mitgliedern, 38 Fachorganisationen mit 2373 Mitgliedern und 5 politische Vereine mit 335 Mitgliedern. Außerdem bestehen im Wahlkreis: 4 Geselligkeits- und Sportvereine, 2 Gesang-, 1 Turn- und 1 Radfahrerverein.

Mähren.

I. Wahlkreis (Sitz Brünn). Zählt 27 Lokalorganisationen mit 720 zahlenden Mitgliedern. Vom 1. Juli 1899 bis 30. Juni 1901 wurden im Wahlkreis veranstaltet: 9 Meetings, 252 öffentliche Versammlungen, 357 Vereins- und 519 vertrauliche Versammlungen. 6 Versammlungen wurden verboten und 5 aufgelöst. Gerichtlich verfolgt wurden 37 Genossen und insgesammt verurtheilt zu 3 Jahren 2 Monaten und 20 Tagen Arrests und 74 Kr. Geldstrafe. Die in Brünn erscheinende, 1886 begründete „Rovnost" erscheint jetzt dreimal wöchentlich. Außerdem erscheint hier die humoristische Zeitschrift „Rašple", die antiklerikalen „Červanky" und das Fachblatt „Textilnik". Im Wahlkreis bestehen 10 Bildungsvereine mit 472 männlichen und 60 weiblichen Mitgliedern, 36 Fachvereine und Ortsgruppen mit 3803 männlichen und 186 weiblichen und 1 politischer Verein mit 46 Mitgliedern. Der 1. Mai wurde durch Arbeitsruhe begangen, fast die gesammte Fabriks- und gewerbliche Arbeiterschaft nahm an der Feier Antheil. Die Organisation beherrscht die Allgemeine Arbeiterkrankenkasse mit 25.000 Mitgliedern, die Bezirkskrankenkasse und hat Parteigenossen als Beisitzer des Gewerbegerichtes durchgesetzt. Bei den letzten Reichsrathswahlen wählte der Wahlkreis in der V. Kurie den Gen. Josef Hybesch zum Abgeordneten.

II. Wahlkreis (Sitz Iglau). Die Organisation dieses Wahlkreises ist infolge seiner großen Ausdehnung und der geringen Agitationskräfte zurückgeblieben. Sie zählt nur 184 thätige und steuernde Genossen. Abgehalten wurden 2 Meetings, 26 Volksversammlungen, 33 Vereins- und 37 vertrauliche Versammlungen. 1 Versammlung wurde verboten. Der 1. Mai wurde nur theilweise von den Fabriksarbeitern gefeiert. Ausstände sind 2 zu verzeichnen, von denen 1 günstig verlief. Ein Genosse wurde wegen Uebertretung des § 23 Pr.-G. gerichtlich verfolgt. In 2 Bildungsvereinen sind 70 Mann, in 7 Fachorganisationen 401 Mann und 7 Frauen und in 1 politischen Vereine 36 Genossen organisirt.

III. Wahlkreis (Sitz Znaim). Die Organisation dieses größtentheils agrarischen Wahlkreises ist ebenfalls sehr mangelhaft. Laut den aus 5 Orten eingelaufenen Fragebögen gibt es hier 133 organisirte Genossen. Veranstaltet wurden 31 öffentliche, 91 Vereins- und 45 vertrauliche Versammlungen. 2 Genossen wurden wegen Uebertretung des § 23 Pr.-G. zu 16 Kr. Geldstrafe verurtheilt. Im Wahlkreise bestehen 5 Bildungs- und Gewerkschaftsvereine mit 297 männlichen und 6 weiblichen Mitgliedern.

IV. Wahlkreis. Fragebögen sind nur aus 4 Orten eingelaufen, wo insgesammt 176 Genossen in der politischen Organisation stehen. Veranstaltet wurde: 1 Meeting, 32 öffentliche Versammlungen, 38 Vereins- und 17 vertrauliche Versammlungen, 2 Versammlungen wurden aufgelöst. An 2 Orten betheiligten sich die Genossen an den Gemeindewahlen und siegten in 1 Orte im III. Wahlkörper. Gerichtlich verfolgt wurden 5 Genossen und verurtheilt zu 120 Kr. Geldstrafe. In 2 Orten wurde gegen die Lebensmittelvertheuerung protestirt. In den 4 Orten, aus denen berichtet wurde, bestanden 1 Bildungsverein und 4 Fachortsgruppen mit 246 männlichen und 7 weiblichen Mitgliedern und 2 politische Vereine mit 44 Mitgliedern.

V. Wahlkreis (Sitz Proßnitz). Die Organisationsverhältnisse dieses ebenfalls überwiegend agrarischen Wahlkreises sind etwas besser. In 6 politischen Organisationen sind 419 Genossen organisirt. Die Agitation war eine eifrige. Es wurden abgehalten: 4 Meetings, 83 öffentliche Versammlungen, 70 Vereins- und 95 vertrauliche Versammlungen. 4 Versammlungen wurden verboten und 3 aufgelöst. In Proßnitz erscheint das Parteiorgan „Hlas Lidu". Im Berichtszeitraum wurden im Wahlkreis 4 Ausstände unternommen, die alle mit theilweisem Erfolg beendet wurden. In 4 Orten wurden Aktionen gegen den Zinsgroschen und die Kohlenvertheuerung unternommen. In 4 Bildungsvereinen sind 82 männliche und 128 weibliche, in 8 Fachortsgruppen 418 Genossen organisirt.

VI. Wahlkreis (Sitz Mähr.-Ostrau). Von 14 bestehenden Lokalorganisationen haben nur 10 die Fragebogen beantwortet. In diesen 10 Orten befinden sich 490 Genossen, die ihren Verpflichtungen gegenüber der Partei nachkommen. Veranstaltet wurden 13 Meetings, 95 öffentliche Versammlungen, 507 Vereins- und 224 vertrauliche Versammlungen. Der 1. Mai wurde in größerem Umfang nur in den Kohlen-

ist sie in den Bergbezirken Idria, Sagor, Trifail, obwohl im ersteren Orte im vergangenen Jahre jeder ohne Bewilligung Feiernde auf direkte Anordnung des Ackerbauministeriums mit einer Geldstrafe von einer Krone belegt wurde.

Presse. Das Parteiorgan „Rdeči Prapor", welches bis Neujahr 1901 dreimal monatlich erschien, wurde zu einem Wochenblatt ausgestaltet und das Format vergrößert. Unter Konfiskationen hat das Blatt bedeutend zu leiden.

Eine Maifestschrift wurde seit vier Jahren regelmäßig ausgegeben; die heurige verfiel der Konfiskation. Eine Broschüre: „Kapitalismus und Proletariat", gelangte heuer zur Ausgabe. Im Verlage der Lokalorganisation von Idria wurde heuer zum erstenmal ein slovenischer Arbeiterkalender ausgegeben. Zur Verbreitung gelangten auch mehrere Flugblätter.

Lohnbewegungen. In Idria dauerte durch zwei Jahre unter den Arbeitern des dortigen Quecksilberbergwerks eine Bewegung an; die Arbeiter erstrebten eine ausgiebige Lohnaufbesserung, Verringerung der Kategorien, eine klare Dienstordnung, Wohnungserleichterungen, Begünstigungen in Bezug des Limito-Getreides und Holzes, sowie Reformen in der Bruderlade. Ueber Betreiben der Gruppe II der Berggenossenschaft kam in Laibach das Einigungsamt zusammen, welches den größten Theil der Forderungen als gerechtfertigt anerkannte; aber das Ackerbauministerium wollte sich dem Schiedsspruch nicht unterwerfen. So drohte zu Neujahr 1901 ein Streik auszubrechen. Aber nach der Lage der Dinge hätten die Bergarbeiter in demselben unterliegen müssen, und den Vertrauensmännern gelang es, die Knappen von dem gefährlichen Experiment abzubringen. Das Ackerbauministerium bewilligte eine 15perzentige Lohnerhöhung, machte noch einige weitere Konzessionen und versprach, eine Lohnregulirung noch nach der Prüfung der Verhältnisse durchzuführen. Auch wurde eine Dienstordnung ausgearbeitet und den Vertrauensmännern der Arbeiter zur Bekanntgabe ihrer Wünsche vorgelegt.

In Trifail kam es voriges Jahr zweimal zu kurzen Arbeitseinstellungen beim dortigen Kohlenbergwerk. Einmal lag der Grund in Lohnfragen, das zweitemal in einer Entlassung. Beide Streiks verliefen günstig.

In Vevče brach im Sommer v. J. ein Papierarbeiterstreik aus, welcher zirka vier Wochen andauerte; infolge Intervention der Partei und der Papierarbeiterorganisation wurde er mit einer Lohnerhöhung und Ordnung der Krankenkassenverhältnisse beendet.

In Triest wurde im Oktober v. J. ein Streik der Magazinsarbeiter der Südbahn in drei Tagen mit sehr bemerkenswerthem Erfolg durchgeführt.

In Podgora gab es im vergangenen und im heurigen Jahre mehrere kleinere, respektive kürzere Arbeitseinstellungen in der Papier- und Cellulosefabrik; so lange die Arbeiter der Organisation gänzlich ferne standen, unterlagen sie. Heuer errangen sie durch Intervention der Partei einige Konzessionen.

Ein großer Steinarbeiterstreik in Nabresina und Sa. Croce, an welchem 1000 Arbeiter engagirt waren, endete nach fünfwöchentlicher Dauer mit bedeutenden Erfolgen für die Arbeiter.

Außerdem gab es noch einige partielle Arbeitseinstellungen von geringerer Bedeutung, bei welcher die Partei wenig engagirt war.

Wahlbewegungen. Außer an der letzten Reichsrathswahl griff die Partei, wo es die Verhältnisse geboten erscheinen ließen, bei Landtags-, Kommunal-, Krankenkassenwahlen u. dgl. ein. Davon wäre zu erwähnen: Die Aufstellung sozialdemokratischer Kandidaten bei der Gemeindewahl in Laibach 1901 für den ganzen III. Wahlkörper. Unsere Kandidaten erhielten durchschnittlich 100 Stimmen. In Untersiška drangen dieselben heuer zum erstenmal im III. Wahlkörper durch. In Idria erzielten dieselben bei den letzten Gemeinderathswahlen eine beträchtliche Minorität.

In der Bezirkskrankenkasse in Laibach siegten die Sozialdemokraten heuer zum erstenmal, indem sie 119 Delegirte gegen 13 Klerikale durchbrachten. Ebenso siegten unsere Genossen in Nabresina mit allen Delegirten.

Politische Verfolgungen. Wenn auch zahlreiche Untersuchungen gegen unsere Genossen wegen politischer Vergehen eingestellt werden mußten, sind doch mehrere Verurtheilungen vorgekommen, und zwar, soweit sie der Exekutive gemeldet wurden: Wegen Ehrenbeleidigung in Versammlungen: 1 Fall 14 Tage Arrest mit 4 Fasten, 1 Fall 7 Tage Arrest; wegen Religionsstörung: 1 Fall 14 Tage Arrest; wegen Uebertretung des Versammlungsgesetzes: 7 Tage Arrest, 4 Fälle zu je 5 Tagen Arrests, 5 zu 3, 3 zu 2, 10 zu 1 Tage Arrests, respektive Kr. 10; wegen Uebertretung des Vereinsgesetzes 2 Fälle zu je 3 Tagen Arrests, 1 Fall zu Kr. 20; wegen Uebertretung des § 23 Preßgesetz etwa 10 Fälle mit Strafen von 1 bis 4 Tagen Arrests, respektive entsprechenden Geldstrafen.

ausgabten. Sie verschmähten es auch durchaus nicht, sich mit Klerikalen und Christlich-Sozialen gegen die Sozialdemokraten zu verbinden, während Kroatisch-Klerikale den Kandidaten als „Sohn einer Hexe" und „verkleideten Teufel" bezeichneten und — Glauben fanden. Zur äußersten Siedehitze erglühte der Wahlkampf in Pola, wo die zahlreiche Arbeiterschaft ganz im sozialdemokratischen Lager steht. Der Ausgang der Wahl in Pola war entscheidend und die Italienisch-Nationalen spannten daher alle Kraft an, das heißt, sie öffneten den Geldbeutel so weit es ging, und die Pression auf die Wahlberechtigten mußte das Uebrige thun. Sogar aus dem Spital wurden Kranke zur Urne geschleppt. So gelang es ihnen, den Arbeitern in einer bis in die späte Nacht ausgedehnten Stichwahl eine Sektion mit vier Stimmen Majorität zu entreißen und sich damit das Mandat zu sichern. Verhältnißmäßig ruhiger ging es im Görzischen zu. Aber auch da wurde von den Gegnern so viel geschwindelt, daß einem Wahlprotest — in Cormons — welcher von unseren Genossen eingebracht wurde, auch die Statthalterei von Triest Folge gab. In Triest wurde von unseren Organisationen dem Kandidaten der italienischen Bruderpartei Wahlhilfe geleistet, und die zirka 500 Stimmen, welche für diesen seit dem Jahre 1897 zugewachsen sind, wurden zum guten Theile von neu gewonnenen slovenischen Arbeitern abgegeben. So hat diese Wahl überall den Beweis für den unaufhaltsamen Fortschritt der Partei erbracht.

An der inneren Organisation wurde in der Berichtsperiode fleißig weiter gebaut, und es wurde eine Reihe neuer Lokalorganisationen gebildet. An Vereinen wurde in Triest ein politischer Verein, „Socialistično družstvo", in Idria ein Frauenverein, „Veda", in Senožeče ein sozialistischer Bauernverein ins Leben gerufen. Was die gewerkschaftliche Organisation anbelangt, wurde hauptsächlich darauf Bedacht genommen, die bestehenden Vereine zu erhalten und zu stärken und die Beschlüsse der gewerkschaftlichen Kongresse zur Ausführung zu bringen, was noch fortgesetzt wird. Nennenswerthe Erfolge wurden mit der Organisation der Eisenbahner erzielt, eine neue Organisation der Papierarbeiter wurde in Vevče gegründet, eine ebensolche ist in Podgora in Gründung begriffen, ferner wurden intensive Vorarbeiten zum Ausbau der Metallarbeiterorganisation getroffen. In Radmannsdorf ist ein Leseverein der Nationalen in sozialdemokratische Hände übergegangen. In Laibach hat sich die Bäckerorganisation bedeutend gekräftigt; ein Bäckerverein wurde auch in Görz ins Leben gerufen, während der Rechtsschutzverein für Krain zwei neue Filialen, eine in Aßling, eine zweite in Oberlaibach, erworben hat. Im Uebrigen sind die Bergarbeiter, die Schneider, Schuster, Holzarbeiter, Glasarbeiter schon von früher gewerkschaftlich organisirt. Im Küstenlande haben auch die Steinarbeiter eine gute Organisation. An wirthschaftlichen Organisationen bestehen zwei gute Konsumvereine in Sagor und Idria mit je einer Filiale. Arbeitergesangvereine bestehen in Laibach und Untersiška, ein freier Sängerklub in Nabresina.

Agitation. Das wesentlichste Agitationsmittel der Partei bilden Versammlungen, welche in allen Theilen des Parteigebietes sehr fleißig abgehalten werden. Eine genaue Versammlungsstatistik fehlt leider aus den in der Einleitung dargelegten Gründen. In ruhiger Zeit entfallen auf jeden Sonn- und Feiertag durchschnittlich 5, auf die übrigen Wochentage 2 bis 3 Versammlungen. Davon bildet die Zeit der Wahlen, Lohnkämpfe und dergleichen eine Ausnahme. Die Partei hat sich allen von der Gesammtexekutive angeregten und beschlossenen Aktionen angeschlossen, nebstdem hat sie aus eigener Initiative solche eingeleitet, wenn es die politische Lage, die Bedürfnisse der Organisation oder lokale Verhältnisse erforderten. Außerdem haben unsere in der Agitation thätigen Genossen in national gemischten Bezirken die deutschen oder italienischen Genossen nach Kräften unterstützt.

In Ländern, wo weite Gebiete noch brach liegen, kommt es noch des Oefteren vor, daß die agitatorische Thätigkeit durch Lokalabtreibereien gestört wird. In einem solchen Falle ist es voriges Jahr gelungen, den wortbrüchigen Gastwirth, der das versprochene Lokal in letzter Stunde absagte, gerichtlich zum Ersatz der Kosten zu zwingen. Insbesondere die Klerikalen bemühen sich eifrig, die Gastwirthe in dieser Richtung aufzuhetzen, doch kann man sagen, daß dies schon seltener mit Erfolg geschieht. Die Anzahl der auf diese Weise vereitelten Versammlungen beträgt, soweit es der Exekutive bekannt ist, nicht mehr als acht. Versammlungsverbote sind von der Tagesordnung ziemlich abgekommen; in jüngster Zeit thut sich jedoch in dieser Richtung die Bezirkshauptmannschaft von Sessana hervor, welche seit dem letzten Steinarbeiterstreik alle sozialdemokratischen Versammlungen, und zwar nicht nur in Nabresina, sondern im ganzen Bezirke verbietet. Einigermaßen wurden solche Verbote, die jeder Begründung entbehren, durch Versammlungen nach § 2 paralysirt. Aufgelöst wurde während der Berichtsperiode keine Versammlung. Von Klerikalen gesprengt wurden zwei Versammlungen am Lande.

Maifeier. Der 1. Mai wird in allen Orten, wo Organisationen bestehen, durch Arbeitsruhe, Volksversammlungen und meist auch durch Arbeiterfeste gefeiert. Die Arbeitsruhe weist von Jahr zu Jahr steigende Tendenz auf, am vollkommensten

ist sie in den Bergbezirken Idria, Sagor, Trifail, obwohl im ersteren Orte im vergangenen Jahre jeder ohne Bewilligung Feiernde auf direkte Anordnung des Ackerbauministeriums mit einer Geldstrafe von einer Krone belegt wurde.

Presse. Das Parteiorgan „Rdeči Prapor", welches bis Neujahr 1901 dreimal monatlich erschien, wurde zu einem Wochenblatt ausgestaltet und das Format vergrößert. Unter Konfiskationen hat das Blatt bedeutend zu leiden.

Eine Maifestschrift wurde seit vier Jahren regelmäßig ausgegeben; die heurige verfiel der Konfiskation. Eine Broschüre: „Kapitalismus und Proletariat", gelangte heuer zur Ausgabe. Im Verlage der Lokalorganisation von Idria wurde heuer zum erstenmal ein slovenischer Arbeiterkalender ausgegeben. Zur Verbreitung gelangten auch mehrere Flugblätter.

Lohnbewegungen. In Idria dauerte durch zwei Jahre unter den Arbeitern des dortigen Quecksilberbergwerks eine Bewegung an; die Arbeiter erstrebten eine ausgiebige Lohnaufbesserung, Verringerung der Kategorien, eine klare Dienstordnung, Wohnungserleichterungen, Begünstigungen in Bezug des Limito-Getreides und Holzes, sowie Reformen in der Bruderlade. Ueber Betreiben der Gruppe II der Berggenossenschaft kam in Laibach das Einigungsamt zusammen, welches den größten Theil der Forderungen als gerechtfertigt anerkannte; aber das Ackerbauministerium wollte sich dem Schiedsspruch nicht unterwerfen. So drohte zu Neujahr 1901 ein Streik auszubrechen. Aber nach der Lage der Dinge hätten die Bergarbeiter in demselben unterliegen müssen, und den Vertrauensmännern gelang es, die Knappen von dem gefährlichen Experiment abzubringen. Das Ackerbauministerium bewilligte eine 15perzentige Lohnerhöhung, machte noch einige weitere Konzessionen und versprach, eine Lohnregulirung noch nach der Prüfung der Verhältnisse durchzuführen. Auch wurde eine Dienstordnung ausgearbeitet und den Vertrauensmännern der Arbeiter zur Bekanntgabe ihrer Wünsche vorgelegt.

In Trifail kam es voriges Jahr zweimal zu kurzen Arbeitseinstellungen beim dortigen Kohlenbergwerk. Einmal lag der Grund in Lohnfragen, das zweitemal in einer Entlassung. Beide Streiks verliefen günstig.

In Vevče brach im Sommer v. J. ein Papierarbeiterstreik aus, welcher zirka vier Wochen andauerte; infolge Intervention der Partei und der Papierarbeiterorganisation wurde er mit einer Lohnerhöhung und Ordnung der Krankenkassenverhältnisse beendet.

In Triest wurde im Oktober v. J. ein Streik der Magazinsarbeiter der Südbahn in drei Tagen mit sehr bemerkenswerthem Erfolg durchgeführt.

In Podgora gab es im vergangenen und im heurigen Jahre mehrere kleinere, respektive kürzere Arbeitseinstellungen in der Papier- und Cellulosefabrik; so lange die Arbeiter der Organisation gänzlich ferne standen, unterlagen sie. Heuer errangen sie durch Intervention der Partei einige Konzessionen.

Ein großer Steinarbeiterstreik in Nabresina und Sa. Croce, an welchem 1000 Arbeiter engagirt waren, endete nach fünfwöchentlicher Dauer mit bedeutenden Erfolgen für die Arbeiter.

Außerdem gab es noch einige partielle Arbeitseinstellungen von geringerer Bedeutung, bei welcher die Partei wenig engagirt war.

Wahlbewegungen. Außer an der letzten Reichsrathswahl griff die Partei, wo es die Verhältnisse geboten erscheinen ließen, bei Landtags-, Kommunal-, Krankenkassenwahlen u. dgl. ein. Davon wäre zu erwähnen: Die Aufstellung sozialdemokratischer Kandidaten bei der Gemeindewahl in Laibach 1901 für den ganzen III. Wahlkörper. Unsere Kandidaten erhielten durchschnittlich 100 Stimmen. In Untersiška drangen dieselben heuer zum erstenmal im III. Wahlkörper durch. In Idria erzielten dieselben bei den letzten Gemeinderathswahlen eine beträchtliche Minorität.

In der Bezirkskrankenkasse in Laibach siegten die Sozialdemokraten heuer zum erstenmal, indem sie 119 Delegirte gegen 13 Klerikale durchbrachten. Ebenso siegten unsere Genossen in Nabresina mit allen Delegirten.

Politische Verfolgungen. Wenn auch zahlreiche Untersuchungen gegen unsere Genossen wegen politischer Vergehen eingestellt werden mußten, sind doch mehrere Verurtheilungen vorgekommen, und zwar, soweit sie der Exekutive gemeldet wurden: Wegen Ehrenbeleidigung in Versammlungen: 1 Fall 14 Tage Arrest mit 4 Fasten, 1 Fall 7 Tage Arrest; wegen Religionsstörung: 1 Fall 14 Tage Arrest; wegen Uebertretung des Versammlungsgesetzes: 7 Tage Arrest, 4 Fälle zu je 5 Tagen Arrests, 5 zu 3, 3 zu 2, 10 zu 1 Tage Arrests, respektive Kr. 10; wegen Uebertretung des Vereinsgesetzes 2 Fälle zu je 3 Tagen Arrests, 1 Fall zu Kr. 20; wegen Uebertretung des § 23 Pres[illegible] va 10 Fälle mit Strafen von 1 bis 4 Tagen Arrests, respektive entsprechende [illegible].

---

ausgabten. Sie verschmähten es auch durchaus nicht, sich mit Klerikalen und Christlich-Sozialen gegen die Sozialdemokraten zu verbinden, während Kroatisch-Klerikale den Kandidaten als „Sohn einer Hexe“ und „verkleideten Teufel“ bezeichneten und — Glauben fanden. Zur äußersten Siedehitze erglühte der Wahlkampf in Pola, wo die zahlreiche Arbeiterschaft ganz im sozialdemokratischen Lager steht. Der Ausgang der Wahl in Pola war entscheidend und die Italienisch-Nationalen spannten daher alle Kraft an, das heißt, sie öffneten den Geldbeutel so weit es ging, und die Pression auf die Wahlberechtigten mußte das Uebrige thun. Sogar aus dem Spital wurden Kranke zur Urne geschleppt. So gelang es ihnen, den Arbeitern in einer bis in die späte Nacht ausgedehnten Stichwahl eine Sektion mit vier Stimmen Majorität zu entreißen und sich damit das Mandat zu sichern. Verhältnißmäßig ruhiger ging es im Görzischen zu. Aber auch da wurde von den Gegnern so viel geschwindelt, daß einem Wahlprotest — in Cormons — welcher von unseren Genossen eingebracht wurde, auch die Statthalterei von Triest Folge gab. In Triest wurde von unseren Organisationen dem Kandidaten der italienischen Bruderpartei Wahlhilfe geleistet, und die zirka 500 Stimmen, welche für diesen seit dem Jahre 1897 zugewachsen sind, wurden zum guten Theile von neu gewonnenen slovenischen Arbeitern abgegeben. So hat diese Wahl überall den Beweis für den unaufhaltsamen Fortschritt der Partei erbracht.

An der inneren Organisation wurde in der Berichtsperiode fleißig weiter gebaut, und es wurde eine Reihe neuer Lokalorganisationen gebildet. An Vereinen wurde in Triest ein politischer Verein, „Socialistično dražstvo“, in Idria ein Frauenverein, „Veda“, in Senožeče ein sozialistischer Bauernverein ins Leben gerufen. Was die gewerkschaftliche Organisation anbelangt, wurde hauptsächlich darauf Bedacht genommen, die bestehenden Vereine zu erhalten und zu stärken und die Beschlüsse der gewerkschaftlichen Kongresse zur Ausführung zu bringen, was noch fortgesetzt wird. Nennenswerthe Erfolge wurden mit der Organisation der Eisenbahner erzielt, eine neue Organisation der Papierarbeiter wurde in Vevče gegründet, eine ebensolche ist in Podgora in Gründung begriffen, ferner wurden intensive Vorarbeiten zum Ausbau der Metallarbeiterorganisation getroffen. In Radmannsdorf ist ein Leseverein der Nationalen in sozialdemokratische Hände übergegangen. In Laibach hat sich die Bäckerorganisation bedeutend gekräftigt; ein Bäckerverein wurde auch in Görz ins Leben gerufen, während der Rechtsschutzverein für Krain zwei neue Filialen, eine in Aßling, eine zweite in Oberlaibach, erworben hat. Im Uebrigen sind die Bergarbeiter, die Schneider, Schuster, Holzarbeiter, Glasarbeiter schon von früher gewerkschaftlich organisirt. Im Küstenlande haben auch die Steinarbeiter eine gute Organisation. An wirthschaftlichen Organisationen bestehen zwei gute Konsumvereine in Sagor und Idria mit je einer Filiale. Arbeitergesangvereine bestehen in Laibach und Untersiška, ein freier Sängerklub in Nabresina.

Agitation. Das wesentlichste Agitationsmittel der Partei bilden Versammlungen, welche in allen Theilen des Parteigebietes sehr fleißig abgehalten werden. Eine genaue Versammlungsstatistik fehlt leider aus den in der Einleitung dargelegten Gründen. In ruhiger Zeit entfallen auf jeden Sonn- und Feiertag durchschnittlich 5, auf die übrigen Wochentage 2 bis 3 Versammlungen. Davon bildet die Zeit der Wahlen, Lohnkämpfe und dergleichen eine Ausnahme. Die Partei hat sich allen von der Gesammtexekutive angeregten und beschlossenen Aktionen angeschlossen, nebstdem hat sie aus eigener Initiative solche eingeleitet, wenn es die politische Lage, die Bedürfnisse der Organisation oder lokale Verhältnisse erforderten. Außerdem haben unsere in der Agitation thätigen Genossen in national gemischten Bezirken die deutschen oder italienischen Genossen nach Kräften unterstützt.

In Ländern, wo weite Gebiete noch brach liegen, kommt es noch des Oefteren vor, daß die agitatorische Thätigkeit durch Lokalabtreibereien gestört wird. In einem solchen Falle ist es voriges Jahr gelungen, den wortbrüchigen Gastwirth, der das versprochene Lokal in letzter Stunde absagte, gerichtlich zum Ersatz der Kosten zu zwingen. Insbesondere die Klerikalen bemühen sich eifrig, die Gastwirthe in dieser Richtung aufzuhetzen, doch kann man sagen, daß dies schon seltener mit Erfolg geschieht. Die Anzahl der auf diese Weise vereitelten Versammlungen beträgt, soweit es der Exekutive bekannt ist, nicht mehr als acht. Versammlungsverbote sind von der Tagesordnung ziemlich abgekommen; in jüngster Zeit thut sich jedoch in dieser Richtung die Bezirkshauptmannschaft von Sessana hervor, welche seit dem letzten Steinarbeiterstreik alle sozialdemokratischen Versammlungen, und zwar nicht nur in Nabresina, sondern im ganzen Bezirke verbietet. Einigermaßen wurden solche Verbote, die jeder Begründung entbehren, durch Versammlungen nach § 2 paralysirt. Aufgelöst wurde während der Berichtsperiode keine Versammlung. Von Klerikalen gesprengt wurden zwei Versammlungen am Lande.

Maifeier. Der 1. Mai wird in allen Orten, wo Organisationen bestehen, durch Arbeitsruhe, Volksversammlungen und meist auch durch Arbeiterfeste gefeiert. Die Arbeitsruhe weist von Jahr zu Jahr steigende Tendenz auf, am vollkommensten

ist sie in den Bergbezirken Idria, Sagor, Trifail, obwohl im ersteren Orte im vergangenen Jahre jeder ohne Bewilligung Feiernde auf direkte Anordnung des Ackerbauministeriums mit einer Geldstrafe von einer Krone belegt wurde.

Presse. Das Parteiorgan „Rdeči Prapor", welches bis Neujahr 1901 dreimal monatlich erschien, wurde zu einem Wochenblatt ausgestaltet und das Format vergrößert. Unter Konfiskationen hat das Blatt bedeutend zu leiden.

Eine Maifestschrift wurde seit vier Jahren regelmäßig ausgegeben; die heurige verfiel der Konfiskation. Eine Broschüre: „Kapitalismus und Proletariat", gelangte heuer zur Ausgabe. Im Verlage der Lokalorganisation von Idria wurde heuer zum erstenmal ein slovenischer Arbeiterkalender ausgegeben. Zur Verbreitung gelangten auch mehrere Flugblätter.

Lohnbewegungen. In Idria dauerte durch zwei Jahre unter den Arbeitern des dortigen Quecksilberbergwerks eine Bewegung an; die Arbeiter erstrebten eine ausgiebige Lohnaufbesserung, Verringerung der Kategorien, eine klare Dienstordnung, Wohnungserleichterungen, Begünstigungen in Bezug des Limito-Getreides und Holzes, sowie Reformen in der Bruderlade. Ueber Betreiben der Gruppe II der Berggenossenschaft kam in Laibach das Einigungsamt zusammen, welches den größten Theil der Forderungen als gerechtfertigt anerkannte; aber das Ackerbauministerium wollte sich dem Schiedsspruch nicht unterwerfen. So drohte zu Neujahr 1901 ein Streik auszubrechen. Aber nach der Lage der Dinge hätten die Bergarbeiter in demselben unterliegen müssen, und den Vertrauensmännern gelang es, die Knappen von dem gefährlichen Experiment abzubringen. Das Ackerbauministerium bewilligte eine 15perzentige Lohnerhöhung, machte noch einige weitere Konzessionen und versprach, eine Lohnregulirung noch nach der Prüfung der Verhältnisse durchzuführen. Auch wurde eine Dienstordnung ausgearbeitet und den Vertrauensmännern der Arbeiter zur Bekanntgabe ihrer Wünsche vorgelegt.

In Trifail kam es voriges Jahr zweimal zu kurzen Arbeitseinstellungen beim dortigen Kohlenbergwerk. Einmal lag der Grund in Lohnfragen, das zweitemal in einer Entlassung. Beide Streiks verliefen günstig.

In Vevče brach im Sommer v. J. ein Papierarbeiterstreik aus, welcher zirka vier Wochen andauerte; infolge Intervention der Partei und der Papierarbeiterorganisation wurde er mit einer Lohnerhöhung und Ordnung der Krankenkassenverhältnisse beendet.

In Triest wurde im Oktober v. J. ein Streik der Magazinsarbeiter der Südbahn in drei Tagen mit sehr bemerkenswerthem Erfolg durchgeführt.

In Podgora gab es im vergangenen und im heurigen Jahre mehrere kleinere, respektive kürzere Arbeitseinstellungen in der Papier- und Cellulosefabrik; so lange die Arbeiter der Organisation gänzlich ferne standen, unterlagen sie. Heuer errangen sie durch Intervention der Partei einige Konzessionen.

Ein großer Steinarbeiterstreik in Nabresina und Sa. Croce, an welchem 1000 Arbeiter engagirt waren, endete nach fünfwöchentlicher Dauer mit bedeutenden Erfolgen für die Arbeiter.

Außerdem gab es noch einige partielle Arbeitseinstellungen von geringerer Bedeutung, bei welcher die Partei wenig engagirt war.

Wahlbewegungen. Außer an der letzten Reichsrathswahl griff die Partei, wo es die Verhältnisse geboten erscheinen ließen, bei Landtags-, Kommunal-, Krankenkassenwahlen u. dgl. ein. Davon wäre zu erwähnen: Die Aufstellung sozialdemokratischer Kandidaten bei der Gemeindewahl in Laibach 1901 für den ganzen III. Wahlkörper. Unsere Kandidaten erhielten durchschnittlich 100 Stimmen. In Untersiška drangen dieselben heuer zum erstenmal im III. Wahlkörper durch. In Idria erzielten dieselben bei den letzten Gemeinderathswahlen eine beträchtliche Minorität.

In der Bezirkskrankenkasse in Laibach siegten die Sozialdemokraten heuer zum erstenmal, indem sie 119 Delegirte gegen 13 Klerikale durchbrachten. Ebenso siegten unsere Genossen in Nabresina mit allen Delegirten.

Politische Verfolgungen. Wenn auch zahlreiche Untersuchungen gegen unsere Genossen wegen politischer Vergehen eingestellt werden mußten, sind doch mehrere Verurtheilungen vorgekommen, und zwar, soweit sie der Exekutive gemeldet wurden: Wegen Ehrenbeleidigung in Versammlungen: 1 Fall 14 Tage Arrest mit 4 Fasten, 1 Fall 7 Tage Arrest; wegen Religionsstörung: 1 Fall 14 Tage Arrest; wegen Uebertretung des Versammlungsgesetzes: 7 Tage Arrest, 4 Fälle zu je 5 Tagen Arrests, 5 zu 3, 3 zu 2, 10 zu 1 Tage Arrests, respektive Kr. 10; wegen Uebertretung des Vereinsgesetzes 2 Fälle zu je 3 Tagen Arrests, 1 Fall zu Kr. 20; wegen Uebertretung des § 23 Preßgesetz etwa 10 Fälle mit Strafen von 1 bis 4 Tagen Arrests, respektive entsprechenden Geldstrafen.

Anträge zum Parteitag.

Parteiprogramm.

1. Programmentwurf, vorgelegt von der am Brünner Gesammtparteitag eingesetzten Kommission: Adler, Daszynski, Ellenbogen, Schuhmeier, Steiner.

Die österreichische Sozialdemokratie erstrebt für das gesammte Volk ohne Unterschied der Nation, der Rasse und des Geschlechtes die Befreiung aus den Fesseln der ökonomischen Abhängigkeit, der politischen Rechtlosigkeit und der geistigen Verkümmerung. Die Ursache der heutigen Zustände liegt nicht in den einzelnen politischen Einrichtungen, sondern in der das Wesen des ganzen Gesellschaftszustandes bedingenden und beherrschenden Thatsache, daß die Arbeitsmittel in den Händen einzelner Besitzer monopolisirt sind. Der Besitzer der Arbeitskraft, die Arbeiterklasse, wird dadurch in steigendem Maße abhängig von den Besitzern der Arbeitsmittel mit Einschluß des Bodens, der Großgrundbesitzerklasse und der Kapitalistenklasse, deren politische und ökonomische Herrschaft im heutigen Klassenstaate ihren Ausdruck findet.

Der technische Fortschritt, die wachsende Konzentration der Produktion und des Besitzes, die Vereinigung aller ökonomischen Macht in den Händen der Kapitalisten und Kapitalistengruppen hat die Wirkung, immer größere Kreise früher selbstständiger kleiner Unternehmer ihrer Produktionsmittel zu enteignen und sie als Lohnarbeiter oder Angestellte direkt oder indirekt in die Abhängigkeit der Kapitalisten zu bringen, die Kleinbauern aber in Schuldknechte zu wandeln. Die Lebenshaltung immer breiterer Schichten des arbeitenden Volkes tritt immer mehr in Gegensatz zu der rasch steigenden Produktivkraft ihrer eigenen Arbeit und zu dem Anschwellen des von ihnen selbst geschaffenen Reichthums. Die der Planlosigkeit der kapitalistischen Produktionsweise entspringenden Krisen mit ihrem Gefolge von Arbeitslosigkeit und Elend beschleunigen und verschärfen diese Entwicklung.

Je mehr aber die Entwicklung des Kapitalismus das Proletariat anschwellen macht, desto mehr wird es gezwungen und befähigt, den Kampf gegen ihn aufzunehmen. Es kommt zum Bewußtsein, daß die Verdrängung der Einzelproduktion auch den Einzelbesitz immer mehr überflüssig und schädlich macht, daß zugleich für neue Formen genossenschaftlicher Produktion und gemeinsamen Besitzes die nothwendigen geistigen und materiellen Vorbedingungen geschaffen werden müssen und daß der Uebergang der Arbeitsmittel in den gemeinschaftlichen Besitz der Gesammtheit des Volkes das Ziel des Kampfes für die Befreiung der Arbeiterklasse sein muß. Der Träger dieser nothwendigen Entwicklung kann nur das zum Klassenbewußtsein erwachte und zum Klassenkampf organisirte Proletariat selbst sein. *Das Proletariat politisch zu organisiren, es mit dem Bewußtsein seiner Lage und seiner Aufgabe zu erfüllen, es geistig und physisch kampffähig zu machen und zu erhalten, ist daher das eigentliche Programm der österreichischen Sozialdemokratie*, zu dessen Durchsetzung sie sich aller zweckdienlichen und dem natürlichen Rechtsbewußtsein des Volkes entsprechenden Mittel bedienen wird.

Die österreichische Sozialdemokratie wird in allen politischen und ökonomischen Fragen jederzeit das Klasseninteresse des Proletariats vertreten und aller Verdunkelung und Verhüllung der Klassengegensätze, sowie der Ausnützung der Arbeiter zu Gunsten von herrschenden Parteien energisch entgegenwirken.

Die österreichische Sozialdemokratie ist eine internationale Partei; sie verurtheilt die Vorrechte der Nationen ebenso wie die der Geburt und des Geschlechtes, des Besitzes und der Abstammung, und erklärt, daß der Kampf gegen die Ausbeutung international sein muß wie die Ausbeutung selbst. Sie verurtheilt und bekämpft alle Einschränkungen der Fr[illegible] Meinungsäußerung, sowie die

geistige Bevormundung durch Staat und Kirche in jeder Form. Sie erstrebt gesetzlichen Schutz der Lebenshaltung der arbeitenden Klassen, und sie kämpft für die Erringung des dem Proletariat gebührenden Einflusses auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens.

Von diesen Grundsätzen ausgehend, fordert die österreichische Sozialdemokratie zunächst:

1. Allgemeines, gleiches, direktes und geheimes Wahlrecht in Staat, Land und Gemeinde für alle Staatsangehörigen ohne Unterschied des Geschlechtes vom 20. Lebensjahre an; Proportionalwahlsystem; Vornahme der Wahlen an einem gesetzlichen Ruhetage.

2. Direkte Gesetzgebung durch das Volk vermittelst des Vorschlags- und Verwerfungsrechtes; Selbstbestimmung und Selbstverwaltung des Volkes in Staat, Land und Gemeinde.

3. Abschaffung aller Gesetze, die das Recht auf freie Meinungsäußerung einschränken, insbesondere Erfüllung voller Preßfreiheit durch Aufhebung des objektiven Verfahrens und der Einschränkung der Kolportage von Druckschriften; Aufhebung aller Gesetze, die das Vereins- und Versammlungsrecht einschränken.

4. Aufhebung aller Einschränkungen der Freizügigkeit, insbesondere aller Vagabunden- und Schubgesetze.

5. Schaffung und Durchführung eines Gesetzes, das Beamte, die die politischen Rechte von Einzelnen oder Vereinen beeinträchtigen, einer strengen Bestrafung zuführt.

6. Sicherung der Unabhängigkeit der Gerichte; Unentgeltlichkeit der Rechtspflege und des Rechtsbeistandes, Entschädigung unschuldig Verhafteter und Verurtheilter; Wahl der Geschwornen auf Grund des allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlrechtes durch das gesammte Volk.

7. Unentgeltliche Beistellung der ärztlichen Hilfeleistung und der Heilmittel.

8. Erklärung der Religion als Privatsache; Trennung der Kirche vom Staate und Erklärung der kirchlichen und religiösen Gemeinschaften als private Vereinigungen, die ihre Angelegenheiten selbstständig ordnen.

9. Obligatorische, unentgeltliche und weltliche Schule; Unentgeltlichkeit der Lehrmittel und der Verpflegung in den Volksschulen für alle Kinder, sowie für jene Schüler höherer Lehr- anstalten, die zu weiterer Ausbildung befähigt sind.

10. Ersetzung aller indirekten Steuern und Abgaben durch stufenweise steigende Einkommen- und Vermögenssteuern, sowie eine progressive Erbschaftssteuer.

11. Ersatz des stehenden Heeres durch die Volkswehr; Erziehung zur allgemeinen Wehrhaftigkeit; allgemeine Volksbewaffnung.

12. Beseitigung aller Gesetze, wodurch die Frau gegenüber dem Mann öffentlich-rechtlich oder privatrechtlich in Nachtheil gesetzt wird.

Als Minimum an Arbeiterschutz fordert die österreichische Sozialdemokratie zunächst:

1. Volle Koalitionsfreiheit, gesetzliche Anerkennung der gewerkschaftlichen Organisation, gesetzliche Gleichstellung der Landarbeiter, Aufhebung der Dienstbotenordnungen.

2. Achtstündigen Maximalarbeitstag ohne Klauseln und ohne Ausnahme.

3. Verbot der Nachtarbeit (mit Ausnahme jener Betriebe, deren technische Natur eine Unterbrechung nicht zuläßt).

4. Volle Sonntagsruhe in der Dauer von mindestens 36 Stunden.

5. Strenge Durchführung des Verbotes der Erwerbsarbeit von Kindern unter 14 Jahren.

6. Ausschluß der Frauenarbeit aus den besonders für den weiblichen Organismus schädlichen Betrieben.

Alle diese Bestimmungen haben für Betriebe jeder Art und Stufenleiter (Großindustrie, Transportgewerbe, Handwerk, Handel, Hausindustrie) zu gelten.

Bei der Kontrole der Durchführung des Arbeiterschutzes haben die Arbeiterorganisationen durch die von ihnen gewählten Inspektoren und Inspektorinnen mitzuwirken.

Unternehmer, die das Arbeiterschutzgesetz übertreten, sind mit Arrest zu bestrafen.

Die Arbeiterversicherung ist durch Einführung einer allgemeinen Alters-

und Invalidenversicherung, sowie Witwen- und Waisenversorgung zu ergänzen und unter durchgängiger Selbstverwaltung der Versicherten einheitlich zu organisiren.

* * *

Zum Vergleich bringen wir nachstehend auch das abzuändernde **Hainfelder Programm** zum Abdruck:

I. Prinzipien-Erklärung.

Die sozialdemokratische Arbeiterpartei in Oesterreich erstrebt für das gesammte Volk ohne Unterschied der Nation, der Rasse und des Geschlechtes die Befreiung aus den Fesseln der ökonomischen Abhängigkeit, die Beseitigung der politischen Rechtlosigkeit und die Erhebung aus der geistigen Verkümmerung. Die Ursache dieses unwürdigen Zustandes ist nicht in einzelnen politischen Einrichtungen zu suchen, sondern in der das Wesen des ganzen Gesellschaftszustandes bedingenden und beherrschenden Thatsache, daß die Arbeitsmittel in den Händen einzelner Besitzender monopolisirt sind. Der Besitzer der Arbeitskraft, die Arbeiterklasse, wird dadurch zum Sklaven der Besitzer der Arbeitsmittel, der Kapitalistenklasse, deren politische und ökonomische Herrschaft im heutigen Staate Ausdruck findet. Der Einzelbesitz an Produktionsmitteln, wie er also politisch den Klassenstaat bedeutet, bedeutet ökonomisch steigende Massenarmuth und wachsende Verelendung immer breiterer Volksschichten.

Durch die technische Entwicklung, das kolossale Anwachsen der Produktivkräfte erweist sich diese Form des Besitzes nicht nur als überflüssig, sondern es wird auch thatsächlich diese Form für die überwiegende Mehrheit des Volkes beseitigt, während gleichzeitig für die Form des gemeinsamen Besitzes die nothwendigen geistigen und materiellen Vorbedingungen geschaffen werden. Der Uebergang der Arbeitsmittel in den gemeinschaftlichen Besitz der Gesammtheit des Volkes bedeutet also nicht nur die Befreiung der Arbeiterklasse, sondern auch die Erfüllung einer geschichtlich nothwendigen Entwicklung. Der Träger dieser Entwicklung kann nur das klassenbewußte und als politische Partei organisirte Proletariat sein. Das Proletariat politisch zu organisiren, es mit dem Bewußtsein seiner Lage und seiner Aufgabe zu erfüllen, es geistig und physisch kampffähig zu machen und zu erhalten, ist daher das eigentliche Programm der sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Oesterreich, zu dessen Durchführung sie sich aller zweckdienlichen und dem natürlichen Rechtsbewußtsein des Volkes entsprechenden Mittel bedienen wird. Uebrigens wird und muß sich die Partei in ihrer Taktik auch jeweilig nach den Verhältnissen, insbesondere nach dem Verhalten der Gegner zu richten haben. Es werden jedoch folgende allgemeine Grundsätze aufgestellt:

1. Die sozialdemokratische Arbeiterpartei in Oesterreich ist eine internationale Partei, sie verurtheilt die Vorrechte der Nationen ebenso wie die der Geburt und des Geschlechtes, des Besitzes und der Abstammung und erklärt, daß der Kampf gegen die Ausbeutung international sein muß wie die Ausbeutung selbst.

2. Zur Verbreitung der sozialistischen Ideen wird sie alle Mittel der Oeffentlichkeit, Presse, Vereine, Versammlungen, voll ausnützen und für die Beseitigung aller Fesseln der freien Meinungsäußerung (Ausnahmsgesetze, Preß-, Vereins- und Versammlungsgesetze) eintreten.

3. Ohne sich über den Werth des Parlamentarismus, einer Form der modernen Klassenherrschaft, irgendwie zu täuschen, wird sie das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht ohne Unterschied des Geschlechtes für alle Vertretungskörper mit Diätenbezug anstreben, als eines der wichtigsten Mittel der Agitation und Organisation.

4. Soll noch innerhalb des Rahmens der heutigen Wirthschaftsordnung das Sinken der Lebenshaltung der Arbeiterklasse, ihre wachsende Verelendung einigermaßen gehemmt werden, so muß eine lückenlose und ehrliche Arbeiterschutz-Gesetzgebung (weitestgehende Beschränkung der Arbeitszeit, Aufhebung der Kinderarbeit u. s. f.), deren Durchführung unter der Mitkontrole der Arbeiterschaft, sowie die unbehinderte Organisation der Arbeiter in Fachvereinen, somit volle Koalitionsfreiheit angestrebt werden.

5. Im Interesse der Zukunft der Arbeiterklasse ist der obligatorische unentgeltliche und konfessionslose Unterricht in den Volks- und Fortbildungsschulen, sowie unentgeltliche Zugänglichkeit sämmtlicher höheren Lehranstalten unbedingt erforderlich; die nothwendige Vorbedingung dazu ist die Trennung der Kirche vom Staate und die Erklärung der Religion als Privatsache.

6. Die Ursache der beständigen Kriegsgefahr ist das stehende Heer, dessen stets wachsende Last das Volk seinen Kulturaufgaben entfremdet. Es ist daher für den Ersatz des stehenden Heeres durch die allgemeine Volksbewaffnung einzutreten.

7. Die sozialdemokratische Arbeiterpartei wird gegenüber allen wichtigen politischen und ökonomischen Fragen Stellung nehmen, das Klasseninteresse des Proletariats jederzeit vertreten und aller Verdunkelung und Verhüllung der Klassengegensätze, sowie der Ausnützung der Arbeiter zu Gunsten von herrschenden Parteien energisch entgegenwirken.

8. Da die indirekten, auf die nothwendigen Lebensbedürfnisse gelegten Steuern die Bevölkerung umso stärker belasten, je ärmer sie ist, da sie ein Mittel der Ausbeutung und der Täuschung des arbeitenden Volkes sind, verlangen wir die Beseitigung aller in direkten Steuern und Einführung einer einzigen, direkten progressiven Einkommensteuer.

II. Resolution über die politischen Rechte.

In Erwägung, daß die weltgeschichtliche Aufgabe des Proletariats die Umgestaltung der heutigen wirthschaftlichen Ordnung ist, daß der Hebel dieser Umgestaltung der Klassenkampf ist, dessen Verlauf mit umso weniger Opfern verbunden, umso rascher und ruhiger sein wird, je mehr auf beiden Seiten Klarheit und Einsicht in die Bedingungen und Ziele der ökonomischen Entwicklung herrscht; daß aber die herrschenden Klassen die Aufklärung durch gesetzliche und polizeiliche Maßregelungen zu hemmen und zu verzögern suchen, wodurch die Bewegung zwar nicht aufgehalten, aber verbittert und verschärft wird, erklärt der Parteitag:

Jede Einschränkung der Freiheit der Meinungsäußerung, sowie jede Monopolisirung politischer Rechte für die Besitzenden ist verwerflich und für die naturgemäße Entwicklung schädlich. Er verlangt daher volle Freiheit für die sozialdemokratische Agitation und Propaganda und die Möglichkeit einer ruhigen Organisation des Proletariats; zunächst also:

1. Die Aufhebung der Beschränkung der Freizügigkeit, also der Ausnahmsverfügungen, Vagabunden- und Schubgesetze;

2. Die Aufhebung der Beschränkung der Preßfreiheit durch die verschiedenen Formen der Zensur und Aufhebung des Preßmonopols für die Besitzenden durch Kaution und Stempel, sowie des Verbotes der Kolportage;

3. Herstellung des Vereins- und Versammlungsrechtes durch Aufhebung der Vereins- und Versammlungsgesetze;

4. die Aufhebung des Monopols der Besitzenden auf das politische Wahlrecht durch die Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechtes (und zwar ohne Unterschied des Geschlechtes vom 20. Lebensjahre an, wo für die Männer die Verpflichtung zur Blutsteuer beginnt), als eines wichtigen Mittels der Agitation und Organisation, ohne sich jedoch über den Werth des Parlamentarismus irgendwie zu täuschen;

5. die ehrliche Sicherung der Unabhängigkeit der Gerichte, Unentgeltlichkeit der Rechtspflege, Ausdehnung der Geschwornengerichte auf alle politischen Vergehen und Verbrechen, sowie Wahl der Geschwornen auf Grund des allgemeinen geheimen Wahlrechtes durch das gesammte Volk;

6. Schaffung und Durchführung eines Gesetzes, welches Beamte, welche die politischen Rechte von Einzelnen oder Vereinen beeinträchtigen, einer strengen Strafe zuführt.

III. Resolution über Arbeiterschutz-Gesetzgebung und „Sozialreform".

Was heute vorzugsweise „Sozialreform" genannt wird, die Einführung der vom Staate organisirten Arbeiterversicherung gegen Krankheit und Unfall, ent-

springt vor Allem der Furcht vor dem Anwachsen der proletarischen Bewegung, der Hoffnung, die Arbeiter von dem Wohlwollen der besitzenden Klassen zu überzeugen, und zuletzt aus der Einsicht, daß die zunehmende Verelendung des Volkes endlich die Wehrfähigkeit beeinträchtigen müsse. Mit der Ausführung der Arbeiterversicherung werden zwei Nebenzwecke verknüpft: Die theilweise Ueberwälzung der Kosten der Armenpflege von den Gemeinden auf die Arbeiterklasse und die möglichste Einengung, womöglich Beseitigung der selbstständigen Hilfsorganisationen der Arbeiter, welche als Vorschulen und Uebungsstätten der Organisationen und Verwaltung den Herrschenden ein Dorn im Auge sind. Angesichts dieser Sachlage erklärt der Parteitag:

Die Arbeiterversicherung berührt den Kern des sozialen Problems überhaupt nicht. Eine Einrichtung, welche im besten Falle dem arbeitsunfähigen Proletarier ein kärgliches, von ihm selbst theuer bezahltes Almosen gewährt, verdient nicht den Namen „Sozialreform“. Die Arbeiterschaft wird sich darüber nicht täuschen lassen, sondern klare Einsicht darüber verbreiten, daß eine wirklich soziale Reform den arbeitsfähigen Arbeiter zum Gegenstande und die Beseitigung seiner Ausbeutung zum letzten Ziele haben muß, daß aber freilich diese soziale Reform niemals von den Ausbeutern, sondern nur von den Ausgebeuteten durchgeführt werden wird.

So lange die kapitalistische Produktionsweise herrscht, ist nur eine theilweise Einschränkung der Folgen der Ausbeutung möglich durch eine ehrliche und lückenlose Arbeiterschutz-Gesetzgebung und ihre energische Durchführung. Die physische Verendelung der Arbeiterklasse findet in der hohen Kindersterblichkeit, in dem kurzen Lebensalter, der frühen Invalidität der Arbeiter ihren Ausdruck. Das Herabsinken der Lebenshaltung, welches den Arbeiter zu einem stumpfsinnigen Sklaven herabwürdigt, macht es ihm unmöglich, Kraft und Zeit der Thätigkeit für menschliche Ziele, vor Allem für seine eigene Befreiung zu widmen. Die Arbeiterschutz-Gesetzgebung soll dem Zunehmen dieser unmenschlichen Verhältnisse einigermaßen Einhalt thun.

Die österreichische Gewerbeordnung erfüllt diesen Zweck ganz ungenügend. Sie ist schwächlich und lückenhaft in ihren Bestimmungen, gibt jede einzelne Vorschrift dem Mißverstand und der Willkür der Verwaltungsbehörden preis. Die Gewerbeinspektion ist unwirksam, weil unzulänglich in ihren Mitteln und äußerst beschränkt in ihren Befugnissen.

Eine Arbeiterschutz-Gesetzgebung, die ihren Zweck erreichen soll, muß zum Mindesten umfassen:

1. Volle Koalitionsfreiheit und gesetzliche Anerkennung von Lohnverabredung und Kartellen der Arbeiter.
2. Den achtstündigen Maximalarbeitstag ohne Klauseln und ohne Ausnahmen.
3. Verbot der Nachtarbeit (mit Ausnahme jener Betriebe, deren technische Natur eine Unterbrechung nicht zuläßt).
4. Volle Sonntagsruhe von Samstag Abends bis Montag Früh.
5. Verbot der Beschäftigung von Kindern unter 14 Jahren.
6. Ausschluß der Frauenarbeit aus den für den weiblichen Organismus besonders schädlichen Betrieben.
7. Alle diese Bestimmungen haben für Betriebe jeder Stufenleiter (Großindustrie, Transportgewerbe, Handwerk, Hausindustrie) zu gelten.
8. Auf Uebertretungen dieser Bestimmungen von Seite der Unternehmer sind Arreststrafen gesetzt.
9. Arbeiterorganisationen, welcher auf fachlicher oder lokaler Grundlage beruhen, haben durch die von ihnen gewählten Inspektoren bei der Kontrole der Durchführung der Arbeiterschutz-Gesetzgebung mitzuwirken.

Die Arbeiterschutz-Gesetzgebung soll international ausgebaut und in geeigneter Weise auf die Landarbeiter ausgedehnt werden.

Resolution zur Landagitation.

Beschlossen am Grazer Parteitag 1900 der deutschen Sozialdemokratie in Oesterreich.

Obwohl die industriell-kapitalistische Entwicklung Oesterreichs gegen die anderer Staaten weit zurückgeblieben ist und demgemäß auch der Ausbau der Organisation der industriellen Arbeiterschaft noch einer gründlichen und mühevollen Arbeit bedarf,

ist es unsere Pflicht, die Ideen des Sozialismus, so weit es möglich ist, schon jetzt unter die Landbevölkerung zu tragen, deren wirthschaftliche Existenzbedingungen unter demselben schweren Druck leiden, wie die der Arbeiter. Ueberdies nöthigt uns hiezu das aller Vernunft hohnsprechende Wahlsystem der V. Kurie mit seinen ungeheueren Wahlbezirken.

Ohne in prinzipielle Erörterungen der Agrarfrage, deren wissenschaftliche Grundlagen noch theilweise unausgebaut sind, einzugehen, erklärt daher der Parteitag:

Die Aufgabe der sozialdemokratischen Landagitation ist es zunächst, die Landbevölkerung zu sozialistischem Denken zu erziehen, und sie hat sich daher in erster Linie an jene Schichten zu wenden, die vermöge ihrer Klassenlage der Idee des Sozialismus am zugänglichsten sind: an die Landarbeiter und Kleinbauern.

Sie muß ferner vor Allem die Beseitigung all der geistigen und politischen Schutzwehren des ländlichen Konservativismus anstreben, also die Erweiterung der Schulbildung, die Uebernahme der Schullasten durch den Staat, die Erkämpfung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechtes und die Aufklärung der Landbevölkerung durch Zeitungen, Broschüren, landwirthschaftliche Kalender und dergleichen energisch betreiben, und hat, indem sie es gemäß unserem Programm vermeidet, die religiösen Empfindungen der Landbevölkerung zu verletzen, den Kampf gegen den volksverdummenden Klerikalismus mit aller Wucht zu führen. Da die kleinen Landgemeinden vorzügliche Ausgangspunkte für die Landagitation sind, soll der provinziellen Kommunalpolitik ein sorgsames Auge zugewendet werden.

Unter den praktischen landwirthschaftlichen Reformen ist für diejenigen einzutreten, die

1. auf eine gesellschaftliche Organisation der Erzeugung und Vertheilung der Bodenprodukte abzielen, also: Vergesellschaftung von Wald, Wiese, Wasserkraft durch Staat, Land oder Gemeinde, Erweiterung des öffentlichen Landbesitzes durch eine volksfreundliche Landpolitik, Ausbau des landwirthschaftlichen Genossenschaftswesens auf völlig demokratischer Grundlage und dergleichen;

2. die gegen die Privilegien und Uebergriffe einzelner Besitzender gerichtet sind, also: Aufhebung sämmtlicher mit dem Grundbesitz verbundenen Vorrechte (Bannrechte, Fideikommisse, Propinationen, Wahlkurien), Uebergabe der Jagd- und Fischereirechte an die Gemeinden;

3. die auf die allgemeine, der Gesammtheit zugute kommende Hebung der Bodenkultur, sowie die Verbesserung, Verbilligung und Zufuhrserleichterung der Lebensmittel gerichtet sind, also: Bodenmeliorationen durch Staat und Land (Wildbachverbauungen, Drainagen, Gewinnung wüster Ländereien für die Kultur u. s. w.), Ausbau des Versicherungswesens durch Uebernahme der Versicherungen durch den Staat, Errichtung von landwirthschaftlichen Versuchs- und Untersuchungsstationen, eine den Anforderungen der modernen Wissenschaft entsprechende Vieh- und Fleischbeschau, Verbesserung der Thierseuchengesetze durch Schadloshaltung der durch die Handhabung dieses Gesetzes geschädigten Landwirthe, Aufhebung der Lebensmittelzölle, Herabsetzung der Frachtentarife für Lebensmittel, Unentgeltlichkeit des landwirthschaftlichen Unterrichtes, Wahrung der Interessen der landwirthschaftlichen Bevölkerung gegen die Uebervortheilung durch Ungarn, mithin politische und fiskalische Trennung Oesterreichs von Ungarn.

4. die auf den physischen und geistigen Schutz der Landarbeiter gerichtet sind, also: Staatliche Kranken-, Unfall-, Invaliditäts- und Altersversicherung der Landarbeiter, Beseitigung der Gesindeordnungen, landwirthschaftliche Inspektoren, Gründung von Landarbeitergenossenschaften, volles Koalitionsrecht für die Landarbeiter, Landgerichtshöfe, analog den Gewerbegerichten, mit der Befugniß der Bestimmung der Arbeitszeit, des Lohnes, der Pachtverträge und dergleichen.

Schließlich ist daran festzuhalten, daß die Aufrüttelung der Landbevölkerung auch wesentlich Sache des politischen Kampfes ist und die Bewohner des flachen Landes umso innigeren Anschluß an die Sozialdemokratie suchen werden, je energischer und rücksichtsloser diese ihre Pflicht im Kampfe für alle Forderungen der Menschlichkeit, des Rechtes und der Freiheit erfüllen wird. Darum ist es die Aufgabe auch der Landagitation, für alle übrigen Forderungen der Sozialdemokratie unverhüllt überall da einzutreten, wo sie in Frage kommen, und durch unermüdliche Aufklärungsarbeit die Landbevölkerung dem Banne des Indifferentismus zu entreißen.

* * *

2. Programmentwurf des Genossen J. Brod in Wien.

Die Ursache aller sozialen Noth, der Verelendung der Masse der Bevölkerung, wie des permanenten, bald versteckten, bald offenen Bürgerkrieges ist in letzter Linie im Privateigenthum an den Produktionsmitteln gelegen, wodurch die Spaltung der

Anträge zum Parteitag.

Parteiprogramm.

1. Programmentwurf, vorgelegt von der am Brünner Gesammtparteitag eingesetzten Kommission: Adler, Daszynski, Ellenbogen, Schuhmeier, Steiner.

Die österreichische Sozialdemokratie erstrebt für das gesammte Volk ohne Unterschied der Nation, der Rasse und des Geschlechtes die Befreiung aus den Fesseln der ökonomischen Abhängigkeit, der politischen Rechtlosigkeit und der geistigen Verkümmerung. Die Ursache der heutigen Zustände liegt nicht in den einzelnen politischen Einrichtungen, sondern in der das Wesen des ganzen Gesellschaftszustandes bedingenden und beherrschenden Thatsache, daß die Arbeitsmittel in den Händen einzelner Besitzer monopolisirt sind. Der Besitzer der Arbeitskraft, die Arbeiterklasse, wird dadurch in steigendem Maße abhängig von den Besitzern der Arbeitsmittel mit Einschluß des Bodens, der Großgrundbesitzerklasse und der Kapitalistenklasse, deren politische und ökonomische Herrschaft im heutigen Klassenstaate ihren Ausdruck findet.

Der technische Fortschritt, die wachsende Konzentration der Produktion und des Besitzes, die Vereinigung aller ökonomischen Macht in den Händen der Kapitalisten und Kapitalistengruppen hat die Wirkung, immer größere Kreise früher selbstständiger kleiner Unternehmer ihrer Produktionsmittel zu enteignen und sie als Lohnarbeiter oder Angestellte direkt oder indirekt in die Abhängigkeit der Kapitalisten zu bringen, die Kleinbauern aber in Schuldknechte zu wandeln. Die Lebenshaltung immer breiterer Schichten des arbeitenden Volkes tritt immer mehr in Gegensatz zu der rasch steigenden Produktivkraft ihrer eigenen Arbeit und zu dem Anschwellen des von ihnen selbst geschaffenen Reichthums. Die der Planlosigkeit der kapitalistischen Produktionsweise entspringenden Krisen mit ihrem Gefolge von Arbeitslosigkeit und Elend beschleunigen und verschärfen diese Entwicklung.

Je mehr aber die Entwicklung des Kapitalismus das Proletariat anschwellen macht, desto mehr wird es gezwungen und befähigt, den Kampf gegen ihn aufzunehmen. Es kommt zum Bewußtsein, daß die Verdrängung der Einzelproduktion auch den Einzelbesitz immer mehr überflüssig und schädlich macht, daß zugleich für neue Formen genossenschaftlicher Produktion und gemeinsamen Besitzes die nothwendigen geistigen und materiellen Vorbedingungen geschaffen werden müssen und daß der Uebergang der Arbeitsmittel in den gemeinschaftlichen Besitz der Gesammtheit des Volkes das Ziel des Kampfes für die Befreiung der Arbeiterklasse sein muß. Der Träger dieser nothwendigen Entwicklung kann nur das zum Klassenbewußtsein erwachte und zum Klassenkampf organisirte Proletariat selbst sein. *Das Proletariat politisch zu organisiren, es mit dem Bewußtsein seiner Lage und seiner Aufgabe zu erfüllen, es geistig und physisch kampffähig zu machen und zu erhalten, ist daher das eigentliche Programm der österreichischen Sozialdemokratie*, zu dessen Durchsetzung sie sich aller zweckdienlichen und dem natürlichen Rechtsbewußtsein des Volkes entsprechenden Mittel bedienen wird.

Die österreichische Sozialdemokratie wird in allen politischen und ökonomischen Fragen jederzeit das Klasseninteresse des Proletariats vertreten und aller Verdunkelung und Verhüllung der Klassengegensätze, sowie der Ausnützung der Arbeiter zu Gunsten von herrschenden Parteien energisch entgegenwirken.

Die österreichische Sozialdemokratie ist eine internationale Partei; sie verurtheilt die Vorrechte der Nationen ebenso wie die der Geburt und des Geschlechtes, des Besitzes und der Abstammung, und erklärt, daß der Kampf gegen die Ausbeutung international sein muß wie die Ausbeutung selbst. Sie verurtheilt und bekämpft alle Einschränkungen der Freiheit der Meinungsäußerung, sowie die

ist es unsere Pflicht, die Ideen des Sozialismus, so weit es möglich ist, schon jetzt unter die Landbevölkerung zu tragen, deren wirthschaftliche Existenzbedingungen unter demselben schweren Druck leiden, wie die der Arbeiter. Ueberdies nöthigt uns hiezu das aller Vernunft hohnsprechende Wahlsystem der V. Kurie mit seinen ungeheueren Wahlbezirken.

Ohne in prinzipielle Erörterungen der Agrarfrage, deren wissenschaftliche Grundlagen noch theilweise unausgebaut sind, einzugehen, erklärt daher der Parteitag:

Die Aufgabe der sozialdemokratischen Landagitation ist es zunächst, die Landbevölkerung zu sozialistischem Denken zu erziehen, und sie hat sich daher in erster Linie an jene Schichten zu wenden, die vermöge ihrer Klassenlage der Idee des Sozialismus am zugänglichsten sind: an die Landarbeiter und Kleinbauern.

Sie muß ferner vor Allem die Beseitigung all der geistigen und politischen Schutzwehren des ländlichen Konservativismus anstreben, also die Erweiterung der Schulbildung, die Uebernahme der Schullasten durch den Staat, die Erkämpfung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechtes und die Aufklärung der Landbevölkerung durch Zeitungen, Broschüren, landwirthschaftliche Kalender und dergleichen energisch betreiben, und hat, indem sie es gemäß unserem Programm vermeidet, die religiösen Empfindungen der Landbevölkerung zu verletzen, den Kampf gegen den volksverdummenden Klerikalismus mit aller Wucht zu führen. Da die kleinen Landgemeinden vorzügliche Ausgangspunkte für die Landagitation sind, soll der provinziellen Kommunalpolitik ein sorgsames Auge zugewendet werden.

Unter den praktischen landwirthschaftlichen Reformen ist für diejenigen einzutreten, die

1. auf eine gesellschaftliche Organisation der Erzeugung und Vertheilung der Bodenprodukte abzielen, also: Vergesellschaftung von Wald, Wiese, Wasserkraft durch Staat, Land oder Gemeinde, Erweiterung des öffentlichen Landbesitzes durch eine volksfreundliche Landpolitik, Ausbau des landwirthschaftlichen Genossenschaftswesens auf völlig demokratischer Grundlage und dergleichen;

2. die gegen die Privilegien und Uebergriffe einzelner Besitzender gerichtet sind, also: Aufhebung sämmtlicher mit dem Grundbesitz verbundenen Vorrechte (Bannrechte, Fideikommisse, Propinationen, Wahlkurien), Uebergabe der Jagd- und Fischereirechte an die Gemeinden;

3. die auf die allgemeine, der Gesammtheit zugute kommende Hebung der Bodenkultur, sowie die Verbesserung, Verbilligung und Zufuhrserleichterung der Lebensmittel gerichtet sind, also: Bodenmeliorationen durch Staat und Land (Wildbachverbauungen, Drainagen, Gewinnung wüster Ländereien für die Kultur u. s. w.), Ausbau des Versicherungswesens durch Uebernahme der Versicherungen durch den Staat, Errichtung von landwirthschaftlichen Versuchs- und Untersuchungsstationen, eine den Anforderungen der modernen Wissenschaft entsprechende Vieh- und Fleischbeschau, Verbesserung der Thierseuchengesetze durch Schadloshaltung der durch die Handhabung dieses Gesetzes geschädigten Landwirthe, Aufhebung der Lebensmittelzölle, Herabsetzung der Frachtentarife für Lebensmittel, Unentgeltlichkeit des landwirthschaftlichen Unterrichtes, Wahrung der Interessen der landwirthschaftlichen Bevölkerung gegen die Uebervortheilung durch Ungarn, mithin politische und fiskalische Trennung Oesterreichs von Ungarn.

4. die auf den physischen und geistigen Schutz der Landarbeiter gerichtet sind, also: Staatliche Kranken-, Unfall-, Invaliditäts- und Altersversicherung der Landarbeiter, Beseitigung der Gesindeordnungen, landwirthschaftliche Inspektoren, Gründung von Landarbeitergenossenschaften, volles Koalitionsrecht für die Landarbeiter, Landgerichtshöfe, analog den Gewerbegerichten, mit der Befugniß der Bestimmung der Arbeitszeit, des Lohnes, der Pachtverträge und dergleichen.

Schließlich ist daran festzuhalten, daß die Aufrüttelung der Landbevölkerung auch wesentlich Sache des politischen Kampfes ist und die Bewohner des flachen Landes umso innigeren Anschluß an die Sozialdemokratie suchen werden, je energischer und rücksichtsloser diese ihre Pflicht im Kampfe für alle Forderungen der Menschlichkeit, des Rechtes und der Freiheit erfüllen wird. Darum ist es die Aufgabe auch der Landagitation, für alle übrigen Forderungen der Sozialdemokratie unverhüllt überall da einzutreten, wo sie in Frage kommen, und durch unermüdliche Aufklärungsarbeit die Landbevölkerung dem Banne des Indifferentismus zu entreißen.

* * *

2. Programmentwurf des Genossen J. Brod in Wien.

Die Ursache aller sozialen Noth, der Verelendung der Masse der Bevölkerung, wie des permanenten, bald versteckten, bald offenen Bürgerkrieges ist in letzter Linie im Privateigenthum an den Produktionsmitteln gelegen, wodurch die Spaltung der

und Invalidenversicherung, sowie Witwen- und Waisenversorgung zu ergänzen und unter durchgängiger Selbstverwaltung der Versicherten einheitlich zu organisiren.

* * *

Zum Vergleich bringen wir nachstehend auch das abzuändernde **Hainfelder Programm** zum Abdruck:

I. Prinzipien-Erklärung.

Die sozialdemokratische Arbeiterpartei in Oesterreich erstrebt für das gesammte Volk ohne Unterschied der Nation, der Rasse und des Geschlechtes die Befreiung aus den Fesseln der ökonomischen Abhängigkeit, die Beseitigung der politischen Rechtlosigkeit und die Erhebung aus der geistigen Verkümmerung. Die Ursache dieses unwürdigen Zustandes ist nicht in einzelnen politischen Einrichtungen zu suchen, sondern in der das Wesen des ganzen Gesellschaftszustandes bedingenden und beherrschenden Thatsache, daß die Arbeitsmittel in den Händen einzelner Besitzender monopolisirt sind. Der Besitzer der Arbeitskraft, die Arbeiterklasse, wird dadurch zum Sklaven der Besitzer der Arbeitsmittel, der Kapitalistenklasse, deren politische und ökonomische Herrschaft im heutigen Staate Ausdruck findet. Der Einzelbesitz an Produktionsmitteln, wie er also politisch den Klassenstaat bedeutet, bedeutet ökonomisch steigende Massenarmuth und wachsende Verelendung immer breiterer Volksschichten.

Durch die technische Entwicklung, das kolossale Anwachsen der Produktivkräfte erweist sich diese Form des Besitzes nicht nur als überflüssig, sondern es wird auch thatsächlich diese Form für die überwiegende Mehrheit des Volkes beseitigt, während gleichzeitig für die Form des gemeinsamen Besitzes die nothwendigen geistigen und materiellen Vorbedingungen geschaffen werden. Der Uebergang der Arbeitsmittel in den gemeinschaftlichen Besitz der Gesammtheit des Volkes bedeutet also nicht nur die Befreiung der Arbeiterklasse, sondern auch die Erfüllung einer geschichtlich nothwendigen Entwicklung. Der Träger dieser Entwicklung kann nur das klassenbewußte und als politische Partei organisirte Proletariat sein. Das Proletariat politisch zu organisiren, es mit dem Bewußtsein seiner Lage und seiner Aufgabe zu erfüllen, es geistig und physisch kampffähig zu machen und zu erhalten, ist daher das eigentliche Programm der sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Oesterreich, zu dessen Durchführung sie sich aller zweckdienlichen und dem natürlichen Rechtsbewußtsein des Volkes entsprechenden Mittel bedienen wird. Uebrigens wird und muß sich die Partei in ihrer Taktik auch jeweilig nach den Verhältnissen, insbesondere nach dem Verhalten der Gegner zu richten haben. Es werden jedoch folgende allgemeine Grundsätze aufgestellt:

1. Die sozialdemokratische Arbeiterpartei in Oesterreich ist eine internationale Partei, sie verurtheilt die Vorrechte der Nationen ebenso wie die der Geburt und des Geschlechtes, des Besitzes und der Abstammung und erklärt, daß der Kampf gegen die Ausbeutung international sein muß wie die Ausbeutung selbst.

2. Zur Verbreitung der sozialistischen Ideen wird sie alle Mittel der Oeffentlichkeit, Presse, Vereine, Versammlungen, voll ausnützen und für die Beseitigung aller Fesseln der freien Meinungsäußerung (Ausnahmsgesetze, Preß-, Vereins- und Versammlungsgesetze) eintreten.

3. Ohne sich über den Werth des Parlamentarismus, einer Form der modernen Klassenherrschaft, irgendwie zu täuschen, wird sie das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht ohne Unterschied des Geschlechtes für alle Vertretungskörper mit Diätenbezug anstreben, als eines der wichtigsten Mittel der Agitation und Organisation.

4. Soll noch innerhalb des Rahmens der heutigen Wirthschaftsordnung das Sinken der Lebenshaltung der Arbeiterklasse, ihre wachsende Verelendung einigermaßen gehemmt werden, so muß eine lückenlose und ehrliche Arbeiterschutz-Gesetzgebung (weitestgehende Beschränkung der Arbeitszeit, Aufhebung der Kinderarbeit u. s. f.), deren Durchführung unter der Mitkontrole der Arbeiterschaft, sowie die unbehinderte Organisation der Arbeiter in Fachvereinen, somit volle Koalitionsfreiheit angestrebt werden.

5. Im Interesse der Zukunft der Arbeiterklasse ist der obligatorische unentgeltliche und konfessionslose Unterricht in den Volks- und Fortbildungsschulen, sowie unentgeltliche Zugänglichkeit sämmtlicher höheren Lehranstalten unbedingt erforderlich; die nothwendige Vorbedingung dazu ist die Trennung der Kirche vom Staate und die Erklärung der Religion als Privatsache.

6. Die Ursache der beständigen Kriegsgefahr ist das stehende Heer, dessen stets wachsende Last das Volk seinen Kulturaufgaben entfremdet. Es ist daher für den Ersatz des stehenden Heeres durch die allgemeine Volksbewaffnung einzutreten.

7. Die sozialdemokratische Arbeiterpartei wird gegenüber allen wichtigen politischen und ökonomischen Fragen Stellung nehmen, das Klasseninteresse des Proletariats jederzeit vertreten und aller Verdunkelung und Verhüllung der Klassengegensätze, sowie der Ausnützung der Arbeiter zu Gunsten von herrschenden Parteien energisch entgegenwirken.

8. Da die indirekten, auf die nothwendigen Lebensbedürfnisse gelegten Steuern die Bevölkerung umso stärker belasten, je ärmer sie ist, da sie ein Mittel der Ausbeutung und der Täuschung des arbeitenden Volkes sind, verlangen wir die Beseitigung aller in direkten Steuern und Einführung einer einzigen, direkten progressiven Einkommensteuer.

II. Resolution über die politischen Rechte.

In Erwägung, daß die weltgeschichtliche Aufgabe des Proletariats die Umgestaltung der heutigen wirthschaftlichen Ordnung ist, daß der Hebel dieser Umgestaltung der Klassenkampf ist, dessen Verlauf mit umso weniger Opfern verbunden, umso rascher und ruhiger sein wird, je mehr auf beiden Seiten Klarheit und Einsicht in die Bedingungen und Ziele der ökonomischen Entwicklung herrscht; daß aber die herrschenden Klassen die Aufklärung durch gesetzliche und polizeiliche Maßregelungen zu hemmen und zu verzögern suchen, wodurch die Bewegung zwar nicht aufgehalten, aber verbittert und verschärft wird, erklärt der Parteitag:

Jede Einschränkung der Freiheit der Meinungsäußerung, sowie jede Monopolisirung politischer Rechte für die Besitzenden ist verwerflich und für die naturgemäße Entwicklung schädlich. Er verlangt daher volle Freiheit für die sozialdemokratische Agitation und Propaganda und die Möglichkeit einer ruhigen Organisation des Proletariats; zunächst also:

1. Die Aufhebung der Beschränkung der Freizügigkeit, also der Ausnahmsverfügungen, Vagabunden- und Schubgesetze;

2. Die Aufhebung der Beschränkung der Preßfreiheit durch die verschiedenen Formen der Zensur und Aufhebung des Preßmonopols für die Besitzenden durch Kaution und Stempel, sowie des Verbotes der Kolportage;

3. Herstellung des Vereins- und Versammlungsrechtes durch Aufhebung der Vereins- und Versammlungsgesetze;

4. die Aufhebung des Monopols der Besitzenden auf das politische Wahlrecht durch die Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechtes (und zwar ohne Unterschied des Geschlechtes vom 20. Lebensjahre an, wo für die Männer die Verpflichtung zur Blutsteuer beginnt), als eines wichtigen Mittels der Agitation und Organisation, ohne sich jedoch über den Werth des Parlamentarismus irgendwie zu täuschen;

5. die ehrliche Sicherung der Unabhängigkeit der Gerichte, Unentgeltlichkeit der Rechtspflege, Ausdehnung der Geschwornengerichte auf alle politischen Vergehen und Verbrechen, sowie Wahl der Geschwornen auf Grund des allgemeinen geheimen Wahlrechtes durch das gesammte Volk;

6. Schaffung und Durchführung eines Gesetzes, welches Beamte, welche die politischen Rechte von Einzelnen oder Vereinen beeinträchtigen, einer strengen Strafe zuführt.

III. Resolution über Arbeiterschutz-Gesetzgebung und „Sozialreform".

Was heute vorzugsweise „Sozialreform" genannt wird, die Einführung der vom Staate organisirten Arbeiterversicherung gegen Krankheit und Unfall, ent-

Gesellschaft in Klassen, in Ausbeuter und Ausgebeutete, hervorgerufen wird. Die sozialdemokratische Partei Oesterreichs strebt darum die Umwandlung der durch die Klasse der Kapitalisten monopolisirten Produktionsmittel an, wie Grund und Boden, Fabriken, Maschinen, Werkzeuge, Rohstoffe und Verkehrsmittel in Gemeineigenthum der Gesellschaft.

Die Vergesellschaftlichung der Produktionsmittel kann nur das Resultat einer politischen Aktion sein: die sozialdemokratische Partei, als Wortführerin der durch den Mechanismus der kapitalistischen Produktion selbst geschulten und disziplinirten Arbeiterklasse, hat darum zum vorläufigen Ziele die Eroberung der politischen Gewalt, was nur durch einen langen und ausdauernden politischen Kampf zu verwirklichen ist.

Die Lösung dieser Aufgabe ist nicht nur möglich, sondern auch zur unabweislichen Nothwendigkeit geworden.

Die Entwicklung der kapitalistischen Gesellschaft führt zur Verkümmerung des Kleinbetriebes, dessen Grundlage das Privateigenthum des Arbeiters an den Produktionsmitteln bildet, und zur Verwandlung der früher zersplitterten und zwerghaften Arbeitsmittel des einzelnen Produzenten in mächtig wirkende Produktionshebel der Großindustrie, wo sie nur von einer Gesammtheit von Menschen verwendbar sind. Die Produktion nimmt einen gesellschaftlichen Charakter an. Die kleine Werkstatt entwickelt sich zur Fabrik, das einfache Werkzeug zum komplizirten, der Maschine, der frühere lokale Markt zum Weltmarkt. Aber die Monopolisirung der gewaltig angewachsenen Produktionsmittel durch eine verhältnißmäßig kleine Anzahl von Kapitalisten schließt die Masse der Bevölkerung vom Eigenthum, also vom Genuß der Früchte ihrer eigenen Arbeit, aus und verwandelt sie in lebenslängliche Lohnarbeiter, die, um leben zu können, ihre Arbeitskraft gleich einer Waare unter dem Gesetz von Anbot und Nachfrage der Kapitalistenklasse verkaufen müssen. Steigender Reichthum auf Seite der Kapitalistenklasse bedingt Elend, Knechtung, Erniedrigung, Ausbeutung und Unterdrückung auf Seite der Arbeiterklasse, die ihr eigenes Produkt als Kapital produzirt. Aber indem die Kapitalistenklasse mehr und mehr die Masse der Bevölkerung in besitzlose Proletarier verwandelt, schafft sie die Macht, die die Umwandlung der kapitalistischen Gesellschaft in die sozialistische zu vollziehen genöthigt ist, bei sonstiger Strafe der gänzlichen Versklavung.

Von der Nothwendigkeit dieser Umwälzung zeugen auch die in bestimmten Intervallen wiederkehrenden Handelskrisen, die den Mechanismus der kapitalistischen Wirthschaft stillsetzen und viele selbstständige Existenzen zu Grunde richten. Die Bourgeoisie sucht den durch die Planlosigkeit der kapitalistischen Produktion hervorgerufenen Krisen durch die Vereinigung in Kartelle und Trusts zu begegnen, aber nur mit dem Erfolge, daß der Gegensatz zwischen gesellschaftlicher Produktion und kapitalistischer Aneignung ins Unerträgliche gesteigert wird.

Die Besitzergreifung von den Produktionsmitteln durch die Gesellschaft wird den Arbeiter wieder zum Besitzer des Arbeitsmittels machen, aber auf Grundlage der Errungenschaften und des technischen Fortschrittes der kapitalistischen Gesellschaft, vermittelst welchen Fortschrittes allen Gesellschaftsmitgliedern ein menschenwürdiges Dasein gesichert ist.

An der Herbeiführung dieses Gesellschaftszustandes ist in erster Linie die Arbeiterklasse interessirt, weil sie unter dem kapitalistischen System am meisten zu leiden hat, allein auch die Mittelstände, der Arzt, der Ingenieur, der Beamte, der Bauer, den die Hypothekenlast erdrückt, und der Kleingewerbetreibende, der von den Abfällen der Großindustrie kümmerlich sich erhält, sie Alle können dabei nur gewinnen. Die Befreiung der Arbeiterklasse ist gleichbedeutend mit der Befreiung der gesammten arbeitenden Menschheit. Der Kampf für die Befreiung der arbeitenden Klassen ist nicht ein Kampf für neue Klassenprivilegien und Monopole, sondern für gleiche Rechte und Pflichten aller Gesellschaftsglieder. Die Befreiung der Arbeit von kapitalistischer Ausbeutung ist weder ein lokales, noch ein nationales, sondern ein soziales Problem, *welches* alle Länder umfaßt, in denen moderne Gesellschaft existirt; der Kampf muß

darum ein internationaler sein. Brüderliches Zusammenwirken der Arbeiter aller Länder wird das Befreiungswerk fördern; Wahrheit, Recht und Sitte muß darum die Grundlage ihres Betragens gegen einander und gegen alle ihre Mitmenschen sein, ohne Rücksicht auf Rasse, Bekenntniß oder Nationalität.

Von diesen Grundsätzen ausgehend, fordert die sozialdemokratische Partei zunächst u. s. w.

Abänderungsanträge zum Kommissionsentwurf.

3. Anträge des Genossen Hugo Heller in Wien, unterstützt von der Organisation des IV. Wiener Wahlkreises.

Im zweiten Absatz nach „verschärfen diese Entwicklung" einzufügen:

„welche gleichzeitig für neue Formen gemeinsamen Besitzes die nothwendigen Vorbedingungen schafft. Nur die Verwandlung des kapitalistischen Privateigenthums an Produktionsmitteln — Grund und Boden, Gruben und Bergwerke, Rohstoffe, Werkzeuge, Maschinen, Verkehrsmittel — in gesellschaftliches Eigenthum und die Umwandlung der Waarenproduktion in sozialistische für und durch die Gesellschaft betriebene Produktion können es bewirken, daß der Großbetrieb und die stets wachsende Ertragfähigkeit der gesellschaftlichen Arbeit für die bisher ausgebeuteten Klassen aus einer Quelle des Elends und der Unterdrückung zu einer Quelle der höchsten Wohlfahrt und allseitiger, harmonischer Vervollkommnung werden."

Im dritten Absatz, zweiter Satz, zu streichen:

„daß zugleich für neue Formen genossenschaftlicher Produktion und gemeinsamen Besitzes die nothwendigen geistigen und materiellen Vorbedingungen geschaffen werden müssen."

Im dritten Absatz nach „Ziel des Kampfes für die Befreiung der Arbeiterklasse sein muß" einzufügen:

„Dieser Kampf kann nicht geführt werden ohne politische Rechte; die Arbeiterklasse kann den Uebergang der Produktionsmittel in den Besitz der Gesammtheit nicht bewirken, ohne in den Besitz der politischen Macht gekommen zu sein."

Im dritten Absatz nach „bedienen wird" einzufügen:

„. . . und aus welchem Gesichtspunkt allein sie nach wie vor für gesetzlichen Schutz der Lebenshaltung der arbeitenden Klasse eintritt."

Im vierten Absatz der letzte Passus zu streichen:

„Sie erstrebt gesetzlichen Schutz der Lebenshaltung der arbeitenden Klassen und sie kämpft für die Erringung des dem Proletariat gebührenden Einflusses auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens."

4. Anträge des III. Wiener Wahlkreises.

Der Titel der Partei habe zu lauten: „Die sozialdemokratische Arbeiterpartei Oesterreichs".

Im zweiten Absatz ist nach „wandeln" anzufügen: „neben dieser Proletarisirung tritt die Lebenshaltung immer breiterer Schichten des arbeitenden Volkes mehr und mehr in Gegensatz zu der rasch steigenden Produktivkraft seiner eigenen Arbeit und zu dem von ihm selbst geschaffenen wachsenden Reichthum. Die der Planlosigkeit der kapitalistischen Produktionsweise entspringenden Krisen mit ihrem Gefolge von Arbeitslosigkeit und Verelendung beschleunigen und verschärfen diese Entwicklung".

Absatz 3: An Stelle „genossenschaftlicher Produktion" „sozialistischer". Nach dem Satze „Proletariat selbst sein": „welches zu diesem Zwecke die Eroberung der politischen Macht anzustreben hat".

Weiter ist einzuschalten:

Absatz 3: Zwischen „daß und der Uebergang" die Worte: „daher nur", statt „muß": „darf" am Schluß des Satzes.

Ad 1: Proportionalwahlsystem und bis zu dessen Einführung die Neueintheilung der Wahlkreise nach dem Ergebnisse der letzten Volkszählung.

Ad 2: Nach „Verwerfungsrechtes“: „zweijährige Gesetzgebungsperioden“.

Ad 6: Nach „unschuldig“: „Angeklagter“; zum Schluß ist anzufügen: „Abschaffung der Todesstrafe“.

Ad 7: Verstaatlichung der Gesundheitspflege; Gewerbehygiene unentgeltlich u. s. w.

Ad 8: Zum Schluß anzufügen: „Abschaffung aller Aufwendungen aus öffentlichen Mitteln für kirchliche und religiöse Zwecke. Rückerstattung des gesammten Vermögens der sogenannten todten Hand, einschließlich der industriellen und kommerziellen Unternehmungen.

Ad 11: Entscheidung über Krieg und Frieden durch die Volksvertretung. Schlichtung aller internationalen Streitigkeiten auf schiedsgerichtlichem Wege.

Ad 3: Arbeiterschutz einzuschalten nach „Nachtarbeit für Männer (mit . . .)“: „für Frauen und jugendliche Hilfsarbeiter unbedingt“.

Als Punkt 7 ist zu setzen: Die Errichtung eines Arbeitsministeriums, dem alle Arbeiterangelegenheiten ressortiren.

Punkt 8: Gesetzliche Anerkennung der von den Gewerkschaften mit den Unternehmerorganisationen und öffentlichen Korporationen vereinbarten Kollektivarbeitsverträge.

Der letzte Absatz hat zu beginnen: „Die Arbeiterversicherung ist einer durchgreifenden Reform zu unterziehen und durch Einführung ꝛc.“

3. Antrag des Genossen L. Freundlich in Mährisch-Schönberg.

Im Absatz 3 habe es zu heißen statt: „politisch zu organisiren“ „in diesem Sinne zu organisiren“.

Im Absatz 4 sei an Stelle von „herrschenden Parteien“ zu setzen: „bürgerlichen oder anderen Parteien“.

Punkt 6 sei durch folgende Forderungen zu ergänzen: „Unterstellung aller Staatsangehörigen unter die ordentlichen Gesetze und Gerichte. Abschaffung der Todesstrafe.“

Punkt 10 sei wie folgt zu stylisiren: „Abschaffung aller indirekten Steuern und Abgaben und Ersetzung derselben durch . . .“

Bei Punkt 11 sei folgender Zusatz einzufügen: „Schlichtung von Streitigkeiten der Staaten untereinander durch ein internationales Schiedsgericht.“

Bei dem Passus, der die Durchführung des Arbeiterschutzes betrifft, sei vor dem Satz: Bei der „Kontrole“ u. s. w. einzuschalten: „Ausbau, beziehungsweise Erweiterung der Gewerbeinspektion, Vermehrung der Gewerbeinspektoren und Ausstattung derselben mit exekutiven Befugnissen.“

Der letzte Passus des Programmentwurfes habe wie folgt zu lauten: „Die Arbeiterversicherung, welche durch eine allgemeine Alters- und Invaliditätsversicherung zu ergänzen ist, ist auf alle gegen Lohn Beschäftigten auszudehnen und unter durchgängiger Selbstverwaltung der Versicherten einheitlich zu organisiren.“

6. Antrag des Genossen A. Hueber in Wien.

Unter die Minimalforderungen für Arbeiterschutz ist aufzunehmen:

1. Gesetzliche Anerkennung der von den Gewerkschaften mit den Unternehmerorganisationen vereinbarten Kollektivarbeitsverträge.

2. Gesetzliche Förderung der Arbeiterkonsumvereine und Produktivgenossenschaften.

7. Antrag der organisirten Speditionsgehilfen Wiens.

Aus dem zweiten Absatz des vorgeschlagenen Entwurfes sind die Worte: „oder Angestellte“ und: „direkt oder indirekt“ zu streichen.

8. Antrag der organisirten jugendlichen Arbeiter in Wien.

Unter Arbeiterschutz ist aufzunehmen: Ausreichende Schutzgesetze für Lehrlinge und jugendliche Arbeiter.

9. Antrag des Frauenreichscomités.

Zu Arbeiterschutz Absatz 3 nach „eine Unterbrechung nicht zuläßt" soll es heißen:

Die Nachtarbeit für Frauen und jugendliche Arbeiter ist ausnahmslos zu verbieten.

10. Antrag der organisirten Handlungsgehilfen Wiens.

Im zweiten Absatz, sechste Zeile des Programmentwurfes, sind die Worte „oder Angestellte" zu streichen und ist hiefür nach den Worten „und sie" (fünfte Zeile desselben Absatzes) zu setzen: „ob sie sich nun geistige oder manuelle Arbeiter, Angestellte oder sonstwie nennen."

11. Anträge des V. Wiener Wahlkreises.

Der Titel der Partei: „Die sozialdemokratische Arbeiterpartei Oesterreichs" ist beizubehalten.

Im fünften Absatz ist nach den Worten „des dem Proletariat": „im Sinne des gleichen Rechtes gebührenden Einflusses" einzuschalten.

Allgemeines.

Anträge des III. Wiener Wahlkreises.

12. In Anbetracht des Umstandes, daß in der Geschichte der deutschen Sozialdemokratie der deutschösterreichische Theil der Bewegung gänzlich fehlt, trotzdem er beabsichtigt war und mitterweile die Sozialdemokratie in allen Nationen des Staates Oesterreichs Fuß gefaßt hat, beschließt der Parteitag, die Gesammtexekutive zu beauftragen, geeigneten Personen die Ausführung dieses Werkes, „Geschichte der österreichischen Sozialdemokratie", zu übertragen.

13. Ferner beschließt der Parteitag, ebenfalls die Gesammtexekutive zu beauftragen, einen gemeinverständlichen Kommentar zum Parteiprogramm herauszugeben.

14. Der Parteitag wolle beschließen:

In Erwägung der Thatsache, daß neben den sozialen Quellen des Alkoholismus auch die Trinksitten und die mangelhafte Aufklärung der Massen über die Wirkung der geistigen Getränke als Ursachen desselben anzusehen sind, empfiehlt der Parteitag der Parteipresse und den Parteigenossen das Studium der Alkoholfrage und besonders der neueren medizinischen Forschungen über die Alkoholwirkungen.

15. Antrag des VIII. Wiener Bezirkes.

Die sozialdemokratische Reichsrathsfraktion wird beauftragt, in nächster Session in energischer Art und Weise einen Antrag betreffend die Reform der Militär-Strafprozeßordnungen zur Verhandlung zu bringen.

Während der Verhandlungen gestellte Anträge.

Parlamentarische Thätigkeit.

16. Antrag Dr. Czech und Genossen.

Dem Sozialdemokratischen Verband wird empfohlen, im Wege einer Gesetzesnovelle einen Antrag auf Einführung des direkten und geheimen Wahlrechtes für den Reichsrath einzubringen.

17. Antrag der Lokalorganisation Grünwald.

Der parlamentarische Verband möge alle zweckmäßigen Mittel anwenden, daß die Einwanderung fremder Orden und Ordenspfaffen nach Oesterreich vollständig untersagt wird.

18. Antrag Schrammel.

Der in Wien tagende Gesammtparteitag spricht dem Sozialdemokratischen Verbande für seine Thätigkeit die Anerkennung und das vollste Vertrauen aus.

Parteiprogramm.

19. Anträge der czechoslavischen Exekutive.

Der bisherige Name der Partei: „Sozialdemokratische Arbeiterpartei in Oesterreich" ist beizubehalten.

Nach den Worten: „Es (das Proletariat) kommt zum Bewußtsein" soll die weitere Fassung des Passus lauten: „ . . . daß die Verdrängung der Einzelproduktion auch den Einzelbesitz überflüssig, schädlich und unhaltbar macht und daß gleichzeitig unter Mitwirkung der organisirten Arbeiter die nothwendigen materiellen und geistigen Vorbedingungen für die neue Form der gesellschaftlichen Produktion und gesellschaftlichen Aneignung geschaffen werden und daß das Ziel des Kampfes ꝛc. ꝛc."

Im Absatz 1 (Allgemeines gleiches Wahlrecht ꝛc.) soll zum Schluß angefügt werden: „mit den entsprechenden Diäten".

Im Absatz 9 soll nach den Worten „weltliche Schule" eingefügt werden: „. . die den Bedürfnissen und der Entwicklung der einzelnen Völker Oesterreichs voll und ganz entspricht".

20. Antrag Morgenstern.

Der letzte Absatz habe zu lauten: „Die Arbeiterversicherung gegen Krankheit und Unfall ist auf alle Bedürftigen auszudehnen, in ihren Leistungen dem verlangten Zwecke entsprechend zu erweitern und durch Einführung" u. s. w. wie im Entwurf.

21. Antrag Muchitsch und Genossen.

Dem praktischen Theil des Programms, I. Absatz, ist anzufügen: „Einführung dreijähriger Gesetzgebungsperioden."

Dem Absatz VI über Arbeiterschutz ist anzufügen: „Die Ahndung der Uebertretungen der Arbeiterschutzgesetze ist den ordentlichen Gerichten zuzuweisen."

22. Antrag Therese Schlesinger.

Absatz II des Entwurfes soll nach „tritt immer mehr in Gegensatz zu der rasch steigenden Produktivkraft ihrer eigenen Arbeit und zu dem Anschwellen des von ihnen selbst geschaffenen Reichthums" heißen:

„denn dem sich emporringenden Proletariat ist es wohl möglich, im Kampfe gegen die dem Kapitalismus immanente Tendenz der allgemeinen Verelendung der arbeitenden Klasse einzelne Siege zu erfechten, nicht aber diese Tendenz im Rahmen dieser kapitalistischen Wirthschaftsordnung selbst vollkommen zu überwinden."

Der darauf folgende Satz, welcher von den Krisen handelt, hat zu entfallen.

Zoll- und Handelspolitik.

Resolution Kautsky-Karpeles.

23. Die Sozialdemokratie erkennt die Nothwendigkeit an, daß der Staat Maßregeln zur Förderung und Entwicklung der Produktivkräfte und der Produktion selbst trifft.

Als die wirksamsten dieser Maßregeln erscheinen ihr solche, die auf die Hebung der geistigen und körperlichen Arbeitsfähigkeit der Massen (Schulwesen, Arbeiterschutz) abzielen, sowie solche, die die Expropriirung und gemeinnützige Verwaltung der großen kapitalistischen Monopole (Eisenbahnen, Bergwerke, Eisenhütten) bezwecken.

Aber in den Anfängen der kapitalistischen Industrie kann die ökonomische Entwicklung auch gefördert werden durch Erziehungszölle für die Industrie. In Ländern fortgeschrittener kapitalistischer Industrie werden diese Zölle aus einem Förderungsmittel ein Hemmniß der Entwicklung der Produktivkräfte des Landes, namentlich dort, wo man sie mit Agrarzöllen verbindet, oder wo sie die Aufgabe haben, begünstigten Kapitalistengruppen Extraprofit zuzuschanzen.

Diese letzteren Zölle, ebenso wie Finanzzölle, sind unter allen Umständen auf das Entschiedenste zu bekämpfen als indirekte Steuern, welche auf der einen Seite die ärmsten Schichten der Bevölkerung am drückendsten belasten, und auf der anderen

9. Antrag des Frauenreichscomités.

Zu Arbeiterschutz Absatz 3 nach „eine Unterbrechung nicht zuläßt" soll es heißen:

Die Nachtarbeit für Frauen und jugendliche Arbeiter ist ausnahmslos zu verbieten.

10. Antrag der organisirten Handlungsgehilfen Wiens.

Im zweiten Absatz, sechste Zeile des Programmentwurfes, sind die Worte „oder Angestellte" zu streichen und ist hiefür nach den Worten „und sie" (fünfte Zeile desselben Absatzes) zu setzen: „ob sie sich nun geistige oder manuelle Arbeiter, Angestellte oder sonstwie nennen."

11. Anträge des V. Wiener Wahlkreises.

Der Titel der Partei: „Die sozialdemokratische Arbeiterpartei Oesterreichs" ist beizubehalten.

Im fünften Absatz ist nach den Worten „des dem Proletariat": „im Sinne des gleichen Rechtes gebührenden Einflusses" einzuschalten.

Allgemeines.

Anträge des III. Wiener Wahlkreises.

12. In Anbetracht des Umstandes, daß in der Geschichte der deutschen Sozialdemokratie der deutschösterreichische Theil der Bewegung gänzlich fehlt, trotzdem er beabsichtigt war und mitterweile die Sozialdemokratie in allen Nationen des Staates Oesterreichs Fuß gefaßt hat, beschließt der Parteitag, die Gesammtexekutive zu beauftragen, geeigneten Personen die Ausführung dieses Werkes, „Geschichte der österreichischen Sozialdemokratie", zu übertragen.

13. Ferner beschließt der Parteitag, ebenfalls die Gesammtexekutive zu beauftragen, einen gemeinverständlichen Kommentar zum Parteiprogramm herauszugeben.

14. Der Parteitag wolle beschließen:

In Erwägung der Thatsache, daß neben den sozialen Quellen des Alkoholismus auch die Trinksitten und die mangelhafte Aufklärung der Massen über die Wirkung der geistigen Getränke als Ursachen desselben anzusehen sind, empfiehlt der Parteitag der Parteipresse und den Parteigenossen das Studium der Alkoholfrage und besonders der neueren medizinischen Forschungen über die Alkoholwirkungen.

15. Antrag des VIII. Wiener Bezirkes.

Die sozialdemokratische Reichsrathsfraktion wird beauftragt, in nächster Session in energischer Art und Weise einen Antrag betreffend die Reform der Militär-Strafprozeßordnungen zur Verhandlung zu bringen.

Während der Verhandlungen gestellte Anträge.

Parlamentarische Thätigkeit.

16. Antrag Dr. Czech und Genossen.

Dem Sozialdemokratischen Verband wird empfohlen, im Wege einer Gesetzesnovelle einen Antrag auf Einführung des direkten und geheimen Wahlrechtes für den Reichsrath einzubringen.

17. Antrag der Lokalorganisation Grünwald.

Der parlamentarische Verband möge alle zweckmäßigen Mittel anwenden, daß die Einwanderung fremder Orden und Ordenspfaffen nach Oesterreich vollständig untersagt wird.

18. Antrag Schrammel.

Der in Wien tagende Gesammtparteitag spricht dem Sozialdemokratischen Verbande für seine Thätigkeit die Anerkennung und das vollste Vertrauen aus.

Die organisirte Arbeiterschaft erkennt vor Allem die Nothwendigkeit, die Interessen der Lohnarbeiter wahrzunehmen und energisch für Arbeiterschutz einzutreten. Aus diesem Grunde kann sie einzelne Abänderungen der geltenden Gewerbeordnung, die unter allen Umständen Verschlechterungen bedeuten müssen, nicht billigen, und sie fordert auf das Entschiedenste die Beseitigung der geltenden Gewerbeordnung und der Dienstbotenordnungen und die Einbringung eines vollständig neuen Entwurfes einer den modernen Bedürfnissen entsprechenden Gewerbeordnung, der auch die im Privatdienst thätigen Arbeitspersonen unterstehen.

27. Antrag Ausobsky.

In der Erwägung, daß dem maßlosen Lehrlingselend durch keine schwächliche Reform ein Ende bereitet werden kann, fordert der Parteitag die Abschaffung des Lehrlingswesens und die Errichtung von Staatslehrwerkstätten zum Zwecke der Heranbildung eines tüchtigen gewerblichen Nachwuchses. Der Staat hätte nicht nur für die Einrichtung und Instandhaltung dieser Anstalten, sondern auch für eine angemessene Verpflegung der aufgenommenen Zöglinge Sorge zu tragen.

28. Abgeänderte Resolution Elderfch und Genossen.

Die von der Regierung vorbereitete Reform der Gewerbeordnung beinhaltet nichts Anderes als eine Konzession an die rückständigen Anschauungen unseres wildgewordenen Kleinbürgerthums und eine Knebelung jener Bestrebungen der in Betracht kommenden Arbeiter, welche auf eine Hebung ihrer unwürdigen Lebenshaltung abzielen. Dem Kleingewerbe und dem Kleinhandel wird durch die Stylübungen über die Verschärfung des Befähigungsnachweises und den Ausbau der Zwangsgenossenschaften nicht geholfen, dagegen das ungeheuerliche Lehrlingselend noch mehr verschärft und der ohnedies äußerst unzulängliche Einfluß der Gehilfenschaft in den Genossenschaften noch weiter eingeschränkt, ja es sollen die Gehilfen dem Diktat bornirter Genossenschaftsversammlungen direkt ausgeliefert werden.

Der Parteitag protestirt auf das Entschiedenste gegen den plumpen Versuch, die reaktionäre Gewerbeordnung aus dem Jahre 1859, die schon durch fünf Novellen verunstaltet wurde, durch eine neue gesetzgeberische Flickarbeit noch weiter zu verschlechtern, und fordert die Schaffung eines den modernen Verhältnissen entsprechenden Gewerbegesetzes, das für den Schutz der Arbeitskraft aller im Lohn- oder Dienstverhältniß stehenden Personen in wirksamer Weise Sorge trägt. Der Parteitag fordert den Ausbau der Arbeiterschutz-Gesetzgebung, der immer wieder durch die Fürsorge der Regierung und des Parlaments für minderbedürftige Bevölkerungsschichten zurückgestellt wurde.

Sollte die Regierung kurzsichtig genug sein, diese berechtigten Forderungen der organisirten Arbeiterschaft nicht entsprechend zu würdigen und an ihren Reformvorschlägen aus politischen Gründen eigensinnig festhalten, so wird der Sozialdemokratische Verband des Abgeordnetenhauses aufgefordert, das Zustandekommen einer solchen arbeiterfeindlichen Reform der Gewerbeordnung mit allen zweckdienlichen Mitteln zu vereiteln.

Altersversicherung.

29. Resolution Neumann.

Der Parteitag der Sozialdemokratie Oesterreichs befindet sich in vollster Uebereinstimmung mit den Wünschen der arbeitenden Bevölkerung, die in den zahlreichen Versammlungen der jüngsten Zeit bezüglich der Invaliditäts- und Altersversicherung, der Witwen- und Waisenversorgung erhoben wurden. Gleich den Resolutionen in den Versammlungen und der der Regierung und dem Abgeordnetenhause vorgelegten, mit Hunderttausenden Unterschriften gezeichneten Petition fordert *auch* er von der Regierung und dem Parlament:

Seite den unnützesten und reichsten Schichten der Bevölkerung neue Millionen in den Schoß werfen.

Sie sind aber auch verwerflich als die größte Gefährdung des Abschlusses langfristiger Handelsverträge, deren die moderne Industrie dringend bedarf.

Von diesen Gesichtspunkten aus besteht die Aufgabe der österreichischen Sozialdemokratie bei der augenblicklichen Gestaltung der Handelspolitik darin, den Abschluß von langfristigen Handelsverträgen auf Grundlage der Meistbegünstigung, sowie überhaupt jede Erleichterung und Sicherung des internationalen Handelsverkehrs zu fördern, dagegen alle Maßregeln aufs Schärfste zu bekämpfen, welche die Erhaltung oder gar Verstärkung der heutigen Finanz- und Agrarzölle, sowie aller privilegirenden Zölle, namentlich der Eisenzölle, bezwecken.

In seinem Kampfe gegen dieses Zollsystem darf das Proletariat nur auf seine eigene Kraft bauen, denn die Bourgeoisie streckt auch auf diesem Gebiete vor den Regierungen, den Monopolisten, der hohen Finanz und dem Großgrundbesitz die Waffen und sucht ihnen Konzessionen nicht abzuringen, sondern abzuschachern auf Kosten des arbeitenden Volkes.

24. Antrag Vaněk.

Der erste Absatz der Resolution soll lauten:

Obzwar die Sozialdemokratie dem heutigen Klassenstaat die Fähigkeit aberkennt, die Produktion zu Gunsten der Gesammtbevölkerung regeln und einrichten zu können, erkennt sie die Nothwendigkeit an, daß der Staat, den heutigen Verhältnissen entsprechend, Maßregeln zur Förderung und Entwicklung der Produktivkräfte und der Produktion selbst trifft.

Gewerbenovelle.

Resolution Eldersch.

25. Die von der Regierung vorbereitete Reform der Gewerbeordnung beinhaltet nichts Anderes als eine Konzession an die rückständigen Anschauungen unseres wildgewordenen Kleinbürgerthums und eine Knebelung jener Bestrebungen der in Betracht kommenden Arbeiterschichten, welche auf eine Hebung ihrer unwürdigen Lebenshaltung abzielen.

Dem Kleingewerbe und dem Kleinhandel wird durch die Stylübungen über die Verschärfung des Befähigungsnachweises und den Ausbau der Zwangsgenossenschaften nicht geholfen, dagegen das ungeheuerliche Lehrlingselend noch mehr verschärft und der ohnedies äußerst unzulängliche Einfluß der Gehilfenschaft in den Genossenschaften noch weiter eingeschränkt, ja es sollen die Gehilfen dem Diktate bornirter Genossenschaftsversammlungen direkt ausgeliefert werden.

Dieses Attentat der Regierung gegen die organisirte Arbeiterschaft fordert zur schärfsten Abwehr heraus, und der Parteitag macht es den Genossen in den gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Organisationen zur Pflicht, in ihrem Wirkungskreise rechtzeitig gegen die geplante Verschlechterung unserer ohnedies reaktionären Gewerbegesetzgebung entschieden Stellung zu nehmen. Sollte die Regierung kurzsichtig genug sein, die Abänderungsvorschläge der organisirten Arbeiterschaft nicht entsprechend zu würdigen und an ihren Reformvorschlägen aus politischen Gründen eigensinnig festzuhalten, so wird der sozialdemokratische Verband des Abgeordnetenhauses aufgefordert, das Zustandekommen einer solchen arbeiterfeindlichen Reform der Gewerbeordnung mit allen zweckdienlichen Mitteln zu vereiteln.

26. Antrag Anna Boschek.

Die seit dem Jahre 1859 bestehende Gewerbeordnung ist reaktionär, veraltet und vollständig unzureichend für den wirklichen Schutz der Arbeiter und Lehrlinge gegen die gewissenlose Ausbeutung der Unternehmer. Es beweisen dies die unzähligen Abänderungen der einzelnen Paragraphe und die Verordnungen zur Ergänzung derselben.

Die organisirte Arbeiterschaft erkennt vor Allem die Nothwendigkeit, die Interessen der Lohnarbeiter wahrzunehmen und energisch für Arbeiterschutz einzutreten. Aus diesem Grunde kann sie einzelne Abänderungen der geltenden Gewerbeordnung, die unter allen Umständen Verschlechterungen bedeuten müssen, nicht billigen, und sie fordert auf das Entschiedenste die Beseitigung der geltenden Gewerbeordnung und der Dienstbotenordnungen und die Einbringung eines vollständig neuen Entwurfes einer den modernen Bedürfnissen entsprechenden Gewerbeordnung, der auch die im Privatdienst thätigen Arbeitspersonen unterstehen.

27. Antrag Aufobsky.

In der Erwägung, daß dem maßlosen Lehrlingselend durch keine schwächliche Reform ein Ende bereitet werden kann, fordert der Parteitag die Abschaffung des Lehrlingswesens und die Errichtung von Staatslehrwerkstätten zum Zwecke der Heranbildung eines tüchtigen gewerblichen Nachwuchses. Der Staat hätte nicht nur für die Einrichtung und Instandhaltung dieser Anstalten, sondern auch für eine angemessene Verpflegung der aufgenommenen Zöglinge Sorge zu tragen.

28. Abgeänderte Resolution Elderfch und Genossen.

Die von der Regierung vorbereitete Reform der Gewerbeordnung beinhaltet nichts Anderes als eine Konzession an die rückständigen Anschauungen unseres wildgewordenen Kleinbürgerthums und eine Knebelung jener Bestrebungen der in Betracht kommenden Arbeiter, welche auf eine Hebung ihrer unwürdigen Lebenshaltung abzielen. Dem Kleingewerbe und dem Kleinhandel wird durch die Stylübungen über die Verschärfung des Befähigungsnachweises und den Ausbau der Zwangsgenossenschaften nicht geholfen, dagegen das ungeheuerliche Lehrlingselend noch mehr verschärft und der ohnedies äußerst unzulängliche Einfluß der Gehilfenschaft in den Genossenschaften noch weiter eingeschränkt, ja es sollen die Gehilfen dem Diktat borniter Genossenschaftsversammlungen direkt ausgeliefert werden.

Der Parteitag protestirt auf das Entschiedenste gegen den plumpen Versuch, die reaktionäre Gewerbeordnung aus dem Jahre 1859, die schon durch fünf Novellen verunstaltet wurde, durch eine neue gesetzgeberische Flickarbeit noch weiter zu verschlechtern, und fordert die Schaffung eines den modernen Verhältnissen entsprechenden Gewerbegesetzes, das für den Schutz der Arbeitskraft aller im Lohn- oder Dienstverhältniß stehenden Personen in wirksamer Weise Sorge trägt. Der Parteitag fordert den Ausbau der Arbeiterschutz-Gesetzgebung, der immer wieder durch die Fürsorge der Regierung und des Parlaments für minderbedürftige Bevölkerungsschichten zurückgestellt wurde.

Sollte die Regierung kurzsichtig genug sein, diese berechtigten Forderungen der organisirten Arbeiterschaft nicht entsprechend zu würdigen und an ihren Reformvorschlägen aus politischen Gründen eigensinnig festhalten, so wird der Sozialdemokratische Verband des Abgeordnetenhauses aufgefordert, das Zustandekommen einer solchen arbeiterfeindlichen Reform der Gewerbeordnung mit allen zweckdienlichen Mitteln zu vereiteln.

Altersversicherung.

29. Resolution Neumann.

Der Parteitag der Sozialdemokratie Oesterreichs befindet sich in vollster Uebereinstimmung mit den Wünschen der arbeitenden Bevölkerung, die in den zahlreichen Versammlungen der jüngsten Zeit bezüglich der Invaliditäts- und Altersversicherung, der Witwen- und Waisenversorgung erhoben wurden. Gleich den Resolutionen in den Versammlungen und der der Regierung und dem Abgeordnetenhause vorgelegten, mit Hunderttausenden Unterschriften gezeichneten Petition fordert auch er von der Regierung und dem Parlament:

40. Antrag Berner:

Der barbarische Vernichtungskrieg, der von den großbritischen Machthabern nicht bloß gegen die waffenführenden Männer des um seine Unabhängigkeit kämpfenden Burenvolkes, sondern auch gegen dessen Frauen und Kinder geführt wird, ist in der Geschichte der Neuzeit, unter Völkern weißer Rasse, unter sogenannten Christen, ein unerhört grausames Attentat auf die Grundgebote des Völkerrechtes, der Gesittung, der Menschlichkeit. Der Parteitag der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Oesterreichs protestirt mit Entrüstung und Abscheu gegen diese Schlächterei und erklärt sie für eine brennende Schande, einen Bankerott nicht bloß der britischen Zivilisation, sondern auch der der übrigen kapitalistischen Welt.

41. Antrag Dr. Drobner:

Anläßlich des schweren Kampfes, den die Arbeiter und die Intelligenz im Zarenreiche gegen die brutale Tyrannei führen, gibt der sozialdemokratische Parteitag seine Sympathie kund.

42. Antrag Winarsky:

Der Gesammtparteitag der sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Oesterreich protestirt auf das Entschiedenste gegen die unaufhörlichen, grausamen Verfolgungen, denen die unglücklichen Angehörigen der armenischen Nation von Seite der barbarischen Regierung des Sultans Abdul Hamid ausgesetzt sind. Er protestirt aber auch gegen das System des Todtschweigens, das von der kapitalistischen Presse gegenüber diesen Niedermetzelungen von Tausenden, die sich insbesondere in den kleinasiatischen Vilajets von Musch und Erzerum ereignet haben, bethätigt wird. Er verurtheilt auf das Schärfste die Feigheit der kapitalistischen Regierungen, die ihrem zur Schau getragenen Christenthum zum Hohn es nicht wagen, diesen Verfolgungen armenischer Christen entgegenzutreten. — Der Kongreß entbietet den Opfern türkischer Gewaltherrschaft seinen Gruß und spricht den Armeniern, wie den Verfolgten aller Nationen seine wärmsten Sympathien aus.

43. Antrag Tusar im Namen der Handlungsgehilfenorganisation Prag.

Die Parteileitung wird beauftragt, im Einvernehmen mit den Organisationen der Handelsarbeiter eine Agitation zu dem Zwecke zu entfalten, um die organisirten Arbeiter vom Einkauf ihrer Bedürfnisse am Sonntag abzuhalten. Diese Agitation wird durch folgende Mittel betrieben:

1. Durch entsprechende Artikel in Parteiblättern.

2. Durch kleine Notizen, die von Zeit zu Zeit in den Partei- und womöglich auch in den Gewerkschaftsblättern aller Organisationen erscheinen, enthaltend die kurze Aufforderung, an Sonntagen keine Einkäufe zu besorgen.

3. Durch Propaganda in den Parteikonferenzen, Bezirks-, Lokalorganisationen ꝛc.

4. Durch Abhaltung selbstständiger öffentlicher Parteiversammlungen, eventuell durch Einbeziehung dieser Frage als eigenen Punkt in die Tagesordnung geplanter Versammlungen.

Für die Kosten dieser Agitation haben die Landesorganisationen der Handelsarbeiter aufzukommen.

44. Antrag der abgetretenen Kontrole:

Nachdem durch die bisherigen Kassenausweise über die für Wahlen aufgewendeten Mittel ein genauer Ueberblick nicht ermöglicht wird, weil nur ein Theil der zu diesem Zwecke eingelaufenen Gelder ausgewiesen wurde, dagegen aber der größere Theil der Gelder in den Wahlkreisen verbleibt und eine zentralistische Abrechnung nicht erfolgt, beantragen wir:

Die einzelnen Wahlkreise sind verpflichtet, nach Beendigung einer Wahl einen Ausweis über sämmtliche auf diese Wahl aufgewendeten Mittel an den Parteikassier einzusenden.

32. Antrag Gröbner.

In Anbetracht der sich von Jahr zu Jahr immer häufenden Mißhandlungen, Selbstmorde und ungerechten, unbegreiflichen Verurtheilungen in der Armee fordert die Sozialdemokratie die schleunigste Reform und die Oeffentlichkeit der Militärgerichte, insbesondere ein freies, unbehindertes, jederzeit unbeeinflußbares Beschwerderecht für jeden Soldaten bei jeder Instanz. Die sozialdemokratische Reichsrathsfraktion wird beauftragt, in nächster Session in energischer Art und Weise einen Antrag betreffend die Reform der Militärstrafprozeßordnung zur Verhandlung zu bringen.

Anträge der Bezirksorganisation Römerstadt.

33. Es sind die Wirthschaftsgenossenschaften und Konsumvereine als ein Mittel, die Partei zu stärken, offiziell zu unterstützen.

34. Es haben die nationalen Parteitage zu entfallen und nur alle zwei Jahre soll ein internationaler stattfinden.

Anträge Hackenberg, Gmünd.

35. Der Verband der sozialdemokratischen Abgeordneten wird aufgefordert, bei der Berathung der Reform des Preßgesetzes auch für eine Aenderung des § 327 des Strafgesetzes einzutreten, und zwar dahingehend, daß das Halten von Hektographen, Cyklostylen und anderen Schreibmaschinen an eine behördliche Bewilligung nicht gebunden sei.

36. Das abgeänderte Programm ist in Form einer einfachen Flugschrift in Druck zu legen, welche den einzelnen Wahlkreisorganisationen zur unentgeltlichen Vertheilung zur Verfügung gestellt wird.

37. Antrag Therese Schlesinger.

Ausgehend von der Anschauung, daß der allergrößte Werth der Programmrevision und der sich daran knüpfenden Diskussion darin liegt, in weiten Kreisen der Parteigenossen erhöhtes Interesse für die theoretischen Fragen des Sozialismus wachzurufen, beantragen die Unterzeichneten:

Der Parteitag fordert die einzelnen Bezirksorganisationen auf, unverzüglich Vortragskurse zu veranstalten, durch welche den organisirten Genossen das Parteiprogramm von geeigneten Referenten erläutert wird.

38. Antrag Pittoni.

Ich beantrage, daß auf die Tagesordnung des nächsten Parteitages die Frage der landwirthschaftlichen Arbeiterschaft gestellt werde.

39. Antrag Domokos.

In Erwägung, daß sowohl im Interesse der Partei, als auch im materiellen Interesse der Parteipresse die Nothwendigkeit einer Einigung der österreichischen Parteipresse erwiesen erscheint; in Erwägung, daß durch diese Einigung eine Intensifizirung der sozialistischen Propaganda erzielt werden könnte und sollte, daß ein einheitlicher Vorgang in bestimmten wichtigen Angelegenheiten und der Informationsdienst über Parteiangelegenheiten erleichtert würden; daß es ferner möglich wäre, das Preßrecht energischer zu vertheidigen, die Fühlung mit den Parteiorganisationen zu fördern, Reiseermäßigungen zu erhalten u. A. m.;

in Erwägung, daß anderwärts solche Einigung zum großen Vortheile der Partei schon durchgesetzt worden ist:

spricht der Parteitag den Wunsch aus, daß auch in Oesterreich ein Verband der Parteipresse zu Stande komme, und beauftragt die Gesammtexekutive, eine Kommission unter Zuziehung von Vertretern jeder Nation zu ernennen, zu dem Zwecke, daß dieser *Wunsch sobald als möglich* in Erfüllung gehe.

40. Antrag Berner:

Der barbarische Vernichtungskrieg, der von den großbritischen Machthabern nicht bloß gegen die waffenführenden Männer des um seine Unabhängigkeit kämpfenden Burenvolkes, sondern auch gegen dessen Frauen und Kinder geführt wird, ist in der Geschichte der Neuzeit, unter Völkern weißer Rasse, unter sogenannten Christen, ein unerhört grausames Attentat auf die Grundgebote des Völkerrechtes, der Gesittung, der Menschlichkeit. Der Parteitag der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Oesterreichs protestirt mit Entrüstung und Abscheu gegen diese Schlächterei und erklärt sie für eine brennende Schande, einen Bankerott nicht bloß der britischen Zivilisation, sondern auch der der übrigen kapitalistischen Welt.

41. Antrag Dr. Drobner:

Anläßlich des schweren Kampfes, den die Arbeiter und die Intelligenz im Zarenreiche gegen die brutale Tyrannei führen, gibt der sozialdemokratische Parteitag seine Sympathie kund.

42. Antrag Winarsky:

Der Gesammtparteitag der sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Oesterreich protestirt auf das Entschiedenste gegen die unaufhörlichen, grausamen Verfolgungen, denen die unglücklichen Angehörigen der armenischen Nation von Seite der barbarischen Regierung des Sultans Abdul Hamid ausgesetzt sind. Er protestirt aber auch gegen das System des Todtschweigens, das von der kapitalistischen Presse gegenüber diesen Niedermetzelungen von Tausenden, die sich insbesondere in den kleinasiatischen Vilajets von Musch und Erzerum ereignet haben, bethätigt wird. Er verurtheilt auf das Schärfste die Feigheit der kapitalistischen Regierungen, die ihrem zur Schau getragenen Christenthum zum Hohn es nicht wagen, diesen Verfolgungen armenischer Christen entgegenzutreten. — Der Kongreß entbietet den Opfern türkischer Gewaltherrschaft seinen Gruß und spricht den Armeniern, wie den Verfolgten aller Nationen seine wärmsten Sympathien aus.

43. Antrag Tusar im Namen der Handlungsgehilfenorganisation Prag.

Die Parteileitung wird beauftragt, im Einvernehmen mit den Organisationen der Handelsarbeiter eine Agitation zu dem Zwecke zu entfalten, um die organisirten Arbeiter vom Einkauf ihrer Bedürfnisse am Sonntag abzuhalten. Diese Agitation wird durch folgende Mittel betrieben:

1. Durch entsprechende Artikel in Parteiblättern.

2. Durch kleine Notizen, die von Zeit zu Zeit in den Partei- und womöglich auch in den Gewerkschaftsblättern aller Organisationen erscheinen, enthaltend die kurze Aufforderung, an Sonntagen keine Einkäufe zu besorgen.

3. Durch Propaganda in den Parteikonferenzen, Bezirks-, Lokalorganisationen ꝛc.

4. Durch Abhaltung selbstständiger öffentlicher Parteiversammlungen, eventuell durch Einbeziehung dieser Frage als eigenen Punkt in die Tagesordnung geplanter Versammlungen.

Für die Kosten dieser Agitation haben die Landesorganisationen der Handelsarbeiter aufzukommen.

44. Antrag der abgetretenen Kontrole:

Nachdem durch die bisherigen Kassenausweise über die für Wahlen aufgewendeten Mittel ein genauer Ueberblick nicht ermöglicht wird, weil nur ein Theil der zu diesem Zwecke eingelaufenen Gelder ausgewiesen wurde, dagegen aber der größere Theil der Gelder in den Wahlkreisen verbleibt und eine zentralistische Abrechnung nicht erfolgt, beantragen wir:

Die einzelnen Wahlkreise sind verpflichtet, nach Beendigung einer Wahl einen Ausweis über sämmtliche auf diese Wahl aufgewendeten Mittel an den Parteikassier einzusenden.

Geschäftsordnung

für die

Verhandlungen des Parteitages.

1.

Die Meldungen zum Wort sind schriftlich einzureichen, und erhalten die Redner nach der Reihenfolge der Anmeldung das Wort.

2.

Alle Anträge, außer denen zur Geschäftsordnung, sind schriftlich einzureichen.

3.

Bei Anträgen auf Schluß der Rednerliste oder Schluß der Debatte erhält nur ein Redner für und einer gegen das Wort. Das Wort zur Geschäftsordnung wird außer der Reihenfolge der vorgemerkten Redner ertheilt. Persönliche Bemerkungen sind erst am Schlusse der Debatte zu machen.

4.

Die Redezeit der Referenten wird auf eine Stunde festgesetzt.

In der Diskussion erhält jeder Redner 10 Minuten das Wort. Kein Redner darf mehr als zweimal in einer Sache das Wort nehmen.

Die einzelnen Reden, mit Ausnahme der Referate, werden nur über Verlangen in eine andere Sprache übersetzt.

5.

Die Beschlüsse werden mit absoluter Mehrheit der Abstimmenden gefaßt. Stimmengleichheit gilt als Ablehnung des Antrages.

6.

Auf Antrag von mindestens 20 Mitgliedern des Parteitages muß die namentliche Abstimmung über einen Antrag stattfinden.

7.

Nur die Theilnehmer haben das Recht, sich an der Diskussion zu betheiligen und abzustimmen; den Gästen kann nur über besonderen Beschluß des Parteitages ausnahmsweise das Wort ertheilt werden.

Erster Verhandlungstag.

Samstag den 2. November 1901. — Vormittagssitzung.

Bretschneider (Wien): Es obliegt mir die angenehme Pflicht, Sie Alle, die Sie zu dem heutigen Gesammtparteitage der österreichischen Sozialdemokratie erschienen sind, namens der Wiener Arbeiterschaft herzlich willkommen zu heißen. Seien Sie versichert, daß wir trachten werden, Ihnen die wenigen Stunden Ihres Aufenthaltes möglichst angenehm zu gestalten.

Popp (Wien): Im Namen der Gesammtexekutive der österreichischen Sozialdemokratie begrüße ich Sie herzlichst. Seit dem letzten Gesammtparteitage ist eine Reihe von wackeren Mitkämpfern durch den Tod uns entrissen worden. Ich nenne hier vor Allem einen Mann, der an der Wiege der internationalen Sozialdemokratie und der deutschen Partei gestanden ist, Genossen Wilhelm Liebknecht (die Versammlung erhebt sich), ferner den Begründer der schweizerischen Sozialdemokratie Karl Bürkli und einen engeren Parteigenossen, den Genossen Ferdinand Perlornigg. Außer diesen hervorragenden Kämpfern ist noch eine Anzahl von Genossen aus dem Leben geschieden. Wir werden Ihnen Allen ein ehrendes Andenken bewahren!

Parteigenossen! Wir könnten heuer ein Jubiläum feiern, denn es sind zehn Jahre verflossen, seitdem der über Wien und Niederösterreich verhängte Ausnahmszustand aufgehoben wurde. Wie bekannt, wurde im Jahre 1884 über Wien und Niederösterreich der Ausnahmszustand verhängt, während in den übrigen Provinzen ein ähnlicher Zustand in aller Stille eingeführt wurde. Unsere Organisationen wurden dadurch zertrümmert, Hunderte von Genossen wurden ausgewiesen, und wir Alle waren der größten Polizeiwillkür preisgegeben. Auf dem Hainfelder Parteitage haben sich die versprengten Genossen wieder gesammelt, und es wurden wieder neue Organisationen gegründet. Als im Jahre 1889 auf dem Pariser Kongresse die Feier des 1. Mai beschlossen wurde, da waren es gerade die österreichischen Genossen, die diesen Beschluß nicht nur mit Jubel aufgenommen, sondern auch thatkräftig an seiner Verwirklichung mitgearbeitet haben. Obwohl es unter der Herrschaft des Ausnahmszustandes nicht möglich war, in Versammlungen und politischen Vereinen zu agitiren, ist es dennoch gelungen, eine imposante Maifeier zu veranstalten. Nachdem so das Ministerium Taaffe eingesehen hatte, daß es den Arbeitern trotz aller Chikanen gelingt, sich gewerkschaftlich neu zu organisiren, hat es endlich den Ausnahmszustand am 8. Juni 1891 aufgehoben. Welche ungeheuren Fortschritte wir in diesen zehn Jahren gemacht haben, davon werden Ihnen die Verhandlungen dieses Parteitages ein anschauliches Bild vor Augen führen.

Indem ich Sie nochmals herzlich begrüße, erkläre ich den Gesammtparteitag der Sozialdemokratie Oesterreichs für eröffnet.

In das Bureau des Parteitages werden einstimmig gewählt: Zu Vorsitzenden: Popp (Wien), Němec (Prag), Hudec (Lemberg), Hankiewicz (Lemberg), Kopač (Idria), Domokos (Pola); zu Schriftführern Emmerling (Wien), Riese (Klagenfurt), Dr. Soukup (Prag) und Dr. Drobner (Krakau).

In die Mandatprüfungskommission werden gewählt: Vaněk (Prag), Spera (Brünn), Čobal (Sagor), Pittoni (Triest), Daszynski (Krakau), Gerdinits (St. Pölten), Winarsky (Wien) und Wityk (Lemberg).

Ueber Antrag des Vorsitzenden wird die vorgeschlagene Geschäftsordnung angenommen. Die im Punkt 4 festgesetzte Beschränkung der Redezeit wird bezüglich des vierten Punktes der Tagesordnung „Revision des Parteiprogrammes“ aufgehoben.

Die Berathungszeit wird von 9—12 Uhr Vormittags und von 2—7 Uhr Nachmittags festgesetzt.

Auf Antrag Skaret's wird der geplante Punkt der Tagesordnung „Organisation der Gesammtpartei" abgesetzt und ein neuer Punkt eingeschaltet: „Die Regierungsvorlage betreffend die Abänderung der Gewerbeordnung". (Berichterstatter Elderſch.)

Es wird weiters bekanntgegeben, daß zu Punkt 4 der Tagesordnung Genosse Steiner als Korreferent bestimmt wurde, ferner daß Punkt 5, statt wie vorgeschlagen, „Die Handelsverträge und die Interessen der Arbeiter in Oesterreich" zu lauten habe: „Die Handels- und Zollpolitik der Sozialdemokratie in Oesterreich".

Popp: Gestatten Sie mir, daß ich nunmehr auch die Genossen, welche von der deutschen Parteivertretung hieher entsendet worden sind, herzlichst begrüße. Es sind erschienen die Genossen Bebel (Lebhafter Beifall) und Ehrhardt vom deutschen Parteivorstande, und der „Vorwärts" hat seinen Redakteur Kurt Eisner delegirt. Als Vertreter der ungarländischen Sozialdemokratie ist Genosse Großmann erschienen. Weiters begrüße ich noch insbesondere einen Genossen, der zwar ein Oesterreicher ist, der aber seit dem Hainfelder Parteitage nicht mehr in unserer Mitte geweilt hat, den Genossen Karl Kautsky. (Lebhafter Beifall.)

August **Bebel**: Im Namen des Vorstandes der Sozialdemokratie in Deutschland überbringe ich Ihnen mit meinem Mitdelegirten die herzlichsten Grüße und die besten Wünsche für den Erfolg Ihrer Berathungen. Diesmal haben Sie auf Ihrer Tagesordnung Fragen, die speziell uns Deutsche im besonderen Maße interessiren. Vor Allem ist dies die Frage der Revision Ihres Parteiprogrammes, dann die Frage Ihrer Stellung zur Zoll- und Handelspolitik. Ihr Hainfelder Programm ist um drei Jahre älter als unser Erfurter Programm. Auch wir in Deutschland dürften uns in der nächsten Zeit mit der Frage der Revision unseres Parteiprogrammes beschäftigen. Wie und was wir revidiren sollen, ist allerdings eine andere Frage. Um aber einigermaßen zu wissen, wie man revidiren könnte, ist es für uns besonders wichtig, zu hören, wie Sie zu revidiren beabsichtigen. (Heiterkeit.) Man kann eine Revision vornehmen, die einem Umsturz des Programmes gleichsieht wie ein Ei dem andern, und man kann auch in dem Sinne revidiren, daß man nur gewissermaßen Schönheitsfehler des Programmes aus der Welt schafft. Wir nehmen aber doch nur dann eine Neugestaltung unseres Parteiprogrammes vor, wenn wir die Ueberzeugung haben, daß in unserem Programm Sätze enthalten seien, die mit dem Fortschritte und der Entwickelung sowie mit der wissenschaftlichen Erkenntniß nicht mehr in vollem Einklang stehen.

Die Sozialdemokratie repräsentirt ja den menschlichen Fortschritt auf allen Gebieten, und wenn die Partei stets ihrer Aufgabe bewußt bleiben und auf der Höhe der Zeit stehen will, dann ist sie genöthigt, die Entwicklung der Dinge genau zu beobachten und ihre eigenen Anschauungen und Grundauffassungen damit in Einklang zu bringen.

Wenn die bürgerliche Presse sich darüber wundert, daß die Sozialdemokratie öfters in die Lage kommt, ihr Programm zu revidiren und zu ändern, und wenn sie glaubt, uns daraus einen Vorwurf machen zu können, dann ist sie im Irrthum, denn gerade darin liegt der Beweis, daß wir nicht, wie man uns manchmal selbst in unseren Reihen vorwirft, eine verknöcherte Partei sind. Soviel ich weiß, gibt es keinen einzigen bekannteren Genossen in der Welt, der ein „Dogmenfanatiker" wäre und sagen würde: Was wir einmal als richtig erkannt haben, das halten wir für alle Zeiten als das Richtige. Diese Kritik an uns selbst und an unseren Grundsätzen zu üben, ist ein Gebot der Nothwendigkeit und liegt im Wesen unserer Partei. (Beifall.) Ob aber damit, daß wir diese Kritik üben, auch schon gesagt werden kann, daß zugleich eine gründliche Umgestaltung des bisher als richtig Erkannten eintreten müsse, ist eine andere Frage.

Ich möchte hier beifügen, daß nicht allein ich, sondern auch eine ganze Reihe von anderen nicht gerade einfältigen Genossen den Eindruck haben, als hätte die Entwicklung der letzten sechs bis sieben Jahre, die eine Prosperitätsepoche von ungewöhnlicher Dauer und Intensität repräsentirte, auf die Entstehung der Revisionsbestrebungen in hohem Grade eingewirkt. Nun haben die Dinge plötzlich ein anderes Gesicht angenommen: wie bisher immer in der bürgerlichen Welt — und nach meiner Auffassung solange, als diese bürgerliche Welt bestehen wird — einer Prosperitätsepoche die Krise gefolgt ist, so ist das auch nunmehr ein-

getreten. Wir in Deutschland befinden uns in einer Krise von einem Umfang und von einer Tiefe, daß man sagen kann, es werden Jahre vergehen, ehe das, was jetzt zusammengebrochen ist, wieder aufgerichtet werden kann. Unter diesen Umständen dürfte die Revision wohl ein ganz anderes Resultat zu Tage fördern, als dies der Fall gewesen wäre, wenn sie in einem anderen Zeitpunkte vorgenommen worden wäre.

Die zweite wichtige Frage betrifft die Stellungnahme zur Zoll- und Handelspolitik. Das ist auch wieder im jetzigen Augenblicke keine spezifisch österreichisch-ungarische Frage. Es ist eine Frage von internationaler Bedeutung, und nicht bloß für uns Sozialdemokraten, sondern auch für die gesammte bürgerliche Welt. Es ist ja eine bekannte Thatsache, daß kein Kulturstaat heute sich etwa mit einer Art chinesischer Mauer umgeben und von der übrigen Welt abschließen kann. Wenn irgend etwas, so ist die Kultur selbst ein internationales Produkt, und die wirthschaftlichen und kulturellen Beziehungen der Völker sind im Laufe der Jahrhunderte und speziell der letzten Jahrzehnte so tausendfältige geworden, daß auf diesem Gebiete mehr als auf jedem anderen internationale Abmachungen unerläßlich sind. Man wird sich also verständigen müssen, und da zweifellos heute eine gewisse Verschiedenartigkeit der Interessen der einzelnen Staaten vorhanden ist, wird man versuchen, einen Boden zu finden, auf dem man sich verständigen kann. Solche Zoll- und Handelsverträge sind aber nur möglich auf Grund des Satzes: „Do ut des", „ich gebe, damit Du gibst". Sie wissen, daß die deutsche Regierung, beziehungsweise die bürgerlichen Parteien in Deutschland einen Zolltarif aufgestellt haben, der durch die ungeheuren Sätze, durch welche er die fremde Produktion von den deutschen Grenzen abhalten will, in den weitesten Kreisen und speziell in der Arbeiterklasse eine Aufregung und Verbitterung hervorgerufen hat, wie man sie in Deutschland in ähnlichem Maße noch nicht gesehen hat. Sie sind gezwungen, auf diese Vorlage zu antworten, und ich stehe nicht an, zu erklären, wenn dies vielleicht auch irgendwie Anstoß erregen mag, daß ich mich über die Rede aufrichtig gefreut habe, mit der Ihr Ministerpräsident neulich den Reichsrath eröffnet hat und in welcher er klipp und klar — ob er das durchsetzen kann, was er will, ist eine andere Frage (Heiterkeit) — die Stellung dieser Reichshälfte gegenüber dem Entwurfe dargelegt hat. Das war ein sehr deutlicher Wink mit dem Zaunpfahl, und ich glaube, man hat ihn bei uns in Deutschland auch verstanden. Wie sich nun die Sozialdemokratie in Oesterreich zur Frage der Zoll- und Handelspolitik stellt, das interessirt nicht nur uns, die deutsche Sozialdemokratie, sondern das wird auch von den bürgerlichen Parteien in Deutschland und nicht zum Wenigsten auch von der Regierung mit großem Interesse beobachtet werden.

Mit ein paar Worten lassen Sie mich einen Rückblick auf Ihre eigenen Verhältnisse werfen. Vor sieben Jahren war ich zum ersten- und zugleich zum letztenmale als Delegirter auf einem österreichischen Parteitage. Mehr als das, was auf dem Parteitage damals öffentlich verhandelt wurde, interessirte mich, was in den Comités und Privatzusammenkünften gesprochen wurde. Es gestattete mir einen Einblick, was damals die Sozialdemokratie in Oesterreich war und bedeutete. Es ist kein Zweifel, daß die Verhältnisse sowohl im Innern als auch nach außen sehr viel zu wünschen übrig ließen. Das soll kein Vorwurf sein. Es war dies die nothwendige Folge Ihrer ganz eigenartigen Entwicklung und der Jugend der Partei. Es kann aber nicht bestritten werden, und ich freue mich, es offen aussprechen zu können, daß Sie in diesen sieben Jahren ganz gewaltige Fortschritte gemacht haben.

Damals standen Sie in dem Kampfe um das allgemeine gleiche und direkte Wahlrecht für den Reichsrath. Unmittelbar nachher begann auch schon eine energische und mustergiltige Agitation zur Erlangung dieses wichtigsten politischen Rechtes, und es ist Ihnen — allerdings nur bis zu einem gewissen Grade — gelungen, die herrschenden Parteien und die Regierung in Oesterreich zu zwingen, Ihren Forderungen nachzukommen. Sie haben zweimal bis heute Gelegenheit gehabt, von diesem Rechte praktischen Gebrauch zu machen, einmal im Jahre 1897 und das zweitemal zu Beginn dieses Jahres. Wenn man in Betracht zieht, welch' außerordentliche Schwierigkeiten Ihnen in der Agitation durch die ganz ungeheuerliche, in keinem Lande der Welt existirende Größe der Wahlkreise sich

entgegenstellten, so muß man aufrichtig sagen, daß Sie gleich bei der ersten Wahl überraschende Resultate erzielt haben. Sie sind mit denselben nicht ganz zufrieden gewesen, und es ist auch gut so, denn zufrieden sollen wir nie sein. (Heiterkeit.) Wenn wir einmal zufrieden wären, so wäre das für uns ein Malheur (Heiterkeit), aber zufrieden sein könnten wir nur dann, wenn wir das Letzte erreicht haben, das wir wünschen. Das wird aber wahrscheinlich noch leider eine Weile dauern. (Heiterkeit.) Sie haben aber großartige Resultate erreicht. Wir in Deutschland sind in Bezug auf das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht Ihnen gegenüber eigentlich alte Praktiker. Wir haben im norddeutschen Bunde bereits im Februar 1867 die erste Wahl auf Grund eines solchen Wahlrechtes gehabt, und dazu war unsere Wahlkreiseintheilung eine weit günstigere als jene, die heute Oesterreich hat. Wenn ich bloß den norddeutschen Bund in Betracht ziehe, so haben wir seit 1867 dreizehnmal Gelegenheit gehabt, an die Wahlurne zu treten, und die Süddeutschen seit 1868 elfmal. Ich habe nun einen Vergleich angestellt zwischen dem, was wir mit einem verhältnißmäßig günstigeren Wahlrechte erreicht haben, und dem, was Sie in Oesterreich mit einem ungünstigeren und enger begrenzten Wahlrechte erreicht haben. Sie haben nach dem vorliegenden Berichte bei den letzten Wahlen im Ganzen 800.000 Stimmen auf Ihre Kandidaten vereinigt. Parteigenossen! Als ich diese Ziffern las, war ich in der That ganz erstaunt. Denn wir in Deutschland haben 800.000 Stimmen erst nach dem Jahre 1887 erreicht, also nachdem wir uns volle 20 Jahre aktiv an den Wahlen betheiligt hatten. Wir haben es damals auf 775.000 Stimmen gebracht und konnten nur neun Kandidaten durchsetzen. Stellen wir weiters fest, daß Zisleithanien an Bevölkerungszahl weit hinter uns zurücksteht, daß ferner die ökonomische Entwicklung Deutschlands eine bedeutend höhere ist, so muß ich sagen, daß Sie uns gegenüber den Vogel abgeschossen und größere Resultate erzielt haben als wir.

Alles hat aber seine natürliche Begründung. Sie in Oesterreich hatten bis vor Kurzem den großen Vorzug, daß die Arbeiterklasse in Oesterreich gewissermaßen jungfräulich in die Agitation eintrat, das heißt, daß die bürgerlichen Parteien um die Arbeiter so gut wie gar nicht sich gekümmert haben. Als Ihr mit Euerer prächtigen Agitation und Organisation kamet, da mußtet Ihr naturgemäß große Erfolge erreichen. Unsere Arbeiterschaft in Deutschland war aber bereits politisch präokkupirt. Ich gehöre zu Jenen, die das Glück gehabt haben, Ferdinand Lassalle persönlich gekannt und sprechen gehört zu haben. Es war 1863 in Leipzig; da war ich aber bereits ein ausgesprochener Demokrat, alle Beredsamkeit Lassalle's hat mich nicht herumzukriegen vermocht, und es hat bei mir und Tausenden Anderen, die damals in der Bewegung gestanden haben, noch vieler Jahre bedurft, um die bürgerlichen Anschauungen, in denen wir festgerannt waren, aus uns herauszubringen und uns zu Sozialisten zu machen.

Als dann das allgemeine Stimmrecht kam, da trachteten die bürgerlichen Parteien sofort mit aller Macht, die Arbeiter für sich zu gewinnen, und es ist ihnen das auch bis heute bis zu einem gewissen Grade gelungen. Das wird freilich mit der Zeit immer besser. Ihr habt aber im Jahre 1897 Eure bürgerlichen Gegner gewissermaßen überrumpelt und im Sturme niedergerannt. Ich habe damals gleich gesagt: 14 Mandate unter so ungünstigen Verhältnissen zu erobern, ist eine kolossale Errungenschaft, aber Ihr werdet diese 14 Mandate nicht behalten, Euere Gegner werden das nächstemal klüger sein, sie werden von Euch gelernt haben. Wenn Sie trotzdem bei den letzten Wahlen zehn Mandate erobert haben, so ist dies angesichts dieser Verhältnisse ein sehr großer Erfolg, denn wir waren im norddeutschen Bunde zuerst Sieben, bei den allgemeinen Reichstagswahlen im Jahre 1871 kam Einer hinein, das war meine Person, im Jahre 1874 bekamen wir auch erst Neun, 1877 Zwölf, und kamen im Jahre 1878, als das Sozialistengesetz kam, auf Neun zurück; erst im Jahre 1884 haben wir die Zahl, die Sie gleich das erstemal erreichten, überschritten, wir kamen auf 24 hinauf und haben heute erst 57 Mandate unter 400. Das halte ich allerdings auch für einen großen Erfolg, dem gegenüber unseren Gegnern das Zipperlein in die Knochen gefahren ist. (Heiterkeit.)

Sie haben aber auch auf anderem Gebiete, was anerkannt werden muß, unzweifelhaft erhebliche Resultate erzielt und gezeigt, daß Sie Ihren bürgerlichen

Feinden über sind. Der österreichische Kaiserstaat — um dieses Wort für die Gesammtmonarchie zu gebrauchen — ist durch den Nationalitätenstreit durchseucht und zerklüftet. Die einzelnen Nationalitäten ringen nach Unabhängigkeit und Selbstständigkeit innerhalb des Staatswesens. Selbstverständlich konnten Sie, die Sozialdemokratie in Oesterreich, dieser außerordentlich wichtigen und brennenden Frage gegenüber nicht schweigen. Sie haben dazu Stellung genommen durch das Programm, das Sie vor zwei Jahren in Bezug auf die Nationalitätenfrage aufstellten, und es ist zweifellos, wenn die Nationalitätenfrage in Oesterreich überhaupt gelöst werden soll, kann sie nur in der Richtung Ihres Programmes gelöst werden. Daß die gegenwärtigen bürgerlichen Parteien und Ihre Regierung dazu nicht im Stande sein werden, das brauche ich wohl nicht besonders zu betonen.

Das Bild, das die Berathungen Ihres Reichsrathes in den letzten Jahren der Welt geboten haben, war ja ein so abschreckendes, daß darüber in der ganzen Kulturwelt nur eine Stimme der Verurtheilung laut wurde. Wer aber nicht mitverurtheilt werden kann, das sind die Delegirten der österreichischen Sozialdemokratie, die diejenige Stellung eingenommen haben, die sie als Vertreter des arbeitenden Volkes einnehmen mußten, und wenn sie keinen maßgebenden Einfluß ausüben konnten, so ist dies zu begreifen, da ihre Zahl zu klein, die Zahl ihrer Gegner zu groß war.

Sie sehen, daß wir in Deutschland Ihre Entwicklung denn doch auch verfolgen. Ich bin aber genöthigt, bei dieser Gelegenheit mit meinem Freunde Dr. Adler ein Hühnchen zu pflücken. (Heiterkeit.) Dr. Adler hat nämlich in einer Versammlung in Berlin einen schönen Vortrag gehalten und bei dieser Gelegenheit die Sozialdemokraten in Deutschland ein wenig abgekanzelt. Er hat uns vorgeworfen, daß wir uns eigentlich um Sie in Oesterreich zu wenig kümmern. Es gibt außer ihm noch andere österreichische Sozialdemokraten, die glauben, bei uns in Deutschland seien die Fleischtöpfe Aegyptens zu finden. (Heiterkeit.) Nun, wir wissen, daß unsere Fleischtöpfe nicht allzusehr gefüllt sind, aber in der Ferne sehen die Sachen ganz anders aus.

In erster Linie will ich Ihnen sagen, daß es für einen vernünftigen Menschen, der draußen steht, eine ungeheuer schwierige Sache ist, sich in diesem Tohuwabohu zurechtzufinden. (Heiterkeit.) Ich weiß nicht, ob Sie selbst die Verhältnisse innerhalb der einzelnen Nationen ganz klar sehen, und wir armen Schäfer außerhalb Oesterreichs sollten das vermögen? Das können Sie nicht verlangen. Dazu bedürften wir des historischen und nationalökonomischen Wissens, über das unser verstorbener Freund Engels verfügte. Nur wer auf einer so hohen Warte steht, der kann die Dinge nicht nur richtig beurtheilen, sondern auch eventuell ein Rathgeber sein. Bei uns gibt es aber keinen Engels. Der Kautsky gehört ja mehr zu Euch als zu uns, der zählt also bei uns nicht mit. (Heiterkeit.) Außerdem haben wir aber auch bei uns furchtbar viel zu thun, freilich nicht mit diesem Konglomerat von Nationen, aber wir haben 23 verschiedene Staaten und Stäätlein, von denen jeder seine oft recht komische Wahlrechtsverfassung hat. In allen diesen Staaten müssen wir uns neben der allgemeinen Reichspolitik politisch bethätigen; wir haben dann die kommunale Thätigkeit, die Thätigkeit in den Gewerkschaften, in den Krankenkassen u. s. w., die eine Menge von Kräften in Anspruch nehmen, kurz, wir sind so sehr mit Arbeit überhäuft, daß wir schon aus diesem Grunde uns nicht in dem Maße, wie Dr. Adler und Viele von Ihnen es wünschen, um Ihre inneren Verhältnisse kümmern können. Es ist freilich auch gut, daß wir es nicht können, denn wenn man glaubt, etwas genau zu kennen, so wird man vorwitzig und meint, einen Rath geben zu können, wobei man aber, wie man in Sachsen sagt, ins Fettnäpfchen treten kann. (Heiterkeit.) Im Allgemeinen aber kümmern wir uns um das, was Sie thun. Ich möchte meine Ausführungen mit der Versicherung schließen, daß, wenn die Verhandlungen dieses Parteitages, wie ich überzeugt bin, wieder dazu beitragen werden, die Sozialdemokratie in Oesterreich innerlich zu stärken und sie auch in ihrem Ansehen nach außen zu heben, sich Niemand mehr freuen wird als die deutsche Sozialdemokratie. (Lebhafter Beifall.)

Großmann (Budapest, ungarländische Sozialdemokratie): Es wurde mir der ehrenvolle Auftrag zutheil, Ihnen die Grüße der ungarländischen Sozial-

demokratie zu überbringen. Mit Freude, Stolz und Bewunderung sehen wir Ihr mächtiges Aufblühen und Ihren raschen Fortschritt. Wenn wir in Ungarn mit Ihnen nicht gleichen Schritt halten können, so liegt das nicht in dem Mangel von Aufopferung seitens der ungarländischen Arbeiterschaft, sondern in den eigenthümlichen Verhältnissen, wie sie in Ungarn herrschen. Wenn nach dem Worte des Genossen Adler in Oesterreich der Absolutismus, gemildert mit Schlamperei, herrscht, so haben wir in Ungarn den Absolutismus, verschärft durch die Rohheit und Unwissenheit der ungarischen Verwaltungsbehörden. Heute hält man sich in Ungarn nur in einer Beziehung an die Zahl 48, es kommen nämlich bloß 48 Wahlberechtigte auf 1000 ungarische Einwohner. Im Namen der ungarischen Genossen wünsche ich Ihnen den besten Erfolg für Ihre Verhandlungen zum Ruhme der internationalen Sozialdemokratie und zum Wohle der österreichischen Arbeiterschaft. (Beifall.)

Es wird hierauf zum zweiten Punkte der Tagesordnung übergegangen, das ist **Bericht der Gesammtparteivertretung.**

Den Bericht erstattet

Skaret: Ich glaube mich in meiner Berichterstattung ziemlich kurz fassen zu können, da Ihnen ja der Bericht für die verflossene Berichtsperiode gedruckt vorliegt.

Was zunächst die Frage betrifft, warum trotz des Beschlusses des letzten Gesammtparteitages, den diesjährigen Parteitag in Krakau abzuhalten, derselbe nunmehr nach Wien einberufen wurde, so bemerke ich, daß dieser Beschluß seinerzeit am letzten Gesammtparteitage in aller Eile gefaßt wurde, daß sich aber mittlerweile Bedenken, und zwar hauptsächlich finanzieller Natur dagegen ergeben haben; es hätten insbesondere die ärmeren und zumal die südlichen Wahlkreise eine Delegation nach Krakau nicht vornehmen können.

Was die von der Gesammtpartei unternommenen Aktionen betrifft, so will ich zunächst unseren Protest gegen den Ausgleich mit Ungarn und die Kundgebung gegen die durch den § 14 oktroyirte Zuckersteuer hervorheben. An einem Tage wurden in Oesterreich von der Gesammtpartei mehr als 1,000.000 Flugblätter in allen österreichischen Sprachen verbreitet. Hiebei ist es an einzelnen Orten zu heftigen Zusammenstößen und in Graslitz sogar zu Blutvergießen gekommen. Es gab dort vier Todte und fünf Schwerverwundete.

Für die Aufhebung des Zeitungs- und Kalenderstempels wurde eine intensive Bewegung ins Leben gerufen. Alle Regierungen haben an ihm festgehalten, und schließlich erklärte die Regierung Thun sich bereit, den Zeitungsstempel aufzuheben, wenn ihr im Wege der indirekten Steuern ein Aequivalent geboten werde. Wir haben aber eine lebhafte Bewegung ins Rollen gebracht, auch die bürgerlichen Parteien mußten sich derselben anschließen, und am 17. November des Jahres 1899 hatten wir die erfreuliche Thatsache zu verzeichnen, daß die Aufhebung des Zeitungs- und Kalenderstempels im österreichischen Abgeordnetenhause einstimmig angenommen wurde, ohne der Regierung eine Gegenkonzession zu bieten. Dies hinderte allerdings unser Herrenhaus nicht, wahrscheinlich durch eine nachträgliche Korrektur der Regierung, die auf der Beibehaltung des Zeitungsstempels beharren wollte, zu versuchen, die Sache wieder zu verschleppen. Durch ein momentan energisches Eingreifen unsererseits ist es uns aber glücklich gelungen, auch den Widerstand des Herrenhauses zu brechen.

Von großer Bedeutung war die Aktion des Bergarbeiterstreiks, der Dimensionen annahm, wie sie in Oesterreich noch kaum ein Streik zu verzeichnen hatte, nicht nur in Bezug auf die Zahl der streikenden Arbeiter — es waren ihrer 70.000 — sondern auch bezüglich der Dauer dieses Kampfes; er begann am 2. Jänner 1900 und wurde am 8. April beendigt. Unter dem Eindruck dieses gewaltigen Streiks haben die sozialdemokratischen Abgeordneten einen Antrag auf Einführung des Achtstundentages im Bergbau im Abgeordnetenhause eingebracht, und so sehr von verschiedenen Seiten einer Verkürzung der Arbeitszeit im Bergbau entgegengearbeitet wurde, mußte die Regierung, unserem Ansturme nachgebend, eine Gesetzesvorlage einbringen — es war dies im Mai v. J. — in welcher sie die neunstündige Arbeitsschicht zusichert. Durch die jungczechische Obstruktion wurde die Gesetzwerdung des Neunstundentages damals verhindert, so

daß wir erst im Jahre 1901 das Gesetz über den Neunstundentag im Bergbau erhalten haben. Das Gesetz tritt am 1. Juli 1902 in Kraft, und wir sehen seinen Wirkungen entgegen.

Ich komme zu einer dritten das ganze Reich umfassenden Aktion, und zwar betreffend die Reichsrathswahlen. Durch die Obstruktion im österreichischen Parlament wurde das Abgeordnetenhaus unter den heftigsten national-chauvinistischen Kämpfen aufgelöst. Man war — oder wenigstens Viele von uns — waren der Meinung, daß es ausgeschlossen sei, daß auf Grund des alten Wahlrechtes noch einmal werde zur Urne geschritten werden. Wir haben uns getäuscht. Die Wahlen wurden auf Grund des alten Wahlgesetzes ausgeschrieben, und sie haben nicht weniger als ein Vierteljahr hindurch gedauert. Bebel hatte die Liebenswürdigkeit, unseren Erfolg als einen besonders günstigen zu bezeichnen. Nun, wir hatten in diesem Jahre wohl einen weitaus schwierigeren Stand als im Jahre 1897, indem wir jetzt die bürgerlichen Parteien im geschlossenen Widerstand gegen uns kämpfen sahen. Die durch den nationalen Chauvinismus aufgepeitschten Leidenschaften, unter denen wir den Wahlkampf führen mußten, die großen Territorien, die wir agitatorisch zu bearbeiten hatten, sind wohl mit Gründe, um sagen zu können, daß wir diesen Wahlkampf verhältnißmäßig günstig abgeschlossen haben. Aber ein Moment ist nicht ohne Einfluß auf den Ausfall der Wahlen gewesen, ich meine die Vertrauensmännerorganisation in ganz Oesterreich. So gut diese Organisation in vielen Fällen sein mag, so muß doch konstatirt werden, daß sie bei der Wahlarbeit für die Reichsrathswahlen häufig versagt hat. So kam es, daß wir eine ganze Reihe von nach dem Gesetze wahlberechtigten sozialdemokratischen Genossen in den Orten hatten, aber keine Wähler, weil sie nicht in die Wählerliste aufgenommen waren. Im Interesse eines späteren Wahlkampfes würde ich Sie bitten, diesen Punkt nicht so oberflächlich wie bisher zu behandeln, sondern auf die Ergänzung der Wählerliste das Hauptgewicht in der ganzen Wahlarbeit zu legen. Bemerken muß ich noch, daß die finanziellen Mittel, die uns zu Gebote standen, ziemlich beschränkt waren, und ich kann nicht umhin, von dieser Stelle aus jenen — insbesondere den reichsdeutschen — Genossen, die uns eine materielle Unterstützung im Wahlkampfe haben angedeihen lassen, den wärmsten Dank hiefür auszusprechen.

Nebst den Reichsrathswahlen hatten wir aber auch eine Reihe von Gemeindewahlen. Wenn ich in erster Linie von den Wiener Gemeindewahlen sprechen soll, so haben wir nach jahrelangem Kampfe ein verstümmeltes, nach Badeni'schem Muster zugestutztes allgemeines Gemeindewahlrecht bekommen, und das unter Kautelen und Einschränkungen, die erst unlängst wieder so kraß gezeigt haben, was in Oesterreich zur Sanktion vorgelegt werden kann, ein Wahlrecht, das einer Klique von Leuten, wie es die Wiener Christlich-Sozialen sind, jederzeit gestattet, auf bloße Zwischenrufe eines Gemeinderathes hin die Disziplinarkommission einzuberufen und den Ausschluß eines Mitgliedes von so und so viel Sitzungen zu beschließen, ein Wahlrecht, das ermöglicht, einem Gemeinderathe aus Willkür und Bosheit sein Mandat mit der Wirkung abzuerkennen, daß er zwei Jahre nicht mehr wählbar ist.

Aber auch draußen in der Provinz haben wir uns wiederholt an Gemeindewahlen betheiligt, und zwar, wie ich gestehen muß, mit mehr Erfolg als bei uns in Wien. Die Ursache dieser größeren Erfolge will ich hier nicht untersuchen, auch eine genaue Statistik darüber zu geben, ist unmöglich, aber Thatsache ist, daß die sozialdemokratische Partei in eine ganze Reihe von Gemeindevertretungen eingedrungen ist, daß sie in einzelnen Gemeinden sogar die Majorität errungen hat, die es ihr ermöglichte, auch Sozialdemokraten zu Bürgermeistern zu wählen.

Wir haben uns auch an Landtagswahlen betheiligt, und zwar insbesondere in Niederösterreich und Böhmen. In Niederösterreich war es uns bei der Ersatzwahl für den Landtag möglich, Genossen Adler in der privilegirten Kurie durchzubringen. Genosse Adler ist somit der Erste — neben Genossen Seitz, der bei den Reichsrathswahlen ja auch in einer privilegirten Kurie durchdrang — der in einer privilegirten Kurie bei den Landtagswahlen den Sieg davongetragen hat. Er ist heute der einzige Hecht in dem niederösterreichischen Landtagskarpfenteiche, und hat der herrschenden Majorität schon manch harte Nüsse zu knacken gegeben.

Ich komme nun auf den Petitionssturm zu Gunsten der Einführung einer Alters- und Invaliditätsversicherung und Witwen- und Waisenversorgung zu sprechen. Es ist nicht zu leugnen, daß, wenn wir uns auch über die Wirkung dieser Petitionen im Abgeordnetenhause keine allzu großen Hoffnungen machen, wir aber gerade dadurch, daß wir mit dieser Petition von Haus zu Haus, von Thür zu Thür gingen, dadurch, daß wir draußen in der Provinz die Gemeindevorstehungen gezwungen haben, zu dieser Petition Stellung zu nehmen, zu Gunsten der Alters- und Invaliditätsversicherung über ganz Oesterreich eine Agitation entfesselt haben, wie sie auf dem Wege einer rein mündlichen Agitation niemals möglich gewesen wäre. Diese Petitionen waren den bürgerlichen Parteien sehr unangenehm, und insbesondere in Böhmen und Mähren waren es die Deutschnationalen, die davon abgerathen haben, diese Petition zu unterzeichnen. Jedoch trotz aller Gegenagitation ist es uns gelungen, mehr als 600.000 Unterschriften aus allen Theilen Oesterreichs für diese Petitionen zu erhalten. Es ist uns gelungen, von zirka 1500 Gemeinden und weit über 1000 Arbeiterorganisationen und von beinahe ebenso vielen Krankenkassen Petitionen aufzubringen. Wir dürfen hier aber nicht stehen bleiben, wir müssen diese Agitation auch weiter fortsetzen, im Interesse der Sache sowohl, als auch im Interesse der Agitation.

Ich komme nun auf die Frage der Gesammtpartei und ihr Verhältniß zu den nationalen Gruppen zu sprechen. Es war im Jahre 1897 in demselben Saale, in dem wir heute tagen, wo wir uns in nationale Gruppen sonderten. Es wurde der neuen Organisationsform von vielen Genossen eine sehr trübe Prognose gestellt. Wie immer man über die neue Organisationsform denken mag — ich bitte Sie, nur einen Vergleich zu ziehen zwischen den heutigen Berichten der einzelnen nationalen Exekutiven gegenüber den Berichten für den 97er Parteitag.

Sie werden finden, daß sich unsere Organisation, obwohl sie in den letzten vier Jahren mit den allerwiderwärtigsten Verhältnissen zu kämpfen hatte, dessenungeachtet ganz bedeutsam entwickelt hat, und zwar nur deshalb, weil die einzelnen nationalen Gruppen in ihrer Muttersprache an ihre Angehörigen herantreten konnten und sich die einzelnen Theile durch die Fremdsprachigkeit nicht mehr abgestoßen fühlten wie ehedem. Vergleichen Sie zunächst die Entwicklung der Presse seit 1897. Damals hatten wir in der „Arbeiter-Zeitung" das einzige Tagblatt in unserer Partei, heute hat unsere Partei bereits acht Tagesblätter, daneben eine ganze Menge von Blättern, die zwei- bis dreimal wöchentlich erscheinen, und eine ganze Reihe von Wochenblättern, die früher nur 14tägig erschienen sind. Es sind ungezählte Millionen von Blättern, die Woche für Woche als Ergänzung unserer mündlichen Agitation unter die Genossen hinausgehen.

Wir können mit Befriedigung auf die letzte Berichtsperiode zurückblicken, eine Periode, die nicht reich ist an äußerlichen Effekten, aber umso reicher an innerer Arbeit und Ausgestaltung unserer Organisation. Es werden Genossen kommen und sagen: Die Parteiexekutive sei in dieser oder jener Frage nicht rasch, nicht energisch genug vorgegangen. Wenn Sie glauben, uns zu größerer Energie aufpulvern und anpeitschen zu müssen, so mag dies vielleicht sehr vernünftig sein, aber seien Sie überzeugt, daß wir unsere Energie immer unter Berücksichtigung der jeweiligen Verhältnisse einrichten mußten, und diese Verhältnisse waren wirklich nicht günstig.

Das Verhältniß zwischen den einzelnen nationalen Exekutiven untereinander, sowie das Verhältniß der nationalen Exekutiven zur Gesammtparteivertretung, war bis heute das denkbar günstigste, es hat bei allen gemeinsamen Aktionen immer das beste Einvernehmen geherrscht. (Beifall.) Wenn hie und da kleine Differenzen vorkamen, wie solche ja unvermeidlich sind, so wurde nach gegenseitigem Meinungsaustausch doch immer vollste Einmüthigkeit erzielt. Soll unsere ganze Arbeit ersprießlich sein, so muß dieser innige Kontakt der nationalen Exekutiven mit der Gesammtexekutive aufrecht erhalten bleiben. Mögen wir auf Grund der 97er Beschlüsse uns in nationale Gruppen gesondert haben — in dem Momente, wo ein Recht der Arbeiterschaft angetastet wird oder wo wir glauben, einen Vorstoß für die Erringung eines neuen Rechtes für die Arbeiterschaft machen zu müssen, in dem Momente werden wir, wie bisher, einig und geschlossen den bürgerlichen chauvinistischen Gegnern gegenüber stehen. (Beifall.) Von diesem Gesichts-

punkte aus wollen wir auch heute wieder unseren Bund der Einigkeit besiegeln und den bürgerlichen Parteien auch für die Zukunft beweisen, daß uns das getrennte Marschiren noch lange nicht hindert, die bürgerliche Klique und Alle, die uns in den Weg treten, vereint schlagen zu können. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Den **Kassabericht** erstattet hierauf

Kořínek (Wien): Die Einnahmen betrugen 5826 Kronen, die Ausgaben 5818 Kronen. Die Haupteinnahmen fließen aus den Beiträgen der nationalen Exekutiven. Der Zentralwahlfonds hat 31.251 Kronen eingenommen und 30.520 Kronen ausgegeben.

Der Berichterstatter beklagt es, daß die Einnahmen im Allgemeinen und insbesondere in dem Verhältnisse zu den nöthigen Ausgaben nur sehr mangelhaft eingeflossen sind. Es mußte infolgedessen für die Auslagen der Gesammtexekutive der Wahlfonds herangezogen werden. Der Berichterstatter spricht den auswärtigen und insbesondere der deutschen Organisation den wärmsten Dank für die materielle Unterstützung aus. Die Gesammtexekutive hätte aber einen weitaus günstigeren Kassenstand, wenn die einzelnen nationalen Exekutiven ihren finanziellen Verpflichtungen pünktlicher nachgekommen wären; wie die Dinge aber heute stehen, haben die czechische und die polnische Exekutive nicht unbedeutende Zahlungsrückstände gegenüber der Gesammtexekutive. Der Berichterstatter will diesen Exekutiven hieraus einen Vorwurf nicht machen, sondern erklärt dies mit dem Mangel an ihnen selbst zur Verfügung stehenden Geldmitteln. Dies erkläre sich wieder daraus, daß sich die Parteisteuer unter den Genossen noch nicht eingelebt habe. Die czechische Exekutive hoffe aber, daß es ihr in Bälde möglich sein werde, ihre Schulden zu tilgen. Das Gleiche gelte von der polnischen Exekutive. Was die übrigen, insbesondere die slovenische Exekutive betreffe, so sei diese selbst auf die Unterstützung der Gesammtpartei angewiesen. Der Berichterstatter bittet, daß die Exekutiven sowohl ihren rückständigen, als auch ihren laufenden Verpflichtungen nach Möglichkeit nachkomme, um dem nächsten Parteitage ein günstigeres Bild über die Kassenlage entwerfen zu können. (Bravo!)

Vaněk (Prag): Im Berichte der Gesammtparteivertretung kommen folgende Sätze vor: „Die Badenischen Sprachenverordnungen, dieses natürliche Produkt des unter konstitutioneller Maske verhüllten traditionellen österreichischen Absolutismus, hatten den latenten Konflikt zwischen dem vermorschenden Privilegienstaate und den lebendigen Freiheitsbedürfnissen des Volkes zu heftigem Ausbruch und die Blase der konstitutionellen Lüge zum Platzen gebracht. Vom Zorn des empörten Parlamentes in die Enge getrieben, ließ der Feudalabsolutismus die Maske fallen, und indem er zu seiner Rettung Polizeigewalt und Militärschutz anrief, offenbarte er brutal seinen wahren Charakter, zugleich aber auch seine totale Unfähigkeit, die österreichische Frage zu lösen." Auf der nächsten Seite heißt es: „Zwar demissionirte das Ministerium Clary sehr bald und das Zwischenministerium Wittek exzedirte noch in ausgiebigem Mißbrauch des § 14, aber die Sprachenverordnungen erstanden aus ihrem Grabe nicht mehr." Die Sprachenverordnungen sind nun doch schon seit zwei Jahren aufgehoben, und wir halten es für ganz überflüssig, darüber zu sprechen und insbesondere in einer solchen Art zu sprechen, als ob man sagen wollte, daß man sich darüber freue, daß die Sprachenverordnungen aufgehoben sind.

Ich glaube, der Bericht hätte, bevor er veröffentlicht wird, auch den nichtdeutschen Exekutiven mitgetheilt werden müssen, in deren Namen ja der Bericht zugleich erstattet wird. Wenn dies der Fall gewesen wäre, so wäre ein solcher Passus gewiß nicht in den Bericht hineingekommen.

Dr. **Morgenstern** (Mährisch-Schönberg): Thatsache ist, daß die Sozialdemokratie in der V. Kurie die stärkste Partei ist, allein ich halte die Schlußziffern des Berichtes über das Ergebniß der Reichsrathswahlen für übertrieben. Die Berechnung des Berichtes bezüglich der Urwähler scheint mir ebenfalls unrichtig zu sein, denn es dürfte fast nirgends vorgekommen sein, daß die im Berichte angenommenen Zahlen der Betheiligung thatsächlich erreicht wurden, so daß mir auch die Durchschnittszahl nicht zutreffend erscheint. Ich kann dies auf Grund der Beobachtungen im VII. mährischen Wahlkreise, wo wir eine ausgedehnte Statistik aufgenommen haben, ruhig behaupten.

Ich bringe das hier deshalb zur Sprache, weil darin eine Ueberschätzung unserer Kraft gelegen ist. Wenn wir bei den nächsten Wahlen in einigen Kronländern direkt wählen werden, dann wird es so aussehen, als ob die Partei zurückgegangen wäre. Gleichzeitig werden aber auch durch diese Berechnung die bürgerlichen Parteien zu hoch eingeschätzt. In der Schlußziffer heißt es, daß fast sechs Millionen Stimmen abgegeben worden sind, was meiner Ansicht nach gewiß unrichtig ist.

Unsere czechischen Genossen prunken in dem Berichte in Bezug auf ihre Presse mit Millionen-Ziffern. Wenn man die Jahresauflage berechnet, so hat ein einziges Tagblatt, das eine Auflage von nur 10.000 Exemplaren hat, im Jahre schon eine Auflage von mehreren Millionen Exemplaren. Dadurch wird ein absolut falsches Bild hervorgerufen.

In Bezug auf die Taktik muß ich konstatiren, daß gewisse Dinge, die sich in der Wahlbewegung gezeigt haben, im Berichte gar nicht berührt sind. In einigen Wahlkreisen haben zum Beispiel bei den Stichwahlen unsere Genossen den Ausschlag gegeben, und es wäre zu wünschen gewesen, daß hier ein einheitliches Vorgehen beobachtet worden wäre. Ich gebe allerdings zu, daß die politischen und nationalen Verhältnisse in den einzelnen Wahlkreisen sehr verschiedene sind und daß daher seitens des Parteitages eine einheitliche Direktive nicht gegeben werden kann, aber gewisse Grundsätze müssen doch unbedingt aufgestellt werden. So wie die Genossen in den Alpenländern unter allen Umständen gegen die Christlich-Sozialen auftreten, so muß in den Sudetenländern unter allen Umständen die Parole gelten: Gegen die Alldeutschen!

Das Ergebniß der Sammlung von Unterschriften für die Petitionen ist durchaus kein imponirendes. Ich meine, daß diese Aktion für die Altersversicherung sehr bedeutend gewonnen hätte, wenn dieselbe durch ein Flugblatt unterstützt worden wäre. Die Broschüre, welche von der Parteivertretung anempfohlen wurde, hat ihren Zweck nicht erfüllt, da sie zu wenig verständlich geschrieben ist.

Die Sitzung wird um 12 Uhr Mittags unterbrochen.

Nachmittagssitzung (Beginn 1/4 3 Uhr).

Vorsitzender **Popp**: Die Debatte über den Bericht der Gesammtparteivertretung wird fortgesetzt.

Reger (Mährisch-Ostrau) bringt gegenüber dem Berichte der polnischen Exekutive eine Berichtigung vor, dahingehend, daß der „Naprzod" nicht 12mal, sondern 125mal konfiszirt wurde — in der Zeit von 19 Monaten. (Hört! Hört!) Was den vom Staatsanwalt Dolinski mit diesen Konfiskationen beabsichtigten Zweck betrifft, so sagte Herr Dolinski in seiner Anklageschrift zum Militärprozeß selbst, es sei nicht gelungen, trotz aller materiellen Schäden, die dem Blatte beigebracht wurden, den bösen „Naprzod" von dem eingeschlagenen Wege abzubringen; der „Naprzod" bleibe immer auf demselben Standpunkte.

Dr. **Soukup** (Prag) bemängelt die Fassung des Berichtes in Bezug auf die Sprachenfrage. Es ist Thatsache, daß die Sprachenverordnungen ein historisches Ereigniß waren, das in Böhmen zu großem Blutvergießen geführt hat. Zweifellos ist, daß die Bemerkungen des Berichtes über diese Sprachenverordnungen unter der Suggestion der deutschbürgerlichen Presse, daß die Deutschen in Oesterreich unterdrückt werden, geschrieben wurden. So richtig es ist, daß die Sozialdemokratie den Sturz des Ministeriums Badeni herbeigeführt hat, so ist es doch nothwendig, hervorzuheben, aus welchen Gründen die Sozialdemokratie diesen Sturz Badeni's herbeiführte, und der Grund war nicht die Herausgabe der Sprachenverordnung, sondern daß die Regierung Badeni's den österreichischen Parlamentarismus erschlagen wollte. Die Deutschbürgerlichen haben wohl wegen der Sprachenverordnungen zur Obstruktion gegriffen, die sozialdemokratischen Abgeordneten aber nur deshalb, weil der Parlamentarismus und die Freiheit im Parlamente ertödtet werden sollte. Gewiß waren wir von den Sprachenverordnungen nicht begeistert, weil sie eben nur Ministerialverordnungen waren und jederzeit zurückgenommen werden konnten, nicht aber etwa deshalb, weil sie ihrem Wesen und ihrem Grunde nach unrichtig gewesen wären.

Diese Sprachenverordnungen entsprachen vielmehr der vernewerten Landesordnung vom Jahre 1627, sie entsprachen dem kaiserlichen Patent vom Jahre 1848 und schließlich auch dem Artikel 19 des Staatsgrundgesetzes. Alle diese Gesetze haben ja die volle Gleichberechtigung aller Sprachen dieses Reiches ausgesprochen. Diese Gleichberechtigung kann nun eine zweifache Auslegung erfahren, man kann sie als eine doppelsprachige und eine einsprachige Gleichberechtigung ansehen. Auf dem Standpunkte der doppelsprachigen Gleichberechtigung standen die Badeni'schen, auf dem Standpunkte der einsprachigen Gleichberechtigung standen die Gautsch'schen Sprachenverordnungen. Nach den Badeni'schen Sprachenverordnungen mußte jeder Beamte in Böhmen die deutsche und die czechische Sprache können, während Gautsch ganz Böhmen in drei Gebiete, in ein deutsches, in ein czechisches und in ein gemischtsprachiges Gebiet, eintheilte. Und diesen Standpunkt der Gautsch'schen Sprachenverordnung, der ja dem Geiste des Gesetzes entsprach, haben auch unsere Abgeordneten im Parlamente immer vertreten, und auch die „Arbeiter-Zeitung" erklärte, daß die Gautsch'schen Sprachenverordnungen dem Geiste des Gesetzes entsprechen, sie machte nur den Einwand, daß sie nicht als Gesetz, sondern als Verordnung erlassen wurden.

Heute ist die Einführung eines nationalen Gesetzes in Oesterreich unmöglich, es wird vielmehr erst zu einer Demokratisirung des österreichischen Parlamentes kommen müssen. Unsere Aufgabe ist es, auf eine solche Demokratisirung hinzuwirken, damit ein solches Gesetz auch endlich zu Stande kommt. Von diesem Bestreben geleitet, müssen wir die Entwicklung der unterdrückten Nationen in Oesterreich unterstützen, und es heißt auch im Berichte, daß, je mächtiger die nationalen Organisationen sind, desto mächtiger und stärker die ganze proletarische Bewegung Oesterreichs sein wird. (Beifall.)

Dr. **Adler** (Wien): Die Bedenken, die von den Genossen Vaněk und Soukup bezüglich der Sätze, die von den Badeni'schen Sprachenverordnungen handeln, hier vorgebracht wurden, sind nicht ganz begründet, weil, was in denselben gesagt ist, in nichts den Ausführungen des Genossen Soukup widerspricht. Soukup hat anerkannt, daß die deutsche und czechische Parteipresse auf dem Standpunkte stand, daß der Inhalt der Sprachenverordnungen vielfach einer vernünftigen Regelung entsprechen würde, daß aber die Form dieser Regelung niemals zu einer Beilegung des Sprachenstreites führen könnte.

Genosse Soukup ist auf das Jahr 1627 zurückgegangen und hat alle möglichen Gesetze und Verordnungen zitirt. Genossen! Damit kommt man in der Sprachenfrage nicht weiter. In sprachlichen und nationalen Dingen gibt es keine absolute Gerechtigkeit und keine absolute Gesetzlichkeit. Das Verhältniß zweier Nationen kann nur durch gegenseitiges Einvernehmen geregelt werden. Absolute Gleichberechtigung und absolutes Recht auf nationalem Gebiete gibt es gar nicht, Recht ist, was den Leuten recht ist, womit beide Theile übereinstimmen. Ohne diese gegenseitige Uebereinstimmung ist alle Berufung auf Gesetze vollständig illusorisch. Ich will nicht Alles, was im Berichte gesagt ist, vertheidigen. Was aber dort gesagt werden sollte, war nur eine Kritik dessen, daß man nach altösterreichischer Weise die sprachlichen Wirren durch Ukase und Schacher lösen will. Der Eingriff Badeni's war ein Verbrechen, gleichgiltig, ob er den Czechen zugute gekommen ist und ob die Deutschen darunter gelitten haben, und ebenso war auch die Aufhebung dieser Sprachenverordnungen ein derartig unberechtigter Eingriff. Die Erlassung der Sprachenverordnungen war in diesem Sinne ein Fehler wie die Aufhebung derselben. Aber darüber ist unter uns gar kein Zweifel, daß nicht der Inhalt, sondern die plumpe Erlassung der Sprachenverordnungen, ihr absolutistischer Ursprung die Sache verdorben hat. Genosse Soukup sagt, daß unser Bericht unter der Suggestion der bürgerlichen Presse steht. Unter der Suggestion der bürgerlichen Presse nun stehen naturgemäß wir Alle. Daß aber wir Deutsche am meisten unter dieser Suggestion stünden, das erlaube ich mir wohl zu bezweifeln. (Zustimmung bei den deutschen Genossen.) Unsere Partei ist die stärkste, die Deutschen haben eine nach Parteien differenzirte bürgerliche Presse, wir haben die Auslandspresse und wir sind daher viel freier von einer solchen Suggestion als zum Beispiel die Czechen, die als ausschließliches Organ der öffentlichen Meinung in ihrem Lande die „Narodny Listy" haben. Die Czechen

müssen auf diese bürgerliche Presse viel mehr Rücksicht nehmen, sie müssen viel empfindlicher sein, als wir es zu sein brauchen, wenngleich ich anerkennen will, daß die czechischen Genossen in der Zeit der heftigsten Unruhen in Prag eine Stellung eingenommen haben, die ihnen immer zum großen Ruhme gereichen wird, indem sie sich der ganzen öffentlichen Meinung in Prag mit einem wahren Heldenmuthe entgegengestellt haben. (Zustimmung.) Aber diese tägliche Suggestion der bürgerlichen Presse, mit der wir im Kampfe stehen, läßt sich nicht ableugnen, wir unterliegen ihr Alle, es ist dies eben der Ausdruck der Thatsache, daß wir nicht allein auf der Welt sind. (Heiterkeit.)

Dr. Morgenstern ist mit der ganzen Partei sehr unzufrieden. Ich freue mich darüber, daß es unter uns Genossen gibt, denen wir viel zu wenig leisten, und ich werde mich noch mehr freuen, wenn sich seine Unzufriedenheit oben in Mährisch-Schönberg recht austobt. (Heiterkeit.) Aber er möge die Freundlichkeit haben, wenn er schon Thatsachen anführt, von denen er meint, daß sie mit dem Berichte nicht in Einklang zu bringen sind, doch etwas mildherziger mit uns umzugehen. Er hat unsere Wahlstatistik angefochten. Wenn Sie von der österreichischen Wahlstatistik bei den indirekten Wahlen sprechen, wo es keine amtliche Statistik gibt, und sagen, daß diese unsere Ziffern falsch sind, so hätte die Gerechtigkeit erfordert, daß auch die Schlüsse hervorgehoben werden, die aus diesen Ziffern gezogen wurden. Die Konklusion ist nämlich nicht aus der Summe von 800.000 Stimmen gezogen, sondern aus der Vergleichung unserer Ziffern mit denen der anderen Parteien. Wir wissen, daß diese Ziffer das Resultat einer Berechnung ist, die anfechtbar sein mag, aber gewiß nicht in dem Grade, wie Dr. Morgenstern glaubt, denn es gibt Bezirke, wo auf einen Wahlmann 300, 400, ja 500 Männer kommen. Wir haben unsere Schlüsse sowohl aus der Zahl der Wahlmänner bei den indirekten Wahlen, als auch aus der Zahl der Urwähler bei den direkten Wahlen, und zwar womöglich nach amtlichen Ziffern gezogen. In beiden Abtheilungen, sind wir die weitaus stärkste Partei. (Dr. Morgenstern: Das habe ich auch anerkannt!) Wenn sich nun der Berichterstatter den Luxus gestattet und da Berechnungen anstellt, wodurch er auf die Ziffer von 800.000 kommt, so soll man doch dem armen Genossen Bebel, der an diesen 800.000 Stimmen seine Freude hat, dieses Vergnügen nicht verderben, und ich möchte bitten, da etwas weniger herzlos mit uns zu verfahren. (Heiterkeit.)

Nemec (Wien): Dr. Adler erklärt die von Vaněk und Soukup erhobenen Vorwürfe für unbegründet. Ohne auf das Meritorische der Sprachenverordnungen einzugehen, führt doch der Parteibericht zu der Auffassung, daß die Sozialdemokratie in Oesterreich in den letzten zwei Jahren nichts Anderes gethan habe, als gegen die Sprachenverordnungen anzukämpfen (Widerspruch seitens Dr. Adler), und daß sie deren Aufhebung als großen Sieg betrachtet habe. Es klingt so, als ob wir in den letzten zwei Jahren nichts Anderes gethan hätten. Wir sind gegen die Stylisirung aufgetreten, um Klarheit zu schaffen und zu beweisen, daß es sich uns nicht um die Sprachenverordnungen, sondern um größere Dinge gehandelt hat.

Pernerstorfer: Ich habe unlängst bei meiner Budgetrede im Parlament gesagt, daß die Sozialdemokratie kein Interesse daran habe, das Parlament mundtodt zu machen, sondern unser Bestreben vielmehr dahin geht, aus diesem Scheinparlament einen wirklichen Faktor des öffentlichen Lebens zu schaffen. Wir waren gegen die Sprachenverordnungen, weil wir nach der Art ihres Zustandekommens keine Gewähr für eine gedeihliche Lösung der sprachlichen und der nationalen Frage in ihnen sahen. Auch unter Taaffe wurden im Jahre 1891 die merkwürdigen Ausgleichskonferenzen einberufen, deren Ergebnißlosigkeit darin begründet war, daß nur einzelne Parteien — ein paar Feudale und Altczechen — zu denselben geladen wurden. Wir waren gegen die Sprachenverordnungen, weil die Sprachenfrage nicht durch ministerielle Verordnungen geregelt werden kann, aber auch sachlich sind wir — Deutsche und Czechen — mit den Sprachenverordnungen nicht einverstanden, weil wir heute in der Nationalitätenfrage ein bestimmtes Programm haben, ein Programm, das uns auf den Weg der Autonomie der Nationen und nicht der Autonomie der Länder verweist. Auf das *Lebhafteste möchte ich* aber davor warnen, mit alten Jahreszahlen zu operiren.

Genosse Soukup ist auf das Jahr 1627 zurückgegangen, er hätte noch weiter zurückgehen können. Aber wir werden uns doch nicht auf historische Verträge berufen, wir berufen uns vielmehr auf die lebendige Kraft der Nationen, die ihnen auch das ihnen gebührende Recht erobern wird. In der Sprachenfrage kann keine andere Verständigung gefunden werden als eine, die von beiden Seiten akzeptirt wird. Heute, wo wir auf beiden Seiten bürgerliche Parteien haben, die den Weg einer Verständigung der Nationen gar nicht einmal suchen wollen, können wir nur als gute Rathgeber einstweilen bei Seite stehen. Aber unmöglich ist es für uns, bei den von beiden Seiten aufgestellten überhitzten nationalen Programmen uns in die Reihen der Kämpfer zu stellen, obwohl es keinem deutschen oder czechischen Sozialdemokraten einfallen wird, wirklich nationale Interessen seines Volkes im Stiche zu lassen. Wenn heute in dem Berichte von den Sprachenverordnungen in der Weise, wie es dort der Fall ist, gesprochen wird, so war das vielleicht eine kleine Ungeschicklichkeit, wir haben es heute nicht mehr nöthig, uns über diese vergangenen Dinge zu echauffiren. Wir sollen aus diesem Vorfalle nur die eine Lehre ziehen, daß wir die Streitpunkte, die in nationalen Dingen vorhanden sein mögen, nicht noch unnöthigerweise durch alte Reminiszenzen verstärken, weder durch Erinnerungen aus dem Jahre 1897, noch aus dem Jahre 1627. (Lebhafte Heiterkeit.)

Das Schlußwort erhält

Skaret (Wien): Ich kann nicht verstehen, warum sich die czechischen Genossen in dieser Sache so ereifern, und ich weiß nicht, wie sie sich vorstellen, daß der Bericht verfaßt werden soll. Die nationalen Exekutiven sind ja ohnedies in der Gesammtexekutive durch Vertrauensmänner vertreten, und sie müssen doch zu der Urtheilsfähigkeit der Genossen, welche sie selbst delegirt haben, Vertrauen haben.

Genosse Morgenstern stellt sich das Sammeln von Unterschriften für die Petitionen etwas zu leicht vor. Ich meine, auch wenn wir ein Flugblatt beigegeben hätten, so hätten wir noch immer das Mißtrauen der Bevölkerung, etwas zu unterschreiben, was den Titel „Versicherung" trägt, zu überwinden gehabt. Die Leute sind eben durch die Versicherungsagenten kopfscheu geworden. Da hätte uns auch eine noch so populär geschriebene Flugschrift nicht viel geholfen, abgesehen davon, daß eine solche Mittel erfordert hätte, die uns nicht zur Verfügung stehen.

Die Ziffern bezüglich der Wahlen sind der offiziellen Statistik entnommen. Wenn hier berechnet wird, daß auf einen Wahlmann 150 Urwähler entfallen, so kommt diese Berechnung ja auch den bürgerlichen Parteien zugute und ändert nichts an der Thatsache, daß die sozialdemokratische Partei mit Rücksicht auf die abgegebenen Stimmen die stärkste Partei ist.

Was unser taktisches Verhalten anbelangt, so meine ich, daß wir uns bei unseren Handlungen nicht davon leiten lassen dürfen, was eventuell unsere bürgerlichen Gegner dazu sagen könnten, sondern einzig und allein, was unserer Ueberzeugung nach richtig erscheint und was der Arbeiterschaft sowie unserer gesammten Parteibewegung nützt. In diesem Sinne wollen und müssen wir auch in Zukunft unseren Kampf führen, getragen von dem Bewußtsein, daß wir auch siegen.

Dr. **Soukup** (Prag) berichtigt thatsächlich, daß er nur darauf hingewiesen habe, daß im Artikel XIX der Staatsgrundgesetze derselbe Grundgedanke ausgesprochen sei wie in der Landesordnung vom Jahre 1627.

Körbler (Wien) berichtet im Namen der Kontrole und beantragt, dem Kassier der Gesammtexekutive das Absolutorium zu ertheilen.

Der Antrag wird einstimmig angenommen und zum dritten Punkte der Tagesordnung übergegangen: **Bericht über die parlamentarische Thätigkeit.**

Berichterstatter **Daszynski**: Ich will mich im Wesentlichen auf den Bericht über die letzte Parlamentssession beschränken, vorher möchte ich aber noch kurz auf jene Zeit zurückgreifen, da Graf Thun zurücktrat und Graf Clary an seine Stelle kam. Damals war es für uns die brennendste Frage, ob das Parlament und der § 14 zusammen bestehen können. Damals haben wir Sozialdemokraten ganz allein den Kampf gegen den § 14 unternommen, und wir hatten es schon so weit gebracht gehabt, daß wir selbst in diesem

Parlamente eine absolute, wenn auch nicht qualifizirte Majorität für unseren Antrag wegen Aufhebung des § 14 erreichten. Ebenso haben wir im § 14-Ausschuß die Majorität erlangt. Und nur die völlige Versumpfung des Ministeriums Wittek hat es gehindert, daß das Parlament sich endgiltig über die Frage: Entweder den § 14 oder das Parlament, entscheide.

In Oesterreich, dem Lande der Unwahrscheinlichkeiten und der Unvernunft, ist es jetzt nach zwei Jahren so weit gekommen, daß wir von einer Lösung der Frage weiter entfernt sind als je zuvor.

Eine zweite hochwichtige Frage war die des Achtstundentages der Bergarbeiter. Die Fraktion hat sich während des Streiks glänzend bewährt. Als immune Staatsbürger haben wir im Streik das gemacht, was unsere heiligste Pflicht war. Ich erinnere Sie nur daran, wie wir unser drei Leute trotz des Verbotes von Versammlungen im schlesischen Kohlenrevier ohne die Einwilligung der Behörden Volksversammlungen abhielten. (Bravo!) Wir wollten die Flinten und die Bajonette auf die Probe stellen, und es hat sich da gezeigt, daß gegenüber dem mannhaften Auftreten von drei Abgeordneten auch in diesem Staate die Flinten und Bajonette zu schwach sind. Auch im Parlamente haben wir in diesem Kampfe unsere Pflicht erfüllt. Sie waren Zeugen, wie das kleine Häuflein von Sozialdemokraten gekämpft hat, wie wir diese Grubenbarone vor den Augen der ganzen gesitteten Welt an den Pranger gestellt haben. In diesem unvernünftigen Oesterreich kann aber etwas Vernünftiges nicht so ohneweiters gemacht werden, und als wir schon fast am Ziele unserer Bestrebungen waren, ging durch das Auftreten der jungczechischen Musikanten wieder Alles in die Brüche.

In dem letzten Wahlkampfe haben wir gewiß eine schmerzliche Niederlage erlitten. Allein ich kann dem Genossen Morgenstern versichern, daß die Ziffer von 800.000 Stimmen gewiß nicht zu hoch gegriffen ist. In meinem Wahlbezirke allein zum Beispiel wurden aus der Wählerliste 9000 Wähler gestohlen. Drehen Sie die Statistik, wie Sie wollen, über diese Thatsache des Massendiebstahles von sozialdemokratischen Stimmen werden Sie nicht hinwegkommen. Und wenn wir diese Stimmen hinzurechnen, dann behaupte ich, daß die Ziffer von 800.000 sogar noch zu niedrig gegriffen ist.

Schließlich haben wir aber doch schlechter abgeschnitten als im Jahre 1897, und wir befanden uns zehn Mann hoch inmitten eines Parlamentes, das plötzlich zu arbeiten anfing. Ich kann aber ohne jede Ueberhebung sagen, wie wir 15 Mann in den Novembertagen 1897 ohne jede Rücksicht und Angst uns auf die Präsidententribüne warfen und der ganzen Reaktion in Oesterreich Stand hielten, ebenso haben wir in der ruhigsten Zeit der Arbeit uns bewährt. Wir waren in nicht weniger als 20 Ausschüssen vertreten. In manchen dieser Ausschüsse hatten wir eine harte und mühselige Arbeit. Ich verweise da nur zum Beispiel auf den sozialpolitischen Ausschuß, in welchem Genosse Schuhmeier in täglichem Kampfe den Achtstundentag nicht nur gegen die Gegner, sondern noch mehr gegen die „Freunde", gegen die falschen Biedermeier zu vertheidigen hatte, die unter dem Schutte des Achtstundentages auch die ganze Sache der sozialdemokratischen Bergarbeiter zu begraben hofften. Ich verweise weiters auf den Eisenbahnausschuß, wo Dr. Ellenbogen, ein Neuling im Parlament und ein Arzt, sich plötzlich zum großen Staunen der Gegner als gewiegter Fachmann in Eisenbahnangelegenheiten entpuppte. Ich verweise ferner auf den Wasserstraßenausschuß, wo wir einen Theil unserer sozialpolitischen Forderungen in Bezug auf die Durchführung der Arbeiten zum größten Theile durchzusetzen vermochten. (Bravo!) Ich verweise endlich auf die vielen anderen Ausschüsse, wo wir in hartem Ringen, immer nur ein Mann gegen viele Angriffe auf das arbeitende Volk abwehrten und Einrichtungen zum Nutzen und Wohle der arbeitenden Volksschichten erkämpften.

Wir haben auch eine ganze Reihe von Anträgen eingebracht, unter denen der wichtigste der Antrag wegen Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts war. Wir haben eine Menge von sozialpolitischen Anträgen eingebracht, gewöhnliche Anträge und Dringlichkeitsanträgen, von denen Sie Kenntniß haben.

Außerdem haben wir in diesen fünf Monaten 151 Interpellationen über-

reicht, von denen aber nur 31 beantwortet wurden. 44 von diesen Interpellationen waren der Lähmung der staatsanwaltschaftlichen Willkür in der Behandlung des gedruckten Wortes gewidmet. Man hat sich über die Interpellationsfluth im österreichischen Parlament vielfach lustig gemacht. Das kann ich aber hier öffentlich sagen: Wir werden jedem Staatsanwalt das Handwerk unmöglich machen, so lange das objektive Verfahren zu einem Werkzeug frivoler Chikanirung der Presse verwendet wird. (Lebhafter Beifall.) Wir werden das Recht der Immunisirung konfiszirter Artikel im Wege der parlamentarischen Anfragen dazu verwenden, um doch einmal das wichtige Recht des freien Wortes in der Presse zu erlangen. Daß solche Interpellationen den Herren Staatsanwälten sehr unangenehm sind, können Sie mir glauben. So hat sich ein Staatsanwalt in Krakau, wie ich im vertraulichen Wege erfahren habe, bei dem dortigen Korpskommandanten entschuldigt, daß er jetzt die sozialdemokratische Presse so wenig konfiszire, wenn sie über die Auswüchse des Militarismus herfalle, indem er sagte, daß der Abgeordnete Daszynski die unangenehme Gewohnheit habe, die Artikel, die er, der Staatsanwalt, konfiszire, durch Einbringung von Interpellationen zu immunisiren, und dann steigen diese sozialdemokratischen Redakteure ganz stolz einher mit dem konfiszirten Artikel in der Hand. (Heiterkeit.) Wenn man eine vernünftige Preßreform macht, wird man diese Interpellationen nicht mehr nöthig haben. Und die Preßreform in Oesterreich ist nicht mehr umzubringen, auch nicht im Wege der parlamentarischen Schliche und Künste hinter den Coulissen.

Wir haben in der letzten Zeit einen Petitionssturm zwischen dem Volke und dem Parlamente vermittelt. Die große Zahl von Unterschriften, die wir da aufgebraucht haben, kann uns umsomehr mit berechtigtem Stolze erfüllen, wenn wir sehen, daß eine zweimal so große Gruppe wie wir, die Alldeutschen, die sich rühmen, den Herzschlag des deutschen Volkes am deutlichsten der übrigen Welt vermitteln zu können, nur mit der größten Anstrengung 10.000 Unterschriften aufzubringen vermochten. Daß uns die Deutsch-Nationalen und Czechisch-Nationalen in dieser Richtung nachhumpeln und uns nachäffen, ist der beste Beweis dafür, daß wir den richtigen Weg betreten haben.

Wir haben uns in diesen fünf Monaten genug Arbeit geleistet. Es war ja die Zeit, wo das Parlament plötzlich vom Arbeitsfieber ergriffen war. Es ist keine Ueberhebung, wenn ich sage, daß, so oft ein sozialdemokratischer Redner auf den Plan trat, sich Alles herandrängte, auch die indifferentesten Elemente, um doch endlich einmal in der Fluth gegenseitiger Beschimpfungen, Verdächtigungen und nationaler Querellen eine sachliche und vernünftige Rede zu hören. Und das Wort der Sozialdemokraten erklang recht häufig von der parlamentarischen Tribüne.

Ich hebe nur hervor, daß die Sozialdemokraten sich in der Debatte über die Thronrede, über die Altersversicherung, über die galizischen Wahlen, über das Rekrutenkontingent, über die sozialpolitischen Anträge, ferner über den Antrag Klofac in Betreff des Selbstmordes des Zilak in Prag, dann bei den riesigen Debatten über die Eisenbahn- und Wasserstraßen-Investitionen lebhaft betheiligten. Wir haben weiters den Antrag auf Einführung der Altersversicherung und den bekannten Antrag des Genossen Pernerstorfer wegen Aufhebung des § 64 St.-G. begründet. Gelegentlich der Debatte wegen der Uebernahme des Protektorates über den katholischen Schulverein seitens des Erzherzogs Ferdinand haben wir darauf hingewiesen, daß in keinem Strafgesetze eines zivilisirten Staates, ja nicht einmal in dem russischen, eine Bestimmung wie in dem unserigen enthalten sei, daß derjenige, der die Ehrfurcht gegenüber einem Mitgliede des kaiserlichen Hauses verletzt, eventuell mit fünf Jahren schweren Kerkers bestraft werden könne. Alle unsere Redner haben damals darauf hingewiesen, daß wir dem Erzherzog ebensowenig wie jedem Anderen das Recht der freien Meinungsäußerung unverkümmert wissen wollen, aber wir wollen, daß das odiose und byzantinische Privilegium abgeschafft werde, das in dem Zeichen der ärgsten Reaktion in Oesterreich entstanden ist und das mit den modernen Anschauungen nicht mehr in Einklang zu bringen ist.

Dann haben wir einige Debatten gehabt, wo wir ein Kreuzfeuer von

Grobheiten und Verdächtigungen über uns ergehen lassen mußten. Ich erinnere nur an den Kampf mit den Christlich-Sozialen und die moralische Hinrichtung des Dr. Lueger und seiner Kampfesgenossen. Ich erinnere daran, daß man diese beiden Debatten wegen Wahrung der Rechte der Lehrer in der ganzen gesitteten Welt thatsächlich als eine Justifizirung Lueger's angesehen hat. (Sehr richtig!)

Wir haben in zwei Budgetdebatten unsere Redner ins Treffen geschickt, und Sie wissen, daß die Genossen Rieger und Pernerstorfer in diesen Debatten unseren Standpunkt klar und präzise zum Ausdruck gebracht haben.

Wenn Sie nun fragen, welche positive Gesetze wir durchgesetzt haben, so verweise ich Sie auf die Aufhebung des Zeitungsstempels, auf das Bergarbeitergesetz, auf den Arbeiterschutz bei den Investitionen, dann auf die scharfe Befehdung des § 14 und seiner Wirthschaft. Was herauszupressen war, haben wir herausgepreßt. Auf die anderen Gesetze, die in dieser Zeit zu Stande kamen, will ich hier nicht hinweisen, da sie nicht als ein direkter Erfolg unserer Aktionen zum Wohle der Arbeiterschaft hingestellt werden können. Ich werde nicht rühmend hervorheben, daß das Parlament eine Milliarde Kronen für Investitionen hinausgeworfen hat. Um sich selbst zu hypnotisiren, haben die Herren das theuerste Getränk gewählt, das in diesem Falle nicht Champagner, sondern Wasser ist. Durch dieses Wasser wurde die nationale Wuth ein wenig abgekühlt, aber es hat uns eine Milliarde gekostet, eine Milliarde, die, wie ich fürchte, wieder aus der Haut der Arbeiter herausgeschnitten werden wird. Ich befürchte, daß wir uns noch zu einer heftigen Gegenwehr werden rüsten müssen, um zu verhindern, daß die Kosten dieser Investitionen einzig und allein die arbeitende Bevölkerung treffen.

Was die nächsten Aufgaben des Parlaments betrifft, so möchte ich darauf hinweisen, daß es sich in erster Linie um die Durchführung einer vernünftigen Preßreform handeln muß. Die beiden Vertreter der Fraktion waren es, welche in der Klubobmännerkonferenz die Regierung im Frühjahr dazu gezwungen haben, in dieser Richtung Farbe zu bekennen. Damals hat Herr v. Körber, der zu jener Zeit überhaupt die Spendirhose an hatte, versprochen, daß er im Herbst mit einer Reform des Preßgesetzes kommen werde. Zugleich hat die Regierung auch auf eine zweite Forderung unsererseits geantwortet, auf die Forderung der Alters- und Invaliditätsversicherung. Die Regierung hat erklärt, daß sie in den nächsten Tagen die Grundzüge der Regierungsvorlage kundmachen werde, damit die Sache in der Oeffentlichkeit diskutirt werde. Weiters wird sich das Parlament mit der Frage des Zoll- und Handelsbündnisses mit Ungarn zu befassen haben, zu welcher wir im Jahre 1897 unsere Stellung genau präzisirt haben. Wir haben damals gezeigt, daß der sogenannte österreichisch-ungarische Ausgleich nichts Anderes als eine ungeheuere Beschummelung Oesterreichs von Seite Ungarns und nur auf Grund einer riesigen Verthenerung des Zuckers, des Salzes, des Branntweins, des Bieres u. s. w. möglich ist. Die Tage von Graslitz und Salzburg sind noch in unserer lebendigen Erinnerung. Die Sozialdemokraten werden auch diesmal gegenüber der Frage des Ausgleichs denselben Standpunkt wie damals einnehmen.

Wenn ich aber von der Zukunft sprechen soll, so beschleicht mich ein Skeptizismus sondergleichen, ein bitteres Gefühl, daß Alles, was wir hoffen und woran wir zu arbeiten bereit sind, vielleicht doch nicht sein wird. Wir wissen nicht, ob das Parlament nicht schon in 14 Tagen nach Hause geschickt werden wird.

Wir haben kein Parlament, denn dieses Chaos von Privilegien und Ungerechtigkeiten, von Unvernunft und Rohheit ist kein Parlament und kann es nicht sein. (Beifall.) Wir haben den Glauben daran verloren, daß dieses Parlament lebensfähig ist. Vier Jahre haben wir uns bemüht, diesen Krüppel am Leben zu erhalten. Wir sind Gewehr bei Fuß dagestanden, und wenn es uns manchmal wahrlich in den Händen juckte, dreinzuschlagen und das Volk aufzurufen, um endlich Ordnung zu schaffen, so haben wir das doch nicht gethan. Wir haben uns absichtlich getäuscht, indem wir meinten, daß dieses Parlament wenigstens ein bürgerliches Parlament werden könne. Dieses Parlament ist heute nur mehr eine Tribüne. Aus diesem Grunde will ich auch nicht von einer parlamentarischen Taktik unsererseits sprechen.

Dieses Parlament ist das getreue Abbild des Zustandes in unserem Gesammtstaate. Wir sehen, daß es genügt, daß morgen Kramař, Pacák, Wolf oder Freßl, der der Dümmste unter ihnen ist (Heiterkeit), aufsteht und sagt: Quod non! das gibt's nicht, und das ganze Spiel mit dem Parlament ist aus. Das ganze Haus und die Regierung muß pariren, wenn sie auch darüber wüthend sind, und das, was heute die Alldeutschen gethan haben, werden morgen die Jungczechen thun. Für uns bleibt nichts übrig, als das zu thun, was wir bisher gemacht haben: im engsten Kontakt mit der Gesammtpartei zu bleiben und als die Vollstrecker des Parteiwillens die Klasseninteressen der österreichischen Arbeiterschaft zu vertheidigen und gegen Vergewaltigung zu schützen.

Wo es sich darum handelte, die parlamentarische Tribüne zur Abwehr gegen den Klerikalismus und den Militarismus zu gebrauchen, haben wir sie bisher in der ausgiebigsten Weise benützt. Wir haben in diesem Kampfe die schärfsten Töne gefunden.

Es entsteht nun die Frage, was wir thun können, um das Chaos zu bannen und das Parlament zu einem wirklichen Organ des Volkswillens zu machen. Es ist wahr, eine Wahlreformbewegung läßt sich nicht machen, aber ich glaube, daß die Partei, wenn nur ein Fünkchen von einer Wahlreformbewegung entsteht, dieses Fünkchen zu einem ganz respektablen Feuer anzufachen verstehen wird. Ich weiß nicht, welchen Weg die Regierung einschlagen wird, ob sie weiter hinter den Koulissen schachern, ob sie den § 14 weiter gebrauchen, ob sie schließlich zu einem Verzweiflungsakt greifen wird. Ich weiß das Alles nicht, und es ist auch gleichgiltig. Aber was immer geschehen mag: wir werden auf der Hut sein, um sofort antworten zu können, indem wir eine entsprechende Wahlbewegung inszeniren.

Ich komme zum Schlusse. Unsere Fraktion hat tüchtig gearbeitet, sie hat sich im parlamentarischen Sturm ebenso wie bei der soliden parlamentarischen Arbeit zum Nutzen der Partei bewährt. Wir gehen im steten Einvernehmen mit der Parteivertretung wie mit allen Genossen in der Provinz vor. Für unsere Reinheit und unsere Tugend wird ja von allen Seiten peinlichst gesorgt (Heiterkeit), so daß wir ja nicht einmal Gelegenheit haben, irgendwie eine schwerere taktische oder programmatische Sünde zu begehen. Ich lasse deshalb alle Horostope für das kranke Parlament am Franzensring bei Seite und schließe mit der Versicherung, daß wir nichts Anderes sind und bleiben wollen als ein Korps der internationalen revolutionären Sozialdemokratie. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Dr. Hugo **Stark** (Karlsbad): Ich will konstatiren, daß die Arbeitsfähigkeit dieses Parlamentes nicht nur wirthschaftliche Vortheile, sondern auch wirthschaftliche Belastungen gebracht hat. Ich frage Sie, wie haben unsere Abgeordneten gegenüber jenen wirthschaftlichen Belastungen das Parlament als Tribüne benützt? Wie haben sie sich zum Beispiel gegenüber der Erhöhung der Branntweinsteuer verhalten? Eine neue indirekte Steuer niederträchtigster Art, die Fahrkartensteuer, ist auf's Tapet gekommen. Unsere Fraktion hätte einerseits die Erhöhung der Branntweinsteuer, andererseits die Zuweisung der Fahrkartensteuervorlage an einen Ausschuß ohne erste Lesung verhindern sollen. Sie hat es nicht gethan, und es ist das eine Unterlassungssünde, die eine Rüge verdient. Unsere Abgeordneten haben es weiter unterlassen, das Parlament als Tribüne zu benützen, um mit der Vergangenheit abzurechnen, und ein bürgerlicher Abgeordneter mußte erst fordern, daß diese Abrechnung mit der Vergangenheit erfolge.

Bezüglich der drohenden Biersteuer wurde bis heute nicht die nöthige Agitation eingeleitet. In der ersten großen Budgetrede, die ein sozialdemokratischer Abgeordneter im österreichischen Parlament gehalten hat, hätte auch für eine Besprechung der schändlichen österreichischen Steuerpolitik Platz sein müssen. Es war eine Unterlassungssünde, wenn dies übergangen wurde. Die ganze Arbeitsfähigkeit des heutigen Parlamentes scheint darauf hinauszulaufen, daß neue, das Volk bedrückende Gesetze durchgepeitscht werden. Unter solchen Umständen müssen wir uns doch fragen, ob wir da eine Unterstützung der parlamentarischen Arbeitsfähigkeit für nothwendig halten.

Eine Unterstützung dieser Arbeitsfähigkeit bedeutet unter Umständen eine

Hinausschiebung der nothwendig eintretenden Katastrophe bis zu einem Zeitpunkt, der für uns ungünstig sein kann. Man möge dem Parlament jenen Bissen zu schlucken geben, an dem es beweisen soll, daß es nicht krank ist. Die Genossen mögen einen Antrag auf Regelung der sprachlichen Verhältnisse in Oesterreich einbringen; da würde sich die Arbeitsfähigkeit erweisen oder auch nicht. Kommt es zum Krachen, gut, je früher, desto besser. Ich glaube also, daß in Bezug auf die Förderung der scheinbaren Arbeitsfähigkeit des Parlamentes unseren Parlamentariern wohl ein Einwand zu machen wäre.

Winarsky (Wien): Daszynski hat uns hier eine glänzende Verurtheilung des Privilegienparlamentes gebracht. Da wäre es aber auch nothwendig, hervorzuheben, daß unsere Abgeordneten nicht immer dazu beigetragen haben, dieses Privilegienparlament je eher je lieber unmöglich zu machen. Wir hatten Gelegenheit, die Regierung des Herrn v. Körber an der Arbeit zu sehen, und hatten Gelegenheit, zu beobachten, daß Körber's Bestrebungen darauf hinauslaufen, das alte Oesterreich, das Daszynski so verdammt, wieder lebendig zu machen, ohne besondere Aenderungen an der politischen Konstruktion des Staatsgebäudes vorzunehmen. Seine ganze Politik läuft darauf hinaus, die dringendsten Fragen dieses Reiches zu verschleppen und zu vertagen. Wir aber haben vielmehr ein lebhaftes Interesse, Alles zu thun, um dieses alte Oesterreich vollkommen zu ruiniren und neue politische Formen zu schaffen, die es uns ermöglichen, unseren Verhältnissen entsprechend arbeiten zu können. Aber leider waren unsere Abgeordneten nicht immer am Platz, um diese so nothwendige Arbeit zu verrichten. Es war dies auch nicht der Fall bei den Investitionen, bei der Wasserstraßenvorlage, sowie bei dem Gesetzentwurf über Privatbeamten-Versicherung. Selbst die „Arbeiter-Zeitung" hat zwischen den Zeilen durchblicken lassen, daß sie mit der Unterlassung der ersten Lesung nicht sehr einverstanden gewesen ist. Wir haben dieses Parlament nicht zu wollen; wir haben kein Interesse an dessen Bestand, und wenn es an seiner Arbeitsunfähigkeit zu Grunde geht, so ist es gewiß kein Makel für unsere Abgeordneten, wenn sie dazu beigetragen haben, die Arbeitsunfähigkeit des Hauses herbeizuführen. Wir haben der Regierung keine Gefälligkeiten zu erweisen, wir haben nicht die Aufgabe, die Budgetdebatte zu forciren.

Gerade in diesem Privilegienparlamente müßten unsere Abgeordneten in erster Linie Schrittmacher des gleichen Wahlrechtes sein. In dieser Frage haben aber unsere Abgeordneten nicht das Nöthige gethan. (Widerspruch seitens des Abgeordneten Daszynski.) Es war ein lebhaftes Verlangen nach einer mächtigen Wahlrechtsbewegung. Da waren es aber nicht unsere Abgeordneten, welche diesen Funken zu einem mächtigen Brande angefacht haben, sie waren vielmehr bemüht, diesen Funken auszutreten. Unsere Abgeordneten müßten von der Tribüne des Parlamentes aus diese Stimmung in den Massen mächtig machen und klar legen, daß das allgemeine Wahlrecht nicht nur eine politisch wichtige Angelegenheit ist, die es ermöglicht, unsere Aufgabe in Oesterreich zu erledigen, sondern daß das allgemeine Wahlrecht — um mit den Chartisten zu reden — eine Messer- und Gabelfrage ist, damit der Wille des Volkes unverfälscht zum Ausdrucke gelangt. Genosse Daszynski wird den Grafen Dzieduszycki in den Wählerversammlungen so lange nicht finden, so lange nicht die Privilegien dieses Parlamentes beseitigt sind, und das wird so lange nicht möglich sein, bis unsere Genossen im Parlamente etwas weniger staatsmännische Allüren zur Schau tragen, als es bisher der Fall war. (Bravo.)

Dr. **Morgenstern** (Mähr.-Schönberg) regt zunächst die alljährliche Herausgabe einer Jahresschau der parlamentarischen Thätigkeit der Fraktion in Form einer Broschüre an und bittet sodann um Aufklärung, warum sich die Fraktion nicht bemüht habe, die Zechner'sche Erklärung über Beginn und Schluß der Neunstundenschicht zum Gesetz werden zu lassen. Wir müssen uns wohl auf absehbare Zeit mit dem gegenwärtigen Wahlunrechte im Großen und Ganzen vielleicht fortschleppen, aber es sollte doch wenigstens das haarsträubende Unrecht des gegenwärtigen Wahlsystems beseitigt werden, so insbesondere die indirekten Wahlen — und ich spreche da in erster Linie von Mähren und Schlesien. Die Frage der direkten oder indirekten Wahlen sollte von der Landesgesetzgebung losgelöst

und durch Reichsgesetz geregelt werden. Gewisse Uebelstände bei den Wahlmännerwahlen, wie zum Beispiel deren Ausdehnung auf eine Reihe von Tagen, könnten auch nur durch eine Wahlgesetznovelle aus der Welt geschafft werden. Die Fraktion sollte eine diesbezügliche Novelle auf Emanzipation von der Landesgesetzgebung ausarbeiten. Ihr Antrag auf Einführung des allgemeinen und direkten Wahlrechtes wäre dem Ausschusse zuzuweisen, und erweist es sich, daß das Parlament auch weiterhin arbeitsfähig auf Jahre hinaus bleibt, tritt die große Katastrophe nicht ein, so möge die Fraktion versuchen, im Wege einer Wahlgesetznovelle die ärgsten Uebelstände des heutigen Wahlsystems aus der Welt schaffen.

Muchitsch (Bruck a. d. M.) erklärt namens des ersten steirischen Wahlkreises, daß die Thätigkeit der parlamentarischen Fraktion mit den heutigen Ausführungen Daszynski's nicht vollkommen im Einklange gestanden sei, und zwar insbesondere in zwei Punkten. Auch unsere Fraktion war nach Verhandlungen mit den Clubobmännern bereit, den Dringlichkeitsantrag über die Alters- und Invaliditätsversicherung zurückzustellen, um den Eingang in die Budgetdebatte zu ermöglichen. Ich glaube, daß unsere Fraktion durch ihre Bereitwilligkeit, diesen ihren Dringlichkeitsantrag zurückzustellen, um den Eingang in die Budgetdebatte zu ermöglichen, in ein etwas schiefes Licht gekommen ist. Es ist nicht gut, wenn unsere Abgeordneten inmitten einer Horde von Demagogen, wie es die Christlich-Sozialen und Alldeutschen sind, die Weisen und Maßvollen sein und staatsmännische Fähigkeiten beweisen wollen.

Ein zweites Moment betrifft die Rede Pernerstorfer's in der Budgetdebatte. Gerade das, was Daszynski heute hier als Berichterstatter ausgeführt hat, haben wir vermißt, nämlich eine flammende Anklage gegen die österreichische Regierung, eine Verurtheilung der österreichischen Misère, eine scharfe Kritik und Verurtheilung der § 14-Wirthschaft und eine rückhaltslose Aufdeckung aller Uebelstände und aller Unvernunft, unter denen Oesterreichs Völker heute leiden. Pernerstorfer hat sich aber des Längeren mit Herrn Dr. Stransky beschäftigt, und alle wichtigen Fragen sind des Kürzeren abgethan worden. So mußten wir wenigstens nach dem Berichte der „Arbeiter-Zeitung" urtheilen. Wenn Daszynski erklärt, daß das Parlament für uns nur eine Tribüne ist, so meine ich, diese Tribüne sollte in einer anderen, und zwar in einer Weise benützt werden, die von den Massen in Oesterreich besser verstanden wird, als dies heute der Fall ist. (Bravo!)

Hecker (Warnsdorf) gibt Winarsky recht und meint, daß mit dem gegenwärtigen Wahlrecht ein günstiges Resultat und größere Erfolge nicht zu erzielen seien. Winarsky regte eine allgemeine Bewegung für das gleiche Wahlrecht an, und er hat Recht, daß der Funke vorhanden ist und nur angefacht zu werden braucht. Die Arbeiter wollen von dem heutigen Wahlsystem nichts mehr wissen, und es steht zu befürchten, daß die Arbeiterschaft überhaupt die Lust verlieren wird, sich noch einmal der stumpfen Waffe des Privilegienwahlrechtes zu bedienen, wenn heute oder morgen auf Grund dieses Wahlrechtes gewählt werden sollte.

Dr. **Adler** (Wien): Wir haben jetzt eine Reihe von Anklagereden gehört, vermuthen Sie aber darum nicht, daß ich als ex offo-Vertheidiger der Fraktion auftreten werde. So viel ich aber auch auf dem Herzen hätte — die Anklagen, die hier vorgebracht wurden, erscheinen mir absolut unhaltbar, und sie werden dadurch nicht begründeter, wenn man sie auf jedem Parteitag wiederholt. Immer tritt da ein Mann, der gewöhnlich Winarsky heißt (Lebhafte Heiterkeit), aber auch anders heißen kann, auf und sucht uns mit den beredtesten Worten von den Vorzügen des allgemeinen und gleichen Wahlrechtes zu überzeugen. Er schildert uns diese Institution so, daß, selbst wenn wir nicht schon einige Anlage hätten, das für richtig zu halten, er uns gewiß überzeugen würde. Das allgemeine Wahlrecht und die Wahlrechtsbewegung, die uns da angepriesen werden, sind ja gewiß unter allen Umständen und jederzeit eine sehr gute Sache. Es ist ein Heilmittel sozusagen für Alles, und wenn die Partei diese Punkte wirklich in den Vordergrund stellt, so weiß sie, was sie will. Aber die Fraktion kann nicht wie Winarsky herumgehen: „Ja, wir möchten das allgemeine, gleiche Wahlrecht haben!" Sie kann auch nicht auf alle Vorlagen, die kommen, sagen: „Wir wollen das allge-

meine Wahlrecht haben!" Das hat sie nie gemacht, und das macht sie jetzt nicht, und — das sage ich den Grazer Genossen — das konnte sie auch im früheren Parlament nicht machen. (Heiterkeit.)

Eine Fraktion muß eben wissen, was sie will, und ich bin sehr froh, daß die Abgeordneten im Parlamente sitzen, wie wir sie drin haben, und nicht die Meinungen vorherrschen, die wir hier gehört haben. Winarsky sagt: Dieser Körber hat einen teuflischen Plan, er spielt die Wirthschaft gegen die Politik aus. Ja, was hat die Sozialdemokratie demgegenüber zu thun? Die Fraktion hat das Verbrechen begangen, diese Politik durch Unterlassung und Zustimmung zu unterstützen. Genosse Winarsky sagt: Wir müssen da eine Haltung einnehmen. Obstruktion? Nein. Dafür ist er nicht. Aber eine Haltung muß sie einnehmen. (Heiterkeit.) Aber welche Haltung? Sollen wir hergehen und sagen: Wirthschaftliche Dinge sind unwichtig, wichtig sind nur politische und nationale Dinge. Ist das die Aufgabe unserer Partei? Ich glaube, das wäre die größte Thorheit. (Beifall.) Gewiß kann man verschiedener Ansicht sein, ob es klug war, die erste Lesung der Wasserstraßenvorlage zuzulassen. Glaubt Winarsky, daß es eine sehr kluge Politik von unserer Fraktion gewesen wäre und im Interesse der Arbeiterklasse liege, wenn wir die Wasserstraßen vereitelt hätten? Ich bin nicht der Ansicht. Man kann wenigstens auch anderer Ansicht darüber sein. (Zustimmung.)

Genosse Winarsky vermißt an der Fraktion nur die Pose der Opposition. (Beifall.) Diese Opposition kann man natürlich auf dem Parteitag und in Versammlungen viel leichter haben als im Parlament, wo man sachlich und mit der ganzen Verantwortlichkeit belastet arbeiten muß.

Nun kommt Genosse Stark aus Karlsbad und wirft der Fraktion vor, sie habe die Branntweinsteuer nicht verhindert. Ja, sie hat doch dagegen gestimmt, sie hat dagegen gesprochen. Was hätte sie noch thun sollen? Was hätte Stark gethan, wenn er Abgeordneter gewesen wäre? Dann soll die Fahrkartensteuer nicht verhindert worden sein. Die ist aber doch noch gar nicht beschlossen. Das ganze Verbrechen der Fraktion war das, daß sie die erste Lesung nicht verlangt hat. Ich gebe zu, wenn ich und der Winarsky drin gewesen wären, wir zwei hätten die erste Lesung verlangt. (Heiterkeit.) Aber was hätten wir damit erzielt? Es wäre eine schönere Pose für die Fraktion gewesen, das ist wahr. (Winarsky: Dann ist Alles Pose!) Aber vierundzwanzig Stunden später wäre die Fahrkartensteuer doch in den Ausschuß gekommen.

Und solche Vorwürfe macht man unserer Fraktion im Ernst! In einem anderen Lande als in Oesterreich versteht man solche Kinkerlitzchen gar nicht, versteht man nicht, daß man unseren Arbeitern einreden will, das sei der ernste parlamentarische Kampf. (Lebhafter Beifall.)

Aber Genosse Stark sieht die Arbeiter immer mehr verrathen, weil er sieht, wie viele Belastungen des arbeitenden Volkes nicht verhindert wurden. Ich rathe dem Genossen Stark, jene alten Broschüren, aus denen er diese Dinge genommen hat, und die zur Wahl von 1897 geschrieben worden sind, doch endlich bei Seite zu legen und sich neuere Broschüren zu kaufen. (Lebhafte Heiterkeit.) Wenn Einer jetzt mit der Biersteuer kommt, so muß man ihm doch sagen, daß das eine ganz alte Geschichte ist, die die neue Fraktion gar nichts angeht. Die alten Broschüren, lieber Genosse Stark! (Schallende Heiterkeit.) Genosse Stark meint weiter, wir hätten wegen des § 14 Abrechnung halten müssen. Um des Himmels willen: man soll doch außer alten Broschüren auch die Parlamentsberichte lesen. Wenn der alte Dr. Schücker, dem wir es überlassen haben sollen, gegen den § 14 zu kämpfen, im Parlament Vernünftiges gesagt hat, dann hat er nur gesagt, was unsere Abgeordneten seit drei Jahren fortwährend sagen. Wie kann man denn so leichtfertig Anklagen erheben, die nicht unsere Fraktion, sondern das Urtheil unserer Genossen, vor denen sich die Fraktion zu verantworten hat, in der Oeffentlichkeit kompromittiren? (Beifall.) Ich bin der Letzte, der verlangt, die Partei solle zur Fraktion ein unbedingtes Vertrauen haben und ihr blindlings nachlaufen. Aber ich sage Ihnen, wenn ich mich in die Gesellschaft solcher Kritiker begeben soll, dann schweige ich lieber, weil ich nicht die Meinung unterstützen will, als ob auch diese Kritik so berechtigt wäre wie meine.

Nun sagt man, gegenüber dieser Steuerbelastung müsse etwas geschehen. Nicht die Arbeitsfähigkeit sei zu unterstützen, sondern ... Nun, was denn? Man würde glauben: Obstruktion! Das sagt Genosse Winarsky nicht. Aber wenn er halbwegs logisch denkt, muß er sagen: Das Parlament ist nichts nutz, also müssen wir Alles unterstützen, was das Parlament ruiniren kann. Wenn am Montag die Jungczechen Obstruktion machen — was nicht ausgeschlossen ist — muß man ihnen helfen, das Parlament zu ruiniren. Wenn Winarsky nicht radikal genug ist, diese Konsequenz selbst zu ziehen, dann hat er seinen Beruf verfehlt, und dann hätte er nicht anfangen sollen. Genosse Stark hat einen anderen Ausweg: Wir sollen die Arbeitsfähigkeit des Parlaments erst untersuchen! Nun, untersuchen Sie sie. Es hindert Sie ja Niemand. Aber was wir Alle davon haben, verstehe ich nicht, und das versteht Niemand. Kritik ist gut, aber Nörgelei, die ist nicht gut! (Lebhafter Beifall.)

Genosse Muchitsch hat allerdings etwas vorgebracht, was auf den ersten Blick so aussieht, als ob es einen ernsten Vorwurf begründen würde. Er hat davon gesprochen, daß die Zurückstellung des Dringlichkeitsantrages wegen der Altersversicherung bei unseren Parteigenossen einen Widerspruch nicht gefunden hätte, wenn sie nothwendig gewesen wäre. Er hat also nicht behauptet, daß ein Verbrechen begangen wurde, sondern daß nur die Geneigtheit zum Verbrechen vorhanden war. Das Verbrechen wäre „beinahe" begangen worden. Es hat sich da bekanntlich um das Budget gehandelt. Ich erkläre Ihnen auf die Gefahr hin, daß Sie mich für einen ganz — ich weiß nicht, was sind die Leute der Fraktion? — für einen Oesterreicher, für einen Ministeriellen halten (Heiterkeit), ich erkläre Ihnen, daß ich als Sozialdemokrat ein großes Interesse an der Durchführung einer Budgetdebatte habe. Ich glaube, daß die Durchführung einer Budgetdebatte für uns als Partei nicht nur agitatorisch, sondern reell für die Arbeiter wegen der Interessen, die da in Frage kommen, ganz ungeheuer wichtig ist, und daß wir Alle darunter leiden, daß wir seit 1896 keine Budgetdebatte gehabt haben, wo die einzelnen Posten vor dem Parlament zur Sprache kommen konnten. Eine Budgetdebatte zu ermöglichen — ich erkläre es Ihnen auf die Gefahr hin, verketzert zu werden — halte ich für wichtiger als daß die erste Lesung unseres Antrages auf die Altersversicherung am 25. Oktober anstatt erst am 10. November vorgenommen werde. Und ich war noch mehr dafür — und ich habe deshalb gemeint, daß unsere Abgeordneten der Zurückstellung des Dringlichkeitsantrages zustimmen sollen, wenn alle Anderen zustimmen — aus dem Grunde, weil wir gestern erst den ganzen Tag des Parlaments ausgefüllt haben mit der Debatte über die Arbeitslosigkeit und weil es im Moment der Krise, wo hinter den Koulissen gearbeitet wird, wo es sich darum handelt, ob Parlament oder nicht, nicht möglich war, weder im Parlament, noch in der Presse die nöthige Aufmerksamkeit auf diese hochwichtige Frage zu sammeln. Fragen Sie den Genossen Elderisch, unter welchen Bedingungen er sprechen mußte und wie die ganze Debatte verpufft ist. Ein paar Tage später hätte er unter ganz anderen Bedingungen und unter ganz anderer Aufmerksamkeit des Parlaments gesprochen.

So einfach, wie Sie sich die Dinge vorstellen, sind sie eben nicht. Ich sage nicht etwa, Genosse Muchitsch verstehe das nicht, der ist gerade so gescheit wie alle Anderen; er würde, wenn er im Parlament wäre, gerade so gescheit handeln wie unsere Abgeordneten. Er kann nur von außen nicht alle Einzelheiten übersehen und überlegen.

Genossen Morgenstern möchte ich noch etwas antworten. Daß die Erklärung des Zechner nicht in das Bergarbeitergesetz aufgenommen wurde, ist kein Fehler unserer Genossen, sondern daß diese Erklärung abgegeben wurde, ist ein Verdienst der Fraktion.

Da wäre doch zu erwarten gewesen, daß von den Vielen, die hier sitzen, Einer aufsteht und das offen und ehrlich anerkennt. Die sozialdemokratischen Abgeordneten sind überall, ganz besonders aber bei uns in Oesterreich, in einer schwierigen Situation, und ihnen ihre Thätigkeit durch unbegründete Angriffe und bloße Nörgeleien zu verekeln, halte ich nicht für vernünftig. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Kristan (Laibach): Im Hainfelder Programm ist ein Punkt enthalten, in welchem gesagt wird, daß wir uns über den Werth des Parlamentarismus keiner Täuschung hingeben. Dieser Satz ist in dem neuen Entwurfe abgeändert. Nach der Debatte, die hier abgeführt worden ist, könnte man aber beinahe zu der Ueberzeugung gelangen, daß dieser Punkt sehr begründet war. Wir müssen immer wieder darauf hinweisen, daß das Parlament nur ein Hilfsmittel, aber keine Rettung für die Arbeiterschaft bedeute. Wenn man sich dies vor Augen hält, dann dürfte man auch über die Thätigkeit der parlamentarischen Fraktion zu einer anderen Ansicht kommen, als sie heute hier vielfach zum Ausdruck gebracht wurde. Ich suche die Dinge zu begreifen, und Alles begreifen heißt Alles verzeihen. Man hat gesagt, die Fraktion hätte sich mehr darauf werfen sollen, eine Abrechnung mit den alten Verbrechen vorzunehmen. Es scheint mir aber hier die Neigung vorhanden zu sein, mit den „Verbrechen" der Fraktion abrechnen zu wollen. Der Grund hiefür, glaube ich, liegt in den ungezählten Wünschen und Hoffnungen, deren Erfüllung die Arbeiterschaft von diesem Parlamente erwartet, die aber in diesem und in jedem Parlamente sich als unerfüllbar darstellen dürften. Die Genossen erwarten vom Parlamente Wunderdinge. Ich glaube, daß der Grundfehler nicht in der Thätigkeit unserer parlamentarischen Fraktion, sondern in der Parteiagitation liegt.

Von allen Seiten ist heute zugegeben worden, daß die bürgerlichen Parteien zu einer parlamentarischen Thätigkeit unfähig sind, und nun verlangt man von unserer Fraktion, sie soll in diesem unfähigen Parlamente etwas vollbringen. Ich habe mich hauptsächlich aus dem Grunde zum Worte gemeldet, um wieder zu betonen, daß wir zu den Massen über den Parlamentarismus und unser Parlament anders sprechen sollen, als dies seit einiger Zeit geschehen ist. Zur Zeit des Wahlkampfes hat man in den Versammlungen Wunderdinge hören können von dem, was unsere Abgeordneten im Parlamente Alles vollbringen werden. Die minder bewußten Genossen haben nun in der vollen Zuversicht ihre Stimmen abgegeben, daß sich innerhalb weniger Monate in Oesterreich eine ganze Umwälzung vollziehen werde.

Für sehr nothwendig würde ich es halten, daß eine engere Verbindung zwischen der Fraktion und der Arbeiterschaft unterhalten werde. Es wäre vielleicht angezeigt, jede bedeutendere Rede unserer Abgeordneten, sowie ihre Initiativanträge, Interpellationen u. s. w. drucken zu lassen und zu vertheilen. Freilich haben wir dazu kein Geld.

Aber alle Kritik an der Fraktion wird uns nicht soviel nützen als eine regere Thätigkeit in den Organisationen und eine regere Verbindung dieser mit der Fraktion. Es müssen die Genossen draußen darüber aufgeklärt werden, was im Parlamente ganz unmöglich geschehen kann, und daß wir überhaupt unsere Rettung nicht vom Parlamente erwarten dürfen.

Resel (Graz): Genosse Adler hat sich nicht nur bemüht, alle Kritiker, die schon gesprochen haben, umzubringen, sondern er hat auch die, die erst sprechen werden, schon todtgeschlagen. (Heiterkeit.) Wenn ich trotzdem noch das Wort ergreife, so geschieht es hauptsächlich deshalb, um meiner Abneigung und meinem Haß gegen das österreichische Parlament Ausdruck zu geben, in das ich leider nicht mehr gewählt worden bin. (Laute Heiterkeit.) Ich muß konstatiren, daß ich auch zu der Zeit, da ich Abgeordneter war, diesem Gefühl immer Ausdruck verliehen habe. Es kann mich Niemand beschuldigen, daß ich jemals gern in dem Parlament gewesen bin. Ich habe das Unangenehme der Situation dort stets gefühlt. Das Hin- und Herschwanken zwischen dem, was man kann, und dem, was man soll, zwischen dem, was man will, und dem, was man thut, ist mir einfach unerträglich.

Wir haben seinerzeit eine Agitation begonnen mit der Parole: Weg mit dem § 14! Nun haben wir ein anderes Parlament, und Daszynski erklärt uns, daß wir heute von der Lösung der Frage, ob Parlament oder § 14, weiter denn je entfernt sind. Meines Wissens ist die Stellung der Fraktion gegenüber dem § 14 bei verschiedenen Anlässen sehr scharf und deutlich zum Ausdruck gelangt. Es sind Alle der Ansicht, daß doch im Parlament öfters losgegangen werden soll, sagen wir, auch in etwas agitatorischerer Weise, als der praktischen Thätigkeit entspräche. Daszynski hat uns erklärt, daß das Parlament kein Arbeitsparlament,

sondern bloß eine Tribüne ist. Ich glaube, wenn das richtig ist, hat man auch die Aufgabe, es mehr als Tribüne zu behandeln. Es wurde uns gesagt, wie schwierig die Arbeit im Parlament ist. Es ist wahr, wenn man dort zu arbeiten begonnen hat, daß man sich in die Arbeit verbeißt und dann an die Agitation vergißt. (Rufe: Auch Sie haben das gethan!) Es ist mir auch oft so gegangen, weil die Genossen nicht immer meinen Ansichten folgen wollten. Daszynski hat gesagt, daß die Amortisirung der Wasserstraßen aus unserer Haut geschnitten werden wird. Aber ich erinnere mich, daß unsere Genossen da auch ganz gehörig mitgethan haben. Es wurde uns gesagt, im Parlament gehe es nicht so wie draußen. Wenn eine Vorlage komme, müsse man dazu Stellung nehmen. Aber wenn sie die ganze Situation im Parlament bedenken, und wenn sie in Betracht ziehen, daß nicht nur wir bei den letzten Wahlen eine größere Stimmenanzahl auf unsere Kandidaten vereinigt haben, sondern auch andere Parteien, die einen aufgelegten Schwindel treiben, so müssen Sie mir doch Recht geben, wenn ich sage, daß unsere Genossen zu wenig Gewicht auf die agitatorische Wirkung ihrer Thätigkeit gelegt haben. Adler meint, die Budgetdebatte sei ungeheuer werthvoll, denn man könne da zu allen Fragen Stellung nehmen. Nun, ich glaube, die „Stellungnahme", die bisher im Parlament erfolgt ist, war wohl nicht die, wo alle Sünden des Parlaments und der Regierung aufgezählt wurden. Diese Stellungnahme hat manchen Genossen etwas nachdenklich gestimmt.

Beim Lesen der Rede Pernerstorfer's, so hübsch sie auch war, haben wir doch das Empfinden gehabt, daß unsere Genossen Alles vermeiden, was als Störung im parlamentarischen Mechanismus gedeutet werden könnte. Adler hat gesagt, Winarsky komme jedes Jahr mit dem allgemeinen Wahlrecht! Ja, und Genosse Adler kommt jedes Jahr und sagt: Winarsky, das geht nicht. (Heiterkeit. Ein Zwischenruf: Dann könnte er es also schon wissen!) Ich glaube selbst, daß die Stimmung für eine Wahlrechtsbewegung jetzt nicht vorhanden ist, aber ich glaube auch, daß diese Stimmung zu erzeugen gerade die Aufgabe des agitatorischen Wirkens unserer Abgeordneten sein muß.

Nemec (Prag): Genosse Dr. Adler hat sich hier — er hat es zwar geleugnet — als ex offo-Vertheidiger der Fraktion aufgespielt. Ich meine, es ist nicht nothwendig, so peinlich berührt zu sein, wenn Kritik geübt wird. Gerade darin liegt ja die Kraft der sozialdemokratischen Partei, daß sie alle ihre Angelegenheiten im vollen Lichte der Oeffentlichkeit besorgt. Ich bin einer von den Wenigen, die überall für die Freiheit der Kritik eintreten, wiewohl ich nicht zu Jenen gehöre, die an unserer Fraktion eine so abfällige Kritik üben möchten, weil ich noch keine Fraktion in keinem Parlamente gesehen habe, die, bloß zehn Mann stark, soviel geleistet hätte wie unsere Fraktion. (Zustimmung.) Es ist heute unter allen bürgerlichen Parteien bekannt, daß eine der ernstesten, energischesten und tüchtigsten Fraktionen des Parlamentes die sozialdemokratische ist. Es hat mich vor einiger Zeit ein Advokat, der nicht zu unserer Partei gehört, telephonisch ersucht, ich möge mich bei den Parteigenossen verwenden, daß eine von ihm ausgehende Interpellation im Parlamente eingebracht werde, weil die sozialdemokratische Fraktion im Parlamente die gewichtigste sei und von ihr eingebrachte Interpellationen mehr Werth haben als solche von den bürgerlichen Parteien. Das ist gewiß ein Beweis, daß unsere Genossen im Parlamente voll und ganz ihre Pflicht thun.

In einem Punkte bin ich aber mit dem Vorgehen der Fraktion nicht so ganz einverstanden wie Dr. Adler, nämlich in Bezug auf das Zurückstellen des Dringlichkeitsantrages, betreffend die Altersversicherung. Es geht nicht an, wenn man eine Bewegung im ganzen Lande inszenirt, Unterschriften für Petitionen sammelt und Versammlungen einberuft, daß man zum Schlusse, wenn die Sache zur Verhandlung kommen soll, sagt, wenn die Anderen das zurückstellen, wollen wir es auch thun.

Genosse Daszynski hat erklärt, daß wir bei den Wahlen in diesem Jahre schlecht abgeschnitten haben. Wir haben nach einer großartigen Wahlbewegung endlich ein Wahlrecht, wenn auch ein schlechtes, bekommen. Da haben die Bürgerlichen zuerst gesagt: Na, mit diesem Wahlrecht kommen keine Sozial-

demokraten ins Parlament. Es sind aber doch 14 Mann hineingekommen, die den Bürgerlichen durch ihre Thätigkeit gezeigt haben, daß man mit den Sozialdemokraten rechnen muß. Deshalb haben die bürgerlichen Parteien alle Machtmittel spielen lassen, um bei den letzten Wahlen die Wahl von sozialdemokratischen Abgeordneten zu verhindern, und wir haben denn auch weniger Mandate bekommen. Es ist aber unrichtig, daß wir geschlagen aus dem Wahlkampfe hervorgegangen sind. Nach den Landtagswahlen in Böhmen hat sogar die „Politik", das Organ der ärgsten Ausbeuter Oesterreichs, erklärt, daß man nirgends mehr eine allgemeine Kurie machen solle, weil durch diese der Sozialismus in den Mittelstand getragen werde. Man müsse trachten, die Arbeiter von den anderen Schichten fern zu halten, damit die Letzteren nicht verdorben werden. Ich behaupte also, daß wir darin einen Beweis sehen können, daß wir große Fortschritte gemacht haben. (Beifall.)

Schrammel (Aussig): Mir kommt es vor, als ob die Genossen die Verachtung, die sie dem Parlamente gegenüber haben, auch der Fraktion fühlen lassen wollten. Es wird keinen Parteigenossen in Oesterreich geben, der für dieses Parlament schwärmt, und Alle wären froh, wenn sie dieses Parlament beseitigen und ein anderes Parlament auf Grund des allgemeinen gleichen und direkten Wahlrechtes an dessen Stelle setzen könnten. Wir haben auf jedem Parteitag darüber gesprochen und immer gehört, daß die Volksmassen für eine Wahlrechtsdemonstration nicht zu haben sind, daß wir das arbeitende Volk erst überzeugen müssen, daß mit diesem Parlament nichts zu machen ist. Wenn nicht aus der Masse des Volkes heraus ein solcher Kampf entsteht, so verpufft eine solche Bewegung wirkungslos. Schon die frühere Fraktion hat sich die Frage vorgelegt: Sollen wir das Parlament zertrümmern helfen oder sollen wir darin vernünftig arbeiten? Wir haben damals erklärt, daß wir so arbeiten sollen, daß die bürgerlichen Parteien selbst ihr Parlament zertrümmern, und wir sind zu dem Entschlusse gekommen, im Parlamente zu arbeiten.

Wenn man selbst im Parlamente sitzt, dann weiß man, daß man die Wahl hat, zu obstruiren, das heißt, jede vernünftige Arbeit unmöglich zu machen, oder zu arbeiten. Ein Drittes gibt es nicht.

Ich stehe auf dem Standpunkte, daß eine Kritik nothwendig ist, aber die Vorwürfe, die hier gemacht wurden, halte ich für unrichtig und unvernünftig. Wenn wir nicht wollen, daß unsere Genossen im Parlamente arbeiten, dann müssen wir das am Parteitage beschließen und müssen sagen, wir wollen, daß unsere Fraktion Obstruktion treibe. Dann kann sich die Fraktion darnach halten. Aber einmal zu erklären, wir brauchen kein Parlament, dann aber am Parteitage solche Vorwürfe zu erheben, halte ich für unklug und unzweckmäßig. Ich stehe nicht an, offen zu erklären, daß ich die Thätigkeit der Fraktion im Parlamente voll und ganz anerkenne. Wenn gesagt wurde, daß bei der Agitation zuviel versprochen wurde, so halte ich es eben für einen Fehler, wenn man solche Agitation treibt. (Zustimmung.) Wir müssen die Leute darüber aufklären, daß Verhältnisse, die seit Jahrhunderten bestehen, nicht über Nacht geändert werden können. Wir müssen zeigen, daß unsere Abgeordneten nur dann etwas machen können, wenn das Volk hinter ihnen steht. Die Kritik, wie sie hier geübt wurde, halte ich für ungerechtfertigt und beantrage daher, daß der Fraktion für ihr Verhalten die vollste Zustimmung ausgesprochen wird. (Lebhafter Beifall.) Ich stelle folgenden Antrag:

„Der in Wien tagende Gesammtparteitag spricht dem Sozialdemokratischen Verbande für seine Thätigkeit die Anerkennung und das vollste Vertrauen aus.

Vorsitzender: Dieser Antrag des Genossen Schrammel ist von 28 Genossen unterzeichnet. Es ist ein zweiter Antrag vom Genossen Berner eingelangt, der sich mit diesem Antrage deckt. Er lautet:

Dem Verbande der sozialdemokratischen Abgeordneten im Reichsrathe wird für ihre parlamentarische Thätigkeit der Dank und die Anerkennung und das Vertrauen ausgesprochen.

Pernerstorfer: Die gegenwärtige Debatte beweist, daß die parlamentarischen Wirren der letzten vier Jahre auf die politische Logik mancher Parteigenossen verheerend eingewirkt haben. Es scheint beinahe, als ob

diese Genossen jeden Tag als einen verlorenen ansehen würden, an dem nicht ein Präsident des Abgeordnetenhauses hinausgeworfen wird. (Heiterkeit.) Diesen Standpunkt haben wir doch in der Wahlagitation nicht vertreten, wir haben den Wählern nicht versprochen, daß wir unsere Aufgabe einzig und allein darin sehen werden, die Präsidenten hinauszuwerfen, im Gegentheil, wir haben in der Wahlbewegung wiederholt unserem Unmuthe darüber Luft gemacht, daß das Parlament durch die Obstruktion seit vier Jahren zur Unthätigkeit verurtheilt ist. Wir sind in der Absicht in das Parlament eingezogen und haben das auch offen ausgesprochen, dort nach Maßgabe unserer Kraft für die Interessen der Arbeiterschaft positiv zu wirken. Freilich kann ja wieder einmal ein Augenblick kommen, in welchem diese positive Wirksamkeit am besten durch den Hinauswurf einiger Leute bekundet wird. (Heiterkeit.) Bis jetzt war aber ein solcher Anlaß nicht vorhanden.

Ich für meine Person möchte der Kritik den freiesten Spielraum gewähren. Wir sind uns der Unzulänglichkeit unserer Kräfte vollauf bewußt, und wenn nicht schon an der Fraktion so viel Kritik geübt worden wäre, so wäre ich in der Lage, noch viel wesentlichere Dinge vorzubringen. Wir könnten eine weit zutreffendere Kritik üben, als Sie das thun. Wir wissen am besten, was wir nicht gemacht haben und leider nicht machen können. Es kommt mir aber vor, als ob sich unsere Kritiker um das Wesen der parlamentarischen Arbeit nicht besonders kümmern, sonst würden sie vor Allem folgende Umstände ihrer Beachtung würdigen. Unsere Fraktion besteht nur aus zehn Mann. Es sind ihr aber merkwürdigerweise infolge der gegenwärtigen Konstellation genau dieselben parlamentarischen Rechte eingeräumt, die sonst nur den größeren Klubverbänden, die mindestens 20 Mitglieder zählen, zustehen. Heute muß sich der Ministerpräsident sowie der Präsident des Abgeordnetenhauses herbeilassen, auch die kleinen Gruppen zu beachten, sie dürfen sich mit keiner derselben verfeinden, und daher kommt es, daß auch uns diese parlamentarischen Rechte eingeräumt sind.

So haben wir vor Allem das Recht, daß wir in jeden Ausschuß ein Mitglied entsenden können. Da wir eine Reihe von ständigen Ausschüssen und eine Menge von Spezialausschüssen haben, so ist jeder von uns in zwei oder drei Ausschüssen. Die Arbeit in den Ausschüssen ist aber sehr erheblich, und wenn man, wie wir, das Bestreben hat, seinen Platz auch ordentlich auszufüllen, dann ist man mit Arbeit überlastet.

Wenn die Glocke 11 Uhr schlägt, kommt außerdem zu jedem Einzelnen von uns ein Diener mit Karten von Leuten, die uns dringend zu sprechen wünschen. Die Sache erleidet keinen Aufschub. Gute Kerle, wie wir sind, folgen wir regelmäßig dieser Aufforderung, und da erfährt man denn, daß die betreffenden Parteigenossen, die uns so dringend zu sprechen haben, nichts Anderes von uns wollen als Eintrittskarten auf die Gallerie. (Heiterkeit. Dr. Adler: Das ist die Abneigung gegen den Parlamentarismus!) Sie glauben nicht, wie man durch solche Dinge nervös werden kann. Wenn Jemand von mir etwas haben will, so möge er zu mir kommen und mich rufen lassen, aber wir sind doch nicht dazu da, um einer ungezählten Reihe von Parteigenossen Karten zu verschaffen. Gerade zu Beginn der Sitzung sind wir sehr in Anspruch genommen, weil wir auf den Einlauf, dessen Verlesung oft eine halbe Stunde dauert, sehr Acht geben müssen.

Da kann es in dem Trubel geschehen, daß einmal etwas übersehen wird, und so war es auch im Falle der Fahrkartensteuer. Da ist es uns eben entgangen, daß die Vorlage ohne erste Lesung einem Ausschusse zugewiesen wurde.

Wir haben also, wie gesagt, schon in den Ausschüssen ungemein viel zu arbeiten, und ich frage Sie: Ist es für die Arbeiterschaft gleichgiltig, ob ein Gesetz, wie das im letzten Sessionsabschnitte beschlossene, womit der Neunstundentag für die Bergarbeiter eingeführt wird, fertig wird oder nicht? Dieses Gesetz konnte aber nur durchgebracht werden, weil wir uns für dasselbe mit aller Kraft und Leidenschaft eingesetzt haben. Es wurde bemängelt, daß die Zechner'sche Erklärung nicht in das Gesetz hineingenommen wurde. (Daszynski: Wir haben es ja ohnehin beantragt!) Sie müssen bedenken, daß wir vor Allem zu erwägen haben, welches der beste Weg ist, um unsere Intentionen durchzusetzen. Und da muß ich sagen, der beste Weg ist nicht der, daß wir es auf einen Skandal ankommen

demokraten ins Parlament. Es sind aber doch 14 Mann hineingekommen, die den Bürgerlichen durch ihre Thätigkeit gezeigt haben, daß man mit den Sozialdemokraten rechnen muß. Deshalb haben die bürgerlichen Parteien alle Machtmittel spielen lassen, um bei den letzten Wahlen die Wahl von sozialdemokratischen Abgeordneten zu verhindern, und wir haben denn auch weniger Mandate bekommen. Es ist aber unrichtig, daß wir geschlagen aus dem Wahlkampfe hervorgegangen sind. Nach den Landtagswahlen in Böhmen hat sogar die „Politik", das Organ der ärgsten Ausbeuter Oesterreichs, erklärt, daß man nirgends mehr eine allgemeine Kurie machen solle, weil durch diese der Sozialismus in den Mittelstand getragen werde. Man müsse trachten, die Arbeiter von den anderen Schichten fern zu halten, damit die Letzteren nicht verdorben werden. Ich behaupte also, daß wir darin einen Beweis sehen können, daß wir große Fortschritte gemacht haben. (Beifall.)

Schrammel (Aussig): Mir kommt es vor, als ob die Genossen die Verachtung, die sie dem Parlamente gegenüber haben, auch der Fraktion fühlen lassen wollten. Es wird keinen Parteigenossen in Oesterreich geben, der für dieses Parlament schwärmt, und Alle wären froh, wenn sie dieses Parlament beseitigen und ein anderes Parlament auf Grund des allgemeinen gleichen und direkten Wahlrechtes an dessen Stelle setzen könnten. Wir haben auf jedem Parteitag darüber gesprochen und immer gehört, daß die Volksmassen für eine Wahlrechtsdemonstration nicht zu haben sind, daß wir das arbeitende Volk erst überzeugen müssen, daß mit diesem Parlament nichts zu machen ist. Wenn nicht aus der Masse des Volkes heraus ein solcher Kampf entsteht, so verpufft eine solche Bewegung wirkungslos. Schon die frühere Fraktion hat sich die Frage vorgelegt: Sollen wir das Parlament zertrümmern helfen oder sollen wir darin vernünftig arbeiten? Wir haben damals erklärt, daß wir so arbeiten sollen, daß die bürgerlichen Parteien *selbst* ihr Parlament zertrümmern, und wir sind zu dem Entschlusse gekommen, im Parlamente zu arbeiten.

Wenn man selbst im Parlamente sitzt, dann weiß man, daß man die Wahl hat, zu obstruiren, das heißt, *jede* vernünftige Arbeit unmöglich zu machen, oder zu *arbeiten*. Ein Drittes gibt es nicht.

Ich stehe auf dem Standpunkte, daß eine Kritik nothwendig ist, aber die Vorwürfe, die hier gemacht wurden, halte ich für unrichtig und unvernünftig. Wenn wir nicht wollen, daß unsere Genossen im Parlamente arbeiten, dann müssen wir das am Parteitage beschließen und müssen sagen, wir wollen, daß unsere Fraktion Obstruktion treibe. Dann kann sich die Fraktion darnach halten. Aber einmal zu erklären, wir brauchen kein Parlament, dann aber am Parteitage solche Vorwürfe zu erheben, halte ich für unklug und unzweckmäßig. Ich stehe nicht an, offen zu erklären, daß ich die Thätigkeit der Fraktion im Parlamente voll und ganz anerkenne. Wenn gesagt wurde, daß bei der Agitation zuviel versprochen wurde, so halte ich es eben für einen Fehler, wenn man solche Agitation treibt. (Zustimmung.) Wir müssen die Leute darüber aufklären, daß Verhältnisse, die seit Jahrhunderten bestehen, nicht über Nacht geändert werden können. Wir müssen zeigen, daß unsere Abgeordneten nur dann etwas machen können, wenn das Volk hinter ihnen steht. Die Kritik, wie sie hier geübt wurde, halte ich für ungerechtfertigt und beantrage daher, daß der Fraktion für ihr Verhalten die vollste Zustimmung ausgesprochen wird. (Lebhafter Beifall.) Ich stelle folgenden Antrag:

„Der in Wien tagende Gesammtparteitag spricht dem Sozialdemokratischen Verbande für seine Thätigkeit die Anerkennung und das vollste Vertrauen aus.

Vorsitzender: Dieser Antrag des Genossen *Schrammel* ist von 28 Genossen unterzeichnet. Es ist ein zweiter Antrag vom Genossen *Ver*[illegible] eingelangt, der sich mit diesem Antrage deckt. Er lautet:

Dem Verbande der sozialdemokratischen Abgeordneten im Reichsr[illegible] für ihre parlamentarische Thätigkeit der Dank und die Anerkennung und [illegible] trauen ausgesprochen.

Pernerstorfer: Die gegenwärtige Debatte beweist [illegible] parlamentarischen Wirren der letzten vier Jahre auf die [illegible] mancher Parteigenossen verheerend eingewirkt haben. Es scheint beinahe,

überzeugt, daß dadurch dem Verbande manche werthvolle Anregung gegeben werden wird. (Beifall.)

Winarsky (Wien): Den Kritikern unserer Fraktion ist es heute schlecht gegangen. Dr. Adler hat sogar ein Wort ausgesprochen, das mich aus seinem Munde zu hören wundert, er hat gesagt, daß eine derartige Kritik nichts Anderes sei als Nörgelei. Eine Kritik sei zwar gut, aber gescheit müsse sie sein. Dr. Adler erklärt aber nur das für gescheit, was ihm in den Kram paßt. (Dr. Adler: Selbstverständlich! — Heiterkeit.) Es fiel mir nicht ein, zu behaupten, daß unsere Genossen im Parlamente keine Arbeit verrichten, und die Ausführungen des Genossen Pernerstorfer waren eigentlich an die unrichtige Adresse gerichtet. Es fällt mir auch nicht ein, mich gegen ein Vertrauensvotum auszusprechen. Aus den Worten des Genossen Schrammel leuchtet hervor, als ob die früheren Redner den Abgeordneten ihr Vertrauen entziehen wollten. Das ist eine ganz falsche Auffassung. Wir halten unsere Abgeordneten lieb und werth und schätzen sie hoch, aber wir können ihnen doch auch unsere Meinung sagen. Darin liegt durchaus kein Tadelsvotum. Daher werde ich und ich glaube, auch die Anderen, die gesprochen haben, für den Antrag des Genossen Schrammel stimmen.

Genosse Adler hat sich die Sache leicht gemacht. Er hat einige Witze gemacht, aber von dem, was gegen die Thätigkeit des Verbandes vorgebracht worden ist, nichts widerlegt. Zwischen dem, daß man an der Haltung und der Thätigkeit der Fraktion im Parlamente nicht vollen Gefallen findet, und dem Wunsche, absolute Obstruktion zu treiben, ist doch noch ein großer Unterschied. Wir haben deutlich gesehen, daß es möglich ist, im Parlamente eine stramm oppositionelle Haltung einzunehmen, ohne Obstruktion zu machen. Selbstverständlich erkläre ich, daß ich in dem geeigneten Momente auch nicht vor der Obstruktion zurückschrecken würde. Das zu erwägen, ist Sache des Verbandes. Da ich und eine Reihe von Genossen der Meinung sind, daß der geeignete Moment nicht erfaßt wurde, bei gewissen Gelegenheiten zwar nicht Obstruktion, aber Opposition im wahren Sinne des Wortes zu machen, haben wir uns gegen die Haltung des Verbandes ausgesprochen. Wir wollen nicht eine oppositionelle Pose, sondern wahrhafte Opposition.

Genosse Pernerstorfer hat gesagt, er schrecke durchaus nicht davor zurück, offen zu erklären, daß er das Parlament auch in seiner gegenwärtigen Form wolle, und er bemerkte, daß es sich eigentlich darum handle, das Parlament überhaupt zu wollen. Das ist Ansichtssache. Es geht aber nicht an, eine solche Ansicht einfach als ein Axiom unserer Politik aufzustellen. Wir sind nicht dieser Ansicht, wir meinen vielmehr, daß, wenn man zwischen dem Scheinabsolutismus und dem wirklichen Absolutismus zu wählen hat, der letztere beinahe vorzuziehen ist. Wenn es aber wahr ist, daß man nur zwischen diesen beiden Dingen zu wählen hat, dann ist also Genosse Pernerstorfer für den Scheinabsolutismus, da ja der gegenwärtige Parlamentarismus nichts Anderes bedeutet.

Uns ist die Schuld nicht zuzuschreiben, wenn dieses Parlament nicht dasjenige leistet, was es nicht leisten kann. Gerade wir waren es, die immer den Leuten gesagt haben, daß sie auf dieses Parlament keine Hoffnungen setzen dürfen. Ich meine daher, daß es die Aufgabe der Abgeordneten wäre, im Volke jene Stimmung hervorzurufen, daß eine Wahlrechtsbewegung mehr Aussicht hätte.

Unrichtig ist es, wenn auf die reichsdeutschen Genossen hingewiesen wird. Denn die Genossen haben draußen ein Parlament auf Grund des allgemeinen und gleichen Wahlrechtes. Freilich haben sie auch Ursache, mit diesem Parlament unzufrieden zu sein. (Beifall.)

Ueber Antrag des Genossen Hugo Schmidt wird die Debatte geschlossen.

Das Schlußwort erhält Berichterstatter

Ignaz **Daszynski**: Wir scheuen gewiß keine Kritik und können sie sehr gut vertragen. Wir als Fraktion stehen heute in einer parlamentarischen Krise vor Euch und brauchen für diese Krise eine Weisung über die Art unseres Verhaltens in der nächsten Zukunft. Das wollten wir von Euch

vernehmen und nicht kleine und kleinliche Anwürfe, aus denen Niemand klug werden kann. Der Ton macht die Musik, und diese linksseitige Opposition sollte sich lieber in ein würdevolles Schweigen hüllen, als da mit dem Quatsch hervorzutreten, den sie uns heute präsentirt hat. (Ohorufe.) Ich will Niemand persönlich beleidigen, aber ich empfinde es schmerzlich aus tiefster Seele, und ich hätte gewünscht, aus einer solchen Versammlung, wie es unser Parteitag ist, andere Wünsche gehört zu haben. Ich suche umsonst nach einer vernünftigen Kritik dessen, was wir gethan haben. Zweier Unterlassungen haben wir uns schuldig gemacht. Wir haben bei der Fahrkartensteuer und bei der Altersversicherung der Privatbeamten nicht die erste Lesung erzwungen! War das nun wirklich ein nennenswerthes Verbrechen? Es handelt sich um ein paar verlorene Stunden, und wenn auch von einigen Seiten hervorgehoben wurde, daß wir auch nicht auf der ersten Lesung der Wasserstraßenvorlage bestanden, daß wir das Wasserstraßengesetz überhaupt nicht unmöglich gemacht haben, so frage ich Sie: Wie ist das in Einklang zu bringen mit dem Dringlichkeitsantrage, den wir in der Vorwoche eingebracht haben, der sich auf beide Investitionsgesetze beruft, und der darauf hinweist, daß die dort bewilligten Hunderte von Millionen jetzt zum Verbrauch gelangen sollen, damit die Arbeiterschaft in der schweren Krise Beschäftigung finde. Es ist leicht, mit solchen geringen Kenntnissen von der Bedeutung der ersten Lesung im österreichischen Parlament Vorwürfe zu erheben; aber Niemand wird sich auf den Standpunkt stellen können, daß diese verkehrstechnischen Gesetze für die Arbeiterschaft, für den modernen Staat und für die Entwicklung der modernen Gesellschaft schädlich seien.

Ja, Genosse Resel ist ein Südländer, er wehrt sich mit aller Kraft, daß die Kanäle gebaut werden, aber 500 Millionen für die Tauernbahn, das ist etwas Anderes, davon schweigt er, weil er in Graz Prügel bekäme, wenn er dort gegen die Tauernbahn wettern wollte. (Lebhafte Heiterkeit.) Weil Sie zufälligerweise keinen Kanal bekommen, deshalb sind Sie so neidisch auf uns, Genosse Resel! (Erneuerte Heiterkeit.) Sie haben aber dafür eine der wunderschönsten Bahnen Oesterreichs bekommen. Kein Abgeordneter hat so viele und so schöne Bahnen bekommen wie gerade Sie, Genosse Resel (Lebhafte Heiterkeit), wie gerade die Steiermark und die Alpenländer.

Da ich schon beim Genossen Resel bin, so muß ich als guter Kollege ihm gegenüber eine Pflicht erfüllen, ich muß bezeugen, er war wirklich einer der revolutionärsten unter uns. Er hat nämlich in einer Branche gearbeitet und hat hier durch seine unermüdliche Thätigkeit die Antisemiten zum Stillschweigen gebracht, ich meine nämlich seine Thätigkeit in Bezug auf die Amtsdiener, Briefträger, Steuerexekutoren u. s. w. Er hat gewiß damals alle revolutionären Leidenschaften dieser Berufskategorien angefacht (Heiterkeit), als er in der Kommission arbeitete und besonders, als er in der revolutionärsten Zeit unseres Parlaments unermüdlich immer und immer wieder neue Anträge im Ausschuß und im Plenum einbrachte. Er war Revolutionär, er hat sich aber dann eine leichte Krankheit zugezogen, diese Krankheit heißt: Abneigung gegen das Parlament. (Heiterkeit.) Ich kann ihm jetzt natürlich nicht helfen, hoffen wir aber, daß bei den nächsten Wahlen diese Krankheit kurirt werden wird. (Heiterkeit und Sehr gut!)

Wenn ich nun auch mit Luchsaugen nach Rathschlägen herumblicke, die mir und der Fraktion ertheilt wurden, so finde ich folgende werthvolle Weisungen für die Zukunft: Muchitsch, auch einer von den Südländern, wünscht, die Abgeordneten sollen das vorwärtstreibende Element im Parlament sein. Winarsky wieder wünscht, sie sollen eine Haltung einnehmen, und Resel sagt, sie sollen Stimmung erzeugen. (Heiterkeit.) Wenn die Fraktion aus diesen Elementen, Stimmungen und Haltungen jetzt klüger geworden ist, dann besitzt sie wahrlich eine große Kunst im Gedankenlesen. Wir haben wirklich nichts von Ihnen erfahren. Wir fragen Sie: Sollen wir obstruiren? Und Sie sagen: Nein, aber vorwärtstreibende Elemente sollet Ihr sein. Ja, treiben wir denn rückwärts? (Heiterkeit.) Wir fragen, sollen wir obstruiren? Nein, sagen Sie, aber eine Haltung sollet Ihr einnehmen. Das machen wir doch Tag für Tag. Schließlich sollen wir Stimmung erzeugen. Wir sind die stimmungsvollsten Redner im ganzen Hause. Wir reden nur aus unseren Stimmungen zum Fenster hinaus, häufiger vielleicht, als es nothwendig wäre. Ich kann ohne Uebertreibung sagen, daß

diese zehn Männer in fünf Monaten geleistet haben, messen sich keine sozialdemokratische Fraktion, und sei sie auch noch so zahlreich in irgendeinem Parlament Europas, zu schämen hätte. (Lebhafter Beifall.) Wir haben speziell im letzten Sessionsabschnitte gearbeitet, daß wir allgemein als die fleißigsten Abgeordneten im ganzen Parlament gelten. Und oft, wenn schon die Reihen anderer stärkerer Fraktionen gelichtet waren, um 12 Uhr, um 1 Uhr oder um 3 Uhr Nachts, da waren wir noch vollzählig versammelt. Es gibt in der Geschichte des österreichischen Parlaments keinen so arbeitsreichen Abschnitt, wie der vom 19. April bis zum 12. Juni war. In diesen zwei Monaten haben wir alle Verhandlungen mitgemacht und an allen Arbeiten theilgenommen. (Lebhafter Beifall.)

Und wenn Genosse Stark sagt: Was hat die Fraktion gethan, um die drohende Biersteuer zu verhindern?, so frage ich ihn: Ja was denkt er denn, was sollen wir im Parlamente thun, ehe diese Biersteuer von der Regierung verlangt wird? Sollen wir vielleicht den Finanzminister aufmerksam machen: Sie, Herr Böhm von Bawerk, erkühnen Sie sich ja nur nicht, mit der Biersteuer zu kommen. (Heiterkeit.) Wenn die Biersteuer ihre Schatten in die Welt werfen wird, so daß wir damit parlamentarisch zu operiren im Stande sein werden, seien Sie getrost, Genosse Stark, wir werden dann unsere Pflicht thun, und wir werden dann auch auf unserer Seite so viel Leute finden, die das Bier billiger haben wollen, daß wir eine großartige Agitation entfachen können. Beim Schnaps war unsere Stellung ganz klar. Wir haben gegen das Branntweingesetz gesprochen und gestimmt, aber wir hatten doch nicht die Möglichkeit und werden sie auch bei der nächsten Gelegenheit nicht haben, das Parlament zu sprengen, weil die Branntweinsteuer beschlossen wurde. (Zustimmung.)

Was die eingelaufenen Anträge betrifft, so empfehle ich, den Antrag 16 dem Verbande zu überweisen.

Ob wir das, was im Antrage verlangt wird, in der nächsten Zeit werden ausführen können, ist aus verschiedenen Rücksichten heute noch fraglich, und ich übernehme auch hier dem Parteitage gegenüber namens des Verbandes keine Verantwortung dafür, daß dieser die Gesetzesnovelle in der Art einbringen wird, wie es die Antragsteller hier verlangen. Ob wir in der Frage der Wahlreform uns von dem Standpunkte werden leiten lassen, daß wir die Wahlreform als Ganzes erledigen, oder daß wir zunächst nur die drückendsten Bestimmungen des Wahlgesetzes beseitigt sehen wollen, das müssen Sie der Fraktion und der Parteivertretung schon überlassen.

Was aber den Antrag 17 anbelangt, so bitte ich um dessen Ablehnung. (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender **Popp**: Ich muß auf eine Aeußerung des Genossen Daszynski zurückkommen. Genosse Daszynski hat die Ausführungen einiger Genossen Quatsch genannt ...

Daszynski: Ich nehme dieses Wort zurück.

Vorsitzender **Popp**: Damit ist diese Sache erledigt.

Es folgen nun mehrere **thatsächliche Berichtigungen.**

Dr. **Stark** berichtigt thatsächlich, daß das, was er vorgebracht hat, kein Auszug aus alten Broschüren war. Seine Anwürfe waren auch keine unbegründete Nörgelei und kein Quatsch, was daraus hervorgeht, daß sich Genosse Pernerstorfer mit einigen von ihnen beschäftigte und sich auch entschuldigte.

Vorsitzender **Popp** unterbricht den Redner, da das keine thatsächliche Berichtigung sei.

Dr. **Stark**: Ich stelle schließlich noch fest, daß durch die Art, wie Adler polemisirt, Mameluken erzeugt werden sollen.

Resel: Es ist unwahr, daß ich mir eine leichte Krankheit zugezogen habe. (Staret: Also eine schwere? — Heiterkeit.) Ich war mit der Krankheit schon behaftet, bevor ich sie nach Ansicht des Genossen Daszynski noch bekommen haben soll. Es ist unrichtig, daß ich die Eisenbahnen übersehen habe. Da Daszynski nur von den Wasserstraßen sprach, habe ich auch nur darüber gesprochen. Ich habe auch nichts gegen die Wasserstraßen gesagt, sondern nur darüber, daß diese praktische Arbeit mit dem im Widerspruch steht, was Daszynski

darüber gesagt hat. Ich habe auch nicht mehr Stimmung gewünscht, sondern nur, daß das agitatorische Moment mehr in den Vordergrund gestellt und die praktischen Dinge nicht überschätzt werden. Diese Art der Polemik, wie sie gegen mich geübt wurde, verschiebt nur die ganze Sachlage.

Es folgt die **Abstimmung.**

Der Antrag 16 wird dem parlamentarischen Verbande zugewiesen, der Antrag 17 abgelehnt. Der Antrag 18 wird unter Beifall einstimmig angenommen.

Der Bericht über die parlamentarische Thätigkeit ist hiemit erledigt.

Nach Verlesung des Einlaufes wird die Sitzung um 7 Uhr Abends geschlossen.

Zweiter Verhandlungstag.

Sonntag, den 3. November 1901.

Pölzer beantragt die Verschiebung der Berathung des Punktes „Revision des Parteiprogrammes" auf den nächsten Verhandlungstag, um heute die Gewerbenovelle in Verhandlung zu ziehen.

Skaret spricht dagegen. Der Antrag wird abgelehnt.

Es folgt somit Punkt IV, das ist

Revision des Parteiprogramms.

Berichterstatter Dr. **Adler** (Wien): Wenn wir heute auf der Tagesordnung den Punkt „Revision des Parteiprogramms" haben, so ist das nicht die Schuld absolut zwingender Umstände. Ich erkläre das deshalb, damit die Genossen die ganze Frage von allem Anfang an vom richtigen Gesichtspunkt aus betrachten. Wir waren bis heute mit dem Hainfelder Programm ganz zufrieden, darüber ist gar kein Zweifel. Das Hainfelder Programm war der Ausdruck nicht nur unserer damaligen Ueberzeugungen, sondern auch der Ausdruck der Stimmungen in der Partei, der Ausdruck des Rhythmus, in dem die ganze sozialdemokratische Arbeiterbewegung jener Zeit vor sich ging. Obwohl sich aber in der Partei und in Oesterreich in diesen 13 Jahren sehr Vieles geändert hat, sind wir mit dem Hainfelder Programm bisher ganz gut ausgekommen. Aber warum sind wir damit so gut ausgekommen? Der Grund ist einfach der, daß das Programm heute nicht mehr in dem Grad in der Partei lebendig ist, als es im Anfang war. Das Programm ist nach und nach zu einer Art Reliquie für uns geworden. Es ist in jenem Theil, der sich auf die Fassung der einzelnen Forderungen bezieht, vielfach als etwas Gewesenes angesehen worden. Unberührt von dieser Wandlung blieb allerdings die Prinzipienerklärung, um die es sich uns heute vornehmlich handelt.

Wenn wir jetzt eine Revision des Parteiprogramms vornehmen wollen, so ist das, wie bereits erwähnt, nicht deshalb, weil wir das Bedürfniß haben, unseren Grundanschauungen einen anderen Ausdruck zu geben. Dieses Bedürfniß war wirklich nicht vorhanden, nicht nur weil wir heute noch auf demselben Standpunkt stehen wie damals, sondern auch und vor Allem deshalb, weil der theoretische und prinzipielle Inhalt des Programms durch viele Jahre gar nicht mehr der Gegenstand einer ernsten Erörterung in der Partei gewesen ist. (Richtig!) Täuschen wir uns darüber nicht. Wir haben durch viele Jahre einen widerwärtigen Kleinkrieg zu führen gehabt, wo nicht nur der Boden für unsere Thätigkeit erst erkämpft werden mußte, sondern wo sogar der Rahmen für unsere Thätigkeit, der Staat selbst, fortwährend in Frage stand. Und wir haben uns in dieser Zeit mit prinzipiellen Erörterungen und — um die volle Wahrheit zu gestehen — auch mit prinzipieller Agitation nicht in dem Maße befaßt, als das unsere Pflicht gewesen wäre.

Der Wunsch, das Parteiprogramm zu ändern, ist also nicht aus einem tiefen theoretischen Bedürfniß der Partei hervorgegangen, er ist aber auch nicht, wie Genosse Bebel gestern irrthümlich anführte, in Zusammenhang zu bringen

mit jenem Prinzipienstreit, der jetzt in Deutschland durchgekämpft wurde. Keine Spur! Jener Wunsch hat mehrere Ursachen, die aber wirklich mit den Prinzipien wenig zu thun haben. Zunächst hat eine Reihe von Genossen gefunden, und zwar ganz mit Recht, daß die Eintheilung des Programms in eine Prinzipienerklärung und zwei Resolutionen unhandlich ist, und dann — was wir schon seit dem Parteitag im „Hotel Union" immer wieder zu hören bekamen — hat man immer gewünscht, unser Programm derart zu adaptiren, um unter die agrarische Bevölkerung leichter eindringen zu können. Und das war schon seit vielen Jahren der Hauptgrund, warum man immer nach einer Revision des Programms verlangte. Lesen Sie nur die Rede, mit der vor zwei Jahren Genosse Dr. Ellenbogen seinen Antrag auf Einsetzung der Programmkommission begründete!

Merkwürdig ist es allerdings, daß gerade der Wunsch, das Programm so zu ändern, daß man damit unter die Bauern gehen könne, von der Kommission am allerwenigsten berücksichtigt werden konnte. Meine Ueberzeugung aber war es immer und ist es auch heute, daß wir nicht zu den Bauern und den Kleinbürgern gehen und ihnen entgegenkommen können, sondern daß wir vielmehr warten müssen, bis die Bauern und die Kleinbürger zu uns kommen. Ich bin nicht dafür, den Leuten einzureden, daß wir uns ihnen anpassen werden, sondern wir müssen ihnen klar machen, daß unsere Interessen auch die ihren sind. So lange sie das nicht einsehen, müssen wir eben darauf verzichten, in umfangreicherem Maße Bauernagitation zu treiben. Parteigenossen! Wir haben in der industriellen Arbeiterschaft aller Kategorien in allen Ländern, hauptsächlich aber bei uns in Oesterreich, noch so viel zu thun, daß wir sehr gut daran thun, all unsere Kraft auf diese zu konzentriren. Aber das nur nebenbei.

Sie werden nun fragen: Ja, wenn kein unbedingter Zwang da war, an dem Programm eine Aenderung vorzunehmen, wenn am allerwenigsten ein zwingender Grund da war, eine Aenderung an der heute so viel umstrittenen Prinzipienerklärung eintreten zu lassen, wozu dann der ganze Streit? Dann haben ja doch diejenigen Recht, die jetzt nach 13 Jahren in unserer alten Hainfelder Prinzipienerklärung plötzlich alle möglichen bisher unentdeckten Schönheiten gefunden haben, dann bleiben wir dabei und zerbrechen wir uns weiter die Köpfe nicht. Nun, ich bin etwas entgegengesetzter Ansicht.

Was ist denn ein Programm? Ein Programm ist nicht nur der Ausdruck einer gemeinsamen Ueberzeugung und des gemeinsamen Willens einer Partei, sondern es ist auch ein bestimmter Ausdruck, eine bestimmte Ausdrucksweise dieser Ueberzeugung und dieses Willens. Und wenn ich es auch als richtig anerkenne, daß die Ueberzeugung und der Willen der Partei, daß unsere Grundanschauungen unverändert geblieben sind, so glaube ich darum doch nicht, daß diese Grundanschauung nicht in sehr verschiedener Art ausgedrückt werden kann. Bei allen Kämpfen, die in anderen Ländern geführt werden, hauptsächlich aber bei dem Kampf, der sich jetzt zu meiner großen und aufrichtigen Befriedigung hier in Oesterreich an die Revision des Parteiprogramms geknüpft hat — von Deutschland will ich gar nicht reden, die mögen sich das dort selbst ausmachen — handelt es sich nicht um die Grundanschauungen, sondern ausschließlich darum, welcher Ausdruck diesen zu geben ist. So unerbittlich ich nun in dem Verlangen bin, daß Jeder, der sich zur Partei rechnet, unsere Grundanschauungen voll und ganz — nicht bis auf das i-Tüpfelchen, auf das lege ich gerade keinen Werth — sondern bis in das Innerste seines Gehirnes und seines Herzens theilt, so daß er unbewußt mit uns handeln und mit uns denken muß — so wenig strenge bin ich in Bezug darauf, welchen Ausdruck man für diese Grundanschauungen wählt.

Und warum? Ich gehöre nicht zu den ganz alten Leuten in der Partei, aber ich fange doch schon an, zu den alten Leuten der Partei zu gehören, und die Zeit, die ich in der Partei zugebracht habe, hat mich belehrt, daß auch in den Köpfen der Arbeiter — und auf die kommt es mir in allererster Linie an — sich die gesellschaftli[illegible] erhältnisse und die Grundanschauungen über diese gesellschaftlichen Ver[illegible] verschieden spiegeln und spiegeln müssen. Ich habe viele Wandlungen i[illegible] Partei erlebt, aber die Grundanschauungen sind immer dieselben gebl[illegible] die Instrumentirung, die Betonung, vielleicht auch der

Rhythmus, in dem sie vorgetragen wurden, wurde zeitweise ein anderer. Das sind gewiß sehr wichtige Dinge, aber darin besteht eben die Wandlung, die auch Programme von Zeit zu Zeit über sich ergehen lassen müssen, wenn sie wirklich ein Bild der Partei sein sollen.

Wenn Sie aber heute an eine Programmrevision gehen, wenn Sie heute andere Ausdrücke wählen, als sie im Hainfelder Programm gestanden sind, wenn Sie das sagen, was Sie heute zu sagen haben, dann rufe ich Ihnen vor Allem zu: Sprechen Sie die Wahrheit! Sprechen Sie so, wie es in Ihrem Inneren aussieht, und lassen Sie sich nicht einschüchtern weder durch die angeblichen Errungenschaften einer neuen Wissenschaft, deren Tristigkeit mir sehr zweifelhaft erscheint, noch durch die Drohung von der anderen Seite, daß jede Abweichung vom Hainfelder Programm Zaghaftigkeit und weiß Gott was für Verbrechen an der Partei bedeuten würde. Sagen Sie ehrlich, wie Sie es heute meinen, und gestehen Sie ehrlich, ob Sie heute das Hainfelder Programm Satz für Satz mit denselben Augen lesen und mit denselben Ohren hören wie im Jahre 1889. Ich habe die Empfindung, daß dies heute nicht der Fall ist.

Wie haben wir damals ausgesehen? Wir sind in Hainfeld zusammengekommen, eine Anzahl von Leuten, die erst selbst gewissermaßen einzeln erobert werden mußten; verfolgte Menschen nicht nur, sondern auch Menschen, die sich selbst aus dem Zerfall der alten Fraktionen erst wieder eine geschlossene Anschauung herausarbeiten mußten. Wir standen Alle unter dem Eindruck vollständig verzweifelter Verhältnisse, ohne jede Möglichkeit einer äußeren Bethätigung, ja, auch ohne jede sichtbare Hoffnung auf eine Ausbreitung der Partei in dem Sinne, wie wir sie wollten, und zugleich mit der festen Ueberzeugung, daß dies doch geschehen müsse, trotz alledem.

Diese verzweiflungsvolle Stimmung spricht sich natürlich in dem Programme aus. Es spricht sich aber darin auch noch etwas Anderes aus. Ich werde Sie ja gewiß nicht gegen das Hainfelder Programm einnehmen, das ist weder meine Absicht, noch bin ich gerade persönlich dazu berufen, ich glaube vielmehr in der That, das Hainfelder Programm ist ein sehr gutes Programm. Aber was ihm heute alles Schöne nachgesagt wird, das haben wir uns in seinen besten Zeiten nicht eingebildet. Es heißt heute: Es ist ein Programm von Marmor; es ist ein geschlossenes Kunstwerk; es läßt sich da kein Satz herausnehmen, ohne daß dem ganzen Programm Abbruch geschehe. Hier sei jedes Wort Kunst und Kunst und wieder Kunst! (Heiterkeit.) Ich muß gestehen, es ist wirklich ein Wunder, daß ich nicht den Größenwahn bekomme darob, was für ein Künstler ich damals gewesen bin, und daß ich andererseits nicht eine gewisse Geringschätzung von mir bekomme, darüber, wie sehr ich seit damals heruntergekommen bin. (Lebhafte Heiterkeit.)

Wenn ich auf das Programm selbst eingehe, so will ich, um einer Reihe von Genossen einen Alp von der Brust zu nehmen, Folgendes erklären: Als wir an die Revision des Programms gingen, hatten wir neben dem natürlichen Wunsche, die Sache so gescheit wie möglich zu machen, auch den Wunsch, in Bezug auf die Schönheit des Programms, was ja so sehr geschätzt wird, das Möglichste zu leisten. Mir, dem alten Marmorkünstler von Hainfeld (Heiterkeit), schien es, daß es diesem Wunsche widerspricht, wenn wir alle die Anhängsel dem alten Namen unserer Partei anfügen, welche durch unsere komplizirte nationale Parteiorganisation nothwendig geworden sind.

Aus diesem Grunde wollten wir unseren alten langen Namen gegen den gebräuchlicheren kürzeren eintauschen. Eine Partei, die in ihrem Programm sagt, daß die Trägerin der ganzen gesellschaftlichen Entwicklung die organisirte Arbeiterschaft ist, die kann allerdings ganz wohl den Namen „Arbeiterpartei" tragen, sie kann aber ebenso gut auf diesen Namen verzichten. Seit jeher habe ich aber nicht nur den Gedanken, sondern auch den Empfindungen der Arbeiterschaft meine Aufmerksamkeit zugewandt. Nachdem wir nun die Erfahrung gemacht haben, daß diese Aenderung des Namens zwar nicht die Befürchtung erweckt, es werde dadurch eine Aenderung des Wesens der Partei herbeigeführt, wohl aber, daß es Ihre Empfindungen verletzt, wenn dieser historisch gewordene Name geändert werden soll, so ho[illegible] Kommission einstimmig

beschlossen, die vorgeschlagene Aenderung des Namens zurückzuziehen. (Beifall.)

Auf den Entwurf ist in den letzten Wochen ein Freischießen veranstaltet worden (Heiterkeit), das meinem Werke immerhin einige Wunden zugefügt hat. Wenn es aber dem Entwurf so genützt hat, wie unzweifelhaft der Partei, so bin ich durchaus zufrieden.

Unser Entwurf läßt zunächst einige Verwahrungen bezüglich des Parlamentarismus und der sozialen Reformgesetze fallen. Nun wurde das von einem Genossen, der den Entwurf sehr billigt, damit begründet, wir hätten vor 13 Jahren andere Anschauungen über Parlamentarismus und Sozialreform gehabt, und deshalb müsse auch das Programm geändert werden. Ich bin nun der Anschauung, daß sich, insofern der Ausdruck über das Wahlrecht und das Parlament im Hainfelder Programm unserer Grundanschauung entsprach, daran nicht viel geändert hat. Wir halten auch heute das Parlament nicht für einen gebahnten und sicheren Weg zur Erreichung unserer Forderungen, wir sind auch heute nicht geneigt, den Werth des Parlaments zu überschätzen, obwohl gewisse Dinge vorkommen, angesichts deren Genosse Kristan mit Recht dem Wunsche Ausdruck gab, daß die Genossen sich ab und zu den betreffenden Absatz des Hainfelder Programms durchlesen mögen. Wir in Oesterreich kommen wenig dazu, das Parlament zu überschätzen, aber wir müssen, wie die Dinge bei uns liegen und wie Genosse Pernerstorfer gestern ganz richtig bemerkt hat, dieses Parlament halten, da es ausgeschlossen ist, daß, wenn wir es erschlagen, etwas Vernünftigeres darauf folgt. Aber von einer Ueberschätzung des Parlaments ist auch heute keine Rede.

Früher haben die Radikalen die Gemäßigten beschuldigt, daß es sich ihnen nur darum handle, gewählt zu werden, daß sie im Parlamentarismus den einzigen Weg zum Ziele sehen, man warf ihnen vor, daß sie die Partei korrumpiren, daß sie überhaupt keinen Sinn für wirthschaftliche Fragen hätten und so weiter. Heute überschätzen wir den Parlamentarismus nicht mehr, und darum war die Verwahrung gegen eine solche Ueberschätzung, so nothwendig sie auch in Hainfeld gewesen ist, ganz überflüssig.

Mit der Sozialreform steht es ebenso. Ich will Ihnen nur ein paar Sätze aus dem Hainfelder Programm vorlesen. Da heißt es:

„Was heute vorzugsweise „Sozialreform" genannt wird, die Einführung der vom Staate organisirten Arbeiterversicherung gegen Krankheit und Unfall, entspringt vor Allem der Furcht vor dem Anwachsen der proletarischen Bewegung, der Hoffnung, die Arbeiter von dem Wohlwollen der besitzenden Klassen zu überzeugen, und zuletzt aus der Einsicht, daß die zunehmende Verelendung des Volkes endlich die Wehrfähigkeit beeinträchtigen müsse. Mit der Ausführung der Arbeiterversicherung werden zwei Nebenzwecke verknüpft: die theilweise Ueberwälzung der Kosten der Armenpflege von den Gemeinden auf die Arbeiterklasse und die möglichste Einengung, womöglich Beseitigung der selbstständigen Hilfsorganisationen der Arbeiter, welche als Vorschulen und Uebungsstätten der Organisationen und Verwaltung den Herrschenden ein Dorn im Auge sind. Angesichts dieser Sachlage erklärt der Parteitag:

Die Arbeiterversicherung berührt den Kern des sozialen Problems überhaupt nicht. Eine Einrichtung, welche im besten Falle dem arbeitsunfähigen Proletarier ein kärgliches, von ihm selbst theuer bezahltes Almosen gewährt, verdient nicht den Namen „Sozialreform". Die Arbeiterschaft wird sich darüber nicht täuschen lassen, sondern klare Einsicht darüber verbreiten, daß eine wirklich soziale Reform den arbeitsfähigen Arbeiter zum Gegenstande und die Beseitigung seiner Ausbeutung zum letzten Ziele haben muß, daß aber freilich diese soziale Reform niemals von den Ausbeutern, sondern nur von den Ausgebeuteten durchgeführt werden wird," und so weiter.

Es steht da nicht ein Wort, das ich nicht heute ebenfalls unterschreiben würde, aber ich würde diese Rede, die da im Programm gehalten wird, heute nicht halten, weil sie überflüssig ist. Sie dürfen nicht vergessen, daß diese Rede im Jahre 1888 gehalten wurde, damals, wo man unter Sozialreform — das Wort steht im Hainfelder Programm bezeichnenderweise unter Gänsefüßchen

— die spezifisch Bismarck'sche Sozialreform verstanden hat, und diese ganze Ueberschätzung der Arbeiterversicherung, der Schwindel, der damit getrieben wurde, indem man mit der Arbeiterversicherung die soziale Frage lösen wollte, hat es veranlaßt, daß das Hainfelder Programm vor einer Ueberschätzung warnte. Heute hat sich gezeigt, daß das Minimum, das diese Arbeiterversicherung bietet, eine wirklich einschneidende Aenderung in der Klassenlage des Proletariats nicht herbeiführen kann. Heute ist also jene Polemik überflüssig. Aber wahr ist sie auch heute noch, und wenn heute Jemand käme und uns sagen wollte, wir könnten durch die Altersversicherung die Befreiung der Arbeiterklasse herbeiführen, so würden wir ihm dasselbe sagen, was im Hainfelder Programm steht. Aus diesen beiden Beispielen sehen wir schon, daß ein Programm nicht nur abhängt von den Gedanken, die darin zum Ausdruck kommen, sondern daß es auch der Ausdruck der Stimmung der Arbeiterschaft in jenem Momente ist, wo es ausgesprochen wird.

Bevor ich zum eigentlichen prinzipiellen Theil übergehe, möchte ich Sie bitten, keine Rechthaberei zu treiben. Auch ich steife mich nicht auf Worte, ich bin vielmehr vollkommen überzeugt, daß das, was ich sage, nicht nur in dieser, sondern auch in anderer Weise ausgedrückt werden kann. Ich halte es für verfehlt, gewisse Worte als ein Schiboleth zu bezeichnen, von dem es abhängt, ob man ein weißes Lamm oder ein schwarzer Bock ist, weil ich überzeugt bin, daß nichts die Gedankenlosigkeit mehr fördert als das.

Jetzt lesen Sie einmal den Entwurf, und zwar lesen Sie ihn so, wie er einzig und allein gerechter- und vernünftigerweise gelesen werden muß, das heißt, lesen Sie ihn für sich, lesen Sie ihn nicht als eine Abänderung des Hainfelder Programms, das er nicht ist und nicht sein will, lesen Sie ihn als ein neues Programm, das Ihnen vorgeschlagen wird. Denn wenn wir bei jedem Worte begründen müßten, warum wir früher so und heute anders sprechen, kommen wir in eine philologische Kleinkrämerei hinein, und ich gestehe Ihnen, daß ich für viele Aenderungen keine andere Begründung habe, als daß es mir so besser gefallen hat. Warum, weiß ich selber nicht. (Heiterkeit.) Ich glaube nicht, daß es nur einen allein vernünftigen Text gibt, und weiß, daß ich ganz dasselbe in meiner Sprache sage, was Andere in ihrer Sprache sagen.

Ich habe mit vollem Bewußtsein in der „Arbeiter-Zeitung" den neuen Entwurf abgedruckt, ohne das alte Programm daneben zu setzen, und ich gestehe Ihnen offen, daß ich mir dabei dachte, bis man das alte Programm herausklaubt, werden zwei oder drei Tage vergangen sein, und diese paar Tage gewinne ich für eine unbefangene Beurtheilung des Entwurfes. Hernach ist es ohnehin gar. (Heiterkeit.) Es hat übrigens ein bißchen länger gedauert. (Heiterkeit.)

Und nun lesen Sie einmal den Entwurf und sagen Sie mir, wenn Sie ihn gelesen haben, ob darin ein Gedanke fehlt, den Sie darin haben wollen, oder ob etwas darin ist, was Sie nicht darin haben wollen.

Der Berichterstatter verliest die ersten fünf Absätze des Entwurfes und fährt dann fort:

Ich habe Ihnen das vorgelesen, um mir selbst davon eine Vorstellung machen zu können, wie es sich denn ausnimmt, wenn man dieses Programm in einer großen Versammlung verliest, wie ich das Hainfelder Programm hundertmal verlesen und erklärt habe. Das war gewissermaßen eine Prüfung für mich, und ich habe den Eindruck gewonnen, daß man das ganz gut so sagen kann.

Und nun noch ein Geständniß. Als ich von der Kommission mit der Verfassung des Entwurfes beauftragt wurde — über die Diskussion in der Kommission will ich nicht sprechen — bin ich nicht, wie sie meinen, über die Bücher gegangen und habe mir nicht aus der Parteiliteratur herausgesucht, wie man das am besten sagt, sondern ich habe mich auf mich selbst verlassen. Ich war überzeugt: „Der Mensch in seinem dunklen Drange ist sich des rechten Weges wohl bewußt." (Lebhafte Heiterkeit.) Erst wie die Diskussion über den Entwurf begann und mir meine Sündhaftigkeit auf jeder Seite und fast in jedem Worte des Entwurfes nachgewiesen wurde (Heiterkeit), habe ich in die Bücher hineingeschaut, ob ich wirklich auf einen solchen Irrw[illegible]nen bin. Nun muß ich

Ihnen gestehen, daß ich allerdings schon vor Beginn der Diskussion einen wirklichen stylistischen Fehler entdeckt habe, der zu einer falschen Auffassung führen kann, und dieser Fehler wurde mir dann auch von Zetterbaum, Max Adler und Kautsky immer wieder vorgehalten. Es ist das Wort „müssen", auf das ich noch später zurückkommen werde. Aber sonst bekenne ich mich ganz und gar nicht schuldig. Der Entwurf entspricht meines Erachtens nicht nur vollständig unseren theoretischen Anschauungen, er entspricht auch vollständig unserer Zeit, und allen Kritiken, die da, gewiß in der besten Absicht, geübt wurden, lassen sich Gegenkritiken gegenüberstellen, die zum Mindesten nicht weniger vernünftig sind.

Zwei Punkte sind es vor Allem, um die gestritten wird. In meinem Entwurf wird in zwei Sätzen eine Schilderung des heutigen Gesellschaftszustandes unternommen. Es heißt da zunächst: „Der Besitzer der Arbeitskraft, die Arbeiterklasse, wird dadurch in steigendem Maße abhängig von den Besitzern der Arbeitsmittel ..." Der zweite Satz ist folgender: „Die Lebenshaltung immer breiterer Schichten des arbeitenden Volkes tritt immer mehr in Gegensatz zu der rasch steigenden Produktivkraft ihrer eigenen Arbeit und zu dem Anschwellen des von ihnen selbst geschaffenen Reichthums." Diese zwei Sätze sind an sich nicht angefochten worden. Ja, mein Freund Kautsky hat sogar gesagt, als wissenschaftliche These sei der zweite Satz tadellos. Und auch dem ersten Satze hat er nur das vorzuwerfen gehabt, daß er auch anders gedeutet werden könne. Ich halte den zweiten Satz nicht nur für richtiger als die ganze Elendschilderung im Hainfelder Programme — worauf wir noch zu sprechen kommen werden — sondern ich muß Ihnen sagen, ich begreife eigentlich gar nicht, wie er im Hainfelder Programm überhaupt fehlen konnte.

Beschäftigen wir uns ein bißchen mit dem „Elend". Wenn wir auch unser Programm nicht unter dem Einflusse des Bernstein-Streites der Revision überwiesen haben, so ist es doch selbstverständlich, daß die Revision unter dem Einflusse dieser die Presse und uns Alle beschäftigenden Diskussion durchgeführt worden ist. Aber wir haben ja die Elendstheorie nie so mißverständlich aufgefaßt.

Aber ich möchte den Genossen Kautsky, der meinen Satz für wissenschaftlich tadellos erklärt hat, fragen, ob er heute noch in der Lage wäre, den Satz des Hainfelder Programms — daß der Einzelbesitz an Produktionsmitteln, wie er politisch den Klassenstaat bedeutet, ökonomisch steigende Massenarmuth und wachsende Verelendung immer breiterer Volksschichten bedeute — für ebenso wissenschaftlich tadellos zu erklären. Das kann er nicht. Ich habe jetzt auch meine Bücher studirt, und ich würde ihm, wenn er es thäte, gleich nachweisen, daß er sich in Gegensatz stellt nur zu Engels, sondern auch zu sich selbst.

Parteigenossen! Mit dem Elend ist es ein Elend! (Heiterkeit.) Das habe ich in dieser ganzen Zeit zu spüren bekommen. Genosse Kautsky hat acht Tage, bevor er meinen Entwurf kritisch bearbeitet hat, einen alten Aufsatz von Engels veröffentlicht, worin der Entwurf zum Erfurter Programm ebenso behandelt wurde. Allerdings hat es der Verfasser des Erfurter Programms besser gehabt, weil die Kritik seines Entwurfes damals nicht veröffentlicht wurde. (Heiterkeit.) Damit will ich meinem Freunde Kautsky natürlich keinen Vorwurf machen, denn ich habe ihn ja selbst um seine Kritik gebeten. Engels schreibt nun in seiner Kritik: „Es ist nicht richtig, daß das Elend der Proletarier immer größer wird. Das Wachsthum der Organisation wird dem Wachsthum des Elends vielleicht einen Damm entgegensetzen, was aber sicher wächst, das ist die Unsicherheit der Existenz der Proletarier."

Also das mit dem „Wachsthum des Elends" hat dem Engels nicht recht gepaßt. Genosse Bernstein glaubt mir nun diesen Satz in seinem letzten Aufsatz in einer Fußnote präsentiren zu müssen, gewissermaßen als Hilfstruppe für den Entwurf, und er setzt hinzu: „War am Ende schon Engels ein Bernsteinianer?" Ich sage, das geht daraus nicht hervor, sondern nur das, daß die ganze Elendskritik Bernstein's überflüssig war. Wozu der Lärm, wenn das die Alten ohnedies schon gewußt haben? (Beifall.) Aber sicher ist auf jeden

— die spezifisch Bismarck'sche Sozialreform verstanden hat, und diese ganze Ueberschätzung der Arbeiterversicherung, der Schwindel, der damit getrieben wurde, indem man mit der Arbeiterversicherung die soziale Frage lösen wollte, hat es veranlaßt, daß das Hainfelder Programm vor einer Ueberschätzung warnte. Heute hat sich gezeigt, daß das Minimum, das diese Arbeiterversicherung bietet, eine wirklich einschneidende Aenderung in der Klassenlage des Proletariats nicht herbeiführen kann. Heute ist also jene Polemik überflüssig. Aber wahr ist sie auch heute noch, und wenn heute Jemand käme und uns sagen wollte, wir könnten durch die Altersversicherung die Befreiung der Arbeiterklasse herbeiführen, so würden wir ihm dasselbe sagen, was im Hainfelder Programm steht. Aus diesen beiden Beispielen sehen wir schon, daß ein Programm nicht nur abhängt von den Gedanken, die darin zum Ausdruck kommen, sondern daß es auch der Ausdruck der Stimmung der Arbeiterschaft in jenem Momente ist, wo es ausgesprochen wird.

Bevor ich zum eigentlichen prinzipiellen Theil übergehe, möchte ich Sie bitten, keine Rechthaberei zu treiben. Auch ich steife mich nicht auf Worte, ich bin vielmehr vollkommen überzeugt, daß das, was ich sage, nicht nur in dieser, sondern auch in anderer Weise ausgedrückt werden kann. Ich halte es für verfehlt, gewisse Worte als ein Schiboleth zu bezeichnen, von dem es abhängt, ob man ein weißes Lamm oder ein schwarzer Bock ist, weil ich überzeugt bin, daß nichts die Gedankenlosigkeit mehr fördert als das.

Jetzt lesen Sie einmal den Entwurf, und zwar lesen Sie ihn so, wie er einzig und allein gerechter- und vernünftigerweise gelesen werden muß, das heißt, lesen Sie ihn für sich, lesen Sie ihn nicht als eine Abänderung des Hainfelder Programms, das er nicht ist und nicht sein will, lesen Sie ihn als ein neues Programm, das Ihnen vorgeschlagen wird. Denn wenn wir bei jedem Worte begründen müßten, warum wir früher so und heute anders sprechen, kommen wir in eine philologische Kleinkrämerei hinein, und ich gestehe Ihnen, daß ich für viele Aenderungen keine andere Begründung habe, als daß es mir so besser gefallen hat. Warum, weiß ich selber nicht. (Heiterkeit.) Ich glaube nicht, daß es nur einen allein vernünftigen Text gibt, und weiß, daß ich ganz dasselbe in meiner Sprache sage, was Andere in ihrer Sprache sagen.

Ich habe mit vollem Bewußtsein in der „Arbeiter-Zeitung" den neuen Entwurf abgedruckt, ohne das alte Programm daneben zu setzen, und ich gestehe Ihnen offen, daß ich mir dabei dachte, bis man das alte Programm herausklaubt, werden zwei oder drei Tage vergangen sein, und diese paar Tage gewinne ich für eine unbefangene Beurtheilung des Entwurfes. Hernach ist es ohnehin gar. (Heiterkeit.) Es hat übrigens ein bißchen länger gedauert. (Heiterkeit.)

Und nun lesen Sie einmal den Entwurf und sagen Sie mir, wenn Sie ihn gelesen haben, ob darin ein Gedanke fehlt, den Sie darin haben wollen, oder ob etwas darin ist, was Sie nicht darin haben wollen.

Der Berichterstatter verliest die ersten fünf Absätze des Entwurfes und fährt dann fort:

Ich habe Ihnen das vorgelesen, um mir selbst davon eine Vorstellung machen zu können, wie es sich denn ausnimmt, wenn man dieses Programm in einer großen Versammlung verliest, wie ich das Hainfelder Programm hundertmal verlesen und erklärt habe. Das war gewissermaßen eine Prüfung für mich, und ich habe den Eindruck gewonnen, daß man das ganz gut so sagen kann.

Und nun noch ein Geständniß. Als ich von der Kommission mit der Verfassung des Entwurfes beauftragt wurde — über die Diskussion in der Kommission will ich nicht sprechen — bin ich nicht, wie sie meinen, über die Bücher gegangen und habe mir nicht aus der Parteiliteratur herausgesucht, wie man das am besten sagt, sondern ich habe mich auf mich selbst verlassen. Ich war überzeugt: „Der Mensch in seinem dunklen Drange ist sich des rechten Weges wohl bewußt." (Lebhafte Heiterkeit.) Erst wie die Diskussion über den Entwurf begann und mir meine Sündhaftigkeit auf jeder Seite und fast in jedem Worte des Entwurfes nachgewiesen wurde (Heiterkeit), habe ich in die Bücher hineingeschaut, ob ich wirklich auf einen solchen Irrweg gekommen bin. Nun muß ich

Ihnen gestehen, daß ich allerdings schon vor Beginn der Diskussion einen wirklichen stylistischen Fehler entdeckt habe, der zu einer falschen Auffassung führen kann, und dieser Fehler wurde mir dann auch von Zetterbaum, Max Adler und Kautsky immer wieder vorgehalten. Es ist das Wort „müssen", auf das ich noch später zurückkommen werde. Aber sonst bekenne ich mich ganz und gar nicht schuldig. Der Entwurf entspricht meines Erachtens nicht nur vollständig unseren theoretischen Anschauungen, er entspricht auch vollständig unserer Zeit, und allen Kritiken, die da, gewiß in der besten Absicht, geübt wurden, lassen sich Gegenkritiken gegenüberstellen, die zum Mindesten nicht weniger vernünftig sind.

Zwei Punkte sind es vor Allem, um die gestritten wird. In meinem Entwurf wird in zwei Sätzen eine Schilderung des heutigen Gesellschaftszustandes unternommen. Es heißt da zunächst: „Der Besitzer der Arbeitskraft, die Arbeiterklasse, wird dadurch in steigendem Maße abhängig von den Besitzern der Arbeitsmittel ..." Der zweite Satz ist folgender: „Die Lebenshaltung immer breiterer Schichten des arbeitenden Volkes tritt immer mehr in Gegensatz zu der rasch steigenden Produktivkraft ihrer eigenen Arbeit und zu dem Anschwellen des von ihnen selbst geschaffenen Reichthums." Diese zwei Sätze sind an sich nicht angefochten worden. Ja, mein Freund Kautsky hat sogar gesagt, als wissenschaftliche These sei der zweite Satz tadellos. Und auch dem ersten Satze hat er nur das vorzuwerfen gehabt, daß er auch anders gedeutet werden könne. Ich halte den zweiten Satz nicht nur für richtiger als die ganze Elendschilderung im Hainfelder Programme — worauf wir noch zu sprechen kommen werden — sondern ich muß Ihnen sagen, ich begreife eigentlich gar nicht, wie er im Hainfelder Programm überhaupt fehlen konnte.

Beschäftigen wir uns ein bißchen mit dem „Elend". Wenn wir auch unser Programm nicht unter dem Einflusse des Bernstein-Streites der Revision überwiesen haben, so ist es doch selbstverständlich, daß die Revision unter dem Einflusse dieser die Presse und uns Alle beschäftigenden Diskussion durchgeführt worden ist. Aber wir haben ja die Elendstheorie nie so mißverständlich aufgefaßt.

Aber ich möchte den Genossen Kautsky, der meinen Satz für wissenschaftlich tadellos erklärt hat, fragen, ob er heute noch in der Lage wäre, den Satz des Hainfelder Programms — daß der Einzelbesitz an Produktionsmitteln, wie er politisch den Klassenstaat bedeutet, ökonomisch steigende Massenarmuth und wachsende Verelendung immer breiterer Volksschichten bedeute — für ebenso wissenschaftlich tadellos zu erklären. Das kann er nicht. Ich habe jetzt auch meine Bücher studirt, und ich würde ihm, wenn er es thäte, gleich nachweisen, daß er sich in Gegensatz stellt nicht nur zu Engels, sondern auch zu sich selbst.

Parteigenossen! Mit dem Elend ist es ein Elend! (Heiterkeit.) Das habe ich in dieser ganzen Zeit zu spüren bekommen. Genosse Kautsky hat acht Tage, bevor er meinen Entwurf kritisch bearbeitet hat, einen alten Aufsatz von Engels veröffentlicht, worin der Entwurf zum Erfurter Programm ebenso behandelt wurde. Allerdings hat es der Verfasser des Erfurter Programms besser gehabt, weil die Kritik seines Entwurfes damals nicht veröffentlicht wurde. (Heiterkeit.) Damit will ich meinem Freunde Kautsky natürlich keinen Vorwurf machen, denn ich habe ihn ja selbst um seine Kritik gebeten. Engels schreibt nun in seiner Kritik: „Es ist nicht richtig, daß das Elend der Proletarier immer größer wird. Das Wachsthum der Organisation wird dem Wachsthum des Elends vielleicht einen Damm entgegensetzen, was aber sicher wächst, das ist die Unsicherheit der Existenz der Proletarier."

Also das mit dem „Wachsthum des Elends" hat dem Engels nicht recht gepaßt. Genosse Bernstein glaubt mir nun diesen Satz in seinem letzten Aufsatz in einer Fußnote präsentiren zu müssen, gewissermaßen als Hilfstruppe für den Entwurf, und er setzt hinzu: „War am Ende schon Engels ein Bernsteinianer?" Ich sage, das geht daraus nicht hervor, sondern nur das, daß die ganze Elendskritik Bernstein's überflüssig war. Wozu der Lärm, wenn das die Alten ohnedies schon gewußt haben? (Beifall.) Aber sicher ist auf jeden

Fall, daß der Satz vom wachsenden Elend wissenschaftlich nicht zu halten ist. Im Vorwort zu „Lohnarbeit und Kapital" sagte Engels im Jahre 1899 — Kautsky hat diese Stelle wiederholt zitirt — daß der Antheil der Arbeiterklasse am Produkt entweder nur unbedeutend oder gar nicht steigt und „unter Umständen" sogar fallen kann.

Von einem stetig wachsenden Massenelend ist da keine Rede, im Gegentheil, es heißt an einer anderen Stelle: „Die Spaltung der Gesellschaft bewirkt, daß diese Gesellschaft in ihrem eigenen Ueberflusse erstickt, während die große Mehrzahl ihrer Glieder kaum oder nicht einmal vor dem äußersten Mangel geschützt ist. Dieser Widerspruch wird mit jedem Tage widersinniger. Er muß beseitigt werden, und er kann beseitigt werden."

Ich will Sie nicht mit Zitaten ermüden. Aber Eines möchte ich noch thun. Nachdem man das Hinauswerfen des Satzes von dem wachsenden Elend als Zaghaftigkeit und Schwächlichkeit bezeichnet, möchte ich doch denjenigen, für die Gedrucktes eine gewisse Beruhigung enthält, ganz klar aus unseren klassischen Schriftstellern — und dazu rechne ich vor Allem auch Kautsky — nachweisen, wie sie sich zu diesen Fragen stellen. Kautsky hat mit Bernstein eine lange Polemik geführt, um die ich ihn gewiß nicht beneide, und da hat er schließlich auch einen Streit über die Bedeutung des Wortes „Elend" gehabt. Und da sagt er, daß das Wort von der Zunahme des Elends im Sinne einer Tendenz richtig ist. Darüber sind wir uns Alle einig, daß der Kapitalismus die Tendenz hat, die Arbeiter zu verelenden — das spüren wir ja Alle — und daß diese Tendenz zum Ausdruck käme, wenn nicht neben einer Reihe untergeordneter Gründe vor Allem das Proletariat da wäre mit seiner Selbstbewegung und dem ihm immanenten Widerstande gegen die Verelendung. Aber so wie die Verelendung eine nothwendige Tendenz ist, so ist auch die widerstreitende Tendenz eine absolut nothwendige, und darum ist es eine unwahre Behauptung, durch die wir übrigens nur unsere Position schwächen, wenn wir vom wachsenden Elend sprechen. Sie sagen, es gehe heute der Arbeiterklasse schlechter als vor zehn Jahren, und in weiteren zehn Jahren werde es ihr noch schlechter gehen. Genossen! Sie, die Sie unter den Arbeitern leben und deren Verhältnisse genau kennen, blicken sie einmal in die Vergangenheit und sagen Sie mir: Entspricht es Ihren Empfindungen, daß die Klassenlage der Arbeiter heute eine schlechtere ist als vor zehn Jahren, und daß die Arbeiter erfüllt sind von der Ueberzeugung, in zehn Jahren werde sie noch schlechter sein? Aber Sie sagen damit nicht nur, daß es den Arbeitern heute schlechter gehe wie vor zehn Jahren, sondern auch, daß es damals besser war wie heute. Ist das wirklich wahr? Ich frage namentlich die Genossen von den großen Branchen, ob die Lebenshaltung der Arbeiter bei Ihnen heute wirklich schlechter ist als vor zehn Jahren; fragen Sie unsere Arbeiter, ob sie in ihrer ganzen Lebenshaltung mit der vor zehn Jahren tauschen würden?

Nun weiß ja auch Kautsky, daß das mit dem Worte vom „wachsenden Elend" nicht geht, und darum sagt er in seinem „Erfurter Programm": „Das Wort Elend kann physisches Elend bedeuten, es kann aber auch soziales Elend bedeuten. Das physische Elend wird an den physiologischen Bedürfnissen gemessen, die allerdings nicht so große Unterschiede aufweisen wie die sozialen Bedürfnisse, deren Nichtbefriedigung soziales Elend erzeugt ... Ist aber die Erhebung der Arbeiterklasse aus dem physischen Elend ein langsamer Prozeß, dann folgt daraus schon ein stetes Wachsthum der Zunahme ihres sozialen Elends, denn die Produktivität der Arbeit wächst ungemein rasch." Ist das nicht genau das, was der Entwurf sagt? Es heißt das nichts Anderes, als daß die Arbeiterklasse in steigendem Maße von den Fortschritten der Kultur, die sie selbst erzeugt, ausgeschlossen wird, daß die Lebenshaltung der Bourgeoisie rascher steigt als die des Proletariats.

An einer anderen Stelle wieder sagt Kautsky: „Aus dem sozialen Elend, aus dem wachsenden Gegensatz zwischen bürgerlicher und proletarischer Lebenshaltung ...." Kautsky definirt also geradezu das Wort Elend, wenn es überhaupt mit dem Begriff des Wachsen-

verbunden bleiben soll, aus dem Gegensatz heraus, zwischen dem Anwachsen der Produktivkraft und dem nicht nachkommenden Steigen der Lebenshaltung des Proletariats. Wahrscheinlich habe ich diese Definition von Kautsky gelernt, wie so vieles Andere. Aber ich brauchte sie gar nicht zu lernen, weil ich ein Agitator bin, der in Hunderten von Versammlungen gesprochen hat. Und ich habe den Leuten nie gesagt: „Es geht Euch jeden Tag schlechter, und die guten Zeiten sind vorüber!" Diese Philisterklage über die schlechten Zeiten überlasse ich Anderen. Ich habe aufgereizt: Schaut Euch an, wie es in der Welt ausschaut, wie der Reichthum wächst, den Ihr erzeugt, und dann schaut Euch an, was man Euch gibt; im besten Fall einen Brocken, daß es Euch ein bißchen besser gehe, der aber keinen Vergleich aushält mit dem, was Ihr haben könntet! Darauf lege ich in der Agitation das Hauptgewicht, weil das nicht nur agitatorisch wirksamer ist, sondern weil der eigentliche Springquell unserer ganzen sozialdemokratischen Entwicklung in diesem Gegensatz liegt. Nun kommt Kautsky und sagt: Der Adler ist zwar ein ganz netter Mensch, er hat das Hainfelder Programm verfaßt, aber im neuen Entwurf erscheint als der Inhalt der sozialdemokratischen Bewegung der Kampf um ein rascheres Steigen der Lebenshaltung der Arbeit. So meint er verächtlich. Aber ich sage: Es ist sehr wichtig, dieses raschere Tempo. Der Wohlstand der Arbeiter steigt aber, so kann man Kautsky's Kritik auffassen — nicht so schnell, wie der der Kapitalisten, und darüber sind die Proletarier „verschnupft". Parteigenossen! Dieser Satz hat mich verschnupft. (Heiterkeit.) Das ist doch unser wichtigsten Mittel, auf den Willen der Arbeiterschaft zu wirken, der wichtigste Stein in unserem ganzen Gebäude. Wenn wir diese Ueberzeugung nicht hätten, wären wir doch Utopisten, müßten wir uns das Hirn operiren lassen. Dieser Gegensatz, das ist das Dynamit, das ist der revolutionäre Sprengstoff in jedem Hirn und nicht das Elend. (Beifall.) Das Elend allein macht vielleicht zum Schnapsbruder (Sehr richtig!), aber die Ueberzeugung, daß dieses Elend nicht nothwendig ist, jener Gegensatz macht revolutionär. Ich sage den Leuten nicht: Es geht Euch immer schlechter! Ich suche ihnen Appetit zu machen auf die Reichthümer, die um sie herum sind, und dabei sage ich ihnen: Es geht Euch schon etwas besser, weil Ihr organisirt, weil Ihr Sozialdemokraten seid. Ihr nehmt heute schon eine ganz andere Stellung ein als früher, aber wie viel fehlt noch, damit es Euch so gut gehe wie den Anderen. (Lebafter Beifall.)

Ich sage hier nochmals: ich klebe nicht am Worte, ich bin überhaupt der Letzte, der Ihnen rathen wollte, den Entwurf so anzunehmen, wie er ist. Dazu ist der Entwurf zu viel angeschossen worden, abgesehen von seinen wirklichen Fehlern, die er auch nach meiner Auffassung hat. Aber ein Programm muß unangefochten sein, und wir werden es so machen, daß Niemand etwas dagegen sagen kann, über meinen Entwurf ist aber schon zu viel geredet worden. Wir werden ihn also umkrempeln müssen. (Lebhafte Heiterkeit und Beifall.)

Man kann über ein Programm verschiedener Ansicht sein. Genosse Kautsky wird mir verzeihen, wenn ich mich hier mit seiner Polemik beschäftige, aber ich bin leider nicht dazu gekommen, das schriftlich zu thun. Er weiß ja, daß wir ihn für am meisten befähigt halten, uns bei dieser Arbeit zu unterstützen, und wir freuen uns, daß gerade Genosse Kautsky, der auch an der Aufstellung des Hainfelder Programms mitgewirkt hat, uns heute wieder hilft. (Beifall.)

Kautsky sagt, der Entwurf hätte überhaupt stehen bleiben können, das sagt er ungefähr an zehn Stellen. Er sagt: „Der Entwurf macht einen sehr erfreulichen Eindruck." An einer anderen Stelle sagt er wieder: „Fast nirgends" — aha, da ist er schon etwas vorsichtiger (Heiterkeit) — „fast nirgends Unrichtigkeiten." Er sagt: „Der Entwurf ist vorzüglich;" nur ein Malheur ist: „Wenn nicht das Hainfelder Programm da wäre!" Ich will mich nicht auf Worte steifen, ich will nur an einem Beispiele zeigen, wie ungerechtfertigt diese Vorwürfe sind. In unserem Hainfelder P[illegible] hat es z. B. geheißen: „Der Besitzer der Arbeitskraft wird dadurch z[illegible]en der Besitzer der Arbeitsmittel". Jetzt heißt es: „Er wird abh[illegible] und zwar in steigendem Maße abhängig!" Das Wort „Sklave" fehlt, [illegible] verschiedentlich verschnupft. (Heiterkeit.) Ich muß

gestehen, ich habe das bei Allen verstanden und begriffen; daß aber auch Kautsky mir das vorgeworfen hat, das war mir merkwürdig. Kautsky ist doch ein Theoretiker, und wenn wir Programme machen, sind wir schließlich Alle Theoretiker.

Das Wort „Sklaverei" hat nun eine zweifache Bedeutung: Entweder bezeichnet es eine ganze bestimmte wissenschaftlich und geschichtlich definirte Form der Produktionsweise, oder es kann auch rein bildlich gebraucht werden. Ich spreche natürlich auch in allen Versammlungen von der „Sklaverei", aber ich halte mich da natürlich nicht so an die Epochen der Weltgeschichte, ich spreche auch da von den Arbeitern als Hörigen, und alle Anderen thun das ebenso wie ich. Aber es fällt mir nicht ein, wenn ich wissenschaftlich werde und wenn ich den theoretischen Frack anziehe (Heiterkeit), zu sagen, daß der Arbeiter ein Sklave sei. Heute, wo die Grundbedingung des kapitalistischen Wirthschaftssystems die Freiheit ist, würde ich, wenn ich in Gala ausrückte, nie sagen, daß der Arbeiter ein Sklave sei. Das Hainfelder Programm hat mehr Temperament sagt man, und Manche haben vielleicht Recht, das starke Wort zu vermissen, nur gerade Kautsky hat damit Unrecht, gerade er darf es nicht.

Wenn dieses Wort im Programm steht, so genirt es mich nicht — ich bin kein so starrer Theoretiker. Wenn es aber nicht darin steht, so genirt es mich auch nicht, denn ich finde, daß wir uns auch so ganz gut verstehen.

An diesem Beispiele wollte ich Ihnen nur zeigen, daß es nicht gut ist, am Worte zu kleben. Ich frage Sie Alle: Wenn Sie das Hainfelder Programm nicht gekannt und unseren Entwurf allein gelesen hätten, hätten Sie da gefragt: „Ja, wo sind denn die Sklaven?" (Lebhafte Heiterkeit. Heller: Aber wir haben es eben gekannt!) Es wird mir zugerufen: Wir haben es gekannt! Wir haben aber ein neues Programm zu schaffen, wir haben die Gedanken, die das Proletariat hat, niederzuschreiben, und zwar in einer Sprache, die das Proletariat spricht.

Nachdem ich mich jetzt mit der Antikritik beschäftigt habe, komme ich zum Punkte, in dem ich mich schuldig bekenne und sagen muß, daß der Theil des Entwurfes so nicht bleiben kann. Andererseits scheint mir auch hier die geübte Kritik nicht ganz berechtigt, da ich das, was dort steht, nicht für falsch, sondern nur für unvollständig halte. Das alte, wie das neue Programm wird von dem einen Gedanken beherrscht, daß das, was wir wollen, auch eine geschichtliche Nothwendigkeit ist. Ich gehe auf die Abgeschmacktheiten des philosophischen Streites nicht ein, ich gehe auch darauf nicht ein, daß man uns einreden will, daß wir, wenn wir die Erreichung unseres Zieles für geschichtlich nothwendig erklären, nicht zu Fatalisten werden, sondern daß wir dadurch nur gestärkt und täglich aufgemuntert werden, diese nothwendige Entwicklung zu beschleunigen, weil wir sehr gut wissen, daß ein Faktor der Entwicklung unsere eigene Thätigkeit ist; das ist ein Grundpfeiler unserer Anschauungen; darüber reden wir also nicht. Das ist auch im Hainfelder Programm ausgedrückt, obwohl nach meiner Ansicht ein bißchen zu schwach. Wir glauben aber nicht nur an die Nothwendigkeit dieser Entwicklung, sondern glauben auch, daß heute schon mit derselben Nothwendigkeit die materiellen Vorbedingungen für den künftigen Zustand geschaffen werden.

Dieser Gedanke ist nun im neuen Entwurf mit voller Präzision ausgedrückt. Während es im Hainfelder Programm heißt: „Durch die technische Entwicklung, das kolossale Anwachsen der Produktivkräfte erweist sich diese Form des Besitzes nicht nur als überflüssig, sondern es wird auch thatsächlich diese Form für die überwiegende Mehrheit des Volkes beseitigt, während gleichzeitig für die Form des gemeinsamen Besitzes die nothwendigen geistigen und materiellen Vorbedingungen geschaffen werden", hat mir dies im neuen Entwurfe nicht genügt, und ich wollte noch den Gedanken hineinbringen, daß wir die Entwicklung auch darin unterstützen müssen, daß wir uns in den Dienst dieser Entwicklung stellen müssen, daß wir auch, wo es sich um solche Vorbedingungen handelt, in ganz bewußter Weise mithelfen müssen, um diese Bedingungen heute schon zu ermöglichen und zu schaffen. Diesen Gedanken wollte ich in den Entwurf bringen, und deshalb heißt es daselbst: „Das Proletariat *kommt zum Bewußtsein*, daß die Verdrängung der Einzelproduktion auch den

Einzelbesitz immer mehr überflüssig und schädlich macht, daß zugleich für neue Formen genossenschaftlicher Produktion und gemeinsamen Besitzes die nothwendigen geistigen und materiellen Vorbedingungen geschaffen werden müssen." Das ist nun ein Gedanke, den ich neu hineinbringen wollte, und dabei ist mir nun ein Lapsus unterlaufen — das sehe ich jetzt ein — der Fehler nämlich, daß ich einerseits die subjektive Seite, die früher nicht in dem Maße präzise ausgedrückt war, hineingebracht habe, daß ich aber andererseits dafür die objektive Seite der Sache habe durchrutschen lassen, so daß heute in dem Programm nicht steht, daß die Entwicklung diese Vorbedingungen mit Nothwendigkeit auch wirklich schafft. Nach Absicht des Entwurfes sollte dies aber darin enthalten sein, und wir haben nichts weiter zu thun, als diesen in dem jetzigen Entwurfe fehlenden Gedanken des Hainfelder Programms in den heutigen Entwurf aufzunehmen. Ich würde es aber nicht für gut halten, wenn wir den neuen Gedanken, der jetzt darin enthalten ist, eliminiren würden. Wir haben das, was ich neu eingefügt habe, ja schon seit jeher geübt — und da haben Zetterbaum, Kautsky und Max Adler auch daneben geschossen. Nicht das ist der Fehler, daß dieser Satz drin steht, sondern der Fehler ist, daß jener Satz nicht drin steht, der früher darin gestanden hat. Es soll noch hineinkommen: „Mit Nothwendigkeit geschaffen werden muß"; das Wort Naturnothwendigkeit möchte ich vermeiden. Es soll aber auch in dem neuen Entwurf eingefügt werden — es steht auch das im alten Programm nicht — daß wir dabei mithelfen sollen, um diese Vorbedingungen zu fördern. Diese Vorbedingungen sind sehr verschiedener, sind materieller und geistiger Natur. Selbstverständlich thun wir ja das Alle schon jetzt und haben es ja auch immer gethan, und wenn die Genossen Zetterbaum und Kautsky sagen, da stecke ein Stück Utopisterei drin, so antworte ich, das mag ja sein, aber dann sind wir Alle Utopisten und schon hübsch lange.

Die Vorbedingungen für die künftige Gesellschaft werden automatisch geschaffen, theils durch den ökonomischen, theils durch den politischen Prozeß. Die Kapitalskonzentration, der Uebergang zum Großbetrieb, die Zerpulverung der Mittelschichten — alle diese Erscheinungen sind solche Vorbereitungen. Diesen Dingen gegenüber entwickeln wir allerdings auch eine durchaus nicht utopistische, sondern eine sehr konkrete, allerdings negative Thätigkeit. Wir gehen unter die Menschen, wir gehen ins Parlament, warnen davor und halten zurück, daß man ja nur diesen naturgemäßen wirthschaftlichen Entwicklungsprozeß nicht auf Abwege zu lenken versuche, daß man nicht Kraft vergeude, um diese Entwicklung durch Zwirnfäden aufhalten zu wollen.

Wir sind, so gut wir können, gegen die Mittelstandspolitik und gegen die Kleinbürgerei und sollten es noch viel mehr sein. Wir arbeiten dadurch mit — und zwar ohne jede Utopisterei — an den Bedingungen der Entwicklung und an den Voraussetzungen der neuen Gesellschaft. Eine der wichtigsten Bedingungen ist aber selbstverständlich der Reifezustand des Proletariats, und wir arbeiten mit vollem Bewußtsein daran, dieses Proletariat geistig und materiell derart zu erziehen, daß Einrichtungen gesellschaftlicher Produktion und des gemeinsamen Besitzes möglich werden. Darüber ist gar kein Zweifel, daß unsere tägliche Arbeit, Hunderte und Tausende von Proletariern für eine Verwaltungsthätigkeit, nicht nur in der politischen Partei, sondern auch in den Gewerkschaften, in den Krankenkassen, in den politischen Körperschaften, zu erziehen, daß diese ganze Thätigkeit, uns in den Organismus des heutigen Staates hineinzufressen, dazu beiträgt, die Vorbedingungen einer künftigen Gesellschaft zu liefern. Das ist keine Utopisterei und ist auch von Niemandem ernsthaft dafür gehalten worden.

Ich kann da auf einen sehr vornehmen Mitschuldigen hinweisen. Dem Generalrath der Internationale ist es zwar nicht immer gelungen, sich von jeder Art von Utopie frei zu halten, aber immerhin hat dessen ganze Arbeit darin bestanden, Utopien zu zerstören und die Leute zu einer realen Auffassung der Dinge zu bringen. Dieser Generalrath der Internationale, in dem Marx und Engels saßen, hat in einem Antrag, der auch vom Genfer Kongreß angenommen wurde, den Arbeitern empfohlen, sich mehr auf Kooperativproduktion, als auf Kooperativkrämereien einzulassen. Die letzteren berühren nur die Oberfläche

des heutigen ökonomischen Wesens. Die ersteren greife es in seinen Grundfesten an. Das war natürlich ein Irrthum, denn Produktivgenossenschaften greifen das heutige ökonomische Wesen in seinen Grundfesten nicht an.

Es heißt aber weiter: Wir erkennen in der Kooperationsbewegung eine der Verwandlungsgewalten der gegenwärtigen Gesellschaft, welche auf Klassengegensätzen beruht.

Nun glaube ich in der That nicht, daß Kooperativverbände diese Umwandlungsgewalt in dem Maße besitzen, wie man es damals meinte, wo man sich durch die Ereignisse in England zu Hoffnungen hat hinreißen lassen. Aber ich lege auf diese Stelle aus sehr guten Gründen Werth: Und zwar weil ich mir selbst zu meiner und Ihrer Beruhigung sagen möchte, wenn sich da etwas ausrichten ließe oder läßt — in einem gewissen Sinne ist diese Bewegung thatsächlich eine Vorbereitung, indem sie nicht nur die geistige Ausbildung einer ganzen Reihe von Leuten in der Verwaltungstechnik, die wir sehr nothwendig brauchen, befördert, sondern, weil sie auch in der Lage ist, eine gewisse psychologische Umstimmung in den Menschen vorzubereiten und in ganz gute Sozialdemokraten, die aber heute befangen und mit allen Mängeln und Fehlern der Erziehung und ihrer Geburt behaftet sind, etwas von dem genossenschaftlichen Geiste hineinbringt, der eine psychologische Bürgschaft für die Zukunft ist. Sie werden sagen: Du bist doch ein Utopist; schau' Dir unsere Konsumvereine an; wo ist da der genossenschaftliche Geist? Trotz der schlechten Eigenschaften, die da wie überall auftreten, wo Menschen beisammen sind, trotzdem, sage ich Ihnen, ist hier etwas psychologisch Werthvolles geschaffen worden. Ich resumire: Unsere ganze Gegenwartsbewegung, unsere ganze Gewerkschafts- und ganze politische Bewegung, unser ganzes Eindringen in die Verwaltung hat nicht nur eine Bedeutung für die Gegenwart, sondern sie muß ebenso als Erziehungsmittel für spätere Aufgaben, als für die unmittelbare Kampfaufgabe dienen. Eine Utopisterei sehe ich darin nicht.

Was nun das Wort „Genossenschaftliche Produktion" betrifft, so haben hier eine Reihe von Genossen ein Kreuz geschlagen, als wäre der leibhaftige Belzebub da. Nun, ich habe dafür doch einige Entschuldigungsgründe. In unserem Hainfelder Programm steht darüber gar nichts. Dort ist nur vom gemeinsamen Eigenthum die Rede; wie aber die zukünftige Produktion eingerichtet sein soll, darüber steht dort nichts. (Resel: War auch gar nicht nothwendig.) Ich halte aber dies sogar für nothwendiger als die Eigenthumsform, weil die Produktion dem Eigenthum vorangeht. Im Erfurter Programm heißt es „sozialistische Produktion". Ich habe das Alles erst später herausgefunden, als das Programm geschrieben war und als die Angriffe kamen. „Im Nebel sucht das Maulthier seinen Weg" — aber es findet ihn. (Lebhafte Heiterkeit.) Und so habe auch ich das Richtige gefunden.

Ein sozialdemokratisches Programm soll doch eine Antwort sein auf die Frage: Was wollen die Sozialdemokraten? Wenn ich nun den Leuten auf diese Frage antworte: Wir wollen die sozialistische Produktion, so werden sie dadurch nicht gerade gescheiter geworden sein. Damit ist eben nichts gesagt. Es steht das wohl im deutschen Programm, es ist das kein Unglück, ich weiß, die deutschen Genossen haben trotzdem große Erfolge errungen, und ich bitte mir also da keine Majestätsbeleidigung gegen das Erfurter Programm zuzumuthen. Ich habe aber das Wort „genossenschaftliche Produktion" gewählt, weil mir das deutlicher schien. Natürlich sind Genosse Brod und Andere darauf gekommen, daß das Bernsteinerei sei — also fünf Jahre Zuchthaus! (Lebhafte Heiterkeit.) Nein, Genosse Brod, das ist nicht Bernsteinerei, sondern das ist Kautskyerei. (Heiterkeit.) Genosse Brod ist da natürlich in sehr guter Gesellschaft, Winarsky war der Erste, der gleich darüber hergefallen ist.

Warum sind denn die Leute darüber so furchtbar aufgeregt. Es gibt Genossen — ich meine nicht den Genossen Brod — die, wenn sie das Wort genossenschaftlich hören, gleich an unsere österreichischen Zwangsgenossenschaften und an den Genossenschaftsvorsteher denken, und da ist ihnen natürlich der Appetit vergangen. Genosse Brod, der aber ein blutiger Theoretiker ist, hat nicht daran gedacht, sondern hat, wie auch sein Entwurf zeigt, die alten Texte

hergenommen, hat verglichen und hat eben das Wort „genossenschaftlich" in dem Material, das er verwendete, nicht gefunden. Ich habe nachgesehen, ob das wirklich ein so schlechtes Wort ist, das erst Bernstein hat erfinden müssen. Sehen Sie, der Bernstein hat überhaupt nichts erfunden. Das Malheur ist nur, daß Alle glauben, er habe etwas erfunden. (Bebel: Nicht richtig.) Du glaubst das nicht, das weiß ich. (Heiterkeit.) Aber andere Leute meinen, ja der Dr. Adler schwenkt ein wie ein Unteroffizier, wenn der Bernstein kommandirt. (Heiterkeit.) Nun, das Wort „genossenschaftlich" ist schon länger da, als der ganze Bernstein-Streit alt ist; es ist ein gutes deutsches Wort. Es ist das einzige deutsche Wort in unserem Sprachschatz, mit dem wir den Charakter der Produktion und des Eigenthums, wie wir ihn anstreben, überhaupt bezeichnen können. Es ist auch von unseren besten Leuten angewendet worden. In seiner Kritik des Gothaer Programms spricht Marx von der genossenschaftlichen Produktion, dann spricht er vom genossenschaftlichen Eigenthum der Arbeiterschaft; er spricht von den Springquellen des genossenschaftlichen Reichthums, ja er spricht ausdrücklich von der genossenschaftlichen, auf Gemeingu an den Produktionsmitteln begründeten Gesellschaft.

Auch Kautsky spricht in seinem Buch über das Erfurter Programm, wo er den Lesern erklärt, was das ist: „sozialistische Produktion", immer von genossenschaftlicher Produktion und vom genossenschaftlichen Eigenthum. Und ebenso im Eisenacher und im Gothaer Programm. Sie sehen also, das Wort ist ehrlich geboren und ganz unbescholten. Wenn Bernstein verkündet hat, man möge „Genossenschaftlichkeit" sagen, so hört das doch darum, weil es der Bernstein sagt, nicht auf, richtig zu sein. Die Genossen brauchen nicht gar so viel Angst zu haben, mit dem Bernstein verwechselt zu werden. Es ist nicht so schlimm. Man muß ja nicht durch Tragen äußerer Abzeichen zeigen, daß man keine Neigungen zum Opportunismus hat. (Heiterkeit.) Ich fürchte mich gar nicht, an die Bernsteinerei anzustreifen. Ich bin meiner so sicher, daß ich frei bin von jeder Gefahr der Ansteckung, wo die Leute Unrecht haben. (Heiterkeit.)

Und nun zu der „Diktatur des Proletariats", von dem im Entwurf nichts steht. Aber das nimmt mir wohl nur Genosse Brod übel. Viel schwerer hingegen trifft mich der Vorwurf, daß auch kein Wort von der Erringung der politischen Macht im Entwurfe enthalten ist. Aber davon steht auch im Hainfelder Programm nichts, und wir sind doch durch 13 Jahre hindurch ganz gut damit ausgekommen. (Resel: Aber Sie wollen doch die Mängel beseitigen!) Den Kritikern ist da eben ein kleiner Lapsus zugestoßen, an dem ich allerdings unschuldig bin. Sie haben nach der Diktatur des Proletariats gesucht und haben nur den „gebührenden Einfluß" gefunden, den ich für die Arbeiter haben will. Sie haben aber an einer falschen Stelle gesucht. Die Stelle, die von gesetzlichem Schutz der Lebenshaltung der arbeitenden Klassen spricht, ist gewiß nicht die, wo man die Diktatur des Proletariats hinstellen möchte. Das geht aus dem ganzen Aufbau des Hainfelder Programms hervor; es gliedert sich in einen prinzipiellen Theil und in die Minimalforderungen. In der Prinzipienerklärung wird wieder das Prinzipiellste des Prinzipes, die Theorie des Prinzipes, vorangestellt, es werden die Grundlagen unserer Anschauungen und dann die Grundsätze unserer taktischen Politik angeführt. Das ist nicht die Diktatur des Proletariats, sondern das sind unsere kleinen täglichen Kämpfe. Glauben Sie, ich denke an die Diktatur, wenn ich die Genossen auffordere, sich der Gewerbegerichte, der Einkommensteuerkommissionen oder der Gehilfenausschüsse in den Genossenschaften zu bemächtigen? Das ist der gebührende Einfluß des Proletariats auf allen Gebieten, diese Arbeit ist darunter verstanden und soll hier auch erwähnt sein. Wir sind in den 13 Jahren aus einer wesentlichen abstrakten eine sehr konkrete Partei geworden. Das Hainfelder Programm war ein dürres Skelet — es hatte wohl feste Knochen, das ist zweifellos wahr, aber wie sieht es heute aus? Heute blüht die Partei, heute haben wir unsere Hände überall drin und sollen sie darin haben, wir wollen uns vor dem Leben nicht fürchten, sondern wir wollen uns des Lebens bemächtigen und es mit allem Bewußtsein unterzwingen. Ein Verrath an der Partei ist das nicht. Es ist vielmehr eine Nothwendigkeit, daß das gesagt werde. Aber wo bleibt

die politische Macht? Ich habe in den letzten Tagen, wo ich über meine Sünden nachgedacht habe, darüber nachgesonnen, wieso in das Hainfelder Programm nichts von der politischen Macht hineingekommen ist. Nun, weil es selbstverständlich ist, daß eine Partei politische Macht erringen will; das nimmt man doch nicht erst in ein Programm! Dieses Schlagwort verdankt seine Entstehung unserem Kampfe mit den Anarchisten. Jetzt ist Bernstein gekommen und hat alte Schlagworte, die oft gar nicht mehr am Leben sind, todtgeschlagen und hat uns auch ein bißchen mit der Diktatur des Proletariats geuzt. Sollen wir uns jetzt aus lauter Furcht, nicht für Bernsteinianer gehalten zu werden, verleiten lassen, diese Diktatur ins Programm zu bringen? Sollen wir jetzt, wo es keine Anarchisten gibt, wo die Partei eher zu viel politisch, als zu wenig politisch ist, das ganz Selbstverständliche in das Programm aufnehmen? Wenn Sie übrigens ein solches Herzensbedürfniß haben — ich habe nichts dagegen. Wenn Sie es aber nicht aufnehmen, so ändert es auch nichts daran, daß auch ohne diesen Ausspruch unser Programm ein getreuer und vollständiger Ausdruck unserer Ueberzeugungen sein wird.

Ich müßte eigentlich noch eine ganze Reihe von Dingen besprechen, die in das philosophische Gebiet gehören, wie ich sie ja bei der Frage des vielbesprochenen „müssen" berührt habe; aber das sind Dinge, die besser der literarischen Diskussion vorbehalten bleiben.

Erlauben Sie mir nun etwas zu besprechen, was zu berühren ein Gebot der Ehrlichkeit und für mich persönliches Bedürfniß ist. Kautsky hat in seiner Kritik unter Anderem behauptet, es liege in dem Entwurf insoferne ein Widerspruch vor, als hier an einer Stelle von der Sozialdemokratie behauptet wird, daß sie die Aufgabe habe, die Befreiung des gesammten Volkes aus den Fesseln ökonomischer Abhängigkeit u. s. w. anzustreben, daß aber andererseits gesagt werde, daß dieses Bewußtsein und dieses Streben in dem Proletariat von selbst entstehe. Ich bin mit Kautsky's Auffassung hier nicht einverstanden. Ich halte den Entwurf in seinem Wortlaute vollständig aufrecht und finde hier absolut keinen Widerspruch. Es heißt hier, das Proletariat komme zum Bewußtsein dieser ganzen Entwicklung, es kommt zum Bewußtsein, daß das Ziel des Kampfes für die Befreiung der Arbeiterschaft der Kommunismus sein muß. Der Träger dieser Entwicklung, heißt es weiter, kann nur das organisirte Proletariat selbst sein. Das Proletariat aber zu erwecken, kann eben wieder nur Aufgabe der Sozialdemokratie sein. Ich sehe hierin also einen Widerspruch nicht, wie ich überhaupt der Anschauung bin, daß die ganze Entwicklung der Theorie des Sozialismus sich zur Bewegung der Arbeiterklasse ganz so verhält, wie sich der ideologische Ueberbau zur materiellen, zur ökonomischen Entwicklung überhaupt verhält. Ich bin überzeugt, daß die ganze Entwicklung der Auffassung des Sozialismus aus der ökonomischen Bewegung im Proletariate selbst abgeleitet werden kann. Und wenn ich Aenderungen in den Programmen sehe, so frage ich nicht: Sind sie richtig oder falsch, sondern ich frage: Entsprechen sie der Auffassung des Proletariats, und warum mußte das Proletariat die Dinge in diesem Stadium so und nicht anders auffassen?

Andererseits glaube ich allerdings, daß der sozialistische Gedanke ein Produkt der Arbeiterklasse ist. Ich glaube weiters, daß die Sozialdemokratie das Gehirn der Arbeiterklasse ist, und daß die sozialistische Grundanschauung ein Produkt dieses Proletariats darstellt, zugleich liegt aber in demselben Gehirn der Ursprung der ganzen Thätigkeit, welche in diesen Körper hineingetragen wird. Ich kann also von meinem Standpunkte auch hierin einen Widerspruch nicht finden. Ich bin kein Philosoph, vielleicht kann man da viel feiner distinguiren, das ist ja möglich, aber ein Widerspruch ist es gewiß nicht, wenn ich sage, um dies nochmals zusammenzufassen, das Proletariat ist die Geburtsstätte des sozialistischen Gedankens, dessen Produkt ist die Sozialdemokratie, und diese bringt das Proletariat zum Bewußtsein seiner selbst. Ich glaube daher, daß dieser Gedanke, wenn auch nicht gerade unbedingt mit denselben Worten, im Programme bleiben soll.

Ich komme zum Schluß. Ich bin mir vollständig bewußt, daß ich mich wesentlich nur mit dem theoretischen Theile des Programms beschäftigt und nicht einmal die gestellten Anträge der Reihe nach besprochen habe. Aber ich denke, Ihnen einen Ueberblick über die Haupteinwände, die gegen den Entwurf erhoben wurden, verschafft zu haben, sowie über die Art und Weise, wie diesen Einwänden Genüge zu leisten wäre. Man könnte manchen Anträgen gegenüber sagen, man könnte das auch so ausdrücken, wie dies in diesen Anträgen enthalten ist. Es wäre das derselbe Gedanke, aber diese Form des Ausdruckes sei besser. Nun, diesen Anträgen gegenüber will ich gewiß nicht rechthaberisch sein. Aber einzelne Anträge sind doch da, zu denen Stellung genommen werden muß, Anträge, die nicht gleichgiltig, sondern direkt falsch wären und die daher von vorneherein abzulehnen sind.

Da haben wir zunächst den Antrag des IV. Wiener Wahlkreises, der vom Genossen Heller erdacht und von dem Wahlkreise eingebracht wurde. Ich habe gegen den größten Theil dieses Antrages nicht viel einzuwenden. Er wünscht, daß hineinkomme die Erringung der „politischen Macht"; dagegen habe ich schließlich nichts. Aber er wünscht auch, daß wir an der Stelle, wo davon gesprochen wird, wir wollen dafür sorgen, daß die Arbeiter für den Klassenkampf fähig erhalten werden, gesagt werde: Aus diesem Gesichtspunkt allein treten wir für den gesetzlichen Schutz der Lebenshaltung der Arbeiterklasse ein. Ich sehe gar nicht ein, warum wir uns diesen Maulkorb umhängen und uns durch dieses Wort allein einschränken sollen. Gewiß, wir führen als Partei und jeder Einzelne von uns den Kampf für Arbeiterschutz im Interesse der Machtentfaltung und im Interesse der Zukunft der Arbeiterklasse. Wenn aber unter uns ein so sentimentaler oder so verruchter Mensch sein sollte, der sagen würde: ich führe diesen Kampf nicht allein wegen der Zukunft des ganzen Proletariats, der sagt, ich will den Achtstundentag für die Bergarbeiter nicht allein im Interesse ihrer ganzen Entwicklung, sondern ich will auch, daß dieser bestimmte Bergarbeiter, nennen wir ihn meinetwegen Peter Sinkup, morgen um zwei Stunden weniger arbeite als bisher, so sehe ich nicht ein, warum sich die Partei dagegen so heftig wehren sollte. Lassen Sie uns doch ruhig diese Sentimentalitäten. Sie sind ja selbst so, Sie werden mir auch nicht einreden, Genosse Heller, daß Sie all das, was Sie im Gehilfenausschuß der Buchhändler machen, auch nur im Hinblick auf die letzte Abrechnung und auf die Diktatur des Proletariats thun. (Lebhafte Heiterkeit.) Das sind überflüssige Dinge, die dann als Rückschlag alle Weichknochigkeiten der Bernsteinerei erzeugen (Lebhafter Beifall), und dagegen möchte ich mich mit aller Entschiedenheit verwahren.

Es ist weiter eine Reihe von Anträgen für das Minimalprogramm gestellt worden. Sie betreffen eine Reihe von Punkten, über die man reden kann.

Ich glaube, daß eine Einigung zu erzielen sein wird, besonders dort, wo es sich um konkrete Fragen handelt. Die Schwierigkeit liegt nur darin, eine Fassung zu finden, die das sagt, was wir Alle wollen und bei der Niemand ein Bedenken dabei hat, daß darin nicht auch wirklich das gesagt wäre, was er wünscht. Bei einer Programmdiskussion gibt es in der Partei keine Majorität und keine Minorität, da gibt es keine Zählung der Strammen und der Weichen. Ein Programm, das nur einer Majorität entsprechen würde, wäre ein falsches Programm. Da gibt es keine Parteidisziplin. Ueber jedem Programm steht unsichtbar geschrieben: Ich bekenne und ich will. Das heißt: Das bekenne ich als wahr und darnach will ich auch handeln. Darum muß ein Programm so weit sein, daß es alle jene Meinungen und Ueberzeugungen, die grundsätzlich auf demselben Boden stehen, auch wirklich umfasse — nicht alle wiedergibt, das wäre unmöglich — aber keine Ueberzeugung, die auf demselben Boden steht, ausschließt. Ich bin kein Anhänger der Verwaschung unserer Prinzipien, und wenn hier Jemand, von welcher Seite immer, in unsere Partei mit der revolutionären oder mit der opportunistischen Phraseologie einzubrechen versuchen wollte, so wäre ich für sehr ernsthafte Schranken.

Aber für uns, die wir Alle dasselbe wollen, muß ein Programm weit genug sein, daß Niemand daran Anstoß nimmt, daß Alle darin Platz finden, daß es auch unserer innersten Ueberzeugung und unserem wirklichen Handeln von heute entspricht. Es darf aber nicht zugeschnitten sein auf einen Zustand der prole-

tarischen Ideologie, wie sie vor 13 Jahren bestand. Wir wären noch manches Jahr mit dem Hainfelder Programm sehr gut ausgekommen und umso besser, je weniger wir es gelesen hätten. Nachdem aber die Frage einmal angeschnitten ist, so haben wir nicht das Recht, sie von uns zu schieben. Man hat uns den guten Rathschlag zu geben versucht, Alles beim Alten zu lassen und einfach die Prinzipienerklärung von Hainfeld — diesen Apollo — so stehen zu lassen, wie er steht. Nun, lieber Kautsky, ob das wirklich ein Apollo ist, das weiß ich nicht, ich bin viel zu bescheiden, um das zu glauben, aber ich möchte festgestellt haben, daß es sich uns in unserem Entwurfe nicht darum gehandelt hat, irgend welche Schönheiten zu verhüllen. Die feste Ueberzeugung des Proletariats braucht auch heute nicht um ein Haar geringer energisch ausgesprochen zu werden als anno 1888. Jedenfalls aber müssen wir, wenn wir heute ein Programm machen, die große Vielfältigkeit unserer Aufgaben irgendwie andeuten. Ich gebe zu, das Programm ist vielleicht formell kein Muster von Klassizismus und Stylistik, aber, lieber Kautsky — nimm es mir nicht übel — das Erfurter Programm ist stylistisch noch viel weniger klassisch, und Ihr seid sehr gut damit ausgekommen. Eine Abschwächung ist hier nicht beabsichtigt und soll auch nicht beabsichtigt werden. Beabsichtigt ist nur, gewisse Schlagworte zu beseitigen, die heute nun einmal nicht gehört werden können, ohne daß in unseren Ohren eine ganze Menge Dinge mittönen. Man kann heute von dem wachsenden Elend nichts mehr hören, ohne daß Einem das ganze Elend von der Bernsteinerei einfällt. (Heiterkeit.) Diese Schlagworte müssen heraus, und an ihre Stelle muß dasjenige treten, was wir heute nicht entbehren können, nämlich die nähere Begründung der Zukunft des Proletariats auf dem wachsenden und von Tag zu Tag steigenden Klassengegensatze, wie er hier im Programme ausführlicher, bestimmter und darum revolutionärer als im Hainfelder Programm ausgesprochen wird.

Das wollten wir mit dem Entwurf. Ich hoffe, es wird dem Parteitag gelingen, eine Form zu finden, mit der wir Alle einverstanden sein können, ich hoffe weiter, daß wir mit dem neuen Programm, dem neuen Ausdrucke unserer alten Idee, ebenso viel agitatorische Erfolge erzielen werden, wie mit dem alten, und ich hoffe, daß das neue ebenso eine Quelle des Lichtes und eine Quelle der Energie für das Proletariat werden wird. (Lebhafter anhaltender Beifall und Händeklatschen.)

Vorsitzender **Popp** begrüßt die Genossin Dr. Golde, die Vertreterin der polnischen Sozialdemokraten in Preußen. (Bravo!)

Dr. **Golde**: Im Namen der polnischen sozialistischen Partei des preußischen Polen begrüße ich Euch und wünsche Euren Berathungen den besten Erfolg.

Wenn sich die deutschen Genossen im Reiche so lebhaft und mit vollem Grund für Ihre Bewegung interessiren, so fühlen auch wir, die polnisch-sozialistische Partei in Preußen, uns mit den polnischen Genossen in Oesterreich und mit denen im Zarenreiche eng verbunden. Die Grenzen, die heute durch die Gewalt und durch die bürgerliche Klassenpolitik zwischen den Nationen und zwischen Bruchtheilen einer und derselben Nation errichtet werden, können überhaupt die Proletarier nicht trennen. Die proletarische Bewegung muß diese Grenzen überwinden, und zwar auch innerhalb eines und desselben Staates. Das ist eben bei Ihnen geschehen.

Unsere in den schwierigsten Bedingungen kämpfenden Parteigenossen haben immer die österreichische Sozialdemokratie als ein Musterbeispiel in Europa angeschaut, wie man im Rahmen der sozialdemokratischen Praxis die nationalen Unterschiede zu überwinden und zugleich die Rechte der Nationen zu schonen und zu berücksichtigen vermag. Wir polnische Sozialisten verfolgten auch immer Euren heldenmüthigen Kampf mit unserer wärmsten Sympathie und mit Bewunderung. Wir hoffen, daß diese einzig in der Welt dastehende feste und große Föderation der sprachlich und national getrennten, aber unter der rothen Fahne geeinigten proletarischen Klassen in der nächsten Zukunft noch größere Erfolge und Siege feiern wird. (Beifall.)

Bebel: Die Delegirten der deutschen Sozialdemokratie werden sich an der Berathung über die Revision des Programms nicht betheiligen, nicht weil

wir nicht gern möchten, sondern weil wir es für richtiger halten, daß das eine Angelegenheit ist, die zunächst Sie selbst angeht. Wir haben die Ueberzeugung, daß auch diese Berathung zu einem zufriedenstellenden Resultat führen wird. Was mich aber veranlaßt, das Wort zu ergreifen, ist eigentlich eine Bemerkung, die Genosse Adler im Beginn seiner Rede gemacht hat. Er warf mir vor, ich hätte gestern erklärt, daß die Revision Ihres Programmes durch die bekannten revisionistischen Bestrebungen veranlaßt worden sei. Das wäre unrichtig, und ich habe es auch gar nicht gesagt. Ich habe bloß gesagt, daß die Revision mit dadurch veranlaßt wurde. Darin stimmt ja Adler in seinen späteren Ausführungen mit mir überein. Ich hielt mich verpflichtet, das zu erklären, um Mißverständnisse nach außen zu verhindern. Im Uebrigen will ich meinem Freunde Adler, wenn es zu seiner Beruhigung nöthig ist, erklären, daß ich sogenannte Bernsteinerei in seinem Entwurf nicht erblicken kann. (Lebhafter Beifall.)

Die Verhandlung wird sodann abgebrochen.

Schluß der Sitzung 12 Uhr Mittags.

Dritter Verhandlungstag.

Montag den 4. November 1901. — Vormittagssitzung.

Vorsitzender **Nemec.**

Korreferent **Steiner** (czechisch): Ich will die Vorlage der Kommission nicht von philologischen und philosophischen Gesichtspunkten aus prüfen — das mögen Berufenere thun — sondern von dem Gesichtspunkte aus, ob sie den Bedürfnissen des Proletariats entspricht, und da muß ich sagen, daß ich sie den Wünschen und Bestrebungen der Arbeiter vollkommen entsprechend finde. Vom proletarischen Standpunkte, vom Standpunkte des Gefühls und des Instinkts des Proletariats aus akzeptire ich die Vorlage, besonders nachdem Dr. Adler sich für die Beibehaltung des früheren Namens ausgesprochen hat und nachdem der Satz mit dem Worte „müssen" von ihm richtiggestellt wurde. Wir czechischen Sozialdemokraten denken gar nicht daran, anderen gesellschaftlichen Schichten oder bürgerlichen Richtungen Konzessionen zu machen, auch nicht dem sogenannten Bernsteinismus. Aber der neue Entwurf enthält keine derartige Konzession.

Was wir an dem Entwurf auszusetzen haben, sind nur einige Details in dem Theil, der die praktischen Forderungen enthält. Die czechische Delegation schlägt Ihnen zwei Ergänzungen vor. Zunächst soll im ersten Absatz, wo das allgemeine Wahlrecht gefordert wird, die Forderung der Diäten eingefügt werden, wie sie schon früher im Programm war. Ferner sollen im neunten Absatz nach den Worten „obligatorische, unentgeltliche und weltliche Schulen" eingeschaltet werden die Worte „welche den Bedürfnissen und der Entwicklung der einzelnen Nationen vollkommen entsprechen". Dieser Antrag entspringt nicht chauvinistischen, sondern rein sachlichen Motiven. Unsere Partei, die czechische wie die deutsche, rekrutirt sich aus Leuten, die aus Kreisen herkommen, wo sich der Nationalismus eingefressen hat, und es ist nöthig, daß in dieser Frage vollkommene Klarheit herrsche. Wenn wir die Autonomie, die Entwicklung und die Freiheit der Nation anerkennen, so müssen wir auch das anerkennen, was für diese Entwicklung nothwendig ist. Sind wir für die Autonomie der Nation, sind wir dafür, daß sich die Nation entwickle ohne Rücksicht auf die durch eine kriegerische Macht oder im Geschäft geschaffenen Grenzen, so müssen wir auch anerkennen, daß die Angehörigen der Nation auch außerhalb der Grenzen des ursprünglichen Vaterlandes ein Recht auf Unterricht in ihrer Muttersprache haben. Deshalb stelle ich meinen Antrag, damit wir Kollisionen vermeiden, wie sie nicht nur in Cilli, sondern auch in Werschowitz und an anderen Orten vorgekommen sind und die uns veranlassen müssen, klare Anschauungen zu schaffen. Damit wäre ich eigentlich mit meinem Referat fertig, weil ich als Mitarbeiter der Kommission meine Anschauungen dort zur Geltung gebracht habe. Ich kann mich im Wesentlichen rückhaltslos für ie Vorlage aussprechen. (Lebhafter Beifall.)

Jakob **Brod** (Wien): Adler hat sich gestern förmlich entschuldigt, daß er zu einigen Büchern seine Zuflucht nehmen mußte; erst als die Opposition kam, habe er mit schwerem Herzen in den Büchern nachgesehen und gefunden, daß der Entwurf nichts zu wünschen übrig lasse. Ich habe auch in einigen Büchern nachgeschaut, aber ich habe das Gegentheil gefunden. Gewiß, das Hainfelder Programm ist in einigen Punkten veraltet, eine Abänderung soll aber keine Verwässerung, sondern eine Verschärfung des Hainfelder Programms enthalten, weil seither die Gegensätze zwischen Kapital und Arbeit sich verschärft haben, wenn auch der politische Ausdruck dieser Gegensätze gegen 1888 und 1889, wo wir unter dem Ausnahmszustand lebten, ein milderer geworden ist. Genosse Adler hat sich dagegen verwahrt, daß er dem Bernsteinianismus Konzessionen gemacht hätte. Nun sagt Bernstein Manches, was wir akzeptiren können, nur ist es nicht neu, und er rennt damit offene Thüren ein. Adler hat aber Konzessionen gerade dort gemacht, wo es die Opposition vieler Sozialdemokraten hervorrufen mußte.

Ein Hauptpunkt in dem Entwurfe, der die Opposition vieler Genossen provocirt hat, ist der bezüglich der sogenannten Verelendungstheorie. Adler hat gestern erklärt, daß er nur eine andere Stylisirung vorgenommen hätte. Aber diese gibt zu Mißdeutungen Anlaß. Lassalle hat in seinem Arbeiter-Lesebuche gesagt: „Ihr deutschen Arbeiter seid doch merkwürdige Leute; vor französischen oder englischen Arbeitern muß man plaidiren, wie dem Elend, wie ihrer traurigen Lage ein Ende zu machen wäre. Euch muß man erst beweisen, daß Ihr Euch in einer traurigen Lage befindet, und wenn Ihr nur ein Stück Wurst und ein Glas schlechten Bieres oder ein Glas Schnaps habt, so glaubt Ihr, daß es überhaupt kein Elend mehr gibt.“ So ist es auch heute. In einem politischen Verein bin ich vor 14 Tagen auf die industrielle Krise zu sprechen gekommen und habe vom Elend gesprochen. Der Vorsitzende erklärte, die Frage des Elends stehe noch in Diskussion, das sei noch keine entschiedene Frage. (Heiterkeit.) Einem anderen Genossen gegenüber gebrauchte ich das Argument, daß die Abnahme des Elends unwahr sei, weil ja der Pferdefleischkonsum stark zunimmt, während der Rindfleischkonsum abnehme; er sagte, das beweise, daß das Elend abgenommen habe, denn früher haben die Menschen nicht einmal Pferdefleisch gehabt. (Heiterkeit.) Das waren ganz vernünftige Genossen, und Sie sehen, welche Verwirrung die neue Fassung da anrichtet.

Adler leugnet, daß er von Bernstein beeinflußt wurde. Nun hat von der Abnahme des Elends außer Bernstein weder in Deutschland noch in Oesterreich irgend ein anderer Parteigenosse gesprochen. Im Gegentheil! Sogar in England, dem angeblichen Eldorado der Arbeiter, wurde erst kürzlich konstatirt, daß über 900.000 Einwohner von London in hygienisch und sittlich ungenügenden Wohnungen ihr Leben zubringen. Adler verwechselt hier die augenblickliche Stimmung, die nicht mehr so verzweifelt ist wie in den Achtzigerjahren mit der thatsächlichen Lage des arbeitenden Volkes.

Aufobsky hat sich in einem Artikel über die Leute lustig gemacht, die in ihren Vorträgen den Zuhörern die Kampfesfreudigkeit rauben. Ich habe während meiner 20 Jahre Parteithätigkeit über 1000 Vorträge gehalten und in manchen Vereinen 10- oder 20mal und immer vom Elend in der kapitalistischen Gesellschaft gesprochen. Dadurch sind die Arbeiter aber nicht Pessimisten geworden.

Es ist seit 200 Jahren eine wissenschaftliche Erkenntniß, daß das Elend mit der kapitalistischen Produktion unlösbar verbunden ist. Selbst die bürgerlichen Oekonomen haben dies anerkannt, haben aber das Elend zu einem Naturgesetz gestempelt. Marx hat mehrere derartige bürgerliche Oekonomen zitirt, die nachwiesen, daß das Elend mit der kapitalistischen Gesellschaft nothwendig verbunden ist.

So im Anfang des 18. Jahrhunderts der große italienische Nationalökonom, der Mönch Ortes. Er sagte: „Das ökonomisch Gute und das ökonomisch Böse halten sich in einer Nation stets das Gleichgewicht. Die Fülle der Güter für Einige ist immer gleich dem Mangel derselben für Andere. Großer Reichthum von Einigen ist stets begleitet von absoluter Beraubung des Nothwendigen bei vielen Anderen. Der Reichthum einer Nation entspricht ihrer Bevölkerung, und ihr

Elend entspricht ihrem Reichthum. Also wenn eine Nation reich ist, so muß sie auf der anderen Seite elend sein."

Marx hat der Akkumulation von Reichthum auf der einen die Akkumulation von Elend auf der anderen Seite gegenübergestellt. Elend nicht nur in physischer, sondern auch in sozialer Bedeutung. Denn wenn auch Einer ein Pfund Rind- oder Schweinfleisch täglich verzehrt, kann er doch elend sein. Ich erinnere an den von Bebel auf dem Lübecker Parteitag zitirten Ausspruch von Lassalle, daß, wenn man die Lage einer Klasse beurtheilen will, man sie nicht vergleichen darf mit der Lage derselben Klasse vor 200 oder 300 Jahren. Was ist dem heutigen Arbeiter damit gedient, daß der Sklave oder Leibeigene noch schlechter daran war als er, der in der Zeit der Eisenbahnen, des Telegraphen, der Großindustrie und der technischen Entwicklung lebt. Schon Adam Smith weist nach, wie die Arbeitstheilung den Menschen degradirt, wie der Reiz der Arbeit verschwindet, wenn der Mensch verdammt ist, sein Leben lang eine und dieselbe Theilarbeit zu verrichten. Das hat auch Karl Marx hervorgehoben, wenn er vom Elende, von der Entartung, von der Herabdrückung des Menschen in geistiger, in moralischer Beziehung spricht. Und wir haben gar keine Ursache, das abzuschwächen.

Adler meint, es sei klarer, wenn man den wachsenden Gegensatz zwischen Arbeiter und Kapitalisten hervorhebt, man könne doch den Arbeitern in den Versammlungen nicht sagen, es geht Euch immer schlechter, all' unsere Arbeit nützt nichts! Nun, ich sage in den Versammlungen, daß das Elend nur durch den Sturz der kapitalistischen Gesellschaft und deren Ersetzung durch die sozialistische beseitigt werden kann.

Redner tritt für die Beibehaltung der Worte „Sklaverei" im Programm ein; wolle man durchaus ein anderes haben, so sage man: Unfreiheit, Lohnknechtschaft, nicht aber bloß „Abhängigkeit". Marx spricht zwar auch von „Abhängigkeit", aber in ganz anderem Sinne.

Genosse Adler ist ein ausgezeichneter Genosse, er hat eine revolutionäre Ader, aber mit seiner Taktik glaubt er immer den Uebergescheiten zu spielen und fällt hinein. (Heiterkeit.) Adler meinte gestern: Sagen Sie, was Sie fühlen, sagen Sie die Wahrheit. Ich habe den Muth zu sagen, daß er den Programmentwurf mit Rücksicht auf die Bernstein'schen Schriften abgefaßt hat. Aber wenn die deutschen Genossen vor zwei Jahren und heuer in Lübeck Bernstein keine Konzessionen gemacht haben, sehe ich nicht ein, warum wir sie in Oesterreich machen sollen. Nun zu der zweiten Frage, der Diktatur des Proletariats. Adler befolgt da Auer's Rezept: „So was thut man, man sagt es aber nicht." In der Theorie stellt er sich so, daß man vor seinem revolutionären Geiste Angst bekommt. Aber in der Praxis geht er so weit nach rechts, daß man manchmal nicht mehr zu unterscheiden weiß zwischen einem Sozialdemokraten und einem Sozialpolitiker. Was heißt denn „Diktatur des Proletariats"? Wir kämpfen einen politischen Kampf und wollen uns durch ihn jene Waffen erobern, die wir haben müssen, um wirthschaftlich das Volk zu befreien, und das können wir nur, wenn wir die politische Gewalt erobern. Man darf sich unter Diktatur des Proletariats nicht gleich eine politische Revolution mit Heugabeln und Dreschflegeln vorstellen. Die Partei kann die politische Gewalt in vollem Frieden erobern, ohne daß es zu einem gewaltsamen Zusammenstoße kommen muß. Vor diesem gewaltsamen Zusammenstoße fürchtet man sich. Wir haben aber nichts zu fürchten. Kommt er, so wird er kommen, und entwickeln sich die Dinge so, daß er nicht kommt, dann haben wir umso weniger zu fürchten. Die Diktatur des Proletariats wollen wir an Stelle der heutigen Diktatur der Bourgeoisie setzen. Bernstein läßt durchblicken, daß die Arbeiter noch nicht reif sind. War denn das Bürgerthum, als es die französische Revolution machte, reif in dem Sinne, wie es Bernstein verlangt? Wir können sehr gut in unserem Programm den Satz aussprechen, wir erstreben die politische Macht, und es wäre besser gewesen, wenn von vornherein im Entwurf dieser Satz aufgenommen worden wäre. Adler spricht von „gebührendem Einfluß". Das ist doch keine Sprache für ein sozialistisches Programm! Wir

müssen sagen, Alles wollen wir haben, und nicht nur das, wovon die herrschenden Klassen vielleicht glauben, daß es uns „gebühre".

Ich komme nun zur „genossenschaftlichen Produktion". Sie wissen, wir haben hier in Oesterreich eine Genossenschaftspolitik, wir haben nebst den Zwangsorganisationen die verschiedenen Erwerbs- und Wirthschaftsgenossenschaften und so fort. Wenn man also bei uns von genossenschaftlicher Produktion spricht, so denkt man zuerst an diese Arten von Genossenschaften. Deshalb war ich, damit Zweideutigkeiten vermieden werden, dafür, daß statt „genossenschaftlich" gesagt werde „sozialistisch" oder „gesellschaftlich"; kurz, ein Ausdruck, der auf das gesellschaftliche Moment der Arbeit hinweist.

Die Worte: „Höhere Formen genossenschaftlicher Produktion" sind nicht präzise genug. Wir wollen eine gesellschaftliche oder sozialistische Produktion und die Vereinigung aller arbeitenden Kräfte.

Ich komme nun zum Punkt der Religion. Es wurde mir im „Freidenker" hart zugesetzt, weil ich verlangt habe, daß der Punkt über die Religion jene Massen, welche heute noch religiös sind, nicht verletze. Ich bin kein Freund des Pfaffengeschimpfes. Der Satz „Religion ist Privatsache" wird so aufgefaßt, als wenn wir die Religion bagatellmäßig behandeln würden. Neun Zehntel der Menschen sind heute gläubig, und von dem letzten Zehntel gibt es Viele, die schwanken zwischen Glauben und Unglauben. Wir Sozialdemokraten sind uns über die Sache allerdings klar, aber bei den Indifferenten stoßen wir mit unserem Programme an. Ohne uns etwas zu vergeben, könnten wir sagen: „Wir respektiren jedes ehrliche religiöse Gefühl."

Ich erkläre zum Schlusse, daß in diesem Entwurfe einzelne Sätze so klar gefaßt sind, wie wir sie bisnun in solcher Klarheit noch nicht gehabt haben. Wenn jene Sätze, die zu Unklarheiten führen könnten, abgeändert würden, würden wir ein sehr gutes Programm haben. (Beifall.)

Aufobsky (Wien): Auch ich hätte mit dem Hainfelder Programm noch sehr lange auskommen können. Wenn es aber schon geändert wird, dann soll es so gestaltet werden, daß nicht nur der Theoretiker, sondern auch jeder Arbeiter es vollständig verstehen kann. Ich habe den Satz von der Verelendung im Hainfelder Programm nie anders aufgefaßt, als daß das Elend absolut immer größer wird. Genosse Brod versteht diesen Satz auch heute noch so. Ich habe aber gefunden, daß dieser Satz mit jenem Satze nicht in Einklang zu bringen ist, der die Grundlage und geradezu der Hauptsatz unseres Programms ist. Wie ist es möglich, das Proletariat „physisch und geistig kampffähig zu machen und zu erhalten", wenn das Elend absolut immer größer wird? (Zustimmung.) Geistig und physisch kampffähig können nur jene Arbeiter sein, die auf einem wirthschaftlich höheren Niveau stehen. Ich war 1883 naiv und erklärte mir den Widerspruch mit der Rücksicht auf den Staatsanwalt, zumal ich damals gerade das „Kommunistische Manifest" gelesen hatte. Genosse Brod faßt die Verelendung getreu nach dem Kommunistischen Manifest auf. Damals konnte man noch nicht wissen, inwieferne sich die Lage der Arbeiterschaft innerhalb der gegenwärtigen Produktionsweise werde heben können, und man hoffte daher auf einen raschen Zusammenbruch. Ich finde im kommunistischen Manifest noch gar nichts von der Aufgabe der Sozialdemokratie, das Proletariat physisch und geistig kampffähig zu machen und zu erhalten, es ist vielmehr noch ein Programm des gewaltsamen Umsturzes. Zu dieser Konsequenz müßten auch wir gelangen, wenn das, was Brod sagt, richtig wäre. Es ist aber nicht mehr richtig. Das kommunistische Manifest hat die Massen aufgerüttelt. Das Hainfelder Programm hat eine ähnliche Aufgabe zu erfüllen gehabt; es hat die Massen aufgerüttelt, und nicht zum Wenigsten dadurch, daß es den Massen entgegengehalten hat, was ihnen bevorstehe, wenn sie ohne Widerstand den Tendenzen des Kapitalismus und der besitzenden Klassen ruhig zusehen würden. Nachdem nun das Hainfelder Programm diese Aufgabe erfüllt hat, haben wir keine Ursache mehr, etwas zu behaupten oder zu prophezeien, was meiner Ansicht nach nicht mehr möglich ist. Wir können wohl zugeben, jetzt während der Krise werde das Elend größer, die Krise wird aber vorübergehen, und das Elend wird ver-

schwinden. (Widerspruch.) Zum Theile natürlich; ich meine nur das durch die Krise hervorgerufene Elend. Die revolutionäre Triebfeder des vorliegenden Entwurfes liegt gerade in der „steigenden Abhängigkeit".

Heute ist thatsächlich nicht mehr die Furcht vor dem Elend, sondern das wachsende Klassenbewußtsein und die wachsende Erkenntniß des Klassengegensatzes die Haupttriebfeder unserer Bewegung. Heute würde man mit dem Hinweise auf die absolute Nothwendigkeit der Verelendung nur Gleichgiltigkeit und Verzweiflung erzielen. Den Kern der sozialdemokratischen Partei bilden die politisch und gewerkschaftlich organisirten Arbeiter, deren Widerstandskraft gegen die durch den Kapitalismus erzeugte Verelendung täglich wächst. Die Buchdrucker z. B. würden Ihnen gewiß nicht glauben, daß das Elend immer größer werde, ja nicht einmal die Bergarbeiter, die auch durch unsere Bewegung schon manche Errungenschaften erzielt haben, insbesondere den Neunstundentag. Selbst den tiefstehenden Arbeiterschichten, wie z. B. den Heimarbeitern, wird zu helfen sein, wenn sie aufgeklärt und zu Kampfgenossen gemacht werden.

Es ist also nicht wahr, daß das Elend absolut immer größer wird. Nicht im Elend, sondern in der Unzufriedenheit liegt die Triebfeder zum Klassenkampf. Wäre es das Elend, so müßten unsere tüchtigsten Genossen gerade die sein, die wirthschaftlich am tiefsten stehen. Das ist aber nicht richtig. Uns handelt es sich also darum, die Arbeiterschaft unzufrieden zu erhalten, und unzufrieden werden wir sie nur erhalten, wenn wir ihnen beweisen, daß sie von der besitzenden Klasse abhängig sind und im steigenden Maße immer mehr abhängig werden. Ich habe allerdings nichts dagegen, daß dieser Satz eine schärfere Fassung erhalte.

Was nun die Eroberung der politischen Macht oder, wie Genosse Brod sagt, die Diktatur des Proletariats betrifft, so wäre es kein Unglück, wenn dieser Satz im Programm stünde. Wenn wir aber auf dem Standpunkte stehen, daß die arbeitende Bevölkerung naturgemäß in unseren Reihen stehen muß, wenn wir die direkte Gesetzgebung durch das Volk anstreben, so ist damit auch mit genügender Schärfe präzisirt, daß wir die Diktatur des Proletariats wollen. Wenn Sie das Wort im Programm nicht missen können, so habe ich schließlich nichts dagegen. Jedenfalls ist es auch mein sehnlichster Wunsch, daß wir diese Diktatur des Proletariats möglichst bald erringen. (Beifall.)

Heller (Wien): Ich halte es weder für taktisch klug, noch den Thatsachen entsprechend, wenn Genosse Brod behauptet, daß in dem Entwurfe bewußte oder unbewußte Bernsteinerei stecke, abgesehen vielleicht von dem Worte „müssen", das Adler selbst als einen Schreibfehler erklärt hat. Wir Alle sind durch Adler's Schule gegangen, und sein Verdienst ist es, daß die österreichische Sozialdemokratie die intransigenteste Partei in der ganzen Internationale ist. Also von vorneherein kann man nicht behaupten, daß Adler, von dessen Geist die österreichische Sozialdemokratie durchtränkt ist, mit dieser verschwommenen, schwankenden, rückgratlosen Richtung etwas zu thun hat, die seiner ganzen Natur so widerspricht. Es handelt sich nur um die Fassung. Dieser neue Bernstein'sche Utopismus hat ja bei uns überhaupt nur ein paar Anhänger und tobt sich in einem verschwiegenen Winkel — in den „Deutschen Worten" — dort aber gründlich aus. (Heiterkeit und Widerspruch.) Was die sich dort leisten, bleibt auf einen ziemlich kleinen Leserkreis beschränkt.

Warum müssen wir revidiren? Darauf ist uns Dr. Adler die Antwort schuldig geblieben. (Dr. Adler: Sie wurde ja beschlossen.) Sie ist nicht beschlossen worden, Dr. Adler, und die Revision, die wir heute beschließen wollen, beruht auf einem doppelten Irrthum! Dr. Ellenbogen hat sich in Brünn darauf bezogen, es liege ein strikter Beschluß des Linzer Parteitages vor, daß wir revidiren müssen. Aber gestern fand ich, daß in Linz über die Revision überhaupt nichts beschlossen wurde! Und auch in Brünn war mit keinem Worte davon die Rede, den prinzipiellen Theil zu revidiren, sondern Genosse Ellenbogen hat nominativ aufgezählt, daß das Agrarwesen, Kommunalfragen u. s. w. im Programm Berücksichtigung finden müssen.

müssen sagen, Alles wollen wir haben, und nicht nur das, wovon die herrschenden Klassen vielleicht glauben, daß es uns „gebühre".

Ich komme nun zur „genossenschaftlichen Produktion". Sie wissen, wir haben hier in Oesterreich eine Genossenschaftspolitik, wir haben nebst den Zwangsorganisationen die verschiedenen Erwerbs- und Wirthschaftsgenossenschaften und so fort. Wenn man also bei uns von genossenschaftlicher Produktion spricht, so denkt man zuerst an diese Arten von Genossenschaften. Deshalb war ich, damit Zweideutigkeiten vermieden werden, dafür, daß statt „genossenschaftlich" gesagt werde „sozialistisch" oder „gesellschaftlich"; kurz, ein Ausdruck, der auf das gesellschaftliche Moment der Arbeit hinweist.

Die Worte: „Höhere Formen genossenschaftlicher Produktion" sind nicht präzise genug. Wir wollen eine gesellschaftliche oder sozialistische Produktion und die Vereinigung aller arbeitenden Kräfte.

Ich komme nun zum Punkt der Religion. Es wurde mir im „Freidenker" hart zugesetzt, weil ich verlangt habe, daß der Punkt über die Religion jene Massen, welche heute noch religiös sind, nicht verletze. Ich bin kein Freund des Pfaffengeschimpfes. Der Satz „Religion ist Privatsache" wird so aufgefaßt, als wenn wir die Religion bagatellmäßig behandeln würden. Neun Zehntel der Menschen sind heute gläubig, und von dem letzten Zehntel gibt es Viele, die schwanken zwischen Glauben und Unglauben. Wir Sozialdemokraten sind uns über die Sache allerdings klar, aber bei den Indifferenten stoßen wir mit unserem Programme an. Ohne uns etwas zu vergeben, könnten wir sagen: „Wir respektiren jedes ehrliche religiöse Gefühl."

Ich erkläre zum Schlusse, daß in diesem Entwurfe einzelne Sätze so klar gefaßt sind, wie wir sie bisnun in solcher Klarheit noch nicht gehabt haben. Wenn jene Sätze, die zu Unklarheiten führen könnten, abgeändert würden, würden wir ein sehr gutes Programm haben. (Beifall.)

Ausobsky (Wien): Auch ich hätte mit dem Hainfelder Programm noch sehr lange auskommen können. Wenn es aber schon geändert wird, dann soll es so gestaltet werden, daß nicht nur der Theoretiker, sondern auch jeder Arbeiter es vollständig verstehen kann. Ich habe den Satz von der Verelendung im Hainfelder Programm nie anders aufgefaßt, als daß das Elend absolut immer größer wird. Genosse Brod versteht diesen Satz auch heute noch so. Ich habe aber gefunden, daß dieser Satz mit jenem Satze nicht in Einklang zu bringen ist, der die Grundlage und geradezu der Hauptsatz unseres Programms ist. Wie ist es möglich, das Proletariat „physisch und geistig kampffähig zu machen und zu erhalten", wenn das Elend absolut immer größer wird? (Zustimmung.) Geistig und physisch kampffähig können nur jene Arbeiter sein, die auf einem wirthschaftlich höheren Niveau stehen. Ich war 1883 naiv und erklärte mir den Widerspruch mit der Rücksicht auf den Staatsanwalt, zumal ich damals gerade das „Kommunistische Manifest" gelesen hatte. Genosse Brod faßt die Verelendung getreu nach dem Kommunistischen Manifest auf. Damals konnte man noch nicht wissen, inwieferne sich die Lage der Arbeiterschaft innerhalb der gegenwärtigen Produktionsweise werde heben können, und man hoffte daher auf einen raschen Zusammenbruch. Ich finde im kommunistischen Manifest noch gar nichts von der Aufgabe der Sozialdemokratie, das Proletariat physisch und geistig kampffähig zu machen und zu erhalten, es ist vielmehr noch ein Programm des gewaltsamen Umsturzes. Zu dieser Konsequenz müßten auch wir gelangen, wenn das, was Brod sagt, richtig wäre. Es ist aber nicht mehr richtig. Das kommunistische Manifest hat die Massen aufgerüttelt. Das Hainfelder Programm hat eine ähnliche Aufgabe zu erfüllen gehabt; es hat die Massen aufgerüttelt, und nicht zum Wenigsten dadurch, daß es den Massen entgegengehalten hat, was ihnen bevorstehe, wenn sie ohne Widerstand den Tendenzen des Kapitalismus und der besitzenden Klassen ruhig zusehen würden. Nachdem nun das Hainfelder Programm diese Aufgabe erfüllt hat, haben wir keine Ursache mehr, etwas zu behaupten oder zu prophezeien, was meiner Ansicht nach nicht mehr möglich ist. Wir können wohl zugeben, jetzt während der Krise werde das Elend größer, die Krise wird aber vorübergehen, und das Elend wird ver-

schwinden. (Widerspruch.) Zum Theile natürlich; ich meine nur das durch die Krise hervorgerufene Elend. Die revolutionäre Triebfeder des vorliegenden Entwurfes liegt gerade in der „steigenden Abhängigkeit".

Heute ist thatsächlich nicht mehr die Furcht vor dem Elend, sondern das wachsende Klassenbewußtsein und die wachsende Erkenntniß des Klassengegensatzes die Haupttriebfeder unserer Bewegung. Heute würde man mit dem Hinweise auf die absolute Nothwendigkeit der Verelendung nur Gleichgiltigkeit und Verzweiflung erzielen. Den Kern der sozialdemokratischen Partei bilden die politisch und gewerkschaftlich organisirten Arbeiter, deren Widerstandskraft gegen die durch den Kapitalismus erzeugte Verelendung täglich wächst. Die Buchdrucker z. B. würden Ihnen gewiß nicht glauben, daß das Elend immer größer werde, ja nicht einmal die Bergarbeiter, die auch durch unsere Bewegung schon manche Errungenschaften erzielt haben, insbesondere den Neunstundentag. Selbst den tiefstehenden Arbeiterschichten, wie z. B. den Heimarbeitern, wird zu helfen sein, wenn sie aufgeklärt und zu Kampfgenossen gemacht werden.

Es ist also nicht wahr, daß das Elend absolut immer größer wird. Nicht im Elend, sondern in der Unzufriedenheit liegt die Triebfeder zum Klassenkampf. Wäre es das Elend, so müßten unsere tüchtigsten Genossen gerade die sein, die wirthschaftlich am tiefsten stehen. Das ist aber nicht richtig. Uns handelt es sich also darum, die Arbeiterschaft unzufrieden zu erhalten, und unzufrieden werden wir sie nur erhalten, wenn wir ihnen beweisen, daß sie von der besitzenden Klasse abhängig sind und im steigenden Maße immer mehr abhängig werden. Ich habe allerdings nichts dagegen, daß dieser Satz eine schärfere Fassung erhalte.

Was nun die Eroberung der politischen Macht oder, wie Genosse Brod sagt, die Diktatur des Proletariats betrifft, so wäre es kein Unglück, wenn dieser Satz im Programm stünde. Wenn wir aber auf dem Standpunkte stehen, daß die arbeitende Bevölkerung naturgemäß in unseren Reihen stehen muß, wenn wir die direkte Gesetzgebung durch das Volk anstreben, so ist damit auch mit genügender Schärfe präzisirt, daß wir die Diktatur des Proletariats wollen. Wenn Sie das Wort im Programm nicht missen können, so habe ich schließlich nichts dagegen. Jedenfalls ist es auch mein sehnlichster Wunsch, daß wir diese Diktatur des Proletariats möglichst bald erringen. (Beifall.)

Heller (Wien): Ich halte es weder für taktisch klug, noch den Thatsachen entsprechend, wenn Genosse Brod behauptet, daß in dem Entwurfe bewußte oder unbewußte Bernsteinerei stecke, abgesehen vielleicht von dem Worte „müssen", das Adler selbst als einen Schreibfehler erklärt hat. Wir Alle sind durch Adler's Schule gegangen, und sein Verdienst ist es, daß die österreichische Sozialdemokratie die intransigenteste Partei in der ganzen Internationale ist. Also von vorneherein kann man nicht behaupten, daß Adler, von dessen Geist die österreichische Sozialdemokratie durchtränkt ist, mit dieser verschwommenen, schwankenden, rückgratlosen Richtung etwas zu thun hat, die seiner ganzen Natur so widerspricht. Es handelt sich nur um die Fassung. Dieser neue Bernstein'sche Utopismus hat ja bei uns überhaupt nur ein paar Anhänger und tobt sich in einem verschwiegenen Winkel — in den „Deutschen Worten" — dort aber gründlich aus. (Heiterkeit und Widerspruch.) Was die sich dort leisten, bleibt auf einen ziemlich kleinen Leserkreis beschränkt.

Warum müssen wir revidiren? Darauf ist uns Dr. Adler die Antwort schuldig geblieben. (Dr. Adler: Sie wurde ja beschlossen.) Sie ist nicht beschlossen worden, Dr. Adler, und die Revision, die wir heute beschließen wollen, beruht auf einem doppelten Irrthum! Dr. Ellenbogen hat sich in Brünn darauf bezogen, es liege ein strikter Beschluß des Linzer Parteitages vor, daß wir revidiren müssen. Aber gestern fand ich, daß in Linz über die Revision überhaupt nichts beschlossen wurde! Und auch in Brünn war mit keinem Worte davon die Rede, den prinzipiellen Theil zu revidiren, sondern Genosse Ellenbogen hat nominativ aufgezählt, daß das Agrarwesen, Kommunalfragen u. s. w. im Programm Berücksichtigung finden müssen.

Also nicht die Beschlüsse sind schuld, daß bei der Programmrevision die Bernsteinerei Gevatter gestanden hat. Aber Dr. Ellenbogen meinte in Brünn, eine Partei wie wir dürfe sich nicht durch feste Formeln in ihrem Handeln leiten lassen. Hier haben Sie das Compliment vor der Bernsteinerei. Nicht, daß sie gegentheilige Auffassungen aufstellt, nicht darin liegt die Gefahr, sondern in der Verschwommenheit und in dem Schwanken, in der Furcht, wir könnten um Gotteswillen wirklich gerade aufs Ziel losgehen, statt drei Schritte vor und zwei Schritte zurück. Adler ist in seinen innersten Anschauungen ein starrer Dogmatiker, nur seinen Anzug trägt er gerne nach der neuesten Mode (Heiterkeit), daher auch z. B. das Wort „genossenschaftlich", welches in diesem Sinne zuerst von Bernstein gebraucht wurde.

Wenn wir also fragen, warum wir eigentlich das Programm revidiren, so sagt uns Adler: vor Allem aus ästhetischen Rücksichten. Ich gebe ja zu, daß die Aesthetik nicht so ganz zur Seite zu schieben ist. Und wenn ich die Wahl habe zwischen dem Programmentwurf des Genossen Brod und jenem des Genossen Dr. Adler, ganz ohne Rücksicht auf das Inhaltliche der beiden Entwürfe, so müßte ich doch dem Entwurf des Dr. Adler den Vorzug geben, weil er in der That mein ästhetisches Gefühl viel mehr befriedigt.

Schließlich sind wir aber kein Konventikel von Schöngeistern, wir müssen uns vor Allem fragen: Wozu soll uns das Programm dienen? Ausobsky meint, das alte Programm bringe die Kampfesfreudigkeit in Gefahr, es sei zu pessimistisch. Ich betrachte es als einen wesentlichen und den einzigen Erfolg der Bernsteinerei, daß es ihr durch das ewige und unverzagte Wiederholen ihrer Unterschiebungen gelungen ist, in den Köpfen einer Anzahl tüchtiger und kluger Genossen die Vorstellung hervorzurufen, daß sie wirklich einmal so dumm gewesen seien, wie es ihnen Bernstein glauben machen will (Heiterkeit), als hätten wir es jemals als unsere Aufgabe betrachtet, den Massen etwas vorzuheulen und ihnen über ihr Elend vorzujammern. Aber wir haben nie den Ton von Klageweibern angeschlagen, sondern immer die Töne der Zuversicht, wir haben immer aufgereizt. Wir haben niemals die Verelendung im absoluten Sinne gepredigt.

Wir können unmöglich den vorliegenden Entwurf so betrachten, wie Adler es verlangt: losgelöst von Raum und Zeit. Das verlangt derselbe Genosse Adler, der uns gleichzeitig gesagt hat, wir müssen ein Programm nicht nur als Ausdruck der erreichten wissenschaftlichen Erkenntniß betrachten, sondern auch die Form begreifen aus ihrer Zeit heraus. Er hat ganz richtig darauf hingewiesen, daß die verschiedenen Verwahrungen im Hainfelder Programm, diese Bekreuzigung vor der Ueberschätzung der Arbeiterschutzgesetzgebung, aus der Zeit erklärt werden müssen, aus der damals vorhandenen Nothwendigkeit, gewisse Mißverständnisse auszuschließen. Heute sind wir in einer ähnlichen Situation, und Dr. Adler anerkennt dies auch in gewissem Sinne, indem er sagt, wir ändern das Programm, um der Bernsteinerei den Boden zu entziehen, auf welchem sie absichtlich oder unabsichtlich Mißverständnisse aufbauen kann. Ist es aber richtig, Mißverständnissen vorzubeugen, die von einigen Wirrköpfen hervorgerufen werden, und gleichzeitig Gelegenheit zu neuen Mißverständnissen zu schaffen, die in die Arbeiterschaft von ihren falschen Freunden hineingetragen werden können? Die czechischen Genossen werden verstehen, was ich meine. Sie haben unter diesen röthlich schillernden Parteien, diesen Omladinisten, Radikalen ꝛc., genug zu leiden und werden mit mir übereinstimmen, daß wir diesen Leuten keinen Vorschub leisten dürfen. Es war bisher unser Stolz und wird es auch fernerhin sein, daß wir eine wissenschaftliche Partei sind, daß wir keine Utopisten sind, sondern daß wir den festen Boden der Wissenschaft unter unseren Füßen haben. Unser Programm soll vor Allem die Frage nach der Begründung und den Garantien des Sozialismus beantworten. Da ist es nicht einerlei, wie man das begründet, ob wir bloß erwarten, daß aus der Ethik, aus dem Bewußtsein allein heraus die Umwälzung der Gesellschaft erfolgen soll.

Genosse Ausobsky hat uns das „Kommunistische Manifest" zitirt. Aber er hätte, wenn er schon Bibelstudien treibt, nicht bei der Genesis stehen bleiben, sondern so freundlich sein sollen, auch das Neue Testament, alle die späteren Schriften und das ganze Lebenswerk von Marx und Engels in Betracht

zu ziehen. Genosse Ausobsky, der doch, wie wir Alle, Praktiker und Theoretiker zugleich ist, ist ein lebender Beweis dafür, wie dieser Entwurf mißverstanden werden muß. Kann man leugnen, daß das Kapital in den Händen einiger Weniger sich konzentrirt und die Masse in Abhängigkeit von diesen Wenigen gerathen ist und immer mehr geräth? Ist das nicht Verelendung, wenn man von Anderen abhängig wird? Sogar die Mittelschichten, die höher Angestellten des Kapitals können sich nicht zufrieden fühlen, denn auch in diesen Schichten wächst die Unsicherheit der Existenz und damit die Gefahr, in die unterste Schichte, in die tiefste Verelendung, in das Inferno hinabgestoßen zu werden. (Sehr richtig!) Stehen wir auf dem Standpunkte, daß sich die Gegensätze nicht zuspitzen, so lege ich mir die Frage vor: Was wollen wir dann eigentlich? Wenn die Besitzlosigkeit nicht wächst, wenn die Konzentration des Kapitals nicht steigt, wenn die Furcht, in die untersten Schichten hinabzusinken, nicht ein steter Anreiz für die mittleren Schichten zum Kampfe und zur Erbitterung ist, dann muß ich mich fragen: Ist unser ganzes bisheriges Thun nicht zwecklos gewesen? Wir müssen uns dann sagen: Vollzieht sich die Zuspitzung nicht, dann ist das kein Hineinwachsen in den Sozialismus, sondern ein Hineinwachsen in den Kapitalismus, an den wir uns langsam gewöhnen, dann hören wir auf, uns eine sozialdemokratische Partei zu nennen, sondern nehmen wir irgend einen der schönen Namen an, die in den letzten Monaten uns von unseren guten Freunden vorgeschlagen wurden. (Rufe: Sozialistische Reformpartei! Radikalsozialisten!)

Nun zur „politischen Macht". Ich gebe dem Dr. Adler zu, daß keinem von uns das im Hainfelder Programm abgegangen ist, sondern daß wir erst dadurch, daß man mit dem Entwurf krebsen gegangen ist und gesagt hat, das bedeutet den Verzicht darauf, auf diesen und auf andere Punkte aufmerksam wurden. Gerade diese Punkte möchte ich mit aller Schärfe hervorgekehrt haben, und es beziehen sich darauf ja auch die Mehrzahl der Abänderungsanträge.

Genosse Dr. Adler hat gesagt, über jedem Programm steht geschrieben: „Ich bekenne und ich will." Das war einmal! Heute ist es bei gewissen Leuten Mode geworden, zu sagen: „Ich unterschreibe, aber ich lege aus." Wir wollen aber diesen Auslegungs- und Unterlegungskünsten, wie sie in Deutschland bis zum Ekel geübt wurden, einen Riegel vorschieben. Wenn nach dem Lübecker Parteitage Stimmen laut wurden, daß dieser Streit der Akademiker uns schon zum Hals herauswachse, so richtete dieser Vorwurf sich wahrlich nicht gegen diejenigen, die sich damit befaßt haben, die theoretischen Grundlagen unserer Partei aufzubauen und denen wir Dank zollen, sondern gegen diejenigen, die uns durch ihre ewigen Nörgeleien an den Grundlagen unserer Partei den Kampf verekeln.

Darin liegt die grobe Unaufrichtigkeit der Bernsteinerei, daß diese Leute, die im Namen der Wissenschaft ausziehen, um uns zu reformiren, es sich angelegen sein lassen, die Achtung vor der Wissenschaft in unseren Reihen zu untergraben, mit ihren hämischen Spöttereien, mit ihrer grinsenden Skepsis.

Es wird damit krebsen gegangen, daß die Fassung des prinzipiellen Theils unseres Programms nichts Wesentliches ist, uns handle es sich um praktische Arbeit. Aber der prinzipielle Theil des Programms ist kein leerer Aufputz, er ist der lebendige Quell unserer Kraft. Ich frage die Genossen, die draußen in der Agitation stehen, im politischen oder gewerkschaftlichen Kampf, ob sie nicht Alle Stunden der Verzagtheit und der Depression haben, wo sie Kraft und Trost allein finden in dem verlästerten „Fatalismus" des prinzipiellen Theils, der nichts Anderes ist, als die wissenschaftliche Begründung der Nothwendigkeit des Sozialismus, wie sie der Dichter ausdrückt in den Worten: Es ist kein Rühmen, ist kein Droh'n; es ist der Geschichte ehernes Muß." (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Pernerstorfer (Wien): Es ist eine bekannte Thatsache, daß man mit guten Gesetzen schlecht und mit schlechten Gesetzen gut regieren kann. Dieser Satz gilt aber nicht allein von den Gesetzen, er gilt auch von den Parteiprogrammen. Ein Programm kann elend und die Bewegung doch glänzend sein. Es könnte aber auch einmal der Fall eintreten, daß ein Programm glänzend und vollständig einwandfrei ist und in der Bewegung gerade das Gegentheil

eintritt. Ich bin daher, in schroffem Gegensatze zu meinem Vorredner, nicht dieser leidenschaftlichen Ueberzeugung von dem ungeheueren Werthe eines Programms und seiner theoretischen Begründung. Die heutige Diskussion halte ich für sehr erwünscht. Das theoretische Interesse, welches, wie wir offen bekennen müssen, in den letzten zehn Jahren in unserer Partei sehr zurückgegangen, ist durch die Revision wieder erwacht. Wenn die ganze Revision keinen anderen Erfolg gehabt hätte als diesen, hätte sie schon gute Frucht gezeitigt. Es handelt sich nicht nur darum, das sozialistische Bewußtsein unserer Parteigenossen zu stärken, nein, es vielfach erst bei den Genossen zu wecken. (Sehr richtig!) Fragen wir uns, ob eine solche Weckung und Stärkung allein und ausschließlich durch die stete Wiederholung bestimmter Sätze und Wendungen erreicht wird. Durch die bloße mechanische Einprägung derselben wird nichts weiter herbeigeführt, als der, wie ich glaube, von uns Allen verpönte Dogmatismus. Darin stimmen wohl Alle überein, daß der Werth theoretischer Sätze hauptsächlich darin liegt, daß sie unablässig diskutirt werden.

Ich für meine Person kann den Entwurf der Kommission, von Unerheblichkeiten, von einzelnen Beistrichen etwa abgesehen, ganz unterschreiben. Er faßt in der That den gegenwärtigen Stand unserer wissenschaftlichen Erkenntniß in Bezug auf die Entwicklung der Gesellschaft sehr gut und kurz gedrängt zusammen. Aber indem wir das anerkennen, dürfen wir uns nicht verhehlen, daß auch diese Sätze nur den gegenwärtigen Stand der wissenschaftlichen Erkenntniß geben, das heißt, daß diese Sätze Hypothesen sind, wenn auch solche von größter Wahrscheinlichkeit. Eine absolute Sicherheit im Sinne der exakten Wissenschaft geben sie nicht. Je mehr wir in der wissenschaftlichen Erkenntniß fortschreiten, umsomehr bemühen wir uns, nicht allein in der Praxis, sondern auch die Theorie mit der fortschreitenden Erkenntniß in Einklang zu bringen. Und so müssen wir zur Frage kommen, die der Vorredner mit so leidenschaftlicher Emphase erörtert hat, ob in der That von der Richtigkeit oder Unrichtigkeit dieser von uns angenommenen Theorien im letzten Grunde die Ur- und Grundforderung des Sozialismus abhängt, um es kurz zu sagen, das sogenannte Endziel.

Wenn wir die geschichtliche Entwicklung der letzten Jahrzehnte betrachten, so mag zugegeben werden, daß jene theoretische Grundlage, die Marx und Engels dem Sozialismus gegeben haben, mit eine der Ursachen der Entwicklung und Kraft der Partei war. Keiner wird aber leugnen wollen, daß heute die Festung der privatkapitalistischen Gesellschaftsordnung nicht mehr bloß durch die aus ihren wirthschaftlichen Interessen heraus handelnden Arbeiterklassen berannt wird. In den Jahrzehnten, während welcher die Arbeiterklasse als Partei gearbeitet hat, hat sie eine Reihe von gleichsam inneren Eigenschaften gewonnen, die heute ebenso wirksam die Festung der privatkapitalistischen Gesellschaftsordnung berennen wie die ökonomischen. Diese Festung wird jetzt auch durch die aus der Bewegung selbst herauskommenden und nun stärker wirkenden Ideale bestürmt, Ideale, die ich trotz dem Hohne, den der Vorredner an ihnen ausgelassen hat, schlechtweg als die Sittlichkeitsideale der Bewegung der Arbeiterschaft bezeichne. Diese in der Welt der Arbeiterschaft auftauchenden und immer stärker werdenden Ideale sind, selbst wenn innerhalb des kapitalistischen Produktionssystems die Herstellung eines wirthschaftlich befriedigenden Zustandes für den Einzelnen denkbar wäre, nicht mehr aus der Welt zu schaffen, und sie wirken — ich glaube, ich spreche da streng im marxistischen Sinne — selbst als eine große und mächtige Potenz, sie helfen die Kraft der herrschenden Klassen untergraben und sie stärken gewaltig die Kraft des kämpfenden Proletariats. In den letzten großen Kämpfen in Oesterreich haben wir die politischen Forderungen der Arbeiterschaft nicht selten gerade durch diese idealen Momente begründet, und ich bin überzeugt, daß selbst diejenigen Genossen, die von der Tribüne herab heute die sogenannten idealen Momente nicht genug verlästern können, in der praktischen Bewegung in Wort und Schrift sich ihrer ebenso fleißig bedient haben wie wir. Und wenn ich an unseren großen Wahlrechtskampf denke, der durch zehn Jahre gedauert hat, so brauche ich Sie bloß daran zu erinnern, wie wir da mit den Begriffen des Rechtes und der Gerechtigkeit gearbeitet haben und daß gar nichts

so viel Eindruck auf die Massen gemacht hat, als wie wir Ihnen beweisen konnten, daß ihnen Unrecht geschieht. Wir haben bei diesen großen politischen Kämpfen weder von der Verelendungstheorie noch von der Katastrophentheorie gesprochen, sondern haben wesentlich mit den von mir genannten Momenten gearbeitet. Und wenn Sie unser Nationalitätenprogramm anschauen, so werden Sie auch zugeben müssen, daß wir den Hauptvorzug dieses Programms in seiner Gerechtigkeit sehen, die dieses Programm den einzelnen Nationalitäten zutheil werden läßt.

Ich gehe nun zur Besprechung jenes Punktes über, der vom Vorredner mit so großer Leidenschaft behandelt worden ist. Ist es denn wirklich wahr, daß Alles, was wir heute in Bezug auf die Elendstheorie, Katastrophentheorie und die Diktatur des Proletariats behaupten, von allen Parteigenossen als richtig erkannt wird, oder haben wir nicht Alle gewaltige Abschwächungen in allen diesen Punkten vorgenommen? Ja, wir haben diese Theorien bis zu einem gewissen Grade verlassen, sowie wir eine Menge alter Auffassungen verlassen haben. Wir haben z. B. heute nicht mehr die Auffassung vom Internationalismus, die wir vor etwa 20 Jahren hatten, und die im Wesentlichen auf die Verwischung des Nationalitätengedankens ausging, während wir doch heute mit großer Entschiedenheit den Nationalitätengedanken überhaupt und speziell in Oesterreich anerkennen. Aber wenn sich alle diese theoretischen Sätze heute nicht mehr halten lassen, so besagt das für den Sozialismus gar nichts. Die Orthodoxen, zu denen ja der Vorredner gehört und in deren Hierarchie er immerhin einen bedeutenden Rang einnimmt, behaupten fortwährend, das sei Alles nicht wahr. Die Elendstheorie, die Katastrophie, Diktatur, das Alles gelte noch ebenso wie vor 30 Jahren. Diese Behauptung ist aber etwas stark (Heller: Das behauptet ja in dieser Weise Niemand!) und widerspricht Allem, was wir vor uns sehen.

Die Orthodoxen bemühen sich im Schweiße ihres Angesichtes darzuthun, daß in Bezug auf diese Theorien keine Wandlung vor sich gegangen ist, während in Wirklichkeit gar nicht zu bezweifeln ist, daß wir wesentliche Aenderungen in Bezug auf diese Theorien vorgenommen haben. Und so möchte ich auf ein Wort zurückkommen, das man den so arg verlästerten Bernsteinianern nachsagt: sie haben dem Sozialismus den wissenschaftlichen Charakter geraubt. Nach den Ausführungen des Genossen Heller möchte ja von einem Bernsteinianer oder von Bernstein kein Hund einen Brocken mehr nehmen, so schlechte Kerle sind sie. (Heller: Wer sagt denn das?) Es wird gesagt, daß Bernstein und seine Anhänger nicht nur dumm, sondern auch schlecht sind. (Winarsky: Ihre Thätigkeit hat schlechte Wirkungen!) Nein, man wirft ihnen nicht bloß vor, daß sie dumm, daß sie zurückgeblieben sind, und wenn man einen solchen Menschen noch besonders glimpflich behandelt, so sagt man, er ist ein Wirrkopf (Winarsky: Das stimmt!), und später kommt noch die Enthüllung dazu, daß er auch ein schlechter Kerl ist. (Widerspruch.) (Ellenbogen zu Heller: Zuerst sagen und dann sich zurückziehen, das ist das Richtige! Brod: Wir sagen nur, daß sie keinen revolutionären Geist mehr haben!) Wenn Genosse Heller vom unaufrichtigen Geiste dieser Leute spricht, so werden Sie mir doch vielleicht gestatten, wenigstens milde zurückschießen zu dürfen. Das ist auch das Eigenthümliche, daß Sie das nicht vertragen. (Widerspruch und Lärm.) Der Sozialismus ist gewiß auch meiner Ansicht nach nicht Wissenschaft (Brod: Ich bitte um's Wort! Lebhafte Heiterkeit.) und kann es nicht sein, wie ja jede Bewegung. Der Sozialismus hängt mit der Wissenschaft zusammen, weil wir die Wissenschaft benützen, soweit sie uns die Handhabe gibt, um unsere Arbeit zu stützen. Aber er hängt von der Wissenschaft nicht ab in dem Sinne, daß die Unrichtigkeit einzelner theoretischer Sätze des Sozialismus seine Unmöglichkeit oder seine Unwahrscheinlichkeit beweisen könnte. Unmöglich und unwahrscheinlich würde der Sozialismus erst, wenn die heutige Gesellschaft die ihr innewohnende, im letzten Grunde völlige Insuffizienz in Fragen des ökonomischen, technischen, kulturellen und sittlichen Fortschrittes aufgeben wollte und aufgeben könnte, was wir ruhig abwarten können. So ist der Sozialismus viel mehr als in dieser sogenannten Wissenschaft geborgen im Interesse und im Bewußtsein der kämpfenden Arbeiter. Sie sind, um die

Worte Lassalle's zu gebrauchen, der Fels, auf dem die Kirche der Zukunft gebaut wird. Dennoch ist die theoretische Begründung unseres Programms von größtem Werth, aber nur wenn und insofern sie Veranlassung zu theoretischer Schulung und der kämpfenden Arbeiterschaft Waffen gibt. Diese Waffen können freilich auch einmal rosten, dann wird man sie wieder frisch putzen, wie das heute vielfach bei der Revision von Programmen geschieht.

Ich will hier bloß das Eine mit besonderem Nachdrucke hervorheben: Seien wir Alle auf der Hut vor Dogmatismus und Ketzerrichterei. Machen wir es doch um Gotteswillen nicht so wie die katholische Kirche, die auch immer sagt: Wir ändern uns zwar, aber wir gestehen es nicht ein. Ich sage: Das Entscheidende für die Zugehörigkeit zur Partei ist die Anerkennung des Endziels und die thätige Arbeit zu diesem Ziel.

Auf Seite 6 des Entwurfes finden Sie folgenden Satz: „Es kommt zum Bewußtsein" — des Proletariats — „daß die Verdrängung der Einzelproduktion auch den Einzelbesitz immer mehr überflüssig und schädlich macht, daß zugleich für neue Formen genossenschaftlicher Produktion und gemeinsamen Besitzes die nothwendigen geistigen und materiellen Vorbedingungen geschaffen werden müssen und daß der Uebergang der Arbeitsmittel in den gemeinschaftlichen Besitz der Gesammtheit des Volkes das Ziel des Kampfes für die Befreiung der Arbeiterklasse sein muß." Wer das und zugleich unser sogenanntes Minimumprogramm unterschreibt, der ist ein Sozialdemokrat. Ob er in Bezug auf die Katastrophentheorie, die Verelendungstheorie und die Diktatur des Proletariats diese oder jene Meinung hat, das steht in zweiter Linie. Wenn das aber in zweiter Linie steht, so heißt das, daß von jedem Parteigenossen diese Theorien bekämpft werden können, ohne daß er aufhört, Parteigenosse zu sein. Ich stehe wesentlich auf dem Boden dieser Theorien, man hat es mir aber furchtbar übel genommen, daß ich sage: Ich sehe nicht ein, warum einem Menschen, der diese Theorien nicht für richtig hält und der sich innerhalb der Partei bewegt, das Recht der Kritik beschnitten werden soll? In allen Fragen der Theorie gibt es entweder eine absolute Freiheit oder gar keine Freiheit. Ich gelte bei den Genossen in Oesterreich für einen sogenannten Bernsteinianer, weil ich mich dagegen auflehne, daß ein Mann, der nach seiner ganzen Bethätigung und Bedeutung keinen Zweifel übrig läßt, daß er ein echter und rechter Parteigenosse ist, so behandelt wird, wie er behandelt worden ist. (Winarsky: Es ist ihm ja nichts geschehen.) Nur aufgehenkt wurde er noch nicht. (Heiterkeit.)

Genosse Heller sagte, ihn ekle dieses Treiben geradezu an. Ich will nicht dasselbe Wort gebrauchen, obwohl es mein gutes Recht wäre, zu sagen, daß Einem auch vor dem Treiben auf der anderen Seite eklig wird. Und wenn wir nun diese absolute Freiheit der Theorie, die für uns eine Forderung ist, ohne die wir nicht leben und athmen können, verlangen, so thun wir es, weil wir überzeugt sind, daß das Leben immer noch viel mannigfaltiger ist als alle wissenschaftliche Theorie, und daß wir uns immer wieder revidiren müssen, heute und morgen und übermorgen. Weil wir aber auf dem Boden des Klassenkampfes kämpfen, ist gar keine Gefahr, daß wir jemals das sozialdemokratische Endziel aus den Augen verlören, wenn wir auch einen oder den anderen Satz unseres Programms preisgeben. Nicht in fanatischer Orthodoxie liegt unsere Stärke, sondern in der freien und ungehinderten Diskussion, die wir hochschätzen wollen und die wir auch Niemandem verwehren können und hoffentlich Niemandem verwehren wollen. Im Gegentheil. Je fanatischer wir uns streiten, umsomehr werden Andere die Ueberzeugung gewinnen, daß es sich bei uns nicht um kleinlichen Sektenglauben irgend einer Kirche, sondern um die mächtigste Bewegung unserer Zeit handelt, und daß diese große und mächtige Bewegung der Zeit sich ihren Gang nicht vorschreiben läßt. Wir können begreifen aus der Entwicklung, die Entwicklung aber nicht vorschreiben. Auf die Gefahr hin, von den Unentwegten nicht als vollbürtig angesehen zu werden, habe ich mich verpflichtet gefühlt, das hier auszusprechen.

Ich habe gegen keinen einzigen Satz des Programms etwas einzuwenden und kann mit gutem Gewissen dafür stimmen. Ich bin nur dagegen, daß man

jetzt wieder sagt: Das ist die echte, unverfälschte Wahrheit, die habt Ihr zu glauben. (Rufe: Das ist ja lächerlich! Wer sagt denn das?) Mir wäre es sehr lieb, wenn die Genossen auf Grund dieser Diskussion sich nicht allein mit unserem Programm und der Prüfung unserer Theorien befassen würden, sondern auch Dinge kennen lernen würden, die kennen zu lernen für einen guten Sozialisten wichtig sind, und ich bin überzeugt, daß die Partei vorwärts schreiten wird, mit oder ohne der Richtigkeit einzelner Sätze der Theorie. (Vereinzelter Beifall.)

Die Verhandlung wird abgebrochen. Den Bericht der Mandatprüfungskommission erstattet:

Winarsky (Wien): Es sind am Parteitage anwesend: 73 deutsche Delegirte (davon 8 Parteivertretungsmitglieder), 57 Wahlkreisvertreter (darunter 6 Frauen) und 8 Industriegruppenvertreter; 39 czechische Delegirte (davon 7 Parteivertretungsmitglieder), 14 polnische, 5 ruthenische (davon 1 Parteivertretungsmitglied), 5 slovenische (davon 1 Parteivertretungsmitglied und 1 Frau), 3 italienische Delegirte und 10 Abgeordnete, dann die Genossen Bebel, Ehrhardt und Eisner von Deutschland, Genosse Großmann von Ungarn und Genossin Dr. Golde von der preußisch-polnischen Partei, also im Ganzen 154 Theilnehmer.

Die Kommission hat alle Mandate geprüft und hat sämmtliche Mandate für richtig befunden.

Der Bericht wird zur Kenntniß genommen und die Sitzung unterbrochen. Schluß der Vormittagssitzung 12 Uhr.

Nachmittagssitzung.

Die Debatte über die Revision des Parteiprogramms wird fortgesetzt.

Karl Kautsky (Berlin, VI. n.-ö. Wahlkreis): Ich möchte zunächst die Gelegenheit benützen, um für die freundliche Begrüßung zu danken, die Sie mir angedeihen ließen. Ich bin zwar nicht mehr in Oesterreich thätig, aber ich fühle mich noch immer als Mitglied der österreichischen Sozialdemokratie (Bravo!), von der ich meine ersten und tiefsten Eindrücke erhielt, und der ich dafür zu tiefem Danke verpflichtet bin. Ein eigenthümlicher Zufall will es, daß die beiden letzten österreichischen Parteitage, denen ich beigewohnt habe — es waren das die Parteitage in Brünn im Jahre 1882 und in Hainfeld im Jahre 1889 — sich ebenfalls mit dem Programm befaßten. Wenn ich die beiden Parteitage mit dem heutigen vergleiche, muß ich meiner freudigen Genugthuung Ausdruck geben über den großen Weg, den Sie bisher zurückgelegt haben. Eine Programmdiskussion, wie die, die jetzt in den Spalten der „Arbeiter-Zeitung" geführt wurde, wäre noch zur Zeit des Hainfelder Parteitages unmöglich gewesen. Diese Diskussion allein hat schon die Mühe gelohnt, das Programm einer Revision zu unterziehen: sie hat gezeigt, daß die Partei in den letzten zwölf Jahren nicht nur in die Breite, sondern auch in die Tiefe gewachsen ist. Aber noch ein anderer Unterschied ist zu bemerken. In Brünn brach die Spaltung aus, und in Hainfeld wurde sie beendigt. Das Kriegsbeil wurde begraben, aber die Wunden des Kampfes waren noch so frisch, daß man nicht wagen durfte, die Differenzen offen zu besprechen; man mußte diplomatisiren. Heute ist die Partei fester denn je, und alle Differenzen können offen zum Austrag gebracht werden, ohne daß man befürchten müßte, dadurch die Partei zu gefährden. Dazu kommt noch, daß diese Differenzen sehr klein geworden sind.

Adler hat schon darauf hingewiesen, daß zwischen dem alten Hainfelder Programm und dem neuen Entwurf thatsächlich kein theoretischer Unterschied vorhanden ist, und daß es sich nur um formale Aenderungen handelt, nur darum handelt, das Programm zu modernisiren und den heutigen Stimmungen anzupassen. Ich habe deshalb um so weniger Ursache und auch keine Lust, auf die größeren Differenzpunkte einzugehen, die mein Vorredner vorgebracht hat, und ich halte es auch nicht für meine Aufgabe, von Neuem eine Bernstein-Debatte zu eröffnen. Wenn Sie eine solche haben wollen, müssen Sie die Kosten schon allein tragen. Wir in Deutschland sind froh, daß wir dieser Debatte

wenigstens äußerlich einen Abschluß gegeben haben. Denn wir haben gesehen, wie wenig dabei herauskommt, und wir wollen damit nichts mehr zu thun haben. Ich will deshalb auch nicht gegen Pernerstorfer polemisiren, um so weniger, als es mir doch versagt ist, mit ihm dauernd zusammenzuarbeiten.

Den Entwurf finde ich, von wenigen Unrichtigkeiten abgesehen, im Großen und Ganzen akzeptabel. Ich möchte gleich bemerken, daß ich, trotzdem ich ihn mit der Lupe untersucht habe, keine Bernsteinerei darin finden konnte. Es sind Abschwächungen vorgenommen worden, aber nur Abschwächungen in der Form, nicht in der Sache.

Wir können also, wenn wir dieses Programm für sich allein betrachten, vollkommen zufrieden sein, umsomehr, als der eine Punkt von Adler selbst auf einen Flüchtigkeitsfehler zurückgeführt wurde, und ich denke, Adler wird noch mit sich handeln lassen (Heiterkeit), und wir werden dann schon ins Reine kommen. Aber es handelt sich hier nicht um den neuen Entwurf allein. Das Hainfelder Programm existirt, und wir können nicht einfach davon absehen. Adler will zwar solche Vergleiche nicht. Das ist sehr schmeichelhaft für das Hainfelder Programm (Heiterkeit), denn er würde diesen Wunsch nicht äußern, wenn er nicht fürchtete, daß der Entwurf bei dem Vergleich schlecht wegkommen würde. Wir wissen nun Alle, daß Adler nicht abschwächen will, wir wissen, daß Adler kein Bernsteinianer ist. Aber wir machen Programme nicht für uns, sondern für die Welt da draußen, die wir erobern wollen. Ihr müssen wir zeigen, was wir wollen, und ihr gegenüber dürfen wir kein Mißverständniß aufkommen lassen. Das ist besonders wichtig im gegenwärtigen Moment. Heute denkt die Bourgeoisie nicht mehr daran, uns gewaltsam niederzuschlagen. Allerdings meine ich, daß sie wieder dahin kommen wird, ans Niederschlagen zu denken, aber erst im letzten Moment, als That nicht der ruhigen Ueberlegung, sondern der Verzweiflung.

Vorläufig denkt sie anders mit uns fertig zu werden, und zwar indem sie uns zu diskreditiren sucht, indem sie den Massen den Glauben beizubringen sucht, wir seien innerlich gespalten, wir glaubten selber nicht mehr an das, was wir lehren. Gegenüber dem Skeptizismus der Bourgeoisie machte gerade unsere feste Ueberzeugung, unsere Siegeszuversicht, unsere Geschlossenheit früher Eindruck auf die Massen. Da sollten wir kein Mißverständniß aufkommen lassen. Aber gerade darin ist in letzter Zeit viel gesündigt worden; viele Aeußerungen sind gefallen, die nun ausgebeutet werden, um den Glauben an unseren Skeptizismus, an unsere Schwachheit in die Massen zu tragen. (Sehr richtig!) Wenn wir uns auch nicht vorschreiben lassen wollen, was wir denken, so müssen wir doch die Form, in der wir unsere Ansichten aussprechen, nach propagistischen Gesichtspunkten einrichten. So wie wir, wenn das Damoklesschwert eines Ausnahmsgesetzes über uns schwebt, nicht durch frivole Redensarten den Feind reizen dürfen, so dürfen wir in der heutigen Zeit auch nicht Redensarten führen, die der Gegner zum Beweise benützen kann, daß wir den Glauben an uns selbst verloren hätten. (Beifall.) Das gilt für die Literatur, das gilt auch für die Programme. Von diesem Gesichtspunkt aus haben wir auch diesen Entwurf zu untersuchen. Wir dürfen nicht sagen, wir haben ihn nur gemacht, weil es uns so gefreut. Das wird uns Niemand glauben.

Wir müssen vorsichtig sein bei allen Aenderungen und namentlich vorsichtig sein, daß wir nicht Abschwächungen aus formellen Gründen eintreten lassen, wenn wir in theoretischer, in grundsätzlicher Beziehung keine Abschwächung vornehmen wollen. Nur von diesem Gesichtspunkte aus habe ich den Programmentwurf kritisirt. Wenn Adler mir vorwirft, daß ich mich gegen den Fortfall des Wortes „Sklave" erklärt habe, so ist es für mich natürlich gänzlich gleichgiltig, ob „Sklaven" oder „Abhängigkeit" da steht. Aber Jeder wird fragen, welcher Grund diese Aenderung hat, und da liegt die Vermuthung nahe, daß man annimmt, daß wir den Klassengegensatz nicht mehr so scharf auffassen wie vor zwölf Jahren. Ist dies richtig, so soll man es offen sagen. Ist dies nicht richtig, so soll man auch den Ausdruck nicht ändern.

Hätte im Hainfelder Programm „Abhängigkeit" gestanden, hätte ich keinen Grund eingesehen, nun von „Sklaven" zu sprechen. Aber das gilt auch umgekehrt. (Sehr richtig!)

Die größte Abschwächung findet sich in dem Satze, der von der Verelendung handelt. Sonderbar, daß wir gerade über diese Theorie so viel streiten, obgleich wir vielleicht bei keinem Punkte so sehr im Einklange sind als bei diesem. Ich stimme mit Bernstein in vielen Dingen nicht überein, aber gerade in der Stellung, die er diesem Begriffe gegenüber einnimmt, stimme ich sachlich mit ihm überein. Ich glaube, daß Mißverständnisse vorhanden sind über einzelne Worte, daß aber in der Sache eine vollständige Einigkeit herrscht. Nichtsdestoweniger ist es nothwendig, einige Worte darüber zu verlieren.

Das Hainfelder Programm sagt: „Der Einzelbesitz an Produktionsmitteln, wie er also politisch den Klassenstaat bedeutet, bedeutet ökonomisch steigende Massenarmuth und wachsende Verelendung immer breiterer Volksschichten." Dieser Satz ist gestrichen, an dessen Stelle wurde gesetzt die Stelle: „Die Lebenshaltung immer breiterer Schichten des Volkes tritt immer mehr in Gegensatz zu der rasch steigenden Produktivkraft ihrer eigenen Arbeit und zu dem Anschwellen des von ihnen selbst geschaffenen Reichthums." Darüber habe ich mir in der „Neuen Zeit" einige Bemerkungen erlaubt, und zwar habe ich gesagt, daß ich diesen Satz, wie er da steht, wissenschaftlich für vollständig tadellos erkläre, aber ich habe hinzugefügt, daß er neue Mißverständnisse ermöglicht, während die Revision gerade mit der Nothwendigkeit begründet wird, Mißverständnisse auszuschließen. Nun habe ich gesagt: „Der Wohlstand der Arbeiterschaft steigt, so kann man den Satz des Entwurfes auffassen; aber er steigt nicht ganz so rapid wie die rasch steigende Produktivkraft der Arbeit, der Wohlstand der Kapitalisten steigt schneller als der der Proletarier, und darüber sind diese verschnupft und deshalb wollen sie an Stelle des kapitalistischen die sozialistische Produktionsweise setzen." Diese Verschnupftheit ist dem Genossen Adler in die Nase gestiegen und hat ihn ebenfalls verschnupft (Heiterkeit), aber ich glaube, dieser Schnupfen hat gar keine Berechtigung, denn dieser Satz hat sich nicht gegen Adler gewendet, sondern gegen ganz andere Leute. Ich habe gar nicht gesagt, daß Adler ihn in dieser Weise auffaßt, sondern daß Andere ihn in dieser Weise aufgefaßt haben, und das ist bei der Diskussion in der Presse thatsächlich der Fall gewesen. Nun sagt Adler ja: „Aber dieser Satz ist wenigstens wissenschaftlich tadellos, wenn er auch Mißverständnisse ermöglicht. Der Satz in der alten Fassung dagegen ermöglicht auch Mißverständnisse — das ist richtig — er ist aber nicht einmal wissenschaftlich tadellos." Darin weiche ich von Adler ab. Ich würde den alten Satz auch noch heute ruhig unterschreiben, wenn er mir vorgelegt würde, wenn ich auch zugebe, daß ich ihm heute eine andere Fassung geben würde, hätte ich ihn nochmals zu schreiben. Aber richtig ist er. Allerdings darf man ihn nicht so auffassen, wie es heute einige Redner gethan haben. Wenn der Satz besagen würde, daß die Massenarmuth steigt, die Verelendung wächst, wenn das als unabänderliche Thatsache hingestellt würde, würde ich mich gegen ihn auflehnen. Wer aber die Geschichte des Hainfelder Programms kennt, weiß, daß dieses Programm vielmehr die Verelendungstheorie überwunden hat, welche vorher geherrscht hatte. Diese Verelendungstheorie trat in Oesterreich auf, als nach dem Sozialistengesetz in Deutschland jede Aussicht auf gesetzlichen Fortschritt verschwunden schien, als diese Stimmung in Arbeiterkreisen auch nach Oesterreich herübergeschlagen und dort den Glauben an eine baldige gewaltsame Revolution erzeugt hatte. Eine Katastrophentheorie oder, besser gesagt, eine Katastrophenpolitik begann damals und im engsten Zusammenhange damit die Verelendungspolitik. Die Verelendungstheorie ist nur dann haltbar, wenn man annimmt, daß das Proletariat der Verzweiflung zueilt, daß es aus Verzweiflung die Ketten sprengen wird, welche es noch gefesselt halten. Ohne Katastrophentheorie ist die Verelendungstheorie gar nicht haltbar. Wer war es aber, der dieser Verelendungstheorie entgegentrat? Das waren gerade wir Marxisten. (Sehr richtig!) Was von Aufobsky und Anderen gesagt worden ist gegen diese Verelendungstheorie, haben wir hundertmal vor 10 und 20 Jahren gesagt. (Sehr richtig!) Als die Katastrophentheorie und Katastrophenpolitik an den Thatsachen gescheitert war, da war die Zeit gekommen für das Hainfelder Programm, damals wurde dieser Satz geschaffen, und darum kann er nicht bedeuten, daß das Proletariat in steigendes Elend, in stei-

gende Massenarmuth versinkt. Nicht auf der Verelendung und auf der Massenarmuth liegt der Nachdruck, sondern auf dem Privateigenthum an Produktionsmitteln. Hier wird nicht eine Thatsache konstatirt, sondern eine Anklage erhoben gegen das Privateigenthum an den Produktionsmitteln. So lange wir dieses nicht aufheben, können wir das Elend nicht aufheben. So lange wir das Privateigenthum nicht eindämmen können, können wir auch die Verelendung nicht eindämmen. Jede ernste soziale Reform ist aber eine Einschränkung des Privateigenthums, und nur dadurch, daß sie eine Einschränkung des Privateigenthums ist, kann sie dem Elend Schranken setzen. Aber ich gebe zu, daß dieser Satz mißverstanden werden kann, namentlich nach der jetzigen Diskussion. Beide Sätze, der Hainfelder und der im Entwurfe, sind einseitig; zusammen erst geben sie eine vollkommene Theorie. Der eine ist der Vordersatz, der andere ist der Nachsatz. Aber wenn ich zwischen beiden wählen müßte, würde ich den Satz von der wachsenden Verelendung und der steigenden Massenarmuth immer noch vorziehen, weil dieser Satz unentbehrlich ist für die Begründung unseres sozialistischen Standpunktes, während der andere Satz allenfalls auch vereinbar ist mit dem Begriff einer „radikalen Arbeiterpartei".

Das ist für mich der wichtigste Punkt. Allerdings liegt noch eine prinzipielle Differenz zwischen Adler und mir vor, aber das ist eine Doktorfrage, die für unsere Agitation von geringer Bedeutung ist und von den Gegnern in keiner Weise ausgeschlachtet werden kann. Ich beschränke mich da auf eine kurze Andeutung meines Standpunktes.

Es ist richtig, daß die Arbeiterbewegung für sich allein den sozialdemokratischen Gedanken nicht erzeugen kann. Die Arbeiterbewegung erzeugt einen sozialistischen Instinkt, sie erzeugt das Bedürfniß nach Sozialismus in dem Proletarier, weil er immer mehr zur Empfindung kommt, daß er für sich allein, als Einzelindividuum, nicht zum Eigenthum an Produktionsmitteln gelangen kann. Aber die theoretische Einsicht, die nothwendig ist, diesen Instinkt klar zu machen, die ist aus dem Proletariat nicht entsprungen, dazu fehlten dem Proletariat alle Vorbedingungen wissenschaftlicher Arbeit. Diese Ueberzeugung ist geboren worden in den Köpfen von bürgerlichen Gelehrten, die unbefangen und ehrlich genug waren, sich von den Bedürfnissen der Bourgeoisie nicht blenden zu lassen. Alle unsere ersten und großen Sozialisten gehörten dieser Schichte an. Ein Saint-Simon, ein Robert Owen, ein Fourier, ein Lassalle, ein Marx, ein Engels! Aber ihre Theorien wären allerdings bloße Theorien geblieben, wenn sie nicht durch eine Schichte begabter Proletarier der Masse des Proletariats vermittelt worden wären, wenn sie nicht die Arbeiterbewegung befruchtet und mit ihr zu einem innigen Zusammenwirken sich verschmolzen hätten. Aus der Vereinigung der Arbeiterbewegung mit der sozialistischen Theorie ist die neue sozialdemokratische Denkweise entstanden, eine Denkweise, bei deren Entwicklung dann nicht nur die Arbeiter von den sozialistischen Theoretikern, sondern auch die sozialistischen Theoretiker von den Arbeitern zu lernen hatten. Und diese Denkweise ist es, die uns zum Siege geführt hat, diese Denkweise herrscht im alten Hainfelder Programm, aber sie beherrscht auch das neue Programm, und deshalb dürfen wir erwarten, daß dieses neue Programm einen ebenso glorreichen Abschnitt der Sozialdemokratie in Oesterreich sehen wird, als das alte Hainfelder Programm einen glorreichen Abschnitt in dieser Geschichte gesehen hat. (Lebhafter anhaltender Beifall und Händeklatschen.)

Nemec (Prag, czechisch): Zwei Tage beschäftigen wir uns schon mit der Revision unserer Grundsätze. War es nun nothwendig, daß wir diese Revision vornehmen? Keineswegs. Aber da wir schon in der Revision sind, wollen wir sie ernstlich vornehmen. Wir wissen, angefallen werden wir von unseren Gegnern auf jeden Fall. Wenn wir nicht revidiren, wird man sagen, wir sind eine verknöcherte Partei, die keine Entwicklung des Programms duldet. Wenn wir aber die Revision vornehmen, wird man sagen, daß wir den alten revolutionären Standpunkt aufgegeben haben und eine Reformpartei geworden sind. (Richtig!) Es

wurde uns heute Vormittags mit viel Temperament erzählt, was für Gefahr aus der Revision für uns entspringen kann; und es wurde uns da die Gefahr des Bernsteinismus mit grellen Farben geschildert. Aber wenn diese Gefahr besteht, dann liegt sie in uns selbst und in dem Grade, wie weit wir uns davon beherrschen lassen. Anstatt ruhig zuzusehen, müssen wir uns eben dagegen stellen. Der Fehler liegt auf beiden Seiten. Die Befürchtungen, die da vorgebracht wurden, sind nicht gerechtfertigt; durch die Aenderungen wird das Programm nichts an seiner Schärfe verlieren. Auch das neue Programm steht noch immer auf dem Boden der materialistischen Geschichtsauffassung und erklärt, daß sich aus den wirthschaftlichen Verhältnissen die ganze übrige Struktur der Gesellschaft ergibt.

Nun ist da die unglückselige Verelendungstheorie weggeblieben. Im alten Programm steht, daß die Verelendung beständig zunimmt; allerdings steht da nicht, ob das eine absolute oder eine relative Zunahme ist. Wenn man nun das als ein absolutes Anwachsen des Elends ansieht, wie es oft geschah, so läßt sich das nicht mehr halten. Der Industrialismus feudalisirt sich vielfach bei uns, aber er ist gegenüber dem Agrarismus doch ein Fortschritt, und darum kann man auch da nicht von Verelendung sprechen. Wenn der Satz von der Verelendung stehen bleiben sollte, so müßte er ganz entschieden ergänzt werden durch einen Zusatz, der etwa das enthält, was der Entwurf darüber sagt. Dann erst wäre es richtig dargestellt. Mit dem Satze des neuen Programms haben wir die marxistische Theorie nicht verlassen, sondern wir haben sie richtiger aufgefaßt, und das wird nicht zum Schaden, sondern nur zum Vortheil unserer Prinzipien und unserer Partei sein. (Beifall.)

Wenn ich nun also an die Gefahren des Bernsteinismus nicht glaubte, so war die Rede des Genossen Pernerstorfer immerhin geeignet, mir diese Gefahr vor Augen zu führen. Es ist nothwendig, da deutlich zu sprechen, da die Rede Pernerstorfer's gerade nach außen hin wirken wird, und zwar auf die Leute, die mit dem Sozialismus gar nichts gemein haben — weder mit Kautsky noch mit Bernstein — Leute, die nichts Anderes zu thun haben, als immer in die Sozialisten zu stupfen und sich an ihnen zu reiben, es sind das die fortgeschrittensten Leute des Bürgerthums, die keine passende bürgerliche Partei finden, denen aber auch die Sozialdemokraten für ihre Zwecke nicht taugen. Und diese wohlmeinenden Herren, die immer kommen mit ihren guten Rathschlägen, die werden jetzt auf Grund der Pernerstorfer'schen Rede als Sozialisten erklärt. Darin liegt die Gefahr der Rede, die Pernerstorfer gehalten hat, und die Gefahr des Bernsteinismus. (Beifall.) Was Genosse Pernerstorfer von der Freiheit der wissenschaftlichen Kritik sagt, ist mir nicht ganz verständlich. Wer hat denn jemals bei uns die wissenschaftliche Kritik beschränken wollen? Das Ganze war eben nur ein Sophisma, das Pernerstorfer für seine weiteren Ausführungen brauchte. Uebrigens ist das, was er wissenschaftliche Kritik nennt, vielfach nur ein Versuch, die Partei auf gefährliche Abwege zu führen. Aber wenn der Eine das Recht zu einer solchen Kritik hat, so hat auch der Andere das Recht, ihm zu sagen, daß das falsch ist. (Beifall.) Wohin dieser Bernsteinismus führt, hat Pfarrer Naumann gezeigt. Der sagte: Bernstein fördert den politischen und wirthschaftlichen Liberalismus, und den wird die Sozialdemokratie nicht mehr los. Ich stimme nicht mit Naumann überein, aber ich begreife, daß sich an den Namen Bernstein alle möglichen Leute anhängen, denen unsere Bewegung unbequem ist. Wir sind gewiß nicht gegen die Freiheit der Kritik. Bernstein mag schreiben, was er will, aber wir dürfen dann doch wenigstens sagen, daß wir das, was er geschrieben hat, ablehnen, weil es unsere Bewegung schädigt. Bei uns hat in der jetzigen schweren Zeit der Krise der Pessimismus bei unseren Genossen stark überhand genommen, und viele von ihnen sagen uns, daß es mit der Partei nichts ist, und daß man das Kämpfen aufgeben soll. Die Leute haben vom Bernsteinismus nur das Eine gehört, daß er das ganze feste Gebäude der sozialdemokratischen Grundsätze zerschlagen haben soll, und daß er uns nichts Anderes gebracht hat. Das ist die andere Gefahr des Bernsteinismus, daß er die revolutionäre Energie des Proletariats untergräbt. Wir können da nicht die Augen zuschließen.

Die Kommission hat uns anfangs auch vorgeschlagen, den Namen der Partei zu ändern. Warum sollte das geschehen? Einige Genossen, die Alles gutheißen, was von oben herkommt, haben das gleich damit begründet, daß wir ja keine Arbeiterpartei sind, nachdem wir auch andere Leute als Arbeiter aufnehmen. Aber unter Arbeiter verstehen wir Jeden, ob er manuell oder geistig arbeitet, der seine Arbeitskraft und seine geistigen Fähigkeiten verkauft. Und die ganze Richtung unseres Kampfes geht dahin, die Arbeiterschaft zu erheben und zu befreien. Deshalb sind wir auch weiterhin eine Arbeiterpartei, und deshalb sollen wir auch diesen alten Namen beibehalten. (Beifall.) Genosse Steiner hat bereits auseinandergesetzt, welche Forderungen wir mit Bezug auf die Schule stellen. Bei uns ist es ja heute gewöhnlich so, daß der Unternehmer auch ein Andersnationaler ist. Und er beutet gewöhnlich nicht nur wirthschaftlich aus, sondern er unterdrückt seine Arbeiter gleichzeitig auch politisch und national. Die Kapitalisten verlangen bei uns nicht nur Arbeitskraft des Arbeiters, sondern sie wollen ihn oft zwingen, auch noch seine Nation aufzugeben, und wir als internationale Sozialdemokraten müssen in unserem Programm keinen Zweifel lassen, daß wir wirklich für die nationale Entwicklung sind. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Winarsky (Wien): Ich stelle fest, daß am Brünner Parteitage allerdings der Beschluß gefaßt wurde, das Programm abzuändern, aber nur aus dem Grunde, weil es in seiner Zersplitterung in mehrere Resolutionen für den praktischen Gebrauch nicht mehr so handlich ist. Aber es ist klar, daß das Programmcomité, das allerdings nur die Aufgabe gehabt hat, eine Vereinheitlichung des Programms herbeizuführen, als es an die praktische Arbeit gegangen ist, wohl oder übel auch die Resultate der Bernstein-Diskussion in Betracht ziehen mußte. Ich sage ja nicht, daß der Entwurf an sich bernsteinisch sei, darüber wird keine Meinungsverschiedenheit vorhanden sein. Aber es sind einige Aenderungen vorgenommen worden, die als Konzession an die Bernstein'sche Richtung erscheinen müssen. Das neue Programm sollte eine volle Vereinheitlichung darstellen. Diese ist zu Stande gekommen, so weit es sich um die alte Prinzipienerklärung und die Resolutionen über die politischen Rechte und die sogenannte Sozialreform handelt. Wir sehen aber auch, daß das neue Programm nicht in sich einheitlich geschlossen ist, weil zu den alten Bestandtheilen, die in eins zusammengefaßt wurden, einige neue hinzugekommen sind, die Nationalitätenresolution von Brünn und die Agrarresolution von Graz. Gegen die Agrarresolution von Graz muß ich mich aussprechen. Diese ist als bloße Anleitung zur Landagitation gedacht. Das beweist schon die Thatsache, daß am Grazer Parteitage der Punkt, zu dem die Resolution beschlossen wurde, nicht Agrarfrage, sondern Landagitation genannt wurde.

Nun sehen wir aber, daß diese bescheidenen praktischen Anweisungen zur Agitation plötzlich von der Kommission zu einem integrirenden Bestandtheil des Parteiprogramms erhoben werden sollen. Und da muß ich doch meiner Ueberzeugung Ausdruck geben, daß diese Resolution in theoretischer Beziehung ungenügend ist, daß sie keine Lösung der Agrarfrage und keine genaue Präzisirung der Stellung der Sozialdemokratie darstellt und daß sie, weil sie theoretisch ungenügend, weil sie unfertig ist — und das hat Genosse Dr. Adler selbst zugestanden — in das Parteiprogramm als Ganzes nicht hineinpaßt. Ich möchte daher vorschlagen, daß diese Resolution in das Parteiprogramm nicht aufgenommen werde, sondern bleibe, was sie früher war — eine Anweisung zur Landagitation für die deutschen Genossen.

Nun zum Inhalt des Programmentwurfes selbst. Da ist zunächst die Frage der „Verelendung". Ich glaube, es ist nothwendig, daß die Tendenz zur Verelendung, die dem Kapitalismus innewohnt, scharf und unzweideutig im Programme zum Ausdruck komme. Das geschieht auch im Hainfelder Programm, nicht aber im neuen Entwurfe. Das halte ich für einen Fehler des neuen Programms gegenüber dem alten, und ich würde daher wünschen, daß das Hainfelder Programm in dieser Beziehung zumindest in ähnlicher Form wieder hergestellt werde.

Ferner ist es nothwendig, deutlich hervorzuheben, um was es sich bei den neuen Formen der „genossenschaftlichen" Produktion und des „genossenschaftlichen" Eigenthums handelt. Bernstein hat den Sozialismus als das „Prinzip der Genossenschaftlichkeit" in jeder Form definirt. Ein Anhänger Bernstein's,

Kampffmeyer in Deutschland, hat in verschiedenen Publikationen die Meinung ausgesprochen, daß sich im Wege der Genossenschaften langsam die Sozialisirung der Gesellschaft vollziehen kann. Und um dieser falschen Meinung jeden Boden zu entziehen, halte ich für nothwendig, daß statt „genossenschaftlich" gesagt werde „sozialistisch". Ich halte dies für umso nothwendiger, weil im neuen Entwurf mit keinem Wort von der Eroberung der politischen Macht die Rede ist. Genosse Dr. Adler sagt, diese sei als unser Ziel selbstverständlich. Ja, sollen wir denn in ein Programm nur hineinschreiben, was bestritten ist? (Heiterkeit.) Um den Auslegungskünsten jener Leute, welche sich die Sozialisirung der Gesellschaft durch Konsumvereine und Produktivgenossenschaften vorstellen, nicht Thür und Thor zu öffnen, ist es nöthig, deutlich zu erklären, daß wir die sozialistische Produktion und das sozialistische Eigenthum als unser Ziel bezeichnen.

Der Schlußsatz des allgemeinen Theiles von dem Kampfe für die Erringung des dem Proletariate gebührenden Einflusses auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens wurde als nichtssagend oder zu wenig sagend angegriffen. Dr. Adler erklärt, damit sagen zu wollen, daß sich das Proletariat den ihm gebührenden Antheil bei der Verwaltung der Krankenkassen, der Unfallversicherung, der Gewerbegerichte u. s. w. sichern wolle. Wenn dies damit gemeint sein soll, so gehört diese Forderung nicht in die Prinzipienerklärung, sondern in die Minimalforderungen. Wenn aber darunter — was Ausobsky behauptet — die Eroberung der politischen Macht verstanden ist — ich halte das, was Ausobsky geschrieben hat, übrigens für falsch — dann würde das ein zu schwacher Ausdruck dafür sein.

Was die Behandlung der einzelnen Anträge betrifft, so halte ich die Einsetzung einer Kommission für nöthig, die sich mit der Redigirung des endgiltigen Textes des Parteiprogramms zu beschäftigen hätte. Dieser Kommission wären alle vorliegenden Anträge zuzuweisen.

Durch das Auftreten Pernerstorfer's ist, wie ich meine, jenen Genossen, die das neue Programm vertheidigen, gerade kein besonderer Dienst geleistet worden. Sie haben immer erklärt, daß der Entwurf mit Bernsteinerei absolut nichts zu thun habe, bis Pernerstorfer plötzlich als der Erste den Schatten Bernstein's heraufbeschworen. Heller hat durchaus nicht die Absicht gezeigt, Bernstein in den Koth zu ziehen. Er hat mit großem Temperament seine Anschauungen vertreten — und das ist weder ein Fehler noch ein Verbrechen — aber er hat sich damit durchaus nicht als Ketzerrichter aufgespielt. Pernerstorfer hat aber gleich von Dogmenfanatikern, von Orthodoxen u. s. w. gesprochen. Kritik und nichts als Kritik will er. Wenn Pernerstorfer von Dogmenfanatikern spricht, so macht seine Rede geradezu den Eindruck, als ob es auch ein Dogma der Kritik gäbe. Pernerstorfer ist auch ein Fanatiker, ein Fanatiker der Skepsis. Das Wichtigste ist ihm, daß diskutirt werde. Was dabei herauskommt, das ist natürlich Nebensache. (Heiterkeit.) Das ist nun unsere Meinung nicht. Wir sehen in einem Programm mehr, ohne deshalb schon verbohrte Dogmenfanatiker zu sein. Ein Programm hat uns Richtung und Ziel des Kampfes der Partei für die nächste Zeit anzugeben.

Pernerstorfer meint, es kann Genossen geben, die das Programm unterschreiben, und solche, „die sich in der Partei bewegen", ohne daß sie es unterschreiben. Ich kann nicht soweit gehen, wie Genosse Pernerstorfer, selbst auf die Gefahr hin, als Dogmenfanatiker verschrien zu werden. Es war gewiß überflüssig, herzukommen und das Recht der freien Kritik zu fordern, wo doch Niemand dieses Recht der freien Kritik bestreitet. Wir üben hier Kritik an dem Entwurfe der Programmkommission, und es kann uns da gewiß nicht einfallen, dieses Recht auf Kritik nicht auch Jenen zuzugestehen, die entgegengesetzter Ansicht sind als wir. Aber ein Unterschied ist es, Kritik anzuerkennen und Kritik zu üben, und dann wenn die Antikritik kommt, o weh! zu rufen und zu klagen: Hier wird das Recht der freien Meinungsäußerung unterdrückt. (Heiterkeit.) Bebel schrieb nach dem Lübecker Parteitag: „Auf die Dauer verträgt es keine Partei ohne Schaden, und am allerwenigsten die unsere, weil sie Feinde, und zwar Todfeinde ringsum hat, und ein festes, geschlossenes,

einheitliches Handeln für ihre Erfolge und ihre Propaganda bei den Massen eine Lebensnothwendigkeit ist, daß ihre prinzipiellen wie taktischen Grundlagen unausgesetzt in Zweifel gezogen werden und eine Kritik sich herausbildet, die den Eindruck macht, als werde sie nur geübt aus Freude an der Kritik und ohne Rücksicht auf die Stellung einer nach allen Seiten gleichzeitig kämpfenden Partei." Diese Worte Bebel's können wir voll unterschreiben.

Mir hat das Hainfelder Programm viel besser gefallen als das neue. Es eignet sich zur Agitation, wie Engels sagte, es ist geeignet, von den Massen verstanden zu werden. Das neue Programm verfällt nun in den Fehler, den Engels als denjenigen bezeichnet, der auf keinen Fall bei einem Programm gemacht werden darf: Es will Grundsätze aufstellen und zu gleicher Zeit den Kommentar dazu geben. Da müssen Schwächen und Unpräzisirtheit des Ausdruckes zu verzeichnen sein, wie sie in einem Parteiprogramm nicht vorkommen sollen. Ich bin daher für die Einsetzung einer Programmkommission. Ich hoffe, daß die Arbeiten dieser Kommission in jenem Geiste gemacht werden, daß, wenn es schon nöthig ist, uns ein neues Programm zu geben, in diesem neuen Programm der Geist des alten Hainfelder Programms weiter lebendig bleibe. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Vorsitzender **Popp** erklärt, daß das Präsidium die Absicht habe, am Schlusse der heutigen Sitzung dem Parteitage einen Vorschlag auf Wahl einer Programmkommission zu unterbreiten.

Emmerling (Wien): Wir sind nun richtig bei der Bernstein-Debatte angelangt mit all jenen Uebertreibungen, die dabei immer mitlaufen. Man hat den Entwurf nur darauf geprüft, ob er an Bernstein Konzessionen macht. Auch Genosse Kautsky ist in diesen Fehler verfallen, obwohl er zum Schlusse sagt: Der Entwurf wird, wenn er angenommen wird, noch immer das beste Programm sein, das wir bisnun hatten. Also was verlangen wir noch mehr? Nur der sich fürchtet, daß er in seinen Grundsätzen wankend gemacht werden könne, wird diesen Entwurf zurückweisen. Was die Verelendung anlangt, so kann man von einer absolut steigenden Massenarmuth nicht sprechen. Aus jedem unserer Gewerkschaftsblätter ist zu ersehen, daß wir Fortschritte gemacht haben, daß sich die Arbeiterklasse heute auf einer höheren Stufe befindet, und daß gerade das Gegentheil einer steigenden Verelendung richtig ist. Wenn der Niedergang des Kleingewerbes ziffermäßig nachgewiesen wird, so ist das kein Beweis für das Elend der großen Massen. Das Wort „genossenschaftlich" wurde vom Genossen Brod mißverständlich aufgefaßt, und es kann nach österreichischen Verhältnissen auch wirklich mißverstanden werden. Aber Kautsky spricht im Erfurter Programm auch von „genossenschaftlichen Produktionsformen". Wenn ich mich also der Anschauung anschließe, daß statt „genossenschaftlich" „sozialistisch" gesagt werde, so geschieht dies nur, damit das Wort nicht mißverstanden werden könne.

Was die Eroberung der politischen Macht anlangt, so soll dieses Ziel im Programm zum Ausdrucke gelangen. Genosse Pernerstorfer will von unserem Programme den „Rost" nehmen, der sich im Laufe der Jahre angelegt hat, aber diese Art des Waffenputzens haben wir in Oesterreich nicht nöthig. Unsere Waffe würde dadurch nur schwach werden, und wir würden mit dieser fortwährend geputzten Waffe, mit unserem Programme, an dem fortwährend genörgelt wird, schließlich nicht mehr dreinschlagen können. Ich erkläre mich, mit Ausnahme jener wenigen Punkte, zu welchen der III. Wiener Wahlkreis Aenderungen beantragt hat, mit dem Entwurf einverstanden.

Was die „Erklärung der Religion als Privatsache" betrifft, so ist dieser unser Programmpunkt, so alt er ist, ebensolange mißverstanden worden. Wenn wir uns bemühen, das Treiben des Klerikalismus hintanzuhalten, da heißt es immer: Ihr erklärt ja in Euerem Programm, Religion ist Privatsache. Nein, sie ist heute noch nicht Privatsache, sondern soll erst dazu gemacht werden, und wir haben besonders in Oesterreich alle Ursache, hier eine schärfere Fassung zum Ausdruck gelangen zu lassen. Wenn Manche fürchten, daß es uns schaden kann, wenn wir gegen die Auswüchse des Klerikalismus auftreten, so muß ich wohl sagen, daß gerade jene mildere Fassung, von der man glaubt, daß sie uns nicht schaden

kann, immer zu unseren Ungunsten ausgelegt wird, und ich bin daher für jene schärfere Fassung des Entwurfes. Redner bittet um Annahme des vom III. Wiener Wahlkreis beantragten Zusatzes zu Punkt 8 und schließt sich dem Antrage Winarsky auf Einsetzung einer Kommission an. (Beifall und Widerspruch.)

Stein (Wien, czechisch): Es ist nicht möglich, den Wunsch des Dr. Adler zu erfüllen und bei der Kritik des neuen Entwurfes von einer Vergleichung mit dem Hainfelder Programm abzusehen. Dr. Ellenbogen hat in Brünn nicht eine Revision, sondern eine Ergänzung des Programms beantragt; und Niemand konnte damals annehmen, daß die Kommission uns ein ganz neues, prinzipiell verschiedenes Programm vorlegen werde. Warum hat das die Kommission gethan? Dr. Adler ist uns darauf die Antwort schuldig geblieben. Er meint, er habe die Aenderungen vorgenommen, weil die alte Stylisirung seinen ästhetischen Anschauungen nicht mehr entsprach. Aber die Aenderungen, die vorgenommen wurden, sind nicht nur „Verschönerungen". Es wurde gesagt, daß das alte Hainfelder Programm keine lebendige Kraft mehr in sich habe. Aber wenn wir wieder im Protokoll blättern, so finden wir, daß auf dem Brünner Kongreß ein Antrag des IV. Wiener Wahlkreises gestellt wurde, eine eigene Broschüre über das Hainfelder Programm herauszugeben. Merkwürdige Leute das, die über ein nicht mehr lebendiges Programm eine Broschüre verlangen, und noch merkwürdiger der Dr. Ellenbogen, der über dieses nicht lebendige Programm erst vor Kurzem einen Vortragszyklus hält. Adler hat gegen Kautsky polemisirt, aber mit keinem Worte fast gegen Bernstein. Und doch hätte es uns interessirt, zu erfahren, welchen Einfluß der Bernsteinismus auf die Revision des Programms genommen hat. Dr. Adler hat doch in seinem Artikel in der „Arbeiter-Zeitung" selbst gestanden, daß der neue Entwurf so abgefaßt wurde, damit Bernstein keine Möglichkeit einer Kritik gegeben werde. Warum hat Dr. Adler uns nicht gesagt, wie weit die Kritik Bernstein's auf die Entschließungen der Kommission von Einfluß gewesen ist, wie weit die Kommission unter dem Eindrucke der Bernstein'schen Kritik stand? Die Ausdrucksweise des Entwurfes ist so geglättet, so fein, so gewissermaßen ein Kompliment für die gegenwärtige Gesellschaft. Es soll der Arbeiterschaft gezeigt werden, daß es nicht gar so arg ist, und daß wir uns mit der Gesellschaftsordnung schließlich auch befreunden können. Alles das scheint mir eine Folge der Bernstein'schen Kritik zu sein. Ich werde deshalb für die Beibehaltung des Hainfelder Programms und gegen den mir zu wenig präzisirten Antrag der czechischen Organisation, daß „unter Mitwirkung der organisirten Arbeiter" die Vorbedingungen für die neue Gesellschaft geschaffen werden, stimmen. (Lebhafter Beifall.)

Dr. **Ellenbogen** (Wien): Obwohl Kommissionsmitglied, und obwohl ich im Wesentlichen mit dem Entwurf einverstanden bin, muß ich mich ganz entschieden gegen die Art der Begründung des Entwurfes wenden, die uns Genosse Adler gegeben hat. Die Thatsache, daß auf den Entwurf ein allgemeines Freischießen eröffnet wurde, ist kein Grund, ihn von der Rednertribüne aus preiszugeben. Ich bin auch nicht der Meinung, daß die Fassung eines Programms lediglich ästhetischen Bedürfnissen zu genügen habe.

Ich konstatire, daß die Majorität der Kommission der Anschauung war, daß thatsächlich Gründe für eine Aenderung vorliegen, daß wir nämlich gewissen Anschauungen einen präziseren Ausdruck geben müssen, damit Mißverständnisse, die in der Zeit seit dem Hainfelder Programm aufgetaucht sind, beseitigt werden. Betonen will ich, ich bin kein Bernsteinianer. (Hört! Heiterkeit.) Ich bin überhaupt kein -ianer. Ich bin höchstens ein Anti-ianer. (Heiterkeit.) Das heißt, ich erlaube mir meine Meinung über die Dinge aus den Anschauungen, die auftauchen, selbst zu bilden.

Theoretisch hat Adler ganz recht, wenn er sagt, daß wir warten sollen, bis die Kleinbauern und Kleinbürger zu uns kommen. Aber wir müssen etwas dazu thun, daß dieser Zeitpunkt so rasch als möglich eintritt.

Wir sind z. B. in der Wahlagitation gezwungen, auch zu den Kleinbauern zu sprechen, und da halte ich es für besser, daß die Partei als Gesammtheit ihre Meinung ausspricht, als daß es jedem Agitator überlassen ist, die Partei zu kom-

Aber ich werde Ihnen das schon ausdeutschen! — Heiterkeit.) Natürlich, ich glaube schon, daß Dr. Adler in seinem Schlußwort diese seine Anschauung so darstellen kann, daß dann etwas Anderes herauskommt. (Heiterkeit.) Er ist ja ein sehr geschickter Debatter, insbesonders wenn er das Schlußwort hat. (Heiterkeit.) Pernerstorfer hat, von allem Anderen abgesehen, eine — ich sage es hier ganz offen — muthige Rede gehalten. Er hat eine Anschauung entwickelt, die, wie ich glaube, von Niemandem unter den Parteigenossen getheilt wird. (Zustimmung. — Winarsky: Ist das ein Verdienst?) Jawohl, Genosse Winarsky, es ist ein Verdienst, eine Anschauung zu entwickeln, mit der man ganz allein steht. Ich konstatire, daß Genosse Pernerstorfer diese seine Ansicht in einer ruhigen und sachlichen Weise vorgetragen hat, in einer Art, die sich sehr wesentlich unterschieden hat von der Art und Weise, wie er hier unterbrochen wurde. Jene, die es nicht vertragen können, eine andere Anschauung zu hören, sind gewiß die Letzten, die dazu berufen sind, über Empfindlichkeit der anderen Seite zu klagen.

Bei dieser Gelegenheit möchte ich über besonderen Wunsch des Genossen Pernerstorfer, der nicht mehr zum Wort kommt, erklären, daß er mit seinen Bemerkungen über die Behandlung Bernstein's nicht die Verhandlungen auf dem Lübecker Parteitage in Deutschland gemeint habe, sondern lediglich die Zeitungspolemiken, die gegen Bernstein geführt werden. Ich erkläre, diese Behandlung des verdienten Parteigenossen verurtheile auch ich. Ich bin deshalb nicht etwa ein Freund der anderen Seite ....

Vorsitzender **Nemec**: Wir haben hier nicht zu Gericht zu sitzen über den Lübecker Parteitag.

Dr. Ellenbogen: Ich habe etwas, was Genosse Pernerstorfer hier vorgebracht, aufgeklärt, weil es zu Mißdeutungen Anlaß geben könnte. Das muß allen Genossen, insbesonders den deutschen Genossen, erwünscht sein.

Was die Agrarresolution betrifft, so hat Genosse Winarsky Recht, wenn er sagt, sie sei unfertig; auch die Kommission ist nicht der Anschauung, daß diese Resolution als wesentlicher Bestandtheil in das Programm aufgenommen werde, sondern sie schlägt sie dem Gesammtparteitage bloß zur Annahme als Resolution vor.

Ich möchte nun noch auf ein Detail verweisen. Im Programm steht als unsere Forderung: Wahl der Geschwornen ꝛc. Ich halte dies für einen Fehler. Die Wahl der Geschwornen auf Grund des allgemeinen Wahlrechtes würde sie in den politischen Kampf hineinziehen. Wir haben hier in Wien und in ganz Oesterreich die traurigste Erfahrung gemacht darüber, was zu Tage tritt, wenn Geschworne einer bestimmten Parteirichtung in den Gerichten sitzen. Die Durchführung dieses Programmpunktes wäre gefährlich und würde die ganze Einrichtung auf den Kopf stellen. (Lebhafte Zwischenrufe.) Wollen Sie mich jedenfalls ruhig aussprechen lassen! Ich meine, daß eine weit bessere Gewähr für eine objektive Zusammensetzung der Geschwornengerichte die Feststellung einer Liste ist, die nach bestimmten Grundsätzen von vorneherein aufgestellt ist, die, sagen wir, alle nicht wegen eines gewinnsüchtigen Deliktes bestraften, eigenberechtigten Personen zu umfassen hätte. Ich überlasse es der schon vorgeschlagenen Kommission, in diesem Punkte sich zu äußern.

Ich bin mit meinen Auseinandersetzungen zu Ende. Der Entwurf, den die Kommission vorgeschlagen hat, entspricht thatsächlich dem, was sich in der Zwischenzeit geändert hat.

Ich glaube, daß auch Genossen, die so versessen sind auf das starre Stehenbleiben bei dem alten Hainfelder Programm, aus dieser Diskussion das eine Gute nach Hause tragen sollten, daß sie Genossen nicht anfeinden, die in ruhiger, objektiver, voraussetzungsloser Weise, wie es die Wissenschaft verlangt, sich über gewisse Dinge Rechenschaft geben. Dadurch wird unserer Partei nur genützt. Erklären wir nicht Jeden, der eine andere Meinung hat, für einen „frivolen" Menschen. Im Uebrigen aber möchte ich den Genossen, die so große Prinzipienhelden sind, nur noch sagen, daß auch sie in der Praxis nicht so intransigent sind, als sie hier thun, sondern sehr häufig mit sich reden lassen.

Bezüglich der Kommission, die vorgeschlagen wurde, möchte ich den Parteitag bitten, daß außer den früheren Kommissionsmitgliedern auch noch solche aller anderen Anschauungen hineingewählt werden sollen, sowohl die Pfaffen als auch die Ketzer. (Heiterkeit und Beifall.)

Kristan (Triest): Keiner der Redner will ein Bernsteinianer sein. Nichtsdestoweniger läßt sich nicht leugnen, daß die bisherigen Pro-Redner entschieden unter dem Einfluß Bernstein's gestanden sind. Und auch der Entwurf zeigt den Einfluß der Bernstein'schen Ideen. Man hat sich bemüht, uns nachzuweisen, daß thatsächlich die Partei oder eine große Anzahl von Parteigenossen ihre Ansichten über die Verelendungstheorie geändert habe. Man hat hingewiesen, daß die Lage der Arbeiter heute eine bessere sei als früher. Man hat den Beweis erbracht, einen ganz überflüssigen Beweis, daß unsere Organisation gar viel zu Gunsten der Arbeiter geschaffen und die Wirkungen des Kapitalismus abgeschwächt hat. Ja, Genossen, das bezweifelt doch Niemand von uns, gerade darin aber ist die Existenzberechtigung der Sozialdemokratie gelegen. Ein Programm, das eine Prinzipienerklärung enthält, hat das Wesen des Kapitalismus zu erklären. Wenn Jemand drei Hunde mit beschnittenen Ohren gesehen hat, und dann schreibt: „Der Hund hat beschnittene Ohren," so ist dieser Schluß gewiß ein falscher. (Heiterkeit.) Geradeso ist es mit dem Kapitalismus.

Die Tendenz des Kapitalismus ist Verelendung, und wer den Kapitalismus in seiner Nacktheit kennen lernen will, der möge zu uns nach dem Süden kommen, wo die Arbeiterschaft noch nicht genügende Widerstandskraft besitzt. Dort schaltet und waltet er ganz nach seinen inneren Gesetzen, und die Arbeiter sind zur niedrigsten Lebenshaltung verurtheilt.

Wenn dem Kapitalismus neue bessere Produktionswerkzeuge erstehen, wird er diese nicht dazu benützen, den Arbeitern die Arbeit zu erleichtern, sondern das Kapital sagt, von Euch 3000 Arbeitern, die Ihr bisher zwölf Stunden im Tage gerackert habt, werden 1000 aufs Pflaster geworfen und diese 1000 sind nun dem Elende preisgegeben. (Bebel: Lohndrücker werden sie!) Ja, Lohndrücker, und damit selbst wieder Werkzeuge einer fortschreitenden Verelendung. Im Hainfelder Programm war klipp und klar gesagt, daß die Tendenz des Kapitalismus die Verbreitung der Massenarmuth und die Verelendung ist, und wenn wir in den neuen Entwurf einen neuen Absatz einschieben, welcher entschieden eine Abschwächung bedeutet, so haben wir damit vor uns selbst einen Rückzug angetreten. Würde es sich ergeben, daß wir thatsächlich auf falschen Bahnen gewandelt sind, so würde ich ohneweiters sagen: Pater peccavi, machen wir es von nun an besser. Aber wir wandelten nicht auf falschen Bahnen, wir sagten den Arbeitern nichts Falsches und haben keinen Grund, die Taktik zu ändern.

Ich glaube, daß alle diese Versuche, die Gefährlichkeit des kapitalistischen Systems abzuschwächen, im Grunde genommen antisozialdemokratische sind. Der christliche Sozialismus, der nationale Sozialismus, der Bernsteinische Sozialismus, sie alle legen sich ebenfalls den Namen Sozialismus bei, sie sind aber nicht Sozialismus. Wir haben vom Sozialismus eine ganz bestimmte Auffassung, die nämlich: daß die Befreiung der Arbeiterklasse und damit die Befreiung der ganzen Menschheit innerhalb des Kapitalismus eine Unmöglichkeit ist, und daß es daher unsere Aufgabe ist, mit allen Mitteln auf den Zusammenbruch dieser Gesellschaft hinzuarbeiten. (Beifall.)

Es mag ja Genossen geben, die meinen, ob wir Sozialdemokraten wollen oder nicht, ob wir ein Programm haben oder nicht, die Geschichte erzwingt es, daß an Stelle der kapitalistischen die sozialistische Produktions- und Gesellschaftsordnung tritt. Man hat hier etwas übersehen, nämlich den Willen als Element der geschichtlichen Entwicklung. Nun dürfen Sie nicht glauben, daß ich vielleicht auf dem Standpunkte der Christen stehe, daß Gott uns einen freien Willen gegeben hat; gewiß nicht; unser Wille ist abhängig von allen möglichen Dingen in und außer uns, aber Eines steht fest, daß dieser Wille ebenfalls entwicklungsfähig ist, und daß dieser Wille mit dem Bewußtsein steigt. Der Arbeiter, der zum Bewußtsein seiner Lage gelangt ist, wird einen stärkeren Willen haben, seine Fesseln

Aber ich werde Ihnen das schon ausdeutschen! — Heiterkeit.) Na
glaube schon, daß Dr. Adler in seinem Schlußwort diese seine An
darstellen kann, daß dann etwas Anderes herauskommt. (Heiterkeit.) Er ist
geschickter Debatter, insbesonders wenn er das Schlußwort hat.
Pernerstorfer hat, von allem Anderen abgesehen, eine — ich
ganz offen — muthige Rede gehalten. Er hat eine Anschau
wickelt, die, wie ich glaube, von Niemandem unter den
genossen getheilt wird. (Zustimmung. — Winarsky: Ist d
dienst?) Jawohl, Genosse Winarsky, es ist ein Verdienst, eine
zu entwickeln, mit der man ganz allein steht. Ich konstatire, d
Pernerstorfer diese seine Ansicht in einer ruhigen und sachlichen
getragen hat, in einer Art, die sich sehr wesentlich unterschieden hat v
und Weise, wie er hier unterbrochen wurde. Jene, die es nicht vertra
eine andere Anschauung zu hören, sind gewiß die Letzten, die dazu b
über Empfindlichkeit der anderen Seite zu klagen.

Bei dieser Gelegenheit möchte ich über besonderen Wunsch d
Pernerstorfer, der nicht mehr zum Wort kommt, erklären, daß er
Bemerkungen über die Behandlung Bernstein's nicht die Verhand
dem Lübecker Parteitage in Deutschland gemeint habe, sondern le
Zeitungspolemiken, die gegen Bernstein geführt werden. Ich erklär
handlung des verdienten Parteigenossen verurtheile auch ich. Ich b
nicht etwa ein Freund der anderen Seite ....

Vorsitzender **Nemec**: Wir haben hier nicht zu Gericht zu sitze
Lübecker Parteitag.

Dr. **Ellenbogen**: Ich habe etwas, was Genosse Pernerst
vorgebracht, aufgeklärt, weil es zu Mißdeutungen Anlaß geben könnte.
allen Genossen, insbesonders den deutschen Genossen, erwünscht sein.

Was die Agrarresolution betrifft, so hat Genosse Winarsky
er sagt, sie sei unfertig; auch die Kommission ist nicht der Anschauung
Resolution als wesentlicher Bestandtheil in das Programm aufgenom
sondern sie schlägt sie dem Gesammtparteitage bloß zur Annahm
solution vor.

Ich möchte nun noch auf ein Detail verweisen. Im Program
unsere Forderung: Wahl der Geschwornen ꝛc. Ich halte dies für ei
Die Wahl der Geschwornen auf Grund des allgemeinen Wahlrechtes
in den politischen Kampf hineinziehen. Wir haben hi
und in ganz Oesterreich die traurigste Erfahrung gemacht darüber, was zu
wenn Geschworne einer bestimmten Parteirichtung in den Gerichten
Durchführung dieses Programmpunktes wäre gefährlich und würde
Einrichtung auf den Kopf stellen. (Lebhafte Zwischenrufe.) Wollen Sie
falls ruhig aussprechen lassen! Ich meine, daß eine weit bessere Gewä
objektive Zusammensetzung der Geschwornengerichte die Feststellung ein
die nach bestimmten Grundsätzen von vorneherein aufgestellt ist, die, sag
nicht wegen eines gewinnsüchtigen Deliktes bestrafen, eigenberechtigte
zu umfassen hätte. Ich überlasse es der schon vorgeschlagenen Kommission
Punkte sich zu äußern.

Ich bin mit meinen Auseinandersetzungen zu Ende. Der Entwu
Kommission vorgeschlagen hat, entspricht thatsächlich dem, was sich in de
zeit geändert hat.

Ich glaube, daß auch Genossen, die so versessen sind auf das starre St
bei dem alten Hainfelder Programm, aus dieser Diskussion das eine Gute
tragen sollten, daß sie Genossen nicht anfeinden, die in ruhiger, objektiver, vora
loser Weise, wie es die Wissenschaft verlangt, sich über gewisse Dinge
geben. Dadurch wird unserer Partei nur genützt. Erklären wir nicht
eine andere Meinung hat, für einen „frivolen" Menschen. Im Ueb
möchte ich den Genossen, die so große Prinzipienhelden sind, nur noch
auch sie in der Praxis nicht so intransigent sind, als sie hier thun, so
häufig mit sich reden lassen.

Bezüglich der Kommission, die vorgeschlagen wurde, möchte ich den Parteitag bitten, daß außer den früheren Kommissionsmitgliedern auch noch solche aller anderen Anschauungen hineingewählt werden sollen, sowohl die Pfaffen als auch die Ketzer. (Heiterkeit und Beifall.)

Kristan (Triest): Keiner der Redner will ein Bernsteinianer sein. Nichtsdestoweniger läßt sich nicht leugnen, daß die bisherigen Pro-Redner entschieden unter dem Einfluß Bernstein's gestanden sind. Und auch der Entwurf zeigt den Einfluß der Bernstein'schen Ideen. Man hat sich bemüht, uns nachzuweisen, daß thatsächlich die Partei oder eine große Anzahl von Parteigenossen ihre Ansichten über die Verelendungstheorie geändert habe. Man hat hingewiesen, daß die Lage der Arbeiter heute eine bessere sei als früher. Man hat den Beweis erbracht, einen ganz überflüssigen Beweis, daß unsere Organisation gar viel zu Gunsten der Arbeiter geschaffen und die Wirkungen des Kapitalismus abgeschwächt hat. Ja, Genossen, das bezweifelt doch Niemand von uns, gerade darin aber ist die Existenzberechtigung der Sozialdemokratie gelegen. Ein Programm, das eine Prinzipienerklärung enthält, hat das Wesen des Kapitalismus zu erklären. Wenn Jemand drei Hunde mit beschnittenen Ohren gesehen hat, und dann schreibt: „Der Hund hat beschnittene Ohren," so ist dieser Schluß gewiß ein falscher. (Heiterkeit.) Geradeso ist es mit dem Kapitalismus.

Die Tendenz des Kapitalismus ist Verelendung, und wer den Kapitalismus in seiner Nacktheit kennen lernen will, der möge zu uns nach dem Süden kommen, wo die Arbeiterschaft noch nicht genügende Widerstandskraft besitzt. Dort schaltet und waltet er ganz nach seinen inneren Gesetzen, und die Arbeiter sind zur niedrigsten Lebenshaltung verurtheilt.

Wenn dem Kapitalismus neue bessere Produktionswerkzeuge erstehen, wird er diese nicht dazu benützen, den Arbeitern die Arbeit zu erleichtern, sondern das Kapital sagt, von Euch 3000 Arbeitern, die Ihr bisher zwölf Stunden im Tage gerackert habt, werden 1000 aufs Pflaster geworfen und diese 1000 sind nun dem Elende preisgegeben. (Bebel: Lohndrücker werden sie!) Ja, Lohndrücker, und damit selbst wieder Werkzeuge einer fortschreitenden Verelendung. Im Hainfelder Programm war klipp und klar gesagt, daß die Tendenz des Kapitalismus die Verbreitung der Massenarmuth und die Verelendung ist, und wenn wir in den neuen Entwurf einen neuen Absatz einschieben, welcher entschieden eine Abschwächung bedeutet, so haben wir damit vor uns selbst einen Rückzug angetreten. Würde es sich ergeben, daß wir thatsächlich auf falschen Bahnen gewandelt sind, so würde ich ohneweiters sagen: Pater peccavi, machen wir es von nun an besser. Aber wir wandelten nicht auf falschen Bahnen, wir sagten den Arbeitern nichts Falsches und haben keinen Grund, die Taktik zu ändern.

Ich glaube, daß alle diese Versuche, die Gefährlichkeit des kapitalistischen Systems abzuschwächen, im Grunde genommen antisozialdemokratische sind. Der christliche Sozialismus, der nationale Sozialismus, der Bernsteinische Sozialismus, sie alle legen sich ebenfalls den Namen Sozialismus bei, sie sind aber nicht Sozialismus. Wir haben vom Sozialismus eine ganz bestimmte Auffassung, die nämlich: daß die Befreiung der Arbeiterklasse und damit die Befreiung der ganzen Menschheit innerhalb des Kapitalismus eine Unmöglichkeit ist, und daß es daher unsere Aufgabe ist, mit allen Mitteln auf den Zusammenbruch dieser Gesellschaft hinzuarbeiten. (Beifall.)

Es mag ja Genossen geben, die meinen, ob wir Sozialdemokraten wollen oder nicht, ob wir ein Programm haben oder nicht, die Geschichte erzwingt es, daß an Stelle der kapitalistischen die sozialistische Produktions- und Gesellschaftsordnung tritt. Man hat hier etwas übersehen, nämlich den Willen als Element der geschichtlichen Entwicklung. Nun dürfen Sie nicht glauben, daß ich vielleicht auf dem Standpunkte der Christen stehe, daß Gott uns einen freien Willen gegeben hat; gewiß nicht; unser Wille ist abhängig von allen möglichen Dingen in und außer uns, aber Eines steht fest, daß dieser Wille ebenfalls entwicklungsfähig ist, und daß dieser Wille mit dem Bewußtsein steigt. Der Arbeiter, der zum Bewußtsein seiner Lage gelangt ist, wird einen stärkeren Willen haben, seine Fesseln zu

brechen, als der Indifferente. (Sehr richtig!) Damit fallen auch die Ausführungen jener Bremser, die sich immer bestreben, uns darzuthun, daß der Sozialismus erst in ein paar hundert Jahren zur Wahrheit werden kann, und daß es daher umsomehr unsere Aufgabe ist, uns heute so bequem als möglich einzurichten. Von diesen stammt das „Hineinwachsen in den Sozialismus", von dem Heller so ausgezeichnet gesagt hat, daß es nicht ein Hineinwachsen in den Sozialismus, sondern ein Hineinwachsen in den Kapitalismus ist! Wir kämen auf diesem Wege auf den Standpunkt der englischen Nur-Gewerkschafter, welche den Klassengegensatz, der früher nur zwischen Bourgeois und Arbeitern vorhanden war, in die Arbeiterschaft hineintragen, so daß der besser gestellte den minder gut gestellten Arbeiter über die Achsel ansieht. (Beifall.) Das wollen wir vermeiden. Ich glaube, daß der Punkt über die Verelendung in ungeschwächter Form auch im neuen Programm enthalten sein soll. Wir haben gar keinen Grund, das zu verschleiern. (Beifall.)

Nun will ich damit nicht sagen, daß die Revision überflüssig war. Ich gebe zu, daß ich es für gut halte, am Hainfelder Programm auch Einiges zu ändern, insbesondere im Minimalprogramm. Doch auch im prinzipiellen Theile des Hainfelder Programms wären einige Amendements anzubringen. Es wird gesprochen vom Einzelbesitz an Produktionsmitteln, und es heißt im Hainfelder Programm: Der Einzelbesitz an Produktionsmitteln u. s. w. Ich glaube, daß es gut wäre, wenn hier direkt vom kapitalistischen Einzelbesitz gesprochen würde, von dem Einzelbesitz nämlich, welcher nur einige Wenige umfaßt.

Dann haben wir in dem neuen Entwurfe den Satz: „Je mehr aber die Entwicklung des Kapitalismus das Proletariat anschwellen macht" u. s. w. u. s. w.; aber aus dem ganzen vorhergehenden Theile des prinzipiellen Theiles kann ein Nichteingeweihter gar nicht klug werden, was eigentlich der Kapitalismus ist. Ich behaupte nicht, daß das eine Todsünde des neuen Entwurfes ist, aber es ließe sich der Sache abhelfen, wenn man mit einigen Worten im vorhergehenden Absatz darthun würde, was wir unter Kapitalismus verstehen.

Was die einzelnen Theile des Minimalprogramms anbelangt, so finden wir gleich im ersten Satze bezüglich des Parlamentarismus und des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechtes eine Abänderung. In unserer Diskussion über die parlamentarische Thätigkeit ist es klar geworden, daß die Genossen über den Werth des Parlamentarismus ihre Anschauungen in gar keiner Weise geändert haben, daß es auch heute unter uns Niemanden gibt, der erwartet, daß einmal im Parlamente eine sozialdemokratische Majorität ein Gesetz dekretiren werde, wonach der Kapitalismus abgeschafft und der Sozialismus eingeführt wird. Haben wir also unsere Anschauungen über den minderen Werth des Parlamentarismus nicht geändert, so glaube ich, daß es zur Verwirrung in den sozialdemokratischen Reihen beitragen würde, wenn wir in dieser Hinsicht die Fassung des Hainfelder Programms abschwächen würden.

Was nun den Vorschlag des Genossen Dr. Ellenbogen über die Geschwornen anbelangt, so bin ich der Ueberzeugung, daß hier thatsächlich Schwierigkeiten bestehen; diese werden aber solange bestehen, solange Menschen über Menschen urtheilen werden. Ich muß Ihnen sagen, daß mein Respekt vor den Gerichten ein ganz minimaler ist (Heiterkeit), und es wird auch ein Gericht, welches durch die Wahl von Geschwornen auf dem Wege des allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlrechtes gebildet wird, gewiß gerade so wenig ein fehlerloses sein, wie es die heutigen Gerichte sind. Ich glaube, Eines könnte in dieser Hinsicht gesagt werden: Wenn wir in einem Klassenstaate leben, in welchem die Klassenjustiz heute noch unverhüllt ist, dann soll diese Klassenjustiz in reiner Fassung zum Ausdruck kommen, dann soll verlangt werden, daß über Arbeiter nur Arbeiter, über Kapitalisten nur Kapitalisten urtheilen. (Heiterkeit.)

Was die „Religion als Privatsache" anbelangt, so wurde hier gesagt, die Religion ist nicht Privatsache. Gewiß nicht. Aber Eines steht fest, daß von den Sozialdemokraten die Religion als Privatsache betrachtet wird. Das ist für uns das Maßgebende. Das Programm kann nicht sagen, Religion ist Privatsache, solange sie nicht als solche anerkannt wird.

Nun haben wir heute auch bezüglich des Arbeiterschutzes eine Aenderung gegenüber der Resolution des Hainfelder Programms gefunden, und ich glaube auch hier, daß es nicht angezeigt war, eine andere Fassung zu wählen. Als Endziel erstreben wir nicht Arbeiterschutz, sondern Arbeiterfreiheit. Wenn wir heute Ratenzahlungen verlangen, so haben wir ihnen keinen größeren Werth beizulegen, als ihnen zukommt.

Man hat schließlich auch das Nationalitätenprogramm und die Resolution zur Landagitation beigeschlossen. Manche Genossen wollten diese beiden Theile dem Programme einverleiben. Auf diesem Standpunkte stehe ich nicht. Der Resolution zur Landagitation würde man zu viel Ehre erweisen, wenn man sie ins Programm aufnehmen würde. Alle Leute, die über die Landagitation gesprochen haben, anerkannten, daß die Resolution noch unreif ist, warum sollen wir das Programm mit unreifen Dingen beschweren? Dr. Adler hat gemeint, daß wir mit den Bauern nichts zu thun haben. (Winarsky: Er hat gesagt: nachlaufen soll man ihnen nicht.) Das thun wir auch nicht, Genossen. Aber es gibt gewisse Theile des Reiches, in welchen die Frage der Stellung der Sozialdemokratie zu den Bauern entschieden eine brennende ist, so bei uns im Süden, wo die Industrie in den Windeln liegt, wo wir lauter agrarische Gegenden haben und wo das Interesse für den Sozialismus auch unter der Landbevölkerung vorhanden ist. Aber ich meine, wir werden uns noch lange Jahre mit der Resolution behelfen können und behelfen müssen.

Was das Nationalitätenprogramm anbelangt, so muß ich anerkennen, daß ich in dieser Frage auf demselben vermaledeiten Standpunkte stehe wie in Brünn. Ich glaube, daß es ein Nothnagel ist und nichts Anderes. Pernerstorfer täuscht sich gewaltig, wenn er glaubt, daß die Sozialdemokraten slavischer Zunge über den Internationalismus heute anders denken als früher. Nie hat ein Sozialdemokrat gesagt, der Mensch habe überhaupt keine Nationalität. Ich weiß, daß von allem Anfang, mit Ausnahme einiger Träumer, die Sozialdemokraten gesagt haben, die Gleichberechtigung der Nationalitäten, Ausscheidung des Nationalitätenhasses bedeutet den Internationalismus. Ich finde keine positiven Merkmale, wonach man einen Menschen einer Nation zuzählen könne. Der Mensch gehört jener Nation an, zu welcher er sich selbst zählt. Wie viele czechische Namen haben Sie unter den deutschen Führern in Böhmen und umgekehrt? Die Nationalen suchen nach Merkmalen, um die Nationalität eines Menschen feststellen zu können. Diese Merkmale verschwimmen aber in der kapitalistischen Gesellschaft. Geburtsort, Vaterland können kein Merkmal der Nationalität sein, wenn wir sehen, daß in Wien sich ganze böhmische Vorstädte herausgebildet haben. Wir slovenischen Sozialdemokraten sind vom Nationalismus Pernerstorfer's längst abgekommen, und unser Internationalismus ist ein ungeschwächter, so wie ehemals. Die Organisation nach Nationalitäten hat organisatorische und agitatorische Gründe gehabt, aber nicht nationale.

Es wäre gewiß ein Fehler, das Nationalitätenprogramm dem Gesammtprogramm einzuverleiben. Das Nationalitätenprogramm steht auf dem Standpunkte territorialer Autonomie. Ich stehe auf dem Standpunkte der Personalautonomie. Die Forderung der czechischen Genossen, daß eine Bestimmung über den nationalen Unterricht in den Schulen ins Programm aufgenommen werde, finde ich berechtigt.

Das Parteiprogramm ist nicht so ein werthloser Fetzen Papier, wie wir es ein bißchen verhüllt hier gehört haben, sondern eine Leuchte, welche uns durch eine Reihe von Jahren den Weg weisen soll, es muß die mächtigste Waffe im geistigen Kampfe gegen unsere Gegner sein, daher möge die Kommission dasjenige aus dem Entwurfe ausmerzen, was als unmotivirter Rückzug gedeutet werden könnte, damit in dem Parteiprogramme das alte revolutionäre Element der Sozialdemokratie zum Ausdrucke gelangen solle. Wir haben keinen Grund, dem Klassenstaate Komplimente zu machen, sondern in unserem Parteiprogramme sollen der alte Haß und die alte Verachtung gegen ihn zum Ausdrucke kommen und die Hoffnung auf den endgiltigen Sieg des Proletariats, auf die sozialdemokratische Gesellschaft. (Lebhafter Beifall.)

Wuchitsch (Graz): Ich bin der Ansicht, daß eine Programmrevision notwendig war, schon deshalb, weil seit der Schaffung des Hainfelder Programms man sich in unserer Partei weder mit Agitation für dasselbe noch mit der Theorie desselben beschäftigt hat. Ich möchte aber nicht, daß bei der Revision solche Anschauungen und Meinungen uns dauernd erhalten werden, wie sie Genosse Pernerstorfer geäußert hat, auf Grund welcher auch unsere „Sozialparalytiker" (Heiterkeit) in der Partei Platz haben könnten. Es geht nicht an, nur das Endziel der Partei und die Minimalforderungen der Partei anzuerkennen und dann zu sagen, daß man ein Sozialdemokrat ist. Ebenso muß ich Pernerstorfer's nationale Theorie zurückweisen. Wenn er das Bedürfniß hat, jederzeit zu sagen, daß er ein „national fühlender Deutscher" ist — für uns besteht dieses Bedürfniß nicht. Unsere Anschauungen über die Internationalität stehen ebenso fest da wie zuvor und sind keinerlei Aenderung unterzogen worden. Gegen derlei Anschauungen möchte ich mich im ureigensten Interesse der Partei wenden. (Richtig!)

Ich trete bei der Programmrevision nicht als Oppositioneller auf, sondern bin für den von der Kommission vorgelegten Entwurf mit einigen Abänderungen. Ich berufe mich dabei auf einen sehr ins Gewicht fallenden Zeugen, auf Kautsky, der in der „Neuen Zeit" erklärt hat, daß, wenn der vorgelegte Entwurf angenommen wird, unser Programm noch immer eines der besten unserer internationalen Partei sein werde. Als Heller sprach, habe ich mir gesagt, Du bist tief gesunken, Du bist ein schlechter Kerl geworden (Heiterkeit), Du hast Dich ja zum Entwurfe bekannt, und nun bist Du ein bürgerlicher Sozialreformer geworden. Das war ja die Quintessenz der Ausführungen des Genossen Heller, deren Berechtigung ich jedoch entschieden bestreite.

Kristan hat gemeint, daß der Passus über den Werth des Parlamentarismus in der alten Fassung aufrecht bleiben könne. Ich bin auf dem radikalsten Flügel der Arbeiterbewegung gestanden, bin aber doch der Ansicht, daß wir unsere Anschauungen über den Werth des Parlamentarismus einigermaßen geändert haben.

Genosse Brod hat in unglücklicher Weise gegen den Entwurf polemisirt. Er ist ein klassischer Zeuge dafür, daß der Satz im Hainfelder Programm so aufgefaßt worden ist, daß das Elend in der Gesellschaft immer größer werden wird, immer größer werden muß. Ich habe dieser Auffassung oft bei nicht geschulten Parteigenossen begegnet, und wenn wir nun eine Form finden, die dieser irrthümlichen Auffassung begegnet, so bin ich selbstverständlich dafür.

Ich meine, daß nicht diejenigen die Träger der Revolution sind, die im Elend stecken, sondern die opferwilligen Kämpfer, die erfaßt und begriffen haben, daß es möglich ist, innerhalb der heutigen Gesellschaft Vortheile für die Arbeiter in gewissem Sinne zu erzielen. Ich möchte aber nicht wünschen, daß sich die Meinung verbreitet, als ob diejenigen, die dieser Ansicht sind, kein Bedürfniß hätten, den Kapitalismus aus der Welt zu schaffen.

Ich wünsche, daß das Wort „genossenschaftlich" durch „gesellschaftlich" ersetzt werde, weil das erstere Wort in Oesterreich zu Mißverständnissen Anlaß geben kann. Auch möchte ich bemerken, daß ich nicht wünsche, daß die Resolution über Landagitation und das Nationalitätenprogramm in das Programm aufgenommen werden. Wird der Programmentwurf mit einigen Abänderungen angenommen, kann ich ad personam versichern, daß sich in meiner Thätigkeit nichts ändern wird, und daß ich nach wie vor mit Feuereifer auf den endlichen Sturz des Kapitalismus hinarbeiten werde. (Beifall und Händeklatschen.)

Vorsitzender: Es ist folgender geschäftsordnungsmäßiger Antrag eingelaufen:

> Ich beantrage die Wahl eines Comités zum Behufe der endgiltigen Redigirung des Programmentwurfes, bestehend aus fünf von dem Parteitag zu wählenden Mitgliedern und der bisherigen Programmkommission.

Skaret: Wir sind der Meinung, daß wir heute die Debatte abbrechen, damit morgen im Laufe des Tages die Kommission tagen könne, Zeit habe, das ganze Material gewissenhaft zu prüfen und zu einem endgiltigen Programmentwurf zusammenzufassen, so daß dann am Mittwoch ein Referat über diesen neuen Entwurf erstattet werde. Zur Wahl schlage ich vor die Genossen Kautsky,

Nemec, Emmerling, Resel und Winarsky. Die alte Kommission besteht aus den Genossen: Dr. Adler, Daszynski, Dr. Ellenbogen, Steiner und Schuhmeier.

Dr. **Liebermann** (Przemysl): Ich bin der Meinung, daß die Diskussion bis zu Ende geführt und eventuell die Redezeit auf 15 Minuten beschränkt werden soll. Weiter stelle ich den Antrag, daß der Entwurf an die Kommission zur neuerlichen Durchberathung verwiesen werde und dieselbe den Auftrag erhalte, die Umarbeitung des Entwurfes unter Zugrundelegung der Anregungen und Anträge vorzunehmen, daß aber die Beschlußfassung dem in den nächsten zwei Jahren abzuhaltenden Parteitag vorzubehalten bleibe. Ich glaube, wir können der Verelendungstheorie noch eine Frist von zwei Jahren geben.

Dr. **Adler** (Wien): Ich meine, daß die Diskussion ihren Zweck vollauf erfüllt hat. Die Perspektive, die uns der letzte Redner eröffnet, daß die Diskussion noch zwei Jahre weitergeführt werde, ist ja verlockend. (Heiterkeit.) Aber die Partei kann nicht zwei Jahre ohne Programm sein, und wir können die Lebensdauer des Hainfelder Programms, das wir als revisionsbedürftig erkannt haben, nicht um zwei Jahre verlängern. Wir können nicht die Partei ohne Feststellung einer präzisen Willensäußerung über ihr Ziel und ihren Weg lassen. Ich gestehe offen, daß mich die Debatte durch die Gründlichkeit und durch die Tiefe höchst freudig überrascht hat. Wir können aber unmöglich die endgiltige Redaktion auf dem Parteitage vornehmen. Wir werden übermorgen Früh in der Lage sein, das Referat über den neuen, von der Kommission auszuarbeitenden Entwurf zu hören. Es wird dann das durchgeführt, was ich in meinem gestrigen Antrage als Ziel der Diskussion bezeichnet habe, daß wir ein Programm bekommen, welches den Willen Aller umfaßt, welche überhaupt etwas wollen.

Der Antrag Skaret wird mit allen gegen drei Stimmen angenommen.

Haecker (Krakau): Ich beantrage Namens der polnischen und ruthenischen Genossen, daß Genosse Hankiewicz in die Kommission gewählt werde.

Koch Marie (Wien): Ich wünsche, daß die Kommission auch durch eine Frau verstärkt werde, und schlage Genossin Schlesinger vor.

Dr. **Adler**: Ich befürchte, daß die Arbeit der Kommission durch eine große Zahl ihrer Mitglieder nicht erleichtert werden wird. Von den fünf neugewählten Mitgliedern sind zwei, die den Entwurf vertreten, und drei, die ihn bekämpft haben. Sie können die Kommission durch einige Mitglieder verschönern, aber erleichtern werden Sie die Arbeit nicht. Ich stelle übrigens den Antrag, daß die Zahl der Mitglieder um zwei vermehrt werde.

Dieser Antrag wird angenommen.

In die Kommission werden gewählt die Genossen: Kautsky, Resel, Nemec, Emmerling, Hankiewicz, Winarsky und Genossin Schlesinger.

Vorsitzender: Es sitzen außerdem in der Kommission die bisherigen Mitglieder: Dr. Adler, Daszynski, Dr. Ellenbogen, Schuhmeier und Steiner.

Vorsitzender **Nemec**: Die Debatte ist geschlossen und wird nach dem Berichte der Kommission wieder eröffnet, die vorgemerkten Redner kommen dann zum Wort.

Dr. **Adler**: Damit bin ich nicht einverstanden. Ich glaube, daß die Diskussion über den alten Entwurf geschlossen ist, daß es allerdings möglich ist, über den neuen Entwurf wieder die Diskussion zu eröffnen, aber nicht mit der alten Rednerliste. Da verschiedene Auffassungen bestehen, beantrage ich Schluß der Debatte.

Der Antrag wird angenommen.

Nach Verlesung des Einlaufes wird die Sitzung um 7 Uhr Abends geschlossen.

Vierter Verhandlungstag.

Dienstag den 5. November. — Vormittagssitzung.

Vor Eingang in die Tagesordnung erhält zu einer Erklärung das Wort Genossin

Therese **Schlesinger**: Bei der gestern in einiger Eile vorgenommenen Abstimmung wurde auch ich in diese Programmkommission gewählt. Ich halte meine Anwesenheit in der Kommission für unnöthig. Adler hat Recht, daß in der Kommission spezielle Interessen der Frauen wohl nicht zu vertreten sind. Ich füge hinzu, daß ich mit derselben Begründung in die Kommission hätte gewählt werden können wie irgend welche andere agitatorisch thätige Genossen, die auch nicht zu unseren wissenschaftlichen Kapazitäten gehören.

Vorsitzender: Wir nehmen diese Erklärung zur Kenntniß.

Es wird hierauf zum Punkt 5 der Tagesordnung übergegangen, d. i.:

Die Zoll- und Handelspolitik der Sozialdemokratie Oesterreichs.

Berichterstatter **Kautsky** (Berlin, VI. n.-ö. Wahlkreis): Als mir die ehrenvolle Aufgabe zutheil wurde, vor Ihnen ein Referat über Zoll- und Handelspolitik zu halten, erklärte ich, den gegenwärtigen österreichischen Verhältnissen zu fern zu stehen, um über die Stellung der Sozialdemokratie Oesterreichs zu den aktuellen Fragen seiner Handelspolitik vor Ihnen sprechen zu können. Darüber kann ich von Ihnen bloß lernen. Ich kann und will daher bloß über die allgemeinen Grundsätze der Zoll- und Handelspolitik, die für alle Länder maßgebend sind, sprechen.

Man sagt gewöhnlich, für die Beantwortung der Frage, ob Freihandel oder Schutzzoll, sind zwei Standpunkte, der des Konsumenten und der des Produzenten, gegeben. Vom Konsumentenstandpunkt ist Freihandel das Beste, vom Standpunkte des Produzenten ist es der Schutzzoll. Freihandel bedeute billige Preise, Schutzzoll bedeute theure Preise. Aber so einfach liegt die Sache nicht. Die Interessen der Konsumenten und der Produzenten sind nicht die Interessen zweier verschiedener Klassen, sondern nur zwei verschiedene Momente im Leben derselben Individuen. Jeder, der heute im ökonomischen Leben thätig ist, ist Verkäufer, sei es nun von Produkten oder der Waare „Arbeitskraft". Derselbe Verkäufer wird aber im nächsten Moment wieder Käufer, und wenn er in dem einen Moment an hohen Preisen interessirt ist, so im nächsten Moment wieder an niederen Preisen. Von diesem Standpunkte aus kommen wir also zu gar keinem Resultat.

Darüber zu streiten, ob die Konsumtion wichtiger ist als die Produktion, wäre ebenso müßig wie ein Streit darüber, ob das Einathmen wichtiger ist als das Ausathmen. Für uns kommt ein anderer Standpunkt in Betracht, nämlich die Interessen des Proletariats. Die Frage, ob Konsumenten- oder Produzenteninteresse, verhüllt den Gegensatz des Klasseninteresses. Kapitalist und Arbeiter, Beide sind Konsumenten und Produzenten. Vom proletarischen Standpunkte aus gewinnt nun die Sache ein ganz anderes Licht. Der Proletarier ist Verkäufer der Waare „Arbeitskraft", er hat ein Interesse an dem hohen Preise dieser einen Waare, aber kein Interesse an hohen Preisen anderer Waaren, denn er ist eben Konsument der anderen Waaren. Nun ist die Waare „Arbeitskraft" aber eine Waare ganz eigenartiger Natur. Sie ist mit der Persönlichkeit des Verkäufers verknüpft und folgt daher auf dem Markte ganz anderen Bedingungen als die anderen Waaren. Die Lehre vom ehernen Lohngesetz, daß der Lohn den Preisen der Lebensmittel mechanisch nachfolge, daß es daher für den Arbeiter ganz gleichgiltig sei, ob die Lebensmittel theuer oder billig sind, diese Lehre gilt heute als überwunden. Die Waare „Arbeitskraft" ist vielmehr in Bezug auf den Preis sehr konservativ. Die Löhne steigen viel schwerer als die Preise anderer Waaren, aber sie sinken auch nicht so leicht wie diese. Der Arbeiter ist daher interessirt am Sinken der Preise, aber nicht am Steigen der Preise.

Nun sagt man allerdings: Ja die Arbeiter sind doch interessirt an hohen Preisen, denn diese sind verknüpft mit dem Aufschwung der Industrie; beim Aufschwung der Industrie steigen die Löhne. Wenn dagegen die Industrie darniederliegt, so nützen dem Arbeiter, wenn er arbeitslos ist, auch die niedrigsten Waarenpreise

nichts. Das ist ein Trugschluß. Wir können hohe Preise haben auch ohne Aufschwung, sogar bei Stagnation in der Industrie, wie wir das gerade jetzt erleben; es können sich *hohe Preise* bilden als *Folge der Kartelle*, die einfach die Produktion, also die Arbeitsgelegenheit, beschränken. Dadurch werden die Löhne gedrückt und andererseits werden doch die Preise der Lebensmittel steigen. Ja noch mehr; wenn man annimmt, daß hohe Preise immer nothwendigerweise mit einem hohen Stande des Arbeitslohnes, mit einem Aufschwung der Industrie zusammenhängen, und wenn man daher deswegen für hohe Preise eintritt, so hat doch die Prosperität noch ganz andere Konsequenzen. Der Zinsfuß steigt, die Wohnungsnoth wächst, und so müßte man folgerichtig auch für ein Steigen des Zinsfußes und für die Wohnungsnoth eintreten als Konsequenzen der Prosperität.

Das Proletariat ist allerdings an der Prosperität und an der Entwicklung der Industrie interessirt, es ist aber nicht direkt interessirt an hohen Preisen, sondern im Gegentheil an niedrigen Preisen, wenn diese nicht dadurch zu Stande kommen, daß die Industrie stagnirt oder verfällt. Das Proletariat ist aber nicht nur durch seine gegenwärtigen Interessen an der Entwicklung der Industrie interessirt, sondern auch durch die Interessen seiner Zukunft. Denn Entwicklung der Industrie bedeutet heute Entwicklung des Großbetriebes, und diese bedeutet die technische Basis, auf der allein der Sozialismus durchführbar ist. Man macht uns Marxisten einen Vorwurf daraus, daß wir eine solche Vorliebe für den Großbetrieb haben. Ja, dieser Sünde bekennen wir uns schuldig, weil wir nur im Großbetriebe die Möglichkeit sehen, die Menschen aus der Sklaverei zu befreien, ihnen höchsten Wohlstand bei kurzer Arbeitszeit in entsprechenden Arbeitsräumen, ihnen den vollen Ertrag ihrer Arbeit und volle harmonische geistige und körperliche Entwicklung zu verschaffen. Und noch Eines. Wir stehen auf dem Standpunkt der Volkssouveränität, der Demokratie. Nur in dieser und durch diese kann sich das Proletariat entwickeln und schließlich befreien. Demokratie bedeutet aber nicht nur Unabhängigkeit des Volkes von einzelnen Personen, sondern bedeutet auch Unabhängigkeit des einen Volkes von dem anderen. *Aber heute unter dem Regime der kapitalistischen Produktionsweise können nur jene Völker vollkommen unabhängig sein, welche eine entwickelte Großindustrie besitzen*; die agrarischen Völker versinken immer mehr in Abhängigkeit von den industriellen, und darum hat jedes Volk ein Interesse daran, eine eigene Großindustrie zu entwickeln.

Wenn wir nun auf die Frage der Zölle selbst eingehen, so haben wir deren verschiedene Arten zu unterscheiden. Die größten Schwierigkeiten entstehen daraus, daß man gewöhnlich einfach von Zöllen spricht, dabei aber diese verschiedenen Arten unbeachtet läßt. Aber man kann für die eine Art von Zöllen sein und eine andere Art entschieden verurtheilen.

Die primitivste, ursprünglichste Form des Zolles, jene, deren Schädlichkeit am durchsichtigsten ist, ist der *Finanzzoll*. Dieser reicht bis in das graue Alterthum zurück, und wir finden heute das Urbild des Finanzzolles in der Wüste Sahara, Räuberbanden, welche die durchziehenden Karawanen ausplündern oder eine Abgabe von ihnen erheben als Tribut dafür, daß sie nicht ausgeplündert werden. Diesen barbarischen Charakter hat der Finanzzoll bis heute beibehalten, ja in gewisser Beziehung noch verstärkt. Denn ursprünglich wurde der Handel nur von den reichen Leuten und für die reichen Leute, und zwar nur mit Luxusartikeln getrieben. In der kapitalistischen Produktionsweise aber tritt der Handel mit unentbehrlichen Lebensmitteln und Rohstoffen für die Industrie immer mehr in den Vordergrund. Die Finanzzölle hören auf, Zölle auf Luxusprodukte zu sein, und fangen an, Zölle auf Lebensmittel der arbeitenden Massen zu werden.

In Oesterreich betrugen die Zölle im Jahre 1899 110 Millionen Kronen; davon entfielen 34 *Millionen allein auf den Finanzzoll für Kaffee, Thee und Kakao*, also gerade auf Produkte, die bestimmt sind, als minder schädliche oder unschädliche Genußmittel dem Alkoholismus entgegenzuwirken. Das Schlimme ist auch, daß die Finanzzölle, weil sie erhoben werden, ohne daß es das Volk merkt, weniger aufreizend wirken als die direkten Steuern. Sie sind auch deshalb bei den Staatsmännern beliebt, weil sie geräuschlos die Mittel für den Militarismus liefern. Dafür liefert uns Deutschland ein sehr gutes

Beispiel. Dort stieg der Ertrag der Zölle von 1877 bis zum Jahre 1900 von 100 Millionen Mark auf 473 Millionen Mark, während die Militärausgaben von 435 auf 827 Millionen sich erhöht haben. Während also die Zölle um 373 Millionen stiegen, wuchsen die Militärausgaben um 392 Millionen, also fast um dasselbe. Die Finanzzölle kommen also fast ausschließlich dem Wachsen des Militarismus zu Gute.

Nun sagt man: Das ist Alles richtig; aber die Zölle werden ja vom Auslande getragen und deshalb sind sie sogar nützlich, weil sie die Steuerlasten im Inland verringern. Nehmen wir das als richtig an, was würde daraus folgen? Wir in Oesterreich müssen ja auch exportiren, und zwar noch viel mehr als importiren, um unsere Schulden ans Ausland zu bezahlen. Im Jahre 1899 betrug die Ausfuhr aus Oesterreich 1862 Millionen, die Einfuhr 1609 Millionen Kronen. Wenn das Ausland aber unsere Zölle bezahlt, so müssen auch wir die Zölle des Auslands bezahlen, und da wir mehr exportiren als wir importiren, auch mehr an Zöllen an das Ausland bezahlen, als das Ausland an uns zahlt. Die Zölle nützen uns also nichts, denn was wir auf der einen Seite gewinnen, verlieren wir auf der anderen.

Aber es ist gar nicht einmal wahr, daß das Ausland die Zölle bezahlt. Zölle sowohl, wie indirekte Steuern werden nicht immer von demjenigen getragen, der sie zahlt, sondern man versucht sie abzuwälzen, und da werden sie gerade von demjenigen getragen werden müssen, der der Schwächste ist, und der sich gegen die Abwälzung nicht wehren kann. Die Zölle werden abgewälzt, entweder auf die Konsumenten des importirenden Landes — und das hat dann zur Folge, daß der Preis um den Betrag des Zolles erhöht wird, so daß also der Konsument höhere Preise bezahlen muß. Oder aber, wo das nicht möglich ist, die Konsumenten zu stark sind — dort sucht der exportirende Kapitalist die Zölle auf diejenigen abzuwälzen, die ihm am nächsten stehen: auf seine eigenen Arbeiter. Er sucht die Zollerhöhung dadurch wett zu machen, daß er die Löhne der Arbeiter drückt. So kann es kommen, daß ein Land sowohl eigene Zölle, als auch Zölle des Auslandes zu tragen hat. Das ist am ehesten dort der Fall, wo Produzenten und Konsumenten gleich schwach sind, also z. B. in Oesterreich. Wenn in Oesterreich Getreide oder Vieh aus Amerika und Rumänien am Hereinkommen verhindert wird, so steigen die Preise für Brot und Fleisch, und der österreichische Arbeiter hat darunter zu leiden. Wenn dann aber Amerika und Rumänien sich dafür rächen und ihre Zölle erhöhen, wenn sie die österreichischen Exporteure chikaniren, dann haben diese die Möglichkeit, sich dafür schadlos zu halten, indem sie den österreichischen Arbeitern, besonders z. B. den widerstandsunfähigen Heimarbeitern, die Löhne kürzen. Wer den Zoll zahlt, ob das Ausland oder das Inland, hängt von den Machtverhältnissen ab. Aber das Eine steht fest, daß es stets die Arbeiterklasse, die breite Masse des Volkes ist, auf welche die Zölle mit ganzer Wucht zurückfallen.

Wir kommen nun zu den eigentlichen Schutzzöllen, zu jenen Zöllen, welche angeblich dazu bestimmt sind, die Produktion zu schützen. Diese wirken dadurch, daß nicht das Ausland den Zoll zahlt, sondern daß die Preise des Produktes um den Betrag des Zolles erhöht werden. Wenn sie diesen Erfolg der Preiserhöhung nicht hätten, so wären sie ja überhaupt zwecklos. Der Profit wird um den Betrag des Zolles erhöht, weil die Preise um den Betrag des Zolles erhöht werden, und diesen Betrag muß das konsumirende arbeitende Volk tragen. Das ist eine Thatsache, die uns die Schutzzölle von vorneherein nicht besonders sympathisch machen kann. Die Schutzzölle sind eine Staatshilfe an das Kapital auf Kosten der Masse des Volkes. Wir müssen daher immer sehr gut überlegen, ob wir sie zugestehen, und nur dort, wo die absolute Nothwendigkeit dazu vorliegt, darf man sie einräumen.

Unter den Schutzzöllen sind verschiedene Arten zu unterscheiden. Da haben wir zunächst jenen Zoll, den ich den privilegirenden Zoll nennen möchte. Jede Kapitalistenschichte hat ein Interesse daran, ihren Profit zu erhalten und zu erhöhen, und Zölle bieten eben die Möglichkeit zu solchen Erhöhungen von Profiten. Wenn nun eine Kapitalistenschichte eine besondere Macht im Staate erlangt, wenn sie im Stande ist, die Staatsmaschine ihren Sonderinteressen

dienstbar zu machen, so wird diese Gruppe es durchsetzen, daß für sie besonders hohe Zölle festgesetzt und dadurch ihre speziellen Interessen auf Kosten der Allgemeinheit gefördert werden. Das Proletariat aber hat kein Interesse daran, daß eine besondere Industrie auf Kosten der anderen geschützt werde; es hat nur ein Interesse daran, daß sich die Gesammtindustrie entwickle. Aber dieser privilegirte Zoll muß nicht einmal zur Förderung eines bestimmten Industriezweiges führen, sondern es kann auch der Fall eintreten, daß Kartellirungen zu Stande kommen, daß dadurch die Produktion gehemmt wird, um dadurch die Preise auch noch über den Betrag des Zolles hinaus zu heben. Es kann dahin kommen, daß der Zoll bloß den Profit erhöht und nicht auch die Produktion. Dieser Standpunkt kommt für uns insbesondere gegenüber den Eisenzöllen in Betracht und ganz besonders in Oesterreich. Die Eisenindustrie ist heute überaus stark entwickelt, sie ist infolge der Militär- und Flottenlieferungen mit der Staatsgewalt und mit der Hochfinanz enge liirt. Die Eisenindustrie ist überall in der Lage, für sich besonders hohe Zölle und hohe Profite auf Kosten des Volkes herauszuschlagen. Aber Eisen und Kohle sind für unsere Industrie ebenso nöthig wie für uns das Brot, und wie wir billiges Brot brauchen, so brauchen wir billige Kohle und billiges Eisen.

Gerade in Oesterreich, wo die Industrie so schwach ist, wird sie durch die hohen Eisenpreise in ihrer Entwicklung ganz besonders gehemmt. Die Maschinenindustrie steht in Oesterreich technisch auf einer hohen Stufe; trotzdem kann sie sich infolge der hohen Eisenpreise nicht entwickeln. Wir haben in Oesterreich im Jahre 1900 im Maschinenhandel eine Einfuhr von 52 Millionen Kronen, dagegen bloß eine Ausfuhr von 15 Millionen. Im Jahre 1897 betrug die Einfuhr von Maschinen 39 Millionen Kronen, die Ausfuhr 9 Millionen. Die Ausfuhr ist also etwas gestiegen, ebenso auch die Einfuhr. Aber die Mehreinfuhr gegenüber der Ausfuhr betrug im Jahre 1897 30 Millionen Kronen, im Jahre 1900 37 Millionen Kronen. Wir sehen also, wie der Schutzzoll die Industrie nicht fördert, sondern hemmt, wir sehen, wie er einer bestimmten Kapitalistenschichte hohe Extraprofite zuschanzt und dadurch die Entwicklung der Gesammtindustrie hindert. Gegen solche Schutzzölle müssen wir also ebenfalls mit aller Entschiedenheit auftreten.

Daneben gibt es noch andere Zölle, die nicht minder schädlich wirken, und die ich konservirende Zölle nenne. Es gibt veraltete Erwerbszweige, die heute technisch überholt und auf der gegebenen technischen und ökonomischen Grundlage nicht mehr lebensfähig sind.

Wenn solche Erwerbszweige durch Zölle geschützt werden, so bedeutet das eine Verlangsamung der ökonomischen Entwicklung auf Kosten der Gesammtheit. Zu diesen konservirenden Zöllen gehören namentlich die Agrarzölle, sie sollen dahin wirken, die Landwirthschaft auf der niedrigen Stufe zu erhalten, auf der sie sonst nicht existiren könnte. Man spricht von der Nothlage der Landwirthschaft, und ich gehöre auch zu denjenigen, die trotz aller Angriffe von freihändlerischer Seite daran festhalten, daß eine sehr bedeutende Nothlage der Landwirthschaft besteht, die ihre Ursache darin hat, daß die Produktionskosten in den westeuropäischen Ländern höhere sind als in den überseeischen Ländern und auch im Osten Europas. Aber diese Nothlage der Landwirthschaft ist nicht identisch mit der Nothlage der Großgrundbesitzer. Wir können heute auch von einer Nothlage der Eisenindustrie sprechen — wenn ich nicht irre, wird in Witkowitz nur drei oder vier Tage in der Woche gearbeitet; das ist sicher eine Nothlage — aber es wird mir doch nicht einfallen, von einer Nothlage des Herrn Kestranek oder des Baron Rothschild oder des Erzherzogs Friedrich zu sprechen. Und wenn ich auf der anderen Seite von einer Nothlage der Landwirthschaft spreche, so fällt es mir natürlich wieder nicht ein, von einer Nothlage der Schwarzenberge oder der Kolowrat zu reden. Eine Nothlage der Landwirthschaft besteht bei uns, weil eben die Produktionskosten bei uns höher sind, und diese höheren Produktionskosten rühren größtentheils daher, daß die Grundrente in Westeuropa höher ist als in Amerika und Rußland.

Nun, Genossen, Sie würden mich wohl zum Teufel jagen, wenn ich Ihnen einen Vortrag über die Grundrente halten wollte. Aber mit ein paar Worten muß ich dabei verweilen. Wo der Großgrundbesitz herrscht und das Pachtsystem, ist es klar, daß die Landwirthschaft durch eine hohe Grundrente, durch einen hohen Pachtzins gedrückt wird. Wenn durch einen Agrarzoll der Preis der Lebensmittel in die Höhe getrieben wird, hat zunächst der Pächter den Vortheil, weil er sein Produkt um einen höheren Preis verkauft. Sobald aber der Pachtvertrag abgelaufen ist, wird ein neuer abgeschlossen zu einem erhöhten Preise. Der Landwirth hat eine höhere Grundrente, einen höheren Pacht zu bezahlen, die Landwirthschaft wird mehr belastet und ist dem Auslande gegenüber weniger konkurrenzfähig als früher.

Dasselbe ist, wenn auch in versteckter Weise, dort der Fall, wo Grundbesitzer und Landwirth dieselbe Person sind. Das tritt zu Tage bei Besitzwechsel, beim Ankaufe oder der Vererbung von Grundstücken. Wenn der Landwirth einen Grundbesitz erbt, so wird er, je höher der Werth des Grundbesitzes ist, eine desto höhere Abfindung den Miterben zahlen müssen. Er wird bei Baarzahlung sein Betriebskapital schwächen und den Betrieb auf ungünstigere Weise führen müssen. Die Landwirthe haben indeß in der Regel kein Kapital, sie zahlen nicht in baar, sondern nehmen Hypotheken auf und zahlen Zinsen; je höher bei einem Besitzwechsel der Preis des Grundstückes steigt, desto höher wird die Hypothek, desto höher die Zinsen, die der Landwirth zu zahlen hat. So wird früher oder später, auch wo der Grundbesitz und die Landwirthschaft anscheinend eins sind, die Landwirthschaft durch die Agrarzölle bedrängt, und daher führt der Agrarzoll mit Nothwendigkeit dazu, daß er nach kurzer Zeit nicht mehr genügt und erhöht werden muß.

Wir haben gesehen, daß die hohe Grundrente die Ursache ist, daß die Produktionskosten der Landwirthschaft zu hohe werden. Wo der Freihandel herrscht, wie z. B. in England, geht die Grundrente herunter; und wenn die englische Landwirthschaft sich heute aufgerafft hat, so ist dies zum großen Theile dem zu verdanken, daß durch den Freihandel die Grundbesitzer gezwungen wurden, die Pachtzinse herabzusetzen.

Beim Kleinbauern spielt die Grundrente eine geringe Rolle; sein Einkommen ist vorwiegend als Arbeitslohn zu betrachten. Dagegen spielt sie eine umso größere Rolle, je größer der Grundbesitz. Im vollsten Maße aber kommt die Erhöhung der Grundrente dem fideikommissarischen Grundbesitz zu Gute, der nicht mit Besitzesveränderungen und Erbabfindungen zu rechnen hat, dem sie nicht durch steigende Hypothekenzinsen geschmälert wird. Nicht der Bauer, sondern der große Grundbesitz hat also ein Interesse an den Agrarzöllen.

Noch in anderer Weise wirken die Agrarzölle konservirend. Jede landwirthschaftliche Kultur hat einen natürlichen Standort. Niemand wird an der Nordseite Weinberge anlegen. Daneben gibt es aber auch soziale Standorte; überall dort, wo die landwirthschaftliche Produktion Waarenproduktion geworden ist, bildet die Entfernung vom Markte einen wesentlichen Gesichtspunkt für die Rentabilität der einzelnen Betriebe. Je näher der industrielle Markt ist, desto rentabler wird z. B. der Gemüsebau und daneben die Milch- und Fleischproduktion, also die intensive Viehwirthschaft. Bei einer größeren Entfernung vom Markte kommt zunächst die Region intensiver Körnerwirthschaft, dann der extensive Körnerbau und später extensive Viehwirthschaft. Je mehr die Industrie sich entwickelt, desto mehr verschieben sich diese Grenzen. Ein Gebiet, welches vor Kurzem noch für den Getreidebau sich rentirte, wird dafür unrentabel, man wird zur intensiven Viehhaltung übergehen müssen, wenn die Wirthschaft noch eine rentable sein soll. Dieser Uebergang kostet aber Geld, darum möchten die Grundbesitzer den Körnerbau noch aufrecht erhalten, wenn auch die sozialen Verhältnisse nicht mehr dafür geeignet sind. Da sollen die Getreidezölle einwirken und diese nothwendige soziale Entwicklung hindern.

Auch in dieser Beziehung finden wir, daß es besonders der Großgrundbesitz ist, der, wie er im Allgemeinen durch Agrarzölle, so besonders durch die Getreidezölle gefördert wird. Denn bei ihm herrscht die Getreideproduktion mehr

vor als bei dem Kleinbetrieb, wo meistens die Viehhaltung dominirt und der meist nicht mehr Getreide produzirt als er selbst braucht, in vielen Fällen sogar zukaufen muß, so daß er durch die Getreidezölle belastet wird. In Oesterreich sind von einer Million Landwirthen höchstens 200.000 an den Getreidezöllen interessirt. Es sind aber die überflüssigsten Schichten, die in dieser Weise gefördert werden.

Die Kapitalistenklasse kann in einer höheren Gesellschaftsform überflüssig gemacht werden, aber in der heutigen Gesellschaftsform hat sie noch Funktionen zu erfüllen. Die Großgrundbesitzer aber sind bereits überflüssig geworden, sie sind Drohnen und suchen die politische Entwicklung so viel als möglich zu hindern, weil jede Entwicklung dieses Drohnendasein zu verkürzen droht. Jeder Agrarzoll ist aber eine Förderung des Großgrundbesitzes. Und diese Förderung geschieht auf Kosten der großen Masse des Volkes.

In Oesterreich ist das arbeitende Volk in seinem Konsum noch mehr beschränkt als bei uns in Deutschland. Der Brotkonsum in Deutschland beträgt 200 Kilo jährlich pro Kopf. Und dabei herrscht noch in Deutschland vielfach eine Unterkonsumtion. Aber in Oesterreich kommt auf den Kopf nur ein Brotkonsum von 160 Kilo. Durch eine Zollerhöhung wird dieser Brotkonsum gewiß nicht gehoben. Wenn man bloß einen Getreidezoll von 5 Kronen annimmt — und ein solcher ist in Aussicht genommen, ja ein viel höherer, man hat jetzt bereits 1 Gulden 50 Kreuzer in Gold pro 100 Kilo — so bedeutet das eine Belastung des arbeitenden Volkes von 8 Kronen jährlich pro Kopf, also bei einer fünfköpfigen Arbeiterfamilie 40 Kronen per Jahr. Oesterreich ist ein Land, wo Taglöhne von 50 und 60 Heller vorkommen, wo Jahreseinnahmen einer Arbeiterfamilie von 190 und 200 Kronen vorkommen, und von diesen 200 Kronen sollen noch 40 Kronen abgehen, damit einige Hundert Nichtsthuer mehr Geld haben, um ihre Maitressen besser füttern zu können, ihre Pferde, ihre Hunde. (Beifall.)

Allerdings gibt es Arbeiterfamilien, die durch den 5 Kronen-Zoll nicht so sehr belastet würden, das sind die Familien, wo Brot eine Delikatesse ist, wo Kraut, Rüben und Kartoffeln die Nahrung bilden. Aber ihnen gegenüber ist der Zoll, der sie verhindert, von der Kartoffelnahrung zur Brotnahrung überzugehen, eine verstärkte Infamie. (Beifall.) Der 5 Kronen-Zoll bedeutet eine Belastung der österreichischen Bevölkerung von 200 Millionen Kronen jährlich, die den Großgrundbesitzern mehr in die Tasche gesteckt werden. Daß wir also für die Agrarzölle nichts übrig haben, daß wir sie auf das Energischeste bekämpfen müssen, im Interesse der Entwicklung der Industrie, im Interesse der Hebung des Proletariats, liegt so offen zu Tage, daß ich es nicht weiter auszuführen brauche. (Lebhafter Beifall.)

Sympathischer als diese Zollarten ist der sogenannte Erziehungszoll für Industrien, welche noch nicht stark genug sind, um den durchschnittlichen Profit abzuwerfen, welche daher in der Entwicklung gehemmt sind. Solche Zölle sind mitunter, ich möchte nicht gerade sagen nothwendig, aber doch wünschenswerth. Die Industrie kann sich ohne sie entwickeln, aber sie beschleunigen die Entwicklung, und wir können von diesem Standpunkte aus trotz aller Bedenken unter Umständen für Erziehungszölle sein, wo eine kapitalistische Industrie noch in den Anfängen ist.

Aber deshalb dürfen wir nicht annehmen, daß Zölle das einzige Mittel wären, die Industrie zu fördern, oder auch nur dasjenige Mittel, das uns vom proletarischen Standpunkte aus am nächsten liegt. Uns liegt nicht das Kapital am nächsten, sondern der andere Faktor der Produktion, die Arbeitskraft des Proletariats. Sie ist der mächtigste Hebel der Produktion, das Proletariat zu heben ist die vornehmste Pflicht einer rationellen Industriepolitik.

Sie wissen, wie wichtig eine gute Volksschule ist, Sie wissen, wie wichtig intelligente Arbeiter sind. Oesterreich wird in dieser Beziehung besonders stiefmütterlich behandelt, die Zahl der Analphabeten ist sehr groß, und wenn in Oesterreich die Industrie wenig konkurrenzfähig ist, beruht dies zum großen Theil auf den schlechten Schulen. Wenn in Ungarn, Galizien, den südslavischen Ländern die Industrie sich weniger entwickeln kann, so ist dies weniger dem geringen

Schutzzoll zuzuschreiben als dem schlechten Volksschulwesen. Dank der hohen Entwicklung ihres Volksschulwesens hat sich in Deutschland, in der Schweiz die Industrie zu einer hohen Blüthe entwickelt, unter Zuständen, die fast reiner Freihandel waren. In Rußland dagegen kann die Industrie trotz hoher Zölle nicht konkurrenzfähig werden, und das ist dem schlechten Schulwesen zuzuschreiben. Ebenso wichtig, wie eine gute Volksschule ist ein ausreichender Arbeiterschutz für die Entwicklung der Arbeitskraft des Proletariats. Aber das ist so bekannt, daß ich nur der Vollständigkeit wegen hier darauf hinweise.

Auch die politische Freiheit ist ein sehr starkes Mittel, die Arbeiterklasse auf die höchste Stufe der Leistungsfähigkeit zu bringen. Dieser Zusammenhang liegt nicht offen zu Tage, darum möchte ich einige Worte über ihn verlieren. Der Arbeiter lernt nicht bloß in der Schule, sondern auch im Leben; er kann aber seine geistigen Hilfsquellen nur entwickeln im Vereine mit seinen Genossen, braucht das Koalitionsrecht, Vereinsfreiheit, politisches Leben, wenn er sich entwickeln soll, er verlangt nach politischer Freiheit, und wenn er die in seinem Vaterlande nicht findet, ist er geneigt, auszuwandern. Wenn die russische Industrie so wenig konkurrenzfähig ist, ist es zum großen Theile im Mangel an politischer Freiheit zu suchen. Der russische Arbeiter ist verhindert, sich zu entwickeln, der selbstständige energische Arbeiter wandert nach Sibirien, in den Kerker, an den Galgen oder drängt ins Ausland; auch wir in Oesterreich wissen, wie sehr in den Siebziger-, in den Achtzigerjahren Schaaren der besten Arbeiter hinausgetrieben wurden ins Ausland, wir wissen, wie gerade die amerikanische Industrie gefördert worden ist durch die Aera politischer Verfolgungen in Rußland, Oesterreich und Deutschland.

Erst vor Kurzem hat man in Oesterreich Amerika-Abende abgehalten, um sich zu wappnen gegen die amerikanische Konkurrenz. Wenn die Herren, die diese Abende abhalten, daran dächten, die Vortheile der amerikanischen Industrie nach Europa zu verpflanzen, zu trachten, daß der österreichische Arbeiter sich ebenso hohe Löhne, einer ebenso guten Volksschule, derselben politischen Freiheit erfreue wie der amerikanische Arbeiter, dann würden die amerikanischen Abende für die Entwicklung der österreichischen Industrie mehr thun, als wenn sie bloß zur Verbrüderung zwischen Agrariern und Hochschutzzöllen führen und neue Lasten dem österreichischen Volke aufhalsen. (Lebhafter Beifall.)

Ein Förderungsmittel der Industrie ist auch das Kommunikationswesen. Ich habe bereits eingangs meines Referates ausgeführt, welche Wichtigkeit der Entwicklung des Kommunikationswesens in der kapitalistischen Produktion zukommt. Die kapitalistische Produktion ist Massenproduktion, sie erzeugt große Massen an einigen Zentralpunkten. Sie bedarf daher der leichten und billigen Zufuhr von Rohstoffen, Hilfsstoffen, Lebensmitteln und der leichten Versendung der fertigen Produkte. Die Transportkosten werden ein immer wichtigerer Bestandtheil der Produktionskosten. Unter diesen Umständen gewinnt die Entwicklung der Eisenbahntarife immer größere Bedeutung, sie wirken bestimmend auf die Produktionskosten und werden oft viel wichtiger als das gesammte Zollwesen. Sie Alle aber wissen, daß in Oesterreich auch hier immer die Interessen des Militärs in Betracht kommen und die Interessen der hohen Finanz, nicht aber die Interessen der Industrie. Sie wissen, daß gerade Oesterreich durch die schlechte Kommunikationspolitik die Industrie viel mehr geschädigt wird, als sie durch die Schutzzölle gefördert werden kann.

Ein weiteres wichtiges Moment ist das Steuerwesen, und dieses wird beeinflußt durch die Entwicklung des Militarismus. Wenn in Amerika die Industrie konkurrenzfähig ist, ist dies auch dem Mangel an Militarismus zu danken, wodurch die Steuern in Amerika bedeutend niedriger sein können als auf dem Kontinent.

Endlich kommt noch in Betracht die Entwicklung der Trusts oder Kartelle, die die Industrie schädigen können, namentlich dort, wo sie die Produktion des Rohmaterials monopolisiren. Die bürgerlichen Klassen können den Kartellen nicht beikommen. Wir können es, weil wir vor dem Privat-

eigenthum nicht Halt machen, weil wir die Expropriation dieser Kartelle verlangen und verlangen, daß sie nach gemeinnützigen Prinzipien verwaltet werden.

Eine Regierung, welche diese Reformen einführt, das Volksschulwesen entwickelt, für den ausgedehntesten Arbeiterschutz eintritt, dem arbeitenden Volke vollständige Freiheit gibt, das Kommunikationswesen regelt, dem Militarismus ein Ende macht, die Steuern herabsetzt, eine Regierung, die vor den Kartellen nicht Halt macht, sondern sie expropriirt, eine solche Regierung wird eine Industriepolitik machen, welche die Industrie aufs Höchste fördert. Das aber ist die Industriepolitik, welche die Sozialdemokratie heute schon eingeschlagen wissen will, die Industriepolitik, welche wir der Industriepolitik durch Förderung des Profits, d. h. der Schutzzollpolitik entgegensetzen. Man kann nicht sagen, daß, wenn wir gegen den Schutzzoll auftreten, wir die Industrie ohne Schutz lassen wollen. Im Gegentheile, gerade der Schutzzoll ist in solchen Ländern, wo Zustände herrschen, wie ich sie eben gegeißelt habe, ein Mittel des Schutzes dieser verrotteten, die Industrie bedrückenden Zustände. Er ist ein barbarisches Mittel, gut für barbarische Länder.

Aber leider leben wir heute noch vielfach in barbarischen Zuständen, und wo diese herrschen, wo das eben entwickelte Kulturprogramm an den bestehenden Verhältnissen scheitert, können Erziehungszölle ein Mittel sein, die Entwicklung der Industrie zu fördern.

Indessen können sie nie auf die Dauer nützlich wirken. Und da entsteht nun die Frage, wann die Schutzzölle anfangen, überflüssig zu werden, aus einem Mittel der Förderung zu einem Mittel der Schädigung der Industrie?

Da sind drei Momente, die in Betracht kommen. Einmal das Ueberwuchern der Kartelle. Kartelle werden durch Schutzzölle gefördert; wo sie entstehen, ist das Eindringen der auswärtigen Konkurrenz erwünscht, schon deswegen, um den durch die Kartelle gehinderten Industriezweigen die Ermäßigung der Produktionskosten zu ermöglichen. Ein Industriezweig, in dem ein Kartell entwickelt ist, braucht keinen Schutzzoll. Wohl aber bedürfen die von dem betreffenden Kartell abhängigen Industriezweige des Freihandels zum Schutze gegen das Kartell.

Das zweite Moment ist das Ueberwiegen der Ausfuhr industrieller Produkte. Die Industrie tritt auf den Weltmarkt, wo sie durch den Schutzzoll nicht mehr geschützt werden kann, wo sie den Kampf mit anderen Industrien auf freiem Terrain aufnehmen muß. Sie kann nur dadurch siegen, wenn sie ebenso billig wie die anderen Industrien verkauft. Verkauft, nicht produzirt! Es gibt verschiedene Wege, auf denen eine Industrie den Kampf um den Weltmarkt aufnehmen kann. Einer davon ist die Kartellirung; sie erhöht die Preise im Inland, verschafft sich dadurch einen Extraprofit und benützt diesen dazu, um im Auslande billiger verkaufen zu können. Diese Art Konkurrenz auf dem Weltmarkte ist in den Ländern des Schutzzolles sehr beliebt. Aber wir haben keine Ursache, für die Kartelle einzutreten, damit das Ausland auf Kosten des Inlandes billigere Produkte bekommt; daß das Ausland gehoben werden soll auf Kosten des Inlandes, daß das Proletariat Oesterreichs verelenden soll, damit das Proletariat des Auslandes gehoben werde — so weit geht unsere internationale Sympathie nicht. Weisen wir aber den Weg der Kartellirung zurück, dann bleibt nur übrig, die Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt dadurch anzustreben, daß man die Produktionskosten möglichst verringert. Die Produktionskosten der Exportindustrien werden aber, direkt oder indirekt, erhöht durch ein System von Zöllen. Die Zölle müssen fallen, will man auf den Weltmarkt bestehen. Wenn also die Industrie anfängt, für das Ausland besonders stark zu produziren, ist die Zeit gekommen, wo man zum Freihandel übergehen kann und soll.

Ebenso ist dieser Zeitpunkt gekommen, wo die Agrarzölle anfangen, sich zu entwickeln; Agrarzölle und Erziehungszölle sind unvereinbar. Alle Theoretiker der Erziehungszölle haben sich gegen Agrarzölle gewendet. Der Erziehungszoll soll ja dadurch wirken, daß er den Profit erhöht. Der Profit bedingt aber nicht bloß theuren Verkauf, sondern auch billigen Einkauf. Diese

letztere Quelle der Erziehung des industriellen Profits wird aber verschüttet durch Zölle auf Lebensmittel und Rohstoffe. Diese Zölle nehmen der Industrie mit der linken Hand, was ihr die Industriezölle mit der rechten geben. Gerade dort aber, wo die Industrie anfängt, Exportindustrie zu werden, wo sie des Schutzzolles nicht mehr bedarf, entwickelt sich das Verlangen nach Agrarzöllen, da dort die Landwirthschaft den heimischen Bedarf nicht mehr decken kann. Industrieländer sind fast immer auf Getreideimport angewiesen. In Industrieländern wird dann also das Schutzsystem nur noch haltbar, wenn der industrielle mit dem agrarischen Zoll verquickt wird, das Schutzzollsystem führt sich so selbst ad absurdum.

Untersucht man nun die Lage Oesterreichs an den hier gegebenen Maßstäben, die Rolle, welche Kartelle, Exportindustrie, Agrarzölle in seinem wirthschaftlichen Leben spielen, dann kann man wohl sagen, Oesterreich ist auf dem Wege, zum Freihandel reif zu werden. Selbstverständlich bin ich nicht der Ansicht, daß wir von heute auf morgen zum Freihandel übergehen. Auch die Engländer sind schrittweise zum Freihandel übergegangen, und die beherrschende Situation, wie sie damals die Engländer innegehabt haben, kommt nicht mehr, am allerwenigsten für Oesterreich. In Oesterreich kann die Entscheidung nicht fallen, ob Freihandel oder Schutzzoll; die Entscheidungsschlacht wird in Amerika und Deutschland geschlagen werden. Bei der heutigen Situation ist auch dem Freihandel nur durch Handelsverträge, mit billigen Tarifen und Meistbegünstigung nahezukommen, welche das Gute mit sich bringen, daß jede Begünstigung, die anderen Märkten zugestanden wird, auch uns zu Gute kommen muß. Was mehr, wichtiger noch als billige Zolltarife, ist aber ein stabiler Zustand, auf den sich die Industrie einrichten kann, also Handelsverträge mit längerer Dauer.

Aber bei den Handelsverträgen finden wir wieder als Feind das Agrarierthum. Es hat kein Interesse an denselben, denn Handelsverträge werden meistens geschlossen auf Kosten der Grundrente. Wir müssen Handelsverträge schließen mit jenen Ländern, wohin wir industriell exportiren, und das sind diejenigen, die agrarisch zu uns importiren. Wir müssen diesen Ländern Konzessionen machen auf Kosten der Agrarzölle, um Konzessionen zu bekommen auf Kosten ihrer Industriezölle. Das Agrarierthum setzt daher den Handelsverträgen den möglichsten Widerstand entgegen. Dagegen fürchtet es nicht Zollkriege, die auf Kosten der Industrie mit den agrarisch importirenden Ländern ausgefochten werden. Die Agrarier sind es, die jedem industriellen Aufschwunge im Wege stehen, und bei Bekämpfung dieses Feindes sollte man glauben, daß die industrielle Bourgeoisie und das Proletariat Hand in Hand gehen. Das ist nicht der Fall. Mit den Agrariern innig verbündet sind die Männer des privilegirenden Zolles, und mit diesen gehen auch die Regierungen. Diesen ist die Erhöhung der Zölle angenehm, weil jeder Zoll als Finanzzoll wirkt, dazu beiträgt, die Staatseinnahmen zu vermehren, und der heilige Militarismus braucht immer eine Erhöhung der Einnahmen. Jede Koalition, welche den Agrarzoll beseitigen will, hat daher mit der Koalition der hohen Finanz, der Agrarier und der Regierungen zu kämpfen. Gegen diese könnte die kleinere industrielle Bourgeoisie nur aufkommen, wenn sie eine mächtige Volksbewegung entfesseln würde; davor fürchtet sie sich aber, und daher schachert sie lieber mit den Agrariern. Wir müssen daher darauf gefaßt sein, daß bei dem Entscheidungskampfe gegen das Agrarierthum das Proletariat allein sein wird. Es fürchtet sich aber nicht, den Kampf allein zu führen, weil es so am energischesten vorgehen kann. Der Entscheidungskampf wird in Deutschland geführt, das Proletariat Deutschlands kämpft mit uns Hand in Hand, und wir sehen die Erscheinung, daß das Proletariat aller Industrieländer Europas Arm in Arm gegen dieselbe Ausbeuterklasse auftritt, die wir überall bekämpfen. Wir finden hier eine internationale Solidarität des Proletariats aller Länder. Und es ist ein Kampf für die gesammte Kultur! Nicht bloß für höhere Löhne, sondern auch für die Entwicklung der Kultur im Allgemeinen geht der Kampf, gegen das Elend des Zollkrieges, gegen das Elend des Brotwuchers, welches das Elend der Arbeitslosigkeit verstärken würde. Wir kämpfen überall, auf allen Gebieten, für Wohlstand, Gesittung und Freiheit aller Völker.

Lassalle hat gesagt: „Die Arbeiter sind der Fels, auf dem die Kirche der Zukunft gebaut wird." Heute sind wir weiter, heute sind die Arbeiter der Fels, auf dem die Kultur der Gegenwart gegründet ist, und an diesem Fels sind alle Attentate auf die Gesittung des Volkes gescheitert. An diesem Felsen wird auch das neueste Attentat, das gefährlichste, das schmählichste unserer Feinde zerschmettern. (Anhaltender stürmischer Beifall.)

Korreferent Dr. **Karpeles** (Wien): Genosse Kautsky hat über die allgemeinen Grundsätze der Zoll- und Handelspolitik gesprochen. Ich will davon sprechen, wie die Ideen der österreichischen Handelspolitik sich entwickelt haben und was wir vom Standpunkte des Proletariats aus zu thun haben, um die Handelspolitik unseren Bedürfnissen entsprechend zu gestalten.

Unsere Handelspolitik, die der Form nach natürlich eine autonome, selbstständige gewesen ist, ist im Wesen thatsächlich niemals ein österreichisches Gewächs gewesen. Sie ist uns diktirt worden bis zum Jahre 1866 von Berlin aus, und sie wird uns seit 1866 diktirt zum Theil von Berlin, zum Theil von Budapest. Und das mag freilich manche Sünden unserer Handelspolitik entschuldigen.

Wir haben bis zum Jahre 1851 in Oesterreich das System der vollendeten Prohibition gehabt. Die Einfuhr fremder Produkte war entweder überhaupt verboten oder es waren derart hohe Zölle darauf gelegt, daß der Import unmöglich war; die Rohstoffe, die wir brauchten, waren mit Ausfuhrverboten oder Ausfuhrzöllen belegt. Im Jahre 1851 sind wir zu einem immerhin noch außerordentlich starken Protektionismus übergegangen. Da kamen aber politische Erwägungen, die mit der Handelspolitik nichts zu thun hatten, die es den österreichischen Staatsmännern angezeigt erscheinen ließ, eine Zollunion mit dem Deutschen Bunde anzustreben. Der damalige Handelsminister Freiherr von Bruck, einer der begabtesten und verdientesten Staatsmänner Oesterreichs, hat in mehreren Denkschriften den Antrag begründet, den Oesterreich beim Deutschen Bunde auf Einberufung einer Zollkonferenz stellte.

Es ist nicht uninteressant, daran zu erinnern, daß man damals in der „Wiener Zeitung" über diese Denkschrift folgende Sätze lesen konnte:

„Dadurch aber, daß Zoll und Handel wahrhaft Bundessache werden, tritt an die Stelle des alten Bundes dynastischer Interessen wirklich ein Bund der deutschen und österreichischen Völker und ihrer Lebensanliegen; an die Stelle eines völkerrechtlich-absolutistischen Prinzips ein bundesverfassungsmäßiges; an die Stelle einer bis obenhin bureaukratisch-absoluten Verwaltung ein organisch gegliedertes Selfgovernment."

Das hat man 1850 in der „Wiener Zeitung" lesen können, zu einer Zeit, wo es sehr gefährlich gewesen wäre, in Oesterreich davon zu reden, daß die dynastischen Interessen nicht so wichtig seien wie die Lebensinteressen der Völker. Wir thaten außerordentlich freisinnig und demokratisch, um in den deutschen Zollverein hineinzukommen, es ist uns aber nicht gelungen, und die „Wiener Zeitung" mußte bald in einer anderen Tonart schreiben. Preußen konnte es eben nicht dulden, daß wir in den Zollverein hineinkommen.

Was aber Bruck in der Zollunion machen wollte, ist vielleicht auch heute noch das Programm, das für Oesterreich das nothwendige ist. In seiner Denkschrift sagt er:

„Die Wissenschaft hat den scheinbaren Gegensatz von Handelsfreiheit und Schutzzoll überwunden, seitdem sie nicht mehr bei der Abstraktion stehen geblieben, sondern zu dem lebendigen Menschen und Volke fortgeschritten ist. Sie will die Handelsfreiheit, aber sie läßt auch Schutz- und Differentialzölle als Mittel dazu zur industriellen Erziehung, zur Machtentwicklung und als Waffe zu. Alles kommt nur darauf an, wie man diese Mittel zu handhaben und anzuwenden versteht. Selbstzweck ist so wenig die Handelsfreiheit als der Schutzzoll; beides sind nur Mittel für höhere menschliche und nationale Zwecke. Jedenfalls scheint eine lange Erfahrung dafür zu sprechen, daß wir durch eine die vaterländische Arbeit sorgsam schützende, die Interessen vereinende Politik eher zur Handelsfreiheit gelangen werden als dadurch, daß wir auf diesem Gebiete nach außen entwaffnet, nach innen zerrissen bleiben."

Genossen, darin steckt sehr Vieles, was ich auch heute noch für die österreichische Handelspolitik als richtig anerkenne.

Die Mitte der Sechzigerjahre bezeichnet nun auch eine entscheidende Wendung in der allgemeinen europäischen Handelspolitik. Der Handelsvertrag von 1860 zwischen England und Frankreich, der Vertrag von 1862 zwischen Deutschland und Frankreich, dem dann die übrigen Länder des Deutschen Bundes beigetreten sind, eröffneten die Freihandelsperiode, und wir in Oesterreich waren nun natürlich sofort bereit, diese Freihandelsperiode mitzumachen. Wir Oesterreicher waren immer außerordentlich moderne Menschen, oder vielmehr wir haben immer außerordentlich viel darauf gehalten, daß man wenigstens im Auslande uns für außerordentlich moderne Leute hält. Inwendig konnte es so „Pfui" sein, wie es schon mehr nicht möglich war, wenn es nur nach außen hin ein bisserl „Hui" war. Die österreichische Verfassung war sistirt, also mußten wir den Engländern zeigen, daß, wenn wir schon von der englischen staatsbürgerlichen Freiheit nichts wissen wollten, wir wenigstens den Adam Smith gelesen hatten und die Prinzipien der englischen Freihandelslehre kannten.

Wir schlossen einen Handelsvertrag mit England, und es verging fast kein halbes Jahr, in dem wir nicht einen neuen Handelsvertrag mit einem anderen Volke geschlossen hätten. Wir schlossen diese Verträge nicht, weil sie uns nützten, sondern um Handelsverträge zu haben. Wir haben ein paar Zahlen, die deutlich zeigen, daß diese erste Periode der Freihandelspolitik mit einem furchtbaren Fiasko geendet hat.

Ein brauchbarer Maßstab zur Beurtheilung liegt in den Ziffern der Einfuhr roher Baumwolle. Die Einfuhr von Rohbaumwolle war nun in den Jahren 1866 bis 1870 geringer als in dem Quinquennium 1856 bis 1860. Sie ist von 390.000 auf 360.000 Meterzentner gesunken. Dasselbe Verhältniß finden Sie bei der Schafwolle. Dafür ist die Einfuhr von Baumwollwaaren, die in den Jahren 1861 bis 1865 durchschnittlich 2000 Meterzentner betragen hat, im nächsten Quinquennium auf 5300 und im Quinquennium 1871 bis 1875 auf 14.200 Meterzentner gestiegen. Unsere Ausfuhr von Baumwollwaaren aber war stagnirend. Die Einfuhr von Schafwollwaaren ist in den drei Quinquennien von 5200 auf 38.000 Meterzentner gestiegen, die Ausfuhr von Schafwollwaaren, die bis 1866 rund 30.000 Meterzentner betragen hatte, sank im Jahre 1867 auf 19.000 und im darauffolgenden Jahre auf 6000 Meterzentner. Ja, in den Jahren 1872, 1873 und 1875 hatten wir sogar eine Mehreinfuhr von Schafwollwaaren. Genossen! Wenn die Statistik irgend etwas beweisen kann, so ist hier in ganz klarer Weise als die Konsequenz der Handelsverträge der Sechzigerjahre bewiesen, daß wir, damals wenigstens, für den Freihandel nicht reif gewesen sind, und daß eine vollständige Revision unserer Handelspolitik eintreten mußte.

Diese Revision ist leider nicht eingetreten, wenigstens nicht so rasch. Wir haben im Jahre 1878 einen neuen autonomen Zolltarif geschaffen; hiebei zeigte sich der Einfluß der ungarischen Politiker bereits sehr deutlich. Wir sind zu diesem Zolltarif vom 27. Juni 1878 gekommen, weil es unmöglich war, einen neuen Handelsvertrag mit Deutschland abzuschließen, weil Bismarck zu jener entscheidenden Wendung der deutschen Handelspolitik gelangt war, die ihm den Abschluß langfristiger Handelsverträge mit dem Auslande zunächst als für die deutsche Handelspolitik unpassend erscheinen ließ. Selbst ein so extremer Freihändler wie Matlekovits muß zugestehen, daß der Tarif von 1878 mit Ausnahme der Textilien schutzzöllnerische Tendenzen nicht befolgte.

Die Verhandlungen mit Deutschland gingen fort, sie scheiterten aber neuerlich, denn Deutschland wollte sich nicht einmal zur Bindung der Sätze seines Tarifes herbeilassen, und diese Hartnäckigkeit, mit der Deutschland sich weigerte, mit uns in ein Vertragsverhältniß zu treten, das mehr als die Meistbegünstigung beinhaltete, veranlaßte uns im Jahre 1882 zu einer energischen Wendung zum Schutzzoll. Der autonome Zolltarif von 1878 wurde revidirt und durch den Tarif von 1882 ersetzt. Aber auch die Sätze dieses Tarifes waren solche, daß man mit Recht sagen durfte, daß die Regierung es als Aufgabe des Zolles weder betrachtete, noch im Tarife irgendwie beabsichtigte, die Mitbewerbung des fremden Produktes auf dem inneren Markte von vornherein unrentabel zu machen.

sie auszuschließen. Es war ein schutzzöllnerischer Tarif, aber es war durchaus kein Tarif, der unsere Industriellen der Mühe und Arbeit entheben sollte, sich gegen die fremde Konkurrenz nicht mehr vertheidigen zu müssen. Der Tarif hat weiter das charakteristische Merkmal, daß er in allen wesentlichen Positionen dieselben Zölle eingeführt hat, die der autonome Zolltarif des Deutschen Reiches enthielt, und ich bitte festzuhalten, daß die Differenz zwischen den freihändlerischen Tendenzen in Oesterreich und in Deutschland, soweit sie in den Zolltarifen zum Ausdrucke kam, niemals eine sehr große gewesen ist. Die Entwicklung ist in beiden Staaten ziemlich parallel gewesen. Dieser Zolltarif von 1882 brachte uns aber auch zum erstenmale Getreidezölle, allerdings recht bescheidene, die damals vollständig wirkungslos waren, weil wir Getreide exportirten, und die bezeichnenderweise damals damit begründet wurden, daß es doch einmal vorkommen könne, daß wir in Oesterreich und Ungarn große Mißernten hätten und daß dann durch den Zoll den Grundbesitzern wenigstens höhere Preise gesichert werden würden. Gerade in den Jahren der Mißernte, wenn die Preise ohnehin sehr hohe sind, sollte also für den Meterzentner Weizen den Großgrundbesitzern ein Zoll von 50 Kreuzern gesichert werden. Wir erhöhten zu gleicher Zeit den Eisenzoll von 50 auf 80 Kreuzer in Gold, und wir reformirten unsere Finanzzölle in dem Sinne, wie Genosse Kautsky es ausgeführt hat.

Damit waren unsere protektionistischen Bestrebungen noch nicht erlahmt, denn Deutschland revidirte immer weiter und weiter. Es war kaum ein Jahr in Deutschland, in dem nicht Bismarck dem Reichstag eine Tarifnovelle vorgelegt hätte, und als mit dem Zolltarife von 1882 der 5 Mark-Zoll auf Weizen in Deutschland eingeführt wurde, antwortete Oesterreich mit einer neuen Revision seines autonomen Zolltarifes. Der Weizenzoll wurde auf Gulden 1·50 Gold erhöht, was damals auch noch nicht sehr viel bedeutete; aber die ganze Tendenz dieser Zolltarifnovelle von 1887 ist unter dem Einflusse von Ungarn dahin gegangen, uns von den Balkanstaaten vollständig abzuschließen, den Balkanstaaten den Absatz ihrer Produkte in Oesterreich unmöglich zu machen, wodurch sie angewiesen wurden, ihre Industrieprodukte aus anderen Ländern als Oesterreich zu beziehen. Im Wesentlichen beschränkte sich die Revision auf eine neuerliche Zollerhöhung für Baumwollwaaren, Wollgarne u. s. w. Sehr viele Positionen in diesem Zolltarife waren aber von vornherein nur zu betrachten als Negociationszölle, d. h. man setzte 1887 die Zölle hinauf, um sie bei den nächsten Verhandlungen herabsetzen zu können.

Mit diesem Tarife vom Jahre 1887 war das Schutzzollsystem in Oesterreich ausgebaut, und wir haben dieses System, das bis 1892 gedauert hat, nun auf seine Wirkungen zu prüfen. Mit statistischen Zahlen will ich Sie nicht belästigen, aber die Genossen, die — wir haben eine ganze Menge hier im Saale — die Achtzigerjahre als erwachsene, denkende Menschen mitgemacht haben, müssen aus ihrer Erfahrung wissen, was ich nur aus Büchern wissen kann, in welchem Maße sich die österreichische Industrie entwickelt, welch glänzenden Aufschwung sie genommen hat. Freilich werden wir von Kautsky in der Broschüre, die Sie ja Alle kennen, darauf hingewiesen, daß die Ein- und Ausfuhr in den Ländern mit einem hohen Schutzzoll stabil geblieben, daß in so gut geschlossenen Ländern wie Oesterreich eine Stagnation eingetreten sei. Aber es ist doch klar, wir führen ein Schutzzollsystem nicht deshalb ein, damit möglichst viel Waaren zu uns hereingeführt werden; wenn wir das wollten, wäre der ganze Schutzzoll nichts Anderes als ein Finanzzoll. Man kann also die Wirkungen dieses Schutzzollsystems nicht nach den Ziffern des Außenhandels beurtheilen, obwohl auch diese so ungünstig sind, als man sie hinstellen möchte.

Es kommt aber noch etwas ganz Anderes in Betracht. Der Aufschwung des deutschen Außenhandels ist statistisch sehr leicht zu verfolgen. In Deutschland steht einer ständig wachsenden Einfuhr von Rohprodukten und Nahrungsmitteln eine ständig wachsende Ausfuhr von Industrieprodukten gegenüber. Bei uns in Oesterreich kommt aber in dieser Periode die Thatsache hinzu, daß wir angefangen haben, aus einem regelmäßig große Mengen Getreide exportirenden Lande ein Getreide nicht mehr regelmäßig exportirendes, manchmal sogar Getreide importirendes Land zu werden, und daß, während wir früher viele Rohstoffe

ausgeführt haben, jetzt unsere Einfuhr an Rohstoffen und auf der anderen Seite die Ausfuhr an Industrieprodukten in die Höhe geht.

Für jene Beträge, um die wir früher Getreide ausgeführt haben, führen wir nunmehr Rohstoffe ein und verarbeitete Industrieprodukte aus. Die Statistik allein, die bloßen Zahlen der Handelsbilanz beweisen da gar nichts. Wenn wir uns aber die Handelsbilanz in Oesterreich und in Deutschland seit 1892, seit den Handelsverträgen, bis heute ansehen, so finden wir, daß sich in Oesterreich eine Steigerung des Außenhandels im Verhältniß von 23 zu 30, im Deutschen Reiche im Verhältnisse von 70 zu 100 vollzogen hat, was also beinahe dasselbe bedeutet.

Es kam nun der Sturz Bismarck's, und Caprivi eröffnete eine neue Handelspolitik im Deutschen Reiche. Wir haben diese Handelspolitik mitgemacht und können nach manchen Erfahrungen urtheilen, daß sie für Oesterreich gerade keine üblen Wirkungen gezeitigt hat. Besondere Vortheile aber kann ich in diesen Handelsverträgen für Oesterreich nicht bemerken. Bazant, einer der besten Kenner unserer Handelspolitik, hat den deutsch-österreichischen Vertrag sehr richtig dahin charakterisirt, daß wir zwar Deutschland nicht zu viel gegeben, daß wir aber von Deutschland zu wenig bekommen haben. Die deutschen Getreidezölle wären damals von 5 Mark auf Mark 3·50 herabgesetzt worden, auch wenn wir nicht jene Konzessionen gemacht hätten, die wir faktisch zugestanden haben. Aber gewiß war jene Stabilität, welche die Handelsverträge begründet haben, für uns von Vortheil, und wir sind Alle für eine Fortsetzung der Handelsvertragspolitik von 1892; ich hoffe aber, daß unsere Unterhändler unsere Interessen diesmal besser vertreten werden, als dies damals der Fall war. Aber ob wir Handelsverträge, besonders einen Handelsvertrag mit Deutschland, schließen wollen, darauf kommt es überhaupt nicht an, sondern es handelt sich darum, was Deutschland will, und in Deutschland wieder darum, was Preußen will. Wir könnten hier Alle die überzeugtesten Freihändler sein, so müßten wir doch ganz offen erklären: Wenn der Zolltarifentwurf, den die deutsche Regierung veröffentlicht hat und der heute in Deutschland zur Diskussion steht, Gesetz wird, so müßte der österreichische Handelsminister einfach gehenkt werden (Bebel: Sehr richtig!), wenn er nicht einfach jede Position unseres gegenwärtigen Zolltarifes mit 3 multiplizirt! Und das dürfte sogar Herr v. Call treffen. (Heiterkeit.)

Aber nehmen wir an, daß es der wirksamen Agitation unserer Genossen in Deutschland gelingen wird, diesen Zolltarifentwurf aus der Welt zu schaffen, und daß in Deutschland wieder die Geneigtheit zum Abschlusse ordentlicher Handelsverträge zum Durchbruche gelangt. Wie stünde dann unsere Situation in Oesterreich? Da haben wir zunächst zu bedenken, daß wir mit Ungarn ein Zoll- und Handelsbündniß haben. Ueber dieses will ich hier nicht viel reden; unsere Politik gegenüber der ungarischen Raubpolitik ist eine sehr einfache, und die Partei hat ihre Ansicht über diese Frage schon oft geäußert. Wenn aber dieses Zoll- und Handelsbündniß mit Ungarn begraben und zwischen Oesterreich und Ungarn eine Zwischenzolllinie aufgerichtet wird, so werden allerdings die Freihändler im Gefolge der Leidtragenden sein müssen, denn dann würde zwischen zwei Staaten, die bisher im Verhältniß des allervollendetsten Freihandels gestanden sind, eine Zollgrenze aufgerichtet werden; vom rein freihändlerischen Standpunkte müßte man Alles aufbieten, um die Trennung des gemeinsamen österreichisch-ungarischen Zollgebietes hintanzuhalten. Wir dürfen uns aber bei Beurtheilung dieser Frage eben nicht von freihändlerischen Prinzipien und bloßen Theorien leiten lassen.

Es kommen aber hier noch andere Fragen in Betracht. Nach den Ungarn kommen unsere Agrarier, und was unsere Agrarier wollen, ist in Oesterreich noch lange nicht so bekannt, wie es eigentlich sein sollte. Man wird, wenn man diesen Zolltarif unserer österreichischen Agrarier durchsieht, zunächst zu der Meinung verleitet, das sei ein so dummes, ein so lächerliches und hirnrissiges Geistesprodukt, daß es vielleicht aus dem Irrenhause komme — jedenfalls gehört es dort hin (Heiterkeit) — daß aber ernsten Leuten nicht zugemuthet werden könne, sich mit

diesen Vorschlägen zu beschäftigen. So steht die Sache aber leider nicht. Ganz ähnlich verrückt, ganz ähnlich hirnrissig ist ja auch der deutsche Zolltarifentwurf. Wir müssen aber diesen deutschen Entwurf umso ernster nehmen, als, wenn nicht Alles trügt, die Agrarier ihn zum Anlaß nehmen werden — vielleicht auch deshalb, weil wir bis jetzt so ruhig waren — um, natürlich mit Unterstützung der ungarischen Agrarier, im nächsten Zolltarif eine wesentliche Erhöhung unserer Lebensmittel und Getreidezölle durchzusetzen. In diesem agrarischen Entwurfe finden sich Zollsätze, wie für Roggen 6 Mark — ich nehme den Betrag in Mark, um ihn gleich mit den Sätzen des deutschen Entwurfes vergleichen zu können — während der Minimaltarif für Deutschland 5 Mark beträgt, für Gerste 4 Mark (Deutschland 3 Mark), für Hafer 4 Mark (Deutschland 5 Mark), für Weizen 9 Mark (Deutschland 5½ Mark). Diese 9 Mark für Weizen, das ist wohl das Unerhörteste, was jemals in einem agrarischen Gehirn erzeugt wurde! (Berner: Das ist nur ein Spaß!) Nein, Genosse Berner, das ist kein Spaß, das ist diesen Herren blutiger Ernst, und wenn wir die Sache so spaßhaft nehmen, so werden wir uns nicht wundern dürfen, wenn im nächsten Zolltarifentwurf statt der jetzigen 3 Mark vielleicht nicht 9 Mark, aber ganz gewiß 5 oder 6 Mark stehen werden. (Steiner: Deshalb wollen die Feudalen den Körber weg haben!) Ich glaube, Herr von Körber wird nachgeben, besonders wenn die Bevölkerung weiter stille bleibt. Das ist aber noch nicht Alles, was die Agrarier wollen. Sie bedauern nichts mehr, als daß in Oesterreich heute der Konsum von Leinwand und Baumwolle auf Kosten der Schafwolle steigt. Sie suchen dem nun durch die unglaublichen Rohstoffzölle abzuhelfen, sie verlangen z. B. einen Flachszoll von Gulden 7·50 Gold, einen Baumwollzoll ebenfalls von Gulden 7·50 Gold, sowie einen Schafwollzoll von Gulden 7·50 Gold. (Bebel: Das ist verrückt!) Gewiß ist das verrückt, und man hat deshalb auch geglaubt, daß unsere Agrarier die industriellen Interessen nur darum herausfordern und diese übertriebenen Forderungen — gewissermaßen nur als Negociationszölle — aufgestellt haben, um dann den Industriellen sagen zu können: Wir werden auf den Baumwoll- und auf den Flachszoll verzichten, wenn Ihr uns dafür den Zoll auf Weizen, Roggen u. s. w. bewilligt. (Bebel: Ganz wie in Deutschland!) Jawohl, und ganz wie in Deutschland die Herren erklären: „Wenn nicht diese Zölle, dann lieber gar nichts", so haben auch unsere Herren Agrarier den Rütlischwur gethan: „Entweder diese 9 Mark und die Rohstoffzölle, oder wir werden Alle Freihändler."

Ich werde Ihnen hier nicht die Gründe gegen eine Erhöhung oder auch nur Belassung der agrarischen Zölle auseinandersetzen, das hat vor mir Genosse Kautsky gethan. Nur Eines möchte ich bemerken: Professor Wagner hat uns vor Kurzem auseinandergesetzt, daß es in Deutschland ein wichtiges Nationalinteresse sei, die Großgrundbesitzerklasse zu erhalten, die dem preußischen Staat seine Beamten und Offiziere geliefert hat. Das ist natürlich ganz falsch. Aber wenn wir selbst die Sache von diesem Standpunkte aus betrachten, wenn wir uns die Staatsmänner ansehen, die uns unsere Großgrundbesitzer geliefert haben, die Badeni, die Thun, die Windischgrätz, und wenn wir an die Helden von Solferino und Königgrätz denken, so müssen wir uns sagen: Nicht einmal dieses preußische Geheimrathsargument des nationalen Interesses trifft in Oesterreich für die Getreidezölle zu. (Sehr richtig!) Wir werden — und das ist unsere nächste Aufgabe, die wir in Oesterreich zu leisten haben — den Kampf gegen die Agrarier mit der allergrößten Entschiedenheit und all' unserer Leidenschaft zu führen haben. (Lebhafter Beifall.) Dieselben Leute, die uns das geistige Brot vertheuern wollen, die Klerikalen, die sind es auch, die uns das tägliche Brot vertheuern wollen, und mit derselben Kraft und Entschiedenheit, wie für die freie Schule, werden wir auch für die Freiheit des Verkehres mit Lebensmitteln eintreten.

Wie steht es nun mit unserer Industrie. Genosse Kautsky war in seinem heutigen Referate außerordentlich konciliant; aber wenn es Kautsky auch heute nicht gesagt hat, so sagt er es doch an anderen Orten, und es wird auch von anderen Genossen behauptet: Ja, wenn Ihr gegen Agrarzölle seid, so müßt Ihr auch gegen Industriezölle sein. Eines ohne das Andere ist nicht möglich

(Kautsky: Sehr richtig!) Genosse Kautsky ruft: Sehr richtig! und ich fasse das als Erlaubniß auf, aus seiner Broschüre den bezüglichen Passus zu verlesen. Kautsky sagt: „Die Beschränkung des Kampfes gegen ein einzelnes Stück des Schutzsystems ist praktisch ebenso unzureichend, wie sie theoretisch ungerechtfertigt ist. Wer tiefer gräbt und sieht, wie die einzelnen Theile des ganzen modernen Schutzsystems nothwendig mit einander zusammenhängen, und wie das ganze System ebenso schädlich wirkt für die Arbeiterklasse, wie für die Erhaltung der Produktivkräfte, der muß das ganze System bekämpfen."

Nun, unsere Genossen in Deutschland, die immer ein besonderes Glück haben, befinden sich diesmal in einer sehr klaren zollpolitischen Situation. Die deutsche Industrie — wenigstens sind die Genossen draußen dieser Ueberzeugung — braucht keine Schutzzölle mehr, die deutsche Industrie muß also Freihandelspolitik treiben. Da ist es nun freilich für die Agitation sehr bequem, wenn man den Bauern sagen kann, daß man ihnen keine Zölle geben könne, daß man aber auch den Industriellen keine Zölle geben werde, weil man überhaupt für den Freihandel sei. Das ist natürlich viel bequemer, als wenn wir in Oesterreich unseren Bauern sagen müssen: Getreidezölle: nein, das ist unmöglich, schon deshalb, weil Ihr nichts davon habt — natürlich glauben uns das die Bauern nicht — während wir ihnen auf der anderen Seite sagen müssen: Wenn die Industrie einen Schutzzoll braucht, so werden wir ihr einen solchen geben.

Wenn nun in einem Staate die wirthschaftlichen Verhältnisse derartige sind, daß sie nach dem Freihandel drängen, so ist selbstverständlich sofort die Theorie da, in welcher diese wirthschaftlichen Verhältnisse zum Ausdrucke kommen. Ich bin durchaus kein Verächter der Theorie und möchte durchaus nicht den Eindruck erwecken, als sollten wir uns in handelspolitischen Fragen um die Theorie überhaupt nicht kümmern. Daß wir aber die Freihandelstheorie so ohneweiters für uns übernehmen sollen, nach all' dem, was wir einerseits Nachtheiliges durch den Freihandel und andererseits Förderndes durch das Schutzzollsystem erfahren haben, das geht denn doch nicht an. Kautsky hat uns die Unterschiede zwischen den einzelnen Zöllen auseinandergesetzt, und es ist doch klar, daß das rein äußerliche Moment, daß alle Zölle an der Grenze eingehoben werden, durchaus nicht entscheidend sein kann für die Natur der Zölle. Worauf es ankommt, das ist vielmehr einzig und allein die Wirkung der verschiedenen Zölle, und Kautsky hat uns gesagt, warum die Agrarzölle unwirksam bleiben müssen. Aber die Argumente, die er gegen die Agrarzölle angeführt hat, sind nicht auch für die Erziehungszölle oder für die Industrieschutzzölle überhaupt anzuwenden. Wenn wir von der Industrie sprechen, können wir da von einer Grundrente reden? Schon dieses Moment allein zeigt, daß zwischen Agrar- und Industriezöllen ein so wesentlicher Unterschied besteht, daß, wer prinzipiell gegen die Agrarzölle ist, darum nicht auch schon prinzipiell gegen die Industriezölle sein muß. Ich halte es theoretisch für gerechtfertigt, gegen die Getreidezölle auf der einen Seite und andererseits für Industrieschutzzölle einzutreten, und ich halte das für praktisch nothwendig dann, wenn diese Industrie-Schutzzölle erforderlich sind. Einen Eisenzoll oder einen Sodazoll wird in Oesterreich Niemand von uns vertheidigen. Das sind Zölle, die ganz ebenso wirken wie die Agrarzölle, das sind Zölle, die nicht dazu bestimmt sind, eine schwache Industrie groß zu ziehen, sondern die nichts Anderes schützen sollen als die Rente des industriellen Kapitalisten. Dazu haben wir nun allerdings gar keine Veranlassung.

Nun sagen uns die Freihändler: „Ja, warum ereiferst Du Dich denn? Will denn Jemand von den Freihändlern die Abschaffung aller Zölle von heute auf morgen? Wir wissen ja, daß das nicht auf einmal geht."

Genossen! Wenn ich von der Nothwendigkeit des Freihandels überzeugt wäre, so würde ich sagen, wir Sozialdemokraten müssen nicht immer die großen Staatsmänner spielen, die sagen: Nur immer hübsch langsam voran! Wir hätten dann erst recht die Aufgabe, das vorwärtstreibende Element zu sein, eine Haltung und eine Stellung einzunehmen. (Heiterkeit.) Aber von all' dem ist auch bei den Freihändlern nicht die Rede. Und gerade diese Bescheidenheit und Zimperlichkeit, die wir sonst Gott sei Dank an Sozialdemokraten doch gar nicht gewöhnt sind,

diese Rücksichtnahme auf alle möglichen Interessen und auf ein allmäliges Heruntergehen — gerade das läßt mich glauben, daß der Industriezoll doch eigentlich gar nicht die schlechte Sache sein kann, als die man ihn gerne hinstellen möchte, und daß alle Freihändler todtfroh sind, daß ihre Theorie nicht von heute auf morgen verwirklicht werden kann.

Die Bedeutung der Industriezölle hat Ihnen Genosse Kautsky auseinandergesetzt, und er ist dabei wärmer geworden, als ich ihm eigentlich zugemuthet hätte, so daß ich beinahe die Absicht hatte, zu beantragen, daß ein Korreferent für den Freihandel bestellt werde. (Bebel: Dann seid Ihr also einig! Heiterkeit.) Natürlich, wir haben uns auch auf eine gemeinsame Resolution geeinigt. Kautsky hat uns nun die Gründe für die sogenannten Erziehungszölle auseinandergesetzt. Ich frage nun: Ist das wirklich ein so großer Unterschied, ob ich eine sehr schwache Industrie stark mache oder ob ich einer Industrie, die zwar an und für sich schon stark, aber im Vergleiche zu einer ausländischen Industrie noch schwach ist, einen Zoll zubillige, den ich nicht Erziehungszoll nennen kann — denn bei unserer Baumwollindustrie z. B. ist in Oesterreich nichts mehr zu erziehen — und den ich einfach Ausgleichszoll nennen möchte? Wenn Sie die Lage unserer Industrie überblicken, so werden Sie finden, daß wir gewiß nicht mehr in den Anfängen der kapitalistischen Entwicklung stehen. Aber wenn ich die Schöpfungsgeschichte unserer Industrie zu schreiben hätte, so würde ich mit den Worten beginnen: Im Anfang war die Steuer. Es ist unserer Industrie gut und schlecht gegangen, immer gleich ist aber Eines geblieben: die Steuer. Das ist nun für die Industrie durchaus nicht gleichgiltig, und auch Genosse Kautsky hat auseinandergesetzt, wie wichtig ein vernünftiges Steuersystem für die Industrie ist, und ich gebe zu, daß das für unsere Industrie vielleicht sogar wichtiger wäre als Schutzzölle. Aber können wir denn das heute in Oesterreich bestehende Steuersystem, wie es historisch geworden ist, auf einmal aus der Welt schaffen? Das kann weder unser Finanzminister, noch das Parlament. Oder sollen wir unsere Industrie so lange schutzlos lassen, als das alte Steuersystem aufrecht bleibt? Sollen wir vielleicht sagen: Den Zollschutz, der einen Ersatz für die Steuer bieten soll, nehmen wir Euch weg, seht nun zu, daß Euch der Staat beispringt und die Steuern wegnimmt? Das wäre eine selbstmörderische Politik, und wir wären da nicht viel vernünftiger als jener Bub, der sich die Finger abgefroren und dann gerufen hat: Geschieht meinem Vater schon Recht, warum kauft er mir keine Handschuhe!

Wenn die Industrie zu Grunde geht, so ist es nur ein geringer Trost für uns, daß sie deshalb zu Grunde gegangen ist, weil die Steuern zu drückend waren. So lange wir die Steuern nicht wesentlich herabsetzen können — und das ist für eine Reihe von Jahren unmöglich — so lange können wir auch der Industrie den Zollschutz nicht nehmen, den sie braucht. Nehmen Sie die Baumwollindustrie, eine unserer meist entwickelten und leistungsfähigsten Industrien, welche die meisten Arbeiter beschäftigt. Sowohl relativ als auch absolut. Wir verkaufen gewöhnliche Baumwollgarne und Baumwollgewebe in Oesterreich um 25 Perzent theurer, als für dieselbe Qualität in England gezahlt wird, und die österreichischen Arbeiter zahlen als Konsumenten für die Artikel, die sie unbedingt brauchen, um 25 Perzent mehr als die englischen Arbeiter. Glauben Sie, daß die österreichischen Baumwollspinnereien und Webereien, wenn der Zollschutz fallen würde, thatsächlich auf das Preisniveau der englischen Webereien — selbstverständlich unter Zuschlag der Frachtdifferenz — herabgehen würden? Glauben Sie wirklich, daß unsere Baumwollfabrikanten heute 20—25 Perzent verdienen? Von Millionengewinnen zu sprechen ist ja eine ganz schöne Sache. Es hat vielleicht eine Zeit gegeben, wo diese Industrie derartige Gewinne gemacht hat. Aber behaupten zu wollen, daß die Profitrate in der Baumwollindustrie heute 25 Perzent beträgt, das wäre einfach eine Lächerlichkeit, davon kann doch selbstverständlich keine Rede sein. Nun wird uns Genosse Kautsky sagen: Heben Sie zuerst die Garnzölle auf, und die Webereien werden dann billiger produziren können. Die Garnzölle machen aber im Ganzen 10 Perzent vom Garnpreis aus, und wenn Sie annehmen, daß von den Gestehungskosten der Weberei 50 Perzent auf den Garnverbrauch fallen, so würden die österreichischen Baumwollweber durch die

Kohlenmagnaten an ihre Regierung mit der Forderung herangetreten, daß die ungarischen Staatsbahnen keine österreichischen Kohlen mehr benützen dürfen.

Die Frage der Zölle ist auch für die Arbeiter von einschneidender Bedeutung. Die Arbeiterschaft hat ein gewaltiges Interesse daran, zu dieser Frage Stellung zu nehmen, und ich bin der Ansicht, daß wir mit aller Entschiedenheit dagegen protestiren müssen, daß die Zölle erhöht werden, und daß wir zu verlangen haben, daß die Zölle auf Roheisen überhaupt beseitigt werden. Es ist nichts Anderes als ein Geschenk, das die gesammte österreichische Industrie und die Bevölkerung einigen wenigen Leuten — man kann sie an den Fingern von einigen Händen abzählen — gibt, wenn auf Roheisen Zölle erhoben werden. Gerade im Interesse der Arbeiter sowie im Interesse der Entwicklung der österreichischen Industrie müssen wir die Aufhebung der Roheisenzölle verlangen.

Daß alle anderen österreichischen Industrien sogenannte Erziehungszölle entbehren können, will ich nicht behaupten. Aber das ist zu beachten: selbst mäßige Erziehungszölle arten mit der Zeit zum Schutzzoll aus und der Schutzzoll zum Finanzzoll! Die Eisenzölle sind heute nichts Anderes als Finanzzölle. Auch das ist zu beachten, daß in der Praxis ein enger Zusammenhang zwischen Agrar- und Industriezoll besteht. Sie sind ohne einander gar nicht denkbar; bei uns in Oesterreich noch viel weniger als anderswo, weil bei uns die Industrie auf die Gesetzgebung nicht jenen Einfluß hat, der ihr zukommt, da im Parlamente heute gerade so wie vor Jahrzehnten die Agrarier und Feudalen die Gesetzgebung beinahe vollständig in der Hand haben. Es ist also nicht möglich, Industriezölle zu konzediren, ohne gleichzeitig Agrarzölle festzusetzen. Mit Rücksicht darauf aber, daß wir uns ganz entschieden gegen die Erhöhung der Agrarzölle wehren müssen, halte ich es für taktisch unklug, darauf hinzuweisen, daß eine Erhöhung der Industriezölle angeblich nothwendig sei.

Dr. Karpeles hat zum Schlusse ausgeführt, daß hier eine Interessengemeinschaft zwischen Arbeitern und Industriellen bestehe. Das bestreite ich ganz entschieden. Er hat Engels zitirt. Dr. Karpeles hätte aber die Freundlichkeit haben sollen, in dem betreffenden Artikel eine Spalte weiter zu gehen, dann hätte er gefunden, daß Engels auch Folgendes sagt:

„Der Schutzzoll ist im besten Falle eine Schraube ohne Ende, und man weiß nie, wenn man mit ihm fertig ist. Wenn wir einen Geschäftszweig schützen, so schädigen wir direkt und indirekt alle anderen und müssen sie demzufolge ebenfalls schützen. Dadurch schädigen wir aber die zuerst geschützte Industrie und geben ihr Anspruch auf Entschädigung. Aber diese Entschädigung wirkt wiederum auf alle anderen Geschäftszweige zurück und berechtigt sie zu neuem Schutze und so fort ins Unendliche."

An einer anderen Stelle sagt er: „Die Bildung von solchen Kartellen in geschützten Industrien ist das sicherste Zeichen, daß der Zollschutz sich ausgelebt hat und seinen Charakter verändert, daß er den Fabrikanten nicht mehr gegen den fremden Importeur, sondern gegen den heimischen Produzenten schützt."

Daraus geht hervor, daß man Engels gewiß nicht zu den Schutzzöllnern rechnen kann. Wir Oesterreicher müssen dem österreichischen Eisenkartell jährlich 12½ Millionen Gulden in den Rachen werfen, und ähnlich verhält es sich in den anderen kartellirten Industriezweigen. In der Eisenindustrie gibt es eine Anzahl von Kartellen, von denen vielfach die Oeffentlichkeit gar nichts weiß. Wir haben z. B. ein Brückenbauer-, ein Waggonbauer-, ein Wagenräbererzeuger-, ein Emailwaarenerzeuger-Kartell u. s. w. Alle diese Kartelle beweisen, daß diese Industrien auf jener Stufe der Entwicklung angelangt sind, auf der sie eines Schutzzolles nicht mehr bedürfen. Wir müssen im Allgemeinen daher Freihändler sein, wenn wir auch im Einzelnen mit Rücksicht auf unsere Abhängigkeit vom Weltmarkt Konzessionen machen dürfen. Darin liegt kein Widerspruch, denn es hätte gewiß keinen Sinn, wenn wir in Oesterreich allein Freihändler wären, wenn wir uns allein auf den Standpunkt stellten, unsere Grenzen offen zu halten, ohne daß dies auch die Anderen thun. Es ist aber kein Zweifel, daß wir

und wenn man uns dann sagt: Wir brauchen für die Tarifpost Nr. X statt eines Zolles von 120 Gulden einen solchen von 140 Gulden (Dr. Adler: So werden wir es glauben?) nein, sondern wir werden die Sache prüfen, und wenn wir dann der Meinung sind, daß Sie Recht haben, so werden wir eben zustimmen. Wenn z. B. für einen Meterzentner Ganzseide um 20 Gulden mehr Zoll gezahlt werden würde, so wird doch Niemand behaupten, daß das Konsumenteninteresse der Arbeiter dadurch gar so außerordentlich geschädigt wird. Das sind doch Uebertreibungen. Wir haben praktische Interessen zu vertreten und nicht bloße Theorien. Es mag das eine Versündigung gegen die Freihandelsdoktrin sein — das genirt mich durchaus nicht — aber eine Versündigung gegen unser Programm ist das nicht, und darauf allein kommt es mir an. Ich weiß nicht, ob sich die Programmrevisionskommission bemüssigt sehen wird, auch über Zollpolitik ein Wort zu sagen. Das Hainfelder Programm sagt uns darüber nichts, es hat uns da ganz führerlos gelassen. Aber das Erfurter Programm enthält ein paar Worte über Zölle; es verlangt in seinem praktischen Theile die Abschaffung aller indirekten Steuern und die Aufhebung jener Zölle, welche die Interessen der Allgemeinheit den Interessen einer bevorzugten Minderheit opfern. Dafür bin auch ich. Ich bin selbstverständlich gegen jeden Zoll, der schädlich ist, ebenso aber bin ich auch für jeden Zoll, der nützlich ist.

Genossen! Ich möchte Sie davor warnen, sich etwa durch den lieblichen Klang des Wortes Freihandel berauschen zu lassen. Es ist sonst nicht meine Manier, zu viel mit Zitaten herumzuwerfen, ich möchte mir aber doch erlauben, aus der Freihandelsrede von Marx einige Worte anzuführen. Marx sagt hier: „Lassen Sie sich nicht durch das abstratte Wort Freiheit imponiren! Freiheit wessen? Es bedeutet nicht die Freiheit eines einzelnen Individuums gegenüber einem anderen Individuum; es bedeutet die Freiheit, welches das Kapital genießt, den Arbeiter zu erdrücken." (Brod: Marx hat ganz Recht! Heiterkeit.) Wenn es Marx doch erlebt hätte, das von Ihnen zu hören! (Heiterkeit.)

Der Standpunkt, den wir einzunehmen haben, ist also der: Wie kommen wir am wohlfeilsten zu einer Entwicklung unserer Industrie? Diese Frage beantwortet uns Engels sehr deutlich. Wenn ich Ihnen seine Worte zitire, so riskire ich allerdings, daß mir Genosse Brod zuruft: Engels hat ganz Recht, aber Du dummer Kerl verstehst ihn nicht. Engels erzählt also in einer Abhandlung, die durchaus nicht beweisen soll, daß Engels ein Schutzzöllner war, die vielmehr auch von den Freihändlern für sich in Anspruch genommen werden kann — ich habe durchaus nicht die Absicht, aus Engels einen Schutzzöllner zu machen — wie er einmal mit einem intelligenten Glasgower Geschäftsmann zusammentraf, der ein besonderes Interesse an Eisen nahm und überzeugter Freihändler war. Als die Rede auf Amerika kam, äußerte sich nun Engels folgendermaßen: „Wenn Amerika ein Industrieland werden muß, und wenn es alle Aussicht hat, hierin seine Nebenbuhler nicht nur zu erreichen, sondern selbst zu schlagen, dann stehen ihm zwei Wege offen. Entweder bei freiem Handel, während meinetwegen 50 Jahre, einen äußerst kostspieligen Konkurrenzkampf zu führen gegen die englische Industrie, die ihr um 100 Jahre voraus ist; oder aber durch Schutzzölle die englische Konkurrenz auf meinetwegen 25 Jahre auszuschließen, mit der fast absoluten Gewißheit, daß am Ende der 25 Jahre die amerikanische Industrie auf dem offenen Weltmarkt ihren Platz behaupten wird. Welcher der beiden Wege ist der wohlfeilste und der kürzeste? Darum handelt es sich. Wenn Sie von Glasgow nach London reisen, so können Sie den gesetzlich vorgeschriebenen Bummelzug nehmen; Sie zahlen einen Penny die Meile und fahren zwölf Meilen in der Stunde, aber Ihnen fällt das nicht ein, dazu ist Ihnen Ihre Zeit zu lieb. Sie reisen Expreßzug, zahlen zwei Pence die Meile und machen 40 Meilen die Stunde. Nun gut. Die Amerikaner ziehen vor, ein Expreßbillet zu nehmen, um so viel rascher vorwärts zu kommen." „Mein schottischer Freihändler", sagt Engels, „hatte kein Wort der Erwiderung."

Genossen! Auch wir möchten einmal im Expreßzug fahren, um rascher ans Ziel zu kommen, wenn er auch theuerer ist. Wenn wir für die industrielle Entwicklung Oesterreichs eintreten, so hauptsächlich deshalb, weil wir wissen, daß wir heraus müssen aus der Enge und Kleinheit unserer heutigen wirthschaftlichen Ver-

hältnisse, koste es, was es wolle. Wir können dabei daraufzahlen. Wie die Dinge heute in Oesterreich gestaltet sind, könnten wir selbst mit einem Exzeß von Schutzzöllen die Entwicklung der Industrie in Oesterreich nicht zu theuer bezahlen, denn sie ist für uns die einzige Hoffnung, daß wir einmal aus unserer politischen Misère herauskommen. Deshalb, Genossen, würde ich, selbst wenn ich wüßte, daß uns die Schutzzölle thatsächlich sehr viel kosten würden, sagen: Dieser Schutzzoll ist für Oesterreich heute revolutionär, und er hat seine revolutionäre Aufgabe noch keineswegs erfüllt; im Gegentheile, er steht erst am Anfange dieser Aufgabe. Ich weiß, daß wir, indem wir die Industrie entwickeln, zunächst die industriellen Kapitalisten stärken. Ich weiß, daß das System des Zollschutzes ein System der Züchtung von Millionären ist, aber ich glaube, wir werden uns doch davor nicht fürchten. Und so sehr ich sonst dafür bin, im Einzelnen zu untersuchen, ob ein Zollschutz nöthig ist oder nicht, so bin ich von vorneherein ganz entschieden gegen einen Zollschutz für den Import von Millionären. Wenn wir die aus dem Ausland hereinbekommen könnten, so müßten wir sie ganz gewiß ohne Zollschutz hereinlassen. Leider machen die ausländischen Kapitalisten, die hier unsere Industrie fördern könnten, keine Miene, zu uns zu kommen, und deshalb müssen wir den österreichischen Industriellen ermöglichen, die Industrie zu fördern. Gewiß, unsere Industriellen sind beschränkte und dumme Kerle, aber trotzdem werden wir die Sache in die Hand nehmen. Verweisen wir unsere Industriellen nicht darauf, daß sie den Schutz ihrer Interessen nur dadurch erreichen können, wenn sie sich mit den Agrariern verbünden! Wir haben heute in manchen Fragen thatsächlich gemeinsame Interessen mit den Kapitalisten sehr vieler Industrien, nicht mit den „Eisenbaronen", nicht mit den „Kohlenbaronen", wohl aber mit den „Baumwoll-Lords", mit den „Spinnerkönigen". Vergessen wir nicht, daß Alles, was diese Kapitalisten jetzt aufbauen, dereinst unser Erbe sein wird. Ich glaube, wir haben es nicht nöthig — und das will auch Genosse Kautsky nicht, darin sind wir wohl vollständig einig — heute unsere Kraft zu zersplittern, indem wir außer gegen die Agrarier auch noch gegen die Schutzzöllner in der Industrie kämpfen. Wir haben in den Kampf um die Handelsverträge nicht zu ziehen unter der Parole: Hoch der Freihandel! sondern unter der Parole: Gegen die Lebensmittelvertheuerer, gegen die Brotwucherer! (Beifall.)

Die Verhandlung wird hierauf abgebrochen.

Nach Verlesung des Einlaufes wird hierauf die Sitzung um ½1 Uhr Mittags unterbrochen.

Nachmittagssitzung.

Die Verhandlung über **Zoll- und Handelspolitik** wird fortgesetzt.

Korreferent **Beer** (Wien): Als Genosse Dr. Karpeles seine Rede beendet hatte, nahm ich die Tagesordnung zur Hand, und da fand ich, daß diese Rede mit dem auf der Tagesordnung stehenden Gegenstande insoferne sich nicht deckte, als in den Ausführungen des Referenten von den Interessen der Arbeiter gar nicht die Rede war. Es machte auf mich den Eindruck, als ob hier vor Allem die Interessen der Industrie unter Loslösung der Arbeiterinteressen zur Besprechung stünden. Wegen des großen Freimuthes, mit welchem Karpeles seine Ansichten zum Ausdrucke brachte, bewundere ich ihn, nichtsdestoweniger widerspreche ich ihm bezüglich aller seiner Argumente und seiner Schlußfolgerungen. Nur in einem Punkte bin ich seiner Meinung: daß die Frage der Zollpolitik eine rein praktische ist, die in Deutschland anders und in Ungarn anders als bei uns behandelt werden kann. Auf das historische Gebiet kann ich meinem Vorredner nicht folgen. Mit historischen Beispielen beweist man auch nichts für unsere Gegenwartsbedürfnisse. Hat auch Bruck vielleicht eine für die damaligen Verhältnisse entsprechende Formulirung vorgeschlagen, so beweist das durchaus nicht, daß diese auch heute gilt. Man könnte ja noch weiter zurückgreifen und sagen, daß auch Metternich in dieser Frage für die damalige Zeit ganz vernünftige Einfälle gehabt habe. Darauf lasse ich mich aber, wie gesagt, nicht weiter ein.

Es ist zweifellos, daß unsere Industrie heute eine hohe Stufe der Entwicklung erreicht hat, und nur das kann für die Frage, die wir jetzt zu besprechen haben, maßgebend sein.

Und ebenso zweifellos ist es, daß die Sozialdemokratie ein ungeheures Interesse daran hat, daß sich die Großindustrie entwickle, weil ohne Großindustrie eine Sozialdemokratie im modernen Sinne nicht denkbar wäre. Daraus folgt aber nicht, daß wir blindlings allen Wünschen der Industriellen entgegenkommen dürfen.

Genosse Dr. Karpeles steht auf dem Standpunkte, daß Erziehungszölle nothwendig seien. Er ging aber noch weiter und erklärte, es seien unter Umständen auch Schutzzölle nothwendig. Ich möchte hier darauf aufmerksam machen, daß der Schutzzoll vor Allem die eine schlimme Tendenz hat, daß er schwer zu beseitigen ist, so wie jede Einrichtung, die sich einmal im Staate eingelebt hat. Er hat aber noch die weitere Folge, daß er unsere Produkte im Auslande verbilligt, während er sie im Inlande vertheuert. Es geht nicht an, sich in dieser Frage ausschließlich auf den Standpunkt des Produzenten zu stellen und vom Konsumenten vollständig abzusehen. Das heißt denn doch die Wichtigkeit der Sache verkennen. Es gibt keine oder doch nur sehr wenige Industrien, bei welchen die Arbeiter ausschließlich als Produzenten in Betracht kommen.

Daß der Schutzzoll die Tendenz hat, unsere eigenen Produkte im Auslande zu verbilligen und im Inlande zu vertheuern, kommt sehr deutlich in der Industrie zum Ausdrucke, der ich angehöre. Und deshalb will ich versuchen, an der Hand des über die Wirkungen des Zolles vorliegenden Materials die nachtheiligen, ja die gesammte Industrie direkt schädigenden Folgen des Schutzzollsystems nachzuweisen. Die österreichische Eisenindustrie hat eine ganz kolossale Entwicklung erreicht. Wir haben im Jahre 1850 in Oesterreich-Ungarn 1,480.000 Meterzentner Eisen erzeugt und im Jahre 1899 15,000.000 Meterzentner. Die Progression beträgt also 986 Perzent, und ist die Entwicklung, wenn man die diesseitige Reichshälfte allein betrachtet, noch bedeutend größer. Nach der Ansicht des Genossen Karpeles wurde diese Entwicklung zum weitaus größten Theile durch den Schutzzoll ermöglicht. Demgegenüber muß ich sagen: Trotz des Schutzzolles! Mein Vorredner übersieht vollständig den Einfluß der Sozialgesetzgebung auf die Entwicklung der Industrie. Es ist deshalb nothwendig, darauf hinzuweisen, daß gerade in jener Zeit, in der bei uns die Schutzzöllnerei Oberhand gewann, die Sozialreform bei uns inaugurirt wurde. Ich verweise auf die Gewerbeordnung mit Normalarbeitstag, die Gewerbeinspektion und endlich auf die Unfallversicherung. So mangelhaft und unvollkommen diese Gesetze und insbesonders deren Durchführung auch sind, so kann ihnen ein gewisser wohlthätiger Einfluß auf die Lage der Arbeiterklasse unseres Landes doch nicht abgesprochen werden. Und hierin liegt eine der hauptsächlichsten Ursachen der Entwicklung unserer Industrie in den letzten zwei Jahrzehnten. Im Anfang hatte der Schutzzoll gewiß einige Berechtigung, heute aber wirkt er schädlich. Er ist mit Schuld an der Stagnation, die sich jetzt in der österreichischen Roheisenindustrie bemerkbar macht. Auch zeigt sich vielfach das Bestreben in der Eisenindustrie, mit den technischen Fortschritten nicht mehr gleichen Schritt zu halten, eine Tendenz, die überhaupt beim Schutzzoll zu beobachten ist.

Die Arbeiter haben vom Schutzzoll überhaupt nichts. Der Direktor der Prager Eisenindustriegesellschaft hat in einem Elaborate die Gestehungskosten des österreichischen Roheisens auf Kronen 6·59 per Meterzentner berechnet. Diese Berechnung ist vollständig falsch und wurde nur zu dem Zwecke gemacht, um die Nothwendigkeit der Erhöhung des Eisenzolles nachzuweisen. Wir wissen nämlich sehr genau, daß die Alpine Montangesellschaft, die unter ungünstigeren Verhältnissen als die Prager Eisenindustriegesellschaft produzirt, heute Gestehungskosten von Kronen 4·08 hat. Nun reden sich die österreichischen Eisenindustriellen darauf aus, daß die deutsche und die amerikanische Roheisenindustrie bedeutend billiger erzeuge. Ich behaupte aber, die Ilseder-Hütte, die hier besonders angeführt wird, erzeugt auch nicht billiger als die Alpine Montangesellschaft.

Die Differenz zwischen den Gestehungskosten in Alabama und jenen von Donawitz ist gewiß keine so große, daß es gerechtfertigt sein würde, einen so ungeheuer hohen Schutzzoll festzusetzen. Wir haben auf Roheisen und Halbfabrikate Zölle von 20 bis 64 Perzent des Handelswerthes, also durchaus nicht mäßige Zölle, wie mein Vorredner sagt, sondern wirkliche Prohibitivzölle, denn Zölle, die bis 70 Perzent des Handelswerthes gehen, kann man nicht anders be-

urtheilen. Ein Moment wurde sowohl von Kautsky, wie von Karpeles hervorgehoben — und das erscheint auch mir selbstverständlich — daß wir mit aller möglichen uns zu Gebote stehenden Energie gegen die Getreidezölle auftreten müssen. Daran zweifelt Niemand — das ist auch aus der ganzen Debatte hervorgegangen — daß wir es hier mit einem der vielen Fälle der praktischen Politik zu thun haben, wo man nicht starre Prinzipien aufstellen kann, sondern wo man den einzelnen Fall in Erwägung ziehen muß. (Zwischenruf des Genossen Karpeles.) Wenn aber jetzt Dr. Karpeles meint, er hat mich schon, so täuscht er sich sehr. Wir können konstatiren, ein so verruchter und verrufener Theoretiker Kautsky auch ist, so hat er heute doch so gesprochen, daß auch ihn Niemand für einen prinzipiellen Freihändler erklären kann; er hat alle Konzessionen gemacht, die ein vernünftiger Mensch machen kann und machen muß. Wir werden uns ja auf ein Programm einlassen müssen — das sehen wir Alle ein — und hauptsächlich den Kampf gegen die Lebensmittelzölle richten müssen. Industriezölle müssen wir uns unter Umständen gefallen lassen, gedrängt von der Nothwendigkeit, gedrängt von der Konjunktur und von den Verhältnissen in der einzelnen Branche. Aber daraus folgt noch nicht, daß wir auch schon anfangen, für sie zu schwärmen. Daraus folgt noch lange nicht, daß wir uns auf einem sozialdemokratischen Parteitag für den Schutzzoll begeistern müssen, als wären wir eine Versammlung von Handelskammersekretären. (Heiterkeit.) Wir sehen die Schutzzölle als Krücken für schwache Industrien an, aber von diesem Standpunkte bis zu jenem Pathos, mit dem hier die Züchtung von Millionären gefordert wurde, ist noch ein weiter Weg. Wir haben mit der Züchtung von Junkern und Offizieren genug schlechte Erfahrungen gemacht und glauben, daß die gezüchteten Millionäre auch nicht viel besser aussehen würden. Dr. Karpeles hat uns selbst erzählt, daß unseren österreichischen Industriellen alle Qualitäten fehlen, die auch nur zu einem ordentlichen Industriekönig gehören. Es ist vollständig wahr, daß diese Schutzzölle vielfach mit der Rückständigkeit unserer Industrie in Zusammenhang zu bringen sind; die Millionäre kommen dabei ganz gut heraus, daß sich aber daraus ein Vortheil für die Arbeiter ergeben hätte, haben wir bisnun nicht gehört: diese Millionärzüchtung ist vielmehr eine Züchtung von Hungerlöhnen. Wir bezahlen diese Millionärzüchtung sehr theuer. Wir zahlen Zuckerprämien, durch die ja Millionäre herauskommen, ohne daß die sehr zahlreichen Arbeiter dieser blühenden Industrie davon einen Vortheil hätten. Es ist aber nicht einzusehen, warum wir die Zuckerkönige mehr schätzen sollten als die Weberkönige und die Spinnermillionäre. Wenn wir auch, vernünftigen Erwägungen im einzelnen Falle Rechnung tragend, genöthigt sind, uns von Fall zu Fall mit einem Schutzzoll abzufinden, sind wir durchaus nicht prinzipiell dafür, am allerwenigsten mit jener Begeisterung, wie sie hier im Referate des Genossen Dr. Karpeles zu Tage trat. (Lebhafter Beifall.)

* **Vaněk** (Prag, czechisch): Dr. Karpeles hat uns die Gefahren geschildert, die uns durch die Gesetzwerdung des deutschen Zolltarifentwurfes drohen, und hat uns gezeigt, daß dadurch einerseits die Lebensmittel in Deutschland vertheuert, andererseits unsere Industrie gefährdet würde. Er hält es für nothwendig, auch zu Gunsten unserer Industrie Schutzzölle einzuführen und auf diese Art und Weise unserer Arbeiterschaft durch die regere Nachfrage nach Arbeitskraft aufzuhelfen. Im ersten Moment denkt man unwillkürlich an die ägyptischen Fleischtöpfe, aber bei näherer Ueberlegung sieht die Sache denn doch etwas anders aus. Die bisher bestandenen Schutzzölle haben der Arbeiterschaft sehr wenig genützt. Genosse Beer ist vollkommen im Recht, daß die Industriellen dabei Millionen zusammengescharrt haben, ohne daß die Arbeiterschaft davon den geringsten Vortheil gehabt hätte. Wir können daher Schutzzölle absolut nicht befürworten. Wir sind der Ansicht des Dr. Adler, daß wir uns jedenfalls gegen Zölle auf Lebensmittel auflehnen und uns unter Umständen Industriezölle gefallen lassen müssen. Wenn die Industriellen Schutzzölle verlangen, so werden sie auch Macht genug besitzen, um ihre Wünsche durchzusetzen. Dazu dürfen wir Sozialdemokraten aber nicht mithelfen, wir wollen *ihnen* die Kastanien nicht aus dem Feuer holen. Uebrigens haben manche Staaten, *z. B. England*, die Schutzzöllnerei mit dem Verbote der Einwanderung von

Arbeitern beantwortet. Eine solche Maßregel wäre für uns in Oesterreich bei der großen Zahl von Auswanderungen sehr gefährlich.

Ich muß mich entschieden gegen die Behauptung verwahren, daß die Interessen des Proletariats sich mit denen der Industriellen decken; das ist unrichtig, und es ist gefährlich, mit solchen Behauptungen in die Oeffentlichkeit zu treten.

Redner bittet schließlich um Annahme der von ihm nach Besprechung mit den beiden Referenten beantragten Abänderung der Resolution. (Beifall.)

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird abgelehnt und über Antrag Dr. Adler's die Rednerliste geschlossen.

Ausobsky (Wien): Ich bin durchaus kein enragirter Anhänger des Freihandels, meine aber, daß wir alle Ursache haben, uns wenigstens nicht aktiv für irgend einen Zoll, auch nicht für einen Erziehungszoll, einzusetzen. Wir würden uns damit auf eine sehr gefährliche Bahn begeben. Speziell bei jener Industriegruppe, der ich angehöre, haben wir die Erfahrung gemacht, daß ein Erziehungszoll in seinen Wirkungen von einem ausgewachsenen Schutzzoll oft nicht zu unterscheiden ist. Ich habe hier die Wirkungen der MacKinley-Bill im Auge, welche in Bezug auf die Perlmutterindustrie den Charakter eines Erziehungszolles hatte. In Amerika hatte es bis dahin eine Perlmutterindustrie nicht gegeben. Die Perlmutterknöpfe wurden mit hohen Zöllen belegt zu Gunsten der sogenannten Mississippiknöpfe, die aus Mississippimuscheln erzeugt werden. Das Rohmaterial brauchte nicht eingeführt zu werden, die Muscheln waren sehr billig, es konnte mit Maschinen gearbeitet und es konnten ungelernte Arbeiter beschäftigt werden. Die Arbeiter dieser Industrie leiden nun unter allen Uebeln des Schwitzsystems. Sie sind schlecht gezahlt, sie müssen lange Zeit arbeiten u. s. w. Diese Arbeiterschaft also hatte von diesem Schutzzoll natürlich gar nichts. Weiter kommt zu erwägen, daß ebenso wie ein Schutzzollkrieg, so auch ein Erziehungszollkrieg entstehen kann. Und wieder haben wir in der Knopfindustrie die Bemerkung gemacht, daß es nicht bloß damit abgethan ist, daß der Arbeiter insofern geschädigt wird, als durch den Schutzzoll der Exportpreis erhöht wird, sondern der Schutzzoll wird vom Unternehmer noch ausgenützt, um im Trüben zu fischen. Seit der MacKinley-Bill vergeht kein Jahr, in dem nicht behauptet wird, daß die Perlmutterindustrie in Oesterreich Gefahr laufe, sofort zu Grunde zu gehen. Jede Zollchikane wird ausgenützt, um zu behaupten, daß eine neue Zollschranke errichtet wurde.

Es bedarf einer ungeheuren Anstrengung, um die Preise nur halbwegs zu halten. Die Arbeiterschaft läuft fortwährend Gefahr, geringere Löhne zu bekommen, obwohl die Einfuhr an Rohmaterial — an Perlmuscheln — sowie die Ausfuhr von Produkten von Jahr zu Jahr in bedeutendem Maße steigen. Wir würden mit den Erziehungszöllen eine ähnliche Industrieförderung erhalten, wie diese in Ungarn beschaffen ist, wo die Industrie von der Regierung bloß zum Nutzen einiger weniger Kapitalisten sehr stark „gefördert" wird, ohne daß aber die Arbeiterschaft davon einen Vortheil hätte. (Beifall.)

Das Schlußwort erhält zunächst

Korreferent Dr. **Karpeles** (Wien): Wenn es mir am Vormittag nicht möglich war, Mißverständnisse zu vermeiden, die ich hier für ausgeschlossen gehalten hätte, so muß ich daran verzweifeln, dies jetzt in dem Zeitraum, den ich vom Parteitage für mich in Anspruch nehmen darf, thun zu können. Was wurde mir nicht Alles vorgeworfen! Ein Redner war sogar über meine Verbrechen empört. Zustimmung habe ich überhaupt nicht gefunden, und das wundert mich außerordentlich. Den meisten Anstoß hat es erregt, daß ich von Interessenharmonie gesprochen habe — ein Wort, das ich übrigens gar nicht gebrauchte. Genosse Dr. Adler hat darauf hingewiesen, daß die Freihandelsrede von Marx eine politische Rede war, die zu dem Zwecke gehalten wurde, um die Legende von der Interessenharmonie zwischen Kapital und Arbeit zu zerstören, daß wir es aber heute nicht nöthig haben, die Arbeiterschaft von der Unrichtigkeit dieser Theorie überzeugen zu wollen. Ganz derselben Meinung bin auch ich; ich glaube, daß, so wie die Sozialdemokratie heute in Oesterreich stark und gesund, wie ihre Stellung nach allen Seiten hin eine vollkommen klare ist, wir uns gar nicht davor zu fürchten haben,

Kohlenmagnaten an ihre Regierung mit der Forderung herangetreten, daß die ungarischen Staatsbahnen keine österreichischen Kohlen mehr benützen dürfen.

Die Frage der Zölle ist auch für die Arbeiter von einschneidender Bedeutung. Die Arbeiterschaft hat ein gewaltiges Interesse daran, zu dieser Frage Stellung zu nehmen, und ich bin der Ansicht, daß wir mit aller Entschiedenheit dagegen protestiren müssen, daß die Zölle erhöht werden, und daß wir zu verlangen haben, daß die Zölle auf Roheisen überhaupt beseitigt werden. Es ist nichts Anderes als ein Geschenk, das die gesammte österreichische Industrie und die Bevölkerung einigen wenigen Leuten — man kann sie an den Fingern von einigen Händen abzählen — gibt, wenn auf Roheisen Zölle erhoben werden. Gerade im Interesse der Arbeiter sowie im Interesse der Entwicklung der österreichischen Industrie müssen wir die Aufhebung der Roheisenzölle verlangen.

Daß alle anderen österreichischen Industrien sogenannte Erziehungszölle entbehren können, will ich nicht behaupten. Aber das ist zu beachten: selbst mäßige Erziehungszölle arten mit der Zeit zum Schutzzoll aus und der Schutzzoll zum Finanzzoll! Die Eisenzölle sind heute nichts Anderes als Finanzzölle. Auch das ist zu beachten, daß in der Praxis ein enger Zusammenhang zwischen Agrar- und Industriezoll besteht. Sie sind ohne einander gar nicht denkbar; bei uns in Oesterreich noch viel weniger als anderswo, weil bei uns die Industrie auf die Gesetzgebung nicht jenen Einfluß hat, der ihr zukommt, da im Parlamente heute gerade so wie vor Jahrzehnten die Agrarier und Feudalen die Gesetzgebung beinahe vollständig in der Hand haben. Es ist also nicht möglich, Industriezölle zu konzediren, ohne gleichzeitig Agrarzölle festzusetzen. Mit Rücksicht darauf aber, daß wir uns ganz entschieden gegen die Erhöhung der Agrarzölle wehren müssen, halte ich es für taktisch unklug, darauf hinzuweisen, daß eine Erhöhung der Industriezölle angeblich nothwendig sei.

Dr. Karpeles hat zum Schlusse ausgeführt, daß hier eine Interessengemeinschaft zwischen Arbeitern und Industriellen bestehe. Das bestreite ich ganz entschieden. Er hat Engels zitirt. Dr. Karpeles hätte aber die Freundlichkeit haben sollen, in dem betreffenden Artikel eine Spalte weiter zu gehen, dann hätte er gefunden, daß Engels auch Folgendes sagt:

„Der Schutzzoll ist im besten Falle eine Schraube ohne Ende, und man weiß nie, wenn man mit ihm fertig ist. Wenn wir einen Geschäftszweig schützen, so schädigen wir direkt und indirekt alle anderen und müssen sie demzufolge ebenfalls schützen. Dadurch schädigen wir aber die zuerst geschützte Industrie und geben ihr Anspruch auf Entschädigung. Aber diese Entschädigung wirkt wiederum auf alle anderen Geschäftszweige zurück und berechtigt sie zu neuem Schutze und so fort ins Unendliche."

An einer anderen Stelle sagt er: „Die Bildung von solchen Kartellen in geschützten Industrien ist das sicherste Zeichen, daß der Zollschutz sich ausgelebt hat und seinen Charakter verändert, daß er den Fabrikanten nicht mehr gegen den fremden Importeur, sondern gegen den heimischen Produzenten schützt."

Daraus geht hervor, daß man Engels gewiß nicht zu den Schutzzöllnern rechnen kann. Wir Oesterreicher müssen dem österreichischen Eisenkartell jährlich 12½ Millionen Gulden in den Rachen werfen, und ähnlich verhält es sich in den anderen kartellirten Industriezweigen. In der Eisenindustrie gibt es eine Anzahl von Kartellen, von denen vielfach die Oeffentlichkeit gar nichts weiß. Wir haben z. B. ein Brückenbauer-, ein Waggonbauer-, ein Wagenrädererzeuger-, ein Emailwaarenerzeuger-Kartell u. s. w. Alle diese Kartelle beweisen, daß diese Industrien auf jener Stufe der Entwicklung angelangt sind, auf der sie eines Schutzzolles nicht mehr bedürfen. Wir müssen im Allgemeinen daher Freihändler sein, wenn wir auch im Einzelnen mit Rücksicht auf unsere Abhängigkeit vom Weltmarkt Konzessionen machen dürfen. Darin liegt kein Widerspruch, denn es hätte gewiß keinen Sinn, wenn wir in Oesterreich allein Freihändler wären, wenn wir uns allein auf den Standpunkt stellten, unsere Grenzen offen zu halten, ohne daß dies auch die Anderen thun. Es ist aber kein Zweifel, daß wir hauptsäch-

lich Freihändler sein müssen, sowohl vom Standpunkte des Produzenten als auch vom Standpunkte des Konsumenten.

In manchen Details bin ich mit Dr. Karpeles einverstanden, aber seinen prinzipiellen Standpunkt lehne ich ab. Sonst könnte man noch dazu kommen, auch die Lebensmittelzölle annehmbar zu finden. Ich bitte Sie daher, dafür zu sorgen, daß die Ansichten des Genossen Dr. Karpeles, die sich übrigens wenig mit den in der von ihm unterzeichneten Resolution ausgesprochenen Grundsätzen decken, nicht zum Gemeingute der ganzen Partei gemacht werden. Wir haben nur ein Interesse: billige Lebensmittel, billige Waaren. Deshalb muß unsere Tendenz auf den Freihandel gerichtet sein. (Lebhafter Beifall.)

Kristan (Triest): Ich meine, sowohl aus den Ausführungen des Genossen Kautsky, wie aus jenen des Genossen Beer geht hervor, daß die großartigen Vortheile für die Arbeiterschaft, welche den Schutzzöllen zugeschrieben werden, in der Wirklichkeit nicht bestehen. Wir müßten ja fortwährend auf der Suche sein, in welcher Industrie die Schutzzölle für die Arbeiter günstig sind und in welcher nicht, und das gäbe Streitigkeiten ohne Ende. Für den Freihandel und für den Schutzzoll zugleich können wir nicht sein, mischen lassen sich diese beiden Standpunkte nicht. Wenn wir das erstemal, wo wir auf einem Parteitage über diese Frage diskutiren, uns für den Schutzzoll erklären, so hätte das den Anschein, als ob wir damit ein Grundprinzip der Sozialdemokratie, die Internationalität, zum Theil preisgeben würden. Meine Ansicht ist die: Wenn sich in Oesterreich ohne Schutzzoll keine Industrie entfalten kann, dann ist es besser, daß hier überhaupt keine Industrie besteht. Wenn sie hier nicht sein wird, wird sie anderswo sein, und dann werden unsere Arbeiter dorthin auswandern. Und es ist besser, sie wandern aus und bringen sich draußen anständig fort, als daß sie hier neue Opfer bringen.

Schutzzollpolitik ist gerade so was Schwächliches wie die bekannte Gewerbepolitik mit dem Befähigungsnachweis und anderen kleinen Mittelchen. Eine Industrie, die nicht ihre Existenzbedingungen in sich selbst hat, hat überhaupt keine Berechtigung.

Genosse Beer hat mit Recht betont, daß Agrarzölle und Industriezölle in einem innigen Zusammenhange stehen und daß wir vor Allem gegen die Agrarzölle ankämpfen müssen. Wir haben bei uns im Süden festgestellt, daß unsere Bauern fast durchgehends nicht zum Verkauf produziren, daß sie sogar oft gezwungen sind, Brot und Getreide zu kaufen, so daß wir also auch eine genügende Handhabe besitzen, um die Bauern gegen die Agrarzölle zu gewinnen. (Beifall.)

Pittoni (Triest): Die Ausführungen des Genossen Dr. Karpeles haben mich geradezu empört. Er ist in der Protektion der Industrie so weit gegangen, daß ein Großindustrieller und ausgesprochener Schutzzöllner auch nicht weiter gehen könnte. Ich behaupte, daß uns die industrielle Produktion nur so weit angehen kann, als dabei die Interessen der Arbeiter lasse in Betracht kommen, und daß es sich uns nicht um eine Förderung der Industrie überhaupt handeln kann. (Widerspruch.) Ich glaube, daß durch Schutzzölle auch Industrien ins Leben gerufen werden, die gar keine Existenzberechtigung haben. Wer aus den Gründen, die hier angeführt wurden, für Schutzzölle ist, der kann dann ebensogut auch für die Ausfuhrprämien eintreten, indem man sagt, daß dadurch die Arbeiter der Zuckerindustrie in Oesterreich geschützt werden.

Genosse Dr. Karpeles sagt auch, daß die Schutzzölle es ermöglichen, daß jedes Volk seine eigene Industrie entwickle. Es ist aber durchaus keine feststehende Thatsache, daß jedes Volk sämmtliche Produkte erzeugen muß. Was in England besser und billiger erzeugt werden kann, braucht in Italien nicht produzirt werden, wenn da die Produktionskosten um ein Drittel oder die Hälfte höher sind.

Wenn Genosse Dr. Karpeles, um seine Schutzzöllnerei verdaulicher zu machen, gesagt hat, wir müssen als Sozialdemokraten für Schutzzölle sein, um die industriellen Arbeiter für uns zu gewinnen, so ist das eine unrichtige Argumentation, denn die Sozialdemokratie hat die Interessen aller Arbeiter, auch jene der landwirthschaftlichen Arbeiter zu schützen. In Italien hat die Sozial-

demokratie beim Bauernstande in der letzten Zeit sehr stark an Boden gewonnen, und auch in den südlichen Provinzen in Oesterreich wird dies bald der Fall sein.

Ich würde die vorgelegte Resolution gerne unterschreiben, da in derselben jene Gegensätze, die in den Ausführungen der Genossen Kautsky und Dr. Karpeles zum Ausdruck kommen, nicht enthalten sind, und möchte nur im dritten Absatze die Aenderung eines Wortes wünschen. Es heißt hier „Aber in den Anfängen der kapitalistischen Industrie kann die ökonomische Entwicklung auch gefördert werden". Ich möchte sagen: „wird auch gefördert", und zwar von Seite der industriellen Bourgeoisie, und es könnte vielleicht noch eingeschaltet werden, daß wir Sozialdemokraten ausnahmsweise — ich möchte nicht sagen, für Erziehungszölle — für Schutzzölle stimmen können, wenn es sich darum handelt, eine schwere Krise zu vermeiden, sonst nicht. Im letzten Absatze möchte ich lieber sagen: „In seinem Kampfe gegen das Zollsystem im Allgemeinen und gegen das letztgenannte insbesondere darf das Proletariat u. s. w." Es soll hier zum Ausdruck kommen, daß die Sozialdemokratie einen Schutzzoll nur ausnahmsweise billigen kann. (Beifall.)

Dr. **Morgenstern** (Mähr.-Schönberg): Wir sehen, daß die beiden Referenten trotz ihrer gegentheiligen theoretischen Ansichten in der Praxis, worauf es ja ankommt, übereinstimmen. Ich stehe auf dem Standpunkte des Freihandels, würde es aber trotzdem für kein Unglück ansehen, wenn es zur zollpolitischen Trennung von Ungarn käme, und zwar aus politischen Gründen. Ungarn bedeutet für uns die Reaktion auf dem Gebiete des Militarismus, durch Ungarn sind wir in einen Zollkrieg mit Rumänien und Serbien gerathen. Unsere Agrarier finden an den ungarischen Agrariern eine feste Stütze. Ich glaube, daß es uns viel leichter möglich sein wird, mit Rußland, den Balkanstaaten oder Italien Handelsverträge abzuschließen, wenn wir von Ungarn los sind. Täuschen wir uns nicht über die Absichten Ungarns. Es wird uns nur so lange neben sich dulden, als es uns braucht. In dem Momente, wo die ungarische Industrie, ich will nicht sagen konkurrenzfähig, aber halbwegs entwickelt ist, wird es selbst auf die Zolltrennung dringen. Wir stehen in dieser Frage auf demselben Standpunkte wie unsere ungarischen Genossen. Auch diese wollen die Trennung, weil sich nur dadurch die Industrie in Ungarn entsprechend entwickeln und die Sozialdemokratie Boden gewinnen kann. In Bezug auf die Frage, ob die österreichische Industrie auf Schutz- oder Erziehungszölle angewiesen ist oder nicht, stelle ich mich ganz auf den Standpunkt des Genossen Kristan, daß eine Industrie, welche nur durch einen Schutzzoll bestehen kann, besser gar nicht bestünde. Es ist eine Thatsache, daß die österreichische Industrie ihre Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkte vor Allem nur den niedrigen Löhnen verdankt.

Ich weise hier nur auf die Verhältnisse in der österreichischen Seidenindustrie hin. Diese Industrie arbeitet unter ganz rückständigen Produktionsbedingungen, und wenn sie mit dem Auslande konkurriren kann, so ist dies hauptsächlich dem Umstande zuzuschreiben, weil bei uns in dieser Industrie Löhne von 3 bis 4 Gulden per Woche bestehen, während wir in Deutschland solche von 18 bis 20 Mark haben. Er wirkt als Zollschutz auf die Fabrikanten gerade in der Richtung, die reaktionären Betriebsformen aufrecht zu erhalten. Würde der Zoll für diese Industrie reduzirt, dann läge darin ein Ansporn für die Fabrikanten, von dem reaktionären Handbetriebe zum mechanischen Betriebe überzugehen. Aehnlich liegen die Verhältnisse in der Baumwollindustrie. Oesterreich hat einen ungeheuren Import an Garn, und wenn der Garnzoll reduzirt würde, würde derselbe noch weiter steigen.

Wenn aber das Rohprodukt verbilligt wird, wird auch unser Export an Baumwollwaaren zunehmen. Für uns ist aber vor Allem die Hebung des inländischen Marktes die Hauptsache. Wir haben eine Bevölkerung von 26 Millionen Köpfen. Wenn wir nun bedenken, daß von diesen 7 Millionen in Galizien und 2 Millionen in Krain, Dalmatien und im Küstenlande wohnen, die nicht konsumtionsfähig sind, und daß bei den deutschen Arbeitern selbst die Löhne durchschnittlich per Jahr nur 200 bis 300 Gulden betragen, so müssen wir die von Dr. Karpeles gestellte Frage: Wie kommen wir am besten in Oesterreich zur Großindustrie? dahin beantworten: nicht durch Schutzzölle, sondern dadurch, daß

wir die Lage der Arbeiterschaft und damit den inländischen Konsum zu heben trachten. (Beifall.)

Brod (Wien): Kautsky hat, wie dies von einem Sozialdemokraten zu erwarten war, die Frage der Zoll- und Handelspolitik vom Standpunkte der Arbeiterschaft aus behandelt. Hingegen hat Karpeles, als alter Praktikus, wie er sagt, die Angelegenheit vom praktischen Standpunkte aus behandelt und hat sehr viel von Baumwolle gesprochen. So viel ich aber weiß, ist Dr. Karpeles Redakteur und handelt nicht mit Baumwolle. (Heiterkeit.) Also auch er spricht doch nur als Theoretiker und nicht als Praktiker. Genosse Dr. Karpeles will keine theoretische Dummheit begehen, aber das schließt die praktische Dummheit noch gar nicht aus, und diese praktische Dummheit ist noch schädlicher. (Heiterkeit.)

Dr. Karpeles hat uns mit blutendem Herzen ein Zitat von Marx gebracht. Stellen Sie sich vor: Karpeles hat den Marx zitirt! (Heiterkeit. — **Dr. Adler**: Das ist Ihr Monopol! — Heiterkeit.) Das ist zwar nicht mein Monopol, aber ich verlange, daß er nicht einen Satz aus dem Zusammenhang herausreiße und dann sagt: Schaut! Ich bin ein so gescheiter Kerl, daß ich dasselbe will, was Marx gesagt hat. Marx sagt wohl: Laßt Euch durch das Wort Freihandel nicht imponiren, und im „Kapital" spricht er verächtlich von den „Freihandelshausirburschen". Aber das Jahr 1901 mit dem Jahre 1847 zu vergleichen, das bringt nur ein so ausgezeichneter Praktiker wie unser Dr. Karpeles zu Stande. Damals hat es sich thatsächlich um den Gegensatz zwischen Schutzzoll und Freihandel gehandelt, damals hat Marx die Arbeiterschaft, welche von den Freihandelshausirburschen irregeführt werden sollte, aufzuklären gesucht, daß weder Freihandel noch Schutzzoll das Allheilmittel für die Arbeiterschaft sein kann, daß sich die Arbeiter weder von der einen noch von der anderen Seite ins Schlepptau nehmen lassen dürfen, sondern den sozialistischen Standpunkt vertreten müßten. Heute gibt es keine so begeisterten Freihändler mehr, und wenn sie auch nach außen begeistert dafür eintreten, so sind sie in ihrem Innern froh, wenn es in Wirklichkeit nicht dazu kommt. Heute haben die Arbeiter thatsächlich ein Interesse an dem Freihandel und nicht an dem Schutzzoll. Wir haben seit 100 Jahren Schutzzoll und sind dabei nicht glücklich geworden. Marx hat im Jahre 1847 Recht gehabt, aber Karpeles hat darum heute nicht weniger Unrecht.

Ich schließe mich den Anschauungen der Genossen Kautsky und Beer an. Ich bin kein Fachmann in Baumwolle, aber ich weiß, daß die Arbeiterschaft ein Interesse daran hat, gegen diese Schutzzollhausirburschen mit aller Entschiedenheit aufzutreten. (Beifall.)

Dr. Adler (Wien): In Anknüpfung an die eben gehörten Worte des Genossen Brod, der einige sehr triftige Bemerkungen vorgebracht hat, möchte ich zu dem angeführten Zitat von Marx etwas in Erinnerung bringen, was anzuführen dem Genossen Karpeles vielleicht nicht gepaßt hat. Die Rede von Marx aus dem Jahre 1847 hat sich nicht etwa gegen den Freihandel in der Industrie, sondern, wenn sie sich überhaupt gegen den Freihandel gerichtet hat, gegen den Freihandel in Getreide gewendet. Diese Rede knüpfte bekanntlich an die Anti-Korn-Law-Bewegung in England an und war eine rein politische Rede gegen die Cobdeniten, dazu bestimmt, die englischen und kontinentalen Arbeiter aus der Umgarnung der Anti-Kornzoll-Liga loszureißen. Das war eine Rede gegen die Interessenharmonie. Es berührt mich nun eigenthümlich, daß wir gerade dieses Zitat in einer Rede angewendet finden, die doch keinen anderen Sinn haben kann, als uns zu sagen: Es besteht eine Interessenharmonie zwischen Kapital und Arbeit — eine Harmoniedusselei, gegen die sich Marx gerade in dieser Rede gewendet hat. Ich bin kein Mann der Quellenforschung und glaube wirklich nicht, daß wir heute die Zeugnisse von anno dazumal brauchen. Aber diese Rede ist mir ein Fingerzeig, daß wir die Sache auch vom politischen Standpunkt aus behandeln müssen. Haben wir hier in Oesterreich es wirklich nothwendig, die Arbeiter aus einer solchen Interessensolidarität loszureißen? Nein. Bei uns haben weder die Agrarier noch die Industriellen einen irgendwie nennenswerthen Einfluß auf die Arbeiterschaft, wir können also hier ziemlich frei und unbefangen

urtheilen. Ein Moment wurde sowohl von Kautsky, wie von Karpeles hervorgehoben — und das erscheint auch mir selbstverständlich — daß wir mit aller möglichen uns zu Gebote stehenden Energie gegen die Getreidezölle auftreten müssen. Daran zweifelt Niemand — das ist auch aus der ganzen Debatte hervorgegangen — daß wir es hier mit einem der vielen Fälle der praktischen Politik zu thun haben, wo man nicht starre Prinzipien aufstellen kann, sondern wo man den einzelnen Fall in Erwägung ziehen muß. (Zwischenruf des Genossen Karpeles.) Wenn aber jetzt Dr. Karpeles meint, er hat mich schon, so täuscht er sich sehr. Wir können konstatiren, ein so verruchter und verrufener Theoretiker Kautsky auch ist, so hat er heute doch so gesprochen, daß auch ihn Niemand für einen prinzipiellen Freihändler erklären kann; er hat alle Konzessionen gemacht, die ein vernünftiger Mensch machen kann und machen muß. Wir werden uns ja auf ein Programm einlassen müssen — das sehen wir Alle ein — und hauptsächlich den Kampf gegen die Lebensmittelzölle richten müssen. Industriezölle müssen wir uns unter Umständen gefallen lassen, gedrängt von der Nothwendigkeit, gedrängt von der Konjunktur und von den Verhältnissen in der einzelnen Branche. Aber daraus folgt noch nicht, daß wir auch schon anfangen, für sie zu schwärmen. Daraus folgt noch lange nicht, daß wir uns auf einem sozialdemokratischen Parteitag für den Schutzzoll begeistern müssen, als wären wir eine Versammlung von Handelskammersekretären. (Heiterkeit.) Wir sehen die Schutzzölle als Krücken für schwache Industrien an, aber von diesem Standpunkte bis zu jenem Pathos, mit dem hier die Züchtung von Millionären gefordert wurde, ist noch ein weiter Weg. Wir haben mit der Züchtung von Junkern und Offizieren genug schlechte Erfahrungen gemacht und glauben, daß die gezüchteten Millionäre auch nicht viel besser aussehen würden. Dr. Karpeles hat uns selbst erzählt, daß unseren österreichischen Industriellen alle Qualitäten fehlen, die auch nur zu einem ordentlichen Industriekönig gehören. Es ist vollständig wahr, daß diese Schutzzölle vielfach mit der Rückständigkeit unserer Industrie in Zusammenhang zu bringen sind; die Millionäre kommen dabei ganz gut heraus, daß sich aber daraus ein Vortheil für die Arbeiter ergeben hätte, haben wir bisnun nicht gehört: diese Millionärzüchtung ist vielmehr eine Züchtung von Hungerlöhnen. Wir bezahlen diese Millionärzüchtung sehr theuer. Wir zahlen Zuckerprämien, durch die ja Millionäre herauskommen, ohne daß die sehr zahlreichen Arbeiter dieser blühenden Industrie davon einen Vortheil hätten. Es ist aber nicht einzusehen, warum wir die Zuckerkönige mehr schätzen sollten als die Weberkönige und die Spinnermillionäre. Wenn wir auch, vernünftigen Erwägungen im einzelnen Falle Rechnung tragend, genöthigt sind, uns von Fall zu Fall mit einem Schutzzoll abzufinden, sind wir durchaus nicht prinzipiell dafür, am allerwenigsten mit jener Begeisterung, wie sie hier im Referate des Genossen Dr. Karpeles zu Tage trat. (Lebhafter Beifall.)

Vaněk (Prag, czechisch): Dr. Karpeles hat uns die Gefahren geschildert, die uns durch die Gesetzwerdung des deutschen Zolltarifentwurfes drohen, und hat uns gezeigt, daß dadurch einerseits die Lebensmittel in Deutschland vertheuert, andererseits unsere Industrie gefährdet würde. Er hält es für nothwendig, auch zu Gunsten unserer Industrie Schutzzölle einzuführen und auf diese Art und Weise unserer Arbeiterschaft durch die regere Nachfrage nach Arbeitskraft aufzuhelfen. Im ersten Moment denkt man unwillkürlich an die ägyptischen Fleischtöpfe, aber bei näherer Ueberlegung sieht die Sache denn doch etwas anders aus. Die bisher bestandenen Schutzzölle haben der Arbeiterschaft sehr wenig genützt. Genosse Beer ist vollkommen im Recht, daß die Industriellen dabei Millionen zusammengescharrt haben, ohne daß die Arbeiterschaft davon den geringsten Vortheil gehabt hätte. Wir können daher Schutzzölle absolut nicht befürworten. Wir sind der Ansicht des Dr. Adler, daß wir uns jedenfalls gegen Zölle auf Lebensmittel auflehnen und uns unter Umständen Industriezölle gefallen lassen müssen. Wenn die Industriellen Schutzzölle verlangen, so werden sie auch Macht genug besitzen, um ihre Wünsche durchzusetzen. Dazu dürfen wir Sozialdemokraten aber nicht mithelfen, wir wollen ihnen die Kastanien nicht aus dem Feuer holen. Uebrigens haben manche Staaten, z. B. England, die Schutzzöllnerei mit dem Verbote der Einwanderung von

Arbeitern beantwortet. Eine solche Maßregel wäre für uns in Oesterreich bei der großen Zahl von Auswanderungen sehr gefährlich.

Ich muß mich entschieden gegen die Behauptung verwahren, daß die Interessen des Proletariats sich mit denen der Industriellen decken; das ist unrichtig, und es ist gefährlich, mit solchen Behauptungen in die Oeffentlichkeit zu treten.

Redner bittet schließlich um Annahme der von ihm nach Besprechung mit den beiden Referenten beantragten Abänderung der Resolution. (Beifall.)

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird abgelehnt und über Antrag Dr. Adler's die Rednerliste geschlossen.

Ausobsky (Wien): Ich bin durchaus kein enragirter Anhänger des Freihandels, meine aber, daß wir alle Ursache haben, uns wenigstens nicht aktiv für irgend einen Zoll, auch nicht für einen Erziehungszoll, einzusetzen. Wir würden uns damit auf eine sehr gefährliche Bahn begeben. Speziell bei jener Industriegruppe, der ich angehöre, haben wir die Erfahrung gemacht, daß ein Erziehungszoll in seinen Wirkungen von einem ausgewachsenen Schutzzoll oft nicht zu unterscheiden ist. Ich habe hier die Wirkungen der MacKinley-Bill im Auge, welche in Bezug auf die Perlmutterindustrie den Charakter eines Erziehungszolles hatte. In Amerika hatte es bis dahin eine Perlmutterindustrie nicht gegeben. Die Perlmutterknöpfe wurden mit hohen Zöllen belegt zu Gunsten der sogenannten Mississippiknöpfe, die aus Mississippimuscheln erzeugt werden. Das Rohmaterial brauchte nicht eingeführt zu werden, die Muscheln waren sehr billig, es konnte mit Maschinen gearbeitet und es konnten ungelernte Arbeiter beschäftigt werden. Die Arbeiter dieser Industrie leiden nun unter allen Uebeln des Schwitzsystems. Sie sind schlecht gezahlt, sie müssen lange Zeit arbeiten u. s. w. Diese Arbeiterschaft also hatte von diesem Schutzzoll natürlich gar nichts. Weiter kommt zu erwägen, daß ebenso wie ein Schutzzollkrieg, so auch ein Erziehungszollkrieg entstehen kann. Und wieder haben wir in der Knopfindustrie die Bemerkung gemacht, daß es nicht bloß damit abgethan ist, daß der Arbeiter insofern geschädigt wird, als durch den Schutzzoll der Exportpreis erhöht wird, sondern der Schutzzoll wird vom Unternehmer noch ausgenützt, um im Trüben zu fischen. Seit der MacKinley-Bill vergeht kein Jahr, in dem nicht behauptet wird, daß die Perlmutterindustrie in Oesterreich Gefahr laufe, sofort zu Grunde zu gehen. Jede Zollchikane wird ausgenützt, um zu behaupten, daß eine neue Zollschranke errichtet wurde.

Es bedarf einer ungeheuren Anstrengung, um die Preise nur halbwegs zu halten. Die Arbeiterschaft läuft fortwährend Gefahr, geringere Löhne zu bekommen, obwohl die Einfuhr an Rohmaterial — an Perlmuscheln — sowie die Ausfuhr von Produkten von Jahr zu Jahr in bedeutendem Maße steigen. Wir würden mit den Erziehungszöllen eine ähnliche Industrieförderung erhalten, wie diese in Ungarn beschaffen ist, wo die Industrie von der Regierung bloß zum Nutzen einiger weniger Kapitalisten sehr stark „gefördert" wird, ohne daß aber die Arbeiterschaft davon einen Vortheil hätte. (Beifall.)

Das Schlußwort erhält zunächst

Korreferent Dr. **Karpeles** (Wien): Wenn es mir am Vormittag nicht möglich war, Mißverständnisse zu vermeiden, die ich hier für ausgeschlossen gehalten hätte, so muß ich daran verzweifeln, dies jetzt in dem Zeitraum, den ich vom Parteitage für mich in Anspruch nehmen darf, thun zu können. Was wurde mir nicht Alles vorgeworfen! Ein Redner war sogar über meine Verbrechen empört. Zustimmung habe ich überhaupt nicht gefunden, und das wundert mich außerordentlich. Den meisten Anstoß hat es erregt, daß ich von Interessenharmonie gesprochen habe — ein Wort, das ich übrigens gar nicht gebrauchte. Genosse Dr. Adler hat darauf hingewiesen, daß die Freihandelsrede von Marx eine politische Rede war, die zu dem Zwecke gehalten wurde, um die Legende von der Interessenharmonie zwischen Kapital und Arbeit zu zerstören, daß wir es aber heute nicht nöthig haben, die Arbeiterschaft von der Unrichtigkeit dieser Theorie überzeugen zu wollen. Ganz derselben Meinung bin auch ich; ich glaube, daß, so wie die Sozialdemokratie heute in Oesterreich stark und gesund, wie ihre Stellung nach allen Seiten hin eine vollkommen klare ist, wir uns gar nicht davor zu fürchten haben,

daß Jemand meinen könnte, wenn in einem ganz bestimmten Falle davon gesprochen wird, daß die Arbeiter und die Industriellen gewisse gemeinsame Interessen haben, damit auch schon die Interessenharmonie zwischen Kapital und Arbeit gepredigt werde. Ich spreche doch hier nicht vor Leuten, die erst für den Sozialismus zu gewinnen sind, und denen die Grundsätze unserer Partei erst mühselig beigebracht werden müssen. Und ich kann doch schließlich für mich in Anspruch nehmen, daß man mich nicht für fähig hält, daß ich, obwohl Redakteur der „Arbeiter-Zeitung" und obwohl von der Parteivertretung zum Korreferenten bestimmt, hier auf einem Parteitage der Sozialdemokratie der Interessenharmonie zwischen Kapital und Arbeit das Wort zu reden. So übertrieben ängstlich brauchen wir heute doch nicht mehr zu sein. Wo in einem ganz bestimmten Fall gemeinsame Interessen vorhanden sind, da können wir es auch ruhig sagen und brauchen uns wahrlich nicht zu fürchten.

Dr. Adler hat uns auseinandergesetzt, daß die Züchtung von Millionären, die ich allerdings befürworte, auch eine Züchtung von Hungerlöhnen bedeute, und Genosse Dr. Morgenstern, der aus einem Bezirke kommt, wo die Textilindustrie vorherrscht, hat uns sogar geschildert, daß in der Textilindustrie und besonders in der Seidenindustrie eine Erhöhung des Zolles von der maschinellen Produktion zur Heimarbeit führe. Ich weiß nicht, wie man, wenn man den Gang der Entwicklung unserer Textilindustrie kennt, der Meinung sein kann, daß in der Textilindustrie die Heimarbeit an Boden gewinne. Aber davon bin ich überzeugt, daß, wenn Sie der Textilindustrie den Schutz nehmen, den sie meiner Ueberzeugung nach braucht — und schließlich ist auch kein einziger Genosse aufgetreten, der behauptet hätte, sie könne heute ohne Schutzzoll existiren — die unmittelbare Folge die wäre, daß die Fabriken gesperrt und die Fabriksarbeiter zu Heimarbeitern degradirt würden, daß sich die Industriellen auf diese Weise für den Schutz, den man ihnen entzogen hat, schadlos halten. Wenn wir Millionäre züchten, so züchten wir freilich zunächst ein Proletariat, das auf einer sehr tiefen Stufe steht. Aber wozu haben wir denn unsere gewerkschaftliche Organisation, auf die wir mit Recht so stolz sind und die uns die Möglichkeit gibt, die in mißlichen Verhältnissen befindlichen Proletarier aus ihrer Lage emporzuheben und sie zu relativ gut gezahlten Arbeitern zu machen.

Wenn man mich wegen der Worte, die ich über die Gemeinsamkeit der Interessen gesprochen habe, am liebsten henken möchte, was soll man dann erst zu den Ausführungen der Genossen Beer und Dr. Morgenstern sagen, die uns erzählt haben, die österreichische Industrie sei konkurrenzfähig, weil die Löhne bei uns niedrig sind! Wir schreien fortwährend darüber, daß unsere Industrie zurückbleibt, weil die Arbeiter schlecht entlohnt werden, und nun wird hier gesagt, wir halten die Industrie aufrecht, weil die Löhne so gering sind. Es ist ja in den Anfängen der kapitalistischen Industrie vorgekommen, daß einzelne Unternehmungen, vielleicht auch ganze Industriezweige, thatsächlich auf der unmenschlichen Ausbeutung der Frauen- und Kinderarbeit begründet waren; aber eine ganze große Industrie, wie es die Textilindustrie ist, darauf zu gründen, ist eine Unmöglichkeit. Und wenn wir heute geringere Löhne und längere Arbeitszeiten haben als die Industrie in England und Amerika, so ermöglicht diese Thatsache nicht unsere Konkurrenzfähigkeit, sondern sie erhöht vielmehr unsere Produktionskosten.

Genosse Beer hat gegen mich die Schrecken des Eisenzolles und des Eisenkartelles ausgespielt. Genosse Beer hat hier Stimmung gemacht. Genosse Beer weiß, daß ich gegen die Eisenzölle bin, nicht nur, weil sie überflüssig, sondern weil sie direkt schädlich sind. Er hat also offene Thüren eingerannt und sich gegen etwas gewehrt, was von mir gar nicht behauptet wurde. Er hat Ihnen einen Vortrag Wittgenstein's zum Beweise dafür angeführt, daß nicht der Schutzzoll der Grund dafür sei, daß die amerikanische Industrie einen solchen Aufschwung genommen habe. Dieser Vortrag, in dem aber thatsächlich auch vom Schutzzoll die Rede ist, wurde in einer Versammlung von Leuten gehalten, für die das Jewige Bestehen des Eisenzolles in Oesterreich eine ganz selbstverständliche Sache ist. Herr Wittgenstein hat es nicht nöthig, im niederösterreichischen Gewerbevereine für den 65 Kreuzer-Zoll auf Eisen erst Stimmung zu machen,

und es wundert mich durchaus nicht, daß Wittgenstein seinen Freunden im Gewerbeverein gesagt hat, daß es außer Schutzzoll noch ganz andere Momente gebe, welche die Entwicklung der amerikanischen Industrie veranlaßt haben, und daß es deren gibt, verkenne ich durchaus nicht. Wenn wir heute über die Industriepolitik Oesterreichs zu diskutiren hätten, so hätte ich ganz gewiß nicht den Schutzzoll in erste Linie gestellt, sondern die Sozialpolitik. Das Thema, das wir aber heute zu behandeln haben, war die Zoll- und Handelspolitik, und da hatte ich durchaus keine Ursache zu sagen: Ich bin zwar unter diesen und diesen Voraussetzungen für den Schutzzoll, aber ich bin auch für eine gute Schulbildung, für eine energische Sozialpolitik u. s. f. Das ist für mich eine selbstverständliche Sache, die aber mit dem vorliegenden Gegenstande nichts zu thun hat.

Am weitesten ist Genosse Kristan gegangen. Er fand, daß die Vertheidigung des Schutzzolles nicht weniger bedeutet als eine krasse Verletzung des obersten Gebotes der internationalen Solidarität. Diese Internationalität wird aber nicht durch schöne Reden gefördert, sondern vielmehr dadurch, daß wir mit allen uns zu Gebote stehenden Mitteln das österreichische Proletariat vorwärts bringen und es mit den Bruderparteien des Auslandes auf die gleiche Stufe zu heben trachten. Wenn Genosse Kristan meint, eine Industrie, die sich ohne Schutzzoll nicht erhalten kann, sei nicht existenzberechtigt, da sei es gescheiter, daß die Arbeiter auswandern — nun, Genossen, wandern wir halt aus! Ich schwärme durchaus nicht für Oesterreich, mir wäre es viel lieber, ich könnte in Deutschland oder England leben, als daß ich verurtheilt wäre, den österreichischen Jammer mitzumachen. So denken wir ja doch gewiß Alle; nicht nur wegen des Schutzzolles sind wir in Oesterreich unglücklich, sondern noch wegen ganz anderer Dinge. Ob aber Genosse Kristan die Millionen von Arbeitern, die hier in Frage kommen, bei dieser Auswanderung hinter sich haben wird, möchte ich wohl bezweifeln. Ich habe mich nie auf den Standpunkt gestellt, daß der Schutzzoll prinzipiell nothwendig sei, ebenso auch nicht, daß Freihandel prinzipiell nothwendig sei, sondern ich habe erklärt — und jeder einzelne Redner ist, nachdem er mich abgeschlachtet hatte, zu genau demselben Schlusse gekommen — daß wir uns nicht von theoretischen Erwägungen leiten lassen, sondern die Verhältnisse jedes einzelnen Falles untersuchen sollen. Ob man dies nun mit großer Wärme oder wie Dr. Adler nur gezwungen thut, das ist eine Sache des Temperamentes. Wenn ich besonders betont habe, daß wir nicht blind in das freihändlerische Lager rennen dürfen, so habe ich nicht allein an den Vortrag gedacht, den wir vor 14 Tagen im Vereine für Sozialpolitik von Dr. Barth gehört haben, der uns erklärte, daß die Freisinnigen Deutschlands den Freihandel deshalb wollen, weil die Interessen der Arbeiter gefördert werden — als ob die deutschen freisinnigen Parteien keine anderen Sorgen hätten, als sich um die Arbeiter zu kümmern — sondern ich habe vor dem blinden Freihändlerthum deshalb gewarnt, weil ich nicht wünsche, daß das, was Engels in seiner Besprechung des Entwurfes des Erfurter Programms geschrieben hat, auch von unseren Debatten gesagt werden könne. Engels schrieb damals: „Soll es wieder gehen, wie seinerzeit mit den Schutzzöllen, die man damals für eine nur die Bourgeoisie angehende, die Arbeiter nicht im Entferntesten berührende Frage erklärte, wo also Jeder stimmen konnte, wie er wollte, während jetzt mehr als Einer ins entgegengesetzte Extrem verfällt und aus Gegensatz gegen die schutzzöllnerisch gewordenen Bourgeois die ökonomischen Verdrehungen von Cobden und Bright neu auflegt und als reinsten Sozialismus predigt — das reinste Manchesterthum?"

Ebenso wie wir es auf der einen Seite nicht nöthig haben, uns mit besonderer Leidenschaft für die Schutzzölle festzulegen, so haben wir gewiß auch keinen Anlaß, uns mit Begeisterung für die industriellen Freihändler einzusetzen, deren es ja in Oesterreich in all' den zahlreichen und gar nicht unwichtigen Industrien, die Exportinteressen haben, genug gibt.

Wenn Sie sich vor Augen gehalten hätten, daß ein Sozialdemokrat und nicht ein Freisinniger oder Sozialreformer vor Ihnen gesprochen hat, so wären all' die Mißverständnisse von der Interessenharmonie zwischen

Kapital und Arbeit unmöglich gewesen. Sie hätten sich sagen müssen: Das kann der Korreferent überhaupt nicht meinen. Wenn er von einer Züchtung von Millionären spricht, so weiß er ganz genau, welcher Klasse von Menschen diese Millionäre angehören werden, die da gezüchtet werden sollen, den Wittgensteins, den Rothschilds, den Kestraneks u. s. w. Wenn es thöricht von diesen Industriellen ist, zu glauben, daß es heute in Oesterreich möglich sei, eine große Industrie zu entwickeln, ohne eine Sozialdemokratie zu haben, so ist es gewiß doppelt thöricht von uns, zu glauben, wir könnten eine starke und mächtige sozialdemokratische Arbeiterbewegung in Oesterreich haben ohne eine Großindustrie. Und wenn Sie die Großindustrie wollen — und die wollen Sie Alle — dann stoßen Sie sich nicht an dem Ausdrucke Züchtung von Millionären, denn schmeichelhaft für die Millionäre ist das durchaus nicht. (Bravo! Bravo!)

Beer (Wien): Ich verzichte auf ein ausführliches Schlußwort, weil Karpeles die Richtigkeit meiner Ausführungen nicht widerlegte und ich mit Rücksicht auf die vorgeschrittene Zeit Genossen Kautsky gerne Gelegenheit zu umso eingehenderen Ausführungen bieten will. Deshalb beschränke ich mich nur auf einige Richtigstellungen. Karpeles führt im Schlußworte an, ich hätte für niedrige Löhne argumentirt. Das beruht auf einer irrigen Auffassung meiner Ausführungen, da ich ausdrücklich die hohen Löhne in Amerika in Zusammenhang brachte mit der Prosperität der Industrie.

Noch Eines bin ich bemüssigt, richtig zu stellen. Genosse Karpeles wies darauf hin, daß Wittgenstein im Niederösterreichischen Gewerbeverein einen Anlaß nicht gehabt hatte, über den Schutzzoll des Ausführlichen zu reden, und da bin ich gezwungen, darauf hinzuweisen, daß wenige Wochen vor seinem Vortrage der große Antikartelltag im Wiener Rathhause stattgefunden hat. Außerdem fand noch früher die Exportenquête statt, in der Professor Philippovich die schädlichen Wirkungen des Eisenzolles nachwies. Auch waren die Dipauli'schen Untersuchungen über das Eisenkartell schon angekündigt, so daß Wittgenstein also alle Ursache hatte, die Wirkungen des Zolles im besten Lichte darzustellen. Das habe ich richtig zu stellen für nothwendig befunden.

Kautsky (Wien): Meine Vorredner haben so viel für mich gethan, daß mir zu thun fast nichts mehr übrig bleibt. Ich hoffe daher, mich kurz fassen zu können. Wir haben die eigenthümliche Erscheinung vor uns, daß Ihnen eine Resolution vorliegt, die von beiden Referenten unterzeichnet ist, während die beiden Referate sich schnurstracks widersprechen. Woher kommt das? Der Unterschied liegt daran, daß wir von zwei verschiedenen praktischen Standpunkten aus gesprochen haben; nicht daran, daß der Eine Theoretiker, der Andere Praktiker ist. Darauf hat Brod schon hingewiesen. Ich habe vom Standpunkte des sozialistischen Propagandisten gesprochen, Karpeles dagegen hat als Staatsmann gesprochen. Er hat sich in die Seele eines Handelsministers versetzt, der berufen ist, die nächsten Handelsverträge abzuschließen, er hat sich als österreichischer Millerand gefühlt und als solcher gesprochen. (Heiterkeit.) Diese Ministerseele hat er namentlich darin gezeigt, daß er eine solche Ehrfurcht, eine solche Scheu vor dem Finanzminister an den Tag legte. Der Finanzminister entscheidet immer. Der Handelsminister ist immer reformfreundlich. Der Finanzminister aber sagt, die Steuern dürfen nicht herabgemindert werden, und da muß der Handelsminister seine Reformen in die Tasche stecken.

Karpeles sagte, wir müssen mit der Thatsache rechnen, daß wir auf Jahre hinaus mit hohen Steuern zu wirthschaften haben, daher muß der Schutzzoll bestehen bleiben. Das ist erklärlich vom Standpunkte des Ministers, aber wir haben sozialdemokratische Propaganda zu treiben, und dabei brauchen wir vor den hohen Steuern in Oesterreich nicht still zu halten, wenn es eine Thatsache ist, daß hohe Steuern die Industrie schädigen. Wir werden einfach sagen, daß wir nicht bloß gegen die Zölle, sondern auch gegen das Steuersystem sind. Wir werden sogar sagen, daß das Steuersystem viel wichtiger ist als das Zollsystem, daß wir in erster Linie gegen das Steuersystem aufzutreten haben.

Karpeles hat auf die elende Lage der Baumwollindustrie hingewiesen. Ja, sicher, die Baumwollindustrie ist in einer schlechten Lage, aber nicht nur in

Oesterreich, sondern überall. Sie ist in einer schlechten Lage durch Verhältnisse, die mit Schutzzoll und Freihandel nichts zu thun haben. Die schlechte Lage ist durch Ueberproduktion hervorgerufen, und die Ueberproduktion wird durch Schutzzölle nicht geheilt. Das ist eine Frage für sich. Allerdings, die chronische Ueberproduktion in der Baumwollindustrie spricht dafür, daß, wenn man vom Schutzzoll zum Freihandel übergeht, man nicht bei der Baumwollindustrie anfängt. Man wird eine Industrie mehr schonen, die in einer Krisis begriffen ist, und dem künftigen Handelsminister wollen wir den Rath geben, nicht bei der Baumwollindustrie anzufangen. Diese Beruhigung wollen wir dem Genossen Karpeles lassen. Aber das ist kein Grund, gegen das Prinzip des Freihandels zu sein.

Karpeles hat Marx und Engels zitirt. Ich war angenehm überrascht, daß dies der Fall war. Wir haben diese Erscheinung in der letzten Zeit öfter gehabt. Nicht wir Marxisten sind es jetzt, die sich auf Marx und Engels berufen, die „Antidogmatiker" berufen sich auf Marx und Engels, und je älter die Schriften von Marx und Engels sind, desto lieber ist es ihnen.

Er hat also ein Zitat aus Engels gebracht. Aber was beweist das gegen uns? Dieses Zitat ist für die Schutzzöllner besonders angenehm, Schippel hat es schon vor drei Jahren gegen mich angewendet. Dieses Zitat findet sich in einem sehr langen Artikel, der dem Nachweise gewidmet ist, daß der Freihandel in Deutschland und Amerika nothwendig geworden ist. Es wundert mich, daß er aus diesem ganzen langen Artikel, der gegen den Schutzzoll gerichtet ist, nur diesen einen Satz zitirt, das Andere ganz beiseite läßt. Sie haben jedoch den Gedankengang dieses Artikels genau kennen gelernt, denn ich habe mich in meinem Referate in wesentlichen Punkten gerade an diesen Artikel angelehnt, und was ich über die Erziehungszölle gesagt habe, ist im Grunde nichts Anderes als das Zitat, welches Karpeles Ihnen vorgelesen hat.

Engels sagt, er würde es vorziehen, 25 Jahre im Expreßzug zu fahren, als 50 Jahre im Bummelzug. Wie lange fahren wir in Oesterreich im Expreßzug? Es wird bald 20 Jahre her sein. Wir sind aber noch lange nicht an der Endstation angelangt. Genosse Karpeles hat gesagt, wir werden noch lange in diesem Expreßzuge fahren müssen. Es scheint also, daß in Oesterreich dieser Expreßzug ein Geleise benützt, welches zur österreichischen Südbahn gehört. (Stürmische Heiterkeit.) Vielleicht werden wir mit dem Bummelzuge schneller vorwärts kommen, wenn wir ein anderes Geleise benützen als das bisher von der österreichischen Handelspolitik eingeschlagene.

Bevor ich weiter auf die Ausführungen des Genossen Karpeles eingehe, will ich, um das nicht zu vergessen, den Antrag Vaněk berühren bezüglich Erweiterung der Resolution und Aenderung des ersten Satzes. Ich habe gegen diese Einfügung nichts einzuwenden, halte sie für eine Verbesserung und bitte Sie, sie anzunehmen. Nun weiter. Karpeles hat darauf hingewiesen, wir müßten den Kampf gegen den deutschen Zolltarif aufnehmen, und wenn der österreichische Minister den Kampf nicht mit allen Mitteln führt, verdient er dreimal gehenkt zu werden. Na, einmal wäre meines Erachtens genug. (Heiterkeit.) So einfach liegt aber die Sache nicht. Wir haben zu unterscheiden zwischen prinzipieller Propaganda und dem Kampf gegen einzelne Maßregeln. Die Haltung, die wir in der Zollfrage einnehmen, ist ganz dieselbe, wie die Haltung in Krieg- und Militärfragen. Wie handelt man im Falle eines Angriffskrieges? Ich will von den österreichischen Verhältnissen schweigen, die etwas komplizirt sind, und mich auf den deutschen Standpunkt stellen. Wenn das Deutsche Reich von einem auswärtigen Feinde muthwilligerweise angegriffen wird, dann wird jeder deutsche Sozialdemokrat der jeweiligen Regierung alle Machtmittel an die Hand geben, um den auswärtigen Feind zurückzuschlagen. Ebenso ist es mit dem Zoll. Wenn der deutsche Zolltarifentwurf, dieses Attentat auf die allgemeine Gesittung, Gesetz wird, dann betrachte auch ich das als Kriegserklärung, der gegenüber die österreichische Regierung die Aufgabe hat, mit allen Machtmitteln zu antworten, die ihr zu Gebote stehen.

Aber eine andere Frage ist die Frage unserer prinzipiellen Propaganda, da müssen wir wieder auf den Militarismus zurückblicken. Wie bekämpfen wir denn den Militarismus? Wenn die deutsche Sozialdemokratie sich entrüsten würde über die Rüstungen Frankreichs und darauf hinweisen würde, wie groß und stark die Armee in Frankreich ist, würde sie dem Militarismus nicht schaden, sondern ihn stärken. Sie würde den Militarismus in Frankreich nicht verringern, aber den Anhängern desselben in Deutschland eine Menge Waffen in die Hand geben und die Stimmung für den Militarismus in Deutschland stärken! Also hat die deutsche Sozialdemokratie die Aufgabe, gegen den Militarismus in Deutschland loszugehen und nicht gegen den Militarismus in Frankreich. Sie stärkt so auch die Position unserer Genossen in Frankreich, die umso besser auf den Militarismus im eigenen Lande losgehen können. So ist es auch mit der Propaganda in Bezug auf die Zollpolitik. Wenn in Deutschland die Sozialdemokraten mit Entrüstung darauf hinweisen würden, wie hoch die Schutzzölle in Frankreich und Amerika sind, würden sie Stimmung machen für die Agrarier im eigenen Lande, ohne dem Schutzzoll in Frankreich und Amerika wehe zu thun. Sind sie gegen den Schutzzoll im eigenen Lande, dann geben sie den Freihändlern in Amerika eine ganze Menge Argumente in die Hand, um ihrerseits gegen den Schutzzoll aufzutreten. Die deutschen Sozialdemokraten stärken die freihändlerische Bewegung in Amerika und wirken viel besser für die Interessen der Industrie, wenn sie in Deutschland den Schutzzoll bekämpfen, als wenn sie ihn in Amerika bekämpfen. So mögen auch die österreichischen Genossen mit aller Macht gegen den deutschen Zolltarifentwurf auftreten, sie dürfen aber darüber die Propaganda gegen die Schutzzöllner im eigenen Lande nicht vergessen, sondern müssen dieselbe ebenfalls mit vollster Wucht führen. Nun ist Karpeles zwar damit einverstanden, daß wir gegen die Agrarier und die sonstigen Monopolisten den Kampf mit allen Mitteln führen. Aber er unterscheidet sich von den übrigen Genossen dadurch, daß er meint, wir könnten diesen Kampf am besten führen, wenn wir uns nicht auf den Boden des Freihandels prinzipiell stellen, sondern von Fall zu Fall entscheiden, auf welchen Boden wir uns stellen sollen. Er sagt, ich hätte erklärt, daß, wer gegen Agrarzölle eintritt, überhaupt nicht für den Schutzzoll eintreten kann. Karpeles hat sich da in der Eile flüchtig ausgedrückt, in dieser Weise habe ich es nicht gesagt, sondern ich sagte, dort, wo höhere Agrarzölle bestehen, wo wir gezwungen sind, den Kampf gegen die Agrarzölle aufzunehmen, können wir den Kampf nur aufnehmen auf dem Boden des Freihandels. Ich habe nicht gesagt, daß man auch für alle anderen Länder für den Freihandel sein müßte. Ich halte den Schutzzoll in Ländern, wie Rußland und Rumänien, für unentbehrlich.

Ich bin aber allerdings der Meinung, daß man dort, wo Agrarzölle bestehen oder drohen, nicht diese allein wirksam bekämpfen kann, sondern gegen den gesammten Schutzzoll Front machen muß. Denn wenn es auch richtig ist, daß die Agrarzölle der Landwirthschaft nichts nützen, so schaden ihr ganz entschieden die Industriezölle. Die Landwirthschaft ist aber — dieser Meinung bin ich — in einer Nothlage, und es wäre höchst ungerechtfertigt, wenn wir von der Industrie die Last der landwirthschaftlichen Schutzzölle nehmen, gleichzeitig aber die Landwirthschaft mit industriellen Schutzzöllen belasten würden. Wenn wir das ausländische Getreide, wenn wir das ausländische Vieh frei hereinlassen, gleichzeitig aber dem Bauer erklären würden: Du hast die landwirthschaftlichen Maschinen, Werkzeuge, Kleider theurer zu bezahlen als sonst, so graben wir uns selbst den Boden ab. Man schreibt viel von der Landpropaganda. Ich stehe ihr skeptisch gegenüber. Aber daß wir die Bauern vor den Kopf stoßen, das geht denn doch nicht.

Die Logik der Thatsachen treibt dahin, daß man die Agrarzölle mit den Industriezöllen überall miteinander verbindet. Ich glaube nicht, daß Karpeles mir ein einziges Land nennen könnte, welches Agrarprodukte in einem höheren Maße einführt und Industrieprodukte in einem höheren Maße ausführt, in welchem sein Traum erfüllt wäre, daß industrielle Schutzzölle ohne agrarische bestehen. Die Thatsachen zeigen, daß diese beiden, wie logisch, auch historisch miteinander vereint sind, und die Thatsachen lehren auch, daß überall, wo man sich für in-

dustrielle Schutzzölle erklärt, man gezwungen wird, sich auch für agrarische Schutzzölle zu erklären. Wir haben ja solch wunderliche Heilige. Ich will nur Millerand anführen. Millerand tritt für den agrarischen Schutzzoll ein. Er hat auch erklärt, daß es nothwendig ist, alle produktiven Stände zu schützen, und ist bestrebt, die Lebensmittel für die Arbeiter zu vertheuern. Ebenso gibt es in Deutschland Sozialdemokraten, die für industrielle Schutzzölle sind. Wer die letzten Enunciationen von Schippel gelesen hat, weiß, daß dieser Genosse, wenn auch verschämt, bereits mit dem landwirthschaftlichen Schutzzoll kokettirt. Wer A sagt, muß eben auch B sagen. Wer für einen industriellen Schutzzoll eintritt, wird durch die Logik der Thatsachen dazu geführt, für den agrarischen Schutzzoll einzutreten, und ich befürchte, wenn Karpeles seine jetzigen industriellen schutzzöllnerischen Neigungen noch lange beibehält, werden wir noch den Tag erleben, an dem er uns statistisch nachweisen wird, daß auch die Landwirthschaft eines Schutzzolles bedarf. Wer dem Teufel den kleinen Finger gibt, von dem verlangt er die ganze Hand. (Heiterkeit.)

Nun hat Karpeles uns den Vorwurf gemacht, wir hätten Angst vor dem Freihandel und trauten uns selber nicht, ihn einzuführen, sondern wollen ihn nur schrittweise; er aber ist radikal, entweder Alles oder gar nichts. Wenn er sich für den Freihandel erklärt, muß der Freihandel sofort eingeführt werden. Ich bin überrascht, zu sehen, daß Karpeles über Nacht zum Katastrophenpolitiker geworden ist. Wir haben im alten Hainfelder Programm die Aufhebung des Privateigenthums an Produktionsmitteln für nothwendig erklärt, wir werden morgen ein Programm annehmen, in dem sicher dieser Satz auch nicht fehlen wird. Aber es denkt Niemand deswegen daran, heute, über Nacht, das kapitalistische System abzuschaffen. Und ebenso gilt es vom Freihandel. Der Freihandel ist das Endziel in der handelspolitischen Bewegung, er ist aber nicht das Ziel, welches wir heute oder morgen erreichen müssen. Genosse Karpeles meint — und da spricht wieder die Seele des Ministers aus ihm — wir wollen uns nicht festlegen, wir wollen in jedem einzelnen Falle untersuchen, ob wir Freihändler sein sollen oder Schutzzöllner, und darnach handeln. So sagt jeder Minister, wenn er interpellirt wird: Ich kann mich nicht festlegen, ich werde Erhebungen anstellen und allen berechtigten Interessen Rechnung tragen. (Heiterkeit.)

Aber wenn wir propagandistisch unter die Massen gehen, frägt man uns: Wie steht Ihr zu der Frage? und wenn wir sagen: Wir wollen Erhebungen anstellen und von Fall zu Fall entscheiden, so wird das wenig Enthusiasmus erregen. Man sagt, praktisch stehe gar nicht die Frage des Freihandels auf der Tagesordnung. Das ist richtig. Aber nur der wird klar und entschieden in die heutigen handelspolitischen Kämpfe eingreifen können, der ein weitersehendes handelspolitisches Programm hat. Praktisch steht auch nicht die Frage auf der Tagesordnung, ob Republik oder nicht. Praktisch steht die Frage der Preßreform auf der Tagesordnung. Deswegen wird aber doch ein Republikaner in dieser Frage klarer und entschiedener vorgehen als Einer, der sich in der Frage der Demokratie von Fall zu Fall entscheiden soll. Ebenso in der Frage der Sozialreform. Wir wollen die sozialistische Produktion. Aber sie ist nicht praktisch auf der Tagesordnung. Auf der Tagesordnung ist die Frage der Alters- und Invalidenversorgung. Aber da wird derjenige, der theoretisch vor dem Privateigenthum an Produktionsmitteln nicht Halt macht, energischer vorgehen als derjenige, der in der Sozialreform sich von Fall zu Fall entscheidet. So auch in der Frage des Freihandels; sie steht praktisch nicht auf der Tagesordnung. Praktisch steht die Frage des Kampfes gegen die Agrarzölle, gegen die monopolistischen Zölle auf der Tagesordnung. Aber auch in dieser Frage kann nur derjenige energisch vorgehen, der prinzipiell auf dem Boden des Freihandels steht, nicht aber derjenige, der es dem Zufall oder künftigen Erwägungen überläßt, wie er von Fall zu Fall sich entscheiden wird. Und weil wir den Kampf gegen unsere schlimmsten Feinde die Agrarier und Monopolisten, so am besten führen, deswegen stimme ich für den Freihandel und nicht aus einem abstrakten, jenseits von Raum und Zeit stehenden Freihandelsinteresse. Und in diesem Sinne bitte ich Sie, für die vorgeschlagene Resolution nicht nur zu stimmen, sondern auch für sie außerhalb dieses Saales zu wirken. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Dr. Morgenstern (Mähr.-Schönberg): Ich berichtige dem Genossen Karpeles gegenüber, daß ich nicht die Konkurrenzfähigkeit der Industrie auf die niedrigen Löhne zurückgeführt habe. Ich habe vielmehr erklärt, daß die Rückständigkeit der Betriebe die Konkurrenzfähigkeit erschwert, welchen Mangel die Industrie durch die niedrigen Löhne auszugleichen trachtet. Ich berichtige weiter, daß durchaus nicht die logische Folge meiner Ausführungen die Einstellung des Kampfes um den Achtstundentag ist, daß ich vielmehr als einzige Möglichkeit, die Entwicklung Oesterreichs zum Industriestaate zu fördern, die Hebung des Massenkonsums und die Verbesserung der Lage der Arbeiterschaft erklärt habe.

Bei der Abstimmung wird die Resolution 23 mit dem Zusatzantrage 24 einstimmig angenommen; hiemit ist dieser Punkt erledigt.

Es wird hierauf beschlossen, zunächst den Punkt

Die Regierungsvorlage betreffend die Abänderung der Gewerbeordnung

in Verhandlung zu ziehen.

Abgeordneter **Elderſch** (Brüx): Ich lenke Ihre Aufmerksamkeit auf eine Aktion der Regierung, welche wieder einmal die Rettung des Kleingewerbes zum Gegenstande hat. Wir leugnen nicht, daß es dem Kleingewerbe schlecht geht. Wir bedauern die Kleingewerbetreibenden, wir bedauern aber noch mehr jene Arbeiter, welche gezwungen sind, innerhalb dieser überlebten Produktionsform thätig zu sein, und wir müssen gestehen, daß wir nicht in der Lage sind, Mittel und Wege anzugeben, wie dem Kleingewerbe geholfen werden könnte auf Grund von Gesetzen, welche den Schutz dieser Produktionsform zum Zwecke haben.

Die Klage der Kleingewerbetreibenden ist eine sehr alte, und durch die Gesetzgebung des vorigen Jahrhunderts ziehen sich wie ein rother Faden Aktionen zum Schutze des Kleingewerbes. Schon im Jahre 1831 hat Kaiser Franz ein Hofdekret erlassen, mit welchem verfügt wurde, daß mit den Gewerbeverleihungen eingehalten werden soll. Im Jahre 1859 kam die gegenwärtige Gewerbeordnung, zu einer Zeit, in welcher die Struktur unseres Wirthschaftslebens eine vollständig andere gewesen ist als heute, trotzdem gelten zum großen Theile jetzt noch die Bestimmungen der Gewerbeordnung. Aber auch dieses Gesetz hat den Wünschen der Kleingewerbetreibenden auf die Dauer nicht entsprochen. Auch dieses Gesetz war auf die Dauer nicht in der Lage, den Kleingewerbetreibenden auf die Füße zu helfen, und so sehen wir seit jener Zeit, daß immer Aktionen zum Schutze des Kleingewerbes unternommen, die Erfüllung seiner Forderungen betrieben wird, und daß auch die Regierung und die bürgerlichen Parteien den Wünschen des Kleinbürgerthums scheinbar entsprechen. Wir bekamen in den Jahren 1883 und 1885 Novellen, die die Verschärfung des Befähigungsnachweises und die Erweiterung des Wirkungskreises der Zwangsgenossenschaften zum Gegenstande haben. Wir haben 1895 ein Gesetz betreffs der Sonntags- und Feiertagsheiligung bekommen, wir haben weiters die Novelle vom Jahre 1897 bekommen, welche sich mit der Regelung des Lehrlings- und Genossenschaftswesens beschäftigt. Es wurde weiters eine Vorlage, betreffend Abänderung der §§ 59 und 60 der Gewerbeordnung im letzten Sessionsabschnitte des Abgeordnetenhauses mit rührender Einstimmigkeit angenommen, und wir haben nun wieder eine Regierungsvorlage vor uns, welche sich abermals mit der Abänderung der Gewerbeordnung beschäftigt, um angeblich den Wünschen der Kleingewerbetreibenden zu entsprechen. Nun wissen wir, und wir haben auch den Muth, es zu sagen, daß durch solche gesetzgeberische Aktionen dem Kleingewerbe nicht geholfen wird. So wie eine Branche in die Krallen der Großbetriebe geräth, ist der kleine Mann verloren. Das wissen auch die bürgerlichen Parteien. Trotzdem beschäftigen sie sich mit derartigen Aktionen aus politischer Demagogie. Sie suchen dem wild gewordenen Kleinbürgerthum scheinbar entgegenzukommen, suchen es über die wahren Ursachen des Elends zu täuschen, suchen es gegen die Arbeiterschaft aufzuhetzen, welche den Muth hat, die Wahrheit auszusprechen, und wir finden, daß die Kleingewerbetreibenden es immer mit den entschiedensten Gegnern der Arbeiterschaft halten und die organisirte Arbeiterschaft bei jeder Gelegenheit bekämpfen. Nun war es trotz aller gesetzgeberischen Aktionen nicht möglich, der Großindustrie und dem Groß-

handel den Garaus zu machen. Es war nicht möglich, das freie Spiel der Produktivkräfte durch eine paragraphirte Zwangsjacke einzuschränken, und so hat sich in dem Interessentenkreise selbst ein Kampf entwickelt, den wir Alle zur Genüge kennen gelernt haben, vor Allem um die Einschränkung der Konkurrenz durch den Befähigungsnachweis, der Streit um den einzelnen Gewerbszweig, der Streit um das Absatzgebiet. Nun brauchen wir uns heute nicht den Kopf der Kleingewerbetreibenden zu zerbrechen, die den bürgerlichen Parteien nachlaufen. Wir wollen uns aber jene Bestimmungen des Entwurfes anschauen, welche das Arbeitsverhältniß der in diesen Produktionszweigen beschäftigten Arbeiter präzisiren.

Und da müssen wir erklären, daß nicht nur mit der Abänderung der §§ 59 und 60 der Gewerbeordnung, sondern auch mit dem vorliegenden Gesetzentwurfe beabsichtigt wird, dem Kleingewerbe auf Kosten der Arbeiter zu helfen.

Nachdem man der Großindustrie und dem Großhandel nichts anhaben kann, sucht man die Machtsphäre der Genossenschaftsversammlungen zu erweitern und die Arbeiter immer mehr zu knechten und unter die Botmäßigkeit dieser bornirten Genossenschaftsversammlungen zu bringen. Die Regierung will z. B. eine Regelung der gewerbsmäßigen Dienst- und Stellenvermittlung. Die von der Regierung gemachten Vorschläge entsprechen durchaus nicht den Interessen der Arbeiter. Sie wissen, daß es den Inhabern dieser Stellenvermittlungen in der Regel darum zu thun ist, die Elendesten unter den Arbeitern, die Arbeitslosen, noch viel schändlicher auszubeuten, als dies die Kapitalisten thun. Wir verlangen nun vor Allem, daß die Konzessionen zu diesem Gewerbe auf Widerruf ertheilt werden, nicht auf Lebenszeit. Der Stellenvermittler muß beständig in der Furcht leben, daß, wenn er das Gewerbe nicht ordnungsgemäß ausübt, ihm das Gewerbe entzogen werden kann. Wir müssen weiter verlangen, daß die politischen Behörden erster Instanz das Recht haben, die geschäftlichen Einrichtungen jederzeit zu prüfen, in die Bücher einzusehen, in Bezug auf den Umfang und die Art der Geschäftsführung Vorschläge zu machen, und daß jeder Arbeiter in die Lage versetzt werden kann, bei der Behörde sich zu beschweren. Wir verlangen auch, daß nicht ohne Weiteres Stellvertreter bestellt werden dürfen. Der Fall ist nicht selten, daß irgend eine adelige Dame oder ein pensionirter Beamter eine solche Konzession erwirkt und sie einfach verpachtet. Dadurch werden die Arbeiter doppelt ausgebeutet. Wir verlangen, daß nur aus zwingenden Gründen, z. B. im Falle der Krankheit ꝛc., ein Stellvertreter bestellt werden kann und bei diesem dieselben Voraussetzungen zutreffen müssen, welche für den Gewerbsinhaber vorgeschrieben sind.

Wir müssen hier der Regierung den Vorwurf machen, daß sie die Vorschläge des Arbeitsbeirathes nicht berücksichtigt hat. Der Arbeitsbeirath soll ja im Einvernehmen mit den einzelnen Interessentenkreisen seine Gutachten abgeben. Er ist gewiß keine revolutionäre Körperschaft, da die organisirte Arbeiterschaft in demselben nicht den ihr gebührenden Einfluß besitzt, und es braucht nicht befürchtet zu werden, daß die Beschlüsse dieser Körperschaft den Klassenstaat ins Wanken bringen. Wenn aber schon die Vertreter der Bourgeoisie im Arbeitsbeirathe der Regierung einen Vorschlag machen, so ist es gewiß Pflicht der Regierung, diesen Vorschlag zu berücksichtigen, da diese Institution sonst gar keinen Sinn hat.

Ich komme nun zu dem Kapitel der Gewerbe-Fortbildungsschulen. Wir unterschätzen gewiß den Werth dieser Schulen nicht, wir vermissen aber in dem Entwurfe der Regierung Bestimmungen in der Richtung, daß diese Schulen in einer den Interessen der Arbeiterschaft entsprechenden Weise ausgebaut werden. Es ist z. B. die Schulzeit nicht fixirt. Der Lehrling hat heute eine schrankenlose Arbeitszeit und erst nach Schluß der Geschäftszeit kann er die Schule besuchen. So kommt der Lehrling oft erst nach 9 oder halb 10 Uhr Abends nach Hause und hat nicht genügende Zeit zu seiner Erholung, die ihm ja in diesen Jahren sehr nothwendig ist. Vielfach werden die Lehrlinge auch vom Lehrmeister am Schulbesuche gehindert. Wir können es durchaus nicht dem Belieben der Kleingewerbetreibenden anheimstellen, ob sie ihre Lehrlinge in die Schule schicken wollen, weil wir von ihrer Einsichtslosigkeit längst überzeugt sind. Es müssen Kautelen geschaffen werden, daß es dem Lehrlinge möglich sei, die Schule zu besuchen und zu einer Zeit zu besuchen, daß er nicht übermüdet und

in der Lage ist, dem Unterrichte zu folgen. Wenn der Gewer
Lehrling am Schulbesuche hindert, muß er gebührend, und zwar
Geld, sondern mit Arrest bestraft werden.

Wir müssen uns auch gegen die Bestimmung des § 98 a auss
der Handelsminister ermächtigt werden soll, zu verordnen, daß
Gewerbe, für welche die Lehrzeit von der Genossenschaft mit meh
zum höchstzulässigen Ausmaße von vier Jahren festgestellt wird, die
der Lehrzeit auch in den im Sprengel der betreffenden Genossensch
gleichartigen, fabriksmäßig betriebenen Gewerbeunternehmungen zu
gebracht werden könne. Das bedeutet einen Schädigung der Leh
künftigen Arbeiter, die in Fabriksbetrieben angestellt sind. Es ist ja
Thatsache, daß in den handwerksmäßigen Betrieben die Lehrzeit e
als in den Fabriken, und es ist durchaus nicht nothwendig, daß d
einem Fabriksbetriebe dieselbe Lehrzeit haben muß, wie sie von der
die aus den rückständigen Kleinbürgern besteht, verlangt wird. De
ein Privilegium für die Großindustrie gegeben, um die Arbeiterscha
ausbeuten zu können. Wir legen nicht auf die Dauer der Lehrzeit V
darauf, daß die Verpflichtung des Lehrherrn gesetzlich festgelegt we
sorgen, daß der Lehrling auch etwas lernt.

Wir verlangen weiters im § 99 die Bestimmung, daß der
Lehrling nicht ohne vorherigen Abschluß des Lehrvertrages beschäfti
kommt heute sehr oft vor, daß ein Lehrling monatelang lernt, ohn
treffenden Genossenschaft angemeldet und aufgedungen zu sein. Die
ist, daß der Lehrling gezwungen wird, noch länger zu lernen, als
dem Lehrherrn vereinbart war, denn die Genossenschaft weigert sich
die vereinbarte Lehrzeit thatsächlich abgelaufen ist, den Lehrling
wenn die Anmeldung später erfolgt ist. Wir verlangen, daß auch
tretung dieser Bestimmung eine Arreststrafe festgesetzt werde.

Wir verlangen auch die Aufhebung der Freisprechg
geht nicht an, daß die Lehrlinge, die in den wenigsten Fällen einen
respektive ihre Eltern durch die Aufding- und Freisprechgebühre
werden. Aus den verschiedenen Berichten der Handels- und Ge
geht hervor, daß durch diese Gebühren ein großer Theil der A
Genossenschaften gezogen werden. Es betragen die Freisprechgebühre
Fällen 60 bis 70 Perzent der Einnahmen der betreffenden Genossen

Entschieden Stellung müssen wir gegen die im § 99 vorgesehen
einer Lehrlingsprüfung nehmen. Dies bedeutet eine Ver
Befähigungsnachweises. Wir halten von Prüfungen im Allgemein
Wir sehen, daß Leute, die eine Menge von Prüfungen gemacht hab
tischen Leben zu nichts brauchbar sind, und wir sehen andererseit
die sich nicht mit Diplomen ausweisen können, zu den Gescheitesten
barsten gehören. Hier handelt es sich aber nicht einmal um ein
sondern um eine praktische Prüfung, deren Werth nach meiner Mei
geringer ist. Bei einzelnen Genossenschaften bestehen ja schon Lehrli
und da ist wiederholt von Arbeitern konstatirt worden, daß die Ar
der Prüfung verlangt wurden, gar nicht von dem Betreffenden
worden waren. Das ist der beste Beweis, daß diese Prüf
keinen Zweck haben. Das Risiko trägt ja vor Allem der Arbe
nicht genügend ausgebildet ist, bekommt er einfach keine Arbeit und
sich als nichtqualifizirter Arbeiter durch das Leben zu schlagen.
der Regierung sieht in dem Falle, als der Lehrling die Prüfung
sprechendem Erfolge bestanden hat, eine Verlängerung der Lehrzeit
also der Lehrling z. B. nicht in der Lage ist, sich entsprechend aus
ihn der Lehrherr zu allen möglichen, mit dem Betriebe nicht zusam
Arbeiten verwendet, und er daher die Prüfung nicht bestehen kann
noch weiter lernen muß, so ist ja eigentlich auf die schlechte A
der Lehrlinge eine Prämie für den Gewerbeinha
indem er die Lehrlinge noch weitere sechs Monate ausbeuten kann.
gar nicht vorgesehen, ob der Lehrling die Prüfung noch ein- oder

machen kann. Es ist sogar im § 104e dem Vorsitzenden der Prüfungskommission die Vollmacht ertheilt, die Beschlüsse der Kommission zu sistiren, und erst die politische Behörde hätte im Instanzenzuge darüber zu entscheiden.

Wir müssen uns auch gegen die Einhebung von Prüfungstaxen aussprechen. Man scheint da wieder den Genossenschaften auf Kosten der Lehrlinge zu Hilfe kommen zu wollen. Wir können nicht zugeben, daß durch derartige Vexationen den Lehrlingen und ihren Eltern das Leben noch saurer gemacht werde.

Für die organisirte Arbeiterschaft ist der § 114a der wichtigste. In demselben soll den Genossenschaften die Berechtigung ertheilt werden, „für den Bereich der Gewerbe ihres Sprengels innerhalb des Rahmens der gesetzlichen Vorschriften die den üblichen Verhältnissen entsprechenden Bestimmungen über Beginn und Ende der täglichen Arbeitszeit und über die Arbeitspausen, über die Zeit der Entlohnung und die Kündigungsfrist festzustellen. Diese Feststellung hat durch die Genossenschaftsversammlung nach Anhörung der Gehilfenversammlung zu erfolgen und ist als Bestandtheil, beziehungsweise Anhang der Statuten von der politischen Landesbehörde zu genehmigen." Diese Bestimmung soll den Abschluß eines Kollektivvertrages zwischen den Angehörigen und den Mitgliedern der Genossenschaft unmöglich machen. Wir sind für den Abschluß eines Kollektivvertrages. Wir sind auch dafür, daß die Zugehörigen einer Branche die Arbeitsbedingungen vereinbaren, aber das muß im Vertragswege geschehen, es müssen beide Theile ihre Zustimmung geben, die Rechte bei Abschluß eines solchen Vertrages auf beiden Seiten gleichmäßig vertheilt sein. Es heißt hier „nach Anhörung der Gehilfenversammlung". Damit ist doch nicht gesagt, daß sich die Genossenschaft an das Votum oder Gutachten der Gehilfen zu halten hat oder die Wünsche derselben zu berücksichtigen verpflichtet sei. Wenn diese Bestimmung Gesetz wird, dann wäre es möglich, daß eine Versammlung bornirter Kleingewerbetreibender einfach die Arbeitsbedingungen den Hilfsarbeitern der betreffenden Genossenschaft vorschreibt, ohne Rücksicht auf die bisher bestehenden Arbeitsbedingungen, auf die Begünstigungen, Verkürzung der Arbeitszeit, Besserung des Lohnes u. s. w., kurz, auf jene Errungenschaften, die durch eine jahrzehntelange Thätigkeit der organisirten Arbeiterschaft erkämpft worden sind. Gegen diese Bestimmungen muß sich die organisirte Arbeiterschaft auf das Allerschärfste wenden, weil dadurch die Möglichkeit eines Kampfes um die Verbesserung der Arbeitsbedingungen in ungeheurem Maße beeinträchtigt wird. Dieser Paragraph beabsichtigt nichts Anderes, als die Hilfsarbeiter zu einem willenlosen Ausbeutungsobjekt für die Gewerbsinhaber zu machen, nichts Anderes, als alle Bestrebungen der Arbeiterschaft in Bezug auf Verbesserung ihrer Lebenshaltung zu verhindern.

Wir verlangen also, daß, wenn Bestimmungen über den Abschluß eines Kollektivvertrages erlassen werden, dieser Vertrag nicht nach Anhörung, sondern nur mit Zustimmung der Gehilfenversammlung zu Stande kommen kann. Wir schlagen vor, daß sowohl seitens der Meister- als auch seitens der Gehilfenversammlung ein Comité nach dem Grundsatze der Parität gebildet werde, welchem der Gewerbeinspektor vorsitzt und welches mit der Ausarbeitung des Kollektivvertrages beauftragt wird. Dieses Comité hat auch über die Dauer des Vertrages zu beschließen und eventuell festzusetzen, daß derselbe als erneuert anzusehen ist, wenn er nicht sechs Monate vor Ablauf der Vertragszeit gekündigt wird. Darin sollen auch Bestimmungen über den Minimallohn, Anzahl der Lehrlinge, die Dauer der Lehrzeit, die Maximalarbeitszeit, sowie über den Beginn und das Ende der täglichen Arbeitszeit getroffen werden. Die Vorschläge des Comités wären sowohl der Gehilfenversammlung als der Genossenschaftsversammlung zur Beschlußfassung zu unterbreiten, und erst, wenn der Vertrag von beiden Seiten akzeptirt wird, hätte er in Kraft zu treten.

Der § 116 schreibt vor, daß die Genossenschaft in Bezug auf die Arbeitsvermittlung geeignete Einrichtungen zu treffen hat, und daß das Statut über die Arbeitsvermittlung der Beschlußfassung der Genossenschaftsversammlung nach Anhörung der Gehilfenversammlung zu unterziehen sei. Auch hier verlangen wir wieder die Bestimmung „unter Zustimmung der Gehilfenversammlung". Wenn sich die Genossenschaften zu einem Verbande vereinigen und diesem die Arbeitsvermittlung übertragen, oder wenn sie die Besorgung der Arbeitsvermittlung

einer bestehenden öffentlichen Arbeitsnachweisanstalt übertragen, so verlangen wir, daß auch in diesen Fällen die Arbeiterschaft in der Verwaltung paritätisch vertreten sei.

Ich komme nun zu den Bestimmungen über die Organisation der Gehilfenversammlung. Es wird Ihnen bekannt sein, daß in unserer Partei lange Zeit eine gewisse Abneigung gegenüber der Bethätigung in den Gehilfenversammlungen bestanden hat, daß aber in den letzten Jahren unsere Genossen in diesen Versammlungen nicht zur Freude der Unternehmer eine rührige Thätigkeit entfaltet haben, und daß es vielfach gelungen ist, innerhalb dieser Organisation die Interessen der betreffenden Hilfsarbeiter zu fördern. Wir müssen sagen, daß die jetzigen Bestimmungen über die Organisation der Gehilfenversammlung durchaus reaktionär sind. Die Gehilfenversammlung befindet sich in allzu großer Abhängigkeit von den Meistern. In dem Entwurfe wird nun eine Steigerung dieses Abhängigkeitsverhältnisses beabsichtigt. Wenn die heutige Gehilfenversammlung noch einen Werth hat, so ist es der, daß, da die Angehörigen der ganzen Genossenschaft zusammenkommen, sie sich über ihre Arbeitsverhältnisse offen aussprechen können und in der Lage sind, in wirksamer Weise die Abstellung der gerügten Uebelstände zu verlangen.

Nun will man, daß die Gehilfenversammlung aus Delegirten gebildet werden soll, die man leichter beeinflussen kann, da man ihnen mit Maßregelungen u. s. w. drohen kann, so daß die Leute gewiß nicht mit derselben Energie, wenigstens nicht immer, für die Interessen der Arbeiterschaft einzutreten vermögen wie die Gesammtheit der Gehilfen. Man will auch die Bestimmung aufnehmen, daß die Gehilfenversammlung das erstemal durch die Gewerbebehörde, in der Folge jedoch nach vorher eingeholter Zustimmung der Genossenschaftsvorstehung durch ihren Obmann einberufen wird. Da haben wir wieder die Abhängigkeit vom Genossenschaftsvorsteher, der gewiß niemals darüber erbaut sein wird, wenn eine Gehilfenversammlung einberufen wird. Wir verlangen, daß dieser Passus gestrichen und an dessen Stelle bestimmt werde, daß die Gehilfenversammlung das erstemal von der Behörde, in der Folge jedoch vom Gehilfenobmanne einzuberufen ist, wenn drei Viertheile der anwesenden Gehilfenausschüsse es verlangen. Wir verlangen auch, daß in demselben Paragraphe bestimmt werde, daß in den Statuten auszusprechen ist, inwieweit Gehilfen, welche einer bestimmten, die Dauer von einem Jahre (im Entwurfe heißt es „von sechs Monaten") nicht überschreitenden Zeit außer Arbeit stehen, an der Gehilfenversammlung theilnehmen und die ihnen anvertrauten Funktionen fortführen können. Das ist sehr wichtig, weil es oft vorkommt, daß Gehilfen, die im Interesse ihrer Kollegen öffentlich auftreten, gemaßregelt werden, um es ihnen dadurch unmöglich zu machen, für die Interessen ihrer Kollegen weiter zu wirken.

Wir verlangen weiter, daß im § 120a, welcher von den Wahlen in der Gehilfenversammlung handelt, gesetzliche Kautelen gegen die Verschleppung der Wahlen geschaffen werden. Ich erinnere daran, wie die Wahlen in der Gehilfenversammlung der Wiener Handlungsgehilfen von einer einzelnen Person verschleppt werden, in deren Interesse es liegt, daß die Wahlen nicht stattfinden, damit der Betreffende seinen Jahresgehalt als Krankenkassenobmann weiter beziehen kann. Wir verlangen, daß eine Maximalfrist festgesetzt werde, innerhalb welcher die Wahlen stattzufinden haben.

Im § 130c, der von den Genossenschaftsverbänden spricht, verlangen wir eine Bestimmung, wonach es den Gehilfenversammlungen und den Gehilfenausschüssen möglich sein soll, sich zu Verbänden zu vereinigen, für deren Kosten die betreffende Genossenschaft aufzukommen hätte.

Was die Strafbestimmungen betrifft, so ist allerdings insoferne ein Fortschritt zu verzeichnen, als es nicht mehr heißt, daß die Arbeiter mit Arrest- und die Unternehmer mit Geldstrafen zu belegen sind, sondern daß hier die Unternehmer und Arbeiter gleichgestellt werden. Das sieht allerdings in der Theorie sehr schön aus. Wir sind aber überzeugt, daß in der Praxis seitens der politischen Behörden ebenso wie bisher gegen die Arbeiter mit Arrest- und gegen die Unternehmer mit Geldstrafen vorgegangen werden wird. Den Arbeiter trifft eine Arreststrafe doppelt schwer, weil [illegible] ihn nicht nur eine Einschränkung der Frei-

heit, sondern auch einen Entgang an Lohn bedeutet. Wir verlangen, daß im § 131 das Höchstausmaß der Arreststrafe nicht mit sechs, sondern mit drei Monaten fixirt werde.

Bei dieser Gelegenheit müssen wir auch dem Wunsche Ausdruck geben, daß endlich einmal die Judikatur in Gewerbeangelegenheiten den politischen Behörden abgenommen und den ordentlichen Gerichten überwiesen werde. Die politischen Behörden sind den Einflüssen der lokalen Kliquen weit mehr zugänglich als die Gerichtsbehörden, insbesondere in den Städten mit eigenem Statut, wo die betreffenden politischen Beamten direkt von den Kleinbürgern, die die Stadtverwaltung in den Händen haben, angestellt sind.

Das sind die wesentlichsten Bestimmungen des Regierungsentwurfes, so weit er sich auf die Arbeiterverhältnisse bezieht. Sie sehen daraus, daß diese Reform für die Arbeiterschaft keinen Fortschritt, sondern einen entschiedenen Rückschritt bedeutet, und daß die Interessen der Arbeiterschaft im Falle des Zustandekommens dieses Gesetzentwurfes auf das Schwerste geschädigt werden würden. Die Lage des Arbeiters im Kleinbetriebe ist ohnehin keine rosige. Die Arbeitsverhältnisse sind noch viel elender als in der Großindustrie, und gerade die Arbeiter in den kleinen Betrieben bedürfen weit mehr des gesetzlichen Schutzes und dürfen nicht, wie es hier die Regierung beabsichtigt, den Kleingewerbetreibenden auf Gnade und Ungnade preisgegeben werden. Diese Reformvorschläge der Regierung fordern daher die schärfste Abwehr der organisirten Arbeiterschaft heraus. Wenn das Kleingewerbe gerettet werden soll, so sollen sich die Herren die Köpfe darüber zerbrechen, wie sie wollen. Wir verwahren uns aber dagegen, daß dies auf Kosten der Arbeiter besorgt werde, die ohnedies unter der Ausbeutung im Kleinbetriebe ungemein schwer zu leiden haben. Die Organisationen müssen also ihre Pflicht erfüllen und in ihrem Wirkungskreise gegen die Reform der Gewerbeordnung entschieden Stellung nehmen und entsprechende Gegenvorschläge machen. Wir werden jedenfalls kein Mittel unversucht lassen, um eine derartige Schädigung der betreffenden Schichten der Arbeiterschaft hintanzuhalten. Wir müssen Sie aber bitten, auch in Ihren Kreisen mit der entsprechenden Energie vorzugehen. Ich schließe mit dem Wunsche, daß die Genossen aller Orten dieser Aktion der Regierung die entsprechende Aufmerksamkeit schenken mögen, um dieses Attentat auf die Interessen der Arbeiterschaft zu verhindern. Ich ersuche Sie um die Annahme der Resolution, deren Fassung eine allgemeine ist, weil es ja nicht möglich ist, daß sich der Parteitag mit allen Detailbestimmungen dieser Gesetzesvorlage befasse. (Lebhafter Beifall.)

Ronsar (Prag, czechisch): In der neuesten Zeit beschäftigen sich viele politische Parteien mit der Rettung des Kleingewerbes, und diese Rettung ist für sie selbst schon ein einträgliches Gewerbe geworden. Wir haben nichts dagegen, wenn diese Rettung auf Kosten der Kapitalisten geschieht, aber auf Kosten der Arbeiter darf sie keinesfalls durchgeführt werden. Gen. Elderſch hat gemeint, daß die Konzessionen für die Stellenvermittlung zu beschränken wären. Ich glaube, diese Stellenvermittlungen sollten ganz aufgehoben werden. Es kommen sogar Fälle vor, daß sich der Arbeitgeber mit dem Stellenvermittler in den Profit theilt und dann natürlich seine Arbeiter möglichst oft wechselt, um einen umso größeren Gewinn herauszuschlagen. Das sollte denn doch strafgerichtlich als Betrug verfolgt werden.

Die ganze Vorlage ist meiner Ansicht nach ein durchaus reaktionäres Produkt, und es ist nur zu wundern, daß noch Bestimmungen über die Fortbildungsschulen darin enthalten sind. Ich bin dafür, daß gesetzlich bestimmt werde, daß der Schulbesuch ausschließlich in die Arbeitszeit verlegt werden soll, damit der Lehrling nicht doppelt in Anspruch genommen wird. Die Lehrlingsprüfung halte ich für überflüssig. Wenn ein Lehrling schlecht ausgebildet ist, so ist in der Regel der Lehrherr daran schuld, und dann soll auch dieser und nicht der Lehrling bestraft werden. Wenn die Vorlage Gesetz wird, so würden viele Meister die Lehrlinge grundsätzlich nicht mehr zur Arbeit anhalten, damit sie sie länger ausnützen können.

Die Bestimmung, daß der Genossenschaft die Vollmacht eingeräumt werden soll, die Arbeitsverhältnisse vorzuschreiben, widerspricht direkt dem freien Arbeits-

vertrag. Dann könnte es sehr leicht geschehen, daß die Genossenschaften wieder eine 15- bis 16stündige Arbeitszeit beginnen. Wir können uns nicht prinzipiell gegen eine Aenderung der Gewerbeordnung aussprechen, wir verlangen aber eine ganz andere Reform. Insbesondere müssen wir darauf bestehen, daß das Gewerbegesetz gegenüber den Arbeitgebern und den Arbeitern in ganz gleicher Weise angewendet werde.

Heute wird der Arbeiter, der die Kündigungsfrist nicht einhält, mit Arrest bestraft, der Arbeitgeber aber erhält nur eine kleine Geldstrafe. Die Arbeiter mögen auf der Hut sein, daß diese Vorlage nicht Gesetz werde. (Beifall.)

Anfosky (Wien): Als ich das Referat des Genossen Elderſch hörte, habe ich mir die Frage vorgelegt: sind wir noch Sozialdemokraten oder sind wir Alle Staatsmänner geworden? Elderſch scheint bloß bezweckt zu haben, daß der Parteitag erklärt, er sei mit der Aktion der Gewerkschaftskommission und der Gehilfenausschüsse einverstanden. Dazu wäre es nicht nothwendig gewesen, den Punkt besonders auf die Tagesordnung zu stellen, ein einfacher Antrag hätte genügt.

Ich bin sowohl Gewerkschaftler als Parteigenosse. Als Gewerkschaftler muß ich an der Regierungsvorlage Kritik üben und das gegenwärtig Erreichbare verlangen. Das kann aber unmöglich die Aufgabe eines sozialdemokratischen Parteitages sein. Wir müssen verlangen nicht nur was gegenwärtig erreichbar ist, sondern was wir überhaupt anzustreben haben. Kann man das ernst nehmen, daß der Referent erklärt, unsere Stellung zu den gewerblichen Stellenvermittlungen bestehe darin, daß wir anzustreben haben, daß nur in wichtigen Fällen ein Stellvertreter angestellt werde? Das Mindeste, was wir verlangen sollen, wäre, daß die privaten Stellenvermittlungen überhaupt aufgelassen werden.

Mit der Stellung Elderſch' zur Lehrlingsfrage könnte ich mich als Gewerkschaftler wohl einverstanden erklären, aber als Parteigenosse muß ich anstreben, daß die vorsündfluthliche Einrichtung der Meisterlehre überhaupt abgeschafft werde. Die jungen Arbeiter werden als Ausbeutungsobjekt behandelt, und zwar in der Weise, daß Viele bei Erreichung des Mannesalters auf den Friedhof hinausgetragen werden. In der Mehrzahl der Fälle werden die Lehrlinge beim Meister überhaupt nicht ausgebildet, da die Arbeitstheilung so weit vorgeschritten ist, daß in einer Werkstätte nur wenige Artikel erzeugt werden. Ein Meister, der jahraus jahrein Perlmutterknöpfe macht, kann keinen fertigen Drechsler ausbilden. Es ist anzustreben, daß staatliche Lehrwerkstätten eingeführt werden, aber nicht solche, die nur demjenigen zur Verfügung stehen, der über Kapital verfügt, sondern Werkstätten, in denen auch für das Fortkommen der Lehrlinge gesorgt wird. Es gibt Parteigenossen, die das für Utopisterei halten. Ist es aber keine Utopisterei, daß der erwachsene Arbeiter dem Militarismus zu Ehren drei Jahre vom Staate ernährt wird, so ist es auch keine Utopisterei, daß der Staat den Lehrling, während er zu einem tüchtigen Arbeiter herangebildet wird, also während einer viel kürzeren Zeit, erhält. Durch tüchtige Arbeiter wird unsere Industrie weit besser gefördert als durch noch so viele Millionen, die man für die gebräuchlichen Gewerbeförderungszwecke hinauswirft.

Ich hätte gewünscht, daß Elderſch sein Referat von diesem Standpunkte aus gehalten hätte; diese Meinung muß auf dem Parteitage ausgesprochen werden, sonst würden jene Leute Recht behalten, die sagen, die Partei wachse sich immer mehr zu einer Partei von Schwächlingen aus. (Lebhafter Beifall.)

Muchitſch (Graz): Der Gesetzentwurf ist ein Machwerk reaktionärster Art, und wir müssen uns gegen denselben mit aller Entschiedenheit wehren. Mit der von Elderſch beantragten Zuweisung der Judikatur der Gewerbeordnung an die ordentlichen Gerichte bin ich vollständig einverstanden. Die Strafbestimmungen über die Uebertretungen der Gewerbeordnung sind in der Vorlage verschärft. Damit will man der Arbeiterschaft Sand in die Augen streuen. Die verschärften Strafbestimmungen werden ebenso wenig eingehalten werden wie die jetzigen. Die Bestimmungen werden nicht durchgeführt, so lange nicht die Judikatur den ordentlichen Gerichten zugewiesen wird. Ich habe als Mitglied einer Deputation bei dem Bürgermeister von Graz als Chef der Gewerbebehörde erster Instanz wegen Nichtbeachtung der Anzeigen über die Sonntagsruhe vorzusprechen Gelegenheit

gehabt. Er versprach uns empfindliche Bestrafung der Bäckermeister. Wir haben 567mal angezeigt, es wurde aber nie ein Meister mit einer höheren Geldstrafe als 10 oder 20 Gulden belegt. Die Kleingewerbetreibenden haben besonders in den Städten mit eigenem Statute ungeheuren Einfluß auf die Gewerbebehörden. Da muß eine Remedur geschaffen werden. Das Sonntagsruhegesetz vom 15. Jänner 1895 ist in den wenigsten Orten zur Durchführung gelangt und keine Behörde kümmert sich darum.

Ein Antrag auf Schluß der Rednerliste wird angenommen.

Widholz (Wien): In der Thronrede, die im Frühjahr dieses Jahres gehalten worden ist, versprach man uns Arbeiterschutz und hat Reformen auf genossenschaftlichem Gebiete angekündigt. Für die Industrie hat man alles Mögliche gethan, auf den Arbeiterschutz hat man vergessen. Daher soll an der Spitze der Resolution des Genossen Eldersch ein Protest stehen, daß wir uns ganz entschieden dagegen verwahren, daß man mit dem Arbeitertrutz anfängt, während man uns mit dem Arbeiterschutz leere Versprechungen macht.

Bei der Arbeitsvermittlung müssen wir unseren prinzipiellen Standpunkt in erster Linie festlegen und dann erst auf eine Kritik des Entwurfes eingehen. Wir müssen verlangen, daß die Arbeitsvermittlung unter allen Umständen lediglich in die Hände der Arbeiter zu legen ist. Unsere Waare ist die Arbeitskraft, und die Verwerthung derselben gehört ausschließlich in die Hände der Arbeiter. Private Arbeitsvermittlungen sind ein Mittel, die Arbeiterschaft zu korrumpiren, was sich am besten bei den Dienstbotenvermittlungen zeigt.

Die jugendlichen Arbeiter haben einen Antrag gestellt, der Ausdehnung des Arbeiterschutzes auf Lehrlinge und jugendliche Arbeiter verlangt. Diesen Antrag müssen wir unterstützen.

Wir müssen auch Lehrlingsinspektoren fordern, die aus den Kreisen der Arbeiter hervorgehen. (Beifall.) Es ist bedauerlich, daß der Parteitag nicht mehr die Zeit hat, Alles zu diskutiren, ich bitte aber, sich für die von mir erwähnten drei Dinge auszusprechen. Erstens für den Protest, der an die Spitze der Resolution kommen soll, zweitens für den prinzipiellen Standpunkt in der Frage der Arbeitsvermittlung und endlich für die Lehrlingsinspektoren. (Beifall.)

Silberer (Wien): Ich bin ebenfalls der Meinung des Genossen Widholz, daß wir in erster Linie eine Vorlage wegen der Arbeiterschutzbestimmungen verlangen müssen, insbesondere da Gerüchte über die Aenderung der Bestimmungen über die Sonntagsruhe im Umlaufe sind. Bezüglich der Stellenvermittlung soll sich der Parteitag den Anträgen des dritten Gewerkschaftskongresses anschließen, daß die Arbeitsvermittlung in die Hände der Arbeiter gehöre und daß die gewerbsmäßige Dienst- und Stellenvermittlung aufzuhören habe. Das Institut der Genossenschaftsinstruktoren wurde nur im Interesse der Meister geschaffen, und verweise ich auf eine Sitzung des Verbandes „Austria" der Bäcker Oesterreichs, in welcher die Instruktoren Michael Adler und Dr. Gstöttner rein im Interesse der Unternehmerorganisation wirkten. Wir brauchen keine staatlich bestellten Agitatoren der Unternehmer.

Es ist bedauerlich, daß kein Fachblatt außer dem unseren zur Frage der Strafen Stellung genommen hat. Die Gewerbebehörde straft nur im äußersten Falle und im geringsten Ausmaße.

Ich verlange ebenfalls einschneidende Reformen bezüglich der Arbeitsvermittlung, insbesondere, daß die öffentliche Arbeitsvermittlung paritätisch verwaltet werde.

Die Genossenschaften sollen verpflichtet sein, den Funktionären der Gehilfenversammlung für ihre persönlichen Auslagen und für ihre Mühewaltung Entschädigung zu leisten. Die Genossenschaftsvorsteher werden subventionirt, die Gehilfenobmänner müssen die Arbeit umsonst leisten.

Pölzer (Wien): Wir müssen energisch gegen die Dienstvermittlungen Stellung nehmen. Da werden oft 300 Gulden für einen Platz beim Schankgewerbe gezahlt und die Leute bleiben nur 8 oder 14 Tage dort. Das ist oft sehr verdächtig. Ein Tarif nützt nichts, da ja die Vermittler „Geschenke" nehmen werden.

Ich weiß, was für Leidenswege der Gehilfenausschuß gehen muß, um von dem Vorsteher eine Versammlung zu bekommen. Nun heißt es, daß, wenn die Vorstehung die Einberufung einer Versammlung verweigert, der Gehilfenobmann rekurriren kann. Da kann man ein paar Jahre warten. Wir müssen fordern, daß der Gehilfenausschuß allein berechtigt sei, Gehilfenversammlungen einzuberufen. Schlecht sieht es auch mit den Lehrlingsprüfungen aus. Wenn in einem Monate 300 Lehrlinge in unserer Genossenschaft freigesprochen werden, können Sie sich vorstellen, wie eingehend die Prüfung ist. Ein Hosenschneider soll Jemanden prüfen, der einen Rock macht! Auch in der Konfektionsbranche ist die lange Lehrzeit ein Wahnsinn. Wegen Uebertretung der Sonntagsruhe haben wir 500 Anzeigen eingebracht, in einem Jahre waren nicht einmal 200 erledigt, und es wurden nur geringe Strafen gegeben.

Reger (Teschen): Ich vermisse ebenfalls im Referate Eldersch' eine Menge. Wir sollten hier nur vom Standpunkte der politischen Partei, vom Standpunkte des Programmes sprechen, auf den Gewerkschaftskongressen kann die Sache so behandelt werden, wie es Eldersch gethan hat. Handelt es sich darum, Reformvorschläge zu machen, so kann die Regierung aus den Gewerkschaften Experten berufen. Wir vermissen sowohl in der alten Gewerbeordnung als im neuen Projekte Vorschläge, daß für die Taglöhner etwas gemacht werde. Für diese soll eine Stellenvermittlung geschaffen werden.

Eldersch hat kein Wort über die Krankenkassen gesagt. Die Wiener Genossen haben die genossenschaftlichen Krankenkassen wunderprächtig auszubauen gewußt. Wir müssen aber trotzdem die Abschaffung dieser Krankenkassen auf das Energischeste fordern. Mit Ausnahme von Wien und zwei bis drei anderen Orten bestehen diese Krankenkassen nur zum Nachtheile der Arbeiter. Die Ostrauer Kasse ist eine Hölle für die Arbeiter. Seit drei Jahren läßt es Bezirkshauptmann Spengler nicht zu, daß eine Gehilfenversammlung zur Wahl des Ausschusses einberufen werde. Seit drei Jahren wird dort gestohlen und geschwindelt. In Krakau wurden erst kürzlich bei den Schneidern riesige Defraudationen entdeckt. Wir müssen also die Aufhebung dieser Art Krankenkassen fordern.

Ich vermisse eine Stellungnahme zur Nachtarbeit. In Bielitz wird ohne Bewilligung ganze Nächte lang geschunden. Die Arbeiter wohnen oft in den Textilfabriken in Bielitz und Jägerndorf. Männer und Weiber, Jung und Alt, auch Kinder schlafen in den Fabriken. Wird eine Anzeige gemacht, wird nicht der Unternehmer bestraft, sondern der Anzeiger. Wir brauchen Gewerbeinspektoren für das Kleingewerbe. Der schlesische Gewerbeinspektor verständigt 24 Stunden vor seiner Ankunft den Fabrikanten. Er wird mit Equipage abgeholt und bekommt ein gutes Nachtmahl. Wir verlangen, daß männliche und weibliche Gewerbeinspektoren von Seite der Arbeiterschaft gewählt werden. (Beifall.)

Boschek Anna (Wien): Ueber den Entwurf wurden schon von der Gewerkschaftskommission und den Gehilfenobmännern Gutachten eingeschickt; der Parteitag hat ernstere Forderungen aufzustellen. Wir müssen unsere alten Forderungen auf Erweiterung des Arbeiterschutzes vorbringen.

Ich möchte mich nur mit ein paar Worten mit den Arbeitsvermittlungen beschäftigen. Die Dienstbotenvermittlungen sind tausendmal schlechter als die gewerblichen Arbeitsvermittlungen. Die Mädchen vom Lande werden als Sklaven behandelt, verschachert und verkauft. Die Dienstbotenordnung ist weitaus älter als die Gewerbeordnung, und es muß unsere ernste Forderung sein, die Dienstbotenordnung in die Gewerbeordnung einzubeziehen. Die Formulirung meines Antrages überlasse ich dem Referenten. Wir sollen uns aber nicht gegen einzelne Paragraphe aussprechen, sondern eine Gewerbeordnung verlangen, die der heutigen Zeit entspricht und die uns den weitestgehenden Arbeiter- und Dienstbotenschutz zusichert. (Lebhafter Beifall.)

Das Schlußwort erhält Referent **Eldersch**: Es wird mir zum Vorwurfe gemacht, daß ich lediglich zum Regierungsentwurf Verbesserungsvorschläge gemacht habe. Schuld daran trägt die Feststellung der Tagesordnung. Wäre der Arbeiterschutz zur Debatte gestellt worden, hätte ich ein anderes Referat gehalten. Ich war der Meinung, daß der Parteitag nur die Aktionen der Gehilfenversammlungen und der Gewerkschaftskommission unterstützen solle.

Ich bin für die Beseitigung der gewerblichen Stellenvermittlung, ich bin für die Errichtung von Staatswerkstätten; ich bin ja doch für die Vergesellschaftung der Produktion und kann daher unmöglich gegen diese Dinge sein. Es ist verlangt worden die Abschaffung des Lehrlingswesens, der Dienstbotenordnung, der Genossenschaftskrankenkassen, der Ueberzeitarbeit. Warum haben Sie nicht auch bemängelt, daß ich nicht die Forderung nach dem Achtstundentag erhoben habe? Das gehört Alles nicht in die Vorlage. Ein großer Theil der Anregungen paßt nicht in den Rahmen des Reformvorschlages, der seitens der Regierung gemacht wird. Es geht auch nicht an, in einem Athem die Abschaffung des Lehrlingswesens und die Einsetzung von Lehrlingsinspektoren zu verlangen. Ich habe mich darauf beschränkt, die Minimalforderung der Arbeiterschaft an dem Entwurf klar zu legen, und konnte deshalb keine andere Haltung einnehmen, als dies seitens der Gewerkschaftskommission geschehen ist. Man hätte ja auch von anderen Organisationen verlangen müssen, daß sie alle prinzipiellen Fragen des Arbeiterschutzes bei diesem Punkte erörtern. Mit den vorgeschlagenen Abänderungen bin ich gar nicht einverstanden.

Vorsitzender **Popp**: Sie werden wohl damit einverstanden sein, daß, nachdem eine Umstylisirung der Resolution nothwendig ist, wir die Abstimmung auf morgen vertagen, damit der Referent eine Umarbeitung vornehmen könne. Die Debatte über diesen Punkt ist geschlossen.

Es sind heute 200 Arbeiterinnen der amerikanischen Gummifabrik in Breitensee in Streik getreten. Die Ursachen sind die starken Abzüge für den Ausschuß. Die Arbeiterinnen lassen sich das nicht mehr gefallen, haben Gegenanträge gestellt und traten, nachdem diese nicht gebilligt wurden, in den Streik. Die Arbeiterinnen, die theilweise einer Organisation angehören, wünschen die Sympathieerklärung des Parteitages.

Hueber (Wien): Ich glaube, wir warten bis morgen, wo der Parteitag voller besetzt sein wird.

Nach Verlesung des Einlaufes wird die Sitzung um 8 Uhr Abends geschlossen.

Fünfter Verhandlungstag.

Mittwoch den 6. November 1901.

Vorsitzender **Popp**: Die Abstimmung über Punkt „Abänderung der Gewerbeordnung" wird zunächst verschoben und der Punkt

„Alters- und Invaliditätsversicherung, Witwen- und Waisenversorgung"

in Verhandlung gezogen. Das Wort hat der

Referent **Reumann** (Wien): Eigentlich hätte es vielleicht genügt, wenn der Parteitag bloß die Resolution, die in den Volksversammlungen angenommen worden war, beschließen und dadurch der großen Volksbewegung für die Alters- und Invaliditätsversicherung, für die Witwen- und Waisenversorgung einen stärkeren Nachdruck verleihen würde. Nachdem aber in den letzten Zeiten bekannt geworden ist, wie sich die Regierung eine Regelung dieser Frage vorstellt, müssen wir deutlicher reden und der Regierung klar sagen, wie das Gesetz sein soll, und vor Allem, wie es nicht sein darf. (Beifall.)

Als im Mai dieses Jahres der Regierungsentwurf über die Pensionsversicherung der Privatbeamten bekannt wurde, hat sowohl in der sozialdemokratischen Partei, als auch in den Kreisen der Privatangestellten eine Aktion gegen diesen Entwurf eingesetzt, nicht etwa, weil man meinte, daß die Alters- und Invaliditätsversicherung der Privatbeamten nicht nothwendig sei, sondern weil der vorgelegte Entwurf vollkommen untauglich ist und seinem Zwecke nicht entspricht. Nicht nur, daß eine große Gruppe der Privatangestellten von der Versicherung ausgeschlossen ist, gibt der Entwurf den Unternehmern die Möglichkeit, der Zwangsversicherung zu entschlüpfen, indem als maßgebendes Moment für die Versicherungspflicht Monatslohn oder Jahreslohn bestimmt

wird. Die Regierung hat zwar in ihrem Entwurf mit bewundernswerther Naivetät von den Unternehmern vermuthet, daß sie sich der Versicherungspflicht nicht entziehen werden.

Aber das Erste, was die Unternehmer thaten, als der Entwurf bekannt wurde, war, daß sie erklärten, keine neuen Lasten auf sich nehmen zu können und daß sie sich ihnen auf alle mögliche Weise entziehen würden. Schließlich wurde die Bewegung der Arbeiterschaft, die auf eine allgemeine Versicherungspflicht abzielte, auch von den Unternehmern benützt, um zu erklären, daß sie für eine Spezialgesetzgebung nicht seien, daß vielmehr die Frage der Alters- und Invaliditätsversicherung nur allgemein gelöst werden könne und daß sie schon aus diesem Grunde gegen diesen Entwurf der Regierung Stellung nehmen müssen. Auch die Privatangestellten haben hervorgehoben, daß, wenn das Moment der Entlohnungsform für die Versicherungspflicht maßgebend sein soll, der größte Theil der Privatangestellten von der Versicherung ausgeschlossen bliebe.

Der Entwurf hat den unmittelbaren Anstoß zur Aktion für die allgemeine Altersversicherung gegeben. Dazu kommt noch, daß heuer das neue Heimatsgesetz in Kraft trat, welches die Gemeinden erheblich belastet. Genosse Dr. Verkauf hat in einer Broschüre in sehr ausführlicher Weise die Nothwendigkeit dieser Versicherung, sowie der Witwen- und Waisenversorgung dargelegt. Er hat berechnet, daß der Kreis der Versicherten nach Einbeziehung der landwirthschaftlichen Arbeiter und eines Theiles der Kleingewerbetreibenden und Kleinbauern mehr als acht Millionen Menschen umfassen würden, Genosse Berner hat diese Zahl sogar auf ungefähr elf Millionen geschätzt. Ob diese Zahl nun um einige Millionen größer oder kleiner ist, das braucht uns hier nicht weiter zu beschäftigen. Thatsache ist, daß wir die Ausdehnung der Versicherung auf alle jene Personen wünschen, die heute weder gegen Krankheit noch gegen Unfälle versichert sind.

Zwei Uebel sind es bekanntlich, unter welchen die Arbeiter in besonderem Maße zu leiden haben: die zeitliche und die dauernde Arbeitslosigkeit. Für die zeitliche Arbeitslosigkeit wurde zum Theil durch das Kranken- und Unfallversicherungsgesetz vorgesorgt, aber für diejenigen, welche infolge der kolossalen Ausbeutung, der Unterernährung u. s. w. invalid geworden sind, ist keine Vorsorge getroffen, ebensowenig für diejenigen, die infolge ihres Alters arbeitsunfähig sind. Diese Personen sind der äußerst mangelhaften Armenversorgung überwiesen, und es ist nur natürlich, daß die Sozialdemokratie die Forderung aufgestellt hat, daß auch für diese Personen von Seite des Staates Vorsorge getroffen werden muß. In der Versicherungsgesetzgebung Oesterreichs ist nunmehr ein vollständiger Stillstand eingetreten. Seit dem Jahre 1889 ist in dieser Richtung nichts mehr geschehen, und wenn auch in den Jahren 1895 und 1896 Enqueten einberufen worden sind, welche sich mit der Reform der Versicherungsgesetzgebung befaßt haben, so wurde doch seitens der Regierung seither nichts gethan, um zu beweisen, daß sie wirklich an den Ausbau des Versicherungswesens schreite, bis jetzt endlich infolge der großen Aktion der Sozialdemokratie die Regierung sich veranlaßt gefühlt hat, zu erklären, daß sie allen Ernstes die Durchführung der allgemeinen Alters- und Invaliditätsversicherung anstrebe. Wir gehen allerdings weiter als die Regierung. Wir fordern die Ausdehnung der Versicherung auch auf eine Versorgung der Witwen und Waisen, deren Zahl eine ganz kolossale ist, und die einer Versicherung dringend bedürfen.

Daß das Krankenversicherungsgesetz reformbedürftig ist, darüber besteht kein Zweifel. Zahlreiche Krankenkassen sind nicht in der Lage, die ihnen gesetzlich vorgeschriebenen Pflichten zu erfüllen. Eine unserer Forderungen geht bekanntlich dahin, daß der zeitlich erwerbsunfähig gewordene Arbeiter den vollen Ersatz für seinen Lohn erhalten soll. Nach dem heutigen Krankenversicherungsgesetz erhält er aber bloß 60 Perzent des ortsüblichen Taglohnes, und es ist da ganz natürlich, daß jede Krankheit für das betreffende Individuum gleichbedeutend ist mit seinem wirthschaftlichen Niedergange. Trotz dieser niedrigen Unterstützungen sind die Krankenkassen nicht in der Lage, ihren Verpflichtungen in Bezug auf die Anlegung eines Reservefonds nachzukommen. Wir haben wiederholt dargelegt,

daß dies in erster Linie auf die Beschränkung der Versicherungspflicht zurückzuführen ist. Wir haben verlangt, daß alle diejenigen, welche arbeiten, in die Versicherung einbezogen werden, und wir haben weiters gefordert, daß die zahlreichen Kassenkategorien, welche heute bestehen, beseitigt werden sollen.

In der Broschüre des Genossen Dr. Verkauf wird auch verlangt, daß, wenn die Alters- und Invaliditätsversicherung durchgeführt werden soll, die Krankenkassen die Träger der Versicherung sein sollen und daß die verschiedenen Kassenkategorien aufgehoben werden sollen. Allerdings ist das in der Broschüre nicht so deutlich zum Ausdruck gebracht, und Genosse Berner hat darauf hingewiesen, daß Dr. Verkauf diese Frage in zu oberflächlicher Weise berührt habe, daß es jedoch endlich einmal ausgesprochen werden müsse, daß wir nur eine einzige Kassenkategorie verlangen, und das seien die Bezirkskrankenkassen. Auch ich bin für eine einzige Kategorie von Kassen, welche die Träger des gesammten Versicherungswesens sein sollen, bin aber dagegen, daß dies die Bezirkskrankenkassen seien. Sie wissen, daß nach dem gegenwärtigen Krankenversicherungsgesetze die Bezirkskrankenkassen nicht in der Lage sind, eigene Verbände zu gründen, daß das Verbandsrecht, welches ihnen eingeräumt ist, ein ganz eigenartiges ist, daß nämlich die Unfallversicherungsanstalten in diesen Verbänden die Majorität haben und daher diktiren.

In dem eben von der Regierung verlautbarten Entwurf sind die Bezirkskrankenkassen als die Träger der Alters- und Invaliditätsversicherung in Aussicht genommen. Wir haben nun zirka 570 Bezirkskrankenkassen in Oesterreich, außerdem 1361 Betriebskrankenkassen, 4 Baukrankenkassen, 805 Genossenschaftskrankenkassen und 929 Vereinskrankenkassen. Die 570 Bezirkskrankenkassen zählen zusammen zirka eine Million Mitglieder, während die übrigen Kassen zirka $1^1/_2$ Millionen Mitglieder zählen. Es ist nun natürlich, daß jene Einfachheit in der Verwaltung, die es ermöglichen wird, auch die Alters- und Invaliditätsversicherung mit einer geringen Beitragsleistung durchzuführen, nicht platzgreifen kann, so lange diese verschiedenen Kategorien bestehen. Nun ist es eine sehr gefährliche Forderung, wenn man alle Kassenkategorien aufheben und an deren Stelle bloß territoriale Kassen, und zwar bloß eine einzige Gattung, setzen will. Wir haben nach langem und hartem Kampfe einen ziemlich reichen Besitzstand an Kassen erreicht. Wir haben Vereinskassen gegründet, in welchen wir die vollständige Selbstverwaltung haben, in den Genossenschaftskrankenkassen haben wir die Zweidrittelmajorität, und wir hätten sie auch in den Bezirkskrankenkassen, aber diese haben sich vielfach einen Wahlmodus zurechtgelegt, unter dem es nicht möglich ist, daß die Arbeiterschaft die Majorität erlangt. Es ist daher zunächst die Reform des Krankenversicherungsgesetzes dringend nothwendig.

Die Organisation, wie sie vom Genossen Dr. Verkauf vorgeschlagen wird, stellt sich also folgendermaßen dar, und ich glaube, Sie werden auch sagen, daß eine andere Organisation nicht möglich ist: eine Gattung Krankenkassen, lokale Krankenkassen mit lokalen Verbänden, diese lokalen Verbände vereinigt zu einem Reichsverbande und neben diesem ein Reichsversicherungsamt. Der Reichsverband soll sich mit der Rückversicherung befassen, während die lokalen Krankenkassen gleichzeitig die Invaliditäts- und Altersversicherung durchzuführen hätten. Ich habe bereits erwähnt, daß im Entwurf der Regierung die Bezirkskrankenkassen als die Träger der Alters- und Invaliditätsversicherung in Aussicht genommen werden. Es sollen in den einzelnen Gemeinden Ortsgruppen gegründet werden, und es soll den Kassen seitens der Regierung ein Aufsichtsorgan zur Seite gestellt werden.

Eine weitere Bestimmung betrifft die Rente selbst. In Deutschland zahlt der Staat auf jede Rente einen Staatszuschuß von 50 Mark, so daß als Minimum 110 Mark festgesetzt sind. Oesterreich ist ärmer, sagt man, und deshalb soll die Alters- und Invaliditätsrente im Minimum 90, im Maximum 300 Kronen betragen. Diese niedrige Rente wird damit motivirt, daß in Galizien Taglöhne von 40 Hellern vorherrschend sind und daß im Falle einer höheren Rente diese Arbeiter es gänzlich aufgeben würden, zu arbeiten. Es ist nun eine Thatsache, daß wir in Oesterreich sehr geringe Löhne

haben. Das hat sich auch wieder gezeigt, als die ortsüblichen Löhne neuerlich festgesetzt worden sind, wo man gefunden hat, daß in Böhmen und Mähren selbst in größeren Städten Taglöhne von 10 bis 60 Kreuzer, wenn es hoch geht, von 80 Kreuzer vorherrschen. Auch ist es Thatsache, daß die Taglöhne in Galizien so niedrig sind, wie angegeben worden. Wenn man aber, von diesem Gesichtspunkte ausgehend, das Minimum der Rente mit 90 Kronen und das Maximum mit 300 Kronen festsetzen will, dann ist es wahrlich nicht der Mühe werth, eine solche Alters- und Invaliditätsversicherung zu schaffen und für sie zu kämpfen. Einer solchen Alters- und Invaliditätsversicherung können wir niemals unsere Zustimmung geben.

Wenn Sie unsere gegenwärtige Armenpflege betrachten, so finden Sie, daß in manchen Städten die sogenannten Pfründner eine weit höhere Pfründe beziehen, als die Rente beträgt, die da gegeben werden soll. In Wien beträgt z. B. die niedrigste Pfründe 72 Kronen und die höchsten im Allgemeinen 240 Kronen per Jahr. Es gibt noch zwei Stufen, die höher sind. Wenn solche Pfründen gegeben werden, dann muß man sagen, es ist ein Unding, daß man eine Rente mit 90 Kronen ansetzt. 300 Kronen werden natürlich nur in sehr seltenen Fällen erreicht.

Der von der Regierung eben veröffentlichte Entwurf ist nicht eine Arbeit von heute, nicht eine Arbeit des Ministeriums Körber, sondern diese Vorlage ist bereits vor vier oder fünf Jahren ausgearbeitet worden und ist nun bei den verschiedensten Aemtern zur Begutachtung herumgegangen. Und sie wurde hervorgesucht, als die Arbeiterschaft ihre gewaltige Aktion in Szene gesetzt hatte. Bekanntlich wurde von Seite der Gemeinde Wien die Forderung gestellt, daß ihr mit Rücksicht darauf, daß der Gemeinde durch das neue Heimatsrecht kolossale Lasten in Bezug auf die Armenversorgung werden auferlegt werden, ein Theil der Verzehrungssteuer, nämlich 10 Millionen Kronen, überlassen werden soll. Wenn nun die Regierung gerade jetzt, wo von Seite der Gemeinde diese Forderung gestellt worden ist, diese Vorlage hervorsucht und das Ausmaß der Rente in diesem Entwurfe so niedrig festgesetzt wird, so müssen wir uns fragen, ob die Regierung bei der Veröffentlichung des Entwurfes im gegenwärtigen Momente nicht etwa von der Absicht geleitet worden ist, dadurch die Ueberweisung eines Theiles der Verzehrungssteuer an die Gemeinde Wien unnöthig zu machen, indem sie die Gemeinde darauf verweist, daß ja die Armenlast infolge der allgemeinen Alters- und Invaliditätsversicherung bedeutend reduzirt werde. Wenn nämlich die Regierung die geforderten 10 Millionen Kronen der Gemeinde Wien bewilligt, so setzt sie sich damit der Gefahr aus, daß auch die anderen Städte mit eigenem Statut eine solche Ueberweisung fordern. Da mag sich nun der Ministerpräsident gesagt haben: Die Arbeiter verlangen jetzt die Alters- und Invaliditätsversicherung, ich als moderner Mensch, der allen wirthschaftlichen Forderungen der arbeitenden Bevölkerung Rechnung tragen will, der durch ein wirthschaftliches Programm das Parlament lebensfähig erhalten will, ich kann da zwei Fliegen mit einem Schlag treffen. Ich kann den Arbeitern zeigen, daß ich ihre Wünsche zu erfüllen bereit bin, und auf der anderen Seite die Gemeinde Wien dadurch beruhigen, daß durch die Einführung der Alters- und Invaliditätsversicherung die Kosten der Armenversorgung eigentlich auf die Schultern der Arbeiter überwälzt werden. (Sehr richtig!) Nichts Anderes bedeutet dieser Entwurf der Regierung. Die Arbeiter sollen eine Rente erhalten, die niedriger ist als die Pfründen, die in den größeren Städten gegeben werden. Und dazu soll eine weit höhere Altersgrenze festgesetzt werden. Die Gemeinden sagen, wenn einer 60 Jahre alt ist, kann er eine Pfründe bekommen, die Regierung aber will die Altersgrenze, wahrscheinlich in Anlehnung an den deutschen Entwurf, bis zum 70. Jahre hinaufrücken. Diese Altersversicherung bedeutet dann nichts Anderes als eine Verschlechterung der Armenpflege, deren Kosten bisher die Gemeinden getragen haben, während sie nunmehr auf die Schultern der Arbeiter und Unternehmer überwälzt werden sollen. Der Staat selbst will nur einen geringen Zuschuß geben, der so geringfügig sein soll, daß er in den ersten Jahren nicht einmal jenen Betrag erreichen dürfte, welcher von den Gemeinden als Antheil an der Verzehrungssteuer gefordert

wird. Gegen dieses Attentat müssen wir uns mit aller Entschiedenheit wehren. (Beifall.)

Ein wichtiges Moment ist auch die Beitragsleistung. Auch dieser Punkt wurde in der Broschüre des Dr. Verkauf berührt. Dr. Verkauf berechnet, daß wenn nicht bloß die Alters- und Invaliditätsversicherung, sondern auch die Witwen- und Waisenversorgung durchgeführt werden soll, sich die Kosten auf ungefähr 450 Millionen Kronen belaufen würden. Wir gehen von der Ansicht aus, daß der Betrag von 450 Millionen Kronen vom Staate, von den Unternehmern und Arbeitern zu je einem Drittel getragen werden solle. Auch dann sind die Arbeiter ja noch immer in kolossaler Weise belastet.

Es ist begreiflich, daß wir nicht selbst der Regierung einen bis ins kleinste Detail ausgearbeiteten Gesetzentwurf entgegenbringen. Wir können bloß die Grundsätze angeben, von denen die Versicherung sich leiten lassen muß. Sache der Regierung ist es, sofort einen solchen Entwurf auszuarbeiten, und wir werden dann rechtzeitig dazu Stellung nehmen. Die vorliegende Resolution faßt alle jene Wünsche zusammen, welche in den in allen Theilen des Reiches abgehaltenen Versammlungen zum Ausdruck gebracht worden sind. Ich bitte Sie, dieselbe anzunehmen. (Lebhafter Beifall.)

Tusar (Prag, czechisch): Namens der Handlungsgehilfen gebe ich folgende Erklärung ab: Wir treten dem Regierungsentwurf mit aller Entschiedenheit entgegen. Die Vorlage theilt die Handelsangestellten in verschiedene Kategorien und stellt einen ganz neuen sozialpolitischen Begriff auf, indem in der Vorlage von Privatangestellten gesprochen wird. Die praktischen Gründe, welche uns bestimmen, gegen die Vorlage Stellung zu nehmen, sind vor Allem die ungeheuer hohen Beiträge, die schließlich ganz allein auf uns überwälzt werden, weiters der Umstand, daß es der Staat ablehnt, einen Beitrag zu geben. Trotzdem müßten wir uns in die Verwaltung mit den Unternehmern theilen, und die Oberleitung behält sich der Staat vor! Der Entwurf verspricht zwar sehr viel, aber ich glaube, daß diese schönen Versprechungen nur auf dem Papier bleiben werden. Was nützt eine Altersversicherung, wenn man erst mit dem 70. oder 80. Lebensjahre in den Genuß einer Rente tritt, da doch die Meisten ein solches Alter gar nicht erreichen? Wir in Böhmen wurden von den bürgerlichen Parteien, insbesondere von den Jungczechen, wegen dieser unserer Stellungnahme gegenüber der Regierungsvorlage verdächtigt, daß wir im Dienste des Kapitals stehen. Trotz dieser Agitationen sind aber die czechischen Handlungsgehilfen auch die, welche noch nicht der sozialdemokratischen Partei angehören, heute schon so ziemlich allgemein zur Einsicht gelangt, daß ihnen diese Vorlage nicht nur keine Vortheile bietet, sondern im Gegentheile schädlich sei. Ich kann also im Namen aller derjenigen, die von unserer Kategorie in die Versicherung einbezogen werden sollen, erklären, daß wir gegen diese Vorlage sind.

Karpas (Prag): Es gibt in Oesterreich Gruppen von Bediensteten, z. B. die Bergarbeiter und die Eisenbahner, die bereits eine Altersversorgung besitzen, die aber den Wünschen der Arbeiter durchaus nicht entspricht. Einzelne Personen haben allerdings sehr gut für sich gesorgt. Ein Minister z. B. hat gleich mit dem ersten Tage seines Dienstantrittes den Anspruch auf eine Altersversorgung. Außerdem gibt es noch eine Gruppe von Personen, die auch eine Altersversorgung auf Staatskosten haben ohne irgend welche Beitragsleistung. Das sind die Verbrecher. (Heiterkeit.) Die Eisenbahner, welche ich hier zu vertreten habe, werden sich der eingeleiteten Aktion mit vollem Eifer anschließen. Auch bei den Eisenbahnen sieht es in dieser Richtung traurig aus, denn gewiß zwei Drittel der Eisenbahner haben keine Altersversicherung. Allerdings, die hohen Eisenbahnbeamten beziehen Alterspensionen, von denen sie recht gut leben, und zwar aus derselben Kasse, in welche auch die ärmsten Arbeiter einzahlen müssen. Diese Herren werden sehr oft in Pension geschickt, obwohl sie noch ganz gut dienen könnten und sehr rüstig sind, und dadurch wird der Pensionsfonds ganz außerordentlich belastet. Wir haben Direktoren, die eine Pension von 40.000 Kronen beziehen. Die Kleinen müssen fest einzahlen, damit sich die Großen auf ihre Kosten mästen können. (Beifall.) Auch ist zu konstatiren, daß der Perzentsatz der Pensionirten in der Beamten-

kategorie ein weit höherer ist, als der Perzentsatz der Unterbeamten und anderen Bediensteten. Auch für die Witwen und Waisen ist nicht in ausreichender Weise gesorgt. Die Staatseisenbahngesellschaft z. B. bezahlt für eine Waise bis zum 15. Lebensjahre einen Monatsbeitrag von 1 Gulden, während dieselbe Gesellschaft für ihre Katzen monatlich 3 Gulden bezahlt. Auch der Einfluß auf die Verwaltung des Pensionsfonds, der den Versicherten gewährt wird, ist ein ganz minimaler. Es ist daher vollkommen richtig, daß die Arbeiterschaft vor Allem trachten muß, einen Einfluß auf die Verwaltung zu erlangen, sonst wird es eben so weit kommen, wie es bei den Eisenbahnern der Fall ist. Wir Eisenbahner werden auf eine Verschmelzung unserer Altersversicherung mit der zu schaffenden allgemeinen Altersversicherung im Interesse der kleinen Eisenbahner hinarbeiten. Ich erkläre daher im Namen der organisirten Eisenbahner, daß ich für die Resolution stimmen werde.

Kobač (Triest): Wenn die Arbeiter erst mit dem 70. Jahre in den Genuß eine Altersrente treten können, so kann eine solche Altersversicherung unseren Wünschen nicht entsprechen, umsomehr als heute schon einzelne Arbeiterkategorien eine bessere Altersversicherung haben, als sie im Entwurfe beantragt wird. Es muß in die Resolution auch ein Passus aufgenommen werden — und Genosse Neumann hat mir bereits erklärt, daß er damit einverstanden ist — wonach in jenen Betriebszweigen, in welchen jetzt schon höhere Renten bestehen, als sie die allgemeine Versicherung gewährt, die Betreffenden die höhere Rente auch in Zukunft beziehen sollen. Wir finden hier, daß von den Arbeitern verlangt wird, daß sie ein ungeheures Kapital aufbringen sollen, damit diese Versicherung durchgeführt werden könne. Ich glaube aber, daß der Arbeiter, der dem Kapitalismus seine ganzen Kräfte gewidmet hat, den Anspruch erheben kann, daß derjenige, der ihn Zeit seines Lebens ausbeutet, auch für sein Alter zu sorgen habe. Unsere Abgeordneten werden hoffentlich im Parlament eine Erhöhung der Rente durchsetzen. Ich werde für die Resolution stimmen, bitte aber auch, den von mir angeregten Zusatz anzunehmen.

Arbeitel (Bielitz): Wir hoffen, daß durch diese Institution ein Faktor geschaffen werde, der ein Interesse daran hat, darauf zu sehen, daß solche unmenschliche Zustände, wie sie sich in den Textilfabriken in Bielitz finden, nicht weiters vorkommen. In den Fabriken in Bielitz wird heute noch 16 bis 18 Stunden gearbeitet, außerdem von Freitag auf Samstag die ganze Nacht hindurch. Wenn wir die Ausweise der Krankenkasse in Bielitz zur Hand nehmen, so finden wir, daß die Kranken fast durchwegs junge Leute sind. Wir haben gar keine alten Arbeiter bei uns, die noch arbeiten können. Die meisten Arbeiter wohnen nicht in der Stadt, sondern auf dem Lande, sie kommen am Montag Früh nach Bielitz und fahren am Samstag Abends oder Sonntag Früh nach Hause. Während der ganzen Woche übernachten sie in den Fabriken. Auf alle unsere Anzeigen und Anklagen, daß dies unmenschliche Zustände seien, erhält man gar keine oder die eine Antwort, daß das noch eine Wohlthat für die Arbeiter ist, daß man ihnen gestattet, in der Fabrik zu schlafen. Dadurch entstehen aber oft Unfälle, für welche die Betreffenden keine Entschädigung erhalten. Ich hoffe also, daß unter dem Druck dieser Institution eine Besserung in dieser Richtung herbeigeführt werde.

Grüll (Wien): Ich muß mich gegen die Fassung des ersten Punktes der Resolution aussprechen, worin eine gesetzliche Fürsorge für alle gegen Lohn und Gehalt beschäftigten Personen verlangt wird. Ich gehe davon aus, daß die Altersversicherung, wenn sie eine allgemeine sein soll, nicht auf einzelne Schichten der Bevölkerung beschränkt bleiben darf, sondern daß die gesammte Bevölkerung in die Versicherung einbezogen werden soll. Es muß festgesetzt werden, daß jedes Individuum schon nach seiner Geburt versicherungspflichtig ist. Wenn wir bloß die Arbeiter und sonstigen Bediensteten in die Versicherung einbeziehen, so wird der administrative Apparat, der da erforderlich sein wird, wieder ein ungeheuer großer sein, und es werden dadurch naturgemäß auch die Beiträge sehr hohe sein müssen. Wenn im Punkt 3 eine ausgiebige Beitragsleistung von Seite des Staates verlangt wird, so werden Sie mir zugeben, daß der Staat diese Beitragsleistung doch wieder in keiner anderen Weise hereinbringen

wird als durch die Erhöhung von Steuern. Auch die Unternehmer wehren sich mit Händen und Füßen gegen eine Beitragsleistung, sie erklären, daß sie ohnehin für die Kranken- und Unfallversicherung schon ungeheuer viel zu leisten hätten, und daß die Industrie zu Grunde gehen müßte, wenn sie auch für die Altersversorgung noch herangezogen würde. Wenn aber die gesammte Bevölkerung versicherungspflichtig erklärt wird, dann können die entsprechenden Beiträge im Wege der Steuern hereingebracht werden und dann entfällt auch das Schreien der Unternehmer, daß sie für die Arbeiter Beiträge leisten müssen. Es könnte vielleicht der Einwurf erhoben werden, daß die Durchführung meines Vorschlages auch einen großen Apparat erfordern würde. Das ist jedoch nicht richtig. Denn die Beiträge könnten zugleich mit der Personaleinkommensteuer eingehoben werden. Auch würde ich nicht dafür eintreten, daß irgend eine Progression bezüglich der Renten oder Pensionen festgesetzt werde, es soll jeder dieselbe Pension beziehen, die so bemessen werden soll, daß man vor dem Aeußersten geschützt ist. Ich wünsche also, daß der Absatz 3 der Resolution zu entfallen habe.

Es wird Schluß der Rednerliste angenommen.

Fieth (Tachau): Kaum sind wir Sozialdemokraten in die Bewegung über die Altersversicherung eingetreten, so traten auch die Deutschnationalen auf den Plan mit ihren demagogischen Kniffen. Die alldeutschen Unternehmer treten aus unseren Bezirkskrankenkassen aus, um unserer Kontrole zu entgehen, und gründen eigene kleine Kassen, die alldeutschen „Selbsthilfen". Unsere Krankenkasse in Tachau befindet sich dadurch in der Auflösung. Wenn sie also auch jetzt mit 10.000 Unterschriften für eine Petition prahlen, um uns Sand in die Augen zu streuen, so wissen wir, daß es ihnen damit nicht ernst ist. Die bürgerlichen Parteien hetzen die Bauern gegen die Versicherung auf. Wir haben Gemeindevertreter, die sagen, wir haben unser Armenwesen, was brauchen wir noch zu versichern? Sie haben die Petitionen nicht unterzeichnet, die Unterschriften nicht sammeln lassen.

Unsere 8000 bis 10.000 Bergarbeiter führen seit vielen Jahren einen Kampf gegen die Bruderladen, die sogenannten Diebsladen. Sie würden es als eine Wohlthat empfinden, wenn die Versicherung eingeführt würde. Weniger als 100 Gulden jährlich darf aber nicht gezahlt werden, da sonst die Bergarbeiter geschädigt werden würden, welche nach 40 Jahren im Falle der Invalidität volle Pension beziehen. Wir müssen in der Resolution auf jene Berufsklassen Rücksicht nehmen, die bereits die Altersversorgung genießen.

Tomschik (Wien): In der Resolution ist der Passus vergessen von der Wahrung der berechtigten Ansprüche, die verschiedene Arbeiter an gewisse Pensionsfonds erworben haben, so zum Beispiel bei den Eisenbahnern. Das soll noch zum Ausdruck gebracht werden. Dann wünsche ich auch im Punkt 3 eine Klarstellung; der Passus bezieht sich auf Subventionen für die Bahnen, nicht auf Beiträge für die Bediensteten. Mit dem, was die Bediensteten erhalten haben, wäre die Bevölkerung wohl auch nicht sehr zufrieden. (Heiterkeit.)

Therese **Schlesinger**: Genosse Grüll hat bemerkt, daß, wenn der Staat dazu bewogen wird, Beiträge für die Altersversicherung zu zahlen, er das Geld wieder nur durch die auf die arbeitende Bevölkerung gewälzten Steuern hereinbringen könnte. Diese Einwendung ist unstatthaft. Will der Staat die Steuern auf die arbeitende Bevölkerung abwälzen, so müssen wir uns eben dagegen wehren. So viel Steuern, als aus der arbeitenden Bevölkerung herausgepreßt werden können, werden immer und jetzt schon aus ihr herausgepreßt. Wir haben aber dafür zu sorgen, daß die aus den Arbeitern herausgepreßten Steuern wenigstens in ihrem eigenen Interesse verwendet werden!

Was die Furcht vor dem Widerstand der Unternehmer und das Entgegenkommen an diese betrifft, so meine ich, die Unternehmer werden sich ohnedies genug nehmen, und wir werden ohnedies unsere ganze Kraft aufbieten, um diesen Widerstand zu besiegen. Wir werden da Alles thun, was wir können. (Beifall.)

Popp beantragt, den streikenden Gummiarbeitern und Gummiarbeiterinnen in Breitensee die Sympathien auszudrücken und eine Kollekte für sie zu veranstalten. (Einstimmig angenommen.)

Das Schlußwort erhält

Neumann (Wien): Wesentliche Einwände gegen die Resolution wurden nicht erhoben. Der Genosse aus Triest wünschte, daß die Wahrung der bereits erworbenen Ansprüche an den Pensions- und Provisionsinstituten ausgedrückt werden soll. Ich glaubte, diesem Wunsche Rechnung tragen zu sollen dadurch, daß in Punkt 2 nach den Worten „unter Statuirung eines Existenzminimums" die Worte eingeschaltet werden: „und Wahrung schon bestehender Ansprüche gegen Pensions- und Provisionsinstitute".

Grüll wünschte, daß die Kosten durch eine progressive Einkommensteuer hereingebracht werden mögen. Ich mache auf die Broschüre des Dr. Verkauf aufmerksam, in der nachgewiesen wird, daß die Personaleinkommen- und Besoldungssteuer nur 50 Millionen Kronen jährlich einträgt, während die Versicherung 150 Millionen Kronen erfordert. Es würde auch eine Verschleierung der Beitragsleistung herbeigeführt werden. Infolge der schwachen Progression würde die Arbeiterschaft mehr in Mitleidenschaft gezogen werden als die übrigen Einkommensteuerträger. Noch eine Bemerkung. Ich habe in meinem Referate gesagt, daß die Pfründen in Wien höher sind als die Renten, die in den Grundzügen der Alters- und Invaliditätsversicherung angeführt sind. Dadurch könnte der Gedanke entstehen, daß dies eine Anerkennung für die Armenunterstützung Wiens sei, die nur ein Almosen und viel zu geringfügig ist; ich möchte nicht, daß der Parteitag glaubt, daß in Wien in Bezug auf die Armenversorgung ungemein viel geleistet wird. Ich bitte die Resolution mit dem von mir besprochenen Zusatzantrage anzunehmen.

Tomschik hat gewünscht, daß in Punkt 3 nach den Worten „was bisher" die Worte „an Subventionen" eingeschaltet werden mögen, dagegen habe ich nichts, da die jetzige Fassung in der That zu Mißverständnissen führen kann.

Die Resolution 29 wird mit den vom Referenten vorgeschlagenen Abänderungen einstimmig angenommen.

Vorsitzender: Wir kommen nun zur Beschlußfassung über die zum Punkte: „Die Novelle zur Gewerbeordnung" zusammengefaßten Anträge.

Elderfch (Brüx): Ich habe mich mit allen Antragstellern geeinigt und beantrage die Annahme der so geänderten Resolution 28.

Weiters schlage ich Ihnen vor, den Antrag Aufobsky's über die Lehrwerkstätten (27) anzunehmen.

Die beiden Anträge werden einstimmig angenommen.

Vorsitzender: Das Ergebniß der Sammlung für die Gummiarbeiterinnen beträgt 56 Kronen 68 Heller. Ich spreche namens dieser Arbeiterinnen den Spendern den Dank aus.

Soeben ist ein Telegramm aus Skole in Galizien eingelaufen, daß sämmtliche Arbeiter, die sich an der Organisation betheiligen, von der Zündhölzchenfabrik entlassen wurden. (Pfui-Rufe!)

Es folgt hierauf der Bericht der Programmkommission über die:

„Revision des Parteiprogrammes".

Referent Dr. **Adler** (Wien): Wir kommen nun dazu, der wichtigsten Angelegenheit dieses Parteitages den Abschluß zu geben. Die Diskussion über den Entwurf des Parteiprogrammes war eine ebenso ausführliche als tiefgehende. Ich habe dies schon gesagt, aber ich muß es noch einmal wiederholen. Ich muß auch jetzt meiner großen Freude und innerlichsten Befriedigung darüber Ausdruck geben, daß dieser Parteitag durch die Diskussion nicht nur der Welt — darauf lege ich wenig Werth — aber auch uns selbst gezeigt hat, daß die österreichische Sozialdemokratie eine Partei ist, mit der sich — ich will von unseren Bruderparteien schweigen und mit ihnen keinen Vergleich wagen — in diesem Lande an Intelligenz, an Tiefe der Einsicht, an Wissen, an ernstlichem Eindringen und Selbstkritik ihrer Ueberzeugung keine Partei auch nur entfernt messen kann. Diese Befriedigung und Stolz erfüllt mich und uns Alle darüber, daß, abgesehen von dem Adel, den uns unsere Aufgabe und unsere geschichtliche Mission verleiht, wir auch geadelt werden durch die Intelligenz und den Hochstand unserer Partei und der einzelnen Genossen. Wir können auf diesen Parteitag mit berechtigtem Stolz blicken,

und ich wünsche, daß Sie auch mit dieser Empfindung über unsere Beschlüsse nach Hause zurückkehren. Ich habe das im Anfang gesagt, weil ich wünsche, daß Sie das Werk, das wir zu Ende zu führen haben, aus diesem Gesichtspunkte betrachten.

Parteigenossen! Bei der Schaffung eines Programmes ist gewiß nicht das einzelne Wort das Entscheidende, aber selbstverständlich ist, daß man sich bei der Berathung der Einzelheiten eines solchen Programmes in Wortstreit verlieren muß. Das Wichtige ist, und so haben wir in der Kommission unsere Aufgabe aufgefaßt, daß, wenn eine solche Diskussion geführt ist, wir wieder zusammentreten, aus derselben ihren eigentlichen Inhalt, ihr Werthvolles herausnehmen und nur dieses Werthvolle und Wichtige, nur diesen eigentlichen Inhalt dem Beschlusse einverleiben. Parteigenossen! Wir haben uns gesagt, in der Diskussion, und zwar sowohl in der mündlichen als auch der in der Presse abgeführten, ist eigentlich ein Einwand gegen das, was im Entwurfe enthalten ist, nicht gemacht worden. Es wurden nur Einwendungen gemacht, daß im Entwurfe Verschiedenes fehlt, und die Genossen, die Einwendungen erhoben, fürchteten, daß durch die nach ihrer Meinung vorhandenen Lücken Zweideutigkeiten entstehen könnten.

Die Kommission hatte nun eine doppelte Aufgabe. Sie mußte den allgemeinen Gedanken dieser Beanständigung zusammenfassen, mußte sehen, wie viel davon in den Entwurf aufgenommen werden könne. Sie mußte sich als Richtschnur auferlegen, daß Alles, was in den Entwurf kommt, die Meinung Aller sein muß. Sie konnte aber nicht das unmögliche Ideal haben, daß Alles hineinkommt, was irgend ein Genosse wünscht. Es darf in dem Entwurfe nichts darin sein, was der berechtigten und vernünftigen Meinung irgend eines Genossen widerspricht. Nicht jeder Genosse kann aber verlangen, daß alle seine Wünsche auch in dem Entwurfe verwirklicht werden. Von diesem Gesichtspunkte mußte die Kommission ausgehen.

Noch eine andere Schwierigkeit kommt da in Betracht. Es geht nicht an, daß man neben ganz allgemeinen Forderungen, wie, sagen wir, die Erklärung der Religion als Privatsache — weil mir das gerade einfällt — kleine Einzelheiten anführt, die ja gewiß sehr wünschenswerth sind und von uns Allen gewollt werden, die aber in den Rahmen dieses Programmes, das einen allgemeinen Charakter hat, nicht hineinpassen. Ich sage das darum, um den Genossen von vornherein klar zu machen, daß, wenn einzelne ihrer Wünsche durch den Vorschlag der Kommission nicht erfüllt werden, das nicht bedeutet, daß wir diese Forderung als eine berechtigte nicht anerkennen, oder daß wir sagen, es verstößt wider das Programm. Davon ist gar keine Rede. Wir sagen damit nur, daß wir glauben, daß es nicht möglich ist, das im Rahmen dieses Programmes unterzubringen, und zwar aus formellen Gründen, weil endlich irgend eine Grenze gesteckt werden muß.

Wir hatten in der Kommission eine sehr ausgiebige Diskussion; wir haben bei der endgiltigen Redaktion, als das Elaborat vollständig vorgelegen ist, volle Einstimmigkeit in der Kommission erzielt, und die Kommission war, wie Sie wissen, zusammengesetzt sowohl aus solchen Genossen, die den Entwurf für genügend erachtet haben, als aus solchen, welche ihn für durchaus ungenügend hielten. Es mag Ihnen also das schon ein äußeres Merkzeichen dafür sein, daß die Aufgabe, zu der die Kommission berufen war, in der That von ihr gelöst wurde, und es mag für mich eine Berechtigung daraus entspringen, die Hoffnung auszusprechen, daß, so wie die Mitglieder der Kommission sich auf den Entwurf einigen konnten, auch die Partei sich darauf einigen kann. (Lebhafter Beifall.) Und nun lassen Sie mich ganz kurz die wichtigsten Momente auseinandersetzen, die in dem Vorschlage gegenüber dem alten Entwurfe geändert sind.

Wir haben uns vornehmlich um zwei Punkte gestritten. Der Punkt, der den größten Raum in den Diskussionen auf dem Parteitage, wie schon in den früheren Diskussionen eingenommen hat, der sich um die sogenannte Verelendungstheorie dreht, war der erste von diesen. Hier sind wir zu Folgendem gekommen: Der nach meiner persönlichen Anschauung und der Anschauung einer Reihe von anderen Genossen nicht mehr klare und — ich will vorsichtig sein und nicht sagen unrichtige — nicht mehr unmißverständliche Satz von der „steigenden Massenarmuth“ und der „wachsenden Verelendung“ wurde nicht mehr

ins Programm aufgenommen. Der Grund hiefür war, daß dadurch ein Satz ins Programm aufgenommen worden wäre, dessen Richtigkeit und Opportunität im Programm von einer Anzahl von Genossen angefochten wird. Nun hatte aber eine große Anzahl von Genossen die Empfindung, daß in dem Entwurfe wohl der steigende Klassengegensatz in der Lebenshaltung, wie er im Verlaufe der kapitalistischen Entwicklung zum Vorschein kommt, zum Ausdruck gekommen ist, daß aber die Wurzeln und Ursachen des Ansteigens dieses Gegensatzes nicht mit genug Schärfe gezeichnet werden. Dieser Empfindung wurde dadurch Rechnung getragen, daß als Einleitung zu jenem Satze der Satz eingefügt wurde: „Es wächst die Masse der Proletarier, es steigt aber auch der Grad ihrer Ausbeutung." (Lebhafter Beifall.) Glauben Sie nicht, daß ich meine, daß es denjenigen Genossen, die um die Elendstheorie gefochten haben, nur um Rechthaberei zu thun war — das glaube ich nicht. Ich weiß schon, daß bei sehr vielen ein Herzensbedürfniß dahinter steckt. Da haben diese Genossen das, was sie für ihr eigenes Herzensbedürfniß, was sie für die Bedürfnisse ihrer Agitation thatsächlich brauchen, und sie haben einen Satz, der, meines Erachtens, der Anfechtung nicht unterliegt, wie ihr der Satz von dem wachsenden Elende u. s. w. heute immerhin unterliegen kann. Dieser Satz, glaube ich, genügt vollständig, um jeder optimistischen Auslegung dieses Programmpunktes, die übrigens, ich wiederhole es, auch im Entwurf unmöglich war, jede Möglichkeit zu benehmen. Und dieser Satz hat noch einen anderen Vortheil, und zwar den, daß wir in Oesterreich mit der Elendsdiskussion nunmehr fertig sind. Parteigenossen! Gestatten Sie mir die Befriedigung auszusprechen, daß wir damit das alte Elend und den alten, Einem schon wirklich beim Halse heraushängenden Streit endlich begraben haben. Ich glaube, da müßten selbst die Verehrer der alten Formel endlich genug haben; ich habe genug, das muß ich sagen. Wenn wir in irgend einer Form einen Anklang an dieses Elend gebracht hätten, so hätten wir ein Stehauf-Manderl gehabt, mit dem wir nicht fertig geworden wären. Damit sind wir nun fertig, dieses Kapitel ist geschlossen, das ist der eine Vortheil.

Wir haben aber auch einen anderen Vortheil. Die Form, wie wir sie nun stehen haben, umfaßt alle Möglichkeiten der Resultate der steigenden Ausbeutung. Mit der „steigenden Ausbeutung" ist nicht nur theoretisch auf dem Papier, sondern auch praktisch in der Wirklichkeit vereinbar eine steigende Lebenshaltung, ist vereinbar eine stagnirende Lebenshaltung und ist vereinbar eine fallende Lebenshaltung, die wir gewohnt sind, Verelendung zu nennen. Auch der Buchdrucker oder der hochqualifizirte Metallarbeiter, der heute möglicherweise — ich will keine Ziffer aussprechen, sonst steht einer auf und berichtigt mich (Heiterkeit) — einen umso viel höheren Perzentsatz an Arbeitslohn bekommt als vor so und so viel Jahren: auch dieser Buchdrucker, dessen Lebenshaltung sich eventuell gesteigert hat — ich behaupte es nicht, ich nehme an, es wäre nicht ganz ausgeschlossen — auch der kann das Bewußtsein haben, muß das Bewußtsein haben, wenn er nachdenkt, daß trotzdem der Grad seiner Ausbeutung sich gesteigert hat, weil dieser Grad nicht bestimmt wird von seiner Lage, sondern von seinem Antheil an den Früchten seiner Arbeit.

Es wird also mit diesen Worten das bestätigt, was ich in meinem einleitenden Referate gesagt habe, daß der Klassengegensatz und die Empfindung für ihn hauptsächlich darum und umsomehr steigt, je mehr wir in Bezug auf die Entwicklung der Gesellschaft Optimisten sind, je mehr wir sehen, daß die Gesellschaft reicher, aber der Theil dieses Reichthums, der in die Arbeiterklasse zurückfließt, kleiner wird. Dieser Satz ist wissenschaftlich tadellos — daran ist bei der Zusammensetzung der Kommission absolut nicht zu zweifeln (Heiterkeit) — er ist aber auch geeignet, alle Bedürfnisse für die Agitation zu erfüllen, und schließlich — ich wiederhole das — macht er der überflüssigen veralteten und so langweiligen Diskussion ein Ende.

Und noch ein Zweites. Der ursprüngliche Entwurf hat gemeint, daß eine Festsetzung des Zieles einer politischen Partei, welche die ganze Gesellschaft bis in ihr Innerstes packen und umwälzen will, daß das Wesen dieser Partei, das Höchste zu wollen und die gründlichsten Umwälzungen dieser Gesellschaft herbei-

zuführen, es eigentlich überflüssig macht, noch ausdrücklich zu sagen: Wir wollen die politische Macht, um dies Ziel zu erreichen. Niemand von uns, der an dem Entwurfe mitgearbeitet hat — und ich selbst am allerwenigsten — hat daran gezweifelt, daß das Mittel hiezu die Erringung der politischen Macht ist. Da aber eine große Anzahl von Genossen es für nöthig hält, daß dieser Gedanke im Programm ausdrücklich ausgesprochen werde, sind wir diesem Wunsche nachgekommen. Diejenigen, die den Entwurf früher verfochten haben, sind aber damit nicht um ein Haar breit von ihrer Ansicht abgewichen, sie sind nicht bekehrt worden, weil sie nicht bekehrt zu werden brauchten. Daß das Mittel, um zu unserem Ziele zu kommen, die Eroberung der politischen Macht ist, darüber ist sich jeder Sozialdemokrat vollständig klar. Wem es aber nicht klar ist, dem bleiben nur zwei Wege: Entweder muß er noch etwas lernen (Heiterkeit), oder er muß sich einer anderen Partei anschließen.

Sie erinnern sich, wir hatten in dem Entwurfe einen Punkt, von dem ich bekennen mußte: Ja, hier liegt wirklich ein Fehler vor. Es war dies der Punkt, wo von den Vorbedingungen für die zukünftige Gesellschaft die Rede war, und wo es in dem Entwurfe hieß, daß diese Vorbedingungen „geschaffen werden müssen". Ich hatte nur das subjektive Moment im Entwurfe hervorgehoben und das objektive vergessen, daß nämlich die Entwicklung der Gesellschaft schon selbst diese Vorbedingungen schafft. Dieser Fehler ist in dem Ihnen nunmehr vorliegenden Entwurfe beseitigt. Die beiden Gedanken, einerseits die objektive Entwicklung und andererseits die bewußte und beabsichtigte Förderung dieser Entwicklung, sind jetzt in zwei getrennten Sätzen ausgedrückt. Der Ausdruck „genossenschaftliche Produktion" ist wohl beibehalten, aber für die Furchtsamen ist ein Sicherheitsventil, ein Fallschirm angebracht worden (Heiterkeit) durch den Zusatz „auf Grund gesellschaftlichen Eigenthums". Ich glaube, die Sache ist jetzt feuerfest. (Heiterkeit.) In dem zweiten Satz wurden eingefügt die Worte: „die Eroberung der politischen Macht das Mittel." (Beifall.) Ich gestehe offen, der Entwurf war früher sehr schlecht, das sehe ich jetzt ein. (Heiterkeit.) Ich habe mich immer gefürchtet vor Mißverständnissen von rechts, auf die Mißverständnisse von links war ich nicht gefaßt. Das war mein großer Fehler. Aber nun sind wir nach beiden Seiten hin gesichert.

Nun kommt ein Satz, der scheinbar eine Wiederholung ist, und den ich trotz seiner etwas schleppenden Form an dieser Stelle um keinen Preis vermissen möchte. Er ist theilweise aus dem Hainfelder Programm herübergenommen. Ich meine den Satz: „Nur das zum Klassenbewußtsein erwachte und zum Klassenkampf organisirte Proletariat kann der Träger dieser nothwendigen Entwicklung sein." Dieser Satz ist eine Wiederholung, wenn Sie wollen — ich bin auf diesen Vorwurf gefaßt — ein stylistischer Mangel, aber er ist das Wichtigste, was wir im Programm haben, und zwar als Abgrenzung unserer Partei gegen alle Anderen, die sich heute „Sozialisten" nennen (Sehr richtig!) und gern Sozialdemokraten wären, wenn sie es gelegentlich wieder nicht zu sein brauchten. (Heiterkeit und Sehr gut!) Hier liegt der entscheidende Punkt, das haben wir in allen Diskussionen mit unseren Gegnern erfahren. Wir haben doch heute Christlich-Soziale — ich meine damit nicht die Wiener Christlich-Sozialen, ich halte es unter meiner Würde, von diesem Schmutz zu reden und würde mich dagegen verwahren — ich spreche hier von den ernsten Katholisch-Sozialen und Protestantisch-Sozialen draußen, von Leuten, die unsere politischen und wirthschaftlichen Minimalforderungen unterschreiben, vielleicht sogar unser kommunistisches Ideal in irgend einer Zeit für möglich halten, und die daher sagen: Ja, das wollen wir ja Alle auch. Wo ist nun da die Grenze? Wenn so Einer kommt und mir sagt, er will dasselbe, so antworte ich ihm: Ja, gewiß, wir sind Alle gute Menschen; aber sage mir, wer soll denn das Alles machen? Und wenn er mir sagt: Das soll der Kaiser machen — der von Deutschland natürlich (Heiterkeit), der soziale Kaiser — dann lächle ich. Wenn er mir aber sagt: Das soll das zur sozialpolitischen Einsicht bekehrte Bürgerthum in seinem eigenen Interesse machen, dann lache ich. Oder wenn er sagt: Das soll überhaupt die

moralisch gebesserte Menschheit machen ..... (Skaret: Die Kirche!) Nun, von der Kirche spricht heute Niemand mehr, weil durch eigene Enzykliken vorgesorgt ist, daß man ihr diese Mission für die Zukunft nicht mehr zutrauen kann. (Heiterkeit und Beifall.) Hier liegt für mich die Grenze, und dieser Gedanke kann nicht oft genug wiederholt werden. Deshalb steht er ausdrücklich an dieser Stelle, weil ich ihn für das Rückgrat unserer ganzen politischen Parteistellung halte. (Lebhafter Beifall.)

Wenn nun das Proletariat seine Angelegenheiten selbst besorgen muß, wie können dann die Leute uns Marxisten — und jetzt einmal ernst gesagt: uns Marxisten — vorreden, daß wir Alles von der automatischen Entwicklung erwarten, uns, die wir vom ersten Augenblicke an den Gedanken in uns eingesogen haben: „Die Befreiung der Arbeiterklasse muß das Werk der Arbeiterklasse selbst sein"? Das Wort „Werk" bedeutet: geschaffen, klar und bewußt von den Arbeitern selbst geschaffen! Wenn die Arbeiterklasse das thun, wenn sie ihr Werk wirken soll, so muß sie auch dazu fähig sein, und die ganze Arbeit, die wir fortwährend verrichten, ist darauf gerichtet, die Arbeiterklasse geistig und physisch dazu zu befähigen. (Lebhafter Beifall.) Parteigenossen! Wir haben an diesem Satz eine bemerkenswerthe Aenderung vorgenommen. Im alten Programm und auch noch im Entwurf hieß es: „Das Proletariat politisch zu organisiren ....." Wir haben geglaubt, daß es an der Zeit sei, dieses einschränkende Wort „politisch" entfernen und alle Formen der proletarischen Organisation als Mittel zu dieser Fähigmachung des Proletariats in diesem Satze zusammenzufassen. Dadurch ist die gewerkschaftliche Organisation einbezogen, es ist die wirthschaftliche Organisation nicht ausgeschlossen. Ich mache diese Unterscheidung zwischen „einbezogen" und „nicht ausgeschlossen" darum, weil die gewerkschaftliche Organisation heute schon einen hohen Stand erreicht hat, während man bei der wirthschaftlichen Organisation bloß von Anfängen sprechen kann, und die Formen, die sie gewinnen wird, heute noch nicht abzusehen sind.

Sie verzeihen, wenn ich einige stylistische Aenderungen übergehe. Sie haben zehn oder elf so ausgezeichnete Leute in der Kommission gehabt, Theoretiker, Praktiker und Stylisten aller Grade, daß Sie sich darauf verlassen können, das Ding ist gut deutsch geworden. (Heiterkeit.) Nur zwei stylistische Aenderungen will ich erwähnen. Statt der Worte „heutigen Zustände" sind wieder die Worte „unwürdigen Zustände" eingesetzt worden. Es wurde damit dem Herzenswunsche vieler Genossen entsprochen. Nach ihrer Meinung wurde der Satz damit verbessert, nach meiner Meinung nicht verschlechtert. Der Name „sozialdemokratische Arbeiterpartei in Oesterreich" ist unverändert geblieben, da die Kommission die Namensänderung schon früher zurückgezogen hat und kein Redner die Namensänderung verlangte.

In dem Absatze, der die Ueberleitung von unserem prinzipiellen Programm zu unseren augenblicklichen Forderungen bildet, heißt es: „Die sozialdemokratische Arbeiterpartei in Oesterreich ist eine internationale Partei; .... sie erstrebt gesetzlichen Schutz der Lebenshaltung der arbeitenden Klassen ...." Wenn hier nicht von Arbeiterschutz, sondern von „gesetzlichem Schutz der Lebenshaltung der arbeitenden Klassen" die Rede ist, hat dies seinen Grund darin, weil man den Begriff Arbeiterschutz immer etwas zu enge nimmt und damit gewöhnlich nur der Schutz in der Werkstätte gemeint ist, während wir alle Maßregeln der immer mehr und mehr Bedeutung gewinnenden Hygiene hierher rechnen, die Wohnungshygiene, Gewerbehygiene, Sanitätspolizei, Lebensmittelpolizei u. s. w. Das ließe sich aber unter das Wort „Arbeiterschutz" nicht subsummiren.

Dann heißt es weiter: „Sie kämpft dafür, dem Proletariat auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens möglichst großen Einfluß zu verschaffen." Nachdem oben als das vorläufig letzte Ziel die Erringung der politischen Macht steht, so wird wohl Niemand dagegen sein, daß wir auch schon vorläufig auf allen Gebieten möglichst großen Einfluß erhalten. Ich gestehe Ihnen offen, ich habe den Ausdruck „gebührenden Einfluß" für weitergehend gehalten und gemeint, daß uns ein größerer Einfluß gebühre als der uns gegenwärtig möglich

ist; „gebührender Einfluß“ — das umspanne doch die ganze Welt. Aber es hat sich gezeigt, daß ich Unrecht hatte (Heiterkeit), man merkt ja erst, ob man richtig spricht, wenn man sieht, daß die Leute Einen auch wirklich verstehen. Man mag etwas noch so fein ausgetüpfelt haben, wenn Einen die Leute nicht verstehen, so war es eben falsch, denn ein Programm hat die Aufgabe, verstanden zu werden, und ist keine stylistische Ziselirarbeit.

Auf die Einzelheiten der Diskussion will ich nicht zurückkommen; denn wenn ich jetzt auf die Angriffe und die Argumente der Diskussion eingehen und die Kritiker meinerseits kritisiren wollte, so wäre das für *mich* sehr lustig, für *Sie* sehr langweilig und würde jedenfalls sehr lange dauern. Wenn ich in die Parteigeschichte als ein fabelhafter Optimist einziehe, als ein Mensch, dem es Wurst ist, ob er so oder so sagt (Heiterkeit), so genirt mich das nicht. Ich werde übrigens an anderer Stelle beweisen, daß dem nicht so ist. Das Eine werden Sie mir aber gestatten, zu sagen: Der jetzige Entwurf ist *gut*, ist *besser* als der frühere, aber der erste war auch nicht gar so arg.

Ich glaube, daß das Programm so gefaßt ist, daß eine Ueberschätzung unserer täglichen Arbeit wirklich nicht zu befürchten ist. Wenn das Hainfelder Programm vielleicht der Gefahr ausgesetzt war — und die Verhältnisse haben ja diese Gefahr bedungen — eine Unterschätzung der Gegenwartsarbeit zu enthalten, so haben unsere Freunde befürchtet, daß der jetzige Entwurf eine Ueberschätzung dieser Gegenwartsarbeit bedeuten könne. Ich halte das für ganz ausgeschlossen. Wenn Jene, die ein Interesse daran haben — nicht ein persönliches, sondern ein Parteiinteresse, weil sie den Wunsch haben, Errungenschaften durch die Ueberschätzung der Gegenwartsarbeit zu machen — sich noch so sehr bemühen, so werden sie aus diesem Entwurf diese Ueberschätzung nicht herauslesen können. Aber auch jene Genossen, die immer am Schärfsten das Endziel betont haben wollen und gegen jede Einschläferung des revolutionären Bewußtseins wachsam sind, können ganz beruhigt sein. In keinem Programm, das ich kenne, ist das, was die Sozialdemokratie anstrebt, deutlicher gesagt, als in diesem: *Der faustische Drang, unaufhörlich bis ans Ende zu gehen und niemals zu rasten.* (Beifall.) Hier in diesem Programm wird nirgends zum Augenblick in dieser kapitalistischen Welt gesagt: Verweile doch, du bist so schön! (Beifall.) Und so können Sie beruhigt sein, daß die Partei mit diesem Programm auch nicht einen Moment in Versuchung geführt wird, sich auf ein Faulbett zu legen und ihre letzten Ziele für ein Linsengericht zu verkaufen. (Lebhafter Beifall.)

Lassen Sie mich nun mit einigen wenigen Bemerkungen auf die Einzelforderungen unseres Minimalprogramms eingehen.

An der Spitze steht natürlich unsere Forderung nach dem allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrecht.

Im Punkt 6 wird verlangt die Sicherung der Unabhängigkeit der Gerichte. Dieser Punkt wurde abgeändert. Während es früher hieß, daß die Wahl der Geschwornen durch das „gesammte Volk“ zu geschehen habe, wurden diese Worte jetzt weggelassen, denn das könnte auch heißen, daß die kleinen Kinder wählen. Wir haben hier weiters hinzugefügt die Worte: „Unterstellung aller Staatsangehörigen unter die ordentlichen Gesetze und Gerichte“. Damit ist nicht nur die Abschaffung der Privilegien der *Militär*justiz, sondern auch der Privilegien der *Kabinets*justiz verlangt. Bekanntlich stehen die Angehörigen des kaiserlichen Hauses unter einer besonderen Gerichtsbarkeit. Wir halten sie aber für Staatsbürger und glauben ihnen damit keine Unehre zu erweisen. Dann aber müssen sie sich auch die Bedingungen gefallen lassen, denen andere Staatsbürger unterworfen sind. Ueber die Militärjustiz brauche ich bei uns in Oesterreich, insbesondere nach den Vorfällen der letzten Monate und nach den Ergebnissen der galizischen Prozesse (Beifall), kein Wort zu verlieren. Wir haben weiters in diesen Punkt noch die Abschaffung der Todesstrafe aufgenommen.

Zu Punkt 7 haben wir hinzugefügt „staatliche und kommunale Organisation des Sanitätsdienstes“. Ich halte das für einen Kernpunkt des von uns erstrebten gesetzlichen Schutzes der Lebenshaltung der arbeitenden Klassen. Es ist dies einer der bedeutendsten Hebel der Umgestaltung und Weiterführung unserer gesellschaftlichen Zustände. Doch muß ich hier auf eine längere Ausführung verzichten.

moralisch gebesserte Menschheit machen ..... (Skaret: Die Kirche!) Nun, von der Kirche spricht heute Niemand mehr, weil durch eigene Enzykliken vorgesorgt ist, daß man ihr diese Mission für die Zukunft nicht mehr zutrauen kann. (Heiterkeit und Beifall.) Hier liegt für mich die Grenze, und dieser Gedanke kann nicht oft genug wiederholt werden. Deshalb steht er ausdrücklich an dieser Stelle, weil ich ihn für das Rückgrat unserer ganzen politischen Parteistellung halte. (Lebhafter Beifall.)

Wenn nun das Proletariat seine Angelegenheiten selbst besorgen muß, wie können dann die Leute uns Marxisten — und jetzt einmal ernst gesagt: uns Marxisten — vorreden, daß wir Alles von der automatischen Entwicklung erwarten, uns, die wir vom ersten Augenblicke an den Gedanken in uns eingesogen haben: „Die Befreiung der Arbeiterklasse muß das Werk der Arbeiterklasse selbst sein"? Das Wort „Werk" bedeutet: geschaffen, klar und bewußt von den Arbeitern selbst geschaffen! Wenn die Arbeiterklasse das thun, wenn sie ihr Werk wirken soll, so muß sie auch dazu fähig sein, und die ganze Arbeit, die wir fortwährend verrichten, ist darauf gerichtet, die Arbeiterklasse geistig und physisch dazu zu befähigen. (Lebhafter Beifall.) Parteigenossen! Wir haben an diesem Satz eine bemerkenswerthe Aenderung vorgenommen. Im alten Programm und auch noch im Entwurf hieß es: „Das Proletariat politisch zu organisiren ....." Wir haben geglaubt, daß es an der Zeit sei, dieses einschränkende Wort „politisch" entfernen und alle Formen der proletarischen Organisation als Mittel zu dieser Fähigmachung des Proletariats in diesem Satze zusammenzufassen. Dadurch ist die gewerkschaftliche Organisation einbezogen, es ist die wirthschaftliche Organisation nicht ausgeschlossen. Ich mache diese Unterscheidung zwischen „einbezogen" und „nicht ausgeschlossen" darum, weil die gewerkschaftliche Organisation heute schon einen hohen Stand erreicht hat, während man bei der wirthschaftlichen Organisation bloß von Anfängen sprechen kann, und die Formen, die sie gewinnen wird, heute noch nicht abzusehen sind.

Sie verzeihen, wenn ich einige stylistische Aenderungen übergehe. Sie haben zehn oder elf so ausgezeichnete Leute in der Kommission gehabt, Theoretiker, Praktiker und Stylisten aller Grade, daß Sie sich darauf verlassen können, das Ding ist gut deutsch geworden. (Heiterkeit.) Nur zwei stylistische Aenderungen will ich erwähnen. Statt der Worte „heutigen Zustände" sind wieder die Worte „unwürdigen Zustände" eingesetzt worden. Es wurde damit dem Herzenswunsche vieler Genossen entsprochen. Nach ihrer Meinung wurde der Satz damit verbessert, nach meiner Meinung nicht verschlechtert. Der Name „sozialdemokratische Arbeiterpartei in Oesterreich" ist unverändert geblieben, da die Kommission die Namensänderung schon früher zurückgezogen hat und kein Redner die Namensänderung verlangte.

In dem Absatze, der die Ueberleitung von unserem prinzipiellen Programm zu unseren augenblicklichen Forderungen bildet, heißt es: „Die sozialdemokratische Arbeiterpartei in Oesterreich ist eine internationale Partei: .... sie erstrebt gesetzlichen Schutz der Lebenshaltung der arbeitenden Klassen ...." Wenn hier nicht von Arbeiterschutz, sondern von „gesetzlichem Schutz der Lebenshaltung der arbeitenden Klassen" die Rede ist, hat dies seinen Grund darin, weil man den Begriff Arbeiterschutz immer etwas zu enge nimmt und damit gewöhnlich nur der Schutz in der Werkstätte gemeint ist, während wir alle Maßregeln der immer mehr und mehr Bedeutung gewinnenden Hygiene hierher rechnen, so die Wohnungshygiene, Gewerbehygiene, Sanitätspolizei, Lebensmittelpolizei u. s. w. Das ließe sich aber unter das Wort „Arbeiterschutz" nicht subsummiren.

Dann heißt es weiter: „Sie kämpft dafür, dem Proletariat auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens möglichst großen Einfluß zu verschaffen." Nachdem oben als das vorläufig letzte Ziel die Erringung der politischen Macht steht, so wird wohl Niemand dagegen sein, daß wir auch schon vorläufig auf allen Gebieten möglichst großen Einfluß erhalten. Ich gestehe Ihnen offen, ich *habe den Ausdruck* „gebührenden Einfluß" für weitergehend gehalten und *gemeint, daß uns ein* größerer Einfluß gebühre als der uns gegenwärtig möglich

ist; „gebührender Einfluß" — das umspanne doch die ganze Welt. Aber es hat sich gezeigt, daß ich Unrecht hatte (Heiterkeit), man merkt ja erst, ob man richtig spricht, wenn man sieht, daß die Leute Einen auch wirklich verstehen. Man mag etwas noch so fein ausgetüpfelt haben, wenn Einen die Leute nicht verstehen, so war es eben falsch, denn ein Programm hat die Aufgabe, verstanden zu werden, und ist keine stylistische Ziselirarbeit.

Auf die Einzelheiten der Diskussion will ich nicht zurückkommen; denn wenn ich jetzt auf die Angriffe und die Argumente der Diskussion eingehen und die Kritiker meinerseits kritisiren wollte, so wäre das für *mich* sehr lustig, für *Sie* sehr langweilig und würde jedenfalls sehr lange dauern. Wenn ich in die Parteigeschichte als ein fabelhafter Optimist einziehe, als ein Mensch, dem es Wurst ist, ob er so oder so sagt (Heiterkeit), so genirt mich das nicht. Ich werde übrigens an anderer Stelle beweisen, daß dem nicht so ist. Das Eine werden Sie mir aber gestatten, zu sagen: Der jetzige Entwurf ist *gut*, ist *besser* als der frühere, aber der erste war auch nicht gar so arg.

Ich glaube, daß das Programm so gefaßt ist, daß eine Ueberschätzung unserer täglichen Arbeit wirklich nicht zu befürchten ist. Wenn das Hainfelder Programm vielleicht der Gefahr ausgesetzt war — und die Verhältnisse haben ja diese Gefahr bedungen — eine Unterschätzung der Gegenwartsarbeit zu enthalten, so haben unsere Freunde befürchtet, daß der jetzige Entwurf eine Ueberschätzung dieser Gegenwartsarbeit bedeuten könne. Ich halte das für ganz ausgeschlossen. Wenn Jene, die ein Interesse daran haben — nicht ein persönliches, sondern ein Parteiinteresse, weil sie den Wunsch haben, Errungenschaften durch die Ueberschätzung der Gegenwartsarbeit zu machen — sich noch so sehr bemühen, so werden sie aus diesem Entwurf diese Ueberschätzung nicht herauslesen können. Aber auch jene Genossen, die immer am Schärfsten das Endziel betont haben wollen und gegen jede Einschläferung des revolutionären Bewußtseins wachsam sind, können ganz beruhigt sein. In keinem Programm, das ich kenne, ist das, was die Sozialdemokratie anstrebt, deutlicher gesagt, als in diesem: *Der faustische Drang, unaufhörlich bis ans Ende zu gehen und niemals zu rasten.* (Beifall.) Hier in diesem Programm wird nirgends zum Augenblick in dieser kapitalistischen Welt gesagt: Verweile doch, du bist so schön! (Beifall.) Und so können Sie beruhigt sein, daß die Partei mit diesem Programm auch nicht einen Moment in Versuchung geführt wird, sich auf ein Faulbett zu legen und ihre letzten Ziele für ein Linsengericht zu verkaufen. (Lebhafter Beifall.)

Lassen Sie mich nun mit einigen wenigen Bemerkungen auf die Einzelforderungen unseres Minimalprogramms eingehen.

An der Spitze steht natürlich unsere Forderung nach dem allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrecht.

Im Punkt 6 wird verlangt die Sicherung der Unabhängigkeit der Gerichte. Dieser Punkt wurde abgeändert. Während es früher hieß, daß die Wahl der Geschwornen durch das „gesammte Volk" zu geschehen habe, wurden diese Worte jetzt weggelassen, denn das könnte auch heißen, daß die kleinen Kinder wählen. Wir haben hier weiters hinzugefügt die Worte: „Unterstellung aller Staatsangehörigen unter die ordentlichen Gesetze und Gerichte". Damit ist nicht nur die Abschaffung der Privilegien der *Militärjustiz*, sondern auch der Privilegien der *Kabinetsjustiz* verlangt. Bekanntlich stehen die Angehörigen des kaiserlichen Hauses unter einer besonderen Gerichtsbarkeit. Wir halten sie aber für Staatsbürger und glauben ihnen damit keine Unehre zu erweisen. Dann aber müssen sie sich auch die Bedingungen gefallen lassen, denen andere Staatsbürger unterworfen sind. Ueber die Militärjustiz brauche ich bei uns in Oesterreich, insbesondere nach den Vorfällen der letzten Monate und nach den Ergebnissen der galizischen Prozesse (Beifall), kein Wort zu verlieren. Wir haben weiters in diesen Punkt noch die Abschaffung der Todesstrafe aufgenommen.

Zu Punkt 7 haben wir hinzugefügt „staatliche und kommunale Organisation des Sanitätsdienstes". Ich halte das für einen Kernpunkt des von uns erstrebten gesetzlichen Schutzes der Lebenshaltung der arbeitenden Klassen. Es ist dies einer der bedeutendsten Hebel der Umgestaltung und Weiterführung unserer gesellschaftlichen Zustände. Doch muß ich hier auf eine längere Ausführung verzichten.

Eine schwierige Frage enthält Punkt 8, der von der Religion und von dem Verhältniß zwischen Staat und Kirche handelt. Nicht als ob Jemand gegen die vorliegende Fassung einen prinzipiellen Einwand gehabt hätte, denn darüber sind wir uns Alle klar, daß das einzige Mittel zur Lösung aller Schwierigkeiten und die einzige Möglichkeit, die durch den Klerikalismus aufsteigenden Gefahren zu beseitigen, eine reinliche und absolute Scheidung zwischen Staat und Kirche sei. Der Staat braucht die Dienste der Kirche nicht, die er sich heute gefallen läßt, und die er sehr theuer bezahlen muß. Er hat aber auch nicht ihr Diener zu sein. Weiters berührt dieser Punkt auch das Verhältniß der Religion zum Einzelnen. Ich gestehe, daß es für mich etwas sehr Verlockendes hätte, anstatt der Worte: „Erklärung der Religion als Privatsache" zu sagen: „Erklärung der Religion als Sache der persönlichen Ueberzeugung jedes Einzelnen." Diese Fassung würde bei vielen Leuten Anklang finden und vielleicht auch besser verstanden werden. Aber unsere alte Formel ist so bekannt, daß jede Aenderung des Ausdruckes nach außen hin — und hier müssen wir mit unseren Gegnern rechnen — als eine Aenderung unseres Standpunktes angesehen werden würde. Jede Aenderung eines Beistriches würde hier von dem Korps sämmtlicher Kapläne entweder als eine Zuspitzung und Verschärfung nach der atheistischen, religionsfeindlichen Seite hin oder als ein Rückzug vor der Macht der Kirche und der religiösen Ueberzeugung angesehen werden. Einzig nur aus diesem Grunde, weil eine Aenderung in politischer Beziehung bedenklich wäre, sind wir bei dem alten Ausdrucke stehen geblieben. Wir haben in diesen Punkt noch die obligatorische Zivilehe aufgenommen. Dieser Punkt fehlt in den Programmen unserer Partei anderer Länder, weil sie es dort nicht mehr nothwendig haben, einen solchen Punkt aufzunehmen.

Wir kommen nun zum Punkte „Schule", zu Punkt 9. Hier wurde auf Wunsch der czechischen Genossen ein Satz eingefügt, welcher ausdrücken soll, daß nicht nur dem allgemeinen pädagogischen Bedürfnisse, sondern auch dem pädagogischen Bedürfnisse des Einzelnen als Angehörigen einer bestimmten Nation, sowie der Entwicklungsstufe jeder einzelnen in Oesterreich wohnenden Nation Rechnung getragen werden soll (Beifall), kurz, daß den wirklichen Bedürfnissen und der Entwicklung der einzelnen Völker entsprochen werde. Wir sind die Letzten, die dagegen etwas einzuwenden haben. Wir wissen sehr gut, daß für jedes Volk, ebenso wie für jeden Einzelnen die Erziehung der künftigen Generation in allererster Reihe steht.

Im Punkte 10 wurde eine stylistische Aenderung vorgenommen, es wurden bloß die Worte „sowie eine progressive" eingefügt.

Punkt 11 spricht vom Militarismus, dessen Beseitigung verlangt wird. Wir verlangen damit aber nicht die Wehrlosmachung des Volkes, sondern im Gegentheil die Bewaffnung des Volkes, die wir allerdings nicht nur gegen den äußeren, sondern auch gegen den inneren Feind haben wollen. (Sehr richtig!) Und wir haben ein Recht, von den inneren Feinden zu sprechen, weil wir die Bewaffnung des Volkes gegen die Feinde des Volkes haben wollen, nicht aber den Schutz der Feinde des Volkes durch den Militarismus gegen das Volk selbst. (Beifall.) Wir haben weiter hinzugefügt, daß die Volksvertretung die Entscheidung über Krieg und Frieden haben soll. Es soll dies als unsere Forderung im Programm stehen; aber ein Oesterreicher kann das nicht lesen, ohne sich 33mal zu schämen. Wir haben keine Volksvertretung, und insoferne wir eine solche haben, hat sie nichts zu entscheiden.

Wir wünschen gewiß, daß jeder Krieg vermieden und daß insbesondere der Kapitalismus — die Wurzel aller Kriege — beseitigt werde. Da sich aber in der Zwischenzeit doch noch Anlässe zu Kriegen finden können, so verlangen wir, daß die Entscheidung über Krieg und Frieden der Volksvertretung — und vielleicht gelingt es auch in Oesterreich, eine solche zu bekommen — überlassen werde. Heute klingt dies vielleicht für Oesterreich, ich gestehe das, utopistisch.

Im Punkte 12 wird die Beseitigung jener Gesetze verlangt, wodurch die Frau gegenüber dem Manne öffentlichrechtlich oder privatrechtlich in Nachtheil gesetzt wird, eine Forderung, die die Frauen überall mit Recht erheben. Es

wurde allerdings auch angeregt, daß logischerweise jene Einrichtungen abgeschafft werden sollten, wodurch die Frau gegenüber dem Mann in Vortheil gesetzt wird. Da sich aber Niemand von uns an solche gesetzliche Vorkehrungen erinnern konnte — von praktischen Vorkehrungen können wir ja im Programm nicht reden — so mußten wir bei unserer Forderung bleiben und unseren Plan aufgeben. (Heiterkeit.) Vielleicht werden wir uns bis zum nächsten Parteitag daran erinnern und die Forderung der Emanzipation der Männer ins Programm nehmen können. (Heiterkeit.)

Es lag ein Antrag vor auf gesetzliche Förderung von Wirthschaftsgenossenschaften, von Konsumvereinen und von Produktivgenossenschaften der Arbeiter. Wir haben uns nicht entschließen können, diese gesetzliche Förderung ins Programm aufzunehmen, weil wir uns nicht recht vorstellen konnten, wie dies im Einzelnen aussehen soll. Wir waren aber überzeugt, daß die ganze wirthschaftsgenossenschaftliche Bewegung schon sehr zufrieden wäre, wenn ihr keine Prügel mehr zwischen die Füße geworfen würden, und jene Hindernisse, die ihnen heute von der kleinbürgerlichen Bewegung in den Weg gestellt werden, wegfallen. Deshalb fordern wir die freie Entfaltung der Wirthschaftsgenossenschaften.

Die Forderungen des Arbeiterschutzes, zu denen wir jetzt kommen, sind solche, die ständig in Diskussion stehen und die im Programm nur in ganz allgemeinen Zügen angedeutet werden können. In einem Programm können nur äußere Grundlinien für Arbeiterschutz aufgenommen werden, und ich möchte Sie daher bitten, die Magerkeit unserer Arbeiterschutzforderungen nicht zu beanständen, sie sind mit den hier aufgenommenen Forderungen durchaus nicht abgeschlossen. Nur zwei Anträge haben wir in die Minimalforderungen für Arbeiterschutz neu aufgenommen, und zwar zunächst den Antrag des Frauenreichscomités auf ausnahmsloses Verbot der Nachtarbeit für Frauen und jugendliche Arbeiter. Man kann die Nothwendigkeit der Nachtarbeit in einigen Betrieben zugestehen, man muß aber mit voller Entschiedenheit sagen, daß, wenn sie geleistet werden muß, sie absolut nicht von Frauen und Kindern geleistet werden darf. Weiters ist ein Antrag unserer, wie ich mit großer Befriedigung hier bemerken will, stark aufblühenden Organisation der jugendlichen Arbeiter angenommen worden, indem in dem Punkt 5, der von der Kinderarbeit handelte, ausreichende Schutzgesetze für Lehrlinge und jugendliche Arbeiter verlangt werden. Auch das ist nur allgemein gesagt, ist aber keine Phrase und kein bloßer Rahmen, der erst auszufüllen wäre, sondern der thatsächlich durch die Thätigkeit unserer Organisation, besonders unserer Gewerkschaften, sowie auch von den Politikern und Gelehrten anderer Klassen längst ausgefüllt ist.

Wir haben ferner in dem Punkt, der vom Gewerbeinspektorat handelt, die Vermehrung der Inspektoren verlangt; ich hoffe, daß das Programm länger aushalten wird als der gegenwärtige Stand unserer Gewerbeinspektoren, aber das wird wohl eine ständige Forderung bleiben müssen. Wir verlangen weiter, daß den Inspektoren exekutive Befugniß ertheilt werde, daß die Arbeiterorganisationen an der Kontrole der Durchführung des Arbeiterschutzes durch selbstgewählte Inspektoren mitzuwirken haben u. s. f. Den Passus, daß die Unternehmer wegen Gesetzesübertretungen mit Arrest zu bestrafen seien, haben wir gestrichen, weil mehrere Genossen gefunden haben, daß das Wort „Arrest" ein Flecken im Programm wäre. Damit haben wir aber die Unternehmer keineswegs begnadigt, sondern haben ihnen den Arrest nur in Oblaten mitgetheilt (Heiterkeit), indem wir jetzt sagen, daß strenge Strafen zu verhängen sind, die nicht in Geldstrafen umgewandelt werden dürfen. (Heiterkeit.) Daß das nur Arreststrafen sein können, ist selbstverständlich, da doch die Prügelstrafe schon längst abgeschafft ist.

Der letzte Punkt unseres Programmes verlangt den Ausbau der Arbeiterversicherung; dieser Punkt ist unverändert geblieben.

Eine wesentliche Aenderung ist sonst am Programme nicht vorgenommen worden.

Von den vielen Anträgen, die wir nicht ins Programm aufgenommen haben, will ich nur zwei berühren. Da ist zunächst der Antrag, über den ich schon ganz kurz in meinem einleitenden Referat gesprochen habe, daß wir nämlich den Arbeiter-

schutz zu keinem anderen Zweck als zur Erreichung des letzten Zieles verlangen sollen. Der Antrag wurde von der Kommission in das Programm nicht aufgenommen, und ich hoffe, daß er hier im Plenum ebenso wenig vermißt werden wird. Hoffentlich wird er auch dem Antragsteller selbst bei der jetzigen Fassung des Programmes minder nöthig erscheinen.

Aber ein Antrag lag vor, der nicht prinzipieller, sondern konkreter Natur war, und dem wir leider nicht Folge geben konnten. Ich meine den Antrag Hueber über die gesetzliche Anerkennung der Kollektivarbeitsverträge. Dieser Antrag erschien uns noch nicht reif. Es wurde geltend gemacht, und zwar mit einem gewissen Maß von Recht, daß diese gesetzliche Anerkennung der Kollektivarbeitsverträge sich nicht nur gegen die Unternehmer, sondern eventuell auch gegen die Gewerkschaften richten könne, welche diese Verträge schließen, und daß die Gefahr bestehe, daß, wenn das heute kodifizirt wird, die Unternehmer dabei mehr profitiren als die Gewerkschaften. Die Vorkommnisse in England mahnten uns hier zur Vorsicht. Wir sind der Ansicht, daß dieser Antrag erst von den Gewerkschaftsorganisationen und etwa von einem Gewerkschaftskongreß nach allen seinen möglichen juristischen und praktischen Folgen hin diskutirt und erwogen werden soll, bevor ihn der Parteitag so kopfüber dem Programme einverleibt. Sowohl nach der Stylisirung als nach der Herkunft des Antrages liegt aber die Möglichkeit vor, daß die Genossen, die als Vertreter der Industriegruppen hier sind und großen Werth auf diesen Antrag legen, die Frage einer gehörigen Prüfung zuführen, wie dies die Wichtigkeit der Sache erfordert. Unser Antrag bedeutet jedenfalls nur eine Vertagung und ist nicht gegen die Sache selbst gerichtet.

Nun einige Worte darüber, was Ihnen die Kommission bezüglich der ganzen Anlage des Programmes vorschlägt.

Wir schlagen Ihnen vor, den Ihnen nunmehr vorliegenden abgeänderten Entwurf als Parteiprogramm anzunehmen und demselben die programmatische Erklärung unseres letzten Parteitages bezüglich der Nationalitäten als Nationalitätenprogramm einzuverleiben, so daß diese beiden Programme das Gesammtprogramm der Partei darstellen. Wir schlagen Ihnen jedoch nicht vor, auch die Resolution zur Landagitation, wie sie auf dem Grazer Parteitage beschlossen wurde, dem Programme einzufügen, ohne damit der Resolution in ihrem Inhalte nahe treten zu wollen. Wir glauben aber thatsächlich — und das werden auch die Verfasser der Resolution zugeben — daß diese noch nicht den Grad der Reife und zwingenden Nothwendigkeit für die Gesammtpartei hat, wie die anderen Bestandtheile unseres Programmes. Diese Resolution hat ihre Geltung für die deutschen Genossen, so lange bis sie an ihrer diesbezüglichen Taktik etwas ändern wollen. Sie wird von diesem Parteitage nicht etwa aufgehoben, sondern sie wird nur nicht dem Programme einverleibt. Ich glaube nicht, daß aus der Mitte des Parteitages etwa der Antrag gestellt werden wird, auch diese Resolution in das Programm aufzunehmen, weil hierüber erst neuerlich wieder eine gründliche Diskussion geführt werden müßte. Die deutschen Genossen mögen aber nicht etwa glauben, daß diese Resolution für sie nicht von Vortheil sei und ihnen nichts nütze, wenn sie sich bemühen, darin einen taktischen Fingerzeig für die Landagitation zu finden. Es sind eine ganze Reihe von Weisungen und reiches Material darin enthalten; diejenigen Genossen, die darüber gar so die Nase rümpfen, erwarte ich bei einer künftigen Agrardebatte, und ich bin neugierig, ob sie uns dann etwas Gescheiteres erzählen werden. (Heiterkeit.) Aber heute wollen wir diese Agrardebatte nicht führen. (Heiterkeit.)

Und nun komme ich zum Schlusse. Wir haben uns so viel Allgemeines gesagt, daß ich gewiß nicht in Allgemeinheiten verfallen werde, selbst auf die Gefahr hin, daß der Schluß dieses Referates nicht so rhetorisch schön ist, wie es vielleicht wünschenswerth wäre. Aber Eines gestatten Sie mir zu sagen: Wir haben uns gemüht, den richtigen Ausdruck zu finden für das, was wir Alle wollen. Und ich habe in meiner ersten Rede gesagt, daß ich, wie jeder Parteigenosse, den größten Werth darauf lege, daß der Inhalt des Programmes ein richtiger ist, daß aber ein richtiger Gedanke in verschiedener Weise ausgedrückt werden kann. Ich habe *über diese Möglichkeit* Anschauungen geäußert, die einzelnen Genossen Anlaß zum

Verdachte gegeben haben, als wäre ich dem Wortlaute des Programmes gegenüber gleichgiltig. Ich bin bereit, mit jedem Parteigenossen in eine Diskussion mich einzulassen über den Inhalt des Programmes, über den Inhalt dessen, was wir wollen, und ich werde jedem Einzelnen gegenüber bestrebt sein, jene Formen und Ausdrücke zu wählen, die er am besten versteht. Ich werde auch, wenn ich ein Programm abfasse, bestrebt sein, jene Ausdrücke zu wählen, die auch genau so verstanden werden, wie sie unsere Anschauungen und unseren Willen ausdrücken, obwohl auch eine andere Ausdrucksweise möglich wäre. Wenn ich also von dem relativen Gewichte einer bestimmten Ausdrucksweise im Programme gesprochen habe, so bin ich doch weit entfernt, gleichgiltig zu sein gegen den Wortlaut des Programmes, nachdem es Programm geworden ist.

Es ist gar kein Zweifel, daß die Wiederholung derselben Sätze durch Jahre und durch viele Menschen dem Wortlaute schadet. Es ist gar kein Zweifel, daß im Laufe längerer Zeit eine Münze, wenn sie auch noch so scharf geprägt wird, abgegriffen wird, daß sie ihre scharfe Prägung verliert, daß gewissermaßen das Bewußtsein für den Inhalt verloren geht und schwächer wird. Wenn wir eine Prägung zum erstenmale hören, fällt sie ganz anders in unser Ohr, macht sie vielmehr Eindruck, als wenn wir sie zum millionstenmale gehört haben. Aber das hindert nicht, daß auf dem Wege von der Prägung bis zum endlichen Verschleiß diese Münze, diese bestimmte Abprägung in bestimmte Worte uns den allergrößten Dienst leistet, ja ganz unentbehrlich ist, nicht nur für unsere Agitation, sondern auch für die Erziehung der Massen, wo man eine bestimmte Prägung braucht, ewige Wiederholungen derselben Sätze, bis der Eindruck hervorgerufen wird, und es ist nicht minder wahr, daß wir selber diese bestimmte Prägung brauchen.

Die Gehirnvorgänge sind alle flüssiger Natur. Es ist nicht immer leicht, die Identität des Wollens und Wissens festzustellen, auch nicht beim Einzelnen. Wie aber erst bei einer Gesammtheit, die kämpft? Wir brauchen einen ganz bestimmten harten Ausdruck dafür, wer zu uns gehört, wer innerhalb und wer außerhalb unseres Kreises steht. (Sehr gut!) Heutzutage, wo Alles röthlich wird, gibt es Schattirungen vom Roth durch das Rosa zum Weiß, wo alle Möglichkeiten der sozialen Auffassung noch Platz haben. Ich unterschätze durchaus nicht die große Gedankenarbeit, die in der Selbstkritik, in der Ueberlegung, in dem Abwägen verschiedener Motive, in der endlosen, nie enden sollenden Arbeit an sich selbst liegt. Wenn Jemand in die Wüste ziehen will, um sich über die letzten sozialen Dinge klar zu werden, habe ich nichts dagegen, daß er darüber philosophirt bis an sein letztes Ende. Wer aber praktisch arbeiten will, wer in der Partei steht, der hat die subjektive Nothwendigkeit und die objektive Pflicht, unter diese Erwägungen von tausend Seiten endlich einen Strich zu machen, das Fazit zu ziehen, zu summiren und zu sagen: aus allen diesen Erwägungen bin ich entschlossen, nunmehr dieses zu thun. (Beifall.) Diese Pflicht haben wir als einzelne Parteigenossen, diese Pflicht hat die Partei als Gesammtheit, weil sie sonst nicht handeln kann. Parteigenossen! Das Gehirn ist ein Hemmungsorgan und darin besteht seine Würde; aber wenn das Gehirn gar nichts thut, wie hemmen, dann geschieht das auf Kosten seiner Fähigkeit, die motorischen Zentren in Erregung zu bringen. Ich gehe auf nichts Einzelnes ein, ich polemisire gegen Niemanden, ich vertheidige nur mich gegen den Verdacht, daß ich allzu gleichgiltig bin gegen präzise Auffassung.

Ich glaube, wir haben hier ein Programm, das vollständig entspricht der gesammten Meinung der gesammten Partei, ein Programm, dem kein Parteigenosse zu widersprechen gezwungen ist durch seine Ueberzeugung; allerdings — das gebe ich ohne Einschränkung zu — ich habe die Ueberzeugung, daß, wie mir noch Manches darin fehlt, es auch sehr viele Andere geben wird, denen etwas darin fehlt. Aber das Programm kann nicht das Gesammtverzeichniß aller Wünsche der Parteigenossen sein. Aber wir haben ein Programm, welches unserer Ueberzeugung, unserem Willen, unseren nächsten Forderungen Ausdruck gibt, ein Programm, das geeignet ist, uns in der nächsten Zeit dieselben großen und dauernden Dienste zu leisten, die

uns bisher das Hainfelder Programm geleistet hat. (Lebhafter, langanhaltender Beifall.)

Steiner (Korreferent, czechisch): Ich werde jetzt nicht mehr vom Programmentwurfe sprechen, sondern vom Programm, denn es ist kein Zweifel, daß der Entwurf der Kommission angenommen werden wird. (Beifall.) Was ist uns ein Programm? Nicht nur ein Kompaß auf unseren Wegen, sondern auch eine Abgrenzung für unsere politische und organisatorische Bethätigung nach allen Seiten hin. Eine Abgrenzung gegen diejenigen, die mit uns einzelne gemeinsame Beziehungen haben, eine Abgrenzung gegen die, die andere Ziele haben. Es wurde davon gesprochen, daß die Kommission von unserem bisherigen Wege nach rechts abgewichen wäre, und es gab gar solche, die davon sprachen, daß man Konzessionen gemacht habe an solche Elemente, die nur vermeintlich sozialistisch sind. Aber Alle sehen wohl jetzt ein, daß wir unseren alten Zielen, unseren alten Grundsätzen treu geblieben sind und keine Konzessionen gemacht haben, weder an bürgerliche, noch an andere Richtungen. (Beifall.) In der Kommission saßen Genossen der verschiedensten Anschauungen, Praktiker und Theoretiker, „Unentwegte" und „Opportunisten". Man hat verlangt, daß die Verelendungstheorie aus dem Hainfelder Programm wörtlich in das neue Programm herübergenommen werde. Das war nicht möglich, wir konnten nicht mehr die Formel beibehalten, von der wir überzeugt waren, daß sie nunmehr allen möglichen Mißverständnissen ausgesetzt ist. Aber warum sollten wir denn die Worte weiterbehalten, die mißverständlich gedeutet werden können — und darüber ist kein Zweifel — und nicht eine neue Textirung suchen, die das sagt, was die Verelendungstheorie nach der Ansicht ihrer Vertheidiger sagen soll, und deren Fassung Allen entspricht? Man hat verlangt, daß man in das Programm auch die Diktatur des Proletariats aufnehme. Auch dieses Verlangen konnte nicht Gnade vor den Augen der Kommission finden, wohl aber ist deutlich ausgesprochen, daß wir die Eroberung der politischen Macht anstreben, und ich glaube, die Genossen werden wohl jetzt, nachdem sie das Programm in der neuen Fassung gelesen haben, das alte Verlangen nicht mehr wiederholen.

Die Anträge der czechischen Delegation wurden fast alle von der Kommission akzeptirt. Wir Alle können das Programm ohne Furcht akzeptiren. Das alte Hainfelder Programm entsprach in seiner Form nicht mehr unseren Anschauungen, wir brauchten ein neues Programm. Wenn die Genossen draußen das Programm lesen werden, werden sie Euch mit Begeisterung zustimmen, daß Ihr es angenommen habt. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Skaret (Wien): Wer von uns sich den vorliegenden, nunmehr endgiltig redigirten Programmentwurf angesehen hat, muß finden, daß er an Präzision und Schärfe nichts mehr zu wünschen übrig läßt. Der Entwurf bedeutet nicht ein Blankputzen, sondern eine Schärfung unserer Waffe, mit der wir nun in den Kampf ziehen werden. Um nun kleinliche Nörgeleien und Wortklaubereien von vorneweg zu beseitigen, erlaube ich mir die en bloc-Annahme dieses Entwurfes zu empfehlen.

Das von der erweiterten Kommission vorgelegte **Parteiprogramm** (an der Spitze des Protokolls abgedruckt) wird ohne Debatte en bloc einstimmig angenommen. (Stürmischer, langanhaltender, sich erneuernder Beifall und Händeklatschen.)

* * *

Ueber Vorschlag des Genossen **Ausobsky** werden in die Parteikontrole die Genossen Neumann, Kubalek und Frau Schlesinger gewählt. Ferner wird der Antrag 44 der abgetretenen Kontrole angenommen.

* * *

Die eigentliche Tagesordnung ist nun erschöpft, und es wird zu dem Punkt

Eventuelles

übergegangen.

Skaret berichtet über die vorliegenden Anträge; gemäß seinen Ausführungen werden die Anträge 31, 40, 41, 42 angenommen; die Anträge 12, 13, 36,

37, 38, 39 werden der Parteivertretung, die Anträge 32 und 35 der parlamentarischen Fraktion zugewiesen; über die Anträge 33, 34 und 43 wird zur Tagesordnung übergegangen. Hiezu bemerkt Skaret: Ueber den Antrag der Handlungsgehilfenorganisation in Prag (43), betreffend die Sonntagsruhe, müssen wir zur Tagesordnung übergehen, weil es unthunlich und unzweckmäßig erscheint, daß der Gesammtparteitag den einzelnen Bezirks- und Landesorganisationen eine solch strikte Verpflichtung auferlege. Die organisirten Handelsarbeiter können aber die Versicherung hinnehmen, daß die Durchführung der Sonntagsruhe im Handelsgewerbe von der Sozialdemokratie stets gefördert wurde und wir auch in Zukunft mit aller Energie dafür eintreten werden. (Bravo!)

Die Bestimmung des Ortes für die Abhaltung des nächsten Gesammtparteitages wird auf Antrag Skaret's der Parteivertretung überlassen.

Einstimmig angenommen.

Ueber Antrag des Genossen **Pölzer** wird dem Präsidium für die objektive Führung der Geschäfte unter lebhaftem Beifall der Dank ausgesprochen.

Vorsitzender **Popp**: Werthe Parteigenossen! Wir haben nun die Arbeiten des Parteitages erledigt, und wir können ruhig von dannen ziehen, in dem Bewußtsein, etwas Positives, ein wirklich großes Werk geschaffen zu haben.

Wenn wir auf unseren nationalen Parteitagen nur administrative Dinge erledigen, mit den inneren Fragen der nationalen Organisation uns befassen, so geschieht dies, damit wir unsere nationalen Organisationen ausbauen. Hier auf dem Gesammtparteitage haben wir nur prinzipielle Dinge zu erledigen, und wir haben durch unsere Beschlüsse über das Parteiprogramm und über die Zollpolitik, welche nur in prinzipieller Form gefaßt wurden, Anweisungen für die weitere Agitation der Gesammtpartei.

Parteigenossen! Wir haben uns im Jahre 1888/1889 in Hainfeld ein Programm gegeben, und wir haben mit diesem Programm bedeutende Fortschritte gemacht. Die Partei hat sich gewaltig entwickelt, sie hat sich in ihrem Innern gefestigt, sie hat an Ansehen nach außen gewonnen. Wir haben einen großen Weg zurückgelegt, so groß, wie wir uns damals, als wir in Hainfeld beisammen waren, es gar nicht gedacht haben. Am Schlusse des Hainfelder Parteitages wurde gesagt: Wenn Jeder von diesem kleinen Häuflein der Genossen hinausgeht und mit Feuereifer für die Beschlüsse eintritt und darnach trachtet, daß sie durchgeführt werden, dann können und werden wir unser Ziel erreichen!

Wenn wir heute von dannen ziehen, so sind wir gewiß wieder gewappnet, um unseren Gegnern entgegentreten zu können. Vor dem Parteitage hat ein Blatt geschrieben, die Sozialdemokratie ist eine Partei, die kein Programm hat, sie wechselt alljährlich ihr Programm, das ist ein Zeichen, daß sie nicht weiß, was sie will. Wir können dieses Blatt und unsere Gegner überhaupt ruhig so sprechen lassen. Der Parteitag hat gezeigt, daß jeder einzelne der Genossen weiß, was die Sozialdemokratie will, daß jedes Einzelnen Erkenntniß mitbestimmend ist für den Weg, den wir zu gehen haben. Wenn es zum Kampf kommt, werden wir den Gegnern zeigen, daß wir unseres Weges sicher sind und unerschütterlich vorwärts schreiten. Wenn wir unseren Beschlüssen gemäß arbeiten, so wird der Sieg unser sein! (Lebhafter Beifall.)

Es sprechen noch Nemec in czechischer, Hudec in polnischer, Domokos in italienischer, Kopač in slovenischer und Wityk in ruthenischer Sprache unter lebhaftem Beifalle über die Bedeutung des Parteitages.

Vorsitzender **Popp**: Ich schließe den Parteitag mit dem Rufe: Es lebe die internationale Sozialdemokratie. (Dreifache begeisterte Hochrufe.) Die Delegirten singen stehend das „Lied der Arbeit", die polnischen und czechischen Genossen „Die rothe Fahne".

Schluß ¼3 Uhr Nachmittags.

An den Parteitag eingelangte Begrüßungsschreiben und Telegramme.

Organisirte Eisenbahner Böhmens, Organisation Nimburg, für die jugendlichen Arbeiter Rejmann, organisirte Tabakarbeiterinnen und Arbeiter in Ottakring, das auswärtige Comité der sozialdemokratischen Partei Russisch-Polens in London, Bezirksorganisation Leoben, Posamentirerkonferenz in Weipert, Lokalorganisation Komotau, polnische Parteivertretung, die Mitglieder des galizischen Landesvereines der Bäcker in Lemberg, Mitglieder des Vereines „Brüderlichkeit" in Lemberg, organisirte Frauen in Brüx, Organisation in Beneschau, Eisenbahnerversammlung in Selzthal, Organisation Güntersdorf, Mitglieder des Bildungsvereines Rudig, Mitglieder des Bildungsvereines „Einigkeit" in Donaufeld, organisirte Arbeiter in Suczawa, Organisation Laun, Organisation Tarnopol, Landesparteivertretung Kärntens, Redaktion „Pravo Lidu", Sozialdemokraten Agrams, organisirte Handelsangestellte in Eger, Mitglieder des Vereines „Sila" in Lemberg, polnisch-sozialistische Jugend Lembergs, Genosse Fuchs in Meißen a. d. Eger, die czecho-slavische Gewerkschaftskommission, Redaktion und Administration „Zaf", Prag, sozialdemokratische Jugend in Triest, Bezirksorganisation Wiklitzky, Genossen des Vereines „Brüderlichkeit", Krakau, Organisationen von Neunkirchen, das sozialistische Generalcomité in Paris, Bund russischer Sozialdemokraten in Paris, die Galanterieschlosser Wiens, Mitgliederversammlung des Handlungsgehilfenvereines in Pilsen, Arbeiter-Abstinentenverein II. und XX. Bezirk, Lokalorganisation Kolomea, die Sozialisten von Spalato, Maschinisten und Heizer in Floridsdorf, die organisirten Handelsangestellten in Prag, Genossen vom Arbeiterheim in Kruman, organisirte Arbeiterschaft in Sagor, Genosse Arved Träger, Genosse Mitzner in Bischofteinitz, Exekutive des XVII. böhmischen Wahlkreises, Lokalorganisation Eger, Genossen des Bezirksverbandes der Arbeiter-Turnvereine Niemes, Leipa, Haida, Markersdorf, organisirte Arbeiter von Königsberg a. d. Eger, czechische Organisation Linz, Bukowinaer Parteileitung, Holzarbeiter „Zgoda" in Lemberg, deutsche und österreichische Sozialdemokraten in Zürich, die organisirte Arbeiterschaft in Preßburg, die organisirten Genossen in Kaaden, für die Parteileitung in Agram: W. Bukseg, der Exekutivausschuß des II. böhmischen Wahlkreises in Kladno, Genosse J. Irgtsch in Rudig, deutscher sozialdemokratischer Leseklub in Paris, der Wahlkreisausschuß für Krain, Genosse Bracke in Paris namens der neugegründeten „Sozialistischen Partei Frankreichs".

Ergebnisse der Abstimmungen

über die

dem Parteitage vorgelegten Anträge.

Wortlaut der Anträge Seite 50.

Abgelehnte Anträge:

17, 33, 34, 43.

Durch Abstimmung über andere Anträge erledigte und deshalb entfallene Anträge:

1, 2, 3, 4, 5, 6, 7, 8, 9, 10, 11, 14, 15, 19, 20, 21, 22, 25, 26, 30.

Der Parteivertretung zugewiesene Anträge:

12 (Geschichte der österreichischen Sozialdemokratie), **13** (Kommentar zum Parteiprogramm), **36** (Programm-Flugblatt), **37** (Programm-Vortragskurse), **38** (Landarbeiter) **39** (Parteipresse).

Der parlamentarischen Fraktion zugewiesene Anträge:

16 (Wahlrecht), **32** (Militärstrafprozeß), **35** (Hektographen).

Angenommene Anträge:

Parteiprogramm (an der Spitze des Protokolls abgedruckt), **18** (Fraktion), **23** (Resolution Kautsky) mit Amendement **24, 27** (Staatslehrwerkstätten), **28** (Gewerbenovelle), **29** (Invaliditätsversicherung), **31** (gegen den Alkoholismus), **40** (Kundgebung für die Buren), **41** (— gegen den Zarismus), **42** (— für die Armenier) **44** (Abrechnung der Wahlkreise).

Präsenzliste

zum Gesammtparteitag der österr. Sozialdemokratie

in Wien.

Kongreßtheilnehmer	aus	vertritt
Adler Viktor, Dr.	Wien	Gesammtexekutive (deutsch)
Arbeitel Moses	Bielitz	II. schlesischen Wahlkreis (deutsch)
Ausobsky Alois	Wien	Industriegruppe der Drechsler und verwandter Berufe (deutsch)
Bartel Heinrich	Falkenau a. d. Eger	IV. böhm. Wahlkreis (deutsch)
Beer Heinrich	Wien	Gesammtexekutive, Industriegruppe Metallindustrie (deutsch)
Berner Ernst	Wien	Papierindustrie ꝛc. (deutsch)
Beutl Franz	Aussig a. d. Elbe	VI. böhm. Wahlkreis (deutsch)
Bienert Wenzel	Niemes	V. böhm. Wahlkreis (deutsch)
Boschek Anna	Wien	Gesammtexekutive (deutsch)
Brod Jakob	Wien	Holzindustrie (deutsch)
Cifka Karel	Prag	I. böhm. Wahlkreis (czechisch)
Cingr Petr	Teschen	Reichsrathsabgeordneter (czechisch)
Coval Michael	Sagor a. d. Save	IV. steiermärk. Wahlkreis und Wahlkreis Krain (slovenisch)
Czech Ludwig, Dr.	Brünn	VI. mähr. Wahlkreis (deutsch)
Daszynski Ignaz	Krakau	Gesammtexekutive (polnisch)
Domokos Lajos	Pola	Wahlkreis Istrien (italienisch)
Doubrawa Josef	Wr.-Neustadt	IX. niederösterr. Wahlkreis (deutsch)
Dreczewicz Josef	Wien	galiz. Wahlkreis Kolomea (ruthen.)
Drobner Josef, Dr.	Krakau	II. galiz. Wahlkreis (polnisch)
Dvořák Franzisek	Budweis	XVI. böhm. Wahlkreis (czechisch)
Eldersch Mathias	Brünn	Reichsrathsabgeordneter (deutsch)
Ellenbogen Wilh., Dr.	Wien	Gesammtexekutive (deutsch)
Emmerling Georg	Wien	III. Wiener Wahlkreis (deutsch)
Fieth Ferdinand	Tachau	III. böhm. Wahlkreis (deutsch)
Fingerhut Ernestine	Wien	IV. Wiener Wahlkreis (deutsch)
Flöckinger Hermann	Innsbruck	I. Tiroler Wahlkreis (deutsch)
Galica Andreas	Wien	galiz. Wahlkreis Neu-Sandez (poln.)
Gerdinits Ferdinand	St. Pölten	VI. niederösterr. Wahlkreis (deutsch)
Göhlert-Holeček L.	Prag	XII. böhm. Wahlkreis (czechisch)
Goerk Adam	Wien	I. galiz. Wahlkreis (polnisch)
Grassinger Johann	Wien	IV. Wiener Wahlkreis (deutsch)
Gröbner Johann	Wien	IV. Wiener Wahlkreis (deutsch)
Grüll Josef	Wien	Eisenbahner (deutsch)
Hackenberg Theodor	Gmünd	VII. niederösterr. Wahlkreis (deutsch)
Haecker Samuel	Krakau	II. galiz. Wahlkreis (polnisch)
Hagen Adolf	Znaim	III. mähr. Wahlkreis (deutsch)
Halik Vladimir	Pilsen	XVIII. böhm. Wahlkreis (czechisch)
Hankiewicz Nikolaus	Lemberg	I. galiz. Wahlkreis (ruthenisch)
Hannich Josef	Steinschönau	Reichsrathsabgeordneter (deutsch)
Hecker August	Warnsdorf	VIII. böhm. Wahlkreis (deutsch)
Heller Hugo	Wien	Cillier Wahlkreis (deutsch)
Hornof Jindřich	Karolinenthal	VII. böhm. Wahlkreis (czechisch)
Hudec Josef	Lemberg	I. galiz. Wahlkreis (polnisch)
Hudetschek Juliana	Linz	I. oberösterr. Wahlkreis (deutsch)
Hueber Anton	Wien	Gewerkschaftskommission Oesterreichs
Hybesch Josef	Brünn	Reichsrathsabgeordneter (czechisch)

Kongreßtheilnehmer	aus	vertritt
Jachimowicz Wolod.	Wien	Tarnopoler Wahlkreis (ruthenisch)
Jarossewytsch R., Dr.	Wien	Gesammtexecutive (ruthenisch)
Jobst Sophie	Falkenau a. d. E.	IV. böhm. Wahlkreis (deutsch)
Kanner Josef	Wien	Tarnower Wahlkreis (polnisch)
Karpas Julius	Prag	Eisenbahner (czechisch)
Karpeles Benno, Dr.	Wien	VIII. niederöst. Wahlkreis (deutsch)
Kautsky Karl	Berlin	VI. niederösterr. Wahlkreis (deutsch)
Kiesewetter Wilhelm	Gablonz a. N.	IX. böhm. Wahlkreis (deutsch)
Kirillo Klaudius	Wien	Reichskontrole (deutsch)
Koch Marie	Wien	I. Wiener Wahlkreis (deutsch)
Kopač Josef	Triest	Görzer Wahlkreis (slovenisch)
Körbler Raimund	Wien	Reichskontrole (deutsch)
Kořínek Karel	Wien	Gesammtparteivertretung (czechisch) und V. Wiener Wahlkreis
Kristan Ada	Triest	Frauenorganisation Krain (sloven.)
Kristan Edvin	Triest	Wahlkreise Krain und Triest (sloven.)
Kubálek Karel	Wien	III. niederösterr. Wahlkreis (czechisch)
Kurowski Stefan	Krakau	Eisenbahner (polnisch)
Kyselá Wenzel	Wien	I. Wiener Wahlkreis (czechisch)
Landau Max, Dr.	Wien	Neu-Sandecer Wahlkreis (polnisch)
Lapuch Stefan	Wien	Gesammtexekutive (slovenisch)
Lieberman Herm., Dr.	Przemysl	Wahlkreis Przemysl (polnisch)
Lill Franz	Wien	Keramische Industrie
Mahner Anna	Sternberg	VI. mährischen Wahlkreis (deutsch)
Merta Rudolf	Brünn	I. mährischen Wahlkreis (czechisch)
Mička Alois	Kladno	II. böhm. Wahlkreis (czechisch)
Morgenstern Lud., Dr.	Mähr.-Schönberg	VII. mährischen Wahlkreis (deutsch)
Mosler Anselm, Dr.	Buczacz	Wahlkreis Stanislau-Buczacz (poln.)
Muchitsch Vinzenz	Graz	I. steiermärkischen Wahlkreis (deutsch)
Němec Anton	Prag	czechische Parteiexekutive (czechisch)
Nerunda Franz	Wien	IV. Wiener Wahlkreis (czechisch)
Nießner Wilhelm	Brünn	I. mähr. Wahlkreis (deutsch)
Pechota Franz	Dornbirn	Wahlkreis Vorarlberg (deutsch)
Pekarz Willibald	Wien	Textilindustrie
Pernerstorfer Engelb.	Wien	Gesammtexekutive (deutsch)
Perthen Anna	Bodenbach	VI. böhm. Wahlkreis (deutsch)
Piscel Anton, Dr.	Rovereto	III. Tiroler Wahlkreis (italienisch)
Pittoni Valentino	Triest	Triester Wahlkreis (italienisch)
Pöltinger Matthäus	Wien	I. Wiener Wahlkreis (deutsch)
Pölzer Johann	Wien	II. Wiener Wahlkreis (deutsch)
Popp Julius	Wien	Gesammtexekutive (deutsch)
Prähauser Jakob	Salzburg	Salzburger Wahlkreis (deutsch)
Prokeš Jan	Mähr.-Ostrau	I. schlesisch. u. VI. mähr. Wahlkreis (czechisch)
Radimsky A.	Wien	Gesammtexekutive (czechisch)
Reger Tadeusz	Mähr.-Ostrau	II. schlesisch. Wahlkreis (polnisch)
Reiß Anton	Prag	XIV. böhm. Wahlkreis (czechisch)
Resel Hans	Graz	I. steiermärk. Wahlkreis (deutsch)
Reumann Jakob	Wien	VII. niederösterr. Wahlkreis (deutsch)
Riedel Franz	Budweis	XVI. böhm. Wahlkreis (deutsch)
Rieger Eduard	Brünn	Reichsrathsabgeordneter (deutsch)
Riese Arnold	Klagenfurt	Wahlkreis Kärnten (deutsch)
Roušar Josef	Prag	Gewerkschaftskommission (czechisch)
Schäfer Anton	Reichenberg	VIII. böhm. Wahlkreis (deutsch)
Schabinger Leopold	Wien	V. Wiener Wahlkreis (deutsch)
Seha Franz	Proßnitz	V. mähr. Wahlkreis (czechisch)
Schlesinger Therese	Wien	II. Wiener Wahlkreis (deutsch)
Schlinger Anton	Floridsdorf	VIII. niederöst. Wahlkreis (deutsch)
Schloßnikel Hieronym.	Sternberg	VI. mähr. Wahlkreis (deutsch)
Schmidt Hugo	Jägerndorf	I. schlesischen Wahlkreis (deutsch)
Schrammel Anton	Aussig a. d. E.	VI. böhm. Wahlkreis (deutsch)
Schuhmeier Franz	Wien	Gesammtexekutive (deutsch)

Kongreßtheilnehmer	aus	vertritt
Seih Karl	Wien	Reichsrathsabgeordneter (deutsch)
Seliger Josef	Teplitz-Schönau	V. böhm. Wahlkreis (deutsch)
Sidák Jóža	Jaromèric	III. mähr. Wahlkreis (czechisch)
Siegl Johann	Linz	II. u. III. oberösterr. Wahlkr. (deutsch)
Silberer Franz	Wien	Nahrungsmittelindustrie (deutsch)
Skaret Ferdinand	Wien	Gesammtexekutive (deutsch)
Slowik Anton	Wien	Wahlkreis Tarnopol (polnisch)
Smitek František	Humpolec	XIII. böhm. Wahlkreis (czechisch)
Soukup Franz., Dr.	Prag	I. böhm. Wahlkreis (czechisch)
Spera A. M.	Brünn	I. mähr. Wahlkreis (czechisch)
Stark Hugo, Dr.	Karlsbad	III. böhm. Wahlkreis (deutsch)
Stáva Anton	Iglau	II. mähr. Wahlkreis (czechisch)
Stein Viktor	Wien	III. Wiener Wahlkreis (czechisch)
Steiner Josef	Wien	II. Wiener Wahlkreis (czechisch)
Stiegler Anton	Wiener-Neustadt	IX. niederösterr. Wahlkreis (deutsch)
Svatoš Bohumil	Wien	I. Wiener Wahlkreis (czechisch)
Světlik Vinzenz	Wien	Gesammtexekutive und V. Wiener Wahlkreis (czechisch)
Synowiec Josef	Oswiecim	III. galizischer Wahlkreis (polnisch)
Syrůček Franišek	Neu-Königgrätz	XI. böhmischer Wahlkreis (czechisch)
Terakowski Ludwig	Wien	III. galiz. Wahlkreis (polnisch)
Tomschik Josef	Wien	Gesammtexekutive (deutsch)
Trejbal Jan	Teplitz	IV., V., VI. böhm. Wahlkr. (czechisch)
Tuller Ludwig	Leoben	II. steiermärk. Wahlkreis (deutsch)
Tusar Vlastimil	Prag	Organisirte Handlungsgehilf. (czech.)
Vaněk Jan	Wien	II. Wiener Wahlkreis (czechisch)
Vaněk Karel	Prag	Czechoslavische Partei (czechisch)
Verkauf Leo, Dr.	Wien	IV. böhm. Wahlkreis (deutsch)
Veselý Josef	Nimburg	X. böhm. Wahlkreis (czechisch)
Weigung Anton	Linz	I. oberösterr. Wahlkreis (deutsch)
Weirelberger Anton	Fürstenfeld	III. steiermärk. Wahlkreis (deutsch)
Widholz Lorenz	Wien	III. Wiener Wahlkreis (deutsch)
Winarsky Leopold	Wien	II. Wiener Wahlkreis (deutsch)
Witzyk Simon	Lemberg	Wahlkreis Przemysl (ruthenisch)
Wlczek Josef	Wien	V. Wiener Wahlkreis (deutsch)
Wolf Franz	Wien	I. Wiener Wahlkreis (deutsch)
Wyvadil Jan	Floridsdorf	VIII. niederösterr. Wahlkreis (czech.)
Zach Franz.	Judenburg	II. steiermärk. Wahlkreis (deutsch)
Zeplichal Franz	Witkowitz	VI. mähr. Wahlkreis (czechisch)
Zimmermann Alois	Odrau	I. schlesischen Wahlkreis (deutsch)

Vertreter ausländischer Parteien:

Bebel August, Berlin.
Ehrhart Franz, Ludwigshafen.
Eisner Kurt, Berlin.
Großmann Max, Budapest.
Dr. Esther Golde, Kattowitz.

Sprechregister.

Adler, Dr. 77, 85, 96, 137, 163, 188.
Arbeitel 186.
Ausobsky 114, 178.
Bebel 68, 110.
Beer 156, 168.
Boschek Anna 180.
Bretschneider 67.
Brod 112, 163.
Daszynski 79, 93.
Eldersch 172, 180, 188.
Ellenbogen, Dr. 129, 133.
Emmerling 128.
Fieth 187.
Golde, Dr. 110.
Großmann 71.
Grüll 186.
Haecker 137.
Hecker 85.
Heller 115.
Hueber 181.
Karpas 185.
Karpeles, Dr. 147, 165.
Kautsky 121, 138, 168.
Kopač 186.
Koch 137.
Körbler 79.
Kořinek 75.
Kristan 133, 161.
Lieberman, Dr. 137.
Morgenstern 75, 84, 162, 172.
Muchitsch 85, 178.
Němec 78, 89, 124, 132, 137.
Pernerstorfer 78, 90, 117.
Pittoni 161.
Pölzer 96, 179.
Popp 67, 95, 110, 128, 181, 187, 199
Reger 76, 180.
Reisel 88, 95.
Reumann 181, 188.
Roušar 177.
Schlesinger Therese 138, 187.
Schrammel 90.
Silberer 179.
Skaret 72, 79, 96, 136, 198.
Soukup 76, 79.
Stark, Dr. 83, 95.
Stein 129.
Steiner 111, 198.
Tomschik 187.
Tusar 185.
Vaněk 75, 165.
Widholz 179.
Winarsky 84, 121, 126.

Verlag der Wiener Volksbuchhandlung Ignaz Brand
Wien, VI., Gumpendorferstraße 18.

Das soziale Elend und die besitzenden Klassen in Oesterreich.

Von T. W. Teifen.

182 Seiten. In Leinwand gebunden Kronen **3·20**.

Inhalt: Einleitung. I. Adel und Bauer. II. Unternehmer und Arbeiter. III. Der kleine Mann. IV. Der Arme. V. Die Frau.

„Seit Jahren ist in Oesterreich kein Buch erschienen, das, wie dieses, geeignet wäre, in die weitesten Kreise Aufklärung über die wirthschaftlichen und politischen Verhältnisse Oesterreichs zu bringen, und die Verlagsbuchhandlung darf es mit Recht als ein Buch anzeigen, welches den Kämpfern und Vorkämpfern des gesellschaftlichen Befreiungskrieges in Oesterreich das reichhaltigste Waffenmaterial bietet."

„Die Neue Zeit."

Druck- und Verlagsanstalt „Vorwärts" Julius & Co., Wien VI.

Protokoll

über die

Verhandlungen des Gesamtparteitages

der

Sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Oesterreich

Abgehalten zu Wien

vom 9. bis zum 13. November 1903

Wien 1903
Verlag der Wiener Volksbuchhandlung Ignaz Brand
VI., Gumpendorferstraße 18

Parteiorganisation

beschlossen am VI. Parteitage zu Wien 1897 (geändert am Gesamtparteitag zu Brünn).

Gesamtorganisation der Sozialdemokratie Oesterreichs.

I. Gesamtparteitag.

Mindestens in jedem zweiten Jahre wird ein Gesamtparteitag einberufen, der in der Regel in der ersten Hälfte des Monats September stattfindet. Jeder Wahlkreis hat das Recht, zwei Delegierte und, wo organisierte Frauen sind, auch eine Frau als Delegierte zu entsenden. In sprachlich gemischten Wahlkreisen hat jede sprachliche Gruppe das Recht, zwei Delegierte zu schicken. Allen politischen sowie Fachblättern ist durch je einen Delegierten am Parteitage eine Vertretung einzuräumen. Die Mitglieder der Gesamtvertretung sowie die sozialdemokratischen Reichsratsabgeordneten haben das Recht auf Sitz und Stimme.

Aenderungen des Parteiprogramms sind ausschließlich dem Gesamtparteitage vorbehalten. Im übrigen erledigt er die Angelegenheiten der Gesamtpartei in Bezug auf Agitation, Taktik und Organisation. Fragen der Organisation, Administration, Presse und sonstige Fragen, die nicht für alle Organisationen gemeinsam sind, sollen auf die Tagesordnung der Gesamtparteitage nicht gestellt werden. Die Einberufung des ordentlichen Gesamtparteitages erfolgt durch die Gesamtexekutive mindestens zwei Monate vor dessen Abhaltung durch Veröffentlichung der Einladung in den Parteiblättern mit Angabe der provisorischen Tagesordnung. Um ein einheitliches Bild über die Tätigkeit der Gesamtorganisation zu bekommen, haben die an den Gesamtparteitag zu erstattenden Berichte die Tätigkeit für die abgelaufene Periode bis Ende Juni jenes Jahres zu umfassen, in dem der Gesamtparteitag stattfindet. Die Wahlkreisvertrauensmänner sind verpflichtet, diese Berichte von den Organisationen ihres Wahlkreises rechtzeitig einzufordern und ungesäumt an ihre nationale Exekutive abzusenden. Die Parteiberichte und Anträge sind vier Wochen vor dem Parteitage zu veröffentlichen.

II. Gesamtvertretung der Sozialdemokratie Oesterreichs.

Die politische Leitung der Gesamtpartei obliegt der Gesamtvertretung der Sozialdemokratie in Oesterreich. Den Sitz der Gesamtvertretung bestimmt der Gesamtpartei[illegible]rtretung setzt sich aus den Exekutivcomités der deutschen, t[illegible]henischen, italienischen und südslavischen Organisation[illegible]e Exekutivcomités ihren Sitz nicht am Sitz der[illegible]re Vertretung durch eigens dazu gewählte [illegible]esamtvertretung wohnen. Diese

Mitglieder der Gesamtvertretung sind auf Antrag der einzelnen Exekutivcomités auf den Nationalparteitagen zu wählen und als Mitglieder des Exekutivcomités zu betrachten.

Die Gesamtvertretung der Sozialdemokratie in Oesterreich tritt zu gemeinsamen Beratungen behufs Regelung der den Organisationen gemeinsamen Angelegenheiten nach Erfordernis zusammen. Sie ist dem Gesamtparteitage verantwortlich.

Die Mitglieder jeder nationalen Vertretung können jederzeit an den Sitzungen aller anderen Vertretungen oder Exekutivcomités teilnehmen, und es ist wünschenswert, daß das so oft als möglich geschehe.

III. Kontrolle.

Der Gesamtparteitag wählt eine dreigliedrige Kontrolle aus dem Orte, in dem sich der Sitz der Gesamtvertretung befindet. Genossen, die in der verflossenen Periode diese Funktion ausübten, sind für die nächste Periode nicht wieder wählbar.

IV. Allgemeine Bestimmungen.

„In allen Wahlkreisen, wo es die territorialen Verhältnisse nicht ganz unmöglich machen, ist die Organisation der Genossen für öffentliche Wahlen irgendwelcher Art nicht nach nationalen Gruppen getrennt, sondern gemeinschaftlich und einheitlich durchzuführen."

„Durch die vom Wiener Parteitag 1897 beschlossene Gliederung der sozialdemokratischen Partei nach nationalen Gruppen wurden vollständig neue Formen in der Organisation geschaffen, die deren weiteren Ausbau dringend notwendig machen, um in Fragen von allgemeinem Interesse, besonders dort, wo es sich um politische Angelegenheiten handelt, ein einheitliches, gemeinsames Vorgehen zu sichern. Der Parteitag beschließt daher, daß in allen Landes-, Wahlkreis- und Bezirksorganisationen die nationalen Gruppen gegenseitig vertreten sein müssen, um die politische Organisation gemeinschaftlich und einheitlich durchzuführen."

Programm der sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Oesterreich.

(Beschlossen am Parteitag zu Wien 1901.)

Die sozialdemokratische Arbeiterpartei in Oesterreich erstrebt für das gesamte Volk ohne Unterschied der Nation, der Rasse und des Geschlechtes die Befreiung aus den Fesseln der ökonomischen Abhängigkeit, der politischen Unterdrückung und der geistigen Verkümmerung. Die Ursache dieser unwürdigen Zustände liegt nicht in den einzelnen politischen Einrichtungen, sondern in der das Wesen des ganzen Gesellschaftszustandes bedingenden und beherrschenden Tatsache, daß die Arbeitsmittel in den Händen einzelner Besitzer monopolisiert sind. Der Besitzer der Arbeitskraft, die Arbeiterklasse, gerät dadurch in die drückendste Abhängigkeit von den Besitzern der Arbeitsmittel mit Einschluß des Bodens, der Großgrundbesitzerklasse und der Kapitalistenklasse, deren politische und ökonomische Herrschaft im heutigen Klassenstaate ihren Ausdruck findet.

Der technische Fortschritt, die wachsende Konzentration der Produktion und des Besitzes, die Vereinigung aller ökonomischen Macht in den Händen der Kapitalisten und Kapitalistengruppen hat die Wirkung, immer größere Kreise früher selbständiger kleiner gewerblicher Unternehmer und Kleinbauern ihrer Produktionsmittel zu enteignen und sie als Lohnarbeiter, Angestellte oder als Schuldknechte direkt oder indirekt in die Abhängigkeit von den Kapitalisten zu bringen. Es wächst die Masse der Proletarier, es steigt aber auch der Grad ihrer Ausbeutung, und dadurch tritt die Lebenshaltung immer breiterer Schichten des arbeitenden Volkes immer mehr in Gegensatz zu der rasch steigenden Produktivkraft seiner eigenen Arbeit und zu dem Anschwellen des von ihm selbst geschaffenen Reichtums. Die der Planlosigkeit der kapitalistischen Produktionsweise entspringenden Krisen mit ihrem Gefolge von Arbeitslosigkeit und Elend beschleunigen und verschärfen diese Entwicklung.

Je mehr aber die Entwicklung des Kapitalismus das Proletariat anschwellen macht, desto mehr wird es gezwungen und befähigt, den Kampf gegen ihn aufzunehmen. Immer mehr macht die Verdrängung der Einzelproduktion auch den Einzelbesitz überflüssig und schädlich, während zugleich für neue Formen genossenschaftlicher Produktion auf Grund gesellschaftlichen Eigentums an den Produktionsmitteln die notwendigen geistigen und materiellen Vorbedingungen geschaffen werden. Zugleich kommt das Proletariat zum Bewußtsein, daß es diese Entwicklung fördern und beschleunigen muß und daß der Uebergang der Arbeitsmittel in den gemeinschaftlichen Besitz der Gesamtheit des Volkes das Ziel, die Eroberung der politischen Macht das Mittel seines Kampfes für die Befreiung der Arbeiterklasse sein muß. Nur das zum Klassenbewußtsein erwachte und zum Klassenkampf organisierte Proletariat kann der Träger dieser notwendigen Entwicklung sein. Das Proletariat zu organisieren, es mit dem Bewußtsein seiner Lage und seiner Aufgabe zu erfüllen, es geistig und physisch kampffähig zu machen und zu erhalten, ist das eigentliche Programm der sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Oesterreich, zu dessen Durchsetzung sie sich aller zweckdienlichen und dem natürlichen Rechtsbewußtsein des Volkes entsprechenden Mittel bedienen wird.

Die sozialdemokratische Arbeiterpartei in Oesterreich wird in allen politischen und ökonomischen Fragen jederzeit das Klasseninteresse des Proletariats vertreten.

und aller Verdunkelung und Verhüllung der Klassengegensätze sowie der Ausnützung der Arbeiter zugunsten von bürgerlichen Parteien energisch entgegenwirken.

Die sozialdemokratische Arbeiterpartei in Oesterreich ist eine internationale Partei: sie verurteilt die Vorrechte der Nationen ebenso wie die der Geburt und des Geschlechtes, des Besitzes und der Abstammung und erklärt, daß der Kampf gegen die Ausbeutung international sein muß wie die Ausbeutung selbst. Sie verurteilt und bekämpft alle Einschränkungen der Freiheit der Meinungsäußerung sowie jede Bevormundung durch Staat und Kirche. Sie erstrebt gesetzlichen Schutz der Lebenshaltung der arbeitenden Klassen, und sie kämpft dafür, dem Proletariat auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens möglichst großen Einfluß zu verschaffen.

Von diesen Grundsätzen ausgehend, fordert die sozialdemokratische Arbeiterpartei in Oesterreich zunächst:

1. Allgemeines, gleiches, direktes und geheimes Wahlrecht in Staat, Land und Gemeinde für alle Staatsangehörigen ohne Unterschied des Geschlechtes vom 20. Lebensjahre an; Proportionalwahlsystem; Vornahme der Wahlen an einem gesetzlichen Ruhetage; dreijährige Gesetzgebungsperioden; Diätenbezug für die Gewählten.

2. Direkte Gesetzgebung durch das Volk vermittelst des Vorschlags- und Verwerfungsrechtes; Selbstbestimmung und Selbstverwaltung des Volkes in Staat, Land und Gemeinde.

3. Abschaffung aller Gesetze, die das Recht auf freie Meinungsäußerung einschränken; insbesondere Erfüllung voller Preßfreiheit durch Aufhebung des objektiven Verfahrens und der Einschränkung der Kolportage von Druckschriften; Aufhebung aller Gesetze, die das Vereins- und Versammlungsrecht einschränken.

4. Aufhebung aller Einschränkungen der Freizügigkeit, insbesondere aller Vagabunden und Schubgesetze.

5. Schaffung und Durchführung eines Gesetzes, das Beamte, die die politischen Rechte von einzelnen oder Vereinen beeinträchtigen, einer strengen Bestrafung zuführt.

6. Sicherung der Unabhängigkeit der Gerichte; Unentgeltlichkeit der Rechtspflege und des Rechtsbeistandes; Entschädigung unschuldig Verhafteter und Verurteilter; Wahl der Geschwornen auf Grund des allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlrechtes; Unterstellung aller Staatsangehörigen unter die ordentlichen Gesetze und Gerichte; Abschaffung der Todesstrafe.

7. Staatliche und kommunale Organisation des Sanitätsdienstes; unentgeltliche Beistellung der ärztlichen Hilfeleistung und der Heilmittel.

8. Erklärung der Religion als Privatsache; Trennung der Kirche vom Staate und Erklärung der kirchlichen und religiösen Gemeinschaften als private Vereinigungen, die ihre Angelegenheiten ganz selbständig ordnen; obligatorische Zivilehe.

9. Obligatorische, unentgeltliche und weltliche Schule, die den Bedürfnissen und der Entwicklung der einzelnen Völker vollkommen entspricht; Unentgeltlichkeit der Lehrmittel und der Verpflegung in den Volksschulen für alle Kinder sowie für jene Schüler höherer Lehranstalten, die zu weiterer Ausbildung befähigt sind.

10. Ersetzung aller indirekten Steuern und Abgaben durch stufenweise steigende Einkommen-, Vermögens- und Erbschaftssteuern.

11. Ersatz des stehenden Heeres durch die Volkswehr; Erziehung zur allgemeinen Wehrhaftigkeit; allgemeine Volksbewaffnung; Entscheidung über Krieg und Frieden durch die Volksvertretung.

12. Beseitigung aller Gesetze, wodurch die Frau gegenüber dem Manne öffentlichrechtlich oder privatrechtlich in Nachteil gesetzt wird.

13. Befreiung der Wirtschaftsgenossenschaften der Arbeiter von allen ihre Tätigkeit hemmenden Lasten und Schranken.

Als Minimum an Arbeiterschutz fordert die österreichische Sozialdemokratie zunächst:

1. Volle Koalitionsfreiheit, gesetzliche Anerkennung der gewerkschaftlichen

Organisation, gesetzliche Gleichstellung der Landarbeiter durch Aufhebung der Dienstbotenordnungen.

2. Achtstündigen Maximalarbeitstag ohne Klauseln und ohne Ausnahmen.

3. Verbot der Nachtarbeit mit Ausnahme jener Betriebe, deren technische Natur eine Unterbrechung nicht zuläßt; die Nachtarbeit für Frauen und jugendliche Arbeiter ist jedoch ausnahmslos zu verbieten.

4. Volle Sonntagsruhe in der Dauer von mindestens 36 Stunden.

5. Strenge Durchführung des Verbotes der Erwerbsarbeit von Kindern unter 14 Jahren; ausreichende Schutzgesetze für Lehrlinge und jugendliche Arbeiter.

6. Ausschluß der Frauenarbeit aus den besonders für den weiblichen Organismus schädlichen Betrieben.

Alle diese Bestimmungen haben für Betriebe jeder Art und Stufenleiter (Großindustrie, Transportgewerbe, Handwerk, Handel, Hausindustrie, Land- und Forstwirtschaft) zu gelten.

Ausbau des Gewerbeinspektorats; Vermehrung der Inspektoren, denen exekutive Befugnisse zu geben sind; Mitwirkung der Arbeiterorganisationen an der Kontrolle der Durchführung des Arbeiterschutzes durch die von ihnen gewählten Inspektoren und Inspektorinnen.

Ueber Unternehmer, die das Arbeiterschutzgesetz übertreten, sind strenge Strafen zu verhängen, die nicht in Geldstrafen umgewandelt werden dürfen.

Die Arbeiterversicherung ist einer durchgreifenden Reform zu unterziehen, durch Einführung einer allgemeinen Alters- und Invalidenversicherung sowie Witwen- und Waisenversorgung zu ergänzen und unter durchgängiger Selbstverwaltung der Versicherten einheitlich zu organisieren.

Nationalitätenprogramm der österreichischen Sozialdemokratie.

Beschlossen am Brünner Gesamtparteitag 1899.

Da die nationalen Wirren in Oesterreich jeden politischen Fortschritt und jede kulturelle Entwicklung der Völker lähmen, da diese Wirren in erster Linie auf die politische Rückständigkeit unserer öffentlichen Einrichtungen zurückzuführen sind und da insbesondere die Fortführung des nationalen Streites eines jener Mittel ist, durch die die herrschenden Klassen sich ihre Herrschaft sichern und die wirklichen Volksinteressen an jeder kräftigen Aeußerung hindern,

erklärt der Parteitag:

Die endliche Regelung der Nationalitäten- und Sprachenfrage in Oesterreich im Sinne des gleichen Rechtes und der Gleichberechtigung und Vernunft ist vor allem eine kulturelle Forderung, daher im Lebensinteresse des Proletariats gelegen;

sie ist nur möglich in einem wahrhaft demokratischen Gemeinwesen, das auf das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht gegründet ist, in dem alle feudalen Privilegien im Staate und in den Ländern beseitigt sind, denn erst in einem solchen Gemeinwesen können die arbeitenden Klassen, die in Wahrheit die den Staat und die Gesellschaft erhaltenden Elemente sind, zu Worte kommen;

die Pflege und Entwicklung der nationalen Eigenart aller Völker in Oesterreich ist nur möglich auf Grundlage des gleichen Rechtes und unter Vermeidung jeder Unterdrückung, daher muß vor allem anderen jeder bureaukratisch-staatliche Zentralismus ebenso wie die feudalen Privilegien der Länder bekämpft werden.

Unter diesen Voraussetzungen, aber auch nur unter diesen, wird es möglich sein, in Oesterreich an Stelle des nationalen Haders nationale Ordnung zu setzen, und zwar unter Anerkennung folgender leitender Grundsätze:

1. Oesterreich ist umzubilden in einen demokratischen Nationalitätenbundesstaat.

2. An Stelle der historischen Kronländer werden national abgegrenzte Selbstverwaltungskörper gebildet, deren Gesetzgebung und Verwaltung durch Nationalkammern, gewählt auf Grund des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechtes, besorgt wird.

3. Sämtliche Selbstverwaltungsgebiete einer und derselben Nation bilden zusammen einen national einheitlichen Verband, der seine nationalen Angelegenheiten völlig autonom besorgt.

4. Das Recht der nationalen Minderheiten wird durch ein eigenes, vom Reichsparlament zu beschließendes Gesetz gewahrt.

5. Wir erkennen kein nationales Vorrecht an, verwerfen daher die Forderung einer Staatssprache; wie weit eine Vermittlungssprache nötig ist, wird das Reichsparlament bestimmen.

Der Parteitag, als das Organ der internationalen Sozialdemokratie in Oesterreich, spricht die Ueberzeugung aus, daß auf Grundlage dieser leitenden Sätze eine Verständigung der Völker möglich ist;

er erklärt feierlich, daß er das Recht jeder Nationalität auf nationale Existenz und nationale Entwicklung anerkennt;

daß aber die Völker jeden Fortschritt ihrer Kultur nur in enger Solidarität miteinander, nicht im kleinlichen Streit gegeneinander erringen können, daß insbesondere die Arbeiterklasse aller Zungen im Interesse jeder einzelnen Nation, wie im Interesse der Gesamtheit an der internationalen Kampfgenossenschaft und Verbrüderung festhält und ihren politischen und gewerkschaftlichen Kampf in einheitlicher Geschlossenheit führen muß.

Tagesordnung des Parteitages:

1. **Konstituierung des Parteitages:**
   a) Wahl des Präsidiums;
   b) Festsetzung der Geschäfts- und Tagesordnung;
   c) Wahl einer Mandatprüfungskommission.

2. **Bericht der Gesamtparteivertretung.** Berichterstatter: Ferdinand Skaret; Kassenbericht: Karl Kořinek.

3. **Bericht über die parlamentarische Tätigkeit.** Berichterstatter: Josef Hannich.

4. **Der Dualismus und die Sozialdemokratie in Oesterreich.** Berichterstatter: Fritz Austerlitz.

5. **Die Wahlrechtsbewegung.** Berichterstatter: Karl Vaněk.

6. **Sozialpolitik in Oesterreich.** Berichterstatter: Matthias Eldersch.

7. **Internationaler Kongreß.** Berichterstatter: Dr. Viktor Adler.

8. **Konsumgenossenschaften.** Berichterstatter: Georg Emmerling und Josef Rousar.

9. **Die Arbeiterklasse und die Alkoholfrage.** Berichterstatter: Dr. Richard Fröhlich.

10. **Anträge und Anfragen.**

Geschäftsordnung

für die

Verhandlungen des Parteitages.

1.

Die Meldungen zum Wort sind schriftlich einzureichen, und erhalten die Redner nach der Reihenfolge der Anmeldung das Wort.

2.

Alle Anträge, außer denen zur Geschäftsordnung, sind schriftlich einzureichen.

3.

Bei Anträgen auf Schluß der Rednerliste oder Schluß der Debatte erhält nur ein Redner für und einer gegen das Wort. Das Wort zur Geschäftsordnung wird außer der Reihenfolge der vorgemerkten Redner erteilt. Jeder Delegierte hat das Recht, persönliche Bemerkungen oder tatsächliche Berichtigungen entweder am Schlusse der Sitzung oder der Debatte vorzubringen.

4.

Die Redezeit der Referenten wird auf eine Stunde festgesetzt.

In der Diskussion erhält jeder Redner 10 Minuten das Wort. Kein Redner darf mehr als zweimal in einer Sache das Wort nehmen.

Die einzelnen Reden, mit Ausnahme der Referate, werden nur über Verlangen in eine andere Sprache übersetzt.

5.

Die Beschlüsse werden mit absoluter Mehrheit der Abstimmenden gefaßt. Stimmengleichheit gilt als Ablehnung des Antrages.

6.

Auf Antrag von mindestens 20 Mitgliedern des Parteitages muß die namentliche Abstimmung über einen Antrag stattfinden.

7.

Nur die Teilnehmer haben das Recht, sich an der Diskussion zu beteiligen und abzustimmen; den Gästen kann nur über besonderen Beschluß des Parteitages ausnahmsweise das Wort erteilt werden.

Vorlagen an den Parteitag.

Bericht der Gesamtvertretung der Sozialdemokratie in Oesterreich.

Die zwei Jahre, über die die Gesamtvertretung der österreichischen Sozialdemokratie zu berichten hat, sind nicht wie frühere Perioden durch dramatisch lebhafte politische Ereignisse ausgezeichnet. Oesterreich ist während dieser Zeit nur etwas tiefer in den Sumpf gekommen, aus dem herauszuarbeiten es sich vergeblich abmüht; aber auf diesem Wege nach abwärts ist keine Einzelkatastrophe zu verzeichnen. Die Aufgabe der Sozialdemokratie in Oesterreich ist von der in europäischen Ländern wesentlich verschieden. Das Proletariat und seine politische Vertretung können sich nur entwickeln im und gegen den Kapitalismus. Der Kapitalismus hat aber nicht nur wirtschaftliche und technische Bedingungen, sondern vor allem braucht er den Staat. Ja, die moderne Staatsmaschinerie ist nicht nur sein Ergebnis, sondern auch die Bedingung seiner Entwicklung. Darum scheint es nur ein Widerspruch zu sein, ist aber keiner, daß die Sozialdemokratie nichts notwendiger hat als den scharf ausgebildeten kapitalistischen Klassenstaat, den sie als seine Todfeindin bekämpft. Darunter leiden wir in Oesterreich am meisten, daß uns ein geordneter Staat fehlt, und wenn man uns als revolutionäre Staatspartei verhöhnt, so spottet man seiner selbst und weiß nicht wie. Ja, es ist wahr, das Proletariat als das entwicklungsfähigste, der Entwicklung am meisten bedürftige und sie am meisten vorwärtstreibende Element der Bevölkerung, der eigentliche Träger aller werdenden Kultur, leidet in der Tat am allerschwersten darunter, daß durch das Abfaulen des staatlichen Gefüges jede wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung in diesem Lande gehemmt wird. Wenn man während dieser zwei Jahre irgend einen Fortschritt verzeichnen kann, so ist es nur dieser: Oesterreich ist noch unerträglicher wie je, noch allgemeiner, noch lebendiger und brennender ist die Empfindung geworden, daß man diesen Staat nicht mehr aushalten könne.

Aber dieser unerträgliche Staat besteht und er ist der Boden, auf dem die Sozialdemokratie ihre Arbeit verrichten muß. Daraus erklärt sich die anscheinende Zwiespältigkeit unserer politischen Tätigkeit. Wenn Oesterreich stürbe, würden die Völker, die dieses Land bewohnen, von einer Kette befreit, die ihre Entwicklung hemmt; wenn Oesterreich sich zum Leben aufrafft, werden seine Völker auch das ertragen können — was sie aber korrumpiert, entnervt und ruiniert, ist dieser furchtbare Zustand zwischen Leben und Sterben. Die Aufgabe der Sozialdemokraten ist es daher, immer und immer wieder mit größter Schärfe, mit unerbittlicher Deutlichkeit dem Staate die Diagnose zu stellen und aufzuzeigen, wie kein Palliativmittel, kein Vertuschen und kein Vertagen der Krise Rettung bringen, sondern nur eine ernste Operation, die reinen Tisch macht und von unten auf neu baut, lebensrettend sein kann. Die Verwirklichung der Forderungen, die aus den Prinzipien des sozialdemokratischen Programms ableiten, ist für Oesterreich darum Staatsnotwendigkeit. Der Kampf der Nationen kann nicht zu einem Frieden gebracht werden ohne das radikale, rücksichtslose Aufräumen mit den feudalen Kronlandsinstitutionen. Nur nachdem diese zerbrochen sind, kann die Autonomie der Nationen

aufgebaut werden, die den Völkern freie Entwicklung, dem Staate jenen Gleichgewichtszustand gewähren kann, der sein politisches Leben erst ermöglicht.

Diese notwendige Umwälzung des ganzen Staatsgefüges kann aber nicht bewerkstelligt werden ohne die Demokratie, ohne die Entfesselung aller politischen Kräfte der Völker. Die Beseitigung des Privilegienparlaments, die Gewährung des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechtes ist also nicht nur eine notwendige Lebensbedingung des Proletariats, sondern ebenso eine notwendige, lebensrettende Operation für den Staat. Wenn diese Forderungen der österreichischen Sozialdemokratie die Revolution bedeuten, dann gibt es eben nichts anderes, was diesen Staat erhalten kann, als die Revolution. Ist sie unmöglich, scheitert sie an der Schwäche der Völker und an der gewaltbewaffneten Borniertheit der Herrschenden — dann liegt vor Oesterreich nur die andere Alternative, sie heißt Spanien: der verpfaffte Militärstaat, in dem alles kaput geht, nicht zuletzt seine militärische Kraft, bis er die Beute seiner Nachbarn wird. Im Parlament wie in einer unermüdlichen Agitation hat die Sozialdemokratie dazu mitgewirkt, die Erkenntnis dieser Wahrheiten zu verbreiten und jedem Versuch entgegenzutreten, die furchtbare, aber, wenn sie das Ende bedeutet, wohltätige Krise zu verschleiern und zu versumpfen. Darum aber mußte sie in immer schärferen Gegensatz zu der Regierung des Dr. Koerber kommen, der unaufhörlich versucht, das Unrettbare zu retten, dessen Geschicklichkeit darauf hinausläuft, jeder Entscheidung auszuweichen, mit glatten Redensarten und kleinen Praktiken seine Politik weiterzufristen und dem gelähmten Staatskörper ein modernes Leben anzuschminken, dessen täuschender Anschein im schroffen Widerspruch steht zu der Wirklichkeit seines politischen und wirtschaftlichen Zerfalls. Beharrlichkeit ist eine schöne Tugend, aber sie wird zum Verbrechen, wenn sie der Erhaltung eines verderblichen Zustandes gilt und keinen anderen Erfolg haben kann, als eine Katastrophe aufzuschieben, die der unvermeidliche Beginn einer Wendung zum Besseren sein muß. Nun aber erwacht die Hoffnung, daß auch diese Pfiffigkeit endlich versagen wird. Die Staatskrise — sofern man von den im Reichsrate vertretenen Königreichen und Ländern als von einem Staate reden kann — ist zu einer Reichskrise erweitert. Das bisherige Verhältnis zu Ungarn, das schon durch die Notwendigkeit, den Ausgleich zu erneuern, ernstlich in Frage gestellt worden war, ist durch den neuesten Vorstoß der Ungarn, der ihnen den Weg zur Selbständigkeit der ungarischen Armee bahnte, zu einer Unmöglichkeit geworden. In den Dualismus, der für Oesterreich die politische Hörigkeit und die wirtschaftliche Ausplünderung bedeutet, ist eine entscheidende Bresche gelegt, und das ist das bezeichnendste und wichtigste Moment der politischen Entwicklung der letzten zwei Jahre. Die Sozialdemokratie hat pflichtgemäß das Ihrige dazu getan und ist allen anderen Parteien darin vorangegangen, die Notwendigkeit klar zu machen, daß der Dualismus fallen müsse, der in aller seiner Kompliziertheit und Künstelei nichts ist als die spanische Wand, hinter der sich der Absolutismus, die unumschränkte Gewalt der Dynastie und einiger Hofcliquen verbirgt.

So ist der Kampf der österreichischen Sozialdemokratie gegen den Staat zugleich ein Kampf um den Staat. Aber so hoffnungslos in diesem politischen Elend jedes Streben nach politischen und sozialen Erfolgen sein muß: die Sozialdemokraten haben trotzdem ihrer Pflicht genügt und unter den ungünstigsten Verhältnissen dem unfruchtbaren Boden abzuringen versucht, was irgend möglich war. Allerdings, die Gesetzgebung kam wenig in Frage. Die Abwehr schädlicher Maßregeln, einer ganzen Reihe von Attentaten auf die Interessen der Arbeiterklasse nahm alle Kräfte in Anspruch, denn das österreichische Parlament ist immer noch fähig zu schaden, nützen zu können hat es längst aufgehört. Der Bericht über die parlamentarische Tätigkeit unserer Abgeordneten zeigt das Bild einer umfassenden ausdauernden Arbeit, die um so mehr die Anerkennung der Arbeiterschaft verdient, als sie geleistet werden muß ohne Hoffnung auf reichen Ertrag. Das heutige Ministerium gebärdet sich zwar auch auf dem Gebiete der Sozialpolitik als modern. Herr Dr. v. Koerber ist der Mann, *der nirgends anstoßen* will, sich gern mit allem, was Macht hat, und mit

allen Parteien zu verhalten sucht, und es ist nur die Wahrheit, wenn wir sagen, daß das Maß der politischen Verfolgung der Sozialdemokratie, die Schurigeleien in Versammlungen, die Drangsalierung ihrer Presse, in keiner Periode so gering war wie in dieser Zeit. Aber das ist ein rein negativer Charakterzug dieses Regimes. Nicht nur sind alle Versprechungen des Ministeriums unerfüllt geblieben — die Preßreform steckt im Ausschuß, die Altersversicherung ist nicht einmal noch Regierungsvorlage geworden — sondern, was noch schlimmer ist: die Haltung der Regierung ermöglicht dem Parlamente eine positive Tätigkeit schlimmster Art, und während wir sozialpolitisch nicht einen Schritt vorwärts gemacht haben, hat gerade unter Koerber die reaktionäre Mittelstandspolitik eine ganze Reihe von Erfolgen zu verzeichnen. Gefügigkeit gegen den Klerikalismus, Konnivenz gegen Agrarier und rückständige Kleinbürger, dazu hochgestelzte Phrasen von der Notwendigkeit industrieller Entwicklung und von großzügiger Wirtschaftspolitik: das ist die politische Wirklichkeit des Ministeriums Koerber. Aber auch die Anständigkeit gegenüber der Arbeiterschaft hat ihre engen Grenzen und der Arbeitermord, der in Triest und in Galizien verübt wurde, ist noch heute ungesühnt, ebenso wie der Einbruch in das Favoritener Arbeiterheim. Hieraus ergibt sich die Stellung der Sozialdemokratie zu dieser Regierung, und in flammenden Worten haben unsere Abgeordneten bei jedem Anlaß das System gekennzeichnet, das so gerne arbeiterfreundlich scheinen möchte.

Wie die sozialdemokratische Fraktion, der deutsche, tschechische und polnische Genossen angehören, im Parlamente einig und als einheitliche Vertretung der österreichischen Arbeiterschaft aller Zungen auftritt, so hat unsere Partei auch außerhalb des Parlaments trotz der weitestgehenden Autonomie ihrer nationalen Organisationen alle ihre Kämpfe in voller Einheitlichkeit geführt. Der Petitionssturm um die Alters- und Invalidenversicherung, die immer und immer sich wiederholenden Vorstöße für das allgemeine und gleiche Wahlrecht, die Abwehr des Ausgleichs und insbesondere der die Lebenshaltung des Volkes bedrohenden Wucherzölle, der Kampf gegen die Erhöhung der Militärlasten, das alles war, um nur das Wichtigste hervorzuheben, Gegenstand einer ebenso energischen als einheitlichen Agitationsarbeit der vielsprachigen Gesamtpartei. Immer mehr kommt neben der Agitation in Versammlungen und durch Flugschriften die Agitation durch die Parteipresse zur Wirksamkeit. Wir verfügen nun über sechs Tagesblätter (zwei deutsche, zwei tschechische, ein polnisches und ein italienisches), über eine große, wackere Schar von Wochen- und Halbmonatsblättern, die immer mehr Einfluß auf die öffentliche Meinung gewinnen. In ihrer Gesamtheit muß der sozialdemokratischen Presse das Ehrenzeugnis ausgestellt werden, daß sie zu jedem Erfolge der Arbeiterschaft im politischen und wirtschaftlichen Kampfe in erster Linie mitgewirkt, daß sie sich den Respekt von Freund und Feind erworben hat, freilich auch ebenso Haß und Furcht der Gegner wie die Liebe und den Dank der Arbeiter. Allerdings, und auch das ist leider ein gemeinsamer, internationaler Zug, steht die Verbreitung unserer Presse noch weit hinter dem, was nötig und möglich wäre, zurück; die Oesterreicher aller Zungen müssen zum Lesen erst mühsam erzogen werden.

In die Berichtsperiode fallen auch die Landtagswahlen in einigen Kronländern. Die Partei hat überall eingegriffen, schon um die Gelegenheit für die Agitation auszunützen und ihren Anspruch auf das Wahlrecht für den Landtag eindringlich zu erheben. Nicht minder wie das Parlament sind einige der bedeutendsten Landtage funktionsunfähig geworden, der nationale Kampf hat Obstruktion und Abstinenz auch in die Landstuben verpflanzt und so wird es immer deutlicher, daß die Verfassung Oesterreichs in toto et in partibus, im ganzen und in allen Teilen, Bankerott gemacht hat. Trotzdem hat man den Mut zu einer vernünftigen Wahlreform noch immer nicht. Wo man doch an sie herantritt, bewirkt die Furcht vor der sozialdemokratischen Arbeiterschaft, daß man wieder zum System der fünften Kurie greift, als ob es an den politischen Verwüstungen nicht genug wäre, die dieses abgeschmackte Zerrbild einer *demokratischen Reform* verschuldet hat. Aber der Wunsch des Herrn

Eine schwierige Frage enthält Punkt 8, der von der Religion und von dem Verhältniß zwischen Staat und Kirche handelt. Nicht als ob Jemand gegen die vorliegende Fassung einen prinzipiellen Einwand gehabt hätte, denn darüber sind wir uns Alle klar, daß das einzige Mittel zur Lösung aller Schwierigkeiten und die einzige Möglichkeit, die durch den Klerikalismus aufsteigenden Gefahren zu beseitigen, eine reinliche und absolute Scheidung zwischen Staat und Kirche sei. Der Staat braucht die Dienste der Kirche nicht, die er sich heute gefallen läßt, und die er sehr theuer bezahlen muß. Er hat aber auch nicht ihr Diener zu sein. Weiters berührt dieser Punkt auch das Verhältniß der Religion zum Einzelnen. Ich gestehe, daß es für mich etwas sehr Verlockendes hätte, anstatt der Worte: „Erklärung der Religion als Privatsache" zu sagen: „Erklärung der Religion als Sache der persönlichen Ueberzeugung jedes Einzelnen." Diese Fassung würde bei vielen Leuten Anklang finden und vielleicht auch besser verstanden werden. Aber unsere alte Formel ist so bekannt, daß jede Aenderung des Ausdruckes nach außen hin — und hier müssen wir mit unseren Gegnern rechnen — als eine Aenderung unseres Standpunktes angesehen werden würde. Jede Aenderung eines Beistriches würde hier von dem Korps sämmtlicher Kapläne entweder als eine Zuspitzung und Verschärfung nach der atheistischen, religionsfeindlichen Seite hin oder als ein Rückzug vor der Macht der Kirche und der religiösen Ueberzeugung angesehen werden. Einzig nur aus diesem Grunde, weil eine Aenderung in politischer Beziehung bedenklich wäre, sind wir bei dem alten Ausdrucke stehen geblieben. Wir haben in diesen Punkt noch die obligatorische Zivilehe aufgenommen. Dieser Punkt fehlt in den Programmen unserer Partei anderer Länder, weil sie es dort nicht mehr nothwendig haben, einen solchen Punkt aufzunehmen.

Wir kommen nun zum Punkte „Schule", zu Punkt 9. Hier wurde auf Wunsch der czechischen Genossen ein Satz eingefügt, welcher ausdrücken soll, daß nicht nur dem allgemeinen pädagogischen Bedürfnisse, sondern auch dem pädagogischen Bedürfnisse des Einzelnen als Angehörigen einer bestimmten Nation, sowie der Entwicklungsstufe jeder einzelnen in Oesterreich wohnenden Nation Rechnung getragen werden soll (Beifall), kurz, daß den wirklichen Bedürfnissen und der Entwicklung der einzelnen Völker entsprochen werde. Wir sind die Letzten, die dagegen etwas einzuwenden haben. Wir wissen sehr gut, daß für jedes Volk, ebenso wie für jeden Einzelnen die Erziehung der künftigen Generation in allererster Reihe steht.

Im Punkte 10 wurde eine stylistische Aenderung vorgenommen, es wurden bloß die Worte „sowie eine progressive" eingefügt.

Punkt 11 spricht vom Militarismus, dessen Beseitigung verlangt wird. Wir verlangen damit aber nicht die Wehrlosmachung des Volkes, sondern im Gegentheil die Bewaffnung des Volkes, die wir allerdings nicht nur gegen den äußeren, sondern auch gegen den inneren Feind haben wollen. (Sehr richtig!) Und wir haben ein Recht, von den inneren Feinden zu sprechen, weil wir die Bewaffnung des Volkes gegen die Feinde des Volkes haben wollen, nicht aber den Schutz der Feinde des Volkes durch den Militarismus gegen das Volk selbst. (Beifall.) Wir haben weiter hinzugefügt, daß die Volksvertretung die Entscheidung über Krieg und Frieden haben soll. Es soll dies als unsere Forderung im Programm stehen; aber ein Oesterreicher kann das nicht lesen, ohne sich 33mal zu schämen. Wir haben keine Volksvertretung, und insoferne wir eine solche haben, hat sie nichts zu entscheiden.

Wir wünschen gewiß, daß jeder Krieg vermieden und daß insbesondere der Kapitalismus — die Wurzel aller Kriege — beseitigt werde. Da sich aber in der Zwischenzeit doch noch Anlässe zu Kriegen finden können, so verlangen wir, daß die Entscheidung über Krieg und Frieden der Volksvertretung — und vielleicht gelingt es auch in Oesterreich, eine solche zu bekommen — überlassen werde. Heute klingt dies vielleicht für Oesterreich, ich gestehe das, utopistisch.

Im Punkte 12 wird die Beseitigung jener Gesetze verlangt, wodurch die Frau gegenüber dem Manne öffentlichrechtlich oder privatrechtlich in Nachtheil gesetzt wird, eine Forderung, die die Frauen überall mit Recht erheben. Es

wurde allerdings auch angeregt, daß logischerweise jene Einrichtungen abgeschafft werden sollten, wodurch die Frau gegenüber dem Mann in Vortheil gesetzt wird. Da sich aber Niemand von uns an solche gesetzliche Vorkehrungen erinnern konnte — von praktischen Vorkehrungen können wir ja im Programm nicht reden — so mußten wir bei unserer Forderung bleiben und unseren Plan aufgeben. (Heiterkeit.) Vielleicht werden wir uns bis zum nächsten Parteitag daran erinnern und die Forderung der Emanzipation der Männer ins Programm nehmen können. (Heiterkeit.)

Es lag ein Antrag vor auf gesetzliche Förderung von Wirthschaftsgenossenschaften, von Konsumvereinen und von Produktivgenossenschaften der Arbeiter. Wir haben uns nicht entschließen können, diese gesetzliche Förderung ins Programm aufzunehmen, weil wir uns nicht recht vorstellen konnten, wie dies im Einzelnen aussehen soll. Wir waren aber überzeugt, daß die ganze wirthschaftsgenossenschaftliche Bewegung schon sehr zufrieden wäre, wenn ihr keine Prügel mehr zwischen die Füße geworfen würden, und jene Hindernisse, die ihnen heute von der kleinbürgerlichen Bewegung in den Weg gestellt werden, wegfallen. Deshalb fordern wir die freie Entfaltung der Wirthschaftsgenossenschaften.

Die Forderungen des Arbeiterschutzes, zu denen wir jetzt kommen, sind solche, die ständig in Diskussion stehen und die im Programm nur in ganz allgemeinen Zügen angedeutet werden können. In einem Programm können nur äußere Grundlinien für Arbeiterschutz aufgenommen werden, und ich möchte Sie daher bitten, die Magerkeit unserer Arbeiterschutzforderungen nicht zu beanständen, sie sind mit den hier aufgenommenen Forderungen durchaus nicht abgeschlossen. Nur zwei Anträge haben wir in die Minimalforderungen für Arbeiterschutz neu aufgenommen, und zwar zunächst den Antrag des Frauenreichscomités auf ausnahmsloses Verbot der Nachtarbeit für Frauen und jugendliche Arbeiter. Man kann die Nothwendigkeit der Nachtarbeit in einigen Betrieben zugestehen, man muß aber mit voller Entschiedenheit sagen, daß, wenn sie geleistet werden muß, sie absolut nicht von Frauen und Kindern geleistet werden darf. Weiters ist ein Antrag unserer, wie ich mit großer Befriedigung hier bemerken will, stark aufblühenden Organisation der jugendlichen Arbeiter angenommen worden, indem in dem Punkt 5, der von der Kinderarbeit handelte, ausreichende Schutzgesetze für Lehrlinge und jugendliche Arbeiter verlangt werden. Auch das ist nur allgemein gesagt, ist aber keine Phrase und kein bloßer Rahmen, der erst auszufüllen wäre, sondern der thatsächlich durch die Thätigkeit unserer Organisation, besonders unserer Gewerkschaften, sowie auch von den Politikern und Gelehrten anderer Klassen längst ausgefüllt ist.

Wir haben ferner in dem Punkt, der vom Gewerbeinspektorat handelt, die Vermehrung der Inspektoren verlangt; ich hoffe, daß das Programm länger aushalten wird als der gegenwärtige Stand unserer Gewerbeinspektoren, aber das wird wohl eine ständige Forderung bleiben müssen. Wir verlangen weiter, daß den Inspektoren exekutive Befugniß ertheilt werde, daß die Arbeiterorganisationen an der Kontrole der Durchführung des Arbeiterschutzes durch selbstgewählte Inspektoren mitzuwirken haben u. s. f. Den Passus, daß die Unternehmer wegen Gesetzesübertretungen mit Arrest zu bestrafen seien, haben wir gestrichen, weil mehrere Genossen gefunden haben, daß das Wort „Arrest" ein Flecken im Programm wäre. Damit haben wir aber die Unternehmer keineswegs begnadigt, sondern haben ihnen den Arrest nur in Oblaten mitgetheilt (Heiterkeit), indem wir jetzt sagen, daß strenge Strafen zu verhängen sind, die nicht in Geldstrafen umgewandelt werden dürfen. (Heiterkeit.) Daß das nur Arreststrafen sein können, ist selbstverständlich, da doch die Prügelstrafe schon längst abgeschafft ist.

Der letzte Punkt unseres Programmes verlangt den Ausbau der Arbeiterversicherung; dieser Punkt ist unverändert geblieben.

Eine wesentliche Aenderung ist sonst am Programme nicht vorgenommen worden.

Von den vielen Anträgen, die wir nicht ins Programm aufgenommen haben, will ich nur zwei berühren. Da ist zunächst der Antrag, über den ich schon ganz kurz in meinem einleitenden Referat gesprochen habe, daß wir nämlich den Arbeiter-

schutz zu keinem anderen Zweck als zur Erreichung des letzten Zieles verlangen sollen. Der Antrag wurde von der Kommission in das Programm nicht aufgenommen, und ich hoffe, daß er hier im Plenum ebenso wenig vermißt werden wird. Hoffentlich wird er auch dem Antragsteller selbst bei der jetzigen Fassung des Programmes minder nöthig erscheinen.

Aber ein Antrag lag vor, der nicht prinzipieller, sondern konkreter Natur war, und dem wir leider nicht Folge geben konnten. Ich meine den Antrag Hueber über die gesetzliche Anerkennung der Kollektivarbeitsverträge. Dieser Antrag erschien uns noch nicht reif. Es wurde geltend gemacht, und zwar mit einem gewissen Maß von Recht, daß diese gesetzliche Anerkennung der Kollektivarbeitsverträge sich nicht nur gegen die Unternehmer, sondern eventuell auch gegen die Gewerkschaften richten könne, welche diese Verträge schließen, und daß die Gefahr bestehe, daß, wenn das heute kodifizirt wird, die Unternehmer dabei mehr profitiren als die Gewerkschaften. Die Vorkommnisse in England mahnten uns hier zur Vorsicht. Wir sind der Ansicht, daß dieser Antrag erst von den Gewerkschaftsorganisationen und etwa von einem Gewerkschaftskongreß nach allen seinen möglichen juristischen und praktischen Folgen hin diskutirt und erwogen werden soll, bevor ihn der Parteitag so kopfüber dem Programme einverleibt. Sowohl nach der Stylisirung als nach der Herkunft des Antrages liegt aber die Möglichkeit vor, daß die Genossen, die als Vertreter der Industriegruppen hier sind und großen Werth auf diesen Antrag legen, die Frage einer gehörigen Prüfung zuführen, wie dies die Wichtigkeit der Sache erfordert. Unser Antrag bedeutet jedenfalls nur eine Vertagung und ist nicht gegen die Sache selbst gerichtet.

Nun einige Worte darüber, was Ihnen die Kommission bezüglich der ganzen Anlage des Programmes vorschlägt.

Wir schlagen Ihnen vor, den Ihnen nunmehr vorliegenden abgeänderten Entwurf als Parteiprogramm anzunehmen und demselben die programmatische Erklärung unseres letzten Parteitages bezüglich der Nationalitäten als Nationalitätenprogramm einzuverleiben, so daß diese beiden Programme das Gesammtprogramm der Partei darstellen. Wir schlagen Ihnen jedoch nicht vor, auch die Resolution zur Landagitation, wie sie auf dem Grazer Parteitage beschlossen wurde, dem Programme einzufügen, ohne damit der Resolution in ihrem Inhalte nahe treten zu wollen. Wir glauben aber thatsächlich — und das werden auch die Verfasser der Resolution zugeben — daß diese noch nicht den Grad der Reife und zwingenden Nothwendigkeit für die Gesammtpartei hat, wie die anderen Bestandtheile unseres Programmes. Diese Resolution hat ihre Geltung für die deutschen Genossen, so lange bis sie an ihrer diesbezüglichen Taktik etwas ändern wollen. Sie wird von diesem Parteitage nicht etwa aufgehoben, sondern sie wird nur nicht dem Programme einverleibt. Ich glaube nicht, daß aus der Mitte des Parteitages etwa der Antrag gestellt werden wird, auch diese Resolution in das Programm aufzunehmen, weil hierüber erst neuerlich wieder eine gründliche Diskussion geführt werden müßte. Die deutschen Genossen mögen aber nicht etwa glauben, daß diese Resolution für sie nicht von Vortheil sei und ihnen nichts nütze, wenn sie sich bemühen, darin einen taktischen Fingerzeig für die Landagitation zu finden. Es sind eine ganze Reihe von Weisungen und reiches Material darin enthalten; diejenigen Genossen, die darüber gar so die Nase rümpfen, erwarte ich bei einer künftigen Agrardebatte, und ich bin neugierig, ob sie uns dann etwas Gescheiteres erzählen werden. (Heiterkeit.) Aber heute wollen wir diese Agrardebatte nicht führen. (Heiterkeit.)

Und nun komme ich zum Schlusse. Wir haben uns so viel Allgemeines gesagt, daß ich gewiß nicht in Allgemeinheiten verfallen werde, selbst auf die Gefahr hin, daß der Schluß dieses Referates nicht so rhetorisch schön ist, wie es vielleicht wünschenswerth wäre. Aber Eines gestatten Sie mir zu sagen: Wir haben uns gemüht, den richtigen Ausdruck zu finden für das, was wir Alle wollen. Und ich habe in meiner ersten Rede gesagt, daß ich, wie jeder Parteigenosse, den größten Werth darauf lege, daß der Inhalt des Programmes ein richtiger ist, daß aber ein richtiger Gedanke in verschiedener Weise ausgedrückt werden kann. Ich habe über diese Möglichkeit Anschauungen geäußert, die einzelnen Genossen Anlaß zum

Verdachte gegeben haben, als wäre ich dem Wortlaute des Programmes gegenüber gleichgiltig. Ich bin bereit, mit jedem Parteigenossen in eine Diskussion mich einzulassen über den Inhalt des Programmes, über den Inhalt dessen, was wir wollen, und ich werde jedem Einzelnen gegenüber bestrebt sein, jene Formen und Ausdrücke zu wählen, die er am besten versteht. Ich werde auch, wenn ich ein Programm abfasse, bestrebt sein, jene Ausdrücke zu wählen, die auch genau so verstanden werden, wie sie unsere Anschauungen und unseren Willen ausdrücken, obwohl auch eine andere Ausdrucksweise möglich wäre. Wenn ich also von dem relativen Gewichte einer bestimmten Ausdrucksweise im Programme gesprochen habe, so bin ich doch weit entfernt, gleichgiltig zu sein gegen den Wortlaut des Programmes, nachdem es Programm geworden ist.

Es ist gar kein Zweifel, daß die Wiederholung derselben Sätze durch Jahre und durch viele Menschen dem Wortlaute schadet. Es ist gar kein Zweifel, daß im Laufe längerer Zeit eine Münze, wenn sie auch noch so scharf geprägt wird, abgegriffen wird, daß sie ihre scharfe Prägung verliert, daß gewissermaßen das Bewußtsein für den Inhalt verloren geht und schwächer wird. Wenn wir eine Prägung zum erstenmale hören, fällt sie ganz anders in unser Ohr, macht sie vielmehr Eindruck, als wenn wir sie zum millionstenmale gehört haben. Aber das hindert nicht, daß auf dem Wege von der Prägung bis zum endlichen Verschleiß diese Münze, diese bestimmte Abprägung in bestimmte Worte uns den allergrößten Dienst leistet, ja ganz unentbehrlich ist, nicht nur für unsere Agitation, sondern auch für die Erziehung der Massen, wo man eine bestimmte Prägung braucht, ewige Wiederholungen derselben Sätze, bis der Eindruck hervorgerufen wird, und es ist nicht minder wahr, daß wir selber diese bestimmte Prägung brauchen.

Die Gehirnvorgänge sind alle flüssiger Natur. Es ist nicht immer leicht, die Identität des Wollens und Wissens festzustellen, auch nicht beim Einzelnen. Wie aber erst bei einer Gesammtheit, die kämpft? Wir brauchen einen ganz bestimmten harten Ausdruck dafür, wer zu uns gehört, wer innerhalb und wer außerhalb unseres Kreises steht. (Sehr gut!) Heutzutage, wo Alles röthlich wird, gibt es Schattirungen vom Roth durch das Rosa zum Weiß, wo alle Möglichkeiten der sozialen Auffassung noch Platz haben. Ich unterschätze durchaus nicht die große Gedankenarbeit, die in der Selbstkritik, in der Ueberlegung, in dem Abwägen verschiedener Motive, in der endlosen, nie enden sollenden Arbeit an sich selbst liegt. Wenn Jemand in die Wüste ziehen will, um sich über die letzten sozialen Dinge klar zu werden, habe ich nichts dagegen, daß er darüber philosophirt bis an sein letztes Ende. Wer aber praktisch arbeiten will, wer in der Partei steht, der hat die subjektive Nothwendigkeit und die objektive Pflicht, unter diese Erwägungen von tausend Seiten endlich einen Strich zu machen, das Fazit zu ziehen, zu summiren und zu sagen: aus allen diesen Erwägungen bin ich entschlossen, nunmehr dieses zu thun. (Beifall.) Diese Pflicht haben wir als einzelne Parteigenossen, diese Pflicht hat die Partei als Gesammtheit, weil sie sonst nicht handeln kann. Parteigenossen! Das Gehirn ist ein Hemmungsorgan und darin besteht seine Würde; aber wenn das Gehirn gar nichts thut, wie hemmen, dann geschieht das auf Kosten seiner Fähigkeit, die motorischen Zentren in Erregung zu bringen. Ich gehe auf nichts Einzelnes ein, ich polemisire gegen Niemanden, ich vertheidige nur mich gegen den Verdacht, daß ich allzu gleichgiltig bin gegen präzise Auffassung.

Ich glaube, wir haben hier ein Programm, das vollständig entspricht der gesammten Meinung der gesammten Partei, ein Programm, dem kein Parteigenosse zu widersprechen gezwungen ist durch seine Ueberzeugung; allerdings — das gebe ich ohne Einschränkung zu — ich habe die Ueberzeugung, daß, wie mir noch Manches darin fehlt, es auch sehr viele Andere geben wird, denen etwas darin fehlt. Aber das Programm kann nicht das Gesammtverzeichniß aller Wünsche der Parteigenossen sein. Aber wir haben ein Programm, welches unserer Ueberzeugung, unserem Willen, unseren nächsten Forderungen Ausdruck gibt, ein Programm, das geeignet ist, uns in der nächsten Zeit dieselben großen und dauernden Dienste zu leisten, die

uns bisher das Hainfelder Programm geleistet hat. (Lebhafter, langanhaltender Beifall.)

Steiner (Korreferent, czechisch): Ich werde jetzt nicht mehr vom Programmentwurfe sprechen, sondern vom Programm, denn es ist kein Zweifel, daß der Entwurf der Kommission angenommen werden wird. (Beifall.) Was ist uns ein Programm? Nicht nur ein Kompaß auf unseren Wegen, sondern auch eine Abgrenzung für unsere politische und organisatorische Bethätigung nach allen Seiten hin. Eine Abgrenzung gegen diejenigen, die mit uns einzelne gemeinsame Beziehungen haben, eine Abgrenzung gegen die, die andere Ziele haben. Es wurde davon gesprochen, daß die Kommission von unserem bisherigen Wege nach rechts abgewichen wäre, und es gab gar solche, die davon sprachen, daß man Konzessionen gemacht habe an solche Elemente, die nur vermeintlich sozialistisch sind. Aber Alle sehen wohl jetzt ein, daß wir unseren alten Zielen, unseren alten Grundsätzen treu geblieben sind und keine Konzessionen gemacht haben, weder an bürgerliche, noch an andere Richtungen. (Beifall.) In der Kommission saßen Genossen der verschiedensten Anschauungen, Praktiker und Theoretiker, „Unentwegte" und „Opportunisten". Man hat verlangt, daß die Verelendungstheorie aus dem Hainfelder Programm wörtlich in das neue Programm herübergenommen werde. Das war nicht möglich, wir konnten nicht mehr die Formel beibehalten, von der wir überzeugt waren, daß sie nunmehr allen möglichen Mißverständnissen ausgesetzt ist. Aber warum sollten wir denn die Worte weiterbehalten, die mißverständlich gedeutet werden können — und darüber ist kein Zweifel — und nicht eine neue Textirung suchen, die das sagt, was die Verelendungstheorie nach der Ansicht ihrer Vertheidiger sagen soll, und deren Fassung Allen entspricht? Man hat verlangt, daß man in das Programm auch die Diktatur des Proletariats aufnehme. Auch dieses Verlangen konnte nicht Gnade vor den Augen der Kommission finden, wohl aber ist deutlich ausgesprochen, daß wir die Eroberung der politischen Macht anstreben, und ich glaube, die Genossen werden wohl jetzt, nachdem sie das Programm in der neuen Fassung gelesen haben, das alte Verlangen nicht mehr wiederholen.

Die Anträge der czechischen Delegation wurden fast alle von der Kommission akzeptirt. Wir Alle können das Programm ohne Furcht akzeptiren. Das alte Hainfelder Programm entsprach in seiner Form nicht mehr unseren Anschauungen, wir brauchten ein neues Programm. Wenn die Genossen draußen das Programm lesen werden, werden sie Euch mit Begeisterung zustimmen, daß Ihr es angenommen habt. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Skaret (Wien): Wer von uns sich den vorliegenden, nunmehr endgiltig redigirten Programmentwurf angesehen hat, muß finden, daß er an Präzision und Schärfe nichts mehr zu wünschen übrig läßt. Der Entwurf bedeutet nicht ein Blankputzen, sondern eine Schärfung unserer Waffe, mit der wir nun in den Kampf ziehen werden. Um nun kleinliche Nörgeleien und Wortklaubereien von vorneweg zu beseitigen, erlaube ich mir die en bloc-Annahme dieses Entwurfes zu empfehlen.

Das von der erweiterten Kommission vorgelegte **Parteiprogramm** (an der Spitze des Protokolls abgedruckt) wird ohne Debatte en bloc einstimmig angenommen. (Stürmischer, langanhaltender, sich erneuernder Beifall und Händeklatschen.)

* * *

Ueber Vorschlag des Genossen **Anfobsky** werden in die Parteikontrole die Genossen Neumann, Kubalek und Frau Schlesinger gewählt. Ferner wird der Antrag 44 der abgetretenen Kontrole angenommen.

* * *

Die eigentliche Tagesordnung ist nun erschöpft, und es wird zu dem Punkt

Eventuelles

übergegangen.

Skaret berichtet über die vorliegenden Anträge; gemäß seinen Ausführungen werden die Anträge 31, 40, 41, 42 angenommen; die Anträge 12, 13, 30,

37, 38, 39 werden der Parteivertretung, die Anträge 32 und 35 der parlamentarischen Fraktion zugewiesen; über die Anträge 33, 34 und 43 wird zur Tagesordnung übergegangen. Hiezu bemerkt Skaret: Ueber den Antrag der Handlungsgehilfenorganisation in Prag (43), betreffend die Sonntagsruhe, müssen wir zur Tagesordnung übergehen, weil es unthunlich und unzweckmäßig erscheint, daß der Gesammtparteitag den einzelnen Bezirks- und Landesorganisationen eine solch strikte Verpflichtung auferlege. Die organisirten Handelsarbeiter können aber die Versicherung hinnehmen, daß die Durchführung der Sonntagsruhe im Handelsgewerbe von der Sozialdemokratie stets gefördert wurde und wir auch in Zukunft mit aller Energie dafür eintreten werden. (Bravo!)

Die Bestimmung des Ortes für die Abhaltung des nächsten Gesammtparteitages wird auf Antrag Skaret's der Parteivertretung überlassen.

Einstimmig angenommen.

Ueber Antrag des Genossen **Pölzer** wird dem Präsidium für die objektive Führung der Geschäfte unter lebhaftem Beifall der Dank ausgesprochen.

Vorsitzender **Popp**: Werthe Parteigenossen! Wir haben nun die Arbeiten des Parteitages erledigt, und wir können ruhig von dannen ziehen, in dem Bewußtsein, etwas Positives, ein wirklich großes Werk geschaffen zu haben.

Wenn wir auf unseren nationalen Parteitagen nur administrative Dinge erledigen, mit den inneren Fragen der nationalen Organisation uns befassen, so geschieht dies, damit wir unsere nationalen Organisationen ausbauen. Hier auf dem Gesammtparteitage haben wir nur prinzipielle Dinge zu erledigen, und wir haben durch unsere Beschlüsse über das Parteiprogramm und über die Zollpolitik, welche nur in prinzipieller Form gefaßt wurden, Anweisungen für die weitere Agitation der Gesammtpartei.

Parteigenossen! Wir haben uns im Jahre 1888/1889 in Hainfeld ein Programm gegeben, und wir haben mit diesem Programm bedeutende Fortschritte gemacht. Die Partei hat sich gewaltig entwickelt, sie hat sich in ihrem Innern gefestigt, sie hat an Ansehen nach außen gewonnen. Wir haben einen großen Weg zurückgelegt, so groß, wie wir uns damals, als wir in Hainfeld beisammen waren, es gar nicht gedacht haben. Am Schlusse des Hainfelder Parteitages wurde gesagt: Wenn Jeder von diesem kleinen Häuflein der Genossen hinausgeht und mit Feuereifer für die Beschlüsse eintritt und darnach trachtet, daß sie durchgeführt werden, dann können und werden wir unser Ziel erreichen!

Wenn wir heute von dannen ziehen, so sind wir gewiß wieder gewappnet, um unseren Gegnern entgegentreten zu können. Vor dem Parteitage hat ein Blatt geschrieben, die Sozialdemokratie ist eine Partei, die kein Programm hat, sie wechselt alljährlich ihr Programm, das ist ein Zeichen, daß sie nicht weiß, was sie will. Wir können dieses Blatt und unsere Gegner überhaupt ruhig so sprechen lassen. Der Parteitag hat gezeigt, daß jeder einzelne der Genossen weiß, was die Sozialdemokratie will, daß jedes Einzelnen Erkenntniß mitbestimmend ist für den Weg, den wir zu gehen haben. Wenn es zum Kampf kommt, werden wir den Gegnern zeigen, daß wir unseres Weges sicher sind und unerschütterlich vorwärts schreiten. Wenn wir unseren Beschlüssen gemäß arbeiten, so wird der Sieg unser sein! (Lebhafter Beifall.)

Es sprechen noch Remec in czechischer, Hudec in polnischer, Domokos in italienischer, Kopač in slovenischer und Wityk in ruthenischer Sprache unter lebhaftem Beifalle über die Bedeutung des Parteitages.

Vorsitzender **Popp**: Ich schließe den Parteitag mit dem Rufe: Es lebe die internationale Sozialdemokratie. (Dreifache begeisterte Hochrufe.) Die Delegirten singen stehend das „Lied der Arbeit", die polnischen und czechischen Genossen „Die rothe Fahne".

Schluß ½3 Uhr Nachmittags.

An den Parteitag eingelangte Begrüßungsschreiben und Telegramme.

Organisirte Eisenbahner Böhmens, Organisation Nimburg, für die jugendlichen Arbeiter Reimann, organisirte Tabakarbeiterinnen und -Arbeiter in Ottakring, das auswärtige Comité der sozialdemokratischen Partei Russisch-Polens in London, Bezirksorganisation Leoben, Posamentirerkonferenz in Weipert, Lokalorganisation Komotau, polnische Parteivertretung, die Mitglieder des galizischen Landesvereines der Bäcker in Lemberg, Mitglieder des Vereines „Brüderlichkeit" in Lemberg, organisirte Frauen in Brüx, Organisation in Beneschau, Eisenbahnerversammlung in Selzthal, Organisation Günthersdorf, Mitglieder des Bildungsvereines Rudig, Mitglieder des Bildungsvereines „Einigkeit" in Donaufeld, organisirte Arbeiter in Suczawa, Organisation Laun, Organisation Tarnopol, Landesparteivertretung Kärntens, Redaktion „Pravo Lidu", Sozialdemokraten Agrams, organisirte Handelsangestellte in Eger, Mitglieder des Vereines „Sila" in Lemberg, polnisch-sozialistische Jugend Lembergs, Genosse Fuchs in Meißen a. d. Eger, die czecho-slavische Gewerkschaftskommission, Redaktion und Administration „Zar", Prag, sozialdemokratische Jugend in Triest, Bezirksorganisation Wiklitzky, Genossen des Vereines „Brüderlichkeit", Krakau, Organisationen von Neunkirchen, das sozialistische Generalcomité in Paris, Bund russischer Sozialdemokraten in Paris, die Galanterieschlosser Wiens, Mitgliederversammlung des Handlungsgehilfenvereines in Pilsen, Arbeiter-Abstinentenverein II. und XX. Bezirk, Lokalorganisation Kolomea, die Sozialisten von Spalato, Maschinisten und Heizer in Floridsdorf, die organisirten Handelsangestellten in Prag, Genossen vom Arbeiterheim in Krumau, organisirte Arbeiterschaft in Sagor, Genosse Arved Träger, Genosse Mitzner in Bischofteinitz, Exekutive des XVII. böhmischen Wahlkreises, Lokalorganisation Eger, Genossen des Bezirksverbandes der Arbeiter-Turnvereine Niemes, Leipa, Haida, Markersdorf, organisirte Arbeiter von Königsberg a. d. Eger, czechische Organisation Linz, Bukowinaer Parteileitung, Holzarbeiter „Zgoda" in Lemberg, deutsche und österreichische Sozialdemokraten in Zürich, die organisirte Arbeiterschaft in Preßburg, die organisirten Genossen in Kaaden, für die Parteileitung in Agram: W. Bukseg, der Exekutivausschuß des II. böhmischen Wahlkreises in Kladno, Genosse J. Irgisch in Rudig, deutscher sozialdemokratischer Leseklub in Paris, der Wahlkreisausschuß für Krain, Genosse Bracke in Paris namens der neugegründeten „Sozialistischen Partei Frankreichs".

Ergebnisse der Abstimmungen

über die

dem Parteitage vorgelegten Anträge.

Wortlaut der Anträge Seite 50.

Abgelehnte Anträge:

17, 33, 34, 43.

Durch Abstimmung über andere Anträge erledigte und deshalb entfallene Anträge:

1, 2, 3, 4, 5, 6, 7, 8, 9, 10, 11, 14, 15, 19, 20, 21, 22, 25, 26, 30.

Der Parteivertretung zugewiesene Anträge:

12 (Geschichte der österreichischen Sozialdemokratie), **13** (Kommentar zum Parteiprogramm), **36** (Programm-Flugblatt), **37** (Programm-Vortragskurse), **38** (Landarbeiter) **39** (Parteipresse).

Der parlamentarischen Fraktion zugewiesene Anträge:

16 (Wahlrecht), **32** (Militärstrafprozeß), **35** (Hektographen).

Angenommene Anträge:

Parteiprogramm (an der Spitze des Protokolls abgedruckt), **18** (Fraktion), **23** (Resolution Kautsky) mit Amendement **24, 27** (Staatslehrwerkstätten), **28** (Gewerbenovelle), **29** (Invaliditätsversicherung), **31** (gegen den Alkoholismus), **40** (Kundgebung für die Buren), **41** (— gegen den Zarismus), **42** (— für die Armenier) **44** (Abrechnung der Wahlkreise).

Präsenzliste

zum Gesammtparteitag der österr. Sozialdemokratie

in Wien.

Kongreßtheilnehmer	aus	vertritt
Adler Viktor, Dr.	Wien	Gesammtexekutive (deutsch)
Arbeitel Moses	Bielitz	II. schlesischen Wahlkreis (deutsch)
Anfobsky Alois	Wien	Industriegruppe der Drechsler und verwandter Berufe (deutsch)
Bartel Heinrich	Falkenau a. d. Eger	IV. böhm. Wahlkreis (deutsch)
Beer Heinrich	Wien	Gesammtexekutive, Industriegruppe Metallindustrie (deutsch)
Berner Ernst	Wien	Papierindustrie ꝛc. (deutsch)
Beutl Franz	Aussig a. d. Elbe	VI. böhm. Wahlkreis (deutsch)
Bienert Wenzel	Niemes	V. böhm. Wahlkreis (deutsch)
Boschek Anna	Wien	Gesammtexekutive (deutsch)
Brod Jakob	Wien	Holzindustrie (deutsch)
Cifka Karel	Prag	I. böhm. Wahlkreis (czechisch)
Cingr Petr	Teschen	Reichsrathsabgeordneter (czechisch)
Cobal Michael	Sagor a. d. Save	IV. steiermärk. Wahlkreis und Wahlkreis Krain (slovenisch)
Czech Ludwig, Dr.	Brünn	VI. mähr. Wahlkreis (deutsch)
Daszynski Ignaz	Krakau	Gesammtexekutive (polnisch)
Domokos Lajos	Pola	Wahlkreis Istrien (italienisch)
Doubrawa Josef	Wr.-Neustadt	IX. niederösterr. Wahlkreis (deutsch)
Dreczewicz Josef	Wien	galiz. Wahlkreis Kolomea (ruthen.)
Drobner Josef, Dr.	Krakau	II. galiz. Wahlkreis (polnisch)
Dvořák František	Budweis	XVI. böhm. Wahlkreis (czechisch)
Elbersch Mathias	Brünn	Reichsrathsabgeordneter (deutsch)
Ellenbogen Wilh., Dr.	Wien	Gesammtexekutive (deutsch)
Emmerling Georg	Wien	III. Wiener Wahlkreis (deutsch)
Fieth Ferdinand	Tachau	III. böhm. Wahlkreis (deutsch)
Fingerhut Ernestine	Wien	IV. Wiener Wahlkreis (deutsch)
Flöckinger Hermann	Innsbruck	I. Tiroler Wahlkreis (deutsch)
Galica Andreas	Wien	galiz. Wahlkreis Neu-Sandez (poln.)
Gerdinits Ferdinand	St. Pölten	VI. niederösterr. Wahlkreis (deutsch)
Göhlert-Holeček B.	Prag	XII. böhm. Wahlkreis (czechisch)
Goerk Adam	Wien	I. galiz. Wahlkreis (polnisch)
Grassinger Johann	Wien	IV. Wiener Wahlkreis (deutsch)
Gröbner Johann	Wien	IV. Wiener Wahlkreis (deutsch)
Grüll Josef	Wien	Eisenbahner (deutsch)
Hackenberg Theodor	Gmünd	VII. niederösterr. Wahlkreis (deutsch)
Haecker Samuel	Krakau	II. galiz. Wahlkreis (polnisch)
Hagen Adolf	Znaim	III. mähr. Wahlkreis (deutsch)
Halik Vladimir	Pilsen	XVIII. böhm. Wahlkreis (czechisch)
Hankiewicz Nikolaus	Lemberg	I. galiz. Wahlkreis (ruthenisch)
Hannich Josef	Steinschönau	Reichsrathsabgeordneter (deutsch)
Hecher August	Warnsdorf	VIII. böhm. Wahlkreis (deutsch)
Heller Hugo	Wien	Cillier Wahlkreis (deutsch)
Hornof Zindřich	Karolinenthal	VII. böhm. Wahlkreis (czechisch)
Hudec Josef	Lemberg	I. galiz. Wahlkreis (polnisch)
Hudetschek Juliana	Linz	I. oberösterr. Wahlkreis (deutsch)
Hueber Anton	Wien	Gewerkschaftskommission Oesterreichs
Hybesch Josef	Brünn	Reichsrathsabgeordneter (czechisch)

Kongreßtheilnehmer	aus	vertritt
Jachimowicz Wolod.	Wien	Tarnopoler Wahlkreis (ruthenisch)
Jarossewytsch R., Dr.	Wien	Gesammtexecutive (ruthenisch)
Jobst Sophie	Falkenau a. d. E.	IV böhm. Wahlkreis (deutsch)
Kanner Josef	Wien	Tarnower Wahlkreis (polnisch)
Karpas Julius	Prag	Eisenbahner (czechisch)
Karpeles Benno, Dr.	Wien	VIII. niederöst. Wahlkreis (deutsch)
Kautsky Karl	Berlin	VI. niederösterr. Wahlkreis (deutsch)
Kiesewetter Wilhelm	Gablonz a. N.	IX. böhm. Wahlkreis (deutsch)
Kirillo Klaudius	Wien	Reichskontrole (deutsch)
Koch Marie	Wien	I. Wiener Wahlkreis (deutsch)
Kopač Josef	Triest	Görzer Wahlkreis (slovenisch)
Körbler Raimund	Wien	Reichskontrole (deutsch)
Kořínek Karel	Wien	Gesammtparteivertretung (czechisch) und V. Wiener Wahlkreis
Kristan Ada	Triest	Frauenorganisation Krain (sloven.)
Kristan Edvin	Triest	Wahlkreise Krain und Triest (sloven.)
Kubálek Karel	Wien	III. niederösterr. Wahlkreis (czechisch)
Kurowski Stefan	Krakau	Eisenbahner (polnisch)
Kyselá Wenzel	Wien	I. Wiener Wahlkreis (czechisch)
Landau Max, Dr.	Wien	Neu-Sandecer Wahlkreis (polnisch)
Lapuch Stefan	Wien	Gesammtexekutive (slovenisch)
Lieberman Herm., Dr.	Przemysl	Wahlkreis Przemysl (polnisch)
Lill Franz	Wien	Keramische Industrie
Mahner Anna	Sternberg	VI. mährischen Wahlkreis (deutsch)
Merta Rudolf	Brünn	I. mährischen Wahlkreis (czechisch)
Mička Alois	Kladno	II. böhm. Wahlkreis (czechisch)
Morgenstern Lud., Dr.	Mähr. Schönberg	VII. mährischen Wahlkreis (deutsch)
Mosler Anselm, Dr.	Buczacz	Wahlkreis Stanislau-Buczacz (poln.)
Muchitsch Vinzenz	Graz	I. steiermärkischen Wahlkreis (deutsch)
Němec Anton	Prag	czechische Parteiexekutive (czechisch)
Neruda Franz	Wien	IV. Wiener Wahlkreis (czechisch)
Nießner Wilhelm	Brünn	I. mähr. Wahlkreis (deutsch)
Pechota Franz	Dornbirn	Wahlkreis Vorarlberg (deutsch)
Pekarz Willibald	Wien	Textilindustrie
Pernerstorfer Engelb.	Wien	Gesammtexekutive (deutsch)
Perthen Anna	Bodenbach	VI. böhm. Wahlkreis (deutsch)
Piscel Anton, Dr.	Rovereto	III. Tiroler Wahlkreis (italienisch)
Pittoni Valentino	Triest	Triester Wahlkreis (italienisch)
Pöltinger Matthäus	Wien	I. Wiener Wahlkreis (deutsch)
Pölzer Johann	Wien	II. Wiener Wahlkreis (deutsch)
Popp Julius	Wien	Gesammtexekutive (deutsch)
Prähauser Jakob	Salzburg	Salzburger Wahlkreis (deutsch)
Prokeš Jan	Mähr.-Ostrau	I. schlesisch. u. VI. mähr. Wahlkreis (czechisch)
Radimsky A.	Wien	Gesammtexekutive (czechisch)
Reger Tadeusz	Mähr.-Ostrau	II. schlesisch. Wahlkreis (polnisch)
Reiß Anton	Prag	XIV. böhm. Wahlkreis (czechisch)
Resel Hans	Graz	I. steiermärk. Wahlkreis (deutsch)
Reumann Jakob	Wien	VII. niederösterr. Wahlkreis (deutsch)
Riedel Franz	Budweis	XVI. böhm. Wahlkreis (deutsch)
Rieger Eduard	Brünn	Reichsrathsabgeordneter (deutsch)
Riese Arnold	Klagenfurt	Wahlkreis Kärnten (deutsch)
Roušar Josef	Prag	Gewerkschaftskommission (czechisch)
Schäfer Anton	Reichenberg	VIII. böhm. Wahlkreis (deutsch)
Schabinger Leopold	Wien	V. Wiener Wahlkreis (deutsch)
Scha Franz	Proßnitz	V. mähr. Wahlkreis (czechisch)
Schlesinger Therese	Wien	II. Wiener Wahlkreis (deutsch)
Schlinger Anton	Floridsdorf	VIII. niederöst. Wahlkreis (deutsch)
Schlosnikel Hieronym.	Sternberg	VI. mähr. Wahlkreis (deutsch)
Schmidt Hugo	Jägerndorf	I. schlesischen Wahlkreis (deutsch)
Schrammel Anton	Aussig a. d. E.	VI. böhm. Wahlkreis (deutsch)
Schuhmeier Franz	Wien	Gesammtexekutive (deutsch)

Kongreßtheilnehmer	aus	vertritt
Seitz Karl	Wien	Reichsrathsabgeordneter (deutsch)
Seliger Josef	Teplitz-Schönau	V. böhm. Wahlkreis (deutsch)
Sidák Józa	Jaroměřic	III. mähr. Wahlkreis (czechisch)
Siegl Johann	Linz	II. u. III. oberösterr. Wahlkr. (deutsch)
Silberer Franz	Wien	Nahrungsmittelindustrie (deutsch)
Skaret Ferdinand	Wien	Gesammtexekutive (deutsch)
Slowik Anton	Wien	Wahlkreis Tarnopol (polnisch)
Smitek František	Humpolec	XIII. böhm. Wahlkreis (czechisch)
Soukup Franz., Dr.	Prag	I. böhm. Wahlkreis (czechisch)
Spera A. M.	Brünn	I. mähr. Wahlkreis (czechisch)
Stark Hugo, Dr.	Karlsbad	III. böhm. Wahlkreis (deutsch)
Stáva Anton	Iglau	II. mähr. Wahlkreis (czechisch)
Stein Viktor	Wien	III. Wiener Wahlkreis (czechisch)
Steiner Josef	Wien	II. Wiener Wahlkreis (czechisch)
Stiegler Anton	Wiener-Neustadt	IX. niederösterr. Wahlkreis (deutsch)
Svatoš Bohumil	Wien	I. Wiener Wahlkreis (czechisch)
Světlik Vinzenz	Wien	Gesammtexekutive und V. Wiener Wahlkreis (czechisch)
Synowiec Josef	Oswiecim	III. galizischer Wahlkreis (polnisch)
Syrůček Franišek	Neu-Königgrätz	XI. böhmischer Wahlkreis (czechisch)
Terakowski Ludwig	Wien	III. galiz. Wahlkreis (polnisch)
Tomschik Josef	Wien	Gesammtexekutive (deutsch)
Trejbal Jan	Teplitz	IV., V., VI. böhm. Wahlkr. (czechisch)
Tuller Ludwig	Leoben	II. steiermärk. Wahlkreis (deutsch)
Tusar Vlastimil	Prag	Organisirte Handlungsgehilf. (czech.)
Vaněk Jan	Wien	II. Wiener Wahlkreis (czechisch)
Vaněk Karel	Prag	Czechoslavische Partei (czechisch)
Verkauf Leo, Dr.	Wien	IV. böhm. Wahlkreis (deutsch)
Veselý Josef	Nimburg	X. böhm. Wahlkreis (czechisch)
Weigung Anton	Linz	I. oberösterr. Wahlkreis (deutsch)
Weirelberger Anton	Fürstenfeld	III. steiermärk. Wahlkreis (deutsch)
Widholz Lorenz	Wien	III. Wiener Wahlkreis (deutsch)
Winarsky Leopold	Wien	II. Wiener Wahlkreis (deutsch)
Wityk Simon	Lemberg	Wahlkreis Przemysl (ruthenisch)
Wlczek Josef	Wien	V. Wiener Wahlkreis (deutsch)
Wolf Franz	Wien	I. Wiener Wahlkreis (deutsch)
Wyvadil Jan	Floridsdorf	VIII. niederösterr. Wahlkreis (czech.)
Zach Franz.	Judenburg	II. steiermärk. Wahlkreis (deutsch)
Zeplichal Franz	Witkowitz	VI. mähr. Wahlkreis (czechisch)
Zimmermann Alois	Odrau	I. schlesischen Wahlkreis (deutsch)

Vertreter ausländischer Parteien:

Bebel August, Berlin.
Ehrhart Franz, Ludwigshafen.
Eisner Kurt, Berlin.
Großmann Max, Budapest.
Dr. Esther Golde, Kattowitz.

Sprechregister.

Adler, Dr. 77, 85, 96, 137, 163, 188.
Arbeitel 186.
Ausobsky 114, 178.
Bebel 68, 110.
Beer 156, 168.
Boschek Anna 180.
Bretschneider 67.
Brod 112, 163.
Daszynski 79, 93.
Eldersch 172, 180, 188.
Ellenbogen, Dr. 129, 133.
Emmerling 128.
Fieth 187.
Golde, Dr. 110.
Großmann 71.
Grüll 186.
Haecker 137.
Hecker 85.
Heller 115.
Hueber 181.
Karpas 185.
Karpeles, Dr. 147, 165.
Kautsky 121, 138, 168.
Kopač 186.
Koch 137.
Körbler 79.
Kořinek 75.
Kristan 133, 161.
Lieberman, Dr. 137.
Morgenstern 75, 84, 162, 172
Muchitsch 85, 178.
Němec 78, 89, 124, 132, 137.
Pernerstorfer 78, 90, 117.
Pittoni 161.
Pölzer 96, 179.
Popp 67, 95, 110, 128, 181, 187, 199.
Reger 76, 180.
Resel 88, 95.
Reumann 181, 188.
Rousar 177.
Schlesinger Therese 138, 187.
Schrammel 90.
Silberer 179.
Skaret 72, 79, 96, 136, 198.
Soukup 76, 79.
Stark, Dr. 83, 95.
Stein 129.
Steiner 111, 198.
Tomschik 187.
Tusar 185.
Vaněk 75, 165.
Widholz 179.
Winarsky 84, 121, 126.

Verlag der Wiener Volksbuchhandlung Ignaz Brand
Wien, VI., Gumpendorferstraße 18.

Das soziale Elend und die besitzenden Klassen in Oesterreich.

Von T. W. Teisen.

182 Seiten. In Leinwand gebunden Kronen **3·20**.

Inhalt: Einleitung. I. Adel und Bauer. II. Unternehmer und Arbeiter. III. Der kleine Mann. IV. Der Arme. V. Die Frau.

„Seit Jahren ist in Oesterreich kein Buch erschienen, das, wie dieses, geeignet wäre, in die weitesten Kreise Aufklärung über die wirthschaftlichen und politischen Verhältnisse Oesterreichs zu bringen, und die Verlagsbuchhandlung darf es mit Recht als ein Buch anzeigen, welches den Kämpfern und Vorkämpfern des gesellschaftlichen Befreiungskrieges in Oesterreich das reichhaltigste Waffenmaterial bietet."

„Die Neue Zeit."

Druck- und Verlagsanstalt „Vorwärts" Fritsch & Co., Wien VI.

Protokoll

über die

Verhandlungen des Gesamtparteitages

der

Sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Oesterreich

Abgehalten zu Wien

vom 9. bis zum 13. November 1903

Wien 1903
Verlag der Wiener Volksbuchhandlung Ignaz Brand
VI., Gumpendorferstraße 18

Parteiorganisation

beschlossen am VI. Parteitage zu Wien 1897 (geändert am Gesamtparteitag zu Brünn).

Gesamtorganisation der Sozialdemokratie Oesterreichs.

I. Gesamtparteitag.

Mindestens in jedem zweiten Jahre wird ein Gesamtparteitag einberufen, der in der Regel in der ersten Hälfte des Monats September stattfindet. Jeder Wahlkreis hat das Recht, zwei Delegierte und, wo organisierte Frauen sind, auch eine Frau als Delegierte zu entsenden. In sprachlich gemischten Wahlkreisen hat jede sprachliche Gruppe das Recht, zwei Delegierte zu schicken. Allen politischen sowie Fachblättern ist durch je einen Delegierten am Parteitage eine Vertretung einzuräumen. Die Mitglieder der Gesamtvertretung sowie die sozialdemokratischen Reichsratsabgeordneten haben das Recht auf Sitz und Stimme.

Aenderungen des Parteiprogramms sind ausschließlich dem Gesamtparteitage vorbehalten. Im übrigen erledigt er die Angelegenheiten der Gesamtpartei in Bezug auf Agitation, Taktik und Organisation. Fragen der Organisation, Administration, Presse und sonstige Fragen, die nicht für alle Organisationen gemeinsam sind, sollen auf die Tagesordnung der Gesamtparteitage nicht gestellt werden. Die Einberufung des ordentlichen Gesamtparteitages erfolgt durch die Gesamtexekutive mindestens zwei Monate vor dessen Abhaltung durch Veröffentlichung der Einladung in den Parteiblättern mit Angabe der provisorischen Tagesordnung. Um ein einheitliches Bild über die Tätigkeit der Gesamtorganisation zu bekommen, haben die an den Gesamtparteitag zu erstattenden Berichte die Tätigkeit für die abgelaufene Periode bis Ende Juni jenes Jahres zu umfassen, in dem der Gesamtparteitag stattfindet. Die Wahlkreisvertrauensmänner sind verpflichtet, diese Berichte von den Organisationen ihres Wahlkreises rechtzeitig einzufordern und ungesäumt an ihre nationale Exekutive abzusenden. Die Parteiberichte und Anträge sind vier Wochen vor dem Parteitage zu veröffentlichen.

II. Gesamtvertretung der Sozialdemokratie Oesterreichs.

Die politische Leitung der Gesamtpartei obliegt der Gesamtvertretung der Sozialdemokratie in Oesterreich. Den Sitz der Gesamtvertretung bestimmt der Gesamtparteitag. Die Gesamtvertretung setzt sich aus den Exekutivcomités der deutschen, tschechischen, polnischen, ruthenischen, italienischen und südslavischen Organisationen zusammen. Insoweit einzelne Exekutivcomités ihren Sitz nicht am Sitz der Gesamtvertretung haben, soll ihre Vertretung durch eigens dazu gewählte Delegierte geschehen, die am Sitz der Gesamtvertretung wohnen. Diese

Mitglieder der Gesamtvertretung sind auf Antrag der einzelnen Exekutivcomités auf den Nationalparteitagen zu wählen und als Mitglieder des Exekutivcomités zu betrachten.

Die Gesamtvertretung der Sozialdemokratie in Oesterreich tritt zu gemeinsamen Beratungen behufs Regelung der den Organisationen gemeinsamen Angelegenheiten nach Erfordernis zusammen. Sie ist dem Gesamtparteitage verantwortlich.

Die Mitglieder jeder nationalen Vertretung können jederzeit an den Sitzungen aller anderen Vertretungen oder Exekutivcomités teilnehmen, und es ist wünschenswert, daß das so oft als möglich geschehe.

III. Kontrolle.

Der Gesamtparteitag wählt eine dreigliedrige Kontrolle aus dem Orte, in dem sich der Sitz der Gesamtvertretung befindet. Genossen, die in der verflossenen Periode diese Funktion ausübten, sind für die nächste Periode nicht wieder wählbar.

IV. Allgemeine Bestimmungen.

„In allen Wahlkreisen, wo es die territorialen Verhältnisse nicht ganz unmöglich machen, ist die Organisation der Genossen für öffentliche Wahlen irgendwelcher Art nicht nach nationalen Gruppen getrennt, sondern gemeinschaftlich und einheitlich durchzuführen."

„Durch die vom Wiener Parteitag 1897 beschlossene Gliederung der sozialdemokratischen Partei nach nationalen Gruppen wurden vollständig neue Formen in der Organisation geschaffen, die deren weiteren Ausbau dringend notwendig machen, um in Fragen von allgemeinem Interesse, besonders dort, wo es sich um politische Angelegenheiten handelt, ein einheitliches, gemeinsames Vorgehen zu sichern. Der Parteitag beschließt daher, daß in allen Landes-, Wahlkreis- und Bezirksorganisationen die nationalen Gruppen gegenseitig vertreten sein müssen, um die politische Organisation gemeinschaftlich und einheitlich durchzuführen."

Programm der sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Oesterreich.

(Beschlossen am Parteitag zu Wien 1901.)

Die sozialdemokratische Arbeiterpartei in Oesterreich erstrebt für das gesamte Volk ohne Unterschied der Nation, der Rasse und des Geschlechtes die Befreiung aus den Fesseln der ökonomischen Abhängigkeit, der politischen Unterdrückung und der geistigen Verkümmerung. Die Ursache dieser unwürdigen Zustände liegt nicht in den einzelnen politischen Einrichtungen, sondern in der das Wesen des ganzen Gesellschaftszustandes bedingenden und beherrschenden Tatsache, daß die Arbeitsmittel in den Händen einzelner Besitzer monopolisiert sind. Der Besitzer der Arbeitskraft, die Arbeiterklasse, gerät dadurch in die drückendste Abhängigkeit von den Besitzern der Arbeitsmittel mit Einschluß des Bodens, der Großgrundbesitzerklasse und der Kapitalistenklasse, deren politische und ökonomische Herrschaft im heutigen Klassenstaate ihren Ausdruck findet.

Der technische Fortschritt, die wachsende Konzentration der Produktion und des Besitzes, die Vereinigung aller ökonomischen Macht in den Händen der Kapitalisten und Kapitalistengruppen hat die Wirkung, immer größere Kreise früher selbständiger kleiner gewerblicher Unternehmer und Kleinbauern ihrer Produktionsmittel zu enteignen und sie als Lohnarbeiter, Angestellte oder als Schuldknechte direkt oder indirekt in die Abhängigkeit von den Kapitalisten zu bringen. Es wächst die Masse der Proletarier, es steigt aber auch der Grad ihrer Ausbeutung, und dadurch tritt die Lebenshaltung immer breiterer Schichten des arbeitenden Volkes immer mehr in Gegensatz zu der rasch steigenden Produktivkraft seiner eigenen Arbeit und zu dem Anschwellen des von ihm selbst geschaffenen Reichtums. Die der Planlosigkeit der kapitalistischen Produktionsweise entspringenden Krisen mit ihrem Gefolge von Arbeitslosigkeit und Elend beschleunigen und verschärfen diese Entwicklung.

Je mehr aber die Entwicklung des Kapitalismus das Proletariat anschwellen macht, desto mehr wird es gezwungen und befähigt, den Kampf gegen ihn aufzunehmen. Immer mehr macht die Verdrängung der Einzelproduktion auch den Einzelbesitz überflüssig und schädlich, während zugleich für neue Formen genossenschaftlicher Produktion auf Grund gesellschaftlichen Eigentums an den Produktionsmitteln die notwendigen geistigen und materiellen Vorbedingungen geschaffen werden. Zugleich kommt das Proletariat zum Bewußtsein, daß es diese Entwicklung fördern und beschleunigen muß und daß der Uebergang der Arbeitsmittel in den gemeinschaftlichen Besitz der Gesamtheit des Volkes das Ziel, die Eroberung der politischen Macht das Mittel seines Kampfes für die Befreiung der Arbeiterklasse sein muß. Nur das zum Klassenbewußtsein erwachte und zum Klassenkampf organisierte Proletariat kann der Träger dieser notwendigen Entwicklung sein. *Das Proletariat zu organisieren, es mit dem Bewußtsein seiner Lage und seiner Aufgabe zu erfüllen, es geistig und physisch kampffähig zu machen und zu erhalten, ist das eigentliche Programm der sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Oesterreich*, zu dessen Durchsetzung sie sich aller zweckdienlichen und dem natürlichen Rechtsbewußtsein des Volkes entsprechenden Mittel bedienen wird.

Die sozialdemokratische Arbeiterpartei in Oesterreich wird in allen politischen und ökonomischen Fragen jederzeit das Klasseninteresse des Proletariats vertreten

und aller Verdunkelung und Verhüllung der Klassengegensätze sowie der Ausnützung der Arbeiter zugunsten von bürgerlichen Parteien energisch entgegenwirken.

Die sozialdemokratische Arbeiterpartei in Oesterreich ist eine internationale Partei: sie verurteilt die Vorrechte der Nationen ebenso wie die der Geburt und des Geschlechtes, des Besitzes und der Abstammung und erklärt, daß der Kampf gegen die Ausbeutung international sein muß wie die Ausbeutung selbst. Sie verurteilt und bekämpft alle Einschränkungen der Freiheit der Meinungsäußerung sowie jede Bevormundung durch Staat und Kirche. Sie erstrebt gesetzlichen Schutz der Lebenshaltung der arbeitenden Klassen, und sie kämpft dafür, dem Proletariat auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens möglichst großen Einfluß zu verschaffen.

Von diesen Grundsätzen ausgehend, fordert die sozialdemokratische Arbeiterpartei in Oesterreich zunächst:

1. Allgemeines, gleiches, direktes und geheimes Wahlrecht in Staat, Land und Gemeinde für alle Staatsangehörigen ohne Unterschied des Geschlechtes vom 20. Lebensjahre an; Proportionalwahlsystem; Vornahme der Wahlen an einem gesetzlichen Ruhetage; dreijährige Gesetzgebungsperioden; Diätenbezug für die Gewählten.

2. Direkte Gesetzgebung durch das Volk vermittelst des Vorschlags- und Verwerfungsrechtes; Selbstbestimmung und Selbstverwaltung des Volkes in Staat, Land und Gemeinde.

3. Abschaffung aller Gesetze, die das Recht auf freie Meinungsäußerung einschränken; insbesondere Erfüllung voller Preßfreiheit durch Aufhebung des objektiven Verfahrens und der Einschränkung der Kolportage von Druckschriften; Aufhebung aller Gesetze, die das Vereins- und Versammlungsrecht einschränken.

4. Aufhebung aller Einschränkungen der Freizügigkeit, insbesondere aller Vagabunden und Schubgesetze.

5. Schaffung und Durchführung eines Gesetzes, das Beamte, die die politischen Rechte von einzelnen oder Vereinen beeinträchtigen, einer strengen Bestrafung zuführt.

6. Sicherung der Unabhängigkeit der Gerichte; Unentgeltlichkeit der Rechtspflege und des Rechtsbeistandes; Entschädigung unschuldig Verhafteter und Verurteilter; Wahl der Geschwornen auf Grund des allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlrechtes; Unterstellung aller Staatsangehörigen unter die ordentlichen Gesetze und Gerichte; Abschaffung der Todesstrafe.

7. Staatliche und kommunale Organisation des Sanitätsdienstes; unentgeltliche Beistellung der ärztlichen Hilfeleistung und der Heilmittel.

8. Erklärung der Religion als Privatsache; Trennung der Kirche vom Staate und Erklärung der kirchlichen und religiösen Gemeinschaften als private Vereinigungen, die ihre Angelegenheiten ganz selbständig ordnen; obligatorische Zivilehe.

9. Obligatorische, unentgeltliche und weltliche Schule, die den Bedürfnissen und der Entwicklung der einzelnen Völker vollkommen entspricht; Unentgeltlichkeit der Lehrmittel und der Verpflegung in den Volksschulen für alle Kinder sowie für jene Schüler höherer Lehranstalten, die zu weiterer Ausbildung befähigt sind.

10. Ersetzung aller indirekten Steuern und Abgaben durch stufenweise steigende Einkommen-, Vermögens- und Erbschaftssteuern.

11. Ersatz des stehenden Heeres durch die Volkswehr; Erziehung zur allgemeinen Wehrhaftigkeit; allgemeine Volksbewaffnung; Entscheidung über Krieg und Frieden durch die Volksvertretung.

12. Beseitigung aller Gesetze, wodurch die Frau gegenüber dem Manne öffentlichrechtlich oder privatrechtlich in Nachteil gesetzt wird.

13. Befreiung der Wirtschaftsgenossenschaften der Arbeiter von allen ihre Tätigkeit hemmenden Lasten und Schranken.

Als Minimum an Arbeiterschutz fordert die österreichische Sozialdemokratie zunächst:

1. Volle Koalitionsfreiheit, gesetzliche Anerkennung der gewerkschaftlichen

Organisation, gesetzliche Gleichstellung der Landarbeiter durch Aufhebung der Dienstbotenordnungen.

2. Achtstündigen Maximalarbeitstag ohne Klauseln und ohne Ausnahmen.

3. Verbot der Nachtarbeit mit Ausnahme jener Betriebe, deren technische Natur eine Unterbrechung nicht zuläßt; die Nachtarbeit für Frauen und jugendliche Arbeiter ist jedoch ausnahmslos zu verbieten.

4. Volle Sonntagsruhe in der Dauer von mindestens 36 Stunden.

5. Strenge Durchführung des Verbotes der Erwerbsarbeit von Kindern unter 14 Jahren; ausreichende Schutzgesetze für Lehrlinge und jugendliche Arbeiter.

6. Ausschluß der Frauenarbeit aus den besonders für den weiblichen Organismus schädlichen Betrieben.

Alle diese Bestimmungen haben für Betriebe jeder Art und Stufenleiter (Großindustrie, Transportgewerbe, Handwerk, Handel, Hausindustrie, Land- und Forstwirtschaft) zu gelten.

Ausbau des Gewerbeinspektorats; Vermehrung der Inspektoren, denen exekutive Befugnisse zu geben sind; Mitwirkung der Arbeiterorganisationen an der Kontrolle der Durchführung des Arbeiterschutzes durch die von ihnen gewählten Inspektoren und Inspektorinnen.

Ueber Unternehmer, die das Arbeiterschutzgesetz übertreten, sind strenge Strafen zu verhängen, die nicht in Geldstrafen umgewandelt werden dürfen.

Die Arbeiterversicherung ist einer durchgreifenden Reform zu unterziehen, durch Einführung einer allgemeinen Alters- und Invalidenversicherung sowie Witwen- und Waisenversorgung zu ergänzen und unter durchgängiger Selbstverwaltung der Versicherten einheitlich zu organisieren.

Nationalitätenprogramm der österreichischen Sozialdemokratie.

Beschlossen am Brünner Gesamtparteitag 1899.

Da die nationalen Wirren in Oesterreich jeden politischen Fortschritt und jede kulturelle Entwicklung der Völker lähmen, da diese Wirren in erster Linie auf die politische Rückständigkeit unserer öffentlichen Einrichtungen zurückzuführen sind und da insbesondere die Fortführung des nationalen Streites eines jener Mittel ist, durch die die herrschenden Klassen sich ihre Herrschaft sichern und die wirklichen Volksinteressen an jeder kräftigen Aeußerung hindern,

erklärt der Parteitag:

Die endliche Regelung der Nationalitäten- und Sprachenfrage in Oesterreich im Sinne des gleichen Rechtes und der Gleichberechtigung und Vernunft ist vor allem eine kulturelle Forderung, daher im Lebensinteresse des Proletariats gelegen;

sie ist nur möglich in einem wahrhaft demokratischen Gemeinwesen, das auf das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht gegründet ist, in dem alle feudalen Privilegien im Staate und in den Ländern beseitigt sind, denn erst in einem solchen Gemeinwesen können die arbeitenden Klassen, die in Wahrheit die den Staat und die Gesellschaft erhaltenden Elemente sind, zu Worte kommen;

die Pflege und Entwicklung der nationalen Eigenart aller Völker in Oesterreich ist nur möglich auf Grundlage des gleichen Rechtes und unter Vermeidung jeder Unterdrückung, daher muß vor allem anderen jeder bureaukratisch-staatliche Zentralismus ebenso wie die feudalen Privilegien der Länder bekämpft werden.

Unter diesen Voraussetzungen, aber auch nur unter diesen, wird es möglich sein, in Oesterreich an Stelle des nationalen Haders nationale Ordnung zu setzen, und zwar unter Anerkennung folgender leitender Grundsätze:

1. Oesterreich ist umzubilden in einen demokratischen Nationalitätenbundesstaat.

2. An Stelle der historischen Kronländer werden national abgegrenzte Selbstverwaltungskörper gebildet, deren Gesetzgebung und Verwaltung durch Nationalkammern, gewählt auf Grund des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechtes, besorgt wird.

3. Sämtliche Selbstverwaltungsgebiete einer und derselben Nation bilden zusammen einen national einheitlichen Verband, der seine nationalen Angelegenheiten völlig autonom besorgt.

4. Das Recht der nationalen Minderheiten wird durch ein eigenes, vom Reichsparlament zu beschließendes Gesetz gewahrt.

5. Wir erkennen kein nationales Vorrecht an, verwerfen daher die Forderung einer Staatssprache; wie weit eine Vermittlungssprache nötig ist, wird das Reichsparlament bestimmen.

Der Parteitag, als das Organ der internationalen Sozialdemokratie in Oesterreich, spricht die Ueberzeugung aus, daß auf Grundlage dieser leitenden Sätze eine Verständigung der Völker möglich ist;

er erklärt feierlich, daß er das Recht jeder Nationalität auf nationale Existenz und nationale Entwicklung anerkennt;

daß aber die Völker jeden Fortschritt ihrer Kultur nur in enger Solidarität miteinander, nicht im kleinlichen Streit gegeneinander erringen können, daß insbesondere die Arbeiterklasse aller Zungen im Interesse jeder einzelnen Nation, wie im Interesse der Gesamtheit an der internationalen Kampfgenossenschaft und Verbrüderung festhält und ihren politischen und gewerkschaftlichen Kampf in einheitlicher Geschlossenheit führen muß.

Tagesordnung des Parteitages:

1. **Konstituierung des Parteitages:**
   a) Wahl des Präsidiums;
   b) Festsetzung der Geschäfts- und Tagesordnung;
   c) Wahl einer Mandatprüfungskommission.

2. **Bericht der Gesamtparteivertretung.** Berichterstatter: Ferdinand Skaret; Kassenbericht: Karl Korinek.

3. **Bericht über die parlamentarische Tätigkeit.** Berichterstatter: Josef Hannich.

4. **Der Dualismus und die Sozialdemokratie in Oesterreich.** Berichterstatter: Fritz Austerlitz.

5. **Die Wahlrechtsbewegung.** Berichterstatter: Karl Vaněk.

6. **Sozialpolitik in Oesterreich.** Berichterstatter: Matthias Eldersch.

7. **Internationaler Kongreß.** Berichterstatter: Dr. Viktor Adler.

8. **Konsumgenossenschaften.** Berichterstatter: Georg Emmerling und Josef Rousar.

9. **Die Arbeiterklasse und die Alkoholfrage.** Berichterstatter: Dr. Richard Fröhlich.

10. **Anträge und Anfragen.**

Geschäftsordnung

für die

Verhandlungen des Parteitages.

1.

Die Meldungen zum Wort sind schriftlich einzureichen, und erhalten die Redner nach der Reihenfolge der Anmeldung das Wort.

2.

Alle Anträge, außer denen zur Geschäftsordnung, sind schriftlich einzureichen.

3.

Bei Anträgen auf Schluß der Rednerliste oder Schluß der Debatte erhält nur ein Redner für und einer gegen das Wort. Das Wort zur Geschäftsordnung wird außer der Reihenfolge der vorgemerkten Redner erteilt. Jeder Delegierte hat das Recht, persönliche Bemerkungen oder tatsächliche Berichtigungen entweder am Schlusse der Sitzung oder der Debatte vorzubringen.

4.

Die Redezeit der Referenten wird auf eine Stunde festgesetzt.

In der Diskussion erhält jeder Redner 10 Minuten das Wort. Kein Redner darf mehr als zweimal in einer Sache das Wort nehmen.

Die einzelnen Reden, mit Ausnahme der Referate, werden nur über Verlangen in eine andere Sprache übersetzt.

5.

Die Beschlüsse werden mit absoluter Mehrheit der Abstimmenden gefaßt, Stimmengleichheit gilt als Ablehnung des Antrages.

6.

Auf Antrag von mindestens 20 Mitgliedern des Parteitages muß die namentliche Abstimmung über einen Antrag stattfinden.

7.

Nur die Teilnehmer haben das Recht, sich an der Diskussion zu beteiligen und abzustimmen; den Gästen kann nur über besonderen Beschluß des Parteitages ausnahmsweise das Wort erteilt werden.

Vorlagen an den Parteitag.

Bericht der Gesamtvertretung der Sozialdemokratie in Oesterreich.

Die zwei Jahre, über die die Gesamtvertretung der österreichischen Sozialdemokratie zu berichten hat, sind nicht wie frühere Perioden durch dramatisch lebhafte politische Ereignisse ausgezeichnet. Oesterreich ist während dieser Zeit nur etwas tiefer in den Sumpf gekommen, aus dem herauszuarbeiten es sich vergeblich abmüht; aber auf diesem Wege nach abwärts ist keine Einzelkatastrophe zu verzeichnen. Die Aufgabe der Sozialdemokratie in Oesterreich ist von der in europäischen Ländern wesentlich verschieden. Das Proletariat und seine politische Vertretung können sich nur entwickeln im und gegen den Kapitalismus. Der Kapitalismus hat aber nicht nur wirtschaftliche und technische Bedingungen, sondern vor allem braucht er den Staat. Ja, die moderne Staatsmaschinerie ist nicht nur sein Ergebnis, sondern auch die Bedingung seiner Entwicklung. Darum scheint es nur ein Widerspruch zu sein, ist aber keiner, daß die Sozialdemokratie nichts notwendiger hat als den scharf ausgebildeten kapitalistischen Klassenstaat, den sie als seine Todfeindin bekämpft. Darunter leiden wir in Oesterreich am meisten, daß uns ein geordneter Staat fehlt, und wenn man uns als revolutionäre Staatspartei verhöhnt, so spottet man seiner selbst und weiß nicht wie. Ja, es ist wahr, das Proletariat als das entwicklungsfähigste, der Entwicklung am meisten bedürftige und sie am meisten vorwärtstreibende Element der Bevölkerung, der eigentliche Träger aller werdenden Kultur, leidet in der Tat am allerschwersten darunter, daß durch das Abfaulen des staatlichen Gefüges jede wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung in diesem Lande gehemmt wird. Wenn man während dieser zwei Jahre irgend einen Fortschritt verzeichnen kann, so ist es nur dieser: Oesterreich ist noch unerträglicher wie je, noch allgemeiner, noch lebendiger und brennender ist die Empfindung geworden, daß man diesen Staat nicht mehr aushalten könne.

Aber dieser unerträgliche Staat besteht und er ist der Boden, auf dem die Sozialdemokratie ihre Arbeit verrichten muß. Daraus erklärt sich die anscheinende Zwiespältigkeit unserer politischen Tätigkeit. Wenn Oesterreich stürbe, würden die Völker, die dieses Land bewohnen, von einer Kette befreit, die ihre Entwicklung hemmt; wenn Oesterreich sich zum Leben aufrafft, werden seine Völker auch das ertragen können — was sie aber korrumpiert, entnervt und ruiniert, ist dieser furchtbare Zustand zwischen Leben und Sterben. Die Aufgabe der Sozialdemokraten ist es daher, immer und immer wieder mit größter Schärfe, mit unerbittlicher Deutlichkeit dem Staate die Diagnose zu stellen und aufzuzeigen, wie kein Palliativmittel, kein Vertuschen und kein Vertagen der Krise Rettung bringen, sondern nur eine ernste Operation, die reinen Tisch macht und von unten auf neu baut, lebensrettend sein kann. Die Verwirklichung der Forderungen, die aus den Prinzipien des sozialdemokratischen Programms ableiten, ist für Oesterreich darum Staatsnotwendigkeit. Der Kampf der Nationen kann nicht zu einem Frieden gebracht werden ohne das radikale, *rücksichtslose Aufräumen* mit den feudalen Kronlandsinstitutionen. *Nur nachdem diese zerbrochen* sind, kann die Autonomie der Nationen

aufgebaut werden, die den Völkern freie Entwicklung, dem Staate jenen Gleichgewichtszustand gewähren kann, der sein politisches Leben erst ermöglicht.

Diese notwendige Umwälzung des ganzen Staatsgefüges kann aber nicht bewerkstelligt werden ohne die Demokratie, ohne die Entfesselung aller politischen Kräfte der Völker. Die Beseitigung des Privilegienparlaments, die Gewährung des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechtes ist also nicht nur eine notwendige Lebensbedingung des Proletariats, sondern ebenso eine notwendige, lebensrettende Operation für den Staat. Wenn diese Forderungen der österreichischen Sozialdemokratie die Revolution bedeuten, dann gibt es eben nichts anderes, was diesen Staat erhalten kann, als die Revolution. Ist sie unmöglich, scheitert sie an der Schwäche der Völker und an der gewaltbewaffneten Borniertheit der Herrschenden — dann liegt vor Oesterreich nur die andere Alternative, sie heißt Spanien: der verpfaffte Militärstaat, in dem alles kaput geht, nicht zuletzt seine militärische Kraft, bis er die Beute seiner Nachbarn wird. Im Parlament wie in einer unermüdlichen Agitation hat die Sozialdemokratie dazu mitgewirkt, die Erkenntnis dieser Wahrheiten zu verbreiten und jedem Versuch entgegenzutreten, die furchtbare, aber, wenn sie das Ende bedeutet, wohltätige Krise zu verschleiern und zu versumpfen. Darum aber mußte sie in immer schärferen Gegensatz zu der Regierung des Dr. Koerber kommen, der unaufhörlich versucht, das Unrettbare zu retten, dessen Geschicklichkeit darauf hinausläuft, jeder Entscheidung auszuweichen, mit glatten Redensarten und kleinen Praktiken seine Politik weiterzufristen und dem gelähmten Staatskörper ein modernes Leben anzuschminken, dessen täuschender Anschein im schroffen Widerspruch steht zu der Wirklichkeit seines politischen und wirtschaftlichen Zerfalls. Beharrlichkeit ist eine schöne Tugend, aber sie wird zum Verbrechen, wenn sie der Erhaltung eines verderblichen Zustandes gilt und keinen anderen Erfolg haben kann, als eine Katastrophe aufzuschieben, die der unvermeidliche Beginn einer Wendung zum Besseren sein muß. Nun aber erwacht die Hoffnung, daß auch diese Pfiffigkeit endlich versagen wird. Die Staatskrise — sofern man von den im Reichsrate vertretenen Königreichen und Ländern als von einem Staate reden kann — ist zu einer Reichskrise erweitert. Das bisherige Verhältnis zu Ungarn, das schon durch die Notwendigkeit, den Ausgleich zu erneuern, ernstlich in Frage gestellt worden war, ist durch den neuesten Vorstoß der Ungarn, der ihnen den Weg zur Selbständigkeit der ungarischen Armee bahnte, zu einer Unmöglichkeit geworden. In den Dualismus, der für Oesterreich die politische Hörigkeit und die wirtschaftliche Ausplünderung bedeutet, ist eine entscheidende Bresche gelegt, und das ist das bezeichnendste und wichtigste Moment der politischen Entwicklung der letzten zwei Jahre. Die Sozialdemokratie hat pflichtgemäß das Ihrige dazu getan und ist allen anderen Parteien darin vorangegangen, die Notwendigkeit klar zu machen, daß der Dualismus fallen müsse, der in aller seiner Kompliziertheit und Künstelei nichts ist als die spanische Wand, hinter der sich der Absolutismus, die unumschränkte Gewalt der Dynastie und einiger Hofcliquen verbirgt.

So ist der Kampf der österreichischen Sozialdemokratie gegen den Staat zugleich ein Kampf um den Staat. Aber so hoffnungslos in diesem politischen Elend jedes Streben nach politischen und sozialen Erfolgen sein muß: die Sozialdemokraten haben trotzdem ihrer Pflicht genügt und unter den ungünstigsten Verhältnissen dem unfruchtbaren Boden abzuringen versucht, was irgend möglich war. Allerdings, die Gesetzgebung kam wenig in Frage. Die Abwehr schädlicher Maßregeln, einer ganzen Reihe von Attentaten auf die Interessen der Arbeiterklasse nahm alle Kräfte in Anspruch, denn das österreichische Parlament ist immer noch fähig zu schaden, nützen zu können hat es längst aufgehört. Der Bericht über die parlamentarische Tätigkeit unserer Abgeordneten zeigt das Bild einer umfassenden ausdauernden Arbeit, die um so mehr die Anerkennung der Arbeiterschaft verdient, als sie geleistet werden muß ohne Hoffnung auf reichen Ertrag. Das heutige Ministerium gebärdet sich zwar auch auf dem Gebiete der Sozialpolitik als modern. Herr Dr. v. Koerber ist der Mann, der nirgends anstoßen will, sich gern mit allem, was Macht hat, und mit

allen Parteien zu verhalten sucht, und es ist nur die Wahrheit, wenn wir sagen, daß das Maß der politischen Verfolgung der Sozialdemokratie, die Schurigeleien in Versammlungen, die Drangsalierung ihrer Presse, in keiner Periode so gering war wie in dieser Zeit. Aber das ist ein rein negativer Charakterzug dieses Regimes. Nicht nur sind alle Versprechungen des Ministeriums unerfüllt geblieben — die Preßreform steckt im Ausschuß, die Altersversicherung ist nicht einmal noch Regierungsvorlage geworden — sondern, was noch schlimmer ist: die Haltung der Regierung ermöglicht dem Parlamente eine positive Tätigkeit schlimmster Art, und während wir sozialpolitisch nicht einen Schritt vorwärts gemacht haben, hat gerade unter Koerber die reaktionäre Mittelstandspolitik eine ganze Reihe von Erfolgen zu verzeichnen. Gefügigkeit gegen den Klerikalismus, Konnivenz gegen Agrarier und rückständige Kleinbürger, dazu hochgestelzte Phrasen von der Notwendigkeit industrieller Entwicklung und von großzügiger Wirtschaftspolitik: das ist die politische Wirklichkeit des Ministeriums Koerber. Aber auch die Anständigkeit gegenüber der Arbeiterschaft hat ihre engen Grenzen und der Arbeitermord, der in Triest und in Galizien verübt wurde, ist noch heute ungesühnt, ebenso wie der Einbruch in das Favoritener Arbeiterheim. Hieraus ergibt sich die Stellung der Sozialdemokratie zu dieser Regierung, und in flammenden Worten haben unsere Abgeordneten bei jedem Anlaß das System gekennzeichnet, das so gerne arbeiterfreundlich scheinen möchte.

Wie die sozialdemokratische Fraktion, der deutsche, tschechische und polnische Genossen angehören, im Parlamente einig und als einheitliche Vertretung der österreichischen Arbeiterschaft aller Zungen auftritt, so hat unsere Partei auch außerhalb des Parlaments trotz der weitestgehenden Autonomie ihrer nationalen Organisationen alle ihre Kämpfe in voller Einheitlichkeit geführt. Der Petitionssturm um die Alters- und Invalidenversicherung, die immer und immer sich wiederholenden Vorstöße für das allgemeine und gleiche Wahlrecht, die Abwehr des Ausgleichs und insbesondere der die Lebenshaltung des Volkes bedrohenden Wucherzölle, der Kampf gegen die Erhöhung der Militärlasten, das alles war, um nur das Wichtigste hervorzuheben, Gegenstand einer ebenso energischen als einheitlichen Agitationsarbeit der vielsprachigen Gesamtpartei. Immer mehr kommt neben der Agitation in Versammlungen und durch Flugschriften die Agitation durch die Parteipresse zur Wirksamkeit. Wir verfügen nun über sechs Tagesblätter (zwei deutsche, zwei tschechische, ein polnisches und ein italienisches), über eine große, wackere Schar von Wochen- und Halbmonatsblättern, die immer mehr Einfluß auf die öffentliche Meinung gewinnen. In ihrer Gesamtheit muß der sozialdemokratischen Presse das Ehrenzeugnis ausgestellt werden, daß sie zu jedem Erfolge der Arbeiterschaft im politischen und wirtschaftlichen Kampfe in erster Linie mitgewirkt, daß sie sich den Respekt von Freund und Feind erworben hat, freilich auch ebenso Haß und Furcht der Gegner wie die Liebe und den Dank der Arbeiter. Allerdings, und auch das ist leider ein gemeinsamer, internationaler Zug, steht die Verbreitung unserer Presse noch weit hinter dem, was nötig und möglich wäre, zurück; die Oesterreicher aller Zungen müssen zum Lesen erst mühsam erzogen werden.

In die Berichtsperiode fallen auch die Landtagswahlen in einigen Kronländern. Die Partei hat überall eingegriffen, schon um die Gelegenheit für die Agitation auszunützen und ihren Anspruch auf das Wahlrecht für den Landtag eindringlich zu erheben. Nicht minder wie das Parlament sind einige der bedeutendsten Landtage funktionsunfähig geworden, der nationale Kampf hat Obstruktion und Abstinenz auch in die Landstuben verpflanzt und so wird es immer deutlicher, daß die Verfassung Oesterreichs in toto et in partibus, im ganzen und in allen Teilen, Bankerott gemacht hat. Trotzdem hat man den Mut zu einer vernünftigen Wahlreform noch immer nicht. Wo man doch an sie herantritt, bewirkt die Furcht vor der sozialdemokratischen Arbeiterschaft, daß man wieder zum System der fünften Kurie greift, als ob es an den politischen Verwüstungen nicht genug wäre, die dieses abgeschmackte Zerrbild einer demokratischen Reform verschuldet hat. Aber der Wunsch des Herrn

Koerber, auch die Gesetzgebung der Länder mit der fünften Kurie zu verhunzen, scheint zur fixen Idee, zum unausrottbaren Aberglauben geworden zu sein.

Schon bei den Landtagswahlkämpfen mußte die Taktik der Partei sich den in den einzelnen Ländern verschiedenen Verhältnissen anpassen. Wenn die Feudalherren und die Kapitalistenklasse im großen und ganzen überall dieselbe Physiognomie tragen und in Oesterreich nur national unterschieden sind, so tragen Kleinbürgertum und Bauernschaft sehr verschiedene Charaktermasken. Dieselbe Schichte, die in den Sudetenländern als deutsche und tschechische Nationalpartei auftritt, stellt sich in Wien und Niederösterreich als christlichsoziale Partei dar, die als Werkzeug der klerikalen Demagogie eine der größten Gefahren für das ganze Reich geworden ist. Ihre Alleinherrschaft bei den Landtagswahlen aufs energischeste zu bekämpfen und jeden ihrer Gegner zu unterstützen, war ein Gebot der Selbsterhaltung. Der Erfolg darf nicht etwa allein an der Tatsache gemessen werden, daß ein Mandat für die Sozialdemokratie erobert wurde, während freilich jenes, das wir besessen hatten, verloren ging, sondern vor allem daran, daß die Sozialdemokratie sich als der einzige Gegner der Christlich-Sozialen erwiesen hat, der bis auf weiteres überhaupt politisch ernstlich in Frage kommt. Der Kampf gegen den Klerikalismus liegt im wesentlichen auf den Schultern unserer Partei.

Die Einzelberichte geben ein anschauliches Bild von der vielseitigen Tätigkeit unserer nationalen Organisationen und lassen uns mit Genugtuung aussprechen, daß die Partei überall politisch auf dem Vormarsche begriffen ist. Nach der ungeheuren Kraftanstrengung, die die Reichsratswahlen im Beginne des Jahres 1901 erforderten, kam es zu einer unleugbaren Erschlaffung, die einige Monate währte. Seitdem aber haben sich längst die Organisationen aufgerafft und das Versäumte reichlich nachgeholt. Es wäre Schönfärberei, zu behaupten, daß es überall nach Wunsch steht, vielmehr gibt es Wahlkreise genug, wo vieles zu bessern ist und die die volle Aufmerksamkeit der Parteileitung in Anspruch nehmen. Aber im ganzen darf man sagen, daß sich die Organisationen nicht nur behauptet, sondern gefestigt und ausgebreitet haben. Das gilt nicht nur von der politischen, sondern, was in Oesterreich davon untrennbar ist, auch von der gewerkschaftlichen Organisation. Wenn trotz der Krise, trotz so vieler widriger Umstände unsere Gewerkschaften Fortschritte gemacht haben, so stellt das ihrer ruhigen, zielbewußten Arbeit ein ehrendes Zeugnis aus. Die politische und die gewerkschaftliche Organisation wirkten auch überall zusammen, wenn es galt, für einzelne Gruppen der Arbeiterschaft Fortschritte ihrer Lebenshaltung zu erkämpfen oder, was leider in den Zeiten der Krise häufiger der Fall war, Rückschritte abzuwehren. Hier sei auch des Erfolges gedacht, den Sozialdemokratie und Gewerkschaft gemeinsam erzielten, indem sie das Attentat auf das Koalitionsrecht vereitelten, das, von den Scharfmachern der Unternehmerorganisationen ausgeheckt, von der Bureaukratie versucht wurde, um den Gewerkschaften jede Unterstützung der Arbeitslosen als „Versicherungstätigkeit" unmöglich zu machen.

Wir wollen noch kurz feststellen, daß die Frauenorganisation festere Gestalt anzunehmen beginnt, daß sich erfreuliche Ansätze zu einer systematischen Erziehung der jugendlichen Arbeiter zeigen und daß der lange rückständig gebliebene oder ungeregelt und wild-wuchernde Zweig der Konsumentenorganisation anfängt, die Aufmerksamkeit und Tätigkeit unserer Parteigenossen mehr und mehr in Anspruch zu nehmen.

So sieht die Sozialdemokratie Oesterreichs auf zwei Jahre der schweren Arbeit zurück, auf Jahre, die der Arbeiterschaft nichts Erfreuliches boten, was sie nicht ihrer eigenen Kraft zu danken gehabt hätten. Wenn die kleinlichen Verfolgungen der Partei abgenommen haben — wobei man vom wilden Osten und Süden, Galizien und Dalmatien, natürlich immer absehen muß — so ist dafür ihre Verantwortlichkeit gewachsen, der Kreis ihrer Pflichten größer geworden. Ihnen zu genügen ist in Oesterreich schwerer als in jedem anderen Lande. Droht doch der Ekel an diesem Staate mit seinem politischen Jammer, mit seiner verlotterten Verwaltung jede Tatkraft zu lähmen. Mögen die ver-

weichlichten Bürger sich schmollend und tatenlos zurückziehen, so schlimm es ihnen bekommt, sie sind noch immer die Bevorzugten des Schicksals. Das Proletariat in Oesterreich aber darf sich von Verzweiflung nicht übermannen lassen, es muß, soll es nicht mit seiner ganzen Zukunft dafür büßen, seinen Widerwillen überwinden und mit täglicher Selbstverleugnung auch in diesem Sumpfe seine Pflicht tun. Vom Staate hat es nichts zu hoffen, von den Vorteilen der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung ist es fast ausgeschlossen, so hat es nichts als seine eigene Kraft und hat von niemandem etwas zu erwarten als von sich selbst.

Mit diesem Bewußtsein hat die Sozialdemokratie aller Zungen in Oesterreich ihre Schuldigkeit zu tun gesucht, mit diesem Bewußtsein wird sie auch künftig alle sittliche Kraft des Proletariats weckend und vereinigend ihren Weg gehen.

Für die Gesamtparteivertretung:

Die Sekretäre:

F. Skaret, H. Vaněk, J. Daszynski.

Kassabericht der Gesamtparteivertretung

für die Zeit vom 1. Juli 1901 bis zum 30. Juni 1903.

Einnahmen	K	h	K	h	Ausgaben	K	h
Kassastand am 1. Juli 1901	.	.	8	03	Gesamtparteitag Wien 1901	687	92
Monatsbeiträge:					Subvention dem slovenischen Parteisekretariat	696	20
der deutschen Parteiexekutive bis April 1903	1760	—			„ den Ruthenen („Wola")	300	—
„ tschechischen „ „ Mai 1903	680	—			Diverse Unterstützungen	580	—
„ polnischen „ „ Jänner 1903	340	—			Zur Erhaltung des Triester Sekretariats	350	—
„ italienischen „ „ März 1903	60	—			Triester Opfer (1902, Streik)	383	02
„ slovenischen „ „	.	.			Rückzahlung an den Zentralwahlfonds	250	—
„ ruthenischen „ „	.	.	2840	—	Delegationen zu Konferenzen, Parteitagen ꝛc.	203	08
Beiträge zum Gesamtparteitag Wien 1901:					Rechtsschutz	99	22
deutsche Parteiexekutive	270	—			Porto, Telegramme	11	54
tschechische „	180	—			Diverse	32	89
polnische „	90	—			Summe der Ausgaben	3593	87
slovenische „	.	.			Kassastand am 1. Juli 1903	177	18
italienische „	.	.	540	—			
Beitrag für die Triester Opfer (1902) von							
der deutschen Parteiexekutive	200	—					
„ tschechischen „	100	—					
„ polnischen „	83	02	383	02			
Totale	.	.	3771	05	Totale	3771	05

Kontrolliert und richtig befunden am 10. Oktober 1903.

Jakob Reumann. **Karl Kubálek.** **Therese Schlesinger.**

K. Kořínek,
Kassier.

Bericht der deutschen Parteiexekutive an den Gesamtparteitag in Wien 1903

für die Zeit vom 1. Juli 1902 bis 30. Juni 1903.

Eigentlich sollte unser Bericht an den Gesamtparteitag eine zweijährige Periode, und zwar die Zeit vom 1. Juli 1901 bis 30. Juni 1903 umfassen. Um aber Wiederholungen in unseren Parteitagsprotokollen vorzubeugen, verweisen wir betreffs unserer Tätigkeit vom Vorjahre auf den Bericht der deutschen Exekutive an den Aussiger Parteitag 1902.

Mit Befriedigung konstatieren wir gleich eingangs unseres Berichtes, daß uns der Opfermut und die unermüdliche Arbeit der organisierten deutschen Genossen wieder um ein gutes Stück nach vorwärts gebracht haben. Nicht nur, daß wir stets darauf bedacht sein mußten, unserer Partei durch eine rege Agitation immer wieder neue Kämpfer aus dem Proletariate zuzuführen, mußte der Kampf der Sozialdemokratie gleichzeitig nach zwei Richtungen geführt werden: gegen die Bourgeoisie und die von ihr ins nationale oder klerikale Lager gezogenen Arbeiter.

Trotz der hohen Geldunterstützungen durch deutschnationale Fabrikanten, trotz der Zutreiberdienste durch Fabriksbeamte und Werkmeister konnte die deutschnationale Arbeiterbewegung Deutschböhmens und Mährens dem siegreichen Vordringen der Sozialdemokratie dennoch auf die Dauer nicht standhalten. Mit Ausnahme einiger noch vorhandener schäbiger Reste gehört die deutschnationale Arbeiterbewegung der Vergangenheit an. Dasselbe gilt von ihren Blättern, die sie mangels an Abnehmern nicht mehr aufrecht erhalten konnten. Ein einziges davon besteht noch, und das hat sich von einem Wochen- in ein Monatsblatt kleinsten Formats und Umfangs umwandeln müssen.

Ganz besondere Anstrengungen, sich über Wasser halten zu können, macht die klerikal-christlich-soziale „Arbeiter"bewegung in Niederösterreich und den Alpenländern. Ihr Dasein beruht auf ihrem Wohlverhalten zu Pfaffen- und Bürgertum; ihr Zweck ist: diesem selben Bürgertum als Avantgarde im Kampfe gegen die wirtschaftlichen und politischen Forderungen des Proletariats zu dienen.

* * *

Wie die Sozialdemokratie von allen Seiten und mit allen Mitteln bekämpft wird, darüber wollen wir im nachstehenden ein kleines Beispiel bringen. Einer von den glücklichen Zufällen hat uns ein Dokument in die Hände gespielt, wodurch nunmehr der Beweis: daß die Behörden schwarze Listen über sozialdemokratische Agitatoren führen, voll und ganz erbracht ist. So hat die böhmische Statthalterei an die ihr unterstehenden Bezirkshauptleute ein Zirkular versendet, das wir im nachstehenden im vollen Wortlaute zum Abdruck bringen:

Evidenzhaltung. Reservemannschaft.

K. k. Statthaltereipräsidium in Böhmen.

Z. 9567. Prag, am 5. Juli 1902.

Herr k. k. Bezirkshauptmann!

Unter Bezugnahme auf den hieramtlichen Erlaß vom 19. September 1894, Z. 10.566, mit dem die am 15. September eines jeden Jahres zu erfolgende Vorlage von Verzeichnissen jener Personen angeordnet wurde, die dem Militärverbande angehören und sich im zivilen Leben als

Agitatoren der sozialistischen oder anarchistischen Grundsätze bemerkbar gemacht haben, ersuche ich Sie, für diese Verzeichnisse von nun an ausschließlich die gleichzeitig mitfolgenden Drucksorten zu verwenden; dieselben wurden über Anordnung der militärischen Behörde aufgelegt, da sich die bisher in Verwendung gestandenen Drucksorten als unzweckmäßig und ungenügend erwiesen haben; bei dieser Gelegenheit ersuche ich auch, auf die ordentliche und zweckentsprechende Führung dieser Verzeichnisse Einfluß zu nehmen, insbesondere auch in der Richtung, daß nur jene dem Militärverband angehörigen Personen in dieselben aufgenommen werden, die als Sozialisten oder Anarchisten notorisch bekannt sind.

Für den k. k. Statthalter:
Dörfl m. p.

Wie aus obigem Zirkular ersichtlich, geben sich die politischen Behörden dazu her, Kundschafterdienste für die Militärbehörde zu leisten. Und trotzdem wir in einem Staate leben, in dem das Recht auf freie Meinungsäusserung angeblich gewährleistet ist, dessenungeachtet wird die Gesinnung des einzelnen Staatsbürgers in Evidenz geführt, um ihm im Falle der Einberufung zur Waffenübung einen Steckbrief mit auf den Weg geben zu können.

* * *

Im Sommer 1902 wurde in den beiden Landtagen von Kärnten und Vorarlberg die Landtagswahlordnung dahin abgeändert, daß den bestehenden drei privilegierten Kurien eine dem Reichsratswahlgesetze nachgebildete IV. allgemeine Kurie angegliedert worden ist. Diese Kurie wählt in Kärnten vier, in Vorarlberg drei Mandate. Wenn man angesichts dieser lächerlichen Reformiererei dennoch von einem Erfolge sprechen kann, so ist es der, daß zugleich in Kärnten an Stelle der indirekten Wahlen die direkten eingeführt worden sind. In Vorarlberg wurde die bisherige mündliche Stimmenabgabe durch die geheime (schriftliche) ersetzt, die indirekten Wahlen in den Landgemeinden jedoch beibehalten.

Eine kleine Aenderung hat auch die Landtagswahlordnung für Salzburg erfahren. Neben der Herabsetzung des Steuerzensus von 20 Kr. auf 8 Kr. wurden ebenfalls die indirekten Wahlen aufgehoben und die direkten eingeführt. In der ersten Hälfte September 1902 erfolgte die Sanktionierung der vorangeführten Wahlreformen. Es mag wohl auf der ganzen Welt keinen zweiten Fleck Erde geben, wo ein so mannigfaltiges, verschieden geflicktes Wahlrecht besteht, wie das in Oesterreich und seinen Kronländern der Fall ist. Es ist selbst für die Eingeweihtesten sehr schwer, sich auf die Dauer zurechtzufinden, was für ein Wahlrecht in den einzelnen Kronländern zeitweilig besteht, und daran erkennt man am besten das, was man schlechtweg „österreichisch" nennt.

Das starke Anwachsen unserer Partei beweist am besten der Stimmenzuwachs bei den Wahlen in die verschiedenen Vertretungskörper. Im Herbst 1902 erfolgte die Auflösung der verschiedenen Landtage und fanden vom Oktober bis November desselben Jahres die Neuwahlen in Niederösterreich, Oberösterreich, Kärnten, Salzburg, Mähren, Steiermark, Schlesien und Vorarlberg statt. Unsere Partei beteiligte sich bei allen diesen Landtagswahlen mit Ausnahme der von Mähren und Schlesien. Bezüglich dieser letzten beiden wurde von den Landesparteivertretungen der deutschen sowie der tschechischen Sozialdemokratie der Beschluß gefaßt, unseren Genossen wegen des hohen Zensus vollständige Stimmenenthaltung zu empfehlen. Dafür sollen aber in allen größeren Orten Mährens und Schlesiens Volksversammlungen abgehalten werden, in denen gegen das bestehende Wahlunrecht protestiert werden soll.

Das Wahlergebnis bei den niederösterreichischen Landtagswahlen in der Städtekurie am 5. November 1902 war folgendes:

In Wien entfielen mit Ausnahme der Inneren Stadt, wo Sozialdemokraten nicht aufgestellt wurden, von 149.990 abgegebenen gültigen Stimmen 98.285 auf die bürgerlichen und 49.175 auf die sozialdemokratischen Kandidaten. Der Rest von Stimmen war zersplittert. Im Bezirk Favoriten, wo der sozialdemokratische Kandidat im ersten Wahlgange 5730 und der christlich-soziale bloß 5638 Stimmen erhielt, kam es am 7. November zur Stichwahl, bei der der sozialdemokratische Kandidat mit 6223 gegen 6262 Stimmen unterlag. Dieses Mandat war vor den Wahlen in den Händen der Sozialdemokraten und wurde an die Christlich-Sozialen verloren.

In der Provinz wurden bloß in drei Landtagswahlkreisen in der Städtekurie und in einem Landgemeindenbezirke sozialdemokratische Kandidaten aufgestellt, und

zwar in den Landtagswahlkreisen Floridsdorf, Wr.-Neustadt, Korneuburg und Waidhofen a. d. Thaya (Land). Von den 2723 in Floridsdorf abgegebenen gültigen Stimmen wurde der Sozialdemokrat Seitz mit 1549 gegen den christlich-sozialen Kandidaten — der nur 1170 Stimmen auf sich vereinigte — gewählt.

In Wr.-Neustadt erhielt der sozialdemokratische Kandidat von 1644 abgegebenen gültigen Stimmen 397, in Korneuburg von 1422 abgegebenen Stimmen 113 und in Waidhofen a. d. Thaya gegen 300 Stimmen.

Die sozialdemokratische Partei ist somit durch einen Abgeordneten im niederösterreichischen Landtag vertreten.

Bei den Landtagswahlen der allgemeinen Wählerklasse in Kärnten wurden in allen vier Wahlbezirken 28.507 Stimmen abgegeben. Davon entfielen auf die Nationalen 14.247, auf die Klerikalen 7755 und auf die Sozialdemokraten 6229 Stimmen. Im III. Wahlbezirk: Villach-Ferlach, kam es zwischen Nationalen und Sozialdemokraten zur Stichwahl, in der wir mit 2788 gegen 2991, das ist mit bloß 203 Stimmen weniger, unterlegen sind.

Auch bei der Landtagswahl in Vorarlberg hat die Sozialdemokratie in der allgemeinen Wählerklasse gegenüber der allgemeinen Kurie bei den Reichsratswahlen ihre Stimmenzahl fast verdoppelt. (Reichsratswahl 1900 425, Landtagswahl 1902 842 Stimmen.)

Bei den oberösterreichischen Landtagswahlen erhielten die Sozialdemokraten in der privilegierten Städtekurie (Zensus 8 Kr.) in Linz 566, im Wahlbezirke Salzburg bei den Wahlen in die Landgemeindenkurie 536 Stimmen. Wir können mit Befriedigung auf der ganzen Linie einen erfreulichen Fortschritt von Stimmenzuwachs verzeichnen.

Am 7. Dezember 1902 fand in Aussig die Gemeinderatswahl in den dritten Wahlkörper statt, bei der unsere Genossen einen schönen Erfolg erzielten. Von den abgegebenen Stimmen entfielen 1745 auf die Liberalen, 851 auf die als „Wirtschaftspartei" maskierten Alldeutschen und 598 auf die Sozialdemokraten. Bei der Gemeinderatswahl in Linz erhielten die Sozialdemokraten bei einem Steuerzensus von 10 Kr. 406 Stimmen.

Zu der im November 1902 stattgefundenen Gemeinderatswahl in Graz hatten sich Liberale, Nationale und Klerikale gegen die Sozialdemokraten koaliert. Dessenungeachtet brachte es unsere Partei schon bei der Hauptwahl auf 1365 Stimmen, die sich in der Stichwahl auf 1604 erhöhten. Trotzdem wurde von den beiden ausscheidenden sozialdemokratischen Gemeinderäten nur einer wiedergewählt. Der Erfolg dieser Wahl lag in der großen Anzahl der Stimmen und daß die Koalition aller bürgerlichen Gegner und trotz aller angewendeter Wahlkniffe nur imstande war, uns eines von den beiden innegehabten Mandaten zu entreißen.

An sonstigen Gemeindewahlen haben sich unsere Genossen, soweit es uns zur Kenntnis gelangte, in 143 Fällen beteiligt. Das Gesamtergebnis dieser Beteiligung ist die Erringung von 329 Ausschuß- und Ersatzmandaten im dritten und 19 Mandaten im zweiten Wahlkörper. Ein immerhin ganz schöner Erfolg, wenn man bedenkt, wie unsere Genossen gerade in den kleineren Gemeinden einen oft verzweifelten Kampf um ihre Existenz führen müssen.

Die Organisation der deutschen Sozialdemokratie hat in der Berichtsperiode nicht unerhebliche Fortschritte gemacht. Bezüglich der auf dem Aussiger Parteitag 1902 gefaßten Beschlüsse über die Durchführung der Straßen- und Häuserorganisation besteht derzeit, wenn auch vorläufig nur in vereinzelten Wahlkreisen, das Bestreben, sie in die Tat umzusetzen. Eine solche Straßen- und Häuserorganisation setzt ein gut funktionierendes Vertrauensmännersystem am Orte voraus, und ist alles bisherige Fehlschlagen bei Einführung dieses Systems auf den vorläufigen Mangel der auf das Zusammenarbeiten angewiesenen Genossen zurückzuführen.

Mit der Durchführung der Straßen- und Häuserorganisation geht Hand in Hand die Einhebung der Parteibeiträge in den Wohnungen der Genossen. Die Art, wie die Einhebung vorgenommen wird, sowie die Höhe der Beiträge sind außerordentlich verschieden. So sehr hier mehr Einheitlichkeit erwünscht wäre, so muß es dennoch, und zwar vorläufig noch den einzelnen Wahlkreisen und Bezirken überlassen bleiben.

Die Höhe der Parteisteuer, soweit sie zur Bestreitung der Agitation oder zur Schaffung eines Wahlfonds für Lokal-, Bezirks- und Wahlkreisorganisationen in Betracht kommt, schwankt vorwiegend zwischen 3 und 4 H. wöchentlich und 10 H. monatlich. Die Einhebung, respektive Quittierung dieser Beiträge erfolgt mittelst Blocks, Marken oder Parteiblätter.

Bei dieser Gelegenheit möchten wir eines Umstandes erwähnen, der trotz wiederholter Abwehr uns leider immer wieder beschäftigt, und zwar ist das die Frage der Einhebung der Reichsparteisteuer. Wiederholt wurden insbesondere in letzter Zeit

bei Landes- und Wahlkreiskonferenzen nicht nur über die in ihre Kompetenz fallende Parteisteuer, sondern mit über die Reichsparteisteuer — über deren Einhebung und Ablieferung — Beschlüsse gefaßt, die dem Beschlusse des Linzer Parteitages 1898 schnurstracks zuwiderlaufen.

Die Straßen- und Häuserorganisation ist neben Wien in den größeren Städten Niederösterreichs, weiters in Linz, Steyr und Salzburg eingeführt. In Steiermark ist die Straßenorganisation in 27 Orten durchgeführt. Schlechter sieht es in dieser Beziehung in den Orten Deutschböhmens sowie in Mähren, Schlesien, Tirol und Kärnten aus.

Betonen wollen wir noch, daß das Sekretariat der deutschen Sozialdemokratie an elf in der Provinz angestellte Vertrauensmänner einen ständigen Zuschuß von über 280 Kr. monatlich gewährt. Leider konnte die Parteivertretung bei ihren beschränkten Mitteln nicht alle in dieser Richtung geltend gemachten Wünsche befriedigen.

Die jugendlichen Arbeiter weisen einen starken Zuwachs von Mitgliedern auf. Ihre Organisation erhielt eine besondere Festigung durch die im Frühjahr 1903 erfolgte Gründung des „Reichsverbandes der Vereine jugendlicher Arbeiter Oesterreichs". Er umfaßt derzeit zwölf Ortsgruppen mit zirka 1300 Mitgliedern in Wien und erstreckt sich außerdem auf fünfzehn Provinzstädte; durch seine Gründung wurde es auch möglich gemacht, in Graz an Stelle des durch die Behörde wegen angeblicher Statutenüberschreitung aufgelösten Lokalvereines wieder eine neue Organisation der jugendlichen Arbeiter zu schaffen. Seit einem Jahre haben sie auch ein eigenes Organ, „Der jugendliche Arbeiter", das monatlich einmal erscheint und bereits eine Auflage von über 4000 Exemplaren erreicht hat.

Bei der Schwierigkeit, die Frauen überhaupt der Organisation zuführen zu können, müssen wir das wenige, das bis jetzt durch die bestehenden Frauenorganisationen in Wien und der Provinz erreicht worden ist, schon als anerkennenswerten Erfolg verzeichnen. Im übrigen verweisen wir auf den angeschlossenen Bericht des Frauenreichscomités.

* * *

Zunächst wollen wir auch an dieser Stelle unserer Toten gedenken. Groß ist die Zahl derer, die, sei es in der politischen oder gewerkschaftlichen Organisation, in treuer Pflichterfüllung für die Befreiung der Arbeiterklasse gekämpft und leider viel zu früh aus Reih' und Glied von unserer Seite gerissen worden sind. Mögen ihre Namen nur in kleineren Kreisen von Parteigenossen bekannt gewesen sein, so haben sie doch nicht weniger für die Verbreitung der Grundsätze unserer Partei gewirkt. Ehre ihrem Andenken!

Einer von den wenigen der alten Garde, dessen Name als auch Person in den weitesten Kreisen unserer Partei bekannt ist, Julius Popp, der noch auf dem letzten deutschen Parteitag in Aussig — wenn auch schon schwer leidend — den Vorsitz führte, ist ebenfalls, leider viel zu früh, uns durch den unerbittlichen Tod entrissen worden. Popp starb am 19. Dezember 1902 im Alter von kaum 53 Jahren. An ihm, dem die Arbeiterbewegung alles war, der sein Lebensblut für die Sache des Proletariats geopfert, der alle proletarischen Tugenden in sich vereinigte, hat die österreichische Arbeiterschaft viel verloren. Die große Liebe und Verehrung, die unserem „alten Popp" entgegengebracht wurde, kam in der großen Beteiligung der Genossen bei dem am 21. Dezember stattgefundenen Leichenbegängnis zum Ausdruck. Seine Persönlichkeit und sein Wirken wird auch weiterhin in ehrenvollem Andenken der österreichischen Arbeiter fortleben.

Die Agitation hat in der Berichtszeit an Umfang ganz bedeutend zugenommen. Wohl sind wir durch die mangelhafte Berichterstattung nicht in der Lage, die Zahl der stattgehabten Versammlungen auch nur annähernd wiedergeben zu können, glauben aber, daß es darauf auch gar nicht so ankommt.

Von den gemeinsamen Protestversammlungen heben wir die gegen den Erlaß der Regierung betreffend das Verbot der Unterstützungen in den Gewerkschaften, gegen die neuen Militärlasten, als auch gegen den Ausgleich mit Ungarn und den Zollwuchertarif ꝛc. sowie die im Sommer dieses Jahres stattgefundenen Massenversammlungen für das gleiche Wahlrecht besonders hervor. Der größte Teil der agitatorischen Tätigkeit jedoch wurde auf den Ausbau der Organisation, auf die sogenannte Kleinarbeit verwendet: die Agitation von Haus zu Haus, von Tür zu Tür, von Mann zu Mann.

Gleichzeitig während der mündlichen Proteste gegen den Zoll- und Brotwuchertarif wurde von der deutschen Parteiexekutive ein Flugblatt mit dem Titel: „Brotverteuerung in Sicht!" herausgegeben und in über 240.000 Exemplaren von den Vertrauensmännern — trotz § 23 P.-G. — in den Häusern von Tür zu Tür verbreitet.

Vom 15. bis 18. August 1902 fand in Aussig a. d. Elbe der Parteitag der deutschen Sozialdemokraten statt, der das Organisationsstatut einer Aenderung unterzog und betreffs Organisation einschneidende Beschlüsse faßte. Weiters wurde die Stellung der Sozialdemokratie zum österreichisch-ungarischen Ausgleiche gekennzeichnet sowie die bürgerliche Verfälschung der Arbeiterbewegung einer eingehenden Erörterung unterzogen.

Der Gewerkschaftskongreß, der in der Zeit vom 8. bis 12. Juni 1903 in Wien tagte, beschäftigte sich neben der Frage der Organisation mit dem Einflusse des autonomen Zolltarifs auf die Lage der Arbeiter. Des weiteren wurde den Konsum- und Wirtschaftsgenossenschaften sowie der Alters- und Invaliditätsversicherung als auch den Tarifgemeinschaften eine spezielle und eingehende Beratung gewidmet. Aus dem Berichte der Gewerkschaftskommission an ihren Kongreß entnehmen wir, daß Ende 1902 der Stand der bei der Kommission angemeldeten Organisationen 135.178 Mitglieder, somit um 16.128 mehr als Ende 1901, betrug.

Mit der Ausdehnung der Parteiagitation werden wir an Stelle der mündlichen Agitation naturgemäß immer mehr auf das geschriebene Wort angewiesen. Das Parteisekretariat ist schon längst nicht mehr in der Lage, alle Wünsche nach Referenten befriedigen zu können. Dazu kommt noch, daß, wenn Referenten verlangt werden, der Wunsch in der Regel einen kleinen Kreis bestimmter, zudem auch sonst überlasteter Genossen, insbesondere Abgeordnete betrifft.

Die Maifeier hat, soweit uns die Berichte aus den einzelnen Orten einen Ueberblick ermöglichen, eine Abschwächung nicht erfahren. Im Gegenteil, es wurde in einer Reihe von Orten (wenn auch nur durch teilweise Arbeitsruhe) gefeiert, wo es früher vollständig ausgeschlossen erschien. Nicht überall war die vollständige Arbeitsruhe möglich, dafür aber wurden am Abend desselben Tages größere Feiern veranstaltet, in denen die Bedeutung der Maifeier besprochen und das Fest der internationalen Verbrüderung begangen wurde.

Parteipresse. Im Stande der politischen Presse ist während der Berichtszeit keine besondere Veränderung eingetreten. Die „Wahrheit" in Oberleutensdorf hat ihr Erscheinen eingestellt, dafür erscheint ein neues Parteiblatt in Bielitz, die „Bielitzer Volksstimme".

1. Politische Presse.

	erscheint:
Arbeiter-Zeitung, Wien	täglich
Volkswacht, Wien	„
Arbeiterwille, Graz	„
Arbeiterinnen-Zeitung, Wien	14tägig
Bielitzer Volksstimme, Bielitz	1mal wöchentlich
Böhmerwaldbote, Krumau	1 „ „
Freigeist, Reichenberg	2 „ „
Freiheit, Teplitz	2 „ „
Gebirgsbote, Gablonz	1 „ „
Gleichheit, Wr.-Neustadt	1 „ „
Salzburger Wacht, Salzburg	1 „ „
Trautenauer Echo, Trautenau	1 „ „
Volksbote, Floridsdorf	1 „ „
Volksbote, Nordböhmischer, Steinschönau	1 „ „
Volksfreund, Brünn	1 „ „
Volksfreund, Steyrer, Steyr	1 „ „
Volkspresse, Czernowitz	1 „ „
Volksrecht, Aussig a. d. E.	2 „ „
Volksstimme, Nordböhmische, Warnsdorf	1 „ „
Volkstribüne, Wien	1 „ „
Volkswacht, Mähr.-Schönberg	1 „ „
Volkswille, Falkenau	1 „ „
Volkswille, Klagenfurt	1 „ „
Volkszeitung, Innsbruck	1 „ „
Volkszeitung, Nordböhmische, Saaz	1 „ „
Vorwärts, Der, Staab	1 „ „
Wahrheit, Linz	1 „ „

Es erscheinen also drei Blätter täglich, drei Blätter zweimal wöchentlich, zwanzig Blätter einmal wöchentlich und ein Blatt vierzehntägig. Die Auflage ist bei allen Blättern bedeutend gestiegen. Der gegenwärtige Stand ist bei 27 politischen Organen eine einmalige Gesamtauflage von 117.750 Exemplaren. Ferner erscheint noch ein humoristisch-satirisches Blatt der Partei, die „Neuen Glühlichter", in Wien vierzehntägig.

2. Gewerkschaftspresse.

	erscheint:
Bäcker-Zeitung, Wien	14tägig
Bauarbeiter, Der, Wien	14 „
Bergarbeiter (Glück auf!), Turn	3mal monatlich
Buchbinder (Einigkeit), Wien	14tägig
Buchdrucker (Vorwärts!), Wien	1mal wöchentlich
Drechsler, Fachblatt der, Wien	14tägig
Druckerei-Arbeiter (Hilfsarbeiterblatt), Wien	2mal monatlich
Eisenbahner, Der, Wien	3 „ „
Gerber, Fachzeitung der, Wien	2 „ „
Gewerkschaft, Die (Organ der Gewerkschaftskommission Oesterr.), Wien	14tägig
Gießereiarbeiter, Der, Wien	1mal monatlich
Glasarbeiter, Der, Tannwald	14tägig
Glashüttenarbeiter, Der, Teplitz	3mal monatlich
Graphische Nachrichten, Neue, Wien	3 „ „
Handelsangestellte, Der österreichische, Wien	1 „ „
Handelsangestellten, Organ der, Prag	20tägig
Handschuhmacher, Fachblatt der, Wien	2mal monatlich
Holzarbeiter, Der, Wien	3 „ „
Hutarbeiter, Der, Wien	3 „ „
Kleidermacher-Gehilfe, Der, Wien	14tägig
Krankenkassenangestellte (Korrespondenzblatt), Wien	1mal monatlich
Kutscher (Oesterreichische Fahrzeitung), Wien	1 „ „
Maler und Anstreicher (Dekorateur), Wien	1 „ „
Maschinist, Der, Wien	2 „ „
Metallarbeiter, Oesterreichischer, Wien	1 „ wöchentlich
Papierarbeiter, Der (Verbandszeitung der Papier- und chemischen Industrie), Wien	1 „ monatlich
Porzellanarbeiter, Der, Karlsbad	14tägig
Schirmbranche, Die, Wien	1mal monatlich
Schuhmacherfachblatt, Neues, Wien	2 „ „
Sattler, Taschner und Riemer, Fachblatt der, Wien	2 „ „
Textilarbeiter, Der, Reichenberg	1 „ wöchentlich
Tonarbeiter, Der, Wien	2 „ monatlich
Versicherungsbeamten, Organ der, Wien	1 „ „

Wir zählen somit 3 Wochenblätter, 6 dreimal monatliche, 8 vierzehntägige Blätter, 7 zweimal monatliche, 8 einmal monatliche und ein zwanzigtägig erscheinendes Blatt. Alle 33 Blätter haben eine einmalige Gesamtauflage von 101.905 Exemplaren.

Außer den politischen und gewerkschaftlichen Blättern erscheinen noch: Der „Arbeiterschutz", Organ der Krankenkassen Oesterreichs, zweimal monatlich; der „Arbeiterstenograph" einmal monatlich; die österreichische „Arbeiter-Sängerzeitung" einmal monatlich; der „Jugendliche Arbeiter" einmal monatlich; der „Naturfreund" einmal monatlich; die „Mitteilungen der Freidenker" einmal monatlich und die „Arbeiter-Genossenschaft" ebenfalls einmal monatlich; lauter Blätter, die hauptsächlich in den Kreisen der organisierten Arbeiterschaft verbreitet werden und zum Teil nur Dolmetsche besonderer Richtungen der Gesamtbewegung darstellen.

Die politischen Verfolgungen, derer sich unsere Partei bei den Behörden und ihren Organen erfreut, haben uns wieder ein ganz nettes Sümmchen an Strafen eingetragen.

Soweit Berichte hierüber eingelangt sind, betrugen die Freiheitsstrafen, zu denen unsere Genossen deutscher Zunge im abgelaufenen Jahre verurteilt wurden: **4 Jahre 7 Monate und 19 Tage schweren Kerkers und 1 Jahr 7 Monate einfachen sowie verschärften Arrests. Die Geldstrafen beliefen sich auf 1558 Kronen.**

Wenn sich aus dem Gesamtausmaß der Freiheits- als auch Geldstrafen gegenüber den anderen Jahren eine Verminderung ergibt, so ist das weniger auf die vernünftigere Anwendung der gesetzlichen Bestimmungen als auf die mangelhafte Aufzeichnung und Berichterstattung der einzelnen Organisationen zurückzuführen.

* * *

Wie wir aus vorstehendem Berichte entnehmen können, hat unsere Partei in der abgelaufenen Berichtsperiode keine besonders in die Augen springenden Erfolge zu verzeichnen, was uns bei den verrotteten politischen Verhältnissen in Oesterreich nicht zu wundern braucht. Was wir aber, dank des Opfermutes und der Beharrlichkeit unserer Parteigenossen, mit Befriedigung konstatieren können, das ist: daß unsere Parteiorganisation sich wieder um ein gutes Stück nach vorwärts entwickelt hat. Und das trotz der schwierigen und geradezu widerwärtigen politischen Verhältnisse in Oesterreich.

Ferdinand Skaret, Parteisekretär.

Bericht der tschechoslavischen Sozialdemokratie an den Gesamtparteitag.

(Für die Zeit vom 1. Juli 1901 bis zum 30. Juni 1903.)

Die zwei Jahre, die seit dem letzten Gesamtparteitag verflossen sind, waren geradeso wie die früheren Jahre für unsere Partei Zeiten schwerer Kämpfe, gleichzeitig aber auch Zeiten unermüdlicher Arbeit und des Sieges des tschechischen Proletariats über seine offenen und geheimen Gegner.

Während die sich stets mehrenden reaktionären pseudoliberalen bürgerlichen Fraktionen untereinander raufen und denunzieren, schreitet die Sozialdemokratie tapfer weiter vorwärts, ihrem Programme nach, die tschechische Arbeiterschaft aufzuklären und zu organisieren und für die Kämpfe der künftigen Tage zu rüsten. Und die Arbeit geht bewundernswert von statten. Die schwere wirtschaftliche Krise, die wie überall auch in Gegenden, die von tschechischen Proletariern bewohnt sind, in den Industriezentren und anderen Landesteilen traurige Spuren hinterließ, vermochte nicht, die enggeschlossenen Reihen der Arbeiterschaft zu schädigen. Unsere politischen und gewerkschaftlichen Organisationen, und auch ihre Waffen, sind heute fester, widerstands- und kampffähiger als ehedem.

Der beste Beweis der Macht, des Wachstums und der inneren Kraft der Partei ist schon der Umstand, daß in einer Zeit, da die Versuche bürgerlicher Parteien, sich eine Tagespresse zu verschaffen, mit Mißerfolg endeten und Tausende von Gulden an Opfern kosteten, da das mit großem Aufwand bourgeoisen Geldes in den Kampf gegen die Sozialdemokratie geschickte Tagblatt der national-sozialen Partei zu einem bedeutungslosen Wochenblatt zusammenschrumpfte, daß da das Tagblatt unserer Partei „Právo Lidu“ für Jahre hinaus finanziell gesichert ist, wiewohl es zur Zeit der größten Verdächtigungen und Anfeindungen von den Parteigenossen unserer Partei gegründet und unter schweren Opfern erhalten wurde. Heute hat das Blatt den klingenden Namen eines ehrlichen und durchaus unabhängigen Blattes, dem es geradeso wie allen Parteiblättern möglich ist, rücksichtslos aufzutreten, die Fäulnis der bürgerlichen Welt zu enthüllen und jede Niedertracht und jedes am arbeitenden Volke ausgeführte Unrecht an den Pranger zu stellen, ohne Rücksicht auf die Mächtigen und Herrschenden.

Ein gleich erfreulicher Beweis für die Kraft unserer Partei ist auch das zweite täglich erscheinende Blatt „Dělnické Listy“ in Wien. Dieses ist fast ausschließlich auf die tschechischen Genossen Wiens angewiesen, auf ihre Unermüdlichkeit in der Agitation, auf ihre kargen finanziellen Kräfte und doch tritt es wacker auf und ist ein wirksamer Schutz der Arbeiterschaft aller Nationen im Kampfe gegen internationale Reaktion und Tyrannei des Kapitalismus.

Nebstdem ist der Kampf der tschechoslavischen Sozialdemokratie ein verhältnismäßig schwierigerer und ärgerer als der der anderen Bruderparteien. Die tschechische Bourgeoisie trägt es schwer, daß sich die deutsche Bourgeoisie seit Jahrzehnten an der Regierung in Oesterreich durch ihre Leute beteiligt, aus dieser ihrer Teilnahme materielle und politische Vorteile zu verschaffen gewußt hat, mit denen sie ihren ökonomischen Interessen dienen und auch ihrer kulturellen Bedürfnisse gedenken konnte, indem sie sich ihr Schulwesen denn doch besser eingerichtet hat als das der anderen Nationen. Indirekt ist dadurch auch die tschechische Arbeiterschaft betroffen; denn ist das Schulwesen für den Kern des deutschen Volkes durchaus nicht vollkommen, ist es für die tschechische Arbeiterschaft gänzlich ungenügend. Ja, in Gemeinden, in denen die tschechische Arbeiterschaft eine ansehnliche Minorität der Bevölkerung, gibt es entweder gar keine oder nur ungenügende Schulen für die tschechische Jugend. In Wien beispielsweise, wo es nach der amtlichen Volkszählung über 120.000 Tschechen gibt, von denen die überwiegende Mehrheit der Arbeiterklasse angehört, gibt es bis jetzt keine öffentliche tschechische Schule. Eltern, die in Würdigung der Wichtigkeit, ihre

Kinder in der Muttersprache unterrichten zu lassen, ihre Kinder in die Privatschule, die durch eigene Opferwilligkeit erhalten wird, gegeben haben, müssen mit ihren Kindern den weiten Weg nach Lundenburg zu den Prüfungen unternehmen. Daß auf diese Weise die gesunde geistige Entwicklung der tschechischen Arbeiterschaft unterbunden wird, daß ihr die Erreichung gehöriger und für unsere Bewegung notwendiger Intelligenz beträchtlich erschwert wird und so bedeutend auch die gesunde Entwicklung und Tätigkeit unserer Partei leidet, ist ganz klar.

Die indifferente Arbeiterschaft als auch das Kleinbürgertum und Kleinbauerntum, die in den historischen Traditionen und in unerfüllbaren Träumen von vergangenem, schlecht ausgelegtem Ruhme des tschechischen Volkes, der sich für das Volk oft in drückende Sklaverei verwandelte, erzogen wurden, lassen sich sehr oft und sehr leicht von trügerischen Hoffnungen hinreißen. Sie hoffen, daß wenn es der tschechischen Bourgeoisie gelänge, die Länder mit tschechischer Majorität selbständig zu machen oder die deutsche Bourgeoisie aus der Teilnahme an der Staatsverwaltung zu verdrängen und ihre Plätze einzunehmen, dann für die kulturell, politisch und national unterdrückten Klassen sofort ein Eldorado des Rechtes, der Gerechtigkeit und der Wohlfahrt eintreten würde. In diesem Glauben und dieser Unwissenheit verzeiht das Volk den Pächtern der tschechischen Politik alle die niederträchtigen Dienste, die die jungtschechische Delegation der vereinigten Reaktion geleistet hat und durch die sie sich so traurig ausgezeichnet hat. In diesem Glauben und der Unwissenheit verzeiht das Volk all den Verrat an der wirklich demokratischen Vergangenheit des tschechischen Volkes. Andererseits aber verfällt das Volk neuen Demagogen, die auf die Anziehungskraft der alten staatsrechtlichen Schlagworte spekulieren und so das nichtdenkende Volk zu gewinnen trachten, um das Erbe der absterbenden jungtschechischen Partei an sich zu reißen.

Die tschechoslavische Sozialdemokratie hat allerdings diesen Versuchen der Bourgeoisie und der Reaktion, die Klassengegensätze mit dem Mantel des Patriotismus, mit dem Kampf um nationale Rechte u. s. w. zu verhüllen, tapfer standgehalten und hat allen vermummten Gegnern von Freiheit und wirklichem Fortschritt die Masken vom Gesicht gerissen.

Durch die schneidig und konsequent eingeleitete, in der Presse und durch eine große Zahl von Versammlungen weitergeführte Aktion gegen den Klerikalismus und besonders durch die Aufdeckung des bisher unerhörten klerikalen großen Diebstahls, jener in der ganzen Welt bekannten Ausplünderung der Sankt Wenzels-Sparkasse, welche Enthüllung ein Verdienst unseres tapferen „Právo Lidu“ ist und bleibt, wurde dem Klerikalismus ein harter Schlag versetzt, von dem er sich nicht sobald erholen wird.

Mit gleicher Konsequenz handelte die Partei auch den pseudoliberalen Parteien und ihren Gefolgschaften gegenüber.

In Tausenden von gut besuchten Versammlungen und Meetings, die in Böhmen, Mähren, Schlesien, Nieder- und Oberösterreich abgehalten wurden, wurde die Notwendigkeit des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechtes für Reichsrat, Landtag und Gemeindevertretungen gefordert, wurde die Einführung der allgemeinen Alters- und Invaliditätsversicherung, die Witwen- und Waisenversorgung verlangt, wurde gegen den vernichtenden Einfluß und Erhöhung der Militärlasten, weiters gegen den ungerechten österreichisch-ungarischen Ausgleich, gegen die Lebensmittelverteuerung infolge der Zolltariferhöhung und gegen Einführung neuer indirekter Steuern, gegen den Koerberschen Regierungsangriff auf die gewerkschaftliche Organisation protestiert, wurde die Hilfe der zuständigen Faktoren für die Arbeitslosen reklamiert, wurde die Besserung unseres Schulwesens und der Lehrergehalte gefordert.

In allen diesen Kundgebungen trachtete unsere Partei durch ihre Referenten und die vorgelegten Resolutionen den Unterschied zwischen Theorie und Praxis der bürgerlichen Parteien aufzudecken, wenn es sich um wirkliche Volksinteressen handelt. Mit allem Nachdruck wurde besonders darauf hingewiesen, wie die tschechische Bourgeoisie Krokodilstränen vergißt wegen der Unterdrückung von seiten der österreichischen Regierungen. Gegen die ärmeren Volksgenossen tritt dieselbe Bourgeoisie in den Gemeinden nicht weniger rücksichtslos und brutal auf, weist die Armen wegen der Armut aus den Gemeinden, spricht ihnen jedes Recht der Mitentscheidung in Gemeinden und Landtag ab, legt ihnen immer neue Lasten in Form von Gemeinde- und Landeszuschlägen auf. Flunkert mit demokratischen Phrasen und zu gleicher Zeit verhandelt sie und verbindet sich mit dem Adel, der zahlreiche Vertreter im Landtage hat, während eine Million Arbeiter keinen einzigen hat. Die Bourgeoisie protzt mit ihrem Liberalismus; feiert Huß und führt zu gleicher Zeit in Landesinstitute statt weltlicher Wärterinnen Nonnen ein. Sie versucht die Aufmerksamkeit der Arbeiterschaft von der Lösung wirtschaftlicher Fragen abzulenken, füllt sich aber selbst von den Schwielen der Arbeiter ihre Taschen und beantragt im Zollausschuß Zoll auch auf Erdäpfel. Sie beklagt sich über die Regierung, daß sie für Notstandsunterstützungen wenig ausgibt, selbst rührte

sie aber in den ganzen 15 Jahren in rührender Eintracht mit der deutschen Bourgeoisie im Landtag keinen Finger, um die dem Landtag von der Reichsvertretung zugewiesene Versicherung der land- und forstwirtschaftlichen Arbeiterschaft durchzuführen.

Ein Erfolg unserer unermüdlichen fleißigen Arbeit ist, daß es langsam auch in den Köpfen der Angehörigen anderer als der Arbeiterklasse zu tagen beginnt, wofür der beste Beweis die Landtagswahlen in Böhmen sind, an denen sich unsere Partei durch Aufstellung von Kandidaten und durch durchgreifende Agitation beteiligte. In zahlreichen Bezirken wurden große Minoritäten erreicht, im Bezirk Josefstadt-Lieben bekamen wir die meisten Stimmen, so daß eine zweite Wahl notwendig war, bei der allerdings unsere Kandidaten den vereinigten bürgerlichen Parteien und nationalsozialen Arbeitern unterlagen. Diese Parteien haben ihre ganze Kraft angewendet und eröffneten eine wütende Agitation, daß der Ansturm der Sozialdemokratie aufgehalten werde.

Und doch siegten ihre Kandidaten nur mit einer Mehrheit von 150 Stimmen. Im Smichow-Kladnoer Bezirke bekam unser Kandidat 745 Stimmen, im Pilsener 372 Stimmen, schon diesmal bedeutende Minoritäten.

Diese Wahlen, die in Böhmen zum erstenmal direkt vollzogen wurden, zeigten uns, daß unsere Partei sowohl in der Landgemeinden- als auch in der Städtekurie ein Kadre von Männern hat, die Sorge tragen werden, daß die in bürgerliche Parteien gelegte Bresche erweitert wird.

Auch bei der Reichsratsersatzwahl in der Städtegruppe Přibram-Birkenberg bekam unsere Partei eine überraschende Stimmenzahl, in Birkenberg doppelt so viel als alle Gegner zusammen.

Bei den übrigen Wahlen wurde auch ein bedeutendes Anwachsen der sozialdemokratischen Stimmen konstatiert. So bekamen wir bei den Wahlen in die Unfallversicherungsanstalt für Böhmen im Jahre 1901 im ganzen 369.510 Stimmen gegen 281.228 im Jahre 1897 (also um 88.282 Stimmen mehr), wohingegen die nationalen Arbeiter trotz brutalem Terrorismus von seiten der Unternehmer, die wie immer ihren Trabanten zum Siege verhelfen wollten, nur 178.910 Stimmen gegen 250.624 im Jahre 1897 bekamen (Minus 71.714).

In die Gewerbegerichte, soweit diese in Orten mit tschechischer Arbeiterschaft bestehen (Prag, Pilsen, Teplitz, Brünn), werden überall sozialdemokratische Beisitzer entsendet, mit Ausnahme der Gruppe Handel in Prag, wo nationale Kandidaten gewählt wurden.

Ein nicht geringerer Erfolg wurde von unserer Partei im Kampfe gegen die Bierverteuerung errungen. Dieser Kampf wurde den Organisationen durch Einführung eines Landeszuschlages von Kr. 1·70 und durch die Habgier der Gastwirte, die diesen Zuschlag zum Vorwand für eine Verteuerung von 4 H. per Liter benützen wollten, aufgedrängt. In vielen Orten, besonders in Prag und den Nachbargemeinden, wurde dieser Angriff auf die Taschen des Volkes glänzend zurückgeschlagen, die boykottierten Brauereien mußten den gestellten Forderungen entsprechen und die Kosten des Boykotts tragen. So wurden die herrschenden Kreise belehrt, daß sich die organisierte und klassenbewußte Arbeiterschaft eine so rücksichtslose Auferlegung von Lasten bei gleichzeitigem Ausschluß aus der Mitentscheidung nicht gefallen läßt.

In nicht letzter Linie muß auch der glänzende Erfolg erwähnt werden, den die im Jahre 1902 von den Prager Genossen veranstaltete I. Arbeiterausstellung errungen hat. Aus allen Organisationen fast nahm die sozialdemokratische Arbeiterschaft daran teil. Der zahlreiche Besuch der Ausstellung (231.141 Personen), zahlreiche Anerkennungen der ganzen Oeffentlichkeit, wofür der beste Beweis die vielen in- und ausländischen Blätterstimmen und der Reingewinn von rund 27.000 Kr. — das alles war ein Beleg dafür, daß die Angehörigen unserer Partei nicht nur die bestehende Ordnung zu kritisieren verstehen, sondern auch zu arbeiten, schaffen und bauen.

Obzwar das Wahlrecht für die Gemeindevertretungen der Arbeiterschaft sehr ungünstig ist — wir erwähnen so nebenbei, daß sich Fälle ereigneten, in denen Arbeiter, die in Gemeindevertretungen gewählt wurden, ihres Mandats verlustig erklärt wurden auf Grund einer Bestimmung der Wahlordnung, daß ein Arbeiter, der von dem Erträgnis seiner Arbeit lebt, nicht Mitglied der Gemeindevertretung sein kann — sind trotz alledem die Sozialdemokraten in 182 Gemeinden durch 536 Genossen vertreten, was ebenfalls nur eine Folge fleißiger Agitation ist und ein Beweis verschärfter Klassengegensätze, welche ihre Mission, die indifferenten Arbeiter aufzuklären und in das sozialdemokratische Lager zu führen, richtig erfüllen.

Etwas langsamer schreiten unsere Organisationen in Mähren vorwärts, obwohl auch dort in der letzten Zeit unsere Bewegung unleugbare Fortschritte aufzuweisen hat. Unsere Genossen siegten dort bei den Gewerbegerichtswahlen in Brünn und Mährisch-Ostrau, bei den Wahlen zur Unfallversicherungsanstalt in zwei neuen Kate-

gorien, in denen unsere Partei bisher nicht vertreten war, verwalten gemeinsam mit den deutschen Genossen die Bezirkskrankenkassen und die Allgemeine Kranken- und Unterstützungskasse in Brünn. Gemeinsam mit den Organisationen der deutschen Genossen disponieren sie über das Mandat der V. Kurie für den I. mährischen Wahlkreis und sind der entscheidende Faktor in einer ganzen Reihe von Krankenkassen auf dem Lande, ja es gelang ihnen trotz der überaus ungünstigen Wahlordnung, in einige Gemeindevertretungen zu kommen. Der Grund dafür, daß keine größeren Erfolge aufzuweisen sind, ist die etwas rückständige kulturelle und politische Entwicklung, die durch den Klerikalismus unter Assistenz der tschechischen und deutschen Bourgeoisie gehemmt wird.

An den letzten Landtagswahlen nahm unsere Partei nicht teil, da sie im vorhinein die Aussichtslosigkeit des Wahlkampfes klar sah. Wurde doch das veraltete Wahlrecht mit seiner monströsen öffentlichen und mündlichen Abstimmung, wobei der Wähler wie ein Schuljunge vor der Wahlkommission die Namen der Kandidaten hersagen muß, was tatsächlich eine Schande des 20. Jahrhunderts ist, in diesem Lande noch verschlechtert. Unsere Partei beschränkte sich daher auf einen energischen Protest gegen die Vorrechte der Deutschen und gegen das schreiende Unrecht, das an den Besitzlosen verübt wird. Die Beseitigung dieses elenden Wahlrechtes muß eine der ersten Aufgaben unserer tschechischen und deutschen Genossen sein und ihren gemeinsamen Angriffen muß die Zerschmetterung so schändlicher Privilegien gelingen.

In der Zeit vom 1. bis zum 3. November 1902 wurde in Prag der fünfte ordentliche Parteitag abgehalten, der einschneidende Beschlüsse über Organisation und Taktik gefaßt hat. Es wurde weiters die wirtschaftliche und politische Situation besprochen und Maßregeln zur erfreulichen Entwicklung der gewerkschaftlichen Organisationen dadurch getroffen, daß sich jeder Genosse, besonders aber die Parteitagsdelegierten mit ihrer Mitgliedschaft an der politischen und gewerkschaftlichen Organisation ausweisen müssen, und daß die Bildungsvereine als unzulänglich im Kampf der Arbeiterklasse in allgemeine Gewerkschaftsvereine umgewandelt werden. Der Parteitag widmete ferner seine Aufmerksamkeit den Organisationen der Frauen und der jugendlichen Arbeiter. Dann wurden Bestimmungen festgesetzt, unter denen das Eingehen eines Wahlkompromisses mit einer anderen Partei zulässig ist; mit einer Partei, die die Grundforderungen der Sozialdemokratie nicht anerkennt, darf kein Kompromiß geschlossen werden. Dann wurde noch über Kommunalpolitik verhandelt, das allgemeine, gleiche Wahlrecht, Alters- und Invaliditätsversicherung und Preßreform reklamiert. Durch die Bestimmung über die Einberufung von Landeskonferenzen wurde das Organisationsstatut ergänzt.

Vom 12. bis zum 14. April 1903 tagte in Prag der Kongreß der Gewerkschafts- und Bildungsvereine, welche in der tschechoslavischen Gewerkschaftskommission vertreten sind.

Der Kongreß beschäftigte sich mit dem Verhältnis der Bildungsvereine zu den Gewerkschaftsvereinen, mit der Frage der Arbeitslosen, weiters der Alters- und Invaliditätsversicherung, mit der Frage der Industriekrisen und ihrer Rückwirkung auf die Arbeitsverhältnisse, mit den Bestimmungen über Unfallverhütung, mit der Tätigkeit der Gewerbegerichte und der Reform des Fortbildungsschulwesens. Die gefaßten Beschlüsse werden der Arbeiterschaft gewiß gute Früchte tragen.

Wiewohl verschiedene Organisationsformen versucht wurden, erreichte die Frauenorganisation nur geringe Erfolge. Nicht einmal die von den Frauen geforderte Selbständigkeit in Organisations- und Agitationsarbeiten gestaltete die Tätigkeit unter den proletarischen Frauen lebhafter. Deswegen hob der Parteitag die Bestimmungen über besondere Agitationscomités auf und bestimmte, daß fürderhin die Frauen gemeinsam mit den Männern in den lokalen, gewerkschaftlichen und politischen Organisationen tätig sein sollen, wo auch für ihre Schulung und Ausbildung gesorgt werden soll.

Die Gründe dafür, warum die Frauen so schwer die Notwendigkeit der Organisation begreifen, wiewohl gerade sie doch als Frauen und als Arbeiterinnen doppelt um eine bessere Zukunft auch ihrer Töchter sorgen sollen, sind tieferer Natur. Sie sind in der häuslichen Erziehung zu suchen, die aus den Frauen unselbständige Geschöpfe macht, energielose Geschöpfe, die zwar mit beispielloser Geduld jedes Elend des Lebens der Armen zu tragen vermögen, aber nicht die Kraft haben, konsequent und andauernd dem gesetzten Ziele nachzugehen. Die Genossen, die zu Hause für eine Aenderung zum besseren sorgen werden, werden ihre Frauen und Töchter zu selbständig denkenden Geschöpfen erziehen, zu Geschöpfen mit der zur initiativen Tätigkeit nötigen Energie und werden somit den Frauen und unserer Bewegung den größten Dienst erweisen.

Die Organisierung der Jugend weist einen kleinen, aber doch kennbaren und erfreulichen Fortschritt auf. In einer ganzen Reihe von Orten konzentriert

sich die Jugend in Turnvereinen, die ein wichtiger Teil unserer Partei werden könnten, wenn darin nicht nur auf die körperliche, sondern auch auf die geistige Erziehung der Mitgliedschaft im Geiste der Sozialdemokratie geachtet würde. Heuer hatten die tschechischen Turnvereine ihren ersten selbständigen Kongreß, bei dem die Grundlage zur weiteren hoffnungsvollen Entwicklung gelegt wurde.

Die Maifeier war in beiden Jahren, besonders in größeren Industriezentren sehr würdig, wiewohl die Umstände, so zum Beispiel die schwere wirtschaftliche Krise und das schlechte Wetter, der Feier nicht halb so günstig waren wie sonst. Ohne Uebertreibung kann man sagen, daß sich die tschechische Arbeiterschaft die Feier des 1. Mai als Demonstration für den Achtstundentag, als Demonstration gegen alles Unrecht und gegen die Mißstände in der Gesellschaft durch ganztägige Arbeitsruhe nicht mehr nehmen läßt.

Die tschechoslavische Sozialdemokratie vergaß auch nicht an die Festigung der brüderlichen Beziehungen mit den Bruderparteien der übrigen Nationen. Durch Entsendung eines Delegierten, des Gen. Němec, beteiligte sich die Partei am Parteitage der deutschen Genossen in Aussig a. d. E. im Jahre 1902, dann am Parteitage der Genossen in Deutschland in München 1902 und Dresden 1903 und durch ein Begrüßungsschreiben am Parteitage der polnischen und slovenischen Genossen im Jahre 1901. Schmerzlich erregt beteiligte sich die Partei am Begräbnisse des lieben Freundes und Genossen, des verdienten Kämpfers für Volksrechte in Oesterreich, Julius Popp.

Die Tücke des Todes entriß uns zahlreiche Genossen, so im Laufe der letzten zwei Jahre besonders die Genossen Alois Krejči, Franz Komprda, Wenzel Svarcr und Johann Trejbal, insgesamt Kämpfer, deren ausdauernde Tätigkeit ihnen eine dankbare Erinnerung sichert.

In Zahlen ausgedrückt, sieht die Tätigkeit und Kraft der tschechoslavischen Sozialdemokratie so aus:

Die Partei hat jetzt in 32 Wahlkreisen Böhmens, Mährens, Nieder- und Oberösterreichs 346 lokale Organisationen, die von Lokalausschüssen geleitet werden. Außerdem gibt es in den angeführten Wahlkreisen 548 Orte, in denen die Partei ihre Vertrauensmänner hat, wo der Boden für unsere Bewegung vorbereitet ist, wo vielleicht auch schon ein zur Partei sich bekennender Verein existiert, wo aber wegen Mangels an Mitteln oder passender leitender Kräfte die politische Organisation nicht ausgebaut ist.

Arbeitervereine, die im Sinne der sozialdemokratischen Prinzipien wirken, zählt die Partei: 68 politische, 446 gewerkschaftliche (auch Ortsgruppen mitgerechnet), 376 Bildungsvereine, 60 Unterstützungsvereine, 29 Turnvereine und andere, im ganzen also 979 Vereine mit 49.117 Mitgliedern.

In der tschechoslavischen Gewerkschaftskommission in Prag sind etwa 22.000 zahlende Mitglieder konzentriert. Die Gewerkschaftskommission erhält zwei Sekretariate, in Pilsen und in Kladno, in anderen größeren Städten hat sie ihre Vertrauensmänner.

Oeffentliche Volksversammlungen und Meetings wurden nach uns zugegangenen Mitteilungen 5624 abgehalten, weiters 4124 Vereinsversammlungen, 3453 § 2-Versammlungen, im ganzen also 13.201. Diese Zahl zeigt, daß die Ereignisse der letzten Zeit die Arbeiterschaft mehr denn je dazu bewogen haben, das Versammlungsrecht und die Möglichkeit zur Meinungsäußerung gründlich auszunützen in der Verteidigung der Rechte des gesamten Proletariats.

Infolge ihrer politischen Tätigkeit wurden 327 Personen gestraft, allerdings alle zu kleineren Arrest- oder Geldstrafen, deren größter Teil auf Rechnung des ungeheuerlichen § 23 des Preßgesetzes fällt.

Die Parteipresse weist auch in diesem Zeitabschnitt einen großen Aufschwung auf. Sie besteht aus folgenden Blättern:

a) politische:

Taglätter:	„Právo Lidu“ (Prag)
	„Dělnické Listy“ (Wien)
dreimal wöchentlich:	„Rovnost“ (Brünn)
	„Svoboda“ (Kladno)
zweimal wöchentlich:	„Nová doba“ (Pilsen)
wöchentlich:	„Zář“ (Prag)
	„Nový jihočeský dělník“ (Budweis)
	„Severočeský posel“ (Teplitz)
	„Hlas lidu“ (Proßnitz)
	„Duch času“ (Mährisch-Ostrau)
vierzehntägig:	„Stráž v Pojizeří“ (Jung-Bunzlau)
	„Naše obrana“ (Příbram)
	„Ženský list“ (Arbeiterinnen-Zeitung, Prag)
monatlich:	„Sborník mládeži“ (Organ der jugendlichen Arbeiter, Prag);

b) die gewerkschaftliche Presse zählte im ganzen 19 Blätter, von denen die Organe der Metallarbeiter („Kovodělník"), der Bergarbeiter („Na zdar!"), der Buchdrucker („Veleslavín") und der Textilarbeiter („Textilnik") wöchentlich erscheinen.

Weiters besitzt die Partei eine Revue („Akademie"), ein antiklerikales Kampfblatt („Cervánky"), ein humoristisches, monatlich erscheinendes Blatt („Ra³ple") und eine belletristische Monatsschrift („Rudé květy"). Das „Tiskové družstvo" (Verlagskonsortium der Partei, verbunden mit dem Blatte „Září") gab vom 1. Juli 1901 bis zum 30. Juni 1903 im ganzen 33 größere Arbeiten und Broschüren in einer Gesamtauflage von 246.600 Exemplaren heraus.

Die Parteifinanzen haben sich in den letzten Jahren bedeutend gebessert durch Einführung der direkten Parteisteuer, die von jedem Parteiangehörigen eingehoben wird und zugleich die Grundlage zur Teilnahme an Entscheidungen in Parteiangelegenheiten bildet. Die Einnahmen der Parteikasse betrugen vom 1. Juli 1901 bis zum 30. Juni 1903 Kr. 15.495 35, die Ausgaben Kr. 14.319 72.

Zum Schlusse unseres Berichtes zum Gesamtparteitage sprechen wir die Hoffnung aus, daß uns die gemeinsame fleißige Arbeit in der nächsten Periode um einen Schritt weiter bringt zu unserem Ziele, uns tschechische Proletarier gemeinsam mit unseren Brüdern anderer Nationen: der Befreiung aus dem wirtschaftlichen und politischen Joch des Kapitalismus.

Karl Vaněk, Parteisekretär.

Bericht der polnischen Exekutive.

Die wirtschaftliche Depression in Galizien, von der wir vor zwei Jahren an dieser Stelle berichteten, dauerte durch diese ganzen zwei Jahre nicht nur an, sondern sie hat sich — wenn das nicht wie ein Superlativ klingt — noch bedeutend gesteigert. Die kümmerlichen Reste des Handels und des Gewerbes, die noch übriggeblieben sind, liegen gänzlich brach. Viele Tausende, ja Hunderttausende von Arbeitern, die keine Arbeit mehr zu Hause finden können, wandern weit von ihrer Heimat, nach Westfalen, nach Nordamerika, nach Brasilien, Argentinien und Mexiko, sogar nach Afrika und Australien aus. Das größte Kontingent der Emigranten nach Nordamerika liefern eben die polnischen und ruthenischen Bauern und Arbeiter aus Galizien.

Die zügellose Wirtschaft der galizischen Schlachta vernichtet nicht nur das gesamte politische und ökonomische Leben im Lande, sie degeneriert die ganze Bevölkerung sowohl physisch wie geistig, sie entvölkert direkt das Land.

Die Landtagswahlen im Jahre 1901 brachten der Schlachta einen glänzenden Sieg. Dieser Sieg wurde aber davongetragen nicht durch den moralischen Einfluß, die Werbekraft der politischen Programme der Schlachta, der Klerikalen und der Reaktionisten, sondern einzig und allein durch das indirekte und mündliche Wahlunrecht. Das haben am besten die Ersatzwahlen für ein Mandat für den Reichsrat aus der städtischen Kurie in Krakau, welche knapp nach den Wahlen für den Landtag durchgeführt wurden, bewiesen. Die reaktionäre Majorität der Landtagswahl verwandelte sich — man könnte sagen in einer Nacht — in eine Minorität bei der betreffenden geheimen Reichsratswahl! Der Stanczykenkandidat unterlag schmählich einem Oppositionellen. Dieser Fall steht nicht abgesondert da. Bei den Gemeindewahlen in Krakau und Lemberg zeigte sich das noch besser. In Krakau feierte im Jahre 1902 Genosse Ignaz Daszynski und in Lemberg im Jahre 1903 Gen. Josef Hudec seinen Einzug in den Gemeinderat!

Das politisch gereifte und klassenbewußte organisierte Proletariat Galiziens versteht aus diesen Tatsachen die richtige Lehre zu ziehen. Der Kampf um das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht für die Gemeinde-, Landtags- und Reichsratswahlen entbrannte nun im Sommer des Jahres 1903 mit erneuerter Kraft und er wird mit unermüdlicher Ausdauer geführt.

Seit einiger Zeit wird in Galizien in der bürgerlichen Presse und in Versammlungen eine rege Agitation für die sogenannte „Industrialisierung" Galiziens geführt. Es werden besondere Institutionen getroffen, eigene Blätter und Vereine gegründet, welche diese Idee propagieren und zur Durchführung bringen sollen. Unsere Partei wünscht selbstverständlich nichts mehr, als daß diese Bestrebungen bald zur Tatsache werden und Galizien sich in ein reiches Industrieland verwandelt. Wir wünschen das im Interesse des Proletariats selbst. Aber wir wissen es ebenso gut, daß, so lange das jetzt bestehende Regime im Lande und im Reiche nicht gebrochen ist, so lange bleibt

auch diese Idee ein leeres Wort, ein Phantom, das keine Aussicht auf Verwirklichung beanspruchen darf.

Ebenso verhält es sich mit einem anderen Hirngespinst, für welches sich einige phantastische Politiker aus dem Lager der polnischen Nationalen, „National-Demokraten", wie sich selbe fälschlich zu nennen belieben, ereifern: Sie verlangen nichts mehr und nichts weniger als die Ausschaltung aus Oesterreich und die Selbständigkeit Galiziens. Die Propaganda für diese Idee findet einen ziemlichen Anklang bei dem jüngeren Teil der städtischen Intelligenz und beim Kleinbürgertum. Der Standpunkt der sozialdemokratischen Arbeiterschaft in dieser Frage ist klar und deutlich; er ist in unserem Programme, unserer bisherigen Taktik und den Beschlüssen des Brünner Gesamtparteitages gegeben. Wir erklären einfach kurz und bündig: Einverstanden, aber . . . vor allem und zuerst muß das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht kommen, zuerst muß die Macht der Schlachta gebrochen werden, muß nationaler Friede im Lande zwischen den Polen und Ruthenen geschlossen werden, dann erst reden wir gerne über andere Zukunftspläne. Zur Charakterisierung dieser „National-Demokraten" sei gesagt, daß ihnen nichts greulicher erscheint als diese Forderungen einer wahren Volksdemokratie! . . .

Wie groß die Rechtsunsicherheit und die Rechtlosigkeit der Landbevölkerung in Galizien gegenüber dem allmächtigen Großgrundbesitzer ist, zeigt uns am deutlichsten folgender Vorfall, welcher im Jahre 1901 sich abspielte. In Manasterzec führte die Bauerngemeinde mit dem Gutsherrn Grafen Krasicki einen langjährigen Streit wegen einer kümmerlichen Viehweide. Dabei kam es einmal vor, daß die bewaffnete Dienerschaft des Grafen, unter Anführung von zwei Gendarmen, die Bauern überfiel. Es kam zum Kampfe — das heißt: die Gendarmen und die mit Jagdgewehren bewaffneten Diener schossen einfach auf die wehrlosen Bauern. Drei Bauern waren tot, viele wurden schwer verwundet. Die Staatsanwaltschaft klagte jedoch nicht die mörderischen Knechte des Grafen, sondern die noch am Leben gebliebenen Bauern an. Das moderne „ius gladii" des gräflichen Großgrundbesitzers fand jedoch kein Verständnis bei den Richtern aus dem Volke und das Schwurgericht sprach die Angeklagten frei.

In Anbetracht solcher Tatsachen, welche besonders in Ostgalizien zur täglichen Erscheinung geworden sind, darf man sich nicht wundern, daß dem unmenschlich geknechteten und bis aufs Mark ausgebeuteten Volke endlich doch die Geduld gerissen war. Schon im Laufe des Sommers im Jahre 1901 fanden hie und da partielle Arbeitseinstellungen der Landarbeiter statt. Den Anfang machten die Bauern in Starzawa, Bezirk Mościska, bei dem Pächter Noel Fuß.

Die Erntezeit des Jahres 1902 wurde für die Latifundienbesitzer in Ostgalizien zu einer wahren Schreckenszeit. Wie ein Lauffeuer verbreitete sich unter den bisher sklavisch untergebenen, lammfrommen und genügsamen Bauern und Gutsknechten „der Geist des Trotzes" und „der Unzufriedenheit". Die Bauern und die Landarbeiter wollten nicht mehr um einen Taglohn von 15 bis 40 kr. täglich roboten, sie griffen zu der modernen Waffe des Klassenkampfes — sie streikten einfach. Die Gutsknechte und das übrige Hofgesinde erklärten sich mit ihren Brüdern aus dem Bauerndorfe solidarisch. Die Geschichte der Agrarstreiks in Galizien im Jahre 1902 ist aus dem Dringlichkeitsantrage, welcher vom Sozialdemokratischen Verbande am 16. Oktober 1902 im österreichischen Abgeordnetenhause eingebracht wurde, und aus den Reden des Abgeordneten Gen. Ignaz Daszynski, welche er zu diesem Antrage am 28. und 30. Oktober 1902 hielt, genügend bekannt. In mehr als 500 Gemeinden, in 24 Bezirken, brachen die Streiks aus. Sämtliche Behörden, die staatlichen sowohl wie die autonomen, Staatsanwalt und Richter, Gendarmerie, Polizei und Militär — Infanterie und ungarische Husaren — der niedrige und der hohe, der katholische und der jüdische Klerus, die gesamte konservative und die polnische national-chauvinistische Presse, mit einem Worte alles, was nicht proletarisch ist, wurde gegen die „Rebellanten" mobilisiert. Viele Hunderte von Bauern, Männer und Weiber, wurden in Ketten geschlagen, lange Wochen (meist fünf bis sieben Wochen lang) in Untersuchungshaft gehalten, um dann meist wegen, in Oesterreich gewöhnlicher, Uebertretungen des Koalitions- oder des Versammlungsgesetzes zu Arreststrafen von drei bis sechs Tagen verurteilt zu werden. Schließlich siegte doch die wunderbare Zähigkeit und Solidarität der Streikenden. Die riesige Verbreitung der Ausstände und der absolute Mangel an fremden Arbeitskräften war ihnen dabei behilflich. Sie erlangten fast überall eine kleine Lohnaufbesserung.

Den rein ökonomischen Kampf der armen, hungernden polnischen und ruthenischen Landarbeiter wollten die ruthenischen Chauvinisten als einen Kampf um „ihre" nationalen Rechte ausposaunen; andererseits strengten sich die ihnen ebenbürtigen polnischen Demagogen an, den Massenausstand in ein Komplott gegen das Polentum in Ostgalizien umzulügen. Daß ihnen das gründlich mißlungen ist, ist ein großes Verdienst unserer Partei.

Der Kampf mit der übermütigen Soldateska und dem berüchtigten Korpskommandanten General Galgoczy, welchen unsere Genossen in Przemysl begonnen haben und in den bald auch die Redaktion „Naprzod" und noch einige oppositionelle Redakteure verwickelt wurden, endete mit einem vollständigen Siege der Partei. Zwar wurde unser Genosse Witold Reger als Soldat von dem Landwehr-Garnisonsgerichte in Przemysl zu einer sechsmonatlichen strengen Haft, verschärft mit zwei Monaten Einzelarrest mit hartem Lager und mit einem Fasttage in jeder Woche verurteilt, aber der große, vier Wochen dauernde Prozeß vor dem Schwurgerichte in Lemberg und mehrere Prozesse in Krakau, Lemberg und Przemysl endeten mit Freisprüchen der Angeklagten. In einem solchen Preßprozeß gegen den Redakteur des „Naprzod" Gen. Dr. Sigismund Marek versuchte der Krakauer Staatsanwalt dem Schwurgerichtssaale auf diese Weise zu entwischen, daß er bloß eine Anklage wegen Hilfeleistung der Soldaten zur Begehung des Verbrechens der Meuterei erhob und den Redakteur vor den gewöhnlichen Gerichtshof zitieren wollte. Das Oberlandesgericht in Krakau akzeptierte diese Anschauung der Staatsanwaltschaft, indem es die Anklageschrift bezüglich der Kompetenzfrage bestätigte. Der Gerichtshof erklärte sich jedoch nach durchgeführter Verhandlung als nicht zuständig. Die Staatsanwaltschaft reichte die Nichtigkeitsbeschwerde ein. Der Oberste Gerichtshof verwarf jedoch die Beschwerde, ohne eine öffentliche Sitzung anzuberaumen. Nachdem auf diese Weise der hinterlistige Plan der Krakauer Staatsanwaltschaft ins Wasser gefallen war, zog sie die ganze Anklage einfach zurück ....

Das von der Parteiexekutive in Krakau herausgegebene Parteiorgan „Naprzod" erscheint nun das vierte Jahr täglich, trotz allen Hindernissen und Verfolgungen. Um zu beweisen, wie weit der Verfolgungswahn des Krakauer Staatsanwaltes zu gehen vermag, genügt, wenn wir folgende Tatsachen anführen: in der Periode vom April 1900, als das Blatt täglich zu erscheinen begonnen hat, bis zum 30. Juni 1901 wurde es 113mal und in der Zeit vom 1. Juli 1901 bis zum 30. Juni 1903 genau 100mal konfisziert. Im Zeitpunkte, als dieser Bericht niedergeschrieben wird, zählt der „Naprzod" schon die 234. Konfiskation seit seiner Gründung als Tagblatt, das heißt seit 3½ Jahren! Das ist unstreitig der höchste bis jetzt errungene Rekord ... Aber noch einige charakteristische Proben für die Krakauer Zustände. Einmal bezeichnete es der Krakauer Staatsanwalt als „offene Frage", ob die Administration des Blattes berechtigt sei, eine nichtkonfiszierte Nummer an die Tür anpicken zu lassen; er klagte und errang eine Verurteilung des verantwortlichen Administrators wegen § 23 des Preßgesetzes. Das anderemal betrachtete er wieder als „offene Frage", ob die Redaktion berechtigt sei, in ihren Lokalitäten einzelne Nummern zu verkaufen. Diesmal wurde er mit der Klage abgewiesen. Das drittemal erreichte er eine Verurteilung des Redakteurs wegen § 21 des Preßgesetzes deshalb, weil eine amtliche Berichtigung eines Telegramms unter den Tagesneuigkeiten eingeschaltet wurde u. s. w. u. s. w. Schier unendlich ist die Reihe der staatsanwaltschaftlichen Einfälle des Herrn Dolinski. Wir könnten auch diesmal wiederholen: Die einzige Sorge des Krakauer Staatsanwaltes des Herrn Dolinski scheint es zu sein, den „Naprzod" zu vernichten. Leider findet er reichliche Unterstützung bei dem Gerichtshofe, welcher alle seine Konfiskationen gutheißt und bestätigt. Unter anderem wurde auch unser neues Wiener Parteiprogramm und eine Rede des Gen. Karl Kautsky, die er am Wiener Parteitage hielt, im „Naprzod" konfisziert.

Außer dem Tagblatte „Naprzod" erscheint noch in Krakau alle 14 Tage ein Bauernblatt „Prawo Ludu", welches in 1200 Exemplaren gedruckt wird und eine sehr große Verbreitung unter der Landbevölkerung findet. „Prawo Ludu" wurde in der Berichtsperiode siebenmal konfisziert.

Die populär-wissenschaftliche Monatsschrift „Latarnia" erscheint nun seit einem Jahre, nachdem sie früher vom Dolinski „eingestellt" wurde, regelmäßig. Jede Nummer hat eine Auflage von zehntausend Exemplaren und es mußte von einigen Nummern bereits eine zweite Auflage verfertigt werden. Rund gingen schon mindestens 300.000 dieser kleinen roten Büchel, die einen Untertitel „Sozialistische Missionen für das arbeitende Volk" führen und zu 6 H. per Exemplar verkauft werden, ins Land, überall Licht und Aufklärung verbreitend.

Der „Arbeiter-Kalender", welcher bereits das elfte Jahr erscheint, erreichte eine Auflage von 4000 Exemplaren. Alle wichtigeren Parlamentsreden des Abgeordneten Gen. Daszynski wurden ins Polnische übersetzt und in vielen Tausenden verbreitet.

Die gewerkschaftliche und politische Organisation des polnischen Proletariats in Galizien und Schlesien hat viele und große Schwierigkeiten — von denen die größten der Mangel jeder Industrie in Galizien, die Armut, das niedrige kulturelle Niveau und die geistige Verkommenheit der Volksmassen sind — täglich zu besiegen. Trotzdem schreiten wir langsam, aber stetig vorwärts und die Partei-

Im Legitimationsausschusse wurde von Daszynski ein heftiger, aber natürlich erfolgloser Kampf gegen die diversen Wahlschwindeleien geführt.

Im Steuerausschusse bekämpfte Gen. Hybes die Einführung der Fahrkartensteuer zuerst durch den Antrag auf Uebergang zur Tagesordnung über die Vorlage und beantragte hierauf die Beschaffung der nötigen Summen einesteils durch Erhöhung der Personaleinkommensteuer bei 20.000 Kr. übersteigendem Einkommen und eine höhere Progression als die gegenwärtige bei noch größerem Einkommen und zweitens durch Einführung eines Gebührenäquivalentgesetzes von zu Fideikommissen gehörenden Vermögen.

Nachdem seine Anträge vom Steuerausschusse niedergestimmt wurden, beantragte er die Einschränkung der Fahrkartensteuer auf die erste und zweite Wagenklasse und deren Erhöhung, damit sie den verlangten Ertrag liefert, auf 50 Prozent der Fahrkartenpreise. Und nachdem auch dieser Antrag abgelehnt wurde, meldete er ihn als Minoritätsvotum an.

Auch machte Hybes alle Anstrengungen bei Behandlung des Gesetzes über die Begünstigungen für Gebäude mit gesunden und billigen Arbeiterwohnungen dahingehend, daß in das Gesetz, da es auch für Fabrikswohnungen gelten soll, die Bestimmung aufgenommen werde, daß für die Räumung dieser Wohnungen nur die in dem betreffenden Bezirke bei bürgerlichen Wohnungen übliche Kündigungsfrist maßgebend sein müsse. Im Anfange schien es, als sollte der Antrag durchgehen. Da kamen aber die bürgerlichen Abgeordneten durch den deutschvolklichen Abgeordneten Hanisch darauf, daß bei Streiks die Fabrikanten die Streikenden mit der Delogierung nicht einschüchtern könnten, und lehnten den Antrag ab. Im Hause gelangte dann ein Mittelantrag zur Annahme, der eine achttägige Kündigungsfrist festsetzte.

Auch die von Hybes beantragte Streichung der Bestimmung, daß derartige Fabrikswohnungen den Arbeitern auch gegen eine im Arbeitsvertrage nicht ziffermäßig festgesetzte Anrechnung auf den Lohn überlassen werden können, wurde abgelehnt.

Im Notstandsausschusse beantragte Gen. Hybes im Frühjahre, da die armen Häusler sich überall über ungerechte Verteilung der Unterstützungsgelder beschweren, daß dem Ausschusse aus den unterstützten Gemeinden schriftliche Berichte über die Verteilung des Geldes eingesendet werden sollen. Kein einziger der bürgerlichen Abgeordneten stimmte dafür, da, wie sie erklärten, die Ortsverwaltungen als autonome Behörden berechtigt sein müssen, die Verteilung der Gelder nach ihren Ansichten vorzunehmen.

Im Gewerbeausschusse setzte Gen. Hannich bei Beratung des Trunkenheitsgesetzes die Aufnahme des Antrages durch, daß bei einer ersten Verurteilung bloß ein richterlicher Verweis erfolgen könne, womit ein neues, sehr wesentliches Prinzip in die österreichische Rechtspraxis eingeführt erscheint.

Im sozialpolitischen Ausschusse hat Gen. Elderfch die Interessen der Handlungsgehilfen bei Beratung der Aenderung des Sonntagsruhegesetzes und des Gesetzes betreffend die Alters- und Invaliditätsversicherung, die Witwen- und Waisenversorgung der Privatbeamten gegen den Ansturm der Abgeordneten von Krämers Gnaden zu verteidigen gehabt. Wenn auch im Ausschusse die Anträge unseres Genossen auf Einführung der vollständigen Sonntagsruhe im Handelsgewerbe und auf Abschaffung der überflüssigen Komptoirarbeit am Sonntag niedergestimmt wurden, so konnten doch wesentliche Verbesserungen der Regierungsvorlage durchgesetzt werden, weil einzelne bürgerliche Abgeordnete aus Angst vor dem Abfall ihrer Anhänger unter den Handlungsgehilfen ihnen zustimmten. Dieser Erfolg wurde aber durch die gehilfenfeindliche Majorität des Abgeordnetenhauses, welche an der beispiellosen Unanständigkeit des Vizepräsidenten Kaiser einen eifrigen Helfershelfer fand, zum großen Teile wieder zunichte gemacht. Den sozialdemokratischen Handlungsgehilfen wird der Verrat der bürgerlichen Parteien Gelegenheit bieten, mit der gegnerischen Gehilfenorganisation gründlich aufzuräumen. Ihre Parabegehilfen, allen voran die der deutschen Volkspartei, die im Abgeordnetenhause für die Anträge der Sozialdemokraten eintreten, während ihre Klubkollegen sie brutal niederstimmen, werden ihre lächerliche Rolle bald ausgespielt haben.

Das Pensionsgesetz für die Privatbeamten befindet sich noch im Stadium der Ausschußberatung, doch sind seine wichtigsten Bestimmungen bereits durch Abstimmung erledigt. Das Gesetz ist wie jede sozialpolitische Maßnahme in Oesterreich ein elendes Flickwerk. Es fehlt der Staatszuschuß, eine zweckmäßige Organisation und vor allem hat das Gesetz den Kardinalfehler, daß es für die Privatbeamten, deren Interessen im Rahmen eines allgemeinen Versicherungsgesetzes weit besser gewahrt wurden, ein eigenes Institut schafft. Immerhin mußten wir uns trotz aller prinzipiellen Einsprüche an der Beratung dieses Gesetzes beteiligen und es ist dem unaufhörlichen Drängen des Gen. Elderfch gelungen, das Geltungsgebiet dieses Gesetzes auch auf

Vereinsversammlungen in Vereinslokalen abzuhalten. Auf diese Art wurden ganze Bezirke, wie Zbaraz, Przemysl, Buczacz, Czortkow, Stanislau, mit einem Netz sozialdemokratischer Agitationsnester übersäet und das Resultat war manchmal überraschend: so hat sich die ganze Bauernschaft des Bezirkes Zbaraz (über 50.000 Einwohner) in mehreren öffentlichen Versammlungen nach einer sehr regen und gründlichen Debatte für die Sozialdemokratie erklärt und trotz einer lebhaften Agitation der Nationalpartei gegen dieselbe.

Im Vordergrund der Parteitätigkeit stand die große Streikbewegung der ruthenischen Landarbeiter im Sommer 1902. Wenn auch der Ausbruch dieser großartigen Bewegung (es standen im Streik über 200 Ortschaften und mehrere Hunderttausende Arbeiter in einer Landesfläche von über 100 Quadratkilometern) für die Partei ganz unerwartet kam, strengte sie doch alle ihre Kräfte an, um der elementaren Bewegung, die allein durch schändliche Hungerlöhne (24 bis 80 H. Tageslohn in Geld oder Korn) hervorgerufen wurde, die Form und den Charakter einer modernen Streikbewegung zu geben. Eine vom Genossen Wityk verfaßte Broschüre: „Wie soll man vorgehen in der Zeit des Streiks?", verbreitet in wenigen Tagen im ganzen Streikgebiet, belehrte die Streikenden über alle Rechtsfragen, die auf den Streik Beziehung haben könnten, und hatte den Erfolg, daß die Streikbewegung mit sehr wenigen Ausnahmen überall mit Ernst und Ruhe vor sich ging. Unsere Genossen haben es zustande gebracht, daß überall von den Streikenden Streikcomités gewählt wurden, welchen die Streikenden mit bewunderungswürdiger Selbstverleugnung auch in schwierigsten Momenten (nach galizischer Rechtsanschauung der Schlachzizen und Verwaltungsbehörden wurden ja die Streikenden von Gendarmerie und Militär durch Gewalt zur Arbeit zu zwingen versucht — es ereigneten sich viele Provokationen mit Schießerei und Blutvergießen) mit größter Disziplin folgten. Es war meistens nur dem Eingreifen unserer Genossen zuzuschreiben, daß mit wenigen Ausnahmen fast alle Streiks für die Landarbeiter siegreich beendet wurden.

Der Armee des internationalen Proletariats auch organisierte Landarbeiter des flachen Landes anzugliedern, ist sicher eine schwere, aber zivilisatorische Aufgabe: sie zu erfüllen trachtete die ruthenische Sozialdemokratie bei ihren schwachen Kräften recht erfolgreich. Das Parteiblatt weist einen ständigen Zuwachs an Abonnenten aus — mehrere Agitationsbroschüren wurden in Zeitabständen von zwei bis drei Monaten herausgegeben und verbreitet. Am 21. und 22. März l. J. wurde der erste Parteitag der ruthenischen Sozialdemokratie in Lemberg abgehalten. Beschickt wurde er von 36 Delegierten aus verschiedenen Bezirken Ostgaliziens. In regen Beziehungen mit der ruthenisch-ukrainischen Sozialdemokratie im russischen Reiche hat unsere Partei derselben auch tätigen Beistand geleistet bei Büchertransporten über die russische Grenze, wobei leider unsere Verwaltungsbehörden eine zweideutige Rolle gespielt und es sogar den russischen Polizeiorganen ermöglicht haben, auf unserem Gebiete zu intervenieren. Eine Demonstration in Przemysl zur Zeit des Zarenbesuches war ein äußerer Ausdruck des intimen Verhältnisses zu unserer Bruderpartei in Rußland und der Sympathie für ihr Tun und Lassen.

Bericht der italienischen Exekutive in Triest.

Die italienischen Sozialdemokraten Oesterreichs mußten sich auch während der letzten zwei Jahre hauptsächlich — ja beinahe ausschließlich — damit befassen, die Arbeiterschaft gewerkschaftlich zu organisieren und somit der künftigen politischen Tätigkeit des Proletariats einen fruchtbaren Boden zu bereiten. An aktiver politischer Tätigkeit hat die italienische Partei nicht viel zu verzeichnen, obwohl sie nach Maßgabe der eigenen Kräfte es nie unterlassen hat, in allen von der Gesamtpartei aufgeworfenen Fragen auch ihre Stimme zu erheben.

Im Verzeichnis der politischen Aktionen der Partei ist der von der Partei proklamierte Generalstreik in Triest hervorzuheben, der als ein politischer Streik anzusehen ist, weil er das ganze Proletariat unserer Hafenstadt zu einer bewunderungswürdigen solidarischen Bewegung gegen ein 150 Jahre altes Gesetz über den Seedienst und gegen den Mißbrauch der Marinesoldaten zu Streikbrecherdiensten vereinigt hatte. Der Generalstreik endete mit einem glänzenden Siege, kostete aber der Arbeiterklasse 12 Menschenleben, unzählige Verwundungen und Jahre Kerkers, mehrere Hunderte Ausweisungen. Den von allen vernachlässigten und vergessenen Arbeitern des Seeverkehres war aber endlich ein bißchen Freiheit und die Möglichkeit der Organisation erkämpft worden,

Im Legitimationsausschusse wurde von Daszynski ein heftiger, aber natürlich erfolgloser Kampf gegen die diversen Wahlschwindeleien geführt.

Im Steuerausschusse bekämpfte Gen. Hybeš die Einführung der Fahrkartensteuer zuerst durch den Antrag auf Uebergang zur Tagesordnung über die Vorlage und beantragte hierauf die Beschaffung der nötigen Summen einesteils durch Erhöhung der Personaleinkommensteuer bei 20.000 Kr. übersteigendem Einkommen und eine höhere Progression als die gegenwärtige bei noch größerem Einkommen und zweitens durch Einführung eines Gebührenäquivalentgesetzes von zu Fideikommissen gehörenden Vermögen.

Nachdem seine Anträge vom Steuerausschusse niedergestimmt wurden, beantragte er die Einschränkung der Fahrkartensteuer auf die erste und zweite Wagenklasse und deren Erhöhung, damit sie den verlangten Ertrag liefert, auf 50 Prozent der Fahrkartenpreise. Und nachdem auch dieser Antrag abgelehnt wurde, meldete er ihn als Minoritätsvotum an.

Auch machte Hybeš alle Anstrengungen bei Behandlung des Gesetzes über die Begünstigungen für Gebäude mit gesunden und billigen Arbeiterwohnungen dahingehend, daß in das Gesetz, da es auch für Fabrikswohnungen gelten soll, die Bestimmung aufgenommen werde, daß für die Räumung dieser Wohnungen nur die in dem betreffenden Bezirke bei bürgerlichen Wohnungen übliche Kündigungsfrist maßgebend sein müsse. Im Anfange schien es, als sollte der Antrag durchgehen. Da kamen aber die bürgerlichen Abgeordneten durch den deutschvolklichen Abgeordneten Hanisch darauf, daß bei Streiks die Fabrikanten die Streikenden mit der Delogierung nicht einschüchtern könnten, und lehnten den Antrag ab. Im Hause gelangte dann ein Mittelantrag zur Annahme, der eine achttägige Kündigungsfrist festsetzte.

Auch die von Hybeš beantragte Streichung der Bestimmung, daß derartige Fabrikswohnungen den Arbeitern auch gegen eine im Arbeitsvertrage nicht ziffermäßig festgesetzte Anrechnung auf den Lohn überlassen werden können, wurde abgelehnt.

Im Notstandsausschusse beantragte Gen. Hybeš im Frühjahre, da die armen Häusler sich überall über ungerechte Verteilung der Unterstützungsgelder beschweren, daß dem Ausschusse aus den unterstützten Gemeinden schriftliche Berichte über die Verteilung des Geldes eingesendet werden sollen. Kein einziger der bürgerlichen Abgeordneten stimmte dafür, da, wie sie erklärten, die Ortsverwaltungen als autonome Behörden berechtigt sein müssen, die Verteilung der Gelder nach ihren Ansichten vorzunehmen.

Im Gewerbeausschusse setzte Gen. Hannich bei Beratung des Trunkenheitsgesetzes die Aufnahme des Antrages durch, daß bei einer ersten Verurteilung bloß ein richterlicher Verweis erfolgen könne, womit ein neues, sehr wesentliches Prinzip in die österreichische Rechtspraxis eingeführt erscheint.

Im sozialpolitischen Ausschusse hat Gen. Elderšch die Interessen der Handlungsgehilfen bei Beratung der Aenderung des Sonntagsruhegesetzes und des Gesetzes betreffend die Alters- und Invaliditätsversicherung, die Witwen- und Waisenversorgung der Privatbeamten gegen den Ansturm der Abgeordneten von Krämers Gnaden zu verteidigen gehabt. Wenn auch im Ausschusse die Anträge unseres Genossen auf Einführung der vollständigen Sonntagsruhe im Handelsgewerbe und auf Abschaffung der überflüssigen Komptoirarbeit am Sonntag niedergestimmt wurden, so konnten doch wesentliche Verbesserungen der Regierungsvorlage durchgesetzt werden, weil einzelne bürgerliche Abgeordnete aus Angst vor dem Abfall ihrer Anhänger unter den Handlungsgehilfen ihnen zustimmten. Dieser Erfolg wurde aber durch die gehilfenfeindliche Majorität des Abgeordnetenhauses, welche an der beispiellosen Unanständigkeit des Vizepräsidenten Kaiser einen eifrigen Helfershelfer fand, zum großen Teile wieder zunichte gemacht. Den sozialdemokratischen Handlungsgehilfen wird der Verrat der bürgerlichen Parteien Gelegenheit bieten, mit der gegnerischen Gehilfenorganisation gründlich aufzuräumen. Ihre Paradegehilfen, allen voran die der deutschen Volkspartei, die im Abgeordnetenhause für die Anträge der Sozialdemokraten eintreten, während ihre Klubkollegen sie brutal niederstimmen, werden ihre lächerliche Rolle bald ausgespielt haben.

Das Pensionsgesetz für die Privatbeamten befindet sich noch im Stadium der Ausschußberatung, doch sind seine wichtigsten Bestimmungen bereits durch Abstimmung erledigt. Das Gesetz ist wie jede sozialpolitische Maßnahme in Oesterreich ein elendes Flickwerk. Es fehlt der Staatszuschuß, eine zweckmäßige Organisation und vor allem hat das Gesetz den Kardinalfehler, daß es für die Privatbeamten, deren Interessen im Rahmen eines allgemeinen Versicherungsgesetzes weit besser gewahrt wurden, ein eigenes Institut schafft. Immerhin mußten wir uns trotz aller prinzipiellen Einsprüche an der Beratung dieses Gesetzes beteiligen und es ist dem unaufhörlichen Drängen des Gen. Elderšch gelungen, das Geltungsgebiet dieses Gesetzes auch

Bericht der italienischen Exekutive des Trentino.

(Für die Zeit vom November 1901 bis Oktober 1903.)

Die soziale und wirtschaftliche Lage: Die ökonomische Lage unseres Landes ist eine sehr schlechte und hat sich in den letzten zwei Jahren nicht gebessert; die Art der Erzeugung, die Verteilung der diversen Klassen und alle anderen dadurch hervorgerufenen politischen und sozialen Phänomene gleichen jenen, welche vor einem halben Jahrhundert vorgekommen sind in jenen Ländern, welche heute zu den modernen zählen.

Die Bearbeitung des Bodens: Zwei Drittel unserer Bevölkerung (nämlich 240.000 Personen) betreiben Ackerbau; es handelt sich meistens um Kleingrundbesitzer und kleinen Anbau.

Die Auswanderung: Der größte Teil der in der Statistik erscheinenden Klein-Landwirtschaftsbesitzer ist dies nur dem Namen nach, nicht nur, weil ihre Schulden den Eigentumswert übersteigen, sondern auch deshalb, weil sie tatsächlich die Bearbeitung der Felder fast ausschließlich den Frauen überlassen und, um den ungenügenden landwirtschaftlichen Verdienst zu erhöhen, für Monate und Jahre auswandern und als Taglöhner, Maurer und Handlanger teils in deutscher Gegend und teils in Amerika Beschäftigung suchen. Die Zahl der Trentiner zeitweiligen Auswanderer, welche jährlich gehen und kommen, läßt sich auf zirka 40.000 bis 50.000 schätzen. In den letzten Jahren haben dieselben durch die sozialistische Propaganda den Wert der Organisation kennen gelernt und werden nicht mehr so leicht zum Schaden ihrer Brüder in den Ländern, wohin sie sich begeben, zu Streikbrechern.

Die Industrie: Kaum 60.000 Personen (6 Prozent der gesamten Bevölkerung) leben von der Industrie. Von diesen sind fast ein Drittel Besitzer (natürlich nur dem Namen nach) ihres kleinen Betriebes. Auch von jenen, welche der Statistik zufolge als das Proletariat der Industrie gelten sollten, ist kaum bei den Arbeitern in den Städten und größeren Zentren der Arbeitertypus ausgeprägt.

Die Parteien Südtirols: In Trentino gibt es außer der sozialen Partei noch zwei andere: die liberale und die klerikale Partei. Die wenigen Feudalen und die Regierungsfreundlichen sind überall mit der klerikalen Partei verschmolzen und nehmen an den Wahlkämpfen überhaupt keinen Anteil mehr. Es fehlen bei uns die sogenannten verwandtschaftlichen Parteien, wie in Italien die Republikaner, Radikalen, Anarchisten, die äußerlich anscheinend demokratische Oppositionspartei der Kleinbürger, ähnlich den Christlich-Sozialen im nahen Tirol.

Unserer Partei muß durch das Fehlen jedwelcher Reformpartei einen nicht geringen Teil ihrer Tätigkeit einfachen progressiven Kämpfen, welche anderenorts schon durchgekämpft oder von der weiter vorgeschrittenen Volkspartei gekämpft werden, widmen.

Die klerikale Partei: Wenigstens drei Viertel der 539 Pfarreien des Trentino sind zu organisierten Zentren der klerikalen Partei vereint, für welche Pfarrer, Kapläne, Mesner und alle diejenigen, welche unter dem klerikalen Einflusse stehen, sei es wegen materieller Stütze oder religiösen Fanatismus, eifrig agitieren. Seit sieben Jahren, nach dem Auftreten des Sozialismus, ist es Hauptaufgabe aller dieser Leute, denselben zu bekämpfen, überdies nimmt die Intoleranz auch gegen die Prinzipe und die liberalen Personen oder jene, welche sich einfach nicht in allem dem geistlichen Regime unterwerfen wollen, stetig zu. Mit diesen Prinzipien klerikalen Exklusivismus versucht man die kleinen Gemeinden zu beherrschen und zu isolieren und mit weit gefährlicheren Mitteln in den Städten. Um diese Zwecke zu erreichen und um sich einen sozialen Anstrich zu geben, griff die klerikale Partei in den letzten Jahren zu der Errichtung einiger hundert Konsumvereine und Raiffeisen-Kassen (landwirtschaftliche Kassen) 2c.

Viele dieser mehr vom parteiischen Standpunkte aus als auf Grund einer gesunden ökonomischen Richtschnur geleiteten Einrichtungen stehen am Rande des Ruins, was nunmehr auch zu einem allgemeinen Gefühl des Mißtrauens gegenüber den schwarzen Politikern führt.

Unsere Tätigkeit: Die vorerwähnten Verhältnisse vorausgesetzt, konnte kein großer Zweifel in der Wahl unserer Taktik herrschen, welche auf dem letzten ordentlichen Kongresse in Trient vom 8. Dezember 1902 mit Einhelligkeit, fast ohne Besprechung gebilligt wurde und mit dem in allen unseren vorhergehenden Kongressen angenommenen Programme übereinstimmt. Die Hauptlinien hiervon sind:

Einflößen der Kenntnis des sozialen Programms den industriellen Arbeitern der Städte, wie klein deren Anzahl auch sein mag, sie ökonomisch zur Erreichung höherer Löhne und besserer Arbeitszeit zu organisieren; so viel wie möglich wäre dieselbe Arbeit auch mit unseren Auswanderern und den Reichsangehörigen, insbesondere aber mit jenen, welche sich in das nahe Tirol begeben, vorzunehmen.

Ausdehnung unserer Tätigkeit in der Propaganda und Organisierung, soweit diese mit der den Arbeitern zu widmenden Tätigkeit tunlich erscheint, auf alle politischen und ökonomischen Klassen (kleine Bauern, Handwerker und Lehrer ꝛc.), welche außerhalb der zwei Hauptstädte die Majorität der Anhänger der sozialen Partei bilden.

Der Autonomiestreit und die sozialdemokratische Partei: Nachdem die Erfahrung gelehrt hat, daß bei der Ungleichheit der Verhältnisse zwischen dem italienischen und dem deutschen Teil keine Hilfe, vielmehr Schwierigkeiten für diese ökonomische Umwälzung des Trentino zu erwarten ist, kämpften wir für die Autonomie des Trentino. Im verflossenen Juli erklärte sich die große Mehrzahl von uns für die Annahme eines Vergleichprojekts, welches einem Kampfe, welcher nun seit 50 Jahren in Trentino andauert und die Zuwendung der Tätigkeit dem öffentlichen Leben für andere Lebensinteressen verhindert, ein Ende setzen sollte, da dieses den hauptsächlichsten ökonomischen Anforderungen entsprach und die Autonomie wünschenswert erscheinen ließ, nur wäre damit die Lösung auf nationalem Gebiete wegen des Fassatales weniger zufriedenstellend gewesen.

Nachdem jedoch die Autonomie ohne das allgemeine Wahlrecht nur von einer Seite vor Ausnützung schützen würde, und da keine andere Partei des Trentino ein Programm besitzt, welches diese Reform aufrichtig aufnimmt, und da in dem Kampfe der zwei Bürgerschaften nur der Rassenhaß und das Vorurteil vermischt werden, wurde auf dem Dezember-Kongresse beschlossen, daß unsere Partei nicht mit den anderen am Kampfe um die Autonomie teilnehme, sondern von nun an ihre Hauptkräfte ihrem wirklichen Zwecke, der Erziehung und Emanzipierung des Arbeitervolkes, weihe.

Die mündliche Propaganda: Die Verbreitung des Sozialismus ist bei uns durch die Zerstreuung der Bevölkerung in vielen kleinen Ortschaften und infolge Mangels an Rednern sehr erschwert. Bisher sind diese aus den wenigen Genossen, welche schon während ihrer Universitätsstudien Sozialisten wurden, hervorgegangen. Um gute Redner unter den sozialistischen Arbeitern heranzubilden, sind Instruktionskurse in den größeren Plätzen in Aussicht genommen. Bisher wurde ein solcher Kurs im verflossenen Frühjahre in Trient mit 18 Lektionen über das Werk der Verbreitung der sozialen Theorien abgehalten, der ziemlich gut besucht war.

In diesen zwei Jahren konnten wir nur in allen sechs Städten und in anderen 34 Gemeinden sozialistische Besprechungen und Versammlungen abhalten, während wir schon in der letzten Wahlkampagne zirka 60 sozialistische Stimmen zu verzeichnen hatten und leicht noch auf 100 kommen und mit Erfolg unsere Propaganda kultivieren könnten.

Ohne die Vereinsversammlungen der verschiedenen Gewerkschaften, wovon wir keine Statistik besitzen, zu berücksichtigen, wurden vom Oktober 1901 bis Mitte Oktober 1903 durch die Mitwirkung sozialistischer Redner 135 öffentliche Versammlungen im Trentino abgehalten. Zur Verbreitung des sozialistischen Programms wurden 28, für die Wahlpropaganda 75, für die Organisation und ökonomische Agitation 18, für die Agitation gegen die Militärgesetze 15, für das allgemeine Wahlrecht 13, gegen die Zölle und Konsumsteuern 10, für die Autonomie und Landesangelegenheiten 5, gegen die Beschäftigungslosigkeit und Wohnungsnot der Arbeiter und andere Lokalangelegenheiten 6, für den 1. Mai 11, für Frauen 4 Versammlungen abgehalten. Um das soziale Gefühl der Arbeiter aufrecht zu erhalten und um unsere Ideen auch auf dem Lande auszustreuen, gaben die von Trient nach Rovereto und Riva an neun aufeinanderfolgenden Sonntagen veranstalteten Ausflüge gute Veranlassung.

Sozialistische Kundgebungen: Außer den organisierten Festzügen gelegentlich des 1. Mai fand ein solcher, um gegen die Allianz der Klerikalen mit den Liberalen in den letzten Landtagswahlen zu protestieren, je einer in Trient und Rovereto aus Solidarität mit den Genossen Triests gelegentlich des allgemeinen Ausstandes statt.

Propaganda durch die Presse: Unser Tagblatt „Il Popolo“ vollendet im künftigen Frühjahre das vierte Jahr seines Bestehens. Den Hereinbruch unvorhergesehener Stürme ausgenommen, ist dessen Existenz nunmehr gesichert, nachdem dessen Bilanz bereits im Vorjahre aktiv war, und bleibt nur noch ein Defizit von einigen tausend Kronen aus den ersten zwei Lebensjahren zu decken, und glauben wir dies in den nächsten Jahren bei vorausgesetztem günstigen Fortgange bewerkstelligen zu können. Zum Glück ist es dem „Il Popolo“ durch das Interesse, welches seine tapfere Kritik gegen jede Camorra erweckt, und seine technische Ueberlegenheit gegenüber anderen Blättern des Landes gelungen, Abonnenten und Leser selbst unter seinen ärgsten Gegnern zu finden. Seine Auflage bewegt sich zwischen 2000 bis 3000 Nummern täglich und übersteigt weitaus alle anderen Blätter des Trentino. Um die Arbeiter mit einem Wochenorgan zu versehen, welches sich ausschließlich der kleinen Propaganda und den Organisierungsverhältnissen zu widmen hätte, wurde im Frühjahre 1902 von unserem Exekutivcomité der „Batocio“ gegründet, welcher nach Einführung als obligatorisches

Personalorgan für die Arbeiterorganisation bald eine Wochenauflage von 1500 Nummern erreichte. Leider hat sich jetzt diese Auflage nicht nur viel verringert, sondern hat nach dem im verflossenen April erfolgten Ausscheiden seines Direktors und verantwortlichen Redakteurs aus der Organisation unserer Partei auch aufgehört, unser Parteiblatt zu sein und verweigerte der Genannte über Aufforderung sogar die Vorlage der Bilanz an das Exekutivcomité der Partei. Der „Batocio" ist heute Organ des Trentiner Arbeitersekretariats. Am 1. Mai 1902 und 1903 wurde eine Einzelnummer „Der erste Mai" mit 4000 Exemplaren ausgegeben. Für das Jahr 1902 wurde ein sozialistischer Taschenalmanach ausgegeben. Im Herbste 1902 wurde ein Werk des Dr. Colmano betreffend die Arbeiter-Invaliditätsversorgung veröffentlicht. Außer unseren Blättern sind einige sozialistische Wochenblätter Italiens ziemlich verbreitet, insbesondere das satirische, illustrierte Blatt „Il Asino" mit zirka 600 Abonnenten. Um die vielen guten Propagandawerke des Reiches zu verbreiten, wurde vom Exekutivcomité kürzlich die Errichtung eines Bücher- und sozialistischen Zeitschriftenverlages beschlossen, welcher jedoch noch nicht ins Werk gesetzt werden konnte. Dagegen wurde mit der Verwirklichung des Projekts auf Errichtung einer Parteibibliothek, geteilt in Serien zu je 60 Bänden, begonnen, von welchen je eine Serie einer Lokalsektion geschickt und mit einer neuen wieder vertauscht wird, sobald die Genossen dieselbe gelesen haben.

Die politische Organisation unserer Partei und die finanziellen Mittel wurden auf dem Februar-Kongreß 1900 beschlossen und auf jenem vom 8. bis 9. Dezember 1902 bestätigt. Der Beitrag der Genossen beträgt 10 H. für die Trientiner Parteikasse und 10 H. für die Lokalverwaltung.

Das Exekutivcomité setzt sich aus 9 Mitgliedern zusammen; bis zum Oktober 1902 funktionierte selbes sehr unregelmäßig und mit wenigen Sitzungen, von dort an fanden aber regelmäßige Wochen-Sitzungen mit befriedigender Teilnahme und regulärer Tätigkeit statt.

Gelegentlich der Wahlagitation wurde in Orten, wo die Partei zahlreicher vertreten ist, die Organisation in jeder Werkstätte und Straße vorgenommen.

Den finanziellen Bedürfnissen der Partei wurde bisher mehr durch fallweise Beisteuerung einzelner Genossen begegnet als mit den regulären Beiträgen der politisch organisierten Genossen.

Kongresse: Im Dezember 1901 wurde in Bozen zwischen den Delegierten unserer Partei und jenen der deutschen Genossen Tirols eine Besprechung abgehalten, in welcher die Errichtung eines italienischen Propaganda-Wochenblattes und die Umänderung der Arbeitervereine in Bildungsvereine empfohlen wurde; ferner führte dieselbe zu einer Verständigung hinsichtlich der Autonomiefrage des Trentino, in der beschlossen wurde, die Kräfte im Kampfe für die Landeswahlreform zu konzentrieren. Am 14. September 1902 wurde in Trient eine Vorbereitungsversammlung für den Kongreß von Delegierten der den einzelnen ökonomischen Organisationen angehörigen Genossen abgehalten.

Der Kongreß fand am 8. und 9. Dezember statt. Auf demselben wurden ohne bedeutende Abweichungen jene taktischen Normen politischer und ökonomischer Organisation und der Autonomiefrage beschlossen, welche wir in den einzelnen früheren Kapiteln besprochen haben.

Landtagswahlen: Im Dezember 1902 waren die Landtagswahlen. Von den sozialistischen Kandidaten gegen die Vereinigung kam Joris im Wahlbezirke von Levico, Borgo, Pergone in die Stichwahl und blieb mit 132 gegen 165 Stimmen der klerikal-liberalen Kandidaten in der Minorität.

Gemeindewahlen und Teilnahme an den Gemeindeangelegenheiten: Einen günstigen Erfolg hatten wir im vergangenen Dezember bei den Gemeindewahlen in Trient zu verzeichnen, wo die Sozialisten mit den Liberalen und Klerikalen mit den Namen Avancini und Battisti in Streit kamen. Bei der ersten Wahl traten sie mit 375 gegen 857 Stimmen in Ballotage. In der Ballotage infolge einer Allianz zwischen Liberalen und Sozialisten fiel die klerikale Liste ganz und unsere zwei Genossen drangen mit 509 Stimmen durch.

Als wir vor vier Jahren das erstemal in Trient uns bei den Gemeindewahlen beteiligten, erhielten wir kaum 130 Stimmen.

In ganz Trentino herrscht noch das Wahlsystem der drei Wahlkörper mit Ausschluß jener, welche keine direkten Steuern entrichten. Infolge unserer lebhaften Agitation in den Gemeinden für das allgemeine Wahlrecht votierten die Gemeinderäte der autonomen Städte Trient und Rovereto wenigstens eine Reform des Wahlsystems; trotzdem dieselbe nur eine schlechte Nachahmung der Wiener Wahlreform ist, erhielt sie bis jetzt weder die Genehmigung des Landtages noch die kaiserliche Sanktion.

Im Roveretaner Gemeinderat ist die Gruppe der Sozialisten mit fünf Mann vertreten. Auch in Riva, Aldeno, Civezzano und Sover haben wir sozialistische Ge-

meindevertreter. doch besteht keine reguläre Gruppe wie in Rovereto, welche mit der Vereinigung der Genossen in Relation stünde.

Der Kampf gegen die Brotsteuer: Die Gemeindeangelegenheit, welcher unsere Partei in ganz Trentino die größte Aufmerksamkeit widmete, ist der Kampf gegen die bestehenden Gemeindeauflagen und den monopolartigen Pacht des Rechtes der Broterzeugung für einen einzigen Bäcker für die ganze Gemeinde. In dieser Auflage liegt der Grund, daß das Brot ganz Trentinos nicht nur sehr schlecht, sondern auch sehr teuer und der Konsum der Polenta so enorm ist, und ist dies auch der Grund der fürchterlichen Verbreitung der Pellagra, von welcher die amtlichen Ziffern eine Vermehrung von 400 Fällen im Jahre 1900 auf 3900 im Jahre 1903 aufweisen.

Dieser unser Kampf hat angefangen, gute Früchte zu tragen. In vier bis fünf Gemeinden wurde diese Magensteuer abgeschafft; in den Gemeinden Ala und Riva ist an Stelle des Privatverschleißes mit guten Resultaten die Gemeindebäckerei getreten, in mehreren Gemeinden wird die Bewilligung der Broterzeugung nicht mehr demjenigen Bäcker übertragen, der den größten Tribut bezahlt, sondern demjenigen, der das Brot zu besseren Konditionen liefert.

Die ökonomische Bewegung und die Arbeiterausstände: In den ersten vier Jahren nach dem Entstehen des Sozialismus in Trentino hatte man häufig Ausstände mit vielen Siegen; viele Arbeiterbewegungen hatten auch ohne Ausstand einen guten Erfolg, so daß die zehnstündige Arbeitszeit und die Erhöhung der Durchschnittslöhne um zirka zehn Prozent fast allgemein wurden.

Unsere Löhne bewegen sich jedoch noch immer unter den Anforderungen der geringsten Notwendigkeit, was durch die Relation des Gewerbeinspektors bestätigt wird. Nach den Statistiken beträgt der Lohn eines erwachsenen Arbeiters in Trentino durchschnittlich Kr. 1·62, jener der Frauen 92 H.

Seitens der organisierten Arbeiter kam es im Trentino zum Schneiderstreik, welcher, kaum begonnen, gleich mit Aufbesserungen endete, und einzig nur durch die Kraft der Organisation unter Androhung gut geleiteter Ausstände erhielten die Bäcker von Trient, Rovereto und Arco, die Papierfabrikationsarbeiter und die Sticker in Rovereto Arbeitszeitverkürzung, Lohnerhöhung und Sonntagsruhe. Hingegen endete der Schusterstreik in Rovereto ungünstig.

Bei der ökonomischen Organisation wurden als Grundlage die österreichischen Gewerkschaftsvereinigungen für die Tischler, Eisenbahner, Maurer, Schuster, Schneider, Papierarbeiter angenommen. Außer dem Trentiner Arbeitersekretariat gibt es 44 ökonomische Vereine.

Der erste Mai wurde in Trient, Rovereto, Riva und Arco in beiden Jahren durch Enthaltung von der Arbeit, mit Konferenzen, sozialistischen Umzügen und Volksfesten gefeiert. Auch in Levico, Borgo, St. Michele, Bezzecca, Scurelle und Malé fanden anläßlich des ersten Mai Arbeiterkundgebungen statt. In Trient und Rovereto war die Arbeitseinstellung in beiden Jahren fast allgemein.

Die Chronik der Verfolgungen: In den zwei Jahren, über welche wir relationieren, wurden 40 Nummern des „Il Popolo“ unter 600 konfisziert. Die Verurteilungen, wovon wir die Daten besitzen, belaufen sich in diesen zwei Jahren auf **303 Tage Kerker** oder **Arrest** und auf **1795 Kr. Geldstrafe** mit zwei Verurteilungen durch das Schwurgericht, drei durch das Kreisgericht, sechs vom Bezirksgerichte und 21 von Polizisten. Zwei Schwurgerichtsprozesse wegen Aufwiegelung und drei wegen Ehrenbeleidigung durch die Presse wurden eingestellt. Ein von 14 Abgeordneten des italienischen Klub gegen die Kritik des „Il Popolo“ über ihr Verhalten im Parlamente gegen die neuen Militärlasten vor dem Schwurgerichte in Trient angestrengter Prozeß endete mit einem Freispruche. Fünf Versammlungen wurden verboten, eine aufgelöst.

Rovereto, 24. Oktober 1903.

Das Exekutivcomité der sozialistischen Partei des Trentino.

Bericht der südslavischen sozialdemokratischen Parteiexekutive.

Die südslavische Sozialdemokratie kann ihrem allgemeinen Berichte vorausschicken, daß sie sich an allen Aktionen der gesamten österreichischen Sozialdemokratie mit allen ihren Kräften beteiligt hat. Daß wir den sozialdemokratischen Gedanken in die finstersten Täler des slavischen Gebietes getragen und fruchtbar angelegt haben, das ist das Hauptverdienst unserer Tätigkeit. Wir haben dabei das Prinzip aufrecht

gehalten: „Geht in die Orte, wo noch keine Propaganda gemacht wurde, geht unter das Volk, das keine sozialistische Literatur genießt, das allein und verlassen in den reaktionärsten Bauernwinkeln haust . . ." Dieses Prinzip hat uns auch in bisher unbearbeitete fremde Gebiete geführt. In erster Linie haben wir uns der Bauernbevölkerung Krains und Untersteiers merklich genähert. Das ganze Karstgebiet war darauf unserer Arbeit gewidmet. Es fanden Versammlungen mit dauerndem Erfolge in den entlegensten Dörfern statt; damit ist die notwendigste Vorarbeit für kommende Wahlen gemacht. Ebenso haben wir auch das Gebiet von Görz und Gradisca bearbeitet und recht schöne Erfolge gehabt. Brüderlich mit der italienischen Partei in Triest haben wir der Sozialdemokratie auch Dalmatien eröffnet. Nach dem auch von uns beschickten Kongresse in Spalato entfaltete sich in Dalmatien eine immer regere werdende Bewegung, die baldigst schöne Früchte zu tragen verspricht. Der größte Fehler in unserem Gebiete ist, daß der größte Teil der Südslaven agrarisch ist. Das Bauernelement ist bisher tatsächlich unempfänglich für unsere weitergehenden Ideen und läßt sich höchstens für die momentanen politischen Aktionen gewinnen; die „antikollektivistischen Bauernschädeln" spotten noch unserer Propaganda . . .

Von ganz besonderer Bedeutung für die Partei ist zweifellos der große Generalstreik in Triest vom Februar 1902. Gemeinsam mit der italienischen Sozialdemokratie vermochten wir die Massen des Triester Proletariats zu einer in der Geschichte der Arbeiterbewegung beispiellosen Solidaritätskundgebung zu bringen. Die Opfer waren freilich auch kolossal. Nichtsdestoweniger hat aber die Partei gar Gewaltiges aus dieser Bewegung gewonnen. Den Aufschwung unserer Presse hat man in erster Linie dem Generalstreik zu verdanken.

Das Organ der Partei ist nach wie vor der wöchentlich in Triest erscheinende „Rdeči Prapor". Zur Zeit des Generalstreiks hatte er eine Abnehmerzahl von rund 2400 Exemplaren; jetzt ist er zwar wieder auf rund 2000 gesunken, macht aber langsam wieder Fortschritte. Was Literatur anbelangt, gibt man außerdem in Laibach die monatlich erscheinende wissenschaftliche Revue „Naši Zapiski" heraus; ohne bisher noch besondere Verbreitung gefunden zu haben, geht die Revue nun doch in den II. Jahrgang ein. Der Verein, welcher die Herausgabe der Revue gemacht hat, gibt nun auch Bücher unter dem Titel „Ljudska knjižnica" heraus. Es erschienen: Heft I, Die Uebersetzung von J. S. Machars „Magdalena"; Heft II, „Der Gemeindesozialismus" von Abditus. Außerdem erschien eine belletristische Skizzensammlung von Mihalek „Aus den Tiefen des Lebens". In Vorbereitung sind mehrere Bücher, unter anderen „Die Geschichte der südslavischen Sozialdemokratie", welche Genosse Karl Linhart in Arbeit hat.

Die Organisation machte besonders auf gewerkschaftlich-wirtschaftlichem Gebiete große Fortschritte. Auf politischem Gebiete hat sich die Organisation in Laibach, Triest, Sagor, Idria und Nabresina gefestigt; neue Lokalorganisationen wurden besonders in Trifail und Görz gegründet. Auch fällt die Landesorganisation von Dalmatien sowohl unter den Wirkungskreis der italienischen als auch der südslavischen Partei. Mit der Bruderpartei in Kroatien wurde ein regeres Verhältnis geschaffen.

Versammlungen fanden allüberall statt, wo die Verhältnisse es nur erlaubten. Man mußte dabei mit den tatsächlich reaktionären politischen Verhältnissen der Slovenen rechnen. Dennoch konnten wir unsere Ideen im ganzen Gebiete verbreiten. Die Partei beteiligte sich außerdem am Kongresse der italienischen Bruderpartei und am Kongresse der dalmatinischen Genossen. Das bedeutendste Ereignis innerhalb des Parteilebens der Berichtsperiode ist der in Cilli abgehaltene Parteikongreß. Die lebhafteste Debatte wurde über „Presse" geführt; die Laibacher Genossen wollten nämlich ihr eigenes Organ haben. Es wurde schließlich ein Vermittlungsvorschlag von Mlinar-Čobal angenommen.

So hat die Partei auf allen Gebieten große Fortschritte gemacht. Zu erwähnen wäre noch der jüngste Parteizwist, der eigentlich ein Personenzwist genannt werden muß. Durch die Praktiken eines gewissen Herrn Anton Kristan, eines Ueberläufers der liberalen Partei, welcher als Ziel die Gründung einer Art von nationalslovenischer Sozialdemokratie hat, wurde die Idrianer Lokalorganisation vom Gesamtkörper der Partei abgeschnitten, ein eigenes Blatt „Naprej!" gegründet und damit der ganzen Bewegung geschadet. Die Exekutive hat nun die einzig logische Entscheidung getroffen: das Blatt boykottiert, Herrn Kristan ausgeschlossen. Die Partei hofft, in diesem Kampfe die Unterstützung der Gesamtpartei zu bekommen.

Große Opfer kostete der Partei insbesonders der Generalstreik. Aber auch später waren politische Verfolgungen an der Tagesordnung. Die Konfiskationen des „Rdeči Prapor" spotten aller Beschreibung. Aus „Arbeiter-Zeitung", „Arbeiterwille" oder „Volkstribüne" abgedruckte Stellen wurden erbarmungslos konfisziert.

Schließlich sei noch das Ableben zweier guter Kräfte erwähnt. Die Genossen

Franz Zeleznikar und Robert Drofenik sind nicht mehr . . . Sie gehörten zu den besten Kräften der österreichischen Bewegung.

So hat die Partei ihre Pflicht erfüllt. Mehr konnte sie noch nicht tun, da die Mittel nicht ausreichten. Mit der Hebung der Einnahmen wird auch die Agitationstätigkeit steigen.

Triest, im Oktober 1903.

Bericht des Frauenreichscomités an den Gesamtparteitag in Wien 1903.

Leider kann das Frauenreichscomité keinen glänzenden Tätigkeitsbericht erstatten; durch die vor dem Parteitag stattfindende Frauenkonferenz soll die Grundlage für eine fruchtbarere Tätigkeit gegeben werden.

Größere Versammlungen wurden im letzten Jahre nur gegen den Zolltarif abgehalten. Die Bemühungen des Comités, der „Arbeiterinnen-Zeitung" in Wien eine größere Verbreitung zu verschaffen, hatten Erfolg. Die Auflage der „Arbeiterinnen-Zeitung" ist im letzten Jahre um 1200 gestiegen und wird jetzt in 4400 Exemplaren abgesetzt. Dieser günstige Stand ist hauptsächlich den Organisationen der Heimarbeiterinnen, Tabakarbeiterinnen und dem Verein sozialdemokratischer Frauen und Mädchen zuzuschreiben. Diese Organisationen nehmen stetig an Mitgliedern zu, was für die „Arbeiterinnen-Zeitung" Leserinnen bedeutet. Der Verein der Heimarbeiterinnen hat heute bereits fünf Ortsgruppen in Wien und drei in der Provinz (Steiermark), außerdem einige Zahlstellen. Das sind die Organisationen, auf welche das Frauencomité unmittelbar Einfluß hat, da in jeder derselben Mitglieder des Comités tätig sind. Außerhalb Wiens haben die Comitémitglieder im abgelaufenen Jahre in Niederösterreich, Mähren, Schlesien, Steiermark und Böhmen agitatorisch gewirkt.

Aus Anlaß der Frauenkonferenz hat das Frauenreichscomité Fragebogen an Organisationen und Vertrauenspersonen ausgesendet, deren Beantwortung speziell von der Arbeiterinnenorganisation in Böhmen ein trostes Bild gibt.

Wo die vielversprechendsten Anfänge vorhanden waren, ja selbst wo die ganze Organisations- und Agitationsarbeit in ein festes System gebracht war, liegt heute alles darnieder. So die Organisation der Porzellanarbeiterinnen in Westböhmen, der Glasarbeiterinnen im Isergebirg, der hausindustriellen Arbeiterinnen im Haida-Steinschönauer Gebiet und der Arbeiterinnenvereine in Westböhmen. Wo 500 bis 600 organisierte Arbeiterinnen waren, sind heute kaum 100; als Grund dafür wird bei den Glasarbeiterinnen die Krise angegeben, ebenso in Steinschönau und bei den Porzellanarbeiterinnen in Westböhmen, wo außerdem die Umgestaltung der Organisationsverhältnisse und das Unvermögen der Genossen, neben ihrer Aufgabe, die Männer in der Organisation festzuhalten und neu zu gewinnen, auch noch der Organisation der Arbeiterinnen ihr Augenmerk zuzuwenden, mitgewirkt haben. Manche bezeichnen die Agitation unter den Frauen als Sisyphusarbeit. Wohl wahr, es lehrt aber, daß in der Regel nur Frauen dieser Sisyphusarbeit bei Frauen gewachsen sind, und daß in Zukunft, soll es wieder besser werden, die Frauen selbst das treibende Element sein müssen, die, ohne zu ermüden und überdrüssig zu werden, diese Arbeit machen. Dazu gehört vor allem auch Geld.

Wahlkreise in Böhmen, die schon über 1000 organisierte Frauen hatten, haben heute kaum 300; in dem industriereichen Reichenberger Bezirk sind in 18 Ortsgruppen der Textilarbeiter keine 200 weiblichen Mitglieder! Dies zeigt wohl, daß es nicht geht, die mühevolle Arbeit, die Arbeiterinnen zu organisieren, den Genossen allein zu überlassen, hier müssen Frauen selbst systematisch arbeiten. Ebenso trostlose Bilder bieten einzelne industriereiche Gebiete von Schlesien.

Eine nennenswerte Organisation der Frauen in der Provinz ist heute fast nur dort vorhanden, wo Tabakarbeiterinnen- oder Heimarbeiterinnenvereine sind.

Es ist also viel Arbeit zu tun, um das Vernachlässigte und Versäumte nachzuholen. Vielleicht ist die zweite sozialdemokratische Frauenkonferenz ein Anfang dazu; daß sie notwendig ist, lehrt wohl zur Genüge dieser Bericht.

Bericht über die parlamentarische Tätigkeit des Verbandes der sozialdemokratischen Abgeordneten

vom 31. Jänner 1901 bis 25. Juni 1903

an den Gesamtparteitag zu Wien 1903.

Ueber die parlamentarischen Vorkommnisse in der Zeit vom Februar bis Juni 1901 ist allerdings schon bei dem letzten gemeinsamen Parteitage mündlich Bericht erstattet worden. Diese fünf Monate parlamentarischer Tätigkeit lassen sich aber bei diesem ersten schriftlichen Bericht der Vollständigkeit halber nicht gut ausschalten. Es wird daher im folgenden ein Gesamtbericht über die Tätigkeit der sozialdemokratischen Abgeordneten seit den Neuwahlen 1901 erstattet.

I. Allgemeines.

Während der Reichsratswahlen im Dezember 1900 und im Jänner 1901 war in unseren Reihen wohl jedermann der Ueberzeugung, daß das zu wählende Parlament nur ein totgeborenes Kind sein werde. Wenn aber das gegenwärtige Haus bezüglich seiner Leistungsfähigkeit auch den allerbescheidensten Ansprüchen, die die Bevölkerung an eine „Volksvertretung" zu stellen berechtigt ist, nicht nachkommt, so hat dieses Privilegienparlament doch ein zäheres Leben bewiesen, als ihm vorausgesagt werden konnte. Es ist wohl die personifizierte Ohnmacht sowohl nach *oben* wie nach *unten* hin, allein es will nicht sterben, obgleich es auch nicht leben kann. Seine Tätigkeit ist keine Tätigkeit, die der eigenen Kraft entsprungen ist: es wird nur von außer ihm wirkenden Kräften gestoßen. Das Privilegienparlament ist im günstigsten Falle nur noch ein Mechanismus, der ununterbrochen eingeölt werden muß, wenn er nur ein wenig funktionieren soll, aber es ist kein Organismus mehr, der, selbst lebendig, auch neues Leben und weitere Entwicklung hervorruft.

Um diesen Mechanismus in Bewegung zu bringen, mußte im Jahre 1901 zu dem Mittel der *Investitionen* gegriffen werden; eine ungeheuer große neue Staatsanleihe war notwendig, um das Parlament „arbeitsfähig" zu machen. Die Vertreter der Alpenländer forderten schon seit einer langen Reihe von Jahren eine zweite Eisenbahnverbindung nach Triest. Um auch die Jungtschechen und den Polenklub für die Sache zu gewinnen, mußte auch für die nördlichen Länder des Reiches eine *Neuschöpfung* ausgeklügelt werden. Von deutschbürgerlicher Seite wurden die Anträge wegen Herstellung der Kanäle eingebracht, die die Einsetzung des Wasserstraßenausschusses zur Folge hatten. Fällt vorläufig der Hauptvorteil dieses Wasserstraßenbaues auch der Stadt Wien zu, so springt der Nutzen des Kanalbaues und der damit zusammenhängenden Flußregulierungen für die Industrie und Landwirtschaft Böhmens, Mährens und Galiziens so sehr in die Augen, als daß eine solche Vorlage nicht die Bereitwilligkeit *aller* Parteien zur positiven Arbeit im Gefolge gehabt hätte. Herr v. Koerber war daher sofort mit seiner Kanalvorlage bei der Hand, und die passende Schmiere für den stockenden Mechanismus war gefunden. Herr v. Koerber ließ sich vom Parlamente den großen Investitionskredit von 1250 Millionen Kronen bewilligen, wahrlich ein hoher Preis für die Wiederherstellung der Arbeitsfähigkeit des Parlaments. Während der Beratung über die Herstellung von Wasserstraßen setzten es die Tschechen durch, daß ein Betrag von 75 Millionen Kronen von dem Investitionskredite zur Regulierung der Flüsse verwendet werde. Dieser Teil des großen Investitions-Goldregens muß unter allen Umständen als fruchtbringend bezeichnet werden.

Mit den Investitionsvorlagen auf das engste verknüpft war die *Branntweinsteuervorlage*, durch welche eine Erhöhung der Branntweinsteuer im Betrage von 20 Millionen Kronen im Jahre durchgeführt worden ist. Durch diese Erhöhung der Branntweinsteuer sind die Finanzen der Kronländer aufgebessert worden, das

heißt, mit dieser Branntweinsteuervorlage ist jener Teil des Badeni-Bilinskischen Ausgleichs verwirklicht worden, durch den von der damals geplanten Erhöhung der Bier-, Branntwein- und Zuckersteuer ein Betrag von 10½ Millionen Gulden an die Länder überwiesen werden sollte. Während man durch die Investitionsvorlagen dem Großunternehmertum Gewinste zu schaffen sich bemüht war und dem großen mobilen Kapital durch die Art und Weise, wie man die erste Rate der Investitionsrente im Betrage von 250 Millionen Kronen begeben hat, wirklich Millionen in die Taschen spielte, nahm man durch die Erhöhung der Branntweinsteuer den Arbeitern Millionen aus den Taschen. So ergiebig jedoch der Investitions-Goldregen auch war, die Obstruktion ist dadurch doch nicht dauernd behoben worden. Der parlamentarische Mechanismus klapperte nur insolange ächzend weiter, als gerade die Schmiere ausreichte.

In der Session von 1902 wirkte der große Investitions-Goldregen noch insofern nach, als Herr v. Koerber nach einer Beratung von sieben Monaten vom Parlamente das ordentliche Budget bewilligt erhielt, eine „Arbeitsleistung", worüber die der Regierung nahestehende Presse sich sehr erstaunt gebärdete. Ein Parlament, in dem wirkliches politisches Leben pulsiert, das eine wirkliche Macht darstellt und sich dieser seiner Macht auch bewußt ist, wird allerdings nicht in so breiter, schleppender Weise sein oberstes Recht handhaben und gewiß, wenn es schon so „gründlich" arbeitet, sich schließlich nicht zu einer reinen Bewilligungsmaschine erniedrigen. Es muß jedoch bemerkt werden, daß dies die erste regelrechte Budgetdebatte nach einer Pause von vier Jahren und das Bedürfnis nach einer Vorbringung der tausendfältigen Wünsche der Wählerschaft selbst in bürgerlichen Kreisen ein allgemeines war, daher die enorme Dauer dieser Verhandlung erklärlich ist.

Herausgekommen ist bei dieser Budgetberatung, der einzigen, die stattgefunden at, seitdem die Arbeiterschaft Vertreter im Parlamente hat, außer der Kritik nicht viel. Die vorgebrachten Wünsche fanden kein Gehör, die allermeisten der gerügten Uebelstände bestehen nach wie vor weiter und an dem Budget selbst wurde nichts geändert. Das vom Parlamente bewilligte Budget hat sich in seinen Wirkungen bezüglich der Steuerleistung der Bevölkerung in gar nichts unterschieden von einem sogenannten § 14-Budget.

Ein Parlament muß eben mehr zu tun imstande sein, als der Regierung nur das Budget zu bewilligen, wenn es für die Bevölkerung einen Wert haben soll.

Die Demagogie wird in dem österreichischen Privilegienparlamente von den bürgerlichen Abgeordneten um so schwunghafter betrieben, je offenkundiger sein Verfall wird. Da sie den Zusammenbruch im großen nicht aufzuhalten vermögen, so strengen sie sich an, ihre Wähler wenigstens im kleinen zu retten. Nebst der Obstruktion gehört die Gewerbe- und Bauernretterei zu dem politischen Rüstzeuge sämtlicher bürgerlicher Parteien. Ohne dieses Rüstzeug können sie das Auslangen nicht mehr finden.

Lieferte die Gewerberetterei einen geradezu erschreckenden Beweis von der wirtschaftlichen Kurzsichtigkeit bei Beratung der Abänderung der §§ 59 und 60 der Gewerbeordnung wie bei Beratung des Hausiergesetzes, so überkugelten sich die Bauernretter förmlich vor Bauernfreundlichkeit bei Beratung des Gesetzes wegen Aufhebung der Mautgebühren auf den ärarischen Straßen. Die Regierung machte aber die Auflassung der Mauten von der Annahme der Fahrkartensteuer abhängig. Ihr mußte zuvor eine neue Einnahme von 12 Millionen Kronen bewilligt werden, bevor sie auf den Entgang der Mautgebühren im Betrage von 2 Millionen Kronen verzichtete. Die sozialdemokratischen Abgeordneten haben für den Wegfall der Mautgebühren gestimmt, ohne sich aber dem Wahne hinzugeben, daß dadurch dem Bauernstande eine besondere Hilfe zuteil werden würde. Von der Auflassung der Mauten hat der Bauer nur insoweit einen wesentlichen Vorteil, als er gleichzeitig auch Lohnfuhrwerker ist. Das sind aber verhältnismäßig nicht gerade sehr viele Bauern. Jene Bauern, die keine Lohnfuhren machen, haben von der Auflassung der Mauten so viel wie nichts. Aber gerade, um ihnen auf die Beine zu helfen, wurde doch die Sache angeblich gemacht.

Den Löwenanteil von der Auflassung der Mautgebühren haben die Bierbrauereien, die Ziegelwerks- und Glashüttenbesitzer wie die Besitzer von Kalkbrennereien, Steinbrüchen u. s. w., kurz, jene Unternehmer und Unternehmungen, welche ihre Produkte noch zum großen Teile per „Achse" versenden. Von diesen Leuten, in vielen Fällen mächtigen Großgrundbesitzern, wurde aber bei der Beratung des Mautengesetzes gar nicht gesprochen. Nur die zu rettenden Bauern führten die patentierten Bauernretter im Munde, aber nicht jene hochmögenden, einflußreichen Leute, denen Hunderte, ja Tausende von Kronen in die Taschen gespielt worden sind. Für die Bauern war's gedacht, für die anderen ward's gemacht. Die eigentlichen Bauern

haben wohl die Fahrkartensteuer mit aufzubringen, bei den Mauten können sie sich den Mund abwischen. Und wie es den Bauern bei der Auflassung der Mauten ergangen ist, so wird es ihnen auch bei den neuen Lebensmittelzöllen ergehen: Sie werden nur die von ihren Führern mißbräuchlich an den Wagen der Großgrundbesitzer gespannten politischen Zugtiere sein.

Herr v. Koerber hat infolge der jungtschechischen Obstruktion für das Jahr 1903 vom Parlament kein Budget bewilligt erhalten, infolgedessen hat er sich's in zwei gleichen Jahresraten auf Grund des § 14 selbst bewilligt. Die erste Rate genehmigte er sich am 31. Dezember 1902 und die zweite Rate am 30. Juni 1903. Der Reichsrat wurde in beiden Fällen kurz vorher nach Hause geschickt. Das provisorische Budget ließen die Jungtschechen nicht durch den Wall ihrer aufgestapelten Dringlichkeitsanträge, das Rekrutengesetz aber, mittelst welchem eine Erhöhung der Militärlasten um ungefähr ein Fünftel geplant war, ließen sie passieren. Dieser neuen Belastung gegenüber brachten sie den parlamentarischen Mechanismus nicht ins Stocken. Dadurch hätten sie in der Gunst bei Hofe eine Einbuße erleiden können und so etwas verträgt die jungtschechische Demokratie nicht mehr. Konnten die Jungtschechen, obgleich ihnen das Herz blutete, nicht für das Rekrutengesetz stimmen, weil sie dieses Gesetz der Regierung Koerber hätten gewähren müssen, so waren die Deutschbürgerlichen dagegen, von den Fortschrittlichen angefangen bis zu den Christlich-Sozialen herunter, noch niemals so militärfreundlich wie im letzten Jahre. Sie verwahrten sich zwar dagegen, Regierungspartei zu sein, aber sie ruhten und rasteten nicht, bevor nicht das Rekrutengesetz angenommen worden war. Die Deutschvölklichen hätten kaum bewilligungssüchtiger sein können, als sie es waren, auch wenn sie über Krieg und Frieden wie über die auswärtige Politik der „Großmacht" Oesterreich-Ungarn zu entscheiden hätten, obgleich sie hierüber doch ebenfalls gar nichts zu sagen haben. Bis tief in den Morgen hinein mußte das österreichische Parlament auf Betreiben der bewilligungswütigen Deutschbürgerlichen beisammenbleiben, damit nur jenes Gesetz gerade an jenem Tage angenommen werde, das die Kriegsverwaltung ungefähr fünf Monate später selbst zerreißen mußte, indem sie die Fetzen davon der ungarischen Obstruktion vor die Füße legte, um sie nur zum Nachgeben zu bewegen, was aber dennoch nicht gelang.

Die Blamage, die sich das österreichische Privilegienparlament durch diese allzu eilfertige Annahme des Rekrutengesetzes geholt hat, ist untilgbar. In dieser bedingungslosen Preisgebung eines von beiden Häusern des österreichischen Reichsrates angenommenen Gesetzes ist die Bedeutungslosigkeit des österreichischen Reichsrates gegenüber dem ungarischen Parlamente aller Welt offenbar geworden. Ein Parlament, gegen das man sich solche Dinge erlaubt und das solche Dinge ruhig hinnimmt, hat das Recht auf Existenz verwirkt, es ist reif für die Grube.

Nachdem in der Sitzung vom 23. Juni die Jungtschechen wieder mit der Obstruktion eingesetzt hatten, wurde am 25. Juni der Reichsrat vertagt, obzwar Ausgleich und Zolltarif noch in Beratung gezogen werden sollten. Herr v. Koerber mußte das Parlament wieder nach Hause schicken, um sich die zweite Rate des Budgets für das laufende Jahr selber bewilligen zu können.

Inzwischen stellte sich in Ungarn die Unmöglichkeit heraus, der energisch kämpfenden Unabhängigkeitspartei und der hinter ihr stehenden magyarischen Nation das Rekrutenkontingent abzuringen, eine Tatsache, die in der Demission Szells zum Ausdruck kam. Damit war aber nicht nur das österreichische Parlament in seiner ganzen knechtischen Unterwürfigkeit höfischen Wünschen gegenüber bloßgestellt und lächerlich gemacht, auch Herr v. Koerber, der unter Aufwendung aller ihm eigenen List und Verschlagenheit die bürgerlichen Parteien zur prompten Apportierung der Militärvorlage eingefangen hatte, stand vor einer unmöglichen Situation. Die Deutschen hatten ihm das Gesetz als letzte Bürgschaft ihrer hegemonistischen Ansprüche bewilligt, da die Armee einheitlich deutsch befehligt wird. Nun sollte auch in dieses Herrschaftsrecht der Deutschen durch die ungarische Kommandosprache ein unheilbarer Riß geschehen. Und welche Blamage für die Patrioten, die sich ganz umsonst vor ihren Wählern und der breiten Masse des Volkes kompromittiert hatten! Dem Sturm des Unwillens unter den von ihm genasführten Parteien suchte Herr v. Koerber durch das niemals versagende Mittel einer Demissionskomödie zu begegnen. Nach zwölftägigem Zuwarten wurde diese Operettenkrise in der Weise behoben, daß Herr von Koerber und die übrigen Minister im Amte verblieben und nur der tschechische Landsmannminister Dr. Rezek sein Ränzlein schnüren durfte oder schnüren mußte. Oesterreich ist mithin seit Juli um einen Landsmannminister ärmer, dafür aber ist es seit August um eine § 14-Verordnung und um eine Blamage reicher. Mußte das vom österreichischen Reichsrate angenommene Rekrutengesetz in den Brunnen geworfen werden, weil es Kossuth und seine Anhängerschaft so wollten, so mußte das von dem österreichischen Reichsrate ebenfalls angenommene Zuckerkontingen-

tierungsgesetz durch eine § 14-Verordnung wieder außer Kraft gesetzt werden, weil es der Brüsseler Konferenz so gefiel. Die österreichische Regierung hat somit von der Brüsseler Zuckerkommission vor aller Welt die Bestätigung erhalten, daß sie es nicht gewußt und, nachdem es ihr der Abgeordnete Gen. Dr. Ellenbogen vorausgesagt, nicht geglaubt habe, daß das Zuckerkontingentierungsgesetz den Bestimmungen der Brüsseler Zuckerkonvention nicht entspreche. Eine solche Bestätigung ist nun zwar sehr beschämend, aber wie wäre es denn nach Oxenstierna möglich, daß die Welt mit so wenig Verstand regiert, wenn solche Dinge nicht vorkämen. Regieren heißt insbesondere in Oesterreich nicht voraussehen, sondern von einem Tage zum anderen leben. Es ist wie beim rechten Bettelvolke: Kommt der Tag, bringt der Tag.

Aber weit bedeutungsvoller als diese neuerliche unsterbliche Blamage der österreichischen Regierung war die Rückwirkung, die das Brüsseler Kontingentierungsverbot auf Oesterreich-Ungarn selbst hatte. Die Ungarn bestanden auch weiter auf ihrem Schein, hatte ihnen doch das von ihnen erzwungene Kontingentierungssystem nicht nur die Sicherung des ungarischen Absatzmarktes für ihre eigene Zuckerindustrie, sondern auch überdies noch eine um etwa 300,000 Meterzentner erhöhte Produktion gebracht. Sie, die Zucker kaum exportieren, nützen die Zwangslage Oesterreichs zur ausgiebigen Erpressung aus und da sie die einmal ergatterten Vorteile nicht mehr herausgeben wollten, so mußte sich Oesterreich zur Einführung einer Surtaxe, das heißt einer Zwischenzollinie für Zucker zwischen den beiden Reichshälften, also einer Durchbrechung des Zoll- und Handelsbündnisses entschließen.

Freilich, das ist nicht das einzige Loch, das in den längst zerschlissenen Ausgleich gebrannt wurde. Mit unsäglicher Mühe, unter Hinopferung einer ungezählten Menge von Ministerien ist es der Dynastie gelungen, dieses im Keim schon krankhafte staatsrechtliche Verhältnis bisher aufrecht zu erhalten. Wie riesenhaft aber das allgemeine Mißbehagen in diesem Ausgleich auf beiden Seiten gewachsen ist, lehrt die Tatsache, daß nunmehr seit fünf Jahren der Liebe Müh' völlig umsonst ist, so daß nicht nur mehr das Gebäude des Dualismus in allen Fugen kracht, sondern auch in jeder der beiden Reichshälften ein parlamentarisches, politisches, ja auch schon administratives Chaos eingetreten ist. Vergebens war das 1200 Millionen-Geschenk, vergebens die Pose der Modernität, die Etablierung des Ministeriums der Gefälligkeiten; Herr v. Koerber bringt niemand in Oesterreich dazu, den Ausgleich wirklich zu wollen. An dem Feuer dieser allgemeinen Abneigung kochen nun die nationalchauvinistischen Parteien ihr Süppchen und es ist unmöglich, ohne die Lösung der einen Frage an die der anderen zu schreiten. Die ganze Politik der letzten drei Jahre war nichts anderem als dem Zustandekommen des Ausgleiches gewidmet; Eisenbahnen und Wasserstraßen, Prager Assanierung und Verständigungskonferenzen, Tiroler Autonomie und Mautenauflassung, alles sollte dem höheren Zwecke der neuerlichen Kittung der auseinanderstrebenden Reichshälften dienen. Und vor allem der Zolltarif, der so vieles brachte, daß er beinahe allen Gruppen des Bürgertums irgend ein Geschenk machte, war darauf berechnet, die Abgeordneten durch die Kaptivierung ihrer beutehungrigen kapitalistischen Wähler gefügig zu machen. Es hat alles bisher nichts gefruchtet. Nicht nur die lärmende Obstruktion im offenen Haus, auch die kalte, tödlich sachliche im Ausgleichsausschuß machte das Bemühen der Regierung illusorisch und sie hätte die resignierte Vertagung des total leistungsunfähigen Parlaments selbst dann erzwungen, wenn ihr die Deroute in der ungarischen Reichshälfte nicht zu Hilfe gekommen wäre.

So ist die Tagung des österreichischen Reichsrates trotz der unsäglich langen Dauer der Sessionen wieder völlig unfruchtbar verlaufen. Das Haus benützte seine Zeit zu demagogischen Spielereien, zu chauvinistischen Demonstrationen und leerem Kulissengeplänkel. An den großen Fragen der Zeit ging es verständnislos vorbei. In seinem Innern machte sich hohle Geschwätzigkeit, eitle persönliche Reklamesucht, ordinäre Manierlosigkeit und völliger Würdemangel breit. Es gibt kein Parlament der Welt, das einen gleichen Tiefstand an Ernst, Wissen, Tüchtigkeit und Talent aufwiese. Verächtlich wendet sich das Volk von dieser Stätte des Volksbetruges ab und es gibt heute kein zwingenderes Argument für das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht in Oesterreich als das Abgeordnetenhaus selbst.

II. Die Tätigkeit der sozialdemokratischen Abgeordneten.

Daß die wenigen Vertreter, die die organisierte Arbeiterschaft im österreichischen Parlament sitzen hat, auch bei einer geordneten Tätigkeit des Parlaments nicht allzu viel unmittelbare Erfolge davontragen könnten, liegt auf der Hand. In dem von den bürgerlichen Parteien selbst mattgesetzten Privilegienparlament können aber die sozial-

demokratischen Abgeordneten auch das wenige, was sich unter anderen Umständen vielleicht erzielen ließe, nicht durchsetzen. Denn hier fehlt vor allem, was für eine kämpfende Partei das wichtigste ist, der Kampf. Hier platzen nicht Argumente auf Argumente, die sogenannten Debatten sind meist auswendig gelernte Deklamationen, der Gegner bemüht sich gar nicht zu verstehen, was der Gegner will, und noch weniger seine eigene Anschauung mit dem von der Wissenschaft seiner Klasse aufgespeicherten geistigen Rüstzeug zu verteidigen. Im günstigen Falle erwehrt sich der österreichische bürgerliche Abgeordnete des ihn mit Argumenten und Tatsachen in die Enge treibenden Gegners mit einer Flut rüder Schimpfworte. So schwanken die Diskussionen des Parlaments zwischen trostloser Indolenz, banausischer Unwissenheit und verlogener Demagogie hin und her. Wollen Sozialdemokraten hier wirken, so müssen sie vor allem eines überwinden: den tiefen, lähmenden Ekel vor all der Niedrigkeit und Nichtigkeit, die sie in den Mauern des Hauses der Volksvertretung umgibt. Wenn irgendwo, so sind die Sozialdemokraten des österreichischen Parlaments auf sich allein angewiesen, und das Pflichtgefühl, das ihnen die Zugehörigkeit zur großen Sache des Proletariats anerzogen hat, macht sie hier geradezu zu Pionieren eines echten Parlamentarismus. Mehr wie anderswo hat eben auch hier die Sozialdemokratie leider noch vielfache bürgerliche Arbeit zu verrichten. Die sozialdemokratischen Abgeordneten haben aus dem steinigen Felsen so viel herauszuschlagen sich bemüht als möglich war und so viel positive Arbeit für das Proletariat zu leisten versucht, als die Umstände eben gestatteten.

Eisenbahnen und Wasserstraßen.

Die Zurückgebliebenheit Oesterreichs in der Entwicklung seiner Verkehrswege ist eine der Ursachen seines wirtschaftlichen und geistigen Tiefstandes. Die Verkehrsentwicklung fördern zu helfen, war daher Pflicht der sozialdemokratischen Abgeordneten. Der seit 30 Jahren geplante Bau der Tauern-Karawankenbahn, der durch die Machinationen Ungarns so lange verhindert war, war sowohl bestimmt, den Seehandel der einzigen österreichischen Hafenstadt, der in fortwährendem Rückgang begriffen war, zu heben, als auch insbesondere ihm die Zufuhr der Provenienzen der industriellen Gebiete Oesterreichs, also Böhmens, Mährens und Niederösterreichs, zu sichern, als auch endlich den süddeutschen Handel über österreichische Eisenbahnen zu lenken. Die Schwierigkeit und Kostspieligkeit dieses Bahnbaues, die durch die Terrainverhältnisse verursacht ist, ist an sich kein Hindernis für eine rentable Entwicklung eines solchen Schienennetzes, wie die Schweiz beweist. Allerdings muß eine weise und weit ausblickende Staatswirtschaft und speziell eine geschäftskundige, von modernen Gesichtspunkten geleitete Eisenbahnverwaltung hinzukommen. Von gleichen Erwägungen mußte man sich bei der Beurteilung der Wasserstraßenfrage leiten lassen. Die Kanäle sind eine notwendige Ergänzung der Eisenbahnen, da sie diese durch Uebernahme der geringwertigen Waren entlasten und, wie dies zum Beispiel bei der Nordbahn bezüglich der Kohlen der Fall ist, durch Verbilligung der Frachtsätze zur Preisverringerung der Waren beitragen. Insbesondere die Gegenden, in denen Produkte von großem Volumen und geringem Wert erzeugt werden, wie Holz, Mineralien, chemische Produkte und dergleichen, sind die Kanäle eine ökonomische Notwendigkeit. Die im Zusammenhange damit verlangten Flußregulierungen, besonders in den Oberläufen, bedeuten nicht nur eine unerläßliche technische Voraussetzung der Kanalbauten, sondern auch die Abtragung einer längst fällig gewordenen Schuld an die betreffenden Gebiete, die periodenweise der Verwüstung durch Wasserkatastrophen preisgegeben waren, sie bedeuten aber auch schließlich eine sehr ökonomische Kapitalsanlage durch Verringerung der alljährlich notwendigen Notstandskredite. Der Sozialdemokratische Verband hat für alle diese Investitionen gestimmt, verlangte jedoch, daß die Summe nicht auf einmal, sondern von Jahr zu Jahr nach dem für das betreffende Baujahr projektierten Präliminare bewilligt und daß hierüber alljährlich Rechnung gelegt werde. Diese Vorsicht war in der § 14-Zeit dringend geboten. Das Haus nahm jedoch bloß den zweiten Antrag an. Im übrigen beschränkte sich der Sozialdemokratische Verband darauf, den bei diesen Bauten nötigen Arbeiterschutz zu verlangen. So beantragte ein Minoritätsvotum des Abgeordneten Dr. Ellenbogen im Eisenbahnausschuß, daß für die Arbeiter bei den neuen Bahnbauten Achtstundentag, Minimallohn, Truckverbot, hygienischer Schutz und eigene Gewerbeinspektoren eingeführt werden. Das Parlament lehnte über Wunsch des Eisenbahnministers diese Anträge ab. Von der geistvollen Konsequenz des Hauses gibt jedoch die Tatsache Kunde, daß ein entsprechender Antrag des Abgeordneten Daszynski im Wasserstraßenausschuß und im Plenum angenommen wurde. Sollte der Unterschied bloß in der Stupidität dieses Hauses begründet sein oder nicht auch in der Tatsache, daß das eine Ressort von dem „Sozialpolitiker" Wittek, das andere von dem auf solche Titel minder anspruchsvollen

Beseitigung des Dualismus als die unerläßliche Voraussetzung zur Erkämpfung eines Oesterreich, in dem die Klasse der Arbeiter den ihr zukommenden, aber bisher schnöde vorenthaltenen Einfluß erlangt und die Bahn freimacht für die Erfüllung ihrer geschichtlichen Aufgaben.

18. Zusatzantrag Grigoroviči zur Resolution:

Der Parteitag erklärt aber auch dasselbe bezüglich Ungarns und sieht nur in diesem Wege der Entwicklung die Möglichkeit zur Emanzipation der geknechteten, nichtmagyarischen Nationen sowie des Proletariats dieses Staates.

Aus diesem Grunde begrüßt er das ungarische Proletariat, welches mit seiner Forderung nach dem allgemeinen gleichen Wahlrecht und der Gleichberechtigung aller in diesem Staate lebenden Völkerstämme den Grundstein zu einem modernen Staatsgebilde gelegt hat, auf das lebhafteste.

Zu Punkt 6 der Tagesordnung: „Sozialpolitik in Oesterreich".

19. Resolution des Referenten:

Unter Festhaltung der im Programme der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Oesterreichs aufgenommenen Mindestforderungen an gesetzlichem Arbeiterschutz beschließt der Parteitag:

Gegen die von der Regierung Koerber systematisch betriebene Verzettelung des Zustandekommens einer zeitgemäßen Reform der Arbeiterversicherung sowie deren Ergänzung durch Einführung einer allgemeinen Invaliditäts- und Altersversicherung, einer Witwen- und Waisenversorgung der Arbeiter wird auf das entschiedenste protestiert und erklärt, daß Regierung und Parlament von der organisierten Arbeiterschaft für den Fortbestand des desolaten Zustandes der Arbeiterversicherung verantwortlich gemacht werden.

Die im sozialpolitischen Ausschusse des Abgeordnetenhauses in Verhandlung stehende Vorlage betreffend die Invaliditäts- und Altersversicherung der Privatbeamten ist mit Rücksicht auf das eingeschränkte Geltungsgebiet dieses Gesetzes, den Mangel eines staatlichen Zuschusses und die verfehlte Art der Organisation durchaus unzureichend und es kann dieselbe auch nicht als eine teilweise Befriedigung der gerechten Forderung der Arbeiterschaft nach einer gesetzlichen Vorsorge für den Fall der Invalidität- und des Alters angesehen werden, weil die bedürftigsten Schichten der arbeitenden Bevölkerung von dieser Versicherung ausgenommen sind.

Die Regierung wird daher dringendst aufgefordert, ihre Vorschläge rücksichtlich einer den wiederholt geäußerten Wünschen der organisierten Arbeiterschaft entsprechenden Reform der Arbeiterversicherung unverzüglich in den kompetenten Körperschaften zur Diskussion zu stellen und nicht durch weitere vage Versprechungen die berechtigte Erbitterung unter der Arbeiterschaft noch mehr zu steigern.

Ebenso wird gegen die von der Regierung in Vorschlag gebrachte Reform der Gewerbeordnung entschiedenste Verwahrung eingelegt, weil die Perfektion derselben eine Knebelung der in den Gehilfenversammlungen organisierten Arbeiter bedeuten würde und zudem eine Stärkung der reaktionären Tendenz unseres verpfuschten Gewerbegesetzes zur Folge hätte. Bei diesem Flickwerk ärgster Sorte hat die Regierung von der Reform des VI. Hauptstückes der Gewerbeordnung vollständig Abstand genommen, obzwar gerade dieses Kapitel total veraltet ist. So haben die Bestimmungen desselben über die Maximalarbeitszeit in den wichtigsten Gewerbszweigen schon lange nicht mehr Geltung und lediglich die praktische Bedeutung, daß sie den rückständigsten Unternehmergruppen im Kampfe der Arbeiterschaft um Kürzung der Arbeitszeit Anlaß zu nichtigen Ausreden geben. Eine Regierung, die sich ihrer primitivsten sozialpolitischen Pflichten nur halbwegs bewußt ist, hätte auch bei dieser Gelegenheit dem schreienden Lehrlingselende steuern und diese Prügelknaben unserer Wirtschaftsordnung gegen die *unmenschliche* Ausbeutung sicherstellen müssen.

Cingr, Eldersch und Hybes schon am 21. Februar 1901 einen Dringlichkeitsantrag betreffend die Beschäftigung von jugendlichen Personen, die tägliche Arbeitsdauer und die Sonn- und Feiertagsruhe im Bergbau eingebracht hatten und die Regierung kam ihrer Pflicht am 7. März 1901 nach. Im sozialpolitischen Ausschuß jedoch begann sofort der Kampf gegen die Unternehmerschaft, die durch allerhand Kniffe den Gegenstand verschleppen und eine Verkürzung der Arbeitszeit um jeden Preis verhindern wollte. Dem energischen Auftreten der Sozialdemokraten, die die Führerschaft in der Frage sofort übernahmen und behielten, gelang es, die Vorlage schon am 22. Mai 1901 zur Verhandlung im Plenum zu bringen. Der Minoritätsantrag der Sozialdemokraten lautete auf sofortige Einführung des Achtstundentages, während andere Parteien mehr oder minder weitgehende Verwässerungen dieses Antrages vorschlugen. Als nun auf eine direkte Anfrage Schuhmeiers der Regierungsvertreter, der seither verstorbene Hofrat Zechner, die Erklärung abgab, daß die Schicht von der Anfahrt des ersten Mannes bis zur Ausfahrt des letzten berechnet werde, somit de facto der Achtstundentag im Bergbau eingeführt werde, stimmte der Verband für die Vorlage, damit den Bergarbeitern eine der bedeutungsvollsten sozialpolitischen Errungenschaften sichernd.

Die Forderungen des Militarismus.

Die Haltung des Verbandes dem Militarismus gegenüber war in der Berichtsperiode klar; die sozialdemokratischen Abgeordneten bekämpften den Moloch und seine stets wachsenden Forderungen mit der ganzen Wucht und Unnachgiebigkeit der Partei. Sie hatten vor sich eine charakterlose Parlamentsmajorität, deren oberstes Prinzip der militärfromme und dem Hofe gegenüber würdelose Servilismus ist. Diese Majorität vor dem Volke bloßzustellen, ihr nachzuweisen, daß sie dieses Volk mit gebundenen Händen dem Moloch ausliefert, und gleichzeitig die wehrlosen Opfer der Kaserne kräftig und mutig in Schutz zu nehmen, das war die Aufgabe unserer Verbandspolitik.

In einer Reihe von parlamentarischen Gefechten, in denen die sozialdemokratischen Abgeordneten die Gelegenheit fanden, den Militarismus anzugreifen, wurde das entsetzliche Schicksal der Volkssöhne beim Militär durch eine endlose Reihe der schaurigsten Tatsachen öffentlich behandelt. Die Militärverwaltung versuchte zuerst — in der im österreichischen Parlamente bisher plausiblen Art — alles abzuleugnen, bis sie endlich bei der bekannten Galgoczy-Debatte mit den angeblich „offiziellen" Daten und Zahlen über die assentierten Krüppel und Wahnsinnigen, über Selbstmorde der Soldaten und über die Bestrafung ihrer Peiniger herausrücken mußte und glänzend die sozialdemokratische Kritik bestätigte.

Ausführlich wurde im Parlamente die dringende Notwendigkeit der Reform des militärischen Strafprozesses von den sozialdemokratischen Abgeordneten begründet. Bei diesem Anlasse müssen wir wiederum der journalistischen Arbeit, die die „Arbeiter-Zeitung" vollbrachte, rühmend gedenken. In dem Kleinkriege gegen die mächtigste Korruptionistenclique war die glänzende Haltung der „Arbeiter-Zeitung" in mancher Phase direkt entscheidend!

Bei jeder Debatte über das jährliche Rekrutenkontingent waren die sozialdemokratischen Redner die wirklichen Führer der Opposition und ihre Argumente trafen sicher. Auf diesem Boden zeigte sich leider allzu oft, daß die Gegner des Militarismus im Abgeordnetenhause eine verschwindende Minorität bilden. Die nationalistischen Schreihälse und Hintertreppenschacherer verstanden immer so viel Rekrutenfleisch dem Militarismus prompt zu liefern, als er nur begehrte. Die Obstruktion hüben wie drüben verstummte immer zeitig, wenn es galt, die Arbeiter und Bauernsöhne in die Kasernen hineinzutreiben . . .

Diesem servilen Stumpfsinne der bürgerlichen Parteien aller Nationen gegenüber versuchte der Verband durch den hartnäckigsten Kampf in dem Ausschusse und im Hause selbst immer die öffentliche Meinung des Volkes aufzuklären über die einzelnen Phasen des frivolen, volksfeindlichen Spieles der demagogischen Majorität. Und aus diesem Grunde entstanden auch die positiven Anträge des Verbandes, die diese Majorität unzweideutig auf die Probe stellen sollten. Unserer ganzen Politik in dem Abgeordnetenhause getreu, beschränkten wir uns nicht auf prinzipielle Erklärungen, sondern wir machten die Bevölkerung auch darauf aufmerksam, was schon die bürgerlichen Parteien, wenn sie nur Vertreter der bürgerlichen Interessen wären, imstande wären, im Parlamente zu leisten, um die herausfordernde Uebermacht des Militarismus im Staate zu begrenzen und die Bevölkerung zu schützen. Wir haben bisher keinen ausreichenden Grund in Oesterreich gesehen, von dieser Taktik

im Parlamente und in der Partei selbst abzustehen. Wir haben dadurch niemals die Klarheit des politischen Denkens bei der Masse der Parteigenossen beeinträchtigt, dafür aber das Verständnis für so manchen politischen Prozeß beim Volke erweckt.

Diese allgemeine Bemerkung möge dem Parteitage als Erklärung auch unserer Haltung in der letzten viertägigen Parlamentssession dienen, obwohl die Vorgänge vom September 1903 nicht in die Berichtsperiode fallen.

Wir müssen jedoch schon hier die Warnung an die organisierte Arbeiterschaft richten, daß der Hauptangriff des Moloch auf ihre Taschen und auf ihre Söhne erst kommen wird! Die geplante Neuanschaffung der neuen Kanonen nähert sich immer mehr. Schon hat man dem maratistischen Parlament 38 Millionen Kronen für die Haubitzen als erste Abzahlung herausgelockt; bis 200 Millionen aber werden wir in den nächsten Jahren bluten müssen, wenn es nach dem Wunsche des Moloch gehen wird ... Und das gleichzeitig mit dem Raubzuge der aristokratisch-agrarischen Brotwucherer!

Die Abänderung der Gewerbeordnung und das Hausiergesetz.

Die Signatur des gegenwärtigen Abgeordnetenhauses ist kleinbürgerlich. Das tritt in jenen Augenblicken hervor, wo die Obstruktion auf allen Seiten eingestellt ist und der Arbeitswilligkeit gefrönt wird. Die schwere, schleichende Krise, an der die österreichische Volkswirtschaft seit Jahrzehnten krankt und die sich in den letzten Jahren im Zusammenhang mit der deutlichen Krise und mit dem Ausgleichsjammer zu einer wahren Katastrophe gesteigert hat, vermochte weder die Regierung noch das Parlament dazu, eine Wirtschaftspolitik in größerem Stile zu beginnen. Die kniffige und boshafte Krämerseelennatur der kleinbürgerlichen Abgeordneten jedoch benützte die wenigen wirklichen Arbeitstage des Hauses zu ausgiebigen Rettereien des kleinen Mannes, aber nicht, wie die demagogischen Versprechungen vor den Wählern es verheißen hatten, durch Kampf gegen das Großkapital, sondern gegen die noch ärmeren Existenzen der Arbeiter und Hausierer. So beschloß das Haus unter der Führung der Christlich-Sozialen und Deutschvölklichen vorerst eine Abänderung der §§ 59 und 60 der Gewerbeordnung, wodurch das Detailreisen, das Hausieren mit Gebäck und mit Blumen verboten werden sollte. Vergebens war der Hinweis der Sozialdemokraten darauf, daß durch das erste Verbot eine ganze Reihe von Industrien vernichtet und die dort beschäftigten Arbeiter (insbesondere Näherinnen) dem Elend preisgegeben wurden, vergebens die Erinnerung daran, daß 3000 freie Existenzen von Bäckergehilfen nicht nur ihrer Unabhängigkeit beraubt werden und daß ihr Verdienst genommen und den Bäckermeistern in die Taschen geschoben werde. Das Haus stimmte geschlossen im Sinne des kleinbürgerlichen Unternehmertums und nur mit Mühe gelang es, wenigstens den armen Blumenverkäuferinnen ihre kärgliche Existenz zu retten. Mit ähnlichem Fanatismus warfen sich dieselben parlamentarischen Gruppen auf die Hausierer. Die Vorlage des Gewerbeausschusses sollte diese Existenzen (etwa 15.000) mit einem Federstrich arbeitslos machen. Hier jedoch gelang es durch Benützung der Zerfahrenheit des Hauses nicht nur eine Unzahl von Begünstigungen für die vom Hausierhandel lebenden Gegenden zu erringen, sondern durch Annahme der Bestimmung, daß den bisherigen Hausierern die Ausstellung eines Hausierpasses nicht verweigert werden dürfe und bloß keine neuen ausgestellt werden sollen, die antisoziale Absicht der Mittelstandspolitiker zu vereiteln.

Die Sonntagsruhe.

Von demselben kümmerlichen Krämergeiste war die vom Gewerbeausschuß umgearbeitete Regierungsvorlage betreffend die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe beseelt. Statt eine vollständige Arbeitsruhe zu schaffen, begnügte sie sich, den seit 1895 ohnehin faktischen Zustand gesetzlich festzulegen, überdies aber in einer Weise, die eher in reaktionärem Sinne von den Behörden ausgelegt werden kann, wobei noch für Komptoirarbeiten eine besondere Ausnahme geschaffen wurde. Die Gelegenheit benützten die Arbeiterfeinde der deutschen Volkspartei, um auf schmutzigen Schleichwegen die mit der Gesetzesvorlage in keinerlei Zusammenhang stehende Ersatzruhe der Bäckergehilfen zu beschneiden, was ihnen, allerdings nur zum Teile, mit Hilfe einer illegalen Unterstützung seitens des ihrer Partei entnommenen Vizepräsidenten Kaiser gelang. Doch ist die Annahme dieses tückischen Jesuitenstreiches seitens des Herrenhauses sehr in Frage gestellt.

Getreideterminhandel und landwirtschaftliche Berufsgenossenschaften.

Neben der Kleingewerberetterei machte sich naturgemäß die Bauernretterei im Hause breit. Diese gipfelte außer in der Aufhebung der Mauten und des Terminhandels in dem Gesetze über die landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften.

Was den Terminhandel anlangt, so begnügte sich der Verband damit, durch Gen. Eldersch bei der Beratung im Hause folgende Erklärung abzugeben:

„Die sozialdemokratische Fraktion hat für das Eingehen in die Spezialdebatte über das vorliegende Gesetz gestimmt. Sie hat das getan, obwohl sie die Absichten der Antragsteller dieses Gesetzes nicht teilt und auch nicht in der Lage ist, die Hoffnungen, die von den bäuerlichen Interessentenkreisen an das Gesetz geknüpft werden, gerechtfertigt zu finden. Es ist den agrarischen Agitatoren gelungen, weiten Kreisen der Landwirte den Glauben beizubringen, daß ihre durch die Bedingungen des Weltmarktes wirklich schwierig gewordene Lage durch eine Aenderung der Formen des Marktverkehres verbessert werden könnte. Im Verlauf der ganzen Agitation und der Debatte in diesem Hause haben wir jedoch die Erörterung der die kleinen Landwirte vernichtenden Konkurrenz vermißt, die ihnen von dem Großgrundbesitz bereitet wird, und die mehr noch als der Weltmarkt und die Formen des Marktverkehres ihre ohnedies kümmerliche Existenz vollends untergräbt.

Die Erfahrungen in anderen Ländern haben genugsam gezeigt, daß es eine Täuschung ist, wenn man glaubt, daß dem Landwirt lediglich durch eine Reform des Marktverkehres Hilfe gebracht werden kann, ja sie haben gezeigt, daß es nicht einmal gelingen dürfte, durch das gesetzliche Verbot des Terminhandels die Exzesse des Börsenschwindels und des Wuchers mit Brotfrucht — denen energisch entgegenzutreten unser aller Wunsch ist — ernsthaft einzuschränken. Die vielfachen Erörterungen über dieses Gesetz haben ergeben, daß die Hoffnungen der Landwirte, dieses Gesetz werde die Preise ihres Produkts, der Brotfrucht, erhöhen, Illusionen sind. Damit fällt für die agrarischen Kreise der Wert des Gesetzes bedeutend, aber auch für uns, die Vertreter der Brotkonsumenten, entfällt dadurch der Grund, dem Zustandekommen dieses Gesetzes mit allen Mitteln entgegenzuarbeiten. Wir teilen also nicht die Hoffnungen der Agitatoren für dieses Gesetz, wir halten sie für Selbsttäuschungen, wir beschränken uns aber darauf, es auszusprechen, und überlassen es den an der Getreideproduktion und dem Getreidehandel Beteiligten, den Marktverkehr so zu regeln, wie sie es für gut halten.

Wenn wir in diesem Sinne uns dem Antrag auf das Eingehen in die Spezialdebatte nicht widersetzt haben, so überlassen wir doch die volle Verantwortung für die Wirkung dieses Gesetzes und für die Enttäuschungen, die sich in nicht zu ferner Zeit daran knüpfen werden, denjenigen, welche die unter schweren Existenzbedingungen leidende bäuerliche Bevölkerung durch die maßlose Uebertreibung der Wirkung dieses Gesetzes in Irrtum geführt haben. Der selbst von den Anhängern dieses Gesetzes zugegebenen Gefahr der Ablenkung des Getreidehandels nach Ungarn und der Schädigung der Kommune Wien durch den Ruin des Lagerhauses kann nur entgegengewirkt werden, wenn Staat und Kommune durch eine großzügige Verkehrspolitik und entsprechende Vorkehrungen für den Transport und die Einlagerung des Getreides in größerem Maße als bisher für die Förderung der Interessen der Getreideproduzenten sowohl als auch jener der Konsumenten Vorsorge treffen."

Das Gesetz über die landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften war nach den Aussprüchen diverser agrarischer Wortführer geradezu als Schutzwall gegen die Bestrebungen der Sozialdemokratie gedacht. Der Sozialdemokratische Verband jedoch demonstrierte die ganze Lächerlichkeit dieser Anschauung dadurch, daß er für das Gesetz als für eine Berufsorganisation der Landwirte stimmte. Die bei dieser Gelegenheit von dem Abgeordneten Seitz gestellten Anträge, die auf eine Organisation der landwirtschaftlichen Arbeiter abzielten, wurden von der agrarischen Mehrheit natürlich ebenso abgelehnt, wie seine weiteren Resolutionsanträge, die einen Gesetzentwurf zur Regelung der Arbeitsverhältnisse der landwirtschaftlichen Arbeiter, die Beseitigung der Gesindeordnungen, Bestimmungen über Arbeitszeit, Lohnzahlung und Kündigungsfristen u. s. w. forderten, sowie die Kranken- und Unfallversicherung für alle landwirtschaftlichen Arbeiter.

Das Ingenieurtitelgesetz.

Zwischen den von den technischen Hochschulen abgehenden und den in den höheren Gewerbeschulen ausgebildeten Berufsleuten tobt ein erbitterter Kampf um die Führung des Titels „Ingenieur". Die ersteren erblicken darin nicht eine leere De-

koration, sondern ein Mittel des Fortkommens im sozialen Kampfe, und beanspruchen lediglich den Titel für sich, da sie die höhere Ausbildung genossen haben. In Wahrheit erweisen sich die Absolventen der höheren Gewerbeschulen als durchaus brauchbare Kräfte in technischen Etablissements, von denen sie dann, gewissermaßen als eine Art Avancement, den Ingenieurtitel erhalten. Da diese letzteren zu allermeist aus den minderbemittelten Gesellschaftsschichten entspringen, während die Hörer der technischen Hochschulen meist Söhne begüterter Leute sind, so spitzt sich diese Angelegenheit zu und es war daher kein Zweifel, auf welcher Seite der Verband zu finden sein würde. Es ist nun dem tatkräftigen Eingreifen der sozialdemokratischen Abgeordneten tatsächlich zu verdanken, daß das von den Vertretern der meistbesitzenden Klasse geplante Attentat auf das Recht der höheren Gewerbeschüler, den Titel zu führen, vereitelt und die Gesetzesvorlage zur neuerlichen Beratung an den Ausschuß zurückverwiesen wurde, dessen Aufgabe es nun sein muß, unter Belassung des Wortes Ingenieur und Hinzufügung eines unterscheidenden Nebenwortes wie „Doktor" oder „akademischer" die Frage endgültig und ohne Schaden für die Gewerbeschüler zu lösen.

Die Fahrkartensteuer.

Die Aufhebung der Mauten und die Erhöhung der Bezüge der Diurnisten bot der Regierung den Vorwand zu einem Gesetzantrage auf Einführung einer neuen indirekten Steuer, also einer neuen Belastung der breiten Massen des Volkes. Die Regierung rechnete mit der im Hause eingerissenen Demagogie, wenn sie zwischen Mauten, Diurnistenaufbesserung und Fahrkartensteuer ein „Junktim" herstellte, für das sie auch den größten Teil der bürgerlichen Presse agitieren ließ. Auch wurde dafür gesorgt, daß in die Kreise der Landwirte, Beamten, Beamtenwitwen und Diurnisten diese Agitation zum Zwecke der Ausübung eines Druckes auf die „volksfreundlichen" Parteien getragen werde. Doch muß zum Lobe wenigstens einiger Gruppen der so mißbrauchten hilfebedürftigen Kreise gesagt werden, daß sie eine Hilfe, die nur durch neue Belastung des Volkes, also wieder ihrer selbst erfolge, perhorreszierten. Der antisoziale Charakter des Gesetzes erhellt daraus, daß die Gesetzesvorlage selbst das Haupterträgnis der Steuer aus der Besteuerung der III. Klasse berechnete, da die I. Klasse 5·9 Prozent, die II. 19·3, die III. 74·8 Prozent ergeben wird. Es erhellt aber auch aus der von den sozialdemokratischen Rednern nachgewiesenen Tatsache, daß die I. und II. Klasse großenteils nur von Freikartenpassagieren benützt werde und daß insbesondere die allerreichsten Gesellschaftskreise gewohnheitsmäßig umsonst die Eisenbahn benützen. Um daher die Steuer dorthin zu wälzen, wo sie leichter ertragen werden kann, beantragte der sozialdemokratische Verband, die III. Wagenklasse von der Steuer freizuhalten. Der eigentliche Grund der Inanspruchnahme der Steuer seitens der Regierung war jedoch ein anderer, der vom Finanzminister freilich nicht zugestanden wurde: Sie sollte die Mittel zur Verzinsung des in Aussicht gestellten Haubitzenanlehens liefern. Die Sozialdemokraten ließen sich denn auch durch den von der Regierung und den „Volksparteien", darunter natürlich auch den Christlich-Sozialen, gemeinsam aufgeführten Schwindel nicht blenden und nicht einschüchtern und stimmten gegen die Vorlage. Von der maßlosen Demagogie der Parteien und der totalen parlamentarischen Unfähigkeit dieses Hauses möge nebenbei die Tatsache zeugen, daß bei der Beratung des Fahrkartensteuergesetzes unter anderem folgende Anträge gestellt wurden: Antrag auf Fortbezug der Taggelder durch die zur Waffenübung eingerückten Diurnisten (Abgeordneter Mazzorana, Italiener); auf Unterstützung und Förderung der Meisterkrankenkassen (Abgeordneter Dobernig, Deutsche Volkspartei); betreffend die Entschuldung des landwirtschaftlichen Besitzes (Abgeordneter Schrott, Katholische Volkspartei); Schaffung eines Fondes für eine allgemeine obligatorische Alters- und Invaliditätsversicherung (Abgeordneter Steiner, christlich-sozial) u. s. w. Lauter schöne Dinge, die aber nichts mit der Fahrkartensteuer zu tun haben. Beinahe alle diese Volksfreunde stimmten aber für die Belastung des Volkes durch die neue Steuer! Und ein Beratungskörper, der so wenig Ernst besitzt, will ein Parlament sein!

Die Zuckerfrage.

Die Rübenzuckerindustrie, dieses Muster eines kapitalistischen Gewächses, erfreute sich bekanntlich in den letzten Dezennien einer besonderen Fürsorge seitens aller europäischen kontinentalen Regierungen. Nicht nur daß man durch enorm hohe Zölle die Konkurrenz des Auslandes vollständig fernhielt und die Bildung eines Zuckerkartells hervorrief, das die Rübenbauern als Produzenten und die Gesamtbevölkerung als Konsumenten in der maßlosesten Weise bewucherte, der Staat schenkte den Zucker-

fabrikanten zu dem nach „kapitalistischen Gesetzen“ resultierenden Unternehmergewinn außer dem durch den Zoll und das Kartell hervorgerufenen Wucherprofit noch einen Extraprofit in der Form der Zuckerprämien, die in den letzten Jahren die Höhe von 18 Millionen Kronen erreichten, eine staatswirtschaftliche Politik, deren Weisheit in dem Resultate gipfelte, daß der österreichische Zucker in Oesterreich für die armen Klassen unerschwinglich, dagegen in dem durch Exportzucker beglückten England so billig wurde, daß er dort zur Schweinemästung und zur Züchtung eigener zuckerverarbeitender Industrien benützt wurde. In dieses Ideal eines kapitalistischen Profitwuchersystems riß nun England ein tiefes Loch, indem es, um eine eigene Zuckerindustrie zu gründen und seine Kolonien zu begünstigen, jeden mit Prämien und Zöllen geschützten Zucker mit Strafzoll zu belegen drohte, und da England das wichtigste, ja beinahe das einzige Zuckerimportland ist, mußten sich die europäischen Staaten fügen. Nach längeren fruchtlosen Verhandlungen trat endlich im Jahre 1902 in Brüssel eine internationale Zuckerkonferenz zusammen, in der sich die europäischen Kontinentalstaaten (außer Rußland) tatsächlich verpflichteten, die Zuckerzölle und Prämien in jeder Form abzuschaffen und nur einen Ueberzoll (Surtaxe), der gerade nur zur Abhaltung der Konkurrenz des Auslandes hinreichte, einzuheben. Die österreichischen Zuckerfabrikanten suchten nun zu retten, was zu retten war, und verlangten die Einführung des Kontingentierungssystems, wodurch jedem Fabrikanten eine bestimmte Produktions- und damit auch Absatzmenge zugewiesen, also ihnen die Weiterexistenz gesichert wird. Vielleicht wäre die österreichische Regierung auf dieses Begehren nicht eingegangen, wenn nicht der allezeit böse Geist des Dualismus auch hier wieder seine für Oesterreich verderbliche Rolle gespielt hätte. Die Ungarn, die kaum für den Export produzieren, denen also an der Brüsseler Konvention wenig oder nichts gelegen war, benutzten die Verlegenheit Oesterreichs, um ihm einen großen Teil des ungarischen Zuckerabsatzmarktes abzuknapsen, und dies erreichten sie in vollendeter Weise in der Form des Kontingentierungssystems, wodurch nicht nur jeder Fortschritt in der Eroberung des ungarischen Marktes durch österreichische Zuckerfabrikanten ausgeschlossen war, sondern auch gleich von vornherein 300.000 Meterzentner bisheriger österreichischer Zuckerproduktion den ungarischen Zuckerfabriken zugewiesen wurden. Der Vertreter der Sozialdemokratie im Zuckerausschuß und im Plenum erklärte von vorneherein die Kontingentierung als der Brüsseler Konvention widersprechend und prophezeite ihre Ablehnung durch das Brüsseler Schiedsgericht. Er wies darauf hin, daß es eine neue, noch festere Form des Zuckerkartells unter Patronanz des Staates sei und beantragte, daß vorerst der Beitritt zur Brüsseler Konvention ausgesprochen, dann aber nach Abschluß neuer Verhandlungen mit Ungarn ein anderer Modus zur Regelung der Zuckerproduktion geschaffen werde. Er verwies ferner darauf, daß man sich mit dem vollständigen Verluste des englischen Marktes in nicht allzu ferner Zeit vertraut machen müsse und daß es daher nur *ein* Mittel zur Erhaltung der österreichischen Zuckerindustrie gebe, die *Hebung des inländischen Konsums*. Zu diesem Ende beantragte er vor allem die Abschaffung der berüchtigten Kaizlschen § 14-Verordnung, durch die die Zuckersteuer um 12 Millionen Kronen erhöht wurde, eventuell eine dem zu erwartenden steigenden Konsum entsprechende sukzessive Herabsetzung von Jahr zu Jahr. Das volksfreundliche Haus, darunter auch die Christlich-Sozialen, ein Teil der deutschen Volkspartei und der Jungtschechen, lehnte alle diese Anträge ab. Von den sozialdemokratischen Prophezeiungen sind nichtsdestoweniger die fälligen bereits eingetroffen. Die Brüsseler Konferenz hat das Kontingentierungssystem abgelehnt, die Regierung war gezwungen, das Gesetz aufzuheben und, wie es die Sozialdemokraten verlangt hatten, mit den Ungarn in neue Verhandlungen einzutreten. Das Resultat davon war jedoch eine womöglich noch gewaltsamere Form der Lösung, die Einführung der Surtaxe auf Zucker zwischen Oesterreich und Ungarn. Glänzender als durch diese fortgesetzten Blamagen der Regierung konnte die Haltung der Sozialdemokraten nicht gerechtfertigt werden.

Die Rentenkonversion.

Einen günstigen Stand der Geldverhältnisse, des Bankzinsfußes und der Kurse benützte die Regierung, um den Zinsfuß der Obligationen der einheitlichen Staatsschuld von 4·2 auf 4 Prozent herabzusetzen. Da dies eine Verringerung des arbeitslosen Einkommens bedeutet und einen Gewinn des Staates, der ihm direkt von den Besitzenden gezahlt wird, so stimmten die Sozialdemokraten für die Konversion. Sie unterließen hierbei jedoch nicht, den Finanzminister durch direkte Befragung nach der Ursache der Ausscheidung des „ungarischen Blockes“ in die Enge zu treiben und dabei die Kläglichkeit der Stellung Oesterreich-Ungarns im Ausgleichsverhältnisse darzulegen. Die Summe der ursprünglich fünfprozentigen Staatsschuldentitres, die durch Bretsl seinerzeit von 5 auf 4·2 Prozent konvertiert worden waren, beträgt nämlich rund

fünf Milliarden Kronen. Die Regierung wünschte jedoch bloß die Konversion von 3620 Millionen, so daß 1400 Millionen unkonvertiert bleiben, wodurch der Konversionsgewinn statt 10 Millionen bloß 7·2 Millionen beträgt, was also eine Einbuße des österreichischen Staates um 2·8 Millionen jährlich bedeutet. Die Ausscheidung dieser 1400 Millionen ist nun über Wunsch der Ungarn erfolgt, obwohl diese in den Ausgleichsgesetzen die Staatsschuld als eine sie gar nichts angehende Angelegenheit betrachteten, zu deren Verzinsung sie bloß die unveränderliche Summe von 29 Millionen Gulden jährlich beizusteuern sich verpflichtet hatten, und sie kann als ein Präjudiz zur Verringerung der übernommenen Verpflichtungen der Ungarn gedeutet werden. Mag dies nun vorläufig bloß eine akademische Frage sein, sicher ist gegenwärtig der Verlust von etwa drei Millionen jährlich für den österreichischen Staat, wieder ein Schaden durch den Ausgleich. Die Sozialdemokraten haben gegen die Ausscheidung des ungarischen Blockes protestiert.

Die Handelsverträge.

Die immer üppiger in die Halme schießende agrarische Anmaßung drängte im Hause fortwährend auf die Kündigung der Handelsverträge, insbesondere mit Serbien, dessen Vieh- und Zerealienexport den Agrariern, wie sie unter maßlosen Uebertreibungen versichern, sehr gefährlich sein soll. Aber auch der Handelsvertrag mit Italien, besonders die sogenannte Weinzollklausel wird heftig angefochten. Nun ist aber die Stabilität der Handelsbeziehungen eine wichtige Voraussetzung einer gesunden industriellen Entwicklung, vor allem der Bewahrung des Absatzmarktes. Je größer das durch Handelsverträge geeinte Wirtschaftsgebiet, desto mehr Schutz — relativ natürlich — vor heftigeren wirtschaftlichen Katastrophen. Insbesondere aber bevor durch Abschluß des Ausgleichs und des autonomen Zolltarifs die Vorbereitungen für neue kommerzielle Unterhandlungen mit anderen Staaten geschaffen sind, ist die Kündigung der Handelsverträge ein Widersinn, da dann Oesterreichs Handel eine gewisse Zeit sozusagen in der Luft hängen kann, ohne Sicherung gegen die eifervoll in die Lücke eindringenden anderen Handelsstaaten. Daher haben die Sozialdemokraten gegen diese Extravaganzen des Agrariertums Stellung genommen. Allerdings wich die Regierung vor dem agrarischen Angriff zurück und kündigte in kurzem Wege den italienischen Handelsvertrag. Die Kündigung des serbischen *vereitelten* die Sozialdemokraten jedoch durch ihre Haltung im Plenum und insbesondere im volkswirtschaftlichen Ausschuß.

Der Ausgleich und die Zölle.

Gegenüber dem Ausgleich war die Stellung der Sozialdemokraten von vornherein gegeben. Die zahllosen Schäden, die er Oesterreich politisch und wirtschaftlich zufügt, die Schürung des nationalen Streites, das Wachsen des Militärbudgets, der Rückgang der Industrie und des Exports und vor allem die enorme Bewucherung der Arbeiterschaft durch indirekte Steuern geboten seine Ablehnung. Je eher die Trennung erfolgt, desto früher vermag Oesterreich seiner eigenen inneren Wirren Herr zu werden und seine Volkswirtschaft zu selbständiger Entfaltung zu bringen. Daher konnte auch dem selbst von konservativer Seite ausgesprochenen Wunsche, daß diesmal der *letzte* Ausgleich geschlossen werde, nicht zugestimmt werden, denn gerade dieser Ausgleich ist der schlechteste von allen. Allerdings hatte sich die Regierung *Koerber* bemüht, durch einige Scheinkonzessionen an die öffentliche Meinung der tiefinnerlichen allgemeinen Abneigung gegen den Dualismus die Spitze abzubrechen. Aber die Aufhebung der Transportsteuer, die nur, wie die Sozialdemokraten nachwiesen, der Donau-Dampfschiffahrtsgesellschaft zugute kommen wird, oder gar die berühmte Loyalitätsklausel waren Aufputz von zu wenig sachlichem Wert, um die übrigen Schönheitsfehler des Ausgleichs zu verdecken. Hierbei wandte sich jedoch der Verband auch gegen die *Koerber*sche Maxime, gewisse, von seinen Vorgängern *Badeni-Bilinski* und *Thun-Kaizl* (mit dem § 14) „erledigte" Angelegenheiten, wie insbesondere die Auslieferung der Bank, als abgeschlossene Sache hinzustellen. Mit der größten Intensität aber bekämpften die Sozialdemokraten den als wichtigsten Bestandteil des Ausgleichs eingebrachten Zolltarif. Selten ist in einem Gesetzentwurf so scharf und entschieden der Klassencharakter der Regierung und des Parlaments hervorgetreten wie in diesem. Die bisherige Teuerung der Lebensmittel wird durch ihn ins Ungemessene gesteigert, insbesondere die wichtigsten, Getreide, Vieh, Fleisch, Milch, Brot u. s. w., tragen die furchtbarsten Wucherzölle, während auf der anderen Seite die Industriezölle in letzter Linie zum Stagnieren der industriellen Entwicklung, zum Ausschluß der technischen Vervollkommnung führen. Beide aber, sowohl Agrar- als Industriezölle, erschweren die Lebenshaltung des Arbeiters enorm, beide haben den Zweck, ein Monopol für gewisse kapitalistische Gruppen zu schaffen und einzelne wenige diesseits und jenseits der

Leitha ungeheuer zu bereichern. Hier standen die Sozialdemokraten wiederum ganz allein, die einzigen reinen Vertreter der Interessen der Proletarier, die bei diesem Zollwuchergeschäft keinerlei Schab zu machen haben. (Vergleiche das Kapitel: „Die Tätigkeit in den Ausschüssen".)

Die Geschäftsordnung.

Die Obstruktion ist nicht mehr eine zufällige Nebenerscheinung, sondern sie gehört bereits zum Wesen des österreichischen Privilegienparlaments. Sie ist dem ganzen Parlament unangenehm, aber man kriegt sie nicht los, da sie ein geschichtlich gewordenes Produkt, eine objektive Notwendigkeit ist. In diesem von Demagogie zerfressenen Hause ist die Obstruktion nicht mehr ein Dolch im Gewande der Parteien, sondern umgekehrt ist sie es, die die Parteien völlig in der Hand hat. Deshalb haben die Jungtschechen Stransky und Kramař längst nach Aenderung der Geschäftsordnung geschrien, um aus den Krallen dieses von ihnen selbst heraufbeschworenen Gespenstes zu entkommen. Unterstützt wurden sie in diesem Rufe von allen reaktionären Bourgeoisparteien, die ihr Schäfchen ungestört ins Trockene bringen wollen, insbesondere vom Polenklub, den Klerikalen, den Christlich-Sozialen und den Großgrundbesitzern und es war einer von den letzteren, der Dr. v. Grabmayr, der sich wohl mehr aus Wichtigtuerei die Aenderung der Geschäftsordnung zur Aufgabe setzte!

Nun gewiß, das österreichische Privilegienparlament ist verlottert und verdorben bis auf die Knochen und zur Erledigung keiner nur leidlich schwierigen Aufgabe mehr fähig; aber es ist nicht deshalb die Fleisch und Bein gewordene Zerfahrenheit und Ohnmacht sowie ein Gegenstand des allgemeinen Spottes, weil die Geschäftsordnung zu gut und frei ist, sondern weil das Wahlsystem, aus dem dieses Parlament hervorgeht, so schlecht ist. Die Unflätigkeit, das kleinliche Gezänke um kleinliche Dinge hat nicht deshalb die Vernunft im österreichischen Parlament überwuchert, weil diese Ueberwucherung durch die bestehende Geschäftsordnung nicht in entsprechender Weise hintangehalten werden kann, sondern weil in den durch Privilegien abgeschachtelten Wahlkörpern alle Furien des Chauvinismus zur Geltung gelangen und die Vernunft niederbrüllen konnten. Im Parlamente gelangt nur zur Verzapfung, was außerhalb des Parlaments gebraut wird. Und wie können auch Leute eine heilige Scheu vor dem Rechte der parlamentarischen Mehrheit haben, die selbst nur auf Grund eines Vorrechtes ins Parlament gekommen sind? Wer sich außerhalb des Parlaments in seinem Vorrechte sonnt und dadurch das gute Recht der anderen niedertreten hilft, den sollen im Parlament auf einmal Skrupel plagen, sofern er auf Gesetz und Ordnung pfeift? Wenn es Narrheit ist, was sich während der letzten Jahre im österreichischen Parlamente zugetragen hat, so lag darin eine durch die Vorrechte gezüchtete Methode. Der Größenwahn kann sich seine Opfer nicht nur auf den Höhen der Gesellschaft holen, er kann auch die mit politischen Vorrechten ausgerüsteten Spießer und Bauern befallen. In Oesterreich ist diese Sorte Wahnsinn während der letzten Jahre epidemisch geworden. Und dagegen hilft keine Aenderung der Geschäftsordnung; hier hilft nur eine Aenderung der Wahlordnung. Die Sozialdemokraten haben übrigens selbst nie die Geschäftsordnung zu Obstruktionszwecken verwendet. Dagegen hätte das Hauptprojekt der Ordnungsfanatiker die Abschaffung der Dringlichkeitsanträge, also eine Lahmlegung der empfindlichsten Form der kritischen Tätigkeit der Sozialdemokraten zur Folge gehabt. Nur auf diesem Wege war es ihnen möglich, solche furchtbare Ausschreitungen des latenten Absolutismus, wie die Schießereien in Triest und Lemberg, oder der behördlichen Schlamperei, wie die Grubenkatastrophen in Brüx und Borysław, der parlamentarischen Diskussion und dadurch wenigstens der teilweisen Abhilfe und Sühne zuzuführen. Aus diesen Gründen mußten die sozialdemokratischen Abgeordneten gegen das auf die Geschäftsordnung geplante Attentat in der entschiedensten Weise Stellung nehmen. Da sie die Verschlechterung der Geschäftsordnung nicht im Ausschusse hintanzuhalten vermochten, mußten sie, als der von dem Abgeordneten Dr. v. Grabmayr fertiggestellte Bericht auf die Tagesordnung des Abgeordnetenhauses gestellt worden war, zu dem schärfsten Mittel greifen. Der Sozialdemokratische Verband beschloß, die abgeänderte Geschäftsordnung, durch die nur den sogenannten kleinen Parteien die bisherige Bewegungsfreiheit benommen worden wäre, während sie den „großen Parteien" belassen blieb, zu obstruieren. Auf den bloßen Beschluß des Sozialdemokratischen Verbandes hin wurde der Bericht des Abgeordneten Dr. v. Grabmayr als Beratungsgegenstand immer weiter hinausgeschoben, so daß die Annahme der verschlechterten Geschäftsordnung verhindert wurde. Sollten die parlamentarischen Scharfmacher wider alles Erwarten dennoch eines Tages ihre Pläne durchsetzen wollen, dann würden die wenigen sozialdemokratischen Abgeordneten neuerdings zeigen, wie sie das schon unter Badeni in geschichtlich denkwürdiger Weise getan haben, daß jede Vergewaltigung der Minoritäten von ihnen bis zum äußersten

bekämpft wird. Aber das im Sterben liegende Privilegienparlament wird es auf eine solche Kraftprobe kaum mehr ankommen lassen.

Die Massenpetition.

Um dem Ministerium Koerber einen untrüglichen Beweis zu erbringen, daß die arbeitende Bevölkerung das in der Thronrede gegebene Versprechen wegen Einführung der Alters- und Invaliditätsversicherung sehr ernst genommen hat, wurden von dem Sozialdemokratischen Verbande die ihm in dieser Angelegenheit übermittelten Massenpetitionen nicht nur überreicht, sondern auch, um diese zu beschleunigen, ein Dringlichkeitsantrag eingebracht. Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen, trotzdem aber denkt Herr v. Koerber nicht daran, diesem Antrage Rechnung zu tragen und das in der Thronrede gegebene Versprechen einzulösen. Für die alten Arbeiter ist einfach kein Geld vorhanden, während für die Forderungen der Militärverwaltung die Staatskassen jederzeit offen stehen. Und wie wir bisher in der Einführung der Alters- und Invaliditätsversicherung trotz der feierlichsten Versprechung seitens der Regierung wie trotz der eingebrachten Massenpetition und unseres einstimmig angenommenen Dringlichkeitsantrages dem Ziele nicht näher gekommen sind, so werden Regierung und Parlament auch weiter trachten, diese wichtigste sozialpolitische Frage der nächsten Zeit zu verschleppen, doch wird es die Aufgabe der Sozialdemokraten sein, durch unausgesetzte Mahnung an das Gewissen beider zu rütteln, noch mehr aber die gesamte Oeffentlichkeit zum Eintreten für diese Forderung in Bewegung zu setzen.

Das allgemeine Wahlrecht,

das zur Beratung des Hauses zu stellen unmöglich war, wurde bei jeder Gelegenheit von allen sozialdemokratischen Abgeordneten als die unerläßliche Voraussetzung der Gesundung der parlamentarischen Verhältnisse hingestellt und so gewissermaßen die Wahlrechtsagitation in das Innere des Parlaments selbst getragen.

Die Dringlichkeitsanträge.

Wie oben bemerkt, gibt die Form des Dringlichkeitsantrages den Mitgliedern des österreichischen Abgeordnetenhauses die Möglichkeit, im Parlamente in jeder Sitzung eine ihnen wichtig dünkende Sache sofort zur Sprache bringen zu können. Diese wichtige Bestimmung der Geschäftsordnung ist von den bürgerlichen Parteien zur Obstruktion wie zu Obstruktionsdrohungen in den letzten Jahren in der ausgiebigsten Weise ausgenützt worden.

Der Sozialdemokratische Verband hat bis jetzt auch nicht einen Dringlichkeitsantrag zu Obstruktionszwecken eingebracht, weil er auf dem Standpunkte steht, daß die Diskreditierung und Zerstörung des Privilegienparlaments hauptsächlich und in erster Linie Sache der bürgerlichen Parteien ist und sie in dieser heilbringenden Tätigkeit — der einzigen, die sie leisten — nicht gestört werden dürfen.

Die sozialdemokratischen Abgeordneten benützten das Recht des Dringlichkeitsantrages immer dazu, wozu es geschaffen ist, um wichtige, unaufschiebbare Angelegenheiten zu erledigen. So wurden außer dem obengenannten, betreffend die Altersversicherung, Dringlichkeitsanträge unter anderem eingebracht:

betreffend die Einleitung einer Debatte über die Thronrede;

betreffend die Beschäftigung jugendlicher Personen, die Arbeitszeit ꝛc. beim Bergbau;

betreffend Maßregeln zur Linderung der durch die Arbeitslosigkeit hervorgerufenen Notlage;

ferner betreffend die Verwendung des Investitionskredits zur Beschleunigung der Eisenbahnbauten und

betreffend die Schaffung eines Gesetzes über die Organisation einer staatlichen Arbeitsvermittlung (Sitzung vom 17. Oktober 1901),

betreffend die Abschaffung des § 64 St.-G. (Verletzung der Ehrfurcht gegenüber Mitgliedern des kaiserlichen Hauses). Dieser Antrag wurde zum Zwecke der Besprechung der Uebernahme des Protektorats des katholischen Schulvereines durch Erzherzog Franz Ferdinand gestellt und führte zu einer ätzenden Kritik der klerikalen Bestrebungen des Wiener Hofes;

betreffend die Abschaffung der Paragraphe über Religionsstörung;

wegen des Streiks der Schiffsheizer des Triester „Lloyd“;

sowie wegen der blutigen Vorkommnisse und des über Triest verhängten Ausnahmszustandes.

Die letzten beiden Dringlichkeitsanträge gelangten in den Sitzungen am 15., 18., 21. und 26. Februar wie am 6. März 1902 zur Verhandlung, wobei dem Ministerium Koerber in geradezu vernichtender Weise die Leviten gelesen wurden. Ferner wurden Dringlichkeitsanträge wegen der Grubenkatastrophe in Borysław in Galizien, wie des Wassereinbruches im „Jupiterschacht" bei Brüx in Böhmen eingebracht.

In Form von Dringlichkeitsanträgen wurde auch das Vorgehen des Unternehmertums und der Behörden während des galizischen Landarbeiterstreiks und des Lemberger Bauarbeiterstreiks einer scharfen Kritik unterzogen. Endlich wurden noch die beispiellosen Wahlfälschungen der Wiener Gemeindeverwaltung bei den letzten niederösterreichischen Landtagswahlen und das Einbrechen der Wiener Polizei in das Arbeiterheim im X. Wiener Bezirke durch zwei Dringlichkeitsanträge im Parlamente angenagelt. Daß die Mitglieder des Sozialdemokratischen Verbandes auch in Notstandsangelegenheiten wiederholt die Regierung zur Abhilfe der Not aufgefordert haben, sei nur nebenbei erwähnt.

Selbstverständlich wurden auch von anderen Parteien eingebrachte Dringlichkeitsanträge benützt, um der Regierung und den Parteien die Wahrheit zu sagen, so der Antrag zur Aufhebung des Beamtenerlasses, der Antrag betreffend das Ehrenbürgerrecht Lobmeyers in Wien u. s. w.

Die Tätigkeit in den Ausschüssen.

Die eigentliche sachliche Arbeit des Parlaments, soweit man hier überhaupt davon reden kann, vollzieht sich in den Ausschüssen. Hier war es die unmittelbare Arbeit der sozialdemokratischen Abgeordneten, die eine ganze Reihe von Verbesserungen an bestehenden Gesetzen erzielt und nicht selten gewisse Attentate auf einzelne Gruppen der arbeitenden Bevölkerung geradezu verhindert hat. In folgendem werden die wichtigsten dieser Arbeiten mitgeteilt:

Im Budgetausschusse begann die Debatte über das Budget für 1902 am 8. November 1901. Unser Vertreter im Budgetausschusse, Gen. Pernerstorfer, nahm wiederholt Gelegenheit, während der lange sich hinziehenden Ausschußberatungen das Wort zu ergreifen. Er besprach unter anderem die Notwendigkeit der Subventionierung des Baseler Internationalen Arbeitsamtes und forderte gedruckte Berichte über die Tätigkeit der Genossenschaftsinstruktoren. Er kritisierte die Tätigkeit der Unfallverhütungskommission und des Arbeitsstatistischen Amtes. Bei dem Kapitel Gewerbeinspektion wurde sein Antrag: „Der Budgetausschuß beschließt die Bestellung von Spezial-Gewerbeinspektoren mit dem ganzen Reich als Sprengel, und zwar Hygienker und Aerzte für chemische Fabriken, für Betriebe, bei denen Bleierkrankungen und dergleichen vorkommen u. s. w., und zwar so, daß schon im Staatsvoranschlag für 1903 die nötigen Summen eingestellt werden", angenommen. Ebenso wurde sein Resolutionsantrag, den er beim Titel Montanwesen einbrachte, angenommen: „Die Regierung wird aufgefordert, im Staatsvoranschlage bei dem Kapitel 28 so zu spezifizieren, daß die sachlichen Betriebserfordernisse und jene persönlichen Erfordernisse, die in Löhnen bestehen, unter Angabe der Zahl der beschäftigten Arbeiter möglichst detailliert aufgeführt werden." Beim Kapitel Tabak vertrat Pernerstorfer die von den Professionisten der Tabakfabriken in Monasterzysta, Winniki, Fürstenfeld, Hainburg und Krakau auf dem Wege von Petitionen vorgebrachten Wünsche und wünschte eine eingehende Inspektion der Tabakfabriken durch die Gewerbeinspektoren. In ausführlicher Weise besprach er beim Etat des Ackerbauministeriums die Verhältnisse in den ärarischen Brüxer Juliusschächten und die Frage der ländlichen sogenannten Leutenot. Bei der Beratung des Justizetats urgierte er die Reform des Preßgesetzes und illustrierte an Beispielen die trotz allen modernen Redensarten des Herrn Ministerpräsidenten noch immer herrschende Konfiskationspraxis des Staatsanwaltes Dr. Bobies, der sich damals gerade an den bekannten Mattachich-Artikeln der „Arbeiter-Zeitung" austobte. Auch unterzog er das Institut der Gerichtsinspektoren einer eingehenderen Besprechung. Bei dem Kapitel Volksschulen wies er die Angriffe auf die achtjährige Schulpflicht, die von klerikaler Seite ausgegangen war, energisch zurück, befürwortete die staatliche Subvention aller Volksbildungsbestrebungen und erörterte ausführlich die vielen Maßregelungen von Lehrern in verschiedenen Ländern, durch die eine Summe von viel Unrecht und parteimäßiger Vergewaltigung ausgeübt worden sei. Die Beratungen des Budgetausschusses zogen sich so lange hin, daß die Budgetdebatte im Plenum erst am 20. Februar beginnen konnte.

Im Legitimationsausschusse wurde von Daszynski ein heftiger, aber natürlich erfolgloser Kampf gegen die diversen Wahlschwindeleien geführt.

Im Steuerausschusse bekämpfte Gen. Hybes die Einführung der Fahrkartensteuer zuerst durch den Antrag auf Uebergang zur Tagesordnung über die Vorlage und beantragte hierauf die Beschaffung der nötigen Summen einesteils durch Erhöhung der Personaleinkommensteuer bei 20.000 Kr. übersteigendem Einkommen und eine höhere Progression als die gegenwärtige bei noch größerem Einkommen und zweitens durch Einführung eines Gebührenäquivalentgesetzes von zu Fideikommissen gehörenden Vermögen.

Nachdem seine Anträge vom Steuerausschusse niedergestimmt wurden, beantragte er die Einschränkung der Fahrkartensteuer auf die erste und zweite Wagenklasse und deren Erhöhung, damit sie den verlangten Ertrag liefert, auf 50 Prozent der Fahrkartenpreise. Und nachdem auch dieser Antrag abgelehnt wurde, meldete er ihn als Minoritätsvotum an.

Auch machte Hybes alle Anstrengungen bei Behandlung des Gesetzes über die Begünstigungen für Gebäude mit gesunden und billigen Arbeiterwohnungen dahingehend, daß in das Gesetz, da es auch für Fabrikswohnungen gelten soll, die Bestimmung aufgenommen werde, daß für die Räumung dieser Wohnungen nur die in dem betreffenden Bezirke bei bürgerlichen Wohnungen übliche Kündigungsfrist maßgebend sein müsse. Im Anfange schien es, als sollte der Antrag durchgehen. Da kamen aber die bürgerlichen Abgeordneten durch den deutschvolklichen Abgeordneten Hanisch darauf, daß bei Streiks die Fabrikanten die Streikenden mit der Delogierung nicht einschüchtern könnten, und lehnten den Antrag ab. Im Hause gelangte dann ein Mittelantrag zur Annahme, der eine achttägige Kündigungsfrist festsetzte.

Auch die von Hybes beantragte Streichung der Bestimmung, daß derartige Fabrikswohnungen den Arbeitern auch gegen eine im Arbeitsvertrage nicht ziffermäßig festgesetzte Anrechnung auf den Lohn überlassen werden können, wurde abgelehnt.

Im Notstandsausschusse beantragte Gen. Hybes im Frühjahre, da die armen Häusler sich überall über ungerechte Verteilung der Unterstützungsgelder beschweren, daß dem Ausschusse aus den unterstützten Gemeinden schriftliche Berichte über die Verteilung des Geldes eingesendet werden sollen. Kein einziger der bürgerlichen Abgeordneten stimmte dafür, da, wie sie erklärten, die Ortsverwaltungen als autonome Behörden berechtigt sein müssen, die Verteilung der Gelder nach ihren Ansichten vorzunehmen.

Im Gewerbeausschusse setzte Gen. Hannich bei Beratung des Trunkenheitsgesetzes die Aufnahme des Antrages durch, daß bei einer ersten Verurteilung bloß ein richterlicher Verweis erfolgen könne, womit ein neues, sehr wesentliches Prinzip in die österreichische Rechtspraxis eingeführt erscheint.

Im sozialpolitischen Ausschusse hat Gen. Elbersch die Interessen der Handlungsgehilfen bei Beratung der Aenderung des Sonntagsruhegesetzes und des Gesetzes betreffend die Alters- und Invaliditätsversicherung, die Witwen- und Waisenversorgung der Privatbeamten gegen den Ansturm der Abgeordneten von Krämers Gnaden zu verteidigen gehabt. Wenn auch im Ausschusse die Anträge unseres Genossen auf Einführung der vollständigen Sonntagsruhe im Handelsgewerbe und auf Abschaffung der überflüssigen Komptoirarbeit am Sonntag niedergestimmt wurden, so konnten doch wesentliche Verbesserungen der Regierungsvorlage durchgesetzt werden, weil einzelne bürgerliche Abgeordnete aus Angst vor dem Abfall ihrer Anhänger unter den Handlungsgehilfen ihnen zustimmten. Dieser Erfolg wurde aber durch die gehilfenfeindliche Majorität des Abgeordnetenhauses, welche an der beispiellosen Unanständigkeit des Vizepräsidenten Kaiser einen eifrigen Helfershelfer fand, zum großen Teile wieder zunichte gemacht. Den sozialdemokratischen Handlungsgehilfen wird der Verrat der bürgerlichen Parteien Gelegenheit bieten, mit der gegnerischen Gehilfenorganisation gründlich aufzuräumen. Ihre Parade gehilfen, allen voran die der deutschen Volkspartei, die im Abgeordnetenhause für die Anträge der Sozialdemokraten eintreten, während ihre Klubkollegen sie brutal niederstimmen, werden ihre lächerliche Rolle bald ausgespielt haben.

Das Pensionsgesetz für die Privatbeamten befindet sich noch im Stadium der Ausschußberatung, doch sind seine wichtigsten Bestimmungen bereits durch Abstimmung erledigt. Das Gesetz ist wie jede sozialpolitische Maßnahme in Oesterreich ein elendes Flickwerk. Es fehlt der Staatszuschuß, eine zweckmäßige Organisation und vor allem hat das Gesetz den Kardinalfehler, daß es für die Privatbeamten, deren Interessen im Rahmen eines allgemeinen Versicherungsgesetzes weit besser gewahrt wurden, ein eigenes Institut schafft. Immerhin mußten wir uns trotz aller prinzipiellen Einsprüche an der Beratung dieses Gesetzes beteiligen und es ist dem unaufhörlichen Drängen des Gen. Elbersch gelungen, das Geltungsgebiet dieses Gesetzes auch auf

die Handlungsgehilfen auszudehnen. Auch in der Frage des Staatszuschusses haben wir der Regierung das Zugeständnis abgerungen, daß für die unteren Gehaltskategorien nach Zustandekommen des allgemeinen Altersversicherungsgesetzes ein Staatszuschuß in Aussicht genommen ist. Auf jeden Fall hätte die Perfektion dieses Gesetzes für die Handlungsgehilfen den Vorteil, daß die ihnen zugesicherten Unterstützungen jenes Maß weit überschreiten, das bei dem allgemeinen Altersversicherungsgesetze nach berühmtem Muster in Aussicht steht. Die Unternehmervertreter haben sich gegenwärtig im Ausschusse eine kleine Obstruktion gegen das Gesetz eingerichtet, weil ihnen die normierten Unternehmerbeiträge zu hoch erscheinen. Solange eine Gesetzesvorlage nicht in Sicht war, konnten sich die bürgerlichen Parteien nicht genug in Freundschaftsbeteuerungen für die Privatangestellten ergehen. Da wurde von den Offizieren der Industrie, des Handels 2c. gesprochen, jetzt, wo es zur Betätigung dieser Freundschaft in den Beutel greifen heißt, kommt die Ernüchterung.

Gen. Elderſch hat ferner bei Beratung des Pensionsgesetzes in jeder Sitzung des sozialpolitischen Ausschusses die Vorlage des Gesetzentwurfes betreffend die allgemeine Alters- und Invaliditätsversicherung, die Witwen- und Waisenversorgung der Arbeiter reklamiert, die Versprechungen der Regierung in dieser Frage sind bis zum Ueberdruß bekannt. Es muß schlecht bestellt sein mit diesem so lange versprochenen Reformwerk des Herrn v. Koerber, wenn er sich nicht traut, es ans Licht der Welt zu bringen. Lange wird man die Arbeiterschaft mit Versprechungen nicht füttern können, die Regierung wird in der Oeffentlichkeit Gewißheit schaffen müssen, wie es mit der Lösung dieser brennenden Frage bestellt ist.

Ueber den sozialpolitischen Ausschuß wäre noch mitzuteilen, daß außer unserem Genossen und einigen bürgerlichen Paradearbeitern von den Parteien des Abgeordnetenhauses die reaktionärsten Elemente in den Ausschuß entsendet werden, auf die eine sozialpolitische Vorlage ungefähr dieselbe Wirkung übt wie auf den Stier das rote Tuch.

Im volkswirtschaftlichen Ausschusse erzielte Gen. Ellenbogen einen Erfolg durch Vereitlung des Beschlusses auf Kündigung des serbischen Handelsvertrages, ebenso in der Apothekerfrage. Bekanntlich ist die Erteilung der Apothekenkonzessionen einer starken Beschränkung unterworfen, die zu einem Monopol einzelner Leute geführt hat, die entweder die Apotheke von Kind auf Kindeskind vererben oder mit deren Verkauf einen schwunghaften und ergiebigen Handel treiben. Hierdurch sind alle jüngeren mittellosen Pharmazeuten von jeder Aussicht auf ein Fortkommen in ihrem Berufe ausgeschlossen. In diese Monopolwirtschaft brachte nun eine Entscheidung des Obersten Gerichtshofes einen Riß, da hierdurch die Rechtsgültigkeit solcher Geschäfte mit Apothekenkonzessionen aufgehoben wurde. Die Apotheker suchten nun rasch — als ob das sieche Parlament wirklich keine anderen Schmerzen hätte — diese Frage aus dem ganzen Rattenschwanz der längst spruchreifen pharmazeutischen Fragen herauszureißen und durch ein Spezialgesetz zu ihren Gunsten zu regeln. Gen. Ellenbogen wies jedoch die Ungehörigkeit dieses Vorganges nach und erklärte, daß ohne eine Regierungsvorlage über das gesamte Gebiet der einschlägigen Fragen die Beratung unmöglich sei. Sein Vertagungsantrag wurde angenommen, wodurch die Frage bereits zu Ungunsten der Monopolisten entschieden ist. An der Beratung über den Terminhandel, diesen bauernretterischen Schwindel, beteiligte sich unser Vertreter nicht.

Im Unterrichtsausschuß kämpfte Gen. Seitz gegen das an anderer Stelle besprochene Ingenieurtitelgesetz. Auch bei der bisher noch nicht beendeten Beratung seines Antrages betreffend die Schaffung eines Disziplinargesetzes für Lehrer gab es heftige Debatten zwischen unserem Vertreter und den christlichsozialen und klerikalen Abgeordneten.

Im Justizausschuß, dem Gen. Seitz angehörte, wurde unter anderem das Auskultantengesetz beraten und das mittlerweile bereits in Kraft getretene Gesetz betreffend die Ausdehnung der Haftpflicht auf Straßenbahnen.

Im Eisenbahnausschusse gelang es Gen. Dr. Ellenbogen, bei der Verstaatlichungsfrage einen Antrag durchzubringen, wodurch den Bediensteten der zu verstaatlichenden Bahnen der Fortbezug ihres Gesamteinkommens gesichert wird, während bisher stets eine Verkürzung im Falle der Verstaatlichung eintrat. Was diese selbst anlangt, so vertrat er den Standpunkt, es sei für alle jene Verstaatlichungen zu stimmen, bei denen der Staat ein gutes Geschäft mache. Durch eingehende Kritik und Fragestellung suchte er die etwas dunkle Haltung der Regierung in der Verstaatlichung der Nordwestbahn und Staatseisenbahngesellschaft klarzustellen und trieb dabei Herrn v. Wittek wiederholt in die Enge.

Im Ausgleichsausschusse wurden desselben Abgeordneten Anträge auf Einführung der Kranken- und Unfallversicherung sowie des sozialpolitischen Schutzes für die Bediensteten der Fluß- und Seeschifffahrt sowie der Küstenfischerei angenommen. Eine einschlägige Regierungsvorlage ist auch inzwischen tatsächlich dem Hause vorgelegt worden. Im übrigen war seine Tätigkeit hauptsächlich der Detailkritik der Vor-

lagen gewidmet. Einen Erfolg eigener Art erlangte er durch den energischen Angriff auf den Eisenbahnminister bei Beratung des Artikels IX des Zoll- und Handelsbündnisses, durch dessen Wortlaut die österreichische Staatseisenbahnpolitik vollständig der Gnade der Ungarn ausgeliefert worden wäre. Der Eisenbahnminister sah sich nach längerem Sträuben gezwungen, dem Artikel eine offizielle Interpretation zu geben, die in geradem Widerspruch zu der des ungarischen Handelsministers stand.

In eingehender Weise wies unser Vertreter die Nichtigkeit und Unbestimmtheit der Loyalitätsklausel nach, deren staatsrechtlicher Charakter an sich schon unbestimmbar sei, desgleichen die Wertlosigkeit der Aufhebung der Transportsteuer für die Gesamtheit sowie die Geringfügigkeit der Beseitigung der Besteuerung von Kommissionslagern. Alle diese „Konzessionen" erklärte er bloß als goldene Brücken, die die Regierung den sogenannten staatserhaltenden Parteien baute, um ihnen den Verrat an den Interessen Oesterreichs leichter und vor den Wählern plausibler zu machen. Er verlangte dieser durchsichtigen Demagogie gegenüber die Notwendigkeit des Ausgleichs in einem Wesen, als einer unmöglichen, weil beiden Reichsteilen politisch oder wirtschaftlich unangenehmen Fessel, einer auf die Dauer unhaltbaren staatsrechtlichen Form.

Im Zollausschusse, wo bei fast allen Positionen des vorgelegten Wuchertarifs die Vertreter sämtlicher Parteien des Abgeordnetenhauses gegen den einzigen Vertreter der Sozialdemokratie standen, hatte Gen. Seitz zwei Monate hindurch einen besonders schweren Kampf zu führen.

Er mußte sich natürlich in erster Linie gegen die Zölle auf Kolonialwaren wenden, die als reine Finanzzölle zu ganz besonderem Widerspruch reizen und die nicht nur eine außerordentliche Verteuerung wichtiger Konsumartikel bedeuten — gewöhnlicher Kaffee wird zum Beispiel durch den Zoll um 50 bis 70 Prozent seines Wertes verteuert — sondern die überdies einen großen Teil der Mittel zur Bestreitung der Militärausgaben liefern müssen. Aber gerade das letztere war Grund genug für die patriotischen Parteien, den sozialdemokratischen Antrag auf Zollfreiheit, ja selbst den Eventualantrag auf Herabsetzung des Zolles um die Hälfte mit allen Stimmen gegen die einzige unseres Vertreters niederzustimmen.

Aber auch bei der überwiegenden Mehrzahl der anderen Positionen, so bei den Zöllen auf Getreide, Fleisch und Fett, auf Milch, Eier, Obst, Gemüse und dergleichen und nicht minder bei den für die industrielle Arbeiterschaft so wichtigen Posten, wie Eisen, Leder 2c., wurden die sozialdemokratischen Anträge auf Zollfreiheit, beziehungsweise auf Herabsetzung der Zölle fast einhellig niedergestimmt.

Daß die Agrarier trotz aller Argumente selbst die Kühnheit hatten, einen Zoll auf Baumwolle zu verlangen und nur durch die weitestgehenden Versprechungen der Regierung veranlaßt werden konnten, von dieser lächerlich-frechen Forderung abzustehen, verdient als echt österreichische Spezialität ebenso erwähnt zu werden wie die Anträge der „modernen" Beamtenregierung, einen Zoll auf — Bücher einzuheben.

Einer besonderen Erwähnung bedarf wohl noch die Tatsache, daß gerade die Vertreter jener demagogischen nationalen Parteien, die sich so oft arbeiterfreundlich gebärden, nämlich die Alldeutschen, die Jungtschechen und die Christlich-Sozialen (welch letztere doch den größten Konsumenten agrarischer Produkte, nämlich Wien, vertreten) jederzeit unter den ärgsten Losgehern gegen die sozialdemokratischen Anträge zu finden waren und wie ein Mann für alle Fleisch-, Vieh- und Getreidezölle (ja selbst für die Minimalzölle auf Getreide) stimmten. Hatte doch der alldeutsche „Arbeiter" Herr Franko Stein den traurigen Mut, die Lebensmittelzölle als eine sozialpolitische Maßregel zu bezeichnen, für die er um so mehr eintrete, als sie die Erstellung höherer Löhne für die Arbeiter bewirkten.

Aber selbst die sogenannten „Vertreter der Industrie", die Vertreter der Handels- und Gewerbekammern, fanden nicht den Mut, den frechen Anschlägen der Agrarier entgegenzutreten, und so gingen sie denn — angeblich um die agrarische Ausschußmehrheit von noch weitergehenden Verschlechterungen des Tarifs abzuhalten — schon nach den ersten Sitzungen mit den Brot- und Fleischwucherern in die Laube und schlossen jenes famose Kompromiß, das den „Schutz der nationalen Volkswirtschaft" verbürgen und der „gemeinsamen Abwehr des deutschen Zolltarifs", besonders der durch ihn bewirkten Rückstauung dienen sollte.

Der Regierung, der ihre Vorlage von Ungarn diktiert worden war und die wohl wußte, daß sie es nicht wagen dürfe, der ungarischen Regierung auch nur in einem Punkte Abänderungen vorzuschlagen, konnte selbstverständlich nichts erwünschter sein als dieses Kompromiß.

So stand also unser Vertreter schon nach den ersten Sitzungen vor vollendeten Tatsachen und mußte sich dessen bewußt sein, daß auch nicht ein einziger seiner Abänderungsanträge Aussicht auf Erfolg haben werde.

Vergebens war sein Hinweis auf die Tatsache, daß ein Tarif, der zum Beispiel

1 Kilogramm Mehl mit 15 H. und 1 Kilogramm Fleisch mit 30 H. belastet, eine furchtbare Verteuerung der Lebenshaltung der Arbeiter und damit eine Schwächung der Kaufkraft des Arbeitslohnes bedeutet; daß besonders die Viehzölle durchaus nicht den österreichischen Bauern, sondern fast ausschließlich den ungarischen Magnaten und Viehzüchtern zugute kommen, für die der Viehzoll allein ein jährliches Geschenk von 12 Millionen Kronen aus den Taschen der österreichischen Konsumenten bedeutet; umsonst war die Darlegung, daß ein Verzicht auf diese wahnsinnigen Zollerhöhungen und die Verwendung größerer Beträge zur Förderung der Landwirtschaft noch immer den Bauern wie den Konsumenten größere Vorteile böten als die Zahlung von Tributen an die Ungarn; wirkungslos war die Konstatierung der Tatsache, daß durch diesen Tarif die

Brotfrüchte um zirka	40	Prozent
Gemüse und Obst um . . .	50 bis 60	„
Schlachtvieh um	10 „ 20	„
Schweinefett und Speck um . . .	50	„

des Handelswertes verteuert würden; vergebens war der Hinweis darauf, daß selbst nach den Berechnungen agrarischer Führer die Kosten des Haushaltes einer Arbeiterfamilie durch diese Zölle um 15 H. per Tag, also um rund 50 Kr. per Jahr erhöht würden; vergebens die Warnung, daß wir uns den Ungarn geradezu tributpflichtig machen und bedingungslos ausliefern würden, wenn wir uns verpflichteten, selbst im Falle einer Hungersnot unsere Grenzen nur mit Erlaubnis der ungarischen Regierung zu öffnen:

Der Brot- und Fleischwucher feierte im österreichischen Zollausschusse wahre Orgien und die einzige Stimme des Vertreters der Arbeiterschaft mußte wirkungslos verhallen in dieser Wüste des krassesten Egoismus und der rücksichtslosesten Pluswacherei.

Ja noch mehr! Bei 80 von den 654 Positionen des Tarifs fand die Regierung im Ausschusse überhaupt keine Mehrheit, und zwar nicht etwa wegen der Höhe der Sätze, sondern weil selbst die ohnehin so übertriebenen Ansätze, die uns die ungarischen Zollwucherer diktiert hatten, ihren österreichischen Kollegen noch zu — niedrig waren!

Glücklicherweise waren die politischen Verhältnisse während dieser Verhandlungen für Herrn v. Koerber immer trister geworden und selbst die jungtschechischen Bauern, die trotz der offenen Obstruktion ihrer Gesinnungsgenossen im Parlamente und trotz der verschleierten Obstruktion ihrer Führer im Ausgleichsausschusse bisher bei den Zollfragen fleißig mitgearbeitet hatten, kündigten gleichfalls die Liebe und setzten auch im Zollausschuß mit der Obstruktion ein. Bald gab es keine Abstimmung mehr, bei der nicht die Jungtschechen ein Minoritätsvotum angemeldet hätten, und so endete für diesmal der ganze Wucherfeldzug mit einem jämmerlichen Fiasko.

Von allen Schätzen, die die Agrarier schon in ihren Säcken wähnten, ist nichts geblieben als die leider nicht unbegründete Hoffnung, daß es vielleicht im — nächsten Jahre gelingen werde, die Verhandlungen wieder aufzunehmen.

Für die Abgeordneten des „freisinnigen" Bürgertums wie für die nationalen und christlich-sozialen „Arbeitervertreter" blieb aber nichts als die Schande und Schmach, mit der sie sich durch ihre Knechtschaft gegenüber den Ausbeutern und Zollwucherern aller Nationen beladen hatten.

Den Kampf um das Brot des Volkes wird die organisierte Arbeiterschaft allein zu führen haben.

Im Preßausschuß wird der Verband vom Gen. Rieger vertreten. Dem Ausschuß liegt bekanntlich die Preßreformvorlage der Regierung zur Vorberatung vor. Der Ausschuß nahm auf Antrag Riegers Abstand von einer Generaldebatte über die Regierungsvorlage und wählte ein fünfzehngliedriges Subcomité, dem die Vorlage überwiesen wurde. Gen. Rieger gehörte dem Subcomité ebenfalls an und es ist ihm gelungen, im Subcomité einige Verbesserungen der Regierungsvorlage durchzusetzen. Wann die von dem erwähnten Subcomité erledigte Regierungsvorlage vom Plenum des Preßausschusses und des Abgeordnetenhauses überhaupt zu Ende beraten wird und ob es gelingen wird, die im Subcomité erzielten Verbesserungen der Vorlage auch nur im Plenum des Preßausschusses durchzusetzen, wissen freilich nur die Götter. Die Parteicliquen des Bürgertums haben genau wie die „moderne" Regierung des Herrn v. Koerber an einer Reform der reaktionären verrotteten Preßgesetzgebung nur ein sehr mäßiges oder gar kein Interesse und lassen es gerne geschehen, daß die so dringend notwendige Reform immer wieder auf die lange Bank geschoben wird. — Gen. Rieger vertritt den Verband weiters noch im Immunitätsausschuß.

Die Einbringung von Interpellationen

hat in einer unübersehbaren Reihe von Fällen zu Untersuchungen und häufig zur Abstellung von Uebelständen geführt. Als wichtigste erwähnen wir die Interpellation bezüglich des Gewerkschaftserlasses, diejenige betreffend die Wahlen der Handlungsgehilfen in Wien, die des Gen. Hannich betreffend die von den Alldeutschen in Gablonz provozierten Prügelszenen anläßlich einer sozialdemokratischen Handlungsgehilfenversammlung, die zahlreiche Militärmißhandlungen betreffenden u. s. w.

Eingebrachte selbständige Anträge.

Cingr, Hybeš, Elderſch betreffend Bestellung von Bergbauinspektoren und die Wahl von Bergbaudelegierten;

Cingr, Hybeš, Elderſch betreffend Regelung der Lohnzahlungen beim Bergbau;

Cingr, Elderſch, Hybeš betreffend Einschränkung der Kündigung und Entlassung von Vorstandsmitgliedern der Bruderladen und Delegierten der Genossenschaften beim Bergbau aus der Gruppe der Arbeiter;

Daszynski, Pernerſtorfer betreffend die Wahl eines 36gliedrigen Ausschusses zur Erstattung von Vorschlägen, beziehungsweise Aenderung der Verfassung durch Bildung einer auf Grund des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechtes für alle Erwachsenen vom 21. Lebensjahre an zu schaffenden Volksvertretung;

Daszynski, Pernerſtorfer, Hybeš wegen Abänderung des § 172 des Gesetzes vom 25. Oktober 1896 betreffend die direkten Personalsteuern;

Ellenbogen, Hybeš betreffend die Regelung des Vertragsverhältnisses zwischen den Eisenbahnen und ihren Angestellten;

Ellenbogen, Elderſch betreffend die Regelung der Dienstverhältnisse der Handlungsgehilfen ꝛc.;

Ellenbogen, Pernerſtorfer betreffend die Einsetzung einer parlamentarischen Untersuchungskommission zur Prüfung der sanitären und baulichen Verhältnisse der Wiener Krankenhäuser ꝛc.;

Ellenbogen betreffend eine Erhöhung der im § 16 des Gesetzes vom 14. Mai 1896, R.-G.-Bl. Nr. 74, nicht berücksichtigten Versorgungsgenüsse der Waisen nach Zivilstaatsbeamten und Staatslehrpersonen;

Hybeš, Hannich, Schuhmeier betreffend den Ausbau der Arbeiterversicherung;

Pernerſtorfer, Daszynski, Hybeš wegen Erlassung eines Gesetzentwurfes betreffend die Einführung des Gebührenäquivalents von zu Fideikommissen gehörenden Vermögen;

Rieger, Pernerſtorfer betreffend die Aufhebung des Kolportageverbotes;

Schuhmeier, Hannich, Pernerſtorfer betreffend die Abänderung einiger Bestimmungen des Gesetzes vom 14. Mai 1869, R.-G.-Bl. Nr. 62, über die Feststellung der Grundsätze des Unterrichtswesens bezüglich der Volksschule (bezüglich der Lehrpersonen);

Seitz, Schuhmeier, Hannich betreffend die Schaffung eines Gesetzes über die Disziplinarbehandlung der Volks- und Bürgerschullehrer;

Seitz, Schuhmeier, Hannich betreffend die Abänderung des § 54 des Gesetzes über die Grundsätze des Unterrichtswesens der Volksschulen (Disziplinarbehandlung der Lehrer);

Seitz betreffend die Regulierung der Thaya.

Ein Gesamtbild.

Die Tätigkeit der Mitglieder des Sozialdemokratiſchen Verbandes gestaltet sich während der Berichtsperiode wie folgt: Eingebracht wurden 615 Interpellationen, 23 Dringlichkeitsanträge, 28 Anträge und 2 Notstandsanträge. Petitionen wurden außer der Massenpetition wegen der Einführung der Alters- und Invaliditätsversicherung 84 eingebracht.

Von den 615 Interpellationen wurden 191 ſeitens der Miniſter beantwortet.

Als Redner stellten die Mitglieder des Sozialdemokratischen Verbandes ihren Mann in 117 Fällen. Hierbei sind jene Reden nicht mit einbezogen, die von den Mitgliedern des Verbandes, vor allem von den Verbandsobmännern, in rein geschäftlichen Angelegenheiten gehalten wurden.

Der Sozialdemokratiſche Verband des öſterreichiſchen Abgeordnetenhauſes.

Anträge zum Parteitag.

Vor den Verhandlungen gestellte Anträge.

Zur Abänderung der provisorischen Geschäftsordnung.

1. Antrag der Parteivertretung der tschechoslavischen Sozialdemokratie:

Punkt 7 der Tagesordnung, „Die Arbeiterklasse und die Alkoholfrage", sei von der Tagesordnung abzusetzen und anstatt seiner der Punkt „Konsumgenossenschaften und die Arbeiter" einzuschalten.

2. Antrag des IV. Wiener Wahlkreises:

Als selbständiger Punkt der Tagesordnung soll eingeschaltet werden: „Die Konsumvereinsbewegung".

Zu Punkt 6 der Tagesordnung: „Sozialpolitik in Oesterreich".

3. Antrag des erweiterten Kreisausschusses des IV. böhmischen Wahlkreises:

Unter der Tagesordnung Punkt 6, „Sozialpolitik in Oesterreich", soll der Punkt „Die Arbeitslosigkeit und ihre Bekämpfung" eine besondere Behandlung erfahren.

Zu Punkt 9 der Tagesordnung: „Die Arbeiterklasse und die Alkoholfrage".

4. Antrag Muchitsch und Genossen:

Der Parteitag erblickt im Alkoholismus einen schweren Schädiger der physischen und geistigen Kampffähigkeit der Arbeiterklasse, einen mächtigen Hemmschuh aller organisatorischen Bestrebungen der Sozialdemokratie — die daraus erwachsenden Schäden zu beseitigen, darf kein Mittel unbenutzt bleiben.

Das erste Mittel in diesem Kampfe wird stets die ökonomische Hebung des Proletariats sein; eine notwendige Ergänzung hierzu bildet aber die Aufklärung über die Alkoholwirkung und die Erschütterung der Trinkvorurteile.

Der Parteitag empfiehlt daher allen Parteiorganisationen und Parteigenossen die Förderung der alkoholgegnerischen Bestrebungen und erklärt als einen ersten wichtigen Schritt in diesem Kampfe die Abschaffung des Trinkzwanges bei allen Zusammenkünften von Parteiorganisationen. Den für die Abstinenz gewonnenen Parteigenossen ist als wirksamstes Mittel der Agitation gegen den Alkohol der Zusammenschluß in Abstinenzvereinen zu empfehlen, die ihrerseits dafür zu sorgen haben, daß ihre Mitglieder ihrer Pflicht gegen die politische und gewerkschaftliche Organisation nachkommen.

Zu Punkt 10 der Tagesordnung: „Anträge und Anfragen".

5. Antrag des Genossen Julius Deutsch:

Der Parteitag erkennt die eminente Wichtigkeit der Jugendorganisationen als im Interesse der physischen und geistigen Entwicklung des Proletariats gelegen an und macht es den Parteigenossen zur Pflicht, diese nach Maßgabe der örtlichen Verhältnisse kräftigst zu unterstützen.

6. Antrag des Genossen Anton Behr in Krumau:

Der Parteitag möge eine Resolution beschließen, in der die Stellung der Partei zu den sogenannten Differenzgeschäften und zum Getreideterminhandel an der Börse klargelegt wird.

Während der Verhandlungen gestellte Anträge.

Zu Punkt 2 der Tagesordnung: „Bericht der Gesamtparteivertretung".

7. Antrag Schweichhart:

Die Parteivertretung und der Verband im Abgeordnetenhause werden beauftragt, ihre Berichte zum Parteitag möglichst zeitlich in den Tagblättern zu publizieren, damit auch die Provinzpresse in die Lage kommt, noch vor Stattfinden des Parteitages diese Berichte veröffentlichen zu können.

8. Antrag Dorbič:

Der Parteitag verurteilt die Unterdrückungen und Verfolgungen, womit man die Arbeiterbewegung in Dalmatien verhindern will, protestiert aufs energischeste gegen die unerhörten Uebergriffe, die sich dort ereignen, erklärt sich solidarisch mit den Genossen Dalmatiens und fordert die Fraktion auf, sich energisch für die Schaffung besserer Zustände in Dalmatien einzusetzen.

9. Antrag Schloßnikel:

Die Berichte der einzelnen Wahlkreise sollen, wie dies bis zum vorletzten Gesamtparteitag üblich war, für künftighin dem Berichte des Reichssekretariats angefügt werden.

9a. Antrag der Parteikontrolle:

Der Gesamtparteivertretung ist das Absolutorium zu erteilen.

Zu Punkt 3 der Tagesordnung: „Bericht über die parlamentarische Tätigkeit".

10. Antrag des III. steirischen Wahlkreises:

Dem Sozialdemokratischen Verband wird für seine Tätigkeit, insbesondere für das Eintreten seines Vertreters im Budgetausschuß für die Wünsche der Tabakarbeiterschaft das vollste Vertrauen ausgesprochen und selber, respektive sein Vertreter im Budgetausschuß, wird ersucht, für die Durchführung der im Monat August l. J. eingereichten Petition der Tabakarbeiter und -Arbeiterinnen ganz Oesterreichs betreffs Regelung der unwürdigen Pensionsverhältnisse an die Generaldirektion der Tabakregie einzutreten.

11. Antrag des VIII. böhmischen Wahlkreises:

Der Gesamtparteitag spricht dem Sozialdemokratischen Verbande für seine Tätigkeit und seine Haltung im Parlament das vollste Vertrauen aus.

12. Antrag Dr. Czech:

Der Gesamtparteitag empfiehlt der Gesamtexekutive den Punkt: „Die Stellung der Sozialdemokratie zum Militarismus" auf die Tagesordnung des nächsten Gesamtparteitages zu setzen.

13. Kundgebung der Frauenkonferenz an den Parteitag:

Die Vertreterinnen der Sozialdemokratinnen Oesterreichs erklären, mit besten Kräften dahin wirken zu wollen, daß das Klassenbewußtsein immer weitere Kreise von Arbeiterinnen und Arbeiterfrauen erweckt und ihnen Verständnis für die Vorgänge des öffentlichen Lebens vermittelt werde. Sie wollen die Frauen wie bisher und, wo dies möglich ist, in höherem Maße als bisher aneifern, an allen politischen Tagesfragen Anteil zu nehmen und insbesondere die männlichen Genossen in ihren Wahlkämpfen wirksam und opferfreudig zu unterstützen. Zugleich aber erklären sie es für dringend notwendig, daß die proletarischen Frauen ihre eigenen politischen Rechte in Anspruch zu nehmen lernen und bereit seien, bei jeder Gelegenheit für die Forderung nach der rechtlichen Gleichstellung beider Geschlechter und insbesondere nach dem Wahlrecht der Frauen einzutreten. Die Konferenz spricht zugleich die Erwartung aus, daß die sozialdemokratischen Männer in höherem Maße als bisher die Frauen in dieser Aufgabe unterstützen und bei jeder Gelegenheit für die rechtliche und politische Gleichstellung der Geschlechter eintreten werden, wie das Programm der sozialdemokratischen Partei in Oesterreich es von ihnen verlangt und wie sie es wiederholt auf unseren Parteitagen beschlossen haben.

Nur wenn alle Parteigenossen ohne Unterschied des Geschlechtes ihre volle Kraft einsetzen, wird es uns gelingen, das, was bisher nur an unseren prinzipiellen Forderungen toter Buchstabe geblieben ist, in lebendige Tat umzuwandeln.

Zu Punkt 5 der Tagesordnung: „Die Wahlrechtsbewegung".

14. Resolution des Referenten:

Der Gesamtparteitag der sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Oesterreich, abgehalten in Wien, 9. November 1903, erklärt:

Die vornehmste Aufgabe des gesamten Proletariats Oesterreichs ist die Erringung des gleichen Wahlrechtes in alle Vertretungskörperschaften, als eines der Mittel zur Erreichung des Endzieles der klassenbewußten Arbeiterschaft: die Befreiung der Arbeit und des Proletariats aus dem Joche der kapitalistischen Ausbeutung durch Beseitigung der bisherigen Produktionsweise und Ersetzung derselben durch sozialistische Einrichtungen, welche allein eine freie und gesunde Entwicklung sowohl einzelner als auch ganzer Nationen gewährleisten.

Die Vertreter der organisierten sozialdemokratischen Arbeiterschaft konstatieren mit Genugtuung, daß die von der Partei inszenierte Bewegung für das gleiche Wahlrecht in den breiten Massen des arbeitenden Volkes ein stürmisches Echo fand, welches von neuem kategorisch die Regierung und die ihr verantwortlichen Kreise an ihre Pflicht mahnt, den berechtigten Forderungen der Arbeiterschaft sich nicht zu widersetzen und in den Wahlordnungen das gleiche Wahlrecht, welches der einzige Ausweg aus dem politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Zusammenbruche des Staates ist, durchzuführen.

Die Vertreter der organisierten sozialdemokratischen Arbeiterschaft konstatieren gleichzeitig aber, daß der Verlauf und die Ergebnisse des Kampfes für das gleiche Wahlrecht Zeugnis ablegen, daß die Bourgeoisie aller Nationalitäten samt ihren kleinbürgerlichen Trabanten sowie auch der Klerus und die Bureaukratie ihrer historischen Aufgabe, die Lakaien und Schildträger der Reaktion zu sein, treu geblieben sind. In allen Orten und Ländern Oesterreichs, auch in den vorgeschrittensten, blieben diese Faktoren gegenüber der Bewegung Hunderttausender ärmerer ihrer Mitbürger für

die Gleichberechtigung taub und blind: ja in einer ganzen Reihe von Fällen versuchten sie den einmal schon durchgeführten und deshalb bewährten Raub an den Volksrechten mit der Einführung einer allgemeinen Kurie in die Gemeinde und den Landtag zu wiederholen, wobei sie von der reaktionären Regierung Koerber unterstützt werden. Die listige und verschlagene Handlungsweise dieser Schichten in dieser Frage der echten Demokratie legte dem Proletariat die Pflicht auf, mit aller Energie die Wiederholung dieses Raubes zu vereiteln und die Schärfe seines gerechten Zornes gleich rücksichtslos gegen die bürgerlichen politischen Parteien sowie auch gegen alle ausgesprochenen Feinde des Fortschrittes und der bürgerlichen Gleichberechtigung gegen den Adel, die Kapitalisten und Regierungskreise zu wenden.

Indem die Vertreter der organisierten Arbeiterschaft den Opfern des unvernünftigen und gehässigen Eingreifens der Organe der Machthaber in den mannhaften Wahlrechtskampf der Arbeiter ihre brüderlichen Sympathien aussprechen, warnen sie vor der Anwendung von Gewaltmitteln gegen die Arbeiter in der Ueberzeugung, daß Gewalt wieder nur Gewalt erzeugt.

Die Vertreter der organisierten sozialdemokratischen Arbeiterschaft sprechen wiederholt ihre Ueberzeugung aus, daß, solange nicht das gleiche Wahlrecht und die Beseitigung der Privilegien der Geburt und des Besitzes errungen wird, nicht erwartet werden kann, daß die unfähigen gesetzgebenden Vertretungskörper an die Lösung der dringendsten wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Fragen der Zeit herantreten werden. Privilegien führen immer zur Selbstbereicherung, zur Korrumpierung und Entartung des ganzen öffentlichen Lebens.

Der Parteitag fordert daher die gesamte Arbeiterschaft aller Nationalitäten Oesterreichs auf, in dem energisch eingeleiteten Kampfe für das gleiche Wahlrecht in die Gemeinde, das Land und Reich womöglich noch energischer durch Veranstaltungen von Manifestationen, Meetings und Volksversammlungen, durch mündliche Agitation und die Presse auf der ganzen Linie fortzufahren, ihn zu steigern und vor keinem Opfer im Kampfe für diese ihre wichtigste Forderung zurückzuschrecken. Sollte kein anderes Mittel übrig bleiben, ist beizeiten zu erwägen, ob es nicht notwendig wäre, wie häufig im wirtschaftlichen, so auch in diesem politischen Kampfe, zur Erringung der Volksrechte das äußerste Mittel anzuwenden.

Der Parteitag fordert endlich das gesamte Proletariat Oesterreichs auf, unter allen Umständen sich für die kommenden schweren und siegreichen Kämpfe durch Ausbau einer festen politischen und gewerkschaftlichen Organisation und Vervollkommnung seiner Presse sich vorzubereiten und kampfbereit zu halten.

15. Antrag Doležel:

Der Parteitag beschließt, daß in allen täglich erscheinenden Blättern der sozialdemokratischen Partei Oesterreichs eine ständige Rubrik für das allgemeine Wahlrecht einzuführen sei, unter welcher jede Wahlrechtsbewegung veröffentlicht werden soll.

16. Antrag Skaret:

Der Gesamtparteitag nimmt alle auf der am 8. November d. J. stattgefundenen Frauenkonferenz gefaßten Beschlüsse zur Kenntnis.

Zu Punkt 4 der Tagesordnung: „Der Dualismus und die Sozialdemokratie in Oesterreich".

17. Resolution:

Der Parteitag der Sozialdemokratie Oesterreichs erklärt:

Die staatsrechtliche Gemeinschaft mit Ungarn ist für Oesterreich unerträglich. Sie ist wertlos: weil die durch sie angeblich erzielte Großmachtstellung der Monarchie ausschließlich Ungarn zugute kommt, das die Vorteile einheimst, während Oesterreich

die Lasten trägt. Sie ist unnütz: weil ihr ursprünglicher Sinn, die Verteidigung des europäischen Oesterreich gegen die Barbarenflut des Ostens, erschöpft ist und die künstlich aufrecht erhaltene Großmacht nur allein dem Zweck dient, der regierenden Dynastie Ansehen und Glanz zu schaffen. Sie ist schädlich: denn unter den Ursachen der inneren Wirren Oesterreichs steht der Dualismus in erster Reihe. Indem er die Parteien für ein volksfremdes, nur dynastisches Interesse in Anspruch nimmt, ist er für Oesterreich ein Element der Zersetzung geworden — der Korruption und des Verfalles aller parlamentarischen Institutionen.

Die Sozialdemokratie Oesterreichs, als die Wortführerin aller werktätigen Klassen, lehnt diese staatsrechtliche Gemeinschaft ab: rundweg, vollständig und für immer. Der Dualismus ist die Form, in der sich die dynastische Hausmachtspolitik in die Zeiten der Volkssouveränität hinübergerettet hat und durch die sie die Entwicklung aller in Oesterreich lebenden Völker bedrängt und ihr Recht auf Selbstbestimmung und Entfaltung vergewaltigt. Die Sozialdemokratie, die Partei der Zukunft, fühlt sich aber frei von jenem verlogenen Patriotismus, der den Völkern nimmt, um der Hausmacht zu geben, ihr ist die Entwicklung der breiten Massen der Völker der gewichtigste Zweck der Staaten — dem sich jeder andere unterzuordnen hat, dem sich keiner hindernd entgegenstellen darf. Der Dualismus ist ein solches Hindernis — und deshalb verwerfen wir ihn. Ganz abgesehen von unserer prinzipiellen Ablehnung des Militarismus als Produkt und Werkzeug der kapitalistischen Ordnung, sind wir gegen die sogenannte gemeinsame Armee — aus der sich nun ein selbständiges ungarisches Heer bilden will, für dessen Aufzucht Oesterreich roboten soll. Wir verwerfen jede staatsrechtliche Gemeinschaft — ausnahmslos und vorbehaltlos. Die Sozialdemokratie will jedem dieser zusammengekoppelten Teile Freiheit und Selbständigkeit schaffen — damit sie sich, des harten Druckes und der beeinträchtigenden Fessel frei, nach Maßgabe ihrer Kraft und Einsicht entwickeln können.

Anders ist die wirtschaftliche Gemeinschaft zu beurteilen, die keinen überlebten Großmachtsvorstellungen entsprungen ist, sondern auch realen Bedürfnissen dient und sie auch weiterhin zu erfüllen geeignet ist. Die Sozialdemokratie Oesterreichs ist sich nicht im unklaren darüber, daß zwischen der wirtschaftlichen, auf der freien Entschließung der beiden Staaten beruhenden Einheit und den als dauernd und unabänderlich proklamierten pragmatischen Angelegenheiten ein derartiger Zusammenhang besteht, daß die Beseitigung der staatsrechtlichen Gemeinschaft die wirtschaftliche Verbindung zu beeinträchtigen, ja aufzuheben vermag. Aber die Störungen des wirtschaftlichen Bandes, die in dem periodisch abzuschließenden Ausgleich so empfindlich auftreten, ist eben die Folge der aufgezwungenen staatlichen Verbindung, in der Ungarn eine Minderung seiner staatlichen Souveränität empfindet und für welche es sich durch wirtschaftliche Konzessionen aus dem wirtschaftlichen Gut Oesterreichs bezahlt macht. Selbständig und unabhängig geworden, werden sich beide Staaten ungleich leichter verständigen und auseinandersetzen; von dem vergiftenden Einfluß der dualistischen Staatsform befreit, werden die Völker beider Staaten ihre Interessen frei und unverfälscht zu erkennen vermögen und sich zum wirtschaftlichen Bündnis zusammenfinden, in dem ihre Bedürfnisse gerecht und zweckmäßig erfüllt sein werden, der Vorteil des einen nicht zum Nachteil des anderen ausschlagen wird. Auch dieses Bündnis muß die Freiheit jedes Teiles unversehrt lassen, jedem Teile die Möglichkeit geben, die seiner wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklung entsprechenden Tatsachen zu schaffen; was es bezwecken und erhalten soll, ist nicht mehr als die Einheit des Zollgebietes — an der beide Staaten gleichmäßig beteiligt sind und zu der sie sich im Stande der Selbständigkeit, in Erkenntnis der Interessen aller ihrer Völker frei zusammenfinden werden.

Der Parteitag erklärt also, nur in der vollen und freien Selbstbestimmung Oesterreichs den Weg zu sehen, auf welchem der Aufbau einer das autonome Recht aller seiner Nationen verbürgenden staatlichen Gemeinschaft möglich ist, erklärt die

Beseitigung des Dualismus als die unerläßliche Voraussetzung zur Erkämpfung eines Oesterreich, in dem die Klasse der Arbeiter den ihr zukommenden, aber bisher schnöde vorenthaltenen Einfluß erlangt und die Bahn freimacht für die Erfüllung ihrer geschichtlichen Aufgaben.

18. Zusatzantrag Grigorovičí zur Resolution:

Der Parteitag erklärt aber auch dasselbe bezüglich Ungarns und sieht nur in diesem Wege der Entwicklung die Möglichkeit zur Emanzipation der geknechteten, nichtmagyarischen Nationen sowie des Proletariats dieses Staates.

Aus diesem Grunde begrüßt er das ungarische Proletariat, welches mit seiner Forderung nach dem allgemeinen gleichen Wahlrecht und der Gleichberechtigung aller in diesem Staate lebenden Völkerstämme den Grundstein zu einem modernen Staatsgebilde gelegt hat, auf das lebhafteste.

Zu Punkt 6 der Tagesordnung: „Sozialpolitik in Oesterreich".

19. Resolution des Referenten:

Unter Festhaltung der im Programme der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Oesterreichs aufgenommenen Mindestforderungen an gesetzlichem Arbeiterschutz beschließt der Parteitag:

Gegen die von der Regierung Koerber systematisch betriebene Verzettelung des Zustandekommens einer zeitgemäßen Reform der Arbeiterversicherung sowie deren Ergänzung durch Einführung einer allgemeinen Invaliditäts- und Altersversicherung, einer Witwen- und Waisenversorgung der Arbeiter wird auf das entschiedenste protestiert und erklärt, daß Regierung und Parlament von der organisierten Arbeiterschaft für den Fortbestand des desolaten Zustandes der Arbeiterversicherung verantwortlich gemacht werden.

Die im sozialpolitischen Ausschusse des Abgeordnetenhauses in Verhandlung stehende Vorlage betreffend die Invaliditäts- und Altersversicherung der Privatbeamten ist mit Rücksicht auf das eingeschränkte Geltungsgebiet dieses Gesetzes, den Mangel eines staatlichen Zuschusses und die verfehlte Art der Organisation durchaus unzureichend und es kann dieselbe auch nicht als eine teilweise Befriedigung der gerechten Forderung der Arbeiterschaft nach einer gesetzlichen Vorsorge für den Fall der Invalidität- und des Alters angesehen werden, weil die bedürftigsten Schichten der arbeitenden Bevölkerung von dieser Versicherung ausgenommen sind.

Die Regierung wird daher dringendst aufgefordert, ihre Vorschläge rücksichtlich einer den wiederholt geäußerten Wünschen der organisierten Arbeiterschaft entsprechenden Reform der Arbeiterversicherung unverzüglich in den kompetenten Körperschaften zur Diskussion zu stellen und nicht durch weitere vage Versprechungen die berechtigte Erbitterung unter der Arbeiterschaft noch mehr zu steigern.

Ebenso wird gegen die von der Regierung in Vorschlag gebrachte Reform der Gewerbeordnung entschiedenste Verwahrung eingelegt, weil die Perfektion derselben eine Knebelung der in den Gehilfenversammlungen organisierten Arbeiter bedeuten würde und zudem eine Stärkung der reaktionären Tendenz unseres verpfuschten Gewerbegesetzes zur Folge hätte. Bei diesem Flickwerk ärgster Sorte hat die Regierung von der Reform des VI. Hauptstückes der Gewerbeordnung vollständig Abstand genommen, obzwar gerade dieses Kapitel total veraltet ist. So haben die Bestimmungen desselben über die Maximalarbeitszeit in den wichtigsten Gewerbszweigen schon lange nicht mehr Geltung und lediglich die praktische Bedeutung, daß sie den rückständigsten Unternehmergruppen im Kampfe der Arbeiterschaft um Kürzung der Arbeitszeit Anlaß zu nichtigen Ausreden geben. Eine Regierung, die sich ihrer primitivsten sozialpolitischen Pflichten nur halbwegs bewußt ist, hätte auch bei dieser Gelegenheit dem schreienden Lehrlingselende steuern und diese Prügelknaben unserer Wirtschaftsordnung gegen die unmenschliche Ausbeutung sicherstellen müssen.

Der Parteitag erklärt, daß eine durchgreifende, von modernen Gesichtspunkten ausgehende Reform der Gewerbeordnung ein unabweisbares Bedürfnis der Arbeiterschaft ist, wenn nicht der Klassenkampf eine weitere Verschärfung erfahren soll.

Die Angriffe der organisierten Ausbeuter gegen die ohnedies unzulängliche Gewerbeinspektion, gegen die bescheidene Tätigkeit des Arbeitsbeirates und der Gewerbegerichte werden vom Parteitag mit Entrüstung zurückgewiesen und etwaigen Versuchen der Regierung, den unverschämten Wünschen der Geldsackinteressenten irgendwie Rechnung zu tragen, der schärfste Widerstand in Aussicht gestellt.

Die Bestellung von Handels- und Lehrlingsinspektoren, beziehungsweise Ausgestaltung und Vermehrung der Gewerbeinspektorate ist längst spruchreif geworden, der Errichtung neuer Gewerbegerichte werden alle erdenklichen Schwierigkeiten bereitet und die Erstattung der hierzu erforderlichen Gutachten von den Landtagen jahrelang verschleppt. Der Mangel einer einheitlich organisierten Arbeitsvermittlung und einer Versicherung gegen Arbeitslosigkeit, bei deren Verwaltung der Arbeiterschaft der gebührende Einfluß gesichert ist, macht sich in der von wirtschaftlichen Krisen bedrohten Zeit besonders fühlbar.

Der Parteitag protestiert auch auf das nachdrücklichste gegen den Gleichmut der Regierung, mit welchem sie arbeiterfeindliche Cliquen Brutalitäten und Gesetzesverletzungen gegen Arbeiterorganisationen und von Arbeitern geleitete Versicherungsinstitute verüben läßt und sich nur schwer entschließen kann, dem gebeugten Rechte Achtung zu verschaffen.

Der Parteitag fordert die sozialdemokratische Fraktion des Abgeordnetenhauses auf, den vorgeäußerten Wünschen und Beschwerden der Arbeiterschaft im Parlamente in nachdrücklicher Weise Ausdruck zu geben und die Erfüllung und Berücksichtigung derselben in zweckdienlicher Weise zu fördern.

20. Antrag Weixelberger-Monetti:

Da von den berufenen Körperschaften (Gemeindevertretungen ꝛc.) eine Reform der heute bestehenden, die Volksgesundheit untergrabenden Wohnungsverhältnisse nicht zu erwarten ist, wird der Sozialdemokratische Verband im österreichischen Abgeordnetenhause beauftragt, an die Regierung um Aufstellung von Wohnungsinspektoren heranzutreten.

21. Antrag Dr. Ellenbogen-Brodecky:

Der Parteitag erklärt es ferner für eine der dringendsten Aufgaben der Sozialreform, die soziale Lage der Eisenbahner einer gründlichen Verbesserung nach allen Richtungen zu unterziehen, und verlangt, daß das Parlament den von den sozialdemokratischen Abgeordneten eingebrachten Antrag (Antrag Ellenbogen-Hybesch) über die Regelung des Vertragsverhältnisses zwischen den Eisenbahnen und ihren Angestellten zur Grundlage seiner Beratungen mache.

22. Antrag Richter-Polke:

Der Gesamtparteitag beauftragt den Sozialdemokratischen Verband des Abgeordnetenhauses, in einer der ersten Sitzungen des Hauses die in der Thronrede versprochene allgemeine Invaliditäts- und Altersversicherung sowie eine Witwen- und Waisenversorgung der Arbeiter zu urgieren, beziehungsweise die Vorlage des Gesetzentwurfes zu fördern.

23. Antrag Silberer:

Der Parteitag legt entschiedenst Verwahrung ein gegen den schmählichen, nur im Ueberrumpelungswege zustande gekommenen Antrag des Abgeordneten Böheim, mit welchem das Abgeordnetenhaus die Herabsetzung des Ersatzruhetages im Bäcker-

gewerbe auf einen halben Wochentag beschloß. Der Parteitag erwartet von den in Betracht kommenden Faktoren, daß sie diesen nichtswürdigen Anschlag auf die Ruhezeit einer der ausgebeutetsten Arbeiterschichten, der zugleich eine Durchbrechung des Sonntagsersatzruhegesetzes bedeutet, zurückweisen werden.

24. Antrag Kopač-Pittoni:

Der Sozialdemokratische Verband wird aufgefordert, in geeigneter Weise dahin zu wirken, daß die Betriebskrankenkassen, die nicht nur selbst nicht leistungsfähig sind, sondern auch die Leistungsfähigkeit auf gesünderer Grundlage beruhender Krankenkassen beeinträchtigen, aufgelöst und deren Mitglieder den zuständigen Bezirkskrankenkassen oder den von Arbeitern autonom verwalteten Kassen einverleibt werden.

25. Antrag Kristan:

Der Parteitag erklärt es im Interesse einer ersprießlichen Sozialreform für eine dringende Aufgabe, daß die soziale Lage der Bediensteten der k. k. Staats- sowie der Privatbahnen nach allen Richtungen gründlich verbessert wird und verlangt, daß das Abgeordnetenhaus den vom Sozialdemokratischen Verbande wiederholt eingebrachten Gesetzentwurf (Verkauf, Ellenbogen, Hybes) betreffend die Regelung der Vertragsverhältnisse zwischen den Eisenbahnen und ihren Bediensteten endlich in Beratung ziehe und der Erledigung zuführe.

26. Antrag Vaněk:

Der Parteitag fordert die Regierung Koerber auf, das Material, welches von der über die Krankenversicherung im Jahre 1897 in Wien abgehaltenen Enquete zutage gefördert wurde, sowie auch eine den Forderungen und Bedürfnissen der Arbeiterschaft entsprechende Reform des Krankenversicherungsgesetzes unverzüglich dem Parlament vorzulegen.

Zu Punkt 7 der Tagesordnung: „Internationaler Kongreß".

27. Resolution des Referenten:

Der Gesamtparteitag empfiehlt den nationalen Organisationen, den Internationalen Kongreß in Amsterdam 1904 so zahlreich als möglich zu beschicken.

Zu Punkt 8 der Tagesordnung: „Konsumgenossenschaften".

28. Resolutionsantrag des Referenten:

Die Erstarkung der politischen und gewerkschaftlichen Organisation des österreichischen Proletariats eröffnet die Möglichkeit, nunmehr auch die genossenschaftliche Organisation in den Dienst der Arbeiterbewegung zu stellen.

Die Form der genossenschaftlichen Organisation, die heute überall dort — aber auch nur dort — möglich ist, wo die Arbeiterschaft ihre politische und gewerkschaftliche Organisation zu einem erheblichen Maße von Schlagfertigkeit und Tüchtigkeit ausgebildet hat, ist der Konsumverein.

Die Vorteile eines gut geleiteten Konsumvereines für die Privatwirtschaft seiner Mitglieder sind offenbar.

Die eigentliche Bedeutung der Konsumvereinsbewegung liegt jedoch in ihren Leistungen für die Arbeiterklasse (Steigerung der Lebenshaltung der Arbeiter durch Beseitigung des Zwischenhandels, Regulierung der lokalen, später der nationalen Preisbildung der Lebensmittel, Eigenproduktion, Bekämpfung der Kartelle und Trusts, materielle Unterstützung der politischen und der gewerkschaftlichen Organisation, Sicherung der Existenz der Opfer des Klassenkampfes).

Wir warnen jedoch nochmals auf das eindringlichste vor leichtfertigen, nicht genügend vorbereiteten Gründungen.

Neugründungen dürfen nur mit Zustimmung der Bezirksorganisation und im Einvernehmen mit dem Verbande der Arbeiter-Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften und nur auf Grund der beschränkten Haftung erfolgen. Wo die Führung von Konsumvereine derzeit in den Händen indifferenter oder gegnerischer Elemente liegt, werden die organisierten Arbeiter suchen müssen, den ihnen gebührenden Einfluß zu erringen, bevor sie an die Gründung einer neuen Genossenschaft schreiten.

Der Parteitag erklärt es als die Pflicht aller von organisierten Arbeitern geleiteten Konsumvereine, dem Verbande der Arbeiter-Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften beizutreten und dessen Bestrebungen zur Zentralisation (Verschmelzung der an einem Orte bestehenden Konsumvereine, Gründung von Einkaufsvereinigungen) zu unterstützen.

Der Parteitag erklärt es endlich als die Pflicht der Konsumvereine, ihren Angestellten die besten jeweils möglichen Arbeitsbedingungen zu gewähren.

29. Abänderungsantrag Hueber:

Der letzte Absatz der Resolution hat zu lauten:

Der Parteitag erklärt es endlich als die Pflicht der Konsumvereine, bei Feststellung der Arbeitsbedingungen ihrer Angestellten im Einvernehmen mit der Organisation derselben vorzugehen.

30. Antrag Pittoni:

Am Schlusse des 4. Absatzes soll der Satz: „Sicherung der Existenz der Opfer des Klassenkampfes" durch folgenden ersetzt werden:

„womöglich Berücksichtigung der Opfer des Klassenkampfes bei Aufnahme von Angestellten".

31. Zusatzantrag Rousar:

Die Resolution ist zu ergänzen:

Die Durchführung der Bestimmungen dieser Resolution bleibt den einzelnen nationalen Kongressen überlassen.

Zu Punkt 9 der Tagesordnung: „Die Arbeiterklasse und die Alkoholfrage".

32. Abänderungsantrag Arbeitel zur Resolution:

Im Antrage Muchitsch und Genossen im Absatze 3 statt „Abschaffung": „Beschränkung des Trinkzwanges" einzusetzen.

Zu Punkt 10 der Tagesordnung: „Anträge und Anfragen".

33. Antrag des II. Wiener Wahlkreises:

An Stelle des Absatzes „IV. Allgemeine Bestimmungen" der Gesamtorganisationsbestimmungen der Sozialdemokratie Oesterreichs haben folgende Sätze zu treten: Die Organisation und Agitation für alle öffentlichen Wahlen (Reichsrat, Landtag, Gemeinderat, Steuerkommission 2c.) wird in allen sprachlich gemischten Wahlbezirken nicht von den einzelnen sprachlichen Gruppen gesondert, sondern von allen in den betreffenden Wahlbezirken organisierten Sozialdemokraten ohne Rücksicht auf die sprachliche Zugehörigkeit gemeinschaftlich und einheitlich durchgeführt.

In allen gemischtsprachigen Gebieten sind die Vertretungskörper der einzelnen sprachlichen Gruppen der Partei (Landes-, Wahlkreis-, Bezirks-, Lokalausschüsse) verpflichtet, zu allen ihren Sitzungen die Vertreter der anderen in dem betreffenden Gebiete vorhandenen sprachlichen Parteigruppen einzuladen.

Die Verbindung der einzelnen sprachlichen Parteigruppen untereinander soll durch gegenseitige Delegierungen fortwährend aufrecht erhalten werden, weil nur auf diese Art die Zusammenfassung aller Parteikräfte für die Durchsetzung solcher Forderungen, die für die Proletarier aller Zungen gleich dringlich sind, möglich ist.

34. Antrag Adler-Skaret-Němec:

Der Parteitag beschließt:

Da der Antrag des II. Wiener Wahlkreises im wesentlichen dasselbe besagt, wie der Absatz IV der Allgemeinen Bestimmungen für die Gesamtorganisation, wird folgender Antrag gestellt:

Angesichts der Tatsache, daß die Vorschriften dieser Bestimmungen, wodurch die gemeinsame und einheitliche Parteiarbeit mehrerer nationaler Organisationen in demselben Gebiete gewährleistet werden soll, in manchen Wahlkreisen und Orten in bedauerlicher Weise vernachlässigt werden, insbesondere auch die nötige Fühlung zwischen den Vertretungen der nationalen Bezirksorganisationen vielfach nicht ausreichend hergestellt ist, hält es der Parteitag für nötig, diese Bestimmungen IV unserer Gesamtorganisation nochmals in Erinnerung zu rufen und der gewissenhaftesten Beachtung zu empfehlen.

Diese Bestimmungen lauten:

IV. Allgemeine Bestimmungen.

„In allen Wahlkreisen, wo es die territorialen Verhältnisse nicht ganz unmöglich machen, ist die Organisation der Genossen für öffentliche Wahlen irgendwelcher Art nicht nach nationalen Gruppen getrennt, sondern gemeinschaftlich und einheitlich durchzuführen."

„Durch die vom Wiener Parteitag 1897 beschlossene Gliederung der sozialdemokratischen Partei nach nationalen Gruppen wurden vollständig neue Formen in der Organisation geschaffen, die deren weiteren Ausbau dringend notwendig machen, um in Fragen von allgemeinem Interesse, besonders dort, wo es sich um politische Angelegenheiten handelt, ein einheitliches, gemeinsames Vorgehen zu sichern. Der Parteitag beschließt daher, daß in allen Landes-, Wahlkreis- und Bezirksorganisationen die nationalen Gruppen gegenseitig vertreten sein müssen, um die politische Organisation gemeinschaftlich und einheitlich durchzuführen."

Damit erscheint der Antrag des II. Wiener Wahlkreises als erledigt.

35. Antrag der Gewerkschaftskommission Oesterreichs:

Die Bestimmungen über das Delegationsrecht der Industriegruppen ist von „den organisierten" bis „einzuräumen" zu eliminieren und an deren Stelle „den Fachblättern ist je ein Delegierter zum Parteitage einzuräumen" zu setzen.

36. Antrag Skaret:

In Ergänzung des bestehenden Organisationsstatuts für die Gesamtpartei wird beantragt:

An Stelle des Delegationsrechts für die Industriegruppen ist zu setzen: „Allen politischen sowie Fachblättern ist durch je einen Delegierten am Parteitag eine Vertretung einzuräumen."

37. Antrag Winarsky-Bretschneider:

Der Gesamtparteitag empfiehlt der Gesamtexekutive, auf die Tagesordnung des nächsten Gesamtparteitages den Punkt: „Die Landtage und die Sozialdemokratie" *zu stellen.*

38. Antrag Pölzer:

Zu dem am Wimberger-Parteitag (1901) angenommenen Beschluß, einen gemeinverständlichen Kommentar zum Parteiprogramm herauszugeben, der jedoch bis jetzt nicht durchgeführt wurde, beschließt der Parteitag, die Gesamtexekutive zu beauftragen, denselben in kürzester Zeit durchzuführen und diesen für die politische Agitation und Schulung unserer Parteigenossen und -Genossinnen so wichtigen Behelf fertigzustellen.

39. Antrag der Mandatprüfungskommission:

Bestimmungen für die Wahl der Delegierten zum Reichsparteitag:

Gleich nach der Einberufung des Reichsparteitages haben die Wahlkreisausschüsse die Vorbereitungen zur Wahl der Delegierten zu treffen. Diese bestehen:

1. in der Aufforderung an die Lokalorganisation, die Wahlen vorzunehmen;
2. in der Ernennung des Kandidaten.

Der Vertrauensmann der Lokalorganisation beruft die die Pflichten zur Partei erfüllenden Genossen zu einer Organisationsversammlung, gibt ihnen den Zweck der Versammlung bekannt und, wenn die Kandidaten vom Wahlkreisausschuß aufgestellt sind, hat er ihnen auch die Namen derselben mitzuteilen. Die Wahl geschieht schriftlich und geheim. Der Vertrauensmann verfaßt den Bericht über die Wahl und sendet ihn, nachdem er vom Vorsitzenden oder Schriftführer unterschrieben wurde, an den Wahlkreisausschuß.

Vierzehn Tage vor dem Parteitag schließt der Wahlkreisausschuß die Zählungsliste.

Genossen, die die meisten Stimmen aus dem Wahlkreise erhalten haben, sind als gewählt zu betrachten und ist ihnen ein Mandat, zu dem ein Blankett von jedem nationalen Sekretariat vorzubereiten ist, auszustellen.

In dem Mandat ist das Stimmenverhältnis anzugeben und ist dasselbe vom Wahlkreisobmann und zwei Mitgliedern des Wahlkreisausschusses zu unterschreiben.

40. Resolution Daszynski-Gumplowicz.

In Anbetracht, daß die Weltmachtstellung des absolutistischen Zarentums die politische und soziale Entwicklung ganz Europas im reaktionären Sinne beeinflußt und eines der schlimmsten Hindernisse für den Vormarsch des Sozialismus darstellt;

in Anbetracht, daß das Zarentum in Rußland, Polen, Ukraina, Finnland und allen anderen seiner Herrschaft unterworfenen Ländern jeden Kulturfortschritt hemmt, jede Freiheit des Wortes und des Gedankens unterdrückt, insbesondere aber die Vorkämpfer des Sozialismus mit bestialischer Grausamkeit verfolgt und jede Regung des zum Klassenkampf erwachenden Proletariats mittelst wohlüberlegter Massenmorde in Strömen Blutes zu ersticken sucht,

spricht der Parteitag den Sozialisten Italiens wegen ihres kraftvollen Auftretens anläßlich des projektierten Zarenbesuches in Italien aus vollem Herzen Dank und Anerkennung aus und beglückwünscht sie zu dem schönen Erfolg, den über und über vom Arbeiterblut triefenden Despoten von ihrem Lande ferngehalten zu haben.

41. Antrag Wytik-Missiolek:

Der Parteitag der Sozialdemokratie in Oesterreich, abgehalten zu Wien im Jahre 1903, spricht für die leichtfertige und verbrecherische Provozierung der blutigen Vorgänge von Stanislau den herrschenden Kreisen seine tiefste Entrüstung aus.

Die herrschenden Kreise, die jene räuberische jüdisch-klerikal-christlich-soziale Clique protegierten, welche die Stanislauer Krankenkasse in Händen hatte und systematisch bestahl — sie tragen die volle Verantwortung für das vergossene Blut und die gefallenen Menschenopfer.

Der Parteitag spricht den Arbeitern von Stanislau, die gegen eine ebenso brutale wie korrupte Gewaltherrschaft in unerschrockener Weise ankämpfen und die Krankenkasse unter den allerschwierigsten Verhältnissen erobert haben, seine Sympathie und Anerkennung aus.

12. Antrag Czech:

Der nächste Gesamtparteitag ist in Brünn abzuhalten.

13. Antrag Johanis:

Der nächste Parteitag ist in Prag abzuhalten.

Die Vorbesprechung.

In einem der kleineren Säle des Arbeiterheim fand Sonntag abends die Vorbesprechung behufs Feststellung der Tagesordnung und der geschäftlichen Angelegenheiten statt.

Es wurde beschlossen, dem Plenum folgendes Präsidium vorzuschlagen: Tomschik und Němec als Vorsitzende, Misiolek (Pole), Čobal (Slovene) und Jarossewycz (Ruthene) als Beisitzer. Zu Schriftführern wurden bestellt: Schrammel (Aussig), Winarsky (Wien), Hecker (Krakau) und Tusar (Brünn).

In die Mandatprüfungskommission wurden entsendet: David (Wien), Schäfer (Reichenberg), Spera (Brünn), Vaněk (Brünn), Diamand (Lemberg), Wityk (Lemberg).

Die Tagesordnung wurde ergänzt und in endgültiger Fassung folgendermaßen festgesetzt:

1. Die Konstituierung des Parteitages.
2. Bericht der Gesamtparteivertretung. Berichterstatter: F. Skaret und K. Kokinek.
3. Bericht über die parlamentarische Tätigkeit. Berichterstatter: J. Hannich.
4. Der Dualismus und die Sozialdemokratie in Oesterreich. Berichterstatter: Fritz Austerlitz.
5. Die Wahlrechtsbewegung. Berichterstatter: Karl Vaněk.
6. Sozialpolitik Oesterreichs. Berichterstatter: M. Elderšch.
7. Internationaler Kongreß. Berichterstatter: Dr. V. Adler.
8. Die Konsumgenossenschaften. Berichterstatter: G. Emmerling und A. Rousar.
9. Die Arbeiterklasse und die Alkoholfrage. Berichterstatter: Dr. R. Fröhlich.
10. Anträge und Anfragen.

Schließlich wurden noch einige Abänderungen der Geschäftsordnung beschlossen.

Erster Verhandlungstag.

Montag den 9. November 1903. — Vormittagssitzung.

Um halb 10 Uhr vormittags betritt Genosse Bretschneider (Wien) die Tribüne.

Bretschneider: Es ist mir die ehrende Aufgabe zuteil geworden, Sie alle, die Sie aus dem ganzen Reiche kamen, namens der Wiener Genossen aufs herzlichste zu begrüßen und willkommen zu heißen. Die Wiener Genossen haben den Geschicken der Partei stets das lebhafteste Interesse entgegengebracht. Wir sehen auch den Ergebnissen dieses Parteitages erwartungsvoll entgegen und wünschen von ganzem Herzen, daß die Beratungen die Entwicklung der Partei auf das kräftigste fördern mögen. Gewiß werden wir auch nach der Arbeit in persönlichen Kontakt mit den Delegierten treten und dazu wird uns auch Gelegenheit geboten werden. Nochmals heiße ich Sie herzlich willkommen. (Beifall.)

Pölzer: Im Namen der Arbeiterschaft dieses Bezirkes begrüße ich Sie. Sie können überzeugt sein, daß Sie in einem Bezirke tagen, dessen Majorität sozialdemokratisch ist. Das Haus, in dem Sie tagen, ist das Haus der Favoritener Arbeiterschaft, es steht erst anderthalb Jahre, und vorgestern war es ein Jahr, daß eine wilde Polizeihorde eingedrungen ist. Ich heiße Sie nochmals willkommen. (Beifall.)

Tomschik: Im Namen der Gesamtexekutive der österreichischen Sozialdemokratie begrüße auch ich Sie aufs herzlichste. Vor allem müssen wir jener gedenken, die seit dem letzten Parteitag aus unserer Mitte geschieden sind. (Die Versammlung erhebt sich von den Sitzen.) Die Genossen Popp, Krejci, Ucekar und Domokos weilen nicht mehr in unserer Mitte. Ich will die großen Verdienste der anderen Genossen gewiß nicht schmälern, wenn ich die Verdienste des Genossen Popp besonders hervorhebe. Er hat sein Herzblut für die Partei geopfert, er hat ihr sein ganzes Leben gewidmet. Ihm wie den anderen Genossen, die mit Begeisterung für unsere Sache tätig waren, werden wir stets ein ehrendes Andenken bewahren! (Die Versammlung nimmt wieder ihre Plätze ein.)

Vorsitzender **Tomschik:** Nun habe ich noch eine angenehme Pflicht zu erfüllen. Von der deutschen Parteivertretung sind die Genossen Reichstagsabgeordneter Sindermann (Dresden) und Wengels (Berlin) erschienen, außerdem ist Genossin Ottilie Baader (Berlin) für die organisierten deutschen Arbeiterinnen erschienen. Von der ungarländischen Sozialdemokratie sind die Genossen Großmann und Garanyi von Budapest, für die kroatische Sozialdemokratie Genosse Bukseg erschienen. Ich begrüße sie hiermit auf das herzlichste.

Indem ich Sie alle nochmals auf das herzlichste begrüße, erkläre ich den vierten Gesamtparteitag der Sozialdemokratie Oesterreichs für eröffnet.

Winarsky verliest Begrüßungsschreiben vom Internationalen sozialdemokratischen Bureau, von Genossen aus Ragusa und Pöls sowie von unserem alten Genossen Leßner (Beifall), einem der letzten Ueberlebenden der Internationale.

Dr. Ellenbogen beantragt, dem Genossen Leßner einen Dankgruß vom Kongreß zu übersenden. (Angenommen.)

Das Bureau wird nun in der Weise, wie man sich in der Vorbesprechung darüber geeinigt hat, endgültig festgestellt. Zu den Genannten kommt noch Genosse Dr. Piscel als italienischer Schriftführer. Auch die Mandatprüfungskommission wird genehmigt. Zum Uebersetzer der tschechischen Reden wird Genosse Soukup bestellt. Im übrigen wurden alle Beschlüsse der Vorkonferenz bestätigt. Als Arbeitszeit werden die Stunden von 9 bis 12 Uhr und von 2 bis 6 Uhr festgesetzt.

Němec (Prag): Wir kommen zum erstenmal im Arbeiterheim zusammen, das mit dem Blut der Wiener Arbeiter getauft ist. Wir kommen in einer sehr schweren Zeit hier zusammen, in einer Zeit, wo alle fortschrittlichen Elemente ganz hoffnungslos geworden sind, wo die Reaktion immer drohender um sich greift und unser ganzes öffentliches Leben vergiftet. In dieser Zeit, wo die Reaktion in Wien und Oesterreich immer mächtiger wird, ist der einzige Lichtpunkt die Sozialdemokratie und ihr Parteitag. Wir haben zwar keine anscheinend großen Fragen hier zu lösen; aber gerade das, was wir heute zu tun haben, die Arbeit für den Ausbau der Organisation, das ist die wichtigste Arbeit, die wir auf diesem Parteitag zu leisten haben.

Wir müssen diesen österreichischen Schlamm durchwaten und beweisen, daß der beste Hort des Fortschrittes und der Freiheit die Sozialdemokratie ist. In diesem Sinne heiße ich den Kongreß im Namen der tschechischen Sozialdemokratie herzlich willkommen.

Wengels (Berlin): Wir sind vom deutschen Parteivorstand beauftragt, Ihnen unsere Grüße zu überbringen. In Dresden haben einzelne Wahlkreise ihren Unmut kundgegeben, daß, während die deutsche Sozialdemokratie in einem großartigen Siege die Truppen in das Feld geschickt hatte, einige unserer Leute nichts anderes zu tun hatten, als Kritik zu üben an unserem Parteiprogramm und an unseren Lehren. Da war aber das Maß voll und es ist übergelaufen. Glauben Sie nicht, daß die Arbeitermassen sich viel aus dem Streite machen. Die organisierten Massen können es nicht verstehen, wie einzelne Genossen an dem Granitfelsen Marx herumdoktern, sie waren es satt, und so ist es zu erklären, daß es zu einem kleinen Aufruhr kam. Aber mögen die Meinungen noch so sehr auseinandergehen, ich glaube nicht, daß es möglich ist, die deutsche Sozialdemokratie aus ihren Fugen zu bringen. Ich glaube, daß die Sozialdemokratie auf dem gleichen Wege wandelt, auf dem Wege zum Siege, in Deutschland wie in Oesterreich. (Beifall.)

Karl **Sindermann** (Dresden): Ich überbringe Ihnen die Grüße der Dreimillionenpartei. Was uns verbindet, sind nicht nur die alten Traditionen, sondern ist vor allem die Kampfesgemeinschaft. Sie müssen hier gegen den Klerikalismus kämpfen, gegen die gemeinsten Verleumder, gegen die Lueger. Wir führen den Kampf genau so gegen die Verleumder der Sozialdemokratie. Wir führen den Kampf gegen das übermächtige Junkertum, das in den letzten Jahren alle Kraft daransetzt, die Lebenshaltung der deutschen Arbeiter herabzusetzen. Eine Klasse, gering an Zahl, aber stark an Einfluß. Der Kampf, den wir führen, ist aber nicht nur ein Kampf gegen einzelne bürgerliche Parteien, es ist der große Kampf der neuen Weltanschauung gegen die alte Weltanschauung. (Beifall.) Dieser Kampf muß die Arbeiter an unsere Fahnen fesseln, wir sind uns bei jeder Gelegenheit dessen bewußt, daß wir unsere ganze Kraft einsetzen müssen im Interesse der arbeitenden Klasse.

Wenn wir in Deutschland einen so hervorragenden Sieg errungen haben, so ist das nicht nur auf die Riesenarbeit, die wir geleistet haben, zurückzuführen, sondern es kamen auch andere Machtfaktoren uns zu Hilfe. Lange vor der Wahl ist der deutsche Kaiser mit großer Schärfe gegen uns losgegangen. Da sagten wir uns gleich: Jetzt haben wir eine günstige Wahlparole! Und als der deutsche Kaiser den Arbeitern empfahl, das Tischtuch zu zerschneiden zwischen sich und der Sozialdemokratie, da wußten wir, daß wir den letzten Mann auf die Beine bringen müssen und daß jetzt oder nie der Kampf auf der ganzen Linie entbrennen müsse. (Beifall.) Mit Ruhe

und Kaltblütigkeit haben wir den Kampf geführt und haben ihn so zu Ende geführt, daß es noch heute den herrschenden Klassen in den Ohren gellt. Nach dem Kampfe fragten die bürgerlichen Parteien: Was nun? Man spricht von Zuckerbrot, von Sozialreform. Während man früher sich damit gebrüstet hatte, daß Deutschland die beste Sozialreform habe und daß die deutschen Arbeiter ganz zufrieden sein müssen, sah man jetzt, daß die Arbeiter ganz unzufrieden waren. Man spricht von Sozialreform. Aber der Staat, der viele Hunderte von Millionen für kulturwidrige Zwecke verwenden muß, kann keine wirkliche Sozialpolitik machen.

Die deutschen Arbeiter haben volles Vertrauen zur Sozialdemokratie und sie haben ihr bei den Wahlen ein großartiges Vertrauensvotum ausgestellt. Auch Sie haben heftige Kämpfe zu bestehen. Und dieser Parteitag soll die Waffen prüfen, ob sie scharf genug sind, um den Kampf mit bestem Erfolg gegen die Gegner führen zu können. Deshalb rufen wir euch zu: Glück auf zu euren Arbeiten! (Lebhafter Beifall.)

Großmann (Budapest): Ich habe die Ehre, Sie im Namen der ungarländischen sozialdemokratischen Partei zu begrüßen. Wir haben diesmal geglaubt, zwei Vertreter zu Ihren Beratungen senden zu sollen, um inmitten des wütenden Kampfes der österreichischen und der ungarischen Bourgeoisie die Solidarität der ungarländischen Arbeiterschaft mit der österreichischen deutlich zu bekunden. Wir haben seit dem Vorjahre trotz der trostlosen wirtschaftlichen und politischen Zustände und der rücksichtslosesten Verfolgungen sowohl in der politischen als gewerkschaftlichen Bewegung Fortschritte gemacht. Im Jahre 1892 hatten wir im ganzen 8200 gewerkschaftlich organisierte Arbeiter, heute haben die Gewerkschaft der Bauarbeiter allein 9000 Mitglieder, die der Metallarbeiter 7000 Mitglieder. Auch die Parteipresse hat einen starken Abonnentenzuwachs. Erst kürzlich haben wir vom neuen Ministerpräsidenten Grafen Tisza gehört, daß „die Sozialdemokratie bloß eine Einnahmsquelle gewissenloser Agitatoren" sei. So sagte er in einem Vortrage. Daraus können Sie ersehen, wie viel Aussicht wir auf eine Wahlreform haben. Unsere Oppositionsparteien sind auch nichts weniger als verläßlich. Die Zeit ist trotzdem nicht fern, wo wir in das ungarische Parlament eindringen werden. Was man uns nicht gutwillig geben wird, werden wir uns durch unablässige Agitation und Organisation erringen. (Beifall.) Stets werden wir für die gemeinsamen Ideen der internationalen Sozialdemokratie kämpfen. (Beifall.)

Bukšeg (Agram): Namens der kroatischen Bruderpartei begrüße ich den internationalen Parteitag der österreichischen Sozialdemokratie aufs herzlichste. Ich rede deutsch, um die Zeit für die Uebersetzung zu ersparen. Wir haben in den letzten Jahren schwere Kämpfe führen müssen, um für unsere Bewegung wenigstens Ellbogenfreiheit zu gewähren. Wir müssen unser gesetzliches Recht erst erobern. Stets waren wir mit allen Kräften bestrebt, ein festes Glied in der großen Kette des internationalen Proletariats zu bilden, die vom nordischen Meer bis an die Endspitzen des Balkans reicht. Als Vorhut gegen den Süden haben wir das möglichste getan, obwohl Hunderte von uns in die Kerker wanderten, und wir sind vorwärtsgeschritten trotz der heftigsten Hindernisse. Fast die ganze Parteileitung schmachtete in den Kerkern. Wir mußten in diesem Jahre die Resultate zehnjähriger propagandistischer und organisatorischer Arbeit in die Wagschale werfen, um wenigsten Ellbogenfreiheit für unsere Bewegung im Lande zu gewinnen, und damit unsere agitatorisch wirkenden Genossen nicht vogelfrei für jeden Polizisten und Gendarmen sind. Unsere propagandistische Arbeit ist um so schwerer, als wir sie in einem Lande mit 50 Prozent Analphabeten zu verrichten haben. Uns interessiert an Ihren Verhandlungen vor allem, wie Sie sich zum Dualismus stellen, und als Weinbauerland kennen wir alle Verheerungen des Alkohols. Diese Erörterung interessiert uns auch sehr. Wir erwarten von Ihren Verhandlungen das Beste. (Beifall.)

Es wird hierauf in die Tagesordnung eingegangen.

Bericht der Gesamtvertretung.

Referent **Skaret**: Es liegt Ihnen ein gedruckter Rechenschaftsbericht der Gesamtparteivertretung wie der einzelnen Exekutiven vor. Zwei Berichte fehlten, der der italienischen Genossen aus Südtirol und der der slovenischen Genossen. Der Bericht der Südtiroler ist zu spät gekommen, um noch in Druck gelegt werden zu können. Auch der slovenische Bericht kam uns leider zu spät zu. Ich will zu den vorliegenden Berichten nur einige Details ergänzend hinzufügen. Die Berichterstattung wurde uns diesmal wieder sehr schwer gemacht, weil wir von den Vertrauensmännern aus den einzelnen Bezirken und Wahlkreisen nicht jene ausführlichen, detaillierten Berichte erhalten konnten, um daraus ein erschöpfendes Gesamtbild unserer Tätigkeit geben zu können. Wenn Sie die Berichte der nationalen Exekutiven nachlesen, so vermissen Sie die konkreten Zahlen, weil eben die Berichterstattung mangelhaft ist. Trotzdem können Sie aus den Berichten unser Wachstum bestätigt finden. Sie können ersehen, daß wir ganz erhebliche Fortschritte gemacht haben. Wenn durch nichts anderes, so können wir das bei den verschiedenen Neuwahlen bestätigt finden. Wir haben in einer Reihe von Gemeindewahlen, von Gewerbegerichtswahlen, Personaleinkommensteuerwahlen gesiegt. Auch die Statistik der Gewerkschaftskommission weist einen ziemlichen Zuwachs auf. Auch die niederösterreichischen Landtagswahlen haben uns einen erheblichen Zuwachs an Stimmen gebracht, wenn wir auch keinen Mandatszuwachs zu verzeichnen haben. Auch bei den Gemeindewahlen in der Provinz haben wir nicht unerhebliche Fortschritte zu verzeichnen, wenn wir auch nicht auf alles, was als sozialdemokratischer Gemeindeausschuß gilt, viel geben dürfen. Es werden dort oft Leute aufgestellt, die keine Sozialdemokraten sind, aber als solche schlechtweg gelten. Ich will diese Siege natürlich nicht sehr hoch einschätzen, aber es bleibt immerhin noch ein schöner Erfolg für unsere Partei übrig.

Aber nicht nur auf dem Gebiete der Wahlen, sondern auch sonst haben wir besonders gegenüber unseren nationalen Gegnern so manchen Erfolg zu verzeichnen. Wir erfahren aus dem Bericht der tschechischen Exekutive, daß die tschechischnationalen Arbeiterorganisationen langsam im Niedergehen begriffen sind, daß sie nirgends mehr eine feste Position innehaben, daß ihre Blätter, die sie als Kampforgane gegen die Sozialdemokratie geschaffen haben, im Eingehen sind. Bei den deutschnationalen Arbeiterorganisationen haben wir genau dasselbe zu konstatieren. Vor wenigen Jahren waren sie noch recht üppig, jetzt sind auch sie stark im Niedergang begriffen. Ihre Blätter sind bis auf ein einziges Monatsblatt zusammengeschrumpft, das noch dazu in ganz kleinem Umfange erscheint. Die christlich-sozialen Arbeiter, die es angeblich in Niederösterreich und in den Alpenländern gibt, fristen ihre Scheinexistenz von Gottesgnaden und der Gnade der Spießbürger.

Was nun unsere Gesamttätigkeit betrifft, ist es notwendig, dem schriftlichen Bericht doch einige Ergänzungen folgen zu lassen. Ich brauche nicht besonders zu betonen, daß alle unsere größeren Aktionen gemeinsam von allen nationalen Organisationen geführt wurden. Ich erinnere an die gewaltigen Arbeiterdemonstrationen, die wir im Mai 1902 gegen die Haubitzenvorlage im ganzen Reiche veranstalteten. Ich erinnere weiters an den Kampf gegen den Ausgleich und den Zolltarif und die damit verbundene künstliche Brotteuerung. Bei diesem Anlaß wurde von den einzelnen nationalen Exekutiven mehr als eine halbe Million Flugblätter verbreitet, die ihre Wirkung natürlich nicht verfehlt haben. Dazu kam dann später der Kampf gegen die Erhöhung des Rekrutenkontingents und die damit verbundenen neuen Militärlasten, ein Kampf, der allerdings von unseren Fraktionsgenossen im Parlamente anders als von uns geführt worden ist. Als dann im Sommer das Parlament wieder in allen seinen Fugen zu krachen begann und als die Regierung keinen Ausweg mehr sah, als es zu schließen, hielten wir den Zeitpunkt gegeben, wieder einmal die Frage des gleichen Wahlrechtes auf die Tagesordnung zu stellen. Wir haben einen Wahlrechtskampf begonnen, der besonders in einzelnen

Ländern einen ganz bedeutenden Umfang annahm und zweifellos einen nicht zu unterschätzenden Erfolg für unsere Organisation mit hatte. Wenn der Kampf nicht überall mit dem wünschenswerten Eifer begonnen wurde, so mag das damit entschuldigt werden, daß einzelne Genossen meinten, es sei nicht mehr möglich, eine solche Wahlrechtsbewegung zu schaffen, wie wir sie in den Neunzigerjahren hatten, weil die Arbeiterschaft heute bereits einen Bruchteil des Wahlrechtes besitzt und weil ein großer Teil der Arbeiter sich damit angeblich zufrieden gibt. Daß dem aber nicht so ist, hat eben der im Sommer durchgeführte Wahlrechtskampf zur Genüge bewiesen und ich hoffe, daß dieser Parteitag Ausgangspunkt für eine große Aktion zugunsten des gleichen Wahlrechtes in alle Vertretungskörper werden wird. (Beifall.)

Wir haben uns nicht nur in politischen Aktionen, sondern selbstverständlich auch in einer ganzen Reihe sozialpolitischer Angelegenheiten zu betätigen. Ich erinnere nur an die Bewegung zugunsten der Alters-, Invaliditäts-, Witwen- und Waisenversorgung. Wenn auch ein Teil dieser Aktion schon vor den letzten Parteitag fällt, so kann ein abschließendes Urteil doch erst heute gegeben werden. Es wurden damals 5006 Petitionen dem Abgeordnetenhause überreicht. Darunter sind 1917 Petitionen mit 693.000 Unterschriften, ferner 1480 Petitionen von Gemeindevorstehungen, 1201 von Gewerkschaften und Arbeitervereinen, 408 von Arbeiter-Krankenkassen. Daraus können Sie schon die riesige Agitation ermessen, die wir da geleistet haben. Unsere Vertrauensmänner sind von Haus zu Haus gegangen, um die Unterschriften zu sammeln, in vielen Tausenden von Gemeindevorstehungen wurde darüber beraten. Die Folge dieses Petitionssturmes war es, daß Koerber Oel in die erregten Wogen zu träufeln suchte und am 14. Jänner 1902 die Erklärung abgab, die Grundzüge für eine Alters- und Invaliditätsversicherung seien schon fertiggestellt und werden demnächst an die verschiedenen Zentralstellen zur Begutachtung abgegeben werden. Heute sind bereits zwei Jahre seither verstrichen und wir wissen noch immer nicht, was damit geschehen ist. Die Regierung, heißt es immer, wartet auf den geeigneten Zeitpunkt, um die Vorlage einzubringen — wahrscheinlich als eines jener Heubündel, die den Parteien hingereicht werden, wenn man eine neue Volksbelastung von ihnen verlangt, die aber angeblich nicht gegeben werden, wenn man hat, was man will. (Beifall.)

Wie die Sozialpolitik dieses sozialpolitischen Koerber aussieht, beweisen unter anderem die Vorgänge beim Generalstreik in Triest. Um dem Generalstreik beizukommen, verhängte Herr v. Koerber dort den Ausnahmszustand und das Standrecht. In den Straßen von Triest wurden streikende Arbeiter niedergeschossen, zwölf Tote und eine ganz kolossale Anzahl von Verwundeten sind wieder einmal das Ergebnis der sozialpolitischen Tätigkeit. Das war im Februar 1902 und vier Monate später, im Juli 1902, wurden in Lemberg bei einer Streikversammlung der Maurer sechs Arbeiter getötet und ein halbes Hundert schwer verwundet und über die, die nicht erschossen wurden, sieben Jahre und sieben Monate schweren Kerkers verhängt.

Aber die Regierung greift nicht nur bei Streiks mit den Gewehren zugunsten der Unternehmer ein, sie ist auch sonst bereit, den Unternehmern Liebesdienste zu erweisen. So hat Dr. v. Koerber am 19. November 1902 den berühmten Erlaß herausgegeben, der die Unterstützungstätigkeit der Gewerkschaften beschränken und damit den Lebensnerv der Gewerkschaftsbewegung unterbinden sollte. Die Erregung der Arbeiter kam in zahlreichen Versammlungen zum Ausdruck, und als unsere Abgeordneten dann im Abgeordnetenhaus eine Interpellation deshalb einbrachten, mußte sich Herr v. Koerber bequemen, den Erlaß zu verleugnen, das heißt, ihm eine andere Deutung zu geben. Diese Interpellationsbeantwortung wurde sodann ins Amtsblatt aufgenommen, womit die Wirkung des Erlasses auf die Gewerkschaften beseitigt worden ist. Es wurde auch der Versuch gemacht, die Uebertretung des Koalitionsgesetzes als Verbrechen der Erpressung anzuklagen. Freilich ging das Gericht auf diesen netten Plan des Wiener Staatsanwaltes nicht ein. Die „Verbrecher“ wurden freigesprochen. Aber es bleibt immerhin ein Schandmal

unserer Justizverwaltung, daß ein Staatsanwalt nicht in Galizien und nicht in der Bukowina, sondern in Wien einen derartigen Versuch zu unternehmen wagte. Aber man ging noch einen Schritt weiter und man fügte dem Versuch, die Streikenden als Verbrecher zu behandeln, den Versuch hinzu, sie zu demütigen, sie zu erniedrigen. Wieder war es in Wien, daß Leute, die bei einer Streikdemonstration im Mai 1902 verhaftet, auf der Polizei für das Verbrecheralbum photographiert und nach allen Regeln der Kunst gemessen wurden. Man hoffte, die Leute so von weiteren Demonstrationen abzuschrecken. Das ist die Sozialpolitik unter der glorreichen Aera Koerber, gegen die wir wiederholt ankämpfen mußten.

Ueber die politischen Verfolgungen selbst, die wir erdulden mußten, haben wir leider keine genauen Aufzeichnungen. Es haben nur zwei Exekutiven darüber berichtet: diese berichten über 5 Jahre 5 Monate 24 Tage Kerkers und 1 Jahr 7 Monate einfachen Arrests und über 3000 Kr. Geldstrafe.

Was nun das Verhältnis der sprachlichen Gruppen zu einander betrifft, so ist schon im Bericht konstatiert, daß wir im besten Einvernehmen lebten. Wenn dieses Einvernehmen in den einzelnen Orten auch ab und zu etwas getrübt worden ist, so ist das darauf zurückzuführen, daß man gegenüber den Auslassungen der einzelnen Genossen oft nicht genug Ruhe bewahrte, diesen Aeußerungen ein Gewicht beimaß, das sie nicht haben. Da spielt eben vielfach das verschiedene Temperament der einzelnen Genossen mit. In der Hauptsache sind wir überall einig gewesen. Anschließend daran möchte ich noch erwähnen, daß wir in der Frauenorganisation, so sehr auch gestern von den Fortschritten der Frauenbewegung berichtet wurde, doch nicht die Fortschritte gemacht haben, die wir alle sehnlich wünschen. Was wir an organisierten Frauen haben, das sind zumeist nur die in den Gewerkschaften. Ich will allerdings nicht leugnen, daß sich in Wien nunmehr eine Wandlung zum besseren zeigt.

Dagegen muß ich mit Freude konstatieren, daß die Jugendorganisation einen ganz erheblichen Fortschritt gemacht hat. Die Organisation hat jetzt mehr als 1400 Mitglieder, sie gibt seit dem Oktober vorigen Jahres ein Blatt „Der Jugendliche Arbeiter" heraus, der mit 2000 Exemplaren begann und seither seine Auflage mehr als verdoppelt hat. Die von den jugendlichen Arbeitern herausgegebene Broschüre „Die Lehrlingsfrage" ist bereits in der zweiten Auflage, insgesamt 6000 Exemplaren, erschienen. Auch der Bericht der tschechischen Exekutive konstatiert ganz bedeutende Fortschritte der Organisation der jugendlichen Arbeiter. Ich möchte nur wünschen, daß die Genossen auch der Jugendorganisation in der Provinz mehr als bisher ihr Augenmerk zuwenden.

Wenn heute vieles nicht so ist, wie wir alle es uns wünschen, und wenn es viele unserer Genossen geben mag, die mit dem wenigen, was errungen werden konnte, unzufrieden sind, so bitte ich nur nicht zu vergessen, wo wir uns befinden, und das ist: in Oesterreich. Dieses Oesterreich ist politisch ein toter Sumpf, wirtschaftlich in seinem überwiegenden Teile ein Agrarstaat. Dazu kommen noch die Schwierigkeiten, die uns die unleidlichen sprachlichen Verhältnisse bereiten. Wenn wir das alles ins Auge fassen, so können wir uns ruhig — ohne unbescheiden zu sein — sagen: wir haben erreicht, was eben unter solchen Verhältnissen überhaupt zu erreichen möglich war. Und wenn wir uns nun fragen, was unsere Aufgabe in der Zukunft sein soll, so müssen wir unsere hauptsächlichste Aufgabe in der Gewinnung neuer Massen und in der Aufklärung dieser Massen erblicken. Wir sehen den Zusammenbruch des Parlaments, der sich vor unseren Augen vollzieht. Jedoch nicht nur das Zentralparlament kracht in allen Fugen, auch die Landtage drohen zu versagen. Angesichts dieses Zusammenbruches des Privilegiensystems kann ich nur eines erklären: Wir müssen alles daransetzen, um diesen von den bürgerlichen Parteien vorbereiteten Zusammenbruch noch zu beschleunigen, und unsere Aufgabe kann nur darin liegen, daß wir neue Massen werben und sie im

Sinne der Sozialdemokratie aufklären und erziehen. (Lebhafter Beifall.)

Den **Kassenbericht** erstattet

Kořinek: In dem gedruckten Bericht haben Sie auch den Kassenbericht vorliegen. Ich brauche also keine detaillierten Ausführungen zu machen. Nur einige Erklärungen. Bei den Ausgaben finden Sie einen Posten „Subvention des slovenischen Parteisekretariats" mit 696 Kr. 20 H. Dieser Posten sollte eigentlich größer sein, die hier verzeichneten Gelder sind nur von der Gesamtexekutive. Das Sekretariat wurde aber auch von der Gewerkschaftskommission und den Eisenbahnern mit höheren Beträgen unterstützt. Die Eisenbahner haben bis Ende Juni 400 Kr. und die Gewerkschaftskommission 320 Kr. bis November vorigen Jahres geleistet, so daß zusammen 1400 Kr. an das slovenische Sekretariat in diesen zwei Jahren gezahlt wurden. Seit dieser Zeit zahlt die Gewerkschaftskommission monatlich 50 Kr. zu diesem Zwecke dem Sekretariat in Triest. Was den Posten „Rechtsschutz" anlangt, so ist er dahin zu verstehen, daß nach dem Streik von Lemberg der Prozeß gegen die Opfer durch die Gesamtexekutive beglichen wurde. Ein Posten ist da: „Rückzahlung an den Zentralwahlfonds". Sie wissen, daß die Kasse der Gesamtexekutive den Forderungen, die sie leisten sollte, nicht nachkommen konnte, sie mußte daher 731 Kr. von diesem Fonds borgen und auf diese Schuld hat die Gesamtexekutive 250 Kr. bis Ende Juni bezahlt. Zur Erhaltung des Triester Sekretariats steuert die Gesamtexekutive monatlich 50 Kr. bei; es unterstützen dasselbe Sekretariat noch die Metallarbeiter (monatlich 50 Kr.), die Bauarbeiter (monatlich 20 Kr.) und die Gewerkschaftskommission zahlt dem Sekretär seinen Lohn allein aus. Dadurch ist es möglich, daß wir in Triest die italienische und slovenische Organisation unterstützen konnten, so daß die Erfolge des Triester Streiks festgehalten werden konnten. Die Beträge sind bis zum vorigen Parteitag von den nationalen Gruppen sehr spärlich eingelaufen; das ist bedeutend besser geworden. Alle nationalen Exekutiven haben ihre Verpflichtungen erfüllt, auch die italienische zeigt, daß sie etwas für das Gesamtbedürfnis tun möchte, bis auf die slovenische und ruthenische Exekutive! Hoffen wir, daß es in der kommenden Periode möglich sein wird, daß auch diese sich konsolidieren. Sie sehen, die Organisation der nationalen Gruppen geht vorwärts, das spiegelt sich auch im Kassenbericht! Für die Opfer des Triester Streiks hat die Gesamtexekutive finanzielle Unterstützungen, soweit es ihr möglich war, geleistet. Am nächsten Parteitag, hoffe ich, werden wir noch besser wie heute dastehen. (Beifall.)

Reumann berichtet für die Parteikontrolle: Wir haben die Kassengebarung wiederholt geprüft, kontrolliert und stets für richtig befunden. Wenn wir etwas bedauern, so höchstens das, daß die Kasse unerwarteten größeren Ansprüchen eines Tages nicht genügen kann. Hoffentlich wird es auch in dieser Hinsicht noch besser. Ich beantrage die Erteilung des Absolutoriums.

Vorsitzender: Wir schreiten nunmehr zur **Debatte.**

Seliger (Teplitz): Ich bedauere, daß uns der Bericht der Parteivertretung so spät zugegangen ist. (Ruf: Sehr richtig!) Es ist uns Delegierten doch schwer möglich, ihn in einem so kurzen Zeitraum durchzuarbeiten. (Oho-rufe.) Es haben doch auch unsere Parteiorgane in der Provinz ein sehr wesentliches Interesse daran, den Bericht rechtzeitig — nicht etwa erst mit den Verhandlungen — abzudrucken. Ich will damit dem Sekretär keinen Vorwurf machen. Er kann, glaube ich, nichts dafür, er hat die Gruppenberichte zu spät bekommen. In dem Bericht fehlt etwas, das nur im tschechoslavischen Bericht erwähnt ist, nämlich die Resultate der letzten böhmischen Landtagswahlen, vor allem der deutschen Wahlkreise. Wir sind 1901 in die Landtagswahlen eingetreten, die nationale Bewegung schlug damals noch sehr hohe Wellen, es war die denkbar ungünstigste Zeit für uns. Nun, wir haben Erfolge errungen, wie wir sie bei einem Zensuswahlrecht nicht erwartet haben. Wir haben in mehreren Wahlkreisen kandidiert und ansehnliche Stimmenanzahlen auf unsere Kandidaten vereinigt. So mußte in Reichenberg, wo unser Genosse Kieseweiter

aufgestellt war, dreimal gewählt werden. Bei der ersten und zweiten Wahl erhielt Kiesewetter die relative Majorität. Von 2500 abgegebenen Stimmen erhielt er das erstemal 1200, bei der zweiten Wahl erhielt Kiesewetter 140 und erst bei der dritten Wahl, wo sich Alldeutsche und Deutschvolkliche gegen uns vereinigten, fiel er endgültig. In Tetschen erlangte Genosse Schrammel mehr als tausend Stimmen. In Niemes kam Beutel in die Stichwahl, in Teplitz-Land stand ich gegen die bekannte Gestalt aus der Mythologie „Jung-Siegfried" K. H. Wolf und bekam bei der Wahl über 700 Stimmen von etwa 2200 Stimmen, die bei der Wahl abgegeben worden waren. Bei der Nachwahl, die wegen der Seidl-Affaire nötig war, erhielt ich 900 von 2700 abgegebenen Stimmen. Das sind immerhin Resultate, die man erwähnen soll!

Vorsitzender: Vom Genossen Schweichart (Steinschönau) ist folgender Antrag eingelaufen:

Die Parteivertretung und der Verband im Abgeordnetenhause werden beauftragt, ihre Berichte zum Parteitag möglichst zeitlich in den Tagblättern zu publizieren, damit auch die Provinzpresse in die Lage kommt, noch vor Stattfinden des Parteitages diese Berichte veröffentlichen zu können.

Schweichart (Steinschönau).

Dorbič (Spalato) spricht kroatisch. Genosse **Bukšeg** übersetzt seine Ausführungen. Der Redner entwickelt in kurzen Zügen die Gründung der sozialdemokratischen Partei in Dalmatien. Bei der vorjährigen Landeskonferenz in Spalato wurde sie konstituiert. Am 1. Mai erschien die erste Nummer des „Sozialiste", der in kroatischer und italienischer Sprache geschrieben ist und bereits eine Auflage von 1800 erreicht hat. Es wurden auch Organisationen gegründet in Zara, Spalato, Ragusa, Sebenico. Volksversammlungen wurden uns einige verboten. In Zara selbst existieren bereits 15 gewerkschaftliche Organisationen. Es wurden daselbst 15 öffentliche Versammlungen abgehalten; eine, auf deren Tagesordnung der Militarismus war, wurde verboten. In Spalato haben aber mehr als hundert § 2-Versammlungen stattgefunden. Die Verfolgungen waren sehr brutal. Der Klerikalismus und Chauvinismus feiern angesichts des Analphabetentums große Triumphe. Unsere Aufgabe ist schwer, weil das Land auch ökonomisch ganz rückständig und sprachlich überdies zerrissen ist. Er stellt folgenden Antrag:

Der Parteitag verurteilt die Unterdrückungen und Verfolgungen, womit man die Arbeiterbewegung in Dalmatien verhindern will, protestiert aufs energischeste gegen die unerhörten Uebergriffe, die sich dort ereignen, erklärt sich solidarisch mit den Genossen Dalmatiens und fordert die Fraktion auf, energisch für die Schaffung besserer Zustände in Dalmatien einzutreten.

Am Schlusse der Sitzung verliest Winarsky weitere Begrüßungsschreiben des „Jihočeský Dělnik" (Budweis), aus Tarnopol, Gaya, Horn, Ragusa.

Der Vorsitzende schließt die Vormittagssitzung.

Nachmittagssitzung.

Němec (Prag, tschechisch): Genosse Skaret hat schon vom Niedergang der nationalen Arbeiterpartei gesprochen. Wir haben noch auf keinem Parteitage über unsere nationalen Arbeiter gesprochen und deswegen ist es notwendig, diese Partei einmal etwas näher zu beleuchten. Selbe wurde von den Jungtschechen gegründet, weil sie hofften, so die Sozialdemokratie vernichten zu können. Aber damit haben sie einen schmählichen Mißerfolg errungen. Sie hofften, die Arbeiter der sozialdemokratischen Bewegung abwendig zu machen. Aber es sind nur die zweifelhaften Elemente gewesen, die zu ihnen übergingen, Elemente, die ohnedies nicht zu uns gehörten. Jetzt, wo die Jungtschechen sehen, daß die nationalen Arbeiter der Sozialdemokratie nicht im geringsten Abbruch geleistet haben, ja daß diese Leute, da bei den Arbeitern nichts zu holen ist, sich an die Schichten wenden, die bisher den Jungtschechen angehörten, haben sie ihnen die Unterstützung gekündigt. So sind ihnen die Geldmittel ausge-

gangen und damit ist die Partei auch dem Untergang geweiht. Das Tagblatt, das sie hatten, ist zugrunde gegangen und das Blatt, das an die Stelle trat, fristet nur mit Mühe sein Leben. Die nationale „Arbeiterpartei" findet so nur Unterstützung in den Kreisen der Kleingewerbetreibenden und Kleinbauern, die mit der jungtschechischen Partei unzufrieden sind. Wenn die jungtschechische Partei nicht so reaktionär und unfähig wäre, so ginge es mit den nationalen Arbeitern noch rascher zu Ende. Den Krach der nationalen Arbeiter charakterisiert am besten der Ausfall der Wahl in die Unfallversicherungsanstalt, wo sie eine schmähliche Niederlage erlitten. In Böhmen zeigt sich immer deutlicher, daß die Vertreterin der Arbeiterschaft allein die Sozialdemokratie ist und es auch bleiben wird. (Beifall.)

Schloßnikel (Sternberg): Im Bericht fehlt jede feste Handhabe zur Beurteilung über die Größe und das Anwachsen der Partei. Man ersieht aus dem Bericht nicht, welche Länder oder Wahlkreise in einer erfreulichen Entwicklung sind und in welchen die Bewegung zurückgeblieben ist, das konnte man aus den früheren Berichten immer ersehen. Es fehlen eben jetzt die Berichte der einzelnen Wahlkreise, das hat sich so seit dem Aussiger Parteitag eingebürgert. Dieses Anfügen der Berichte ist notwendig, denn nur diese bieten für die Genossen der Wahlkreise die Gewähr, ob ihr Wahlkreisvertrauensmann seine Pflicht tut. Außerdem haben die Genossen auch ein Bild der Bewegung des betreffenden Wahlkreises vor sich. Es wäre notwendig, zu wissen, welcher Wahlkreis dem Sekretariat gegenüber — in Bezug auf die Berichte — seine Pflicht tut. Wer seine Berichte nicht einschickt, soll veröffentlicht werden, denn zumeist wissen die Genossen nicht, daß ihr Vertrauensmann keine Berichte erstattet. Ich stelle daher folgenden Antrag:

Die Berichte der einzelnen Wahlkreise sollen, wie dies bis zum vorletzten Gesamtparteitag üblich war, künftighin dem Bericht des Reichssekretariats angefügt werden.

Das Schlußwort hat Genosse

Skaret: Die vom Genossen Seliger gegen den Bericht vorgebrachten Beschwerden sind nicht ganz richtig. Er hat offenbar den Subtitel des Berichtes übersehen, wo es heißt: Bericht für die Zeit vom 1. Juli 1902 bis 30. Juni 1903. Da die böhmischen Landtagswahlen in den Herbst 1901 fielen, konnten sie somit in diesen Bericht nicht mit aufgenommen werden. Mit den zwei Parteitagen bekommen wir eine Konfusion. Der eine Parteitag berichtet über ein Jahr mit, über das der vorhergegangene entweder nationale oder Gesamtparteitag schon berichtet hat. So kommt es, daß wir dem einen Parteitag einen Bericht vorlegen sollen, den wir dem anderen schon vorgelegt haben. Wir müßten also Wiederholungen begehen, und um das zu vermeiden, haben wir den Bericht der deutschen Parteiexekutive nur für das letzte Jahr abgefaßt. Im Bericht an den deutschen Parteitag in Aussig findet sich auch der Bericht über die böhmischen Landtagswahlen. Schloßnikel hat behauptet, daß man aus den Parteitagsberichten nicht mehr jene Uebersicht gewinnt wie früher. Da stimme ich vollständig mit ihm überein. Das ist aber nicht die Schuld des Sekretariats, sondern der mangelhaften Berichterstattung der Wahlkreisvertrauensmänner. Voriges Jahr sendete ich ein Zirkular in die Provinz hinaus, damit rechtzeitig die notwendigen Aufzeichnungen gemacht werden, so daß dann der Bericht ordentlich fertiggestellt werden kann. Es gibt aber Wahlkreise, aus denen nicht eine Silbe berichtet wurde, andere schreiben, daß es nicht möglich war, die Fragebogen hereinzubekommen. Wenn wir solche Wahlkreisberichte publizierten, wie stünden wir dann da! Gewiß ist es jenen Wahlkreisen, die ihre Pflicht erfüllen — zu denen gehört der des Genossen Schloßnikel, Schrammel ꝛc. — unangenehm, daß sie wegen der nachlässigen büßen sollen. Wenn Sie gute Berichte haben wollen, treffen Sie in den Wahlkreisen rechtzeitig entsprechende Vorbereitungen. Ich schlage Ihnen vor, im Notfall aus dem Wahlkreisblatt das Wichtigste auszuziehen. Das ist das Mindeste, was man von einem Wahlkreisvertrauensmann verlangen kann. Daß wir das für die Kreise tun, ist unmöglich. Ich bin überzeugt, wir wer-

den mit Ihrer Mithilfe in der Lage sein, zum nächsten Parteitag ausführlich berichten zu können.

Vorsitzender: Nun schreiten wir zur Abstimmung.

Antrag Neumann (Absolutorium) einstimmig angenommen.

Antrag Dorbić (dalmatinische Zustände) einstimmig angenommen.

Antrag Schweichhart wird zurückgezogen.

Antrag Schloßnikel angenommen.

Es folgt nun der dritte Punkt der Tagesordnung: **Bericht über die parlamentarische Tätigkeit.** Das Referat erstattete Genosse

Abgeordneter **Hannich:** Die Aufgabe, über die Tätigkeit im Parlament Bericht zu erstatten, ist keine erfreuliche, weil unser Wollen mit unserem Können in einem großen Widerspruch steht. Die Halbheit ist in Oesterreich ein eingewurzeltes Uebel und darunter müssen die Aktionen, die wir in diesem Parlament unternahmen, leiden. Wir im österreichischen Parlament müssen mit Wasser kochen; ich gebe zu, daß auch in der Partei oft mit Wasser gekocht werden muß. Aber im Parlament müssen wir oft mit wenig vorlieb nehmen. Ueber unser Parlament ist so oft der Stab gebrochen worden, daß es einem schwer fällt, ihn noch einmal zu brechen. Aber es muß gesagt werden, daß wir von diesem Parlament nichts zu erhoffen und nichts zu erwarten haben. Zum erstenmal haben wir Ihnen einen schriftlichen Bericht über unsere Tätigkeit vorgelegt. Wenn dieser Bericht noch nicht vollkommen ist, bedenken Sie, es ist der erste. Ich kann mich möglichst kurz fassen, weil die Tätigkeit im Parlament noch bei anderen Punkten der Tagesordnung besprochen werden wird. Wer mich kennt, weiß, daß ich, insoferne von der Tätigkeit im Parlament die Rede ist, zu den Schwarzfärbern eher wie zu den Schönfärbern gehöre. Eines aber kann ich Ihnen mit gutem Gewissen sagen: Was aus diesem steinigen Boden zu gewinnen war, was diesen versteinerten, verlogenen Menschen abzuringen war, das hat ihnen der Sozialdemokratische Verband im Abgeordnetenhause abgerungen. Jeder von uns hat, als wir in die Reichsratswahlen eintraten, gemeint, daß das neue Parlament ein totgeborenes Kind sei. Leider lebt es noch. Mit dem großen Investitions-Goldregen hat sich Herr v. Koerber im Jahre 1901 die Arbeitsfähigkeit erkauft. Noch im selben Jahre, im Herbst, kam aber die Obstruktion doch. Bis in den Dezember dauerte damals die Obstruktion. Am 9. Dezember drohte Herr von Koerber mit dem allgemeinen Wahlrecht. Die bürgerlichen Parteien krochen sofort zu Kreuz. Die Deutschbürgerlichen erkundigten sich, ob es denn wirklich Ernst sei mit dem allgemeinen Wahlrecht. Herr v. Koerber hat sie wohl beruhigt. . . . Wenn die bürgerlichen Parteien mit ihren Prinzipien von ehemals es irgendwie ernst meinten, so hätten sie antworten müssen: Gut! Her mit dem allgemeinen Wahlrecht! Aber wer von den bürgerlichen Parteien eine Konsequenz erwartet, der kennt sie schlecht. Sie fürchten sich vor nichts mehr wie vor dem allgemeinen Wahlrecht! Heute können sie ihre Wähler mit den denkbar dümmsten, simpelsten Schlagworten abtun. Die Masse der Bürgerlichen will gar nichts Besseres als solche leere Redereien. Herr v. Koerber bekam hierauf die Rekruten bewilligt und in diesem Jahre ist sogar das Budget ordnungsmäßig verhandelt worden.

Bei der Budgetdebatte haben wir Sozialdemokraten unseren Standpunkt genügend markiert. Die Genossen werden sich dessen noch entsinnen und ich brauche es nicht wieder in Ihr Gedächtnis zurückzurufen. Es war die einzige Budgetdebatte seit Jahren und die Budgetbewilligung ist gewiß ein wichtiges Recht des Parlaments. Aber wir müssen doch unumwunden aussprechen, daß ein Parlament, das sieben lange Monate zur Erledigung des Budgets braucht, nicht lebensfähig ist. Wir hielten unsere Reden bei allen Punkten, die für uns in Betracht kamen. Aber wir sind uns dessen bewußt, daß wir zum Fenster hinaus sprachen. Es wäre kindlich, anzunehmen, daß die schönste Rede, die dort gehalten wird, einen Gegner zu bekehren vermöchte.

Als die Regierung Badeni-Bilinski im Jahre 1897 mit den Ausgleichsvorlagen kam, verlangte sie die Erhöhung der Steuern auf Branntwein, Bier, Zucker und Petroleum sowie die Einführung der Transportsteuer. Die

ganze Oeffentlichkeit schrie damals auf über diese Zumutung, der armen Bevölkerung solche Lasten aufzubürden. Damals meinte jeder Mensch, das Finanzprogramm des Bilinski sei undurchführbar. Aber unter Thun und Koerber wurde das durchgeführt, was die ganze Bevölkerung unter Badeni mit solcher Entrüstung zurückgewiesen hatte. Unter Thun-Kaizl kam die oktroyierte Zuckersteuer, unter Koerber die erhöhte Branntweinsteuer, die Fahrkartensteuer und wir in Böhmen haben auch die erhöhte Biersteuer. So ist alles, was Badeni von uns verlangt hatte, nahezu bis auf das letzte i-Tüpfelchen durchgeführt. Als Entgelt für die Einführung der Fahrkartensteuer wurde die Aufhebung der Mautgebühren gegeben.

Man hat die Fahrkartensteuer auch dadurch von uns zu erlangen gesucht, daß man uns die Diurnisten auf den Hals hetzte, indem man erklärte, daß ohne Bewilligung der Fahrkartensteuer die Bezüge der Diurnisten nicht erhöht werden. Die bürgerlichen Parteien waren froh, eine Ausrede zu haben für ihre Abstimmung zugunsten der neuen Steuer. Wir Sozialdemokraten haben uns aber auf diesen Leim nicht fangen lassen. Wir haben beantragt, daß Reisende der dritten Wagenklasse von der Fahrkartensteuer befreit seien. Man hat diesen Antrag abgelehnt. Denn 74 Prozent der Steuer müssen von den Passagieren der dritten Wagenklasse aufgebracht werden. Bei der Beratung der Auflassung der Mauten wurden wahre Orgien der Bauernretterei gefeiert. Wir Sozialdemokraten haben selbstverständlich dafür gestimmt, aber wir haben uns nicht von dem Wahn leiten lassen, daß wir der Bauernschaft damit wirklich eine wesentliche Hilfe zuteil werden lassen. Die Erfahrung hat uns recht gegeben. Die Bauern haben nichts davon. Den Vorteil haben nur diejenigen Bauern, die zugleich auch Lohnfuhrwerker sind. Den Löwenanteil aber haben die reichen Besitzer von Bierbrauereien, Branntwein- und Spiritusbrennereien, Ziegelhütten, Kalkbrennereien, jene Unternehmer, die ihre Produkte noch mit den Wagen versenden; die Bauern können sich den Mund abwischen.

Der Kampf um das Bergarbeitergesetz fällt eigentlich noch in den alten Reichsrat. Die Entscheidung ist zweifellos schon an dem Tag gefallen, wo der leider noch immer im Amte sitzende Ackerbauminister Giovanelli erklärte, die Frage der Abkürzung der Arbeitszeit beim Bergbau müsse erst studiert werden, und als er vor der Entrüstung der Sozialdemokraten aus dem Hause floh. Im neuen Reichsrate mußten wir die Aktion von neuem einleiten, bis endlich die Regierung ihr Versprechen erfüllte und durch die von uns provozierte Interpretation der Neunstundenschicht durch den Ministerialrat Zechner in Wirklichkeit der Achtstundentag für die Bergarbeiter errungen wurde. Und das ist, dessen können wir uns allezeit rühmen, ein bedeutender Erfolg, den wir in diesem versumpften österreichischen Parlament zu erringen imstande waren.

Als es sich um den 38 Millionenkredit für die neuen Haubitzen handelte, da züchtigte Daszynski die bewilligungseifrigen Volksverräter mit Geißelhieben, daß sie sich krümmten und auf die Antwort ganz vergaßen. Aber sie bewilligten, und als wir dann den Finanzminister fragten, woher er die 38 Millionen ohne neue Steuern nehmen werde, erklärte er, daß man eine Anleihe machen werde. Also keine neuen Steuern, aber dafür neue Staatsschulden und stetig wachsende Zinsenlast. So wird der Staat dem Bankerott zugetrieben.

Im Kampfe gegen die Drangsalierung der armen Soldaten hatten wir bis zu einem gewissen Grad Erfolge. Es ist zweifellos, daß alle Erleichterungen ein Werk der unerbittlichen sozialdemokratischen Kritik sind, daß zumal die Abschaffung des Anbindens und des Spangenschließens nur unter dem Drucke der von den Sozialdemokraten geweckten öffentlichen Meinung erfolgte.

Als im Jahre 1903 das neue Rekrutengesetz vorgelegt wurde, da waren die bürgerlichen und zumal die kleinbürgerlichen Parteien mehr denn je geneigt, vor dem Militarismus zu kapitulieren. Sie erhielten ja „Konzessionen" in Form unverbindlicher Versprechungen, daß bei den Militärlieferungen das Kleingewerbe mehr berücksichtigt werden würde. Als ob es möglich wäre, daß ein moderner Militärstaat seinen Bedarf bei Gevatter Schneider und Hand-

schuhmacher deckt. Wie wenig verstehen diese kleinbürgerlichen Vertreter den Zusammenhang von Militarismus und Kapitalismus, daß sie so vertrauensselig sein und meinen können, daß der Militärstaat, der seine Panzerschiffe, seine Schnellfeuerkanonen und Magazinsgewehre nur in technisch vollkommen ausgerüsteten Großbetrieben herstellen lassen kann, seine Tuch-, Leinen- und Lederwaren von den Kleinbetrieben beziehen könne. Wir sind das nicht und darum bekämpfen wir den Militarismus von der Wurzel aus, weil wir wissen, daß er der größte Schädling der Volksinteressen ist. Die übereilte Bewilligung hat mit einer gräßlichen Blamage geendet. Die Fetzen des zerrissenen Gesetzes mußten der ungarischen Kossuth-Partei zu Füßen geworfen werden. Die deutschbürgerlichen Gemeinsamkeitsschwärmer hatten sich gründlich in den Finger geschnitten, indem sie durch ihr byzantinisches Verhalten die Chancen der Gemeinsamkeit noch erheblich verringert haben.

Wir traten damals sehr energisch für die zweijährige Dienstzeit ein und haben durch diese Taktik die bürgerlichen Parteien gezwungen, ihre Stellung zur zweijährigen Dienstpflicht anzugeben, und ich erkenne an, daß wir dann bei der später abgehaltenen Volksversammlung ihr Verhalten ganz gehörig ins Treffen führten. Ich halte dafür, daß die Taktik des Verbandes wahrlich nicht ungeschickt war. Es ist wirklich gelungen, die bürgerlichen Parteien zu demaskieren.

Ich komme nun zur Zuckeraffaire. Das ist eine recht süße Geschichte. (Heiterkeit.) Die Brüsseler Konvention hat mit dem Prämienunwesen ein Ende gemacht und wir haben im Parlament daher für die Konvention gestimmt. Es wurde nun den Unternehmern zuliebe und um sie für den Verlust der Prämie zu entschädigen, das Kontingentierungsgesetz durchgepeitscht, obgleich Ellenbogen aufmerksam machte, daß die Kontingentierung mit der Brüsseler Konvention im Widerspruch stehe. Alles Warnen half nichts. Hals über Kopf wurde das Gesetz angenommen. Was ist dann geschehen? Die Brüsseler Konferenz hat zu Recht erkannt, daß die Kontingentierung der Konvention widerspreche, und nun gab es wieder einmal eine Weltblamage. Der § 14 wurde ausnahmsweise einmal strapaziert, um ein Gesetz, das der Reichsrat auf Betreiben der Regierung angenommen hatte, unwirksam zu machen. Nie trat die Ohnmacht des österreichischen Parlaments so zutage. Die Kontingentierung trat außer Kraft, aber die ungarischen Herrschaften bestanden auf ihrem Schein. So erhielten sie denn die Surtaxe. Das ist das erste Loch in das gemeinsame Zoll- und Handelsgebiet, nicht mehr und nicht weniger als eine versteckte Zollschranke.

Von den Dringlichkeitsanträgen, die wir einbrachten, sei erwähnt der Antrag Pernerstorfer auf Aufhebung des § 64 des Strafgesetzes. Der Anlaß dazu war gegeben, als der Thronfolger das Protektorat über den Katholischen Schulverein übernahm. Wir erkennen im Gegensatz zu den bürgerlichen Antiklerikalen auch dem Thronfolger das Recht zu, seine Gesinnung kundzugeben, aber dafür müssen wir das Recht haben, diese Gesinnung entsprechend zu kritisieren. Ueberrascht waren wir von dem Akte des Thronfolgers gar nicht. Solche Dinge gehören ja zu den Traditionen des Hofes. Diese Auslieferung des Volkes an Rom ist ein Erbübel dieses Staates und das bequemste Mittel, die Geister zu knechten und niederzuhalten. (Beifall.)

Der Verband ist wegen seiner Haltung im September von mehreren Seiten angegriffen worden. Aber das Hauptmotiv war wie im Februar, die bürgerlichen Parteien zu einer Stellungnahme in dieser Sache zu zwingen.

Für das Wahlrecht haben wir getan, was wir konnten. Eine besondere Aktion haben wir nicht eingeleitet, wohl aber haben wir bei jeder Gelegenheit auf die Notwendigkeit der Einführung des allgemeinen Wahlrechtes hingewiesen. Im Privilegienwahlrecht ist die Wurzel unseres Parlamentsjammers zu erblicken. Wir spüren es jeden Augenblick, wohin es führt, wenn die einen an dem alten, muffig gewordenen böhmischen Staatsrecht festhalten und die

anderen von der historisch begründeten Vorherrschaft der Deutschen im Staate nicht ablassen wollen. Wir Sozialdemokraten haben demgegenüber immer nur eines zu betonen, und dieses eine besteht darin, daß wir an dem Rechte, das mit uns geboren, an dem allgemeinen gleichen Wahlrecht, festhalten. Wenn wir dieses Recht einmal erkämpft haben — und es ist meine feste Ueberzeugung, daß wir es erringen werden trotz alledem und alledem — dann werden Sie einen günstigeren Bericht über unsere parlamentarische Tätigkeit vernehmen. Einstweilen müssen Sie mit diesem vorlieb nehmen. (Beifall.)

Winarsky (Wien): Es ist schon selbstverständlich geworden, daß man in einer Debatte über den parlamentarischen Bericht nicht gegen den Verband auftritt. Wenn ich mich zu einer Kritik zum Worte gemeldet habe, so weiß ich wohl, daß die Mitglieder der Fraktion sich gegen mich erheben werden und auch die freiwilligen Schützer des Verbandes, wie zum Beispiel Dr. Adler. Trotzdem man also kein gutes Haar an mir lassen wird, muß ich einige Dinge sagen, weil es mir nötig erscheint, daß sie gesagt werden. Die Sitten des österreichischen Parlaments scheinen leider auf die Sitten unseres Verbandes zum Teil abgefärbt zu haben. Als im Jänner dieses Jahres bei Beratung des Sonntagsruhegesetzes der Antrag auf Beseitigung des Ersatzruhetages der Bäckergehilfen eingeschmuggelt wurde, war niemand von unserer Fraktion im Saale anwesend. Nachträglich geschah natürlich alles, was geschehen konnte. Aber ein unangenehmes Gefühl ist es doch, daß weder die Gesamtheit der Fraktion noch der Vorsichtsposten auf dem Platze waren. (Ruf: Sehr richtig!) Ein ähnlicher Fall hat sich ja schon einmal ereignet, als die erste Lesung des Preßgesetzes zur Debatte gelangte. Diese erste Lesung wurde damals als ein Erfolg der Fraktion gefeiert und gerade bei der Gelegenheit hat sich gezeigt, daß bei der Debatte eine Reihe von Genossen das Wort verloren hat, weil sie nicht anwesend waren. Einige andere mußten auf das Wort verzichten, weil sie nicht genügend vorbereitet waren. Das wirkt nicht sehr belebend auf die Agitation! Ein dritter Fall ist es, der mich veranlaßt, das Wort zu ergreifen, es handelt sich um die Rekrutenvorlagen. Der Bericht Hannichs war da nicht gerade erschöpfend. Schon als im Jänner laufenden Jahres die Vorlagen eingebracht wurden, waren ja große Meinungsverschiedenheiten, ob die Taktik des Verbandes wirklich befriedigend genannt werden konnte. Von vielen Seiten wurde verlangt, daß gegen die Rekrutenvorlage das Notrecht aller Parteien, die im Volke großen Anhang haben, aber im Privilegienparlament durch das Wahlsystem zu einer hoffnungslosen Minorität gemacht werden: die Obstruktion, in Anwendung gebracht werde. Damals sagten die Abgeordneten, die Anwendung der Obstruktion sei unmöglich. In einer Versammlung beim Hamberger erklärte Pernerstorfer, man könne keine Obstruktion machen, weil man hoffe, Verbesserungen in die Vorlagen zu bringen. Von Verbesserungen war aber dann bei der Beratung nicht die Rede, außer höchstens die Konzession der alten Hosen. Unsere Parteigenossen haben dann einen Antrag eingebracht auf Einführung der zweijährigen Dienstzeit und sie haben sich bereit erklärt, auch für das begehrte erhöhte Rekrutenkontingent zu stimmen. (Ohorufe.) Das erhöhte Kontingent war im § 2 des Gesetzes enthalten, in dessen § 1 die zweijährige Dienstzeit stand. Aus den allzu knappen Berichten konnte man sich damals nicht genügend informieren, sonst hätten die Anträge des Verbandes wohl schon zu der Zeit Widerspruch gefunden.

Es ist selbstverständlich, daß es mir nicht einfällt, eine Rede für die Obstruktion bei jeder Gelegenheit zu halten. Das liegt mir fern. Die Erfolge der ungarischen Obstruktion zeigen aber deutlich, daß im Februar ein obstruktioneller Eingriff durchaus nicht so aussichtslos gewesen wäre, wie unsere Parteigenossen vom Verband meinten. Die hier angenommene Wehrvorlage wurde drüben in Ungarn zerrissen, die Regierung mußte neuerdings an das Parlament herantreten. Es war notwendig, weil in dem Zusatzantrag Chiari ausdrücklich erklärt war: das ganze Gesetz tritt nur in Kraft, wenn auch in Ungarn das gleiche Gesetz in Kraft tritt. Die „Arbeiter-Zeitung" schrieb am 17. September: „Jetzt werden wir dieses Wort, auf das sich die Regierung

sonst immer beruft, die Parität, zur Anwendung bringen; solange in Oesterreich keine neuen Rekruten, als in Ungarn nicht ebenfalls die Rekruten bewilligt werden." Wenn das auch nicht in vollem Einklang mit dem sozialdemokratischen Programme steht, so hat diese Taktik doch auch in einer Reihe von Versammlungen Anklang gefunden. Wie überrascht waren wir nun, als am 23. September die sozialdemokratische Fraktion einen Dringlichkeitsantrag einbrachte, der nichts anderes bedeutete als die Bewilligung des normalen Kontingents. Das war ein Verlassen des Standpunktes der Parität und ein Verlassen des sozialdemokratischen Prinzips. Es war aber vor allem auch ganz unpraktisch. Man hätte damals sofort fragen können: Warum geschieht das? Man erwiderte: Man muß den bürgerlichen Parteien Gelegenheit geben, zu zeigen, ob sie für diese populäre Forderung sind oder nicht! Diese Entschuldigung gilt eventuell für den Februar. Aber da damals dieses Exempel gemacht wurde und es sich schon damals zeigte, daß die bürgerlichen Parteien des Privilegienparlaments zu reaktionär sind, um für die zweijährige Dienstzeit zu stimmen — warum denselben Beweis in demselben Jahre dann noch ein zweitesmal durchgeführt? Zur prinzipiellen Frage nur einige Worte. In unserem Programm heißt es:

11. Ersatz des stehenden Heeres durch die Volkswehr; Erziehung zur allgemeinen Wehrhaftigkeit; allgemeine Volksbewaffnung.

Das sind, wohlgemerkt, unsere nächsten Forderungen. Würde der Wiener Parteitag 1901 gemeint haben, daß wir noch ein Minimalprogramm zur Erreichung unserer nächsten Forderungen brauchen, dann hätte er dies festgesetzt. Es könnte allerdings gesagt werden, daß die Einführung der zweijährigen Dienstzeit eine Etappe auf dem Wege zur Volkswehr ist, aber es ist sehr die Frage, ob dies zutrifft. In der Preßdebatte hat Schulz sich auf Engels als Blutzeugen für diese Ansicht berufen, aber die hervorgeschleppten Zitate beweisen sehr wenig. Es ist eigentümlich, daß unsere am modernsten denkenden Genossen gerade immer die ältesten Broschüren zitieren. Eine Broschüre aus dem Jahre 1865, wo es fast noch gar keine organisierte Sozialdemokratie gegeben hat, muß diesmal herhalten. Auch wenn die Anwendung dieser Broschüre berechtigt wäre, so muß doch betont werden, daß Engels damit den bürgerlichen Politikern eine Belehrung geben wollte. Engels redete nur von der ureigensten Pflicht der Bürgerlichen, er erwähnt selbst, daß das Proletariat der Sache der zweijährigen Dienstzeit reserviert gegenüberzustehen und selber auf das energischeste die Schaffung der Volkswehr zu erstreben hat. Sicher ist, daß mit der zweijährigen Dienstzeit ohne Kompensationspolitik nicht zu rechnen ist. Sie ist nicht zu erreichen, ohne daß die Fraktion sich eventuell mit einer Erhöhung des Rekrutenkontingents und damit mit einer noch größeren Ausdehnung des Militärbudgets einverstanden erklärt. Damit aber auch mit neuen Volksbelastungen, mit neuen indirekten Steuern. Wenn in unserem Programm nichts von der zweijährigen Dienstzeit darin steht, so hat dies eben seine Gründe! Es ist Sache der Bürgerlichen, das zu erkämpfen, und wenn die Bürgerlichen das nicht aus eigenem fordern, dann werden sie es auch nicht tun, wenn die Sozialdemokraten es beantragen. Prinzipiell kann nicht behauptet werden, daß dies mit unserem Programm zu vereinigen ist. Die Abgeordneten sagen nun: „Wir müssen auch positive Politik machen." Gut, einverstanden. Bedenken Sie aber immer, bei welcher Zusammensetzung des Parlaments Sie positive Politik machen wollen! Meinte man, daß die bürgerlichen Abgeordneten mitsamt dem Landesverteidigungsminister der Forderung zustimmen werden, daß am stehenden Heere eine Drittelabrüstung vollzogen wird? Diese praktische Politik ist die unpraktischeste der Welt. Wir waren nie für die Abrüstungspolitik, sondern für eine Ausdehnung der Wehrfähigkeit auf alle Schichten des Volkes. Die Taktik des Verbandes war aber nicht nur unpraktisch, sondern auch haltlos. Unsere Genossen hofften vergebens, daß ihr Antrag auf Einführung der zweijährigen Dienstzeit gleichzeitig mit der Regierungsvorlage verhandelt werde. Sie mußten ihren Antrag zurückziehen, um nicht in die gefährliche Nachbarschaft der Patrioten zu geraten.

Die Zurückziehung hat uns ja vor einer Blamage bewahrt. Aber war das Ganze nötig? Das, was hätte erreicht werden wollen, hätte durch einen Dringlichkeitsantrag auf Außerkraftsetzung des Rekrutengesetzes erreicht werden können. Wenn man sagt: wir mußten einen positiven Antrag stellen, weil es sich um die Drittjährigen gehandelt hat, so stellt man sich ja auf den Standpunkt des Kriegsministers, der auch gesagt hat, daß er die Drittjährigen zurückbehalten müsse, weil ihm die neuen Rekruten fehlen. Redet man sich auf die Agitation aus, die da mit unserer angeblichen Stellung „gegen die Drittjährigen" betrieben worden wäre, so sage ich, man hätte unsere Feindschaft gegen die Drittjährigen sehr schwer beweisen können. Jedenfalls hätte der Verband diesen Dringlichkeitsantrag nicht einbringen sollen. Ich sehe in allen von mir angeführten Dingen ein Symptom des Abfärbens der bürgerlichen Lässigkeit auf unsere Fraktion. Es fällt mir aber durchaus nicht ein, damit zu sagen, daß ich kein Vertrauen zu den Genossen des Verbandes habe.

Ich bin bereit, ebenfalls für ein Vertrauensvotum für den Verband zu stimmen wie jeder andere. Aber die Tatsache unseres Vertrauens sagt noch nicht, daß wir es für unmöglich erklären, daß er auch einen Fehler macht. Unfehlbar ist ja nur der Papst. Sie werden ja doch nicht wollen, daß wir unsere Fraktion zu einer Art päpstlichen Institution machen. Das Recht der Freiheit der Kritik ist doch gerade jenen Genossen sonst sehr sympathisch, die in dieser Frage mit mir nicht übereinstimmen. Der Militarismus ist ein so großes Uebel, daß er an der Wurzel bekämpft werden muß! Jede Konzession ist eine Gefahr für uns! Ein altes Wort sagt: „Wer vom Papste ißt, der stirbt daran!" Wer sich mit dem Militarismus ins Paktieren einläßt, kommt auch nicht gut davon, zumindest kriegt er einen verdorbenen Magen. Ich glaube, daß unsere Genossen im Parlament nicht ganz fehlerfrei sind. Durch die Besprechung wird wohl erzielt werden, daß derartige Fehler künftighin vermieden werden, und es wird so erreicht werden, daß unsere Genossen sich im Privilegienparlament noch weniger zu Hause fühlen werden als bisher, sie müssen sich fühlen als der vorgeschobenste Posten des Proletariats, sie haben nicht bei der Ausschmückung dieses Hauses mitzuarbeiten, sondern von innen heraus die zerstörende Tätigkeit zu ergänzen, die wir von außen her besorgen. Wenn unsere Genossen das noch mehr als bisher tun werden, dann werden alle Genossen dies mit Freuden zur Kenntnis nehmen. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Tusar (Brünn, tschechisch): Unsere Genossen im Parlament haben hauptsächlich agitatorische Aufgaben. Es ist aber nicht richtig, wenn wir verlangen, daß die Abgeordneten eine radikale Taktik anwenden sollen. Das nächstemal ist man selbst nicht so radikal und wendet sich wegen einer Verwaltungsfrage an den Minister. Unsere Abgeordneten haben vielleicht von ihrem Standpunkt aus recht, sie konnten damals in der Wehrdebatte nichts anderes machen. Aber ist unsere Fraktion dazu da, den bürgerlichen Parteien und der Regierung so oft den Weg zu zeigen? Ich glaube, unsere Abgeordneten haben hauptsächlich agitatorische Aufgaben. Wir können unsere Abgeordneten nicht zur Obstruktion treiben. Die Tschechischnationalen treiben Demagogie und Komödie, sie könnten auch auf jungtschechische Hilfe rechnen. Wir aber sind eine ernste Partei! Wir sind mit der Tätigkeit unserer Abgeordneten einverstanden, die zehn Mann können nicht mehr machen. Wir wissen ja auch, was sie noch außerhalb des Parlaments und auch außerhalb ihrer Wahlkreise leisten.

Abgeordneter **Schuhmeier:** Ich bin überzeugt, daß hier niemand im Saale ist, der uns um unsere Stelle im Parlament beneidet. Es ist sicher, daß wir dort eine sehr schwierige Stellung haben, und wenn Sie bedenken, daß wir in der Zeit, seitdem wir im Parlament sitzen, in 117 Fällen Redner ins Feld geschickt haben, so werden Sie, selbst wenn wir einen Fehler gemacht, uns doch mildernde Umstände zubilligen müssen. Aber zum Glück sind wir darauf nicht angewiesen, da wir uns keines Fehlers bewußt sind. Gerade die schöne Lehre, *die uns* Winarsky gegeben hat, daß wir vom Parlament aus *zerstörend wirken, haben wir* immer befolgt. Winarsky hat erklärt, er habe

gegen uns kein Mißtrauen. Ich nehme das dankend zur Kenntnis. Ich habe es aber früher gewußt, denn wenn Winarsky gegen uns Mißtrauen hätte, so hätte er das gewiß irgendwo schwarz auf weiß niedergelegt. (Heiterkeit.) Aber um sein Mißtrauen handelt es sich hier gar nicht, sondern um das, was er uns als Fehler anrechnet. Winarsky sagt, der Verband habe sich bereit erklärt, überhaupt für das Rekrutenkontingent einzutreten, wenn die zweijährige Dienstzeit gegeben wird! Da muß ich ihn aber fragen: Wann haben wir uns bereit erklärt, überhaupt für ein Rekrutenkontingent zu stimmen, und wo ist das zu finden?

Im Frühjahr ist das erhöhte Rekrutenkontingent vorgelegt worden. Statt 103.100 sollten es 125.000 Mann sein. Als der Antrag in das Haus kam, haben wir sofort sehen können, daß die Parteien auch das erhöhte Kontingent annehmen werden. Nun mußte es sich uns darum handeln, wenigstens den praktischen Erfolg herauszubekommen, daß wir die bürgerlichen Parteien im Hause bewußt schuldig werden lassen, um außerhalb des Hauses gegen sie einen wirksamen Agitationsstoff zu haben. Deshalb haben wir immer in unseren Reden zu den bürgerlichen Parteien gesprochen und über ihr Verhalten in dieser Frage.

In dem Antrag, der uns im Februar vorgelegt wurde, hieß es im § 1, daß das stehende Heer 125.000 Mann zählen sollte. Es war zu erwarten, daß das Haus das annimmt. Daher stellten wir einen Antrag, der im § 1 die zweijährige Dienstzeit und im § 2 dieses Kontingent enthielt. In der Begründung habe ich ausdrücklich hervorgehoben: „Sie können für die Einführung der zweijährigen Dienstzeit stimmen und dann dem Minister geben, was er will. Wenn Sie aber nicht die zweijährige Dienstzeit durchsetzen können, dann sind Sie verpflichtet, die Taschen der Bevölkerung, ihre Arbeit und ihr Blut zu schonen. Und das können Sie, wenn Sie sagen: Mehr als das, was die Heeresleitung heute schon hat, wird unter keinen Umständen bewilligt werden....“ Alle unsere Reden sind nur dahin gegangen, das Gewissen der bürgerlichen Parteien zu wecken, ihnen zu zeigen, in welch schwierige Situation sie sich begeben, wenn sie blindlings für das erhöhte Kontingent stimmen. Es ist uns damals gelungen, eine Abstimmung herbeizuführen. Die bürgerlichen Parteien sind alle schuldig geworden, wir haben also unseren Zweck vollauf erreicht. Die Deutsche Volkspartei empfindet es heute noch schwer, daß sie damals bedingungslos das erhöhte Kontingent angenommen hat, und den Christlich-Sozialen, die im Hause für das erhöhte Kontingent stimmten, draußen aber bei jeder Gelegenheit gegen den Militarismus loslegen, können wir jetzt immer nachweisen, daß sie ein falsches Spiel spielen. Bis in die letzten Tage währt dieser Erfolg für uns. Da hat Pater Bauchinger erst kürzlich im Landtag erzählt, daß die Soldatenspielerei viel Geld kostet und den Bauern die wichtigsten Arbeitskräfte entzieht. Sofort konnten wir ihm entgegenhalten, wie seine Parteigenossen im Parlament die Zughunde der Regierung waren und für diese vermehrte Soldatenspielerei gestimmt haben. Ich finde nicht, daß das eine gar so schlechte Taktik war. Ich meine im Gegenteil, das war das einzige, was man aus der Sache herausschlagen konnte.

Wir haben den Leuten immer gesagt: Nachdem wir von euch nicht annehmen können, daß ihr euch auf unseren Standpunkt stellet, daß ihr das stehende Heer beseitigt und die allgemeine Volksbewaffnung einführet, so stellen wir uns einmal auf euren Standpunkt, um euch zu zeigen, was eure Pflicht wäre. Wir haben sofort gesehen, daß das den Herren sehr unangenehm war, und wir haben — was Sie nicht vergessen mögen — auch diese Haltung erst eingenommen, als der Antrag auf Uebergang zur Tagesordnung abgelehnt worden war. Wir hätten es freilich leichter gehabt, nur auf die Abstimmung zu warten und dann dagegen zu stimmen. Aber ob das vernünftiger gewesen wäre, erscheint mir zweifelhaft. (Beifall.) Nebenbei will ich Genossen Winarsky noch mitteilen, daß die alten Hosen keine Errungenschaft des Derschatta oder des Lueger sind. Die sind

das ausschließliche Verdienst des Polenklub, der seine ganze Kraft auf diese Forderung vereinigt hat. (Heiterkeit.)

Ueber unsere Haltung im Februar hat damals niemand ein Wort verloren. Nun sind dann die Vorfälle in Ungarn gekommen, die wir übrigens im Februar vorausgesagt haben. Jetzt aber kommt Winarsky und sagt, wir hätten Obstruktion machen sollen. Ich wäre sehr dafür gewesen, Obstruktion zu machen, und wir haben auch eingehend im Verband darüber beraten. Aber glauben Sie wirklich, daß zehn Mann in diesem Parlament eine erfolgreiche Obstruktion machen können? Gewiß, Klofač und Fresl machen jeden Augenblick eine Obstruktion. Aber wollen Sie von uns wirklich, daß wir uns auch solche Niederlagen zuziehen? Wenn wir auch nur mit der Obstruktion *drohen*, so müssen wir wissen, daß wir mit der Obstruktion etwas ausrichten können. Aber daß wir gar eine Obstruktion *beginnen*, die nicht erfolgreich sein muß, das können Sie uns nicht ernstlich zumuten. Nun könnte jemand sagen, daß die Tschechischnationalen auf jeden Fall mit uns gegangen wären. Das wäre eine falsche Annahme. Auf diese Leute, auch wenn sie sich noch so radikal gebärden, ist kein Verlaß. Wir zehn Leute sind nicht einmal in der Lage, eine Interpellation allein einzubringen, geschweige denn, daß wir Dringlichkeitsanträge einbringen könnten. Und ob die Tschechischradikalen, selbst wenn sie mit uns die Obstruktion begännen, nicht bei der geringsten Konzession umfallen, das wird Genosse Winarsky auch nicht auf sein Gewissen nehmen. Jedenfalls wäre es auch zu erwägen. Obstruktion war also unmöglich, so nahe die Annahme auch lag und so bequem es gewesen wäre.

Nun kam die Herbsttagung, wo es sich der Regierung darum handelte, die Blamage mit den Drittjährigen zu verdecken. Die Regierung legte einen Gesetzentwurf vor, aus dem hervorging, daß sie noch immer an dem erhöhten Kontingent festhält und sie eigentlich nur die Chiarische Klausel zu beseitigen suchte. Wir mußten nun suchen, wo der wunde Punkt der Vorlage ist. Wir mußten nun alles daransetzen, das zu verhindern, was die Regierung will: die Erhöhung des Kontingents. Unsere weitere Pflicht war es, die Parteien, die durch die Vorgänge in Ungarn doch belehrt waren, daß man von der Heeresleitung Zugeständnisse haben kann, wenn man nur mehr Rückgrat hat, wieder schuldig werden zu lassen. So haben wir nach längerer Debatte in der Fraktion die Stellung der beiden Anträge beschlossen, die wir im Februar noch in einem Antrag zusammengefaßt eingebracht hatten. Aber diese beiden Anträge waren durch ein Junktim verbunden, indem wir am Schlusse erklärten, daß der eine nur in Kraft treten könne, wenn auch der andere in Kraft trete. Nun haben die bürgerlichen Parteien sofort erkannt, wohin wir abzielen, und da sie den ganzen Sommer über gefühlt hatten, wie unsere Agitation gerade in ihrer Stellung zur Wehrvorlage eine Stütze fand, setzten sie es beim Präsidenten durch, daß er den Antrag über die zweijährige Dienstzeit nicht zur Beratung zuließ. Wir haben nun den anderen Antrag benützt, um wenigstens an der Debatte teilnehmen zu können. Zum Schluß meiner Rede habe ich dann meinen Antrag — nicht auf eigene Faust, sondern auf Beschluß des Verbandes — zurückgezogen. Winarsky meint, daß sei unangenehm für uns gewesen. Nein, das haben wir nicht so empfunden, sondern wir haben den Erfolg gehabt, daß Abgeordneter *Skene* damals aufgestanden ist und den Antrag auf Bewilligung des niedrigeren Kontingents gestellt hat. Wir haben den bürgerlichen Parteien auch im Herbst den Weg gewiesen und sie haben ihn diesmal in der Tat betreten. Dadurch war unser Antrag *überflüssig* und wir haben ihn *zurückgezogen*. Wenn das eine schlechte Politik ist, dann möchte ich doch wissen, was wir hätten tun sollen, um das zu erreichen, was wir erreichen wollten. Daß nicht alle Genossen mit uns einverstanden sein würden, haben wir gewußt. Wir machen eben die Politik, die wir verstehen, und Winarsky möge mir glauben, es sitzen im Verband Leute, die nicht erst seit gestern in der Partei sind und die sich in den Dingen auch so sehr auskennen, daß selbst Winarsky zu ihnen Vertrauen hat.

Wenn Winarsky meint, der Erfolg, den wir errungen haben, daß wir

das erhöhte Rekrutenkontingent verhindert haben, sei keinen Pfifferling wert und sei nur erreicht worden, indem man das Parteiprinzip aufgab, so scheint mir die Irrung nicht auf unserer Seite, sondern auf der Seite des Genossen Winarsky zu liegen. Es hat allerdings Verblüffung hervorgerufen, als wir den Antrag zurückzogen, und ich erinnere mich noch des Eindruckes, den es bei mir hervorrief, als in der „Arbeiter-Zeitung" stand: „Wir verstehen nicht, warum Genosse Schuhmeier den Antrag zurückzog." Nun, wenn ich dafür Prügel verdiene, dann hauen Sie auf uns alle los, jedem von den zehn seinen ehrlichen Teil (Heiterkeit), denn den Beschluß hat der Verband gefaßt. Die Anschauung der „Arbeiter-Zeitung", daß ich das auf eigene Faust gemacht habe, war falsch. Ich will Ihnen noch ein Geheimnis verraten: Wenn der Referent dem ersten Antrag auf Einführung der zweijährigen Dienstzeit zugestimmt hätte, so wäre bei dem zweiten Antrag niemand fester auf seinem Sitz geblieben als wir. Wir hätten auch da gesagt: Dieser Regierung keinen Mann und keinen Heller! Winarsky braucht also nicht zu fürchten, daß wir der Regierung auch nur einen Mann bewilligen werden.

Ich kann Ihnen sagen, daß ein Rekrutengesetz noch nie so eingehend beraten wurde wie dieses. Zuerst schon im Ausschuß. Und wenn der Mißbrauch mit den Spangen und dem Krummschließen endlich beseitigt wurde, wenn der Minister endlich zusagte, Rücksicht auf die Reservisten zu nehmen, uns über den Militärtaxfonds Rechnung zu legen, so ist das nicht ohne unsere Mitwirkung im Ausschuß geschehen. Nun könnte Winarsky auch da sagen: Wir sind für die Aufhebung des Militarismus und du hast nicht im Parlament zu verlangen, daß Weiber und Kinder der Reservisten zu unterstützen sind! Da dürften wir dann nichts tun, als immer nur wiederholen: Weg mit dem Militarismus! Aber wir sind der Meinung gewesen, daß *wir mehr tun müssen*, und ich bin der festen Ueberzeugung, daß Sie unseren Standpunkt vollkommen teilen.

Winarsky hat dann noch andere Fehler, die ihm in den letzten Wochen eingefallen sind, angeführt. Es wäre wahrlich kein Wunder, wenn man einmal etwas übersehen würde. Aber ich meine doch, wir zehn können uns schon selbst das Zeugnis ausstellen, daß wir unsere Pflicht und Schuldigkeit tun. Wir haben das getan vom ersten Tage, da wir hineinkamen, bis zum letzten Tage. Leicht ist es ja nicht, glauben Sie es mir, und es war auch nicht leicht für die kleine Fraktion, die Position zu erringen, die wir heute im Hause einnehmen. Daß wir gerne das Parlament in Schutt und Trümmer legen möchten, brauche ich Ihnen nicht erst versichern zu müssen. Aber stehen wir nicht immer auf dem Standpunkte, daß das Privilegienparlament an sich selbst verrecken muß? Was wir tun können, um da mitzuhelfen, tun wir.

Austerlitz: In dem parlamentarischen Bericht — so ausführlich er auch sonst ist — scheint mir doch ein notwendiges Kapitel zu fehlen: das über die Stellung der Sozialdemokratie zu diesem Parlament. Und doch hat sich diese Stellung im Laufe der Zeit beinahe völlig geändert. Eine Zeitlang ging die allgemeine Anschauung dahin, daß sich in Oesterreich ein parlamentarischer und politischer Fortschritt nur katastrophenartig vollziehen wird, daß das Parlament an das Ende seiner Tage gelangt ist und daß es durch bestimmte Einflüsse von außen zu Tode gebracht und in ein anderes, auf einem gleichen Rechte beruhendes Volkshaus verwandelt werden müsse. Aber diese Anschauung hat sich in dem Augenblick verflüchtigt, da das Parlament in die Lage kam, einen ruhigen Atemzug zu tun. Da entstand wieder die Meinung, daß dieses Parlament doch nicht tot ist, ja, daß wir das normale Parlament vor uns haben, demgegenüber eine normale Taktik einer normalen sozialdemokratischen und oppositionellen Partei einzuschlagen ist. Es ist unzweifelhaft, daß sich in der ganzen sozialdemokratischen Partei Oesterreichs das Urteil über die Möglichkeit der Renaissance dieses Parlaments wieder vollständig verändert hat und daß heute die ganze Partei der Ueberzeugung ist, *daß dieses Parlament nicht lebensfähig zu machen* und daß auf normale Weise ein Fortschritt überhaupt unmöglich ist. Ich sehe gar nicht ein, warum

dieses wichtige Element unserer politischen Ueberzeugung seinen Ausdruck hier missen soll.

Allerdings: die Sozialdemokraten Oesterreichs sind in mancher Hinsicht eine ganz merkwürdige Partei. Sie verlangen von ihrer Fraktion die Obstruktion im Parlament und in demselben Atem auch glänzende sachliche Reden. Aber man muß sich endlich entschließen, auch in der Partei darüber konsequent zu denken. Es geht nicht an, zu verlangen, daß die Delegation der Sozialdemokratie im Parlament ausschließlich die Aufgabe habe, an dem Gefüge des Parlaments zu zerren und zu reißen, bis es zerreißt, und gleichzeitig die Aufgabe habe, ein glänzendes solventes Parlament als Fata Morgana vor den Blicken des zeitunglesenden Publikums hervorzuzaubern. Wir müssen uns entschließen, zu diesem Parlament einen einheitlichen Standpunkt einzunehmen, und das ist meiner Ueberzeugung nach, die sich auf sorgfältige Betrachtung des parlamentarischen Lebens gründet, der, daß das Parlament für die Dauer nicht lebensfähig zu machen ist, wenn es auch manchmal aus den Wirren des Tages halbwegs praktikable Gesetze auszuspeien vermag. Von dieser Anschauung zu der, daß es eigentlich Aufgabe der sozialdemokratischen Abgeordneten wäre, dieses Parlament dauernd in den Zustand der Obstruktion zu versetzen, scheint wohl nur ein Schritt. Aber es geht doch nicht an, das Wort Obstruktion als ein Schema für jede politische Verlegenheit zu benützen, und es muß gesagt werden, daß das Wort Obstruktion zwar jede Störung des parlamentarischen Lebens bezeichnen kann, daß aber Obstruktion und Obstruktion doch fundamental verschiedene Potenzen sind. Es ist gewiß falsch, daß die zehn Sozialdemokraten im Parlament schlechthin unfähig wären, Obstruktion zu machen, und im Bericht der Fraktion wird ja ausdrücklich konstatiert, daß die Fraktion entschlossen war, die Geschäftsordnungsreform mit allen Mitteln, unter denen die Obstruktion nicht das letzte, sondern stets das erste ist, zu verhindern. Sie wissen, daß diese Drohung schon ausgereicht hat, der Geschäftsordnungsreform das Genick zu brechen. Nun scheint gewiß die Meinung nicht unrichtig zu sein, daß die Verhinderung einer größeren Belastung der breiten Volksmassen, wie sie durch die Militärvorlage erfolgen sollte, ein Element von solcher Stärke ist, daß ihretwegen die Abgeordneten zur Obstruktion bemüht werden können, und Winarsky hat Ihnen auseinandergesetzt, daß in der Meinung der Parteigenossen der Wunsch nach einer Obstruktion gegen die Wehrvorlage nicht vereinzelt war. Ich erwähne das nicht etwa, um den Gedanken an eine Obstruktion zu bekämpfen, auch nicht, die Obstruktion gegen Militärvorlagen zu befürworten, sondern um den grundlegenden Unterschied zwischen Obstruktion und Obstruktion hervorzuheben.

Es ist zweifellos, daß auch die kleinste Minorität im Parlament den Widerstand aufbringen kann, der auslangt, um Obstruktion zu machen, wenn sie der Ausdruck einer Anschauung ist, *die über ihren Bereich hinaus geteilt wird*. Das ist bei der Geschäftsordnung der Fall gewesen, die nichts war als das Produkt von ein paar Flausenmachern, die billige Lorbeeren pflücken wollten. Aber es wäre unrichtig, zu behaupten, daß der Gedanke, Soldaten zu assentieren, ein solcher ist, der über die Fraktion hinaus eines allgemeinen Widerstandes sicher ist. Aber Sie begreifen, daß es sich hier nicht um einzelne Fakten handelt. Wenn wir die Tätigkeit der zehn Leute durchmustern, so kann bei aller Nörgelsucht und bei allem Nachahmungsbedürfnis, das unter den Genossen ja auch vorhanden ist, doch nie ein Grund zu einer absprechenden Kritik gefunden werden. Ich will auch nichts Abfälliges gesagt haben, wenn ich den Gedanken ventiliere, daß wir zu diesem Parlament auch noch eine andere Stellung haben, als sonst Sozialdemokraten haben, die ein Parlament immer als Klassenvertretung ansehen, das nur mühselig dazu gebracht werden kann, der arbeitenden Klasse zu nützen. Ich will nichts beweisen, wenn ich feststelle, daß wir gegenüber unserem Parlament eine über diese grundlegende Opposition hinausreichende Abneigung haben: weil wir in ihm ein dem Tode geweihtes, der Verwesung anheimgefallenes Produkt einer überlebten Epoche wahrnehmen. Ich sage nicht, daß die Sozialdemokraten durch Abstimmungen, Reden, Anträge diese Abneigung bekunden sollten oder

daß das etwa, soweit es möglich ist, nicht geschehen ist. Was ich sagen will, ist nichts anderes, als daß die ganze geistige Disposition der Fraktion die sein muß, daß sich die Partei, abgesehen von dem Kleinkram, den der Tag produziert und der mit dem Tage verschwindet, dieser prinzipiellen Stellung immer bewußt sein muß, womit ich aber wieder nicht gesagt haben will, daß unsere sich dessen nicht immer bewußt war. Es ist aber notwendig, zu sagen, daß sie dieses Privilegienparlament verwirft und den Glauben aufgegeben hat, daß es aus sich selbst die Kraft finden kann, sich zu erneuern. (Beifall.)

Was Bebel in Dresden gesagt hat, ist ja nur das, was die Sozialdemokratie aller Länder über das Parlament denkt, daß im Parlament, selbst wenn es aus dem allgemeinen gleichen Wahlrecht hervorgeht, den Klassencharakter doch nicht abstreifen kann. Nun ist es ja zweifellos begreiflich, daß sich diese prinzipielle Verwerfung eines Klassenparlaments um so mehr verwischt, wenn sich das ganze parlamentarische Leben in den Couloirs abspielt. Sie begreifen, daß Abgeordnete, die, wie schon bemerkt wurde, gezwungen werden, in Sachen der Verwaltung bei den Ministern persönlich zu intervenieren, daß Abgeordnete in einem Parlament, wo die Entscheidungen nicht immer im vollen Licht der Oeffentlichkeit fallen, wo das parlamentarische Leben nicht den Charakter hat, daß eine Majorität und eine Minorität einander gegenüberstehen, das aber auch nicht jenen redlich-rechtlichen Charakter besitzt wie der deutsche Reichstag, daß natürlich diese Abgeordneten leicht in die Stimmung versetzt werden können, sich als Glieder dieses Privilegienparlaments zu fühlen. Ich will nochmals hervorheben, daß ich überzeugt bin, daß hinter diesem Schein doch die abgrundtiefe Verachtung der Sozialdemokratie für dieses Privilegienparlament steckt und daß unsere Abgeordneten mit der Partei darin einig sind: Je schneller dieses Parlament zugrunde geht, um so besser! (Lebhafter Beifall.) Das müssen wir festhalten, denn in den Versammlungen werden immer Wünsche laut, die man an dieses Parlament zu stellen hat, und man kann selbst bei gut geschulten Genossen sehr oft die Wahrnehmung machen, daß sie in dem einen Atemzug sagen: Das Parlament soll verrecken, und im nächsten Atemzug: Es soll sich doch endlich ermannen; in einem Atemzug: Es muß verrecken, und im nächsten Atemzug prophezeien: Die Ungarn werden uns schon Dialektik einpauken, daß sich das Parlament zu einem solventen Parlament erhebe. Aber zwischen dem österreichischen und ungarischen Parlament besteht der große Unterschied, daß dieses wohl auch ein Privilegienparlament ist, aber doch nicht mehr ist als eine durchgehende Phase der Entwicklung, während jenes den Geburtsfehler hat, schon von der Entwicklung überholt gewesen zu sein, als es ins Leben trat, denn der einzige Beweggrund, der es gründen ließ, war der Wunsch nach Festhaltung des deutschen Uebergewichtes in Oesterreich, das aber schon 1867 mit gesetzgeberischen Kniffen nicht zu erhalten war.

Ich habe das sagen müssen — nicht weil ich der Meinung bin, daß die Tätigkeit unserer Abgeordneten irgendwie einer Verschleierung und noch viel weniger einer Entschuldigung bedarf, sondern weil ich der Ueberzeugung bin, daß zwischen ihnen und allen einsichtigen Genossen nicht die geringste Divergenz obwaltet, sondern daß sie selbst nichts anderes wünschen, als dieses Parlament zugrunde gehen zu sehen. Träger dieses Zugrunderichtens können freilich nicht die Sozialdemokraten sein. Denn selbst wenn die Sozialdemokraten zwanzig Mann stark wären, also allein Dringlichkeitsanträge stellen könnten, so würde die Tatsache, daß das Parlament durch die sozialdemokratische Obstruktion gehemmt würde, doch nicht anders empfunden werden denn als eine mechanische Störung des Parlaments, die natürlich nach Abhilfe schreien würde und gegen die sich trotz aller Zersplitterung die bürgerlichen Parteien noch immer zusammenfinden würden.

Wenn man die Frage, die Winarsky angeschnitten hat, objektiv betrachtet, so wird man die große Aenderung in der Behandlung von Militärfragen nicht übersehen können, die nicht zum geringsten Teil durch die Tatsache hervorgerufen ward, daß es Sozialdemokraten im Parlament gibt. Zum erstenmal

ist meines Wissens in Oesterreich die Bewilligung von Rekruten als eine Tatsache angesehen worden, die das Parlament nicht gutwillig und insbesondere nicht umsonst leistet, nachdem die Sozialdemokraten ins Haus eingezogen sind. Ich glaube nicht, daß Welsersheimb jemals so demütig um seine Rekruten winseln mußte als in diesem Jahre, und ich glaube nicht, daß die Militärverwaltung so viel Sorge tragen mußte, die Anschauungen, Wünsche und Stimmungen des Parlaments zu berücksichtigen, als es diesmal geschehen ist. Es ist nicht nur mit den Sozialdemokraten ein Element der Kritik in das Haus eingezogen, sondern die anderen Parteien müssen sich ihrer kritischen Tätigkeit auch anpassen. Wir waren die Bahnbrecher dieser Kritik, und allmählich sehen nun auch die feigen Parteien ein, daß die sozialdemokratische Kritik eine nützliche Sache ist, und wenn Sie auch nicht das Feuer so heftig anfachen, eine Laterne zündet doch jeder gern an. (Heiterkeit.)

Wenn wir das feststellen, wird der Vorwurf, der gegen die Fraktion erhoben wird, als eine aufgelegte Kinderei erscheinen. Der Vorwurf sagt nichts anderes, als daß die sozialdemokratische Fraktion mit dem Militarismus paktiert, daß sie bereit ist, für gewisse notwendige Forderungen des Militarismus, die ebenso notwendig für das Gefüge des Militarismus sind als für das Volk, dem Militarismus das zu geben, was er zu seiner augenblicklichen Fristung bedarf. Hier handelt es sich aber doch nicht um den Text eines zufälligen Antrages, sondern vor allem um die Absicht, die gewaltet hat. Wenn nun jeder von diesen zehn Abgeordneten aufsteht und sagt: „Du hast mich mißverstanden. Es fällt uns gar nicht ein, Soldaten zu bewilligen. Es hat sich nur der Fall ereignet, daß sich die Verweigerung bestimmter Forderungen in Form eines Bewilligungsantrages präsentiert hat. Aber es würde uns nicht einfallen, dem Militarismus auch nur einen Mann zu bewilligen" — ich glaube übrigens nicht, daß das vorweg so ganz richtig wäre —: da ist es doch geradezu kindisch, wenn der Kritiker dabei bleibt: „Was du willst, was du tust, was du meinst, ist gleichgültig. Entscheidend ist der Text des Antrages." Das heißt doch mit Gewalt Kompromißluft irgendwo hintragen, wo sie gar nicht vorhanden ist. (Beifall.)

Die entscheidende Frage ist doch die: Hat die Fraktion Soldaten bewilligen wollen oder nicht? Stellen Sie sich vor, wie die Situation bei uns wäre, wenn sie normal wäre. Der Minister würde ein Gesetz einbringen, in dem er 71.000 Soldaten verlangt. Die Sozialdemokraten würden das Gesetz bekämpfen und bei der zweiten Lesung würde der sozialdemokratische Redner sagen: Wir bewilligen keine Soldaten, aber wenn schon Soldaten bewilligt werden sollen, so verlangen wir, daß nicht mehr Soldaten bewilligt werden. Ich beantrage also, daß die Ziffer von 71.000 auf 59.000 reduziert werde. Könnte dann jemand kommen und sagen: Da hört sich doch alles auf, die Sozialdemokraten haben der Regierung angeboten, ihr Rekruten zu bewilligen? Jeder würde begreifen, daß der Verband da nichts tun wollte, als die Mehrbelastung verhindern! Er hat nicht der Regierung Rekruten bewilligen wollen, sondern er hat die bürgerlichen Abgeordneten vor die Frage gestellt, ob sie nicht bloß Rekruten bewilligen, sondern auch: ob sie mehr Rekruten bewilligen wollen. Glauben Sie, daß Bebel in den Kommissionen des Reichstages nicht auch oft beantragt hat, eine Forderung zu streichen oder eine niedrigere Ziffer einzusetzen, sei es für ein Schiff oder für eine Festung oder für eine neue Waffe? Glauben Sie nicht, daß es töricht wäre, zu sagen, er hat beantragt, diese Forderung zu streichen, also hat er implicite — der reine Staatsanwaltston (Heiterkeit) — beantragt, die Forderung zu bewilligen? Und glauben Sie, daß sich etwas daran ändern kann, wenn sich der Text des Paragraphen ändert, wenn die Fraktion durch Umstände gezwungen wird, anstatt zu beantragen, daß die Ziffer 71.000 in 59.000 geändert werde, zu beantragen, daß 59.000 Mann bewilligt werden? Ich sehe gar nicht ein, daß die Fraktion diesen Antrag zurückziehen mußte, und daß die Fraktion die Zurückziehung beschlossen hat, scheint mir noch lange kein durchschlagender Grund zu sein. Die Fraktion war von einem richtigen Standpunkt ausge-

gefunden, der erklärt hätte: Die Fraktion macht sich ihre Arbeit verflucht bequem. Statt sich in dieses Labyrinth von Gesetzestexten einzulassen und eine Entwirrung zu versuchen, lassen die Abgeordneten zwei schöne Reden los und glauben, damit genug getan zu haben.

Es ist mir zweifellos, daß die Fraktion den Weg eingeschlagen hat, den sie nach der Natur der Sache einschlagen mußte. Ich will auch feststellen, daß der Unterschied zwischen Februar und September nicht darin besteht, daß die „Arbeiter-Zeitung" über die Aktion im Februar schlecht berichtet hat, über die andere gut, sondern darin, daß im Februar die Paragraphen des Antrages nicht abgedruckt wurden. Man soll kleinen Kindern nicht Messer und Gabel in die Hand geben und man soll dem Genossen Winarsky keinen Gesetzestext in die Hand geben. (Lebhafte Heiterkeit.) Er liest da das Wörtchen „bewilligt", und schreit gleich: Die Sozialdemokraten haben die Minister kniefällig gebeten, doch die Rekruten von ihnen anzunehmen. (Heiterkeit.) Das Wort „bewilligt" mag sozialdemokratischen Ohren unangenehm klingen. Aber unsere Genossen hätten natürlich lieber den Antrag gestellt, die vorgeschlagene Ziffer abzuändern: aber das war hier bei der Struktur des Gesetzes absolut unmöglich. Ich muß Ihnen da übrigens mitteilen, daß die Tatsache, daß wir zum normalen Rekrutenkontingent überhaupt Abänderungsanträge stellen können, eigentlich ein Erfolg von uns, und zwar des Abgeordneten Schuhmeier ist. Denn die Meinung der Regierung und der Parteien ging dahin, daß Abänderungsanträge, die sich auf die allgemeine Struktur des Wehrgesetzes beziehen, hier überhaupt nicht gestellt werden können. Was also der Fraktion zum Vorwurf gemacht wurde, ist also eigentlich nichts anderes, als daß sie sich mühselig ein Stück Feld erkämpft hat, um von dort aus gegen den Militarismus operieren zu können.

Ich will ja nicht zweifeln, daß der Kriegsminister die Sozialdemokraten außerordentlich schätzt, aber warum ihm gerade daran liegen sollte, zu der Dreiviertelmajorität, die er hat, noch die zehn Sozialdemokraten zu bekommen, ist nicht einzusehen. Wenn er nicht mit Winarsky einen geheimen Pakt geschlossen hat, um die zehn Leute zu kompromittieren (Heiterkeit), so werden Sie begreifen, daß es ihm gleichgültig ist, ob die Sozialdemokraten für das Gesetz stimmen oder nicht. Und daß die Sozialdemokraten wieder für die Rekruten stimmen, wenn der Minister sie nicht braucht, ist, selbst wenn man das Böseste von ihnen annehmen will, denn doch nicht von ihnen zu erwarten. (Heiterkeit.) Die Situation ist gewiß nicht so, daß die Bewilligung des normalen Rekrutenkontingents oder einer mäßigen Erhöhung jemals in unserem Parlament in Frage kommen würde. Es ist doch dort außer unseren zehn Abgeordneten nicht *ein* Mann, der den Militarismus prinzipiell verwirft.

Eines ist wahr: diese Aktion stellt sich *nachträglich* als vollständig *überflüssig* heraus. Wenn man das vorher gewußt hätte, hätte man sie sich erspart. Aber man hatte es nicht gewußt und konnte es auch nicht wissen. Daß eine Aktion mißglückt ist, ist kein Beweis dafür, daß sie schlecht angelegt, noch weniger ein Beweis dafür, daß sie prinzipiell verfehlt war. Wenn es unerlaubte Opportunitätspolitik ist, eine Aktion nach dem Erfolg einzurichten, so ist es wohl auch ein unerlaubtes Abgehen vom Prinzip, eine Aktion nur nach dem Ausbleiben des Erfolges zu beurteilen. Es ist nicht möglich, im Abgeordnetenhause vorauszusehen, wie die Verhältnisse am nächsten Tag sein werden. Ich traue mir zu, vielleicht das nächste Jahrhundert für Oesterreich vorauszusagen, aber den nächsten Tag vorauszusagen, das wäre mutwilliger Leichtsinn. (Heiterkeit.) Die Fraktion konnte annehmen, daß das Haus die Vorlage, die es bewilligen wollte, sofort in Arbeit nehmen werde. Dann wäre die Aktion des Verbandes nicht erfolglos gewesen, sondern sie hätte sich als *ein Schnitt in das lebendige Fleisch des Militarismus* erwiesen.

Sie brauchen *der Fraktion kein notdürftig zugekleistertes Vertrauensvotum zu geben*, sondern wir können alle ehrlich bekennen: *Sie hat wirklich auch in dieser Frage ihre Pflicht erfüllt.* (Lebhafter Beifall.)

Genosse **Schrammel** verliest neu angekommene Begrüßungstelegramme von: Comité der revolutionären ukrainischen Partei, Lokalorganisation Bischofteinitz, Lokalorganisation Klattau, Redaktion des „Právo Lidu“, Lokalorganisation Villach, Schneiderfachverein Kolomea, Lokalorganisation Znaim, Hutarbeiter Budapest, Genossen in Heidenreichstein, Schneiderverein in Lemberg, Genossen aus Knin (Dalmatien), Volksversammlung Tarnow, Sozialistische Jugend in Lemberg, Bezirksorganisation Lilienfeld, Genossen in Freiberg, Organisierte Holzarbeiter aus Spalato, Redaktion des „Sozialiste“ (Spalato), Parteivertretung von Dalmatien, Genossen aus Spalato, Schuhmacherorganisation Spalato, Bauarbeiter Spalato, Kleinbauern aus Spalato, Politische Organisation Spalato, Steinarbeiterorganisation Spalato, Organisation von Nimburg, Arbeiter-Bildungsverein „Brüderlichkeit“ in Lemberg, Organisation von Strakonitz, Jugendliche in Brünn, Schormann (Budapest), Arbeiter-Bildungsverein „Wahrheit“ in Budapest, Handlungsgehilfen in Kolomea, Organisierte Tallesweber Kolomea, Organisierte Arbeiter Kolomea.

Vorsitzender **Tomschik** schließt hierauf die Sitzung.

Zweiter Verhandlungstag.

Vormittagssitzung.

Vorsitzender **Němec:** Das Wort erhält als Berichterstatter der Mandatprüfungskommission

Vaněk: Die Kommission hat ihre Arbeiten beendet und festgestellt, daß **140** Delegierte anwesend sind: 14 Mitglieder der Parteivertretung und 8 Abgeordnete ohne Mandat, dazu 114 Delegierte mit Mandat. Die Mandate sind nicht in allen Fällen regelrecht ausgefertigt. Die Mandatprüfungskommission ist der Meinung, daß für die Zukunft eine allgemeine Regel festgestellt werden muß. Für diesmal hat sie die Mandate anerkannt, auch wenn sie nur auf brieflichen Mitteilungen der Wahlkreise beruhen. Vier Mandate konnten nicht anerkannt werden, die Kommission empfiehlt dem Parteitag aber, auch in diesem Falle eine Ausnahme zu machen und die Sache durch feste Normen zu regeln. Es handelt sich um die organisierten Schuhmacher, Bäcker, Müller und Handelsangestellten, die wohl Industriegruppen sind, aber keinen Verband haben. Nach Nationen stellt sich der Parteitag folgendermaßen dar: 74 Deutsche, 39 Tschechen, 15 Polen, 6 Ruthenen, 3 Italiener und 3 Slovenen. Ein Delegierter, Genosse Giuseppe Lazzarini aus Albona (Istrien), soll noch kommen. Zu bemängeln ist auch, daß die Wahl der Delegierten nicht nach einem einheitlichen Modus erfolgt. Die Mandatprüfungskommission behält sich vor, später einen Antrag zur Regelung dieser Dinge vorzubringen.

Zur **Geschäftsordnung** hat sich gemeldet:

Seliger (Teplitz): Zu dem Bericht der Mandatprüfungskommission habe ich eigentlich nichts zu reden. Doch möchte ich eine Angelegenheit vorbringen, weil sie mir im Interesse des Ansehens des Parteitages nötig erscheint. Aus dem III. böhmischen Wahlkreis Tachau-Mies sind zwei Delegierte erschienen, Fieth und Dr. Stark. Ich bin in Kenntnis gelangt, daß Genosse Stark, der nicht in diesem Wahlkreis wohnt und auch keiner dortigen Organisation angehört, sondern im IV. böhmischen Wahlkreis wohnt, wohl ein Mandat übertragen bekam, doch in einer Form, die nicht der Würde des Parteitages und des III. Wahlkreises entspricht. Er hat dieses Mandat erlangt gegen die Zusicherung, daß er die Kosten der Delegierung aus eigener Tasche zahlt. Auf diese Weise sollen Mandate nicht zustande kommen. Es scheint mir, als sähe das aus wie das Kaufen eines Mandats. Wenn ich auch für die Anerkennung des Mandats Stark bin, so möchte ich doch eine Aeußerung

des Parteitages gern herbeiführen, daß diese Art des Erlangens von Mandaten ganz ungehörig ist.

Hueber (Wien): Ich begreife die Einwendung des Genossen Seliger vollkommen. Aber wenn man die Verhältnisse in Westböhmen kennt und weiß, daß dort die Organisationen arm sind und keine Mittel haben, um Delegierte zu entsenden, so halte ich es für kein Verbrechen, wenn ein Genosse sich auf eigene Kosten delegieren läßt und der Organisation die Kosten erspart. Mit Rücksicht auf die Verhältnisse in Böhmen bitte ich, das Mandat Stark nicht anzufechten.

Fieth (Staab): Die Angelegenheit geht unseren Wahlkreis an. Wir sind darauf angewiesen, Referenten aus dem IV. oder V. böhmischen Wahlkreis heranzuziehen. Ich bin im ganzen Wahlkreis der einzige, auf dem die Last der Arbeit ruht, ich bin Redakteur, Administrator des Blattes, Expeditor, Agitator des Wahlkreises und alles miteinander. Genosse Stark ist der einzige, der uns aushilft, und zwar stets unentgeltlich. Er ist uns sehr willkommen, wenn er bei uns einspringt. Arbeiter, die in der Arbeit stehen, können wir aus unserem Bezirk wegen unserer Unternehmer nicht entsenden. Dann haben wir auch nicht die Mittel dazu, um zwei Delegierte auf Wahlkreiskosten entsenden zu können. Nun glaubten wir den Dr. Stark entsenden zu können. Wir haben das im Wahlkreisausschuß besprochen, haben den Beschluß an die Bezirksorganisationen geleitet, und diese haben ihn anerkannt. Ich weiß nicht, warum man gerade gegen dieses Mandat so auftritt. Ich bin überzeugt, wenn man prüft, wird man auf dem Parteitag Mandate finden, die unter ganz anderen Umständen zustande gekommen sind.

Vorsitzender: Ich muß die letzte Aeußerung des Genossen Fieth zurückweisen, so vage Behauptungen sind nicht angebracht. Genosse Fieth könnte gewiß keine bestimmte Tatsache anführen.

Pernerstorfer: Ich möchte Ihnen doch empfehlen, da sehr vorsichtig zu sein. Es geht uns gar nichts an, ob ein Genosse zum Beispiel in Rumburg wohnt und doch aus Spalato delegiert wird. (Ohorufe.) Wir haben nur zu prüfen, ob die Entsendung gemäß den Vorschriften erfolgt ist! Ob diese Entsendung auf eigene Bewerbung oder mit selbständiger Bezahlung der Kosten erfolgt, haben wir nicht zu untersuchen. So viel Autonomie müssen wir den Wahlkreisen überlassen.

Skaret: Es ist nicht der erste Parteitag, der sich mit dieser Frage befaßt. Wir haben in Brünn darüber eine sehr lange Debatte gehabt und sind zur Ueberzeugung gelangt, daß es nicht opportun ist, daß wir eine derartige Bestimmung treffen, die für alle Zeiten die Uebertragung der Mandate an auswärts Wohnende unstatthaft erscheinen läßt. Heute müssen wir es dem Wahlkreis überlassen, mehr oder minder verdiente Genossen mit Mandaten zu betrauen. Würden Sie heute mit Stark eine Ausnahme machen, so käme noch eine Reihe von anderen Mandaten in Betracht. Wir haben nicht das mindeste gegen diesen Vorgang im III. böhmischen Wahlkreis einzuwenden.

Vorsitzender: Ein bestimmter Antrag wurde in dieser Sache nicht gestellt. Ich schreite zur Abstimmung über den Antrag der Mandatprüfungskommission. (Angenommen.) Wir gehen nun zur Tagesordnung über.

Das Wort zum **Parlamentarischen Bericht** erhält Genosse

Prähauser (Salzburg): Dieser Punkt hat jedes Jahr Anlaß zu mehr oder minder heftigen Debatten gegeben. In der Partei sind eben noch immer Genossen, die auf jedem Parteitag drängen und stürmen, obwohl die Tätigkeit unserer Genossen voll und ganz anerkannt werden muß und ihnen in Tausenden Versammlungen der Dank ausgesprochen wurde. Damit ist aber nicht gesagt, daß wir nicht das Recht hätten, sie vorwärts zu drängen. Am Aussiger Parteitag hat man sich darüber aufgehalten, daß die Abgeordneten mit Herrn v. Koerber so schonend vorgegangen sind. Heute sind selbst sie und *sogar unsere* Genossen in der „Arbeiter-Zeitung" auf dem Standpunkt, daß *an Koerber nichts* dran ist. Wir haben schon früher gesagt, er ist das

Muster des österreichischen Ministers, skrupellos nach unten und rückgratlos nach oben. Manche Genossen stimmen in der Militärdebatte mit dem Genossen Austerlitz nicht überein. Damals, im September, hat man es in der „Arbeiter-Zeitung" anders gelesen und darum haben in der Provinz viele Genossen kopfschüttelnd gesagt: „Da habt ihr einmal daneben gegriffen." Bei aller Rhetorik kann dieser Eindruck nicht verwischt werden. Wir tragen selbstverständlich niemandem etwas nach, aber wir wünschen, daß in Zukunft im Parlament mehr darauf losgegangen und etwas weniger staatsmännisch überlegt wird.

Vorsitzender: Es ist noch folgender Antrag des III. steirischen Wahlkreises (Weixelberger und Genossen) eingelaufen:

> Dem Sozialdemokratischen Verband wird für seine Tätigkeit, insbesondere für das Eintreten seines Vertreters im Budgetausschuß für die Wünsche der Tabakarbeiterschaft, das vollste Vertrauen ausgesprochen und selber, respektive sein Vertreter im Budgetausschuß wird ersucht, für die Durchführung der im Monat August laufenden Jahres eingereichten Petition der Tabakarbeiter und -Arbeiterinnen ganz Oesterreichs betreffs Regelung der unwürdigen Pensionsverhältnisse an die Generaldirektion der Tabakregie einzutreten.

Rudolf **Beer** (Wien): Ich bin mit der Haltung des Verbandes vollkommen einverstanden, dennoch wollen wir uns das Recht der Kritik nicht nehmen lassen. Nicht in allen Fragen hat der Verband jene Präzision bekundet, die wir von sozialdemokratischen Abgeordneten erwarten. Ich erachte es nicht als parteigenössisch, wenn man jemandes Kritik mit dem Worte Nörgelsucht oder mit hämischen Bemerkungen abtut. Hannich hat schon darauf hingewiesen, daß die Kulturforderungen der Investitionen für lange Zeit höchst unfruchtbare Ausgaben bedeuten und daß große Summen zur Bedeckung nötig sein werden. Da muß man fragen, ob die Fraktion ohne Vorbehalt derartige große Summen bewilligen darf, ohne sich darüber auszusprechen, wer die Mittel dazu bezahlen wird. Es herrscht ja auch nicht volle Klarheit, ob es sich da um Kulturausgaben handelt. Die Regierung hat die ganzen Investitionen als nichts anderes betrachtet wie als ein Abführmittel gegen die Obstruktion, das — wie alle derartigen Mittel — nur einmal wirkte und dann versagen mußte. Das Wichtigste ist bei allen Forderungen stets die Deckungsfrage. Kulturausgaben, die dem Kapitalismus zugute kommen und dem Proletariat keine Kompensationen bieten, finden im Proletariat auch nur wenig Anklang. (Neumann: Wir waren ja alle dafür.) Nein, wir waren nicht dafür, wir waren höchstens nicht dagegen! Die Fraktion hätte rücksichtslos fragen sollen: Wer wird die Kosten zahlen? Wenn die Regierung Millionen- und Milliardenanleihen begehrt, dann kann sie unsere Abgeordneten beim Schopf nehmen und sagen, die Investitionen bewilligt ihr und die nötigen Mittel hierzu nicht! Die Haltung in der Rekrutenbewilligung wurde von Schuhmeier verteidigt. Aber die Verteidigung war nicht durchschlagend. Er hat erklärt, niemand könne der Fraktion zumuten, daß sie je Rekruten bewillige. Ja, aber kann man denn einen Antrag auf zweijährige Dienstzeit stellen, ohne dazu die Rekruten zu bewilligen? Schuhmeier ist sich selbst mehr Respekt schuldig, er sollte solche Argumente nicht gebrauchen. Schuhmeier meinte, er habe den Antrag aus agitatorischen Gründen gestellt, wir sollten die Bürgerlichen schuldig werden lassen. Schuhmeier hat uns da als Wauwau den Bauchinger aus dem Landtag hereingebracht. Schuhmeier ist im Irrtum. Abgeordnete, die ohne zu zucken in die Verteuerung unserer wichtigsten Lebensmittel einwilligten, diese hartgesottenen Sünder werden sich nicht genieren. Unsere Abgeordneten überschätzen also diese Herren. Für uns steht die Sache so: Ist der Antrag auf zweijährige Dienstzeit eine sozialdemokratische Forderung? Die glänzenden Attacken, die Schuhmeier und Daszynski gegen den Militarismus gerade in dieser Parlamentsdebatte unternahmen, müssen wir als großartig anerkennen. Aber ich glaube, daß all das nicht hinreichte, um jene Erfolge zu erzielen, die später die ungarischen Oppositionsparteien durchsetzten. *Auch die Abschaffung des Anbindens und der schweren Strafen ist ihnen vor allem zu danken.* Die bürgerliche Opposition in Ungarn kann

auch unseren Abgeordneten als Beispiel dienen! Ich habe keine Begeisterung für den ungarischen Reichstag, aber diese Opposition mußte uns Respekt einflößen. Die zweijährige Dienstzeit ist keine sozialdemokratische Forderung. Sie sieht verlockend aus, gilt für eine Herabsetzung des Kontingents. Ich bin aber überzeugt, daß die Regierung selbst einen derartigen Antrag noch stellen wird und die bürgerlichen Parteien bereit sind, ihn anzunehmen. Das ist also auch kein agitatorischer Stoff. Die Regierung wird im Falle der Einführung der zweijährigen Dienstzeit nur wieder neue Militärlasten begehren. Auch mit den Soldaten mit zweijähriger Dienstzeit wird bloß der Klassenstaat geschützt werden. (Hueber: Beer, du verdirbst uns viel!) Ich glaube auch nicht wie Genosse Schulz, daß wir mit der zweijährigen Dienstzeit der Volksbewaffnung näher kommen. Die zweijährige Dienstzeit wird vielmehr die Schaffung eines berufsmäßigen Unteroffizierskorps hervorrufen. Aus dem Unteroffizierskorps entwickeln sich dann die Militäranwärter, die viele Zivilisten von einer Reihe von Stellen bei öffentlichen Aemtern ausschließen. Ich gebe zu, daß in der Form, wie unsere Genossen den Antrag stellten, eine Stärkung des Militarismus unmöglich war. Winarsky aber hat sich ein Verdienst erworben, daß er festnagelte, daß in dem Moment, wo unsere Parteigenossen solche Anträge selbst stellen, sie damit eine verschämte Anerkennung des Militarismus geben. Wenn auch ein solides Mädchen mit der Kavallerie kokettiert, so ist es seine stille Sehnsucht nach intimerer Bekanntschaft, selbst wenn es sonst aufs Militär schimpft. (Heiterkeit.) Genosse Austerlitz hat sogar Bebel als Zeugen aufgerufen. Die Aufrufung Bebels ist hier gar nicht am Platze, denn gerade Bebels glänzende Reden gegen den Militarismus und für die Volkswehr entheben ihn des Verdachtes, derartigen Meinungen nahezustehen. Die Verweigerung aller Mittel für den Militarismus ist das Wirksamste zu seiner Bekämpfung. Gegenüber einer Regierung, die kein ordentliches Wahlrecht geben will, gegenüber einem verrotteten Privilegienparlament dürfen wir in unserem unerschütterlichen Grundsatz: „Diesem System keinen Mann und keinen Groschen!" nicht irre werden. Sehr viele Genossen danken dem Genossen Winarsky für sein Eingreifen.

Vorsitzender: Es ist ein Antrag von Genossen Schäfer eingelaufen:

> Der Gesamtparteitag spricht dem Sozialdemokratischen Verband für seine Tätigkeit und seine Haltung im Parlament das vollste Vertrauen aus.

Vorsitzender: Es ist ein Antrag Leibfried (Dornbirn) auf Schluß der Rednerliste eingelaufen.

Der Antrag wird angenommen.

Kopač: Ich stelle den Antrag, den vorgemerkten Rednern bloß zehn Minuten Redefreiheit einzuräumen. Wenn die Abgeordneten vielleicht so lange reden wie gestern Genosse Austerlitz, werden wir mit dieser Debatte auch übermorgen noch nicht fertig. (Heiterkeit.) Die Redner wollen sich kürzer fassen und nicht mit Jungfrauen herumwerfen. (Heiterkeit.) Es war gestern schon klar, daß unsere Abgeordneten ganz richtig gehandelt haben.

Der Antrag Kopač wird mit 44 gegen 41 Stimmen angenommen. Doch soll einzelnen Rednern mittelst Abstimmung des Parteitags eine ausgedehntere Redezeit bewilligt werden.

Abgeordneter **Daszynski:** Genosse Winarsky hat gestern von vornherein seine Position zu verbessern versucht, indem er seine Gegner einzuschüchtern versuchte. Er jammerte: Es werden die Abgeordneten kommen und der Dr. Adler und werden ihn zerfleischen und er, das unschuldige Lamm, muß doch für die Wahrheit Zeugnis ablegen. Aber wenn wir Genossen Winarsky das Recht der Kritik zuerkennen, so müssen wir ihm sagen, daß wir uns auch nicht abhalten lassen, gegen ihn zu sprechen. Was das Wirken der Abgeordneten im Parlament betrifft, so werden Sie außer dem radikalen Streben, das Parlament zu vernichten, auch eine zweite Strömung finden, die jedoch klug und weise ist und niemals auf dem Parteitag zum Vorschein kommt. Denselben Abgeordneten, denen man hier nicht genug Radikalismus predigen kann, kommt man im Parlament mit so opportunistischen und so praktischen Anforderungen

entgegen, daß man kaum begreifen kann, wie man an demselben Tage einen Minister als Verbrecher beschimpfen soll und gleich darauf Arbeiter zu demselben Minister führen soll. Und es sind oft genau dieselben Personen, die einerseits jede Mittäterschaft an der Gesetzgebungsmaschine verpönen, sie immer mit der Wurzel ausrotten wollen und die wieder dann kommen und sagen: Wir brauchen, daß der Minister das oder jenes mache oder unterlasse. Wir leben in einem Staate, dessen konstitutionelle Formen sich in einem Verwesungsprozeß befinden, das wissen wir. Aber zugleich können wir doch nicht zugeben, daß das Proletariat denselben Verwesungsprozeß durchmache. Wir wehren uns dagegen und wir sagen uns: Wenn wir auch aus dem Sumpfe schöpfen, so müssen wir doch aus dem Sumpfe die Mittel schöpfen, um der gesunden, sich entwickelnden Arbeiterklasse zu helfen, und ich mache mir wirklich keine Gewissensbisse, wenn ich deshalb zu einem Minister gehe. Denn der weiß ganz gut, daß er mich nicht kauft, wenn er das erfüllt, was ich von ihm verlange und was eine Forderung der Arbeiter ist. Aber mit radikalen Schlagworten kann man dabei doch nicht gut um sich werfen. Wir könnten nicht einen Monat diese praktische proletarische Politik in Oesterreich treiben, wenn wir uns zur Richtschnur nur die radikalen Losungen Winarskys nehmen würden, wir könnten die praktische Klassenpolitik der Arbeiter in Oesterreich nie vertreten, wenn wir eine andere Politik im Verband getrieben hätten, als wir eben getrieben haben.

Es mag wie Ueberhebung klingen, aber ich sage es doch, daß wir mit der deutschen Fraktion nicht nur den Vergleich aushalten, sondern daß wir, was die praktische Arbeiterpolitik anlangt, ihr manchmal über sind. Die Sozialdemokraten in Deutschland haben eine tausendmal leichtere Politik zu machen, aber sie können auch viel weniger machen. Sie kontrollieren den administrativen Apparat gar nicht, schon deshalb, weil sie nicht in dem Landtage — besonders im preußischen Landtage — sitzen. Sie können nicht einen Dringlichkeitsantrag einbringen, wenn irgendwo ein großer Polizeiskandal vorkommt. Der Angriff der Polizisten auf das Arbeiterheim war schon am nächsten Tage der Gegenstand der Debatte im österreichischen Reichsrat. Das wäre in Berlin nicht möglich. Nur mit Zustimmung des Ministers des Innern könnte dort der Sozialdemokratische Verband im Reichstag einen solchen Antrag einbringen. Die Kontrolle über das ganze Eisenbahnwesen ist im Reichstag ausgeschlossen. Die deutschen Genossen sind der Eisenbahnverwaltung gegenüber ganz ohnmächtig. Wir können den Eisenbahnminister nicht nur giften, sondern wir können ihm auch wirklich unangenehm werden. Ich möchte die radikalen Genossen einladen, sich einmal im Parlament den Wittek anzuschauen, wenn der Dr. Ellenbogen zum Worte kommt. (Heiterkeit.) Eine solche Politik der täglichen Kontrolle des täglichen Lebens der Administration, der täglichen Mißbräuche ist ja gewiß sehr kostbar. Aber mit radikalen Schlagworten werden Sie dabei sehr wenig gewinnen. Man muß eben auch die sachliche Politik betreiben mit Erwägung aller Umstände, die nicht immer von uns abhängen. Denn sonst würde der Radikalismus uns und die Partei nur lächerlich machen. Es ist ja sehr gut, auf dem Parteitag radikal zu sein. Es will ja jeder im Parlament dem Klassenstaat „an die Wurzel". (Heiterkeit.) Aber bis wir die Axt an die Wurzel des Klassenstaates und des Parlaments anlegen, wie viel Zeit wird bis dahin noch verstreichen müssen! Mit radikalen Losungen und mit der urradikalen Politik, wie sie Winarsky und seine Schüler (Heiterkeit) vorschlagen, werden wir die Zeit gewiß nicht verkürzen. Aus dieser verfassungsmäßigen Stellung des Parlaments erwächst uns diese eigenartige Politik und wir haben keinen Grund, uns dieser Politik zu schämen. Im Gegenteil, wir können ruhig konstatieren, daß wir immer im Einverständnis mit der Partei handeln. Austerlitz hat gestern schon bemerkt, daß es doch nicht angeht, aus der dreijährigen Tätigkeit des Verbandes, die aus Hunderten von Aktionen besteht, herauszugreifen, daß einmal bei einer ersten Lesung einer im Buffet war oder — ich weiß nicht — vielleicht in der Vorhalle des Parlaments eine opportunistische Deputation von Genossen empfangen hat (Heiterkeit), die von ihm

verlangte, daß er sie zum Minister führe. Winarsky ist nicht so weltfremd im Parlament, daß er das nicht wüßte. Er kommt oft genug hin. (Winarsky: Doch mit keiner Deputation? — Heiterkeit.)

Es wurden nun im ganzen zwei Vorwürfe gegen unsere Taktik erhoben, ich anerkenne, in ziemlich schonender ziviler Form. Da wurde uns vorgeworfen, daß wir nicht hätten für die Investitionen stimmen sollen. Ich weiß nicht, meinen Sie nur die Investitionsvorlage, die nur dem Bau der Eisenbahnen galt, oder aber auch den zweiten Teil der Investitionen, die Wasserstraßen. Ich weiß nicht, seit wann die Sozialdemokraten überhaupt den Mut aufbringen, den Bau einer so wichtigen Verbindung von ganz Mittel- und Nordeuropa mit dem einzigen Hafen dieses Oesterreich als eine Ausgabe zu bezeichnen, die dem Kapitalismus dient, der Arbeiterschaft nicht. Ich frage Sie, seit wann es in unseren Reihen Mode ist, die Ausgaben für Kanäle und Wasserstraßen als etwas zu betrachten, wogegen Sozialdemokraten stimmen sollten. (Beifall.) Da muß ich Ihnen nun sagen: Wir haben nicht nur nicht dagegen gestimmt, sondern wir haben geschlossen dafür gestimmt (Beifall) und wir haben das nicht etwa geheim gemacht, sondern ganz offen in vollster Eintracht mit der gesamten Partei. Ich will Ihnen ganz kurz auseinandersetzen, warum wir das getan haben, ohne in die Abgeschmacktheit zu verfallen, Ihnen den Nutzen der Kanäle und der Eisenbahnverbindung mit Triest zu erklären. Aber es waren gerade damals Gründe genug, auch vom proletarischen Standpunkte aus dafür zu stimmen. Die Krise bedroht die ganze Arbeiterschaft. Anstatt nun mit Aushilfen den Notstand zu lindern, haben wir die gesunde Methode der nützlichen und notwendigen Investitionen gewählt. Ich würde es begreifen, wenn ein Delegierter hier aufstünde und sagte: Ihr habt 15 Millionen zur Linderung von Not bewilligt. Das mag humanitär sein, aber das ist keine gesunde, keine sozialdemokratische Politik, obwohl man es wenn auch nicht für modern, so doch für notwendig anerkennen kann, dem verhungernden Menschen ein Stück Brot zu geben. Ich würde dieses Argument vielleicht nicht billigen, aber ich würde doch eher begreifen, wenn man uns diesen Vorwurf machen würde. Aber daß ein Sozialdemokrat sagt, diese nützliche Eisenbahn, diese epochemachende Wasserstraße ist etwas Unnützes, weil sie so schrecklich viel Geld kostet, das kann ich nicht leicht begreifen. Was man für solche kulturelle Zwecke verwendet, das entzieht man dem Militarismus, der dadurch gezwungen wird, sich doch einige Beschränkung aufzuerlegen. Aus welchem Grunde Koerber diese Vorlagen eingebracht hat, geht uns doch nichts an. Haben wir gesagt, daß ein Minister immer nur aus den edelsten Motiven seine Gesetzentwürfe einbringt? Mag er auch aus Demagogie mit der Preßreform gekommen sein, haben wir nicht darnach gegriffen? Mag er auch aus Demagogie uns die Altersversorgung versprochen haben, wir halten ihn beim Wort. Oder haben Sie vielleicht an die Reinheit der Motive Koerbers geglaubt? Mag auch bei allem Guten, was uns die Regierung vorschlägt, noch so viel Demagogie sein, sie wird wie die Spreu vom Korn durch die Kritik des Proletariats weggeblasen werden, damit dem Proletariat nur der Nutzen von den demagogischen Plänen der Regierung bleibe. (Beifall.) Die Politik wird wohl noch lange die Kunst der Lüge bleiben, und wenn wir auch in der Wasserstraßenvorlage einen geschickten Kniff des Koerber erkannt haben, so werden wir deshalb nicht dagegen stimmen, sondern wir werden nur wünschen, er möge jeden Tag mit einem solchen Kniff entgegenkommen. Möge Herr v. Koerber nur seine Demagogie fortsetzen und das objektive Verfahren ganz abschaffen, die Militärzeit verkürzen, die Altersversorgung einführen. (Heiterkeit und Beifall.) Einen solchen demagogischen Minister könnten wir schon ganz gut brauchen. Wir müssen es eben schon mit in den Kauf nehmen, daß der Minister und die Abgeordneten keine Sozialdemokraten sind und die Investitionen doch bewilligt haben. Wir sind vorläufig nur eine kleine Gruppe im Abgeordnetenhause, aber wir haben keinen Grund, uns unserer Tätigkeit zu schämen, und vor allem keinen Grund, uns kleiner zu machen, als wir sind. (Beifall.) Wir können den Vergleich mit jeder parlamentarischen Fraktion, auch mit der Fraktion im deutschen Reichstag, aushalten. (Lebhafter Beifall.)

Damit komme ich zu unserer Stellung dem Militarismus gegenüber. Ich will nicht auf die Einzelheiten eingehen, die schon von Schuhmeier und Austerlitz erledigt wurden. In Militärfragen haben wir — das dürfen Sie nicht vergessen — nicht eine gewöhnliche Majorität gegen uns. Da ist die Majorität eine kompakte Garde der Regierung. Da gibt es nie irgendwelche Meinungsverschiedenheiten in der bürgerlichen Majorität. Es war wirklich unser Verdienst, daß wir es zum erstenmal dazu gebracht haben, daß wir über die Ziffer des Kontingents überhaupt beraten konnten. Wir haben ja auch erst das Recht erringen müssen, im Parlament über die Delegationen zu reden und in einem solchen Tone zu reden, um im ganzen Reiche damit Propaganda zu machen. Es war unser Verdienst, daß wir das noli me tangere der Rekrutenzahl und überhaupt die Verhältnisse beim Militär zum Gegenstand unserer Kontrolle und Kritik gemacht haben. (Beifall.) Selbstverständlich mit der Wurzel haben wir den Militarismus noch nicht vernichtet, aber wir haben ihm schon solche wuchtige Schläge versetzt, daß er es sich merken wird. Freilich müßte dieser Militarismus schon sehr morsch und faul sein, wenn die Kritik von zwei oder drei Jahren ihn umbringen könnte. Aber keine Partei hat jemals in Oesterreich, seitdem das Parlament besteht, so viel mit ihrer Kritik des Militarismus erreicht, wie der Sozialdemokratische Verband in den drei Jahren erreicht hat. (Lebhafter Beifall.) Ich bin auch ein wenig Fachmann auf diesem Gebiete. Nicht als ob ich jemals beim Militär war — ich habe es nicht einmal zum Korporal gebracht, weil ich nicht einen Tag lang die Uniform getragen habe — aber ich habe im Laufe der Zeit die Dinge doch ein wenig kennen gelernt. Wenn ich Ihnen die Briefe von Soldaten vorlesen würde, die uns zujubeln, die konstatieren, daß in den letzten Jahren die Verhältnisse in den Kasernen ganz anders geworden sind, dann würde man uns vielleicht doch mit diesem seichten Radikalismus in Ruhe lassen und gerade in der Angelegenheit, wo wir uns — das kann ich sagen — am bravsten gehalten haben. (Lebhafter Beifall.)

Ich sage Ihnen, es ist heute — trotz aller Nörgelei — so weit gekommen, daß ein Artikel in der „Arbeiter-Zeitung" oder im „Naprzod" oft schon ausreicht, um Offiziere ins Garnisonsgericht zu bringen. Wir haben im letzten Jahre nicht weniger als zehn Fälle erlebt, wo unsere gewissenhafte Feststellung der Tatsachen einem Offizier seine Charge gekostet hat. Ich will Ihnen da nur ein klassisches Beispiel zitieren. An einem Montag wurde im „Naprzod" ein Militärkaplan im Range eines Hauptmannes, eine sehr angesehene Persönlichkeit, ein Adeliger, beschuldigt, er habe von einem Friseur 200 fl. für die Aufhebung des Militärboykotts verlangt, Dienstag stand der Artikel in der „Arbeiter-Zeitung" und Donnerstag saß der Herr Kaplan hinter Schloß und Riegel und nach zwei Monaten war er abgeurteilt und degradiert und man veranstaltete heimlich im Offizierskorps eine Sammlung, um ihn über die Grenze, irgendwohin nach der Türkei zu schaffen. Das ist nur ein Beispiel. Aber wir könnten solche Beispiele ein Dutzend anführen. Betrachten Sie nur einmal, wie die Vertreter der Armeeverwaltung im Parlament den Sozialdemokraten gegenüber sprechen. Es ist nicht das Säbelrasseln der früheren Epochen. Der Herr Feldzeugmeister v. Welsersheimb hat uns ja sogar der Liebe der Armee zur organisierten Arbeiterschaft versichert. Nur hat er sich beklagt, daß diese Liebe nicht Gegenliebe finde. (Heiterkeit.) Stolz, wie wir sind, und kalten Herzens haben wir geantwortet, daß wir bisnun keinen Grund zu dieser Gegenliebe haben. Auf alle Anklagen von Selbstmorden und Mißhandlungen im Heere hat man zwei Jahre lang nicht geantwortet, bis man es schließlich mußte unter der Wucht der Beschimpfungen, die Pernerstorfer und natürlich ich, von seinem Beispiel hingerissen (Heiterkeit), gegen Galgoczy geschleudert haben. Sie werden sich erinnern, wie wir die Offiziersgeschichten, die sich hinter den Kulissen abspielten, aufdeckten. Erinnern Sie sich nur an die Geschichte mit dem Oberleutnant Mattachich. Wer war da auf unserer Seite? Der ganze Ring der bürgerlichen Presse war gegen diese Aktion, die Volksbuchhandlung konnte nicht einmal ein Inserat in die „Neue Freie

Presse" einrücken lassen, so hat diese Clique gearbeitet. Hat das etwas genützt? Man mußte den Mann begnadigen und man mußte damit, was für uns das Wichtigste ist, zugestehen, daß die Militärgerichtsbarkeit auch eine verbrecherische Institution werden kann. Der Fall war als Schulbeispiel gedacht.

Und nun raisonnieren Sie: Wenn die Sozialdemokraten die zweijährige Dienstzeit fordern, so fordern sie sie für die Rekruten; sie bewilligen also implicite die Rekruten, wenn sie auch keinen Antrag auf die Rekrutenbewilligung stellen. Der bloße Antrag auf zweijährige Dienstzeit ist schon ein Kompromiß, ein Zugeständnis an den Moloch, weil doch irgend jemand diese zwei Jahre dienen muß. Zu dieser logischen Ungereimtheit führt Ihre Argumentation. Wohin dies führt, werde ich Ihnen an Bebel zeigen, den Sie mit Vorliebe gegen uns anführen. Bebel hat im Reichstag ganz dezidiert gefordert, man möge die grauen Uniformen einführen. Ich glaube, Bebel dachte nicht, daß mit diesen Uniformen Holzpuppen bekleidet werden sollen. (Heiterkeit.) Wo die Uniform ist, ist auch ein Soldat. Wenn er also für die ganze Armee graue Uniformen forderte, hat er ebensoviel Soldaten dem Moloch Militarismus implicite zugestanden, da doch die Uniformen auch gefüllt werden müssen. (Winarsky: Ein gewagter Schluß!) Diese schiefe Ebene, auf der ich bei diesem Schlusse bin, habe nicht ich herbeigeschafft, ich gehe nur in Ihren Fußstapfen, radikal wie Sie. (Heiterkeit.) Es wäre doch komisch, wenn man Bebel daraus den Vorwurf des Opportunismus, der Kompromißsucht machen würde. So zu raisonnieren, daß ein Antrag auf zweijährige Dienstpflicht einfach eine Blamage für die Partei war, ist eine solche Ungeheuerlichkeit, daß man in den Reihen des organisierten kämpfenden Proletariats mit diesem Argument aufräumen muß. Denn wenn Sie uns sagen, daß unsere Gegner unseren Antrag vielleicht gegen uns wenden, so sage ich Ihnen, wir werden uns schon Rat schaffen mit den Gegnern, die solche Argumente gegen uns vorbringen. Wenn wir aber aus den Delegierten zu hören bekommen, daß die zweijährige Dienstpflicht eine Verstärkung des Militarismus bedeutet und daß man dagegen sein soll: wie werden wir dann im Parlament auftreten und die Verkürzung der Dienstzeit nachdrücklich fordern können? Ich glaube aber, eine riesige Majorität wird sich hier gegen diese Anschauung erklären.

Der Militarismus wird auch ohne uns, ja gegen uns mit der zweijährigen Dienstzeit kommen müssen, nicht weil das eine sozialdemokratische Forderung ist, sondern weil sie zu den Notwendigkeiten der kapitalistischen Entwicklung gehört, und wir wollen da nichts, als diesen kapitalistischen Entwicklungsprozeß genau so abkürzen, wie wir ja auch sonst nichts wollen, als die Entwicklung der kapitalistischen Gesellschaft zu befördern und so Geburtshelferdienste der neuen Gesellschaftsform zu leisten. Es ist ganz unsinnig, wenn man sagt: die ganze Gesellschaft wird diese Entwicklung durchmachen und nur wir, die Radikalen, werden abseits stehen und werden uns begnügen, in den Strom der Entwicklung hineinzuspucken. (Heiterkeit.) Das ist ja für eine Handvoll Radikaler eine sehr schöne ästhetische Beschäftigung. (Heiterkeit.) Aber für die Vertreter einer kämpfenden Klasse ist das doch zu wenig. Das ist der Unterschied, und wenn man schon Prinzipien in diese Sache hineinwirft, der prinzipielle Unterschied zwischen unserer Haltung und der, die uns Winarsky vorschreiben will. Aber haben wir denn zum erstenmal solche Anträge gestellt? Im Gegenteil, wir haben immer, wo es sich um wichtige Sachen für die Arbeiter handelte, den fruchtlosen Radikalismus beiseite gelassen, und unsere Dienste, die wir der Partei geleistet haben, waren immer im Einklang mit dem Notwendigsten der Entwicklung der arbeitenden Klassen. Bei den Investitionen und bei den Wasserstraßen haben wir nach gründlicher Beratung mit den Gewerkschaften gewisse Forderungen aufgestellt, unter denen der zehnstündige Arbeitstag war. Nun wird uns Winarsky mit dem Programm in der Hand sehr leicht des Verrates beschuldigen können, denn nirgends steht in unserem Programm: Du wirst für den Zehnstundentag kämpfen. In Hunderten und Tausenden Versammlungen haben wir den Achtstundentag verlangt. Eine ganze Literatur hat uns gezeigt, daß der Achtstundentag sofort einführbar ist. Aber niemand hat uns einen Vorwurf daraus gemacht, daß

wir im Wasserstraßenausschuß einen zehnstündigen Arbeitstag durchgedrückt haben. Genau so ist es mit dem Neunstundentag der Bergarbeiter. Wir haben beim Streik die Forderung des Achtstundentages ganz präzise aufgestellt. Aber wir haben diese Forderung verlassen und schließlich haben wir doch für den Neunstundentag gestimmt.

Deswegen kann es nicht als Programmwidrigkeit oder auch nur als taktischer Fehler angesehen werden, was wir bei der Wehrvorlage machten. Noch ein radikales Schlagwort habe ich in der Debatte erwischt. Der Prager Genosse, der gestern sprach, hat von dem „schlichten Arbeiter" gesprochen, der das nicht gut verstehen würde. Da muß wieder der schlichte Arbeiter herhalten, diese Drahtpuppe, die uns bei allen Kongressen vorgeführt wird, so wie man uns vor zehn Jahren immer die „schwielige Faust" vorgezeigt hat, wenn man keine anderen Argumente wußte. Gerade der schlichte Arbeiter — und ich komme mit manchen schlichten Arbeitern zusammen, glauben Sie mir — begreift, daß von der dreijährigen Dienstzeit bis zum Milizsystem ein großer Sprung ist. Nicht als ob das siegreiche Proletariat diesen Sprung nicht machen könnte. Aber bei den gegebenen Machtverhältnissen ist dieser Sprung nicht zu machen und am allerwenigsten in Oesterreich. Der schlichte Arbeiter wird es viel eher begreifen, wenn sein Sohn statt drei Jahre nur zwei Jahre in der Kaserne dienen muß, aber er wird nicht begreifen diese Programmtüfteleien, die überdies ganz falsch und ganz unpolitisch sind. (Beifall.) Wenn uns Winarsky und der Genosse aus Prag hundert schlichte Arbeiter aufmarschieren lassen, die für ihn Zeugnis ablegen, so bin ich bereit, ihm tausend herzubringen, die mit unserem Vorgehen übereinstimmen. Aber mit solchen Demagogien sollte man uns doch nicht kommen. Wir haben in allen Versammlungen, wo wir mit dem Volke zusammenkamen, die Billigung und, was noch mehr ist, das vollste Verständnis dieser Taktik gefunden. Daß Winarsky mit uns unzufrieden ist, das ist zwar unangenehm, aber es ist nicht das erstemal und wir werden uns darüber schließlich zu trösten wissen.

Winarsky würde das uneingeschränkte Recht haben, von der Tribüne solche Einwürfe zu erheben, wie er sie erhoben hat, aber unter einer Bedingung, wenn er in dem Prozeß des Werdens unserer Politik nicht so oft um seine geschätzte Meinung gefragt worden wäre. Wir waren durch die Vergangenheit belehrt und haben deshalb einigemal Genossen Winarsky in den Verband eingeladen, er soll uns doch vorpredigen, was wir einmal Vernünftiges tun sollen, und, Genosse Winarsky, Sie sind damals nicht mit lorbeerbekränzter Stirn aus diesem Konventikel im Parlament zurückgekommen. (Heiterkeit.) Sie haben uns damals gesagt, wir sollen die Wahlrechtsfrage anschneiden, wir haben Sie ersucht, uns das genau auseinanderzusetzen. Wir haben Sie genau so behandelt, als ob Sie ein Abgeordneter wären, und haben Sie in den Rat der Opportunisten eingeladen. (Heiterkeit.) Aber Sie waren nicht nur nicht imstande, die Opportunisten zu belehren, sondern es ist Ihnen nicht einmal bei den Mitgliedern der Parteivertretung gelungen. Wenn Sie wollen, werden wir Ihnen noch einen größeren Rat zusammentreiben, aber ich garantiere Ihnen, daß Ihre Politik dort nicht siegen wird. Ihre Politik mag ja sehr bequem sein, aber die Politik wird doch nicht nur durch das bestimmt, was wir wollen, sondern auch durch den jeweiligen Stand der Volksbewegung und der Bewegung der Gegner. In dieser Politik, die so komplizierte Komponenten zu berücksichtigen hat, immer nur mit der leichtesten Phrase, mit der Verlesung irgend einer grundsätzlichen Anschauung zu kommen, das führt zu keinem vernünftigen Resultat. Es ist auch nicht geeignet, das Klassenbewußtsein des Proletariats zu wecken. Winarsky hat uns Ratschläge in Hülle und Fülle gegeben. Aber noch niemals hat sich ein Rat von ihm als fruchtbar erwiesen. (Beifall.)

Winarsky (Wien): Genosse Daszynski ist ja jetzt in ziemlich glimpflicher Weise mit mir verfahren. Wäre er der einzige, der gegen mich zu sprechen hätte, so wäre die Einleitung zu meiner gestrigen Rede unnötig gewesen und ich hätte vom Zerfleischen zu reden nicht nötig gehabt. So sehr Daszynski sachlich geblieben ist, so sehr muß ich sagen, daß meine Voraussetzung, der

der Rede des Genossen Austerlitz eingetroffen ist, der ja vielleicht sehr geistreich und witzig sprach, aber es würde der Sache nur genützt haben, wenn er Ausdrücke wie „kindisch", „Kinderei" und „Lächerlichkeit" nicht gebraucht hätte. Solche Aeußerungen können kein Ansporn für viele Delegierte sein, hier ihre Meinung zum Ausdruck zu bringen. (Rufe: Sehr richtig!) Es hat nicht jedermann den Geschmack, vor der Versammlung lächerlich gemacht zu werden. Viele Delegierte wollen sich eben nicht zum Objekt der Spaßmacherei machen lassen. Ich sage das nicht meinetwegen, denn für mich sind die Austerlitzschen Witze nicht tödlich, sondern im Interesse der anderen, besonders der Provinzdelegierten.

Ich habe gestern zu beweisen versucht, daß die Taktik des Verbandes gegenüber den Rekrutenvorlagen weder prinzipiell noch praktisch richtig gewesen ist. Was die prinzipielle Seite der Frage anlangt, so ist noch nicht bewiesen worden, daß tatsächlich ein Antrag, der die Bewilligung von Rekruten ausspricht, mit unseren Grundanschauungen in Einklang zu bringen ist. Ich will über den Zusammenhang von zweijähriger Dienstzeit und unserem Programm nicht viel sprechen. Das ist jetzt gar nicht möglich. Das war auch nicht der Kernpunkt meiner Rede. Gewiß, wenn man die Dienstzeit immer mehr abkürzen könnte, von zwei Jahren auf ein Jahr, auf sechs Monate u. s. w., dann würde das bekannte Wort vom Umschlagen der Quantität in die Qualität, das auch Genosse Schulz in der Preßpolemik angewendet hat, Geltung haben und plötzlich das Milizheer vor unseren erstaunten Blicken dastehen. (Heiterkeit.) Aber nicht darum handelt es sich, sondern um die konkrete Frage nach der Einführung der zweijährigen Dienstzeit ohne irgendwelche sonstige Veränderung an dem Gefüge des stehenden Heeres. Wenn der Genosse Austerlitz gestern gesagt hat, die Frage, ob dann wirklich mehr Rekruten nötig sein werden, sei schließlich Sache des Kriegsministers, so muß ich demgegenüber erklären, daß wir in dieser Hinsicht aus den Erfahrungen anderer Länder unsere Nutzanwendungen ziehen müssen, und da haben wir vor allem das Beispiel Deutschlands, wo die zweijährige Dienstzeit seit zehn Jahren für die Fußtruppen eingeführt ist. Die Erfordernisse dort beweisen, daß tatsächlich mit der zweijährigen Dienstzeit sich eine Steigerung des Rekrutenkontingents und des Budgets für Heeresauslagen durchsetzt. Diesen Dingen muß man in die Augen sehen. Wenn wir für das eine sind, werden wir notgedrungen auch das andere in Kauf nehmen müssen. Wenn man trotzdem für die zweijährige Dienstzeit eintreten will, gut, das zu entscheiden ist Sache des Parteitages.

Trotz der advokatorischen Geschicklichkeit des Genossen Austerlitz wird man sich doch fragen müssen, ob man 71.000 Mann nur dann verweigern kann, wenn man 59.000 beantragt! Er hat den Einwurf, daß unsere Genossen im Parlament ja ebensogut die Außerkraftsetzung des Gesetzes vom 26. Februar hätten begehren können, in welchem Antrag sowohl die Verweigerung der 71.000 Mann wie die Streichung der 4500 Mann Landwehr enthalten gewesen wäre, für lächerlich erklärt. Mit diesem billigen Einwande ist aber nichts Positives gegen meine Ausführungen gesagt. Austerlitz meinte, das wäre eine Spekulation auf Luftschlösser gewesen. Aber ist es denn nicht noch viel mehr eine Spekulation auf Luftschlösser gewesen, wenn man, wie in den Anträgen des Verbandes zum Ausdruck kommt, geglaubt hat, daß dieses Parlament, das eine Dreiviertelmajorität für Militärforderungen hat, bereit sein werde, die geringere Dienstzeit und die kleinere Rekrutenzahl einzuführen. Man hat uns nicht bewiesen, daß man nicht einen besseren Antrag hätte zustande bringen können. Freilich, Daszynski hat uns auseinandergesetzt, daß ich mit gleicher Berechtigung gegen den Antrag, den er im Wasserstraßenausschuß für den Zehnstundentag gestellt hat, auftreten könnte. Wäre das richtig, dann würde seine Behauptung, daß ich hohle Schlagwortpolitik treiben will, richtig sein. Aber das fällt mir trotz der Einladung des Genossen Daszynski nicht ein. Dieser Zehnstundentag ist ein Fortschritt, dafür war nichts zu kompensieren. Nun sagt Daszynski: „Da müssen Sie Bebel wegen der grauen Uniformen angreifen", und er glaubte damit einen

besonderen Clou in seiner Rede herauszubringen. Bebel hat die grauen Uniformen beantragt, das hat aber mit der Frage: stehendes Heer oder Milizsystem? doch gar nichts zu schaffen. Es macht keinen Unterschied aus, ob in dieser Uniform ein Milizmann oder ein Soldat steckt. (Daszynski: Er wollte Soldaten in die Uniformen stecken!) Aber es wird doch niemand behaupten wollen, daß es die prinzipielle Aufgabe der Sozialdemokraten sei, dafür zu sorgen, daß die Söhne des Volkes, die gerade Soldaten sind, schon durch ihre Kleidung zur sicheren Zielscheibe des Feindes gemacht werden. Mir hat es sich nicht allein darum gehandelt, zu beweisen, daß die Haltung der Fraktion nicht in Einklang zu bringen ist mit unserer prinzipiellen Stellung zum Militarismus. Ich wollte auch beweisen, daß sie ganz unpraktisch war. Das zu entkräften, ist keinem Redner gelungen. Austerlitz hat zugegeben, daß das Experiment unnötig war und überdies mißglückt ist. Das ist — ich möchte sagen — eine Selbstkritik, die sehr wertvoll ist. Auch Schuhmeier sagte, daß die Fraktion rechtzeitig den Kopf aus der Schlinge gezogen hat. Er hat damit zugegeben, daß eine Schlinge da war, und ich wollte nur fragen, ob es überhaupt nötig war, den Kopf in die Schlinge hineinzustecken. Wir werden gewiß alle einig sein in den Schlußfolgerungen, die aus dieser Diskussion gezogen werden können. Man hat noch gesagt, daß es wahrhaftig nicht viel ist, wenn man gegenüber einer Tätigkeit von drei Jahren nur zwei oder drei Dinge zur Kritik herausgreifen kann. Parteigenossen, das zeigt ja nur, daß wir vom Anfang an den Verband nicht herabsetzen wollten. Mögen unsere Zweifel vielleicht unberechtigt sein, möge der Verband recht haben, jedenfalls wollten wir keine illoyale Kritik entfalten. Wo die Abgeordneten in wirklich musterhafter Weise für die Arbeiterschaft eingetreten sind, fällt es uns nicht ein, Einwendungen zu erheben. Gewiß wird die glänzende Militärrede des Genossen Daszynski von uns allen anerkannt, aber es ist auch sicher, daß seine Rede, die mit den Worten „Keinen Mann und keinen Groschen" schloß, noch wirksamer gewesen wäre, wenn nicht gerade in diesem Dringlichkeitsantrage einige Mann und einige Groschen bewilligt worden wären. Wir sind gewiß nicht für das bloße Deklamieren im Parlament, aber auch unsere praktische Tätigkeit muß im Zusammenhang stehen mit den Grundanschauungen unseres Programms. Wenn Daszynski erwähnt, daß der Verband so freundlich war, mich zu seinen Sitzungen ein- oder zweimal zu laden, um meine Anschauungen über die Taktik der Partei zu hören, und ich hätte mir dort keine Lorbeeren geholt, so muß ich sagen, ich war von vornherein überzeugt, daß es mir nicht gelingen wird, den Genossen, die eine feste Ueberzeugung im Busen tragen, diese aus der Brust zu reißen. Bei der Beratung des Rekrutenkontingents — ich sage das nur, um etwaige Irrtümer zu vermeiden — war ich keiner Sitzung zugezogen. Daszynski hat ferner gesagt, die Genossen verlangen radikale Politik und dann kommen zum Teil dieselben Genossen und verlangen, wir sollen bei den Ministern intervenieren. Ja, steht denn das im Widerspruch mit dem sonstigen Verhalten der Partei? Die Genossen verlangen nichts anderes als die Anwendung des Gesetzes in bestimmten Fällen. Nichts anderes! Ich glaube nicht, daß die Genossen je irgend eine Gesetzesbeugung verlangen. (Daszynski: Dazu wären wir auch gar nicht zu haben!)

Ich sehe nicht, wie zwischen diesen Interventionen unserer Abgeordneten für die Einhaltung des Gesetzes, die, wie wir alle wissen, sehr berechtigt sind, und unserer Taktik ein Zusammenhang bestehen sollte. Das wäre ja die furchtbarste Anklage, die man gegen die Fraktion erheben könnte, denn es würde besagen, daß unsere Genossen für kleine Gefälligkeiten, welche ihnen die Minister erweisen, bereit sein würden, auf die radikale Verfechtung unserer Prinzipien zu verzichten. Das wollte ich nicht sagen und das wird auch kein anderer Genosse vom Verbande glauben.

Genossen! Meine Ausführungen mögen den Parteitag oder die Genossen, die es angeht, unangenehm betroffen haben. Ich weiß aber, daß ich damit breiten Schichten von Genossen aus dem Herzen geredet habe. Ich habe nicht an den schlichten Mann aus der Werkstätte appelliert. Eine tatsächliche Wider-

legung haben meine Ausführungen bisher nicht erfahren, und so glaube ich mit der Hoffnung schließen zu können, daß die Fraktion uns auf den künftigen Parteitagen auch nicht mehr in zwei oder drei Punkten Gelegenheit geben wird, an ihr Kritik zu üben. (Bravo!)

Dr. Adler: Wir müssen dem Genossen Winarsky alle dankbar sein, daß er jetzt so versöhnlich und so vernünftig gesprochen und den Grad seiner Anklage von gestern gemäßigt hat. Es ist doch ein Unterschied zwischen den Akzenten, wie wir sie gestern gehört haben, und wie er heute gegen die Fraktion gesprochen hat. Gestern haben Winarsky und seine Freunde das Vorgehen der Fraktion als einen schweren prinzipiellen Verstoß dargestellt, heute haben sie sich begnügt, festzustellen, daß es denn doch zweifelhaft bleibe, ob das Vorgehen der Fraktion das einzig mögliche gewesen sei oder ob nicht außer dieser Methode vielleicht noch eine andere möglich gewesen wäre. Ich wünsche gar nicht, daß der Parteitag den Erfolg habe, Winarsky zu einer bedingungslosen Anerkennung der Tätigkeit der Fraktion zu bekehren. Es würde ja unseren Parteitagen das allerbeste fehlen, wenn wir nicht immer Leute hätten, die eine Diskussion hervorrufen. Mit einer Fraktion, die vollständig einwandfrei wäre, wäre ja vielleicht dem Proletariat gedient, aber dem Parteitage gar nicht. (Heiterkeit.)

Auf die Sache selbst möchte ich nicht gern eingehen, weil mir die zehn Minuten im Nacken sitzen und auch das Mittagessen. (Heiterkeit.) Aber ich muß doch einige Worte darüber sagen. Ich glaube, es wäre sehr nützlich, wenn einmal ein österreichischer Parteitag über den Militarismus eine prinzipielle Debatte führen würde. (Beifall.) Es scheint mir sowohl auf „prinzipieller" als auf — opportunistisch möchte ich nicht sagen — sagen wir auf vernünftigerer Seite (Heiterkeit) eine gewisse Verwirrung in Bezug auf die Grundauffassung unserer Programmpunkte, die den Militarismus zum Gegenstand haben, zu bestehen. Das hat sich gestern bei Winarsky gezeigt. Ich nehme Winarsky nicht zur Zielscheibe meiner Angriffe, sondern nur als Prototyp des Parteigenossen, der sich bemüht, nachzudenken, aber nichts findet als Prinzipien, während es sich doch in der Politik auch darum handelt, Tatsachen zu finden. (Heiterkeit und Beifall.) Winarsky hat nun gestern aus dem Programm einige Sätze über den Militarismus vorgelesen und gesagt: Das sind die nächsten Forderungen unseres Programms! Ganz richtig, es steht im aktuellen Teile des Programms. Aber Winarsky hat dabei vergessen, daß wir nicht nur nächste Forderungen haben, und zwar zu jedem Programmpunkt, sondern auch noch allernächste Forderungen. Bei jedem Punkte unseres Programms haben wir neben den nächsten Forderungen unseres Minimalprogramms noch allernächste Forderungen, die die Schritte, die Etappen darstellen zu diesen nächsten, in absehbarer Zeit erreichbaren Zielen. Das ist das eine.

Das zweite ist, daß man den Begriff der allgemeinen Volksbewaffnung im Gegensatz zum Militarismus, wie mir scheint, nicht überall grundsätzlich und den Tatsachen entsprechend versteht. Ich stelle mich als einen Ketzer vor gegenüber vielen Dingen, die hier gesagt worden sind. Ich würde unter Umständen sofort dafür stimmen, jeden Mann, der die Waffen tragen kann, auf ein Jahr zum Militär zu assentieren. Ich würde für die einjährige Dienstzeit ein volles Kontingent aller waffenfähigen Leute ohneweiters eintauschen — bei einer Demokratisierung des Heeres. Ich stehe auf dem Standpunkt, daß es einen grundsätzlichen Gegensatz zwischen der proletarischen Auffassung über den Militarismus und der bürgerlichen Militärfeindschaft und Friedensmeierei gibt, daß wir nicht für die Abrüstung in diesem friedensmeierischen Sinne, sondern für die Bewaffnung des Volkes im proletarischen Sinne sind, und daß jeder Schritt, der sich dem nähert, für uns, in unserem revolutionären Sinne, ein Erfolg ist. Das sage ich nicht nur als Sozialdemokrat, sondern auch von einem anderen Standpunkt aus. Das sage ich aus dem hygienischen und aus dem erzieherischen Bedürfnis des Volkes heraus. Sie werden mir sagen — wir haben ja eine Menge Zugsführer, Feldwebel bei uns — der hat leicht reden. Er hat nie gedient, weiß nicht, wie die Dinge

sind. Ja, leider war ich untauglich, was soll ich da machen? (Heiterkeit.) Aber das weiß ich aus meiner Erfahrung, daß die Arbeiter, die gedient haben, bei uns und in Deutschland auch für unseren Kampf die tüchtigsten, besten und brauchbarsten sind. Das weiß ich, daß der Militarismus auch heute in seiner karikierten, niederträchtigen Form, wo er die Leute auf das äußerste drangsaliert, noch immer, weil die ganze außermilitärische Erziehung eine noch schlechtere, noch mangelhaftere, ja vielfach gar nicht vorhanden ist, also selbst in dieser niederträchtigen Form ein gewisses Surrogat bietet, das für uns nützlich ist. Wenn im deutschen Reichstag einmal konstatiert wurde, ohne die Sozialdemokraten hätte die deutsche Armee keine Unteroffiziere, so können wir vielleicht sagen: Ohne Militärdienst in der deutschen Armee haben wir keine Unteroffiziere oder doch nicht so taugliche, wie wir sie haben. Das klingt sehr ketzerisch, ist es aber nicht, und um das im einzelnen zu begründen, würde ich viel mehr Zeit brauchen, als mir zur Verfügung steht.

Der Vorsitzende **Němec** macht darauf aufmerksam, daß die Redezeit um ist.

Dr. Diamand beantragt, mit Rücksicht auf die ganz neuen ketzerischen Gesichtspunkte (Heiterkeit), die Dr. Adler vorgebracht hat, die Redezeit Dr. Adlers zu verlängern.

Hueber beantragt, für alle Redner die Beschränkung der Redezeit aufzuheben, da jedem Redner bisher die Redezeit verlängert wurde.

Der Antrag Hueber wird angenommen und die Vormittagssitzung geschlossen.

Nachmittagssitzung.

Dr. Adler setzt seine Rede fort:

Ich muß zunächst sagen, daß ich nicht die Absicht hatte, hier eine prinzipielle Debatte über den Militarismus zu eröffnen, sondern daß ich ausdrücklich sagte, es wäre wünschenswert, wenn auf dem nächsten Parteitag eine solche prinzipielle Debatte abgeführt würde. Nur um Ihnen das plausibel zu machen, habe ich jene Aeußerung gemacht, die, wie ich voraus gewußt habe, vielen von Ihnen als eine Ketzerei erscheinen wird, während sie nach meiner Ueberzeugung durchaus keine Ketzerei ist, sondern im Gegenteil mit unseren Grundanschauungen und insbesondere mit der Marx-Engelsschen Anschauung identisch ist. Ich möchte Sie nur auf das eine aufmerksam machen. So wie wir im Kapitalismus die Tendenz sehen, nach dem Ausdrucke des Kommunistischen Manifests, im Proletariat seine eigenen Totengräber zu erziehen, geradeso muß der Militarismus aus seiner eigenen Logik heraus seine eigenen Totengräber erziehen. Aus dieser seiner Logik und aus seinen eigenen Bedürfnissen heraus ist er geneigt, immer größere Volkskreise zu bewaffnen. Der Kapitalismus führt nicht nur zur Vertrustung und wirtschaftlichen Anarchie, sondern er organisiert auch in seinen Fabriken die Proletarier zu einer Armee. Auch der Militarismus nimmt die Volkskraft in Anspruch für die militärische Ausrüstung, für die kolossalen Kanonen, Kriegsschiffe. Aber es sind nicht nur die immer mehr wachsenden Kosten des Militarismus, an denen er zuletzt zugrunde geht, sondern er leistet uns in gewissem Sinne denselben Dienst wie der Kapitalismus. Sie werden mir sagen: Vergißt du denn die Greuel des Militarismus, vergißt du die Soldatenmißhandlungen und die Militärjustiz, vergißt du den geisttötenden Drill, der heute in der Armee herrscht? Nein, das alles vergesse ich nicht. So wenig, wie ich, wenn ich an die Fortentwicklung des Kapitalismus denke, den stetig wachsenden Grad der wirtschaftlichen Ausbeutung der Arbeiterklasse vergesse. Wenn ich aber sage: Jeder Schritt, der uns einer Volksbewaffnung näher bringt, zugleich mit einer Demokratisierung der Armee, liegt in unserem Interesse: dann bin ich mir bewußt, daß ich anknüpfe an die besten und ältesten Traditionen unserer Partei, direkt an Marx und Engels. Sie finden keine Stelle in Marx und Engels, wo der ewige Friede im bürgerlichen Sinne gepriesen wird, Sie finden keine Stelle, insbesondere gegen die

Volksbewaffnung, wohl aber Hunderte Stellen und ganze Plaidoyers für die Ausbreitung der Volksbewaffnung. Sie finden gerade in Engels in jener Broschüre aus den Sechzigerjahren, die schon dem Genossen Winarsky Unannehmlichkeiten bereitet hat, nicht nur ein taktisches Programm für die Partei, das durchaus nicht veraltet ist, weil wir uns noch heute darnach richten können, sondern sie finden dort auch eine ausführliche Darlegung, wie es direkt im revolutionären Interesse liegt, die großen Massen mit Gewehren zu versehen — damit ich das ganz banal ausdrücke.

Aber ich glaube, ich könnte diesen Gegenstand verlassen und mich damit begnügen, daß ich einigen Genossen große Kopfschmerzen bereitet habe. Genosse Rudolf Beer — nicht zu verwechseln mit dem Genossen Heinrich Beer, der auch radikal, aber im allgemeinen vernünftiger ist (Heiterkeit) — Rudolf Beer, der wie immer auf einem furchtbar radikalen Standpunkt gestanden ist, wird gewiß finden, daß ich nicht nur ein arger Opportunist, sondern — man weiß es nicht — am Ende gar ein Revisionist bin. (Heiterkeit.) Aber das schadet nicht. Ich glaube, man sollte diese und ähnliche Fragen wirklich einmal von einem anderen Standpunkt ansehen als von jenem der Militärfeindschaft, die gar nichts spezifisch Sozialdemokratisches ist, die wir gemein haben mit der ganzen bürgerlichen Demokratie. Das bloße Deklamieren gegen den Militarismus ist nicht sozialdemokratisch. Sozialdemokratisch ist, den Militarismus verstehen und im Militarismus den revolutionären Gehalt erkennen, so wie uns, wenn wir gemeinsam mit den Kleinbürgern gegen den Kapitalismus reden, von diesen das unterscheidet, daß wir den Kapitalismus nicht nur bekämpfen, sondern ihn auch verstehen und aus ihm seinen revolutionären Gehalt zu entnehmen wissen. Jeder Schritt, der dazu führt, die Dienstzeit abzukürzen, die Gamaschenknopfmethode, die Kavaliersherrschaft in unserer Armee und vor allem die Brutalitäten in unserer Armee zu untergraben, aus der Armee ein volkstümliches Institut zu machen, ist tatsächlich ein Schritt mehr nicht zur Miliz allein, sondern zur Erreichung aller unserer Forderungen.

Ob die Parteigenossen im Reichsrat diesen Antrag in der einzig richtigen Form gefaßt haben, wie einer meint, oder ob sie auch eine andere Form hätten finden können, wie Winarsky meint, ist darum gleichgültig. Sie sind auf dem richtigen Weg, wenn sie in dem Moment, wo der Militarismus mit neuen Forderungen herantritt, unsere Forderungen geltend machen. Ich möchte mich entschieden dagegen verwahren, daß das irgend etwas mit der Kompensationspolitik zu tun hat, die Volksrechte für Kanonen nehmen will — denn ich habe in der Mittagspause auch davon reden hören. Nicht Volksrechte für Kanonen! sagen wir, sondern: Wenn du mehr Soldaten willst, dann auf kürzere Zeit und Reformen, die nützlich sind für die ganze Kulturentwicklung.

In der ganzen Diskussion wurde immer so gesprochen, als hätten wir eine Fraktion wie andere Länder, als hätten wir ein Parlament wie andere Länder, als wäre Oesterreich überhaupt ein Land wie andere Länder. Aber das ist nicht so. Man braucht sich ja nur zum Bewußtsein zu bringen, daß die Verhältnisse, in denen wir leben, durchaus abnormale sind, daß wir alle erdrückt werden durch die täglich an uns nagende Verzweiflung über den Staat oder das staatenähnliche Gebilde, in dem wir leben, daß wir auf Schritt und Tritt von der Unfähigkeit zu arbeiten bedroht werden, weil wir in einer Luft leben müssen, in der man nicht atmen kann, weil die Luft für die Entwicklung des Proletariats fehlt, und zwar in einem Maße fehlt, daß es geradezu bewundernswert ist, daß das österreichische Proletariat trotzdem vorwärts schreitet. (Beifall.) Unsere Abgeordneten müssen ihre Arbeit in einem Parlament verrichten, dessen Boden jeden Moment in Frage steht, in einem Parlament, wo nichts sicher ist als die absolute Frivolität, der absolute Mangel an Gefühl für die Gesamtheit, die absolute Feindseligkeit aller Parteien gegen das gemeinsame Ganze. Und da muß ich mich in wenigen Worten mit Genossen Austerlitz auseinandersetzen. Austerlitz hat diesen Punkt auch berührt und er hat gesagt: Man muß sich entscheiden, entweder wir erwarten von diesem Parlament etwas, dann wollen wir es halten, oder wir sehen

— und das nennt er die grundlegende Aenderung, die sich in uns vollzogen hat — das Parlament ist nicht mehr zu halten, dann müssen wir jeden Schlag, der es trifft, mit unseren Wünschen begleiten. Ja, wenn man sich nur so entscheiden könnte und Austerlitz kann es ja selbst nicht. Jeder von uns ist überzeugt, daß das Parlament nicht leben kann, und jeder von uns steht früh auf und sieht zu seinem größten Entsetzen: das Luder lebt noch immer. (Heiterkeit.) Und mit dieser Tatsache ist trotz unserer Erkenntnis die Notwendigkeit gegeben, daß wir auf diesem Boden, den wir selbst zerstören wollen und den wir für nicht existenzberechtigt ansehen, unsere tägliche Arbeit verrichten müssen.

Aus diesem Gegensatz entspringt eigentlich die Stimmung, die uns alle — nicht nur Winarsky — erfaßt hat. Es besteht eine weitgehende Unzufriedenheit mit dem Parlament und mit der parlamentarischen Arbeit unserer Genossen, das leugne ich gar nicht. Aber diese Unzufriedenheit tritt nirgends so klar zutage wie bei unseren Abgeordneten selbst, die das in der Nähe sehen, die ganz durchdrungen sind von diesem immanenten Widerspruch, vor dem sich jeder Oesterreicher, der in Oesterreich tätig sein will, befinden muß. Wir alle können nur mit Ekel unsere Arbeit verrichten. Aber wir sind verdammt dazu, sie trotzdem zu verrichten. Aber das ist noch nicht alles. Wenn man den Vorwurf erhebt, unsere Genossen haben das Parlament noch immer nicht demoliert und sie haben sich an irgend einer Komödie nicht beteiligt, die einer Demolierung ähnlich sieht: vergessen Sie nicht, daß dieselben Parteien, die die Komödie der Demolierung aufführen, diejenigen sind, die am festesten an diesem Parlament und an seinen Privilegien halten. Für uns steht die Sache ganz anders. Wir werden Oesterreich in seinem Laufe zum Untergang nicht aufhalten. Aber während sich diese Entwicklung vollzieht, müssen wir für die Arbeiterschaft auf Schritt und Tritt das vollbringen, was sie täglich für sich braucht. Darum hat für uns neben den großen Zielen, dem Endziele unserer Partei, die weitaus größte Bedeutung das unmittelbar für den Tag Notwendige, das, was ich die allernächsten Ziele nennen möchte.

Winarsky selbst hat den Vorwurf, daß unsere Abgeordneten auf die Verwaltung Einfluß nehmen durch den Verkehr mit den Ministern, abgewehrt. Man kann auch da verschiedener Meinung sein, ob das das einzig Mögliche ist, aber im großen ganzen steht die Sache so, daß in Oesterreich das Parlament auf die Verwaltung nur sehr wenig direkten Einfluß hat. Sollen wir allen anderen Parteien den Einfluß auf die Verwaltung, der im mündlichen Verkehr mit den Ministern besteht, erlauben, sollen wir ihnen erlauben, ihre Argumente den Ministern vorzubringen, nur unseren Abgeordneten nicht, so würden wir durchaus nicht im Interesse der Arbeiterklasse handeln. Es wäre falsch, eine so trotzige Gebärde zur Schau zu tragen, mit den Ministern nicht zu sprechen und dafür zum Beispiel nicht zu erreichen, daß ein ungeschickter oder vielleicht ein allzu geschickter Ministerialerlaß, der unsere Gewerkschaften bedroht, auf kurzem Wege zurückgezogen wird. Gewiß wäre es nicht gut, wenn unsere Abgeordneten zu den Ministern kämen als Personen oder als Glieder einer zehngliedrigen Fraktion. Aber unsere Abgeordneten kommen, wie alle Welt weiß, als Sprecher von Hunderttausenden, die hinter ihnen stehen, und darum können sie auch an dem Orte, wo es notwendig ist, ihr Gewicht voll einsetzen. Ich bitte sie, das auch ferner zu tun, wo es notwendig ist, und ich bin überzeugt, man wird es ihnen nicht als falschen Opportunismus auslegen.

Es wäre noch wichtig, unseren Abgeordneten zu sagen, was wir in der nächsten Session von ihnen wünschen. Aber von dieser Session, die in acht Tagen beginnen wird, wissen wir gar nichts, als daß auf der ersten Tagesordnung einige ganz unerhebliche Dinge stehen. Ob und wann es in diesem Hause zu einer sachlichen Arbeit kommen wird, das wissen nicht nur die Abgeordneten nicht, das wissen auch nicht wir Delegierten, die natürlich viel gescheiter sind als die Abgeordneten. (Heiterkeit.) Also für die Zukunft läßt sich keine Vorschrift machen. Wir erwarten, daß unsere Abgeordneten, wie

bisher, nicht nur vom echten sozialdemokratischen Geiste geleitet sein werden, sondern auch von der kühlen Erwägung der Tatsachen und von der genauen Kenntnis dieses Landes. Oesterreich will österreichisch behandelt werden, das haben unsere Abgeordneten bisher getan und werden es hoffentlich auch weiter tun. (Lebhafter Beifall.)

Hueber: Endlich hat Genosse Adler das erlösende Wort in die Debatte hineingeworfen. Es handelt sich auf diesem Parteitag wirklich nicht um die einzelnen sogenannten Fehler der Fraktion, sondern um die grundlegende Taktik in Bezug auf den Militarismus. Da sind in der Partei drei Meinungen; nun wollen wir eine Richtschnur für unsere Abgeordneten! Adler hat zwar die Sache angeschnitten, ging aber dann nicht mehr logisch weiter. Trotz allen geistvollen Reden sind wir nun nicht viel klarer geworden. Ich bin bescheiden genug, zu erklären: Ich bin jetzt ebenso dumm wie am Anfang der Debatte. (Heiterkeit.) Daszynski hat sich die Sache sehr leicht gemacht. Er sagt einfach: Hie Radikalismus! Hie Gemäßigte! (Ruf: O nein!) Also: Hie kluge Leute! und meint damit die grundlegende Taktik zum Militarismus festgestellt zu haben. So leicht geht das, lieber Daszynski, doch nicht. Daß die propagandistische Arbeit einzelner Genossen uns vollkommen befriedigt hat, ist zweifellos. Hier handelt es sich aber darum — und das hat Winarsky hervorgerufen — prinzipiell Klarheit zu schaffen. Bei der Beurteilung der nächsten militaristischen Fragen gibt es unter uns dreierlei Standpunkte. Im Programm heißt es: Ersatz des stehenden Heeres durch ein Volksheer, Erziehung aller zur Wehrfähigkeit, allgemeine Volksbewaffnung. Das ist das Ziel. Ueber die Etappenpolitik zu diesem Ziel sind die Meinungen geteilt. Die einen sagen, es genügten Demonstrationsanträge. Keine positive Arbeit! Die zweite Meinung geht dahin, im Parlament die Frage der Abrüstung zu stellen. Die dritte Meinung hat Adler geäußert, Genosse Schulz hat sie in seinem Artikel ausgesprochen. Ihre Tendenz ist: Demokratisierung des Heeres. Auf diesem letzten Standpunkt scheinen unsere Abgeordneten im Februar gestanden zu sein. Es war auch im Februar nicht, wie man uns erzählen will, die Taktik der Roßtäuscher. Wenigstens ich habe es nicht so verstanden. Ich glaube, der Verband hat im vollen Bewußtsein seine Anträge gestellt: zweijährige Dienstzeit, selbst wenn wir das Rekrutenkontingent zu bewilligen haben. Deshalb hat er ja auch einen Eventualantrag gestellt. Jetzt im Herbst sind die Abgeordneten freilich zu einer zweiten Meinung gekommen. Was ist denn der Antrag auf zweijährige Dienstzeit mit der Bewilligung des erniedrigten Rekrutenkontingents bei dem stehenden Heer? Das bedeutet ein Stück Abrüstung. Wenn selbst die Abgeordneten sich also nicht klar sind, so ist dies ein Grund mehr, die genaueste Erörterung dieses Themas vorzunehmen. Ich verkenne die Bedeutung der zweijährigen Dienstzeit nicht. Als Soldat, der in Friedenszeiten und auch in Kriegszeiten gedient hat, und zwar an der Grenze jener Länder, in die Ellenbogen zu marschieren gedenkt (Heiterkeit), als Soldat wäre mir die Herabsetzung der Dienstzeit gewiß sehr angenehm gewesen. Aber es wäre doch Täuschung, zu meinen, daß der heutige Militarismus durch die zweijährige Dienstzeit eine Demokratisierung erfährt. Ich richte Ihnen einen Rekruten in sechs Monaten so her, daß er nicht mehr zu hören und zu sehen vermag. (Stürmische Heiterkeit.) Die Demokratisierung der Armee kann nur Hand in Hand mit der gesellschaftlichen Entwicklung erfolgen, wenn jene Massen der Armee zugeführt werden, die schon eine genügende Bildung ins Heer mitbringen. Aber zu glauben, durch die zweijährige Dienstzeit sei das Wesen des Militarismus zu ändern, das ist eine Täuschung.

Der Kampf für die zweijährige Dienstzeit ist eine Menschenpflicht, eine edle Tat für den armen gedrillten Soldaten, das ist aber auch alles. Wenn ich denke, jetzt, wo unsere Arbeiterschutzgesetzgebung darniederliegt, wo uns zum Beispiel die halbwegs besseren Bestimmungen der Gewerbeordnung genommen werden sollen, wo unsere Sozialpolitik gestorben ist, in einem *solchen* Moment kann ich mich nicht darauf einlassen, zu sagen: Ich erwäge *jetzt, ob die* Arbeiter die großen materiellen Opfer für die zweijährige Dienst-

zeit werden tragen können, durch die für den Moment der Militarismus gestärkt wird. Ich bin dafür, darüber zu diskutieren, aber zu einer anderen Zeit. (Rufe: Sehr richtig!) Wenn die Stunde gekommen sein wird! Gerade=so, wie es heute unmöglich ist, den Sprung zu unseren programmatischen Forderungen zu machen, so können wir auch dieses Wagnis heute noch nicht probieren. Wenn Sie sagen, daß im Parlament eine patriotische Hurracanaille alle Militärforderungen bewilligt, selbst ohne Konzessionen, dann verstehe ich die nach zwei Richtungen hin zielende Politik der Fraktion wirklich nicht, einmal das erhöhte, das anderemal das erniedrigte Rekrutenkontingent zu bewilligen, im guten Glauben, dadurch die zweijährige Dienstzeit forcieren zu können. Da sagt aber Schuhmeier: Das hätten wir nicht getan, da wären wir rechtzeitig zurück, das hätten wir anderen überlassen. Ich glaube nicht, daß man solche Roßtäuscherpolitik machen wollte. Wir dürfen dem Genossen Winarsky dankbar sein, er hat dieses Thema aufs Tapet gebracht. Im Herbst war der Vorgang vielleicht bloß eine Außerachtlassung, im Februar nicht. Die zweijährige Dienstzeit ... (Ellenbogen: Der Kriegsminister hat sie in Aussicht gestellt.) ist von diesem Parlament nicht zu erwarten, obwohl sie in Oesterreich bei halbwegs ehrlichem Willen der herrschenden Faktoren möglich wäre. Was ist in Oesterreich nicht schon alles in Aussicht gestellt worden. Ich glaube, die Ansicht des Genossen Adler unterscheidet sich nicht gar so sehr von der des Genossen Winarsky. Eine einjährige Dienstpflicht aller Wehrfähigen kommt ja schon in die Nähe der Miliz. Nach Adler ist der Militarismus so zu bekämpfen: Erste Etappe: Zweijährige Dienstzeit, Bewilligung sämtlicher Soldaten mit allen Werkzeugen. Dringen auf Herabsetzung der Dienstzeit. Die Idee ist von jedem Genossen zu begreifen. Adler meint, daß im Sinne von Marx diese Entwicklung etappenweise sich vollzieht. Ich glaube aber, es ist viel Zukunftspolitik in diesem Gedankengang. Wir möchten aber wissen, was die Politik für den Tag ist! Ich frage Sie, sind die Arbeiter schon so geklärt, so gesichert, daß wir ihnen eine Belastung von, sagen wir, hundert Millionen Kronen zumuten können? Ist unsere Organisation so, daß wir das wagen und sagen können: Wir ertragen diese Belastung? Ich weiß dabei nicht, ob diese Errungenschaften, solange der heutige Geist des Militarismus herrscht, ein besonderer Fortschritt wären. Ich kenne die wirtschaftlichen Verhältnisse der Arbeiterschaft Oesterreichs und habe die Empfindung, das wäre ein Experiment, noch dazu ein erfolgloses. Ich glaube, es wird uns nichts anderes übrig bleiben, als unseren Genossen im Parlament vollständig freie Hand zu lassen. In allen anderen Dingen selbstverständlich sind wir ganz einverstanden. Wir haben ja schon erklärt, die zehn Mann taten, was sie konnten, besser, als wir es uns vorgestellt hatten. Aber, Genossen, wenn die Abgeordneten sogar in der Frage des Militarismus zweierlei Stellungen eingenommen haben, so ist auch das nicht ihre Schuld, weil sie sich — wie wir! — im unklaren befanden. Es gibt jetzt für uns keinen anderen Standpunkt — und möge er noch so sehr verhöhnt werden als dumm=radikal — als Demonstrationsanträge zum Fenster hinaus! Derzeit bleibt uns nichts übrig, als die Tribüne des Parlaments propagandistisch auszunützen, selbstredend bleibt es den Abgeordneten unbenommen, gegen die Mehrforderungen der Heeresverwaltung Protest zu erheben, gegen die Soldatenschinderei und gegen die barbarische Gerichtsbarkeit u. s. w. energisch aufzutreten. Eine ehrliche Heeresreform auf demokratischer Grundlage ist mit diesem feigen, devoten bürgerlichen Partner unmöglich. Läge in dem Dringlichkeitsantrage auch eine wirkliche Kulturforderung, seine Ausführung ist jetzt ganz unmöglich. Wie Hannich über die Frage denkt, weiß ich nicht, aber er wie Austerlitz erklären uns, daß von diesem Parlament nichts zu erwarten ist. In dieser Situation, in einer solchen Zeit, glaube ich, kann die Frage des Militarismus nicht so gelöst werden, wie manche Genossen glauben. Ich bin daher für die früher angedeutete radikalste Taktik, obzwar ich glaube, daß es bei uns gar keinen Radikalismus gibt. (Heiterkeit.) Wie wir da sitzen, sind wir Revisionisten vom Kopf bis zur Sohle. (Erneuerte Heiterkeit und Ohorufe.) Die Deutschen *brauchen nur unsere Parteitage*, unsere Tätigkeit im Parlament zu beobachten.

das ist der eleganteste Revisionismus, den man sich denken kann. Verfolgen Sie nur alle Symptome, auch die „Arbeiter-Zeitung", und Sie werden sehen, wie recht ich habe. Es werden auch noch andere Fragen unseres Programms kommen, die besprochen werden und den Beweis meiner Behauptung erbringen.

Die Zeit ist noch nicht da, um unsere Etappenpolitik skizzieren zu können. Die Abgeordneten und die Parteivertretung sind uns aber in dieser Frage eine Antwort schuldig. Den Winarsky abzumurksen, damit ist niemandem ein Dienst erwiesen. Genosse Adler, Sie haben auch in dieser Frage ein zu großes Herz für Resolutionen (Heiterkeit), wenn ich auch weiß, daß es ein gutes ist. Aber einmal sagen „Abrüsten", dann wieder für die zweijährige Dienstzeit sein und für die Demokratisierung des Heeres, dann wieder nur für die prinzipielle, nur propagandistische Methode, da muß einmal Klarheit geschaffen werden. Die Abgeordneten hatten keine Richtschnur, aber sie haben nach bestem Wissen und Willen gehandelt. Ich will ihnen auch keinen prinzipiellen Fehler vorwerfen. Der Parteitag soll sich jetzt erklären. (Bravorufe.)

Ellenbogen: Ich hätte auf das Wort verzichtet, wenn nicht neben Winarsky in breiten Schichten eine ähnliche Meinung vorhanden wäre. Es herrscht da große Unklarheit. Wenn von Bekämpfung an der Wurzel geredet wird, so sollten diese Genossen doch einmal ihre eigene Logik radikal ausdenken. Sie würden dann dazu kommen, wenn sie die Courage ihrer Meinung hätten, wie die alten Unabhängigen den Parlamentarismus überhaupt zu negieren. (Widerspruch.) Wenn wir im Parlament arbeiten, müssen wir Alltagspolitik treiben, von Vorlage zu Vorlage. Ich frage nun die Genossen, die hier so energisch für den Radikalismus eingetreten sind, ob nicht jeder von Fall zu Fall Verbesserungen an Vorlagen zustimmen wird. Jede kleinste Verbesserung wollen wir in Kauf nehmen. Die Frage, ob der Versuch einer Verbesserung erfolgreich ist oder nicht, ist, wie Genosse Austerlitz gestern sagte, nebensächlich. Unsere Arbeit ist Minierarbeit so gut wie die Arbeit der Gewerkschaften. Der Fall ist denkbar, daß wir, wenn große theoretische Diskussionen da sind, die großen prinzipiellen Gesichtspunkte aufrollen. Unsere prinzipiellen Gesichtspunkte sind der Leitstern unserer Politik; und jeder Erfolg, auch der kleinste, ist unmöglich gemacht, wenn wir uns nicht immer von diesen großen Gesichtspunkten leiten lassen. Kommt eine große Sache in Frage, da stehen die Reihen gruppiert, da werden die Bürgerlichen für Momente zur geeinten reaktionären Masse, da kämpft dann Anschauung gegen Anschauung. Aber im großen ganzen hat das Bürgertum in Oesterreich Vertreter, die kein Klassenbewußtsein, nur dunkeln rohen Klasseninstinkt haben. Der Vergleich mit Deutschland ist unpassend.

Dort haben sie Parteien des Bürgertums, die, gerüstet mit der Wissenschaft ihrer Klasse und bewaffnet mit energischem Willen, ihre Klasseninteressen bewußt verfechten. Wir aber müssen hier ein geistig armseliges Kleinbürgertum mit all seinen Bosheiten bekämpfen. Vergessen Sie nie, daß wir in Oesterreich arbeiten! Man kann von großen Parlamenten auch die Aufrollung großer Fragen verlangen — aber von der Kläglichkeit des unseren, dem jede Bildung, jedes Talent, jeder Mut, jede Einheitlichkeit fehlt und das das denkbar niedrigste Niveau besitzt, auf dem je ein Parlament gestanden hat? Hier ist kein Boden für Entscheidungsschlachten zwischen Weltanschauungen. Wie sähe es aber im Einzelfall aus, wenn wir uns mit dem bloßen allgemeinen Radikalismus begnügten! Nehmen Sie ein Beispiel: die Zuckersteuer. Wir haben ihre Herabsetzung um 12 Kr. beantragt, für den Fall, daß das nicht angenommen wird, Herabsetzung um 6 Kr. Als Ganzradikale hätten wir die Aufhebung der Zuckersteuer überhaupt beantragen müssen, ja noch mehr: die Aufhebung aller indirekten Steuern überhaupt. Jeder hätte das für eine leere Demonstration gehalten. Hueber ist wenigstens konsequent. Er rät uns, lediglich Demonstrationspolitik zu treiben. Allen Respekt vor Hueber, er ist ein sehr verdienter Mann, aber auf diesen Vorschlag können wir uns nicht einlassen. Das überlassen wir den Christlich-Sozialen und Tschechischnationalen. (Hueber: Nur für

den Militarismus, meinte ich.) Nein, Genosse Hueber, entweder oder. Das geht nicht. Entweder sind wir Sozialdemokraten und als solche auch innerhalb des Parlaments Erzieher der Arbeiterschaft oder wir sind Demagogen. Auf die große heroenhafte Pose des heldenhaften Bekämpfers mit der Wurzel müssen wir unter Umständen verzichten. Ich bedauere nur, daß Adler seine Ideen nicht näher ausgeführt hat. Die Genossen, vor allem aber die gegnerische Presse, sind ja stets zu bösen Interpretationen bereit, und vielleicht hätten diese Ansichten deshalb zu einem späteren Zeitpunkt geäußert werden sollen. — Noch eine kleine Richtigstellung: Hueber hat behauptet, ich will am Balkan einmarschieren. Das ist in der Notiz, auf die er anspielt, nicht gesagt gewesen. (Zwischenruf: Was heißt das Wort „Landerwerb"?) Es ist wohl das Wort „Landerwerb" darin gestanden. Aber das war doch anders gemeint. Deutschland erobert nur durch die Klugheit seiner Politik, vor allem seiner Kaufleute, diese Gegenden, in denen es uns vor der Nase ein gutes Absatzgebiet abstibitzt, es baut am goldenen Horn die großartigsten Hafenetablissements, Rußland läßt sich von Bulgarien den Hafen von Burgas abtreten. Und denken Sie an die armenischen Eisenbahnen und die Bagdadbahn, mit denen Deutschland die friedliche Eroberung Kleinasiens vorbereitet. Landerwerb heißt also hier, in den Häfen des Balkans festen Fuß fassen, also ohne Schwertstreich und ohne Soldaten. Aber jene Notiz, die Hueber meinte, wendete sich in der Hauptsache dagegen, daß wir uns durch die tückische mit Gift und Dolch arbeitende Balkanpolitik Rußlands betrügen und uns durch eine Friedenskomödie das einzige Hinterland, das unsere Industrie besitzt, aus den Händen nehmen lassen. (Zwischenruf: Das ist eine neue Theorie.)

Abgeordneter **Pernerstorfer:** Wenn die von Winarsky und Hueber vorgeschlagene Taktik von Ihnen beschlossen würde, so wäre das für uns persönlich eine große Bequemlichkeit, das werden Sie mir glauben. Als im Herbst die neue Rekrutenvorlage ins Haus kam, mußten wir uns im Verlauf einiger Viertelstunden über unsere Haltung entscheiden. Wir hätten uns alle unsere Bemühungen und unsere lebhaften Diskussionen ersparen können, wenn wir uns auf den sogenannten radikalen Standpunkt gestellt hätten. Nun ist ja alles, was an Anwürfen gegen uns vorgebracht wurde, bedeutend abgeschwächt worden und selbst Winarsky hat schließlich mit einem so außerordentlichen Wohlwollen über die Fraktion gesprochen, daß es einem sehr schwer würde, gegen ihn lebhaft zu polemisieren. Wir haben nach seiner Theorie nichts zu tun, als eine Rede zu halten; es gibt nichts Bequemeres für uns. Ich glaube aber, daß das unseren Parteigenossen doch nicht recht wäre und daß wir besser tun, auf die Gefahr hin, daß wir uns auch einmal vorgreifen, wieder zu der alten Taktik zu greifen, uns jede Sache bei jedem Anlasse besonders gründlich zu überlegen. Beer hat nun gemeint, der Antrag auf Einführung der zweijährigen Dienstzeit sei nicht sozialdemokratisch. Mein Gott! Wir tun eine Masse Dinge im Parlament, die nicht spezifisch sozialdemokratischen Charakter haben. Oder wollen Sie mir vielleicht einreden, daß die Forderung des allgemeinen Wahlrechtes eine spezifisch sozialdemokratische ist?

Es wurde uns auch heute vorgeworfen, wir hätten gegen die Rekrutenvorlage Obstruktion machen sollen. Aber ich konstatiere mit Vergnügen, daß die Obstruktionswut sich schon sehr gelegt hat. Wir Sozialdemokraten dürfen wahrhaftig nicht eine Taktik einschlagen, die uns kompromittieren muß, denn durchdringen hätten wir gar nicht können. Wenn von einem Redner auf die erfolgreiche Obstruktion der ungarischen Unabhängigkeitspartei hingewiesen wurde, muß ich Sie doch darauf aufmerksam machen, daß zwischen der ungarischen Obstruktion, hinter der die ganze herrschende Schichte der ungarischen Bevölkerung gestanden ist, und einer Obstruktion, die die Sozialdemokraten vielleicht mit den Tschechischradikalen gemacht hätten, doch ein himmelhoher Unterschied ist. (Beifall.) Es wurde gesagt, daß wir bei der Beratung der Sonntagsruhe den perfiden Antrag Böheim nicht unmöglich gemacht haben. Ich könnte Ihnen da an der Hand des Protokolls nachweisen, daß auch das nicht möglich war. Wenn eine Debatte bei einem Paragraphen geschlossen wird und es hat sich ein Redner vorgemerkt, der einen Antrag

stellen wollte, so kann dieser den Antrag noch beim Präsidium einreichen. Der Präsident verliest den Antrag. Es ist aber keinerlei parlamentarische Möglichkeit vorhanden, gegen diesen Antrag noch zu remonstrieren. Man kann nur dagegen stimmen. Ein anderer Fall, der erörtert wurde, war der, daß bei der ersten Lesung des Preßgesetzes die von unserer Seite eingezeichneten Redner nicht im Saale waren. Aber es war gar nicht unsere Absicht, bei der ersten Lesung etwa gar einen Radau zu machen oder mit mehreren Rednern ins Feld zu rücken. Wenn mehrere Redner vorgemerkt waren, so nur deshalb, um sich bei der Auslosung der Redner die Aussichten für einen guten Platz zu bessern. Es bestand damals die Vermutung, daß unser Redner etwa um drei Uhr darankommen werde, und es erschien überflüssig, den langweiligen Ausführungen der bürgerlichen Redner zuzuhören. Da hat sich der Zufall ereignet, daß sich eine Reihe von Rednern streichen ließ, andere verloren das Wort und infolgedessen auch unser Redner, der plötzlich an die Reihe kam. Uebrigens ist jeder Vorwurf schon deshalb unberechtigt, weil ja unser Redner tatsächlich zu Worte kam.

Was die Vorwürfe gegen unsere Stellung zum Militarismus betrifft, so wurde da bereits so viel für uns angeführt, daß ich nur das wiederholen könnte, was schon gesagt wurde. Aber im Laufe der Debatte ist eine neue Frage aufgetaucht, die darauf hinausläuft, unsere Stellung zum Militarismus — wie sagt man nur? — einer Revision zu unterziehen. Adler ist ja, wie Hueber sagt, unser Oberrevisionist. Er hat seinen Revisionsvorschlag hauptsächlich auf den Hinweis auf alte theoretische Ausführungen von Marx und Engels fundiert. Als diese Broschüre erschien, waren Marx und Engels der Meinung, daß die fortschreitende Demokratisierung der europäischen Länder auch die Wirkung haben werde, alle Institutionen des herrschenden Staates mit demokratischem Geiste zu erfüllen. Diese Vorhersagung hat sich aber nicht bewährt, am allerwenigsten beim Militarismus. Wenn eine moderne Institution dem demokratischen und sozialdemokratischen Geiste unzugänglich ist, so ist es der moderne Militarismus. Wir sehen das am deutlichsten in jenen Ländern, die wirklich demokratisch sind, wie die Schweiz und Frankreich, in denen der Militarismus neuerdings in den letzten Jahren nicht in der Entwicklung zur Demokratie begriffen, sondern in der Entwicklung zum Militarismus der monarchischen Staaten. Adler ist da nicht allein auf Marx und Engels zurückgegangen, sondern über sie hinaus zu den Utopisten. Denn die Idee, die Armee mit demokratischem Geist zu erfüllen, erscheint mir als eine starke Utopie. Es wäre gut, über diese Frage einmal in methodischer und geordneter Weise zu sprechen. Die Art, wie es heute geschehen ist, kann nur verwirrend wirken und noch mehr dazu beitragen, in konkreten Fällen das Schwanken einzelner und der Partei selbst zu vermehren.

Wir Abgeordneten haben gewiß eine sehr schwierige Stellung im Parlament. Man hat auch in der Diskussion gesagt, daß wir in der Gesellschaft, in der wir uns befinden, korrumpiert werden. Das ist eine Meinung, die gar nicht so abzuweisen ist. Schlechter Umgang verdirbt die besten Sitten! Das ist ein altes bewährtes Wort und wir haben uns in der Tat gegen die auf uns in verstärktem Maße einstürmenden Einflüsse Oesterreichs zu wehren. Wenn irgend eine Institution, so ist das Parlament sozusagen der Sammelpunkt des korrupten österreichischen Geistes. Es ist gewiß kein Aufenthalt für politische Jungfrauen (Heiterkeit), die Jungfräulichkeit wäre da in der größten Gefahr. (Heiterkeit.) Aber wir können Ihnen versichern, daß wir unsere sozialdemokratische Reinheit heute noch unversehrt erhalten haben. Ich kann Ihnen noch sagen, wenn ich nicht meine Parteipflicht erfüllen müßte, ich würde keinen Augenblick in diesem Hause bleiben, das erfüllt ist von den Miasmen der Verwesung. Fürchten Sie sich übrigens nicht, wir Sozialdemokraten werden uns in dieser Luft nie heimisch fühlen. (Beifall.)

Vorsitzender: Genosse Schäfer (Reichenberg) hat Schluß der Debatte beantragt.

Schloßnikel (Sternberg): Das habe ich mir ja gleich gedacht. (Heiterkeit.) Jetzt, wo die Wiener gesprochen haben, wird abgebrochen. Ich bin dagegen.

Vorsitzender (nach Auszählung): Der Antrag ist mit 50 gegen 28 Stimmen abgelehnt. (Bravorufe.) Sie werden vielleicht diese Abstimmung später bereuen. Das Wort hat Genosse

Dr. Soukup (Prag, tschechisch): Wir sind im großen und ganzen mit der Taktik unserer Abgeordneten einverstanden, weil wir uns bewußt sind, welche schwere Aufgabe sie in diesem Parlament zu erfüllen haben. Diese Aufgabe ist zweifach: sie müssen erstens dem Parlament abzwingen, was sich ihm abzwingen läßt, und sie dürfen dabei doch den Verfallsprozeß Oesterreichs nicht aufhalten. Da wird nun immer auf die Obstruktion hingewiesen, an der sich unsere Genossen hätten beteiligen sollen. In der letzten Session haben die Tschechischnationalen eine Obstruktion inszeniert, die einige Tage und Nächte dauerte. Viele unserer Genossen haben damals gefragt, warum unsere Abgeordneten da nicht mittun. Wir haben ihnen damals ganz präzise erklärt: Es ist ganz ausgeschlossen, daß wir eine solche Taktik mitmachen, ausgeschlossen, daß unsere Abgeordneten auch nur dem Schein der Lächerlichkeit sich preisgeben, ausgeschlossen, daß sie sich an diesem Hazardspiel beteiligen. Aber was liegt den Tschechischnationalen an diesen Erwägungen! Ihre Obstruktion ist ja vornehmlich aus dem demagogischen Motiv der Mandatsversicherung entstanden und da ist Vernunft nur hinderlich. Aber der zweite Grund der Obstruktion liegt in der Erwägung, daß in dem Augenblick, wo das Zentralparlament zerschlagen wird, eine Oktroyierung der Länderautonomie folgt und daß vor allem der Kaiser sich sofort in Böhmen krönen lassen wird. Nun sind auch wir der Ansicht, daß dieses Parlament zugrunde gehen muß, aber wir wollen ein anderes Zentralparlament, ein demokratisches Zentralparlament, aber ein Zentralparlament. Wir wollen es deshalb, weil das Zentralparlament unsere einzige Hoffnung im Staate ist, weil wir fest überzeugt sind, daß nur durch dieses demokratische Zentralparlament der Grundstein zu einer neuen, modernen Formation Oesterreichs gelegt werden kann. (Beifall.)

Wir können unseren Abgeordneten keine gebundene Marschroute mitgeben, sondern wir müssen ihnen freie Hand geben, in den komplizierten Fragen, die im Parlament zur Verhandlung kommen, selbst den Ausweg zu finden. Wir wissen, daß die Träger der Obstruktion nicht wir sein können, sondern daß es die altösterreichische Staatsidee ist, die sich ausleben und beweisen muß, daß sie nicht entwicklungsfähig ist.

Was jetzt kommen wird, läßt sich bei der unklaren Situation nicht voraussagen. Die Jungtschechen haben zwar, als die deutsche Bourgeoisie ihnen den böhmischen Landtag obstruierte, gedroht, jetzt das Parlament zu obstruieren. Aber diese Drohung ist nicht ernst zu nehmen. Derartige Drohungen der Jungtschechen sind immer nur gewöhnliche konventionelle Lügen. Die Jungtschechen wissen ja selbst nicht, was sie morgen tun werden. Im Klub sind zwei Strömungen, von denen man nie weiß, welche gerade die stärkere ist; die einen wollen das Parlament zerstören, die anderen wollen nichts sein als eine Hofpartei, die für kleine Konzessionen alles tut, was dieses Oesterreich von ihnen verlangt. Mögen sich die Dinge aber entwickeln wie immer, wir haben zu unseren Abgeordneten das Vertrauen, daß sie unsere Interessen vertreten werden. Es wäre allerdings wünschenswert, daß die Abgeordneten auch immer einheitlich und solidarisch vorgehen. Ich bin da verpflichtet, eine Angelegenheit zu berühren, die bei uns böses Blut gemacht hat. Unsere Genossen konnten es nicht begreifen, warum sich zwei sozialdemokratische Abgeordnete so exponierten, daß sie gegen die zweisprachigen Tafeln auf der Lokalbahn Nixdorf—Rumburg stimmten. Es handelt sich doch um eine Verkehrslinie, die alljährlich von Tausenden tschechischer Arbeiter benützt wird, in Orten übrigens, wo Tausende tschechischer Arbeiter wohnen. Und wenn es niemals jemandem eingefallen ist, dagegen zu protestieren, daß in rein tschechischen Gegenden zweisprachige Tafeln angebracht sind, so hätten die Abgeordneten in dieser Frage wenigstens sich nicht so exponieren dürfen.

Schloßnikel: Wir finden es eigentümlich, daß auf den springenden

Punkt der Sache von keinem Redner eingegangen wurde, nämlich darauf, daß unsere Abgeordneten das einfache Rekrutenkontingent beantragt haben. Genosse Austerlitz hat dies mit einem Eifer verteidigt, woraus zu entnehmen war, daß ihm die Sache sehr nahe geht, aber er konnte das Gefühl nicht bannen, daß ein Plutzer gemacht worden ist. Ich finde — und das zeigte dann später auch die Polemik in der „Arbeiter-Zeitung" — daß die Fraktion zu wenig den Zusammenhang mit der Parteivertretung wahrt und daß sie sich immer mit dieser, bevor sie Beschlüsse von so prinzipieller Bedeutung faßt, ins Einvernehmen setzen sollte. Hoffen wir, daß das Resultat der sehr zweitägigen Debatte das ist, daß derartige Dinge nicht mehr gemacht werden, welche uns zur heutigen Diskussion geführt haben. Wären unsere Abgeordneten im Einvernehmen mit der Parteileitung vorgegangen, dann wäre die gerade nicht notwendige Zeitungspolemik unterblieben, die in Wien begonnen und ihr Echo in der Provinz gefunden hat, und es wäre dann auch die jetzige Debatte entfallen.

Im Laufe der Debatte wurden unsere im Programm niedergelegten Militärforderungen in einer Weise interpretiert, die es fast schwer machen, mit dem ursprünglichen Texte zu agitieren.

Sehr beschweren muß ich mich noch über etwas anderes. Ich sehe uns einen Weg gehen, der uns nach einem österreichischen Dresden führen wird. Es wird schon ein Unterschied gemacht zwischen Parteigenossen erster und zweiter Güte. Austerlitz vergleicht Winarsky mit einem Kinde, dem man nicht Messer und Gabel geben dürfe. Daszynski spricht in spöttischem Tone von Winarskys „geschätzter Meinung" und von seiner „lorbeerumkränzten Stirn". Darüber lachen die Genossen noch, aber unsere Genossen in der Provinz, die sich ihre einfachen Sitten bewahrt haben, werden dieses Verhalten nicht begreifen und sich darüber ihre Gedanken machen. Wir haben hier auch einen Beweis dafür erhalten, daß in unseren Reihen ein Anflug davon zu finden ist, was man in Deutschland Revision nennt. (Widerspruch.) Pernerstorfer nennt Adler spöttisch den Oberrevisionisten und dieser selbst bezichtigt sich, ein Ketzer zu sein. Es wäre gut, wenn wir da einen Bebel hätten, der diesen Bazillus gründlich unterdrückt. (Beifall und Widerspruch.)

Nießner (Brünn): Ich bin überzeugt, daß die ganze Militärangelegenheit kolossal aufgebauscht wurde. Nicht bloß von Winarsky, sondern auch von einer ganzen Reihe von Parteiblättern. Heute hat ja Genosse Winarsky einiges Wasser in seinen Wein getan, aber auch den anderen ist es so gegangen. Bei mir war das schon früher der Fall, ich habe es mir gleich im Beginn überlegt, dieser Angelegenheit so viel Gewicht beizulegen. Als im September die Anträge gestellt wurden und ich davon Kenntnis erhielt, wollte ich auch einen Artikel im „Volksfreund" schreiben. Nachdem ich es aber einmal gründlich überschlafen hatte, kam ich zu ruhigeren Erwägungen und fand, daß die Sache wirklich vielen Geschreis nicht wert sei. Daß sie dann bei anderen so viel Beachtung gefunden hat, daran sind erstens Mißverständnisse schuld, zweitens aber die Tatsache, daß die Aktion des Verbandes keinen Erfolg hatte. Vor allem deshalb waren die Kollegen unzufrieden. Dazu kam noch, daß unter dem Eindrucke des Dresdener Parteitages unser prinzipielles Gewissen sehr geschärft war und daß wir da plötzlich jede Gegenwartsarbeit ein bißchen mißtrauisch ansehen zu müssen glaubten.

Gegen Winarsky bin ich der Meinung, daß wir der zweijährigen Dienstzeit wohl den Rang einer sozialdemokratischen Forderung zuerkennen müssen. Im Programm steht ja allerdings nichts davon. Aber ist nicht Bebel im deutschen Reichstag oft genug gegen die Militärmißhandlungen eingeschritten, von deren Beseitigung ja auch nichts im Programm steht? Wir müssen alles anstreben, was geeignet ist, die Last und den Druck des Militarismus zu lindern.

Das, was Adler gesagt hat, scheint ja einen richtigen Kern zu haben und sich aus dem Geiste unserer ganzen Auffassung zu ergeben. Nur bedürfte es einer ausführlicheren Begründung, damit keine Mißverständnisse aufkommen können. Das, was er zum Beispiel über das erzieherische Element im Milita-

rismus gesagt hat, das uns auch zugute kommt, daß die Armee in gewissem Sinne auch uns gute Unteroffiziere liefert, damit kann ich mich nicht befreunden. Bisher hat das immer ganz anders gelautet. Bisher hat es geheißen, daß der militärische Drill eine verheerende und verrohende Wirkung übt. (Zustimmung.) Ich erinnere nur daran, wie wir gegen den Dr. Pattai losgegangen sind, als er den Krieg ein gesundes Stahlbad nannte. (Rufe: Das ist doch ganz was anderes!) Ich weiß sehr gut, daß Adler das, was er sagte, in einem ganz anderen Sinne meinte; aber man kann es auch leicht mißverstehen.

Genossen Schloßnikels Klage über den schlechten Ton finde ich sehr unberechtigt. Ich habe im Gegenteil einen so ruhigen und sachlichen Parteitag bisher nicht gesehen. Wir sind doch keine zimperlichen Jungferlein, die man in Watte einwickeln muß. (Heiterkeit.) Wir, die wir gegen unsere Feinde einen so kräftigen Ton anzuschlagen gewohnt sind, dürfen doch nicht gleich aus dem Häuschen sein, wenn wir einmal von Freunden ein bißchen derb angepackt werden. (Beifall.)

Weixelberger (Fürstenfeld): Ich möchte auch der Stimmung der Provinz in dieser Frage Ausdruck geben. Die Tätigkeit des Verbandes hat uns durchaus befriedigt. Die Vorwürfe bezüglich der Investitionen sind schon auf dem früheren Parteitag richtiggestellt worden. Solchen Forderungen konnten wir nicht entgegentreten. In der Militärdebatte hat der Verband sicher nicht das bezweckt, was ihm heute unterschoben wurde. Wenn die Fraktion im Parlament den Antrag einbrachte, so glauben wir ihr: sie wollte die bürgerlichen Parteien schuldig werden lassen. Sie hat uns damit einen vorzüglichen Agitationsstoff geboten. Ich glaube kaum, daß Winarsky etwas anderes heraufbeschwören wollte als eine gründliche Debatte über den Militarismus. Ich bin deshalb für den Antrag des Dr. Czech auf Festsetzung dieses Punktes für den nächsten Parteitag. Wir müssen zuerst das Nächstliegende erreichen. Durch das Erlangen des Nächstliegenden wird die ideale Programmforderung nähergebracht. Ich habe Ihnen folgenden Antrag vorzulegen:

> Dem Sozialdemokratischen Verband wird für seine Tätigkeit, insbesondere für das Eintreten seines Vertreters im Budgetausschuß für die Wünsche der Tabakarbeiterschaft das vollste Vertrauen ausgesprochen und selber, respektive sein Vertreter im Budgetausschuß wird ersucht, für die Durchführung der im Monat August laufenden Jahres an die Generaldirektion der Tabakregie eingereichten Petition der Tabakarbeiter und -Arbeiterinnen ganz Oesterreichs betreffs Regelung der unwürdigen Pensionsverhältnisse einzutreten.

Im Laufe dieses Jahres wurde eine große Aktion zur Regelung der unwürdigen Pensionsverhältnisse in den österreichischen Tabakfabriken unternommen. Wir wünschen, daß die Statuten derselben einer Revision unterzogen werden. Gewiß ist es nicht wünschenswert, daß die einzelnen Branchen an den Parteitag herantreten, aber die Tabakarbeiter und ihre Lage verdienen es, daß wir für diese vom Staate Ausgebeuteten eintreten.

Zápotocký (Prag) ersucht die deutschen Genossen, während tschechischer Reden größere Ruhe zu bewahren.

Brodecký (Prag, tschechisch): Der Referent hat gesagt, wir müssen das Parlament als Tribüne benützen, von der zum Fenster hinausgesprochen werden muß. Aber da sehe ich nicht ein, warum man von dieser Tribüne zum Fenster hinaus den Gegnern Argumente reichen muß. Soukup hat schon auf die Angelegenheit der Aufschriften an der Nixdorfer Lokalbahn hingewiesen. Ich führe noch an, daß dieselben beiden Genossen auch für den alldeutschen Antrag auf Errichtung einer deutschen Eisenbahndirektion in Böhmen eintraten. Wenn die Abgeordneten es mit der nationalen Gleichberechtigung so halten, können unsere Genossen den Gegnern natürlich nicht beikommen, wenn sie auf solche Abstimmungen verweisen. Wenn von Plutzern unserer Abgeordneten gesprochen wurde, so vergessen Sie auch die nationalen Plutzer nicht. Bei der Verhandlung über das Rekrutenkontingent wurde uns erzählt, es sei notwendig gewesen, eine den außenstehenden Genossen nicht verständliche

Taktik zu üben. Kurz, es wurde die Angelegenheit zu einer Sache der hohen Politik gemacht, die wir allerdings nicht verstehen.

Dr. Czech (Brünn): Ich habe die Empfindung, daß die Stellung der Partei zum Militarismus auch nach der heutigen Debatte nicht genügend geklärt ist. Da muß ich Genossen Hueber beistimmen. Gerade nach Adlers Ausführungen ist die Debatte noch nötiger. Es wurde gesagt: Wenn man die einjährige Dienstzeit gibt und die Heeresdemokratisierung, dann steuert man der Miliz zu. Als Fachmann — ich wurde zwar aus dem Offiziersstande hinausgeworfen (Heiterkeit) — sage ich Ihnen: Wenn es auch nur eine einjährige Präsenzpflicht gibt, ist daraus beim Geiste des Militarismus keine Miliz zu machen. Ich habe den Antrag gestellt, daß über diese Fragen auf dem nächsten Parteitag gesprochen wird. Ich hätte sogar nichts dagegen einzuwenden gehabt, wenn ein anderer Punkt dieses Parteitages abgesetzt worden wäre und wir jetzt schon eine gründlichere Debatte darüber gehabt hätten. Die zwei Jahre bis zum nächsten Parteitag sind eine lange Zeit. Es muß aber klar sein, ob wir alle noch auf dem Standpunkt „Keinen Mann und keinen Groschen" stehen. (Zwischenruf: Daran halten alle fest!) Das bezweifle ich. Leider fehlt eine Resolution über diesen Punkt. Ich stelle es dem Präsidium anheim, ob es meinen Antrag bei diesem oder aber beim siebenten Punkte der Tagesordnung zur Abstimmung zulassen will. Da es an einer den Standpunkt der Partei zusammenfassenden Resolution fehlt, ist es gut, wenn der Parteitag durch Annahme meines Antrages zu erkennen gibt, daß er die Diskussionen über unsere Stellung zum Militarismus nicht für abgeschlossen erklärt.

Vorsitzender Němec: Wir können auf diesem Parteitag nicht die Tagesordnung des nächsten festsetzen. (Rufe: Warum nicht?)

Dr. Adler: Es besteht kein Hindernis, daß der Parteitag erklärt, diesen Punkt auf die Tagesordnung des nächsten Parteitages zu setzen. Da der Parteitag die höchste Instanz ist, könnte er es beschließen. Ich nehme also den Antrag Czech in folgender Form auf:

Es wird der Partei empfohlen, die Frage des Militarismus auf die Tagesordnung des nächsten Parteitages zu setzen.

Vorsitzender: Gegen diese Fassung des Antrages ist nichts einzuwenden. Ich erteile das Schlußwort dem Genossen

Hannich: Ich werde mich so kurz als möglich fassen. Die Debatte ist weit über das Ziel hinausgeraten, doch sind so viel anregende Gedanken dabei laut geworden, daß ich nicht umhin kann, dem Genossen Winarsky, der mit seinem Stahl diese Funken schlug, ohne jeden Beigeschmack von Satire meinen Dank zu sagen. Von Genossen Schäfer liegt Ihnen folgender Antrag vor:

Der Gesamtparteitag spricht dem Sozialdemokratischen Verbande für seine Tätigkeit und seine Haltung im Parlament das vollste Vertrauen aus.

Mögen Sie selbst entscheiden. Hueber hat uns empfohlen, eine neue Erklärung über den Militarismus zu beschließen, das gehört nicht mehr in den Rahmen meiner Berichterstattung und wird Sache des nächsten Parteitages sein. Ich habe noch auf einige Bemerkungen zweier tschechischer Genossen zu erwidern. Genosse Dr. Soukup hat den Wunsch ausgesprochen, daß, wenn es wieder zu einer Abstimmung über solche Fragen wie Lokalbahn Nixdorf—Schönlinde komme, der Verband geschlossen vorgehe. Für den Antrag Dr. Kindermann-Nowak wegen der Anbringung doppelsprachiger Aufschriften bei der Lokalbahn Nixdorf—Schönlinde haben wir, ich und Genosse Pernerstorfer, dafür gestimmt.

Wir zwei haben das in der festen Ueberzeugung getan, daß wir auf Grund der Brünner Resolution dies tun konnten. Ich bin weder der Autor noch Befürworter der Brünner Resolution gewesen, aber ich glaube heute noch, daß unsere Haltung richtig war. Wenn Sie meinen, daß wir eine andere Haltung einnehmen sollen, so werden Sie gut tun, die Brünner Resolution genauer zu interpretieren. Weiter muß ich sagen, daß man in solchen Sachen nicht übertreiben soll. Dr. Soukup hat erklärt, daß auf dieser Bahn Tausende von Tschechen reisen. Das ist nicht richtig. Es ist eine rein

deutsche Gegend. Sie könnten einen Preis aussetzen und Sie würden von den Tausenden Tschechen blutwenig finden. Bei diesem Kapitel kommt vor allem die Bedürfnisfrage in Betracht. Erwähnt werden muß, daß kurz vorher die aus Landesmitteln erbaute Bahn Melnik—Mscheno nur tschechische Aufschriften erhalten hatte. Der letztere Redner hat uns — nicht in böser Absicht — unterschoben, daß Pernerstorfer und ich für die Einführung einer deutschen Eisenbahndirektion in Böhmen gestimmt haben. Wir haben uns an einer derartigen Abstimmung gar nicht beteiligt, es hat im Hause überhaupt gar keine gegeben. Den Antrag Schäfer anzunehmen, stelle ich Ihnen anheim.

Vorsitzender: Die Debatte ist geschlossen. Zu einer tatsächlichen Berichtigung hat das Wort Genosse

Dr. Adler: Ich wäre berechtigt, in Form einer tatsächlichen Berichtigung eine zweistündige Rede zu halten, da ich als Revisionist und gar als Oberrevisionist bezeichnet wurde. Gegen eine solche Behauptung kann man in weniger als zwei Stunden schwer operieren. (Heiterkeit.) Es ist mir aber vollständig gleichgültig, wenn diejenigen, die im Revisionismus vernünftige Dinge finden, jede vernünftige Aeußerung sich als revisionistisch aneignen möchten. Weniger gleichgültig ist mir, daß man mir sagte, ich hätte Konfusion gestiftet und nichts zur Klärung beigetragen. Ich gestehe, ich bin nicht hergekommen, um die Frage des Militarismus aufzuwerfen. Das ist meine tatsächliche Berichtigung. (Heiterkeit.) Ich hielt es nur für notwendig, zu zeigen, daß hier tiefere Probleme liegen, als man zu erörtern beliebt hat. Das soll auf dem nächsten Parteitag gründlich besprochen werden. Nur gegen Nießner und Czech möchte ich mich wehren, als hätte ich dem Militarismus besonders erzieherische Wirkungen beigemessen. Ich berichtige tatsächlich (Heiterkeit), daß mir das nicht eingefallen ist. Wohl aber habe ich nicht dem Militarismus, aber der Dienstpflicht, selbst in der heutigen verwerflichen und empörenden Gestalt, gewisse Vorteile nicht abgesprochen. Das halte ich allerdings aufrecht und das stimmt mit der Erfahrung der Genossen überein. Auch dagegen verwahre ich mich, daß man eine Aehnlichkeit mit den „Kanonen gegen Volksrechte" herausfindet, wie ich in der Pause auch hören mußte. Ich trete dem entgegen, daß man aus meinen Ausführungen ableite, daß nicht mehr jeder Mann und jeder Groschen verweigert werden soll. Auch ich würde das in einer derartigen Stellung unbedingt tun und auch energisch wirken, daß überhaupt so wenig Männer und Groschen als möglich bewilligt werden. Das hat die Fraktion getan. (Beifall.)

Vorsitzender: Ich konstatiere, daß das keine tatsächliche Berichtigung war. (Heiterkeit.) Das Wort hat nun zu einer tatsächlichen Berichtigung Genosse

Dr. Ellenbogen: Nicht im Parlament, sondern im Eisenbahnausschuß wurde über die deutsche Eisenbahndirektion abgestimmt und ich stimmte dafür. Es war ein Antrag der Deutschen. Ich konstatiere aber, daß Tschechen und Polen entsprechende Direktionen in Böhmen und Galizien beantragten. Ich habe auch dafür gestimmt. (Heiterkeit.)

Abstimmung.

Antrag Schäfer einstimmig angenommen.
Antrag Weixelberger dem Verband zugewiesen.
Antrag Adler-Czech angenommen.

Begrüßungen sind noch eingelangt aus Zürich, Dornbach, Pilsen, Sebenico, Laibach, Buchdruckereihilfsarbeiter Böhmens, Mödling, Saaz, Spital und von der Redaktion des „Naprzod". Hierauf schließt Vorsitzender Němec die Sitzung.

Dritter Verhandlungstag.

Vormittagssitzung.

Vorsitzender: **Tomschik.** Es wird beschlossen, den fünften Punkt: **Die Wahlrechtsbewegung,** vorzunehmen.

Schriftführer **Schrammel** verliest eine Kundgebung der Frauenkonferenz an den Parteitag:

Die Vertreterinnen der Sozialdemokratinnen Oesterreichs erklären, mit besten Kräften dahin wirken zu wollen, daß das Klassenbewußtsein immer weitere Kreise von Arbeiterinnen und Arbeiterfrauen erweckt und ihnen Verständnis für die Vorgänge des öffentlichen Lebens vermittelt werde. Sie wollen die Frauen wie bisher und, wo dies möglich ist, in höherem Maße als bisher aneifern, an allen politischen Tagesfragen Anteil zu nehmen und insbesondere die männlichen Genossen in ihren Wahlkämpfen wirksam und opferfreudig zu unterstützen. Zugleich aber erklären sie es für dringend notwendig, daß die proletarischen Frauen ihre eigenen politischen Rechte in Anspruch zu nehmen lernen und bereit seien, bei jeder Gelegenheit für die Forderung nach der rechtlichen Gleichstellung beider Geschlechter und insbesondere nach dem Wahlrecht der Frauen einzutreten. Die Konferenz spricht zugleich die Erwartung aus, daß die sozialdemokratischen Männer in höherem Maße als bisher die Frauen in dieser Aufgabe unterstützen und bei jeder Gelegenheit für die rechtliche und politische Gleichstellung der Geschlechter eintreten werden, wie das Programm der sozialdemokratischen Partei in Oesterreich es von ihnen verlangt und wie sie es wiederholt auf unseren Parteitagen beschlossen haben.

Nur wenn alle Parteigenossen ohne Unterschied des Geschlechtes ihre volle Kraft einsetzen, wird es uns gelingen, das was bisher nur an unseren prinzipiellen Forderungen toter Buchstabe geblieben ist, in lebendige Tat umzuwandeln.

Sodann erstattet das Referat in tschechischer Sprache

Vaněk: Es sind jetzt acht Jahre, seitdem wir uns die erste Abschlagszahlung auf unsere Forderung von den herrschenden Klassen aufzwingen ließen, jene fünfte Kurie, die man uns statt des gleichen Wahlrechtes aufgezwungen hat. In diesen acht Jahren haben wir wiederholt den Versuch gemacht, die politische Uebermacht der Besitzenden zu brechen und die politischen Rechte der Besitzlosen zu erweitern. Aber leider muß konstatiert werden, daß unser Streben in den früheren Aktionen nicht jene Gestalt annahm, die erforderlich gewesen wäre. Wir sind vielfach bei den breiten Schichten des arbeitenden Volkes nicht dem genügenden Verständnis begegnet. Unsere Genossen waren zwar immer auf dem Platze, aber nicht immer war auch das Interesse der Massen zu wecken. In letzter Zeit ist es besser geworden. Die Bewegung, welche am 26. Juli durch Massenversammlungen in größeren Städten eingeleitet worden ist, nahm erfreulicherweise zu und fand in den breiten Massen des arbeitenden Volkes einen stürmischen Anklang. Das zeigt uns, daß es unsere nächste Aufgabe sein muß, die Massen zum politischen Bewußtsein zu bringen. Wenn die herrschenden Klassen wieder den Schwindel von 1895 wiederholen, den Wahlrechtsraub nun bei der Wahlreform für den Landtag und die Gemeindevertretungen erneuern wollen, indem sie uns wieder die fünfte Kurie und den vierten Wahlkörper hinwerfen, so können sie das nur deshalb, weil wir nicht genug Widerstand entgegenstellen. Die bisherigen Erfahrungen zeigen uns, daß der Appell an die Vernunft, den Gerechtigkeitssinn und die fortschrittliche Gesinnung immer vergebens ist. Was die Arbeiter errungen haben, haben sie nur durch energischen, opfervollen Kampf errungen, und auch in Zukunft wird der Satz gelten, daß wir nur dann genug stark sind, wenn wir unsere Waffen zu führen wissen. Lassalle hat den Arbeitern gesagt: Ihr müßt eure ganze Kraft auf diesen

einen Punkt konzentrieren. Ihr müßt so lange nur an das allgemeine Wahlrecht denken, bis ihr es errungen habt. Dieser Rat unseres großen Politikers wurde von uns leider nicht genug beherzigt. Allerdings, unsere Aufgaben sind heute viel zahlreicher, so daß wir wirklich nicht mehr imstande sind, alle unsere Gedanken auf den einen Punkt zu konzentrieren. Die Aktionen gegen den Militarismus, gegen die Zollerhöhung, gegen den Klerikalismus, die Aktion für die Altersversicherung haben unsere Aufmerksamkeit doch einigermaßen vom Kampfe für das Wahlrecht abgelenkt. Aber es ist doch eine systematische Arbeit notwendig, wenn man einen Erfolg erzielen will. Jedenfalls darf man es nicht so tun, wie man es bis jetzt getan hat. Die Reichsparteivertretung hat den nationalen Exekutiven mitgeteilt, daß beschlossen wurde, eine solche Aktion zu unternehmen. Aber weiter hat sie nichts getan. Mit Mühe haben wir tschechischen Sozialdemokraten es durchgesetzt, daß wenigstens die Einleitung des Kampfes überall einheitlich sei. Aber dann ist nichts weiter geschehen, als daß eine Anzahl Versammlungen stattfand. Ich meine, daß wir endlich mit mehr Nachdruck den Kampf aufnehmen sollen. Die Blätter sollen eine ständige Rubrik dafür haben, die Parteileitung soll eine Broschüre über das allgemeine Wahlrecht herausgeben, ein Musterreferat für Genossen, die halbwegs nur in Versammlungen referieren können, sie soll immer wieder die Arbeiter auf die Ungerechtigkeit der Wahlordnung erinnern. In jedem öffentlichen Lokal, in jeder Arbeiterwohnung sollen die Ziffern, die das Wahlunrecht veranschaulichen, uns vor die Augen treten. Die Ziffern: 19 Großgrundbesitzer wählen einen Abgeordneten, 70.000 Arbeiter wählen auch nur einen Abgeordneten! sollten in jeder Arbeiterwohnung, in jedem öffentlichen Lokale, auf jeder Wand anstatt des Haussegens angebracht sein. (Heiterkeit.)

In Brünn ist für das Wahlrecht bereits Blut geflossen. Wir dachten, daß nun der Kampf in ganz Oesterreich entbrennen werde. Aber kein Widerhall erfolgte in den großen Städten, kein Widerhall zeigte sich namentlich in Wien, dem Zentrum unserer Bewegung. Die Wahlrechtsbewegung ist dadurch auf einen toten Punkt gekommen. Es ist nicht mehr das nötige Feuer da. Unsere Aufgabe ist, dem Feuer der Wahlrechtsbewegung neue Nahrung zuzuführen, damit es nicht nur hie und da aufflackere, sondern daß es bald in ganz Oesterreich zu einer mächtigen Flamme werde. (Beifall.)

Ein Fehler ist, daß, wenn vom allgemeinen Wahlrecht gesprochen wird, unsere Genossen immer nur an das Reichsratswahlrecht denken. Die Landtage und die Gemeindevertretungen werden ganz vergessen, obwohl es für uns auch von der größten Bedeutung ist, in diesen Körperschaften Einfluß zu gewinnen. Die Gemeindeverwaltung ist gerade für uns die nächste Gemeinschaft und darum in gewissem Sinne wichtigste Körperschaft. Die Vergeudung des Gemeindevermögens durch die herrschenden Cliquen, die Ueberwälzung der Gemeindelasten auf die Arbeiter, die schmähliche Armenversorgung, der Mangel jeder Sozialpolitik, die Kommunalpolitik zugunsten der Bäcker, Gastwirte, Fleischer, Hausbesitzer, die skandalösen Wahlmißbräuche: alles das sollte uns begreiflich machen, wie notwendig es ist, daß die Arbeiter endlich eine Kontrolle über die Gemeinderegierung gewinnen. Wir in Böhmen haben da sehr wertvolle Erfahrungen gemacht. In Žižkov wurden bei den letzten Wahlen der fünften Kurie sozialdemokratische Stimmzettel von den Kommissionsmitgliedern in den Kanal geworfen. (Hört! Hört!) Der Regierungsvertreter mußte davon wissen, aber er hielt es nicht für notwendig, einzuschreiten. Die Sache ist erst nach Jahren bekannt geworden, als sich die Gemeindevertreter untereinander zerstritten und dann die Geheimnisse der Korruptionswirtschaft verrieten. Derselbe Schwindel wurde auch in Karolinenthal und in vielen anderen Orten begangen. Auch den Landtagen müssen wir unsere Aufmerksamkeit zuwenden, schon deshalb, weil ja vom Landtagswahlrecht vielfach das Reichsratswahlrecht abhängt. In Böhmen wurde bis zum Jahre 1901 für den Landtag und daher auch in der fünften Kurie des Reichsrates indirekt gewählt, erst jetzt ist das direkte Wahlrecht eingeführt. Und in Mähren muß

noch immer der Wähler, wie ein Schulbub seine Lektion, bei der Wahlurne die Namen der Wahlmänner hersagen. Wieviel Stimmen wir auf diese Weise verlieren, läßt sich leicht ermessen, wenn man bedenkt, in welcher Abhängigkeit gerade auf dem Lande die besitzlosen Schichten sind.

Auf wessen Hilfe können wir nun bei diesem Kampfe zählen? Gibt es außer der Arbeiterschaft noch eine Schichte, die an einem anständigen Wahlrecht ein Interesse hätte? Es gibt doch noch bürgerliche Parteien, die gern mit ihrer demokratischen Gesinnung prunken, ja sogar einmal für das allgemeine Wahlrecht eingetreten sind! Aber wir haben im Laufe der Zeit eingesehen, daß das nur leere Prahlerei und Betrügerei ist und daß keine bürgerliche Partei aufrichtig für das gleiche Wahlrecht ist. Auch die sogenannten demokratischen Parteien sind im Wesen reaktionär und ihr Demokratismus reicht nur so weit, als sie noch die Hoffnung hegen, indifferente Arbeiter für sich zu gewinnen und ihren politischen Einfluß für ihre Kasseninteressen mißbrauchen zu können. Unsere Jungtschechen zum Beispiel haben lange die Welt getäuscht, indem sie sich stellten, als ob sie für das allgemeine gleiche Wahlrecht seien. Aber je stärker die Sozialdemokratie geworden ist, welche bekanntlich von den kleinbürgerlichen Unternehmern ausgebeutete wehrlose Lehrlinge, Frauen und Arbeiter kräftig zu schützen weiß, *um so mehr* hat die Liebe der Jungtschechen für das allgemeine Wahlrecht nachgelassen. Sie sind jetzt so tief gesunken, daß sie, wie die Klerikalen, Altschechen, Agrarier, nur noch eine „gerechte" Wahlreform verlangen, was in der Praxis so viel bedeutet, daß sie für die Erhaltung der Privilegien der Besitzenden sind. Und die Deutschfortschrittlichen? Nun, die haben nie ein Hehl daraus gemacht, wie weit es mit ihrer fortschrittlichen Gesinnung her ist. Im böhmischen Landtag haben sie jetzt Obstruktion gemacht, um die Wahlreform der Jungtschechen, die das Wahlrecht der Ehrenbürger aufheben wollten, zu verhindern. Es ist ja bezeichnend, daß die Jungtschechen keine andere Wahlreform zu machen wußten, und noch interessanter, daß sie, die in Mähren das Recht der Ehrenbürger genau so mißbrauchen, sich dagegen wehren, daß die Deutschliberalen dasselbe in Böhmen machen. Im mährischen Landtag sind die Tschechen und die Deutschen darangegangen, Frieden miteinander zu schließen. Sie haben aber den ganzen nationalen „Ausgleich" dem Wahlreformausschuß übergeben, was für sie die angenehme Folge hat, daß der Ausschuß für längere Zeit nicht dazu kommen wird, sich mit der Wahlreform zu beschäftigen, weil er überhaupt nicht gewillt ist, etwas Vernünftiges in der Wahlrechtsfrage zu tun.

Keine der bürgerlichen Parteien kommt also bei einem Kampfe für das Wahlrecht für uns in Betracht. Wir werden in diesem Kampfe ganz *allein stehen, uns ganz allein auf unsere Kraft verlassen müssen*. Ein kleines Häuflein fortschrittlicher Leute in Böhmen hat eine Liga für das allgemeine Wahlrecht gegründet. Aber sie finden kein Verständnis bei der sogenannten Intelligenz. In der Versammlung, die sie veranstalteten, haben sich nur die Arbeiter eingefunden, die Professoren, Beamten, Advokaten, Studenten haben sich bis auf eine ganz kleine Anzahl ferngehalten. Die Arbeiter haben also auch da auf keine Hilfe zu rechnen und sind angewiesen, ihre historische Aufgabe, die Träger des Fortschrittes und der Demokratie zu sein, allein durchzuführen. Da ist es aber um so notwendiger, daß die Arbeiterschaft mit aller Energie diesen Kampf führte. Die Stimme der Vernunft wird nicht gehört. Es ist derselbe Prozeß wie in dem Kampfe für die wirtschaftlichen Forderungen der Arbeiter. Da können die Arbeiter jahrelang an den gesunden Verstand der Arbeitgeber, an ihr Christentum und Mitleid appellieren; sie können in einem fort klagen, daß sie bei den Hungerlöhnen samt ihren Frauen und Kindern zugrunde gehen, sie können immer und immer darauf hinweisen, das die Erhaltung ihrer Gesundheit ein eminentes Interesse des Staates und der Gesellschaft ist: sie stoßen nur auf steinerne Herzen, taube Ohren und blinde Augen der Unternehmer. Erst dann, nachdem die Arbeiter entweder gut organisiert ihre Forderungen aufstellen oder nötigenfalls zu dem äußersten Mittel, dem Streik, zur Verweigerung der Arbeit greifen, erst dann sind die Besitzenden geneigt, zu verhandeln und Konzessionen zu machen. Im

politischen Kampfe ist es nicht anders. Solange wir unsere Rechte nur akademisch, in den Versammlungen und Resolutionen reklamieren und die Machthaber mit Beweisen des gesunden Verstandes überzeugen wollen, so lange wollen sie nicht sehen und hören. Die Wahlrechtsfrage ist eine reine Machtfrage. Darum wird es notwendig, auch zum anderen Mittel zu greifen und die Verweigerung der Arbeit auch in den Dienst des politischen Kampfes zu stellen. Wann und wie, ist eine Frage der Zukunft, welche aber beizeiten in unseren Organisationen ventiliert werden muß. Schon die Diskussion über diese Frage wird für die Aufklärung der Massen von großem Nutzen sein. Ich bin überzeugt, daß wir in Zukunft auch vor diesem äußersten Mittel nicht werden zurückschrecken können und daß sich die Dinge bei uns nicht anders entwickeln werden als in Belgien, wo die Arbeiter durch den allgemeinen Streik für das Wahlrecht kämpften. Man kann mir einwenden, daß auch in Belgien damit nichts erreicht wurde. Gewiß, der Versuch ist in Belgien nicht gelungen. Aber das spricht nicht gegen das Mittel, daß es nicht gleich zum Ziele führt. Der Gebrauch jeder Waffe erfordert eine gewisse Uebung, eine gewisse Schulung. Wir werden auch dieses Mittel gebrauchen lernen. Und wenn wir nicht sofort Erfolge erringen können, so werden doch unsere Bataillone im Kampf ihre Kraft erproben und sich für den späteren, siegreichen Kampf schulen. Dieser äußerste Kampf wird uns nicht erspart bleiben. Darum müssen wir uns beizeiten darüber klar sein, darüber nachdenken und in den Organisationen darüber beraten, kurz, die Arbeiter vorbereiten auf das, was kommen muß und kommen wird. (Beifall.)

Ich beantrage folgende Resolution:

Der Gesamtparteitag der sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Oesterreich, abgehalten in Wien, 9. November 1903, erklärt:

Die vornehmste Aufgabe des gesamten Proletariats Oesterreichs ist die Erringung des gleichen Wahlrechtes in alle Vertretungskörperschaften, als eines der Mittel zur Erreichung des Endzieles der klassenbewußten Arbeiterschaft: die Befreiung der Arbeit und des Proletariats aus dem Joche der kapitalistischen Ausbeutung durch Beseitigung der bisherigen Produktionsweise und Ersetzung derselben durch sozialistische Einrichtungen, welche allein eine freie und gesunde Entwicklung sowohl einzelner als auch ganzer Nationen gewährleisten.

Die Vertreter der organisierten sozialdemokratischen Arbeiterschaft konstatieren mit Genugtuung, daß die von der Partei inszenierte Bewegung für das gleiche Wahlrecht in den breiten Massen des arbeitenden Volkes ein stürmisches Echo fand, welches von neuem kategorisch die Regierung und die ihr verantwortlichen Kreise an ihre Pflicht mahnt, den berechtigten Forderungen der Arbeiterschaft sich nicht zu widersetzen und in den Wahlordnungen das gleiche Wahlrecht, welches der einzige Ausweg aus dem politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Zusammenbruche des Staates ist, durchzuführen.

Die Vertreter der organisierten sozialdemokratischen Arbeiterschaft konstatieren gleichzeitig aber, daß der Verlauf und die Ergebnisse des Kampfes für das gleiche Wahlrecht Zeugnis ablegen, daß die Bourgeoisie aller Nationalitäten samt ihren kleinbürgerlichen Trabanten sowie auch der Klerus und die Bureaukratie ihrer historischen Aufgabe, die Lakaien und Schildträger der Reaktion zu sein, treu geblieben sind. In allen Orten und Ländern Oesterreichs, auch in den vorgeschrittensten, blieben diese Faktoren gegenüber der Bewegung Hunderttausender ärmerer ihrer Mitbürger für die Gleichberechtigung taub und blind; ja in einer ganzen Reihe von Fällen versuchten sie den einmal schon durchgeführten und deshalb bewährten Raub an den Volksrechten mit der Einführung einer allgemeinen Kurie in die Gemeinde und den Landtag zu wiederholen, wobei sie von der reaktionären Regierung Koerber unterstützt werden. Die listige und verschlagene Handlungsweise dieser Schichten in dieser Frage der echten Demokratie legte dem Proletariat die Pflicht auf, mit aller Energie die Wiederholung

dieses Raubes zu vereiteln und die Schärfe seines gerechten Zornes gleich rücksichtslos gegen die bürgerlichen politischen Parteien sowie auch gegen alle ausgesprochenen Feinde des Fortschrittes und der bürgerlichen Gleichberechtigung, gegen den Adel, die Kapitalisten und Regierungskreise zu wenden.

Indem die Vertreter der organisierten Arbeiterschaft den Opfern des unvernünftigen und gehässigen Eingreifens der Organe der Machthaber in den mannhaften Wahlrechtskampf der Arbeiter ihre brüderlichen Sympathien aussprechen, warnen sie vor der Anwendung von Gewaltmitteln gegen die Arbeiter in der Ueberzeugung, daß Gewalt wieder nur Gewalt erzeugt.

Die Vertreter der organisierten sozialdemokratischen Arbeiterschaft sprechen wiederholt ihre Ueberzeugung aus, daß, solange nicht das gleiche Wahlrecht und die Beseitigung der Privilegien der Geburt und des Besitzes errungen werden, nicht erwartet werden kann, daß die unfähigen gesetzgebenden Vertretungskörper an die Lösung der dringendsten wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Fragen der Zeit herantreten werden. Privilegien führen immer zur Selbstbereicherung, zur Korrumpierung und Entartung des ganzen öffentlichen Lebens.

Der Parteitag fordert daher die gesamte Arbeiterschaft aller Nationalitäten Oesterreichs auf, in dem energisch eingeleiteten Kampfe für das gleiche Wahlrecht in die Gemeinde, das Land und Reich womöglich noch energischer durch Veranstaltungen von Manifestationen, Meetings und Volksversammlungen, durch mündliche Agitation und die Presse auf der ganzen Linie fortzufahren, ihn zu steigern und vor keinem Opfer im Kampfe für diese ihre wichtigste Forderung zurückzuschrecken. Sollte kein anderes Mittel übrigbleiben, ist beizeiten zu erwägen, ob es nicht notwendig wäre, wie häufig im wirtschaftlichen, so auch in diesem politischen Kampfe, zur Erringung der Volksrechte das äußerste Mittel anzuwenden.

Der Parteitag fordert endlich das gesamte Proletariat Oesterreichs auf, unter allen Umständen sich für die kommenden schweren und siegreichen Kämpfe durch Ausbau einer festen politischen und gewerkschaftlichen Organisation und Vervollkommnung seiner Presse sich vorzubereiten und kampfbereit zu halten.

Špera (Brünn, tschechisch): Die Stimmung zum Kampfe für die Wahlreform war im Volke vorhanden, wenn auch der Referent das bestreitet. Aber wir selbst haben das Volk zurückgehalten. Wir warteten, was in Wien geschehen werde. Aber in Wien ist dann die Bewegung plötzlich schwach geworden und so hat dann auch die Bewegung in der Provinz nachgelassen. Wenn die Wiener Genossen vorangemarschiert wären, so wären wir draußen mit Begeisterung losgegangen. Der Fehler lag bei der Leitung der Partei und es wäre zu wünschen, daß diese Leitung in Zukunft etwas energischer und zielbewußter wäre, dann würde auch das Vorgehen in der Provinz einheitlicher sein können.

Habermann (Pilsen, tschechisch): Ich kann den Ausführungen des Referenten nicht zustimmen. Der Gedanke des gleichen Wahlrechtes gewinnt meiner Ueberzeugung nach immer mehr Boden. Auch die Landtage müssen sich jetzt mit der Wahlreform beschäftigen. Gestern zum Beispiel wurde dazu der steirische Landtag gezwungen. Es ist allerdings notwendig, die Bewegung nicht aufhören zu lassen. Auch ich lege besonderes Gewicht auf die Wahlen in die Gemeindevertretungen. Solche Gemeinden wie Žižkov gibt es in Böhmen eine ganze Menge. Schon deshalb ist es notwendig, eine Wahlreform für die Gemeinden zu erstreben. Mit dem, was der Referent über die Notwendigkeit schärferer Mittel gesagt hat, stimme ich vollkommen überein. Daß man, wenn man nur will, auch ernste Kämpfe durchführen kann, zeigt uns der Bierboykott, den wir in Böhmen mit einem solchen Erfolg durchgeführt haben. Durch diesen Kampf wurden die Landesfinanzen sehr in Mitleidenschaft gezogen. Es wäre gut, darüber nachzudenken, ob man nicht mit diesem Kampfesmittel einen Erfolg erzielen könnte. Genosse Špera hat darauf hingewiesen, wie wichtig es für die Wahlrechtsbewegung ist, daß die Wiener Arbeiter an der Spitze

marschieren. Ich stimme dem zu und wünsche nur, daß die Wiener Genossen endlich uns die Parole geben zum Kampfe, wir werden gewiß alle auf unserem Platze sein.

Genossin **Schlesinger** (Wien): Der Punkt, den wir jetzt behandeln, steht mit dem gestrigen Thema in engem Zusammenhang. Gestatten Sie mir daher, daß ich deshalb auch auf die gestrige Debatte zurückgreife. Die Kritik, die Winarsky an der Tätigkeit unserer Fraktion verübt hat, hat nicht nur, wie Adler sagte, auf das Problem hingewiesen, wie sich die Sozialdemokratie zu der Militärpolitik im allgemeinen verhält, sondern auch auf das noch viel tiefere Problem, wie revolutionäre Taktik mit praktischer Tagespolitik zu vereinen sei. Wenn Ellenbogen gesagt hat, der Standpunkt Winarskys bedeute in seiner letzten Konsequenz die Uebereinstimmung mit der Anschauung der Unabhängigen, welche alle parlamentarische Tätigkeit als opportunistisch zurückweisen, so gibt es doch wohl niemanden in diesem Saale, der auf diesem Standpunkt steht. Aber dieses Kurienwahlrecht hat den Konflikt zwischen revolutionärer und praktischer Tätigkeit verschärft. Ich glaube wirklich, daß die Politik, welche unsere Fraktion geübt hat, nicht allen Genossen genug klar und verständlich war; daran aber ist nicht unsere Fraktion, sondern die fünfte Kurie schuld. Die Machtlosigkeit, zu der uns diese verurteilt, bewirkt nur zu oft, daß unsere Abgeordneten mit dem ganzen Aufgebot unserer Kampfesmittel kleine und leider oft auch kleinliche Vorteile erzielen müssen. Wir wissen also, wohin wir uns mit unserer Unzufriedenheit zu wenden haben. Diese Unzufriedenheit soll als ein Feuer in unsere Wahlrechtsbewegung einschlagen. Nur einige Worte noch zu der Resolution der Frauenkonferenz. Sie enthält nichts als Selbstverständlichkeiten, die anzunehmen jeder Sozialdemokrat sich längst verpflichtet hat. Wenn Sie dafür stimmen, daß diese Resolution durch den Gesamtparteitag zur Kenntnis genommen wird, dann erwarten wir von Ihnen allerdings auch die Erfüllung ihres Inhaltes. Genosse Adler hat in seinem großen Herz Platz für die Resolution, er hat ja schon in Graz einen ähnlichen Beschluß empfohlen; der wurde angenommen, aber, wie mancher andere, bisher nicht in Tat umgesetzt. Stimmen Sie heute für diese Resolution, so müssen Sie auch darnach handeln. Wer das nicht tun will, stimme lieber ehrlich dagegen.

Dolezel (Wien, tschechisch): Der Referent hat erwähnt, das die tschechische Exekutive die Reichsparteivertretung immer drängen mußte, daß sie doch etwas tue. Wir tschechischen Sozialdemokraten in Wien haben eine Reihe von Versammlungen in Wien abgehalten, zu denen wir Genossen Vaněk aus Prag als Referenten bestellten. Die „Arbeiter-Zeitung" hat unsere Versammlungen totgeschwiegen. Ich stelle daher folgenden Antrag:

Der Parteitag beschließt, daß in allen täglich erscheinenden Blättern der sozialdemokratischen Partei Oesterreichs eine ständige Rubrik für das allgemeine Wahlrecht einzuführen sei, unter der jede Wahlrechtsbewegung veröffentlicht werden soll.

Dr. Morgenstern (Mähr.-Schönberg): Als wir in der Provinz das Zirkular der Parteivertretung erhielten, daß die Partei in die Wahlrechtsbewegung eintrete, da sagten wir: Endlich! Es hat lange gedauert. Schon auf dem Grazer Parteitag wurde sie beschlossen. Mit dem bisherigen Verlauf sind wir sehr wenig zufrieden. Dieser Vorwurf richtet sich vor allem gegen die Presse. Namentlich unser führendes Zentralorgan könnte da mehr leisten, als es bisher getan hat. Es geht doch nicht an, die Wahlrechtsbewegung dann und wann mit drei oder vier Zeilen zu betreiben. Ich wünsche nur, die Genossen der „Arbeiter-Zeitung" mögen darauf bedacht sein, daß sie durch eine starke Betonung in der Presse die Wahlrechtsbewegung am wirksamsten fördern können. Betrachten Sie nur, wie viel Reklame die Alldeutschen mit ihrer „Los von Rom"-Bewegung zu machen verstehen und wie kärglich unsere Wahlrechtsversammlungen von der „Arbeiter-Zeitung" erwähnt werden. In der Provinz sagt man, die Bewegung wird nicht mit dem genügenden Eifer geführt. Die Versammlungen allein genügen nicht. Schließlich wenn die Leute in den Versammlungen fünf, sechs Jahre dasselbe erzählt erhalten,

(Austerlitz: Auch die Leser!) Die Wahlrechtsbewegung muß überhaupt in den Großstädten am lautesten vor sich gehen, die Provinz ist dazu weniger geeignet. Aber vor allem ist es endlich an der Zeit, daß die Wahlrechtsfrage im Parlament aufgerollt werde. Man vertröstet uns immer auf den richtigen Moment. Ich glaube, mit dem fortwährenden Warten auf eine günstige Gelegenheit wird schließlich jede Gelegenheit verloren gehen. Erst wenn von der Tribüne des Parlaments die rechten Worte fallen, wird die Wahlrechtsbewegung ordentlich vorwärtsgehen. Damit, daß unsere Abgeordneten bei jeder Frage auf das Wahlrecht hinweisen, wird die Wahlrechtsbewegung nicht so gefördert, als wenn in einer einheitlichen Debatte, sagen wir auf dem Wege eines Dringlichkeitsantrages, die ganze Frage aufgerollt wird und dann draußen das Echo erweckt wird. Erinnern Sie sich an die Wirkung der einstigen Reden Pernerstorfers im Parlament in den Jahren 1895 und 1896. Bei dieser Gelegenheit möchte ich auch noch an den beim vorigen Gesamtparteitag angenommenen Antrag erinnern, der sich mit der Beseitigung der ärgsten Uebelstände in den bestehenden Wahlordnungen befaßt. Von unserem mährischen Landtag ist eine Reform nicht zu erzielen. Den vorigen Wahlrechtsausschuß haben die Tschechen gesprengt, jetzt werden ihn die Deutschen sprengen. (Zwischenruf: Das ist nationale Gleichberechtigung! — Heiterkeit.) Wenn man erwägt, daß die meisten Landtage schon an die Einführung der direkten Wahlen geschritten sind, so bleiben nur wenige Landtage, die zu dieser notwendigen Arbeit nicht fähig wären, übrig, und es dürfte doch nicht ganz aussichtslos sein, die Arbeit im Parlament zu lösen. (Zwischenruf: Aber! Aber!) Auf die Regierung können wir in Bezug auf die Wahlreform nicht rechnen. Koerber hat zwar einmal mit der Einführung des Wahlrechtes gedroht, heute jedoch steht er auf dem Standpunkte der Einführung dieser miserablen fünften Kurie in die Landtage, er will das Badenische Unrecht also noch befestigen. Mit dem Absatz, daß der Generalstreik auch ins Auge gefaßt wird, erkläre ich mich vollständig einverstanden. Trotz aller Erfahrungen in Belgien, Frankreich, Spanien bin ich der Meinung, daß es ohne dieses Mittel nicht gehen wird. Wir müssen endlich wie die Genossen im Ausland zu den äußersten Mitteln greifen. Die herrschenden Klassen sollen sehen, daß wir für diese Forderung mit unserer ganzen Energie kämpfen wollen. (Bravo!)

Behr (Krumau): Ich bin auch der Meinung, daß es im Interesse der Wahlrechtsbewegung läge, wenn im Parlament eine Aktion erfolgte, aber sie müßte mit Wucht und Nachdruck eingeleitet werden. Die Bewegung geht naturgemäß von den großen Städten aus. In den Provinzen sind breite Schichten noch ohne Verständnis der Notwendigkeit des Wahlrechtes. Die Partei müßte mehr Agitation auf jene brachliegenden Bezirke wenden, wo der Industrialismus noch schwach entwickelt und wo es daher schwerer ist, große Massen zu organisieren. Es müßten dorthin bekanntere Redner entsendet werden. Früher ist das geschehen und da ist es doch gelungen, Tausende von Menschen zusammenzubringen, die oft meilenweit herbeikamen. Auch heute wäre das möglich, wenn wir die entsprechenden Referenten hätten, deren Popularität die Massen herbeizieht. Man sagt immer: Das geht nicht; die paar Abgeordneten, die wir haben, sind mit Geschäften und agitatorischer Arbeit so überhäuft, daß da nichts zu machen ist. Da muß doch wenigstens das denkbar Mögliche geleistet werden. Die indifferente Masse kommt eben nur, wenn ein bekannter Name sie lockt.

Noch eine Frage möchte ich berühren: ob es nämlich nicht notwendig wäre, im Kampfe das äußerste Mittel anzuwenden. Damit kann nur gemeint sein: der politische Generalstreik. Diese Frage wird immer wieder auftauchen, wir kommen darüber nicht hinweg. Auch die Genossen im Deutschen Reiche erwägen bereits, was zu tun wäre, wenn die Reaktion es unter dem Eindruck der gewaltigen Siege wagen sollte, das Wahlrecht anzutasten. Ich weiß, daß wir nicht heute oder morgen mit dem Generalstreik beginnen können. Aber immer müssen wir unsere Genossen auf dieses letzte Mittel hinweisen, sie allmählich mit diesem Gedanken vertraut machen, ihnen allmählich zum Bewußtsein bringen, daß in der Politik ebenso wie in

der gewerkschaftlichen Bewegung der Streik das letzte Mittel ist. Es ist die einzige Art, wie wir Revolution machen können; Revolutionen mit Gewalt sind heute nicht mehr möglich. Und um den Generalstreik möglich zu machen, müssen wir mit leidenschaftlichem Eifer politisch und gewerkschaftlich organisieren (Hueber: Soldaten bewilligen und Generalstreik!), und zwar nicht bloß in den großen Städten, sondern auch in der Provinz und selbst dort, wo keine großen Industriebezirke sind. (Beifall.)

Prähauser (Salzburg): Ich habe mich nur zum Worte gemeldet, weil mir die Resolution zu inhaltslos scheint. Was empfiehlt man uns denn? Nichts anderes, als was wir bisher unablässig und unermüdlich getan haben. Ich habe mich oft darüber gewundert, wie die „Arbeiter-Zeitung" es zusammenbringt, so alle Tage dasselbe Thema zu variieren. Die Sache muß ja den Genossen dort schon vor Ekel beim Halse herauswachsen. Wir haben alles gemacht. Pfui! gerufen, vor den Fenstern der Reaktionäre demonstriert. Immer und immer wieder. Bisher hat nichts geholfen. Ja, was soll man zum Schluß tun? Die Resolution läßt durchblicken, daß wir einmal zum Generalstreik greifen können. Dagegen bin ich nun entschieden. Warum sollen wir Proletarier uns selbst das Blut abzapfen, wenn wir Gelegenheit haben, unseren Gegnern das Messer in den Leib zu rennen? Wir haben in allen größeren Städten und Industrieorten die Konsumvereine, in kleineren Orten gibt es kleine Geschäftsleute, welche mit unseren Bestrebungen sympathisieren, bei diesen soll die Arbeiterschaft einkaufen.

Das sind die Mittel, unser borniertes Kleinbürgertum kirre zu machen, es dafür zu züchtigen, daß es solche Vertreter ins Parlament entsendet. Für das Frauenwahlrecht bin ich ganz entschieden. Es ist ja richtig, daß die Frauen mit ihrer Frömmigkeit den Klerikalen leicht zur Beute werden. Aber gerade in der Konsumvereinssache sind sie ein maßgebender Faktor, und damit können sie sehr leicht gewonnen werden. Keineswegs dürfen wir es so machen wie die belgischen Genossen. (Zustimmung und Widerspruch.)

Schrammel (Aussig): Ich halte es für verfehlt, daß hier wieder wie auf jedem Parteitag vom Generalstreik gesprochen wird. Unsere Aufgabe ist, unsere Organisationen besser auszugestalten und dann werden wir schon sehen, was zu geschehen hat. Vorläufig ist es Sache der Vertrauensmänner der verschiedenen Organisationen, die Massen darüber zu belehren, wie notwendig eine Wahlrechtsbewegung ist. Von Genossen Morgenstern wurde hier gesagt, daß in der „Arbeiter-Zeitung" zu wenig Propaganda für das Wahlrecht gemacht wird und daß eine derartige Parlamentsdebatte belebend wirken würde. Ich glaube, es ist geschehen, was getan werden konnte. Kein Artikel der „Arbeiter-Zeitung" ist erschienen und keine Rede im Parlament gehalten worden, wo nicht schließlich auf die Schädlichkeit des heutigen Wahlsystems hingewiesen worden wäre. Mehr kann nicht mehr geschehen. Was hätte im Parlament in den letzten Jahren eine Aktion für das gleiche Wahlrecht bei diesem Chaos genützt? Wenn ich nicht irre, ruht so wie so ein Antrag auf Einführung des allgemeinen gleichen und direkten Wahlrechtes im Verfassungsausschuß. Zum Wort gemeldet habe ich mich aber vor allem wegen des Antrages der Frauenkonferenz. Ich bin mit der Resolution vollständig einverstanden, bedauere aber, daß viele Genossen in dieser Hinsicht etwas rückständiger denken. Wenn wir die Wahlen ins Auge fassen, so wissen wir, wie die bürgerlichen Frauen aus dem Mittelstande politisch mißbraucht werden. Der Schwindel mit den Vollmachten von Frauen hat uns in vielen Gemeinden zu Fall gebracht. Das beweist, wie nötig die Aufklärung der Frauen ist. (Hueber: Der bürgerlichen?) Der kleinbürgerlichen, die in der Provinz leichter wie in der Großstadt zu gewinnen wären! Ueber Nacht und auf einmal können die Frauen nicht politisch gemacht werden. Aber fangen wir diese Aufklärung nur erst an! Frauenorganisationen wurden in verschiedenen Orten gegründet, die selbstverständlich unter der Aufsicht der Bezirksverbände stehen und diese Aufklärungsarbeit leisten. Auch in anderen Orten werden uns solche Frauenorganisationen nur nützen. (Beifall.)

Leibfried (Dornbirn): In der Agitation für das Wahlrecht sind wir

einig. Wir müssen uns nur darüber schlüssig werden, wie wir die Wahlrechtsbewegung wieder in Fluß bringen. So lauwarm kann die Geschichte nicht weitergehen, namentlich in der Provinz, wo die Masse noch sehr indifferent ist, trotzdem die Stimmung der organisierten Arbeiter daselbst der Wahlrechtsbewegung günstig ist. Noch so gute Referenten wirken in der Provinz nicht so wie Reichsratsabgeordnete; ein Abgeordneter wirkt in der Ankündigung eben als Zugtier. (Heiterkeit.) Die Frauen werden von den Pfaffen so schön am Narrenseil geführt, daß wir doch vorsichtig in der Agitation für das Frauenwahlrecht sein müssen. Ich glaube, kein einziger Sozialdemokrat würde jetzt ins Parlament kommen, wenn die Frauen heute schon das Wahlrecht fürs Parlament hätten, aber trotzdem bin ich aus prinzipiellen Gründen für das Frauenwahlrecht. Das Wichtigste ist, daß die Wahlrechtsbewegung stärker einsetzt, im Parlament sowohl wie auf der Straße. Es muß wieder mehr Begeisterung in die Massen getragen werden. Nicht nur in den paar Großstädten, sondern auch in der Provinz muß es wieder lebendig werden und erwarte ich daher, daß die Reichsparteileitung die etwas rückständigen Provinzorganisationen finanziell unterstützt und Redner zur Verfügung stellt.

Skaret (Wien): Das Lied über den Mangel an Abgeordneten als Referenten, das der Vorredner angestimmt hat, möchte ich gleich abtun. Es läuft kein Ansuchen um Referenten ein, wo nicht das Verlangen nach Abgeordneten ausgesprochen wäre. Ueberließe man uns noch die Auswahl der Abgeordneten, so ließe sich noch darüber reden. Man macht nämlich auch noch unter den Abgeordneten eine scharfe Auslese. Nur zwei, höchstens drei Mann läßt man uns zur Auswahl. Jeder andere wirkt nicht genügend, sagt man. Was schleicht sich da ein? Ich frage, wer legt denn so viel Gewicht darauf, daß der oder jener der Referent sein muß? Die Spießbürger in den einzelnen Orten! Für derlei leere Galavorstellungen sind unsere Abgeordneten uns wirklich zu gut. Erwarten die Genossen denn vielleicht dadurch, daß diese Schaustellungen das Bürgertum am Ort überzeugen werden? Die Leute kommen allerdings etwas zahlreicher in die Versammlung, weil sie die Neugier hintreibt, nicht weil sie erfahren wollen, was die Sozialdemokratie fordert. (Diamand: Aber sie hören doch, was er sagt!) Von Bekehrungen kann keine Rede sein. Wenn einer von uns hinausgeht, hat er sich ausschließlich nur auf die Gewinnung der Arbeiter, nicht aber auf eine ganz aussichtslose Bekehrung des Bürgertums zu verlegen. (Austerlitz: Auch bei Wahlrechtsversammlungen?) Wenn Sie wollen — auch dort. Genossin Schlesinger hat in ihrer einschmeichelnden Weise (Genossin Schlesinger: Wem habe ich geschmeichelt?) für die Anerkennung der Beschlüsse der Frauenkonferenz Stimmung gemacht. Aber wir können nicht gestatten, daß eine andere Konferenz ihre Beschlüsse hierher bringt. Dann kann auch der Gewerkschaftskongreß seine Beschlüsse dem Parteitag unterbreiten. (Hueber: O nein, da kannst du ruhig sein, Skaret, das werden wir nicht tun!) Wir erkennen gerne an, daß die Genossinnen auf ihrer Konferenz in dem einen Tag Außerordentliches für ihre Bewegung geleistet haben. Weil daher keiner unter uns ist, der das nicht anerkennen würde, genügt es, daß wir die Beschlüsse der Frauenkonferenz heute zur Kenntnis nehmen. Wir wollen hier nicht jeden einzelnen Beschluß der Gefahr einer neuerlichen Diskussion und Abstimmung aussetzen. (Genossin Schlesinger: Verlangen wir ja gar nicht!) Ja, und deswegen können wir eben nicht alles in Bausch und Bogen fressen. Vielleicht könnten wir nicht jeden einzelnen Beschluß annehmen. Um diese Diskussion zu unterlassen, empfehle ich Ihnen, daß wir alle die Beschlüsse der Frauenkonferenz einfach zur Kenntnis nehmen.

Dr. Adler: Die Frage des Wahlrechtes muß natürlich bei uns auf der Tagesordnung stehen, denn sie ist die grundlegende Frage der österreichischen Politik. Gerade darum stehen wir vor der Schwierigkeit, daß wir diese Not, die immer da ist, nicht immer zu einer brennenden, großen Agitation machen können. Unser politischer Kampf ist wesentlich ein Kampf ums Wahlrecht; aber Sie können nicht erwarten, irgend eine Bewegung auf längere Zeit in *einer Höhe* zu erhalten, die die Leidenschaften in gleicher Weise zu erhalten

vermag. Das ist psychologisch, auch massenpsychologisch unmöglich. Wir müssen das Bewußtsein von der Elendigkeit unseres Wahlrechtes immer lebendig erhalten bei uns, bei den bürgerlichen Parteien, bei der Regierung, aber wir können unmöglich fortwährend den Kampf in jener Siedehitze, auf jener Höhe halten, in die er nur zu gewissen Zeiten bei günstigen Gelegenheiten hinaufgetrieben werden kann. Wenn ich also glaube, daß wir für den Wahlrechtskampf tun, was wir können, möchte ich doch jenen Rednern entgegentreten, die in dem Hinweis in der Resolution, daß das Proletariat schließlich auch noch andere, äußerste Mittel zur Verfügung hat, einen nicht opportunen, unerwünschten Hinweis auf den Generalstreik sehen. Wir wissen nicht, ob das österreichische Proletariat zum Generalstreik kommen wird, aber wir wissen ebensowenig, ob er uns erspart sein wird. So gewissenlos es wäre, für die nächste Zeit einen Generalstreik zu politischen Zwecken anzukündigen, ebenso unklug, ja unverantwortlich wäre es, den Generalstreik abzuschwören. Die Erfahrungen des Auslandes geben dazu keinen Anlaß. Der Generalstreik in Belgien war für mich — im Gegensatz zu vielen Genossen — ein Beweis, daß es bei einer tüchtigen Organisation möglich ist, den Generalstreik eintreten zu lassen und, was ich früher für ganz unmöglich hielt, auch zu beendigen. Ich habe den glorreichen Rückzug der belgischen Genossen für einen der größten Erfolge der Organisation gehalten, der je da war! Wir wissen alle: Was wir unternehmen, jede Aktion wird erst dann von großer Bedeutung, wenn wir unsere Handlungen bewußt beginnen und auch bewußt beenden können. Das schien beim Generalstreik unmöglich; nun zeigt es sich: er ist in einer vernünftigen, besonnenen, klaren Weise zu Ende zu führen. Darum bin ich nicht dafür, unsere Gegner zu beruhigen, daß sie davor sicher sind. Wir würden in ihnen damit eine gefährliche Illusion nähren. Abschwören wollen wir den Generalstreik nicht. Wann, wie, ob, das steht dahin.

Die Genossinnen von der Frauenkonferenz, die über alles Erwarten gut abgelaufen ist, bringen uns vor den Parteitag die Produkte ihrer Tätigkeit. Wir sollen ihre Resultate zur Kenntnis nehmen. Wir haben ja nichts dagegen, daß das geschieht. Aber die Genossinnen dürfen nicht erwarten, daß wir uns hier, wo wir eine reichliche Tagesordnung zu erledigen haben, auch noch eine Diskussion über das Frauenwahlrecht aufdringen lassen. Wir sind mit unserem Herzen (Heiterkeit) bei ihnen, aber wir haben jetzt aktuellere Dinge zu erledigen.

Nachmittagssitzung.

Die Debatte wird fortgesetzt.

Johanis (Prag, tschechisch): Der Referent hat einige Anregungen gegeben, wie man den Kampf für das Wahlrecht wieder etwas lebendiger machen könnte. Dabei hat er ein wichtiges Mittel vergessen: den Kampf unserer Abgeordneten im Parlament. Wenn diese so vorgehen, daß sie die Zufriedenheit der breiten Massen erregen, so wird auch die Begeisterung für das Wahlrecht entfacht werden. Der Generalstreik ist kein Mittel, über das man so einfach aburteilen kann. Der Gedanke des Generalstreiks hat schon an sich große propagandistische Bedeutung. Schon die Drohung mit dem Generalstreik. Herr v. Koerber wird vielfach, auch von unseren Genossen, für einen modernen Menschen gehalten. Aber Koerber ist nicht anders, als seine Vorgänger waren, das hat sich gerade in der Wahlrechtsfrage gezeigt. Vergessen wir nicht, daß Koerber sich grundsätzlich für die fünfte Kurie in den Landtagen ausgesprochen hat. Der Kampf für das Wahlrecht in die Landtage könnte auch mit mehr Energie geführt werden. Da muß ich gerade unseren deutschen Genossen in Böhmen den Vorwurf machen, daß sie es an dieser nötigen Energie sehr fehlen ließen. (Beifall.)

Prokesch (Mähr.-Ostrau, tschechisch): Wir haben in den letzten Jahren allerlei große Aktionen vorgenommen, für die Altersversicherung, gegen das Attentat auf die Gewerkschaften, gegen die Wucherzölle. Aber ich muß konstatieren, daß wir bei keiner Aktion so viel Anklang fanden als bei der Aktion *für das Wahlrecht. Damit ist dokumentiert*, daß die Forderung des allgemeinen

Wahlrechtes noch immer unter den Arbeitern lebendig ist. (Beifall.) Unsere bürgerlichen Parteien im mährischen Landtage stellen sich so, als ob sie für die Wahlreform für den Landtag wären. Aber in Wirklichkeit tun sie alles, um das Wahlrecht für den Landtag zu verhindern. Sie täuschen uns nicht. Wir wissen, daß alle diese Parteien, Deutsche wie Tschechen, Feinde der Wahlreform sind. (Beifall.)

Nießner (Brünn) beantragt Schluß der Debatte. (Angenommen.)

Es folgt nun das Schlußwort des Referenten

Vaněk: Ich stelle mit Genugtuung fest, daß gegen die vorgeschlagene Resolution keine Einwendung erhoben worden ist. Deswegen habe ich es nicht mehr notwendig, darüber weiter zu reden. Nur auf einige, wie mir scheint, unrichtige Auffassungen einzelner Redner will ich zurückkommen. Habermann ist der Meinung, daß es zweckmäßig wäre, dem Staate Steuern zu hinterziehen durch eine Einschränkung des Konsums. Das ist leichter gesagt als getan. Wir haben es ja beim Bierkrieg gesehen, wie ungeheuer schwer es ist, da durch Enthaltung den Staat nur um zwei Millionen Steuern zu bringen. Wie unmöglich wäre es da erst bei jenen Artikeln, die nicht, wie das Bier, entbehrliche Genußmittel, sondern unentbehrliche Nahrungsmittel sind, und die sind ja alle mit Steuern belegt. Es würde also ein in dieser Richtung geführter Kampf so viel bedeuten, daß wir den Arbeitern auferlegen, nicht zu essen und nicht zu trinken, weil für die besteuerten Lebensmittel kein Ersatz geboten werden kann. Genosse Prähauser erblickt in den Konsumgenossenschaften ein geeignetes Mittel für den Kampf um politische Rechte. Das ist ja nicht zu bezweifeln, aber es wäre töricht, sich auf die Konsumvereine allein zu verlassen. Mit Konsumgenossenschaften treffen wir die Großkapitalisten, die da entscheidend sind, nicht. Die fürchten sich mit ihren Trusts und Kartellen und Verbänden nicht davor. Mit der Waffe können wir bloß die Kleinbürger und die Kleinhändler treffen. Auch Genosse Adler meint richtig, daß wir immer auf unsere letzte und schärfste Waffe hinweisen und die Arbeiterschaft mit dem Gedanken vertraut machen sollen, sie, wenn es sein muß, zu gebrauchen. Wenn er aber zugleich sagt, daß man sich nicht allzu rasch ausgeben solle, weil man die Bewegung nicht dauernd auf einem Siedepunkt erhalten kann, so muß ich einwenden, daß wir in den letzten acht Jahren die Bewegung nie auf einen Siedepunkt gebracht hatten. Wir haben nicht genug getan, es wird notwendig sein, daß die Partei öfter und nachhaltiger eingreift und der Bewegung neue Antriebe gibt und immer und immer neue Nahrung zuführt. Wenn die Parteivertretung nur beschließt, eine Wahlrechtsbewegung einzuleiten, sich aber um die weitere Entwicklung nicht kümmert, ist nichts natürlicher, als daß anstatt einer Steigerung eine Erschlaffung der Bewegung eintritt. Es ist gewiß, und das haben wir namentlich in der letzten Zeit erfahren, daß die Arbeiter schon satt sind der ewigen Versammlungen und Resolutionen und daß sie darauf warten, von schärferen Mitteln Gebrauch machen zu können. Genosse Adler hat in einer Wiener Versammlung, in der über die letzten brutalen Angriffe der Christlich-Sozialen verhandelt wurde, einen schönen Satz ausgesprochen, der von uns in unserem Kampfe für das gleiche Wahlrecht beherzigt werden muß. Er sagte: „Die Wahrheit ist eine große Sache; wenn sie aber siegen soll, muß man ihr zum Siege verhelfen!“ Dies gilt nicht nur für die bürgerlichen Professoren, sondern in unserer Wahlrechtsbewegung auch für uns. Wollen wir das allgemeine gleiche und direkte Wahlrecht in den Reichsrat, die Landtage und die Gemeindevertretungen erlangen, dürfen wir vor keinem Kampfe zurückschrecken, und müssen wir vor allem auch von den äußersten Mitteln und Waffen Gebrauch machen, den Kampf so lange und beständig fortsetzen, bis wir den Sieg erreichen. Wir müssen nicht bloß die Regierung, sondern auch die bürgerlichen Parteien angreifen, denn die sind es vor allem, die sich vor das gleiche Wahlrecht stellen.

Es liegen bloß die Anträge der Frauenkonferenz und des Genossen Doležel vor. Den ersteren können wir natürlich nicht weiter verhandeln, *sondern nehmen ihn* zur Kenntnis. Der zweite Antrag ist annehmbar wie

einer kleinen Aenderung. Anstatt: „Es ist eine Rubrik einzuführen, worin alle Wahlrechtsbewegungen registriert werden", soll es heißen: „... in welcher jede Wahlrechtsbewegung im In- und Auslande verfolgt werden muß".

Vorsitzender: Zu einer persönlichen Bemerkung hat das Wort Genossin

Schlesinger (Wien): Genosse Skaret hat von meinem einschmeichelnden Wesen gesprochen. Ich frage ihn, ob er einen einzigen Fall anführen kann, in welchem ich durch andere als sachliche Argumente auf irgend einen Genossen einzuwirken versucht habe. Wenn ich mich erst einschmeicheln müßte, um Genossen zur Anerkennung prinzipiell anerkannter Dinge zu bewegen, so wäre das eigentlich kein gutes Zeugnis für die Genossen. Ich könnte Ihnen hier Proben meiner Einschmeichlungskunst geben, aber ich berufe mich auf Genossen Dr. Adler als Zeugen, ob er mir nicht gesagt hat: „Stellen Sie sich nicht auf diesen Standpunkt, Sie machen sich dadurch unbeliebt." Ich erwiderte ihm: „Ich werde tun, was meiner Ueberzeugung entspricht." Glauben Sie vielleicht, daß ich mich bei Dr. Wähner und Lothar Schäffer, als ich in die Höhle des Löwen ging, um diese Ehrenmänner wegen ihrer Beschimpfung der sozialdemokratischen Frauen zur Rechenschaft zu ziehen, einschmeicheln wollte? Als ich vor sieben Jahren zur Partei kam, wußte ich, daß ich von den Feinden schmutzig angegriffen werde; ich wußte aber nicht, daß auch Genossen mich hier persönlich, hier wie auf der Frauenkonferenz, angreifen werden. Aber wie immer es sei, ich werde unbeirrt an den Grundsätzen der Partei festhalten.

Skaret (Wien): Ich wollte alles andere, nur keinen persönlichen Angriff auf die Genossin Schlesinger unternehmen, als ich von ihrer einschmeichelnden Weise sprach. Darin kann gewiß niemand einen persönlichen Angriff finden. (Rufe: Sehr richtig!) Ich berichtige, daß mir nichts ferner gelegen ist als ein solcher Angriff.

Dr. Adler (mit Zurufen empfangen): Ich kann nichts dafür (Heiterkeit), Genossin Schlesinger hat mich als Zeugen angerufen. Es ist weder Skaret noch mir eingefallen, die Tüchtigkeit, Opferwilligkeit und die fleißige Parteiarbeit der Genossin Schlesinger in den geringsten Zweifel zu ziehen. Genossin Schlesinger hat uns aber überdies noch beweisen wollen, daß sie auch den harmlosesten Spaß nicht versteht. Ich muß als angerufener Zeuge anerkennen, daß ich ihr Streben immer für ernst, aber nicht immer für sehr klug gehalten habe. Das ist mein gutes Recht, gegenüber Genossinnen so gut wie gegenüber Genossen. (Genossin Schlesinger: Welchem Genossen ist das schon gesagt worden?) O, sehr vielen. (Heiterkeit.) Das Plaidoyer der Genossin Schlesinger war sowohl für die Sache als für sie selbst ganz überflüssig. Das wollte ich hier bezeugen.

Es erfolgt nun die Abstimmung.

Die Resolution wird angenommen.

Die Resolution der Frauenkonferenz wird zur Kenntnis genommen. Ferner wird beschlossen, auch die übrigen Resolutionen der Frauenkonferenz zur Kenntnis zu nehmen.

Der Antrag Doležel wird der Exekutive zugewiesen.

Der Parteitag geht nunmehr zum nächsten Punkt der Tagesordnung über: **Der Dualismus und die Sozialdemokratie in Oesterreich.**

Berichterstatter ist

Austerlitz: Die Tagesordnungen der österreichischen Parteitage werden dem künftigen Geschichtsschreiber zweifellos ein Rätsel bieten. Wenn Sie die Verhandlungen aller Parteitage der europäischen Sozialdemokratie durchmustern, so werden Sie nirgendwo die Fragen finden, die die österreichische Sozialdemokratie unaufhörlich beschäftigen. Denn das Thema, über das ich zu sprechen habe, ist nur die unmittelbare Fortsetzung jener Beratungen, die wir in Brünn über die aktuellste, über die Grundfrage der österreichischen Politik, die nationale Frage hatten. Und wieder sind wir heute aufgerufen zu einer Arbeit, die weder eine Gegenwartsarbeit der Sozialdemokratie genannt werden kann noch eine Arbeit ist, die im Fluß der Entwicklung unseres theoretischen Denkens *steht. Mit einem* Worte, die österreichischen Sozialdemokraten sind *von der Geschichte verurteilt,* die Grundlagen des staatlichen Lebens zu prüfen

und zu erforschen, ob diese Grundlagen dauerhaft sind, und wenn nicht, Vorschläge zu machen, wie sie dauernd werden können.

Wenn wir die Frage des Dualismus in einen Satz zusammenfassen, so lautet sie so: *die Ungarn wollen weg von Oesterreich und die Oesterreicher sind verpflichtet, sie für das Dableiben zu entschädigen.* Ungarn ist an Habsburg allerdings durch die Gewalt der Waffen gekommen. Der Zusammenschluß Ungarns und Oesterreichs unter der Herrschaft der habsburgischen Familie ist eine Folge der Tatsache, daß Oesterreich Ungarn von der Türkengefahr befreit, Ungarn dem Orient entrissen und es in einen Teil Europas verwandelt hat, wobei ich jedoch nicht leugne, daß diese Verwaltung so dürftig ausgefallen ist wie die Europäisierung Oesterreichs überhaupt. (Heiterkeit.) Im ganzen Zug der Entwicklung aber strebt Ungarn von Oesterreich weg, will sich von dem im Preßburger Reichstag mit Begeisterung aufgenommenen Zusammenschluß befreien. Daß sich in diesen drei Jahrhunderten Geschichte diese Kräfte nur schwach geäußern haben, ist nicht überraschend. In diesen drei Jahrhunderten haben die Völker nur sehr wenig politisches Leben gezeigt. Aber auch während dieser Zeit war die Verfassung Ungarns die, daß seine staatliche und territoriale Selbständigkeit unangezweifelt blieb, wenn auch nach dem ganzen Verhältnis der Kräfte jener Zeit die Gewalt bei der absoluten Monarchie blieb. Sie wissen, daß Ungarn im Jahre 1848 die Revolution sehr gründlich gemacht und sich eine Verfassung erstritten hat, die nicht nur eine außerordentliche politische Kraft zeigte, sondern auch Ungarn beinahe unabhängig von Oesterreich gemacht hat, und Sie wissen, daß sich an die Revolution das Beginnen der Contrerevolution knüpft: Ungarn in eine landläufige österreichische Provinz zu verwandeln. Wenn wir rückschauend der Contrerevolution gedenken, so entbehrt sie für uns vollständig der Raison, nicht nur soweit sie es unternommen hat, Ungarn Oesterreich als Teil dieses Völkergemenges einzuverleiben, sondern nicht minder in dem Widerstande gegen die sogenannten konstitutionellen Einrichtungen Oesterreichs. Wenn wir wahrnehmen, wie wenig diese konstitutionellen Einrichtungen der Macht der Monarchie Abbruch getan haben, wie sie sich im modernen Europa wenn nicht gerade zu einem Werkzeug, so doch zu einer Schutzgarde des Monarchismus umgewandelt haben, so begreifen wir nicht, daß einmal eine so geringe Einsicht bestehen konnte, sich dieser angeblichen Teilung der Gewalten mit dem Volke entgegenzustemmen. Noch weniger freilich ist jenes Beginnen verständlich, worin die geschichtlichen Ueberlieferungen von der Selbständigkeit Ungarns vom Wiener Hof so gröblich verkannt wurden, noch weniger ist es zu begreifen, daß die habsburgische Monarchie glauben konnte, die Eigenart dieses schon von der Geographie als selbständiges Emporium hingestellten Gebietes mit dem Schwamm des schwarzgelben Oesterreichertums wegwischen zu können.

Sie wissen, daß der Versuch schmählich mißlungen ist und daß über die Weisheit der Contrerevolution das Werk von 1867 die Bilanz geliefert hat. Die ganze Machterweiterung, die Habsburg in den blutigen Jahren erstritten, besteht darin, daß die Ungarn die praktisch geübte Gemeinschaft in Sachen der Heeresverfassung im Jahre 1867 auch theoretisch anerkannt haben — wie es im Werke *Deaks* heißt: daß aus der pragmatischen Sanktion auch die Elemente fließen, die zur Verteidigung der Sicherheit des Vaterlandes notwendig sind. Aber seit jener Zeit ist Ungarn ein Pfahl im Fleische Oesterreichs, seit jener Zeit ist das Verhältnis zwischen Oesterreich und Ungarn so, daß alle *Elemente der Entwicklung der Völker Oesterreichs in Anspruch genommen werden, um die Ungarn in der Treue für ihren König zu erhalten.* Das war schon bei der Entstehung des Dualismus der Fall. Der Dualismus ist ein *Vertrag zwischen dem ungarischen Reichstag und dem Kaiser von Oesterreich.* Er ist ein Vertrag, dessen hauptsächlichster Bestandteil die Verwandlung des Kaisers von Oesterreich in den ungarischen König ist. Die Verhandlungen über jenen Vertrag sind ausschließlich zwischen der Krone und Ungarn geführt worden. Die Verwalter Oesterreichs hatten keine andere

Sorge als die, die Macht des Kaisers von Oesterreich in Ungarn zu erhalten und zu festigen. Es ist ganz bezeichnend, daß bei den ersten Verhandlungen über den Dualismus, beim Geburtsakt des Dualismus, die Frage der sogenannten Herrscherrechte den österreichischen Unterhändlern als die wichtigste erschien. Die ungarische Verfassung war in der Beschränkung der Majestätsrechte außerordentlich weit gegangen, und es ist als Erfolg der österreichischen Unterhändler erachtet worden, daß die Beschränkung dieser Majestätsrechte wesentlich verringert worden ist. So zum Beispiel hatte die revolutionäre Verfassung dem Palatin, dem Vertreter des Kaisers, solange dieser nicht in Ungarn residiert, das Recht zuerkannt, die Minister selbst zu bestimmen; der Kaiser hatte auch sonst bloß den Ministerpräsidenten zu ernennen, die Ressortminister hatte er nur zu bestätigen; die Auflösung des Reichstages konnte nur erfolgen, wenn der nächstjährige Voranschlag genehmigt worden war. Die österreichischen Unterhändler, die eigentlich bestimmt gewesen wären, die österreichischen Interessen gegenüber Ungarn zu vertreten oder doch die Interessen des Gesamtstaates, haben sich ausschließlich darauf beschränkt, die in jener Verfassung ausgesprochene Verringerung der Majestätsrechte zu beseitigen. Wohl ist es ihnen auch eingefallen, sich unter anderem die Zusicherung geben zu lassen, daß die Kirchengüter nicht konfisziert werden dürfen, aber sie haben den geringsten Eifer gezeigt, die für die gemeinsamen Angelegenheiten bestimmten Organe mit den erforderlichen Machtvollkommenheiten auszustatten.

Dreißig Jahre österreichischer Geschichte, dreißig Jahre Erziehung, die uns die Ungarn in so ausgiebiger Weise zuteil werden ließen, haben nicht ausgereicht, den Oesterreichern diese eigentümliche Begeisterung für die Herrscherrechte auszutreiben. Denn wieder erhebt sich in Oesterreich das Geschrei über die Bedrohung des Majestätsrechtes durch die Ungarn, und wenn man diesen patentierten Oesterreichern zuruft: Was kümmert euch das Verhältnis zwischen den Ungarn und ihrem König! so antworten sie: Es kümmert uns viel, weil die Armee, die die Ungarn jetzt magyarisieren, doch wir bezahlen müssen! Aber es ist doch klar, daß der entscheidende Punkt nicht in den Majestätsrechten liegt, sondern in den Kosten, die wir bezahlen müssen, und ich glaube, wenn man trotz des Patriotismus, der sich überall so aufdringlich breit macht, ein Plebiszit darüber veranstalten würde, ob die Oesterreicher bereit sind, die Wahrung der Majestätsrechte mit einer Erhöhung der Quote zu bezahlen, so würde den Wahrern und Innehabern der Majestätsrechte ein lautes Nein! entgegenschallen. (Lebhafter Beifall.) Dieser Einfluß Ungarns auf die Geschichte Oesterreichs dünkt mir einer der entscheidenden Punkte in der Frage, ob wir die Beibehaltung des Bandes zwischen Oesterreich und Ungarn anstreben sollen. Es läßt sich nicht leugnen und jeder Blick in die Geschichte Oesterreichs in diesen dreißig Jahren beweist es uns, daß sich in ihr wie ein roter Faden das Bestreben zieht, die Völker Oesterreichs schwach und kraftlos zu erhalten, um an ihnen ein gefügiges Instrument für die Prestigepolitik der Dynastie zu erhalten. Wir müssen uns dabei aber klar sein, und Sie als sozialdemokratische Zeitungsleser sind geschult genug, um zu verstehen, daß man nicht immer ein mysteriöses Gebilde der Großmacht meint, wenn man gezwungen ist, von der Großmacht zu sprechen. ... Es ist nicht so, daß die Bewahrung des Dualismus ein Gebot unserer Großmachtstellung ist, sondern es ist ausschließlich die Politik des Ansehens der regierenden Dynastie, die zum Mittelpunkt der österreichischen Politik gemacht worden ist.

Seitdem Oesterreich mit Ungarn in ein staatsrechtliches Verhältnis getreten ist, ist Oesterreich von der Ausgleichspolitik beherrscht. Ich verstehe unter Ausgleichspolitik jenes eigentümliche Bestreben, daß die Krone, wenn sie auch jetzt durch ihre Minister vertreten wird und nicht mehr den Ungarn direkt entgegentritt, daß also die österreichische Regierung mit den Ungarn über die Bedingungen österreichischer Politik ins reine kommt und dann die mit den Ungarn abgemachten Bedingungen den Oesterreichern aufzwingt. Sie werden wahrnehmen — und namentlich die Geschichte des letzten Aus-

gleiches ist davon beherrscht — daß die Möglichkeit unbefangener, sachlicher Politik in Oesterreich nicht nur vollständig geschwunden ist, sondern daß auch die verschiedensten, heterogensten, entferntesten Gebiete der inneren Politik zu dem Zwecke herangezogen werden, um den zwischen der Krone und den Ungarn vereinbarten Ausgleich den Oesterreichern aufzuzwingen. Am sinnfälligsten ist diese Ausgleichspolitik beim letzten Ausgleich hervorgetreten, nicht bloß deshalb, weil diese am meisten in unserer Erinnerung haftet, sondern vornehmlich darum, weil nunmehr die Zersetzung Oesterreichs, hauptsächlich durch das Verhältnis mit Ungarn bedingt, offenkundig wurde. Denn die Badenischen Sprachenverordnungen — ich weiß, daß das für einen internationalen Parteitag eine kitzliche Angelegenheit ist, aber ich will hier nur von den Folgen, nicht von der Berechtigung der Sprachenverordnungen sprechen — wurden von dem Manne aus dem Osten nicht deshalb unternommen, um dem tschechischen Volke zu einem Rechte zu verhelfen. Es ist kein Zweifel, daß sie nur deshalb erlassen worden sind, um die Vertreter der tschechischen Bourgeoisie zu gefügigen Werkzeugen der im Augenblick lebendigen Ausgleichspolitik zu machen, das heißt, es wurde eine Frage, die so eindringlich nach einer rein sachlichen Behandlung schreit, die mit dem Ausgleich so gar nicht im Zusammenhang steht, benützt, um für das den Großmachtträgern notwendige Ausgleichswerk gefügige Werkzeuge zu schaffen. Das können einmal die Sprachenverordnungen sein, das anderemal kann es die konfessionelle Schule sein, einmal sogar politische Reformen oder politische Ausnahmsgesetze. Nichts ist in Oesterreich groß, nichts klein, nichts ist nah, nichts entfernt genug, um nicht herangezogen zu werden, für die Ausgleichspolitik eine Stütze abzugeben. Dadurch verfälscht sich unser ganzes politisches Leben und aus der unbefangenen Prüfung und Würdigung aller Notwendigkeiten der Zeit wird die Frage, womit man sich die Gunst der Krone am besten erwirbt. Die ganze Ausgleichspolitik beruht darauf, die Parteien durch irgendwelche Konzessionen in der Verwaltung oder geringfügige Konzessionen in der Gesetzgebung zu dienstwilligen Werkzeugen der Großmachtspolitik zu machen, und deswegen ist der Streit zwischen den Nationen so lange unlösbar, als die Gunst der Krone zu erwerben ist und als — was allerdings jetzt viel weniger der Fall ist — die Gunst von oben den Effekt hat, die Entwicklung der einen Nation sprunghafter zu gestalten. Der Zusammenhang der Wirren in Oesterreich, der Verfälschung und Verfitzung dieser Wirren bis zur Unlöslichkeit mit dem Dualismus, das ist, glaube ich, die entscheidende Frage.

Ich sage also: Solange die Völker in Oesterreich für ein fremdes, außer ihnen liegendes Interesse in Anspruch genommen werden, sind sie immer vor die Möglichkeit gestellt, ja geradezu zu der Notwendigkeit gedrängt, die natürliche Entwicklung zu verfälschen, um durch den Verrat an den Interessen ihrer Nation oder an den Interessen ihrer Kultur die Gunst von oben zu einem Instrument ihrer Entwicklung zu machen. Ich glaube also, daß, wer Ordnung im Innern dieses Reiches will, das heißt wer an die Stelle der unerträglichen, haßerfüllten und in Bosheiten jeglicher Art sich äußernden Eifersucht der Völker die natürliche Entwicklung auf den Bahnen der Kultur setzen will, wer diesen ewigen, unauslöschlichen Hader nicht zu einer Idylle, sondern zu einem Wettbewerb der Kultur umgestalten will, wo nicht der Vorteil des einen der Nachteil des anderen wird: der muß vor allem diesen vergifteten Pfeil aus unserem Körper entfernen, der unser Blut zum Stocken bringt und eine natürliche, logische, auf Vernunft und Einsicht gegründete Politik in Oesterreich unmöglich macht. (Lebhafter Beifall.)

Aber der Dualismus ist nicht bloß ein Fremdkörper in unserem Fleische, er ist vor allem eine Minderung unserer staatlichen Macht. Das Wort mag Ihnen bizarr scheinen, denn durch alle Reden, die wir hier gehört haben, klingt es ja durch, daß wir einen wahren Vorteil darin sehen, wenn sich die augenblicklichen Aeußerungen dieser staatlichen Macht möglichst schwach erweisen. Aber daß wir Oesterreicher uns immer bekreuzigen und daß selbst

bei Erwähnung eines besseren und zukunftsreicheren „Oesterreich" die Menschen eine peinliche Empfindung ergreift, daß wir mit einem Worte die Kriterien des § 300 gegen den Staat gleichsam mit der Muttermilch eingesogen haben, daß wir es förmlich wie eine unzeitgemäße Anwandlung von Patriotismus empfinden, wenn jemand von staatlicher Macht in Oesterreich spricht, das ist ja nicht verwunderlich. Das ist eben die Folge davon, daß sich zwischen diesem Inhalt des Staates, nämlich den Völkern, und dem Ausdruck dieses Inhaltes, dem Staate selbst, ein Abgrund aufgetan hat, so daß die Völker Oesterreichs sich mit dem Staate Oesterreich niemals identisch fühlen, sondern diese Identifizierung mit dem gebotenen Maß von Hohn und Rücksichtslosigkeit abweisen. (Beifall.)

Es ist aber dennoch zweifellos, daß, wenn Oesterreich von einem einheitlichen Volk bewohnt wäre, wenn der österreichische Staat der Ausdruck eines einheitlichen nationalen Willens wäre, dieser Staat und das den Staat bildende Volk die Minderung der staatlichen Macht, die ihm der Dualismus auferlegt, nicht ertragen würde. In dem unsäglichen Wirrwarr unseres Abgeordnetenhauses ist die Minderung der staatlichen Macht nicht so sinnfällig zu erkennen, wie sie wirklich besteht. Aber wenn Sie die Elemente, die die Macht eines Parlaments ausdrücken, Revue passieren lassen, so werden Sie bemerken, daß von ihnen dem österreichischen Abgeordnetenhaus nicht ein einziges verliehen ist, daß es vom Dualismus um den ihm gebührenden Einfluß: das eigene Land nach dem eigenen Willen zu verwalten, vollständig beraubt ist. Nehmen Sie nur das Recht der Budgetbewilligung. Wenn einmal die Verfassungsgeschichte Europas geschrieben werden wird, so wird sich zeigen, daß das Budgetrecht, das ehemals geradezu als das Kriterium der parlamentarischen Macht angesehen wurde, überall allmählich zu einer bloßen Dekoration geworden ist. Aber es gibt doch kein Parlament in der Welt, das auf diesen Hauptpunkt gar nicht die Hand legen dürfte — als eben das österreichische. Und ich muß immer lachen, wenn ich in den Zeitungen lese: Wir werden Rache nehmen an den Ungarn, wenn sie die Armee magyarisieren! Ich möchte nur wissen, wie das Abgeordnetenhaus das anstellen könnte. Das Budget wird in den Delegationen bewilligt und es ist nach der Sachlage unmöglich, eine das Budget verweigernde Delegation zusammenzubringen. Bei den Ausgaben für die gemeinsamen Angelegenheiten hat das Parlament nicht einmal jenes dekorative Bestimmungsrecht über das Budget, das doch in allen anderen Staaten besteht, sondern dieses entzieht sich auch formell seiner Abstimmung. Die Quote wieder — das ist das Verhältnis, nach welchem die Ausgaben von Oesterreich und Ungarn zu decken sind — wird durch die Quotendeputationen festgestellt, und wenn ich mir nun selbst vorstelle, daß die österreichische Quotendeputation fest bleibt und die Quote nicht mehr in der bisherigen Höhe bewilligen wird, wenn sich also die Oesterreicher bei der Quote rächen wollten, so hat dann der Kaiser das Recht, die Quote zu bestimmen. Der Dualismus ist also darauf eingerichtet, dem österreichischen Parlament den gebührenden Einfluß auf die Militärangelegenheiten unter allen Umständen zu entziehen. Noch ärger ist es mit den auswärtigen Angelegenheiten. Ueber das Verhältnis dieses Staates zu den anderen Staaten wird in der Kabinettskanzlei entschieden. Die Vertretung des Volkes hat nicht den geringsten Einfluß darauf.

Aber nehmen Sie den ganzen Ausgleich. Nehmen Sie die ungeheure Mannigfaltigkeit der wirtschaftlichen Verhältnisse, die im Ausgleich eingesponnen sind. Diese ganze Fülle von wirtschaftlichen Tatsachen ist durch den Dualismus dem Einfluß der Volksvertretung vollständig entzogen. Denn wenn man sich über den Ausgleich sieben Jahre lang unterhält und wenn sich so verschiedene Regierungen bemühen, zu einem Einvernehmen zu gelangen, und man kommt dann zu dem, was im Augenblick gerade noch möglich ist, dem Kompromiß, zu dem der andere Teil noch bereit ist, so ist die Sache entschieden. Wohl wird dann diese Summe von Vorlagen dem Abgeordnetenhause unterbreitet, die Abgeordneten halten lange Reden, alles geschieht mit der ganzen Gala, mit der ganzen spanischen Etikette, die sich in

diesem Abgeordnetenhause allmählich herausgebildet hat: erste Lesung, zweite Lesung, dritte Lesung, großer Ausgleichsausschuß, Subcomité, Referenten, Korreferenten. . . . Aber es ist gar nicht möglich — ich will nicht sagen, es geschieht nicht, denn das wäre kein organisches Gebrechen des Dualismus — es ist nach der Natur der Sache unmöglich, daß das Parlament auf diese Summe von Haupt- und Nebenfragen einen wirklichen Einfluß zu erringen vermag, und sein ganzes Tun und Treiben hat vorweg keinen anderen Zweck, als dem Kompromiß der Regierungen die Zustimmung zu geben. Nicht einmal so steht es, daß das Parlament annehmen oder lassen muß: es muß annehmen — sonst „nimmt" eben der § 14 „an".

Mit einem Worte, der Dualismus setzt auf der österreichischen Seite ein schwaches Parlament voraus. Wenn man die Ursachen unserer inneren Wirren nachprüfen würde, wenn man fragen würde, warum es das Bestreben war, das Haus immer ohnmächtig zu halten und durch das Teilen des Ganzen zu herrschen, warum man den Streit der Nationen unterhält, warum man diesen Streit nicht wenigstens alle zehn Jahre liquidiert wie die wirtschaftlichen Beziehungen — denn wenn auch ein ewiger Friede nicht möglich wäre, so wäre doch ein Friede auf Zeit, ein nationaler Ausgleich möglich — warum man das alles nie gewünscht oder gesucht hat, und so hat das den Grund, daß man oben sehr wohl gewußt hat, daß in dem Augenblick, wo sich ein stolzes, selbstbewußtes, kräftiges Parlament entwickeln würde, die Todesstunde des Dualismus geschlagen hat. Der Dualismus braucht ein schwaches Parlament und jede Schwächung des Parlaments hat eine weitere Schwächung zur Folge, bis dann der ganze Körper in senilem Marasmus versinkt. Nun wäre das noch immer nicht die entscheidende Frage. Denn für Oesterreich steht die Sache nicht so, ob es beim Dualismus bleibt oder ihn verläßt, sondern die Sache steht für uns so, wann Ungarn uns den Dualismus kündigen wird — denn der eigentliche Angriff gegen den Dualismus geht von Ungarn aus. Nun könnte man natürlich den Ungarn nachweisen, daß sie bei dem Dualismus ein außerordentlich profitables Geschäft gemacht haben. Aber es ist eben so, daß man zur Liebe niemanden zwingen kann. In Ungarn sind die staatsbildenden Elemente in folgender Reihenfolge „patriotisch": erst national, dann vielleicht dynastisch, wenn die Dynastie der Ausdruck der Nation ist, und dann erst reichsgemeinsam. Aber das bißchen Reichsgemeinsamkeit hat sich schon verflüchtigt und das Wort Gesamtmonarchie wirkt wie das rote Tuch auf die Ungarn, und der Minister muß sich dort förmlich entschuldigen, wenn er anerkennen will, daß eine Gemeinschaft besteht. Die Ungarn — wir lassen vorläufig die Nationalitäten aus dem Spiele — also der herrschende Stamm des ungarischen Staates, die Magyaren, sind ein nach Europa versprengtes Volk, dessen größte kulturelle Leistung die ist, daß es sich seine Nationalität bewahrt hat. Ich will damit kein Schmähwort sagen; aber das ist ihre Bedeutung für Europa, daß sie Magyaren geblieben sind; mehr werden sie, glaube ich, für Europa nicht bedeuten. (Heiterkeit.) Es ist begreiflich, daß ein kleines Volk, das einmal die staatliche Selbständigkeit besessen hat, sie ununterbrochen sucht und immer stärker sucht, je schwächer die Hindernisse gegen sie werden. Für die Ungarn steht die Sache so, daß sie selbständig eine Nation sein können, selbständig einen Staat bilden können und daß in dem Augenblick, wo das Verhältnis mit Oesterreich für sie den ziffermäßigen Vorteil verloren hat, sie dieses Verhältnis auflösen werden. Der Dualismus war nämlich für die Ungarn eine Eroberung: sich aus den Klammern der Reichsgemeinschaft zu befreien und sich zu einem selbständigen Staate zusammenzufinden, war für die Magyaren ein nationaler Fortschritt. Es ist selbstverständlich, daß sie in dem Fortschritt keinen Halt kennen und sich keinen auferlegen wollen. Sie haben nichts verloren an einer nebulosen Reichsgemeinschaft, bei der sie nicht mit dem Herzen, sondern nur mit der Hand in fremden Taschen waren. (Heiterkeit.) Wenn sie wahrnehmen werden, daß in den Taschen nicht mehr genug Beute ist, wird für sie das einzige Interesse wegfallen, das sie an dem Dualismus haben.

Es ist zweifellos, daß der Zug der Loslösung Ungarns von Oesterreich in Ungarn übermächtig ist und daß keine von Oesterreich ausgehende Kraft ihn zurückzuhalten vermag. Der Dualismus ist nämlich ausschließlich ein Verhältnis zwischen Ungarn und der Dynastie und es ist vielleicht Zeit, eine zu einer wahren Legende erhobene Fabel zu zerstören: daß der Dualismus ein Abkommen zwischen der ungarischen und der deutschen Bourgeoisie sei, das darin bestehe, daß in Ungarn die Magyaren und in Oesterreich die Deutschen herrschen sollen. Das ist schon chronologisch falsch; denn die Ausgleichsvorlagen waren in Ungarn schon Gesetz, bevor sie an das österreichische Parlament überhaupt gelangt sind. Es war genau so wie jetzt: daß die Krone mit den Ungarn schon einig war und daß damals diese Einigung — jetzt tut man das nur noch mit dem § 14 — daß der Ausgleich auf dem Unwege der parlamentarischen List und Ueberrumpelung den Oesterreichern aufgedrungen wurde. Und wenn ich die deutsche Bourgeoisie und ihre Redlichkeit und politische Einsicht noch so gering einschätze, so ist es doch unzweifelhaft, und ein Blick in die Protokolle beweist es deutlich, daß die Deutschen vor die Wahl gestellt waren, entweder das Uebereinkommen selbst zu sanktionieren oder die Krone zu veranlassen, jene Wendung schon im Jahre 1867 zu machen, die sie dann wegen der äußeren Politik im Jahre 1879 doch gemacht hat: entweder selbst zu sanktionieren oder es durch die von Belcredi schon bereit gestellte slavische Majorität sanktionieren zu lassen. Man beruft sich auf die bekannte Unterredung zwischen Belcredi und Andrassy im Jahre 1867, wonach Belcredi Andrassy gefragt haben soll, ob er Einfluß darauf nehmen werde, wie die Politik in Oesterreich eingerichtet werden soll. Belcredi meinte damals, es müsse doch Ungarn gleichgültig sein, wer zum Träger des Dualismus in Oesterreich gemacht werde; wichtig könne für ihn nur sein, daß Oesterreich sich für den Dualismus bereit erkläre. Darauf soll Andrassy geantwortet haben, das sei ihm gar nicht gleich, er verlange, daß in Oesterreich die Deutschen regieren, und er werde davon nicht abstehen, daß die Delegationen von dem Zentralparlament entsendet werden. Denn es sei für Ungarn nicht gleichgültig, ob es mit dem Zentralparlament oder mit siebzehn Landtagen zu tun habe. Belcredi fiel bekanntlich und es kam mit Beust die deutsche Periode Oesterreichs. Aber das beweist nichts. Im Jahre 1867 war die Situation so, daß die Nation, die allein die Trägerin des Staates und seiner Einrichtungen war, eben die Deutschen waren. Aber durchaus falsch ist die Behauptung, der Dualismus sei ein Abkommen zwischen diesen beiden Bourgeoisien und er habe seinen Sinn verloren in dem Augenblick, wo die Herrschaft der deutschen Bourgeoisie von der Herrschaft vieler Bourgeoisien abgelöst wurde. Dennoch ist es vielleicht eine Logik der Geschichte, daß Andrassy im Jahre 1867 die Forderung verfocht, daß die Trägerin des Dualismus in Oesterreich die deutsche Bourgeoisie sein soll, und daß es Banffy im Jahre 1898 durchaus gleichmütig hingenommen hat, daß die Ausgleichsvorlagen zu einem Instrument der Politik gegen die Deutschen in Oesterreich geworden sind.

Im Jahre 1867 haben die Ungarn gewiß den Dualismus als das letzte Werk ihrer staatlichen und nationalen Entwicklung betrachtet, in ihm ein Maximum gesehen — im Dualismus und nicht in der „Ausstattung" des Dualismus — das sie als staatliches Volk zu erringen vermögen. Aber daß im Jahre 1898, nach dreißig Jahren, die Ungarn dieser Sorge um die Trägerschaft des Dualismus und seine Rückendeckung in Oesterreich nicht gehabt haben, das beweist, glaube ich, daß sie an die Erhaltung des Dualismus nicht mehr denken, sondern nur an seine Liquidierung. Es hat sich das Kräfteverhältnis vollkommen verwandelt und der Dualismus erscheint in Ungarn nicht mehr als Errungenschaft, sondern als ein Abbruch ihrer Rechte, und es ist vielleicht mit ein Zug der geschichtlichen Gerechtigkeit, daß die Partei, die von der Geschichte ausersehen war, den Dualismus von Ungarn nach Oesterreich zu importieren, seine Totengräberin geworden ist.

Denn wenn auch die Deutschen von diesem denkwürdigen Kapitel nicht mehr reden mögen hören, so ist es doch unzweifelhaft, daß, wie die Sprachenver-

ordnungen ein Ausdruck der Ausgleichspolitik sind oder waren, der Kampf gegen die Sprachenverordnungen bis zur Obstruierung des Ausgleiches ein Ausdruck tiefgehender Wandlung in Oesterreich gewesen ist, ein Ausdruck, dessen sich die Völker oft nicht bewußt werden, so daß sie glauben, sie machen nur landläufige, hergebrachte Politik, bis später erst erkannt wird, daß ihre Politik bereits einen anderen Inhalt gewonnen hat. Die Tatsache, daß der Kampf um ein nationales Recht der Deutschen bis zu jenem Punkte geführt wurde und über jenen Punkt hinaus, der eine Grundlage der staatlichen Existenz Oesterreichs ist, beweist doch, daß der reichstreuesten Nation in Oesterreich, dem schwarz-gelbsten Volk seine nationalen Interessen in dem Augenblicke, wo es sich bedrängt wähnt, wichtiger dünken als die Erhaltung des Dualismus, die eine Voraussetzung der Großmacht, die Bedingung des Reiches ist. Und es ist nicht zu bezweifeln, daß unter den Elementen, die den Dualismus entwurzelt haben, dieser Kampf der Deutschen wenn auch nicht obenan steht, so doch von einer ganzen Entwicklungsreihe den Anfang gemacht hat. Wenn der Dualismus so vollständig auf den Hund gekommen ist, wenn er sich nur durch eine Reihe extremer Verfassungsbrüche das Leben sichern, wenn er auf normale parlamentarische Weise nicht mehr durchgesetzt werden kann, so bedeutet das nichts anderes, als daß an die Stelle der gesetzmäßigen Erledigung die Gewalt getreten ist. Wenn sich die Gewalt auch nicht mehr in jenen Formen äußert, wie sie etwa zur Sprengung des Kremsierer Reichstages geführt hat, sondern manierlicher auftritt, so ist es doch zweifellos, daß der Dualismus heute in Oesterreich nicht mehr durch den Willen der Völker erhalten wird — wenn ich auch zugebe, daß sich der umgekehrte Willen noch nicht geäußert hat — sondern nur durch den Willen der Krone, der im Notverordnungsrecht der Regierung einen halbwegs politischen Ausdruck gefunden hat.

Darin liegt überhaupt das Entscheidende. Wenn diese Minister, die unter dem Spotte von ganz Europa die Verhandlungen mit Ungarn führen, die schon Objekte für die Witzblätter geworden sind, ihre Tätigkeit frei und nur dem Parlament verantwortlich führen könnten, glaube ich, wäre der Faden schon längst gerissen, denn so blutleer ein solcher Minister auch ist, so müßte ihn einmal doch der Ekel erfassen. Aber jetzt folgt er einem Willen, der an der Erhaltung der Großmacht interessiert ist. Ich halte wenig von dem politischen Reinlichkeitsbedürfnis der Oesterreicher und wir haben gesehen, daß sich aus Zeiten der Schmach Zeiten der scheinbaren Gloire entwickelt haben. Aber ich halte es doch für unmöglich, daß sich in Oesterreich jemand zum Dualismus anders als unter dem Gefühle der Scham bekennen kann, er in ihm was anderes sieht als eine augenblicklich noch notwendige Form. Sie können die Aeußerungen der patriotischesten und im Oesterreichertum schwelgenden Politiker verfolgen — ein wirkliches Bekenntnis zur Macht, zum Ansehen und zur Größe Oesterreichs, ein Bekenntnis zum Dualismus werden Sie nicht mehr finden, sondern nur das verlegene Geständnis, einer Notwendigkeit nicht entgehen zu können. Ein Verhältnis, das so kompromittiert und prostituiert worden ist, ist meines Erachtens nicht zu reinigen. Unter den Gründen, die dem Dualismus den Boden abgegraben, steht dieser politische Makel, den er in den letzten Jahren auf sich geladen hat, mit in erster Reihe.

Der wichtigste Posten in der österreichischen Politik sind bekanntlich die Nationalitäten in Ungarn. Wenn den Oesterreichern das Wasser bis zum Mund läuft, nehmen sie die Statistik zur Hand und beweisen daraus, daß die Magyaren nicht die Mehrheit in Ungarn sind. Sie seien wohl das stärkste Volk in Ungarn, aber sie bilden nicht einmal die Hälfte der Bevölkerung. Freilich, Oesterreich wird immer nur aus Verlegenheit gerecht. Solange die Magyaren treue Stützen des Dualismus waren, ist es weder den patriotischen Oesterreichern noch den Inhabern der Macht in Oesterreich eingefallen, die Ungerechtigkeiten, die an den Nationen in Ungarn verübt wurden, auch nur im geringsten unpassend zu finden. Erst in der Not erinnert sich Oesterreich an das Recht, das in den Sternen hängt, als ein unveräußerliches Gut der Völker. (Heiterkeit.) Aber wenn sich die Oesterreicher über Ungerechtig-

keiten entrüsten, so steckt immer eine zweifelhafte Absicht dahinter. Es ist gewiß wahr, daß Ungarn auch von anderen Nationen bewohnt wird, aber daß die magyarischen Nationalitäten gerade nach Oesterreich besondere Sehnsucht haben sollten, ist recht unwahrscheinlich. Auch für die nichtmagyarischen Nationalitäten hat sich der Kaiser von Oesterreich in den König von Ungarn verwandelt, und wenn sie auch mit dem herrschenden Magyarenstamm eine Rechnung zu begleichen haben, daß sie diese Rechnung via Wien ausgleichen wollten, scheint mir nicht so gewiß, als die „Patrioten" sich's einbilden. Es ist auch nicht wahr, daß die Magyaren ihre nationale Hegemonie in Ungarn nicht bewahren könnten. Es ist unzweifelhaft, daß das Deaksche Nationalitätengesetz, das den Nationen in Ungarn die Pflege ihrer Nationalität verhieß, zur Verwandlung der einst gewiß kaisertreuen Nationalitäten in Adnexe des Magyarenstammes wesentlich beigetragen hat. Es ist aber unrichtig, daß die Magyaren nicht eine vernünftige Nationalitätenpolitik befolgen könnten, ohne fürchten zu müssen, in die Gefangenschaft der Nationalitäten zu geraten. Nehmen Sie die Kroaten, die doch unter den nichtmagyarischen Nationen die agilsten und die politisch entwickeltsten sind. Sie sind mit den Magyaren sehr unzufrieden und diese Unzufriedenheit hat zu schweren Eruptionen geführt. Deshalb meint man, daß sich die Kroaten gegen die Magyaren empören, weil sie von ihnen national verfolgt werden. Das ist falsch. Ich glaube, daß es wenig Völker in Oesterreich von der Größe der Kroaten gibt, die sich so weitgehender staatlicher und nationaler Rechte erfreuen, und ich glaube, die numerisch und politisch — von der Kultur will ich nicht reden — stärkeren Tschechen wären außerordentlich froh, wenn sie in Oesterreich dasselbe Maß nationaler Freiheit und Autonomie erringen könnten, das die Kroaten in Ungarn besitzen. Im Gegenteil, die Empfindlichkeit der Kroaten gegen jede Aeußerung magyarischer Unduldsamkeit ist nur ein Ausdruck dafür, daß die autonomen Rechte der Kroaten sehr bedeutend sind: das macht sie gegen jede, auch kleine Verletzung so empfindlich. Gewiß kommt es auch zum Lärm, wenn in Oesterreich irgendwo eine falsche Aufschrift angebracht wird, und die Unzufriedenheit darüber nimmt, wie auch wir gesehen haben (Heiterkeit), die mannigfaltigsten Formen an. Dennoch ist es wegen einer deutschen oder tschechischen Aufschrift an der unpassenden Stelle — unpassend vom Standpunkte der anderen — noch zu keiner blutigen Revolution gekommen. Aber die Kroaten sind eine politische Nation und von den Magyaren als solche anerkannt, und sie empfinden jede Beeinträchtigung ihrer nationalen und staatlichen Autonomie so tief, wie mit minderen Rechten ausgestattete Nationen in Oesterreich vielleicht größere Beeinträchtigungen zu empfinden sich nicht erlauben können.

Ich sage also, daß die nichtmagyarischen Nationalitäten für die Oesterreicher eine außerordentlich dürftige Hoffnung sind. Denn man darf den Haß nicht immer als eine gleiche Sache ansehen. Gewiß sind zum Beispiel die ungarischen Arbeiter mit dem Privilegienparlament, als das ihnen der Budapester Reichstag entgegentritt, außerordentlich unzufrieden und empfinden den tiefsten und unauslöschlichsten Haß gegen dieses Gebilde, das ihnen als eine Klassenbevorrechtung entgegentritt. Aber der Haß der einen ist noch nicht der Haß der anderen. Wenn die Hofburg dem ungarischen Reichstag grollt, weil er eine Beeinträchtigung ihrer Macht oder ihrer Machtgelüste ist, und wenn die ungarischen Arbeiter ihn hassen, weil er eine Beeinträchtigung ihrer rechtlichen Ansprüche an eine Volksvertretung ist, so ist Haß und Haß hier nicht dasselbe, und die Herren in Wien würden sich sehr irren, wenn sie den Haß der Arbeiter gegen den Budapester Reichstag als einen Posten in ihre Rechnung stellen wollten. Es ist selbstverständlich, daß sich in einem Staate wie Ungarn, der sich aus einem Agrikulturstaate mühselig zu einer industriellen Entwicklung emporarbeiten will, noch all die Ueberreste des Feudalismus in unverfälschter asiatischer Weise repräsentieren, daß sich da eine unendliche Summe von Mißständen, von Zerwürfnissen, von Rechnungen aufgestapelt hat, Rechnungen, die beglichen werden müssen, aber die in Budapest werden beglichen werden. Die Nationalitäten werden in Ungarn erstarken und werden sich hoffentlich das ihnen gebührende Recht und

den ihnen gebührenden Einfluß im Reichstag erkämpfen. Die ungarischen Arbeiter werden die Privilegien der Budapester Feudalgrafen und der Budapester Juden zu brechen wissen und an die Stelle des Privilegienparlaments ein anderes, entwicklungsfähiges Parlament zu setzen wissen. Aber das sind ihre Sorgen, innere Angelegenheiten Ungarns, und es wäre verfehlt, aus der Tatsache, daß in Ungarn so viel Rückständigkeiten vorhanden sind, die Möglichkeit abzuleiten, daß Oesterreich diese Rückständigkeiten zu einem Element der Wiener Politik umgestalten könnte und daß es möglich wäre, von Wien aus die Bewegung gegen den ungarischen Reichstag anzuzünden.

Aber selbst wenn es möglich wäre, die ungarischen Nationalitäten lebendig zu machen, wenn das große Ziel des Ehrgeizes der Oesterreicher gelänge, Oesterreichs Wirren nach Ungarn zu verpflanzen und den ungarischen Reichstag zu einem Abbild unseres Parlaments umzugestalten: wäre das ein Grund für uns, *Kompagnons an diesen ungarischen Wirren* sein zu wollen? Wenn die Industrialisierung in Ungarn fortschreitet, so werden selbstverständlich die Nationalitäten aus ihrem Schlafe erwachen. Dann ist auch die fabriksmäßige Züchtung magyarischer Intelligenz so weit gediehen, daß der Magyarenstamm saturiert ist, und wenn einem rumänischen oder slovakischen Intelligenzler einmal eine Prämie sicher war, falls er sich als Magyare darstellt, so ist das Magyarentum nunmehr mit autochthonen Intelligenzlern gesättigt und die Intelligenz strömt immer wieder zu ihrem eigenen Volksstamm zurück. Es ist auch zweifellos, daß die Industrialisierung vor allem die Arbeiter nationalisieren und die Tatsache erzeugen wird, daß es slovakische und rumänische Arbeiter geben wird so daß die Erwecker des nationalen Gedankens in Ungarn eigentlich die Arbeiter sein werden. Es ist also kein Zweifel, daß die nationale Oberherrschaft der Magyaren in Ungarn nicht dauernd aufrecht zu erhalten ist; zunächst nicht, weil die Ungarn numerisch die anderen Nationen *einzeln* wohl bedeutend überragen, aber doch der Gesamtheit der Nationen nur als Minorität gegenüberstehen. Nicht nur, daß die Geburtsziffer der Magyaren zu gering ist; die anderen Nationalitäten wohnen auf dem flachen Lande, wo eine Entnationalisierung denn doch nicht möglich ist. Es sind also vorläufig nur indifferente, latente Kräfte vorhanden. Aber es ist zweifellos, daß sich einmal diese Kräfte entfalten werden und daß sie wahrscheinlich dem ungarischen Reichstag, wenn auch nicht so stark wie in Oesterreich, so doch ganz empfindliche nationale Verlegenheiten bereiten werden. Ich wünsche den Nationalitäten viel Glück, ich wünsche, wenn Sie wollen, den Magyaren viel Pech, aber ich glaube, in dem Augenblick wird sich nur in Ungarn derselbe Zustand der Unbeweglichkeit herausstellen, den wir heute in Oesterreich sehen. Die Parlamente werden dann durch das Gegengewicht der aufeinander einstürmenden Kräfte überhaupt tot gemacht. Es ist dann keine motorische Kraft vorhanden, die das Parlament vorwärts bringen kann. Aber von allen diesen parlamentarisch-politisch-technischen Tatsachen abgesehen, muß ich aufrichtig gestehen, daß ich durchaus nicht das Bedürfnis sehe und namentlich nicht dafür schwärme, die Schwierigkeit der nationalen Verhältnisse für Oesterreich um die Schwierigkeit der nationalen Verhältnisse in Ungarn zu vermehren. Wir sitzen hier alle so einträchtig beisammen und haben einander so lieb oder nicht lieb (Heiterkeit), aber wir haben gerade aneinander genug. Es ist keine Kleinigkeit, wenn sich diese vielen Nationalitäten in Oesterreich vertragen und verständigen sollen, und wenn wir unserer Bourgeoisie noch „nationale Dialektik einpauken" sollen, so haben wir für eine so schöne Reihe von Jahren Arbeit genug, daß sich unser Ehrgeiz daran bescheiden lassen kann. Warum wir aber absolut noch die Rumänen und Slovaken von Wien aus erziehen sollen, warum wir dieses ganze Völkergemenge zu einem anationalen Brei entwickeln wollen sollten, das werde ich nie einsehen, und wenn es wahr ist, daß die nationale Umgestaltung Ungarns unvermeidlich ist, *so ist es nur ein Grund mehr*, von Ungarn wegkommen zu wollen. Wir wollen durchaus nicht in einem solchen Aufmarsch *von Völkern* begraben werden. Wir belassen jedem Volke nicht nur das *Recht, sondern geben ihm auch die Pflicht, sich selbst zu entwickeln.*

Mit der staatsrechtlichen Tatsache des Dualismus ist man also fertig. Oesterreich ist nicht ein Staat wie die anderen und lebt auch nicht von dem, wovon andere Staaten leben. Die leben vom Patriotismus, den man anderswo, wo das Wort nicht einen solchen Beigeschmack hat, Vaterlandsliebe nennt. Wovon lebt aber Oesterreich? Oesterreich lebt vom Irredentismus seiner Völker, davon, daß die Abneigung des einen Volkes gegen das andere die Abneigung gegen Oesterreich aufhebt. Oesterreich lebt nur davon, daß sich die Abneigung der einzelnen Völker nicht zu einer Gesamtabneigung verdichten kann, es lebt davon, daß keine Nation der anderen gönnt, daß sie vom Reiche wegkommt. (Heiterkeit.) Man würde das als eine Unbill empfinden, wenn es die andere besser hätte (lebhafte Heiterkeit), und ich muß sagen, es ist auch so. Wir sind von der Geschichte verurteilt, diesen Staat mühselig zu entwickeln, und wir geben keinem Teil das Recht, sich fortzuschleichen. Soll jeder seinen Teil Arbeit, seinen Teil Mühsal haben! Ein Staat, dem das, was man in anderen Staaten nur als Notwendigkeit erkennt, nämlich den Militarismus, das geheimste Mysterium des Patriotismus ist, ein solcher Staat, in dem der Patriotismus geradezu kaserniert ist, der verträgt nicht, daß ein Druck von außen auf ihm lastet, und wenn wir den staatsrechtlichen Dualismus überprüfen, werden wir nicht auf einem einzigen Punkte einen Nutzen für Oesterreich sehen.

Großmacht! Wir haben Interessen im Osten, wobei ich nicht rate, unter dem Kommando unseres Freundes Ellenbogen eine Armee auszurüsten, um dort Land zu erwerben. (Heiterkeit.) Wenn man das Verhältnis Oesterreichs ganz plastisch ausdrücken soll, so ist es das, daß für Oesterreich Ungarn nicht Osten sein kann, sondern „Vaterland" sein muß. Wir hätten genau von der Leithagrenze an den Osten beherrschen können und wären nicht gezwungen worden, ihn von der Balkangrenze zu beherrschen. Aber worauf reduziert sich alle Großmachtstellung im heutigen Europa? Sie reduziert sich auf zwei Tatsachen: auf die Tatsache der militärischen Verteidigung und auf die Tatsache der wirtschaftlichen Verteidigung. In diesem Sinne ist ja Oesterreich-Ungarn vorläufig Eine Macht, weil es dem Auslande als ein einheitliches Gebiet erscheint, dessen Grenzen von denselben Soldaten bewacht und von denselben schwarz-gelben Grenzpfählen abgesteckt sind. Aber wir müssen unterscheiden. Wozu braucht man in Oesterreich Soldaten? Man sagt, wir brauchen sie, um unsere Grenzen zu bewachen. Das Merkwürdigste ist nur, daß die Oesterreicher nicht alle wünschen, daß die Grenzen gar zu gut bewacht werden (Heiterkeit), und viele meinen, daß, wenn der einzige Nachteil der Aufhebung der militärischen Gemeinschaft der wäre, daß die österreichische Grenze dadurch schlechter bewacht würde, das eigentlich doch nur als großer Vorteil aufzufassen und ein vornehmlicher Grund wäre, die Aufhebung des Dualismus zu wünschen. Aber ich gebe ja zu, daß so unpatriotische oder sagen wir, so fortgeschrittene Anschauungen nicht diejenigen sein können, die von den Machthabern oder auch nur von der besitzenden Klasse in Oesterreich geteilt werden. Ich kann aber dennoch die Frage der militärischen Notwendigkeit nicht übergehen, weil ja auch in den Augen der bürgerlichen Gesellschaft und ihrer Ordnung der Militarismus nicht als Selbstzweck, sondern als Mittel zu irgend einem Zweck angesehen wird. Und zu diesem Zwecke gehört die Sicherung gegen einen wie immer gearteten Feind. Was die Feinde im Innern betrifft, so brauchen wir wirklich keine Soldaten. Ich weiß nicht, wo die zuerst anfangen sollten, um Oesterreich von den Leuten zu säubern, die österreich-feindlich sind. Es bleibt also doch als eigentlicher Zweck: die Sicherheit nach außen. Die größte Verlegenheit, die einzige auswärtige Verlegenheit Oesterreichs kann doch nur die sein, daß Oesterreich mit Rußland wegen des Balkans in Streit gerät. Wir können doch nicht annehmen, daß wir noch einmal mit dem Deutschen Reiche Krieg führen werden, denn die Saturierung des Deutschen Reiches ist eine europäische Tatsache, in die mutwillig zu greifen niemand versuchen wird. Die Hoffnung auf eine friedliche Vergrößerung Deutschlands will ich damit niemand rauben. (Heiterkeit.) Es bleibt also wirklich nur Rußland. *Es ist nun zweifellos*, daß sich der russische Staat in einem solchen Um-

formungsprozeß befindet, daß kriegerische Unternehmungen für ihn aus der Reihe der europäischen Tatsachen geschieden sind. Aber weshalb sollten wir auch mit Rußland in Krieg kommen? Doch selbstverständlich nur wegen des Balkans. Aber die Balkangrenze zu bewachen, ist doch Aufgabe des Staates, den wir dem Orient entrissen und zu einem europäischen Staate gemacht haben, das ist doch in diesem Staatenbunde die historische Aufgabe Ungarns. Der Dualismus interessiert uns am Balkan. Wenn wir ihn aufgeben, sind wir am Balkan nicht mehr interessiert. Die Polizei am Balkan zu spielen, haben die Magyaren. Es tut mir leid, daß ich ihnen diese Aufgabe zuweisen muß, aber es ist eine Aufgabe, die ihnen schon die Geographie zugewiesen hat. Es ist kein Zweifel, daß die Großmachtsstellung — die doch auch einen Zweck haben muß, nicht nur den, daß einer Kaiser ist und nach ihm einer Kaiser wird — zur Bewahrung unserer Grenzen vollständig unnötig ist. Wenn Ungarn ein selbständiger Staat sein wird und Oesterreich auch ein selbständiger Staat, so werden sie immer noch Nachbarn sein, die gegeneinander keine Eroberungen zu machen haben. Es wird selbstverständlich ebenso möglich sein, ein militärisches Bündnis zu schließen, wie es anderen souveränen Staaten auch möglich ist. Nach der Bewahrung der Großmachtsstellung in dieser Richtung ist also absolut kein Bedürfnis. Es ist im staatsrechtlichen Dualismus nicht eine einzige Tatsache, die wert wäre, daß sie erhalten bliebe, und alle Tatsachen, die er produziert, sind wert, daß sie zugrunde gehen. Sie sehen, daß ich das ausschließlich vom Standpunkte der realen Augenblickspolitik betrachte. Wir schwärmen nicht für den Militarismus. Am allerwenigsten aber vermögen wir einzusehen, warum wir Söhne unserer Nationen assentieren sollen zur Bewachung der ungarischen Grenze.

Nun sagen aber die Leute, der Dualismus werde als europäische Notwendigkeit erkannt und in dem Augenblick, wo Ungarn eine Revolution machen würde gegen die Herrschaft der gemeinsamen Dynastie, würden nicht bloß von Rußland, sondern auch von Deutschland aus Soldaten einmarschieren, um die Störung des europäischen Gleichgewichtes hintanzuhalten. Man muß bei der Betrachtung dieser Dinge außerordentlich vorsichtig vorgehen. Die Machtmittel, um etwas zu verhindern oder um etwas zu erzwingen, haben sich nicht nur beträchtlich verändert, sondern auch beträchtlich erhöht. Es ist heute nicht nötig, eine Revolution zu machen, man kann dasselbe heute auch schon mit parlamentarischen Abstimmungen erreichen. Es ist wahr, die Völker können nicht so leicht Revolution machen, weil man genug Soldaten gegen sie hat. Aber die Machthaber können auch nicht mehr so leicht die „Empörer" niederknallen lassen. Wenn die Völker nicht die Mittel haben, um eine Revolution zu machen, so haben die Machthaber noch weniger Mittel, die Revolution niederzuschlagen. Die Politik der Ungarn vom Jahre 1849 könnte sich wohl in Europa nicht wiederholen, aber die Politik der Habsburger von 1849 bis 1851 wäre auch nicht mehr möglich. Es ist auch nicht notwendig, Revolution zu machen. Ja, wenn die Ungarn noch einmal die Dummheit machen würden, in der Debrecziner Kirche ihre Proklamation zu erlassen, würde sich der Dreibund als Element der europäischen „Ordnungspolitik" wohl bewähren. Aber wenn Ungarn bei Marchegg Zollschranken aufrichtet, wird in ganz Europa kein Soldat in Bewegung gesetzt werden. Das ist eben eine ungemein nüchterne Revolution, und eine dauernde Obstruktion ist unter Umständen eine ebensolche Revolution eines national noch geschlossenen Volksstammes, wie es früher Aufstände waren. Es ist kein Zweifel, daß sich diese Revolution bereits vollzieht, und so wenig ich die Absicht habe, auf augenblickliche Verhältnisse zu exemplifizieren, so ist es doch unzweifelhaft, daß sich in Ungarn ein bewußter Wille zu einem bewußten Zweck sammelt, und wenn wir geneigt wären, diesem Willen uns als Leibgarde der Hofburg entgegenzustemmen, so würden wir nur die unausweichliche Niederlage erleiden, die anderen beschieden sein wird.

Aber der staatsrechtliche Dualismus wird ja von niemandem in Oesterreich und noch weniger in der Sozialdemokratie für ein besonderes Gut erachtet. Für die Sozialdemokraten ist die Frage immer nur so gestanden:

Müssen wir den staatsrechtlichen Dualismus als eine Last auf uns nehmen, um uns den wirtschaftlichen Dualismus zu erhalten? Nie war für Oesterreich etwas anderes die Frage, wenn auch der schwarz-gelbe Janhagel sich eifrig bemühte, die Sache zu verdunkeln. Für Oesterreich kommt bei der Frage, ob es das Verhältnis mit Ungarn lösen will, nur in Betracht, ob die Vorteile der wirtschaftlichen Gemeinschaft groß genug sind, ihre staatsrechtlichen Nachteile aufzuwiegen. Bei Beurteilung des wirtschaftlichen Verhältnisses zu Ungarn muß man ins Auge fassen: Es ist ebenso sicher, daß für die Ungarn der wirtschaftliche Zusammenhang mit Oesterreich einmal eine Bedingung ihres Daseins war, wie es zweifellos ist, daß einmal der Augenblick kommen kann, wo dieses Zusammensein mit Oesterreich für ihre wirtschaftliche Entwicklung ein Hindernis wird. Für die Ungarn war der wirtschaftliche Zusammenhang mit Oesterreich, als ihre wirtschaftlichen Aeußerungen noch ganz unentwickelt waren, eine Krücke, an der sie gehen lernen konnten. Aber es wird keine Verwunderung erregen, daß sie einmal so weit gekommen sein können, um ohne Krücken zu gehen. Ob der Augenblick schon jetzt gekommen ist, mag eine Frage sein: keine Frage aber ist es, daß der Augenblick einmal kommen wird. Dafür ist ja nichts bezeichnender als die Tatsache, daß die wirtschaftliche Gemeinsamkeit zu allererst eine Forderung der Ungarn war. Bis 1851 wurden ja auf Waren aus Ungarn Zölle erhoben und es ist wirklich ein für uns Nachfahren ganz ungewohntes Zeichen ungarischer Bescheidenheit, daß die Ungarn bloß die Bitte vorbrachten, diese Zölle mögen ermäßigt werden. Aufgehoben wurden sie erst 1851. Für Ungarn war die Zollgemeinschaft mit Oesterreich wirklich ein wirtschaftlicher Treffer. Ungarn war ein ausschließlich agrikoles Land, Oesterreich hatte eine entwickelte Industrie. Aber die Ungarn kauften ihre Waren ohnedies nur in Wien. Der Zusammenhang könnte also für sie keinen Zwang bedeuten. Sie gewannen aber im österreichischen Gebiete einen bedeutenden Markt für die Ueberschüsse ihrer agrikolen Produkte. Das Verhältnis zwischen Oesterreich und Ungarn kann nicht verglichen werden mit einem unauflöslich zusammengefügten Zollgebiet. Denn das Entscheidende an dieser Zollgemeinschaft mit Ungarn ist ja, daß sie nicht sein muß, sondern nur sein kann. Oesterreich ist ein wirtschaftlich entwickelteres Land als Ungarn, aber es gibt auch da Gebiete, die zurückgeblieben, und solche, die entwickelter sind. Es ist ein durchaus nützliches Gebot nationaler und staatlicher Verwaltung, daß die rückständigen Gebiete von den wirtschaftlich entwickelteren Gebieten unterstützt werden, wobei ich nicht verhehlen will, daß das schon in Oesterreich außerordentlich bedenklich ist — weil nämlich die wirtschaftliche Verschiedenheit schließlich auch eine nationale Verschiedenheit ist, so daß mit der Pflege des wirtschaftlich rückständigen Gebietes, mit der wirtschaftlichen Entwicklung eines Gebietes, die von den Fortgeschritteneren geübt wird, auch die Stärkung der nationalen Kraft eines anderen Volksstammes, eines nationalen Gegners, verbunden sein kann. Das ist im allgemeinen auch der Grund, warum die nationalen Forderungen, die oft nur Kulturforderungen sind und von denjenigen, die sie erheben, mit leidenschaftsloser Beharrlichkeit auch immer als Kulturforderungen deklariert werden, von den anderen nicht ausschließlich als Forderungen der Kultur, sondern auch als Forderungen einer anderen national geschlossenen und also möglicherweise national feindseligen Kultur empfunden werden. Aber das nur nebenbei. Das Verhältnis verschärft sich natürlich, wenn die wirtschaftliche Pflege, die ich einem Gebiete angedeihen lasse, nur zeitlich begrenzt ist und daher mit der wirtschaftlichen Entwicklung dieses Gebietes mir auch der Verlust der Entwicklung, die ich herbeigeführt, drohen kann. Das nun ist im Dualismus der Fall.

Ungarn hat sich an Oesterreich entwickelt. Oesterreich hat ihm vor allem eine Bank beigestellt. In den wirtschaftlichen Dingen spielt die Bank anscheinend eine außerordentlich nebensächliche Rolle. Aber das ist keineswegs der Fall. Hat doch der Kampf um die Magyarisierung der ehemaligen Nationalbank den Hauptinhalt des ersten Ausgleichskampfes gebildet, und es ist so weit gekommen, daß damals in Oesterreich eine Ministerkrisis drohte. Oester-

reich hat Ungarn die Möglichkeit gegeben, als solventer Staat aufzutreten, eigentlich schon bei der Geburt. Die Geschichte des jungfräulichen Kredits der Ungarn verdiente einmal ausführlich erzählt zu werden. Sie wissen, daß Oesterreich Schulden gemacht hat. Zu den gemeinsamen Ausgaben hat früher Oesterreich einen Beitrag geleistet und Ungarn einen Beitrag und der Rest ist gepumpt worden. Diese Schulden waren so angewachsen, daß, als die Auseinandersetzung erfolgte, das jährliche Zinsenerfordernis 150 Millionen ausmachte; damals hat sich Ungarn bereit erklärt, seinen Beitrag weiter zu zahlen. Aber obwohl es nach der Quote von 30 Prozent 45 Millionen hätte zahlen müssen, hat es sich nur bereit erklärt, 30 Millionen jährlich zu zahlen. Den Oesterreichern wollte man es überlassen, entweder das übrige zu zahlen oder für den Rest Bankerott zu machen. Oesterreich hat sich — nobel, wie es ist — bereit erklärt, das Ganze zu zahlen, und hat den Bankerott dann ein Jahr später doch gemacht. Aber es hat den Bankerott nur allein gemacht. Durch diesen Schwindel ist Ungarn in seine Selbständigkeitsepoche getreten mit einem unversehrten Kredit. Ein Land wie Ungarn braucht nichts so notwendig wie Kredit, und unser unvergeßlicher Wittelshöfer, der die Geheimnisse der reinen Plusmacherei so durchschaut hat wie selten einer, hat ausgerechnet, daß die Ungarn eigentlich aus der Bank nur auf einen Kredit von 30 bis 35 Millionen Anspruch hätten, wie er dem Umlauf der unbedeckten Noten in Ungarn entsprochen hätte. Aber Ungarn besitzt einen Kredit von 110 Millionen. Es ist in manchen Jahren vorgekommen, daß das Portefeuille der Bank für Groß-Kanizsa so groß war wie das für Triest und das Portefeuille von Debreczin fünfmal so stark wie das für Reichenberg. Die Bank ist die Quelle hoher Profite für Ungarn, und wenn die ungarischen Effekten heute so hoch stehen wie die österreichischen, so ist das nur eine Folge der Tatsache, daß die ungarischen Effekten in derselben Währung bezahlt werden wie die österreichischen. Die gemeinsame Bank, die gemeinsame Währung haben den ungarischen zweifelhaften Papieren österreichische Sicherheit gegeben, haben den Ungarn die Möglichkeit gegeben, die Hilfsquellen des Industriestaates für sich in Anspruch zu nehmen.

Das Verhältnis zu Oesterreich war für Ungarn das Verhältnis eines sich erst auf die Beine stellenden Kindes zu einem Manne, wenn auch nicht zu einem starken Manne, der Oesterreich gewiß nie war. Das hat sich geändert, als Ungarn an eine eigene Industrie zu denken begann. Man pflegt, wenn man die Notwendigkeiten und Vorteile des Dualismus hervorheben will, immer auch darauf zu verweisen, daß sich beide Staaten wirtschaftlich ergänzen. Oesterreich, sagt man, sei mehr oder weniger doch ein entwickelter Industriestaat, Ungarn ein Agrikulturstaat. Die beiden können miteinander ihre Produkte austauschen. Aber das ist doch nur so lange wahr, als es sich um das Verhältnis beider Staaten zueinander handelt, und es wird in demselben Augenblick zum Gegenteil, wenn es sich um das Verhältnis des Gesamtstaates zum übrigen Europa handelt. Da ist das Bedürfnis der beiden Staaten ein entgegengesetztes. Oesterreich hat das Bedürfnis nach Schutzzollpolitik für seine Industrie und Freihandel für agrikole Produkte, das Bedürfnis Ungarns, besonders solange es noch keine Industrieprodukte erzeugt hat, war immer: Freihandel für Industrieprodukte — denn der Schutz war für es eine gleichgültige Sache, der Zoll für sie nur eine Belastung des Konsums — Schutzzoll für Agrarprodukte. Aber auch territorial kam das zum Ausdruck. Das Bedürfnis Oesterreichs war immer Freihandel nach Osten und Schutzzoll nach dem Westen. Ich will mich da selbstverständlich nicht auf Erörterungen über die Berechtigung der Schutzzölle einlassen. Aber wir haben, wenn wir schon Schutzzölle besitzen, das Bedürfnis gehabt, unsere Industrie gegenüber der entwickelten Industrie Europas zu schützen und den offenen Markt gegenüber dem Balkan zu bewahren. Wir hatten das Bedürfnis, unsere Industrieprodukte nach den Balkanländern abzusetzen und ihnen dafür den Ueberschuß ihrer Agrarprodukte abzunehmen und ihnen außerdem ein kulanter Bankier zu sein. Das Bedürfnis Ungarns aber war das entgegengesetzte. Es

hatte kein Bedürfnis nach Schutzzöllen für die Industrie gegenüber dem Westen, wohl aber ein großes Bedürfnis nach der Absperrung des agrarischen Marktes gegenüber dem Balkan. Sie wissen, daß die Absperrung des Balkanmarktes den Ungarn gelungen ist, daß die Interessen seiner Schweinezüchter unserer Industrie den Markt in Serbien, die Interessen seiner Viehzüchter den Markt in Rumänien gekostet haben und daß sich der Export nach diesen Ländern seit dem Zollkrieg um 50 Millionen Gulden verringert hat.

Es wäre ein Mangel an Gewissenhaftigkeit, wenn ich übergehen wollte, daß sich das Verhältnis zwischen Oesterreich und Ungarn doch wesentlich anders gestaltet hat, seitdem Ungarn auch eine Industrie zu entwickeln beginnt. Wir sind an Ungarn in zweifacher Richtung beteiligt — als Produzenten und als Konsumenten. Ungarn ist nicht nur ein Absatzgebiet für unsere Ueberschüsse an Industrieprodukten, sondern auch ein Lieferant für unser Bedürfnis an agrarischen Produkten. Nun begreifen Sie, daß in dem Augenblick, wo wir mit Ungarn einen Zollkrieg beginnen würden, würde der ungarische Markt für unsere industriellen Ueberschüsse gesperrt und unser Markt für die agrarischen Ueberschüsse Ungarns. Aber der ungarische Ueberfluß ist zugleich unser Bedarf. Wir würden also Ungarn nicht bloß die Möglichkeit der Ausfuhr von Lebensmitteln nehmen, sondern wir würden *auch unseren unentbehrlichen Bedarf an Lebensmitteln verteuern*. Aber die Sache steht für Oesterreich noch in anderer Beziehung ungünstig. Die industrielle Ausfuhr ist schwerer zu handhaben als die agrikole. Wir könnten zwar die agrarischen Produkte Ungarns mit einem Zoll belegen, aber wir könnten dabei nicht so leicht anderswo einen Ersatz für diese Produkte finden. Erstens liefert die ungarische Agrikultur nicht nur Bedarfsartikel, sondern unentbehrliche Bedarfsartikel, sie ist Qualitätsagrikultur; dann aber sind wir auch räumlich auf Ungarn angewiesen. Ungarn ist zweifellos unser natürlicher Lieferant von agrarischen Produkten. Es ist auch nicht zu verhehlen, daß wir auch für die Ueberschüsse unserer industriellen Produkte nicht so leicht einen anderen Absatz finden könnten. Erstens ist der industrielle Markt in der ganzen Welt bereits besetzt und zweitens ist die österreichische Industrie durchaus nicht so entwickelt, um auf dem offenen Markte den Wettbewerb mit besser entwickelten Industrien auszuhalten. Nun bleibt der Balkan ein gewiß sehr entwicklungsfähiges Gebiet, aber es darf nicht übersehen werden, daß man zum Balkan wesentlich über Ungarn gelangt, und dann auch, daß der ganze Bedarf des Balkans nicht groß genug ist, um uns für den Verlust des ungarischen Marktes zu entschädigen.

Es ist also zweifellos, daß die Frage für Oesterreich außerordentlich ernst ist, und es ist zweifellos, daß sich über den *wirtschaftlichen* Dualismus nicht so urteilen läßt wie über den *staatsrechtlichen*. Nun werden Sie begreifen, wie töricht es ist, wenn die Leute sagen: Wenn wir keine gemeinsame Armee haben, dann soll auch von der wirtschaftlichen Gemeinsamkeit keine Rede sein. Das ist ein Beweis, wie der patriotisch-politische Nebel den Leuten das Sehen erschwert. Aber man spricht uns nicht nur von der Erweiterung des österreichischen Absatzes auf dem offenen Markte und auf dem Balkan, sondern auch von einer *Zollunion mit Deutschland*. Das ist nun vornehmlich eine politische Forderung und ein Beweis, welche Formen der § 58 des Strafgesetzbuches annimmt. (Heiterkeit.) Gewiß, die Leute haben recht, daß sich aus einer wirtschaftlichen Verschmelzung allmählich auch eine politische Verschmelzung entwickeln kann. Zweifellos hat Oesterreich Einfluß im deutschen Zollverein deshalb begehrt, um die Vorherrschaft im Deutschen Reiche aufrecht zu erhalten, und wie ich glaube, hat auch *Bismarck* aus keinem anderen Grund den Eintritt Oesterreichs für eine Unmöglichkeit angesehen. Wenn die österreichische Industrie mit der deutschen Industrie in ein dauerndes, vor jeder Möglichkeit der Auflösung behütetes Zollgebiet treten würde, dessen Form ich nicht schuldig bin, Ihnen auseinanderzusetzen, würde das natürlich für diese Industrie ein Vorteil sein. Denn wenn sie ein Bestandteil der ganzen wirtschaftlichen Kraft Deutschlands würde, würde diese ganze wirtschaftliche Kraft Deutschlands auch uns zu Gebote stehen, das heißt

zwischen Oesterreich und Ungarn ausbräche, so würde sich ja nicht am nächsten Tage alles ändern, wenn auch die theoretische Möglichkeit dazu vorhanden wäre, sondern es werden auch dann noch immer die Bedingungen des Verkehres zwischen beiden Staaten bestehen, die in anderen Tatsachen wurzeln und auch weiterhin ihre Kraft behalten. Sie müssen begreifen, daß der ungarische Markt vom österreichischen ganz abhängig ist. Unter den Elementen, die Ungarns wirtschaftliche Stärke begründet haben, steht nicht nur der Kredit, den die öffentlichen Institutionen an Ungarn vermittelt haben, sondern noch mehr der von österreichischen Privatwirtschaften den Ungarn gewährte Kredit; und ebensowenig wie ein Arbeiter, der bei einem Greisler verschuldet ist, sofort die Bezugsquelle wechseln kann, weil ein anderer Greisler billiger ist, ebensowenig ist es möglich, daß eine Wirtschaft, die von einem anderen Markte abhängig ist, sofort den Markt wechseln kann, weil ihr theoretisch andere Wirtschaftsquellen zu Gebote stehen. Ungarn hat zwei Quoten: die eine, bei der es Oesterreich mit seinen 30 Prozent beschummelt, die andere, die es am Franz Josefs-Quai schuldig bleibt. (Heiterkeit.) Die vollständige Abhängigkeit des wirtschaftlichen Marktes von Oesterreich bedingt das vollständige kommerzielle Uebergewicht Oesterreichs. Der ungarische Markt ist ja für die Weltwirtschaft nicht groß genug, abgesehen davon, daß er durch die sprachliche Verschiedenheit eine für den Europäer nicht kommensurable Größe darstellt und eine kommerzielle Kraft verlangt, die in Bewegung zu setzen für Europa der ungarische Markt doch ein zu kleines Gebietsfeld ist.

Was die Gefahr für die österreichische Industrie betrifft, die durch die Absperrung des ungarischen Marktes entstehen könnte, halte ich sie für das nebensächlichere Moment in der Frage der Zolltrennung. Denn ich glaube nicht, daß ein österreichischer Fabrikant, dessen Produktion hauptsächlich für den ungarischen Markt eingerichtet ist, sofort, wenn Zölle eingeführt werden, weil es theoretisch so stimmt, seine Produktion einstellen würde. Die Industrie ist ungemein anpassungsfähig und Sie wissen, wenn der Profit des Kapitalisten in Gefahr ist, wird der Kapitalist äußerst erfindungsreich und selbst die alte österreichische Schlamperei und Trägheit kann und würde überwunden werden, wenn die Notwendigkeit dazu an die Industriellen herantreten wird; eine Notwendigkeit, die sich in der furchtbarsten Weise zeigen wird, die der Kapitalist kennt, nämlich in der Aufhebung oder Verringerung der Profitrate. Um die österreichische Industrie bin ich außerordentlich wenig besorgt, und was die Versorgung des österreichischen Marktes mit ungarischen Agrarprodukten betrifft, so muß ich sagen: Selbst wenn die Ungarn eine Zollinie aufrichten würden, so wären die österreichischen Schutzzölle gegen die ungarischen Produkte *nicht eine notwendige Maßregel*, sondern nur eine technische Maßregel des Vergeltungskrieges. Es wäre für uns gar keine Notwendigkeit, die ungarischen Agrarprodukte mit Schutzzöllen zu belegen — selbst wenn Ungarn unsere Industrieprodukte mit Zöllen belegt. Wenn allerdings in Oesterreich die agrarische Kraft durch die Einsichtslosigkeit des Bürgertums und durch das Wahlprivileg stärker bleibt, wenn die modernen Klassen, die Oesterreich eigentlich ernähren, die Oesterreich tragen, die Bourgeoisie und die Arbeiter, nicht den ihnen gebührenden Einfluß in Oesterreich bekommen, wenn namentlich die industrielle Bourgeoisie in ihrem nationalen Chauvinismus so verblendet bleiben wird, daß sie ihr wirtschaftliches und kulturelles Interesse nicht zu erkennen vermag, wenn wir zweifeln müßten, aus Oesterreich einen halbwegs modernen Staat zu machen: dann müßten wir eben mit der Tatsache rechnen, daß die österreichischen Agrarier uns das Joch auferlegen werden, das wir von uns abstreifen, indem wir den Verband mit Ungarn lösen.

Aber das ist eine *Frage unserer inneren Kraft*. Ich glaube also, daß der Wahnsinn des agrarischen Protektionismus an der ehernen Notwendigkeit der Dinge eine Grenze finden wird, wobei ich Ihre Aufmerksamkeit auf die entscheidende Tatsache lenke, daß die durch den Verband mit Ungarn uns aufgezwungene Großmachtstellung eine unerhörte Belastung aller *Produktionselemente* in Oesterreich darstellt, die sich unmittelbar in Steuern,

Europa zu behaupten. Da muß man sagen: Wer schwimmen will, muß ins Wasser. Wenn die österreichischen Industriellen, die mit ihren Exportmöglichkeiten nach China und Japan so viel Flausen machen, nicht einmal Preßburg und Oedenburg besetzen könnten — wären nicht die dreißig Jahre Zollschutz, die die österreichische Bevölkerung mit so viel Opfern bezahlt hat, hinausgeworfenes Geld gewesen? Ich glaube auch nicht, daß sich die Dinge sofort in vollständige Unvernunft umsetzen würden. Zweifellos brauchen wir die Ungarn und die Ungarn brauchen uns. Und wenn das Verhältnis zwischen Oesterreich und Ungarn das Verhältnis zweier freier Staaten wäre mit selbständiger Souveränität oder — wenn Sie den ganz unwahrscheinlichen Fall präsumieren wollen — zweier Föderativrepubliken, die also ihre wirtschaftlichen Verhältnisse nur nach den Grundsätzen und Gesetzen der wirtschaftlichen Zweckmäßigkeit einrichten würden, würden sie natürlich nie zu dem Wahnsinn gelangen, Krieg gegeneinander zu führen, der beiden Wunden schlägt, sondern zum vernünftigen Grundsatz, die Produkte des einen Teiles gegen die des anderen auszutauschen.

Da die Ungarn zur Auflösung der pragmatischen Sanktion zu schwach sind, zur Aufrichtung der Zollschranken der Reichstag schon kompetent wäre, so ist kein Zweifel, daß der Akt, durch den Ungarn seine Souveränität in die Welt setzen wird, die Aufrichtung der Zollschranken sein wird. Aber das ist noch nicht das, was dauernd zu behaupten sein wird. Sie begreifen ja, die Gemeinsamkeit des Heeres muß man abschaffen. Die Gemeinsamkeit des Zollgebietes muß man immer erst begründen, und zwar alle zehn Jahre. Und wenn die Leute glauben, es werde eine Revolution aller europäischen Potentaten entstehen, die zur Verteidigung Oesterreichs ins Feld rücken werden, so ist das wirklich ein Irrtum. Der ungarische Reichstag wird einfach die Gemeinsamkeit des Zollgebietes nicht mehr bewilligen, wobei ich bemerke, daß sie eigentlich längst schon nicht bewilligt ist und daß die Ungarn jeden Augenblick Zollschranken aufrichten können. Sie tun es nur nicht, weil es ihnen noch nicht paßt. Ich glaube also, daß der Akt, mit dem die Ungarn werden zeigen wollen, daß sie nicht zu Wien gehören, die Aufrichtung von Zollschranken sein werde. Aber da Zollschranken nicht nur dem Bedürfnis Oesterreichs, sondern auch dem Ungarns widerstreiten, bin ich überzeugt, daß dieser Zustand des schärfsten wirtschaftlichen Kampfes, wenn er je eintreten wird, nur ein Uebergangsstadium sein wird, und daß zwei Staaten, die ihre vollständig staatliche Selbständigkeit gewonnen haben, vom Drange getrieben sein werden, ihre natürlichen Interessen gegeneinander auszutauschen.

Dazu kommt noch, daß die Ungarn ihre Industrien allmählich entwickeln; und es ist ein Gesetz, daß die industriellen Länder aufeinander noch mehr angewiesen sind als zwei Länder, deren wirtschaftliche Struktur sich widerspricht. Die ungarische Industrie ist heute schon zum Teil auf den ausländischen Markt angewiesen. Für Ungarn wäre die Aufrichtung von Zollschranken nicht bloß eine Unbequemlichkeit, die sie in ihrem schwachen wirtschaftlichen Fundament schwer träfe, sondern es wäre auch die Unterbindung ihrer eigenen Industrie.

Sie werden also unterscheiden zwischen der ernsten Entschiedenheit, mit der wir die Auflösung des staatsrechtlichen Bandes fordern, und der Ueberzeugung, mit der wir an die Auflösung des wirtschaftlichen Bandes schreiten. Wir wollen durchaus nicht, daß die wirtschaftliche Selbständigkeit auf den breiten Schultern der österreichischen Bevölkerung ausgetragen wird. Aber wir sind überzeugt, daß die wirtschaftliche Trennung eine Voraussetzung für ein vernünftiges, zweckmäßiges, gesundes, wirtschaftliches Verhältnis zu Ungarn ist. Deswegen stimmen wir dafür, daß der staatsrechtliche Dualismus aufgehoben werde, und erklären die wirtschaftliche Gemeinsamkeit nur dann für dauerhaft, wenn sie aus der Freiheit und Selbstbestimmung der Staaten hervorgeht. (Beifall.)

Nun frage ich: Mit welchen Kräften haben wir zu rechnen, wenn wir die Frage des Dualismus betrachten? Sie wissen ja, die Oesterreicher werden

als eine theoretische Eventualität kann man das ja immer ins Auge fassen — wenn wir Deutschland einverleibt würden, so würde das für einige augenblickliche Träger unserer wirtschaftlichen Interessen vielleicht Unannehmlichkeiten haben. Aber die ganze wirtschaftliche Macht dieses großen, entwickelten Reiches würde dem ganzen ehemaligen österreichischen Wirtschaftsgebiete zu Gebote stehen. Ganz anders ist es bei einer bloßen Zollunion, da ist natürlich der deutsche Fabrikant kein Förderer unserer Industrie, sondern ein Konkurrent, und es ist kein Zweifel, daß die österreichische Industrie diese Konkurrenz nicht aushalten würde.

Ich habe Ihnen alle Tatsachen, wenn auch nicht annähernd in vollem Umfange, dargelegt, die für die Erhaltung der wirtschaftlichen Einheit mit Ungarn sprechen, und Ihnen nichts verhehlt, was als Folge der Auflösung hervortreten würde. Was folgere ich daraus? Müssen wir Bewahrer der wirtschaftlichen Einheit sein und den staatsrechtlichen Dualismus mit in Kauf nehmen oder können wir zu der Folgerung kommen, daß, wenn wir selbst durch die Gefahr eines Zollkrieges mit Ungarn gehen müssen, wir diesem unleidlichen und vergiftenden Verhältnis zu entrinnen uns bestreben müssen? Sie müssen sich die Sache so vorstellen: Es ist gar kein Zweifel, daß die österreichische Industrie in Ungarn einen zollbehüteten Markt hat und daß dieser Zollschutz für sie große Bedeutung besitzt. Es ist kein Zweifel, daß sie im freien Wettbewerb einer Konkurrenz zu begegnen hätte, der sie vielleicht nicht in allen Punkten gewachsen wäre. Aber es wäre doch ganz merkwürdig, wenn man bekennen müßte, daß die österreichische Industrie unfähig ist, einen Markt zu behaupten, mit dem sie dreißig Jahre in innigster wirtschaftlicher Gemeinschaft steht. Wenn das die österreichischen Fabrikanten nicht treffen, ist es ganz unmöglich, daß sie sich jemals wirtschaftlich entwickeln. Neben der rein industriellen Tüchtigkeit spricht ja auch der kommerzielle Faktor bei Beherrschung eines Landes eine Rolle. Wir beherrschen Ungarn nicht nur durch die Fabrikanten in Böhmen, sondern auch durch die Händler am Franz Josefs-Quai. Wir beherrschen sie vor allem als Nachbarn, deren östliche Gewohnheiten so vielfältig zusammentreffen. (Heiterkeit.) Ungarn hat keine eigene Bourgeoisie. Es ist unfähig und hat nicht die Möglichkeit, eine Industrie aus eigener Kraft zu entwickeln. Seine Bourgeoisie ist ausschließlich Händlerbourgeoisie, es ist jenes Bürgertum, das notwendig ist, die regelmäßige Versorgung und die normalen Geschäfte des wirtschaftlichen Lebens zu versehen. Diese Bourgeoisie ist übrigens, wie ich nebenbei bemerke, vorzugsweise eine jüdische. In Budapest leben allein 169.000 Juden und in ganz Ungarn 851.000. Daß sich diese jüdische Bourgeoisie nicht hauptsächlich mit Ackerbau beschäftigt, ist ziemlich klar. Sie, die unter den magyarischesten Namen auftritt (Heiterkeit), ist der Träger des wirtschaftlichen Verhältnisses zwischen Oesterreich und Ungarn. Durch diese Bourgeoisie kann allein Ungarn mit Europa in Verbindung treten, denn so weit ist es noch nicht gekommen, daß die Leute in England und Frankreich magyarisch lernen, sondern die Weltsprache der Ungarn ist noch immer die deutsche. Durch diese Bourgeoisie hat es Verbindung — keine ganz reinliche allerdings — mit ganz Europa. Wir kennen den ungarischen Markt aufs genaueste. Für diesen Markt erzeugen seit dreißig Jahren ausschließlich die österreichischen Fabriken. Was an Industrieprodukten von auswärts nach Ungarn kommt, kommt zuerst nach Oesterreich und von hier erst mittelbar nach Ungarn. Europa kennt Ungarn fast gar nicht. Wir beherrschen den ungarischen Markt kommerziell vollständig und wirtschaftlich fast vollständig. Es ist weiter kein Zweifel, daß der zollgeschützte Markt, den Oesterreich an Ungarn hat, ein wesentlicher Grund für den Stillstand unserer Industrie ist. Denn dadurch wird die eigentümliche Gewohnheit der Oesterreicher, die Trägheit, großgezogen. Die Industriellen sind in Oesterreich durch den Zollschutz zu einem langsameren Tempo ihrer wirtschaftlichen Entwicklung gelangt, als es der Fall wäre, wenn sie den Stachel der freien Konkurrenz im Nacken spürten. Ich zweifle also nicht, daß die österreichische Industrie in der Lage ist, den Verlust dieses Zollschutzes zu ertragen; daß sie in [illegible] Macht trotz der Zollfreiheit vor ganz

Europa zu behaupten. Da muß man sagen: Wer schwimmen will, muß ins Wasser. Wenn die österreichischen Industriellen, die mit ihren Exportmöglichkeiten nach China und Japan so viel Flausen machen, nicht einmal Preßburg und Oedenburg besetzen könnten — wären nicht die dreißig Jahre Zollschutz, die die österreichische Bevölkerung mit so viel Opfern bezahlt hat, hinausgeworfenes Geld gewesen? Ich glaube auch nicht, daß sich die Dinge sofort in vollständige Unvernunft umsetzen würden. Zweifellos brauchen wir die Ungarn und die Ungarn brauchen uns. Und wenn das Verhältnis zwischen Oesterreich und Ungarn das Verhältnis zweier freier Staaten wäre mit selbständiger Souveränität oder — wenn Sie den ganz unwahrscheinlichen Fall präsumieren wollen — zweier Föderativrepubliken, die also ihre wirtschaftlichen Verhältnisse nur nach den Grundsätzen und Gesetzen der wirtschaftlichen Zweckmäßigkeit einrichten würden, würden sie natürlich nie zu dem Wahnsinn gelangen, Krieg gegeneinander zu führen, der beiden Wunden schlägt, sondern zum vernünftigen Grundsatz, *die Produkte des einen Teiles gegen die des anderen auszutauschen.*

Da die Ungarn zur Auflösung der pragmatischen Sanktion zu schwach sind, zur Aufrichtung der Zollschranken der Reichstag schon kompetent wäre, so ist kein Zweifel, daß der Akt, durch den Ungarn seine Souveränität in die Welt setzen wird, die Aufrichtung der Zollschranken sein wird. Aber das ist noch nicht das, was dauernd zu behaupten sein wird. Sie begreifen ja, die Gemeinsamkeit des Heeres muß man *abschaffen*. Die Gemeinsamkeit des Zollgebietes muß man immer erst begründen, und zwar alle zehn Jahre. Und wenn die Leute glauben, es werde eine Revolution aller europäischen Potentaten entstehen, die zur Verteidigung Oesterreichs ins Feld rücken werden, so ist das wirklich ein Irrtum. Der ungarische Reichstag wird einfach die Gemeinsamkeit des Zollgebietes nicht mehr bewilligen, wobei ich bemerke, daß sie eigentlich längst schon nicht bewilligt ist und daß die Ungarn jeden Augenblick Zollschranken aufrichten können. Sie tun es nur nicht, weil es ihnen noch nicht paßt. Ich glaube also, daß der Akt, mit dem die Ungarn werden zeigen wollen, daß sie nicht zu Wien gehören, die Aufrichtung von Zollschranken sein werde. Aber da Zollschranken nicht nur dem Bedürfnis Oesterreichs, sondern auch dem Ungarns widerstreiten, bin ich überzeugt, daß dieser Zustand des schärfsten wirtschaftlichen Kampfes, wenn er je eintreten wird, nur ein *Uebergangsstadium* sein wird, und daß zwei Staaten, die ihre vollständig staatliche Selbständigkeit gewonnen haben, vom Drange getrieben sein werden, ihre natürlichen Interessen gegeneinander auszutauschen.

Dazu kommt noch, daß die Ungarn ihre Industrien allmählich entwickeln; und es ist ein Gesetz, daß die industriellen Länder aufeinander noch mehr angewiesen sind als zwei Länder, deren wirtschaftliche Struktur sich widerspricht. Die ungarische Industrie ist heute schon zum Teil auf den ausländischen Markt angewiesen. Für Ungarn wäre die Aufrichtung von Zollschranken nicht bloß eine Unbequemlichkeit, die sie in ihrem schwachen wirtschaftlichen Fundament schwer träfe, sondern es wäre auch die Unterbindung ihrer eigenen Industrie.

Sie werden also unterscheiden zwischen der ernsten Entschiedenheit, mit der wir die Auflösung des staatsrechtlichen Bandes fordern, und der Ueberzeugung, mit der wir an die Auflösung des wirtschaftlichen Bandes schreiten. Wir wollen durchaus nicht, daß die wirtschaftliche Selbständigkeit auf den breiten Schultern der österreichischen Bevölkerung ausgetragen wird. Aber wir sind überzeugt, daß die wirtschaftliche Trennung eine Voraussetzung für ein vernünftiges, zweckmäßiges, gesundes, wirtschaftliches Verhältnis zu Ungarn ist. *Deswegen stimmen wir dafür, daß der staatsrechtliche Dualismus aufgehoben werde, und erklären die wirtschaftliche Gemeinsamkeit nur dann für dauerhaft, wenn sie aus der Freiheit und Selbstbestimmung der Staaten hervorgeht.* (Beifall.)

Nun frage ich: Mit welchen Kräften haben wir zu rechnen, wenn wir die Frage des Dualismus betrachten? Sie wissen ja, die Oesterreicher werfen

sich von Zeit zu Zeit in Positur und tun so, als ob der österreichische Landsturm schon gegen die ungarischen Grenzen ausrücken wollte. Aber das Medium unseres Einflusses auf Ungarn ist doch ausschließlich die Krone. Die Krone kann den Ungarn nehmen, die Krone kann ihnen geben. Die Krone kann ihnen verweigern, die Krone kann ihre Wünsche erfüllen. Die Krone hat ja schon einmal den Versuch gemacht, Ungarn in eine österreichische Provinz zu verwandeln. Aber ich glaube, dieselben Tatsachen, die das Scheitern jenes erweiterten Reichsrates der Schmerlingschen Verfassung verursacht haben, würden sich jedem Versuch entgegenstellen, eine durch die Natur schon aufgelöste Gemeinschaft irgendwie staatsrechtlich zu konservieren. Und wenn wirklich die Frage so steht, wie sie nicht falsche, sondern echte Oesterreicher — es gibt in diesem merkwürdigen Lande sogar solche — formuliert haben; daß das Verhältnis zwischen Oesterreich und Ungarn in der Form des Dualismus unhaltbar ist, aber das Verhältnis doch in anderen Rechtsformen aufrecht zu erhalten wäre, so glaube ich, daß diese vereinzelten Stimmen die Lehren der Geschichte absolut nicht würdigen wollen. Das allgemeine Wahlrecht ist kein Wundermittel. Es ist nicht wahr, daß die Dinge, die schlechthin unmöglich sind, von irgend einer Demokratie versehen und vermittelt werden können. Der Versuch, Oesterreich mit Ungarn zu verknüpfen, ist nicht gescheitert, weil er mittelst eines untauglichen Mittels unternommen wurde, sondern deshalb, weil er unrealisierbar ist. Daß wir nach Ungarn Maschinen verkaufen und die Ungarn nach Oesterreich Getreide und Ochsen, das reicht nicht aus, um einen Staat zu begründen.

Wirtschaftliche Dinge lassen sich wirtschaftlich erledigen. Jede Aufgabe in der Geschichte hat ihre bestimmte Formel und bestimmten Instrumente. Völker, die Waren austauschen, gibt es viele. Aber das war niemals der Grund, daß sie sich zärtlich umarmen. (Heiterkeit.) Leute, die Rechnungen einander zu zahlen haben, brauchen sich doch keine Liebeserklärungen zu machen. (Erneuerte Heiterkeit.) Dinge, die durch Handelsverträge erledigt werden können, brauchen nicht zur Grundlage staatlicher Verkettungen gemacht zu werden. Aber wenn irgendwo auf der bewohnten Welt das Vertrauen zu cäsaristischer Politik nicht empfehlenswert ist, ist es in Oesterreich; denn es ist nicht wahr, daß die Machthaber dieses Oesterreich das Bedürfnis haben, die nationale Kraft staatlich auszudrücken, denn sie haben immer nur das Bedürfnis gehabt, die nationale Kraft zum Schemel ihrer Größe zu machen; es ist nicht wahr, daß sie eine demokratische Mission in der Weltgeschichte zu erfüllen haben, nicht wahr, daß die Idee des Oesterreichertums die Erfüllung der Demokratie ist, sondern die Mission dieses Oesterreich war, die Völker zu vergewaltigen für eine mysteriöse Größe außerhalb der Völker, und ich werde mir nicht einreden lassen, daß sich alle geschichtlichen Tatsachen plötzlich umformen könnten und eine cäsaristisch-demokratische Politik in Oesterreich gemacht werden könnte.

Der Staatsstreich, der in Oesterreich gemacht werden und der die Wirkung haben soll, die Teile fester aneinander zu kitten, die berühmte Klammer abzugeben, die die zentrifugalen Tendenzen hemmt und aus den versprengten Teilen eine Einheit schafft, und derselbe Staatsstreich, der wieder an einem anderen Punkte die Aufgabe vollziehen soll, die staatliche Einheit aufzuheben und die durch das Uebergewicht des einen Teiles gebundenen Kräfte lebendig zu machen: immer zu demselben Zwecke, immer um die Entwicklung der Bevölkerung zu befördern: dieser Staatsstreich dünkt mir in dieser Ausdehnung ein verflucht undemokratisches Element der Politik. Diese cäsaristische Politik, die man uns einladet, mitzumachen, diese Politik, die der Großmacht dienen soll, aber auch den Interessen des Proletariats, ist trotz ihrer demokratischen Vermummung nicht darnach, daß wir hinter der Larve nicht das alte, schwarzgelbe, nur modern verhüllte Gespenst erkennen würden.

Es gibt nichts, was in diesem Lande eine Entwicklung schaffen kann, als die wirklichen Kräfte der Nationen; diese Kräfte sollen entfaltet werden *und sollen sich ungestört* entwickeln, befreit von jedem Druck von außen. Die *Ungarn mögen es* sich einrichten, so gut sie können und so gut sie es brauchen.

Wir wollen aber unser Feld rein bekommen, und ich glaube, daß die sagenhafte Großmacht wohl verschwinden wird, aber ein vernünftiges, weit mächtigeres, den Interessen der Völker dienliches Gebilde an ihre Stelle treten wird. Der Dualismus ist das, was die Entwicklung der Völker hemmt. Deswegen muß er verschwinden. Frei und selbstständig werden sich die Völker finden zu einer besseren, einträchtigeren Ordnung der Dinge. (Lebhafter, andauernder Beifall.)

Dr. Hugo Stark: Genosse Austerlitz hat die Stellung der österreichischen Sozialdemokratie zum Dualismus dahin gekennzeichnet, daß wir staatsrechtlich von Ungarn loskommen wollen, die wirtschaftliche Gemeinsamkeit aber, die zu erhalten im proletarischen Interesse liege, eventuell durch einen Zollkrieg eine Restaurierung erleben müsse. Er hat von der Umwandlung des zollbeschützten Marktes in einen offenen als annehmbar für Oesterreich und österreichische Proletarier aber trotzdem auch gesprochen; er hat darauf aufmerksam gemacht, daß das gemeinsame Zollgebiet eine Institution auf Kündigung ist, also nicht sein muß, und daß in Ungarn die Tendenz dahin geht, nicht nur die staatsrechtliche Trennung durchzuführen, sondern auch die Handelsbeziehungen als zwischen fremden Staaten zu regeln. Ich bin der Meinung, daß der umgekehrte Weg in Ungarn wahrscheinlicher ist. Wir stehen vor dem Moment, wo ein neuer Ausgleich gemacht wird. Er könnte uns vor die Tatsache der Aufrechterhaltung der staatsrechtlichen Gemeinschaft und der Aufstellung eines autonomen Zolltarifs stellen. Das muß ja noch keinen Zollkrieg bedeuten, sondern die Aufforderung, zum Abschlusse eines Handelsvertrages auf Basis des autonomen Zolltarifs in Verhandlung und Vereinbarung zu treten. Ich befinde mich mit Austerlitz und Daszynski im Widerspruch, indem ich behaupte, daß die Frage der Abänderung des Handelsbündnisses in einen Handelsvertrag für uns sehr gefährlich, ja ernstlich gar nicht diskutierbar ist. Oesterreich steht zu Ungarn im Verhältnis eines Industriestaates zu einem Agrarstaat, der sein Defizit an Nahrungsmitteln aus Ungarn bezieht und andererseits das Handelsmonopol in Ungarn besitzt. Ungarns Ueberschüsse decken Oesterreichs agrarische Defizite. Freilich bedeutet Zollfreiheit gegenüber Ungarn Zollschranken gegenüber den anderen Staaten, aber in normalen Erntejahren im gemeinsamen Zollgebiete sind diese Agrarzölle gegen das Ausland, da das gemeinsame Zollgebiet den gemeinsamen Bedarf voll deckt, nur in Theorie in Geltung; erst bei Mißernten spüren wir diese Agrarzölle gegen die anderen Staaten sehr bitter. Wir können uns zwar auch einen Handelsvertrag mit Ungarn ohne Zollschranken denken. Aber bei einem jeden Handelsvertrag mit niedrigen Zöllen oder Zollfreiheit würden dieselben Folgen, Verwandlung Ungarns für uns aus einem Monopol- in einen offenen Markt, eintreten infolge des Bestandes der Meistbegünstigungsklausel. Bei Eintritt des Handelsvertrages müßten wir allen anderen Handelsvertragsstaaten dieselben Begünstigungen auf dem ungarischen Markte eingeräumt sehen, die uns konzediert wurden. Gleichgültig, wie hoch die Zölle wären, sie bedeuteten den Verlust des zollbeschützten Marktes. Wir wären der Konkurrenz der anderen Staaten ausgeliefert. Es ist klar, daß, wenn wir einen Zoll auf ungarische Produkte einheben, die Höhe dieser Zölle nur der Konsument zahlen müßte, denn die heimischen Produzenten würden ihre Preise sofort erhöhen, daß dagegen Ungarn auch bei Errichtung von Zollschranken gegen Oesterreich trotz der hierdurch bedingten Notwendigkeit des Wettbewerbes mit den anderen agrarischen Handelsvertragsmächten Oesterreichs auf dessen Markt wegen der Vorteile, die ihm seine geographische Lage, seine Tarifpolitik, die Qualität seiner Produkte ꝛc. bieten, seine Stellung behaupten würde. Ein Handelsvertrag mit Oesterreich an Stelle des bisherigen Handelsbündnisses würde Ungarns Exportinteressen nicht schädlich sein, ihm nur bezüglich der Deckung seines industriellen Imports freie Hand gewähren, die im Interesse der Anbahnung neuer Absatzverbindungen für seine agrarischen Ueberschüsse gegen die Interessen des österreichischen industriellen Exports nach Ungarn letzteres gewiß auszunützen nicht versäumen würde. Oesterreich, das zeigt die Statistik, würde

auf offenem Markt in Ungarn wie im Welthandel, im Welthandel gerade in den entscheidenden Artikeln nicht konkurrenzfähig sein. Ein Blick in das statistische Handbuch lehrt das.

Vorsitzender **Tomschik:** Ihre Redezeit ist abgelaufen, ich werde den Parteitag befragen, ob Sie sie überschreiten dürfen.

Bei der Abstimmung wird dem Redner eine Verlängerung der Redezeit vom Parteitag nicht bewilligt.

Winarsky (Wien): Mit dem ersten Teil der Ausführungen des Genossen Austerlitz und der Resolution wird gewiß jeder Delegierte einverstanden sein. Gewagter scheinen mir seine Vorhersagungen über das wirtschaftliche Bündnis, in dem sich das getrennte Oesterreich und das getrennte Ungarn wieder zusammenfinden werden. Austerlitz meint, daß nach der staatlichen und wirtschaftlichen Trennung eine Einigung viel leichter zustande kommen wird, weil Oesterreich das Absatzgebiet der agrarischen Produkte Ungarns und Ungarn das der Industrieprodukte Oesterreichs ist. Das würde aber auch für die Aufrechthaltung der Gemeinsamkeit sprechen. In dem Augenblick, wo die Trennung von Oesterreich und Ungarn staatsrechtlich durchgeführt ist, würde auch die Tendenz der Industrieförderung drüben zu einer Schutzzolllinie gegen Oesterreich führen. Ich erinnere Sie an die eigenartige Tarifpolitik auf den ungarischen Staatsbahnen, an die Festsetzung der Surtare für Zucker, die nichts als eine Zwischenzolllinie ist. Ich glaube, die Einigung wird nicht leichter sein, wenn die volle Trennung eingetreten ist. Der Kampf wird dann noch schärfer entbrennen. Trotzdem bin ich für die Beseitigung des Dualismus, aber ich meine, daß man sich über die Konsequenzen der Beseitigung klar sein muß. Auch in Oesterreich selbst würden die Tendenzen auf Absplitterung einzelner Gebiete durch die Trennung von Ungarn gefördert werden, die Bestrebungen der nationalen Tschechen, Italiener, Kroaten würden dadurch gefördert werden. Ich sehe auch nicht ein, warum das industriell und kulturell hoch entwickelte Westösterreich, wenn es sich von Ungarn wirtschaftlich trennt, mit Galizien und der Bukowina noch weiter zusammenbleiben soll. Wir zahlen die Kosten der Herrschaft der Schlachzizen. Bedenken Sie nur: 1899 bezahlte man in ganz Oesterreich per Kopf durchschnittlich an direkten und indirekten Steuern 30 Kr.;

in Niederösterreich waren es durchschnittlich				67 Kr.
„ Böhmen	„	„	„	37 „
„ Schlesien	„	„	„	47 „
Dagegen				
in Galizien	„	„	„	12 „
„ der Bukowina	„	„	„	12 „
„ Dalmatien	„	„	„	6 „

Ich vermag also nicht zu verstehen, weshalb diese Gebiete auch weiterhin mit dem österreichischen Staat vereinigt sein sollen. (Zwischenruf: Also los von Galizien!) Ich will nur zeigen, wie im Gefolge der Beseitigung des Dualismus überall neue Keime des Verfalles entstehen. Die Beseitigung des Dualismus ist der zweite Schritt zur Auflösung des gemeinsamen Staates, so wie seine Gründung der erste Schritt war. Darin müssen wir klar sehen und diese Klarheit vermisse ich in der Resolution. Noch eines: Da die Auflösung des dualistischen Verhältnisses unweigerlich die Auflösung Oesterreichs überhaupt zur Folge haben muß, so müssen wir uns auch mit den Folgen dieser Auflösung auf die internationale Politik des Proletariats befassen. Oesterreich hat Aufgaben gegen den Osten; nicht gegen die Türkei, aber gegen Rußland ist es ein Bollwerk. Es fragt sich, ob das Zerschlagen Oesterreichs nicht das Ueberwiegen Rußlands und damit eine Bedrohung der westeuropäischen Kultur und des vorwärtsstrebenden Proletariats der westeuropäischen Länder zur Folge haben wird. Ich meinesteils sehe darin keine Gefahr, sondern glaube, daß die selbständigen Gebiete, die hier entstehen werden, die Interessen der westeuropäischen Kultur gegenüber dem Zarismus besser wahren werden als dieses marastische, zu jeder Tat unfähige Oesterreich. Ich kann also nach all dem vorher Gesagten

nicht wie Austerlitz glauben, daß aus der Asche von Großösterreich Kleinösterreich entstehen wird wie der Vogel Phönix. Aber gerade weil ich der Ansicht bin, daß die Auflösung des Dualismus einen Schritt näher zur Auflösung Oesterreichs bedeutet, und weil ich glaube, daß die Auflösung dieses Staates eine Vorbedingung für die natürliche Entwicklung seines Proletariats ist, deshalb bin ich für die Beseitigung des Dualismus. Was wir zu vollbringen haben im Interesse des Proletariats aller Nationen Oesterreichs, ist die Erkämpfung politischer Rechte, so daß es vorbereitet ist für den Tag der Liquidation, um dann etwas dreinreden zu können. (Lebhafter Beifall.)

Dr. Ellenbogen: Ich halte es für ziemlich überflüssig, sich solchen Zukunftsphantasien hinzugeben, wie sie Genosse Winarsky uns eben produziert hat. Wir wollen uns womöglich über die Wirkungen der Lösung des staatsrechtlichen und wirtschaftlichen Verhältnisses Rechenschaft geben. Aber was aus diesem Kadaver Oesterreich wird, das ist gleichgültig, das Proletariat kümmert es nicht, seine Existenzberechtigung beruht auf anderen Voraussetzungen als dieser Staat. Jedenfalls müssen wir uns auf die Gefahr, die aus der Lösung des staatsrechtlichen Verhältnisses für die Arbeiter entspringt, gefaßt machen. Es wird dann ein Zollkrieg entstehen, die Lebensmittelpreise werden ungeheuer erhöht werden, davon wird das Proletariat schwer betroffen. Während die Agrarzölle jetzt nur im Falle von Erntedefiziten fühlbar werden, würden im Augenblick der Errichtung dieser Zollgrenzen die österreichischen Agrarier zu einem furchtbaren Raubzug schreiten. Aber ich glaube, für uns steht die Frage gegenwärtig weniger so: Was wird dann geschehen? Weit wichtiger ist die Frage: Ist es möglich, auf der einen Seite und wünschenswert auf der anderen Seite, dieses Verhältnis aufrecht zu erhalten? Die zweite Frage hat Austerlitz so gründlich beantwortet, daß darüber nichts mehr zu reden ist. Aber die Sache steht so, daß die österreichische Wirtschaft durch das Weiterbestehen des Ausgleiches vollständig ruiniert wird! Unsere Industrie wird durch das Aufblühen der ungarischen tief geschädigt und unser Export verschwindet immer mehr. In absehbarer Zeit hätten wir eine Masse Arbeiterentlassungen zu erwarten, ja sogar einen Stillstand der kapitalistischen Entwicklung in Oesterreich. Kommen dann noch Zollschranken dazu, so wird der vollständige Anstoß zum Ruin gegeben. Allerdings gegenüber Leuten, die keine Eisenbahnen wollen, die nicht wissen, daß der Kapitalismus seine Entwicklungsstadien durchmachen muß, daß die Ueberwindung des Kapitalismus nur durch die Entwicklung des Kapitalismus erfolgen kann, wäre jedes Argument verfehlt. Aber für alle klar denkenden Genossen ist es verständlich, daß das Stillstehen der kapitalistischen Entwicklungsmaschine einen furchtbaren Eingriff in das Recht des Proletariats bedeutet. Der Dualismus verdichtet nicht nur politisch das Chaos noch mehr, er verwirrt die Nationalitätenfrage ganz heillos, noch viel ärger aber wirkt er auf wirtschaftlichem Gebiete. Wenn wir uns unserer Haut wehren wollen, so müssen wir unbedingt für die Trennung sein. Schlechter, als es ist und zu kommen droht, kann es nicht werden. (Stürmischer Beifall.) Da ist es uns gewiß lieber, einen Augenblick noch tiefer hinein- und dann aber endgültig herauszukommen! Die Lösung wird der österreichischen Industrie große Hemmungen bereiten, aber wie steht es denn mit der ungarischen Industrie? Wie ist sie denn möglich geworden? Mit österreichischem Geld! Die Oesterreichisch-ungarische Bank hat mit österreichischem Geld die ungarische Industrie gezüchtet, abgesehen von der Quote.

Vorsitzender: Die Redezeit ist abgelaufen.

Dr. Ellenbogen: Ueber den Ausgleich ist in zehn Minuten nicht zu reden.

Pölzer (Wien): Ich beantrage weitere zehn Minuten Redezeit für Ellenbogen.

Resel (Graz): Ich beantrage unbeschränkte Redezeit.

Dr. Stark: Dann muß rückwirkend auch noch ich das Wort bekommen.

Dr. Ellenbogen: Ich will keinen Unterschied unter Genossen machen. Aber es ist für den Parteitag doch von Wichtigkeit, zu wissen, wie sein parlamentarischer Vertreter im Ausgleichsausschuß darüber denkt.

Bedenkt man die hohe Temperatur, in der diese Arbeit erfolgt, so handelt es sich nur um einen lächerlich bescheidenen Beschluß. Trotzdem hat der Industrierat bereits ein Veto eingelegt und der Industriellentag hat sich noch mehr echauffiert. Die Regierung hat in all diesen Fragen nie den Mut gehabt, den Unternehmern die Wahrheit zu sagen. Herr v. Koerber ist der reine Hans Dampf in allen Gassen. Er begrüßt Kleingewerbetreibende, er begrüßt Agrarier, er begrüßt Industrielle, er würde auch uns alles Mögliche versprechen. Herr v. Koerber ist wie ein Schaubudenbesitzer, er verspricht allen, zu helfen, aber die alte reaktionäre Wirtschaft geht dabei überall ihren Gang. Was für schöne Erlässe hat Herr v. Koerber in der Tuberkulosenfrage herausgegeben! Unter seinem Regime ist aber nicht der kleinste Schritt zur Beseitigung jener Uebelstände, die der fruchtbarste Nährboden der Tuberkulose sind, geschehen. Freilich, Erlässe kosten niemanden etwas, da haben die Unternehmer nichts einzuwenden.

Auch in der Frage der Arbeiterversicherung will Koerber nicht Ernst machen. Die bestehende Versicherung ist ganz unzulänglich. In allen Kranken- und Unfallversicherungsinstituten waren 1901 nur 2,364.694 Versicherungspflichtige, in den Bruderladen waren 1899 nur 161.504 Mitglieder und in den Hilfskassen 1901 nur 22.143 versicherungspflichtige Mitglieder, zusammen 2,548.341 Versicherte. Nehmen wir noch die Dienstboten- und freiwillig Versicherten dazu, so bekommen wir annähernd drei Millionen Versicherte. Fragen wir uns nun, wieviel Personen versicherungspflichtig sind. Wenn wir eine zehnprozentige Entwicklung seit der Volkszählung von 1890 annehmen, so bekommen wir einen Kreis von neun Millionen Versicherungsbedürftiger. Nur drei Millionen sind im besten Fall im Genusse der Krankenversicherung. Der Kreis der Unfallversicherten ist noch enger. 1902 wurden 59.871 Unfallsrenten ausbezahlt. Von einer Altersversicherung ist noch keine Spur. Einzelne private Betriebe haben in dieser Hinsicht kümmerliche, unzugängliche Institutionen, die nur ein Mittel sind, um einen Arbeiter an den Betrieb zu fesseln. Die meisten Institutionen sind bankerott. Ich erinnere Sie nur an die Zustände bei der Alpinen Montangesellschaft. Jahrelang zahlt da der Arbeiter ein; solange es keine Krüppel gibt, kommt man natürlich aus. Wird der Arbeiter alt, ist der Krach da und man erklärt: Entweder ihr willigt in eine Restringierung eurer Ansprüche oder wir gehen mit der Entlassung vor. Wiederholt mußten wir im Parlament wegen derartiger desolater Zustände interpellieren. Vor allem leiden die Krankenkassen an der verfehlten Organisation. Die Arbeiterschaft sollte mit den Betriebskassen, die mehr als 600.000 Mitglieder haben, endlich aufräumen. Die Leistungen der Kassen sind infolge des Mangels einer Alters- und Arbeitslosen-, der Beschränkung der Unfallversicherung übergroße, die Kassen nicht genug leistungsfähig. Verwaltet Sozialdemokraten die Kassen, so können sie zuweilen Ansprüche Bedauernswerter, auch wenn sie gesetzlich nicht exakt begründet sind, nicht zurückweisen. Durch den Verwaltungsgerichtshof sind den Kassen auch teilweise die Lasten der Armenversorgung aufgebürdet worden. Im Jahre 1901 haben die Kassen mehr als drei Millionen an Spitalskosten gezahlt. Diese Leistungen sind den einzelnen Ländern noch immer zu gering, und es muß dieser Ausnützung von Arbeiterinstituten entschieden entgegengetreten werden. Wir müssen uns auch darüber beklagen, daß die Regierung amtlichen Uebergriffen von Beamten nicht genügend energisch entgegentritt. Die Schließung der Schuhmacherkrankenkasse ist ja jetzt aufgehoben worden. Aber wie lange dauert es noch, bis solche Mißgriffe, wie sie der Wiener Magistrat bewußt durchführt, gesühnt werden!

Die Alters- und Invaliditätsversicherung will die Regierung im Zusammenhange mit einer allgemeinen Reform der Krankenversicherung machen. Koerber hat trotz aller Versprechungen bis heute seine Absichten nicht bekanntgegeben. Es wird noch weiß Gott wie lange dauern, bevor wir den bürgerlichen Parteien die Entscheidung abringen können. Koerber muß endlich sagen, wie es mit dieser Reform bestellt ist. Nach jahre-

Neumann: Am 22. Oktober erfolgte die Schließung der Schuhmacherkrankenkasse durch den Wiener Magistrat. Gegen diese reinpolitische Verfügung, die sich als Mißbrauch der Amtsgewalt gekennzeichnet hat, haben wir sofort rekurriert. Heute ist der Rekurs erledigt worden. (Hört!) Dem Rekurs wurde gesetzmäßig stattgegeben. Morgen um halb 9 Uhr hat die Kasse wieder dem Gehilfenobmann Genossen Möller übergeben zu werden. (Bravorufe. — Zwischenrufe: Wozu Bravo? Die Erledigung ist doch selbstverständlich!) Die Verfügung — das ist merkwürdig — ist am 5. November erflossen und vermutlich bereits am 6. November in den Händen des Magistrats gewesen. Am 7. November hat eine Gemeinderatssitzung stattgefunden, in der eine bestellte Interpellation von Lueger beantwortet wurde. Damals hat der Bürgermeister von dieser Verfügung der Statthalterei wohl schon gewußt. Trotzdem hielt er seine demagogisch verleumderische Rede. Gegen jeden perfiden Mißbrauch der Amtsgewalt und gegen die kecke Belügung einer erwählten Körperschaft müssen wir uns aussprechen und den Schuldigen das Stigma der Lüge und der Verleumdung aufprägen. (Stürmische Zustimmung.)

Der **Vorsitzende** erklärt sodann, daß der Parteitag die soeben gehörte Mitteilung mit Befriedigung zur Kenntnis nimmt.

Nachdem noch die Begrüßungen aus Pola, Czernowitz, Bischofteinitz, Krems, vom Verbande der Tonarbeiter und dem deutschen Arbeiter-Abstinentenverein verlesen werden, schließt Vorsitzender Tomschik die Nachmittagssitzung.

Vierter Verhandlungstag.

Vormittagssitzung.

Vorsitzender: **Tomschik.**

Vorsitzender: Zu einer Mitteilung hat das Wort Genosse

Pölzer: Die Genossen von der Parteivertretung waren gestern — ich teile das auf einige Bemerkungen mit — durch ein Schiedsgericht an der Teilnahme beim Kommers verhindert.

Vorsitzender: Ich muß noch den Genossen Seitz entschuldigen, der durch die Landtagssitzungen am Erscheinen hier verhindert ist. Seitz hat mit der christlich-sozialen Horde genug zu tun und sich für die Landtagsdebatten auch vorzubereiten. Er ist also selbstverständlich entschuldigt. Wir setzen nunmehr die Debatte über **Dualismus und Sozialdemokratie** fort.

Němec (Prag, tschechisch): Oesterreich befindet sich in einer politischen, staatsrechtlichen, wirtschaftlichen und schließlich, betrachtet man die christlich-soziale Bewegung, auch kulturellen Krise. Wollen wir die Quelle dieser Krise erkennen, so müssen wir uns genau ansehen, was dieser Staat ist. Es ist kein Einheitsstaat. Völker und Länder sind künstlich zusammengefügt, gewaltsam in ein Ganzes gebracht. Aber nicht einmal wirtschaftlich ist Oesterreich einheitlich. Neben den aktiven Ländern gibt es solche, deren Finanzwirtschaft passiv ist. Es gibt Länder, die eine vorgeschrittene Industrie haben, und Länder mit einer ganz rückständigen Landwirtschaft. Der Unterschied zwischen den Deutschen aus Nordböhmen und den Alpenländern ist größer als zwischen den Deutschen und Tschechen in Böhmen und den benachbarten Teilen Deutschlands. Mit Rücksicht auf diese Verschiedenartigkeit sollte man den Nationen die Freiheit der Entwicklung lassen, damit sie sich wenigstens einigermaßen gleichmäßig entwickeln können. Statt dessen wurde im Jahre 1867 der Dualismus eingeführt, in Ungarn die nichtmagyarischen Nationen aufgeopfert und in Oesterreich eine Verfassung geschaffen, die den Deutschen die Herrschaft sichern sollte, obwohl diese nur eine Minorität der Bevölkerung bilden. Das alles ist aus Rücksicht auf die Interessen der Dynastie geschehen, damit sich das Reich nach außen als Großmacht präsentieren könne. Aber

der Rahmen, in den die Nationen und ihre Bestrebungen gewaltsam eingezwängt wurden, hat sich als immer drückender erwiesen, und als diese Nationen sich entwickelten und sich ihrer Kraft bewußt wurden, suchten sie diesen Rahmen zu sprengen. Um diesen Rahmen des Dualismus nun zusammenzuhalten, suchten die Regierungen für den Ausgleich die einzelnen Parteien zusammenzukaufen. Und als man sah, daß die Deutschen in letzterer Zeit nicht die nötige Bereitwilligkeit zeigen, den österreichisch-ungarischen Ausgleich ohne Festlegung ihrer bisherigen nationalen Vorrechte, gegen welche sich eine heftige Opposition erhebt, zu machen, wendete man sich um Hilfe an die Jungtschechen, Klerikalen und Stanczyken. Für die Sprachenverordnungen sollte der Ausgleich bewilligt werden. Die Deutschen wurden rebellisch und zeigten, daß sie Kraft genug haben, diesen Plan zu zerstören. Was ihnen an Zahl fehlt, das ersetzen sie durch ihre Wahlprivilegien und durch ihre wirtschaftlichen Fähigkeiten. Daraus sollten doch ihre Gegner die Belehrung schöpfen, daß sie die Wahlprivilegien beseitigen müssen. Aber sie wollen das gleiche Wahlrecht aus Furcht vor ihren eigenen Leuten nicht verlangen und müssen es deshalb auch aufgeben, die Privilegien zu beseitigen. Wo die natürliche Entwicklung unterbunden wird, verschwindet auch jene Ruhe, ohne die nicht der Weg zu einer gesunden Entwicklung gefunden werden kann, besonders in sozialer Beziehung. Darunter leidet am meisten die Arbeiterklasse, die nicht vorwärts kommen kann und deren Entwicklung durch die so gestärkte Reaktion vollkommen gehemmt wird.

Wenn wir nun die Quelle des Uebels suchen, finden wir sie in der dualistischen Staatsform und den Schwierigkeiten, welche deren Erhaltung bereitet. Wir können nichts anderes verlangen, als daß dieser Zustand gänzlich beseitigt wird, zugleich aber, daß selbstverständlich auch die Verfassung unseres Staates auf eine andere Grundlage gestellt werde. Wir haben schon in Brünn beschlossen, wie wir uns das vorstellen, und gesagt, daß die Autonomie der Nationen eingeführt werden muß. In einer solchen Gestaltung des Staates könnten wir den Bestrebungen standhalten, die gegen das Volk gerichtet sind. Weil wir wissen, daß, wenn nicht bald eine Aenderung vorgenommen wird, wir immer tiefer sinken, deshalb müssen wir selbst um diese Aenderung sorgen. Der Resolution kann man im ganzen zustimmen, soweit sie die Verhältnisse darstellt. Wir müssen, wenn wir schon in Oesterreich leben müssen, Sorge tragen, daß es so geregelt werde, daß wir hier auch leben können. Anstatt des Polizeiösterreich wollen wir ein demokratisches Oesterreich, welches erst dann seinen sozialen Aufgaben entsprechen könnte. (Beifall.) In der Resolution finde ich aber den Hinweis auf den deutschen Parteitag in Aussig unzulässig, da der Gesamtparteitag doch ganz autonom ist und sich nicht in seinen Beschlüssen auf Beschlüsse nationaler Parteitage berufen kann. (Beifall.)

Den Vorsitz übernimmt **Němec.**

Kristan (Wien): Gewiß berührt es eigentümlich, wenn Sozialdemokraten, die ja immer für eine Welteinheit schwärmen, hier auf eine Verkleinerung bestehender Größen hinarbeiten. Bürgerliche Journalisten könnten darüber fabulieren. Doch bei näherem Besehen kann man bemerken, daß es nicht nur wirkliche, sondern auch fiktive Zusammengehörigkeiten geben kann, wie es ja auch nur fiktive Trennungen geben kann. Von einer tatsächlichen Zusammengehörigkeit heute zu sprechen, ist ja schon verfehlt. Heute bereits! Geradeso, wie man andererseits beobachten kann, wie sich die Ungarn zuweilen bemühen, den Schein der Trennung hervorzurufen. Wenn sich Sozialdemokraten mit diesem Thema beschäftigen, so kommen vor allem die Interessen des Proletariats in Betracht, und zwar nicht nur die des österreichischen, sondern im Sinne der Internationalität auch die des ungarischen Proletariats. Von einem ungarischen Proletariat schlechthin kann ja eigentlich nicht gesprochen werden, auch wenn man Magyarien nicht mit Ungarn verwechselt. Neben dem Ausgleich der Ungarn gibt es ja auch einen Ausgleich der Ungarn mit den Kroaten. Winarsky hat gestern darauf hingewiesen, daß nach der Lösung des Verhältnisses von Oesterreich-Ungarn auch eine Lösung der einzelnen

Teile Oesterreichs erfolgen wird. Ellenbogen meinte, darüber sei nicht zu spintisieren. Ich glaube, das sollten wir sehr wohl überlegen, denn diese Frage ist für die Frage des Dualismus entscheidend. Für uns Südslaven ist das von besonderem Interesse. Die Südslaven sind heute schon kulturell geteilt und leiden darunter. Für uns kommen die nationalen Fragen ja nur in Betracht, insoferne die Sprache ein Kulturmittel ist. Von diesem Standpunkt aus erscheint es uns nicht wünschenswert, das bestehende Verhältnis noch mehr zu lockern. Abgesehen davon, daß Slovenen mit Kroaten und Serben viele gemeinsame Interessen haben, sind schon diese einzelnen kleinen Stämme politisch zersplittert und dadurch auch in ihrer Kulturentwicklung ungemein gehemmt. Nicht nur ein kulturelles Zusammengehen der Slovenen mit den Kroaten ist behindert, auch die Kroaten und die Serben sind in verschiedene Staatsgebiete zersprengt und nicht einmal eine einheitliche Literatur kann sich entwickeln. Ich brauche nur das Wort Dalmatien auszusprechen. Dieses wird de facto von Oesterreich verwaltet, gehört aber de jure anerkanntermaßen zu Kroatien. Tatsächlich führt der kroatische Landtag auch den Titel „Landtag von Dalmatien", der Banus führt den Titel „Banus von Dalmatien". Im kroatischen sowohl als auch im gemeinsamen ungarisch-kroatischen Wappen ist das dalmatinische auch aufgenommen. Wir hörten außer dem Ruf „Los von Ungarn!" auch noch den: „Los von Galizien und Dalmatien!" Nicht bei den Sozialdemokraten, sondern bei den Bürgerlichen hat da eine große Konfusion Platz gegriffen. Charakteristisch ist es ja, daß in Oesterreich und Ungarn alle darin einig sind, daß das dermalige Verhältnis niemandem gefällt, keiner Klasse, keiner Nation. Aber dieselben Politiker, die heute „Los von Ungarn!" rufen, pflanzen die schwarz-gelbe Fahne auf der Ofener Hofburg auf. Ja sogar der Einmarsch nach Ungarn wird begehrt. (Zwischenruf: Aber doch nicht von uns!) Hat doch Lueger bereits den Geist des Jellacic beschworen, und die bürgerlichen Parteien sind auch nicht faul, die Umwandlung Ungarns zu einer österreichischen Provinz zu fordern. Es wird sich zeigen, daß die Sozialdemokraten auch hier die Aufgaben der Bürgerlichen zu erfüllen haben. Die bürgerlichen Parteien werden keinen Ausweg aus diesen Fragen finden. Obwohl auf den ersten Blick die Trennung nicht wünschenswert erscheint, so bleibt von einem höheren Standpunkt aus nichts anderes übrig. Es ist einfach kein anderer natürlicher Weg zu finden. Obwohl auf den ersten Blick die Trennung nicht wünschenswert erscheint, so bleibt von einem höheren Standpunkt aus nichts anderes übrig, als diesen zufällig zusammengekleisterten Körper in seine natürlichen Teile zu zerlegen, erst dann werden sich die zusammengehörigen Teile wieder frei zusammenfügen. Ich glaube, daß auch unsere ungarische Partei die Trennung fordert und sogar die Zolltrennung gewünscht hat. (Ruf: Aus anderen Gründen wie wir!) Ob sich die ungarische Industrie dann selbständiger entwickeln wird, das wage ich nicht zu untersuchen. Sicher ist, daß auch die ungarischen Sozialdemokraten durch die Ausgleichsfragen geradeso behindert werden wie wir. Erst dann, wenn man nicht mehr gezwungen sein wird, in diesem Dreck herumzustochern, dann erst wird es möglich sein, sich mehr jenen Aufgaben zuzuwenden, die wir zu erfüllen haben. Weil wir meinen, daß ein modernes Oesterreich — vielleicht wird es gar kein Oesterreich sein — nur entstehen kann, wenn das unföderne, fiktive Oesterreich zertrümmert wird. Man glaubt, daß in Ungarn nur magyarisiert wird, aber es wird noch mehr rumänisiert. Auch die Slavisierung ist eine Tatsache. Wenn nun die nationalen Fragen in Ungarn für uns irgend ein Interesse haben und wir das Magyarentum nicht übermächtig sehen wollen, so ist das auch bei einer Trennung nicht zu befürchten! Im Gegenteil, die nationale Emanzipation wird sicherer erfolgen. Austerlitz sagte: Die Aufgabe, Polizei auf dem Balkan zu sein, fällt den Ungarn zu. Das wäre ein verdammtes Pandurenregiment. Wir haben in Bosnien, das ein Magyare regiert, gesehen, wie brutal — nicht nur gegen die Mohammedaner — diese „Wohlfahrtspolizei" wirkt. Viel mehr ist das südslavische Element der natürliche Kulturträger am Balkan. Deshalb ist es für uns von Interesse, daß dort die sozialdemokratischen Ideen gestärkt werden. Winarsky meinte, wir

dem zerfallenden Oesterreich würde vielleicht ein Bollwerk gegen den Zarismus zugrunde gehen. Er hat diese Befürchtung dann selbst wieder zurückgenommen. Ich sage Ihnen noch mehr: das alte Oesterreich war nie ein Bollwerk gegen den Zarismus, sondern eine Stütze desselben. Erst eine neue Konstellation wird das besser besorgen. Mögen die Ereignisse bald ergeben, daß die Resolution bald Wirklichkeit wird. (Bravo.)

Grigorovici (II. Bukowinaer Wahlkreis): Ich komme vom äußersten Osten der Monarchie und gehöre einer Nation an, die im Reiche zu schwach vertreten ist, um eine selbständige Organisation zu haben. Ich habe auch nicht das Mandat, hier speziell das organisierte rumänische Proletariat der südlichen Bukowina zu vertreten, da unsere Organisationen national gemischt und daher der deutschen Parteiorganisation angegliedert sind. Als Angehöriger der rumänischen Nation und infolge meiner Kenntnisse der slavischen Sprachen und der damit verbundenen Verwertung der entsprechenden Literatur habe ich mehr Einblick in die Nationalitätenverhältnisse Ungarns und bin darüber besser informiert als Austerlitz, der leider noch nicht anwesend ist. Was mir an seinen Ausführungen nicht gefallen hat, ist eben, daß er eine naive Anschauung über das Verhältnis der ungarischen Nationen zur herrschenden Magyarenclique hat, und daß er daher mit Gleichgültigkeit über ihr ferneres Schicksal hinweggegangen ist. Man wird mir einwenden, meine Auffassung, daß wir uns dieser unterdrückten Nation annehmen müssen, sei romantisch. Es gibt nun nicht bloß lügenhafte Romantik, sondern auch solche, die auf Wahrheit beruht, und solche haben wir nie verschmäht. Austerlitz ist auch nicht freizusprechen von Romantik, für ihn sind es eben die Magyaren, die vom Schimmer des Heldentums umflossen erscheinen. Es ist die alte, auf gefälschte historische Voraussetzungen beruhende Magyarenlegende, deren Verbreitung gewisse bürgerliche Kreise besorgen und die in der „Neuen Freien Presse" und in der „Frankfurter Zeitung" gepflegt wird. Ich stehe da auf einem anderen Standpunkt und bin auch nicht der Meinung, daß die Sozialdemokratie alle Romantik abschwören soll, vorausgesetzt, daß diese in ihrem historischen Kerne einwandfrei ist. Mir war es peinlich, hier immer vom ungarischen Parlament reden zu hören. Es ist bloß ein magyarisches Parlament, das obendrein von einer Clique beherrscht wird, mit der selbst das magyarische Volk nicht die geringste Gemeinschaft hat. Vor 1848 hatte Ungarn eine ständische Verfassung und die Leibeigenschaft bestand noch. Damals gab es bei elf Millionen Einwohnern 700.000 Wähler. Und im „modernen" Ungarn, das keine Leibeigenschaft und keine Stände mehr kennt, gibt es bei achtzehn Millionen Einwohnern bloß eine Million Wähler. Das Verhältnis hat sich also kaum geändert. Ist das ein modernes Parlament? Unsere Pflicht ist es, gegen jede Bedrückung aufzutreten, wo immer sie auch vorkommt. Es fällt mir nicht ein, zu verlangen, daß wir als Befreier auftreten sollen — das wäre ja Wahnsinn. Aber unsere Sympathien müssen wir den unterdrückten Völkern und Volksklassen in Ungarn deutlich ausdrücken und sagen, daß wir mit dem magyarischen Cliquenparlament nichts gemein haben. Daß diese Unterdrückung eine furchtbare ist, dafür ist folgende Tatsache charakteristisch: Ein Parteiorgan der Rumänen in Siebenbürgen hat im Verlaufe der letzten zehn Jahre nicht weniger als 34 Prozesse über sich ergehen lassen müssen; die Geldstrafen betrugen insgesamt 75.000 Kr. und es wurden in diesem Zeitraum zusammen 17 Jahre Gefängnis über die Redakteure dieser einen Zeitung verhängt. Der slavischen und deutschen Presse ergeht es auch nicht besser. Es wäre die Pflicht unserer Parteipresse, die Genossen über diese Dinge genauer zu informieren. Die Herren im ungarischen Parlament werden eine Riesenfreude haben, wenn sie sehen, wie naiv die Sozialdemokraten sind, daß sie an ihren Antimilitarismus glauben. Was Austerlitz über die Kroaten gesagt hat, daß sie einen hohen Grad von Unabhängigkeit besitzen, das spricht doch nicht für die ungarische Nationalitätenpolitik. Die Magyaren haben ja als Besiegte, Niedergerungene das gewähren müssen.

Ich betone ausdrücklich, daß wenn ich hier von der magyarischen Nation spreche, ich nicht die gesamte Nation meine. Diese ist im Parlament nicht ver-

treten und nicht im mindesten identisch mit der dort herrschenden Schichte. Das ist eine böse Clique, die das Land fest in der Hand hält. Wenn einer aus dieser Clique nicht ihren Willen tut, wird er wegen Defraudation angeklagt, und Beweise sind immer vorhanden. (Heiterkeit.) Wir mischen uns nicht ein in die inneren Verhältnisse Ungarns; aber das sind wir verpflichtet, den unterdrückten ungarischen Nationen unsere Sympathien auszudrücken, so wie wir es bei den Buren und anderen Volksstämmen getan haben. Ich stelle daher folgenden Zusatzantrag zur Resolution des Genossen Austerlitz, der als letzter Absatz an diese angeschlossen werden soll:

Der Parteitag erklärt aber auch dasselbe bezüglich Ungarns und sieht nur in diesem Wege der Entwicklung die Möglichkeit zur Emanzipation der geknechteten nichtmagyarischen Nationen sowie des Proletariats dieses Staates.

Aus diesem Grunde begrüßt er das ungarische Proletariat, das mit seiner Forderung nach dem allgemeinen gleichen Wahlrecht und der Gleichberechtigung aller in diesem Staate lebenden Völkerstämme den Grundstein zu einem modernen Staatsgebilde gelegt hat, auf das lebhafteste.

Resel (Graz): Ich glaube, diese Frage ist die weitaus wichtigste unseres Parteitages. Es hätte nicht geschadet, wenn dafür die Auseinandersetzungen über den Militarismus unterblieben wären. Wir haben uns vorläufig nicht über theoretische Auseinandersetzungen über den Militarismus, die viel Verwirrung anstiften können, zu unterhalten, sondern über die Ursachen des österreichischen Militarismus. Dieser Punkt kann gerade in dieser Debatte aufgezeigt werden. Ich verweise auf die Artikel des Genossen Kautsky in der „Neuen Zeit". Die Behauptung, daß der weitaus größere Teil der Bevölkerung von dem ganzen Ausgleich sehr wenig weiß, ist leider richtig. Sonst wäre es ausgeschlossen, daß große Kreise mit Ausschluß der Arbeiterschaft darüber einfach hinweggehen und gar nicht Stellung nehmen. Die Nationalen haben in der letzten Zeit erklärt, daß man unter Umständen für den Ausgleich stimmen kann, wenn schon nicht anders, so wenigstens noch für diese zehn Jahre; Baernreither hat ja das erlösende Wort: „Diesmal noch" gefunden. Austerlitz hat in einer glänzenden Rede den Ausgleich beleuchtet. Auch ein Bürgerlicher hätte diese Rede halten können. (Daszynski: Nicht alles darin!) Na, ich weiß nicht. Wir sind an der Entwicklung der Industrie gewiß mitinteressiert, aber eigentlich sollten im Vordergrund des Kampfes gegen den Ausgleich unsere Kapitalisten stehen, sie haben aber ein Kompromiß mit den Agrariern geschlossen. Allerdings kommt bei uns der Wille der Industrie im Parlament nicht zur Geltung. Nur der Mittelstand und das Kleinbürgertum kommen dort zum Wort, für die kommen aber nur die Fragen ihrer eigenen Existenz in Betracht. Das Kleinbürgertum ist ja überhaupt gegen die Entwicklung der Industrie. Die meisten der Vertreter im Parlament treiben eine Politik, die der ganzen Entwicklung Oesterreichs schädlich ist; sie fragen nur: Was gibt uns die Krone, wenn wir zu Diensten sind? Daraus entstehen unsere Parlamentsbeschlüsse. Die Volkswünsche werden nicht berücksichtigt. In den letzten Jahren ist kein Schritt wirtschaftlicher oder kultureller Fortentwicklung geschehen. Nicht nur Stillstand herrscht, sondern es geht zurück. Zum Beispiel die Metallarbeiter leiden sehr unter dieser Stagnierung und die Krise dauert in Oesterreich für sie an. Es gibt in Oesterreich Politiker, die meinen, eine Lösung, sei sie noch so schlecht, ist dem heutigen Zustand vorzuziehen, weil man dann wenigstens berechnen kann, was man künftighin zu unternehmen hat. Immer weniger hat Oesterreich einen Vorteil von der Gemeinsamkeit mit Ungarn, aber die Lasten der Gemeinsamkeit wachsen immer mehr. Die 4½ Prozent, die bei der letzten Quotenberatung für uns abgefallen sind, wiegen bei weitem das nicht auf, was derweil an Ungarn zugestanden wurde. Die wirtschaftliche Entwicklung Oesterreichs leidet schwer unter der Gemeinsamkeit. Wir können die wichtigsten Verkehrswege nicht bauen — die Beratung über die Verbindung Dalmatiens mit dem Balkan hat dies bewiesen — die Ungarn wollen es nicht. Aus Ungarn werden wir

immer mehr hinausgedrängt und verlieren einstweilen die anderen Absatzgebiete. Wenn das andauert, so ist ein weiterer Niedergang der Industrie zweifellos. Der neue Zolltarif würde die Industrie schwerer schädigen als eine Trennung. Die Schädigung innerhalb dieser zehn Jahre wäre nicht mehr wettzumachen. (Austerlitz: Es ist ja ein Schutzzolltarif, der schädigt die Bevölkerung, nicht die Industrie!) Herr v. Koerber würde einen anderen Zolltarif vorlegen, wenn er nicht an den Ausgleich glauben würde. Der Großmachtswahn wird schwinden, wenn wir uns von Ungarn trennen. Die Kräfte, die heute für den Militarismus tätig sind, werden sich dann der wirtschaftlichen Entwicklung zuwenden müssen. Für die österreichische Arbeiterschaft ist eine Entwicklung der Industrie nicht bloß notwendig, weil sie beschäftigt sein will, sondern ist auch eine Vorbedingung für die Besserung der Lage der Arbeiter. Diese Aussicht schwindet immer mehr, je mehr wir der Versumpfung entgegengehen. Die Frage ist auch vom Standpunkt der Nationalität besprochen worden. Ich dachte, daß die Südslaven sich noch mehr aufregen werden; ich glaubte, sie werden sagen, wir wollen nicht den Ungarn ausgeliefert werden. Es wäre aber auch ganz gefehlt, zu glauben, daß dadurch eine Schädigung der Ungarn angegliederten Nationen erfolgen würde. Ich verweise auf die letzten Unruhen in Kroatien; da hat man steirische Soldaten hingeschickt. Stets ist man bereit, mit den Soldaten der einen Nation die andere zu beugen. Das würde bei einer Trennung auch geändert werden. Es wurde auch gesagt, wir hätten an einem großen Staatsgebiet ein Interesse. Ich verweise Sie auf Belgien. Ein kleiner Staat, aber ohne irrsinnige Militärbelastung und mit wirtschaftlich hoher Entwicklung. Es muß nicht immer ein großer Staat sein, der die Interessen der Entwicklung besser fördert. Genosse Dr. Stark hat erklärt, daß er die Loslösung von Ungarn für sehr bedenklich hält, weil Ungarn einen ungünstigen Handelsvertrag schließen könnte, wir könnten dadurch schwer geschädigt werden. Ich glaube das nicht. Ungarn ist auf Oesterreich angewiesen, mehr als wir auf Ungarn. Wir können uns das, was uns an Lebensmitteln fehlt, leicht zu nicht viel höheren Preisen verschaffen. Unser Export nach Ungarn hat sich ohnedies relativ vermindert. (Dr. Stark: Noch immer 800 Millionen Kronen!) Heute führt Ungarn nach Oesterreich mehr ein als wir nach Ungarn. (Zwischenruf: Aber was?) Ich weiß, wir beziehen nur agrarische Produkte aus Ungarn. Oesterreich führt hauptsächlich Textil- und Eisenwaren aus. In den zehn Jahren werden wir aber das ungarische Absatzgebiet vielleicht ganz verloren haben und kein neues Absatzgebiet gesucht haben. Den Orient werden wir inzwischen auch ganz verloren haben. Nach England können wir nichts ausführen, das ist selbstredend. Wir können uns andere Absatzgebiete nicht suchen, Ungarn verhindert es. Vor allem aber muß betont werden, daß der Dualismus die Wurzel unseres Militarismus ist. (Beifall.)

Dr. Czech (Brünn, zur Geschäftsordnung): Ich beantrage Schluß der Debatte, weil eine Fortsetzung auf Kosten der anderen wichtigen Punkte erfolgen würde.

Dr. Stark (Karlsbad): Ich bitte, mich, da ich gestern nur zehn Minuten reden durfte, gerechterweise meine Rede fortsetzen zu lassen.

Vorsitzender: Das geht nicht. Erklären Sie sich für oder gegen den vorliegenden Antrag. Ein persönliches Plaidoyer kann ich nicht zulassen.

Dr. Stark: Dann bitte ich, den Antrag abzulehnen.

Bei der Abstimmung wird Schluß der Debatte angenommen.

Daszynski (zu einer tatsächlichen Berichtigung): Ich konstatiere tatsächlich, daß die Zahlen, die Winarsky angeführt hat, veraltete sind. Ich bin nicht gegen ein „Los von Galizien", aber im Sinne unseres Brünner Programms (Winarsky: Das war auch meine Absicht), nicht im Sinne der „Neuen Freien Presse" oder der Schönerianer.

Es folgt nun das Schlußwort des Referenten

Austerlitz: Ich will nur einige kurze Bemerkungen zu den in der Debatte gemachten Ausführungen beifügen. Es wurde gesagt, daß bei einer

Trennung der beiden Staaten im österreichischen Parlament die Agrarier so übermächtig werden würden, daß sie uns ihre egoistischen Bestrebungen als Gesetz aufzwingen könnten. Ich vermag wirklich nicht einzusehen, was für einen Unterschied es für die österreichische Arbeiterklasse bilden soll, ob die Beute, die aus den Lebensmittelzöllen geschöpft wird, von den österreichischen Feudalgrafen allein oder von ihnen in Kompagnie mit den ungarischen Feudalgrafen verzehrt wird. Höhere Lebensmittelzölle, als sie heute im Abgeordnetenhause zur Verhandlung stehen, könnte auch ein Zollkrieg mit Ungarn nicht zutage fördern. Das Ergebnis der Zolltrennung von Ungarn wäre also nur, daß wir mit diesen Zöllen dann auch den Import von Ungarn nach Oesterreich treffen würden. Nun sind die Zölle des Wuchertarifs Produkte der Macht der ungarischen Feudalgrafen und der österreichischen Feudalgrafen zusammengenommen, und es ist doch zweifellos, daß, wenn auch der österreichische Agrarismus außerordentlich mächtig ist, er doch für die österreichische Arbeiterklasse ein geringeres Gewicht hat und eine eher besiegbare Potenz wird, wenn er die mächtige Unterstützung der Ungarn entbehrt. Wenn es also zweifellos ist, daß die Lösung Oesterreichs von Ungarn die Macht der österreichischen Agrarier nicht verschwinden machen wird — da man doch mit der Tatsache rechnen muß, daß Oesterreich auch ein stark agrarischer Staat ist und das schamlose Wahlrechtsprivileg den agrarischen Schichten noch über ihre positive Bedeutung hinaus Macht verleiht — so wird sie uns doch möglicher machen, der Macht der Agrarier zu begegnen, wenn wir von Ungarn wegkommen, als wenn wir mit Ungarn verbunden bleiben. Es wird dann im Gegenteil möglich sein, dem Prozeß der Industrialisierung in Oesterreich ein beschleunigtes Tempo zu geben und dadurch schon dem Staate das Bedürfnis einzupflanzen, die ausschließlich agrarische Politik, die er seit 1892 macht, aufzugeben.

Jetzt werden unsere Verträge mit dem Ausland nur zu dem Zwecke geschlossen, der Landwirtschaft eine erhöhte Exportfähigkeit zu bieten. Aber abgesehen davon, daß dadurch eine Absperrung des inneren Marktes für Produkte des Auslandes erfolgt, deren Einfuhr trotz der agrarischen Produktion für uns unentbehrlich ist, ist auch an sich von Sozialdemokraten eine Politik nie zu billigen, die die Ausfuhr agrarischer Produkte fördert. Es ist besser, daß wir den Ueberschuß agrarischer Produkte in Oesterreich zu verzehren trachten. Das ist übrigens ein Prozeß, den der Staat nicht aus Humanität vollführen wird, zu dem er aber durch den Fortschritt der Industrialisierung gezwungen werden wird. Wenn wir also die Möglichkeit der Ausfuhr agrarischer Produkte unterbinden, also bei der Ausfuhr antiagrarische Politik machen, dann bahnen wir einer Entwicklung den Weg, die zur Besserung der Lebenshaltung der Arbeiter führt.

Es wurde von allen Rednern als richtig erkannt, daß der entscheidende Punkt in der Wechselwirkung des ungarischen Marktes mit dem österreichischen liegt, daß wir das Bedürfnis haben, uns den ungarischen Markt für die Ueberschüsse unserer Industrie offen zu halten und andererseits als Vertreter der arbeitenden Klasse der Erwägung nicht aus dem Wege gehen dürfen, daß ein Zollkrieg mit Ungarn nur auf dem Rücken der arbeitenden Klasse geführt werden könnte. Es ist also nicht möglich, nur mit trockenen Ziffern der Statistik zu operieren und zu sagen: Eigentlich ist die Einfuhr von Ungarn nach Oesterreich größer als die Einfuhr von Oesterreich nach Ungarn, also sind die Ungarn bei der Zolltrennung mehr im Nachteil als wir. Das ist ja nur theoretisch — und da in sehr bedingtem Maße — richtig, weil die Ungarn ihre Industrieprodukte in der ganzen Welt kaufen können, die Oesterreicher aber sie nicht in der ganzen Welt verkaufen würden; dann aber auch deshalb, weil die Erschwerung der Einfuhr von Ungarn nach Oesterreich nicht allein den Ungarn, sondern auch den Oesterreichern und vor allem den armen Oesterreichern schaden würde. Das habe ich ja ausführlich auseinandergesetzt und ich will nur noch bemerken, daß sich die Dinge im wirklichen Leben nicht mit so unmittelbarer und brutaler Sicherheit abzuspielen pflegen, wie es nach der Theorie der Fall *sein sollte*. Der Umwandlungsprozeß in der Versorgung eines *Marktes ist ein Prozeß von* einem Lebensalter. Wenn der schärfste Zollkrieg

zwischen Oesterreich und Ungarn ausbräche, so würde sich ja nicht am nächsten Tage alles ändern, wenn auch die theoretische Möglichkeit dazu vorhanden wäre, sondern es werden auch dann noch immer die Bedingungen des Verkehres zwischen beiden Staaten bestehen, die in anderen Tatsachen wurzeln und auch weiterhin ihre Kraft behalten. Sie müssen begreifen, daß der ungarische Markt vom österreichischen ganz abhängig ist. Unter den Elementen, die Ungarns wirtschaftliche Stärke begründet haben, steht nicht nur der Kredit, den die öffentlichen Institutionen an Ungarn vermittelt haben, sondern noch mehr der von österreichischen Privatwirtschaften den Ungarn gewährte Kredit; und ebensowenig wie ein Arbeiter, der bei einem Greisler verschuldet ist, sofort die Bezugsquelle wechseln kann, weil ein anderer Greisler billiger ist, ebensowenig ist es möglich, daß eine Wirtschaft, die von einem anderen Markte abhängig ist, sofort den Markt wechseln kann, weil ihr theoretisch andere Wirtschaftsquellen zu Gebote stehen. Ungarn hat zwei Quoten: die eine, bei der es Oesterreich mit seinen 30 Prozent beschummelt, die andere, die es am Franz Josefs-Quai schuldig bleibt. (Heiterkeit.) Die vollständige Abhängigkeit des wirtschaftlichen Marktes von Oesterreich bedingt das vollständige kommerzielle Uebergewicht Oesterreichs. Der ungarische Markt ist ja für die Weltwirtschaft nicht groß genug, abgesehen davon, daß er durch die sprachliche Verschiedenheit eine für den Europäer nicht kommensurable Größe darstellt und eine kommerzielle Kraft verlangt, die in Bewegung zu setzen für Europa der ungarische Markt doch ein zu kleines Gebietsfeld ist.

Was die Gefahr für die österreichische Industrie betrifft, die durch die Absperrung des ungarischen Marktes entstehen könnte, halte ich sie für das nebensächlichere Moment in der Frage der Zolltrennung. Denn ich glaube nicht, daß ein österreichischer Fabrikant, dessen Produktion hauptsächlich für den ungarischen Markt eingerichtet ist, sofort, wenn Zölle eingeführt werden, weil es theoretisch so stimmt, seine Produktion einstellen würde. Die Industrie ist ungemein anpassungsfähig und Sie wissen, wenn der Profit des Kapitalisten in Gefahr ist, wird der Kapitalist äußerst erfindungsreich und selbst die alte österreichische Schlamperei und Trägheit kann und würde überwunden werden, wenn die Notwendigkeit dazu an die Industriellen herantreten wird: eine Notwendigkeit, die sich in der furchtbarsten Weise zeigen wird, die der Kapitalist kennt, nämlich in der Aufhebung oder Verringerung der Profitrate. Um die österreichische Industrie bin ich außerordentlich wenig besorgt, und was die Versorgung des österreichischen Marktes mit ungarischen Agrarprodukten betrifft, so muß ich sagen: Selbst wenn die Ungarn eine Zollinie aufrichten würden, so wären die österreichischen Schutzzölle gegen die ungarischen Produkte nicht eine notwendige Maßregel, sondern nur eine technische Maßregel des Vergeltungskrieges. Es wäre für uns gar keine Notwendigkeit, die ungarischen Agrarprodukte mit Schutzzöllen zu belegen — selbst wenn Ungarn unsere Industrieprodukte mit Zöllen belegt. Wenn allerdings in Oesterreich die agrarische Kraft durch die Einsichtslosigkeit des Bürgertums und durch das Wahlprivileg stärker bleibt, wenn die modernen Klassen, die Oesterreich eigentlich ernähren, die Oesterreich tragen, die Bourgeoisie und die Arbeiter, nicht den ihnen gebührenden Einfluß in Oesterreich bekommen, wenn namentlich die industrielle Bourgeoisie in ihrem nationalen Chauvinismus so verblendet bleiben wird, daß sie ihr wirtschaftliches und kulturelles Interesse nicht zu erkennen vermag, wenn wir zweifeln müßten, aus Oesterreich einen halbwegs modernen Staat zu machen: dann müßten wir eben mit der Tatsache rechnen, daß die österreichischen Agrarier uns das Joch auferlegen werden, das wir von uns abstreifen, indem wir den Verband mit Ungarn lösen.

Aber das ist eine Frage unserer inneren Kraft. Ich glaube also, daß der Wahnsinn des agrarischen Protektionismus an der ehernen Notwendigkeit der Dinge eine Grenze finden wird, wobei ich Ihre Aufmerksamkeit auf die entscheidende Tatsache lenke, daß die durch den Verband mit Ungarn uns aufgezwungene Großmachtstellung eine unerhörte Belastung aller Produktionselemente in Oesterreich darstellt, die sich unmittelbar in Steuern,

Gebühren und Abgaben der verschiedensten Art für die Kapitalisten, aber noch viel stärker in einer furchtbaren Belastung der breiten Massen ausdrückt. Wenn wir auf Zucker, Bier, Branntwein, Petroleum, Luft ungeheure Steuern sehen, so dürfen wir nicht vergessen, daß das eine durch den Dualismus erzeugte „Notwendigkeit" ist. Oesterreich hat die Ressourcen eines kleinen Staates, ist aber durch den Dualismus gezwungen, auf dem Fuße einer Großmacht zu leben. Deswegen müssen alle Elemente der Volkswohlfahrt in unerhörter Weise herangezogen werden, um die Fortfristung der Großmacht zu ermöglichen. Ich glaube also nicht, daß wir von der Zolltrennung jene schlimmen Folgen befürchten müssen, die von manchen Rednern befürchtet werden. Dabei müssen Sie auch bedenken, daß wir ja eigentlich viel ernsthafter und gewissenhafter über diese Angelegenheit beraten, als es unsere Pflicht wäre — da wir ja doch nur der eine Faktor des Produktionsprozesses sind — ernsthafter und gewissenhafter als selbst die Industriellen und Agrarier, die auf ihren Tagen, allerdings mehr der Flausen halber, sagen, daß sie die Lösung des Verbandes mit Ungarn wollen.

Nun noch einiges über die Einwendungen, die sich gegen meine Bemerkungen über die Nationalitäten wenden. Speziell der Genosse, der als Vertreter der Rumänen gesprochen hat, hat gemeint, daß ich über die Lebensfragen der nichtmagyarischen Nationalitäten in Ungarn mit einer gewissen Lieblosigkeit oder Gleichmütigkeit hinweggegangen sei, und er hat seine Anschauungen in eine Resolution verdichtet, die er Ihnen zur Annahme empfiehlt. Ich brauche den Genossen nicht zu erklären, daß es einem internationalen Sozialdemokraten vollständig fern steht, irgendwo den kleinsten Volkssplitter kränken oder in seinen natürlichen Rechten auf Entwicklung beeinträchtigen zu wollen, wenn sich nachgerade auch die Erwägung nicht abweisen läßt, daß sich die verschiedenen Nationalitäten die übermäßige Empfindlichkeit doch abgewöhnen könnten, aus der sie bei Erwähnung ihrer Nationalität Ehrenbezeigungen verlangen. Man darf das Wort Rumäne, Ruthene oder sonst ein anderes nicht erwähnen, ohne gleichsam verpflichtet zu sein, zu erklären, daß man diesem Volke alles Gute wünscht. Das ist doch unter Sozialdemokraten selbstverständlich. Ich würde es als eine Ueberhebung ansehen, wenn ich mir gestatten würde, den Rumänen eine ausdrückliche Erklärung über ihr Recht auf nationale Entwicklung zu geben, ohne ihnen die Verpflichtung aufzuerlegen, daß sie auch diese Glückwünsche immer bei der Erwähnung der Deutschen aussprechen. Wir sind nicht mehr als sie und sie nicht weniger als wir.

Es ist auch nicht notwendig für einen internationalen Sozialdemokraten, zu erklären, daß er den ungarischen Arbeitern in ihrem Kampfe für den Fortschritt ihrer Klasse, in der Eroberung der politischen Rechte für ihre Klasse alles wünscht, was er der eigenen Arbeiterklasse wünscht. Daß wir die Bestrebungen der ungarischen Arbeiter auf Erringung politischer Rechte mit unseren werktätigen Sympathien begleiten und einen Erfolg ihrer Bestrebungen geradezu als Erfolg unserer eigenen Bestrebungen ansehen, ist so selbstverständlich wie nur möglich, und ich bedaure, daß man gezwungen ist, so glatte Selbstverständlichkeiten von der Tribüne herab noch einmal versichern zu müssen, denn die Versicherung erweckt den Schein, als ob es doch nicht gleich selbstverständlich gewesen wäre. Ich erachte es also als überflüssig, daß der Parteitag diese Resolution annimmt, die ja an sich berechtigt ist, aber doch überall eher ihren Platz hat als in einem praktischen Gegenwartsprogramm unserer Partei. Es ist auch ebenso überflüssig, daß wir den ungarischen Arbeitern bei dieser Gelegenheit unsere Sympathien für die Erringung des Wahlrechtes aussprechen, wie wenn wir sie bei dieser Gelegenheit etwa den sächsischen Arbeitern aussprechen würden. Wir wären sehr erstaunt, wenn die ungarischen Arbeiter auf einem Kongreß bei der unmittelbaren Feststellung eines praktisch-politischen Programms beschließen würden, den österreichischen Arbeitern in *ihrem Kampfe* gegen das Privilegienparlament ihre Sympathien *auszudrücken. Wir würden das* gewiß nicht falsch auffassen, aber wir würden

sagen, daß die ungarischen Arbeiter doch genug Sorgen in ihrem eigenen Heim haben, daß sie mit diesen genug zu tun hätten. Ebenso erstaunt werden auch die ungarischen Arbeiter ob unserer deplacierten Sympathiebezeigungen sein und sie würden wohl nicht unrecht haben, wenn sie erklärten, daß auch wir in unserem Heim genug zu tun haben, um die Sorgen für die ungarische Entwicklung den Ungarn zu überlassen. Es gibt eine schwarz-gelbe Reichsgemeinschaft und es gibt eine sozialdemokratische Reichsgemeinschaft, aber die ist auch falsch. Es gibt keine anderen Beziehungen zwischen uns und den ungarischen Arbeitern als die Beziehungen internationaler Solidarität, wie mit den deutschen, französischen, belgischen Arbeitern auch. Die ungarischen Arbeiter von Wien aus bemuttern zu wollen, steht einem Sozialdemokraten wirklich übel an. Wir maßen uns nicht an, in Wien noch immer den Mittelpunkt für Oesterreich und Ungarn zu sehen. Es ist nicht notwendig, die Aktion eines sozialdemokratischen Parteitages mit platonischen und nichtssagenden Sympathiekundgebungen allzusehr zu beschweren.

Wenn der rumänische Genosse mir den Vorwurf gemacht hat, daß ich „vergessen" habe, zu erklären, daß wir mit dem ungarischen Cliquenparlament nichts zu tun haben wollen, so glaube ich, daß das wieder auf einem solch mißverstandenen Gefühl Allösterreichs beruht. Das ungarische Cliquenparlament verachte und hasse ich genau so wie alle Cliquenparlamente. Aber ich vermag nicht einzusehen, warum ich gegenüber dem Pester Reichstag eine andersgefärbte und nuancierte Gesinnung aufbringen soll als gegenüber jeder Verkörperung von Unrecht und Willkür. Ich habe mit dem ungarischen Parlament nichts zu tun. Die Herren sind für uns keine Bundesgenossen, auch nicht im Kampfe gegen den Militarismus, weil wir uns keiner Täuschung über die Triebfeder ihres „antimilitaristischen" Geistes hingeben. Wir wissen, daß sie nicht gegen den Militarismus, sondern für die militärmagyarische Gloire sind. Aber die Aufgabe, mit diesem Unrechtsparlament fertig zu werden, ist eben Aufgabe der unterdrückten Nationalitäten und unterdrückten Klassen Ungarns. Das ist echte internationale Politik — die nicht nur internationale Verpflichtungen der sozialdemokratischen Parteien untereinander kennt, sondern auch die Verpflichtung der Parteien, mit ihren Unterdrückern fertig zu werden.

Wir täuschen uns über die Gründe der ungarischen Opposition nicht im geringsten. Wir haben wiederholt festgestellt, daß wir diesen Kampf nur deshalb begrüßen, weil er ein Kampf gegen den Dualismus ist; ich habe wirklich kein Verständnis für Fahnen und Embleme, ich bin vollständig fahnenblind und emblemenblind. (Heiterkeit.) Aber wenn die Ungarn verlangen würden, daß der Türsteher der Hofburg jeden Morgen nach Budapest fahren muß, um ungarische Luft zu atmen, und dann abends wieder zurückfahren soll, so würde ich diesen armen Mann beklagen, weil das wirklich zu viel Arbeit für einen Menschen wäre. (Heiterkeit.) Aber wenn die Ungarn deshalb Obstruktion machen würden, so würde diese Obstruktion meine Sympathien besitzen. Man muß unterscheiden zwischen dem, was die Wirkung, und dem, was die Ursache einer Sache ist. Ueber die Ursachen mögen sich unsere ungarischen Genossen mit der Unabhängigkeitspartei auseinandersetzen, und wenn sie sich mit ihr auseinandersetzen, so werden wir da nicht die Besserwisser spielen wollen — selbst wenn wir ihr Vorgehen für nicht richtig halten würden. Aber für uns ist nur die Wirkung maßgebend.

Ich bitte Sie noch, in der von mir vorgeschlagenen Resolution die Beziehung auf die Aussiger Resolution zu streichen. Es hat sich mir, als ich diese Stelle aufnahm, nicht darum gehandelt, die Priorität für den Aussiger Parteitag in Anspruch zu nehmen in einer Sache, die Gemeingut aller Genossen in Oesterreich ist. Ich hielt mich nur für verpflichtet, die Quelle meiner Weisheit anzugeben, damit mich niemand eines Plagiats an der politischen Weisheit anderer beschuldige. (Heiterkeit.) Im übrigen glaube ich, Ihnen die Annahme der Resolution mit gutem Gewissen empfehlen zu können. (*Lebhafter Beifall.*)

Bei der Abstimmung wird zuerst der Antrag Grigorovici ab-

genommen. Sodann wird die Abstimmung über die Resolution vorgenommen. Die Resolution lautet folgendermaßen:

Der Parteitag der Sozialdemokratie Oesterreichs erklärt:

Die staatsrechtliche Gemeinschaft mit Ungarn ist für Oesterreich unerträglich. Sie ist wertlos: weil die durch sie angeblich erzielte Großmachtstellung der Monarchie ausschließlich Ungarn zugute kommt, das die Vorteile einheimst, während Oesterreich die Lasten trägt. Sie ist unnütz: weil ihr ursprünglicher Sinn, die Verteidigung des europäischen Oesterreich gegen die Barbarenflut des Ostens, erschöpft ist und die künstlich aufrecht erhaltene Großmacht nur allein dem Zweck dient, der regierenden Dynastie Ansehen und Glanz zu schaffen. Sie ist schädlich: denn unter den Ursachen der inneren Wirren Oesterreichs steht der Dualismus in erster Reihe. Indem er die Parteien für ein volksfremdes, nur dynastisches Interesse in Anspruch nimmt, ist er für Oesterreich ein Element der Zersetzung geworden — der Korruption und des Verfalles aller parlamentarischen Institutionen.

Die Sozialdemokratie Oesterreichs, als die Wortführerin aller werktätigen Klassen, lehnt diese staatsrechtliche Gemeinschaft ab: rundweg, vollständig und für immer. Der Dualismus ist die Form, in der sich die dynastische Hausmachtspolitik in die Zeiten der Volkssouveränität hinübergerettet hat und durch die sie die Entwicklung aller in Oesterreich lebenden Völker bedrängt und ihr Recht auf Selbstbestimmung und Entfaltung vergewaltigt. Die Sozialdemokratie, die Partei der Zukunft, fühlt sich aber frei von jenem verlogenen Patriotismus, der den Völkern nimmt, um der Hausmacht zu geben, ihr ist die Entwicklung der breiten Massen der Völker der gewichtigste Zweck der Staaten — dem sich jeder andere unterzuordnen hat, dem sich keiner hindernd entgegenstellen darf. Der Dualismus ist ein solches Hindernis — und deshalb verwerfen wir ihn. Ganz abgesehen von unserer prinzipiellen Ablehnung des Militarismus als Produkt und Werkzeug der kapitalistischen Ordnung, sind wir gegen die sogenannte gemeinsame Armee — aus der sich nun ein selbständiges ungarisches Heer bilden will, für dessen Aufzucht Oesterreich roboten soll. Wir verwerfen jede staatsrechtliche Gemeinschaft — ausnahmslos und vorbehaltlos. Die Sozialdemokratie will jedem dieser zusammengekoppelten Teile Freiheit und Selbständigkeit schaffen — damit sie sich, des harten Druckes und der beeinträchtigenden Fessel frei, nach Maßgabe ihrer Kraft und Einsicht entwickeln können.

Anders ist die wirtschaftliche Gemeinschaft zu beurteilen, die keinen überlebten Großmachtsvorstellungen entsprungen ist, sondern auch realen Bedürfnissen dient und sie auch weiterhin zu erfüllen geeignet ist. Die Sozialdemokratie Oesterreichs ist sich nicht im unklaren darüber, daß zwischen der wirtschaftlichen, auf der freien Entschließung der beiden Staaten beruhenden Einheit und den als dauernd und unabänderlich proklamierten pragmatischen Angelegenheiten ein derartiger Zusammenhang besteht, daß die Beseitigung der staatsrechtlichen Gemeinschaft die wirtschaftliche Verbindung zu beeinträchtigen, ja aufzuheben vermag. Aber die Störungen des wirtschaftlichen Bandes, die in dem periodisch abzuschließenden Ausgleich so empfindlich auftreten, sind eben die Folge der aufgezwungenen staatlichen Verbindung, in der Ungarn eine Minderung seiner staatlichen Souveränität empfindet und für welche es sich durch wirtschaftliche Konzessionen aus dem wirtschaftlichen Gut Oesterreichs bezahlt macht. Selbständig und unabhängig geworden, werden sich beide Staaten ungleich leichter verständigen und auseinandersetzen; von dem vergiftenden Einfluß der dualistischen Staatsform befreit, werden die Völker beider Staaten ihre Interessen frei und unverfälscht zu erkennen vermögen und sich zum wirtschaftlichen Bündnis zusammenfinden, in dem ihre Bedürfnisse gerecht und zweckmäßig erfüllt sein werden, der Vorteil des einen nicht zum Nachteil des anderen ausschlagen wird. Auch dieses Bündnis muß die Freiheit jedes Teiles unversehrt lassen, jedem Teile die Möglichkeit geben, die seiner wirtschaftlichen und kulturellen *Entwicklung entsprechenden* Tatsachen zu schaffen; was es bezwecken und

erhalten soll, ist nicht mehr als die Einheit des Zollgebietes – an der beide Staaten gleichmäßig beteiligt sind und zu der sie sich im Stande der Selbständigkeit, in Erkenntnis der Interessen aller ihrer Völker, frei zusammenfinden werden.

Der Parteitag erklärt also, nur in der vollen und freien Selbstbestimmung Oesterreichs den Weg zu sehen, auf welchem der Aufbau einer das autonome Recht aller seiner Nationen verbürgenden staatlichen Gemeinschaft möglich ist, erklärt die Beseitigung des Dualismus als die unerläßliche Voraussetzung zur Erkämpfung eines Oesterreich, in dem die Klasse der Arbeiter den ihr zukommenden, aber bisher schnöde vorenthaltenen Einfluß erlangt und die Bahn freimacht für die Erfüllung ihrer geschichtlichen Aufgaben.

Die Resolution wird einstimmig angenommen. (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender: Wir schreiten nun zur Beratung des nächsten Punktes der Tagesordnung: **Sozialpolitik in Oesterreich.** Das Referat erstattet Abgeordneter **Eldersch** (Brünn): Die parlamentarischen Zustände Oesterreichs sind hier schon viel erörtert worden. Aber auch ich muß einige Worte darüber verlieren. Im Parlament herrscht eine große Abneigung gegen den Arbeiterschutz. Die Bürgerlichen haben sich in den Kurienburgen gut verschanzt. Sie haben nicht zu fürchten, daß sie von der Arbeiterschaft zur Verantwortung gezogen werden. Der Schwindel der nationalen Arbeiterorganisationen hat überall Bankerott gemacht. So begnügen sich die bürgerlichen Parteien damit, den Abgeordneten, die in der fünften Kurie auf Arbeiterstimmen rechnen wollen, eine oder die andere Abstimmung freizugeben, während die großen Parteien selbst gegen alle sozialpolitischen Anträge stimmen. Was hat das Parlament in der abgelaufenen Session gemacht? In den sozialpolitischen Ausschuß hat man die reaktionärsten Abgeordneten hineingeschickt. Aber selbst die Anträge dieses Ausschusses sind im Parlament zuweilen noch gefallen. Wenn wir einmal eine Forderung durchgedrückt haben, so war es stets nur einem Ansturm der Arbeiter zu danken. Ich erinnere Sie an die Entstehung des Neunstundentaggesetzes der Bergarbeiter. Das Gesetz zur Steuerbegünstigung von billigen und gesunden Wohnungen wurde zwar angenommen, aber es hat keine besondere Wirkung gehabt. Ich möchte die Genossen aber darauf aufmerksam machen, daß einige vielleicht zu Hause doch den betreffenden Körperschaften, Sparkassen u. s. w. einen Rippenstoß geben könnten, die Vorteile, die dieses Gesetz ihnen gewährt, zu benützen und ihr Geld in solchen Gebäuden anzulegen. Dann hat man ein Sonntagsruhegesetz für die Handlungsgehilfen beschlossen, das natürlich den Wünschen der Handlungsgehilfen nicht Rechnung trägt. Bei der Beratung dieses Antrages wurde der Antrag über den Ersatzruhetag der Bäcker vom Abgeordneten Böheim eingeschmuggelt. Ich muß da auf eine Bemerkung Winarskys zurückkommen. Der Antrag Böheim wurde in einer vorher stattgehabten Sitzung abgelehnt. Es konnte uns nicht einfallen, daß er in der Debatte noch einmal gestellt werden wird und daß der Präsident einen bereits abgelehnten Antrag nochmals zur Abstimmung bringen wird. Knapp vor der Abstimmung hatte Böheim seinen Antrag nochmals eingebracht, im Saale herrschte großer Lärm. Als der Präsident zur Abstimmung aufforderte, fragten wir uns erstaunt: „Was ist denn das?“ und ich eilte zum Präsidenten. Aber da war es schon zu spät, die Abstimmung war schon erfolgt. Nicht uns trifft da die Schuld, sondern den Antragsteller und das Präsidium, das ihm in geschäftsordnungswidriger Weise Vorschub geleistet hat.

Mit dem Unternehmerschutz hat sich das Parlament wiederholt befaßt, ich erinnere nur an die wiederholten Zuckerdebatten; für die Arbeiterschaft hat es sich weniger interessiert. Auch der Regierung haben wir eine unglaubliche Pflichtvergessenheit in Bezug auf die Fragen des Arbeiterschutzes vorzuwerfen. Ja die Regierung will nicht einmal die anständige, sinngemäße *Durchführung* der Gesetze fördern. In welcher unglaublichen Weise leistet das

Ackerbauministerium den rückständigsten Bergbauunternehmern Vorschub! Man verlängert die Arbeitszeit der Bergarbeiter über das Gesetz hinaus, in allen Teilen des Reiches hören wir Klagen, die der Regierung diese gesetzwidrigen Begünstigungen der Kohlenbarone vorwerfen. Auch in der Frage der Gewerbeordnung haben wir der Regierung den Vorwurf der Nichtbeachtung der Arbeiterinteressen zu machen. Der Arbeitsbeirat hat die Frage bereits verhandelt. (Hueber: Und die Vorlage noch verschlechtert!) Bei dieser Reform der Gewerbeordnung fehlt vor allem die Reform des sechsten Hauptstückes, das ganz veraltet ist, die Bestimmungen über die gesetzliche Maximalarbeitszeit sind längst bei mehr als 50 Prozent der Betriebe nicht mehr in Geltung. Selbst im Kleingewerbe ist das schon ganz anders geworden. Auch in der Frage des Lehrlingsschutzes muß Remedur geschaffen werden. Der Schutz der Jugendlichen muß gesetzlich sichergestellt werden. Ebenso steht es mit den Anträgen der Unfallverhütungskommission. Es wurde schon eine Reihe von Vorschlägen erstattet, aber die Regierung berücksichtigt sie nicht, die entsprechenden Erlässe stehen in den meisten Branchen noch aus. Ebenso steht es mit den Gewerbegerichten. Wir haben bisher 14 Gewerbegerichte, nicht mehr! In allen Orten müssen die Genossen — dank dem Gewerbegerichtsgesetz — erst mit den lokalen Cliquen kämpfen und dann verschleppen die Landtage ihr Gutachten, das auch eingeholt werden muß, jahrelang. Besonders in Böhmen spüren wir das. (Hueber: Auch in Niederösterreich!) Die Regierung aber urgiert nicht! Ebenso ist es mit der Gewerbeinspektion. Pernerstorfer hat im Parlament vergebens eine größere Budgetpost für die Gewerbeinspektion begehrt, sie wurde abgelehnt. Die Gewerbeinspektoren sind mit Arbeit überhäuft. Nach den Berichten konnten sie im Vorjahre bloß 17.000 Betriebe inspizieren. Das ist gegenüber der Zahl der Betriebe eine lächerlich geringe. Wir verlangen nicht nur die Erweiterung des Gewerbeinspektorats, sondern auch die Zuziehung weiblicher Vertrauenspersonen aus der Arbeiterschaft. In Fragen des Lehrlingsschutzes sollte die Machtbefugnis der Gewerbeinspektoren erweitert werden, aber die Regierung zeigt nicht die geringste Lust, die bestehenden Institutionen auszubauen.

Sie zeigt nicht einmal eine Lust, die bestehenden unzulänglichen Institutionen zu schützen. So hetzen die Unternehmer gegen den Arbeitsbeirat, gegen das Gewerbeinspektorat, und sie verlangen, daß dem Handelsministerium deren Verfügungen übertragen werden. Offenbar haben die Herren Grund, anzunehmen, daß die Räte im Handelsministerium sehr freundlich gesinnt sind. (Zustimmung.) Die Gewerbeinspektoren werden eben von den tatsächlichen Verhältnissen überzeugt, daß vielfach radikale Reformen not tun. Diese Früchte der lebendigen Anschauung sind den Unternehmern zuwider. Ebenso ungerechtfertigt ist die Hetze wider den Arbeitsbeirat. Der Arbeitsbeirat prüft mit lächerlicher Aengstlichkeit seine Kompetenz. Er reklamiert nicht einmal die ihm zugewiesenen Rechte. Da er aus einer Hofratskurie, einer Professorenkurie und aus einer Arbeiterkurie, die durchaus nicht aus lauter Sozialdemokraten besteht, zusammengesetzt ist, ist es klar, daß dort keine Beschlüsse gefaßt werden können, die den Unternehmern sehr unangenehm werden können. Trotzdem werden von der Regierung sozialpolitische Vorlagen im Parlament eingebracht, ohne daß sie den Arbeitsbeirat vorher passiert haben. Ueberdies sind ja noch der Industriebeirat und der landwirtschaftliche Beirat als Gegengewicht da. Im Arbeitsbeirat wurde die Arbeitszeit der Kessel- und Maschinenwärter beraten. Nach einer Ministerialverordnung vom 27. Mai 1885 kann eine große Zahl von Unternehmungen — 580.087 — kontinuierlich betrieben werden. Diese Verordnung benachteiligt viele Arbeiter aufs schwerste, nämlich die Kessel- und Maschinenwärter, die oft eine 16- bis 24stündige Arbeitszeit haben. Der Arbeitsbeirat hat nun beschlossen, daß in ununterbrochenen Betrieben eine dreifache Schicht eingeführt und dazu noch eine 1½stündige Arbeitszeit zum Reinigen der Maschinen gefügt werden soll. Bei der Uebergangsschicht hat der Arbeitsbeirat eine 16- bis 18stündige Arbeitszeit als angängig erklärt.

Bedenkt man die hohe Temperatur, in der diese Arbeit erfolgt, so handelt es sich nur um einen lächerlich bescheidenen Beschluß. Trotzdem hat der Industriebeirat bereits ein Veto eingelegt und der Industriellentag hat sich noch mehr echauffiert. Die Regierung hat in all diesen Fragen nie den Mut gehabt, den Unternehmern die Wahrheit zu sagen. Herr v. Koerber ist der reine Hans Dampf in allen Gassen. Er begrüßt Kleingewerbetreibende, er begrüßt Agrarier, er begrüßt Industrielle, er würde auch uns alles Mögliche versprechen. Herr v. Koerber ist wie ein Schaubudenbesitzer, er verspricht allen, zu helfen, aber die alte reaktionäre Wirtschaft geht dabei überall ihren Gang. Was für schöne Erlässe hat Herr v. Koerber in der Tuberkulosenfrage herausgegeben! Unter seinem Regime ist aber nicht der kleinste Schritt zur Beseitigung jener Uebelstände, die der fruchtbarste Nährboden der Tuberkulose sind, geschehen. Freilich, Erlässe kosten niemanden etwas, da haben die Unternehmer nichts einzuwenden.

Auch in der Frage der Arbeiterversicherung will Koerber nicht Ernst machen. Die bestehende Versicherung ist ganz unzulänglich. In allen Kranken- und Unfallversicherungsinstituten waren 1901 nur 2,364.694 Versicherungspflichtige, in den Bruderladen waren 1899 nur 161.504 Mitglieder und in den Hilfskassen 1901 nur 22.143 versicherungspflichtige Mitglieder, zusammen 2,548.341 Versicherte. Nehmen wir noch die Dienstboten- und freiwillig Versicherten dazu, so bekommen wir annähernd drei Millionen Versicherte. Fragen wir uns nun, wieviel Personen versicherungspflichtig sind. Wenn wir eine zehnprozentige Entwicklung seit der Volkszählung von 1890 annehmen, so bekommen wir einen Kreis von neun Millionen Versicherungsbedürftiger. Nur drei Millionen sind im besten Fall im Genusse der Krankenversicherung. Der Kreis der Unfallversicherten ist noch enger. 1902 wurden 59.871 Unfallsrenten ausbezahlt. Von einer Altersversicherung ist noch keine Spur. Einzelne private Betriebe haben in dieser Hinsicht kümmerliche, unzugängliche Institutionen, die nur ein Mittel sind, um einen Arbeiter an den Betrieb zu fesseln. Die meisten Institutionen sind bankerott. Ich erinnere Sie nur an die Zustände bei der Alpinen Montangesellschaft. Jahrelang zahlt da der Arbeiter ein; solange es keine Krüppel gibt, kommt man natürlich aus. Wird der Arbeiter alt, ist der Krach da und man erklärt: Entweder ihr willigt in eine Restringierung eurer Ansprüche oder wir gehen mit der Entlassung vor. Wiederholt mußten wir im Parlament wegen derartiger desolater Zustände interpellieren. Vor allem leiden die Krankenkassen an der verfehlten Organisation. Die Arbeiterschaft sollte mit den Betriebskassen, die mehr als 600.000 Mitglieder haben, endlich aufräumen. Die Leistungen der Kassen sind infolge des Mangels einer Alters- und Arbeitslosen-, der Beschränkung der Unfallversicherung übergroße, die Kassen nicht genug leistungsfähig. Verwalten Sozialdemokraten die Kassen, so können sie zuweilen Ansprüche Bedauernswerter, auch wenn sie gesetzlich nicht exakt begründet sind, nicht zurückweisen. Durch den Verwaltungsgerichtshof sind den Kassen auch teilweise die Lasten der Armenversorgung aufgebürdet worden. Im Jahre 1901 haben die Kassen mehr als drei Millionen an Spitalskosten gezahlt. Diese Leistungen sind den einzelnen Ländern noch immer zu gering, und es muß dieser Ausnützung von Arbeiterinstituten entschieden entgegengetreten werden. Wir müssen uns auch darüber beklagen, daß die Regierung amtlichen Uebergriffen von Beamten nicht genügend energisch entgegentritt. Die Schließung der Schuhmacherkrankenkasse ist ja jetzt aufgehoben worden. Aber wie lange dauert es oft, bis solche Mißgriffe, wie sie der Wiener Magistrat bewußt durchführt, gesühnt werden!

Die Alters- und Invaliditätsversicherung will die Regierung im Zusammenhange mit einer allgemeinen Reform der Krankenversicherung machen. Koerber hat trotz aller Versprechungen bis heute seine Absichten nicht bekanntgegeben. Es wird noch weiß Gott wie lange dauern, bevor wir den bürgerlichen Parteien die Entscheidung abringen können. *Koerber muß endlich* sagen, wie es mit dieser Reform bestellt ist. Nach jahre-

langem Ringen und Kämpfen wollen wir endlich wissen, wie wir daran sind. Das wäre die primitivste Anstandspflicht des Herrn v. Koerber, darüber endlich ein gerades Wort zu sagen. Auf wiederholte Anrempelungen von mir hat Herr v. Koerber im sozialpolitischen Ausschuß erklärt, die parlamentarischen Zustände seien gegenwärtig der Erledigung nicht günstig. Wenn die Regierung warten will, bis im österreichischen Parlament Ordnung wird, dann wird es in Oesterreich nie eine Altersversicherung geben. (Stürmische Zustimmung.) Das schlechte Gesetz über die Altersversicherung der Privatbeamten kann gewiß niemand als eine Abschlagszahlung betrachten, denn es kommt ja nur den gutgestellten Beamten — mit Mühe haben wir die Handlungsgehilfen hineingebracht — zugute. Ich will über dieses verfehlte Gesetz nicht länger reden. Die Unternehmer erklären bei jeder Gelegenheit, sie seien nicht in der Lage, weitere Lasten für die Arbeiterversicherung auf sich zu nehmen. Die Arbeiterversicherung verursacht jetzt 87¾ Millionen Kronen Kosten, davon tragen die Unternehmer die Hälfte. Wenn wir diese Summe ins Verhältnis bringen zu den in einem Jahre ausgezahlten Löhnen — ich folge da der Berechnung Dr. Verkaufs — die er mit **4500** Millionen beziffert, so beträgt die ganze Last ein Prozent der ausgezahlten Löhne. Das ist ein lächerlich geringer Betrag, so daß von einer Verminderung der Konkurrenzfähigkeit nicht gesprochen werden kann. Wenn wir bedenken, was die deutschen Unternehmer zahlen, so begreift man das Geschrei der unseren gar nicht. Die deutsche Altersversicherung hat 123½ Millionen Mark im Jahre 1901 gekostet. Die Hälfte haben die Unternehmer gezahlt.

Den österreichischen Arbeitern sind diese Beträge für die Altersversicherung vorenthalten worden! Herr v. Koerber, der alljährlich 66 Millionen für den Pensionsetat der meist hohen Staatsbeamten hat, der 300 Millionen jedes Jahr für den Militarismus, der Staat, der in 50 Jahren den Gründern und Aktionären der Eisenbahnen 2500 Millionen aus seinen Mitteln ausgeliefert hat, muß auch für die Arbeiterversicherung das Nötige übrig haben! Betrachten wir, da die Unternehmer stets über die „Lasten" jammern, den Schaden, der den Arbeitern durch die heutige mangelhafte Versicherung erwächst. Auch die Arbeiter zahlen 44 Millionen an Beiträgen. Dabei bekommt der kranke Arbeiter nicht einmal seinen vollen Taglohn! Es gab 1901 in den Krankenkassen 1,495.990 Erkrankungsfälle mit 25,566.122 Krankentagen. An Krankenunterstützungen wurden 30,017.188 Kr. ausbezahlt. 61.430 Kr. zahlten die Bruderladen aus und 14,459.779 Kr. wurden an Unfallsrenten gegeben. Was für ein immenser Ausfall von Lohnzahlungen steckt aber da dahinter! Dabei weiß man, in welcher schmutzigen Weise die Renten restringiert und oft ganz eingestellt werden.

Wir haben gar keinen Anlaß, auf das österreichische Privilegienparlament in Sachen des Arbeiterschutzes irgendwelche Hoffnungen zu setzen. Was wir tun können, wird geschehen. Aber es muß Aufgabe unserer Organisation sein, Arbeiterschutz selbst zu erkämpfen. Setzen Sie auf das Parlament keine Hoffnungen, auf Ihre eigene Kraft die stärksten! Die Gewerkschaften sind ein verläßlicherer und wirkungsvollerer Faktor zur Hebung des Arbeiterschutzes. Auch im Parlament werden wir Reformen am leichtesten dann zustande bringen, wenn Sie draußen vorher die Unternehmer bezwungen und ihren Widerstand gebrochen haben. Mit unserem veralteten Vereins- und Versammlungsgesetz, mit dem noch veralteteren Koalitionsgesetz muß aufgeräumt werden, damit wir in unserem Kampf Ellbogenfreiheit gewinnen. Ich fordere Sie auf, in noch höherem Maße dafür zu sorgen, daß die Kampfreihen außerhalb des Parlaments sich noch dichter um das Abgeordnetenhaus zusammenschließen als bisher. (Lebhafter, anhaltender Beifall.)

Der Referent beantragt folgende Resolution:

Unter Festhaltung der im Programm der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Oesterreichs aufgenommenen Mindestforderungen an gesetzlichem Arbeiterschutz beschließt der Parteitag:

Gegen die von der Regierung Koerber systematisch betriebene Verzettelung des Zustandekommens einer zeitgemäßen Reform der Arbeiter-

versicherung sowie deren Ergänzung durch Einführung einer allgemeinen Invaliditäts- und Altersversicherung, einer Witwen- und Waisenversorgung der Arbeiter wird auf das entschiedenste protestiert und erklärt, daß Regierung und Parlament von der organisierten Arbeiterschaft für den Fortbestand des desolaten Zustandes der Arbeiterversicherung verantwortlich gemacht werden.

Die im sozialpolitischen Ausschuß des Abgeordnetenhauses in Verhandlung stehende Vorlage betreffend die Invaliditäts- und Altersversicherung der Privatbeamten ist mit Rücksicht auf das eingeschränkte Geltungsgebiet dieses Gesetzes, den Mangel eines staatlichen Zuschusses und die versehlte Art der Organisation durchaus unzureichend und es kann dieselbe auch nicht als eine teilweise Befriedigung der gerechten Forderung der Arbeiterschaft nach einer gesetzlichen Vorsorge für den Fall der Invalidität und des Alters angesehen werden, weil die bedürftigsten Schichten der arbeitenden Bevölkerung von dieser Versicherung ausgenommen sind.

Die Regierung wird daher dringendst aufgefordert, ihre Vorschläge rücksichtlich einer den wiederholt geäußerten Wünschen der organisierten Arbeiterschaft entsprechenden Reform der Arbeiterversicherung unverzüglich in den kompetenten Körperschaften zur Diskussion zu stellen und nicht durch weitere vage Versprechungen die berechtigte Erbitterung unter der Arbeiterschaft noch mehr zu steigern.

Ebenso wird gegen die von der Regierung in Vorschlag gebrachte Reform der Gewerbeordnung auch in der vom Gewerbeausschuß des Arbeitsbeirates begutachteten Form entschiedenste Verwahrung eingelegt, weil die Perfektion derselben eine Knebelung der in den Gehilfenversammlungen organisierten Arbeiter bedeuten würde und zudem eine Stärkung der reaktionären Tendenz unseres versimpelten Gewerbegesetzes zur Folge hätte. Bei diesem Flickwerk ärgster Sorte hat die Regierung von der Reform des VI. Hauptstückes der Gewerbeordnung vollständig Abstand genommen, obzwar gerade dieses Kapital total veraltet ist. So haben die Bestimmungen desselben über die Maximalarbeitszeit in den wichtigsten Gewerbszweigen schon lange nicht mehr Geltung und lediglich die praktische Bedeutung, daß sie den rückständigsten Unternehmergruppen im Kampfe der Arbeiterschaft um Kürzung der Arbeitszeit Anlaß zu nichtigen Ausreden geben. Eine Regierung, die sich ihrer primitivsten sozialpolitischen Pflichten nur halbwegs bewußt ist, hätte auch bei dieser Gelegenheit dem schreienden Lehrlingselend steuern und diese Prügelknaben unserer Wirtschaftsordnung gegen die unmenschliche Ausbeutung sicherstellen müssen.

Der Parteitag erklärt, daß eine durchgreifende, von modernen Gesichtspunkten ausgehende Reform der Gewerbeordnung ein unabweisbares Bedürfnis der Arbeiterschaft ist, wenn nicht der Klassenkampf eine weitere Verschärfung erfahren soll.

Die Angriffe der organisierten Ausbeuter gegen die ohnedies unzulängliche Gewerbeinspektion, gegen die bescheidene Tätigkeit des Arbeitsbeirates und der Gewerbegerichte werden vom Parteitag mit Entrüstung zurückgewiesen und etwaigen Versuchen der Regierung, den unverschämten Wünschen der Geldsackinteressen irgendwie Rechnung zu tragen, der schärfste Widerstand in Aussicht gestellt.

Die Bestellung von Handels- und Lehrlingsinspektoren, beziehungsweise Ausgestaltung und Vermehrung der Gewerbeinspektorate unter Zuziehung von weiblichen Inspektionskräften und Vertrauenspersonen der Arbeiterschaft ist längst spruchreif geworden, der Errichtung neuer Gewerbegerichte werden alle erdenklichen Schwierigkeiten bereitet und die Erstattung der hierzu erforderlichen Gutachten von den Landtagen jahrelang verschleppt. Der Mangel einer einheitlich organisierten Arbeitsvermittlung und einer Versicherung gegen Arbeitslosigkeit, bei deren Verwaltung der Arbeiterschaft der gebührende Einfluß gesichert ist, macht sich in der von wirtschaftlichen Krisen bedrohten Zeit besonders fühlbar.

Der Parteitag protestiert auch auf das nachdrücklichste gegen den Gleichmut der Regierung, mit welchem sie arbeiterfeindlichen Cliquen Brutalitäten und Gesetzesverletzungen gegen Arbeiterorganisationen und von Arbeitern geleitete Versicherungsinstitute verüben läßt und sich nur schwer entschließen kann, dem gebeugten Rechte Achtung zu verschaffen.

Der Parteitag fordert die sozialdemokratische Fraktion des Abgeordnetenhauses auf, den vorgeäußerten Wünschen und Beschwerden der Arbeiterschaft im Parlament in nachdrücklicher Weise Ausdruck zu geben und die Erfüllung und Berücksichtigung derselben in zweckdienlicher Weise zu fördern.

Zu dieser Hauptresolution sind folgende Zusatzanträge und selbständige Resolutionen beantragt:

1. Antrag der Genossin Karoline Monetti und des Genossen A. Weixelberger:

Da von den berufenen Körperschaften (Gemeindevertretungen 2c.) eine Reform der heute bestehenden, die Volksgesundheit untergrabenden Wohnungsverhältnisse nicht zu erwarten ist, wird der Sozialdemokratische Verband im österreichischen Abgeordnetenhause beauftragt, an die Regierung um Aufstellung von Wohnungsinspektoren heranzutreten.

2. Antrag Dr. Ellenbogen-Brodecky:

Der Parteitag erklärt es ferner für eine der dringendsten Aufgaben der Sozialreform, die soziale Lage der Eisenbahner einer gründlichen Verbesserung nach allen Richtungen zu unterziehen, und verlangt, daß das Parlament den von den sozialdemokratischen Abgeordneten eingebrachten Antrag (Antrag Ellenbogen-Hybesch) über die Regelung des Vertragsverhältnisses zwischen den Eisenbahnen und ihren Angestellten zur Grundlage seiner Beratungen mache.

3. Antrag der Genossen Richter, Wolfik und Polke:

Der Gesamtparteitag beauftragt den Sozialdemokratischen Verband des Abgeordnetenhauses, in einer der ersten Sitzungen des Hauses die in der Thronrede versprochene allgemeine Invaliditäts- und Altersversicherung sowie eine Witwen- und Waisenversorgung der Arbeiter zu urgieren, beziehungsweise Vorlage des Gesetzentwurfes zu fordern.

4. Antrag des Genossen Silberer:

Der Parteitag legt entschiedenst Verwahrung ein gegen den schmählichen, nur im Ueberrumpelungswege zustande gekommenen Antrag des Abgeordneten Böheim, mit dem das Abgeordnetenhaus die Herabsetzung des Ersatzruhetages im Bäckergewerbe auf einen halben Wochentag beschloß. Der Parteitag erwartet von den in Betracht kommenden Faktoren, daß sie diesen nichtswürdigen Anschlag auf die Ruhezeit einer der ausgebeutetsten Arbeiterschichten, der zugleich eine Durchbrechung des Sonntagsersatzruhegesetzes bedeutet, zurückweisen werden.

5. Antrag der Genossen Kopač, Dorbić, Lazzarini und Pittoni:

Der Sozialdemokratische Verband wird aufgefordert, in geeigneter Weise dahin zu wirken, daß die Betriebskrankenkassen, die nicht nur selbst nicht leistungsfähig sind, sondern auch die Leistungsfähigkeit auf gesünderer Grundlage beruhender Krankenkassen beeinträchtigen, aufgelöst und deren Mitglieder den zuständigen Bezirkskrankenkassen oder von Arbeitern autonom verwalteten Kassen einverleibt werden.

6. Antrag des Genossen Kristan:

Der Parteitag erklärt es im Interesse einer ersprießlichen Sozialreform für eine dringende Aufgabe, daß die soziale Lage der Bediensteten der k. k. Staats- sowie der Privatbahnen nach allen Richtungen gründlich verbessert wird, und verlangt, daß das Abgeordnetenhaus den vom Sozialdemokratischen Verband wiederholt eingebrachten Gesetzentwurf (Verfaff. Ellenbogen, Hybesch) betreffend die Regelung der Vertragsverhältnisse zwischen den Eisenbahnen und ihren Bediensteten endlich in Beratung ziehe und der Erledigung zuführe.

7. Antrag des Genossen Vaněk:

Der Parteitag fordert die Regierung Koerber auf, das Material, welches von der über die Krankenversicherung im Jahre 1897 in Wien abgehaltenen Enquete zutage gefördert wurde, sowie auch eine den Forderungen und Bedürfnissen der Arbeiterschaft entsprechende Reform des Krankenversicherungsgesetzes unverzüglich dem Parlament vorzulegen.

Brodecký (Prag, tschechisch): Ich muß Ihre Aufmerksamkeit darauf lenken, wie sich der Staat als Arbeitgeber benimmt. Bei den Staatsbahnen gibt es eine Kategorie VI, die 42 Kr. monatlich Lohn erhält bei 16-, 18- bis 24stündiger Arbeitszeit. Selbst der Eisenbahnminister bestimmt in seinem Erlaß, daß der Dienst nicht länger als acht Nächte hintereinander dauern darf. Darnach kann man sich schon eine Vorstellung machen über die Zustände in dieser Kategorie. Die Krankenversicherung ist hier skandalös. Den Aerzten wird genau vorgeschrieben, welche Medizinen sie den Kranken verschreiben dürfen.

Kopač (Triest): Das niedrige Niveau der österreichischen Sozialpolitik ist allbekannt. Humanitäre Anstalten erfüllen mangelhaft, teilweise gar nicht ihre wichtige Mission. Wir haben zum Beispiel die Betriebskrankenkassen, die allerorten nur kümmerlich vegetieren, weil bei ihnen jede Arbeitervertretung unmöglich gemacht wird. Dennoch geschieht nichts gegen die Betriebskrankenkassen. Im Gegenteil. Wir haben zum Beispiel in Triest eine Bezirkskrankenkasse, in der auch ein großer Teil der Lloydarbeiter versichert war. Nun will plötzlich die Lloydverwaltung eine Betriebskrankenkasse errichten. Die Bezirkskrankenkasse muß dadurch arg geschädigt werden und die Lloydarbeiter werden ebenfalls geschädigt, weil sie nun ein Institut bekommen sollen, auf das sie gar keinen Einfluß haben. Allerdings haben sie, wie die Dinge jetzt stehen, auch keinen Einfluß auf die Bezirkskrankenkasse, denn die Statthalterei will aus ganz nichtigen Gründen und trotz der Entscheidung des Magistrats unseren Wahlsieg noch immer nicht anerkennen und verwaltet die Kasse selbst. Angeblich, weil kein zweiprozentiger Reservefonds vorhanden ist. Was ist die Folge? Die Arbeiter bekommen nichts. Man spart mit den Medikamenten und mit den Aerzten. Noch ärger ist es in Nabresina mit der Bezirkskrankenkasse bestellt. Die Unternehmer, die immer vergessen haben, ihre Beiträge zu zahlen, haben die Kasse auf den Hund gebracht, und jetzt hat sich die Bezirkshauptmannschaft Sezana ihrer bemächtigt. Die „Sanierung" erfolgt in der Weise, daß die kranken Arbeiter das Nachsehen haben. Aerztliche Hilfe können sie in Nabresina nur haben, wenn sie vormittags erkranken. Ins Spital kommen sie nach Görz, wo man ihnen nur dann etwas zu essen gibt, wenn sie früh in die Messe gehen. Die Spitalsleitung ist in Händen einer klerikalen Körperschaft. Nun haben wir ja gar nichts gegen den Messebesuch einzelner, wenn wenigstens die Verpflegung eine entsprechende wäre. Das ist aber natürlich nicht der Fall.

Aehnlich wie mit den Krankenkassen sieht es bei uns auch mit der Unfallversicherung aus. Wir haben eine Anstalt, die das ganze Küstenland, Dalmatien, Görz, Gradisca und noch dazu Krain umfaßt. Sie funktioniert elend. Wir haben einen Fall gehabt, wo ein Arbeiter seine Arbeitsfähigkeit fast völlig einbüßte und doch nur 11 Kreuzer tägliche Rente bekam. Drei große Länderkomplexe haben zusammen bloß eine Unfallversicherungsanstalt, aber weder in Laibach noch in einem anderen Vororte gibt es eine Filiale oder auch nur einen Beamten, an den sich die Arbeiter wenden können. Eine solche Behandlung der Sache macht den ganzen Gedanken des Gesetzes zuschanden.

Wir haben aus diesen Gründen einen Zusatzantrag eingebracht, worin wir vor allem verlangen, daß mit den Betriebskrankenkassen endlich aufgeräumt und daß sie in die Bezirkskrankenkassen einverleibt werden. (Beifall.)

Johanis (Prag, tschechisch): Die Gewerbeinspektion ist, das fühlt heute jeder, in ihrer gegenwärtigen Form ungenügend und es ist notwendig, daß sie durch eine Inspektion, die von den Arbeitern vorgenommen wird, ergänzt werde. Auch die Gewerbegerichte haben sehr oft so

viele Fehler, daß sie für die Arbeiter wertlos sind. Da muß die Tätigkeit des Landesgerichtsrates Kahovec in Prag an den Pranger gestellt werden, der sich im Amte als Angestellter der Unternehmer fühlt. Was die Sonntagsruhe betrifft, so muß man sich über die ungemein niedrigen Strafen für Uebertretung des Gesetzes beschweren. Aber das charakterisiert unsere österreichische Sozialpolitik, daß man zwar Arbeiterschutzgesetze schafft, aber den Unternehmern erlaubt, sie zu übertreten. (Beifall.)

Hornof (Prag): Unsere Sozialpolitik ist ganz unzureichend, aber noch ärger ist, daß selbst die Gesetze, die schon bestehen, nicht eingehalten werden. Nicht von den unteren Behörden, ja nicht einmal vom Ministerium selbst. Während der Krise, wo selbst die böhmische Statthalterei Ansuchen um Bewilligung der Ueberzeitarbeit ablehnte, hat das Handelsministerium einem Unternehmer eine Ueberzeitarbeit von drei Stunden täglich für dreizehn Wochen bewilligt. (Hört! Hört!) Solcher Fälle ließen sich viele anführen. Und das alles, obwohl Tausende Metallarbeiter ohne Arbeit, ohne Brot sind. Ich bitte die Abgeordneten, im Parlament auf derartige Unzukömmlichkeiten hinzuweisen. (Beifall.)

Karoline Monetti (Marburg): Genosse Elderſch hat darauf hingewiesen, daß man bezüglich der Wohnungsfrage an die verschiedenen Vertretungskörper Forderungen stellen muß. Wir haben das in Marburg versucht. In einer Wählerversammlung, die sich mit den elenden Marburger Wohnungsverhältnissen befaßte, waren der Bürgermeister und die Gemeinderäte anwesend und ich nahm die Gelegenheit wahr, die verschiedenen Volksnotwendigkeiten zu besprechen; darunter die Wohnungsverhältnisse. Ich habe darauf hingewiesen, daß die Gesundheit das einzige Gut des Volkes ist, es daher die Aufgabe jeder Gemeindevertretung wäre, dem Volke dieses Gut zu erhalten; da man sich heute der traurigen Tatsache bewußt ist, daß kaum ein Drittel des Volkes gesund ist, geht man daran, Tuberkulosenheime zu errichten, rottet das Uebel aber nicht mit der Wurzel aus, indem man die schlechten Wohnungen, diese Brutstätten der Tuberkulose, Skrofulose, Rhachitis, kurz, aller Volkskrankheiten bestehen läßt. Die Tuberkulosenheime können wir gar nicht benützen, und wenn schon, was ist uns damit gedient, wenn wir dann in unsere schlechten und ungesunden Wohnungen zurückkehren müssen? So wie in Marburg, so gibt es wohl überall Wohnungen, die diesen Namen nicht verdienen, elende Löcher, in die reiche Leute nicht einmal ihre Hunde sperren würden. Ja, gerade Familien, die mit Kindern gesegnet sind, wenn man beim Proletariat von einem Segen sprechen kann, Familien also, die Kinder haben, sind von der Gesellschaft geradezu geächtet und müssen bei der bekannten Kinderfeindlichkeit der meisten Hausherren mit den schlechtesten, ungesündesten Wohnungen vorlieb nehmen, gerade von diesen aber verlangt und erhält der Staat die Arbeiter und Soldaten, die doch gesund und kräftig sein sollen.

Schafft uns also gesunde Wohnungen und Volksbäder! Pflicht der Gemeinde wäre es, für gesunde Wohnungen, für Wohlfahrtsgebäude und für Errichtung von hygienischen Arbeiterhäusern zu sorgen. Das habe ich damals auch unserem Bürgermeister gesagt. Er gab alles zu, aber er sagte, es lasse sich jetzt nichts machen, denn man könne den Hausherren nicht schaden. Aber wenigstens dafür werde die Gemeinde künftig sorgen, daß bei neuen Häusern keine Dach- und Kellerwohnungen gestattet werden. Nun ist in Marburg bald darauf ein neues Kreisgerichtsgebäude errichtet worden und viele Tausende wurden auf die äußere Ausschmückung verwendet. Oben ist das Haus sehr schön, unten aber befinden sich trotz der Versprechungen des Bürgermeisters Kellerwohnungen. Wir haben daher einen Antrag eingebracht, daß der Verband im Parlament durch einen Gesetzentwurf die Bestellung von Wohnungsinspektoren verlangen soll. (Beifall.)

Fieth (Staab): Mir scheint, daß diese Diskussion noch wichtiger ist als die über den Dualismus, denn an diesen Dingen sind die Arbeiter unmittelbar interessiert. Genosse Hannich sowie Genosse Elderſch als Referent zu diesem Punkte haben erklärt, daß von diesem Parlament nichts zu erwarten und nichts zu hoffen ist. Wie ein roter Faden ging durch alle Reden auf diesem Parteitage die Meinung, daß man vom Parlament nichts erwarten

könne; jetzt aber bringen wir Anträge ein, die das Parlament beschäftigen sollen. Es scheint also, daß wir doch dem Parlament noch einige Fähigkeiten zutrauen, sozialpolitisch zu arbeiten, und ich glaube mit Recht. Hätten wir den Neunstundentag der Bergarbeiter ohne die parlamentarische Tätigkeit unserer Fraktion erhalten? Schuhmeier war es, der noch im entscheidenden Augenblick eingegriffen und damit durchgesetzt hat, daß die Ein- und Ausfahrt in die Arbeitszeit eingerechnet wird, daß das Gesetz unter Dach und Fach gebracht wurde. Viel können wir allerdings vom Parlament nicht erhoffen, aber einige wichtige Reformen lassen sich doch auch bei den gegebenen Umständen herausschlagen. Gewiß ist die Organisation noch wichtiger, aber deshalb brauchen wir Verbesserungen des Koalitions- und Versammlungsrechtes, und das ist nur auf dem Wege der parlamentarischen Arbeit zu erringen. Das wird doch wohl noch dem Parlament abzutrotzen sein. Wir müssen Mittel und Wege finden, die Organisationen so zu stärken, daß sie schließlich ihre Forderungen auch ohne Parlament durchsetzen werden können. Aber solange das nicht der Fall ist, brauchen wir die sozialistischen Anträge im Parlament. Genosse Beer als auch Genosse Dr. Adler haben als das äußerste Mittel zur Erringung der berechtigten Forderungen der Arbeiterschaft den Generalstreik genannt. Wohl ist es wahr, daß wir jetzt nicht so organisiert sind, um denselben durchzuführen, aber wir müssen die Arbeiter auf dieses äußerste Mittel einschulen, es ist die Revolution, die im Hintergrunde lauert, die uns im Kampfe vorwärts treibt. Wir wollen nicht nur Anträge und Resolutionen annehmen, sondern die Mittel wissen, mit welchen wir etwas für die Arbeiter erringen können. Wir werden unsere Abgeordneten schon, wenn es nötig sein wird, durch laute Kundgebungen unterstützen und ihren parlamentarischen Aktionen Nachdruck geben. (Beifall.)

Bezüglich der Krankenversicherung sieht es in Oesterreich noch sehr traurig aus, besonders hinsichtlich der Krankengeldbemessung. Hier gilt die Höhe des ortsüblichen Taglohnes. In den Bruderladenkrankenkassen zum Beispiel werden die Arbeiter mit 80 H. bis Kr 1·60 eingeschätzt und bekommen ein Krankengeld von 60 bis 96 H. täglich — zum Sterben zu viel, zum Leben zu wenig. Hier muß Wandel geschaffen werden. Wir haben im Mies-Pilsener Kohlenrevier nun durch die Organisation im Wege der Bergbaugenossenschaften beantragt, daß die Bergarbeiter nach ihrem vollen Arbeitslohn versichert werden. Wie sich die Herren Unternehmer, die ja bekanntlich aus finanziellen Gründen gegen eine derartige Reform sind, dazu stellen werden, wissen wir heute noch nicht, aber wir werden alle uns zu Gebote stehenden Mittel anwenden, um diese Verbesserung durchzusetzen.

Ich vermisse in der Resolution die Forderung von Bergbauinspektoren unter Beiziehung von Sachverständigen aus den Reihen der Bergarbeiter, also Schaffung einer ordentlichen, vernünftigen Grubeninspektion. Diese Forderung ist eine unserer dringlichsten und ich glaube, daß sie auch diesem Parlament noch abzuringen sein wird. (Beifall.)

Vaněk (Prag): Ich benütze die Gelegenheit, Sie aufmerksam zu machen, wie Herr v. Koerber im Interesse der Arbeiterschaft vorgeht und wie im Interesse der besitzenden Klassen. 1897 war in Wien die Enquete über das Krankenversicherungswesen. Von den Arbeitern wurde sehr umfangreiches Material zur Reform des Versicherungsgesetzes vorgelegt. Mehr als sechs Jahre sind seither verflossen, aber die Regierung rührt sich nicht. Die Enquêteresultate sind vergessen worden und man wird Herrn v. Koerber erst erinnern müssen, ehe er der Sache wieder gedenkt. Wenn er nun den Zuckerbaronen so rasch und ohne sich zu bedenken beigesprungen ist, ist er auch verpflichtet, sich einer so lange schon fälligen sozialpolitischen Reform endlich anzunehmen. Wie es scheint, hat aber die Regierung gar kein Verständnis für unsere Forderungen, denn statt daß sie die Schaffung großer Kassenverbände, die Konzentration des Kassenwesens fördert, werden jetzt in Böhmen allenthalben noch Zersplitterungen und Teilungen von Kassen vorgenommen. Unsere Aufgabe ist also auch in dieser Richtung, die Regierung aufzuwecken und sie anzutreiben.

damit die Gesellschaftsordnung ummodeln zu können, wenn die Konsumvereinsbewegung nur genügend erstarkt sei.

Der Resolution kann ich im allgemeinen zustimmen, weil sie uns die Gewähr bietet, daß wir gegen voreilige Gründungen einschreiten können. Ich stelle nur den Zusatzantrag, daß die Durchführung den nationalen Kongressen überlassen werde. (Beifall.)

Die Verhandlung wird nun abgebrochen und die Sitzung geschlossen.

Begrüßungsschreiben sind eingelaufen aus Zwittau, Pola, Leibnitz und Krakau.

Fünfter Verhandlungstag.

Vormittagssitzung.

Vorsitzender: **Tomschik.**

Vorsitzender: Wir schreiten zur **Debatte über Konsumvereine.** Das Wort erhält Genosse

Schloßnikel (Sternberg): Auf dem letzten Gewerkschaftskongreß haben wir uns für die Konsumvereine bereits ausgesprochen. Es geht nicht an, daß dieselben Vertreter, die als Politiker der Sozialdemokratie angehören, als solche eine andere Stellung zu den Konsumvereinen einnehmen. Wir werden natürlicherweise heute entsprechend den Beschlüssen des Gewerkschaftskongresses beschließen. Was der Genosse Rousar vorgebracht hat, beweist nur, wie nötig es ist, daß wir die Konsumvereine nicht aus dem Auge lassen und Einfluß auf sie nehmen. Nur dann werden Uebelstände wie die geschilderten vermieden werden. Was hat uns der Brünner Beschluß, der gefordert hat, daß wir uns unparteiisch verhalten sollen, genützt? Hat man uns nicht trotzdem jeden Krach, jede Unregelmäßigkeit in einem Arbeiter-Konsumverein vorgeworfen? Als wir in der Provinz im Sinne des Gewerkschaftskongresses handelten, da sind wir auch auf den Widerstand der eigenen Genossen gestoßen. Deshalb müssen wir am Kongreß einen Beschluß fassen, der auch die in dieser Hinsicht reaktionären Genossen belehrt. Viele Vereine sind noch an den Wrabetz-Verband gebunden, das muß gelöst werden. Auch das wollen wir den Provinzgenossen von hier aus sagen! Wenn es schwer ist, die Konsumvereinsleitungen zum Beitritt in unseren Verband zu führen, so ist daran der frühere Verband schuld. Er war eine verfehlte Gründung. Wir in Sternberg haben mit dem ersten Verband schlechte Erfahrungen gemacht, deshalb sind die Sternberger nur schwer dazu zu bewegen, dem neuen Verband beizutreten. Nehmen wir die Resolution an, wie sie uns vorliegt.

Genossin **Seidel** (Wien): Ich habe es freudig begrüßt, daß hier endlich die Frage der Konsumvereine zur Entscheidung gebracht werden soll. Die früheren Parteitage haben es abgelehnt, der Frage näherzutreten, und für damals haben die Parteitage auch ganz recht gehabt. Ich habe es begriffen, daß sie damals nichts mit den Konsumvereinen zu tun haben wollten. Aber inzwischen hat sich die Ansicht der Parteigenossen über diese Fragen geändert und wir haben eingesehen, daß auch die Konsumvereine den Zwecken der gesamten Arbeiterbewegung dienstbar gemacht werden sollen. Es gibt ja viele Genossen, die noch heute glauben, daß der politischen und der gewerkschaftlichen Organisation durch die Konsumvereine wichtige Kräfte entzogen werden, aber im allgemeinen setzt sich doch der Grundsatz durch, daß jede Bewegung diejenigen Kräfte sich aneignet, die sie braucht. Wird es heute jemandem einfallen, zu sagen, daß die gewerkschaftliche Bewegung der politischen Kräfte entzieht? Es gibt aber auch glänzende Politiker, ausgezeichnete Gewerkschaftler, zur Leitung der Versammlungen aber sind sie ungeeignet, ebenso gibt es Konsumvereinler, die wieder auf anderen Gebieten versagen. Rousar hat gemeint, daß dadurch, daß der Arbeiterschaft auf

Man sieht, der Konsumverein von Rochdale ist bereits auf ganz moderner Grundlage aufgebaut. Im ersten Jahre ging es natürlich nur langsam vorwärts. Er hatte damals einen Wochenumsatz von 50 Kr. Aber zwanzig Jahre später war aus diesem Konsumverein eine große Konsumvereinsbewegung entstanden, die bereits einen Jahresumsatz von 60 Millionen Kronen aufwies, 1890 waren es schon 538 Millionen, 1900 schon 1½ Milliarden. England hat heute 1603 Konsumvereine mit 1,646.000 Mitgliedern mit 474 Millionen Einlagen und mit 170 Millionen jährlichem Reingewinn. Sie sehen, daß das eine riesige Organisation ist. Selbstverständlich haben sich diese Konsumvereine nicht damit begnügt, den lokalen Zwischenhandel auszuschalten, sie haben bald auch den Agenten und den Grossisten überflüssig gemacht, indem sie eine Einkaufsvereinigung bildeten. Dann sind sie auch selbst Produzenten geworden und haben so den Profit der Kapitalisten in ihre Kassen geleitet. Sie besitzen große Mühlen, Schuhfabriken, Konservenfabriken, Seifenfabriken, Holzbearbeitungsfabriken, dann eigenen Gemüsebau, Molkereien, Butterfabriken. Sie beschäftigen in den Schuhfabriken 7700 Arbeiter, in der Kleidererzeugung 4000, in Damenkleider- und Putzartikelerzeugung 2400, Weberei 2400, Brotbäckerei 4000, Baugewerbe 1600, im Schiffbau und in Maschinenwerkstätten 2400, in Druckereien 1100 Arbeiter. 7 große Frachtdampfer durchkreuzen für sie die Meere. Sie besitzen das größte Theegeschäft und haben eigene Theeplantagen. Die großen Einkaufsgenossenschaften haben Einkaufshäuser in Deutschland, Dänemark, Canada, in den Vereinigten Staaten, in Australien, sie haben Exportschlächtereien in Dänemark u. s. w. Es ist eine großartige Organisation, die sich die englischen Konsumenten geschaffen haben. Ein Siebentel der ganzen englischen Bevölkerung bezieht die Waren aus Konsumvereinen. Die Saat, die die 27 Flanellweber in Rochdale ausgestreut, ist herrlich aufgegangen. Die Konsumvereine sind heute in England ein Machtfaktor geworden, wie man es nie ahnen konnte.

Eine wesentlich andere Entwicklung hat die Genossenschaftsbewegung in Deutschland genommen. Hier hat es schon im ersten Drittel des 19. Jahrhunderts eine genossenschaftliche Organisation gegeben, aber die Beteiligung der Arbeiter daran war nur sehr gering. In Deutschland bildete damals der Mittelstand die Mehrheit der Mitglieder; der Mittelstand glaubte damit gegen den Kapitalismus eine wirksame Waffe gefunden zu haben. Es wurden Rohstoffvereinigungen, Werkzeugbeschaffungsgenossenschaften, Darlehenskassen gegründet und letztere Vereine bilden auch heute noch in dem im bürgerlichen Lager stehenden Verbande die Mehrheit gegenüber den Konsumvereinen. Zwischen Schulze-Delitzsch und Lassalle war ein heftiger Kampf entbrannt.

Das eherne Lohngesetz, wonach eine Verbilligung der Lebensmittel eine Herabminderung der Löhne bedeute, hat in der ersten Zeit sehr der Entwicklung der Konsumvereinsbewegung geschadet. Es wäre sehr interessant, zu untersuchen, inwieweit die Aufstellung des ehernen Lohngesetzes beeinflußt war von dem Umstande, daß die Konsumentenorganisation eine Organisation des Gegners war. Schulze baute die Genossenschaften auf dem Prinzip der Selbsthilfe auf, während Lassalle dem das Prinzip der Staatshilfe mit Kapitalbenützung entgegenstellte. Die deutschen Arbeiter sind der Konsumentenorganisation ferngeblieben und erst Ende der Sechzigerjahre beginnt die Genossenschaftsbewegung auch unter ihnen einen Aufschwung zu nehmen. Man kann bei der deutschen Konsumvereinsbewegung drei Perioden unterscheiden: eine Periode der langsamen Entwicklung vor 1873, wobei die Jahre 1869 bis 1873 immerhin ein etwas lebhafteres Tempo zeigen, dann eine Periode der völligen Stagnation von 1873 bis 1885 und von da an eine Periode des Aufschwunges, in der gerade die letzten zehn Jahre der Konsumvereinsbewegung eine ungeahnte Blüte verschafften. Im Jahre 1864 existierten 38 Vereine mit 7700 Mitgliedern, 1873 schon 189 Vereine mit 87.500 Mitgliedern, bis 1885 sank dann die Zahl der Vereine auf 162, wobei allerdings die Mitgliederzahl auf 120.000 stieg. In der zweiten Periode der Stagnation machten sich auch die Wirkungen des Sozialistengesetzes bemerkbar, und erst als die Arbeiterschaft imstande war, die Wirkungen des Sozialistengesetzes aufhalten zu können,

kommt es wieder zu einem Aufschwung in den Konsumvereinen. 1886 gibt es 164 Vereine mit 144.000 Mitgliedern, 1900 schon 568 Vereine mit 522.000 Mitgliedern. Der Umsatz ist von 5 Millionen Kronen auf 15 Millionen gestiegen. Heute ist die deutsche Genossenschaftsbewegung, die ursprünglich eine kleinbürgerliche Bewegung war, zu einem Machtfaktor in der Arbeiterbewegung geworden. Auch in Belgien ist die Genossenschaftsbewegung in den letzten zehn Jahren zu großer Blüte gelangt.

Von Oesterreich können wir das leider nicht sagen. In den Jahren 1890 bis 1900, wo sich die Genossenschaftsbewegung überall großartig entwickelte, machte Oesterreich einen kläglichen Eindruck. Oesterreich ist ja selbst nichts anderes als eine große Greislerei. (Heiterkeit und Beifall.) Nirgends ist die Ausbeutung des arbeitenden Volkes so groß als in Oesterreich, wenn man das Verhältnis der direkten zur indirekten Steuerleistung in Betracht zieht. Auf allen Gebieten gibt es nur Fälschungen und Surrogate, in Oesterreich fehlt der Zug ins Große, und so blüht bei uns auch die Greislerei. Die Industrie hat sich in Oesterreich nur sehr langsam entwickelt und nur langsam hat sich mit ihr auch die Konsumvereinsbewegung entwickelt. Die Konsumvereinsbewegung ist eben ein Kind der Industrie und wird überall dort entstehen, wo den Arbeitern das wenige, was ihnen die kapitalistische Ausbeuterklasse in Form von Löhnen noch läßt, durch die Ausbeuter auf dem Gebiete der Lebensmittelversorgung wieder abgenommen wird. Wir haben hier keine genauen Aufzeichnungen über den Stand der Konsumvereinsbewegung. Es bestehen jetzt ungefähr 800 Konsumvereine mit etwa 250.000 Mitgliedern, eine Zahl, die England schon Ende der Sechzigerjahre erreicht hat. Der Brünner Parteitag hat die Anerkennung der Konsumorganisation durch die Partei davon abhängig gemacht, daß ein Verband existiert, der sich in unseren Händen befindet und der die Kontrolle der Konsumvereine besorgt. Nun ist das sogenannte Revisionsgesetz in Kraft getreten, das regelmäßige Revisionen in den Konsumvereinen vorschreibt, und wir haben auch bereits einen Verband gegründet, der die Autorisation zur Vornahme der Revisionen erhalten hat. Aber leider befindet sich noch immer eine große Zahl von Arbeiter-Konsumvereinen bei dem bürgerlichen Verbande, der unter der Führung des Abgeordneten Wrabetz steht. Unserem Verbande gehören aber 170 Vereine mit 53.000 Mitgliedern und einem Umsatz von 17 Millionen an. Es ist also, wenn man österreichische Maßstäbe anlegt, eine immerhin ganz bedeutende Organisation.

Ich habe Ihnen ein Bild entworfen, wie sich die Konsumvereinsbewegung entwickelt hat, und ich glaube, schon dieses Bild ist geeignet, die große Bedeutung dieser Bewegung für die Arbeiterschaft zu beweisen. Der Konsumverein hat vor einem Geschäftsmann die Sicherheit des Absatzes infolge Konzentration des Bedarfs voraus. Ein Kaufmann braucht lange, bevor er die Bedürfnisse seiner Abnehmer erkennt. Er muß, da er auf laufende Kundschaft angewiesen ist, immer Lockartikel führen, das heißt, er muß einzelne Artikel unter dem Kostenpreise verkaufen, muß oft schwindelhafte Reklame treiben, um die Leute für sich zu gewinnen. Aber man begreift, daß er nicht daraufzahlen kann und daß er deshalb, was er bei diesem Artikel verliert, bei anderen hereinbringen muß; das kann er, will er nicht durch höhere Preise konkurrenzunfähig werden, nur durch Mindergewicht oder durch Verfälschung der Waren. Und so ist gerade die freie Konkurrenz, hervorgerufen durch die außerordentlich hohe, in keinem Verhältnis zur Bevölkerungszahl stehende Zahl der Zwischenhändler, Greisler u. s. w. die Ursache der ungeheuerlichen Lebensmittelfälschung. Wie die Gewerkschaften die Aufgabe haben, die Ausbeutung des Arbeiters durch seine Unternehmer zu verhindern, so haben die Konsumvereine die Aufgabe, die Ausbeutung durch den Zwischenhändler zu verhindern. Ein Geschäft wird gegründet, um Profite zu ergeben, der Konsumverein aber will keinen Profit und er kann daher seinen Mitgliedern gute und unverfälschte Waren geben. (Beifall.) So liegt die Bedeutung der Konsumvereine für die Arbeiter wesentlich darin, daß sie eine Steigerung der Lebenshaltung der Arbeiter herbei-

führen. Die Mitglieder eines Konsumvereines brauchen bei ihren Einkäufen nicht den Profit des Geschäftsmannes mitzubezahlen und bekommen, wenn trotzdem ein Ueberschuß erzielt wurde, ihn daher in Form einer Dividende am Ende des Jahres zurückvergütet. Die Mitglieder der Konsumvereine haben also bedeutend ökonomischer mit ihrem Gelde gewirtschaftet als diejenigen, die ihr Geld zu den borniertesten, ärgsten Gegnern ihrer Klasse tragen und so ihre eigenen Feinde unterstützen. (Beifall.) Wir beseitigen durch die Konsumentenorganisation zweifellos den Zwischenhandel und dieser Ausschaltung des Zwischenhandels sind ja die Erfolge der Konsumvereinsbewegung in allen Ländern vornehmlich zu danken.

Wir leben in der Zeit der Kartelle und Trusts und auch da können die Konsumvereine, was die anderen nicht können, bis zu einem gewissen Grade den Kartellen entgegentreten. Wir können dem Eisenkartell gewiß nichts antun, wohl aber können wir auf die Kartelle, die sich auf die Nahrungsmittelversorgung beziehen, schon einen wirksamen Einfluß ausüben. Wir brauchen heute in Wien jährlich ungefähr zweihundert Waggons Zucker; diesen Zucker müssen wir von der Verkaufsvereinigung der Zuckerindustriellen beziehen, die uns die Preise diktiert. Wenn unsere Konsumvereinsbewegung so entwickelt wäre wie die deutsche, könnten wir eine eigene Zuckerfabrik bauen und so das Kartell sprengen oder wir könnten durch die Drohung damit größere Bonifikationen für uns erzwingen. Als das Seifenkartell in Deutschland die Preise diktierte, hat die Drohung der Konsumvereine, daß sie eine eigene Seifenfabrik bauen werden, genügt, daß die Preise sofort sanken. Aber noch etwas kommt da in Betracht. Von dem Moment an, wo der Konsumverein der größte Abnehmer des Kartells geworden ist, liegt die Versuchung für eine einzelne Kartellfirma sehr nahe, aus dem Kartell auszutreten und allein das ganze Geschäft mit dem Konsumverein zu machen. Wir sind also auf dem Gebiete der Lebensmittelversorgung in der Lage, den Kartellen einigermaßen wirksam entgegenzutreten. Das ist natürlich nur möglich, wenn die Genossenschaftsidee in die weitesten Kreise der Arbeiterbevölkerung dringt. Die deutschen und englischen Konsumvereine haben ungeheure Kapitalien dadurch angesammelt, daß die Arbeiter ihr Geld nicht mehr in die großen Sparkassen einlegen, sondern in den Konsumverein, der auch ein Sparverein ist. Die staatlichen und städtischen Sparkassen sammeln ungeheure Kapitalien durch Tausende kleine Sparbeträge und aus diesen Kapitalien werden oft die ärgsten Bodenwucherer in Form von Hypotheken unterstützt. Den Wohnungswucher unterstützen so gerade die, die darunter am meisten zu leiden haben. In Hamburg wurde der Konsumverein „Produktion" gegründet, bei dem das Statut bestimmt, daß alle Rückvergütungen so lange aufgespart werden, bis ein Betrag von hundert Kronen für das Mitglied erreicht ist, die dann als Notfonds bestehen. Der Verein ist aber damit auch in die Lage versetzt, mit billigem Gelde zu arbeiten, und braucht nicht in die Abhängigkeit von Wucherern und Lieferanten zu kommen.

Ich habe schon erwähnt, daß der Gewerkschaftskongreß sich mit der Frage der Konsumvereine beschäftigt hat. Er hat eine Resolution beschlossen, in der erklärt ist, daß die Konsumentenorganisation eine Ergänzung der politischen und gewerkschaftlichen Organisation ist. Wir legen Ihnen eine Resolution vor, die feststellt, was dieser Parteitag zu tun hat: zu erklären, daß es Pflicht der Arbeiter ist, diese Form der Organisation nicht außer acht zu lassen, sondern sich angelegentlich um sie zu kümmern. (Beifall.) Wenn Klagen über die Konsumvereine vorkommen, so sind wir nicht ohne Schuld. Wir haben uns noch nie um diese Organisation gekümmert. Um Krache und unvorsichtige Gründungen zu verhindern, haben wir in der Resolution bestimmt, daß neue Gründungen nur mit Zustimmung der Bezirksorganisation und im Einvernehmen mit dem Verband der Arbeitergenossenschaften erfolgen dürfen. So wird es möglich sein, zu verhindern, daß wir durch Neugründungen, die keine Existenzberechtigung haben, wieder in unserer Arbeit gestört werden. In Wien haben

wir auch eine Anzahl Konsumvereine gehabt, die dem Verkrachen nahe waren. Heute hat der Konsumverein „Vorwärts" diese Konsumvereine aufgenommen und so die Mitglieder vor Schaden bewahrt. Außer diesen 4000 Mitgliedern der alten Konsumvereine hat der „Vorwärts" aber noch 4500 neue Mitglieder gewonnen. Es ist also möglich, aber es ist nur möglich, wenn die Konsumentenorganisation im engsten Anschluß an die anderen Organisationen steht. Man kann Erfolge erzielen, aber nur, wenn man sich auch wirklich darum kümmert. In Böhmen und Mähren hat man sich um die Konsumvereine nie gekümmert, hat sie ihren Weg zum Abgrund ruhig gehen lassen.

Wenn wir auf Grund dieser Resolution die Konsumentenorganisation als Bestandteil der proletarischen Organisation betrachten und sie als solche auch unterstützen werden, bin ich sicher, daß auch bei uns die Konsumvereine denselben Aufschwung nehmen werden wie in Deutschland und England und daß wir damit dann ein neues wirksames Mittel im Befreiungskampfe der Arbeiterklasse gewinnen werden. (Lebhafter Beifall.)

Ich bitte Sie, folgende Resolution anzunehmen:

Die Erstarkung der politischen und gewerkschaftlichen Organisation des österreichischen Proletariats eröffnet die Möglichkeit, nunmehr auch die genossenschaftliche Organisation in den Dienst der Arbeiterbewegung zu stellen.

Die Form der genossenschaftlichen Organisation, die heute überall dort — aber auch nur dort — möglich ist, wo die Arbeiterschaft ihre politische und gewerkschaftliche Organisation zu einem erheblichen Maße von Schlagfertigkeit und Tüchtigkeit ausgebildet hat, ist der Konsumverein.

Die Vorteile eines gut geleiteten Konsumvereines für die Privatwirtschaft seiner Mitglieder sind offenbar.

Die eigentliche Bedeutung der Konsumvereinsbewegung liegt jedoch in ihren Leistungen für die Arbeiterklasse (Steigerung der Lebenshaltung der Arbeiter durch Beseitigung des Zwischenhandels, Regulierung der lokalen, später der nationalen Preisbildung der Lebensmittel, Eigenproduktion, Bekämpfung der Kartelle und Trusts, materielle Unterstützung der politischen und der gewerkschaftlichen Organisation).

Wir warnen jedoch nochmals auf das eindringlichste vor leichtfertigen, nicht genügend vorbereiteten Gründungen. Neugründungen dürfen nur mit Zustimmung der Bezirksorganisation und im Einvernehmen mit dem Verbande der Arbeiter-Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften und nur auf Grund der beschränkten Haftung erfolgen. Wo die Führung von Konsumvereinen derzeit in den Händen indifferenter oder gegnerischer Elemente liegt, werden die organisierten Arbeiter suchen müssen, den ihnen gebührenden Einfluß zu erringen, bevor sie an die Gründung einer neuen Genossenschaft schreiten.

Der Parteitag erklärt es als die Pflicht aller von organisierten Arbeitern geleiteten Konsumvereine, dem Verbande der Arbeiter-Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften beizutreten und dessen Bestrebungen zur Zentralisation (Verschmelzung der an einem Orte bestehenden Konsumvereine, Gründung von Einkaufsvereinigungen) zu unterstützen. Der Parteitag erklärt es endlich als die Pflicht der Konsumvereine, ihren Angestellten die besten jeweils möglichen Arbeitsbedingungen zu gewähren.

Das Korreferat zu diesem Punkt erstattet

Roušar (Prag, tschechisch): Die Freunde der Konsumvereinsbewegung führen eine ganze Reihe von Argumenten als Beweis, daß sie der Arbeiterbewegung nützen kann. Es wäre ungerecht, zu leugnen, daß sie das vermag. Aber es spricht auch eine große Zahl von Gründen dafür, daß die Konsumvereine der Arbeiterbewegung auch schaden können und daß man daher in dieser Angelegenheit sehr vorsichtig vorgehen muß. Auf dem Kongreß in

Brünn hatte man sich gegen die Konsumvereine ausgesprochen, auf dem Gewerkschaftskongreß für sie. Wonach sollen sich die Genossen also halten? Jetzt hat jeder eine Resolution für sich (Heiterkeit), sowohl der Freund als der Feind der Konsumvereine.

Man sagt, die Konsumvereine geben dem Arbeiter billige Waren. Richtig! Aber wir wissen auch, daß, wo die Lebensmittel billig sind, auch die Löhne niedrig sind. Nehmen Sie nur einen Textilarbeiter aus Wien und einen aus Nordböhmen. Wo der Arbeiter mehr braucht, wird er besser bezahlt. Ich unterschätze die Bedeutung eines gut geleiteten Konsumvereines nicht, aber daß er das Niveau der Lebenshaltung der Arbeiter hebt, läßt sich kaum nachweisen. Uebrigens ist es auch gar nicht notwendig, daß der Konsumverein billiger verkauft. Ich kenne zahlreiche Konsumvereine, die teuer einkauften, deren Leiter nicht manipulieren konnten und dann teurer verkauften als die Kaufleute. Ich kenne einen Konsumverein, da wurden auf jede Ware 20 Prozent zum Kaufpreis aufgeschlagen. Einmal gelang es, billiges Mehl zu kaufen. Aber da wurde plötzlich das Mehl teurer. Der Konsumverein aber verkaufte sein Mehl zum alten Preise. Alle Leute kauften das Mehl im Konsumverein, der Vorrat war bald ausverkauft, der Konsumverein mußte nun das Mehl teurer einkaufen, als er es verkauft hatte, und die Kunden blieben aus. Diese Wirtschaft ist nicht vereinzelt.

Man erzählt uns, daß die Konsumvereine unverfälschte Waren liefern. Ich würde Ihnen wünschen, so manchen Konsumverein in der Provinz zu besuchen. Da steht ein Nichtfachmann an der Spitze, der kauft, was man ihm anbietet, oft auch schon verfälschte Waren. Ebenso ist es auch mit dem Argument, daß man beim Konsumverein den Profit des Zwischenhändlers erspart. Das mag für die großen Konsumvereine gelten, die im großen kaufen, oder wo der Verband einkauft, aber die kleinen verstreuten Konsumvereine wollen nicht zu einem Verbande gehen. Die sind sehr mißtrauisch und sagen, wenn man ihnen zuredet: Die in Wien wollen uns wieder bestehlen! Auch die Dividendenwirtschaft ist ein Schaden der Konsumvereine. Die Eigentumsbestie wird durch die Dividende geweckt, die Dividende wird die Hauptsache beim Konsumverein. Wir haben Konsumvereine, die 10 bis 15 Prozent Dividende zahlen. Aber die Angestellten sind skandalös gezahlt, die Waren schlecht. Jeden Augenblick lesen wir in einem Blatte ein Inserat: „Ein Lagerhalter oder Angestellter für einen Konsumverein gesucht. Gehalt 30 fl. monatlich. 1000 fl. Kaution erforderlich." Natürlich, damit sie mit seinem Gelde Geschäfte machen können. Und das sollen wir als Parteiinstitution ansehen?

Wir in Böhmen haben besonders traurige Erfahrungen mit den Konsumvereinen gemacht. Wo ein Konsumverein gegründet wurde, konnten wir schon das Kreuz über die Organisation machen. In Nimburg hatten wir eine sehr gute Organisation. Da fiel den Leuten ein, einen Konsumverein zu gründen. In wenigen Monaten war der Krach da und die Organisation war hin. Auch in Podiebrad und Lieben ging es ähnlich. Dabei ist Lieben eine Arbeiterstadt, hat also die besten Bedingungen für einen Konsumverein. Das Ende war aber auch da der Krach. So brachten uns die Konsumvereine vielfach nur eine Schädigung der Partei. Solange die Arbeiter nicht genug geschult sind, kann man ihnen die Errichtung von Konsumvereinen nicht empfehlen. Erst muß der Boden für die Konsumvereine vorbereitet werden. Man verweist uns auf England und Belgien, wo es ging. Aber ich habe Ihnen Beweise aus Oesterreich geliefert, daß es nicht ging. Ebenso könnten Sie mir erzählen, daß in Afrika Palmen wachsen. Bei uns ist der Boden nicht dafür. Wir müssen auch für die Konsumvereine erst den Boden vorbereiten.

Wir sind nicht gegen die Konsumvereine, aber wir verlangen, daß man nur sehr vorsichtig bei der Gründung vorgehe. Die Verhältnisse sind nicht überall gleich. Bei Ihnen hier sind andere Verhältnisse als bei uns in Böhmen. Das beste wäre, die grundsätzliche Stellung hier zu bestimmen, alles übrige den nationalen Kongressen zu überlassen. Viele Genossen überschätzen die Konsumvereine. Es geht sogar so weit, daß sie sich einbilden,

damit die Gesellschaftsordnung ummodeln zu können, wenn die Konsumvereinsbewegung nur genügend erstarkt sei.

Der Resolution kann ich im allgemeinen zustimmen, weil sie uns die Gewähr bietet, daß wir gegen voreilige Gründungen einschreiten können. Ich stelle nur den Zusatzantrag, daß die Durchführung den nationalen Kongressen überlassen werde. (Beifall.)

Die Verhandlung wird nun abgebrochen und die Sitzung geschlossen.

Begrüßungsschreiben sind eingelaufen aus Zwittau, Pola, Leibnitz und Krakau.

Fünfter Verhandlungstag.

Vormittagssitzung.

Vorsitzender: **Tomschik.**

Vorsitzender: Wir schreiten zur **Debatte über Konsumvereine.** Das Wort erhält Genosse

Schloßnikel (Sternberg): Auf dem letzten Gewerkschaftskongreß haben wir uns für die Konsumvereine bereits ausgesprochen. Es geht nicht an, daß dieselben Vertreter, die als Politiker der Sozialdemokratie angehören, als solche eine andere Stellung zu den Konsumvereinen einnehmen. Wir werden natürlicherweise heute entsprechend den Beschlüssen des Gewerkschaftskongresses beschließen. Was der Genosse Roušar vorgebracht hat, beweist nur, wie nötig es ist, daß wir die Konsumvereine nicht aus dem Auge lassen und Einfluß auf sie nehmen. Nur dann werden Uebelstände wie die geschilderten vermieden werden. Was hat uns der Brünner Beschluß, der gefordert hat, daß wir uns unparteiisch verhalten sollen, genützt? Hat man uns nicht trotzdem jeden Krach, jede Unregelmäßigkeit in einem Arbeiter-Konsumverein vorgeworfen? Als wir in der Provinz im Sinne des Gewerkschaftskongresses handelten, da sind wir auch auf den Widerstand der eigenen Genossen gestoßen. Deshalb müssen wir am Kongreß einen Beschluß fassen, der auch die in dieser Hinsicht reaktionären Genossen belehrt. Viele Vereine sind noch an den Wrabetz-Verband gebunden, das muß gelöst werden. Auch das wollen wir den Provinzgenossen von hier aus sagen! Wenn es schwer ist, die Konsumvereinsleitungen zum Beitritt in unseren Verband zu führen, so ist daran der frühere Verband schuld. Er war eine verfehlte Gründung. Wir in Sternberg haben mit dem ersten Verband schlechte Erfahrungen gemacht, deshalb sind die Sternberger nur schwer dazu zu bewegen, dem neuen Verband beizutreten. Nehmen wir die Resolution an, wie sie uns vorliegt.

Genossin **Seidel** (Wien): Ich habe es freudig begrüßt, daß hier endlich die Frage der Konsumvereine zur Entscheidung gebracht werden soll. Die früheren Parteitage haben es abgelehnt, der Frage näherzutreten, und für damals haben die Parteitage auch ganz recht gehabt. Ich habe es begriffen, daß sie damals nichts mit den Konsumvereinen zu tun haben wollten. Aber inzwischen hat sich die Ansicht der Parteigenossen über diese Fragen geändert und wir haben eingesehen, daß auch die Konsumvereine den Zwecken der gesamten Arbeiterbewegung dienstbar gemacht werden sollen. Es gibt ja viele Genossen, die noch heute glauben, daß der politischen und der gewerkschaftlichen Organisation durch die Konsumvereine wichtige Kräfte entzogen werden, aber im allgemeinen setzt sich doch der Grundsatz durch, daß jede Bewegung diejenigen Kräfte sich aneignet, die sie braucht. Wird es heute jemandem einfallen, zu sagen, daß die gewerkschaftliche Bewegung der politischen Kräfte entzieht? Es gibt aber auch glänzende Politiker, ausgezeichnete Gewerkschaftler, zur Leitung der Versammlungen aber sind sie ungeeignet, ebenso gibt es Konsumvereinler, die wieder auf anderen Gebieten versagen. Roušar hat gemeint, daß dadurch, daß der Arbeiterschaft auf

dem Lande billigere Lebensmittel verschafft werden, die Unternehmer die Löhne drücken werden. Nun, ich glaube, die Löhne drücken, das wollen die Unternehmer immer, ob die Lebensmittel billiger oder teurer sind. Deshalb haben wir ja eine gewerkschaftliche Organisation, die diesen Gelüsten wirksam entgegentreten kann. Gerade jetzt, wo uns die Lebensmittel durch den Zolltarif so verteuert werden sollen, müssen wir die Arbeiter als Konsumenten organisieren. Ich will nicht bestreiten, daß in manchem Konsumverein große Uebelstände waren oder sind, aber alle diese Uebelstände sind nur ein Beweis dafür, daß wir uns um diese Sache kümmern müssen! In Brünn und Umgebung haben wir zirka 70 Konsumvereine, in Mähren zirka 300 Konsumvereine. Diese kleine greislerische, zwerghafte Organisation ist eben verfehlt, wir müssen sie auf moderne Grundlagen stellen. Wenn wir diese Konsumvereine fest in die Hände nehmen und im Verband organisieren, dann werden sie für die Arbeiter und für die Arbeiterbewegung etwas leisten können. Bei unseren Konsumvereinen und noch mehr bei jenen, die wir erst schaffen wollen, gilt es vor allem, die Mitglieder zu erziehen, daß sie nicht in der Dividendenjägerei ihr Ziel sehen. Vielfach hat man in alten Konsumvereinen nur durch die Dividende angelockt, aber wir wollen die Vereine auf eine andere Basis stellen. Die Konsumvereine können dadurch, daß hier eine Menge von Verwaltungskräften großgezogen wird, sehr gedeihlich wirken. Wir wollen ja einst das Erbe der heutigen Gesellschaft antreten. Dazu werden wir Kräfte brauchen, die in jeder Hinsicht geschult sind. In den Genossenschaften können wir uns Kräfte schaffen, die dereinst fördernd einzugreifen vermöchten. Ich empfehle Ihnen aus allen diesen Gründen die Annahme der Resolution. (Bravo!)

Vorsitzender: Vom Genossen Pittoni ist folgender Ergänzungsantrag eingelaufen:

Am Schlusse des vierten Absatzes soll der Satz: „Sicherung der Existenz der Opfer des Klassenkampfes" durch folgenden ersetzt werden:

„womöglich Berücksichtigung der Opfer des Klassenkampfes bei Aufnahme von Angestellten".

Tusar (Brünn): Prinzipiell sind wir alle von den Vorteilen der Konsumvereinsbewegung überzeugt. Darin sind wir uns alle einig. Eine Frage ist nur, ob wir sie auch unterstützen sollen. Man führt an, daß sie auch mehrfach Schaden stiften. Das ist aber doch kein Beweis gegen die Organisationen. Ich würde es begreifen, wenn jemand sagt: Wir sind dagegen, weil wir nicht genug fähige Kräfte haben. Schablonenmäßig scheint sich mir die Sache doch nicht lösen zu lassen, deshalb stimme ich dem Antrag Rousar zu. In Mähren sind die Verhältnisse schon besser als in Böhmen und die Partei wird sich dort um die Konsumvereine ernstlich umschauen müssen. Die Hauptstütze sehe ich im Verband. Der Einwurf Rousars, daß die Löhne niedriger werden, wenn die Lebensmittel billiger werden, scheint mir doch nicht richtig. Diese Anschauung des ehernen Lohngesetzes ist von uns schon längst aufgegeben. Rousars Verlangen, daß dort, wo keine gute Gewerkschaftsorganisation ist, auch keine Konsumvereine gegründet werden sollen, halte ich dagegen für ganz berechtigt. (Beifall.)

Hueber (Wien): Wir haben es uns seinerzeit wohl überlegt, ehe wir an den Gewerkschaftskongreß herantraten. Es ist ja begreiflich, daß die tschechischen Genossen vor einer dritten Organisation, wie sie die Konsumvereine neben der politischen und gewerkschaftlichen darstellt, sich fürchten, weil sie meinen, daß unter dieser Ueberbürdung die innere Festigkeit der Partei leiden würde. Aber die Konsumvereinsbewegung ist einmal da, sie blüht auf und so soll sie zu unseren Zwecken gebraucht werden. Wir müssen uns der Konsumvereinsbewegung in dem Maße annehmen, als der Arbeiter dabei organisiert wird. Rousar hat eine Menge Anklagen erhoben, ich unterschreibe seine Argumente wohl, aber alles, was Rousar gesagt hat, beweist nur, daß da Remedur geschafft werden solle. Unsere Absicht hier ist ja nicht, daß Sie hinausgehen sollen und an allen Ecken und Enden Konsumvereine gründen sollen. Nein, wir wollen das Bestehende zusammenfassen! Es ist be-

dauerlich, daß der neue Vorstand der Arbeiter-Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften mit jenem Mißtrauen angesehen wird, das man in der Provinz für Wien überhaupt besitzt. Nun müssen aber doch auch diese Konsumvereine revidiert werden und bevor wir uns von Bürgerlichen oder Landesbehörden revidieren lassen, lassen wir uns doch lieber von unseren Genossen im Verband revidieren. Gerade der Verband wird vor vorschnellen Gründungen warnen. Auch das ist falsch, was Rousar über die Wirkung auf die Löhne sagte. Im Gegenteil, wir werden schon dafür sorgen, daß die Unternehmer von billigen Lebensmittelpreisen keinen Nutzen haben. Wo eine Organisation ist, hat das eherne Lohngesetz keine Kraft. Was existiert, soll in einen gesunden Körper zusammengeschweißt werden, und dort, wo noch Konsumvereine sind, die Mitglieder des Wrabetz-Verbandes sind, müssen sich unsere Genossen mit dem Herauskommen tummeln. Gerade in Böhmen hausieren jetzt einige Doktoren herum, die einen rein tschechischen Verband machen wollen. (Rufe bei den Tschechen.) Ich finde es sehr zweifelhaft, ob wir unsere Vereine den jungtschechischen Herren ausliefern sollen. Gewiß wird unsere Konsumorganisation einmal die Kraft bekommen, mit den genossenschaftlichen Organisationen der Urproduzenten in Kontakt treten zu können. Die landwirtschaftlichen Arbeiter- und die Kleinbauerngenossenschaften werden einmal mit uns in Zusammenhang treten. Nicht heute, nicht morgen, aber es wird dazu kommen! Ich bitte Sie auch, meinen Zusatzantrag anzunehmen:

Der Parteitag erklärt es endlich als die Pflicht der Konsumvereine, bei Feststellung der Arbeitsbedingungen ihrer Angestellten im Einvernehmen mit den Organisationen derselben vorzugehen.

Wenn wir gegenüber dem Unternehmer verlangen, daß er mit uns über die Arbeitsbedingungen verhandle, so müssen auch die Vereine mit uns über die Lohnbedingungen verhandeln. Die Konsumvereine brauchen sich nicht zu fürchten, wir nehmen ja in allen Institutionen, bei den Gewerkschaften (Zwischenrufe: Bei der Presse!) auf die finanziellen Verhältnisse Rücksicht. (Bravo!)

Genossin **Novak** (Wien): Diese Frage geht uns Frauen an! Es fällt der Frau, wenn sie will, leicht, dem Manne gegenüber Argumente gegen den Konsumverein vorzubringen, warum sie dort nicht einkaufen will. Wir haben eine Menge Männer als Mitglieder in den Vereinen, deren Frauen nur einzelne Waren oder gar nichts im Verein kaufen. Zudem blüht der Zwischenhandel mehr denn je. Knapp neben den Konsumvereinen prosperieren oft die Greisler. Es gibt vornehmlich ein Mittel, die Arbeitersfrau an die Vereine zu ziehen, das ist Reinlichkeit. Frauen, die im Punkte der Reinlichkeit sehr streng sind, sind heute oft gezwungen, schmutzige Waren in schmutzigen Laden zu kaufen. Die Frauen beklagen sich zuweilen über höhere Preise in Konsumvereinen, aber daß das Kilo Zucker im Verein oft viel schwerer ist als beim Greisler, übersehen sie, genau so, wie sie nicht daran denken, daß der Preis für den Liter Spiritus durch Zuschütten von Wasser sehr einfach verbilligt werden kann. Der Konsumverein beruht auf seiner Solidität, nicht auf Lockmitteln! Etwas wäre notwendig, nämlich daß den Leuten Kredit in der Höhe ihrer Einlagen gewährt wird. In momentanen Geldnöten müssen wir trachten, diesen Frauen beizustehen. Was den Antrag Pittoni betrifft, dem ich beipflichte, kann man ein sehr guter Genosse, aber ein schlechter Konsumvereinsangestellter sein. Vor allem soll man die Frauen darauf aufmerksam machen, daß sie in den Konsumvereinen gute Milch bekommen. Diese Milch können wir beruhigt unseren Kindern geben; das können wir gewöhnlich von der Milch der Milchmeier nicht sagen. Die Frauen geben in dieser Frage den Ausschlag, denn die Männer können die Frauen gar nicht so kontrollieren, wie sie wollen. Und nicht nur einzelne Waren, sondern alles, was der Arbeiter braucht, muß er trachten, im Konsumvereine zu erwerben. (Bravo!)

Duda (Pottendorf): Die Konsumvereine bilden schon längere Zeit den Zankapfel in der Bewegung. Die Meinungen sind verschieden, es gibt noch

sehr entschiedene Gegner in unseren Reihen. Gewiß sind auch wir, wie Rousar sagt, in einzelnen Orten Niederösterreichs durch die Konsumvereine geschädigt worden. Das kam aber so: Ein Teil der Genossen bekam die Gründerwut, das gründete bis in die kleinsten Nester. In diesem Taumel gingen viele Vereine zugrunde. Andere gingen wieder hin und sagten: Es ist unmöglich. So kam es, daß selten der richtige Weg nüchtern gefunden wurde. Wenn ich hier für die Konsumvereine spreche, so will ich Ihnen dafür einen wichtigen Grund sagen. In vielen Orten Niederösterreichs, wo wir noch keinen Konsumverein haben, errichten jetzt die Fabrikanten solche. Zum Beispiel im IX. niederösterreichischen Wahlkreis. Der Fabrikant stellt sich einen Meister hinein, der Direktor wird Obmann und der Arbeiter wird gezwungen, dort einzukaufen. Dem betreffenden Arbeiter sind nun die Hände gebunden. Vielfach hängt er auch durch die Wohnung vom Unternehmer ab. Kommt es da zu einem ernsten Kampfe, so kann der Fabrikant den Arbeiter direkt aushungern! Deshalb müssen wir die Frage jetzt entscheiden, deshalb — sonst kommen uns auf diesem Gebiet die anderen zuvor — ersuche ich Sie um Annahme der Resolution. (Beifall.)

Zur Geschäftsordnung beantragt Arbeitel (Bielitz) den Schluß der Debatte. Hornof (Prag) bekämpft den Antrag. Seliger (Teplitz) spricht dafür.

Schluß der Debatte wird angenommen.

Vorsitzender: Ich erteile das Schlußwort dem Genossen

Emmerling: Ich werde mich im Sinne des eben gefaßten Beschlusses kurz fassen. Prinzipielle Einwendungen gegen die Resolution wurden weder von Rousar noch von anderen gemacht. Der Genossin Novak muß ich sagen: Das Betriebskapital der Konsumvereine sind die Geschäftsanteile. Die dürfen nicht in Form von Kredit wieder ausgegeben werden. Da kämen die Vereine leicht auf eine schiefe Ebene, die größte Zahl der zugrunde gegangenen Konsumvereine hat das der Kreditgewährung zuzuschreiben, dagegen sind die Engländer nur durch die Bezahlung groß geworden.

Es wurde auch davon geredet, daß die Bediensteten nicht entsprechend entlohnt werden, aber der größte Teil der Vereine zahlt bessere Löhne, als Handlungsgehilfen sonst erhalten. Der Antrag des Genossen Pittoni wurde von ihm zurückgezogen, ich habe den Passus gestrichen, gegen den er sich wendete. Die Worte „Sicherung der Existenz der Opfer des Klassenkampfes" fallen also — ich ersuche Sie darum — im vierten Absatz der Resolution weg. Es war zuweilen Praxis, daß um einer Maßregelung willen eine Organisation gegründet wurde, das war eine ungesunde Praxis.

Die Sozialdemokratie muß jede Ausbeutung der Arbeiterschaft bekämpfen, kann daher die Ausbeutung auf dem Gebiete der Lebensmittelversorgung nicht außer acht lassen. Am wirksamsten ist der Kampf durch die Konsumvereine. Jedoch ist dies nicht so zu verstehen, daß nunmehr eine neue Gründungsepoche kommt. Prüfen Sie vielmehr die bestehenden Vereine, untersuchen Sie genau, ob sie allen unseren Anforderungen entsprechen, kräftigen und stärken Sie diese Vereine! Ein Konsumverein ist ein Geschäft und jedes Geschäft muß auf soliden Voraussetzungen beruhen! Vor allem aber muß jeder Konsumverein dem Verband der Arbeitergenossenschaften angehören. Draußen in Deutschland hat sich eine reinliche Scheidung vollzogen, sie muß auch bei uns vollzogen werden. Insolange unsere deutschen Vereine sich nicht zur Zentralisation und Großeinkaufsgenossenschaft zusammenfanden, wurden sie willig geduldet. So ist's auch in Oesterreich. Nur solange sich die Vereine nur auf die Erzielung hoher Dividenden verlegen, wird ihnen kein Hindernis in den Weg gelegt. Wenn die Vereine in unserem Verband sind, können, dank unserem Revisionsrecht, Unregelmäßigkeiten ausgemerzt werden, ehe es zu spät ist. Gegen den Zusatz Rousars zur Resolution habe ich nichts einzuwenden, nehmen Sie also die Resolution mit dem Zusatze an. (Beifall.)

Als Korreferent erhält das Schlußwort Genosse

Roušar (tschechisch): Aus der Debatte ging hervor, daß die bestehenden Konsumvereine im Sinne der Partei arbeiten sollen. Er glaubt, daß es doch nötig ist, behutsam vorzugehen, weil unsere Genossen oft sehr leichtsinnig zu Werke gingen. Wenn man glaubt, Konsumvereine gründen und dann Mitglieder erwerben zu können, so ist das ähnlich, wie wenn Arbeiter zuerst in Streik treten und sich dann erst eine Organisation gründen wollen. Die Resolution bietet eine Handhabe gegen die voreilige Gründung von Konsumvereinen. Roušar meint, daß die Konsumvereine in manchen Fällen verringerte Löhne verursachen. Wo der Arbeiter Haus und Feld hat, da spekuliert der Unternehmer gleich darauf, daß der Arbeiter auf ihn angewiesen ist, und drückt ihn auf das mögliche Minimum hinab. Was die Unterstützung der Konsumvereine durch die politische und Gewerkschaftsbewegung betrifft, so dürfen sich die Konsumvereine nicht beklagen, daß die Genossen sich nicht genug interessieren. Die Konsumvereine verlangen unsere Unterstützung, aber sie selbst tun nichts für uns. In Prag haben sie uns gleich das Mißtrauen und die Verachtung ausgesprochen, weil die Exekutive nicht rasch genug sie unterstützte. Aber in der Wahlbewegung konnten wir diese Genossen zu Referaten nicht bewegen. Im IV. böhmischen Wahlkreis ereigneten sich Dinge, die ein Menetekel für uns sein sollten. Das war eine gute Organisation, durch den Konsumverein wurde sie gänzlich ruiniert. Auch von der amtlichen Kontrolle soll man sich nichts versprechen, die Genossen sind dazu in erster Linie berufen. Die Inspektion in Böhmen hat im Vorjahre zu genau — vier Kontrollen von Krankenkassen geführt. Die Resolution mit den Zusatzanträgen bietet die Möglichkeit, für die Zukunft etwas Besseres herauszubilden. (Bravo!)

Vorsitzender: Wir schreiten nunmehr zur Abstimmung.

Die Streichung im vierten Absatz der Resolution (Antrag Emmerling) wird angenommen.

Antrag Pittoni zurückgezogen.

Zusatzantrag Hueber angenommen.

Zusatzantrag Roušar angenommen.

Resolution angenommen.

Vorsitzender: Der nächste Punkt ist: **Die Arbeiterklasse und die Alkoholfrage.**

Das Referat erstattet

Dr. Fröhlich: Es ist dies heute das erstemal, daß die Alkoholfrage einen Punkt der Tagesordnung unserer Parteitage bildet. Noch vor wenigen Jahren wäre dies unmöglich gewesen. Wodurch ist es heute möglich geworden? In erster Linie dadurch, daß sich der Charakter der Alkoholbewegung in diesen Jahren ganz gewaltig geändert hat. Der Mäßigkeitsbewegung, dieser bürgerlichen Bewegung zur moralischen Beeinflussung der Menschen, ist es gelungen, nicht nur dauernde Erfolge in der Bekämpfung des Alkoholismus nicht zu erzielen, sondern auch das Vertrauen der Arbeiterklasse völlig zu verlieren, soferne sie es jemals auch nur spurenweise besessen hat. Diesen Bestrebungen hafteten alle Eigenschaften bürgerlicher philanthropischer Bewegungen an, von der Einseitigkeit der Argumente bis zum unerträglichen Predigerton der Akteure. Pastoren mit und ohne Soutane waren es, die von der Sünde des Trunkes geredet haben, besonders des Trunkes der Arbeiter. Der Proletarier war derjenige, der das, was er hat, vertrinkt und der immer nur noch mehr haben will, um es auch vertrinken zu können. Diese Leute haben sich stets nur gegen die Erscheinung des Schnapsalkoholismus gewehrt. Sie wandten sich gegen den Schnapsalkoholismus gewiß nicht nur deshalb, weil sie ihr Glas Bier oder Wein in Ruhe weiter trinken wollten, sondern aus der Unkenntnis der Tatsachen über die Alkoholwirkung — man wußte damals nur vom Schnapsalkoholismus als einer verheerenden Krankheit und hielt Bier und Wein nicht nur für völlig unschädlich, ja, nützlich und notwendig, sondern das Bier geradezu für ein Mittel, den Schnapsalkoholismus beseitigen zu helfen. Dabei übersahen sie aber, daß dieser Schnapsalkoholismus gerade eine Folge der ungeheuren niedrigen Lebenshaltung ist, der schlechten Wohnungsverhältnisse, der elenden Löhne, der ganzen durch den Kapitalismus herbei-

geführten Vertierung, der selbst nur ein Symptom dieser Vertierung, ein Symptom industrieller Degeneration ist.

Und da sie diesen Zusammenhang nicht erkannten, war es begreiflich, daß sie erfolglos ihre Kräfte verbrauchten, dieses Symptom zu bekämpfen, anstatt dort anzupacken, wo man anpacken mußte, nämlich die Klassenlage dieser Schichte durch politische und gewerkschaftliche Organisation zu heben. Und es ist ganz begreiflich, daß sich gegen diese Art der Argumentation, die immer sagt: „Saufen: Ursache, soziale Not: Folge", jeder vernünftige Mensch wehren mußte, der den genau entgegengesetzten Zusammenhang erkannt hat. Diese Argumentation barg außerdem die große Gefahr in sich, daß sie die weitesten Kreise auch der Arbeiterschaft immer wieder von den wirklichen Zusammenhängen abzulenken geeignet schien, um so mehr als diese bürgerliche Theorie auch gleich ein Heilmittel gegen alle Schäden der Zeit bereit hielt. War einmal das Saufen der Proletarier als die Ursache der sozialen Not erkannt, so brauchten die Proletarier nur das Trinken aufzugeben und die soziale Frage war gelöst! Dieser Alkoholbewegung gegenüber, die nur an den Symptomen der Trunksucht herumkurierte, hatte die Sozialdemokratie vollständig recht, wenn sie sagte: Wir haben mit euch nichts zu tun! Uns sind unsere Leute, unsere Zeit, unser Geld viel zu wertvoll, als daß wir sie verschwenden könnten, um Kurpfuscherei an den Symptomen zu treiben! Wir wollen das Uebel an der Wurzel fassen und die Klassenlage heben — dann wird mit Erreichung der höheren Lebenshaltung auch der Alkoholismus verschwinden.

Schon hier zeigt sich aber die große Schwierigkeit, die der Alkoholismus der Organisationsarbeit bereitet, gerade auf diesem niedrigsten Stand der Lebenshaltung ist der Alkohol der Faktor, der die Organisationsarbeit ungeheuer erschwert, und auch auf dieser niedrigsten Stufe der Lebenshaltung würde man die Arbeiter viel leichter für alle Bestrebungen, die zur Verbesserung ihrer Lage führen würden, gewinnen können, wenn sie den Alkohol nicht hätten. Gilt dies auch in erster Linie für den niedrigsten Stand der Lebenshaltung, wie es etwa in den böhmischen Landesdistrikten oder bei den Ostrauer Bergarbeitern sich zeigt, gilt es doch auch in hohem Maße für einzelne Arbeiterschichten außerhalb jener Elendsdistrikte, ja, für viele selbst hier in Wien. Es ist hier in Wien einem Mann, der eine bestimmte Arbeiterschichte organisieren wollte, geschehen, daß ihm die Leute die Schnapsflasche entgegenhielten: „Das ist unsere Organisation! Wir brauchen dich nicht!" Der Mann ist hier im Saal, kann es bezeugen. Schon in dieser primitivsten Form ist der Alkoholismus also ein Feind der Organisationsbestrebungen. Sicher ist, daß auch diese niedrigst gestellten Arbeiter das Bedürfnis nach höheren Löhnen, nach kürzerer Arbeitszeit weit intensiver fühlen würden, wenn sie den Alkohol nicht hätten. Aber auf dieser niedrigsten Stufe der Lebenshaltung wird doch in erster Linie das Verlangen nach höherem Lohn und kürzerer Arbeitszeit begriffen.

Für den Kampf um die Grundforderungen werden die stumpfen Sinne jener im tiefsten Elend Versinkenden vielleicht doch zuerst zu erwecken sein.

Gäbe es nur diese aus den niedrigsten Lebensverhältnissen entspringende Form des Alkoholismus, dann hätte eine direkt angreifende antialkoholische Bewegung kaum einen rechten Sinn. Dann hätten die Leute vollkommen recht, die sagen: Organisieren und wieder organisieren, denn dadurch werden die Bedingungen für jeden wahren kulturellen Fortschritt erst geschaffen.

Nun liegen aber die Dinge doch so, daß es neben diesem Alkoholismus, der die unmittelbare Folge der schlechten Lebensverhältnisse ist, neben dieser Trunksucht in ihrer krassesten Form noch einen Alkoholismus gibt, der alle Schichten der Bevölkerung durchsetzt, das ist der Alkoholismus, der nicht aus dem Elend, sondern aus den Trinkgewohnheiten folgt, wie sie heute einmal in der ganzen Welt eingebürgert sind. Dieser Alkoholismus, der aus dem mäßigen Alkoholismus folgt und der nicht nur unter den Nichtorganisierten, sondern auch unter den Organisierten und Organisierbaren besteht, das ist der Alkoholismus, der einer direkten Verein-

flussung zugänglich ist, weil wir an den, der ihm ausgesetzt ist oder ihm sogar zu verfallen droht, seiner Klassenlage nach doch mit unseren Argumenten einigermaßen herankommen können.

Der Zahl der Opfer sowie seiner Bedeutung nach ist dieser Alkoholismus für den Kampf der Arbeiterklasse weitaus wichtiger als jener andere krasse, brutale Schnapsalkoholismus. Dieser aus unseren Trinksitten, aus der Stellung der ganzen heute lebenden Generation, zum Alkohol überhaupt entspringende Alkoholismus, der unabhängig von der sozialen Stellung ist, ist um so gefährlicher, als er sich nicht unter den abstoßenden, auffälligen Formen der Trunksucht, des Säuferwahnsinns äußert, sondern verhüllt und beschönigt durch die allgemeinen Trinkgewohnheiten, unter deren schützender Decke seine zahllosen Opfer fordert.

Gegen diese Art des Alkoholismus wendet sich die moderne Abstinenzbewegung, gegen diesen — „mäßigen" Alkoholismus, der übrigens oft genug auch in die schweren Formen der Trunksucht übergeht, wendet sie sich deshalb, weil er direkt angreifbar ist und weil er direkt angegriffen werden kann dort, wo er seine Wurzel hat: in den Trinkgewohnheiten, in den Trinksitten, im Trinkzwang. Erst durch die wissenschaftlichen Forschungen der letzten Jahrzehnte ist dieser Alkoholismus in seiner Ausbreitung und Bedeutung erkannt worden.

Hier muß ich Ihnen einen kleinen Abriß geben, wie dieser Alkoholismus eigentlich aussieht. Wie die Dinge heute liegen, ist es so, daß die Opfer, die der Schnapsalkoholismus fordert, an Zahl durchaus zurückstehen hinter denen, die Bier und Wein fordern. Bier und Wein sind schon heute, auch der Alkoholmenge nach, die getrunken wird, weitaus gefährlicher als der Schnaps. Es wird im Bier und Wein auch hier in Wien etwa das Doppelte an Alkohol durch den Körper hindurchgeschickt als mit Schnaps. Sieht man die zur Verfügung stehenden Statistiken daraufhin an, so findet man, daß diese Art des Alkoholismus an erster Stelle steht, auch was die Zahl seiner Opfer betrifft. Auf einer internen Klinik in Prag waren von 1525 Alkoholikern nur 119 reine Schnapstrinker, dagegen 845 reine Bieralkoholiker, also mehr als die Hälfte. Wir haben leider von Oesterreich sehr wenig verläßliche Daten, besonders die Gesamtsumme des Schadens läßt sich nur annäherungsweise schätzen, aber aus der Schweizer Statistik ergibt sich, daß von den erwachsenen Männern jeder zehnte, von den Männern zwischen 40 und 60 Jahren jeder sechste an den Folgen seines Alkoholgenusses stirbt, und die Schweizer Städte haben einen Alkoholkonsum, der sicher nicht höher ist, als er in Wien sich stellt. Es war dort möglich, das genau festzustellen, weil es seit Jahren genaue darauf bezügliche Zählungen über alle nicht nur in Spitals-, sondern auch Privatverpflegung stehende Kranke gibt.

Und in den Gegenden, wo der echte, angeblich so gesunde Naturwein getrunken wird, in den Weinkantonen, schnellt die Zahl noch bedeutend in die Höhe. Aber die Zahl gibt ja nur ganz schwere Fälle. Was da an Arbeitsunfähigkeit, an Not in der Familie durch den Alkoholismus hervorgerufen wurde, was da an Unglück, Schmerzen aller Art, dadurch vernachlässigter Erziehung der Kinder, damit verknüpfter Brutalität noch vorausgegangen ist, ehe der Mann gezählt ward, das ist in der Zählkarte nicht enthalten. Welche Sprache diese Zahl spricht, mögen Sie daraus erkennen, daß außer der Tuberkulose überhaupt keine Volkskrankheit so viel Opfer fordert als der Alkohol. Wichtig ist, daß das nur zum geringsten Teil wirklich Fälle von Säuferwahnsinn sind, kaum ein Zehntel der gesamten Summe. Nicht an Säuferwahnsinn, an der klar in die Augen springenden Form des Alkoholismus geht der zehnte Teil der Bevölkerung zugrunde, sondern an einem Alkoholismus, von dem die Menschen meist nichts wissen und der die Folge der Trinkgewohnheiten ist.

Außer der direkten Schädigung durch den Alkohol kommt noch die indirekte in Betracht, die in der Herabsetzung der Widerstandsfähigkeit gegen *krankmachende Einflüsse* aller Art besteht. Es gibt kaum eine Infektions-

krankheit, die Tuberkulose eingeschlossen, die nicht alkoholisierte Individuen weitaus rascher zugrunde richtet als die Menschen, deren Widerstandskraft durch den Alkohol nicht herabgesetzt ist.

Hier muß auch noch ausdrücklich darauf verwiesen werden, daß es gerade die medizinischen Forschungen der letzten Jahre waren, die festzustellen gestatteten, daß sich die zwar unmittelbar nicht bemerkten Schädigungen, die kleine Alkoholmengen erzeugen, durch die monate- und jahrelang fortgesetzte Wiederholung dieser Einflüsse schwerster Alkoholerkrankungen summieren können — eine Schädigung, die sich bei entsprechend großem Beobachtungsmaterial auch in der verminderten durchschnittlichen Lebensdauer der Mäßigen gegenüber dem Durchschnittsalter der Abstinenten aufs klarste ausspricht.

Für Oesterreich kommt gegenüber der Schweiz noch in Betracht, daß bei uns eine ganze Menge von Faktoren mit tätig ist, die den vom Alkohol begonnenen Zerstörungsprozeß unterstützt, Faktoren, die in der hochzivilisierten Schweiz fehlen, wo bessere Löhne, bessere Nahrung, bessere Wohnungen immerhin imstande sind, den auf die Menschen losgelassenen Alkohol in seinen Wirkungen abzuschwächen.

Aber das kann doch nur ein Grund mehr für uns sein, den Kampf gegen den Alkohol aufzunehmen. Gerade weil bei uns degenerierende Faktoren in solcher Zahl und Macht tätig sind, haben wir doppelt Ursache, wenigstens jene auszuschalten, deren wir heute schon in weitem Umfange Herr werden können.

Das gilt auch in gewissem Sinn von den Beziehungen zwischen Alkohol und Verbrechen. Gewiß sind in unseren Zuständen zahllose Faktoren wirksam, die verbrecherische Neigung zu entwickeln, vorhandene Neigungen zu verstärken vermögen — aber sehr oft beseitigt erst der Alkohol die letzte Hemmung — was der Nüchterne niemals getan hätte, tut hemmungslos der Berauschte.

Diese Verhältnisse legte besonders schön Otto Langs Untersuchung über die Zustände in Zürich dar. Unter 141 wegen Körperverletzung zu Gefängnisstrafen Verurteilten, zählte er 125, die ihr Vergehen unter dem Einfluß des Alkohols verübten, das sind 88·7 Prozent.

Außerdem hat Lang den Beweis erbracht, daß es durchaus nicht der Gewohnheitstrinker, der typische Alkoholiker ist, der zum Verbrechen neigt, sondern daß der Gelegenheitstrinker seinen unschuldigen einmaligen Rausch sehr oft mit schweren Strafen zu sühnen hat.

Seine hierauf bezüglichen Ermittlungen zeigen, daß an den im alkoholischen Zustand begangenen Körperverletzungen die Gelegenheitstrinker mit 81 Prozent, die Gewohnheitstrinker nur mit 19 Prozent beteiligt sind!

Aber wir Oesterreicher sind hierin völlig konkurrenzfähig. Für alkoholische Verbrechen wurden im Lauf zweier Jahre im Gerichtssprengel Korneuburg allein 294 Jahre schweren Kerkers ausgesprochen — in Wien zählt man an den Samstagen, Sonntagen, Montagen eines Jahres an die 8000 alkoholische Exzesse leichtester bis schwerster Art! Und weiter:

Es gibt vielleicht kein Land der Welt, wo eine solche Menge der männlichen Insassen der Irrenanstalten ihre Krankheit dem Alkohol verdankt, als Oesterreich. Das gilt nicht nur für das Weinland Niederösterreich, sondern auch für das Bierland Böhmen. Das muß deshalb nochmals ausdrücklich hervorgehoben werden, weil man uns immer nur den Schnaps als Feind hinstellen will. Man sagt uns: „Geht nur los gegen den Schnaps! Alles übrige schadet nicht!" Aber genau das Gegenteil ist richtig. Gegen den Schnapsalkoholismus direkt loszugehen, haben wir also zunächst überhaupt nur ganz beschränkte Möglichkeiten, weil er in erster Linie durch eine Erhöhung der Lebenshaltung der schnapstrinkenden Bevölkerungsschichten bekämpft werden muß, wohl aber können wir losgehen, wo das sogenannte mäßige Trinken anfängt.

Was bedeutet das alles für die Arbeiterklasse? Es ist kein Zweifel, daß *der gesunde* Mensch zu jeder Kulturarbeit geeigneter ist als der kranke Mensch, *auch daß* der Mensch, der keine Bierleber, keine Bierniere, kein Bierherz hat,

in der Organisationsarbeit und in den Kämpfen des Proletariats besser zu verwenden sein wird. Außerdem ist es zweifellos, daß alle Faktoren, die die Klassenlage des Proletariats herabdrücken, durch die Wirkung des Alkohols noch verstärkt werden, daß die schlechte Ernährung, die in weiten Kreisen herrscht, durch den Alkohol noch zu einer größeren Gefahr wird, daß die Ueberarbeit durch den Alkohol in ihrer degenerierenden Wirkung noch bedeutend verstärkt wird. *Alles das, was den Arbeiter ins Elend hineinstößt, wird durch den Alkoholismus in seiner Wirkung noch erhöht, alles, was ihn herauszuführen imstande ist — die Organisation jeder Art — wird durch ihn niedergehalten, gehemmt.* Wenn es nun richtig gewesen ist, die bürgerlichen Mäßigkeitsprediger zurückzuweisen, weil ihre Kurpfuscherarbeit uns nur Zeit, Geld und Leute kostet, so muß man aber erst recht sagen: *Diese Form des Alkoholismus, die für so selbstverständlich gehalten wird, kostet uns Zeit, Geld, Leute, und deshalb müssen wir gegen sie ankämpfen.* (Beifall.)

Jeder von Ihnen weiß es besser als ich, welche Schwierigkeiten der Organisation von denjenigen Schichten der Arbeiterschaft bereitet werden, die noch recht innig an ihren Trinkgewohnheiten hängen. Man kann nicht sagen, daß da die *Klassenlage* schuld wäre. Denn der Organisierte an der Drehbank hat denselben Lohn wie der Unorganisierte, der daneben steht. Aber wenn der Arbeiter ein Liebhaber geistiger Getränke ist, wenn er die Trinkfreuden schätzt, so werden alle Argumentationen der Organisierten an ihn viel schwerer herankommen, weil er seine Lage, weil er die ganze Situation, in der er sich als einzelner und als Angehöriger seiner Klasse befindet, nicht so klar zu überschauen imstande ist, als er es wäre, wenn er sich jene Verbesserung seiner Stimmung, die bei ihm durch ein wenig Alkohol zu erzeugen ist, nicht verschaffen könnte. Weil aber schon diese geringe Menge Alkohols gerade das *Gehirn, das Kampforgan unserer Organisationen*, in erster Linie angreift, muß man dieser Alkoholisierung des Gehirns entgegenarbeiten. Nun führt natürlich nicht jeder Tropfen Alkohols sofort zur Trunksucht. Dem gehen alle Stadien der Verbesserung der Stimmung voraus, die den unbefriedigten Menschen nicht zum Bewußtsein kommen lassen, wie sehr es ihm an aller *wirklichen* Befriedigung seiner Bedürfnisse mangelt. Der Alkoholismus macht aus dem unbefriedigten Menschen sehr rasch ein befriedigtes Wesen, sehr oft nur ein befriedigtes Tier, er schafft eine Befriedigung nur für kurze Zeit, die aber der organisatorischen Arbeit zur Befriedigung unserer Kulturbedürfnisse direkt entgegenarbeitet, und wenn Marx sagen konnte, die Religion sei Opium für das Volk, weil sie ihm eine Befriedigung im *Jenseits* verspricht und es dadurch von der Gegenwartsarbeit ableitet, gilt das in noch viel höherem Maße vom Alkoholismus, weil er dem Menschen schon ein *glückliches Diesseits vortäuscht*, ihm den Druck des Elends, der der schwunggebende Faktor in der Aufwärtsbewegung der Massen ist, nicht so zum Bewußtsein kommen läßt, als es im nüchternen, nicht alkoholisierten Gehirn tatsächlich zum Bewußtsein kommt.

Von ungeheurer Wirkung ist dieser mäßige Alkoholismus auch in seinem Einfluß auf die *Jugend*. Ich glaube, auch die Optimistischesten unter uns glauben nicht, daß wir imstande sein werden, unser Wiener Programm selbst in allen Punkten zu verwirklichen. Es wird noch manche nachkommende Generation diesen Kampf fortführen müssen und diese nächste Generation müssen wir schlagfertig und kampfkräftig erhalten. Nun ist der Alkohol nirgendwo so vielfach schädigend als gerade bei der Jugend. Denn nicht nur dem schadet der Alkohol, der ihn selbst trinkt, sondern er wirkt auch durch die *Vergiftung der Keimzellen auf die Nachkommenschaft*. Die Nachkommen von Trinkern leiden meist an schweren geistigen Störungen. Zwischen dem Trinkerkind und dem Kind des Nüchternen liegen aber hundert Uebergänge, hundert Abstufungen in der Leistungsfähigkeit der Gehirne, parallel den hundert und hundert Graden dieser undefinierbaren Mäßigkeit. *Will der Arbeiter das Höchstmaß an Leistungsfähigkeit dem Kinde als meist*

einziges Erbteil mit auf den Lebensweg geben, so muß er Abstinent sein. Aber der Alkoholismus schadet der Jugend auch dadurch, daß die Jugend in die Trinkgewohnheiten unmittelbar hineinwächst. Selbst die Schuljugend wächst nicht alkoholfrei auf, es sind bis 90 Prozent der Schulkinder, die Alkohol in irgend einer Form genießen. Das ist aber um so weniger gleichgültig, da ja der jugendliche Organismus für die Wirkungen des Alkohols in besonders hohem Maß empfänglich ist.

Wenn es also richtig ist, daß dieser Alkoholismus, der aus den Trinkgewohnheiten und Trinkvorurteilen entspringt, so gefährlich ist, so ist andererseits selbstverständlich, daß man ihn nur bekämpfen kann, indem man diese Trinkvorurteile untergräbt, daß man der allgemeinen Gewohnheit des Trinkens die Gewohnheit des Nichttrinkens entgegenstellt; daß man das Paktieren mit dem Alkohol aufgibt, das jeden Menschen als mäßig erscheinen läßt, solange er nicht unter dem Tisch liegt, und selbst dann noch — denn da sagt man nicht: „Der hat zu viel getrunken", sondern: „Der hat zu wenig vertragen". (Heiterkeit.) Dieses allgemeine Volksurteil wird zum größten Teil noch durch einen alten, aus der alten Medizin herübergenommenen Zopf gestützt, der allerdings glücklicherweise schon erheblich kürzer geworden ist und mit der Zeit hoffentlich ganz verschwinden wird: daß man den Alkohol zu allen möglichen Dingen haben muß, daß er ein brauchbares Nahrungsmittel sei, daß körperliche und geistige Arbeit besser bei Alkoholwirkung verlaufen und was derlei Behauptungen mehr sind. Aber gerade die exakte Forschung der letzten Jahre hat den unumstößlichen Beweis erbracht, daß der Alkohol als Nahrungsmittel schon wegen seiner zerstörenden Wirkungen auf alle Körperteile nicht in Betracht kommen könne, daß er jede Art von Arbeit nur hemmt, daß er in den in der Praxis in Betracht kommenden Mengen in jeder Beziehung nur schadet. Und auch hierin unterscheidet sich unsere moderne Abstinenzbewegung abgrundtief von den alten und neuen Mäßigkeitsbestrebungen — daß ihr neben den praktischen Erfahrungen des Alltags die gewichtigsten wissenschaftlichen Beweismittel zu Gebote stehen. Dazu kommt, daß die Abstinenzbewegung die einzige Methode der direkten Bekämpfung des Alkohols ist, die die Feuerprobe der Erfahrung siegreich bestanden hat.

Das Entscheidende für die Abstinenz ist, daß der einzige Nutzen, den der Alkohol hat, der ist, daß er die Menschen in gute Laune versetzt, sie zufrieden macht, ein Nutzen, der vielleicht der schwerste Schaden ist, den er für die Arbeiterklasse bedeutet. Er macht die Menschen zufrieden, das heißt, daß er sie abhält, aufzumucken gegen das, was sie drückt, daß sie gar nicht spüren, wie schlecht es ihnen geht. Er macht die Menschen zufrieden und wir brauchen unzufriedene Menschen. (Lebhafter Beifall.) Der Alkohol ist darum so ungeheuer gefährlich, weil er auch ein so einfaches Mittel ist, den Menschen zufrieden zu machen; es gibt kein einfacheres Mittel, auch den unglücklichsten Menschen zufrieden zu machen, als — nicht ein Rausch — sondern schon ein paar Krügel Bier. Das ist die Form der Ausschaltung der Unannehmlichkeiten dadurch, daß wir die Gehirnrinde betäuben, sie in einen schlafähnlichen Zustand versetzen. Aber wir wollen, daß der Mensch wach werde! Und weil der Alkohol dieses Erwachen hindert, deshalb ist er ein Feind der Arbeiterschaft. Und weil der Alkohol dieser schwere Feind des Proletariats ist, weil er vielfach noch gerade unter der täuschenden Maske des Freundes in dessen Reihen sich eingenistet hält, deshalb muß ihm ohne jedes Paktieren rücksichtslos an den Leib gegangen werden, und das tut nur die ausnahmslose völlige Abstinenz — ganz abgesehen davon, daß sie allein ein zur Massenorganisation brauchbares einfaches und klares Programm vorstellt.

Aber er ist nicht nur wegen seiner direkten Wirkung ein Feind der Arbeiter, sondern auch weil er ein Machtmittel in der Hand der herrschenden Klasse ist. Die Alkoholmengen, die uns die Klöster und Feudalherrschaften *liefern*, *nützen* den herrschenden Klassen nicht nur dadurch, daß dafür ein großer Teil des Volkseinkommens ausgegeben wird, der anders besser ver-

wendet werden könnte — in Wien werden täglich 300.000 Kr., in Oesterreich jeden Tag 4 Millionen Kronen für Alkohol ausgegeben; in Wien wird für geistige Getränke doppelt so viel ausgegeben als für Fleisch! — sondern auch dadurch, daß er eine alkoholisierte Bevölkerung schafft, die viel leichter zu beherrschen ist als eine nüchterne. So wird der Alkoholismus direkt zu einer Stütze derjenigen Gesellschaftsordnung, aus der wir hinaus wollen und mit allen Mitteln heraus müssen! Würden die Menschen nüchtern und klar den ganzen Druck des Elends empfinden, sie würden diese Zustände keinen Augenblick länger aushalten, durch die Alkoholisierung der Masse hört das Elend auf, ein revolutionärer Faktor zu sein — ein Grund mehr für uns, den Alkoholismus zu bekämpfen!

Wenn wir den Alkoholismus bekämpfen, so tun wir nichts anderes, als was unser Programm in die Worte faßt: das Proletariat kampffähig zu machen und zu erhalten, physisch und geistig, es mit dem Bewußtsein seiner Lage zu erfüllen, das ist die Aufgabe der Sozialdemokratie. Alles das wird durch den Alkoholismus gehemmt, er vermehrt die Schwierigkeit, den ganzen Druck des Elends umzumünzen in das feurige Wollen der Entschlüsse.

Adler hat einmal das tiefe Wort geschrieben: „Die Ahnungen der Zukunft sind so viel wert, als sie uns Kraft geben für den Kampf der Gegenwart." Ich glaube, man kann das Wort umkehren und es bleibt nicht weniger wahr: Die Kampfmittel der Gegenwart sind so viel wert, als sie uns Zukunftswünsche zu verwirklichen versprechen. Mit anderen Worten: Welche Bedeutung wir den Kampfmitteln beimessen, hängt außer von ihrer augenblicklichen Wirksamkeit im Kampfe des Alltags auch noch ab von ihrer Beziehung zu unserem Kulturideal, zu unserem Endziele. Eine neue Gesellschaft wollen wir aufbauen, der Welt ein neues Gesicht geben; dieser neuen Gesellschaft die Grundfesten zu errichten, das ist die Arbeit der politischen, gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Organisation. Schon diese Arbeit wird ungeheuer durch den Alkoholismus gehemmt. Aber dazu kommt noch, daß, wenn wir dieses Haus aufführen, wir uns doch auch einen Begriff machen sollten über die Menschen, die darin wohnen. Jeder von uns muß den bloßen Gedanken schon als Schmähung empfinden, daß die Menschen der neuen Gesellschaft deshalb zufrieden sein werden, weil sie alkoholisiert sind. Die Zufriedenheit wird dann aus der Gesundheit der Gehirne, aus der Befriedigung der aus einem gesunden Gehirn stammenden Bedürfnisse zur Wahrheit werden. Um diese Kultur der Zukunft nicht erstehen zu lassen, sind genug hemmende Faktoren an der Arbeit. Einer dieser Faktoren, die wir heute schon auszuschalten imstande sind, wenn wir nur wollen, ist der Alkohol. Er ist das letzte Attribut der Philisterhaftigkeit und des Banausentums. Wenn wir die neue Welt wollen, so werden wir sie mit neuen Menschen erfüllen müssen. *Nicht neue Ziele setzt uns die Abstinenz, aber sie gibt uns für unsere alten Ziele eine scharfe, wirksame, neue Waffe. Es ist an uns, diese Waffe zu gebrauchen. Tun wir es!* (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender: Es liegt folgender Antrag von Muchitsch und Genossen vor:

Der Parteitag erblickt im Alkoholismus einen schweren Schädiger der physischen und geistigen Kampfesfähigkeit der Arbeiterklasse, einen mächtigen Hemmschuh aller organisatorischen Bestrebungen der Sozialdemokratie — die daraus erwachsenden Schäden zu beseitigen, darf kein Mittel unbenützt bleiben.

Das erste Mittel in diesem Kampfe wird stets die ökonomische Hebung des Proletariats sein; eine notwendige Ergänzung hierzu bilden aber die Aufklärung über die Alkoholwirkung und die Erschütterung der Trinkvorurteile.

Der Parteitag empfiehlt daher allen Parteiorganisationen und Parteigenossen die Förderung der alkoholgegnerischen Bestrebungen und erklärt als einen ersten *wichtigen* Schritt in diesem Kampfe die Abschaffung des *Trinkzwanges bei allen* Zusammenkünften von Parteiorganisationen. Den

für die Abstinenz gewonnenen Parteigenossen ist als wirksamstes Mittel der Agitation gegen den Alkohol der Zusammenschluß in Abstinenzvereinen zu empfehlen, die ihrerseits dafür zu sorgen haben, daß ihre Mitglieder ihrer Pflicht gegen die politische und gewerkschaftliche Organisation nachkommen.

Muchitsch (Graz): Ich muß zur Begründung des letzten Absatzes meiner Resolution einige Worte sagen. Es wird dort auf die Abschaffung des Trinkzwanges Gewicht gelegt. Das Referat war wohl für jeden, der nicht einen ganz bornierten Standpunkt in der Alkoholfrage einnimmt, überzeugend. Da ist es selbstverständlich, daß wir in unseren Organisationen den Trinkzwang beseitigen. Es ist eine sehr mißliche Sache, wenn bei Beratungen recht fleißig getrunken wird. Es wird dadurch viel Aufregung erzeugt, abgesehen davon, daß oft mancher nicht zu einer Versammlung kommt und als Ausrede wählt, daß er nicht das Geld für das Bier hat. Wenn man den Trinkzwang aufhebt, wird man auch leichter das Geld aufbringen, um ein Privatlokal zu erhalten. Es ist wohl leichter, einige Heller für den Zins als das Zehnfache für das Bier zu zahlen. Es ist auch notwendig, der Alkoholfrage sowohl in der Presse als in unseren Versammlungen mehr Aufmerksamkeit zu schenken. Es gibt eine Anzahl abstinenter Genossen, die in der Gewerkschaftsbewegung hervorragend tätig sind, die ihre abstinente Gesinnung für sich behalten und es nicht für notwendig halten, die Abstinenz zu provozieren. Die Resolution empfiehlt auch den Zusammenschluß in Abstinenzvereinen. In Deutschland hat sich das Zentralorgan der Gewerkschaften gegen die Abstinenzvereine erklärt und das damit begründet, daß die Bekämpfung des Alkoholismus auch in den bestehenden Organisationen besorgt werden könne. Aber ich glaube doch nicht, daß das richtig ist. Wir wollen kein Sektenwesen treiben, aber die Abstinenzvereine wirken doch als die Dränger, die unablässig für die Propaganda sorgen. Der Umstand, daß der Parteitag sich mit dem Alkoholismus beschäftigt, ist ja auch dem Umstande zuzuschreiben, daß wir schon seit einer Reihe von Jahren unsere Abstinenzvereine haben. Deshalb sind diese eigenen Arbeiter-Abstinenzvereine eine unbedingte Notwendigkeit, ich möchte sagen: ein notwendiges Uebel.

Es ist im Interesse des Emanzipationskampfes der Arbeiterklasse, dem Alkohol an den Leib zu rücken, ihn aus unseren Reihen zu bannen. Es ist kein Zweifel, daß nüchterne, klar sehende und klar lebende Männer eher als alkoholisierte imstande sein werden, den Kampf der Arbeiterklasse zu einem gedeihlichen Ende zu führen. (Beifall.)

Schloßnikel (Sternberg): Das Referat des Genossen Dr. Fröhlich war so ausgezeichnet, daß man es als Flugschrift unter den Massen unserer Genossen verbreiten sollte, damit unsere Genossen über diese Frage aufgeklärt werden. Wir im VI. mährischen Wahlkreis wissen, welche Folgen der Schnapsteufel hat. In Ostrau zum Beispiel verhindert der Schnaps jede größere Organisation. Wir alle wissen auch, wie viele tätige Genossen wir durch den Alkohol verloren haben. Aber eine andere Frage muß ich da aufwerfen. Wir wollen die Abstinenz propagieren. Aber was sollen wir mit unseren Arbeiterheimen machen, die zum großen Teil auf dem Konsum von Bier und Wein beruhen? Mancher gute Abstinent ist sehr niedergeschlagen, wenn er am Ende des Monats erfährt, daß im Arbeiterheim einmal weniger Bier vertilgt wurde als sonst. (Heiterkeit.) Das mag vielleicht auch der Grund sein, warum mancher Genosse seine abstinente Ueberzeugung für sich behält, wie Genosse Muchitsch sagt.

Abgeordneter **Daszynski**: Wir brauchen eine Kundgebung, die markant genug ist, jede Gemeinschaft mit den bürgerlichen Abstinenzlern und Wasserfanatikern abzuweisen, und ich bin dem Referenten dankbar, daß er das so präzise festgestellt hat. Wir hören schon jetzt ein Stück Zukunft, wenn wir den Arbeitern den Alkohol sozusagen verekeln. Wir tun damit dem proletarischen Klassenkampf keinen Abbruch. Das beweist schon die Tatsache, daß die Antialkoholbewegung, die so viele vernünftige Köpfe in Oesterreich ergriffen hat, sie nicht von der Sozialdemokratie weg, sondern näher zur Sozialdemokratie

gebracht hat. Wer es ernst nimmt mit dem Kampfe gegen den Alkohol, der muß unumstößlich zur Sozialdemokratie kommen. Auch der Vorwurf, daß die Antialkoholbewegung das Parteibewußtsein trüben könne, ist durch die vielen kämpfenden sozialdemokratischen Abstinenten, die weit entfernt davon sind, harmlose Wasserfanatiker zu sein, widerlegt. Es ist eine auf unzählige Erfahrungen gestützte Tatsache, daß der Alkohol vielfach der Feind des Klassenkampfes ist. Der erste Gegner, der uns unter den Arbeitern entgegentritt, ist der Alkoholismus. Genosse Arbeitel konnte Ihnen erzählen, daß die Organisation in Bielitz an die 20.000 Weber nur deshalb nicht herankommen kann, weil sie dem Alkohol solche furchtbare Opfer bringen. Und so ist es auch in Ostrau, so in vielen anderen Orten.

Die Gegner der Abstinenzbewegung haben eine gefährliche Waffe gegen uns, nicht dadurch, daß sie gegen uns sprechen, sondern weil der Trinkzwang ihnen hilft. Ich möchte da auf Strömungen in der Partei, die jetzt doch schon immer schwächer werden, auf die spöttischen, hämischen Bemerkungen, denen jeder Abstinent ausgesetzt war, hinweisen. Das hat sich doch schon ziemlich zum Besseren gewendet. Schloßnikel hat uns den quasitragischen Konflikt zwischen den Arbeiterheimen und der Mäßigkeitsbewegung vorgeführt. Wir leben eben in keiner vollkommenen Welt und da sind solche Konflikte schwer zu vermeiden. Aber ich möchte wünschen, daß wir in jeder Stadt ein solches Arbeiterheim und einen solchen tragischen Konflikt haben. (Heiterkeit.) Ich glaube, Dr. Fröhlich fühlt sich hier in diesem Arbeiterheim, in dem auch ein solcher Konflikt besteht, doch nicht unbehaglich. Denn die Abstinenzler haben gerade durch das Arbeiterheim ein Feld für ihre ersprießliche Tätigkeit erhalten und ich glaube, wenn ich schon prophezeien darf, die Zeit ist nicht mehr fern, wo nicht das Bier und auch nicht das Wasser, sondern die proletarische Organisation aus ihrer Kraft allein das Arbeiterheim erhalten wird. (Beifall.) Die Tragik der edlen Wasserfanatiker, die in den Arbeiterheimen die Hände ringen, weil zu wenig Bier konsumiert wird, nehme ich nicht gar so ernst. Der Biergenuß ist eine traurige Vorbedingung für die Arbeiterheime; aber die Marschroute, die klar vor uns liegt, ist: die Befreiung vom Bier und seinen Schädlichkeiten. Die Sozialdemokratie hat die große Aufgabe, dem Volke für den Alkohol einen würdigen Ersatz zu liefern, und das kann sie nur, wenn sie die Belustigungen des Volkes veredelt. (Beifall.)

Rautenkranz und **Spera** beantragen Schluß der Debatte.

Der Antrag, gegen den sich **Weixelberger** ausspricht, wird angenommen.

Zu einer tatsächlichen Berichtigung erhält das Wort

Dr. Adler: Ich habe gegen Schloßnikel zu bemerken: Es ist nicht richtig, daß Arbeiterheime, die vernünftig geführt werden, den Alkoholismus befördern; es ist nicht richtig, daß sie den Trinkzwang befördern, sondern sie heben den Trinkzwang auf. Nicht überall, wo Arbeiterheime gebaut werden, sind auch die Vorbedingungen dafür vorhanden und es gibt gewiß solche Unternehmungen, die besser unterblieben wären. Aber wo die Vorbedingungen bestehen, geben gerade die Arbeiterheime die Möglichkeit, Lokale für unsere Organisationen zu schaffen, wo man bei den Sitzungen nicht immer Alkohol vertilgen muß. Es ist wahr, daß wir aus dem Alkoholkonsum einen Teil unserer Zinsen zu zahlen haben. Aber ich wünsche mir gar nichts weiter, als daß Dr. Fröhlich alle Arbeiter zu Abstinenten macht. Dann werden wir uns sofort ein zweites Arbeiterheim gründen. (Heiterkeit und Beifall.)

Das Schlußwort hat

Dr. Fröhlich: Ich möchte noch einmal ausdrücklich darauf verweisen, daß, wenn Sie wollen, und Sie wollen es anscheinend, nachdem gegen das, was ich gesagt habe, kein Widerspruch erhoben wurde, daß das Wort nicht nur Wort bleibe, sondern daß es zur Tat werde, Sie auch selbst mitarbeiten müssen. Auch die Befreiung vom Alkohol kann nur das Werk der arbeitenden Klasse selbst sein. Es nützt nichts, wenn die Wissenschaft auch tausendmal all das feststellt, was ich Ihnen gesagt habe, wenn dabei doch weiter getrunken wird. Will man die Schäden des Alkoholismus beseitigen, muß man dort

anfangen, wo man am besten anfangen kann, bei sich selbst. Das ist es, was ich jedem von Ihnen noch besonders auf das Gehirn binden möchte. (Heiterkeit.) Ich unterstreiche nochmals, um jeden Zweifel auszuschließen, was ich vorhin gesagt habe: die bürgerliche Mäßigkeitsbewegung war ein Mittel, um der Arbeiterschaft ihre Kampfmittel zu verwässern, ein Mittel zur Verschleierung der Klassengegensätze, die proletarische Abstinenzbewegung ist ein Mittel, um die Klassengegensätze scharf herauszuarbeiten. Der Fortschritt unserer Bewegung beruht einzig und allein auf dem Klassenkampf, die Abstinenz ist ein wirksames Mittel dieses Kampfes, da sie die Kampffähigkeit des Proletariats erhöht, die Schlagfertigkeit steigert, die Widerstandsfähigkeit vermehrt! Einen Beweis, daß auch die Praxis des Kampfes davon Gebrauch machte, erbrachten die Belgier. Wir haben gelesen, daß beim belgischen Generalstreik die Parole ausgegeben war: Keinen Alkohol! Wir wollen die Alkoholfreiheit aber doch nicht erst im Moment der Schlacht, sondern wir wollen sie auch, um die Schlacht vorzubereiten. Damit aber müssen wir sofort beginnen. Eine Vertagung der Frage ist unmöglich. (Lebhafter Beifall.)

Es folgt nun die Abstimmung.

Ein Antrag Arbeitel, in der von Muchitsch beantragten Resolution statt „Abschaffung des Trinkzwanges" dessen „Beschränkung" zu verlangen, wird abgelehnt und die Resolution sodann angenommen.

Nun werden die Wahlen in die Reichsparteikontrolle vorgenommen. Auf Vorschlag Pölzers werden Seitz, Steiner und Amalie Seidel gewählt.

Vorsitzender: Nun schreiten wir zum letzten Punkt der Tagesordnung: **Anträge und Anfragen.**

Das Referat hat übernommen

Skaret: Es liegt ein Antrag des II. Wiener Wahlkreises vor, der eine Abänderung des Artikels IV unserer allgemeinen Organisationsbestimmungen verlangt:

An Stelle des Absatzes „IV. Allgemeine Bestimmungen" der Gesamtorganisationsbestimmungen der Sozialdemokratie Oesterreichs haben folgende Sätze zu treten: „Die Organisation und Agitation für alle öffentlichen Wahlen (Reichsrat, Landtag, Gemeinderat, Steuerkommission 2c.) werden in allen sprachlich gemischten Wahlbezirken nicht von den einzelnen sprachlichen Gruppen gesondert, sondern von allen in den betreffenden Wahlbezirken organisierten Sozialdemokraten ohne Rücksicht auf die sprachliche Zugehörigkeit gemeinschaftlich und einheitlich durchgeführt.

In allen gemischtsprachigen Gebieten sind die Vertretungskörper der einzelnen sprachlichen Gruppen der Partei (Landes-, Wahlkreis-, Bezirks- und Lokalausschüsse) verpflichtet, zu allen ihren Sitzungen die Vertreter der anderen in dem betreffenden Gebiete vorhandenen sprachlichen Parteigruppen einzuladen.

Die Verbindung der einzelnen Parteigruppen untereinander muß durch gegenseitige Delegierung fortwährend aufrecht erhalten werden, weil nur noch diese Art von Zusammenfassung aller Parteikräfte für die Durchsetzung solcher Forderungen, die für die Proletarier aller Zungen gleich dringlich sind, möglich ist."

Wir haben uns nun mit den tschechischen Genossen dahin geeinigt, Ihnen statt dessen folgenden Antrag Skaret-Němec zu unterbreiten:

Der Parteitag beschließt: Da der Antrag des II. Wiener Wahlkreises im wesentlichen dasselbe besagt wie der Absatz IV der allgemeinen Bestimmungen der Gesamtorganisation, wird folgender Antrag gestellt: „Angesichts der Tatsache, daß die Vorschriften dieser Bestimmungen, wodurch die gemeinsame, einheitliche Parteiarbeit mehrerer nationaler Organisationen in demselben Gebiet gewährleistet werden soll, in manchen Wahlkreisen und Orten in bedauerlicher Weise vernachlässigt werden, insbesondere auch die nötige Fühlung zwischen den Vertretungen der nationalen Bezirksorganisationen vielfach nicht ausreichend hergestellt ist, hält es der Partei-

tag für nötig, diese ‚Bestimmungen IV unserer Gesamtorganisation' nochmals in Erinnerung zu rufen und der gewissenhaftesten Beachtung zu empfehlen. Diese Bestimmungen lauten: IV. Allgemeine Bestimmungen. In allen Wahlkreisen, wo es die territorialen Verhältnisse nicht ganz unmöglich machen, ist die Organisation der Genossen für öffentliche Wahlen irgendwelcher Art nicht nach nationalen Gruppen getrennt, sondern gemeinschaftlich und einheitlich durchzuführen.

Durch die vom Wiener Parteitag 1897 beschlossene Gliederung der sozialdemokratischen Partei nach nationalen Gruppen wurden vollständig neue Formen in der Organisation geschaffen, die deren weiteren Ausbau dringend notwendig machen, um in Fragen von allgemeinem Interesse, besonders dort, wo es sich um politische Angelegenheiten handelt, ein einheitliches, gemeinsames Vorgehen zu sichern. Der Parteitag beschließt daher, daß in allen Landes-, Wahlkreis- und Bezirksorganisationen die nationalen Gruppen gegenseitig vertreten sein müssen, um die politische Organisation gemeinschaftlich und einheitlich durchzuführen." — Damit erscheint der Antrag des II. Wiener Wahlkreises als erledigt.

Diesen Antrag empfehlen wir Ihnen zur Annahme. Ich betone nochmals, wir haben uns geeinigt und es liegt hier keine Aenderung des Organisationsstatuts, sondern nur eine Erinnerung an die Pflichten, die uns erwachsen, vor.

Antrag Skaret-Němec wird angenommen. Hierdurch entfällt der Antrag des II. Wiener Wahlkreises.

Nun kommen wir zum Antrag Hueber:

In den Bestimmungen über das Delegationsrecht der Industriegruppen ist von: „Den organisierten" bis: „einzuräumen" zu eliminieren und an deren Stelle: „Fachblättern ist je ein Delegierter zum Parteitag einzuräumen" zu setzen.

Dazu ist ein weiterer Antrag Skaret eingebracht:

In Ergänzung des bestehenden Organisationsstatuts für die Gesamtpartei wird beantragt:

An Stelle des Delegationsrechtes für die Industriegruppen ist zu setzen:

„Allen politischen sowie Fachblättern ist durch je einen Delegierten am Parteitag eine Vertretung einzuräumen."

Antrag Skaret wird angenommen, damit entfällt Antrag Hueber.

Wir kommen nun zum Antrag Abram-Bretschneider:

Der Gesamtparteitag empfiehlt der Gesamtexekutive, auf die Tagesordnung des nächsten Gesamtparteitages den Punkt: „Die Landtage und die Sozialdemokratie" zu stellen.

Ich beantrage die Zuweisung an die Gesamtexekutive. (Angenommen.)

Wir kommen nun zum Antrag Pölzer:

Da der am Wimberger-Parteitag (1901) angenommene Beschluß, einen gemeinverständlichen Kommentar zum Parteiprogramm herauszugeben, bis jetzt jedoch nicht durchgeführt wurde, beschließt der Parteitag, die Gesamtexekutive zu beauftragen, denselben in kürzester Zeit durchzuführen um diesen für die politische Agitation und Schulung unserer Parteigenossen und -Genossinnen so wichtigen Behelf fertigzustellen.

Wir haben bereits im Herbst den Beschluß gefaßt, Genossen Adler mit der Abfassung dieser Broschüre zu beauftragen. Adler hat leider bisher die Zeit dazu infolge seiner Ueberbürdung nicht gefunden. Ich glaube, daß der Parteitag den Wunsch aussprechen soll, daß Adler in kürzester Zeit diese Arbeit verfaßt.

Antrag Pölzer angenommen.

Noch ein Antrag der Mandatprüfungskommission liegt vor:

Bestimmungen für die Wahl der Delegierten zum Reichsparteitag.

Gleich nach der Einberufung des Reichsparteitages haben die Wahl-

kreisausschüsse die Vorbereitungen zur Wahl der Delegierten zu treffen. Diese bestehen:

1. In der Aufforderung an die Lokalorganisation, die Wahlen vorzunehmen.

2. In der Ernennung des Kandidaten.

Der Vertrauensmann der Lokalorganisation beruft die die Pflichten zur Partei erfüllenden Genossen zu einer Organisationsversammlung, gibt ihnen den Zweck der Versammlung bekannt und wenn die Kandidaten vom Wahlkreisausschuß aufgestellt sind, hat er ihnen auch die Namen derselben mitzuteilen. Die Wahl geschieht schriftlich und geheim. Der Vertrauensmann verfaßt den Bericht über die Wahl und sendet ihn, nachdem er vom Vorsitzenden oder Schriftführer unterschrieben wurde, an den Wahlkreisausschuß.

Vierzehn Tage vor dem Parteitag schließt der Wahlkreisausschuß die Zählungsliste.

Genossen, die die meisten Stimmen aus dem Wahlkreise erhalten haben, sind als gewählt zu betrachten und ist ihnen ein Mandat, zu dem ein Blankett von jedem nationalen Sekretariat vorzubereiten ist, auszustellen.

In dem Mandat ist das Stimmenverhältnis anzugeben und ist dasselbe vom Wahlkreisobmann und zwei Mitgliedern des Wahlkreisausschusses zu unterschreiben.

Das ist eine Art Geschäftsordnung zur Vornahme der Wahl für die Delegation zum Parteitag. Ich bitte Sie, diesen Antrag der Gesamtexekutive zuzuweisen. Sie hat ihn dann den nationalen Exekutiven zuzuweisen.

Wird der Exekutive zugewiesen.

Den Antrag Deutsch:

Der Parteitag erkennt die eminente Wichtigkeit der Jugendorganisation, als im Interesse der physischen und geistigen Entwicklung des Proletariats gelegen, an und macht es den Parteigenossen zur Pflicht, diese nach Maßgabe der örtlichen Verhältnisse kräftigst zu unterstützen

bitte ich Sie, nicht nur anzunehmen, sondern auch aufs kräftigste zu unterstützen. Wem die Jugend gehört, dem gehört die Zukunft. (Beifall.)

Gröbner (Wien): Da die Jugendlichen hier keinen Vertreter haben, so möchte ich hier auf diesen Antrag besonders aufmerksam machen. Namentlich einen Wunsch haben die Jugendlichen am Herzen. In neuerer Zeit werden nämlich ihre Versammlungen mit Vorliebe von Gegnern gesprengt. Es ist daher unsere Pflicht, die Versammlungen der Jugendlichen zu besuchen und zu schützen. (Beifall.)

Antrag Deutsch wird angenommen.

Skaret: Genosse Behr (Krumau) hat einen Antrag über den Terminhandel eingebracht:

Der Parteitag möge eine Resolution beschließen, in der die Stellung der Partei zu den sogenannten Differenzgeschäften und zum Getreideterminhandel an der Börse klargelegt wird.

Ich bitte, diesen Antrag, der eine eingehende Erörterung verlangt, an die Gesamtexekutive zu leiten.

Angenommen.

Dann liegt uns noch eine Resolution Daszynski-Gumplowicz vor, die wir selbstverständlich annehmen:

In Anbetracht, daß die Weltmachtstellung des absolutistischen Zarentums die politische und soziale Entwicklung ganz Europas im reaktionären Sinne beeinflußt und eines der schlimmsten Hindernisse für den Vormarsch des Sozialismus darstellt;

in Anbetracht, daß das Zarentum in Rußland, Polen, Ukraina, Finnland und allen anderen seiner Herrschaft unterworfenen Ländern jeden Kulturfortschritt hemmt, jede Freiheit des Wortes und des Gedankens unterdrückt, insbesondere aber die Vorkämpfer des Sozialismus mit bestialischer Grausamkeit verfolgt und jede Regung des zum Klassenkampf erwachenden Proletariats mittelst wohlüberlegter Massenmorde in Strömen *Blutes zu ersticken* sucht,

spricht der Parteitag den Sozialisten Italiens wegen ihres kraftvollen Auftretens anläßlich des projektierten Zarenbesuches in Italien aus vollem Herzen Dank und Anerkennung aus und beglückwünscht sie zu dem schönen Erfolg, den über und über vom Arbeiterblut triefenden Despoten von ihrem Lande ferngehalten zu haben.

Angenommen.

Dann ein Antrag Wityk-Misiolek:

Der Parteitag der Sozialdemokratie in Oesterreich, abgehalten zu Wien im Jahre 1903, spricht für die leichtfertige und verbrecherische Provozierung der blutigen Vorgänge von Stanislau den herrschenden Kreisen seine tiefste Entrüstung aus.

Die herrschenden Kreise, die jene räuberische jüdisch-klerikal-christlich-soziale Clique protegierten, welche die Stanislauer Krankenkasse in Händen hatte und systematisch bestahl — sie tragen die volle Verantwortung für das vergossene Blut und die gefallenen Menschenopfer.

Der Parteitag spricht den Arbeitern von Stanislau, die gegen eine ebenso brutale wie korrupte Gewaltherrschaft in unerschrockener Weise ankämpfen und die Krankenkasse unter den allerschwierigsten Verhältnissen erobert haben, seine Sympathie und Anerkennung aus.

Angenommen.

Weiter ein Antrag des Genossen Dr. Czech, der vorschlägt, daß wir in Brünn den nächsten internationalen Parteitag, und ein Antrag des Genossen Johanis (Prag), den Parteitag in Prag abzuhalten. Ich bitte Sie, die Wahl der Gesamtexekutive zu überlassen und die Anträge ihr zuzuweisen. (Geschieht.)

Leibfried (Dornbirn): Ich möchte an die Parteivertretung noch die Frage richten, ob man nicht eine Flugschrift über den 1. Mai zu ganz billigem Preis herausgeben könnte, damit auch in der Provinz die Agitation erleichtert wird.

Skaret: Die Exekutive wird sich mit dieser Frage befassen.

Damit sind die Verhandlungen beendet.

Vaněk (Prag): Ich spreche gewiß im Sinne aller auswärtigen Delegierten, wenn ich den Wiener Genossen für ihre Gastfreundschaft, mit der sie uns den Aufenthalt hier so angenehm gemacht haben, den Dank der auswärtigen Delegierten ausspreche und gleichzeitig dem Präsidium für seine Umsicht, die unsere Arbeit so gefördert hat, den Dank ausspreche.

Hueber: Wir müssen auch den Tschechen dankbar anerkennen, daß sie die Arbeit uns mehr noch als an früheren Parteitagen erleichtert haben. Wir danken ihnen für ihr Entgegenkommen.

Daszynski: Ich glaube, wir haben noch eine Pflicht hier zu erfüllen. Wir haben das erstemal eine Probe mit dem neuen Präsidium gemacht und sie haben die Probe glorreich bestanden. Es ist ein schweres Stück Arbeit, das das Präsidium sehr taktvoll erledigt hat. Wir bringen ihm den wärmsten Dank entgegen.

Vorsitzender **Tomschik:** Ich glaube, die Genossen nehmen das zur Kenntnis. (Heiterkeit.) Es hat mancher geglaubt, dieser Parteitag werde keine dringende Arbeit verrichten. Nun hat es sich gezeigt, wie viel Dringendes wir zu besprechen hatten, so daß wir unsere Debatten durch Schlußanträge beenden mußten. Solche Debatten, das dürfen wir ruhig sagen, können nur die Sozialdemokraten führen, und wir stehen am Schluß vollkommen einig da. Beim nächsten Parteitag kommen wir gestärkt wieder zusammen. Ich schließe hiermit den Parteitag mit einem Hoch auf die internationale revolutionäre Sozialdemokratie. (Stürmische Hoch- und Nazdar-Rufe.)

Die deutschen Delegierten singen das Lied der Arbeit, in das auch Tschechen und Polen einstimmen. Hierauf singen Polen und Tschechen „Die rote Fahne". Stehend hört der Kongreß die packenden Klänge dieses Liedes an.

Zuschriften und Telegramme.

An den Parteitag langten von nachstehenden Organisationen, Instituten und Genossen Begrüßungsschreiben, Zuschriften oder Telegramme ein: Internationales sozialdemokratisches Bureau, Brüssel; Genossen in Ragusa; Genosse Friedrich Leßner, London; Comité der revolutionären ukrainischen Partei; Lokalorganisation Bischofteinitz; Lokalorganisation Klattau; Redaktion des „Pravo Lidu“; Lokalorganisation Villach; Schneidersachverein Kolomea; Lokalorganisation Znaim; Hutarbeiter Budapest; Genossen in Heidenreichstein; Schneiderverein in Lemberg; Genossen aus Knin (Dalmatien); Volksversammlung Tarnow; Sozialistische Jugend in Lemberg; Bezirksorganisation Lilienfeld; Genossen in Freiberg; Organisierte Holzarbeiter aus Spalato; Redaktion des „Socialista“, Spalato; Parteivertretung von Dalmatien; Genossen aus Spalato; Schuhmacherorganisation Spalato; Bauarbeiter Spalato; Kleinbauern aus Spalato; Politische Organisation Spalato; Steinarbeiterorganisation Spalato; Organisation von Nimburg; Arbeiter-Bildungsverein „Brüderlichkeit“ in Lemberg; Organisation von Strakonitz; Jugendliche in Brünn; Schormann (Budapest); Arbeiter-Bildungsverein „Wahrheit“ in Budapest; Handlungsgehilfen in Kolomea; Organisierte Tallesweber Kolomea; Organisierte Arbeiter Kolomea; „Jihočeský Dělník“, Budweis; Genossen in Tarnopol, Gaya, Horn; Genossen aus Zürich, Dornbach, Pilsen, Sebenico, Laibach; Buchdruckereihilfsarbeiter Böhmens; Genossen in Mödling, Saaz, Spital; Redaktion „Naprzód“, Krakau; Genossen in Pola, Czernowitz, Krems; Verband der Tonarbeiter, Deutscher Arbeiter-Abstinentenverein; Zwittau, Pola, Leibnitz und Krakau (Genossen).

Sprechregister.

Adler, Dr. Viktor 108, 109, 120, 121, 129, 133, 176, 178, 197.
Austerlitz Fritz 90, 133, 160.
Beer Rudolf 99.
Behr 128.
Bretschneider Ludwig August 73.
Brodecký Wilhelm 119, 172.
Bukseg Wilhelm 75.
Czech, Dr. Ludwig 120.
Daszynski Ignaz 100, 160, 196, 201.
Diamand, Dr. Hermann 109.
Doležel Ignaz 127.
Dorbić Girolamo 80.
Duda Adolf 187.
Eldersch Matthias 166, 175.
Ellenbogen, Dr. Wilhelm 74, 114, 121, 153.
Emmerling Georg 179, 188.
Fieth Ferdinand 98, 173.
Fröhlich, Dr. Richard 189, 197.
Grigorovici Georg 158.
Gröbner Johann 200.
Großmann Max 75.
Habermann Gustav 126.
Hannich Josef 82.
Hornof Jindřich 173.
Hueber Anton 98, 109, 112, 186, 201.
Johanis Václav 131, 172.
Kamper Anton 175.
Kopač Josef 100, 172.
Kořinek Karl 79.
Kristan Etbin 156, 175.
Leibfried Hermann 129, 201.
Monetti Karoline 173.
Morgenstern, Dr. Ludwig 127.
Muchitsch Vinzenz 196.
Němec Anton 74, 80, 155.
Nießner Wilhelm 118.
Novak Marie 187.
Pernerstorfer Engelbert 98, 115.
Pölzer Johann 73.
Prähauser Jakob 98, 129.
Prokeš Johann 131.
Resel Hans 159.
Neumann Jakob 79, 155.
Roušar Josef 183, 189.
Schlesinger Therese 127, 133.
Schloßnikel Hieronymus 81, 117, 185, 196.
Schrammel Anton 129.
Schuhmeier Franz 87.
Seidel Amalie 185.
Seliger Josef 79, 97.
Sindermann Karl 74.
Skaret Ferdinand 76, 81, 98, 129, 133, 198.
Soukup, Dr. František 117.
Spera Alois M. 126.
Stark, Dr. Hugo 151.
Steiner Josef 178.
Tomschik Josef 73, 201.
Tusar Vlastimil 87, 186.
Vaněk Karel 97, 122, 132, 173, 201.
Weixelberger Anton 119.
Wengels Robert 74.
Winarsky Leopold 73, 85, 105, 152.
Zápotocký Ladislaus 119.

Präsenzliste

zum Gesamtparteitag der österr. Sozialdemokratie

in Wien.

Kongreßteilnehmer	aus	vertritt
Abram Simon	Innsbruck	I. u. II. Tiroler Wahlkreis (deutsch)
Adler Viktor, Dr.	Wien	Gesamtexekutive (deutsch)
Arbeitel Moriz	Bielitz	II. schlesischen Wahlkreis (deutsch)
Aster Jaroslav	Karbitz	VI. böhm. Wahlkreis (tschechisch)
Aust Ludvik	Kladno	II. böhm. Wahlkreis (tschechisch)
Austerlitz Fritz	Wien	Referent
Bečvař Václav	Wien	V. Wiener Wahlkreis (tschechisch)
Beer Heinrich	Wien	Gesamtexekutive (deutsch)
Beer Josef	Schwechat	Mühlenarbeiter (deutsch)
Beer Rudolf	Wien	I. Wiener Wahlkreis (deutsch)
Behr Anton	Krumau	XVI. böhm. Wahlkreis (deutsch)
Bičovec František	Kralup	VII. böhm. Wahlkreis (tschechisch)
Boschek Anna	Wien	Gesamtparteivertretung (deutsch)
Braun Josef	Chrudim	XI. böhm. Wahlkreis (tschechisch)
Bretschneider Ludwig	Wien	VII. niederöst. Wahlkreis (deutsch)
Brodecký Wilhelm	Prag	Gruppe der Eisenbahner (tschechisch)
Čobal Michael	Sagor	Wahlkreis Krain und IV. steirischen Wahlkreis (slovenisch)
Czech Ludwig, Dr.	Brünn	I. mährischen Wahlkreis (deutsch)
Daszynski Ignaz	Krakau	Wahlkreis Krakau, Mitglied d. Gesamtparteivertr., R.-A. (polnisch)
David Anton	Wien	V. Wiener Wahlkreis (deutsch)
Dědek Eduard	Wischau	IV. mähr. Wahlkreis (tschechisch)
Diamand Herm., Dr.	Lemberg	Wahlkreise Lemberg und Tarnopol (polnisch)
Dojáček Josef	Wien	IV. Wiener Wahlkreis (tschechisch)
Doležel Ignaz	Wien	II. Wiener Wahlkreis (tschechisch)
Domes Franz	Wien	Industriegr. d. Metallarb. (deutsch)
Dorbić Girolamo	Spalato	Wahlkreise Dalmatiens (kroatisch)
Duda Adolf	Pottendorf	IX. niederösterr. Wahlkreis (deutsch)
Eich Wilhelm	Villach	Wahlkreis Kärnten (deutsch)
Elderſch Matthias	Brünn	I. schles. Wahlkreis, R.-A. (deutsch)
Ellenbogen Wilh., Dr.	Wien	Gesamtparteivertr., R.-A. (deutsch)
Emmerling Georg	Wien	Referent
Fieth Ferdinand	Staab	III. böhmischen Wahlkreis (deutsch)
Fröhlich Richard, Dr.	Wien	Referent
Gerdinitsch Ferdinand	St. Pölten	VI. niederösterr. Wahlkreis (deutsch)
Gumplowicz Lad., Dr.	Krakau	Neu-Sandezer Wahlkreis (polnisch)
Grab Viktor	Lemberg	Lemberger Wahlkreis (polnisch)
Grigorovici Georg	Wien	II. Bukowinaer Wahlkreis (deutsch)
Gröbner Johann	Wien	IV. Wiener Wahlkreis (deutsch)
Gröger Florian	Falkenau	IV. böhm. Wahlkreis (deutsch)
Groß Johann	Wien	Industriegr. der Holzarb. (deutsch)
Grüll Josef	Wien	Gruppe der Eisenbahner (deutsch)
Habermann Gustav	Pilsen	XVIII. böhm. Wahlkreis (tschechisch)
Hackenberg Theodor	Gmünd	VII. niederöst. Wahlkreis (deutsch)
Haecker Emil	Krakau	Wahlkreis Krakau (polnisch)
Halik Vladimir	Pilsen	XVIII. böhm. Wahlkreis (tschechisch)
Hannich Josef	Steinschönau	Reichsratsabgeordneter (deutsch)

Kongreßteilnehmer	aus	vertritt
Hornof Jindřich	Karlin	Industriegr. d. Metallarb. (tschech.)
Hořejší Antonin	Tabor	XV. böhm. Wahlkreis (tschechisch)
Hueber Anton	Wien	Gewerkschaftskom. Oesterr. (deutsch)
Jachimowycz Wolod.	Wien	Wahlkreis Stryj (ruthenisch)
Jarmer Ignaz	Mähr.-Trübau	VII. mähr. Wahlkreis (deutsch)
Jaroszewycz Rom., Dr.	Wien	Gesamtparteivertretung (ruthen.)
Jobst Sophie	Graz	I. steirischen Wahlkreis (deutsch)
Johanis Václav	Prag	I. böhm. Wahlkreis und Schuhmacher (tschechisch)
Kamper Anton	Mitterdorf	II. steirischen Wahlkreis (deutsch)
Klička Hynek	Birkenberg	XVII. böhm. Wahlkreis (tschechisch)
Koch Marie	Wien	I. Wiener Wahlkreis (deutsch)
Kolesik Martin	Göding	III. mähr. Wahlkreis (tschechisch)
Kopač Josef	Triest	Wahlkreis Triest u. Görz (slovenisch)
Kořínek Karl	Wien	Gesamtparteivertretung (tschech.)
Krátký Jaroslav	Prag	Industriegr. d. Holzarb. (tschechisch)
Kristan Etbin	Wien	Gesamtparteivertretung (sloven.)
Kubálek Karel	Wien	III. Wiener Wahlkreis (tschechisch)
Landau Helena	Wien	Wahlkreis Stanislau (polnisch)
Lazzarini Giuseppe	Albona	Wahlkreis Istrien (italienisch)
Leibfried Hermann	Dornbirn	Wahlkreis Vorarlberg (deutsch)
Máchová Karla	Prag	I., II., VII. und XIV. böhmischen Wahlkreis (tschechisch)
Maier Anna	Sternberg	VI. mährischen Wahlkreis (deutsch)
Mantel Josef, Dr.	Przemysl	Wahlkreis Przemysl (polnisch)
Meleń Theophil	Lemberg	Wahlkreis Stryj (ruthenisch)
Mišiolek Leon	Krakau	Wahlkreis Krakau (polnisch)
Monetti Karoline	Marburg	III. steirischen Wahlkreis (deutsch)
Morgenstern Lud., Dr.	Mähr.-Schönberg	VII. mährischen Wahlkreis (deutsch)
Muchitsch Vinzenz	Graz	I. steirischen Wahlkreis (deutsch)
Nazaruk Josef	Buczacz	Wahlkreis Stanislau (ruthenisch)
Nelson Franz	Wr.-Neustadt	IX. niederösterr. Wahlkreis (deutsch)
Němec Anton	Prag	tschech. Parteivertretung (tschech.)
Nießner Wilhelm	Brünn	I. mährischen Wahlkreis (deutsch)
Novak Marie	Wien	V. Wiener Wahlkreis (deutsch)
Nový František	Prag-Wrschowitz	XIV. böhm. Wahlkreis (tschechisch)
Pasicznyk Michael	Tarnopol	Wahlkreis Tarnopol (ruthenisch)
Perker Wilhelm	Wien	Wahlkreis Tarnopol (polnisch)
Pernerstorfer Engelb.	Wien	Gesamtparteivertr., R.-A. (deutsch)
Piscel Antonio	Rovereto	III. Tiroler Wahlkreis (italienisch)
Pittoni Valentino	Triest	Wahlkreis Triest (italienisch)
Pölzer Johann	Wien	II. Wiener Wahlkreis (deutsch)
Polke Emil	Wien	III. Wiener Wahlkreis (deutsch)
Popp Adelheid	Wien	Frauenreichscomité
Prähauser Jakob	Salzburg	Salzburger Wahlkreis (deutsch)
Prokeš Jan	Mähr.-Ostrau	VI. mähr. Wahlkreis (tschechisch)
Puh Friedrich	Haugsdorf	VIII. niederöst. Wahlkreis (deutsch)
Rautenkranz Franz	Smichov	I. böhm. Wahlkreis (tschechisch)
Reitzner Adolf	Bodenbach	VI. böhm. Wahlkreis (deutsch)
Resel Hans	Graz	I. steirischen Wahlkreis (deutsch)
Reumann Jakob	Wien	Kontrolle (deutsch)
Richter Paul Richard	Wien	IV. Wiener Wahlkreis (deutsch)
Rieger Eduard	Wien	Reichsratsabgeordneter (deutsch)
Roušar Josef	Prag	tschechosl. Gewerkschaftskommission
Schäfer Anton	Reichenberg	VIII. böhm. Wahlkreis (deutsch)
Schlesinger Therese	Wien	II. Wiener Wahlkreis (deutsch)
Schlinger Anton	Floridsdorf	VIII. niederöst. Wahlkreis (deutsch)
Schloßnikel Hieronym.	Sternberg	VI. mähr. Wahlkreis (deutsch)
Schorr Samuel, Dr.	Kolomea	Wahlkreis Kolomea (polnisch)
Schrammel Anton	Aussig	VI. böhmischen Wahlkreis (deutsch)
Schrammel Marie	Aussig	VI. böhmischen Wahlkreis (deutsch)

Kongreßteilnehmer	aus	vertritt
Schuhmeier Franz	Wien	Gesamtparteivertr., R.-A. (deutsch)
Schweichhart Josef	Steinschönau	VIII. böhm. Wahlkreis (deutsch)
Šéha František	Proßnitz	V. mähr. Wahlkreis (tschechisch)
Seidel Amalie	Wien	III. Wiener Wahlkreis (deutsch)
Seitz Karl	Wien	Reichsratsabgeordneter (deutsch)
Seliger Josef	Teplitz-Schönau	V. böhm. Wahlkreis (deutsch)
Silberer Franz	Wien	Bäckerarbeiter (deutsch)
Skaret Ferdinand	Wien	Gesamtparteivertretung (deutsch)
Smitek František	Humpolec	XIII. böhm. Wahlkreis (tschechisch)
Soukup Františ., Dr.	Prag	tschechoslavische Parteiexekutive
Spera Alois M.	Brünn	I. mähr. Wahlkreis (tschechisch)
Spielmann Julius	Linz	Oberösterreich (deutsch)
Sponer Marie	Reichenberg	VIII. böhm. Wahlkreis (deutsch)
Stark Hugo, Dr.	Karlsbad	III. böhm. Wahlkreis (deutsch)
Statter Felix	Krakau	Wahlkreis Przemysl (polnisch)
Steiner Josef	Wien	I. Wiener Wahlkreis (tschechisch)
Suchanek Johann	Wien	Industriegr. d. Drechsler (deutsch)
Světlik Vinzenz	Wien	V. Wiener Wahlkreis (tschechisch)
Teska Josef	Prag	tschechoslavische Parteiexekutive
Terakowski Ludw.	Wien	Wahlkreis Jarosław (polnisch)
Tomschik Josef	Wien	Gesamtparteivertretung (deutsch)
Tuller Ludwig	Leoben	II. steirischen Wahlkreis (deutsch)
Tusar Vlastimil	Brünn	I. mähr. Wahlkreis (tschechisch)
Vaněk Karel	Prag	tschechoslavische Parteiexekutive
Volkert Karl	Wien	V. Wiener Wahlkreis (deutsch)
Weinfeld Leon	Lemberg	Wahlkreis Stryj (polnisch)
Weirelberger Anton	Fürstenfeld	III. steir. Wahlkreis (deutsch)
Weselý Josef	Nimburg	X. böhm. Wahlkreis (tschechisch)
Weska Josef	Wien	III. Wiener Wahlkreis (tschechisch)
Widholz Laurenz	Wien	Gesamtparteivertretung (deutsch)
Winarsky Leopold	Wien	II. Wiener Wahlkreis (deutsch)
Witzyk Semen	Lemberg	Wahlkreis Lemberg (ruthenisch)
Wolf Franz	Wien	I. Wiener Wahlkreis (deutsch)
Wolfik Josef	Wien	III. Wiener Wahlkreis (deutsch)
Zápotocký Ladislaus	Žižkov	XIV. böhm. Wahlkreis (tschechisch)

Gäste:

Für die Sozialdemokratie Deutschlands:

Robert Wengels (Berlin).
Karl Hindermann (Dresden).
Ottilie Baader (Berlin).

Für die Sozialdemokratie Ungarns:

Max Großmann (Budapest).
Ernst Garami (Budapest).

Für Kroatien und Slavonien:

Wilhelm Bukšeg (Agram).

Ergebnis der Abstimmungen

über die dem Parteitag vorgelegten Anträge.

(Wortlaut der Anträge Seite 60. — Die in Klammern beigefügte Seitenzahl bezieht sich auf die Abstimmung.)

Angenommene Anträge:

2 (Ergänzung der Tagesordnung durch Punkt: Konsumvereine). **4** (Antrag Muchitsch als Resolution über Alkoholfrage, Seite 198). **5** (Antrag Deutsch betreffs Unterstützung der Organisation jugendlicher Arbeiter, Seite 200). **8** (Antrag Dorbić, Protest gegen die Verhältnisse in Dalmatien, Seite 82). **9** (Antrag Schloßnikel, Anfügung der Wahlkreisberichte an den Bericht des Reichssekretariats, Seite 82). **9a** (Absolutorium für die Parteivertretung, Seite 82). **11** (Vertrauensvotum der Fraktion, Seite 121). **12** (Militarismus ist auf die Tagesordnung des nächsten Parteitages zu stellen, Seite 121). **14** (Resolution zur Wahlrechtsbewegung, Seite 133). **16** (Antrag Staret, die Beschlüsse der Frauenkonferenz zur Kenntnis zu nehmen). **17** und **18** (Resolution über Dualismus und Zusatzantrag Grigorovici, Seite 105 und 106). **19** (Resolution zu Sozialpolitik, Seite 176). **22** (Forderung der Vorlage des Gesetzentwurfes über Alters- und Invaliditätsversicherung, Seite 176). **23** (Antrag Silberer wegen des Ersatzruhetages der Bäcker, Seite 176). **24** (Antrag Kopač auf Auflösung der Betriebskrankenkassen, Seite 176). **25** (Antrag Kristan auf Urgierung des sozialdemokratischen Eisenbahnerantrages, Seite 176). **26** (Antrag Vaněk auf Urgierung der Invaliditäts- und Altersversicherungsvorlage, Seite 176). **27** (Resolution betreffs Beschickung des Internationalen Kongresses, Seite 179). **28** (Resolution über Konsumvereinswesen, Seite 189). **29** (Antrag Hueber, betreffs Arbeitsbedingungen der Konsumvereinsangestellten, Seite 189). **31** (Zusatzantrag Roušar, die Durchführung der Bestimmungen über Konsumvereine den nationalen Kongressen zu überlassen). **34** (Antrag Staret-Němec auf Einhaltung des Absatzes IV des Organisationsstatuts, Seite 199). **36** (Antrag Staret, Delegationsrecht der Partei- und Gewerkschaftsblätter). **38** (Antrag Pölzer, Fertigstellung des Programmkommentars, Seite 199). **40** (Resolution Daszynski gegen den Zarismus, Seite 201). **41** (Resolution Wityk, wegen Stanislau, Seite 201).

Durch Annahme anderer Anträge erledigt:

1 (Konsumverein auf die Tagesordnung zu setzen). **21** (Antrag Ellenbogen durch Annahme des Antrages 32, Seite 176). **33** (Antrag des II. Wiener Wahlkreises, durch Annahme des Antrages 34, Seite 199). **35** (Antrag der Gewerkschaftskommission wegen der Beschickung des Parteitages, durch Annahme des Antrages 36, Seite 199).

Der Parteivertretung überwiesene Anträge:

6 (Antrag Behr wegen des Terminhandels mit Getreide, Seite 200). **15** (Antrag Doležel auf Einführung einer Wahlrechtskampfrubrik in den Blättern, Seite 133). **37** (Antrag Winarsky betreffs Tagesordnung des nächsten Parteitages, Seite 199). **39** (Antrag der Mandatprüfungskommission betreffs Wahl der Delegierten, Seite 200). **42** und **43** (Anträge Dr. Czech und Johanis über den Ort des nächsten Parteitages, Seite 201).

Der Fraktion zugewiesene Anträge:

10 (Antrag des III. Wiener Wahlkreises, Seite 121). **20** (Antrag Weirelberger-Monetti wegen Wohnungsinspektion).

Vom Parteitag zur Kenntnis genommen:

13 (Kundgebung der Frauenkonferenz und der anderen Beschlüsse derselben, Seite 133).

Zurückgezogene Anträge:

7 (Antrag Schweichhart, Seite 82). **30** (Antrag Pittoni, Seite 189).

Abgelehnte Anträge:

3 (zur Tagesordnung, in der Vorbesprechung). **32** (Abänderungsantrag Arbeitel zur Resolution Muchitsch, Seite 198).

Sachregister.

Seite

Absolutorium, Erteilung für die Parteivertretung 82
Achtstundentag für die Eisenbahnarbeiter 44
Agitation 20
Alters- und Invaliditätsversicherung 13
Petitionssturm wegen der Alters- und Invaliditätsversicherung 13, 31, 77
Alkoholfrage und Arbeiterklasse . . . . . 189—198
Annahme der Resolution über Alkoholfrage 198
Debatte über die Alkoholfrage . . . . . 196—198
Referat über die Alkoholfrage . . . . . 189—195
Resolution über die Alkoholfrage 195
Anträge der Fraktion im Parlament 59
Anträge zum Parteitag 60
Anträge zum Punkte „Arbeiterklasse und Alkoholfrage“ 60, 68
Anträge zum Punkte „Bericht der Gesamtparteivertretung“ 61
Anträge zum Punkte „Bericht über die parlamentarische Tätigkeit“ 61
Anträge zum Punkte „Dualismus und die Sozialdemokratie“ 63
Anträge zum Punkte „Internationaler Kongreß“ 67
Anträge zum Punkte „Konsumvereinsbewegung“ 67
Anträge zum Punkte „Sozialpolitik in Oesterreich“ 65
Anträge zum Punkte X 61, 68
Anträge zum Punkte „Wahlrechtsbewegung“ 62
Anträge zur Tagesordnung 60
Antrag der Mandatprüfungskommission 70
Arbeiterausstellung in Prag 25
Arbeiterheim in Favoriten, Einbruch daselbst 13
Dringlichkeitsantrag wegen des Einbruches im Arbeiterheim 55
Arbeiterinnen-Zeitung 39
Arbeiterpartei, Deutschnationale 17, 76
Christlich-soziale 17, 76
Arbeiterschutz 44
für landwirtschaftliche Arbeiter 48
Ausbau der Arbeiterversicherung und Antrag im Parlament 59
Ausgleich mit Ungarn 43
Ausgleichsausschuß 56
Ausgleich und Zölle 51
Ausschüssen, Arbeit in den parlamentarischen 54
Auswanderung aus dem Trentino 34
Autonomie der Nationen 11
Autonomiestreit in Triest und die Sozialdemokratie 34
Begrüßungsreden 73
Bergbau, Neunstundentag im 45, 83
Bergbauinspektion, Antrag im Parlament wegen 59
Bergbaulohnzahlungen, Antrag im Parlament wegen 59
Bericht der deutschen Exekutive 17
der tschecho-slavischen Exekutive 23
der polnischen Exekutive 28
der ruthenischen Exekutive 31
der italienischen Exekutive in Triest 32
der italienischen Exekutive im Trentino 34
der südslavischen Exekutive 37
der Fraktion 40
Debatte darüber . . . . . 85—96 und 98—121
des Frauenreichscomités 39
der Gesamtparteivertretung 11
Debatte darüber . . . . . 76—82
der Kontrolle 79
Berufsgenossenschaften in der Landwirtschaft 48
Borysław, Dringlichkeitsantrag wegen 55
Branntweinsteuervorlage 40
Brotsteuer in Südtirol, Kampf dagegen 37
Brüsseler Konvention 84

Seite
Budget nach § 14 42
Budgetausschuß 55
Budgetberatung 45, 82
Dalmatinische Verhältnisse 33, 38
Annahme eines Protestes dagegen 82
„Dělnické Listy“ 23
Demissionskomödie des Ministeriums Koerber 42
Disziplinargesetz für Lehrer 56
Domokos Lajos 33
Dringlichkeitsanträge der Fraktion im Parlament 53
Drofenik 39
Dualismus und die Sozialdemokratie, Referat . . . . . 133—150
Debatte darüber . . . . . 151—164
Annahme der Resolution 166
Eisenbahnausschuß 56
Eisenbahnerangelegenheiten 44
Ergebnis der Abstimmungen 205
Fabrikswohnungen 54
Fahrkartensteuer 41, 49, 54, 83
Flugblätter 20
Frauenkonferenz-Fragebogen 29
Frauenorganisation 14, 26, 78
Galgoczy 30, 46
Galizien, Arbeitermorde 13
Gemeindewahlen 19, 25, 28, 33
Generalstreik in Triest 32, 38
Gesamtorganisation 3
Gesamtparteitag 3
Gesamtparteivertretung 3
Geschäftsordnung des Parlaments 52
des Parteitages 10
Gewerbeausschuß 54
Gewerbegerichtswahlen 25, 31
Gewerbeordnung 41, 47
Gewerkschaftskongresse 21, 26
Gewerkschaftsorganisation 14, 27
Haftpflicht der Eisenbahner 56
Handelsverträge 51
Handelsvertrag mit Serbien 56
Handlungsgehilfendienstverhältnisse (Antrag) 59
Haubitzen 83
Häuserorganisation 20
Hausiergesetz 41, 47
Immunitätsausschuß 58
Indirektes Wahlrecht 18
Industrialisierung Galiziens 28
Ingenieurtitel 48
Interpellationen der Abgeordneten 59
Investitionen 40
Jugendliche Arbeiter 14, 20, 26, 76
Justizausschuß 56
Kassenbericht 16, 79
Klerikalismus, Aktion des „Právo Lidu“ gegen den 24
Kampf gegen den 14
Koalitionsrecht, Koerbers Attentat auf das 14
Kolportageverbot, Antrag auf 59
Kongreß, Internationaler, Debatte 178
Referat . . . . . 176—178
Resolution 178
Annahme der Resolution 179
Konsumentenorganisation 14
Konsumvereinsbewegung, Debatte . . . . . 185—189
Korreferat . . . . . 183—185
Referat . . . . . 179—183
Resolution 183
Annahme der Resolution 189

Seite

Kontrolle . . . 4
Krainische Verhältnisse . . . 38
Landarbeiterstreik in Galizien . . . 39
Landtagswahlen . . . 13
Albona . . . 31
Böhmen . . . 25
Favoriten . . . 19
Floridsdorf . . . 19
Galizien . . . 28
Kärnten . . . 18
Niederösterreich . . . 19
Oberösterreich . . . 19
Salzburg . . . 18
Tirol . . . 36
Vorarlberg . . . 18
Landtagswahlrecht . . . 14
Legitimationsausschuß . . . 54
Lemberger Bauarbeiterstreik . . . 55
Listen, schwarze, über Agitatoren . . . 17
Loyalitätsklausel . . . 57
Mandatprüfungskommission, Bericht der . . . 47
Debatte . . . 97—98
Wahl . . . 73
Maifeier . . . 21, 27
Massenpetitionen . . . 53
Mattachich-Affaire . . . 45
Mautgebühren, Aufhebung der . . . 41
Militarismus . . . 45
Debatte . . . 85
Militärlasten, ihre Erhöhung . . . 13
Militärstrafprozeßreform . . . 46
Minoritätsschulen . . . 23
Mittelstandspolitik . . . 13
Monasterzec . . . 29
„Naprzód“ und seine Verfolgungen . . . 30
Nationalitätenprogramm . . . 8
Neunstundentag im Bergbau . . . 45
Notstandsausschuß . . . 54
Parteien Südtirols . . . 34
Parteipresse . . . 21
tschechische . . . 27
italienische . . . 33, 34
ruthenische . . . 32
slovenische . . . 38
Parteiprogramm . . . 5
Parteisteuer, Einhebung der . . . 19, 31
Parteitag, Aussig . . . 21
der italienischen Partei . . . 33
Prag . . . 26
der ruthenischen Partei . . . 31
Ort des nächsten . . . 201
Pensionsgesetz für Privatbeamte . . . 54
Personaleinkommensteuererhöhung von 20.000 Kr. aufwärts . . . 54
Personalsteuergesetz, Antrag auf Aenderung . . . 59
Popp Julius . . . 20
Präsenzliste . . . 203—205
„Pravo Lidu“ . . . 23
Preßausschuß . . . 58
Preßreform . . . 13
Privilegienparlament, Kampf um seine Zerstörung . . . 12
Reichskrise . . . 12
Rekrutengesetz . . . 42
Rentenkonversion . . . 50
Resolution zur Alkoholfrage . . . 60
Annahme . . . 197
gegen den Zarismus . . . 70

Seite

Annahme . . . 201
über Dualismus . . . 63
Annahme . . . 166
Internationaler Kongreß . . . 67
Annahme . . . 179
Konsumvereinsbewegung . . . 67
Annahme . . . 189
über Sozialpolitik . . . 65
Annahme . . . 176
gegen die Vorfälle in Stanislau . . . 79
Annahme . . . 201
Wahlrechtsbewegung . . . 62
Annahme . . . 133
Ruthenen, Agitation unter ihnen . . . 31
Schlußrede des Vorsitzenden . . . 201
Selbständigkeit Galiziens . . . 29
Sonntagsruhe . . . 47
Ersatzruhetag der Bäcker . . . 47
Sozialpolitik des Ministeriums Koerber . . . 77
in Oesterreich, Debatte . . . 172–176
Referat . . . 166–170
Resolution . . . 169
Annahme der Resolution . . . 176
Sozialpolitischer Ausschuß . . . 54
Sprechregister . . . 206
Stanislau, Vorgänge in . . . 201
Steuerausschuß . . . 204
Tagesordnung des Parteitages . . . 9
Telegramme . . . 202
Terminhandel . . . 48
Tätigkeit der sozialdemokratischen Fraktion . . . 43
Triest, Generalstreik . . . 13
Aceßar Carlo . . . 33
Unfallversicherungsanstalt, Wahlen . . . 28
Unterrichtsausschuß . . . 56
Verfassungsänderung . . . 59
Verfolgungen, Politische . . . 22, 33, 37, 78
Versammlungen . . . 27
Verstaatlichung der Eisenbahnen . . . 56
Verteuerung der Lebensmittel durch die Zölle . . . 58
Vertrauensvotum für Fraktion, Annahme . . . 121
Volksuniversitätskurse . . . 33
Volkswirtschaftlicher Ausschuß . . . 56
Vorbesprechung . . . 72
Wahlrecht, Allgemeines . . . 53, 84
Wahlrechtskampf . . . 76
Wahlrechtsbewegung, Referat . . . 122–125
Debatte . . . 126–133
Resolution . . . 133
Annahme . . . 133
Wasserstraßen . . . 44
Wasserstraßeninspektorat . . . 45
Jeleznikar F. . . . 39
Zollausschuß . . . 57
Zölle, Kampf gegen die Wucherzölle . . . 13
auf Kolonialwaren . . . 57
Zolltarif . . . 43
Zuckerfrage . . . 49
Zuckerkontingentierung . . . 42
Zuschriften und Telegramme . . . 202

Protokoll über die Verhandlungen
der
Zweiten Konferenz der sozialdemokratischen Frauen in Oesterreich

abgehalten am Sonntag den 8. November 1903 im kleinen Saale des Arbeiterheim in Wien.

Bei zahlreicher Beteiligung auch von seiten der Gäste wird die Konferenz von Genossin Popp um 9 Uhr vormittags eröffnet.

Genossin **Popp:** Im Namen des sozialdemokratischen Frauenreichscomités heiße ich Sie herzlichst willkommen. Es ist überflüssig, Ihnen auseinanderzusetzen, von welcher Wichtigkeit diese Konferenz ist. Daß die Genossen und Genossinnen selbst von der Notwendigkeit der Konferenz durchdrungen sind, geht daraus hervor, daß die Delegierung so zahlreich ist. Es sind 19 Delegierte aus der Provinz anwesend, außerdem Delegierte von 30 Wiener Organisationen. (Beifall.) Zur Konferenz sind ferner Vertreter der sozialdemokratischen Parteivertretung, der Gewerkschaftskommission und der Landesparteivertretung erschienen. Wir freuen uns, daß unsere Vorschläge überall so viel Zustimmung gefunden haben, und wir heißen Sie alle hier herzlich willkommen.

Genossin **Pölzer:** Ich begrüße Sie namens der organisierten Arbeiterinnen des X. Bezirkes. Es gereicht uns zur besonderen Freude, Sie in unserem Heim begrüßen zu können, und wir wünschen Ihren Beratungen, die dem Proletariat zum Nutzen gereichen sollen, den besten Erfolg.

Genosse **Dietl:** Sie befinden sich hier im Hause, das sich die Arbeiter des X. Bezirkes selbst erbaut haben, das sie aus eigener Kraft geschaffen haben, um ungestört unsere Beratungen pflegen zu können. Im Namen der Bezirksorganisation wünsche ich Ihnen, daß Sie sich in unserem Heim wohl fühlen, wie Sie sich in Ihrem eigenen Heim fühlen; wir wünschen, daß die heutige Konferenz dazu beitrage, daß die Frauenorganisation sich ausbreite und Schulter an Schulter mit den Männern Erfolge erziele.

Auf Vorschlag der Genossin Boschek werden die Genossinnen Lippa, Seidel (Wien) und Schrammel (Aussig) als Vorsitzende, Minna Krasa (Wien) und Jobst (Graz) als Schriftführerinnen ins Präsidium gewählt.

Genossin **Lippa** dankt für das Vertrauen und begrüßt die Genossinnen Baader aus Deutschland und Galambos aus Ungarn (Beifall), sowie den Reichstagsabgeordneten Sindermann aus Sachsen. (Beifall.)

Genossin **Baader:** Im Namen der Genossinnen Deutschlands will ich der Freude Ausdruck geben, Ihren Beratungen beiwohnen zu können. Ich glaube wohl, daß die Arbeit, die Sie leisten werden, dazu beitragen wird, die Arbeiterinnenbewegung Oesterreichs zu fördern, und daß auch die Arbeiterinnenbewegung Deutschlands daraus manche Anregung wird schöpfen können. So will ich Ihnen wünschen, daß Ihre Konferenz recht segensreich *für unsere Gesamtpartei* wirken möge. (Beifall.)

Genossin **Galambos** begrüßt in ungarischer Sprache die Konferenz im Namen der ungarischen Sozialdemokratie. Sie schließt mit einem Eljen auf die Sozialdemokratie.

Genosse **Sindermann:** Wir Sozialdemokraten Deutschlands haben ein großes Interesse an Ihren Verhandlungen. Denn Ihre Verhandlungen sind auch unsere Verhandlungen, Ihre Beschlüsse sind mitbestimmend auch für uns. Wenn wir sehen, wie man bei den Bürgerlichen den Frauen schöne Lieder singt, aber ihnen nicht die mindesten politischen Rechte einräumen will, muß man betonen: Es ist mehr als je notwendig, daß sich die Frauen im Rahmen der Sozialdemokratie zusammenschließen und Schulter an Schulter mit den Männern kämpfen. Das ist doch klar, daß eine große Partei, die die Zukunft erobern, die ganze Welt erobern will, es nur kann, wenn die Frauen mithelfen. Es ist unmöglich, die Frauen politisch untätig zu erhalten, ja es ist unsere höchste Aufgabe, die Frauen an die Sozialdemokratie zu fesseln. Nur wenn wir das erreichen, wird es möglich sein, den Tag zu erreichen, an dem die Hungernden Brot und die Geknechteten die Freiheit erhalten. (Beifall.)

Die von den Einberuferinnen vorgeschlagene Geschäftsordnung wird genehmigt.

In die Mandatprüfungskommission, die zugleich als Wahlcomité fungieren soll, werden die Genossinnen Prakesch und Pölzer (Wien) und Sponer (Reichenberg) gewählt.

Boschek: Ich bin mit meinem Rechenschaftsbericht über die Geschäftsgebarung rasch fertig. Es blieben uns von der Frauenkonferenz (1898) her Kr. 433·86, an Beiträgen von den Organisationen nahmen wir ein Kr. 1053·44, vom Gründungsfest der „Arbeiterinnen-Zeitung" verblieben Kr. 182·62, als Nachtrag vom Jahre 1898 Kr. 3·80, die Summe der Einnahmen Kr. 1673·72. Dem stehen gegenüber an Ausgaben für die Provinzagitation (Versammlungen und Konferenz) Kr. 756·23, für Wiener Versammlungen haben wir Kr. 302·22 ausgegeben, für Drucksorten Kr. 128·70, an Festausgaben Kr. 173·57, Postwertzeichen Kr. 105·—, Diverse Kr. 49·04, mithin als Summe der Ausgaben Kr. 1514·76. Es verbleibt daher ein Saldo von Kr. 158·96.

Prakesch: Im Namen der Kontrollkommission berichte ich Ihnen, daß wir die Revision ordnungsgemäß vorgenommen und alles in Ordnung befunden haben. Ich empfehle Ihnen die Erteilung des Absolutoriums.

Vorsitzende: Ich bringe den Vorschlag zur Abstimmung. Die Konferenz erteilt das Absolutorium. Ich erteile nun der Referentin Genossin Boschek zum ersten Punkt der Tagesordnung: **Organisation,** das Wort.

Genossin **Boschek** (Wien): Werte Genossinnen! Wir werden heute bei der Frauenkonferenz keine Vorschläge bringen, die die bestehenden Beschlüsse der Gesamtorganisation, der gewerkschaftlichen und politischen, in irgend einer Form tangieren. Vielmehr wollen wir Mittel und Wege suchen, wo wir den Bestimmungen der Gesamtorganisation leichter zur Durchführung verhelfen. Wir haben in Oesterreich in der Gesamtorganisation keine so leichte Arbeit wie anderswo, neben der Rückständigkeit der Massen erschweren uns auch noch die sprachlichen Schwierigkeiten die Arbeit. Trotzdem müssen wir sagen, seit den zehn Jahren des ersten Gewerkschaftskongresses haben die Organisationen große Fortschritte gemacht, obwohl inzwischen zwei schwere wirtschaftliche Krisen zu überwinden waren. Schon bei der ersten Frauenkonferenz haben wir festgestellt, daß wir nicht mit separatistischen Vorschlägen kommen, wir wollten schon damals nur den Beschlüssen der Gesamtorganisation zum Durchbruch verhelfen. Wir kennen die Gründe, warum die Organisation der Frauen schwerer als die der Männer zu schaffen ist. Es müssen innerhalb der Gesamtorganisation spezielle Formen gefunden werden, um die Frauen leichter gewinnen zu können. Damit ist nicht gesagt, daß wir eine spezielle Frauenorganisation wollen. Wir wollen nur ein Hilfsorgan der Gesamtorganisation sein. In diesem Sinne haben wir während dieser fünf Jahre

gearbeitet. In erster Linie war der Beschluß entscheidend, der sich auf die Gründung von Frauensektionen in den Organisationen bezieht. Er war nicht leicht durchzuführen. Wir sind aber heute noch der Ansicht, daß die Gründung von Frauensektionen in den Berufsorganisationen notwendig ist. Wenn sie in manchen Organisationen nicht den richtigen Erfolg gezeigt haben, so hat oftmals die nötige Unterstützung von seiten der Genossen gefehlt. In den Branchenorganisationen sind Männer und Frauen gleich notwendig. Deshalb glauben wir, um die Frauen an die organisatorische Arbeit zu gewöhnen, müssen sie als Vertrauenspersonen in Fabriken und Werkstätten herangezogen werden. Es müssen die Frauen mit dem Leben und Wesen der Organisation vertraut gemacht werden, damit wir uns tüchtige, geschulte Funktionäre heranziehen. Jene Organisationen, die das heute schon getan haben, haben heute schon die ersehnten Erfolge. In sehr kurzer Zeit ist es möglich gewesen, Frauen in dieser Weise auszubilden. Seit zwei Jahren haben wir zum Beispiel eine junge Organisation, die nur aus Frauen besteht, die Tabakarbeiterinnenorganisation. Sie wird fast ausschließlich von Frauen geführt und gerade im letzten Jahre hat diese Organisation sich wunderbar verstärkt. Voriges Jahr zum Beispiel waren in Linz 13 Tabakarbeiterinnen organisiert, heute sind es mehr als vierhundert. (Bravo!) Ebenso ist es in Niederösterreich, in Tirol, in Sternberg, in Neutitschein, in Klagenfurt. In letzterem Orte waren früher nur einige Männer organisiert, heute zählt dort die Organisation über 600 weibliche Mitglieder. Ebenso ist's in Zwittau. Der Erfolg ist überall ein schöner und die Genossinnen führen die Organisationen ganz im Sinne der Gewerkschaftsbeschlüsse. Unser II. Wiener Wahlkreis hat den Beweis gegeben, daß die politische Frauenorganisation blühen kann, wenn die Männer sie fördern. Die Frauen unterstützen dort die Männer bei allen politischen Aktionen. In allen Sektionen hat der Wahlkreis weibliche Vertrauensmitglieder. Die Frauenorganisation hat hier einen Stand von über 400 Mitgliedern. (Rufe: Mehr!) In der freien Organisation! Wenn wir einen Rückblick auf die Gewerkschaftsbewegung werfen, so müssen wir sagen, wenn auch die Ziffern keine allzu hohen sind, so ist doch kein Grund zum Verzweifeln da. Er lehrt uns, weiter zu arbeiten, der Erfolg muß und wird sich einstellen! Waren es im Jahre 1892 2016 organisierte Frauen, so waren's 1902 — es fehlen in dieser Ziffer noch mindestens 1000 später hinzugekommene — 5888 weibliche Mitglieder der Gewerkschaften. Also über 3500 sind in zehn Jahren zugewachsen. Dazu kamen 1902 noch 370 Mitglieder aus den allgemeinen Gewerkschaftsvereinen und 2700 aus den Arbeiter-Bildungsvereinen, mithin 8958 organisierte Frauen gegen 155.530 männliche organisierte. Wir haben also jetzt zirka 11.000 organisierte Frauen in Oesterreich. Da die Gewerkschaften in Oesterreich sozialdemokratisch sind, sind es 11.000 Sozialdemokratinnen.

Wir dürfen uns damit aber nicht einlullen. Gerade in Oesterreich könnte noch mehr auf dem gewerkschaftlichen Gebiete geschehen, und der letzte österreichische Gewerkschaftskongreß hat auch zahlreiche Beschlüsse gefaßt, die, wie wir glauben, diesen Erfolg haben werden. Die Genossen haben gelernt, daß mit den niederen Beiträgen keine Organisation geschaffen werden kann, weil die Organisation damit nichts leisten könne, also für die Mitglieder wertlos ist. Es hat sich auch gezeigt, daß die Organisationen, die das Unterstützungswesen zuerst ausbauten, dadurch nicht nur an Mitgliedern zunahmen, sondern auch in den gewerkschaftlichen Kämpfen mehr Erfolge erringen konnten. Selbstverständlich müssen wir dafür sein, daß da auch für die weiblichen Mitglieder Unterstützungen eingeführt werden. Die Reiseunterstützung ist ja eine schöne Sache, aber für die Frauen kommt sie nicht in Betracht. Aehnlich ist es auch mit der Arbeitslosenunterstützung, die doch nicht denselben Wert für die Frauen hat wie für die Männer. Gerade die Frauen fragen sich, ehe sie zur Gewerkschaft beitreten, ob sie auch einen Vorteil davon haben. Ich kann da von den Erfahrungen bei der Organisation der Näherinnen, der ich vorstand, erzählen. Wir hatten ursprünglich mit Rücksicht auf die schlechten Löhne einen Wochenbeitrag von sechs Kreuzern festgesetzt, womit wir natürlich den Mitgliedern nicht viel bieten konnten. Wir

konnten es trotz der eifrigsten Organisation auf nicht mehr als 200 Mitglieder bringen. Als wir im vorigen Jahre die Umwandlung dieser Organisation in eine Organisation der Heimarbeiterinnen vornahmen und da Unterstützungen einführten, führten wir aus Angst, daß uns sonst zahlreiche Mitglieder abfallen könnten, drei Klassen ein, die niedrigste mit sechs Kreuzern, natürlich ohne Unterstützung, eine mit acht Kreuzern mit Entbindungskostenbeitrag und eine mit zehn Kreuzern mit Entbindungskostenbeitrag, Krankengeldzuschuß, Leichenkostenbeitrag, Unterstützung für Notfälle und die „Arbeiterinnen-Zeitung". Wir haben gleich am Anfang gesehen, daß von den sechzig Mitgliedern, die sich für die niedrigste Klasse meldeten, nur eines oder zwei darin blieben. Das hat uns bewiesen, daß es nicht wahr ist, daß die Arbeiterinnen nur durch niedrige Beiträge für die Organisation gewonnen werden können. Die Gewerkschaften müssen also auch diese Unterstützungen für die Frauen einführen, wenn sie die Frauen für die Organisation gewinnen wollen.

Ehemals war es ein Streit, ob man die Frauen gewerkschaftlich oder politisch organisieren soll. Jetzt ist der Streit wohl überwunden. Die Frauen müssen gewerkschaftlich organisiert werden, soweit sie Berufen angehören, soweit sie in der Fabrik, in der Werkstätte stehen. Da dürfen wir selbstverständlich keine separate Frauenorganisation haben, weil die Kräfte sonst ganz zersplittert würden. Aber wie jeder gewerkschaftlich organisierte Arbeiter auch der Partei gegenüber seine Pflicht erfüllen muß, so muß es auch jede Arbeiterin. Wenn die Frauen politisch indifferent sind, so ist das für die Partei von Schaden, auch deshalb, weil dadurch die Männer von der politischen Organisation ferngehalten werden. Deshalb empfehlen wir auch in der von uns vorgeschlagenen Resolution, daß die politischen Organisationen die Frauen zu allen ihren Aktionen beiziehen. Es muß aber festgestellt werden, daß heute bei den Genossen das Interesse für die Organisation tatsächlich bereits größer geworden ist. Davon zeugt, daß heute bei den politischen Kongressen wie auch bei den Gewerkschaftskongressen bereits viele Frauen als Delegierte anwesend sind. Es geht vorwärts, und es liegt nur an uns, das, was wir geschaffen, weiter auszubauen. Auch in der Provinz sehen die Genossen allmählich ein, daß die Frauencomités deshalb wichtig sind, weil sie die Arbeiten, die durch weibliche Agitatoren besser gemacht werden können, selbst übernehmen. Das haben auch diejenigen als notwendig anerkannt, die früher gegen die besondere Frauenorganisation waren. Da wir nicht wissen, wann wieder eine Frauenkonferenz stattfinden kann, so mußten wir die Bestimmung treffen, daß die Wiener Plenarversammlung Ergänzungswahlen vornehmen soll. Was die Frage der Mittel betrifft, mit denen die Frauenorganisation besorgt werden soll, so geht es nicht an, daß wir eigene Beiträge einheben. Die Frauen sollen die gewerkschaftlichen und politischen Beiträge zahlen wie die Männer, wie kann man da von ihnen verlangen, daß sie noch eigene Beiträge für die Frauenorganisation zahlen? Es geht auch nicht an, daß wir von Fall zu Fall von den Organisationen uns die Mittel beisteuern lassen. Die Gesamtorganisation ist verpflichtet, aus ihren Mitteln uns eine ständige Subvention zu geben. Wir müssen allerdings auch da feststellen, daß uns bisher keinerlei Forderungen, die wir an die Parteivertretung oder an die Landesvertretung stellten, abgewiesen wurden. Aber wir müssen doch über ständige Mittel verfügen. In den Provinzen werden die Frauencomités von den dortigen Gesamtorganisationen die Mittel für ihre speziellen Ausgaben verlangen müssen. Obwohl im Bericht der tschechischen Parteivertretung an den Parteitag vor separaten Frauencomités gewarnt wird, kann ich Ihnen sagen, daß, wenn auch vielleicht manchmal kein Erfolg damit erzielt wurde, das kein Grund sein darf, eine im ganzen gut wirkende Einrichtung aufzugeben. Die Frauencomités sollen nichts sein als die von der politischen Organisation des Ortes eingesetzten Comités, die die Agitation unter den Frauen besorgen in Fühlung mit der Gesamtorganisation. Wenn wir wirklich die Organisation fördern, so wird man uns auch als vollwertige Genossen anerkennen müssen. Ich will zum Schluß nur anführen, daß selbst-

verständlich alle diese Beschlüsse nur in Uebereinstimmung mit der Gesamtorganisation durchgeführt werden können. (Beifall.)

Die Rednerin empfiehlt folgende

Organisationsbestimmungen für das sozialdemokratische Frauenreichscomité Oesterreichs.

1. Zur Förderung der Agitations- und Organisationsarbeiten für die politische und gewerkschaftliche Organisation wählt die Konferenz ein Comité von drei Personen.

2. Zur Ergänzung dieses Comités werden in einer Wiener Plenarversammlung der Frauen noch drei Personen gewählt.

3. Die Wiener Plenarversammlung der Frauen hat das Recht, Ergänzungswahlen für das auf der Konferenz eingesetzte Comité direkt vorzunehmen.

4. Die Kontrolle besteht aus zwei Personen und wird ebenfalls in der Wiener Plenarversammlung der Frauen gewählt. Die Kontrolle hat im Frauenreichscomité Sitz und Stimme.

5. Die Plenarversammlung der Frauen ist zusammengesetzt aus Delegierten jener Wiener Organisationen, die weibliche Mitglieder haben. Jede dieser Organisationen hat das Recht, bis zu hundert Mitgliedern zwei Delegierte, über hundert drei Delegierte zu entsenden.

6. Das Frauenreichscomité hat alle zwei Monate eine Plenarversammlung einzuberufen und zu dieser die Parteivertretung, die Gewerkschaftskommission und die niederösterreichische Landesparteivertretung einzuladen.

7. Reichskonferenzen sind nur im Einverständnis mit der Parteivertretung, der Gewerkschaftskommission und der niederösterreichischen Landesparteivertretung über Beschluß der Plenarversammlung der Frauen einzuberufen.

8. Die Mittel zur Bestreitung der gewöhnlichen Ausgaben für Korrespondenz und Verwaltung werden durch ständige Subventionen, um welche das Frauenreichscomité an die Parteivertretung, die Gewerkschaftskommission und die niederösterreichische Landesparteivertretung heranzutreten hat, sowie durch freiwillige Spenden von Organisationen aufgebracht.

9. Für spezielle größere Agitationstouren, die von Parteiinstituten, Organisationen oder Orten vom Frauenreichscomité verlangt werden, sind die Kosten hierfür von den Veranstaltern selbst zu tragen.

10. Um die Verbindung mit der Provinz aufrecht zu erhalten, hat das Frauenreichscomité in der Provinz Korrespondentinnen heranzuziehen. In größeren Provinzorten sollen Frauenagitationscomités eingesetzt werden, welche mit dem Frauenreichscomité direkt in Verbindung stehen. Die Wahlen der Provinz-Frauenagitationscomités werden in einer Versammlung, wo alle am Ort befindlichen Organisationen vertreten sind, vorgenommen.

Ferner empfiehlt die Frauenreichskonferenz den Beschluß der ersten Frauenkonferenz betreffs der Gründung von Frauensektionen in den bestehenden Organisationen aufs wärmste zur Durchführung.

Ferner empfiehlt die Rednerin folgende Resolution:

Um gleichzeitig die gewerkschaftliche und politische Erziehung und Organisation der Frauen zu fördern, empfiehlt die zweite österreichische Frauenkonferenz:

Die Berufsorganisationen mögen für ihre weiblichen Mitglieder Krankenzuschüsse und Entbindungskostenbeiträge einführen. Die politischen Organisationen mögen zu all ihren Besprechungen Frauen heranziehen, um sich für alle ihre Aktionen sowie für die Wahlarbeit der Hilfe der Frauen zu versichern und den Indifferentismus der weiblichen Arbeiterbevölkerung allerorts durch wirtschaftliche, politische Aufklärung zu bekämpfen und so die weiblichen Klassengenossinnen zu Mitkämpfern zu erziehen.

Es folgt nun die Debatte.

Janski (Wien): Was ist oft die Ursache der schlechten Frauenorganisation? Der qualifizierte Arbeiter sieht auf die unqualifizierte Arbeiterin oft sehr verächtlich herab und doch sind beide Geknechtete und Ausgebeutete. Es hat den Anschein, als ob hier zwischen denen und uns ein Klassengegensatz sich geltend machte. Oft wird die unqualifizierte Arbeiterin herabgewürdigt und über die Achsel angesehen. Wir in unserer Branche, die Buchdrucker, haben eine Reihe Unterstützungszweige eingeführt. Unsere Mitglieder, die Hilfsarbeiterinnen in der Buchdruckerei, hofften, als Organisierte besser behandelt zu werden! (Beifall.)

Jobst (Graz): Im Tätigkeitsbericht wird erwähnt, daß die Bewegung in Westböhmen zurückgegangen ist. Ja, wenn die Männerbewegung zurückgeht, geht eben auch die Frauenbewegung nicht vorwärts. Ich bin seit kurzem in Graz und sage Ihnen: Auf die Frauen wirkt es riesig, wenn Krankenzuschuß, Notstandsbeitrag, Leichenkostenbeitrag von der Organisation zugestanden wird. Diese Zweige könnten uns nützen. Mehr nützen, als wenn eine Rednerin der Provinz auf die Religion schimpft. Ich war sehr erstaunt, daß das Organisationsstatut erst in der gestrigen „Arbeiterinnen-Zeitung" erschienen ist. Das hätte schon früher veröffentlicht werden sollen. (Rufe: Sehr richtig!) Wir in der Provinz hatten das besprechen wollen; ich muß das Comité schon ein bissel anrempeln.

Freundlich (Mährisch-Schönberg): Auch ich muß das Frauencomité ein wenig stupfen. (Heiterkeit.) Es hätte in der „Arbeiterinnen-Zeitung" auch das alte Statut veröffentlicht werden sollen, damit man es vergleichen kann. Vor allem aber hat es mich sehr gefreut, daß die Genossin Boschek immer wieder betont hat, daß wir keine separatistische Bewegung wollen. Man glaubt in der Provinz oft, wir wollen allein wirtschaften. Dadurch, daß hier laut betont wird: „Wir wollen nichts als Mitarbeiterinnen sein", wird das Mißtrauen doch ein wenig kleiner werden. Wir haben in Mährisch-Schönberg ein Frauencomité; das hing aber in der Luft. Arbeiten wir mit den anderen Organisationen Hand in Hand, so wird uns die Arbeit sehr erleichtert. In Nordmähren haben wir noch eine Erfahrung gemacht. Dort hat die Union der Textilarbeiter Vertrauensleute, die von Haus zu Haus gehen und die Beiträge einkassieren. Dadurch vermeiden wir die Rückstände der Beiträge, die, wenn sie anwachsen, oft zum Austritt der Mitglieder führen. Ich empfehle Ihnen dieses System aufs wärmste. Durch die Entbindungsbeiträge können wir die Frauen viel leichter gewinnen. Oft ist es armen Arbeiterinnen ganz unmöglich, sich für ihre schwerste Zeit etwas zu erübrigen. Wenn die Frau von der Organisation einen Entbindungskostenbeitrag bekommt, so helfen wir den armen Frauen in ihren bittersten Stunden. Die Verbindung zwischen dem Frauenreichscomité und der Provinz ist eine sehr schlechte. In den ganzen vier Jahren, die ich draußen arbeite, haben wir nichts vom Reichscomité gehört, eine Anregung ist von ihm nie gegeben worden. Wenn der eine dort, der andere dorthin zielt, so nützt das nichts. Ich empfehle also einen immer engeren Kontakt mit der Provinz. Ich habe zwar als Mitarbeiterin der „Arbeiterinnen-Zeitung" dann und wann von der Genossin Popp ein Wort erfahren, aber offiziell nie. (Genossin Boschek: Sie haben ja auch nicht offiziell angefragt!) Ich kann doch nicht anfragen: „Habt ihr eine Anregung?" (Heiterkeit.) Auch mit den männlichen Vertrauenspersonen muß die Verbindung stets eine enge sein! Ich sehe, das Frauenreichscomité schreibt schon Notizen nieder, wahrscheinlich werde ich jetzt geschlachtet werden. (Heiterkeit.) Ich schließe also. (Beifall.)

Prakesch (Wien): Wie wir gehört haben, ist nur ein kleiner Teil der Frauen organisiert. Daß das so ist, ist zum größten Teil die Schuld der Männer. Wir sehen das sogar bei unserer Organisation der Tabakarbeiterinnen. Da können viele Frauen nicht in der Organisation sein, weil die Männer sagen, sie brauchen eine Frau im Haus, nicht in der Versammlung. Ich glaube, daß es die erste Pflicht jedes Genossen ist, seine Frau in die Organisation zu schicken, nicht aber, sie zu hindern.

Fuchs (Zwittau): Wir sehen, daß es ohne politische Rechte keine Besserung auch in gewerkschaftlicher Beziehung gibt. Die Arbeiterschaft erhält

den Staat, sie sollte also auch alle politischen Rechte haben. Auch wir Frauen in Zwittau mußten uns organisieren. Leider sagen die Genossen sehr oft, die Frau gehört zum Herd. Das ist nicht wahr, die Frau gehört auch in die Politik. (Beifall.)

Schittenhelm (Wien): Es ist ein Fehler, daß der Organisationsentwurf so spät veröffentlicht wurde. Er hätte genau besprochen werden müssen. Ich bin ja mit den meisten Punkten einverstanden. Nur die neue Zusammensetzung des Frauencomités mißfällt mir. Das Reichscomité wurde in der ersten Konferenz aus zwölf Mitgliedern bestehend gewählt, von denen sechs auf der Konferenz, sechs in der Plenarversammlung der Wiener Gewerkschaften gewählt wurden. Jetzt soll das Comité nur aus sechs Mitgliedern bestehen. Das hat uns die Genossin Boschek nicht begründet. Wenn man eine neue Einrichtung treffen will, so muß man sich vor allem darüber klar sein, welche Ursachen die Aenderung der bestehenden bedingen und welche Vorteile die neue zu bieten verspricht. Meiner Ansicht nach war die frühere Bestimmung besser. In der Konferenz wurden früher vornehmlich Referentinnen gewählt, die dann ihre Erfahrungen, die sie auf ihren Reisen in der Provinz sammelten, verwerten konnten. In der Plenarversammlung wieder wurden gewerkschaftlich tüchtige Genossinnen gewählt, wodurch wieder das Vertrauen der Gewerkschaften zum Frauenreichscomité erhöht wurde. Ich habe den Antrag eingebracht, daß die frühere Zusammensetzung des Frauenreichscomités beibehalten bleibe.

Was die Referentin über das Unterstützungswesen gesagt hat, kann ich nur vollständig billigen.

Monetti (Marburg): Ich schließe mich den Ausführungen der Genossinnen Jobst und Freundlich an und will dem noch beifügen, daß auch wir die Unterstützungen eingeführt haben; wir finden, daß sie tatsächlich ein passendes Mittel sind, um Indifferente zu gewinnen.

Hier muß ich jedoch erwähnen, daß wir in Marburg keine größere Frauenindustrie haben, daß die Frauen somit kein Nebeneinkommen haben, die Beiträge, die sie leisten, daher von ihren Männern gezahlt werden. Es ist daher ganz unmöglich, einen höheren Beitrag zu bekommen. Wir können die wenigsten Frauen für die Straßenorganisation gewinnen, sind daher entschieden gegen eine Erhöhung der Mitgliederbeiträge.

Ich bin im Gegenteil beauftragt, eine Erniedrigung — respektive im Heimarbeiterinnenverein die Einführung einer weiteren Klasse mit niedereren Beiträgen — zu verlangen.

Galambos (Ungarn): In Ungarn ist die Organisation riesig schwer durchzuführen, namentlich bei den Frauen. Doch hat man sogar Feldarbeiterinnen zu organisieren versucht; es gibt schon eine Organisation der Feldarbeiterinnen mit mehr als 400 Mitgliedern. Auch die Klerikalen werben um die Frauen. Doch wird unentwegt fortgearbeitet.

Pick (Pilsen): Die Genossin Boschek hat erwähnt, daß die tschechischen Genossen beschlossen haben, daß die Frauen mit den Männern gemeinsam sich organisieren sollen. Früher hatten wir in Prag und Pilsen tschechische Frauencomités. Sie wurden aufgelöst. Jetzt, wo die Männer arbeiten sollen, wird viel weniger gearbeitet. Alles schläft jetzt. Solange wir Frauen unsere Bewegung in Händen hatten, herrschte ein ganz anderes Leben! Ich bitte die Konferenz, dahin zu arbeiten, den Beschluß der tschechischen Genossen zu korrigieren. Die Frauen werden sonst einfach den Klerikalen überlassen. Uebrigens wirkt die Lähmung der Frauenbewegung auch auf die Bewegung der Männer schädigend ein. In allen Bezirken müssen sich die Frauen wieder beteiligen können.

Schlesinger (Wien): Unsere Konferenz, sagte die Genossin Boschek, hat nur den Zweck, uns den Beschlüssen der Gewerkschafts- und Parteikongresse anzupassen. Wir müssen aber auch die bestehenden Lücken ausfüllen. So zum Beispiel müssen wir bedacht sein, die Frauen — trotz unseres Vereinsgesetzes — politisch zu organisieren. Dazu dienen die freie Organisation und der Bildungsverein. Genossin Boschek hat nicht erwähnt, daß es Prole-

tarierinnen gibt, die gewerkschaftlich gar nicht organisiert werden können, Frauen, die dem Haushalt obliegen. Sie unorganisiert zu lassen, rächt sich bitter, sie werden eine Beute der Christlich-Sozialen. Ist eine Frau gewerkschaftlich nicht zu organisieren, so muß sie anders organisiert werden. Nach der neuen Volkszählung vermindert sich die Zahl der erwerbenden Frauen. Um so mehr Rücksicht haben wir auf die zu nehmen, die nicht in die Gewerkschaften gehören. Selbst in den Kreisen der organisierten Arbeiter machen sich noch Kastenunterschiede (zum Beispiel zwischen Qualifizierten und Unqualifizierten) geltend. Ich verweise Sie auch auf die Ausführungen der Genossin Janski von den Buchdruckereihilfsarbeiterinnen. Wir müssen die Frauen zu Sozialdemokratinnen machen. (Beifall.)

Baader (Berlin): Wir in Deutschland arbeiten auch unter schwierigen Verhältnissen. Unser Frauencomité wurde von der Polizei aufgelöst, die Mitglieder polizeilich gestraft. Wir können also nur von einzelnen Personen die Agitation betreiben lassen. Deshalb haben wir Zentralvertrauenspersonen und in ganz Deutschland Vertrauenspersonen. Wo aufklärungsfähige Leute sind, wird eine Frau gewählt, die die Agitation zu betreiben hat. Mehr als 80 solcher Vertrauenspersonen haben wir. Unser Ziel aber ist, bloß eine Vorarbeit zu leisten und die Frauen der Partei zuzuführen. Keine besondere Bewegung! Auch wir haben seit unserer Münchener Konferenz Fortschritte gemacht, politisch und gewerkschaftlich. Die deutsche Frauenbewegung, sagte Genossin Boschek, ist prozentuell geringer — im Verhältnis zur Gesamtbewegung — als in Oesterreich. Es fragt sich nur, wie der Prozentsatz sich zur Gesamtheit der Arbeiterschaft verhält. (Ruf: Sehr richtig!) In Sachsen dürfen Männer und Frauen sich politisch zusammenschließen, im großen Preußen nicht. Wir haben nun dort den Ausweg gefunden — um die Frauen politisch auszubilden und mit dem Programm bekannt zu machen, daß wir Lese- und Diskutierabende einführten. Diese Abende, zu denen nur Geladene Zutritt haben, wirken sehr günstig und wir haben auf diese Weise Frauen so weit herangebildet, daß sie in kleinen Versammlungen Reden zu halten vermochten. Wir in Deutschland haben aber viele Orte, wo selbst kleine Versammlungen unmöglich sind, für solche Orte haben wir Flugschriften und kleine Broschüren. Für diese Flugschriften haben wir viel Geld ausgegeben. Wir lassen auch an die Vertrauensleute Zirkulare, worin eine Anleitung zur Agitation enthalten ist, aussenden. In gewerkschaftlicher Hinsicht haben wir stets den Anschluß an die Berufsorganisation empfohlen und nur zu selbständigen Werkstubensitzungen der weiblichen Mitglieder geraten. In verschiedenen Orten Deutschlands haben wir sogenannte weibliche Beschwerdekommissionen gebildet, die Uebelstände in den Werkstätten den Gewerbeinspektoren bekanntzugeben haben. Ueber die politische Agitation meine ich: Sie sollen nicht nur die mündliche Agitation, sondern auch die Flugschriften fordern. Zur Deckung der Kosten haben wir auch Listen ausgesendet. In Deutschland ist es uns auch meistens gelungen, die Männer zur Leistung heranzuziehen. Wenn wir ein paar hundert Mark brauchen, so hat der deutsche Parteivorstand uns noch nie ein Ansuchen abgeschlagen. (Rufe: Wie bei uns! — Allgemeine Heiterkeit.) Freilich muß ich sagen, wofür ich etwas verlange. Wir wollen die Frauen der Sozialdemokratie zuführen, weil wir wissen, daß die bürgerliche Gesellschaft ohne die Frauen nicht überwunden werden kann. Ohne die Frauen keine Befreiung von der heutigen Gesellschaft! Die Frau aber kann auch nur dann die richtige Mutter und Gattin sein, wenn sie des Mannes gute Mitkämpferin ist. (Stürmischer Beifall.)

Dr. Adler: Wenn wir diese Konferenz mit der ersten Konferenz vergleichen, dürfen wir wohl sagen: Wir können mit den Erfolgen dieser paar Jahre zufrieden sein. Nicht daß Sie bereits alle Arbeit geleistet hätten, die zu leisten ist. Das werden Sie gewiß nicht für sich in Anspruch nehmen. Aber es ist ein ganz erkleckliches Stück Arbeit geleistet worden. Wir müssen bekennen, daß es heute in Oesterreich weder einen gewerkschaftlichen noch einen politischen Kampf gibt, wo unsere Frauen nicht in ganz beträchtlicher Zahl mit vollem Bewußtsein und, was ich besonders hervorheben muß, mit Disziplin sich in

diesen Kampf einreihen. Und es wäre undankbar, wenn ich nicht speziell hervorheben wollte, daß an allen Wahlkämpfen, die in den letzten Jahren in Wien stattgefunden haben, die Frauen sich mit aller Energie beteiligt haben. Selbstverständlich, kleine Kinder, kleine Sorgen, große Kinder, große Sorgen. Solange Sie keine rechte Organisation gehabt haben, haben Sie auch keine Organisationssorgen gehabt. Jetzt, wo Sie wachsen, finden sich die Schwierigkeiten und besonders die Schwierigkeit, Ihre Organisation in die bestehende gewerkschaftliche und politische Organisation einzuschieben. Da besteht nun die Schwierigkeit, daß Sie sich selbständig entwickeln, zugleich aber auch ein Glied der sozialdemokratischen Organisation sein sollen.

Nun muß ich wohl auch davon sprechen, was wir der Frauenorganisation leisten. Wir sind leider nicht in der Lage, auf solche Leistungen hinzuweisen wie unsere Genossen in Deutschland. Die deutschen Frauen gehen, sagt die Genossin Baader, wenn sie ein paar hundert Mark brauchen, zum Vorstand und der gibt das Geld. Das haben Sie sich sehr gut eingerichtet. (Heiterkeit.) Aber an den Vorbedingungen dafür haben auch die Genossinnen in Deutschland mitwirken müssen. In einem Punkte sind die Genossen in Deutschland nicht um ein Haar weiter als wir. Sie können auch nicht hergeben, was sie nicht haben. (Heiterkeit.) Nur darum sind sie in der Lage, mehr herzugeben als wir, weil sie früher mehr empfangen haben. Wenn Sie also wünschen, daß der Parteivorstand Ihnen mehr leiste als Sympathie und eine gelegentliche kleine Hilfe, dann werden Sie gut tun, mit uns dafür zu sorgen, daß wir mehr haben.

Es ist auch eine Pauschalanklage gegen die Genossen erhoben worden, daß sie ihre Frauen hindern, in der Organisation tätig zu sein, anstatt sie selbst dazu zu veranlassen. Diese Anklage ist durchaus berechtigt, darüber ist gar kein Zweifel. Für die Frau, die den Mann in seiner Parteitätigkeit hindert, ist nicht sie verantwortlich, sondern der Mann selbst. Ich weiß, daß Sie den Gedanken nicht aufkommen lassen wollen, daß der Mann etwas vor der Frau voraus hat. (Heiterkeit.) Aber ich stehe auf dem Standpunkte, daß, wenn die Frau ungebildet ist, dafür heute der Mann verantwortlich ist. Ich könnte allerdings auch den Spieß umkehren und sagen: Wir haben noch so viele nicht einsichtige Männer, warum klärt ihr die nicht auf? (Heiterkeit.) Das nehmt ihr doch selbst nicht an, daß die Frau gescheiter sein solle als der Mann. (Heiterkeit.) Die stillschweigende Voraussetzung ist ja, daß der Mann in erster Linie verantwortlich ist für den Geist in der Familie, verantwortlich dafür, wenn die Frau einsichtslos ist. Es ist leider wahr, daß die Männer und vielfach auch gute Genossen ein Haar darin finden, wenn die Frau, die ihre Arbeit zu Hause hat, in die Versammlung geht. Das ist ja eine der wichtigsten Erscheinungen des proletarischen Elends, daß die Frau in der Tat durch ihre schwere Arbeit in der Wirtschaft so absorbiert wird, daß eine große Lücke vorhanden ist, wenn sie noch etwas anderes tut. Und es gehört zu den schwersten Aufgaben der Proletarierfrau, zu sagen, daß sie in der Organisation mitwirken soll. Weil eben diese Frage, so unscheinbar und kleinlich sie aussieht, eine der wichtigsten und schwierigsten ist, mit der Sie in Ihrer Bewegung zu rechnen haben, deshalb möchte ich Sie bitten, zwar mit Energie und Unermüdlichkeit, aber doch mit einer gewissen Mäßigung und Sanftmut in dieser Richtung vorzugehen. Je gemäßigter, aber je unermüdlicher Sie das machen werden, um so besser wird Ihre Stellung als Organisation und als einzelne Genossin in der Gesamtorganisation und unter den Genossen sein.

Sie haben eine schwere Arbeit zu leisten, aber Sie haben auch die Begeisterung und den Eifer, der erforderlich ist, damit sie geleistet werde. So zurückgeblieben wir in Oesterreich auch sind, unsere Frauenbewegung kann sich an Erkenntnis, an Tüchtigkeit und an Opferwilligkeit mit jeder anderen messen. Wir wissen, was unsere Bewegung an Ihnen hat, und wir wünschen Ihnen deshalb herzlich Gedeihen und Erfolg. (Lebhafter Beifall.)

Nachmittagssitzung.

Den Vorsitz führt Genossin Seidel.

Im Namen der Mandatsprüfung berichtet Genossin Pölzer, daß 60 Mandate anerkannt wurden, darunter auch solche, die nicht mit schriftlichen Mandaten versehen sind.

Die Debatte wird sodann fortgesetzt.

Popp: Ich muß gegen die Genossin Schittenhelm bemerken, daß das Comité nicht aus sechs, sondern, da die Kontrolle auch Sitz und Stimme dort hat, aus acht Personen besteht. Ich mache Sie da aufmerksam, daß die Gewerkschaftskommission, die doch viel mehr Agenden hat als das Frauenreichscomité, nur aus 12 Mitgliedern besteht, die Reichsparteivertretung nur aus sieben Mitgliedern. Die Genossin Schittenhelm hat auch bemängelt, daß diese Aenderung nicht begründet wurde. Bei beschränkter Redezeit kann man leicht so etwas übersehen. Ich will das also nachholen. Das Frauencomité ist in diesen fünf Jahren zur Ueberzeugung gekommen, daß ein so großer Apparat zu schwerfällig ist. Wir brauchten sieben Personen zur Beschlußfassung und diese zusammenzubringen, war nicht immer sehr leicht. Die Plenarversammlung der Wiener Frauen wird fortan alle zwei Monate zusammentreten und dadurch wird der Zusammenhang mit den Genossinnen viel besser hergestellt als durch ein großes Comité. Die Genossin Baader hat uns erzählt, daß die deutsche Frauenorganisation 80 Vertrauenspersonen besitzt. Bei uns versehen die Funktionen dieser die Korrespondentinnen und deren haben wir 40, also nicht gar so wenig. Genossin Freundlich hat nicht unrecht, wenn sie sagt, daß zu wenig Verbindung zwischen den Organisationen und dem Frauenreichscomité besteht. Das liegt aber zum Teil daran, daß wir tatsächlich zu wenig Kräfte haben. Aber wenn Sie den Organisationsentwurf annehmen, so werden wir über Geld verfügen und werden dann auch mehr für Sie leisten können. Für den Ausbau des Unterstützungswesens spricht die Erfahrung, die wir bei den Heimarbeiterinnen gemacht haben. Nur wenn man höhere Beiträge hat, kann man die Organisation auch wirklich fest zusammenhalten. Dann tritt ein Mitglied nur schwer aus, weil es zu viel verliert. Der hohe Beitrag wird mit ein Mittel sein, die Arbeiterinnen dauernd bei der Organisation zu erhalten, weil sie durch das eingezahlte Kapital an der Organisation interessiert sind. Können die Heimarbeiterinnen höhere Beiträge zahlen, so werden dies auch die anderen Frauen können. (Beifall.)

Walter (Floridsdorf): Ich muß betonen, daß in Floridsdorf zwar große Erfolge bei den Frauen errungen wurden, daß aber gerade bei uns, wo 1200 Arbeiterinnen in den Fabriken beschäftigt sind, nahezu gar keine gewerkschaftliche Organisation unter den Frauen besteht. Auch bei der Wahlagitation haben sich fast nur die Frauen, die nicht in den Fabriken arbeiten, beteiligt. Daran mag allerdings der letzte Streik schuld sein. Aber unser Verein geht jetzt doch vorwärts. Wir hatten anfangs 60, jetzt schon 120 Mitglieder. Wir heben 12 Kreuzer monatlich ein und können ihnen deshalb nicht mehr bieten als ein paar Vorträge. Ich werde deshalb für die Resolution stimmen.

Macha (Prag): Das Frauencomité in Prag wurde vor zwei Jahren aufgelöst. Das und zum großen Teile auch das mangelnde Verständnis bei unseren Genossen sind daran schuld, daß es bei uns mit der Frauenorganisation nicht so recht vorwärts geht. Die klerikale Partei hat begriffen, welche Bedeutung die Frau für sie hat. Wenn unsere Genossen das auch begreifen würden, würden wir auch mehr Erfolge haben. Das Frauenreichscomité besteht nur für die deutschen Genossinnen. Ich glaube aber, auf dem Parteitag von 1896 wurde doch beschlossen, daß alle Nationen ihre Vertretung haben sollen.

Vorsitzende **Seidel:** Zur Aufklärung diene der Genossin, daß sich unsere Tätigkeit nur auf alle deutschen Frauen erstreckt. Das scheint um so wichtiger, *als ja bis vor* kurzem auch die tschechischen Genossinnen ihr eigenes Frauen*reichscomité* hatten.

Schwabe (Linz): Wir hatten zuerst einen Unterstützungsverein gegründet, den wir allerdings auch bald zu einem Kampfverein umgewandelt haben. Wir haben jetzt 500 Mitglieder. (Beifall.) Wir hoffen, daß es so bleiben wird.

Lippa (Wien): Ich muß erklären, daß ich die Gründe für die Verkleinerung des Frauenreichscomités nicht für stichhältig ansehe. Wenn das Comité jetzt reduziert wird auf sechs Genossinnen, so werden wir in Zukunft mit den Gewerkschaften noch weniger in Fühlung sein als bisher. Wenn man mit 12 Genossinnen nicht immer beschlußfähig ist, so wird man es in Zukunft noch weniger sein. Man nimmt doch zunächst Referentinnen in das Comité. Die gehen natürlich auf Agitationsreisen oder haben Vorträge, wie soll da das Comité beschlußfähig sein? Wenn man mit den Gewerkschaften arbeiten will, muß man mit ihnen zusammenkommen. In den Plenarversammlungen wird nicht das Richtige erfahren. Und noch etwas. Wenn in einer Gewerkschaft, wo der Ausschuß aus Männern und Frauen besteht, dann noch separate Frauensektionen gegründet werden sollen, so wird die Organisation dadurch nur zerschlagen.

Pohl (Wien): So wichtig dieser Punkt ist, müssen doch auch die anderen Punkte wenigstens einigermaßen besprochen werden. Ich beantrage Schluß der Rednerliste.

Lippa (Wien): Das ist der wichtigste Punkt. Bei den anderen Punkten werden wir wohl nicht mehr als die Referate anhören.

Vorsitzende **Seidel:** Derselbe Antrag ist auch von Genossin Jobst gestellt.

Bei der Abstimmung wird der Antrag auf Schluß der Rednerliste angenommen.

Schittenhelm: Es ist nicht richtig, daß der Apparat bei 12 Mitgliedern zu schwerfällig ist. Das beweist, daß der Apparat fünf Jahre lang ganz gut funktioniert hat. Wenn Mitglieder ausgeblieben sind, so war das Frauenreichscomité verpflichtet, die betreffenden Organisationen darauf aufmerksam zu machen, damit diese andere Delegierte entsenden konnten. Eine falsche Ansicht ist es, wenn Genossin Popp das Frauencomité mit der Parteivertretung vergleichen will. Das Frauencomité ist eine ganz andere Körperschaft als die Parteiwertretung und das Vertrauen der Gewerkschaften zum Frauencomité ist nicht so groß, daß man ihnen vier Mandate entziehen kann. Ich spreche nicht aus persönlichen Gründen. Aber es ist keine Ursache vorhanden, die bestehende Zusammensetzung zu ändern.

Genosse **Hueber:** Wir sind mit dem vorliegenden Organisationsentwurf vollkommen einverstanden, weil er keine neue Organisationsform schafft, sondern die Frauenorganisation den bestehenden Organisationsformen, die wir haben, eingliedert. Die Ausführungen der Genossin Boschek sind von der klugen Erwägung und der praktischen Erfahrung einer Frau geleitet, die die wirklichen Verhältnisse in unserer Organisation genau kennt. Darüber zu streiten, ob das Frauenreichscomité aus zwölf oder acht Frauen bestehen soll, erscheint mir sehr überflüssig und als Zeitverschwendung. Aber das eine scheint mir festzustehen: Je größer ein solcher Körper ist, um so unbeweglicher ist er. Ich glaube, die vorgeschlagene Zahl wird wohl genügen. Wie wird in der Praxis die Organisation der Frauen sich entwickeln? Das wurde schon von der Referentin gesagt. Die Gewerkschaften haben Sektionen, wo sie sich als praktisch erweisen. Im allgemeinen ist es aber im Interesse der Gleichberechtigung der Frau nützlicher, wenn die Frau dieselben Rechte der Beratung und Anteilnahme genießt, in den obersten wie in den untersten Organisationen. Wir sind in Oesterreich im Vereinsgesetz nicht gar so stiefmütterlich behandelt wie unsere deutschen Genossinnen. Wir müssen das für die Frauen ausnützen. Daher bin ich dafür, daß man die Bildungsvereine der Frauen nicht wieder sanktioniere. Es mag ja für einen Bezirk gut oder notwendig sein, es kann nicht gut für das ganze Reich sein.

Nun bin ich noch verpflichtet, als Vertreter der Gewerkschaftskommission die übliche Galanterie aufzugeben und einige ernste Worte zu sagen. Von

der Vertreterin der Buchdruckereiarbeiterinnen wurde die Anklage erhoben, daß sich die Genossen in den Buchdruckereien nicht wie Genossen benehmen. Sie können uns glauben, daß wir mit der Trennung der gewerkschaftlichen Organisation bei den Buchdruckern in gelernte und ungelernte Arbeiter nicht zufrieden sind. Die Form der Buchdruckerorganisation hat sich aber im Verlaufe von 60 Jahren so herausgebildet, daß man es immerhin begreiflich finden muß. Ich denke aber, daß es doch möglich wäre, bei den Buchdruckern in einer gemeinsamen Organisation dieser Entwicklung Rechnung zu tragen, etwa durch entsprechende Klassen für die weniger verdienenden Arbeiter, so daß man also einer selbständigen Organisation für die Hilfsarbeiter nicht bedürfte. Ich glaube ja, daß es in einzelnen Offizinen so sein mag, daß sich die qualifizierten Arbeiter gegen die Hilfsarbeiter unqualifizierbar benehmen. Man kann das aber nicht generalisieren. Aber die Genossin Schlesinger hat das als Beweis erklärt, wie es in den Gewerkschaften mit der Ausbildung des Klassenbewußtseins bestellt ist. (Schlesinger: Das habe ich ja gar nicht gesagt!) Ich glaube, die Gewerkschaften haben gerade in Oesterreich viel für das Klassenbewußtsein der Arbeiter geleistet. Man kann hier nicht so von der Gewerkschaftsorganisation reden. Gewiß soll man auch die Arbeiterin organisieren, die zu Hause die Wirtschaft besorgt, aber das Wichtigere ist, die Masse der Frauen in die Organisation zu bringen, und das geht nur, wenn man der Frau ihre Knechtschaft in der Fabrik zum Bewußtsein bringt. Dann entsteht daraus auch die Erkenntnis der politischen Zusammenhänge. Durch die Annahme des Entwurfes wird uns auch der Weg gezeigt, auf dem wir gemeinsam zu arbeiten haben.

Schlesinger: Ich muß persönlich bemerken, daß Genosse Hueber meine Worte ganz falsch dargestellt hat. Ich habe nichts gesagt, als daß der von der Genossin Janski besprochene Vorfall zeigt, daß es Gewerkschafter gibt, die sich Sozialdemokraten nennen, es aber nicht sind. Ich muß sagen, daß es durchaus nicht am Platze ist, wenn Genosse Hueber dies gleich als Hochverrat hinausposaunt.

Janski (Wien): Ich habe nicht im allgemeinen gesprochen, sondern es gibt auch Ausnahmen. Wir wissen, daß ein Unterschied zwischen qualifizierten und unqualifizierten Arbeitern ist; aber daß wir uns so behandeln lassen müssen, wie es geschieht, ist nicht notwendig. Ich zahle 54 Kreuzer wöchentlich, da müssen wir wohl auch das Recht haben, etwas zu reden. Darüber wäre noch sehr viel zu sagen. Wenn man sich über die hohen Beiträge beschwert, so sage ich: Wo man nichts hineingibt, dort kann man auch nichts herausnehmen. Was ich der Organisation gebe, bekomme ich zehnfach zurück. Wenn jede Genossin in sich ginge, so würde sie einsehen, daß sie auch die paar Kreuzer leicht aufbringen könnte.

Popp: Wir haben Ihnen den Antrag vorgelegt, daß vier Mitglieder auf der Konferenz, vier in der Plenarversammlung gewählt werden. Mit den zwei Mitgliedern der Kontrolle sind das zehn Mitglieder. Ich habe die Rede der Genossin Schlesinger nicht gehört, aber ich meine, die Genossin Schlesinger verdient nicht, von Genossen Hueber so behandelt zu werden. (Beifall.) Das müssen wir, die wir die Genossin Schlesinger kennen, hier feststellen.

Brehm (Wien): Es ist sehr notwendig, daß die Gewerkschaftsmitglieder mit dem Frauenreichscomité in Verbindung stehen. Deshalb wäre ich dafür, daß sechs Mitglieder in der Plenarversammlung gewählt werden. Wie viel hier gewählt werden, ist mir gleichgültig. Auch in meiner Gewerkschaft benehmen sich die Genossen nicht sehr solidarisch mit uns. Da gilt das, was die Genossin Janski gesagt hat, ebenfalls.

Krasa: Ich muß noch die Genossin Schlesinger gegen die Anwürfe in Schutz nehmen. Ich konstatiere, daß sie längere Zeit unter den Buchbindern gearbeitet hat und schon früher in den Organisationen der Handelsangestellten, der Tabakarbeiterinnen und Papierarbeiterinnen.

Monetti (Marburg) stellt folgenden Antrag:

Die Frauenkonferenz erachtet es als unbedingt notwendig, es dem Frauenreichscomité zur Pflicht zu machen, wenigstens dafür zu sorgen, auf gewerkschaftlichem Gebiete für die Aufklärung der Frauen in allen Sprachen, womöglich durch Entsendung von Referentinnen und durch Flugschriften, Sorge zu tragen.

Boschek: Die Konferenz ist nicht die richtige Instanz für die Klagen, die Genossin Janski vorgebracht hat. Die Genossin hätte sich an die Gewerkschaftskommission wenden sollen, die die Angelegenheit hätte untersuchen können, was uns hier gar nicht möglich ist. Ich glaube, es ist traurig, wenn solche Dinge wirklich vorkommen können. Aber ich kann mir nicht denken, daß die Leute, die sich so benehmen, Parteigenossen sind. Genossin Jobst hat gesagt, man solle bei der Agitation nicht so viel von der Religion sprechen. Aber ich glaube, daß das schon ein überwundener Standpunkt sei.

Man hat sich beschwert, daß wir nicht allen Wünschen nach Referentinnen nachkommen. Aber wir haben eben nicht genügend Kräfte, um allen solchen Wünschen zu entsprechen. Es kommt ja sogar vor, daß man, wenn man für Bauern eine Versammlung einberuft, sich an uns um eine Referentin wendet. (Heiterkeit.)

Was die Genossin Pick gesagt hat, ist sehr interessant. Ich weiß nicht, ob die Genossinnen im tschechischen Frauencomité wirklich alle Arbeit geleistet haben. Unseren deutschen Genossen würde es sehr schwer fallen, wollten sie unsere Frauencomités auflösen, weil alle Leute sehen, was wir leisten. Es liegt an den Genossinnen selbst, ihre Organisation zu verteidigen. Vielleicht trägt unsere Frauenkonferenz bei, daß die Genossinnen neue Argumente gegen die Genossen bekommen. Ich erwähne noch, daß wir an die tschechischen Genossinnen in Wien herangetreten sind, damit sie mit uns in Verbindung treten, und daß sie uns gar nicht geantwortet haben. Wir hätten selbstverständlich nichts dagegen, wenn die Wiener tschechischen Genossinnen ihre Delegierten zu unseren Plenarversammlungen schicken würden. Uebrigens glaube ich, wäre es gut, wenn Sie die Beschwerden über die Auflösung des Frauencomités morgen dem Parteitag vorlegen würden. Wir würden Sie dabei unterstützen.

Ich muß noch erklären, daß Genosse Hueber der Genossin Schlesinger unrecht getan hat.

Gegenüber dem, was die Genossin Lippa gesagt hat, muß ich doch erwidern: Wir wollen nicht Referentinnen im Frauencomité haben, sondern einflußreiche Genossinnen, die in den Gewerkschaften arbeiten. Im übrigen empfehle ich, als Vermittlungsantrag den Antrag Popp anzunehmen.

Bei der Abstimmung wird der Antrag Schittenhelm abgelehnt; das Organisationsstatut mit der von Popp beantragten Aenderung, dann die Resolution der Referentin und der Antrag Monetti werden angenommen.

Genosse **Winarsky:** Im Namen des Landesausschusses habe ich Ihnen herzliche Grüße zu überbringen. Der Landesausschuß hat es bisher schon als seine Pflicht angesehen, wo immer möglich, die Frauenorganisation zu fördern. Ich kann nur erklären, daß wir diese Pflicht auch in Zukunft erfüllen werden. Wir haben Ihnen schon jetzt eine ständige Subvention gegeben, und wir werden es auch in Zukunft so halten. (Popp: In erhöhtem Maße! Heiterkeit.) Gewiß, auch das wird sich machen lassen! (Beifall.)

Im Namen des Wahlcomités erstattet die Genossin Prakesch den Vorschlag für die Wahl des Frauenreichscomités. Gemäß diesem Vorschlag werden die Genossinnen Popp, Boschek, Schlesinger und Lippa gewählt.

Vorsitzende: Wir schreiten nun zur Beratung des dritten Punktes: **Arbeiterschutz.**

Das Referat hat Genossin

Popp (Wien): Wir haben uns wiederholt über Arbeiterinnenschutz in Versammlungen und Presse geäußert. Er ist nicht nur zur Erhaltung der Arbeiter selbst, sondern auch der Organisation notwendig. Erst wenn die

Arbeiterin ein größeres Maß von Schutz genießen wird, wird die Arbeiterin am Klassenkampf regeren Anteil nehmen können als heute. Der Arbeiterin ist es heute noch viel schwerer als dem Manne, an diesem Kampf teilzunehmen. Sie ist nicht nur Lohnsklave, sondern sie schmachtet noch unter vielen Leiden. Der Arbeiterschutz in Oesterreich scheint in den letzten Jahren stillzustehen. Oesterreich ist ja stets das Land des spätesten Arbeiterschutzes gewesen. Vor 1885 hat es in Oesterreich keinen Arbeiterschutz gegeben. Erst 1885 kam die Gewerbeordnung, die in einzelnen Paragraphen das nimmt, was sie in anderen gibt. So hat es bis 1885 kein Verbot der Nachtarbeit gegeben. Aber die Gewerbeordnung macht zu dem Verbot so viele Ausnahmen, daß es fast nicht mehr besteht. Daß in der Hausindustrie und im Kleingewerbe der Arbeitstag unbeschränkt ist, ist bekannt. Unter den Berufen, die der § 96 der Gewerbeordnung vom Verbot der Nachtarbeit befreit, sind auch solche, die sehr gesundheitsschädlich sind; bei der Papier- und Halbzeugfabrikation dürfen Mädchen von 14 bis 16 Jahren zur Nachtarbeit verwendet werden. Ebenso in den Zuckerfabriken, in welchen „ausnahmsweise bewilligte" Schichten von je 12 Stunden gemacht werden. Die Nachtarbeit in den Zuckerfabriken dauert fast das ganze Jahr, gewöhnlich acht bis neun Monate. Die Frauen arbeiten auch in den Zentrifugenräumen, in welchen die Hitze so groß ist, daß die Arbeiter sich der Kleider entledigen müssen und halbnackt herumgehen, da redet man von der „gefährdeten Sittlichkeit". Da sieht man, wie ernst es den bürgerlichen Klassen um die Hebung der Moral ist. Hier liegt einer der größten Schäden für die Gesundheit der arbeitenden Frauen. Schon der zehnstündige Arbeitstag bedeutet für Mädchen und Frauen eine viel zu starke Anspannung. Ja, sagen bürgerliche Weltverbesserer, das liegt an der geringen Widerstandsfähigkeit der Frau, aber gerade infolge der ungenügenden Löhne können die Frauen auch nur ungenügende Kräfte sammeln. Dazu kommt noch die Schwächung durch Wochenbetten, da die Zeit der Ruhe viel zu kurz ist. Die verheiratete Frau ist nicht nur Lohnsklavin, sie muß auch noch ihre Nächte ihren Kindern opfern. Kein Wunder, daß sie weniger widerstandsfähig ist! (Zustimmung.) So sagt der letzte Gewerbeinspektorenbericht, daß in den Flachsspinnereien die Einschränkung der Frauenarbeit eine unumgängliche Notwendigkeit ist, weil die große Staubentfaltung den Arbeiterinnen nicht zuträglich ist. Nun, wir wissen, wenn von Verkürzung der Arbeitszeit gesprochen wird, beginnen die Unternehmer zu krawallieren und reden von der Forderung der Industriellen. Oesterreich ist ein Land, das das größte Ausmaß von Ueberstunden gewährt! Noch mehr Ueberstunden werden hinter dem Rücken der Behörden ganz unangemeldet gemacht. Frühzeitiges Altern, häufiger Abortus, Unterleibsleiden, qualvolles Hinsiechen, keine Lebensfreude, ein jammervolles Sklavenleben, das ist die Folge dieses Systems für die arbeitende Frau. Die Gefährdung der Frau ist gleichzeitig eine Gefährdung des keimenden Lebens. So hat eine Untersuchung in Mainz ergeben, daß die Säuglingssterblichkeit bei Frauen, die schon vor der Ehe in Fabriken arbeiteten, um 17 Prozent größer war als bei den Frauen, die erst nach ihrer Verheiratung in die Fabrik gingen. Als man die Sterblichkeit von Kindern der Zigarrenarbeiterinnen untersuchte, zeigte sich, daß von 1147 Kindern 345 als Säuglinge starben! In England hat im Jahre 1897 eine statistische Untersuchung ergeben, daß von 86 Bleiweißarbeiterinnen 15 kinderlos waren, 35 hatten Fehlgeburten, 15 brachten kein lebendes Kind zur Welt! 36 hatten 113 Kinder, von denen nur 61 am Leben blieben! (Bewegung.) Nach Schuler, dem Schweizer Fabriksinspektor, fielen von 3·9 Prozent Totgeburten im Durchschnitt 5 Prozent auf industrielle Kantons, 6 Prozent auf den Kanton Glarus und 8·2 Prozent auf Fabriksarbeiterinnen! Die Kinder der Fabriksarbeiterinnen kommen schon geschwächt zur Welt. Im Bericht des Wiener Gewerbeinspektorats wird geschildert, daß in einer Bleikapselfabrik Arbeiterinnen Bleiweißlähmungen erlitten, nicht nur Bleiweißkoliken. Die *Gefahren* der Frauenarbeit sind also nicht im geringsten kleiner als die der *Männer*. Die Phosphorerkrankungen sind bekannt. Für Wien allein gibt es im letzten Bericht zehn Phosphornekrosen! In Linz, Pilsen, Budweis, Lem-

berg überall solche Erkrankungen! Einem Mädchen wurde der Kiefer weggefressen. Wenn man da gesunde Arbeitsräume, kürzere Arbeitszeit begehrt, so sind das vom Standpunkt der Menschlichkeit selbstverständliche Forderungen. Abschaffen kann man, wie viele Bürgerliche meinen, die Fabriksarbeit nicht. Man würde die Arbeiterinnen damit nur der noch ärgeren Heimarbeit ausliefern. Die deutsche Regierung hat Erhebungen anstellen lassen, warum verheiratete Personen Fabriksarbeiterinnen sind! Die Gewerbeinspektoren sagen übereinstimmend, das Motiv der Fabriksarbeit Verheirateter ist: die Not! Sie stellten fest, daß jeder Arbeiter, der genug verdient, bestrebt ist, die Frau im Hause zu halten. Wir sehen weiter, daß die Industrie noch eine Reihe von Gefahren kennt, die nicht sein müßten und die eingeschränkt werden könnten! Ich will nicht von „gesundheitsgefährlichen Betrieben" reden, denn welcher Betrieb ist nicht gesundheitsgefährlich! Wir verlangen aber die mögliche Herabsetzung der Arbeitszeit, damit den Arbeiterinnen Zeit bleibt, sich in frischer Luft zu erholen, und ordentliche Löhne, um sich gesund zu nähren. Ein bürgerlicher Gelehrter, Hirt, verlangt das Verbot der Frauenarbeit für die Färberei, Näherei, Stoffdruckerei, Fabrikation künstlicher Blumen ꝛc. ꝛc. Wir haben hier Hunderte Mädchen, die bei der Blumenfabrikation beschäftigt sind. Würde man das betreffende Verbot durchführen, was fingen diese Arbeiterinnen an? Aber das ist richtig: Der Arbeitstag der Blumenarbeiterinnen ist gewöhnlich 14, 16 Stunden, und wenn sie schon aus der Arbeit nach Hause gehen, nehmen sie noch einen Pack Arbeit mit nach Hause, den sie dort beim Lampenlicht ausfertigen! Die Tabakarbeiterinnen haben bei uns den Staat als Arbeitgeber. Der Staat, sollte man meinen, müßte mit gutem Beispiel vorausgehen. Lesen Sie nun den Gewerbeinspektoratsbericht von 1902. Da heißt es: „Die Magen- und Darmkrankheiten unter den Tabakarbeiterinnen greifen erschreckend um sich und die Ursache ist die ungenügende Ernährung der Arbeiterinnen." Der Staat bezahlt also seinen Arbeiterinnen Hungerlöhne. Das ist sein gutes Beispiel! Die Tabakarbeiterinnen sind in ihrer großen Mehrheit nicht imstande, lebensfähige Kinder zur Welt zu bringen, das bestätigt uns auch ein Arzt, und wenn sie das Kind selbst säugt, so wird das Kind vergiftet durch das Nikotin, womit der Körper der Mutter durchtränkt ist. Was tut not, um für die Arbeiter günstigere Zustände zu schaffen? Die erste Notwendigkeit ist die Verkürzung der Arbeitszeit. Auf gesetzlichem Wege schwebt uns eine Reform nur in weiter Ferne. Unser Parlament hat andere Sorgen. In diesem hohen Hause hat man keine Zeit, Gesetze zu machen, die die Arbeiter vor grenzenloser Ausbeutung schützen. Freilich, es sind die Vertreter der Ausbeuter, deren Stimmen dort entscheidend sind. Die wichtigste Vorbedingung für die Erringung einer gekürzten Arbeitszeit ist deshalb heute die Organisation.

Ein anderes Kapitel: Unser Gesetz hält die Wöchnerin vier Wochen nach der Niederkunft von der Arbeit ferne. Gut. Das gilt aber nur von den Arbeiterinnen in versicherungspflichtigen Betrieben. Die vielen Tausende Heimarbeiterinnen genießen diesen Schutz nicht. Heute gebären und in zwei, drei Tagen wieder arbeiten, das ist das fürchterliche Gebot für Hunderte Frauen. Die Not, das absolute Nichts zwingt die Frau, ihre Gesundheit, ihr Leben zu lassen, um ein Stückchen Brot zu suchen. Aber auch der Schutz von vier Wochen ist nicht genügend. Wenn die Arbeiterin nach vier Wochen wieder zum Bügelbrett oder in die Flachsspinnerei oder in die nikotingeschwängerten Tabakfabriksäle muß, da genügen vier Wochen nicht. Es ist eine Notwendigkeit, daß diese Schutzfrist auf mindestens acht Wochen ausgedehnt werde. Die Krankenkassen sagen mit Recht: „Wir können diese acht Wochen nicht zahlen." Aber nicht die Kassen, sondern der Staat, der sich dann die großgewordenen Kinder nimmt, soll den Kassen die nötigen Zuschüsse leisten! Die Arbeiterin, die einen Gulden im Tag verdient, bekommt heute nur 60 bis 70 Kreuzer Krankengeld. Wahrscheinlich deshalb, weil sie gerade in der Zeit nach der Entbindung gesunde, gute Kost braucht! (Zustimmung.) Der Arbeiterin soll ihr Durchschnittslohn ersetzt werden! Auch im letzten Stadium der Schwangerschaft muß eine Schutzfrist gegeben werden. Wie oft

sieht man eine hochschwangere Arbeiterin, die sich nur noch hinschleppt und die Roheit der Vorgesetzten überdies erdulden muß, weil sie nicht mehr genug roboten kann. Mindestens die letzten zwei, drei Wochen sollte der Staat durch die Krankenkasse der schwangeren Frau ermöglichen, daß sie sich Schonung gönnt. Der Staat verschwendet so viele Millionen für volksfeindliche Zwecke. Ist es denn sein Zweck, nur volksfeindliche Absichten durchzuführen? Würde hier der nötige Schutz gegeben werden, dann brauchten Tausende Frauen nicht frühzeitig einem qualvollen Siechtum verfallen! Auf dem Züricher Arbeiterschutzkongreß haben Katholische und Christlich-Soziale den Ausschluß der Frauen von der Fabriksarbeit begehrt. Diese humanen Leute sollten lieber im Parlament ihre Stimme erheben, aber da schrecken die guten Christen zurück oder sie sind gar diejenigen, die sich am lautesten wider die Forderungen der Arbeiter wenden! (Zustimmung.) Wie armselig und gesundheitsgefährlich sieht das Wochenbett der Arbeiterin gewöhnlich aus! Da gehört es zu unseren Forderungen, daß auch dafür gesorgt wird, daß es Orte gibt, wo die Arbeiterin die Stunde ihrer Niederkunft erwarten kann und die entsprechende Pflege findet! Dieselbe Gemeinde, die für alle möglichen Zwecke, für Monarchenempfänge und dergleichen Geld hat, sollte doch auch Geld haben für Wöchnerinnenheime und Entbindungsanstalten! (Beifall.) Manche deutsche Stadt hat schon eine anständige Wöchnerinnenheimpflege auf ihre Kosten eingerichtet, wo der Wöchnerin eine Pflegerin beigestellt wird, die ihr die wichtigsten Handgriffe besorgt. So viel wurde in den letzten Jahren von Säuglingsschutz geredet. Uns fehlen auch noch immer die so notwendigen Kinderkrippen. Die Mütter sollen dort die Möglichkeit haben, ihre Kinder mittags zu säugen, wo das nicht möglich ist, soll für gute künstliche Ernährung gesorgt werden. Das sind Aufgaben des Staates und der Gemeinde. Wir brauchen ferner ein vollständiges Verbot der Nachtarbeit. Unternehmer, die diese Bestimmungen des Arbeiterschutzes übertreten, sollten mit Arrest bestraft werden, mindestens so streng als man Arbeiter wegen Uebertretung des Koalitionsgesetzes bestraft. Das Verbot der Nachtarbeit nützt gar nichts, wenn die Arbeiterinnen die Arbeit nach Fabriksschluß noch packweise nach Hause tragen. Dieses Nachhausegeben muß verboten werden! Um das zu kontrollieren, brauchen wir die Zuziehung von Sachverständigen zur Gewerbeinspektion als Kontrollorgane. Was weiß heute der Gewerbeinspektor von den Kniffen der Unternehmer! Die Einführung von *weiblichen Gewerbeinspektoren* ist eine unerläßliche Forderung. Ein Gewerbeinspektor sagte unlängst, daß auch weibliche Inspektoren die Gefährdung der Sittlichkeit in den Betrieben nicht verhindern werden. Die Arbeiterin wird sich aber dem weiblichen Inspektor viel eher anvertrauen! Die deutsche Statistik lehrt uns, daß die weiblichen Inspektoren von den Arbeiterinnen viel mehr erfahren als die männlichen Inspektoren! . . . Alle diese Dinge sind wiederholt besprochen worden. Wir haben uns in Versammlungen oft damit beschäftigt. Aber bisher war die Sache immer so, daß nicht planmäßig, einheitlich und andauernd die Agitation betrieben wurde. Das soll nun geschehen. Wir legen Ihnen nun die folgende *Resolution* vor:

In Erwägung, daß alle Enqueten und Untersuchungen, vor allem aber die Berichte der Gewerbeinspektoren immer wieder lehren, daß ein erhöhter Schutz der Arbeiterinnen in Fabriken, Werkstätten und der Heimindustrie eine nicht mehr abzuweisende Notwendigkeit ist, erklärt die zweite sozialdemokratische Frauenkonferenz, daß es ein Verbrechen an Leben und Gesundheit vieler Tausende Frauen und Mädchen bedeutet, wenn der Stillstand der Arbeiterschutzgesetzgebung noch länger anhält.

Die sozialdemokratische Frauenkonferenz steht hiermit auf dem Boden jener Minimalforderungen, welche unser Parteiprogramm in Bezug auf Frauen- und Jugendschutz enthält, und fordert insbesondere von jeder Regierung, welche nicht den Schimpf einseitiger Unternehmerfürsorge auf sich laden will, die Einbringung eines Gesetzentwurfes im Parlament zur Einführung des Achtstundentages für alle Arbeiterinnen, die durch stufenweise Herabsetzung auf zehn, respektive neun Stunden zu verwirklichen ist.

In gesundheitsschädlichen Betrieben und für jugendliche Arbeiter und Arbeiterinnen ist eine weitere Herabsetzung der Arbeitszeit auf längstens sechs Stunden anzusetzen. Die Erhöhung der Altersgrenze jugendlicher Arbeiter auf 18 Jahre wird gleichfalls gefordert. Indem die Frauenkonferenz auf die im sozialdemokratischen Programm erhobene Forderung nach dem ausnahmslosen Verbot der Nachtarbeit von Frauen und jugendlichen Arbeitern besonderen Nachdruck legt, fordert sie, daß es allen Unternehmern bei Arreststrafe verboten werde, Arbeiterinnen, welche tagsüber in der Fabrik oder Werkstätte beschäftigt sind, Arbeit mit nach Hause zu geben. Der Samstagnachmittag ist den Arbeiterinnen freizugeben, da erst durch diese Einführung die Sonntagsruhe für die verheirateten Arbeiterinnen verwirklicht werden kann.

Zur wirksamen Kontrolle dieser Bestimmungen ist die Ausdehnung der Gewerbeinspektion auf den Kleinbetrieb eine notwendige Bedingung, ebenso die Einführung weiblicher Gewerbeinspektoren und die Zuziehung von Arbeiterinnen als Kontrollorgane.

Da es sowohl durch ärztliche Gutachten als auch durch die praktische Erfahrung längst festgestellt ist, daß die vierwöchentliche Schutzfrist für Wöchnerinnen nicht genügt, fordert die Frauenkonferenz die Ausdehnung des Wöchnerinnenschutzes auf acht Wochen nach der Niederkunft, wenn das Kind lebt, sechs Wochen bei Tot- und Fehlgeburten oder im Falle des Ablebens des Kindes, weiters kündigungslose Einstellung der Arbeit im letzten Stadium der Schwangerschaft.

Schwangeren im letzten Stadium und Wöchnerinnen ist von den Krankenkassen für die ganze Dauer der Schutzfrist der Verdienstentgang in der vollen Höhe des durchschnittlichen Taglohnes zu gewähren. Um den Kassen das zu ermöglichen, sind vom Staate Zuschüsse zu leisten.

Im Interesse der Gesundheit der Arbeiterinnen fordert die Frauenkonferenz weiters die Errichtung von Entbindungsanstalten, Wöchnerinnenheimen und Wöchnerinnen-Hauspflege durch die Gemeinden, die Länder und den Staat.

Daß wir diese Resolution annehmen, ist nicht genug. Jede von Ihnen muß davon durchdrungen sein, daß Ihre Gesundheit, Ihr Fortkommen mit diesen Forderungen innig zusammenhängt. Alle Arbeiterinnen müssen von diesen Forderungen erfüllt sein und unsere Bewegung muß eine so große und mächtige werden, daß niemand mehr darüber hinwegsehen kann. Schließlich begehren wir auch den freien Samstagnachmittag. Er wird erst die wirkliche Sonntagsruhe für die Arbeiterin herbeiführen. Heute hat die Arbeiterin keine Sonntagsruhe. Was in England möglich war, wird und muß hier ebenfalls durchgesetzt werden können! Es ist im Sinne von Ihnen allen, wenn ich Sie auffordere, mitzuhelfen, mitzukämpfen zum Schutze unserer Frauen, zum Schutze unserer Kinder! (Stürmischer, anhaltender Beifall.)

Vorsitzende: Von der Genossin Freundlich ist folgender Antrag eingelaufen:

Das Referat der Genossin Popp soll als eine Broschüre herausgegeben werden, die nicht mehr als zehn Heller kosten darf.

Das Wort hat nun Genossin

Freundlich (Mährisch-Schönberg): Das ausgezeichnete Referat der Genossin Popp enthält so viel Material, das wir noch ausnützen wollen. Ich glaube, daß es uns in der Agitation noch sehr gute Dienste leisten wird. Deshalb habe ich meinen Antrag auf Herausgabe desselben als Broschüre gestellt. Solche Broschüren müssen billig sein, deshalb habe ich zehn Heller als Preis vorgeschlagen. Vielleicht wird sich auch eine tschechische Genossin finden, die das Referat übersetzt, so haben wir gleich die gewünschte internationale Tätigkeit.

Prokesch (Wien): Der Staat zieht Millionen aus der Tabakindustrie. Auch der Tätigkeit der Ausschüsse in den k. k. Staatsbetrieben wird entgegengetreten, wo es geht. Wird die Arbeiterin krank, so bezeichnet man sie am liebsten als Simulantin. Kürzlich hat es sich ereignet, daß in Göding drei

Tabakarbeiterinnen auf der Straße entbinden mußten. Sie glaubten, daß sie eben bis zur letzten Minute roboten müßten. Freilich, wenn die Arbeiterinnen über ihre Rechte ordentlich aufgeklärt wären, könnten sie sich besser wehren. Auch diese drei hätten sich krank melden sollen, trotz allen Einschüchterungen.

Jobst (Graz): Auch ich empfehle die Herausgabe der Broschüre, sie wird uns im ganzen Reich vorzügliche Dienste leisten.

Vorsitzende: Von der Genossin Koch ist folgender Antrag eingebracht worden:

Da die Arbeiterinnen auch dem Gewerbegericht unterstellt sind, für dieses Gericht derzeit nur das passive Wahlrecht besitzen, so fordern sie im Interesse aller Arbeiterinnen, im Interesse der Gleichberechtigung das aktive Wahlrecht für das Gewerbegericht.

Ueber den nächsten Punkt: **Die politische Betätigung der Frauen,** referiert Genossin

Schlesinger: Die politische Tätigkeit der Frauen zerfällt notwendig in drei Teile. Der erste Teil ist die Stellungnahme zu allen politischen Fragen, der zweite Teil die Unterstützung der männlichen Arbeiter in den politischen, besonders in Wahlkämpfen, der dritte Teil der Kampf für die eigenen Rechte der Frauen. Sie haben aus den Berichten gesehen, daß die Frauen zu allen wichtigen Angelegenheiten Stellung genommen haben — gegen die Erhöhung des Zolltarifs, gegen die Militärvorlagen, gegen den Raub an den Wöchnerinnen, gegen die Erhöhung der Krankengebühren. Was die Mitarbeit bei den Wahlen betrifft, so haben Sie schon von Dr. Adler gehört, daß wir auch in dieser Hinsicht unsere Pflicht ganz erfüllt haben. Daß die Frauen aber auch selbst an den politischen Organisationen teilnehmen, haben wir durch die Fragebogen erfahren, die das Frauenreichscomité herausgegeben hat. So stehen bei uns 700 Frauen in der freien politischen Organisation! Unsere Aktionen haben nicht nur den Zweck, durch den Druck auf die öffentliche Meinung direkten Einfluß auf die Gesetzgebung und Verwaltung zu nehmen, sondern wir sind auch bestrebt, dadurch so die Frauen über alle Tagesereignisse nachdenken zu lehren, und zwar vom Standpunkt einer sozialdemokratischen Lebensauffassung denken zu lehren und sie zum Klassenkampf heranzuziehen. Dadurch, daß wir an den Wahlkämpfen der Männer teilnehmen, erlangen wir selbst die beste Schulung für unsere eigenen politischen Kämpfe. Es genügt nicht, daß wir die Männer in ihren Kämpfen unterstützen, wir müssen auch die Frauen schulen, damit sie die eigenen Rechte in Anspruch nehmen. Die sozialdemokratische Arbeiterschaft hat immer behauptet, daß nur dem geholfen werden kann, der seine Rechte selbst zu behaupten weiß. Das gilt auch für uns. In keinem Lande ist bisher ein energischer Vorstoß gemacht worden, um den Frauen das Wahlrecht zu verschaffen, natürlich auch in Oesterreich nicht. Aktuell ist freilich heute die Frage bei uns nur in dem Sinne, daß die Frauen ihre eigenen politischen Rechte in Anspruch nehmen müssen und daß auch die Massen der sozialdemokratischen Männer die Wichtigkeit der Forderungen der Frauen erkennen. Viele Männer meinen, für die Frau sei nur der wirtschaftliche Kampf von Bedeutung. Jetzt ist die Wahlrechtsfrage aufgeworfen worden. Aber wie kommt es, daß gar nicht von den Rechten der Frau gesprochen wurde, der Frau, die doch dreimal mehr ausgebeutet wird als der Mann? Der Grund liegt in der Gefügigkeit und Anspruchslosigkeit der Frau. Wenn die Frau heute Wählerin wäre, so wäre sie nicht mehr so anspruchslos, wie sie es jetzt ist. Die sozialdemokratische Aufklärung würde ganz anders unter die Frauen dringen als jetzt! Wir könnten ganz anders zu den Frauen reden, wir könnten aber auch ganz anders an die Machthaber mit Forderungen für die Arbeiterinnen herantreten als jetzt, sobald die Arbeiterinnen Wählerinnen wären.

Es ist gewiß, daß der politische Kampf die Frau zum wirtschaftlichen Kampf viel besser befähigen würde. Die verelendete Frau wird ja gewiß kein besonders guter Soldat im politischen Kampf sein, aber wir müssen auch sagen, daß der wirtschaftliche Kampf der Frauen auf den politischen Kampf angewiesen ist. Wir müssen uns vor Augen halten, daß es unser höchstes

Prinzip ist, alle Mittel zu gebrauchen, die zur Befreiung der Arbeiterklasse, also auch des weiblichen Arbeiters beitragen. Es hat eine Zeit gegeben, wo kein Mensch, der politisch tätig war, sich um die Frauen gekümmert hat, eine Zeit, wo höchstens die Pfaffen noch es verstanden, daß die Frauen einen politischen Faktor bilden. Die Frucht davon sehen wir jetzt. Warum ist die christlich-soziale Partei so stark? Deshalb, weil die Pfaffen es verstanden, frühzeitig auf die Frauen Einfluß zu nehmen, weil sie sich nicht verschanzt haben hinter Prinzipien, die keine Prinzipien sind. Sie sagten sich einfach, wir brauchen die Frauen und wir müssen sie heranziehen. Jede Partei geht heute daran, die Frauen für sich zu gewinnen. Auch die nationalen Parteien bemühen sich um das Wohlwollen der Frauen. Wenn wir da nicht sehr dazu schauen, können wir es erleben — und wir haben es zum Teil schon erlebt — daß die Frauen den anderen Parteien zuströmen. Allerdings hat bis heute noch keine Partei außer der sozialdemokratischen die Gleichberechtigung der Frauen verlangt, aber auch die Sozialdemokratie müßte diese Forderung aus dem Hintergrund, in welchem sie bisher gehalten wurde, hervorholen.

Vor einem Jahre hat das Frauenreichscomité beantragt, das Frauenwahlrecht auf das Programm des nächsten internationalen Kongresses zu stellen. Das ist uns um so notwendiger erschienen, als wohl in den Programmen der meisten sozialdemokratischen Parteien das Frauenwahlrecht enthalten ist, die Genossen aber nicht überall einer Meinung sind über die Bedingungen, unter welchen in den Kampf für dieses Recht eingetreten werden soll. Es gibt Genossen, die meinen: Einstweilen macht sich das im Programm ganz hübsch, aber zu tun braucht man dafür nichts, bis sämtliche Forderungen der Männer erfüllt sind. Andere sind wieder der Ansicht, je früher wir damit anfangen, um so früher werden wir die proletarischen Frauen, die uns als indifferente Masse feindlich gegenüberstehen, zu uns bekommen. Hat es doch sogar die belgische Partei vor einigen Jahren den Genossen freigestellt, falls die Klerikalen das Frauenwahlrecht vorschlagen, dafür oder dagegen zu stimmen. Wenn der internationale Kongreß überhaupt die Aufgabe hat, Klärung in jene Fragen zu bringen, die den verschiedenen nationalen Parteien gemeinsam sind, so ist das Frauenwahlrecht eine dieser Fragen.

In der Vorberatung ist unser Antrag abgelehnt worden, weil die Sache schon auf früheren Kongressen entschieden worden sei. Dann hat der Dresdener Parteitag sich damit beschäftigt. Ich habe in einem Artikel der „Neuen Zeit" die Sache auseinandergesetzt, hoffend, daß sich vielleicht der Dresdener Parteitag auf unseren Standpunkt stellen wird. Zu unserer freudigen Ueberraschung haben die Genossen von Frankfurt unseren Antrag aufgenommen und Paul Singer hat ihn wärmstens empfohlen.

Dank dem Eingreifen der von einer großen Zahl von Ihnen gekannten und verehrten Genossin Zetkin ist der Antrag aber gefallen. Wir konnten uns mit den Gründen, die Genossin Zetkin für ihre Ansicht geltend machte, nicht einverstanden erklären und haben uns nicht entmutigen lassen. Wir wollten den Antrag bei unserem österreichischen Parteitag stellen. Dr. Adler hat auch bereits zugesagt, ihn zur Annahme zu empfehlen. Ich will Dr. Adler nicht in den Verdacht bringen, der ihm bei manchen Leuten schaden könnte, daß er ein feuriger Anhänger des Frauenwahlrechtes sei (Heiterkeit), aber er hat doch gesagt, der Parteitag könnte den Antrag nicht ablehnen. Trotzdem habe ich mich in letzter Stunde entschlossen, den Antrag zurückzuziehen, und ich habe das auch im Frauenreichscomité durchgesetzt. Es war nämlich nun, da das Gewicht der deutschen Partei gegen uns in die Wagschale gelegt worden war, fast sicher, daß der Antrag in Amsterdam abgelehnt worden wäre, und ich glaube, daß das vielleicht doch auf viele Genossinnen einen deprimierenden Eindruck machen könnte.

Wir müssen, wenn wir schon den Antrag nicht einbringen, doch etwas anderes tun, damit endlich in unserer Parteiorganisation das Verständnis für die politischen Rechte der Frauen geweckt werde. Ich kann nicht umhin, es auszusprechen, daß auch unter den Genossinnen das Verständnis für unsere politischen Forderungen sehr gering ist. Wir müssen für die politischen Rechte

der Frauen eintreten, und zwar nach unten und nach oben. Wir müssen die Frauen für diesen Kampf gewinnen und wir müssen den Kampf gegen jene Elemente in unseren Reihen aufnehmen, die glauben, daß die politischen Rechte der Frauen vernachlässigt werden dürfen, daß sie nur zur Parade in unserem Programm stehen und eigentlich gar keine wirkliche Rolle in unserem Parteileben spielen.

Es hat in der letzten Zeit eine Bewegung für das allgemeine Wahlrecht stattgefunden. Wir haben in zahlreichen Versammlungen nachgewiesen, wie verfälscht das Wahlrecht ist. Aber es ist wenigen eingefallen, zu sagen, daß das allgemeine Wahlrecht bestenfalls nur das Wahlrecht für die halbe Bevölkerung ist. Niemand ist dafür eingetreten, daß die Massen des Proletariats darüber aufgeklärt werden, was man wirklich unter dem allgemeinen Wahlrecht versteht, und daß diesen Namen nur ein Wahlrecht verdient, das die ganze Bevölkerung umfaßt und nicht nur deren männliche Hälfte.

Wenn wir nun energischer in den Kampf für unsere Rechte eintreten wollen, so werden mehr Genossinnen als bisher in der Agitation tätig sein müssen. Sehr große Schulung ist dazu nicht notwendig. Viele von Ihnen könnten sehr gut in einer Versammlung sprechen, wenn sie nicht immer befürchten würden, von den Männern ausgelacht zu werden. Lassen Sie die Leute doch lachen, wenn es unter uns noch immer welche gibt, die dazu nicht zu vernünftig sind. Wir alle sind im Anfang ausgelacht worden, und hätten wir uns dadurch einschüchtern lassen, so hätten Sie heute nicht eine Rednerin.

Ich bitte Sie, folgende Resolution anzunehmen:

Die Vertreterinnen der deutschen Sozialdemokratinnen Oesterreichs erklären, mit besten Kräften dahin wirken zu wollen, daß das Klassenbewußtsein immer weitere Kreise von Arbeiterinnen und Arbeiterfrauen erweckt und ihnen Verständnis für die Vorgänge des öffentlichen Lebens vermittelt werde. Sie wollen die Frauen wie bisher und, wo dies möglich ist, in höherem Maße als bisher aneifern, an allen politischen Tagesfragen Anteil zu nehmen und insbesondere die männlichen Genossen in ihren Wahlkämpfen wirksam und opferfreudig zu unterstützen.

Zugleich aber erklären sie es für dringend notwendig, daß die proletarischen Frauen ihre eigenen politischen Rechte in Anspruch zu nehmen lernen und bereit seien, bei jeder Gelegenheit für die Forderung nach der rechtlichen Gleichstellung beider Geschlechter und insbesondere nach dem Wahlrechte der Frauen einzutreten. — Die Konferenz spricht zugleich die Erwartung aus, daß die sozialdemokratischen Männer in höherem Maße als bisher die Frauen in dieser Aufgabe unterstützen und bei jeder Gelegenheit für die rechtliche und politische Gleichstellung der Geschlechter eintreten werden, wie das Programm der sozialdemokratischen Partei in Oesterreich es von ihnen verlangt und wie sie es wiederholt auf unseren Parteitagen beschlossen haben.

Nur wenn alle Parteigenossen ohne Unterschied des Geschlechtes ihre volle Kraft einsetzen, wird es uns gelingen, das, was bisher an unseren prinzipiellen Forderungen toter Buchstabe geblieben ist, in lebendige Tat umzuwandeln.

Ich bitte Sie, diese Resolution anzunehmen, aber ja nicht zu glauben, daß mit der bloßen Annahme schon viel geschehen ist. Die Hauptsache wird die eifrige und mutige Durchführung unseres Beschlusses sein.

Lippa (Wien): Wenn die Genossin Schlesinger sagt, daß die Mitgliedschaft der Frauen in den Gewerkschaften nicht aufrecht erhalten werden kann, weil man sie dort zu wenig aufklärt, so muß ich dagegen Stellung nehmen.

Ich bin nicht gegen die politische Bewegung der Frauen. Die Genossin Schlesinger wird zugeben müssen, daß nicht nur in der gewerkschaftlichen, *sondern auch* in der politischen Organisation ein stetes Kommen und Gehen *der Mitglieder* zu bemerken ist. Das hat oft seine Ursache im Mangel eines *ordentlichen* Vertrauensmännersystems. Es ist allerdings leichter, in der poli-

tischen Organisation zu arbeiten als in der Gewerkschaft. Warum arbeitet die Genossin Schlesinger nicht mehr in den Gewerkschaften der Buchbinder, Handlungsgehilfen? Ist dort vielleicht schon die soziale Frage gelöst? (Heiterkeit. Rufe: Die Genossin Schlesinger soll heute der Sündenbock sein!) Nein, wir wollen keinen Sündenbock. Es ist aber leichter, in den politischen Vereinen zu arbeiten als in den Gewerkschaften. (Widerspruch. Rufe: Das gehört nicht hierher!)

Baader (Berlin): Ich habe mich zum Wort gemeldet, um die Genossinnen nicht glauben zu lassen, was sie nach den Ausführungen der Genossin Schlesinger leicht glauben könnten, daß wir in Deutschland gar nichts für das Frauenwahlrecht tun. (Schlesinger: Ich bitte vielmals um Verzeihung! Ich habe im Eifer vergessen, das zu erwähnen!) Das dachte ich wohl. Wir haben in Dresden eine Resolution gefaßt, die viel weiter geht als der Antrag, der mit dem von Ihnen geplanten übereinstimmte. Diesen haben wir für unpraktisch gehalten. Er wäre auch wahrscheinlich abgelehnt worden, während der unsere auf dem internationalen Kongreß zu Amsterdam zur Beratung kommen muß und auch angenommen werden wird. Ich hätte gewünscht, daß Sie diese Resolution zu der Ihrigen gemacht und Ihrem Parteitag vorgelegt hätten. Die Annahme dieser Resolution in Dresden wird uns befähigen, bei den zu gewärtigenden Wahlrechtskämpfen in Sachsen, in Bayern und auch in Preußen praktisch und mit aller Energie für das Frauenwahlrecht einzutreten. (Beifall.)

Seidel (Wien): Die Genossin Lippa scheint künstlich einen Gegensatz zwischen gewerkschaftlicher und politischer Bewegung der Frauen schaffen zu wollen. Wie wir wissen, daß bei den Männern die beiden Formen der Bewegung einander ergänzen müssen, so ist es auch bei den Frauen. Aber weder die Genossin Schlesinger noch wir andere glauben, daß die soziale Frage allein durch die politische Organisation gelöst wird. Sondern alle diese Organisationen müssen wie die Räder eines guten Uhrwerkes ineinander greifen. Es gibt eine ungeheure Zahl Frauen, die wir gewerkschaftlich nicht organisieren können. Sollen wir auf deren Mitwirkung im Klassenkampf verzichten? Dr. Adler hat gesagt, der Mann gebe den Ton in der Familie an. Aber gerade von den Vertretern der Gewerkschaften haben wir oft klagen hören, es stünde um die Gewerkschaften besser, wenn die Frauen gescheiter wären. Aber gerade um die Frauen gescheiter zu machen, brauchen wir die politische Organisation der Frauen. Der Arbeiter muß die Erziehung den Kindern überlassen, von der Frau hängt es ab, in welcher Richtung sich diese Erziehung bewegt. Es ist nicht gleichgültig, ob die Erziehung der Kinder selbst politisch unerzogenen Frauen überlassen wird.

Pohl: Ich glaube nicht beteuern zu müssen, daß ich nicht gegen die Erringung der politischen Rechte für die Frauen bin. Die Genossin Schlesinger spricht aber in ihrer Resolution nicht nur aus, daß man die Frauen politisch erziehen soll, sondern auch, daß die Partei aufgefordert wird, bei jeder Gelegenheit für das Frauenwahlrecht einzutreten. Ich glaube aber, die politische Stimmung, die in Oesterreich in absehbarer Zeit herrschen wird, wird nicht angetan sein, um eine Aktion für das politische Recht der Frauen einzuleiten. Ich bin tatsächlich der Ansicht, daß wir in Anbetracht der zurückgebliebenen gewerkschaftlichen Organisation der Frauen und in Anbetracht dessen, daß die Masse der Frauen dem politischen Leben ganz apathisch gegenübersteht, ja mit Hohn der gewerkschaftlichen Organisation gegenübersteht, doch andere Sorgen haben. Die Genossin Schlesinger denkt immer nur an ihre 400 Arbeiterinnen in ihrem Verein, aber es gibt Tausende Frauen, die, wenn wir mit der Forderung des Frauenwahlrechtes kommen, uns auslachen. Es mag der Genossin Schlesinger gleichgültig sein, ob sie hier ausgelacht wird, aber sich von diesen Proletarierinnen auslachen zu lassen, ist doch etwas anderes. Ich bin überzeugt, daß es sehr viele Frauen gibt, denen diese Resolution sehr schön in den Ohren klingen wird, die aber, wenn sie dann nach Hause kommen und die *trostlosen* Proletarierinnen sehen, dann doch nicht den Mut *aufbringen würden, ihnen* über solche Dinge zu sprechen. Es gibt im Augen-

blick viel wichtigere Fragen als die Erringung des Frauenwahlrechtes. Sie mögen mich eine Ketzerin schimpfen oder mir vorwerfen, daß ich meine Ansicht geändert habe — ich wäre da eben gescheiter geworden — aber ich sage Ihnen, wichtiger ist vor allem, daß die Arbeiter ein anständiges Wahlrecht bekommen. Deshalb können wir aber immerhin, wenn auch vorläufig nur prinzipiell, für das Frauenwahlrecht eintreten. (Beifall und Widerspruch.)

Berner: Ich glaube, wir können allen Genossinnen beistimmen, denen, die die gewerkschaftliche, wie denen, die die politische Organisation verteidigen. Die gewerkschaftliche Organisation schafft die Finanzen für die politische Organisation. Wo wäre die politische Organisation ohne die gewerkschaftliche Organisation? Die Genossinnen, die gewerkschaftlich organisiert sind, haben größere Vorteile, die politisch organisierten Frauen sind schon mehr erzogen. Beide Bewegungen brauchen wir. Wir sollen den Männern mit unseren Vorwürfen nicht so in die Haare fahren, in der kurzen Zeit haben sich die Genossen den Frauen gegenüber sehr gentlemanlike benommen. In einem klerikalen Oesterreich wollen Sie so begeisterte Anhänger des Frauenwahlrechtes? Die Parteivertretung bei uns und in anderen Ländern fürchtet sich vor dem Wahlrecht der Frauen, weil sie noch nicht genug aufgeklärt sind. Das Häuflein der sozialdemokratischen Frauen darf uns darüber nicht hinwegtäuschen. (Beifall.)

Brehm: Wenn Genossin Schlesinger sagt, die gewerkschaftlich Organisierten hätten kein Verständnis für die politische Organisation, so ist das nicht richtig. Allerdings ist es richtig, daß viele Frauen ihre Stimme für eine Krone verkaufen, wenn sie auch in der Gewerkschaft sind. Aber ehe man politische Rechte verlangt, muß man zuerst die Frauen gewerkschaftlich organisieren.

Jobst (Graz): Ich möchte auch in die Debatte, die sich unter den Wiener Genossinnen entsponnen hat, eingreifen. In Graz halten wir es so, daß wir die Frauen, die nicht gewerkschaftlich organisiert sind, der Häuserorganisation zuführen.

Pölzer: Unsere Organisation wurde angegriffen und es wurde gesagt, daß wir nur politisch tätig sind. Wir trachten, die Arbeiterinnen den Gewerkschaften zuzuführen. Wir wollen sie zum Klassenkampf erziehen. In der Provinz haben Sie eine freie Organisation, wir haben dazu eine feste Organisation geschaffen.

Dr. Adler: Die Angelegenheit, die Sie jetzt beschäftigt, ist eine solche, die auch uns angeht. Wie soll die gewerkschaftliche Organisation mit der politischen verbunden werden?. Ich glaube, für uns besteht da kein Streit. Sie wissen, daß auch diejenigen, die politische, prinzipielle Aufklärung in den Vordergrund stellen, davon überzeugt sind, daß die gewerkschaftliche Organisation und Agitation die Grundbedingung für uns sein muß. Es ist also nicht notwendig gewesen, daß mit einer gewissen Spitze hervorgehoben wurde, als ob es notwendig wäre, erst zu ermahnen, daß die Frauen sich in die wirtschaftliche Bewegung hineinfinden müssen, ehe sie politisch ausgebildet werden können. Sie können es ja auch bei den Männern nicht so auseinanderhalten und ich warne Sie, vielleicht in den Frauen den Gedanken zu erregen, der für sehr viele oberflächlich Denkende nahe liegt, daß eigentlich die ganze Politik nur ein Phrasenwerk sei. Sie würden damit der gewerkschaftlichen Organisation keinen Dienst erweisen.

Nun handelt es sich um die schwierige Frage des Frauenwahlrechtes. Die Sozialdemokraten aller Länder haben es von jeher als grundlegenden Satz des Programmes angesehen, daß die politischen Rechte für Mann und Frau gleich sein müssen. Es hat niemals eine Sozialdemokratie gegeben, die nicht das Frauenwahlrecht als eine ebenso notwendige Sache angesehen hätte wie das der Männer. Es wurde hier gesagt, daß sich die Männer vor den klerikalen Frauen fürchten. Wir haben die klerikalen Männer auch zu fürchten und es fällt uns gar nicht ein, etwa zu sagen, daß die Frauen noch nicht

reif seien für das Wahlrecht. Wir wissen genau, daß auch viele Männer noch lange nicht reif sind, ihr politisches Recht so auszunützen, wie es ihr politisches und ihr Klasseninteresse verlangt. (Beifall.) Aber es fragt sich, ob die politische Lage reif ist, um einen Feldzug für das Frauenwahlrecht zu unternehmen. Und da sage ich Ihnen rundweg, in Ländern, wie Oesterreich, Belgien u. s. w., wo das Männerwahlrecht noch nicht einmal erkämpft ist, wo wir alle Kraft auf diesen Punkt konzentrieren müssen, wäre es eine politische Torheit, diesen Kampf abzulenken auf einen Punkt, der voraussichtlich erst später zu erreichen sein wird. Von diesem Standpunkte der politischen Taktik muß ich sagen: Wir müssen bei jeder Gelegenheit erklären, daß wir für das Frauenwahlrecht sind, daß wir auch den ersten Schritt auf diesem Gebiete machen wollen, aber daß der letzte Schritt erst gemacht werden kann, wenn der erste Schritt gemacht ist, und der ist: die Erkämpfung des Wahlrechtes für die Männer.

Wir können uns allerdings nicht beklagen, daß Sie uns jemals in die Arme gefallen wären dadurch, daß Sie die Fahne des Frauenwahlrechtes in unzeitgemäßer Weise erhoben hätten. Wenn Sie Resolutionen fassen, ich habe für Resolutionen ein sehr weites Herz (Heiterkeit), aber ich bin jeden Augenblick bereit, Zeugnis abzulegen, daß das auch meine innerste Ueberzeugung ist. Aber wir sind nicht geneigt, diesen Kampf in den Vordergrund zu stellen.

Popp: Ich begreife nicht, warum da eine solche Meinungsverschiedenheit zutage getreten ist. Die Resolution bezweckt doch nichts anderes, als auf die sozialdemokratische Aufklärung der Frauen aufmerksam zu machen. Wenn die Genossin Pohl sagt, daß die Frauen politisch ganz apathisch sind, so muß ich ihr erwidern, daß die Frauen ja auch wirtschaftlich ganz apathisch sind. Wir wollen doch auch keinen Feldzug für das Frauenwahlrecht, wir wollen, wenn von der Reform des Vereinsrechtes gesprochen wird, verlangen, daß unsere Abgeordneten da die Beschränkungen für die Frauen beseitigen helfen. Das ist das Nächste, was wir von unseren Abgeordneten verlangen. Was wir von unseren Referenten verlangen, ist, daß sie, wenn sie über die politischen Rechte sprechen, auch davon sprechen, daß wir für die gleichen Rechte der Frauen eintreten. Daß man diese Forderung in den Vordergrund stelle, das ist niemandem von uns eingefallen. Wenn die Genossin Berner fürchtet, daß die Frauen dem Klerikalismus anheimfallen, so muß ich darauf verweisen, daß die indifferenten Frauen eben schon in den Händen der Klerikalen sind und daß politische Rechte sie erst daraus befreien sollen. (Beifall.)

Wir verlangen nicht, daß bei jeder Versammlung hinzugefügt werde: „Und wir verlangen auch das Wahlrecht für die Frauen." Wohl aber wollen wir, daß mehr als bisher darüber geredet werde, daß die Arbeiterinnen darüber aufgeklärt werden. Diese Resolution soll nicht eine angenommene Resolution mehr sein, sondern sie soll wirklich von Ihnen beherzigt werden. (Beifall.)

Freundlich: Ich stimme dem Genossen Dr. Adler vollkommen zu. Unsere gewerkschaftlich organisierten Arbeiterinnen arbeiten auch politisch, wenn sie auch keine politische Organisation haben.

Novak: Die Genossin Pohl hat gesagt, wir haben jetzt keine Zeit, die Frage des Frauenstimmrechtes in den Vordergrund zu schieben. Das ist auch der Genossin Schlesinger nicht eingefallen. Daß politisch bei den Frauen etwas zu holen ist, zeigt die oft zitierte Organisation des II. Wahlkreises! Diese Frauen waren für eine gewerkschaftliche Bewegung nicht zu gewinnen. Arbeiten wir politisch und gewerkschaftlich!

Boschek: Politische und gewerkschaftliche Organisation ist bei uns nicht trennbar, wenige Leute können sich nur einer Organisationsform widmen. Der im II. Wahlkreis so schön durchgeführte Verein kann von der Konferenz nicht allgemein als Prinzip empfohlen werden, er hat besondere Existenzbedingungen. Da liegen ganz spezielle Voraussetzungen vor. Diese Organisation war als politische Organisation gedacht. Wegen unseres Vereinsgesetzes mußte sie das Kleid dieses Vereines annehmen. Wir haben uns bemüht, zu

erklären, daß wir die Beschlüsse der Gesamtorganisation bis aufs i-Tüpferl durchführen wollen, wir wollen keine separatistische Frauenorganisation schaffen. Damit würden wir nur die alten Arbeiter-Bildungsvereine neu ausgraben. Die haben wir aber hinter uns. In Wien kann so eine Organisation vielleicht durchgeführt werden, in der Provinz wäre das unmöglich. Auf drei, vier Seiten können wir nicht sein. (Beifall.)

Pohl: Ich muß nur erklären, daß ich nichts gesagt habe, um die gewerkschaftlich organisierten Genossinnen zu verdächtigen. Ich möchte auch nicht diese Debatte als Streit zwischen mir und der Genossin Schlesinger aufgefaßt wissen. Es sind prinzipielle Streitfragen, die eben bestehen.

Winarsky: Wenn man sagt, daß wir zuerst gewerkschaftlich organisiert sein müssen, so sage ich: Ich habe eine Gewerkschaft gegründet. Aber schließlich habe ich doch gesehen, daß ich nicht in eine Gewerkschaft hineinpasse. Ich habe gesehen, daß man in den Gewerkschaften nicht darauf ausgeht, die Frauen vernünftiger zu machen, das muß eben in den anderen Frauenorganisationen besorgt werden. Seien Sie froh, wenn wir die Frauen politisch organisieren. Wir werden uns so lange am Wahlkampfe der Männer beteiligen, bis auch wir befähigt sein werden, den Kampf für uns zu führen.

Schlesinger: Ich will in meinem Schlußwort nur wenige Einwürfe richtigstellen. Genossin Lippa fragt, warum ich nicht mehr in den Gewerkschaften arbeite. Darauf kann ich kurz erwidern: wahrhaftig nicht aus Bequemlichkeit. Ich habe jahrelang bei den Buchbindern, jahrelang bei den Handlungsgehilfen gearbeitet, bis die Genossinnen dort imstande waren, selbständig weiter zu arbeiten. Später brauchte man mich wieder an einem anderen Posten notwendiger. Leider gibt es unter uns so wenig Rednerinnen, daß wir uns nicht erlauben dürfen, eine Referentin ausschließlich in einer Organisation zu beschäftigen. Daß ich allzeit meine Pflicht getan habe, wurde schon zu vielfach von solchen Genossinnen bestätigt, die mit mir gearbeitet haben, als daß ich noch mehr darüber reden müßte.

Genossin Baader gegenüber muß ich mich nachdrücklich entschuldigen. In dem Antrag, den wir unserem Gesamtparteitag vorlegen wollten, hatten wir auch vorgeschlagen, unsere Genossen mögen die Resolution Zetkin, welche der Dresdener Parteitag in Bezug auf das Frauenwahlrecht angenommen hat, ebenfalls annehmen. Als wir dann den ganzen Antrag zurückzogen, wollten wir die Resolution allein nicht einbringen, weil sie nur dasselbe besagt wie ein Antrag, den unser Parteitag zu Graz bereits angenommen hat. Da aber Genossin Baader Wert darauf legt, so beantrage ich jetzt, daß unsere Konferenz dem Gesamtparteitag diese Resolution der deutschen Genossinnen zur Annahme empfehle. Sie lautet:

> Bei den Kämpfen, welche das Proletariat für die Eroberung des allgemeinen gleichen, geheimen und direkten Wahlrechtes in Staat und Gemeinde führt, muß das Frauenwahlrecht gefördert, in der Agitation grundsätzlich festgehalten und mit allem Nachdruck vertreten werden.

Wenn die Genossin Boschek sagt, im II. Wahlkreis seien besondere Bedingungen, so glaube ich, daß der II. Wahlkreis doch nicht so außer aller Welt liegt. Sie können es ruhig dem Verein überlassen, wo der Wunsch darnach besteht, Ortsgruppen zu gründen. Dr. Adler sagte: Nehmen Sie die Resolution an, ich habe ein weites Herz für Resolutionen. Ich sage Ihnen: Wenn wir die beiden Resolutionen annehmen, dann wird es auch unsere Pflicht sein, nicht nur selbst das unsere zu deren Durchführung beizutragen, sondern wir werden auch den Genossen Adler zwingen, uns bei der Durchführung dessen, was wir mit seiner Zustimmung beschlossen haben, zu helfen.

Bei der Abstimmung wird die beantragte Resolution samt dem Zusatz angenommen, die übrigen Anträge dem Frauenreichscomité und der Parteivertretung zugewiesen.

Vorsitzende: Wir schreiten zum Punkt: **Presse.** Das Referat hat *Genossin*

Pohl: Ich bin in der glücklichen Lage, Ihnen mitteilen zu können, daß der Stand der „Arbeiterinnen-Zeitung" — deren Auflage zurückgegangen

war — sich bedeutend gebessert hat. Es fehlen uns nur 400 Abonnenten und das geringfügige Defizit wird geschwunden sein. Dieser Aufschwung wird Sie gewiß anspornen, das monatliche Defizit von nur 16 Kronen zu beseitigen. In früheren Jahren stand's schlechter. Die Zahl der Abonnenten hat sich auch im Verhältnis zur Zahl der organisierten Frauen vermehrt. Vor allem ist in Wien die Abonnentenzahl gestiegen, wir brauchen nicht mehr wehmütig auf die Provinz zu schauen. Im Jahre 1896 waren von 2500 Exemplaren bloß 500 Wiener Abonnenten, im Jahre 1900 von 5000 Exemplaren 500 Wiener Abonnenten. Im Jänner war die Abonnentenzahl wieder auf 3000 gesunken — wir hatten einmal schon 5400. Doch vom Jänner bis Oktober ging's wieder in die Höhe. Wir kamen wieder auf 4300 Abonnenten, wovon auf Wien jetzt 1200 fallen. Dieser Abonnentenstand war in Wien bisher nicht erreicht, er ist vorzüglich drei Organisationen zu danken: den Heimarbeiterinnen, den Tabakarbeiterinnen und dem Verein sozialdemokratischer Frauen und Mädchen. Das ganz geringfügige Defizit wäre übrigens auch nicht vorhanden, wenn nicht die ersten Monate des Jahres einen geringeren Abonnentenstand aufgewiesen hätten. Genossinnen! Wenn es uns ernst ist um die Durchführung unserer Forderungen, wenn wir die Frauen gewerkschaftlich organisieren wollen, wenn wir die Dummheit und Feindseligkeit bekämpfen wollen, wenn wir die Laster und Schwächen rückständiger Frauen beseitigen wollen, so brauchen wir vor allem eine gute Presse! Wir können die Vorurteile, die sich uns entgegenstellen, nur mit ihrer Hilfe besiegen. Die „Arbeiterinnen-Zeitung" ist eine Quelle der Kenntnis und des Wissens gerade für jene Frauen, die noch nicht in unseren Reihen stehen. Für diese Frauen ist sie ein lieber Freund. Wenn Sie in irgend ein verstecktes Nest in Schlesien oder Steiermark kommen, da haben wir oft alte Arbeiterinnen gefunden, für die das Ankommen der „Arbeiterinnen-Zeitung" die schönste Zeit ist. Für diese Frauen ist die „Arbeiterinnen-Zeitung" ein Freund und Tröster! Gerade zu jenen, die noch gar keinen Einblick ins soziale Getriebe haben, muß unsere Presse dringen! Der Mann sagt ebenso oft, als er meint: „Die Frau soll für den Verein kein Geld ausgeben", auch: „Wir halten ja die ‚Arbeiter-Zeitung', das Fachblatt oder die ‚Glühlichter'. Wozu die ‚Arbeiterinnen-Zeitung'?" Aber die Arbeiterin muß sich die „Arbeiterinnen-Zeitung" halten und sie unterstützen wie der Mann das Fachblatt. Ich empfehle Ihnen folgende

Resolution:

In Erwägung, daß die Parteipresse eine der wichtigsten Waffen im politischen und wirtschaftlichen Kampfe ist, in weiterer Erwägung, daß insbesondere für die Frauen die Zeitung oft den einzigen Zusammenhang mit der Oeffentlichkeit bildet und für die meisten die einzige und hauptsächliche Quelle der Aufklärung und des Wissens darstellt, in endlicher Erwägung, daß diese Waffe von unseren Gegnern, insbesondere den Klerikalen, gegen uns gewendet wird, beschließt die heute tagende zweite Frauenkonferenz, in erhöhterem Maße wie bisher für die Verbreitung der Arbeiterpresse zu wirken. Da die „Arbeiterinnen-Zeitung" das einzige deutsche Blatt ist, das speziell für die Interessen der arbeitenden Frauen eintritt, macht es die heutige Frauenkonferenz den Genossinnen zur dringenden Pflicht, für die Verbreitung der „Arbeiterinnen-Zeitung", womöglich ihre obligatorische Einführung in den Organisationen, mit allen Kräften zu sorgen.

Schmitt (Wien): Ich möchte Sie auf ein gutes Beispiel aufmerksam machen. Der Arbeiter-Bildungsverein im III. Bezirke von Wien kauft die „Arbeiterinnen-Zeitung" und gibt sie an indifferente Mitglieder um zwei Heller weiter. Die Differenz zahlt er aus seiner Tasche darauf. Das ist den Arbeiter-Bildungsvereinen dank der Einnahme aus den Tanzschulen nicht schwer und gleichzeitig wirken sie damit sehr gut unter Indifferenten. Ich empfehle Ihnen daher folgenden Antrag zur Annahme:

Das neugewählte Frauenreichscomité möge einen Appell an die Bildungsvereine richten, die „Arbeiterinnen-Zeitung" unter ihren weiblichen *Mitgliedern* einzuführen. Diese Organisationen haben eine große *Anzahl von indifferenten* Mädchen, welche durch die „Arbeiterinnen-Zeitung"

aufgeklärt werden können. Diese Organisationen können sie anfänglich um zwei Heller per Exemplar ihren Mitgliedern abgeben und der Preis könnte später auf vier Heller erhöht werden, sobald einmal das Interesse an dem Blatte genügend geweckt ist.

Macha (Prag): Ich möchte Sie kurz auf unser tschechisches Frauenblatt „Zensky Listy" verweisen. Die tschechischen Frauen wissen freilich nichts vom Stande des Blattes, auch die Verwaltung wurde ihnen von den männlichen Genossen abgenommen. Das Blatt ist auch nicht mehr so erfolgreich wie vor drei Jahren. In Wien, wo es so viele tschechische Arbeiterfrauen gibt, wäre seine Verbreitung gewiß sehr nötig. Wir dürfen die tschechischen Frauen in Wien nicht brach liegen lassen, es könnte uns diese Unterlassung noch sehr gereuen.

Zacha (Wien): Ich stelle fest, daß auch der Verein der Gürtler und Bronzearbeiter die „Arbeiterinnen-Zeitung" für die weiblichen Mitglieder eingeführt hat.

Brehm (Wien): Wir von der Papierindustrie nehmen leider nur zwanzig Exemplare ab. Das ist im Verhältnis zu den dort beschäftigten Arbeiterinnen sehr wenig. Hoffentlich wird es bald besser. Auch wir vermissen übrigens das tschechische Blatt.

Vorsitzende: Wir schreiten nunmehr zur Abstimmung.

Resolution einstimmig angenommen.

Antrag Schmitt einstimmig angenommen.

Zum nächsten Punkt der Tagesordnung: **Konsumvereine,** hat das Wort Genossin

Novak: Ich muß mich mit Rücksicht auf die vorgeschrittene Zeit auf einige Worte zur Resolution beschränken. Die Konsumvereinsfrage interessiert die Frauen gewiß ungeheuer. Oft unterschätzen selbst die Genossen den Wert der Konsumvereine. Wir haben uns bemüht, in der Resolution so ziemlich alles zu sagen, was wir dazu zu sagen haben. Sie lautet:

Die Frauenkonferenz erblickt in der Konsumvereinsbewegung ein wirksames Mittel, um im Verein mit der gewerkschaftlichen und politischen Organisation die wirtschaftliche Befreiung des Proletariats vorzubereiten:

Indem der Arbeiterkonsumverein durch gute und preiswürdige Lebensmittel die Arbeiterfamilien vor der Lebensmittelfälschung, der Maß- und Gewichtsübervorteilung und dem Preiswucher durch den Zwischenhandel bewahrt, dazu beiträgt, die Gesundheit und die wirtschaftliche Lage der einzelnen Arbeiterfamilien zu verbessern. Zugleich bewährt sich aber der Konsumverein auch als Mittelpunkt für das Parteileben der Frauen eines Bezirkes oder Rayons. Er bringt die noch indifferenten Proletarierinnen mit den klassenbewußten in Berührung und kann demnach diesen ersteren die Ideen der Sozialdemokratie vermitteln.

Durch Verteilung von Agitationszetteln und Flugschriften, durch Vertrieb von Festkarten und Abzeichen kann der Konsumverein auch einen Teil der organisatorischen Kleinarbeit unter den Frauen übernehmen.

Eine noch wichtigere Funktion im Emanzipationskampfe der Arbeiterklasse fällt dem Konsumverein dann zu, wenn er durch tüchtigen Ausbau dahin gelangt, streikende Arbeiter und Arbeiterinnen durch Kreditgewährung in ihrem Kampfe mit dem Unternehmertum auf das wirksamste zu unterstützen.

Die Arbeiterkonsumvereine können aber ihre Aufgabe nur dann voll und ganz erfüllen, wenn jede Parteigenossin es sich zur Pflicht macht, sich neben der gewerkschaftlichen und politischen auch dieser Organisationsform anzuschließen, ihren ganzen Bedarf im Konsumverein zu decken und unter ihren Klassengenossinnen eifrig für diesen zu agitieren.

Zugleich sollen die Genossinnen es sich angelegen sein lassen, das Gebaren der Konsumvereine zu kontrollieren, allfällige Beschwerden an geeigneter Stelle geltend zu machen und, wo die erforderlichen Kräfte vorhanden sind, auch an der Leitung der Konsumvereine teilzunehmen.

Ohne die Unterstützung der Frauen können die Konsumvereine un-

möglich gedeihen; aber von den Frauen tatkräftig gefördert, müssen sie allerorts zu einem unserer mächtigsten Kampfesmittel werden.

Gruber (Wien): Als Delegierter des Konsumvereines „Vorwärts" will ich noch einige Worte an Sie richten. Was nützt es, wenn Sie noch so fest von unseren Ideen ergriffen sind und doch beim Greisler einkaufen? Wir arbeiten im Konsumverein gegen unsere ärgsten Feinde, die uns am Wahltag in den Rücken fallen. Der „Vorwärts" hat heute 25 Filialen. Es wird noch besser nach aufwärts gehen, wenn alle Genossinnen auch in dieser Hinsicht ihre Pflicht tun.

Vorsitzende: Wir kommen zum letzten Punkt: **Eventuelles.** Das Wort hat Genossin

Boschek (Wien): Ich will Sie nur aufmerksam machen, daß wir in einer Vorbesprechung beschlossen haben, unsere Verhandlungen in einer Broschüre erscheinen zu lassen. Setzen Sie sich dafür ein, daß dieses Protokoll auch gekauft wird. Geben Sie uns innerhalb acht Tagen bekannt, wieviel Exemplare Sie ungefähr benötigen, damit wir darnach auch die Höhe der Auflage bestimmen. Die Broschüre wird höchstens 20 H. kosten.

Freundlich (Mährisch-Schönberg): Danken wir nun am Schluß den Veranstalterinnen der Konferenz, die schöner ausgefallen ist, als wir erhofften. Die Debatten werden segensreich in uns nachklingen. Das Frauenreichscomité hat sehr eifrig gearbeitet, um die Konferenz vorzubereiten. Wir sprechen ihm unseren Beifall aus und unseren herzlichsten Dank. (Stürmischer Beifall.)

Vorsitzende **Lippa:** Nunmehr stehen wir am Schlusse unserer Beratungen. Die heutige Konferenz hat gezeigt, welche enorme Leistung seit den fünf Jahren unserer ersten Konferenz vollbracht wurde. Aus den Verhandlungen haben Sie alle gesehen, wie fest der Organisationsgedanke sich bei uns ausgebreitet, und wir sind auch heute gewiß einen Schritt nach vorwärts gekommen. Indem ich Ihnen auf Ihren Heimweg die besten Wünsche mitgebe, hoffe ich, daß Sie zu Hause die Arbeit mit doppelter Kraft wieder aufnehmen werden. Ich schließe die Konferenz mit dem Rufe: Hoch die sozialdemokratische Frauenorganisation! (Lebhafter Beifall.)

Die Teilnehmerinnen singen eine Strophe des Liedes der Arbeit und verlassen langsam den Saal.

Druck- und Verlagsanstalt „Vorwärts" Swoboda & Co., Wien, VI., Mariahilferstraße 89.

Verlag der Wiener Volksbuchhandlung Ignaz Brand

Wien, VI., Gumpendorferstraße Nr. 18.

Arbeits- und Lebensverhältnisse der Wiener Lohnarbeiterinnen, Die. Ergebnisse und stenographisches Protokoll der Enquête über Frauenarbeit. Abgehalten in Wien vom 1. März bis 21. April 1896. 673 Seiten. Kr. 7·20. — Für Arbeitervereine und organisirte Arbeiter Kr. 2·40.

Blatchford, Robert. Im Reiche der Freiheit. (Merry England.) Briefe über den Socialismus. Uebersetzt von Henry Wright. 227 Seiten. Kr. 1·20.

Inhalt: Das Problem des Lebens. — Das Leben in Fabriksorten und in der freien Natur. — Die Landwirthschaft. — Die empfindlichen Kosten eines schlechten Systems. — Wer macht den Wohlstand, und wer hat ihn? — Ueber Miethe und Zinsen. — Ueber Wegwerfen und Verschwendung. — Von der Billigkeit. — Der Socialismus. — Die Gewinnsucht als Haupttriebfeder zur Thätigkeit. — Der Socialismus und der geistige Fortschritt. — Der Socialismus und die Sclaverei. — Ueber den Fleiß. — Die Rechte des Einzelnen. — Ueber den Luxus. — Ueber bezahlte Agitatoren. — Ueber Volksvertretung. — Geht es Dich nichts an? ꝛc.

Blum, Emil. Wer lügt? Ein soziales Fragezeichen. Mit einem Vorwort von Max Nordau 14 Bogen. Kr. 1·20.

Dieses geistreiche Buch veranschaulicht in lebendiger Form die Lügenhaftigkeit der heutigen Staats- und Gesellschaftseinrichtungen an den Typen des Arztes, Kaufmannes, Bankiers, Professors, Redacteurs, Advocaten, Politikers und Priesters.

Finsternisse. Das Leben Jesu im Lichte der Kritik. Von einem Zeitgenossen. 13 Bogen. Kr. 1·20.

Goncourt, Jules und **Edmond,** Germinie Lacerteux. Roman eines Dienstmädchens. Uebersetzt von Emma Adler. 242 Seiten. In Leinwand gebunden. Kr. 4·20.

Mit der ganzen künstlerischen Kraft des ersten Poeten zeichnen die Goncourts in diesem Roman das Lebensschicksal einer Enterbten des Glücks.

Handbuch des Socialismus. Herausgegeben von Dr. C. Stegemann und Dr. C. Hugo. 1897. 55 Bogen. In Leinwand gebunden. Kr. 6·60.

In lexikographischer Anordnung bietet das „Handbuch" ein möglichst vollständiges Bild von Theorien, Geschichte und Entwicklung des Socialismus. Karl Kautsky hat dasselbe in der „Neuen Zeit" empfohlen und es für eine „fleißige, gewissenhafte und sehr zweckentsprechende Arbeit" erklärt.

Herwegh, Georg, Gedichte. 18 Bogen. Elegant gebunden. Kr. 3·—.

Holz, Arno. Das Buch der Zeit. Lieder eines Modernen. 27 Bogen. In Leinwandband. Kr. 3·60.

Wie Wenige hat Arno Holz es verstanden, den Kämpfen und Zielen unserer gährenden Zeit poetischen Ausdruck zu geben.

Jacoby, Leopold. Die Idee der Entwicklung. Zweite Auflage. In zwei Bänden. 18 Bogen. In Leinwand gebunden. Kr. 3·—.

Kautsky, Karl. Der Einfluß der Volksvermehrung auf den Fortschritt der Gesellschaft. 196 Seiten. Kr. 1·20.

— Consumvereine und Arbeiterbewegung. 32 Seiten. Kr. —·24.

Klosterschüler, Richard. Der Krüppel und andere Novellen aus dem Arbeiterleben. In Leinwand gebunden. Kr. 1·80.

Lampa, Anton. Naturkräfte und Naturgesetze. Gemeinverständliche Vorträge, gehalten im Wiener Arbeiter-Bildungsverein. 424 Seiten. Kr. 1·80.

Maurer, Georg Ludwig v. Einleitung zur Geschichte der Mark-, Hof-, Dorf- und Stadtverfassung und der öffentlichen Gewalt. Mit einleitendem Vorwort von Heinrich Cunow. 338 Seiten. Kr. 6·—.

„In einem Lande wie Deutschland, wo noch gut die Hälfte der Bevölkerung vom Landbau lebt, ist es nothwendig, daß die socialistischen Arbeiter und durch sie die Bauern erfahren, wie das heutige Grundeigenthum, großes wie kleines, entstanden ist; nothwendig, daß dem heutigen Elend der Taglöhner und der heutigen Verschuldungsknechtschaft der Kleinbauern entgegengehalten werde das alte Gemeineigenthum aller freien Männer an dem, was damals für sie in Wahrheit ein „Vaterland", ein gerechter freier Gemeinbesitz war . . . : jener uralten deutschen Bodenverfassung, die sich in kümmerlichen Resten bis auf unsere Tage erhalten, die aber im ganzen Mittelalter als Grundlage und Vorbild aller öffentlichen Verfassungen gedient und das ganze öffentliche Leben nicht nur in Deutschland, sondern auch in Nord-Frankreich, England und Skandinavien durchdrungen hat. Und dennoch konnte sie so in Vergessenheit gerathen, daß erst in der letzten Zeit G. L. von Maurer ihre wirkliche Bedeutung von Neuem entdecken mußte." (Fr. Engels, „Entwicklung des Socialismus", S. 46.)

Der Moloch des Militarismus. Ein Mahnwort an alle Welt. 7 Bogen. Kr. —·60.

Morgenroth. Socialdemokratische Zeit- und Festgedichte. Herausgegeben von J. Stern. Zwei Sammlungen à Kr. —·60.

Hyelberg, Otto v. Das Menschenideal und seine Erfüllung. 8 Bogen. Kr. 1·20.

Troll-Borostyáni, Irma v. Im freien Reich. Mit einem Vorwort von Prof. Dr. Ludw. Büchner. 18 Bogen. Kr. 3·—.

Das interessante Werk erörtert Möglichkeiten und Berechtigung der Forderung nach Gleichstellung der Geschlechter und legt die Nothwendigkeit einer Reform der Jugenderziehung dar.

Teisen, T. W. Das sociale Elend und die besitzenden Classen in Oesterreich. 180 Seiten. Kr. 1·20.

(Voß, Richard), Scherben. Gesammelt vom müden Manne. Erste Sammlung. Zweite, stark vermehrte Auflage. 25 Bogen. Kr. 6·—

Protokoll

über die

Verhandlungen des Gesamtparteitages

der

Sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Oesterreich.

Abgehalten zu Wien

vom 30. Oktober bis zum 2. November 1905.

Wien 1905.
Verlag der Wiener Volksbuchhandlung Ignaz Brand
VI., Gumpendorferstraße 18.

Parteiorganisation

beschlossen am VI. Parteitag zu Wien 1897 (geändert am Gesamtparteitag zu Brünn).

Gesamtorganisation der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Oesterreichs.

I. Gesamtparteitag.

Mindestens in jedem zweiten Jahre wird ein Gesamtparteitag einberufen, der in der Regel in der ersten Hälfte des Monats September stattfindet. Jeder Wahlkreis hat das Recht, zwei Delegierte und, wo organisierte Frauen sind, auch eine Frau als Delegierte zu entsenden. In sprachlich gemischten Wahlkreisen hat jede sprachliche Gruppe das Recht, zwei Delegierte zu schicken. Allen politischen sowie Fachblättern ist durch je einen Delegierten am Parteitage eine Vertretung einzuräumen. Die Mitglieder der Gesamtvertretung sowie die sozialdemokratischen Reichsratsabgeordneten haben das Recht auf Sitz und Stimme.

Aenderungen des Parteiprogramms sind ausschließlich dem Gesamtparteitage vorbehalten. Im übrigen erledigt er die Angelegenheiten der Gesamtpartei in Bezug auf Agitation, Taktik und Organisation. Fragen der Organisation, Administration, Presse und sonstige Fragen, die nicht für alle Organisationen gemeinsam sind, sollen auf die Tagesordnung der Gesamtparteitage nicht gestellt werden. Die Einberufung des ordentlichen Gesamtparteitages erfolgt durch die Gesamtexekutive mindestens zwei Monate vor dessen Abhaltung durch Veröffentlichung der Einladung in den Parteiblättern mit Angabe der provisorischen Tagesordnung. Um ein einheitliches Bild über die Tätigkeit der Gesamtorganisation zu bekommen, haben die an den Gesamtparteitag zu erstattenden Berichte die Tätigkeit für die abgelaufene Periode bis Ende Juni jenes Jahres zu umfassen, in dem der Gesamtparteitag stattfindet. Die Wahlkreisvertrauensmänner sind verpflichtet, diese Berichte von den Organisationen ihres Wahlkreises rechtzeitig einzufordern und ungesäumt an ihre nationale Exekutive abzusenden. Die Parteiberichte und Anträge sind vier Wochen vor dem Parteitage zu veröffentlichen.

II. Gesamtvertretung der Sozialdemokratie Oesterreichs.

Die politische Leitung der Gesamtpartei obliegt der Gesamtvertretung der Sozialdemokratie in Oesterreich. Den Sitz der Gesamtvertretung bestimmt der Gesamtparteitag. Die Gesamtvertretung setzt sich aus den Exekutivcomités der deutschen, tschechischen, polnischen, ruthenischen, italienischen und südslavischen Organisationen zusammen. Insoweit einzelne Exekutivcomités ihren Sitz nicht am Sitz der Gesamtvertretung haben, soll ihre Vertretung durch eigens dazu gewählte *Delegierte geschehen*, die am Sitz der Gesamtvertretung wohnen. Diese

Mitglieder der Gesamtvertretung sind auf Antrag der einzelnen Exekutivcomités auf den Nationalparteitagen zu wählen und als Mitglieder des Exekutivcomités zu betrachten.

Die Gesamtvertretung der Sozialdemokratie in Oesterreich tritt zu gemeinsamen Beratungen behufs Regelung der den Organisationen gemeinsamen Angelegenheiten nach Erfordernis zusammen. Sie ist dem Gesamtparteitage verantwortlich.

Die Mitglieder jeder nationalen Vertretung können jederzeit an den Sitzungen aller anderen Vertretungen oder Exekutivcomités teilnehmen, und es ist wünschenswert, daß das so oft als möglich geschehe.

III. Kontrolle.

Der Gesamtparteitag wählt eine dreigliedrige Kontrolle aus dem Orte, in dem sich der Sitz der Gesamtvertretung befindet. Genossen, die in der verflossenen Periode diese Funktion ausübten, sind für die nächste Periode nicht wieder wählbar.

IV. Allgemeine Bestimmungen.

„In allen Wahlkreisen, wo es die territorialen Verhältnisse nicht ganz unmöglich machen, ist die Organisation der Genossen für öffentliche Wahlen irgendwelcher Art nicht nach nationalen Gruppen getrennt, sondern gemeinschaftlich und einheitlich durchzuführen."

„Durch die vom Wiener Parteitag 1897 beschlossene Gliederung der sozialdemokratischen Partei nach nationalen Gruppen wurden vollständig neue Formen in der Organisation geschaffen, die deren weiteren Ausbau dringend notwendig machen, um in Fragen von allgemeinem Interesse, besonders dort, wo es sich um politische Angelegenheiten handelt, ein einheitliches, gemeinsames Vorgehen zu sichern. Der Parteitag beschließt daher, daß in allen Landes-, Wahlkreis- und Bezirksorganisationen die nationalen Gruppen gegenseitig vertreten sein müssen, um die politische Organisation gemeinschaftlich und einheitlich durchzuführen."

Programm der sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Oesterreich.

(Beschlossen am Parteitag zu Wien 1901.)

Die sozialdemokratische Arbeiterpartei in Oesterreich erstrebt für das gesamte Volk ohne Unterschied der Nation, der Rasse und des Geschlechtes die Befreiung aus den Fesseln der ökonomischen Abhängigkeit, der politischen Unterdrückung und der geistigen Verkümmerung. Die Ursache dieser unwürdigen Zustände liegt nicht in den einzelnen politischen Einrichtungen, sondern in der das Wesen des ganzen Gesellschaftszustandes bedingenden und beherrschenden Tatsache, daß die Arbeitsmittel in den Händen einzelner Besitzer monopolisiert sind. Der Besitzer der Arbeitskraft, die Arbeiterklasse, gerät dadurch in die drückendste Abhängigkeit von den Besitzern der Arbeitsmittel mit Einschluß des Bodens, der Großgrundbesitzerklasse und der Kapitalistenklasse, deren politische und ökonomische Herrschaft im heutigen Klassenstaate ihren Ausdruck findet.

Der technische Fortschritt, die wachsende Konzentration der Produktion und des Besitzes, die Vereinigung aller ökonomischen Macht in den Händen der Kapitalisten und Kapitalistengruppen hat die Wirkung, immer größere Kreise früher selbständiger kleiner gewerblicher Unternehmer und Kleinbauern ihrer Produktionsmittel zu enteignen und sie als Lohnarbeiter, Angestellte oder als Schuldknechte direkt oder indirekt in die Abhängigkeit von den Kapitalisten zu bringen. Es wächst die Masse der Proletarier, es steigt aber auch der Grad ihrer Ausbeutung, und dadurch tritt die Lebenshaltung immer breiterer Schichten des arbeitenden Volkes immer mehr in Gegensatz zu der rasch steigenden Produktivkraft seiner eigenen Arbeit und zu dem Anschwellen des von ihm selbst geschaffenen Reichtums. Die der Planlosigkeit der kapitalistischen Produktionsweise entspringenden Krisen mit ihrem Gefolge von Arbeitslosigkeit und Elend beschleunigen und verschärfen diese Entwicklung.

Je mehr aber die Entwicklung des Kapitalismus das Proletariat anschwellen macht, desto mehr wird es gezwungen und befähigt, den Kampf gegen ihn aufzunehmen. Immer mehr macht die Verdrängung der Einzelproduktion auch den Einzelbesitz überflüssig und schädlich, während zugleich für neue Formen genossenschaftlicher Produktion auf Grund gesellschaftlichen Eigentums an den Produktionsmitteln die notwendigen geistigen und materiellen Vorbedingungen geschaffen werden. Zugleich kommt das Proletariat zum Bewußtsein, daß es diese Entwicklung fördern und beschleunigen muß und daß der Uebergang der Arbeitsmittel in den gemeinschaftlichen Besitz der Gesamtheit des Volkes das Ziel, die Eroberung der politischen Macht das Mittel seines Kampfes für die Befreiung der Arbeiterklasse sein muß. Nur das zum Klassenbewußtsein erwachte und zum Klassenkampf organisierte Proletariat kann der Träger dieser notwendigen Entwicklung sein. *Das Proletariat zu organisieren, es mit dem Bewußtsein seiner Lage und seiner Aufgabe zu erfüllen, es geistig und physisch kampffähig zu machen und zu erhalten, ist das eigentliche Programm der sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Oesterreich*, zu dessen Durchsetzung sie sich aller zweckdienlichen und dem natürlichen Rechtsbewußtsein des Volkes entsprechenden Mittel bedienen wird.

Die sozialdemokratische Arbeiterpartei in Oesterreich wird in allen politischen *und ökonomischen* Fragen jederzeit das Klasseninteresse des Proletariats

vertreten und aller Verdunkelung und Verhüllung der Klassengegensätze sowie der Ausnützung der Arbeiter zugunsten von bürgerlichen Parteien energisch entgegenwirken.

Die sozialdemokratische Arbeiterpartei in Oesterreich ist eine internationale Partei: sie verurteilt die Vorrechte der Nationen ebenso wie die der Geburt und des Geschlechtes, des Besitzes und der Abstammung und erklärt, daß der Kampf gegen die Ausbeutung international sein muß wie die Ausbeutung selbst. Sie verurteilt und bekämpft alle Einschränkungen der Freiheit der Meinungsäußerung sowie jede Bevormundung durch Staat und Kirche. Sie erstrebt gesetzlichen Schutz der Lebenshaltung der arbeitenden Klassen und sie kämpft dafür, dem Proletariat auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens möglichst großen Einfluß zu verschaffen.

Von diesen Grundsätzen ausgehend, fordert die sozialdemokratische Arbeiterpartei in Oesterreich zunächst:

1. Allgemeines, gleiches, direktes und geheimes Wahlrecht in Staat, Land und Gemeinde für alle Staatsangehörigen ohne Unterschied des Geschlechtes vom 20. Lebensjahre an; Proportionalwahlsystem; Vornahme der Wahlen an einem gesetzlichen Ruhetage; dreijährige Gesetzgebungsperioden; Diätenbezug für die Gewählten.

2. Direkte Gesetzgebung durch das Volk vermittelst des Vorschlags- und Verwerfungsrechtes; Selbstbestimmung und Selbstverwaltung des Volkes in Staat, Land und Gemeinde.

3. Abschaffung aller Gesetze, die das Recht auf freie Meinungsäußerung einschränken; insbesondere Erfüllung voller Preßfreiheit durch Aufhebung des objektiven Verfahrens und der Einschränkung der Kolportage von Druckschriften; Aufhebung aller Gesetze, die das Vereins- und Versammlungsrecht einschränken.

4. Aufhebung aller Einschränkungen der Freizügigkeit, insbesondere aller Vagabunden- und Schubgesetze.

5. Schaffung und Durchführung eines Gesetzes, das Beamte, die die politischen Rechte von einzelnen oder Vereinen beeinträchtigen, einer strengen Bestrafung zuführt.

6. Sicherung der Unabhängigkeit der Gerichte; Unentgeltlichkeit der Rechtspflege und des Rechtsbeistandes; Entschädigung unschuldig Verhafteter und Verurteilter; Wahl der Geschwornen auf Grund des allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlrechtes; Unterstellung aller Staatsangehörigen unter die ordentlichen Gesetze und Gerichte; Abschaffung der Todesstrafe.

7. Staatliche und kommunale Organisation des Sanitätsdienstes; unentgeltliche Beistellung der ärztlichen Hilfeleistung und der Heilmittel.

8. Erklärung der Religion als Privatsache; Trennung der Kirche vom Staate und Erklärung der kirchlichen und religiösen Gemeinschaften als private Vereinigungen, die ihre Angelegenheiten ganz selbständig ordnen; obligatorische Zivilehe.

9. Obligatorische, unentgeltliche und weltliche Schule, die den Bedürfnissen und der Entwicklung der einzelnen Völker vollkommen entspricht; Unentgeltlichkeit der Lehrmittel und der Verpflegung in den Volksschulen für alle Kinder sowie für jene Schüler höherer Lehranstalten, die zu weiterer Ausbildung befähigt sind.

10. Ersetzung aller indirekten Steuern und Abgaben durch stufenweise steigende Einkommen-, Vermögens- und Erbschaftssteuern.

11. Ersatz des stehenden Heeres durch die Volkswehr; Erziehung zur allgemeinen Wehrhaftigkeit; allgemeine Volksbewaffnung; Entscheidung über Krieg und Frieden durch die Volksvertretung.

12. Beseitigung aller Gesetze, wodurch die Frau gegenüber dem Manne öffentlichrechtlich oder privatrechtlich in Nachteil gesetzt wird.

13. Befreiung der Wirtschaftsgenossenschaften der Arbeiter von allen ihre Tätigkeit hemmenden Lasten und Schranken.

Als Minimum an Arbeiterschutz fordert die österreichische Sozialdemokratie zunächst:

1. Volle Koalitionsfreiheit, gesetzliche Anerkennung der gewerkschaftlichen Organisation, gesetzliche Gleichstellung der Landarbeiter durch Aufhebung der Dienstbotenordnungen.

2. Achtstündigen Maximalarbeitstag ohne Klauseln und ohne Ausnahmen.

3. Verbot der Nachtarbeit mit Ausnahme jener Betriebe, deren technische Natur eine Unterbrechung nicht zuläßt; die Nachtarbeit für Frauen und jugendliche Arbeiter ist jedoch ausnahmslos zu verbieten.

4. Volle Sonntagsruhe in der Dauer von mindestens 36 Stunden.

5. Strenge Durchführung des Verbotes der Erwerbsarbeit von Kindern unter 14 Jahren; ausreichende Schutzgesetze für Lehrlinge und jugendliche Arbeiter.

6. Ausschluß der Frauenarbeit aus den besonders für den weiblichen Organismus schädlichen Betrieben.

Alle diese Bestimmungen haben für Betriebe jeder Art und Stufenleiter (Großindustrie, Transportgewerbe, Handwerk, Handel, Hausindustrie, Land- und Forstwirtschaft) zu gelten.

Ausbau des Gewerbeinspektorats; Vermehrung der Inspektoren, denen exekutive Befugnisse zu geben sind; Mitwirkung der Arbeiterorganisationen an der Kontrolle der Durchführung des Arbeiterschutzes durch die von ihnen gewählten Inspektoren und Inspektorinnen.

Ueber Unternehmer, die das Arbeiterschutzgesetz übertreten, sind strenge Strafen zu verhängen, die nicht in Geldstrafen umgewandelt werden dürfen.

Die Arbeiterversicherung ist einer durchgreifenden Reform zu unterziehen, durch Einführung einer allgemeinen Alters- und Invalidenversicherung sowie Witwen- und Waisenversorgung zu ergänzen und unter durchgängiger Selbstverwaltung der Versicherten einheitlich zu organisieren.

Nationalitätenprogramm der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Oesterreichs.

(Beschlossen am Brünner Gesamtparteitag 1899.)

Da die nationalen Wirren in Oesterreich jeden politischen Fortschritt und jede kulturelle Entwicklung der Völker lähmen, da diese Wirren in erster Linie auf die politische Rückständigkeit unserer öffentlichen Einrichtungen zurückzuführen sind und da insbesondere die Fortführung des nationalen Streites eines jener Mittel ist, durch die die herrschenden Klassen sich ihre Herrschaft sichern und die wirklichen Volksinteressen an jeder kräftigen Aeußerung hindern,

erklärt der Parteitag:

Die endliche Regelung der Nationalitäten- und Sprachenfrage in Oesterreich im Sinne des gleichen Rechtes und der Gleichberechtigung und Vernunft ist vor allem eine kulturelle Forderung, daher im Lebensinteresse des Proletariats gelegen;

sie ist nur möglich in einem wahrhaft demokratischen Gemeinwesen, das auf das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht gegründet ist, in dem alle feudalen Privilegien im Staate und in den Ländern beseitigt sind, denn erst in einem solchen Gemeinwesen können die arbeitenden Klassen, die in Wahrheit die den Staat und die Gesellschaft erhaltenden Elemente sind, zu Worte kommen;

die Pflege und Entwicklung der nationalen Eigenart aller Völker in Oesterreich ist nur möglich auf Grundlage des gleichen Rechtes und unter Vermeidung jeder Unterdrückung, daher muß vor allem anderen jeder bureaukratisch-staatliche Zentralismus ebenso wie die feudalen Privilegien der Länder bekämpft werden.

Unter diesen Voraussetzungen, aber auch nur unter diesen, wird es möglich sein, in Oesterreich an Stelle des nationalen Haders nationale Ordnung zu setzen, und zwar unter Anerkennung folgender leitender Grundsätze:

1. Oesterreich ist umzubilden in einen demokratischen Nationalitätenbundesstaat.

2. An Stelle der historischen Kronländer werden national abgegrenzte Selbstverwaltungskörper gebildet, deren Gesetzgebung und Verwaltung durch Nationalkammern, gewählt auf Grund des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechtes, besorgt wird.

3. Sämtliche Selbstverwaltungsgebiete einer und derselben Nation bilden zusammen einen national einheitlichen Verband, der seine nationalen Angelegenheiten völlig autonom besorgt.

4. Das Recht der nationalen Minderheiten wird durch ein eigenes, vom Reichsparlament zu beschließendes Gesetz gewahrt.

5. Wir erkennen kein nationales Vorrecht an, verwerfen daher die Forderung einer Staatssprache; wie weit eine Vermittlungssprache nötig ist, wird das Reichsparlament bestimmen.

Der Parteitag, als das Organ der internationalen Sozialdemokratie in Oesterreich, spricht die Ueberzeugung aus, daß auf Grundlage dieser leitenden Sätze eine Verständigung der Völker möglich ist;

er erklärt feierlich, daß er das Recht jeder Nationalität auf nationale Existenz und nationale Entwicklung anerkennt;

daß aber die Völker jeden Fortschritt ihrer Kultur nur in enger Solidarität miteinander, nicht im kleinlichen Streit gegeneinander erringen können, daß insbesondere die Arbeiterklasse aller Zungen im Interesse jeder einzelnen Nation, wie im Interesse der Gesamtheit an der internationalen Kampfgenossenschaft und Verbrüderung festhält und ihren politischen und gewerkschaftlichen Kampf in einheitlicher Geschlossenheit führen muß.

Tagesordnung des Parteitages:

1. **Konstituierung des Parteitages:**
   a) Wahl des Präsidiums;
   b) Festsetzung der Geschäfts- und Tagesordnung;
   c) Wahl einer Mandatprüfungskommission.
2. **Bericht der Gesamtparteivertretung.** Berichterstatter: Ferdinand Skaret; Kassenbericht: Karl Kořinek.
3. **Bericht über die parlamentarische Tätigkeit.** Berichterstatter: Engelbert Pernerstorfer.
4. **Die österreichische Krise und das Wahlrecht.** Berichterstatter: Wilhelm Ellenbogen und Anton Němec.
5. **Der Generalstreik.** Berichterstatter: Viktor Adler und Josef Steiner.
6. **Die Alters- und Invaliditätsversicherung, die Witwen- und Waisenversorgung.** Berichterstatter: Karl Vaněk und Matthias Eldersch.
7. **Der Militarismus.** Berichterstatter: Ignaz Daszynski und Franz Soukup.
8. **Eventuelles.**

Bureau des Parteitages.

Vorsitzende:

Josef Tomschik (Wien), Dr. Herman Diamand (Lemberg), Anton Němec (Prag), Valentino Pittoni (Triest), Josef Kopač (Triest), Dr. Roman Jaroszewytsch (Ruthene).

Schriftführer:

Franz Frankl (Wien), Blastimil Tusar (Brünn), Oswald Hillebrand (Karlsbad), Josef Huder (Lemberg).

Mandatprüfungskommission:

Johann Gröbner (Wien), Gustav Habermann (Pilsen), Anton Schrammel (Aussig), Heinrich Hornof (Prag), Dr. Herman Diamand (Lemberg), Valentino Pittoni (Triest), Etbin Kristan (Laibach), Teofil Melen (Przemysl).

Geschäftsordnung

für die

Verhandlungen des Parteitages.

1.

Die Meldungen zum Wort sind schriftlich einzureichen und erhalten die Redner nach der Reihenfolge der Anmeldung das Wort.

2.

Alle Anträge, außer denen zur Geschäftsordnung, sind schriftlich einzureichen.

3.

Bei Anträgen auf Schluß der Rednerliste oder Schluß der Debatte erhält nur ein Redner für und einer gegen das Wort. Das Wort zur Geschäftsordnung wird außer der Reihenfolge der vorgemerkten Redner erteilt. Jeder Delegierte hat das Recht, persönliche Bemerkungen oder tatsächliche Berichtigungen entweder am Schlusse der Sitzung oder der Debatte vorzubringen.

4.

Die Redezeit der Referenten wird auf eine Stunde festgesetzt.

In der Diskussion erhält jeder Redner 10 Minuten das Wort. Kein Redner darf mehr als zweimal in einer Sache das Wort nehmen.

Die einzelnen Reden, mit Ausnahme der Referate, werden nur über Verlangen in eine andere Sprache übersetzt.

5.

Die Beschlüsse werden mit absoluter Mehrheit der Abstimmenden gefaßt, Stimmengleichheit gilt als Ablehnung des Antrages.

6.

Auf Antrag von mindestens 20 Mitgliedern des Parteitages muß die namentliche Abstimmung über einen Antrag stattfinden.

7.

Nur die Teilnehmer haben das Recht, sich an der Diskussion zu beteiligen und abzustimmen; den Gästen kann nur über besonderen Beschluß des Parteitages ausnahmsweise das Wort erteilt werden.

Vorlagen an den Parteitag.

Bericht der Gesamtparteivertretung der Sozialdemokratie in Oesterreich an den Parteitag 1905 in Wien.

Auf die Zeit der tiefen Aufwühlung des Staates durch die wilden Explosionen des Nationalismus sind in der gegenwärtigen Berichtsperiode die Jahre der langsamen Zersetzung Oesterreichs gefolgt. Zerfall und Verwesung sind die Kennzeichen der politischen Geschichte der letzten zwei Jahre. War der Inhalt der bürgerlich-nationalen Forderungen schon vorher minderwertig, so ist der Streit nun vollends ins Kleinliche ausgeartet. Je weniger aber das Wesen des nationalen Kampfes der bürgerlichen Parteien in die Tiefe geht, je unersprießlicher er somit ist, um so allgemeiner wird die Kampfmüdigkeit und um so weiter entfernt sich die offizielle Politik von der ernsten Behandlung der Nationalitätenfrage, von dem Ziele der Befreiung und Erhebung der einzelnen Völker, und verflacht immer mehr zu einer niedrigen Portefeuille- und Stellenstreberei einzelner bürgerlicher Wortführer. Aber andererseits fordern die, durch die frivole chauvinistische Treiberei gerufenen Geister ihr Recht und der Boden wankt unter den bürgerlichen Parteien. Auch der drohende Mandatsverlust treibt sie immer lebhafter, sich rechtzeitig auf das sichere Land eines wohlbestallten Amtes zu retten, und die genasführten Völker werden mit Scheinerfolgen oder mit ins wahnsinnige übertriebenen nationalen Hetzen abgespeist. Einer dieser Scheinerfolge war der Sturz des Ministeriums Koerber, der die Rache dafür sein sollte, daß keine der nationalen Parteien auch nur den Hauch einer positiven Errungenschaft zu verzeichnen hatte, der aber objektiv die notwendige Folge einer Politik sein mußte, die bei vielleicht gutem Willen mit durchaus unzulänglichen Mitteln arbeitete, die bloß an den Erscheinungen und Wirkungen herumkurierte, während sie den tiefen Ursachen an den Leib zu rücken ängstlich vermied. An dieser Politik hat Koerbers Sturz gar nichts geändert, ja sein Nachfolger Gautsch, ein ideenloser glatter Höfling, ohne Richtung und Programm, versteht es nicht einmal, die üblich gewordenen Komplimente an politischen Fortschritt und soziale Fürsorge in halbwegs glaubwürdiger Form vorzubringen, geschweige denn, daß die Richtigkeit seiner Persönlichkeit imstande wäre, für die Unfruchtbarkeit seiner Politik durch positive Reformen auf dem Gebiete der Verwaltung oder auch nur durch Programme auf sozialem Felde wenigstens teilweise zu entschädigen.

Dieses völlig rücksichtslose Ministerium vermag sich denn auch nur durch Hinhalten der Parteien aufrecht zu halten. Der leiseste Versuch eines positiven Eingriffs, um diese oder jene nationale Forderung zu befriedigen, erzeugt sofort Mißtrauen, Verstimmung und Unruhe auf der anderen Seite und so sind alle die zahllosen Detailfragen, aus denen sich der nationale Streit der bürgerlichen Parteien zusammensetzt, bis heute ungelöst geblieben. Weder

die innere Amtssprache in Böhmen, noch die Errichtung einer tschechischen Universität in Mähren, weder die Troppauer Parallelklassen, noch die italienische Universität haben eine Erledigung gefunden, und selbst Fragen, die scheinbar weitab vom nationalen Kriegsschauplatz liegen, wie Verstaatlichung der Privatbahnen, Neuorganisation der Eisenbahnverwaltung und dergleichen, müssen ungelöst bleiben, so enorm auch der volkswirtschaftliche Schaden ist, den ihre Nichterledigung dem Staate zufügt, weil die Nichtbereinigung der nationalen Angelegenheiten alle öffentlichen Dinge auf den Kopf stellt, alle Fragen verzerrt, allen Bedürfnissen ihren natürlichen Inhalt nimmt und durch einen falschen verdrehten und widersinnigen ersetzt.

Aber mag auch die geschichtliche Logik dieser Zustände zu den furchtbarsten Wirrnissen führen, mag es zu Straßenkämpfen und Revolverschüssen, zu Häuserdemolierungen und Bajonettangriffen kommen, mögen zu der heillosen Verworrenheit unserer inneren Verhältnisse auch Mißhelligkeiten und Verwicklungen in der äußeren Politik treten, mag das ganze Staatswesen in die Auflösung gewaltsam hineingetrieben werden, keiner von jenen berufenen Hof- und Adelspolitikern wird sich zu dem einzigen, freilich radikalen, aber auch allein wirksamen Ausweg entschließen, der Einführung der nationalen Autonomie und des allgemeinen, gleichen Wahlrechts. Es mag freilich hart sein für die erbgesessenen Hüter des alten Oesterreich, einsehen zu müssen, daß das einzige Mittel, um Oesterreich überhaupt zu retten, die Zerschlagung dieses alten, morschen, lebensunfähigen Kronländerungeheuers und die Neuaufrichtung des Staates auf der Grundlage des freien Selbstbestimmungsrechtes der Völker ist, und gewiß ist, daß bei dieser Umkrempelung eine Menge verrosteter Privilegien völlig verschwinden werden; aber es ist eben auch nicht mehr möglich, über die so lebendig und stark gewordenen freiheitlichen Entwicklungsbestrebungen der Völker zur Tagesordnung hinwegzugehen. Sie drängen sich immer unaufhaltsamer an das Licht, und eine vernünftige Politik muß mit ihnen, kann nicht ohne sie, am allerwenigsten aber gegen sie operieren. Das nationale Programm der Sozialdemokratie gewinnt denn auch immer mehr an Boden und Verständnis selbst unter den vorgeschrittenen bürgerlichen Parteien. Das Ministerium Gautsch freilich, dieser untertänige Lakai höfischer Interessen, sucht den drohenden Zusammenbruch durch Austeilung einiger Minister- und Sektionschefstellen zu beschwören, den energischen Willen der breiten Volksmassen aber nach seinem obersten politischen Recht durch tückische Winkelzüge im Kron- und Ministerrate zu durchkreuzen. War somit die Aufgabe der österreichischen Sozialdemokratie aller Zungen in den verflossenen Jahren, unermüdlich und beharrlich die Mahnung zur Einführung der nationalen Autonomie ertönen zu lassen, so wird sie sich in der nächsten Zeit zum energischen Kampf für das von Hof und Feudaladel verweigerte allgemeine und gleiche Wahlrecht rüsten müssen. Ihre Stellung bleibt in allen Fällen durch ihr Programm und durch die Tatsachen klar bestimmt.

Die Aufgabe der Sozialdemokratie mußte vorläufig darauf beschränkt bleiben, zu den einzelnen Vorkommnissen Stellung zu nehmen und den Leitern dieses Rackers von Staat mit unerbittlicher Deutlichkeit, von Fall zu Fall, in Versammlungen und durch die Presse zum Bewußtsein zu bringen, daß die Arbeiter dieses korrumpierenden Kuhhandels mit den bürgerlichen Parteien müde sind, daß sie auf der Verwirklichung ihrer politischen Forderungen beharren, oder aber daß sie von der Fäulnis des österreichischen Sumpfes befreit werden wollen.

Bevor wir in Einzelheiten unserer Kämpfe eingehen, wollen wir unsere Dankesschuld an jene Genossen abtragen, die der Tod in diesen zwei Jahren aus unseren Reihen gerissen. Leider können wir nicht alle unsere verstorbenen Mitkämpfer hier namentlich anführen und müssen uns daher mit der Erinnerung an diejenigen begnügen, die über ihren engeren Wirkungskreis hinaus bekannt geworden sind. So starb nach langem Leiden und Siechtum am 27. Juli 1904 Genosse Anton Grablovic, einer der tüchtigsten Agitatoren und Organisatoren der slovenischen Bergarbeitern. Am 30. November 1904 schied unser wackerer polnischer Genosse Witold Reger, der durch seine

furchtlosen Kämpfe gegen die galizische Soldateska und speziell gegen das Regime Galgotzy bekannt geworden, nach einem langen Krankenlager aus dem Leben. Am 12. Oktober 1904 verloren wir unseren Josef Scheu, den Schöpfer des Proletariarliedes, den Sänger des Liedes der Arbeit und so vieler Gesänge, die Freud und Leid, Liebe und Zorn des Arbeiters ergreifend aussprechen. Scheu war aber nicht nur Künstler, sondern auch der unermüdliche und erfolgreiche Organisator, dessen Verdienst die große Organisation der Arbeitergesangvereine ist. Unvergänglich ist das Andenken des Mannes, der aus dem Herzen des Proletariers und zum Herzen des Proletariers zu sprechen wußte.

Im nachstehenden wollen wir nun in einigen Zügen ein Bild des Kampfes zu geben versuchen.

Am 25. Juni 1903 wurden nach ungefähr fünfmonatlichem Beisammensein des Reichsrates die Abgeordneten wieder einmal nach Hause geschickt, damit sich die Regierung das, was sie im Wege der parlamentarischen Beratungen an neuen Steuern und militärischen Mehrbelastungen nicht erhalten konnte, einfach absolutistisch mittelst des § 14 selbst bewilligen könne. Aus diesem Anlasse sah sich die Gesamtparteivertretung veranlaßt, am 5. Juli ein Manifest an die Wähler, Arbeiter und Parteigenossen herauszugeben, das gegen das Privilegienparlament scharf Stellung nimmt und den Ruf nach dem allgemeinen und gleichen Wahlrechte in verstärktem Maße erhebt. Anschließend daran erfolgte eine Reihe größerer Kundgebungen unserer Partei in ganz Oesterreich.

Bei diesen Wahlrechtsdemonstrationen kam es insbesondere in Brünn am 7. September 1903 durch das provokatorische Vorgehen der Polizei zu blutigen Zusammenstößen mit der Wache, bei der über dreißig Arbeiter durch Säbelhiebe verwundet worden sind, darunter mehrere Schwerverletzte.

Die organisierte Arbeiterschaft mußte jedoch nicht nur den Kampf gegen das Privilegienparlament führen, sondern sich auch vor allem gegen die absolutistischen Uebergriffe der Regierung zur Wehre setzen. So sollten wegen der parlamentarischen Wirren in Ungarn unsere Arbeitsbrüder im Waffenrocke im Herbst 1903 der längst ersehnten Beurlaubung nicht teilhaftig werden, weil das ungarische Parlament noch keine neuen Rekruten bewilligt hatte. Daraufhin erschien am 13. September 1903 in unseren Parteiblättern ein vom Verbande der sozialdemokratischen Abgeordneten gezeichneter Aufruf: „An unsere Brüder im Waffenrock!" Dieser Aufruf, der von der Staatsanwaltschaft sofort konfisziert wurde, nimmt entschiedene Stellung gegen die Zurückbehaltung aller ausgedienten aktiven Mannschaften und hat insbesondere auch in den Kasernen nicht nur sehr starke Verbreitung, sondern auch das notwendige Verständnis gefunden.

Außerdem hat unsere Partei in den Monaten Mai und Juni 1904 in einer mächtigen Agitation Stellung genommen gegen die neuen Militärforderungen in der Höhe von 353 Millionen Kronen. In ganz Oesterreich fanden zahllose Versammlungen und Protestkundgebungen gegen dieses neueste Attentat auf die Taschen des österreichischen Volkes mit der Tagesordnung: „Die Millionenforderungen für den Militarismus und die Notlage des arbeitenden Volkes" statt und es wurde gerade bei diesem Anlasse die Forderung nach Einführung der Alters- und Invaliditätsversicherung erhoben. Anschließend daran mußte die Partei ihre Stimme gegen den Lebensmittelwucher und die Biersteuer geltend machen. Dieser Kampf wurde von unseren Genossen in sehr vielen Orten mit ganz bedeutendem Erfolge geführt und von der Arbeiterschaft, die unter dem systematischen Lebensmittelwucher zu leiden hatte, sehr sympathisch begrüßt.

Der intensive Kampf, der von uns zugunsten der Einführung der Alters- und Invaliditätsversicherung, der Witwen- und Waisenversorgung mit zäher Ausdauer in dem letzten Jahre geführt worden war, *hatte wenigstens* den einen Erfolg, daß Dr. v. Koerber sich am letzten

Lebensabend seiner ministeriellen Tätigkeit, am 9. Dezember 1904, veranlaßt sah, ein in 252 Paragraphen fixiertes „Programm für die Reform und den Ausbau der Arbeiterversicherung" dem Parlament vorzulegen. Damit scheint es nun freilich aber auch sein Bewenden zu haben, denn sein Nachfolger Baron Gautsch ist bei seiner parlamentarischen Eröffnungsrede nicht mit einer Silbe darauf zu sprechen gekommen. Aufgabe der organisierten Arbeiterschaft selbst wird es sein müssen, mit aller Entschiedenheit und immer wieder von neuem auf die Erfüllung dieser für die Arbeiterschaft so wichtigen Forderung zu dringen. Gleichzeitig, respektive neben diesen Aktionen wurde von unserer Partei ein heftiger Kampf gegen die von der Regierung Mitte April 1905 im Parlament eingebrachte Kongruavorlage geführt, die eine Erhöhung der Kongruagebühren von 9,300.000 Kronen fordert und sich als eine Liebesgabe an den österreichischen Klerus darstellt.

Neben allen diesen Kämpfen, die die sozialdemokratische Partei außerhalb des Parlaments zu führen hatte, war sie ununterbrochen auf die Erringung des allgemeinen und gleichen Wahlrechtes in alle Vertretungskörper bedacht. Insbesondere war es die vorjährige Herbstsession der verschieden Landtage, die unsere Genossen in den einzelnen Kronländern benützten, um nicht nur gegen die noch rückständigen Formen, wie die teilweise noch bestehenden indirekten und mündlichen Wahlen anzukämpfen, sondern um das privilegierte Kurien- und Wahlkörpersystem zu beseitigen. Mit diesem Kampfe begannen am 28. September 1904 die Genossen in Brünn, indem sie die Galerie der mährischen Landtagsstube besetzten und von hier aus Reden an die versammelten Landtagsabgeordneten hielten, die alle in die Forderung ausklangen: „Was ist's mit dem allgemeinen und gleichen Wahlrecht?" Dabei wurden Hunderte von roten Flugzetteln, die in deutscher und tschechischer Sprache das allgemeine und gleiche Wahlrecht für Landtag und Gemeinde verlangen, in den Sitzungssaal unter die Abgeordneten geworfen, so daß der Landeshauptmann unter dem gewaltigen Eindrucke dieser Demonstration die Landtagssitzung schließen mußte.

Fast gleichzeitig mit Brünn nahmen auch die Wahldemonstrationen in Prag ihren Anfang. Zehntausende von rechtlosen Arbeitern demonstrierten am 9. Oktober 1904 in den Straßen und auf den öffentlichen Plätzen von Prag und Brünn gegen das Privilegienwahlrecht, Standarten und Tafeln mit der Aufschrift: „Nieder mit den Wahlrechtsräubern!" tragend. Auch wurde am 8. Oktober 1904 im galizischen Landtage von einem Mitglied der polnischen Volkspartei ein Antrag auf Einführung des allgemeinen, direkten und gleichen Wahlrechtes eingebracht, der nach kurzer Debatte dem Verwaltungsausschusse zugewiesen und somit zweifellos begraben worden ist.

Die Wahlreformbewegung hatte, allerdings vorläufig nur für Mähren, den Erfolg, daß am 13. Oktober 1904 im mährischen Landtage ein Dringlichkeitsantrag auf Einführung des direkten und geheimen Wahlrechtes eingebracht und auch einstimmig angenommen wurde. Damit aber, trotz aller abgegebenen Zusagen, auch selbst dieser kleine Fortschritt zur Verbesserung des Wahlrechtes nicht gemacht zu werden braucht, wurde plötzlich, anstatt wie vorher bestimmt am 12., der Landtag schon am 8. November geschlossen. Und damit wurde auch diese an sich ebenso geringfügige wie dringend nötige Reform begraben.

So hatte die Sozialdemokratie in Oesterreich unter den schwierigsten Verhältnissen gegen das rückständigste und borniertste Bürgertum einen Kampf um die Anerkennung ihrer Rechte zu führen, bei dem die tatsächlichen Erfolge oft weit hinter den aufgewendeten Mitteln zurückblieben und wo es der Arbeiterschaft bei größter Beharrlichkeit und Ausdauer nur möglich war, Zoll für Zoll dem Wahlunrechte und seinen Verteidigern den Boden abzugraben. Der einzig nennenswerte, wenn auch immerhin noch sehr bescheidene Erfolg ist die am 10. November 1903 erfolgte Reform der Landtagswahlordnung in Steiermark. Neben der Aufhebung des mündlichen und indirekten Wahlrechtes wurde getreu nach Badenischem Vorbilde eine al-

gemeine Wählerklasse mit acht Wahlbezirken geschaffen. Aber auch dieser kleine Fortschritt zeigte das starke Anwachsen der Partei und ihrer Organisation. Bei der am 20. September 1904 stattgefundenen steiermärkischen Landtagswahl entfielen in der allgemeinen Kurie von 14.435 abgegebenen Stimmen auf Genossen Resel 8769, auf den Klerikalen 2904 und auf den Volksparteiler 2754 Stimmen. Der Sozialdemokrat ist somit im ersten Wahlgange gewählt worden.

Bei der am 23. September hierauf stattgefundenen Stichwahl siegte im Leobener Wahlkreise Genosse Schacherl mit 12.259 Stimmen über den verbündeten klerikalen Mischmasch, der nur 12.097 Stimmen auf sich vereinigte. Das Stimmenverhältnis in allen acht Wahlkreisen der steiermärkischen allgemeinen Landtagskurie stellte sich im ersten Wahlgange wie folgt: Klerikale 56.442, Sozialdemokraten 40.600, Slowenisch-Klerikale und Nationale 27.905, Deutsche Volkspartei 16.160 und Bauernbündler 12.936 Stimmen.

In Steiermark sind also die Sozialdemokraten die zweitstärkste Partei.

In der abgelaufenen Berichtsperiode fand auch eine Ersatzwahl in der V. Kurie für den Reichsrat (9. Dezember 1903), und zwar im II. oberösterreichischen Wahlkreise (Steyr) statt, an der sich wohl unsere Genossen in Oberösterreich beteiligten, wo wir jedoch, da die Wahl von vornherein vollständig aussichtslos erschien, gegenüber der Wahl im Jahre 1901 einen Rückgang an Wahlstimmen zu verzeichnen hatten. Es erhielten: der klerikale Kandidat 22.112, der deutschfortschrittliche 5308, der sozialdemokratische 3509 Stimmen.

Bei der am 12. April 1905 stattgefundenen Reichsratsersatzwahl in Bruck an der Mur (Landgemeindenkurie) stellten unsere steiermärkischen Genossen den Klerikalen die Kandidatur des Genossen Resel gegenüber. Von 7753 Wählern beteiligten sich 5336 = 70 Prozent an der Wahl und erhielten im ersten Wahlgange: der Klerikale 2165, der Sozialdemokrat 1896 und der Bauernbündler 1264 Stimmen. Es kam somit zu einer Stichwahl zwischen dem Sozialdemokraten und dem Klerikalen, die am 15. April stattfand. Von den 5691 in der Stichwahl abgegebenen Stimmen erhielt der Sozialdemokrat 3062, der Klerikale blieb mit 2629 Stimmen in der Minorität. Genosse Resel ist somit neben Genossen Seitz der zweite in einer privilegierten Reichsratskurie gewählte Sozialdemokrat.

Was die sozialdemokratische Fraktion, der deutsche, tschechische und polnische Genossen angehören, als die einheitliche Vertretung der österreichischen Arbeiterschaft aller Zungen im Parlament ist, das ist die Gesamtparteivertretung außerhalb des Parlaments. Sie hat trotz der weitestgehenden Autonomie ihrer nationalen Organisationen alle Kämpfe, die sie zu führen gezwungen war, in voller Einheitlichkeit geführt. Die Gesamtparteivertretung setzt sich aus den einzelnen nationalen Exekutiven, respektive deren Bevollmächtigten zusammen und hält nach Bedarf ihre Sitzungen zur Erledigung gemeinsamer Angelegenheiten ab.

Die Gesamtpartei verfügt derzeit über fünf Tagesblätter (zwei deutsche, zwei tschechische und ein polnisches) und über eine große Anzahl zweimal, sowie einmal wöchentlich und 14tägig erscheinender Parteiblätter, die die Parteibewegung auf das tatkräftigste unterstützen und in ihrer stetig steigenden Auflage immer mehr an Einfluß auf die öffentliche Meinung gewinnen. Es ist nicht zu leugnen, daß auch bei uns an Stelle des gesprochenen Wortes immer mehr und mehr die überzeugende und aufklärende Kraft des geschriebenen Wortes tritt. Diesen Wandel in der Auffassung über die steigende Bedeutung unserer Parteipresse begrüßen wir mit aufrichtiger Genugtuung und Freude. Von besonderen Ereignissen innerhalb unserer Parteipresse heben wir hervor, daß das Zentralorgan unserer Partei, die „Arbeiter-Zeitung", am 1. Jänner 1905 seinen 10jährigen Bestand feierte. Aus diesem Anlasse wurde eine Jubiläumsnummer in einer Auflage von über 90.000 Exemplaren herausgegeben. Unser tschechisches Bruderorgan „Hlas lidu" in Proßnitz beging am 15. Juli 1905 das Fest seines 35jährigen Bestandes in der feierlichsten Weise.

Die unter den Genossen von Trient seit drei Jahren schwebenden Streitigkeiten gaben Anlaß zu zwei Konferenzen, die im Jänner 1905 abgehalten wurden und zu denen Genosse Dr. Ellenbogen von der Reichsparteivertretung als Delegierter entsendet wurde. Den Bemühungen dieses Genossen gelang es, einen vorläufigen Waffenstillstand in der Form der Beseitigung aller öffentlichen Polemiken herbeizuführen, sowie schließlich eine formelle Einigung auf der Grundlage gegenseitiger Erklärungen, sowie die Verschmelzung der beiden Gewerkschaftsblätter in eines. Da jedoch die Erklärungen nicht abgegeben wurden, so dauerten die Zwistigkeiten noch fort, bis auf einer Konferenz im Juli 1905 dem von Dr. Battisti redigierten „Il Popolo" der Charakter eines Parteiblattes entzogen wurde.

Die Gesamtparteivertretung kam wiederholt in die Lage, sich nicht nur mit den innerpolitischen, sondern auch mit Ereignissen außerhalb Oesterreichs zu beschäftigen. Wir erwähnen hier unter anderen unsere materielle Mithilfe und Unterstützung der Opfer der russischen Revolution zu Anfang des Jahres 1905 und die Anteilnahme an der Friedensmanifestation am 21. und 22. Mai 1905 in Triest. Die Beratungen dieser Konferenz, an der Delegierte der italienischen Organisationen von Triest und Südtirol, dann Delegierte der italienischen Sozialdemokratie und ihrer Parlamentsfraktion, Delegierte der österreichischen Gesamtparteivertretung, der südslavischen Exekutive sowie der ungarländischen Partei teilnahmen, galten vor allem der Stellungnahme zu den nationalen irredentischen Hetzereien und zu dem Kriegslärm und den Kriegsrüstungen zwischen Oesterreich und Italien. In einer umfangreicheren Resolution wurde der Standpunkt der Sozialdemokratie beider Staaten festgelegt und zum Schlusse betont: „Den diplomatischen Intriguen und dynastischen Ambitionen auf beiden Seiten setzt die Sozialdemokratie die Solidarität des Proletariats von Italien mit dem aller in Oesterreich-Ungarn lebenden Nationen entgegen." Die Verhandlungen auf dieser Konferenz waren von ebenso echt sozialdemokratischem als wahrhaft internationalem Geiste getragen und haben zweifellos ihre Wirkung nicht verfehlt.

Das Organisationscomité einer sogenannten „Jüdischen sozialdemokratischen Arbeiterpartei Galiziens" brachte in einem vom 30. April 1905 gefertigten Schreiben der Gesamtparteivertretung zur Kenntnis, daß es den Entschluß gefaßt habe, am 1. Mai d. J. aus der polnischen sozialdemokratischen Partei auszutreten und an die Konstituierung der „jüdischen Partei" zu schreiten, die am 9. und 10. Juni d. J. auf einem Kongresse in Przemysl erfolgen sollte. Die Gesamtparteivertretung beschäftigte sich in Anwesenheit eines Vertreters dieser jüdischen Separatisten in zwei Sitzungen am 12. und 13. Mai d. J. mit dieser Sache und wurde das Resultat der Debatte in folgendem einstimmigen Beschlusse zusammengefaßt:

„Die Gesamtexekutive ist nicht in der Lage, die selbständige „Jüdische sozialdemokratische Partei Galiziens" anzuerkennen, weil sie unserem Brünner Programm und der Organisation unserer Partei widerspricht; sie ist auch nicht in der Lage, der Einladung zu einem Kongreß von Leuten zu folgen, die sich faktisch außerhalb der Partei gestellt haben.

Die Gesamtexekutive nimmt weiter die sich hierauf beziehende Resolution der polnischen Exekutive zustimmend zur Kenntnis und spricht die Hoffnung aus, daß die jüdischen Proletarier Galiziens, in klarer Erkenntnis ihrer eigenen wahren politischen und ökonomischen Interessen, treu und fest wie bisher auf dem Boden der in hundert Kämpfen bewährten sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Organisation Schulter an Schulter mit ihren polnischen Genossen nach wie vor ihre Pflicht tun und daß sie sich den reaktionären und die Interessen des gesamten, insbesondere aber des jüdischen Proletariats schädigenden Bestrebungen der sogenannten „Jüdischen sozialdemokratischen Partei" entgegenstellen werden."

Das jüdische Organisationscomité hat sich trotz dieses Beschlusses auf der in Przemysl stattgefundenen Konferenz als „selbständige jüdische Arbeiterpartei" konstituiert und damit den Schritt auch formell vollzogen, der es außerhalb der Partei stellt.

*

Im großen und ganzen können wir hier mit Genugtuung aussprechen, daß die Partei, nach einer Zeit der unleugbaren Erschlaffung, nunmehr wieder überall auf dem Vormarsche begriffen ist. Wenn es auch mit unseren Organisationen in einzelnen Wahlkreisen noch immer nicht auf das beste bestellt ist, wenn auch die politischen Organisationen, insbesondere die Straßen- und Häuserorganisation, noch viel zu wünschen übrig lassen, so können wir dennoch konstatieren, daß gerade in den letzten beiden Jahren unstreitig sehr viel nachgeholt worden ist. Mit der politischen untrennbar verbunden, hat auch die gewerkschaftliche Organisation seit dem letzten Gewerkschaftskongresse (8. bis 12. Juni 1903) sehr bedeutende Fortschritte aufzuweisen. Große erfolgreiche Lohnkämpfe wurden in den letzten Jahren von den einzelnen Berufsgruppen geführt und Aussperrungen, die von Unternehmerorganisationen zur Vernichtung des Koalitionsrechtes der Arbeiter inszeniert wurden, sind mit vollem Erfolge und sehr zum Nachteile diverser Scharfmacher abgewehrt worden.

Die Konsumentenorganisation beginnt immer mehr und mehr die Aufmerksamkeit unserer Parteigenossen auf sich zu lenken und ist es gewiß eine sehr erfreuliche Tatsache, wenn auf dem im September d. J. stattgefundenen Verbandstage der Konsumvereine berichtet werden konnte, daß der „Zentralverband österreichischer Konsumvereine" 347 Konsumvereine und Produktivgenossenschaften mit zusammen über 100.000 Mitgliedern umfaßt. Sein Organ, „Der Konsumverein", hat eine Auflage von über 3000 Exemplaren.

Neben der Frauenorganisation hat sich auch die Organisation der jugendlichen Arbeiter nicht nur innerlich gefestigt, sondern sie hat auch ganz schöne Fortschritte in Bezug auf den Ausbau und die Erweiterung ihrer Organisation aufzuweisen. Im übrigen verweisen wir auf die angeschlossenen Einzelberichte, die ein genaueres Bild über die Tätigkeit unserer nationalen Organisationen und ihre Erfolge geben.

Trotz der allgemeinen politischen Verlotterung, die uns in diesem Oesterreich auf Schritt und Tritt entgegentritt und die jedem Arbeiter die Teilnahme am politischen und parlamentarischen Leben verekelt, können wir dennoch auf zwei Jahre schwerer und den Umständen angemessener erfolgreicher Tätigkeit zurückblicken. Was die Arbeiterschaft in diesen beiden Jahren errungen hat, das hat sie ihrer eigenen Kraft, ihrem unbeugsamen Willen und der Einheitlichkeit ihrer Organisation zu verdanken. Von diesem Bewußtsein erfüllt, wird das sozialdemokratisch organisierte Proletariat aller Zungen den einmal aufgenommenen Kampf weiterführen, vertrauend auf seine Stärke und festhaltend an der Geschlossenheit und Einheit der Organisation trotz alledem und alledem!

Für die Gesamtparteivertretung:

Die Sekretäre:

F. Skaret. A. Němec. J. Daszynski.

Kassabericht der Gesamtparteivertretung für die Zeit vom 1. Juli 1903 bis 30. Juni 1905.

Einnahmen	K	K	Ausgaben	K	K
Pauschalien:			Gesamtparteitag 1903	.	804·28
deutsche Parteiexekutive bis August 1905	2240·—		Subvention dem Triester Sekretariat	1200·—	
tschechoslaw. „ „ April 1905	920·—		„ „ slowenischen „	850·—	
polnische* „ „ Juni 1903	100·—		„ den Ruthenen („Wola")	200·—	2250·—
italienische „ „ April 1903	20·—		Konferenzen, Parteitage ꝛc.	.	1083·30
slowenische „ à conto	50·—	3330·—	Unterstützungen	.	220·—
Beiträge zum Gesamtparteitag 1903:			Drucksorten (italienische Konferenz)	.	100·—
deutsche Parteiexekutive	450·—		Rückzahlung an den Zentralwahlfonds	.	31·38
tschechoslaw. „	300·—	750·—	Diverse	.	61·60
Beitrag der Eisenbahner	.	420·—	Porto, Telegramme ꝛc.	.	4·85
Rückzahlung (Rechtsschutz)	.	8·—	Zusammen	.	4555·41
Zusammen	.	4508·—	Kassastand am 1. Juli 1905	.	129·77
Saldo am 1. Juli 1903	.	177·18			
Totale	.	4685·18*	Totale	.	4685·18

Bilanz am 1. Juli 1905.

Aktiva	K	Passiva	K
Restierende Monatsbeiträge der polnischen Parteiexekutive	480·—	An den Zentralwahlfonds	500·—
„ „ „ slowenischen „	420·—	Druckereirechnung vom Gesamtparteitag 1903	63·50
„ „ „ italienischen „	450·—	Defizit vom Gesamtparteitag 1903	54·28
Restierender Beitrag zum Gesamtparteitag 1903:			
der polnischen Parteiexekutive	150·—		
„ slowenischen „	50·—		
„ italienischen „	50·—		
Kassastand am 1. Juli 1905	129·77		
Zusammen	1729·77	Zusammen	617·78

Kontrolliert am 16. Juli 1905: **Karl Seitz. Amalie Seidel. Josef Steiner.** **Karl Korinek**, Kassier.

* Die polnische Parteiexekutive zahlte bis September 1905 an restierenden Beiträgen Kr. 125·32.

Bericht der deutschen Parteiexekutive

für die Zeit vom 1. Juli 1904 bis 30. Juni 1905.

Der Bericht der deutschen Exekutive an den Gesamtparteitag sollte eigentlich ebenfalls eine zweijährige Periode umfassen. Um aber Wiederholungen in den Parteitagsprotokollen vorzubeugen, verweisen wir betreffs unserer Tätigkeit vom 1. Juli 1903 bis 30. Juni 1904 auf den Bericht des deutschen Parteitages in Salzburg.

Neben der Durchführung der gemeinsamen Parteiangelegenheiten war die deutsche Parteiexekutive in der letzten Zeit besonders darauf bedacht, die politische Organisation im Sinne des Straßen- und Häuservertrauensmännersystems auszubauen. Ueberall dort, wo sich unsere Genossen der Sache mit Ernst und Fleiß angenommen haben, konstatieren wir eine bedeutende Stärkung unserer Organisation. Bedauerlich ist nur, daß wir in einer großen Anzahl durchaus nicht aussichtsloser Industrieorte immer wieder auf die bekannten und durch nichts gerechtfertigten Einwände stoßen: „Bei uns geht das nicht" oder „Bei uns ist mit den Leuten nichts zu machen". Daß die Straßen- und Häuserorganisation dennoch durchführbar ist, das haben uns die Vertrauensmänner in Wien sowie der einzelnen Orte in Böhmen und vor allem unsere Genossen in Steiermark bewiesen.

Hand in Hand mit der Durchführung der Straßen- und Häuserorganisation ging die Anlage von Katasterblättern für alle im Orte Wahlberechtigten zu einem einheitlichen Wahlkataster, der uns nicht nur bei den verflossenen Ersatz- und Gemeindewahlen große Dienste leistete, sondern der für die kommenden Reichsratswahlen ein unentbehrlicher Behelf für das Reklamationsverfahren sowie die ganze Wahlarbeit selbst sein wird.

Im großen und ganzen hat die deutsche Parteiorganisation im letzten Jahre organisatorisch als auch durch die Beteiligung bei den diversen Wahlen sehr schöne Fortschritte zu verzeichnen. Nicht nur daß unsere Genossen in den Vertretungskörpern aller jener Länder und Gemeinden, denen eine allgemeine Wählerklasse angegliedert worden ist, zum Teile schon im ersten Wahlgange siegten, so haben sie auch vielfach in den privilegierten Wahlkörpern die bürgerlichen Gegner von ihren Sitzen herabgeschleudert. Der Vormarsch der deutschen Sozialdemokratie zeigt sich trotz aller Mangelhaftigkeit der Berichte nur zu deutlich und ist das wieder nur auf die fleißige und unermüdliche Organisationsarbeit in den betreffenden Wahlbezirken und Orten zurückzuführen. Wo wir die vermissen, läßt sich von Erfolgen sehr wenig melden im Gegenteil, wir sind oft bei größter Anstrengung nicht imstande, bereits innegehabte Positionen zu behaupten.

Was die Organisation der deutschen Sozialdemokratie betrifft, so erstreckt sich deren Tätigkeit auf 37 Reichsratswahlkreise der fünften Kurie. Soweit Berichte aus diesen Wahlkreisen vorliegen und soweit diese Berichte Anspruch auf Genauigkeit erheben können, umfaßt die deutsche Parteiorganisation 137.600 in Vereinen organisierte Mitglieder. Den Wünschen um Anstellung und Besoldung unabhängiger Vertrauensmänner ist die deutsche Parteiexekutive in weitestem Ausmaße in der Weise entgegengekommen, daß sie je nach den bestehenden Verhältnissen Zuschüsse zu einzelnen notwendig gewordenen Anstellungen leistet. Es sind das bis zum Schluß der Berichtsperiode 13 solcher Vertrauensmänner, die insgesamt Zuschüsse aus der Reichsparteikasse in der Höhe von 374 Kr. monatlich erhalten.

Von Bedeutung ist auch die agitatorische Tätigkeit unserer Partei. Insoweit sich Daten darüber festhalten ließen, haben in dem abgelaufenen Jahre 1735 Volks-, über 17.000 Vereinsversammlungen und zahllose Besprechungen auf Grund des § 2 des Versammlungsgesetzes stattgefunden. Bei der großen Anzahl der Versammlungen, die sich zumeist auf einen sehr knappen Zeitraum beschränken, ja von denen oft an einem bestimmten Tage sehr viele stattfinden, ist es leider dem Parteisekretariate nicht immer möglich, allen Wünschen um Referenten nachzukommen.

Die deutsche Sozialdemokratie hat an allen gemeinsamen Aktionen gegen agitatorischen *Anteil genommen*. Sie hat im Herbst 1904 in zahllosen Versammlungen

den Lebensmittelwucher sowie die Erhöhung der Biersteuer bekämpft. Sie war es mit, die in großen Kundgebungen die Alters- und Invaliditätsversicherung forderte. Nebst allem diesen stand unsere Partei in Niederösterreich und speziell in Wien im Kampfe mit den christlich-sozialen Schulverderbern.

Sehr schöne Erfolge hat unsere Parteiorganisation bei den im Laufe des letzten Jahres erfolgten Wahlen erzielt.

Wir verweisen hier auf die am 20. September 1904 stattgefundene Landtagswahl in Steiermark, wo unsere Genossen das erstemal auf Grund der neuen Landtagswahlordnung in der allgemeinen Wählerklasse wählten und von den acht Mandaten zwei eroberten. Auch bei der Reichsratsersatzwahl in Bruck an der Mur siegte Genosse Resel in der Landgemeindenkurie gegen den klerikalen Kandidaten. Außerdem haben im Berichtsjahre unsere Genossen bei einer Reihe von Gemeindewahlen zum Teile im dritten, zum Teile in dem neugeschaffenen vierten Wahlkörper eine große Anzahl von Mandaten erobert. Wir müssen uns hier begnügen, nur die Gesamtziffer zu konstatieren, und stellt sich dieselbe nach den vorliegenden Berichten wie folgt:

In 152 Orten hat die deutsche Sozialdemokratie im ersten Wahlkörper 6, im zweiten 26, im dritten 316 und im vierten Wahlkörper 77, somit zusammen 425 gewählte Gemeindevertreter, darunter in zwei Orten sogar sozialdemokratische Gemeindevorsteher. Wir verweisen bezüglich der Details auf die angeschlossenen Einzelberichte der Wahlkreise. Wo immer jedoch unsere Genossen bei den Gemeindewahlen unterlagen, so haben sie es dennoch zu einer sehr erheblich gesteigerten Stimmenzahl gebracht, so daß bei der regen Beteiligung und bei dem erhöhten Interesse, das unsere Genossen jetzt den Gemeindewahlen entgegenbringen, begründete Hoffnung vorhanden ist, bei den nächsten Wahlen die sozialdemokratischen Sitze noch erheblich vermehren zu können.

Die deutsche Parteiexekutive war nicht nur bestrebt, stets einen innigen Kontakt mit den zu ihr gehörigen Landes- und Wahlkreisorganisationen aufrecht zu erhalten, weshalb sie auch bei den meisten der Landes- und Wahlkreiskonferenzen durch Delegierte vertreten war, sondern sie hat auch ihren internationalen Beziehungen in jeder Weise Rechnung getragen. Die deutsche Parteiexekutive war auf dem internationalen Sozialistenkongresse in Amsterdam (14. bis 20. August 1904) durch die Genossen: Adler, Skaret und Ellenbogen vertreten. In das internationale Bureau, das seinen Sitz in Brüssel hat, wurden für die deutsche Sozialdemokratie in Oesterreich die Genossen Adler und Skaret wiedergewählt. Zum deutschen Parteitag in Bremen (18. bis 24. September 1904) wurde Genosse Schuhmeier delegiert.

Die Maifeier wurde in der Berichtszeit in unvermindertem Umfange begangen. Wohl mußte teilweise in jenen Betrieben und Berufsgruppen, die durch starke wirtschaftliche Krisen heimgesucht worden sind, von der Arbeitsruhe an diesem Tage Abstand genommen werden, was jedoch nicht hinderte, daß die österreichische Arbeiterschaft, wo immer es aus der Natur der Verhältnisse möglich ist, diesen Tag nach wie vor demonstrativ durch Arbeitsruhe feiert.

An dem Stande unserer Parteipresse hat sich, wenn wir von der Fusionierung des Klagenfurter „Volkswille" mit dem Grazer „Arbeiterwille" absehen wollen, eigentlich nichts geändert. Die Auflage der einzelnen Blätter ist jedoch bedeutend gestiegen und darum ihr Einfluß auf die öffentliche Meinung zweifellos ein größerer geworden.

Ueber den Stand der **deutschen Parteipresse** am 1. Juli 1905 gibt nachstehende Zusammenstellung Auskunft.

a) politische Blätter:

Es erscheinen:

Täglich	2	Blätter
Wöchentlich zweimal	3	„
„ einmal	19	„
Vierzehntägig	1	Blatt
Zusammen	25	Blätter

b) Gewerkschaftsblätter:

Wöchentlich einmal	4	Blätter
Monatlich dreimal	6	„
Vierzehntägig einmal	7	„
Monatlich zweimal	12	„
„ einmal	15	„
Zusammen	44	Blätter

Außer den politischen und gewerkschaftlichen Blättern erscheinen noch:

„Der Konsumverein", Organ des Zentralverbandes österreichischer Konsumvereine, einmal monatlich; der „Arbeiterschutz", Organ der Krankenkassen Oesterreichs, zweimal monatlich; der „Jugendliche Arbeiter" einmal monatlich; der „Naturfreund" einmal monatlich; die „Arbeiter-Sängerzeitung" einmal monatlich; die „Musiker-Zeitung" wöchentlich; der „Arbeiterstenograph" einmal monatlich und „Der Freidenker" einmal monatlich; lauter Blätter, die fast ausschließlich unter den organisierten Arbeitern Verbreitung finden und die ganz speziellen Betätigungen unserer Genossen in der Gesamtbewegung darstellen.

Wohl haben sich die preßgesetzlichen Verhältnisse in den letzten Jahren um einiges gebessert und hat insbesondere in Wien die Presse eine größere Bewegungsfreiheit erhalten. Dessenungeachtet aber verzeichnen wir auch in diesem Jahre bei sieben Blättern 17 Konfiskationen, von denen 8 auf Böhmen, 5 auf die Bukowina, 3 auf Mähren und 1 auf Oberösterreich entfallen. Man sieht daraus, daß der Tatendrang, respektive Amtseifer so manches „strebsamen" Amtsorgans noch immer nicht zu bändigen ist.

Die Zahl der politischen Verfolgungen sowie Verurteilungen wegen sonstiger Uebertretungen haben im letzten Berichtsjahre erfreulicherweise sehr stark nachgelassen und stellen sich die Bestrafungen nach den eingegangenen Berichten im Berichtsjahre wie folgt:

In 110 Fällen, in denen Anklagen erhoben worden sind, erfolgten 93 Verurteilungen; in 26 Fällen wurden freisprechende Urteile gefällt. Insgesamt wurden 14 Personen zu Freiheits-, der Rest zu Geldstrafen verurteilt. Die Strafen betrugen insgesamt 16 Monate und 3 Tage, darunter vier Monate schweren Kerkers und 478 Kr. Geldstrafen. Die meisten Bestrafungen erfolgten, wie wir das in Oesterreich schon einmal gewohnt sind, wegen Uebertretung des Kolportageverbotes. Bemerken wollen wir noch zum Schlusse, daß diese Liste der Verurteilungen keinen Anspruch auf Vollständigkeit erheben kann.

Wie aus vorstehendem Berichte ersichtlich, hat die deutsche Sozialdemokratie in Oesterreich organisatorisch wie agitatorisch sehr schöne Erfolge erzielt. Mitten darinnen im Trubel chauvinistischer Exzesse ist die Sozialdemokratie unbeirrt auf dem ihr durch das Programm vorgezeichneten Wege vorwärts geschritten.

Was wir jedoch bis heute errungen haben, das danken wir vor allem auch der Ausdauer und dem Opfermute jedes einzelnen unserer Parteigenossen. Große entscheidende Kämpfe stehen uns noch bevor, schwere Opfer werden noch gebracht werden müssen. Sie werden zweifellos im Kampfe um das allgemeine und gleiche Wahlrecht nicht umsonst gebracht werden.

Ferdinand Skaret,
Parteisekretär.

Im nachstehenden lassen wir den Spezialbericht der einzelnen Kreis- und Landesorganisationen folgen:

Böhmen.

I. **böhmischer Wahlkreis (Prag).** Gliederung. Die Wahlkreisorganisation ist eigentlich eine Lokalorganisation für Prag und Umgebung. Die Durchführung der Straßenorganisation ist erklärlich bei einer Minderheitsorganisation, wie sie die deutschen Sozialdemokraten in Prag bilden, naturgemäß nicht möglich.

Vereine. Es bestehen drei Vereine mit 152 Mitgliedern. Parteibeiträge werden von zirka 50 Personen regelmäßig geleistet.

Versammlungen. Wir zählten 41 Vereins- und sechs § 2-, also zusammen 47 Versammlungen.

Besondere Bemerkungen. Die Maifeier, sowie alle großen Aktionen wurden gemeinsam mit der tschechischen Organisation begangen. Es fehlt vielfach an den geeigneten Personen. Sonst ließe sich ziemlich viel machen.

III. **böhmischer Wahlkreis (Mies).** Gliederung. Der Sitz der Kreisvertretung wurde während der Berichtszeit von Chotieschau nach Tachau verlegt. Der Kreis ist in sieben Bezirksorganisationen eingeteilt, von denen aber nur fünf funktionieren. Drei der Bezirke, nämlich Tuschkau, Staab und Bischofteinitz sind gemischtsprachig, was die Organisationstätigkeit natürlich noch mehr erschwert.

Häuserorganisation. Diese ist nur in acht Orten des Wahlkreises und auch dort nur teilweise halbwegs entsprechend durchgeführt. 390 Personen leisten nach den Erhebungen regelmäßige Beiträge für die politische Partei, die in der Regel 10 Heller per *Mitglied und Monat* betragen.

Vereine. Die Zahl der zur Partei gehörigen Vereine ist ebenso wie ihr Mitgliederstand nicht in brauchbarer Weise erhoben worden.

Versammlungen. Es wurden, soweit die Erhebungen dies ergeben, 26 Volks-, 32 politische Vereins-, 17 nichtpolitische Vereins-, 99 § 2-Versammlungen der Partei und acht § 2-Versammlungen der Branchenorganisationen, also zusammen 182 Versammlungen abgehalten. Verboten wurde eine Versammlung.

Presse. Das Organ der Wahlkreisorganisation ist „Der Vorwärts", der wöchentlich einmal erscheint und eine Auflage von 1000 Exemplaren hat. Er wurde dreimal konfisziert.

Maifeier. Der 1. Mai wurde in fünf Orten durch vollkommene, in drei durch teilweise Arbeitsruhe gefeiert.

Wahlen. Während der Berichtszeit siegte die Partei bei den Bezirkskrankenkassenwahlen in Tachau und bei den Gemeinderatswahlen in Přestawet, wo es gelang, zwei Genossen im dritten und einen im zweiten Wahlkörper durchzubringen.

Vertretung in den Gemeinden. Im ganzen Wahlkreise sind derzeit in vier Gemeinden Vertreter unserer Partei, und zwar zwölf im dritten und zwei im zweiten Wahlkörper.

Besondere Bemerkungen. Die Parteiorganisation kann sich nur langsam entwickeln, weil der große Wahlkreis ohne Industrie ist und in den Kohlenbecken des Staaber Bezirkes durch die Quertreibereien des Simon Stark arge Zwistigkeiten in die Organisation getragen wurden.

IV. **böhmischer Wahlkreis** (**Eger**). Obwohl der Einlauf der Berichte zu wünschen übrig läßt und einzelne Lokalorganisationen sich noch nicht zu der selbstverständlichen Pünktlichkeit aufgeschwungen haben, die ihnen zugewiesenen Fragebogen auszufüllen und der Kreisleitung einzusenden, sind wir doch in der Lage, einen kleinen Aufschwung der Parteiorganisation im Wahlkreise konstatieren zu können.

Häuserorganisation. Bislang fehlte es unter anderem hauptsächlich an der so notwendigen Durchführung und wichtigen Handhabung der Straßen- und Häuserorganisation. Nun sind wir in der Lage, konstatieren zu können, daß insbesondere die Bezirke Asch, Karlsbad, Lichtenstadt und der Erzgebirgebezirk Platten-Bärringen mit der Durchführung dieser Organisationsform ganz bedeutsame Erfolge erzielten, was wohl die große Steigernng der Auflage des Kreisorgans in jenen Bezirken deutlich beweist. Viel zu wünschen übrig läßt die Regulierung der Parteisteuerleistung. Die Einnahmen der Wahlkreiskasse betrugen im Berichtsjahre Kr. 549·70, denen Ausgaben von Kr. 539·69 entgegenstehen. Die Wahlkreisexekutive ist nun darangegangen, durch Anschaffung von Drucksorten den Genossen im Wahlkreise die konsequente und praktische Durchführung der Straßen- und Häuserorganisation zu erleichtern. Die Bewältigung dieser Arbeit dürfte in absehbarer Zeit auch finanziell den Wahlkreis besser stellen.

Vereine. Die gewerkschaftlichen Organisationen, darunter besonders die Porzellanarbeiter, Tabakarbeiter von St. Joachimsthal, Handschuhmacher im Erzgebirge, weisen eine bedeutende Mitgliederzunahme auf. Auch die Union der Bergarbeiter Oesterreichs macht trotz der in den Bergwerksbezirken infolge der andauernden wirtschaftlichen Krise sich ergebenden mißlichen Verhältnisse Fortschritte.

Versammlungen. Es wurden im Berichtsjahre 33 Volks- und 319 §2-Versammlungen, 18 Bezirks- und 4 Kreiskonferenzen, außerdem 4 Sitzungen der erweiterten Kreisvertretung abgehalten.

Presse. Das Kreisorgann „Volkswille" erscheint wöchentlich einmal in Falkenau an der Eger. Seine Auflage betrug am Ende der Berichtszeit 3600 Exemplare und hat sich seitdem noch bedeutend verbessert.

Maifeier Die Maifeier war in diesem Jahre sehr imposant. Sie wurde nahezu überall feierlich mit völliger Arbeitsruhe begangen. Nur die Ascher Textilprotzen schlugen das Verlangen um Freigabe des 1. Mai ab, was eine allgemeine Erbitterung unter der dort zum großen Teil gut organisierten Arbeiterschaft hervorrief. Der nächste 1. Mai dürfte aber auch dort durch Arbeitsruhe begangen werden.

Wahlen. Erfolgreiche Arbeit bei Gemeindewahlen machten die Genossen in Wernersreuth (Bezirk Asch), wo der Kampf unter der Leitung des Genossen Albin Dötsch zu einem schönen Sieg der dortigen Arbeiterschaft ausfiel.

Besondere Bemerkungen. Gegenwärtig steht der Wahlkreis im Zeichen des Wahlkampfes. In allen Orten und fast jeden Tag finden Besprechungen unter den Genossen Vertrauensmännern statt, um die in kurzer Zeit folgende Massenaktion mit Erfolg durchzuführen. Hand in Hand mit dieser Arbeit geht auch eine durchgreifende Agitation für die vollständige Durchführung der Straßen- und Häuserorganisation.

V. böhmischer Wahlkreis (Teplitz). Gliederung. Der Teplitz-Saazer Wahlkreis umfaßt sieben Bezirksorganisationen, und zwar: Teplitz, Dux, Brüx-Oberleutensdorf, Kaaden, Komotau, Weipert und Saaz.

Häuserorganisation. Die Straßen- und Häuserorganisation funktioniert in Saaz bereits vollständig, in allen anderen Orten ist man mit der Durchführung derselben beschäftigt. In vielen Orten ist der Wahlkataster vollständig fertig und es ist bestimmt anzunehmen, daß bis zum Berichte an den im nächsten Jahre stattfindenden deutschen Parteitag die vollständige Durchführung von überall wird zu melden sein. Als Form für die Straßen- und Häuserorganisation wurde die Anlegung des Wahlkatasters nach Wiener Muster gewählt. Die größeren Orte wurden in Bezirke eingeteilt, diese wählen die Gassenvertrauensmänner und endlich werden die Häuservertrauensmänner gewählt. Lokalorganisationen bestehen im Wahlkreise 61, denen laut uns zugegangenen Berichten 1953 Genossen angehören und ihre Parteibeiträge an dieselbe leisten. Als Beitrag zur Partei heben die politischen Vereine 20 Heller pro Monat ein, wovon 10 % an die Reichspartei, 20 % an die Kreisvertretretung und 20 % an die Lokalorganisation abgeführt werden; 50 % verbleiben der Bezirksvertretung. Von diesen Beiträgen sollen die Agitations- und Verwaltungskosten bestritten werden. Bei den ganzen Eingängen aber verbleibt nach Bestreitung der Kosten für die Administration und die diversen Delegierungen nicht mehr viel für die Agitation und müssen die Reinerträgnisse von Festveranstaltungen und die Beiträge der Genossen für den Agitationsfonds die Kosten der Agitation mitbestreiten helfen.

Vereine. Im Kreise bestehen 135 Vereine mit 6679 Mitgliedern. Das Vermögen des Wahlfonds in den einzelnen Organisationen beziffert sich zusammen auf Kr. 593·36. Politische Vereine bestehen in den Orten: Teplitz, Dux, Oberleutensdorf, Kaaden, Komotau, Weipert und Saaz, und sind die Vorstände derselben gemäß den Beschlüssen der Kreisvertretung zugleich die Bezirksvertretungen.

Versammlungen. Es wurden 55 politische Vereins-, 1278 gewerkschaftliche Vereins-, 869 § 2-Versammlungen der Partei, 83 § 2-Versammlungen der Branchenorganisationen und 87 Volksversammlungen abgehalten. Verboten oder aufgelöst wurde keine davon.

Presse. Die Parteipresse des Wahlkreises besteht aus folgenden Blättern: „Freiheit", als Kreisorgan, erscheint wöchentlich zweimal bei einer durchschnittlichen Auflage von 2300 Exemplaren in Teplitz; die „Nordwestböhmische Volkszeitung", als Kopfblatt der „Freiheit", erscheint in Saaz wöchentlich einmal in einer Auflage von 850 Nummern; der „Glück auf" in Turn hat wöchentlich 3200 Exemplare; „Der Glasarbeiter" in Teplitz erscheint wöchentlich in einer Auflage von über 3000 Exemplaren. Konfiskationen sind nur sehr wenige zu verzeichnen.

Maifeier. Die Maifeier ist in Teplitz selbst, trotzdem sie auf einen Wochentag fiel, nicht weniger imposant ausgefallen als in den vorhergegangenen Jahren an Sonntagen. Auch aus den einzelnen Orten des Kreises liefen überaus erfreuliche Berichte über den glänzenden Verlauf der Maifeier ein. Vormittags fanden Volksversammlungen statt, nachmittags wurden Demonstrationen mit anschließenden Festkonzerten veranstaltet. Am Teplitzer Demonstrationszug beteiligten sich zirka 4000 Personen.

Politische Verfolgungen sind keine zu verzeichnen. Nur in Komotau, wo die Handelsangestellten ein Flugblatt, betitelt: „Offener Brief an den Herrn Statthalter", herausgaben, wurde, weil man die Verbreiter nicht erwischte, sonderbarerweise gegen den Obmann und noch einen Funktionär der Handelsangestelltenorganisation die Strafamtshandlung diesbezüglich eingeleitet. Gegen dieses unerhörte und ungesetzliche Vorgehen wurde durch unseren sozialdemokratischen Verband im Abgeordnetenhause eine Interpellation eingebracht und nun ruht die ganze Angelegenheit.

Wahlen. Im Berichtsjahre hat für den Städtewahlbezirk Saaz-Oberleutensdorf-Bilin-Postelberg-Görkau die Ersatzwahl des durch den Tod des Dr. Zdenko Schücker erledigten Reichsratsmandates der III. Kurie stattgefunden. Entgegen dem Beschlusse der Kreisvertretung in diese Wahl nicht einzugreifen, wurde aber von Saaz und Bilin gedrängt, doch einen Zählkandidaten aufzustellen. Als solcher wurde Genosse Selinger nominiert, auf den bei der Wahl 115 Stimmen entfielen. Es kam zur Stichwahl, wobei der Nationale Dr. Herold gegen den Liberalen Dr. Lechner gewählt wurde. An den Gemeindewahlen beteiligten sich im Berichtsjahre, soweit Meldungen hierüber vorliegen, die Genossen in Turn, Prasseditz, Eichwald und Weiskirchlitz und brachten es gegen die zumeist vereinigte bürgerliche Clique auf nennenswerte Minoritäten.

Sozialdemokraten in der Gemeinde. Sozialdemokratische Gemeindevertreter sitzen im Graupener Gemeinderate (zwei Mann vom III. Wahlkörper) die anderen sind nur mit ein oder zwei Stimmen gegen die Klerikalen und Fortschrittler in der Minorität *geblieben*. *Litschkau* hat vier sozialdemokratische Vertreter im Gemeinde-

Maifeier. Der 1. Mai wurde von den Glasschleifern des Isergebirges durch Arbeitsruhe gefeiert. Weiter fanden in Gablonz und Tannwald am Vormittag gutbesuchte Volksversammlungen statt, denen abends in den einzelnen Organisationen verschiedene Veranstaltungen folgten. Der Geist für die Maifeier könnte besser sein.

Politische Verfolgungen hatten wir zu erdulden wegen einer Demonstration der Perlenarbeiter von Albrechtsdorf-Marienberg im März 1905 gegen Schmutzkonkurrenten und Gegner der Perlenarbeitergenossenschaft. Die Anklage erfolgte auf Grund einer Anzeige eines nationalen Unternehmers gegen elf Personen anfangs wegen öffentlicher Gewalttätigkeit, dann nur wegen Uebertretung des § 3 des Koalitionsgesetzes. Trotz der Bemühungen des Staatsanwaltes erfolgte Freispruch aller Angeklagten.

(Strafen: Kerker, Arrest, Geld, wurden nicht verhängt.)

Wahlen, in die wir eingriffen, fanden statt: bei der Bezirkskrankenkasse in Tannwald und in den Gemeinden Albrechtsdorf-Marienberg, Polaun und Marschendorf für den III. Wahlkörper. Bei ersterer wurden unsere Vorstandsmitglieder in der Gruppe „Arbeitnehmer" mit allen gegen fünf Stimmen gewählt. Die Kasse zählt über 1500 Mitglieder. In der Gemeinde Albrechtsdorf-Marienberg wurden von acht Kandidaten sechs mit 191 bis 240 gegen 120 bis 170 gegnerische Stimmen gewählt. In Polaun gewannen wir ein Mandat mit 52 Stimmen, in Marschendorf wurden drei Genossen mit 23 von 27 Stimmen wiedergewählt.

Sozialdemokratische Gemeindevertreter zählen wir 63 (61 im III., zwei im II. Wahlkörper) aus 17 Orten; leider sind nicht alle durchgebildete Sozialdemokraten.

Besondere Bemerkungen. Der Krach der Braunauer Arbeiterbäckerei wirkte auf die dortige Organisation ungünstig zurück. Doch sind heute die Folgen schon so ziemlich überwunden. Im allgemeinen macht die politische und die gewerkschaftliche Organisation langsame Fortschritte.

XVI. böhmischer Wahlkreis (Budweis-Krumau). Gliederung. Der XVI. böhmische Wahlkreis hat eine deutsche und eine tschechische Wahlkreisorganisation. Die deutsche umfaßt 2 Bezirksorganisationen und 14 Lokalorganisationen.

Häuserorganisation. Die Straßen- und Häuserorganisation ist nur in Krumau durchgeführt, da sie in den anderen Orten wegen der geringeren Bevölkerungszahl oder der Schwäche der Organisation entweder nicht durchführbar oder ihre Zweckmäßigkeit noch nicht erkannt worden ist.

Vereine. Die zur Partei gehörigen Vereine zählen etwa 1000 Mitglieder, welche auch regelmäßige Beiträge für die politische Parteiorganisation leisten, und zwar 2 H. per Woche. Ein Viertel der Beiträge ist Reichs-, ein Viertel Kreisparteisteuer und die Hälfte bleibt im Orte. Die am Orte verbleibenden 50 Prozent werden zu Agitations- und Organisationszwecken verwendet.

Versammlungen. Im Berichtsjahre (vom 30. Juni 1904 bis 30. Juni 1905) fanden 14 politische Vereins-, 109 gewerkschaftliche und sonstige Vereinsversammlungen, 86 politische und 103 Branchen- (§ 2-Versammlungen und -Sitzungen), sowie 35 Volksversammlungen statt. Zusammen 347 Versammlungen.

Presse. In Krumau wird als Wahlkreisorgan „Der Böhmerwaldbote" wöchentlich in einer Auflage von 1200 Exemplaren herausgegeben. Derselbe wurde im Berichtsjahre einmal konfisziert.

Maifeier. Der 1. Mai wurde in Budweis und Krumau glänzend durch Arbeitsruhe, Demonstrationen und Volksversammlungen gefeiert. Auch in Wallern hatten die Holzarbeiter durch Arbeitsruhe demonstriert.

Politische Verfolgungen. Wegen Uebertretung des Koalitionsgesetzes, Wachebeleidigung, sowie der kaiserlichen Verordnung von 1854 wurden fünf Genossen und eine Genossin zu 26 Tagen 12 Stunden Arrest und 30 Kr. Geldstrafe verurteilt. Ein Genosse wurde von der Uebertretung der Wachebeleidigung freigesprochen.

Vertretung in den Gemeinden. In zwei Orten des Wahlkreises sind im Gemeinderate acht sozialdemokratische, im dritten und zweiten Wahlkörper gewählte Vertreter.

Besondere Bemerkungen. Erfolgreiche Demonstrationen fanden in Krumau wegen der Milchverteuerung statt. Das Ergebnis war, daß die geplante Verteuerung (20 H. per Liter) nur minimal (von 15 auf 17 H.) durchgeführt werden konnte. In Krumau litt die Parteibewegung in letzter Zeit sehr durch den verunglückten Streik der Papierarbeiter. Eine bedeutende Besserung der Parteiorganisation kann man dagegen in Budweis konstatieren. Die Parteiagitation ist im allgemeinen in diesem Wahlkreise sehr schwer, weil die Industrie in ihrer Entwicklung noch sehr zurückgeblieben ist und besonders im Böhmerwalde eine sehr geringe Bevölkerungsdichtigkeit vorhanden ist.

organisationen mit einem Mitgliederstand von zirka 2000. Die Parteibeiträge schwanken zwischen 10 und 20 H.

Vereine. In den Vereinen nichtpolitischer Natur sind 8714 Personen als Mitglieder verzeichnet. Die Gewerkschaftsbewegung machte nur langsame Fortschritte.

Versammlungen. Soweit Berichte vorliegen, wurden 65 Volks-, 1312 Vereins- und 962 § 2-Versammlungen abgehalten. Zusammen also 2339.

Presse. In den drei Hauptorten erscheint für jeden dieser Agitationsgebiete ein politisches Parteiblatt. In Reichenberg erscheint der „Freigeist" wöchentlich zweimal in einer Auflage von: Dienstag 2300 Exemplaren und Freitag 2800 Exemplaren. Nebstdem erscheint in Reichenberg das deutsche „Fachblatt der Union der Textilarbeiter" in 10.000 Exemplaren und das tschechische Fachblatt „Textilník" in 4000 Exemplaren. In Warnsdorf erscheint die „Nordböhmische Volksstimme" in 2150 Exemplaren, in Steinschönau der „Nordböhmische Volksbote" in 2000 Exemplaren, beide Blätter einmal wöchentlich. Die „Volksstimme" und der „Volksbote" wurden je zweimal konfisziert. Beide Blätter hatten auch Preßprozesse wegen Ehrenbeleidigung. Beim „Volksboten" endigte der Prozeß mit einem Ausgleich. Bei der „Volksstimme" wurde zweimal verurteilt, und zwar einmal zu drei Tagen und einmal zu drei Wochen Arrest.

Maifeier. Die Maifeier wurde nur in sehr spärlichem Ausmaß, in der Regel nur durch Abendveranstaltungen begangen.

Vertretung in den Gemeinden. Im Wahlkreise sind nach den Berichten 103 Gemeindeausschüsse und Gemeinderäte, meistens im III. Wahlkörper.

Besondere Bemerkungen. Der Bericht gibt kein vollständiges Bild der Parteitätigkeit im Wahlkreis, denn es haben viele Lokalorganisationen die an sie gesandten Fragebogen nicht beantwortet. Besonders die Angaben über die Mitglieder der Lokalorganisationen und die Zahl der Versammlungen sind zumeist mindestens um ein Drittel zu niedrig.

IX. böhmischer Wahlkreis (Gablonz-Trautenau). Gliederung. Der Wahlkreis, ein Unikum in der Wahlkreisgeometrie, besteht aus den deutschen Bezirksorganisationen Gablonz, Tannwald, Trautenau, Braunau, Hohenelbe, Landskron, Grulich und Rochlitz, sowie aus den tschechischen Organisationen Tannwald-Schumburg, Königinhof und Trautenau. Die deutsche Kreisleitung hat ihren Sitz in Gablonz, die tschechische in Tannwald-Schumburg.

Häuserorganisation. Die Straßen- und Häuserorganisation ist in der in Aussig beschlossenen Form leider noch fast gar nicht zur Durchführung gelangt; doch sind im Tannwalder und zum Teil im Gablonzer Bezirk immerhin beachtenswerte Ansätze vorhanden. In 42 Lokalorganisationen sind 1047 Genossen organisiert; der Parteibeitrag beträgt laut Beschluß des Kreistages 12 H. per Monat, welche Norm von den meisten Organisationen (einige zahlen weniger, zwei mehr) auch eingehalten wird. Von den auf Karten mittelst Marken zu quittierenden Beiträgen werden 3 H. für den Kreis, je 2 H. für den Bezirk und das Reich verwendet.

Vereine. Nach den leider mangelhaft eingegangenen Fragebogen und den in Evidenz geführten Aufzeichnungen der Kreisvertretung zählen wir 39 gewerkschaftliche Organisationen mit 1493 Mitgliedern, 14 Bildungsvereine mit 422 Mitgliedern, 11 Arbeiter-Gesangvereine mit 385 Mitgliedern, 15 Arbeiter-Turnvereine mit 1018 Mitgliedern, 1 Arbeiter-Radfahrverein mit 30 Mitgliedern, hiervon zirka 300 weibliche Mitglieder. Eine nicht zu unterschätzende Rolle spielen in unserem Kreise die Konsumvereine, doch läßt sich deren Verhältnis zur Partei infolge ungeklärter Situation diesmal nicht besprechen. Die Kreisvertretung wird dieser Organisationsform in Zukunft auch ein besonderes Augenmerk zuwenden.

Versammlungen wurden abgehalten: 10 politische Vereins-, zirka 300 gewerkschaftliche und sonstige Versammlungen, zirka 400 § 2-Parteiversammlungen und Sitzungen, zirka 100 § 2-Branchen- und zirka 60 Volksversammlungen, zusammen 870 Versammlungen. Der Besuch der Versammlungen ließ manches zu wünschen übrig. Verboten wurde der Festzug zum Bezirksturnfest der Arbeiter-Turnvereine im Bezirk Gablonz im August 1904. Dem Feste wurde unter dem Vorwande, daß es ein tschechisches Fest sei, seitens der wie immer bei solchen Anlässen verbündeten Deutschnationalen zu selber Stunde ein Trutzfest mit Festzug angezeigt, worauf, trotzdem die Arbeiterturner die Bewilligung in den Händen hatten, beide Festzüge verboten wurden.

Presse. Das Kreisorgan „Gebirgsbote" erscheint wöchentlich in Gablonz in einer Auflage von 2400 bis 2500 Exemplaren. In Trautenau erscheint wöchentlich in einer Auflage von 1400 Exemplaren als Kopfblatt des „Gebirgsboten" das „Trautenauer Echo". Konfiskationen sind bei keinem der beiden Blätter erfolgt. Gegen die Redaktion des „Gebirgsboten" waren von 21 Personen vier Anklagen erhoben wurden, welche mit Zurückziehung der Klage endeten.

Maifeier. Der 1. Mai wurde von den Glasschleifern des Isergebirges durch Arbeitsruhe gefeiert. Weiter fanden in Gablonz und Tannwald am Vormittag gutbesuchte Volksversammlungen statt, denen abends in den einzelnen Organisationen verschiedene Veranstaltungen folgten. Der Geist für die Maifeier könnte besser sein.

Politische Verfolgungen hatten wir zu erdulden wegen einer Demonstration der Perlenarbeiter von Albrechtsdorf-Marienberg im März 1905 gegen Schmutzkonkurrenten und Gegner der Perlenarbeitergenossenschaft. Die Anklage erfolgte auf Grund einer Anzeige eines nationalen Unternehmers gegen elf Personen anfangs wegen öffentlicher Gewalttätigkeit, dann nur wegen Uebertretung des § 3 des Koalitionsgesetzes. Trotz der Bemühungen des Staatsanwaltes erfolgte Freispruch aller Angeklagten.

(Strafen: Kerker, Arrest, Geld, wurden nicht verhängt.)

Wahlen, in die wir eingriffen, fanden statt: bei der Bezirkskrankenkasse in Tannwald und in den Gemeinden Albrechtsdorf-Marienberg, Polaun und Marschendorf für den III. Wahlkörper. Bei ersterer wurden unsere Vorstandsmitglieder in der Gruppe „Arbeitnehmer" mit allen gegen fünf Stimmen gewählt. Die Kasse zählt über 1500 Mitglieder. In der Gemeinde Albrechtsdorf-Marienberg wurden von acht Kandidaten sechs mit 191 bis 240 gegen 120 bis 170 gegnerische Stimmen gewählt. In Polaun gewannen wir ein Mandat mit 52 Stimmen, in Marschendorf wurden drei Genossen mit 23 von 27 Stimmen wiedergewählt.

Sozialdemokratische Gemeindevertreter zählen wir 63 (61 im III., zwei im II. Wahlkörper) aus 17 Orten; leider sind nicht alle durchgebildete Sozialdemokraten.

Besondere Bemerkungen. Der Krach der Braunauer Arbeiterbäckerei wirkte auf die dortige Organisation ungünstig zurück. Doch sind heute die Folgen schon so ziemlich überwunden. Im allgemeinen macht die politische und die gewerkschaftliche Organisation langsame Fortschritte.

XVI. böhmischer Wahlkreis (Budweis-Krumau). Gliederung. Der XVI. böhmische Wahlkreis hat eine deutsche und eine tschechische Wahlkreisorganisation. Die deutsche umfaßt 2 Bezirksorganisationen und 14 Lokalorganisationen.

Häuserorganisation. Die Straßen- und Häuserorganisation ist nur in Krumau durchgeführt, da sie in den anderen Orten wegen der geringeren Bevölkerungszahl oder der Schwäche der Organisation entweder nicht durchführbar oder ihre Zweckmäßigkeit noch nicht erkannt worden ist.

Vereine. Die zur Partei gehörigen Vereine zählen etwa 1000 Mitglieder, welche auch regelmäßige Beiträge für die politische Parteiorganisation leisten, und zwar 2 H. per Woche. Ein Viertel der Beiträge ist Reichs-, ein Viertel Kreisparteisteuer und die Hälfte bleibt im Orte. Die am Orte verbleibenden 50 Prozent werden zu Agitations- und Organisationszwecken verwendet.

Versammlungen. Im Berichtsjahre (vom 30. Juni 1904 bis 30. Juni 1905) fanden 14 politische Vereins-, 109 gewerkschaftliche und sonstige Vereinsversammlungen, 86 politische und 103 Branchen- (§ 2-Versammlungen und -Sitzungen), sowie 35 Volksversammlungen statt. Zusammen 347 Versammlungen.

Presse. In Krumau wird als Wahlkreisorgan „Der Böhmerwaldbote" wöchentlich in einer Auflage von 1200 Exemplaren herausgegeben. Derselbe wurde im Berichtsjahre einmal konfisziert.

Maifeier. Der 1. Mai wurde in Budweis und Krumau glänzend durch Arbeitsruhe, Demonstrationen und Volksversammlungen gefeiert. Auch in Wallern hatten die Holzarbeiter durch Arbeitsruhe demonstriert.

Politische Verfolgungen. Wegen Uebertretung des Koalitionsgesetzes, Wachebeleidigung, sowie der kaiserlichen Verordnung von 1854 wurden fünf Genossen und eine Genossin zu 26 Tagen 12 Stunden Arrest und 30 Kr. Geldstrafe verurteilt. Ein Genosse wurde von der Uebertretung der Wachebeleidigung freigesprochen.

Vertretung in den Gemeinden. In zwei Orten des Wahlkreises sind im Gemeinderate acht sozialdemokratische, im dritten und zweiten Wahlkörper gewählte Vertreter.

Besondere Bemerkungen. Erfolgreiche Demonstrationen fanden in Krumau wegen der Milchverteuerung statt. Das Ergebnis war, daß die geplante Verteuerung (20 H. per Liter) nur minimal (von 15 auf 17 H.) durchgeführt werden konnte. In Krumau litt die Parteibewegung in letzter Zeit sehr durch den verunglückten Streik der Papierarbeiter. Eine bedeutende Besserung der Parteiorganisation kann man dagegen in Budweis konstatieren. Die Parteiagitation ist im allgemeinen in diesem Wahlkreise sehr schwer, weil die Industrie in ihrer Entwicklung noch sehr zurückgeblieben ist und besonders im Böhmerwalde eine sehr geringe Bevölkerungsdichtigkeit vorhanden ist.

XVIII. böhmischer Wahlkreis (Pilsen). Außer er Lokalorganisation Pilsen selbst bestehen in diesem überwiegend tschechischen Wahlkreise noch deutsche Organisationen in Littitz und einigen Orten des Böhmerwaldes. Der Bericht ist äußerst mangelhaft und bezieht sich nur auf die Lokalorganisation Pilsen. Dort sind organisiert 92 Personen, von denen 56 regelmäßig Beiträge für die politische Organisation leisten.

Versammlungen. Es wurden in Pilsen 2 Vereins-, 21 § 2- und 1 Volksversammlung abgehalten. Im ganzen also 24.

Maifeier. Die Maifeier wurde in Pilsen gemeinsam mit den tschechischen Genossen begangen. In Littitz wurde eine große Versammlung abgehalten.

Bukowina.

Gliederung. Die eigentümlichen, unfertigen Zustände der Bukowina zwingen uns, die Organisation in anderer Weise durchzuführen, als es sonst der Fall ist. Die Leitung der politischen Bewegung liegt in den Händen der Landesexekutive in Czernowitz, die der gewerkschaftlichen in denen der Gewerkschaftskommission. In der Provinz hat jede Lokalorganisation einen Vertrauensmann, der direkt der Landesexekutive untersteht. Solche Organisationen bestehen: in Czernowitz, Wiznitz, Storozynetz, Stor.-Putilla, Sadagora — I. Wahlkreis — und Suczawa, Radautz, Sereth, Gurahumora — II. Wahlkreis.

Vereine und politische Organisation. Politische Vereine sind nirgends, die gewerkschaftlichen Ortsgruppen der Eisenbahner zählen 150, Tischler 200, Maler 30, Jugendliche 60 und Buchdrucker 130 Mitglieder. Im allgemeinen Gewerkschaftsverein und seinen Ortsgruppen in Czernowitz, Rosch, Sadagora, Radautz, Wiznitz, Sereth, Gurahumora und Suczawa sind organisiert: Spengler, Schlosser, Bauarbeiter, Schneider, Ziegeleiarbeiter, Zimmerleute ꝛc., im ganzen 1040 Mitglieder. Die Parteisteuer beträgt 12 H. monatlich und wird gezahlt von 280 Genossen. Die Beiträge werden für politische Aktionen verwendet.

Versammlungen. Es fanden statt 117 gewerkschaftliche, 42 Volks-, 64 § 2-Versammlungen der gewerkschaftlichen Bewegung, 176 der politischen Partei, verboten 1, aufgelöst 1; zusammen wurden gezählt 399 Versammlungen.

Presse. Das Parteiorgan ist die Volkspresse, die wöchentlich erscheint mit einer Auflage von 1000 Exemplaren. 5 Konfiskationen und 3 Preßprozesse kamen vor, letztere endeten mit der Einstellung der Untersuchung.

Maifeier. Lassallefeier und Maifeier dienten der Agitation. Der 1. Mai wurde durch allgemeine Ruhe, Volksversammlungen, Feste und Umzüge gefeiert in Czernowitz, Suczawa, Wiznitz und Storozynetz.

Lohnbewegungen. Es fanden statt Streiks in Storozynetz: 14 Schneider durch 8, 120 Maurer durch 1, 150 Handlanger durch 3, 100 Ziegeleiarbeiter durch 3, 18 Tischler durch 2, 12 Spengler durch 4 Tage; Czernowitz: 3000 Bauarbeiter durch 8, 40 Maler durch 8, 3000 Ziegelei-, Erd- und Mühlenarbeiter durch 2, 200 Tischler durch 14, 90 Schlosser durch 14, 60 Spengler durch 8 Tage. Suczawa: 20 Spengler durch 3 Tage; Sereth: 300 Bauarbeiter durch 1 Tag. Sämtliche Streiks endeten mit einem Siege der Organisation. Es wurde durchwegs eine Verkürzung der Arbeitszeit erreicht, ebenso eine Lohnerhöhung. Bei den Bauarbeitern auch ein Minimallohn. Kein einziger Streik ist verloren gegangen. Streikbrecher sind hier unbekannt. Nur in Czernowitz zogen die Streiks vielen Beteiligten Strafen wegen geringfügiger Delikte zu, es fehlen jedoch darüber genaue Daten. Es wurden aber auch 2 Wachleute verurteilt.

Wahlen. Die Landtagswahlen wurden einzig zur Agitation benützt. Dagegen beteiligte sich die Partei bei den Krankenkassenwahlen. In Suczawa gelang es, die Liste der Partei, auf der aber nur 3 Genossen waren, durchzubringen, wogegen die Partei in Czernowitz mit 400 gegen 800, in Storozynetz mit 90 gegen 135 unterlag; Letztere Wahlen wurden annulliert. Den Eisenbahnern gelang es, für ihre Kandidaten in die Unfallversicherung 700 gegen 1800 Stimmen aufzubringen. Die Partei agitiert aufs eifrigste für eine Gemeindewahlreform und ein Gewerbegericht.

Kärnten.

Gliederung. Das Land Kärnten bildet einen Wahlkreis, der in die sechs Bezirksorganisationen Klagenfurt, Villach, Wolfsberg, Spittal an der Drau, St. Veit an der Glan und Völkermarkt eingeteilt ist. Die Parteivertretung hat ihren Sitz in Klagenfurt.

Häuserorganisation. Straßen- und Häuserorganisationen werden in Kärnten soeben in Klagenfurt und Villach eingerichtet. In weiteren 21 Orten bestehen

Lokalorganisationen. Die Parteisteuer wird durch Zuschlag von 2 H. zu den Wochenbeiträgen in die fach- und gewerkschaftlichen Organisationen gezahlt, doch ist die Abrechnung noch immer keine ganz genaue. Die Tabakarbeiterinnen sowie die Sportvereine zahlen keine Parteisteuer.*

Vereine. Im Lande gibt es zusammen 77 der Partei angehörige Fach-, Gewerkschafts- und Sportvereine.** Die Gesamtzahl der in diesen Vereinen eingetragenen Mitglieder beträgt gegen 2400. Es besteht nur ein einziger politischer Verein im Lande, und zwar in Villach und der schläft.

Versammlungen. Volksversammlungen wurden in der Berichtsperiode abgehalten 73; die Zahl der gewerkschaftlichen Versammlungen ist von Halbjahr zu Halbjahr nicht recht festzustellen, da unser letzter Bericht die Versammlungszahlen für das ganze Jahr 1904 ausweist. Die Monatsversammlungen der Fach- und Gewerkschaftsvereine werden ziemlich regelmäßig abgehalten. Die Parteisitzungen in Wolfsberg, Villach, Klagenfurt und Spittal finden streng regelmäßig statt, in Klagenfurt jeden zweiten Mittwoch. Versammlungen wurden uns weder verboten noch aufgelöst.

Presse. Das bisherige Kärntner Parteiblatt „Volkswille", das seit dem 1. Juli 1900, zuletzt als Kopfblatt der Linzer „Wahrheit", bestand, wurde am Ende der Berichtsperiode mit dem Grazer „Arbeiterwille" zu einem Blatte verschmolzen. Am 23. Juni erschien die letzte Nummer des „Volkswille" und seither gilt die Sonntagnummer des „Arbeiterwille" als Kärntner Organ. Die Operation brachte sehr guten Erfolg. Es werden viel mehr Sonntagsblätter des „Arbeiterwille" verkauft, als der „Volkswille" jemals abgesetzt hatte, und auch der tägliche „Arbeiterwille" gewann 300 Abonnenten in Kärnten.

Maifeier. Die Maifeier wurde nur teilweise begangen, vornehmlich in Villach, Klagenfurt und Spittal an der Drau. In den meisten anderen Orten wurde entweder nur von den Arbeitern des Kleingewerbes oder gar nicht gefeiert. Im ganzen sind bloß 15 Orte in irgend einer Form an der Maifeier beteiligt gewesen.

Wahlen. Die Partei beteiligte sich an den Gemeinderatswahlen in Klagenfurt, Villach und Tarvis. In Klagenfurt gelang es zum erstenmal, in der Stichwahl den einen Sozialdemokraten, den Gen. Riese, im dritten Wahlkörper durchzubringen. Dieser Erfolg erweckte großen Jubel im ganzen Lande. In Villach unterlagen unsere Genossen mit wenigen Stimmen Minderheit. In Tarvis gelang es einen Mann durchzubringen.

Vertretung in den Gemeinden. In vier Gemeinden sitzen fünf Genossen. Alle im III. Wahlkörper gewählt.

Besondere Bemerkungen. Im ganzen Lande wurde im November und Dezember 1904 eine Agitationskampagne gegen die deutsch-völkische Landtagsmehrheit durchgeführt, deren Sprecher, der Vertreter der fünften Kurie Kärntens, der sattsam bekannte Dr. Lemisch, es gewagt hatte, den Antrag zu stellen, der Allgemeinen Arbeiter-Krankenkasse die bisher zur Unterstützung der arbeitsunfähigen Krüppel bezogene Subvention zu entziehen und sich nicht entblödete, die Funktionäre der Krankenkasse niedrig zu verdächtigen. Die Landtagsmajorität nahm zwar den Antrag des Lemisch an, aber sie fügte sich selber damit größeren Schaden zu als der Krankenkasse, der sie die Subvention entzog. In 34 Versammlungen protestierte die Arbeiterschaft und mit ihr vereinigt viele Bürger und Bauern gegen den Gewaltstreich der Landtagsmehrheit und ihre volksausbeuterische Steuerpolitik. So wurden unserer Partei viele neue Anhänger zugeführt.

Mähren.

I. mährischer Wahlkreis (Brünn). Deutsche Sektion. Die Organisation der deutschen Genossen erstreckt sich nur auf Brünn und die nächste Umgebung, denn der weitere Teil des Wahlkreises ist überwiegend tschechisch.

Häuserorganisation. Die Straßenorganisation ist teilweise durchgeführt. Zirka 300 Genossen zahlen regelmäßig Parteibeiträge in der Höhe von 6 Hellern wöchentlich.

Vereine. Ueber die Zahl der zur deutschen Parteiorganisation gehörigen Vereine und ihre Mitgliederzahl wurde kein Bericht erstattet.

Versammlungen. Ebenso fehlt in dem Berichte jede Angabe über die Zahl der Versammlungen.

Presse. Das Parteiorgan des I. mährischen Wahlkreises und zugleich mährisches Landesorgan ist der „Volksfreund", der in der Berichtsperiode einmal wöchentlich

* Unsere Ausweise sind alle nach Kalenderjahren abgeschlossen. Vom 1. Juli 1904 bis 30. Juni 1905 *zu berichten ist deshalb nicht leicht möglich.*

** *Ein genaues Verzeichnis sowie den Jahreskassenbericht enthält unser gebundene „Gewerkschaftsbericht für 1904".*

in einer Auflage von 3600 bis 3800 erschien. Während der Berichtsperiode kamen drei bis vier Konfiskationen vor. Er hatte drei Ehrenbeleidigungsprozesse, von denen einer mit einem Freispruche, zwei mit der Zurückziehung der Klage seitens der Gegner endete.

Maifeier. Die Maifeier wurde auch heuer in der gleichen befriedigenden Weise gefeiert wie in den früheren Jahren.

Wahlen. In der Berichtszeit wurden die Wahlen für die Unfallversicherungsanstalt, die Bezirkskrankenkasse und die Allgemeine Krankenkasse durchgeführt. Alle mit gutem Erfolge.

Besondere Bemerkungen. In Brünn wurde der Hauptteil des Kampfes um die mährische Landtagswahlreform und die Reform des Brünner Gemeindewahlrechtes ausgefochten, der, wie schon im Hauptberichte angeführt wurde, zahlreiche Versammlungen und eine Anzahl von großen stürmischen Demonstrationen nötig machte, in denen die Brünner Arbeiterschaft in bravouröser Weise ihre Pflicht erfüllte.

II. mährischer Wahlkreis (Iglau). Deutsche Sektion. Die deutsche Wahlkreisorganisation ist vornehmlich auf Iglau und die nächste Umgebung beschränkt.

Häuserorganisation. Die Straßenorganisation ist in Iglau durchgeführt und 160 Parteigenossen leisten regelmäßig einen Beitrag von 10 Hellern monatlich.

Vereine. Es existieren 13 Vereine mit 310 männlichen und 80 weiblichen Mitgliedern. Hier sind die zweisprachigen mitgezählt.

Versammlungen. In der Berichtszeit wurden 9 Volks-, 27 politische Vereins-, 137 Vereinsversammlungen der Branchen, 25 § 2-Versammlungen der Partei und 17 § 2-Versammlungen der Branchen abgehalten. Zusammen 215 Versammlungen. Die Affichierung einer Versammlung wurde verboten.

Maifeier. Der 1. Mai wurde in sechs größeren und vielen kleinen Betrieben durch Arbeitsruhe gefeiert.

Besondere Bemerkungen. Die deutsche Organisation hat sich seit dem Vorjahre bedeutend gehoben.

III. mährischer Wahlkreis (Znaim). Gliederung. Nur in einzelnen Orten besteht eine Organisation. Durch den überwiegend agrarischen Charakter des Wahlkreises ist eine systematische Bearbeitung des ganzen Gebietes sehr erschwert.

Häuserorganisation. Die Häuserorganisation ist noch in keinem einzigen Orte durchgeführt. Die Parteibeiträge sind mit 10 Hellern monatlich festgesetzt. Ueber die Zahl der Parteibeitragszahler ist nichts Genaues zu ermitteln.

Verein. In zur Partei gehörigen Vereinen sind nach dem Berichte 888 Personen vereinigt.

Versammlungen. Es wurden 26 Volks-, 10 politische Vereins-, 115 anderweitige Vereins- und 93 § 2-Versammlungen. Zusammen 244 Versammlungen.

Maifeier. Die Maifeier wurde in den Orten, wo eine Organisation besteht, in befriedigender Form begangen.

Vertretung in den Gemeinden. Im ganzen sitzen 16 Genossen in mehreren Gemeindeausschüssen. Alle sind aus dem III. Wahlkörper gewählt.

Besondere Bemerkungen. Die politische Organisation hat im letzten Jahre bedeutende Fortschritte gemacht. Besonders viele Bauern sind für unsere Sache gewonnen worden. Es erscheint auch ein radikales Bauernblatt im Wahlkreise unter dem Titel „Gerechtigkeit".

V. mährischer Wahlkreis (Proßnitz). Nur in Proßnitz selbst besteht eine deutsche Organisation. Sie hielt 16 Vereins- und 23 § 2-Versammlungen ab.

Alle Veranstaltungen der tschechischen Genossen, die die überwiegende Mehrheit bilden, werden von den deutschen Genossen mitgemacht.

VI. mährischer Wahlkreis (Sternberg-Mährisch-Ostrau). Gliederung. Die Einteilung des deutschen Wahlkreisgebietes in vier Bezirksorganisationen ist beibehalten worden, und zwar: Sternberg, Olmütz, Mährisch-Ostrau, Neutitschein. Der Sitz der Wahlkreisleitung ist Sternberg. Für die Enklaven haben die Jägerndorfer Genossen die Agitation übernommen. Im ganzen bestehen jetzt 35 Lokalorganisationen.

Häuserorganisation. Auf der letzten Wahlkreiskonferenz in Sternberg wurde die gründliche Durchführung der Straßen- und Häuserorganisation beschlossen und seither ist sie in 16 Orten durchgeführt worden. In 5 Orten ist nur eine fabriksweise Organisation möglich, in den 4 gemischtsprachigen Orten wird die Häuserorganisation mit Rücksichtnahme auf die nationale Zugehörigkeit durchgeführt und nur in 10 kleinen Orten ist sie gar nicht durchgeführt. — Alle Lokalorganisationen haben 1543 Mitglieder, darunter 341 Frauen, die einen Parteibeitrag von 8 bis 20 Heller pro Monat leisten. Frauen beteiligten sich bisher nur in drei Orten an der Parteiarbeit.

Vereine. Im deutschen Teile des Wahlkreises bestehen drei politische Vereine und 65 *Gewerkschaftsorganisationen*. Sie haben zusammen 3743 Mitglieder, darunter

702 Frauen. Gegen das Vorjahr ist also eine Zunahme von 704 Personen, darunter 57 Frauen, zu konstatieren.

Versammlungen. Es wurden 71 Volks-, 25 politische Vereins-, 472 gewerkschaftliche und sonstige Vereins- und 168 § 2-Versammlungen abgehalten. Zusammen 736 Versammlungen.

Presse. Ein eigenes Blatt besitzt der Wahlkreis nicht, sondern der Brünner „Volksfreund" gilt als Kreisorgan und wird auch ziemlich gut verbreitet.

Maifeier. Die Maifeier wurde in den größeren Orten mit Ausnahme von Witkowitz ziemlich gut durchgeführt. Besonders gut in Bodenstadt, Hof und Sternberg. In den kleinen Orten ist vielfach gar nichts gemacht worden.

Politische Verfolgungen. In acht Fällen wurden zusammen 100 Kronen Geldstrafe verhängt, meist wegen Uebertretungen des Kolportageparagraphen.

Wahlen. Während der Berichtszeit beteiligten sich die Genossen an den Gemeindewahlen in Stefanau, Bodenstadt, Hodolein, Mährisch-Ostrau und Petersdorf. Nur in Bodenstadt gelang es, im III. Wahlkörper einen Genossen durchzubringen. Bei den Gewerbegerichtswahlen in Sternberg siegte die Partei in allen Gruppen mit großer Majorität. Auch bei den Genossenschaftswahlen in Mährisch-Ostrau wurde ein Erfolg errungen.

Vertretung in den Gemeinden. In sechs Orten des Wahlkreises haben wir im ganzen 13 sozialdemokratische Gemeindeausschüsse. Alle sind im III. Wahlkörper gewählt.

Sonstige Bemerkungen. In immer mehr Orten sehen sich die Parteigenossen gezwungen, an die Gründung von Arbeiterheimen zu gehen, da ihnen von den Gegnern alle Gasthäuser abgetrieben werden. So bestehen heute schon fünf eigene Arbeiterheime in verschiedenen Orten des Wahlkreises und in drei anderen Orten haben die Genossen Lokalitäten gemietet. Auch die Konsumgenossenschaftsbewegung nimmt einen ziemlich kräftigen Aufschwung. Freilich gibt es auch in diesem Wahlkreise noch Orte, in denen bisher ein Eindringen der Sozialdemokratie ausgeschlossen, jedoch im allgemeinen macht die Parteibewegung befriedigende Fortschritte.

VII. mährischer Wahlkreis (Mährisch-Schönberg). Gliederung. Der VII. mährische Wahlkreis ist in die sieben Bezirksorganisationen Mährisch-Schönberg, Müglitz, Trübau, Zwittau, Neustadt, Römerstadt und Wiesenberg eingeteilt und hat die Wahlkreisvertretung ihren Sitz in Mährisch-Schönberg.

Häuserorganisation. In den Bezirksorganisationen besteht eine größere Zahl von Lokalorganisationen und sechzehn von ihnen haben die Häuserorganisation durchgeführt. Mehrere Lokalorganisationen haben das Werkstättenvertrauensmännersystem beibehalten und der Rest ist bemüht, in allernächster Zeit die Häuserorganisation durchzuführen. Die Parteibeiträge schwanken zwischen 12 und 16 Hellern monatlich und werden von 1100 Personen regelmäßig bezahlt.

Vereine. Laut eingelaufenen Berichten bestehen im Wahlkreise 57 Vereine mit 3678 Mitgliedern.

Versammlungen. Die oben angeführten Vereine und Branchenortsgruppen hielten in der Berichtszeit 258 Vereinsversammlungen ab, welche zumeist der Agitation dienten, außerdem wurden 148 § 2- und 132 Volksversammlungen abgehalten. Also zusammen 538 Versammlungen. Eine Versammlung wurde aufgelöst, verboten keine.

Presse. Seit sieben Jahren erscheint in Mährisch-Schönberg als Wahlkreisorgan die „Volkswacht" einmal wöchentlich, welche gegenwärtig eine Auflage von 3550 Exemplaren hat.

Maifeier. Der 1. Mai wurde in den meisten Industrieorten vollständig gefeiert.

Politische Verfolgungen. An Prozessen verzeichnen wir zwei, und zwar wurden vier Arbeiter wegen Uebertretung des Koalitionsgesetzes angeklagt und davon drei zu 24 und einer zu 48 Stunden Arrest verurteilt. Zusammen daher 5 Tage Arrest. Vier Personen wurden wegen Religionsstörung angeklagt und wurden freigesprochen.

Wahlen. In 6 Orten beteiligte sich die Partei mit Erfolg an den Gemeindewahlen und wurden in 2 Orten je 3, in 2 Orten je 2 Genossen, in einem Orte 1 Genosse und in einem Orte 6 Genossen aus dem III. Wahlkörper gewählt. Daher im ganzen in 6 Orten 17 Gemeindevertreter.

Sonstige Bemerkungen. In der Berichtsperiode ist vor allem auf dem Gebiete der Gewerkschaftsbewegung ein bedeutender Fortschritt zu verzeichnen. In einer großen Anzahl von Volksversammlungen wurde Protest erhoben gegen das korrupte Landtagswahlrecht in Mähren und gegen die von allen Seiten inszenierte Lebensmittelverteuerung. Zum Schlusse sei erwähnt, daß der Bericht auf Vollkommenheit keinen Anspruch machen kann, da eine ganze Anzahl Vertrauensmänner keinen Bericht einsandte.

Niederösterreich.

Bericht der Landesparteivertretung.

Im Juli 1904 wurde das schmähliche Machwerk der Christlich-Sozialen, das sich Gemeindewahlreform für das Land Niederösterreich nennt, sanktioniert, trotz der Proteste der organisierten Arbeiterschaft und vieler Gemeinden. Damit traf die Landesparteivertretung die Verpflichtung zur Vorbereitung der auf Grund dieses Gesetzes zu vollziehenden Neuwahlen. Wohl wollten viele Genossen, daß man sich an den Wahlen überhaupt nicht beteiligen solle, aber die Meinung, daß der Versuch gemacht werden müsse, dem schlechtesten Gesetze das wenige für die Arbeiterklasse Geeignete herauszupressen, siegte. So beteiligte sich die Partei in allen Orten, wo halbwegs auf Erfolg zu rechnen war, an den Wahlen des neugeschaffenen vierten Wahlkörpers, die vom März 1905 an ihren Anfang nahmen.

Die sozialdemokratische Liste siegte in folgenden Gemeinden und wir erhielten Mandate in Atzgersdorf 5, Amstetten 4, St. Aegyd am Neuwald 2, Hainfeld 3, Herzogenburg 1, Liesing 5, Lilienfeld 2, St. Pölten 4, Traismauer 2, Wilhelmsburg 2 im VI. Wahlkreise, in Gmünd 2, Groß-Siegharts 1 im VII. Wahlkreise, in Stockerau 5 im VIII. Wahlkreise und im IX. Wahlkreise in Ebenfurth 2, Ebergassing 2, Guntramsdorf 2, Hainburg 5, Leobersdorf 3, Perchtoldsdorf 1, Pottenstein 2, Traiskirchen 4, St. Veit an der Triesting 2, Pottenstein 1, zusammen 62 Mandate.

Da unsere Hainburger Genossen sich auch an den Wahlen im III. Wahlkörper beteiligten und dabei alle 10 Mandate gewannen, beträgt die Gesamtzahl der eroberten Mandate 72. In Floridsdorf, welches seit Beginn des laufenden Jahres zu Wien einverleibt wurde und nun den XXI. Wiener Bezirk bildet, lieferten unsere Genossen den Christlich-Sozialen abermals eine glänzende Wahlschlacht. Alle Anstrengungen der Christlich-Sozialen, nachdem sie unseren Genossen die sicheren zehn Mandate des dritten Wahlkörpers in Floridsdorf durch die Einverleibung mit Wien geraubt hatten, auch noch das eine Mandat des vierten Wahlkörpers zu nehmen, waren vergebens. Unsere Floridsdorfer Genossen behaupteten dieses festumstrittene Mandat und in den Wiener Gemeinderat zog der dritte sozialdemokratische Vertreter ein.

Nicht minder heftig gestaltete sich der Kampf unserer Partei gegen die Verklerikalisierung der Schule durch den niederösterreichischen Landtag. Die Regierung Koerber begnügte sich nicht allein damit, daß sie der christlich-sozialen Partei durch die Sanktionierung des Gemeindewahlgesetzes ein neues Feld zur Erweiterung ihrer Machtgelüste überlassen habe, sondern sie ließ es auch ruhig geschehen, als sich diese politischen Klopffechter im Landtage anschickten, verschiedene Aenderungen des Volksschulgesetzes in administrativer Hinsicht vorzunehmen, um die Schule in Niederösterreich einer vollständigen Verpfaffung zuzuführen. Durch eine mächtige Protestbewegung im ganzen Lande, die in Wien ihren Höhepunkt durch eine Massendemonstration in der Herrengasse erreichte und auch das indolente Bürgertum mit fortriß, konnte nur erzielt werden, daß die Regierung Koerber wenigstens die unverschämtesten Abänderungen des Schulgesetzes bezüglich der Zusammensetzung der obersten Schulaufsichtsbehörde in den Landtag zurückverwies. Kurze Zeit vorher hatte die Wiener Arbeiterschaft dem Häuptling der christlich-sozialen Partei, Dr. Lueger, der es gewagt hatte, die Arbeiter, die am 1. Mai in den Prater gehen, „Lumpen" zu schimpfen, eine schwere moralische Niederlage durch die Vereitlung des von seinen Mamelucken gelegentlich seiner Geburtstagsfeier geplanten Fackelzuges bereitet. In einer Massendemonstration brachten die Arbeiter ihm ihre Verachtung in sehr deutlicher Weise zum Ausdruck.

Daß die Genossen in Niederösterreich nun auch bei allen sonstigen wichtigen Veranstaltungen der Gesamtpartei in hervorragendem Maße tätig waren, bedarf nicht eines weiteren Hinweises. Erwähnt sei nur zunächst noch, daß die Maifeier in Wien und in der Provinz dank einer intensiven Vorarbeit abermals durch nahezu vollkommene Arbeitsruhe in Wien und vielen Orten Niederösterreichs in glänzender Weise begangen wurde.

In den Wiener Wahlkreisen wurde an der Organisation durch die Ausgestaltung der politischen Einführung der Wahlkreisparteisteuer, die bekanntlich unter Zuhilfenahme des Landesorgans, der „Volkstribüne", von statten geht, unverdrossen weitergearbeitet, was zur Folge hatte, daß mit Abschluß des Berichtsjahres in Wien allein 36.000 Wahlkreisparteisteuerzahler zu verzeichnen waren und die Auflage der „Volkstribüne" eine Höhe von 55.200 Exemplaren erreicht hatte. Für die Verbreitung der „Arbeiter-Zeitung" wurde mit gleicher Energie gearbeitet und ein stetes Steigen der Abnehmerzahl herbeigeführt.

Hinsichtlich der gewerkschaftlichen Organisation ist ebenfalls infolge einer Reihe großer erfolgreicher Lohnkämpfe eine bedeutende Steigerung, insbesondere bei den Holzarbeitern, der Baubranche, den Zimmerern und vielen anderen wahrzu-

nehmen. Die Berichte aus den Wahlkreisen weisen nach, daß in Wien 325 Fachorganisationen (Zentralverbände inklusive Ortsgruppen) mit einem Mitgliederstande von zusamen 64.468 Personen, darunter 4543 weibliche Mitglieder, bestehen. In den vier Provinzwahlkreisen hingegen befinden sich 257 Vereine mit 15.729 männlichen und 915 weiblichen, zusammen 16.644 Personen. Die Frauenorganisation und auch die Organisation der jugendlichen Arbeiter hat Fortschritte gemacht. Doch bedürfen diese Organisationen natürlich noch immer einer unausgesetzten Unterstützung seitens der Parteiorganisationen, um eine entsprechende Höhe zu erreichen.

Hinsichtlich der agitatorischen Tätigkeit ist zu berichten, daß in Wien 111 Volks-, 606 politische Vereins-, 7649 gewerkschaftliche Vereinsversammlungen, ferner 2096 politische und 3389 gewerkschaftliche § 2-Versammlungen im Berichtsjahre abgehalten wurden. In der Provinz fanden 216 Volks- und politische Vereinsversammlungen, 1281 nichtpolitische Vereins-, 829 politische und 565 nichtpolitische § 2-Versammlungen statt. Zusammen also in Niederösterreich 16.742 Versammlungen aller Grade. Dabei ist zu bemerken, daß diese Angaben, besonders soweit die Gewerkschaften in Betracht kommen, nicht auf Vollständigkeit Anspruch machen können.

Politische Verfolgungen. In Wien sind 29 solche Fälle bekannt geworden, welche wegen Uebertretung des Koalitionsgesetzes, des § 11 des kaiserlichen Patents vom Jahre 1854, § 81 St.-G., § 23 P.-G. und Wachebeleidigung, 5 Monate und 8 Tage Arrest und 4 Monate und 12 Tage Kerker nach sich zogen. Die Geldstrafen beliefen sich auf 25 Kronen. In der Provinz sind 45 Fälle zu konstatieren, die wegen Uebertretung des Koalitionsgesetzes, des § 23 P.-G., des kaiserlichen Patents vom Jahre 1845, §§ 496 und 305 St.-G. sich ereigneten, wobei 31 Verurteilungen zu einem Gesamtausmaße von 87 Tagen Arrest und 155 Kr. Geldstrafe erfolgten.

Es folgen nunmehr die Einzelberichte der Wahlkreise:

I. Wahlkreis (Wien I., II. und XX. Bezirk). Häuserorganisation. In den meisten Sektionen mit Ausnahme des I. Bezirkes haben wir Sektionsleiter bestellt, welche sich zumeist mit der Einhebung der Wahlkreisparteisteuer befassen. Unser Wahlkreis zählt bis jetzt 2900 Parteibeitragszahler gegen 2600 im Vorjahre.

Vereine. Der Wahlkreis zählt 46 Organisationen inklusive der zwei politischen Vereine mit einem Mitgliederstand von 9460 männlichen und 320 weiblichen Personen.

Versammlungen. Politische Versammlungen wurden 54, nichtpolitische Vereinsversammlungen 1300, von den Sektionen und Bezirksorganisationen 84 § 2-Versammlungen abgehalten. Unsere politischen Vertrauensmänner arbeiteten in fünf Lohnbewegungen, und zwar in jener der Kutscher, Kaiarbeiter, Kohlen- und Metallarbeiter mit Erfolg, jedoch erwuchsen uns aus diesem Anlaß politische Verfolgungen, nämlich in 11 Fällen. Diese endeten mit 8 Verurteilungen, bei welchen 2 Monate Arrest und 3 Monate Kerker verhängt wurden.

Wahl. Bei der letzten Gemeinderatsersatzwahl im II. Bezirk erhielt unser Kandidat 5200, der gegnerische (christlich-soziale) 7200 Stimmen.

II. Wahlkreis (Wien III., IV., X. und XI. Bezirk). Häuserorganisation. Die politische Organisation, ebenso wie die gewerkschaftliche Organisation haben unter der Berichtszeit außerordentliche Fortschritte gemacht. Am 30. Juni 1905 zählten wir 9075 Personen in der Straßenorganisation gegen 7661 am 30. Juni 1904. Nach Bezirken verteilt, sieht der Stand folgendermaßen aus:

	30. Juni 1904	30. Juni 1905
III. Bezirk	1856	2396
IV. „	333	293
X. „	4384	5353
XI. „	1088	1033
	7661	9075

Vereine. In den 76 Vereinen des II. Wiener Wahlkreises sind mit Ausnahme der Radfahrer-, Gesangs-, Stenographen-, Zithervereine und des Vereines „Arbeiterheim" im X. Bezirk 12.328 Personen vereinigt, darunter 956 Frauen.

	Vereine	Männer	Frauen	Zusammen
III. Bezirk	26	2596	326	2922
IV. „	2	111	—	111
X. „	32	6877	520	7397
XI. „	16	1988	110	2098
	76	11572	956	12528

Versammlungen. Versammlungen wurden abgehalten im:

	Volks-Versammlungen	Politische Vereinsversammlungen	Allgemeine Vereinsversammlungen	Politische § 2-Versammlungen	Allgemeine § 2-Versammlungen	Zusammen
III. Bezirk .	9	22	566	92	186	875
IV. „ .	1	31	19	11	28	90
X. „ .	12	36	1042	103	254	1447
XI. „ .	6	15	350	101	176	648
	28	104	1977	307	644	3060

In diesen Ziffern sind die Mitglieder der Zentralvereine, die in den vier Bezirken wohnen, nicht inbegriffen.

Wahlen sind in der Berichtsperiode nicht vorgekommen.

Die Frauenorganisation bewährte sich wie in den früheren Jahren.

Die Kassengebarung des ersten Halbjahres 1905 stellte sich folgendermaßen: Einnahmen Kr. 26.693·91, Ausgaben Kr. 24.000·80, Saldo Kr. 2693·11. Auf allen Gebieten ist ein langsames und stetiges Fortschreiten zu konstatieren.

III. Wahlkreis (Wien, V., VI., XII. und XIII. Bezirk). Vereine. Nachdem der VI. Bezirk seinen Bericht nicht erstattet hat, können wir nur einen kurzen Gesamtbericht der drei übrigen Bezirke bringen. Demnach bestehen 68 gewerkschaftliche Vereine mit 9779 männlichen und 977 weiblichen Mitgliedern und 4 politische Vereine.

Versammlungen. Abgehalten wurden 19 Volks-, 256 politische und 1345 nichtpolitische Vereins- und 22 Volksversammlungen. Nebstbei fanden 849 politische und 1058 gewerkschaftliche, das heißt nichtpolitische § 2-Versammlungen statt.

Die politische Organisation hat durch die Einführung der Wahlkreissteuer einen äußerst guten Aufschwung genommen und wir können konstatieren, daß unser Wahlkreis gegenwärtig 9500 gegen 6700 Genossen im Vorjahre zu verzeichnen hat, welche allwöchentlich ihre Wahlkreisbeiträge mittelst der „Volkstribüne" entrichten. Eine Demostration, welche die Genossen anläßlich der Enthüllung des Luegerbrunnens im V. Bezirke abhielten, gestaltete sich zu einem wahren Volksgerichte über den „Volksbürgermeister" und die Behörden beeilten sich durch politische Verfolgungen mehrerer Genossen dieses „unliebsame Ereignis" einer „gemessenen" Sühne zuzuführen. Dieses sowie die große Aussperrung der Tischlergehilfen und noch einige andere Lohnkämpfe trugen uns 12 Fälle von politischen Verfolgungen ein, welche in 10 Fällen zu einer Verurteilung führten. Wir verzeichnen 11 Tage Arrest, 6 Wochen Kerker und 25 Kr. Geldstrafe.

IV. Wahlkreis (VII., VIII., IX. und XV. Bezirk). Häuserorganisation. Von den im Wahlkreise vorhandenen 58 Sektionen sind 56 vollständig mit Sektionsleitern besetzt. 4000 Genossen leisten durch sie wöchentlich den Parteibeitrag.

Vereine. Der Wahlkreis besitzt 63 gewerkschaftliche und 5 politische Vereine. Der gegenwärtige Mitgliederstand hingegen konnte leider nicht genau erhoben werden, weshalb wir nur die Ziffern vom Vorjahre anführen können, wonach in diesen Organisationen (darunter mehrere Zentralvereine) 18.200 männliche und 860 weibliche Mitglieder vorhanden waren.

Versammlungen wurden abgehalten: 160 politische Vereins-, 205 politische § 2- und 19 Volksversammlungen. Ueber die Zahl der nichtpolitischen Versammlungen können wir leider diesmal keine Daten anführen.

Politische Verfolgungen verzeichnen wir in 8 Fällen, welche sämtliche zumeist wegen Uebertretung des § 23 des Preßgesetzes angestrengt wurden und zu einer Verurteilung zu 9 Tage Arrest und 12 Kr. Geldstrafe führten.

V. Wahlkreis (XVI., XVII., XVIII. und XIX. Bezirk). Häuserorganisation. In zwei Bezirken ist die politische Organisation vollständig und in den übrigen nur mangelhaft durchgeführt. Dennoch verzeichnet der Wahlkreis 10.050 Wahlkreissteuerzahler, die beständig diese Steuer entrichten. Eine große Anzahl von politischen Vertrauensmännern ist daher für die Evidenzhaltung dieses Apparates erforderlich und verlangte dies von jedem der Genossen viel Fleiß und Opferwilligkeit.

Vereine. 76 Vereine (inklusive der politischen) befinden sich im Wahlkreise und zählen 11.274 männliche und 1430 weibliche Mitglieder.

Versammlungen. Es fanden im Berichtsjahre 23 Volks-, 132 politische und 2867 nichtpolitische Vereinsversammlungen, ferner 631 politische und 1687 § 2-Versammlungen der Branchenorganisationen statt. Der Bericht enthält nur noch 7 Fälle von politischen Verfolgungen, welche 6 Wochen Arrest erwirkten.

VI. niederösterreichischer Wahlkreis (St. Pölten). Häuserorganisation. In einzelnen Orten ist die Straßen- und Häuserorganisation teilweise durchgeführt. So in St. Pölten, Atzgersdorf und Liesing, Wilhelmsburg und noch einigen anderen Orten und Städten.

Vereine. Fachorganisationen und politische Vereine zusammen bestehen 98, wovon erstere 4493 männliche und 189 weibliche Mitglieder besitzen.

Versammlungen fanden statt: 38 politische und 431 nichtpolitische, 541 politische und 195 von den Branchenorganisationen abgehaltene § 2-Versammlungen und 68 Volksversammlungen, in welchen zu allen wichtigen politischen Vorkommnissen Stellung genommen wurde. Aufgelöst wurden zwei Versammlungen.

Presse. Im Wahlkreise wird seit vorigem Jahre die Verbreitung und Verrechnung der „Volkstribüne" in eigener Regie geführt und werden wöchentlich 4800 Blätter abgesetzt.

Lohnbewegungen gab es in 18 Fällen und verliefen dieselben mit teilweisem oder ganzem Erfolge.

Politische Verfolgungen. In 14 Fällen gab es Uebertretungen des § 23 des Preßgesetzes, in 15 Fällen solche wegen des Koalitionsgesetzes und in einem Falle wegen Uebertretung des kaiserlichen Patentes von 1854. Es kam zu 18 Verurteilungen mit zusammen 62 Tagen Arrest und 26 Kr. Geldstrafe.

An den Gemeindewahlen im vierten Wahlkörper beteiligten sich unsere Genossen in allen bedeutenderen Orten und siegten in 10 Gemeinden, wobei unsere Partei 30 Mandate eroberte. Diese Wahlen waren zugleich für die Genossen eine gute Vorschule für die kommenden Reichsratswahlen.

VII. **niederösterreichischer Wahlkreis (Krems).** Gliederung. In dem Wahlkreise, welcher sich aus 21 Gerichtsbezirken zusammensetzt, bestehen derzeit nur 4 Bezirksorganisationen, von welchen aber leider nur drei eine regelrechte oder doch wenigstens befriedigende Tätigkeit entfalteten.

Häuserorganisation. Die Versuche, die Häuserorganisation in manchen Orten einzuführen, sind nicht ganz ergebnislos geblieben. Freilich ist es bei dem Mangel an industrieller Bevölkerung bisher nicht möglich gewesen, große Fortschritte zu machen.

Vereine. An Mitgliedern ist die Organisation im ganzen und großen stärker geworden, da mit 1. Juli in 27 Organisationen des Kreises insgesamt 1448 zahlende Mitglieder gezählt wurden. Leider aber erfüllt auch jetzt noch nicht einmal die Hälfte dieser Genossen ihre Pflicht gegenüber der Parteiorganisation. Die Wahlkreisleitung wird nur von einem Teile der Organisationen abgeführt.

Versammlungen. Es wurden in diesem Jahre 413 Versammlungen abgehalten, wovon 97 Vereins-, 48 Volks- und 268 § 2-Versammlungen waren.

Wahlen. In einem Orte fanden noch vor dem 1. Juli die Wahlen in die Gemeindevertretung nach dem neuen Gesetze statt, wo es den Genossen möglich war, eines von den zwei zu besetzenden Mandaten zu erobern. In den Ortsschulrat einer Gemeinde wurden (ohne Kompromiß) zwei Genossen und ein Ersatzmann gewählt.

Besondere Bemerkungen. Die Christlich-Sozialen machen krampfhafte Versuche, die von ihnen bei den letzten Wahlen verlorene Position wieder zu gewinnen. Ihre einzigen ernsthaften Gegner dabei sind die Sozialdemokraten.

VIII. **niederösterreichischer Wahlkreis (Floridsdorf).** Gliederung. Die Wahlkreisorganisation ist in 8 Bezirks- und 21 Lokalorganisationen gegliedert.

Häuserorganisation. Die Straßen- und Häuserorganisation ist nur im Bezirk Floridsdorf und in den Städten Stockerau und Mistelbach durchgeführt.

Vereine. Im Wahlkreise sind: 51 gewerkschaftliche Organisationen mit 5450 Mitgliedern, 15 Sportvereine (Sänger, Turner, Radfahrer und dergleichen) mit 1400 Mitgliedern, 1 Frauenverein mit 220 Mitgliedern, 3 Konsumvereine und 5 Konsumvereinsfilialen, 5 politische Vereine mit 720 Mitgliedern, außerdem bezahlen in Floridsdorf 1000 Genossen einen festen monatlichen Parteibeitrag von 20 H.

Versammlungen fanden statt: Volksversammlungen, politische Vereins- und größere Wählerversammlungen 140. Sitzungen, Konferenzen und § 2-Versammlungen der politischen Organisation 390. Vereinsversammlungen der Vereine und Gewerkschaften 370, § 2-Versammlungen der Gewerkschaften 460, zusammen 1300 Versammlungen.

Presse. In Floridsdorf erscheint das Wahlkreisorgan der „Volksbote" mit einer Auflage von 3500 Exemplaren einmal wöchentlich. Das Blatt ist aktiv.

Politische Verfolgungen hatten wir: 2 § 23 Preßgesetz-Verurteilungen, zusammen 40 Kr. Strafe. 2 Verurteilungen anläßlich der Maidemonstration wegen § 305 St.-G., zusammen 14 Tage Arrest. Eine ganze Anzahl Prozesse wegen der letzten Wahl sind noch nicht abgeschlossen.

Gemeindewahlen. An den Gemeindewahlen im vierten Wahlkörper hat unsere Partei ebenfalls teilgenommen. In Stockerau kamen unsere sechs Genossen mit den Christlich-Sozialen und Deutschnationalen in die Stichwahl. Durch

ein Zusammengehen mit den Deutschnationalen wurden in der engeren Wahl fünf Genossen gewählt. Im ersten Wahlgang hatten wir 730 Stimmen, im zweiten Wahlgang 1112 Stimmen.

Im XXI. Wiener Gemeindebezirk (Floridsdorf) eroberten wir das Mandat des vierten Wahlkörpers mit 5420 gegen 3869 christlich-soziale Stimmen. Im dritten Wahlkörper erhielten unsere zwei Kandidaten 313 Stimmen, die Christlich-Sozialen 924. Außerdem nahmen unsere Genossen noch in Haugsdorf an den Gemeindewahlen teil, blieben jedoch in der Minorität. Im ganzen sind in Gemeindeausschüssen vertreten: Stockerau 5 Genossen, Augental 3, Süßenbrunn 1 und Wien 1. Im Gemeindevorstand (Gemeinderat) ist in Stockerau 1 Genosse.

Besondere Bemerkungen. Die Wahlkreisvertretung unterhält in Floridsdorf ein Arbeitersekretariat, wo in allen Fragen Auskunft erteilt wird und alle möglichen Gesuche und Eingaben unentgeltlich gemacht werden. Im Berichtsjahre wurden die industriereichsten Orte des Wahlkreises (Floridsdorf, Stadlau u. s. w.) zu Wien einverleibt, wodurch, wenn einmal die Trennung auch politisch vollzogen wird, dem Wahlkreise sein bester Teil genommen wird.

IX. **Wahlkreis (Wiener-Neustadt).** Gliederung. In elf Bezirken ist die politische Organisation teilweise gut, teilweise mangelhaft. Dieselben hielten im Berichtsjahre zusammen 100 Versammlungen: 90 Volks- und 10 Wählerversammlungen, ab. Politische und nichtpolitische Vereinsversammlungen fanden 468, § 2-Versammlungen 253 statt. Im gesamten Wahlkreise befanden sich 90 Vereine mit 4722 männlichen und 246 weiblichen Mitgliedern.

Gemeindewahlen. In 19 Gemeinden beteiligte sich unsere Partei an diesen Wahlen und wir gewannen in neun Gemeinden im vierten Wahlkörper 24 Mandate. Nachdem sich die Hainburger Genossen auch an den Wahlen im dritten Wahlkörper beteiligten, eroberten dieselben noch weitere 10 Mandate, so daß sie 15 Vertreter im Gemeindeausschusse besitzen. Einer von diesen wurde auch in den Gemeinderat gewählt. Die Wahlen in Neunkirchen, Gloggnitz und Reichenau-Payerbach finden erst später statt und ist auch hier noch ein Erfolg zu erwarten.

Politische Verfolgungen konstatiert die Wahlkreisleitung 2, welche wegen § 23 des Preßgesetzes und § 496 des Strafgesetzes 8 Tage Arrest und 8 Kr. Geldstrafe nach sich zogen.

Presse. Das Wahlkreisorgan die „Gleichheit" hat eine Auflage von 2600 Exemplaren und erscheint seit 1. Jänner l. J. im größeren Formate. Das Blatt ist jetzt aktiv, bedarf aber noch immer der tatkräftigsten Unterstützung seitens der Organisationen.

Oberösterreich.

Gliederung. Die drei Wahlkreise der fünften Kurie, Linz, Steyr und Wels, sind in einer Landesorganisation vereinigt. Der Sitz der Landesparteivertretung ist Linz.

Häuserorganisation. Die Straßenorganisation ist nur im I. Wahlkreis in den Orten Linz, Urfahr, Schwertberg teilweise eingeführt. Eine einheitliche Einhebung der Parteibeiträge konnte bis jetzt noch nicht erzielt werden, daher die Zählung der politisch organisierten Genossen auf Schwierigkeiten stoßt. Der Beitrag als Landesparteisteuer ist mit 4 H. per Monat und Mitglied festgesetzt. Mit den Zusteuerungen für Orts- und Bezirksorganisationen schwankt die Einhebung der Beiträge in den verschiedenen Orten zwischen 44 H. und 20 H. per Monat. Regelmäßig haben diese Parteisteuer 3326 Personen geleistet.

Vereine. In 33 Orten Oberösterreichs befinden sich 97 gewerkschaftliche Organisationen mit einem Gesamtmitgliederstand von 4847 Personen. Für jeden Wahlkreis besteht auch ein politischer Parteiverein.

Versammlungen. In Oberösterreich wurden 114 politische und Volksversammlungen abgehalten, ferner zum Ausbau der Parteiorganisation und Parteitätigkeit 297 Versammlungen nach § 2 V.-G. abgehalten. Zusammen 411. Die Zahl der gewerkschaftlichen Versammlungen wurde nicht erhoben.

Presse. In Linz erscheint das Wochenblatt „Wahrheit" für Oberösterreich mit einer Auflage von 4200 Exemplaren, in Steyr das Wochenblatt „Steyrer Volksfreund" für den Bezirk Steyr, als Kopfblatt der Wahrheit, mit einer Auflage von 600 Exemplaren. Beide Blätter sind aktiv in ihrem Vermögensbestande. Bei dem Landesorgan „Wahrheit" kam in der Berichtsperiode eine Konfiskation vor sowie ein Preßprozeß, der mit einem Vergleich endigte.

Maifeier. Die Maifeier wurde in Linz, Steyr, Wolfsegg, Ebensee, Steyrermühl, Weyer, Schwertberg, Mauthausen, Urfahr mit Versammlungen, Umzügen und Festivitäten würdig durchgeführt. In Neuzeug, Goisern, Molle, Traun, Hallstatt wurden Versammlungen am Abend oder Vorabend gefeiert.

Wahlen. Große Wichtigkeit muß den Wahlen im neugeschaffenen vierten Wahlkörper des Linzer Gemeinderats beigelegt werden. Galt es doch die zwölf Mandate dieses Wahlkörpers für unsere Partei zu erringen. Diese Wahl fand am 4. April 1905 statt. Die Linzer Genossen errangen am Hauptwahltage gegenüber der Deutschen Volkspartei und den vereinigten klerikalen Parteien einen schönen moralischen Erfolg. Die niederste Stimmenanzahl der sozialdemokratischen Liste betrug 4203, die höchste 4588 Stimmen. Da die absolute Majorität von keiner Partei erreicht wurde, fand am 7. April die Stichwahl statt. Auf unsere Kandidaten entfielen 5000 Stimmen als niederste und 5245 als die höchste Zahl. Da die Klerikalen zwei Kandidaten der Deutschen Volkspartei auch für ihre Leute, in der Hoffnung, auf diese Weise den einzigen Klerikalen, der in die Stichwahl kam, durchzubringen, zur Wahl empfohlen hatten, blieben zwei Kandidaten unserer Partei mit je 5000 Stimmen in der Minorität. Die übrigen zehn Genossen wurden für gewählt erklärt.

Vertretung in den Gemeinden. In Oberösterreich befinden sich in Linz zehn, in Hallstatt drei und in Goisern ein Vertreter unserer Partei in der Gemeindestube.

Besondere Bemerkungen. Die gewerkschaftliche Organisation macht sichtbare und recht erfreuliche Fortschritte. Es wurde auch in den letzten Jahren das größte Augenmerk auf die Ausbreitung, das Erstarken und Anwachsen dieser Vereinigungen gerichtet, und infolgedessen ist mit Sicherheit zu erwarten, daß auch die politische Organisation an Stärke und Kraft zunimmt, indem ihr neue, unverdrossene Kämpfer zugeführt werden.

Salzburg.

Gliederung und Organisation. Im Gebiete des Landes Salzburg, welches im gesamten rund 15.000 gewerbliche Arbeiter aufweist, bestehen vier Bezirksorganisationen mit 2600 Parteimitgliedern, die in 30 Ortsorganisationen vereinigt sind. Nachdem das Land 98 Gemeinden aufweist, fehlt in 68 Ortschaften noch jede Organisation. Der Bezirk Tamsweg im Lungau, der durch die Tauernkette vom Lande getrennt ist, hat überhaupt keine Organisation. Die Parteisteuer für das Land, welche 10 H. pro Monat beträgt, haben im Berichtsjahre 2000 Mitglieder geleistet.

Vereine. Die gewerkschaftliche Organisation weist 2800 Mitglieder auf, davon fallen auf Salzburg und Umgebung allein 2000 Mitglieder.

Versammlungen. Versammlungen fanden im Berichtsjahre insgesamt 361 statt, darunter 78 Volksversammlungen und 23 Wählerversammlungen. Die Zahl der Vereinsversammlungen ist nicht genau ermittelt.

Presse. Die Auflage des Parteiorgans „Salzburger Wacht" stieg im Berichtsjahre von 2300 auf 4000. Das Blatt, welches früher vierseitig war, erscheint seit 1. Jänner 1905 in einer Stärke von acht bis zehn Seiten und leistet der Partei gute Dienste.

Maifeier. Die Maifeier gestaltete sich auch dieses Jahr in Salzburg-Stadt zu einer großartigen Manifestation, an welcher 3500 Personen teilnahmen.

Politische Verfolgungen. Anklagen wurden 17 erhoben, darunter neun wegen Preßdelikten und acht wegen Uebertretung des Koalitionsrechtes. Wegen den Koalitionsdelikten wurden sämtliche Genossen freigesprochen, in Preßsachen kam es zu fünf Verurteilungen wegen Kolportage und einer Verurteilung wegen § 22 (Preßgesetz). In einer Ehrenbeleidigungsklage kam es zu einem Vergleich, in einer Klagesache wegen § 24 (Preßgesetz) und in zwei Klagen wegen § 23 (Kolportageverbot) zu Freisprechungen.

Wahlen. Bei den Gemeinderatswahlen in Salzburg unterlag unsere Partei gegenüber der national-klerikalen Koalition mit 510 gegen 647 Stimmen. Die im Frühjahr 1904 vorgenommenen Wahlen im III. Wahlkörper wurden über Protest der Sozialdemokraten vom Verwaltungsgerichtshof annulliert. Wegen der dringenden Gefahr, daß die Sozialdemokraten doch noch den III. Wahlkörper erobern, ging der Salzburger Gemeinderat daran, anläßlich der Durchführung der Wahlreform im Sommer 1905 durch Erhöhung des Steuerzensus im III. Wahlkörper einen Wahlrechtsraub auszuüben und in dem neuen IV. Wahlkörper ein Surrogat zu schaffen, welches durch allerhand Klauseln das verliehene Wahlrecht an die Arbeiter wieder aufhebt. Das Massenmeeting, welches diese „Wahlreform" hervorrief, war von 4000 Personen besucht, die nach dem Meeting vor dem Rathause demonstrierten. Die Bewegung für das allgemeine Wahlrecht führte in Salzburg, Hallein und anderen Orten zu Massenversammlungen und Demonstrationen.

Besondere Bemerkungen. Der Fortschritt der Partei in diesem kleinsten Lande Oesterreichs drückt sich in dem prachtvollen Aufschwung der Organisation und

der Parteipresse aus. Auch die Konsumvereinsbewegung hat bei uns durch Gründung des Salzburger Konsumvereines „Vorwärts" Einzug gehalten, der gut fundiert ist und eine Mitgliederzahl von 800 aufweist.

Schlesien.

I. schlesischer Wahlkreis (Troppau-Jägerndorf). Gliederung. Der Wahlkreis ist in die zehn Bezirksorganisationen Wigstadtl, Odrau, Wagstadt, Troppau, Jägerndorf, Olbersdorf, Freudenthal, Würbenthal, Freiwaldau und Bennisch eingeteilt. Der Sitz der Landesparteivertretung, respektive des Wahlkreisausschusses ist in Jägerndorf.

Häuserorganisation. Die Straßen- und Häuserorganisation ist in den meisten Orten noch nicht zur Gänze durchgeführt. In Jägerndorf seit den letzten Monaten des Jahres 1904.

Vereine. Im Wahlkreis befinden sich 35 gewerkschaftliche Organisationen, Ortsgruppen oder Zahlstellen mit zirka 3000 Mitgliedern, darunter zirka 10 Prozent Frauen. Die kräftigeren Organisationen leisten für ihre Mitglieder die Reichsparteisteuern. Die Landesparteisteuer wird von den kleineren Organisationen oder deren Mitgliedern nicht immer regelmäßig geleistet; auch hat sich dieselbe im Wahlkreis nur schwer einführen lassen.

Versammlungen. Soweit aus den mangelhaften Berichten zu entnehmen ist, wurden 32 Volks-, 188 Vereins- und 183 § 2-Versammlungen abgehalten. Zusammen 403 Versammlungen. Verboten oder aufgelöst wurde uns keine Versammlung.

Presse. Seit Februar 1904 erscheint als Wahlkreisorgan die „Schlesische Volkspresse" als Kopfblatt des Brünner „Volksfreund". Mit ungefähr 1700 Abonnenten hat das Blatt begonnen und die gegenwärtige Auflage beträgt 2700 Exemplare. Das Blatt erscheint wöchentlich einmal und wurde noch nie konfisziert. Preßprozesse hatten wir noch keine, dagegen wurde gegen den Herausgeber wegen verspäteter Anmeldung des verantwortlichen Redakteurs ein Versäumnisurteil mit 10 Kronen gefällt.

Maifeier. Der 1. Mai wird im ganzen Wahlkreis mit Ausnahme von Odrau, Wigstadtl und teilweise Jägerndorf in keiner Stadt oder Ort besonders demonstrativ gefeiert. Einige gibt es in jedem Ort, die den 1. Mai ohne Gefahr mit Arbeitsruhe feiern können, jedoch ist nach den trüben Erfahrungen, die die Arbeiterschaft der Industrieorte in den Jahren 1900 und 1901 gemacht haben, wo so viele gemaßregelt wurden, die Arbeiterschaft schwer zu bewegen, den 1. Mai durch gänzliche Arbeitsruhe zu feiern. Dasjenige, was gemacht wird, ist Halbheit.

Wahlen. Die Genossen beteiligten sich an den Gemeindewahlen in einzelnen Orten, jedoch mit nicht sehr großen Erfolgen. In Jägerndorf wurden noch die Gewerbegerichtswahlen durchgeführt und sämtliche Parteikandidaten gewählt.

Vertretung in den Gemeinden. In sechs Orten wurden acht Gemeindeausschüsse gezählt. Auf Vollständigkeit kann diese Angabe keinen Anspruch erheben.

Besondere Bemerkungen. Trotz der heftigen Gegenagitation von deutschnationaler und christlich-sozialer Seite und des häufigen Mangels an tüchtigen, für die Agitation gut brauchbaren Kräften macht die Bewegung doch stetige Fortschritte. Besonders die gewerkschaftliche Organisation hat sich in der Berichtszeit vielfach gebessert.

II. schlesischer Wahlkreis (Teschen-Bielitz). Präzise Angaben über die Einteilung in Bezirksorganisationen fehlen.

Die Straßen- und Häuserorganisation ist noch nirgends durchgeführt. Ihr größtes Hindernis ist die starke Nationalitätenmischung in unserem Wahlkörper, die zur Folge hat, daß kein größerer Industrieort besteht, in dem die Parteiagitation bloß in einer Sprache geführt werden könnte.

Vereine. Es bestehen im ganzen zirka 37 Vereine. Ihre Mitgliederzahl ist nicht genau ermittelt. Die Gewerkschaftsbewegung hat einen großen Aufschwung, besonders unter den polnischen Bergarbeitern genommen.

Vom Neujahr 1906 an soll ein eigenes polnisches Bergarbeiterfachblatt erscheinen.

Versammlungen. Soweit Angaben vorliegen, wurden 35 Volks- und 369 andere Versammlungen abgehalten. Zusammen 404 Versammlungen.

Presse. Das deutsche Wahlkreisorgan ist die „Bielitzer Volksstimme", die wöchentlich einmal in einer Auflage von 1400 Exemplaren als Kopfblatt des Brünner „Volksfreund" erscheint.

Maifeier. Die Maifeier wurde beinahe nirgends durch Arbeitsruhe begangen, sondern bloß durch Abend- und Sonntagsversammlungen.

Wahlen. Bei den Bezirkskrankenkassenwahlen unterlagen die Genossen mit acht Stimmen Differenz der gegnerischen Liste.

Vertretung in den Gemeinden. In einer Gemeinde sitzen im III. Wahlkörper 6, im II. Wahlkörper 2 Genossen.

Besondere Bemerkungen. Ueberall im Wahlkreise leiden wir unter dem Mangel von für die Agitations- und Organisationsarbeit verwendbaren Genossen.

Steiermark.

Gliederung. Die Wahlkreisorganisation ist in Steiermark nicht eingeführt, sondern es besteht eine zentralistische Landesorganisation, die alle vier Wahlkreise der fünften Kurie umfaßt und in 13 Bezirksorganisationen eingeteilt ist. Verbindungen hat die Partei in rund 80 Orten.

Häuserorganisation. Die Häuserorganisation ist in allen größeren Orten Steiermarks durchgeführt und hat sich bisher sehr gut bewährt. In ihr leisteten, wie aus den Berichten hervorgeht, zuletzt 12.144 Personen den monatlichen Parteibeitrag von 10 H. Durchschnittlich auf die zwölf Monate des Berichtsjahres verteilt, dürfte aber eine bedeutend geringere Ziffer herauskommen.

Vereine. Ueber die Anzahl der gewerkschaftlichen Organisationen und ihrer Mitglieder fehlen genaue Daten. Ebenso wurde nicht berichtet über die Zahl der politischen Vereine.

Versammlungen. Es wurden 395 Volks- und 458 § 2-Versammlungen abgehalten. Zusammen 853 Versammlungen. Die Zahl der gewerkschaftlichen Versammlungen wurde nicht angegeben.

Presse. Als Landesparteiorgan erscheint in Graz das Tagblatt der „Arbeiterwille". Seine vorläufige Auflage ist gegenüber dem Vorjahre an Wochentagen um 2700, an Sonntagen um 3400 Exemplaren gestiegen. Das Blatt erscheint jetzt täglich in einem Umfang von wenigstens acht Seiten.

Politische Verfolgungen. Es kamen sehr wenig gerichtliche Verfolgungen vor. Im ganzen sieben Fälle, meist wegen der Uebertretung des Kolportageparagraphen. Im ganzen wurden Geldstrafen im Betrage von 163 Kr. und ein Tag Arrest verhängt.

Wahlen. In der Berichtsperiode wurde eine Reihe von großen Erfolgen errungen, auf welche die steiermärkische Parteiorganisation mit Recht stolz sein kann. Zuerst siegte die Partei im September 1904 bei den Landtagswahlen in der neugeschaffenen vierten Kurie. Es gelang, die beiden Genossen Resel in Graz und Schacherl in Leoben durchzubringen. Dann kam der prächtige Sieg bei den Grazer Gemeinderatswahlen am 15. November 1904, durch den unsere Fraktion im Grazer Gemeinderat auf vierzehn Mann unter 48 Gemeinderatsmitgliedern stieg. Und am 15. April siegte der Gen. Resel in der Stichwahl über den klerikalen Schweiger bei der Reichsratswahl in dem Landgemeindenbezirk Bruck-Leoben. Daß es möglich war, trotz des 8 Kr.-Zensus in diesem Wahlkreis zu siegen, ist der beste Beweis für die wackere Arbeit und die treffliche Organisation, die sich unsere steiermärkischen Genossen geschaffen haben.

Vertretung in den Gemeinden. In 19 Orten, gegen 14 des Vorjahres, sitzen zusammen 78 Sozialdemokraten in den Gemeindevertretungen, die sich auf folgende Orte verteilen: Graz (14), Aussee (1), Andritz (4), Aibl (2), Brunndorf bei Marburg (6), Donawitz bei Leoben (8), Eggenberg (8), Fohnsdorf (6), Ganz bei Mürzzuschlag (3), Köflach (1), Knittelfeld (5), Mürzzuschlag (1), Marburg (1), Puntigam (1), Pöls (2), St. Peter ob Leoben (6), Selzthal (2), St. Stephan (2), St. Lambrecht (1), Unzmarkt (1), Frauendorf (3).

Besondere Bemerkungen. An allen Aktionen der Gesamtpartei hat sich die steiermärkische Organisation selbstverständlich nach besten Kräften beteiligt und es wurde im Gefolge der niederösterreichischen reaktionären und Schulgesetze anschließend an die Einbringung der berüchtigten Kongruavorlage, welche dem nimmersatten Klerus ein neues Geschenk von rund 10,000.000 Kr. aus den Taschen der Steuerträger bringen soll, eine heftige und intensive Agitation gegen die Klerikalen durchgeführt. In unserem Lande, in dem, wie die Wahlstimmen der Landtagswahl zeigten, noch immer Zehntausende dem Banner der Schwarzen folgen, ist diese Aufklärungsarbeit besonders notwendig, und sie hat auch ihre Früchte getragen. Alles in allem war das Berichtsjahr eine Zeit unausgesetzter Erfolge für die Partei und berechtigt zur Erwartung *neuer froher* Erfolge in der Zukunft.

Tirol.

I. Tiroler Wahlkreis (Innsbruck). Gliederung. Der I. Tiroler Wahlkreis umfaßt die fünf Bezirksorganisationen Innsbruck, Landeck, Kufstein, Wörgl und Kitzbühel.

Häuserorganisation. Die Straßen- und Häuserorganisation ist in Innsbruck, Wörgl und Kufstein teilweise durchgeführt. Der monatliche Parteibeitrag beträgt 20 H. und wird im ganzen Wahlkreise diese Steuer leider nur von 900 Genossen entrichtet.

Vereine. Die Gewerkschaften haben im abgelaufenen Jahre um zirka 1000 Mitglieder zugenommen und gehören in Innsbruck in mehreren Branchen 60 bis 90 Prozent der Berufsorganisation an. Nur bei den Textilarbeitern ist der Fortschritt ein sehr geringer. Daran ist hauptsächlich der Umstand schuld, daß in dieser Branche größtenteils einheimische Arbeiter, im Oberlande oft halbe Kleinbauernfamilien beschäftigt sind. Diese Leute sind durch ihren ohnehin oft sehr problematischen Familienbesitz äußerst konservativ, fühlen sich noch nicht als Proletarier, trotzdem sie häufig elender leben wie die anderen Arbeiter sonst, sind daher unserer Agitation sehr schwer zugänglich.

Versammlungen. Nach den vorliegenden, kaum vollständigen Berichten zählen wir 13 Volks-, 16 politische Vereins-, 372 anderweitige Vereins- und 480 § 2-Versammlungen. Zusammen 881 Versammlungen. 1 Versammlung wurde aufgelöst.

Presse. Die „Volkszeitung", die ab 1. Juli in Innsbruck gedruckt wird, hat mit dem Wachsen der Gewerkschaften leider nicht Schritt gehalten. Die gegenwärtige Auflage beträgt 2200 Exemplare. Doch können wir, da in allen Parteiorten eifrig für die Verbreitung agitiert wird, ein konstantes Steigen der Auflage erhoffen.

Maifeier. Die Maifeier nahm in allen Parteiorten einen glänzenden Verlauf. In Innsbruck war die Arbeitsruhe eine nahezu vollständige. Mehr als 6000 Personen beteiligten sich an dem Umzuge, auch in Wörgl und anderen Parteiorten war die Zahl der Feiernden eine große.

Wahlen. Die Parteigenossen beteiligten sich an den Gemeinderatswahlen in Innsbruck und erhielten 150 bis 230 Stimmen gegen 500 bis 613 der Gegner im III. Wahlkörper. Wenn auch kein direkter Erfolg errungen wurde, so hat die Beteiligung doch sehr agitatorisch gewirkt. Bei den Bezirkskrankenkassenwahlen in Kufstein gelang es, unsere ganze Liste durchzubringen.

Besondere Bemerkungen. Während der Berichtszeit wurde besonders in Innsbruck auch eine intensive Agitation gegen den Bieraufschlag gemacht, die der Partei viele Anhänger brachte.

II. Tiroler Wahlkreis (Bozen). Gliederung. Die Organisation ist vornehmlich auf die drei Orte Bozen, Meran und Lienz und ihre nächste Umgebung beschränkt. Außer ihnen kann nicht viel geschehen, weil auch die Industrie nahezu vollkommen fehlt.

Häuserorganisation. Die Häuserorganisation ist noch nirgends durchgeführt. Der Parteibeitrag beträgt in Bozen und Meran 10 und 8 H.

Vereine. Ueber die Mitgliederzahl der Vereine liegen keine genauen Erhebungen vor. Es dürften über 1000 Personen organisiert sein.

Versammlungen. Nach den Berichten wurden 14 Volks-, 224 Vereins- und 97 § 2-Versammlungen abgehalten. Zusammen 335.

Maifeier. In Bozen und Meran war die Arbeitsruhe fast vollständig. In anderen Orten merkte man nicht viel von der Maifeier.

Wahlen waren unter der Berichtszeit nicht zu verzeichnen. Ebenso keine politischen Verfolgungen, mit Ausnahme einer Verurteilung nach § 23 des Preßgesetzes zu 5 Kr. Geldstrafe.

Besondere Bemerkungen. In Bozen wurde eine Bierpreiserhöhung um 4 H. per Liter durch einen fast sechs Monate währenden Boykott erfolgreich bekämpft. Das Bier wird jetzt wieder zum alten Preise geschenkt.

Vorarlberg.

Gliederung. Zur Zeit bestehen Lokalorganisationen in Bludenz, Bregenz, Dornbirn, Feldkirch, Hard, Hohenems, Lustenau und Rankweil.

Häuserorganisation. Die Straßen- und Häuserorganisation ist nur in Dornbirn eingeführt und hat da ein Genosse 2 bis 3 Straßen zu versehen, und hat sich dies bisher ganz besonders zur Verbreitung der Presse bewährt. In Bregenz ist das Werkstättenvertrauensmännersystem eingeführt und zum Teile auch in einigen anderen Orten. 433 Personen leisten regelmäßige Beiträge für die politische Partei*organisation. Die Beiträge* belaufen sich per Person und Monat 20 H., wovon 2

Reichsparteisteuer, 8 H. Landesparteisteuer und 10 H. Lokalsteuer bestritten werden. In Dornbirn und Lustenau werden teilweise 30 H. bezahlt und wird der übrige Betrag für loko oder Sekretariatsfonds verwendet.

Vereine. Zur Partei gehörige Vereine, respektive Ortsgruppen oder Zahlstellen zählt Vorarlberg 25, mit einer Mitgliederzahl von 662. Außerdem besteht ein politischer Verein für Vorarlberg, der zirka 50 Mitglieder hat.

Versammlungen. Es wurden 4 politische Vereins-, 348 gewerkschaftliche, 116 politische § 2-Versammlungen, 91 § 2-Versammlungen der Branchenorganisationen und 16 Volksversammlungen abgehalten. Zusammen 571 Versammlungen. Verboten wurde eine Protestversammlung der Eisenbahner und eine Volksversammlung wurde aufgelöst.

Presse. Als Landesorgan gilt die in Innsbruck erscheinende „Volkszeitung".

Maifeier. Um eine Anzahl kleiner, unansehnlicher Maifeiern zu vermeiden, wurde laut Beschluß der Landeskonferenz in Bregenz eine Zentral-Maifeier für ganz Vorarlberg in Dornbirn abgehalten, woran sich zirka 200 Genossen beteiligten. Der Eindruck, den diese Maifeier hinterließ, war ein guter, zumal man hier die Sozialdemokratie schon ausgestorben wähnte.

Besondere Bemerkungen. Das Gewerkschaftsleben ist im ganzen Lande wieder etwas lebhafter und berechtigt zur Annahme, daß die Arbeiterbewegung quantitativ und qualitativ wieder vorwärts gehen wird, obwohl wir im allgemeinen immer noch ganz gewaltig unter dem Mißtrauen der uns Fernestehenden, ja sogar vieler Genossen zu leiden haben, welches uns einige leichtsinnige Funktionäre zurückgelassen haben. So geht es immer, wenn auch sehr langsam, vorwärts.

Bericht des Frauenreichscomités.

Das Frauenreichscomité hat im Berichtsjahr für 91 Versammlungen politischer und gewerkschaftlicher Natur Referentinnen zugewiesen. In die Provinz wurden Referentinnen entsendet nach Steiermark, Böhmen, Mähren, Schlesien, Kärnten und Niederösterreich.

Alle diese Versammlungen wurden von Wahlkreisen und Gewerkschaftsorganisationen veranstaltet.

Das Frauencomité selbst hat 8 Versammlungen über die Schulfrage arrangiert, 4 Versammlungen als Kundgebung für die ausgesperrten Tischler, 4 zur Besprechung der russischen Revolution, 6 Versammlungen über den Zolltarif und die Lebensmittelteuerung; 3 Frauenversammlungen haben sich mit der Fleischfrage befaßt. Die angeführte Versammlungstätigkeit ist nur ein Minimum von dem, was die Genossinnen leisten. Die Mitglieder des Comités sind außerdem in den Gewerkschaften und politischen Organisationen tätig und wirken in ihrer Branche agitatorisch und organisatorisch, was hier im Detail nicht angeführt werden kann.

Um die Zahl der agitatorisch tätigen Genossinnen zu vermehren, hat das Frauenreichscomité zu Beginn des laufenden Jahres einen Redeunterricht eingeführt, an dem sich 14 bis 20 Genossinnen beteiligt haben. Die Erfolge, die in diesem kurzen Zeitraum erzielt wurden, zeigen sich bei der Leitung der einzelnen Ortsgruppen der Heimarbeiterinnen. Eine Anzahl Genossinnen wurde befähigt, in selbständiger Weise die Ortsgruppen zu leiten und selbst agitatorische Reden zu halten. Auch organisatorisch wurden Erfolge erzielt.

Der sozialdemokratische Frauenverein ist eine Schöpfung der Genossinnen des II. Wiener Wahlkreises. Er befestigt seine Position immer mehr und die Berichte zeigen, daß er an Stärke zunimmt. Seine Tätigkeit ist eine politische, die Mitglieder erhalten die „Arbeiterinnen-Zeitung" obligatorisch.

Eine zweite, nicht unbedeutende Organisation ist der Zentralverein der Heimarbeiterinnen. Wenn auch kein politischer Verein, so ist sein Bestand für die proletarische Frauenbewegung doch von Bedeutung, da die Leiterinnen der Organisation Sozialdemokratinnen sind. Im Zentralvorstand sind zwei Mitglieder des Frauenreichscomités vertreten. Dem sozialdemokratischen Frauenverein gehört ein Mitglied des Frauenreichscomités an. Der Verein der Heimarbeiterinnen hat gegenwärtig in Wien sieben Ortsgruppen, in der Provinz fünf. Auch diese Organisation hat die „Arbeiterinnen-Zeitung" obligatorisch eingeführt.

In Korrespondenz ist das Frauencomité mit dem Agitationscomité in Mährisch-Schönberg, mit dem Arbeiterinnenverein in Bodenbach, mit den Frauensektionen in Aussig und Türmitz und mit einer größeren Anzahl Genossinnen, die bemüht sind, agitatorisch zu wirken. Die Fühlung mit den Wiener Genossinnen wird durch die Frauenplenarversammlung unterhalten, welche vier- bis fünfmal im Jahre zusammentritt und an der Delegierte der Gewerkschaften und Bildungsvereine teilnehmen.

Zur Reichskonferenz der Tabakarbeiterinnen und zum Unionstag der Textilarbeiter wurde delegiert. Delegierungen wurden ferner vorgenommen zur Frauenkonferenz in Bremen, zum Parteitag in Salzburg und zum Landesparteitag Niederösterreichs in Krems.

Einberufen wurde auch eine Konferenz der weiblichen Bediensteten der Wiener Konsumvereine, um diese zur Mitarbeit an der Organisation zu gewinnen, da bisher nur ein kleiner Teil in der sozialdemokratischen Frauenorganisation tätig ist.

Eine besondere Agitation wurde zur Verbreitung der „Arbeiterinnen-Zeitung" eingeleitet. Die Auflage dieses Agitationsblattes für Frauen beträgt jetzt 5000. Wir zweifeln nicht, daß sich die Auflage leicht verdoppeln läßt, wenn die Genossen mithelfen, der „Arbeiterinnen-Zeitung" bei jenen Proletarierinnen Eingang zu verschaffen, die bis jetzt gar keine Zeitung lesen.

Anschließend eine Uebersicht über die Einnahmen und Ausgaben für die Zeit von der Zweiten Frauenkonferenz im November 1903 bis zum 30. September 1905:

Einnahmen	Kr.	Ausgaben	Kr.
Kassastand am 4. November 1903	158·96	Kosten der Frauenkonferenz . .	179·64
Subventionen:		Delegationskosten für Versammlungen und Konferenzen . .	467·15
von der niederösterreichischen Landesparteivertretung . . .	634·80	Remuneration	50·—
von der Reichsparteivertretung	374·40	Postwertzeichen und Kanzleierfordernisse	124·27
von der Gewerkschaftskommission Oesterreichs	180·	Drucksorten	21·60
Beitrag der Gewerkschaften und Vereine für die Frauenkonferenz	85·—	Redekurs und Plenarversammlungen	23·—
		Diverse Ausgaben	25·76
		Kassastand am 30. September 1905	541·84
Zusammen . .	1433·16	Zusammen . .	1433·16

Bericht der tschechoslavischen sozialdemokratischen Arbeiterpartei

für die Zeit vom 1. August 1903 bis 31. Juli 1905.

Die abgelaufenen zwei Jahre werden in der Geschichte des tschechischen Proletariats als die Zeit emsiger Arbeit an dem inneren Ausbau, an der Vertiefung und Erstarkung der tschechoslavischen sozialdemokratischen Partei erscheinen. Der beleidigte Hochmut des nationalen Bürgertums, welcher in den tschechischen privilegierten Klassen seit der Zeit einriß, da die Vertreter der tschechischen Arbeiterschaft gegen die feudale Parole des tschechischen Staatsrechtes sich selbstbewußt verwahrt haben, rächte sich dadurch, daß er die Unterdrückung der tschechoslavischen sozialdemokratischen Partei als heilige nationale Ehrenpflicht proklamierte.

Wenn nun die tschechische Arbeiterschaft, dem allgemeinen Ansturm zum Trotze, ihr Ansehen wahren, durch ihre Macht dem Feinde imponieren und ihm widerstehen wollte, dann blieb ihr nichts weiter übrig, als den Dornenweg der kleinen agitatorischen und organisatorischen Arbeit anzutreten. Schnell lichteten sich die Schatten der vergangenen, noch im Jahre 1903 empfindlich bemerkbaren wirtschaftlichen Krise und heute können wir stolz behaupten, daß das tschechische Proletariat sowohl qualitativ wie quantitativ gestärkt dasteht. Den untrüglichen Beweis dafür liefern die 613, ihre Pflicht der Partei gegenüber erfüllenden Organisationen, abgesehen von den neu konstituierten und den von Toten auferstandenen, welche zwar ihren Pflichten noch nicht nachgekommen sind, aber doch existieren und funktionieren. In ihrer vollen Macht standen uns die herrschenden Klassen gegenüber, ihnen zur Seite der ganze Justiz- und Verwaltungsapparat, die gesetzgebenden Körperschaften, alles bereit, uns unterzukriegen; es gelang ihnen auch, uns politisch beiseite zu schieben, uns auf dem parlamentarischen Kampfplatz fast zur Bedeutungslosigkeit herabzudrücken . . ., und doch fürchten sie heute das tschechische Proletariat mehr denn je. Die Schutzwälle des privilegierten Bürgertums erscheinen bedroht und die herrschenden Klassen werden immer mehr in Verteidigungsstellungen zurückgedrängt.

Die Hauptgefahr wittert das Bürgertum in unserer prinzipiellen Forderung des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechtes. Vor keiner Reichsratskampagne sowie auch vor keiner Landtagswahl in Böhmen und Mähren hat es die tschechoslavische Sozialdemokratie unterlassen, die Erfüllung dieses politischen Minimums zu reklamieren, obwohl sie genau wußte, daß ihre Kräfte dazu nicht ausreichen, den privilegierten gesetzgebenden Körperschaften eine solche Verfassungsänderung abzuringen, welche den Bedürfnissen und den Wünschen der arbeitenden Bevölkerung vollauf entsprechen würde. Sie fühlte sich jedoch kräftig genug, jeden Mißbrauch der Wahlreform zunichte machen zu können. Darum hat auch die Absicht der Regierung, das Kuriensystem in beiden Landtagen durch Errichtung einer neuen allgemeinen Kurie zu stützen, den entschiedensten Widerspruch des tschechischen Proletariats hervorgerufen, welcher so intensiv war, daß man bereits versuchte, zur Abwehr des beabsichtigten Unrechtes einen politischen Streik zu inszenieren.

Sowohl in der Hauptstadt wie am Lande hat die tschechische Arbeiterschaft so stürmisch und so nachhaltig protestiert, daß das tschechische Bürgerturm aus Furcht vor Verlust seiner Popularität mit der volkstümlichsten Forderung bereits zu kokettieren anfängt.

Dank den zerfahrenen nationalen Zuständen nimmt das unersättlich herrschsüchtige Bürgertum beider Nationen dem allgemeinen gleichen Wahlrecht gegenüber einen gänzlich verschiedenen Standpunkt ein. Daher die scheinbare Demokratie des tschechischen, die Fortschrittsfeindlichkeit des deutschen Bürgertums.

Es liegt nun in erster Linie an den sozialdemokratischen Abgeordneten und an der Wiener Arbeiterschaft, daß auch gleich mächtige Akkorde betreffs des Reichsrates ertönen; die übrige Arbeiterschaft kann in dem Falle nur den Resonanzboden abgeben. Noch ist es Zeit; die verhaßte gegenwärtig klerikal-feudale Regierung mit Gautsch und der Kamarilla an der Spitze hat an Widerwärtigkeit gewiß nicht so viel verloren, daß sich die Arbeiterschaft zum Protest gegen die rückschrittlichen Tendenzen und Taten nicht erwärmen könnte.

Diesem Kampfe darf weder eine Rücksicht auf die Gunst des Bürgertums noch auf die kommenden Wahlen hindernd im Wege stehen. Darin liegt ja das Geheimnis eines jeden politischen Erfolges, daß man beizeiten schon das ganze Interesse und die ganze Tätigkeit auf einen Punkt konzentriert. Diese Zeit ist nun gekommen. Die Prager Landeskonferenz der tschechischen und deutschen Arbeitervertreter vom 23. Juli d. J. erklärte den Kampf für die Forderung bezüglich der Landtage Böhmens und Mährens; das erste Treffen hat die tschechische Arbeiterschaft bereits mit Ehren bestanden, in Mähren wird soeben die im Vorjahre begonnene Aktion erneuert, die Reichskonferenz vom 22. September d. J. hat das Signal zum Beginn des Kampfes im ganzen Reiche für unsere Forderung in Bezug auf den Reichsrat gegeben — also auf zum Kampf! Das tschechische Proletariat ist zu den größten Opfern bereit.

Ueber dem Kampf um das Stück Brot und um ihre politischen Rechte hat die tschechische Arbeiterschaft auf ihre kulturellen Forderungen und Bedürfnisse nicht vergessen. Eine wichtige Rolle spielte dabei der Kampf um Errichtung tschechischer Schulen auf dem heißen Boden der andersnationalen Majoritäten.

In Uebereinstimmung mit dem Parteiprogramm setzt sich die tschechische Arbeiterschaft überall für die Errichtung solcher Volksschulen ein, welche es ermöglichen, den Nachwuchs in seiner Muttersprache zu unterrichten, weil sie dies für die erste Bedingung eines jeden Kulturfortschrittes anerkennt. Unsere Genossen in Wien haben für diese unsere Forderung einen harten Kampf mit den Regierungsorganen zu bestehen gehabt. Daß der Kampf resultatlos verlief, hat sie nicht verzagt gemacht; das bureaukratisch-zentralistische Oesterreich hat nur ein Schanddenkmal sich errichtet, es ist nur dargetan worden, eine wie schwierige Stellung die tschechischen Arbeiter in Wien einnehmen.

Trotz der schweren Stellung der tschechischen Arbeiter in dem sogenannten geschlossenen Gebiet kann man doch wenigstens zeitweilige Erfolge ihrer Tätigkeit in dieser Richtung vermerken; dankend sei hier konstatiert, daß die deutschen Genossen in Böhmen den Bestrebungen der tschechischen Arbeiterschaft bereitwillig entgegenkommen.

Hand in Hand mit dem Wachsen der politischen Organisation ging der Ausbau der gewerkschaftlichen Bewegung. Es sei hier nur darauf verwiesen, daß ein reges Leben auch solche Branchen erfaßte, welche bisher ziemlich gleichgültig und regungslos den Kämpfen um Verbesserung der Lebenslage der Arbeiter zusahen. Schließlich hat der Aufschwung der Organisationen auch zur Diskussion über die Form der Organisation selbst geführt. Vielleicht wird schon die nächste Zukunft eine zum Wohle der ganzen Bewegung gereichende Lösung dieser Frage bringen.

Heute erkennt die tschechische Arbeiterschaft klarer denn je vorher, daß die politische und gewerkschaftliche Organisation nur zwei Seiten einer und derselben Sache bilden. Nur die notwendige Rücksicht auf unser reaktionäres Vereinsgesetz hat zur Trennung der Organisation geführt. Diese den heutigen Verhältnissen entsprungene Notwendigkeit darf jedoch in keiner Weise den Zusammenhang und die Harmonie der beiden Fronten der Arbeiterbewegung lockern. Durch die Politik zur Stärkung der gewerkschaftlichen Bewegung, durch die gewerkschaftliche Tätigkeit wieder zur Erreichung von politischen Erfolgen! Dies muß jeder Parteiangehörige beherzigen und tatsächlich bricht sich diese Ueberzeugung in der tschechischen Arbeiterschaft siegreich Bahn.

Einen systematischen Kampf führte und führt die tschechische Arbeiterschaft gegen die Expansionsgelüste des Klerikalismus, der sich ja des Schutzes mächtiger Faktoren in diesem Staate erfreut und deren verderblichem Treiben die Mehrzahl des einflußreichen Bürgertums ruhig zusieht. Es nimmt nicht wunder, wenn der klerikale Wagemut zur direkten Räuberei ausartet, wie dies die unerhörte Mißwirtschaft in dem klerikalen Geldinstitut — der St. Wenzel-Sparkasse — in eklatantester Weise bezeugt. Die tschechische sozialdemokratische Arbeiterschaft wird den Kampf gegen den Klerikalismus, ihren Traditionen treu, mit aller Entschiedenheit weiter führen.

In allen Wahlaktionen, in welche unsere Partei mit eingegriffen hat, wurde ein ehrendes Resultat erzielt. Es seien hier vor allem die Wahlen in das Gewerbegericht von Böhmen und Mähren erwähnt, wobei wir alle unsere Positionen behauptet haben. Bei den Wahlen in die Unfallversicherungsanstalten für Böhmen und Mähren gewann unsere Partei je ein Mandat. Ebenso hat sich unsere Partei in einigen Fällen an den Ergänzungswahlen in den Reichsrat und in die beiden Landtage durch Aufstellung eigener Zählkandidaten in den privilegierten Kurien beteiligt und ganz respektable

Stimmenzahlen erreicht. In Hunderten von Fällen haben unsere Organisationen auch an den Gemeindewahlen teilgenommen und in vielen Orten gesiegt.

Die Partei war dank ihrer Kraft und ihrem Einfluß imstande, viele Lasten von der Arbeiterschaft abzuwälzen, welche man ihr, teils im Interesse einer Kräftigung der Reichs- oder Landesfinanzen, teils im Interesse des ausbeuterischen Kapitals, aufbürden wollte. An erster Stelle muß hier der systematische Kampf gegen die Lebensmittelteuerung genannt werden, welcher an manchen Orten (insbesondere bei Fleisch-, Milch- und Brotteuerung) erfolgreich beendet wurde. Wie aus den Verhältnissen hervorgeht, muß der Kampf auch weiterhin mit voller Schärfe geführt werden, denn die Habgier der Oesterreich beherrschenden Großgrundbesitzer ist grenzenlos.

Der Erhöhung des Zolltarifs hat die Partei ebenfalls einen Widerstand entgegengesetzt. In Hunderten von Versammlungen und Volksmeetings wurde auf das entschiedenste gegen die neuerliche Ausbeutung des Volkes protestiert. Die österreichische Regierung und das bürgerliche Parlament hörte jedoch nicht auf die Stimme der Arbeiter, sie waren vollständig beherrscht von der Politik der adeligen Großgrundbesitzer.

Jahrelang hat die Arbeiterschaft aller Nationen Oesterreichs eine Reform der bisher geltenden gesetzlichen Bestimmungen bezüglich der Krankenunterstützung und Unfallversicherung der Arbeiter verlangt, nach Einführung der Alters- und Invaliditätsversicherung, der Witwen- und Waisenversorgung gerufen. Endlich sollte dem Verlangen Rechnung getragen werden. Kurz, fast nur wenige Stunden vor seinem Rücktritte legte der gewesene Ministerpräsident Koerber seinen diesbezüglichen Antrag der Oeffentlichkeit vor. Schon die Form und die Verhältnisse, unter welchen das Projekt der Oeffentlichkeit vorgelegt wurde, waren angetan, auch in den Reihen der tschechischen Arbeiterschaft Zweifel an der ehrlichen Absicht des geschiedenen Premiers rege zu machen, und dieses Mißtrauen hat sich bei näherer Durchsicht des Programms als berechtigt erwiesen. Dr. Koerbers Anträge sind unvollständig. Die wichtigen Forderungen der Witwen- und Waisenversorgung sowie die Versicherung der land- und forstwirtschaftlichen Arbeiterschaft sind gänzlich unbeachtet geblieben, man erkennt sofort, daß das Projekt hastig und in letzter Minute ausgearbeitet worden ist. Es sollte eben zur bestimmten Zeit fertig werden, damit es einem politischen Schachzug dienen könne, welcher alle die an der Arbeiterschaft von der zurücktretenden Regierung verübten Sünden — es floß ja auch Arbeiterblut unter ihrer Aera — verdecken sollte. Sowohl Fachleute in Sachen der Schutzgesetzgebung als auch der Krankenkassenkongreß haben fast einstimmig das ganze Projekt verworfen. Gewiß ein trauriges Zeugnis für die Sozialpolitik der österreichischen Regierungen.

Die großen Ereignisse in Rußland haben in der tschechischen Arbeiterschaft einen mächtigen Widerhall erweckt, so daß über 3200 Kr. für die russischen Revolutionäre aufgebracht und abgeführt wurden, eine mit Rücksicht auf die Verhältnisse unserer Arbeiterschaft gewiß ganz erhebliche Summe.

Das Aktionscomité unserer Partei war immer darauf bedacht, daß den Bezirkskonferenzen ein von ihm entsendeter Delegat beiwohne; ja sogar die Kreiskonferenzen und die Agitationsversammlungen in Oberösterreich sind vom Comité beschickt worden. An den verschiedenen ausländischen Kongressen beteiligte sich das Aktionscomité der tschechischen sozialdemokratischen Partei regelmäßig als Gast. Außerdem beteiligte sich das Comité auf dem internationalen Kongreß in Amsterdam als selbständige Einheit. In die Geschichte der Sozialdemokratie der ungarischen Reichshälfte griff die tschechische sozialdemokratische Partei ein, indem sie zum Ausbau einer selbständigen slovakischen sozialdemokratischen Partei ihre helfende Hand darbot.

Die Parteipresse nimmt einen erfreulichen Aufschwung und zählt heute folgende politische Zeitschriften:

	erscheint:
„Právo Lidu“	täglich
„Dělnické Listy“	„
„Rovnost“	3mal wöchentlich
„Nová Doba“	2 „ „
„Svoboda“	2 „ „
„Hlas Lidu“	1 „ „
„Duch Času“	1 „ „
„Zář“	1 „ „
„Nový Jihočeský Dělník“	1 „ „
„Severočeský Dělník“	1 „ „
„Naše Obrana“	1 „ „
„Východočeský Obzor“	1 „ „
„Stráž Pojizeří“	1 „ monatlich

*

Die gewerkschaftliche Presse zählt folgende Zeitschriften:

	erscheint:
„Kovodělník“	1mal wöchentlich
„Veleslavín“	1 „ „
„Dřevodělník“	3 „ monatlich
„Železniční zřízenec“	3 „ „
„Kožedělník“	2 „ „
„Nový Knihařský Obzor“	2 „ „
„Odborové Sdružení“	1 „ „
„Obuvník“	14tägig
„Oděvník“	14 „
„Potravodělník“	14 „
„Časopis Stavebních Dělníků“	14 „
„Orgán obchodního pomocnictva“	1mal monatlich
„Na Zdar“	3 „ „
„Textilník“	1mal wöchentlich
„Kamenodělník“	14tägig
„Cihlářské listy“	14 „
„Věstník“ pro děln. v knihtisk.	1mal monatlich
„Odborný list děln. mal. a lak.“	1 „ „
„Kloboučník“	2 „ „
„Solidarita“	2 „ „
„Hlinařský Dělník“	2 „ „
„Litografia“	14tägig
„Zájmy dopravních zřízenců“	1mal monatlich
„Rukavičkář“	1 „ „

*

Sonstige Parteiblätter:

	erscheint:
„Akademie“, sozialistische Revue	1mal monatlich
„Červánky“, antiklerikales Blatt	1 „ wöchentlich
„Rudé Květy“, belletristisches Blatt	1 „ monatlich
„Rašple“, humoristisches Blatt	1 „ „
„Ženský List“	14tägig
„Tělocvičný Ruch“	1mal monatlich
„Sborník Mládeže“	14tägig

*

Außerdem hat das Preßcomité insgesamt 294.500 Exemplare verschiedener Schriften, Broschüren, Kalender und sonstiger Druckschriften herausgegeben, welche gewiß ein immenses Stück Kulturarbeit unter dem Volke verrichtet haben.

*

Die Tätigkeit unserer Organisation in den letzten zwei Jahren erhellt sich aus folgenden Daten. Es wurden veranstaltet: 322 Volksmeetings, 3869 öffentliche Versammlungen, 1621 öffentliche Vorträge, 4626 Vereinsversammlungen und Vorträge, 6237 vertrauliche Organisationsversammlungen und 3123 vertrauliche Agitationsversammlungen.

Hiervon wurde die Abhaltung von 86 Versammlungen und Meetings untersagt, aufgelöst wurden 39 Versammlungen. Insgesamt wurden **19.798** verschiedene Versammlungen veranstaltet.

Obige Ziffern geben Zeugnis von verständnisvoller Arbeit sowie von großem Interesse nach allen Richtungen hin.

Verfolgt waren 929 Genossen und Genossinnen, von welchen 420 zur Haft von zusammen 5 Jahren 8 Monaten und 6 Tagen und zu Geldstrafen von insgesamt 1642 Kr. verurteilt wurden.

Freigesprochen wurden 509 Genossen und Genossinnen.

Aus diesen paar Ziffern ersieht man, wie es um die Freiheit in Oesterreich bestellt ist. Die Hauptrolle spielten dabei der § 23 des Preßgesetzes, Uebertretungen des Koalitionsgesetzes, die berüchtigten §§ 303, 312, 313, 314 des Strafgesetzes, und die Anzahl unserer verurteilten Genossen beweist, daß unsere Behörden noch lange kein Verständnis für die großen Ideen des Fortschritts und der Aufklärung haben werden.

Es erübrigt noch, anzuführen, daß die Zahl der Konfiskationen unserer Parteiblätter 88 beträgt.

Diese Ziffern sind nicht vollständig, da sehr viele von unseren Organisationen die Fragebogen nicht rechtzeitig eingeschickt haben. Man kann behaupten, daß die Tätigkeit unserer Organisationen bei weitem größer und vielseitiger war, als in diesem Bericht angeführt werden kann.

Durch Einführung regelmäßiger Zahlung der Parteibeiträge — mit Hilfe der von der Exekutive herausgegebenen einheitlichen Marken und Legitimationen — wurde ein bedeutender Erfolg erreicht und die Finanzen der Partei ins Gleichgewicht gebracht.

Mit Sicherheit kann man annehmen, daß wir uns in nächster Zukunft auch in finanzieller Hinsicht den anderen Bruderparteien an die Seite werden stellen können.

Prag, den 16. Oktober 1905.

Für die tschechoslavische sozialdemokratische Arbeiterpartei:

Anton Brůha,
Sekretär.

Bericht der italienischen Parteiexekutive.

Nachdem die Tätigkeit der küstenländischen und jene der südtirolischen Partei bisher ganz getrennt gewesen ist, muß darüber auch getrennt berichtet werden.

Die italienische Parteiorganisation an der Adria hatte nach dem Triester Generalstreik von 1902 einen großen Aufschwung genommen; es ist aber nicht möglich gewesen, alles, was kurz nach dem Generalstreik emporwuchs, auch zu konsolidieren. Die gewerkschaftliche Organisation, die beinahe allen Arbeiterkategorien zu ganz bedeutenden Siegen verholfen hatte, wurde von vielen Arbeitern nach der ersten Begeisterung im Stiche gelassen.

Die Partei hat zwar an Kraft und Bedeutung bedeutend zugenommen, nur nicht in dem Maße, welches jeder nach den großen Bewegungen vom Jahre 1902 sich vorgestellt hatte. Die wichtigste Errungenschaft jener heißen Kämpfe ist die erweiterte politische Freiheit, die man jetzt genießt. An innerer Festigkeit und an Mitgliederzahl hat die Partei nur so viel zugenommen, als auch sonst in ruhigen Zeiten durch die stetige Propaganda und durch die mühsame alltägige, oft undankbare Arbeit der Fall gewesen wäre. Es ist noch einmal dadurch bewiesen worden, daß nur dasjenige dem Proletariat wirklich zugute kommt, was es sich zu erkämpfen, aber auch sorgfältig und mühsam zu bewahren weiß; dies soll besonders das heißblütige italienische Proletariat beherzigen, welches einerseits sehr leicht zu den schönsten Taten zu bewegen, andererseits aber sehr schwer an eine kontinuierliche geduldsame Arbeit zu gewöhnen ist.

Sowohl in Triest als in Istrien wird die Sozialdemokratie immer mehr und mehr ein politischer Faktor, mit welchem die nationalen Parteien rechnen müssen, auch wenn es ihnen bisher gelungen ist, die Sozialdemokraten durch das allerschlechteste Wahlrecht beinahe von jeder Beteiligung an den Vertretungskörperschaften fernzuhalten. Im Görzischen, wo das politische Leben im allgemeinen sehr flau ist, und in Dalmatien, wo die Grundbedingungen einer starken Entwicklung fehlen, geht die Partei sehr langsam vorwärts.

Mit dem steten Wachsen der Partei werden auch die Gegner immer heftiger; die nationalen Parteien, die durch lange Zeit die Hoffnung nicht aufgeben wollten, die junge Sozialdemokratie hie und da zu ihren Zwecken ausbeuten zu können, mußten zur Einsicht kommen, daß die Kluft zwischen ihnen und der Partei des Klassenkampfes und des internationalen Bundes unüberbrückbar ist. Die Folge davon war selbstverständlich der Kampf mit allen Waffen, meistens aber mit unehrlichen und verborgenen, gegen die Partei der Arbeit. Das Pfaffentum und das antisemitische, schwarzgelbe Gesindel leisteten ihr möglichstes in Verleumdungen; sie versuchten auch, politische und gewerkschaftliche Arbeiterorganisationen ins Leben zu rufen und durch Untergebote unsere Genossenschaften vom Triester Hafen zu verdrängen; jedoch gingen diese gelben Syndikate nach wenigen Monaten schmählich zugrunde, nachdem sich die Partei sehr energisch zur Wehr gesetzt hatte. Die von Wien ausgehenden Versuche, in die bedeutendste Hafenstadt Oesterreichs den Antisemitismus und den Patriotismus zu verpflanzen, sind an dem Widerstande der Sozialdemokratie gescheitert.

An Propaganda wurde ziemlich viel geleistet; hervorragende Dienste leisteten die Vereine für soziale Wissenschaften (Circolo di Studi Sociali), die zuerst in Triest, dann in Pola, in Rovigno und in Görz gegründet wurden. Unser Triester wissenschaftlicher Verein organisiert schon seit Jahren ganze Kurse, in welchen die besten Genossen und Gelehrten aus Italien über die wichtigsten sozialen Fragen vortragen.

Die Parteipresse hat leider keine Fortschritte gemacht. In Triest erscheint dreimal in der Woche der „Lavoratore"; in Görz ist das Wochenblatt „Nuova Idea" eingegangen; in Pola ist „Il Proletario" wieder ins Leben gerufen worden, man hat ihm den Namen „La Terra d'Istria" beigegeben, und es ist

den istrianischen Genossen gelungen, das eingetauschte und erweiterte Blatt in den Landgemeinden Istriens ziemlich zu verbreiten.

Die Presse ist im Verhältnis zur Stärke der Partei ungenügend und kann den wachsenden Anforderungen durchaus nicht genügen.

Die Maifeier ist in diesen Ländern beinahe allgemein eingeführt; in Triest und in den Hauptorten ruht überhaupt die ganze Arbeit in der kleinen sowie in der großen Industrie, im Kleinhandel sowie im Hafen. In vielen Dörfern wird auch von den Feldarbeitern gefeiert, die am 1. Mai mit der roten Fahne, mit Musik und mit den Tönen des Arbeiterliedes ihre Umzüge organisieren.

In der Berichtsperiode kamen sehr wenige Streiks vor; nach dem gewaltigen Sturme von 1902 mußte die Zeit der Ruhe eintreten. Die ungünstige Lage der Industrie bot auch keine Möglichkeit, an Besserungen zu denken, denn die ganze Kraft mußte angewendet werden, um größere Uebel zu vermeiden.

Ein mißglückter großer Streik der Bauarbeiter, die vor zwei Jahren einen glänzenden Sieg davongetragen hatten, belehrte die Arbeiterschaft, daß die Kämpfe immer schwieriger werden und daß man sich ohne eine feste Organisation nicht mehr einlassen darf, weil die inzwischen auch klüger gewordenen Unternehmer nicht mehr im Sturme zu überwältigen sind.

Die Organisation der jugendlichen Arbeiter wurde in der letzten Zeit geschaffen; sie zählt fünf Gruppen und hat sich gleich anfangs als sehr rührig und ernst erwiesen.

Die Konsumvereinsbewegung ist in ihrem Anfange noch ganz klein, aber von modernem Geiste erfüllt.

Die Partei steht noch immer im Kampfe, um die Krankenkassen, die beinahe überall in den Händen der politischen Behörde sind, derselben zu entreißen und gesetzliche Vertretungen einsetzen zu lassen. Der Erfolg wird nicht lange ausbleiben.

Sozialdemokratische Gemeindevertreter sind nur in Muggia bei Triest und in Pola gewählt worden. Ueberall ist die Partei im Kampfe, um in den Gemeinden und Landtagen das allgemeine Wahlrecht zu erobern.

In Triest und in den größeren Ortschaften hat die Partei immer ihre Pflicht getan, wenn es sich gehandelt hat, die Stimme des Proletariats Oesterreichs gegen die uns alle erdrückenden Regierungssysteme zu erheben. Allgemein und laut ist auch bei uns der Ruf der Solidarität mit den russischen Revolutionären ausgebrochen, sobald uns die Kunde des vergessenen Proletarierblutes die Hoffnung der herannahenden Befreiung brachte.

Am 23. Jänner sagte die Triester Arbeiterschaft dem russischen Generalkonsul in einer spontanen und plötzlichen Demonstration, wie wir über den russischen Absolutismus denken.

In Triest mußte die sozialdemokratische Arbeiterschaft wiederholt auf die Straße, nicht um Unruhe zu stiften, sondern um die Ordnung herzustellen und den guten Ruf der Stadt von der Roheit der schwarzgelben 20 Kreuzer-Demonstranten zu schützen oder der nationalen Clique zu beweisen, daß wir ausschließliche Herren der Straße sein wollen, bis sie die Tore der Gemeinde und des Landtages den Arbeitern nicht mehr versperrt halten wollen.

Von großer Bedeutung für uns war die am 21. und 22. Mai in Triest abgehaltene internationale Zusammenkunft, die ihrem Zweck, den Chauvinismus und die Kriegsgelüste der verschiedenen Bourgeoisien ins wahre Licht zu stellen und die Bande der proletarischen Internationale immer fester zu schließen, vollauf entsprochen hat.

Die österreichische Politik, das österreichische Wahlunrecht, das Privilegienparlament, die Herrschaft des Pfaffentums und der Hof-Phantome erweckt unter dem italienischen Proletariat den größten Ekel gegen den ganzen Staat. Wenn die Leiter des österreichischen Staates bezahlt wären, um alles, was österreichisch heißt, verhaßt zu machen, könnten sie es nicht besser treffen. Sollte nicht bald eine Aenderung eintreten, so würden die italienischen Arbeiter sehr gerne auch auf die fünfte Kurie verzichten und an dem betreffenden Wahltage anstatt Stimmzettel abzugeben andere Stimmen hören lassen.

Es ist nicht auszuhalten; lange darf es nicht mehr dauern!

* * *

Die italienische Partei in Tirol hat eben eine lange Periode der inneren Krisis abgeschlossen. Die Landeskonferenz des Jahres 1903 brachte heftige Auseinandersetzungen, besonders bezüglich des Tagblattes „Il Popolo"; die Folge davon war der Austritt mehrerer älterer Genossen aus der Partei. Die gewerkschaftliche Organisation hat auch unter den Zwistigkeiten zu leiden gehabt. Der innere Kampf drehte sich mehr

um Personen als um Meinungen; die politischen und gewerkschaftlichen Organisationen wurden geschwächt; diese Mittel des proletarischen Kampfes verloren an Wirkungskraft.

In der im Dezember 1904 abgehaltenen Konferenz wurde beschlossen, mit den Streitigkeiten ein Ende zu machen. Nach langen Verhandlungen gelang es endlich, den Frieden wieder herzustellen; nur wenige Genossen sind infolgedessen aus der Partei ausgetreten.

Partei und Gewerkschaften haben nun wieder die fruchtbringende Tätigkeit im Sinne des Klassenkampfes aufgenommen.

Nachdem die Partei zu schwach ist, um in einem vorwiegend landwirtschaftlichen Gebiete ein Tagblatt aufrecht zu erhalten, welches einen ausschließlichen und ausgesprochenen sozialistischen Charakter hat, mußte sie auf das Eigentum des Tagblattes „Il Popolo" verzichten, welches somit Privateigentum des von der Partei ausgetretenen Dr. Battisti bleibt. Als Organ der Partei wird das Wochenblatt „L'Avvenire del Lavoratore" anerkannt, welches durch einige Zeit nicht erscheinen wird, weil die sozialistische Presse von allen Druckern boykottiert ist.

Politische Verfolgungen gegen Personen oder gegen Organisationen sind in der Berichtsperiode nicht zu verzeichnen.

Am 1. Mai wurde in Trient, Rovereto, Riva und Arco gefeiert.

Im Herbst 1903 wurden in Trient vier Genossen zusammen mit den Demokraten in den Gemeinderat gewählt. Diese Gemeinderäte sind aber unter denjenigen, die nun aus der Partei ausgetreten sind.

In Rovereto siegten im Juli 1904 die Demokraten im Bunde mit unseren Genossen gegen die Klerikalen; dadurch kamen vier Genossen in den Gemeinderat.

Die Krankenkassen sind größtenteils von sozialdemokratischen Majoritäten vertreten.

Das ökonomische Siechtum dieses Landes dauert fort. Die Unzufriedenheit herrscht in allen Klassen; nur fehlt eben ein zahlreiches klassenbewußtes Proletariat der Großindustrie, und auch unsere Hoffnungen wurzeln in der verheißenen Industrialisierung des Landes, die sich aus den neuen Bahnverbindungen und aus den großen elektrischen Werken emporschwingen sollte.

Bericht der polnischen Parteiexekutive.

In den verflossenen zwei Jahren war unser Parteileben durch die revolutionären Ereignisse im Zarenreiche, und speziell in Russisch-Polen, stark beeinflußt. Wir erachteten es als unsere Pflicht, die Revolution materiell zu unterstützen und in erster Linie das Asylrecht für unsere Parteigenossen aus Russisch-Polen in Galizien zu wahren. Es gelang uns dies vollkommen. Durch unsere Presse und unzählige Versammlungen und Demonstrationen wußten wir die Sympathiestimmung für die Revolution aufrecht zu erhalten und zu steigern, trotzdem der Polenklub und die gesamte polnische reaktionäre Presse, besonders die nationalistische, in Galizien eine andauernde Verleumdungskampagne gegen unsere Parteigenossen in Russisch-Polen und deren revolutionäre Aktion angestrengt hat.

Angesichts der ernsten Sachlage, in welcher die tatkräftige Unterstützung der Revolution in Russisch-Polen unsere Pflicht war, hatte der IX. Parteitag der polnischen Sozialdemokratie Oesterreichs, der im Herbst 1904 in Krakau tagte, die Aufgabe, diese Frage praktisch zu lösen. Er erledigte dieselbe durch den Beschluß, das faktisch schon seit Jahren bestehende Bündnis unserer Partei mit der polnischen sozialistischen Partei Russisch-Polens (P. P. S.) zu sanktionieren.

In Ausführung dieses Beschlusses haben wir unseren Genossen in Russisch-Polen eine Reihe von Diensten geleistet sowie erfolgreiche Geldsammlungen zugunsten der revolutionären Aktion eingeleitet.

Unser Parteitag hat auch der Exekutive den Auftrag erteilt, gemäß der Amsterdamer Resolution über die sozialistische Einigkeit, mit den in Russisch-Polen wirkenden sozialistischen Parteien in Verhandlung zu treten, um eine Einigung derselben zu vermitteln. Leider hat nur die polnische sozialistische Partei (P. P. S.) auf unser Schreiben zustimmend geantwortet, während die anderen Gruppen sich ablehnend verhalten haben.

* * *

Die zweite Frage, welche unseren Krakauer Parteitag stark beschäftigte, waren die jüdisch-separatistischen Bestrebungen. Diese Tendenz, durch einen kleinen Teil der Delegierten jüdischer Konfession (14) vertreten, wurde von der überwiegenden Mehrheit des Parteitages verurteilt.

Einige junge jüdische Akademiker, welche in unserer Partei gewirkt haben, ließen jedoch trotz des Parteitagsbeschlusses von ihren Sonderbestrebungen nicht ab und proklamierten am 1. Mai 1905 — am Verbrüderungstage der Arbeiterschaft — die konfessionelle Spaltung der Partei: die Gründung einer „jüdischen sozialdemokratischen Partei". Nur wenige jüdische Arbeiter folgten ihnen, denn sie sahen die Schädlichkeit und das Reaktionäre einer konfessionellen Spaltung und wissen, daß unsere Partei die Interessen des jüdischen Proletariats voll und ganz vertritt, seinen speziellen Bedürfnissen durch Herausgabe eines Wochenblattes in jüdischer Jargonsprache, der „Jüdischen Arbeiterzeitung", durch mündliche Agitation in dieser Sprache und durch Schaffung jüdischer Agitationskommissionen seit Jahren Rechnung trägt.

Die Parteivertretung der polnischen Sozialdemokratie beschloß in ihrer Plenarsitzung vom 8. Mai 1905 einstimmig folgende Resolution in dieser Frage:

Die politischen und sozialen Interessen des inmitten der polnischen Bevölkerung Galiziens und Schlesiens zerstreuten jüdischen Proletariats sind mit den Interessen des polnischen Proletariats identisch.

Die aus der Verschiedenheit in Sprache und Sitte der jüdischen Arbeiterbevölkerung resultierenden teilweisen Unterschiede erfordern bloß Anpassung an gewisse Aenderungen der Organisations- und Agitationsformen, die im Rahmen

einer gemeinschaftlichen Partei Platz finden können. Es genügen hierzu Jargonblätter und Broschüren, Vereinsfilialen, lokale und Landesagitationscomités wie auch mündliche Agitation im Jargon.

Vom Standpunkt der Interessen des jüdischen wie auch des polnischen Proletariats kann man sich mit der Tatsache der Absonderung des jüdischen Proletariats auf den Gebieten gesellschaftlichen Lebens nicht einverstanden erklären, die weit hinausläuft über die Grenzen gewöhnlicher nationaler Verschiedenheit, in religiösen und Rassenkämpfen und Voreingenommenheiten ihre Basis findet und eine von der herrschenden Klasse sorgfältig bewahrte und ausgenützte Hinterlassenschaft der feudalen Epoche bildet. Im Gegensatz zu diesen Klassen verlangt das vitale Klasseninteresse des Proletariats das innigste Zusammenwirken und Zusammenleben beider Teile der Arbeiterbevölkerung des Landes unter Beseitigung alles dessen, was diesem Zusammenleben in den Weg treten könnte.

In Bezug auf die Judenfrage hat die sozialdemokratische Partei die Aufgabe, die vollständige Gleichberechtigung der jüdischen Arbeiter durchzuführen, ihnen volle Freiheit kultureller Entwicklung zu sichern, ohne ihnen die polnische Kultur aufzudrängen, aber auch ohne sie im vorhinein im Rahmen des Jargons einzuschließen und ohne ihnen die Annäherung an die polnische Bevölkerung und Kultur zu erschweren.

Selbst die Anhänger einer besonderen jüdischen sozialdemokratischen Partei erheben keine positiven jüdischen nationalen Forderungen und können es auch nicht tun; dadurch aber benehmen sie einer solchen Partei jede reelle Existenzberechtigung und machen aus ihr ein leeres Spiel der Formen. Der gesunde Instinkt würde eben solche Forderungen direkt unmöglich machen.

Die Organisation der Sozialdemokratie in Oesterreich ist auf dem einstimmigen Beschluß des Brünner Parteitages vom Jahre 1899 basiert. Im Sinne dieses Programms „hat Oesterreich sich in einen Nationalitätenbundesstaat zu verwandeln" und die sozialdemokratisch-nationalen Parteien haben als politische Organisationen in den Grenzen dieser nationalen Gebiete die Gesamtheit der Interessen des Proletariats zu vertreten.

Auf Grund dieses Programms wirkt die Polnische sozialdemokratische Partei in Oesterreich, sie sichert auch dem jüdischen Proletariat die volle Kraftentwicklung im Kampfe um die politische Macht in Gemeinde, Land und Staat. Die Absonderung der jüdischen Arbeiter als Partei würde sie mit unabwendbarer Notwendigkeit vom Kampfe in den allgemeinen Landesfragen wegdrängen und sie zur politischen Ohnmacht verurteilen.

Die Berufung auf taktische Rücksichten im Kampfe mit den Zionisten und jüdischen Chauvinisten — deren politische Bedeutung und deren Einfluß auf die Arbeiter man übrigens nicht unterschätzen darf — kann nicht als ernste Grundlage zur Bildung einer jüdischen Partei dienen, denn nicht gestützt auf positive nationale Forderungen, wäre sie nur eine der Sozialdemokratie unwürdige demagogische Ausflucht. Hingegen würde sie den polnischen Antisemiten, Chauvinisten und Klerikalen eine Waffe bieten, die die Möglichkeit des Zusammenwirkens zwischen Polen und Juden bestreiten.

In keinem konstitutionellen Lande der Welt, in dem die jüdischen Arbeitermassen von der sozialistischen Klassenbewegung ergriffen sind (Amerika, England, Holland, Oesterreich), sondert sich das jüdische Proletariat als besondere politische Partei ab.

Aus allen diesen Gründen verurteilt die Parteivertretung jeden Versuch der Begründung einer besonderen jüdischen sozialdemokratischen Partei als gleich schädlich für das polnische und jüdische Proletariat; sie beschließt, diese Versuche mit aller Energie zu bekämpfen, und fordert die jüdischen Arbeiter zu weiterer vereinter Arbeit, zu gemeinschaftlichem Klassenkampf im Rahmen der gemeinsamen Partei auf. Die Parteivertretung gibt ihrer festen Ueberzeugung Ausdruck, daß die momentan gestörte Einheit in ihrer ganzen Kraft wiederkehren wird unter dem Zwange der Lebensnotwendigkeiten.

Die Gesamtparteivertretung faßte in ihrer Sitzung vom 13. Mai 1905 folgenden einstimmigen Beschluß:

Die Gesamtexekutive ist nicht in der Lage, die selbständige „Jüdische sozialdemokratische Partei Galiziens" anzuerkennen, weil sie unserem Brünner Programm und der Organisation unserer Partei widerspricht; sie ist auch nicht in der Lage, der Einladung zu einem Kongreß von Leuten zu folgen, die sich faktisch außerhalb der Partei gestellt haben.

Die Gesamtexekutive nimmt weiter die Resolution der polnischen Exekutive *zustimmend* zur Kenntnis und spricht die Hoffnung aus, daß die jüdischen Proletarier *Galiziens*, in klarer Erkenntnis ihrer eigenen wahren politischen und sozialen

Interessen, treu und fest wie bisher auf dem Boden der in hundert Kämpfen bewährten sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Organisation Schulter an Schulter mit ihren polnischen Genossen nach wie vor ihre Pflicht tun und daß sie sich den reaktionären und die Interessen des gesamten, insbesondere aber des jüdischen Proletariats schädigenden Bestrebungen der sogenannten „Jüdischen sozialdemokratischen Partei" entgegenstellen werden.

Die jüdischen Separatisten fügten sich nicht dem Beschluß der Gesamtparteivertretung, sondern setzten ihre Arbeit fort, welche in einer Verleumdungskampagne gegen unsere Partei sowie gegen die Personen verschiedener Parteigenossen besteht. In Krakau und in Tarnow griffen die Separatisten unsere Vertrauensleute mit Messern an. In Krakau traten sie einem Mitglied unserer Parteiexekutive in einer Gewerkschaftsversammlung mit dem Vorwurf entgegen, daß er als Jude am Samstag raucht und auf diese Weise die religiösen Gefühle des jüdischen Proletariats beleidigt. In Lemberg sprengten sie eine Wahlrechtsversammlung. In ihrem Blatt, das sie am 1. Oktober 1905 gründeten, erklärten sie, daß sie sich einem eventuellen Beschluß des Gesamtparteitages, der ihre Sonderbestrebungen verurteilen würde, nicht fügen werden.

Der Erfolg ihrer Agitation war ein ungemein geringer. Nur in wenigen Gewerkschaften von drei oder vier Parteiorten riefen sie eine Verwirrung oder Zersplitterung hervor. Die große Masse der jüdischen organisierten Arbeiterschaft hält treu zu unserer Partei, ohne sich von den zionistischen Anwandlungen einiger jungen Leute beirren zu lassen. Diese Episode blieb gänzlich ohne Folgen für die Entwicklung unserer Bewegung.

* * *

Jetzt steht unsere gesamte Bewegung im Zeichen des Wahlrechtskampfes. Solidarisch mit den Genossen in ganz Oesterreich veranstalten wir in allen Städten und Industrieorten unseres Landes unzählige Versammlungen und Demonstrationen für das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Reichsrats- und Landtagswahlrecht.

* * *

Die Parteiorganisation machte bedeutende Fortschritte. Trotzdem aber sind die Finanzen der Exekutive noch sehr schwach; erst jetzt hoffen wir durch die vom Krakauer Parteitag beschlossene Parteisteuerreform die Kassegebarung der Exekutive zu bessern.

Maifeier. Im Jahre 1904 hatten wir 41 Maiversammlungen, in welchen aus Anlaß des russisch-japanischen Krieges für die internationale Verbrüderung des Proletariats besonders Stellung genommen wurde.

Die Maifeier im Jahre 1905 gestaltete sich zu einer Kundgebung für die Revolution im Zarenreiche. Es wurden 42 Volks- und 3 § 2-Versammlungen abgehalten. In 20 Ortschaften wurden demonstrative Umzüge veranstaltet, wobei es in Tarnow zu einem Zusammenstoß mit der Polizei kam, wofür unsere Genossen zu 3 Monaten Arrest verurteilt wurden.

Parteipresse. Unser Tagblatt „Naprzód" ist in steter Entwicklung begriffen.

An Stelle der eingegangenen „Jüdischen Volkszeitung" in Lemberg geben wir seit März 1905 eine Jargonwochenschrift, die „Jüdische Arbeiter-Zeitung", in Krakau heraus.

In Lemberg erscheint schon das zweite Jahr ein Partei-Wochenblatt „Głos Robotniczy".

Die Wochenschrift „Právo lidu" für die Landbevölkerung wird im Oktober 1905 nach einer einjährigen Pause aufs neue erscheinen, was eine Belebung der Agitation auf dem Lande mit sich bringen muß. — Die populär-wissenschaftliche Zeitschrift „Latarnia" erschien in den verflossenen zwei Jahren sechzehnmal zu je 5000 bis 7000 Exemplaren und es wurden zirka 100.000 Stück à 6 Heller kolportiert.

Außerdem wurden noch 7000 andere Broschüren verkauft. Der polnische Arbeiterkalender erscheint regelmäßig in je 4000 Exemplaren.

Das schlesische Parteiblatt „Robotnik Slaski" hat einen ungeheuren Aufschwung genommen.

Die Gemeindewahlen brachten in diesem Jahre unseren Kandidaten in Krakau 1048 von 2430 Stimmen, in Lemberg 1496 Stimmen. Wir haben jetzt je einen Genossen in den Gemeinderäten: in Lemberg und Krakau seit 1902, in Zwierzyniec seit 1904, in Gorlice seit 1905.

Die Agitation betreffend Reform und Ausbau der Arbeiterversicherung führten wir im Anschluß an die Reichskommission der Krankenkassen in einer Reihe von Volksversammlungen.

Der Kampf um die Krankenkassen brachte uns weitere Siege in Stanislau, *Drohobycz und Sambor.* Am schwersten war der Kampf in Stanislau, wo der Sieg

durch eine lange Reihe von Versammlungen, Demonstrationen, Prozessen und endlich durch das Blut des jungen Arbeiters Brückner, welcher von einer Gendarmenkugel fiel, errungen wurde. — In den übrigen Kassen dauert der Kampf weiter.

Gewerkschaftsbewegung. Die verflossenen zwei Jahre brachten den Gewerkschaften in Galizien neue Organisationsformen. Die Landesorganisation, welche vor vier Jahren in Przemysl beschlossen wurde, erwies sich als unentsprechend; man gründete hie und da Zahlstellen und Gruppen der Zentralverbände. Auf diese Weise hatten sie lokale, Landes- und Reichsorganisationen der einzelnen Gewerkschaften und noch außerdem allgemeine Gewerkschafts- und Bildungsvereine.

Die stets wachsende Bewegung forderte ordentliche und einheitliche Organisationsformen. Laut Beschluß unseres Parteikongresses vom Jahre 1904 (Krakau) wurde vom Exekutivcomité eine Gewerkschaftskonferenz einberufen (Przemysl, März 1905) und diese beschloß, einen einheitlichen Organisationstypus einzuführen, und erklärte die zentrale Organisation als die beste; die bildenden und allgemeinen Arbeitervereine sollen aufgelassen werden, ferner beschloß die Konferenz die Bildung des Landes-Gewerkschaftssekretariats und erklärte als notwendig die Gründung eines polnischen Gewerkschaftsorgans für diejenigen Branchen, welche bis heute kein eigenes Organ haben.

Der Gewerkschaftssekretär begann sofort eine tüchtige Agitation und diese ergab sehr schöne Resultate. Binnen sechs Monaten wurden 28 neue Ortsgruppen in 15 Ortschaften gegründet und der Zuwachs der organisierten Mitglieder in dieser Zeit beträgt zirka 2200. — Den größten Zuwachs haben wir bei den Metallarbeitern (sechs Gruppen und zirka 400 neue Mitglieder), weiters bei den Holzarbeitern. — Letzthin begann der Sekretär eine Aktion, um die in Bäckereien, Mühlen, chemischen Industrien und in den Sägewerken beschäftigten Arbeiter zu organisieren, da diese Industriebranchen bei uns kräftiger entwickelt sind. Das kulturelle Niveau der in diesen Branchen beschäftigten Arbeiter ist jedoch sehr niedrig und das beeinträchtigt die Organisationsarbeiten.

Die Gewerkschaftspresse repräsentieren heute: „Ognisko“ (Buchdrucker), „Kolejarz“ (Eisenbahner), „Górnik“ (Bergarbeiter), „Robotnik krawiecki“ (Kleidermacher), endlich „Głos robotniczy“ (für die übrigen Branchen).

Streiks. Von den vielen Lohnbewegungen in der Berichtszeit endeten die meisten mit Erfolg.

Besonders erwähnt sei der imposante Massenstreik der Petroleum-Bergarbeiterschaft in Borysław im Sommer 1904, welcher nach einmonatlicher Dauer durch Reformversprechungen seitens der Regierung beigelegt wurde. Die Ausbeuter von Borysław wollten jedoch an den Arbeitern Rache nehmen; ein gedungenes Subjekt denunzierte einige Arbeiter, daß sie während des Streiks Petroleumgruben angezündet haben; sechs Arbeiter und eine Arbeiterfrau wurden verhaftet und wegen Brandlegung angeklagt; die Staatsanwaltschaft forderte für dieselben Todesstrafe. Nach zwei mehrwöchentlichen Verhandlungen, zuerst in Sambor, dann in Stryj, wurden die Angeklagten von den Geschwornen mit 9 bis 12 Stimmen freigesprochen. Die Verteidigung führten glänzend die Genossen Dr. Heski, Dr. Marek und Dr. Liebermann.

Der große Bauarbeiterstreik in Lemberg im Sommer d. J. endete mit einem teilweisen, kleinen Erfolg für einen Teil der Streikenden.

Totenliste der Partei. Die Proletarierkrankheit raffte uns in diesen zwei Jahren vier hervorragende Kämpfer weg: Witold Reger, den feurigen Agitator und Bekämpfer des Militarismus, in Przemysl, Kasimir Mokłowski, den populären Volksredner und hervorragenden Kunsthistoriker, in Lemberg, Romuald Chaberski, den Organisator der Metallarbeiter, in Krakau und Dr. Kasimir v. Kelles-Krauz, den namhaften marxistischen Soziologen. Ehre ihrem Angedenken!

Die Exekutive der polnischen Sozialdemokratie Oesterreichs.

Bericht über die parlamentarische Tätigkeit des Verbandes der sozialdemokratischen Abgeordneten

vom 23. September 1903 bis 8. Juli 1905.

Auf dem 1903 in Wien abgehaltenen Gesamtparteitag wurde von dem sozialdemokratischen Verbande ein ausführlicher Bericht erstattet, der seine gesamte parlamentarische Tätigkeit vom Beginn der gegenwärtigen Legislaturperiode 1901 bis zum 25. Juni 1903 schilderte. Der ganze Jammer des österreichischen Parlamentarismus wurde in diesem Berichte aufgerollt.

Was wir von der Zeit des Herbstes 1903 bis zum Herbste 1905 zu berichten haben, gibt nur eine Fortsetzung der Schilderung der erbarmungswürdigen Macht- und Hilflosigkeit des österreichischen Parlaments, dessen gegenwärtiger Zustand wohl schon jeden urteilsfähigen Menschen in Oesterreich davon überzeugt hat, daß eine gründliche Umgestaltung dieses Vertretungskörpers eine nicht mehr abweisbare Notwendigkeit ist, und nicht nur uns Sozialdemokraten allein erscheint nunmehr die Einführung des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts als das einzige zweckdienliche Mittel der Reform dieses zermürbten Parlaments.

Sessionsabschnitt vom 23. bis 26. September 1903.

Trotz den ernsten abmahnenden Worten der sozialdemokratischen Abgeordneten hatte das Abgeordnetenhaus in der Frühjahrssession 1903 mit schimpflicher Eile das von der Regierung vorgelegte Rekrutierungsgesetz angenommen. Die Regierung hatte sich nicht mit dem bisherigen Kontingent begnügt, sondern eine beträchtliche Erhöhung des Rekrutenkontingents gefordert. Obwohl nach der allgemeinen politischen Lage für das Abgeordnetenhaus keinerlei Nötigung vorlag, in geradezu unanständiger Weise zu hasten, da zumal nicht vorauszusehen war, daß Ungarn vor dem Herbste das Gesetz verabschieden werde, wurde die Regierungsvorlage angenommen. Zum Glück hatte der Abgeordnete Dr. Chiari in das Gesetz die Bestimmung hineingebracht, daß es nur dann in Wirksamkeit treten könne, wenn in Ungarn ein gleichlautendes Gesetz angenommen worden sei. In Ungarn aber herrschte die Obstruktion. So mußte sich Herr Dr. v. Koerber entschließen, das Haus im Herbste zu einer kurzen Session einzuberufen, in der nichts anderes beraten wurde als ein neues Rekrutierungsgesetz, das ohne Chiarische Klausel, aber auch ohne Erhöhung der Rekrutenziffer für das stehende Heer angenommen wurde. So hatte sich die Regierung eine empfindliche Blamage zugezogen.

Sessionsabschnitt vom 17. November bis 12. Dezember 1903.

In diesem Sessionsabschnitte wurde zu Anfang der Staatsvoranschlag für 1904 vorgelegt. Die übrige Zeit wurde ausgefüllt mit einer Debatte über eine von Doktor Koerber abgegebene Regierungserklärung und von Dringlichkeitsanträgen, von denen nur zwei von sachlich aktueller Bedeutung waren. Der eine betraf die Aufhebung des § 14. Gen. Pernerstorfer präzisierte dabei den Standpunkt unserer Partei. Der zweite, von Fokt eingebrachte, hatte das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht zum Gegenstand. In der Debatte ergriff namens des Verbandes Gen. Dr. Ellenbogen das Wort, um in einer großen und wirksamen Rede die sozialdemokratischen Argumente für das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht darzulegen, wobei er es auch nicht unterließ, die Frage der nationalen Autonomie eingehend zu erörtern.

Sessionsabschnitt vom 8. bis 22. März 1904.

Dieser Sessionsabschnitt sowie der

Sessionsabschnitt vom 19. April bis 10. Mai 1904

waren fast vollständig den Verhandlungen von Dringlichkeitsanträgen gewidmet, die nur zu Obstruktionszwecken gestellt waren. Wir können sie ruhig übergehen.

Sessionsabschnitt vom 17. November bis 9. Dezember 1904.

Sofort in der ersten Sitzung vom 17. November gab Herr v. Koerber eine Erklärung ab, die sich in der Hauptsache mit den Ereignissen in Innsbruck (die Errichtung und Demolierung der italienischen Rechtsfakultät) beschäftigte.

Ueber die Rede des Ministerpräsidenten wurde auf Antrag des Abgeordneten Malfatti die Debatte beschlossen. Diese Debatte füllte als einziger Verhandlungsgegenstand sämtliche 11 Plenarsitzungen der Herbstsession aus. In dieser Debatte ergriff Gen. Pernerstorfer zweimal das Wort.

Am 9. Dezember erfolgte die Vertagung des Hauses, nachdem die Regierung in einer Sitzung des Budgetausschusses mit ihrer Notstandsvorlage in der Minorität geblieben war.

Herr Dr. v. Koerber war regierungsmüde geworden. Nach dem eklatanten Mißtrauensvotum, das er im Budgetausschuß erhalten hatte, war er entschlossen, seine Demission zu geben. Sie wurde ihm gewährt, wie ausdrücklich bemerkt werden soll, in wenig gnädiger Weise.

Der neue Ministerpräsident Freiherr v. Gautsch brachte auch einige neue Männer ins Kabinett. Er selbst behielt sich nur das Präsidium vor, das Ministerium des Innern übergab er dem bisherigen Statthalter von Oberösterreich Arthur Grafen Bylandt-Rheidt, zum Leiter des Justizministeriums wurde Dr. Franz Klein bestellt.

Sessionsabschnitt vom 24. Jänner bis 13. Mai 1905.

In der ersten Sitzung ergriff Herr v. Gautsch als Ministerpräsident das Wort zu einer längeren programmatischen Erklärung. — Ein Antrag des Abgeordneten Choc, über die Regierungserklärung die Debatte zu eröffnen, wurde abgelehnt.

In den beiden folgenden Sitzungen befaßte sich das Haus mit tschechisch-radikalen Dringlichkeitsanträgen, die zu Zwecken der Obstruktion eingebracht worden waren.

Im Anschluß hieran gelangte ein Dringlichkeitsantrag des Abgeordneten v. Walewski, betreffend die Wahl eines 36gliedrigen Ausschusses zur Untersuchung von gegen Walewski erhobenen Vorwürfen, zur Verhandlung und Annahme.

Hierauf begann noch in der dritten Sitzung die Verhandlung über die — vom Budgetausschuß abgeänderte — Notstandsvorlage, die in den folgenden vier Sitzungen vom 27., 30., 31. Jänner und 1. Februar fortgesetzt und beendigt wurde.

Nebstdem gelangte am 27. Jänner ein Dringlichkeitsantrag des Abgeordneten Pacak ꝛc., betreffend die Revision der Geleise auf sämtlichen Staats- und Privatbahnen (veranlaßt durch Eisenbahnunfälle) zur Verhandlung und Annahme.

Ferner: am 31. Jänner ein Dringlichkeitsantrag Berger, betreffend den Tod des Kooperators Petran, und ein Dringlichkeitsantrag Starzynski, betreffend eine Immunitätsangelegenheit, zur Verhandlung.

Die Dringlichkeit wurde bei dem Antrage Berger abgelehnt, bei dem Antrage Starzynski angenommen.

In der Sitzung vom 1. Februar gelangte auch eine größere Anzahl von Berichten des Immunitätsausschusses zur Erledigung.

In der Sitzung vom 6. Februar verhandelte das Haus zuerst über den Dringlichkeitsantrag Daszynski, Pernerstorfer, Hybes, betreffend die Versammlungsverbote in Galizien und die Uebergriffe der Staatspolizei in Krakau (Ablehnung der Dringlichkeit), und begann hierauf mit der ersten Lesung des Rekrutenkontingents, die in der neunten und zehnten Sitzung vom 7. und 8. Februar fortgesetzt und beendigt wurde.

In der Sitzung vom 8. Februar wurden außerdem einige kleine Vorlagen des Justizausschusses und eine kleine Vorlage des Gebührenausschusses erledigt.

In der Sitzung vom 9. Februar begann die erste Lesung des Staatsvoranschlages für 1905, die in der Sitzung vom 10., 14., 15. und 16. Februar fortgesetzt und beendigt wurde.

In der Sitzung vom 10. Februar gelangte außerdem (im Wege der Dringlichkeit) eine kleinere Vorlage des Steuerausschusses und ein Dringlichkeits-

antrag Dr. Stojan, betreffend die Regelung der Kongrua, zur Erledigung und Annahme.

Am 16. Februar begann ferner die Verhandlung über die Regierungsvorlage, betreffend die Aufnahme eines Anlehens zur Ergänzung der Kassenbestände, die in der folgenden Sitzung vom 17. Februar fortgesetzt und angenommen wurde.

In der Sitzung vom 21. Februar wurde mit der zweiten Lesung des Rekrutenkontingents begonnen. Sie wurde in der 18. und 19. Sitzung vom 22. und 23. Februar fortgesetzt und erledigt.

Am 22. Februar wurde nebstdem ein Dringlichkeitsantrag Berger, betreffend die Verbesserung der Lage der Posthilfsbeamten, verhandelt und angenommen.

Am 23. Februar begann ferner die Verhandlung über die Abänderung und Ergänzung der Gewerbeordnung (erste Lesung einer diesbezüglichen Regierungsvorlage), die am 28. Februar fortgesetzt wurde.

In der 21. Sitzung vom 3. März gelangte der Dringlichkeitsantrag Schuhmeier und Seitz, betreffend die Einsetzung eines 36gliedrigen Untersuchungsausschusses zur Erhebung der Zustände in den österreichischen Garnisonsspitälern, zur Verhandlung. Die Dringlichkeit des Antrages wurde abgelehnt.

In der 22. und 23. Sitzung vom 9. und 11. März wurde die erste Lesung, betreffend die Reform der Gewerbeordnung, fortgesetzt und zu Ende geführt.

In der Sitzung vom 14. März begann die erste Lesung auf Einsetzung des sogenannten „Derschatta-Ausschusses", betreffend das Verhältnis zwischen Oesterreich und Ungarn. Die Verhandlung hierüber wurde in der 25. und 26. Sitzung vom 17. und 21. März fortgesetzt und zu Ende geführt.

Außerdem erledigte das Haus in diesen beiden Sitzungen je eine kleine Vorlage des Justiz- und des Eisenbahnausschusses.

Die Sitzung vom 24. März war der Erledigung einer Reihe von Immunitätsfällen gewidmet.

In der Sitzung vom 27. März begann die Verhandlung über den Bericht des Zuckersteuerausschusses, betreffend das Verbot der Rübenrayonierung. Die Debatte wurde in den Sitzungen vom 28. März und 3. und 4. April fortgesetzt und beendigt.

Außerdem erledigte das Haus am 3. April eine kleine Vorlage des Budgetausschusses — betreffend die Veräußerung von Staatseigentum — und am 4. April einen Dringlichkeitsantrag Dr. Pattai, Schwegel, betreffend das Gesetz wegen neuerlicher Inkraftsetzung der Anordnung des Gesetzes über Bahnen niederer Ordnung.

In der Sitzung vom 4. April begann ferner die Verhandlung über den Bericht des Wehrausschusses, betreffend den Militärvorspann im Frieden. Die Verhandlung hierüber wurde in den Sitzungen vom 10. und 11. April fortgesetzt und beendigt.

Am 10. April stand auch der Dringlichkeitsantrag Daszynski, Pernerstorfer, Hybes, betreffend den Bau der Wasserstraßen, in Verhandlung, die mit Ablehnung der Dringlichkeit des Antrages endete.

Am 11. April erledigte das Haus auch eine kleine Vorlage des Steuerausschusses.

Am 3. Mai begann die zweite Lesung des autonomen österreichisch-ungarischen Zolltarifes und in Verbindung damit auch die Debatte über den Bericht des Zollausschusses, über den Antrag Peschka, betreffend die Vieh- und Fleischeinfuhr aus Rußland und den Balkanstaaten. Die Verhandlung wurde fortgesetzt und zu Ende geführt in den Sitzungen vom 4., 5., 6., 10., 11. und 12. Mai.

Am 3. Mai erledigte das Haus auch einen Dringlichkeitsantrag des Abgeordneten Malik, betreffend die Vorlage des Aktenmaterials in der Angelegenheit des Kapellmeisters Feix in Ungvár.

In der letzten Sitzung der Session erledigte das Haus den Bericht des Gewerbeausschusses über den Beschluß des Herrenhauses, betreffend den Hausierhandel, ferner den Bericht des Wehrausschusses über den Militärvorspann im Frieden (zweite und dritte Lesung) und die erste Lesung über die Regierungsvorlage, betreffend die Errichtung einer italienischen Rechtsfakultät in Rovereto.

Insgesamt haben in dieser Session 41 Sitzungen des Hauses stattgefunden.

In die Debatten während dieses Sessionsabschnittes griffen in bedeutsamer Weise von unserem Verbande folgende Genossen ein: Daszynski (Versammlungsverbote, Wasserstraßen), Elderisch (Gewerbeordnung), Ellenbogen (Derschatta-Ausschuß, Rübenrayonierung, Hausierhandel, Universität Rovereto), Hannich (Kongrua, Zolltarif), Hybes (Zolltarif), Resel (Zolltarif), Rieger (Budget), Schuhmeier (Fall Petran, Rekrutenkontingent, Zolltarif, Garnisonsspitäler), Seitz (Zolltarif).

Während dieser ganzen Zeit wurde hinter den Kulissen von seiten des Ministerpräsidenten v. Gautsch fleißig gearbeitet. Es galt für ihn, die Deutschen und Tschechen zu beruhigen. Das hauptsächlichste Mittel schien ihm das Versprechen der Parlamentarisierung des Kabinetts zu sein.

Sessionsabschnitt vom 17. Juni bis 8. Juli 1905.

In der Sitzung vom 14. Juni begann die Verhandlung über die Kongruavorlage (erste Lesung), die in den Sitzungen vom 15. und 16. Juni fortgesetzt und beendet wurde.

In der ersten Sitzung gelangte außerdem ein Dringlichkeitsantrag des Abgeordneten Prasek, betreffend den Ankauf von Grundstücken von seiten des Militärärars, zur Verhandlung. (Ablehnung der Dringlichkeit.)

In der dritten Sitzung vom 16. Juni begann ferner die Verhandlung über Lokalbahnvorlagen, die in der vierten Sitzung vom 19. Juni fortgesetzt und beendigt wurde.

In der Sitzung vom 20. Juni fand vor allem die Debatte über den Dringlichkeitsantrag Wohlmeier, betreffend den „Ueberfall" auf den Abgeordneten Scheicher, statt (Annahme der Dringlichkeit), welcher die Verhandlung über zwei Berichte des Immunitätsausschusses folgte.

In der Sitzung vom 20. Juni begann auch die erste Lesung des Budgetprovisoriums, die in der sechsten und siebenten Sitzung vom 21. und 23. Juni fortgesetzt und beendigt wurde.

In der Sitzung vom 21. Juni wurde auch die Mißbilligungsaffäre Holansky contra Elderisch erledigt, und in der Sitzung vom 23. Juni die Verhandlung über einen Dringlichkeitsantrag Schönerer, betreffend „die Aufhebung der Gemeinsamkeit mit Ungarn", begonnen, welch letztere in der achten Sitzung vom 26. Juni mit der Ablehnung der Dringlichkeit endete.

In der Sitzung vom 26. Juni wurde auch über einen Dringlichkeitsantrag Daszynski, betreffend die Behandlung russischer Flüchtlinge in Oesterreich, verhandelt. (Annahme des Antrages.)

In derselben Sitzung begann die zweite Lesung des Budgetprovisoriums, die in der neunten Sitzung vom 28. Juni fortgesetzt und beendet wurde.

In der zehnten Sitzung vom 28. Juni wurde die erste Lesung des Handelsvertrages mit Deutschland durchgeführt und über einen Bericht des Gebühren- und Tierseuchenausschusses (kleinere Vorlagen) verhandelt.

In der elften Sitzung vom 4. Juli gelangte zuerst ein Dringlichkeitsantrag des Abgeordneten v. Plaček, betreffend die Permanenzerklärung des Gewerbeausschusses, zur Verhandlung. Die Dringlichkeit wurde anerkannt und der Antrag selbst angenommen. — In derselben Sitzung wurde auch über einen Dringlichkeitsantrag Schönerer, betreffend die Trennung der zwei Reichshälften, verhandelt. Die Dringlichkeit wurde abgelehnt. — Erledigt wurden ferner noch einige Berichte des Immunitätsausschusses und ein Bericht des Justizausschusses über einen Beschluß des Herrenhauses, betreffend das Gesetz über fundierte Bankschuldverschreibungen. Begonnen wurde die Verhandlung über einen Bericht des Steuerausschusses, betreffend die Abänderung der Gebäudesteuergesetze.

In der zwölften Sitzung vom 5. Juli wurde die Verhandlung über den letzterwähnten Bericht des Steuerausschusses erledigt, desgleichen ein zweiter Bericht des Steuerausschusses, ebenfalls die Gebäudesteuer betreffend. — Ferner ein Bericht des Sozialpolitischen Ausschusses über den Beschluß des Herrenhauses, betreffend die Regelung der Sonn- und Feiertagsruhe im Gewerbebetriebe (Handelsgewerbe).

In der Sitzung vom 6. Juli gelangte der Handelsvertrag mit Deutschland und in Verbindung damit das Gesetz, womit die Regierung ermächtigt wird, die Handels- und Verkehrsbeziehungen mit der Schweiz und mit Bulgarien provisorisch zu regeln, in zweiter und dritter Lesung zur Erledigung. Verhandelt und erledigt wurde ferner ein Bericht des Justizausschusses über einen Beschluß des Herrenhauses, betreffend den Verwaltungsgerichtshof.

dann ein Dringlichkeitsantrag des Abgeordneten Udrzal, betreffend die Erhöhung des Meliorationsfonds, und ein Dringlichkeitsantrag des Abgeordneten Choc, betreffend den Sprachengebrauch bei den gerichtlichen und Verwaltungsbehörden in Schlesien. Die Dringlichkeit wurde bei beiden Anträgen abgelehnt. — In dieser Sitzung versuchten die Tschechischradikalen durch massenhafte „Dringlichkeitsanträge" — angeblich über 200 — respektive durch deren Verlesung den Handelsvertrag mit Deutschland zu obstruieren. Der Versuch scheiterte an dem Widerstand des Präsidenten, der die Fortsetzung der Verlesung der „Dringlichkeitsanträge" mit der Motivierung sistierte, daß er die Anträge erst auf ihren Inhalt überprüfen müsse.

In der Sitzung vom 7. Juli begann die Verhandlung über den Bericht des Eisenbahnausschusses, betreffend die Ueberschreitung der Baukredite bei den Alpenbahnen u. s. w., die in der folgenden (letzten) Sitzung vom 8. Juli in zweiter und dritter Lesung zu Ende geführt wurde.

In der Schlußsitzung vom 8. Juli gelangten ferner zur Erledigung: ein Bericht des Eisenbahnausschusses, betreffend die Verstaatlichung der Pinzgauer Lokalbahn, zwei Berichte des Immunitätsausschusses, je ein Bericht des Notstands- und Petitionsausschusses, ein Dringlichkeitsantrag des Abgeordneten Klofač, betreffend die zunehmende Teuerung der Lebensmittel, ein Dringlichkeitsantrag des Abgeordneten Stein, betreffend die eventuell notwendige Einberufung des Parlaments (wegen der Vorgänge in Ungarn), und ein Dringlichkeitsantrag des Abgeordneten Schreiter, betreffend den Neubau der Leitmeritzer Reichsbrücke über die Elbe. Dem Antrag Klofač wurde die dringliche Verhandlung verweigert, den Anträgen Stein und Schreiter die Dringlichkeit zuerkannt und die Anträge bei der meritorischen Verhandlung angenommen. — In der Sitzung erfolgte auch die Wahl eines achtzehngliedrigen Permanenzausschusses, betreffend die Reform der Gewerbeordnung.

Von unseren Genossen beteiligten sich an den Debatten in längeren Ausführungen: Daszynski (Behandlung russischer Flüchtlinge in Ungarn), Elderſch (Permanenzerklärung des Gewerbeausschusses), Ellenbogen (Lokalbahnen, Deutscher Handelsvertrag), Hannich (Budget), Pernerstorfer (Trennung der zwei Reichshälften), Resel (Aufhebung der Gemeinsamkeit mit Ungarn), Schuhmeier (Kongrua, Ueberfall Scheicher).

In diesen Berichtsabschnitt fällt der Sturz des Eisenbahnministers v. Wittek, dessen finanzielle Wirtschaft, die sich in maßlosen Kreditüberschreitungen manifestierte, endlich seinen Sturz herbeiführte. Wittek war immer einer der erbittertsten und tückischesten Feinde der Arbeiterschaft. Unserem Genossen Dr. Ellenbogen gebührt die besondere Anerkennung der Partei dafür, daß er durch sein geschicktes und sachkundiges Eintreten gegen Wittek im Eisenbahnausschuß wesentlich dazu beigetragen hat, Wittek im Parlament und in der öffentlichen Meinung zu diskreditieren.

Bezüglich der in der Zeit vom 23. September 1903 bis 22. März 1904 vom Verbande eingebrachten Anträge, Interpellationen und Petitionen verweisen wir auf die Angaben, die im Protokoll des Deutschen Parteitages von Salzburg 1904, Seite 69 bis 72, enthalten sind.

In der Zeit vom 17. November 1904 bis 8. Juli 1905 sind folgende Dringlichkeitsanträge von seiten der Mitglieder des Sozialdemokratischen Verbandes eingebracht worden:

Hannich, betreffend den Notstand in den politischen Bezirken Reichenberg, Friedland, Gabel, Böhmisch-Leipa, Tetschen, Rumburg und Schluckenau. (Ueberreicht am 17. November.)

Schuhmeier, Daszynski, betreffend die Pläne der Militärverwaltung bezüglich Artilleriebewaffnung der Landwehr. (Ueberreicht am 19. November. Nicht zur Debatte gekommen.)

Daszynski, Pernerstorfer, Hybeš, betreffend die Versammlungsverbote in Galizien und die Uebergriffe der Staatspolizei in Krakau am 2. Februar 1905. (Verhandelt am 6. Februar. Dringlichkeit abgelehnt.)

Schuhmeier und Seitz, betreffend die Einsetzung eines 36gliedrigen Ausschusses zur Erhebung der Zustände in den k. und k. Garnisonsspitälern der diesseitigen Reichshälfte. (Verhandelt am 3. März. Dringlichkeit abgelehnt.)

Daszynski, Pernerstorfer, Hybeš, betreffend den Bau der im Gesetze vom 11. Juni 1901 angeführten Wasserstraßen. (Verhandelt am 10. April. Dringlichkeit abgelehnt.)

Daszynski, betreffend die Behandlung russischer Flüchtlinge in Oesterreich. (Verhandelt am 26. Juni. Die Dringlichkeit des Antrages wurde anerkannt und der Antrag bei der meritorischen Abstimmung angenommen.)

Einfache Anträge wurden in der Berichtszeit folgende eingebracht:

Pernerstorfer, betreffend die Erlassung eines neuen Organisations- und Dienststatuts für die österreichische Finanzwache. (Eingebracht am 26. Jänner. Dieser Antrag wurde dem Budgetausschuß zugewiesen.)

Pernerstorfer und Ellenbogen, betreffend die Lage der Justizdiener. (Eingebracht am 6. Februar.)

Immunitätsfälle, die unsere Genossen betreffen, sind folgende zu verzeichnen:

Elderisch (Bezirksgericht Trautenau). Das Auslieferungsbegehren — wegen Ehrenbeleidigung — gelangte im Plenum des Hauses am 24. März 1905 zur Verhandlung. Die vom Gen. Elderisch selbst gewünschte Auslieferung wurde beschlossen.

Daszynski, wegen Verbrechens der öffentlichen Gewalttätigkeit nach § 99 St.-G. und wegen Vergehens nach § 305 St.-G.; in diesem Falle wurde die Auslieferung abgelehnt. (Haussitzung vom 1. Februar.)

Daszynski, wegen Ehrenbeleidigung. Dem Auslieferungsbegehren wurde in der Sitzung vom 24. März 1905 stattgegeben.

Interpellationen wurden in der Berichtszeit 201 eingebracht, von denen wir folgende herausheben:

An die Gesamtregierung und an den Ministerpräsidenten.

Daszynski, betreffend die Auflösung von Versammlungen in Galizien wegen Besprechung der Ereignisse in Rußland. (Eingebracht am 30. Jänner.)

Daszynski, betreffend die Einmischung preußischer Polizeibeamten in die inneren Angelegenheiten Oesterreichs. (Eingebracht am 3. März.)

Pernerstorfer, Daszynski, Hybeš, betreffend die im Schwurgerichtsprozeß „Guttmann contra Zeit" zur Sprache gebrachte Verleihung von Titeln, Orden und sonstigen staatlichen Auszeichnungen. (Eingebracht am 10. Mai.)

An den Minister des Innern.

Ellenbogen, betreffend einen Fall von Hausfriedensbruch durch die Wiener Polizei. (Eingebracht am 17. November.)

Hybeš, betreffend das Vorgehen des Prager Magistrats gegen die Gehilfenkrankenkasse der Schuhmacher in Prag. (Eingebracht am 24. November.)

Daszynski, betreffend die Beteiligung des Bezirkshauptmannes von Podgorze an wucherischen Geschäftsunternehmungen. (Eingebracht am 24. November.)

Daszynski, betreffend die Ausweisung russischer Flüchtlinge. (Eingebracht am 16. Juni.)

Hybeš, betreffend die Zustände bei der Arbeiter-Unfallversicherungsanstalt für Mähren und Schlesien in Brünn. (Eingebracht am 16. Juni.)

Hybeš, betreffend die Handhabung des Versammlungsrechtes seitens der politischen Behörde in Brünn. (Eingebracht am 16. Juni.)

Hannich, betreffend das Vorgehen der Polizei in Reichenberg gegen die Streikposten der durch die Reichenberger Baumeister ausgesperrten Arbeiter. (Eingebracht am 4. Juli.)

An den Justizminister.

Daszynski, betreffend die Konfiskation des „Naprzod" in Krakau. (Eingebracht am 1. Februar.)

Daszynski, betreffend die Konfiskation des „Naprzod" in Krakau. (Eingebracht am 16. Februar.)

Hybeš, betreffend die Konfiskation der „Rovnost" in Brünn. (Eingebracht am 17. Februar.)

Hybeš, betreffend die Konfiskation des „Zář". (Eingebracht am 3. März.)

Hybeš, betreffend die Konfiskation des „Hlas lidu" in Proßnitz. (Eingebracht am 9. März.)

Rieger, betreffend die Konfiskation des „Volkswille" in Falkenau a. d. Eger. (Eingebracht am 9. März.)

Pernerstorfer, betreffend die Konfiskation der „Freiheit" in Teplitz. (Eingebracht am 9. März.)

Seitz, betreffend die Handhabung der Geschäftsordnung für die Gerichte bei Protokollarklagen armer Parteien. (Eingebracht am 11. März.)

Hybeš, betreffend die Konfiskation der tschechischen Maifestschrift in Prag. (Eingebracht am 17. März.)

Hybeš, betreffend die Konfiskation der „Nová doba" in Pilsen. (Eingebracht am 21. März.)

Ellenbogen, betreffend die Konfiskation der „Pravda". (Eingebracht am 21. März.)

Daszynski, betreffend die Behandlung der Untersuchungshäftlinge. (Eingebracht am 24. März.)

Ellenbogen, betreffend die Konfiskation einer sozialdemokratischen ruthenischen Proklamation. (Eingebracht am 10. April.)

Daszynski, betreffend die Konfiskation der Festschrift zum 1. Mai in Krakau. (Eingebracht am 10. April.)

Daszynski, betreffend die Konfiskation des „Naprzod" in Krakau. (Eingebracht am 10. April.)

Daszynski, betreffend die Konfiskation einer Ansichtskarte in Krakau. (Eingebracht am 11. April.)

Schuhmeier, betreffend die Ausweisung streikender Arbeiter. (Eingebracht am 10. Mai.)

Ellenbogen, betreffend die Konfiskation eines Aufrufes. (Eingebracht am 13. Mai.)

An die Minister des Innern und der Justiz.

Ellenbogen, betreffend die Untersuchung der bei den Personaleinkommensteuerwahlen im IX. Wiener Gemeindebezirk vorgekommenen Wahlfälschungen. (Eingebracht am 16. Februar.)

An die Minister des Innern und des Handels.

Hybeš, betreffend die Nichteinhaltung der Sonntagsruhe seitens der Dampfmühle J. O. Halbmayer in Pilsen. (Eingebracht am 14. März.)

Schuhmeier, betreffend die Behandlung der Heimarbeiter der Musikinstrumenteninduſtrie in Schönbach durch die dortige Berufsgenossenschaft und die Bezirkshauptmannschaft in Eger. (Eingebracht am 21. März.)

An die Minister des Innern und der Landesverteidigung.

Rieger, betreffend das Vorgehen der Gendarmerie gegen die Arbeiter anläßlich eines Streiks bei der Firma Schmeck & Komp. in Brüsau. (Eingebracht am 10. Februar.)

An die Minister des Innern und des Ackerbaues.

Cingr, betreffend die Sanierung der Bruderlade für die fürstlich Schwarzenbergschen Bergbaue in Böhmen. (Eingebracht am 21. März.)

An den Justizminister.

Pernerstorfer, betreffend die Konfiskation der „Volkspresse". (Eingebracht am 14. Juni.)

Hybeš, betreffend die Konfiskation des „Nový Jihočeský Dělník" in Budweis. (Eingebracht am 15. Juni.)

Daszynski, betreffend die Konfiskation einer Broschüre mit dem Titel „Arbeitersache". (Eingebracht am 21. Juni.)

Hybeš, betreffend die Konfiskation der „Rovnost". (Eingebracht am 28. Juni.)

Hybeš, betreffend eine Zeitungskonfiskation durch die Bezirkshauptmannschaft in Pardubitz. (Eingebracht am 6. Juli.)

Daszynski, betreffend eine Konfiskation in Krakau. (Eingebracht am 6. Juli.)

An den Minister des Innern und den Ackerbauminister.

Resel, betreffend die Gefährdung und Verwüstung bäuerlichen Besitzes der Gemeinde Gößl am Grundlsee durch aus ärarischem Grunde entspringende Wildbäche. (Eingebracht am 19. Juni.)

Rieger, Cingr, betreffend die Grubenkatastrophe in Polnisch-Ostrau. (Eingebracht am 6. Juli.)

An die Gesamtregierung und den Eisenbahnminister.

Ellenbogen, Resel, betreffend die Katastrophe im Bosrucktunnel. (Eingebracht am 14. Juni.)

An den Finanzminister.

Seitz, Schuhmeier, Pernerstorfer, betreffend die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Finanzwachmannschaft. (Eingebracht am 22. November.)

Pernerstorfer, betreffend die Verbesserung der Lage der Münzarbeiter. (Eingebracht am 23. November.)

Pernerstorfer, betreffend die Reorganisierung der Finanzwache. (Eingebracht am 13. Mai.)

Hybeš, betreffend die ärztliche Untersuchung der sich um Arbeit bewerbenden Arbeiterinnen in der Tabakfabrik in Göding. (Eingebracht am 16. Juni.)

Resel, betreffend die Erfüllung der Wünsche der alpenländischen Salinenarbeiter. (Eingebracht am 19. Juni.)

Resel, Elderisch, betreffend die Regelung der Lohn- und Dienstverhältnisse der in Tabakfabriken beschäftigten Professionisten. (Eingebracht am 5. Juli.)

An den Finanz- und den Eisenbahnminister.

Ellenbogen, betreffend die Insertion des Finanzministeriums und der Staatsbahnen in den Zeitungen. (Eingebracht am 2. Dezember.)

An den Unterrichtsminister.

Seitz, betreffend die Heranziehung der niederösterreichischen Pfarrgeistlichkeit für Zwecke der christlich-sozialen Partei. (Eingebracht am 10. Mai.)

An die Minister für Justiz und Unterricht.

Schuhmeier, betreffend die Verweigerung der Ausfolgung der nachgelassenen Schriften des verstorbenen Priesters Petran seitens des Kreisgerichtes in Wels. (Eingebracht am 21. Juni.)

An den Handelsminister.

Elderisch, betreffend die Regelung der Arbeitszeit in den ununterbrochenen Betrieben. (Eingebracht am 2. Dezember.)

Ellenbogen, betreffend die Einführung der Sonntagsruhe im Handelsgewerbe. (Eingebracht am 9. Dezember.)

Hannich, betreffend die Nichteinberufung einer Gehilfenversammlung der Bauarbeiter. (Eingebracht am 9. Dezember.)

Ellenbogen, betreffend das Verbot des Hausierhandels mit Blumen in Wien. (Eingebracht am 14. März.)

Ellenbogen, betreffend die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe. (Eingebracht am 21. März.)

Ellenbogen, betreffend die Sonntagsruhe der Blumenbindergehilfen. (Eingebracht am 27. März.)

Ellenbogen, betreffend die Verstaatlichung des Poststalldienstes und die Regelung des Ernennungsmodus der Postillone. (Eingebracht am 28. Juni.)

Ellenbogen, betreffend die Nichteinhaltung der Sonntagsruhe im Speditionsgewerbe. (Eingebracht am 8. Juli.)

An den Eisenbahn- und den Handelsminister.

Ellenbogen, betreffend die Fertigstellung der im Bereiche der Stationen Triest-St. Andrea geplanten Anlagen. (Eingebracht am 5. Juli.)

An den Eisenbahnminister.

Hybeš, betreffend die Lage der Lokomotivarbeiter. (Eingebracht am 24. November.)

Ellenbogen, betreffend die Kaiser Ferdinands-Nordbahn. (Eingebracht am 2. Dezember.)

Ellenbogen, betreffend die Verfolgung von Staatsbahnbediensteten wegen ihrer politischen Gesinnung. (Eingebracht am 27. Jänner.)

Ellenbogen, betreffend das Vorgehen der Staatseisenbahndirektion in Linz gegen zwei Lokomotivführer. (Eingebracht am 31. Jänner.)

Ellenbogen, betreffend die Entlassung von Arbeitern aus dem Staatsbetriebe. (Eingebracht am 15. Februar.)

Ellenbogen, betreffend die Dienstverhältnisse der Oberbauarbeiter der Staatsbahnen. (Eingebracht am 22. Februar.)

Ellenbogen, betreffend die Dienst- und materiellen Verhältnisse der Stationsexpedienten und verwandter Dienstkategorien. (Eingebracht am 23. Februar.)

Ellenbogen, betreffend die Dienstverhältnisse der Angestellten der Südbahn. (Eingebracht am 21. März.)

Ellenbogen, betreffend die Verfolgung des Eisenbahnbediensteten Henzl wegen seiner politischen Gesinnung. (Eingebracht am 4. Mai.)

Ellenbogen, betreffend das Vorgehen des Inspektors Gaßmann in Bregenz gegen die sozialdemokratischen Eisenbahnbediensteten. (Eingebracht am 5. Mai.)

Ellenbogen, betreffend das Verhalten des Staatsbahndirektors Messerklinger gegenüber den ihm untergeordneten Beamten. (Eingebracht am 10. Mai.)

Ellenbogen, betreffend das Verhalten des Betriebsdirektors v. Kuttig und des Inspektors Kremser der Nordbahn. (Eingebracht am 10. Mai.)

Hybeš, betreffend die Dienst- und Lohnverhältnisse der Arbeiter in den Staatseisenbahnwerkstätten in Pilsen. (Eingebracht am 14. Juni.)

Ellenbogen, betreffend die Verbesserung der Lage der Bediensteten im Staatsbahndirektionsbezirk Linz. (Eingebracht am 16. Juni.)

Daszynski, betreffend die Entlassung eines Kondukteurs in Podgorze. (Eingebracht am 16. Juni.)

Daszynski, betreffend die Erhöhung des Quartiergeldes der Bediensteten der Staatsbahnen in Galizien und der Bukowina. (Eingebracht am 16. Juni.)

Ellenbogen, betreffend das Verhalten der Generalinspektion der Eisenbahnen gegen einen Lokomotivführer. (Eingebracht am 4. Juli.)

Daszynski, betreffend Verfolgungen der organisierten Eisenbahner durch die Staatsbahndirektion Stanislau. (Eingebracht am 6. Juli.)

Ellenbogen, betreffend die Lage der Kohlenarbeiter der Staatsbahnen. (Eingebracht am 8. Juli.)

An den Minister für Landesverteidigung.

Elderſch, betreffend eine Soldatenmißhandlung in Brünn. (Eingebracht am 30. Jänner.)

Hybeš, betreffend den Selbstmord des Dragoners Eckel beim 15. Dragonerregiment in Göding. (Eingebracht am 10. Februar.)

Hybeš, betreffend die Behandlung der Dragoner beim 7. Dragonerregiment in Lyssa durch den Leutnant Blanka. (Eingebracht am 17. Februar.)

Hybeš, betreffend die fortgesetzte Mißhandlung von Dragonern in Lyssa. (Eingebracht am 23. Februar.)

Ellenbogen, betreffend die Mißhandlung des Rekruten Karl Pelos. (Eingebracht am 28. Februar.)

Ellenbogen, betreffend Soldatenmißhandlungen in Pola. (Eingebracht am 3. März.)

Hybeš, betreffend die Ableistung der Frühjahrswaffenübungen durch die Reservisten in ihren Aufenthaltsorten, respektive Aufenthaltsbezirken. (Eingebracht am 3. März.)

Schuhmeier, betreffend das Vorgehen der Militärbehörden gegen den Reservezugsführer Josef Dollinger wegen Ueberschreitung der Meldevorschriften. (Eingebracht am 21. März.)

Cingr, betreffend das Vorgehen des Leutnants Kolenaty gegen die Mannschaft der 3. Kompagnie des 21. Infanterieregiments in Kuttenberg. (Eingebracht am 24. März.)

Seitz, betreffend die Behandlung der Mannschaft durch den Kommandanten der 1. Kompagnie des Pionierbataillons Nr. 5 in Krems. (Eingebracht am 4. April.)

Ellenbogen, betreffend Maßregelungen von Arbeitern im Marinearsenal zu Pola. (Eingebracht am 23. Juni.)

An den Ackerbauminister.

Cingr, betreffend das Schiedsgericht der Bruderlade in Mährisch-Ostrau. (Eingebracht am 24. Jänner.)

Cingr, betreffend das Vorgehen der Bergbehörden in Elbogen bei Durchführung der Arbeiterschutzgesetze. (Eingebracht am 30. Jänner.)

Hybeš, betreffend das Vorgehen der Bruderlade in Mirošchau gegen die Bergarbeiter. (Eingebracht am 10. April.)

Resel, betreffend das Vorgehen des Bruderladenschiedsgerichtes des Revierbergamtes Wels gegen einen Bergarbeiter. (Eingebracht am 16. Juni.)

Cingr, betreffend das Vorgehen des Platzmeisters Hradil auf dem Albrechtschachte in Peterswalde. (Eingebracht am 27. Juni.)

Hannich, betreffend die Verteilung der Notstandsgelder in der Gemeinde Pelkowitz in Böhmen. (Eingebracht am 5. Juli.)

Cingr, betreffend einen Provisionsanspruch bei der Bruderlade der Ostrauer Bergbauaktiengesellschaft. (Eingebracht am 6. Juli.)

Cingr, betreffend eine Erhöhung der Provisionen für die Witwen und Waisen der anläßlich des Unglücks in Polnisch-Ostrau am 4. Juli 1905 ums Leben gekommenen Bergarbeiter. (Eingebracht am 8. Juli.)

Cingr, betreffend die Dienstordnung für die Bergarbeiter im Ostrau-Karwiner Revier. (Eingebracht am 8. Juli.)

Außerdem wurden von den Mitgliedern des Verbandes in der Berichtszeit sechs **Petitionen** eingereicht.

Sessionsabschnitt vom 26. September bis 6. Oktober 1905.

In der letzten Sommertagung des Abgeordnetenhauses hatte der Ministerpräsident wiederholt das Versprechen gegeben, falls die ungarischen Verhältnisse irgendwie eine Entscheidung des österreichischen Reichsrates notwendig machen sollten, sofort wieder das Abgeordnetenhaus einzuberufen. Nun hatte sich bis Mitte September in Ungarn zwar nichts ereignet, das dieses österreichische Parlament mitsamt der Regierung zu irgend einer Willensäußerung hätte veranlassen können. Dennoch berief Herr v. Gautsch das Abgeordnetenhaus zu einer Tagung für den 26. September ein. Aber wohl war etwas geschehen, was die sozialdemokratische Partei Oesterreichs zu ganz entschiedenen Aeußerungen veranlaßt hatte. Es war bekannt geworden, daß der österreichische Ministerpräsident in einem gemeinsamen Kronrat sich gegen das Fejervaryſche Programm des allgemeinen Wahlrechtes ausgesprochen habe, und zwar mit der Begründung, daß die Einführung des allgemeinen Wahlrechtes in Ungarn auch notwendig die Frage des allgemeinen Wahlrechtes in Oesterreich unmittelbar auf die Tagesordnung setzen müsse. Der heftigen außerparlamentarischen Bewegung unserer Partei gegen Gautsch gab der Sozialdemokratische Verband in der ersten Sitzung des Abgeordnetenhauses durch einen Dringlichkeitsantrag Ausdruck, durch den Herrn v. Gautsch das schärfste Mißtrauen ausgesprochen werden sollte. Vorerst hielt der Ministerpräsident, der bei seinem Erscheinen im Hause von den sozialdemokratischen Abgeordneten mit einer Flut von eben nicht schmeichelhaften Zurufen empfangen worden war, eine politische Rede über die „Lage“. An dieser Rede, in der er auch seine Haltung im Kronrate zu beschönigen suchte, übten die sozialdemokratischen Abgeordneten schon durch häufige Zwischenrufe die schärfste Kritik. In der hierauf eröffneten Debatte vertrat Abgeordneter Pernerstorfer den Standpunkt der Partei. Die Erklärungsdebatte füllte die Sitzungen vom 26., 27., 29. September, 2., 3. und 4. Oktober vollständig aus und erstreckte sich noch in die Sitzung des 5. Oktober. Aber inzwischen hatte die Wahlrechtsbewegung sozusagen auch in das Haus ihren Einzug gehalten. Von sechs Parteien waren Dringlichkeitsanträge auf Einführung des allgemeinen Wahlrechtes eingebracht worden. Den vom Sozialdemokratischen Verband vorgelegten begründete Genosse Daszynski in ausgezeichneter Weise. Zwar wurde die Dringlichkeit aller gestellten Anträge, für deren Annahme die qualifizierte Zweidrittelmehrheit erforderlich gewesen wäre, abgelehnt, aber immerhin ergab das Abstimmungsresultat 155 Stimmen für und nur 114 Stimmen gegen die Dringlichkeit. So hatte die einfache Mehrheit des Hauses sich doch für die Dringlichkeit der Anträge erklärt. Von den abwesenden 156 Mitgliedern des Hauses hat sich gewiß ein bedeutender Teil der Abstimmung aus Schamgefühl enthalten. Vielleicht bedarf es nur eines hinlänglich starken Druckes von außen, um dieses Schamgefühl noch zu läutern.

In diesem kurzen Sessionsabschnitte wurden außer den beiden Dringlichkeitsanträgen:

Pernerstorfer, Daszynski, Hybeš, betreffend ein Mißtrauensvotum gegen Gautsch;

Daszynski, Pernerstorfer, Hybeš, betreffend das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht

keine weiteren Anträge eingebracht.

Interpellationen wurden 20 eingebracht, von denen erwähnt werden sollen:

Cingr an den Leiter des Justizministeriums wegen Konfiskation der Kladnoer „Svoboda“;

Elbersch an den Leiter des Justizministeriums wegen Konfiskation des Aussiger „Volksrechts“;

Ellenbogen an den Minister des Innern wegen der Praxis der niederösterreichischen Statthalterei bei Wahlrechtsreklamationen;

Hybeš an den Minister des Innern wegen des Verbotes einer Volksversammlung in Beneschau;

Resel an den Leiter des Justizministeriums wegen der Konfiskation einer Flugschrift gegen die Kongruavorlage.

Anträge zum Parteitag.

Vor den Verhandlungen gestellte Anträge.

Zu Punkt 4 der Tagesordnung: Die österreichische Krise und das Wahlrecht.

1. Antrag des II. Wiener Wahlkreises:

Der Gesamtparteitag fordert die Genossen auf, den Kampf für das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht allerorts fortzusetzen und nicht eher zu ruhen, bis das Ziel des Kampfes errungen ist.

Er beauftragt die Gesamtexekutive sowie die Exekutiven aller nationalen Organisationen in Oesterreich, durch Versammlungen, die Presse und die Ausgabe von Flugblättern und Broschüren die Arbeiterschaft über die Bedeutung des Kampfes aufzuklären und in Bewegung zu bringen.

Er erklärt Demonstrationen größten Stils und gegebenenfalls die Anwendung des politischen Massenstreiks als die geeignetsten Mittel, die Durchsetzung des gleichen Wahlrechtes zu erzwingen, und beauftragt daher die Gesamtexekutive und die Exekutiven der einzelnen nationalen Organisationen in Oesterreich, alles Notwendige zu ihrer Vorbereitung und energischen Durchführung vorzukehren.

Zu Punkt 8 der Tagesordnung: Allgemeine Parteiangelegenheiten.

2. Antrag der Lokalorganisation Graz:

Die Parteiorganisation, welche gleichzeitig eine schlagfertige Wahlorganisation sein soll, läßt noch vieles zu wünschen übrig. Die finanziellen Mittel zur Bestreitung der politischen Aktionen stehen in keinem Verhältnis zu den Anforderungen, welche an die sozialdemokratische Arbeiterpartei gestellt werden. Der Gesamtparteitag beschließt daher: In der Erkenntnis, daß nur eine gute Parteiorganisation es ermöglicht, bei Wahlen Erfolge zu erzielen, die Partei in allen politischen Aktionen schlagfertig zu machen und zu erhalten, ist in ganz Oesterreich die Straßen- und Häuserorganisation einzuführen. Als Mindestbeitrag werden per Mitglied und Monat 10 Heller eingehoben. Der Straßenorganisation anzugehören ist jeder Parteigenosse, insbesondere jedes gewerkschaftlich organisierte Mitglied, verpflichtet.

Während der Verhandlungen eingelaufene Anträge.

Zu den Begrüßungsreden.

3. Antrag Adler, Daszynski, Němec, Jaroszewytsch, Piscel und Kristan:

Resolution.

Der Gesamtparteitag der internationalen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Oesterreich begrüßt mit Begeisterung und dem lebendigsten Gefühl brüder-

licher Solidarität den revolutionären Kampf, den die geknechteten der Freiheit und der Menschenrechte beraubten Völker gegen den zarischen Absolutismus in Rußland führen. Wir begrüßen sie alle bei ihrem großen, befreienden Werke, aus den Millionen von Sklaven freie Menschen zu machen, den entrechteten, unterjochten Völkern ihr Recht und ihre Selbständigkeit wiederzugeben und die fluchwürdige Gewaltherrschaft des Zarismus zu zertrümmern. Die Sozialdemokraten in Oesterreich folgen der Entwicklung der Revolution in Rußland mit der festen Hoffnung auf den baldigen Sieg des Volkes, einen Sieg, der auch der westeuropäischen Reaktion den Todesstoß versetzen wird. Indem wir in Oesterreich unseren Kampf um die politischen Rechte des Volkes führen, sind wir uns auch dessen bewußt, daß wir unsere revolutionären Pflichten erfüllen. Wir sind ein Teil derselben revolutionären, die Menschheit vorwärts treibenden Kraft, deren politischer Ausdruck der internationale Sozialismus ist, und unser Kampf dient überall denselben großen und erhabenen Zielen. In diesem Sinne senden wir den kämpfenden Scharen des Proletariats aller Nationen in Rußland unsere glühenden Wünsche: Hoch die russische Revolution! Hoch die internationale, völkerbefreiende Sozialdemokratie!

Zu Punkt 2 der Tagesordnung: Bericht der Gesamtparteivertretung.

4. Antrag der Kontrolle:

Der Exekutive ist das Absolutorium zu erteilen.

5. Antrag Johanis (Prag):

Alle Berichte sowie Publikationen der Gesamtparteivertretung sind in allen Sprachen der einzelnen in der Gesamtpartei in Oesterreich vertretenen Nationalitäten herauszugeben.

Zu Punkt 3 der Tagesordnung: Bericht über die parlamentarische Tätigkeit.

6. Antrag Dr. Czech (Brünn):

Der Parteitag spricht dem Verbande der sozialdemokratischen Abgeordneten das vollste Vertrauen aus und dankt ihm für die energische Vertretung des Proletariats im Parlament.

7. Antrag Weixelberger:

Der sozialdemokratischen Fraktion werden Dank und Anerkennung für ihr Wirken im Reichsrat ausgesprochen; möge sie mit allen Kräften auf die Zertrümmerung des Privilegienparlaments hinarbeiten.

Zu Punkt 4 der Tagesordnung: Die österreichische Krise und das Wahlrecht.

8. Resolution des Referenten Dr. Ellenbogen:

Die österreichische Krise, die die Kraft der Völker verwüstet, die Reich, Staat und Länder bis zur Lebensunfähigkeit lähmt, kann nicht überwunden werden, ohne daß Kurienparlament und Kurienlandtage beseitigt werden und Raum geschaffen wird für die Volksvertretung in Staat und Land auf Grund des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechtes.

Die sogenannte Interessenvertretung ist von der sozialdemokratischen Arbeiterschaft stets als Unrecht und als Vergewaltigung gebrandmarkt worden, sie ist heute

von allen politisch Denkenden als ein überlebter Wahnwitz, als ein Verbrechen an den Völkern und am Staate erkannt. Das Flickwerk der fünften Kurie hat das Recht nicht hergestellt und hat den inneren Widersinn und die Arbeitsunfähigkeit dieser Karikaturen von parlamentarischen Körperschaften nur gesteigert. Die Lebensfrage der Völker Oesterreichs: die Herstellung nationaler Ordnung und nationalen Friedens durch die ehrliche Anerkennung des Rechtes aller Nationen auf Selbständigkeit und ungehemmte Entwicklung, kann nur gelöst werden von einer wirklichen Volksvertretung, die allein den Mut und die Kraft haben wird, über volksfeindliche Privilegien und Cliqueninteressen hinwegzuschreiten und Raum zu schaffen für die Umgestaltung und Neugestaltung dieses Staates, dessen Grundlage, soll er leben können, nur die durchgängige Demokratie in Gesetzgebung und Verwaltung, dessen Zukunft nur der freie Nationalitäten-Bundesstaat sein kann.

Der entscheidende Augenblick ist gekommen. Das gegenwärtige Parlament wird in Kürze sein unrühmliches Dasein beendet haben. Alles kommt darauf an, ihm die rettende Tat der Wahlreform abzuringen, die einzige, die es leisten kann und leisten muß. Das allgemeine, gleiche Wahlrecht ist von der Krone für Ungarn als notwendiges Prinzip anerkannt; sie kann die Anerkennung dieser Notwendigkeit den Völkern Oesterreichs nicht verweigern. Die Regierung des Herrn Gautsch hat die Wahl, entweder den engstirnigen Eigensinn bureaukratischer Borniertheit zu überwinden und selbst die Initiative zur Einführung des gleichen Wahlrechtes zu ergreifen, oder von einem Posten zu verschwinden, dessen Verantwortung zu tragen sie geistig und moralisch unfähig ist. In den Tagen, wo die Gewaltherrschaft des zarischen Absolutismus zusammenbricht unter der Wucht der Empörung der Völker, die für ihr heiliges Recht kämpfen, könnte in Oesterreich nur eine Regierung, die mit verbrecherischer Verblendung geschlagen wäre, sich unterfangen, dem Anspruch des arbeitenden Volkes auf das gleiche Recht entgegenzutreten.

In diesem Augenblick erkennt es der Gesamtparteitag als oberste und heiligste Pflicht der Sozialdemokratie, alles zu tun und kein Opfer zu scheuen, um zu verhindern, daß diese Stunde ungenützt verstreiche; um zu verhindern, daß über die Völker Oesterreichs der Schrecken komme, daß nochmals Neuwahlen ein Kurienparlament erzeugen, daß nochmals die Gefahr entstehe, daß sechs im Leben der Völker unersetzliche Jahre dem absurd gewordenen Privilegienparlament geopfert werden.

Der Gesamtparteitag erwartet darum vom Verband der sozialdemokratischen Abgeordneten, daß er alles daransetzen werde, um die Wahlreform auf die Tagesordnung des Abgeordnetenhauses zu setzen, wie sie der einzige Gegenstand ist, der heute auf der Tagesordnung der österreichischen Oeffentlichkeit steht. Er erwartet, daß die sozialdemokratischen Abgeordneten, wenn es sein kann, im Einvernehmen mit jenen bürgerlichen Parteien, die sich ehrlich zum gleichen Wahlrecht bekannt haben, alle parlamentarischen Mittel anwenden werden, um dem Parlament und der Regierung das Gewissen zu schärfen und sie zu veranlassen, ihre unabweisliche und unvermeidliche Pflicht zu tun: die Wahlreform, das allgemeine und gleiche Wahlrecht in Angriff zu nehmen und zu Ende zu führen.

Der Gesamtparteitag fordert zugleich die sozialdemokratische Arbeiterschaft aller Zungen auf, die parlamentarische Aktion ihrer Abgeordneten mit aller Kraft zu unterstützen, die Wahlrechtsbewegung, deren Größe und Wucht von Tag zu Tag wächst, nicht erlahmen zu lassen, sondern zu steigern.

Der Parteitag fordert die Parteigenossen auf, die Massenagitation für das gleiche Recht überall mit stets wachsender Energie weiterzuführen;

kein Mittel zu verabsäumen, das klare Bewußtsein von der Notwendigkeit des entscheidenden Kampfes in die Masse zu tragen;

ihre im Gange befindliche Bewegung rege zu erhalten und die Energie ihres Entschlusses zu festigen, jedes Opfer zu bringen, um dem Proletariat die Bedingung seiner politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Fortentwicklung zu erringen.

schließlich sich bereit zu halten, falls die Herrschenden durch Einsichtslosigkeit und feige Unfähigkeit, das Notwendige zu tun, es unvermeidlich machen sollten, auch den Massenstreik eintreten zu lassen.

Der Parteitag ist sich der schweren Verantwortung voll bewußt, die diese Stunde der Entscheidung dem klassenbewußten Proletariat Oesterreichs auferlegt, und erwartet, daß es mit Mut, Schlagfertigkeit und Ausdauer seine Pflicht tun werde, zum Heile aller Völker, die nicht länger dulden können, daß der heutige Zustand sie selbst wie den Staat zu unrühmlichem Zugrundegehen verdammt.

9. Antrag des Verbandes der Abgeordneten (Pernerstorfer):

Der Gesamtparteitag der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Oesterreichs **fordert die sofortige Einberufung des österreichischen Reichsrates**, dessen Abgeordnetenhaus in dem gegenwärtigen Augenblick keine andere Aufgabe hat, **als das langjährige Unrecht seiner Existenz zu sühnen und an die Stelle eines verabscheuungswürdigen Privilegienparlaments eine wirkliche Volksvertretung**, aufgebaut auf dem Grundsatz des **allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechtes**, zu setzen.

Der Parteitag erklärt, daß nach dem glorreichen Siege der russischen Revolution das österreichische Proletariat aller Zungen das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht mit aller Energie fordert und **entschlossen ist, allen Verschleppungsversuchen, wenn es sein muß, auch mit den äußersten Mitteln entgegenzutreten.**

Zu Punkt 5 der Tagesordnung: Der politische Massenstreik.

10. Resolution der Referenten.

Der Gesamtparteitag steht auf dem Boden des Beschlusses des Amsterdamer Sozialistenkongresses. Er weist daher phantastische Projekte eines nationalen oder internationalen Generalstreiks zum Zwecke der Aenderung der Gesellschaftsordnung ab, mögen diese Projekte von anarchistischer, „anarcho-sozialistischer“ oder „syndikalistischer“ Seite ausgehen.

Hingegen erkennt der Parteitag an, daß der Massenstreik in einzelnen großen Betriebszweigen ein äußerstes, aber wirksames politisches Kampfmittel sein kann, das in bestimmten entscheidenden Augenblicken zu klar bestimmten und umgrenzten Zwecken die ganze Kraft der politisch und gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft zur Geltung zu bringen vermag, um entweder einen reaktionären Anschlag der Machthaber auf das politische und ökonomische Recht des Proletariats abzuwehren oder um ihren letzten Widerstand gegen die endliche Gewährung eines längst fällig gewordenen Rechtes des Proletariats endgültig zu überwinden.

In diesem Sinne ist die Bereitschaft zum Massenstreik nicht die Gefährdung der politischen und gewerkschaftlichen Organisation der Arbeiterschaft, sondern eines der schärfsten Mittel, um die Möglichkeit und Sicherheit jeder Art der proletarischen Organisation dauernd zu schützen.

Der Erfolg dieses Kampfmittels hängt von denselben Bedingungen ab wie der jedes proletarischen Kampfes überhaupt: von dem Grade und der Verbreitung des Klassenbewußtseins, von der Stärke, der Festigkeit und Einheitlichkeit jeder Form, insbesondere der gewerkschaftlichen Form, der Organisation der Arbeiterschaft und schließlich von der einhelligen, energischen und opferbereiten Durchführung.

Der Parteitag fordert darum die Arbeiter Oesterreichs auf, gerade in diesen Tagen der politischen Krise, die zu jeder Stunde die Notwendigkeit einer einschneidenden Aktion herbeiführen kann, mit verdoppeltem Eifer an dem Ausbau ihrer politischen und gewerkschaftlichen Organisation zu arbeiten, die in der Zeit des Kampfes um so leistungsfähiger sein und ihre Gefahren um so sicherer überdauern wird, je gefestigter und größer sie ist.

Der Parteitag legt die Entscheidung, ob und in welchem Augenblick in den Kampf ums Wahlrecht, dessen Erringung eine Lebensnotwendigkeit für das Proletariat geworden ist, auch mit der Anwendung des politischen Massenstreiks eingegriffen werden muß, in die Hände der Vertrauensmänner der Organisationen des Proletariats und weiß, daß sie sich ebenso des vollen Gewichtes der Verantwortung für eine Aktion bewußt sind, die dem Proletariat schwere Opfer auferlegt, als auch der Verantwortung dafür, daß nichts unterlassen werde, was geeignet ist, den Sieg des guten Rechtes der Arbeiterschaft herbeizuführen.

11. Antrag der Gesamtexekutive:

Der Gesamtparteitag der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Oesterreichs an das arbeitende Volk aller Zungen Oesterreichs!

Der Zarismus hat sich vor der Revolution gebeugt. Die Völker Rußlands haben die Despotie besiegt. Die Freiheit ist in Rußland auf dem Marsche!

Der Zar hat sich für das allgemeine Wahlrecht erklärt. Rußland hat Oesterreich überflügelt.

Aber auch der König von Ungarn hat das allgemeine Wahlrecht in sein Programm aufgenommen.

So stehen die Völker Oesterreichs zwischen dem schon erkämpften allgemeinen Wahlrecht in Rußland und dem versprochenen allgemeinen Wahlrecht in Ungarn auf der einen Seite und dem allgemeinen Wahlrecht des Deutschen Reiches auf der anderen Seite mitten drin, behaftet mit einem Parlament, dessen Grundlage die Kurienschande, eine unerträgliche Form der politischen Ungerechtigkeit, ist.

Dieser Zustand ist nicht mehr zu ertragen. Wir fragen: Ist das arbeitende Volk Oesterreichs weniger wert als das Proletariat Rußlands und Ungarns? Soll das bittere Unrecht, das die Völker Oesterreichs nun achtunddreißig Jahre lang gedrückt hat, noch weiterbestehen? Sollen wir nicht allein den Völkern des Westens, sondern sogar denen des Ostens zum Gespött dienen? Haben wir nicht so viel Kraft in uns, den Schrei nach Recht, den wir unablässig erhoben haben seit Jahrzehnten, nun endlich in die Tat umzusetzen? Sollen wir uns noch länger den Uebermut der kopflosen Staatsmänner und hilflosen Parteiführer einer unfähigen Bourgeoisie gefallen lassen?

Nein, arbeitendes Volk in Oesterreich, deine Geduld ist zu Ende! Wir wollen nichts mehr von Vertröstungen und Hinhaltungen wissen. Wir verlangen unser primitivstes Recht in kürzester Zeit. Wir wollen anerkannt werden als gleichwertige Staatsbürger. Der Kurienwahnwitz darf kein neues Parlament mehr gebären.

Wir fordern das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht von der Regierung und dem Parlament. Wir fordern es als unser Recht und als die erste Lebensnotwendigkeit Oesterreichs und seines geistigen und wirtschaftlichen Fortschritts.

Arbeitendes Volk! In dem großen weltgeschichtlichen Augenblick, den wir eben miterleben, eröffnen wir von neuem den Kampf um das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht. Wir sind entschlossen, diesen Kampf mit dem Massenstreik, mit den äußersten Mitteln zu führen.

Aber unsere Worte richten sich auch an unsere Gegner. Die Verständigen unter ihnen mahnen wir, die Unverständigen warnen wir, den Böswilligen kündigen wir unerbittlichen Krieg an.

Arbeitendes Volk, auf zum Kampfe! Auf zum entschlossenen Kampfe, der nicht früher beendet werden kann, bis wir im Siege nach Hause tragen

das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht.

Wien, 1. November 1905.

Der Gesamtparteitag der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Oesterreichs.

Dem Parteitage vorgelegte Erklärungen.

Zu Punkt 2 der Tagesordnung: Bericht der Gesamtexekutive.

Anfangs September wandten wir uns (die Unterfertigten) vermittelst der Gesamtexekutive an den Parteitag der österreichischen Sozialdemokratie und stellten einen selbständigen Antrag, in dem wir feststellten, daß die am 1. Mai 1905 entstandene und dem autonom-nationalen Organisationsprinzip der österreichischen Sozialdemokratie entsprechende „Jüdische sozialdemokratische Partei in Galizien" auf Grund des allgemeinen Programms und der gemeinsamen Taktik der ganzen Sozialdemokratie in Oesterreich handelt, und daß wir aus diesem Grunde von dem Parteitage die Anerkennung unserer Organisation als einer gleichberechtigten fordern.

Seit dieser Zeit hatten sich die Verhältnisse gewaltig geändert.

Die mächtige Bewegung des ganzen österreichischen Proletariats hat die Fundamente des alten Oesterreich erschüttert und mit einer bisnun nicht dagewesenen Macht hat sich der politische Moment: der Kampf um das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht, allen aufgedrängt.

In diesem Moment also, wo sich das Proletariat des ganzen Oesterreich einheitlich zum neuen und rücksichtslosen Kampf rüstet;

in diesem feierlichen Moment, wo der Parteitag der österreichischen Sozialdemokratie zusammenkommt, um für diesen Kampf neue Mittel zu schaffen und neue Energie zu geben;

in diesem Moment, wo auch die tschechischen Genossen ihre Angelegenheit angesichts der Größe des Augenblicks vor dem Parteitag nicht vorbringen werden;

in diesem Moment wollen wir jüdischen Sozialdemokraten in Galizien, die wir in einer Reihe von Versammlungen in Krakau, Lemberg, Brody, Tarnopol u. s. w. gemeinsam mit dem Proletariat des ganzen Oesterreich um das allgemeine Wahlrecht kämpfen, die Beratungen des Kongresses mit unseren inneren Organisationsangelegenheiten nicht beschäftigen, trotz all ihrer prinzipiellen Wichtigkeit, die sie für uns haben.

Angesichts dessen ziehen wir unseren Antrag zurück und verlegen ihn auf einen zukünftigen Augenblick.

Wir betonen jedoch dabei unsere prinzipielle Stellung, die dem österreichischen Programm: Taktik und Organisationsprinzip — nach unserer Meinung — vollständig entspricht, nochmals aufs schärfste.

Gleichwie das jüdische Proletariat in den Straßen Warschaus, Lodz und des ganzen Rußland gemeinsam mit dem gesamten Proletariat Polens und Rußlands für gemeinsame Sache sein Blut vergossen hat, wollen auch wir den Beweis erbringen, daß auch das jüdische Proletariat in Galizien seine Pflicht im Kampfe, den das Proletariat in Oesterreich führt, ganz und voll erfüllen wird.

Es lebe die internationale Sozialdemokratie!

Für das Exekutivcomité der Jüdischen sozialdemokratischen Partei in Galizien:

Abraham Poch. Lennel Blum. Heinrich Großmann, Sekretär.

Erklärung.

Die Delegierten der tschechischen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Oesterreich, versammelt auf dem Gesamtparteitag den 30. Oktober 1905 in Wien, erklären:

Daß sie sich im Hinblick auf den äußerst kritischen Moment seines Zusammentretens, wo das Signal zum gemeinsamen entscheidenden Angriff des Proletariats aller Nationalitäten in Oesterreich auf die Wahlprivilegien und zum Kampfe für das allgemeine Wahlrecht gegeben werden soll, im gegenwärtigen, von ihnen als historisch anerkannten Moment nur dieser Sache widmen wollen.

Im Hinblick auf den Beschluß der Gesamtparteivertretung, namentlich der polnischen, slowenischen und italienischen Genossen, welche eingehende Informationen fordern, verschieben sie die Verhandlungen über ihre Forderungen hinsichtlich der Frage der gewerkschaftlichen Organisationen auf eine der nächsten Sitzungen der Gesamtparteivertretung mit den Prager und Wiener Gewerkschaftskommissionen, eventuell auf einen außerordentlichen gemeinsamen Parteitag, der berufen wäre, sich mit dieser Frage zu befassen.

Sie fordern jedoch eindringlichst, daß diese Angelegenheit in kürzester Zeit erledigt werde, da wir ihre günstige und dem Nationalitätenprogramm der Gesamtpartei entsprechende Austragung für eine unerläßliche Bedingung des weiteren gemeinsamen Vorgehens und der Existenz der sozialdemokratischen Arbeiter-Gesamtpartei in Oesterreich halten.

An diesen Grundforderungen müssen sie schon deswegen festhalten, weil auch das gemeinsame Vorgehen und die Entwicklung der gewerkschaftlichen Organisation unter dem Proletariat in Oesterreich, entsprechend den Intentionen der internationalen Sozialdemokratie, bedingt sind in der absoluten Gleichberechtigung und Gleichwertung der Arbeiterschaft aller Nationalitäten in Oesterreich.

die Minister pensioniert zu werden. Helfen wir ein bißchen dazu. (Heiterkeit.) Vergiften wir ihm ruhig das bißchen Leben, das er noch zu leben hat, das parlamentarische Leben natürlich nur. (Heiterkeit.) Lassen wir keinen Zweifel darüber, daß es über diese Bewegung kein Hinweggehen, kein Hinwegfälschen und Hinwegschachern gibt. (Lebhafter Beifall.) Mögen die anderen sehen, daß diese ruhig einherziehenden Massen der Arbeiterschaft eine wirkende Kraft auszulösen verstehen, und der Gautsch wird hinweggefegt werden, wirklich wie ein Phantom (Heiterkeit), wie ein trügerisches Bild.

Das ist die Aufgabe, die wir zu erfüllen haben. Und in diesem Sinne kann ich Sie als Vertreter der Exekutive der polnischen Sozialdemokratie aufrichtig begrüßen. Wenn wir einig und mutig vorgehen, werden wir und müssen wir siegen. (Stürmischer Beifall.)

Kristan (Laibach): Es ist selbstverständlich, daß in dem Kampfe, der jetzt entbrennt, das gesamte bewußte Proletariat Oesterreichs in einer Reihe kämpfen muß und daß es nicht anders sein kann. Es ist das allgemeine Bewußtsein und selbst in der kleinen slowenischen Nation lebt es: In Oesterreich ist die Kultur auf die Tagesordnung gesetzt worden. Wir empfinden es, daß es keine Kultur, keine Entwicklung und keinen Fortschritt gibt, solange das gleiche Recht in Oesterreich nicht verwirklicht ist. So klein und kleinlich auch die Verhältnisse sind, in denen wir leben und arbeiten, trotzdem haben die slowenischen Arbeiter in der kurzen Zeit des Kampfes, die dem Parteitag vorausgegangen ist, bewiesen, daß sie bereit sind, dasselbe zu tun, was die Arbeiterschaft aller Nationen tut. Wir haben nicht Hunderttausende auf die Straße mobilisieren können, weil es bei uns solche Massen von Arbeitern nicht gibt, aber in dem Lande Krain, wo bis vor kurzem vom politischen Leben kaum eine Spur zu finden war, haben wir es doch zustande gebracht, daß nahezu die gesamte Arbeiterschaft Laibachs beiströmendem Regen zusammengekommen ist, um ihrem unbeugsamen Willen Ausdruck zu geben, daß sie nicht länger gewillt ist, die Schmach zu tragen, von der sie bisher gedrückt war.

Es ist ein eigentümliches Schauspiel, das sich uns bietet. Ein sozialdemokratischer Parteitag tritt zusammen und es reden nicht nur die Vertreter der Arbeiter, es reden in viel wirklicherem Sinn, als es je der Fall war, die Vertreter der Nationen Oesterreichs. Wohin man sich auch wendet, überall sieht man die Gegner des gleichen Wahlrechtes sich verstecken und in die Schlupfwinkel zurückziehen. Was im hellen Tageslicht bleibt, tritt für das gleiche Wahlrecht ein. Leute, die noch vor kurzer Zeit vom gleichen Wahlrecht mit Hohn gesprochen haben, mußten sich in wenigen Wochen bekehren und für die Forderung des arbeitenden Volkes eintreten. Es sind oft kleine Vorkommnisse, die das beweisen; aber alles zusammengenommen, sind sie Symptome dafür, daß sich etwas geändert hat. Wir haben das Bewußtsein, daß in diesem Kampfe das österreichische Proletariat nicht unterliegen kann, weil wir es mit eigenen Augen sehen, daß noch niemals in der arbeitenden Bevölkerung Oesterreichs so viel Begeisterung und so viel Heldenmut zu finden waren, wie heute Christlich-Soziale und klerikale Parteigänger, die immer blindlings dem Rufe ihrer schwarzen Herren gefolgt waren, wohin auch ihr Weg geführt haben mag, haben ihre Führer gezwungen, sich der sozialdemokratischen Bewegung unterzuordnen und für dasselbe einzutreten wie wir. Wir sind natürlich nicht genug borniert, zu glauben, daß das Verlangen von Klerikalen und Liberalen einem wirklichen Herzensbedürfnis entspringt. Aber ein Beweis für die sieghafte Kraft der Forderung des Proletariats ist es, daß die Gegner nicht mehr zu widersprechen wagen.

Genossen und Genossinnen! Auch wir in unserem kleinen Lande sind bereit, alles zu tun, was der Parteitag beschließen wird, damit das allgemeine, gleiche Wahlrecht erlangt werde. (Lebhafte Bravorufe.) Vor nahezu hundert Jahren sagte bei uns unter solchen Verhältnissen, die auch mit der Trübsal der heutigen Zeit keinen Vergleich aushalten, wo es ein Slowenisch noch so gut wie gar nicht gegeben hat, der Mann, an den man vor kurzem eine Ehrenschuld abgetragen hat, der slowenische Dichter Preschern: „Hin

finden wir den Weg, wo frei das Volk Gesetz sich wählt und Glauben." Wenn ein einziger das gesagt hat, der gestanden ist in der Hochflut der Reaktion und des Indifferentismus, kann ich die Versicherung geben, daß in unserer kleinen Nation Tausende und Tausende das glühende Verlangen haben, die Waffen nicht aus der Hand zu legen und nicht zu ruhen und zu rasten, bis das Volk sich selbst Gesetze geben und nach eigenen Gesetzen leben wird. (Stürmischer Beifall.)

Dr. Piscel (Trient, italienisch): Ich begrüße im Namen der Italiener die Parteigenossen anderer Zungen und die Abgeordneten anderer Nationen, die zugleich die einzigen Vertreter des italienischen Proletariats sind, weil die italienische Arbeiterschaft mit den italienischen Abgeordneten nichts gemein haben will und haben kann. Als im Jahre 1893 die Wiener Arbeiterschaft um das Wahlrecht den Kampf begonnen hatte, da wußte man in den südlichen Ländern davon noch sehr wenig; heute steht es anders: auch in den entlegensten Tälern der Trientiner Alpen und in den kleinsten Fischernestern der adriatischen Küste ist das Verständnis für das Recht geschaffen worden und mit ihm der Wille entstanden, für dieses Recht zu kämpfen. Auch die italienische Arbeiterschaft wird diesmal an dem gewaltigen Kampfe teilnehmen und wird mit ihrer ganzen Kraft einsetzen, bis das gemeinsame Ziel erreicht sein wird. Wir wollen uns die Freiheit erkämpfen und sie ist im Zuge: Hoch die Befreiung der Völker in Rußland, in Ungarn, in Oesterreich! (Stürmische Hochrufe.)

Sodann erfolgt **die Konstituierung des Parteitages.**

Skaret erstattet nachstehende Vorschläge für das Bureau sowie die Mandatsprüfungskommission. Zu geschäftsführenden Vorsitzenden werden gewählt: Tomschik (Wien) und Němec (Prag), als Beisitzer für die anderen Nationen Dr. Diamand (Lemberg, Pole), Pittoni (Triest, Italiener), Kopač (Triest, Slowene) und Dr. Jarossewytsch (Ruthene); zu Schriftführern: Frankl (Wien), Hillebrand (Karlsbad), Tusar (Brünn) und Hudec (Lemberg).

In die Mandatsprüfungskommission werden gewählt: Gröbner (Wien), Schrammel (Aussig), Habermann (Pilsen), Hornof (Prag), Dr. Diamand (Lemberg), Kristan (Laibach), Pittoni (Triest) und Melen (Przemysl).

Die von der Exekutive vorgeschlagene Tagesordnung wird genehmigt.

Ueber die Geschäftsordnung der früheren Parteitage wird auch diesmal abgestimmt und wird beschlossen, daß bei den Punkten: „Die österreichische Krise und das Wahlrecht" und „Der Generalstreik" die Redezeit nicht wie bei den übrigen Punkten zehn, sondern zwanzig Minuten beträgt.

Als Verhandlungszeit werden die Stunden von 9 bis 4 Uhr ohne Unterbrechung bestimmt, weil es notwendig werden könnte, daß am Abend Besprechungen der Exekutiven stattfinden.

Alle Wahlen und die Annahme aller Anträge erfolgen einstimmig.

Abgeordneter Pernerstorfer teilt mit, daß bei den Gemeinderatswahlen des vierten Wahlkörpers in Neunkirchen und Reichenau am Schneeberg die Sozialdemokraten gewählt wurden. (Lebhafte Bravorufe.) In Neunkirchen mit Zweidrittelmajorität, was beweist, daß Neunkirchen nun für die Partei wieder gewonnen ist. (Lebhafter Beifall.)

Damit ist die konstituierende Sitzung des Parteitages beendet.

Erster Verhandlungstag.

Montag, 30. Oktober 1905.

Um 10 Uhr vormittags wurde im großen Saale des Arbeiterheims der erste Verhandlungstag eröffnet.

Den Vorsitz führten Tomschik (Wien) und Němec (Prag).

Vorsitzender **Tomschik**: Die Wichtigkeit dieses Kongresses wurde bereits in der gestrigen Vorbesprechung betont und ich glaube, jeder von Ihnen ist mit dem Bewußtsein erfüllt, daß es unsere Aufgabe ist, dem großen Momente, den wir vor uns haben, gewachsen zu sein, und wir werden unsere Verhandlungen darnach einrichten. (Zustimmung.)

Bevor wir in die Beratungen eingehen, habe ich eine traurige Pflicht zu erfüllen und derjenigen Genossen zu gedenken, die der Tod unseren Reihen entrissen hat. (Die Delegierten erheben sich von ihren Sitzen.) Ich kann nicht alle die braven Genossen namentlich anführen, die in den letzten zwei Jahren uns entrissen wurden; aber wir erinnern uns ihrer aller mit Dank, weil wir wissen, wie hingebungsvoll sie im Interesse der Partei gewirkt haben. Besonders will ich hervorheben den Verlust, den wir durch den Tod des Gen. Josef Scheu, des Komponisten des Liedes der Arbeit, der tschechischen Genossen Pravoslav Wesely, Josef Vesely aus Nimburg, Volemann aus Tabor, Steiner aus Pilsen, des polnischen Gen. Witold Reger und des Gen. Grablovic von der slowenischen Sozialdemokratie erlitten haben.

Nach der traurigen habe ich auch eine angenehme Pflicht zu erfüllen und die Genossen des Auslandes zu begrüßen, den Gen. Reichstagsabgeordneten Molkenbuhr aus Deutschland, den Gen. Buchinger von der ungarländischen Sozialdemokratie (Beifall) und den Gen. Wronski von der polnischen sozialdemokratischen Partei in Russisch-Polen. (Brausender Beifall.) Gen. Resel hat ein Entschuldigungsschreiben gesendet, in dem er bedauert, daß er durch Verhandlungen des steirischen Landtages und des Grazer Gemeinderates verhindert sei, an diesem hochwichtigen Parteitage teilzunehmen. Er wünscht den Verhandlungen den besten Erfolg. (Lebhafter Beifall.)

Nachdem noch der zweite Vorsitzende **Němec** die tschechische Eröffnungsansprache gehalten hat, folgen die **Begrüßungsreden der ausländischen Delegierten.**

Reichstagsabgeordneter **Molkenbuhr**: Parteigenossen! Wenn irgendwo auf der Welt die Sozialdemokraten einen Kongreß abhalten, dann ist es ja immer eine Gruppe der großen internationalen Familie, eine Gruppe des internationalen Proletariats, die in allen Ländern das gleiche Ziel anstreben und die nur das eine zu erreichen gedenken: die Arbeiter von jeglicher Unterdrückung zu befreien. Die deutschen und österreichischen Sozialdemokraten verbinden aber noch engere Bande: sind wir doch gewissermaßen Blut von einem und demselben Blute und sind nur auseinandergerissen worden durch die Politik der Herrschenden. Durch diesen Riß des Jahres 1866 hat man zwar zwei Ländergruppen geschaffen, das Proletariat aber fühlt sich heute noch ebenso einig wie früher. Der Riß hatte für das Proletariat unseres Teiles gewissermaßen eine Art Vorteil gebracht, indem Norddeutschland nach dem Riß eine Art Schmerzenspflaster gegeben wurde und dieses Schmerzenspflaster war das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht. Das war das einzige, womit man glaubte, das Volk mit den neuartigen Zuständen aussöhnen zu können. Wenn auch die Aussöhnung nicht stattgefunden hat, so wissen wir doch, daß es viel beigetragen hat, die proletarische Bewegung aller Länder zu fördern; war doch die Losung nach dem allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrecht bis dahin die vornehmste Forderung der Arbeiter aller Länder. Nun hatte die Arbeiterschaft Deutschlands die gewünschte Waffe. Wer in ihr eine Wünschelrute gesehen, die nur zu gebrauchen war, um schnell zu allen unseren Zielen zu kommen, hat sich getäuscht: sicher aber ist, daß das allgemeine, gleiche Wahlrecht die Organisation des Proletariats bedeutsam gefördert und die Arbeiterschaft überall einiger gemacht hat. (Beifall.)

Aber auch noch andere weitere Vorteile sind uns erwachsen. Es ist ohne Zweifel, daß Preußisch-Deutschland nach seiner Trennung ein Staat wurde, in dem die kapitalistische Entwicklung so rasche Fortschritte gemacht hat, wie sie in Europa einfach ohne Beispiel dasteht; höchstens kann man

ihm die Entwicklung der Vereinigten Staaten von Nordamerika gegenüberstellen. Das war auch der Zweck des Staatsmannes, der den Riß herbeigeführt, der einmal auch offen gesagt hat, es müsse seine Aufgabe sein, mehr Millionäre zu züchten. Das Millionärzüchten hat Bismarck meisterhaft verstanden. Lediglich im Interesse der Kapitalisten wurde auch die Arbeiterpolitik getrieben. Wenn manchmal mit der Versicherungsgesetzgebung und dem „sozialen Königtum" geprahlt wird, so muß konstatiert werden, daß auch das nur eine Tätigkeit im Dienste des Kapitalismus war. Jene Gesetze waren Vorbedingungen der kapitalistischen Entwicklung. Sonst hat das soziale Königtum vollkommen Bankerott gemacht, hat in allem eingepackt vor dem kapitalistischen Königtum.

Die Entwicklung des Kapitalismus brauchte allerdings eine solche Sozialpolitik, aber sie kommt bald auf einem Punkte an, wo alle diese Hilfsmittel der kapitalistischen Entwicklung erschöpft sind. Im einzelnen sind wir schon so weit. Man sieht schon weite Branchen, in denen die Konkurrenz, diese eine Grundlage der kapitalistischen Gesellschaftsordnung, bereits beseitigt ist; so in der Steinkohlenproduktion, bei den Stahlwerken und anderen. Gerade in solchen Momenten der Entwicklung kommt dann der Anlauf zum Rückschritt. Da kann die Junkerpolitik betrieben werden, deren eigentlicher Zweck es ist, die Industriearbeiterbevölkerung zu dezimieren. Das wurde vom Reichskanzler direkt ausgesprochen, und wenn er es nicht gesagt hätte, hätte man es schon an den Tatsachen gesehen. Die hohen Agrarzölle verfolgen denselben Zweck. In solchen Augenblicken ist es gar nicht zu verwundern, daß man es versucht, die Rechte der Arbeiter zu verkürzen. Wir haben auch schon in verschiedenen Landtagen gesehen, daß Angriffe auf das Wahlrecht mit Erfolg durchgeführt wurden, und es sind Anzeichen vorhanden, daß man darangehen will, das allgemeine Reichstagswahlrecht zu beseitigen. Darüber sind wir uns klar, daß solche Verschwörungen unter den Herrschenden bestehen. Weiter sucht man die Arbeiterschaft dadurch zu treffen, daß man auch ihr Koalitionsrecht raubt. Deshalb ist es nicht zu verwundern, daß vor dem Zollgesetze das Zuchthausgesetz vor den Reichstag gekommen ist. Das Zuchthausgesetz wurde glücklich abgeschlagen, aber wir sehen, daß man jetzt auf anderem Wege zu erringen sucht, was man durch das Zuchthausgesetz erreichen wollte. Wir haben im ersten Monate dieses Jahres den gewaltigen Kampf der Bergarbeiter des Ruhrreviers gehabt. Die Arbeiter wollten eine Verbesserung ihrer Lage erstreben, aber das Koalitionsrecht versagte fast solchen mächtigen Kapitalistenorganisationen gegenüber, weil diese Organisationen nicht durch Stilllegung der Arbeit in demselben Maße geschädigt werden können wie einzelne Unternehmer. Sie haben mit ihren Abnehmern Verträge geschlossen, nach denen sie im Falle eines Streiks gar nicht zu liefern brauchen. Jeder kleine Streik wird zu Aussperrungen ausgenützt, um die Gewerkschaften lahmzulegen, damit, wenn der Wuchertarif in Kraft tritt, die Gewerkschaften so geschwächt sind, daß die Arbeiter sich nicht durch Streiks erobern können, was ihnen durch den Wuchertarif genommen wird.

Ist nun in Deutschland alles darauf gerichtet, eine rückläufige Bewegung durchzusetzen, so kommen uns jetzt gerade unsere Brüder in Oesterreich und Rußland zu Hilfe. Der Stoß, den unsere russischen Genossen führen, trifft nicht nur den Zarismus in Rußland, sondern auch die Bedienten des Zarismus in Deutschland. (Lebhaftes Bravo!) In demselben Augenblick, wo Rußland das allgemeine Wahlrecht erkämpft, in demselben Augenblick, in dem die österreichischen Genossen im Süden mit einem Kampfe für das gleiche Wahlrecht einsetzen und siegreich beenden, in dem Augenblick wird auch für Deutschland Arbeit geleistet. Der Sieg des österreichischen Proletariats schlägt die Wahlrechtsfeinde in Deutschland nieder und sichert dort die Position des allgemeinen Wahlrechtes. (Stürmischer Beifall.) Wir wünschen Ihnen daher schon auch aus diesem Grunde den besten Erfolg. Drum Glück auf zum Kriege, Glück auf zum Siege!

Buchinger (Budapest): Werte Genossen! Ich bringe Ihnen die herzlichsten Grüße der ungarländischen Sozialdemokratie. (Bravo!) Innigstes Solidaritätsgefühl und gemeinsame Ziele sind es, die uns immer wieder zusammenführen. Heute, da Sie den Wahlrechtsparteitag halten, kann ich Ihnen sagen, daß wir es in Ungarn mehr als je voller Freude lesen, daß in Oesterreich für das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht ein Kampf entbrannt ist, heißer, entschlossener als in den Jahren 1893 und 1895, wo Sie im Reichsrat die erste bedeutende Bresche schlugen. Ich komme in Vertretung eines Proletariats, das sich dessen bewußt ist, daß das unterjochte Proletariat als Klasse nichts zu verlieren hat im Kampfe, und wenn wir auch noch nicht am Ziele sind, unsere Feinde, sie fühlen es, daß der Zahltag nahe ist, und das ungarländische Proletariat will auch pünktlich zahlen. Was sich die ungarländische Sozialdemokratie besonders zugute schreibt, ist: die heutige politische Situation zum größten Teile herbeigeführt zu haben, eine mit Hilfe des unsinnigsten Wahlrechtes der Welt nun zur Majorität gewordene Demagogie, wie sie verlogener nie existiert hat, vor der ganzen Welt entlarvt zu haben und daß sie das elementarste aller Volksrechte: das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht, an die erste Stelle der politischen Tagesordnung gesetzt und es als einzigen Ausweg zur Lösung einer furchtbaren Staatskrise gewiesen hat. Das ist es, auf was sie als die Frucht jahrzehntelanger Arbeit mit größter Genugtuung hinweist. (Allgemeiner lebhafter Beifall.) Die Lüge, mit der sich die in der Koalition vereinigten Parteien seit Jahrzehnten genährt haben, wird zum sicheren Verrecken derselben Koalition führen. Wie steht es denn mit den großen Schlagworten der Koalition? Jetzt, da eine Regierung ein Programm der Verwirklichung näher bringt, ein Programm der Parlamentsreform, der Sozialpolitik und von Reformen aller Art, die vom Volke längst ersehnt wurden und das die einzige Möglichkeit schafft, der Opposition das Wasser abzugraben; heute, wo die Regierung — ich frage in dem Moment nicht, von welchen Hintergedanken getrieben — dieses Programm annimmt, heute laufen sich die Koalitionshelden die Füße zur Kamarilla wund und bieten Punkt für Punkt ihres Programms als Sühnungsopfer. (Heiterkeit.) Aber sie haben kein Glück. Man weiß, die Koalition ist loyal und königstreu, wenn es in den geheimen Memoranden der Apponyi und Banffy geht, und sie will mit Drohungen schrecken, wenn es nicht so geht. Jetzt schreibt der Abgeordnete Mocsári: „Wir müssen mit dem Programm so verfahren, wie es unsere ehrwürdigen Alten mit den großen Reformen Kaiser Josefs getan haben. Kaiser Josef, dieses Wunderkind, ließ unzählige Elaborate verfertigen, Volkszählungen, Kataster aufnehmen und dergleichen mehr. Nun, als er gestorben war, war es die erste Arbeit unserer Väter, daß sie dieses wertvolle Material zusammenpackten und im Hof des Komitats verbrannten. Die Zivilisierten der ganzen Welt riefen Tod und Teufel wegen dieses Barbarismus, aber unsere Vorfahren rieben sich mit Recht die Hände ob dieses Werkes." — Natürlich: „Der König absolut, wenn er unsern Willen tut". Die größten Volksbetrüger der gräflichen Reaktion, unter der wir in Ungarn seit jeher leiden, sind nun in der größten Verlegenheit und der größte Mann der Koalition, Graf Apponyi, sagte gar schon, sollte das Programm Fejervary die Majorität doch gewinnen, dann wandert er nach Amerika aus. (Heiterkeit.) Aus Ungarn wanderten bisher monatlich 30.000 Personen nach Amerika aus und da muß ich schon sagen, daß es uns mit freudigen Gefühlen erfüllt, wenn sich jetzt in Ungarn eine edle Grafenseele so verzweifelt zeigt. (Beifall.)

Verschiedenemal vernahmen wir auch leise Vorwürfe. Es hieß da, wir hätten Hilfe geleistet zu einem Coup, der, wenn er gelingt, eine gewisse Schädigung bereits bestehender demokratischer Institutionen, eine Vermehrung des Herrscherabsolutismus, die Vernichtung bestehender Verfassungsrechte nach sich ziehe. Aber nur zu gut haben wir die Dinge eingeschätzt; denn das ungarländische Proletariat verspürt sie ja am eigenen Leibe. Kein Absolutismus ist für uns peinlicher als der der Rechtlosigkeit, den die

gräflichen Bedrücker uns für neue Jahrzehnte aufbürden möchten; kein Parlamentarismus ist uns verwerflicher als das Privilegienparlament und in erster Linie das Klassenparlament Ungarns, als dessen Früchte Sie ja Schandgesetze zahllos finden. Unsere Bilanz ist ehrlich, das Endergebnis unserer Politik muß unser Sieg sein. Und so wie Sie heute als ultima ratio den politischen Massenstreik auf die Tagesordnung setzen, so rüsten auch wir immer fort, um im nötigen Moment unser kostbares Gut und Blut daran zu setzen, um uns nun und nimmer von einer Magnatenclique knechten zu lassen. Und sollte es an der maßgebenden Stelle vielleicht schließlich doch noch als glückliche Lösung betrachtet werden, dieser Clique unser Volk auszuliefern, dann nur zu! Wir haben viereinhalb Millionen landwirtschaftliche Arbeiter und eine halbe Million industrielle Arbeiter, und die großen Erntestreiks und die mit größter Umsicht durchgeführten Streiks der industriellen Gewerkschaften haben wohl schon ahnen lassen, was im gegebenen Moment der Volkszorn imstande ist. (Stürmischer Beifall.) So rüsten wir in dem Bewußtsein, daß Ihr Beschluß unseren Parteigenossen zu Hause neuerlich Mut bringen wird, in dem Bewußtsein, daß diese Beschlüsse für uns von ebenso großer Wichtigkeit sind als für Sie. Darum wünsche ich Ihrer Tagung den größten Erfolg und schließe: Unser beider Lebensziel, der internationale Sozialismus, und unser nächstes Ziel, das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht, leben hoch! (Allgemeiner brausender Beifall.)

Wronski (Warschau, mit lauten Bravorufen empfangen): Ich komme aus dem Lande der Knechtung, aus dem Lande, wo der Kosak in der Fabrik eine ebenso unentbehrliche Einrichtung, wo der Kosak einen Teil der Produktion bildet wie Dampf und Kohle, wo Arbeitermetzeleien eine ständige Staatsinstitution bilden, aus diesem Lande komme ich in Ihr relativ freies Land, um Ihnen unsere herzlichsten Wünsche zu bringen, die Wünsche des polnischen und jüdischen Proletariats Russisch-Polens. Ich erkläre Ihnen, daß wir mit vollem Eifer den heldenmütigen Kampf verfolgen, den Ihr, mustergültig organisiert, speziell jetzt für das gleiche Recht führt. Es ist nicht bloß Gefühlssache, die uns hierzu bewegt, es ist Ueberzeugung, daß dasjenige, was Ihr angefangen, nicht nur Eure Sache, sondern auch unsere Sache ist. Wenn Ihr dazu kommt, das alte Oesterreich zu demokratisieren, fällt auch eine Scheidewand, die uns von der Freiheit scheidet, und wir kommen dem Tage näher, wo für den Vampyr Zarismus, der das Blut aus unseren Adern saugt, auch der Zusammensturz kommen wird.

Wir sympathisieren aber nicht nur aus diesen Gründen mit Ihnen, sondern auch mit der österreichischen Sozialdemokratie als der Organisation der Nationalitäten dieses Landes. Ihr habt ein großes Werk vollbracht. In einem Lande, wo acht Nationalitäten beisammen leben, die gegeneinander gehetzt werden, habt Ihr es dazu gebracht, daß in der österreichischen Sozialdemokratie Deutsche und Tschechen, Polen und Italiener, Slowenen und Rumänen Hand in Hand arbeiten. Das ist groß, Genossen, und es ist nur dem Taktgefühl und Gerechtigkeitsgefühl gelungen, mit dem Ihr die nationale Frage behandelt habt. Ihr habt es begriffen, daß, wie jede Nation ihre Besonderheiten, jedes Proletariat seine nationalen Eigentümlichkeiten hat und daß Taktik und Bestrebungen nicht überall dieselben Formen haben müssen. Deshalb ward Ihr immer stark.

Nun zu uns, die wir das in kleinem Maßstabe sind. Auch wir sind eine Partei verschiedener Nationalitäten. Wir haben neben dem polnischen Proletariat Rußlands das polnisch-jüdische Proletariat, wir haben Litauer, Weißrussen, ja wir haben sogar Deutsche in unseren Reihen und ich kann Ihnen mit Freuden mitteilen, daß wir sogar ein deutsches Arbeiterblatt gegründet haben. Jetzt gerade in dem Augenblick brauchen wir es am meisten dieses Zusammenschweißen aller Elemente. Wir stehen seit einem Jahre in einem Kampfe auf Leben und Tod im ganzen Sinne des Wortes. Wir befinden uns in einem Kampfe, wo nicht bloß wir

dem sozialdemokratischen Wort gekämpft wird, sondern wo man Kugeln mit Kugeln wechselt. (Allgemein begeisterte Sympathiekundgebungen.) In diesem Verhältnis haben wir während dieses Jahres fünfmal das Kampfmittel angewendet, über dessen Anwendung nun auch Ihr beraten und entscheiden wollt: wir haben fünfmal den Massenstreik durchgeführt (brausender Beifall) und es sind immer 200.000 bis 300.000 Arbeiter auf die Straßen gegangen und wochenlang auf der Straße geblieben, um für ihre politischen Rechte zu kämpfen. Ich sage das nicht deshalb, um Ihr Mitleid zu wecken; Ihre Sympathien haben wir schon. (Zustimmung.) Ihre Presse hat sich in wirklich musterhafter Weise während des ganzen Kampfes gehalten und so objektiv, so sympathisch und treffend unsere so schwer verständlichen Verhältnisse behandelt, die unseren Dank und unsere Bewunderung weckte. Sie haben uns auch materielle Hilfe gegeben und die hat uns viel besser geholfen als die französischen Anlehen dem russischen Despotismus. (Heiterkeit und Bravo!)

Von verschiedenen Seiten wurde unser Sozialismus angezweifelt und behauptet, daß wir nicht auf sozialistischem, sondern auf nationalem Boden stehen, da wir unser Bestreben nicht nur nach einer russischen demokratischen Republik, sondern auch nach einer polnischen demokratischen Republik richten. Lest unser Programm, das identisch ist mit dem sozialdemokratischen Programm aller Länder, lest unsere Schriften und bedenkt, daß keine Partei in Polen so von der Bourgeoisie gehaßt und mit solcher Wut bekämpft wird als wir. Das wird Ihnen zeigen, daß wir keine Nationalisten, sondern ihre erbittertsten Feinde sind. Wie wäre es sonst auch möglich, daß die galizische Sozialdemokratie Hand in Hand mit uns ginge, die alles prüfen kann, was wir machen? Wie wäre es sonst möglich, daß das polnische Proletariat sich auf unseren Ruf erhebt? Bei den drei von den geführten fünf Massenstreiks, die als Protestbewegung gegen die Scheinverfassung geführt wurden, folgte das polnische Proletariat direkt unserem Rufe. Wie wäre es sonst möglich gewesen, daß wir dieses Jahr einige Millionen sozialistischer Schriften verbreiteten? Wir sind internationale Sozialdemokraten und arbeiten Hand in Hand mit dem russischen, lettischen, litauischen und kaukasischen Proletariat und kämpfen für dasselbe Ziel. Wenn auch noch viel Blut fließen sollte, schimmert uns doch schon ein Lichtstrahl einer besseren Zukunft. Schon wankt der Feind und fängt an, das Volk mit Scheinkonzessionen beruhigen zu wollen. Wir werden sie in wirkliche verwandeln und werden uns nicht früher begnügen, bis der Zarismus gestorben ist. Wenn ich jetzt hier diese sozialistische Luft atme, bin ich sicher, daß sich, wenn ich zu unseren Genossen zurückkomme, vieler bei uns zu Hause verstärkte Kampfeslust und Kampfesfreude bemächtigt, wenn sie von Eurem erfrischenden Kampfe fürs gleiche Recht vernehmen. Darum schließe ich: Wanket nicht, geht weiter auf dem Wege, auf dem Ihr Euch befindet, und wir werden noch erleben, daß neben einem freien Oesterreich ein freies Rußland und ein freies Polen erstehen werden. (Tosender, sich immer erneuernder Beifall.)

Adler: Von allen Begrüßungen, die uns von den ausländischen Sozialdemokraten zugekommen sind, die wir alle mit brüderlicher Sympathie erwidern, war uns eine heute ein ganz besonderes Erlebnis. Das ist jener Gruß, der uns aus dem revolutionären Rußland zugekommen ist. Wir haben die Sehnsucht, unsere Stimme diesem kämpfenden Proletariat jenseits der Grenzen irgendwie verständlich zu machen. Wir können es nicht anders tun, als durch einen Beschluß, der die Gefühle der brüderlichen Sympathie verdolmetscht, die uns beseelen. Ich brauche es nicht zu begründen, wenn ich Ihnen hier im Namen der deutschen, tschechischen, polnischen, slowenischen, italienischen und ruthenischen Sozialdemokraten, die die Resolution durch je einen Delegierten unterzeichnet haben, folgende Resolution vorlege:

Der Gesamtparteitag der internationalen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Oesterreich begrüßt mit Begeisterung und dem lebendigsten

Gefühl brüderlicher Solidarität den revolutionären Kampf, den die geknechteten, der Freiheit und der Menschenrechte beraubten Völker gegen den zarischen Absolutismus in Rußland führen. Wir begrüßen sie alle bei ihrem großen, befreienden Werke, aus den Millionen von Sklaven freie Menschen zu machen, den entrechteten, unterjochten Völkern ihr Recht und ihre Selbständigkeit wiederzugeben und die fluchwürdige Gewaltherrschaft des Zarismus zu zertrümmern. Die Sozialdemokraten in Oesterreich folgen der Entwicklung der Revolution in Rußland mit der festen Hoffnung auf den baldigen Sieg des Volkes, einen Sieg, der auch der westeuropäischen Reaktion den Todesstoß versetzen wird. Indem wir in Oesterreich unseren Kampf um die politischen Rechte des Volkes führen, sind wir uns auch dessen bewußt, daß wir unsere revolutionären Pflichten erfüllen. Wir sind ein Teil derselben revolutionären, die Menschheit vorwärtstreibenden Kraft, deren politischer Ausdruck der internationale Sozialismus ist, und unser Kampf dient überall denselben großen und erhabenen Zielen. In diesem Sinne senden wir den kämpfenden Scharen des Proletariats aller Nationen in Rußland unsere glühenden Wünsche: Hoch die russische Revolution! Hoch die internationale, völkerbefreiende Sozialdemokratie!

Adler — Daszynski
Dr. Jaroszewytsch — Němec
Etbin Kristan — Piscel.

(Stürmischer Beifall und Hochrufe. Die Tschechen und Polen singen die „Rote Fahne".)

Skaret: Die französischen Sozialisten, die zugleich mit uns einen Parteitag in Chalons haben, laden uns zu ihrem Parteitag ein. Ich glaube, wir können diese Einladung nicht besser beantworten, als indem wir das Präsidium beauftragen, ein Begrüßungstelegramm an diesen Kongreß zu entsenden. (Angenommen.)

Tomschik: Das Präsidium gibt Ihnen bekannt, daß im Nebensaal die Reichskonferenz der Bergarbeiter stattfindet, und ich glaube, daß Sie mit mir einig sind, daß, indem wir die Konferenz begrüßen, wir die Delegierten einladen, wenn es ihnen die Zeit erlaubt, an unserem Tage als Gäste teilzunehmen.

Soukup: Die tschechische Delegation hat folgende Erklärung beschlossen, die ich Ihnen mit der Bitte vorlege, der Kongreß möge sie zur Kenntnis nehmen.

Erklärung:

Die Delegierten der tschechischen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Oesterreich, versammelt auf dem Gesamtparteitag den 30. Oktober 1905 in Wien, erklären:

Daß sie sich im Hinblick auf den äußerst kritischen Moment seines Zusammentretens, wo das Signal zum gemeinsamen entscheidenden Angriff des Proletariats aller Nationalitäten in Oesterreich auf die Wahlprivilegien und zum Kampfe für das allgemeine Wahlrecht gegeben werden soll, im gegenwärtigen, von ihnen als historisch anerkannten Moment nur dieser Sache widmen wollen.

Im Hinblick auf den Beschluß der Gesamtparteivertretung, namentlich der polnischen, slowenischen und italienischen Genossen, welche eingehende Informationen fordern, verschieben sie die Verhandlungen über ihre Forderungen hinsichtlich der Frage der gewerkschaftlichen Organisationen auf eine der nächsten Sitzungen der Gesamtparteivertretung mit den Prager und Wiener Gewerkschaftskommissionen, eventuell auf einen außerordentlichen gemeinsamen Parteitag, der berufen wäre, sich mit dieser Frage zu befassen.

Sie fordern jedoch eindringlichst, daß diese Angelegenheit in kürzester Zeit erledigt werde, da wir ihre günstige und dem Nationalitätenprogramm der Gesamtpartei entsprechende Austragung für eine unerläßliche Bedingung

des weiteren gemeinsamen Vorgehens und der Existenz der sozialdemokratischen Arbeiter-Gesamtpartei in Oesterreich halten.

An diesen Grundforderungen müssen sie schon deswegen festhalten, weil auch das gemeinsame Vorgehen und die Entwicklung der gewerkschaftlichen Organisation unter dem Proletariat in Oesterreich, entsprechend den Intentionen der internationalen Sozialdemokratie, bedingt sind in der absoluten Gleichberechtigung und Gleichwertung der Arbeiterschaft aller Nationalitäten in Oesterreich.

Adler: Ich beantrage zur Geschäftsordnung, daß wir diese Erklärung ohne Debatte zur Kenntnis nehmen und sie dem Protokoll anschließen.

Hueber: Unter voller Würdigung der Anschauungen der tschechischen Parteiexekutive über die Frage der Regelung unseres Streitfalles glaube ich dasselbe Recht zu haben wie die tschechischen Genossen, auch dazu Stellung zu nehmen. Wir sind es unserer Gewerkschaftsorganisation schuldig, daß wir nicht in dieser Art über sie zur Tagesordnung übergehen. So geht es nicht. Man hätte es sich früher überlegen sollen. Ich bitte, den Antrag abzulehnen.

Adler: Es ist mir nicht eingefallen, über die Gewerkschaften oder ihre Fragen zur Tagesordnung übergehen zu wollen, sondern ich habe gemeint, nachdem die Tschechen hier die Erklärung abgegeben haben — was immer ihre Absichten und Anschauungen sein mögen — sie hier nicht geltend machen zu wollen, daß Sie es verstehen werden, wenn wir sagen: Wir nehmen die Erklärung, die eine Verzichtleistung für diesen Parteitag ist, zur Kenntnis und überlassen diese Angelegenheit jenem Gebiet, jenem Tage und jenen Kompetenzen, vor die sie gehört. Etwas anderes war damit nicht gemeint. Wir haben mit der Erklärung nichts zu tun, als davon Kenntnis zu nehmen.

Hueber (zur Richtigstellung): Nachdem Adler erklärt hat, daß die Frage an jenem kompetenten Orte zur Austragung kommt, und da der außerordentliche Gewerkschaftskongreß bereits einberufen ist, glaube ich erklären zu können, daß wir nicht darauf bestehen, daß diese Angelegenheit hier zur Sprache komme. Wir werden noch vor dem Kongreß Zeit und Gelegenheit haben, darüber zu reden. Aus diesen Gründen haben wir auch keine Einwendung dagegen, daß die tschechische Erklärung dem Protokoll einverleibt werde.

Der Antrag Adler wird hierauf angenommen.

Es wird sodann in die Tagesordnung eingegangen. Den **Bericht der Gesamtexekutive** erstattet

Skaret: Ein Blick auf die vorliegenden Berichte zeigt uns, daß unsere Partei in den letzten Jahren sowohl politisch als auch gewerkschaftlich außerordentlich schöne Fortschritte zu verzeichnen hatte; und wir können in der Tat sagen, daß wir infolge der fortschreitenden guten Organisation bei den Wahlen auch in privilegierten Wahlkörpern und Kurien, wo wir früher vergeblich gekämpft haben, sehr schöne Erfolge zu verzeichnen haben. Ich kann Sie da auf den Bericht verweisen und möchte nur einer Aktion Erwähnung tun, nämlich der Aktion, die wir vor etwa zwei Jahren für die Alters- und Invaliditätsversicherung begonnen haben. Wir haben da alle Kräfte angespannt und wir können sagen, daß wir den allerdings sehr vorläufigen und sehr problematischen Erfolg errungen haben, daß die Regierung Koerber mit ihrem Programm einen wohl keineswegs zufriedenstellenden, so doch aber immerhin ersten Schritt gemacht hat. Allerdings wurde das Programm von der nachkommenden Regierung des berüchtigten Gautsch so gut wie fallen gelassen, zumindest hat er es in seiner Antrittsrede gar nicht erwähnt. Aufgabe der Sozialdemokratie wird es sein, daß diesem einen Schritt mehrere andere folgen, bis die Arbeiter im Besitze der Alters- und Invaliditätsversicherung, der Witwen- und Waisenversorgung sind.

Gestatten Sie mir, daß ich mich nun mit der Tätigkeit der Gesamtexekutive beschäftige. Wir hatten in den letzten Jahren in der Exekutive ab

und zu Lücken aufzuweisen, da einzelne Genossen den Wiener Wohnsitz verließen, wodurch manche Nation dann nicht ordnungsgemäß vertreten war. Es hat sich überhaupt auch die Unannehmlichkeit gezeigt, daß die Prager tschechische Exekutive, seitdem sie von Wien nach Prag übersiedelt ist, nicht in derselben Stärke an den Sitzungen teilnehmen konnte wie die Wiener deutsche. Um aber nicht den Schein aufkommen zu lassen, als ob wir die anderen Nationen irgendwie oder irgendwann majorisieren wollten, haben wir eine Vereinbarung getroffen, daß jede Nation eine bestimmte Zahl von Stimmen haben soll. Ich muß allerdings sofort konstatieren, daß immer und bei allen Fragen — mit einer einzigen Ausnahme — in der Gesamtexekutive volles Einvernehmen erzielt wurde. Der Schlüssel, den wir gefunden haben, ist von allen beteiligten Exekutiven akzeptiert worden. Es soll nun in allen jenen Fällen, wo ein Einvernehmen nicht erzielt werden kann, nach Nationen abgestimmt werden, wobei die Deutschen vier, die Tschechen drei, die Polen zwei, die Ruthenen, Italiener und Slowenen je eine Stimme erhielten. Außer mit dieser Frage hatten wir uns in der Gesamtexekutive noch mit der Frage der Zulassung einer neuen Gruppe zu beschäftigen. Am 1. Mai 1905, an einem Tage also, wo die ganze Arbeiterschaft ihre Verbrüderung feiert, fühlte eine Anzahl von Leuten das Bedürfnis, sich von der polnischen Sozialdemokratie loszusagen und sich als sogenannte „Jüdische sozialdemokratische Partei Galiziens" zu konstituieren. Sie wendeten sich an uns und verlangten die Anerkennung als nationale Gruppe. Die Gesamtexekutive hat dann in zwei Sitzungen beraten, an denen ein Delegierter der jüdischen Separatisten teilnahm. Wir konnten aber durchaus nicht zu der Ueberzeugung gelangen, daß eine organisatorische oder sonst eine Notwendigkeit vorhanden wäre, eine derartige Gruppe zu schaffen. Wir haben deshalb die Anerkennung dieser neuen „nationalen" Gruppe abgelehnt. Natürlich in der Meinung, sie würden nun wieder zurückkehren und mit den übrigen Genossen Galiziens weiter arbeiten. Allerdings erklärte uns der Vertreter dieser jüdischen Gruppe schon vor Eingang in die Diskussion, daß, was immer wir beschließen, sie sich nicht abhalten lassen werden, sich als selbständige Gruppe zu konstituieren. Nun sind die Vertreter dieser Gruppe neuerlich an die Gesamtexekutive herangetreten, mit der Erklärung, daß sie an den Parteitag appellieren. Wir haben uns in der Vorbesprechung damit beschäftigt und sie haben schließlich mit Rücksicht auf den politischen Moment, in dem wir uns befinden, und die Kämpfe, denen wir entgegengehen, die Berufung an den Parteitag zurückgezogen. In diesem Sinne haben sie auch eine Erklärung abgegeben, die ich beantrage, daß sie dem Protokoll einverleibt werde, so daß wir über diese Angelegenheit keine Diskussion hier haben werden. Es bleibt also beim Beschluß der Gesamtexekutive in dieser Sache.

Die Gesamtexekutive hat sich natürlich auch mit dem Wahlrechtskampf befaßt. Als bei der Ischler Konferenz Gautsch seinen Einspruch gegen das allgemeine Wahlrecht in Ungarn erhob, hatte wohl weder Gautsch noch irgend ein Hofphantom geglaubt, daß dieser Einspruch eine so gewaltige Bewegung in Oesterreich auszulösen vermögen werde, wie es nun geschehen ist. Man hat jedoch in verschiedener Weise gegen uns den Vorwurf erhoben, als ob wir zu dieser Frage etwas oder sehr viel versäumt hätten. Es kann ja jeder Genosse über das, was hätte geschehen sollen und geschehen können, verschiedener Meinung sein, aber es geht nicht an, daß ohne zureichenden Grund in privatem Zirkel wie auch in öffentlicher Form der Vorwurf erhoben wird, wir hätten unsere Pflicht vernachlässigt. Es wurde dabei insbesondere gegen Wien anläßlich der Eröffnung des Landtages der Vorwurf erhoben, daß nichts geschehen sei. Ich glaube, daß doch keiner sich der Meinung hingibt, wir würden so töricht sein, vor dem niederösterreichischen Landtag eine Demonstration zu veranstalten. (Zwischenrufe: Warum?) Das alles sind Fragen, welche wir nur in Wien allein zu beurteilen haben und welche wir nur in Wien allein beantworten können. (Beifall.) Der niederösterreichische Landtag ist wesentlich verschieden von den Landtagen der anderen Länder, und wenn wir hier in Wien nicht vor das Landhaus ziehen, so tun wir das vor allem

aus Reinlichkeitsgefühl und weil wir von diesen Christlich-Sozialen wissen, daß, was sie machen, die reinste Heuchelei und Komödie ist. Ich meine daher, daß Sie uns im Ernst doch nicht den Vorwurf machen können, daß wir etwas versäumt hätten. Wenn das Parlament zusammentritt, dann werden Sie sehen, daß unsere Wiener Demonstration den Demonstrationen in der Provinz — ich bin bescheiden — würdig zur Seite stehen wird. (Beifall.) Das wollte ich auch gegenüber jenen bemerken, die bei der letzten kurzen Session des Reichsrats den Vorwurf erhoben, es sei auch hier zu wenig geschehen. Es ist nicht meine Sache, sich auf alle diese Einzelheiten einzulassen. Wenn wir aber wissen, daß das Parlament nur für wenige Tage einberufen wurde, so konnten wir doch nicht eine Aktion unternehmen, die dann wieder durch die Vertagung des Hauses lahmgelegt wird. Nun ist der Sturm entfesselt und wir werden alles tun, was an uns ist, um die Bewegung zu entsprechender Höhe anzufachen. Ich bin überzeugt, daß die Wogen nicht früher zur Ruhe kommen werden, als bis die Arbeiter ihr ganzes und volles Recht errungen haben. (Beifall.) Die Arbeiterschaft ist in ihrer Masse von dem Bewußtsein getragen: Jetzt gibt es kein Zurück! Jetzt gibt es nur ein Vorwärts! Und die Aufgabe dieses Parteitages wie die Aufgabe der Gesamtexekutive wird es sein, dafür zu sorgen, daß der große Moment nicht vielleicht ein kleines Geschlecht findet. (Lebhafter Beifall.)

Den **Kassenbericht** erstattet

Kokinek: Sie ersehen aus dem Bericht, wie es mit der Kasse steht, und ich brauche daher nicht viel hinzuzufügen. Auch aus der Kassegebarung ist zu ersehen, daß die Partei wächst. So hatte die Gesamtexekutive vor zwei Jahren 3700 Kr. Einnahmen, heute hat sie 4500 Kr. Die Gesamtexekutive hat es auch diesmal als eine ihrer wesentlichen Aufgaben erachtet, die schwächeren Organisationen zu stützen. So wurden den Slowenen, die ja die schwächste nationale Organisation sind, auch die meisten Unterstützungen gewährt. Auch die Ruthenen wurden ausgiebig unterstützt, soweit es eben unsere immerhin beschränkten Mittel zulassen. Erfreulich ist es, daß auch die schwächeren nationalen Organisationen ihre finanziellen Pflichten zu erfüllen beginnen. Manche Organisation, von der wir früher keinen Kreuzer erhielten, trägt heute schon zu den gemeinsamen Lasten bei. Aus der Bilanz, die ich diesmal aufgestellt habe, können Sie ersehen, wie groß die Mittel der Gesamtexekutive sein könnten, wenn nicht so viele Organisationen im Einnahmenkonto durch ihre Abwesenheit glänzen würden. Dann könnten wir auch leichter unsere Schuldigkeiten erfüllen, unter denen auch eine Forderung des Zentralwahlfonds im Betrage von 500 Kr. ist.

Seitz erklärt im Namen der Kontrolle: Wir haben eine genaue Prüfung der Gebarung der Exekutive vorgenommen und alles in Ordnung befunden. Ich beantrage daher, der Exekutive das Absolutorium zu erteilen.

Es folgt nun die Debatte.

Johanis (Prag, tschechisch): Ich habe zunächst die Beschwerde vorzubringen, daß der Bericht der Exekutive nur deutsch herausgegeben wurde. Die Zahl der tschechischen Genossen ist so groß, daß alle Druckschriften der Exekutive, auch der Bericht, in tschechischer Sprache herausgegeben werden müssen; selbstverständlich auch in anderen Sprachen, soweit es diese nationalen Gruppen für notwendig finden. Wir alle steuern ja zu diesen Druckschriften bei und es sind auch immer Genossen unter uns, die nicht Deutsch verstehen, daher die deutschen Berichte nicht lesen können. Ich stelle daher den folgenden Antrag:

> Alle Berichte sowie Publikationen der Gesamtparteivertretung sind in allen Sprachen der einzelnen in der Gesamtpartei in Oesterreich vertretenen Nationalitäten herauszugeben.

Dann möchte ich noch auf folgendes hinweisen: Die deutschen Genossen haben bei unseren Schulkämpfen so getan, als ob das sie nichts anginge. Ich

meine, es handelt sich aber da um eine Kulturfrage, bei der die deutschen Genossen auch einzugreifen hätten. Das hätte zumindest im Bericht erwähnt werden sollen.

Borek (Pardubitz, tschechisch): Als die Genossen in Böhmen im heftigsten Wahlrechtskampfe standen, haben — das ist unser aller Ueberzeugung — die Wiener Genossen noch weiter gezaudert, ohne einzugreifen. Ich bin überzeugt, daß auch die deutschen Wiener Genossen nicht Freunde des Wartens sind und besonders die revolutionären Bezirke des V. Wiener Wahlkreises werden mit dieser Politik nicht zufrieden gewesen sein. Das Wien, das gegen Lueger die Straße zu mobilisieren vermochte, wäre gewiß auch imstande gewesen, dem niederösterreichischen Landtage die Macht der organisierten Massen zu demonstrieren. Glauben Sie denn, daß der böhmische oder mährische Landtag besser oder weniger reaktionär sind als der niederösterreichische? Wir wissen, daß die Hauptschlacht in Wien geschlagen werden muß, und waren sehr verwundert, daß sich in Wien nichts rührte. Dr. Adler sagte in einer Versammlung in Margarethen: „Wartet nur!" Wir haben gewartet; es ist aber nichts gekommen. Skaret hat auch die Fraktion verteidigt, deshalb mag es mir auch gestattet sein, darüber zu sprechen. Nach der Reichskonferenz dachten alle, daß die Fraktion es nun dem Gautsch zeigen werde. Aber diese Fraktion, deren Energie wir noch aus dem Jahre 1897 in Erinnerung haben, hat diese Erwartungen enttäuscht. (Beifall und Widerspruch.)

Tusar (Brünn, tschechisch): Darüber, daß Wien früher hätte eingreifen sollen, wurde bei uns viel gesprochen. Es hat uns alle sehr überrascht, daß nach der Reichskonferenz in Wien alles ruhig geblieben ist, ebenso auch, wie wenig die Fraktion getan hat. Schuld an diesem ist, daß auf dieser Reichskonferenz so viel angekündigt wurde, was im Parlament nicht ausgeführt werden konnte. Das wird eine Warnung sein, auf Konferenzen so weitgehende Beschlüsse zu fassen. Anders ist es aber mit Wien. Während das Wahlrecht im Parlament auf der Tagesordnung stand, wurde hier keine einzige Kundgebung auf der Straße veranstaltet, und nicht einmal auf der Galerie des Parlaments wurden die Stimmen der Arbeiter gehört.

Kristan (Laibach): Es ist bei uns eine eigentümliche Sitte aus Deutschland übernommen worden, daß die Genossen in den Blättern einander anrempeln. Mögen diese Streitigkeiten in Deutschland nicht schaden, bei uns schaden sie sehr viel, und es wäre sehr erwünscht, daß man in Hinkunft da etwas mehr Ueberlegung an den Tag legen würde. (Beifall.) Was nun die Vorwürfe gegen die Taktik der Fraktion und der Wiener betrifft, so meine ich, daß jene Genossen, die sich da enttäuscht fühlen, selbst daran schuld sind. Was hätten die Abgeordneten denn tun sollen? Ich habe schon bei der Reichskonferenz gewarnt, sich allzu große Illusionen zu machen, und ich sagte: Die Abgeordneten werden ihre Pflicht erfüllen, aber viel wird es nicht sein können. Wir hatten damals falsche Voraussetzungen; wir dachten, wenn Gautsch das Haus betrügt und die Sozialdemokraten auffahren, so werde mindestens das halbe Parlament mit ihnen aufschreien. Das ist nicht gekommen, und ich weiß nun nicht, was für Wunder Sie von unseren Abgeordneten verlangen. (Beifall.) Und was Wien anlangt, so scheint es mir viel nützlicher, daß mit den Demonstrationen in Wien etwas mehr zurückgehalten werde. Denn wenn einmal die Arbeiterschaft von Wien aufmarschiert, dann werden neben diesen Massen unsere paar Tausend Demonstranten in der Provinz wohl stark in ihrer Wirkung beeinträchtigt werden. Etwas anderes ist es, wenn sich die Demonstrationen in der Provinz, die gewiß ganz bedeutend sind, immer mehr steigern bis zur mächtigen Demonstration in Wien! Man kann auch von der Qualität des niederösterreichischen Landtages welche hohe Meinung immer haben, aber wichtiger ist doch der Reichsrat, und immer in derselben Form demonstrieren: heute vor dem Landtag, morgen vor dem Rathause, übermorgen vor dem Parlament, das ist gewiß nicht die wirksamste Art, Eindruck zu erzielen. Anstatt der nörgelnden Kritik wäre es angezeigt, darüber zu reden, wie wir uns für das rüsten, was nun kommen soll. (Lebhafter Beifall.)

Dr. **Adler**: Es ist selbstverständlich, daß der Bericht des Parteivorstandes nicht diskutiert werden kann, ohne daß man verschiedentlich auch von den anderen Punkten der Tagesordnung spricht. Aber ich will mich einschränken und nur folgendes sagen: Die Genossen Borek und Tusar haben sich mit der Haltung der Wiener beschäftigt und einer hat gerade mich als das Karnickel bezeichnet, das diesmal nicht angefangen hat. (Heiterkeit.) Wir haben auf der Konferenz dem Gautsch den Krieg angesagt. Wir haben gewußt, daß dieser Krieg im Abgeordnetenhaus schwer zu führen ist, und diejenigen, die sich über die Aktion abenteuerliche Vorstellungen gemacht haben, sind selbst schuld daran, wenn ihre Erwartungen nicht in Erfüllung gegangen sind. (Beifall.) Wir anderen können nur sagen, daß wir über den Verlauf der von unseren Abgeordneten im Parlament angezündeten Bewegung auf das freudigste überrascht sind. Denn unsere Aktion konnte sich nicht darauf beschränken, Herrn Gautsch durch unsere Abgeordneten mehr oder weniger freundlich zu empfangen, sondern es sollte vor allem auch dort jener Feldzug begonnen werden, der nun in vollem Gange ist. (Zustimmung.) Ich habe in jener Versammlung in Margarethen gesagt: Warten wir ab, bis es Zeit sein wird, einzugreifen. Daß wir den richtigen Zeitpunkt abwarten, ist ebenso notwendig, als daß wir im richtigen eingreifen. Es war diesmal Ihnen in Böhmen vorbehalten, den Eröffnungskampf zu führen. Aber es war ganz ausgeschlossen, daß wir in Niederösterreich den Kampf für das böhmische Landtagswahlrecht führen (Zwischenrufe: Für das niederösterreichische!) und den Kampf für das niederösterreichische Landtagswahlrecht. Sie nehmen es mir nicht übel — das verstehen wir besser. Wir können und wollen uns da nicht in eine Diskussion der Einzelheiten einlassen; aber wir wollten uns vor allem mit gutem Bedacht aller Verhältnisse unsere Kräfte für jene Kämpfe aufsparen, wo Wien berufen ist, gewissermaßen als die Delegation des gesamten österreichischen Proletariats vorauszugehen. (Stürmischer Beifall.) Wir sind weit entfernt, das, was Sie getan haben, zu unterschätzen, wir erkennen es an; aber wenn wir Ihnen nicht hineingeredet haben, wie Sie Ihre Aktion führen, so müssen auch Sie die Güte haben — nicht, als ob wir Ihnen die Kritik wehrten — aber doch etwas Vertrauen zu uns zu haben. (Beifall.) Wir führen diesen Kampf nicht zum erstenmal und haben auch schon Beweise erbracht, daß wir im entscheidenden Moment das Notwendige zu tun wissen. Ich bin ja sehr erfreut, wenn man uns vorwärts drängt; aber wir glauben doch, diese Mahnungen nicht notwendig zu haben. Die Kunst des Wartens ist auch eine schwierige Kunst und Sie werden Sie in Ihrer politischen Entwicklung auch noch lernen.

Zum Schluß möchte ich noch auf eine Episode zurückkommen, auf den Versuch einer Gruppe in Galizien, eine eigene Partei zu gründen. Wir haben keinen Grund, von dem einmal gefaßten Beschluß abzugehen, daß diese Gruppe außerhalb der Partei steht.

Winarsky (Wien): Ich bin gewiß nicht der Meinung, daß die Kritik schädlich ist. Aber im vorliegenden Falle sind die tschechischen Genossen im Unrecht. Die Wiener Parteigenossen sind sich bewußt der Pflichten, die sie auf dem vorgeschobenen Posten hier zu erfüllen haben, und Sie können versichert sein, daß die Wiener Organisation, wie sie ihre Pflicht in vielen harten Kämpfen erfüllt hat, sie auch jetzt wieder erfüllen wird und auch bis jetzt schon erfüllt hat. Gerade aus den Reihen der Wiener Genossen ist ja schon in früheren Jahren der Wunsch ausgesprochen worden, daß ein schärferer Kampf für das allgemeine, gleiche Wahlrecht eine dringende Notwendigkeit für die Partei ist; und da wollen Sie behaupten, daß wir jetzt, wo der geschichtliche Moment endlich gekommen ist, nicht wissen, was unsere wichtigste Pflicht ist! Das ist ein unberechtigtes Mißtrauen gegen uns, und Sie können keine Handlung nennen, die dieses Mißtrauen begründen könnte. Wir haben nach der Reichskonferenz zahlreiche Versammlungen abgehalten, Demonstrationen in kleinerem und größerem Umfange veranstaltet, und Sie wissen sehr wohl, daß bei allen unseren Kundgebungen eine Beteiligung der Arbeiter zu verzeichnen ist wie in gleicher Weise nie in früheren Jahren. Wir hätten vor den Reichsrat ziehen sollen, sagen Sie. Aber das konnte nicht unsere Aufgabe

sein damals, wo der Kampf erst begonnen hatte, wo die Kampfparole erst verbreitet werden mußte und wo — wie wir alle wußten — die Entscheidung im Reichsrat noch gar nicht fallen konnte. (Zustimmung.) Wir mußten die Kraft der Wiener Organisation aufsparen bis zu dem Zeitpunkt, wo die Wahrscheinlichkeit vorhanden ist, diesem Parlament den eisernen Zwang der Notwendigkeit aufzuerlegen, endlich der arbeitenden Masse das gleiche Wahlrecht zu geben. Und eine Demonstration vor dem Landhause? Wir wußten zu gut, daß wir hier keine Aussicht haben, eine Reform des Landtagswahlrechtes durchzusetzen, bevor wir eine Reform des Reichsratswahlrechtes durchgesetzt haben; und für den Kampf um diese Reform wollten wir unsere Kraft konzentrieren, für diesen Kampf, der zugleich bahnbrechend werden muß für die Landtage aller Länder Oesterreichs. Es ist selbstverständlich, daß wir die heuchlerischen Freundschaftserklärungen der Christlich-Sozialen für das gleiche Wahlrecht, diese gemachte Begeisterung, gespickt mit der fünfjährigen Seßhaftigkeit, nicht ernst nehmen können. Aber ein Aufmarsch vor dem Landhause hätte beinahe dazu führen müssen, daß aus dem Kampfe um das Wahlrecht ein Kampf zwischen Christlich-Sozialen und Sozialdemokraten geworden wäre. Und so sehr die Christlich-Sozialen unsere Feinde sind, denen wir bei jeder Gelegenheit entgegentreten, so wenig kann es unser Interesse sein, daß der große Kampf um das Wahlrecht in eine solche Episode ausgehe. Sie können versichert sein, daß wir unsere Pflicht erfüllen werden. Wir haben alles Notwendige vorbereitet (lebhafter Beifall) und wenn der Reichsrat im November zusammentritt, werden Sie die Wiener auf ihrem Posten finden. (Neuerlicher stürmischer Beifall.) Jede Kritik kann nützlich sein, aber im gegenwärtigen Augenblick scheint es mir im Interesse des Gelingens unserer großen Sache wichtiger, daß wir alle Zeit, die wir zur Verfügung haben, nicht dazu benützen, um vergangene Dinge zu diskutieren, sondern um das große Werk des Kampfes vorzubereiten. (Lebhafter Beifall.)

Tomášek (Wien, tschechisch): Es ist gewiß außer allem Zweifel, daß, wenn einmal der Kampf im Zuge sein wird, die Wiener Arbeiter ihre Pflicht erfüllen werden. Die Frage ist nur, ob man früher hätte beginnen sollen oder nicht; und ich sage, daß der Kampf schon etwas spät beginnt. Man redet sich darauf aus, daß das Parlament nur auf vierzehn Tage einberufen war. Aber in diesen vierzehn Tagen ist eine ganze Reihe von Anträgen verhandelt worden und es ist ein Versäumnis, daß in jener Zeit die Wiener Straße nicht eingegriffen hat. Wenn der Druck der Straße nachgeholfen hätte, hätte so mancher auf der Seite des deutschen Bürgertums vielleicht ganz anders gestimmt. Heute werden sie dem „Terrorismus der Straße" nicht mehr nachgeben, nachdem sie das erstemal schon gegen das Wahlrecht gestimmt haben. Auch in Böhmen war der Kampf erst im Anfang und doch haben wir demonstriert. Braucht man denn zu diesem Kampfe gar so lange Vorbereitungen? Und ist nicht erst kurz vorher die Reichskonferenz gewesen? Es waren ja nicht nur die Tschechen unzufrieden, sondern auch die Steirer. Der „Arbeiterwille" schrieb noch viel schärfer als unsere Blätter. Dort stand, man habe erwartet, daß die Wiener dem Gautsch die Fenster einschlagen würden. Und damals, an demselben Abend, da das geschrieben wurde, sagte Adler: „Wir werden warten." Unsere Vorwürfe gehen nicht gegen die deutschen Arbeiter. Die waren genau so wie wir für den Aufmarsch der Straße; wohl aber gegen die Führung, die sie zurückhielt. Wir werden im bevorstehenden Kampfe Arm in Arm marschieren. Aber das kann uns nicht hindern, daß wir auch über den bisherigen Verlauf der Aktion in Wien unsere Meinung sagen.

Vaněk (Brünn, tschechisch): Wie es keine Regierung ohne Opposition gibt, so hat auch die sozialdemokratische Regierung ihre Kritiker. (Heiterkeit.) Sie hatte sie auf allen Kongressen, und wie Sie sich erinnern, war Winarsky immer unter denen, die ihr den Vorwurf gemacht hatten, daß sie in der Frage des Wahlrechtes zu lässig vorgehe. Und immer hörten wir auch die Antwort: Die Verhältnisse sind noch nicht so, daß wir eine intensive Bewegung hervorrufen könnten; wir müssen warten. Ich habe das immer begriffen und stand nie auf seiten der Kritiker. Aber heute habe ich selbst den Eindruck, daß die Vor-

würfe gegen die Parteivertretung und die Wiener Genossen berechtigt sind. Wir alle, die wir auf der Reichskonferenz waren, dachten, daß, sobald das Parlament zusammenkomme, der Kampf beginnen werde. Als wir dann aber sahen, was im Parlament geschah, da sagten wir uns: Der kreißende Berg gebar eine Maus. Nun sagt man uns: Was hätte man tun sollen; Gautsch ist ein alter, kranker Mann, was sollten wir mit ihm anfangen? Ich meine, unsere Genossen hätten keinen Anlaß, gerade diesen alten Herrn zu schonen. Wer krank ist, der mag in Pension gehen; der soll aber keine Regierung übernehmen. Das hätte man dem Gautsch viel deutlicher im Parlament und auf der Straße sagen müssen. Aber man tröstet uns, daß nichts versäumt sei und daß jetzt erst der richtige Augenblick da sei. Wir waren gewöhnt, daß die Wiener Genossen immer das erste Wort in solchen Dingen sprachen, nicht daß sie erst vorwärts gestoßen werden mußten. Früher sagten die Staatsmänner unserer Partei: „Wir an der Spitze, vorwärts, uns nach!" Jetzt sagen sie: „Ihr müßt uns vorwärtsstoßen." Das ist zwar für sie bequem, aber für unsere Partei ungesund.

Prokesch (Mährisch-Ostrau, tschechisch): Wir stellen uns in der Provinz immer vor, daß in Orten, wo unsere Partei am stärksten ist, auch der erste Angriff erfolgen soll. Aber der Angriff ist diesmal im Zentrum unserer Bewegung, in Wien, nicht erfolgt. Wir hatten in den kleinsten Nestern große Demonstrationen; in der Millionenstadt Wien war noch nichts. Ich glaube aber, daß die Politik des Wartens nicht gesund ist. Die Sozialdemokratie ist eine revolutionäre Partei und ihre Taktik muß daher eine andere sein. Die Reichskonferenz kündigte ein Gewitter an, aber das Gewitter ist ausgeblieben. Gegen diese Politik müssen wir uns auf das entschiedenste wenden.

Muchitsch (Graz): Ich hätte es für überflüssig gehalten, zu diesem Punkt der Tagesordnung zu reden, wenn sich nicht Tomaschek und Vanek auf uns berufen hätten. Gewiß, wir waren auf früheren Parteitagen die Dränger und es ist auch richtig, daß wir im Anfang dieser Wahlrechtsbewegung mit dem Vorgehen der Parteivertretung nicht zufrieden waren. Aber wir gestehen, daß wir heute keine Ursache haben, an dem Vorgehen der Parteivertretung oder der Wiener Genossen herumzunörgeln. Der Verlauf der bisherigen Wahlrechtsbewegung ist derart, daß wir damit vollauf zufrieden sein können. Wir dachten anfangs auch, daß dieses Parlament im Sturmlauf beseitigt werden müsse und daß dieser Sturm schon am Tage der Parlamentseröffnung unternommen werden müsse. Nun hat aber doch die bisherige Entwicklung des Wahlrechtskampfes gezeigt, daß der entscheidende Schritt erst zu machen sein wird. Die letzte große Versammlung in den Sophiensälen wie auch die Haltung unseres Zentralorgans „Arbeiter-Zeitung" hat uns gezeigt, daß wir uns auf die Parteivertretung wie auf die Wiener Genossen vollauf verlassen können. (Beifall.) Ich meine auch, daß es durchaus unberechtigt ist, wenn man heute die Genossen wegen der angeblichen Versäumnisse in der Weise kritisiert, wie es die tschechischen Genossen heute tun. (**Borek:** Was hat der „Arbeiterwille" geschrieben?) Das war damals, als Gautsch sein unerhörtes Attentat verübte. Lesen Sie doch, was der „Arbeiterwille" in der letzten Zeit geschrieben hat! (**Tomášek:** Jetzt sind wir auch zufrieden!) Dann sehe ich nicht ein, warum Sie diesen so bedeutsamen Parteitag mit Ihren kleinlichen Nörgeleien aufhalten ... Es wurde dann auch gesagt, daß die Wiener Arbeiter vor dem Landtag hätten aufmarschieren sollen. Ich muß Ihnen sagen, daß wir mit der Meinung der Wiener Genossen, daß das ganz zwecklos wäre, ganz einverstanden sind. Die Leute haben sofort, als sie hörten, daß Seitz einen Dringlichkeitsantrag für das gleiche Wahlrecht vorbereite, einen solchen Antrag gestellt. Die Demagogie der Christlich-Sozialen ist so ausgeprägt und so bekannt, daß es ganz zwecklos wäre, sich mit dieser Gesellschaft in eine Auseinandersetzung einzulassen.

Nun haben sich die Genossen auch über die Haltung der Fraktion empört. Da stimme ich Adler bei, daß wir von dem, was im Parlament geschehen ist, vollkommen befriedigt waren und daß, wenn andere enttäuscht sind, es eben ihre eigene Schuld ist. Darüber sollten wir doch schon hinaus

sein, zu erwarten, daß unsere Abgeordneten im Parlament alles machen können, was wir vom Parlament verlangen. Die Abstimmung über die Dringlichkeit war ein bedeutendes Ereignis, das dem Wahlrechtskampf zweifellos einen starken Nachdruck gegeben hat, und wir müssen anerkennen, daß an dem Resultat dieser Abstimmung unsere Abgeordneten doch nicht ganz unschuldig sind.

Kristan hat die Unsitte beklagt, daß in den Zeitungen jetzt so unangenehme Polemiken geführt werden. Da muß ich demgegenüber doch erklären, daß, wenn man angerempelt wird, man sich wehren muß. Wenn man solche Polemiken nicht liebt, möge man mit den Nörgeleien nicht beginnen, dann wird der andere keine Antwort darauf geben müssen; und die deutschen Genossen sind wirklich mehr als zurückhaltend gewesen. Ich meine, daß der Parteitag nicht der Ort ist, um solche kleinliche Nörgeleien fortzuspinnen, sondern daß es viel notwendiger ist, alle Kraft zu konzentrieren auf den kommenden Kampf, der für uns ein entscheidender Kampf sein wird. (Lebhafter Beifall.)

Dr. **Soukup** (Prag, tschechisch): Kristan hat uns die verschiedenen Preßpolemiken vorgeworfen und da kann er bloß die Polemik zwischen dem „Pravo Lidu" und der „Arbeiter-Zeitung" wegen der fünften Kurie im Landtag gemeint haben. In diesem Falle aber haben wir nichts getan, als daß wir uns dagegen wehrten, daß der Anschein erweckt werde, als ob wir mit dieser Reform zufrieden wären. Wir standen auf dem Standpunkt: Lieber nichts als die fünfte Kurie! und wir konnten im Interesse der Gesamtpartei nicht anders handeln. Adler hat von der Kunst des Wartens gesprochen. Diese Kunst haben wir damals in Böhmen angewendet. Wir können auf die Landtagswahlreform warten, weil wir die revolutionäre Energie des böhmischen Proletariats nicht durch eine nichtsnutzige fünfte Kurie lahmlegen lassen, sondern sie für den Hauptangriff, der dem Reichsrat gelten muß, erhalten wollten. Sie beweisen uns, daß eine Demonstration gegen den niederösterreichischen Landtag zwecklos gewesen wäre. Aber uns handelte es sich nicht um den Landtag als vielmehr um das Parlament, um Gautsch. (Sehr richtig!) Ihre letzte Versammlung im Sophiensaale wurde bei uns mit großem Enthusiasmus begrüßt. Da will ich nur nebenbei bemerken, daß noch vor zwei Monaten Adler sich auf einen Feldzug gegen den Reichsrat nicht einlassen wollte. (**Austerlitz**: Ihr auch nicht!) Wir begrüßen es mit Genugtuung, daß der Kampf nun auch in Wien beginnt; wir meinen, daß die Wahl Adlers in Böhmen seine alte Energie etwas gestärkt hat. (Heiterkeit.) Wir möchten nur, daß die Reichskonferenz kein Analogon im Parteitag finde. Wir gingen damals in den Kampf und warteten mit Spannung, was im Parlament geschehen werde. Aber von dort kam uns nur eine Enttäuschung. Statt des erwarteten großen Sturmes auf Gautsch kamen nur einige unschuldige Zwischenrufe und schließlich ein trauriger Zusammenstoß mit einem Menschen wie der Geßmann. In Böhmen und Mähren haben die Infanterie und Kavallerie das Feuer eröffnet, nun muß das Feuer der Artillerie in Wien folgen.

Špera (Brünn, tschechisch): Schon auf dem letzten Parteitage wurden, und zwar auch seitens der deutschen Genossen, Vorwürfe erhoben, daß wir in der Frage des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechtes nicht scharf genug vorgehen. Als wir in Brünn und Prag mitten im Kampfe standen, sind die Wiener abseits geblieben von der großen Bewegung. Es scheint mir überhaupt, daß die Wiener Genossen allzuviel hohe Politik machen. Damit kommt man aber nicht weit. Was wir errungen haben, haben wir durch unsere proletarische Rücksichtslosigkeit errungen. Wenn wir unsere Vorwürfe jetzt vorbringen, so tun wir das nur deshalb, damit nicht nächstens wieder dieselben Fehler begangen werden. Hoffen wir, daß die Wiener Genossen die begangenen Fehler durch die Macht ihrer Demonstration wettmachen werden.

Pölzer (Wien): Ich habe mich zum Worte gemeldet, weil Tomášek sagt, die Wiener Arbeiter dächten anders, aber die Vertrauensmänner seien es, die sie *zurückhalten*. Demgegenüber kann ich feststellen, daß wir alles wir

unseren Vertrauensmännern aus den Werkstätten sehr eingehend beraten haben und daß sie unsere Taktik gebilligt haben. Ein Prager Genosse hat sich auf den „Arbeiterwille" berufen, daß wir dem Gautsch hätten die Fenster einschlagen sollen. Ja, haben denn Sie in Prag jemandem die Fenster eingeschlagen? Wir haben es nicht getan und wollen es auch nicht tun. Wenn Sie jetzt sagen, daß Sie mit uns nun zufrieden sind, so müssen wir Ihnen antworten, daß uns diese Ueberhebung nicht gefällt. Warum kommt jeder von Ihnen mit demselben Anwurf? Wir haben jetzt anderes zu tun. Wir haben den Kopf voll, wie wir die Demonstration möglichst großartig gestalten, und haben nicht Zeit, uns mit Ihren Quengeleien zu befassen. Sie sagen, die Wiener Arbeiter hätten nicht ihre Pflicht erfüllt. Waren wir nicht immer die ersten, die zum Parlament gezogen sind, wenn der richtige Moment da war? Sie können sich verlassen, die Demonstration, die nun kommen wird, wird so sein, daß sie sich neben Ihren sehen lassen kann. Lassen wir diese kleinlichen Dinge und rüsten wir zum großen Kampfe, der im Interesse der Arbeiter geführt werden muß. (Lebhafter Beifall.)

Wolf (Wien) — zur Geschäftsordnung — beantragt Schluß der Debatte.

Austerlitz (Wien) bittet, den Antrag abzulehnen.

Der Antrag wird angenommen. Zum Worte gemeldet waren noch Volkert (Wien), Krapka (Proßnitz), Nießner (Brünn), Aust (Kladno), Austerlitz (Wien) und Němec (Prag).

Volkert (Wien) zu einer Richtigstellung: Es wurde vorhin gesagt, daß die deutschen Genossen des fünften Wahlkreises mit der Taktik der Parteivertretung nicht einverstanden sind. Demgegenüber habe ich festzustellen, daß das unrichtig ist. Wir hatten eine Wahlrechtsversammlung, wie sie in diesem Wahlkreis noch nie gewesen war, und in dieser Versammlung hat Schuhmeier erklärt, daß wir bei der neuerlichen Parlamentseröffnung im November in Massen vor dem Parlament aufmarschieren werden. Wir haben dazu unsere Zustimmung gegeben und beschlossen, uns deshalb mit einem Schreiben an die Parteivertretung zu wenden. Die Parteivertretung hat auch demgemäß beschlossen. Ich kann demnach erklären, daß wir mit der Taktik der Parteivertretung vollkommen einverstanden sind.

Es folgt nun das Schlußwort von

Skaret: Diese Debatte hat einen Umfang angenommen, den ich allerdings nicht vorausgesehen habe. Es wurde eine ganze Reihe von Dingen hereingezogen, die eigentlich mit dem Gegenstand des Berichtes so gut wie nichts zu tun haben, da sie sich eigentlich gegen den Verband wenden. Die Angriffe gingen aber auch gegen die Gesamtexekutive und noch mehr gegen die Wiener Parteiorganisation. Wenn Soukup sagt, er sei sehr enttäuscht von dem, was der Reichskonferenz folgte, so meine ich, dann hätte er so objektiv sein müssen, alle jene Momente in Berücksichtigung zu ziehen, die sich nach der Reichskonferenz ereigneten. Wir alle hatten damals das Bewußtsein, daß Gautsch nicht mehr Ministerpräsident bleiben darf. Aber geht denn unser Wunsch nicht manchmal weit über unsere Kraft? Vergessen wir nicht bei unseren Wünschen gar oft auch in Kalkül zu ziehen, ob auch die Erfüllung unserer Wünsche in der Macht unserer Genossen gelegen ist? Die tschechischen Genossen haben ja auch ihre Vertreter im sozialdemokratischen Verband und der Vorwurf Soukups richtet sich nicht weniger gegen ihre Abgeordneten als gegen unsere. Und nun zum Vorwurf gegen die Wiener Organisation. Wir haben Ihnen gesagt, warum wir diese und keine andere Taktik einnahmen. Für uns in Wien war es für jeden Genossen klar, daß man nicht zum Landtag ziehen kann. Uebermannt Sie nicht der Ekel, wenn Sie daran denken, daß wir vielleicht eine Deputation zum Prälaten Schmolk oder gar zu seinem Stellvertreter, dem Luger, schicken sollen? Es ist ja ganz erfreulich, wenn Sie vorwärts drängen und verlangen, daß man energischer vorgehe. Aber ich bitte, bei Ihrer Kritik der Parteiexekutive nicht unrecht zu tun, sondern auch zu erwägen, ob denn die Situation immer so war, daß alles schon hätte geschehen können, was jetzt geschehen soll und zweifellos geschehen wird.

Nun noch einige technische Angelegenheiten. Wir schließen nach unseren Organisationsbestimmungen unsere Berichterstattung am 30. Juni ab und es wäre darum ein leichtes, vom 1. Juli bis Ende September alle Berichte fertigzustellen, und es könnten uns die nationalen Exekutiven die Berichte rechtzeitig einsenden. Wir haben rechtzeitig die Zirkulare hinausgeschickt, aber der tschechische Bericht ist vier Tage vor der Ausgabe des Berichtes — also in der vorletzten Woche — gekommen, der polnische Bericht gar erst drei Tage vor dem Parteitag, und die Slowenen und Ruthenen sind uns bis zur Stunde ihre Berichte noch schuldig. Da müssen Sie schon begreifen, daß in dieser kurzen Zeit nicht auch noch eine Uebersetzung besorgt werden kann. Wir sind selbstverständlich gern bereit, im Einvernehmen mit den nationalen Exekutiven den Wünschen nach Uebersetzung der Berichte Rechnung zu tragen. Ich ersuche Sie daher, den Antrag Johanis der Gesamtexekutive zuzuweisen.

Bei der Abstimmung wird der Antrag Johanis der Gesamtexekutive zugewiesen, der Antrag Seitz auf Erteilung des Absolutoriums angenommen.

Den **Bericht der Fraktion** erstattet

Referent Abgeordneter **Pernerstorfer**: Der Bericht über die parlamentarische Tätigkeit liegt Ihnen bereits im Druck vor. Ich werde jetzt auch nicht neuerlich ein genaues Bild unseres Parlaments vorführen. Die letzten zwei Jahre, über die wir zu berichten haben, blieb zum großen Teile das Parlament überhaupt untätig. Im Herbst 1903 war nur eine kurze Session von drei Tagen, die durch die Ungeschicklichkeit der österreichischen Regierung und des österreichischen Parlaments notwendig geworden war, um das gewöhnliche Rekrutenkontingent zu bewilligen, da im Frühjahre das Parlament im Uebereifer schon das erhöhte bewilligt hatte, während in Ungarn obstruiert wurde. Auch im Jahre 1904 ist in einer dreiwöchentlichen Session wieder nichts Bedeutendes vorgekommen als unser Dringlichkeitsantrag auf Einführung des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechtes, bei dessen Begründung unser Gen. Ellenbogen dem Parlament und der Oeffentlichkeit wieder alle Argumente für das allgemeine, gleiche Wahlrecht vorführte. Sonst wurde die Session mit bloßen Dringlichkeitsanträgen für Obstruktionszwecke aufgebraucht. Am Ende des Jahres mußte dann Dr. v. Koerber demissionieren, weil die Jungtschechen glaubten, dadurch aus der Verlegenheit, in der sie sich infolge ihrer sinnlosen Politik schon lange befunden hatten, herauszukommen, und auch die deutschbürgerlichen Parteien nicht den geringsten Versuch mehr machten, den Minister Koerber zu halten, da auch bei ihnen Grund zur Unzufriedenheit war. Sie verlangten schon dringend Ministersitze, und besonders die Volkspartei wartete schon, sich nach Koerber auf den Ministerstuhl niederzusetzen.

Am Anfange des heurigen Jahres wurde dann Gautsch ernannt. Alle Beratungen erfolgten nun unter dem Drucke, daß die einzelnen Parteien immer und immer darauf gewartet haben und damit vertröstet worden sind, daß die sogenannte Parlamentarisierung des Kabinetts vor sich gehen werde. Nun, heute kann gar nicht beurteilt werden, wie weit es dem Ministerpräsidenten Gautsch mit dieser Lockung Ernst war. Wir haben nun nur die Tatsache vor uns, daß er — und auch andere — weniger denn je ernstlich daran denken können, das Kabinett zu parlamentarisieren. Von der Angelegenheit des laufenden Jahres ist hervorzuheben der Antrag Daszynski betreffend die russischen Flüchtlinge, bei dem wir sogar das Glück gehabt, im Parlament einen Erfolg zu erringen. Die Rede Daszynskis hat großen Eindruck auf das Haus und die gesamte Oeffentlichkeit gemacht. Von Wichtigkeit war dann auch die Einsetzung eines permanenten Ausschusses zur Reform der Gewerbeordnung. Dieses Parlament, das im Grunde genommen nur dienstbar ist den zünftlerischen und agrarischen Interessen, hat den Antrag angenommen, weil die bürgerlichen Abgeordneten das Interesse hatten, sich vor den Wahlen ihren Wählern als „treue Freunde der Reform der Gewerbeordnung" in Erinnerung zu bringen. Wir nahmen gegen den Antrag Stellung, und da wir unterlagen, sendeten wir den Abge-

ordneten Elderſch in den Ausſchuß, damit dort auch die Stimme der Arbeiter erhoben werde. Die wichtigſte Tatſache des laufenden Jahres war aber gewiß die Entfernung des Eiſenbahnminiſters Wittek. Sie wiſſen, welch großer Feind der Arbeiter und ihrer Organiſation und welch großer Freund der Chriſtlich-Sozialen er iſt. Seine Entfernung hatte alſo das Angenehme, zwei Fliegen auf einen Schlag zu treffen. Wir haben während der Verwaltung des Eiſenbahnreſſorts durch Wittek wiederholt Gelegenheit gehabt, ihn in der ſchärfſten und energiſchſten Art im Parlament anzugreifen, aber mit der glatten und öligen Art, die ihm eigen, verſtand er es, durch alle Fährlichkeiten durchzuſchlüpfen, bis endlich bei der Kreditüberſchreitung beim Bau der Alpenbahnen die Zeit gekommen war, den Hauptſchlag zu führen. Es iſt vielleicht nicht ganz in der Ordnung, aber ich fühle mich verpflichtet, es hier auszuſprechen, daß Gen. Dr. Ellenbogen im Eiſenbahnausſchuſſe den Kampf gegen Wittek ſo klug und erfolgreich zu führen verſtand, daß ihm gewiß ein großer Teil des Verdienſtes zuzuſchreiben iſt, daß wir dieſen zweifelhaften Charakter des Herrn Wittek hoffentlich für immer losgeworden ſind. (Beifall.)

Wir haben im Laufe der nun abgeſchloſſenen Debatte ſchon eine Reihe von Vorwürfen gegen den parlamentariſchen Verband zu hören bekommen, Parteigenoſſen! Ein Vertretungskörper, der ſo beſchaffen iſt wie das öſterreichiſche Parlament, iſt überhaupt für Sozialdemokraten ein nicht ſehr angenehmes Feld der Betätigung. Sie wiſſen ja doch, was wir in den letzten acht Jahren erlebt haben. In dieſem Privilegienparlament haben es die ſozialdemokratiſchen Abgeordneten weitaus ſchwieriger als in einem wirklichen Parlament, das auf demokratiſcher Grundlage ruht und in dem ſozialdemokratiſche Abgeordnete insbeſondere jene Aufgaben erfüllen können, die ihnen vor allem anderen von den Parteigenoſſen übertragen werden: auf die Geſetzgebung einzuwirken und auf legislatoriſche Maßregeln hinzuarbeiten, die zum Wohle der Arbeiter ſind. In dieſen fünf Jahren dieſes Parlaments können wir nur auf eine ſolche poſitive Arbeit hinweiſen: auf das Bergarbeitergeſetz des Jahres 1902.

Man hat uns vorgeworfen, daß wir insbeſondere den Kampf gegen Gautſch nicht mit jener Energie geführt haben, der von uns erwartet wurde. Es wurde auf die Reden Schuhmeiers und Daszynskis und auch auf meine hingewieſen, die auf unſerer Reichskonferenz gehalten wurden, und geſagt, daß die großen Worte von damals nicht den Taten im Parlament entſprachen. So viel ich mich erinnere, ſo habe gerade ich damals mit großen Worten geſpart. Was aber die Reden Daszynskis und Schuhmeiers betrifft, ſo haben die gewiß viel mitgewirkt, daß die öffentliche Meinung ſo ausfiel, wie ſie ausgefallen iſt. Oder glauben Sie, daß dieſe ſo ausgefallen wäre, wenn auf dieſer Konferenz nicht ſo energiſch geſprochen worden wäre? (Zuſtimmung.) Glauben Sie, die bürgerlichen Parteien wären aufgerüttelt worden, wenn ihnen nicht die Reichskonferenz das Bild der Erbitterung der Arbeiterſchaft ſo deutlich vor Augen geführt hätte? Was auf der Reichskonferenz geſprochen wurde, das verantwortet jeder von uns mit gutem Gewiſſen vor allen Parteigenoſſen.

Auf der Konferenz wurde der Verband ermächtigt, alle jene Schritte zu tun, die ihm geeignet erſcheinen, das Wahlrecht zu fördern. Der Verband wurde auch beauftragt, einen Geſetzesvorſchlag über das gleiche Wahlrecht auszuarbeiten und einzubringen.

Abgeordneter **Seitz**: Zur geeigneten Zeit!

Abgeordneter **Pernerſtorfer**: Ja, zur geeigneten Zeit, hieß es auch noch. Wir haben im Verband ſehr ausführlich beſprochen, was zu tun iſt. Es tut mir ſehr leid, wenn hier Parteigenoſſen auftreten und, wenn nicht deutlich, ſo doch unter nicht mißzuverſtehendem Hinweis auf die Novembertage des Jahres 1897 andeuten, wir hätten wieder eine ähnliche Handlung vollbringen ſollen wie damals die ſozialdemokratiſche Fraktion. Im Jahre 1897 handelte es ſich im Parlament, der Revolution von oben die Revolution von unten *entgegenzuſtellen*. Jetzt handelt es ſich aber um einen Kampf gegen die Regie-

rung, insbesondere gegen die Person des Ministerpräsidenten Gautsch. Auf den Zuruf des Gen. Seitz, wie sich denn die Genossen den Kampf im Parlament vorstellen, wurde geantwortet: „Das geht uns nichts an, darum hat sich die Fraktion zu kümmern." Nun, Genossen, so steht die Sache denn doch nicht. Ich will schon annehmen, daß Sie nicht gerade die Dümmsten zu Abgeordneten wählen (Heiterkeit) und ihnen zutrauen, daß sie das Richtige finden. Wenn Sie aber unsere Haltung tadeln und von uns Besseres verlangen, als wir mit dem Aufwande unserer Ueberlegung leisteten, dann sind Sie schon verpflichtet, uns zu sagen, wie wir es hätten besser machen können und besser hätten machen sollen. (Zustimmung bei der Mehrheit des Parteitages. Widerspruch der Tschechen.)

Die Novembertage des Jahres 1897 waren gewiß glorreich für unsere Partei, aber sie haben auch eine andere Seite gehabt: In einer großen Zahl von Leuten ist der Glaube entstanden, jeder Tag im Parlament, wo nicht ein Präsident hinausgeworfen wird, ist ein verlorener. (Heiterkeit.) Diese Denkweise verträgt sich aber nicht mit dem Parlamentarismus. Wir wissen, wie wertvoll unter Umständen ein Parlament sein kann, und darum verlangen wir ja auch seine Demokratisierung durch das allgemeine, gleiche Wahlrecht. Aber wenn man das Parlament grundsätzlich will, dann darf man das Parlament nicht ebenso grundsätzlich demolieren. Die Mittel des parlamentarischen Kampfes sind denn doch vorerst die Reden, die wir halten, denn die Fäuste, die wir gebrauchen, gehören doch nur für die Ausnahmsfälle. Die Eröffnung des Kampfes gegen Gautsch wurde vorbereitet durch die Reichskonferenz und — wie ich hervorheben will — insbesondere durch die Presse. Sie haben bewirkt, daß im Parlament eine Stimmung erzeugt wurde, die ohne diese Vorbereitung nicht vorhanden gewesen wäre. Deshalb war die Konferenz am Platze und wir haben getan, was wir tun konnten. Und es muß ausgesprochen werden: Dieser letzte Parlamentsabschnitt war ein großer Erfolg der Sozialdemokraten, und ich weiß nicht, wer das leugnen könnte.

Diejenigen, die uns Vorwürfe machen, müssen schon so gütig sein, uns zu sagen, welche Mittel wir hätten anwenden sollen. Ich weiß nur noch das eine: Gautsch nicht zu Wort kommen zu lassen. Wir hatten aber ein Interesse daran, zu hören, wie er sich ausredet. Daß wir ihn charakterisierten und mit Zwischenrufen empfingen, war selbstverständlich; ihn am Reden zu hindern, wäre aber direkt gegen unser politisches Interesse gewesen und wir hätten dadurch wohl nur die große Wahlrechtsdebatte vereitelt, die unseren Zwecken am besten gedient hat. Vielleicht sagen noch andere, wir hätten ihn hinauswerfen sollen. (Heiterkeit.) Das habe ich aber schon ausgeführt, daß die Situation denn doch ganz anders als im Jahre 1897 war. Zudem sind unser auch nur zehn und wir hätten bei diesem Hinauswurf nicht auch wieder die Deutschen an unserer Seite gehabt. Alle diese Vorwürfe fallen also in nichts zusammen.

Vielleicht haben manche auch gemeint, es hätten in dieser Session wir den ersten Dringlichkeitsantrag für das gleiche Wahlrecht einbringen sollen. Wir Sozialdemokraten haben diesen Wettlauf nicht notwendig. Mögen noch so viele Dringlichkeitsanträge einbringen, uns Sozialdemokraten wird man in der Wahlrechtsfrage die Priorität nicht rauben; denn solange es eine Sozialdemokratie in Oesterreich gibt, kämpft sie für das allgemeine und gleiche Wahlrecht. Für unsere politischen Zwecke war es aber sehr nützlich, daß von anderen Parteien Dringlichkeitsanträge auf die Einführung des allgemeinen, gleichen Wahlrechtes kamen. (Sehr richtig!) In der Geschichte wird kein Zweifel obwalten, daß die Sozialdemokraten die ersten waren, die diese politische Notwendigkeit erkannten.

Vielleicht haben wir Abgeordnete manchmal etwas unterlassen oder auch etwas getan, was nicht in der Ordnung war. Aber es handelt sich um die bedeutenden Dinge, die für die Partei wichtig und durchschlagend

sind, und da muß ich schon erklären, hat der Verband seine Pflicht b... stimmt getan. (Beifall.) Die günstige Situation, in der wir uns jetzt b... finden, ist wesentlich mit ein Verdienst der Partei. Es ist zum groß... Teil eine Frucht unserer Aufklärungstätigkeit, die wir jetzt allüberall d... politische Erkenntnis reifen sehen. Die achtjährige Wirksamkeit des Wahnsinn... der fünften Kurie und unsere Erläuterungen dazu haben viele weitere Kr... als die Arbeiterschaft von der Unmöglichkeit des Kurienparlaments überzeug... und so haben wir es vielleicht gerade dieser Mißgeburt zu verdanken, daß wir rascher zum allgemeinen Wahlrecht kommen. Ich habe die fe... Ueberzeugung, daß, wenn im gegenwärtigen Augenblick v... uns mit dem nötigen Nachdruck in den Kampf gegang... wird, das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht e... rungen wird und in der allerkürzesten Zeit. (Allgemeiner leb... hafter Beifall.) So dumm auch unsere Herrschenden sind, die Ueberzeugung, daß diese Reform nicht aufzuhalten ist, macht von Tag z... Tag Eroberungen. Das in Verbindung mit der Krise in Ungarn gen... uns mit fröhlicher Deutlichkeit, daß wir bald am Ende des Wah... rechtskampfes stehen werden. Kritisieren Sie uns, man lernt ja dabei immer. Aber im großen und ganzen glaube ich doch, daß es heute unsere Aufgabe ist, zusammenzustehen und zusammenzufassen alle Faktoren, alle Elemente der Partei, nur von einem Gedanken, einem Wunsche beseelt: das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht zu erkämpfen. Wir im Parlament sind dabei gar nicht die Allerersten und Wichtigsten. Das Erste und Wichtigste sind die Massen, die hinter uns stehen, und wenn diese Massen den nötigen Marsch vorwärts machen, dann wird auch im Parlament das Notwendige, das Unver... meidliche geschehen. (Großer Beifall.)

Austerlitz (Wien): Der Berichterstatter kann nicht überrascht sein, daß man den Einzelheiten des Berichtes über dieses Agonieparlament wenig Interesse entgegenbringt und daß es uns wie ein Märchen aus hoffentlich bald ganz verklungenen Zeiten anmutet, wenn man uns die einzelnen Stadien seiner sogenannten „Tätigkeit" vorführt. Es ist auch nicht überraschend, daß sich die ganze Aufmerksamkeit der Partei in Sachen der Tätigkeit der Abgeordneten auf die Frage konzentriert, was sie für den Wahlrechtskampf geleistet haben, und für den ernsten Politiker weit mehr noch auf die Frage, was sie dafür noch zu leisten haben werden. Es ist also nicht verwunderlich, daß sich Pernerstorfer gegen den schon beim vorigen Punkte laut erhobenen (und er ist erhoben worden, obwohl er nicht immer verstanden wurde) Vorwurf verteidigen mußte, daß die Fraktion, wie das Wort jetzt lautet, dem großen Moment der Reichskonferenz gegenüber zu klein befunden worden ist; und er hat nicht mit Unrecht die Frage aufgeworfen, was denn die Fraktion hätte tun können und tun sollen. Einen Zuhörer dieser Debatte, der die eigentümliche Politik Oesterreichs nicht kennt, würde es außerordentlich überraschen, daß sich der Referent über die parlamentarische Tätigkeit mit der Frage beschäftigen muß, ob man dem Gautsch hätte auch ein paar Hiebe versetzen können; daß man nun auf sozialdemokratischen Parteitagen gezwungen ist, die Frage ernsthaft zu erörtern, ob man den Minister mit Brachialgewalt hätte anfallen sollen, ist kein besonderer Beweis des Verständnisses für den Augenblick, der uns heute unsere Tätigkeit vorschreibt. Man sagt, die Reichskonferenz habe große Worte gebraucht, denen dann kleine Taten nachfolgten. Haben denn die tschechischen Genossen, diese beredten und in Unermüdlichkeit und bewunderungswürdiger Einmütigkeit vereinigten Kritiker der Fraktion, wirklich geglaubt, daß die Reichskonferenz etwa die Tätigkeit oder die Arbeit für einen bestimmten Moment festlegen wollte? Oder haben sie geglaubt, daß, weil auf der Reichskonferenz ein ernstes politisches Werk geleistet worden ist, dann eben die notwendigen Bedingungen der gewöhnlichen Arbeit aufgehoben sind? Haben sie geglaubt, weil wir uns hier einmal versammelt haben, sei aus Oesterreich schon ein ganz anderer Staat geworden? Damit hängt auch zusammen, daß man den Wienern den Vorwurf macht, sie hätten etwas „ver-

säumt", und ich habe es nur mit Bedauern gehört, daß Wiener Genossen auf diesen Vorwurf erwidert haben, als hätten wir nicht früher losschlagen können, daß sie geglaubt haben, sich entschuldigen zu sollen, darauf sich berufen zu müssen, daß die Werkstättenvertrauensmänner die Taktik gutgeheißen. So liegt die Sache aber nicht. Es ist zweifellos ein wohlerwogener Beschluß der Wiener Vertrauensmänner gewesen, ihr Pulver nicht vorzeitig zu verschießen, und ich frage jedermann, der behauptet, daß etwas „versäumt" wurde, was man denn sonst erreicht hätte, wenn man anders vorgegangen wäre, wo anders wir jetzt stünden. Was ist denn das Problem unserer Situation? Das Problem ist: erstens in der Arbeiterschaft die Stimmung zu erzeugen, daß sie in einem bestimmten Augenblick auch zu den radikalsten Mitteln greifen muß; zweitens aber, unter der herrschenden Klasse über die Entschlossenheit der Arbeiter keinen Zweifel aufkommen zu lassen. Und beides ist geschehen, und ausreichend geschehen. Was wäre geschehen, wenn wir die Demonstrationen schon durchgeführt hätten? Mit der politischen Taktik steht es so, daß simple Wiederholungen jeder Sache vermieden werden sollen. Ich zweifle gar nicht, daß jede der Städte, die so ausgezeichnete und wirkungsvolle Landtagsdemonstrationen zustande gebracht haben, imstande wäre, diese Demonstrationen gegebenenfalls zu wiederholen, aber ich zweifle auch nicht an dem politischen Verstand der Genossen, daß sie wissen, eine zweite und gleiche Demonstration würde die Bedeutung und den Höhepunkt der ersten nicht erreichen. Was das erstemal eine Demonstration war, könnte das zweitemal ein Schaugepränge werden. Es ist also klar, daß man einen politischen Kampf steigern muß, und selbstverständlich ist, daß jede Demonstration gleichsam ein körperliches Objekt haben muß. Dieses „Objekt" kann aber in Wien nur das tagende Parlament sein. Deshalb glaube ich nicht ganz an die Aufrichtigkeit der Kritik, die an den Wiener Genossen geübt wurde. Darüber wird wohl unter uns kein Zweifel bestehen, daß, wenn die Wiener glauben, daß zum Losschlagen die richtige Zeit ist, sie das Losschlagen schon treffen. Wenn sie es nicht getan haben, so wohl aus der Erwägung, daß der richtige Zeitpunkt noch nicht da ist und daß es ein Verbrechen wäre, zu unrichtiger Zeit loszuschlagen, um es zur richtigen Zeit vielleicht nicht mehr tun zu können. Nun ist es ja möglich, daß wir Wiener über die Wiener Verhältnisse keinen so guten Ueberblick haben wie die Genossen von Brünn und Ostrau. Aber das müssen Sie uns schon zugestehen, daß wir nur mit unserem eigenen Verstand operieren können, und der hat uns gesagt, daß in dem Augenblick, wo sich die Bewegung in der Provinz sammelte, wir noch nicht loszuschlagen haben. Es ist nun, wie gesagt, natürlich, daß sich eine politische Bewegung weiter entwickeln muß, und Sie werden wohl zugeben, daß in dem Augenblick, wo im Parlament die Wahlreformfrage ernstlich verhandelt wird, eine Demonstration auf den Straßen Wiens nicht das Nützendste gewesen wäre. Denn so fanatische Wahlrechtsfreunde sind die 155 Abgeordneten, die für die Dringlichkeit gestimmt haben, gerade nicht, daß sie nicht gern die Gelegenheit ergriffen hätten, sich auf den „Terrorismus der Straße" auszureden. So wäre vielleicht das Votum für die Dringlichkeit, das eine unerläßliche Bedingung des Kampfes ist, nicht gekommen und wahrscheinlich hätten dann die Kritikaster, die jetzt unser Zaudern so angreifen, unseren politischen Verstand angeklagt, weil wir statt der da allein zweckmäßigen Politik der Vernunft eine Politik der Leidenschaft und des Temperaments gemacht. So einfach ist die Sache eben nicht. Es mag gewiß einen Nutzen haben, daß den deutschen Genossen und namentlich den Wienern das Gewissen geschärft wird, aber ein freundliches Wort, einmal vorgebracht, hätte, wie ich glaube, mehr Nutzen gestiftet als die verbissene, gehässige Kritik, die heute gleich von acht tschechischen Rednern geübt wurde.

Dr. Soukup hat gemeint, daß sich Dr. Adler vor zwei Monaten auf einen Wahlrechtskampf nicht einlassen wollte. Ich glaube, Soukup hat das, wohl unbewußt, falsch ausgedrückt. Er wollte gewiß sagen, daß Adler an einem bestimmten Punkte nicht geglaubt hatte, daß ein solcher Kampf Aussicht biete. Das mag ein Irrtum gewesen sein, aber es haben ja viele Leute in *diesen sieben Jahren oft* die Meinung gehabt, daß der Zeitpunkt schon ge-

kommen sei, und es hat sich oft gezeigt, daß der Wille, wenn auch die Hauptsache, doch zum Kampfe nicht ausreicht. Ein Problem, das darin besteht, die gesamte Grundlage des Staates umzuformen, ist mit dem bloßen Willen allein, wenn er auch noch so energisch und leidenschaftlich ist, nicht in Bewegung zu setzen; die Grundfesten des Unrechtes sind viel stärker, als daß sie einfach niedergerannt werden könnten. Ueber die politische Situation, darüber, was möglich ist, haben sich also auch andere und vielleicht nicht selten „getäuscht". Das ist nicht und war nie ein Fehler ihrer Politik, sondern das ist eben nur die Folge der unaufhörlichen Veränderung der österreichischen Dinge, in denen nichts feststeht und in denen jeder Tag neue Bedingungen erzeugt. Die tschechischen Genossen sind mit Recht stolz auf ihre Bewegung für das Landtagswahlrecht. Aber wenn sie aufrichtig sind, so müssen sie bekennen, daß sie noch im Juni skeptisch darüber gedacht haben, ob es möglich sein wird, selbst eine Kurie mit der gebührenden Anzahl der Mandate zu erringen, daß sie sogar der Landeskonferenz nur mit einem gewissen Zweifel entgegengeblickt haben. Es ist nicht gut, diesen Treppenwitz der politischen Kritik allzu üppig zu betreiben, sonst könnte nachgewiesen werden, daß die politische Voraussicht aller Genossen, wie eigentlich selbstverständlich, durch die Unverläßlichkeit und Wandelbarkeit der österreichischen Verhältnisse bedingt und beschränkt ist.

Nun möchte ich noch folgendes sagen: Es ist wohl noch nie dagewesen in der Geschichte einer Partei, daß sie sich nach einem so ganz unheimlichen, überraschend gewaltigen und ungeahnten Erfolg auf ihrem Parteitag mit Vorwürfen traktiert, die im Wesen auf die in der Distanz aller Dinge nur unwesentliche Bagatelle hinausgeben, ob eine Versammlung oder eine Demonstration früher oder später abzuhalten sei. Wir sind in einer ungewöhnlich günstigen Situation, die durch verschiedene, auch von uns unabhängige Umstände entstanden ist. Aber was wir mit Recht von uns sagen können, das ist, daß wir diese Gunst des politischen Wetters, die Gunst des geschichtlichen Augenblicks mit einer Verve, einer Energie und einer Kraft benützt haben, wie sie beispiellos ist; und ich glaube, mehr als das Bewußtsein der Unerläßlichkeit der Reform und die Gefahr, die dem Staate von den Mächten, die „da unten wohnen", droht, konnte in diesen zwei Monaten nicht geleistet werden. Wenn wir die Demonstration in Wien gehabt hätten, wären wir nicht um einen Schritt weiter. Deshalb ist es nicht nützlich, darüber zu streiten, ob man den Gautsch hätte hinauswerfen sollen, ob man zehn Minuten länger Zwischenrufe hätte machen können, sondern wir können einander alle bezeugen, daß jeder an seinem Platze tüchtig gearbeitet hat. Und wenn wir die Arbeit der tschechischen Genossen anerkennen und bewundern, wie sie es verdient, so sollten sie uns doch auch in Ruhe lassen mit einer geradezu verabredeten Kritik, daß anderswo etwas versäumt ward. Es ist nichts versäumt worden; wahr ist aber, daß noch sehr viel zu leisten ist. Und für diesen Kampf sollten wir uns rüsten, ihm allein unsere Arbeit hier widmen. (Lebhafter Beifall.)

Stein (Wien, tschechisch): Es ist ja richtig, daß die Abgeordneten ihre Aufgaben zumeist erfüllen. Aber in der letzten Zeit haben sie die Erwartungen der breiten Massen enttäuscht. Wir haben die Pflicht, auf den Unterschied zwischen den Erwartungen des Volkes und den Taten der Abgeordneten hinzuweisen. Wenn es wahr ist, daß es nicht möglich war, mehr zu tun, dann war es die Pflicht der Abgeordneten, auf der Reichskonferenz vor allzu großen Erwartungen zu warnen. Früher waren unsere Abgeordneten immer stolz darauf, daß sie konkrete Anträge stellten, diesmal aber haben sie sich mit einem Antrag sehr akademischen Inhalts begnügt, mit einem Antrag, der nur eine Aufforderung war, das Wahlrecht zu geben, wo sie doch im Jahre 1897 einen viel konkreteren Antrag eingebracht hatten. Wenn die Abgeordneten — was gewiß richtig ist — wissen, was sie zu tun haben, so mußten sie trachten, einen Einklang zwischen den Wünschen des Volkes und ihren Taten herzustellen. Daß man verlangt hätte, unsere Abgeordneten sollten den Gautsch prügeln, erinnere ich mich nicht. Man hat bloß verlangt, daß der Empfang *etwas* kerniger ausgefallen wäre, als er ausgefallen ist. Deshalb die Auf-

richtigkeit unserer Argumente zu bezweifeln, wie es Austerlitz getan hat, geht durchaus nicht an.

Krapka (Proßnitz, tschechisch): Es fällt uns nicht ein, unseren Abgeordneten Aufgaben zuzuleiten, die sie als ein so kleiner Bruchteil des Reichsrates nicht leisten können. Trotzdem ist es wahr, daß zwischen dem, was der Verband getan hat, und dem, was die Organisationen erwartet haben, eine große Differenz ist. Das aufgeregte Auftreten des Gen. Austerlitz bestätigt nur die Worte des Gen. Adler, der gesagt hat: Wir haben alle das Gefühl, daß etwas mehr geschehen sollte. Es herrschte allgemeine Enttäuschung nicht nur bei den Tschechen, sondern auch bei den Deutschen, und wenn wir jetzt Kritik an Ihnen üben, so tun wir es, damit die Fehler, die nach der Reichskonferenz begangen wurden, nicht wieder begangen werden.

Nießner (Brünn): Wir haben schon beim ersten Punkt einen Redner nach dem anderen auftreten sehen und haben gehört, daß sie immer dieselben Vorwürfe gegen die Wiener Genossen erhoben haben, obzwar sie schon gehört haben, daß die Wiener im Begriff sind, eine energische Aktion für das Wahlrecht zu beginnen. Ich will gewiß niemandem das Recht der Kritik beschneiden; aber die Kritik darf nicht so ausgeübt werden, daß sie eine Bevormundung wird. Das Wort „Wien" ist ein Schlagwort (Beifall und Widerspruch) und gerade deshalb sollten Sie etwas mehr Zurückhaltung beobachten. Unter einem großen Teile der indifferenten tschechischen Arbeiterschaft herrscht die Ansicht, daß alles Böse von Wien kommt, darum bedeutet der Kampf gegen die „Wiener" draußen mehr, als Sie zugeben wollen. Kritik soll sein, aber nicht eine solche, die verbitternd wirken muß. Ich meine auch, daß die Wiener Genossen etwas mehr hätten tun sollen, schon damit die Aktion gemeinsam geführt werde. Aber deshalb ist der Vorwurf, daß sie ein Versäumnis begangen haben, doch unberechtigt. Was da und sonst vom Unterschied gewisser parlamentarischer Kampfesweise und von Diplomatie oder hoher Politik gesprochen wird, ist natürlich ganz grundlos. Proletarische Taktik heißt doch nicht, nur mit Schlagworten arbeiten, heißt nicht, blind darauf losgehen. Proletarische Taktik heißt manchmal auch zuwarten, wenn es notwendig ist. (Beifall.) Wenn Sie den Wienern ein Versäumnis vorwerfen, so ist das nur eine Redensart, die durch nichts belegt ist. Sie sollten doch auch bedenken, daß Sie mit solchen Vorwürfen nur Unfrieden stiften, nur neue Gegensätze schaffen. Wir sind der Ansicht, daß in Wien nichts versäumt wurde, und wir begrüßen es mit Freuden, daß die Wiener Genossen sich rüsten, den Kampf zu beginnen. (Beifall.)

Die Debatte wird hierauf abgebrochen.

Schluß der Sitzung um 4 Uhr.

Zweiter Verhandlungstag.

Dienstag, 31. Oktober 1905.

Vorsitzender **Tomschik**: Ich eröffne den zweiten Verhandlungstag und teile mit, daß Abgeordneter Gen. Seitz durch eine Sitzung des Landtages am Erscheinen verhindert ist und sich entschuldigt hat.

Die Debatte über den **Bericht des parlamentarischen Verbandes** wird fortgesetzt.

Vaněk (Brünn, tschechisch): Gestern wurden die Genossen, die nicht die Tätigkeit unserer Genossen im Parlament anerkennen wollten, von einzelnen Rednern, namentlich vom Gen. Austerlitz, einigermaßen ungebührlich in die Grenzen gewiesen. Unsere Angriffe wurden giftig, haßerfüllt, verabredet genannt. *Das ist ein Ton*, der in unseren Beratungen doch ungewohnt ist.

und wir müssen uns gegen diese Pauschalverdächtigungen auf das schärfste verwahren. Unsere Angriffe sind von bester Absicht erfüllt. Wenn wir kritisieren, tun wir es nicht aus Haß, sondern üben nur unser gutes Recht als Parteigenossen aus. Merkwürdig ist es, daß die Genossen, die fast regelmäßig die Tätigkeit der Fraktion kritisieren, namentlich der Genosse aus Graz und Gen. Nießner, jetzt alles in Ordnung finden. Uns anderen in Brünn scheint es, daß zu wenig im Parlament getan wurde. Nießner aber gebraucht eine Fiktion von dem Schlagworte „Wien". Ebenso könnte ich vom Schlagworte „Prag" bei den deutschen Genossen in Brünn sprechen, die meinen, daß alles Schlechte aus Prag kommt. Es scheint, daß Nießner die Sache auf ein anderes Gebiet ablenken möchte ... Ich bin auch der Ansicht, daß unsere Genossen im Parlament mehr hätten tun können. Nicht darauf kommt es an, ob man etwas mehr schreit. Wir meinen, daß es noch andere Mittel im Parlament gibt. So haben unsere Genossen in Prag, Brünn die Galerie benützt, obzwar sie in diesen Landtagen nicht vertreten sind. Zur parlamentarischen Tätigkeit gehört es auch, daß sich die Abgeordneten die nötige Resonanz auf der Galerie und im Volke verschaffen. Dagegen müssen wir uns nochmals verwahren, daß Austerlitz mit seiner Aufregung gegen uns losgeht und uns so von oben herab behandelt. Auf solche Art wird eine künstliche Verbitterung zwischen den deutschen und tschechischen, zwischen den Wiener und Provinzgenossen geschaffen. (Widerspruch.)

Abgeordneter **Daszynski:** Ich muß einige Begriffe, die in den Köpfen mancher Mitglieder des Parteitages ihr besonderes Leben führen, auf eine einheitliche Basis stellen. Man fragt: Warum hat die Reichskonferenz so große Worte gebraucht? Warum hat sie die öffentliche Meinung so stark beeinflußt? Und warum haben sich dann die Abgeordneten so waschlappig benommen? Man betrachtet die Aufreizung der öffentlichen Meinung als etwas Nutzloses, wenn nicht unmittelbar nachher ein großer Krawall im Parlament gemacht wird und wenn die Regierung nicht gestürzt, ja nicht einmal geprügelt wird. (Heiterkeit.) Aber die Sache liegt ganz anders. Die Aufpeitschung der öffentlichen Meinung war nützlich, war notwendig und war wirksam. Das müssen Sie aus dem Laufe der Dinge in der kurzen Parlamentssession ersehen. Wie die Abgeordneten die öffentliche Meinung bewußt machen, energisch machen, wenn sie den Willen des Volkes auslösen, ist das an sich sehr nützlich, ob darauf ein Krawall folgt oder nicht. Denn unser Kampf konnte sich nicht konzentrieren auf diese kurze Session, die uns zu anderem dienen sollte. Sie sollte klarmachen, daß die Regierung Gautsch bankerott ist. Dieser Beweis wurde in der Session erbracht und diese Regierung kann sich durch keine gewöhnliche politische Maßregel mehr retten. Wie verlief denn die Session? Gautsch trat in den Saal und eine halbe Stunde lang wurde er wie ein Verbrecher, wie ein Dummkopf behandelt. Es wurde ihm das in den brutalsten Worten an den Kopf geworfen. Aber das war zu wenig; für wen zu wenig? Täuschen Sie sich nicht, Genossen, Sie sind teilweise nur ein Echo. Es war zuerst dem Fresl ein Echo, der sich einmal sagte: Jetzt werde ich zuschauen, wie die Sozialdemokraten pfeifen und wie sie toben (Widerspruch), und ich habe strikt Beweise, daß manche Genossen unter Ihnen immer offiziell in der Sitzung des Verbandes auf die Aufgeregtheit des Fresl hingewiesen haben. (Widerspruch.) Es ist eine Tatsache, daß ein Teil von Ihnen unter der Einwirkung der Unzufriedenheit der Nationalen stand. (Lebhafter Widerspruch der Tschechen.) Sie mögen mich unterbrechen, solange Sie wollen. Ich bin vom österreichischen Parlament her an Zwischenrufe gewöhnt; Sie werden mich nicht niederschreien! (Rufe: Das ist zu viel Ehre für Fresl!) Mag er sich auch einmal freuen. (Heiterkeit.)

Unser Vorgehen war zu wenig radikal, nicht nur für Sie, sondern in erster Linie für jene Leute, die, wenn sie oppositionelle Politik treiben, sie immer romantisch ausgestalten; und das war charakteristisch, daß uns damals der Fresl zurief: „Warum prügelt ihr den Gautsch nicht? Warum jagt ihr ihn nicht hinaus?" Obwohl dieser auch niemals einen Minister hinausgejagt *hat* (Heiterkeit), was in seinen Augen gewiß die erste Pflicht eines Oppo-

tionellen ist. Sofort, nachdem Gautsch gesprochen hatte, wurde eine politische Debatte über seine Erklärung beantragt. Denken Sie nun, daß es im Parteiinteresse gelegen wäre, daß es vernünftig gewesen wäre, diese Debatte unmöglich zu machen, in der — wir wußten es aus Erfahrung — fast lauter unbequeme oppositionelle Redner zu Wort kommen werden, in der diese Regierung tagelang von allen Seiten beschimpft werden mußte. Niemand wird mir einreden, daß wir diese Debatte irgendwie zu stören die Pflicht gehabt hätten. Dann kam Brünn und damit kam wieder die österreichische Unvernunft, die österreichische Unmöglichkeit, das österreichische Chaos zu Worte, der Tod jeder vernünftigen Regierung, jedes vernünftigen Parlaments, jedes vernünftigen Staates. Sollten wir nach dieser Debatte schärfere Töne, als wir gebraucht haben, gegen Gautsch brauchen, für den jede Hoffnung geschwunden war, Deutsche und Tschechen unter ein Dach zu sammeln? Jede Möglichkeit, die deutschen und tschechischen Streber mit Portefeuilles zu beteilen, war beseitigt, diese Möglichkeit, die der einzige Grundpfeiler der Gautschschen Existenz war.

Was konnte denn Gautsch noch machen, wenn die bezüglichen Parteien wieder übereinander herfielen? Wozu sollten wir den Zerfall dieser Politik stören durch irgend welches unnütze Geschrei, nur damit die Galerie auf ihre Kosten komme? Denken Sie sich nur in unsere Lage hinein. In dem Augenblicke, da die Gautschsche Politik vor unseren Augen starb — wenn auch dieses Sterben für andere, Ungeübte nicht sichtbar ist — sollten wir eine tragische Pose annehmen und sagen: Nein, nicht an der österreichischen Unvernunft stirbst du, elendes Luder (Heiterkeit), sondern mit unserer Klinge bist du erdolcht worden. (Heiterkeit und Rufe: Sehr richtig!) Das wäre theatralisch wirksam. Da wäre der Fresl vor Neid gelb und stumm geworden. (Heiterkeit. — **Soukup:** Lassen Sie ihn ruhig gelb werden!) Ich meine ja nur, daß die Fresls eine österreichische Institution sind. Ich habe ein ganz ruhiges Gewissen. Ich habe auch etwas durchgemacht im Verbande wegen dieser Geschichten. Man könnte sagen: Ja, warum habt ihr denn euren Wahlrechtsantrag nicht als den ersten, sondern als den sechsten eingebracht? Nun, daß wir für das Wahlrecht sind, das im Parlament erst zu beweisen, das mit besonderer Sorgfalt zu unterstreichen, wäre nichts als politische Koketterie gewesen. Wir waren in diesem Hause immer die einzige Partei, die wirklich die treibende Kraft für die Wahlreform darstellte. Und es ist besser, daß bei bürgerlichen Parteien, nachdem ihre Hoffnungen auf Portefeuilles zu nichts wurden, sich nun der Gedanke einstellte des allgemeinen Wahlrechtes. Sollten wir die Herren stören und ihnen beweisen: Das ist gar nicht euer Gedanke, sondern ihr seid von uns an der Leine gezogen wie widerspenstige Esel! (Heiterkeit und Beifall.) Sie sollen nur weiter kämpfen für das Wahlrecht, sie sollen nur die Positur einnehmen, wir werden schon dreinschlagen, wenn es notwendig ist. Und deswegen war für uns, für die große Majorität im Verband — für die Neunzehntelmajorität — wirklich nicht von großer Wichtigkeit, ob wir den Gautsch persönlich geprügelt hatten oder ob wir ihn als einen abgefertigten Saisonminister ansahen. Für uns war wichtiger, daß wir vor uns die Ohnmacht der Regierung sahen, daß wir dieses Parlament zu fast zwei Dritteln auf der Seite der Wahlreform sahen — nicht als aufrichtige Anhänger und Freunde des gleichen Wahlrechtes, sondern als die Anhänger irgendwelcher Rettung aus dieser unmöglichen Situation, wo sich nicht einmal der beschränkte bürgerliche Egoismus durchzusetzen imstande war. Wir haben zu wenig für die Galerie getan, zu wenig theatralische Pose eingenommen. Wir haben zu wenig geschrien, wir haben gar nicht gepfiffen, die Tschinellen und Küchenteller ließen wir leider in Ruhe und trotzdem haben wir das Recht, vor Ihnen zu erscheinen und zu sagen: Wenn es wirklich notwendig wäre, wenn es die Durchsetzung der politischen Kraft des Proletariats erforderlich machte, würden wir von allen Mitteln Gebrauch machen. Aber das war nicht nötig. Denn wir hatten vor uns eine tödlich getroffene Regierung und ein Parlament, das in seiner letzten Abstimmung 155 Stimmen für und nur 114 Stimmen gegen die Wahlreform aufgebracht hat. (Lebhafter Beifall.)

Kubalek (Wien, tschechisch): Es ist weder Pernerstorfer noch Daszynski gelungen, unsere Anwürfe zu entkräften. Wir mußten alle nach der Reichskonferenz annehmen, daß Herrn Gautsch mit jenen Mitteln aufgewartet werden wird, die Herrn Badeni im Jahre 1897 zuteil wurden. Von dieser Stelle hier hat Abgeordneter Rieger erklärt: „Morgen ist der Tag, wo Gautsch weggefegt werden wird." Aber am nächsten Tage wurde Gautsch nicht weggefegt, sondern es wurde eine halbe Stunde spektakelt. Und nach dieser halben Stunde stand Gautsch auf und sagte: Ich bin nicht so schlecht, wie ihr mich darstellt, ich bin gar nicht gegen das Wahlrecht. Unsere Genossen lassen sich rasch dadurch besänftigen, setzen sich nieder und alles ist in Ordnung. Seit Jahren wird von Wien aus gebremst und da ist es selbstverständlich, wenn die Arbeiterschaft apathisch wird. Wenn Sie sich darauf berufen, daß Ihre Taktik von der Arbeiterschaft gebilligt wird, so verweise ich nur auf den Dritten Wahlkreis, wo man ganz bestimmt mit Ihnen unzufrieden ist. (Widerspruch.) Das alles sind Ausreden. Es wäre besser, zu sagen, daß Sie einen Fehler gemacht haben, dann brauchte man darüber nicht weiter zu reden. So aber können Sie sich nicht herauswinden. Darum zeigt sich aber auch Ihre Unaufrichtigkeit. Weil wir das Recht der Kritik übten, sind wir in unwürdiger Weise angefallen worden. Man sagt, daß wir damit die tschechischen Arbeiter gegen die deutschen hetzten. Wer kann uns beweisen, daß wir die tschechischen Arbeiter gegen die deutschen hetzen, wie es die „Arbeiter-Zeitung" sagt? (Rufe: Das sagt sie gar nicht!) Wer das geschrieben hat, hat absichtlich die Unwahrheit geschrieben, um zu verdecken, was die deutschen Genossen versäumt haben. (Widerspruch.) Was ich sonst noch über die bei Eröffnung des Parlaments geplante Demonstration zu sagen habe, behalte ich mir vor, an anderer Stelle auseinanderzusetzen. Wohl aber muß ich noch folgendes hier vorbringen: Die deutschen Genossen tun so, als ob es in Wien überhaupt keine Tschechen gäbe. Sie wissen nicht, daß hier eine Viertelmillion Tschechen leben (Zwischenrufe: Das ist etwas übertrieben!), die hier ihre eigene Kultur leben. Die deutschen Genossen haben sich erregt, daß in Floridsdorf ein Richter tschechisch gesprochen hat. (Widerspruch.) Von der deutschen Presse wird alle unsere Arbeit totgeschwiegen. Die deutschen Genossen wissen nichts von unseren nationalen und sprachlichen Kämpfen, ganz abgesehen, daß sie uns in unseren Aktionen vor dem Reichsgericht nicht unterstützen. Es lebt ein anderer Geist in den Kreisen der deutschen Genossen. Man nennt uns Chauvinisten, wenn wir tschechische Schulen verlangen. Wenn Sie sich dagegenstellen, so soll das kein Nationalismus sein. Bei Ihnen sind die Gefühle und Gedanken für die nationale Selbständigkeit um vieles entwickelter als bei uns. Ich mußte das anführen, damit die tschechischen Genossen in Böhmen informiert seien, wie stiefmütterlich wir behandelt werden. Da können Sie sich nicht wundern, wenn es manchmal zu Konflikten kommt und wir unserer Unzufriedenheit Ausdruck geben. Und das wird immer so bleiben, solange die deutschen Genossen nicht zur Einsicht kommen, daß sie die Kluft nicht immer vergrößern dürfen. Man kann über uns nicht zur Tagesordnung übergehen. (Beifall.)

Abgeordneter **Dr. Adler:** Wir sind in der Diskussion über den Bericht der Parlamentsfraktion; wir wollen die Parteitaktik in der abgelaufenen Zeit kritisieren und die Taktik für die nächste Zukunft feststellen. Es wurde hier die Fraktion mehrfach angegriffen. Die Abwehr ist ganz ausreichend erfolgt und ich zweifle nicht, daß sich die Abgeordneten Hybesch und Cingr dieser Abwehr der Angriffe anschließen. Für jeden, der die Dinge kennt, steht die Sache so. Wir können natürlich auf einer Konferenz und in unseren Versammlungen ganz ungehemmt unseren Wünschen Ausdruck geben, auf dem Boden des Parlaments aber, eingeengt durch die Geschäftsordnung und durch Parteiverhältnisse aller Art, sieht man die Dinge natürlich anders, und wer nicht die Natur des Parlaments und des parlamentarischen Kampfes kennt, erkennt und daraus seine Schlüsse zieht, hat es sich und seiner Verkennung zuzuschreiben und seiner Phantasie, wenn dann seine Erwartungen nicht in Erfüllung gehen. Die Straße ist eben die Straße und das Parlament

ist das Parlament. Man kann im Parlament nicht das machen, was man auf der Straße macht, und wenn ihr alle im Parlament wäret, was ich vom Herzen wünsche (Heiterkeit), könntet ihr das auch nicht. Dann würden sich aber eure Ansichten ändern. Aber die Debatte ist selbstverständlich — wie könnte sie sich denn an den Gegenstand halten? — weit darüber hinausgegangen, und es hat mich gefreut, daß einer der Genossen sagte, auch die deutschen, nicht nur die tschechischen Genossen sind unzufrieden, und daß er an Winarsky appelliert, hat meinem Herzen wohlgetan. (Heiterkeit.) So gescheit, wie Winarsky heute ist, werden Sie alle noch werden. (Neuerliche Heiterkeit.) Verzweifeln Sie nicht daran. Allerdings sind Sie gar nicht sicher, daß Winarsky auch noch rückfällig wird. Aber darüber dürfen Sie sich doch nicht wundern, daß man sagt: Ja, die tschechischen Genossen stehen auf der einen, die deutschen auf der anderen Seite. Wenn ein tschechischer Abgeordneter die Fraktion hier verteidigt hätte oder wenn ein tschechischer Genosse es über sich gebracht hätte, die immerhin nicht gar so schuldigen angeklagten Abgeordneten mit einem Worte in Schutz zu nehmen, dann könnte man vielleicht anderer Ansicht sein.

Aber diese geschlossene Haltung der tschechischen Genossen drückt sich auch noch auf andere Weise aus. Denn der Angriff wird nicht nur gegen die Fraktion, sondern auch gegen die deutschen Genossen, insbesondere gegen die Wiener gerichtet. Und gestatten Sie, daß ich Ihnen — in aller Freundschaft, in aller Ruhe, aber in aller Bestimmtheit — folgendes sage: Sie sind entschieden auf dem Holzwege. Wir haben, nicht seit gestern und nicht seit vorgestern, sondern in einer langen Reihe von Jahren in den schwierigsten Momenten gewußt, jedes störende Wort zu vermeiden, haben insbesondere auf dem Parteitag jeden Ton zu unterdrücken gewußt, der irgendwie Schwierigkeiten hätte schaffen können. (Rufe: So ist es!) Wir geben uns ja gar keiner Täuschung hin, daß dieses schwere nationale Problem, das feuergefährlich ist in jedem einzelnen Punkte, von uns nur überwunden werden kann bei dem größten Grad von Einsicht und Selbstverleugnung (lebhafte Zustimmung) und mit dem größten Grad der Verantwortlichkeit für jedes Wort, das ausgesprochen wird. Wir Sozialdemokraten — da spreche ich nicht als deutscher Sozialdemokrat, sondern als Sozialdemokrat in Oesterreich — können uns rühmen, die einzigen zu sein, die die Möglichkeit haben, mit diesem Problem fertig zu werden. Das ist unser Ruhm, das ist unsere Kraft. Aber wir geben uns nicht der Täuschung hin, daß wir in allen Einzelheiten damit schon fertig geworden sind. Da wären wir ja Toren, denn wir wissen, daß es hundert Schwierigkeiten zu überwinden, hundert Streitfälle zu ordnen, hundert Reibungsflächen zu beseitigen gibt. Das wissen wir; doch wißt ihr auch und wir wissen, daß wir das nur durchsetzen können, wenn wir alle Menschlichkeiten verzeihen. Wir sind nicht so streng und ihr müßt es auch nicht sein, denn wir sündigen selbst mitunter; vielleicht gesteht ihr euch das auch. Alles das sind Kleinigkeiten, aber wir können nur dann damit fertig werden, wenn wir in letzter Linie unsere Diskussion nicht von unserem Willen, sondern von unserer Einsicht auch für die Notwendigkeiten des anderen Volkes leiten lassen. An dieser Selbstzucht und internationalen Disziplin haben es die Deutschen nie fehlen lassen. (Lebhafte Zustimmung.) Vielleicht ist der Vorwurf, der ihnen gemacht werden kann, daß sie es hierin zu weit getrieben haben, an einzelnen Punkten nicht ganz unberechtigt. (Sehr richtig!) Aber überspannen Sie nicht Ihre Anforderungen an unsere Selbstbeherrschung, insbesondere nicht in diesem Moment.

Es ist eine einfache Regel der Oekonomie in der Politik, daß man nicht zu viel auf einmal will. Sie aber kommen mit sehr viel und insbesondere die ziemlich aufgeregte Rede Kubaleks, die mir — ich kann nicht tschechisch — so beim Anhören des Originals ein bißchen kräftiger geklungen hat als in der blonden Uebersetzung Vaněks. (Lebhafte Heiterkeit. — **Vaněk:** Jede Uebersetzung ist etwas blond!) Ich nehme es Ihnen nicht übel, ich hätte es vielleicht noch zahmer gemacht. (Heiterkeit.) . . . Aber das alles sind doch Dinge, die förmlich herbeigeschleppt werden, die gar nicht hierher gehören. Und dann *hat er auch noch* unrichtige Tatsachen angeführt. (**Kubalek:**

Austerlitz!) Austerlitz ist eine Tatsache, aber keine unrichtige. (Heiterkeit.) Kubalek hat Ihnen eine Räubergeschichte aus Floridsdorf erzählt. An der ganzen Geschichte ist nichts wahr, als daß bei jenen paar tschechischen Worten des Richters berichtet wurde, auch Arbeiter, die aber keine Parteigenossen sind, seien erregt. Nun kommt Kubalek und macht aus der unbeträchtlichen Mücke einen nationalen Elefanten, wobei ich ganz davon absehen will, daß das gar nicht zum parlamentarischen Bericht gehört.

Dann beklagt er sich, daß die Entwicklung der Tschechen organisatorisch und kulturell hier in Wien durch die Deutschen nicht genügend gewürdigt, sondern sogar gehemmt werde. Diese Anklage kann ich getrost dem Urteil aller überlassen, die in Wien in der Organisation gearbeitet haben. (Beifall.) Es ist kein Rühmen, sondern nur die Konstatierung einer Tatsache, wenn ich feststelle, daß diese tschechische Organisation in Wien nicht nur neben, sondern mit und durch uns und zu unserer Freude sich entwickelt hat, womit ich aber wieder nicht gesagt haben will, daß alle Erscheinungen, die sich an diese Entwicklung geknüpft haben, auch immer erfreulich waren. Wenn Kubalek hier von Schulen und Reichsgericht und von dergleichen gesprochen hat, lehne ich es entschiedenst ab, hier auf diesem Parteitage über diese Dinge zu sprechen (Beifall; Widerspruch bei Kubalek); und ich handle da mehr in meiner Pflicht und mehr als Sozialdemokrat als Sie. (Beifall.) Wenn wir diese schwierigen und heiklen Dinge erörtern wollen, werden wir es nicht nebenbei bei einem anderen Punkte behandeln, sondern wir werden sie in ihrem ganzen Umfange erörtern, so ausführlich und so aufrichtig, als Sie wollen.

Im übrigen bin ich überzeugt, daß diese kleinen Explosionen, die daneben hergehen, uns nicht hindern werden, gemeinsam zu marschieren, und ich weiß, derselbe Genosse Kubalek, der da so schreit und so aufgeregt ist, marschiert sehr gut mit uns und gar nicht in der letzten Reihe. (Lebhafter Beifall.) Und wer etwa glaubt, daß aus diesen kleinen Mißhelligkeiten Schwierigkeiten entstehen, wird sich täuschen. Aber alles hat doch sein Maß, und ich habe den Eindruck, daß wir uns den Grenzen dieses Maßes nähern. Die Sache war hübsch, aber ich denke, sie genügt, und mehr wäre schädlich. (Lebhafter Beifall.)

Němec (Prag, tschechisch): Gestern wurde ein Ton hierher gebracht, der uns eigentlich zeigt, wohin wir noch kommen, ein Ton, den ich nicht erwartet habe — sowohl von Austerlitz als von Adler. Austerlitz hat sich sehr geärgert, daß die tschechischen Genossen die Mattheit der Wiener Genossen kritisierten, und er hat diese Kritik verbissen, haßerfüllt, feindselig genannt. Ich verfolge die Tätigkeit Austerlitz' schon lange genug und er hat schon wieder einen Zwiespalt zwischen Deutschen und Tschechen konstatiert, während es doch eher einen Zwiespalt zwischen den Wienern und der Provinz, die jenen ein Versäumnis vorwarf, war. Es war ein taktischer Streit und das zeigt sich doch auch darin, daß Nießner, der ja den Wiener Genossen zu Hilfe kam, zugibt, die Wiener Genossen hätten etwas tun sollen; aber weil Austerlitz das nationale Moment hereingetragen hat, hat Nießner sofort mitgetan und hat behauptet, daß wir die indifferenten Arbeiter zum Nationalismus hetzen. (**Nießner:** Das habe ich gar nicht gesagt!) Wenn bei uns so vorgegangen wird, ist ja jede Diskussion ausgeschlossen. Wenn ein tschechischer Genosse kommt und etwas sagt, ist es Nationalismus; hängt ihn! (**Beer:** Und uns nennt ihr Germanisatoren!) Ja, das seid ihr (Widerspruch) und besonders Genosse Beer. Sie sind, wie Austerlitz gesagt hat, gehässig, feindselig, verbitternd. Das ist die einzige Tätigkeit Beers, sonst hat er noch nichts getan und er vermag auch nichts anderes zu leisten. (Widerspruch.) Wir fragen Sie: Worin erblicken Sie unseren Nationalismus? Wenn über Sie solche Zeiten kämen, wie wir sie durchgemacht haben, glaube ich nicht, daß Sie sich so gegen den nationalen Strom gestellt hätten. Alles brannte lichterloh und wir tschechischen Sozialdemokraten hielten unsere Arbeiter ab, sich zu beteiligen, ja wir forderten sie auf, dagegen einzuschreiten. In Lieben, Zizkov, in den Arbeitervierteln, wurde nicht eine einzige Fensterscheibe zerbrochen. Die tschechischen Genossen gingen auf die Straße und verteidigten die deutschen

Bourgeois. (Rufe: Das war vor acht Jahren!) Wir haben uns immer gegen den nationalen Strom gestellt und werden es auch in Zukunft tun. (Beifall.) Es wäre gut, wenn Sie weniger Angst vor unserem Nationalismus, aber mehr Rücksicht auf uns hätten, damit wir nicht immer die Verantwortung für Ihre Fehler übernehmen müssen.

Was dem Verband der Abgeordneten vorgeworfen wurde, war nach meiner persönlichen Anschauung nicht alles berechtigt. Aber noch weniger ist es in Ordnung, wie sich Daszynski verhalten hat. Er hat hier eine Person gepriesen, die uns immer auf das wahnsinnigste beschimpft, und er hat gesagt, daß wir das tun, was Fresl will, und daß wir unter dem Kommando Fresls stehen. Ebensogut könnte ich sagen, daß unsere deutschen Genossen unter dem Kommando des Stein stehen. Ich weiß nicht, was Sie uns dann sagen würden. (**Daszynski:** Das ist doch gräßlich. Jedes Argument wird da übertrieben!) Und wenn Sie diesen Fresl hier so loben, dann wird er sich immer auf Daszynski berufen. Dagegen müssen wir uns verwahren. (Beifall.) Auf diese Weise hetzt man die deutschen Arbeiter gegen uns, indem man ihnen erzählt, daß Fresl der Führer der tschechischen Sozialdemokratie ist. (**Daszynski:** Aber wer sagt denn das?)

Und nun noch einige Worte zu Adler. Es ist zum Teil richtig, daß sich Kubalek zu sehr auf Dinge einließ, die nicht zur Tagesordnung gehören. Aber das haben Austerlitz und Nießner verschuldet, die aus diesen taktischen Fragen immer nationale Fragen machen wollten, um jede Versöhnung von vornherein unmöglich zu machen. Auch Adler hat erklärt, daß ihm die Geschlossenheit der tschechischen Genossen so auffällig ist. Wenn wir so geschlossen vorgingen wie Sie, wenn die tschechische Gemeinbürgschaft so fest wäre wie Ihre, dann müßten sie anders mit uns sprechen, als es Adler getan hat. Er macht Witze über uns, höhnt uns, wirft uns vor, daß wir das störende Element sind ... Was wir tun, will nicht die gemeinsame Partei schädigen, sondern es will uns die Möglichkeit des Fortschrittes erringen und dadurch die Gesamtpartei stärken. (Beifall.) Adler hat auch erklärt, daß wir mehr internationale Disziplin halten sollen; an der hat es den tschechischen Genossen nie gefehlt. Aber er hat noch hinzugefügt: Ueberspannt eure Anforderungen an unsere Rücksicht nicht. Das sind böse Worte, die auf einem gemeinsamen Kongreß nicht fallen sollten. Ich weiß nicht, was mit dieser versteckten Drohung beabsichtigt ist. Was können Sie uns tun? Wir fürchten uns nicht. Und wenn Sie damit einen bestimmten Zweck verfolgen, so möge man es uns nur sagen, damit wir wissen, woran wir sind. Austerlitz wieder hat es gewagt, vom Genossen Prokesch, der auch Kritik geübt hat, in einem unerhörten Tone zu sprechen. Er sprach von ihm „dieser Jüngling". Was würden Sie sagen, wenn wir so über Nießner sprächen. (**Nießner:** Ich bin 33 Jahre alt, und überdies ist das gar keine Beleidigung! (Heiterkeit.) Wir sind nicht hierher gekommen, um mit den deutschen Genossen zu streiten, auch nicht, um etwas zu verlangen, was uns nicht gebührt oder was mit den Grundsätzen der Partei unvereinbar wäre. Aber wir verlangen dasselbe Recht, das Sie für sich verlangen. Und wenn Sie uns drohen, so erkläre ich Ihnen, daß wir Ihre Drohungen nicht fürchten. (Beifall.) Wir wollen nicht, daß wir immer Amboß sind und Sie Hämmer, und wenn auch das geschieht, was uns Adler angedroht hat, wir bleiben internationale Sozialdemokraten und wir werden dann sehen, ob es auch die deutschen Genossen bleiben.

Kristan (Laibach): Ich beantrage Schluß der Debatte. Wir haben diese Debatte schon gründlich satt. (Lebhafter Beifall.) Wer das erste Wort in dieser Sache ausgesprochen hat, mag die Verantwortung dafür tragen. Auch wir sind Slawen und haben auch manchen Wunsch am Herzen. Aber ich muß Ihnen sagen, daß die Genossen, die in einer solchen Stunde mit solchen Dingen daher kommen, sich die Sympathien überall gründlich verscherzt haben. (Beifall und Widerspruch.)

Vaněk (Brünn, tschechisch): Wir stimmen dem Antrage zu. Wir müssen uns aber dagegen verwahren, daß uns Kristan so angefallen hat und uns

droht, daß wir alle Sympathien verlieren. Wir sind nicht wegen Ihrer Sympathien hergekommen.

Der Antrag auf Schluß der Debatte wird angenommen.

Zum Worte gemeldet waren noch Turek, Schuhmeier, Soukup, Arbeter, Tusar, Czech, Nießner, Prokesch, Stein, Schloßnikel, Pölzer und Němec.

Nun folgen einige tatsächliche Richtigstellungen.

Daszynski: Ich muß feststellen, daß ich Fresl gar nicht verherrlicht oder gepriesen habe. Ich berufe mich sowohl auf meine Rede als auf die Worte, die ich in offener Parlamentssitzung zu Fresl über Fresl gesprochen habe. Noch weniger ist es mir eingefallen, zu behaupten, daß Sie unter dem Kommando von Fresl stehen. Ich habe erzählt, daß Fresl eine ständige Institution ist, um die schreiende theatralische Politik zu charakterisieren, die bisher niemals unsere Sache war und es hoffentlich nie werden wird.

Beer: Němec hat auf einen Zwischenruf, den ich machte, in einer Weise reagiert, die ich mir nicht gefallen lassen kann, weil das, was er sagte, den Tatsachen in der gröblichsten Weise widerspricht und überdies mich persönlich herabzusetzen geeignet ist. Er nannte mich nicht nur wirklich und im Ernst einen Germanisator, sondern auch einen gehässigen, feindseligen, und meinte, daß das meine einzige Tätigkeit sei und daß ich fast nichts geleistet habe oder zu leisten vermöge. Ich muß mich entschieden dagegen verwahren, daß sich Němec zum Richter über meine Tätigkeit aufwirft, und dann muß ich ihm mit allem Nachdruck sagen: Es gibt in der Organisation eine solche Summe von Arbeit, die zumindest so nützlich ist wie die des Gen. Němec, ohne daß man viel davon hört oder sieht. Ich habe das feststellen wollen, weil ich davon überzeugt bin, daß leider ein Krieg der persönlichsten Art beginnt und man sich wahrscheinlich später auf diese unstichhältigen Aeußerungen des Němec gerade im Kreise der tschechischen Arbeiter berufen würde, wenn ich den durch nichts gerechtfertigten, ungehörigen und gehässigen persönlichen Angriffen, die Gen. Němec auf mich unternahm, nicht beizeiten entgegentrete.

Borek: Gegenüber Pernerstorfer, der bestreitet, daß er auf der Reichskonferenz große Worte gemacht habe, führe ich an, daß er dort gesagt hat: Dieser Augenblick fordert uns auf, uns mit Tod und Teufel zu verbinden, um Gautsch zu Fall zu bringen. Ich überlasse es dem Parteitag, ob das große Worte sind oder nicht. (Lebhaftes Gelächter.)

Abgeordneter **Pernerstorfer** (Schlußwort): Zunächst muß ich einige Mitteilungen nachtragen, die ich in meinem Referat vergessen habe. Wir hatten, wie Ihnen bekannt ist, im Frühjahr dieses Jahres die Freude, die Zahl unserer Vertreter im Parlament durch einen vermehrt zu sehen. Unser alter und auch im Parlament bewährter Kampfgenosse Resel hat ein Mandat in der vierten Kurie in Steiermark erobert und es ist wohl am Platze, daß wir auch hier die Befriedigung ausdrücken, die wir alle darüber empfinden. (Bravo!) Ferner habe ich mitzuteilen, daß im Laufe des Jahres unser alter, bewährter Parteigenosse Hannich, der uns seit dem Jahre 1897 auch Kampfgenosse im Reichsrat war, aus Gesundheitsrücksichten sein Mandat niedergelegt hat. Er befindet sich heute — und ich freue mich, das konstatieren zu können —, nachdem er sich einer schweren Operation unterzogen, die glücklich verlaufen ist, in unserer Mitte auf dem Parteitag. (Lebhafter Beifall.) Ich muß auch noch unserer Befriedigung darüber Ausdruck geben, daß nun auch Gen. Dr. Adler in das Parlament gewählt wurde. (Bravo!)

Und nun zur Debatte. Welche Vorwürfe wurden uns denn gemacht? Zunächst, daß wir große Kreise der Parteigenossen enttäuscht haben durch unser Auftreten im Parlament, das mit den großen Worten der Reichskonferenz nicht im Einklang gestanden sein soll. Insbesondere wurde jetzt aber in einer tatsächlichen Berichtigung mir vorgeworfen, daß ich auf der Reichskonferenz das große Wort (Heiterkeit) ausgesprochen habe, wir würden uns mit Tod und Teufel verbinden. Ich halte das nicht für ein so großes Wort und ich erlaube mir, es hier zu wiederholen. (Heiterkeit.) Aber damit wir uns verbinden können, muß Tod und Teufel vorhanden sein (erneuerte Heiterkeit); doch am 26. September hat dieser Bundesgenosse gefehlt. (Erneuerte

Heiterkeit.) Die bürgerlichen Parteien, selbst die sich radikal nennen, haben sich damals zurückgezogen und ließen uns im Kampfe allein. (Zustimmung.) Wenn dann auch von den großen Worten Daszynskis und Schuhmeiers gesprochen wurde, so waren diese ganz in der Ordnung. Sie haben ihren Zweck erfüllt, haben dem Parlament und der Oeffentlichkeit die Entschlossenheit des Proletariats gezeigt und die Arbeiterschaft entflammt, die bei der Verwirklichung der großen Taten, die jene großen Worte ankündeten, wird wesentlich mitwirken müssen und das zur rechten Zeit. Die gestrengen Kritiker haben aber auch kein Wort darüber gesagt, was wir denn hätten tun sollen? Ich habe sie in Zwischenrufen wiederholt gefragt, sie sollten es uns doch sagen; aber die Genossen haben aus ihrem Herzen eine Mördergrube gemacht und darüber geschwiegen. (Heiterkeit.) Wir hätten allerdings noch mehr Lärm machen und Gautsch noch mehr beschimpfen können. Man kann darüber verschiedener Meinung sein und ich kränke mich nicht, wenn man mir sagt: Du hast nicht genug geschrien. Ein Redner hat auch darauf hingewiesen, wir hätten ja so schreien können, wie es geschieht, wenn wir mit den Christlich-Sozialen in Konflikt geraten. Aber Sie dürfen nicht vergessen, daß sich solche Konflikte gewöhnlich so entwickeln, daß die Resonanz dieser gemeinen Leute uns oft weiter trieb, als wir selber wünschen. Wenn Gautsch zurückgeschimpft hätte oder die Schützer des Herrn Gautsch für ihn in die Schranken getreten wären, dann hätte sich die Sache vielleicht auch anders entwickelt. (Beifall.) So haben wir durch Beschimpfungen Herrn Gautsch entsprechend charakterisiert und damit war unsere Absicht erfüllt. Es ist auch gefragt worden: Wo ist die Galerie geblieben? Da muß ich vor allem konstatieren, daß es nicht Aufgabe der Fraktion ist, für eine genügende Wattierung der Galerie zu sorgen, und daß das nicht so leicht geht, da ein Abgeordneter gewöhnlich nur Anspruch auf zwei Karten hat. Wir haben auch gar nicht die Absicht, das zu organisieren, weil es schließlich keinen Zweck hat. Auf den Vorwurf, warum nicht wir den ersten Dringlichkeitsantrag eingebracht haben, hat Genosse Daszynski schon die treffendste Antwort gegeben. Es war sogar taktisch sehr klug, daß vor der glänzenden Rede des Gen. Daszynski die Abgeordneten Lecher und Kramarsch zu Worte kamen, denn es ist bekannt, daß unsere Anträge und Reden für die bürgerlichen Abgeordneten nicht gerade einladend sind, sich ihnen anzuschließen.

Ich muß schon sagen, ich bin während dieser Debatte manchmal mit sehr gemischten, oder richtiger: mit recht ungemischtem Gefühl dagesessen, und das Gefühl war nicht gerade ergötzlich. Trotzdem habe ich das Vertrauen, daß wir in dem großen geschichtlichen Augenblick über Kleinlichkeiten hinweggehen und die Notwendigkeit erfüllen werden: uns eng zusammenzuschließen in dem großen Kampfe für das gleiche Wahlrecht. Bei uns in Oesterreich siegen Vernunft und Einsicht nicht, weil das Vernünftige notwendig, sondern nur weil es unausweichlich ist. Nicht Verstand, sondern der Druck der Not, der von unten kommt, setzt sie durch.

Parteigenossen! Wenn wir uns auch manchmal herumstreiten, in diesem Moment fühlen wir uns alle als einige Masse, und so sehr auch unsere Anschauungen in manchen Details auseinandergehen, in einem sind wir einig: im Geiste, der uns in diesem Augenblick beseelt, in dem festen Willen, die Tat zu vollbringen, die der Augenblick von uns verlangt: das gleiche Wahlrecht zu erkämpfen. (Allgemeiner lauter Beifall.) Es nützt alles nichts: für jedes einzelne Volk zeigt sich jetzt, daß, sofern es sein Recht, seine Freiheit, seine Zukunft erkaufen will, es sich sammeln muß unter der roten Fahne. (Brausender Beifall.) Ich habe die Zuversicht, daß Sie alle gemeinsam dieser Fahne folgen, die feindliche Festung berennen und auf dieser feindlichen Festung aufpflanzen werden die rote Fahne, unter der wir uns das gleiche Recht und eine freie Zukunft erkämpfen wollen. (Stürmischer Beifall.)

Vorsitzender **Tomschik:** Es liegen folgende Anträge vor:

Der Parteitag spricht dem Verbande der sozialdemokratischen Abgeordneten das vollste Vertrauen aus und dankt ihm für die energische Vertretung des Proletariats im Parlament. Dr. Czech (Brünn).

Der sozialdemokratischen Fraktion werden Dank und Anerkennung für ihr Wirken im Reichsrat ausgesprochen; möge sie mit allen Kräften an die Zertrümmerung des Privilegienparlaments hinarbeiten.

Weixelberger.

Beide Anträge werden einstimmig angenommen.

Zum vierten Punkt: **Die österreichische Krise und das Wahlrecht** referiert

Abgeordneter **Dr. Ellenbogen:** Wenn man über das Geschick Oesterreichs als so ein richtiger Oesterreicher Schadenfreude empfinden wollte oder wenn man aufgelegt wäre, das Debacle dieses Staatswesens mit tragischen Empfindungen zu begleiten, so könnte man über die gegenwärtige Krise die Worte des Dichters schreiben: „Die Weltgeschichte ist das Weltgericht!“ Trotz so viel Unvernunft im Laufe dieser akuten Krise auch zutage gefördert worden sein mag, sie selbst, die Krise mit allen ihren Absurditäten ist das Ergebnis der zwingenden Logik der Geschichte. Ich spreche von einer akuten Krise im Gegensatz zu der sozusagen ewigen Krise des Staates. Denn hat es jemals in der Geschichte dieses von Geburt an mißgestalteten Heiratsgüterkompleres eine Phase gegeben, in der die ihm immanenten Widersprüche nicht offen oder latent wider seinen Weiterbestand sich aufgelehnt hätten? Und hat es jemals eine Periode gegeben, wo die Hüter und Interessenten dieses Gemeinwesens es verstanden oder auch nur die redliche Absicht besessen hätten, diese Widersprüche mit staatslenkerischer Kunst zu lösen? Niemals ist in Oesterreich Staatspolitik, geschweige denn Volkspolitik, sondern immer nur dynastische Politik gemacht worden. Als die Habsburger noch Herrscher in Deutschland waren, haben sie sich jemals von den Nöten und Wirren des Reiches anfechten lassen? Mitten in den furchtbaren Zuckungen des Reformationsstreites, in der entsetzlichen Barbarei des Dreißigjährigen Krieges, in den Stürmen der Türkennot, in den blutigen Schrecken des Napoleonismus haben sie niemals an anderes gedacht, als ihre Hausmacht zu vergrößern oder zu erhalten. Aber Deutschland ist zum Glück nicht von Habsburgs Gnaden geworden und sein trotz aller Wunden von Natur starker und gesunder, wahrhaft staatlicher Organismus vermochte sich dieses Einflusses zu entledigen und das ehedem von partikularistischen Tendenzen zerfressene Deutschland blüht seit dieser Zeit frisch und mächtig auf. Uns aber ist die staatsfremde und staatsfeindliche Politik bis in die jüngste Zeit geblieben. Denn was war der Ausgleich des Jahres 1867 anders als reine dynastische Hauspolitik? Ohne Bedenken wurden die Interessen Zisleithaniens den Forderungen der im Augenblick gerade im Oberwasser befindlichen Ungarn geopfert und damit im Dienste dieser privaten Interessen eine neue Phase der Zersetzung und Zerfaserung dieser Reichshälfte begonnen. Unter dem Drucke dieses Ausgleichs wurden die nationalen Erbitterungen ins Maßlose verschärft, die wirtschaftliche Entwicklung unterbunden, die politische Moral durch den berühmten luogo du traffico vergiftet. Es gibt Geschichtsschreiber, die dem Adel und den Herrscherdynastien staatenentwickelnde Kraft zuschrieben, und für jene vergangenen Zeiten, wo die breite Masse völlig von Wissen, politischer Bildung und Rechten ausgeschlossen war, mag dies bis zu einem gewissen Grade zutreffen. Aber wo dies geschehen ist, da sind die betreffenden Dynastien schließlich doch dahin gekommen, ihren natürlichen Egoismus mit den Erfordernissen der staatlichen Entwicklung in Einklang zu bringen, oder waren die staatlichen und volkspsychologischen Tendenzen so mächtig, daß sie respektiert werden mußten. Bei uns hat die Regierungsmaxime seit jeher geheißen: Habsucht und Unterdrückung. Alle werdenden Staatsgebilde haben ihre Gärungsprozesse. Aber bei uns hat nur die dynastische Politik stets die zentrifugalen Tendenzen gestärkt durch die Brutalisierung aller auf Emporringen und Entwicklung gerichteten Bestrebungen der Völker. Die Erhebung des tschechischen Volkes im 17. Jahrhundert ist mit Hilfe der Deutschen, die der Deutschen in Wien im Jahre 1848 mit Hilfe der Tschechen und Kroaten, die der *Ungarn* außerdem noch mit Hilfe der Russen im Blute erstickt worden. (Stür-

mischer Beifall.) Jede Wendung in dieser Politik, auch die kleinste, ist dadurch gekennzeichnet, daß jene Nationen, die bis dahin die Regierungspolitik unterstützt hatten, schließlich weggestoßen und brutalisiert wurden, so daß endlich die staatsfeindlichen Kräfte überall siegreich durchbrachen. Und als man sich endlich der Notwendigkeiten des Staates zu erinnern genötigt sah, als das Menetekel von Solferino den Trägern der volksvergiftenden und damit staatszerstörenden Politik Schrecken in die Glieder jagte, da war das ganze Ergebnis der gereiften Einsicht die Februarverfassung des Jahres 1861 und der geniale Gedanke jenes aus den bunten Flicken und Lappen aus alter und neuer Zeit zusammengeschusterten Parlaments, dessen segensreiche Wirkungen wir heute in allen Gliedern spüren.

So hat man den Werdeprozeß dieses Reiches nie zur Ruhe kommen lassen. So ist die Krise der habituelle Zustand, die normale Lebensform dieses Staates geworden. Wo seine einzelnen Teile sich schon organisch ineinander fügen wollten, da hat man diese Verbindung durch das feindselige Dazwischentreten der dynastischen Politik gestört. Die mit der Zeit unerläßlich gewordenen Konzessionen an die wachsenden politischen Bedürfnisse der Völker an Fortschritt und Freiheit, an wirtschaftliche Entfaltung und kulturelle Entwicklung hat man nie freiwillig, nie aus jener weisen Erkenntnis und Voraussicht heraus, die bekanntlich die Regierungskunst ausmacht, gewährt, sondern *immer nur aus feiger Angst*, immer nur gezwungen und immer bloß nur zum Scheine. So ist unsere Verfassung ein trostloses Flickwerk unharmonischer Einzelheiten, eine lächerliche Sammlung von Anachronismen, über die sogar die Verwaltungspraxis täglich und stündlich zur Tagesordnung hinweggeht. Und während anderswo die Staatsform der Ausdruck der inneren ökonomischen, sozialen und geistigen Zusammenhänge und Zustände gewesen ist, laufen bei uns die Tatsachen und ihr politischer Ausdruck immer auseinander. Diese Inkongruenz zwischen Staatsverfassung und staatlicher Politik einerseits und den inneren Erfordernissen der Geschichte, der Völkerpsychologie, der ökonomischen, sozialen und geistigen Entwicklung andererseits ist das eigentliche Wesen der österreichischen Krise, der ständigen ebensowohl als der gegenwärtigen akuten. (Beifall.)

Vergleichen wir nur unsere ökonomischen und sozialen Entwicklungszustände mit ihrem angeblichen Ausdruck: der Konstitution und dem Parlament. Das Jahr 1848 war angeblich das Jahr der Etablierung der Herrschaft des Bürgertums. Und was in einer fünfzigjährigen Bourgeoisherrschaft geleistet werden kann, haben wir in Deutschland gesehen, wo ja auch noch ganz respektable Summen von feudalen Resten übrig geblieben sind, das aber doch einen ganz kolossalen Aufschwung genommen hat. Selbst Italien, das unter den Sünden vergangener Jahrhunderte ökonomisch zurückgeblieben ist, hat einen gewaltigen Aufschwung genommen und schickt sich an, uns zu überflügeln. Bei uns hat dem kurzen Aufschwung gar bald ein sehr behäbiges Vorwärtsschreiten Platz gemacht. Kaum hatte das Bürgertum die Flügel geregt, als auch schon die Feudalen im Parlament ihre Macht geltend machten und durch alle möglichen Mittel und auf allen Wegen versuchten, die wirtschaftlichen Regungen des Bürgertums zu unterdrücken. Das ist auch gelungen. Schließlich waren ihre Arbeiterschutzgesetze im Grunde ihres Herzens auch nichts anderes als Mittel, die Entwicklung der Bourgeoisie zu hemmen. Das stärkste Mittel zur Unterbindung der Entwicklung der Bourgeoisie war aber der Viergulden-zensus, der unser Parlament den ökonomisch feindlichen Tendenzen der Zünftler auslieferte. Die erste Zeit des Idealismus und des Begeisterungsrausches für Freiheit und Gleichheit war so in Oesterreich bald vorüber; das Schulgesetz, das die Liberalen geschaffen, wurde durch den Einfluß der Feudalen bald verschlechtert, das halbschlächtige Vereins- und Versammlungsgesetz brachte uns in der Praxis Sekkaturen und Willkür, das Preßgesetz statt der Preßfreiheit Konfiskationen. Während die ökonomische und geistige Entwicklung weiterging, drücken uns noch immer die alten Formen des überlebten Rechtes. Wie sollte denn auch ein Parlament, das auf dem Kuriensystem aufgebaut ist, gleich Schritt *halten mit* der wirtschaftlichen und geistigen Entwicklung!

Unser Ministerpräsident, der anthologiengelehrte Gautsch, zitiert im Parlament: „Alles fließt!“ Wenn der gute alte radikale Heraklit, der sozusagen am äußersten linken Flügel stand, gehört hätte, daß sein Wort benützt wird zur Verteidigung des schuftigsten Volksbetruges, er hätte sich im Grabe umgedreht. „Alles fließt,“ alles ist in Bewegung. Jawohl; aber wie soll man das im Parlament erkennen bei seinen ewig gleichbleibenden unsterblichen einundzwanzig Handelskammervertretern? Unser Parlament beschließt Zölle, durch die die Entwicklung direkt unterbunden wird, ein Agrarier hat sogar offen den Wunsch ausgesprochen, die ganze Baumwollindustrie Oesterreichs möge vernichtet werden. Eine ganze Industrie mit all den tausend Existenzen, die an ihr hängen, soll zugrunde gehen, nur damit die Bauern mehr Hanf verkaufen können. Und auf dem industriellen gewerblichen Gebiete, da machen unsere Parlamentarier Hausiergesetze, beraten monatelang über das Maßnehmen der Schneider und fordern den Befähigungsnachweis für die Kaufleute.

Während solche mittelalterliche Tendenzen im Parlament zutage treten, geht draußen die Industrie, wenn auch langsam, so doch immer noch ihre Entwicklung fort, steigen aus der Tiefe der Gesellschaft neue Schichten mit neuen vorwärtsdrängenden Tendenzen hervor und die Statistik beweist — ich erinnere hier nur an die Untersuchungen des Professors Rauchberg — daß Oesterreich, das zur Zeit Schmerlings noch ein Agrarstaat war, heute ein ausgesprochener Industriestaat geworden ist. Die politische Gesetzgebung und Engherzigkeit, die von diesem Parlament gemacht wurde, ist durch das Aufwachen der Arbeiterschaft gebrochen und der geistige Fortschritt der Arbeiterschaft ist zu so ungeheurer Höhe und Macht entwickelt, daß das Schulgesetz und was damit zusammenhängt, längst lächerlich geworden sind. (Lebhafter Beifall.) Und während das österreichische Parlament eine Art prähistorisches Versteinerungsprodukt darstellt, worin ebenso ökonomische Produktionsinteressen des Mittelalters bestimmend wirken, wie vermittelst der Adelskurie politische Interessen des Mittelalters zu herrschenden gemacht wurden, geht draußen die Weltgeschichte ihren ehernen Gang weiter, schafft neue wirtschaftliche und soziale Gebilde und Tendenzen, die nur den einen glühenden Wunsch gemeinsam haben, daß dieser ihrer Weiterentwicklung im Wege stehende Kretin von Privilegienparlament von der Bildfläche verschwinde.

Das Privilegienparlament mit seiner stillstellenden, die Machtverhältnisse verschiebenden, die Tatsachen entstellenden Wirksamkeit ist nichts als eine konstitutionelle Drapierung des Absolutismus. (Bravo!) Der Absolutismus aber, verhüllt oder unverhüllt, ist mit dem erwachten Volksbewußtsein unvereinbar. Er ruft Widerspruch und Auflehnung gegen seine Wirksamkeit hervor, er provoziert die revolutionären Instinkte: beim Proletariat stürmische Kundgebungen der Straße, bei der Bourgeoisie Obstruktion. Die Obstruktion ist kein Zufall, weder an sich noch daß sie sich gerade auf nationalem Gebiete betätigt. Die nationalen Kämpfe werden in Oesterreich natürlich durch die Regierungspolitik noch verschärft. Der nationale Chauvinismus aber ist die Form des bürgerlichen Volksbewußtseins gegenüber dem national geschlechtslosen Adel, der national geschlechtslosen Kirche und der nationenfeindlichen Dynastie, er ist geradezu die Demokratie des Bürgertums in Oesterreich. Den Luxus allzu weitgehender politischen Ideale darf sich das Bürgertum nicht gestatten, weil sonst die erst noch zu erobernde Vorherrschaft sofort in Frage käme und die Begehrlichkeit des heute schon zu reif gewordenen Proletariats geweckt würde. Zudem leidet unser Bürgertum an dem alten österreichischen Erbübel, der Feigheit und Unzulänglichkeit, die es verhindert, dem ersten notgedrungenen Schritt den zweiten logischen nachfolgen zu lassen. So gab uns die liberale Gesetzgebung das Schulgesetz und den Pfaffen dazu: das Versammlungsgesetz mit dem § 6, der die Versammlungsfreiheit aufhebt, das Preßgesetz mit dem Kolportageverbot, dem Zeitungsstempel und dem objektiven Verfahren. Und jetzt wagt es auch nicht, den ihm selbst unbequemen

parlamentarischen Zustand zu ändern und sich durchzusetzen, sondern beschränkt sich in Halbheit auf Obstruktion. Trotzdem reicht diese Obstruktion, die Revolution des bürgerlichen Klasseninstinkts gegen vorbürgerliche Produktions- und Gesellschaftsformen, hin, um die Unmöglichkeit des Weiterbestandes dieses Privilegienparlaments festzustellen. Das Parlament wird nicht nur absolut unfähig zur kleinsten gesetzgeberischen Leistung von Vernunft, es wirft sich der Durchführung der dringendsten Reformen auf allen Gebieten, selbst bürgerlicher wie: Altersversicherung, Strafgesetz, Verwaltungsreform, Eisenbahnverstaatlichung, industrielle und Arbeiterschutzgesetzgebung, als unübersteigliches Hindernis in den Weg, es verwirrt und kompliziert bis zur Unlöslichkeit gerade die Frage, die es am meisten bewegt, die nationale, so daß die einfachsten Dinge wie Schulerrichtung, Beamtenernennung u. s. w. unentwirrbare Knäuel von Problemen werden, es lähmt die staatliche Tätigkeit auf allen Gebieten.

Es hätte der Krönung dieses herrlichen Gebäudes durch die fünfte Kurie gar nicht bedurft, der Eintritt der Franko Stein und Fresl wäre gar nicht nötig gewesen, die innere Unfähigkeit und Fäulnis des Parlaments darzutun. Aber die Pflicht der Dankbarkeit gebietet es, die beschleunigende Wirkung, die diese demagogischen Elemente auf den Zersetzungsprozeß genommen haben, bereitwilligst anzuerkennen. Die Spannung wäre schließlich auch ohne sie zu stark geworden, die Tatsachen hätten sich auch ohne sie durchgesetzt; aber auch sie selbst sind schließlich das Ergebnis dieser krankhaften Entwicklung, sie selbst diese Zwittervertreter von Bourgeoisie und Proletariat, diese von volksfeindlichen Phrasen triefenden Helfershelfer der schwärzesten politischen und ökonomischen Reaktion, diese proletarischen Verbündeten von Lebensmittelwucherern, Zünftlern und degenerierten Grafen sind der stärkste Ausdruck der erbärmlichen konstitutionellen Lüge, die das österreichische Parlament darstellt.

Eine Unwahrheit wird aber durch Anfügung einer zweiten nicht aus der Welt geschafft. Hier hebt nicht eine zweite Verneinung die andere auf wie in der Grammatik. Im Gegenteil: Die fünfte Kurie hat die Lächerlichkeit der Kurienvertretung bis zur Fratze verzerrt. Die Häufung von Unwahrscheinlichkeiten, Widersinnigkeiten und Unmöglichkeiten, die sie herbeigeführt, zerstört den letzten Rest von innerem Halt des Parlaments, erzeugt bei Abgeordneten selbst Unzufriedenheit mit ihrer schiefen und verlogenen Position und ruft den Ekel und den empörten Widerstand in der Bevölkerung hervor. So wird diese Verfassung immer mehr von innen heraus zerfressen, sie wird immer mehr ein Rahmen ohne Inhalt. Von dem alten Schmerling-Theater ist nun auch nichts mehr vorhanden als die äußeren wurmstichigen Riegelwände. Dieses Privilegienparlament ist nicht mehr möglich, die Lüge des österreichischen Konstitutionalismus röchelt in den letzten Zügen. (Stürmischer Beifall.)

Wie ist es denn auch anders möglich? Man spöttelt über die Republik mit dem Großherzog an der Spitze. Aber ist ein bürgerlicher Konstitutionalismus mit dem Grafen Palffy oder Herrn Dr. Heilinger an der Spitze weniger lächerlich? Und was nützt den Herren Feudalen selbst ihr Privilegium? Angesichts des obstruierten Reichsrates bleibt es eine taube Nuß und vergebens suchen die Herren Abrahamowicz und Dzieduszycki hinter den Kulissen die gewohnten fetten Präsente, wie Nordbahnverstaatlichung und selbst notwendige Dinge, wie Kanalbauten und Flußregulierungen, zu erschleichen; ihre zu jeder Schandtat allezeit bereite Regierungsfreundlichkeit ist keinen Schuß Pulver, nicht einmal auf ostgalizische Feldarbeiter wert (Sehr richtig!), wenn sie sich nicht in die klingende Münze der Budgetbewilligung umzusetzen vermag. Herr Schileny und Herr Dr. Lecher vermögen die Fleischwerdung dieser Regierungsfreundlichkeit jeden Tag zu hindern und somit ihr Privilegium seines hohen Wertes in bar vollständig zu entkleiden.

Seit der gewohnheitsmäßigen Anwendung des § 14 aber ist eine starke Baisse in Privilegienwerten eingetreten. (Bravo!) Und diese Dinge *werden sich* nicht ändern, es sei denn, daß sich die Herren ent-

schließen, zum nackten Absolutismus zurückzukehren, jener herrlichen Einrichtung, die insbesondere für die Herren Schlachzizen von großem Wert sein muß, da sie gewöhnlich mit kolossalen Steuererleichterungen für Mitglieder der hohen Aristokratie verbunden ist.

Es gibt heute niemanden in Oesterreich, der auch nur den Gedanken an die Wiedereinführung des Absolutismus wagte. Das Selbstbewußtsein der Massen ist zu mächtig erwacht (stürmische Zustimmung), die Regierungspolitik hat zu viel Schuldbewußtsein, der Despotismus ist zu stark eingeschüchtert, als daß er solche furchtbar gefährliche Dinge wagen dürfte, von denen man nie weiß, wie sie zunächst, sicher aber weiß, wie sie am letzten Ende ausgehen werden: mit der explosiven Niederwerfung aller der Völkerentwicklung gesetzten Schranken. Ueberhaupt in einer Zeit, wo zerfetzte Großfürstenleichen auf der Straße zu liegen pflegen, da denkt niemand an die Einführung des Absolutismus. (Brausender Beifallssturm.) Und gerade im Augenblick, wo das Volk durch die von ihm selbst mit unzähligen Opfern an Freiheit und Blut so schwer erstrittene größere Preß-, Vereins- und Versammlungsfreiheit sozusagen schon etwas verwöhnt ist, möchte man seine Empfindungen so frivol reizen? Uebrigens vermutet niemand solche Absichten beim Privilegienadel, denn diese Herren haben den Glauben an sich selbst verloren, sich haben sich selbst aufgegeben. Wo waren denn alle diese nicht durch den mechanischen Grundsatz der Zahl, sondern durch erbliche Belastung zu ihrem gesetzlichen Amt berufenen Herren, als über die Fortdauer ihres Privilegs im Parlament dringlich verhandelt wurde? Warum hat kein einziger von ihnen die Courage gehabt, ihr keck arrogiertes Vorrecht zu verteidigen?

Wie aber die Krone in der Frage denkt, das wissen wir bereits. Sie hat in Ungarn aus dem Konflikt mit dem dortigen Privilegienparlament die Lehre gezogen, daß der Entrechtung der breiten Massen ein Ende gemacht werden muß. Mag das ehrlich gemeint sein oder nicht, die Tatsache allein entscheidet auch für die österreichische Krise. Hat man für Ungarn den richtigen Ausweg gewußt, so hat man kein Recht mehr, sich für Oesterreich blöd zu stellen.

Ich zitiere nur zum Beweise, welches richtige Verständnis die Herren da oben für das Wesen und die Heilmittel der Krise haben, drei Sätze aus dem Programm Fejervarys, die vom Wahlrecht handeln. Hören Sie den ersten Satz (liest):

> Und eine Entwirrung, eine wirkliche Entwirrung, eine solche, welche nicht bei den Symptomen der Krankheit stehen bleibt, sondern bis zu ihren letzten Gründen hinuntersteigt und das Uebel an der Wurzel heilt, eine solche Entwirrung kann einzig und allein eine solche Parlamentsreform bringen, welche das Parlament wieder den Volksinteressen und dem Volkswillen einfügt. (Stürmischer Beifall.)

Und nun der zweite Satz:

> Wir können daraus die große Lehre schöpfen, daß ein blühendes nationales Leben, daß ein starker wirtschaftlicher Fortschritt und eine kräftige staatliche Erstarkung bloß von der Einführung der gesamten Volkskraft ins Parlament zu erwarten ist. (Brausender Beifallssturm.)

Und jetzt noch die dritte Stelle:

> Keinerlei Zwischenlösung kann hier zum Ziele führen; so tief das Uebel liegt, ebenso radikal muß auch die Heilung sein. (Tosender Beifall.)

Wie? In Ungarn ist man wegen bloßer Majestätsrechte bereit, das Wahlrecht zu geben und in Oesterreich sollte die Gefahr des Staatsruins nicht hinreichen, es zu erlangen? In Ungarn hat man den Mut, gegen den Willen der Parlamentsmajorität das Wahlrecht zu geben *und in* Oesterreich wollte man es verweigern, obwohl das Parlament es

will? Und sind wir den Ungarn mit dem allgemeinen Wahlrecht um acht und mit der allgemeinen Kulturentwicklung um 100 Jahre voraus, so dürfen wir ihnen mit dem gleichen Wahlrecht nicht nachhinken. Wir sind in Oesterreich zwar an Widersprüche gewöhnt, aber solche hirnrissige Absurditäten sind einfach undenkbar. (Großer Beifall.) Es ist undenkbar, denn das allgemeine, gleiche Wahlrecht ist heute nicht mehr bloß ein Programm von Millionen rechtloser; es ist vielmehr geradezu der Notschrei des Reiches, es ist der Hilferuf der ertrinkenden staatlichen Ordnung. Und alle jene offenen und tückischen Feinde einer Gesundung unserer Verhältnisse, alle kamarillistischen Schleicher und Intriganten, alle die Ratlosen und Verzweifelten in den an Oesterreich interessierten Schichten mögen zur Kenntnis nehmen: Kein Ausweg aus der Krise ohne das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht! (Beifall.)

Aber da kommen die Vertreter des Bürgertums mit der nationalen Frage. Es ist der Haupteinwand, der, und zwar vornehmlich von deutscher und italienischer Seite gemacht wird, und wir müssen uns daher mit ihm beschäftigen. Es ist geradezu unglaublich, aber echt österreichisch und für die Logik unserer Abgeordneten typisch. Dieselbe nationale Frage, von der jeder weiß und zugibt, daß ihre Lösung in diesem Parlament nicht nur unmöglich ist, sondern daß dieses Parlament geradezu zu ihrer schweren Verwirrung, Verschärfung und Vergiftung am meisten beiträgt, soll die Ursache der Verhinderung des einzigen Mittels zur Lösung der nationalen Frage und der österreichischen Krise überhaupt sein? Wenn das kein Fehlerzirkel ist, dann gibt es überhaupt keinen mehr. (Zustimmung.) Aber wenn die Herren schon so reden, dann müssen wir doch einmal die Frage aufwerfen: Sind denn die Nationen wirklich im jetzigen Abgeordnetenhause maßgebend vertreten, oder sind es nicht vielmehr bloß Bruchstücke, einseitige, windschiefe Vertretungen, die wir dort erblicken? Sie sprechen von Minoritätenschutz; in Wahrheit aber müßte man von einem Schutz der Majoritäten der Bevölkerung vor den vergiftenden Gesetzen dieses Parlaments sprechen, die von einer Cliquenminorität gemacht werden. (Brausender Beifall.) Wie die Gesamtheit einer Nation denkt, ersehen wir aus dem gegenseitigen Ueberschreiten der bürgerlichen Abgeordneten ebensowenig, wie wir daraus die Art erkennen, wie die Nation ihre Interessen zu verteidigen bereit ist und wie sie sich zu den anderen Nationen zu stellen gedenkt. Das werden wir erst erfahren, wenn durch das allgemeine, gleiche Wahlrecht die Gesamtheit der Nation zur Wahl ihrer Vertreter berufen sein wird. Aber freilich, der Besitzstand muß gewahrt werden. Niemand würde sich entschiedener gegen die Kränkung nationaler Rechte wenden als wir. Aber ebensowenig darf der natürliche Weg der Entwicklung unterbunden werden. Warum wollen sich die Deutschen — denn um sie handelt es sich hauptsächlich in dieser Frage — auf den Besitzstand beschränken? Erschöpft sich denn das nationale Interesse an den Ziffern der Statistik, ist die Bevölkerungszahl sein Um und Auf? Nun, in dieser Beziehung könnten Professor Rauchbergs Untersuchungen doch bereits einige Beruhigung bewirkt haben. Diese Besitzstandspolitik ist Stillstandspolitik, sie ist Faulheit, Feigheit und Mangel an Selbstvertrauen. Ist denn den Herren der Begriff der inneren Kolonisation ganz fremd, gibt es für das Deutschtum wirklich nichts mehr innerhalb des deutschen Volkes zu erobern? Und besteht die nationale Aufgabe der Tschechen und Italiener wirklich in der Eroberung auf Kosten anderer Völker und ist ihre Aufgabe wirklich erfüllt, wenn einige Bourgeoissöhne eine Universität oder eine staatliche Anstellung kriegen? Vom Standpunkte der Besitzstandspolitik ist eigentlich die jetzige Krise ein Ideal, es geht zwar nichts vorwärts, es wird aber auch nichts am Bestand gerührt. (Heiterkeit.) Wer aber kann heute noch im Ernste glauben, daß sich die lebendigen Kräfte in den Seelen der Völker durch irgend etwas und gar durch ein verkommenes Privilegienparlament an der Entfaltung hindern lassen werden. Es ist Anmaßung, zu glauben, daß die erbärmlichen bürgerlichnationalen Querelen den geistigen

Horizont der Nationen ausfüllen. Die wichtigsten nationalen Aufgaben für die breiten Massen der Nationen sind heute die sozialen Aufgaben, die auf die Hebung ihres physischen und geistigen Wohlseins gerichteten. Andere Fragen müssen endlich das Parlament zu beschäftigen anfangen als die von Gerichtsadjunkten und Bahntafeln, andere Ideen- und Interessentenkreise, die des wirklichen Volkes, nicht eines Privilegiertenklüngels, müssen das Parlament zu beherrschen beginnen. Und vor allem ist zur Erfüllung der wahrhaft nationalen Aufgaben die politische Erziehung der breiten Schichten der Völker nötig, die Auslösung der wahrhaft demokratischen Kräfte. Das aber vermag kein Mittel der Welt in so vollkommener Weise zu erfüllen als das allgemeine Wahlrecht. Denn was ist ersprießlicher für die Nation? Daß infolge der Krise alles festgerannt bleibt, daß keine Nation zu ihrem Rechte auf Entwicklung kommt oder daß durch das Wahlrecht die breiten Massen zur Teilnahme und zu höherem Interesse an der Entwicklung und zur Verteidigung der Nation aufgerufen werden? (Beifall.)

Statt dessen aber sollen die nationalen Kämpfe, die bisher die Ursache der Unterbindung aller staatlichen Funktionen gewesen sind, nunmehr auch das Mittel zur Verhinderung der politischen Höherentwicklung der Völker selbst sein?

Aber da kommen die Herren und sagen, es müsse zuerst die nationale Autonomie festgestellt werden. Nun, wir sind für nationale Autonomie. Wir begnügen uns nicht mit platonischen Liebeserklärungen an sie, wir haben ihr vielmehr in Brünn festen Rahmen und Inhalt gegeben, ja, wir sind nicht nur für die Autonomie, wir haben sie sogar in unserer Organisation. Jeder, der gegen nationale Autonomie ist, will nicht ehrlich weder die Lösung der Frage noch freiheitliche Entwicklung der Völker, noch Demokratie überhaupt. Aber was haben wir da erlebt? In einer jener Sitzungen der letzten Session, als die Dringlichkeit des allgemeinen und gleichen Wahlrechtes erörtert wurde, stand der Führer der Deutschen Volkspartei, Dr. Derschatta, auf und erklärte, er sei besonders angenehm berührt, daß der Abgeordnete Dr. Ellenbogen seinerzeit einen Antrag für die nationale Autonomie und das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht eingebracht habe. Die Herren sagten weiter, sie seien zwar für das allgemeine und gleiche Wahlrecht, aber zuerst müsse die nationale Autonomie kommen. Aber als dieser so warm begrüßte Antrag für die nationale Autonomie im Parlament verhandelt wurde, da hat die ganze Deutsche Volkspartei dagegen gestimmt. (Allgemeine Pfuirufe.) Ja, wenn die nationale Autonomie auf der Tagesordnung steht, dagegen stimmen, und wenn die Wahlordnung auf der Tagesordnung steht, für die nationale Autonomie sein, das ist eine Fopperei, die sich die Völker nicht länger gefallen lassen werden. (Bravo!) Die nationale Autonomie soll her! Wer aber kann die nationale Autonomie schaffen als eine wirkliche Volksvertretung? Keine Privat-, Kasten- und andere Sonderinteressen. Wir, denen an der freien Entwicklung der Nationen mehr gelegen ist als den bürgerlichnationalen Phrasendreschern, werden gewiß nicht zugeben, daß das allgemeine Wahlrecht zur Unterdrückung der Nationen benützt werde. Bei jeder großen Reform sind gewisse reale Tatsachen zu berücksichtigen, und die Herren Dr. Kramař und sogar Klofač, der einen Antrag auf allgemeines Wahlrecht mit entsprechender Berücksichtigung der Minoritäten eingebracht hat, haben sich ja in dieser Hinsicht schon engagiert. Aber das ganze lächerliche Geschrei reduziert sich auf gewisse formelle Schwierigkeiten, und bei welcher Gesetzesarbeit wären diese nicht? Uebrigens können nie formale Schwierigkeiten die Ursache der Verhinderung eines großen Gedankens und einer geschichtlichen Notwendigkeit sein.

Wo ein Wille, da ist ein Weg —
Wo kein Wille, werden immer Ausreden in Menge vorhanden sein.

Ich habe den nationalen Chauvinismus eine Art dunklen bürgerlichen Klasseninstinkts genannt. Und alle die jesuitischen oder offenen Quertreibereien der Bürgerlichen gegen die Wahlreform erwecken den Verdacht, daß sie durch die künstliche Fortdauer des vergiftenden nationalen Gezänkes Verwirrung in

die geschlossenen Reihen des Proletariats bringen wollen. Uns gegen einander auszuspielen, uns aufeinander zu hetzen, das versuchen sie schon lange, und die Schlagwörter von der Diktatur von Wien wie von der hypernationalen Gesinnung der tschechischen Arbeiter und der antinationalen der deutschen sind auf einem Mist gewachsen, entspringen einer und derselben tückischen Absicht. Nun, ich hoffe, solange ein Hauch sozialdemokratischen Denkens unsere Gehirne belebt, solange auch nur in einem Winkel unseres Herzens der Funke proletarischen Empfindens glüht, wird niemand von uns auf diesen wohlberechneten Schwindel hineinfallen, werden alle diese Rücken und Tücken, wird all diese schleichende Niedertracht an dem Felsen der internationalen proletarischen Interessensolidarität wie Scherben zerschellen. (Lebhafte Zustimmung.)

Und damit komme ich zu unserer Stellung zum allgemeinen Wahlrecht. Wie kommt es denn, daß wir in den letzten Jahren so viel von der Rettung des Staates redeten? Wir sind ja die vaterlandslosen Gesellen, die den Staub von den Füßen zu schütteln haben; wir sind Gegner der heutigen Gesellschaftsordnung und ihrer Ausdrucksform, des heutigen Staates. Wenn dieser Staat auch nicht der ekelhafte, anwidernde österreichische wäre, wir wären auch seine Gegner. Aber bei alledem stehen wir auf dem Boden der Tatsachen; wir wissen, daß wir noch nicht vor der Errichtung der sozialistischen Gesellschaft stehen; wir wissen, daß die Geschichte wie die Natur keine Sprünge macht. Der moderne Staat ist ein notwendiges Durchgangsstadium, das überwunden werden muß. Ob der Staat will oder nicht, er wird mit der Zeit das Sprungbrett für unsere Absichten und Interessen. Die Worte, die Lassalle im „Arbeiterprogramm" über die ideale Aufgabe des Staates gesagt hat, „daß er das menschliche Wesen zur Entfaltung und fortschreitenden Entwicklung zu bringen habe, mit anderen Worten: die menschliche Bestimmung, das heißt alle Kultur, deren das Menschengeschlecht fähig ist, zum wirklichen Dasein herauszuringen und zu gestalten", diese Worte vom Zwecke des Staates sind uns gegenwärtig. Es ist wahr: Der Staat ist ein Instrument in den Händen der besitzenden Klassen, ein Unterdrückungsmittel der Herrschenden, aber er ist — gegen den Willen der Besitzenden — ein Instrument zur Weiterentwicklung und bei diesem Schopf fassen wir ihn an.

Ist also der Staat notwendig, hat er wirklich die hohe Funktion, der Boden und das Mittel der Entwicklung zu sein, dann wollen wir auch, daß er diesen Zweck voll erfülle, daß er sich dieser Pflicht nicht entziehe, daß er ein gesunder Boden und ein zweckdienliches Mittel sei. Einen faulen Staat dulden wir nicht. Darum und weil die österreichische Bourgeoisie zu faul und zu unfähig ist, ihre eigene geschichtliche Aufgabe zu erfüllen, ist es unser Lebensinteresse, an der Herstellung gesunder Verhältnisse mitzuarbeiten. Ja, wir sind es, die überall hinter der Bourgeoisie die Kanonen auffahren und dabei denken: Vorwärts, wollt ihr denn ewig leben, ihr Hunde? (Heiterkeit.) Die Dichterverse gelten von uns:

Wir hämmern jung das alte morsche Ding, den Staat,
Die wir von Gottes Zorne sind, das Proletariat.

Ja, gebt uns einen Staat, einen brutalen, protzigen, seiner Kraft voll bewußten bürgerlichen Klassenstaat, und wir werden dagegen kämpfen, der Riese Proletariat wird seine Arme regen, er wird an dem Widerstand wachsen und sich stählen. Aber in diesem fauligen, stinkenden Moder von Staatskadaver muß alles untergehen, was gut, groß, edel und echt menschlich ist. (Brausender Beifall.)

Wir haben genug von dem alten Oesterreich. Wir wollen nicht länger leben in diesem Friedhof alles Großen und Schönen, in dieser Gemeinschaft von Stumpfsinn und fauler Gemütlichkeit, das österreichische Proletariat fühlt die Kraft in sich, es allen großen Bewegungen der großen Zeit, in der wir leben, gleichzutun. Rings um uns streben die Völker den höchsten Zielen zu. Deutschland hat sich an die Spitze der Zivilisation emporgerungen, das alte Bauernvolk von Norwegen hat mit einem Ruck einen Thron von den Schultern

geschüttelt, in Italien hat die schwer gedrückte Klasse der Bauern und Lohnarbeiter glorreiche Kämpfe bestanden und drüben im finstern Osten geht der Tag des neuen Völkerfrühlings auf, schöner und herrlicher als je einer, die Ketten schmettern auseinander, vom Eismeer bis zum Kaukasus dröhnt der Schrei der Freiheit durch die Lande, überall schreitet der Geist einer neuen Zeit über die Völker hin und nur wir sollten verurteilt sein, den Schimpf und die Schande eines mittelalterlichen Ständeparlaments noch länger zu dulden? (Stürmischer Beifall.)

Parteigenossen! Wir können mit Stolz von uns sagen, daß wir uns immer durch unsere Besonnenheit, durch die Kühle und Ruhe, mit denen wir die schwersten Entschlüsse faßten, ausgezeichnet haben. Jahrelang haben wir unsere Wahlrechtsbewegung geführt, auf alle Wunden des kranken Staatskörpers haben wir unseren Finger gelegt, unablässig haben wir das Uebel aufgezeigt und seine Beseitigung gefordert, wir haben Opfer an arbeitsamen Tagen, an schlaflosen Nächten, an Blut und Freiheit gebracht, in Werkstätten und Versammlungen, im Parlament und auf der Straße, in Schrift und Wort haben wir Stunde um Stunde den Kampf um unser oberstes Recht geführt. Aber in kühler Abschätzung unserer Kräfte haben wir zumeist die Sache durch ihre eigene logische Entwicklung wirken lassen, selbst in dem sturmdurchtobten Hause der Obstruktion haben wir uns nie, weder durch fremde Demagogie noch durch die lockende Kraft der eigenen Pose zu einer eigentlichen Obstruktion verleiten lassen. Nun aber ist *der große Augenblick* gekommen, wo es *der Anspannung der letzten Kraft* bedarf! (Stürmischer Beifall.) Denn das ist die politische Situation des Augenblicks: Die innere Unmöglichkeit des Parlaments ist unwiderleglich erwiesen, das Parlament hat den Glauben an sich selbst verloren, es selbst hat eine Wahlreform dringlich verlangt. Die Herren der seinerzeit antitaaffeschen Koalition sagen *jetzt*: „*Pater peccavi!*“

In sechs Landtagen stehen Anträge auf das allgemeine Wahlrecht auf der Tagesordnung. Sie können ohne deren Erledigung ebensowenig arbeiten wie die anderen. Selbst die nationalen Fragen sind augenblicklich vor der Wucht der Wahlrechtsfrage zurückgetreten. Ein längeres Stillstehen der Staatsmaschine ist unmöglich, selbst den herrschenden Klassen graut davor am meisten, der Hof ist in Verzweiflung, er selbst hat das Beispiel der Rettung durch die Erteilung des allgemeinen, gleichen Wahlrechtes an Ungarn gegeben. Die ganze Oeffentlichkeit verlangt stürmisch das Wahlrecht, in allen Kronländern hat die Masse des Volkes mit ernster, majestätischer Ruhe seine gebietende Stimme dafür erhoben. Der Augenblick ist gekommen, wo *sterben* muß, *was überlebt ist*. Das Privilegienparlament, dieser Fremdkörper in unserem Staatsorganismus, dieser Pfahl im Fleische der gesellschaftlichen Entwicklung, dieses Parlament, das fünfzig Jahre hinter den Tatsachen zurückgeblieben ist, muß fort; aber bevor es verschwindet, hat es noch die *einzige* Aufgabe zu erfüllen, die ihm ein freundliches Andenken sichern wird: *das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht zum Gesetz zu machen*. (Beifall.)

In den letzten Tagen hat sich eine eigentümliche Erscheinung gezeigt: plötzlich ist die „Neue Freie Presse“ zur Führerin der ganzen Politik in Oesterreich und Ungarn geworden. Verhandlungen von Parlament zu Parlament sind auf die Tagesordnung gesetzt. Da ist es nun lehrreich, das Verhalten der österreichischen und ungarischen Abgeordneten zu beobachten. Die Oesterreicher kriechen den Ungarn in den Bart und reden ihnen fortwährend zu, daß sie alles erhalten werden, was sie nur wollen, *von Oesterreich reden sie aber nicht*; daß auch wir *Oesterreicher* Interessen zu vertreten hätten, *kommt ihnen nicht in den Sinn*. Wenn irgend etwas, so beweist diese Geschichte, daß ein Staatsbewußtsein in Oesterreich nicht vorhanden ist. Ja, wie sollte auch das Bewußtsein an etwas vorhanden sein, *das nicht existiert*? (Zustimmung.) Anders die Herren der Koalition. Ich traue dem Chamäleon *Apponyi*, der schon so oft seine Ueberzeugung gewechselt hat, nicht über den Weg; auch der eklige Streber *Kossuth* ist mir keine sympathische

Erscheinung und die Klerikalen Zichy u. s. w. sind auch keine angenehmen Leute; aber eines muß man diesen Leuten, diesen Schwindlern, diesen Verrätern ihres Programms doch zubilligen: sie haben Staatsbewußtsein. Diese Leute stehen, wenn auch nur der Form nach, fest auf ihrem Schein und sogar Fejervary sieht sich genötigt, auf die Garantien des § 12 des Gesetzes vom Jahre 1867 hinzuweisen, daß die Selbständigkeit Ungarns jeden Augenblick eintreten könne. Von all dem sehen wir bei uns gar nichts, der ewig sich wiederholende Verrat der österreichischen Interessen an Ungarn ruht schon im System. In Wahrheit ist dieser Revisionsschwindel nichts anderes als eine Mogelei des Herrn v. Gautsch mit der Koalition. Die Herren sehen das allgemeine, gleiche und geheime Wahlrecht auf dem Marsche, das kaum mehr aufzuhalten ist, und suchen es nun durch Betrug und Schwindel und durch Bedenken deutschbürgerlicher Abgeordneten Oesterreichs, die zu allen Dummheiten und Verrätereien zu haben sind, zu hemmen. (Lebhafter Beifall.) Wir möchten die Herren Abgeordneten warnen, sich in dieser Sache zu stark zu engagieren. Diese Revisionskampagne ist nichts anderes als ein Durchkreuzungsversuch gegen das Ziel aller jenen, die den politischen Fortschritt wollen. Die Herren Abgeordneten, die da gar so stark dafür eintreten, ob sie nun d'Elvert, Wrabetz oder Prade heißen, mögen zur Kenntnis nehmen, daß, wer heute gegen das allgemeine, gleiche Wahlrecht auftritt, fertig ist. Mit dem wird abgerechnet werden... (Beifall.) Was aber den Ministerpräsidenten betrifft, der diesen großen Augenblick beantwortet mit Jongleurkniffen und Kulissenschleichereien, der den Dingen so wenig gewachsen ist und meint, daß man heute durch Hinterlist und Bauernfängertricks den Gang der Weltgeschichte aufzuhalten vermöchte, so hat er damit seinen Unbefähigungsnachweis vollständig erbracht. Er will den Willen des Parlaments wissen. Das Parlament hat seinen Willen gesagt: es hat mit Zweidrittelmajorität für das allgemeine und gleiche Wahlrecht entschieden, wenn es auch infolge eines Spitzbubenkniffs des Abrahamowicz verhindert wurde, daß diese Tatsache durch eine Abstimmung zum Ausdruck kam. Das Parlament ist also auch gegen Gausch, das Volk ist gegen Gautsch und vor allem sind die Tatsachen gegen Gautsch und ich betone: Die Tatsachen sind gegen jeden Ministerpräsidenten, der heute noch glaubt, ohne allgemeines und gleiches Wahlrecht Politik machen zu können. (Stürmischer Beifall.)

Der Revisionsrummel ist also ein Betrug, an den sich die Herren Deutschbürgerlichen, die Liberalen aller Schattierungen, als an einen letzten Rettungsanker anklammern. Sie mögen ihren Verrat üben. Wenn aber auch alle, die sich aus Bosheit oder Dummheit taub oder blind stellen, um den Flügelschlag der Zeit nicht zu hören und zu sehen, wenn Parlament, Regierung und Parteien sich ihrer Pflicht entziehen sollten, wenn vielleicht wieder unverantwortliche Weiber und Männer das Verbrechen begehen wollten, der Geschichte in den Arm zu fallen, nun, dann werden wir am Platze sein, um dem Volke zu geben, was des Volkes ist. (Brausender Beifall.) Denn wir sind die ungeheure Majorität des Staates, wir füllen die Staatskasse, mit unseren schwer verdienten Groschen tun sich seine Repräsentanten gütlich, wir schaffen mit unserer Hände und Hirne Arbeit die Kultur, deren Früchte sie so behaglich genießen, unser Blut ist es, das auf den Schlachtfeldern vergossen wird, wir sind die Träger und Erhalter dieses ganzen Gebäudes, und sie wollen uns den vollgültigen Einfluß auf unsere eigenen Geschicke verweigern? (Allgemeine lebhafte Bravorufe.) Für uns ist das allgemeine, gleiche Wahlrecht mehr als eine politische Forderung, es bedeutet für uns die Grundlage unserer Existenz (So ist es!), die Voraussetzung unserer ganzen künftigen Entwicklung. Wie die Charte für den englischen Arbeiter, bedeutet das Wahlrecht für die österreichischen „gute Wohnung, gutes Essen und Trinken, gutes Auskommen und kurze Arbeitszeit“. Wir können und dürfen nicht zugeben, daß, während ganz Europa unter dem

Banner der sozialen Ideen Politik macht und die Arbeiterschaft dazu heranzieht, während das Wahlrecht in Rußland auf dem Marsche ist....

Genosse **Dr. Adler** gibt dem Redner Telegramme in die Hand.

Ein historischer Zwischenfall. Während der Rede Ellenbogens war an Gen. Němec das Telegramm des Korrespondenzbureaus in den Kongreßsaal gesendet worden; er legte es dem Redner auf die Tribüne. Bald flüsterten die Delegierten in den vorderen Tischreihen einander zu: „Nachrichten aus Rußland!" Die Stille, mit der Ellenbogens Rede angehört wurde, wich plötzlich einem aufgeregten Summen und Flüstern. Ellenbogen brach den Faden seiner Rede ab, und während schon erregte Stimmen laut wurden: „Nachrichten aus Rußland — verlesen!" begann Ellenbogen das Manifest des Zaren mit vor Erregung bebender Stimme zu verlesen. Im Nu trat atemlose Stille ein. Kaum war der erste Absatz des Manifestes, der mit der Verheißung der Preß- und Versammlungsfreiheit schließt, verlesen, da brach im Saale und auf der Galerie ein ohrenbetäubender Jubel los: „Hoch die russische Revolution! Hoch die Revolution! Hoch das allgemeine Wahlrecht!" Die Rufe endeten mit einem Schlage, als Ellenbogen das Manifest mit kräftiger Stimme absatzweise weiterlas. Schon als Ellenbogen die Verlesung begonnen hatte, hatten sich die Delegierten und die Gäste, ganz instinktiv, ohne ein Zeichen der Verabredung, von ihren Sitzen erhoben. Stehend, im Gefühl der historischen Bedeutung des Moments, wurde die Verlesung angehört. Eine feierliche Ergriffenheit lag in diesen Minuten über dem Kongreß. Ellenbogen hatte das letzte Wort des Zarenmanifestes verlesen. Jetzt ohneweiters wieder in die Diskussion zu treten, war unmöglich. Im Nu fand der Kongreß, wieder ganz instinktiv, ohne Verabredung, den richtigen Ausdruck seiner feierlichen Stimmung. Revolutionsgesänge brausten mit einemmal durch den Kongreßsaal. Die Tschechen und Polen sangen die „Rote Fahne", dann sangen die Deutschen die Marseillaise. Aber das war nicht bloß Ausdruck einer weihevollen Stimmung, das war gleichzeitig ein heißes Gelöbnis für die Zukunft. Jedes Wort der ersten Strophe der Marseillaise, heute hatte es seine besondere Bedeutung, klang es ernst und bedeutsam, wie das Lied des Soldaten, der in der Stunde der Mobilisierung sein Marschlied einübt:

Wohlan, wer Recht und Wahrheit achtet,
Zu uns'rer Fahne steht zu Hauf',
Wenn auch die Lüg' uns noch umnachtet,
Bald steigt der Morgen hell herauf.
Ein schwerer Kampf ist's, den wir wagen,
Zahllos ist uns'rer Feinde Schar,
Ob auch wie Flammen die Gefahr
Mög' über uns zusammenschlagen;
Nicht zählen wir den Feind,
Nicht die Gefahren all.
Marsch, marsch!
Marsch, marsch!
Und wär's in den Tod,
Denn uns're Fahn' ist rot.

Marsch! Marsch! Diese lodernde Kampfesstimmung durchwogte den Saal, nachdem die Strophe zu Ende gesungen war. Noch standen die Delegierten da, noch schwirrten Hunderte Rufe durch den Saal, die man im Durcheinander kaum verstand und deren Sinn doch jeder erfaßte: Oesterreich kann nicht russischer als Rußland bleiben..... Jeder Teilnehmer wußte, daß in dieser Stunde auch der österreichische Wahlrechtskampf in ein neues Stadium revolutionärer Entschlossenheit getreten war.

Abgeordneter **Dr. Ellenbogen** (fortfahrend): Nun, Parteigenossen, eine schönere Illustration für unsere Wahlrechtsbewegung konnten wir gar nicht bekommen. Wie? In Rußland ist der kniefchlotternde Zar schon so weit gelangt, das allgemeine Wahlrecht zu geben, und unsere so wenig behaglich

gebettete Dynastie will hinter Rußland zurückbleiben? Nein, auch unser gutmütiges österreichisches Proletariat wird das nicht ertragen. Wir wollen nicht länger das typische Pfaffenland, das Land der Bevormundung, das Land der Rückwärtserei, der Kamarilla bleiben. Das Wahlrecht ist eine Lebensfrage für uns. Wir werden daher nicht nur fortfahren in der Agitation, wir werden nicht bloß Demonstrationen abhalten, nicht mehr bloß auf der Straße und vor dem Parlament erscheinen, sondern wir werden, wenn der entscheidende Augenblick es erfordert und es die Borniertheit unserer Gegner darauf ankommen lassen sollte — wir sagen es in voller Besonnenheit und sorgfältiger Erwägung aller Umstände — das Proletariat an die Waffe erinnern, die ihm als letzte, stärkste und entscheidenste geblieben ist, an die Lahmlegung aller Produktion, an den Massenstreik. (Tosender Beifallssturm.) Wenn wir es sonst nicht gewußt hätten, so hätten wir es in Rußland gesehen, welch kolossale Wirkungen der Massenstreik mit sich bringen kann, daß er imstande ist, ein jahrtausendaltes Despotenreich in den Grundfesten erzittern zu machen und einen Thron ins Wanken zu bringen. (Stürmischer Beifall.) Nun, Parteigenossen, wenn es darauf ankommt, wird das gemütliche und besonnene Proletariat Oesterreichs auch russisch reden können (tosende Zustimmung); denn wir haben kein Recht, die entflammte Leidenschaft unserer Brüder in den Werkstätten zurückzuhalten, wenn sie hervorbrechen wollen, um sich das gleiche Recht zu erringen. Ich empfehle Ihnen daher folgende Resolution zur Annahme... Abgeordneter Dr. Ellenbogen verliest die Resolution und fährt dann fort:

Ich habe nur noch die eine formelle Bitte, die theoretische Frage des Massenstreiks noch nicht in Diskussion zu ziehen. Wir haben beschlossen, die Abstimmung der vorgelegten Resolution bis zum Ende der Debatte über den Massenstreik zu vertagen. Ich will auch noch betonen, daß die Resolution keineswegs alles enthält, was wir vom Wahlrecht verlangen, nichts vom Frauen-, nichts vom Proportionalwahlrecht; jeder Parteigenosse weiß, daß es sich heute darum handelt, das gleiche Wahlrecht zu erringen. Wie es wiederholt in dieser Debatte zum Ausdruck gekommen ist, befinden wir uns in einem der wichtigsten geschichtlichen Augenblicke Oesterreichs und des österreichischen Proletariats. Parteigenossen! Ob zurück zum Dunkel der Nacht oder vorwärts ans Licht der Sonne, ob der Unsinn siegen soll oder die Vernunft — das ist die Frage, die jetzt zur Entscheidung kommt. Es ist nicht mehr der Augenblick, um die Politik der kleinen Mittel anzuwenden, wir müssen darangehen, die größte und stärkste Waffe, die uns zu Gebote steht, zu ergreifen, um sie in der politischen Arena einzuführen. Darum richten wir, der Parteitag der österreichischen Sozialdemokratie aller Zungen, an alle unsere Brüder in Stadt und Land, in Werkstätte und Fabrik in allen Ländern das Mahnwort: Seid würdig des großen Moments, haltet euch bereit, euer letztes Gut für euer heiligstes Recht zu wagen! Gilt es aber, den entscheidenden Schlag zu tun, dann, österreichisches Proletariat, heraus, zeige deine weltgeschichtliche, deine weltbewegende Kraft! (Allgemeine begeisterte Hochrufe auf das gleiche Wahlrecht und den Massenstreik.)

Adler: Wir stehen unter der Wucht dieser vielen Dinge, die man erst überwinden muß. Ich beantrage, daß man die Sitzung auf eine Viertelstunde unterbreche, damit wir ein wenig aufatmen können.

Der Antrag wird angenommen und die Sitzung unterbrochen. Nach einer Viertelstunde wird die Sitzung wieder eröffnet.

Soukup: Ich beantrage, daß nach dem Referat des Němec sofort ohne Debatte die Abstimmung vorgenommen werde und daß dann die Gesamtexekutive sofort berate, welche Schritte noch zu unternehmen seien. Morgen soll dann über den Generalstreik beraten und dann soll der Kongreß ge-

schlossen werden. Die anderen Punkte der Tagesordnung sind angesichts der neuen Sachlage nicht mehr von solcher Bedeutung. (Lebhafter Beifall.)

Schuhmeier: Was die Sitzung der Exekutive anlangt, so braucht der Parteitag das nicht mehr zu beschließen. Die Exekutive wird eine Sitzung abhalten. (Beifall.) Auch ich meine, daß wir nicht mehr viel auf dem Parteitag zu reden haben. Der Worte sind genug gewechselt. Nach der Nachricht aus Rußland ist unser Platz nicht mehr hier, sondern auf den Straßen von Wien. (Stürmischer Beifall.) Wir können mit der Demonstration nicht bis zum 21. November warten. Die Ereignisse rufen zu rascher Tat. (Brausende Zustimmung.) In Ungarn ist das allgemeine, gleiche Wahlrecht als Regierungsprogramm verkündet, in Rußland hat die Revolution es errungen (Stürmische Rufe: Hoch Rußland!), und da sollen wir noch beraten? Heute abends werden wir vor dem Parlament und vor der Burg demonstrieren. Wir müssen antworten. Morgen beraten wir dann noch hier über den Generalstreik. Und dann ist's aus mit dem Beraten. Dann gehen wir zum Volke, das uns ruft, das unser harrt und das wir führen wollen zur befreienden Tat. (Riesiger Jubel.)

Soukup: Heute auf die Ringstraße! Vor das Parlament, vor die Burg! Und dann, nach dieser Demonstration, werden wir morgen den Kongreß beschließen und dann werden wir hinausziehen, um in ganz Oesterreich zur revolutionären Tat zu rüsten, wenn man uns unser Recht nicht gibt. (Brausender Beifall.)

Die Sitzung wird hierauf wieder unterbrochen, da die Beratungen der Parteiexekutive noch nicht beendet sind. Nach einer weiteren halben Stunde wird die Sitzung wieder eröffnet und der Vorsitzende Tomschik teilt mit, daß abends eine große Demonstration auf der Ringstraße sein werde.

Nun hält Němec sein Referat.

Němec (tschechisch): Es wurde mir der Auftrag zuteil, daß ich im Namen der tschechischen Genossen die Wiener Genossen beglückwünsche zu dem Kampfe, der nun in Wien anhebt (stürmischer Beifall), und ich gebe Ihnen die Versicherung, daß Sie sich auf unsere Unterstützung verlassen können. Sie können in Ihrem Kampfe auf uns rechnen. Wir werden Ihnen treu zur Seite stehen. (Stürmischer Beifall und Händeklatschen.)

Ich werde mich kurz fassen; erstens weil der Moment keine langen Reden erlaubt, und dann, weil ich heiser bin. (Heiterkeit.) Es war wirklich schön, daß der russische Zar in so glücklicher Weise mit seinem Manifest in unseren Kongreß eingegriffen hat (Heiterkeit), und schön von den russischen Genossen, daß sie ihm dabei geholfen haben. (Neuerliche Heiterkeit.) Damit haben sie auch unseren Staatslenkern den Weg gewiesen, wie sie den kranken Staat heilen können. Ist es nicht bezeichnend für dieses Reich, daß in Ungarn die Regierung im Namen der Krone erklärt, daß sie gegen den Widerstand des Parlaments das gleiche Wahlrecht einführen werde und daß zu derselben Zeit im Namen derselben Krone die Regierung erklärt, daß sie dem Volke das gleiche Wahlrecht nicht geben könne. Aber wir müssen das gleiche Wahlrecht erringen. (Stürmischer Beifall.) Seit 1848 hatten wir immer diese Kämpfe zwischen Staat und Volk. Die Regierung hat eine Verfassung gegeben, dann hat sie sie wieder genommen und es kam der Absolutismus. Wenn die Bourgeois ein Stückchen Privileg bekamen, waren sie immer rasch zufriedengestellt. Man brauchte sich um sie nicht zu kümmern, weil sie sich um das Volk nicht kümmerten. Mit einem Brocken waren die radikalen Herren gezähmt. Und heute ist der Parlamentarismus so weit gekommen, daß er eigentlich nur eine Dekoration zum § 14 ist.

Bisher haben wir ruhige, friedliche Demonstrationen abgehalten. Aber so geht es nicht weiter. Die Demonstrationen finden statt, aber man hört uns nicht. Es wird nicht unsere Schuld sein, wenn wir zu schärferen Waffen greifen. (Riesiger Beifall.) Wir haben es den Herren gesagt, als wir an der Spitze der Deputationen bei ihnen vorsprachen, daß wir nicht immer so friedlich demonstrieren werden, wenn man uns nicht hört. Wenn sie unsere Argumente nicht hören, werden wir unseren Willen

mit anderen Argumenten in ihre harten, begriffsstützigen Schädel schreiben. (Neuerlicher großer Beifall.) Wir haben zum Zeichen der Demonstration einen Tag die Arbeit ruhen lassen. Wir können auch länger streiken, wenn es notwendig ist. (Jubelnder Applaus.) Wir haben ihnen gezeigt, daß wir das ganze Proletariat zum Kampfe zu mobilisieren vermögen. Wir werden es ebenso vermögen, wenn wir wieder auf die Straße steigen. Wir legen den Herren ruhig unsere Forderung nach dem gleichen Wahlrecht vor. Wir drohen ihnen nicht, aber wir machen sie auf die Folgen aufmerksam und auf die Gefahren, die sie für sich und alle Institutionen, die ihnen lieb sind, heraufbeschwören, wenn sie an ihren Privilegien festhalten wollen. (Großer Beifall.)

Das Wort erhält nun

Abgeordneter **Pernerstorfer:** Wir stehen alle unter dem Eindruck der Nachricht, die wir mittags erhalten haben. Es ist kein Zweifel mehr, daß die russische Revolution glorreich gesiegt hat (stürmischer Jubel) und alle Prophezeiungen der Reaktionäre zuschanden geworden sind. Das russische Volk ist auf dem Wege zur Freiheit! Durch Jahrhunderte geknechtet, haben die vielen Nationen dieses Reiches den letzten Verzweiflungskampf durch drei Vierteljahre geführt und sie haben ihn heldenmütig gekämpft. Mit fiebernden Pulsen haben wir Tag um Tag die Heldentaten verfolgt, aber was wir wissen, ist nur ein kleiner Teil jener großen Taten, die wirklich getan wurden. Mit brutaler Gewalt hat man die russischen Völker niedergehalten, mit Betrug und Hinterlist hat man die Völker Oesterreichs jahrhundertelang um ihre Rechte, um jede Möglichkeit einer Entwicklung gebracht. Der Kampf, den unsere Genossen und andere Revolutionäre im Osten geführt haben, ist zugleich ein Kampf für unsere Sache, den wir mit unseren Sympathien begleiten. Denn es ist unmöglich, daß diese große Erhebung ohne Einfluß bleibe auf die Länder des Westens, ohne Einfluß besonders auf Oesterreich. Das Schicksal der alten Mächte in diesem Staate wird jetzt entschieden und sie wissen es selbst, daß ihre Zeit dahin ist. Es regen sich die Kräfte der Völker, sie wollen endlich an die Oberfläche kommen, sie wollen ihre Freiheit erringen. (Lebhafter Beifall.) Es ist unmöglich, daß die Ereignisse in Rußland auf uns keinen Einfluß ausüben, und wir werden in den nächsten Tagen zu zeigen haben, daß auch in uns genug ursprüngliche Kraft steckt, um den Mächten, die sich uns widersetzen werden, entgegenzutreten, und hier wird sich zeigen, daß doch das ganze österreichische Proletariat einig gegen seine Feinde ist (stürmischer Applaus) und daß wir die Kraft haben werden, den Widerstand so weit zu treiben, daß unsere Gegner unterliegen müssen. (Stürmische Zustimmung.)

Ich habe Ihnen im Namen des Verbandes folgenden Antrag zu unterbreiten:

Der Gesamtparteitag der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Oesterreichs **fordert die sofortige Einberufung des österreichischen Reichsrates,** dessen Abgeordnetenhaus in dem gegenwärtigen Augenblick keine andere Aufgabe hat, **als das langjährige Unrecht seiner Existenz zu sühnen und an die Stelle eines verabscheuungswürdigen Privilegienparlaments eine wirkliche Volksvertretung,** aufgebaut auf dem Grundsatz des **allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechtes,** zu setzen.

Der Parteitag erklärt, daß nach dem glorreichen Siege der russischen Revolution das österreichische Proletariat aller Zungen das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht mit aller Energie fordert und **entschlossen ist, allen Verschleppungsversuchen, wenn es sein muß, auch mit den äußersten Mitteln entgegenzutreten.**

Abgeordneter **Daszynski** (zuerst polnisch, dann deutsch): Also haben wir doch den Augenblick erlebt, auf den so viele Geschlechter, auf den so viele Millionen Kämpfer so lange und so sehnsüchtig gewartet haben, den Augenblick, wo die Gewaltherrschaft des Zaren aller Reußen ins Grab sinkt. Es übermannt uns ein unermeßliches Gefühl der Befreiung und wir möchten

Tränen der Freude an diesem Grabe weinen, wenn wir auch wissen, daß sich diese Tränen mit dem frischen Blute unserer Besten, unserer Edelsten vermischen. Unsere Besten, die uns den Glauben an die Gerechtigkeit zurückerobert haben, die in uns die Menschheit zu etwas Reellem gemacht haben, deren Galgen in der Zukunft nicht ein dürres Holz bleiben, sondern zu den heiligen Bäumen der Freiheit erblühen werden, und deren Gefängnisse und Verbannungsorte zu Pilgerstätten für die künftige freie Menschheit werden. Der heiße Wind, der vom Osten weht, wird auch bei uns so manche Träne des arbeitenden, des leidenden Volkes trocknen, er wird so manches Denkmal unserer Knechtschaft und unserer Schande einstürzen. In dem gewaltigen Strom der Zeit, die wir jetzt glücklich erleben, wird auch dieser Jammerstaat Oesterreich mächtig — wenn auch wider seinen Willen — vorwärts getrieben. Dieses Oesterreich wird sich nicht mehr halten können, dieses Oesterreich der Knechtung, dieses Oesterreich des Unrechts, dieses Oesterreich der wilden Ausbrüche des völkermordenden Chauvinismus. Dieses Oesterreich muß zugleich zu Grabe getragen werden. (Riesiger Beifall.) Jetzt ist es glücklich umzingelt von Kräften, die alle nach Vernunft und nach dem Recht rufen und die sich die Vernunft und das Recht zu erkämpfen genug mächtig sind. Ja, Parteigenossen, jetzt geht es um die Existenz dieses Völkeraggregats, das in unheimlichen, den Tod verkündenden Zuckungen sich krümmt und windet. Heraus mit dem Parlament! Es soll die Stirn zu bieten wagen dem gewaltigen Strom des Volkes, dem gewaltigen Brausen der Revolutionäre nach Recht; es soll sich dem Volke gegenüberstellen; dieses verruchte Parlament, es soll die Stirn haben, sich dem Volke zu zeigen. (Stürmischer Beifall.) Wir rufen also: **Heraus mit dem Parlament!** und in demselben Augenblick rufen wir: **Heraus das Proletariat auf die Straße!**

Die Rede Daszynskis war mit immer steigender Erregung angehört worden. Sein Schlußappell wird mit unendlichem Jubel aufgenommen. Alle erheben sich von den Sitzen und bereiten Daszynski eine stürmische Ovation.

Pittoni: Wir Italiener können in diesem feierlichen Augenblick auch nicht schweigen; wir müssen unserer Freude Ausdruck geben über den Sieg der russischen Revolution, und unserer Entschlossenheit, soweit wir noch unter Habsburgs Herrschaft stehen — ein Teil unserer Nation hat sich durch Revolutionen befreit — gemeinsam mit Ihnen allen für die Rechte des gesamten Volkes zu kämpfen. (Stürmischer Beifall.)

Buchinger: Im Jahre 1848 haben russische Kosaken die ungarische Freiheit unterjochen geholfen. Nun soll uns aus Rußland wieder die Freiheit kommen. Wir Ungarn sind voll des herzlichsten Dankes für den großen Sieg unserer russischen Genossen. Und wir fühlen uns gedrängt, in diesem Augenblick das Versprechen abzugeben, daß wir die Bedrücker und Aussauger des ungarischen Volkes so sicher bekämpfen und besiegen werden, wie es unsere russischen Vorkämpfer getan haben. Hoch die russische Revolution! Hoch die revolutionäre internationale Sozialdemokratie! (Stürmische Hochrufe.)

Melen: Der Absolutismus ist gefallen und sein Tod bedeutet in Rußland das Aufatmen des arbeitenden Volkes, sein Tod bedeutet aber auch ein neues Leben für das arbeitende Volk in ganz Europa. Die Konstitution bedeutet aber für uns ruthenische Proletarier, daß die Grenze zwischen den Ruthenen hier und dort gefallen ist und daß wir nun gemeinsam an der Erweckung unseres Volkes arbeiten werden. Wir ruthenischen Sozialdemokraten wissen, daß wir nun die heilige Pflicht haben, unsere Landarbeiter unserer großen Sache zuzuführen, und wir werden alle unsere Kraft aufwenden, bis auch die ruthenischen Bauern in den Reihen des kämpfenden Proletariats kämpfen werden. (Lebhafter Beifall.)

Der Antrag Pernerstorfer wird nun unter großer Begeisterung einstimmig angenommen.

Skaret macht nun folgende Mitteilung: Vor kaum zwei Stunden haben wir die Ereignisse vernommen und soeben wird mir telephonisch berichtet, daß die Kasernengasse vor der „Arbeiter-Zeitung" voll von Arbeitern ist (*lebhafter Beifall*), die auch von dem großen Ereignis gehört haben und offenbar

dort auf die Parole warten, in der sicheren Meinung, daß hier etwas geschehen muß. Auf Wiedersehen heute abends auf dem Burgring!

Dr. Czech: Ich teile Ihnen mit, daß, wie uns eben aus Brünn telephoniert wurde, zu derselben Stunde, wo Sie auf dem Burgring sich versammeln, auch die Brünner Arbeiter auf die Straße ziehen werden. (Stürmischer Beifall.)

Der Vorsitzende **Tomschik** schließt die Sitzung mit dem Rufe: Auf Wiedersehen vor der Burg! (Begeisternde Hochrufe.)

Dritter Verhandlungstag.

Mittwoch, 1. November 1905.

Vorsitzender **Tomschik** eröffnet die Sitzung und verweist auf die gestrige Demonstration. Der Parteitag des Wahlrechtskampfes, sagt er, hat gestern vor dem Parlament und vor der Burg seine Tagung fortgesetzt. (Heiterkeit und Beifall.)

Sodann erstattet **Schrammel** (Aussig) den Bericht der Mandatsprüfungskommission. Darnach sind 187 Delegierte anwesend, darunter 12 Frauen, und zwar Deutsche 87 (darunter 8 Frauen) aus 28 Wahlkreisen, Tschechen 64 (3 Frauen) aus 26 Wahlkreisen, Polen 20 (1 Frau) aus 9 Wahlkreisen, Ruthenen 4 aus 3 Wahlkreisen, Slowenen 9 aus 5 Wahlkreisen und Italiener 2 aus 4 Wahlkreisen; außerdem sind 20 politische und 30 Fachblätter sowie die Redaktion der „Gewerkschaft" vertreten. Ferner sind noch die Mitglieder der nationalen Exekutiven sowie die Abgeordneten — mit Ausnahme des entschuldigten Abgeordneten Resel — anwesend. Alle Mandate wurden für gültig erkannt. Nur hat die Kommission die Ausstellung zu machen, daß manche Mandate mit Bleistift geschrieben sind, was durchaus zu rügen ist.

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

Sodann wird zum nächsten Punkt: **Der Massenstreik,** übergegangen. Das Referat erstattet

Abgeordneter **Dr. Adler:** Es sind im wesentlichen andere Umstände, unter denen wir diesen Punkt auf die Tagesordnung gesetzt haben, als die sind, unter denen ich heute referieren soll. Vor einem Jahre war der Massenstreik für Oesterreich genau so wie für die Sozialdemokratie aller Länder ein Gegenstand ernster, aber wesentlich akademischer Erörterung. Seit vielen Jahren hat sich um diesen Gegenstand nicht nur eine umfangreiche Literatur, sondern auch eine rege, zum Teil aufgeregte Diskussion entwickelt; aber diese Diskussion, von der ich sagen kann, daß sie niemals meinen Wünschen entsprochen hat, haben wir auf diesem Parteitag weniger nötig, als wir noch vor einem Jahre annehmen konnten. Die Idee, daß das Proletariat im Klassenkampf jene Waffe benützen soll und kann, die ihm die natürlichste ist, daß das Proletariat durch die Niederlegung der Arbeit einen Stillstand der Produktion erzwingen kann, ist nicht von Theoretikern ausgeheckt, nicht zunächst philosophisch begründet worden, sondern sie liegt dem Proletariat selbstverständlich in Fleisch und Blut. Das große Wort: „Alle Räder stehen still, wenn dein starker Arm es will!" dieses Wort mit allen Phantasien, mit allen Konsequenzen, besonders mit aller Begeisterung, die sich daran knüpft, ist nicht von einzelnen Denkern des Proletariats ersonnen worden. Ganz selbstverständlich tritt dieser Gedanke in verschiedenen Ländern, zu verschiedenen Zeiten, in verschiedenen Formen und mit verschiedener Bestimmtheit auf, und die Geschichte unserer internationalen Sozialistenkongresse zeigt, daß es tatsächlich keinen einzigen Kongreß gegeben hat, auf dem dieses Kampfmittel nicht erörtert und durch eine Resolution erledigt werden mußte. Erledigt werden mußten vor allem jene Mißverständnisse und Irrtümer, die sich an die Idee

des Generalstreiks knüpften, als jenes Mittels, das der kapitalistischen Ordnung plötzlich ein Ende machen kann. Die Gedankengänge, die sich an diesen endlichen Schlußeffekt des proletarischen Kampfes knüpfen — mögen sie von anarchistischer Seite kommen oder von nur gewerkschaftlicher oder wie heute in Berlin in anarchosozialistischer Form — sie gehen von einem grundlegenden Irrtum aus, von dem Irrtum, daß man in einem bestimmten Moment aus der Arbeiterklasse mehr Kraft, mehr Macht freimachen kann, als diese Klasse in diesem Moment tatsächlich hat. Alle diese Irrtümer gehen davon aus, als ob in der Arbeiterklasse verborgen eine Kraft ruhen würde, die man in einem bestimmten Moment durch ein Zauberwort entfesseln kann, von dem Irrtum, als ob die Arbeiterklasse ihren Klassenkampf zum Schlusse zu führen vermag, wann sie will, ohne Rücksicht auf die Höhe der kapitalistischen Entwicklung und der Zuspitzung der Klassengegensätze, ohne Rücksicht auf die wirklich erlangte Macht des Proletariats als Klasse. Wir Sozialdemokraten verurteilen alle diese Gedankengänge als Utopien und als ablenkend von dem Wege, den das Proletariat in der politischen und gewerkschaftlichen Organisation zu gehen hat. Wir verurteilen sie nicht nur als falsch, sondern auch als gefährlich für die Entwicklung unserer Organisation, weil sie den notwendigen Gedanken aus den Gehirnen der Arbeiter verdrängen, daß sie ihre Macht durch langsame emsige Arbeit schrittweise und stückweise unter unsäglicher Mühe und ohne jede Ueberspringung auch nur eines einzigen Schrittes dieses Weges so lange erhöhen müssen, bis sie auch nur in Möglichkeit wirksam zu sein annähernd gleichstehen der tatsächlichen Entwicklung der Machtverhältnisse. Diese Idee der Explosion und der Beendigung des Klassenkampfes durch eine Explosion, die mit dem Namen Generalstreik verbunden ist, hat die Sozialdemokratie immer zurückgewiesen, und ich glaube angesichts der aktuellen Aufgabe, die mir heute geworden ist, mich mit diesem Gedankengang nicht weiter beschäftigen zu müssen.

Wenn wir vom Generalstreik reden, so ist es nur ein falscher Zungenschlag. Wir meinen immer den Massenstreik, und zwar den Massenstreik nicht als letztes Mittel zur Aenderung der Gesellschaftsordnung, sondern als ein heutiges Mittel für den heutigen Kampf in einem Moment des Klassenkampfes, mag sich dies auf politische oder auf gewerkschaftliche Forderungen beziehen. Auch über die Möglichkeit dieses Massenstreiks ist heute sehr viel gesprochen worden und insbesondere wurde jetzt in Deutschland viel erörtert, ob die Diskussion des Massenstreiks nützlich sei. Ich bin immer ein Gegner der Diskussion des Massenstreiks gewesen und bin es noch heute. Wohl aber halte ich es für notwendig — wenn man zu der Erkenntnis gekommen ist, daß der Massenstreik ein geeignetes Kampfmittel ist — ihn nicht zu diskutieren, sondern vorzubereiten (Beifall), etwas, was unter Umständen von der Diskussion wesentlich verschieden sein kann. Wir haben es erlebt, daß gerade diejenigen, die die schärfsten Vorkämpfer einer Diskussion des Massenstreiks waren, am wenigsten geneigt waren, zuzugeben, daß seine Vorbereitung eine Sache für jetzt, für heute, für heuer ist.

Der Massenstreik hat auch im Begriff Wandlungen erlebt — wieder nicht durch Nachdenken am Schreibtisch, sondern einfach durch Tatsachen, die wir erlebt haben. Wir hatten den Massenstreik in Belgien — und ich erinnere Sie daran, daß wir im Jahre 1893 riefen: „Man wird belgisch reden!“ so wie wir heute rufen: „Man wird russisch reden!“ — wir hatten ihn in Italien, Holland, Schweden und er hat sich seit dieser Zeit entwickelt — als Tatsache, nicht als Begriff. Er hat sich von der Absicht, alle Räder stillstehen zu lassen, mit einem Schlage zu der Absicht entwickelt, große Streiks durchzuführen an Stellen, wo sie dem Staate und der öffentlichen Gewalt am empfindlichsten sind. Auch hier muß ich gleich erwähnen, daß man den Streik, der um wirtschaftliche Dinge geht — und mag er noch so ausgedehnt sein wie unser Kohlenarbeiterstreik im Jahre 1900 oder wie der Streik im Ruhrrevier im vorigen Jahre — absolut nicht mit dem Massenstreik um politische Dinge *vergleichen* kann, denn jener richtet sich gegen Unternehmer, mögen ihrer noch *so viele sein*, als Unternehmer, bei diesem aber ist der Unternehmer nur das

Mittel, durch das wir auf die öffentliche Gewalt einen Druck ausüben; und je mehr der Unternehmer ein Stück der öffentlichen Gewalt ist, je mehr er seine Empfindlichkeit und den Schaden, den er erleidet, auf die politische Maschine übertragen kann, um so wichtiger, um so wirksamer wird der Streik sein. Aber nicht das ist das Wesentliche. Wesentlich ist vielmehr, daß durch den Massenstreik die notwendigen Funktionen der Wirtschaft stillgesetzt, durch ihn Störungen im öffentlichen Betriebe erreicht werden.

Nun hat man darüber gestritten, was aus einem Massenstreik werden kann. Darauf lasse ich mich nicht ein. Man hat eine Grenze zu ziehen versucht zwischen Massenstreik und Revolution oder man hat behauptet, das sei dasselbe. Auf dem Papier lassen sich diese beiden Dinge vereinigen, auf dem Papier lassen sie sich wieder auseinanderlegen; je nach Bedarf. Was in der Praxis geschieht, darüber entscheiden Gedanken im vorhinein und die weisesten Ueberlegungen nicht. Wir haben in Italien vor zwei Jahren einen Massenstreik erlebt. Unter dem Eindruck, daß wieder einmal Arbeiter von der königlichen Soldateska füsiliert wurden, ist der Massenstreik wie im Fluge über das Land gegangen und er wurde mit echt italienischer Leidenschaft durchgeführt. Es ist keine Revolution daraus geworden, ebensowenig wie in Belgien. Wir haben gesehen, daß Massenstreiks in Rußland und Polen zunächst in ganz ökonomischen Formen angefangen haben, zur Erreichung einer gewöhnlichen Regelung der Lohnverhältnisse, ganz so wie andere Streiks; aber die Zeit war reif und die Gehirne der Proletarier waren nicht mehr in der Lage, ihre persönlichen Forderungen, die Forderungen ihrer Gruppen, von den allgemeinen politischen Bedürfnissen zu trennen, und diese Streiks, die in dieser beschränkten Form begonnen haben, sind zu jenen großen politischen Streiks geworden, deren Verlauf wir nur in ihren Wirkungen und in ihren allgemeinsten Zügen kennen, die aber gewiß in erster Linie zu dem glorreichen Resultat mitgewirkt haben, das wir heute alle jauchzend erleben. So im allgemeinen kann man darüber nicht urteilen. Aber das eine lehrt uns die Erfahrung des Massenstreiks: Bei einer gewissen Höhe der Organisation, bei einer gewissen Klarheit in der politischen Absicht und Leitung ist es möglich, den Massenstreik so diszipliniert, so besonnen, so klar über das Ziel anzuwenden wie irgend ein anderes proletarisches Kampfmittel; und außerdem lehrt uns die Erfahrung, daß unter gewissen politischen Verhältnissen alle Ueberlegung, alle Aengstlichkeit, alle Zurückhaltung nichts nützt, daß der Massenstreik, wenn er möglich ist, auch zur Tatsache wird.

Und nun zu Oesterreich. Wir haben vor zwölf Jahren im Wahlrechtskampf eine Diskussion über den Massenstreik geführt, und wir sind damals zu dem Schlusse gekommen, daß weder die politische Situation noch unsere eigene Kraft es uns ermöglicht, den Massenstreik durchzuführen. Im Jahre 1894 hat eine wichtige Bedingung für den Massenstreik vor allem gefehlt. Der Massenstreik wäre damals gekommen, nachdem die Entscheidung in der Hauptsache schon vorüber war, zu einer Zeit, wo die große Masse der Arbeiter weder von der politischen noch von der gewerkschaftlichen Organisation genügend ergriffen war. Sie waren allerdings erregt, aber die Erregung war doch so, daß man ihr eine nachhaltige Dauer und Wirkung nicht zutrauen konnte. Wir hatten unsere Entscheidung damals zu fällen inmitten zwischen dem erregten Bedürfnis der Genossen, die politisch im Vordergrund standen, wie auch einzelner Teile der Masse auf der einen Seite und dem Bewußtsein auf der anderen Seite, daß wir zu schwach und die anderen zu stark sind. Das waren die beiden Motive, die auf uns einstürmten, und ich glaube, die österreichische Sozialdemokratie hat zu jener Stunde einen Beweis ihrer Reife gegeben, indem sie den Massenstreik nicht beschloß, so treffend, wie er sonst kaum gegeben wird, wenn man vorwärts geht. Aber die Zeiten haben sich geändert. Wenn die Möglichkeit des Massenstreiks und seines Erfolges in erster Linie von dem Verhältnis der Kraft des Proletariats zur Kraft seiner Gegner abhängt, dann müssen wir uns vor allem sagen: Seit

zwölf Jahren sind wir stärker und sind unsere Gegner schwächer geworden. (Beifall.) Dann aber: Wenn der Erfolg eines Massenstreiks, wie jedes Kampfmittels, davon abhängt, daß das Ziel, das im Augenblick erreicht werden soll, auch wirklich erreichbar ist, daß die Erfüllung dieser Forderung reif geworden ist, so müssen wir uns sagen: Ob unser Ziel im Jahre 1894 reif war oder nicht, heute ist es überreif geworden (lebhafter Beifall), und wir sind ihm darum auch ein Stück näher gekommen. Die Verhältnisse haben sich seit zwölf Jahren wesentlich zugunsten der Möglichkeit, durch den Massenstreik etwas zu erreichen, geändert.

Nun habe ich hier noch mit einem Argument abzurechnen, das mir das entscheidendste zu sein scheint. Wir haben nicht nur in unserer Literatur, sondern auch in der Arbeiterschaft immer mit dem naheliegenden Gedanken zu kämpfen gehabt: Wenn ihr den Massenstreik durchführen könnt wegen des Wahlrechtes oder wegen des Koalitionsrechtes oder wegen des Achtstundentages, warum, zum Teufel, denn nur für diese Kleinigkeiten? Wenn wir das überhaupt können, so können wir ja das Ganze haben. Das ist der Gedanke, der in so vielen Köpfen steckt und der das schwerste Hindernis für die vernünftige, zielsichere Anwendung des Massenstreiks ist; diesen Gedanken müssen wir mit allen Mitteln den Genossen aus den Köpfen herausnehmen. Nein, der Massenstreik hat, wie jedes andere politische Mittel, nicht nur eine Qualität, sondern vor allem auch eine Quantität. Wenn wir ein gewisses Stück Macht haben, so haben wir darum noch nicht die Allmacht, und wenn unsere Gegner im Verhältnis zur Kraft des Proletariats relativ schwächer geworden sind, so ist da noch ein weiter Weg bis zu ihrer Ohnmacht. Wir dürfen auch nicht vergessen, daß die herrschende Macht anders kämpft und eine andere Gewalt anwenden muß, wenn sie ihr Leben verteidigt, als wenn sie bloß die Nichterfüllung einzelner Dinge verteidigt, die sie längst schuldig war, zu erfüllen. Wenn wir heute auf die Straße gehen und den Massenstreik verkünden wollten, um aus Oesterreich etwa die Vereinigten Staaten von Mitteleuropa zu machen, müßten sich uns die Herrschenden, weil es ihnen ans Leben ginge — abgesehen davon, daß die Sache nicht reif wäre — mit der letzten Kraft und der äußersten Anstrengung aller ihrer Machtmittel in den Weg stellen. Wenn wir aber etwas verlangen, was uns längst gebührt, wovon die anderen wissen, daß es uns längst gebührt; wenn wir etwas verlangen, ohne das die anderen selbst nicht mehr leben können und das sie nur zu feig sind, zu erfüllen; wenn wir etwas verlangen, was den Staat gewiß nicht demoliert; wenn wir Dinge verlangen, die in diesem Moment reif und überreif sind: dann kommt natürlich unsere volle Kraft ins Spiel, auf der anderen Seite aber kann nur jenes Maß von Gewalt ins Spiel kommen, das der Wahnsinn imstande ist, der Vernunft in den Weg zu stellen. (Lebhafter Beifall.) Das ist doch ein wesentlicher Unterschied.

Wenn ich nun sage: der Massenstreik ist bei uns aktuell geworden, eine Sache der Erwägung der nächsten Zeit! so sage ich das in dem vollen Bewußtsein, damit auszusprechen, daß die Arbeiterklasse im Begriff ist, eine Summe schwerer Opfer auf sich zu nehmen, in dem vollen Bewußtsein, daß nur die gewissenhafteste Erwägung, nur der äußerste Zwang, nur die absolute Unvermeidlichkeit, der Arbeiterklasse solche Opfer aufzuerlegen, uns veranlassen kann, die Arbeiter aus den Fabriken herauszurufen; ich sage es mit dem vollen Bewußtsein, daß wir, die Alten, die gewiß nicht leichtsinnige Sprünge machen, nur nach genauer Erforschung unseres Gewissens als Sozialdemokraten und unserer vollsten Verantwortlichkeit, die auf uns lastet, nur dann dazu schreiten werden, wenn wir zu dem äußersten Mittel gezwungen sind. Der Massenstreik ist ein äußerstes Mittel, das heißt ein äußerstes Mittel für unsere Entschließung, wir gehen an ihn nur dann, wenn wir ihn machen müssen, wenn wir dem Proletariat dieses furchtbare Opfer auferlegen müssen, ihm auferlegen müssen den Hunger für sein Recht; aber er ist nicht ein äußerstes Mittel in dem Sinne, daß er ein letztes Mittel wäre. Darüber

geben wir uns keiner Täuschung hin, wenn wir die Geschichte der ältesten wie der neuesten Zeit nicht übersehen wollen, aber wir haben auch keinen Grund, andere zu täuschen. Wenn wir heute den Beschluß über den Massenstreik ausklingen lassen in die ernste Mahnung an die österreichische Arbeiterschaft, sich bereit zu machen, ihn ausklingen lassen in den Entschluß, Ernst zu machen mit dem Massenstreik, dann tun wir das nicht, weil wir den Massenstreik gern auf uns nehmen. Nein, ich wiederhole es: Jeder von uns weiß, wie schwer es ist für jeden einzelnen und welche Gefahr es werden kann für die Organisation. Aber es gibt Zeiten im Leben der Völker, es gibt Momente im Klassenkampfe des Proletariats wie jeder Klasse, wo ein Zustand unerträglich geworden ist. (Stürmische Zustimmung.) Wir wissen sehr gut, daß ein Massenstreik — obwohl wir den Wunsch und den Willen und wahrscheinlich auch die Fähigkeit haben, ihn geordnet zu beginnen und in voller Disziplin zu schließen — auch in dieser Form schwere Eingriffe nicht allein in das Leben des Staates, sondern auch in das Leben jeder einzelnen Proletarierfamilie schafft. Aber wir wissen noch mehr und wir wollen aufrichtig sein und keinen Gedanken verbergen. Wir wissen, daß — obwohl wir den festen Entschluß haben, in voller Ordnung zu streiken und mit dem Streik nicht mehr als den Streik zu wollen — dieselben Faktoren, die uns den Massenstreik aufdrängen gegen unseren Willen, daß die österreichischen Volksfeinde, die Borniertheit und die schwarz-gelbe Dummheit, schließlich auch fähig sein können, uns in eine andere Lage zu zwingen. Aber wie die Verantwortung für die Notwendigkeit des Massenstreiks nicht auf dem Proletariat liegt, sondern im Proletariat nur die Bedingungen seiner sicheren, vernünftigen und mutigen Durchführung sind; wie die Verantwortung für alles Leid, das geschaffen wird, jenen obliegt, die blind und verblendet uns dahin geführt haben: so lege ich auch heute die volle Schwere der Verantwortung auf jene verbissenen und verbohrten Menschen, die Oesterreich beherrschen und die schließlich wirklich glauben, mit uns wie mit dem Vieh umgehen zu können. (Lebhafter Beifall.)

Wir stehen am Anfang eines Kampfes, dessen Ende, weil es durch die unabsehbare Dummheit der Herrschenden und durch die unabsehbare Gewissenlosigkeit unserer Staatsmänner bestimmt wird, darum auch unabsehbar ist. (Zustimmung.) Wenn es dazu kommen sollte, daß wir in die Lage kommen, nicht nur unser Leben täglich dem Dienste des Proletariats zu widmen, sondern es auch im Dienste des Proletariats zu beendigen, so sage ich Ihnen ganz ruhig und ganz nüchtern: Oesterreich hat den Wert des Lebens in diesem Oesterreich so sehr vermindert, es hat unser Leben so vergällt und zum Ekel gemacht, es hat uns jede Möglichkeit, menschlich zu leben, so eingeschränkt, daß dieses Leben keine bessere Widmung haben kann, als geopfert zu werden, um den Völkern ein neues Leben, das des Lebens wert ist, zu bereiten. (Stürmisch hervorbrechender, lang andauernder Beifall.) Sie hören von mir sonst nicht solche Worte (Richtig!), ich bin kein Mensch, der sich zu großen Redensarten fortreißen läßt; ich bin ein nüchterner, vielleicht allzu nüchterner Mensch, aber ich habe einen festen Grundsatz: in jedem Moment das zu tun, was dieser Moment notwendig macht, nicht mehr, aber auch nicht weniger; und wir stehen in einem Moment, wo es notwendig ist, alles mit allem durchzusetzen. (Lebhafter Beifall.)

Wenn ich nun, nachdem ich so unser aller Stimmung und innerstem Bewußtsein Ausdruck gegeben habe, mich wieder zum Gegenstand wende, so muß ich zunächst fragen: Um was kämpfen wir denn? Um dieses jämmerliche bißchen Wahlrecht, das nur darum einen so ungeheuren Wert für uns hat, weil wir es nicht haben! Das wirklich, wie wir hundertmal gesagt haben, nicht mehr ist als die Luft, um leben zu können, das aber leider ebenso notwendig ist wie die Luft. Nur um die politische Lebensluft kämpfen wir, um den ersten Schritt, um die erste Möglichkeit, uns

zu entwickeln. Und noch eins: Wir brauchen das Wahlrecht für alle Völker, für alle Klassen, wir brauchen es auch schließlich für den Staat; aber wir brauchen es auch aus einem ganz besonderen Grunde. Wir brauchen das Wahlrecht, um es endlich los zu sein. Wir können doch nicht unser ganzes Leben hinbringen mit dem Kampf für die Luft; bloß nicht zu ersticken, kann doch nicht unser Lebensziel sein! Haben wir denn nichts anderes zu tun, als nicht zu ersticken? Haben wir nicht für die Völker, für die Arbeiterklassen die wichtigsten Dinge zu erkämpfen? Haben wir sie nicht mit neuen, großen, schaffenden Ideen zu durchdringen? Haben wir sie nicht vorwärts zu treiben, sie vorwärts zu führen bis zu jenem Punkte der Reife, die sie innerlich schon besitzen und die sie nur äußerlich in ihrer Organisation in ihrer Erreichbarkeit der Kultur nicht haben, weil man sie künstlich und mit Gewalt zurückstößt? Haben wir nicht in Oesterreich endlich die nationale Ordnung zu schaffen? Haben wir nicht die Arbeiterklasse kulturell zu entwickeln und die Bedingungen für ihre weitere Entwicklung zu schaffen? Haben wir nicht unsere verrottete Sozialgesetzgebung weiterzubringen? Wir haben die Altersversicherung auf der Tagesordnung und wir können davon nicht sprechen, weil wir kein Wahlrecht haben. Wir sollen von der Pein des Militarismus sprechen. Wir können es nicht, weil wir kein Wahlrecht haben! Wir können über nichts sprechen, wir können nichts tun, ohne über dieses erste zu stolpern, ohne gegen diese Mauer anzurennen; gegen diese Mauer der österreichischen Dummheit, gegen diese Mauer des österreichischen Staatsverbrechens! (Stürmischer Beifall.) Darum müssen wir über die Mauer. Sie muß weg! Und es hat keinen Moment gegeben, wo es so möglich war, sie wegzuräumen, wie heute. Es gibt keinen Menschen mehr, der das nicht begreift. Ich glaube, daß die Krone, die für Ungarn gescheit genug ist, doch in Oesterreich nicht minder gescheit sein kann (stürmischer Beifall), und daß es einem Minister nicht erlaubt ist, weniger gescheit zu sein als sein Kaiser. (Lebhafte Heiterkeit.)

Wir haben nie einen so günstigen Moment gehabt, oben nicht, in den politischen Verhältnissen nicht und auch vor allem nicht in dem Zustand der Arbeiterklasse, die den Kampf führen will. Wie Rußland nach oben gewirkt hat, weiß ich nicht. Wahrscheinlich haben die Beine ein wenig geschlottert und die Nerven ein wenig gebebt, wie man erfahren hat, daß der eherne Hort, der Rückhalt jedes Verbrechens an den Völkern, die letzte Zitadelle jeder Schändung des Volkes, zusammengebrochen ist, daß das, was man für ewig hielt, endlich niedergestürzt wurde. Gewiß hat man geschlottert. Aber man hat sich vielleicht doch gedacht: Das ist nicht nur die Revolution, die das geleistet hat, daß sind auch die Japanesen! (Heiterkeit.) Jedes Land hat einmal seine Japanesen. Und wir in Oesterreich haben von Italien und Deutschland gerade genug gehabt. Wenn uns die Lehren nicht so angeschlagen haben, so kommt das daher, weil zu jener Zeit diese Lehren nur ausgenützt werden konnten von einer Bourgeoisie, die schwach war, während das Proletariat weder ökonomisch noch politisch entwickelt und darum nicht fähig war, die Lehren von Solferino und Königgrätz zu ziehen. Auch in Rußland wäre ja, wenn das Bürgertum allein — so anerkennenswert auch sein Mut und sein Kopf ist — die Konsequenzen aus dem japanischen Kriege hätte ziehen müssen, der Zar noch sicher in seiner Herrschaft und er wäre heute noch Selbstherrscher aller Reußen, was er gestern aufgehört hat zu sein. Die Arbeiterklasse Rußlands war es, die dieses politische Moment des Krieges zum entscheidenden Moment für Rußland gemacht hat, und man möge nicht vergessen, daß seit 1866 auch die Arbeiterklasse in Oesterreich sich entwickelt hat. Ich glaube aber nicht, daß die russische Lektion, die die verschiedenen Souveräne in diesem Moment nehmen müssen, vollständig ohne Erfolg sein wird. Die Sprache lernt sich etwas schwer, aber die Lehrmeister sind so praktisch und so deutlich (Heiterkeit), daß selbst weniger talentierte und zum Lernen nicht mehr aufgelegte Herren sie lernen würden. (Lebhafte Heiterkeit und Beifall.) Aber das ist schließlich weniger wichtig. Wichtig ist, daß die Arbeiterklasse versteht, was um sie vorgeht. Und da können Sie heute durch ganz Oesterreich von einem Ende zum anderen ziehen, da können Sie nach Norden gehen, nach Nordböhmen zum

Beispiel — woher ich übrigens in der Tat, ich will es Ihnen nicht vorenthalten, meine revolutionäre Entschlossenheit in der letzten Zeit bezogen habe (Heiterkeit) — oder in den Süden nach Triest, zu den Deutschen oder Tschechen, zu den Italienern oder Slowenen und zum Schluß zu den Polen gehen, die die Nachbarn jener Revolution sind — überall finden Sie in den Massen das Bewußtsein, daß etwas sich ereignet, was wir nicht gehofft haben, zu erleben, daß historische Dinge sich ereignen und daß es unmöglich ist, weiter zu leben in der Schande. (Stürmischer Beifall.) Darum werden wir den Massenstreik machen können, weil er gestützt sein wird nicht nur auf eine viel größere Organisation und auf eine viel tiefere Einsicht in die Dinge, sondern auch weil er getragen sein wird von dem Bewußtsein, das in jedem einzelnen wohnt: Jetzt ist der Moment, jetzt muß sich zeigen, was für Kraft im Proletariat steckt! Jetzt oder nie! (Brausender Beifall.)

Ich wiederhole: Was wollen wir denn mit all dieser Anstrengung erreichen? Verlangen wir vom Bürgertum, von der Regierung, von der Krone etwas, was sie nicht leisten können? Verlangen wir, daß sie dem Proletariat ihre Waffen ausliefern; daß sie ihre Herrschaft aufgeben; daß sich das Proletariat auf den Thron setze und die Klassenregierung beseitige? Verlangen wir auch nur, daß schwere wirtschaftliche Interessen des Kapitalismus preisgegeben werden? Nein, im Gegenteil. Wir verlangen die Beseitigung einer Kette, die sie selbst kettet; wir verlangen die Beseitigung eines Hemmnisses, das auch die Entwicklung des Kapitalismus hemmt; wir verlangen nichts anderes, als was für uns allerdings Lebensnotwendigkeit ist, aber auch für sie politische Notwendigkeit ist, und wir unterscheiden uns von ihnen nur dadurch, daß wir wissen, daß wir sehen und daß wir wollen, was notwendig ist, während sie vielleicht noch fähig sind, klar zu sehen, aber gewiß unfähig, zu wollen, was notwendig ist. Aber da sie nicht marschieren können, nicht marschieren wollen, werden wir sie zum Marschieren zwingen müssen. (Lebhafter Beifall.)

Zu diesem bestimmten, genau abgegrenzten und leicht zu erreichenden Zwecke fordern wir Sie, Parteigenossen, auf, in den Massenstreik einzutreten. (Stürmischer Beifall.) Leicht zu erreichen erscheint uns das Ziel, wenn wir betrachten, wie reif die Frucht ist, schwer, wenn wir die Macht der Gegner und ihre Beschränktheit ins Auge fassen; leicht ist der Kampf, weil uns die Minute günstig ist, schwer, weil das Proletariat Oesterreichs zwar ein opferfähiges, aber auch ein armes Proletariat ist. Aber wir wissen, so arm wie ihr, so arm sind die Proletarier Rußlands auch. (Sehr richtig!) Und ich weiß, daß es gar viele Arbeiter gibt, die entschlossen sind zum Kampfe und die an dem Munde dessen hängen, der das Losungswort ausgeben soll, wann endlich der Kampf anbrechen wird. Ich weiß, daß die Massen bereit und entschlossen sind — heute ist es anders als im Jahre 1894, wo noch die Bergarbeiter mit dem Massenstreik um das Wahlrecht auch den um ökonomische Forderungen verbinden wollten — entschlossen, einzig und ausschließlich für die Erringung des gleichen Wahlrechtes in den Ausstand zu treten. Und in den nächsten Wochen wird sich diese Bereitschaft zu dokumentieren haben. Wir werden zu verhindern haben, daß voreilige und überflüssige Vergeudung von Kraft erfolge, wir werden verhindern müssen, daß die Leidenschaft an einzelnen Orten vorzeitig überschäume und unsere Kraft für den Hauptkampf schwäche. Wir werden dafür zu sorgen haben, daß der Kampf konzentriert sei und daß er sich mit jener Disziplin vollziehe, die ihm allein die Wirkung sichert und die zugleich den Kämpfenden die geringsten Opfer auferlegt. Das wird uns alles nicht schwer sein, weil unsere Arbeitermassen in den Gewerkschaften erzogen worden sind. Es hat sich in Deutschland ein Kampf entsponnen, ob die Gewerkschaften für den Massenstreik sind oder nicht, ob sie dreinzureden haben oder nicht. Bei uns wird es solche Kämpfe nicht geben, weil bei uns die Gewerkschafter Sozialdemokraten und die Sozialdemokraten Gewerkschafter sind — genau wie in Deutschland, aber mit dem kleinen Unterschied, daß bei uns dasselbe sozialdemokratisch-gewerkschaftliche Gehirn konzentriert gemeinsam

denkt, empfindet und handelt. (Stürmischer Beifall.) Das Proletariat hat in Oesterreich nur eine Maschine, nur eine Organisation, wenn es gilt, die Lebensnotwendigkeiten sowohl für die gewerkschaftliche als auch für die politische Organisation zu erkämpfen.

Nun wäre ich schließlich verpflichtet, Ihnen zu sagen, was in allen Resolutionen und Diskussionen aller internationalen und nationalen Parteitage bei diesem Punkte immer wieder hervorgehoben wird, daß die Vorbedingung eines Massenstreiks — wenn er gelingen soll — gewerkschaftliche und politische Organisation ist und daß unablässig für diese gearbeitet werden muß. Aber in diesem Sinne sind wir heute nicht bei der Vorbereitung, sondern heute sind wir schon bei der Anwendung der Kraft, die bereits angesammelt worden ist. Heute hat unsere Organisation bereits zu zeigen, was sie kann, und wenn wir gestern in den Straßen Wiens eine imposante Probemobilisierung gehabt haben — die ja wirklich in zwei Stunden hergestellt war, aber dafür doch gezeigt hat, daß, wenn der Alarm geblasen wird, auch Wien seine Schuldigkeit tut (Beifall) — so hoffen wir, ja, wir sind fest überzeugt, daß, sobald es zur ernsten Mobilisierung kommt, die Massen des Proletariats zur Stelle sein werden wie gestern auf dem Franzensring, sodann auf allen Kampfplätzen, die Oesterreich hat. (Stürmischer Beifall.)

Redner verliest und beantragt die Resolution **10** und fährt dann fort:

Diese Resolution legt Ihren Vertrauensmännern eine schwere Pflicht auf. Ich getraue mir in Ihrem Namen zu geloben, daß sie ihre Pflicht erfüllen werden. (Beifall.) Wir erwarten von Ihnen, daß Sie dafür sorgen, daß das Proletariat aller Zungen in Oesterreich das Seinige tut im Kampfe um unser aller Leben. (Stürmischer, anhaltender Beifall.)

Als zweiter Referent spricht

Steiner (tschechisch), verliest zunächst die Resolution und fährt hierauf fort:

Ich werde mich angesichts der Stimmung, in der der Parteitag jetzt ist, ganz kurz fassen können und will eigentlich nur folgendes erwähnen: Seit Jahren ist im Parlament kein Gesetz gemacht worden, das dem Schutze der Arbeiter gedient hätte, und was wir bekommen haben, wie das Bergarbeitergesetz, haben wir uns in hartem Kampfe ersiegen müssen. Wir sind vor Neuwahlen und wenn diese Wahlordnung noch bleibt, was für Aussichten eröffnen sich dann? Keine Hoffnung für die Zukunft. Wir haben heute einen Monarchen, der seine kaiserliche Sanktion der Taaffeeschen Vorlage erteilte, einen Monarchen, der den Ungarn das gleiche Wahlrecht zugesagt hat. Aber wir hier sollen das gleiche Wahlrecht nicht bekommen. Heute ist der Feudaladel mächtig und verweigert dem Volke die Erfüllung seiner wichtigsten Forderung. Aber was soll erst werden, wenn der Herr von Konopischt auf den Thron gelangt? Dann wird dieses verfaulte Parlament vollständig ein Spielball in den Händen des Adels und der Hofdamen werden. (Lebhafte Zustimmung.) Eine Perspektive absoluter Hoffnungslosigkeit eröffnet sich da. Sollen wir uns noch weiter von diesem Parlament beleidigen und schmähen lassen? Es ist die erste Pflicht unseres Gewissens, die Waffen, die uns zu Gebote stehen, anzuwenden, um uns unser Recht zu verschaffen. Wir haben in Versammlungen, in friedlichen Demonstrationen, in Petitionen, in Parlamentsreden und Anträgen unser Recht verlangt. Was bleibt uns noch zu tun? Wir haben jetzt nur noch eine Waffe: daß wir die Werkzeuge weglegen, mit denen wir den Staat und die Gesellschaft erhalten. Die technische Entwicklung hat uns diese Waffe in die Hand gegeben und es wäre ein Aufgeben unser selbst, es wäre eine Preisgebung unserer Person, wenn wir diese Waffe nicht benützen würden. Wir wissen, daß wir imstande sind, den Massenstreik mit Erfolg durchzuführen. Die Zeit ist günstig, das arbeitende Volk wartet begeistert auf die Parole, und es ist nicht mehr möglich, es zurückzuhalten. (Stürmischer Beifall.) Nicht leichtfertig fangen wir diesen Kampf an. Wir haben es wohl überlegt und die Vertrauensmänner *werden mit* größter Gewissenhaftigkeit bestimmen, wann der Massenstreik *beginnen soll.* Allerdings ist es nicht unmöglich, daß der Kampf früher ent-

brennt, als wir wollen. Man hat uns diese Waffe in die Hand gedrückt und es ist nicht unmöglich, daß man uns plötzlich zwingen wird, sie anzuwenden, während wir noch beraten werden. Unsere Arbeiter brennen förmlich, zu beginnen, und ich bin überzeugt, daß in dem Augenblick, wo die Polizei bei einer friedlichen Demonstration Arbeiterblut vergießen sollte, mit elementarer Kraft der Streik losbrechen wird. Seien wir darauf gefaßt! Wir wissen, daß der Streik viele Opfer von den Arbeitern fordert, wir wissen, daß die Familien der Arbeiter hungern werden. Aber die Arbeiter sind bereit, jedes Opfer für das allgemeine, gleiche Wahlrecht zu bringen. (Brausender Beifall.) Die Fäuste sind überall geballt, die Nerven sind gespannt, der Kampf wird bald beginnen! (Stürmischer Beifall.)

Vorsitzender **Tomschik:** Wir werden keine lange Debatte über diesen Gegenstand abführen, sondern es werden bloß die **Vertreter der Nationen und der Branchen** Erklärungen abgeben. (Beifall.)

Beer (für die Metallarbeiter): Die Zeit der theoretischen Erwägungen ist vorüber; es gibt jetzt nur noch die Frage, wann der Massenstreik gemacht werden soll. Denn daß er gemacht werden muß, wenn das gleiche Wahlrecht nicht gegeben wird, ist heute zweifellos. Der Massenstreik muß rasch organisiert, er muß vorbereitet werden. (Stürmischer Beifall.) Denn das Unrecht, das die herrschenden Gewalten dem Proletariat dieses so reaktionär verwalteten und regierten Landes noch immer zu bieten wagen, ist unerträglich geworden, seitdem wir die einzigen sind, denen ihr Recht vorenthalten wird. Unerträglich nicht nur für die politische Partei, sondern weit unerträglicher noch für die Gewerkschafter. Seit zwei Jahrzehnten haben wir einen nahezu völligen Stillstand in der Sozialgesetzgebung, und die Entwicklung der Industrie wie die der Arbeiter wird durch die privilegierten Beherrscher des Parlaments gewaltsam unterbunden. Der Massenstreik ist notwendig, denn er soll uns das Recht verschaffen, das wir unumgänglich brauchen, das man uns aber brutal vorenthält. Im Jahre 1893 war die österreichische Arbeiterschaft noch nicht reif, nicht gerüstet für den Massenstreik, heute ist sie aber reif und bereit, den entscheidenden Schlag zu führen und den Kampf um das Wahlrecht allein, ohne Forderungen an die Unternehmer zu stellen, aufzunehmen. Gewiß wird auch jetzt nicht der letzte Betrieb stillstehen. Das ist aber auch gar nicht notwendig. Wenn da irgend ein paar Krauterer arbeiten werden, davon wird Herr Gautsch nicht fett werden und werden diese kleinen bedeutungslosen Betriebe auch die Entscheidung nicht beeinflussen. Aber darüber wird wohl kein Zweifel sein, daß alle maßgebenden Industrien zum Stillstand kommen werden, und daß wir Metallarbeiter wie ein Mann die Fabriken verlassen werden, das brauche ich nicht erst zu versichern. (Beifall.) Um den Sieg ist mir nicht bange. Wenn wir zu stoßen beginnen, wird zusammensinken, was nicht mehr zu halten ist. Die Arbeiterschaft wartet darauf, daß die Parole gegeben werde. Gehen wir ans Werk. Rüsten wir zum entscheidenden Kampfe und bereiten wir sofort den Massenstreik vor. (Stürmischer Beifall.)

Hornof (Prag, tschechisch, für die tschechischen Metallarbeiter): Als wir tschechischen Sozialdemokraten im vorigen Jahre auf unserem Parteitag den Massenstreik diskutierten, dachte keiner von uns, daß die Frage so rasch akut werden könne und daß wir nach einem Jahre nicht mehr über die Möglichkeit, sondern schon über die Durchführung des Massenstreiks beraten würden. Die Arbeiterschaft ist sich heute ihrer Bedeutung in der Wirtschaft des Staates, aber auch ihrer beschämenden Rechtlosigkeit bewußt und sie wird mit Begeisterung in den Kampf ziehen, um diese demütigende Herrschaft der Privilegierten abzuschütteln. (Stürmischer Beifall.) Die großen Demonstrationen in der Provinz haben bewiesen, daß man die Leidenschaften nicht erst entfachen muß. Die Arbeiterschaft hat den Ernst des Augenblicks begriffen und sie ist zu allen Opfern für ihr Recht bereit. Wenn wir am 10. Oktober, als wir in Prag die Demonstration vor dem Landtag veranstalteten, unseren Arbeitern nur ein Wort gesagt hätten, so wären sie gar nicht mehr in die

beschlossen, Ihnen vorzuschlagen, daß Sie ein Manifest an die Arbeiterschaft Oesterreichs richten.

Dieses Manifest hat folgenden Wortlaut:

Der Gesamtparteitag der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Oesterreichs an das arbeitende Volk aller Zungen Oesterreichs!

Der Zarismus hat sich vor der Revolution gebeugt. Die Völker Rußlands haben die Despotie besiegt. Die Freiheit ist in Rußland auf dem Marsche!

Der Zar hat sich für das allgemeine Wahlrecht erklärt. Rußland hat Oesterreich überflügelt.

Aber auch der König von Ungarn hat das allgemeine Wahlrecht in sein Programm aufgenommen.

So stehen die Völker Oesterreichs zwischen dem schon erkämpften allgemeinen Wahlrecht in Rußland und dem versprochenen allgemeinen Wahlrecht in Ungarn auf der einen Seite und dem allgemeinen Wahlrecht des Deutschen Reiches auf der anderen Seite mitten drin, behaftet mit einem Parlament, dessen Grundlage die Kurienschande, eine unerträgliche Form der politischen Ungerechtigkeit, ist.

Dieser Zustand ist nicht mehr zu ertragen. Wir fragen: Ist das arbeitende Volk Oesterreichs weniger wert als das Proletariat Rußlands und Ungarns? Soll das bittere Unrecht, das die Völker Oesterreichs nun achtunddreißig Jahre lang gedrückt hat, noch weiterbestehen? Sollen wir nicht allein den Völkern des Westens, sondern sogar denen des Ostens zum Gespött dienen? Haben wir nicht so viel Kraft in uns, den Schrei nach Recht, den wir unablässig erhoben haben seit Jahrzehnten, nun endlich in die Tat umzusetzen? Sollen wir uns noch länger den Uebermut der kopflosen Staatsmänner und hilflosen Parteiführer einer unfähigen Bourgeoisie gefallen lassen?

Nein, arbeitendes Volk in Oesterreich, deine Geduld ist zu Ende! Wir wollen nichts mehr von Vertröstungen und Hinhaltungen wissen. Wir verlangen unser primitivstes Recht in kürzester Zeit. Wir wollen anerkannt werden als gleichwertige Staatsbürger. Der Kurienwahnwitz darf kein neues Parlament mehr gebären.

Wir fordern das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht von der Regierung und dem Parlament. Wir fordern es als unser Recht und als die erste Lebensnotwendigkeit Oesterreichs und seines geistigen und wirtschaftlichen Fortschritts.

Arbeitendes Volk! In dem großen weltgeschichtlichen Augenblick, den wir eben miterleben, eröffnen wir von neuem den Kampf um das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht. Wir sind entschlossen, diesen Kampf mit dem Massenstreik, mit den äußersten Mitteln zu führen.

Aber unsere Worte richten sich auch an unsere Gegner. Die Verständigen unter ihnen mahnen wir, die Unverständigen warnen wir, den Böswilligen kündigen wir unerbitterlichen Krieg an.

Arbeitendes Volk, auf zum Kampfe! Auf zum entschlossenen Kampfe, der nicht früher beendet werden kann, bis wir im Siege nach Hause tragen

das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht.

Wien, 1. November 1905.

Der Gesamtparteitag der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Oesterreichs.

Parteigenossen! Wir alle wissen, daß wir die Möglichkeit dieses unseres Vorstoßes, dieses energischen, ernsten und unerbittlichen Kampfes zum weitaus größten Teil jenen verdanken, die im Osten für die Freiheit und das Recht *geblutet haben*, unseren Brüdern in Rußland. (Riesiger Beifall und Händeklatschen. Die Kongreßmitglieder erheben sich von den Sitzen und

hören die übrigen Ausführungen Pernerstorfers stehend an.) Wir stehen heute am Vorabend eines katholischen Feiertages, des Allerseelentages. Auch wenn einst das politische und soziale Unrecht aus der Welt verschwunden sein wird, auch dann werden wir in jedem Jahr einen Allerseelentag feierlich begehen; er soll gewidmet sein dem Andenken aller jenen Namenlosen, die für die Freiheit und das Volk gekämpft haben. (Beifall.) Hunderttausende von Leuten aus dem Volke, aus den tiefsten Schichten des Volkes haben gekämpft und haben gewußt, daß ihr Name vergessen werden wird, daß er verrauschen wird im Strome der Weltgeschichte, aber sie haben nicht gekämpft aus Ehrgeiz und Eitelkeit, sie haben aus ihrer inneren Ueberzeugung, aus ihrer großen und edlen Menschlichkeit heraus, die verborgen war tief unter ihren Flicken, für die Menschheit gekämpft. Ihnen allen, unter denen Tausende und Tausende jetzt im großen russischen Kampfe gefallen sind, gilt heute schon und in allen künftigen Zeiten das teuerste Andenken; diese Namenlosen sind es am meisten, denen wir zu ewigem Danke verpflichtet sind, ihnen gelten unsere Gedanken auch am heutigen Tage, wo wir die großen Massen des Volkes aufrufen, mit uns zusammen in den Kampf zu ziehen, in den Kampf, der schwer und ernst werden wird, der vielleicht auch Opfer kosten wird. Aber wir sind überzeugt, die Entschlossenheit des österreichischen Proletariats wird nicht zurückstehen hinter der Entschlossenheit unserer großen Vorgänger im Kampfe für die Freiheit und das Recht. (Stürmischer, jubelnder Beifall.)

Soukup (tschechisch): Dieser große historische Kongreß nähert sich seinem Ende. Wir gehen auseinander im Zeichen des triumphierenden Siegesmarsches der russischen Helden. Wir haben hier unser Ultimatum proklamiert nach oben, wir haben es nach unten verkündet und wir haben den Krieg erklärt allen Widersachern. (Lebhafter Beifall.) Nun ist es an uns, diesen Krieg auch durchzuführen. Wir gehen auseinander nach allen Gauen Oesterreichs und unser Ruf muß fliegen durch die Lande vom Riesengebirge bis zur Adria, von den Alpen bis zu den ukrainischen Prärien, der Ruf muß erschallen diesseits der Leitha, wie er jenseits erschallt, das ganze Volk muß den einzigen Ruf jetzt kennen: Auf zum Kampfe für das gleiche Wahlrecht!

Der Redner gedenkt dann der gefallenen russischen Kämpfer, wobei sich die Versammlung von den Sitzen erhebt, und verliest sodann in tschechischer Sprache das Manifest. Er schließt: Wir sind friedliche, nüchterne Menschen. Aber wenn es notwendig ist, sind wir bereit, das einzige, was wir besitzen, unser Leben und unsere Existenz, für unser Recht zu opfern. (Stürmischer Beifall.)

Das Manifest wird dann unter allgemeinem begeisterten Beifall einstimmig beschlossen.

Die Tschechen singen das altslawische Freiheitslied „Kto za pravdu gori".

Vorsitzender **Tomschik** schließt nun den Kongreß mit den Worten: Ich glaube, das Manifest drückt alles aus, was uns alle erfüllt, alles, was uns nun an Arbeit und Kämpfen bevorsteht. Auf zum Kampfe!

Die Versammlung stimmt in den Ruf: „Auf zum Kampfe!" ein. Die Deutschen singen nun den „Sozialistenmarsch", worauf die Polen und Tschechen die „Rote Fahne" anstimmen. Dann singen die Polen und Ruthenen das ruthenische Freiheitslied „Schalite, schalite". Als die Klänge dieses Liedes verklungen waren, gibt Dr. Diamand eine Erklärung zu diesem Liede: Es wurde gedichtet, als Gautsch zum erstenmal Minister war, und man pflegt es zu beschließen mit dem dreifachen Rufe: „Pereat Gautsch!" Und die Rufe: „Pereat, Gautsch!" und „Hoch das gleiche Wahlrecht"! brausen nun durch den Saal. Den Abschluß macht dann das „Lied der Arbeit", das alle Delegierten singen.

Der Kongreß ist zu Ende.

einmütig zu: „Heraus mit dem Generalstreik!“ (Großer Beifall.) Ich kann Ihnen die bestimmte Erklärung abgeben, daß, sobald die Parole ausgegeben wird, die Bergarbeiter des Ostrauer Reviers bis auf den letzten Mann dem Rufe folgen werden. (Stürmischer Beifall.)

Dolinšek (Trifail, slowenisch, für die Trifailer Bergarbeiter) gibt die Erklärung ab, daß diese zu jeder Stunde bereit sind für das gleiche Wahlrecht in den Massenstreik einzutreten.

Habermann (Pilsen, tschechisch, für die tschechischen Landarbeiter): Wenn die industriellen Arbeiter das Wahlrecht dringend brauchen, so ist es für das ländliche Proletariat direkt eine Existenzbedingung. Sie haben nicht nur keine politischen Rechte, sie besitzen auch nicht den primitivsten Arbeiterschutz. Ich hoffe, daß es uns gelingen wird, eine recht große Zahl von Landarbeitern zum Kampfe für das gleiche Wahlrecht zu gewinnen und den Czernin und Palffy und Lobkowitz und Schönborn die Forderung des Volkes in die Ohren zu rufen. (Beifall.)

Piestiner (Czernowitz, für die Bukowina): Ich kann Ihnen die Versicherung geben, daß auch wir im äußersten Osten des Reiches uns des historischen Momentes würdig erweisen werden. Unsere kleinbäuerliche Bevölkerung wird von einigen Wucherern ausgebeutet; trotzdem haben es wir verstanden, unsere Organisation auszubauen. Wir werden auch bei dem bevorstehenden Kampfe unsere Pflicht erfüllen, um so mehr, als in unserer Mitte Hunderte russischer Revolutionäre leben, die in Charkow, Warschau, Lodz gekämpft haben. Wie die Regierung so oft mit uns russisch gesprochen hat, so werden auch wir einmal mit ihr russisch reden. Wir werden, wie Lassalle sagt, mit demselben Lachen in den Kerker wandern, mit dem andere auf Bälle gehen. (Lebhafter Beifall.)

Kristan (Laibach, für die Slowenen): Die slowenische Arbeiterschaft ist bereit, jede Form des Kampfes für das gleiche Wahlrecht zu akzeptieren, die die übrige Arbeiterschaft für notwendig befindet. Wenn der Massenstreik beschlossen wird, wird er die slowenischen Arbeiter nicht unvorbereitet finden. In zahlreichen Versammlungen ist aus der Mitte der Arbeiter der Ruf nach dem Massenstreik erschollen und alle begreifen es, daß der entscheidende Kampf beginnt, daß das Wahlrecht jetzt erkämpft werden muß oder lange nicht. Das Wort Massenstreik ist auf den Lippen aller, selbst der indifferenten Arbeiter. Zu unseren Wahlrechtsdemonstrationen ist alles erschienen, was Arbeiter heißt, und viele, die sich bisher einbildeten, Christlichsoziale zu sein, hören heute nur auf uns. Dank unserer Agitation gibt es im ganzen slowenischen Volke niemanden mehr, der es wagen würde, sich öffentlich als Gegner des gleichen Wahlrechtes zu bekennen. (Großer Beifall.)

Pittoni (Triest, für die Italiener): Es handelt sich heute nicht mehr um theoretische Auseinandersetzungen, sondern nur noch um die Bereitschaft zur Tat. So beschränke ich mich denn darauf, zu erklären, daß wir alles daransetzen werden, daß dieselbe Energie, die das südliche, besonders das Triester Proletariat bereits oft bewiesen hat, auch diesmal zur Geltung komme. Wir werden alles tun, daß der Massenstreik bei uns so ausfalle wie jener große politische Massenstreik, den wir bereits einmal durchgeführt haben, daß die Flammen über die großen Werften, über den Hafen bis zu den kleinen Werkstätten hinüberschlagen. (Lebhafter Beifall.)

Nun folgt das Schlußwort des Referenten

Dr. Adler: Diese Diskussion hatte keinen anderen Zweck, als daß uns selber klar werde, daß wir nicht Beschlüsse fassen, die nur einer Stimmung entsprechen, sondern daß das, was wir beschließen, auch von der Arbeiterschaft durchgeführt werden wird. Sie haben die Vertreter der organisierten Arbeiterschaft der größten Industriezweige gehört. Sie haben die Vertreter aller Nationen und aller Provinzen gehört und Sie haben daraus erkannt, daß das, was wir von Ihnen verlangen, als das Resultat gewissenhaftester Erwägungen auch in der Kraft des österreichischen Proletariats liegt; und, weil es möglich und weil es notwendig ist, darum wird es vollendet werden. Gestern abends hat nach der großen Demonstration eine Sitzung der Ver-

Oesterreichische Begrüßungen:

a) Telegramme: Altrohlau (Lokalorganisation), Brody (jüdische Arbeiter), Budapest (Scherman), Chodau (Lokalorganisation), Falkenau (Wahlkreisleitung, Lokalorganisation), Graslitz (Lokalorganisation), Iglau (Lokalorganisation), St. Joachimsthal (Lokalausschuß), Karbitz (Lokalorganisation), Karlsbad (alter Genosse, Irene Hillebrand, Kutscher, Bezirksorganisation, Bauarbeiter, Porzellanarbeiter), Kladno (Volksversammlung), Neu-Königgrätz (Syruick), Krakau (organisierte Fleischer, jugendliche Arbeiter, jüdische Arbeiter, Bäcker, jüdische Sozialdemokraten, jüdische Maler, jüdische Schuhmacher, jüdische Bäcker, jüdische Arbeiterinnen, jüdische Schriftsetzer, Exekutive der jüdischen Sozialdemokratie, jüdisches Lokalcomité), Lemberg (jüdische Studenten, Brüderlichkeit, jüdische Bäcker, jüdische Schneider, jüdische Arbeiterinnen, jüdische Tischler), Merkelsgrün (Lokalorganisation), Oswięcim (organisierte Eisenbahner), Pardubitz (konfisziert wegen der Worte „revolutionäres Wien"), Platten (Bezirks- und Lokalorganisation, Handschuhfabrik Stengel), Podgorze (jüdisches Ortscomité, „Vorwärts"), Prag (Redaktion des Fachblattes der Maler, Gewerkschaftskommission, Handels- und Transportarbeiter, „Pravo Lidu"), Przemysl (jüdische Sozialdemokraten), Schlaggenwald (Bezirksorganisation), Steinschönau (Bezirksorganisation), Suczawa (Sozialdemokraten), Tarnopol (jüdische Sozialdemokraten), Tarnów (jüdische Sozialdemokraten), Teplitz (Wahlkreisleitung, deutsch und tschechisch), Trient (Schmitt).

b) Begrüßungsschreiben: Abertham (Lokalorganisation), Chodau (Lokalorganisation), Königsberg (Lokalorganisation), Sodau (Lokalorganisation), Tachau (Wahlkreisleitung).

Sprechregister.

Adler, Dr. 72, 84, 86, 90, 104, 121, 125, 136
Aust 134
Austerlitz 98
Beer 108, 133
Borek 89, 108
Buchinger 82, 124
Cingr 135
Czech, Dr. 125
Daszynski 76, 102, 108, 123
Diamand, Dr. 135
Dolinšek 136
Ellenbogen, Dr. 110
Forstner 134
Habermann 136
Hornof 133
Huber 86
Johanis 88
Körbler 72
Kořinek 88
Krapka 101
Kristan 78, 89, 107, 136
Kubálek 104
Mácha 135
Meten 124
Molkenbuhr 80
Muchitsch 92
Müller 134
Němec 75, 106, 122
Nießner 101
Pernerstorfer 95, 108, 123, 137
Piscel, Dr. 79
Pistiner 136
Pittoni 124, 136
Pölzer 93
Frau Popp 134
Prokeš 92
Richter 135
Schrammel 125
Schuhmeier 122
Seitz 88
Skaret 79, 85, 86, 94, 124
Soukup, Dr. 85, 93, 121, 122, 139
Stein 100
Steiner 132
Špera 93
Tomášek 76, 91
Tomschik 72, 80, 85, 125, 137
Tusar 89
Vaněk 91, 101, 107
Volkert 94
Winarsky 90
Wityk 135
Wolf 94
Wroński 83.

Präsenzliste

zum Gesamtparteitag der österreichischen Sozialdemokratie

in Wien.

Kongreßteilnehmer	aus	vertritt
Adler Viktor	Wien	Parteiexekutive (deutsch)
Arbeitel Moriz	Bielitz	II. schlesischen Wahlkreis (deutsch)
Aster Jaroslav	Teplitz	V. böhm. Wahlkreis (tschechisch)
Ausobsky Alois	Graz	I. steiermärk. Wahlkreis (deutsch)
Aust Ludvik	Kladno	II. böhm. Wahlkreis (tschechisch)
Austova Franziska	Kladno	II. böhm. Wahlkreis (tschechisch)
Bardach Marko	Wien	Wahlkreis Brody (polnisch)
Barth Josef	Gablonz a. d. N.	IX. böhmischen Wahlkreis (deutsch)
Beer Heinrich	Wien	Parteiexekutive (deutsch)
Beutel Franz	Aussig	VI. böhmischen Wahlkreis (deutsch)
Bínovec František	Kralup	VII. böhm. Wahlkreis (tschechisch)
Bobrowski Emil, Dr.	Krakau	Wahlkreis Krakau (polnisch)
Borek Edmund	Pardubitz	„Východočeský Obzor" (tschechisch)
Boschek Anna	Wien	„Arbeiterinnen-Zeitung" (deutsch)
Brettler Chaim	Kolomea	XV. galizischen Wahlkreis (polnisch)
Brod Jakob	Wien	Red. „Arbeiterschutz" (deutsch)
Brodecký Vilém	Žižkov	„Železniční Zřízenec" (tschechisch)
Brůha Antonin	Königl. Weinberge	Parteiexekutive (tschechoslawisch)
Bucich Pavel	Labinj	Wahlkreis Istrien (slowenisch)
Budsky Jaroslav	Wien	II. Wiener Wahlkreis (tschechisch)
Cholek Josef	Wien	V. Wiener Wahlkreis (tschechisch)
Cingr Peter	Mähr.-Ostrau	Reichsratsabgeordneter (tschechisch)
Czaki Franz	Lemberg	Wahlkreis Lemberg (polnisch)
Czech Ludwig, Dr.	Brünn	I. mähr. Wahlkreis (tschechisch)
Daszynski Ignaz	Krakau	Parteiexekutive (polnisch)
Diamand Hermann, Dr.	Lemberg	Parteiexekutive (polnisch)
Dietl Anton	Saaz	„Nordwestb. Volkszeitung" (deutsch)
Dietl Heinrich	Aussig	„Volksrecht" (deutsch)
Dolinšek Ivan	Trifail	IV. steierm. Wahlkreis (slowenisch)
Dvořák František	Wien	IV. Wiener Wahlkreis (tschechisch)
Eldersch Matthias	Brünn	Reichsratsabgeordneter (deutsch)
Ellenbogen Wilh., Dr.	Wien	Parteiexekutive (deutsch)
Emmerling Georg	Wien	Parteiexekutive (deutsch)
Englisz Johann	Krakau	Wahlkreis Krakau (polnisch)
Filipič Tomaš	Idria	Wahlkreis Krain (slowenisch)
Flöckinger Hermann	Innsbruck	I. Tiroler Wahlkreis (deutsch)
Forstner August	Wien	„Zeitrad" (deutsch)
Frankl Franz	Wien	III. Wiener Wahlkreis (deutsch)
Freundlich Leo	Mähr.-Schönberg	„Volkswacht" (deutsch)
Gerdinitsch Ferdinand	St. Pölten	VI. niederöst. Wahlkreis (deutsch)
Gion Joh.	Wien	Redaktion „Kleidermachergehilfe" (deutsch)
Graduck Fran	Trifail	IV. steierm. Wahlkreis (slowenisch)
Grassinger Johann	Wien	IV. Wiener Wahlkreis (deutsch)
Grigorovici Georg	Storosynetz	II. bukow. Wahlkreis (deutsch)
Gröbner Johann	Wien	IV. Wiener Wahlkreis (deutsch)
Grunel Karel	Prag	„Dřevodělník" (tschechisch)
Grünwald Julius	Wien	„Einigkeit" (deutsch)
Haas Wilhelm, Dr.	Mähr.-Ostrau	VI. mährischen Wahlkreis (deutsch)

Kongreßteilnehmer	aus	vertritt
Haberman Gustav	Pilsen	XVIII. böhm. Wahlkreis (tschechisch)
Hachenberg Theodor	Gmünd	VII. niederöst. Wahlkreis (deutsch)
Haecker Emil	Krakau	Redaktion „Naprzod" (polnisch)
Haiberger Franz	Wels	III. oberösterr. Wahlkreis (deutsch)
Hauschka Anton	Wien	V. Wiener Wahlkreis (deutsch)
Heidrich Dagobert	Wigstadtl	I. schlesischen Wahlkreis (deutsch)
Herer Michael	Kolomea	XV. galizischen Wahlkreis (ruthen.)
Hillebrand Oswald	Karlsbad	IV. böhmischen Wahlkreis (deutsch)
Höger Karl	Wien	„Volkstribüne" (deutsch)
Hokeš František	Prag	„Orgán obchodního pomocnictva" (tschechisch)
Hönigsmann Olga	Wien	III. Wiener Wahlkreis (deutsch)
Hornof Jindřich	Prag	Parteiexekutive (tschechoslawisch)
Houser Václav, JUDr.	Prag	Parteiexekutive (tschechoslawisch)
Hübel Ernst	Reichenberg	„Der Textilarbeiter" (deutsch)
Huber Josef	Lemberg	I. galizischen Wahlkreis (polnisch)
Hueber Anton	Wien	„Die Gewerkschaft" (deutsch)
Hummel Albert	Wien	III. Wiener Wahlkreis (deutsch)
Hybeš Josef	Brünn	Reichsratsabgeordneter (tschechisch)
Janč Jan	Reichenberg	VIII. böhm. Wahlkreis (tschechisch)
Jaroš Rudolf	Prag	„Kožedělník" (tschechisch)
Jarossewytsch Roman	Wien	Parteiexekutive (ruthenisch)
Jiráček Ferdinand	Prag	„Potravodělník" (tschechisch)
Johanis Václav	Prag	I. böhm. Wahlkreis (tschechisch)
Kapellner Maurycy	Krakau	Wahlkreis Tarnow (polnisch)
Kasík Emil	Píšek	XVII. böhm. Wahlkreis (tschechisch)
Kern Franz	Wien	I. Wiener Wahlkreis (deutsch)
Kiesewetter Wilhelm	Trautenau	IX. böhmischen Wahlkreis (deutsch)
Kleindesner Leopold	Mistelbach	VIII. niederöst. Wahlkreis (deutsch)
Klemensiewicz Zygm.	Krakau	„Prawo Ludu" (polnisch)
Klička Hynek	Birkenberg	XVII. böhm. Wahlkreis (tschechisch)
Knopf Josef	Mauer	VI. niederöst. Wahlkreis (deutsch)
Koch Marie	Wien	I. Wiener Wahlkreis, Frauenorganisation (deutsch)
Koller Franz	Bruck a. d. M.	II. steiermärk. Wahlkreis (deutsch)
Komisar	Wien	III. Wiener Wahlkreis (polnisch)
Königstetter Kathi	Wien	IV. Wiener Wahlkreis, Frauenorganisation (deutsch)
Kopač Jožef	Triest	Wahlkreis Triest (slowenisch)
Kolinek Karl	Wien	Parteiexekutive (tschechisch)
Koudela Josef	Wien	„Der Tonarbeiter" (deutsch)
Kouša Josef	Prag	I. böhmischen Wahlkreis (tschechisch)
Krapka Josef	Proßnitz	V. mähr. Wahlkreis (tschechisch)
Kristan Etbin	Laibach	Parteiexekutive (slowenisch)
Kubálek Karel	Wien	III. Wiener Wahlkreis (tschechisch)
Kudla Ladislav	Wien	II. Wiener Wahlkreis (tschechisch)
Landau Helene, Dr.	Wien	Wahlkreis Krakau (polnisch)
Leistyna Bernard	Brody	Wahlkreis Brody (polnisch)
Lippa Cilly	Wien	V. Wiener Wahlkreis, Frauenorganisation (deutsch)
Maar Josef	Wien	Redaktion „Dekorateur" (deutsch)
Machóva Karla	Prag	I. böhmischen Wahlkreis, Frauenorganisation (tschechisch)
Mahrer Leopold	Klagenfurt	Wahlkreis Kärnten (deutsch)
Maier Anna	Sternberg	VI. mährischen Wahlkreis, Frauenorganisation (deutsch)
Malý Josef	Chrudim	XI. böhm. Wahlkreis (tschechisch)
Masopust Karel	Prag	„Kukavičkář" (tschechisch)
Mayer Franz	Mähr.-Neustadt	VII. mähr. Wahlkreis (deutsch)
Meleń Teofil	Przemysl	Wahlkreis Przemysl (ruthenisch)

Kongreßteilnehmer	aus	vertritt
Metschel Karl	Wien	„Fachblatt der Drechsler" (deutsch)
Michelson Mendel	Krakau	„Jüdische Arbeiter-Zeitung" (poln.)
Muchitsch Vinzenz	Graz	I. steiermärk. Wahlkreis (deutsch)
Mühlberger Karl	Wien	„Neue Graphische Nachrichten" (deutsch)
Mühsam Johann	Wr.-Neustadt	IX. niederöst. Wahlkreis (deutsch)
Müller Rudolf	Wien	Redaktion „Eisenbahner" (deutsch)
Nelson Franz	Wr.-Neustadt	IX. niederöst. Wahlkreis (deutsch)
Němec Antonín	Prag	Parteiexekutive (tschechoslawisch)
Neuerer Karl	Fischern	„Porzellanarbeiter" (deutsch)
Neuwirth Anton J.	Krems a. d. Donau	VII. niederöst. Wahlkreis (deutsch)
Nießner Wilhelm	Brünn	I. mährischen Wahlkreis (deutsch)
Nosek Josef	Wittingau	XVI. böhm. Wahlkreis (tschechisch)
Novák František	Hohenmauth	XII. böhm. Wahlkreis (tschechisch)
Ofenböck Anton	Wr.-Neustadt	„Gleichheit" (deutsch)
Pattermann Franz	Wien	„Der Tabakarbeiter" (deutsch)
Pauls Ludwig	Wien	„Fachblatt der Sattler, Taschner ꝛc." (deutsch)
Pelzling Marek, Dr.	Rzeszow	Wahlkreis Rzeszow (polnisch)
Pernerstorfer Engelb.	Wien	Parteiexekutive (deutsch)
Peterlin Fran	Trbovlje	Wahlkreis Görz und Gradiska (slowenisch)
Pick Karl	Wien	„Der österr. Handelsangestellte" (deutsch)
Pik Luděk	Pilsen	XVIII. böhm. Wahlkreis (tschechisch)
Piscel Antonio, Dr.	Rovereto	Wahlkreis Trient (italienisch)
Pitin r Jakob	Czernowitz	I. bukow. Wahlkreis (deutsch)
Pittoni Valentino	Triest	Parteiexekutive (italienisch)
Polke Emil	Wien	Parteiexekutive (deutsch)
Pölzer Johann	Wien	II. Wiener Wahlkreis (deutsch)
Pohorylles Zofia	Wien	Wahlkreis Tarnopol (polnisch)
Popp Adelheid	Wien	Parteiexekutive (deutsch)
Pospišil Cenek	Polnisch-Ostrau	II. schlesischen Wahlkreis (tschechisch)
Prezovš Martin	Sagor	Wahlkreis Krain (slowenisch)
Preußler Robert	Salzburg	Wahlkreis Salzburg (deutsch)
Prokeš Jan	Mähr.-Ostrau	VI. mähr. Wahlkreis (tschechisch)
Rautenkranz Franz.	Smichow	Parteiexekutive (tschechoslawisch)
Reger Thaddäus	Teschen	II. schlesischen Wahlkreis (polnisch)
Richter Karl	Wien	„Holzarbeiter" (deutsch)
Rieger Eduard	Wien	Reichsratsabgeordneter (deutsch)
Riha Josef	Linz	Oberösterreich (tschechisch)
Sajal Jan	Prag	„Nový knihařský obzor" (tschech.)
Sašek Alois	Pilsen	XVIII. böhm. Wahlkreis (tschechisch)
Schäfer Anton	Reichenberg	VIII. böhm. Wahlkreis (deutsch)
Schlesinger Therese	Wien	II. Wr. Wahlkr., Frauenorg. (deutsch)
Schlinger Anton	Floridsdorf	VIII. niederöst. Wahlkreis (deutsch)
Schloßnikel Hieron	Sternberg	VI. mährischen Wahlkreis (deutsch)
Schönwälder Anton	Mähr.-Schönberg	VII. mährischen Wahlkreis (deutsch)
Schorr Samuel, Dr.	Krakau	Wahlkreis Kolomea (polnisch)
Schrammel Anton	Aussig	VI. böhmischen Wahlkreis (deutsch)
Schrammel Marie	Aussig	VI. böhmischen Wahlkreis, Frauenorganisation (deutsch)
Schuhmeier Franz	Wien	Parteiexekutive (deutsch)
Schuller Marie	Floridsdorf	VIII. niederöst. Wahlkreis (deutsch)
Seidel Amalie	Wien	Kontr. d. Gesamtparteivertr. (dtsch.)
Seitz Karl	Wien	Kontr. d. Gesamtparteivertr. (dtsch.)
Seliger Josef	Teplitz-Schönau	V. böhmischen Wahlkreis (deutsch)
Serbus Mat.	Nymburg	X. böhm. Wahlkreis (tschechisch)
Seveček Alois	Wien	V. Wiener Wahlkreis (tschechisch)

Kongreßteilnehmer	aus	vertritt
Silberer Franz	Wien	„Bäcker-Zeitung" (deutsch)
Skaret Ferdinand	Wien	Parteiexekutive (deutsch)
Skorně Josef	Wien	IV. Wiener Wahlkreis (tschechisch)
Smetana Antonin	Mähr.-Ostrau	VI. mähr. und I. schlesischen Wahlkreis (tschechisch)
Smitek František	Humpoletz	XIII. böhm. Wahlkreis (tschechisch)
Snoy Heinrich	Meran	II. Tiroler Wahlkreis (deutsch)
Soukup František	Prag	Parteiexekutive (tschechisch)
Spera A. M.	Brünn	I. mährischen Wahlkreis (tschechisch)
Spielmann Julius	Linz	I. oberösterr. Wahlkreis (deutsch)
Stein Viktor	Wien	III. Wiener Wahlkreis (tschechisch)
Steiner Josef	Prag	„Odborové Sdružení" (tschechisch)
Stravs Ivan	Idria	„Naprej" (slowenisch)
Sudik Josef	Budweis	XVI. böhm. Wahlkreis (tschechisch)
Sváb Martin	Prag	„Stavebník" (tschechisch)
Svatoš Bohumir	Wien	VII. niederösterreichischen Wahlkreis (tschechisch)
Svěcený Antonin	Smichow	„Oděvník" (tschechisch)
Tayerle Rudolf	Prag	„Kovodělník" (tschechisch)
Teska Josef	Prag	Parteiexekutive (tschechisch)
Tomášek Frant., Dr.	Wien	„Dělnické listy" (tschechisch)
Tomschik Josef	Wien	Parteiexekutive (deutsch)
Topinek Wilhelm	Sanok	Wahlkreis Sanok (polnisch)
Trenka Johann	Jägerndorf	„Schlesische Volkspresse" (deutsch)
Tuller Ludwig	Leoben	II. steiermärk. Wahlkreis (deutsch)
Turek Václav	Wien	I. Wiener Wahlkreis (tschechisch)
Tusar Vlastimil	Brünn	I. mährischen Wahlkreis (tschechisch)
Vaněk Karel	Brünn	„Rovnost" (tschechisch)
Veselý Anton	Freiwaldau	I. schlesischen Wahlkreis (deutsch)
Volkert Karl	Wien	V. Wiener Wahlkreis (deutsch)
Vybiral Josef	Znaim	III. mähr. Wahlkreis (tschechisch)
Wanke Julius	Wien	„Graph. Hilfsarbeiter" (deutsch)
Weinfeld Leon	Lemberg	Wahlkreis Tarnopol (polnisch)
Weirelberger Anton	Fürstenfeld	III. steiermärk. Wahlkreis (deutsch)
Wiglik Engelbert	Znaim	III. mährischen Wahlkreis (deutsch)
Wild Antonin	Wien	VIII. niederöst. Wahlkreis (tschech.)
Winarsky Leopold	Wien	II. Wiener Wahlkreis (deutsch)
Witnk Semen	Lemberg	Wahlkreis Lemberg (ruthenisch)
Wolf Franz	Wien	I. Wiener Wahlkreis (deutsch)
Wynoštek Michael, Dr.	Lemberg	Wahlkreis Lemberg (polnisch)
Zápotocký Ladislav	Žižkov	XIV. böhm. Wahlkreis (tschechisch)
Zavadil Vojtěch	Žižkov	XIV. böhm. Wahlkreis (tschechisch)
Zulawski Zygmunt	Krakau	Wahlkreis Tarnow (polnisch)

Gäste:

Für die Sozialdemokratie Deutschlands:

Molkenbuhr Hermann, Reichstagsabgeordneter, Berlin.

Für die Sozialdemokratie Ungarns:

Buchinger Emanuel, Budapest.

Für die polnische sozialistische Partei (Russisch-Polen):

Kaniowski Josef, London.
Wroński Alexander, Warschau.

Abstimmungsresultat.

Angenommene Anträge und Resolutionen:

3 (Resolution Adler, Daszynski). **4** (Absolutorium der Exekutive). **6** und **7** (Antrag Czech, Weixelberger: Vertrauensvotum der Fraktion). **8** (Resolution Ellenbogen zu „Oesterreichische Krise und das Wahlrecht"). **9** (Antrag Pernerstorfer: Die Regierung sei zu sofortiger Einberufung des Reichsrates aufzufordern). **10** (Resolution Adler zu „Politischer Massenstreik"). **11** (Antrag der Gesamtexekutive: Manifest an das arbeitende Volk).

Der Gesamtexekutive zugewiesen:

8 (Antrag Johannis: Publikationen der Exekutive in allen Sprachen herauszugeben).

Beifügung zum Protokoll wurde beschlossen:

Bei den Resolutionen der Jüdischen sozialdemokratischen Partei in Galizien und der tschechischen Delegierten.

Nicht abgestimmt wurde über:

1 (Antrag des II. Wiener Wahlkreises) und **2** (Antrag der Lokalorganisation Graz).

Sachregister.

Seite

Absolutorium der Gesamtexekutive 88
Annahme des Antrages 95
Abstimmungsergebnisse 146
Altersversicherung der Arbeiter 13
Anträge zum Parteitag 65
Vor den Verhandlungen gestellte 65
Während der Verhandlungen gestellte 65
Arbeiterversicherungsprogramm 14
Begrüßungsreden der ausländischen Delegierten 80
der inländischen Delegierten 72
Bericht der Fraktion, Referat Pernerstorfer 95
Debatte darüber 98
des Frauenreichscomités 41
der Gesamtparteivertretung 11
Referat Skaret 86
Debatte darüber 88
des Kassiers 88
der Kontrolle 88
der tschechoslawischen Parteiexekutive 43
der deutschen Parteiexekutive 20
der italienischen Parteiexekutive 48
der polnischen Parteiexekutive 51
Einberufung des Reichsrates, Antrag auf sofortige 123
Abstimmung darüber 124
Erklärung der tschechischen Delegation 71, 85
der jüdischen Sozialdemokraten Galiziens 70
Fraktion, Aenderungen in derselben 108
Frauenorganisation 17
Frauenreichscomité, Bericht des 41
Geschäftsordnung des Parteitages 10
Gewerkschaftskongreß 1903 17
Jugendorganisation 17
Kongruavorlage 14
Konstituierung des Parteitages 79
Konsumentenorganisation 17
Kontrolle, Bericht der 88
Wahl der 137
Krise, Oesterreichische, und das Wahlrecht, Referat Ellenbogen 110
Korreferat Němec 122
Resolution 66
Annahme der Resolution 137
Landtagswahlrecht 14
Lebensmittelwucher 13
Mandatsprüfungskommission, Bericht der 97
Manifest vom 5. Juli 1904 13
an unsere Brüder im Waffenrock 13
des Parteitages an die Arbeiterschaft Oesterreichs 138
Massenstreik, Referat Adler 125
Korreferat Steiner 132
Resolution 88
Erklärungen der Branchen und Nationen 133
Annahme der Resolution 137